



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

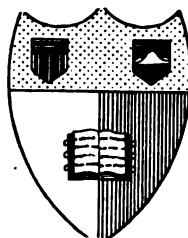
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HA

1291

A5++

v.56-57

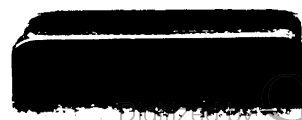


Cornell University Library
Ithaca, New York

BOUGHT WITH THE INCOME OF THE
SAGE ENDOWMENT FUND

THE GIFT OF
HENRY W. SAGE

1891



The date shows when this volume was taken.

To renew this book copy the call No. and give
to the librarian.

HOME USE RULES

All Books subject to recall

All borrowers must register in the library to borrow books for home use.

All books must be returned at end of college year for inspection and repairs.

Limited books must be returned within the four week limit and not renewed.

Students must return all books before leaving town. Officers should arrange for the return of books wanted during their absence from town.

Volumes of periodicals and of pamphlets are held in the library as much as possible. For special purposes they are given out for a limited time.

Borrowers should not use their library privileges for the benefit of other persons.

Books of special value and gift books, when the giver wishes it, are not allowed to circulate.

Readers are asked to report all cases of books marked or mutilated.

Do not deface books by marks and writing.



ZEITSCHRIFT
DES
KÖNIGLICH
PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

SECHSUNDFÜNFZIGSTER JAHRGANG.

1916.

Berlin  **1916.**

Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts.

28
S4/K/23

A527796

Inhaltsübersicht.

I. Abteilung.

	Seite
Über gewerbliche Produktionsstatistik. Von Dr. R. Meerwarth, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin	1—18
Die Steuerkraft der preussischen Gemeinden nach dem vorläufigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911. Von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	19—34
Die preussischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. Heinrich Höpker	35—88

Statistische Korrespondenz (mit römischen Seitenzahlen) I—XXIV

	Seite		
Bestand an deutschen Seeschiffen 1914	I	Die öffentlichen Sparkassen und die Kriegsanleihe-Zeichnungen ihrer Sparer	IX
Die Bewegung der Bevölkerung in Preußen in den Jahren 1913 und 1914	"	Die Hopfenernte in Preußen 1915	X
Statistisches über den Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen	"	Ehescheidungen in Preußen 1914	"
Zusammentreffen von Vermögen und Einkommen in einer Hand in Preußen 1896—1914	II	Geistliche Orden und Kongregationen der katholischen Kirche in Preußen	XI
Ist-Einnahmen und -Ausgaben der Städte und Landgemeinden der Provinz Westpreußen 1911	III	Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehramts in Preußen	"
Bewegung der hypothekarischen Verschuldung in Preußen und in anderen Bundesstaaten im Zeitraum 1901—1913	IV	Die staatlich veranlagte Grundsteuer in Preußen 1915	XII
Die Ursachen der Brände in Preußen und der dadurch entstandene Schaden 1902—1913	V	Der Finanzbedarf der preussischen Städte und größeren Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 und die Art seiner Deckung	XIII
Die Reifeprüfungen an den höheren Lehranstalten Preußens von 1909 bis 1915	VI	Ernteerträge in Russisch-Polen	XVI
Die Volksschulen in Württemberg 1914	VII	Die Ausländer im Deutschen Reiche im Jahre 1910	XVII
Die höheren Schulen in Württemberg 1914	"	Die Geburten in Preußen 1914 nach Berufsabteilungen	"
Ein Beispiel für die Kosten des Lebensunterhalts aus der Schweiz	VIII	Die Sterbefälle in Preußen nach Berufsabteilungen	XVIII
Die Waldbestände in Polen	"	Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1913	"
		Die Weinernte 1914 in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier	XIX
		Der Weinmostertrag in Preußen 1915	XXII
		Der Besuch der höheren Lehranstalten Preußens 1904 bis 1915	XXIII
		Die weiblichen Studierenden auf den preussischen Universitäten	XXIV

II. und III. Abteilung.

Die Steuern und Schulden der Städte und großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	89—268
Einkommensgliederung der preussischen Bevölkerung im Zeitraume 1902—1914. Mit zwei Karten. Von Dr. F. Kühnert	269—309
Die vorhandenen und leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin am 15. Mai 1916. Von Dr. H. Höpker	310—312

Statistische Korrespondenz (mit römischen Seitenzahlen) XXV—XL

Aus der preussischen Bevölkerungsstatistik	XXV	Die preussischen Universitäten seit 1870	XXX
Zahlenverhältnis der Geschlechter nach der preussischen Bevölkerungsstatistik	"	Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Rechnungsjahre 1913	XXXI
Herkunft der Ansiedler in den Provinzen Westpreußen und Posen	"	Bevölkerungsstatistik der Niederlande	XXXII
Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913	XXVI	Der auswärtige Wirtschaftsverkehr der Türkei 1909/10	"
Das Auftreten von Influenza und von Kindbettfieber in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913	"	Aus der Bevölkerungsstatistik des In- und Auslandes vor dem Weltkriege	XXXIII
Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geisteskranken usw. in Preußen 1913	XXVII	Analphabeten im Deutschen Reiche und im Auslande	"
Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen nach Ursachen 1909—1913	"	Die Darlehnskassen des Reiches im Jahre 1915	XXXIV
Zu- und Abgang der Lehrer an den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend in Preußen	XXVIII	Die Säuglingsterblichkeit in Preußen	"
Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1916	XXIX	Die Gründe für die Ehescheidungen in Preußen 1914	XXXV
Mittelschullehrer-Prüfungen in Preußen	XXX	Die Fideikomisse in Preußen 1913	XXXVI
		Arbeitskämpfe in Preußen 1915	XXXVII
		Die Schulden der preussischen Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914	XXXVIII
		Die Steuern der preussischen Landkreise im Rechnungsjahre 1914	XXXIX
		Waldbrände in Baden 1914	XL

Besondere Beilage.

Seite

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. II. u. III. Abteilung, nach Ländern und Verfassern geordnet. Herausgegeben vom Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, i. V.: Prof. Dr. Kühnert, Oberregierungsrat . . . 95—143

IV. Abteilung.

Über Bilanzen, Rentabilitätsberechnung und Rentabilitätsstatistik. Von Dr. Rudolf Meerwarth, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin	313—331
Eisenerzvorräte und Eisenerz-Erzeugung der Welt (nebst einer Einführung in die Entwicklung der Roheisen-, Hochofen- und Eisenhütten-Industrie) von Dr. Heinrich Pudor	332—341
Die Steuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911. Von Prof. Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	342—362

Statistische Korrespondenz (mit römischen Seitenzahlen) XLI—LXIV

	Seite		
Die Ehescheidungsgründe in ihrer Verteilung auf die Ehescheidungsfälle in Preußen 1914	XLI	Die Haushaltungen in Preußen 1871—1890	L
Die Familienverhältnisse der fürsorgebedürftigen Kinder Brotgetreide- und Kartoffelernte in den deutschen Bundesstaaten 1904—1913	XLII	Die Handelsmarinen	LI
Entwicklung der deutschen Handelsmarine von 1871 bis 1914	XLIII	Die Waldbrände in Preußen 1902—1914	„
Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach Milliardengruppen des Einkommens in Preußen 1915	„	Die Schulden der preussischen Stadt- und Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914	LII
Die Aktiengesellschaften in Preußen 1914	XLIV	Die Schulden der preussischen Stadtkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914	LIV
Die staatlich veranlagte Gebäudesteuer in Preußen 1915	XLVI	Die Kriegsanleihen und die Sparkraft der Sparer im Jahre 1915	LV
Die Steuern der preussischen Stadt- und Landkreise im Rechnungsjahr 1914	XLVII	Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Preußen 1914	„
Die Bevölkerung Schwedens 1915	XLVIII	Die Einkommensverteilung in Preußen 1915	LVI
Die Eisenbahnen und Straßenbahnen der Schweiz 1914 im Vergleich mit den Vorjahren	„	Die Haushaltungen in Preußen nach der Personenzahl	LVII
Die Sterblichkeit in der Gesamtbevölkerung des preussischen Staates im Jahre 1914	XLIX	Die Todesursachen bei den im Jahre 1914 in Preußen Gestorbenen unter Hervorhebung einiger wichtiger Krankheiten	„
Die Krankenhausstatistik der allgemeinen Heilanstalten Preußens 1914	„	Anbau und Ernte in Preußen 1915	LVIII
		Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen im Jahrzehnt 1904—1913	LXII
		Die Ein- und Ausfuhr von Getreide, Ölfrüchten und Futtermitteln nach und aus dem Deutschen Reich 1912/13 und 1913/14	LXIII



Über gewerbliche Produktionsstatistik.

Von Dr. R. Meerwarth,

Mitglied des Kgl. Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Kgl. Technischen Hochschule zu Berlin,
z. Z. im Heeresdienst.

Die umfassenden Produktionserhebungen, die in neuerer Zeit einige Staaten unternommen haben, verfolgen jeweils ein mehr oder weniger fest umrissenes Ziel. Vor allem die enge Verflechtung der Wirtschaften eines Volkes miteinander, ferner die Verflechtung der Wirtschaften eines Volkes mit denen anderer Völker nötigen bei einer solchen Erhebung zu zahlreichen Abweichungen von dem zuerst gesteckten Ziel, so daß aus den

endgültigen Ergebnissen die tragenden Gedanken des ursprünglichen Ideals der Produktionserhebung oft kaum noch zu erkennen sind. Um die Ziele und damit auch die Probleme der Produktionsstatistik klar zu sehen, ist es zweckmäßig, das System einer modernen Volkswirtschaft nach bestimmten Richtungen hin gedanklich zu vereinfachen.

I.

Es sei eine in sich geschlossene, sich selbst genügende Volkswirtschaft angenommen: die Unterlagen der herzustellenden Verbrauchsgüter werden im Lande gewonnen, die hergestellten Güter werden im Lande verbraucht. Unter den Erwerbswirtschaften des Landes sei eine volkswirtschaftliche Arbeitsteilung durchgeführt derart, daß sich jede Erwerbswirtschaft einem bestimmten Produktionszweig oder innerhalb dieses Zweiges einer bestimmten Produktionsstufe widmet. Ferner sei vorausgesetzt, daß sich zwischen die einzelnen Wirtschaften kein selbständiger Handel einschleibt, daß also die eine Erwerbswirtschaft ihre Erzeugnisse unmittelbar an die andere oder an die letzten Verbraucher absetzt. Das Ziel der Produktion dieser Volkswirtschaft geht, wie das jeder Volkswirtschaft, letzten Endes auf die Herstellung von Gütern, die zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen, auf die Herstellung von Genußgütern oder Gütern erster Ordnung. Wie bei jeder technisch vorgeschrittenen Volkswirtschaft sind zur Erzeugung der Genußgüter zahlreiche „Umwege“ notwendig; es seien hier nur die wichtigen der Herstellung der sogenannten Arbeitsmittel, also Maschinen, Werkzeuge usw., gewidmeten Umwege genannt.

Lassen wir die Industrien, über welche die Umwege gehen, zunächst außer Betracht, so wandert eine bestimmte Menge Baumwolle in unserer ersonnenen Volkswirtschaft vom Pflanzeur zur Spinnerei, von der Spinnerei zur Weberei, von der Weberei zur Bleicherei, Färberei, Druckerei, von hier zum Konfektionsunternehmer, von hier als Kleidungsstücke zu den Verbrauchern. Der Gesamtwert der eben durchlaufenen Produktion kommt in dem Preise der an die endgültigen Verbraucher abgesetzten Kleider zum Ausdruck. Diese Gesamtsumme (Preis der Kleider) ist gleich der Summe der einzelnen Differenzen, die sich ergeben, wenn jeder der genannten Produzenten den Preis des von ihm verkauften Rohmaterials, Halbfabrikats oder Fertigfabrikats zu dem Einkaufspreis dieses als Rohmaterial oder

Halbfabrikat übernommenen Produktes in Beziehung setzt. Eine jede der Differenzen stellt den Wertzuwachs, die Werterhöhung, dar, die jeder der aufgezählten Produktionszweige dem herzustellenden Erzeugnis erteilt. Die Werterhöhung, welche die Weberei erteilt, erhält man also dadurch, daß man den Verkaufspreis der dort hergestellten Gewebe um den Einkaufspreis der entsprechenden Menge Garn verringert.

Es ist nunmehr zu untersuchen, wem diese Werterhöhung zu verdanken, wem die Veredelung am Arbeitsgegenstand zuzurechnen ist. Zunächst der Arbeit des Produktionszweiges, der leitenden und ausführenden Arbeit; ferner aber auch den Ergebnissen vergangener Arbeit, den Arbeitsmitteln. Man versteht unter einem Arbeitsmittel in allgemeiner Ausdrucksweise ein Ding oder eine Gruppe von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt, und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen¹⁾. Unter den Arbeitsmitteln kommt den Maschinen und Werkzeugen, allgemein den mechanischen Arbeitsmitteln, deren Gesamtheit man nach einem Ausdruck von Marx das Knochen- und Muskelsystem der Produktion nennen kann, eine besonders große Bedeutung zu. Neben sie treten diejenigen Arbeitsmittel, die nur als Behälter des Arbeitsgegenstandes dienen, und die man in ihrer Gesamtheit das Gefäßsystem der Produktion nennen kann: Kessel, Bottiche, Röhren, Fässer usw. Hierher gehören aber auch die Fabrikgebäude, die Maschinenhallen, in denen sich der Produktionsprozeß abspielt. Alle diese Arbeitsmittel (im weitesten Sinn) geben dem Arbeitsgegenstand während der Bearbeitung von ihrem Wert ab, sie werden — in der gewöhnlichen Ausdrucksweise — abgenutzt. Die Arbeitsmittel sind in der Regel das Ergebnis vergangener fremder Arbeit, also nicht Ergebnis der Arbeit des Produktionszweiges, in dem

¹⁾ Vergl. Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. Fünfte Auflage, S. 141. Hamburg 1903.

sie abgenutzt werden. Außer diesen Erzeugnissen fremder Arbeit kommen beim Produktionsprozeß noch eine Reihe fremder Stoffe in Betracht, die gleichfalls mit an der Veredelung beteiligt sind; man nennt sie gewöhnlich Hilfsstoffe. Hierher gehört vor allem die Kohle, mit der die Kessel geheizt werden, das Schmieröl, mit dem die Maschinen geschmiert werden, usw. Die Hilfsstoffe gehen ebenso wie das Rohmaterial oder das Halbfabrikat in den Arbeitsprozeß ein und verändern ihre Form; die Arbeitsmittel oder — vom Gesichtspunkt des Unternehmers aus gesehen — das stehende Kapital bewahren im wesentlichen ihre alte Form. Bezüglich der Arbeitsmittel und der Hilfsstoffe ist in diesem Zusammenhange nochmals hervorzuheben, daß sie beim Produktionsprozeß an das Produkt Wert abgeben, daß sie aber selbst Erzeugnisse fremder Produktionsprozesse sind. Es ist mit anderen Worten die Werterhöhung oder der Wert der Veredelung in nicht geringem Maße auch den Ergebnissen fremder Arbeit zu verdanken und zuzurechnen. Vom Standpunkt der Unternehmung aus tritt die Wertabgabe der Arbeitsmittel an das Erzeugnis als Entwertung des stehenden Kapitals in die Erscheinung. Dieser Entwertung wird bekanntlich durch die Abschreibungen, die von einer bestimmten Abnutzungszeit ausgehen, Rechnung getragen. Es ist hier nicht der Ort, Wesen und Durchführung der Abschreibungen darzulegen; es sei nur hervorgehoben, daß in den Fabrikbetrieben tatsächlich die Abschreibungen nach ganz verschiedenen Grundsätzen durchgeführt werden.

Nimmt man nun an, in der hier aufgebauten Volkswirtschaft würden die in einem Jahr erzeugten Güter auch in diesem Jahr an die endgültigen Verbraucher abgesetzt, so wäre der Wert der Jahresproduktion der Volkswirtschaft in dem Preise der an die Verbraucher abgesetzten Genußgüter ausgedrückt — allerdings mit einer großen Ausnahme. Es wurde dargelegt, daß in der Werterhöhung eines jeden Produktionszweigs auch die fremden Produktionszweigen zuzurechnende Werterhöhung enthalten ist. Ist also in diesem Jahr eine Maschine hergestellt und der Spinnerei verkauft worden, um dort einer zehnjährigen Abnutzungsdauer zu unterliegen, so ist in den Erzeugnissen der Spinnerei nur ein Zehntel des Wertes enthalten, die übrigen neun Zehntel gehen bei dieser Ermittlung der Jahresproduktion der Volkswirtschaft verloren. Dasselbe gilt natürlich von dem übrigen einer Abnutzung unterliegenden stehenden Kapital. Ein Ausgleich würde nur dadurch geschaffen, wenn man die Produktion der Volkswirtschaft auf die angedeutete Weise für lange Perioden ermittelte.

Diese Überlegung leitet zu dem Gedanken über, bei der Ermittlung der Jahresproduktion überhaupt nicht von dem im Verkaufspreis ausgedrückten Wert der endgültigen Verbrauchsgüter auszugehen, sondern von der Werterhöhung oder dem Wert der Veredelung, der auf die einzelnen Produktionszweige entfällt. Hierbei sind aber nicht nur die an der Produktion der Verbrauchsgüter unmittelbar beteiligten Zweige, sondern auch die mittelbar beteiligten, mit anderen Worten alle Zweige der Produktion zu berücksichtigen. Dieser Gedankengang führt weiter dazu über, die Werterhöhung eines jeden Zweiges auf eine andere Weise als bisher festzulegen. Es müssen von dem Wert der Veredelung eines Produktionszweigs die Werte der fremden Produktionszweigen entstammenden Erzeugnisse, die in dem Produktionszweig verbraucht oder abgenutzt werden, abgezogen werden. Geschieht das nicht, so finden sich bei der Ermittlung der Jahresproduktion zahllose Doppelzählungen. Also vom bisher aufgestellten Veredelungswert, den die Spinnerei der Baumwolle erteilt, müssen alle Werte der Erzeugnisse abgezogen werden, die aus anderen Produktionszweigen bezogen werden, wie etwa Kohle, Schmieröl usw. Ferner muß aber auch die auf das in

Frage stehende Jahr berechnete Abnutzungsquote des stehenden Kapitals abgezogen werden.

Die Lösung des Problems ist hier bei der Heranziehung der Abnutzung offensichtlich nicht befriedigend. Als Abnutzungsquote beispielsweise der Spinnmaschine wird in dem ersten Jahr ein Zehntel des Wertes der Maschine bei der Spinnerei abgezogen, bei der Maschinenindustrie wird jedoch in diesem Jahr die Maschine mit ihrem vollen Wert eingestellt: die Rechnung geht nicht wie bei den anderen Erzeugnissen auf. Im nächsten Jahr wird bei der Spinnerei wiederum ein Zehntel des Wertes der Maschine abgezogen, bei der Maschinenindustrie natürlich nichts mehr in Rechnung gestellt: die Rechnung geht wieder nicht auf. Erst nach 10 Jahren ist ein Ausgleich hergestellt, die Spinnerei hat alle zehn Zehntel abgezogen. Sie hat damit nach zehn Jahren den Betrag abgezogen, der dem bei der Maschinenindustrie im ersten — und nur im ersten Jahr eingesetzten Betrag entspricht. Mit anderen Worten: bei der Heranziehung der sich auf einen Zeitraum von mehreren Jahren verteilenden Abnutzung des stehenden Kapitals wird nur bei der — praktisch kaum möglichen — Berücksichtigung des gesamten Zeitraums ein Ausgleich geschaffen und Doppelzählungen vermieden. Läßt man die Abnutzung des fremden Produktionszweigen zu verdankenden stehenden Kapitals außer Betracht, so bleiben auch unter Berücksichtigung des erwähnten gesamten Zeitraums die Doppelzählungen bestehen. Die theoretisch festgestellte Werterhöhung eines Produktionszweigs setzt sich nunmehr — nach Abzug der anderen Produktionszweigen zuzurechnenden Teile — nur noch aus den Bestandteilen Lohn für leitende und ausführende Arbeit und Gewinn zusammen.

Verlassen wir damit unsere Volkswirtschaft und kehren nach diesem Umweg zur heutigen Volkswirtschaft zurück. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß in der modernen Volkswirtschaft, die mit zahlreichen anderen Volkswirtschaften eng verflochten ist, nur der zweite Weg der Feststellung der Jahresproduktion möglich ist: Berechnung der oben umschriebenen Werterhöhung jedes einzelnen Produktionszweigs und darauf Zusammenfassung sämtlicher Werterhöhungen. Die im Lande endgültig abgesetzten Verbrauchsgüter werden zum Teil schon in der genußreifen Form, andere als Rohmaterial, wieder andere als Halbfabrikate eingeführt. Auf der anderen Seite werden im Inland gewonnene Rohmaterialien, Halbfabrikate und Fertigfabrikate ausgeführt. Da aber oft wesentliche Bearbeitungen oder Veredelungen auf dem Wege vom Rohmaterial zum Fertigfabrikat gar nicht im Inlande vorgenommen worden sind, ist ein Rückschluß vom Wert des Fertigfabrikates auf den Wert der Bearbeitungen unmöglich. Auf der anderen Seite werden im Inlande zahlreiche Bearbeitungen an Gütern vorgenommen, während die Bearbeitung der letzten Stufe zum endgültigen Fertigfabrikat vom Ausland durchgeführt wird.

Ferner nötigt die Einschaltung des selbständigen Handels in der modernen Volkswirtschaft zu der zweiten Art der Feststellung der Jahresproduktion. Die Tätigkeit des Händlers, der das Garn dem Spinner abkauft und dem Weber verkauft, die Leistung des Handels also, der sich in die einzelnen Bearbeitungen auf dem Wege vom Rohmaterial zum Fertigfabrikat einschreibt, kann nicht in die „Bearbeitung“ und deren Wertberechnung aufgenommen werden. Andererseits ist das Entgelt für diese Tätigkeiten im Wert des Fertigerzeugnisses mit enthalten. Dasselbe gilt beispielsweise auch für die Leistungen des Verkehrs- und Versicherungsgewerbes. Dort, wo die Produktionsunternehmung selbst die Tätigkeit des Handels und Verkehrsgewerbes übernimmt, sind, um Einheitlichkeit zu erzielen, bei der Berechnung des Wertes der Bearbeitung diese Tätigkeiten und die eigentliche Produktionstätigkeit streng auseinanderzuhalten.

Es ergeben sich daraus wichtige Folgerungen für die Art der Werte oder besser der Preise, die bei der Berechnung des Wertes der Bearbeitung einzusetzen sind. Es sind jeweils die Preise am Werk einzusetzen. Die Verkaufspreise der bearbeiteten Güter dürfen keine Verkaufs-, Fracht- und Versicherungskosten enthalten. Auf der anderen Seite gelten als Einkaufspreise der Materialien die Preise, die am Werk für sie bezahlt werden. Hat die Unternehmung etwa zu diesem Preise am nächsten Hafen eingekauft und muß selbst oder mit Hilfe einer Verkehrsunternehmung die Materialien erst an das Werk schaffen lassen, so müssen diese Transportkosten zum Werk dem Preise am Hafen zugeschlagen werden, um einen Preis zu erhalten, der als Wert des Materials bei der Berechnung des Wertes der Veredelung eingesetzt werden kann.

Damit sind vom theoretischen Gesichtspunkte aus die wesentlichen Forderungen aufgeführt, die an eine gewerbliche Produktionsstatistik, welche die gesamte gewerbliche Produktionstätigkeit eines Landes erfassen und Doppelzählungen vermeiden will, zu stellen sind. Das Ziel dieser Produktionsstatistik geht dahin, die Werterhöhung zu ermitteln, die ein jeder Produktionszweig dem von ihm bearbeiteten Rohstoff oder Halbfabrikat hinzufügt, und durch die Zusammenfassung dieser Werterhöhungen den Gesamtveredelungswert zu bestimmen, welcher der gewerblichen Produktion zuzurechnen ist.

Von dieser rein volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise, wie man sie nennen kann, ist scharf eine Betrachtungsweise der Produktion zu trennen, die vom Standpunkt des Unternehmers oder der Unternehmung ausgeht. Diese Betrachtungsweise sucht vor allem die Produktionskosten zu erfassen. Man gliedert die Produktionskosten vom „privatwirtschaftlichen“ Gesichtspunkt aus gewöhnlich in die Kosten des Materials, in die produktiven Löhne und in die allgemeinen Unkosten. Es ist hier nicht möglich und nicht notwendig, den inneren Zusammenhang dieser Gliederung mit dem Rechnungswesen der privaten Unternehmung überhaupt darzustellen. Nur soviel sei hervorgehoben, daß die allgemeinen Unkosten oder kurz die Unkosten die Aufwendungen sind, die bei allen Erzeugnissen des Betriebs zur Zeit ihrer Herstellung entstehen, ohne das einzelne Erzeugnis im besonderen zu treffen. Es sind die Kosten, welche der Betrieb als Ganzes braucht; es ist nicht unmittelbar festzustellen, wieviel von ihnen auf das einzelne Erzeugnis entfällt¹⁾. Wenn dagegen von Kosten des Materials die Rede ist, so sind nach dieser Betrachtungsweise nur der oder die Stoffe gemeint, die bei der Bearbeitung als wesentliche Bestandteile in das Halb- oder Fertigfabrikat eingehen; ihr Anteil an dem einzelnen Erzeugnis läßt sich feststellen. Keinesfalls sind

hier unter Material die Hilfsstoffe, die bei der Bearbeitung verbraucht werden, verstanden: Kohle, Schmieröle usw. Als produktive Löhne werden die Löhne der Arbeiter bezeichnet, die wiederum in privatwirtschaftlicher Betrachtungsweise „produktive“ Arbeit leisten, d. h. Arbeit, die ausschließlich zur Herstellung des Erzeugnisses ausgeübt wird. Den Gegensatz dazu bildet die Arbeit, die nicht den Erzeugnissen unmittelbar zugerechnet werden kann: die „unproduktive“ Arbeit der Hofarbeiter, Heizer, Wächter usw. Die allgemeinen Unkosten werden gewöhnlich in Fabrikationsunkosten und in Verkaufsunkosten getrennt. Es ist ersichtlich, daß Industriezweige, die für bestimmte Abnehmer produzieren, keine oder fast keine Verkaufsunkosten aufweisen. Die Fabrikationsunkosten zerfallen in zahlreiche Gruppen von Unkosten; es seien nur Gehälter und unproduktive Löhne, Kosten für Kraft, Beleuchtung und Heizung, Kosten für die Hilfsstoffe oder das Betriebsmaterial (Schmieröle, Packmaterial, Putzwolle usw.) und die Abschreibungen genannt.

Zieht man — um einen gedanklichen Zusammenhang der Produktionskosten mit dem früher besprochenen Ergebnis der Produktionserhebung herzustellen — von der Werterhöhung des einzelnen Produktionszweigs die Löhne und die Fabrikationsunkosten, soweit sie nicht bereits in den Materialkosten der Produktionserhebung berücksichtigt sind, ab, so bleibt der Gewinn der Unternehmung übrig. Wie angedeutet, greifen die Materialkosten der Produktionserhebung, die überhaupt die Gesamtheit der von außen bezogenen Stoffe einschließlich der Erzeugnisse vergangener Arbeit umfassen wollen, erheblich weiter als die Materialkosten, die das erste Glied der Produktionskosten bilden. Die Materialkosten der Produktionserhebung schließen außerdem noch eine Reihe von Fabrikationsunkosten ein.

Dieser Versuch, der die gewerbliche Produktionsstatistik einer theoretischen Betrachtung unterzog, dient dem Zweck, die im folgenden in den Grundzügen näher dargestellten drei großen Produktionserhebungen kritisch zu betrachten. Die Abschweifung zu den Produktionskosten wurde deshalb vorgenommen, weil die erste der behandelten Produktionserhebungen gleichzeitig auch eine Statistik der „Produktionsausgaben“ bieten will, weil ferner der Unterschied zwischen der Produktions- und Produktionskostenstatistik bisweilen verwischt wird. Es ist im Laufe dieser Voruntersuchung auch klar geworden, daß es praktisch unmöglich ist, das Ideal der reinen Produktionsstatistik zu erreichen. Um so notwendiger ist es, das Ideal selbst immer deutlich vor Augen zu haben; nur auf diese Weise ist es möglich, die Beweiskraft der Ergebnisse richtig zu bewerten.

II.

Eine umfassende Erhebung der gesamten Produktion der Volkswirtschaft veranstalteten die Vereinigten Staaten von Amerika alle 10 Jahre, zuletzt gelegentlich des 13. Zensus, der im Jahre 1910 durchgeführt wurde. Dieser Zensus ist bekanntlich ein Zählunternehmen, das nach deutschen Begriffen gleichzeitig eine Volks-, Berufs-, Betriebs- und Produktionserhebung umfaßt. Im folgenden wird unserm Plane entsprechend nur der Teil der Fragestellung, der Bearbeitung und der Ergebnisse des Zensus behandelt, der mit der gewerblichen Produktion im Zusammenhang steht.

Zunächst ist hervorzuheben, daß der amerikanische Zensus aus der Erhebung zahlreiche Betriebe ausgeschaltet hat, die

sich tatsächlich der gewerblichen Produktion widmen¹⁾. Nach den Anweisungen an die Zähler waren folgende Betriebe nicht zu zählen: 1. Betriebe, deren Jahreserzeugung einen Wert von 500 Dollar nicht erreicht; 2. Betriebe, die nur für bestimmte Kunden arbeiten, wie die Kundenschniderei, die Kundenschuhmacherei usw.; 3. die Betriebe, die dem Baugewerbe angehören; 4. Handwerksbetriebe mit kleiner Maschinenanlage, die nur für den örtlichen Bedarf arbeiten oder Reparaturarbeit ausführen; 5. Kleinhandelsgeschäfte, die nur gelegentlich und in geringem Umfange Waren herstellen; 6. der Gewerbebetrieb, der in Erziehungs-, Wohltätigkeits- und Strafanstalten ausgeübt wird; 7. endlich wurde den Zählern

¹⁾ Vergl. *Department of Commerce. Bureau of the Census. Thirteenth Census of the United States taken in the year 1910. Volume VIII. Manufactures 1909. General Report and Analysis.* Washington 1913, S. 19 und 20.

¹⁾ Vergl. G. Schlesinger: Selbstkostenberechnung im Maschinenbau. Zusammenstellung und kritische Beleuchtung bewährter Methoden mit praktischen Beispielen. Berlin 1911, S. 80.

eine Reihe von kleinen Industriezweigen namentlich aufgeführt, die nicht in die Erhebung einzubeziehen waren¹⁾. Der Textband der amerikanischen Zählung gibt selbst zu, daß mit diesen Hinweisen den Zählern keine genauen Unterscheidungsmerkmale dafür gegeben wurden, welche Betriebe in die Zählung einzubeziehen waren und welche nicht; es wird jedoch angenommen, daß mit Rücksicht auf den geringen Umfang der hier in Frage stehenden Betriebe etwa eingetretenen Fehlern keine große Bedeutung beizumessen sei.

Die vom Standpunkt der Erhebung aus wesentlichen Merkmale der Unternehmungen wurden durch einen allgemeinen Fragebogen erfaßt. Für die Betriebe von etwa 60 besonders wichtigen Industriezweigen waren außerdem noch Sonderfragebogen vorgesehen²⁾. Es muß jedoch bereits hier betont werden, daß die Sonderfragebogen im allgemeinen jeweils großen Industriegruppen, die oft mehrere Produktionsstufen umfassen, gewidmet sind; also ein Fragebogen für Baumwollbearbeitung, ein Fragebogen für Seidenbearbeitung, ein Fragebogen für Stahl- und Walzwerke usw. Der Sonderfragebogen für die Baumwollbearbeitung war danach sowohl von der reinen Spinnerei, von der reinen Weberei, als auch von einem kombinierten Unternehmen auszufüllen.

Soweit der amerikanische Zensus eine Produktionserhebung ist, kommen vor allem die Fragen 8 und 10 des allgemeinen Fragebogens in Betracht.

Frage 10 lautet:

„Erzeugnisse: Wert der Erzeugnisse und der während des Jahres geleisteten Arbeit.

Es ist der Verkaufswert oder Preis am Unternehmen oder Werk anzugeben und für alle während des Jahres hergestellten Erzeugnisse (ob verkauft oder nicht) einschließlich der Nebenprodukte zu berechnen. Die Haupterzeugnisse sind getrennt anzugeben und der Gesamtwert für jede Gruppe aufzuführen; wird die Verpackung mit den Erzeugnissen verkauft, so ist der Wert der Verpackung mit anzugeben. Unter „alle anderen Erzeugnisse, einschließlich der für Kunden- und Reparaturarbeit erhaltenen Beträge“ ist der Gesamtwert aller Erzeugnisse anzugeben, für die keine besonderen Werte eingesetzt wurden, samt den Beträgen, die für Kunden- und Reparaturarbeit und für Arbeiten erzielt wurden, deren Materialien von anderer Seite geliefert wurden.

.....	Dollar
.....	Dollar
Alle anderen Erzeugnisse einschließlich der für Kunden- und Reparaturarbeit er- haltenen Beträge	Dollar
Gesamtwert aller Erzeugnisse ..	Dollar

In dem erwähnten Sonderfragebogen für die Baumwollindustrie sind die zahlreichen Erzeugnisse der Baumwollindustrie, für welche der Zähler dann Menge und Wert anzugeben hatte, bereits namentlich aufgeführt.

Im Textband (vergl. S. 22 ff.) wird zu dieser Frage nach dem Wert der Erzeugnisse hervorgehoben, daß in diesem Verkaufswert naturgemäß auch der Gewinn des Unternehmers enthalten ist. Es wird ferner betont, daß die Erhebung danach strebte, den wirklichen reinen Verkaufswert der Erzeugnisse am Unternehmen zu erhalten. Insbesondere mußten Beträge für Fracht, die in dem Verkaufspreis enthalten waren, abgezogen werden. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß nicht der Wert der während des Jahres verkauften Erzeugnisse, sondern der Wert der während des Jahres hergestellten Erzeugnisse zu erheben war. Die Zähler hatten gegebenenfalls den Wert der lagernden, nicht verkauften Vorräte nach Einsicht in die Bücher der Unternehmung festzustellen und ihn dem Wert der verkauften Erzeugnisse zuzurechnen. Bezüglich

¹⁾ Vergl. den vorhin genannten Textband S. 804. — ²⁾ Vergl. den Textband S. 797 bis 800; hier ist der allgemeine Fragebogen und der für die Betriebe der Baumwollindustrie vorgesehene Fragebogen abgedruckt.

der Reparaturarbeit hebt der Textband ausdrücklich hervor, daß es unsinnig wäre, wenn sich der die Reparatur ausführende Betrieb den Wert des reparierten Erzeugnisses selbst zurechnete. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Verdingarbeit (*contract work*) im weitesten Sinn des Wortes. Führen Betriebe bestimmte Arbeitsprozesse an einem Erzeugnis für andere Unternehmungen aus, so dürfen die „Lohnbetriebe“, wie hervorgehoben wird, sich nicht etwa den Wert des von ihnen bearbeiteten Gegenstandes zurechnen, um Doppelzählungen zu vermeiden; denn der Endwert dieses in dem andern Unternehmen fertig bearbeiteten Erzeugnisses wird von der den Auftrag erteilenden Unternehmung angegeben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß in den Verkaufswerten einer Reihe von Erzeugnissen auch die staatlichen Abgaben enthalten sind.

Es besteht demnach das richtige Bestreben, den reinen Verkaufswert am Unternehmen zu erfassen; die in dem Verkaufspreis etwa enthaltenen Frachtkosten waren abzuziehen. Von dem eingangs dargelegten Standpunkt aus müßten allerdings sämtliche Verkaufsunkosten mit abgezogen werden. Die Berücksichtigung der staatlichen Abgaben, die beispielsweise bei den Getränkeindustrien recht hoch sind, ist mit Rücksicht auf den Zweck der Zählung nicht zu verstehen.

Ferner sind die Vorschriften über den einzusetzenden Wert nicht vollständig. Es ist zunächst nicht klar ersichtlich, welcher Wert für die lagernden, nicht verkauften Erzeugnisse anzugeben war. Er war nach Einsicht in die Bücher festzustellen; in den Büchern werden in diesem Fall die Erzeugnisse in der Regel nicht mit dem Verkaufswert stehen, sondern mit dem Selbstkostenpreis. War dann dieser einzusetzen? Oder falls der Verkaufswert anzugeben war, war der Verkaufswert am Ende des Jahres oder etwa im Jahresdurchschnitt einzusetzen? Als der theoretisch richtigste Wert der lagernden Erzeugnisse erscheint, wie später noch näher ausgeführt wird, der Verkaufswert am Jahresende, der allerdings auch noch näher zu umschreiben ist. Das insbesondere für die deutsche Produktionsstatistik so wichtige Problem der Wertfestsetzung von Erzeugnissen, die von einem Werk eines kombinierten Unternehmens hergestellt und an ein zweites Werk dieses Unternehmens zur fernerer Bearbeitung weitergegeben werden, ist für die amerikanische Produktionsstatistik deswegen nicht von hoher Bedeutung, weil die Sonderfragebogen sich bereits auf große umfassende Industriezweige erstrecken: hier war also in der Regel lediglich der Wert (Verkaufspreis) der tatsächlich verkauften Ware anzugeben. Ganz umgekehrt konnte aber auch die amerikanische Statistik dieses Problem nicht. Beispielsweise war für den Hochofenbetrieb ein Sonderfragebogen, für den Stahl- und Walzwerkbetrieb ein zweiter bestimmt. Zu welchem Wert hatte innerhalb einer gemischten Unternehmung der Hochofenbetrieb sein erzeugtes Roheisen anzugeben, das er dem Stahlwerk des gleichen Unternehmens überließ? Die einzelnen Unternehmungen verfahren in ihren Büchern, also bei ihrer Rechnungslegung, in verschiedener Weise; nicht allzu häufig legen sie als „Verrechnungspreis“ den Verkaufspreis — den für die Produktionsstatistik theoretisch richtigsten Wert — fest.

Die Frage 8 lautet:

„Materialien, Hilfsstoffe und Brennstoffe: Gesamtkosten für die während des Berichtsjahrs verbrauchten Stoffe.

Diese Frage bezieht sich auf alle Materialien und Hilfsstoffe jeder Art, ob roh oder teilweise bearbeitet, ob sie in das Produkt eingehen, als Gefäß dienen oder beim Bearbeitungsprozeß verbraucht werden, und auf alle Brennstoffe, ob sie zur Hitzeerzeugung oder Krafterzeugung oder beim Bearbeitungsprozeß, zur Herstellung von Koks, Gas oder Roheisen verbraucht werden. Die Angaben sollen sich nur auf die Kosten der Materialien beziehen, die während des Berichtsjahrs wirklich verbraucht wurden. Materialien, die von dem Unternehmen selbst hergestellt und bei dem Bearbeitungsprozeß

verbraucht werden, sollen nicht einbezogen werden. Falls für die Frachtkosten, die für die Materialien bezahlt werden, eine besondere Rechnung geführt wird, sind sie in einer besonderen Zeile anzugeben; andernfalls sind sie in die Kosten der beiden ersten Gruppen einzubeziehen.

Gesamtkosten aller Materialien (außer Brennstoffen) und Hilfsstoffe, die während des Berichtsjahrs verbraucht wurden . .	Dollar
Kosten der Brennstoffe und Miete für die Kraft	Dollar
Bezahlte Fracht, die oben nicht einbezogen ist	Dollar
Gesamtkosten der Materialien, Hilfsstoffe und Brennstoffe, sowie die darauf ruhende Fracht	Dollar

Die wichtigsten der verbrauchten Materialien sind besonders zu nennen

Auf dem Sonderfragebogen für die Baumwollindustrie waren die hauptsächlichsten der verbrauchten Materialien namentlich aufgeführt, wie Baumwolle, Baumwollgarn usw. Jedoch war gemäß der Anweisung zu dieser Frage nur das nicht in der Unternehmung hergestellte Garn aufzunehmen.

Der Textband betont zu dieser Frage noch einmal (vergl. S. 26 und 27), daß die Gesamtkosten der Materialien nicht nur die Kosten der Materialien umfassen, die in das Produkt eingehen, sondern auch der Materialien, die für die Unterhaltung der Maschinerie von Bedeutung sind, wie Brennstoffe und Schmiermittel; außerdem aber auch die Verpackungsmaterialien, wie Büchsen, Kannen, Körbe usw. Ferner wird wiederum darauf hingewiesen, daß lediglich die Kosten der während des Berichtsjahrs verbrauchten, nicht die der eingekauften Materialien erfragt wurden.

Auf Grund der Ergebnisse der beiden Fragen wird „der den Materialien durch die Bearbeitung hinzugefügte Wert“ (*Value added to materials by manufacture*) berechnet. Wie der Textband (S. 23) hervorhebt, stellt dieser Wert die Differenz zwischen dem Wert der Produkte und den Materialkosten dar. Diese Differenz enthält, wie weiter dargelegt wird, Löhne, Gehälter, ferner eine Reihe noch zu berührender verschiedener Ausgaben, endlich den Gewinn. Die Statistik dieser Werterhöhungen wird deshalb als besonders wertvoll bezeichnet, weil sie frei ist von den zahlreichen Doppelzählungen, welche eine Statistik, die sich lediglich auf den Wert der bearbeiteten Erzeugnisse stützt, enthält. Allerdings wird zugegeben, daß tatsächlich in einigen Industriezweigen solche Doppelzählungen vorkommen nämlich in den Fällen, wenn Unternehmungen für andere Unternehmungen, welche die Materialien liefern, Verdingarbeit leisten, also „im Lohn“ arbeiten (*do contract work*). Man hat an die Lohnmühlen, die Zwischenmeisterwerkstätten usw. zu denken. Hier setzt, wie der Textband (vergl. S. 24) ausführt, einmal das die Contractarbeit leistende Unternehmen den für diese Arbeit erhaltenen Betrag bei der Erhebung als Wert ein, während die andere Unternehmung, für welche die Contractarbeit ausgeführt wurde, den endgültigen Wert des bearbeiteten Erzeugnisses einsetzt, in dem auch der Wert der Contractarbeit enthalten ist. Es ist zu dieser Doppelzählung der Contractarbeit zu bemerken, daß sie vermieden worden wäre, wenn die Unternehmungen, für die die Contractarbeit ausgeführt wurde, von dem Wert der bearbeiteten Erzeugnisse auch den Wert der Contractarbeit abgezogen hätten.

Das dargelegte System der amerikanischen Produktionsstatistik, die Art der Ermittlung der Werterhöhung, die der einzelne Produktionszweig dem Erzeugnis zufügt, weist zweifellos gute Eigenarten auf. Richtig ist insbesondere bei der Aufstellung des Wertes der Materialkosten zur Vermeidung von Doppelzählungen die Einbeziehung aller von außen dem Bearbeitungsprozeß zugeführten Materialien, Hilfsstoffe und

Brennstoffe samt der Einbeziehung der etwa entrichteten Miete für Kraft, die an die Stelle der eigenen Krafterzeugung tritt.

Unrichtig ist das System der amerikanischen Produktionsstatistik darin, daß es bei der Berechnung der Werterhöhung, die ein Produktionszweig dem Erzeugnis zufügt, die Werterhöhung nicht besonders berücksichtigt, die das Erzeugnis durch die von fremden Produktionszweigen bezogenen Arbeitsmittel erfährt. Die Berechnung der Werterhöhungen, welche die einzelnen Zweige der Industrie den Materialien verleihen, geht vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Von dieser Betrachtungsweise aus sind die Werterhöhungen der Arbeitsmittel nur den Industrien zuzurechnen, denen die Arbeitsmittel entstammen. Dieser durch die Arbeitsmittel hervorgerufenen Werterhöhung kommt gegenwärtig bei zahlreichen Industriezweigen eine immer größere, bei einigen Zweigen eine übertragende Bedeutung zu.

Will man den Versuch unternehmen, dieser Werterhöhung der Arbeitsmittel Rechnung zu tragen, so muß man sich daran erinnern, daß die Arbeitsmittel (im weitesten Sinn) vom Standpunkt der Unternehmungen des die Arbeitsmittel besitzenden Produktionszweigs als stehendes Kapital angesehen werden. Es wurde bereits in der Einleitung dargelegt, daß die Werterhöhung, die das stehende Kapital — also das Ergebnis vergangener fremder Arbeit — an das Erzeugnis abgibt, in der Buchführung der Unternehmung als Abnutzung des stehenden Kapitals zum Ausdruck kommt, der durch Abschreibungen Rechnung getragen wird. Diese Abschreibungen wären also von dem Gesamtwert der Produktion außerdem noch in Abzug zu bringen, um die Werterhöhung, welche lediglich dem Produktionszweig an sich zuzuschreiben ist, zu erhalten. Es ist dabei vorausgesetzt, daß das stehende Kapital in der Tat das Ergebnis fremder Arbeit, der Arbeit fremder Produktionszweige (vor allem Maschinenindustrie, Baugewerbe) ist und nicht im eigenen Betrieb hergestellt ist; eine Voraussetzung, die in der Regel zutreffen wird. Man darf ohne weiteres annehmen, daß die Erfassung und Einbeziehung der Abschreibungen in die Produktionserhebung bei den grundverschiedenen Abschreibungsmethoden völlig unvergleichbare Ergebnisse gezeitigt hätte. Andererseits wurde bereits dargelegt, daß — selbst wenn eine einwandfreie Erfassung der Abschreibungen möglich wäre — zur unbedingten Vermeidung von Doppelzählungen mehrere Jahre umfassende Produktionserhebungen notwendig wären, um die Fehlerquellen auch nur einigermaßen aufzuheben.

Diese Kritik an einem Verfahren, dem von vornherein ein besseres nicht gegenüber gestellt werden kann, bezweckt lediglich, darauf hinzuweisen, daß die von der amerikanischen und — wie gezeigt wird — von der englischen Produktionsstatistik unter größtem Aufwand berechnete Werterhöhung bei einer großen Zahl wichtiger Industriezweige für weitere Schlußfolgerungen von außerordentlich begrenztem Wert ist.

Um dieses Urteil näher zu begründen und um überhaupt einen Einblick in die amerikanische Erhebung zu gewähren, seien zunächst einige Ergebnisse der amerikanischen Produktionsstatistik mitgeteilt. Die Endergebnisse der Produktionserhebung lassen sich in folgende drei Zahlen zusammenfassen:

Wert der Erzeugnisse	20 672 051 870 Dollar
Kosten der Materialien	12 142 790 878 „
Werteshöhung (<i>value added by manufacture</i>)	8 529 260 992 Dollar.

Um einen Einblick zu erhalten, wie sich diese Zahlen innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen gestalten, sei aus dem Textband (vergl. S. 53) nachfolgende Übersicht (Tab. 1) wiedergegeben. Sie gibt die Zahlen nur für große Gewerbegruppen, liefert also nur einen rohen Einblick. Da es hier jedoch vor allem darauf ankommt, die methodische Seite der Produktionsstatistik darzulegen und insbesondere zu untersuchen, ob solche Erhebungen wirtschaftlichen und praktischen Zwecken dienen

Gesamtergebnisse der amerikanischen Produktionsstatistik für die großen Gewerbegruppen.

(Tab. 1.)														
Gewerbegruppen.	Jahr	Zahl der Unternehmungen	Lohnarbeiter		Kosten der Materialien	Wert der Erzeugnisse		Werterhöhung durch die Bearbeitung		Werterhöhung durch die Bearbeitung v. H. des Wertes der Erzeugnisse	Zunahme v. H.			
			durchschnittliche Zahl	v. H. der Gesamtzahl	Dollar	Dollar	v. H. der Gesamtzahl	Dollar	v. H. der Gesamtzahl		Zeitraum	Lohnarbeiter	Wert der Erzeugnisse	Werterhöhung durch die Bearbeitung
Sämtliche Industrien	1909	268 491	6 615 046	100,0	12 142 790 878	20 672 051 870	100,0	8 529 260 992	100,0	41,3	1899-1909	40,4	81,2	76,5
	1904	216 180	5 468 383	100,0	8 500 207 810	14 793 902 563	100,0	6 293 694 753	100,0	42,5	1904-1909	21,0	39,7	35,5
	1899	207 514	4 712 763	100,0	6 575 851 491	11 406 926 701	100,0	4 831 075 210	100,0	42,4	1899-1904	16,0	29,7	30,3
1. Nahrungsmittel und verwandte Erzeugnisse . . .	1909	55 364	411 575	6,2	3 187 803 080	3 937 617 891	19,0	749 814 811	8,8	19,0	1899-1909	36,8	79,0	80,1
	1904	45 857	354 046	6,5	2 306 120 760	2 845 555 772	19,2	539 435 012	8,6	19,0	1904-1909	16,2	38,4	39,0
	1899	41 247	301 868	6,4	1 782 862 809	2 199 203 442	19,3	416 340 633	8,6	18,9	1899-1904	17,3	29,4	29,6
2. Erzeugnisse der Textilindustrie .	1909	21 695	1 437 258	21,7	1 741 987 395	3 054 708 084	14,8	1 312 720 689	15,4	43,0	1899-1909	40,6	87,6	79,0
	1904	17 022	1 155 613	21,1	1 244 864 546	2 144 604 719	14,5	899 740 173	14,3	42,0	1904-1909	24,4	42,4	45,9
	1899	17 640	1 021 869	21,7	894 394 531	1 627 889 077	14,3	733 494 546	15,2	45,1	1899-1904	13,1	31,7	22,7
3. Eisen und Stahl und Erzeugnisse daraus	1909	17 289	1 025 044	15,5	1 802 105 826	3 163 126 293	15,8	1 361 020 467	16,0	43,0	1899-1909	37,8	74,0	66,7
	1904	14 430	867 390	15,9	1 192 111 689	2 197 773 117	14,9	1 005 661 428	16,0	45,8	1904-1909	18,2	43,9	35,3
	1899	14 080	744 069	15,8	1 001 781 364	1 818 095 771	15,9	816 314 407	16,9	44,9	1899-1904	16,6	20,9	23,2
4. Erzeugnisse der Holzindustrie . .	1909	48 533	907 514	13,7	714 573 711	1 582 522 263	7,7	867 948 552	10,2	54,8	1899-1909	35,6	57,5	65,2
	1904	32 493	729 686	13,3	514 907 696	1 214 476 055	8,2	699 568 359	11,1	57,8	1904-1909	24,4	30,3	24,1
	1899	34 947	669 043	14,2	479 396 305	1 004 716 682	8,8	525 320 377	10,9	52,3	1899-1904	9,1	20,9	33,2
5. Leder und Erzeugnisse daraus	1909	5 728	309 766	4,7	669 874 518	992 713 322	4,8	322 638 804	3,8	32,5	1899-1909	24,6	70,6	74,1
	1904	5 318	264 459	4,8	480 220 706	724 391 050	4,9	244 170 344	3,9	33,7	1904-1909	17,1	37,0	32,2
	1899	5 625	248 626	5,3	396 633 189	582 047 900	5,1	185 414 711	3,8	31,9	1899-1904	6,4	24,5	31,7
6. Papier und Buchdruck	1909	34 828	415 990	6,8	451 238 634	1 179 285 247	5,7	728 046 613	8,8	61,7	1899-1909	39,2	94,0	85,1
	1904	30 803	351 640	6,4	309 012 305	859 814 263	5,8	550 801 958	8,8	64,1	1904-1909	18,3	37,2	32,2
	1899	26 627	298 744	6,3	214 565 643	607 907 231	5,8	393 341 588	8,1	64,7	1899-1904	17,7	41,4	40,0
7. Getränke	1909	7 347	77 827	1,2	186 127 887	674 311 051	3,8	488 183 164	5,7	72,4	1899-1909	41,2	76,1	68,9
	1904	6 379	68 338	1,3	139 849 038	501 253 855	3,4	361 404 817	5,7	72,1	1904-1909	13,9	34,5	35,1
	1899	5 740	55 120	1,2	93 815 032	382 898 381	3,4	289 083 349	6,0	75,5	1899-1904	24,0	30,9	25,0
8. Erzeugnisse der chemischen Industrie	1909	11 745	237 988	3,6	867 019 526	1 430 901 954	6,9	563 882 428	6,6	39,4	1899-1909	32,6	97,1	91,6
	1904	9 548	208 345	3,8	604 034 306	1 023 790 759	6,9	419 756 453	6,7	41,0	1904-1909	14,2	39,8	34,3
	1899	8 687	179 539	3,8	431 790 578	726 105 558	6,4	294 314 980	6,1	40,5	1899-1904	16,0	41,0	42,6
9. Stein-, Erde- und Glaserzeugnisse .	1909	16 168	342 827	5,2	183 791 550	531 736 831	2,6	347 945 281	4,1	65,4	1899-1909	48,0	96,5	87,6
	1904	10 773	285 346	5,2	123 066 911	391 147 449	2,6	268 080 538	4,2	68,5	1904-1909	20,1	35,9	29,8
	1899	11 524	231 716	4,9	85 137 414	270 650 143	2,4	185 512 729	3,8	68,5	1899-1904	23,1	44,5	44,5
10. Metalle u. Erzeugnisse daraus außer Eisen und Stahl	1909	8 750	248 785	3,8	891 014 733	1 238 251 401	6,0	347 236 668	4,1	28,0	1899-1909	55,1	79,7	59,8
	1904	5 843	197 692	3,6	632 395 257	894 282 432	6,0	261 887 175	4,2	29,3	1904-1909	25,8	38,5	32,6
	1899	4 996	160 422	3,4	471 598 902	688 927 152	6,0	217 328 250	4,5	31,5	1899-1904	23,2	29,8	20,5
11. Tabakindustrie .	1909	15 822	166 810	2,5	177 185 621	416 695 104	2,0	239 509 483	2,8	57,5	1899-1909	25,9	58,0	40,2
	1904	16 827	159 406	2,9	126 085 608	331 111 181	2,2	205 025 573	3,2	61,9	1904-1909	4,6	25,8	16,8
	1899	14 959	132 526	2,8	92 866 542	263 713 173	2,8	170 846 631	3,8	64,8	1899-1904	20,3	25,6	20,0
12. Fahrzeuge für den Landverkehr	1909	6 562	202 719	3,1	306 536 675	561 763 289	2,7	255 226 614	3,0	45,4	1899-1909	51,7	102,4	105,4
	1904	6 058	136 625	2,5	177 640 767	320 623 822	2,2	142 983 055	2,3	44,8	1904-1909	48,4	75,2	78,5
	1899	7 338	133 663	2,8	153 253 973	277 485 366	2,4	124 231 393	2,6	44,8	1899-1904	2,2	15,5	15,1
13. Eisenbahnreparaturwerkstätten	1909	1 686	304 592	4,5	214 581 311	437 563 288	2,1	222 981 977	2,6	51,0	1899-1909	68,6	92,3	96,2
	1904	1 226	247 922	4,5	156 568 161	323 212 210	2,2	166 644 049	2,6	51,6	1904-1909	22,9	35,4	33,8
	1899	1 400	180 620	3,8	113 809 097	227 484 469	2,0	113 675 372	2,4	50,0	1899-1904	37,3	42,1	46,6
14. Verschiedene Industrien	1909	16 974	526 351	8,0	748 950 411	1 470 855 852	7,1	721 905 441	8,5	49,1	1899-1909	48,8	101,6	97,3
	1904	13 603	441 875	8,1	493 330 060	1 021 865 879	6,9	528 535 819	8,4	51,7	1904-1909	19,1	43,9	36,6
	1899	12 704	354 938	7,5	363 946 112	729 802 356	6,4	365 856 244	7,6	50,1	1899-1904	24,5	40,0	44,5

können, genügt diese Zusammenstellung. Die Übersicht gibt ferner die Ergebnisse früherer Produktionserhebungen der Jahre 1899 und 1904 wieder und stellt Vergleichen an. Die früheren Erhebungen weichen in der Fragestellung und Aufbereitung stellenweise von der des Jahres 1909 ab, jedoch nicht in dem Maße, daß eine Vergleichung unter Heranziehung der großen Gewerbegruppen ausgeschlossen wäre.

In dieser Übersicht sind die Hauptergebnisse der amerikanischen Produktions- und auch Betriebsstatistik in zusammengedrängter Form vereint. Die Übersicht gewährt also eine Vorstellung davon, was das bisher erläuterte System der amerikanischen Statistik überhaupt leisten kann. Man wird zunächst darauf hinweisen müssen, daß insbesondere der historische Überblick, der sich aus der Übersicht gewinnen läßt, von Wert ist. Die Methode der Erhebung wurde zwar von Zählung zu Zählung starken Veränderungen unterzogen; trotzdem ist die Möglichkeit gegeben, deutlich die Entwicklung der zur Darstellung ausgewählten Gesamtheiten (Lohnarbeiter, Material-

kosten, Wert der Erzeugnisse, Werterhöhung, Anteil der Werterhöhung am Wert der Erzeugnisse) zu verfolgen.

Es ist jedoch nur schwer möglich, die wichtigste Gesamtheit, die Werterhöhung durch die Bearbeitung, an sich oder auf die anderen Gesamtheiten bezogen, für sozialwissenschaftliche oder praktisch politische Zwecke zu verwerten. Vor allem deswegen, weil in dieser Werterhöhung wesensverschiedene Elemente ungetrennt enthalten sind. Jede Schlußfolgerung wird dadurch erschwert, bei wichtigen Industriezweigen unmöglich gemacht, daß der oft erwähnte Teil der Werterhöhung, der dem stehenden Kapital zuzuschreiben ist, nicht erfaßt worden ist. Dieser Teil der Werterhöhung fällt bei Produktionszweigen wie Maschinenindustrie, elektrischer Industrie, chemischer Industrie, zahlreichen Zweigen der Eisenindustrie, der Nahrungsmittelindustrie (Brauerei) usw., also Produktionszweigen, in denen das stehende Kapital gegenüber dem umlaufenden Kapital eine überragende Bedeutung hat, entscheidend ins Gewicht. Die Kenntnis dieses Teiles der Werterhöhung ist notwendig, um

tieferer Schlüsse zu ziehen. Er wäre auf jeden Fall getrennt von den übrigen in dem Wert der Erzeugnisse enthaltenen Bestandteilen aufzuführen, sei es, daß man ihn aus der Werterhöhung der Gewerbegruppe ausscheidet, wie es nach dem System der amerikanischen Bearbeitung der Erhebung (Ausscheidung aller von fremden Produktionszweigen gelieferten Materialien und Erzeugnisse aus der Werterhöhung zur Vermeidung von Doppelzählungen) erforderlich ist, sei es, daß man ihn der Werterhöhung zuteilt.

Der amerikanische Zensus hat nun das Ergebnis der eigentlichen Produktionserhebung in bemerkenswerter Weise erweitert, um auf diesem Wege eine Produktionskostenstatistik zu erhalten. Der Unterschied beider Statistiken wurde bereits in den einleitenden theoretischen Betrachtungen dargelegt. Die Produktionskostenstatistik ist vom Standpunkt der Unternehmung aus zu verstehen; sie gibt die bei der Durchführung der Produktion dem Unternehmer entstandenen Kosten in eingehender Gliederung wieder. Die übliche Gliederung der Produktionskosten vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus in Kosten für zu bearbeitende Materialien, für produktive Löhne und in allgemeine Unkosten (Fabrikations- und Verkaufsunkosten) wurde bereits aufgeführt. Die amerikanische Erhebung faßt die Produktionskosten unter dem Ausdruck Ausgaben (*expenses*) zusammen.

Als erstes Glied der Ausgaben setzt der Zensus in seiner Statistik der Ausgaben (vergl. Textband, Kapitel VIII, *Expenses*, S. 129 ff.) die von der Produktionserhebung her bekannten Materialkosten in dem früheren Umfang ein:

1. Materialkosten	12 142 790 878 Dollar
Materialien außer Brennstoffe	11 496 873 804 „
Brennstoffe und Kraftmiete	570 067 824 „
Besonders angegebene Frachtkosten . .	75 849 250 „

Es wurde früher hervorgehoben, daß in den Materialkosten des Zensus bereits eine Reihe allgemeiner Unkosten (Kosten für Hilfsstoffe, Brennstoffe, Kraftmiete, Frachtkosten für herangeschaffte Materialien) enthalten ist, sofern man die besprochene privatwirtschaftliche Einteilung heranzieht.

Als zweites Hauptglied folgen die Gehälter und Löhne. Um diesen Produktionskostenbestandteil zu erhalten, sah der Zensus eine besondere Frage im Erhebungsbogen vor.

Frage 7 lautet:

„7. Gehalts- und Lohnzahlungen: Gesamtbetrag der während des Berichtsjahrs gezahlten Gehälter und Löhne.

Es sind nicht die für Verdingarbeit (*contract work*) gezahlten Beträge anzugeben; wird solche Arbeit von regelmäßig Beschäftigten geleistet, so sind die dafür gezahlten Beträge bei Frage 9 (das ist die noch zu berührende Frage nach den „Verschiedenen Ausgaben“) anzugeben.

Besoldete Beamte der <i>Corporations</i>	Dollar
Direktoren und Betriebsleiter	Dollar
Schreiber, Stenographen, Verkäufer und andere besoldete Angestellte	Dollar
Lohnarbeiter, einschließlich der Stücklohnarbeiter	Dollar
Zusammen	Dollar

Vergl. für die Werkmeister und Vorarbeiter die Anmerkung zu Frage 5¹⁾.

Die Frage nach den Gehältern und Löhnen brachte folgendes Ergebnis:

¹⁾ Dort ist gesagt, daß diese Gruppe von Angestellten für den Fall, daß sie Lohn empfangen und eine ähnliche Arbeit verrichten wie die ihnen unterstellten Arbeiter, zu den Lohnarbeitern zu rechnen ist; haben sie lediglich die Aufgabe der Aufsichtsführung, so sind sie den Betriebsleitern zuzurechnen.

Zahlungen für Löhne und Gehälter	4 365 612 851 Dollar,
Gehälter	938 574 967 „
Beamte der <i>Corporations</i>	220 668 065 „
Direktoren und Betriebsleiter	219 908 801 „
Schreiber und andere besoldete Angestellte	497 998 101 „
Löhne	3 427 037 884 „

Durch diese Frage wurden also sowohl die produktiven als auch die unproduktiven Löhne im Sinne der privatwirtschaftlichen Ausdrucksweise erfaßt.

Wurde den Arbeitern Kost und Wohnung, die in den Lohn eingerechnet wurden, gewährt, so waren die Beträge dafür gleichfalls bei der nächsten Frage einzusetzen. Andererseits waren in die Löhne die an Reisende gezahlten Kommissionsgebühren oder an Beamte, Betriebsleiter, Werkmeister oder Arbeiter gezahlten Anteile des Gewinns einzubeziehen (vergl. die Anweisung an die Zähler im Textband S. 807). Diese ausgezahlten Gewinnanteile sind für die Zwecke einer Gehalts- und Lohnstatistik von Bedeutung; es ist jedoch fehlerhaft, sie in eine Produktionskostenstatistik einzubeziehen.

Das dritte Glied stellten die „Verschiedenen Ausgaben“ dar. Auch diesen Ausgaben war eine besondere Frage gewidmet.

Frage 9 lautet:

„9. Verschiedene Ausgaben: Beträge, die während des Jahres für die folgenden Materien bezahlt wurden.

Es sind alle Arten von Ausgaben, die in das Geschäftsjahr fallen, einzubeziehen, soweit sie nicht bei der Frage 7 (betrifft Gehälter und Löhne) und 8 (betrifft Materialien, Hilfsstoffe und Brennstoffe) genannt sind. Es sind nicht anzugeben Zinsen, sei es für Obligationen oder sonstige Verpflichtungen, oder Dividenden für das Kapital oder Abschreibungen.

Miete des Unternehmens oder der Werke . .	Dollar
Abgaben { a) innere staatliche Abgaben . .	Dollar
b) andere Abgaben	Dollar
Miete für Büros und Gebäude außer für das Unternehmen oder die Werke, Miete für Maschinen, Abgaben, Patentbenutzung, Versicherung, gewöhnliche Reparaturkosten für Gebäude und Maschinen, Ausgaben für Inserate, für Reisende und alle anderen sonstigen Ausgaben	Dollar
Verdingarbeit (<i>contract work</i>), soweit sie nicht in der Antwort auf Frage 7 enthalten ist	Dollar
Zusammen	Dollar

Die Frage sucht also die allgemeinen Unkosten zu erfassen, die mit der Frage nach den Materialien und nach den Löhnen und Gehältern nicht erfaßt waren. Von verhängnisvoller Bedeutung für die Werte der Ergebnisse ist die Tatsache, daß einer der wichtigsten Unkostenbestandteile, die Abschreibungen, nicht erfragt wurden. Wiederum muß betont werden, daß die der Entwertung des stehenden Kapitals entsprechenden Abschreibungen für zahlreiche Industriezweige mit großem stehenden Kapital (Maschinenindustrie, elektrische Industrie, chemische Industrie, Eisenindustrie, Textilindustrie usw.) von der höchsten Bedeutung sind. Die Nichtberücksichtigung der Abschreibungen trübt zum mindesten in diesen wichtigen Produktionszweigen das Ergebnis stark. Die Verkaufsunkosten (Ausgaben für Inserate, Reisende usw.) werden mit Recht hier berücksichtigt, da sie bei der Wiedergabe des Wertes der hergestellten Erzeugnisse (nicht mit Recht) auch berücksichtigt worden sind. Staatliche und andere Abgaben, die früher (gleichfalls zu Unrecht) in den Wert der Erzeugnisse einbezogen wurden, werden hier bei den Ausgaben wieder mit herangezogen. Die Erfassung der Produktionskosten durch die Frage 7, 8 und 9 ist demnach, von verhältnismäßig kleinen Fehlerquellen abgesehen, an einer entscheidend wichtigen Stelle (Abschreibungen) unvollständig.

Um auch hier eine Vorstellung von den tatsächlichen Ergebnissen zu vermitteln, sei die Produktionskostenstatistik oder Ausgabenstatistik des Textbandes (vergl. S. 129) für die Vereinigten Staaten mitgeteilt:

Arten der Ausgaben 1909.

Zusammen	18 454 089 599	Dollar 100,0%
1. Materialkosten	12 142 790 878	„ 65,8 „
Materialien außer Feuerung	11 496 873 804	„ 62,3 „
Feuerung und Kraftmiete	570 067 824	„ 3,1 „
Besonders angegebene Frachtkosten	75 849 250	„ 0,4 „
2. Zahlungen für Löhne und Gehälter	4 365 612 851	„ 23,7 „
Gehälter	938 574 967	„ 5,1 „
Beamte der Corporations	220 668 065	„ 1,2 „
Direktoren und Betriebsleiter	219 908 801	„ 1,2 „
Schreiber und andere besoldete Angestellte	497 998 101	„ 2,7 „
Löhne	3 427 037 884	„ 18,6 „
3. Verschiedene Ausgaben	1 945 685 870	„ 10,5 „
Miete des Unternehmens	106 573 661	„ 0,6 „
Abgaben	351 309 449	„ 1,9 „
Innere Abgaben	263 012 010	„ 1,4 „
Andere	88 297 439	„ 0,5 „
Verding- (contract-) Arbeit	178 645 635	„ 1,0 „
Alle anderen Ausgaben (vergl. Frage 9)	1 309 157 125	„ 7,1 „

Im Textband (S. 132) ist ferner für die 86 „führenden“ Industriezweige der Vereinigten Staaten die verhältnismäßige Verteilung der Produktionskosten berechnet; es werden die vier Gruppen Gehälter, Löhne, Materialien und verschiedene Ausgaben unterschieden. Diese Berechnung, die trotz der erwähnten erheblichen Fehlerquellen wichtige Einblicke in einzelne Industriezweige gewährt, sei im folgenden wiedergegeben. Im Textband sind die Industriezweige in alphabetischer Reihenfolge geordnet, also eine durchaus unergiebige Gliederung. Sie wurden deshalb hier nach einem anderen Grundsatz gruppiert, und zwar nach der Höhe des Lohnanteils:

Verhältnismäßiger Anteil an den Gesamtausgaben

Industriezweig	Löhne	Gehälter	Materialien	Verschiedene Ausgaben
Terpentin und Harz	49,2	8,7	25,8	16,3
Mauer- und Ziegelsteine	49,0	7,2	31,8	12,5
Glas	46,0	5,8	37,6	10,5
Waggons- und Reparaturwerkstätten für Straßenbahngesellschaften	45,4	3,8	47,5	3,4
Steingutwaren, Terrakotta u. Tonwaren	45,8	8,9	33,4	12,5
Marmor- und Steinerzeugnisse	44,8	6,7	39,4	9,1
Waggons- und Reparaturwerkstätten für Dampfbahngesellschaften	44,7	4,3	49,2	1,8
Uhren	43,8	7,3	37,2	12,1
Nähmaschinen, Kästen u. Zubehörteile	41,7	5,8	43,0	9,9
Kalk	40,1	7,2	45,2	7,5
Messerschmiedewaren und anderwärts nicht besonders aufgeführte Werkzeuge	38,6	9,2	40,1	12,1
Schiffbau einschließlich Bootbau	37,4	6,0	46,2	10,4
Knöpfe	35,4	6,8	49,7	8,2
Hüte	34,0	5,0	52,8	8,2
Holz, roh bearbeitet	33,7	5,7	52,9	7,7
Öfen	33,1	10,0	42,3	14,6
Holzerzeugnisse	32,0	4,8	51,0	12,2
Lokomotiven, die nicht von Eisenbahngesellschaften hergestellt sind	31,4	8,1	53,1	7,5
Veredelung von Textilerzeugnissen	30,9	7,3	51,4	10,4
Künstliches Eis	30,9	12,2	35,8	21,0
Möbel und Eisschränke	30,8	7,3	51,0	10,9
Herstellung von Gußwaren	29,8	8,7	50,1	11,4
Schachteln, Pappgalanteriewaren und Papier	29,1	7,7	53,3	9,9
Silberwaren	28,4	7,6	50,6	13,4
Musikalische Instrumente	28,2	6,9	54,2	10,7
Waffenfabrikation	28,0	6,4	56,6	9,1

Verhältnismäßiger Anteil an den Gesamtausgaben

Industriezweig	Löhne	Gehälter	Materialien	Verschiedene Ausgaben
Zement	27,3	6,5	52,3	13,9
Juwelierwaren	27,1	8,6	54,1	10,2
Wagen	27,0	5,7	58,9	8,4
Buchdruck	26,6	16,7	32,6	24,1
Bolzen, Muttern und Nieten, die nicht in Stahl- oder Walzwerken hergestellt sind	26,2	6,2	57,9	9,6
Galanteriewaren, die anderwärts nicht besonders aufgeführt sind	26,1	8,9	53,1	11,9
Gas- und elektrische Lampen, Reflektoren und Zubehörteile	26,0	10,9	51,2	11,9
Strumpf- und Trikotwaren	25,5	4,4	62,7	7,4
Teppiche und Decken	24,9	3,5	63,5	8,0
Elektrische Maschinen und Apparate	24,5	10,0	53,8	11,7
Landwirtschaftliche Geräte	24,3	8,6	51,1	16,0
Baumwollwaren	24,0	2,6	66,9	6,5
Automobile	23,1	4,5	62,5	9,9
Waggons, nicht für Bahngesellschaften	23,0	4,4	66,7	6,0
Frauenkleider	23,0	6,0	61,1	9,9
Korsetts	22,5	10,0	54,5	13,0
Kupfer-, Zinn- u. Eisenblecherzeugnisse	22,4	5,8	63,7	8,1
Handschuhe aus Leder	22,4	5,9	62,2	9,5
Putz- und Spitzenwaren	22,0	7,3	60,9	9,8
Seide und Seidenwaren	21,8	4,2	60,8	13,2
Böttcherei	21,6	3,8	68,1	6,6
Mineral- und Sodawasser	20,9	8,6	49,8	20,6
Männerkleider	20,7	5,2	57,9	16,2
Stiefel und Schuhe, einschl. Schäfte	20,6	3,9	69,6	5,9
Stiefel und Schuhe aus Gummi	20,5	3,4	71,1	5,0
Ausrüstungsgegenstände für Männer	19,5	6,7	63,4	10,3
Künstliche Blumen und Federn	19,4	5,7	66,6	8,3
Lederwaren	19,3	7,2	64,6	8,9
Tabakfabriken	19,0	4,6	48,4	28,0
Woll- und Kammgarnwaren und Wollhüte	18,7	2,6	72,9	5,8
Gas, Beleuchtung und Heizung	18,4	10,9	46,2	24,5
Stahl- und Walzwerke	18,3	2,9	73,9	4,8
Matratzen und Springbetten	18,2	6,4	64,7	10,6
Koks	18,2	2,4	75,5	3,9
Brot und andere Backwaren	17,4	4,0	69,9	8,6
Messing- und Bronzeerzeugnisse	17,3	4,1	72,6	6,0
Papier- und Holzstoff	17,2	4,0	69,7	9,1
Drahtwaren	17,1	7,2	65,9	9,8
Pelzwaren	16,6	5,4	67,8	10,1
Papierwaren, die anderwärts nicht aufgezählt sind	16,6	7,5	63,4	12,5
Taue, Bindfaden, Jute- und Leinenwaren	16,3	3,3	73,0	7,4
Chemikalien	15,0	6,5	68,2	10,3
Getränke aus Malz	13,7	7,6	32,2	46,5
Konservenindustrie	13,5	5,6	72,0	9,0
Draht	13,3	2,8	78,2	5,7
Konditorei	13,1	7,6	67,9	11,4
Gummierzeugnisse, die nicht anderwärts aufgeführt sind	12,4	4,7	72,0	10,9
Leder, gegerbt, zubereitet	10,5	2,2	81,2	6,1
Pharmazeutische Erzeugnisse	8,7	14,9	44,1	32,4
Düngerfabrikation	8,3	4,9	77,2	9,7
Farben und Lacke	7,4	9,3	71,1	12,2
Hochöfen	6,8	1,8	88,4	3,0
Nahrungsmittelindustrien, soweit sie nicht besonders aufgeführt sind	6,3	5,2	74,8	13,7
Seife	6,3	5,6	73,5	14,6
Petroleum, gereinigt	4,4	1,8	89,6	4,2
Butter, Käse und kondensierte Milch	4,3	1,4	91,0	3,3
Öl, Baumwollsaamen und Ölkuchen	4,3	3,1	87,7	4,9
Schlächtereier und Fleischverpackung	3,9	1,5	91,3	3,3
Schmelzen und Reinigen von Kupfer	3,8	0,7	94,4	1,1
Müllerei	2,6	1,5	92,8	3,1
Alle Industriezweige	18,6	5,1	65,8	10,5

Diese Übersicht zeigt die Bedeutung und den Wert der amerikanischen Produktionskostenstatistik. Die hier durchgeführte Gliederung nach der Höhe des Lohnanteils ist geeignet, das Maß der Abhängigkeit der einzelnen Industriezweige von dem Produktionsfaktor Arbeit darzulegen. Es stehen also die Industriezweige an der Spitze, in denen der Arbeit eine hohe Bedeutung zukommt. Dies trifft allerdings nur für die Industriezweige zu, in denen gleichzeitig die für die Entwertung des stehenden Kapitals einzusetzenden Abschreibungen geringen Umfangs sind. Für die Industriezweige, in denen jedoch hohe Beträge für Abschreibungen einzustellen sind, trifft die ganze Betrachtung nicht zu. Unter den an der Spitze stehenden Industrien befinden sich beispielsweise Waggon- und Reparaturwerkstätten, Nähmaschinen, Schiffbau, also Industriezweige mit hohen Abschreibungskosten. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß bei der Berücksichtigung der Kosten für Abschreibungen innerhalb der Produktionskosten der verhältnismäßige Lohnanteil dieser Industrien niedriger wäre, diese Industrien also an einer späteren Stelle ständen.

Je höher in einem Industriezweig der verhältnismäßige Anteil der Ausgaben für Löhne ist, desto niedriger ist gewöhnlich der Anteil der Materialkosten. Wie die Übersicht zeigt, trifft diese Umkehrung durchaus nicht immer zu. Die Reihenfolge der Industrien, geordnet nach der Höhe der Materialkosten, entspricht oft nicht der umgekehrten Reihenfolge der Lohnkosten. Die Hauptursache liegt bei den „Verschiedenen Ausgaben“.

Von wesentlichem Einfluß auf die Höhe dieser „Verschiedenen Ausgaben“ scheint die Tatsache zu sein, ob der Produktionszweig mit hohen Verkaufsunkosten zu rechnen hat. Die Industriezweige, die hinsichtlich der verschiedenen Ausgaben an der Spitze stehen, bestätigen offenbar diese Behauptung: Getränke aus Malz (46,5), pharmazeutische Erzeugnisse (32,4), Tabakfabriken (28,0), Gas, Beleuchtung und Heizung (24,5), Buchdruck (24,1), künstliches Eis (21,0), Mineral- und Sodawasser (20,6).

Die Betrachtung über die Produktionskostenstatistik ergibt, daß ihren Ergebnissen eine größere Bedeutung zugeschrieben werden muß als der eigentlichen Produktionserhebung, obwohl auch sie mit erheblichen Mängeln behaftet ist.

III.

Im Anschluß an die amerikanische Produktionsstatistik seien die englischen Produktionserhebungen (*Census of Production*) des Jahres 1907, die auf dem Gesetz vom 21. Dezember 1906 beruhen, behandelt. Diese Erhebungen werden gemäß einer Verordnung des Handelsministeriums vom 28. Oktober 1911 nunmehr alle fünf Jahre durchgeführt. Die letzten Erhebungen beziehen sich auf das Jahr 1912; sie sind jedoch noch nicht veröffentlicht worden.

In einer Anlage zu dem genannten Gesetz war der Kreis der Personen, welche die Fragebogen zu beantworten hatten, näher umschrieben: 1. Die Inhaber der Fabriken und Werkstätten im Sinne des Fabrik- und Werkstättengesetzes vom Jahre 1901; 2. die Eigentümer, Direktoren oder Leiter der Bergwerke und Steinbrüche; 3. die Bauunternehmer; 4. die Unternehmer, die Eisenbahnen, Straßenbahnen, Häfen, Docks, Kanäle, Schleusen, Straßen, Dämme, Behälter oder Schächte herstellen, ändern oder ausbessern, die Gas- oder Wasserrohre, telegraphische, telephonische oder elektrische Leitungen und Anlagen oder andere vorgeschriebene Anlagen errichten oder erneuern; 5. die Unternehmer, die Arbeiten ausgeben und außerhalb ihres Betriebes herstellen lassen; 6. die Personen, die ein anderes vorgeschriebenes Gewerbe oder Geschäft ausüben.

Die Erhebungen des Handelsministeriums bezogen sich nicht auf die Landwirtschaft; jedoch veranstaltete gleichzeitig das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei und die Irische Abteilung für Landwirtschaft und technische Ausbildung, um die notwendige Ergänzung herbeizuführen, freiwillig eine Erhebung für die Landwirtschaft, die für Großbritannien das mit dem Juni 1908 endende Jahr, für Irland das Kalenderjahr 1908 umfaßte.

Wie der Schlußbericht¹⁾ des Leiters der Produktionserhebungen noch einmal ausdrücklich hervorhebt, waren bestimmte Personenkreise und Betriebe von der Erhebung ausgeschlossen. Dazu gehören: 1. Personen, die auf ihre eigene Rechnung arbeiten; die allein arbeitenden Dorfschmiede, Schuhmacher, Sattler wurden nur einbezogen, wenn sie in den Listen des *Home Office* als Inhaber von Werkstätten bezeichnet waren; 2. Inhaber von Heimwerkstätten, die nur Familienmitglieder beschäftigen; sie wurden aber im allgemeinen als Außenarbeiter der Unternehmer angesehen, von denen sie Außenarbeit erhielten; 3. Männer-

werkstätten; Werkstätten, in denen nur erwachsene Männer beschäftigt waren, waren nicht in den Listen des *Home Office* enthalten: die Inhaber brauchten daher nicht zu berichten; 4. Verleger, die nicht gleichzeitig Gewerbetreibende, also nur Kaufleute waren; 5. eine Reihe besonders aufgeführter Beschäftigungsarten, wie Teemischen und Teeverpacken, Kaffeerösten, -mahlen und -verpacken usw., war durch besondere Verordnung von der Erhebung ausgeschlossen.

Für jede Unternehmung war ein Fragebogen auszufüllen. Umfaßte eine Firma mehr als einen Betrieb, so war für jeden Betrieb ein besonderer Fragebogen auszufüllen. Es war jedoch der Firma gestattet, für alle ihre Betriebe, die in England und Wales lagen, einen zusammengefaßten Bericht abzugeben; ebenso für alle ihre Betriebe, die in Schottland oder in Irland lagen.

Für jeden Industriezweig wurde ein besonderer Fragebogen ausgegeben, der sich der besonderen Eigenart dieses Zweiges anpaßte. Der wesentliche Inhalt der Fragen selbst war jedoch überall der gleiche. Die Fragen des Erhebungsbogens, die ausgefüllt werden mußten, betrafen die Art des Gewerbes oder der Beschäftigung; die Umgrenzung des Berichtsjahrs; den Ertrag; die verbrauchten Materialien; die ausgegebene Arbeit; die Zahl der beschäftigten Personen; die Zahl der Arbeitstage und endlich die verbrauchte oder erzeugte Kraft. Die Fragebogen unterscheiden sich von einander vor allem hinsichtlich der Frage nach dem Ertrage. Hier waren bereits im Fragebogen die für den Industriezweig, dem der Fragebogen galt, überhaupt in Betracht kommenden Erzeugnisse aufgeführt; es war also lediglich Menge und Wert einzusetzen. Außer den aufgeführten Fragen, die in jedem Falle beantwortet werden mußten, waren für jeden Industriezweig einige Sonderfragen über Ertrag, Betriebseinrichtungen, Kohlenverbrauch gestellt, deren Beantwortung jedoch freiwillig war.

Bevor auf die Fragen im einzelnen und auf ihre Bedeutung eingegangen wird, sei hervorgehoben, daß die Industriezweige, für welche die einzelnen Sonderfragebogen ausgearbeitet wurden, recht weit gefaßt waren, im allgemeinen noch weiter, als es bei der amerikanischen Produktionserhebung der Fall war. So war beispielsweise für die gesamte Eisen- und Stahlindustrie ein einziger Fragebogen aufgestellt, auf dem dann bei der Frage nach dem Ertrag sämtliche Haupterzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie aufgeführt waren. Der Fragebogen galt also sowohl für die Hochofenbetriebe wie für die Gießereien, Puddelwerke, Stahlwerke und Walzwerke; er galt aber auch für die

¹⁾ Vergl. *Census of Production. Final Report on the first Census of Production of the United Kingdom (1907)* Cd. 6320. London 1912. S. 2.

kombinierten Betriebe, die zwei oder mehrere, gegebenenfalls alle der genannten Produktionszweige umfassen. Es konnte zwar für jeden der aufgeführten Zweige der Eisen- und Stahlindustrie ein besonderer — immer der für die gesamte Eisen- und Stahlindustrie geltende — Fragebogen ausgefüllt werden; ein solches Verfahren war jedoch keinesfalls notwendig und wurde in der Tat auch nicht oft durchgeführt. Für andere umfassende Industriezweige waren die übrigen Sonderfragebogen aufgestellt, also beispielsweise ein Fragebogen für die gesamte Baumwollindustrie, für die Seidenindustrie usw., für die Holzindustrie, für die gesamte Maschinenindustrie im weitesten Sinne usw.

Was die Fragen im einzelnen betrifft, so ist der Sinn der Frage nach der Art des Gewerbes oder der Beschäftigung sowie der Frage nach dem Berichtsjahr ohne weiteres einleuchtend. In der Anweisung zu der Frage nach dem Berichtsjahr ist jeweils hervorgehoben, daß sich die Antworten im allgemeinen auf das Jahr 1907 zu beziehen hatten. Stimmte jedoch das Jahr, für das die Unternehmung Rechnung legte, mit dem Kalenderjahr nicht überein, so durfte die Unternehmung auch ihr Rechnungsjahr für die Produktionsstatistik zu Grunde legen, sofern das Rechnungsjahr nicht vor dem 30. Juni 1907 oder nach dem 30. Juni 1908 zu Ende ging.

Die dritte Frage ist die Hauptfrage des Erhebungsbogens: sie will den Ertrag im Berichtsjahr erfassen. Wie bereits erwähnt worden ist, sind in dem Erhebungsbogen des einzelnen Industriezweiges nacheinander alle für den in Frage stehenden Industriezweig überhaupt in Betracht kommenden Erzeugnisse aufgezählt. Der Betriebsinhaber hatte bei der Beantwortung nicht nur Menge und Wert der im Berichtsjahr fertig gestellten und verkauften Erzeugnisse, sondern auch den Wert der fertig gestellten Erzeugnisse anzugeben, die am Ende des Berichtsjahrs auf Lager waren.

Als Wert der Erzeugnisse war der Nettoverkaufswert (*net selling value*) einzusetzen. Es wird darunter der in Rechnung gestellte Verkaufspreis nach Abzug von Diskont, Vermittlergebühren und der vom Hersteller an andere Verkehrsanstalten bezahlten Frachten verstanden. Es durften jedoch nicht die Kosten für Fracht und Lieferung, die durch das eigene Personal der Firma erfolgte, sowie die Gehälter und Ausgaben der allein im Dienst der Firma stehenden Reisenden abgezogen werden. Wenn Waren herkömmlicherweise mit der Verpackung verkauft werden und die Kisten usw. nicht zurückzusenden sind, enthält der in Rechnung gestellte Wert nicht die Verpackung. Die Anweisung zur Ausfüllung des Fragebogens gibt ferner nähere Bestimmungen über die Berechnung des Wertes der Waren, die während des Jahres hergestellt, aber bis Ende des Jahres nicht verkauft wurden. Diese Waren sollen, soweit wie möglich, auf der Grundlage der Marktpreise, die am Ende des Jahres herrschen, geschätzt werden. Die englische Statistik gibt für die Wertermittlung keinen Weg an, wenn für die Ware überhaupt kein Marktpreis vorhanden ist. Wo Waren gegen Aufträge auf Lager gehalten werden, können sie nach der Anweisung auf der Grundlage dieser Aufträge bewertet werden.

Hatte eine Unternehmung zwei oder mehrere aufeinander folgende Betriebe, beispielsweise Spinnerei und Weberei, und wollte sie — was sie nach den Vorschriften nicht nötig hatte — für jeden Betrieb einen besonderen Erhebungsbogen ausfüllen, so mußte sie bezüglich der Wertberechnung des Garns die beiden Betriebe als zwei selbständige Einheiten behandeln, deren eine (Spinnerei) der andern (Weberei) das Garn in Rechnung stellt. Der Fragebogen teilt allerdings nicht näher mit, zu welchem Preise (Marktpreis oder Selbstkostenpreis usw.) das Halbfabrikat, in unserm Beispiel das Garn, in Rechnung zu stellen war.

Bearbeitete die Unternehmung für andere, vor allem Handelsunternehmungen, Materialien, die ihr von diesen Unterneh-

mungen geliefert wurden, so war in einer weiteren Zeile nicht etwa der Wert der fremden verarbeiteten Stoffe, sondern der für die geleistete Arbeit erhaltene Betrag einzusetzen. Endlich war bei der Frage nach den Erzeugnissen noch der Wert für alle Bauarbeiten und Reparaturarbeiten an den Anlagen und der Maschinerie, die durch das eigene Personal der Unternehmung ausgeführt wurden, anzugeben.

Aus den Bestimmungen über die Wertermittlung der Erzeugnisse ergibt sich, daß der Verkaufspreis am Unternehmen einschließlich der der Unternehmung selbst zuzurechnenden Fracht- und Verkaufsunkosten einzusetzen war. Das Ziel der englischen Erhebung ist dem der amerikanischen darin durchaus ähnlich, daß auch sie die Werterhöhung der eigentlichen Bearbeitung ermitteln will. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Einbeziehung der Fracht- und der Verkaufsunkosten nicht zu rechtfertigen. Vor allem entstehen bei diesem Verfahren keine unter sich vergleichbaren Werte, da die Übernahme der Verfrachtung der Waren und das Vorhandensein der Verkaufsunkosten innerhalb der einzelnen Unternehmungen eines Industriezweiges „zufällig“ ist. Daß die Vorschriften über die Wertermittlung von Waren, die am Ende des Jahres lagern und die keinen Marktpreis besitzen, ferner von Halbfabrikaten, die an eigene Betriebe der Unternehmung zur Weiterverarbeitung geliefert werden, fehlen, wurde bereits hervorgehoben.

Die vierte Frage betrifft den Wert der im Berichtsjahr verbrauchten Materialien: „geschätzte Gesamtkosten der gekauften Materialien und der im Berichtsjahr verbrauchten Betriebsmittel“. Die Anweisung für diese Frage gibt bereits den Zweck der Frage an; es soll der Nettowert (*net value*) der Produktion des Vereinigten Königreichs im Berichtsjahr ermittelt werden. Er wird dadurch gewonnen, daß man von dem durch die vorige Frage ermittelten Wert der Jahreserzeugung die durch die vierte Frage ermittelten Beträge abzieht. In die Materialien sind nach der Anweisung alle Roh- und anderen Materialien sowie die Hilfsstoffe einzubeziehen, die bei der Erzeugung des Ertrags verarbeitet oder verbraucht werden; alle gekauften Brennstoffe, Gas und elektrischer Strom; Öl, Putzmittel und andere Betriebsmittel; alle Werkzeuge — soweit sie nicht Bestandteile der dauernden Maschinerie und Anlagen sind —, welche die im Laufe des Jahres abgenutzten Werkzeuge ersetzen; Packmaterialien und nicht zurückzusendende Kisten sowie alle Materialien, welche von den Arbeitern der Unternehmung bei Reparaturen an und beim Bau von Gebäuden, Anlagen oder der Maschinerie der Unternehmung verbraucht werden. Ausdrücklich wird in der Anweisung betont, daß Maschinerie und Anlagen, die während des Jahres für den Gebrauch der Unternehmung gekauft oder hergestellt worden sind, nicht unter die Materialien einbezogen werden sollen; es soll ferner auch für ihre Entwertung kein Betrag eingesetzt werden. Die Kosten für die Materialien und Betriebsmittel waren in einer Summe anzugeben. Materialien, die bereits am Anfang des Jahres im Besitz der Unternehmung waren und während des Jahres verbraucht wurden, waren mit dem Wert einzusetzen, zu dem sie in den Büchern der Firma am Anfang des Jahres standen. Der Wert der am Ende des Berichtsjahrs lagernden Materialien war nicht in die Antwort einzubeziehen. Endlich waren die Materialien, die einem Betrieb der Unternehmung von einem andern Betrieb der gleichen Unternehmung geliefert wurden, so zu behandeln, als wären sie zu dem Betrag gekauft worden, mit dem der empfangende Betrieb belastet wird.

Gegen diese Ermittlung der gekauften Materialien und Betriebsmittel ist — ebenso wie bei der amerikanischen Produktionsstatistik — einzuwenden, daß unter Berücksichtigung des Endzwecks der Erhebung (Ermittlung der Werterhöhung, die jedem Industriezweig zuzurechnen ist) auch hier jede Erfassung des Wertes fehlt, den die von andern Industriezweigen

gelieferten Arbeitsmittel im weitesten Sinne, also das stehende Kapital, dem Erzeugnis verleihen. Ausdrücklich war die Einsetzung eines Betrags für Entwertung verboten. Auch hier muß betont werden, daß die Außerachtlassung dieser von fremden Industriezweigen bezogenen Werte das Ergebnis für die wichtigsten Industriezweige ganz erheblich beeinträchtigt. Einen kleinen Versuch macht allerdings die englische Erhebung, die Arbeitsmittel zu erfassen. Es waren in den Wert der verbrauchten Materialien die Werkzeuge einzubeziehen, die — nicht Bestandteile der dauernden Maschinerie und Anlagen — die im Laufe des Jahres abgenutzten Werkzeuge ersetzen. Die schwer zu entscheidende Frage, wann ein Werkzeug (Feilen, Sägen, Hämmer, Bohrer usw.) Bestandteil der dauernden Maschinerie und Anlagen (*forming part of the permanent machinery and plant*) ist, wird nicht beantwortet. Genügt eine Abnutzungsdauer von zwei, drei, vier Jahren?

Bedenklich ist ferner die Vorschrift der Anweisung, daß die verbrauchten Materialien und Betriebsmittel, wozu also auch noch eine Anzahl Werkzeuge zu rechnen ist, nur in einer Summe anzugeben waren. Die eine Summe besteht, wie dargelegt wurde, aus wesensverschiedenen Bestandteilen; jede Kontrolle für die Erhebungsorgane, jeder tiefere Einblick in die Art der Produktionsmittel einer Industrie ist damit beeinträchtigt.

Besonders zu erwähnen ist schließlich noch die Wertsetzung der Materialien, die ein Betrieb einer Unternehmung von einem Betriebe der gleichen Unternehmung bezieht. Diese Materialien sind nach der Anweisung von dem empfangenden Betriebe so zu behandeln, als wären sie zu dem Betrage gekauft worden, mit dem der empfangende Betrieb belastet wird. Es war also der für die innere Verrechnung der Betriebe des Unternehmens einzusetzende „Verrechnungspreis“ anzugeben. Damit ist kein fest umschriebener Preis gegeben. Dieser Verrechnungspreis kann der Selbstkostenpreis oder der Marktpreis oder oft auch ein nach anderen Grundsätzen berechneter Preis sein. Häufig wird wohl der Selbstkostenpreis eingesetzt worden sein. Es ist einleuchtend, daß dann innerhalb eines Industriezweiges die Preise für die verbrauchten Materialien ungleichartig sind. Teils sind wirkliche Einkaufs- bzw. Verkaufspreise einschließlich des Gewinns, teils aber auch Selbstkostenpreise ohne Gewinn eingesetzt, was natürlich auch die Berechnung der Werterhöhung beeinflusst. Da die Fragebogen jedoch im allgemeinen große Industriezweige umfassen und die Betriebe eines Unternehmens wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle einen zusammengefaßten Bericht abgegeben haben werden, ist diese Verschiedenartigkeit der Preise der Materialien vielleicht nicht von erheblichem Einfluß.

Im Zusammenhang mit dem Zweck, der durch die Frage nach den verbrauchten Materialien verfolgt wird, steht ferner die nächste Frage nach der im Berichtsjahr ausgegebenen Arbeit. Die Frage lautet: „Geschätzter Gesamtbetrag, der anderen Firmen für Arbeit zu zahlen ist, die an sie ausgegeben wurde, wobei der Wert der ausgegebenen Arbeit in dem durch Frage 3 ermittelten Ertrag eingeschlossen ist.“ Der für die ausgegebene Arbeit bezahlte Wert wurde von dem durch die Frage 3 ermittelten Ertragswert abgezogen. Die Frage wurde überhaupt gestellt, um Doppelzählungen zu vermeiden. Läßt beispielsweise eine Spinnerei das von ihr hergestellte Garn färben, so würde, falls der Wert der ausgegebenen Arbeit bei der Spinnerei nicht abgezogen wird, der Wert der Färbereitfähigkeit sowohl beim Spinner in dem Wert des von ihm verkauften gefärbten Garns erscheinen als auch beim Färber als Wert seiner Tätigkeit. Die Berücksichtigung des Wertes der ausgegebenen Arbeit und die Ausscheidung dieses Wertes vom Werte der Erzeugnisse bedeutet gegenüber der amerikanischen Produktionsstatistik einen erheblichen Fortschritt.

Die drei letzten Fragen, die in jedem Fall zu beantworten waren, stehen nur in mittelbarem Zusammenhang mit dem Zweck der Produktionserhebung. Es war zunächst die Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Personen in Gliederung nach Lohnarbeitern (männlich, weiblich; unter 18 Jahre, 18 Jahre und darüber) und Angestellten (in der gleichen Gliederung wie bei den Lohnarbeitern) anzugeben und zwar für vier besondere Tage: für den letzten Mittwoch der Monate Januar, April, Juli und Oktober. Außerdem war die Zahl der Kalendertage des Jahres nachzuweisen, an denen die Unternehmung für die Produktion offen stand, mit anderen Worten, die Zahl der Arbeitstage. Die letzte dieser Fragen betraf die Leistungsfähigkeit der im Betriebe benutzten Kraftmaschinen (Zahl der Pferdekkräfte) sowie den Umfang der im Berichtsjahr verbrauchten elektrischen Kraft.

Die Fragen, deren Beantwortung freiwillig war, galten vor allem dem Wert der Produktion des Jahres 1906, der Menge und dem Werte gewisser im Berichtsjahr hergestellten Halbfabrikate, der Zahl der im Berichtsjahr benutzten Arbeitsmaschinen und der Menge der verbrauchten Brennstoffe.

Das Hauptbestreben der englischen Produktionsstatistik geht — dem der amerikanischen Produktionsstatistik ähnlich — dahin, den Wert der Nettoproduktion (*net output*) eines jeden Industriezweigs — ein Wert, der im wesentlichen der Werterhöhung entspricht — zu erhalten. Die englische Statistik gewinnt diesen Wert, wie bereits angedeutet, dadurch, daß sie von dem Wert des Ertrages eines jeden Industriezweigs den Gesamtwert der verbrauchten Materialien und den Betrag abzieht, der anderen Betrieben für die Herstellung ausgegebener Arbeit bezahlt wurde. Diese Berechnung wird wie bei der amerikanischen Erhebung damit begründet, daß nur auf diese Weise die zahlreichen Doppelzählungen vermieden werden können, die sich ergeben, wenn man die Ertragswerte der Industriezweige des Landes unmittelbar zusammenfaßt. Der bereits erwähnte Schlußbericht über die englische Produktionserhebung des Jahres 1907 umschreibt das Wesen des Wertes der Nettoproduktion noch einmal deutlich (vgl. S. 8). Dieser Wert drückt „vollständig und unter Vermeidung von Doppelzählungen den Gesamtbetrag aus, um welchen der Wert (am Werk) der Erzeugnisse des Industriezweigs oder der als eine Gesamtheit aufgefaßten Gruppe die Kosten (am Werk) der von anderwärts gekauften Materialien übersteigt; d. h. der Wert der Nettoproduktion stellt den Wert dar, welcher den Materialien im Lauf der Bearbeitung hinzugefügt wurde (*the value added to the materials in the course of manufacture*). Diese Summe bildet für jeden Industriezweig den Fonds, aus dem Löhne, Gehälter, Miete, Zollabgaben, Zinsen, Steuern, Abnutzung, Reklame, Verkaufsspesen und ähnliche Ausgaben einschließlich des Profits bestritten werden müssen.“ Erläuternd wird noch einmal darauf hingewiesen, daß man zur Ermittlung des Wertes der Nettoproduktion die Kosten der Materialien am Werk von dem Wert des Ertrags am Werk abzieht; man zieht also mit anderen Worten nicht nur die Kosten der Materialien, welche die Materialien liefernden Unternehmungen als Wert ihres Ertrags angeben, sondern auch die etwaigen Verdienste der Kaufleute und die Frachtkosten vom Herstellungsort dieser Materialien zu dem Ort ab, wo sie weiter bearbeitet oder verbraucht werden.

Der zweite Satz der oben mitgeteilten Begriffserläuterung des Wertes der Nettoproduktion, der diesen Wert vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet und ihn als den Fonds bezeichnet, aus dem die aufgezählten Lasten einschließlich des Profits zu bestreiten sind, ist mit Einschränkungen richtig. So werden die Zinsen beispielsweise erst aus dem Profit bestritten. Diese „Ausgaben“ sind also dem Profit nicht etwa gleich geordnet. Hier ist ferner hervorzuheben, was der Schlußbericht im übrigen auch an anderer Stelle tut, daß bei den

öffentlichen Betrieben in dem Wert der Nettoproduktion überhaupt kein Profit enthalten ist; diese Betriebe arbeiten gemeinnützig.

Unrichtig ist hingegen die Behauptung des ersten Satzes, daß der Wert der Nettoproduktion eines Industriezweigs den Wert darstelle, der den Materialien im Laufe der Bearbeitung von dem Industriezweig hinzugefügt wurde. Es wurde bereits bei der Darlegung des Systems der amerikanischen Produktionsstatistik, das in seinem Grundgedanken mit dem der englischen Produktionsstatistik übereinstimmt, dargelegt, daß der wichtige Wertzuwachs, den die — im wesentlichen fremden Industriezweigen entstammenden — Arbeitsmittel (im weitesten Sinne) den Erzeugnissen des Industriezweigs erteilen, unberücksichtigt geblieben ist. Der gleiche Einwand ist auch gegen die englische Produktionsstatistik zu machen, sofern sie angibt, die Werterhöhung, die einem jeden Industriezweig als solchem zuzuschreiben ist, sei wiederzugeben. Die Werterhöhung, welche die Arbeitsmittel verleihen, ist unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt nicht dem Industriezweig zuzurechnen, zu dessen Produktionsmitteln die Arbeitsmittel vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gehören; ebenso wie die andern Produktionsmittel des Industriezweigs, also die Materialien, die er bearbeitet, nicht ihm, sondern nach volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt

den — die Materialien liefernden — Industriezweigen zugerechnet werden. Also auch hier das bedenkliche Ineinandergreifen volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Anschauungsweise.

Im folgenden werden in ähnlicher Weise, wie es für die amerikanische Erhebung geschah, die Endergebnisse der englischen Produktionsstatistik mitgeteilt. In dem bereits mehrmals erwähnten Schlußbericht (vergl. S. 19) ist die gesamte „Nettoproduktion“ der Industrie des Vereinigten Königreichs berechnet. Es ergab sich als

1. Wert des Ertrags (einschl. des Wertes der für fremde Unternehmungen geleisteten Arbeit) . 1 765 366 000 £
2. Wert der verbrauchten Materialien 1 028 346 000 „
3. Wert, der für ausgegebene Arbeit an andere Unternehmungen bezahlt wurde 24 885 000 „
4. Wert der Nettoproduktion 1 — (2 + 3) 712 135 000 „
5. Zahl der beschäftigten Personen (ausschl. der Außenarbeiter) 6 984 976 „
6. Wert der auf den Kopf der beschäftigten Personen entfallenden Nettoproduktion 102 „

Eine weitere Übersicht (Tab. 2), die gleichfalls dem Schlußbericht (vergl. S. 21) entnommen ist, weist nach, wie sich die Nettoproduktion in Höhe von 712 135 000 £ auf die großen Industriezweige verteilt.

Ergebnis der Produktionsstatistik in England.

Industriezweige.	Wert des Ertrags (einschl. des Wertes der für fremde Unternehmungen geleisteten Arbeit)	Wert der verbrauchten Materialien	Wert, der für ausgegebene Arbeit an andere Unternehmungen bezahlt wurde	Wert der Nettoproduktion 1 — (2+3)	Zahl der beschäftigten Personen
	£	£	£	£	
	1	2	3	4	5
Bergwerke und Steinbrüche	148 026 000	28 495 000	—	119 531 000	965 230
Eisen- und Stahlindustrie, Maschinen- und Schiffbau	375 196 000	212 224 000	9 890 000	153 082 000	1 539 415
Metallindustrie außer Eisen und Stahlindustrie	93 465 000	81 341 000	231 000	11 893 000	114 473
Textilindustrie	333 561 000	235 038 000	4 189 000	94 334 000	1 253 044
Bekleidungsindustrie	107 983 000	58 185 000	2 125 000	47 673 000	756 466
Industrie der Nahrungsmittel und Getränke, Tabakindustrie . .	287 446 000	197 734 000	198 000	89 514 000	463 701
Chemische Industrie und verwandte Gewerbe	75 032 000	53 466 000	9 000	21 557 000	127 842
Papierindustrie, Buchdruck, Industrie der Schreibmaterialien und verwandte Gewerbe	61 308 000	26 611 000	1 047 000	33 650 000	325 475
Leder-, Segeltuch- und Gummiindustrie	34 928 000	26 229 000	81 000	8 618 000	84 724
Holzindustrie	46 390 000	24 780 000	166 000	21 444 000	239 195
Ton- und Steinindustrie, Baugewerbe	116 692 000	49 679 000	6 557 000	60 456 000	725 240
Verschiedene Gewerbe	8 288 000	3 778 000	67 000	4 443 000	46 874
Öffentliche Betriebe	77 051 000	30 786 000	325 000	45 940 000	342 491
Zusammen	1 765 366 000	1 028 346 000	24 885 000	712 135 000	6 984 170

Gleichzeitig gibt der Schlußbericht über die einzelnen Industrien, für die Fragebogen ausgegeben waren, eingehendere Angaben. Vor allem werden die Erzeugnisse in Gliederung mitgeteilt. Außerdem wird versucht, die Ergebnisse der Fragen, deren Beantwortung freiwillig war, zu verwerten. Da diese freiwilligen Fragen in verschiedenem Umfang beantwortet wurden, ist es naturgemäß nicht möglich, ohne weiteres die sich aus deren Beantwortung ergebenden Schlüsse auf sämtliche Betriebe des Industriezweigs zu übertragen. Die Frage nach den — unter sich recht verschieden gearteten — Materialien und Betriebsmitteln wurde, wie erwähnt, lediglich mit einer Zahl beantwortet. Infolgedessen ist die Ausbeute nach dieser Richtung hin durchaus gering. Zieht man schließlich noch in Betracht, daß die für jeden Industriezweig berechnete Werterhöhung oder Nettoproduktion infolge der Nichtausscheidung und Nichtberücksichtigung der Werterhöhung, die volkswirtschaftlich anderen Industriezweigen zuzurechnen ist, in der Luft schwebt, so er-

gibt sich, daß die Endergebnisse für eine Reihe wichtiger Schlußfolgerungen unzureichend sind.

Dieses Gefühl von der Unfruchtbarkeit der Ergebnisse zum mindesten in der Form des — an sich umfangreichen — Schlußberichtes veranlaßte weitere Bearbeitungen. Eine solche hat vor allem A. W. Flux versucht; ihre Ergebnisse sind in der Zeitschrift der Statistischen Gesellschaft, Band LXXVI (Jahrgang 1912/13) veröffentlicht¹⁾. Seine Leistung besteht darin, daß er für jeden Industriezweig den Durchschnittswert der Nettoproduktion auf den Kopf des Beschäftigten berechnet hat. Er hat also den Wert der Nettoproduktion des Industriezweigs durch die Zahl der in dem Zweig Beschäftigten dividiert. Flux hat diese Berechnung einmal für alle Industrie-

¹⁾ Vergl. A. W. Flux (aller Wahrscheinlichkeit nach der Leiter des zweiten Zensus): *Gleanings (Nachlese) from the Census of Production Report. Journal of the Royal Statistical Society. Vol. LXXVI. S. 557 bis 585.*

Durchschnittliche Nettoproduktion auf den Kopf der Beschäftigten.

(Tab. 3.)				
Durchschnittlicher Wert der Nettoproduktion auf den Kopf der in der Industrie Beschäftigten berechnet	Sämtliche Industriezweige, einschließl. der mit Profit arbeitenden Zweige		Industriezweige, ausschließl. der mit Profit arbeitenden Zweige	
	Wert der Nettoproduktion in 1000 £	Zahl der Beschäftigten	Wert der Nettoproduktion in 1000 £	Zahl der Beschäftigten
1	2	3	4	5
Unter 50 £	1 915	59 591	955	32 613
50 u. weniger als 75 £	127 269	1 938 203	97 166	1 508 327
75 " " 100 £	185 998	2 192 288	181 428	2 144 236
100 " " 125 £	148 855	1 353 491	148 855	1 353 491
125 " " 150 £	116 564	915 761	116 495	915 291
150 " " 175 £	18 128	115 465	18 128	115 465
175 " " 200 £	30 564	164 830	30 564	164 830
200 £ und darüber . . .	82 842	244 541	82 842	244 541
Zusammen . . .	712 135	6 984 170	676 433	6 478 794

zweige, zum anderen für alle Industriezweige ohne die Zweige, in denen kein Profit erzielt wird (öffentliche Betriebe) durchgeführt. Das Ergebnis seiner Berechnung wird durch die vorstehende alle Industriezweige des Königreichs zusammenfassende

Übersicht (Tab. 3) veranschaulicht. Die Unterlagen zu dieser Übersicht, die für jeden Industriezweig durchgeführte Berechnung des Wertes der Nettoproduktion auf den Kopf des Beschäftigten, werden nicht mitgeteilt.

Es ist hier nicht der Ort, um auf die kleinen methodischen Bedenken einzugehen, welche die ganze Berechnung im Gefolge hat; teilweise hat sie im übrigen Flux selbst behandelt. Nur das eine große Bedenken sei hervorgehoben, auf das hier immer hingewiesen wurde: das Bedenken, das aus der Nichtberücksichtigung der Werterhöhung der Arbeitsmittel im weitesten Sinn (in privatwirtschaftlicher Betrachtungsweise gleich der Abnutzung des stehenden Kapitals) hervorgeht. Jeder Verwertung der auf den Kopf berechneten Bezüge zu einkommens-theoretischen und einkommenspolitischen Betrachtungen steht die Nichtberücksichtigung der dem stehenden Kapital zuzurechnenden Werterhöhung im Wege. Diese Werterhöhungen weichen in den einzelnen Industrien ganz erheblich von einander ab; werden sie berücksichtigt, so ergeben sich für die einzelnen Industrien wesentlich andere Kopfquoten, die nicht nur an sich, sondern auch — was entscheidend ist — in ihrer verhältnismäßigen Höhe unter einander von den von Flux berechneten Quoten abweichen. Dadurch ergibt sich schließlich auch in der Zusammenfassung ein erheblich anderes Bild als das oben wiedergegebene.

IV.

Die deutsche Produktionsstatistik unterscheidet sich bereits in der Anlage von der amerikanischen und englischen Statistik. Während die englischen und amerikanischen Produktionserhebungen sich das Ziel setzen, die gesamte gewerbliche Produktion des Landes, im besonderen die durch die Industrie bewirkte Werterhöhung, zu erfassen, gehen die deutschen Produktionserhebungen darauf aus, die Produktion einzelner großen Industriezweige darzustellen. Während in den Vereinigten Staaten von Amerika die Produktionserhebungen alle 10 Jahre als Bestandteil des großen Zensus, während in Großbritannien die Produktionserhebungen seit dem Jahre 1907 regelmäßig alle 5 Jahre durchgeführt werden, wurden diese Erhebungen in Deutschland im allgemeinen — von der alten Montanstatistik abgesehen — unregelmäßig mit dem Zweck durchgeführt, zahlenmäßige Unterlagen zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen, insbesondere zur Vorbereitung des Zolltarifs zu erhalten¹⁾. Hier wurden die ersten umfangreichen Produktionserhebungen in den Jahren 1898 ff. vorgenommen. Als Erhebungsjahr galt das Kalenderjahr 1897; lediglich für die Stärkeindustrie wurde das Geschäftsjahr 1897/98 zu Grunde gelegt. Die Produktionserhebungen wurden auf die Textilindustrie, Montan- und Eisenindustrie, die chemische Industrie, Kautschuk-, Guttapercha- und Zelluloidindustrie, Steinbruch- und Zementindustrie, die keramische Industrie, Glasindustrie, Papier- und Papierverarbeitungsindustrie, Lederindustrie, Tabakindustrie, Stärkeindustrie mit Ausnahme der Reisstärkefabrikation und die Damen- und Kindermantelfabrikation ausgedehnt. Die Erhebung in der Stärkeindustrie wurde für die Geschäftsjahre 1901/02, 1902/03 und 1903/04 wiederholt. Ferner fanden Erhebungen in der Margarineindustrie für das Jahr 1899 und in der Automobilindustrie für die Jahre 1901, 1903 und 1906 statt.

Seit dem Jahre 1907 wurden neue Produktionserhebungen veranstaltet, wiederum mit dem Hauptzweck, Unterlagen zur

Vorbereitung der neuen Handelsverträge zu erhalten. In die Produktionserhebungen wurde im übrigen auch die Montanindustrie einbezogen, um die alte unzulängliche Montanstatistik durchgreifend zu verbessern. Für die Jahre 1908 bis 1911 wurden neben der alten Montanstatistik Erhebungen auf neuer Grundlage vorgenommen. Diese neuen Erhebungen führten zu einer Umgestaltung der Montanstatistik; durch Bundesratsbeschluß vom 21. Dezember 1912 wurde der erste Teil der Montanstatistik, welcher die rein bergbaulichen Betriebe (Steinkohlenbergbaubetriebe, Braunkohlenbergbaubetriebe, Erzbergbaubetriebe, Erdölbetriebe, Asphaltsteinbrüche, Graphitgruben, Salinen, Salzbergbaubetriebe einschließlich der Betriebe zur Verarbeitung der rohen Kalisalze) zum Gegenstand hat, umgestaltet. Die Erhebungen für das Jahr 1912 waren bereits auf den neuen Erhebungspapieren aufgebaut.

Ferner wurde durch den Bundesratsbeschluß vom 19. Dezember 1913 der zweite Teil der Montanstatistik, der sich auf die Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie bezieht, abgeändert. Die Kohlenindustrie umfaßt im einzelnen Kokereien; Steinpreßkohlen-(Brikett-) Fabriken; Braunkohlen-, Schiefer- und Torfschweilereien; ferner Braunpreßkohlen-, (Brikett-) und Naßpreßsteinfabriken. Die Eisenindustrie umfaßt Hochofenbetriebe; Gießereien (Eisen- und Stahlgießereien) einschließlich der Kleinbessemerereien; Werke, die Schweißisen (Puddeleisen, Puddelstahl, Raffinierstahl usw.) herstellen; Werke, welche Flußeisen oder Flußstahl nach dem Thomas- oder Bessemer- oder Siemens-Martin- oder Elektrostahlverfahren oder im Tiegel herstellen; endlich Walzwerke mit oder ohne Schmiede- oder Preßwerk. Der Hüttenindustrie gehören an Kupferhütten; Zinkhütten (mit Ausnahme der Zinkblenderösthütten zur Herstellung von Schwefelsäure oder verflüssigter schwefliger Säure); Blei- und Silberhütten; Gold- und Silberscheideanstalten; andere Hütten (Hütten, die kein Eisen, Kupfer, Zink, Blei, Silber oder Gold als Haupterzeugnis herstellen); endlich Betriebe, welche Schwefelsäure oder verflüssigte schweflige Säure herstellen. Auch diese Bundesratsvorschriften kamen bereits für die Erhebungen des Jahres 1912 zur Anwendung.

¹⁾ Vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Ergänzungsheft zu 1913, III. Die Ergebnisse der deutschen Produktionserhebungen. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte. Berlin 1913.

Für die 23 aufgeführten Produktionszweige des Bergbaues, der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie bildeten also die seit dem Jahre 1907 durchgeführten Produktionserhebungen die Grundlage zu regelmäßigen jährlichen Erhebungen. Die Produktionserhebungen, die jedoch gleichzeitig für eine Anzahl anderer Industriezweige durchgeführt wurden, stellen sich als gelegentliche Erhebungen dar. Es kommen im einzelnen 23 Produktionszweige der Textilindustrie, 5 Produktionszweige der chemischen Industrie, 4 Betriebszweige der Stärkeindustrie, die Kartoffeltrocknungsindustrie, die Kraftfahrzeugindustrie, die Bereifungs-, Ballonstoff- und Flugzeugstoffindustrie, die Zementindustrie und die Lederindustrie in Betracht.

Was die deutschen Produktionserhebungen, die regelmäßigen und die gelegentlichen, gegenüber den amerikanischen und englischen Erhebungen kennzeichnet, ist vor allem die Tatsache, daß die deutsche Produktionsstatistik darauf verzichtet, die früher eingehend erörterte Werterhöhung, welche der einzelne Produktionszweig dem Erzeugnis erteilt, zu berechnen. Die deutsche Produktionsstatistik wäre bei ihrem jetzigen Umfang auch gar nicht in der Lage, das Ziel der amerikanischen und englischen Statistik zu erreichen: den Gesamtwert der Bearbeitung der Industrie des Landes anzugeben. Die deutsche Statistik richtet ihr Hauptaugenmerk vielmehr darauf, Menge und Wert der Erzeugnisse eines Produktionszweigs, ferner die Menge und häufig auch den Wert der bei der Produktion verbrauchten Rohstoffe und Halbfabrikate im einzelnen wiederzugeben. Sie verzichtet im allgemeinen allerdings darauf, die in die Produktion mittelbar eingehenden Hilfsstoffe wie Schmieröle und die für die Zwecke der Heizung und Kraftlieferung notwendigen Brennstoffe zu erfragen. Selbstverständlich werden auch die auf das Produkt übertragenen Werte der Arbeitsmittel des stehenden Kapitals nicht berücksichtigt. Was jedoch die deutsche Produktionsstatistik gegenüber der amerikanischen und englischen auszeichnet, ist die eingehende Darlegung der Art und Herkunft der verbrauchten Rohstoffe sowie der Art der hergestellten Erzeugnisse. Sie geht nach diesen Richtungen weit über die beiden fremden Produktionserhebungen hinaus. Der Produktionszweig, dem die einzelne Erhebung sich widmet, ist ferner — im Gegensatz zu der amerikanischen und englischen Statistik — verhältnismäßig eng umgrenzt. Während die fremden Erhebungen mit je einem Fragebogen Gruppen von Produktionszweigen, also große Industriezweige (Eisenindustrie, Maschinenindustrie, chemische Industrie, Baumwollindustrie usw.) erfassen, beschränken sich die deutschen Fragebogen, wie an dem Beispiel der Hütten- und Eisenindustrie bereits gezeigt wurde, auf je einen eng umschriebenen Produktionszweig.

Das Wesen der deutschen Produktionsstatistik soll im folgenden an einigen Beispielen klar gelegt werden. Zunächst ist hervorzuheben, daß unter den Gewerbebetrieben der in die Erhebung einbezogenen Produktionszweige nur solche Unternehmungen befragt worden sind, die einer Berufsgenossenschaft nach Maßgabe des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 angehören. Durch die Beschränkung auf diese Unternehmungen wurde im wesentlichen erreicht, daß die handwerksmäßigen Betriebe unberücksichtigt blieben. Ferner ist hervorzuheben, daß jeder der ausgegebenen Fragebogen nur von den Betrieben auszufüllen war, welche dem auf dem Fragebogen bezeichneten Produktionszweig tatsächlich angehörten. Umfaßte also eine Unternehmung der Montanindustrie Kohlenbergbau, Hochofenbetrieb, Stahlwerk und Walzwerk, so war für jeden der vier Betriebe ein Fragebogen auszufüllen. Es sind also für die Produktionsstatistik in diesem Falle vier Betriebe vorhanden.

Was die Fragebogen selbst betrifft, so weisen sie alle das gleiche Gerippe auf, sind jedoch in der Aus-

gestaltung der einzelnen Fragen den Produktionszweigen, für die sie bestimmt sind, angepaßt. Die Fragen beziehen sich in der Hauptsache auf die Zahl der beschäftigten Personen, auf Löhne und Gehälter dieser Personen, auf die Art und Zahl der Betriebseinrichtungen, ferner auf Menge, Wert und Ursprungsland der verarbeiteten Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate und schließlich auf Menge und Wert der Erzeugnisse.

Um ein Beispiel zu geben, sei der Fragebogen für die Hochofenbetriebe dargestellt.

Die beiden ersten Fragen lauten:

- „I. A. Wieviel berufsgenossenschaftlich versicherte Personen sind im Jahre 19.. durchschnittlich beschäftigt gewesen?
- B. Wie hoch ist der Betrag der diesen Personen gezahlten Löhne und Gehälter im Jahre 19.. gewesen?“

In den Erläuterungen zu dieser Frage wird darauf hingewiesen, daß hier die für den Hochofenbetrieb der Berufsgenossenschaft mitgeteilte Zahl der durchschnittlich im Laufe des Jahres beschäftigt gewesen, gesetzlich und freiwillig versicherten Personen und deren Löhne und Gehälter anzugeben sind. Enthalten die Zahlen für die Berufsgenossenschaft auch die in anderen Betrieben beschäftigt gewesen Personen und deren Löhne und Gehälter, so sind — soweit möglich — die auf diese anderen Betriebe entfallenden Personen und deren Löhne und Gehälter abzugiehen.

Was die Abgrenzung der dem Hochofenbetrieb angehörenden Personen angeht, so liegen hier die gleichen Probleme wie bei einer Betriebsstatistik vor; es sind häufig Arbeiter gleichzeitig im Hochofenbetrieb und in anderen Betrieben der Unternehmung tätig. Die Produktionsstatistik will Doppelzählungen vermeiden und ersucht daher, sofern schätzungsweise eine Feststellung und Zuteilung nicht möglich ist, die beschäftigten Personen und deren Löhne und Gehälter nur einmal, und zwar auf dem Fragebogen desjenigen Betriebs zu bezeichnen, bei dem die Beschäftigung vorwiegend stattgefunden hat. Das ist ein Ausweg, eben für den Fall, daß man Doppelzählungen vermeiden will. Der Betrieb, in dem die Arbeiter nicht „vorwiegend“ beschäftigt sind, ist dann naturgemäß zu schwach besetzt. Die Angaben über die den berufsgenossenschaftlich versicherten Personen ausgezahlten Löhne und Gehälter (in einer Summe) können natürlich nur einen ganz rohen Einblick in die Lohnverhältnisse des Produktionszweigs gewähren. Die Angaben, insbesondere die Berechnung des Verhältnisses der Löhne auf einen Arbeiter können eine etwas höhere Bedeutung gewinnen, wenn die Ergebnisse eines Produktionszweiges für mehrere Jahre vorliegen. Ebenso lassen sich dann vielleicht Schlüsse aus der Lohnsumme als Anteil der Produktionskosten, gegenüber den im Betrieb verwendeten Rohstoffen und Halbfabrikaten ziehen.

Die zweite Gruppe von Fragen, die sich auf die Betriebseinrichtungen erstreckt, lautet:

- „II. A. Wieviel Hochofen sind Ende des Jahres 19.. für die Herstellung von Roheisen und Gußwaren erster Schmelzung auf dem Werke vorhanden gewesen?¹⁾ Hochofen
- B. Wieviel Hochofen sind im Laufe des Jahres 19.. in Betrieb gewesen? Hochofen
- C. Wieviel Wochen sind die Öfen unter B insgesamt in Betrieb gewesen (Summe der Betriebswochen der einzelnen Öfen)? Wochen“

¹⁾ Falls Hochofen für Holzkohlen vorhanden und in Betrieb gewesen sind, sind die hierauf bezüglichen Angaben unter A—C noch besonders ersichtlich zu machen.

Die Erläuterungen zu dieser Gruppe von Fragen weisen im besonderen noch einmal darauf hin, daß die erste der Fragen wissen will, wieviel Hochöfen überhaupt vorhanden waren, einerlei, ob diese Hochöfen im Betrieb gewesen sind oder nicht. Die zweite Frage will hingegen wissen, wieviel Hochöfen überhaupt in Betrieb waren ohne Rücksicht auf die Betriebsdauer. Die dritte Frage ist der Ermittlung der Betriebsdauer gewidmet; für jeden Ofen ist die Betriebsdauer nach Wochen zu ermitteln und dann die Summe zu bilden.

Die dritte Gruppe von Fragen will den Verbrauch des Hochofenbetriebes erfassen. Sie lautet:

- „III. Wie hoch ist der Verbrauch Ihres Hochofenbetriebes gewesen an:
- A. Eisenerzen und Eisenmanganerzen: t
 a) inländischer Herkunft¹⁾?
 b) ausländischer Herkunft (unter Angabe der Gewinnungsländer)? t
- B. Manganerzen (Erze mit über 30 % Mangan):
 a) inländischer Herkunft¹⁾? t
 b) ausländischer Herkunft (unter Angabe der Gewinnungsländer)? t
- C. Kiesabbränden, Rückständen der Anilinfabrikation usw.? t
- D. Brucheisen, ausschließlich des aus dem eigenen Hochofenbetriebe gefallen? t
- E. Schlacken und Sinter aller Art:
 a) inländischer Herkunft¹⁾? t
 b) ausländischer Herkunft? t
- F. Zuschläge (unter Bezeichnung derselben)? t
- G. Koks? t
- H. Holzkohlen? t“

Die Erläuterung zu dieser Frage bemerkt, daß nur die während des Erhebungsjahres im Hochofenbetriebe tatsächlich verarbeiteten Stoffe anzugeben sind, nicht aber die Stoffe, die im Erhebungsjahr nur bezogen, aber nicht verarbeitet worden sind.

Es sind in dieser Frage bereits sämtliche dem Hochofen zuzuführenden Rohstoffe und Halbfabrikate genannt. In dieser Art der Fragestellung liegt zweifellos ein erheblicher Fortschritt gegenüber der entsprechenden Fragestellung der amerikanischen und englischen Statistik, welche die beim Produktionsprozeß verbrauchten ganz verschiedenartigen „Materialien“ nur in einer Summe fordert. Die genauen Fragen nach den Rohstoffen und Halbfabrikaten, die bei den deutschen Erhebungen für jeden der einbezogenen Produktionszweige gestellt sind, liefern wertvolle Anhaltspunkte, um ein Bild von der Verkettung und Verschlingung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft miteinander und mit Zweigen fremder Volkswirtschaften zu gewinnen.

Die nächste Frage steht in einem gewissen Zusammenhang mit der eben behandelten; sie will den Verbrauch von Eisen zur Herstellung von Gußwaren erster Schmelzung wissen:

- „IV. Haben Sie zur Herstellung von Gußwaren erster Schmelzung Eisen umgeschmolzen und mit verwendet?
 (Zu beantworten mit „ja“ oder „nein“) und wie hoch ist der Verbrauch an derartigem Eisen gewesen? t“

Die Hauptfrage gilt der Jahreserzeugung des Hochofenbetriebes. Sie lautet:

¹⁾ Luxemburg ist zum Inland zu rechnen.

	Menge t	Wert M
„V. Wie hoch ist die Jahreserzeugung Ihres Hochofenbetriebes gewesen und zwar an:		
A. Gießereirohisen, grau, meliert, weiß?		
B. Gußwaren erster Schmelzung, und zwar:		
a) Röhrenguß aller Art (einschließlich Fassonstücke), soweit er als Spezialität hergestellt wird?		
b) Maschinenguß?		
c) Bauguß (einschließl. des Rohgusses für Kanalisationsgegenstände)?		
d) sonstigen Gußwaren?		
C. Bessemerrohisen (saures Verfahren)?		
D. Thomasrohisen (basisches Verfahren)?		
E. Stahleisen (Martinrohisen) und Spiegeleisen einschließlich Eisenmangan (Ferromangan), Siliciumeisen (Ferro-silicium) usw.?		
F. Puddelrohisen (ohne Spiegeleisen)?		
G. Bruch- und Wascheisen?		
H. Verwertbaren Schlacken?		
Falls Sie Holzkohlenrohisen hergestellt haben, wollen Sie diese Erzeugnisse nach Menge und Wert hier neben nochmals gesondert angeben.		

Es sind also bereits im Fragebogen die beiden wichtigsten Haupterzeugnisse des Hochofenprozesses, die einzelnen Roheisensorten und die Schlacke, aufgeführt. Es fehlen leider die in neuerer Zeit immer wichtigeren Hochofengichtgase¹⁾.

Da die Frage und damit auch die Ergebnisse dieser Frage in ihrer Bedeutung für die Eisenindustrie häufig mißverstanden werden, sei eine „technische“ Bemerkung beigelegt. Läßt man das Bruch- und Wascheisen, ferner die Gußwaren erster Schmelzung, die bereits Fertigfabrikate darstellen, außer Betracht, so führen die Roheisensorten Bezeichnungen je nach ihrer Tauglichkeit für eine bestimmte Verwendungsart. Die aufgeführten Bezeichnungen (Gießereirohisen, Bessemerrohisen, Thomasrohisen, Stahleisen und Spiegeleisen, Puddelrohisen) sind gleichzeitig Benennungen für Roheisen mit einem bestimmten Gehalt an Kohlenstoff, Graphit, Silicium, Mangan, Phosphor und Schwefel, unabhängig von ihrer weiteren Verwendungsart. Also ein Roheisen mit einem bestimmt festgelegten Gehalt an den genannten Stoffen wird Stahleisen genannt²⁾; es kann jedoch offensichtlich aus allen anderen Sorten gleichfalls Stahl gewonnen werden. Andererseits verarbeiten Thomasbirnen nur Thomasrohisen, Bessemerbirnen nur Bessemerrohisen, Puddelöfen nur Puddelrohisen.

Die Erläuterungen zu der Frage nach Menge und Wert der Erzeugung geben eingehende Vorschriften über die Wertermittlung. Der Sinn dieser Vorschriften geht vor allem dahin, auf keinen Fall Selbstkostenpreise einzusetzen. Es sind die beim Verkauf tatsächlich in Rechnung gestellten Preise (der Fragebogen nennt sie fakturierte Preise) nach Abzug von Skonto und Rabatt ab Hochofenbetrieb einzustellen. Beim Absatz an eigene Werke treten an Stelle dieser Preise die Marktpreise. Auch bei den auf Lager genommenen Mengen ist nicht der Selbstkostenpreis einzusetzen, sondern ein rechnungsmäßiger Preis, der sich aus den Durchschnittspreisen ergibt, die für die wirklich verkauften Waren gleicher Art im Laufe des Jahres in

¹⁾ Vergl. über die Bedeutung der Hochofengichtgase die „Gemeinfällige Darstellung des Eisenhüttenwesens.“ Herausgegeben vom Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf. 8. Auflage, Düsseldorf 1912, S. 66 ff. — ²⁾ Vergl. die Roheisenanalysen auf S. 62 der „Gemeinfälligen Darstellung des Eisenhüttenwesens.“

Rechnung gestellt worden sind, oder aus den Marktpreisen, wenn solche Waren an eigene Werke abgesetzt worden sind.

Die letzte Frage des dem Hochofenbetrieb gewidmeten Fragebogens ist lediglich zu Kontrollzwecken gestellt. Es wird gefragt, ob neben der Herstellung von Roheisen und Gußwaren erster Schmelzung noch Kokerei, Eisengießerei, Herstellung von Schweißisen, Herstellung von Flußeisen oder Flußstahl, Walzwerkindustrie oder andere Industriezweige betrieben werden. Die Antworten auf diese Frage dienen nur zur Nachprüfung der von der Berufsgenossenschaft angegebenen Betriebe; man will auf diese Weise ein möglichst vollständiges Bild der Betriebe erhalten.

Die Bedeutung der ganzen Fragestellung über die Produktion der Hochofenbetriebe wird noch besser erkannt, wenn im folgenden die Ergebnisse dieser Fragestellung mitgeteilt werden.

Die ersten Fragen über die Zahl der Betriebe und Personen, über die Summe der Löhne und Gehälter und über die Betriebseinrichtungen lieferten für das Jahr 1912 folgende Ergebnisse:

Zahl der Hochofenbetriebe	93
Zahl der berufsgenossenschaftlich versicherten Personen	39 395
Löhne und Gehälter dieser Personen	60 906 000 M
Zahl der Ende 1912 vorhanden gewesenen Hochofen	316
Zahl der im Jahre 1912 in Betrieb gewesenen Hochofen	291
Gesamtzahl der Betriebsdauer dieser Hochofen	14 211 Wochen

Die Frage über den Verbrauch der Hochofen ergab einen Gesamtwert der verbrauchten Rohstoffe in Höhe von 775 879 000 M. Dieser Verbrauch verteilt sich im einzelnen auf folgende Rohstoffe:

	Tonnen
Eisenerze und Eisenmanganerze	33 536 589
davon stammten aus	
dem Inland	23 282 776
Schweden und Norwegen	3 750 236
Spanien	3 255 745
anderen Ländern	3 247 832
Manganerze	622 485
Kiesabbrände, Rückstände der Anilinfabrikation usw.	1 359 584
Brucheisen	107 281
Schlacken und Sinter aller Art	2 892 537
Zuschläge (Kalkstein und Phosphatkalk)	3 328 041
Koks und Holzkohle	17 182 698

Die Erzeugnisse der Hochofenbetriebe verteilen sich, wie folgt:

	Menge t	Wert 1 000 M
Gießereiroheisen	3 054 657	192 286
Gußwaren erster Schmelzung	102 186	9 526
Bessemerroheisen	370 453	25 160
Thomasroheisen	9 038 069	508 083
Stahleisen, Martinroheisen und Spiegeleisen einschl. Eisenmangan, Siliciumeisen usw.	2 120 522	156 249
Puddelroheisen ohne Spiegeleisen	508 744	30 392
Bruch- und Wascheisen	26 250	1 182
Insgesamt	15 220 881	922 878
Verwertbare Schlacken	1 398 060	1 484

Wie das wiedergegebene Beispiel zeigt, wurde hinsichtlich der verbrauchten Rohstoffe und der Erzeugung eine so weitgehende Gliederung durchgeführt, daß sich ein gutes Gesamtbild der Produktionsverhältnisse der Industrie ergibt. Ähnlich eingehend sind die für die übrigen Zweige der Montanindustrie bestimmten Fragebogen ausgestaltet. Das Gleiche, was über die alljährlich neu aufzunehmende Produktionsstatistik der Montanindustrie gesagt wurde, gilt auch für die Produktionsstatistik der Industriezweige, deren Produktionsverhältnisse

nur vorübergehend während eines Jahres oder während weniger Jahre aufgenommen wurden¹⁾.

Da diese Untersuchung in erster Linie den Methoden der Produktionsstatistik gewidmet ist, werden keine weiteren Ergebnisse mitgeteilt. Hingegen sei die Art der bei den deutschen Produktionserhebungen üblichen Fragestellung noch einmal näher — auch unter Heranziehung der übrigen Fragebogen — gekennzeichnet.

Die beiden entscheidenden Fragen gelten den verbrauchten Rohmaterialien und Halbfabrikaten der Erzeugung. Bei den rein bergbaulichen Betrieben fällt die Erfragung der verbrauchten Materialien weg. Wie aus der bisherigen Darstellung hervorgeht, unterscheidet sich die deutsche Produktionsstatistik von der amerikanischen und englischen unter anderem auch dadurch, daß sie nur die Roh- und Halbfabrikate erfassen will, die in das Erzeugnis unmittelbar eingehen. Sie lehnt es also ab, alle von außen her bezogenen für die Produktion benötigten Materialien zu erfragen. Sie erfaßt im besonderen nicht die zur Unterhaltung der Maschinerie erforderlichen Stoffe wie Schmieröle, Putzmittel, Brennstoffe usw. Die amerikanische und englische Produktionsstatistik hatte sich bei ihren grundsätzlich die gesamte gewerbliche Produktion umfassenden Erhebungen veranlaßt gesehen, die „Hilfsstoffe“ einzubeziehen, um bei der Ermittlung der der Produktion zu verdankenden Werterhöhung Doppelzählungen zu vermeiden. Die deutsche Produktionsstatistik, die sich bestimmten ausgewählten Produktionszweigen widmet, steht überhaupt nicht vor dem Problem der Doppelzählungen; sie verzichtet darauf, die Werterhöhung der gewerblichen Produktion im ganzen und die eines einzelnen Produktionszweiges zu errechnen. Da die deutsche Produktionsstatistik von vornherein von einer anderen Problemstellung ausgeht, ist für sie die Nichtberücksichtigung der dem stehenden Kapital zuzurechnenden Werterhöhung ohne weiteres erklärlich. Diese Nichtberücksichtigung übt auf keinen Fall den verhängnisvollen Einfluß auf die Bedeutung der Ergebnisse aus wie bei den beiden fremden Erhebungen. Wie bereits näher ausgeführt wurde, hat die deutsche Produktionsstatistik hinsichtlich der Erfassung der verbrauchten Rohmaterialien und Halbfabrikate vor der amerikanischen und englischen Erhebung voraus, daß sie diese Stoffe in eingehender Gliederung nachweist.

Den gleichen Vorteil der größeren Gliederung hat die deutsche Produktionsstatistik auch hinsichtlich der Wiedergabe der jährlichen Erzeugung. Was die Erfassung des Wertes der Jahreserzeugung angeht, so geht das Bestreben der deutschen Produktionsstatistik ähnlich dem der fremden Produktionserhebungen darauf aus, die Verkaufspreise als Werte zu erlangen. Sie geht damit richtig vor; denn volkswirtschaftlich kann keinem andern „Wert“ eine praktische Bedeutung zuerkannt werden als dem Wert beim Verkauf, dem Verkaufspreis. Insbesondere sind die noch so hohen Selbstkosten eines Erzeugnisses, das beim Absatz einen niedrigeren Verkaufspreis erzielt, volkswirtschaftlich über den Verkaufspreis hinaus bedeutungslos.

Diese Wertfestsetzung wird allerdings vor allem dann problematisch, wenn die Erzeugnisse während des in die Erhebung einbezogenen Jahres nicht verkauft, sondern gelagert oder während des Jahres an eigene Werke abgegeben werden. Wie hoch ist zunächst der Wert der am Ende des Jahres nicht verkauften noch lagernden Erzeugnisse? Diese Erzeugnisse werden entweder auf Vorrat hergestellt oder aus

¹⁾ Die nicht regelmäßigen Erhebungen unterzogenen Industriezweige sind bereits in der Einleitung zu diesem Abschnitt aufgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind — leider ohne die entsprechenden Fragebogen — in dem bereits erwähnten Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs 1913, III. Seiten 59—78 wiedergegeben.

bestimmten Gründen nicht verkauft worden sein. Bei Erzeugnissen, die einen Marktpreis haben, wird man, um zu einem volkswirtschaftlich (nicht privatwirtschaftlich) bedeutungsvollen Wert zu gelangen, die Marktpreise am Ende des Jahres einsetzen müssen. Es ist nicht angängig, etwa den Marktpreis zu Anfang oder Mitte des Jahres einzusetzen. Bei der Wertermittlung der am Ende des Jahres lagernden Erzeugnisse geht man unwillkürlich von dem Gedanken einer Scheinliquidation aus: welchen Preis würden die Waren bringen, wenn sie am Ende des Jahres unmittelbar verkauft würden? Anders liegt natürlich die Frage für den Industriellen, der als vorsichtiger Kaufmann die Bewertung für die Bilanz vornimmt; er wird für den Fall, daß sein Selbstkostenpreis unter dem am Ende des Jahres bestehenden Marktpreis liegt, in vielen Fällen den Selbstkostenpreis einsetzen.

Erheblich schwieriger liegt die Lösung, wenn das am Ende des Jahres lagernde Erzeugnis keinen Marktpreis hat. Der Industrielle, der die Bilanz aufmacht, wird hier in der Regel den Selbstkostenpreis einsetzen. Für die Produktionsstatistik bietet sich nach der Auffassung des Verfassers kaum ein anderer Ausweg als den Preis einzusetzen, der bei tatsächlich verkauften Erzeugnissen der gleichen oder einer ähnlichen Art zu einer Zeit erzielt wurde, die möglichst nahe am Jahresende liegt. Es ist auch hier nicht angängig, etwa den Verkaufspreis am Anfang oder in der Mitte des Jahres einzusetzen.

Die deutsche Produktionsstatistik schlägt, wie bereits bei dem Beispiel des Hochofenbetriebs gezeigt wurde, zur Ermittlung des Wertes der am Jahresende noch lagernden Erzeugnisse einen eigenartigen Weg ein. Es soll für diese Erzeugnisse ein rechnungsmäßiger Preis eingesetzt werden, der sich aus den Durchschnittspreisen ergibt, die für die wirklich verkauften Waren gleicher Art im Laufe des Jahres fakturiert, oder aus den Marktpreisen, wenn solche Waren an eigene Werke abgesetzt worden sind. Es wird also auf einem Umwege ein Preis errechnet; man kann an einen Durchschnittspreis aus den Durchschnittspreisen oder an einen häufigsten Preis aus den Durchschnittspreisen denken. Diese Festlegung eines Preises aus Preisen, die längst der Vergangenheit angehören, erscheint nicht einleuchtend und dürfte kaum zu begründen sein, am allerwenigsten für diejenigen Erzeugnisse, für die am Ende des Jahres tatsächlich ein Marktpreis besteht.

Das zweite Problem für die Wertermittlung liegt dann vor, wenn die Erzeugnisse an eigene Werke abgesetzt worden sind. Gerade diese Frage ist naturgemäß bei der deutschen Statistik, die jeweils eng umgrenzte Produktionszweige erfassen will und daher zahlreiche Unternehmungen mit Rücksicht auf ihre umfassende Produktion aufteilen muß, von weit höherer Bedeutung als für die beiden fremden Erhebungen, die sich grundsätzlich nur großen Industriezweigen widmen. Die Verfahren, welche die großen Unternehmungen tatsächlich beim Absatz an eigene Werke einschlagen, um die sog. Verrechnungspreise zu erhalten, sind mannigfacher Art: Produktionskostenpreis-, Normalpreis-, Marktpreis-, Proportionalpreis-Verrechnung¹⁾. Als einer der möglichen Verrechnungspreise erscheint auch der Marktpreis. „Der Marktpreis als Verrechnungspreis ist natürlich nur dort anwendbar, wo die von Unterbetrieb zu Unterbetrieb gelieferte Ware auch Marktware ist, und wo die Preise dieser Ware bekannt sind“ (Schmalenbach).

Für die Produktionserhebung, die grundsätzlich nur Verkaufspreise berücksichtigen will, kommt der Marktpreis in der Tat in Betracht. Die Vorschriften zu den einzelnen Fragebogen der deutschen Produktionsstatistik sehen denn auch zur Berechnung des Wertes derjenigen Produktion, die an eigene Werke abgesetzt wird, die Heranziehung des Marktpreises vor. Sie zeigen da-

gegen keinen Weg an für den häufigen Fall, daß ein solcher Marktpreis gar nicht vorhanden ist. Eine Erklärung ist vielleicht dahin möglich, daß die Vorschriften der Produktionserhebung den Begriff Markt viel weiter fassen, als es gewöhnlich beim Worte Marktpreis geschieht. Während man im allgemeinen unter einem Markte im Sinne des Marktpreises einen börsenmäßig organisierten Markt versteht, wollen vielleicht die Vorschriften die Vorstellung von zahlreichen Verkaufsabschlüssen mit dem Begriff Markt belegen; sonst läßt sich kein Ausweg aus dem Wortlaut der Vorschriften finden. Es wäre also — ein an sich nicht unrichtiger Gedanke — beim Absatz von Erzeugnissen an eigene Werke der von der Unternehmung selbst oder von anderen Unternehmungen beim wirklichen Verkauf dieser Erzeugnisse erzielte Preis einzusetzen.

Besondere Vorschriften über die Berechnung des Wertes sind bei den bergbaulichen Betrieben gegeben, auf die ihrer Bedeutung wegen noch kurz eingegangen werden soll. Hier ist zunächst neben der Angabe der Jahresförderung und ihres Wertes auch noch der Jahresabsatz nach Menge und Wert verlangt. Es soll im einzelnen der Jahresabsatz an verwertbaren Steinkohlen (oder Braunkohlen) angegeben werden und zwar der Steinkohlen (und Braunkohlen), die zum Selbstverbrauche der Grube verwendet, die an eigene Werke abgegeben, die zur Feuerung für Beamte und Arbeiter der Grube sowie für sonstige Deputate und die durch Verkauf abgegeben wurden. Nach den Vorschriften sind der Wert der zum Betriebe der Grube selbst verbrauchten sowie der an Beamte und Arbeiter zu Feuerungszwecken und für sonstige Deputate abgegebenen Steinkohlen unter Zugrundelegung der verschiedenen Marken und Sortimente und der für diese in Frage kommenden durchschnittlichen Verkaufspreise oder, wo tatsächliche Verkäufe nicht stattgefunden haben, die entsprechenden Marktpreise zu berechnen.

Bei der Feststellung des Wertes der an die eigenen Werke (Kokereien, Brikettfabriken, Ziegeleien, Eisenwerke usw.) abgegebenen Steinkohlen ist der Verkaufspreis zu Grunde zu legen, oder der Marktpreis der betreffenden Sorten zu berücksichtigen, wenn diese Sorten nicht verkauft worden sind. Gibt es für die an die eigenen Nebenbetriebe abgegebenen Steinkohlen keinen Marktpreis, so soll aus dem Wert der in den Nebenbetrieben hergestellten Erzeugnisse auf recht umständliche Weise ein Wert für die Steinkohlen errechnet werden. Es sind, wie in den Erläuterungen näher ausgeführt ist, von dem Wert der Erzeugnisse ab Werk die gesamten Fabrikationsunkosten¹⁾ in Abzug zu bringen. Dazu sind nach der Erläuterung nicht nur die Löhne und Gehälter für Arbeiter und Beamte der Nebenbetriebe sowie der Wert der Arbeit des Unternehmers zu rechnen, sondern auch die Kosten für die von anderwärts bezogenen und verbrauchten Steinkohlen und die verbrauchten anderen Stoffe, die Aufwendungen für Verzinsung und Abschreibung der Fabrikanlage (Gebäude, Maschinen und Geräte) und die sonstigen Unkosten. Diese Ermittlung des Wertes der Steinkohlen aus dem Wert der in den Nebenbetrieben hergestellten Erzeugnisse ist offensichtlich nicht einwandfrei. Zieht man von dem Wert der Erzeugnisse die aufgezählten Produktionskosten ab, so bleibt außer dem Wert der von der eigenen Zeche bezogenen Steinkohlen noch der in den „Nebenbetrieben“ erzielte Gewinn. Im übrigen ist hervorzuheben, daß die deutsche Produktionsstatistik für die Berechnung des Wertes der an die eigenen Werke abgesetzten Erzeugnisse auffallenderweise nur hier bei den bergbaulichen Betrieben Anweisungen zu einer Wertermittlung gibt, falls keine Marktpreise vorhanden sind. Bei den vorhin behandelten Hochofenbetrieben, und das gleiche gilt für die übrigen Produktionszweige der Eisenindustrie, fehlt

¹⁾ Vergl. die gut unterrichtende Abhandlung von E. Schmalenbach „Über Verrechnungspreise“ in seiner Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. 3. Jahrgang. S. 165. ff.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

¹⁾ Der Ausdruck ist nicht gut gewählt; es sind, wie die folgende Erläuterung zeigt, die Produktionskosten außer den Kosten für die Kohlen gemeint.

eine derartige Anweisung. Man muß dort, um einen Ausweg zu finden, den Marktbegriff erweitern.

Ist nunmehr der Jahresabsatz an verwertbaren Steinkohlen ermittelt, so kann Menge und Wert der Jahresförderung an verwertbaren Steinkohlen berechnet werden: Gesamtabsatz + Bestand am Ende — Bestand am Anfang des Jahres.

Ähnlich wie für die Hochofenbetriebe sollen im folgenden für die Steinkohlenbergbaubetriebe die wichtigsten Ergebnisse der Produktionsstatistik, die sich auf das Jahr 1912 erstreckt, mitgeteilt werden.

Zahl der in Förderung gewesenen Betriebe	349
Zahl der durchschnittlich beschäftigt gewesen berufsgenossenschaftlich versicherten Personen	610 988
Betrag der Löhne und Gehälter dieser Personen	959 516 000
Jahresgewinnung an verwertbarer Kohle: Menge	174 875 297 t
Wert .	1 839 943 000 M
Jahresabsatz Menge	175 376 884 t
Wert .	1 844 606 000 M;
davon: zum Selbstgebrauch der Grube verwendet	
Menge	9 489 943 t
Wert .	69 937 000 M
an eigene Werke abgegeben . . Menge	44 384 569 t
Wert .	454 034 000 M;
zur Feuerung für Beamte und Arbeiter der Grube sowie für sonstige Deputate abgegeben Menge	2 090 212 t
Wert .	21 409 000 M
durch Verkauf abgegeben . . . Menge	119 412 160 t
Wert .	1 299 226 000 M.

Danach wurden von dem Jahresabsatz etwa zwei Drittel durch Verkauf, fast ein Viertel des Jahresabsatzes an eigene Werke abgegeben. Aus diesem Ergebnis geht auch hervor, wie bedeutungsvoll die Wertermittlung der nicht zum Verkauf abgesetzten Kohlenmengen ist.

Die Betrachtung der deutschen Produktionsstatistik hat ergeben, daß sie auf einer im wesentlichen gut ausgebauten Grundlage ruht. Einzelne Bedenken, die hier geäußert wurden, richteten sich vor allem gegen die Werterfassung der gelagerten und an eigene Werke weiter abgegebenen Erzeugnisse. Man wird gerade bei der Erfassung des Wertes dieser Mengen den Gedanken nicht abweisen können, daß die Betriebe häufig überhaupt nicht nach dem in den Erläuterungen vorgeschriebenen Verfahren die Werte ermitteln, sondern ohne weiteres die für ihre interne Rechnungslegung festgesetzten Verrechnungspreise einstellen. Diese Verrechnungspreise werden, wie angedeutet, häufig nicht die Marktpreise, sondern die Herstellungskosten (Material + Löhne + Betriebsunkosten) oder die Selbstkosten (Material + Löhne + Betriebsunkosten + Vertriebsunkosten) sein; mit anderen Worten Werte, welche die Produktionserhebung nicht haben will. Diese Schwierigkeiten der Wertermittlung insbesondere der an eigene Werke abgegebenen Mengen sind durch die grundsätzlich durchaus berechnete Eigenart der deutschen Produktionsstatistik verursacht, nicht große Industriezweige, sondern eng umgrenzte Produktionszweige in die Erhebung einzubeziehen.

Will man nächste Ziele der deutschen Produktionsstatistik aufstellen, so wird man vor allem eine Erweiterung des Kreises der einbezogenen Produktionszweige und eine in bestimmten Zeiträumen regelmäßige Wiederholung der Erhebungen erstreben müssen. Die Produktionsstatistik wird dann nicht nur Unterlagen für die Handelspolitik, sondern darüber hinaus in Verbindung mit der Betriebs- und Handelsstatistik Unterlagen geben für eine umfassende Kenntnis der deutschen Volkswirtschaft und ihrer Verkettung mit fremden Volkswirtschaften.

Aus den hier dargestellten gewerblichen Produktionserhebungen der drei Industriestaaten lassen sich zwei Systeme erkennen, denen sich auch die produktionsstatistischen Versuche anderer kleinerer Staaten unterordnen lassen.

Das erste System, das die amerikanische und englische Produktionsstatistik beherrscht, will neben Menge und Wert der gesamten und nach Industriezweigen gegliederten gewerblichen Produktion vor allem die durch die gewerbliche Produktion bewirkte Werterhöhung im ganzen und in Gliederung nach Industriezweigen wiedergeben. Dieses Ziel setzt die Einbeziehung sämtlicher Industriezweige des Landes in die Erhebung voraus.

Das zweite System, das in der deutschen Produktionsstatistik zum Ausdruck kommt, verzichtet auf Vollständigkeit; es will für einzelne besonders wichtige Produktionszweige des Landes Menge und Wert der Produktion sowie Menge und Wert der in diese Produktion eingehenden Rohstoffe und Halbfabrikate in Gliederung darstellen.

Beide Systeme sind in ihrer Ausgestaltung durch besondere Zwecke bedingt. Die deutschen Erhebungen wollen vor allem Unterlagen für die Vorbereitung der Handelsverträge bieten, die amerikanischen und englischen Erhebungen Unterlagen für die Erkenntnis des Umfangs und der Bedeutung der gewerblichen Produktion des Landes in ihrer Gesamtheit und in Beziehung auf die einzelnen Industriezweige liefern. Eine wichtige Ausnahme machen bei der deutschen Produktionsstatistik die Erhebungen im Bergbau und in der Eisenindustrie; sie gehen auf Vollständigkeit aus und sind dauernd. Es kann ohne weiteres anerkannt werden, daß an sich das amerikanische und englische System vor dem deutschen den Vorrang hat. Die Zwecke der deutschen Produktionserhebungen würden durch Erhebungen, die nach dem amerikanischen und englischen System — wie es sich der Idee nach darstellt — vorgenommen werden, von selbst erreicht.

Die kritische Untersuchung der beiden fremden Produktionserhebungen hat jedoch gezeigt, daß es praktisch unmöglich ist, das ihnen zugrunde liegende System hinreichend durchzuführen. Der Haupteinwand sei noch einmal wiederholt: Die Werterhöhung, die jedem einzelnen Industriezweig unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte zuzurechnen ist, kann überhaupt nicht befriedigend ermittelt werden. Auch der insbesondere von der amerikanischen Erhebung unternommene Versuch, die für jeden Industriezweig errechnete Werterhöhung unter privatwirtschaftlichem Gesichtspunkt zu einer Produktionskostenstatistik zu verarbeiten, ist nicht geglückt; es ist nicht möglich, die gerade für die großen Industriezweige bedeutungsvolle Abnutzung des stehenden Kapitals (als ein wichtiges Element der Produktionskosten) zu ermitteln.

Fällt die Ermittlung der Werterhöhung weg, so bleibt immer noch die wichtige Erfassung der Menge und des Wertes der von der Industrie und jedem Industriezweig hergestellten Erzeugnisse und der für diese Herstellung benötigten Stoffe. Vergleicht man diese Statistik der Erzeugnisse und Materialien mit den entsprechenden Ergebnissen der deutschen Statistik, so zeigt die deutsche Produktionsstatistik einige bemerkenswerte Vorzüge. Sie beschränkt sich nicht darauf, die Produktion für den Industriezweig im ganzen wiederzugeben, sie verfolgt vielmehr das Erzeugnis von Produktionsstufe zu Produktionsstufe. Sie weist also, um ein Beispiel herauszugreifen, die Produktion der Hochofenbetriebe, dann die Produktion sowohl der Schweißisenwerke als auch der Stahlwerke, endlich die Produktion der Walzwerke nach. Die Erzeugung der einzelnen Stufen ist jeweils eingehend gegliedert. Dasselbe gilt vor allem für die in eine Produktionsstufe eingehenden Rohstoffe und Halbfabrikate. Gerade hier geben die fremden Erhebungen nur eine oder zwei Wertsummen an, die für ganz verschiedenartige Gattungen von Materialien gelten. Die deutsche Produktionserhebung ist also in der Anlage gut; der Fortschritt liegt in der Wiederholung und in der Ausdehnung der Erhebung auf die übrigen großen Produktionszweige.

Die Steuerkraft der preußischen Gemeinden nach dem vorläufigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911.

Von

Dr. Oskar Tetzlaff,

Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

Inhaltsangabe.

Vorbemerkungen.

I. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern in Preußen nach dem vorläufigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911.

1. Das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911.
2. Das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.
3. Das Verhältnis des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 zu ihrem Prinzipalsoll.

II. Vergleichung der Erhebungsergebnisse bezüglich des Prinzipal- und Umlagesolls für das Rechnungsjahr 1911 mit den Ergebnissen älterer Erhebungen.

1. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern in den Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1905 und 1911.
2. Das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern sämtlicher preussischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1883/84 und 1911.

Schlußbemerkungen.

Vorbemerkungen.

Die Aufbereitungsarbeiten der preussischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 sind durch den Krieg sehr behindert worden. Die Zahl der für diese Statistik zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte des Kgl. Statistischen Landesamts verringerte sich infolge Einberufung zur Fahne um fast zwei Drittel ihres ursprünglichen Bestandes. Da auch die Gemeinden unter dem gleichen Mangel an eingearbeiteten Kräften zu leiden hatten, blieben die von der Aufbereitungsstelle gestellten Rückfragen während der Kriegszeit teils gänzlich unbeantwortet, teils wurden sie ungenügend erledigt. Obgleich mit Rücksicht auf diese außergewöhnlichen Verhältnisse die Zahl der zu stellenden Rückfragen auf das unumgänglich Notwendige beschränkt bleibt, schreitet die Arbeit nur sehr langsam vorwärts, so daß bisher erst zwei Hefte dieser Statistik, die für Ostpreußen und Westpreußen, veröffentlicht werden konnten. Wann das gesamte Werk im Druck vorliegen wird, ist zur Zeit noch gar nicht abzusehen. Unter diesen Umständen erscheint es angebracht, wenigstens die Ergebnisse der Statistik bekannt zu geben, die für die Zwecke der Verwaltung und Wissenschaft von besonderem Werte sind. Es kann sich dabei allerdings nur um vorläufige Zahlen handeln, da, wie gesagt, die Antworten vieler Gemeinden auf die gestellten Rückfragen noch ausstehen, und die Beantwortung voraussichtlich mancherlei Berichtigungen und Ergänzungen in den Zahlenangaben für die einzelnen Gemeinden zur Folge haben wird.

Eine derartige Zusammenstellung aus dem Gebiete der Gemeindefinanzstatistik ist bereits vor dem Kriege veröffentlicht worden. In der Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ vom 2. Dezember 1913 wurde als vorläufiges Ergebnis die Summe der direkten und der indirekten Gemeindesteuern sowie die Summe der langfristigen Schulden nach dem Stande vom 31. März 1912, für Städte

und Landgemeinden getrennt, nachgewiesen. Dieser Veröffentlichung kommt eine besondere Bedeutung deswegen zu, weil eine sämtliche Gemeinden umfassende Nachweisung der Gemeindesteuern und -schulden in Preußen zum letztenmal für das Rechnungsjahr 1883 erfolgt ist. Im XIII. Jahrgange des „Statistischen Jahrbuchs für den Preussischen Staat“ findet sich eine weitere Nachweisung über die Ausgaben und Einnahmen der preussischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 auf Grund der Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für dieses Rechnungsjahr; doch sind hier nur die Städte und die größeren Landgemeinden berücksichtigt. Die vorliegende Veröffentlichung über die Steuerkraft der Gemeinden Preußens umfaßt dagegen sämtliche Stadt- und Landgemeinden und bringt somit seit 1883 zum erstenmal wieder neue Zahlen über eine der wesentlichsten Grundlagen der kommunalen Finanzwirtschaft im gesamten Staatsgebiet. Den Gegenstand der Nachweisung bildet das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1911 und das davon für Gemeindezwecke erhobene Umlagesoll. Das Prinzipal- und das Umlagesoll sind getrennt für die Einkommensteuer und die Realsteuern angegeben. Die Gemeinden jeder Provinz und des Staates sind unter Unterscheidung von Städten und Landgemeinden nach der Höhe ihrer Einwohnerzahl in Größenklassen zusammengefaßt worden. Aus der auf den Seiten 21–24 abgedruckten Tabelle 1 sind die bezüglichen Erhebungsergebnisse ersichtlich, und ihre hauptsächlichsten Angaben werden in den Tabellen 6–8 mit den entsprechenden Ergebnissen älterer Statistiken verglichen. Da die auf ihr Steuerwesen bezüglichen Angaben der Gemeinden verhältnismäßig selten zu Rückfragen Anlaß gegeben haben, wird das hier veröffentlichte vorläufige Ergebnis über das Prinzipal- und das Umlagesoll der preussischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 von dem endgültigen nicht allzu sehr abweichen.

I. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern in Preußen nach dem vorläufigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911.

1. Das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911.

Für sämtliche Stadt- und Landgemeinden Preußens hat die Erhebung ein Prinzipalsoll an umlagefähigen direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1911 im Betrage von 462 537 566 \mathcal{M} ergeben. An dieser Summe waren die Städte mit 331 466 601 \mathcal{M} und 71,66 v. H., die Landgemeinden mit 131 070 965 \mathcal{M} und 28,34 v. H. beteiligt. Bei der Bewertung dieses Anteilverhältnisses muß man berücksichtigen, daß sich die gesamte Bevölkerung aller Gemeinden auf die Städte und Landgemeinden ziemlich gleichmäßig verteilte. Die in der Tabelle 1 (vergl. S. 21) unterschiedenen Gemeindegrößenklassen zeigten folgende Anteile am Gesamtbetrage des Prinzipalsolls:

	Tausend \mathcal{M}	v. H.
Berlin	65 608	14,18
Städte über 200 000 Einwohner (ohne Berlin) . . .	97 790	21,14
„ „ 100 000—200 000 Einwohner . . .	51 425	11,12
„ „ 50 000—100 000 „ . . .	30 647	6,68
„ „ 25 000—50 000 „ . . .	25 108	5,43
„ „ 10 000—25 000 „ . . .	29 608	6,40
„ „ 7 000—10 000 „ . . .	7 684	1,66
„ „ 5 000—7 000 „ . . .	7 037	1,52
„ „ 3 000—5 000 „ . . .	8 825	1,91
„ „ 2 000—3 000 „ . . .	4 952	1,07
„ bis 2 000 „ . . .	2 784	0,60
Landgemeinden über 10 000 „ . . .	27 556	5,96
„ „ 5 000—10 000 „ . . .	14 214	3,07
„ bis 5 000 „ . . .	89 301	19,31

Auf die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, die 23,98 v. H. der Bevölkerung sämtlicher Stadt- und Landgemeinden umfaßten, entfielen demnach 46,44 v. H. des gesamten Prinzipalsolls, auf die Städte mit mehr als 25 000 bis 100 000 Einwohnern, deren Bevölkerungsanteil 10,65 % betrug, 12,06 v. H., auf die Städte mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern, bei einem Bevölkerungsanteil von 6,61 %, desgleichen 6,40 v. H. und auf die Kleinstädte von nicht mehr als 10 000 Einwohnern, deren Bevölkerungsanteil 9,18 % ausmachte, 6,76 v. H. Dagegen erreichten die kleinen Landgemeinden bis zu 5 000 Einwohnern, deren Bevölkerungszahl 40,26 % der Gesamtbevölkerung der Gemeinden betrug, nur einen Anteil am Prinzipalsoll von 19,31 v. H.

Die Verteilung des Prinzipalsolls der direkten Steuern auf die Provinzen ist aus der Tabelle 2 auf S. 25 ersichtlich. Außer den betreffenden Grundzahlen für Stadt- und Landgemeinden enthält sie auch die Anteile dieser Gemeinden am Hundert des Prinzipalsolls der Gemeinden im ganzen Staatsgebiet (Sp. 5b, 6b, 7b) sowie in jeder Provinz (Sp. 5c, 6c). Um in derselben Weise, wie bei den Gemeindegrößenklassen, die Anteile der Provinzen am gesamten Prinzipalsoll mit ihren Bevölkerungsanteilen vergleichen zu können, ist auch die Einwohnerzahl nach der Personenstandsaufnahme für das Rechnungsjahr 1912 in ihrer Verteilung auf Stadt- und Landgemeinden jeder Provinz in der Tabelle 2 nachgewiesen. Bei weitem am steuerkräftigsten ist danach im Berichtsjahre die Rheinprovinz gewesen. Auf sie entfielen rund ein Fünftel des gesamten Prinzipalsolls der preussischen Gemeinden, und zwar 69,97 Mill. \mathcal{M} bei den Städten und 26,87 Mill. \mathcal{M} bei den Landgemeinden, das waren 15,13 bzw. 5,81 v. H. des Gemeindeprinzipalsolls überhaupt. Auch nur annähernd so hohe Anteile hatte — von Berlin abgesehen — keine Provinz aufzuweisen. Am nächsten kam ihnen Brandenburg mit einem Anteil von 8,54 v. H. bei den Städten und 4,62 v. H. bei den Land-

gemeinden. Höher als 5 v. H. waren die Anteile der Städte sonst nur noch in Hessen-Nassau (6,38), Westfalen (5,28) und Schlesien (5,26), desgleichen höher als 3 v. H. die Anteile der Landgemeinden nur in Westfalen (3,72) und Schlesien (3,15 v. H.). Noch nicht 1 v. H. des Prinzipalsolls überhaupt machten die staatlich veranlagten direkten Steuern der Landgemeinden von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen sowie der Stadt- und Landgemeinden in den Hohenzollernschen Landen aus. Während bei 10 Provinzen ihr Prinzipalsoll-Anteil hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurückblieb, war es bei Berlin, Brandenburg, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz umgekehrt. An seinem Bevölkerungsanteil gemessen, erscheint die steuerliche Leistungsfähigkeit Berlins besonders glänzend; sein Prinzipalsoll-Anteil war fast dreimal so groß wie sein Bevölkerungsanteil. Umgekehrt entsprach die Steuerkraft von Ostpreußen, Westpreußen und Posen ihrer Bevölkerungszahl am wenigsten.

Das Prinzipalsoll der gesamten umlagefähigen direkten Steuern der preussischen Stadt- und Landgemeinden zusammen betrug im Rechnungsjahre 1911 12,11 \mathcal{M} auf 1 Einwohner, in den Städten allein 17,23 \mathcal{M} und in den Landgemeinden allein 6,91 \mathcal{M} . Über dem städtischen Durchschnittsbetrage standen die die Städte mit über 100 000 Einwohnern umfassenden Größenklassen, während die Gruppen der Städte mit geringerer Einwohnerzahl dahinter zurückblieben. Berlin erreichte einen Kopfbetrag von 32,27 \mathcal{M} ; in den übrigen Großstädten mit über 200 000 Einwohnern betrug er noch durchschnittlich 21,30 \mathcal{M} , dann sinkt er bei jeder nächst niedrigeren Gruppe und endigt schließlich bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern mit einem Betrage von 6,98 \mathcal{M} . Bei den Landgemeinden sind in der Tabelle 1 zu wenig Größenklassen unterschieden worden, um eine entsprechende Entwicklung auch bei ihnen nachweisen zu können. Von 12,16 \mathcal{M} bei den Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern sinkt der Kopfbetrag jedoch auch bis auf 5,81 \mathcal{M} bei den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern.

Die Steuerkraft der Bevölkerung in den Stadt- und Landgemeinden der einzelnen Provinzen veranschaulicht die folgende Übersicht:

Es betrug das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern auf einen Einwohner

in	den Städten	den Land- gemeinden	den Städten und Land- gemeinden zusammen
	\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}
Ostpreußen	10,12	3,20	5,82
Westpreußen	9,34	3,38	5,80
Brandenburg	18,99	11,70	15,58
Pommern	10,81	4,82	8,11
Posen	9,12	2,75	5,51
Schlesien	13,27	4,98	8,12
Sachsen	14,89	8,20	11,42
Schleswig-Holstein	14,07	9,64	11,93
Hannover	15,03	7,42	10,46
Westfalen	12,89	7,48	9,89
Hessen-Nassau	26,29	6,00	16,16
der Rheinprovinz	17,41	8,37	13,39
den Hohenzollernschen Landen	12,78	6,47	7,88

Während hiernach die Steuerkraft der Stadt- und Landgemeinden zusammen bei Ostpreußen, Westpreußen und Posen in einem ebenso ungünstigen Lichte erscheint wie in ihren Anteilen am Hundert des gesamten Prinzipalsolls in der Ta-

[Fortsetzung des Textes auf Seite 25.]

**Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preussischen Städte und Landgemeinden
im Rechnungsjahre 1911.**

(Tab. 1.)		Ein- wohner- zahl nach der Personen- standsauf- nahme für das Steuerjahr 1912	Im Rechnungsjahre 1911 betrug														
Staat. — Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	der Einkommensteuer					der Realsteuern					der direkten Steuern						
	Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll				
			auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls		auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls		auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls	
	M		M	M	M		M	M	M	M		M	M	M	M		
I	2	3a	3b	4a	4b	4c	5a	5b	6a	6b	6c	7a	7b	8a	8b	8c	
Preussischer Staat.																	
Ia. Berlin	2 033 363	40 696 448	20,01	40 696 448	20,01	100,00	24 911 156	12,25	40 914 802	20,12	164,24	65 607 604	32,27	81 611 250	40,14	124,39	
Städte über																	
Ib. 200 000 E. (o. Berlin)	4 486 791	65 179 742	14,53	100 686 038	22,44	154,47	32 610 329	7,27	64 370 253	14,35	197,39	97 790 071	21,80	165 056 291	36,79	168,79	
II. 100 000—200 000 E.	2 638 416	34 636 169	13,13	54 777 749	20,76	158,15	16 788 907	6,36	36 724 817	13,92	218,74	51 425 076	19,49	91 502 566	34,68	177,98	
III. 50 000—100 000 „	2 134 278	20 007 944	9,37	37 087 954	17,38	185,37	10 638 933	4,98	25 090 155	11,76	235,88	30 646 877	14,36	62 178 109	29,13	202,89	
IV. 25 000—50 000 „	1 934 464	16 203 180	8,38	31 005 608	16,03	191,36	8 904 565	4,60	19 671 547	10,17	220,92	25 107 745	12,98	50 677 155	26,20	201,84	
V. 10 000—25 000 „	2 524 999	18 798 508	7,44	36 292 519	14,37	193,06	10 809 435	4,38	23 185 995	9,18	214,50	29 607 943	11,73	59 478 514	23,56	200,89	
VI. 7 000—10 000 „	775 479	4 701 199	6,06	8 729 859	11,26	185,69	2 982 576	3,85	5 905 526	7,62	198,00	7 683 775	9,91	14 635 385	18,87	190,47	
VII. 5 000—7 000 „	760 799	4 157 640	5,46	7 909 275	10,40	190,23	2 879 532	3,78	5 723 830	7,52	198,78	7 037 172	9,25	13 633 105	17,92	193,73	
VIII. 3 000—5 000 „	958 319	5 167 462	5,39	9 043 485	9,44	175,01	3 657 253	3,82	7 020 120	7,33	191,95	8 824 715	9,21	16 063 605	16,76	182,08	
IX. 2 000—3 000 „	595 544	2 721 000	4,57	4 637 058	7,79	170,42	2 230 601	3,75	4 079 642	6,85	182,89	4 951 601	8,31	8 716 700	14,64	176,04	
X. Städte bis 2 000 „	398 730	1 471 445	3,69	2 403 251	6,03	163,33	1 312 577	3,29	2 298 899	5,77	175,14	2 784 022	6,98	4 702 150	11,79	168,90	
Ia. bis X. Sämtliche Städte einschl. Berlin	19 241 182	213 740 737	11,11	333 269 244	17,32	155,92	117 725 864	6,12	234 985 586	12,21	199,60	331 466 601	17,23	568 254 830	29,53	171,44	
Landgemeinden über																	
XI. 10 000 Einwohner .	2 266 044	18 791 363	8,29	31 296 553	13,81	166,55	8 764 678	3,87	26 173 303	11,55	298,82	27 556 041	12,16	57 469 856	25,38	208,56	
XII. 5 000—10 000 Einw.	1 310 222	9 498 965	7,25	14 776 633	11,28	155,56	4 715 099	3,60	11 281 116	8,61	239,26	14 214 064	10,85	26 057 749	19,89	183,32	
XIII. Landg. bis 5 000 E.	15 378 607	43 440 129	2,83	70 626 103	4,59	162,58	45 860 731	2,98	87 923 418	5,72	191,72	89 300 860	5,81	158 549 521	10,31	177,55	
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden	18 954 873	71 730 457	3,78	116 699 289	6,16	162,00	59 340 508	3,13	125 377 837	6,81	211,29	131 070 965	6,91	242 077 126	12,77	184,69	
I. bis XIII. Sämtl. Städte (einschl. Berlin) u. Ldg. zus.	38 196 055	285 471 194	7,47	449 968 533	11,78	157,62	177 066 372	4,64	360 363 423	9,43	293,82	462 537 566	12,11	816 331 956	21,21	175,19	
A. Provinz Ostpreußen.																	
Städte über																	
I. 200 000 Einwohner	247 565	2 186 623	8,83	4 799 293	19,39	219,48	1 421 313	5,74	3 787 946	15,30	266,51	3 607 936	14,57	8 587 239	34,69	238,01	
IV. 25 000—50 000 E.	105 497	581 224	5,51	1 323 161	12,54	227,65	414 315	3,93	902 943	8,56	217,94	995 539	9,44	2 226 104	21,10	223,61	
V. 10 000—25 000 „	89 966	411 001	4,57	1 000 728	11,12	243,49	309 912	3,44	678 314	7,54	218,87	720 913	8,01	1 679 042	18,66	232,90	
VI. 7 000—10 000 „	16 954	57 256	3,38	142 048	8,38	248,09	47 916	2,83	117 932	6,96	246,12	105 172	6,20	259 980	15,33	247,20	
VII. 5 000—7 000 „	82 242	301 439	3,67	810 252	9,85	268,79	238 642	2,90	598 453	7,28	250,77	540 081	6,57	1 408 705	17,13	260,88	
VIII. 3 000—5 000 „	65 509	220 245	3,36	558 948	8,83	253,78	201 198	3,07	458 777	7,00	228,02	421 443	6,48	1 017 725	15,53	241,49	
IX. 2 000—3 000 „	41 019	120 532	2,94	274 605	6,69	227,83	116 078	2,83	245 132	5,98	211,18	236 610	5,77	519 737	12,67	219,66	
X. Städte bis 2 000 „	12 496	30 909	2,47	75 849	6,07	245,39	35 178	2,82	87 387	6,99	248,41	66 087	5,29	163 236	13,06	247,00	
I. bis X. Sämtliche Städte	661 248	3 909 229	5,91	8 984 884	13,59	229,94	2 784 552	4,21	6 876 884	10,40	246,97	6 693 781	10,12	15 861 768	23,99	236,96	
Landgemeinden über																	
XII. 5 000—10 000 Einw.	12 159	69 506	5,72	120 452	9,91	173,30	25 996	2,14	64 631	5,32	248,62	95 502	7,85	185 083	15,22	193,80	
XIII. Landg. bis 5 000 E.	1 071 896	1 202 198	1,12	2 873 031	2,68	238,98	2 070 553	2,02	5 157 454	4,81	237,61	3 372 751	3,18	8 030 485	7,49	238,10	
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden	1 084 055	1 271 704	1,17	2 993 483	2,76	235,39	2 196 549	2,03	5 222 085	4,82	237,74	3 468 253	3,20	8 215 568	7,58	236,88	
I. bis XIII. zusammen	1 745 303	5 180 933	2,97	11 978 367	6,36	231,20	4 981 101	2,85	12 098 969	6,93	242,90	19 162 934	5,82	24 077 336	13,79	236,93	
B. Provinz Westpreußen.																	
Städte über																	
II. 100 000—200 000 E.	169 308	1 224 862	7,23	2 809 972	16,60	229,41	871 159	5,15	2 190 521	12,94	251,45	2 096 021	12,38	5 000 493	29,53	238,57	
III. 50 000—100 000 „	58 703	400 319	6,82	899 102	15,32	224,60	224 891	3,83	544 843	9,28	242,27	625 210	10,65	1 443 945	24,60	230,95	
IV. 25 000—50 000 „	87 765	438 223	4,99	972 429	11,08	221,90	365 636	4,17	755 821	8,61	206,71	803 859	9,16	1 728 250	19,69	214,99	
V. 10 000—25 000 „	126 196	656 602	5,20	1 630 290	12,92	248,29	468 569	3,71	1 021 055	8,09	217,91	1 125 171	8,92	2 651 345	21,01	235,64	
VI. 7 000—10 000 „	31 570	105 733	3,35	296 403	9,39	280,83	109 985	3,48	244 025	7,73	221,87	215 718	6,83	540 428	17,12	250,53	
VII. 5 000—7 000 „	22 963	63 433	2,76	186 461	8,12	293,95	61 936	2,70	138 914	6,05	224,29	125 369	5,46	325 375	14,17	259,53	
VIII. 3 000—5 000 „	68 943	211 394	3,07	564 600	8,19	267,08	201 979	2,93	432 518	6,27	214,14	413 373	6,00	997 118	14,46	241,22	
IX. 2 000—3 000 „	23 010	76 961	3,34	209 380	9,10	272,06	73 740	3,20	164 838	7,16	223,54	150 701	6,55	374 218	16,26	248,32	
X. Städte bis 2 000 „	10 802	17 414	1,61	48 872	4,52	280,65	25 333	2,35	56 721	5,25	223,90	42 747	3,96	105 593	9,78	247,02	
I. bis X. Sämtliche Städte	599 260	3 194 941	5,33	7 617 509	12,71	238,42	2 403 228	4,01	5 549 256	9,26	230,91	5 598 169	9,34	13 166 765	21,97	235,20	
Landgemeinden über																	
XI. 10 000 Einw.	11 218	13 206	1,18	40 938	3,65	310,00	19 251	1,72	59 679	5,32	310,00	32 457	2,89	100 617	8,97	310,00	
XII. 5 000—10 000 Einw.	17 035	60 652	3,56	114 892	6,74	189,43	45 050	2,64	114 226	6,71	253,55	105 702	6,20	229 118	13,45	216,76	
XIII. Landg. bis 5 000 E.	845 613	1 049 641	1,24	2 789 274	3,30	265,74	1 759 794	2,08	4 700 401	5,56	267,10	2 809 435	3,32	7 489 675	8,86	266,59	
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden	873 866	1 123 499	1,29	2 945 104	3,37	262,14	1 824 095	2,09	4 874 306	5,58	267,22	2 947 594	3,38	7 819 410	8,95	265,28	
I. bis XIII. zusammen	1 473 126	4 318 440	2,93	10 562 613	7,17	244,59	4 227 323	2,87	10 423 562	7,08	246,58	8 545 763	5,80	20 986 175	14,25	245,57	

Noch: Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 1.)		Im Rechnungsjahre 1911 betrug														
Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	Ein- wohner- zahl nach der Personen- standauf- nahme für das Steuerjahr 1912	der Einkommensteuer					der Realsteuern					der direkten Steuern				
		Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll		
		<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls	<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls	<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls
1	2	3a	3b	4a	4b	4c	5a	5b	6a	6b	6c	7a	7b	8a	8b	8c
C. Provinz Branden- burg.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	552 140	10 722 117	19,42	10 722 117	19,42	100,00	4 741 440	8,59	8 691 115	15,74	183,30	15 463 557	28,01	19 413 232	35,16	125,54
II. 100 000—200 000 E.	293 331	6 888 031	23,48	6 888 031	23,48	100,00	3 043 923	10,38	5 049 006	17,21	165,87	9 931 954	33,86	11 937 037	40,69	120,19
III. 50 000—100 000 "	353 178	3 025 282	8,57	4 485 039	12,70	148,25	1 854 215	5,25	4 166 094	11,80	224,68	4 879 497	13,82	8 651 133	24,50	177,30
IV. 25 000—50 000 "	219 301	1 895 588	8,64	3 445 599	15,71	181,77	1 039 801	4,74	2 248 063	10,25	216,20	2 935 389	13,39	5 693 662	25,96	193,97
V. 10 000—25 000 "	216 259	1 516 168	7,01	3 073 246	14,21	202,70	914 246	4,23	1 922 007	8,89	210,23	2 430 414	11,24	4 995 253	23,10	205,53
VI. 7 000—10 000 "	161 024	912 705	5,67	1 665 591	10,34	182,49	634 975	3,94	1 200 742	7,46	189,10	1 547 680	9,61	2 866 333	17,80	185,20
VII. 5 000—7 000 "	91 244	431 350	4,73	790 072	8,66	183,16	360 723	3,95	666 391	7,30	184,74	792 073	8,68	1 456 463	15,96	183,88
VIII. 3 000—5 000 "	84 941	419 198	4,94	645 062	7,59	153,88	324 234	3,82	617 522	7,27	190,46	743 432	8,75	1 262 584	14,86	169,83
IX. 2 000—3 000 "	59 365	230 866	3,89	402 007	6,77	174,13	220 157	3,71	408 512	6,88	185,55	451 023	7,60	810 519	13,65	179,71
X. Städte bis 2 000 "	49 086	158 716	3,28	295 700	6,02	186,31	162 071	3,30	312 715	6,37	192,95	320 787	6,54	608 415	12,89	189,66
I. bis X. Sämtliche Städte	2 079 869	26 200 021	12,60	32 412 464	15,88	123,71	13 295 785	6,39	25 282 167	12,16	190,15	39 495 806	18,99	57 694 631	27,74	146,08
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner	577 629	7 280 338	12,60	8 169 044	14,14	112,21	3 717 052	6,44	10 272 481	17,78	276,36	10 997 390	19,04	18 441 525	31,98	167,69
XII. 5 000—10 000 Einw.	63 181	1 637 675	25,92	1 396 316	22,10	85,26	473 114	7,49	1 682 461	26,63	355,61	2 110 789	33,41	3 078 777	48,73	145,86
XIII. Landg. bis 5 000 E.	1 184 615	4 434 283	3,74	5 790 636	4,89	130,59	3 808 482	3,21	6 905 660	5,83	181,32	8 242 765	6,96	12 696 296	10,72	154,03
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	1 825 425	13 352 296	7,31	15 355 996	8,41	115,01	7 998 648	4,38	18 860 602	10,33	235,80	21 350 944	11,70	34 216 598	18,74	160,26
I. bis XIII. zusammen	3 905 294	39 552 317	10,13	47 768 460	12,23	120,77	21 294 433	5,45	44 142 769	11,30	207,30	60 846 750	15,58	91 911 229	23,54	151,05
D. Provinz Pommern.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	241 531	2 337 580	9,68	4 655 003	19,27	199,14	1 455 631	6,08	3 208 939	13,29	220,45	3 793 211	15,70	7 063 942	32,56	207,82
IV. 25 000—50 000 E.	121 781	742 602	6,10	1 492 985	12,26	201,06	486 874	4,00	1 042 133	8,56	214,05	1 229 476	10,10	2 535 118	20,82	206,19
V. 10 000—25 000 "	137 318	783 231	5,70	1 534 866	11,18	195,97	533 360	3,88	1 062 658	7,74	199,24	1 316 591	9,59	2 597 524	18,92	197,29
VI. 7 000—10 000 "	80 754	350 387	4,34	739 649	9,16	211,09	268 626	3,33	542 488	6,72	201,95	619 013	7,67	1 282 137	15,88	207,13
VII. 5 000—7 000 "	57 192	235 224	4,11	509 167	8,90	216,46	189 459	3,31	384 706	6,73	203,06	424 683	7,43	893 873	15,63	210,48
VIII. 3 000—5 000 "	55 140	197 887	3,59	411 708	7,47	208,06	178 890	3,24	342 076	6,20	191,22	376 777	6,83	753 784	13,67	200,06
IX. 2 000—3 000 "	35 361	119 159	3,37	199 702	5,65	167,59	104 651	2,96	167 530	4,74	160,08	223 810	6,33	367 232	10,39	164,08
X. Städte bis 2 000 "	19 103	48 222	2,52	79 005	4,14	163,84	52 522	2,75	85 283	4,46	162,38	100 744	5,27	164 288	8,60	163,07
I. bis X. Sämtliche Städte	748 180	4 814 292	6,43	9 622 085	12,86	199,87	3 270 013	4,37	6 835 813	9,14	209,05	8 084 305	10,81	16 457 898	22,00	203,58
Landgemeinden über																
XII. 5 000—10 000 Einw.	19 961	142 458	7,14	226 729	11,36	159,15	71 960	3,61	143 865	7,21	199,92	214 418	10,74	370 594	18,57	172,84
XIII. Landg. bis 5 000 E.	595 090	1 117 273	1,88	1 823 804	3,06	163,24	1 635 037	2,75	2 648 876	4,45	162,01	2 752 310	4,63	4 472 680	7,52	162,31
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	615 051	1 259 731	2,05	2 050 533	3,33	162,78	1 706 997	2,78	2 792 741	4,54	163,61	2 966 728	4,82	4 843 274	7,87	163,25
I. bis XIII. zusammen	1 363 231	6 074 023	4,46	11 672 618	8,56	192,17	4 977 010	3,65	9 628 554	7,06	193,46	11 051 033	8,11	21 301 172	15,63	192,75
E. Provinz Posen.																
Städte über																
II. 100 000—200 000 E.	161 926	1 428 937	8,82	2 854 911	17,63	199,79	916 157	5,66	2 255 122	13,93	246,15	2 345 094	14,48	5 110 033	31,56	217,90
III. 50 000—100 000 "	59 388	504 497	8,49	982 744	16,55	194,80	317 881	5,35	616 336	10,38	193,89	822 378	13,85	1 599 080	26,93	194,45
IV. 25 000—50 000 "	77 047	395 493	5,13	869 611	11,29	219,88	285 110	3,70	680 622	8,83	238,72	680 603	8,83	1 550 233	20,12	227,77
V. 10 000—25 000 "	56 743	308 376	5,43	450 238	7,93	146,00	207 879	3,66	311 478	5,49	149,84	516 255	9,10	761 716	13,42	147,55
VI. 7 000—10 000 "	69 591	270 732	3,89	541 413	7,78	199,98	210 471	3,02	443 719	6,38	210,82	481 203	6,91	985 132	14,16	204,72
VII. 5 000—7 000 "	90 181	322 542	3,58	601 521	6,67	186,49	267 634	2,97	482 818	5,35	180,40	590 176	6,54	1 084 339	12,02	183,73
VIII. 3 000—5 000 "	85 595	359 035	4,19	637 462	7,45	177,53	266 477	3,11	514 307	6,01	193,00	625 512	7,81	1 151 769	13,46	184,13
IX. 2 000—3 000 "	61 184	154 259	2,52	257 625	4,21	167,01	156 835	2,56	283 059	4,63	180,48	311 094	5,08	540 684	8,84	173,80
X. Städte bis 2 000 "	71 091	147 716	2,08	235 389	3,81	159,35	162 595	2,29	276 385	3,89	169,98	310 311	4,36	511 774	7,20	164,92
I. bis X. Sämtliche Städte	732 746	3 891 587	5,31	7 430 914	10,14	190,95	2 791 039	3,81	5 863 846	8,00	210,10	6 682 626	9,12	13 294 760	18,14	198,95
Landgemeinden über																
XII. 5 000—10 000 Einw.	33 107	72 475	2,19	145 463	4,39	200,71	51 976	1,57	113 152	3,42	217,70	124 451	3,76	258 615	7,81	207,60
XIII. Landg. bis 5 000 E.	923 124	1 033 533	1,12	1 224 823	1,33	118,51	1 470 898	1,59	1 783 700	1,93	121,37	2 504 431	2,71	3 008 523	3,26	120,13
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	956 231	1 106 008	1,16	1 370 286	1,43	123,89	1 522 874	1,59	1 896 852	1,98	124,56	2 628 882	2,75	3 267 138	3,42	124,28
I. bis XIII. zusammen	1 688 977	4 997 595	2,96	8 801 200	5,21	176,11	4 313 913	2,55	7 760 698	4,60	179,90	9 311 508	5,51	16 561 898	9,81	177,66
F. Provinz Schlesien.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	523 104	6 576 716	12,57	11 300 445	21,60	171,83	3 628 408	6,94	7 324 519	14,00	201,87	10 205 124	19,51	18 624 964	35,60	182,51
III. 50 000—100 000 E.	362 436	2 870 798	7,92	5 470 129	15,09	190,54	1 562 503	4,31	3 894 343	10,74	249,24	4 433 301	12,23	9 364 472	25,84	211,23
IV. 25 000—50 000 "	206 795	1 547 825	7,48	3 054 109	14,77	197,32	905 979	4,38	1 912 253	9,25	211,07	2 453 804	11,87	4 966 362	24,02	202,39
V. 10 000—25 000 "	341 377	2 536 333	7,43	4 408 042	12,91	173,80	1 412 751	4,14	2 836 349	8,31	200,77	3 949 084	11,57	7 244 391	21,22	183,44
VI. 7 000—10 000 "	100 624	545 524	5,42	911 269	9,06	167,04	355 734	3,54	610 538	6,07	171,83	901 258	8,96	1 521 807	15,12	168,85
VII. 5 000—7 000 "	87 300	474 113	5,43	717 294	8,22	151,29	294 826	3,38	445 123	5,10	150,98	768 939	8,81	1 162 417	13,32	151,17
VIII. 3 000—5 000 "	101 186	501 591	4,98	838 391	8,29	167,15	352 497	3,48	599 803	5,93	170,16	854 088	8,44	1 438 194	14,21	168,39

Noch: Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 1.)		Im Rechnungsjahre 1911 betrug														
Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1912	der Einkommensteuer					der Realsteuern					der direkten Steuern				
		Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll			Prinzipalsoll		Umlagesoll		
		<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls	<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls	<i>M</i>	auf 1 Einw.	<i>M</i>	auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls
1	2	3a	3b	4a	4b	4c	5a	5b	6a	6b	6c	7a	7b	8a	8b	8c
Noch: F. Provinz Schlesien.																
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner .	446 141	2 544 800	5,70	5 188 143	11,63	203,87	1 059 479	2,37	3 039 717	6,81	286,91	3 604 279	8,08	8 227 860	18,44	228,28
XII. 5 000—10 000 Einw.	153 585	657 368	4,29	1 146 382	7,47	174,39	371 987	2,43	749 335	4,89	201,44	1 029 355	6,71	1 895 717	12,36	184,17
XIII. Landg. bis 5 000 E.	2 355 915	4 649 712	1,97	7 579 748	3,22	163,02	5 284 401	2,24	9 889 170	4,20	187,14	9 934 113	4,22	17 468 918	7,41	175,85
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	2 955 641	7 851 880	2,66	13 914 273	4,71	177,21	6 715 867	2,27	13 678 222	4,63	203,67	14 567 747	4,93	27 592 495	9,34	189,41
I. bis XIII. zusammen	4 788 481	23 335 703	4,87	41 315 159	8,63	177,05	15 560 185	3,25	31 871 708	6,66	294,83	38 895 888	8,12	73 188 867	15,28	188,16
G. Provinz Sachsen.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	282 696	3 609 221	12,77	6 444 651	22,80	178,56	1 838 983	6,51	3 635 429	13,04	200,41	5 448 204	19,27	10 130 080	35,83	185,93
II. 100 000—200 000 E.	308 155	3 710 322	12,04	6 178 907	20,05	166,53	1 774 573	5,76	3 550 856	11,52	200,10	5 484 895	17,80	9 729 763	31,57	177,39
IV. 25 000—50 000 „	291 882	2 914 663	9,99	5 234 002	17,93	179,57	1 476 797	5,06	3 192 326	10,94	216,17	4 391 460	15,05	8 426 328	28,87	191,88
V. 10 000—25 000 „	307 259	2 198 428	7,15	4 089 913	13,31	186,04	1 305 456	4,25	2 701 469	8,79	206,94	3 503 884	11,40	6 791 382	22,10	193,82
VI. 7 000—10 000 „	51 687	318 539	6,16	514 358	9,95	161,47	214 712	4,15	369 938	7,16	172,39	533 251	10,81	884 296	17,11	165,88
VII. 5 000—7 000 „	48 879	273 759	5,60	446 474	9,13	163,09	215 189	4,40	369 783	7,57	171,84	488 948	10,00	816 257	16,70	166,94
VIII. 3 000—5 000 „	104 167	609 504	5,85	955 742	9,18	156,81	437 664	4,20	824 336	7,91	188,35	1 047 168	10,05	1 780 078	17,09	169,99
IX. 2 000—3 000 „	94 996	439 298	4,62	664 902	7,00	151,36	403 690	4,25	673 249	7,09	166,77	842 988	8,87	1 338 151	14,09	158,74
X. Städte bis 2 000 „	47 927	197 447	4,12	291 127	6,07	147,45	192 076	4,01	308 162	6,43	160,44	389 523	8,13	599 289	12,50	153,85
I. bis X. Sämtliche Städte	1 537 648	14 271 181	9,28	24 820 076	16,14	173,92	7 859 140	5,11	15 675 548	10,19	199,46	22 130 321	14,39	40 495 624	26,34	182,99
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner .	13 607	54 927	4,04	129 056	9,48	234,96	47 848	3,52	112 442	8,26	235,00	102 775	7,55	241 498	17,73	234,98
XII. 5 000—10 000 Einw.	33 115	103 034	3,11	181 487	5,48	176,14	75 095	2,27	138 941	4,20	185,02	178 129	5,38	320 428	9,68	179,89
XIII. Landg. bis 5 000 E.	1 372 261	5 619 242	4,09	7 456 776	5,43	132,70	5 728 599	4,17	8 481 406	6,18	148,05	11 347 841	8,27	15 938 182	11,61	140,45
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	1 418 933	5 777 203	4,07	7 767 319	5,47	134,45	5 851 542	4,12	8 732 789	6,15	149,24	11 628 745	8,20	16 500 108	11,63	141,89
I. bis XIII. zusammen	2 956 631	29 048 384	6,78	32 587 395	11,02	162,54	13 710 682	4,64	24 408 337	8,26	178,02	33 759 066	11,42	56 995 732	19,28	168,83
H. Provinz Schleswig-Holstein.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	216 156	1 754 080	8,11	4 317 359	19,97	246,13	1 211 500	5,60	3 354 915	15,52	276,92	2 965 580	13,72	7 672 274	35,49	258,71
II. 100 000—200 000 E.	178 783	2 043 472	11,43	2 655 144	14,85	129,93	1 172 727	6,56	4 208 880	23,54	358,90	3 216 199	17,99	6 864 024	38,39	213,42
III. 50 000—100 000 „	62 273	505 324	8,11	1 157 834	18,59	229,13	325 208	5,22	880 634	14,14	270,79	830 532	13,84	2 038 468	32,78	245,44
IV. 25 000—50 000 „	70 223	638 891	9,10	1 115 877	15,89	174,66	360 222	5,13	947 233	13,49	262,96	999 113	14,23	2 063 110	29,38	206,49
V. 10 000—25 000 „	96 218	725 181	7,54	1 572 516	16,34	216,94	436 784	4,54	1 045 511	10,87	239,37	1 161 965	12,08	2 618 027	27,21	225,31
VI. 7 000—10 000 „	26 794	223 606	8,35	469 641	17,53	210,03	147 960	5,82	307 532	11,48	207,85	371 566	13,87	777 173	29,01	209,16
VII. 5 000—7 000 „	58 673	385 697	6,57	812 952	13,86	210,77	248 469	4,23	585 002	9,97	235,44	634 166	10,81	1 397 954	23,83	220,44
VIII. 3 000—5 000 „	38 456	248 996	6,47	485 250	12,62	194,88	178 632	4,65	348 320	9,06	194,99	427 628	11,12	833 570	21,68	194,93
IX. 2 000—3 000 „	31 000	200 730	6,48	426 412	13,76	212,43	174 561	5,63	381 289	12,30	218,43	375 291	12,11	807 701	26,06	215,22
X. Städte bis 2 000 „	13 697	96 431	7,04	180 981	13,21	187,68	69 053	5,04	137 829	10,06	199,60	165 484	12,08	318 810	23,28	192,65
I. bis X. Sämtliche Städte	792 273	6 822 408	8,61	13 193 966	16,65	193,89	4 325 116	5,46	12 197 145	15,40	282,01	11 147 524	14,07	25 391 111	32,05	227,77
Landgemeinden über																
XI. 5 000—10 000 Einw.	68 255	573 598	8,40	798 528	11,70	139,21	332 948	4,88	827 880	12,13	248,65	906 546	13,28	1 626 408	23,88	179,41
XIII. Landg. bis 5 000 E.)	672 114	2 542 772	3,78	4 159 835	6,19	163,99	3 690 783	5,49	7 132 634	10,61	193,26	6 233 555	9,27	11 292 469	16,80	181,16
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	740 369	3 116 370	4,21	4 958 363	6,70	159,11	4 023 731	5,43	7 960 514	10,75	197,84	7 140 101	9,64	12 918 877	17,45	180,93
I. bis XIII. zusammen	1 532 642	9 938 778	6,48	18 152 329	11,84	182,64	8 348 847	5,45	20 157 659	13,15	241,44	18 287 625	11,93	38 309 988	25,00	209,49
J. Provinz Hannover.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	305 976	4 364 046	14,26	5 406 076	17,67	123,88	2 426 550	7,93	3 993 230	13,05	164,58	6 790 596	22,19	9 399 306	30,72	138,42
III. 50 000—100 000 E.	265 656	2 712 306	10,21	4 784 687	18,01	176,41	1 342 342	5,05	3 019 392	11,37	224,93	4 054 648	15,26	7 804 079	29,38	192,47
IV. 25 000—50 000 „	162 182	1 313 006	8,10	2 331 584	14,38	177,58	766 669	4,73	1 569 535	9,68	204,72	2 079 675	12,82	3 901 119	24,05	187,58
V. 10 000—25 000 „	169 170	1 300 281	7,69	2 492 296	14,73	191,67	766 978	4,53	1 628 866	9,63	212,37	2 067 259	12,22	4 121 162	24,36	199,35
VI. 7 000—10 000 „	58 633	389 526	6,64	806 069	13,75	206,94	219 100	3,74	485 036	8,27	221,38	608 626	10,38	1 291 105	22,02	212,13
VII. 5 000—7 000 „	35 850	255 089	7,12	506 487	14,13	198,55	165 827	4,63	344 958	9,62	208,02	420 916	11,74	851 445	23,75	202,28
VIII. 3 000—5 000 „	85 474	474 606	5,55	946 901	11,08	199,51	312 654	3,66	683 784	8,00	218,70	787 260	9,21	1 630 685	19,08	207,13
IX. 2 000—3 000 „	55 955	340 687	6,09	595 134	10,64	174,69	249 957	4,47	484 580	8,66	193,87	590 644	10,56	1 079 714	19,30	182,90
X. Städte bis 2 000 „	42 265	196 463	4,65	326 682	7,73	166,28	161 801	3,83	313 457	7,42	193,73	358 264	8,48	640 139	15,15	178,63
I. bis X. Sämtliche Städte	1 181 161															

Noch: Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 1.)		Im Rechnungsjahre 1911 betrug														
Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	Ein- wohner- zahl nach der Personen- standsauf- nahme für das Steuerjahr 1912	der Einkommensteuer					der Realsteuern					der direkten Steuern				
		Prinzipalsoll			Umlagesoll		Prinzipalsoll			Umlagesoll		Prinzipalsoll			Umlagesoll	
			auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls		auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls		auf 1 Einw.		auf 1 Einw.	v. H. des Prinzi- palsolls
		M	M	M	M		M	M	M	M		M	M	M	M	
1	2	3a	3b	4a	4b	4c	5a	5b	6a	6b	6c	7a	7b	8a	8b	8c
K. Provinz Westfalen.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	222 460	2 474 291	11,12	5 192 480	23,84	209,86	1 246 416	5,60	3 075 414	13,82	246,74	3 720 707	16,78	8 267 894	37,17	222,21
II. 100 000—200 000 E.	308 714	2 623 752	8,50	5 656 246	18,82	215,58	1 227 914	3,98	3 651 879	11,83	297,41	3 851 666	12,48	9 308 125	30,15	241,66
III. 50 000—100 000 "	439 199	4 015 046	9,14	8 485 353	19,32	211,34	1 977 234	4,50	5 302 433	12,07	268,17	5 992 280	13,64	13 787 786	31,39	230,09
IV. 25 000—50 000 "	353 181	3 079 574	8,72	6 507 839	18,43	211,32	1 483 584	4,20	3 699 633	10,48	249,37	4 563 158	12,92	10 207 472	28,90	223,69
V. 10 000—25 000 "	305 050	2 514 871	8,24	5 102 098	16,73	202,88	1 181 398	3,87	2 972 015	9,74	251,57	3 696 269	12,12	8 074 113	26,47	218,44
VI. 7 000—10 000 "	56 571	392 469	6,94	730 301	12,91	186,08	219 824	3,89	480 090	8,49	218,40	612 293	10,82	1 210 391	21,40	197,68
VII. 5 000—7 000 "	69 725	459 592	6,59	986 418	14,15	214,63	270 901	3,89	622 223	8,92	229,69	730 493	10,48	1 608 641	23,07	220,21
VIII. 3 000—5 000 "	76 715	418 800	5,46	777 522	10,14	185,68	300 288	3,91	574 487	7,49	191,31	719 088	9,37	1 352 009	17,62	188,02
IX. 2 000—3 000 "	43 308	223 997	5,17	426 828	9,86	190,55	145 563	3,36	311 696	7,20	214,13	369 560	8,53	738 524	17,05	199,84
X. Städte bis 2 000 "	18 438	85 360	4,63	137 675	7,47	161,29	69 221	3,75	108 394	5,88	156,59	154 581	8,88	246 069	13,35	159,18
I. bis X. Sämtliche Städte	1 893 361	16 287 752	8,60	34 002 760	17,96	208,76	8 122 343	4,29	20 798 264	10,98	256,06	24 410 095	12,89	54 801 024	28,94	224,50
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner	554 557	3 403 098	6,14	7 496 358	13,52	220,28	1 568 170	2,88	5 668 650	10,22	361,48	4 971 268	8,96	13 165 008	23,74	264,82
XII. 5 000—10 000 Einw.	396 475	2 276 660	5,74	4 918 350	12,41	216,03	1 124 112	2,84	3 429 675	8,65	305,10	3 400 772	8,58	8 348 025	21,06	245,47
XIII. Landg. bis 5 000 E.	1 367 009	4 810 803	3,52	10 298 528	7,38	214,07	4 042 339	2,96	9 930 930	7,26	245,67	8 853 142	6,48	20 229 458	14,80	228,50
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	2 318 041	10 490 561	4,53	22 713 236	9,80	216,51	6 734 621	2,91	19 029 255	8,21	282,56	17 225 182	7,43	41 742 491	18,01	242,33
I. bis XIII. zusammen	4 211 402	26 778 313	6,36	56 715 996	13,47	211,80	14 856 964	3,33	39 827 519	9,46	268,07	41 635 277	8,89	96 543 515	22,95	231,88
L. Provinz Hessen-Nassau.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	430 785	11 301 075	26,23	15 106 685	35,07	133,67	4 766 838	11,07	7 548 823	17,82	158,36	16 067 913	37,80	22 655 508	52,59	141,00
II. 100 000—200 000 E.	269 408	4 800 624	17,82	5 512 915	20,46	114,84	2 336 581	8,67	3 636 090	13,80	155,62	7 137 205	26,49	9 149 005	33,96	128,19
III. 50 000—100 000 "	38 574	514 940	13,35	764 206	19,81	148,41	276 052	7,16	473 871	12,28	171,66	790 992	20,51	1 238 077	32,10	156,52
V. 10 000—25 000 "	121 261	1 595 531	13,16	2 454 605	20,24	153,84	800 501	6,60	1 590 915	13,12	198,74	2 396 032	19,76	4 045 520	33,96	168,84
VI. 7 000—10 000 "	36 111	299 788	8,30	517 887	14,34	172,75	168 288	4,66	332 357	9,20	197,49	468 076	12,96	850 244	23,55	181,65
VII. 5 000—7 000 "	17 295	189 341	10,95	297 013	17,17	156,87	115 303	6,67	221 024	12,78	191,69	304 644	17,61	518 037	29,95	170,08
VIII. 3 000—5 000 "	107 394	825 645	7,69	1 126 395	10,49	136,43	504 500	4,70	840 764	7,83	166,65	1 330 145	12,89	1 967 159	18,82	147,89
IX. 2 000—3 000 "	45 804	284 727	6,22	377 741	8,25	132,67	210 870	4,60	327 122	7,14	155,13	495 597	10,82	704 863	15,39	142,23
X. Städte bis 2 000 "	52 482	241 967	4,61	291 960	5,66	120,66	193 093	3,68	256 718	4,89	132,95	435 060	8,29	548 678	10,45	126,12
I. bis X. Sämtliche Städte	1 119 114	20 053 638	17,92	26 449 407	23,63	131,89	9 372 026	8,37	15 227 684	13,61	162,48	29 425 664	26,29	41 677 091	37,24	141,64
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner	11 973	140 938	11,77	190 255	15,89	134,99	55 305	4,62	90 430	7,55	163,51	196 243	16,89	280 685	23,44	143,08
XII. 5 000—10 000 Einw.	55 591	585 131	10,53	503 817	9,06	86,10	217 444	3,91	348 314	6,27	160,19	802 575	14,44	852 131	15,33	106,17
XIII. Landg. bis 5 000 E.	1 048 748	2 865 237	2,73	3 875 002	3,69	135,24	2 828 515	2,70	4 670 742	4,45	165,13	5 693 752	5,48	8 545 744	8,15	150,09
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	1 116 312	3 591 306	3,22	4 569 074	4,09	127,23	3 101 264	2,78	5 109 486	4,58	164,75	6 692 570	6,00	9 678 560	8,67	144,62
I. bis XIII. zusammen	2 235 426	23 644 944	10,58	31 018 481	13,88	131,18	12 473 290	5,58	20 337 170	9,10	163,05	36 118 234	16,16	51 355 651	22,97	142,19
M. Rheinprovinz.																
Städte über																
I. 200 000 Einwohner	1 464 378	19 853 993	13,56	32 741 929	22,36	164,91	9 873 250	6,74	19 699 923	13,45	199,38	29 727 243	20,30	52 441 852	35,81	176,41
II. 100 000—200 000 E.	948 791	11 916 169	12,56	22 221 623	23,42	186,48	5 445 873	5,74	12 182 463	12,84	223,70	17 362 042	18,30	34 404 086	36,26	198,16
III. 50 000—100 000 "	533 445	5 974 372	11,20	10 823 066	20,29	181,16	3 034 659	5,69	6 666 080	12,50	219,66	9 009 031	16,89	17 489 146	32,79	194,13
IV. 25 000—50 000 "	200 236	2 141 151	10,69	3 894 206	19,45	181,87	1 043 526	5,21	2 247 114	11,22	215,34	3 184 677	15,90	6 141 320	30,67	192,84
V. 10 000—25 000 "	558 182	4 252 505	7,82	8 483 681	15,20	199,50	2 471 601	4,43	5 415 358	9,70	219,10	6 724 106	12,06	13 899 039	24,90	206,70
VI. 7 000—10 000 "	85 166	834 934	9,80	1 395 230	16,38	167,11	384 985	4,52	771 129	9,06	200,30	1 219 919	14,32	2 166 359	25,44	177,58
VII. 5 000—7 000 "	88 798	669 951	7,54	1 103 421	12,43	164,70	413 645	4,66	790 479	8,90	191,10	1 083 596	12,20	1 893 900	21,33	174,78
VIII. 3 000—5 000 "	84 799	680 561	8,03	1 095 504	12,92	160,97	398 240	4,70	783 426	9,24	196,72	1 078 801	12,72	1 878 930	22,16	174,17
IX. 2 000—3 000 "	37 811	231 084	6,11	346 158	9,15	149,90	153 908	4,07	267 591	7,08	173,86	384 992	10,18	613 749	16,23	159,42
X. Städte bis 2 000 "	18 056	118 577	6,57	195 368	10,82	164,76	78 625	4,35	150 334	8,33	191,20	197 202	10,92	345 702	19,15	175,30
I. bis X. Sämtliche Städte	4 019 662	46 673 297	11,61	82 300 186	20,47	176,33	23 298 312	5,90	48 973 897	12,18	210,20	69 971 609	17,41	131 274 083	32,66	187,61
Landgemeinden über																
XI. 10 000 Einwohner	608 520	4 974 709	8,18	9 400 262	15,45	188,96	2 121 564	3,49	6 490 484	10,67	305,93	7 096 273	11,66	15 890 746	26,11	223,93
XII. 5 000—10 000 Einw.	417 328	3 087 759	7,40	4 799 377	11,50	155,43	1 805 846	4,33	3 296 755	7,90	182,86	4 893 605	11,78	8 096 132	19,40	165,44
XIII. Landg. bis 5 000 E.	2 185 852	8 013 370	3,67	12 984 571	5,94	162,04	6 869 286	3,14	14 482 490	6,63	210,83	14 882 656	6,81	27 467 061	12,57	184,56
XI. bis XIII. Sämtliche Landgemeinden . . .	3 211 700	16 075 838	5,01	27 184 210	8,46	169,10	10 796 696	3,36	24 269 729	7,56	224,79	26 872 534	8,37	51 453 939	16,02	191,47
I. bis XIII. zusammen	7 231 362	62 749 135	8,68	109 484 396	15,14	174,48	34 095 008	4,71	73 243 626	10,13	214,82	96 844 143	13,39	182 728 022	25,27	188,68
N. Hohenzollernsche Lande.																
Städte über																
VII. 5 000—7 000 Einw.	10 457	96 110	9,19	141 743	13,55	147,48	36 978	3,54	73 956	7,07	200,00	133 088	12			

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 in seiner Verteilung auf Stadt- und Landgemeinden.

Provinzen.	Es betrug die Einwohnerzahl nach der Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1912						Es betrug das Prinzipalsoll der direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911							
	in den Stadt- ge- meinden			in den Land- ge- meinden			in den Stadtgemeinden			in den Landgemeinden			in den Stadt- und Landgemeinden	
	v. H. der Bevöl- kerung sämt- licher Stadt- und Land- gemeinden des Staates			v. H. der Bevöl- kerung sämt- licher Stadt- und Land- gemeinden des Staates			v. H. des Prinzi- palsolls sämt- licher Stadt- und Land- gemeinden des Staates			v. H. des Prinzi- palsolls sämt- licher Stadt- und Land- gemeinden des Staates			v. H. des Prinzi- palsolls sämt- licher Stadt- und Land- gemeinden des Staates	
	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	5c	6a	6b	6c	7a	7b
I. Ostpreußen .	661 248	1,73	1 084 055	2,84	1 745 303	4,57	6 693 781	1,45	65,87	3 468 253	0,75	34,13	10 162 034	2,20
II. Westpreußen	599 260	1,57	873 866	2,29	1 473 126	3,86	5 598 169	1,21	65,51	2 947 594	0,64	34,49	8 545 763	1,85
III. Stdtkr. Berlin	2 033 363	5,32	—	—	2 033 363	5,32	65 607 604	14,18	100,00	—	—	—	65 607 604	14,18
IV. Brandenburg	2 079 869	5,45	1 825 425	4,78	3 905 294	10,22	39 495 806	8,54	64,91	21 350 944	4,62	35,09	60 846 750	13,15
V. Pommern . .	748 180	1,96	615 051	1,61	1 363 231	3,57	8 084 305	1,75	73,15	2 966 728	0,64	26,85	11 051 033	2,39
VI. Posen . . .	732 746	1,92	956 231	2,50	1 688 977	4,42	6 682 626	1,44	71,77	2 628 882	0,57	28,23	9 311 508	2,01
VII. Schlesien .	1 832 840	4,80	2 955 641	7,74	4 788 481	12,54	24 328 121	5,26	62,55	14 567 747	3,15	37,45	38 895 868	8,41
VIII. Sachsen . .	1 537 648	4,08	1 418 983	3,71	2 956 631	7,74	22 130 321	4,79	65,53	11 628 745	2,51	34,45	33 759 066	7,30
IX. Schleswig-H.	792 273	2,07	740 369	1,94	1 532 642	4,01	11 147 524	2,41	60,96	7 140 101	1,54	39,04	18 287 625	3,95
X. Hannover . .	1 181 161	3,09	1 777 660	4,65	2 958 821	7,75	17 757 888	3,84	57,39	13 183 265	2,85	42,61	30 941 153	6,69
XI. Westfalen .	1 893 361	4,96	2 318 041	6,07	4 211 402	11,03	24 410 095	5,28	58,63	17 225 182	3,72	41,37	41 635 277	9,00
XII. Hess.-Nassau	1 119 114	2,93	1 116 312	2,92	2 235 426	5,85	29 425 664	6,36	81,47	6 692 570	1,45	18,53	36 118 234	7,81
XIII. Rheinprovinz	4 019 662	10,52	3 211 700	8,41	7 231 362	18,93	69 971 609	15,13	72,25	26 872 534	5,81	27,75	96 844 143	20,94
XIV. Hohenz.Lande	10 457	0,03	61 539	0,16	71 996	0,19	133 088	0,03	25,04	398 420	0,09	74,96	531 508	0,11
Staat . . .	19 241 182	50,37	18 954 873	49,68	38 196 055	100,00	331 466 601	71,66	71,66	131 070 965	28,34	28,34	462 537 566	100,00

belle 2, ergibt sich bezüglich einiger anderer Provinzen, die zu den steuerkräftigen gehören, hier ein von der Tabelle 2 abweichendes Bild. Während nämlich der Prinzipalsollanteil der direkten Steuern in der Rheinprovinz sowohl bei den Städten als auch bei den Landgemeinden weitaus am höchsten war, nimmt bei den Beträgen des Prinzipalsolls auf den Kopf der städtischen Bevölkerung Berlin den ersten, Hessen-Nassau den zweiten und Brandenburg den dritten Platz ein; dann erst folgt die Rheinprovinz an vierter Stelle. Ebenso wird der Kopfbetrag ihrer Landgemeinden von dem der Provinzen Brandenburg und Schleswig-Holstein übertroffen.

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern setzt sich aus dem Soll der Einkommensteuer, einschließlich der von den Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} nach den fingierten Normalsteuersätzen erhobenen Beträge, und aus dem Soll der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer zusammen, wie es in kreisangehörigen Stadtgemeinden und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 7 bezw. 25 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906 ermittelt worden ist. Die Soll-Beträge der Grund- und Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer und der Betriebssteuer für das Rechnungsjahr 1911 sind in der Tabelle 1 als Realsteuern in einer Summe zusammengefaßt.

Vom Prinzipalsoll der direkten Steuern sämtlicher Gemeinden entfielen im Berichtsjahre 285 471 194 \mathcal{M} oder 61,72 v. H. auf die Einkommensteuer und 177 066 372 \mathcal{M} oder 38,28 v. H. auf die Realsteuern. Die entsprechenden Anteile bei den Gemeindegrößengruppen und in den Provinzen sind aus den Spalten 2 und 3 der Tabelle 3 auf Seite 26 ersichtlich. Am Prinzipalsoll der Einkommensteuer waren die Städte mit 213,74 Mill. \mathcal{M} oder 74,87 v. H., die Landgemeinden mit 71,73 Mill. \mathcal{M} oder 25,13 v. H. beteiligt, desgleichen am Prinzipalsoll der Realsteuern die Städte mit 117,73 Mill. \mathcal{M} und 66,49 v. H., die Landgemeinden mit 59,34 Mill. \mathcal{M} und 33,51 v. H. Für die Provinzen ergeben sich die folgenden entsprechenden Anteile:

in	Vom Hundert des Prinzipalsolls der Einkommensteuer sämtlicher Gemeinden der Provinz entfielen auf				der Realsteuern sämtlicher Gemeinden der Provinz entfielen auf			
	Städte		Land- gemeinden		Städte		Land- gemeinden	
	Städte	Land- gemeinden	Städte	Land- gemeinden	Städte	Land- gemeinden	Städte	Land- gemeinden
Ostpreußen	75,45	24,55	55,90	44,10				
Westpreußen	73,98	26,02	56,85	43,15				
Brandenburg	66,24	33,76	62,44	37,56				
Pommern	79,26	20,74	65,70	34,30				
Posen	77,87	22,13	64,70	35,30				
Schlesien	66,35	33,65	56,84	43,16				
Sachsen	71,18	28,82	57,32	42,68				
Schleswig-Holstein .	68,64	31,36	51,80	48,20				
Hannover	63,59	36,41	48,95	51,05				
Westfalen	60,82	39,18	54,67	45,33				
Hessen-Nassau	84,81	15,19	75,14	24,86				
der Rheinprovinz . .	74,38	25,62	68,33	31,67				
den Hohenzoll. Landen	30,69	69,31	16,94	83,06				

Das Prinzipalsoll der Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung betrug für die Stadt- und Landgemeinden zusammen 7,47 \mathcal{M} , für die Städte allein 11,11 \mathcal{M} und für die Landgemeinden allein nur 3,78 \mathcal{M} ; das Prinzipalsoll der Realsteuern auf den Kopf der Bevölkerung zeigte entsprechend folgende Beträge: 4,64 \mathcal{M} für die Städte und Landgemeinden zusammen, 6,12 \mathcal{M} für die Städte und 3,13 \mathcal{M} für die Landgemeinden allein. Bei den unterschiedenen 11 Städtegruppen verringerte sich der Kopfbetrag des Prinzipalsolls der Einkommensteuer von 20,01 \mathcal{M} bei Berlin bis auf 3,69 \mathcal{M} bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern, der des Prinzipalsolls der Realsteuern desgleichen von 12,25 \mathcal{M} bis auf 3,29 \mathcal{M} . Bei den unterschiedenen Landgemeindeguppen betrug die entsprechende Spannung 8,29 und 2,83 \mathcal{M} bei der Einkommensteuer, 3,87 und 2,98 \mathcal{M} bei den Realsteuern. Von den Provinzen zeigten — abgesehen von Berlin — Hessen-Nassau und Brandenburg die höchsten Kopfbeträge, nämlich 10,58 und 10,13 \mathcal{M} beim Prinzipalsoll der Einkommensteuer sowie 5,58 und 5,45 \mathcal{M} beim Prinzipalsoll der Realsteuern. Am

Die prozentuale Verteilung des Prinzipalsolls und des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 auf die Einkommensteuer und die Realsteuern.

Staat. — Provinzen.	Im Rechnungsjahre 1911 betrug			
	das Prinzipal- soll		das Umlage- soll	
	der Einkommen- steuer v. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	v. H. des Prinzipalsolls der Realsteuern	der Einkommen- steuer v. H. des Umlagesolls der direkten Steuern	v. H. des Umlagesolls der direkten Steuern
I	2	3	4	5
A. Staat.				
Ia. Berlin	62,03	37,97	49,87	50,13
Städte				
Ib. üb. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	66,65	33,35	61,00	39,00
II. „ 100 000—200 000 Einw. . .	67,35	32,65	59,86	40,14
III. „ 50 000—100 000 „ . . .	65,29	34,71	59,65	40,35
IV. „ 25 000—50 000 „ . . .	64,53	35,47	61,18	38,82
V. „ 10 000—25 000 „ . . .	63,49	36,51	61,02	38,98
VI. „ 7 000—10 000 „ . . .	61,18	38,82	59,65	40,35
VII. „ 5 000—7 000 „ . . .	59,08	40,92	58,02	41,98
VIII. „ 3 000—5 000 „ . . .	58,56	41,44	56,30	43,70
IX. „ 2 000—3 000 „ . . .	54,95	45,05	53,20	46,80
X. Städte bis 2 000 Einwohner . .	52,85	47,15	51,11	48,89
I. bis X. Sämtliche Städte	64,48	35,52	58,65	41,35
Landgemeinden				
XI. über 10 000 Einwohner . . .	68,19	31,81	54,46	45,54
XII. „ 5 000—10 000 Einw. . .	66,83	33,17	56,71	43,29
XIII. Landgem. bis 5 000 Einw. . .	48,64	51,36	44,55	55,45
XI. bis XIII. Sämtliche Landgem.	54,73	45,27	48,21	51,79
I. bis XIII. Sämtliche Städte und Landgemeinden	61,72	38,28	55,53	44,47
B. Provinzen.				
I. Ostpreußen				
a) Städte	58,40	41,60	56,64	43,36
b) Landgemeinden	36,67	63,33	36,44	63,56
c) Städte und Landgemeinden	50,98	49,02	49,75	50,25
II. Westpreußen				
a) Städte	57,07	42,93	57,85	42,15
b) Landgemeinden	38,12	61,88	37,66	62,34
c) Städte und Landgemeinden	50,53	49,47	50,33	49,67
III. Brandenburg				
a) Städte	66,34	33,66	56,18	43,82
b) Landgemeinden	62,54	37,46	44,88	55,12
c) Städte und Landgemeinden	65,00	35,00	51,97	48,03
IV. Pommern				
a) Städte	59,55	40,45	58,46	41,54
b) Landgemeinden	42,46	57,54	42,34	57,66
c) Städte und Landgemeinden	54,96	45,04	54,80	45,20
V. Posen				
a) Städte	58,23	41,77	55,89	44,11
b) Landgemeinden	42,07	57,93	41,94	58,06
c) Städte und Landgemeinden	53,67	46,33	53,14	46,86
VI. Schlesien				
a) Städte	63,65	36,35	60,10	39,90
b) Landgemeinden	53,90	46,10	50,43	49,57
c) Städte und Landgemeinden	60,00	40,00	56,45	43,55
VII. Sachsen				
a) Städte	64,49	35,51	61,29	38,71
b) Landgemeinden	49,68	50,32	47,07	52,93
c) Städte und Landgemeinden	59,39	40,61	57,18	42,82
VIII. Schleswig-Holstein				
a) Städte	61,20	38,80	51,96	48,04
b) Landgemeinden	43,65	56,35	38,38	61,62
c) Städte und Landgemeinden	54,35	45,65	47,88	52,12
IX. Hannover				
a) Städte	63,89	36,11	59,23	40,77
b) Landgemeinden	49,28	50,72	46,00	54,00
c) Städte und Landgemeinden	57,67	42,33	53,54	46,46
X. Westfalen				
a) Städte	66,73	33,27	62,05	37,95
b) Landgemeinden	60,90	39,10	54,41	45,59
c) Städte und Landgemeinden	64,32	35,68	58,75	41,25
XI. Hessen-Nassau				
a) Städte	68,15	31,85	63,46	36,54
b) Landgemeinden	53,66	46,34	47,21	52,79
c) Städte und Landgemeinden	65,47	34,53	60,40	39,60
XII. Rheinprovinz				
a) Städte	66,70	33,30	62,69	37,31
b) Landgemeinden	59,82	40,18	52,83	47,17
c) Städte und Landgemeinden	64,79	35,21	59,92	40,08
XIII. Hohenzollernsche Lande				
a) Städte	72,22	27,78	65,71	34,29
b) Landgemeinden	54,49	45,51	33,05	66,95
c) Städte und Landgemeinden	58,93	41,07	41,21	58,79

niedrigsten war das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll der Einkommensteuer mit 2,97, 2,98 und 2,96 \mathcal{M} , desgleichen das der Realsteuern mit 2,85, 2,87 und 2,55 \mathcal{M} in Ostpreußen, Westpreußen und Posen.

2. Das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

Neben dem Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern enthält die Tabelle 1 eine Nachweisung des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 nach Gemeindegrößenklassen innerhalb des Staates und der Provinzen. Erhoben wurde das Umlagesoll nach dem Stande vom 1. Januar 1912, d. h. das Soll der direkten Gemeindesteuern unter Berücksichtigung der bis zu diesem Tage endgültig eingetretenen Berichtigungen und Veränderungen. In sämtlichen preußischen Gemeinden betrug das Umlagesoll der direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 810 331 956 \mathcal{M} ; an dieser Summe waren die Städte mit 568 254 830 \mathcal{M} oder 70,13 v. H., die Landgemeinden mit 242 077 126 \mathcal{M} oder 29,87 v. H. beteiligt. Auf die Gemeindegrößenklassen verteilte sich das Umlagesoll in folgender Weise:

	Mill. \mathcal{M}	v. H.
Berlin	81,61	10,07
Städte über 200 000 Einw. (ohne Berlin) .	165,06	20,37
„ „ 100 000—200 000 Einw.	91,50	11,29
„ „ 50 000—100 000 „	62,18	7,67
„ „ 25 000—50 000 „	50,88	6,25
„ „ 10 000—25 000 „	59,48	7,34
„ „ 7 000—10 000 „	14,64	1,81
„ „ 5 000—7 000 „	13,63	1,68
„ „ 3 000—5 000 „	16,06	1,98
„ „ 2 000—3 000 „	8,72	1,08
„ bis 2 000 „	4,70	0,58
Landgemeinden über 10 000 Einw.	57,47	7,09
„ „ 5 000—10 000 „	26,06	3,22
„ bis 5 000 „	158,55	19,57

Gegenüber der prozentualen Verteilung des Prinzipalsolls der direkten Steuern auf die einzelnen Größenklassen zeigen sich hier nur in zwei Gruppen bemerkenswerte Unterschiede. Der Anteil des Prinzipalsolls betrug bei Berlin 14,18, bei den Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern 5,96 v. H. des Gesamtsolls gegenüber 10,07 und 7,09 v. H. beim Umlagesoll.

In der Tabelle 4 ist das Umlagesoll der direkten Steuern in derselben Weise wie das Prinzipalsoll in Tabelle 2 auf die Stadt- und Landgemeinden der einzelnen Provinzen verteilt worden. Danach weichen die auf die Städte und die Landgemeinden der einzelnen Provinzen entfallenden Anteile am Umlagesoll der Gemeinden des ganzen Staates von ihren entsprechenden Anteilen am Prinzipalsoll nicht wesentlich ab. Ein Unterschied von mehr als 1 v. H. zeigte sich nur in wenigen Fällen; mehr als 2 v. H. betrug er bloß bei Berlin. Erheblichere Abweichungen ergeben sich dagegen bezüglich der Verteilung von Prinzipalsoll und Umlagesoll zwischen Stadt- und Landgemeinden innerhalb der einzelnen Provinzen. So machte der auf die Städte entfallende Anteil des Prinzipalsolls in Westpreußen 65,51 v. H. aus, der entsprechende Anteil des Umlagesolls dagegen nur 62,74 v. H. Umgekehrt betrugen die städtischen Anteile am Prinzipalsoll in Pommern, Posen, Sachsen und Schleswig-Holstein 73,13, 71,77, 65,55, 60,96 v. H., während sich ihre Anteile am Umlagesoll auf 77,26, 80,27, 71,05 sowie 66,28 v. H. stellten. In den übrigen Provinzen war der Unterschied weniger von Belang. Vergleicht man noch die Prinzipalsoll- und die Umlagesoll-Anteile von Stadt- und Landgemeinden zusammen, so zeigt sich, außer bei Berlin, nur in der Provinz Westfalen eine erheblichere Abweichung; hier standen nämlich 9 Hundertteilen des Prinzipalsolls 11,91 v. H. des Umlagesolls gegenüber.

Das Umlagesoll der direkten Steuern in den Stadt- und Landgemeinden zusammen betrug im Rechnungsjahre 1911

Das Umlagesoll der direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 in seiner Verteilung auf Stadt- und Landgemeinden.

Provinzen.	Es betrug das Umlagesoll der direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1911							
	in den Stadtgemeinden			in den Landgemeinden			in den Stadt- und Landgemeinden	
	<i>M</i>	v. H. des Umlagesolls sämtlicher Stadt- und Landgemeinden des Staates	v. H. des Umlagesolls sämtlicher Stadt- und Landgemeinden der Provinz	<i>M</i>	v. H. des Umlagesolls sämtlicher Stadt- und Landgemeinden des Staates	v. H. des Umlagesolls sämtlicher Stadt- und Landgemeinden der Provinz	<i>M</i>	v. H. des Umlagesolls sämtlicher Stadt- und Landgemeinden des Staates
1	2a	2b	2c	3a	3b	3c	4a	4b
I. Ostpreußen	15 861 768	1,96	65,88	8 215 568	1,01	34,12	24 077 336	2,97
II. Westpreußen	13 166 765	1,62	62,74	7 819 410	0,96	37,26	20 986 175	2,59
III. Stadtkreis Berlin	81 611 250	10,07	100,00	—	—	—	81 611 250	10,07
IV. Brandenburg	57 694 631	7,12	62,77	34 216 598	4,22	37,23	91 911 229	11,34
V. Pommern	16 457 898	2,03	77,26	4 843 274	0,60	22,74	21 301 172	2,63
VI. Posen	13 294 760	1,64	80,27	3 267 138	0,40	19,73	16 561 898	2,04
VII. Schlesien	45 594 372	5,63	62,30	27 592 495	3,41	37,70	73 186 867	9,03
VIII. Sachsen	40 495 624	5,00	71,05	16 500 108	2,04	28,95	56 995 732	7,03
IX. Schleswig-Holstein	25 391 111	3,13	66,28	12 918 877	1,59	33,72	38 309 988	4,73
X. Hannover	30 718 754	3,79	56,99	23 181 176	2,86	43,01	53 899 930	6,65
XI. Westfalen	54 801 024	6,76	56,76	41 742 491	5,15	43,24	96 543 515	11,91
XII. Hessen-Nassau	41 677 091	5,14	81,15	9 678 560	1,19	18,85	51 355 651	6,34
XIII. Rheinprovinz	131 274 083	16,20	71,84	51 453 939	6,35	28,16	182 728 022	22,55
XIV. Hohenzollernsche Lande	215 699	0,03	24,99	647 492	0,08	75,01	863 191	0,11
Staat	568 254 830	70,13	70,13	242 077 126	29,87	29,87	810 331 956	100,00

21,21 *M* auf 1 Einwohner, in den Städten allein 29,53 *M* und in den Landgemeinden 12,77 *M*. Über dem städtischen Durchschnittsbetrage standen von den 11 Städtegrößenklassen nur die drei ersten, die die Großstädte umfassen. Berlin erreichte einen Kopfbetrag von 40,14 *M*; bei jeder folgenden Größenklasse verringert er sich und erreicht bei den Kleinstädten von nicht mehr als 2 000 Einwohnern einen Stand von 11,79 *M*. Bei den Landgemeinden sinkt der Kopfbetrag von 25,86 *M* bei denen mit über 10 000 Einwohnern auf 10,31 *M* bei denen mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern.

In den Provinzen ergaben sich für Städte und Landgemeinden folgende Kopfbeträge des Umlagesolls der direkten Steuern überhaupt:

	Städte	Landgemeinden	Städte und Landgemeinden zusammen
<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Ostpreußen	23,99	7,88	13,79
Westpreußen	21,97	8,96	14,25
Brandenburg	27,74	18,74	23,54
Pommern	22,00	7,87	15,63
Posen	18,14	3,42	9,81
Schlesien	24,88	9,34	15,28
Sachsen	26,34	11,63	19,28
Schleswig-Holstein	32,05	17,45	25,00
Hannover	26,01	13,04	18,22
Westfalen	28,94	18,01	22,93
Hessen-Nassau	37,24	8,67	22,97
Rheinprovinz	32,66	16,02	25,27
Hohenzollernsche Lande	20,63	10,52	11,99

Vom Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher Gemeinden entfielen im Rechnungsjahre 1911 449 968 533 *M* oder 55,83 v. H. auf die Einkommensteuer und 360 363 423 *M* oder 44,47 v. H. auf die Realsteuern. Beim Prinzipalsoll betrugen die entsprechenden Anteile 61,72 und 38,28 v. H. Die prozentuale Verteilung des Umlagesolls auf die Einkommensteuer und die Realsteuern bei den Gemeindegrößenklassen und in den Provinzen ist aus den Spalten 4 und 5 der Tabelle 3 zu entnehmen.

Am Umlagesoll der Einkommensteuer waren die Städte mit 333,37 Mill. *M* oder 74,07 v. H., die Landgemeinden mit 116,70 Mill. *M* oder 25,93 v. H. beteiligt, desgleichen am Umlagesoll der Realsteuern die Städte mit 234,99 Mill. *M* und 65,21 v. H., die Landgemeinden mit 125,38 Mill. *M* und

34,79 v. H. Für die Provinzen ergeben sich entsprechend folgende Anteile:

in	Vom Hundert des Umlagesolls der Einkommensteuer sämtlicher Gemeinden der Provinz entfielen auf		Vom Hundert des Umlagesolls der Realsteuern sämtlicher Gemeinden der Provinz entfielen auf	
	Städte	Landgemeinden	Städte	Landgemeinden
Ostpreußen	75,01	24,99	56,84	43,16
Westpreußen	72,12	27,88	53,24	46,76
Brandenburg	67,85	32,15	57,27	42,73
Pommern	82,43	17,57	71,00	29,00
Posen	84,43	15,57	75,56	24,44
Schlesien	66,82	33,68	57,08	42,92
Sachsen	76,16	23,84	64,22	35,78
Schleswig-Holstein	72,68	27,32	60,51	39,49
Hannover	63,05	36,95	50,01	49,99
Westfalen	59,95	40,05	52,22	47,78
Hessen-Nassau	85,27	14,73	74,88	25,12
der Rheinprovinz	75,17	24,83	66,86	33,14
den Hohenzoll. Landen	39,85	60,15	14,57	85,43

Am Umlagesoll der Realsteuern waren die Landgemeinden in sämtlichen Provinzen demnach erheblich stärker beteiligt als am Umlagesoll der Einkommensteuer. In Hannover war die Verteilung des Realsteuersolls zwischen Stadt- und Landgemeinden fast gleich, und in den Hohenzollernschen Landen übertraf das Realsteuersoll der Landgemeinden das der Städte sehr bedeutend, was sich daraus erklärt, daß hier nur zwei Städte in Betracht kommen.

3. Das Verhältnis des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 zu ihrem Prinzipalsoll.

Das Umlagesoll stellt den durch direkte Steuern zu deckenden Gemeindebedarf dar. Erhoben wird es in Hunderten der staatlich veranlagten direkten Steuern, d. h. des Prinzipalsolls dieser Steuern. Die von den einzelnen Gemeinden erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern sind bekanntlich sehr verschieden hoch. Wenn wir nun in folgendem untersuchen wollen, in welchem prozentualen Verhältnis in den Gemeindegrößenklassen und Provinzen das Umlagesoll der Einkommensteuer und der Realsteuern sowie der direkten Steuern überhaupt zu ihrem Prinzipalsoll stand, so handelt es sich hier lediglich um die Gewinnung eines Vergleichungsmaßstabes für die steuerliche Belastung in den genannten Gemeindegruppen. Die so gefundenen Ziffern

geben an, wie hoch im Rechnungsjahre 1911 durchschnittlich die Zuschläge zur Einkommensteuer und zu den Realsteuern in jeder Provinz usw. gewesen sind.

Über die betreffenden Verhältnisse in den Gemeindegrößenklassen geben die Spalten 5, 8 und 11 der Tabelle 1 auf Seite 21 f. Auskunft. Danach betrug im Rechnungsjahre 1911 das Umlagesoll

bei	v. H. des Prinzipalsolls		
	der Einkommensteuer	der Realsteuern	der direkten Steuern überhaupt
den Städten	155,92	199,60	171,44
„ Landgemeinden	162,89	211,29	184,69
„ den Städten und Landgemeinden zusammen	157,62	203,52	175,19.

Bei der Einkommensteuer blieben nur Berlin (100 %) sowie die Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern (154,47 %) und die Landgemeinden mit über 5 000 bis 10 000 Einwohnern (155,56 %) hinter dem Durchschnittssatz für sämtliche Gemeinden zurück; alle übrigen Gemeindegruppen übertrafen ihn, am meisten die Städte von mehr als 5 000 bis 7 000, 25 000 bis 50 000 und 10 000 bis 25 000 Einwohnern mit 190,23, 191,88 sowie 193,06 v. H. Bei den Realsteuern war die durchschnittliche Belastung in den größeren Landgemeinden am bedeutendsten. Die mit mehr als 10 000 Einwohnern zeigten einen durchschnittlichen Zuschlag von 298,62 v. H., und bei denen mit mehr als 5 000 bis 10 000 Einwohnern betrug er auch noch 239,26 v. H. Von den übrigen Gemeindegruppen wiesen einen durchschnittlichen Zuschlag von mehr als 200 % nur die Städte über 50 000 bis 100 000 (235,83 %), desgleichen die über 25 000 bis 50 000 (220,92 %), über 100 000 bis 200 000 (218,74 %) und über 10 000 bis 25 000 Einwohner (214,50 %) auf. Am niedrigsten war der Zuschlag in Berlin mit 164,24 v. H., demnächst in den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern und mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern, wo er durchschnittlich 175,14 bzw. 182,89 v. H. ausmachte. Bei den direkten Steuern überhaupt schwankte der vom Prinzipalsoll durchschnittlich erhobene Hundertsatz zwischen 124,39 bei Berlin und 208,56 bei den Landgemeinden von über 10 000 Einwohnern. Mehr als 200 % betrug er auch bei den Städten über 50 000 bis 100 000 (202,89 %), desgleichen über 25 000 bis 50 000 (201,84) und über 10 000 bis 25 000 Einwohner (200,89 %). Am niedrigsten stellte er sich, nächst Berlin, mit 168,79 und 168,90 % bei den Städten von mehr als 200 000 und den Kleinstädten von nicht mehr als 2 000 Einwohnern.

Wieviel Prozent das Umlagesoll der Einkommensteuer sowie der Realsteuern und der direkten Steuern überhaupt von ihrem Prinzipalsoll in den Stadt- und Landgemeinden der einzelnen Provinzen ausmachte, zeigt die Tabelle 5 auf Seite 29.

Danach waren die durchschnittlichen Zuschläge der Stadt- und Landgemeinden zur Staatseinkommensteuer, einschließlich der fingierten Sätze, abgesehen von Berlin (100 %) in den Hohenzollernschen Landen (113,88), Brandenburg (120,77) und Hessen-Nassau (131,18 %) am niedrigsten, dagegen in Westfalen (211,80), Ostpreußen (231,20) und Westpreußen (244,59 %) am höchsten. Bei gesonderter Betrachtung von Stadt- und Landgemeinden wiesen die hohenzollernschen Landgemeinden mit durchschnittlich 98,58, demnächst Berlin mit 100 v. H. die niedrigsten Einkommensteuerzuschläge auf. Dann folgten die Landgemeinden (115,01) und Städte (123,71) Brandenburgs sowie die Landgemeinden der Provinzen Posen (123,89) und Hessen-Nassau (127,23 %). Hinsichtlich der posenschen Gemeinden ist nicht nur hier, sondern bezüglich ihres Umlagesolls überhaupt zu berücksichtigen, daß in dieser Provinz, im Gegensatz zu den übrigen, noch vielfach besondere Schulsteuern von den einzelnen Schulgemeinden erhoben werden.

Wären diese Lasten auch von den politischen Gemeinden aufzubringen, so würden sich Zuschläge in einer solchen Höhe ergeben, daß sie denen in den höchstbelasteten Provinzen kaum nachstünden. Am ungünstigsten gestaltete sich das Verhältnis des Umlagesolls der Einkommensteuer zum entsprechenden Prinzipalsoll bei den Landgemeinden und Städten West- und Ostpreußens. Die Landgemeinden wiesen hier Zuschläge zur Staatseinkommensteuer in einer durchschnittlichen Höhe von 262,14 und 235,39 v. H., desgleichen die Städte solche von 238,42 und 229,84 v. H. auf. Am nächsten kamen diesen Sätzen die Gemeinden der Provinz Westfalen mit durchschnittlich 216,51 v. H. bei den Landgemeinden und 208,76 v. H. bei den Städten.

Hinsichtlich der Zuschläge der Stadt- und Landgemeinden zusammen zu den Realsteuern erscheinen die Verhältnisse in der Provinz Westfalen am ungünstigsten. Mit ihrem Durchschnittssatz von 268,07 v. H. übertraf diese Provinz sogar noch Ostpreußen (242,96) und Westpreußen (246,58 %) nicht unerheblich. Auch in Schleswig-Holstein und den Hohenzollernschen Landen betrugen die Zuschläge noch 241,44 und 232,44 v. H. Am günstigsten steht die Provinz Hessen-Nassau da. Ihr durchschnittlicher Zuschlag von 163,03 % blieb sogar noch hinter dem von Berlin (164,24 %) zurück. Verhältnismäßig gering waren die Zuschläge auch noch in Sachsen (178,02) und Posen (179,90 %). Bezüglich der letztgenannten Provinz ist jedoch das oben Gesagte zu beachten. Betrachtet man Stadt- und Landgemeinden gesondert, so weisen die Landgemeinden Posens mit durchschnittlich 124,56 v. H. weit aus den geringsten Zuschlag auf. Dann folgen die Landgemeinden Sachsens (149,24), die Städte Hessen-Nassaus (162,48), die Landgemeinden Pommerns (163,61), Berlin (164,24) und die Landgemeinden Hessen-Nassaus (164,75 %). Am höchsten waren die durchschnittlichen Zuschläge mit 282,56 bzw. 282,01 v. H. bei den Landgemeinden Westfalens und den Städten Schleswig-Holsteins. Ihnen schließen sich die Landgemeinden Westpreußens sowie die Städte Westfalens und Ostpreußens mit 267,22, 256,06 und 246,97 v. H. an. Eine hohe Belastung durch Realsteuern zeigten auch noch die hohenzollernschen (239,06), ostpreußischen (237,74) und brandenburgischen (235,80) Landgemeinden sowie die westpreußischen Städte (230,91 %).

Was schließlich die steuerliche Belastung der Gemeinden durch direkte Steuern überhaupt betrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß im ganzen Staate die Belastung der Landgemeinden höher war als die der Städte; bei ersteren betrug das Umlagesoll der direkten Steuern durchschnittlich 184,69 v. H. ihres Prinzipalsolls, bei letzteren nur 171,44 v. H. Während die auf die Städte entfallenden durchschnittlichen Hundertsätze in Schlesien, Hannover, Hessen-Nassau, der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen den auf die Landgemeinden dieser Provinzen entfallenden Hundertsätzen ziemlich nahe kamen, blieben die westpreußischen, brandenburgischen und westfälischen Städte mit ihren Hundertsätzen hinter denen der Landgemeinden ihrer Provinz schon recht erheblich zurück. In Ostpreußen, Pommern, Posen, Sachsen und Schleswig-Holstein waren, im Gegensatz zu den übrigen Provinzen, die städtischen Hundertsätze höher als die der Landgemeinden, am bedeutendsten in der Provinz Posen, wo das Umlagesoll der Städte 198,95, das der Landgemeinden nur 124,28 v. H. des Prinzipalsolls ausmachte. Dieser große Unterschied steht wieder mit der oben genannten Tatsache der besonderen Erhebung von Schulsteuern durch die Schulgemeinden insofern im Zusammenhang, als gerade in den größeren Städten Posens die Schullasten auf den Gemeindeetat übernommen sind, also zusammen mit den übrigen Lasten durch die allgemeinen Gemeindesteuern aufgebracht werden.

Die Angaben in der Spalte 4 c der Tabelle 5 zeigen, wieviel Hundertteile des Prinzipalsolls der gesamten umlagefähigen

**Das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preußischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911
in Hundertteilen des Prinzipalsolls dieser Steuern.**

Provinzen.	Im Rechnungsjahre 1911 betrug das Umlagesoll								
	der Einkommensteuer v. H. ihres Prinzipalsolls			der Realsteuern v. H. ihres Prinzipalsolls			der direkten Steuern v. H. ihres Prinzipalsolls		
	bei den Stadt- ge- meinden	bei den Land- ge- meinden	bei den Stadt- und Land- meinden	bei den Stadt- ge- meinden	bei den Land- ge- meinden	bei den Stadt- und Land- meinden	bei den Stadt- ge- meinden	bei den Land- ge- meinden	bei den Stadt- und Land- meinden
	2a	2b	2c	3a	3b	3c	4a	4b	4c
I. Ostpreußen	229,84	235,39	231,20	246,97	237,74	242,96	236,96	236,88	236,93
II. Westpreußen	238,42	262,14	244,59	230,91	267,22	246,58	235,20	265,28	245,57
III. Stadtkreis Berlin	100,00	—	—	164,24	—	—	124,39	—	—
IV. Brandenburg	123,71	115,01	120,77	190,15	235,80	207,30	146,08	160,26	151,05
V. Pommern	199,87	162,78	192,17	209,05	163,61	193,46	203,58	163,25	192,75
VI. Posen	190,95	123,89	176,11	210,10	124,56	179,90	198,95	124,28	177,86
VII. Schlesien	176,96	177,21	177,05	205,71	203,67	204,83	187,41	189,41	188,16
VIII. Sachsen	173,92	134,45	162,54	199,46	149,24	178,02	182,99	141,89	168,33
IX. Schleswig-Holstein	193,39	159,11	182,64	282,01	197,84	241,44	227,77	180,93	209,49
X. Hannover	160,37	164,13	161,74	195,31	187,22	191,18	172,99	175,84	174,20
XI. Westfalen	208,76	216,51	211,80	256,06	282,56	268,07	224,50	242,33	231,88
XII. Hessen-Nassau	131,89	127,23	131,18	162,48	164,75	163,05	141,64	144,62	142,19
XIII. Rheinprovinz	176,38	169,10	174,48	210,20	224,79	214,82	187,61	191,47	188,68
XIV. Hohenzollernsche Lande	147,48	98,58	113,58	200,00	239,06	232,44	162,07	162,51	162,40
Staat	155,92	162,69	157,62	199,60	211,29	203,52	171,44	184,69	175,19

direkten Steuern in jeder Provinz erforderlich waren, um den durch direkte Gemeindesteuern zu deckenden Gemeindebedarf — das Umlagesoll — aufzubringen. Diese Zahlen liefern einen guten Vergleichungsmaßstab für die Belastung der einzelnen Landesteile durch direkte Gemeindesteuern im Berichtsjahre. Um die Bedeutung dieser Belastung noch besser würdigen zu können, wollen wir diese Hundertsätze noch mit den Kopfbeträgen des Prinzipalsolls der direkten Steuern, dem Maßstabe für die Steuerkraft, vergleichen. Diesem Zwecke dient die folgende Übersicht, in der die Provinzen nach der Höhe dieser Kopfbeträge geordnet sind.

in	Im Rechnungsjahre 1911 betrug	
	das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf 1 Einwohner	das Umlagesoll der direkten Steuern v. H. ihres Prinzipalsolls
	M	
Berlin	32,27	124,39
Hessen-Nassau	16,16	142,19
Brandenburg	15,58	151,05
der Rheinprovinz	13,39	188,68
Schleswig-Holstein	11,93	209,49
Sachsen	11,42	168,33
Hannover	10,46	174,20
Westfalen	9,89	231,88
Schlesien	8,12	188,16
Pommern	8,11	192,75
den Hohenzoll. Landen	7,38	162,40
Ostpreußen	5,82	236,93
Westpreußen	5,80	245,57
Posen	5,51	177,86

In den drei steuerkräftigsten Landesteilen, Berlin, Hessen-Nassau und Brandenburg, waren also die vom Prinzipalsoll erhobenen Hunderteile am niedrigsten, und — wenn wir von Posen aus dem mehrfach erwähnten Grunde absehen — in den beiden steuerschwächsten Provinzen, Westpreußen und Ostpreußen, am höchsten. In Westfalen und Schleswig-Holstein war die Belastung im Verhältnis zur Steuerkraft dieser Provinzen recht hoch, in den Hohenzollernschen Landen verhältnismäßig niedrig.

Betrachtet man die Belastung der Stadt- und Landgemeinden in den einzelnen Provinzen gesondert, so erhält man folgendes Bild:

in	Im Rechnungsjahre 1911 betrug			
	das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung		das Umlagesoll der direkten Steuern v. H. ihres Prinzipal- solls bei	
	der Stadt- meinden	der Land- meinden	den Stadt- meinden	den Land- meinden
	M	M		
Ostpreußen	10,12	3,20	236,96	236,88
Westpreußen	9,34	3,38	235,20	265,28
Brandenburg	18,99	11,70	146,08	160,26
Pommern	10,81	4,82	203,58	163,25
Posen	9,12	2,75	198,95	124,28
Schlesien	13,27	4,93	187,41	189,41
Sachsen	14,39	8,20	182,99	141,89
Schleswig-Holstein	14,07	9,64	227,77	180,93
Hannover	15,03	7,42	172,99	175,84
Westfalen	12,89	7,43	224,50	242,33
Hessen-Nassau	26,29	6,00	141,64	144,62
der Rheinprovinz	17,41	8,37	187,61	191,47
den Hohenzoll. Landen	12,73	6,47	162,07	162,51

Sieht man von Posen wieder ab, so schneidet sowohl bei den Städten als auch bei den Landgemeinden die Provinz Hessen-Nassau am günstigsten ab; namentlich ist die Belastung der Landgemeinden, trotz ihrer nicht sehr hohen Steuerkraft, verhältnismäßig recht niedrig. Auch die Belastung der pommerschen Landgemeinden ist im Verhältnis zu ihrer geringen steuerlichen Leistungsfähigkeit nicht bedeutend. Dagegen erscheint die steuerliche Belastung der Gemeinden Westfalens und Schleswig-Holsteins in recht ungünstigem Lichte. Die sächsischen Städte, deren Steuerkraft die der schleswig-holsteinischen Städte nur wenig übertraf, kamen mit rund 183 v. H. ihres Prinzipalsolls aus, während dieser Hundertsatz in Schleswig-Holstein 227,77 betrug. Noch mehr fällt eine Vergleichung der Belastung in den Landgemeinden dieser beiden Provinzen zuungunsten von Schleswig-Holstein aus. Eine Gegenüberstellung Westfalens und der Hohenzollernschen Lande, deren Steuerkraft auf den Kopf der Bevölkerung auch keine allzu erheblichen Unterschiede zeigt, erweist ebenso die hohe Belastung der westfälischen Stadt- und Landgemeinden. Bei West- und Ostpreußen kann man sich über die hohe Belastung weniger wundern, da auch die Steuerkraft ihrer Gemeinden nur sehr gering ist.

II. Vergleichung der Erhebungsergebnisse bezüglich des Prinzipal- und Umlagesolls für das Rechnungsjahr 1911 mit den Ergebnissen älterer Erhebungen.

1. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern in den Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1905 und 1911.

Vor der Erhebung für das Rechnungsjahr 1911 ist das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der preußischen Gemeinden erst einmal statistisch festgestellt worden, jedoch nur für einen Teil der Gemeinden, nämlich für sämtliche Städte und die mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden. Dies geschah bei der Erhebung über die Schulden dieser Gemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906, deren Ergebnisse im 217. Hefte des amtlichen Quellenwerks der „Preussischen Statistik“ veröffentlicht worden sind.

Die zur Vergleichung der Ergebnisse beider Erhebungen geeigneten Zahlen sind in den Tabellen 6 und 7 auf den Seiten 31 u. 32 zusammengestellt. Im Gegensatz zur Tabelle 1 sind hier jedoch die Grundzahlen für das Prinzipalsoll und das Umlagesoll nur in Tausend Mark angegeben worden. Während wir bezüglich der Erhebungsergebnisse für die einzelnen Gemeindegruppen und Landesteile auf die Tabellen selbst verweisen, wollen wir im folgenden hauptsächlich unser Augenmerk auf die Veränderungen innerhalb des Erhebungszeitraums 1905/11 richten.

Aus der Tabelle 6 geht hervor, daß sich im Berichtszeitraume die Bevölkerung der preußischen Städte um rund 2 1/2 Millionen oder 15 v. H. vermehrt hat. Das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern der Städte weist im gleichen Zeitraum eine Zunahme von rund 91 Mill. *M* oder 38 v. H. auf. Beim Prinzipalsoll der Einkommensteuer betrug die Zunahme 63,42 Mill. *M* und 42,19 v. H., beim Prinzipalsoll der Realsteuern desgleichen 27,67 Mill. *M* und 30,73 v. H. Das Umlagesoll sämtlicher direkten Steuern der Städte hat sich im Berichtszeitraume 1905/11 um 206,38 Mill. *M* und 57,03 v. H. vermehrt. In den Gemeindegrößenklassen zeigte sich entsprechend folgende Entwicklung:

bei	Im Zeitraum 1905/11 betrug				
	die Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) der Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für die betr. Rechnungsjahre v. H.	des Prinzipalsolls der Einkommensteuer v. H.	des Prinzipalsolls der Realsteuern v. H.	des Prinzipalsolls der umlagefähigen direkten Steuern v. H.	des Umlagesolls der direkten Steuern v. H.
I. Berlin	+ 2,09	19,72	13,82	17,41	22,39
den Städten über					
II. 200 000 E. (o. Berlin)	+ 54,97	72,33	59,41	68,17	99,04
III. 100 000—200 000 E.	+ 1,20	41,44	20,92	34,02	38,01
IV. 50 000—100 000 „	+ 34,49	56,82	52,25	55,20	83,45
V. 25 000—50 000 „	+ 14,32	40,04	34,73	38,11	53,96
VI. 10 000—25 000 „	+ 2,98	25,02	19,88	23,10	48,78
VII. 7 000—10 000 „	+ 6,55	29,99	21,91	26,73	54,48
VIII. 5 000—7 000 „	— 1,72	18,99	14,21	16,99	41,42
IX. 2 000—5 000 „	— 2,95	22,23	15,59	19,30	46,41
X. den St. bis 2 000 „	— 1,48	20,93	13,96	17,57	49,59
XI. den Landgemeinden über 10 000 Einw. .	+ 31,89	54,68	57,50	55,56	87,49.

Mit Ausnahme der großen Landgemeinden war die Zunahme des Prinzipalsolls der Einkommensteuer überall größer als die des Realsteuersolls, bei den Großstädten mit über 100 000 bis 200 000 Einw. sogar fast doppelt so hoch. Bei den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern hat sich das Prinzipalsoll sowohl der Einkommensteuer als auch der

Realsteuern am stärksten vermehrt, nämlich um rund 73 und 59 v. H. Mehr als die Hälfte des Betrages von 1905 machte die Zunahme auch noch bei den Städten von über 50 000 bis 100 000 Einw. und bei den großen Landgemeinden aus. Die geringste Vermehrung des Prinzipalsolls sämtlicher umlagefähigen direkten Steuern wiesen mit rund 17, 17,6 und 17,4 v. H. die Städte mit 5 000 bis 7 000 und die bis zu 2 000 Einwohnern sowie Berlin auf.

Noch viel bedeutender als beim Prinzipalsoll war die Vermehrung des Umlagesolls im Berichtszeitraume. Bei den Großstädten von über 200 000 Einwohnern betrug sie rund 99 v. H., bei den großen Landgemeinden und den Städten von über 50 000 bis 100 000 Einwohnern auch noch 87,5 sowie 83,5 v. H. Einen Hundertsatz von 40 erreichte die Zunahme nur bei den Städten mit über 100 000 bis 200 000 Einwohnern (38) und bei Berlin (22,4 %) nicht.

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Veränderungen des Prinzipal- und Umlagesolls der Stadtgemeinden der einzelnen Provinzen im Rechnungsjahr 1911 gegenüber dem Rechnungsjahre 1905.

in den Städten der Provinz	Im Zeitraum 1905/11 betrug die Zunahme				
	der Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für die betr. Rechnungsjahre v. H.	des Prinzipalsolls der Einkommensteuer v. H.	des Prinzipalsolls der Realsteuern v. H.	des Prinzipalsolls der umlagefähigen direkten Steuern v. H.	des Umlagesolls der direkten Steuern v. H.
I. Ostpreußen	9,34	38,56	31,59	35,57	51,41
II. Westpreußen	9,26	29,37	24,70	27,32	44,23
III. Brandenburg (o. Berlin)	30,22	96,52	73,23	88,01	95,10
IV. Pommern	5,73	24,42	12,65	19,37	41,65
V. Posen	10,65	44,08	22,47	34,19	57,48
VI. Schlesien	9,03	34,35	13,30	25,85	54,63
VII. Sachsen	8,55	33,11	22,62	29,19	58,95
VIII. Schleswig-Holstein . .	16,31	47,99	39,81	44,70	61,19
IX. Hannover	14,27	42,03	33,33	38,76	73,04
X. Westfalen	23,05	46,98	41,74	45,19	70,24
XI. Hessen-Nassau	17,15	31,52	35,81	32,86	61,61
XII. Rheinprovinz	21,53	56,20	41,37	50,93	65,37
XIII. Hohenzoll. Lande . .	18,41	21,50	2,57	15,57	65,81.

Mit Ausnahme von Hessen-Nassau hat das Prinzipalsoll der Einkommensteuer in sämtlichen Landesteilen stärker zugenommen als das der Realsteuern, in Pommern und Posen fast doppelt, in Schlesien über 2 1/2 mal und in den Hohenzollernschen Landen sogar über 8 mal so viel. Beim Prinzipalsoll der Einkommensteuer betrug die Vermehrung für die brandenburgischen Städte 96,5, in der Rheinprovinz auch noch 56,2 v. H., in den übrigen Provinzen weniger als die Hälfte, jedoch nur in Westpreußen (29,4), Pommern (24,4) und den Hohenzollernschen Landen (21,5 v. H.) unter 30 v. H. Beim Prinzipalsoll der Realsteuern betrug die Zunahme lediglich in Brandenburg (73,2 %) mehr als die Hälfte des Betrages vom Jahre 1905; auch nur zwei Provinzen, Westfalen (41,7) und die Rheinprovinz (41,4), wiesen eine Vermehrung von mindestens 40 v. H. auf. Das Umlagesoll der direkten Steuern hat bei den Städten aller Provinzen, mit Ausnahme von Westpreußen (44,2) und Pommern (41,63), gegen 1905 um mehr als die Hälfte, in Westfalen (70), Hannover (73) und Brandenburg (95 %) sogar um mehr als zwei Drittel zugenommen. In den Städten Pommerns, Schlesiens und Sachsens war die Zunahme des Umlagesolls über doppelt, in den Hohenzollernschen Landen mehr als vier mal so groß wie die Zunahme des Prinzipalsolls der direkten Steuern.

Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern der preussischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1905 und 1911.

Städte. — Landgemeinden.	Im Rechnungs- jahre 1905 betrug		Im Rechnungs- jahre 1911 betrug		Es betrug das Prinzipalsoll						Es betrug das Umlagesoll der direkten Steuern			
	die Anzahl der Ge- meinden	die Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme am Ende dieses Rechnungs- jahres	die Anzahl der Ge- meinden	die Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme am Ende dieses Rechnungs- jahres	der Einkommen- steuer		der Realsteuern		der umlagefähigen direkten Steuern zusammen		im Rechnungs- jahre 1905		im Rechnungs- jahre 1911	
					im Rechnungs- jahre 1905	im Rechnungs- jahre 1911	im Rechnungs- jahre 1905	im Rechnungs- jahre 1911	im Rechnungs- jahre 1905	im Rechnungs- jahre 1911	im Rechnungs- jahre 1905	im Rechnungs- jahre 1911	im Rechnungs- jahre 1905	im Rechnungs- jahre 1911
					1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	v. H. des Prinzipalsolls	
	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b
A. Preussischer Staat.														
Ia. Berlin	1	1 991 658	1	2 033 363	33 992	40 696	21 887	24 911	55 879	65 608	66 680	81 611	119,33	124,39
Städte über														
Ib. 200 000 E. (o. Berlin)	10	2 895 246	14	4 486 791	37 692	65 180	20 456	32 610	58 149	97 790	82 926	165 056	142,61	168,79
II. 100 000—200 000 E.	18	2 607 043	18	2 638 416	24 487	34 636	13 884	16 789	38 371	51 425	66 301	91 503	172,79	177,98
III. 50 000—100 000 "	25	1 586 942	31	2 134 278	12 759	20 008	6 988	10 639	19 747	30 647	33 894	62 178	171,65	202,89
IV. 25 000—50 000 "	51	1 692 150	58	1 934 464	11 570	16 203	6 609	8 905	18 180	25 108	32 916	50 677	181,06	201,84
V. 10 000—25 000 "	156	2 452 003	162	2 524 999	15 036	18 798	9 017	10 809	24 053	29 608	39 977	59 479	166,20	200,89
VI. 7 000—10 000 "	88	727 815	93	775 479	3 617	4 701	2 447	2 983	6 063	7 684	9 474	14 635	156,25	190,47
VII. 5 000—7 000 "	131	774 075	130	760 799	3 494	4 158	2 521	2 880	6 015	7 037	9 640	13 633	160,26	193,73
VIII. 3 000—5 000 "	505	1 601 122	244	958 319	6 454	5 167	5 094	3 657	11 547	8 825	16 925	16 064	146,57	182,03
IX. 2 000—3 000 "			241	595 544										
X. Städte bis 2 000 "	294	404 703	285	398 730	1 216	1 471	1 152	1 313	2 368	2 784	3 143	4 702	132,74	168,90
L—X. Sämtliche Städte	1 279	16 732 757	1 277	19 241 182	150 318	213 741	90 054	117 726	240 372	331 467	361 877	568 255	150,55	171,44
XI. Landgem. ü. 10 000 E.	89	1 718 194	109	2 266 044	12 149	18 791	5 565	8 765	17 714	27 556	30 652	57 470	173,04	208,56
B. Provinzen (nur Städte).														
I. Ostpreußen	67	604 745	67	661 248	2 821	3 909	2 116	2 785	4 938	6 694	10 476	15 862	212,16	236,96
II. Westpreußen	57	546 637	57	599 260	2 470	3 195	1 927	2 403	4 397	5 598	9 129	13 167	207,62	235,20
III. Brandenburg (o. Berl.)	140	1 597 186	142	2 079 869	13 332	26 200	7 675	13 296	21 007	39 496	29 572	57 695	140,77	146,08
IV. Pommern	73	707 645	73	748 180	3 869	4 814	2 903	3 270	6 772	8 084	11 619	16 458	171,57	203,58
V. Posen	131	662 212	129	732 746	2 701	3 892	2 279	2 791	4 980	6 683	8 442	13 295	169,52	198,95
VI. Schlesien	150	1 681 027	150	1 832 840	11 525	15 484	7 806	8 844	19 331	24 328	29 486	45 594	152,53	187,41
VII. Sachsen	142	1 416 532	142	1 537 648	10 721	14 271	6 409	7 859	17 130	22 130	25 478	40 496	148,73	182,99
VIII. Schleswig-Holstein . .	56	681 200	56	792 273	4 610	6 822	3 093	4 325	7 704	11 148	15 752	25 391	204,47	227,77
IX. Hannover	113	1 033 622	113	1 181 161	7 989	11 346	4 809	6 412	12 798	17 758	17 753	30 719	138,72	172,99
X. Westfalen	107	1 538 741	109	1 893 361	11 081	16 288	5 731	8 122	16 812	24 410	32 191	54 801	191,48	224,50
XI. Hessen-Nassau	104	955 255	103	1 119 114	15 248	20 054	6 901	9 372	22 148	29 426	25 788	41 677	116,43	141,64
XII. Rheinprovinz	136	3 307 466	133	4 019 662	29 880	46 673	16 481	23 298	46 360	69 972	79 381	131 274	171,23	187,61
XIII. Hohenzoll. Lande . .	2	8 831	2	10 457	79	96	36	37	115	133	130	216	112,97	162,07

Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll (vergl. Tabelle 7) sämtlicher Städte Preußens ist im Zeitraum 1905/1911 bei der Einkommensteuer von 8,38 auf 11,11 M, desgleichen bei den Realsteuern von 5,38 auf 6,12 M gestiegen, so daß dem Prinzipalsoll der gesamten umlagefähigen direkten Steuern des Rechnungsjahres 1905 im Betrage von 14,37 M auf den Kopf im Rechnungsjahre 1911 ein entsprechender Kopfbetrag von 17,23 M gegenüberstand. Der Kopfbetrag des Umlagesolls der direkten Steuern sämtlicher Städte hat sich im Beobachtungszeitraum von durchschnittlich 21,63 auf 29,33 M erhöht. Bezüglich der Steigerung der Kopfbeträge des Prinzipal- und Umlagesolls in den einzelnen Provinzen und Gemeindegrößengruppen während des Zeitraums 1905/1911 wird auf die Tabelle 7 verwiesen.

Auch die Hundertsätze des Umlagesolls der direkten Steuern von ihrem Prinzipalsoll haben sich im Berichtszeitraum 1905/1911 in sämtlichen Landesteilen und Gemeindegrößengruppen erhöht, wie im einzelnen aus den Spalten 8a und 8b der Tabelle 6 zu ersehen ist. Bei der Gesamtheit der Städte betrug der Hundertsatz im Rechnungsjahre 1905 150,55, im Rechnungsjahre 1911 schon 171,44. Am bedeutendsten war die Zunahme in den hohenzollernschen Städten; während

ihir Hundertsatz 1905 erst 112,97 betrug, erreichte er 1911 eine Höhe von 162,07. Im Rechnungsjahre 1905 kamen außer Berlin noch die Großstädte mit über 200 000 Einwohnern, ferner die Städte mit über 2 000 bis 5 000 und die Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern mit einem durchschnittlichen Zuschlage zum Prinzipalsoll der direkten Steuern von weniger als 150 % aus, desgleichen die Stadtgemeinden von Brandenburg, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau und Hohenzollern. Im Rechnungsjahre 1911 war dies nur noch bei Berlin sowie bei den brandenburgischen und hessen-nassauischen Städten der Fall. Während ferner 1905 noch keine der Gemeindegrößengruppen und auch nur die Städte der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein durchschnittlich über 200 v. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern als Gemeindesteuern erhoben, war dies 1911 bereits bei vier Gemeindegrößengruppen, die die Städte von mehr als 10 000 bis 100 000 Einwohnern und die großen Landgemeinden umfaßten, desgleichen bei den Städten von fünf Provinzen der Fall, nämlich außer bei den drei bereits 1905 so hoch belasteten Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein noch bei Pommern und Westfalen. Ordnet man die Provinzen nach der Höhe der von ihren Städten vom

Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll und Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher preußischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1905 und 1911.

(Tab. 7.)		Es betrug auf den Kopf der Bevölkerung							
Städte.	Landgemeinden.	das Prinzipalsoll						das Umlagesoll	
		der Einkommensteuer		der Realsteuern		der umlagefähigen direkten Steuern zusammen		der direkten Steuern	
		1905	1911	1905	1911	1905	1911	1905	1911
		M	M	M	M	M	M	M	M
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b
A. Preußischer Staat.									
Ia. Berlin		17,07	20,01	10,99	12,25	28,06	32,27	33,48	40,14
Städte über									
Ib. 200 000 E. (o. Berlin)		13,02	14,53	7,07	7,27	20,08	21,90	28,64	36,79
II. 100 000—200 000 E.		9,39	13,13	5,33	6,36	14,72	19,49	25,43	34,68
III. 50 000—100 000 „		8,04	9,37	4,40	4,98	12,44	14,36	21,36	29,13
IV. 25 000—50 000 „		6,84	8,38	3,91	4,60	10,74	12,98	19,45	26,20
V. 10 000—25 000 „		6,13	7,45	3,68	4,28	9,81	11,73	16,30	23,55
VI. 7 000—10 000 „		4,97	6,06	3,36	3,85	8,33	9,91	13,02	18,87
VII. 5 000—7 000 „		4,51	5,46	3,26	3,78	7,77	9,25	12,45	17,92
VIII. 3 000—5 000 „		4,08	5,39	3,18	3,82	7,21	9,21	10,57	16,76
IX. 2 000—3 000 „		4,08	4,57	3,18	3,75	7,21	8,31	10,57	14,64
X. Städte bis 2 000 „		3,01	3,69	2,85	3,29	5,85	6,98	7,77	11,79
I.—X. Sämtliche Städte.		8,98	11,11	5,38	6,12	14,37	17,23	21,63	29,53
Landgemeinden über									
XI. 10 000 Einwohner .		7,07	8,29	3,24	3,87	10,31	12,16	17,84	25,36
B. Provinzen (nur Städte).									
I. Ostpreußen		4,67	5,91	3,50	4,21	8,16	10,12	17,32	23,99
II. Westpreußen . . .		4,52	5,33	3,53	4,01	8,04	9,34	16,70	21,97
III. Brandenb. (o. Berl.)		8,38	12,60	4,81	6,39	13,15	18,99	18,52	27,74
IV. Pommern		5,47	6,43	4,10	4,37	9,57	10,81	16,42	22,00
V. Posen		4,08	5,31	3,44	3,81	7,52	9,12	12,75	18,14
VI. Schlesien		6,96	8,45	4,64	4,83	11,50	13,27	17,54	24,88
VII. Sachsen		7,57	9,28	4,52	5,11	12,09	14,39	17,99	26,34
VIII. Schleswig-Holstein		6,77	8,61	4,54	5,16	11,31	14,07	23,12	32,05
IX. Hannover		7,73	9,61	4,65	5,43	12,38	15,03	17,18	26,01
X. Westfalen		7,20	8,60	3,72	4,29	10,93	12,89	20,92	28,94
XI. Hessen-Nassau . . .		15,96	17,92	7,22	8,37	23,19	26,29	27,00	37,24
XII. Rheinprovinz . . .		9,03	11,61	4,98	5,80	14,02	17,41	24,00	32,66
XIII. Hohenzoll. Lande .		8,96	9,19	4,08	3,54	13,04	12,73	14,73	20,63

Prinzipalsoll der direkten Steuern durchschnittlich erhobenen Hundertsätze, so bleibt die Reihenfolge für die fünf am stärksten belasteten Landesteile in beiden Rechnungsjahren die gleiche, und zwar folgen auf das höchst belastete Ostpreußen die Provinzen Westpreußen, Schleswig-Holstein, Westfalen und Pommern. Dann tritt 1911 an Stelle der Rheinprovinz Posen, während erstere den siebenten Platz einnimmt. An achter und neunter Stelle stehen wieder in beiden Rechnungsjahren Schlesien bzw. Sachsen. Während 1905 alsdann Brandenburg, Hannover, Hessen-Nassau und die Hohenzollernschen Lande folgen, schließen sich 1911 diese Landesteile in der nachstehenden Reihenfolge an: Hannover, Hohenzollernsche Lande, Brandenburg und Hessen-Nassau.

2. Das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1883/84 und 1911.

Sucht man nach einer Vergleichungszahl für die Steuerkraft der gesamten preußischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 mit der eines früheren Jahres, so muß man schon auf die Haushaltsstatistik dieser Gemeinden für das Rechnungsjahr 1883/84 zurückgehen, deren Ergebnisse im XVI. Er-

gänzungsheft zur „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ veröffentlicht sind. Neuere Zahlen für alle preussischen Gemeinden sind nicht vorhanden. Abgesehen davon, daß diesen auf das Rechnungsjahr 1883/84 bezüglichen Zahlen, wegen der völligen Veränderung des Aufgabenkreises sowie der ganzen Finanzwirtschaft der Gemeinden in den seit jener Erhebung verflossenen drei Jahrzehnten, nur noch ein geschichtlicher Wert zugesprochen werden kann, eignen sich auch die zur Beurteilung der Steuerkraft von Städten und Landgemeinden jener Zeit vorhandenen statistischen Unterlagen nur schlecht zu einer Vergleichung mit den neuzeitlichen Verhältnissen. Es genügt schon der Hinweis darauf, daß damals in Preußen noch, anstelle der allgemeinen Einkommensteuer, die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer in Geltung war, daß die Bevölkerung der Stadt- und Landgemeinden um 13 Millionen, d. i. rund ein Drittel, geringer war als 1911 und daß, statt der ziemlich gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung auf Städte und Landgemeinden in letzterem Rechnungsjahre, 1883/84 noch 62 v. H. der Gemeindebewohner auf die Landgemeinden entfielen. Wenn wir, trotz aller dieser Ungleichheiten, im folgenden eine Gegenüberstellung der die kommunale Steuerkraft kennzeichnenden Zahlen beider Erhebungen versuchen, so geschieht es einmal deshalb, weil wir sonst, in Ermangelung anderer Zahlen, auf eine Vergleichung überhaupt verzichten müßten, sodann aber auch, weil es uns wertvoll erscheint, an der Hand dieser Zahlen zeigen zu können, wie gewaltig die Steuerkraft der Bevölkerung in den preussischen Gemeinden gerade in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist und damit zur finanziellen Rüstung unseres Vaterlandes, die im jetzigen Weltkriege eine so wesentliche Rolle spielt, zu einem guten Teile beigetragen hat.

Die zur Vergleichung mit dem Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 herangezogenen direkten Staatssteuern des Rechnungsjahres 1883/84 setzen sich aus den Sollbeträgen der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer einerseits und den Sollbeträgen der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer andererseits zusammen. In der Tabelle 8 auf Seite 33 sind erstere dem Prinzipalsoll der Einkommensteuer, letztere dem Prinzipalsoll der Realsteuern des Rechnungsjahres 1911 gegenübergestellt, und zwar getrennt für die Städte, die Landgemeinden und die Städte und Landgemeinden zusammen. Während bezüglich aller Einzelheiten auf die Zahlen der Tabelle verwiesen wird, wollen wir im folgenden unser Augenmerk hauptsächlich auf die Zunahme der kommunalen Steuerkraft in dem Beobachtungszeitraum 1883/84-1911 richten.

Aus der Tabelle 8 (S. 33) ergibt sich, daß im Beobachtungszeitraum das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern gewachsen ist

	bei den	Mill. M	Mill. M
Städten	von	74,8	auf 331,5 d. i. um das 3,4 fache
Landgemeinden	„	55,4	„ 131,1 „ „ „ 1,4 „
Städten u. Landgemeinden	„	130,2	„ 462,5 „ „ „ 2,6 „

Die Bevölkerung hat sich im gleichen Zeitraum vermehrt bei den Städten um 103,2 %
 „ „ Landgemeinden „ 20,6 %
 „ „ Städten und Landgemeinden „ 51,6 %.

Ferner betrug die Zunahme

in den	bei der Einkommensteuer		bei den Realsteuern	
	Mill. <i>M</i>	das ... fache	Mill. <i>M</i>	das ... fache
Städten	174,7	4,5	82,1	2,3
Landgemeinden	56,1	3,6	19,8	0,5
Städten und Landge- meinden zusammen .	230,8	4,2	101,8	1,4.

(Fortsetzung des Textes auf Seite 34.)

**Das Soll der staatlich veranlagten Einkommensteuern und Realsteuern sämtlicher Stadt- und Landgemeinden Preußens
in den Rechnungsjahren 1883/84 und 1911.**

(Tab. 8.)

Der Stadt- bzw. Landgemeinden

Provinzen. — Staat.	Anzahl		Einwohnerzahl		Solibetrag der Klassen- und klassifizierten Einkommen- steuer im Rechnungsjahre 1883/84 1 000 M	Prinzipalsoll der Ein- kommensteuer im Rechnungsjahre 1911 1 000 M	Solibetrag der Grund-, Ge- bäude- und Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe im Rechnungsjahre 1883/84 1 000 M	Prinzipalsoll der Real- steuern im Rechnungs- jahre 1911 1 000 M	Solibetrag der direkten Staats- steuern überhaupt mit Aus- schluß der Hausgewerbe- steuer im Rechnungsjahre 1883/84 1 000 M	Prinzipalsoll der gesamten umlagefähigen direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 1 000 M	Solibetrag der Klassen- und klassifizierten Einkommen- steuer im Rechnungsjahre 1883/84 auf 1 Einw. M	Prinzipalsoll der Einkommensteuer im Rechnungsjahre 1911 auf 1 Einw. M	Solibetrag der Grund-, Ge- bäude- und Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe im Rechnungsjahre 1883/84 auf 1 Einw. M	Prinzipalsoll der Real- steuern im Rechnungsjahre 1911 auf 1 Einw. M	Solibetrag der direkten Staats- steuern überhaupt mit Aus- schluß der Hausgewerbe- steuer im Rechnungsjahre 1883/84 auf 1 Einw. M	Prinzipalsoll der gesamten umlagefähigen direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 auf 1 Einw. M
	im Rech- nungs- jahre 1883/84	im Rech- nungs- jahre 1911	nach der Volks- zählung vom 1. Dez. 1880	nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1912												
	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b

A. Stadtgemeinden.

I. Ostpreußen . .	67	67	434 100	661 248	1 237	3 909	1 291	2 785	2 528	6 694	2,85	5,91	2,97	4,21	5,82	10,12
II. Westpreußen .	56	57	381 706	599 260	1 013	3 195	1 044	2 403	2 057	5 598	2,65	5,33	2,73	4,01	5,39	9,34
III. Stadtkr. Berlin	1	1	1 122 330	2 033 363	9 241	40 696	8 016	24 911	17 257	65 608	8,23	20,01	7,14	12,25	15,38	32,27
IV. Brandenburg .	135	142	832 439	2 079 869	2 377	26 200	2 332	13 296	4 698	39 496	2,85	12,60	2,79	6,89	5,64	18,99
V. Pommern . . .	73	73	524 212	748 180	1 606	4 814	1 559	3 270	3 165	8 084	3,06	6,43	2,97	4,37	6,04	10,81
VI. Posen	136	129	474 657	732 746	1 109	3 892	1 193	2 791	2 302	6 683	2,34	5,31	2,51	3,81	4,85	9,12
VII. Schlesien . .	150	150	1 085 057	1 832 840	4 178	15 484	3 732	8 844	7 910	24 328	3,85	8,45	3,44	4,83	7,39	13,27
VIII. Sachsen . . .	144	142	955 164	1 537 648	3 694	14 271	3 239	7 859	6 933	22 130	3,87	9,28	3,39	5,11	7,26	14,39
IX. Schlesw.-Holst.	54	56	394 713	792 273	1 173	6 822	1 339	4 325	2 513	11 148	2,97	8,61	3,39	5,46	6,37	14,07
X. Hannover . . .	43	113	439 725	1 181 161	1 702	11 346	1 529	6 412	3 231	17 758	3,87	9,61	3,48	5,43	7,35	15,08
XI. Westfalen . .	75	109	606 076	1 893 361	1 657	16 288	1 806	8 122	3 463	24 410	2,73	8,60	2,98	4,29	5,71	12,89
XII. Hessen-Nassau	110	103	563 538	1 119 114	3 687	20 054	2 515	9 372	6 202	29 426	6,54	17,92	4,46	8,37	11,01	26,29
XIII. Rheinprovinz .	135	133	1 641 976	4 019 662	6 359	46 673	6 091	23 298	12 450	69 972	3,87	11,61	3,71	5,80	7,58	17,41
XIV. Hohenz. Lande	7	2	12 872	10 457	.	96	.	37	78	133	.	9,19	.	3,54	6,09	12,73
Staat . . .	1 186	1 277	9 468 565	19 241 182	39 034	213 741	35 675	117 726	74 787	331 467	4,12	11,11	3,77	6,12	7,90	17,23

B. Landgemeinden.

I. Ostpreußen . .	5 447	4 998	1 201 884	1 084 055	566	1 272	1 950	2 197	2 516	3 468	0,47	1,17	1,62	2,03	2,09	3,20
II. Westpreußen .	2 052	2 047	775 701	873 866	437	1 123	1 443	1 824	1 879	2 948	0,56	1,29	1,86	2,09	2,42	3,38
III. Brandenburg .	3 167	3 093	1 203 252	1 825 425	1 314	13 352	2 894	7 999	4 208	21 351	1,09	7,81	2,40	4,38	3,50	11,70
IV. Pommern . . .	2 106	2 099	641 102	615 051	555	1 260	1 206	1 707	1 761	2 967	0,87	2,05	1,88	2,78	2,75	4,82
V. Posen	3 413	3 154	835 459	956 231	399	1 106	1 243	1 523	1 643	2 629	0,48	1,16	1,49	1,59	1,97	2,75
VI. Schlesien . . .	5 404	5 059	2 572 243	2 955 641	1 707	7 852	4 466	6 716	6 173	14 568	0,66	2,66	1,74	2,27	2,40	4,93
VII. Sachsen . . .	3 001	2 947	1 280 471	1 418 983	2 296	5 777	4 630	5 852	6 927	11 629	1,79	4,07	3,62	4,12	5,41	8,20
VIII. Schlesw.-Holst.	1 731	1 871	648 288	740 369	1 139	3 116	3 456	4 024	4 595	7 140	1,76	4,21	5,33	5,43	7,09	9,64
IX. Hannover . . .	4 107	3 998	1 665 536	1 777 660	2 131	6 497	5 687	6 686	7 818	13 183	1,28	3,65	3,41	3,76	4,69	7,42
X. Westfalen . . .	1 528	1 462	1 433 398	2 318 041	1 557	10 491	3 762	6 735	5 319	17 225	1,09	4,53	2,62	2,91	3,71	7,43
XI. Hessen-Nassau	2 219	2 203	981 241	1 116 312	850	3 591	2 314	3 101	3 164	6 693	0,87	3,22	2,86	2,78	3,22	6,00
XII. Rheinprovinz .	3 138	3 082	2 430 348	3 211 700	2 706	16 076	6 523	10 797	9 230	26 873	1,11	5,01	2,68	3,86	3,80	8,37
XIII. Hohenz. Lande	120	122	54 752	61 539	.	217	.	181	188	398	.	3,53	.	2,95	3,44	6,47
Staat . . .	37 433	36 135	15 723 675	18 954 873	15 657	71 730	39 575	59 341	55 421	131 071	1,00	3,78	2,52	3,13	3,52	6,91

C. Stadt- und Landgemeinden.

I. Ostpreußen . .	5 514	5 065	1 635 984	1 745 303	1 803	5 181	3 241	4 981	5 044	10 162	1,10	2,97	1,98	2,85	3,03	5,82
II. Westpreußen .	2 108	2 104	1 157 407	1 473 126	1 450	4 318	2 487	4 227	3 936	8 546	1,25	2,93	2,15	2,87	3,40	5,80
III. Stadtkr. Berlin	1	1	1 122 330	2 033 363	9 241	40 696	8 016	24 911	17 257	65 608	8,23	20,01	7,14	12,25	15,38	32,27
IV. Brandenburg .	3 302	3 235	2 035 691	3 905 294	3 691	39 552	5 215	21 294	8 906	60 847	1,81	10,13	2,56	5,45	4,38	15,58
V. Pommern . . .	2 179	2 172	1 165 314	1 363 231	2 161	6 074	2 765	4 977	4 926	11 051	1,85	4,46	2,37	3,65	4,33	8,11
VI. Posen	3 549	3 283	1 310 116	1 688 977	1 508	4 998	2 436	4 314	3 945	9 312	1,15	2,96	1,96	2,55	3,01	5,51
VII. Schlesien . .	5 554	5 209	3 657 300	4 788 481	5 885	23 336	8 198	15 560	14 083	38 896	1,61	4,87	2,24	3,25	3,85	8,12
VIII. Sachsen . . .	3 145	3 089	2 235 635	2 956 631	5 990	20 048	7 869	13 711	13 859	33 759	2,68	6,78	3,52	4,64	6,20	11,42
IX. Schlesw.-Holst.	1 785	1 927	1 043 001	1 532 642	2 313	9 939	4 795	8 349	7 108	18 288	2,22	6,48	4,60	5,45	6,81	11,93
X. Hannover . . .	4 150	4 111	2 105 261	2 958 821	3 833	17 843	7 216	13 098	11 049	30 941	1,82	6,03	3,43	4,43	5,25	10,46
XI. Westfalen . .	1 603	1 571	2 039 474	4 211 402	3 215	26 778	5 568	14 857	8 782	41 635	1,58	6,36	2,73	3,53	4,31	9,89
XII. Hessen-Nassau	2 329	2 306	1 544 779	2 235 426	4 537	23 645	4 830	12 473	9 366	36 118	2,94	10,58	3,13	5,58	6,06	16,16
XIII. Rheinprovinz .	3 273	3 215	4 072 324	7 231 362	9 065	62 749	12 614	34 095	21 679	96 844	2,23	8,68	3,10	4,71	5,32	13,39
XIV. Hohenz. Lande	127	124	67 624	71 996	.	313	.	218	267	531	.	4,35	.	3,03	3,95	7,38
Staat . . .	38 619	37 412	25 192 240	38 196 055	54 691	285 471	75 250	177 066	130 288	462 538	2,17	7,47	2,99	4,64	5,17	12,11

In den einzelnen Provinzen stieg das Soll der direkten Steuern während des Beobachtungszeitraums in folgender Weise:
Es betrug

in	bei den Städten das Mehr				bei den Landgemeinden das Mehr				bei den Stadt- und Landgemeinden das Mehr			
	des Prinzipalsolls			das Mehr (+) bzw. Weniger (—) der Ein- wohnerzahl nach der Per- sonen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1912 gegenüber dem Ergebnis nach der Volks- zählung vom 1. Dez. 1880	des Prinzipalsolls			das Mehr (+) bzw. Weniger (—) der Ein- wohnerzahl nach der Per- sonen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1912 gegenüber dem Ergebnis nach der Volks- zählung vom 1. Dez. 1880	des Prinzipalsolls			
	der Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84	der Realsteuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Grund-, Ge- bäude- und Gewerbe- steuer vom stehenden Gewerbe im Rechnungs- jahre 1883/84	der umlage- fähigen direkten Steuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84		der Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84	der Realsteuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Grund-, Ge- bäude- und Gewerbe- steuer vom stehenden Gewerbe im Rechnungs- jahre 1883/84	der umlage- fähigen direkten Steuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84		der Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84	der Realsteuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Grund-, Ge- bäude- und Gewerbe- steuer vom stehenden Gewerbe im Rechnungs- jahre 1883/84	der umlage- fähigen direkten Steuern im Rechnungs- jahre 1911 gegen das Soll der Klassen- und klassifi- zierten Einkommen- steuer im Rechnungs- jahre 1883/84	
	v. H.	das .. fache	das .. fache		das .. fache	v. H.	das .. fache		das .. fache	das .. fache	v. H.	das .. fache
Ostpreußen . . .	52,33	2,2	1,2	1,6	— 9,90	1,2	0,1	0,4	6,68	1,9	0,5	1,0
Westpreußen . .	57,00	2,2	1,3	1,7	+ 12,66	1,6	0,3	0,6	27,28	2,0	0,7	1,2
Stadtkreis Berlin	81,17	3,4	2,1	2,8	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg . .	149,85	10,0	4,7	7,4	+ 51,71	9,2	1,8	4,1	91,84	9,7	3,1	5,6
Pommern	42,72	2,0	1,1	1,6	— 4,06	1,3	0,4	0,7	16,10	1,8	0,8	1,2
Posen	54,37	2,5	1,3	1,9	+ 14,46	1,8	0,2	0,6	28,92	2,3	0,8	1,4
Schlesien	68,92	2,7	1,4	2,1	+ 14,91	3,6	0,5	1,4	30,93	3,0	0,9	1,8
Sachsen	60,98	2,9	1,4	2,2	+ 10,82	1,5	0,3	0,7	32,25	2,3	0,7	1,4
Schlesw.-Holstein	100,72	4,8	2,2	3,4	+ 14,20	1,7	0,2	0,6	46,95	3,3	0,7	1,6
Hannover	168,61	5,7	3,2	4,5	+ 6,73	2,0	0,2	0,7	40,54	3,7	0,8	1,8
Westfalen	212,40	8,8	3,5	6,0	+ 61,72	5,7	0,8	2,2	106,49	7,3	1,7	3,7
Hessen-Nassau . .	98,59	4,4	2,7	3,7	+ 13,77	3,2	0,3	1,1	44,71	4,2	1,6	2,9
der Rheinprovinz	144,81	6,3	2,8	4,6	+ 32,15	4,9	0,7	1,9	77,57	5,9	1,7	3,5
den Hohenz. Ld.	18,76	.	.	0,7	+ 12,40	.	.	1,1	6,47	.	.	1,0

Während das im Rechnungsjahre 1883/84 auf 1 Einwohner entfallende Soll der direkten Staatssteuern sämtlicher preußischen Gemeinden nur 5,17 \mathcal{M} betrug, belief sich das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1911 auf 12,11 \mathcal{M} . Bei den Stadtgemeinden allein machten die entsprechenden Beträge 7,90 und 17,23 \mathcal{M} , bei den Landgemeinden 3,52 und 6,91 \mathcal{M} aus. Ferner betrug

bei den	das Soll der Einkommensteuer auf 1 Einwohner		das Soll der Realsteuern auf 1 Einwohner	
	1883/84	1911	1883/84	1911
Städten	4,12	11,11	3,77	6,12
Landgemeinden	1,00	3,78	2,52	3,13
Städten und Landgemeinden.	2,17	7,47	2,99	4,64

Die Steigerung der Kopfbeträge in den einzelnen Provinzen ist aus den Spalten 7 bis 9 der Tabelle 8 ersichtlich.

Schlußbemerkungen.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Prinzipalsoll der direkten Steuern der preußischen Gemeinden, außer für 1911, bisher nur für das Rechnungsjahr 1905 zum Gegenstande einer amtlichen Erhebung gemacht worden ist, unter Ausschaltung der kleinen Landgemeinden.

Während die Beträge der direkten Gemeindesteuern und die Gemeindezuschläge zu den staatlich veranlagten Beträgen der direkten Steuern für sämtliche Städte und die großen Landgemeinden Preußens seit 1910 alljährlich erhoben worden sind, ist diese Statistik bisher auf das Prinzipalsoll nicht ausgedehnt worden. Für die einzelnen Gemeinden läßt sich aus dem Soll der Einkommensteuer sowie der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer und den zu seiner Aufbringung erhobenen Zuschlägen zu ihren staatlich veranlagten Beträgen das Prinzipalsoll ungefähr errechnen, aber auch nur ungefähr. Die häufig vorkommende geringere Belastung der Gewerbesteuerklassen III und IV, desgleichen eine etwa vorkommende Heranziehung der Einkommen unter 900 \mathcal{M} mit einem anderen

Hundertsatze, als dem für die höheren Einkommen erhobenen, bliebe bei dem so errechneten Prinzipalsoll der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer unberücksichtigt. Wesentlich stärker ins Gewicht fällt aber noch der Umstand, daß die Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Zensiten und Zensitengruppen bei der Berechnung des Prinzipalsolls aus dem Umlagesoll und den Gemeindezuschlägen zu den staatlich veranlagten direkten Steuern ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Die so gewonnenen Angaben über das Prinzipalsoll würden also recht fehlerhaft sein, ganz abgesehen von der nicht unbeträchtlichen Arbeit, die das Errechnen dieser Beträge für jede einzelne Gemeinde verursachen würde. Da eine dauernde statistische Verfolgung der Entwicklung der kommunalen Steuerkraft als sehr wünschenswert bezeichnet werden muß, so erscheint es ratsam, nach dem Kriege die jährlichen Erhebungen über das Steuerwesen der Gemeinden auch auf das Prinzipalsoll ihrer direkten Steuern auszudehnen. Auch bezüglich der Landkreise und Provinzialverbände würde sich ein gleiches Verfahren empfehlen.

Die preußischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1914.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet
von

Regierungsrat **Dr. jur. Heinrich Höpker.**

Inhaltsübersicht.

- I. Entwicklung der Spargelegenheit.
- II. Die Spartätigkeit.
 - a) Sparbücher.
 - b) Spareinlagen.

- III. Anlegung der Sparkassengelder.
- IV. Erträge der Anlagen und sonstige Ergebnisse.

Vorbemerkung.

Mit dem Jahre 1914 kommt die Entwicklung der preußischen Sparkassen während des ersten Kriegsjahres zur Darstellung. Zwar hat der Krieg selbst erst am 1. August begonnen, aber bald nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers von Österreich am 28. Juni warfen die kommenden Ereignisse ihre wirtschaftlichen Schatten voraus. Man kann daher sagen, daß die Sparkassen im Jahre 1914 bereits ein halbes Jahr lang unter den Kriegseinflüssen zu arbeiten hatten. Da überdies eine große Reihe von Sparkassen, die einen Einlagebestand von mehr als 2 280 Millionen \mathcal{M} vertreten, erst mit dem 31. März und einige sogar erst mit dem 30. Juni ihr Geschäftsjahr schließen, muß sich die Einwirkung des Krieges

auf die Verhältnisse der Sparkassen in einer Übersicht über das Geschäftsjahr 1914 unzweideutig zu erkennen geben, zumal gerade im Anfang großer wirtschaftlicher Krisen oder Ereignisse die Erschütterungen am schwersten zu sein pflegen. Die Ergebnisse der Sparkassen beweisen, daß ihre Entwicklung im Jahre 1914 nicht stillgestanden hat. Die Entwicklung ist vielmehr überall vorwärts gegangen und hat in mancher Beziehung sogar die der Vorjahre übertroffen. Mit Stolz können wir sagen: „Der Krieg hat den Beweis für die glänzende, finanzielle Grundlage unserer Sparkassen sowie für die Sparkraft und Spartätigkeit unseres Volkes auch während der schwersten Zeiten im vollsten Maße erbracht.“

I. Entwicklung der Spargelegenheit.

Die Gründung von Sparkassen hat auch im Jahre 1914 weitere Fortschritte gemacht. Die Gesamtzahl ist von 1913 auf 1914 um weitere 5 Sparkassen gestiegen. Auf die einzelnen Arten verteilen sich die Sparkassen, wie folgt:

Sparkassen	1914	1913	1912	1911	1910	1904	Zunahme 1914 gegen	
							1913	1904
a) von Städten .	814	810	804	786	774	717	4	97
b) von Landgemeinden u. dgl.	292	287	287	282	272	228	5	64
c) von Kreisen und Ämtern	489	486	485	481	473	423	3	66
d) von Provinzial- u. ständischen Verbänden .	6	6	6	6	6	6	—	—
e) von Vereinen und Privaten	169	176	178	181	186	190	— 7	— 21
zusammen .	1 770	1 765	1 760	1 736	1 711	1 564	5	206.

Hiernach haben die städtischen Sparkassen seit dem Vorjahre um 4, die der Landgemeinden um 5 und die der Kreise und Ämter um 3 neue Kassen zugenommen. Die Sparkassen von Vereinen haben sich dagegen, wie fast jedes Jahr, so auch diesmal, und zwar um 7 Kassen vermindert. Von ihnen sind aber zwei in der Provinz Schleswig-Holstein nicht aufgelöst worden, sondern haben sich in öffentliche Sparkassen verwandelt. Neun private Sparkassen im Regierungsbezirk Düsseldorf haben aus Mangel an geeigneten Kräften keine Kassenabschlüsse liefern können. Ihr gesamter Einlagebestand betrug aber am Schlusse des Jahres 1913 nur 788 567 \mathcal{M} . Das Fehlen ihrer Ergebnisse beeinflusst die diesjährige Nachweisung demnach nur in nicht mehr meßbarer Weise.

An und für sich ist die Bedeutung der gesamten privaten Sparkassen in den meisten Provinzen überhaupt äußerst gering. Wie sich diese Sparkassen auf die Verwaltungsbezirke in

Preußen verteilen, ergibt sich aus der Tabelle „a“ auf Seite 37.

In nicht weniger als drei Provinzen und in den Hohenzollernschen Landen kommen hiernach Privat-Sparkassen, die bisher statistisch nachgewiesen wurden, nicht vor. Über zehn derartige Sparkassen haben nur Hessen-Nassau (13), Schlesien (22), die Rheinlande (35) und schließlich Schleswig-Holstein (66). In dieser letzten Provinz spielen demnach die Vereins-Sparkassen eine erheblichere Rolle.

Die geringe Bedeutung dieser Sparkassen ergibt auch die in der Tabelle „a“ gegebene Unterscheidung der Sparkassen nach der Höhe ihres Einlagebestandes. Nicht weniger als 50 Privat-Sparkassen, fast $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl, blieben mit ihrem Einlagebestand sogar unter 100 000 \mathcal{M} ; auch weitere 64 konnten ihre Spargelder noch nicht auf 1 Million \mathcal{M} bringen. Nur 46 schließlich haben einen Bestand von mehr als 1 Million \mathcal{M} aufzuweisen. Von diesen entfallen 34 allein auf Schleswig-Holstein. Unter den privaten Sparkassen über 1 Million befinden sich allerdings einige ganz bedeutende und alte Kassen mit sehr großen Einlagebeständen; so in Westpreußen die Sparkasse des Danziger Sparkassen-Aktienvereins mit 25,61 Millionen \mathcal{M} , in Schleswig-Holstein die Sparkasse des Altonaer Unterstützungs-Instituts mit 106 Millionen, in Hessen-Nassau die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste in Frankfurt am Main mit 117 Millionen und schließlich im Rheinland die Sparkasse des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit mit 161 Millionen \mathcal{M} Einlage.

In der ersten Übersicht zeigt das Berichtsjahr 1914 489 Kreis- und Amtssparkassen. Scheiden wir aus dieser Zahl die Amts-Sparkassen, soweit sie nicht, wie in Hannover, Kreis-Sparkassen vertreten, aus, so bleiben noch 391 Kreis-Sparkassen übrig. Da Preußen im ganzen 487 Landkreise hat,

so besitzen jetzt noch gegen 20 % dieser Kreise keine eigene Sparkasse. Es befinden sich

in der	Landkreise	in der	Landkreise
Provinz	über- ohne haupt Sparkasse	Provinz	über- ohne haupt Sparkasse
Ostpreußen . . .	35 1	Schleswig-Holstein	20 13
Westpreußen . .	25 1	Hannover	69 ¹⁾ 12
Brandenburg . .	31 5	Westfalen	38 16
Pommern	28 3	Hessen-Nassau . .	37 15
Posen	40 3	Rheinprovinz . . .	60 9
Schlesien	61 7	Hohenzollernsche	
Sachsen	39 7	Lande	4 4

Aus der Übersicht geht hervor, daß in den ostelbischen, vornehmlich landwirtschaftlichen Provinzen nur noch sehr wenige Landkreise keine eigene Sparkasse ins Leben gerufen haben.

Auffallend viele Kreise ohne eigene Sparkassen findet man in den Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen und Hessen-Nassau. In den Hohenzollernschen Landen ist eine Kreissparkasse überhaupt nicht vorhanden. Der Grund für diese

Erscheinung ist vornehmlich in der starken Entwicklung andersartiger Sparkassen zu erblicken. So ließen in Schleswig-Holstein die alten und bewährten Kirchspiels-, Gemeinde- und Privat-Sparkassen mit ihrem dichten Sparkassennetz kein rechtes Bedürfnis für Kreis-Sparkassen aufkommen. In Westfalen liegen, mit einer einzigen Ausnahme, sämtliche sparkassenlosen Kreise im Regierungsbezirk Arnsberg, dessen Industrieorte mit ihren großen Sparkassen den Bezirk beherrschen. In der Provinz Hessen-Nassau und den Hohenzollernschen Landen schließlich wird das Interesse für die Gründung eigener Sparkassen durch die Kommunalständische Nassauische Sparkasse mit ihren zahlreichen Zweigstellen beziehungsweise durch die Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande gehemmt.

Alle größeren Städte haben, mit wenigen Ausnahmen, ihre eigenen Sparkassen und selbst die größere Anzahl der kleinen Städte zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern hat dafür gesorgt, daß ihre sparenden Bürger ihr Geld in die Kasse der Heimatstadt tragen können. Über die Verteilung der Städte mit Sparkassen nach Provinzen und Größenklassen gibt die folgende Übersicht Aufschluß.

Zahl der Städte (einschließlich der als Städte zu behandelnden Flecken) mit eigenen Sparkassen.

Zahl der Städte (einschl. Flecken) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910				Unter diesen Städten befanden sich solche mit einer Einwohnerzahl von																	
Staat.	überhaupt	mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre			50 000 und darüber mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre	10 000 bis unter 50 000 mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre	5 000 bis unter 10 000 mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre	2 000 bis unter 5 000 mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre	weniger als 2 000 mit eigenen Sparkassen im Rechnungsjahre												
		1904	1914	v. H. der Gesamtzahl																	
Provinzen.	überhaupt	überhaupt	überhaupt	v. H. der Gesamtzahl	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	überhaupt	v. H. der Gesamtzahl
Staat . . .	1 277	717	821	64,29	63	56	60	95,24	220	200	210	95,45	230	163	188	81,74	476	227	276	57,98	288
Provinzen.																					
Ostpreußen . .	67	14	33	49,25	1	1	1	100,00	9	7	8	88,89	17	2	9	52,94	31	2	13	41,94	9
Westpreußen .	57	19	30	52,63	2	1	2	100,00	11	9	11	100,00	10	7	8	80,00	28	1	8	28,57	6
Stadtkr. Berlin	1	1	1	100,00	1	1	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg .	142	83	88	61,97	9	7	9	100,00	18	18	18	100,00	35	30	31	88,57	46	22	24	52,17	34
Pommern . . .	73	59	68	93,15	1	1	1	100,00	13	13	13	100,00	20	19	20	100,00	27	20	25	92,59	12
Posen	129	48	59	45,74	2	2	2	100,00	7	7	7	100,00	25	13	21	84,00	46	19	22	47,83	49
Schlesien . . .	150	96	119	79,33	6	6	6	100,00	28	27	28	100,00	27	22	26	96,30	51	33	42	82,35	38
Sachsen	142	99	104	73,24	3	3	3	100,00	28	28	28	100,00	16	13	14	87,50	64	43	46	71,88	31
Schlsw.-Holst.	56	39 ¹⁾	46	82,14	3	3	3	100,00	8	7	7	87,50	14	12	13	92,86	20	14 ¹⁾	18	90,00	11
Hannover . . .	113	63 ²⁾	63	55,75	5	5	5	100,00	16	16 ³⁾	16	100,00	14	12	12	85,71	44	22 ⁴⁾	22	50,00	34
Westfalen . . .	109	79 ³⁾	83	76,15	9	7 ⁴⁾	7	77,78	31	30	31	100,00	19	17	18	94,74	37	20	21	56,76	13
Hess.-Nassau .	103	36	39	37,86	3	2	2	66,67	9	4	6	66,67	6	2	2	33,33	46	16	17	36,96	39
Rheinprovinz .	133	81	88	66,17	18	17	18	100,00	42	34	37	88,10	25	14	14	56,00	36	15	18	50,00	12
Hohenz. Land.	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ einschließlich 2 Sparkassen von Flecken, die in den anderen Nachweisungen der Sparkassen-Statistik unter den Landgemeinde- usw. Sparkassen aufgeführt sind. — ²⁾ einschließlich 7 Sparkassen von 6 Flecken und der Gemeinde Lehe, die in den anderen Nachweisungen der Sparkassen-Statistik unter den Landgemeinde- usw. Sparkassen aufgeführt sind, aber ausschließlich der Sparkasse der Kapital-Versicherungs-Anstalt in Hannover, für welche die Stadt Hannover die Garantie übernommen hat und die in den anderen Tabellen bei den städtischen Sparkassen geführt wird. — ³⁾ ausschließlich der Sparkasse der Landgemeinde „Enger, Stadt“, die in den anderen Nachweisungen der Sparkassen-Statistik als städtische Sparkasse geführt wird. — ⁴⁾ Buer hat keine eigene Sparkasse, aber mit der Landgemeinde Westerholt zusammen eine Sparkasse, die im Jahre 1874 gegründet ist. — ⁵⁾ einschließlich der Sparkasse der Gemeinde Lehe. — ⁶⁾ einschließlich 3 Sparkassen von Flecken.

Es gibt jetzt nur noch 3 Städte mit über 50 000 Einwohnern und 10 Städte mit über 10 000 bis 50 000 Einwohnern, die keine eigene Sparkasse besitzen. Die bedeutendste Stadt ohne eigene Sparkasse ist Wiesbaden, der Sitz der großen kommunalständischen Sparkasse mit fast 153 Millionen \mathcal{M} Einlage. Die beiden anderen Städte über 50 000 Einwohner, Buer und Herne, sind Miteigentümer von Sparkassen, die in den Nachweisungen unter den Amts-Sparkassen aufgeführt werden. Sie sind also nur scheinbar ohne eigene Sparkasse.

Die 10 Städte mit 10 000 bis unter 50 000 Einwohnern haben mit einer Ausnahme in ihren Mauern sämtlich Kreissparkassen oder Nebensparkassen. Zweifellos haben sie von der Gründung eigener Kassen Abstand genommen, um den Kreissparkassen

¹⁾ Die Amtssparkassen für die vorm. Ämter sind als Kreissparkassen gezählt.

nicht eine unnötige Konkurrenz zu bereiten. Die meisten dieser Städte liegen im Westen der Monarchie, nicht weniger als die Hälfte in den Rheinlanden. Die Namen der 10 Städte sind:

Gumbinnen,
Rendsburg, der Sitz der Privat-Spar- und Leihkasse
Rendsburg mit 31 Millionen \mathcal{M} Einlage,
Eschwege,
Limburg,
Homburg v. d. H.,
Bergisch Gladbach,
Saarlouis,
Eupen,
Stolberg bei Aachen und
Düren.

Die Vereins- und Privat-Sparkassen im Rechnungsjahre 1914.

Staat. — Provinzen.	Anzahl der Vereins- und Privat- Spar- kassen	Der Einlagebetrag der Kassen (Sp. 2) belief sich am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres auf <i>M</i> <i>Pf.</i>		Von den Sparkassen (Sp. 2) hatten einen Einlagebestand von				Es befanden sich unter den Privat-Sparkassen					
				über 1 Mill. <i>M</i>	über 500 000 bis 1 Mill. <i>M</i>	über 100 000 bis 500 000 <i>M</i>	100 000 <i>M</i> und darunter	Fabrik- und Betriebs-		Vereins-			
								Sparkassen					
								Anzahl	mit einem Ein- lagebestande von <i>M</i> <i>Pf.</i>	Anzahl	mit einem Ein- lagebestande von <i>M</i> <i>Pf.</i>		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
A. Staat	160	627 617 556	40	46	21	43	50	66	32 427 196	67	94	595 190 359	73
B. Provinzen.													
I. Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II. Westpreußen . . .	1	25 610 126	00	1	—	—	—	—	—	—	1	25 610 126	00
III. Stadtkreis Berlin .	1	10 145 816	51	1	—	—	—	—	—	—	1	10 145 816	51
IV. Brandenburg . . .	3	58 413	77	—	—	—	3	2	50 289	00	1	8 124	77
V. Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VII. Schlesien	22	2 891 933	57	—	2	7	13	22	2 891 933	57	—	—	—
VIII. Sachsen	6	2 959 534	11	1	—	1	4	5	2 870 709	65	1	88 824	46
IX. Schleswig-Holstein	66	266 588 163	49	34	14	17	1	—	—	—	66	266 588 163	49
X. Hannover	7	10 222 617	98	3	1	2	1	3	5 096 773	64	4	5 125 844	34
XI. Westfalen	6	1 373 335	24	—	1	1	4	4	1 192 773	49	2	180 561	75
XII. Hessen-Nassau . .	13	125 783 211	63	3	—	6	4	—	—	—	13	125 783 211	63
XIII. Rheinprovinz . . .	35	181 984 404	10	3	3	9	20	30	20 324 717	32	5	161 659 686	78
XIV. Hohenzoll. Lande .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Sparstellen haben nicht allein seit 1904, sondern auch seit 1913 eine Vermehrung, und zwar um 24 Stellen erfahren. In einigen Provinzen sind sie allerdings seit dem Vorjahre um ein Geringes zurückgegangen. Einen Rückgang hat Ostpreußen mit 6 Stellen, Pommern mit 2 Stellen, Schlesien mit 4 Stellen, Hessen-Nassau und die Hohenzollernschen Lande mit je 1 Stelle und die Rheinprovinz mit 6 Stellen aufzuweisen. Die Zunahme war am stärksten in Westfalen (13 Stellen), außerdem noch von einer gewissen Bedeutung in Brandenburg und Sachsen mit je 10 Stellen.

Auf die Einwohnerzahl berechnet haben die Sparstellen, wie die Tabelle „b“ auf Seite 38 zeigt, seit 1904 eine bedeutende Zunahme aufzuweisen; seit 1913 dagegen ist ein geringer Rückgang eingetreten. Im Jahre 1913 entfiel auf 5987 Einwohner, 1914 dagegen auf 6060 Einwohner eine Sparstelle. Auf die Quadratkilometer bezogen, ist dagegen von 1913 auf 1914, da kein Landerwerb, wohl aber eine Vermehrung der Sparstellen erfolgt ist, ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Im Berichtsjahre kam auf 49,67 qkm, im Vorjahre auf 49,84 qkm eine Sparstelle.

II. Die Spartätigkeit.

a) Sparbücher.

Ein Beweis dafür, daß die Spartätigkeit des deutschen Volkes auch im Kriegsjahre 1914 nicht allein nicht abgenommen, sondern sogar zugenommen hat, liefert bereits die Zahl der umlaufenden Sparbücher. Die Sparbücher haben sich im Berichtsjahre um nicht weniger als 520 000 vermehrt. Die Zunahme bleibt damit nur um etwas mehr als 80 000 hinter der des Vorjahres zurück. Es sind jetzt in Preußen 14 935 190 Bücher gegen 14 417 642 im Jahre 1913 im Umlauf. In welcher Weise sich diese Sparbücher auf die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke verteilen, geht aus der Tabelle „c“ auf Seite 38 hervor; danach hat in allen Gebietsteilen der preußischen Monarchie eine Zunahme der Sparbücher stattgefunden.

In den meisten Provinzen war die Zunahme geringer als im Vorjahre. Besonders stark war der Rückgang in der Zunahme außer in Westpreußen in den westlichen Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz. In einigen Gebietsteilen, nämlich im Stadtkreis Berlin sowie in den Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hannover ist eine stärkere Zunahme im Berichtsjahre zu verzeichnen. Besonders auffallend und erfreulich ist diese Erscheinung für den Stadtkreis Berlin. Hier hat sich die Abnahme von 0,03 % in eine Zunahme von 0,63 % verwandelt.

Von größerer Bedeutung als die absolute Zahl der vorhandenen Sparbücher ist ihr Verhältnis zur Zahl der Einwohner. In der bereits genannten Tabelle ist dieses Verhältnis dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Bücher wiedergegeben ist, die in den einzelnen Landes- teilen in den Jahren 1912, 13 und 14 auf je 100 Einwohner entfielen. Hiernach ist auch im Jahre 1914 für das gesamte Staatsgebiet die Zunahme der Sparbücher größer gewesen als die wahrscheinliche Vermehrung der Bevölkerung im gleichen Jahre. Im Jahre 1913 kamen auf 100 Einwohner 34,34, dagegen im Jahre 1914 34,92 Sparbücher. Während hiernach im gesamten Staatsdurchschnitt mehr als $\frac{1}{3}$ sämtlicher Einwohner sich im Besitze von Sparbüchern befand, sinkt diese Durchschnittszahl in der Provinz Posen auf unter $\frac{1}{10}$, steigt aber in anderen Gebietsteilen auf mehr als die Hälfte. Zum ersten Mal hat in dem Berichtsjahre eine ganze Provinz diese Durchschnittszahl erreicht, nämlich Sachsen mit 50,88 Sparbüchern auf 100 Einwohner. Nicht weit dahinter steht Hannover mit 48,32 Sparbüchern auf die gleiche Zahl der Einwohner. Bleibt in dieser Provinz die verhältnismäßige Zunahme auch im Jahre 1915 gleich stark wie im Jahre 1914, so wird auch in diesem Landesteil bald jeder zweite Einwohner ein Sparbuch besitzen.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 39.]

Verteilung der Sparstellen auf die Provinzen und Regierungsbezirke.

(Tab. b.) Staat. Provinzen. Regierungs- bezirke.	Zahl der Sparstellen		Es kam eine Sparstelle auf			
	1914	1904	qkm		Einwohner	
			1914	1904	1914 ¹⁾	1904 ²⁾
I	2	3	4	5	6	7
A. Staat . . .	7 057	4 766	49,67	73,52	6 060	7 734
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen . .	549	222	70,54	174,42	3 811	8 957
II. Westpreußen .	264	207	96,81	123,37	6 650	7 842
III. Stadtkr. Berlin	108	99	0,61	0,64	19 417	21 023
IV. Brandenburg .	652	384	61,11	103,75	7 115	8 795
V. Pommern . . .	243	189	124,01	159,38	7 177	8 924
VI. Posen	264	260	109,82	111,47	8 322	7 449
VII. Schlesien . .	885	602	45,58	66,98	6 182	8 122
VIII. Sachsen . . .	777	654	32,52	38,62	4 096	4 506
IX. Schlesw.-Holst.	388	259	49,02	73,38	4 441	5 702
X. Hannover . . .	679	421	56,72	91,48	4 568	6 505
XI. Westfalen . .	478	289	42,31	69,94	9 616	12 646
XII. Hessen-Nassau	676	280	23,23	56,07	3 481	7 225
XIII. Rheinprovinz	1 060	871	25,47	30,99	7 303	7 311
XIV. Hohenz. Lande	34	29	33,60	39,39	2 156	2 332
C. Regierungs- bezirke.						
1. Königsberg . . .	280	108	56,19	145,68	3 326	8 174
2. Gumbinnen . .	110	59	99,69	185,60	5 532	10 137
3. Allenstein . . .	159	55	75,64	218,86	3 475	9 228
4. Danzig	150	116	53,07	68,62	5 140	6 102
5. Marienwerder .	114	91	154,36	193,15	8 637	10 060
6. Stadtkr. Berlin	108	99	0,61	0,64	19 417	21 023
7. Potsdam	416	244	49,63	84,60	8 125	8 976
8. Frankfurt	236	140	81,35	137,13	5 336	8 479
9. Stettin	131	109	92,23	110,83	6 746	7 980
10. Köslin	61	47	230,12	298,55	10 349	12 741
11. Stralsund	51	33	78,70	121,56	4 491	6 604
12. Posen	204	201	85,93	87,18	6 857	6 065
13. Bromberg	60	59	191,07	194,22	13 304	12 165
14. Breslau	388	208	34,77	64,83	4 893	8 405
15. Liegnitz	274	208	49,69	65,44	4 428	5 447
16. Oppeln	223	186	59,33	71,11	10 581	10 795
17. Magdeburg . . .	325	267	35,45	43,12	3 902	4 577
18. Merseburg	341	301	29,96	33,93	3 975	4 125
19. Erfurt	111	86	31,83	41,07	5 038	5 619
20. Schleswig	388	259	49,02	73,38	4 441	5 702
21. Hannover	178	98	32,12	58,34	4 465	7 192
22. Hildesheim . . .	88	57	60,82	93,89	6 587	9 678
23. Lüneburg	149	93	76,12	121,98	3 900	5 329
24. Stade	96	66	70,70	102,82	4 707	5 964
25. Osnabrück	77	63	80,58	98,49	5 209	5 437
26. Aurich	91	44	34,15	70,63	3 227	5 690
27. Münster	139	68	52,20	106,67	8 310	11 751
28. Minden	135	93	39,00	56,58	5 769	7 329
29. Arnsberg	204	128	37,76	60,14	13 053	16 984
30. Cassel	150	92	67,23	109,60	7 022	10 042
31. Wiesbaden	526	188	10,68	29,88	2 471	5 847
32. Coblenz	154	116	40,31	53,50	5 054	6 118
33. Düsseldorf	287	252	19,08	21,72	13 290	11 863
34. Köln	180	132	22,10	30,13	7 472	8 545
35. Trier	324	281	22,17	25,57	3 326	3 220
36. Aachen	115	90	36,14	46,17	6 309	7 067
37. Sigmaringen . . .	34	29	33,60	39,39	2 156	2 332

1) nach der Schätzung vom 1. Januar 1915. — 2) desgl. vom 1. Januar 1905.

Bestand der Sparbücher am Schlusse des Jahres 1914.

(Tab. c.) Staat. Provinzen. Regierungs- bezirke.	Zahl der Spar- bücher	Auf 100 Einwohner entfielen Bücher			Mithin betrug die Zunahme	
		1914 ¹⁾	1913 ²⁾	1912 ³⁾	1914 gegen 1913	1913 gegen 1912
I	2	3	4	5	6	7
A. Staat . . .	14 935 190	34,92	34,24	33,33	0,68	0,91
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen . .	385 164	18,41	17,93	17,36	0,48	0,57
II. Westpreußen .	372 895	21,24	20,81	19,95	0,43	0,86
III. Stadtkr. Berlin	783 577	37,37	36,75	36,78	0,62	— 0,03
IV. Brandenburg .	1 907 058	41,11	40,70	40,36	0,41	0,34
V. Pommern	737 474	42,29	40,82	39,31	1,47	1,51
VI. Posen	333 704	15,19	14,98	14,54	0,21	0,44
VII. Schlesien . . .	1 754 484	32,07	31,59	30,88	0,48	0,71
VIII. Sachsen . . .	1 619 276	50,88	49,93	48,90	0,95	1,03
IX. Schlesw.-Holst.	735 104	42,66	41,64	40,64	1,02	1,00
X. Hannover	1 498 837	48,32	46,78	45,31	1,54	1,47
XI. Westfalen . . .	1 451 588	31,58	30,78	29,48	0,80	1,30
XII. Hessen-Nassau	866 885	36,84	36,32	35,43	0,52	0,89
XIII. Rheinprovinz	2 460 463	31,79	31,30	30,10	0,49	1,20
XIV. Hohenz. Lande	28 681	39,12	39,14	38,97	— 0,02	0,17
C. Regierungs- bezirke.						
1. Königsberg . . .	239 423	25,71	24,93	24,16	0,78	0,77
2. Gumbinnen . . .	80 758	13,27	13,08	12,75	0,19	0,33
3. Allenstein	64 983	11,76	11,49	11,01	0,27	0,48
4. Danzig	196 561	25,50	25,22	23,72	0,28	1,50
5. Marienwerder . .	176 334	17,91	17,36	17,02	0,55	0,34
6. Stadtkr. Berlin	783 577	37,37	36,75	36,78	0,62	— 0,03
7. Potsdam	1 232 360	36,46	36,06	35,86	0,40	0,20
8. Frankfurt	674 698	53,58	52,71	51,61	0,87	1,10
9. Stettin	388 054	43,91	42,32	40,69	1,59	1,63
10. Köslin	260 127	41,21	39,09	38,31	1,52	1,38
11. Stralsund	89 293	38,99	38,13	36,72	0,86	1,41
12. Posen	208 637	14,92	14,85	14,40	0,07	0,45
13. Bromberg	125 067	15,67	15,21	14,78	0,46	0,43
14. Breslau	761 285	40,10	39,21	37,86	0,89	1,35
15. Liegnitz	668 906	55,13	54,36	53,67	0,77	0,69
16. Oppeln	324 293	13,74	13,59	13,24	0,15	0,35
17. Magdeburg . . .	615 226	48,51	47,47	46,46	1,04	1,01
18. Merseburg	734 143	54,17	53,36	52,42	0,81	0,94
19. Erfurt	269 907	48,26	47,24	45,93	1,02	1,31
20. Schleswig	735 104	42,66	41,64	40,64	1,02	1,00
21. Hannover	440 492	55,43	53,36	51,61	2,07	1,75
22. Hildesheim . . .	316 698	54,64	53,30	51,66	1,34	1,64
23. Lüneburg	282 619	48,64	47,28	45,94	1,36	1,34
24. Stade	200 921	44,46	42,76	41,27	1,70	1,49
25. Osnabrück	156 911	39,12	37,77	36,45	1,35	1,32
26. Aurich	101 196	34,47	33,39	32,46	1,08	0,93
27. Münster	302 434	26,18	25,75	24,83	0,43	0,92
28. Minden	279 821	35,93	34,09	32,77	1,84	1,32
29. Arnsberg	869 333	32,65	31,96	30,46	0,69	1,50
30. Cassel	365 091	34,66	33,88	33,12	0,78	0,76
31. Wiesbaden	501 794	38,61	38,31	37,32	0,30	0,99
32. Coblenz	181 760	23,35	22,22	20,90	0,13	1,32
33. Düsseldorf	1 353 429	35,48	35,15	33,75	0,33	1,40
34. Köln	477 145	35,48	34,87	33,82	0,61	1,05
35. Trier	174 540	16,19	15,79	15,01	0,40	0,78
36. Aachen	273 589	37,71	37,49	36,85	0,22	0,64
37. Sigmaringen . . .	28 681	39,12	39,14	38,97	— 0,02	0,17

1) nach der Schätzung vom 1. Januar 1915. — 2) desgl. 1914. — 3) desgl. 1913.

Nicht ohne Interesse ist ein Überblick über die Bewegung der Sparbücher in den einzelnen Provinzen:

Provinzen	Es wurden im Jahre 1914 Bücher		Der Überschuß der ausgegebenen über die zurückgenommenen Bücher betrug					
	neu ausge- geben	zurück- ge- nommen	über- haupt	1914 Hundertteile		über- haupt	dagegen 1913 Hundertteile	
				der aus- gegebenen Bücher	der zurück- genommenen Bücher		der aus- gegebenen Bücher	der zurück- genommenen Bücher
Ostpreußen .	46 367	35 032	11 335	24,45	32,36	13 112	22,61	29,27
Westpreußen	61 326	50 999	10 327	16,84	20,23	17 490	25,73	34,65
Stkr. Berlin .	99 681	84 438	15 243	15,29	18,05	1 649	1,50	1,52
Brandenburg	224 024	147 360	76 664	34,22	52,02	70 324	31,44	45,86
Pommern . . .	89 267	60 957	28 310	31,71	46,44	28 815	30,66	44,21
Posen	40 188	32 034	8 154	20,29	25,45	13 105	27,02	37,03
Schlesien . . .	176 465	130 610	45 855	25,99	35,11	56 745	27,47	37,87
Sachsen . . .	153 490	111 940	41 550	27,07	37,12	43 916	26,14	35,39
Schlesw.-Holst.	96 189	66 940	29 249	30,41	43,69	27 039	28,10	39,09
Hannover . .	191 100	123 954	67 146	35,14	54,17	62 871	32,91	49,06
Westfalen . .	208 638	134 866	73 772	35,36	54,70	92 999	40,90	69,20
Hessen-Nassau	100 308	75 956	24 352	24,28	32,06	32 162	29,95	42,76
Rheinprovinz.	376 396	288 562	87 834	23,34	30,44	134 713	30,47	43,82
Hohenz. Lande	1 722	1 513	209	12,14	13,81	341	14,24	16,60
zusammen	1 865 161	1 345 161	520 000	27,88	38,66	595 281	29,14	41,12

Man hätte wohl annehmen können, daß die Zahl der zurückgenommenen Sparbücher infolge des gesteigerten Geldbedürfnisses eines Teiles des Volkes während des Krieges nicht unerheblich zugenommen haben würde. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil der Fall gewesen. An zurückgenommenen Sparbüchern wurden im Berichtsjahre 1 345 161, im Vorjahre dagegen 1 447 737 gezählt. Die Abnahme hat demnach mehr als 100 000 Sparbücher oder 7 % der überhaupt zurückgenommenen Bücher betragen. Besonders stark tritt der Rückgang an zurückgenommenen Büchern in dem Stadtkreis Berlin zutage. Hier beziffert sich die Abnahme auf rund 22 %. Nur in den Provinzen Westpreußen, Westfalen und Hessen-Nassau ist eine Zunahme der zurückgenommenen Bücher festzustellen. Die Zunahme ist aber auch in diesen Provinzen äußerst geringfügig. Sie geht nirgends über 1 000 Sparbücher hinaus.

Gemessen an den Zahlen von 1914 erscheint der Umsatz der Sparbücher im Jahre 1904 bedeutend geringer:

Provinzen	Es wurden im Jahre 1904 Bücher		Der Überschuß der ausgegebenen über die zurückgenommenen Bücher betrug					
	neu ausge- geben	zu- rückge- nommen	über- haupt	1904 Hundertteile		über- haupt	dagegen 1903 Hundertteile	
				der aus- gegebenen Bücher	der zurück- genommenen Bücher		der aus- gegebenen Bücher	der zurück- genommenen Bücher
Ostpreußen . .	40 621	34 129	6 492	15,98	19,02	9 324	22,42	28,89
Westpreußen	52 038	38 966	13 072	25,12	33,35	11 473	22,67	29,31
Stkr. Berlin .	116 673	89 315	27 358	23,45	30,63	25 457	22,25	28,61
Brandenburg	154 960	83 103	71 857	46,37	86,47	60 105	43,19	76,02
Pommern . . .	69 850	48 133	21 717	31,09	45,12	16 095	25,20	33,69
Posen	37 654	27 022	10 632	28,24	39,35	10 199	27,73	38,38
Schlesien . . .	158 268	111 283	46 985	29,69	42,22	45 259	29,50	41,85
Sachsen . . .	135 632	95 854	39 778	29,33	41,50	36 753	28,24	39,35
Schlesw.-Holst.	65 451	48 430	17 021	26,01	35,15	14 899	22,38	28,84
Hannover . .	124 063	87 591	36 472	29,40	41,64	33 803	27,79	38,49
Westfalen . .	118 103	81 473	36 630	31,02	44,96	31 173	28,27	39,41
Hessen-Nassau	76 690	48 353	28 337	36,95	58,60	25 457	35,24	54,41
Rheinprovinz.	256 535	174 481	82 054	31,99	47,03	72 482	30,48	43,83
Hohenz. Lande	2 755	1 857	898	32,60	48,36	662	23,58	30,85
zusammen	1 409 293	969 990	439 303	31,17	45,29	393 141	29,31	41,46

Mißt man dagegen den Umsatz an dem damaligen Bestand der Sparbücher, der 10 211 976 betrug, so ergibt sich, daß bereits im Jahre 1904 der Umsatz an Sparbüchern nicht bedeutend von dem heutigen abweicht. Es hat, da auch die

dazwischenliegenden Jahre ähnliche Zahlen aufweisen, den Anschein, als ob im ganzen Staatsgebiet die Bewegung der Sparbücher von den schwankenden, wirtschaftlichen Verhältnissen ziemlich unabhängig ist. Hier scheinen sich die Gegensätze in der wirtschaftlichen Entwicklung und der davon abhängigen Sparfähigkeit des Volkes in den einzelnen Gegenden wesentlich auszugleichen. Wie verhältnismäßig groß dieser Ausgleich bei starken Schwankungen der Jahreszahl in den einzelnen Provinzen ist, zeigt auch die folgende Übersicht.

Verfolgt man die Zunahme und Abnahme der Bücherzahl seit den letzten 10 Jahren und drückt diese in Prozentsätzen zu dem Bestande des vorausgegangenen Jahres aus, so ergeben sich

	1904	1910	1911	1912	1913	1914
im Staate	+ 4,50	+ 4,28	+ 4,01	+ 3,05	+ 4,31	+ 3,61
in den Provinzen						
I. Ostpreußen	+ 2,63	+ 5,30	+ 4,65	+ 2,82	+ 3,63	+ 3,03
II. Westpreußen	+ 5,50	+ 4,70	+ 3,84	+ 0,53	+ 5,07	+ 2,85
III. Stadtkreis Berlin . .	+ 3,53	+ 0,49	— 1,08	— 3,24	+ 0,22	+ 1,98
IV. Brandenburg	+ 6,38	+ 5,17	+ 5,12	+ 4,21	+ 4,00	+ 4,19
V. Pommern	+ 4,71	+ 6,19	+ 4,58	+ 3,48	+ 4,24	+ 3,99
VI. Posen	+ 4,83	+ 4,65	+ 3,14	+ 0,89	+ 4,20	+ 2,51
VII. Schlesien	+ 3,72	+ 3,48	+ 2,81	+ 1,58	+ 3,44	+ 2,68
VIII. Sachsen	+ 3,24	+ 2,66	+ 2,29	+ 1,45	+ 2,86	+ 2,63
IX. Schleswig-Holst. . .	+ 3,90	+ 3,30	+ 3,64	+ 2,97	+ 3,98	+ 4,14
X. Hannover	+ 3,75	+ 4,14	+ 4,23	+ 3,94	+ 4,59	+ 4,69
XI. Westfalen	+ 4,61	+ 5,62	+ 5,91	+ 5,85	+ 7,24	+ 5,35
XII. Hessen-Nassau . . .	+ 5,04	+ 3,81	+ 3,30	+ 3,91	+ 3,97	+ 2,89
XIII. Rheinprovinz . . .	+ 6,10	+ 5,98	+ 6,44	+ 4,99	+ 6,02	+ 3,70
XIV. Hohenzoll. Lande .	+ 3,54	+ 1,78	+ 1,02	— 1,69	+ 1,21	+ 0,73

Der Unterschied im Staate zwischen der höchsten und kleinsten Jahreszunahme beträgt hiernach 1,46 %. Dagegen ist die größte Schwankung in Ostpreußen 2,67, in Westpreußen 4,97, in Berlin 6,77, in Brandenburg 2,38, in Pommern 2,71, in Posen 3,94, in Schlesien 2,14, in Sachsen 1,79, in Schleswig-Holstein 1,17, in Hannover 0,94, in Westfalen 2,63, in Hessen-Nassau 2,15, in der Rheinprovinz 2,74, schließlich in den Hohenzollernschen Landen 5,23. Nur Schleswig-Holstein und Hannover zeigen mithin geringere Schwankungen als das gesamte Staatsgebiet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Gleichmäßigkeit in der Spartätigkeit der Bevölkerung, die sich hierin ausdrückt, vorwiegend mit dem landwirtschaftlich-bäuerlichen Charakter dieser Provinzen zusammenhängt.

Wie der größere Ausgleich im Staatsgebiet bereits lehrt, fallen die höchsten und geringsten Zunahmeziffern in den einzelnen Provinzen auf ganz verschiedene Jahre.

Die nachfolgende Übersicht gibt ein Bild über das Verhältnis der Vermehrung der Sparbücher zum Wachstum der Einwohnerzahl in den letzten 30 Jahren.

	Auf je 100 Einwohner kamen Bücher:				mithin Zunahme		
	in den Jahren				1914	1914	1914
	1884	1894	1904	1914	gegen 1884	gegen 1894	gegen 1904
im Staate	13,99	20,86	27,71	34,92	20,93	14,06	7,21
in den Provinzen							
I. Ostpreußen . . .	4,55	8,21	12,72	18,41	13,86	10,20	5,69
II. Westpreußen . .	4,88	9,17	15,45	21,24	16,36	12,07	5,79
III. Stadtkr. Berlin .	18,37	28,88	38,51	37,37	19,00	8,49	— 1,14
IV. Brandenburg . .	15,37	24,87	35,50	41,11	25,74	16,24	5,61
V. Pommern	12,06	19,84	28,64	42,29	30,23	22,45	13,65
VI. Posen	3,75	7,49	11,92	15,19	11,44	7,70	3,27
VII. Schlesien	12,68	20,37	26,82	32,07	19,99	11,70	5,25
VIII. Sachsen	24,48	33,16	42,97	50,88	26,40	17,72	7,91
IX. Schlesw.-Holst. .	29,28	36,12	36,04	42,66	13,38	6,54	6,62
X. Hannover	22,64	30,32	36,85	48,32	25,68	18,00	11,47
XI. Westfalen	16,49	19,99	22,75	31,58	15,09	11,59	8,83
XII. Hessen-Nassau .	12,72	20,57	29,19	36,84	24,12	16,27	7,65
XIII. Rheinprovinz .	10,11	15,18	22,40	31,79	21,68	16,66	9,39
XIV. Hohenz. Lande .	15,01	28,61	38,87	39,12	24,11	10,51	0,25

Die größte verhältnismäßige Zunahme in den 30 Jahren weist hiernach Pommern mit 30,23, die geringste Posen mit 11,44 auf.

In den letzten 10 Jahren war die Zunahme der Sparbücher außer in der Provinz Pommern, wo sie 13,65 % betrug, besonders stark noch in der Provinz Hannover mit 11,47, in der Rheinprovinz mit 9,39 und in Westfalen mit 8,83 %. In Westfalen und der Rheinprovinz ist die starke Zunahme zu einem erheblicheren Teile eine Folge der allgemeinen Bevölkerungszunahme, in Hannover dagegen erklärt sich die Vermehrung in allererster Linie durch die Verbreiterung des Kundenkreises der Sparkassen.

Auch im Kriegsjahre hat die seit langem beobachtete Verschiebung in der Zusammensetzung der Sparbücher angehalten. Nur ist sie etwas langsamer von statten gegangen als im Vorjahre. Die kleinste Kontenklasse bis zu 60 *M* Einlage, und die drei höchsten Kontenklassen von 1 500 *M* aufwärts haben sich wiederum rascher vermehrt als die Bücher der mittleren Kontenklassen. Trotz einer absoluten Vermehrung zeigt daher der Anteil der Sparbücher mit Einlagen zwischen 60 und 1 500 *M* an dem Gesamtbestande einen Rückgang. Dagegen ist das Verhältnis der Bücher mit einem Guthaben zwischen 1 500 und 3 000 *M* zum Gesamtbestande das gleiche geblieben, während die anderen schließlich sogar noch einen kleinen prozentualen Zuwachs erfahren haben.

Es entfielen von allen 14 935 190 Büchern im Jahre 1914 bzw. 14 417 642 im Jahre 1913 und 10 211 976 im Jahre 1904

auf die Bücher	1914	1913	1904	mithin Zunahme in Hundertteilen von 1913/14 1904/14
a) bis zu 60 <i>M</i> Einl.	4 584 470	4 347 344	2 825 374	5,45 62,28
b) über 60— 150 „ „	1 940 763	1 891 329	1 480 409	2,61 31,10
c) „ 150— 300 „ „	1 685 813	1 645 309	1 317 262	2,46 27,98
d) „ 300— 600 „ „	1 981 936	1 930 081	1 527 708	2,69 29,78
e) „ 600— 1 500 „ „	2 425 645	2 376 652	2 560 871	2,06
f) „ 1 500— 3 000 „ „	1 274 676	1 230 065		3,68 44,49
g) „ 3 000—10 000 „ „	906 941	868 145	444 304	4,47 104,13
h) „ 10 000 <i>M</i> Einlage . .	134 946	128 717	56 048	4,84 140,77;

ferner entfielen in Hundertteilen der Gesamtzahl

auf die Bücher	1914	1913	1912	1911	1910	1909
a) bis zu 60 <i>M</i> Einl.	30,70	30,15	30,19	29,43	28,90	28,68
b) über 60— 150 „ „	12,99	13,12	13,11	13,33	13,51	13,68
c) „ 150— 300 „ „	11,29	11,41	11,47	11,76	11,97	12,13
d) „ 300— 600 „ „	13,27	13,39	13,45	13,72	13,97	14,17
e) „ 600— 1 500 „ „	16,24	16,48	16,68	16,97	17,26	17,44
f) „ 1 500— 3 000 „ „	8,53	8,53	8,39	8,34	8,20	8,08
g) „ 3 000—10 000 „ „	6,07	6,02	5,82	5,63	5,41	5,16
h) „ 10 000 <i>M</i> Einlage . .	0,90	0,89	0,88	0,82	0,77	0,71,

auf die Bücher	1908	1907	1906	1905	1904	1903
a) bis zu 60 <i>M</i> Einl.	28,67	28,05	27,65	27,65	27,67	27,91
b) über 60— 150 „ „	13,87	14,15	14,19	14,31	14,50	14,59
c) „ 150— 300 „ „	12,28	12,67	12,70	12,78	12,90	13,04
d) „ 300— 600 „ „	14,28	14,00	14,75	14,81	14,96	14,98
e) „ 600— 1 500 „ „	17,52	25,26	25,43	25,32	25,08	24,78
f) „ 1 500— 3 000 „ „	7,81					
g) „ 3 000—10 000 „ „	4,91	4,76	4,68	4,56	4,35	4,17
h) „ 10 000 <i>M</i> Einlage . .	0,65	0,61	0,61	0,58	0,55	0,52.

Die nächsten beiden Nachweisungen zeigen die Verteilung der Sparbücher auf die Kontenklassen in den einzelnen Provinzen.

Es entfielen von ihnen in Hundertteilen der Gesamtzahl im Jahre 1913 auf die Konten:

in den Provinzen	bis zu 60 <i>M</i>	über 60 bis 150 <i>M</i>	über 150 bis 300 <i>M</i>	über 300 bis 600 <i>M</i>	über 600 bis 1 500 <i>M</i>	über 1 500 bis 3 000 <i>M</i>	über 3 000 bis 10 000 <i>M</i>	über 10 000 <i>M</i>
Einlagen								
I. Ostpreußen . .	36,19	13,17	11,37	13,98	14,79	6,51	3,60	0,39
II. Westpreußen .	34,67	13,19	11,14	13,39	15,34	6,96	4,77	0,53
III. Stadtkr. Berlin	29,56	13,83	12,75	14,55	20,37	7,70	1,22	0,03
IV. Brandenburg .	31,12	13,91	12,06	13,85	16,41	8,17	4,25	0,20
V. Pommern . . .	25,82	13,11	11,63	14,64	18,08	9,43	6,70	0,59
VI. Posen	28,59	13,47	12,10	14,37	16,55	8,50	5,79	0,62
VII. Schlesien . .	30,89	14,48	12,65	14,37	16,63	7,53	3,25	0,20
VIII. Sachsen . .	33,82	13,81	11,66	13,07	14,97	7,51	4,77	0,36
IX. Schlesw.-Holst.	34,22	13,18	10,40	11,29	13,03	8,01	7,89	1,98
X. Hannover . . .	29,88	12,70	10,94	13,01	15,80	8,93	7,47	1,28
XI. Westfalen . .	22,69	12,20	11,02	13,24	17,10	10,51	10,53	2,71
XII. Hessen-Nassau	32,42	12,74	11,24	12,89	17,12	8,22	4,89	0,46
XIII. Rheinprovinz.	29,12	11,69	10,20	12,66	16,80	9,59	8,56	1,37
XIV. Hohenz. Lande	18,06	8,95	9,40	14,26	33,38	13,75	2,21	—;

dagegen entfielen von ihnen in Hundertteilen der Gesamtzahl im Jahre 1914 auf die Konten:

in den Provinzen	bis zu 60 <i>M</i>	über 60 bis 150 <i>M</i>	über 150 bis 300 <i>M</i>	über 300 bis 600 <i>M</i>	über 600 bis 1 500 <i>M</i>	über 1 500 bis 3 000 <i>M</i>	über 3 000 bis 10 000 <i>M</i>	über 10 000 <i>M</i>
Einlagen								
I. Ostpreußen . .	37,64	12,61	10,83	13,36	14,63	6,64	3,86	0,43
II. Westpreußen .	36,00	12,79	10,62	12,90	13,47	8,64	4,95	0,61
III. Stadtkr. Berlin	32,84	14,06	12,67	14,36	17,97	6,84	1,23	0,03
IV. Brandenburg .	31,69	13,79	11,97	13,79	16,29	8,03	4,23	0,21
V. Pommern . . .	26,98	12,89	11,42	14,32	17,86	9,27	6,68	0,59
VI. Posen	29,16	13,53	11,88	14,30	16,08	8,61	5,81	0,63
VII. Schlesien . .	31,82	14,40	12,40	14,12	16,90	7,43	3,32	0,21
VIII. Sachsen . .	33,81	13,73	11,66	13,03	15,03	7,55	4,80	0,33
IX. Schlw.-Holst.	33,74	12,97	10,40	11,36	13,33	8,18	8,03	1,99
X. Hannover . . .	29,95	12,67	10,81	12,96	15,81	9,00	7,50	1,29
XI. Westfalen . .	23,31	11,95	10,86	13,08	17,03	10,56	10,56	2,65
XII. Hessen-Nass.	32,26	12,79	11,24	12,98	17,14	8,24	4,89	0,46
XIII. Rheinprovinz	29,32	11,54	10,19	12,61	16,79	9,60	8,56	1,38
XIV. Hohenz. Lande	18,56	9,14	9,26	13,99	30,79	15,09	3,17	—.

Bei Vergleichung dieser beiden Übersichten mit den vorstehenden für den ganzen Staat fällt es auf, daß trotz der Abweichungen in der Bedeutung der einzelnen Kontenklassen innerhalb der Provinzen die Verschiebung in der Zusammensetzung der Sparbücher aus den Kontenklassen nicht allzu stark von dem Staatsdurchschnitt abweicht.

b) Spareinlagen.

Die Spareinlagen der statistisch nachgewiesenen Sparkassen im preußischen Staate betrugen am Ende des Berichtsjahres 13 638 836 230,34 *M* gegen 13 111 268 062,51 *M* im Jahre 1913. Die Zunahme der Einlagen hat danach rund 528 Millionen *M*, also über $\frac{1}{2}$ Milliarde betragen. Die Zunahme bleibt damit trotz ihrer Höhe hinter dem Wachstum der Einlagen in den Jahren 1909 bis 1913 nicht unerheblich zurück. Und auch die Jahre 1904 und 1905 zeigen Zunahmen, die noch um wenige Millionen größer sind. Gegen das Vorjahr beträgt der Rückgang in der Zunahme über 150 Millionen, gegen 1912 rund 70 Millionen, gegen 1911 über 200, gegen 1910 246 und schließlich gegen 1909 233 Millionen *M*.

An und für sich scheint dieser Rückgang bereits durch die Kriegsverhältnisse des Berichtsjahres genügend erklärt. Man wird sogar die Zunahme der Spareinlagen um mehr als $\frac{1}{2}$ Milliarde als ein außerordentlich günstiges Zeichen für die finanzielle Kraft des deutschen Volkes anzusehen geneigt sein, da man als Folge des Krieges eher eine Abnahme der Sparguthaben erwartet hätte. Trotzdem würde die bedingungslose Vergleichung der Zunahme während des letzten Berichtsjahres noch kein zutreffendes Bild von der Sparkraft des Kundenkreises der preußischen, öffentlichen Sparkassen

während des ersten Kriegsjahres geben. Man darf nicht vergessen, daß im Jahre 1914 die erste Kriegsleihe aufgelegt wurde, auf die die Sparkassen für ihre Sparer nicht weniger als 447 Millionen gezeichnet haben. Ohne weiteren Beweis kann man annehmen, daß mit wenigen Ausnahmen die Sparer die Summen, die sie für die Kriegsleihe-Zeichnungen verwandt und deshalb aus ihrem Sparguthaben entnommen oder zum Zweck der Zeichnung den Sparkassen eingezahlt haben, ohne die Auflegung der Kriegsleihe entweder den Sparkassen belassen oder als ständiges, neues Einlageguthaben überwiesen haben würden. Rechnet man die 447 Millionen gezeichneter Kriegsleihe zu den 528 Millionen neuer Sparguthaben hinzu, so ergibt sich für das erste Kriegsjahr ein gesamter Sparbetrag von 975 Millionen. Das Jahr 1910, das das größte Wachstum der Spareinlagen aufzuweisen hatte, zeigte eine Zunahme von 775 Millionen; es bleibt also trotz dieses großen Zuwachses noch um 200 Millionen, oder $\frac{1}{3}$ Milliarde hinter dem Jahre 1914 zurück. In dieser Zahl liegt der beste und sicherste Beweis für die erstaunliche Sparkraft und den großen Spartrieb unseres Volkes während des ersten Kriegsjahres.

Da es sich bei der vorliegenden Darstellung aber vornehmlich darum handelt, die Lage der Sparkassen in Preußen während des Jahres 1914 zu zeichnen und sie mit den Verhältnissen der Vorjahre zu vergleichen, können bei der fernerer Betrachtung der Spareinlagen die Kriegsleihe-Zeichnungen nicht weiter berücksichtigt werden. Man wird sich daher bei den folgenden Ausführungen vergegenwärtigen müssen, daß im Gegensatz zu den Vorjahren die Spareinlagen nicht wie sonst einwandfreie Rückschlüsse auf die Sparkraft und die Spartätigkeit der Bevölkerung, die in den einzelnen Landesteilen die Kunden der Sparkassen bildet, zulassen.

Wie die Tabelle „d“ auf Seite 42 zeigt, bezifferten sich die Spareinlagen am Schlusse des Rechnungsjahres 1904 auf 7 761 933 248,14 \mathcal{M} . Die Zunahme hat demnach in den letzten 10 Jahren fast 5,9 Milliarden oder 76 % betragen. Auf den Kopf berechnet, betrugen die Spareinlagen im Jahre 1904 210 $\frac{1}{2}$ \mathcal{M} , im Jahre 1914 fast 319 \mathcal{M} (siehe Tabelle „d“ und „e“). Die Zunahme der Kopfquote innerhalb des letzten Jahrzehnts berechnet sich demnach auf mehr als 108 \mathcal{M} . Im Jahre 1904 blieb der Kopfbetrag in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen noch unter 100 \mathcal{M} ; die höchsten Beträge, die in Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und in den Hohenzollernschen Landen zu finden waren, bewegten sich zwischen 320 und 382 \mathcal{M} ; im Jahre 1914 gab es dagegen überhaupt keine Provinz mehr, in der die Kopfquote nicht wesentlich über 100 \mathcal{M} gestiegen war. In den zwei landwirtschaftlich-bäuerlichen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover sind die Beträge nunmehr sogar auf über 500 \mathcal{M} angelangt. Nicht weit dahinter bleibt Westfalen mit einem Kopfbetrag von 495 \mathcal{M} . Die jährliche Zunahme der Kopfquote hat von 1904 auf 1914 im gesamten Staatsdurchschnitt allerdings abgenommen; sie betrug von 1903 auf 1904 11,15 \mathcal{M} , von 1913 auf 1914 nur 7,52 \mathcal{M} . An diesem Rückgange sind, mit Ausnahme von dreien, sämtliche Provinzen beteiligt. Jene drei sind Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein, die sämtlich einen fast rein landwirtschaftlichen Charakter tragen. Am stärksten war der Rückgang im Stadtkreise Berlin und in der Provinz Brandenburg, wo er durch die Vororte von Berlin und deren Sparkassen wesentlich bestimmt wird. Die Abnahme beträgt in der Provinz Brandenburg 12,83 \mathcal{M} , im Stadtkreise Berlin sogar 15,75 \mathcal{M} . Berlin ist überdies der einzige Landesteil, in dem von 1913 auf 1914 eine Abnahme der Spareinlagen, und zwar um nicht weniger als 11,92 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung stattgefunden hat. Im Jahre 1904 überstiegen nur in der Provinz Westfalen und in der

Rheinprovinz die Spareinlagen 1 Milliarde \mathcal{M} . Jetzt sind noch vier weitere Provinzen, und zwar Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Hannover hinzugekommen. In Westfalen übersteigt der Einlagebestand jetzt 2,2 Milliarden \mathcal{M} und in der Rheinprovinz wird bald die 3. Milliarde erreicht sein; zur Zeit sind es 2,87 Milliarden \mathcal{M} .

Vergleicht man die Einlagen der Sparkassen in den einzelnen Regierungsbezirken im Jahre 1904 mit denen des Jahres 1914, so findet man, daß vor 10 Jahren, abgesehen von Sigmaringen, noch neun Regierungsbezirke keinen Einlagebestand über 100 Millionen \mathcal{M} aufweisen konnten, während im Berichtsjahre nur in vier Regierungsbezirken, nämlich Gumbinnen, Allenstein, Stralsund und Aurich, der Bestand hinter diesem Betrage zurückbleibt. Des ferneren hatten sich im Jahre 1904 in 12 Regierungsbezirken Spareinlagen zwischen 100 und 200 Millionen gesammelt, in 9 Regierungsbezirken zwischen 200 und 300 Millionen und in 3 zwischen 300 und 400 Millionen. Über diese Zahlen hinaus gingen nur Schleswig mit 564 Millionen, Arnberg mit 686 und Düsseldorf mit 766 Millionen. Im Jahre 1914 dagegen hatten nur noch in sieben Regierungsbezirken die Sparkassen einen Einlagebestand zwischen 100 und 200 Millionen zu Buch stehen; 6 Regierungsbezirke zeigen Einlagen in Höhe von 200 bis 300 Millionen, 10 Regierungsbezirke solche zwischen 300 und 400 Millionen und weitere 2 von 400 bis 500 Millionen. Über $\frac{1}{2}$ Milliarde \mathcal{M} hat jetzt der Regierungsbezirk Potsdam (777 Millionen), der Regierungsbezirk Merseburg (550 Millionen), der Regierungsbezirk Schleswig (891 Millionen), der Regierungsbezirk Münster (548 Millionen), der Regierungsbezirk Arnberg (1 331 Millionen), der Regierungsbezirk Düsseldorf (1 596 Millionen) und schließlich der Regierungsbezirk Köln (530 Millionen).

Von recht großem Interesse ist der verschiedene Anteil, den die einzelnen Provinzen an der Gesamtheit der Spareinlagen haben. Um diesen zu veranschaulichen, ist in der folgenden Nachweisung festgestellt, ein wie hoher Anteil von je 100 \mathcal{M} Spareinlage des Gesamtstaates auf die einzelnen Landesteile entfällt.

Nach dieser Berechnung stellte sich

in den Provinzen	1914 der Anteil von je 100 \mathcal{M} jener Einlagen auf	1913	1904	1914 die Steigerung von 100 auf	1913	1904
I. Ostpreußen . .	1,83	1,81	1,76	105,29	105,21	104,79
II. Westpreußen .	2,04	2,00	1,96	106,21	105,52	108,48
III. Stadtkr. Berlin	2,78	3,03	4,17	1) 94,02	103,91	104,99
IV. Brandenburg .	9,26	9,23	8,71	104,35	105,01	110,64
V. Pommern . . .	4,87	4,93	4,74	102,81	104,18	108,56
VI. Posen	2,12	2,10	1,94	104,61	104,78	108,98
VII. Schlesien . . .	7,81	7,88	8,60	103,09	105,16	107,11
VIII. Sachsen . . .	8,33	8,36	10,06	103,71	104,01	106,25
IX. Schlesw.-Holst.	6,54	6,45	7,26	105,52	104,46	104,36
X. Hannover . . .	11,72	11,65	12,09	104,65	105,40	106,86
XI. Westfalen . .	16,68	16,62	15,75	104,41	106,40	107,04
XII. Hessen-Nassau	4,87	4,89	4,92	103,69	104,17	107,35
XIII. Rheinprovinz .	21,01	20,88	17,76	104,71	106,93	108,64
XIV. Hohenz. Lande	0,18	0,17	0,28	106,22	102,63	106,89

Der Anteil der Provinzen wird selbstverständlich nicht nur durch die Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Spareinlagen, sondern auch durch die Einwohnerzahl der einzelnen Provinzen bedingt. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die volkreichen Provinzen soviel höhere Anteile zeigen als die volkarmen. Dagegen ist bemerkenswert, daß sich der Anteil in verschiedenen östlichen Provinzen zwar langsam, aber ständig hebt; so in Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Posen. Im Westen haben nur die Provinz Westfalen und

1) Im Stadtkreise Berlin hat im Jahre 1914 eine Abnahme des Einlagebestandes um 5,98 % stattgefunden.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 43.]

Bestand der Spareinlagen am Schlusse des Jahres 1904.

(Tab. d.)				Einlagebestand am Jahres-							
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Einlagebestand am Jahres-								
			1904 (Schätzung vom 1. 1. 1905.)		1903 (Schätzung vom 1. 1. 1904.)		mithin Zunahme 1904 gegen 1903				
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.			
1	2		3		4		5				
A. Staat . . .	7 761 933 248	14	210	59	199	44	11	15			
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen . .	136 964 277	45	68	88	65	62	3	26			
II. Westpreußen .	151 880 765	19	93	56	87	04	6	52			
III. Stadtkr. Berlin	323 942 097	17	155	64	151	81	3	83			
IV. Brandenburg .	675 905 802	98	200	14	184	66	15	48			
V. Pommern . . .	368 286 375	41	218	36	202	70	15	66			
VI. Posen	150 746 588	93	77	83	71	87	5	96			
VII. Schlesien . .	667 256 443	42	136	48	128	86	7	62			
VIII. Sachsen . .	780 981 977	15	265	00	251	73	13	27			
IX. Schlesw.-Holst.	563 539 308	26	381	59	371	19	10	40			
X. Hannover . . .	938 174 091	16	342	59	325	00	17	59			
XI. Westfalen . .	1 222 662 884	87	334	55	323	23	11	32			
XII. Hessen-Nassau	381 668 938	19	188	66	178	51	10	15			
XIII. Rheinprovinz	1 378 235 574	30	216	44	204	21	12	23			
XIV. Hohenz. Lande	21 688 123	66	320	69	301	79	18	90			
C. Regierungs- bezirke.											
1. Königsberg . . .	82 644 447	29	93	61	89	68	3	93			
2. Gumbinnen . . .	28 784 941	23	48	13	46	12	2	01			
3. Allenstein . . .	25 534 888	93	50	31	46	95	3	36			
4. Danzig	73 898 903	38	104	40	98	09	6	31			
5. Marienwerder . .	77 981 861	81	85	18	78	59	6	59			
6. Stadtkreis Berlin	323 942 097	17	155	64	151	81	3	83			
7. Potsdam	382 084 847	83	174	46	159	76	14	70			
8. Frankfurt	293 820 955	15	247	51	229	29	18	22			
9. Stettin	192 406 434	24	221	21	205	47	15	74			
10. Köslin	143 650 774	17	239	88	222	22	17	66			
11. Stralsund	32 229 167	00	147	89	138	26	9	63			
12. Posen	88 940 776	77	72	96	67	25	5	71			
13. Bromberg	61 805 812	16	86	11	79	78	6	33			
14. Breslau	252 071 277	68	144	19	135	30	8	89			
15. Liegnitz	258 268 709	26	227	94	214	00	13	94			
16. Oppeln	156 916 456	48	78	15	74	60	3	55			
17. Magdeburg . . .	280 495 217	30	229	51	216	69	12	82			
18. Merseburg	387 702 788	63	312	24	298	59	13	65			
19. Erfurt	112 783 971	22	233	41	220	12	13	29			
20. Schleswig	563 539 308	26	381	59	371	19	10	40			
21. Hannover	224 966 223	19	319	22	305	03	14	19			
22. Hildesheim	195 059 894	64	353	59	330	61	22	98			
23. Lüneburg	208 807 703	86	421	36	396	13	25	23			
24. Stade	151 175 496	18	384	09	367	16	16	93			
25. Osnabrück	103 561 936	55	302	35	291	14	11	21			
26. Aurich	54 582 836	74	218	03	207	80	10	23			
27. Münster	295 992 980	57	370	42	359	09	11	33			
28. Minden	240 956 783	25	353	53	341	67	11	86			
29. Arnsberg	685 713 121	05	315	41	304	05	11	36			
30. Cassel	181 303 759	80	196	24	184	28	11	96			
31. Wiesbaden	200 365 178	39	182	29	173	61	8	68			
32. Coblenz	116 689 264	55	164	43	151	53	12	90			
33. Düsseldorf	765 629 055	79	256	12	242	08	14	04			
34. Cöln	193 247 309	18	171	33	163	43	7	90			
35. Trier	112 154 143	72	123	97	115	24	8	73			
36. Aachen	190 515 801	06	299	54	286	01	13	53			
37. Sigmaringen . . .	21 688 123	66	320	69	301	79	18	90			

Bestand der Spareinlagen am Schlusse des Jahres 1914.

(Tab. e.)				Einlagebestand am Jahres-							
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Einlagebestand auf den Kopf der Bevölkerung								
			1914 (Schätzung vom 1. 1. 1915.)		1913 (Schätzung vom 1. 1. 1914.)		mithin Zunahme 1914 gegen 1913				
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.			
1	2		3		4		5				
A. Staat . . .	13 638 836 230	34	318	90	311	38	7	52			
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen . .	249 907 233	91	119	43	113	79	5	64			
II. Westpreußen .	278 870 591	38	158	85	150	66	8	19			
III. Stadtkr. Berlin	372 966 133	46	177	86	189	78	—11	92			
IV. Brandenburg .	1 263 303 778	13	272	31	269	16	3	15			
V. Pommern . . .	664 269 604	58	380	89	371	89	9	00			
VI. Posen	288 485 923	36	131	31	126	92	4	39			
VII. Schlesien . .	1 065 512 235	87	194	75	191	06	3	69			
VIII. Sachsen . .	1 136 137 011	43	356	96	346	72	10	24			
IX. Schlesw.-Holst.	891 494 080	93	517	39	497	97	19	42			
X. Hannover . . .	1 598 494 570	15	515	32	498	82	16	50			
XI. Westfalen . .	2 274 501 968	58	494	82	486	74	8	08			
XII. Hessen-Nassau	664 578 559	25	282	46	276	24	6	22			
XIII. Rheinprovinz	2 866 018 287	82	370	25	361	06	9	19			
XIV. Hohenz. Lande	24 296 251	49	331	37	314	42	16	95			
C. Regierungs- bezirke.											
1. Königsberg . .	141 076 805	31	151	47	140	82	10	65			
2. Gumbinnen . .	54 541 683	27	89	63	89	50	0	13			
3. Allenstein . . .	54 288 745	33	98	25	95	08	3	17			
4. Danzig	136 122 162	23	176	56	168	07	8	49			
5. Marienwerder .	142 748 429	15	144	98	137	07	7	91			
6. Stadtkr. Berlin	372 966 133	46	177	86	189	78	—11	92			
7. Potsdam	776 792 700	23	229	82	226	71	3	11			
8. Frankfurt	486 511 077	90	386	34	379	09	7	25			
9. Stettin	342 659 769	65	387	77	379	09	8	68			
10. Köslin	258 810 212	05	409	97	400	33	9	64			
11. Stralsund	62 799 622	88	274	18	265	70	8	48			
12. Posen	175 125 845	13	125	20	121	50	3	70			
13. Bromberg	113 360 078	23	142	01	136	41	5	60			
14. Breslau	399 754 384	51	210	57	208	48	2	09			
15. Liegnitz	392 433 926	03	323	46	314	68	8	78			
16. Oppeln	273 323 925	33	115	84	112	80	3	04			
17. Magdeburg . . .	402 144 148	72	317	10	304	12	12	98			
18. Merseburg	550 111 985	21	405	88	397	68	8	20			
19. Erfurt	183 880 877	50	328	82	320	18	8	64			
20. Schleswig	891 494 080	93	517	39	497	97	19	42			
21. Hannover	399 592 260	35	502	82	488	34	14	48			
22. Hildesheim	312 134 268	65	538	48	523	83	14	65			
23. Lüneburg	366 009 385	10	629	93	607	13	22	80			
24. Stade	244 260 439	92	540	55	514	07	26	48			
25. Osnabrück	182 805 509	08	455	77	442	98	12	79			
26. Aurich	93 692 707	05	319	10	315	39	3	71			
27. Münster	547 766 077	54	474	24	470	42	3	82			
28. Minden	395 592 817	36	507	97	483	98	23	99			
29. Arnsberg	1 331 143 073	68	499	90	494	55	5	35			
30. Cassel	303 527 938	02	288	16	280	81	7	35			
31. Wiesbaden	361 050 621	23	277	84	272	51	5	33			
32. Coblenz	219 569 307	41	282	08	268	17	13	91			
33. Düsseldorf	1 596 278 930	49	418	52	413	22	5	30			
34. Köln	529 930 752	42	394	01	373	41	20	60			
35. Trier	234 419 055	94	217	50	208	56	8	94			
36. Aachen	285 820 241	56	393	96	393	80	0	16			
37. Sigmaringen . . .	24 296 251	49	331	37	314	42	16	95			

Höhe der Spareinlagen der eigenen Sparkassen und Zahl der anderen Sparkassen in den Städten mit mindestens 50 000 Einwohnern.

Namen der Städte.	Ein- wohner- zahl am 1. XII. 1910 ¹⁾	Höhe der Spareinlagen der eigenen Sparkasse am Schlusse des Rechnungsjahres			Zahl der sonstigen in der Stadt befind- lichen Sparkassen
		1904 über- haupt Mill. M.	1914 über- haupt Mill. M.	auf den Kopf der Bevol- kerung M.	
1	2	3	4	5	6
1. Berlin	2 071 257	310,49	362,82	175,17	3
2. Cöln a. Rhein. . .	593 556	72,69	206,84	348,48	2
3. Breslau	514 979	65,29	96,11	186,63	2
4. Frankfurt a. M. . .	414 576	13,98	40,75	98,28	1
5. Düsseldorf	358 728	47,37	110,32	307,52	4
6. Charlottenburg . .	305 978	30,69	67,17	219,51	—
7. Hannover	302 375	38,34	89,67	296,54	2
8. Essen a./Ruhr . . .	294 653	54,70	88,33	299,77	2
9. Magdeburg	279 629	88,60	114,36	408,97	—
10. Dortmund	247 368	45,07	109,04	440,79	1
11. Königsberg i. Pr. .	245 994	51,27	61,50	250,02	1
12. Stettin	237 399	60,56	101,98	429,57	1
13. Neukölln	237 289	5,86	31,88	134,37	—
14. Duisburg	229 483	12,97	50,30	219,21	1
15. Kiel	211 627	50,29	79,51	375,69	—
16. Danzig	182 468	—	13,66	74,86	3
17. Halle a./Saale . . .	180 843	42,23	60,20	332,87	1
18. Bln.-Schöneberg . .	172 823	23,27	68,06	393,80	—
19. Altona	172 628	8,49	14,32	82,95	1
20. Elberfeld	170 195	33,63	63,19	371,25	3
21. Gelsenkirchen . . .	169 513	35,79	46,31	273,22	—
22. Barmen	169 214	25,52	41,54	245,47	3
23. Posen	156 691	13,85	23,04	147,04	2
24. Aachen	156 143	13,88	32,01	205,01	2
25. Cassel	153 196	17,76	32,24	210,44	1
26. Bochum	136 931	25,70	50,54	369,11	1
27. Bln.-Lichtenberg . .	133 141	—	12,92	97,03	—
28. Crefeld	129 406	18,89	44,65	345,01	3
29. Erfurt	123 548	23,28	39,56	320,21	1
30. Mülheim a./Ruhr . .	112 580	15,29	42,73	379,58	3
31. Bln.-Wilmerdorf . .	109 716	—	9,21	83,94	—
32. Wiesbaden	109 002	—	—	—	1
33. Saarbrücken	105 089	—	17,59	167,34	1
34. Hamburg	101 703	5,80	17,69	173,89	—
35. Münster i. Westf. . .	90 254	36,42	60,24	667,43	1
36. Oberhausen	89 900	9,05	22,22	247,18	2
37. Hagen i. Westf. . . .	88 605	24,47	42,16	475,78	3
38. Bonn	87 978	19,35	37,12	421,89	1
39. Görlitz	85 806	23,92	32,69	380,95	1
40. Spandau	84 855	16,40	32,22	379,69	—
41. Linden i. Hann. . . .	79 303	7,85	24,89	313,89	1
42. Bielefeld	78 380	9,24	23,36	298,06	3
43. Osnabrück	73 973	35,61	52,62	711,37	1
44. Königshütte i.O.S. .	72 641	5,06	7,82	107,66	—
45. Remscheid	72 159	14,51	28,98	401,59	—
46. Frankfurt a/O	68 372	24,53	35,37	517,38	—
47. Beuthen i. O. S. . . .	67 784	10,21	18,24	269,02	1
48. Liegnitz	67 396	9,40	13,57	201,29	1
49. Harburg	67 025	10,75	19,94	297,35	1
50. Gleiwitz	66 981	5,69	9,08	135,52	1
51. München-Gladbach . .	66 414	13,13	30,07	452,90	2
52. Elbing	63 600	11,82	17,45	274,33	1
53. Potsdam	62 243	15,35	28,79	462,62	—
54. Buer	61 510	—	—	—	1
55. Flensburg	60 922	6,28	20,04	328,91	1
56. Bromberg	57 696	7,42	17,16	297,37	1
57. Herne	57 147	—	—	—	1
58. Coblenz	56 487	12,71	25,79	456,56	1
59. Hildesheim	55 016	18,59	27,27	495,61	1
60. Trier	54 827	11,10	26,77	488,31	1
61. Recklinghausen . . .	53 701	12,40	27,39	510,02	1
62. Brandenburg a./H. . .	53 595	13,06	19,31	360,28	—
63. Solingen	50 536	19,36	33,69	666,63	1

1) unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 1914 durch Ein- und Umgemeindungen herbeigeführten Verschiebungen. — 2) ausschl. der Sparkasse der Kapital-Versicherungs-Anstalt zu Hannover, die von der Stadt Hannover nur garantiert wird. — 3) Die städtische Sparkasse besteht erst seit 1908. — 4) desgl. seit 1906. — 5) Wiesbaden hat keine eigene Sparkasse, doch befindet sich daselbst die Kommunalständische Nassauische Sparkasse, die in Wiesbaden 6 Annahmestellen unterhält. — 6) Die städtische Sparkasse besteht erst seit 1907. — 7) Buer hat keine eigene Sparkasse, aber mit der Gemeinde Westerholt zusammen eine Sparkasse, die im Jahre 1874 gegründet ist. — 8) Herne hat keine eigene Sparkasse, aber mit dem Amte Bladenhorst zusammen eine Sparkasse, die im Jahre 1866 gegründet ist.

die Rheinprovinz ihre Anteile steigern können. Im Stadtkreise Berlin, in den Provinzen Schlesien, Sachsen und Hessen-Nassau sind dagegen die Anteile ständig im Rückgange.

In der nebenstehenden Tabelle „f“ ist die Höhe der Spareinlagen der Sparkassen der Städte mit mindestens 50 000 Einwohnern wiedergegeben. Nach dieser Tabelle haben 6 städtische Sparkassen über 100 Millionen, 29 Städte zwischen 30 und 100 Millionen, 22 zwischen 10 und 30 Millionen, 3 zwischen 7 und 10 Millionen M Spareinlagen. Drei Städte haben, wie schon einmal bemerkt, überhaupt noch keine eigene Sparkasse gegründet; 22 von den aufgeführten 60 städtischen Sparkassen haben ihre Einlagen in dem Jahrzehnt 1904 bis 1914 mehr als verdoppelt.

In der folgenden Übersicht sind die 61 größten Sparkassen, nach der Höhe ihrer Einlagen geordnet, aufgeführt. Es sind dies

1. die städtische Sparkasse zu Berlin mit 362,82 Mill. M
2. „ „ „ „ Cöln a. Rh. „ 206,84 „ „
3. „ Aachener Prämien- und Sparkasse des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit „ 161,38 „ „
4. „ Kommunalständische Nassauische Sparkasse zu Wiesbaden „ 152,81 „ „
5. „ Kreissparkasse des Kreises Teltow „ 122,94 „ „
6. „ Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste in Frankfurt a. M. „ 116,89 „ „
7. „ Magdeburger Stadtsparkasse „ 114,36 „ „
8. „ städtische Sparkasse zu Düsseldorf „ 110,32 „ „
9. „ „ „ „ Dortmund „ 109,04 „ „
10. „ Privatsparkasse des Altonaer Unterstützungs-Instituts „ 105,68 „ „
11. „ städtische Sparkasse zu Stettin „ 101,98 „ „
12. „ „ „ „ Breslau „ 96,11 „ „
13. „ Oberlausitzer Provinzialsparkasse zu Görlitz „ 92,16 „ „
14. „ ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz zu Lübben „ 90,32 „ „
15. „ städtische Sparkasse zu Hannover „ 89,67 „ „
16. „ Kreissparkasse des Landkreises Crefeld „ 89,43 „ „
17. „ städtische Sparkasse zu Essen a./Ruhr „ 88,33 „ „
18. „ „ „ „ „ Kiel „ 79,51 „ „
19. „ Kreissparkasse des Landkreises Bielefeld „ 71,20 „ „
20. „ städtische Sparkasse zu Berlin-Schöneberg „ 68,06 „ „
21. „ „ „ „ „ Charlottenburg „ 67,17 „ „
22. „ Sparkasse der Kapital-Versicherungs-Anstalt zu Hannover „ 63,78 „ „
23. „ städtische Sparkasse zu Elberfeld „ 63,19 „ „
24. „ „ „ „ „ Königsberg i. Pr. „ 61,50 „ „
25. „ „ „ „ „ Münster i. Westf. „ 60,24 „ „
26. „ „ „ „ „ Halle a./Saale „ 60,20 „ „
27. „ Kreissparkasse des Kreises Niederbarnim „ 56,60 „ „
28. „ „ „ „ „ Landkreises Münster „ 55,03 „ „
29. „ „ „ „ „ Cöln „ 53,47 „ „
30. „ städtische Sparkasse zu Osnabrück „ 52,62 „ „
31. „ „ „ „ „ Bochum „ 50,54 „ „
32. „ „ „ „ „ Duisburg „ 50,30 „ „
33. „ „ „ „ „ Gelsenkirchen „ 46,31 „ „
34. „ Randower Kreissparkasse „ 45,82 „ „
35. „ städtische Sparkasse zu Crefeld „ 44,65 „ „
36. „ „ „ „ „ Mülheim a./Ruhr „ 42,73 „ „
37. „ „ „ „ „ Hagen i. Westf. „ 42,16 „ „
38. „ „ „ „ „ Barmen „ 41,54 „ „
39. „ „ „ „ „ Frankfurt a. M. „ 40,75 „ „
40. „ „ „ „ „ Erfurt „ 39,56 „ „
41. „ Kreissparkasse des Landkreises Herford „ 37,25 „ „
42. „ städtische Sparkasse zu Witten „ 37,15 „ „
43. „ „ „ „ „ Bonn „ 37,12 „ „
44. „ Amtsparkasse zu Bochum „ 36,24 „ „
45. „ städtische Sparkasse zu Hamm „ 35,49 „ „
46. „ „ „ „ „ Frankfurt a/O „ 35,37 „ „

47. die Spar- u. Leihkasse des Landkreises Celle mit	34,53	Mill. \mathcal{M}
48. „ Kreissparkasse des Kreises Jüterbog-Luckenwalde	34,43	„ „
49. „ ständische Sparkasse der Altmark zu Stendal	34,19	„ „
50. „ städtische Sparkasse zu Solingen	33,69	„ „
51. „ Kreissparkasse des Saalkreises	33,66	„ „
52. „ „ zu Paderborn	33,34	„ „
53. „ „ des Kreises Schweinitz	32,94	„ „
54. „ städtische Sparkasse zu Görlitz	32,69	„ „
55. „ „ „ Cassel	32,24	„ „
56. „ „ „ Spandau	32,22	„ „
57. „ „ „ Aachen	32,01	„ „
58. „ Amtssparkasse Boele-Hagen zu Hagen i. Westfalen	31,90	„ „
59. „ städtische Sparkasse zu Neukölln	31,88	„ „
60. „ Privat-Spar- und Leihkasse zu Rendsburg	31,35	„ „
61. „ städtische Sparkasse zu München Gladbach	30,07	„ „
Summe 4 177,67 Mill. \mathcal{M}.		

In dieser Übersicht findet man 35 Sparkassen der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern; 22 Kassen befinden sich in den Händen kleinerer Städte, im Besitze von Landkreisen und Ämtern und von kommunalständischen Körperschaften; außerdem sind 4 Sparkassen Privatsparkassen, nämlich die Aachener Prämien- und Sparkasse des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit mit 161 Millionen, die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste in Frankfurt a. M., die Privatsparkasse des Altonaer Unterstützungs-Instituts und die Privat-Spar- und Leihkasse zu Rendsburg. Die Sparkasse der Kapital-Versicherungs-Anstalt zu Hannover ist, seitdem die Stadt Hannover als Garantie-Verband für sie eingetreten ist, nicht mehr als reine Privatsparkasse anzusehen. Zum ersten Male erscheint im Berichtsjahr in der vorstehenden Nachweisung die städtische Sparkasse zu Neukölln mit 31,88 Millionen, die städtische Sparkasse zu Aachen mit 32 Millionen und die städtische Sparkasse zu München Gladbach mit 30 Millionen \mathcal{M} . Da keine Sparkasse aus der Reihe ausgeschieden ist, hat sich die Zahl der großen Sparkassen um drei vermehrt. Insgesamt stellen die 61 Sparkassen einen Einlagebestand von mehr als 4,17 Milliarden \mathcal{M} dar. Sie vereinigen demnach mehr als 30 % der Einlagen aller preußischen Sparkassen. Die Gesamtsumme ist gegen das Vorjahr um 237 Millionen \mathcal{M} gewachsen. Die prozentuale Zunahme ist stärker als bei den gesamten Sparkassen. Die Bedeutung der großen Sparkassen für das Bild der allgemeinen Sparkassen-Statistik wächst demnach von Jahr zu Jahr. Die Zunahme der Einlagen bei den einzelnen großen Sparkassen ist im allgemeinen bei weitem nicht so erheblich gewesen wie im vorigen Jahre. Eine Zunahme von mehr als 10 Millionen \mathcal{M} hat diesmal nur eine Sparkasse, und zwar die städtische Sparkasse zu Köln mit 35 Millionen aufzuweisen. In weitem Abstände folgt die städtische Sparkasse zu Kiel mit nicht ganz 10 Millionen und die städtische Sparkasse zu Dortmund mit 9 Millionen. Um mehr als 6 Millionen \mathcal{M} haben sich die Einlagen außerdem noch in folgenden Sparkassen vermehrt: in der Kreissparkasse des Kreises Teltow um 8 Millionen, in der städtischen Sparkasse zu Hannover und der kommunalständischen Sparkasse zu Wiesbaden um je 7 Millionen und in den städtischen Sparkassen zu Magdeburg, Düsseldorf und Essen a./Ruhr um je 6 Millionen. Da die starke Zunahme sich hiernach vor allem dort zeigt, wo große Kriegs-Industrien vorhanden sind, wird man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Verdienste in den Kriegs-Industrien die Zunahme der Spareinlagen mit beeinflußt haben.

Bei einigen der großen Sparkassen ist in diesem Jahre infolge der Kriegsverhältnisse und der starken Zeichnungen auf die erste Krieganleihe sogar ein Rückgang im Einlagebestand

zu verzeichnen. So haben die städtischen Sparkassen zu Berlin um 22 Millionen, zu Breslau um 6 Millionen, die Aachener Privatsparkasse um 3 Millionen, die Privatsparkasse zu Frankfurt a. Main um 2 Millionen und die zu Altona um 1 Million abgenommen. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß die Abnahme bei den drei bedeutendsten Privatsparkassen auch damit zusammen hängt, daß ein Teil der Sparer unbegründeterweise das Vertrauen zur Sicherheit und Zahlungsfähigkeit ihrer bisherigen Kasse nicht nur wie bei den meisten öffentlichen Sparkassen ganz vorübergehend, sondern auf längere Zeit verloren hat.

In Tabelle „g“ auf Seite 45 sind die preußischen Sparkassen für den Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke nach der Höhe ihres Gesamtbestandes an Einlagen im Jahre 1914 geordnet. Hiernach hat im Berichtsjahre Preußen elf Sparkassen mit einem Einlagebestand von je über 100 Millionen; im Jahre 1913 waren es zwölf Sparkassen, die diesen Einlagebetrag überschritten hatten. Inzwischen ist die städtische Sparkasse zu Breslau durch den Rückgang ihrer Einlagen, voraussichtlich aber nur auf ganz kurze Zeit, aus dieser Reihe ausgeschieden. Zwischen 30 und 100 Millionen \mathcal{M} bewegen sich die Einlagen bei 50 Kassen (im Jahre 1913 46), zwischen 10 und 30 Millionen bei 322 Kassen (im Jahre 1913 309 Kassen), zwischen 3 und 10 Millionen \mathcal{M} bei 590 Kassen (im Jahre 1913 578 Kassen). Die Sparkassen zwischen 3 und 100 Millionen \mathcal{M} haben demnach, wie auch in den Vorjahren, an Zahl zugenommen; dagegen ist bei den kleinen Kassen wiederum wie in den früheren Berichtsjahren eine Abnahme der Zahl festzustellen. Die Kassen mit einem Einlagebestand zwischen 1 und 3 Millionen \mathcal{M} sind von 424 auf 406 und die unter 1 Million \mathcal{M} Einlage von 396 auf 382 gesunken.

Wenn man von der Annahme ausgeht, daß die Zinsen der Einlagen nicht abgehoben werden, oder, falls sie abgehoben werden, kurze Zeit darauf wieder der Sparkasse zugeführt und dem Einlagebestand zugeschrieben werden, so ergibt sich, daß das Wachstum des Einlagebestandes von Jahr zu Jahr mehr auf der Zuschreibung von Zinsen beruht.

Es betrug:

in den Provinzen	die Zuschreibung von Zinsen			Die Zuschreibung von Zinsen war größer (+) oder kleiner (−) als der Überschuß der Neueinlagen über die Rückzahlungen		
	1904 Mill. \mathcal{M}	1913 Mill. \mathcal{M}	1914 Mill. \mathcal{M}	1904 Mill. \mathcal{M}	1913 Mill. \mathcal{M}	1914 Mill. \mathcal{M}
I. Ostpreußen . .	3,93	7,61	8,17	+ 1,59	+ 3,46	+ 3,78
II. Westpreußen .	3,94	7,83	8,61	− 3,99	+ 1,93	+ 0,90
III. Stadtkr. Berlin	8,82	10,96	13,21	+ 2,23	+ 6,81	+ 50,23 ¹⁾
IV. Brandenburg .	19,13	35,97	41,03	− 26,72	+ 14,15	+ 29,28
V. Pommern . . .	10,13	20,15	21,53	− 8,76	+ 14,40	+ 24,89 ¹⁾
VI. Posen	4,57	9,26	9,90	+ 3,27	+ 5,95	+ 7,09
VII. Schlesien . .	17,87	29,70	32,09	− 9,16	+ 8,68	+ 32,22 ¹⁾
VIII. Sachsen . . .	21,38	33,21	34,83	− 3,19	+ 24,15	+ 29,02
IX. Schlsw.-Holst.	14,79	25,59	27,46	+ 6,05	+ 15,07	+ 8,27
X. Hannover . . .	27,99	49,78	53,27	− 4,21	+ 21,29	+ 35,57
XI. Westfalen . .	33,85	66,77	73,69	− 12,76	+ 2,46	+ 51,31
XII. Hess.-Nassau .	10,84	20,28	22,23	− 4,46	+ 14,90	+ 20,83
XIII. Rheinprovinz	39,37	88,90	94,46	− 30,92	+ 0,40	+ 60,03
XIV. Hohenz. Lande	0,59	0,78	0,88	− 0,16	+ 0,97 ¹⁾	+ 0,34
Staat . . .	216,90	406,69	441,36	− 97,73	+ 134,62	+ 353,76.

Während hiernach im Jahre 1904 nur in Ostpreußen, im Stadtkreise Berlin und in Schleswig-Holstein die Zuschreibung der Zinsen erheblicher war als der Überschuß der Neueinlagen über die Rückzahlungen, überstieg in den Jahren 1913 und 1914 die Zuschreibung diesen Überschuß in allen Landesteilen und zwar meist recht erheblich.

¹⁾ Hier waren die Rückzahlungen höher als die Neueinlagen.

Die preußischen Sparkassen nach der Höhe ihres Gesamtbestandes an Einlagen im Jahre 1914.

(Tab. g.)		Sparkassen mit einem Einlagebestande von						
Staat.	Provinzen.	Regierungsbezirke.	Spar-kassen über-haupt	über 100 Mill. \mathcal{M}	über 30 bis 100 Mill. \mathcal{M}	über 10 bis 30 Mill. \mathcal{M}	über 3 bis 10 Mill. \mathcal{M}	über 1 bis 3 Mill. \mathcal{M} und darunter
1	2	3	4	5	6	7	8	
A. Staat . . .								
	1761	11	50	322	590	406	382	
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen . .	67	—	1	2	20	22	22	
II. Westpreußen .	55	—	—	9	20	9	17	
III. Stadtkr. Berlin	2	1	—	1	—	—	—	
IV. Brandenburg .	125	1	8	24	47	32	13	
V. Pommern . . .	93	1	1	20	32	19	20	
VI. Posen	96	—	—	4	28	37	27	
VII. Schlesien . . .	214	—	3	27	61	42	81	
VIII. Sachsen . . .	148	1	5	33	39	42	28	
IX. Schlw.-Holst.	223	1	2	13	52	68	87	
X. Hannover . . .	183	—	4	48	85	32	14	
XI. Westfalen . .	215	1	12	64	81	41	16	
XII. Hessen-Nassau	86	2	2	4	41	25	12	
XIII. Rheinprovinz.	253	3	12	72	84	37	45	
XIV. Hohenz. Lande	1	—	—	1	—	—	—	
C. Regierungsbezirke.								
1. Königsberg . .	30	—	1	1	6	11	11	
2. Gumbinnen . .	15	—	—	—	9	4	2	
3. Allenstein . . .	22	—	—	1	5	7	9	
4. Danzig	18	—	—	7	5	4	2	
5. Marienwerder .	37	—	—	2	15	5	15	
6. Stadtkr. Berlin	2	1	—	1	—	—	—	
7. Potsdam	65	1	6	11	21	20	6	
8. Frankfurt . . .	60	—	2	13	26	12	7	
9. Stettin	44	1	1	6	18	9	9	
10. Köslin	34	—	—	13	9	7	5	
11. Stralsund . . .	15	—	—	1	5	3	6	
12. Posen	68	—	—	1	19	30	18	
13. Bromberg . . .	28	—	—	3	9	7	9	
14. Breslau	85	—	1	8	26	18	32	
15. Liegnitz	71	—	2	9	18	15	27	
16. Oppeln	58	—	—	10	17	9	22	
17. Magdeburg . . .	52	1	1	9	14	14	13	
18. Merseburg . . .	75	—	3	17	19	21	15	
19. Erfurt	21	—	1	7	6	7	—	
20. Schleswig . . .	223	1	2	13	52	68	87	
21. Hannover	30	—	2	12	9	7	—	
22. Hildesheim . . .	39	—	—	8	19	7	5	
23. Lüneburg	31	—	1	18	10	—	2	
24. Stade	41	—	—	5	25	11	—	
25. Osnabrück . . .	30	—	1	2	16	6	5	
26. Aurich	12	—	—	3	6	1	2	
27. Münster	48	—	2	17	21	8	—	
28. Minden	42	—	3	9	11	16	3	
29. Arnsherg	125	1	7	38	49	17	13	
30. Cassel	58	—	1	4	32	19	2	
31. Wiesbaden . . .	28	2	1	—	9	6	10	
32. Coblenz	25	—	—	9	11	4	1	
33. Düsseldorf . . .	167	1	9	42	47	26	42	
34. Cöln	30	1	2	7	14	5	1	
35. Trier	18	—	—	12	3	2	1	
36. Aachen	13	1	1	2	9	—	—	
37. Sigmaringen . .	1	—	—	1	—	—	—	

Wie sich die Neueinlagen zu den Rückzahlungen im Jahre 1914 und im Jahre 1904 verhalten haben, zeigen die beiden folgenden Übersichten.

Es betrugen nämlich:

in den Provinzen	1914		der Überschuß der Neueinlagen		die Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) des Überschusses von 1913 auf 1914	
	Neueinlagen Mill. \mathcal{M}	Rückzahlungen Mill. \mathcal{M}	1914 Mill. \mathcal{M}	1913 Mill. \mathcal{M}	1913 auf 1914 Mill. \mathcal{M}	Hundertteile
I. Ostpreußen . .	103,31	98,92	4,39	4,15	+ 0,24	+ 5,86
II. Westpreußen .	147,30	139,59	7,71	5,90	+ 1,81	+ 30,59
III. Stadtkr. Berlin	97,70	134,72	—37,02	4,05	—41,07	—1 012,08
IV. Brandenburg .	378,36	366,61	11,75	21,82	—10,07	— 46,18
V. Pommern . . .	258,07	261,43	—3,36	5,75	—9,11	— 158,41
VI. Posen	116,81	114,00	2,81	3,31	—0,50	— 15,27
VII. Schlesien . . .	278,47	278,60	—0,13	21,02	—21,15	— 100,60
VIII. Sachsen . . .	309,78	303,97	5,81	9,06	—3,25	— 35,86
IX. Schlesw.-Holst.	242,59	223,40	19,19	10,52	+ 8,67	+ 82,29
X. Hannover . . .	522,42	504,72	17,70	28,49	—10,79	— 37,87
XI. Westfalen . . .	655,55	633,17	22,38	64,31	—41,93	— 65,20
XII. Hess.-Nassau .	202,23	200,83	1,40	5,38	—3,98	— 73,92
XIII. Rheinprovinz .	1 150,90	1 116,47	34,43	88,50	—54,07	— 61,10
XIV. Hohenz. Lande	3,85	3,31	0,54	—0,19	+ 0,73	+ 183,33

und ferner:

in den Provinzen	1904		der Überschuß der Neueinlagen		die Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) des Überschusses von 1904 auf 1914	
	Neueinlagen Mill. \mathcal{M}	Rückzahlungen Mill. \mathcal{M}	1904 Mill. \mathcal{M}	1914 Mill. \mathcal{M}	1904 auf 1914 Mill. \mathcal{M}	Hundertteile
I. Ostpreußen . .	55,56	53,22	2,34	4,39	+ 2,05	+ 87,99
II. Westpreußen .	58,93	51,00	7,93	7,71	—0,22	— 2,89
III. Stadtkr. Berlin	64,84	58,25	6,59	—37,02	—43,61	—662,26
IV. Brandenburg .	170,65	124,80	45,85	11,75	—34,10	— 74,38
V. Pommern	99,27	80,36	18,99	—3,36	—22,25	—117,78
VI. Posen	46,81	38,97	7,84	2,81	—5,03	— 64,17
VII. Schlesien . . .	152,31	125,58	26,73	—0,13	—26,86	—100,48
VIII. Sachsen . . .	186,28	161,71	24,57	5,81	—18,76	— 76,37
IX. Schlesw.-Holst.	119,65	110,91	8,74	19,19	+ 10,45	+119,49
X. Hannover . . .	229,07	196,87	32,20	17,70	—14,50	— 45,03
XI. Westfalen . . .	252,75	206,14	46,61	22,38	—24,23	— 51,98
XII. Hessen-Nassau	98,68	83,38	15,30	1,40	—13,90	— 90,83
XIII. Rheinprovinz .	476,27	405,98	70,29	34,43	—35,86	— 51,02
XIV. Hohenz. Lande	3,91	3,16	0,75	0,54	—0,21	— 28,18

Hiernach haben die Rückzahlungen die Neueinlagen im Stadtkreise Berlin und in den Provinzen Pommern und Schlesien überstiegen. Während in den beiden letztgenannten Landesteilen die stärkeren Rückzahlungen durch die Zuschreibung von Zinsen übertroffen wurden, und so die Sparkassen auch hier noch eine Einlagezunahme zeigen, haben im Stadtkreis Berlin auch die zugeschriebenen Zinsen nicht mehr genügt, um den Überschuß der Rückzahlungen auszugleichen.

Um ein genaues Bild von dem Einfluß des Krieges auf die Rückzahlungen und Neueinlagen sowie von der Zeichnung der Sparkassenkunden auf die Kriegsanleihe zu erhalten, ist eine besondere Nachweisung über die monatlichen Rückzahlungen und Neueinlagen im Staat und in den einzelnen Provinzen vom Juli 1914 bis zum März 1915 aufgestellt worden. Siehe Tabelle „h“ auf Seite 47.

Diese Nachweisung bezieht sich aber nicht auf sämtliche 1761 Sparkassen der Monarchie, sondern umfaßt, von drei Ausnahmen abgesehen, die Sparkassen, die einen Einlagebestand von mindestens 5 Millionen \mathcal{M} aufzuweisen haben. Diese 713 Kassen bilden zwar nur 40 % des Gesamtbestandes, sie vereinigen aber in sich etwas über 85 % der Gesamteinlagen und konnten für ihre Sparer nicht weniger als 95 % der von den Sparkassenkonten überhaupt übernommenen 1. Kriegsanleihe zeichnen; sie gewähren also einen guten Einblick in die besonderen Kriegsverhältnisse der preußischen

Sparkassen. Da man bisher aus verschiedenen Gründen davon abgesehen hatte, die monatlichen Aus- und Eingänge der Sparkassen in die Statistik mit einzubeziehen, ist es leider nicht möglich, einen Vergleich mit der Bewegung der Spareinlagen in den einzelnen Monaten während der Friedensjahre anzustellen. Man muß sich vielmehr damit begnügen, die Gesamtbewegung während der beiden Jahre 1913 und 1914 für die vorgenannten 713 Kassen einander gegenüberzustellen.

Es betragen

		im Rechnungsjahre					
		1913			1914		
	die Rückzahlungen an die Sparer	die Neueinlagen der Sparer	Überschuß der Rückzahlungen der Neueinlagen	die Rückzahlungen an die Sparer	die Neueinlagen der Sparer	Überschuß der Rückzahlungen der Neueinlagen	
Tausend Mark							
im Staate	3 368 224	3 586 734	—	218 510	3 804 612	3 853 636	— 49 024
in den Provinzen							
Ostpreußen	63 791	65 297	—	1 506	63 949	65 628	— 1 679
Westpreuß.	86 716	92 356	—	5 640	108 174	114 833	— 6 659
Stkr Berlin	78 016	82 074	—	4 058	134 716	97 705	37 011
Brandenb.	257 524	274 703	—	17 179	315 526	325 669	— 10 143
Pommern	182 061	186 577	—	4 516	216 405	211 632	4 773
Posen . .	54 754	55 218	—	464	59 973	59 646	327
Schlesien	201 959	215 742	—	13 783	227 482	222 253	5 229
Sachsen .	243 742	249 796	—	6 054	267 577	271 749	— 4 172
Schl.-Holst.	145 547	151 133	—	5 586	165 268	181 362	— 16 094
Hannover	382 463	405 164	—	22 701	445 499	457 567	— 12 068
Westfalen	506 948	561 979	—	55 031	576 661	593 881	— 17 220
Hess.-Nass.	149 111	152 062	—	2 951	169 585	169 441	144
Rheinpr.	1 011 999	1 091 232	—	79 233	1 050 488	1 078 419	— 27 931
Hohenz Lde.	3 593	3 401	192	—	3 309	3 851	— 542

Aus dieser Übersicht ergibt sich zunächst, daß von 1913 auf 1914 die Gesamtbewegung bei Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der zweiten Hälfte des Berichtsjahres keine überraschend großen Unterschiede aufweist. Die Bewegung im gesamten Staatsgebiet ist 1914 stärker gewesen als 1913 und hat selbstverständlich einen geringeren Überschuß an Neueinlagen gezeitigt als im Vorjahre. Auch in den einzelnen Provinzen ist die Bewegung in den beiden Jahren nicht allzu verschieden gewesen. Fast überall — ausgenommen ist die Rheinprovinz — zeigen die Neueinlagen 1914 etwas größere Summen als im Jahre vorher. Ebenso waren die Rückzahlungen überall mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande im Berichtsjahre gewachsen. Nur in diesem Landesteil waren außerdem bereits im Rechnungsjahre 1913 die Rückzahlungen größer als die Neueinlagen; in allen übrigen Landesteilen schwankte der Überschuß der Neueinlagen über die Rückzahlungen zwischen noch nicht 1 % in Posen und fast 10 % in Westfalen. Einen prozentual niedrigen Überschuß hatten außer Posen noch Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Hessen-Nassau; besonders hohe Übersüsse weisen dagegen neben Westfalen Westpreußen, Brandenburg, Schlesien, Hannover und die Rheinprovinz auf. Während die meisten Landesteile im Jahre 1914 recht erhebliche Rückgänge in dem prozentualen Überschuß der Neueinlagen zeigen oder sogar größere Rückzahlungen als Neueinlagen zu beklagen hatten, hat Schleswig-Holstein eine erhebliche Steigerung des Überschusses der Neueinlagen auf fast 9 % und Ostpreußen und Westpreußen die Behauptung ihrer früheren Sätze, ersteres sogar mit einer geringen Erhöhung, aufzuweisen. In Ostpreußen wird diese Erscheinung wahrscheinlich damit zusammenhängen, daß die Sparer oder die Kommunalverbände zunächst einen Teil der gezahlten ostpreußischen Kriegsbeihilfen in die Sparkassen einzahlten; in Westpreußen und Schleswig-Holstein werden dagegen aller Wahrscheinlichkeit nach die hohen Übersüsse dadurch erklärt, daß die Land-

wirte für umfangreiche Kriegslieferungen, z. B. an Pferden, namhafte Geldbeträge erhielten, für die zunächst keine unmittelbare Verwendung vorhanden war.

Die beiden Monate Januar-Februar sind, geht man nunmehr zu einer Darstellung der Einlagebewegung in den einzelnen Monaten über, außerordentlich bemerkenswert. In diesen beiden Monaten betrug der Überschuß der Neueinlagen über 292 Millionen *M*, d. h. 74 Millionen *M* mehr als der Gesamtüberschuß des Jahres 1913. Das starke Ein- oder Rückströmen von Einlagegeldern in die Sparkassen während dieser Monate ist in allen Provinzen festzustellen; immerhin ist es im Verhältnis zu der Bewegung im Jahre 1913 in den östlichen und landwirtschaftlichen Provinzen besonders stark. Es betrug in Ostpreußen 8,7 Millionen gegen 1,5, in Westpreußen 7,8 gegen 5,6, in Berlin 14,2 gegen 4,1, in Brandenburg 42,3 gegen 17,2, in Pommern 19,9 gegen 4,5, in Posen 4,0 gegen 0,5, in Schlesien 22,5 gegen 13,8, in Sachsen 24,7 gegen 6,1, in Schleswig-Holstein 12,2 gegen 5,6, in Hannover 29,9 gegen 22,7, in Hessen-Nassau 14,2 gegen 3,0 Millionen. Dagegen waren in Westfalen und im Rheinland die Übersüsse des Januars und Februars 1915 immerhin geringer als der Gesamtüberschuß von 1913. Der Überschuß betrug in Westfalen während der beiden genannten Monate 34,0 gegen 55,0 Millionen, in der Rheinprovinz 58,3 gegen 79,2 Millionen.

Wie stark der Krieg bereits vor seinem Beginn auf die Verhältnisse der Sparkassen eingewirkt hat, beweist der mit Ausnahme von Brandenburg im Juli 1914 in allen Landesteilen in die Erscheinung tretende Überschuß der Rückzahlungen über die Neueinlagen. Daß dieser Rückgang ausschließlich mit der unbegründeten Angst weiter Kreise betreffs der Sicherheit ihrer Spareinlagen, die sie dem Zugriffe des Staates ausgesetzt glaubten, in Zusammenhang steht, ist zweifellos. Mit welchen eigenartigen Gründen der dieser allgemeinen Erscheinung widersprechende Zuwachs der Spareinlagen in Brandenburg zu erklären ist, konnte bisher leider noch nicht festgestellt werden.

Bereits im August hatten sich die meisten Sparer von der Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen überzeugt. In neun Provinzen findet man demgemäß in diesem Monat bereits wieder erhebliche Übersüsse der Neueinlagen über die Rückzahlungen; nicht wunderbar ist, daß in Ost- und Westpreußen, das den Russeneinfall im August erlebte oder von ihm bedroht wurde, die rückläufige Bewegung der Neueinlagen noch anhielt. Weniger verständlich ist dagegen, daß im Stadtkreise Berlin, in der Provinz Brandenburg und schließlich auch in den Hohenzollernschen Landen auch jener Monat einen Rückgang der Spareinlagen zeigt. Der Sturm auf die Kassen hat sich hier anscheinend im August noch fortgesetzt und ist nicht, wie in anderen Landesteilen, durch ein Zurückströmen des Geldes gegen Ende des Monats ausgeglichen worden.

Während in Ost- und Westpreußen im folgenden Monat September die Sparkassen einen großen Teil der abgezogenen Gelder zurückerhielten, hielt die rückläufige Bewegung in Berlin und in Brandenburg auch während dieses Monats, wenn auch nicht in gleich starkem Maße, an. Außerdem zeigt einen erheblichen Überschuß der Rückzahlungen über die Neueinlagen Pommern mit 3,9 Millionen und Schleswig-Holstein mit 1,2 Millionen sowie mit einem kleinen Betrage von 0,5 Millionen Schlesien. Diese Erscheinung dürfte mit dem Geldbedürfnis der bäuerlichen Bevölkerung dieser Provinzen zusammenhängen.

Die erste Kriegsanleihe war im Oktober, November und Dezember in ihren einzelnen Raten fällig. Mit den von den Sparern zu leistenden Zahlungen auf diese Anleihe hängt zusammen, daß im Oktober die Rückzahlungen die Neueinlagen um 203 Millionen und im November um 5 Millionen überragen. Im Dezember macht sich der Einfluß der Kriegsanleihe nicht mehr störend geltend. In diesem Monat übertreffen die Neueinlagen die Rückzahlungen bereits wieder um 51 Millionen.

Gegenüberstellung der Rückzahlungen an die Sparer und der Neueinlagen der Sparer in den Monaten Juli 1914 bis März 1915 bei den Sparkassen mit über fünf Millionen Mark Einlagebestand des Rechnungsjahres 1914*).

Staat. Provinzen.	Im Monat															
	Juli 1914				August 1914				September 1914				Oktober 1914			
	betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß	
	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen
Tausend Mark																
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
A. Staat . . .	396 852	366 047	30 805	—	267 588	305 013	—	37 425	253 021	268 480	—	15 459	536 444	333 754	202 690	—
B. Provinzen.																
I. Ostpreußen .	7 506	6 755	751	—	8 694	5 368	3 326	—	2 557	4 436	—	1 879	5 100	6 100	—	1 000
II. Westpreußen	12 930	10 860	2 070	—	13 627	11 530	2 097	—	8 279	10 515	—	2 236	14 025	12 169	1 856	—
III. Stadtkr. Berlin	10 007	9 299	708	—	11 236	5 830	5 406	—	6 356	4 866	1 490	—	10 791	5 922	4 869	—
IV. Brandenburg	30 243	34 976	—	4 733	22 988	22 579	409	—	21 515	21 123	392	—	58 520	27 243	31 277	—
V. Pommern . .	22 832	21 748	1 084	—	13 622	16 144	—	2 522	17 293	13 373	3 920	—	25 818	18 265	7 553	—
VI. Posen . . .	5 802	5 632	170	—	5 044	5 256	—	212	3 160	3 529	—	369	7 693	5 664	2 029	—
VII. Schlesien .	26 390	24 309	2 081	—	16 836	18 335	—	1 499	13 567	13 025	542	—	31 296	18 539	12 757	—
VIII. Sachsen . .	28 095	26 042	2 053	—	18 220	24 387	—	6 167	18 598	18 888	—	290	39 775	28 750	11 025	—
IX. Schlesw.-Hlst.	15 600	15 059	541	—	10 896	15 761	—	4 865	15 728	14 522	1 206	—	20 446	15 089	5 357	—
X. Hannover . .	42 406	41 699	707	—	30 545	36 709	—	6 164	31 032	34 092	—	3 060	64 112	51 869	12 243	—
XI. Westfalen . .	55 215	52 975	2 240	—	35 883	44 575	—	8 692	36 404	38 144	—	1 740	85 487	48 506	36 981	—
XII. Hessen-Nass.	20 345	16 547	3 798	—	12 668	12 994	—	326	10 985	11 530	—	545	26 370	16 279	10 091	—
XIII. Rheinprovinz	119 086	99 869	19 217	—	66 947	85 338	—	18 391	67 380	80 159	—	12 779	146 698	79 080	67 618	—
XIV. Hohenz.Lande	395	277	118	—	382	207	175	—	167	278	—	111	313	279	34	—

Staat. Provinzen.	Im Monat															
	November 1914				Dezember 1914				Januar 1915				Februar 1915			
	betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß		betrugen die		betrug der Überschuß	
	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen
Tausend Mark																
I	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
A. Staat . . .	247 595	242 388	5 207	—	272 296	323 739	—	51 443	275 971	439 864	—	163 893	215 883	344 963	—	129 080
B. Provinzen.																
I. Ostpreußen .	3 450	3 975	—	525	3 484	6 265	—	2 781	3 375	8 351	—	4 976	3 202	6 923	—	3 721
II. Westpreußen	6 282	7 444	—	1 162	7 064	9 824	—	2 760	7 280	11 939	—	4 659	6 419	9 608	—	3 189
III. Stadtkr. Berlin	22 983	4 834	18 149	—	4 565	6 209	—	1 644	3 858	12 661	—	8 803	4 324	9 739	—	5 415
IV. Brandenburg	19 317	18 627	690	—	15 514	24 784	—	9 270	19 421	46 141	—	26 720	13 926	29 511	—	15 585
V. Pommern . .	14 467	12 102	2 365	—	14 144	17 196	—	3 052	14 731	25 048	—	10 317	9 853	19 407	—	9 554
VI. Posen . . .	4 178	3 658	520	—	2 931	3 779	—	848	3 935	6 397	—	2 462	3 057	4 583	—	1 526
VII. Schlesien .	10 870	10 682	188	—	11 062	15 671	—	4 609	11 530	24 509	—	12 979	9 534	19 060	—	9 526
VIII. Sachsen . .	13 372	18 831	—	5 459	16 720	23 189	—	6 469	19 563	33 533	—	13 970	13 836	24 521	—	10 685
IX. Schlesw.-Hlst.	10 450	13 154	—	2 704	13 358	15 122	—	1 764	12 480	17 962	—	5 482	8 494	15 207	—	6 713
X. Hannover . .	28 344	33 979	—	5 635	38 336	43 921	—	5 585	41 336	55 685	—	14 349	27 996	43 572	—	15 576
XI. Westfalen . .	34 507	40 505	—	5 998	62 585	64 479	—	1 894	49 994	74 942	—	24 948	46 653	55 717	—	9 064
XII. Hessen-Nass.	8 213	10 020	—	1 807	10 630	10 679	—	49	12 084	20 077	—	7 993	8 715	14 924	—	6 209
XIII. Rheinprovinz	70 974	64 278	6 696	—	71 740	82 174	—	10 434	76 158	102 273	—	26 115	59 708	91 871	—	32 163
XIV. Hohenz.Lande	188	299	—	111	163	447	—	284	226	346	—	120	166	320	—	154

Staat. Provinzen.	Im Monat				Betrag der				In den Monaten			
	März 1915				Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres				Oktober, November und Dezember 1914			
	betrugen die		betrug der Überschuß		Kriegsanleihen, welche die Sparkassen während der Zeit vom 1. VIII. bis zum 31. XII. 1914 für ihre Sparer gezeichnet hatten		überhaupt		betrugen die Rückzahlungen an die Sparer		betrug das Verhältnis der Anleihezeichnungen zu den Rückzahlungen	
	Rückzahlungen an die Sparer	Neueinlagen der Sparer	der Rückzahlungen	der Neueinlagen	1000 M	Hundertteile von Spalte 38	1000 M	Hundertteile	1000 M	Hundertteile	1000 M	Hundertteile
I	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45
A. Staat . . .	514 211	425 035	89 176	—	11 648 911	424 961	3,65	1 056 335	40,23	—	156 454	—
B. Provinzen.												
I. Ostpreußen .	7 736	6 841	895	—	150 881	1 888	1,25	12 034	15,69	+	4 306	—
II. Westpreußen	20 686	13 042	7 644	—	221 407	10 235	4,62	27 371	37,39	+	2 066	—
III. Stadtkr. Berlin	40 948	10 724	30 224	—	372 966	20 908	5,61	38 339	54,53	—	21 374	—
IV. Brandenburg	44 616	39 540	5 076	—	1 111 031	50 882	4,58	93 351	54,51	—	22 697	—
V. Pommern . .	35 778	23 300	12 478	—	542 515	22 574	4,16	54 429	41,47	—	6 866	—
VI. Posen . . .	6 611	6 485	126	—	147 848	7 220	4,88	14 802	48,78	—	1 701	—
VII. Schlesien .	38 274	23 417	14 857	—	864 540	25 672	2,97	53 228	48,23	—	8 336	—
VIII. Sachsen . .	37 287	28 933	8 354	—	985 744	31 556	3,20	69 867	45,17	+	903	—
IX. Schlesw.-Hlst.	21 227	18 232	2 995	—	626 507	18 892	3,02	44 254	42,69	—	889	—
X. Hannover . .	64 361	56 062	8 299	—	1 375 472	39 586	2,88	130 792	30,27	—	1 023	—
XI. Westfalen . .	73 430	68 019	5 411	—	2 043 344	62 707	3,07	182 579	34,35	—	29 089	—
XII. Hessen-Nass.	23 310	16 553	6 757	—	523 122	18 157	3,47	45 213	40,16	—	8 235	—
XIII. Rheinprovinz	99 526	113 553	—	14 027	2 659 238	114 184	4,29	289 412	39,45	—	63 880	—
XIV. Hohenz.Lande	421	334	87	—	24 296	500	2,06	664	75,30	+	361	—

* Von drei Sparkassen, die einen Einlagebestand von zusammen 57,84 Millionen M hatten, waren die Angaben nicht zu erlangen.

Diese günstige Entwicklung der Sparkassen im letzten Monat 1914 hängt vermutlich damit zusammen, daß auf der einen Seite die auf die Anleihe gezeichneten Beträge, wie bekannt, meist bereits vor den fälligen Terminen bezahlt wurden, und andererseits mit der günstigeren Entwicklung der Volkswirtschaft, die sich im Januar und Februar fortgesetzt hat und in den bereits besprochenen, günstigen Zahlen dieser Monate Ausdruck findet.

Gemäß dieser volkswirtschaftlichen Entwicklung würde man mit Recht eine weitere Zunahme des Einlagebestandes auf Grund eines Überschusses der Neueinlagen erwarten. Sie wäre auch zweifellos eingetreten, wenn nicht im März die Zeichnung auf die zweite Kriegsanleihe erfolgt wäre, bei der sich die Sparer mit nicht weniger als 1 375 Millionen \mathcal{M} beteiligten. Nur auf Grund dieser Beteiligung findet man im Staat ein Übertreten der Rückzahlungen über die Neueinlagen in Höhe von 89 Millionen \mathcal{M} , das sich mit Ausnahme der Rheinlande auf alle Provinzen der Monarchie verteilt. Die Bedeutung der Kriegsanleihe-Zeichnungen der Sparer auf die Höhe der Rückzahlungen zeigen noch die Spalten 41 bis 43 der Tabelle „h“. Sie lehren, daß die Zeichnungen auf die erste Kriegsanleihe 40 % der gesamten Rückzahlungen während der Monate Oktober bis Dezember 1914 betragen.

Die nächste Übersicht faßt die Rückzahlungen und Neueinlagen der 713 Sparkassen in den neun Monaten Juli bis März zur besseren Veranschaulichung noch einmal zusammen.

	Es betrug die		Der Überschuß der			
	Anzahl der		Rück- zah- lungen	Neu- ein- lagen	Rück- zah- lungen	Neuein- lagen über die Rück- zah- lungen
	Monate, in denen die Überschüsse der Rück- zahlun- gen die Neu- einlagen überstiegen	Neuein- lagende Rück- zahlun- gen				
			betrug in den in der Vorpalte aufgeführten Monaten		über die Neuein- lagen war größer um Tausend Mark	
im Staate . .	4	5	327 878	397 300	—	69 422
in den Provinzen						
I. Ostpreußen	3	6	4 972	14 882	—	9 910
II. Westpreußen	4	5	13 667	14 006	—	339
III. Stkr. Berlin	6	3	60 846	15 862	44 984	—
IV. Brandenburg	5	4	37 844	56 308	—	18 464
V. Pommern .	5	4	27 400	25 445	1 955	—
VI. Posen . . .	4	5	2 845	5 417	—	2 572
VII. Schlesien .	5	4	30 425	28 613	1 812	—
VIII. Sachsen . .	3	6	21 432	43 040	—	21 608
IX. Schlsw.-Holst.	4	5	10 099	21 528	—	11 429
X. Hannover .	3	6	21 249	50 369	—	29 120
XI. Westfalen .	3	6	44 632	52 336	—	7 704
XII. Hess.-Nassau	3	6	20 646	16 929	3 717	—
XIII. Rheinprovinz	3	6	93 531	113 909	—	20 378
XIV. Hohenz. Lde.	4	5	414	780	—	366

Hiernach zeigen im Staate die Rückzahlungen in 4 und die Neueinlagen in 5 Monaten höhere Beträge. In jeder Provinz sind es mindestens je 3 Monate, in denen die Rückzahlungen größer als die Neueinlagen waren. Die Zahl dieser Monate steigt für den Stadtkreis Berlin auf 6 und in Brandenburg, Pommern und Schlesien auf 5. Der Stadtkreis Berlin hat während der 9 Monate einen höheren Überschuß der Rückzahlungen als im Rechnungsjahr 1914, und ebenso verhalten sich die Sparkassen der Provinz Hessen-Nassau. Dagegen zeigen Pommern und Schlesien nur einen geringen und Posen überhaupt keinen Überschuß der Rückzahlungen über die Neueinlagen. Man sieht an diesen Beispielen den starken Einfluß der Monate Januar bis März auf die Gestaltung der Sparkassenverhältnisse in diesen Provinzen.

Die gewaltige Zunahme der Spareinlagen erklärt sich auch für das gesamte Staatsgebiet und die einzelnen Provinzen zu einem Teil durch das starke Wachstum der Bevölkerung. Wie wenig aber dieses Wachstum der Bevölkerung das Schwergewicht für die Steigerung der Sparkassenguthaben bildet, geht aus der Berechnung der Kopfquoten der Spareinlagen hervor.

Es kamen nämlich an Einlagen auf den Einwohner:

	1884	1894	1904	1914	mithin Zunahme in Hundertteilen		
	\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}	1914 gegen 1884	1914 gegen 1894	1914 gegen 1904
					1884	1894	1904
im Staate . . .	75,19	127,85	210,59	318,90	324,13	149,43	51,43
in den Provinzen							
I. Ostpreußen . .	14,72	38,12	68,88	119,43	711,35	213,30	73,39
II. Westpreußen .	20,46	47,02	93,56	158,85	676,39	237,83	69,78
III. Stadtkr. Berlin	47,03	96,97	155,64	177,86	278,18	83,42	14,28
IV. Brandenburg .	49,65	101,93	200,14	272,31	448,46	167,15	36,08
V. Pommern . . .	61,31	120,43	218,36	380,89	521,25	216,28	74,43
VI. Posen	14,12	33,77	77,83	131,31	829,96	238,84	68,71
VII. Schlesien . . .	41,73	77,00	136,48	194,75	366,69	152,92	42,69
VIII. Sachsen . . .	98,29	162,03	265,00	356,96	263,17	120,30	34,70
IX. Schlesw.-Holst.	232,21	337,39	381,59	517,39	122,81	53,35	35,59
X. Hannover . . .	143,47	228,29	342,59	515,32	259,18	125,73	50,43
XI. Westfalen . .	185,44	251,18	334,53	494,82	166,84	97,00	47,91
XII. Hessen-Nassau	57,86	107,59	188,66	282,46	388,18	162,58	49,72
XIII. Rheinprovinz	65,22	113,82	216,44	370,25	467,69	225,29	71,06
XIV. Hohenz. Lande	82,84	185,01	320,69	331,37	300,01	79,11	3,33

Im ganzen Staatsgebiet hat hiernach die Zunahme der Kopfquote innerhalb 30 Jahren 324,13 % betragen. Für die 20 Jahre 1894 bis 1914 war die Steigerung 149,43 und schließlich für die letzten 10 Jahre 51,43 %. Das Verhältnis dieser Prozentzahlen untereinander zeigt aber selbstverständlich nicht ohne weiteres eine Verlangsamung der Zunahme von einem zum andern Jahrzehnt an, da, je größer der in Frage kommende Zeitraum ist, desto verhältnismäßig kleiner die Zahl, von der die Prozentsätze zu berechnen sind, wird. Nimmt z. B. jährlich eine Summe um 7 % zu, so ist nach 10 Jahren die Zunahme gemäß der Rentenrechnung nicht $7 \times 10 = 70$ %, sondern annähernd 100 %. Die Verhältniszahlen für die verschiedenen Zeiträume sind daher nicht unter sich zu vergleichen.

Innerhalb der Provinzen ist während der letzten 30 Jahre die Zunahme am größten in Posen gewesen (830 %), sehr erheblich über den Durchschnitt auch noch in Ostpreußen (711 %), in Westpreußen (676 %) und in Pommern (521 %). Auch während der letzten 20 sowie 10 Jahre zeichnen sich diese Provinzen durch ganz besonders große Zunahmen der Kopfquoten aus; von den westlichen Provinzen reiht sich nur die Rheinprovinz für diese Zeiträume in die Landesteile mit hoher Kopfquotenzunahme ein. Auffallend gering war in der letzten Zeitspanne das Wachstum der Kopfanteile im Stadtkreise Berlin (14,28 %) und in den Hohenzollernschen Landen (3,33 %). Aber auch bei der Vergleichung der Zunahme in den einzelnen Provinzen darf nicht übersehen werden, daß dort, wo verhältnismäßig geringere Sparbeträge vorhanden sind, die prozentuale Zunahme bei gleichem absoluten Wachstum verhältnismäßig rascher erfolgen muß als in den Landesteilen, in denen bereits im Jahre 1884 große Sparguthaben in den Sparkassen angehäuft waren.

Auch der auf ein Sparbuch entfallende Durchschnittsbetrag der Spareinlagen ist merklich gestiegen.

	1884	1894	1904	1914	mithin Zunahme in Hundertteilen		
	\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}	1914 gegen 1884	1914 gegen 1894	1914 gegen 1904
					1884	1894	1904
im Staate . . .	537,34	612,91	760,08	913,20	69,95	48,99	20,15
in den Provinzen							
I. Ostpreußen . .	323,18	464,47	541,44	648,83	100,76	39,69	19,83
II. Westpreußen .	418,94	512,98	605,74	747,85	78,51	45,79	23,46
III. Stkr. Berlin .	255,96	335,77	404,19	475,98	85,96	41,76	17,76
IV. Brandenburg .	322,96	409,92	563,79	662,44	105,12	61,60	17,50
V. Pommern . . .	508,40	607,11	762,33	900,74	77,17	48,37	18,16
VI. Posen	376,34	450,93	652,67	864,50	129,71	91,71	32,46
VII. Schlesien . .	329,10	378,00	508,80	607,31	84,54	60,66	19,36
VIII. Sachsen . . .	401,56	488,69	616,66	701,63	74,73	43,57	13,78
IX. Schlsw.-Holst.	793,02	933,98	1 058,77	1 212,75	52,93	29,85	14,54
X. Hannover . . .	633,64	753,08	929,72	1 066,49	68,31	41,62	14,71
XI. Westfalen . .	1 124,92	1 256,50	1 470,69	1 566,91	39,29	24,70	6,54
XII. Hessen-Nass.	454,78	523,13	646,38	766,63	68,57	46,35	18,60
XIII. Rheinprovinz	644,82	752,40	966,15	1 164,83	80,64	54,82	20,56
XIV. Hohenz. Lde.	551,82	646,66	824,96	847,12	53,51	31,00	2,69

Die Steigerung überragt für die letzten 30 Jahre in Ostpreußen, Brandenburg und Posen 100 % und beträgt mit Ausnahme von Westfalen in keiner Provinz unter 50 %. Während des letzten Jahrzehnts ist der auf ein Sparbuch entfallende Betrag prozentual am stärksten in Posen (32,46 %) und am schwächsten in den Hohenzollernschen Landen (2,69 %) gestiegen. Tatsächlich am höchsten ist der Durchschnittsbetrag eines Sparbuches in Westfalen (1 567 M.), am geringsten im Stadtkreise Berlin (476 M.). Diese Erscheinung hängt zum großen Teil damit zusammen, daß bei den Sparkassen in Westfalen fast durchweg sehr hohe Sparbeträge auf ein Sparbuch zugelassen werden, während die Sparkasse der Stadt Berlin bisher die zulässige Höhe eines Sparguthabens sehr eng begrenzt hatte. Hierin will aber die Stadt Berlin für die Zukunft durch eine neue Sparkassen-Satzung eine Änderung eintreten lassen.

Wie jedes Jahr, wird auch diesmal ein Bild von dem Wachstum der Sparkassenbestände seit 1871 gegeben. Es stellen sich auf Millionen M

in den Jahren	der Überschuss der Neueinlagen über die Rückzahlungen	der Zuwachs durch Zuschreibung von Zinsen	der Gesamtzuwachs	in den Jahren	der Überschuss der Neueinlagen über die Rückzahlungen	der Zuwachs durch Zuschreibung von Zinsen	der Gesamtzuwachs
1871 ..	59,18	14,05	73,23	1893 ..	98,89	99,67	198,56
1872 ..	93,50	16,67	110,17	1894 ..	145,56	104,01	249,56
1873 ..	126,19	20,50	146,69	1895 ..	233,06	112,86	345,91
1874 ..	125,86	24,75	150,61	1896 ..	187,97	121,35	309,32
1875 ..	95,41	28,81	124,22	1897 ..	186,90	128,14	315,04
1876 ..	68,82	32,24	101,07	1898 ..	182,28	136,18	318,39
1877 ..	37,09	35,20	72,29	1899 ..	145,47	145,60	291,07
1878 ..	22,19	37,86	60,05	1900 ..	95,37	156,81	252,18
1879 ..	51,27	40,27	91,55	1901 ..	313,67	175,86	489,53
1880 ..	72,12	43,97	116,09	1902 ..	311,94	188,51	500,45
1881 ..	68,66	46,51	115,17	1903 ..	300,18	200,48	500,66
1882 ..	74,30	49,40	123,70	1904 ..	314,64	216,90	531,55
1883 ..	95,09	54,15	149,24	1905 ..	301,47	232,74	534,21
1884 ..	92,07	58,33	150,40	1906 ..	243,88	249,69	493,57
1885 ..	91,14	59,25	150,39	1907 ..	67,34	264,34	331,68
1886 ..	128,49	67,57	196,07	1908 ..	161,96	289,31	451,27
1887 ..	132,03	69,30	201,32	1909 ..	454,67	309,84	764,51
1888 ..	141,94	75,23	217,17	1910 ..	443,45	331,11	774,56
1889 ..	135,83	77,96	213,81	1911 ..	372,96	357,19	730,15
1890 ..	98,29	80,85	179,14	1912 ..	215,10	381,67	596,67
1891 ..	38,57	86,26	124,83	1913 ..	272,09	406,69	678,78
1892 ..	52,96	92,07	145,03	1914 ..	87,61	441,36	528,97

So bedeutend auch der Fortschritt bei den gesamten Sparkassen im Berichtsjahre war, so sind, wie es bei der großen Menge der vorhandenen Sparkassen nicht anders sein kann, doch zahlreiche Kassen vorhanden, bei denen sich der Einlagebestand sogar verringert hat. Die nebenstehende Tabelle „I“ gibt eine Übersicht über diese Kassen. Die Zahl der Kassen mit verkleinertem Einlagebestand hat im Jahre 1914 gegenüber dem Jahre 1913 bedeutend zugenommen. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf die großen Beträge zurückzuführen, die einzelne Sparkassen an ihre Sparer zur Zeichnung der ersten Kriegsanleihe auszuzahlen hatten. Demzufolge ist auch die Zunahme besonders stark in Westfalen und in der Rheinprovinz, wo ausnehmend hohe Beträge von den Sparern für die Kriegsanleihe verwandt wurden. Auch in Schlesien, Brandenburg und Sachsen war die Zunahme dieser Sparkassen, wie die Tabelle zeigt, recht beträchtlich. Es hatten in der Rheinprovinz im Jahre 1914 54 Sparkassen gegen 19 im Jahre 1913, in Westfalen 36 Sparkassen gegen 9, in Schlesien 26 gegen 12, in Brandenburg 26 gegen 8 und in Sachsen 18 gegen 9 eine Verminderung ihres Einlagebestandes zu beklagen.

Erfreulicherweise hat die Einrichtung des Kontokorrentverkehrs auch in diesem Berichtsjahre wiederum erhebliche

Nachweisung der Sparkassen mit verkleinertem Einlagebestand in den Jahren 1914 und 1913.

(Tab. i.)		Sparkassen überhaupt				Davon öffentliche Sparkassen			
Staat.				mit verkleinertem Einlagebestand			mit verkleinertem Einlagebestand		
Provinzen.		1914	1913		1914	1913			
Regierungsbezirke.				1914 1913			1914 1913		
I		2	3	4 5	6	7	8 9		
A. Staat . . .	1 761	1 765	285	155	1 601	1 589	224	114	
B. Provinzen.									
I. Ostpreußen .	67	67	12	7	67	67	12	7	
II. Westpreußen.	55	54	11	9	54	53	10	9	
III. Stadtkr. Berlin	2	2	2	1	1	1	1	—	
IV. Brandenburg.	125	124	26	8	122	121	23	6	
V. Pommern . .	93	92	18	12	93	92	18	12	
VI. Posen	96	94	17	16	96	94	17	16	
VII. Schlesien . .	214	212	26	12	192	189	15	6	
VIII. Sachsen . .	148	148	18	9	142	142	17	6	
IX. Schw.-Holst.	223	222	36	33	157	152	23	21	
X. Hannover . . .	183	183	14	10	176	176	11	7	
XI. Westfalen . .	215	217	36	9	209	209	33	8	
XII. Hessen-Nassau	86	86	15	10	73	73	7	6	
XIII. Rheinprovinz.	253	263	54	19	218	219	37	10	
XIV. Hohenz. Lande	1	1	—	—	1	1	—	—	
C. Regierungsbezirke.									
1. Königsberg . .	30	30	3	3	30	30	3	3	
2. Gumbinnen . .	15	15	5	2	15	15	5	2	
3. Allenstein . . .	22	22	4	2	22	22	4	2	
4. Danzig	18	18	1	3	17	17	—	3	
5. Marienwerder .	37	36	10	6	37	36	10	6	
6. Stadtkr. Berlin	2	2	2	1	1	1	1	—	
7. Potsdam	65	64	12	5	65	64	12	5	
8. Frankfurt	60	60	14	3	57	57	11	1	
9. Stettin	44	44	10	2	44	44	10	2	
10. Köslin	34	34	7	8	34	34	7	8	
11. Stralsund	15	14	1	2	15	14	1	2	
12. Posen	68	66	12	10	68	66	12	10	
13. Bromberg	28	28	5	6	28	28	5	6	
14. Breslau	85	84	10	5	78	77	5	2	
15. Liegnitz	71	70	9	2	60	58	5	—	
16. Oppeln	58	58	7	5	54	54	5	4	
17. Magdeburg . . .	52	52	6	4	48	48	6	2	
18. Merseburg	75	75	11	5	73	73	10	4	
19. Erfurt	21	21	1	—	21	21	1	—	
20. Schleswig	223	222	36	33	157	152	23	21	
21. Hannover	30	30	2	—	30	30	2	—	
22. Hildesheim . . .	39	39	5	4	36	36	4	3	
23. Lüneburg	31	31	2	3	31	31	2	3	
24. Stade	41	41	—	1	41	41	—	1	
25. Osnabrück	30	30	3	2	26	26	1	—	
26. Aurich	12	12	2	—	12	12	2	—	
27. Münster	48	48	8	3	48	48	8	3	
28. Minden	42	42	3	3	40	40	2	3	
29. Arnberg	125	127	25	3	121	121	23	2	
30. Cassel	58	58	6	6	58	58	6	6	
31. Wiesbaden	28	28	9	4	15	15	1	—	
32. Coblenz	25	25	2	1	25	25	2	1	
33. Düsseldorf	167	176	39	16	133	133	23	7	
34. Cöln	30	31	8	1	30	31	8	1	
35. Trier	18	18	2	—	18	18	2	—	
36. Aachen	13	13	3	1	12	12	2	1	
37. Sigmaringen . . .	1	1	—	—	1	1	—	—	

[Fortsetzung des Textes auf Seite 51.]

Zusammenstellung der mit Kontokorrentverkehr-Einrichtung versehenen Sparkassen in den Rechnungsjahren 1909 bis 1914.

Es betrug bei den mit Kontokorrentverkehr-Einrichtung versehenen Sparkassen																			
in den Jahren																			
Staat.		1909			1910			1911			1912			1913			1914		
Provinzen.	die	der		die	der		die	der		die	der		die	der		die	der		
Regierungsbezirke.	An-	Bestand der		An-	Bestand der		An-	Bestand der		An-	Bestand der		An-	Bestand der		An-	Bestand der		
Arten der Sparkassen.	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	zahl	Kontokorrent-	Jahres-	
		einlagen am	schlusse		einlagen am	schlusse		einlagen am	schlusse		einlagen am	schlusse		einlagen am	schlusse		einlagen am	schlusse	
		M Pf.			M Pf.			M Pf.			M Pf.			M Pf.			M Pf.		
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13							
Die Sparkassen überhaupt.																			
A. Staat	111	11 839 947	93	151	18 145 762	59	172	29 362 110	23	229	52 948 795	49	295	64 787 481	80	381	135 020 101	51	
B. Provinzen.																			
I. Ostpreußen	1	5 972	79	3	87 558	25	2	193 225	49	6	1 101 319	89	8	1 242 170	88	10	1 996 648	27	
II. Westpreußen	—	—	—	1	90 947	31	3	153 034	72	9	737 350	07	10	1 082 135	41	13	4 588 171	94	
III. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
IV. Brandenburg	4	594 141	15	5	658 751	37	5	889 182	05	10	1 703 153	41	15	2 737 431	85	19	4 653 312	74	
V. Pommern	1	15 665	24	2	107 795	55	5	467 876	57	7	874 211	36	15	1 594 862	62	20	4 493 267	39	
VI. Posen	4	87 229	94	4	88 714	26	6	241 816	40	10	546 269	88	9	628 394	80	15	1 895 599	36	
VII. Schlesien	6	659 256	05	8	630 481	61	10	708 526	07	11	971 749	25	15	1 494 452	15	20	3 001 461	86	
VIII. Sachsen	4	89 437	77	4	101 287	97	2	77 012	65	3	309 350	00	4	140 865	42	4	632 009	84	
IX. Schleswig-Holstein	47	4 917 026	79	56	6 991 752	65	52	6 660 246	94	56	7 978 237	61	65	10 209 970	60	71	15 708 446	34	
X. Hannover	9	370 046	69	15	770 636	82	14	1 390 487	27	21	2 391 798	41	29	3 101 639	85	47	8 543 548	48	
XI. Westfalen	7	202 212	64	10	380 328	77	16	2 076 919	55	26	4 554 881	77	38	7 667 268	92	59	24 893 403	33	
XII. Hessen-Nassau	19	4 128 949	22	21	5 454 616	89	25	9 692 350	85	24	14 357 389	24	26	18 954 445	01	30	26 945 072	15	
XIII. Rheinprovinz	9	770 009	65	22	2 782 891	14	32	6 811 431	67	46	17 423 084	60	61	15 933 844	29	73	37 669 159	81	
XIV. Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
C. Regierungsbezirke.																			
1. Königsberg	1	5 972	79	1	2 431	76	1	12 022	97	3	241 720	95	4	450 500	29	5	996 996	69	
2. Gumbinnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3. Allenstein	—	—	—	2	85 126	49	1	181 202	52	3	859 598	94	4	791 670	59	5	999 651	58	
4. Danzig	—	—	—	1	90 947	31	2	127 402	30	3	283 665	72	4	337 337	30	5	3 474 713	51	
5. Marienwerder	—	—	—	—	—	—	1	25 632	42	6	453 684	35	6	744 798	11	8	1 113 458	43	
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
7. Potsdam	1	22 935	50	1	18 486	80	2	84 222	51	4	260 423	17	4	392 270	62	6	1 043 768	18	
8. Frankfurt	3	571 205	65	4	640 264	57	3	804 959	54	6	1 442 730	24	11	2 345 161	23	13	3 609 544	56	
9. Stettin	1	15 665	24	2	107 795	55	2	374 606	78	3	599 059	90	5	498 409	29	7	1 044 543	98	
10. Köslin	—	—	—	—	—	—	1	20 280	60	2	191 976	53	8	880 346	34	11	3 335 729	07	
11. Stralsund	—	—	—	—	—	—	2	72 989	79	2	83 174	93	2	216 106	99	2	112 994	34	
12. Posen	2	39 771	28	2	34 966	85	3	41 415	54	4	123 725	38	3	140 496	87	7	668 646	28	
13. Bromberg	2	47 458	66	2	53 747	41	3	200 400	86	6	422 544	50	6	487 897	93	8	1 226 953	08	
14. Breslau	2	181 548	59	4	203 249	58	5	292 856	63	6	396 530	53	9	593 524	60	11	1 169 530	24	
15. Liegnitz	4	477 707	46	4	427 232	03	4	414 103	15	4	574 066	01	5	898 387	28	8	1 829 829	25	
16. Oppeln	—	—	—	—	—	—	1	1 566	29	1	1 152	71	1	2 540	27	1	2 102	37	
17. Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	14 200	00	—	—	—	1	17 383	00	
18. Merseburg	2	1 250	00	2	10 650	00	—	—	—	1	294 150	00	2	80 025	00	2	500 650	00	
19. Erfurt	2	88 187	77	2	90 637	97	2	77 012	65	1	1 000	00	2	60 840	42	1	113 976	84	
20. Schleswig	47	4 917 026	79	56	6 991 752	65	52	6 660 246	94	56	7 978 237	61	65	10 209 970	60	71	15 708 446	34	
21. Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	115 065	53	5	907 834	54	
22. Hildesheim	1	2 638	40	2	247 117	22	2	243 314	77	5	236 058	84	6	301 582	91	6	249 885	06	
23. Lüneburg	3	82 486	86	5	74 209	18	4	532 916	73	6	540 415	49	10	508 534	67	13	2 766 193	13	
24. Stade	4	141 270	35	6	229 131	19	6	415 672	91	9	1 382 120	75	8	1 706 216	04	16	2 513 020	78	
25. Osnabrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	37 660	02	4	398 811	84	
26. Aurich	1	143 651	08	2	220 179	23	2	198 682	86	1	233 203	33	2	432 580	68	3	1 707 803	13	
27. Münster	6	148 339	30	8	290 423	07	9	676 409	71	16	1 727 213	62	18	1 978 244	76	24	6 124 769	35	
28. Minden	—	—	—	1	85 689	93	1	105 322	06	1	114 722	76	2	242 514	95	4	736 441	61	
29. Arnberg	1	53 873	34	1	4 215	77	6	1 295 187	78	9	2 712 945	39	18	5 446 509	21	31	18 032 192	37	
30. Cassel	15	842 926	14	16	1 163 723	10	19	1 159 122	79	16	906 405	05	18	1 033 271	31	21	1 430 512	86	
31. Wiesbaden	4	3 286 023	08	5	4 290 893	79	6	8 533 228	06	8	13 450 984	19	8	17 921 173	70	9	25 514 559	29	
32. Coblenz	1	1 000	00	—	—	—	2	20 530	53	2	227 905	42	3	514 943	49	5	945 622	37	
33. Düsseldorf	2	84 874	11	11	1 243 236	83	15	2 454 661	26	24	11 368 376	44	29	8 206 629	83	38	20 240 835	39	
34. Köln	2	494 961	59	4	1 041 476	49	7	2 501 466	55	10	3 984 402	22	15	5 970 595	61	14	12 852 677	41	
35. Trier	2	30 877	71	4	401 841	87	6	1 718 690	97	8	1 659 852	88	10	935 803	86	11	1 967 092	36	
36. Aachen	2	158 296	24	3	96 335	95	2	116 082	36	2	182 547	64	4	305 961	50	5	1 662 932	28	
37. Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Die Arten der Sparkassen.																			
1. Städtische Sparkassen	43	3 365 681	17	62	6 095 546	49	70	10 610 797	09	93	22 856 342	28	133	25 588 898	02	161	66 335 555	57	
2. Landgem.- usw. Spark.	21	1 171 947	48	30	2 283 789	25	34	3 506 743	98	52	6 055 071	59	55	6 640 515	48	72	10 501 833	03	
3. Kreis- und Amts-Spark.	34	2 597 972	63	39	4 004 956	05	54	6 286 786	05	71	9 215 725	49	92	12 667 175	74	132	28 193 230	61	
4. Provinz.-u. ständ. Spark.	2	3 138 968	00	2	3 741 640	40	2	7 641 731	93	3	13 028 661	84	3	17 778 398	84	3	25 645 520	36	
5. Vereins-u. Privat-Spark.	11	1 565 378	65	18	2 019 830	40	12	1 316 051	18	10	1 792 994	29	12	2 112 493	72	13	4 343 961	94	
Summe	111	11 839 947	93	151															

Fortschritte gemacht. Die Tabelle „k“, die über die Ausdehnung dieses bankmäßigen Verkehrs Auskunft gibt, befindet sich auf Seite 50. Nach dieser Übersicht ist der Bestand der Kontokorrenteinlagen im letzten Jahre von 65 Millionen auf 135 Millionen \mathcal{M} , also um mehr als 100 % gestiegen. Besonders stark ist diesmal die Steigerung in der Rheinprovinz und in Westfalen. In dem erstgenannten Landesteil haben die Kontokorrenteinlagen einen Zuwachs von 15,9 auf 37,7 Millionen

und in dem zweiten von 7,7 auf 24,9 Millionen \mathcal{M} aufzuweisen. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in Westpreußen, in dessen Bereich sich trotz der verhältnismäßig geringen Gesamtsumme der Spareinlagen die Kontokorrenteinlagen von 1,1 Millionen auf 4,6 Millionen \mathcal{M} gehoben haben. Zur Zeit nehmen 381 gegen 295 Kassen im Jahre 1913 an dem Kontokorrentverkehr teil. Mehr als 21 % (17 % im Jahre 1913) haben demnach für ihren Kundenkreis einen Kontokorrentverkehr eröffnet.

III. Anlegung der Sparkassengelder.

Im Jahre 1913 bezifferten sich die zinsbaren Anlagen der Sparkassen auf 13 601 Millionen \mathcal{M} und das in den Kassen liegende bare Geld auf 165 Millionen \mathcal{M} . Die Aktivbestände, abgesehen von einigen wenigen, irrtümlich nicht mitgezählten Beträgen bei anderen Kassen, erreichten damals somit eine Höhe von 13 766 Millionen \mathcal{M} . Ihnen standen 13 750 Millionen \mathcal{M} an Spareinlagen und an Beträgen des Reservefonds und Separatfonds gegenüber. Das Vermögen überstieg somit die nachgewiesenen Verbindlichkeiten und Passivposten um rund 16 Millionen \mathcal{M} . Diese 16 Millionen höherer Anlagewerte werden im allgemeinen dadurch geklärt, daß in verschiedenen Fällen Sparkassen auch in gewöhnlichen Zeiten Lombarddarlehen aufnehmen, um zufällig an sie herantretenden größeren Ausgaben, die in der Rückzahlung von Guthaben oder in dem Erwerb neuer Vermögensobjekte bestehen können, gerecht zu werden.

Im Berichtsjahre beträgt die Gesamtsumme der Anlagen und des baren Geldes 14 708 Millionen \mathcal{M} , denen an Einlagen und verschiedenen rechnerischen Fonds 14 336 Millionen \mathcal{M} gegenüberstehen. In diesem Jahre übertreffen also die in der Statistik nachgewiesenen Aktivposten die Passivposten um 372 Millionen \mathcal{M} . Der erhebliche Überschuß der nachgewiesenen Anlagen ist selbstverständlich nur dadurch möglich, daß die Sparkassen im weiten Umfange Lombarddarlehen aufgenommen haben. Diese Aufnahme war aber nicht, wie man zunächst annehmen möchte, allein durch die bedeutenden Zeichnungen auf die erste Kriegsanleihe — und bei den Kassen, die erst am 31. März oder sogar 30. Juni 1915 ihr Geschäftsjahr schließen, auch auf die zweite Kriegsanleihe — zu erklären, da die Kassen an und für sich infolge des Überschusses der Neueinlagen über die Rückzahlungen auch nach dem 1. Juli 1914 in der Lage waren, einen größeren Teil dieser Anleihen aus ihren eigenen Geldbeständen zu decken. Die Sparkassen haben vielmehr diese Lombarddarlehen auch aufgenommen, weil sie sich verpflichtet fühlten, einen Teil der Anträge auf Gewährung von Hypotheken an Privatpersonen und von Darlehen an Institute und Korporationen zu berücksichtigen, um das Geldbedürfnis dieser Kreise, so weit wie angängig, auch in der Kriegszeit zu befriedigen. Sie konnten das, ohne besondere Schwierigkeiten für sich fürchten zu müssen, tun, weil sie auf Grund des bedeutenden Zuflusses an Einlagen hoffen konnten, in nicht zu langer Frist die Lombarddarlehen einzulösen.

Von den zinsbar angelegten 14 521,47 Millionen \mathcal{M} , gegen 13 600,63 bzw. 8 136,23 Millionen \mathcal{M} in den Jahren 1913 und 1904, entfielen:

auf	1914	1913	1904
	Millionen \mathcal{M}		
a) städtische Hypotheken	6 179,30	5 907,20	2 948,70
b) ländliche „	2 374,21	2 339,48	1 791,68
c) Inhaberpapiere	3 481,94	2 971,79	2 188,97
d) Schuldscheine ohne Bürgschaft	18,98	16,33	14,44
e) „ mit „	194,51	191,95	149,39
f) Wechsel	53,47	77,34	79,60
g) Faustpfänder (Lombard)	115,42	121,44	95,36
h) Anlagen bei Gemeinden, öffentl. Instituten und Korporationen	1 922,20	1 790,81	801,11
i) sonstige Anlagen	181,44	184,29	66,78

Von je 100 \mathcal{M} kamen danach auf die Anlagen

zu	1914	1913	1904	zu	1914	1913	1904
a)	42,55	43,43	36,21	f)	0,37	0,57	0,98
b)	16,35	17,20	22,02	g)	0,79	0,89	1,17
c)	23,98	21,85	26,90	h)	13,24	13,17	9,85
d)	0,13	0,12	0,18	i)	1,25	1,35	0,82
e)	1,84	1,41	1,81	zus.	100	100	100

Nach dieser Übersicht haben die Sparkassen während des Jahres 1914 neu begeben an städtischen Hypotheken 272 Millionen, an ländlichen Hypotheken 35 Millionen, an Darlehen ohne Bürgschaft 2,5 Millionen, an Darlehen mit Bürgschaft ebenfalls 2,5 Millionen und an Darlehen an Gemeinden, öffentliche Institute und Korporationen 131 Millionen \mathcal{M} . Da sich der Wechselbestand jedoch zu gleicher Zeit um 24 Millionen und der an Lombarddarlehen um 6 Millionen \mathcal{M} verringert hat, ist der gewährte Personalkredit an Private um nicht weniger als 25 Millionen \mathcal{M} zurückgegangen. Da dieser Personalkredit von den Sparkassen nicht hätte gekündigt werden können, wenn nicht die finanzielle Lage der Schuldner die Rückzahlung möglich machte, ist in seiner Beschränkung ebenfalls ein gutes Zeichen für die Finanzkraft der Bevölkerung während des ersten Kriegsjahres zu erblicken.

Für neue Inhaberpapiere haben während des Geschäftsjahres 1914 die Sparkassen 510 Millionen \mathcal{M} ausgegeben. Hier von fallen 321 Millionen auf die erste Kriegsanleihe und ungefähr 31 Millionen auf die zweite, sodaß für andere Inhaberpapiere immerhin noch 158 Millionen \mathcal{M} übrig bleiben; wahrscheinlich sind aber diese fast ausschließlich in dem halben Jahr vor dem Kriege angeschafft worden. Die Zunahme des Bestandes an Inhaberpapieren im Jahre 1914 war danach ganz gewaltig; sie steht nur mit 273 Millionen \mathcal{M} hinter der Gesamtsumme der in den neun Jahren, von 1904 auf 1913, erworbenen Inhaberpapiere zurück.

Das starke Anwachsen der Inhaberpapiere kommt auch bei der prozentualen Verteilung des gesamten Anlagebestandes auf die einzelnen Anlagearten zum Ausdruck. Der Anteil der Inhaberpapiere an dem Gesamtbestande ist von 21,85 auf 23,98 %, also um mehr als 2 %, gestiegen, während im übrigen bei sämtlichen Anlagearten ein Rückgang oder nur eine ganz unerhebliche Zunahme festzustellen ist. Zum ersten Mal ist vor allem auch ein Rückgang in dem Anteil der städtischen Hypotheken eingetreten; er ist von 43,43 auf 42,55 gesunken.

Im Vergleich zum Jahre 1904 ist allerdings der jetzige Anteil der Inhaberpapiere noch um fast 3 % niedriger und der der städtischen Hypotheken noch um mehr als 6 % höher. Der Vergleich mit 1904 zeigt überdies, daß der Personalkredit, den die Sparkassen einräumen, nicht bloß infolge des Krieges, sondern auch ständig während der letzten 10 Jahre abgenommen hat. Vielleicht ist diese Erscheinung zu bedauern, da die Sparkassen für den nicht gewerblichen Mittelstand bei unverschuldetem Geldbedürfnis fast die einzigen Geldgeber sind, die ihm zu angemessenen Bedingungen finanzielle Hilfe gewähren können.

Die Unterschiede, die in der Anlegung der Sparkassengelder in den verschiedenen Provinzen zu Tage treten, werden durch die Tabelle „l“ auf Seite 52 wiedergegeben. Der starken

Verteilung der in den Rechnungsjahren 1914 und 1904 angelegten Sparkassengelder in den einzelnen Provinzen des preussischen Staates aufs Hundert.

(Tab. 1.)

Staat. — Provinzen.	Von je 100 M der zinsbar angelegten Kapitalien entfallen auf										
	Hypotheken auf				In- haber- papiere	Schuldscheine		Wech- sel	Faust- pfand	Anlagen bei öffent- lichen Instituten und Kor- porationen	sonstige An- lagen
	städtische Grundstücke		ländliche Grundstücke			ohne	mit				
	über- haupt	darunter Tilgungs- hypo- theken	über- haupt	darunter Tilgungs- hypo- theken		Bürgschaft					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Im Jahre 1914.											
A. Staat.	42,55	7,50	16,35	4,78	23,98	0,13	1,34	0,37	0,79	13,24	1,25
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen	41,54	8,57	16,61	4,71	22,47	0,08	3,95	2,91	3,25	8,05	1,15
II. Westpreußen	31,94	6,49	15,98	4,98	29,68	0,64	2,17	2,68	2,29	12,78	1,95
III. Stadtkreis Berlin	28,07	—	—	—	62,76	—	—	—	—	5,94	3,23
IV. Brandenburg	31,37	2,11	11,76	3,43	33,35	0,08	0,18	0,07	0,27	22,34	0,59
V. Pommern	35,69	3,38	22,35	4,94	23,38	0,27	0,58	0,70	0,66	15,67	0,70
VI. Posen	38,47	20,60	14,45	9,92	24,67	0,76	0,67	3,84	1,93	14,04	1,16
VII. Schlesien	37,06	2,73	12,74	3,12	33,56	0,12	0,55	0,43	0,57	14,20	0,77
VIII. Sachsen	32,04	2,23	21,54	2,82	27,95	0,20	0,14	0,02	0,50	17,14	0,43
IX. Schleswig-Holstein	41,77	0,60	30,26	0,13	10,08	0,02	6,22	0,21	0,78	9,33	1,33
X. Hannover	28,40	5,02	32,96	15,00	18,93	0,38	1,33	0,11	1,14	15,65	1,09
XI. Westfalen	58,05	11,24	14,46	2,23	15,35	0,03	1,02	0,01	0,51	9,71	0,97
XII. Hessen-Nassau	41,71	17,42	17,38	13,65	22,60	0,05	2,94	0,21	1,84	10,82	2,43
XIII. Rheinprovinz	54,88	12,63	6,29	2,38	23,53	0,01	1,10	0,30	0,69	11,29	1,90
XIV. Hohenzollernsche Lande	8,61	8,47	40,42	39,87	26,31	—	2,87	0,01	0,74	12,35	8,18
Im Jahre 1904.											
A. Staat.	36,24	4,40	22,02	4,40	26,90	0,18	1,84	0,98	1,17	9,85	0,82
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen	42,37	4,72	15,65	2,21	25,38	0,02	3,45	4,49	2,99	4,15	1,51
II. Westpreußen	25,09	4,45	17,68	3,59	28,73	0,06	1,34	5,70	11,31	10,00	0,09
III. Stadtkreis Berlin	16,53	0,03	—	—	75,82	—	—	3,50	—	0,14	4,01
IV. Brandenburg	27,92	0,94	14,30	2,90	41,00	0,08	0,34	0,20	0,36	14,76	1,05
V. Pommern	33,64	1,93	24,46	4,56	28,27	0,36	1,32	1,86	1,01	8,76	0,32
VI. Posen	35,68	13,90	19,36	9,43	25,11	0,33	0,50	5,59	2,19	10,19	1,04
VII. Schlesien	30,90	1,10	16,31	2,69	37,15	0,12	0,48	0,95	0,78	12,76	0,51
VIII. Sachsen	28,35	1,11	27,90	2,27	30,22	0,64	0,29	0,04	0,47	11,86	0,23
IX. Schleswig-Holstein	38,39	0,29	36,53	0,22	7,38	0,14	7,77	1,30	1,24	7,06	0,28
X. Hannover	28,19	3,48	34,96	9,72	20,64	0,40	1,68	0,25	2,05	10,88	0,91
XI. Westfalen	46,94	8,66	28,45	3,92	11,41	0,01	1,74	0,03	0,60	10,13	0,70
XII. Hessen-Nassau	42,88	16,12	17,54	12,10	25,66	0,003	4,59	1,44	1,61	6,49	0,30
XIII. Rheinprovinz	47,86	5,50	11,81	3,73	27,41	0,06	1,74	0,82	0,85	9,09	0,86
XIV. Hohenzollernsche Lande	5,64	5,60	51,69	50,65	23,90	—	3,05	0,09	0,60	8,87	6,16

Volksvermehrung entsprechend, die noch immer neue Wohngebäude erfordert, ist der Anteil der städtischen Hypotheken an den Gesamtanlagen in Westfalen und dem Rheinlande am höchsten. Neben Ostpreußen (mehr als 10 %) ist der Personalkredit auf Schuldscheine, Wechsel und Faustpfänder noch

von Bedeutung in Westpreußen, wo sein Anteil 7,78 %, in Posen, wo er mehr als 7 % und schließlich in Hessen-Nassau, wo er 5 % ausmacht.

Von Interesse ist auch die verschiedene Verwendung der Einlagen bei den Arten der Sparkassen.

Von je 100 M Anlagen kamen in den Jahren 1914, 1913, 1912 und 1904

bei den

	städtischen ¹⁾				Landgemeinde- usw.				Kreis- und Amts-				Provinzial- und ständischen				Vereins- und Privat-			
auf	1914	1913	1912	1904	1914	1913	1912	1904	1914	1913	1912	1904	1914	1913	1912	1904	1914	1913	1912	1904
a) städtische Hypotheken	50,38	51,27	50,86	43,50	44,82	46,11	39,81	33,41	31,26	32,09	30,27	25,89	34,97	36,65	35,89	31,68	38,54	38,47	38,21	33,46
b) ländliche „	8,90	9,40	10,24	13,52	27,27	28,52	35,70	42,58	25,87	27,31	29,83	33,82	14,27	14,85	15,38	17,62	15,59	15,65	16,41	16,80
c) Inhaberpapiere	25,68	23,71	23,88	30,22	15,66	13,23	12,39	11,19	21,79	19,62	19,63	22,95	32,53	31,47	31,10	36,56	27,49	23,80	24,40	28,51
d) Schuldscheine ohne Bürgschaft	0,06	0,06	0,06	0,09	0,31	0,27	0,28	0,30	0,22	0,20	0,25	0,33	—	—	—	—	0,08	0,10	0,08	0,13
e) „ mit „	0,96	0,98	0,99	1,18	3,28	3,37	3,54	5,13	1,39	1,50	1,53	2,10	1,81	1,91	1,92	2,35	1,96	2,20	2,10	2,54
f) Wechsel	0,30	0,41	0,43	0,81	0,04	0,05	0,03	0,05	0,40	0,46	0,46	0,79	0,24	0,30	0,30	0,59	1,44	3,93	4,35	4,22
g) Faustpfänder (Lombard)	0,61	0,70	0,74	0,88	0,50	0,51	0,48	0,79	0,74	0,71	0,69	0,91	2,70	2,68	2,40	2,85	2,43	3,52	2,60	4,50
h) Anlagen bei Gemeinden, öffentl. Instituten und Korporationen	12,10	12,18	12,03	9,30	7,20	6,98	6,78	6,04	17,23	17,19	16,53	12,65	11,72	11,29	12,46	7,87	7,33	6,58	6,29	5,25
i) sonstige Anlagen	1,01	1,30	0,77	0,55	0,92	0,97	1,00	0,51	1,10	0,93	0,81	0,56	1,76	0,68	0,56	0,48	5,15	5,75	5,58	4,59

¹⁾ einschließlich der Sparkasse der „Kapital-Versicherungs-Anstalt“ in Hannover, für welche die Stadt Hannover die Garantie übernommen hat.

Da die auf Wohngrundstücke gegebenen Hypotheken wirtschaftlich als städtische Hypotheken angesehen werden, ist sowohl bei den städtischen als bei den Landgemeindesparkassen der Anlageanteil der städtischen Hypotheken außerordentlich groß. Von den Sparkassen sind auch in allererster Linie die der engeren Kommunalverbände berufen, die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses durch Hergabe von Hypotheken zu unterstützen. Das ständige Steigen des Anteils der Anlagen bei Gemeinden, öffentlichen Instituten und Korporationen bei den gesamten Sparkassen dürfte in den meisten Fällen ein Zeichen für das wachsende Kapitalbedürfnis der eigenen Garantieverbände sein, die gern auf die bequeme Geldquelle ihrer Sparkasse zurückgreifen. Im Gegensatz hierzu erklären sich die hohen Werte der gleichen Anlagen bei den Kreis- und Amts- sowie in noch höherem Maße bei den Provinzial- und ständischen Sparkassen zum Teil aus den Darlehen, die sie den kleineren Kommunalverbänden oder Körperschaften angehörenden Gemeinden gegeben haben. Die Vereins- und Privat-Sparkassen zeigen im Laufe der Jahre eine so geringe Verschiebung in den Anteilen der einzelnen Anlagearten, weil die Zunahme ihrer Einlagen verhältnismäßig gering ist und sie daher nur in beschränktem Maße neues Geld ausleihen können. Bemerkenswert ist, daß sie neben den provinziellen und ständischen Sparkassen noch am meisten Interesse dem Personalkredit zuwenden.

Im allgemeinen kann es nicht auffallen, daß die ländlichen Hypotheken in ihrem Anteil ständig zurückgehen. Werden doch hier nur selten neue beleihbare Werte geschaffen. Die für ländliche Hypotheken neu ausgegebenen Gelder dienen daher zu einem größeren Teil auch der Ablösung der von privater Seite gegebenen erststelligen Hypothekendarlehen. In einzelnen Fällen wird auch eine ländliche Hypothek in ihrem Betrage erhöht, weil sich inzwischen der Wert des Grundstücks wesentlich gehoben hat. Daß aber der Rückgang im Anteil der ländlichen Hypotheken noch einen anderen Grund haben kann, zeigt die folgende Zusammenstellung.

Es betrug nach der Tabelle „m“ auf Seite 54 und 55 über die Anlegung von Sparkassengeldern in Hypotheken die Verzinsung

	zu 3 v. H. und weniger	zwischen 3 und 4 v. H.	zu 4 v. H.	zwischen 4 und 5 v. H.	zu 5 v. H.	über 5 v. H.
bei den städtischen:						
1914 ..	4,25	72,07	879,02	5 117,18	101,79	4,99 Mill. M.,
oder ..	0,07	1,17	14,23	82,81	1,65	0,08 v. H.,
1913 ..	4,34	80,83	1 109,77	4 621,66	89,03	1,56 Mill. M.,
oder ..	0,07	1,37	18,79	78,24	1,51	0,03 v. H.,
1912 ..	4,40	86,49	1 413,62	3 902,03	36,44	1,77 Mill. M.,
oder ..	0,08	1,59	25,96	71,67	0,67	0,03 v. H.,
1911 ..	3,98	97,70	1 437,05	3 364,11	69,91	0,40 Mill. M.,
oder ..	0,08	1,96	28,90	67,65	1,41	0,01 v. H.,
1910 ..	4,34	107,73	1 404,48	3 038,21	30,89	0,64 Mill. M.,
oder ..	0,11	2,35	30,62	66,24	0,67	0,01 v. H.,
1909 ..	4,00	116,84	1 227,86	2 837,07	36,87	1,06 Mill. M.,
oder ..	0,09	2,77	29,07	67,17	0,87	0,03 v. H.,
1908 ..	3,89	135,18	1 142,39	2 571,03	59,58	1,78 Mill. M.,
oder ..	0,10	3,45	29,19	65,69	1,52	0,05 v. H.,
bei den ländlichen:						
1914 ..	1,69	113,72	585,92	1 621,92	49,53	1,44 Mill. M.,
oder ..	0,07	4,79	24,68	68,81	2,09	0,06 v. H.,
1913 ..	1,60	119,22	775,69	1 398,09	43,42	1,45 Mill. M.,
oder ..	0,07	5,10	33,16	59,76	1,86	0,06 v. H.,
1912 ..	1,79	160,94	999,62	1 263,56	37,13	0,91 Mill. M.,
oder ..	0,07	6,53	40,57	51,28	1,51	0,04 v. H.,
1911 ..	1,41	168,98	1 007,07	1 237,68	31,46	0,16 Mill. M.,
oder ..	0,06	6,90	41,16	50,59	1,29	0,01 v. H.,
1910 ..	1,45	157,49	962,88	1 151,86	29,61	0,06 Mill. M.,
oder ..	0,06	6,84	41,80	50,01	1,29	0,003 v. H.,
1909 ..	1,94	160,30	772,54	1 212,16	29,44	0,08 Mill. M.,
oder ..	0,09	7,37	35,50	55,69	1,35	0,003 v. H.,
1908 ..	1,75	183,05	701,89	1 157,82	31,08	0,34 Mill. M.,
oder ..	0,08	8,82	33,81	55,77	1,50	0,02 v. H.,

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die städtischen Hypotheken im allgemeinen wesentlich höhere Zinsen abwerfen als die ländlichen. Zu 4 vom Hundert waren bei den städtischen Hypotheken nur 14,23, zu über 4 bis unter 5 vom Hundert aber 82,81 % der städtischen Hypotheken untergebracht; dagegen waren bei den ländlichen zu dem ersten Zinssatz 24,68 und zu dem zweiten 68,31 % der Hypotheken begeben. Wie stark der Zinssatz während der beiden letzten Jahre angezogen hat, sieht man aus dem Steigen der zu den höheren Zinssätzen untergebrachten Hypotheken. Besonders bemerkbar macht sich dies bei den Beleihungen der ländlichen Grundstücke. Hier ist der Anteil der zu 4 vom Hundert ausgegebenen Hypotheken von 1912 auf 1914 von 40,57 auf 24,68 % gesunken, während in der gleichen Zeit der Anteil der nächst höheren Verzinsungsklasse von 51,28 auf 68,31 % gestiegen ist. Ein genaueres Bild über die Anlegung von Sparkassengeldern in Hypotheken unter Berücksichtigung der Zinsverhältnisse für den Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke gibt die bereits zuvor erwähnte Tabelle „m“.

Die Anlage in Inhaberpapieren ist in allen Landesteilen verhältnismäßig gering. Besonders niedrig ist der Anteil der Effekten an dem gesamten Anlagebestande auch jetzt noch in den Provinzen Schleswig-Holstein mit 10,08 % und Westfalen mit 15,35 %. In allen übrigen Landesteilen, mit Ausnahme von Berlin, bewegt sich der Anteil zwischen 18,93 (Hannover) und 33,56 % (Schlesien). In Berlin bezifferte sich die Prozentzahl auf 62,76. Der hier vorhandene hohe Bestand an Inhaberpapieren ist vornehmlich durch die geringe Anlage der Sparkasseneinlagen in städtischen Hypotheken und noch mehr in Darlehen bei öffentlichen Instituten und Korporationen zu erklären. In der Reichshauptstadt ist in noch größerem Umfange als in den übrigen Provinzen durch die Hypothekenbanken und die Versicherungs-Gesellschaften für eine Befriedigung des mündelsicheren Hypothekenkredits gesorgt. Auch ist bei der Höhe der städtischen Beleihungsobjekte in den meisten Fällen die Grenze, die der Sparkasse für die Begebung von Hypotheken gezogen ist, zu niedrig, als daß die Privaten mit Erfolg aus der Beleihung ihrer Grundstücke von der Sparkasse Nutzen ziehen könnten. Die Anlage bei öffentlichen Instituten und Korporationen beträgt im Stadtkreis Berlin nur 5,94 %. Die Geringfügigkeit dieser Summe erklärt sich daraus, daß die Sparkasse nicht unmittelbar ihrem Garantieverbände Darlehen bewilligt hat, sondern, daß sie von der Stadt Berlin ausgegebene Inhaberpapiere angekauft hat, die nicht unter Anlagen bei Korporationen, sondern unter Inhaberpapieren nachgewiesen werden.

Von besonderem Interesse ist die Beteiligung der Sparkassen an der ersten Kriegsanleihe in den einzelnen Regierungsbezirken, worüber die Übersicht hierzu auf Seite 56 (links) Auskunft gibt.

Für eigene Rechnung haben danach die öffentlichen Sparkassen 2,5 % ihres Einlagebestandes in der ersten Kriegsanleihe angelegt. Am stärksten ist die prozentuale Beteiligung im Stadtkreise Berlin mit 5,5 %. Über 4 % weisen außerdem nur noch die Regierungsbezirke Cöln mit 4,4 % und Aachen mit 4,3 % auf. Außerordentlich niedrige prozentuale Beteiligungsziffern zeigt der von den Russen überflutete Regierungsbezirk Gumbinnen mit 0,04, der ebenfalls heimgesuchte Regierungsbezirk Allenstein mit 0,7, ferner Stralsund mit 0,3 und schließlich Sigmaringen mit 0,8.

Rechnet man die Beteiligung der Sparkassen selbst und ihrer Sparer zusammen und setzt man diese Summe in ein Ver-

[Fortsetzung des Textes auf Seite 56.]

Anlegung von Sparkassengeldern in Hypotheken auf städtische bzw. ländliche Grundstücke

(Tab. m.)	Staat. Provinzen. Regierungsbezirke. Arten der Sparkassen.	Zinsbar angelegtes Vermögen der Sparkassen überhaupt <i>M</i> <i>Pf</i>	V o n d e m V e r m ö g e n											
			in Hypotheken								städtischen			
			überhaupt <i>M</i> <i>Pf</i>	in Hun- dert- teilen von Spalte 2	davon auf		in Hun- dert- teilen von Spalte 2	ländliche Grundstücke <i>M</i> <i>Pf</i>	in Hun- dert- teilen von Spalte 2	3 % und darunter		zwischen 3 und 4 %		
					städtische Grundstücke <i>M</i> <i>Pf</i>	<i>M</i> <i>Pf</i>				<i>M</i> <i>Pf</i>	<i>M</i> <i>Pf</i>	<i>M</i> <i>Pf</i>	<i>M</i> <i>Pf</i>	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12			
A. Staat														
B. Provinzen.														
I. Ostpreußen	268 756 971 56	156 265 437 16	58,14	111 632 899 55	41,54	44 632 537 61	16,61	—	—	1 394 665 49				
II. Westpreußen	296 052 984 36	141 875 775 59	47,92	94 564 974 44	31,94	47 310 801 15	15,98	—	—	283 464 05				
III. Stadtkreis Berlin	390 045 740 57	109 492 970 00	28,07	109 492 970 00	28,07	—	—	—	—	757 000 00				
IV. Brandenburg	1 365 244 315 47	588 703 206 78	43,12	428 217 515 70	31,37	160 485 691 08	11,76	263 993 55	39 100 685 14					
V. Pommern	712 968 361 02	413 801 671 03	58,04	254 483 955 46	35,69	159 317 715 57	22,35	50 000 00	709 964 68					
VI. Posen	306 043 928 45	161 944 528 70	52,92	117 724 476 79	38,47	44 220 051 91	14,45	63 000 00	313 478 84					
VII. Schlesien	1 141 834 342 12	568 624 302 30	49,80	423 126 804 90	37,06	145 497 497 40	12,74	1 284 770 00	6 643 867 99					
VIII. Sachsen	1 216 343 700 02	651 696 609 03	53,58	389 669 661 48	32,04	262 026 947 55	21,54	57 394 00	2 578 377 58					
IX. Schleswig-Holstein	944 908 316 24	680 687 439 45	72,01	394 721 387 37	41,77	285 966 052 08	30,26	242 985 93	408 881 13					
X. Hannover	1 666 537 127 98	1 022 608 742 34	61,36	473 349 581 82	28,40	549 259 160 52	32,96	3 575 95	11 468 323 32					
XI. Westfalen	2 425 834 426 80	1 758 965 609 55	72,51	1 408 295 633 00	58,05	350 669 976 55	14,46	1 194 090 73	980 775 43					
XII. Hessen-Nassau	708 303 452 46	418 567 511 73	59,09	295 452 026 68	41,71	123 115 485 05	17,38	—	2 316 862 21					
XIII. Rheinprovinz	3 054 833 724 00	1 868 627 516 31	61,17	1 676 522 752 87	54,88	192 104 763 44	6,29	1 087 912 04	5 112 935 94					
XIV. Hohenzoll. Lande	23 760 592 65	11 651 111 64	49,01	2 045 939 57	8,61	9 605 172 07	40,42	—	—	—				
C. Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	151 623 741 28	81 975 312 22	54,06	60 976 684 93	40,22	20 998 627 29	13,85	—	—	1 217 650 00				
2. Gumbinnen	58 083 225 14	37 425 011 91	64,43	24 037 032 80	41,38	13 387 979 11	23,05	—	—	101 400 00				
3. Allenstein	59 050 005 14	36 865 113 03	62,43	26 619 181 82	45,08	10 245 931 21	17,35	—	—	75 615 49				
4. Danzig	144 256 181 55	56 597 646 58	39,23	35 883 447 46	24,87	20 714 199 12	14,38	—	—	269 364 05				
5. Marienwerder	151 796 802 81	85 278 129 01	56,18	58 681 526 98	38,66	26 596 602 03	17,52	—	—	14 100 00				
6. Stadtkreis Berlin	390 045 740 57	109 492 970 00	28,07	109 492 970 00	28,07	—	—	—	—	757 000 00				
7. Potsdam	841 202 547 96	326 986 848 00	38,87	251 550 554 90	29,90	75 436 293 10	8,97	115 993 55	15 051 698 06					
8. Frankfurt	524 041 767 51	261 716 358 78	49,94	176 666 960 80	33,71	85 049 397 98	16,23	148 000 00	24 048 987 08					
9. Stettin	367 438 920 12	209 336 108 88	56,97	140 623 166 68	38,27	68 712 942 20	18,70	46 000 00	274 337 60					
10. Köslin	279 098 208 63	169 500 470 71	60,73	86 500 744 87	30,99	82 999 725 84	29,74	4 000 00	405 627 08					
11. Stralsund	66 431 232 27	34 965 091 44	52,63	27 360 043 91	41,19	7 605 047 53	11,45	—	30 000 00					
12. Posen	184 917 698 38	98 701 739 44	53,38	71 581 578 71	38,71	27 120 160 73	14,67	3 000 00	118 591 72					
13. Bromberg	121 126 230 07	63 242 789 26	52,21	46 142 898 08	38,09	17 099 891 18	14,12	60 000 00	194 887 12					
14. Breslau	429 698 292 95	208 299 749 78	48,48	163 118 184 49	37,96	45 181 565 29	10,51	47 500 00	3 290 666 03					
15. Liegnitz	419 930 071 22	182 587 507 79	43,48	143 461 488 21	34,16	39 126 019 58	9,32	937 270 00	3 027 294 73					
16. Oppeln	292 205 977 95	177 737 044 73	60,83	116 547 132 20	39,89	61 189 912 53	20,94	300 000 00	325 907 23					
17. Magdeburg	430 838 569 77	215 051 820 35	49,91	145 534 156 47	33,78	69 517 663 88	16,14	—	1 174 910 93					
18. Merseburg	593 784 014 23	337 107 291 03	56,77	181 612 390 58	30,59	155 494 900 45	26,19	57 394 00	1 263 529 01					
19. Erfurt	191 721 116 02	99 537 497 65	51,92	62 523 114 43	32,61	37 014 383 22	19,31	—	139 937 64					
20. Schleswig	944 908 316 24	680 687 439 45	72,01	394 721 387 37	41,77	285 966 052 08	30,26	242 985 93	408 881 13					
21. Hannover	408 052 483 14	232 175 361 98	56,90	131 297 434 03	32,18	100 877 927 95	24,72	—	3 444 724 91					
22. Hildesheim	325 478 166 47	203 135 737 02	62,41	104 666 775 62	32,16	98 468 961 40	30,25	—	4 393 073 59					
23. Lüneburg	391 409 893 10	259 849 166 55	66,39	86 438 122 75	22,08	173 411 043 80	44,30	3 575 95	155 403 41					
24. Stade	255 417 143 50	170 477 668 06	66,74	74 969 943 36	29,35	95 507 724 70	37,39	—	145 750 51					
25. Osnabrück	187 674 022 41	105 959 260 82	56,45	54 261 019 28	28,91	51 698 241 54	27,54	—	2 977 220 50					
26. Aurich	98 505 419 36	51 011 547 91	51,79	21 716 286 78	22,05	29 295 261 13	29,74	—	352 150 40					
27. Münster	587 479 290 94	423 320 358 09	72,06	351 465 631 43	59,83	71 854 726 66	12,23	956 335 83	501 468 12					
28. Minden	410 992 203 32	257 469 248 34	62,65	163 508 031 32	39,78	93 961 217 02	22,86	—	130 034 18					
29. Arnsberg	1 427 362 932 54	1 078 176 003 12	75,54	893 321 970 25	62,59	184 854 032 87	12,98	237 754 90	349 273 13					
30. Cassel	317 336 253 85	177 369 697 14	55,89	83 811 159 89	26,41	93 558 537 25	29,48	—	241 763 21					
31. Wiesbaden	390 967 198 61	241 197 814 59	61,69	211 640 866 79	54,13	29 556 947 80	7,56	—	2 075 099 00					
32. Coblenz	233 894 760 16	137 300 483 52	58,70	105 174 487 55	44,97	32 125 995 97	13,74	318 543 27	240 794 26					
33. Düsseldorf	1 710 585 566 49	1 147 041 818 85	67,06	1 078 564 971 31	63,05	68 476 847 54	4,00	221 239 37	3 433 390 75					
34. Köln	562 680 193 50	310 568 289 26	55,19	271 080 947 53	48,18	39 487 341 73	7,02	—	1 001 930 50					
35. Trier	247 697 955 63	142 540 147 47	57,55	109 129 233 82	44,06	33 410 913 65	13,49	175 952 00	203 469 34					
36. Aachen	299 975 248 22	131 176 777 21	43,73	112 573 112 66	37,58	18 603 664 55	6,20	372 177 40	233 351 09					
37. Sigmaringen	23 760 592 65	11 651 111 64	49,01	2 045 939 57	8,61	9 605 172 07	40,42	—	—	—				
Arten der Sparkassen.														
1. Städtische Sparkassen	7 507 628 577 89	4 450 869 556 37	59,28	3 782 626 729 46	50,38	668 242 826 91	8,90	2 964 873 52	35 830 280 09					
2. Landgem.- usw. Spark.	1 018 742 915 95	734 453 312 75	72,09	456 592 060 33	44,82	277 861 252 42	27,27	168 530 55	407 751 41					
3. Kreis- und Amts-Spark.	4 859 839 255 58	2 776 269 348 30	57,13	1 519 052 201 00	31,26	1 257 217 147 30	25,87	701 840 73	11 924 471 30					
4. Provinz- u. ständ. Spark.	461 993 046 33	227 516 995 28	49,25	161 574 187 86	34,97	65 942 807 42	14,27	—	21 719 541 65					
5. Vereins- u. Privat-Spark.	673 264 187 95	364 403 218 91	54,12	259 455 400 98	38,54	104 947 817 93	15,59	412 477 40	2 187 237 35					
Summe	14 521 467 983 70	8 553 512 431 61	58,90	6 179 300 579 63	42,55	2 374 211 851 98	16,35	4 247 722 20	72 069 281 80					

der Sparkassen sind zinsbar angelegt

und zwar von den

(Spalte 5) zu einem Zinsfuß von

ländlichen (Spalte 7) zu einem Zinsfuße von

Digitized by Google

hältnis zu dem Bestande der Einlagen, so war die Beteiligung am stärksten im Regierungsbezirk Aurich (10,8); 8 % und mehr haben außerdem noch die Regierungsbezirke Danzig (9,2), Bromberg (8), Köln (9,3) und Aachen (9,2) aufzuweisen. Auch die übrigen Ziffern zeigen, daß die Beteiligung an der ersten Kriegsanleihe bei den Sparkassen der Grenz-Regierungsbezirke ganz besonders stark war. Der Wunsch, auch die finanzielle Rüstung des Reiches nach Kräften zu unterstützen, war anscheinend hier in folge der näheren Kriegsgefahr größer als in den meisten übrigen Teilen der Monarchie.

Regierungs- bezirke.	Betrag der Ein- lagen der öffent- lichen Sparkassen am Schlusse des Rechnungs- jahres 1914 Mill. M	Es wurden bei den öffentlichen Spar- kassen auf die erste Kriegsanleihe gezeichnet					
		für eigene Rechnung der Sparkassen		für Rechnung der Sparer		insgesamt	
Staat.		über- haupt Mill. M	v. H. der Ein- lagen	über- haupt Mill. M	v. H. der Ein- lagen	über- haupt Mill. M	v. H. der Ein- lagen
1. Königsberg .	141,1	3,6	2,6	2,1	1,5	5,7	4,1
2. Gumbinnen .	54,5	0,02	0,04	0,1	0,2	0,1	0,2
3. Allenstein .	54,3	0,4	0,7	0,2	0,5	0,6	1,2
4. Danzig . . .	110,5	4,0	3,6	6,2	5,6	10,2	9,2
5. Marienwerder	142,5	4,6	3,2	6,6	4,7	11,2	7,9
6. Stadtkr. Berlin	362,8	20,0	5,5	5,0	1,4	25,0	6,9
7. Potsdam . .	776,8	19,4	2,5	41,8	5,4	61,2	7,9
8. Frankfurt . .	486,5	13,9	2,9	16,3	3,3	30,2	6,2
9. Stettin . . .	342,7	4,7	1,4	16,5	4,8	21,2	6,2
10. Köslin . . .	258,8	3,7	1,4	7,5	2,9	11,2	4,3
11. Stralsund . .	62,8	0,3	0,5	2,0	3,2	2,3	3,6
12. Posen . . .	175,1	5,5	3,1	7,7	4,4	13,2	7,6
13. Bromberg .	113,4	3,1	2,8	6,0	5,3	9,1	8,0
14. Breslau . .	398,2	7,5	1,9	11,9	3,0	19,4	4,9
15. Liegnitz . .	391,3	8,2	2,1	10,5	2,7	18,7	4,8
16. Oppeln . . .	273,0	7,8	2,8	5,1	1,9	12,9	4,7
17. Magdeburg .	399,5	13,0	3,3	13,2	3,3	26,2	6,6
18. Merseburg .	549,8	17,6	3,2	21,0	3,8	38,6	7,0
19. Erfurt . . .	183,9	4,7	2,6	6,5	3,5	11,2	6,1
20. Schleswig .	624,9	15,8	2,5	20,2	3,2	36,0	5,8
21. Hannover .	399,6	6,4	1,6	13,4	3,3	19,8	5,0
22. Hildesheim .	304,5	4,7	1,6	6,0	2,0	10,7	3,5
23. Lüneburg .	366,0	5,2	1,4	6,4	1,7	11,6	3,2
24. Stade . . .	244,3	3,3	1,3	3,4	1,4	6,7	2,7
25. Osnabrück .	180,2	2,4	1,4	1,8	1,0	4,2	2,3
26. Aurich . . .	93,7	2,3	2,4	7,7	8,2	10,0	10,6
27. Münster . .	547,8	12,0	2,2	13,8	2,5	25,8	4,7
28. Minden . .	394,5	8,1	2,1	7,3	1,8	15,4	3,9
29. Arnberg . .	1 330,8	19,0	1,4	46,6	3,5	65,6	4,9
30. Cassel . . .	303,5	6,5	2,1	6,6	2,2	13,1	4,3
31. Wiesbaden .	235,3	4,7	2,0	12,0	5,1	16,7	7,1
32. Coblenz . .	219,6	7,8	3,5	7,5	3,4	15,3	7,0
33. Düsseldorf .	1 575,7	43,3	2,7	67,7	4,3	111,0	7,0
34. Köln	529,9	23,2	4,4	26,3	5,0	49,5	9,3
35. Trier	234,4	8,5	3,6	7,6	3,3	16,1	6,9
36. Aachen . .	124,4	5,4	4,3	6,1	4,9	11,5	9,2
37. Sigmaringen	24,3	0,2	0,8	0,5	2,1	0,7	2,9
Staat ¹⁾ . .	13 011,2	320,8	2,5	447,2	3,4	768,0	5,9

Lange Jahre hindurch haben die Sparkassen an ihren Inhaberpapieren recht erhebliche Kursverluste zu beklagen gehabt. Im Jahre 1907 war dieser Kursverlust sogar auf

¹⁾ Die Unterschiede in der Dezimale zwischen den einzelnen Zahlen und den entsprechenden Summen sind durch Abrundung entstanden.

80 Millionen M gestiegen; noch etwas übertroffen wurde er im Jahre 1912, wo er 81,7 Millionen betrug. Auch noch im Jahre 1913 bezifferte er sich auf 45,8 Millionen; erst im Berichtsjahre ist es den Sparkassen seit 1903 wieder vergönnt worden, mit Ausnahme einer einzigen Unterbrechung, einen, wenn auch kleinen, Kursgewinn zu verzeichnen. Er beträgt 16,84 Millionen M und verteilt sich auf alle Landesteile mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin, der auch in diesem Jahre noch über 1 Million M an Kursverlusten abschreiben mußte. Die Kursverluste sind dargestellt in der Tabelle „n“ auf Seite 57.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, ist der Kursgewinn im Berichtsjahre der Hauptsache nach auf den besseren Kursstand der Effekten am 30. Juni 1914 gegenüber dem 31. Dezember 1913 zurückzuführen.

Bezeichnung der Effekten	Kursstand am		Kurs- diffe- renz	Kursstand am		Kurs- diffe- renz
	31. III. 1913	31. III. 1914		31. XII. 1912	31. XII. 1913	
Dtsch. Reichs.-Anl. 3 1/2 %	86,40	86,80	+0,20	88,50	85,20	-3,30
" " " 4 %	99,10	98,50	-0,60	100,00	97,90	-2,10
Preuß. kons. Anl. 3 1/2 %	86,40	86,40	±0,00	88,50	85,40	-3,10
" " " 4 %	99,30	98,50	-0,80	100,00	98,00	-2,00
Ostpreuß. Prov.-Anl. 3 1/2 %	85,00	83,30	-1,70	85,00	83,25	-1,75
" " " 4 %	96,00	94,25	-1,75	96,80	93,10	-3,70
Düsseldf. Stadt.-Anl. 3 1/2 %	85,90	87,25	+1,35	87,60	85,00	-2,60
" " " 4 %	96,25	95,25	-1,00	96,75	97,00	+0,25

Bezeichnung der Effekten	Kursstand am		Kurs- diffe- renz	Kursstand am		Kurs- diffe- renz
	31. III. 1914	30. VI. 1914		31. XII. 1913	30. VI. 1914	
Dtsch. Reichs.-Anl. 3 1/2 %	86,80	86,20	-0,40	85,20	86,20	+1,00
" " " 4 %	98,50	98,80	+0,30	97,90	98,80	+0,90
Preuß. kons. Anl. 3 1/2 %	86,40	86,20	-0,20	85,40	86,20	+0,80
" " " 4 %	98,50	98,90	+0,40	98,00	98,90	+0,90
Ostpreuß. Prov.-Anl. 3 1/2 %	83,30	83,90	+0,60	83,25	83,90	+0,65
" " " 4 %	94,25	93,80	-0,45	93,10	93,80	+0,70
Düsseldf. Stadt.-Anl. 3 1/2 %	87,25	88,10	+0,85	85,00	88,10	+3,10
" " " 4 %	95,25	95,50	+0,25	97,00	95,50	-1,50

Hiernach weichen die Kurse der einzelnen mündel-sicheren Anleihen an den verschiedenen wiedergegebenen Terminen erheblich von einander ab. Zwischen dem 31. Dezember 1912 und dem 31. Dezember 1913 läßt sich ein allgemeiner, zum Teil bedeutender Rückgang der Kurse mit einer einzigen Ausnahme feststellen; erst die letzte wiedergegebene Periode zeigt eine allgemeine Besserung, mit Ausnahme der Düsseldorfer Stadtanleihe, die eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen hatte.

Die Tilgungshypotheken haben wie seit mehreren Jahren auch im Jahre 1914 eine weitere Zunahme erfahren. Die Gesamtzunahme beträgt mehr als 121 Millionen M oder 7,28 %. Sie bleibt damit hinter der Zunahme des Jahres 1913, die sich auf 146 Millionen M oder 9,62 % bezifferte, zurück. Im Gegensatz zum vorigen Jahre haben diesmal die Tilgungshypotheken auf ländlichen Grundstücken stärker zugenommen als die auf städtischen Grundstücken. Die Bewegung der Hypotheken auf ländliche Grundstücke wird von dem Grundsatz der Tilgungshypothek in den Provinzen Posen, Hannover, Hessen-Nassau und den Hohenzollernschen Landen beherrscht. In dem letztgenannten Landesteil umfaßt sie über 98 % des gesamten Hypothekenbestandes. Die städtische Tilgungshypothek wird außer in den Hohenzollernschen Landen noch besonders eifrig in der Provinz Posen und in der Provinz Hessen-Nassau gepflegt. Auch in Pommern scheint man sich ihr mit besonderer Vorliebe zuzuwenden. Hier ist der Anteil der städtischen Tilgungshypotheken von 6,83 auf 9,48 % gestiegen.

Übersicht über die Kursverluste usw. der öffentlichen Sparkassen Preußens in den Jahren 1895 bis 1914.

(Tab. n.)		Verzins- lich angelegtes Vermögen in 1 000 M.	Bilanz- wert der Inhaber- papiere bei Ab- schluß des Vorjahres in 1 000 M.	Zuwachs des An- kaufs- werts von Inhaber- papieren i. laufen- den Jahre ²⁾ in 1 000 M.	Summe der Spalten 3 und 4 in 1 000 M.	Bilanz- wert der Inhaber- papiere bei Ab- schluß des laufenden Jahres in 1 000 M.	Kursverlust (—) oder Kursgewinn (+) nach den Spalten 5 und 6			Zuwachs des zins- bar an- gelegten Ver- mögens in 1 000 M.	Vom Garan- tie- verband ver- wendete Über- schüsse in 1 000 M.	Bestand des Reserve- fonds in 1 000 M.	Zuwachs oder Ab- gang des Reserve- fonds gegen das Vorjahr in 1 000 M.				
Provinzen. Staat.	in 1 000 M.						in 1 000 M.	in 1 000 M.	in 1 000 M.					in 1 000 M.	in 1 000 M.	in Hundert- teilen von Spalte	
																2	5
Provinzen 1914.																	
I. Ostpreußen . . .	268 757	55 344	4 559	59 903	60 377	+	474	+ 0,18	+ 0,79	13 001	844	12 878	+	891			
II. Westpreußen . .	266 515	54 232	11 055	65 287	65 656	+	369	+ 0,14	+ 0,57	22 278	376	11 787	+	1 639			
III. Stadtkreis Berlin	378 060	246 897	— 879	246 018	244 800	—	1 218	— 0,32	— 0,50	— 21 348	—	16 189	—	—			
IV. Brandenburg . . .	1 365 184	384 758	66 591	451 349	455 358	+	4 009	+ 0,29	+ 0,89	124 626	1 842	55 544	+	10 135			
V. Pommern	712 968	144 862	19 988	164 850	166 704	+	1 854	+ 0,26	+ 1,12	41 440	1 447	32 141	+	2 910			
VI. Posen	306 044	63 737	11 680	75 417	75 510	+	93	+ 0,03	+ 0,12	20 758	492	13 390	+	1 093			
VII. Schlesien	1 138 942	343 111	38 137	381 248	383 086	+	1 838	+ 0,16	+ 0,48	61 072	3 359	67 560	+	5 969			
VIII. Sachsen	1 212 363	291 856	43 782	335 638	338 557	+	2 919	+ 0,24	+ 0,87	74 614	3 529	67 976	+	5 498			
IX. Schlesw.-Holstein	659 806	40 929	24 113	65 042	65 206	+	164	+ 0,02	+ 0,25	51 804	1 008	32 749	+	2 656			
X. Hannover	1 655 662	270 671	38 806	309 477	311 822	+	2 345	+ 0,14	+ 0,76	87 793	2 241	64 470	+	2 379			
XI. Westfalen	2 424 447	287 388	83 903	371 291	372 379	+	1 088	+ 0,04	+ 0,29	169 563	5 650	122 505	+	7 698			
XII. Hessen-Nassau . .	574 587	104 711	13 750	118 461	119 350	+	889	+ 0,15	+ 0,75	39 626	843	24 060	+	1 841			
XIII. Rheinprovinz . .	2 861 109	519 214	110 647	629 861	631 800	+	1 939	+ 0,07	+ 0,31	226 035	5 402	119 461	+	10 824			
XIV. Hohenzoll. Lande	23 760	5 752	421	6 173	6 251	+	78	+ 0,33	+ 1,28	1 585	50	1 106	—	38			
Staat	1914 . . .	13 848 204	2 813 462	466 553	3 280 015	3 296 856	+	16 841	+ 0,12	+ 0,51	912 847	27 083	641 816	+	53 495		
	1913 . . .	12 935 357	2 674 142	185 095	2 859 237	2 813 462	—	45 775	— 0,35	— 1,60	654 517	23 990	588 321	+	3 798		
	1912 . . .	12 280 840	2 667 462	88 373	2 755 835	2 674 142	—	81 693	— 0,67	— 2,96	669 102	25 600	584 523	—	24 169		
	1911 . . .	11 611 738	2 582 443	123 385	2 705 828	2 667 462	—	38 366	— 0,33	— 1,42	657 874	24 937	608 692	+	12 221		
	1910 . . .	10 953 864	2 445 533	144 851	2 590 384	2 582 443	—	7 941	— 0,07	— 0,31	797 638	23 613	596 471	+	35 433		
	1909 ¹⁾ . . .	10 156 226	2 239 722	220 251	2 459 973	2 445 533	—	14 440	— 0,14	— 0,59	741 825	21 916	561 038	+	25 744		
	1908 . . .	9 414 401	2 118 833	84 311	2 203 144	2 239 722	+	36 578	+ 0,39	+ 1,66	497 993	18 945	535 294	+	63 337		
	1907 . . .	8 916 408	2 164 091	34 909	2 199 000	2 118 833	—	80 167	— 0,30	— 3,65	310 787	17 413	471 957	—	32 321		
	1906 . . .	8 605 621	2 126 144	87 797	2 213 941	2 164 091	—	49 850	— 0,58	— 2,25	481 767	20 889	504 278	—	6 089		
	1905 . . .	8 123 854	2 032 836	102 269	2 135 105	2 126 144	—	8 961	— 0,11	— 0,42	538 353	18 831	510 367	+	26 205		
	1904 . . .	7 585 501	1 909 556	126 419	2 035 975	2 032 836	—	3 139	— 0,04	— 0,15	543 468	17 914	484 162	+	27 864		
	1903 . . .	7 042 033	1 749 938	162 587	1 912 525	1 909 556	—	2 969	— 0,04	— 0,16	511 841	18 025	456 298	+	28 058		
	1902 . . .	6 530 192	1 590 529	145 735	1 736 264	1 749 938	+	13 674	+ 0,21	+ 0,79	501 506	16 271	428 240	+	36 655		
	1901 . . .	6 028 686	1 435 571	115 949	1 551 520	1 590 529	+	39 009	+ 0,65	+ 2,51	536 312	12 152	391 585	+	54 519		
	1900 . . .	5 492 374	1 417 531	17 355	1 434 886	1 435 571	+	685	+ 0,01	+ 0,06	295 713	8 318	337 066	+	26 193		
	1899 . . .	5 196 661	1 420 999	42 687	1 463 686	1 471 531	—	46 155	— 0,89	— 3,15	291 898	10 422	310 873	—	13 278		
1898 . . .	4 904 763	1 399 421	36 992	1 436 413	1 420 999	—	15 414	— 0,31	— 1,07	304 427	11 705	324 151	+	10 087			
1897 . . .	4 600 336	1 348 077	50 014	1 398 091	1 399 421	+	1 330	+ 0,03	+ 0,10	300 086	11 789	314 064	+	20 207			
1896 . . .	4 300 250	1 247 311	108 989	1 356 300	1 348 077	—	8 223	— 0,19	— 0,61	295 318	11 464	293 857	+	14 917			
1895 . . .	4 004 932	1 095 077	153 199	1 248 276	1 247 311	—	965	— 0,02	— 0,08	342 921	11 302	278 940	+	18 931			

¹⁾ Wegen Vergleichbarkeit mit dem Jahre 1910 ist für die Jahre 1909—1895 die Sparkasse der Kapital-Versicherungs-Anstalt zu Hannover, die in den bisherigen Veröffentlichungen unter den Privat-Sparkassen aufgeführt war, als öffentliche Sparkasse mitgezählt worden. — ²⁾ ermittelt aus dem Bestande des Ankaufswertes der Inhaberpapiere des Berichtsjahres und demjenigen des Vorjahres.

Es waren im ganzen bei den Sparkassen vorhanden:

Tilgungshypotheken (für städtische und ländliche Grundstücke zusammen) im Betrage von			Die Zunahme betrug im Jahre 1914 über- haupt in Hun- dert- Mill. M.		Die Tilgungshypotheken betrugen in Hundertteilen der gesamten hypothekarischen Anlage		bei den Hypotheken auf überhaupt städtische ländliche Grundstücke				Der Unterschied in der Zu- nahme (+) bzw. Abnahme (—) des in Hundertteilen der hypo- thekarischen Gesamtanlage ausgedrückten Tilgungs- bestandes betrug daher im Jahre 1914 bei den					
1913			1914				1913 1914		1913 1914		1913 1914					
im Staate . . .			1 662 996 352,93	M 1 784 003 151,07	M	121,01	7,28	20,17	20,86	16,91	17,64	28,38	29,24	+ 0,69	+ 0,73	+ 0,86
in den Provinzen																
Ostprenßen	33 312 486,45	„	35 671 120,43	„		2,36	7,08	21,72	22,83	19,30	20,63	27,81	28,33	+ 1,11	+ 1,33	+ 0,52
Westprenßen	31 841 926,02	„	33 941 944,96	„		2,10	6,60	23,05	23,92	19,25	20,32	30,51	31,13	+ 0,87	+ 1,07	+ 0,62
Stadtkreis Berlin . .	—		—			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	72 114 893,18	„	75 639 277,48	„		3,52	4,89	12,90	12,85	6,76	6,71	28,89	29,22	— 0,05	— 0,05	+ 0,33
Pommern	46 386 732,17	„	59 372 071,26	„		19,99	27,99	11,48	14,35	6,88	9,48	18,73	22,12	+ 2,87	+ 2,65	+ 3,39
Posen	89 521 307,08	„	93 390 302,59	„		3,87	4,32	56,70	57,67	52,62	53,54	67,40	68,65	+ 0,97	+ 0,92	+ 1,25
Schlesien	63 791 441,73	„	66 821 123,97	„		3,03	4,75	11,60	11,75	7,36	7,26	23,86	24,52	+ 0,15	+ 0,00	+ 0,96
Sachsen	57 037 395,33	„	61 459 323,59	„		4,42	7,75	9,00	9,48	6,32	6,97	12,85	13,09	+ 0,43	+ 0,65	+ 0,24
Schleswig-Holstein . .	5 609 524,24	„	6 958 569,97	„		1,35	24,05	0,85	1,02	1,14	1,44	0,47	0,44	+ 0,17	+ 0,30	— 0,03
Hannover	316 724 936,40	„	333 732 945,62	„		17,01	5,37	32,01	32,64	17,53	17,68	44,57	45,53	+ 0,63	+ 0,15	+ 0,96
Westfalen	296 793 439,83	„	326 853 890,92	„		30,06	10,13	17,56	18,58	18,19	19,36	15,19	15,45	+ 1,02	+ 1,17	+ 0,26
Hessen-Nassau	212 859 402,98	„	220 101 549,50	„		7,24	3,40	52,13	52,58	41,23	41,76	78,21	78,55	+ 0,45	+ 0,53	+ 0,34
Rheinprovinz	426 143 159,47	„	458 574 874,11	„		32,43	7,61	23,66	24,54	22,03	23,01	36,98	37,87	+ 0,88	+ 0,98	+ 0,89
Hohenzoll. Lande . .	10 859 708,11	„	11 486 156,67	„		0,63	5,77	98,60	98,58	98,34	98,33	98,66	98,64	— 0,02	— 0,01	— 0,02
bei den Arten der Sparkassen und zwar bei den																
städtischen Sparkassen	497 031 665,63	M	561 206 907,14	M		64,17	12,91	11,70	12,61	11,15	12,01	14,70	16,01	+ 0,91	+ 0,86	+ 1,31
Landgem.- usw. Spark.	180 335 531,78	„	174 654 612,30	„		— 5,68	— 3,15	24,70	23,78	29,42	28,53	17,08	15,98	— 0,92	— 0,89	— 1,10
Kreis- und Amts- „	856 454 673,47	„	917 551 632,61	„		61,10	7,13	31,95	33,05	26,08	27,39	38,84	39,88	+ 1,10	+ 1,31	+ 1,04
Provinz.- u. ständ. „	122 290 530,89	„	123 576 251,94	„		1,29	1,05	54,11	54,32	52,39	52,45	58,37	58,88	+ 0,21	+ 0,06	+ 0,51
Vereins- u. Privat- „	6 883 951,14	„	7 013 747,08	„		0,13	1,89	1,91	1,92	1,64	1,69	2,58	2,51	+ 0,01	+ 0,05	— 0,07

Nachweisung über die Verteilung der Sparkassen, die im Jahre 1914 75 und mehr Hundertteile ihres zinsbar angelegten Vermögens in Hypotheken angelegt hatten*).

(Tab. o.)		Anzahl der																															
Staat.	Provinzen.	städtischen Sparkassen						Landgemeinde- usw. Sparkassen					Kreis- und Amts- Sparkassen					Vereins- und Privat- Sparkassen					Sparkassen überhaupt										
		die mehr als drei Viertel ihres zinsbaren Vermögens in Hypotheken angelegt hatten																															
		überhaupt	und zwar					überhaupt	und zwar					überhaupt	und zwar					überhaupt	und zwar					überhaupt	und zwar						
			75 bis 80	80 bis 85	85 bis 90	90 bis 95	95 bis 100		75 bis 80	80 bis 85	85 bis 90	90 bis 95	95 bis 100		75 bis 80	80 bis 85	85 bis 90	90 bis 95	95 bis 100		75 bis 80	80 bis 85	85 bis 90	90 bis 95	95 bis 100		75 bis 80	80 bis 85	85 bis 90	90 bis 95	95 bis 100		
		Hundertteile					Hundertteile					Hundertteile					Hundertteile					Hundertteile					Hundertteile						
I		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31		
A. Staat . . .		142	70	51	17	4	—	102	51	36	12	2	1	70	36	17	13	3	1	53	16	22	10	4	1	367	173	126	52	13	3		
B. Provinzen.																																	
I. Ostpreußen .		4	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	1	—	—	—	—	
II. Westpreußen		7	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	9	3	2	3	1	—	—	
III. Stadtkr. Berlin		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
IV. Brandenburg		2	—	—	2	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	4	—	—	3	—	—	1	
V. Pommern . .		15	8	6	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	8	6	—	—	—	—	—	
VI. Posen		2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	—	—	—	—	—	
VII. Schlesien . .		9	3	5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	4	6	1	—	—	—	
VIII. Sachsen . .		19	6	7	5	1	—	1	—	1	—	—	—	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	22	7	9	5	1	—	—	—	
IX. Schlesw.-Hlsl		21	11	7	2	1	—	44	17	18	8	1	—	1	1	—	—	—	—	43	13	19	8	3	—	109	42	44	18	5	—	—	
X. Hannover . .		6	2	4	—	—	—	12	7	4	—	1	—	9	7	1	1	—	—	2	—	2	—	—	—	29	16	11	1	1	—	—	
XI. Westfalen . .		33	15	14	4	—	—	17	10	7	—	—	—	49	20	14	11	3	1	—	—	—	—	—	99	45	35	15	3	1	—	—	
XII. Hessen-Nass.		2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	7	3	1	2	1	—	10	6	1	2	1	—	—	
XIII. Rheinprovinz		22	17	4	1	—	—	27	17	6	3	—	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51	36	10	4	—	—	—	—	
XIV. Hohenz.Lande		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

*) Von den 6 Provinzial- und städtischen Sparkassen hatte keine 75 und mehr Hundertteile in Hypotheken angelegt

* Von den 6 Provinzial- und ständischen Sparkassen hatte keine 75 und mehr Hundertteile in Hypotheken angelegt.

Eine ganz besondere Aufmerksamkeit verdienen die Sparkassen, die ihren Einlagebestand der Hauptsache nach in Hypotheken angelegt haben und daher infolge des geringen Bestandes an lombardfähigen Inhaberpapieren sich schwerer Geld zu beschaffen vermögen als die übrigen Sparkassen. Es waren derartige Sparkassen vorhanden:

	überhaupt	mit Anlagen in Hypotheken im Betrage von				
		75—80	80—85	85—90	90—95	95—100
im Jahre 1913	462	195	168	67	26	6
„ „ 1914	367	173	126	52	13	3.

Die Zahl hat sich hiernach um 95 vermindert. Da es 1912 noch 500 derartiger Kassen gab, ist der Rückgang in den letzten beiden Jahren recht erheblich und erfreulich gewesen. Besonders stark war in diesem Zeitraum der Rückgang bei den Sparkassen, die sogar über 85 % ihres Kapitals in Hypotheken festgelegt hatten. In welcher Weise sich die Sparkassen, die mehr als $\frac{3}{4}$ ihres zinsbaren Vermögens in Hypotheken begeben hatten, auf die Provinzen und die einzelnen Sparkassenarten verteilen, zeigt die obenstehende Tabelle „o“.

Der Kassenbestand der Sparkassen am Ende des Rechnungsjahres betrug:

	1904	1913	1914	1904	1913	1914
	Millionen M			Hundertteile ihres Einlagebestandes		
im Staate . . .	108,54	165,12	186,77	1,40	1,26	1,37
in den Provinzen						
I. Ostpreußen . .	2,48	3,73	5,93	1,31	1,57	2,37
II. Westpreußen .	2,80	3,51	6,16	1,85	1,34	2,21
III. Stadtkr. Berlin	3,95	2,32	3,66	1,22	0,59	0,98
IV. Brandenburg .	9,13	18,91	18,31	1,35	1,56	1,45
V. Pommern . . .	8,51	10,73	10,69	2,31	1,66	1,61
VI. Posen	2,84	4,03	7,37	1,88	1,46	2,56
VII. Schlesien . .	12,08	18,04	18,00	1,81	1,75	1,69
VIII. Sachsen . . .	14,43	17,31	16,64	1,85	1,58	1,46
IX. Schlesw.-Holst.	4,75	7,78	7,55	0,84	0,92	0,85
X. Hannover . . .	8,91	8,29	11,60	0,95	0,54	0,73
XI. Westfalen . .	17,90	27,95	30,26	1,46	1,28	1,33
XII. Hessen-Nassau	4,40	8,32	15,10	1,15	1,30	2,27
XIII. Rheinprovinz	16,21	34,07	35,36	1,18	1,24	1,23
XIV. Hohenz.Lande	0,15	0,18	0,14	0,70	0,56	0,57.

Das seit den letzten 25 Jahren hervorgetretene Bemühen der Sparkassen, ihren Barbestand zum Zwecke der Zinsersparnisse möglichst zu verringern, mußte in den eigenartigen Verhältnissen des Jahres 1914 seine Begrenzung finden. Die starken und häufig auch plötzlichen Umsätze an Spareinlagen erforderten eine höhere Geldbereitschaft. Daß der absolute Barbestand nur von 165 auf 187 Millionen M gestiegen ist, beweist, daß es den Sparkassen auch unter den ungünstigen Bedingungen dieses Jahres gelungen ist, ihren Bar-

bestand verhältnismäßig niedrig zu halten. Bemerkenswert ist die starke, aber in den besonderen Verhältnissen durchaus begründete Steigerung des Barbestandes der Sparkassen in Ost-

preußen, die dem raschen Geldbedürfnis mancher Sparer und Kommunalverbände beim Wiederaufbau Ostpreußens Rechnung tragen mußte.

IV. Erträge der Anlagen und sonstige Ergebnisse.

Die Tabelle „p“ auf Seite 60 gibt die Erklärung, in welcher Weise der durchschnittliche Zinssatz sowohl für die Einlagen als auch für die Anlagen berechnet wird und wie sich die Zinssätze selbst im Gesamtstaate und in den Provinzen im Jahre 1914 verhalten haben. Diese Berechnung ist in normalen Jahren zweifellos durchaus zutreffend; denn es kann ohne weiteres angenommen werden, daß der Zuwachs an Einlagen sich im ganzen Staatsgebiet und auch in den Provinzen während der einzelnen Monate fast gleichmäßig vollzieht, so daß das arithmetische Mittel zwischen dem Bestande der Einlagen und Anlagen am Anfang und am Schlusse des Rechnungsjahres den durchschnittlichen Bestand des Jahres ergeben muß. Diese normale Entwicklung ist aber, wie an einer früheren Stelle gezeigt ist, durch den Krieg unterbrochen worden. Monate mit einer starken gleichmäßigen Abnahme der Einlagen wechselten mit Monaten ungewöhnlich starker Zunahme. Das gezogene arithmetische Mittel weicht daher in diesem Jahre stärker vom tatsächlichen Durchschnittsbestande als in den Vorjahren ab. Daraus erklärt sich auch, daß trotz der nach dieser Rechnung wesentlich geringeren Spannung zwischen der Verzinsung der Anlagen und der Einlagen, doch der absolute Zinsüberschuß nur wenig geringer gewesen ist als im Jahre 1913. Da aber die meisten Anlagen wie Einlagen während des Jahres festliegen und wechselnde Bestände nur einen verhältnismäßig geringen Teil von den festliegenden ausmachen, gibt selbst diesmal die aufgestellte Berechnung Annäherungswerte, die den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich nahe kommen müssen. Nach dieser Berechnung stellte sich die Verzinsung der Anlagen im Berichtsjahre auf 4,30 % gegen 4,29 % im Vorjahre. Die seit mehreren Jahren beobachtete Steigerung hat demnach angehalten, ist aber geringfügig gewesen. Dagegen ist der Zinssatz für Einlagen recht erheblich in die Höhe gegangen. Er beträgt 3,71 gegen 3,59 % des Jahres 1913. Würde man die Steigerung des Zinssatzes in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres gesondert berechnen, so würde die Steigerung noch erheblicher erscheinen.

Ein Vergleich des Jahres 1914 mit dem Vorjahre ergibt folgendes Bild.

Es betrug im Jahre 1914:

in den Provinzen	die Verzinsung der		die Spannung zwischen Einlage- und Anlage- verzinsung Hundertteile
	Einlagen	Anlagen	
I. Ostpreußen	3,90 v. H.	4,61 v. H.	0,71
II. Westpreußen	3,68 „ „	4,41 „ „	0,73
III. Stadtkreis Berlin . . .	3,95 „ „	4,16 „ „	0,21
IV. Brandenburg	3,55 „ „	4,16 „ „	0,61
V. Pommern	3,62 „ „	4,21 „ „	0,59
VI. Posen	3,82 „ „	4,45 „ „	0,63
VII. Schlesien	3,38 „ „	4,14 „ „	0,76
VIII. Sachsen	3,37 „ „	4,12 „ „	0,75
IX. Schleswig-Holstein . . .	4,04 „ „	4,49 „ „	0,45
X. Hannover	3,69 „ „	4,22 „ „	0,53
XI. Westfalen	3,98 „ „	4,50 „ „	0,53
XII. Hessen-Nassau	3,76 „ „	4,36 „ „	0,60
XIII. Rheinprovinz	3,74 „ „	4,32 „ „	0,58
XIV. Hohenzollernsche Lande	3,77 „ „	4,55 „ „	0,78;

dagegen betrug im Jahre 1913:

in den Provinzen	die Verzinsung der		die Spannung zwischen Einlage- und Anlage- verzinsung Hundertteile
	Einlagen	Anlagen	
I. Ostpreußen	3,79 v. H.	4,60 v. H.	0,81
II. Westpreußen	3,51 „ „	4,48 „ „	0,97
III. Stadtkreis Berlin . . .	3,19 „ „	4,00 „ „	0,81
IV. Brandenburg	3,20 „ „	4,06 „ „	0,86
V. Pommern	3,49 „ „	4,16 „ „	0,67
VI. Posen	3,75 „ „	4,47 „ „	0,72
VII. Schlesien	3,25 „ „	4,12 „ „	0,87
VIII. Sachsen	3,30 „ „	4,08 „ „	0,78
IX. Schleswig-Holstein . .	3,95 „ „	4,45 „ „	0,50
X. Hannover	3,64 „ „	4,20 „ „	0,56
XI. Westfalen	3,82 „ „	4,47 „ „	0,65
XII. Hessen-Nassau	3,57 „ „	4,27 „ „	0,70
XIII. Rheinprovinz	3,75 „ „	4,42 „ „	0,67
XIV. Hohenzollernsche Lande	3,53 „ „	4,28 „ „	0,75.

Hiernach ist die Verzinsung der Einlagen mit Ausnahme der Rheinlande bei allen Provinzen in die Höhe gegangen. Auch die Verzinsung der Anlagen hat meist eine Steigerung erfahren. Eine Minderung ist jedoch in Westpreußen, in Posen und in der Rheinprovinz festzustellen. Die Spannung zwischen Einlage- und Anlage-Verzinsung ist in allen Landes-teilen mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande geringer geworden. Ganz bedeutend ist der Rückgang bei dem Stadtkreis Berlin (0,21 zu 0,81). Dieser Rückgang beruht darauf, daß die Verzinsung der Einlagen um 0,76 vom Hundert, die der Anlagen aber nur um 0,16 gestiegen ist.

Einen Vergleich zwischen 1914 und 1904 gibt die nachfolgende Übersicht.

Ordnet man die Provinzen nach der Höhe ihrer Einlage- und Anlageverzinsung für das Jahr 1914 und für das Jahr 1904, so ergibt sich im Jahre 1914 folgende Reihenfolge:

bei der Einlageverzinsung	bei der Anlageverzinsung
1. Schlesw.-Holstein mit 4,04 v. H.	1. Ostpreußen . . mit 4,61 v. H.
2. Stadtkreis Berlin „ 3,95 „ „	2. Hohenzoll. Lande „ 4,55 „ „
3. Westfalen . . . „ 3,93 „ „	3. Westfalen . . . „ 4,50 „ „
4. Ostpreußen . . . „ 3,90 „ „	4. Schlesw.-Holstein „ 4,49 „ „
5. Posen „ 3,82 „ „	5. Posen „ 4,45 „ „
6. Hohenzoll. Lande „ 3,77 „ „	6. Westpreußen . . „ 4,41 „ „
7. Hessen-Nassau . . „ 3,76 „ „	7. Hessen-Nassau . . „ 4,36 „ „
8. Rheinprovinz . . „ 3,74 „ „	8. Rheinprovinz . . „ 4,32 „ „
9. Hannover „ 3,69 „ „	9. Hannover „ 4,22 „ „
10. Westpreußen . . „ 3,68 „ „	10. Pommern „ 4,21 „ „
11. Pommern „ 3,62 „ „	11. Stadtkreis Berlin „ 4,16 „ „
12. Brandenburg . . „ 3,55 „ „	12. Brandenburg . . „ 4,16 „ „
13. Schlesien „ 3,38 „ „	13. Schlesien „ 4,14 „ „
14. Sachsen „ 3,37 „ „	14. Sachsen „ 4,12 „ „;

dagegen war im Jahre 1904 die Reihenfolge der einzelnen Provinzen:

bei der Einlageverzinsung	bei der Anlageverzinsung
1. Schlesw.-Holstein mit 3,58 v. H.	1. Posen mit 4,17 v. H.
2. Westfalen . . . „ 3,43 „ „	2. Schlesw.-Holstein „ 4,14 „ „
3. Hannover „ 3,41 „ „	3. Ostpreußen . . . „ 4,12 „ „
4. Posen „ 3,40 „ „	4. Westfalen „ 4,12 „ „
5. Rheinprovinz . . „ 3,34 „ „	5. Westpreußen . . „ 4,10 „ „
6. Pommern „ 3,25 „ „	6. Rheinprovinz . . „ 4,08 „ „
7. Hessen-Nassau . . „ 3,20 „ „	7. Hannover „ 4,03 „ „
8. Westpreußen . . . „ 3,19 „ „	8. Hohenzoll. Lande „ 4,01 „ „
9. Ostpreußen „ 3,16 „ „	9. Hessen-Nassau . . „ 3,97 „ „
10. Brandenburg . . . „ 3,10 „ „	10. Pommern „ 3,96 „ „
11. Sachsen „ 3,10 „ „	11. Sachsen „ 3,84 „ „
12. Stadtkreis Berlin „ 3,05 „ „	12. Schlesien „ 3,83 „ „
13. Hohenzoll. Lande „ 3,04 „ „	13. Brandenburg . . „ 3,81 „ „
14. Schlesien „ 3,00 „ „	14. Stadtkreis Berlin „ 3,61 „ „

Zinseinnahmen und Zinsausgaben sowie durchschnittlicher Anlage- und Einlageertrag bei den öffentlichen und Privat-Sparkassen im Rechnungsjahre 1914*).

(Tab. p.) Staat. Provinzen.	Anlagen am Schlusse des		Arith- metisches Mittel zwischen Spalte 2 u. Spalte 3	Zins- brutto- ein- nah- men	Sp. 5 in Hun- dert- teilen von Sp. 4	Einlagen am Schlusse des		Arith- metisches Mittel zwischen Spalte 7 u. Spalte 8	Zinsen für Ein- lagen	Sp. 10 in Hundert- teilen von Sp. 9
	Rechnungs- vorjahres	Berichts- jahres				Rechnungs- vorjahres	Berichts- jahres			
Millionen Mark					Millionen Mark					
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A. Staat	13 600,63	14 521,47	14 061,05	605,32	4,30	13 109,86	13 638,84	13 374,35	496,26	3,71
B. Provinzen.										
I. Ostpreußen	255,76	268,76	262,26	12,09	4,61	237,85	249,91	243,63	9,50	3,90
II. Westpreußen	276,52	296,05	286,29	12,62	4,41	262,55	278,87	270,71	9,96	3,68
III. Stadtkreis Berlin	412,05	390,05	401,05	16,68	4,16	396,76	372,97	384,87	15,22	3,95
IV. Brandenburg	1 240,63	1 365,24	1 302,93	54,26	4,16	1 210,53	1 263,30	1 236,91	43,86	3,55
V. Pommern	671,53	712,97	692,25	29,13	4,21	646,10	664,27	655,19	23,73	3,62
VI. Posen	285,29	306,04	295,67	13,17	4,46	275,78	288,49	282,13	10,78	3,82
VII. Schlesien	1 080,85	1 141,84	1 111,34	46,00	4,14	1 033,55	1 065,51	1 049,53	35,45	3,38
VIII. Sachsen	1 141,76	1 216,34	1 179,05	48,54	4,12	1 095,50	1 136,14	1 115,82	37,57	3,37
IX. Schleswig-Holstein	888,82	944,91	916,87	41,17	4,49	844,85	891,49	868,17	35,05	4,04
X. Hannover	1 578,48	1 666,54	1 622,51	68,47	4,22	1 527,52	1 598,49	1 563,01	57,63	3,69
XI. Westfalen	2 256,34	2 425,84	2 341,09	105,25	4,50	2 178,43	2 274,50	2 226,47	87,41	3,93
XII. Hessen-Nassau	671,46	708,30	689,88	30,11	4,36	640,95	664,58	652,76	24,56	3,76
XIII. Rheinprovinz	2 818,96	3 054,83	2 936,89	126,78	4,32	2 737,12	2 866,02	2 801,57	104,65	3,74
XIV. Hohenzollernsche Lande	22,18	23,76	22,97	1,05	4,55	22,87	24,30	23,58	0,89	3,79

*) Die hier gegen die Tabelle 1, „Sparkassen überhaupt“ in der zweiten Dezimale an einzelnen Stellen vorkommenden Unterschiede sind durch Ab-
rundung entstanden.

*) Die hier gegen die Tabelle 1, „Sparkassen überhaupt“ in der zweiten Dezimale an einzelnen Stellen vorkommenden Unterschiede sind durch Ab-
rundung entstanden.

Man sieht hieraus, wie außerordentlich verschieden sich die Entwicklung der Zinssätze während der letzten 10 Jahre in den einzelnen Provinzen vollzogen hat, und daß eine Abhängigkeit zwischen dem Zinssatz der Einlagen und Anlagen nur bis zu einem gewissen Grade besteht. Die örtlichen Verhältnisse spielen bei den Sparkassen eine größere Rolle als bei den sonstigen großen Geldinstituten. Die Sparkassen sind hierin zweifellos den kleinen, genossenschaftlichen Kreditorganisationen mehr verwandt als den Banken und den Versicherungsgesellschaften.

Wie sich für den ganzen Staat der Einlage- und Anlage-Zinssatz sowie die Spannung zwischen beiden in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, ist aus der nächsten Übersicht zu ersehen.

Es stellte sich bei Zugrundelegung des mittleren Einlage- und Anlagebestandes:

	der Ertrag der		die Spannung zwischen Einlage- und Anlage- verzinsung auf Hundertteile
	Einlagen auf	Anlagen auf	
1914	3,71 v. H.	4,30 v. H.	0,59
1913	3,59 „ „	4,29 „ „	0,70
1912	3,54 „ „	4,28 „ „	0,69
1911	3,49 „ „	4,18 „ „	0,69
1910	3,46 „ „	4,14 „ „	0,68
1909	3,50 „ „	4,16 „ „	0,66
1908	3,49 „ „	4,16 „ „	0,67
1907	3,35 „ „	4,07 „ „	0,72
1906	3,29 „ „	4,00 „ „	0,71
1905	3,28 „ „	3,97 „ „	0,69
1904	3,28 „ „	3,99 „ „	0,71
1903	3,31 „ „	4,02 „ „	0,71
1902	3,29 „ „	4,08 „ „	0,69
1901	3,42 „ „	4,12 „ „	0,70
1900	3,30 „ „	4,04 „ „	0,74
1899	3,23 „ „	3,99 „ „	0,76
1898	3,20 „ „	3,95 „ „	0,75
1897	3,21 „ „	3,99 „ „	0,78
1896	3,27 „ „	4,05 „ „	0,78
1895	3,33 „ „	4,11 „ „	0,78
1894	3,33 „ „	4,13 „ „	0,80.

Hierbei zeigt sich, daß im Durchschnitt des ganzen Staatsgebietes die Abhängigkeit des Zinssatzes für die Einlagen von dem für die Anlagen stärker hervortritt. Es fallen

sowohl die Jahre für den höchsten als auch für den niedrigsten Einlage- und Anlage-Zinssatz zusammen. Im Jahre 1898 sind die niedrigsten Zinssätze zu finden, die höchsten verzeichnet dagegen das Berichtsjahr. Die Kurve der Spannungen durch die einzelnen Jahre gestaltet sich vielseitiger; sie war am höchsten im Jahre 1894 mit 0,80 %, erreichte im Jahre 1902 einen niedrigen Stand mit 0,69, hob sich dann wieder in den nächsten Jahren, sank 1905 nochmals auf 0,69, um nach abermaligem Anwachsen von 1907 auf 1908 von 0,72 auf 0,67 zu stürzen; 1909 erreichte sie ihren bisherigen Tiefpunkt mit 0,66, erholte sich jedoch allmählich in den weiteren Jahren, um von 1913 auf 1914 wiederum, und zwar von 0,70 auf 0,59 zu fallen.

Nachdem die Rücklagen seit vielen Jahren wohl absolut zugenommen, aber zugleich im Verhältnis zu dem Einlagebestand zurückgegangen waren, sind sie im Berichtsjahre sowohl absolut als auch prozentual gestiegen.

Die bei den Sparkassen vorhandenen Rücklagen beliefen sich:

	1904	1913	1914	Die Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) des Reservefonds betrug	
	überhaupt auf Mill. M.	überhaupt auf Mill. M.	überhaupt auf Mill. M.	1914 gegen 1904	1914 gegen 1913
im Staate	515,69	622,99	676,82	+161,13	+53,83
in den Provinzen	6,64	4,75	4,96	+31,25	+8,64
Ostpreußen	10,17	11,99	12,88	+2,71	+0,89
Westpreuß.	7,70	5,42	5,78	+36,74	+1,76
Stkr. Berlin	8,08	4,85	4,64	—33,69	+0,07
Brandenburg	6,39	3,75	4,40	+28,67	+10,13
Pommern	7,73	29,28	32,14	+12,90	+2,91
Posen	6,36	12,30	13,39	+39,61	+1,09
Schlesien	8,34	61,60	67,87	+21,37	+5,97
Sachsen	7,35	63,64	69,19	+20,52	+5,58
Schlesw.-H.	5,53	47,38	49,13	+57,17	+1,80
Hannover	5,09	62,35	64,73	+35,61	+2,38
Westfalen	6,72	114,82	122,52	+49,07	+7,70
Hess.-Nass.	6,31	32,19	34,22	+42,02	+2,08
Rheinprov.	6,29	109,51	121,09	+39,76	+11,58
Hohenz. Lde.	6,34	1,14	1,11	—25,48	—0,03

(Fortsetzung des Textes auf Seite 62.)

Das Verhältnis des Reservefonds zu den am Schlusse des Rechnungsjahres 1914 vorhandenen Einlagen.

(Tab. q.)		Städtische Sparkassen					Landgemeindegew. Sparkassen					Kreis- und Amts-Sparkassen					Provinzial- und ständische Sparkassen					Vereins- und Privat-Sparkassen					Sparkassen überhaupt				
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				Gesamtzahl	davon mit Reservefonds von				
		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10		nicht über 1	über 1 bis 5	über 5 bis 10	über 10	
																															Hundertteilen der Einlagen
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
A. Staat . . . {1914 {1913	814 810	76 107	336 362	383 329	19 12	292 287	43 51	164 156	78 74	7 6	489 486	64 77	241 256	179 149	5 4	6 6	— —	5 5	— 1	1 —	160 176	69 80	26 29	43 45	22 22	1761 1765	252 315	772 808	683 598	54 44	
B. Provinzen.																															
I. Ostpreußen . . .	33	6	17	10	—	—	—	—	—	—	34	2	15	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67	8	32	27	—	
II. Westpreußen . .	30	8	15	7	—	—	—	—	—	—	24	—	14	10	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	55	8	29	17	1	
III. Stadtkreis Berlin	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	1	—	1	
IV. Brandenburg . .	88	6	43	38	1	7	3	3	1	—	26	8	13	4	1	1	—	1	—	—	3	2	—	1	—	125	19	60	44	2	
V. Pommern	68	10	31	25	2	—	—	—	—	—	25	5	12	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	93	15	43	33	2	
VI. Posen	59	6	26	24	3	—	—	—	—	—	37	1	21	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	96	7	47	39	3	
VII. Schlesien	119	17	32	69	1	18	7	10	—	1	54	8	18	27	1	1	—	—	—	—	22	21	1	—	—	214	53	61	96	4	
VIII. Sachsen	104	7	36	54	7	5	2	3	—	—	32	3	11	15	3	1	—	1	—	—	6	3	—	—	3	148	15	51	69	13	
IX. Schleswig-Holst.	44	2	19	21	2	106	15	48	41	2	7	1	5	1	—	—	—	—	—	—	66	1	15	37	13	223	19	87	100	17	
X. Hannover	57	3	37	16	1	48	2	33	12	1	70	14	43	13	—	1	—	1	—	—	7	3	3	—	1	183	22	117	41	3	
XI. Westfalen	84	4	20	60	—	26	4	16	5	1	99	12	45	42	—	—	—	—	—	—	6	5	—	—	1	215	25	81	107	2	
XII. Hessen-Nassau .	39	3	13	21	2	3	—	2	1	—	30	6	14	10	—	1	—	1	—	—	13	3	5	4	1	86	12	35	36	3	
XIII. Rheinprovinz . .	88	4	46	38	—	79	10	49	18	2	51	4	30	17	—	—	—	—	—	—	35	31	2	1	1	253	49	127	74	3	
XIV. Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	
C. Regierungsbezirke.																															
1. Königsberg	17	2	9	6	—	—	—	—	—	—	13	1	7	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	3	16	11	—	
2. Gumbinnen	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—	12	1	5	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	1	6	8	—	
3. Allenstein	13	4	7	2	—	—	—	—	—	—	9	—	3	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	4	10	8	—	
4. Danzig	8	2	6	—	—	—	—	—	—	—	9	—	7	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	18	2	13	2	1	
5. Marienwerder . . .	22	6	9	7	—	—	—	—	—	—	15	—	7	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	6	16	15	—	
6. Stadtkreis Berlin .	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	1	—	1	
7. Potsdam	46	4	25	17	—	6	3	2	1	—	13	2	7	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65	9	34	21	1	
8. Frankfurt	42	2	18	21	1	1	—	1	—	—	13	6	6	1	—	1	—	1	—	—	3	2	—	1	—	60	10	26	23	1	
9. Stettin	35	5	13	15	2	—	—	—	—	—	9	4	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44	9	16	17	2	
10. Köslin	22	1	14	7	—	—	—	—	—	—	12	1	6	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	2	20	12	—	
11. Stralsund	11	4	4	3	—	—	—	—	—	—	4	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	4	7	4	—	
12. Posen	44	4	17	20	3	—	—	—	—	—	24	1	18	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68	5	35	25	3	
13. Bromberg	15	2	9	4	—	—	—	—	—	—	13	—	3	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	2	12	14	—	
14. Breslau	45	6	7	32	—	11	3	8	—	—	22	5	9	8	—	—	—	—	—	—	7	7	—	—	—	85	21	24	40	—	
15. Liegnitz	40	4	11	24	1	6	4	1	—	1	13	2	6	5	—	1	—	—	—	—	11	10	1	—	—	71	20	19	29	3	
16. Oppeln	34	7	14	13	—	1	—	1	—	—	19	1	3	14	1	—	—	—	—	—	4	4	—	—	—	58	12	18	27	1	
17. Magdeburg	35	3	13	18	1	3	1	2	—	—	9	2	5	1	1	1	—	1	—	—	4	2	—	—	2	52	8	21	19	4	
18. Merseburg	56	4	17	30	5	2	1	1	—	—	15	1	2	10	2	—	—	—	—	—	2	1	—	—	1	75	7	20	40	8	
19. Erfurt	13	—	6	6	1	—	—	—	—	—	8	—	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	—	10	10	1	
20. Schleswig	44	2	19	21	2	106	15	48	41	2	7	1	5	1	—	—	—	—	—	—	66	1	15	37	13	223	19	87	100	17	
21. Hannover	12	1	7	4	—	3	—	3	—	—	15	3	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	4	22	4	—	
22. Hildesheim	19	2	10	6	1	2	—	1	1	—	15	2	10	3	—	—	—	—	—	—	3	1	1	—	1	39	5	22	10	2	
23. Lüneburg	9	—	7	2	—	7	2	3	2	—	15	3	10	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	5	20	6	—	
24. Stade	5	—	4	1	—	24	—	15	8	1	12	3	4	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	3	23	14	1	
25. Osnabrück	7	—	6	1	—	10	—	9	1	—	9	2	4	3	—	—	—	—	—	—	4	2	2	—	—	30	4	21	5	—	
26. Aurich	5	—	3	2	—	2	—	2	—	—	4	1	3	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	12	1	9	2	—	
27. Münster	23	—	10	13	—	7	2	5	—	—	18	3	6	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	5	21	22	—	
28. Minden	18	3	6	9	—	2	—	2	—	—	20	3	11	6	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	42	8	19	15	—	
29. Arnberg	43	1	4																												

Zinsüberschüsse, Verwaltungskosten und Reinüberschüsse der Sparkassen in den Rechnungsjahren 1914, 1913 und 1904*).

Staat. Provinzen.	Es betrugen in Millionen Mark									Es betrugen in Hundertteilen des zinsbar angelegten Vermögens								
	die Zins- überschüsse			die Verwaltungs- kosten			die Rein- überschüsse			die Zins- überschüsse			die Ver- waltungskosten			die Rein- überschüsse		
	1914	1913	1904	1914	1913	1904	1914	1913	1904	1914	1913	1904	1914	1913	1904	1914	1913	1904
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
A. Staat	109,06	110,65	67,50	26,03	21,74	13,22	83,03	85,91	54,28	0,75	0,81	0,83	0,18	0,18	0,16	0,57	0,63	0,67
B. Provinzen.																		
I. Ostpreußen	2,60	2,69	1,67	0,70	0,65	0,37	1,90	2,04	1,30	0,97	1,05	1,14	0,26	0,25	0,25	0,71	0,90	0,89
II. Westpreußen	2,66	3,18	1,68	0,72	0,70	0,39	1,94	2,48	1,29	0,90	1,15	1,05	0,24	0,25	0,24	0,65	0,90	0,81
III. Stadtkreis Berlin	1,46	3,56	2,43	1,03	0,91	0,55	0,43	2,65	1,88	0,38	0,86	0,71	0,26	0,22	0,16	0,11	0,64	0,55
IV. Brandenburg	10,39	11,49	5,84	2,73	2,53	1,30	7,66	8,96	4,54	0,76	0,93	0,82	0,20	0,20	0,18	0,56	0,72	0,64
V. Pommern	5,40	5,31	3,18	1,34	1,29	0,71	4,06	4,02	2,47	0,76	0,79	0,83	0,19	0,19	0,18	0,57	0,60	0,64
VI. Posen	2,39	2,42	1,41	0,86	0,79	0,54	1,53	1,63	0,87	0,78	0,85	0,89	0,28	0,28	0,34	0,50	0,57	0,55
VII. Schlesien	10,55	10,66	6,95	2,35	2,29	1,30	8,20	8,37	5,65	0,92	0,99	0,98	0,21	0,21	0,18	0,72	0,77	0,79
VIII. Sachsen	10,97	10,39	7,31	1,78	1,70	1,12	9,19	8,69	6,19	0,90	0,91	0,89	0,15	0,15	0,14	0,76	0,76	0,75
IX. Schleswig-Holstein	6,18	6,03	4,07	1,58	1,52	0,87	4,55	4,51	3,20	0,65	0,68	0,69	0,17	0,17	0,15	0,48	0,51	0,54
X. Hannover	10,84	10,53	6,88	2,63	2,46	1,40	8,21	8,07	5,48	0,65	0,67	0,71	0,16	0,16	0,14	0,49	0,51	0,57
XI. Westfalen	17,84	17,13	10,35	3,36	3,16	1,64	14,48	13,97	8,71	0,74	0,76	0,81	0,14	0,14	0,13	0,60	0,62	0,68
XII. Hessen-Nassau	5,56	5,77	3,52	1,95	1,87	0,79	3,61	3,90	2,73	0,78	0,86	0,88	0,28	0,28	0,20	0,51	0,58	0,68
XIII. Rheinprovinz	22,12	21,35	12,07	4,96	4,82	2,18	17,16	16,53	9,89	0,72	0,76	0,84	0,16	0,17	0,15	0,56	0,59	0,69
XIV. Hohenzollernsche Lande	0,15	0,14	0,14	0,01	0,05	0,06	0,11	0,09	0,08	0,64	0,64	0,68	0,19	0,21	0,28	0,45	0,43	0,40

* Die hier gegen die Tabelle 1, „Sparkassen überhaupt“ in der zweiten Dezimale an einzelnen Stellen vorkommenden Unterschiede sind durch Abrundung entstanden.

Die Besserung des Verhältnisses des Reservefonds zu den Einlagen ist zum Teil auf den Kursgewinn gegenüber den Kursverlusten der Vorjahre, die von den Rücklagen abgeschrieben werden mußten, und andererseits auf die geringere Zunahme der Einlagen, der die Zuweisungen der Überschüsse an den Reservefonds leichter folgen konnten, zurückzuführen. Die Besserung beträgt 0,21 %. Mit 4,96 % im Jahre 1914 blieb der Reservefonds aber noch immer um 1,88 Punkte hinter dem Verhältnis des Jahres 1904 (6,84 %) zurück. Mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande haben die Rücklagen in allen Provinzen eine Vermehrung erfahren. In den Hohenzollernschen Landen hat sich die tatsächliche Summe dieser Fonds um 30 000 *M* vermindert.

Ein anschauliches Bild von dem Stande der Reservefonds bei den einzelnen Arten der Sparkassen gibt die Tabelle „q“ auf Seite 61.

Bei den 292 Landgemeindesparkassen haben sich danach die Verhältnisse nur etwas, bei den städtischen sowie den Kreis- und Amtssparkassen dagegen wesentlich gebessert. Die Kassen der städtischen und Kreis-Verbände geben aber den Ausschlag, da sich von den 1 761 Sparkassen nicht weniger als 1 303 in ihren Händen befinden.

Wie die obenstehende Tabelle „r“ zeigt, sind die Verwaltungskosten der Sparkassen von 1913 auf 1914 um 1,29 Millionen *M* gewachsen. Sie betragen jetzt fast das Doppelte der Ausgaben des Jahres 1904; im Verhältnis zum zinsbar angelegten Vermögen dagegen ist eine Steigerung von 1913 auf 1914 überhaupt nicht und von 1904 auf 1914 nur in sehr geringem Maße (0,02) zu verzeichnen. In den einzelnen Provinzen schwankte das Verhältnis dieser Kosten zu dem Vermögen zwischen 0,14 und 0,28 %; auch im Jahre 1913 hielten sich die Schwankungen in den gleichen Grenzen.

Das Verhältnis der Reintüberschüsse zum Vermögen hat mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande und der Provinz Sachsen sowohl im Staat als auch in allen Landesteilen abgenommen. Im Staatsgebiet ist es von 0,63 auf 0,57 gesunken. Damit steht es 0,10 Punkte tiefer als im Jahre 1904.

Aus den Zinsüberschüssen wurden für öffentliche Zwecke verwendet:

	seit dem Bestehender Kassen am Schlusse des Rechnungs- jahres		im Rechnungs- jahre		in Hunderttheilen des jedes- maligen Einlagebestandes		seit dem Bestehender Kassen am Schlusse des Rechnungs- jahres		im Rechnungs- jahre	
	1904 Mill. <i>M</i>	1914 Mill. <i>M</i>	1904 Mill. <i>M</i>	1914 Mill. <i>M</i>	1904	1914	1904	1914		
im Staate .	309,80	550,13	19,47	28,42	3,99	4,03	0,25	0,21		
in den Provinzen										
Ostpreußen	6,30	13,94	0,41	0,84	4,96	5,57	0,30	0,34		
Westpreußen	5,16	10,06	0,52	0,43	3,40	3,61	0,34	0,15		
Stadtkreis Berlin	1,04	3,54	—	—	0,32	0,95	—	—		
Brandenburg	12,30	25,87	0,90	1,84	1,82	2,05	0,13	0,15		
Pommern	15,44	27,67	1,07	1,45	4,19	4,17	0,29	0,22		
Posen	3,40	6,77	0,35	0,49	2,25	2,35	0,23	0,17		
Schlesien	31,01	59,66	2,16	3,36	4,65	5,60	0,32	0,32		
Sachsen	47,21	81,02	2,74	3,55	6,04	7,13	0,35	0,31		
Schleswig-Holstein	21,45	34,23	0,88	1,44	3,81	3,84	0,16	0,16		
Hannover	30,31	51,62	2,12	2,24	3,23	3,23	0,23	0,14		
Westfalen	57,09	104,61	3,82	5,65	4,67	4,60	0,31	0,25		
Hessen-Nassau	12,30	19,63	0,95	1,01	3,22	2,95	0,25	0,15		
Rheinprovinz	65,69	110,55	3,50	6,07	4,77	3,86	0,25	0,21		
Hohenzoll. Lande	0,60	0,96	0,05	0,05	2,76	3,97	0,22	0,20		

Zuletzt sei noch auf die nachstehende Tabelle „s“ hingewiesen, die den Abschlußtermin der einzelnen Sparkassen wiedergibt. Danach schließen weitaus die meisten Kassen, nämlich 1 466, ihre Bücher mit dem Jahresende ab. Eine erhebliche Anzahl von Kassen (265), bei denen der Anteil der städtischen Sparkassen ganz besonders groß ist, läßt das Geschäftsjahr zugleich mit dem Rechnungsjahr am 31. März jedes Jahres schließen; 30 weitere Kassen endlich, von denen 21, also bei weitem die meisten, den Vereins- und Privat-Sparkassen angehören, haben noch andere Abschlußtermine.

Zusammenstellung der Abschlußtermine der einzelnen Arten der Sparkassen sowie der Sparkassen überhaupt im Jahre 1914.

Staat. Provinzen. Regierungs- bezirke.	Die Anzahl der																	
	städtischen			Landgemeinde- usw.			Kreis- und Amts-			Provinzial- und ständischen			Vereins- und Privat-			Sparkassen überhaupt		
	S p a r k a s s e n																	
	deren Rechnungsabschluß an folgenden Zeitpunkten stattfindet																	
	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen	31. März	31. De- zem- ber	son- sti- gen
	b e t r ä g t																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
A. Staat	146	663	5	46	242	4	58	431	—	—	6	—	15	124	21	265	1466	30
B. Provinzen.																		
I. Ostpreußen	11	22	—	—	—	—	10	24	—	—	—	—	—	—	—	21	46	—
II. Westpreußen	—	30	—	—	—	—	1	23	—	—	—	—	—	1	—	1	54	—
III. Stadtkreis Berlin	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—
IV. Brandenburg	12	76	—	1	6	—	2	24	—	—	1	—	1	2	—	16	109	—
V. Pommern	3	65	—	—	—	—	—	25	—	—	—	—	—	—	—	3	90	—
VI. Posen	44	15	—	—	—	—	28	9	—	—	—	—	—	—	—	72	24	—
VII. Schlesien	22	97	—	1	17	—	12	42	—	—	1	—	1	20	1	36	177	1
VIII. Sachsen	6	98	—	—	5	—	—	32	—	—	1	—	—	5	1	6	141	1
IX. Schleswig-Holstein	7	32	5	11	91	4	1	6	—	—	—	—	6	52	8	25	181	17
X. Hannover	—	57	—	—	48	—	—	70	—	—	1	—	1	5	1	1	181	1
XI. Westfalen	—	84	—	—	26	—	—	99	—	—	—	—	1	4	1	1	213	1
XII. Hessen-Nassau	1	38	—	—	3	—	3	27	—	—	1	—	1	12	—	5	81	—
XIII. Rheinprovinz	39	49	—	33	46	—	1	50	—	—	—	—	4	22	9	77	167	9
XIV. Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—
C. Regierungsbezirke.																		
1. Königsberg	5	12	—	—	—	—	4	9	—	—	—	—	—	—	—	9	21	—
2. Gumbinnen	—	3	—	—	—	—	3	9	—	—	—	—	—	—	—	3	12	—
3. Allenstein	6	7	—	—	—	—	3	6	—	—	—	—	—	—	—	9	13	—
4. Danzig	—	8	—	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—	1	—	—	18	—
5. Marienwerder	—	22	—	—	—	—	1	14	—	—	—	—	—	—	—	1	36	—
6. Stadtkreis Berlin	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—
7. Potsdam	11	35	—	1	5	—	2	11	—	—	—	—	—	—	—	14	51	—
8. Frankfurt	1	41	—	—	1	—	—	13	—	—	1	—	1	2	—	2	58	—
9. Stettin	2	33	—	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	2	42	—
10. Köslin	—	22	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	34	—
11. Stralsund	1	10	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	1	14	—
12. Posen	41	3	—	—	—	—	23	1	—	—	—	—	—	—	—	64	4	—
13. Bromberg	3	12	—	—	—	—	5	8	—	—	—	—	—	—	—	8	20	—
14. Breslau	6	39	—	1	10	—	5	17	—	—	—	—	1	5	1	13	71	1
15. Liegnitz	3	37	—	—	6	—	1	12	—	—	1	—	—	11	—	4	67	—
16. Oppeln	13	21	—	—	1	—	6	13	—	—	—	—	—	4	—	19	39	—
17. Magdeburg	3	32	—	—	3	—	—	9	—	—	1	—	—	4	—	3	49	—
18. Merseburg	2	54	—	—	2	—	—	15	—	—	—	—	—	1	1	2	72	1
19. Erfurt	1	12	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	1	20	—
20. Schleswig	7	32	5	11	91	4	1	6	—	—	—	—	6	52	8	25	181	17
21. Hannover	—	12	—	—	3	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	30	—
22. Hildesheim	—	19	—	—	2	—	—	15	—	—	—	—	—	2	1	—	38	1
23. Lüneburg	—	9	—	—	7	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	31	—
24. Stade	—	5	—	—	24	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	41	—
25. Osnabrück	—	7	—	—	10	—	—	9	—	—	—	—	1	3	—	1	29	—
26. Aurich	—	5	—	—	2	—	—	4	—	—	1	—	—	—	—	—	12	—
27. Münster	—	23	—	—	7	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	48	—
28. Minden	—	18	—	—	2	—	—	20	—	—	—	—	—	2	—	—	42	—
29. Arnsberg	—	43	—	—	17	—	—	61	—	—	—	—	1	2	1	1	123	1
30. Cassel	—	36	—	—	3	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	58	—
31. Wiesbaden	1	2	—	—	—	—	3	8	—	—	1	—	1	12	—	5	23	—
32. Coblenz	1	9	—	1	1	—	—	13	—	—	—	—	—	—	—	2	23	—
33. Düsseldorf	33	29	—	31	32	—	1	7	—	—	—	—	4	21	9	69	89	9
34. Köln	2	10	—	—	10	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	2	28	—
35. Trier	1	1	—	1	3	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	2	16	—
36. Aachen	2	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	1	—	2	11	—
37. Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—

Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Zahl der				An Sparbüchern									
	Spar- kassen	Filial- oder Neben- kassen	Sam- mel- oder An- nahme- stellen	Ver- kaufs- stellen von Spar- mar- ken	wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-							
					aus- gegeben	zurück- genom- men	bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10 000 M	über 10 000 M
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

I. Die städtischen

Staat	814	174	429	1 369	1 169 935	853 620	2 892 599	1 172 076	1 001 993	1 156 568	1 359 343	687 910	458 516	60 341
Provinzen.														
I. Ostpreußen	33	6	—	73	27 195	20 986	86 375	23 918	20 283	24 043	26 664	12 387	6 280	492
II. Westpreußen	30	2	5	53	22 215	14 246	59 712	15 448	12 194	14 173	11 056	10 652	4 911	664
III. Stadtkreis Berlin	1	10	94	10	99 294	83 674	255 514	109 436	98 585	111 698	139 681	52 900	8 844	78
IV. Brandenburg	88	11	105	99	142 022	94 508	376 703	155 814	134 435	152 581	174 556	82 826	46 721	2 343
V. Pommern	68	4	10	11	57 565	40 392	131 859	60 358	52 145	64 334	78 973	38 877	27 355	2 290
VI. Posen	59	3	11	88	23 876	19 299	61 225	28 029	23 721	27 326	28 084	14 542	8 671	796
VII. Schlesien	119	22	8	122	120 265	89 907	391 191	165 375	139 589	154 901	179 232	76 648	31 438	1 872
VIII. Sachsen	104	15	16	227	106 240	78 754	372 392	146 666	122 238	135 265	154 181	76 149	47 157	2 858
IX. Schleswig-Holstein	44	6	12	359	52 677	34 197	129 403	49 833	38 890	44 722	48 386	27 998	26 144	5 898
X. Hannover	57	16	43	50	113 011	77 011	247 347	98 544	82 528	95 296	109 077	56 735	43 248	6 215
XI. Westfalen	84	8	31	64	121 407	78 161	198 045	97 476	86 793	102 660	131 598	79 330	77 238	18 655
XII. Hessen-Nassau	39	17	39	22	35 899	24 703	90 840	40 945	35 637	41 143	49 000	25 315	15 352	1 537
XIII. Rheinprovinz	88	54	55	191	248 269	197 782	491 993	180 234	154 955	188 426	228 855	133 551	115 157	16 643
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	17	6	—	58	21 501	16 489	70 180	19 227	16 530	19 340	21 658	10 046	4 784	299
2. Gumbinnen	3	—	—	11	2 105	2 137	7 920	2 550	2 004	2 635	2 774	1 226	674	81
3. Allenstein	13	—	—	4	3 589	2 360	8 275	2 141	1 749	2 068	2 232	1 115	822	112
4. Danzig	8	2	5	48	13 363	8 543	39 119	8 819	7 075	8 315	4 767	7 632	2 542	312
5. Marienwerder	22	—	—	5	8 852	5 703	20 593	6 629	5 119	5 858	6 289	3 020	2 369	352
6. Stadtkreis Berlin	1	10	94	10	99 294	83 674	255 514	109 436	98 585	111 698	139 681	52 900	8 844	78
7. Potsdam	46	11	91	77	106 443	69 017	258 022	100 552	86 006	95 143	104 646	47 156	24 778	1 258
8. Frankfurt	42	—	14	22	35 579	25 491	118 681	55 262	48 429	57 438	69 910	35 670	21 943	1 085
9. Stettin	35	4	6	9	37 298	26 136	86 896	38 962	33 536	41 419	51 496	26 922	18 887	1 412
10. Köslin	22	—	—	2	13 068	8 010	33 462	14 289	12 576	15 479	18 839	10 153	7 363	716
11. Stralsund	11	—	4	—	7 199	6 246	11 501	7 107	6 033	7 436	8 638	1 802	1 105	162
12. Posen	44	3	9	10	15 430	14 023	38 240	20 520	17 450	19 993	20 908	10 812	5 922	493
13. Bromberg	15	—	2	78	8 446	5 276	22 985	7 509	6 271	7 333	7 176	3 730	2 749	303
14. Breslau	45	10	1	11	68 659	53 564	209 423	88 314	74 209	80 750	94 474	37 823	11 369	617
15. Liegnitz	40	12	6	104	32 440	22 368	134 204	55 657	47 113	52 664	59 933	26 956	12 064	491
16. Oppeln	34	—	1	7	19 166	13 975	47 564	21 404	18 267	21 487	24 825	11 869	8 005	764
17. Magdeburg	35	7	9	52	44 224	32 448	144 372	57 160	48 251	54 354	63 093	31 235	19 196	937
18. Merseburg	56	2	6	90	42 507	32 430	160 951	65 633	55 482	60 712	68 715	34 328	21 738	1 463
19. Erfurt	13	6	1	85	19 509	13 876	67 069	23 873	18 505	20 199	22 373	10 586	6 223	458
20. Schleswig	44	6	12	359	52 677	34 197	129 403	49 833	38 890	44 722	48 386	27 998	26 144	5 898
21. Hannover	12	12	40	3	55 125	38 048	102 702	39 506	33 183	37 077	43 086	21 924	15 222	1 703
22. Hildesheim	19	—	—	8	17 638	12 366	61 090	21 465	18 272	20 870	24 189	12 251	8 759	1 115
23. Lüneburg	9	—	3	26	11 910	7 788	27 871	13 297	11 194	12 767	16 217	9 251	7 894	1 322
24. Stade	5	—	—	2	6 647	3 874	13 520	6 130	5 192	5 796	7 448	4 328	3 991	784
25. Osnabrück	7	2	—	—	10 546	7 184	23 578	8 596	6 915	8 175	10 043	5 222	4 870	904
26. Aurich	5	2	—	11	11 145	7 751	18 586	9 550	7 772	10 611	8 094	3 759	2 512	387
27. Münster	23	—	7	8	19 037	12 053	33 331	15 783	13 984	17 786	22 791	15 095	17 140	5 039
28. Minden	18	—	2	—	18 367	8 107	28 727	12 785	11 064	13 298	16 118	8 959	7 991	1 706
29. Arnberg	43	8	22	56	84 003	58 001	135 987	68 908	61 745	71 576	92 639	55 276	52 107	11 910
30. Cassel	36	3	2	9	23 911	16 840	70 867	33 069	28 609	33 134	39 229	20 472	12 199	1 114
31. Wiesbaden	3	14	37	13	11 988	7 863	19 973	7 876	7 028	8 009	9 771	4 843	3 153	423
32. Coblenz	10	2	—	—	11 485	8 278	21 754	8 306	7 079	8 749	11 260	6 557	5 002	653
33. Düsseldorf	62	33	42	172	149 017	115 184	318 890	125 415	108 849	133 737	157 479	90 957	82 675	11 819
34. Köln	12	15	6	19	74 906	65 126	122 723	38 339	32 042	37 869	48 672	29 428	21 912	2 984
35. Trier	2	2	3	—	7 033	4 812	10 968	4 241	3 924	4 650	6 106	4 131	3 236	543
36. Aachen	2	2	4	—	5 828	4 382	17 658	3 933	3 061	3 421	5 338	2 478	2 332	644

II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und

Staat	292	8	134	97	92 811	55 453	188 886	83 616	73 408	87 291	108 917	66 950	67 688	15 101
Provinzen.														
IV. Brandenburg	7	1	21	2	11 446	6 369	18 625	6 935	5 939	6 339	6 357	2 707	1 469	177
VII. Schlesien	18	—	10	10	5 300	2 063	11 746	4 441	3 422	3 339	2 933	1 078	526	55
VIII. Sachsen	5	—	—	1	1 197	455	3 690	925	730	711	738	365	91	20
IX. Schleswig-Holstein	106	—	45	32	12 458	6 726	32 251	15 841	12 961	13 695	17 457	11 110	12 127	3 954
X. Hannover	48	—	33	26	16 873	9 404	46 887	20 755	17 781	22 016	27 884	16 069	15 322	2 972
XI. Westfalen	26	—	10	1	11 099	6 643	18 263	8 732	8 546	10 837	11 877	8 115	8 569	2 593
XII. Hessen-Nassau	3	—	—	—	794	356	2 561	1 209	977	1 172	1 317	707	329	26
XIII. Rheinprovinz	79	7	15	25	33 644	23 437	54 863	24 778	23 052	29 182	40 354	26 799	29 255	5 304

¹⁾ Darunter eine Sparkasse, die infolge der Kriegswirren eine Nachweisung über ihren Geschäftsbetrieb usw. nicht einreichen konnte; es sind bei ihr die Sparkasse zu Köln, veranlaßt durch die Eingemeindung des Stadtkreises Mülheim a. Rheln in den Stadtkreis Köln. — ²⁾ Bei den Sparkassen der Regierungsbezirke Königsberg und enthalten ist. — ³⁾ gegen das Vorjahr rund 22,4 Millionen M. mehr, durch Umwandlung einer Landgemeinde-Sparkasse in eine städtische Sparkasse und durch Richtigstellung der

Lagen		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres				Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag des Separat- oder Sparfonds	Betrag des Reservefonds, wie er am Schlusse des Rechnungs- jahres zu Buche stand	Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
			durch Zuschreibung von Zinsen	durch Neueinlagen							
über- haupt	darunter gesperrte Spar- bücher	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	
16	17	18	19	20	21	22	23	24			

Sparkassen.

8 789 346	170 643	6 781 801 338 92	228 502 086 16	2 595 198 178 65	2 534 515 686 52	7 070 985 917 21	6 368 181 45	359 074 471 92	St.
200 442	6 275	101 924 012 09	3 555 583 27	55 424 853 90	51 316 081 59	109 588 367 67	304 945 81	5 712 319 38	I.
128 810	5 453	70 017 073 24	2 381 533 96	53 244 407 21	49 046 379 15	76 596 635 26	12 470 25	3 074 093 11	II.
776 736	—	385 296 740 37	12 844 428 40	96 102 508 46	131 423 360 28	362 820 316 95	—	16 189 416 41	III.
1 125 979	13 256	683 176 314 55	22 703 940 53	242 990 354 06	235 188 863 76	713 681 745 38	378 954 11	31 358 381 50	IV.
456 191	12 018	370 226 735 05	12 308 011 25	151 584 806 12	153 968 126 16	380 151 426 26	122 145 34	20 508 609 58	V.
192 394	3 955	129 290 464 86	4 685 944 87	58 115 410 41	57 263 061 02	134 828 759 12	363 136 30	5 807 183 97	VI.
1 140 246	21 989	614 527 335 71	18 801 366 90	177 694 061 65	180 247 828 26	630 774 936 00	1 534 110 92	38 883 863 46	VII.
1 056 906	25 563	656 700 805 38	20 997 004 34	208 360 663 85	201 050 655 80	685 007 817 77	1 242 378 60	41 085 214 56	VIII.
371 274	4 830	368 836 695 60	12 611 753 33	128 564 995 62	114 478 344 91	395 535 099 64	73 924 34	21 806 687 20	IX.
738 990	11 355	612 170 564 64	21 051 924 13	266 294 408 72	256 071 618 46	643 445 279 03	357 135 29	24 602 311 99	X.
791 795	3 655	1 097 570 346 99	38 018 182 20	372 902 982 69	360 514 972 01	1 147 976 539 87	537 189 49	66 194 229 52	XI.
299 769	2 821	223 263 844 74	8 022 532 46	79 763 476 52	74 221 287 60	236 828 566 12	—	10 125 255 03	XII.
1 509 814	59 473	1 468 800 405 70	50 519 880 52	704 155 249 44	669 725 107 52	1 553 750 428 14	1 441 791 00	73 726 906 21	XIII.
162 064	3 981	76 913 725 56	2 720 479 18	43 619 342 19	39 595 399 39	83 658 147 54	304 945 81	4 434 197 00	1.
19 864	1 904	12 980 865 32	421 862 84	5 477 384 97	6 030 910 60	12 849 202 53	—	696 227 63	2.
18 514	390	12 029 421 21	413 241 25	6 328 126 74	5 689 771 60	13 081 017 60	—	581 894 75	3.
78 581	1 518	37 760 215 51	1 345 798 41	34 336 276 06	31 588 731 88	41 853 558 10	—	1 614 043 61	4.
50 229	3 935	32 256 857 73	1 035 735 55	18 908 131 15	17 457 647 27	34 743 077 16	12 470 25	1 460 049 50	5.
776 736	—	385 296 740 37	12 844 428 40	96 102 508 46	131 423 360 28	362 820 316 95	—	16 189 416 41	6.
717 561	8 852	387 119 497 63	13 038 379 46	160 154 540 99	149 329 496 41	410 982 921 67	328 127 34	16 098 773 88	7.
408 418	4 404	296 056 816 92	9 665 561 07	82 835 813 07	85 859 367 35	302 698 823 71	50 826 77	15 259 607 62	8.
299 530	3 210	243 563 328 87	8 206 190 85	91 134 466 31	93 992 659 12	248 911 326 91	54 968 55	13 413 459 70	9.
112 877	7 470	99 520 671 68	3 282 006 73	41 198 310 01	41 123 733 85	102 877 254 57	—	5 341 840 26	10.
43 784	1 338	27 142 734 50	819 813 67	19 252 029 80	18 851 733 19	28 362 844 78	67 176 79	1 723 309 62	11.
134 338	2 803	91 483 894 33	3 304 586 77	34 529 036 77	34 498 065 81	94 819 452 06	84 068 09	4 589 322 09	12.
58 056	1 152	37 806 570 53	1 381 358 10	23 586 373 64	22 764 995 21	40 009 307 06	279 068 21	1 217 861 88	13.
596 979	15 428	292 236 755 16	8 604 645 03	87 468 971 20	94 423 856 53	293 886 514 86	700 730 66	19 327 840 27	14.
389 082	3 890	208 662 354 32	6 445 440 06	55 691 214 61	53 535 112 33	217 263 896 66	701 845 84	13 605 032 98	15.
154 185	2 671	113 628 236 23	3 751 281 81	34 533 875 84	32 288 859 40	119 624 524 48	131 534 42	5 950 990 21	16.
418 598	5 199	255 529 531 13	8 448 412 94	94 907 315 71	89 271 167 07	269 614 092 71	864 032 78	15 277 712 64	17.
469 022	11 846	308 684 738 76	9 500 861 10	79 303 847 76	78 162 375 66	319 327 071 96	378 345 82	20 467 125 08	18.
169 286	8 518	92 486 535 49	3 047 730 30	34 149 500 38	33 617 113 07	96 066 653 10	—	5 340 376 84	19.
371 274	4 830	368 836 695 60	12 611 753 33	128 564 995 62	114 478 344 91	395 535 099 64	73 924 34	21 806 687 20	20.
294 403	2 809	218 053 619 93	7 650 500 68	120 610 959 65	116 629 760 23	229 685 320 03	32 956 54	7 223 263 84	21.
168 011	1 827	123 717 274 40	4 120 853 90	40 850 187 36	39 889 309 23	128 799 006 43	244 013 73	5 126 708 92	22.
99 813	718	103 157 884 60	3 727 066 89	28 037 750 44	25 439 097 02	109 483 604 91	37 294 29	4 701 214 22	23.
47 189	123	51 590 590 51	1 865 520 27	17 323 321 35	15 672 230 66	55 107 201 47	16 065 20	2 653 755 54	24.
68 303	5 175	74 695 320 89	2 304 919 19	38 362 370 12	38 655 664 82	76 706 945 38	—	3 161 266 14	25.
61 271	703	40 955 874 31	1 383 063 20	21 109 819 80	19 785 556 50	43 663 200 81	26 805 53	1 736 103 33	26.
140 949	521	247 331 627 73	7 978 743 65	76 025 561 86	73 653 107 41	257 682 825 83	107 418 95	13 154 763 48	27.
100 648	383	108 150 168 59	3 680 158 75	48 014 843 70	41 799 707 49	118 045 463 55	419 869 43	5 422 195 33	28.
550 198	2 751	742 088 550 67	26 359 279 80	248 862 577 13	245 062 157 11	772 243 250 49	9 901 11	47 617 270 71	29.
238 693	2 596	179 874 662 93	6 471 505 62	42 776 743 62	42 518 993 24	186 603 918 93	—	9 498 854 19	30.
61 076	225	43 389 181 81	1 551 026 84	36 986 732 90	31 702 294 36	50 224 647 19	—	626 400 84	31.
69 360	192	63 910 043 38	2 040 034 55	33 692 995 06	30 555 954 71	69 087 118 28	—	3 511 044 59	32.
1 029 821	30 168	1 043 871 967 01	35 821 746 34	421 794 758 23	410 186 648 88	1 091 301 822 70	1 441 791 00	56 133 157 85	33.
333 969	27 934	285 020 291 16	10 037 765 62	180 790 007 94	165 866 745 44	309 981 319 28	—	12 966 801 40	34.
37 799	941	40 912 266 25	1 391 035 44	18 005 930 05	15 950 797 39	44 358 434 35	—	880 044 46	35.
38 865	238	35 085 837 90	1 229 298 57	49 871 558 16	47 164 961 10	39 021 733 53	—	235 857 91	36.

Landgemeinde-Sparkassen.

691 857	14 969	923 260 213 91	31 603 488 55	266 502 176 02	260 038 727 65	961 327 150 83	295 388 50	39 847 134 82	St.
48 548	577	24 832 813 37	881 711 70	14 193 470 89	12 910 632 69	26 997 363 27	4 601 14	643 762 68	IV.
27 540	1 382	9 946 030 50	333 560 13	6 193 977 63	5 326 271 07	11 147 297 19	27 00	297 639 33	VII.
7 270	715	2 611 621 32	89 487 07	1 023 637 79	927 751 25	2 796 994 93	—	76 233 67	VIII.
119 396	3 154	185 163 803 35	5 902 948 77	43 761 516 33	38 190 869 70	196 637 398 75	36 645 35	9 555 897 97	IX.
169 686	2 117	198 947 232 51	6 929 219 78	55 995 873 02	52 779 344 13	209 092 981 18	215 196 46	9 744 870 13	X.
77 532	2 253	132 733 054 16	4 357 594 66	33 601 130 59	35 410 289 63	135 281 489 78	49 40	6 550 724 79	XI.
8 298	113	5 438 436 12	219 303 73	1 271 505 82	1 125 673 13	5 803 572 54	—	216 290 30	XII.
233 587	4 658	363 587 222 58	12 889 662 71	110 461 063 95	113 367 896 05	373 570 053 19	38 869 15	12 761 715 95	XIII.

Ergebnisse des Vorjahres eingesetzt worden. — 3) gegen das Vorjahr eine Sparkasse weniger infolge Übernahme der städtischen Sparkasse Mülheim a. Rhein in die städtische Frankfurt mußten die Angaben des Jahres 1913 eingestellt werden, weil dort die Erhebung nach neuen Formularen stattfand, in denen die Frage über gesperrte Sparbücher nicht Angaben des Vorjahres entstanden.

(Noch: Tab. 1.)		Aus dem Reservefonds bzw. den Überschüssen der Rechnungs- vorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		B e t r a g d e r						Betrag der Verwaltungs- kosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.		seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zins- einnahmen		Zins- ausgaben		Zins- überschüsse			
		M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1		25		26		27		28		29		30		31	

Noch: I. Die städtischen

Staat	331 049 991	22	16 394 875	22	7 254 153	73	312 530 484	66	255 084 699	84	57 445 784	82	13 275 695	36
Provinzen.														
I. Ostpreußen	9 666 443	23	579 476	11	3 362	80	5 232 015	54	4 027 310	57	1 204 704	97	325 815	98
II. Westpreußen	2 956 583	04	58 044	02	1 391	00	3 401 131	25	2 698 566	83	702 564	42	210 167	07
III. Stadtkreis Berlin	3 537 806	00	—	—	—	—	16 179 210	49	14 848 490	61	1 330 719	88	962 944	31
IV. Brandenburg	17 637 077	65	962 514	76	733 901	70	30 659 288	01	24 478 625	00	6 180 663	01	1 628 903	36
V. Pommern	22 216 644	27	990 769	59	83 523	43	16 870 444	97	13 485 737	62	3 384 707	35	799 381	80
VI. Posen	3 473 107	59	165 964	81	11 765	13	6 155 269	34	5 005 344	44	1 149 924	90	412 105	74
VII. Schlesien	46 611 668	19	2 384 245	37	1 084 349	02	27 301 093	07	20 892 867	44	6 408 225	63	1 420 612	88
VIII. Sachsen	57 451 401	75	2 470 836	35	2 314 452	40	29 311 490	67	22 517 569	47	6 793 921	20	1 081 177	45
IX. Schleswig-Holstein	19 461 163	44	714 045	68	496 767	18	18 017 569	80	15 113 523	24	2 904 046	56	650 915	20
X. Hannover	26 184 878	55	1 099 090	36	657 809	21	26 786 658	44	22 368 555	80	4 418 102	64	1 122 999	39
XI. Westfalen	58 997 880	72	3 114 446	29	804 020	27	53 797 491	97	44 706 069	91	9 091 422	06	1 606 278	74
XII. Hessen-Nassau	6 600 650	61	255 715	04	20 249	49	10 172 197	54	8 486 806	12	1 685 391	42	475 713	88
XIII. Rheinprovinz	56 255 186	18	3 599 726	84	1 042 562	10	68 646 623	57	56 455 232	79	12 191 390	78	2 578 679	56
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	8 406 016	73	516 633	85	3 362	80	3 832 133	41	2 928 568	29	903 565	12	220 034	64
2. Gumbinnen	907 611	19	—	—	—	—	692 440	95	562 601	58	129 839	37	44 089	91
3. Allenstein	352 815	31	62 842	26	—	—	707 441	18	536 140	70	171 300	48	61 691	43
4. Danzig	2 267 208	29	12 459	82	—	—	1 892 932	92	1 510 534	92	382 398	00	114 690	53
5. Marienwerder	689 374	75	45 584	20	1 391	00	1 508 198	33	1 188 031	91	320 166	42	95 476	54
6. Stadtkreis Berlin	3 537 306	00	—	—	—	—	16 179 210	49	14 848 490	61	1 330 719	88	962 944	31
7. Potsdam	6 233 366	72	520 944	57	496 906	69	17 603 768	82	14 219 031	66	3 384 737	16	973 806	09
8. Frankfurt	11 403 710	93	441 570	19	236 995	01	13 055 519	19	10 259 593	34	2 795 925	85	655 097	27
9. Stettin	15 537 151	16	754 469	79	—	—	11 067 507	86	8 779 364	18	2 288 143	68	523 677	13
10. Köslin	3 958 287	32	158 139	81	6 644	54	4 599 001	44	3 810 133	31	788 868	13	222 502	16
11. Stralsund	2 721 205	79	78 159	99	76 878	89	1 203 935	67	896 240	13	307 695	54	53 202	51
12. Posen	3 126 372	61	151 980	41	11 411	98	4 289 588	19	3 514 754	03	774 834	16	310 305	76
13. Bromberg	346 734	98	13 984	40	353	15	1 865 681	15	1 490 590	41	375 090	74	101 799	98
14. Breslau	23 614 963	14	1 181 600	67	967 288	34	12 836 880	11	9 797 757	48	3 039 122	63	663 319	86
15. Liegnitz	18 556 252	49	909 007	23	21 786	98	9 185 374	06	6 906 772	28	2 278 601	78	444 748	90
16. Oppeln	4 440 452	56	293 637	47	95 273	70	5 278 838	90	4 188 337	68	1 090 501	22	312 544	12
17. Magdeburg	24 392 998	78	943 588	39	1 161 186	75	11 520 036	42	8 825 892	94	2 694 143	48	379 471	61
18. Merseburg	27 115 579	89	1 155 781	15	820 374	27	13 566 195	18	10 398 249	23	3 167 945	95	539 850	35
19. Erfurt	5 941 823	08	371 466	81	332 891	38	4 225 259	07	3 293 427	30	931 831	77	161 855	49
20. Schleswig	19 461 163	44	714 045	68	496 767	18	18 017 569	80	15 113 523	24	2 904 046	56	650 915	20
21. Hannover	4 491 819	58	336 571	40	213 672	63	9 393 791	76	7 965 787	32	1 428 004	44	479 509	03
22. Hildesheim	6 042 113	55	238 951	33	32 086	56	5 358 968	79	4 399 278	81	959 689	98	196 274	73
23. Lüneburg	4 508 035	51	142 904	73	165 289	59	4 701 760	51	4 048 018	50	653 742	01	141 039	05
24. Stade	4 819 851	20	133 444	41	172 815	34	2 368 167	78	1 947 717	43	420 450	35	82 547	09
25. Osnabrück	4 677 149	22	194 410	52	32 745	09	3 125 730	53	2 546 231	49	579 499	04	115 012	98
26. Aurich	1 645 909	49	52 807	97	41 200	00	1 838 239	07	1 461 522	25	376 716	82	108 616	51
27. Münster	9 018 291	96	644 000	44	76 929	27	12 038 389	66	10 044 883	53	1 993 506	13	313 256	17
28. Minden	3 701 670	51	195 535	73	132 351	61	5 138 513	63	4 289 969	66	848 543	97	197 557	10
29. Arnberg	46 277 918	25	2 274 910	12	594 739	39	36 620 588	68	30 371 216	72	6 249 371	96	1 095 465	47
30. Cassel	6 310 904	15	232 689	31	18 719	49	8 138 481	28	6 831 004	79	1 307 476	49	354 184	99
31. Wiesbaden	289 746	46	23 025	73	1 530	00	2 033 716	26	1 655 801	33	377 914	93	121 528	89
32. Coblenz	2 149 519	29	165 106	06	51 780	09	3 026 944	64	2 434 706	78	592 237	86	134 473	50
33. Düsseldorf	45 422 423	09	2 913 420	16	917 327	79	47 939 082	18	39 552 645	93	8 386 436	25	1 687 522	93
34. Köln	8 554 845	35	521 200	62	73 454	22	13 823 516	71	11 161 479	42	2 662 037	29	608 531	23
35. Trier	128 398	45	—	—	—	—	2 017 034	05	1 702 445	66	314 588	39	71 642	12
36. Aachen	—	—	—	—	—	—	1 840 045	99	1 603 955	00	236 090	99	76 509	78

Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und

Staat	17 379 770	78	1 213 135	05	915 012	26	44 212 180	50	37 320 684	94	6 891 495	56	1 669 833	46
Provinzen.														
IV. Brandenburg	92 067	17	14 395	41	34 069	55	1 262 713	49	989 068	59	273 644	90	78 328	86
VII. Schlesien	74 765	96	12 024	43	1 874	00	475 129	80	375 769	91	99 359	89	27 726	43
VIII. Sachsen	20 200	00	—	—	989	82	114 116	37	93 363	94	20 752	43	2 100	78
IX. Schleswig-Holstein	3 377 770	90	270 270	37	218 972	18	9 314 874	34	7 971 477	91	1 343 396	43	311 713	26
X. Hannover	8 478 572	81	353 358	87	432 609	46	8 969 912	70	7 499 610	14	1 470 302	56	369 903	55
XI. Westfalen	2 306 360	14	304 032	77	40 136	16	6 398 948	15	5 395 934	51	1 003 013	64	241 472	63
XII. Hessen-Nassau	45 580	16	—	—	9 156	00	265 553	54	224 240	33	41 313	21	15 459	00
XIII. Rheinprovinz	2 984 453	64	259 053	20	177 205	09	17 410 932	11	14 771 219	61	2 639 712	50	623 128	95

Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt												Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								der					
städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke				in Inhaberpapieren zum Tageskurse am 30. Juni 1914 oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem					
überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		Ankaufswert		Nennwert			
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	dieser Papiere (Sp. 36) beträgt	M		Pf.
32		33		34		35		36		37	38		

Sparkassen.

3 782 626 729	46	454 225 620	28	668 242 826	91	106 981 286	86	1 928 013 582	28	2 113 277 249	35	2 140 760 779	50	St.
57 906 791	18	5 417 838	17	4 444 569	22	216 972	23	36 107 813	65	40 925 655	67	40 878 350	00	I.
40 201 245	29	3 193 082	61	3 577 992	66	447 411	00	23 167 714	85	25 022 087	19	25 699 850	00	II.
109 492 970	00	—	—	—	—	—	—	244 799 667	65	277 853 159	54	280 590 135	00	III.
338 269 744	51	10 455 137	96	47 350 387	81	4 203 631	75	249 112 410	45	272 480 994	82	275 835 855	00	IV.
189 666 387	97	9 548 941	57	60 854 320	61	1 577 394	50	104 167 983	63	114 377 238	09	114 923 910	00	V.
65 489 490	07	22 996 354	01	9 150 714	54	2 960 705	87	38 884 897	19	42 261 593	15	42 878 891	63	VI.
307 651 422	57	11 297 108	41	48 689 398	70	2 992 126	43	201 754 223	90	222 035 644	52	226 824 651	25	VII.
292 693 603	68	13 411 609	62	110 961 009	96	8 578 109	69	207 059 800	43	229 069 261	23	229 620 735	00	VIII.
228 686 228	28	829 139	00	73 121 433	31	422 720	00	45 785 026	81	48 329 447	90	49 522 457	50	IX.
309 970 815	18	31 794 968	82	74 815 647	53	17 520 433	13	129 425 038	98	139 847 508	75	143 155 202	99	X.
752 980 353	10	132 336 479	67	133 261 726	85	20 510 830	34	196 684 914	26	210 383 241	29	213 766 925	00	XI.
85 839 761	43	38 039 809	51	47 977 111	59	31 025 086	62	65 488 490	35	71 690 926	07	72 468 816	13	XII.
1 003 777 916	20	174 905 150	93	54 038 514	13	16 525 865	30	385 575 600	13	419 000 491	13	424 595 000	00	XIII.
42 654 433	13	4 053 641	21	2 390 010	97	122 122	23	31 293 606	65	35 639 168	52	35 513 650	00	1.
9 425 555	00	50 000	00	310 925	00	—	—	3 174 316	60	3 564 896	30	3 622 900	00	2.
5 826 803	05	1 314 196	96	1 743 633	25	94 850	00	1 639 890	40	1 721 590	85	1 741 800	00	3.
19 644 924	86	1 079 072	20	1 689 200	00	49 600	00	15 703 540	80	17 185 841	79	17 505 550	00	4.
20 556 320	43	2 114 010	41	1 888 792	66	397 811	00	7 464 174	05	7 836 245	40	8 194 300	00	5.
109 492 970	00	—	—	—	—	—	—	244 799 667	65	277 853 159	54	280 590 135	00	6.
205 068 569	19	2 076 444	12	13 585 040	85	323 839	00	149 705 832	07	162 445 598	72	164 633 405	00	7.
133 201 175	32	8 378 693	84	33 765 346	96	3 879 792	75	99 406 578	38	110 035 396	10	111 202 450	00	8.
126 106 671	98	8 281 096	88	39 200 802	16	1 491 954	50	71 116 158	08	78 430 669	09	78 701 885	00	9.
52 207 298	00	1 174 164	69	19 629 045	23	85 440	00	22 298 908	85	24 210 503	48	24 486 500	00	10.
11 352 417	99	93 680	00	2 024 473	22	—	—	10 752 916	70	11 736 065	52	11 735 525	00	11.
43 640 801	60	11 355 951	74	7 802 183	46	2 600 702	91	27 583 122	52	30 022 810	02	30 484 925	00	12.
21 848 688	47	11 640 402	27	1 348 531	08	360 002	96	11 301 774	67	12 238 783	13	12 393 966	63	13.
133 860 830	10	2 200 204	54	22 349 835	67	1 513 076	31	102 600 801	15	112 226 708	00	115 689 370	00	14.
103 263 562	36	2 661 744	45	19 868 318	63	911 293	32	67 270 913	41	75 081 989	41	75 795 061	25	15.
70 527 030	11	6 435 159	42	6 471 244	40	567 756	80	31 882 509	34	34 726 947	11	35 340 220	00	16.
110 406 858	52	5 689 806	69	41 335 948	45	3 768 494	33	90 200 454	38	99 399 491	09	99 542 570	00	17.
135 443 466	45	3 529 636	51	61 066 628	85	3 904 890	48	91 707 865	75	102 118 472	94	102 146 165	00	18.
46 843 278	71	4 192 166	42	8 558 432	66	904 724	88	25 151 480	30	27 551 297	20	27 932 000	00	19.
228 686 228	28	829 139	00	73 121 433	31	422 720	00	45 785 026	81	48 329 447	90	49 522 457	50	20.
111 038 719	58	10 252 706	10	16 710 761	22	5 260 294	04	47 121 421	22	50 989 849	21	52 088 215	14	21.
65 872 031	34	9 150 143	85	13 175 705	88	2 709 116	15	29 448 812	88	31 930 501	91	32 157 975	00	22.
50 404 794	15	4 890 465	89	21 991 176	50	6 289 408	55	21 923 754	32	23 858 903	58	24 431 303	25	23.
28 004 102	95	2 161 836	15	9 647 687	54	587 056	33	10 770 463	42	11 679 167	03	11 679 035	00	24.
37 692 159	62	1 572 852	93	5 816 508	28	1 983 293	30	11 107 489	68	11 635 283	14	12 654 695	00	25.
16 959 007	54	3 766 963	90	7 473 808	11	691 264	76	9 053 097	46	9 803 803	88	9 948 979	60	26.
170 731 255	20	66 008 110	51	31 413 155	75	6 597 448	43	40 847 943	50	43 336 413	25	43 832 650	00	27.
52 584 993	48	6 214 592	30	23 994 233	80	1 028 370	49	19 547 779	19	20 615 250	90	20 987 930	00	28.
529 664 104	42	60 113 776	86	77 854 337	30	12 885 011	42	136 289 191	57	146 431 577	14	148 946 345	00	29.
64 102 442	43	30 239 470	51	47 083 411	59	30 417 074	62	49 347 432	75	54 136 235	57	54 642 632	13	30.
21 737 319	00	7 800 339	00	893 700	00	608 012	00	16 141 057	60	17 554 690	50	17 826 184	00	31.
40 249 970	72	4 365 512	89	3 814 281	62	907 312	40	17 525 060	57	19 480 769	89	19 706 550	00	32.
747 888 878	51	154 619 776	86	39 342 927	10	12 785 804	93	254 621 911	89	277 007 382	18	281 542 050	00	33.
167 637 234	97	13 279 386	10	10 289 752	68	2 786 965	64	93 675 116	97	101 405 753	71	101 988 050	00	34.
25 275 461	00	1 196 831	12	118 800	00	—	—	12 431 688	95	13 028 021	98	13 231 250	00	35.
22 726 371	00	1 443 643	96	472 752	73	45 782	33	7 321 821	75	8 078 563	37	8 177 100	00	36.

Landgemeinde-Sparkassen.

456 592 060	33	130 255 266	25	277 861 252	42	44 399 346	05	159 517 998	59	169 035 489	44	171 003 962	51	St.
12 483 297	52	499 500	00	6 085 926	14	290 566	14	8 157 238	95	8 390 983	10	8 479 750	00	IV.
5 341 677	72	94 638	82	1 492 252	28	110 317	91	2 824 873	45	2 986 408	14	3 049 000	00	VII.
800 514	66	160 339	66	682 725	18	135 483	13	957 208	75	975 253	55	1 055 800	00	VIII.
43 313 704	43	1 119 069	05	108 355 144	89	308 990	11	16 065 455	18	16 792 305	45	17 115 855	86	IX.
55 078 624	37	9 798 313	45	95 432 542	49	29 121 867	12	35 688 515	06	38 801 845	69	39 300 756	65	X.
77 155 463	75	15 751 584	24	34 716 280	64	2 619 523	11	20 291 347	06	21 429 954	19	21 723 700	00	XI.
274 223	72	178 023	72	3 716 131	97	3 229 098	66	1 038 990	20	1 131 177	51	1 150 650	00	XII.
262 144 554	16	102 653 797	31	27 380 248	83	8 583 499	87	74 494 369	94	78 527 561	81	79 128 450	00	XIII.

9*

(Noch: Tab. 1.)		Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar											
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	auf Schuldscheine				gegen Wechsel		gegen Faustpfand		bei öffentlichen Instituten und Korporationen		in sonstigen Anlagen		
	ohne Bürgschaft		mit Bürgschaft										
	<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	Pf.	<i>M</i>	Pf.	
	1	39	40	41	42	43	44						

Noch: I. Die städtischen

Staat	4 702 270	45	71 826 835	55	22 603 298	96	45 452 173	12	908 243 500	62	75 917 360	54
Provinzen.												
I. Ostpreußen	38 655	00	3 206 543	11	2 472 605	36	4 774 921	29	6 213 265	03	1 376 933	99
II. Westpreußen	422 547	46	2 540 888	80	2 489 484	31	857 635	80	4 773 219	65	1 236 779	69
III. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	23 167 057	92	600 000	00
IV. Brandenburg	42 175	30	1 600 601	75	887 494	37	2 663 245	57	126 333 868	20	2 781 139	54
V. Pommern	672 212	27	1 982 704	07	3 226 557	34	2 690 734	56	41 130 655	78	2 867 766	31
VI. Posen	1 255 570	30	611 265	16	6 138 100	43	3 915 330	29	13 805 744	68	1 665 676	74
VII. Schlesien	184 670	26	1 454 983	88	4 319 925	55	3 982 916	39	99 398 977	81	4 708 187	35
VIII. Sachsen	975 984	20	669 301	95	190 287	00	3 224 459	21	106 622 520	52	3 832 540	92
IX. Schleswig-Holstein	17 607	58	23 257 459	04	783 539	04	2 259 105	05	37 179 153	31	4 800 060	96
X. Hannover	667 920	47	4 836 508	53	503 381	55	8 024 367	64	128 068 707	94	4 321 063	97
XI. Westfalen	354 859	22	12 391 822	90	96 753	26	6 387 859	41	121 047 134	84	9 297 966	43
XII. Hessen-Nassau	—	—	6 765 708	38	1 063 729	99	1 855 877	09	28 832 612	70	10 351 010	78
XIII. Rheinprovinz	70 068	39	12 509 047	98	431 440	76	4 815 720	82	171 670 582	24	28 078 233	86
Regierungsbezirke.												
1. Königsberg	1 040	00	2 052 698	44	696 846	72	4 292 464	99	4 339 582	62	604 555	09
2. Gumbinnen	6 000	00	—	—	59 100	00	13 320	00	637 309	84	468 447	52
3. Allenstein	31 615	00	1 153 844	67	1 716 658	64	469 136	30	1 236 372	57	303 931	38
4. Danzig	111 001	00	1 305 143	26	290 766	94	728 077	50	3 561 342	44	192 349	07
5. Marienwerder	311 546	46	1 235 745	54	2 198 717	37	129 558	30	1 211 877	21	1 044 430	62
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	23 167 057	92	600 000	00
7. Potsdam	28 425	30	332 465	86	490 784	70	699 989	42	72 121 217	01	2 401 676	39
8. Frankfurt	13 750	00	1 268 135	89	396 709	67	1 963 256	15	54 212 651	19	379 463	15
9. Stettin	472 920	00	1 404 056	06	1 237 582	55	1 230 914	71	24 125 412	03	2 014 361	24
10. Köslin	119 760	30	482 879	13	1 804 784	79	1 209 999	85	12 638 410	49	815 670	26
11. Stralsund	79 531	97	95 768	88	184 190	00	249 820	00	4 366 833	26	37 734	81
12. Posen	1 207 368	67	315 071	50	4 843 967	69	1 868 778	47	10 259 213	77	887 832	42
13. Bromberg	48 201	63	296 193	66	1 294 132	74	2 046 551	82	3 546 530	91	777 844	32
14. Breslau	76 194	17	254 760	18	3 672 902	00	2 103 069	12	49 686 090	87	1 959 946	33
15. Liegnitz	39 079	89	473 736	20	394 211	85	1 376 892	97	35 468 300	06	2 028 559	29
16. Oppeln	69 396	20	726 487	50	252 811	70	502 954	30	14 244 586	88	719 681	73
17. Magdeburg	681 480	03	167 816	76	30 940	00	1 527 678	13	40 864 370	45	1 666 494	38
18. Merseburg	7 007	15	168 325	00	25 842	00	1 303 678	19	49 192 068	35	925 159	94
19. Erfurt	287 497	02	333 160	19	133 505	00	393 102	89	16 566 081	72	1 240 886	60
20. Schleswig	17 607	58	23 257 459	04	783 539	04	2 259 105	05	37 179 153	31	4 800 060	96
21. Hannover	102 540	43	730 913	71	—	—	2 728 233	03	51 920 278	68	560 745	02
22. Hildesheim	228 746	00	856 538	89	—	—	1 067 557	61	22 035 429	27	752 487	33
23. Lüneburg	315 514	86	160 379	45	—	—	371 907	73	16 996 019	71	1 569 498	21
24. Stade	16 810	00	308 294	71	—	—	328 663	70	7 465 961	47	977 710	33
25. Osnabrück	4 309	18	591 617	03	—	—	2 164 353	96	20 971 364	27	152 036	78
26. Aurich	—	—	2 188 764	74	503 381	55	1 363 651	61	8 679 654	54	308 586	30
27. Münster	197 413	35	2 756 374	34	24 235	71	1 767 580	55	28 326 156	27	2 092 519	92
28. Minden	22 563	00	2 127 689	84	59 033	38	1 246 710	54	22 653 893	89	2 486 574	38
29. Arnsberg	134 882	87	7 507 758	72	13 484	17	3 373 568	32	70 067 084	68	4 718 872	13
30. Cassel	—	—	6 281 242	38	1 063 729	99	1 217 420	14	23 496 543	50	3 350 970	60
31. Wiesbaden	—	—	484 466	00	—	—	638 456	95	5 336 069	20	7 000 040	18
32. Coblenz	19 323	00	591 375	93	—	—	185 693	65	9 937 655	52	488 087	62
33. Düsseldorf	36 535	00	10 269 129	31	181 864	02	3 735 833	15	105 786 731	42	12 472 674	61
34. Köln	14 085	20	991 507	27	196 191	39	746 399	77	46 967 640	84	8 378 514	03
35. Trier	125	19	315 103	04	46 500	00	99 809	25	5 876 257	58	2 873 621	92
36. Aachen	—	—	341 932	43	6 885	35	47 985	00	3 102 296	88	3 865 335	68

Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und

Staat	3 137 131	63	33 459 882	55	412 973	87	5 130 054	53	73 298 558	90	9 333 003	13
Provinzen.												
IV. Brandenburg	937 000	00	17 988	16	15 035	00	98 540	00	1 621 488	03	7 059	25
VII. Schlesien	107 265	00	265 119	05	130 547	77	291 666	22	805 029	99	197 516	48
VIII. Sachsen	1 000	00	19 295	00	9 175	00	87 371	90	217 411	40	40 871	43
IX. Schleswig-Holstein	56 930	50	21 670 675	88	226 309	91	1 310 377	52	15 606 997	46	1 938 989	02
X. Hannover	1 835 866	94	4 313 529	63	8 756	93	1 606 566	64	22 612 501	86	3 623 646	99
XI. Westfalen	86 262	00	1 842 306	80	1 000	00	857 152	01	8 394 415	23	613 529	49
XII. Hessen-Nassau	—	—	357 757	14	4 106	00	54 949	69	374 866	99	51 687	72
XIII. Rheinprovinz	112 807	19	4 973 210	89	18 043	26	823 430	55	23 665 847	94	2 859 702	75

angelegt				Anzahl		Hypothekarisch darauf (Spalte 48) haftende Sparkassengelder		Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederver- änderung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Betrag des Kassenbestandes in allen Abtei- lungen der Spar- kassen am Schlusse des Rechnungs- jahres		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.		
zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 36 eingestellt)		dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert)		der am Schlusse des Rechnungs- jahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangs- versteigerungen	davon im Berichts- jahre erworben									
M	Pf.	des Deutschen Reiches				Preußens		M	Pf.	M	Pf.		M	Pf.
		M	Pf.			M	Pf.							
45		46		47		48	49	50		51		52		

Sparkassen.

7 507 628 577	89	418 555 200	745 952 619	74	555	66	14 549 320	09	90 068	64	106 529 440	08	St.
116 542 097	83	6 684 100	12 295 600	00	—	—	—	—	—	—	2 715 965	68	I.
79 267 508	51	4 643 300	5 519 200	00	3	2	14 300	00	—	—	3 186 645	69	II.
378 059 695	57	61 217 800	63 694 000	00	—	—	—	—	—	—	3 401 508	16	III.
769 041 067	50	48 039 800	110 957 050	00	1	—	48 000	00	2 156	19	11 102 059	65	IV.
407 259 322	54	8 869 500	43 576 400	00	27	1	909 161	94	—	—	6 624 341	96	V.
140 916 789	40	8 199 800	10 761 350	00	—	—	—	—	—	—	3 237 410	97	VI.
672 144 706	41	31 616 800	73 672 250	00	5	—	193 955	24	1 613	54	10 046 069	82	VII.
726 229 507	87	36 695 900	92 635 300	00	38	3	1 120 161	88	2 956	92	11 128 400	33	VIII.
415 889 613	38	15 933 500	14 398 350	00	17	4	143 013	14	38 336	32	3 179 189	07	IX.
660 633 451	79	25 586 600	34 540 069	74	14	1	288 594	07	448	17	6 980 851	87	X.
1 232 503 390	27	51 808 500	84 387 900	00	196	17	4 711 517	89	11 710	37	14 416 579	53	XI.
248 174 302	31	11 786 400	21 114 850	00	2	—	18 233	53	—	—	8 659 634	93	XII.
1 660 967 124	51	107 473 200	178 400 300	00	252	38	7 102 382	40	32 847	13	21 850 732	42	XIII.
88 325 238	61	5 658 200	11 622 400	00	—	—	—	—	—	—	1 747 901	61	1.
14 094 973	96	403 000	237 500	00	—	—	—	—	—	—	157 178	44	2.
14 121 885	26	622 900	435 700	00	—	—	—	—	—	—	810 885	63	3.
43 226 345	87	3 026 200	3 607 600	00	—	—	—	—	—	—	2 055 321	13	4.
36 041 162	64	1 617 100	1 911 600	00	3	2	14 300	00	—	—	1 131 324	56	5.
378 059 695	57	61 217 800	63 694 000	00	—	—	—	—	—	—	3 401 508	16	6.
444 434 000	79	28 765 900	75 521 700	00	—	—	—	—	—	—	4 657 364	83	7.
324 607 066	71	19 273 900	35 435 350	00	1	—	48 000	00	2 156	19	6 444 694	82	8.
266 908 878	81	5 224 000	32 049 200	00	25	1	697 361	94	—	—	3 897 161	33	9.
111 206 756	90	3 008 500	8 439 600	00	2	—	211 800	00	—	—	1 478 737	02	10.
29 143 686	83	637 000	3 087 600	00	—	—	—	—	—	—	1 248 443	61	11.
98 408 340	10	5 736 900	6 931 450	00	—	—	—	—	—	—	2 631 860	07	12.
42 508 449	30	2 462 900	3 829 900	00	—	—	—	—	—	—	605 550	90	13.
316 564 429	59	16 040 900	37 560 050	00	—	—	—	—	—	—	3 975 434	08	14.
230 183 574	66	10 225 300	22 963 500	00	2	—	112 955	24	—	—	4 021 487	90	15.
125 396 702	16	5 350 600	13 148 700	00	3	—	81 000	00	1 613	54	2 049 147	84	16.
286 882 041	10	15 478 900	34 481 800	00	23	1	637 698	24	2 581	25	4 067 750	55	17.
339 840 041	68	17 202 400	45 570 100	00	10	1	172 572	24	375	67	5 171 016	48	18.
99 507 425	09	4 014 600	12 583 400	00	5	1	309 891	40	—	—	1 889 633	30	19.
415 889 613	38	15 933 500	14 398 350	00	17	4	143 013	14	38 336	32	3 179 189	07	20.
230 913 612	89	7 790 900	8 745 415	14	6	—	121 420	09	—	—	4 227 901	09	21.
133 437 309	20	5 292 000	8 262 900	00	2	—	14 000	00	—	—	1 091 146	31	22.
113 733 044	93	5 267 600	7 352 500	00	—	—	—	—	—	—	467 567	22	23.
57 519 694	12	1 919 000	3 853 900	00	4	1	88 510	18	448	17	435 717	37	24.
78 499 838	80	2 201 300	2 889 000	00	2	—	64 663	80	—	—	455 092	71	25.
46 529 951	85	3 115 800	3 436 354	60	—	—	—	—	—	—	303 427	17	26.
278 156 634	59	13 103 400	13 622 250	00	85	8	2 176 741	59	5 819	96	4 220 640	94	27.
124 723 471	50	5 725 300	7 894 850	00	7	1	152 333	88	—	—	1 434 576	82	28.
829 623 284	18	32 979 800	62 870 800	00	104	8	2 382 442	42	5 890	41	8 761 361	77	29.
195 943 193	38	7 833 400	17 189 850	00	2	—	18 233	53	—	—	2 868 820	37	30.
52 231 108	93	3 953 000	3 925 000	00	—	—	—	—	—	—	5 790 864	56	31.
72 811 448	63	5 229 500	8 929 150	00	15	1	300 658	09	8 750	00	625 804	12	32.
1 174 336 485	01	67 870 500	113 619 850	00	221	33	6 500 389	72	23 490	33	18 324 773	21	33.
328 896 443	12	29 940 700	48 686 350	00	15	4	296 334	59	606	80	2 106 000	42	34.
47 037 366	93	3 395 000	5 894 250	00	1	—	5 000	00	—	—	488 550	09	35.
37 885 380	82	1 037 500	1 270 700	00	—	—	—	—	—	—	305 604	58	36.

Landgemeinde-Sparkassen.

1 018 742 915	95	45 032 500	60 313 448	00	188	22	4 214 800	88	1 691	68	10 589 076	21	St.
29 423 573	05	2 434 000	3 149 600	00	2	2	113 000	00	—	—	423 341	15	IV.
11 455 947	96	471 500	1 391 400	00	—	—	—	—	—	—	268 827	75	VII.
2 815 573	32	136 500	573 700	00	—	—	—	—	—	—	38 709	57	VIII.
208 544 584	79	6 573 800	5 412 300	00	6	—	179 049	35	—	—	1 470 587	51	IX.
220 200 550	91	7 595 700	12 882 498	00	8	—	116 166	15	—	—	1 319 158	86	X.
143 957 756	98	4 961 300	8 755 300	00	47	4	1 009 567	13	—	—	2 251 013	03	XI.
5 872 713	43	214 000	230 150	00	1	—	4 844	00	—	—	71 524	27	XII.
396 472 215	51	22 645 700	27 918 500	00	124	16	2 792 174	25	1 691	68	4 745 914	07	XIII.

Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Zahl der				An Sparbüchern									
	Spar- kassen	Filial- oder Neben- kassen	Sam- mel- oder An- nahme- stellen	Ver- kaufs- stellen von Spar- mar- ken	wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-							
					aus- gegeben	zurück- genom- men	bis 60 M.	über 60 bis 150 M.	über 150 bis 300 M.	über 300 bis 600 M.	über 600 bis 1 500 M.	über 1 500 bis 3 000 M.	über 3 000 bis 10 000 M.	über 10 000 M.
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Regierungsbezirke.														
7. Potsdam	6	1	21	2	10 947	5 907	17 505	6 264	5 321	5 571	5 401	2 167	1 166	157
8. Frankfurt	1	—	—	—	499	462	1 120	671	618	768	956	540	303	20
14. Breslau	11	—	10	10	3 745	1 418	9 137	3 242	2 485	2 386	2 055	743	355	32
15. Liegnitz	6	—	—	—	1 505	597	2 442	1 092	845	799	683	241	118	23
16. Oppeln	1	—	—	—	50	48	167	107	92	154	195	94	53	—
17. Magdeburg	3	—	—	—	666	370	2 737	680	546	508	528	283	51	18
18. Merseburg	2	—	—	1	531	85	953	245	184	203	210	82	40	2
20. Schleswig	106	—	45	32	12 458	6 726	32 251	15 841	12 961	13 695	17 457	11 110	12 127	3 954
21. Hannover	3	—	—	—	838	620	2 973	1 183	1 145	1 341	1 735	868	585	101
22. Hildesheim	2	—	—	—	686	548	1 803	1 029	884	1 130	1 438	786	690	92
23. Lüneburg	7	—	22	25	3 043	1 675	7 780	3 409	2 944	4 105	4 799	3 046	3 059	724
24. Stade	24	—	10	1	9 301	4 880	26 720	11 155	9 158	10 790	13 485	7 819	7 765	1 456
25. Osnabrück	10	—	1	—	2 368	1 402	6 099	3 414	3 108	4 021	5 694	3 204	2 981	574
26. Aurich	2	—	—	—	637	279	1 512	565	542	629	733	346	242	25
27. Münster	7	—	—	—	5 312	3 175	9 101	3 538	3 128	3 723	4 633	2 780	3 392	1 006
28. Minden	2	—	2	—	695	242	931	393	466	511	618	349	404	143
29. Arnberg	17	—	8	1	5 092	3 226	8 231	4 801	4 952	6 603	6 606	4 986	4 773	1 444
30. Cassel	3	—	—	—	794	356	2 561	1 209	977	1 172	1 317	707	329	26
32. Coblenz	2	—	—	—	456	220	882	348	353	471	601	353	302	60
33. Düsseldorf	63	1	10	18	28 401	20 240	45 624	21 049	19 530	24 920	34 386	22 758	24 979	4 404
34. Köln	10	6	3	7	3 397	2 165	5 263	2 167	2 147	2 540	3 871	2 786	3 134	685
35. Trier	4	—	2	—	1 390	812	3 094	1 214	1 022	1 251	1 496	902	840	155
III. Die Kreis- und														
Staat	489	552	3 538	1 512	471 209	312 017	1 110 832	522 614	468 177	573 836	716 441	409 974	317 464	51 052
Provinzen.														
I. Ostpreußen	34	27	449	185	19 172	14 046	58 617	24 632	21 420	27 419	29 672	13 188	8 593	1 181
II. Westpreußen	24	11	187	127	27 685	20 367	67 454	26 958	23 256	28 753	33 121	18 882	11 925	1 446
IV. Brandenburg	26	115	254	122	64 086	40 500	163 859	80 519	70 357	82 831	100 430	49 866	29 947	1 570
V. Pommern	25	16	120	76	31 702	20 565	67 087	34 721	32 043	41 258	52 761	29 501	21 872	2 040
VI. Posen	37	2	152	27	16 312	12 735	36 080	17 110	15 919	20 380	25 587	14 198	10 720	1 316
VII. Schlesien	54	13	560	258	40 702	27 976	109 739	59 897	54 043	65 836	76 865	40 891	20 827	1 591
VIII. Sachsen	32	114	450	228	42 254	29 697	156 039	67 431	58 935	67 130	79 729	41 174	28 358	3 117
IX. Schleswig-Holstein	7	44	16	—	4 097	1 767	8 520	2 404	1 916	2 385	2 900	1 780	1 810	563
X. Hannover	70	44	334	185	58 875	35 269	150 285	67 631	58 855	73 343	95 294	56 928	51 858	9 732
XI. Westfalen	99	39	175	14	75 908	49 838	121 444	66 804	62 049	76 272	103 586	65 727	67 339	17 216
XII. Hessen-Nassau	30	52	276	209	17 627	10 540	57 769	21 915	18 778	21 544	24 125	14 022	9 494	1 138
XIII. Rheinprovinz	51	75	565	81	72 789	48 717	113 939	52 592	50 606	66 685	92 371	63 817	54 721	10 142
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	13	11	233	118	9 945	6 637	26 996	9 764	8 377	10 707	12 127	5 279	3 598	511
2. Gumbinnen	12	13	82	50	4 571	3 319	19 169	8 196	7 463	9 534	9 870	3 973	2 420	269
3. Allenstein	9	3	134	17	4 656	4 090	12 452	6 672	5 580	7 178	7 675	3 936	2 575	401
4. Danzig	9	5	116	80	12 999	8 933	30 011	11 577	9 539	10 381	11 802	7 379	4 325	676
5. Marienwerder	15	6	71	47	14 686	11 434	37 443	15 381	13 717	18 372	21 319	11 503	7 600	770
7. Potsdam	13	32	197	44	54 460	34 593	134 446	66 325	57 592	67 250	81 353	40 036	23 039	1 206
8. Frankfurt	13	83	57	78	9 626	5 907	29 413	14 194	12 765	15 581	19 077	9 830	6 908	364
9. Stettin	9	12	65	76	12 133	8 015	20 806	11 190	10 188	12 809	16 157	9 150	7 590	634
10. Köslin	12	4	23	—	15 058	9 401	32 380	17 435	16 369	22 102	28 989	16 665	12 112	1 198
11. Stralsund	4	—	32	—	4 511	3 149	13 901	6 096	5 486	6 347	7 615	3 686	2 170	208
12. Posen	24	—	124	27	8 010	6 170	19 581	9 464	8 164	10 668	13 426	7 074	5 177	745
13. Bromberg	13	2	28	—	8 302	6 565	16 499	7 646	7 755	9 712	12 161	7 124	5 543	571
14. Breslau	22	—	279	78	14 145	9 077	36 510	21 169	18 425	21 768	23 932	14 536	5 134	288
15. Liegnitz	13	—	130	15	10 338	6 496	32 631	17 603	15 107	18 107	20 965	9 881	4 759	267
16. Oppeln	19	13	151	165	16 219	12 403	40 598	21 125	20 511	25 961	31 968	16 474	10 934	1 036
17. Magdeburg	9	77	154	25	9 624	6 981	50 402	18 207	15 797	17 761	20 216	10 050	5 909	582
18. Merseburg	15	36	214	176	22 238	15 771	78 247	35 166	30 180	34 959	43 355	22 482	16 251	1 728
19. Erfurt	8	1	82	27	10 392	6 945	27 390	14 058	12 958	14 410	16 158	8 642	6 198	807
20. Schleswig	7	44	16	—	4 097	1 767	8 520	2 404	1 916	2 385	2 900	1 780	1 810	563
21. Hannover	15	—	113	7	14 441	9 102	42 015	15 902	13 046	16 390	21 707	13 011	11 830	2 257
22. Hildesheim	15	1	42	3	14 419	10 549	31 896	16 691	15 168	18 639	23 632	14 341	12 707	2 113
23. Lüneburg	15	21	72	124	13 873	6 761	37 935	17 682	15 729	20 273	26 765	16 308	15 236	3 012
24. Stade	12	9	31	51	6 035	3 143	18 711	8 142	6 939	7 923	10 211	6 195	5 969	1 294
25. Osnabrück	9	13	24	—	7 860	4 558	14 129	6 981	6 054	7 856	10 020	5 569	4 723	748
26. Aurich	4	—	52	—	2 247	1 156	5 599	2 233	1 919	2 262	2 959	1 504	1 393	308
27. Münster	18	35	49	11	17 183	10 246	28 370	13 790	12 905	16 535	22 774	14 841	16 564	4 385
28. Minden	20	—	89	—	20 086	12 850	33 655	19 776	18 836	23 948	33 339	21 194	20 001	4 086
29. Arnberg	61	4	37	3	38 639	26 742	59 419	33 238	30 308	35 789	47 473	29 692	30 774	8 745
30. Cassel	19	52	35	6	11 630	7 067	32 587	16 732	14 881	16 639	18 298	10 822	7 264	877
31. Wiesbaden	11	—	241	203	5 997	3 473	25 182	5 183	3 897	4 905	5 827	3 200	2 230	261
32. Coblenz	13	4	123	77	14 944	8 236	23 692	11 350	11 143	14 559	21 610	13 493	11 570	1 613
33. Düsseldorf	8	—	27	—	13 446	8 673	18 959	9 160	8 677	12 053	13 540	9 888	10 913	3 054
34. Köln	8	12	108	—	19 596	14 233	28 399	12 419	11 919	15 311	21 173	15 324	13 665	2 373
35. Trier	12	25	274	4	17 019	12 694	24 546	13 062	12 754	17 543	25 868	18 770	12 490	1 734
36. Aachen	10	34	33	—	7 784	4 881	18 343	6 601	6 113	7 219	10 180	6 342	6 083	1 368

1) Darunter fünf Kreissparkassen, die infolge der Kriegswirren keine oder nur unvollständig ausgefüllte Nachweisungen über ihre Geschäftsergebnisse einreichen konnten. vorjährigen Ergebnisse die Zahlen für 1914 teilweise prozentual errechnet werden. — 2) Vergl. die Anmerkung 3 auf Seite 64. — 3) gegen das Vorjahr rund 0,8 Millionen M. mehr, Groß Hehlen in die Kreissparkasse Celle. — 4) desgl. rund 1,9 Millionen M. weniger infolge Übernahme der Landgemeinde-Sparkasse Berge in die Kreissparkasse Bersenbrück. — 5) gegen das Vorjahr rund 0,7 Millionen M. mehr infolge Übernahme der Landgemeinde-Sparkasse Groß Hehlen in die Kreissparkasse Celle. — 6) desgl. rund 1,9 Millionen M. mehr

Lagen		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- vorjahres		Zuwachs während des Rechnungsjahres				Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre		Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Betrag des Separat- oder Sparfonds		Betrag des Reservefonds, wie er am Schlusse des Rechnungs- jahres zu Buche stand		Wiederholung der Berechnung in Spalte 1.
				durch Zuschreibung von Zinsen		durch Neueinlagen										
über- haupt	darunter gesperrte Spar- bücher	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
16	17	18		19		20		21		22		23		24		

Landgemeinde-Sparkassen.

43 552	400	20 476 377	79	742 937	65	13 046 323	88	11 639 704	11	22 625 935	21	4 601	14	438 518	49	7.
4 996	177	4 356 435	58	138 774	05	1 147 147	01	1 270 928	58	4 371 428	06	—	—	205 244	19	8.
20 435	1 260	7 111 494	52	227 896	63	4 462 651	55	3 979 233	74	7 822 738	96	27 00	—	220 569	78	14.
6 243	52	2 136 622	78	82 197	93	1 661 899	42	1 259 842	88	2 620 877	25	—	—	65 186	21	15.
862	70	697 913	20	23 535	57	69 426	66	87 194	45	703 680	98	—	—	11 883	34	16.
5 351	276	1 923 963	19	67 641	08	788 173	36	719 309	62	2 060 468	01	—	—	57 331	77	17.
1 919	439	687 658	13	21 845	99	235 464	43	208 441	63	736 526	92	—	—	18 901	90	18.
119 396	3 154	185 163 803	35	5 902 948	77	43 761 516	33	38 190 869	70	196 637 398	75	36 645	35	9 555 897	97	20.
9 931	7	8 552 479	21	304 494	75	3 464 555	67	3 323 283	30	8 998 246	33	2 910	75	337 886	72	21.
7 852	52	8 701 396	75	288 784	14	1 774 811	60	2 068 582	48	8 696 410	01	55 969	85	438 595	52	22.
29 866	239	41 802 728	44	1 403 466	97	13 423 857	29	12 796 135	96	43 833 916	74	65 277	61	1 408 964	61	23.
88 348	1 017	98 215 661	91	3 536 035	15	28 895 735	95	26 375 897	11	104 271 535	90	87 595	07	5 775 837	39	24.
29 095	802	38 479 229	79	1 293 165	69	7 147 011	08	7 087 430	43	39 831 976	13	3 443	18	1 643 084	41	25.
4 594	—	3 195 736	41	103 273	08	1 289 901	43	1 128 014	85	3 460 896	07	—	—	140 501	48	26.
31 321	661	50 840 730	94	1 608 729	43	14 863 763	32	15 326 247	81	51 986 975	88	—	—	1 944 401	15	27.
3 815	180	6 574 600	90	250 244	62	2 368 826	49	2 051 067	70	7 142 604	31	—	—	307 022	10	28.
42 396	1 412	75 317 722	32	2 498 620	61	16 368 540	78	18 632 974	12	76 151 909	59	49 40	—	4 299 301	54	29.
8 298	113	5 438 436	12	219 303	73	1 271 505	82	1 125 673	13	5 803 572	54	—	—	216 290	30	30.
3 370	34	4 098 998	64	161 877	96	1 634 605	72	1 432 379	64	4 463 102	68	—	—	110 205	03	32.
197 650	2 891	308 328 215	57	10 961 181	70	92 433 351	51	95 189 413	11	316 533 335	67	38 869	15	11 507 567	46	33.
22 593	1 247	39 338 287	56	1 392 032	92	13 769 185	45	14 099 977	34	40 399 528	59	—	—	563 592	34	34.
9 974	486	11 821 720	81	374 570	13	2 623 921	27	2 646 125	96	12 174 086	25	—	—	580 351	12	35.

Amts-Sparkassen.

4 170 390	60 071	4 364 978 057	45	146 599 124	05	1 349 268 041	98	1 301 572 466	20	4 559 272 757	28	8 785 309	47	217 464 211	62	St.
184 722	6 184	135 423 785	45	4 615 178	12	47 880 554	71	47 600 652	04	140 318 866	24	—	—	7 165 775	47	I.
211 795	2 642	164 052 935	09	5 571 963	80	81 424 102	91	74 385 171	68	176 663 830	12	367 734	11	8 713 227	72	II.
579 379	4 910	414 370 666	28	14 515 818	81	110 362 742	56	107 000 947	86	432 248 279	79	571 495	12	19 020 253	91	IV.
281 283	8 296	275 875 145	09	9 218 117	35	106 488 322	89	107 463 407	01	284 118 178	32	906 754	48	11 631 949	72	V.
141 310	2 061	146 486 445	96	5 212 616	03	58 699 271	17	56 741 168	92	153 657 164	24	290 555	27	7 582 979	20	VI.
429 689	3 321	313 833 796	91	10 037 039	24	79 186 610	69	74 519 331	47	328 538 115	37	588 802	26	18 942 098	30	VII.
501 913	7 748	400 118 537	74	12 546 632	24	89 469 283	56	90 949 271	47	411 185 182	07	211 267	95	25 263 729	34	VIII.
22 278	104	29 060 271	80	978 000	09	13 833 744	84	11 138 597	68	32 733 419	05	—	—	1 386 173	75	IX.
563 926	9 020	679 363 008	91	23 544 436	10	188 938 854	31	181 975 714	32	709 870 585	00	4 778 018	80	28 947 701	81	X.
580 437	2 761	946 789 524	53	31 251 632	04	248 841 417	21	237 011 970	09	989 870 603	69	982 772	56	49 759 697	91	XI.
168 785	9 954	138 049 289	95	4 845 331	89	35 047 239	15	34 586 729	99	143 355 131	00	—	1 00	6 078 174	14	XII.
504 873	3 070	721 554 649	74	24 262 358	34	289 095 897	98	278 199 503	67	756 713 402	39	87 907	92	32 972 450	35	XIII.
77 359	1 374	53 696 379	21	1 927 228	09	27 807 824	06	26 012 773	59	57 418 657	77	—	—	2 539 519	36	1.
60 894	1 384	41 444 139	27	1 222 716	12	10 247 562	69	11 221 937	34	41 692 480	74	—	—	2 182 818	59	2.
46 469	3 426	40 283 266	97	1 465 233	91	9 825 167	96	10 365 941	11	41 207 727	73	—	—	2 443 437	52	3.
85 690	1 004	62 150 451	22	2 160 387	35	39 366 962	60	35 019 323	04	68 658 478	13	—	—	2 798 286	80	4.
126 105	1 638	101 902 483	87	3 411 576	45	42 057 140	31	39 365 848	64	108 005 351	99	367 734	11	5 914 940	92	5.
471 247	3 280	327 928 986	35	11 668 877	90	87 413 153	57	83 827 174	47	343 183 843	35	239 670	93	16 286 294	19	7.
108 132	1 630	86 441 679	93	2 846 940	91	22 949 588	99	23 173 773	39	89 064 436	44	331 824	19	2 733 959	72	8.
88 524	1 227	90 346 446	51	3 110 436	05	41 193 938	16	40 902 377	98	93 748 442	74	403 591	81	3 345 611	66	9.
147 250	3 079	152 069 257	05	5 004 049	84	44 191 792	24	45 332 141	65	155 932 957	48	503 162	67	6 646 974	52	10.
45 509	3 990	33 459 441	53	1 103 631	46	21 102 592	49	21 228 887	38	34 436 778	10	—	—	1 639 363	54	11.
74 299	766	76 568 948	83	2 684 887	56	34 140 907	42	33 088 350	74	80 306 393	07	60 492	78	3 380 666	89	12.
67 011	1 295	69 517 497	13	2 527 728	47	24 558 363	75	23 652 818	18	73 350 771	17	230 062	49	4 202 312	31	13.
141 762	1 574	91 955 703	91	2 818 494	24	24 975 165	19	23 217 156	24	96 532 207	10	336 375	14	5 434 475	39	14.
119 320	883	74 641 975	09	2 325 483	13	18 754 839	04	16 428 047	60	79 294 249	66	359 89	—	3 836 446	36	15.
168 607	864	147 236 117	91	4 893 061	87	35 456 606	46	34 874 127	63	152 711 658	61	252 067	23	9 671 176	55	16.
138 924	2 553	91 047 860	08	3 070 059	93	21 550 287	28	22 042 396	15	93 625 811	14	74 097	36	4 589 525	33	17.
262 368	4 581	224 777 500	71	6 801 012	62	46 620 475	84	48 453 842	64	229 745 146	53	137 170	59	16 258 626	74	18.
100 621	614	84 293 176	95	2 675 559	69	21 298 520	44	20 453 032	68	87 814 224	40	—	—	4 415 577	27	19.
22 278	104	29 060 271	80	978 000	09	13 833 744	84	11 138 597	68	32 733 419	05	—	—	1 386 173	75	20.
136 158	5 783	155 780 547	08	5 384 306	47	43 620 174	17	43 876 333	73	160 908 693	99	66 737	28	5 918 492	60	21.
135 187	803	162 088 558	06	5 485 090	50	43 075 516	68	43 675 194	34	166 973 970	90	157 800	45	7 255 317	68	22.
152 940	925	202 530 133	48	7 205 919	06	46 343 910	77	43 388 099	86	212 691 863	45	4 546 997	67	9 429 830	96	23.
65 384	996	79 597 818	50	2 833 132	48	27 146 072	89	24 695 321	32	84 881 702	55	6 483	40	3 400 545	27	24.
56 080	496	59 366 466	11	1 986 884	11	18 542 362	95	16 186 862	27	63 708 850	90	—	—	2 229 538	30	25.
18 177	17	19 999 485	68	649 103	48	10 210 816	85	10 153 902	80	20 705 503	21	—	—	713 977	00	26.
130 164	967	224 878 862	48	7 160 377	56	59 850 375	12	53 793 339	33	238 096 275	83	1 401	90	12 541 643	15	27.
174 835	129	255 985 229	14	8 117 659	89	60 989 324	33	55 755 900	70	269 336 312	66	765 594	47	12 113 048	19	28.
275 438	1 665	465 925 432	91	15 973 594	59	128 001 717	76	127 462 730	06	482 438 015	20	215 776	19	25 105 006	57	29.
118 100	1 040	107 434 289	58	3 877 397	77	26 544 904	90	26 736 145	70	111 120 446	55	—	—	5 216 876	59	30.

(Noch: Tab. 1.)		Aus dem Reservefonds bzw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der						Betrag der	
Staat.	Provinzen.	seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zins-einnahmen		Zins-ausgaben		Zins-überschüsse		Verwaltungs-kosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	
Regierungsbezirke.		M	Pf	M	Pf	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1		25		26		27		28		29		30		31	
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und															
Regierungsbezirke.															
7. Potsdam		41 474	55	7 025	32	31 293	71	1 075 968	62	840 248	27	235 720	35	69 881	28
8. Frankfurt		50 592	62	7 370	09	2 775	84	186 744	87	148 820	32	37 924	55	8 447	58
14. Breslau		55 035	96	9 024	43	—	—	335 489	70	265 701	49	69 788	21	18 393	06
15. Liegnitz		19 730	00	3 000	00	1 874	00	109 893	64	86 092	69	23 800	95	7 965	89
16. Oppeln		—	—	—	—	—	—	29 746	46	23 975	73	5 770	73	1 367	48
17. Magdeburg		20 200	00	—	—	—	—	83 891	93	69 287	06	14 604	87	1 467	21
18. Merseburg		—	—	—	—	989	82	30 224	44	24 076	88	6 147	56	633	57
20. Schleswig		3 377 770	90	270 270	37	218 972	18	9 314 874	34	7 971 477	91	1 343 396	43	311 713	26
21. Hannover		138 140	70	3 974	95	7 077	05	368 774	95	315 414	89	53 360	06	13 237	38
22. Hildesheim		296 250	28	29 725	18	—	—	363 993	20	302 156	36	61 836	84	14 712	23
23. Lüneburg		2 113 271	14	50 617	82	80 342	74	1 971 434	56	1 690 388	39	281 046	17	76 869	77
24. Stade		4 945 366	58	207 759	28	281 425	75	4 526 967	54	3 740 830	50	786 137	04	204 131	50
25. Osnabrück		808 426	10	52 386	57	46 613	92	1 605 020	38	1 344 828	59	260 191	79	53 426	90
26. Aurich		177 118	01	8 895	07	17 150	00	133 722	07	105 991	41	27 730	66	7 525	77
27. Münster		182 609	02	50 457	50	16 251	08	2 482 319	66	2 109 871	82	372 447	84	84 055	76
28. Minden		—	—	—	—	—	—	306 310	98	263 875	86	42 435	12	15 961	69
29. Arnsberg		2 123 751	12	253 575	27	23 885	08	3 610 317	51	3 022 186	83	588 130	68	141 455	18
30. Cassel		45 580	16	—	—	9 156	00	265 553	54	224 240	33	41 313	21	15 459	00
32. Coblenz		—	—	—	—	—	—	216 102	67	174 217	83	41 884	84	8 165	72
33. Düsseldorf		2 892 105	31	239 053	20	131 775	15	14 712 727	18	12 492 029	07	2 220 698	11	510 297	93
34. Köln		19 009	33	—	—	—	—	1 871 656	18	1 643 239	10	228 417	08	74 922	34
35. Trier		73 339	00	20 000	00	45 429	94	610 446	08	461 733	61	148 712	47	29 742	96
Noch: III. Die Kreis- und															
Staat		137 886 285	62	8 326 865	04	6 463 929	20	202 055 936	10	165 526 751	20	36 529 184	90	8 314 913	74
Provinzen.															
I. Ostpreußen		4 270 292	93	264 965	86	307 122	59	6 860 230	91	5 469 177	04	1 391 053	87	369 293	02
II. Westpreußen		5 412 740	89	318 181	87	130 287	24	7 955 556	35	6 293 524	07	1 662 032	28	414 564	62
IV. Brandenburg		5 004 411	90	505 655	17	529 764	70	18 510 964	81	15 247 547	96	3 263 416	85	844 044	52
V. Pommern		5 457 811	06	456 528	04	411 809	32	12 260 458	11	10 245 421	10	2 015 037	01	538 476	01
VI. Posen		3 298 451	42	325 814	37	309 401	57	7 016 941	63	5 778 901	73	1 238 039	90	449 205	39
VII. Schlesien		10 846 922	69	832 803	93	90 369	32	14 413 677	71	11 197 619	75	3 216 057	96	721 817	28
VIII. Sachsen		22 472 114	33	1 044 192	35	319 532	39	17 476 620	92	13 680 291	77	3 796 329	15	624 698	14
IX. Schleswig-Holstein		134 828	37	23 560	57	18 000	00	1 499 538	18	1 283 423	25	216 114	93	65 520	76
X. Hannover		15 332 313	18	731 933	88	2 232 556	90	30 528 889	09	25 871 008	99	4 657 880	10	1 054 194	90
XI. Westfalen		43 303 441	14	2 231 863	80	1 264 290	17	45 045 154	13	37 300 491	56	7 744 662	57	1 506 694	57
XII. Hessen-Nassau		1 705 061	35	48 030	73	202 425	21	6 567 705	46	5 450 450	61	1 117 254	85	318 718	77
XIII. Rheinprovinz		20 647 896	36	1 543 334	47	648 369	79	33 920 198	80	27 708 893	37	6 211 305	43	1 407 655	76
Regierungsbezirke.															
1. Königsberg		1 628 076	41	145 781	11	35 263	14	2 821 841	73	2 231 347	27	590 494	46	159 527	10
2. Gumbinnen		1 353 965	44	48 679	00	860	57	1 949 968	74	1 518 001	22	431 967	52	97 668	45
3. Allenstein		1 288 251	08	70 505	75	270 998	88	2 088 420	44	1 719 828	55	368 591	89	112 097	47
4. Danzig		1 180 286	37	144 507	99	108 287	24	3 083 724	42	2 445 547	39	638 177	03	189 048	78
5. Marienwerder		4 232 454	52	173 673	88	22 000	00	4 871 831	93	3 847 976	68	1 023 855	25	225 515	84
7. Potsdam		3 666 363	82	389 522	60	290 949	53	14 792 431	57	12 222 768	81	2 569 662	76	646 188	90
8. Frankfurt		1 338 048	08	116 132	57	238 815	17	3 718 533	24	3 024 779	15	693 754	09	197 855	62
9. Stettin		1 052 433	93	158 447	14	271 809	32	3 897 979	56	3 326 998	41	570 981	15	184 488	23
10. Köslin		3 466 601	08	176 019	48	140 000	00	6 765 898	64	5 625 548	98	1 140 349	66	275 068	24
11. Stralsund		938 776	05	122 061	42	—	—	1 596 579	91	1 292 873	71	303 706	20	78 919	54
12. Posen		846 487	82	110 943	99	201 946	59	3 655 128	75	2 996 263	73	658 865	02	252 442	10
13. Bromberg		2 451 963	60	214 870	38	107 454	98	3 361 812	88	2 782 638	00	579 174	88	196 763	29
14. Breslau		4 809 625	53	294 284	37	89 369	32	4 125 622	12	3 218 841	51	906 780	61	245 649	65
15. Liegnitz		2 139 053	40	194 517	12	—	—	3 299 909	35	2 543 274	62	756 634	73	165 422	91
16. Oppeln		3 898 243	76	344 002	44	1 000	00	6 988 146	24	5 435 503	62	1 552 642	62	310 744	72
17. Magdeburg		4 629 295	73	97 414	68	—	—	3 922 502	12	3 227 753	96	694 748	16	134 689	45
18. Merseburg		13 896 864	98	865 243	08	275 878	74	9 902 863	94	7 528 349	17	2 374 514	77	327 899	29
19. Erfurt		3 945 953	62	81 534	59	43 653	65	3 651 254	86	2 924 188	64	727 066	22	162 109	40
20. Schleswig		134 828	37	23 560	57	18 000	00	1 499 538	18	1 283 423	25	216 114	93	65 520	76
21. Hannover		3 368 944	63	110 449	21	238 058	06	6 679 716	78	5 639 109	39	1 040 607	39	219 677	31
22. Hildesheim		3 631 844	13	140 432	91	302 778	79	7 142 409	78	6 014 842	02	1 127 567	76	238 411	01
23. Lüneburg		5 741 575	09	308 121	83	986 801	01	9 784 984	18	8 415 958	21	1 369 025	97	316 452	90
24. Stade		2 038 303	48	99 308	74	352 829	93	3 510 344	76	2 983 947	31	526 397	45	131 315	80
25. Osnabrück		189 485	25	45 877	92	236 366	20	2 569 837	48	2 119 244	23	450 593	25	109 975	65
26. Aurich		362 160	60	27 743											

Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt														Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								in Inhaberpapieren zum Tagesskurse am 30. Juni 1914 oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem		der				
städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke						Ankaufswert		Nennwert		
überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		dieser Papiere (Sp. 36) beträgt						
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
Landgemeinde-Sparkassen.														
10 829 833	52	284 000	00	4 622 991	14	290 566	14	7 047 489	95	7 213 645	10	7 307 750	00	7.
1 653 464	00	215 500	00	1 462 935	00	—	—	1 109 749	00	1 177 338	00	1 172 000	00	8.
4 250 533	84	65 724	94	588 563	47	—	—	2 015 879	65	2 136 010	84	2 185 800	00	14.
1 065 043	88	28 913	88	604 500	00	27 000	00	578 217	00	601 639	70	612 800	00	15.
26 100	00	—	—	299 188	81	83 317	91	230 776	80	248 757	60	250 400	00	16.
464 969	35	89 879	35	620 211	62	117 419	57	731 310	35	742 793	45	816 900	00	17.
335 545	31	70 460	31	62 513	56	18 063	56	225 898	40	232 460	10	238 900	00	18.
43 313 704	43	1 119 069	05	108 355 144	89	308 990	11	16 065 455	18	16 792 305	45	17 115 855	86	20.
181 826	30	129 404	30	5 806 708	72	947 852	30	2 231 973	50	2 452 538	69	2 483 050	00	21.
3 515 876	83	510 219	83	2 445 396	71	40 899	71	1 553 913	00	1 706 089	00	1 725 300	00	22.
10 218 507	05	2 138 482	06	23 513 433	94	13 418 301	07	7 388 812	23	8 120 076	44	8 154 145	00	23.
31 638 203	50	5 429 045	95	43 575 330	91	13 510 409	28	18 185 569	53	19 714 623	43	19 995 988	60	24.
9 083 824	58	1 587 201	31	18 734 455	18	1 164 742	66	5 306 636	10	5 718 443	48	5 835 100	00	25.
440 386	11	3 960	00	1 357 217	03	39 662	10	1 021 610	70	1 090 074	65	1 107 173	05	26.
35 491 613	04	9 613 979	63	7 005 716	01	954 183	13	8 994 394	67	9 433 592	65	9 447 325	00	27.
2 344 615	00	—	—	2 989 532	39	—	—	958 856	95	987 437	60	984 000	00	28.
39 319 235	71	6 137 604	61	24 721 032	24	1 665 839	98	10 338 095	44	11 008 923	94	11 292 375	00	29.
274 223	72	178 023	72	3 716 131	97	3 229 098	66	1 038 990	20	1 131 177	51	1 150 650	00	30.
3 170 545	18	3 122 045	18	101 703	00	24 235	00	1 124 984	00	1 152 511	00	1 173 100	00	32.
230 895 888	76	89 697 155	15	17 808 278	91	4 671 143	05	60 997 450	63	64 474 000	23	65 049 650	00	33.
20 131 195	81	3 895 282	56	8 794 064	40	3 517 027	66	10 038 167	81	10 393 639	78	10 380 000	00	34.
7 946 924	41	5 939 314	42	676 202	52	371 094	16	2 333 767	50	2 507 410	80	2 525 700	00	35.
Amts-Sparkassen.														
1 519 052 201	00	416 134 569	89	1 257 217 147	30	501 417 062	72	1 059 043 883	26	1 153 220 649	55	1 175 894 252	92	St.
53 726 108	37	17 607 075	58	40 187 968	39	12 429 234	45	24 269 477	84	26 403 153	81	26 710 000	00	I.
53 584 729	15	16 019 008	50	43 732 808	49	14 282 442	85	42 488 402	53	46 056 278	99	46 853 100	00	II.
55 972 431	02	8 134 741	14	77 780 481	11	31 586 429	31	166 495 423	17	183 096 054	09	185 702 615	00	IV.
64 817 567	49	14 578 794	15	98 463 394	96	33 666 941	04	62 536 526	49	69 113 672	94	69 906 536	51	V.
52 234 986	72	40 037 739	11	35 069 337	37	27 395 503	60	36 624 744	42	39 123 418	92	39 880 650	00	VI.
90 973 439	61	19 756 268	38	93 990 616	42	32 570 664	02	103 484 023	45	112 878 084	31	115 353 411	56	VII.
75 111 384	15	6 969 051	44	147 735 153	22	24 424 147	31	123 198 130	85	136 123 919	82	138 328 560	63	VIII.
12 687 241	78	276 224	96	9 401 597	16	85 430	79	3 355 409	16	3 404 822	33	3 536 850	00	IX.
104 095 023	72	41 608 587	56	366 112 582	87	197 511 407	29	140 373 930	65	152 990 184	62	156 073 926	22	X.
578 093 572	90	124 602 838	34	182 691 969	06	31 032 635	22	155 402 731	79	167 557 956	77	171 141 365	00	XI.
23 986 533	17	19 143 855	81	54 555 430	86	48 808 021	55	29 085 511	09	31 426 618	36	31 981 963	00	XII.
353 769 182	92	107 400 384	92	107 495 807	39	47 624 205	29	171 729 571	82	185 046 485	59	190 425 275	00	XIII.
18 322 251	80	8 245 266	91	18 608 616	32	6 603 670	51	10 749 740	35	11 635 633	37	11 799 750	00	1.
14 611 477	80	3 930 431	22	13 077 054	11	3 795 526	32	7 643 364	00	8 486 494	30	8 497 550	00	2.
20 792 378	77	5 431 377	45	8 502 297	96	2 030 037	62	5 876 373	49	6 281 025	14	6 412 700	00	3.
15 459 522	60	4 564 406	39	19 024 999	12	2 591 726	31	18 432 856	07	19 941 088	52	20 341 525	00	4.
38 125 206	55	11 454 602	11	24 707 809	37	11 690 716	54	24 055 546	46	26 115 190	47	26 511 575	00	5.
35 652 152	19	6 023 456	63	57 228 261	11	25 834 665	34	134 482 469	57	148 002 715	77	150 023 045	00	7.
20 320 278	83	2 111 284	51	20 552 220	00	5 751 763	97	32 012 953	60	35 093 338	32	35 679 570	00	8.
14 516 494	70	2 392 087	82	29 512 140	04	9 089 205	72	24 584 745	03	27 201 510	21	27 284 700	00	9.
34 293 446	87	10 504 115	42	63 370 680	61	22 976 074	80	29 284 257	10	32 537 285	96	33 159 200	00	10.
16 007 625	92	1 682 590	91	5 580 574	31	1 601 660	52	8 667 524	36	9 374 876	77	9 462 636	51	11.
27 940 777	11	18 960 393	23	19 317 977	27	13 477 807	15	17 748 959	44	18 959 180	15	19 447 175	00	12.
24 294 209	61	21 077 345	88	15 751 360	10	13 917 696	45	18 875 784	98	20 164 238	77	20 433 475	00	13.
25 006 820	55	3 172 091	10	22 243 166	15	3 879 772	19	34 712 237	90	38 227 286	94	39 114 640	00	14.
19 972 616	97	1 373 271	49	17 327 970	95	5 567 809	58	28 489 911	69	30 826 680	60	31 740 634	43	15.
45 994 002	09	15 210 905	79	54 419 479	82	23 123 082	25	40 281 873	86	43 824 116	77	44 498 137	13	16.
13 598 169	61	2 113 636	30	24 913 444	62	7 318 630	30	38 961 388	60	43 195 882	45	44 136 450	00	17.
45 833 378	82	2 774 128	40	94 365 758	04	9 115 223	60	57 542 391	61	63 466 959	87	64 453 920	63	18.
15 679 835	72	2 081 286	74	28 455 950	56	7 990 293	41	26 694 350	64	29 461 077	50	29 738 190	00	19.
12 687 241	78	276 224	96	9 401 597	16	85 430	79	3 355 409	16	3 404 822	33	3 536 850	00	20.
20 076 888	15	2 673 636	02	78 360 458	01	29 472 227	80	38 407 103	14	42 168 784	99	42 995 465	42	21.
33 585 917	95	17 175 833	39	81 462 764	50	52 802 485	38	31 202 852	53	34 025 828	18	34 161 325	00	22.
25 814 821	55	14 587 138	46	127 906 433	36	82 395 241	08	37 299 758	73	40 497 143	15	42 028 860	80	23.
15 327 636	91	2 151 957	70	42 284 706	25	13 418 814	97	15 526 099	17	16 870 068	73	17 074 900	00	24.

angelegt				Anzahl		Hypothekarisch darauf (Spalte 48) haftende Sparkassengelder		Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederver- äußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Betrag des Kassenbestandes in allen Abtei- lungen der Spar- kassen am Schlusse des Rechnungs- jahres		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 36 eingestellt)		dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert)		der am Schlusse des Rechnungs- jahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangs- versteigerungen	davon im Berichts- jahre erworben								
		des Deutschen Reiches	Preußens										
M	Pf.	M	M			Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M		Pf.
45		46		47		48	49	50		51		52	
Landgemeinde-Sparkassen.													
24 787 587	30	2 054 000	2 676 600	00	2	2	113 000	00	—	—	248 856	20	7.
4 635 985	75	380 000	473 000	00	—	—	—	—	—	—	174 484	95	8.
8 140 114	45	340 500	964 200	00	—	—	—	—	—	—	185 992	98	14.
2 628 737	75	131 000	338 300	00	—	—	—	—	—	—	54 366	21	15.
687 095	76	—	88 900	00	—	—	—	—	—	—	28 468	56	16.
2 065 066	27	122 500	502 800	00	—	—	—	—	—	—	20 669	22	17.
750 507	05	14 000	70 900	00	—	—	—	—	—	—	18 040	35	18.
208 544 584	79	6 573 800	5 412 300	00	6	—	179 049	35	—	—	1 470 587	51	20.
9 313 934	81	342 000	438 000	00	—	—	—	—	—	—	38 213	69	21.
9 075 453	35	277 500	445 300	00	1	—	17 519	10	—	—	42 253	68	22.
46 646 162	37	811 400	3 954 400	00	1	—	667	87	—	—	253 008	49	23.
110 848 266	13	4 886 100	5 742 050	00	4	—	33 094	75	—	—	605 411	17	24.
40 815 494	10	1 173 200	2 026 200	00	2	—	64 884	43	—	—	356 466	42	25.
3 501 240	15	105 500	276 548	00	—	—	—	—	—	—	23 805	41	26.
54 954 923	70	1 499 600	4 398 800	00	13	2	196 850	15	—	—	1 047 464	98	27.
7 193 953	50	200 000	416 000	00	2	—	17 900	00	—	—	48 246	89	28.
81 808 879	78	3 261 700	3 940 500	00	32	2	794 816	98	—	—	1 155 301	16	29.
5 872 713	43	214 000	230 150	00	1	—	4 844	00	—	—	71 524	27	30.
4 958 251	29	496 000	314 000	00	—	—	—	—	—	—	98 197	23	32.
335 894 754	41	19 168 400	22 577 200	00	120	14	2 768 043	07	1 691	68	3 859 428	36	33.
43 185 902	23	2 620 200	3 323 400	00	2	1	16 988	66	—	—	574 583	81	34.
12 433 307	58	361 100	1 703 900	00	2	1	7 142	52	—	—	213 704	67	35.

Amts-Sparkassen.

4 859 839 255	58	219 887 900	444 310 627	48	241	50	6 117 764	70	91 072	36	58 608 766	94	St.
152 214 873	73	4 828 800	7 661 550	00	5	2	213 000	00	—	—	3 211 845	05	I.
187 247 100	85	13 413 800	12 547 900	00	9	3	274 932	13	—	—	2 847 381	88	II.
465 468 424	07	22 869 400	64 185 100	00	2	—	3 470	00	—	—	4 599 481	38	IV.
305 709 038	48	8 444 000	25 395 850	00	3	1	345 000	00	—	—	4 068 941	15	V.
165 127 139	05	7 356 600	15 445 800	00	2	2	47 020	58	—	—	4 134 573	82	VI.
353 281 555	32	18 933 700	42 900 900	00	4	—	20 683	14	—	—	6 437 957	45	VII.
446 662 543	14	28 070 100	54 280 700	00	11	2	235 029	01	11 742	97	5 372 820	50	VIII.
35 371 940	00	1 008 000	1 897 300	00	1	—	23 878	54	—	—	684 373	37	IX.
748 097 726	78	26 223 300	42 463 477	48	4	1	214 638	24	—	—	3 165 524	02	X.
1 047 985 891	47	37 839 000	76 395 000	00	76	7	2 297 439	04	374	00	13 594 045	52	XI.
149 003 216	98	4 101 100	11 495 000	00	19	18	84 442	01	—	—	2 861 851	11	XII.
803 669 805	71	46 800 100	89 642 050	00	105	14	2 358 232	01	78 955	39	7 629 971	69	XIII.
63 298 502	67	3 063 400	3 278 050	00	1	—	10 000	00	—	—	2 025 568	16	1.
43 988 251	18	843 400	2 699 600	00	—	—	—	—	—	—	568 766	00	2.
44 928 119	88	922 000	1 683 900	00	4	2	203 000	00	—	—	617 510	89	3.
71 491 460	68	5 295 500	5 476 600	00	1	1	16 032	13	—	—	1 449 515	90	4.
115 755 640	17	8 118 300	7 071 300	00	8	2	258 900	00	—	—	1 397 865	98	5.
371 980 959	87	16 107 500	54 115 400	00	1	—	3 300	00	—	—	2 743 574	88	7.
93 487 464	20	6 761 900	10 069 700	00	1	—	170	00	—	—	1 855 906	50	8.
100 530 041	31	3 207 300	10 516 300	00	—	—	—	—	—	—	1 536 844	05	9.
167 891 451	73	4 516 200	9 564 450	00	3	1	345 000	00	—	—	2 381 248	89	10.
37 287 545	44	720 500	5 315 100	00	—	—	—	—	—	—	150 848	21	11.
86 509 358	28	3 525 700	6 235 100	00	2	2	47 020	58	—	—	2 580 538	13	12.
78 617 780	77	3 830 900	9 210 700	00	—	—	—	—	—	—	1 554 036	69	13.
103 480 825	32	3 964 700	15 475 950	00	2	—	9 683	14	—	—	1 703 170	95	14.
83 962 611	23	6 224 200	10 347 300	00	—	—	—	—	—	—	1 630 227	25	15.
165 838 118	77	8 744 800	17 077 650	00	2	—	11 000	00	—	—	3 104 559	25	16.
101 585 422	20	8 516 100	13 993 350	00	2	—	22 500	00	9 638	66	954 345	79	17.
252 863 430	01	16 458 900	27 020 450	00	5	2	120 529	01	2 104	31	3 109 243	10	18.
92 213 690	93	3 095 100	13 266 900	00	4	—	92 000	00	—	—	1 309 231	61	19.
35 371 940	00	1 008 000	1 897 300	00	1	—	23 878	54	—	—	684 373	37	20.
167 824 935	44	5 194 700	10 700 977	48	1	—	205 000	00	—	—	627 188	06	21.
174 709 383	29	6 441 000	11 651 450	00	1	—	3 938	24	—	—	568 545	65	22.
231 030 685	80	6 029 000	8 638 500	00	1	1	4 800	00	—	—	890 294	68	23.
87 049 183	25	3 817 400	5 203 550	00	1	—	900	00	—	—	593 971	72	24.
65 739 565	04	3 907 400	4 363 250	00	—	—	—	—	—	—	427 281	03	25.
21 743 973	96	903 800	1 905 750	00	—	—	—	—	—	—	58 242	88	26.
254 367 732	65	9 499 800	18 194 350	00	21	1	700 203	56	—	—	3 773 190	80	27.
278 006 341	48	11 424 400	26 362 050	00	4	2	52 400	00	374	00	2 367 260	44	28.
515 611 817	34	16 914 800	31 838 600	00	51	4	1 544 835	48	—	—	7 453 594	28	29.
115 520 347	04	3 053 100	9 257 200	00	19	18	84 442	01	—	—	2 191 609	21	30.
33 482 869	94	1 048 000	2 237 800	00	—	—	—	—	—	—	670 241	90	31.
156 125 060	24	8 608 800	13 583 200	00	41	6	857 248	81	55 187	39	1 117 519	52	32.
179 995 533	70	15 884 400	23 366 650	00	—	—	—	—	—	—	1 369 487	84	33.
190 597 848	15	9 892 500	25 653 450	00	12	2	453 523	86	—	—	1 976 421	59	34.
188 227 281	12	6 623 900	20 756 000	00	34	3	820 997	90	—	—	1 822 611	01	35.
88 724 082	50	5 790 500	6 282 750	00	18	3	226 461	44	23 768	00	1 343 931	73	36.

Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Zahl der				An Sparbüchern									
	Spar- kassen	Filial- oder Neben- kassen	Sam- mel- oder An- nahme- stellen	Ver- kaufs- stellen von Spar- mar- ken	wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-							
					aus- gegeben	zurück- genom- men	bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10 000 M	über 10 000 M
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
IV. Die Provinzial- und														
Staat	6	156	203	—	50 000	41 015	173 313	79 712	73 093	88 690	128 300	59 578	20 256	776
8. Ständische Sparkasse des Markgraftums Nieder- lausitz in Lübben . . .	1	22	—	—	6 410	5 831	44 826	19 509	17 429	21 296	29 232	17 799	2 567	—
15. Oberlausitzer Provinzial- Sparkasse in Görlitz . .	1	57	—	—	9 547	9 824	43 570	22 069	19 761	23 005	26 238	11 486	5 296	204
17. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal .	1	23	—	—	3 561	2 587	12 886	6 408	6 065	7 007	7 664	4 225	2 052	190
26. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1	25	—	—	1 822	1 868	2 806	2 101	1 986	2 648	3 531	2 010	1 731	341
31. Kommunalständische Nassanische Sparkasse in Wiesbaden	1	28	171	—	26 938	19 392	63 903	27 003	25 196	30 721	52 804	19 729	7 702	41
37. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen .	1	1	32	—	1 722	1 513	5 322	2 622	2 656	4 013	8 831	4 329	908	—
V. Die Vereins- und														
Staat	160	48	54	309	81 206	83 056	218 840	82 745	69 142	75 551	112 644	50 264	43 017	7 676
Provinzen.														
II. Westpreußen	1	—	4	—	11 426	16 386	7 093	5 299	4 165	5 189	6 068	2 700	1 617	159
III. Stadtkreis Berlin . . .	1	—	—	—	387	764	1 811	758	692	824	1 127	692	778	159
IV. Brandenburg	3	—	—	—	60	152	247	141	77	10	18	1	—	—
VII. Schlesien	22	—	2	—	651	840	1 946	842	669	726	739	292	149	17
VIII. Sachsen	6	—	10	—	238	447	2 529	967	802	944	1 080	296	67	5
IX. Schleswig-Holstein . .	66	11	31	28	26 957	24 250	77 821	27 298	22 668	22 719	29 226	19 239	18 948	4 237
X. Hannover	7	—	1	—	519	402	1 558	893	868	973	1 252	3 172	321	44
XI. Westfalen	6	—	—	—	224	224	672	416	195	148	180	105	86	22
XII. Hessen-Nassau	13	6	1	281	19 050	20 965	64 542	19 790	16 885	17 963	21 349	11 622	9 527	1 256
XIII. Rheinprovinz	35	31	5	—	21 694	18 626	60 621	26 341	22 121	26 055	51 605	12 145	11 524	1 777
Regierungsbezirke.														
4. Danzig ¹⁾	1	—	4	—	11 426	16 386	7 093	5 299	4 165	5 189	6 068	2 700	1 617	159
6. Stadtkreis Berlin ²⁾	1	—	—	—	387	764	1 811	758	692	824	1 127	692	778	159
8. Frankfurt	3	—	—	—	60	152	247	141	77	10	18	1	—	—
14. Breslau	7	—	2	—	220	229	635	328	261	290	336	161	86	12
15. Liegnitz ³⁾	11	—	—	—	358	489	1 167	406	282	334	277	98	63	5
16. Oppeln	4	—	—	—	73	122	144	108	126	102	126	33	—	—
17. Magdeburg	4	—	3	—	199	407	2 042	883	718	845	1 045	271	49	3
18. Merseburg	2	—	7	—	39	40	487	84	84	99	35	25	18	2
20. Schleswig ⁴⁾	66	11	31	28	26 957	24 250	77 821	27 298	22 668	22 719	29 226	19 239	18 948	4 237
22. Hildesheim	3	—	1	—	215	229	669	401	390	447	628	2 911	172	30
25. Osnabrück	4	—	—	—	304	173	889	492	478	526	624	261	149	14
28. Minden	2	—	—	—	95	77	43	57	63	74	118	77	70	21
29. Arnsberg ⁵⁾	4	—	—	—	129	147	629	359	132	74	62	28	16	1
31. Wiesbaden ⁶⁾	13	6	1	281	19 050	20 965	64 542	19 790	16 885	17 963	21 349	11 622	9 527	1 256
33. Düsseldorf ⁷⁾	34	2	5	—	8 543	5 992	14 933	7 546	4 872	4 151	4 724	2 067	1 370	51
36. Aachen ⁸⁾	1	29	—	—	13 151	12 634	45 688	18 795	17 249	21 904	46 881	10 078	10 154	1 726

¹⁾ Danziger Sparkassen-Aktienverein. — ²⁾ Sparkasse der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt. — ³⁾ gegen das Vorjahr 1 Sparkasse weniger, da eine Fabrik-
⁴⁾ desgl. 2 weniger, da zwei Fabrik-Sparkassen keine Nachweisungen eingereicht haben. — ⁵⁾ darunter die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste und deren
Nachweisungen eingereicht haben. — ⁶⁾ Spar- und Prämienkasse zur Beförderung der Arbeitsamkeit im Regierungsbezirke Aachen. — ⁷⁾ gegen das Vorjahr rund 1,3 Millionen M
auf Seite 70). — ⁸⁾ desgl. 0,8 Millionen M weniger, durch den Ausfall von neun Fabrik-Sparkassen, die keine Nachweisungen eingereicht hatten, entstanden (vergl. die vorstehende

Lagen		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres						Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag des Separat- oder Sparfonds	Betrag des Reservefonds, wie er am Schlusse des Rechnungs- jahres zu Buche stand	Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
			durch Zuschreibung von Zinsen		durch Neueinlagen								
über- haupt	darunter gesperrte Spar- bücher	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	
16	17	18	19	20	21	22	23	24					

ständischen Sparkassen.

623 718	2 302	409 743 661	13	13 432 256	05	98 841 360	15	102 384 428	71	419 632 848	62	3 983 178	50	25 430 563	83	St.
152 658	—	88 074 568	12	2 925 925	68	10 801 535	75	11 484 053	63	90 317 975	92	11) 3 843 649	65	4 521 558	22	8.
151 629	—	92 356 195	99	2 790 640	34	14 853 252	18	17 840 134	77	92 159 953	74	—	—	9 436 314	81	15.
46 497	2 228	33 195 661	26	1 125 261	63	10 206 113	63	10 339 553	97	34 187 482	55	—	—	1 551 282	59	17.
17 154	—	26 999 292	22	870 874	20	9 977 713	61	11 984 773	07	25 863 106	96	—	—	1 175 524	91	26.
227 099	74	146 244 673	09	4 838 673	35	49 151 800	51	47 427 068	99	152 808 077	96	139 528	85	7 640 403	90	31.
28 681	—	22 873 270	45	880 880	85	3 850 944	47	3 308 844	28	24 296 251	49	—	—	1 105 479	40	37.

Privat-Sparkassen.

659 879	11 321	630 081 357	84	21 226 347	67	157 532 443	77	181 222 592	88	627 617 556	40	428 413	17	34 999 992	24	St.
32 290	—	28 484 912	00	654 693	00	12 630 227	00	16 159 706	00	25 610 126	00	—	—	4 203 419	00	II.
6 841	—	11 467 110	80	369 685	25	1 601 985	28	3 292 964	82	10 145 816	51	—	—	1 128 516	96	III.
494	—	71 539	11	3 383	20	9 136	10	25 644	64	58 413	77	—	—	557	04	IV.
5 380	2	2 888 751	41	124 568	09	540 802	43	662 188	36	2 891 933	57	—	—	4 905	83	VII.
6 690	8	2 868 748	72	77 127	50	716 426	35	702 768	46	2 959 534	11	9 724	12	1 215 360	65	VIII.
222 156	10 116	261 787 078	69	7 967 584	98	56 428 309	52	59 594 809	70	266 588 163	49	85 459	17	16 380 677	59	IX.
9 081	2	10 044 196	11	872 707	30	1 213 444	22	1 907 729	65	10 222 617	98	—	—	263 941	59	X.
1 824	1	1 338 488	54	61 642	36	201 194	55	227 990	21	1 373 335	24	—	—	12 828	37	XI.
162 934	710	127 949 520	82	4 303 662	90	37 000 355	21	43 470 327	30	125 783 211	63	—	—	10 161 760	54	XII.
212 189	482	183 181 011	64	6 791 293	09	47 190 563	11	55 178 463	74	181 984 404	10	333 229	88	1 628 024	67	XIII.
32 290	—	28 484 912	00	654 693	00	12 630 227	00	16 159 706	00	25 610 126	00	—	—	4 203 419	00	4.
6 841	—	11 467 110	80	369 685	25	1 601 985	28	3 292 964	82	10 145 816	51	—	—	1 128 516	96	6.
494	—	71 539	11	3 383	20	9 136	10	25 644	64	58 413	77	—	—	557	04	8.
2 109	—	1 529 648	39	68 449	95	300 577	19	385 751	94	1 512 923	59	—	—	—	—	14.
2 632	2	1 056 031	90	42 666	00	209 339	62	213 088	80	1 094 948	72	—	—	4 905	83	15.
639	—	303 071	12	13 452	14	30 885	62	63 347	62	284 061	26	—	—	—	—	16.
5 856	8	2 545 420	74	75 006	06	677 378	63	641 511	12	2 656 294	31	—	—	1 197 360	65	17.
834	—	323 327	98	2 121	44	39 047	72	61 257	34	303 239	80	9 724	12	18 000	00	18.
222 156	10 116	261 787 078	69	7 967 584	98	56 428 309	52	59 594 809	70	266 588 163	49	85 459	17	16 380 677	59	20.
5 648	—	7 627 465	80	791 887	93	522 561	94	1 277 034	36	7 664 881	31	—	—	153 951	58	22.
3 433	2	2 416 730	31	80 819	37	690 882	28	630 695	29	2 557 736	67	—	—	109 990	01	25.
523	—	1 033 796	50	51 665	88	84 119	60	101 145	14	1 068 436	84	—	—	—	—	28.
1 301	1	304 692	04	9 976	48	117 074	95	126 845	07	304 898	40	—	—	12 828	37	29.
162 934	710	127 949 520	82	4 303 662	90	37 000 355	21	43 470 327	30	125 783 211	63	—	—	10 161 760	54	31.
39 714	482	18 315 083	96	916 914	55	7 201 241	13	5 824 660	21	20 608 579	43	—	—	13 548	07	33.
172 475	—	164 865 927	68	5 874 378	54	39 989 321	98	49 353 803	53	161 375 824	67	333 229	88	1 614 476	60	36.

Sparkasse ihre Nachweisung nicht eingereicht hat. — 4) desgl. 4 weniger, infolge Auflösung zweier und Umwandlung weiterer zwei Sparkassen in Landgemeinde-Sparkassen. — Hilfswissenschaften (Polytechnische Gesellschaft) zu Frankfurt a. M. mit 116 887 753,36 M. Einlagen. — 7) gegen das Vorjahr 9 Sparkassen weniger, da neun Fabrik-Sparkassen keine weniger durch Auflösung zweier und Umwandlung weiterer zwei Kassen in Landgemeinde-Sparkassen entstanden (vergl. auch die vorstehende Anmerkung 4 und die Anmerkung 3 Anmerkung 7). — 11) Guthaben der Amortisations-Hypothekenschuldner.

(Noch: Tab. 1.)		Aus dem Reservefonds bzw. den Überschüssen der Rechnungs- vorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der						Betrag der Verwaltungs- kosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.		seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zins- einnahmen		Zins- ausgaben		Zins- überschüsse			
		M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1		25		26		27		28		29		30		31	

Noch: IV. Die Provinzial- und

Staat	11 941 671	32	1 148 403	59	27 498	78	18 694 610	88	14 968 252	41	3 726 358	47	1 335 417	35
8. Ständische Sparkasse des Markgraftums Nieder- lausitz in Lübben . . .	3 132 872	29	359 000	00	—	—	3 823 641	74	3 149 729	70	673 912	04	179 684	99
15. Oberlausitzer Provinzial- Sparkasse in Görlitz }	2 124 000	00	130 000	00	—	—	3 784 547	28	2 954 285	98	830 261	30	178 211	29
17. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal }	217 263	64	13 599	20	—	—	1 476 428	12	1 189 622	03	286 806	09	63 262	57
26. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . . }	1 596 285	10	56 801	49	5 898	78	1 117 960	84	875 958	05	242 002	79	64 378	74
31. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden }	3 905 848	61	539 496	60	—	—	7 446 411	01	5 904 240	99	1 542 170	02	805 201	52
37. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen }	965 401	68	49 506	30	21 600	00	1 045 621	89	894 415	66	151 206	23	44 678	24

Noch: V. Die Vereins- und

Staat	51 876 748	66	1 339 467	34	824 935	95	27 828 992	72	23 357 224	29	4 471 768	43	1 437 124	20
Provinzen.														
II. Westpreußen	1 692 571	00	52 830	00	—	—	1 258 573	00	965 779	00	292 794	00	97 855	00
III. Stadtkreis Berlin . . .	—	—	—	—	—	—	502 017	13	369 685	25	132 331	88	66 165	94
IV. Brandenburg	407	20	—	—	27	00	430	60	263	21	167	39	101	60
VII. Schlesien	2 030	91	413	90	—	—	26 384	91	24 878	48	1 506	43	342	10
VIII. Sachsen	861 370	97	23 706	06	—	—	164 507	14	88 557	43	75 949	71	7 672	11
IX. Schleswig-Holstein . . .	11 260 709	24	428 371	80	648 092	44	12 339 704	98	10 677 668	15	1 662 036	83	556 741	17
X. Hannover	27 950	61	874	90	174 750	00	1 068 696	39	1 016 016	15	52 680	24	20 108	09
XI. Westfalen	575	00	—	—	1 166	51	8 516	75	7 846	93	669	82	524	60
XII. Hessen-Nassau	7 372 256	44	163 573	03	900	00	5 661 402	68	4 489 984	10	1 171 418	58	337 023	45
XIII. Rheinprovinz	30 658 877	29	669 697	65	—	—	6 798 759	14	5 716 545	59	1 082 213	55	350 590	14
Regierungsbezirke.														
4. Danzig	1 692 571	00	52 830	00	—	—	1 258 573	00	965 779	00	292 794	00	97 855	00
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	502 017	13	369 685	25	132 331	88	66 165	94
8. Frankfurt	407	20	—	—	27	00	430	60	263	21	167	39	101	60
14. Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Liegnitz	2 030	91	413	90	—	—	26 384	91	24 878	48	1 506	43	342	10
16. Oppeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Magdeburg	861 370	97	23 706	06	—	—	152 319	84	77 636	03	74 683	81	7 284	96
18. Merseburg	—	—	—	—	—	—	12 187	30	10 921	40	1 265	90	387	15
20. Schleswig	11 260 709	24	428 371	80	648 092	44	12 339 704	98	10 677 668	15	1 662 036	83	556 741	17
22. Hildesheim	6 050	00	200	00	108 750	00	969 578	32	930 594	79	38 983	53	14 838	92
25. Osnabrück	21 900	61	674	90	66 000	00	99 118	07	85 421	36	13 696	71	5 269	17
28. Minden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29. Arnsberg	575	00	—	—	1 166	51	8 516	75	7 846	93	669	82	524	60
31. Wiesbaden	7 372 256	44	163 573	03	900	00	5 661 402	68	4 489 984	10	1 171 418	58	337 023	45
33. Düsseldorf	400	00	—	—	—	—	38 832	72	38 791	67	41	05	45 040	00
36. Aachen	30 658 477	29	669 697	65	—	—	6 759 926	42	5 677 753	92	1 082 172	50	305 550	14

1) Diese 648 092,44 M stellen größtenteils die von den Errichtern der Kassen übernommenen Garantien dar.

Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt												Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								in Inhaberpapieren zum Tageskurse am 30. Juni 1914 oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem				
städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke				der				
überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		überhaupt		darunter Tilgungs- hypotheken		Ankaufswert		Nennwert		
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37	38	

ständischen Sparkassen.

161 574 187	86	84 747 452	02	65 942 807	42	38 828 799	92	150 280 674	86	159 613 364	54	161 315 135	06	St.
21 488 442	65	9 661 462	25	29 262 296	02	10 807 808	93	31 592 559	01	35 595 622	13	35 814 810	06	8.
19 151 715	00	—	—	1 243 675	00	—	—	75 023 087	60	75 763 731	05	76 105 825	00	15.
20 572 000	59	6 573 730	15	1 436 365	00	166 700	00	7 341 800	00	8 471 505	00	8 330 600	00	17.
1 785 969	05	480 560	05	10 410 747	33	4 767 463	89	6 334 951	50	7 100 299	75	7 199 200	00	26.
96 530 121	00	66 019 969	00	13 984 552	00	13 612 401	00	23 737 437	00	25 660 308	00	26 683 800	00	31.
2 045 939	57	2 011 730	57	9 605 172	07	9 474 426	10	6 250 839	75	7 021 898	61	7 180 900	00	37.

Privat-Sparkassen.

259 455 400	98	4 376 401	66	104 947 817	93	2 637 345	42	185 087 079	69	201 001 558	58	209 089 875	41	St.
779 000	00	—	—	—	—	—	—	22 197 825	00	22 197 825	00	24 518 529	00	II.
3 600	00	—	—	6 600	00	—	—	198	00	198	00	200	00	III.
8 550	00	—	—	81 555	00	—	—	113 678	00	123 350	00	131 115	00	IV.
492 158	40	38 408	40	1 211 694	19	1 001 744	19	1 470 130	39	1 637 918	26	1 662 400	00	VII.
110 034 212	88	3 462 382	86	95 087 876	72	454 613	20	29 996 824	42	30 697 131	88	33 827 475	64	VIII.
2 419 149	50	—	—	2 487 640	30	1 129 344	31	3 676 099	52	3 791 833	05	3 790 776	00	IX.
66 243	25	—	—	—	—	—	—	5 000	00	5 000	00	5 000	00	X.
88 821 387	36	13 833	00	2 882 258	63	31 450	63	40 719 998	06	46 488 268	59	47 761 971	00	XI.
56 831 099	59	861 777	40	3 190 193	09	20 193	09	86 907 326	30	96 060 033	80	97 392 408	77	XII.
779 000	00	—	—	—	—	—	—	22 197 825	00	22 197 825	00	24 518 529	00	XIII.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
3 600	00	—	—	6 600	00	—	—	198	00	198	00	200	00	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
8 550	00	—	—	81 555	00	—	—	113 678	00	123 350	00	131 115	00	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
492 158	40	38 408	40	1 211 694	19	1 001 744	19	1 443 407	50	1 609 174	35	1 634 950	00	16.
—	—	—	—	—	—	—	—	26 722	89	28 743	91	27 450	00	17.
110 034 212	88	3 462 382	86	95 087 876	72	454 613	20	29 996 824	42	30 697 131	88	33 827 475	64	18.
1 692 949	50	—	—	1 385 094	31	1 129 344	31	3 444 161	52	3 547 324	05	3 545 776	00	20.
726 200	00	—	—	1 102 545	99	—	—	231 938	00	244 509	00	245 000	00	21.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.
66 243	25	—	—	—	—	—	—	5 000	00	5 000	00	5 000	00	23.
88 821 387	36	13 833	00	2 882 258	63	31 450	63	40 719 998	06	46 488 268	59	47 761 971	00	24.
15 000	00	—	—	1 500	00	—	—	—	—	—	—	—	—	25.
56 816 099	59	861 777	40	3 188 693	09	20 193	09	86 907 326	30	96 060 033	80	97 392 408	77	26.

(Noch: Tab. 1.)		Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar											
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.		auf Schuldscheine				gegen Wechsel		gegen Faustpfand		bei öffentlichen Instituten und Korporationen		in sonstigen Anlagen	
		ohne Bürgschaft		mit Bürgschaft									
		ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1		39		40		41		42		43		44	

Noch: IV. Die Provinzial- und

Staat	—	—	8 352 644	37	1 087 475	24	12 454 960	21	54 152 679	30	8 147 617	07
8. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	—	—	—	—	—	—	9 500	00	16 894 241	00	2 003 509	34
15. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz	—	—	—	—	—	—	118 500	00	6 523 236	27	—	—
17. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	—	—	—	—	—	—	41 000	00	7 263 879	80	—	—
26. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	—	—	805 061	71	1 084 452	00	2 015 910	81	4 283 564	35	9 596	65
31. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	—	—	6 865 343	00	—	—	10 093 468	00	16 134 899	00	4 190 573	00
37. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	—	—	682 239	66	3 023	24	176 581	40	3 052 858	88	1 943 938	08

Noch: V. Die Vereins- und

Staat	548 442	67	13 179 018	91	9 718 766	12	16 357 228	93	49 320 557	09	34 649 875	63
Provinzen.												
II. Westpreußen	—	—	—	—	403 834	00	5 270 395	00	800 000	00	87 321	00
III. Stadtkreis Berlin . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 986 045	00
IV. Brandenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	15	83	50 289	00
VII. Schlesien	30 518	00	6 130	00	—	—	—	—	22 115	19	2 629 372	37
VIII. Sachsen	249 443	30	81 487	11	—	—	153 887	34	305 066	87	17 162	70
IX. Schleswig-Holstein . . .	79 572	70	11 916 123	88	948 752	12	3 019 030	59	30 210 739	66	3 809 045	10
X. Hannover	166 118	37	415 132	09	2 950	00	721 928	00	188 763	59	797 363	73
XI. Westfalen	22 790	30	780	28	—	—	—	—	107 164	95	1 185 409	30
XII. Hessen-Nassau	—	—	597 108	72	8 065	05	4 351	40	175 136	59	508 520	93
XIII. Rheinprovinz	—	—	162 256	83	8 355 164	95	7 187 636	60	17 511 554	41	13 579 346	50
Regierungsbezirke.												
4. Danzig	—	—	—	—	403 834	00	5 270 395	00	800 000	00	87 321	00
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	¹⁾ 11 986 045	00
8. Frankfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	15	83	²⁾ 50 289	00
14. Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	²⁾ 1 512 923	59
15. Liegnitz	30 518	00	6 130	00	—	—	—	—	22 115	19	²⁾ 832 387	52
16. Oppeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	²⁾ 284 061	26
17. Magdeburg	9 596	30	81 487	11	—	—	153 887	34	241 601	27	²⁾ 17 162	70
18. Merseburg	239 847	00	—	—	—	—	—	—	63 465	60	—	—
20. Schleswig	79 572	70	11 916 123	88	948 752	12	3 019 030	59	30 210 739	66	3 809 045	10
22. Hildesheim	8 618	37	284 835	09	2 950	00	659 652	00	—	—	777 759	84
25. Osnabrück	157 500	00	130 297	00	—	—	62 276	00	188 763	59	19 603	89
28. Minden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	²⁾ 1 068 436	84
29. Arnsberg	22 790	30	780	28	—	—	—	—	107 164	95	²⁾ 116 972	46
31. Wiesbaden	—	—	597 108	72	8 065	05	4 351	40	175 136	59	508 520	93
33. Düsseldorf	—	—	162 256	83	—	—	—	—	10 155 340	48	²⁾ 10 024 696	06
36. Aachen	—	—	—	—	8 355 164	95	7 187 636	60	7 356 213	93	3 554 650	44

¹⁾ Kapitalien der II. Serie der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt (vergl. § 59 c der Statuten). — ²⁾ Die Einlagen der Fabriksparkassen sind, wenn nicht anders

angelegt				Anzahl		Hypothekarisch darauf (Spalte 48) haftende Sparkassengelder		Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederver- äußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Betrag des Kassenbestandes in allen Abtei- lungen der Spar- kassen am Schlusse des Rechnungs- jahres		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.			
zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 36 eingestellt)		dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert)		der am Schlusse des Rechnungs- jahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangs- versteigerungen	davon im Berichts- jahre erworben										
M Pf.		des Deutschen Reiches		Preußens		M Pf.		M Pf.		M Pf.					
45		46		47		48		49		50		51		52	

ständischen Sparkassen.

461 993 046	33	12 469 300	46 909 850	00	11	1	280 973	20	—	—	5 671 676	64	St.
101 250 548	02	2 784 100	19 111 700	00	—	—	—	—	—	—	2 182 680	44	8.
102 060 213	87	1 202 500	3 887 400	00	—	—	—	—	—	—	1 246 207	10	15.
36 655 045	39	1 000 000	5 500 000	00	4	1	247 000	00	—	—	63 643	23	17.
26 730 253	40	1 503 500	2 847 550	00	—	—	—	—	—	—	89 307	11	26.
171 536 393	00	4 619 700	12 094 700	00	1	—	33 150	00	—	—	1 952 021	85	31.
23 760 592	65	1 359 500	3 468 500	00	6	—	823	20	—	—	137 816	91	37.

Privat-Sparkassen.

673 264 187	95	56 771 400	70 969 100	00	17	2	489 674	77	10 853	97	5 374 745	28	St.
29 538 375	00	11 765 900	7 322 800	00	—	—	—	—	—	—	123 239	00	II.
11 986 045	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	254 343	88	III.
60 702	83	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	IV.
2 891 918	56	5 000	111 900	00	—	—	—	—	—	—	4 920	84	VII.
3 981 030	30	1 000	897 700	00	—	—	—	—	—	—	37 858	55	VIII.
285 102 178	07	6 559 300	17 445 500	00	9	—	132 075	70	10 853	97	2 218 301	13	IX.
10 875 145	10	52 000	2 751 500	00	—	—	—	—	—	—	49 689	02	X.
1 387 388	08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	XI.
133 716 826	74	13 238 000	13 431 300	00	2	—	57 599	07	—	—	1 555 691	13	XII.
193 724 578	27	25 150 000	29 008 400	00	6	2	300 000	00	—	—	1 130 701	73	XIII.
29 538 375	00	11 765 900	7 322 800	00	—	—	—	—	—	—	123 239	00	4.
11 986 045	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	254 343	88	6.
60 702	83	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
1 512 923	59	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
1 094 933	71	5 000	111 900	00	—	—	—	—	—	—	4 920	84	15.
284 061	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
3 650 994	81	1 000	879 600	00	—	—	—	—	—	—	37 137	50	17.
330 035	49	—	18 100	00	—	—	—	—	—	—	721	05	18.
285 102 178	07	6 559 300	17 445 500	00	9	—	132 075	70	10 853	97	2 218 301	13	20.
8 256 020	63	20 000	2 714 000	00	—	—	—	—	—	—	12 015	95	22.
2 619 124	47	32 000	37 500	00	—	—	—	—	—	—	37 673	07	25.
1 068 436	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
318 951	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.
133 716 826	74	13 238 000	13 431 300	00	2	—	57 599	07	—	—	1 555 691	13	31.
20 358 793	37	—	5 000	00	—	—	—	—	—	—	43 226	70	33.
173 365 784	90	25 150 000	29 003 400	00	6	2	300 000	00	—	—	1 087 475	03	36.

angegeben, als in sonstigen Anlagen angelegt gebracht.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

(Noch: Tab. 1.)					An Sparbüchern										
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Zahl der				befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-										
	Spar- kassen	Filial- oder Neben- kassen	Sam- mel- oder An- nahme- stellen	Ver- kaufs- stellen von Spar- mar- ken	wurden im Laufe des Jahres		bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10 000 M	über 10 000 M	
					aus- gegeben	zurück- genom- men									
Stück															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Die Sparkassen															
Staat	1 761	938	4 358	3 287	1 865 161	1 345 161	1 584 470	1 940 763	1 685 813	1 981 936	2 425 645	1 274 676	906 941	134 946	
Provinzen.															
I. Ostpreußen	67	33	449	258	46 367	35 032	144 992	48 550	41 703	51 462	56 336	25 575	14 873	1 673	
II. Westpreußen	55	13	196	180	61 326	50 999	134 259	47 705	39 615	48 115	50 245	32 234	18 453	2 269	
III. Stadtkreis Berlin	2	10	94	10	99 681	84 438	257 325	110 194	99 277	112 522	140 808	53 592	9 622	237	
IV. Brandenburg	125	149	380	223	224 024	147 360	604 260	262 918	228 237	263 057	310 593	153 199	80 704	4 090	
V. Pommern	93	20	130	87	89 267	60 957	198 946	95 079	84 188	105 592	131 734	68 378	49 227	4 330	
VI. Posen	96	5	163	115	40 188	32 034	97 305	45 139	39 640	47 706	53 671	28 740	19 391	2 112	
VII. Schlesien	214	92	580	390	176 465	130 610	558 192	252 624	217 484	247 807	286 007	130 395	58 236	3 739	
VIII. Sachsen	148	152	476	456	153 490	111 940	547 536	222 397	188 770	211 057	243 392	122 209	77 725	6 190	
IX. Schleswig-Holstein	223	61	104	419	96 189	66 940	247 995	95 376	76 435	83 521	97 969	60 127	59 029	14 652	
X. Hannover	183	85	411	261	191 100	123 954	448 883	189 924	162 018	194 276	237 038	134 914	112 480	19 304	
XI. Westfalen	215	47	216	79	208 638	134 866	338 424	173 428	157 583	189 917	247 241	153 277	153 232	38 486	
XII. Hessen-Nassau	86	103	487	512	100 308	75 956	279 615	110 862	97 473	112 543	148 595	71 395	42 404	3 998	
XIII. Rheinprovinz	253	167	640	297	376 396	288 562	721 416	283 945	250 734	310 348	413 185	236 312	210 657	33 866	
XIV. Hohenzollernsche Lande	1	1	32	—	1 722	1 513	5 322	2 622	2 656	4 013	8 831	4 329	908	—	
Regierungsbezirke.															
1. Königsberg	30	17	233	176	31 446	23 126	97 176	28 991	24 907	30 047	33 785	15 325	8 382	810	
2. Gumbinnen	15	13	82	61	6 676	5 456	27 089	10 746	9 467	12 169	12 644	5 199	3 094	350	
3. Allenstein	22	3	134	21	8 245	6 450	20 727	8 813	7 329	9 246	9 907	5 051	3 397	513	
4. Danzig	18	7	125	128	37 788	33 862	76 223	25 695	20 779	23 885	22 637	17 711	8 484	1 147	
5. Marienwerder	37	6	71	52	23 538	17 137	58 036	22 010	18 836	24 230	27 608	14 523	9 969	1 122	
6. Stadtkreis Berlin	2	10	94	10	99 681	84 438	257 325	110 194	99 277	112 522	140 808	53 592	9 622	237	
7. Potsdam	65	44	309	123	171 850	109 517	409 973	173 141	148 919	167 964	191 400	89 359	48 983	2 621	
8. Frankfurt	60	105	71	100	52 174	37 843	194 287	89 777	79 318	95 093	119 193	63 840	31 721	1 469	
9. Stettin	44	16	71	85	49 431	34 151	107 702	50 152	43 724	54 228	67 653	36 072	26 477	2 046	
10. Köslin	34	4	23	2	28 126	17 411	65 842	31 724	28 945	37 581	47 828	26 818	19 475	1 914	
11. Stralsund	15	—	36	—	11 710	9 395	25 402	13 203	11 519	13 783	16 253	5 488	3 275	370	
12. Posen	68	3	133	37	23 440	20 193	57 821	29 984	25 614	30 661	34 334	17 886	11 099	1 238	
13. Bromberg	28	2	30	78	16 748	11 841	39 484	15 155	14 026	17 045	19 337	10 854	8 292	874	
14. Breslau	85	10	292	99	86 769	64 288	255 705	113 053	95 380	105 194	120 797	53 263	16 944	949	
15. Liegnitz	71	69	136	119	54 188	39 774	214 014	96 827	83 108	94 909	108 096	48 662	22 300	990	
16. Oppeln	58	13	152	172	35 508	26 548	88 473	42 744	38 996	47 704	57 114	28 470	18 992	1 800	
17. Magdeburg	52	107	166	77	58 274	42 793	212 439	83 338	71 377	80 475	92 546	46 064	27 257	1 730	
18. Merseburg	75	38	227	267	65 315	48 326	240 638	101 128	85 930	95 973	112 315	56 917	38 047	3 195	
19. Erfurt	21	7	83	112	29 901	20 821	94 459	37 931	31 463	34 609	38 531	19 228	12 421	1 265	
20. Schleswig	223	61	104	419	96 189	66 940	247 995	95 376	76 435	83 521	97 969	60 127	59 029	14 652	
21. Hannover	30	12	153	10	70 404	47 770	147 690	56 591	47 374	54 808	66 528	35 803	27 637	4 061	
22. Hildesheim	39	1	43	11	32 958	23 692	95 458	39 586	34 714	41 086	49 887	30 289	22 328	3 350	
23. Lüneburg	31	21	97	175	28 826	16 224	73 586	34 388	29 867	37 145	47 781	28 605	26 189	5 053	
24. Stade	41	9	41	54	21 983	11 897	58 951	25 427	21 289	24 509	31 144	18 342	17 725	3 534	
25. Osnabrück	30	15	25	—	21 078	13 317	44 695	19 483	16 555	20 578	26 381	14 256	12 723	2 240	
26. Aurich	12	27	52	11	15 851	11 054	28 503	14 449	12 219	16 150	15 317	7 619	5 878	1 061	
27. Münster	48	35	56	19	41 532	25 474	70 802	33 111	30 017	38 044	50 218	32 716	37 096	10 430	
28. Minden	42	—	93	—	39 243	21 276	63 356	33 011	30 429	37 831	50 193	30 579	28 466	5 956	
29. Arnsberg	125	12	67	60	127 863	88 116	204 266	107 306	97 137	114 042	146 830	89 982	87 670	22 100	
30. Cassel	58	55	37	15	36 335	24 263	106 015	51 010	44 467	50 945	58 844	32 001	19 792	2 017	
31. Wiesbaden	28	48	450	497	63 973	51 693	173 600	59 852	53 006	61 598	89 751	39 394	22 612	1 981	
32. Coblenz	25	6	123	77	26 885	16 734	46 328	20 004	18 575	23 779	33 471	20 403	16 874	2 326	
33. Düsseldorf	167	36	84	190	199 407	150 089	398 406	163 170	141 928	174 861	210 129	125 670	119 937	19 328	
34. Köln	30	33	117	26	97 899	81 524	156 385	52 925	46 108	55 720	73 716	47 538	38 711	6 042	
35. Trier	18	27	279	4	25 442	18 318	38 608	18 517	17 700	23 444	33 470	23 803	16 566	2 432	
36. Aachen	13	65	37	—	26 763	21 897	81 689	29 329	26 423	32 544	62 399	18 898	18 569	3 738	
37. Sigmaringen	1	1	32	—	1 722	1 513	5 322	2 622	2 656	4 013	8 831	4 329	908	—	
Die Arten der															
1. Städtische Sparkassen	814	174	429	1 369	1 169 935	853 620	2 892 599	1 172 076	1 001 993	1 156 568	1 359 343	687 910	458 516	60 341	
2. Landgemeinde- usw. Spark.	292	8	134	97	92 811	55 453	188 886	83 616	73 408	87 291	108 917	66 950	67 688	15 101	
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	489	552	3 538	1 512	471 209	312 017	1 110 832	522 614	468 177	573 836	716 441	409 974	317 464	51 052	
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	6	156	203	—	50 000	41 015	173 313	79 712	73 093	88 690	128 300	59 578	20 256	776	
5. Vereins- und Privat-Spark.	16														

Lagen		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs- vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres		Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag des Separat- oder Sparfonds	Betrag des Reservefonds, wie er am Schlusse des Rechnungs- jahres zu Buche stand		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
			durch Zuschreibung von Zinsen	durch Neueinlagen						
über- haupt	darunter gesperrte Spar- bücher	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	M Pf.	
16	17	18	19	20	21	22	23	24		

Überhaupt.

14 935 190	259 306	13 109 864 629 25	441 363 302 48	4 467 342 200 57	4 379 733 901 96	13 638 836 230 34	19 860 471 09	676 816 374 43	St.	
385 164	12 459	237 347 797 54	8 170 761 39	103 305 408 61	98 916 733 63	249 907 233 91	304 945 81	12 878 094 85	I.	
372 895	8 095	262 554 920 33	8 608 190 76	147 298 737 12	139 591 256 83	278 870 591 38	380 204 36	15 990 739 83	II.	
783 577	—	396 763 851 17	13 214 113 65	97 704 493 74	134 716 325 10	372 966 133 46	—	17 317 933 37	III.	
1 907 058	18 743	1 210 525 901 43	41 030 779 92	378 357 239 36	366 610 142 58	1 263 303 778 13	4 798 700 02	55 544 513 35	IV.	
737 474	20 314	646 101 880 14	21 526 128 60	258 073 129 01	261 431 533 17	664 269 604 58	1 028 899 82	32 140 559 30	V.	
333 704	6 016	275 776 910 82	9 898 560 90	116 814 681 58	114 004 229 94	288 485 923 36	653 691 57	13 390 163 17	VI.	
1 754 484	26 694	1 033 552 110 52	32 087 174 70	278 468 704 58	278 595 753 93	1 065 512 235 87	2 122 940 18	67 564 891 73	VII.	
1 619 276	36 262	1 095 495 374 42	34 835 512 78	309 776 125 18	303 970 000 95	1 136 137 011 43	1 463 370 67	69 191 820 81	VIII.	
735 104	18 204	844 847 849 44	27 460 287 17	242 588 566 31	223 402 621 99	891 494 080 93	196 028 86	49 129 436 51	IX.	
1 498 837	22 494	1 527 524 294 39	53 269 161 51	522 420 293 88	504 719 179 63	1 598 494 570 15	5 350 350 55	64 734 350 43	X.	
1 451 588	8 670	2 178 431 414 22	73 689 051 26	655 546 725 04	633 165 221 94	2 274 501 968 58	1 520 011 45	122 517 480 59	XI.	
866 885	13 672	640 945 764 72	22 229 504 33	202 234 377 21	200 831 087 01	664 578 559 25	139 529 85	34 221 883 91	XII.	
2 460 463	67 683	2 737 123 289 66	94 463 194 66	1 150 902 774 48	1 116 470 970 98	2 866 018 287 82	1 901 797 95	121 089 097 18	XIII.	
28 681	—	22 873 270 45	880 880 85	3 850 944 47	3 308 844 28	24 296 251 49	—	1 105 479 40	XIV.	
239 423	5 355	130 610 104 77	4 647 707 27	71 427 166 25	65 608 172 98	141 076 805 31	304 945 81	6 973 716 36	1.	
80 758	3 288	54 425 004 59	1 644 578 96	15 724 947 66	17 252 847 94	54 541 683 27	—	2 879 046 22	2.	
64 983	3 816	52 312 688 18	1 878 475 16	16 153 294 70	16 055 712 71	54 288 745 33	—	3 025 332 27	3.	
196 561	2 522	128 395 578 73	4 160 878 76	86 333 465 66	82 767 760 92	136 122 162 23	—	8 615 749 41	4.	
176 334	5 573	134 159 341 60	4 447 312 00	60 965 271 46	56 823 495 91	142 748 429 15	380 204 36	7 374 990 42	5.	
783 577	—	396 763 851 17	13 214 113 65	97 704 493 74	134 716 325 10	372 966 133 46	—	17 317 933 37	6.	
1 232 360	12 532	735 524 861 77	25 450 195 01	260 614 018 44	244 796 374 99	776 792 700 23	572 399 41	32 823 586 56	7.	
674 698	6 211	475 001 039 66	15 580 584 91	117 743 220 92	121 813 767 59	486 511 077 90	4 226 300 61	22 720 926 79	8.	
388 054	4 437	333 909 775 38	11 316 626 90	132 328 404 47	134 895 037 10	342 659 769 65	458 560 36	16 789 071 36	9.	
260 127	10 549	251 589 928 73	8 286 056 57	85 390 102 25	86 455 875 50	258 810 212 05	503 162 67	11 988 814 78	10.	
89 293	5 328	60 602 176 03	1 923 445 13	40 354 622 29	40 080 620 57	62 799 622 88	67 176 79	3 362 673 16	11.	
208 637	3 569	168 052 843 16	5 989 474 33	68 669 944 19	67 586 416 55	175 125 845 13	144 560 87	7 969 988 98	12.	
125 067	2 447	107 724 067 66	3 909 086 57	48 144 737 39	46 417 813 39	113 360 078 23	509 130 70	5 420 174 19	13.	
761 285	18 262	392 833 601 98	11 719 415 85	117 207 365 13	122 005 998 45	399 754 384 51	1 037 132 80	24 982 885 44	14.	
668 906	4 827	378 853 180 08	11 686 427 46	91 170 544 87	89 276 226 38	392 433 926 03	702 205 73	26 947 886 19	15.	
324 293	3 605	261 865 328 46	8 681 331 39	70 090 794 58	67 313 529 10	273 323 925 33	383 601 65	15 634 050 10	16.	
615 226	10 264	334 242 436 40	12 786 381 64	128 129 268 61	123 013 937 93	402 144 148 72	938 130 14	22 673 212 98	17.	
734 143	16 866	534 473 225 58	16 325 841 15	126 198 835 75	126 885 917 27	550 111 985 21	525 240 53	36 762 633 72	18.	
269 907	9 132	176 779 712 44	5 723 289 99	55 448 020 82	54 070 145 75	183 880 877 50	—	9 755 954 11	19.	
735 104	18 204	844 847 849 44	27 460 287 17	242 588 566 31	223 402 621 99	891 494 080 93	196 028 86	49 129 436 51	20.	
440 492	8 599	382 386 646 22	13 339 301 90	167 695 689 49	163 829 377 26	399 592 260 35	102 604 57	13 479 643 16	21.	
316 698	2 682	302 134 695 01	10 686 616 47	86 223 077 58	86 910 120 41	312 134 268 65	457 784 03	12 974 573 70	22.	
282 619	1 882	347 490 746 52	12 336 452 92	87 805 518 50	81 623 332 84	366 009 385 10	4 649 569 57	15 540 009 79	23.	
200 921	2 136	229 404 070 92	8 234 687 90	73 365 130 19	66 743 449 09	244 260 439 92	110 143 67	11 830 138 20	24.	
156 911	6 475	174 957 747 10	5 665 788 36	64 742 626 43	62 560 652 81	182 805 509 08	3 443 18	7 143 878 86	25.	
101 196	720	91 150 388 62	3 006 313 96	42 588 251 69	43 052 247 22	93 692 707 05	26 805 53	3 766 106 72	26.	
302 434	2 149	523 051 221 15	16 747 850 64	150 739 700 30	142 772 694 55	547 766 077 54	108 820 85	27 640 807 78	27.	
279 821	692	371 743 795 13	12 099 729 14	111 457 114 12	99 707 821 03	395 592 817 36	1 185 463 90	17 842 265 62	28.	
869 333	5 829	1 283 636 397 94	44 841 471 48	393 349 910 62	390 684 706 36	1 331 143 073 68	225 726 70	77 034 407 19	29.	
365 091	3 749	292 747 388 63	10 568 207 12	70 593 154 34	70 380 812 07	303 527 938 02	—	14 932 021 08	30.	
501 794	9 923	348 198 376 09	11 661 297 21	131 641 222 87	130 450 274 94	361 050 621 23	139 529 85	19 289 862 83	31.	
181 760	1 154	207 076 310 41	6 894 377 69	77 598 862 60	72 000 243 29	219 569 307 41	—	11 394 211 48	32.	
1 353 429	34 109	1 533 239 638 50	52 788 880 70	596 533 578 22	586 283 166 93	1 596 278 930 49	1 480 660 15	72 020 843 33	33.	
477 145	29 593	493 321 678 09	17 242 664 29	268 422 096 37	249 055 686 33	529 930 752 42	—	22 719 782 07	34.	
174 540	1 984	221 193 053 53	7 491 270 16	76 289 377 41	70 554 645 16	234 419 055 94	87 907 92	10 458 607 06	35.	
273 589	843	282 292 609 13	10 046 001 82	132 058 859 88	138 577 229 27	285 820 241 56	333 229 88	4 495 653 24	36.	
28 681	—	22 873 270 45	880 880 85	3 850 944 47	3 308 844 28	24 296 251 49	—	1 105 479 40	37.	

Sparkassen.

8 789 346	170 643	6 781 801 338 92	228 502 086 16	2 595 198 178 65	2 534 515 686 52	7 070 985 917 21	6 368 181 45	359 074 471 92	1.
691 857	14 969	923 260 213 91	31 603 488 55	266 502 176 02	260 038 727 65	961 327 150 83	295 388 50	39 847 134 82	2.
4 170 390	60 071	4 364 978 057 45	146 599 124 05	1 349 268 041 98	1 301 572 466 20	4 559 272 757 28	8 785 309 47	217 464 211 62	3.
623 718	2 302	409 743 661 13	13 432 256 05	98 841 360 15	102 384 428 71	419 632 848 62	3 983 178 50	25 430 563 83	4.
659 879	11 321	630 081 357 84	21 226 347 67	157 532 443 77	181 222 592 88	627 617 556 40	428 413 17	34 999 992 24	5.
14 935 190	259 306	13 109 864 629 25	441 363 302 48	4 467 342 200 57	4 379 733 901 96	13 638 836 230 34	19 860 471 09	676 816 374 43	1914
14 417 642	246 844	12 432 489 874 37	406 690 661 59	4 151 126 083 62	3 879 038 557 07	13 111 268 062 51	16 074 265 20	622 994 469 45	1913
13 819 834	235 010	11 836 262 476 53	381 567 103 30	3 790 058 447 52	3 574 958 120 61	12 432 929 906 74	14 416 413 81	620 382 561 01	1912
13 417 394	218 586	11 107 110 108 53	357 192 184 19	3 576 102 544 02	3 203 146 898 23	11 837 257 938 51	15 094 296 75	645 968 048 98	1911
12 900 304	165 962	10 332 231 726 93	331 114 759 28	3 262 521 812 90	2 819 074 801 87	11 106 793 497 24	14 277 439 68	633 165 784 64	1910
12 362 256	154 875	9 568 184 684 34	309 838 660 01	2 961 330 804 97	2 506 660 721 05	10 332 693 428 27	14 379 463 46	596 471 898 40	1909
11 842 692	226 365	9 120 109 824 50	289 306 654 23	2 496 757 227 54	2 334 797 702 83	9 571 376 003 44	17 722 989 10	570 139 254 09	1908
11 484 139	194 429	8 788 825 368 73	264 341 979 33	2 317 802 110 68	2 250 465 182 04	9 120 504 276 70	14 687 099 98	505 729 508 72	1907
11 095 276	169 715	8 294 868 240 14	249 694 104 69	2 264 987 225 88	2 021 159 365 68	8 788 390 205 03	13 625 890 11	537 570 926 40	1906
10 642 961	142 723	7 760 227 716 34	232 740 419 60	2 154 403 671 41	1 852 933 547 18	8 294 438 260 17	16 607 807 19	543 010 502 91	1905
10 211 976	131 875	7 230 385 305 70	216 904 312 91	2 014 993 638 40	1 700 350 008 87	7 761 933 248 14	16 611 535 51	515 686 147 69	1904
9 773 103	114 452	6 729 282 449 47	200 484 875 62	1 891 896 262 41	1 591 718 967 46	7 229 944 620 04	15 975 121 01	486 586 409 72	1903
9 372 930	99 152	6 227 257 057 10	188 511 269 87	1 777 718 732 19	1 465 779 416 36	6 727 707 642 80	13 840 947 78	457 073 139 40	1902
9 034 937	82 741	5 746 924 642 73	175 863 722 07	1 651 218 974 13	1 337 548 406 75	6 236 458 932 18	10 919 976 74	419 710 762 48	1901
8 670 709	65 116	5 493 610 192 68	156 812 152 82	1 402 571 637 00	1 307 199 008 74	5 745 794 973 76	8 122 338 87	364 628 436 60	1900

(Noch: Tab. 1.)		Aus dem Reservefonds bzw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der						Betrag der	
Staat.	Provinzen.	seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zins-einnahmen		Zins-ausgaben		Zins-überschüsse		Verwaltungs-kosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	
Regierungsbezirke.		M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
I		25		26		27		28		29		30		31	
Noch: Die Sparkassen															
Staat		550 134 467	60	28 422 746	24	15 485 529	92	605 322 204	86	496 257 612	68	109 064 592	18	26 032 984	11
Provinzen.															
I. Ostpreußen		13 936 736	16	844 441	97	310 485	39	12 092 246	45	9 496 487	61	2 595 758	84	695 109	00
II. Westpreußen		10 061 894	93	429 055	89	131 678	24	12 615 260	60	9 957 869	90	2 657 390	70	722 586	69
III. Stadtkreis Berlin		3 537 306	00	—	—	—	—	16 681 227	62	15 218 175	86	1 463 051	76	1 029 110	25
IV. Brandenburg		25 866 836	21	1 841 565	34	1 297 762	95	54 257 038	65	43 865 234	46	10 391 804	19	2 731 063	33
V. Pommern		27 674 455	33	1 447 297	63	495 332	75	29 130 903	08	23 731 158	72	5 399 744	36	1 337 857	81
VI. Posen		6 771 559	01	491 779	18	321 166	70	13 172 210	97	10 784 246	17	2 387 964	80	861 311	13
VII. Schlesien		59 659 387	75	3 359 487	63	1 176 592	34	46 000 832	77	35 445 421	56	10 555 411	21	2 348 709	98
VIII. Sachsen		81 022 350	69	3 552 333	96	2 634 974	61	48 543 163	22	37 569 404	64	10 973 758	58	1 778 911	05
IX. Schleswig-Holstein		34 234 471	95	1 436 248	42	1 381 831	80	41 171 687	30	35 046 092	55	6 125 594	75	1 584 890	39
X. Hannover		51 620 000	25	2 242 059	50	3 503 624	35	68 472 117	46	57 631 149	13	10 840 968	33	2 631 584	67
XI. Westfalen		104 608 257	00	5 650 342	86	2 109 613	11	105 250 111	00	87 410 342	91	17 839 768	09	3 354 970	54
XII. Hessen-Nassau		19 629 397	17	1 006 815	40	232 730	70	30 113 270	23	24 555 722	15	5 557 548	08	1 952 116	62
XIII. Rheinprovinz		110 546 413	47	6 071 812	16	1 868 136	98	126 776 513	62	104 651 891	36	22 124 622	26	4 960 084	41
XIV. Hohenzollernsche Lande		965 401	68	49 506	30	21 600	00	1 045 621	89	894 415	66	151 206	23	44 678	24
Regierungsbezirke.															
1. Königsberg		10 034 093	14	662 414	96	38 625	94	6 653 975	14	5 159 915	56	1 494 059	58	379 561	74
2. Gumbinnen		2 261 576	63	48 679	00	860	57	2 642 409	69	2 080 602	80	561 806	89	141 758	36
3. Allenstein		1 641 066	39	133 348	01	270 998	88	2 795 861	62	2 255 969	25	539 892	37	173 788	90
4. Danzig		5 140 065	66	209 797	81	108 287	24	6 235 230	34	4 921 861	31	1 313 369	03	401 594	31
5. Marienwerder		4 921 829	27	219 258	08	23 391	00	6 380 030	26	5 036 008	59	1 344 021	67	320 992	38
6. Stadtkreis Berlin		3 537 306	00	—	—	—	—	16 681 227	62	15 218 175	86	1 463 051	76	1 029 110	25
7. Potsdam		9 941 205	09	917 492	49	819 149	93	33 472 169	01	27 282 048	74	6 190 120	27	1 689 876	27
8. Frankfurt		15 925 631	12	924 072	85	478 613	02	20 784 869	64	16 583 185	72	4 201 683	92	1 041 187	06
9. Stettin		16 589 585	09	912 916	93	271 809	32	14 965 487	42	12 106 362	59	2 859 124	83	708 165	36
10. Köslin		7 424 888	40	334 159	29	146 644	54	11 364 900	08	9 435 682	29	1 929 217	79	497 570	40
11. Stralsund		3 659 981	84	200 221	41	76 878	89	2 800 515	58	2 189 113	84	611 401	74	132 122	05
12. Posen		3 972 860	43	262 924	40	213 358	57	7 944 716	94	6 511 017	76	1 433 699	18	562 747	86
13. Bromberg		2 798 698	58	228 854	78	107 808	13	5 227 494	03	4 273 228	41	954 265	62	298 563	27
14. Breslau		28 479 624	63	1 484 909	47	1 056 657	66	17 297 991	93	13 282 300	48	4 015 691	45	927 362	57
15. Liegnitz		22 841 066	80	1 236 938	25	23 660	98	16 406 109	24	12 515 304	05	3 890 805	19	796 691	09
16. Oppeln		8 338 696	32	637 639	91	96 273	70	12 296 731	60	9 647 817	03	2 648 914	57	624 656	32
17. Magdeburg		30 122 129	12	1 078 308	33	1 161 186	75	17 155 178	43	13 390 192	02	3 764 986	41	586 175	80
18. Merseburg		41 012 444	87	2 021 024	23	1 097 242	83	23 511 470	86	17 961 596	68	5 549 874	18	868 770	36
19. Erfurt		9 887 776	70	453 001	40	376 545	03	7 876 513	93	6 217 615	94	1 658 897	99	323 964	89
20. Schleswig		34 234 471	95	1 436 248	42	1 381 831	80	41 171 687	30	35 046 092	55	6 125 594	75	1 584 890	39
21. Hannover		7 998 904	91	450 995	56	458 807	74	16 442 283	49	13 920 311	60	2 521 971	89	712 423	72
22. Hildesheim		9 976 257	96	409 309	42	443 615	35	13 834 950	09	11 646 871	98	2 188 078	11	464 236	89
23. Lüneburg		12 362 881	74	501 644	38	1 232 433	34	16 458 179	25	14 154 365	10	2 303 814	15	534 361	72
24. Stade		11 803 521	26	440 512	43	807 071	02	10 405 480	08	8 672 495	24	1 732 984	84	417 994	39
25. Osnabrück		5 696 961	18	293 349	91	381 725	21	7 399 706	46	6 095 725	67	1 303 980	79	283 684	70
26. Aurich		3 781 473	20	146 247	80	179 971	69	3 931 518	09	3 141 379	54	790 138	55	218 883	25
27. Münster		18 676 661	06	1 415 355	86	334 391	45	25 330 740	15	21 064 478	31	4 266 261	84	725 295	85
28. Minden		25 191 277	26	981 114	22	917 566	73	16 898 356	92	13 991 271	89	2 907 085	03	526 416	13
29. Arnsberg		60 740 318	68	3 253 872	78	857 654	93	63 021 013	93	52 354 592	71	10 666 421	22	2 103 258	56
30. Cassel		7 536 225	79	274 129	50	148 397	01	13 551 206	17	11 309 459	45	2 241 746	72	593 411	52
31. Wiesbaden		12 093 171	38	732 685	90	84 333	69	16 562 064	06	13 246 262	70	3 315 801	36	1 358 705	10
32. Coblenz		6 638 160	64	600 577	53	355 981	12	9 868 505	05	7 875 922	60	1 992 582	45	426 924	57
33. Düsseldorf		49 246 063	13	3 345 956	69	1 152 957	17	69 495 496	08	57 748 721	04	11 746 775	04	2 529 699	90
34. Köln		16 852 452	95	849 515	79	73 454	22	24 074 197	34	19 608 655	34	4 465 542	00	981 963	12
35. Trier		7 117 039	03	584 716	50	264 107	18	10 654 330	65	8 698 626	69	1 955 703	96	464 330	22
36. Aachen		30 692 697	72	691 045	65	21 637	29	12 683 984	50	10 719 965	69	1 964 018	81	557 166	60
37. Sigmaringen		965 401	68	49 506	30	21 600	00	1 045 621	89	894 415	66	151 206	23	44 678	24
Noch: Die Arten der															
1. Städtische Sparkassen		331 049 991	22	16 394 875	22	7 254 153	73	312 530 484	66	255 084 699	84	57 445 784	82	13 275 695	36
2. Landgemeinde-usw. Spark.		17 379 770	78	1 213 135	05	915 012	26	44 212 180	50	37 320 684	94	6 891 495	56	1 669 833	46
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen		137 886 285	62	8 326 865	04	6 463 929	20	202 055 936	10	165 526 751	2				

Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt

in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								in Inhaberpapieren zum Tageskurse — für 1914 am 30. Juni, für die Vorjahre bei Abschluß des Rechnungsjahres — oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem		der				Wiedernolung der Bezeichnung in Spalte 1.
städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke						Ankaufswert		Nennwert		
überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken				dieser Papiere (Sp. 36) beträgt				
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
überhaupt.														
6 179 300 579	63	1 089 739 310	10	2 374 211 851	98	694 263 840	97	3 481 943 218	68	3 796 148 311	46	3 858 064 005	40	St.
111 632 899	55	23 024 913	75	44 632 537	61	12 646 206	68	60 377 291	49	67 328 808	48	67 588 350	00	I.
94 564 974	44	19 212 091	11	47 310 801	15	14 729 853	85	87 853 942	38	93 276 191	18	97 071 479	00	II.
109 492 970	00	—	—	—	—	—	—	244 799 667	65	277 853 159	54	280 590 135	00	III.
428 217 515	70	28 750 841	35	160 485 691	08	46 888 436	13	455 357 829	58	499 563 852	14	505 833 230	06	IV.
254 483 955	46	24 127 735	72	159 317 715	57	35 244 335	54	166 704 510	12	183 490 911	03	184 830 446	51	V.
117 724 476	79	63 034 093	12	44 220 051	91	30 356 209	47	75 509 641	61	81 385 012	07	82 759 541	63	VI.
423 126 804	90	31 148 015	61	145 497 497	40	35 673 108	36	383 199 886	40	413 787 218	02	421 464 002	81	VII.
389 669 661	48	27 153 139	27	262 026 947	55	34 306 184	32	340 027 070	42	376 277 857	86	378 998 095	63	VIII.
394 721 387	37	5 686 815	87	285 966 052	08	1 271 754	10	95 202 715	57	99 223 707	56	104 002 639	00	IX.
473 349 581	82	83 682 429	88	549 259 160	52	250 050 515	74	315 498 535	71	342 531 671	86	349 519 861	86	X.
1 408 295 633	00	272 690 902	25	350 669 976	55	54 162 988	67	372 383 993	11	399 376 152	25	406 636 990	00	XI.
295 452 026	68	123 395 491	04	123 115 485	05	96 706 058	46	160 070 426	70	176 397 298	53	180 047 200	13	XII.
1 676 522 752	87	385 821 110	56	192 104 763	44	72 753 763	55	718 706 868	19	778 634 572	33	791 541 133	77	XIII.
2 045 939	57	2 011 730	57	9 605 172	07	9 474 426	10	6 250 839	75	7 021 898	61	7 180 900	00	XIV.
60 976 684	93	12 298 908	12	20 998 627	29	6 725 792	74	42 043 347	00	47 274 801	89	47 313 400	00	1.
24 037 032	80	3 980 431	22	13 387 979	11	3 795 526	32	10 817 680	60	12 051 390	60	12 120 450	00	2.
26 619 181	82	6 745 574	41	10 245 931	21	2 124 887	62	7 516 263	89	8 002 615	99	8 154 500	00	3.
35 883 447	46	5 643 478	59	20 714 199	12	2 641 326	31	56 334 221	87	59 324 755	31	62 365 604	00	4.
58 681 526	98	13 568 612	52	26 596 602	03	12 088 527	54	31 519 720	51	33 951 435	87	34 705 875	00	5.
109 492 970	00	—	—	—	—	—	—	244 799 667	65	277 853 159	54	280 590 135	00	6.
251 550 554	90	8 383 900	75	75 436 293	10	26 449 070	48	291 235 791	59	317 661 959	59	321 964 200	00	7.
176 666 960	80	20 366 940	60	85 049 397	98	20 439 365	65	164 122 037	99	181 901 892	55	183 869 030	06	8.
140 623 166	68	10 673 184	70	68 712 942	20	10 581 160	22	95 700 903	11	105 632 179	30	105 986 585	00	9.
86 500 744	87	11 678 280	11	82 999 725	84	23 061 514	80	51 583 165	95	56 747 789	44	57 645 700	00	10.
27 360 043	91	1 776 270	91	7 605 047	53	1 601 660	52	19 420 441	06	21 110 942	29	21 198 161	51	11.
71 581 578	71	30 316 344	97	27 120 160	73	16 078 510	06	45 332 081	96	48 981 990	17	49 932 100	00	12.
46 142 898	08	32 717 748	15	17 099 891	18	14 277 699	41	30 177 559	65	32 403 021	90	32 827 441	63	13.
163 118 184	49	5 438 020	58	45 181 565	29	5 392 848	50	139 328 918	70	152 590 005	78	156 989 810	00	14.
143 461 488	21	4 063 929	82	39 126 019	58	6 506 102	90	171 475 807	70	182 397 390	76	184 385 435	68	15.
116 547 132	20	21 646 065	21	61 189 912	53	23 774 156	96	72 395 160	00	78 799 821	48	80 088 757	13	16.
145 534 156	47	14 505 460	89	69 517 663	88	12 372 988	39	138 678 360	83	153 418 846	34	154 461 470	00	17.
181 612 390	58	6 374 225	22	155 494 900	45	13 038 177	64	149 502 878	65	165 846 636	82	166 866 435	63	18.
62 523 114	43	6 273 453	16	37 014 383	22	8 895 018	29	51 845 830	94	57 012 374	70	57 670 190	00	19.
394 721 387	37	5 686 815	87	285 966 052	08	1 271 754	10	95 202 715	57	99 223 707	56	104 002 639	00	20.
131 297 434	03	13 055 746	42	100 877 927	95	35 680 374	14	87 760 497	86	95 561 172	89	97 566 730	56	21.
104 666 775	62	26 836 197	07	98 468 961	40	56 681 845	55	65 649 739	93	71 209 743	14	71 590 376	00	22.
86 438 122	75	21 616 086	41	173 411 043	80	102 102 950	70	66 612 325	28	72 476 123	17	74 614 309	05	23.
74 969 943	36	9 742 839	80	95 507 724	70	27 516 280	58	44 482 132	12	48 263 859	19	48 944 923	60	24.
54 261 019	28	6 471 549	38	51 698 241	54	20 205 402	99	30 643 005	28	32 811 902	35	34 194 195	00	25.
21 716 286	78	5 960 010	80	29 295 261	13	7 863 661	78	20 350 835	24	22 208 871	12	22 609 327	65	26.
351 465 631	43	141 209 608	80	71 854 726	66	11 438 518	90	90 713 451	76	95 916 036	23	97 168 240	00	27.
163 508 331	32	18 096 730	14	93 961 217	02	14 828 301	82	69 158 159	74	75 605 361	64	77 340 005	00	28.
893 321 970	25	113 384 563	31	184 854 032	87	27 896 167	95	212 512 381	61	227 854 754	38	232 128 745	00	29.
83 811 159	89	45 995 216	36	93 558 537	25	70 789 098	91	73 252 111	97	80 176 064	72	80 957 145	13	30.
211 640 866	79	77 400 274	68	29 556 947	80	25 916 959	55	86 818 314	73	96 221 233	81	99 090 055	00	31.
105 174 487	55	35 041 237	97	32 125 995	97	14 669 140	91	48 318 427	37	52 268 541	11	53 275 000	00	32.
1 078 564 971	31	267 044 768	94	68 476 847	54	19 060 448	76	359 670 932	37	388 452 742	99	396 860 850	00	33.
271 080 947	53	24 819 562	67	39 487 341	73	10 524 757	10	149 401 249	20	161 806 850	23	162 775 275	00	34.
109 129 233	82	37 297 621	95	33 410 913	65	18 657 755	57	48 468 934	70	51 891 389	33	52 595 550	00	35.
112 573 112	66	21 617 919	03	18 603 664	55	9 841 661	21	112 847 324	55	124 215 048	67	126 034 458	77	36.
2 045 939	57	2 011 730	57	9 605 172	07	9 474 426	10	6 250 839	75	7 021 898	61	7 180 900	00	37.

Sparkassen.

3 782 626 729	46	454 225 620	28	668 242 826	91	106 981 286	86	1 928 013 582	28	2 113 277 249	35	2 140 760 779	50	1.
456 592 060	33	130 255 266	25	277 861 252	42	44 399 346	05	159 517 998	59	169 035 489	44	171 003 962	51	2.
1 519 052 201	00	416 134 569	89	1 257 217 147	30	501 417 062	72	1 059 043 883	26	1 153 220 649	55	1 175 894 252	92	3.
161 574 187	86	84 747 452	02	65 942 807	42	38 828 799	92	150 280 674	86	159 613 364	54	161 315 135	06	4
259 455 400	98	4 376 401	66	104 947 817	93	2 637 345	42	185 087 079	69	201 001 558	58	209 089 875	41	5.
6 179 300 579	63	1 089 739 310	10	2 374 211 851	98	694 263 840	97	3 481 943 218	68	3 796 148 311	46	3 858 064 005	40	1914
5 907 200 005	36	999 036 710	59	2 339 480 087	67	663 959 642	34	2 971 788 358	14	3 303 058 463	71	3 345 438 012	24	1913
5 444 740 037	08	841 459 482	90	2 463 953 107	55	675 640 559	35	2 833 027 040	15	3 115 393 918	04	3 144 553 041	68	1912
4 973 154 913	39	731 070 045	49	2 446 708 900	95	648 973 265	80	2 830 350 794	23	3 027 664 897	50	3 053 046 321	09	1911
4 586 797 473	49	647 271 698	61	2 302 851 312	77	586 339 470	10	2 738 561 104	29	2 894 202 110	51	2 918 658 716	16	1910
4 223 704 760	74	580 875 847	97	2 176 454 801	36	531 144 375	64	2 601 326 037	32	2 749 076 152	55	2 772 440 529	27	1909
3 913 861 889	76	532 718 589	25	2 075 928 710	24	480 315 828	34	2 385 492 053	57	2 518 904 257	59	2 535 943 019	74	1908
3 712 166 245	24	481 877 314	67	2 029 074 140	07	453 191 182	59	2 261 937 684	50	2 425 322 171	48	2 446 603 907	25	1907
3 486 395 931	55	436 155 662	19	1 966 592 759	40	424 337 138	70	2 313 333 773	09	2 402 962 541	62	2 412 303 978	52	1906
3 217 229 267	90	404 550 798	80	1 882 558 357	44	385 268 288	49	2 284 087 501	79	2 317 787 614	70	2 332 150 713	43	1905
2 948 701 870	69	357 883 930	85	1 791 675 497	85	357 650 716	33	2 188 973 352	48	2 213 627 448	71	2 228 239 593	00	1904
2 681 523 480	80 1)	.	.	1 700 530 766	91 1)	.	.	2 066 132 812	75	2 087 607 516	00	2 100 647 586	04	1903
2 442 795 697	14 1)	.	.	1 620 880 353	24 1)	.	.	1 901 750 260	79	1 919 522 966	90	1 934 990 230	02	1902
2 219 303 276	74 1)	.	.	1 545 282 004	76 1)	.	.	1 724 071 470	10	1 756 316 282	39	1 769 517 584	23	1901
2 000 197 888	30 1)	.	.	1 486 731 425	80 1)	.	.	1 553 706 097	69	1 625 085 651	97	1 638 510 641	46	1900

(Noch: Tab. 1.)												
Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar												
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	auf Schuldscheine				gegen Wechsel		gegen Faustpfand		bei öffentlichen Instituten und Korporationen		in sonstigen Anlagen	
	ohne Bürgschaft		mit Bürgschaft									
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
I	39		40		41		42		43		44	
Noch: Die Sparkassen												
Staat	18 975 986	22	194 505 068	24	53 469 710	47	115 423 359	60	1 922 194 199	33	181 444 009	55
Provinzen.												
I. Ostpreußen	201 597	00	10 619 990	35	7 815 080	80	8 747 673	69	21 633 976	92	3 095 924	15
II. Westpreußen	1 881 720	47	6 430 710	67	7 934 745	71	6 780 353	13	37 832 305	58	5 463 430	83
III. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	23 167 057	92	12 586 045	00
IV. Brandenburg	1 026 915	30	2 426 840	90	987 215	37	3 736 842	83	304 971 932	83	8 033 531	88
V. Pommern	1 897 113	69	4 123 116	26	5 008 388	43	4 727 464	12	111 739 603	52	4 966 493	85
VI. Posen	2 326 625	46	2 049 902	49	11 751 660	34	5 920 726	51	42 983 455	19	3 557 388	15
VII. Schlesien	1 410 038	03	6 295 201	89	4 915 862	05	6 516 635	48	162 121 573	00	8 750 842	97
VIII. Sachsen	2 429 434	66	1 688 825	42	199 462	00	6 042 900	41	208 462 213	98	5 797 184	10
IX. Schleswig-Holstein	156 500	78	58 768 670	62	1 970 561	07	7 383 048	79	88 168 007	36	12 571 372	60
X. Hannover	6 283 202	92	22 130 475	42	1 900 935	07	19 012 566	14	260 876 492	47	18 226 177	91
XI. Westfalen	610 273	60	24 807 319	50	145 384	69	12 286 490	83	235 551 246	80	21 084 108	72
XII. Hessen-Nassau	344 651	71	20 838 822	88	1 522 581	05	13 064 593	23	76 659 973	27	17 234 891	89
XIII. Rheinprovinz	407 912	60	33 642 952	18	9 314 810	65	21 027 483	04	344 973 501	61	58 132 679	42
XIV. Hohenzollernsche Lande	—	—	682 239	66	3 023	24	176 581	40	3 052 858	88	1 943 938	08
Regierungsbezirke.												
1. Königsberg	140 025	00	6 097 586	83	1 057 343	97	7 249 500	74	11 758 560	47	1 302 065	05
2. Gumbinnen	21 982	00	744 030	18	3 098 626	00	576 232	00	4 792 436	77	607 225	68
3. Allenstein	39 590	00	3 778 373	34	3 659 110	83	921 940	95	5 082 979	68	1 186 633	42
4. Danzig	119 791	00	4 138 752	56	1 546 828	69	6 409 098	83	16 255 924	17	2 853 917	85
5. Marienwerder	1 761 929	47	2 291 958	11	6 387 917	02	371 254	30	21 576 381	41	2 609 512	98
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	23 167 057	92	12 586 045	00
7. Potsdam	965 425	30	655 932	61	561 230	70	975 641	68	214 402 929	32	5 418 748	76
8. Frankfurt	61 490	00	1 770 908	29	425 984	67	2 761 201	15	90 569 003	51	2 614 783	12
9. Stettin	529 895	00	1 693 320	19	1 477 957	62	1 672 836	40	53 913 878	24	3 114 020	68
10. Köslin	1 134 598	29	2 164 528	14	3 209 345	81	2 514 252	72	47 309 956	40	1 681 890	61
11. Stralsund	232 620	40	265 267	93	321 085	00	540 375	00	10 515 768	88	170 582	56
12. Posen	2 204 431	83	1 010 943	35	7 760 395	89	2 826 121	05	24 817 166	05	2 264 818	81
13. Bromberg	122 193	63	1 038 959	14	3 991 264	45	3 094 605	46	18 166 289	14	1 292 569	34
14. Breslau	486 083	07	780 316	47	3 929 943	85	3 416 841	07	69 191 996	29	4 264 443	72
15. Liegnitz	110 528	53	919 032	50	560 503	85	2 211 521	26	59 164 171	07	2 900 998	52
16. Oppeln	813 426	43	4 595 852	92	425 414	35	888 273	15	33 765 405	64	1 585 400	73
17. Magdeburg	692 496	33	621 916	87	40 115	00	2 078 342	19	71 475 671	30	2 199 846	90
18. Merseburg	301 639	15	228 916	26	25 842	00	2 171 840	92	102 398 017	81	2 047 588	41
19. Erfurt	1 435 299	18	837 992	29	133 505	00	1 792 717	30	34 588 524	87	1 549 748	79
20. Schleswig	156 500	78	58 768 670	62	1 970 561	07	7 383 048	79	88 168 007	36	12 571 372	60
21. Hannover	801 711	94	3 590 871	78	—	—	3 796 186	27	77 527 045	81	2 400 807	50
22. Hildesheim	687 473	17	3 980 029	41	2 950	00	2 843 741	31	46 219 765	48	2 958 730	15
23. Lüneburg	2 610 729	49	4 007 714	38	29 378	52	3 541 456	25	49 060 097	41	5 699 025	22
24. Stade	1 669 471	29	4 182 966	02	—	—	1 734 871	04	28 177 937	36	4 692 097	61
25. Osnabrück	481 899	69	2 630 167	56	—	—	3 264 635	52	42 873 757	32	1 821 296	22
26. Aurich	31 917	34	3 738 726	27	1 868 606	55	3 831 675	75	17 017 889	09	654 221	21
27. Münster	277 808	35	6 180 083	37	29 035	71	3 975 474	88	55 868 189	05	7 114 889	73
28. Minden	69 033	00	7 101 739	37	69 193	38	2 708 215	29	69 264 522	58	5 152 091	62
29. Arnberg	263 432	25	11 525 496	76	47 155	60	5 602 800	66	110 418 535	17	8 817 127	37
30. Cassel	—	—	11 914 981	72	1 514 516	00	2 042 616	39	46 660 601	35	4 581 729	28
31. Wiesbaden	344 651	71	8 923 841	16	8 065	05	11 021 976	84	29 999 371	92	12 653 162	61
32. Coblenz	46 971	62	2 520 160	50	161 856	08	652 712	84	43 082 058	36	1 812 089	87
33. Düsseldorf	227 826	40	16 714 333	38	199 907	28	10 738 220	33	149 447 683	49	26 544 844	39
34. Köln	65 515	00	5 149 666	79	196 191	39	1 669 034	67	86 225 835	27	9 404 411	92
35. Trier	56 399	58	7 733 622	66	83 923	17	442 007	25	35 985 822	48	12 387 098	32
36. Aachen	11 200	00	1 525 168	85	8 672 932	73	7 525 507	95	30 232 102	01	7 984 234	92
37. Sigmaringen	—	—	682 239	66	3 023	24	176 581	40	3 052 858	88	1 943 938	08
Noch: Die Arten der												
1. Städtische Sparkassen	4 702 270	45	71 826 835	55	22 603 298	96	45 452 173	12	908 243 500	62	75 917 360	54
2. Landgemeinde-usw. Spark.	3 137 131	63	33 459 882	55	412 973	87	5 130 054	53	73 298 558	90	9 333 003	13
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	10 588 141	47	67 686 686	86	19 647 196	28	36 028 942	81	837 178 903	42	53 396 153	18
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	—	—	8 352 644	37	1 087 475	24	12 454 960	21	54 152 679	30	8 147 617	07
5. Vereins- und Privat-Spark.	548 442	67	13 179 018	91	9 718 766	12	16 357 228	93	49 320 557	09	34 649 875	63
Summe 1914	18 975 986	22	194 505 068	24	53 469 710	47	115 423 359	60	1 922 194 199	33	181 444 009	55
Dagegen in den Jahren:												
1913	16 324 731	16	191 948 624	09	77 338 787	04	121 442 270	21	1 790 814 721	90	184 287 753	02
1912	17 704 524	50	185 534 201	83	78 000 638	70	110 449 516	73	1 664 453 016	25	134 123 238	95
1911	17 345 422	71	177 978 616	40	89 869 515	31	106 208 223	98	1 498 690 647	35	118 040 039	06
1910	15 867 658	78	170 465 970	87	107 295 806	52	105 658 936	25	1 431 083 932	12	130 365 868	68
1909	15 369 600	59	161 803 426	63	80 800 642	52	109 954 948	74	1 302 369 142	52	93 535 715	85
1908	13 075 836	06	157 694 928	96	67 686 859	68	102 268 050	80	1 199 758 481	70	85 502 147	91
1907	12 505 614	50	156 807 339	86	67 042 186	97	98 428 382	53	1 062 994 032	54	89 774 408	80
1906	13 589 814	14	155 147 837	57	76 211 429	41	94 984 772	21	989 948 237	94	84 622 029	03
1905												

angelegt					Anzahl		Hypothekarisch		Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Betrag des Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 36 eingestellt)		dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert)		der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	davon im Berichtsjahre erworben	darauf (Spalte 48) haftende Sparkassengelder		Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres				
M	Pf.	des Deutschen Reiches	Preußens			M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M		Pf.
45		46	47			48	49	50		51		52		
überhaupt.														
14 521 467 983	70	752 716 300	1 368 455 645	22	1 012	141	25 652 533	64	193 686	65	186 773 705	15	St.	
268 756 971	56	11 512 900	19 957 150	00	5	2	213 000	00	—	—	5 927 810	73	I.	
296 052 984	36	29 823 000	25 389 900	00	12	5	289 232	13	—	—	6 157 266	57	II.	
390 045 740	57	61 217 800	63 694 000	00	—	—	—	—	—	—	3 655 852	04	III.	
1 365 244 315	47	76 127 500	197 403 450	00	5	2	164 470	00	2 156	19	18 307 562	62	IV.	
712 968 361	02	17 313 500	68 972 250	00	30	2	1 254 161	94	—	—	10 693 233	11	V.	
306 043 928	45	15 556 400	26 207 150	00	2	2	47 020	58	—	—	7 371 984	79	VI.	
1 141 834 342	12	52 229 500	121 963 850	00	9	—	214 638	38	1 613	54	18 003 982	96	VII.	
1 216 343 700	02	65 903 500	153 887 400	00	53	6	1 602 190	89	14 699	89	16 641 432	18	VIII.	
944 908 316	24	30 074 600	39 153 450	00	33	4	478 016	73	49 190	29	7 552 451	08	IX.	
1 666 537 127	98	60 961 100	95 485 095	22	26	2	619 398	46	448	17	11 604 530	88	X.	
2 425 834 426	80	94 608 800	169 538 200	00	319	28	8 018 524	06	12 084	37	30 261 638	08	XI.	
708 303 452	46	33 959 200	58 366 000	00	25	18	198 268	61	—	—	15 100 773	29	XII.	
3 054 833 724	00	202 069 000	324 969 250	00	487	70	12 552 788	66	113 494	20	35 357 319	91	XIII.	
23 760 592	65	1 359 500	3 468 500	00	6	—	823	20	—	—	137 816	91	XIV.	
151 623 741	28	8 721 600	14 900 450	00	1	—	10 000	00	—	—	3 773 469	77	1.	
58 083 225	14	1 246 400	2 937 100	00	—	—	—	—	—	—	725 944	44	2.	
59 050 005	14	1 544 900	2 119 600	00	4	2	203 000	00	—	—	1 428 396	52	3.	
144 256 181	55	20 087 600	16 407 000	00	1	1	16 032	13	—	—	3 628 076	03	4.	
151 796 802	81	9 735 400	8 982 900	00	11	4	273 200	00	—	—	2 529 190	54	5.	
390 045 740	57	61 217 800	63 694 000	00	—	—	—	—	—	—	3 655 852	04	6.	
841 202 547	96	46 927 400	132 313 700	00	3	2	116 300	00	—	—	7 649 795	91	7.	
524 041 767	51	29 200 100	65 089 750	00	2	—	48 170	00	2 156	19	10 657 766	71	8.	
367 438 920	12	8 431 300	42 565 500	00	25	1	697 361	94	—	—	5 434 005	38	9.	
279 098 208	63	7 524 700	18 004 050	00	5	1	556 800	00	—	—	3 859 985	91	10.	
66 431 232	27	1 357 500	8 402 700	00	—	—	—	—	—	—	1 399 291	82	11.	
184 917 698	38	9 262 600	13 166 550	00	2	2	47 020	58	—	—	5 212 398	20	12.	
121 126 230	07	6 293 800	13 040 600	00	—	—	—	—	—	—	2 159 586	59	13.	
429 698 292	95	20 346 100	54 000 200	00	2	—	9 683	14	—	—	5 864 598	01	14.	
419 930 071	22	17 788 000	37 648 400	00	2	—	112 955	24	—	—	6 957 209	30	15.	
292 205 977	95	14 095 400	30 315 250	00	5	—	92 000	00	1 613	54	5 182 175	65	16.	
430 838 569	77	25 118 500	55 357 550	00	29	2	907 198	24	12 219	91	5 143 546	29	17.	
593 784 014	23	33 675 300	72 679 550	00	15	3	293 101	25	2 479	98	8 299 020	98	18.	
191 721 116	02	7 109 700	25 850 300	00	9	1	401 891	40	—	—	3 198 864	91	19.	
944 908 316	24	30 074 600	39 153 450	00	33	4	478 016	73	49 190	29	7 552 451	08	20.	
408 052 483	14	13 257 600	19 884 392	62	7	—	326 420	09	—	—	4 893 302	84	21.	
325 478 166	47	12 030 500	23 073 650	00	4	—	35 457	34	—	—	1 713 961	59	22.	
391 409 893	10	12 108 000	19 945 400	00	2	1	5 467	87	—	—	1 610 870	39	23.	
255 417 143	50	10 622 500	14 799 500	00	9	1	122 504	93	448	17	1 635 100	26	24.	
187 674 022	41	7 313 900	9 315 950	00	4	—	129 548	23	—	—	1 276 513	23	25.	
98 505 419	36	5 628 600	8 466 202	60	—	—	—	—	—	—	474 782	57	26.	
587 479 290	94	24 102 800	36 215 400	00	119	11	3 073 795	30	5 819	96	9 041 296	72	27.	
410 992 203	32	17 349 700	34 672 900	00	13	3	222 633	88	374	00	3 850 084	15	28.	
1 427 362 932	54	53 156 300	98 649 900	00	187	14	4 722 094	88	5 890	41	17 370 257	21	29.	
317 336 253	85	11 100 500	26 677 200	00	22	18	107 519	54	—	—	5 131 953	85	30.	
390 967 198	61	22 858 700	31 688 800	00	3	—	90 749	07	—	—	9 968 819	44	31.	
233 894 760	16	14 334 300	22 826 350	00	56	7	1 157 906	90	63 937	39	1 841 520	87	32.	
1 710 585 566	49	102 923 300	159 568 700	00	341	47	9 268 432	79	25 182	01	23 596 916	11	33.	
562 680 193	50	42 453 400	77 663 200	00	29	7	766 847	11	606	80	4 657 005	82	34.	
247 697 955	63	10 380 000	28 354 150	00	37	4	833 140	42	—	—	2 524 865	77	35.	
299 975 248	22	31 978 000	36 556 850	00	24	5	526 461	44	23 768	00	2 737 011	34	36.	
23 760 592	65	1 359 500	3 468 500	00	6	—	823	20	—	—	137 816	91	37.	
Sparkassen.														
7 507 628 577	89	418 555 200	745 952 619	74	555	66	14 549 320	09	90 068	64	106 529 440	08	1.	
1 018 742 915	95	45 032 500	60 313 448	00	188	22	4 214 800	88	1 691	68	10 589 076	21	2.	
4 859 839 255	58	219 887 900	444 310 627	48	241	50	6 117 764	70	91 072	36	58 608 766	94	3.	
461 993 046	33	12 469 300	46 909 850	00	11	1	280 973	20	—	—	5 671 676	64	4.	
673 264 187	95	56 771 400	70 969 100	00	17	2	489 674	77	10 853	97	5 374 745	28	5.	
14 521 467 983	70	752 716 300	1 368 455 645	22	1 012	141	25 652 533	64	193 686	65	186 773 705	15	1914	
13 600 625 338	59	399 925 300	1 262 214 930	82	959	197	24 674 779	46	184 264	51	165 115 521	23	1913	
12 931 985 321	74	358 801 800	1 085 594 815	86	948	170	23 470 473	40	237 741	90	153 017 121	50	1912	
12 258 347 123	38	341 685 200	1 014 928 852	60	889	135	22 213 387	92	133 130	25	164 902 888	19	1911	
11 588 948 063	77	301 315 300	960 958 854	60	863	133	21 807 371	08	101 854	39	140 131 292	38	1910	
10 765 319 076	27	259 151 100	903 729 979	60	827	166	20 412 257	24	118 423	95	139 344 025	76	1909	
10 001 268 958	68	229 003 175	796 092 852	60	753	186	18 100 398	88	87 276	58	124 014 685	43	1908	
9 490 730 035	01	222 200 900	733 868 875	00	644	193	14 753 064	51	276 974	56	119 290 130	82	1907	
9 180 826 584	34	213 548 800	713 851 800	00	520	151	12 210 252	78	294 022	81	116 411 012	81	1906	
8 693 826 781	28	191 414 800	659 892 325	00	419	118	9 741 925	71	91 841	45	115 905 665	88	1905	
8 136 234 934	31	152 405 400	651 906 600	00	350	68	8 056 819	16	166 593	10	108 543 448	64	1904	
7 572 405 903	70	148 157 000	613 880 250	00	390	56	7 895 219	10	118 117	53	106 428 352	09	1903	
7 038 284 507	67	141 300 800	594 786 650	00	462	43	8 968 049	02	289 533	93	12			

Die Zahl der Sparstellen nach Provinzen und Regierungsbezirken im Rechnungsjahre 1914.

(Tab. 2.)	Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	Gemeinde- einheiten überhaupt nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910	Orte (einschließ- lich Wohn- plätze) mit Sparstellen	Sparkassen, und zwar							Sparstellen überhaupt
				städtische	Land- gemeinde- usw.	Kreis- und Amts-	Provin- zial- und stän- dische	Vereins- und Privat-	Neben- kassen	Annahme- stellen	
				Sparkassen							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A. Staat		52 614	5 605	814	292	489	6	160	938	4 358	7 057
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen		7 348	509	33	—	34	—	—	33	449	549
II. Westpreußen		3 265	220	30	—	24	—	1	13	196	264
III. Stadtkreis Berlin		1	1	1	—	2	—	1	10	94	108
IV. Brandenburg		5 176	434	88	7	24	1	3	149	380	652
V. Pommern		4 546	189	68	—	25	—	—	20	130	243
VI. Posen		5 063	214	59	—	37	—	—	5	163	264
VII. Schlesien		8 942	721	119	18	54	1	22	91	580	885
VIII. Sachsen		4 221	667	104	5	32	1	6	153	476	777
IX. Schleswig-Holstein		2 088	319	44	106	7	—	66	61	104	388
X. Hannover		4 445	560	57	48	70	1	7	85	411	679
XI. Westfalen		1 593	382	84	26	99	—	6	47	216	478
XII. Hessen-Nassau		2 583	513	39	3	30	1	13	103	487	676
XIII. Rheinprovinz		3 219	842	88	79	51	—	35	167	640	1 060
XIV. Hohenzollernsche Lande		124	34	—	—	—	1	—	1	32	34
C. Regierungsbezirke.											
1. Königsberg		2 855	257	17	—	13	—	—	17	233	280
2. Gumbinnen		2 802	106	3	—	12	—	—	13	82	110
3. Allenstein		1 691	146	13	—	9	—	—	3	134	159
4. Danzig		1 132	128	8	—	9	—	1	7	125	150
5. Marienwerder		2 133	92	22	—	15	—	—	6	71	114
6. Stadtkreis Berlin		1	1	1	—	1)	2	—	1	10	94
7. Potsdam		2 512	243	46	6	11	—	—	44	309	416
8. Frankfurt		2 664	191	42	1	13	1	3	105	71	236
9. Stettin		1 830	107	35	—	9	—	—	16	71	131
10. Köslin		1 847	41	22	—	12	—	—	4	23	61
11. Stralsund		869	41	11	—	4	—	—	—	36	51
12. Posen		3 157	168	44	—	24	—	—	3	133	204
13. Bromberg		1 906	46	15	—	13	—	—	2	30	60
14. Breslau		3 650	328	45	11	22	—	7	11	292	388
15. Liegnitz		2 662	200	40	6	13	1	11	67	136	274
16. Oppeln		2 630	193	34	1	19	—	4	13	152	223
17. Magdeburg		1 422	278	35	3	9	1	4	107	166	325
18. Merseburg		2 219	285	56	2	15	—	2	39	227	341
19. Erfurt		580	104	13	—	8	—	—	7	83	111
20. Schleswig		2 088	319	44	106	7	—	66	61	104	388
21. Hannover		615	136	12	3	15	—	—	12	136	178
22. Hildesheim		735	76	19	2	15	—	3	1	48	88
23. Lüneburg		1 477	123	9	7	15	—	—	21	97	149
24. Stade		714	87	5	24	12	—	—	9	46	96
25. Osnabrück		561	68	7	10	9	—	4	15	32	77
26. Aurich		343	70	5	2	4	1	—	27	52	91
27. Münster		274	121	23	7	18	—	—	35	56	139
28. Minden		503	106	18	2	20	—	2	—	93	135
29. Arnaberg		816	155	43	17	61	—	4	12	67	204
30. Cassel		1 664	131	36	3	19	—	—	55	37	150
31. Wiesbaden		919	382	3	—	11	1	13	48	450	526
32. Coblenz		1 038	139	10	2	13	—	—	6	123	154
33. Düsseldorf		390	167	62	63	8	—	34	36	84	287
34. Köln		286	145	12	10	8	—	—	33	117	180
35. Trier		1 117	310	2	4	12	—	—	27	279	324
36. Aachen		388	81	2	—	10	—	1	65	37	115
37. Sigmaringen		124	34	—	—	—	1	—	1	32	34

1) Die bei dem Stadtkreise Berlin angegebenen 2 Kreissparkassen sind die zum Regierungsbezirke Potsdam gehörigen Sparkassen der Kreise Teltow und Niederbarnim, welche in Berlin ihren Sitz haben. — 2) Von den 57 Nebenkassen der Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz haben 1 in Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau) und 1 in Ortrand (Reg.-Bez. Merseburg) ihren Sitz und sind in dieser Tabelle bei den genannten Bezirken gezählt. — 3) Von den 40 Annahmestellen der Kapital-Versicherungsanstalt in Hannover liegen in den Reg.-Bez. Hildesheim 6, Lüneburg 1, Stade 4, Osnabrück 6 und sind für diese Übersicht auch dort gezählt. — 4) Die 1 Annahmestelle der Privat-Sparkasse in Dornburg (Reg.-Bez. Hildesheim) hat im Ortsteile Ledenburg der Gemeinde Nemden (Reg.-Bez. Osnabrück) ihren Sitz und ist in dieser Tabelle bei dem genannten Bezirke gezählt. — 5) 1 Annahmestelle der Stadtsparkasse Dannenberg (Reg.-Bez. Lüneburg) befindet sich in der Stadtgemeinde Dömitz in Mecklenburg-Schwerin. — 6) Von den 5 Annahmestellen der Landgemeinde-Sparkasse in Schneverdingen (Reg.-Bez. Lüneburg) hat eine in Fintel (Reg.-Bez. Stade) ihren Sitz und ist in dieser Tabelle auch dort gezählt.

Die Steuern und Schulden der Städte und großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet

von

Dr. Oskar Tetzlaff,

Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

Inhaltsangabe.

Vorbemerkungen.

- I. Die Steuern und Schulden sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und deren Entwicklung im Zeitraum 1910/1913.
1. Die Gemeindesteuern überhaupt.
2. Die indirekten Gemeindesteuern.
3. Die direkten Gemeindesteuern.

4. Die Schulden der Gemeinden.
5. Das Verhältnis der langfristigen Schulden zu den Steuern der Gemeinden.
- II. Die im Rechnungsjahre 1914 seitens der Städte und großen Landgemeinden Preußens von den staatlich veranlagten direkten Steuern erhobenen Zuschläge und deren Entwicklung im Zeitraum 1911/1914.

Schlußbemerkungen.

Vorbemerkungen.

Durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 31. März 1911 — Ib 3 474 — ist nach den Vorschlägen des Statistischen Landesamts eine alljährlich zu wiederholende Statistik über den Steuern- und Schuldenstand sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden sowie auch der höheren Kommunalverbände Preußens angeordnet worden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen für die Provinzialverbände und Landkreise sowie für die mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden sind alljährlich im „Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat“ veröffentlicht worden. Der erhobene Zahlenstoff für die Städte mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern wurde dagegen bis jetzt erst zweimal veröffentlicht. Im 52. Jahrgange der „Zeitschrift“ findet sich eine Nachweisung über den Steuern- und Schuldenstand sämtlicher Städte und der großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1910 sowie über die von diesen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern, desgleichen ist im 54. Jahrgange der „Zeitschrift“ eine entsprechende Nachweisung für das Rechnungsjahr 1912 bzw. 1913 enthalten. Die vorliegende Arbeit behandelt den Steuern- und Schuldenstand der preussischen Städte und großen Landgemeinden im Rechnungsjahre 1913 und die Zuschläge dieser Gemeinden zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914.

Schon in der äußeren Anordnung des Zahlenstoffes zeigt die vorliegende Arbeit einen wesentlichen Unterschied gegenüber ihren Vorgängerinnen. Während bei diesen die erhobenen Zahlenangaben über das Steuersoll, die Schuldensumme und die Zuschläge jeder einzelnen Gemeinde in einer Haupttabelle zusammen erschienen, erfolgt in jener die Nachweisung der von den Gemeinden erhobenen Zuschläge in einer besonderen Tabelle. Diese Trennung empfahl sich schon aus dem Grunde, weil sich die Zuschläge auf ein anderes Rechnungsjahr beziehen als die Steuer- und Schuldenbeträge. Als weiterer Grund kam noch hinzu, daß diesmal auch die Erhebungsmaßstäbe der besonderen Gemeindesteuern Berücksichtigung gefunden haben, deren Nachweisung früher aus Raumrücksichten unterblieben ist. Bilden diese Angaben schon eine nicht unwesentliche Ergänzung des Zahlenstoffes, so sind sie doch nicht die einzigen geblieben. Der infolge der Sondernachweisung der Zuschläge in der Steuer- und Schuldentabelle gewonnene Raum wurde zur Nachweisung des Aufkommens der Wanderlager- und Warenhaussteuer benutzt, wovon früher, auch aus Raumrücksichten, abgesehen werden mußte. Da durch das Hinzu-

treten dieser beiden Steuerarten das Aufkommen der gesamten direkten Gemeindesteuern eine entsprechende Erhöhung erfahren hat, ist bei den für die einzelnen Landesteile, Größengruppen usw. vorgenommenen Vergleichen des Steuerertrages von 1913 mit dem früherer Rechnungsjahre das Aufkommen der Wanderlager- und Warenhaussteuer ebenfalls mitberücksichtigt worden. Doch gibt die Tabelle 12 auch die Möglichkeit, die direkten Gemeindesteuern für 1913, unter Ausschluß der Wanderlager- und Warenhaussteuer, mit den entsprechenden Ergebnissen der Vorjahre zu vergleichen. Auch sonst finden sich noch verschiedene Zahlenangaben hier zum erstenmal. Es mögen da namentlich die Kopfbeträge der einzelnen indirekten und direkten Steuerarten erwähnt werden, die in den Tabellen 6 und 9 enthalten sind.

Die Gliederung des Zahlenstoffes, wie sie sich aus der Reihenfolge der Tabellen ergibt, ist nun folgende. In der Tabelle 1 erfolgt die Nachweisung des berichtigten Solls der einzelnen indirekten und direkten Steuerarten im Rechnungsjahre 1913 sowie der am Schlusse dieses Rechnungsjahres noch zu tilgenden Schulden, ebenfalls getrennt nach ihren Hauptarten, für jede Gemeinde besonders. In der Tabelle 2 sind die entsprechenden Ergebnisse für den Staat und die einzelnen Landesteile sowie für bestimmte, nach der Höhe ihrer Einwohnerzahl abgegrenzte Größengruppen der Gemeinden zur Darstellung gebracht. Ergänzend zur ersten Tabelle enthält die Tabelle 3 eine Nachweisung über die Steuer- und Schuldenverhältnisse von 64 Gemeinden Groß-Berlins. In den folgenden Tabellen des ersten Hauptabschnittes der Arbeit sind die Ergebnisse über den Steuern- und Schuldenstand der Gemeinden im Rechnungsjahre 1913 für den Staat, die Provinzen und bestimmte Größengruppen den entsprechenden Zahlen der Vorjahre vergleichend gegenübergestellt. In ähnlicher Weise sind die Tabellen des zweiten Hauptabschnittes angeordnet. Die von jeder einzelnen Gemeinde im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern enthält die Tabelle 18. Daran schließt sich eine entsprechende Nachweisung für 64 Gemeinden Groß-Berlins in der Tabelle 19; dann folgen Tabellen, die auf das Rechnungsjahr 1914 bezügliche Auszahlungen der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer bzw. zu den Realsteuern für die in Größengruppen bzw. provinzwweise zusammengefaßten Gemeinden enthalten, und in denen z. T. auch die entsprechenden Zahlen des Vorjahres angegeben sind.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 141.]

(Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stad t g e m e i n d e n			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
1. Provinz Ostpreußen.													
1. Königsberg i. Pr. . .	257 381	Stadtkreis . . .	553 488	270 775	40 000	163 399	221 733	70 122	1 319 517	5,13	11,74	5 841 661	3 004 830
2. Tilsit	40 093	"	72 242	14 274	10 926	18 484	32 656	10 430	159 012	3,97	10,97	821 654	310 374
3. Allenstein	37 807	"	22 567	44 859	5 200	17 836	8 876	8 580	107 918	2,85	15,78	339 328	170 328
4. Insterburg	35 919	"	44 000	38 547	4 776	17 669	—	8 054	113 046	3,15	12,29	506 071	246 399
5. Memel	21 906	Memel	29 402	1 710	—	12 195	11 380	2 256	56 943	2,60	8,73	393 670	126 720
6. Osterode i. Ostpr. . .	16 551	Osterodei. Ostpr. . .	4 556	1 482	3 767	6 697	4 642	2 805	23 949	1,45	8,49	148 840	80 257
7. Gumbinnen	15 295	Gumbinnen	5 587	461	—	10 269	4 352	3 954	24 623	1,61	7,03	196 254	98 408
8. Lyck ¹⁾	13 990	Lyck	3 716	2 115	1 600	6 174	1 570	2 017	17 192	1,23	6,71	142 405	75 833
9. Braunsberg Ostpr. . .	13 756	Braunsberg	6 521	805	—	5 727	1 750	1 935	16 738	1,22	6,81	133 206	70 288
10. Rastenburg	13 624	Rastenburg	15 807	973	750	7 144	2 882	1 966	29 522	2,16	11,44	129 880	64 337
11. Goldap	9 975	Goldap	5 347	961	—	4 905	629	1 633	13 475	1,35	8,26	87 579	47 311
12. Ortelsburg	9 334	Ortelsburg	6 286	2 275	—	3 111	1 133	800	13 605	1,46	9,90	73 357	37 440
13. Lötzen	8 035	Lötzen	5 760	896	915	1 638	1 861	1 600	12 670	1,58	7,79	88 390	46 789
14. Bartenstein	7 464	Friedland	6 772	386	—	3 773	1 888	1 502	14 321	1,92	8,00	95 937	50 365
15. Angerburg	7 030	Angerburg	4 700	1 281	—	3 262	1 656	1 134	12 033	1,71	9,49	62 325	40 194
16. Sensburg	6 943	Sensburg	5 379	2 218	—	4 232	904	1 332	14 065	2,02	11,53	63 689	33 502
17. Pillau	6 851	Fischhausen	1 623	32	790	3 980	974	757	8 156	1,19	5,92	84 980	31 655
18. Ragnit	6 718	Ragnit	2 547	—	—	2 708	471	981	6 707	1,00	5,36	76 823	32 738
19. Tapiau	6 442	Wehlau	2 683	497	—	2 211	195	728	6 314	0,98	7,21	46 374	25 171
20. Heilsberg	6 327	Heilsberg	5 842	126	900	6 750	616	894	15 128	2,39	10,96	73 626	40 145
21. Stallupönen	6 097	Stallupönen	1 667	117	—	4 124	1 959	1 105	8 972	1,47	6,64	76 045	34 938
22. Wormditt	5 415	Braunsberg	2 763	416	—	1 834	215	521	5 749	1,06	8,40	34 958	19 748
23. Bischofsburg ¹⁾	5 409	Rössel	4 456	1 296	—	3 187	639	600	10 178	1,88	11,59	38 774	28 363
24. Marggrabowa ¹⁾	5 381	Oletzko	—	984	—	2 677	1 982	1 133	6 776	1,26	5,33	79 109	29 987
25. Wehlau	5 331	Wehlau	11 070	1 897	—	3 063	1 872	891	18 793	3,53	13,57	63 144	39 930
26. Neidenburg	5 281	Neidenburg	2 214	1 001	150	2 617	875	1 065	7 922	1,50	7,02	62 023	30 435
27. Soldau Ostpr.	4 981	"	2 332	1 647	205	2 401	719	990	8 294	1,66	7,01	65 730	31 246
28. Guttstadt ²⁾	4 870	Heilsberg	2 500	108	100	1 788	330	700	5 526	1,13	8,41	30 469	20 568
29. Heiligenbeil	4 825	Heiligenbeil	3 405	98	—	1 898	587	960	6 948	1,44	6,84	55 767	28 210
30. Labiau	4 580	Labiau	4 549	664	—	2 615	620	608	9 056	1,98	9,25	48 913	27 954
31. Preußisch Holland . . .	4 560	Preuß. Holland	4 019	—	—	2 004	730	679	7 432	1,63	7,16	51 161	33 687
32. Rössel	4 406	Rössel	1 487	823	—	953	277	315	3 855	0,87	5,61	33 262	26 474
33. Johannisburg ³⁾	4 383	Johannisburg	5 019	484	—	2 144	281	523	8 451	1,93	8,95	57 551	19 737
34. Pillkallen	4 294	Pillkallen	4 730	539	—	3 043	952	1 060	10 324	2,41	9,41	55 964	31 089
35. Wartenburg i. Ostpr. . .	4 260	Altenstein	1 938	—	—	1 329	430	495	4 192	0,98	9,80	19 465	13 480
36. Mohrunen	4 151	Mohrunen	2 769	1 367	—	3 267	320	546	8 269	1,99	11,06	37 441	21 083
37. Mehlsack	4 056	Braunsberg	1 339	296	—	2 113	438	345	4 531	1,12	8,57	25 482	16 322
38. Darkehmen	3 731	Darkehmen	3 985	715	—	2 331	595	725	8 351	2,24	14,89	27 750	14 037
39. Zinten	3 546	Heiligenbeil	1 891	99	—	2 005	323	440	4 758	1,34	8,04	27 415	18 622
40. Preußisch Eylau	3 301	Preuß. Eylau	1 388	757	—	2 058	543	390	5 136	1,55	9,12	29 964	16 910
41. Bischofsstein	3 115	Rössel	1 988	81	—	1 700	111	178	4 058	1,30	9,66	20 328	13 182
42. Seeburg	3 099	"	3 275	287	—	1 580	192	190	5 524	1,78	17,93	15 090	7 167
43. Friedland i. Ostpr. . . .	3 002	Friedland	1 785	463	—	1 683	308	306	4 545	1,51	10,57	22 442	10 979
44. Gerdauen	2 949	Gerdauen	2 067	686	—	1 655	340	440	5 188	1,76	10,05	25 147	14 428
45. Hohenstein i. Ostpr. . .	2 629	Osterodei. Ostpr. . . .	—	137	—	1 024	224	515	1 900	0,72	5,03	19 568	10 560
46. Saalfeld Ostpr.	2 601	Mohrunen	2 587	737	850	—	537	446	5 157	1,98	8,02	32 363	17 806
47. Fischhausen	2 551	Fischhausen	2 243	—	—	1 359	227	314	4 143	1,62	9,57	21 446	12 363
48. Willenberg	2 471	Ortelsburg	1 800	669	—	672	79	210	3 430	1,39	10,30	16 668	9 528
49. Frauenburg	2 470	Braunsberg	120	—	—	670	218	109	1 117	0,45	3,84	14 386	8 319
50. Arys	2 437	Johannisburg	4 969	890	356	5 316	562	435	12 528	5,14	17,08	34 201	16 914
51. Schippenbeil	2 425	Friedland	1 397	391	—	1 435	251	267	3 741	1,54	11,04	17 199	9 236
52. Landsberg Ostpr.	2 354	Preuß. Eylau	3 267	375	—	1 557	151	330	5 680	2,41	13,40	20 380	11 562
53. Mühlhausen i. Ostpr. . . .	2 351	Preuß. Holland	977	—	—	638	116	185	1 916	0,82	5,54	16 256	12 094
54. Nikolaiken	2 262	Sensburg	1 200	2 120	—	620	100	210	4 250	1,88	15,47	13 052	8 201
55. Liebemühl	2 256	Osterodei. Ostpr.	1 013	—	—	563	172	411	2 159	0,95	6,20	17 132	10 304
56. Nordenburg	2 244	Gerdauen	5 701	1 131	—	942	190	204	8 168	3,64	16,61	22 277	13 580
57. Passenheim	2 068	Ortelsburg	1 981	414	—	388	—	213	2 996	1,45	15,88	8 251	5 885
58. Liebstadt	2 056	Mohrunen	1 221	—	—	811	155	231	2 418	1,17	6,30	19 829	11 016
59. Bialla	1 954	Johannisburg	2 105	47	—	679	209	290	3 330	1,70	9,97	17 192	9 713
60. Rhein	1 873	Lötzen	2 600	610	—	770	200	198	4 378	2,34	18,04	8 775	9 000
61. Domnau	1 810	Friedland	—	442	—	1 390	146	167	2 145	1,19	10,11	10 076	6 693

Allgemeine Bemerkung. Die Einwohnerzahl in Spalte 1b ist nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen

¹⁾ Da die Angaben infolge des Krieges nicht zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ Da die Angaben bezüglich der direkten Steuern sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914										Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar																				
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen						
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 15a)	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.							
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M					
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20						
989 674	50 447	—	31 835	9 918 447	38,53	88,26	11 237 964	43,66	62 119 598	57 588 900	21 291 181	83 410 779	324,08	7 500 000	1.					
150 683	7 592	—	—	1 290 303	32,18	89,03	1 449 315	36,15	11 011 908	—	37 000	11 048 908	275,58	1 472 000	2.					
61 424	4 690	120	—	575 890	15,23	84,22	683 808	18,09	7 071 993	—	553 521	7 625 514	201,70	2 200 000	3.					
48 875	5 160	120	—	806 625	22,46	87,71	919 671	25,60	5 854 528	144 000	569 115	6 423 643	178,84	—	4.					
69 960	5 260	—	—	595 610	27,19	91,27	652 553	29,79	3 855 706	—	—	3 855 706	176,01	650 000	5.					
26 300	2 350	400	—	258 147	15,60	91,51	282 096	17,04	6 449 251	—	91 916	6 541 167	395,21	500 000	6.					
29 643	1 170	40	—	325 515	21,28	92,97	350 138	22,89	3 192 224	—	18 000	3 210 224	209,89	—	7.					
18 572	2 130	—	—	238 940	17,08	93,29	256 132	18,31	2 850 720	—	36 000	2 886 720	206,45	—	8.					
23 872	1 820	40	—	229 226	16,66	93,19	245 964	17,88	2 284 391	—	37 500	2 321 891	168,79	55 500	9.					
31 855	2 496	—	—	228 568	16,78	88,56	258 090	18,94	5 980 181	—	610 825	6 591 006	483,78	162 000	10.					
12 800	1 963	—	—	149 653	15,00	91,74	163 128	16,35	1 062 011	—	16 000	1 078 011	108,07	—	11.					
11 826	1 258	—	—	123 881	13,27	90,10	137 486	14,73	1 260 875	—	66 850	1 327 725	142,25	—	12.					
13 507	1 368	—	—	150 054	18,67	92,21	162 724	20,25	1 447 864	—	85 000	1 532 864	190,77	24 000	13.					
16 392	1 841	240	—	164 775	22,08	92,00	179 096	23,99	1 327 684	—	—	1 327 684	177,88	—	14.					
10 327	1 813	40	—	114 699	16,32	90,51	126 732	18,03	695 671	—	36 000	731 671	104,08	—	15.					
9 310	1 377	40	—	107 918	15,54	88,47	121 983	17,57	2 202 844	—	—	2 202 844	317,28	—	16.					
11 787	1 280	—	—	129 702	18,93	94,08	137 858	20,12	511 374	—	—	511 374	74,64	—	17.					
8 479	410	—	—	118 450	17,63	94,64	125 157	18,63	845 575	—	—	845 575	125,87	—	18.					
8 770	963	—	—	81 278	12,62	92,79	87 592	13,60	374 359	—	—	374 359	58,11	—	19.					
15 714	1 359	—	—	130 844	20,68	89,64	145 972	23,07	541 244	—	10 000	551 244	87,13	—	20.					
14 294	812	—	—	126 089	20,68	93,36	135 061	22,15	562 865	—	—	562 865	92,32	—	21.					
6 902	1 092	—	—	62 700	11,58	91,60	68 449	12,64	607 676	—	—	607 676	112,22	—	22.					
9 325	1 130	40	—	77 632	14,35	88,41	87 810	16,23	1 902 708	—	—	1 902 708	351,77	102 000	23.					
10 467	725	—	—	120 288	22,35	94,67	127 064	23,61	842 537	—	12 175	854 712	158,84	—	24.					
15 048	1 624	—	—	119 746	22,46	86,43	138 539	25,99	803 788	—	22 800	826 588	155,05	—	25.					
11 400	960	80	—	104 898	19,86	92,98	112 820	21,36	816 339	—	14 301	830 640	157,29	20 000	26.					
12 323	774	—	—	110 073	22,10	92,99	118 367	23,76	1 049 691	—	—	1 049 691	210,74	—	27.					
8 551	555	40	—	60 183	12,36	91,59	65 709	13,49	765 257	—	—	765 257	157,14	15 000	28.					
10 009	590	—	—	94 576	19,60	93,16	101 524	21,04	597 109	—	1 000	598 109	123,96	—	29.					
10 495	1 444	—	—	88 806	19,39	90,75	97 862	21,37	805 630	—	14 200	819 830	179,00	—	30.					
10 566	893	40	—	96 347	21,13	92,84	103 779	22,76	331 863	—	—	331 863	72,78	—	31.					
3 671	1 391	40	—	64 838	14,72	94,39	68 693	15,59	240 843	—	5 000	245 843	55,80	—	32.					
8 311	380	—	—	85 979	19,61	91,05	94 430	21,54	746 047	—	22 300	768 347	179,69	9 000	33.					
11 765	606	—	—	99 424	23,15	90,59	109 748	25,56	669 755	—	—	669 755	155,97	9 500	34.					
5 363	245	40	—	38 593	9,06	90,20	42 785	10,04	438 741	—	3 500	442 241	103,81	—	35.					
7 548	407	40	—	66 519	16,02	88,94	74 788	18,02	570 082	—	—	570 082	137,34	—	36.					
5 712	790	40	—	48 346	11,92	91,43	52 877	13,04	465 756	—	—	465 756	114,83	—	37.					
5 436	486	40	—	47 749	12,80	85,11	56 100	15,04	308 606	—	—	308 606	82,71	20 000	38.					
7 411	936	40	—	54 424	15,35	91,96	59 182	16,69	166 061	—	17 100	183 161	51,65	—	39.					
3 982	305	—	—	51 161	15,50	90,88	56 297	17,05	304 117	—	13 500	317 617	96,22	—	40.					
3 784	660	—	—	37 954	12,19	90,34	42 012	13,49	348 223	—	900	349 123	112,08	5 000	41.					
2 670	366	—	—	25 293	8,16	82,07	30 817	9,94	382 875	—	25 315	408 190	131,72	—	42.					
4 598	455	—	—	38 474	12,82	89,43	43 019	14,33	279 636	—	—	279 636	93,15	—	43.					
5 878	940	40	—	46 433	15,75	89,95	51 621	17,50	276 542	—	61 000	337 542	114,46	—	44.					
5 400	365	—	—	35 893	13,66	94,97	37 793	14,38	360 152	—	—	360 152	136,99	—	45.					
8 526	413	40	—	59 148	22,74	91,98	64 305	24,72	203 928	—	—	203 928	78,40	—	46.					
4 687	660	—	—	39 156	15,35	90,43	43 299	16,97	284 852	—	—	284 852	111,66	—	47.					
3 680	—	—	—	29 876	12,09	89,70	33 306	13,48	63 752	—	—	63 752	25,80	—	48.					
4 674	573	—	—	27 952	11,32	96,16	29 069	11,77	62 853	—	—	62 853	25,45	—	49.					
6 950	2 769	—	—	60 834	24,96	82,92	73 362	30,10	363 549	—	—	363 549	149,18	1 300	50.					
3 552	160	—	—	30 147	12,43	88,96	33 888	13,97	300 969	—	—	300 969	124,11	80 000	51.					
3 947	817	—	—	36 706	15,60	86,60	42 386	18,01	384 778	—	17 600	402 378	170,93	—	52.					
3 720	587	—	—	32 657	13,89	94,46	34 573	14,71	113 338	—	—	113 338	48,21	—	53.					
1 402	560	—	—	23 215	10,26	84,53	27 465	12,14	123 915	—	—	123 915	54,78	—	54.					
4 491	712	—	—	32 639	14,47	93,80	34 798	15,42	199 088	—	18 050	217 138	96,25	9 962	55.					
4 510	649	—	—	41 016	18,28	83,39	49 184	21,92	91 792	—	—	91 792	40,91	—	56.					
1 734	—	—	—	15 870	7,67	84,12	18 866	9,12	218 807	—	—	218 807	105,81	—	57.					
4 530	600	—	—	35 975	17,50	93,70	38 393	18,67	87 879	—	—	87 879	42,74	—	58.					
2 848	325	—	—	30 078	15,40	90,03	33 408													

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar							der direkten			
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
Namen	Ein- wohner- zahl	Kreis							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	ga	gb	gc	9	10
Noch: 1. Provinz Ostpreußen.													
62. Allenburg	1 799	Wehlau	581	94	—	1 254	35	214	2 178	1,21	8,92	11 778	7 264
63. Kreuzburg i. Ostpr. .	1 686	Preußisch Eylau .	803	51	—	860	172	156	2 042	1,21	6,51	11 948	12 530
64. Gilgenburg	1 612	Osterode i. Opr. .	1 369	66	—	808	143	330	2 716	1,68	7,89	16 566	9 108
65. Drengfurth	1 438	Rastenburg	2 329	747	—	—	136	153	3 365	2,34	13,79	9 473	8 360
66. Schirwindt ¹⁾	1 164	Pillkallen	255	—	—	526	99	210	1 090	0,94	4,79	11 788	6 973
67. Barten	1 105	Rastenburg	1 020	89	120	993	121	142	2 485	2,25	13,05	7 189	7 781
2. Provinz Westpreußen.													
1. Danzig	182 084	Stadtkreis	155 323	88 507	20 100	88 992	134 795	54 252	541 969	2,98	8,68	3 241 631	1 791 581
2. Elbing	67 018	"	50 232	9 554	4 783	22 631	30 086	12 609	129 895	1,94	6,87	1 145 540	344 805
3. Thorn	48 116	"	25 796	1 486	10 360	19 280	45 459	7 678	110 059	2,29	10,13	579 127	273 141
4. Graudenz	43 713	"	42 090	10 141	11 850	18 660	39 507	10 975	133 223	3,05	12,37	547 109	286 592
5. Dirschau	18 086	Dirschau	11 209	7 169	1 400	5 785	3 832	2 907	32 302	1,79	5,86	351 890	123 101
6. Marienburg (Westpr.)	17 533	Marienburg i. W. .	11 319	852	2 110	8 001	7 677	4 142	34 101	1,95	7,88	254 597	97 516
7. Zoppot	16 887	Neustadt i. W. . .	21 486	19 510	3 250	9 037	5 963	11 077	70 323	4,16	11,27	328 593	200 909
8. Marienwerder	13 013	Marienwerder . . .	12 188	586	—	7 567	2 861	3 677	26 879	2,06	6,78	244 127	94 503
9. Konitz	12 221	Konitz	9 966	3 130	—	4 580	1 840	1 540	21 056	1,72	6,70	196 158	73 227
10. Culm	11 899	Culm	5 265	358	—	5 020	2 063	1 650	14 356	1,21	7,71	94 371	56 180
11. Deutsch Eylau	11 064	Rosenberg i. W. . .	9 099	816	5 025	3 922	2 040	2 981	23 883	2,16	12,44	101 303	51 113
12. Culmsee	10 930	Thorn	4 508	2 356	—	2 626	872	930	11 292	1,03	4,11	184 827	51 416
13. Neustadt i. Westpr. .	10 558	Neustadt i. W. . .	5 199	3 215	—	4 414	776	1 430	15 034	1,42	10,69	71 543	38 123
14. Preußisch Stargard .	10 162	Preuß. Stargard .	12 266	865	660	4 312	2 606	1 650	22 359	2,20	7,47	183 489	63 257
15. Briesen	8 219	Briesen	8 707	528	—	2 625	616	1 448	13 924	1,69	7,84	90 621	52 545
16. Schwetz a. W.	7 992	Schwetz	5 971	—	1 400	3 095	594	1 189	12 249	1,53	6,92	98 774	48 902
17. Deutsch Krone	7 863	Deutsch Krone . . .	—	1 747	—	1 645	—	1 460	4 852	0,62	3,40	82 389	42 285
18. Strasburg i. Westpr.	7 575	Strasburg i. W. . .	2 820	383	—	5 078	1 325	1 146	10 752	1,42	7,60	74 169	39 732
19. Berent	6 544	Berent	4 116	280	—	1 850	355	1 094	7 695	1,18	6,33	62 935	37 456
20. Jastrow	5 584	Deutsch Krone . . .	1 300	150	—	810	300	405	2 965	0,53	4,38	36 251	20 068
21. Löbau Wpr.	5 525	Löbau	3 867	1 142	—	2 483	258	715	8 465	1,53	9,05	49 476	25 553
22. Neuenburg i. Westpr.	5 332	Schwetz	2 133	282	240	—	552	436	3 643	0,68	4,55	45 183	22 098
23. Riesenburger ⁴⁾	4 755	Rosenberg i. W. . .	2 008	30	—	1 723	549	1 987	6 297	1,32	6,07	64 560	24 386
24. Stuhm	4 590	Stuhm	2 419	300	360	—	185	272	3 536	0,77	4,83	34 710	27 240
25. Flatow	4 563	Flatow	3 517	911	—	2 043	628	1 016	8 115	1,78	7,78	63 247	21 177
26. Podgorz	4 457	Thorn	488	240	—	2 068	323	297	3 416	0,76	5,81	38 889	12 837
27. Zempelburg	4 065	Flatow	4 344	—	—	853	63	1 265	6 525	1,61	8,11	45 473	20 961
28. Neumark Wpr	4 046	Löbau	3 224	253	—	1 674	126	480	5 757	1,42	6,87	45 208	24 204
29. Lautenburg	3 967	Strasburg i. W. . .	2 410	399	500	444	285	456	4 494	1,13	6,26	38 368	17 622
30. Preußisch Friedland .	3 835	Schlochau	4 700	33	580	841	314	474	6 942	1,81	14,53	20 038	16 594
31. Tuchel	3 752	Tuchel	1 294	346	—	2 078	605	665	4 988	1,33	6,31	43 644	20 384
32. Schlochau	3 649	Schlochau	1 552	274	—	1 069	506	545	3 946	1,08	6,62	33 017	15 921
33. Schöneck	3 602	Berent	2 522	886	—	1 018	292	286	5 004	1,39	8,01	27 260	20 360
34. Schöensee	3 481	Briesen	1 839	—	—	2 296	235	235	4 605	1,82	7,79	29 163	20 321
35. Mewe	3 479	Marienwerder . . .	739	70	—	1 835	216	274	3 134	0,90	4,91	35 331	17 218
36. Krojanke	3 398	Flatow	2 880	463	—	753	181	540	4 817	1,42	9,89	26 812	13 224
37. Vandsburg	3 384	"	2 579	1 892	—	776	126	167	5 540	1,64	10,69	27 493	15 222
38. Tolkemit	3 324	Elbing	1 346	—	—	847	33	106	2 332	0,70	6,56	16 042	12 026
39. Hammerstein	3 174	Schlochau	1 208	—	—	1 950	966	243	4 367	1,88	15,60	12 859	7 281
40. Rosenberg i. Westpr.	3 160	Rosenberg i. W. . .	2 333	—	—	1 098	478	1 012	4 921	1,56	8,29	35 704	14 274
41. Gollub	3 040	Briesen	1 059	—	—	974	192	426	2 651	0,87	5,50	23 565	14 940
42. Christburg	2 895	Stuhm	4 078	—	120	695	300	721	5 914	2,04	8,62	34 509	20 495
43. Tiegenhof	2 839	Marienburg i. W. .	2 173	83	—	—	415	626	3 297	1,16	3,57	62 654	14 893
44. Putzig	2 734	Putzig	1 031	635	—	1 588	308	357	3 919	1,43	8,05	23 577	16 413
45. Lessen	2 695	Graudenz	2 823	17	—	744	154	468	4 206	1,56	8,85	22 665	14 882
46. Freystadt i. Westpr.	2 624	Rosenberg i. W. . .	5 271	2 912	—	1 191	210	161	9 745	3,71	21,60	18 561	12 874
47. Neuteich	2 556	Marienburg i. W. .	2 680	—	—	—	671	364	3 715	1,45	3,88	60 447	15 631
48. Baldenburg	2 509	Schlochau	662	—	—	857	109	257	1 885	0,75	7,40	13 463	7 581
49. Bischofswerder	2 243	Rosenberg i. W. . .	3 619	—	—	930	166	192	4 907	2,19	14,29	14 191	11 086
50. Rehden	2 095	Graudenz	2 370	396	—	—	98	424	3 288	1,57	11,07	12 589	11 041
51. Tütz	2 065	Deutsch Krone . . .	500	—	—	313	32	—	845	0,41	3,99	9 919	8 338
52. Märkisch Friedland .	1 968	"	1 163	428	—	818	161	165	2 735	1,39	8,93	17 599	7 241
53. Schloppe	1 920	"	500	—	—	235	49	51	835	0,43	3,39	12 137	8 723

¹⁾ Da die Angaben infolge des Krieges nicht zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ darunter 120 167 M Wohnungssteuer. — ³⁾ desgl. eingesetzt worden.

nach dem Stande vom 31. März 1914										Schulden am 31. März 1914						Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar																
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
2 648	540	—	—	22 230	12,86	91,08	24 408	13,57	127 148	—	—	127 148	70,68	—	62.	
4 280	558	—	—	29 316	17,39	93,49	31 358	18,60	124 647	—	—	124 647	73,93	—	63.	
5 281	751	—	—	31 706	19,67	92,11	34 422	21,35	122 147	—	—	122 147	75,77	—	64.	
2 541	660	—	—	21 034	14,63	86,21	24 399	16,97	13 021	—	—	13 021	9,05	—	65.	
2 425	490	—	—	21 676	18,62	95,21	22 766	19,56	52 329	—	—	52 329	44,96	—	66.	
1 321	260	—	—	16 551	14,98	86,95	19 036	17,23	39 759	—	—	39 759	35,98	—	67.	
															2.	
*) 580 395	29 320	—	59 301	5 702 228	31,32	91,32	6 244 197	34,29	33 253 649	24 608 100	2 338 664	35 592 313	195,47	1 500 000	1.	
259 559	10 338	—	—	1 760 242	26,26	93,13	1 890 137	28,20	13 302 130	12 086 200	196 747	13 498 877	201,42	—	2.	
109 698	8 689	—	5 500	976 155	20,29	89,87	1 086 214	22,57	10 179 979	6 898 200	267 252	10 447 231	217,13	—	3.	
96 339	6 329	40	6 919	943 328	21,58	87,63	1 076 551	24,63	9 893 937	943 300	219 352	10 113 289	231,36	—	4.	
40 953	3 112	40	—	519 096	28,70	94,14	551 398	30,49	3 386 611	—	40 742	3 427 353	189,50	—	5.	
39 810	2 442	40	4 000	398 405	22,72	92,12	432 506	24,67	5 058 532	—	16 500	5 075 032	289,46	—	6.	
22 643	1 737	—	—	553 882	32,80	88,73	624 205	36,96	7 907 989	—	547 539	8 455 528	500,71	300 000	7.	
27 903	2 730	40	—	369 303	28,38	93,22	396 182	30,45	2 256 332	—	65 775	2 322 107	178,45	—	8.	
23 137	865	40	—	293 427	24,01	93,30	314 483	25,73	1 082 526	—	28 000	1 110 526	90,87	15 000	9.	
19 198	2 150	—	—	171 899	14,44	92,29	186 255	15,65	2 053 289	—	44 750	2 098 039	176,32	—	10.	
14 432	1 200	40	—	168 088	15,19	87,56	191 971	17,35	3 462 618	1 294 250	—	3 462 618	312,96	100 000	11.	
26 418	655	—	—	263 316	24,09	95,89	274 608	25,12	1 380 703	—	—	1 380 703	126,32	—	12.	
14 566	795	600	—	125 627	11,90	89,31	140 661	13,32	853 184	—	—	853 184	80,81	—	13.	
29 408	760	80	—	276 994	27,26	92,53	299 353	29,46	1 477 184	—	171 624	1 648 808	162,25	—	14.	
18 238	2 174	40	—	163 618	19,91	92,16	177 542	21,60	1 111 186	—	—	1 111 186	135,20	1 391	15.	
15 949	1 177	80	—	164 882	20,63	93,08	177 131	22,16	2 767 576	—	134 907	2 902 483	363,17	—	16.	
12 419	600	—	—	137 693	17,51	96,60	142 545	18,13	2 097 052	—	39 500	2 136 552	271,72	—	17.	
15 050	1 828	—	—	130 779	17,26	92,40	141 531	18,68	1 455 917	—	62 646	1 518 563	200,47	—	18.	
12 533	810	40	—	113 774	17,39	93,67	121 469	18,56	522 905	—	—	522 905	79,91	—	19.	
7 346	1 140	—	—	64 805	11,61	95,62	67 770	12,14	541 068	—	—	541 068	96,90	15 000	20.	
10 081	—	—	—	85 110	15,40	90,95	93 575	16,94	342 159	—	29 300	371 459	67,23	—	21.	
8 660	505	—	—	76 446	14,34	95,45	80 089	15,02	645 538	—	22 000	667 538	125,19	6 000	22.	
7 938	477	—	—	97 361	20,48	93,93	103 658	21,80	717 280	—	—	717 280	150,85	40 000	23.	
6 576	1 080	—	—	69 606	15,16	95,17	73 142	15,94	741 123	—	133 168	874 291	190,48	—	24.	
10 427	1 345	—	—	96 196	21,08	92,22	104 311	22,86	344 208	—	5 856	350 064	76,72	—	25.	
3 262	401	—	—	55 389	12,43	94,19	58 805	13,19	346 347	—	—	346 347	77,71	—	26.	
7 027	490	—	—	73 951	18,19	91,89	80 476	19,80	276 200	—	5 550	281 750	69,31	—	27.	
8 618	—	—	—	78 030	19,29	93,13	83 787	20,71	333 305	—	22 565	355 870	87,96	—	28.	
9 862	1 495	—	—	67 347	16,98	93,74	71 841	18,11	255 470	—	—	255 470	64,40	—	29.	
3 895	295	—	—	40 822	10,64	85,47	47 764	12,45	368 856	—	—	368 856	96,18	—	30.	
8 837	1 110	40	—	74 015	19,73	93,69	79 003	21,06	249 608	—	—	249 608	66,53	29 000	31.	
6 258	450	—	—	55 646	15,25	93,38	59 592	16,33	271 939	—	8 343	280 282	76,81	—	32.	
9 200	630	—	—	57 450	15,95	91,99	62 454	17,34	301 383	—	—	301 383	83,67	11 731	33.	
4 448	571	40	—	54 543	15,69	92,21	59 148	16,99	378 381	—	3 600	381 981	109,73	5 800	34.	
7 663	495	40	—	60 747	17,46	95,09	63 881	18,36	493 538	—	2 260	495 798	142,51	—	35.	
3 492	362	—	—	43 890	12,91	90,11	48 707	14,33	92 870	—	30 017	122 887	36,16	—	36.	
3 356	195	—	—	46 266	13,67	89,31	51 806	15,31	177 187	—	4 736	181 923	53,76	14 676	37.	
4 812	360	—	—	33 240	10,00	93,44	35 572	10,70	42 192	—	—	42 192	12,69	—	38.	
2 892	600	—	—	23 632	7,44	84,40	27 999	8,82	135 000	—	—	135 000	42,53	—	39.	
4 482	—	—	—	54 460	17,23	91,71	59 381	18,79	221 737	—	—	221 737	70,17	—	40.	
6 141	885	—	—	45 531	14,98	94,50	48 182	15,85	244 493	—	26 009	270 502	88,98	25 000	41.	
7 271	410	—	—	62 685	21,65	91,38	68 599	23,70	234 838	—	—	234 838	81,12	—	42.	
10 440	1 058	40	—	89 085	31,38	96,43	92 382	32,54	383 147	—	—	383 147	134,96	—	43.	
4 785	—	—	—	44 775	16,38	91,95	48 694	17,81	94 302	—	—	94 302	34,49	18 000	44.	
5 519	245	—	—	43 311	16,07	91,15	47 517	17,63	161 388	—	—	161 388	59,88	—	45.	
3 610	320	—	—	35 365	13,48	78,40	45 110	17,19	262 300	—	2 485	264 785	100,91	—	46.	
15 176	897	—	—	92 151	36,05	96,12	95 866	37,51	189 164	—	—	189 164	74,01	—	47.	
2 558	—	—	—	23 602	9,41	92,60	25 487	10,16	41 398	—	—	41 398	16,50	—	48.	
3 936	217	—	—	29 430	13,12	85,71	34 337	15,31	73 814	—	—	73 814	32,91	—	49.	
2 385	390	—	—	26 405	12,60	88,93	29 693	14,17	85 484	—	—	85 484	40,80	—	50.	
1 814	265	—	—	20 336	9,85	96,01	21 181	10,26	39 043	—	—	39 043	18,91	—	51.	
2 816	244	—	—	27 900	14,18	91,07	30 635	15,57	71 000	—	—	71 000	36,08	—	52.	
2 510	403	—	—	23 773	12,38	96,61	24 608	12,82	28 451	—	—	28 451	14,82	—	53.	

135 841 M. — 4) Da die Angaben bezüglich der indirekten und direkten Steuern trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar							der direkten			
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schenk- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 2. Provinz Westpreußen.													
54. Kamin i. Westpr. ¹⁾	1 666	Flatow	1 215	261	—	367	109	—	1 952	1,17	16,66	4 536	4 099
55. Gorzno	1 627	Strasburg i. W.	779	943	—	352	26	42	2 142	1,32	16,10	4 958	5 162
56. Garnsee	1 073	Marienwerder .	960	1 407	—	340	42	83	2 832	2,64	18,35	5 785	4 960
57. Landeck i. Westpr. .	768	Schlochau . . .	50	20	—	—	15	60	145	0,19	2,93	2 760	1 801
58. *Ohra	11 604	Danziger Höhe	4 212	3 041	200	2 627	1 076	766	11 922	1,03	10,06	46 546	55 979
59. *Oliva	10 779	„	13 979	9 179	3 100	3 737	241	4 256	34 492	3,20	14,19	106 446	89 425
3. Berlin	2 011 273	Stadtkreis . . .	3 312 222	2 804 002	—	1 146 153	928 088	1 041 801	9 232 266	4,59	9,08	48 279 481	29 164 209
4. Provinz Brandenburg.													
1. Charlottenburg . . .	315 553	Stadtkreis . . .	752 590	292 911	—	—	13 406	198 925	1 257 832	3,99	7,36	9 595 973	5 155 675
2. Neukölln	269 047	„	422 864	231 629	62 787	164 586	60 497	112 443	1 054 806	3,92	16,76	2 238 300	2 458 516
3. Berlin-Schöneberg . .	177 822	„	319 292	75 256	—	—	56 317	130 737	581 602	3,27	6,94	4 307 051	3 048 080
4. Berlin-Lichtenberg . .	149 890	„	210 570	63 775	—	103 140	—	70 488	447 973	2,99	12,84	1 308 427	1 458 372
5. Berlin-Wilmersdorf . .	136 367	„	585 127	177 303	16 200	—	36 215	110 272	925 117	6,78	11,89	4 269 457	2 335 549
6. Spandau	92 657	„	117 483	112 294	—	100 270	25 916	39 683	395 646	4,27	12,12	1 381 892	984 621
7. Frankfurt a. O.	65 502	„	45 502	68 397	21 798	48 487	37 754	28 482	250 420	3,82	11,39	1 218 091	515 482
8. Potsdam	63 073	„	42 972	49 103	—	49 042	24 904	36 185	202 206	3,21	10,25	1 061 888	559 062
9. Brandenburg a. H. . .	53 574	„	44 655	17 936	17 495	29 877	23 102	18 360	151 425	2,83	7,73	1 132 540	381 965
10. Cottbus	50 139	„	47 403	23 575	15 445	24 317	26 438	16 812	153 990	3,07	7,61	1 261 141	371 943
11. Landsberg a. W. . . .	40 832	„	23 510	4 350	6 230	—	11 245	6 617	51 952	1,27	5,06	610 763	256 592
12. Guben	40 344	„	16 950	5 920	4 050	18 911	8 112	9 767	63 710	1,58	6,11	606 471	228 071
13. Forst	35 890	„	20 669	1 864	5 000	16 761	13 425	11 154	68 873	1,92	5,11	847 971	219 063
14. Cöpenick	32 941	Teltow	30 438	4 730	—	25 835	7 937	9 907	78 847	2,39	8,47	422 495	342 645
15. Eberswalde	26 936	Stadtkreis . . .	20 882	3 405	5 854	—	16 997	9 928	57 066	2,12	7,60	419 504	204 869
16. Rathenow	25 674	Westhavelland .	23 430	1 347	—	14 563	14 826	8 126	62 292	2,42	6,46	573 165	203 225
17. Luckenwalde	24 147	Jüterbog-Luckenw.	13 782	2 264	—	15 037	6 644	9 836	47 563	1,97	7,03	407 197	129 993
18. Fürstenwalde	22 517	Lebus	12 127	1 979	—	—	4 660	7 116	25 882	1,15	3,88	403 426	168 435
19. Prenzlaw	22 348	Prenzlau	6 357	1 702	—	10 197	3 414	5 904	27 574	1,23	5,50	290 512	132 735
20. Wittenberge	21 932	Westprignitz . .	16 894	4 107	—	8 487	7 460	6 300	43 248	1,97	6,08	432 625	155 050
21. Neuruppin	19 170	Ruppin	9 635	1 370	—	10 643	5 609	5 745	33 249	1,73	7,51	250 063	110 035
22. Cüstrin	18 556	Königsberg (Nm.)	5 657	9 284	—	—	4 639	5 719	25 299	1,36	5,83	280 889	90 658
23. Sorau N./L.	18 398	Sorau	5 782	321	—	7 778	4 207	5 410	23 498	1,28	5,41	263 174	88 726
24. Oranienburg	13 172	Niederbarnim . .	35 153	15 403	—	6 343	3 356	6 854	67 109	5,09	14,98	191 904	141 283
25. Finsterwalde	13 137	Luckau	3 114	2 500	—	5 164	5 088	1 780	17 646	1,34	4,31	273 390	69 498
26. Sommerfeld	11 911	Crossen	3 776	230	1 000	4 610	5 058	2 486	17 160	1,44	5,96	178 304	62 275
27. Spremberg	11 425	Spremberg	—	1 853	1 700	6 376	6 661	4 132	20 722	1,81	5,76	215 741	66 042
28. Perleberg	9 947	Westprignitz . .	8 807	899	—	—	4 623	4 651	18 980	1,91	8,80	120 051	50 727
29. Arnswalde	9 867	Arnswalde	4 098	3 273	—	2 386	2 074	1 734	13 565	1,37	8,25	95 532	38 956
30. Bernau	9 585	Niederbarnim . .	9 933	461	—	6 013	2 013	2 821	21 241	2,22	12,15	83 365	48 214
31. Schwedt a. O.	9 462	Angermünde . . .	5 048	576	—	4 752	1 110	3 318	14 804	1,56	7,33	110 484	54 294
32. Schwiebus	9 149	Züllichau-Schwieb.	3 369	691	—	—	1 110	1 836	7 006	0,77	3,31	109 180	53 730
33. Zehdenick	9 098	Templin	2 176	—	—	3 561	2 343	2 087	10 167	1,12	5,70	94 052	40 480
34. Nauen	9 009	Osthavelland . .	5 272	—	—	5 820	2 084	2 745	15 921	1,77	6,60	129 019	67 052
35. Senftenberg	8 731	Calau	4 545	2 880	950	4 071	3 224	1 469	17 139	1,96	8,13	137 014	41 245
36. Strausberg ²⁾	8 462	Oberbarnim . . .	7 250	918	—	4 836	1 487	4 330	18 821	2,27	12,31	64 820	56 118
37. Angermünde	8 402	Angermünde . . .	6 549	908	—	4 603	2 368	2 793	17 221	2,05	9,23	108 204	43 882
38. Züllichau	8 243	Züllichau-Schwieb.	4 362	305	—	—	3 560	1 797	10 024	1,22	7,70	68 415	37 208
39. Freienwalde a. d. Oder	8 238	Oberbarnim . . .	4 634	112	—	4 116	2 950	3 787	15 599	1,90	7,06	116 907	69 718
40. Pritzwalk	8 067	Ostprignitz . . .	—	272	—	4 609	2 368	2 360	9 609	1,19	6,00	91 113	38 366
41. Lübben	7 788	Lübben	7 196	756	—	5 160	2 015	2 247	17 374	2,23	10,60	75 359	52 159
42. Crossen a./Oder	7 604	Crossen	3 590	240	—	—	1 697	1 998	7 525	0,99	5,51	79 403	34 472
43. Wriezen	7 512	Oberbarnim . . .	3 018	—	—	3 442	1 200	3 109	10 769	1,43	5,96	103 491	41 049
44. Wittstock	7 401	Ostprignitz . . .	—	1 356	—	—	1 826	1 590	4 772	0,64	3,84	66 467	33 514
45. Neudamm	7 380	Königsberg (Nm.)	3 943	589	—	3 062	896	1 660	10 150	1,38	5,31	115 546	36 616
46. Jüterbog	7 339	Jüterbog-Luckenw.	5 994	1 315	—	6 310	2 041	2 447	18 107	2,47	7,97	134 426	49 897
47. Werder a. H.	6 785	Zauch-Belzig . . .	6 033	1 982	1 135	4 437	2 611	4 405	20 603	3,04	13,27	73 777	43 845
48. Fürstenberg a./Oder	6 409	Guben	8 131	2 728	—	4 558	2 012	1 208	18 637	2,91	14,01	59 787	34 438
49. Templin	6 401	Templin	—	1 902	—	2 827	696	1 198	6 623	1,03	9,28	39 873	18 555
50. Strasburg (Uckm.) . .	6 179	Prenzlau	1 471	—	—	1 446	1 821	1 307	6 045	0,98	4,12	83 467	41 160

¹⁾ Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ darunter 247 „ Vieh- eingesetzt worden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913.

nach dem Stande vom 31. März 1914										Schulden am 31. März 1914										Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar								der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen					
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt				auf 1 Einw.	über- haupt		auf 1 Einw.				
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a)														
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M					
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20						
936	195	—	—	9 766	5,86	83,34	11 718	7,03	21 661	—	—	21 661	13,00	—	54.					
853	192	—	—	11 165	6,86	83,90	13 307	8,18	9 545	—	—	9 545	5,87	—	55.					
1 662	192	—	—	12 599	11,74	81,65	15 431	14,38	7 497	—	—	7 497	6,99	—	56.					
164	75	—	—	4 800	6,25	97,07	4 945	6,44	25 999	—	—	25 999	33,85	—	57.					
3 376	713	—	—	106 614	9,19	89,94	118 536	10,22	215 000	—	—	215 000	18,53	—	58.					
11 672	1 087	—	—	208 630	19,36	85,81	243 122	22,56	2 167 890	—	828 597	2 996 487	277,99	—	59.					
13 129 004	289 151	—	1 601 207	92 463 052	45,97	90,92	101 695 318	50,56	501 542 488	444 655 500	3 140 100	504 682 588	250,93	—	3.					
853 556	40 130	—	176 698	15 822 032	50,14	92,64	17 079 864	54,13	174 017 400	167 510 300	10 439 327	184 456 727	584,55	—	4.					
496 444	19 310	250	26 672	5 239 492	19,47	83,24	6 294 298	23,39	75 657 270	1 480 900	18 518 390	94 175 660	350,03	4 300 000	1.					
411 126	27 874	—	6 174	7 800 305	43,87	93,06	8 381 907	47,14	81 816 304	66 201 700	5 733 804	87 550 108	492,35	—	2.					
261 646	13 172	—	—	3 041 617	20,29	87,16	3 489 590	23,28	51 607 578	24 664 800	2 345 884	53 953 462	359,95	6 000 000	3.					
241 492	9 650	—	—	6 856 148	50,28	88,11	7 781 265	57,06	51 991 502	23 644 000	8 313 580	60 305 082	442,23	—	4.					
487 695	13 596	50	—	2 867 854	30,95	87,88	3 263 500	35,22	44 138 081	8 482 800	3 570 100	47 708 181	514,89	—	5.					
201 098	12 750	100	—	1 947 521	29,73	88,61	2 197 941	33,56	9 917 198	867 200	1 014 093	10 931 291	166,88	—	6.					
106 571	8 910	—	34 645	1 771 076	28,10	89,75	1 973 282	31,29	18 140 429	3 772 100	960 000	19 100 429	302,83	600 000	7.					
282 470	6 460	100	2 746	1 806 281	33,72	92,27	1 957 706	36,54	12 025 480	2 788 100	182 200	12 207 680	227,87	310 000	8.					
226 287	9 286	—	—	1 868 657	37,27	92,39	2 022 647	40,34	17 428 530	10 940 000	1 007 574	18 436 104	367,70	—	9.					
100 517	6 945	40	—	974 857	23,87	94,94	1 026 809	25,15	5 003 028	1 184 000	652 100	5 655 128	138,50	—	10.					
140 365	3 865	—	—	978 772	24,26	93,89	1 042 482	25,81	4 841 888	903 500	1 084 094	5 925 982	146,89	—	11.					
208 258	4 750	40	—	1 280 082	35,67	94,89	1 348 955	37,59	4 808 399	—	15 500	4 823 899	134,41	980 787	12.					
81 884	5 103	240	—	852 367	25,88	91,53	931 214	28,27	13 131 173	1 811 600	325 200	13 456 373	408,50	—	13.					
63 964	5 597	—	—	693 934	25,76	92,40	751 000	27,88	4 701 755	—	185 500	4 887 255	181,44	535 569	14.					
119 654	4 305	—	2 302	902 651	35,16	93,54	964 943	37,58	4 628 095	294 700	—	4 628 095	180,26	—	15.					
76 904	—	80	14 934	629 108	26,05	92,97	676 671	28,02	4 481 549	—	—	4 481 549	185,59	200 000	16.					
68 587	753	80	—	641 281	28,48	96,12	667 163	29,63	4 413 300	2 080 600	53 900	4 467 200	198,39	209 000	17.					
48 157	2 047	40	—	473 491	21,19	94,50	501 065	22,42	2 628 386	—	79 750	2 708 136	121,18	—	18.					
79 323	998	40	—	668 036	30,46	93,92	711 284	32,43	5 094 512	—	120 000	5 214 512	237,76	500 000	19.					
42 455	2 493	40	4 492	409 578	21,37	92,49	442 827	23,10	3 800 625	—	144 500	3 945 125	205,80	—	20.					
37 333	—	40	—	408 920	22,04	94,17	434 219	23,40	2 847 506	—	3 650	2 851 156	153,65	101 100	21.					
55 931	2 906	160	—	410 897	22,32	94,59	434 395	23,61	1 413 100	—	733 500	2 146 600	116,68	—	22.					
46 133	1 465	40	—	380 825	28,91	85,02	447 934	34,01	4 142 642	190 600	137 440	4 280 082	324,94	—	23.					
46 175	2 760	200	—	392 023	29,84	95,69	409 669	31,18	2 168 871	—	105 257	2 274 128	173,11	—	24.					
27 876	2 173	120	—	270 748	22,73	94,04	287 908	24,17	914 991	—	3 115	918 106	77,08	—	25.					
55 760	1 762	40	—	339 345	29,70	94,24	360 067	31,52	1 939 807	—	446 055	2 385 862	208,83	—	26.					
25 266	643	120	—	196 807	19,79	91,20	215 787	21,69	4 454 021	75 900	54 621	4 508 642	453,27	—	27.					
15 198	1 155	80	—	150 921	15,30	91,75	164 486	16,67	816 312	—	6 000	822 312	83,34	—	28.					
21 574	387	—	—	153 540	16,01	87,85	174 781	18,23	764 605	—	236 400	1 001 005	104,43	99 240	29.					
21 369	980	—	—	187 127	19,78	92,67	201 931	21,34	1 487 650	2 400	—	1 487 650	157,22	30 000	30.					
39 586	2 077	—	—	204 573	22,36	96,69	211 579	23,13	1 046 516	—	—	1 046 516	114,39	—	31.					
32 654	1 090	—	—	168 276	18,49	94,30	178 443	19,61	1 154 540	—	—	1 154 540	126,90	—	32.					
27 971	1 080	80	—	225 202	25,00	93,40	241 123	26,76	1 434 337	—	15 000	1 449 337	160,88	—	33.					
14 293	1 102	40	—	193 694	22,18	91,87	210 833	24,15	532 131	—	—	532 131	60,95	—	34.					
12 252	920	—	—	134 110	16,17	87,69	152 931	18,44	1 835 809	—	—	1 835 809	216,95	—	35.					
16 770	596	—	—	169 452	20,17	90,77	186 673	22,22	1 401 093	—	—	1 401 093	166,76	9 000	36.					
13 776	693	120	—	120 212	14,58	92,30	130 236	15,80	1 778 274	—	—	1 778 274	215,73	—	37.					
17 883	470	280	—	205 258	24,92	92,94	220 857	26,81	803 140	—	9 900	813 040	98,69	—	38.					
20 465	493	80	—	150 517	18,66	94,00	160 126	19,85	489 360	—	—	489 360	60,66	—	39.					
17 822	1 215	—	—	146 555	18,82	89,40	163 929	21,05	692 658	—	—	692 658	88,94	—	40.					
13 519	1 456	80	—	128 930	16,96	94,49	136 455	17,95	2 274 404	—	16 400	2 290 804	301,26	—	41.					
23 904	1 302	80	—	169 826	22,61	94,04	180 595	24,04	589 729	—	170 000	759 729	101,14	—	42.					
17 782	1 598	40	—	119 401	16,13	96,16	124 173	16,78	1 136 070	—	50 000	1 186 070	160,26	—	43.					
27 940	645	120	—	180 867	24,51	94,69	191 017	25,88	701 850	—	—	701 850	95,10	—	44.					
24 660	—	40	—	209 023	28,48	92,03	227 130	30,95	1 333 869	—	42 400	1 376 269	187,53	—	45.					
15 864	1 220	—	—	134 706	19,85	86,73	155 309	22,89	936 349	—	22 171	958 520	141,27	100 000	46.					
19 147	1 057	—	—	114 429	17,85	85,99	133 066	20,76	289 794	—	—	289 794	45,22	—	47.					
6 147	67	80	—	64 722	10,11	90,72	71 345	11,15	1 359 061	—	—	1 359 061	212,32	—	48.					
15 604	600	—	—	140 831	22,79	95,88	146 876	23,77	273 556	—	62 726	336 282	54,42	—	49.					

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar							der direkten			
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
Namen	Ein- wohner- zahl	Kreis							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuer- auf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 4. Provinz Brandenburg.													
51. Berlinchen	6 095	Soldin	2 878	—	—	1 783	2 623	601	7 885	1,29	7,84	49 959	31 794
52. Driesen	6 021	Friedeberg N.M.	1 879	—	—	—	1 327	1 380	4 586	0,76	3,85	65 687	31 262
53. Havelberg	5 970	Westprignitz . .	4 540	—	—	—	1 674	1 688	7 902	1,33	6,83	55 922	39 745
54. Zielenzig	5 779	Oststernberg . .	3 032	47	—	—	361	670	4 110	0,71	5,80	35 926	20 138
55. Soldin	5 694	Soldin	3 007	594	—	—	—	1 279	4 880	0,86	5,26	49 807	28 099
56. Königsberg (Nm.) . .	5 589	Königsberg (Nm.)	8 490	—	—	—	746	1 672	10 908	1,95	9,16	58 862	37 398
57. Dahme	5 518	Jüterbog-Luckenw.	2 188	770	—	—	—	1 353	4 311	0,78	4,32	49 919	30 138
58. Kyritz	5 316	Ostprignitz . . .	4 081	165	—	2 935	1 130	1 464	9 775	1,84	8,89	58 238	30 374
59. Beeskow	5 153	Beeskow-Stork.	2 451	8	—	—	986	1 160	4 605	0,90	5,61	46 393	20 087
60. Treuenbrietzen . . .	5 083	Zauch-Belzig . .	—	198	—	2 826	2 267	1 464	6 755	1,33	9,71	31 513	22 496
61. Kirchhain i./N. L. . .	5 079	Luckau	1 440	257	—	2 812	1 447	804	6 760	1,38	7,13	47 954	26 108
62. Drossen	5 038	Weststernberg . .	1 218	250	—	—	259	868	2 595	0,51	6,27	21 566	12 356
63. Friedeberg N. M. . .	4 978	Friedeberg N.M.	4 656	—	—	—	1 495	1 530	7 681	1,54	6,87	56 730	39 671
64. Woldenberg	4 870	"	5 722	1 200	—	1 654	1 043	769	10 388	2,13	20,67	20 207	14 571
65. Zossen	4 774	Teltow	3 796	885	1 350	4 046	842	975	11 894	2,49	11,03	48 792	32 877
66. Reppen	4 485	Weststernberg . .	952	244	—	—	800	414	2 410	0,54	4,11	32 835	16 492
67. Teltow	4 484	Teltow	8 581	1 774	—	3 239	2 173	1 065	16 832	3,75	7,65	59 872	115 141
68. Sonnenburg	4 453	Oststernberg . . .	—	197	—	—	404	543	1 144	0,26	2,90	20 433	13 197
69. Beelitz	4 208	Zauch-Belzig . .	—	68	—	—	447	1 061	1 576	0,37	2,62	37 048	15 595
70. Luckau	4 151	Luckau	2 687	542	—	2 531	769	651	7 180	1,73	8,29	45 935	23 354
71. Gransee	4 085	Ruppin	6 624	2 495	—	2 385	524	822	12 850	3,15	17,68	33 982	18 283
72. Lippheine	4 056	Soldin	2 591	251	—	1 117	625	896	5 480	1,35	10,84	20 188	20 125
73. Lübbenau	4 010	Calau	2 906	8	650	2 805	791	780	7 940	1,98	10,19	40 554	23 250
74. Gassen i./N. L. . . .	3 992	Sorau	—	—	—	1 064	922	438	2 424	0,61	2,82	62 738	9 733
75. Belzig	3 903	Zauch-Belzig . .	740	—	—	1 439	699	1 368	4 246	1,09	7,04	34 695	13 443
76. Oderberg i./Mark . .	3 654	Angermünde . .	1 379	—	—	1 490	760	876	4 505	1,23	6,09	37 065	21 888
77. Müncheberg	3 609	Lebus	462	—	—	—	324	580	1 366	0,38	3,87	19 561	11 286
78. Calau	3 549	Calau	1 915	—	—	1 954	381	591	4 841	1,36	7,46	35 500	18 774
79. Trebbin	3 480	Teltow	1 812	1 240	—	2 240	905	876	7 073	2,03	10,40	34 805	18 186
80. Storkow	3 328	Beeskow-Stork.	1 991	1 354	—	—	317	585	4 247	1,28	10,05	21 443	11 180
81. Bärwalde (Nm.) . . .	3 257	Königsberg (Nm.)	7 176	518	—	—	96	469	8 259	2,54	31,48	8 368	8 014
82. Mittenwalde	3 171	Teltow	1 195	—	—	1 686	402	831	4 114	1,30	6,88	26 511	24 307
83. Lychen	3 105	Templin	2 951	1 570	—	—	250	587	5 358	1,72	12,51	19 332	13 491
84. Reetz	3 088	Arnswalde . . .	1 074	421	—	—	150	222	1 867	0,60	8,96	10 237	6 527
85. Biesenthal	2 976	Oberbarnim . . .	1 286	1 361	—	—	285	1 584	4 516	1,52	11,17	20 439	11 376
86. Rheinsberg	2 951	Ruppin	2 463	—	—	1 980	637	669	5 749	1,96	10,29	28 845	15 434
87. Ketzin	2 892	Osthavelland . .	482	—	—	1 868	697	627	3 674	1,27	4,85	33 849	27 243
88. Seelow	2 889	Lebus	3 266	46	—	1 583	707	927	6 529	2,26	11,12	26 770	21 116
89. Wusterhausen a.d.D.	2 856	Ruppin	791	—	—	1 367	543	750	3 451	1,21	8,53	18 900	13 673
90. Peitz	2 830	Cottbus	1 098	—	—	1 265	614	399	3 376	1,20	6,08	32 899	12 336
91. Kremmen	2 741	Osthavelland . .	1 150	—	—	—	—	400	1 550	0,56	4,43	16 500	12 166
92. Alt Landsberg	2 680	Niederbarnim . .	2 678	5 604	—	—	518	725	9 525	3,55	12,25	32 722	28 724
93. Friesack	2 616	Westhavelland . .	3 126	21	—	1 088	361	468	5 064	1,93	10,26	24 142	14 694
94. Lenzen	2 604	Westprignitz . .	3 230	20	—	—	260	850	4 360	1,67	9,65	19 840	14 940
95. Neuwedell	2 586	Arnswalde . . .	519	144	—	—	286	233	1 182	0,46	4,94	11 003	9 515
96. Wilsnack	2 576	Westprignitz . .	1 078	611	—	—	291	472	2 452	0,95	7,75	15 371	9 531
97. Teupitz	2 544	Teltow	952	—	650	735	90	354	2 781	1,09	12,33	13 737	5 265
98. Vetschau	2 512	Calau	767	—	—	—	564	344	1 675	0,67	2,67	40 762	12 996
99. Müllrose	2 504	Lebus	1 451	3 069	—	—	—	546	5 066	2,02	13,79	19 899	7 078
100. Niemege	2 478	Zauch-Belzig . .	—	362	—	1 137	418	302	2 219	0,89	7,72	12 473	10 439
101. Bad Schönliefß (Nm.)	2 434	Königsberg (Nm.)	3 271	165	—	—	252	312	4 000	1,64	9,81	17 285	15 640
102. Liebenwalde	2 358	Niederbarnim . .	995	—	—	1 480	199	534	3 208	1,36	6,64	20 935	19 427
103. Joachimsthal	2 167	Angermünde . .	794	—	—	251	542	506	2 093	0,96	9,36	10 933	6 393
104. Barstein	2 147	Soldin	4 710	200	—	804	450	290	6 454	3,01	17,65	14 028	12 915
105. Baruth	2 085	Jüterbog-Luckenw.	1 059	190	—	1 617	368	515	3 749	1,80	10,89	15 139	10 759
106. Werneuchen	2 072	Oberbarnim . . .	861	638	—	1 030	484	348	3 361	1,62	8,06	23 056	11 388
107. Lebus	2 060	Lebus	4 796	40	—	—	171	196	5 203	2,52	15,48	10 004	16 925
108. Görz a./Oder	2 028	Weststernberg . .	550	—	—	—	175	297	1 022	0,50	3,95	11 906	11 187
109. Meyenburg	2 028	Ostprignitz . . .	—	186	—	668	481	316	1 651	0,82	5,11	15 603	10 650
110. Triebel i./Ndr. Laus.	2 023	Sorau	1 066	836	—	1 052	445	430	3 829	1,89	11,65	15 780	8 622

nach dem Stande vom 31. März 1914										Schulden am 31. März 1914										Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)			Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen					
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt				auf 1 Einw.	über- haupt		auf 1 Einw.				
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %														
																	M	M	%	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20						
10 203	660	80	—	92 696	15,21	92,16	100 581	16,50	553 919	—	—	553 919	90,88	—	51.					
16 928	695	—	—	114 572	19,03	96,15	119 158	19,79	1 460 415	—	91 877	1 552 292	257,81	—	52.					
16 319	1 101	—	—	113 087	18,94	93,47	120 989	20,27	690 827	—	79 000	769 827	128,95	—	53.					
9 772	884	—	—	66 720	11,55	94,20	70 830	12,26	164 740	—	—	164 740	28,51	—	54.					
9 558	418	40	—	87 922	15,44	94,74	92 802	16,30	147 600	—	—	147 600	25,92	—	55.					
11 644	290	—	—	108 194	19,36	90,84	119 102	21,31	560 723	—	—	560 723	100,33	—	56.					
14 439	852	80	—	95 428	17,29	95,68	99 739	18,08	579 160	—	—	579 160	104,96	—	57.					
16 496	1 625	—	—	106 733	20,08	91,61	116 508	21,92	467 462	—	—	467 462	87,93	—	58.					
10 145	790	40	—	77 455	15,03	94,39	82 060	15,92	921 337	—	51 085	972 422	188,71	—	59.					
8 139	640	40	—	62 828	12,36	90,29	69 583	13,69	500 785	—	—	500 785	98,52	—	60.					
13 311	702	40	—	88 115	17,35	92,87	94 875	18,68	552 372	—	14 500	566 872	111,61	—	61.					
4 649	210	40	—	38 821	7,71	93,73	41 416	8,22	51 228	—	3 000	54 228	10,76	—	62.					
12 504	377	—	—	109 282	21,95	93,43	116 963	23,50	384 768	—	21 900	406 668	81,69	—	63.					
4 585	505	—	—	39 868	8,19	79,33	50 256	10,32	190 046	—	—	190 046	39,02	—	64.					
12 690	1 360	—	244	95 963	20,10	88,97	107 857	22,59	824 201	131 700	—	824 201	172,64	—	65.					
5 997	840	—	—	56 164	12,52	95,89	58 574	13,06	247 632	—	—	247 632	55,21	—	66.					
28 316	—	—	—	203 329	45,35	92,35	220 161	49,10	804 484	—	23 800	828 284	184,72	—	67.					
4 085	539	—	—	38 254	8,59	97,10	39 398	8,85	82 150	—	—	82 150	18,45	—	68.					
5 509	535	—	—	58 687	13,95	97,38	60 263	14,32	389 250	—	—	389 250	92,50	—	69.					
8 921	1 183	40	—	79 433	19,14	91,71	86 613	20,87	527 480	—	—	527 480	127,07	—	70.					
6 519	1 035	—	—	59 819	14,64	82,32	72 669	17,79	231 031	—	6 300	237 331	58,10	—	71.					
4 327	416	—	—	45 056	11,11	89,16	50 536	12,46	121 739	—	—	121 739	30,01	—	72.					
5 088	1 057	—	—	69 949	17,44	89,81	77 889	19,42	390 577	—	—	390 577	97,40	—	73.					
10 836	146	—	—	83 453	20,91	97,18	85 877	21,51	110 783	—	4 800	115 583	28,95	—	74.					
7 120	807	—	—	56 065	14,36	92,96	60 311	15,45	404 094	—	—	404 094	103,53	—	75.					
10 076	435	—	—	69 464	19,01	93,91	73 969	20,24	174 699	—	17 591	192 290	52,62	—	76.					
2 840	259	—	—	33 946	9,40	96,13	35 312	9,78	380 935	—	—	380 935	105,55	—	77.					
5 231	542	—	—	60 047	16,92	92,54	64 888	18,28	477 100	—	13 500	490 600	138,24	—	78.					
7 441	480	—	—	60 912	17,51	89,60	67 985	19,54	432 860	—	—	432 860	124,39	—	79.					
5 164	225	—	—	38 012	11,42	89,95	42 259	12,70	330 416	—	10 000	340 416	102,29	—	80.					
1 407	190	—	—	17 979	5,52	68,52	26 238	8,06	163 045	—	—	163 045	50,06	—	81.					
4 869	—	—	—	55 687	17,56	93,12	59 801	18,86	206 184	—	—	206 184	65,02	—	82.					
3 944	698	—	—	37 465	12,07	87,49	42 823	13,79	79 100	—	77 500	156 600	50,43	—	83.					
2 217	—	—	—	18 981	6,15	91,04	20 848	6,75	232 511	—	—	232 511	75,30	—	84.					
4 104	—	—	—	35 919	12,07	88,83	40 435	13,59	524 194	32 400	29 400	553 594	186,02	—	85.					
5 183	662	—	—	50 124	16,98	89,71	55 873	18,93	284 861	—	—	284 861	96,53	—	86.					
10 177	885	—	—	72 154	24,95	95,15	75 828	26,22	143 896	—	—	143 896	49,76	—	87.					
3 974	346	—	—	52 206	18,07	88,88	58 735	20,33	110 807	—	—	110 807	38,35	—	88.					
4 032	420	—	—	37 025	12,96	91,47	40 476	14,17	352 036	—	63 000	415 036	145,32	—	89.					
6 958	—	—	—	52 193	18,44	93,92	55 569	19,64	55 490	—	—	55 490	19,61	—	90.					
4 010	620	120	—	33 416	12,19	95,57	34 966	12,76	176 144	—	—	176 144	64,26	14 100	91.					
6 256	521	—	—	68 223	25,46	87,75	77 748	29,01	713 625	—	—	713 625	266,28	—	92.					
5 036	440	—	—	44 312	16,94	89,74	49 376	18,87	161 155	—	—	161 155	61,60	—	93.					
5 400	620	40	—	40 840	15,68	90,35	45 200	17,36	198 100	—	6 000	204 100	78,38	—	94.					
2 070	140	—	—	22 728	8,79	95,06	23 910	9,25	74 650	—	—	74 650	28,87	32 500	95.					
3 705	584	—	—	29 191	11,33	92,25	31 643	12,28	253 510	—	2 350	255 860	99,82	—	96.					
648	120	—	—	19 770	7,77	87,67	22 551	8,86	133 135	—	—	133 135	52,33	—	97.					
6 747	600	—	—	61 105	24,32	97,33	62 780	24,99	267 483	—	—	267 483	106,48	—	98.					
4 352	336	—	—	31 665	12,65	86,21	36 731	14,67	138 075	—	—	138 075	55,14	—	99.					
3 175	395	40	—	26 522	10,70	92,28	28 741	11,60	152 415	—	—	152 415	61,51	—	100.					
3 333	528	—	—	36 786	15,12	90,19	40 786	16,76	59 358	—	—	59 358	24,39	—	101.					
4 612	86	80	—	45 140	19,14	93,36	48 348	20,50	195 509	—	—	195 509	82,91	—	102.					
2 502	451	—	—	20 279	9,36	90,64	22 372	10,32	52 032	—	3 000	55 032	25,40	3 000	103.					
2 688	490	—	—	30 121	14,03	82,35	36 575	17,04	92 319	—	—	92 319	43,00	—	104.					
4 775	—	—	—	30 673	14,71	89,11	34 422	16,51	194 779	—	11 400	206 179	98,89	4 000	105.					
3 545	347	—	—	38 336	18,50	91,94	41 697	20,12	39 300	—	—	39 300	18,97	—	106.					
1 332	142	—	—	28 403	13,79	84,52	33 606	16,31	—	—	—	—	—	—	107.					
1 687	52	—	—	24 832	12,25	96,05	25 854	12,75	8 984	—	—	8 984	4,43	—	108.					
4 417	—	—	—	30 670	15,12	94,89	32 321	15,94	147 155	—	56 200	203 355	100,27	—	109.					
4 478	161	—	—	29 041	14,36	88,35	32 870	16,25	99 805	—	13 150	112 955	55,84	—	110.					

(Noch: Tab. 1)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zessions- steuer	der Bier-, Braun- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuern auf- kommen (Sp. 16a) %	<i>M</i>	<i>M</i>
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 4. Provinz Brandenburg.													
111. Buckow	2 010	Lebus	2 359	178	—	—	318	711	3 566	1,78	8,64	14 749	17 202
112. Alt Ruppin	2 000	Ruppin	1 065	132	—	999	356	259	2 811	1,41	11,74	10 877	7 879
113. Plaue a./Havel	1 980	Westhavelland	608	—	—	720	368	344	2 040	1,03	7,37	14 298	7 311
114. Christianstadt a. Bob.	1 861	Sorau	464	—	—	510	323	296	1 593	0,85	5,43	17 885	6 534
115. Putlitz	1 814	Westprignitz	3 110	83	—	—	331	636	4 160	2,30	13,45	11 909	9 138
116. Drebkau	1 807	Calau	169	132	—	—	329	308	938	0,52	3,78	13 303	7 397
117. Fürstenfelde	1 777	Königsberg (Nm.)	1 165	—	—	439	385	654	2 643	1,49	9,82	8 454	15 017
118. Dobrilugk	1 770	Luckau	952	566	—	894	439	366	3 217	1,82	13,80	11 800	5 711
119. Sternberg	1 722	Oststernberg	1 854	72	—	—	398	208	2 532	1,47	12,86	7 997	6 214
120. Lindow	1 610	Ruppin	1 307	121	—	979	430	370	3 207	1,99	10,86	14 619	8 319
121. Golßen	1 605	Luckau	3 104	540	—	480	417	263	4 804	2,99	12,71	18 018	10 706
122. Freyenstein	1 538	Ostprignitz	—	—	—	602	327	124	1 053	0,69	4,14	9 811	12 564
123. Pritzerbe	1 511	Westhavelland	1 183	—	—	589	261	315	2 348	1,56	8,76	12 501	7 738
124. Brück	1 510	Zauch-Belzig	890	—	—	516	125	671	2 202	1,46	11,32	7 933	7 490
125. Lieberose	1 503	Lübben	760	—	—	495	—	260	1 515	1,01	7,92	8 517	6 626
126. Zehden	1 460	Königsberg (Nm.)	1 898	—	—	—	73	203	2 174	1,49	10,70	6 786	9 504
127. Vierraden	1 360	Angermünde	2 736	237	—	377	211	348	3 909	2,87	21,01	8 632	5 145
128. Königswalde	1 360	Oststernberg	280	—	—	340	93	256	969	0,72	7,77	5 599	5 006
129. Rhinow ¹⁾	1 326	Westhavelland	—	—	—	588	184	402	1 174	0,89	4,34	12 180	9 866
130. Fehrbellin	1 322	Osthavelland	443	—	—	739	449	336	1 967	1,49	11,18	6 787	6 106
131. Brüssow	1 293	Prenzlau	370	22	—	—	125	213	730	0,57	3,23	8 791	10 213
132. Kloster Zinna	1 213	Jüterbog-Luckenw.	432	—	—	536	140	96	1 204	1,00	13,74	3 768	3 040
133. Bobersberg	1 183	Crossen	1 519	—	—	—	130	108	1 757	1,48	14,93	4 329	4 659
134. Liebenau b. Schwieb.	1 168	Züllichau-Schwieb.	2 247	35	—	—	181	160	2 623	2,24	22,45	3 380	5 066
135. Mohrin	1 101	Königsberg (Nm.)	1 534	153	—	—	102	128	1 917	1,74	12,36	7 485	4 625
136. Wendisch Buchholz	1 086	Beeskow-Stork.	717	30	—	—	231	364	1 342	1,24	6,97	9 388	5 845
137. Sonnenwalde	1 036	Luckau	—	52	—	—	44	94	190	0,18	3,06	2 680	2 537
138. Greiffenberg (Uckm.)	1 019	Angermünde	42	—	—	477	120	284	923	0,90	6,94	6 939	4 495
139. Friedland i./Ndr. L.	1 015	Lübben	—	—	—	243	36	35	314	0,31	4,19	2 752	3 687
140. Neustadt a./Dosse	887	Ruppin	374	13	—	463	297	88	1 235	1,39	7,49	6 917	5 711
141. Pförten	703	Sorau	54	—	—	408	50	183	695	0,99	15,28	1 939	1 362
142. Lagow	529	Oststernberg	1 715	338	—	217	61	107	2 438	4,61	30,08	3 199	1 969
143. *Berlin-Steglitz	83 305	Teltow	129 695	43 054	24 500	45 156	44 334	54 764	341 503	4,10	11,27	1 374 923	1 158 933
144. *Berlin-Pankow	57 698	Niederbarnim	78 787	39 726	—	31 637	15 396	41 697	207 243	3,59	10,72	803 810	799 965
145. *Berlin-Lichterfelde	46 874	Teltow	105 049	52 387	—	26 539	11 899	51 973	247 847	5,29	11,28	1 109 928	763 830
146. *Berlin-Weißensee	45 489	Niederbarnim	144 313	101 609	—	32 500	11 040	30 005	319 467	7,02	18,42	444 581	820 504
147. *Berlin-Friedenau	44 779	Teltow	96 091	19 542	—	—	6 377	34 607	156 617	3,50	9,97	838 540	498 004
148. *Berlin-Reinickendorf	40 452	Niederbarnim	88 580	50 067	—	31 345	4 303	26 183	200 478	4,96	13,08	492 144	708 001
149. *Berlin-Tempelhof	31 340	Teltow	77 794	45 168	—	24 805	3 998	16 458	168 223	5,37	13,92	497 138	434 410
150. *Berlin-Treptow	31 068	„	49 422	34 919	—	30 565	20 302	23 527	158 735	5,11	11,68	615 890	456 201
151. *Berlin-Oberschönew.	26 700	Niederbarnim	105 733	35 274	—	21 492	2 870	6 850	172 219	6,45	11,59	599 592	385 567
152. *Nowawes	25 882	Teltow	22 976	5 129	—	15 562	6 446	6 040	56 153	2,17	7,02	378 270	286 952
153. *Bln.-Friedrichsfelde	23 406	Niederbarnim	47 466	59 892	—	15 745	14 771	14 455	152 329	6,51	16,16	336 681	414 610
154. *Berlin-Mariendorf	20 760	Teltow	55 439	36 356	—	14 995	7 119	13 086	126 995	6,12	13,09	347 817	448 091
155. *Berlin-Tegel	20 447	Niederbarnim	20 452	148 992	—	19 818	5 522	9 829	204 613	10,01	18,30	429 921	372 027
156. *Zehlendorf	19 964	Teltow	101 834	193 098	—	13 893	5 255	17 970	332 050	16,63	19,64	666 447	658 312
157. *Bln.-Niederschönh.	18 476	Niederbarnim	28 581	5 152	—	9 590	1 992	16 314	61 629	3,34	10,11	227 309	296 409
158. *Friedrichshagen	14 845	„	12 154	977	—	11 272	3 525	10 226	38 154	2,57	7,29	221 579	220 669
159. *Berlin-Britz	13 914	Teltow	22 685	1 728	—	11 237	2 324	6 695	44 669	3,21	8,25	177 520	255 734
160. *Adlershof	12 932	„	29 776	4 246	—	6 843	1 718	4 099	46 682	3,61	10,29	153 998	215 149
161. *Berlin-Lankwitz	10 903	„	29 188	31 962	—	6 340	1 952	9 206	78 648	7,21	12,90	219 006	271 593
162. *Bln.-Niederschönew.	10 087	„	5 173	3 639	—	12 001	1 142	5 735	27 690	2,75	5,83	191 923	196 608
5. Provinz Pommern.													
1. Stettin	252 942	Stadtkreis	238 405	31 156	104 471	131 618	157 237	75 152	738 039	2,92	7,75	5 371 359	2 573 755
2. Stolp	36 179	„	25 954	14 893	1 450	10 892	10 013	8 608	71 810	1,98	8,04	534 144	197 653
3. Stralsund	35 747	„	35 144	10 827	5 500	28 076	17 814	10 619	107 980	3,02	12,31	440 535	224 210
4. Stargard i. Pommern	29 068	„	46 033	8 416	10 930	17 732	8 636	9 606	95 353	3,28	12,87	428 987	159 749
5. Kolberg	26 524	Kolberg-Körlin	33 340	1 275	4 800	9 753	—	4 906	54 074	2,04	7,54	368 591	228 380

1) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
5 084	560	—	—	37 595	18,70	91,84	41 161	20,48	313 498	17 000	13 000	326 498	162,44	10 000	111.	
2 109	261	—	—	21 126	10,56	88,26	23 937	11,97	195 350	—	—	195 350	97,68	—	112.	
4 037	—	—	—	25 646	12,95	92,63	27 686	13,98	121 778	—	—	121 778	61,50	—	113.	
3 308	—	—	—	27 727	14,90	94,57	29 320	15,75	47 598	—	—	47 598	25,58	—	114.	
5 210	503	—	—	26 760	14,75	86,55	30 920	17,05	70 850	—	—	70 850	39,06	—	115.	
2 934	265	—	—	23 899	13,22	96,22	24 837	13,74	93 867	—	—	93 867	51,95	—	116.	
647	145	—	—	24 263	13,65	90,18	26 906	15,14	98 249	—	—	98 249	55,29	—	117.	
2 008	580	—	—	20 099	11,35	86,20	23 316	13,17	23 165	—	—	23 165	13,09	—	118.	
2 832	107	—	—	17 150	9,96	87,14	19 682	11,43	14 351	—	—	14 351	8,33	—	119.	
3 112	270	—	—	26 320	16,35	89,14	29 527	18,34	129 906	—	—	129 906	80,69	—	120.	
3 861	415	—	—	33 000	20,56	87,29	37 804	23,55	120 831	—	2 500	123 331	76,84	—	121.	
1 633	352	—	—	24 410	15,87	95,86	25 463	16,56	93 548	—	—	93 548	60,82	—	122.	
3 973	240	—	—	24 452	16,18	91,24	26 800	17,74	61 650	—	—	61 650	40,80	—	123.	
1 642	180	—	—	17 245	11,42	88,68	19 447	12,88	24 564	—	—	24 564	16,27	—	124.	
2 188	280	—	—	17 611	11,72	92,08	19 126	12,73	158 657	—	—	158 657	105,56	—	125.	
1 664	192	—	—	18 146	12,43	89,30	20 320	13,92	10 000	—	—	10 000	6,83	—	126.	
768	150	—	—	14 695	10,81	78,99	18 604	13,68	59 386	—	—	59 386	43,67	—	127.	
717	187	—	—	11 509	8,46	92,23	12 478	9,18	—	—	—	—	—	—	128.	
3 715	130	—	—	25 891	19,52	95,66	27 065	20,41	121 568	—	—	121 568	91,68	15 900	129.	
2 491	250	—	—	15 634	11,82	88,82	17 601	13,31	68 420	—	—	68 420	51,75	—	130.	
2 428	434	—	—	21 866	16,91	96,77	22 596	17,48	11 155	—	—	11 155	8,63	—	131.	
752	—	—	—	7 560	6,23	86,26	8 764	7,23	4 943	—	—	4 943	4,08	—	132.	
794	233	—	—	10 015	8,47	85,07	11 772	9,95	93 284	—	—	93 284	78,85	—	133.	
530	84	—	—	9 060	7,76	77,55	11 683	10,00	1 844	—	—	1 844	1,58	—	134.	
1 398	81	—	—	13 589	12,34	87,61	15 506	14,08	19 889	—	—	19 889	18,06	—	135.	
2 354	337	—	—	17 924	16,50	93,03	19 266	17,74	115 346	—	—	115 346	106,21	—	136.	
608	195	—	—	6 020	5,81	96,94	6 210	5,99	25 969	—	—	25 969	25,07	—	137.	
866	80	—	—	12 380	12,15	93,06	13 303	13,05	9 491	—	1 500	10 991	10,79	—	138.	
669	75	—	—	7 183	7,08	95,81	7 497	7,39	15 300	—	—	15 300	15,07	—	139.	
2 341	295	—	—	15 264	17,21	92,51	16 499	18,60	111 209	—	—	111 209	125,38	—	140.	
392	160	—	—	3 853	5,48	84,72	4 548	6,47	4 986	—	—	4 986	7,09	—	141.	
470	30	—	—	5 668	10,71	69,92	8 106	15,32	25 126	—	—	25 126	47,50	—	142.	
149 459	5 020	—	254	2 688 539	32,27	88,73	3 030 092	36,37	29 626 972	—	5 415 800	35 042 772	420,66	—	143.	
118 310	4 044	—	—	1 726 129	29,92	89,28	1 933 372	33,51	23 184 099	—	210 304	23 394 403	405,46	—	144.	
71 873	4 219	—	—	1 949 850	41,60	88,72	2 197 697	46,89	13 083 081	1 530 700	759 756	13 842 837	295,32	300 000	145.	
147 686	1 691	—	—	1 414 462	31,10	81,58	1 733 929	38,12	27 502 505	—	3 796 154	31 298 659	688,05	—	146.	
75 046	2 395	—	—	1 413 985	31,57	90,03	1 570 602	35,07	9 111 342	295 400	87 000	9 198 342	205,42	—	147.	
128 289	3 883	—	—	1 332 317	32,93	86,92	1 532 795	37,89	13 184 289	—	455 000	13 639 289	337,17	35 238	148.	
107 809	1 227	—	—	1 040 584	33,20	86,08	1 208 807	38,57	6 731 479	—	887 100	7 618 579	243,09	448 433	149.	
128 401	—	—	—	1 200 492	38,64	88,32	1 359 227	43,75	7 027 254	—	495 089	7 522 343	242,13	—	150.	
328 338	611	—	—	1 314 108	49,22	88,41	1 486 327	55,67	6 014 052	—	—	6 014 052	225,25	—	151.	
76 058	2 607	—	—	743 887	28,74	92,98	800 040	30,91	3 633 743	—	373 612	4 007 355	154,83	—	152.	
36 662	2 070	—	—	790 023	33,75	83,84	942 352	40,26	9 019 963	—	—	9 019 963	385,37	—	153.	
45 536	1 723	—	—	843 167	40,61	86,91	970 162	46,73	8 111 345	—	1 031 500	9 142 845	440,41	—	154.	
109 718	1 800	—	—	913 466	44,67	81,70	1 118 079	54,68	13 715 194	—	1 837 408	15 552 602	760,63	88 008	155.	
34 180	—	—	—	1 358 939	68,07	80,36	1 690 989	84,70	9 950 189	—	247 000	10 197 189	510,78	—	156.	
22 317	2 105	—	—	548 140	29,66	89,89	609 769	33,00	3 638 439	—	40 000	3 678 439	199,09	—	157.	
40 619	2 268	—	—	485 135	32,68	92,71	523 289	35,25	3 406 910	—	700 000	4 106 910	276,65	—	158.	
61 877	1 332	—	—	496 463	35,68	91,75	541 132	38,89	9 010 740	—	1 947 429	10 958 169	787,56	—	159.	
37 038	758	—	—	406 943	31,47	89,71	453 625	35,08	1 890 035	—	—	1 890 035	146,15	—	160.	
39 800	795	—	—	531 194	48,72	87,10	609 842	55,93	9 144 624	—	1 193 089	10 337 713	948,15	—	161.	
58 160	381	—	—	447 072	44,32	94,17	474 762	47,07	2 334 997	—	232 892	2 567 889	254,57	—	162.	
5.																
734 992	42 009	350	62 058	8 784 523	34,73	92,25	9 522 562	37,65	73 292 254	68 659 700	2 212 500	75 504 754	298,51	—	1.	
85 345	4 727	—	—	821 869	22,72	91,96	893 679	24,70	10 742 317	2 850 500	—	10 742 317	296,92	—	2.	
83 388	7 815	40	13 519	769 507	21,53	87,69	877 487	24,55	6 466 245	4 397 100	1 366 189	7 832 434	219,11	1 000 000	3.	
50 588	5 624	600	—	645 548	22,21	87,13	740 901	25,49	4 224 219	1 147 000	62 217	4 286 436	147,46	—	4.	
60 300	5 605	400	—	663 276	25,01	92,46	717 350	27,05	10 656 963	375 500	—	10 656 963	401,79	618 000	5.	

(Noch: Tab. I.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 5. Provinz Pommern.													
6. Greifswald	25 778	Stadtkreis . . .	21 879	2 334	2 025	13 459	17 622	9 611	66 930	2,60	9,73	403 797	169 009
7. Köslin	24 633	Köslin	10 833	4 626	—	9 899	5 188	3 520	34 066	1,38	6,54	304 980	130 686
8. Swinemünde	15 574	Usedom-Wollin	17 658	5 692	4 862	10 790	13 165	6 158	58 325	3,75	12,18	204 329	154 849
9. Anklam	15 557	Anklam	8 496	866	—	7 266	2 956	2 913	22 497	1,45	5,85	224 781	83 839
10. Lauenburg i. Pomm.	14 817	Lauenburg i. P.	7 248	2 057	—	4 848	1 654	2 104	17 911	1,21	7,19	133 127	67 330
11. Neustettin	12 755	Neustettin . . .	16 962	986	850	4 153	2 217	2 152	27 320	2,14	11,32	141 859	54 375
12. Demmin	12 438	Demmin	6 866	1 568	1 150	4 994	2 630	3 367	20 575	1,66	7,77	145 677	65 165
13. Pasewalk	11 529	Ueckermünde . .	10 190	556	—	4 960	1 851	2 750	20 307	1,76	7,47	161 241	62 245
14. Belgard	10 354	Belgard	2 704	1 391	1 900	3 000	771	1 435	11 201	1,08	5,48	117 579	53 657
15. Gollnow	10 229	Naugard	—	1 531	—	—	952	2 290	4 773	0,47	3,78	72 075	37 248
16. Pyritz	8 808	Pyritz	4 698	513	—	—	995	1 254	7 460	0,85	4,43	90 638	55 462
17. Bütow	8 640	Bütow	3 862	158	636	2 856	976	1 325	9 813	1,13	5,28	112 139	44 169
18. Treptow a. Rega . .	8 493	Greifenberg . . .	7 570	427	—	3 292	1 548	1 858	14 695	1,73	9,07	86 762	46 238
19. Greifenberg i. Pomm.	8 166	„	5 039	1 414	—	2 896	773	1 445	11 567	1,42	7,52	83 589	40 711
20. Schivelbein	7 860	Schivelbein . . .	3 915	486	—	—	533	2 020	6 954	0,88	5,40	69 887	36 786
21. Wolgast	7 736	Greifswald . . .	1 998	—	—	—	2 059	1 108	5 165	0,67	3,45	87 157	41 315
22. Altdamm	7 659	Randow	4 497	291	—	1 995	977	1 810	9 570	1,25	8,82	53 755	32 392
23. Barth	7 628	Franzburg	2 905	189	—	—	1 908	1 284	6 286	0,83	3,70	105 433	37 349
24. Greifenhagen	7 401	Greifenhagen . .	—	531	—	—	885	845	2 261	0,31	1,87	70 322	37 345
25. Schlawe in Pommern	7 110	Schlawe	1 118	1 416	—	—	955	1 598	5 087	0,72	3,34	93 520	35 203
26. Dramburg	6 376	Dramburg	1 040	255	—	1 424	680	907	4 306	0,67	4,32	57 893	28 050
27. Ueckermünde	6 320	Ueckermünde . .	—	205	—	1 852	1 782	1 115	4 954	0,78	6,21	38 469	24 437
28. Rummelsburg i. Pom.	6 007	Rummelsburg . .	3 945	—	—	1 172	1 064	618	6 799	1,13	6,87	49 700	31 055
29. Rügenwalde	5 933	Schlawe	—	—	—	—	1 460	1 380	2 840	0,48	2,49	68 719	25 879
30. Cammin i. Pommern	5 925	Cammin	1 250	8	200	—	1 017	1 139	3 614	0,61	2,79	71 464	38 989
31. Naugard	5 440	Naugard	3 976	1 219	—	2 140	1 048	847	9 230	1,70	8,13	70 677	21 830
32. Bublitz	5 300	Bublitz	1 289	613	—	655	279	339	3 175	0,60	3,40	56 186	23 943
33. Labes	5 292	Regenwalde . . .	1 405	1 138	—	1 846	—	1 254	5 643	1,06	5,81	58 884	21 125
34. Polzin	5 131	Belgard	1 942	2 384	—	1 053	505	692	6 576	1,28	5,81	61 683	29 521
35. Falkenburg i. Pommern	4 750	Dramburg	1 394	539	—	1 056	683	314	3 986	0,84	5,68	39 415	19 647
36. Wollin	4 691	Usedom-Wollin	1 589	10	—	1 983	921	651	5 154	1,10	6,79	41 891	20 043
37. Treptow a./Tollense .	4 537	Demmin	6 871	—	—	—	456	681	8 008	1,76	11,12	31 905	24 172
38. Tempelburg	4 424	Neustettin	3 469	1 072	—	1 387	413	—	6 341	1,43	11,77	27 009	15 708
39. Pölitz	4 409	Randow	—	—	—	—	773	808	1 581	0,36	2,34	37 970	20 735
40. Bergen auf Rügen . .	4 204	Rügen	3 889	—	—	904	603	802	6 198	1,47	7,10	46 308	22 845
41. Grimmen	4 141	Grimmen	—	306	—	1 309	610	440	2 665	0,64	3,65	38 639	23 684
42. Regenwalde	3 760	Regenwalde . . .	3 098	74	—	1 297	622	800	5 891	1,57	9,21	37 168	13 628
43. Loitz	3 654	Grimmen	2 404	—	—	651	398	383	3 836	1,05	8,79	21 043	12 835
44. Gartz a. Oder	3 643	Randow	2 343	548	—	1 417	685	1 025	6 018	1,65	9,03	26 143	28 548
45. Kallies	3 495	Dramburg	1 642	—	—	658	228	283	2 811	0,80	6,96	23 228	10 728
46. Tribsees	3 430	Grimmen	1 475	11	—	771	439	519	3 215	0,94	6,09	25 929	19 330
47. Körlin a. Pers.	3 266	Kolberg-Körlin	602	45	—	474	395	393	1 909	0,58	5,15	20 015	10 975
48. Jarmen	3 236	Demmin	2 196	169	100	—	601	852	3 918	1,21	5,27	37 860	11 516
49. Massow	3 099	Naugard	2 762	86	—	1 054	744	666	5 312	1,71	12,81	21 365	10 885
50. Pollnow	2 930	Schlawe	1 659	233	—	—	—	348	2 240	0,76	6,84	20 949	5 788
51. Wangerin	2 828	Regenwalde . . .	507	48	—	—	247	328	1 130	0,40	3,50	16 950	9 180
52. Plathe	2 827	„	4 606	126	—	755	119	287	5 893	2,09	12,42	23 154	14 316
53. Freienwalde i. Pomm.	2 824	Saatzig	1 603	960	—	—	179	724	3 466	1,23	8,96	18 864	10 872
54. Nörenberg	2 690	„	—	—	—	603	127	252	982	0,37	6,09	7 955	5 175
55. Fiddichow	2 612	Greifenhagen . .	852	180	—	788	118	306	2 244	0,86	7,07	14 374	11 713
56. Zanow	2 606	Schlawe	—	152	—	—	131	135	418	0,16	0,63	44 729	11 381
57. Bahn	2 469	Greifenhagen . .	3 201	1 544	—	—	280	424	5 449	2,21	14,66	10 943	16 058
58. Ratzebuhr	2 462	Neustettin	2 850	17	—	—	164	—	3 031	1,23	20,82	6 878	3 905
59. Daber	2 273	Naugard	454	114	—	647	253	385	1 853	0,81	5,74	19 236	7 338
60. Bärwalde i. Pomm. .	2 262	Neustettin	2 481	237	—	—	121	267	3 106	1,37	10,53	14 567	9 021
61. Lassan	2 256	Greifswald	1 564	—	—	786	359	198	2 907	1,29	10,88	13 025	7 970
62. Garz auf Rügen . . .	2 064	Rügen	1 169	—	—	663	649	395	2 876	1,39	13,77	8 006	7 044
63. Leba	1 966	Lauenburg i. P.	780	—	—	—	80	103	963	0,49	6,44	6 908	5 781
64. Gützkow	1 916	Greifswald	672	56	—	401	64	150	1 343	0,70	6,08	9 181	9 129
65. Neuwarpe	1 914	Ueckermünde . . .	—	—	—	—	—	142	142	0,08	1,81	3 487	3 151
66. Jacobshagen	1 833	Saatzig	719	22	—	404	60	—	1 205	0,66	6,13	9 923	6 054
67. Usedom	1 765	Usedom-Wollin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

nach dem Stande vom 31. März 1914

Gemeindesteuern, und zwar

der gesamten
Gemeindesteuern
(Sp. 8a und 15a)

Schulden am 31. März 1914

der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen	Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 15a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20	
43 820	4 522	40	—	621 188	24,10	90,27	688 118	26,69	4 924 338	583 800	1 847 975	6 772 313	262,72	735 000	6.
49 509	1 530	120	—	486 825	19,76	93,46	520 891	21,15	5 809 305	171 481	—	5 809 305	235,83	—	7.
54 253	7 087	80	—	420 598	27,01	87,82	478 923	30,75	6 381 447	—	—	6 381 447	409,75	80 000	8.
53 171	—	80	—	361 871	23,26	94,15	384 368	24,71	2 410 317	—	35 300	2 445 617	157,20	35 500	9.
28 247	2 490	—	—	231 194	15,60	92,81	249 105	16,81	1 888 773	—	—	1 888 773	127,47	—	10.
16 947	812	80	—	214 073	16,78	88,68	241 393	18,93	1 877 450	—	30 846	1 908 296	149,61	86 714	11.
30 153	3 070	—	—	244 065	19,62	92,23	264 640	21,28	1 825 575	—	—	1 825 575	146,77	—	12.
28 027	—	40	—	251 553	21,82	92,53	271 860	23,58	661 078	23 200	—	661 078	57,34	95 000	13.
21 888	—	40	—	193 164	18,66	94,52	204 365	19,74	1 868 071	—	—	1 868 071	180,42	—	14.
12 296	—	40	—	121 659	11,89	96,22	126 432	12,36	640 005	—	—	640 005	62,57	—	15.
13 872	1 035	40	—	161 047	18,28	95,57	168 507	19,13	601 506	—	17 089	618 595	70,23	—	16.
18 866	705	80	—	175 959	20,37	94,72	185 772	21,50	378 148	—	18 000	495 958	57,40	—	17.
13 913	435	—	—	147 348	17,35	90,93	162 043	19,08	1 347 061	—	—	1 347 061	158,61	—	18.
17 070	850	—	—	142 220	17,41	92,48	153 787	18,83	1 038 997	—	9 500	1 048 497	128,40	—	19.
14 231	765	80	—	121 749	15,49	94,60	128 703	16,37	401 198	—	—	401 198	51,04	6 500	20.
15 294	633	—	—	144 399	18,66	96,55	149 564	19,33	123 401	—	184 781	308 182	39,84	—	21.
12 437	354	—	—	98 938	12,92	91,18	108 508	14,17	378 148	—	—	378 148	49,87	—	22.
20 680	248	40	—	163 750	21,47	96,30	170 036	22,29	828 324	—	—	828 324	108,59	—	23.
11 213	—	—	—	118 880	16,06	98,13	121 141	16,37	948 206	—	—	948 206	128,12	—	24.
18 704	—	—	—	147 427	20,73	96,66	152 514	21,45	502 038	—	45 744	547 782	77,04	—	25.
8 417	1 071	—	—	95 431	14,97	95,68	99 737	15,64	428 248	—	3 735	431 983	67,75	—	26.
11 970	—	—	—	74 876	11,85	93,79	79 830	12,63	707 970	—	—	707 970	112,02	—	27.
10 555	885	40	—	92 235	15,35	93,13	99 034	16,49	336 893	—	—	336 893	56,08	—	28.
15 941	725	40	—	111 304	18,76	97,51	114 144	19,24	529 740	—	—	529 740	89,29	—	29.
14 425	870	—	—	125 748	21,22	97,21	129 362	21,83	595 377	—	40 000	635 377	107,24	—	30.
11 814	—	—	—	104 321	19,17	91,87	113 551	20,87	720 730	—	—	720 730	132,49	63 000	31.
8 678	1 247	40	—	90 094	17,00	96,60	93 269	17,60	174 374	—	—	174 374	32,90	36 750	32.
10 966	510	80	—	91 565	17,30	94,19	97 208	18,37	185 827	—	—	185 827	35,11	—	33.
14 869	511	40	—	106 624	20,78	94,19	113 200	22,06	770 619	—	7 500	778 119	151,65	3 772	34.
7 133	—	40	—	66 235	13,94	94,32	70 221	14,78	383 695	—	—	383 695	80,78	—	35.
8 190	600	40	—	70 764	15,09	93,21	75 918	16,18	280 784	—	2 400	283 184	60,37	—	36.
6 794	1 129	—	—	64 000	14,11	88,88	72 008	15,87	52 563	—	—	52 563	11,59	—	37.
4 216	620	—	—	47 553	10,75	88,23	53 894	12,18	224 915	—	—	224 915	50,84	—	38.
6 579	570	—	—	65 854	14,93	97,66	67 435	15,29	402 584	—	21 400	423 984	96,16	—	39.
11 177	660	120	—	81 110	19,29	92,90	87 308	20,77	284 544	—	—	284 544	67,67	—	40.
7 052	981	80	—	70 436	17,01	96,35	73 101	17,65	116 990	—	46 723	163 713	39,53	—	41.
7 265	—	—	—	58 061	15,44	90,79	63 952	17,01	477 537	—	—	477 537	127,00	—	42.
5 460	445	—	—	39 783	10,89	91,21	43 619	11,94	291 050	—	—	291 050	79,65	—	43.
5 472	480	—	—	60 643	16,65	90,97	66 661	18,30	489 928	—	21 000	489 928	134,48	—	44.
3 564	—	40	—	37 560	10,75	93,04	40 371	11,55	129 114	—	—	129 114	36,94	—	45.
3 890	400	—	—	49 549	14,44	93,91	52 764	15,38	168 565	—	100 913	269 478	78,57	—	46.
4 176	—	—	—	35 166	10,77	94,85	37 075	11,85	225 628	—	—	225 628	69,08	—	47.
17 732	798	—	2 570	70 476	21,78	94,73	74 394	22,99	145 868	—	—	145 868	45,08	—	48.
3 526	375	—	—	36 151	11,67	87,19	41 463	13,38	234 106	—	—	234 106	75,54	—	49.
3 433	330	—	—	30 500	10,41	93,16	32 740	11,17	80 163	—	117 975	198 138	67,62	—	50.
4 590	415	—	—	31 135	11,01	96,50	32 265	11,41	141 448	—	—	141 448	50,02	—	51.
4 095	—	—	—	41 565	14,70	87,58	47 458	16,79	153 512	—	—	153 512	54,30	—	52.
5 119	380	—	—	35 235	12,47	91,04	38 701	13,70	151 529	—	17 000	168 529	59,68	61 400	53.
2 018	—	—	—	15 148	5,63	93,91	16 130	6,00	100 071	—	—	100 071	37,20	—	54.
2 868	536	—	—	29 491	11,29	92,93	31 735	12,15	76 418	—	—	76 418	29,26	—	55.
9 193	280	—	—	65 583	25,17	99,37	66 001	25,33	141 412	—	13 000	154 412	59,25	—	56.
4 709	—	—	—	31 710	12,84	85,34	37 159	15,05	110 910	—	1 400	112 310	45,49	—	57.
523	220	—	—	11 526	4,68	79,18	14 557	5,91	126 835	—	—	126 835	51,52	—	58.
3 852	—	—	—	30 426	13,39	94,26	32 279	14,20	48 674	—	—	48 674	21,41	—	59.
2 801	—	—	—	26 389	11,67	89,47	29 495	13,04	47 810	—	—	47 810	21,14	—	60.
2 810	—	—	—	23 805	10,55	89,12	26 712	11,84	53 049	—	62 058	115 107	51,02	32 100	61.
2 649	307	—	—	18 006	8,73	86,23	20 882	10,12	175 087	—	—	175 087	84,83	—	62.
848	450	—	—	13 987	7,11	93,56	14 950	7,60	95 300	—	—	95 300	48,47	—	63.
2 262	157	—	—	20 729	10,82	93,92	22 072	11,52	193 541	—	18 500	212 041	110,67	—	64.
1 080	—	—	—	7 718	4,03	98,19	7 860	4,11	83 267	—	7 000	90 267	47,16	—	65.
2 116	363	—	—	18 456	10,07	93,87	19 661	10,73	108 575	—	—	108 575	59,23	—	66.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
St a d t g e m e i n d e n * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schenk- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
									über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	M	M	M	M	M	M	M	M	%	M	M
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	ga	gb	gc	9	10
Noch: 5. Provinz Pommern.													
68. GroßStepenitz Flecken	1 673	Cammin	331	—	—	—	194	219	744	0,45	3,23	12 326	6 637
69. Richtenberg	1 640	Franzburg	1 653	120	—	—	276	121	2 170	1,32	7,86	15 044	6 591
70. Damgarten	1 632	„	1 528	—	—	564	218	154	2 464	1,51	9,95	11 705	7 810
71. Penkun	1 624	Randow	700	—	—	—	100	400	1 200	0,74	4,08	13 544	10 895
72. Franzburg	1 505	Franzburg	438	—	—	409	178	173	1 198	0,80	9,01	7 562	3 754
73. Zachan	1 337	Saatzig	1 350	28	—	—	—	274	1 652	1,23	8,61	8 384	7 340
6. Provinz Posen.													
1. Posen	169 023	Stadtkreis . . .	133 649	38 718	—	60 020	98 570	36 685	367 642	2,17	6,47	2 927 025	1 914 896
2. Bromberg	61 735	„	91 755	1 664	—	28 434	58 973	18 041	198 867	3,22	9,81	1 167 636	492 332
3. Schneidemühl	29 261	„	18 771	5 393	2 275	12 088	7 581	5 322	51 430	1,76	7,36	410 133	184 684
4. Gnesen	26 762	Gnesen	15 876	1 673	4 200	—	7 739	3 370	32 858	1,23	9,20	160 962	119 267
5. Hohensalza	25 729	Hohensalza . . .	5 260	458	—	9 801	2 940	3 836	22 295	0,86	3,30	430 335	133 344
6. Lissa	17 614	Lissa	6 710	4 323	—	5 355	4 892	3 366	24 646	1,40	6,60	220 504	88 768
7. Ostrowo	15 486	Ostrowo	9 646	1 473	1 050	2 935	2 893	2 476	20 473	1,32	9,48	108 290	59 384
8. Krotoschin	13 247	Krotoschin . . .	4 426	3 148	—	4 305	688	1 623	14 190	1,07	8,53	85 065	47 055
9. Rawitsch	12 021	Rawitsch	5 931	412	—	5 396	1 849	2 122	15 710	1,31	8,00	107 391	51 882
10. Nakel	9 036	Wirnitz	4 609	—	1 300	3 040	701	1 030	10 680	1,18	5,87	85 463	60 028
11. Kosten	8 642	Kosten	5 287	373	—	1 990	370	825	8 845	1,02	7,37	69 303	24 777
12. Fraustadt	7 919	Fraustadt	3 289	1 107	—	2 239	974	1 140	8 749	1,11	5,48	102 533	29 579
13. Schönlanke	7 902	Czarnikau	6 019	400	800	1 524	1 161	800	10 704	1,35	7,01	75 306	45 005
14. Pleschen	7 899	Pleschen	5 373	1 980	—	1 661	402	1 105	10 521	1,33	9,03	56 561	32 914
15. Kolmar in Posen	7 323	Kolmar i. Posen .	2 964	1 805	550	2 406	470	1 366	9 561	1,31	7,39	58 240	37 438
16. Schrimm	7 184	Schrimm	2 879	96	—	1 100	345	633	5 083	0,71	6,58	38 267	23 879
17. Samter	7 095	Samter	3 189	604	—	1 432	472	910	6 607	0,93	6,60	47 539	29 001
18. Wreschen	7 004	Wreschen	1 496	320	550	1 095	629	1 001	5 091	0,73	3,35	77 826	31 249
19. Schwerin a./Warthe . . .	6 938	Schwerin a./W. .	1 566	471	—	2 016	672	900	5 625	0,81	7,36	36 337	26 350
20. Kempen i. Posen	6 928	Kempen i. Pos. .	4 950	1 876	—	2 075	401	589	9 891	1,43	8,02	73 853	25 945
21. Schroda	6 925	Schroda	3 906	466	—	1 353	399	1 025	7 149	1,03	7,70	53 118	21 953
22. Wongrowitz	6 840	Wongrowitz . . .	4 292	2 046	150	2 488	863	1 185	11 024	1,61	10,97	46 869	27 998
23. Jarotschin	6 588	Jarotschin	2 288	2 340	—	2 106	180	680	7 594	1,15	5,67	87 726	28 916
24. Meseritz	6 353	Meseritz	4 616	1 038	—	2 108	784	1 569	10 115	1,59	7,96	71 360	35 836
25. Gostyn	6 235	Gostyn	3 000	500	—	1 600	236	600	5 936	0,95	5,38	56 646	23 105
26. Grätz	5 931	Grätz	1 168	—	—	22 716	281	679	24 844	4,19	20,95	56 430	27 570
27. Schildberg	5 870	Schildberg	—	369	—	543	345	367	1 624	0,27	2,73	34 669	16 051
28. Rogasen	5 829	Obornik	2 295	565	—	1 399	235	514	5 008	0,86	7,37	34 365	23 652
29. Tremessen	5 351	Mogilno	7 193	421	575	1 633	562	675	11 059	2,06	18,48	23 383	19 222
30. Birnbaum	5 333	Birnbaum	2 144	31	—	—	498	1 110	3 783	0,71	3,46	64 255	28 440
31. Crone	5 301	Bromberg	3 385	20	300	2 009	469	770	6 953	1,31	11,73	25 332	17 615
32. Strelno	5 225	Strelno	2 102	593	—	738	521	465	4 419	0,85	6,45	32 150	20 798
33. Koschmin	5 134	Koschmin	1 284	557	—	1 591	278	495	4 205	0,82	8,22	22 820	18 040
34. Mogilno	5 042	Mogilno	2 877	75	762	817	447	477	5 455	1,08	7,77	39 171	18 580
35. Czarnikau	4 960	Czarnikau	4 312	201	—	1 766	540	696	7 515	1,52	7,73	42 598	31 541
36. Bentschen	4 855	Meseritz	2 802	624	—	1 885	439	704	6 454	1,33	7,63	47 342	24 622
37. Filehne	4 613	Filehne	2 721	124	—	1 016	637	473	4 971	1,08	5,66	47 302	23 160
38. Obornik	4 567	Obornik	2 591	271	—	1 238	288	547	4 935	1,08	7,14	39 020	18 424
39. Znin	4 545	Znin	2 747	656	—	855	250	654	5 162	1,14	4,65	47 930	27 080
40. Wollstein	4 435	Bomst	1 230	509	—	1 753	320	627	4 439	1,00	6,54	37 581	17 626
41. Schulitz	4 373	Bromberg	1 757	144	—	1 176	215	270	3 562	0,81	5,30	34 388	16 434
42. Wronke	4 122	Samter	2 905	—	—	1 029	180	705	4 819	1,17	7,67	31 875	17 238
43. Schmiegell	3 956	Schmiegell	1 804	—	—	1 228	220	501	3 753	0,95	6,31	32 834	16 367
44. Buk	3 824	Grätz	1 148	244	—	590	263	333	2 578	0,67	5,16	25 080	16 794
45. Exin	3 777	Schubin	3 337	34	450	744	118	655	5 338	1,41	11,02	23 621	14 275
46. Pakosch	3 609	Mogilno	798	227	318	409	203	105	2 060	0,57	3,13	32 598	13 558
47. Pudewitz	3 601	Posen Ost	2 636	249	—	757	150	327	4 119	1,14	10,46	18 822	11 809
48. Argenu	3 497	Hohensalza	2 182	926	150	863	281	350	4 752	1,36	8,25	28 968	15 340
49. Kotschin ²⁾	3 468	Schroda	1 217	—	—	—	162	231	1 610	0,47	5,68	12 746	11 792
50. Schwarsenz	3 436	Posen Ost	1 340	202	—	739	100	789	3 170	0,92	8,58	18 724	10 728
51. Opalenitz	3 381	Grätz	1 211	41	—	490	183	308	2 233	0,66	3,22	44 406	14 597
52. Zirke	3 360	Birnbaum	1 567	—	—	702	203	246	2 718	0,81	9,17	15 678	8 622

1) darunter 30 M. Automatensteuer. — 2) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
2 959	336	—	—	22 258	13,30	96,77	23 002	13,75	47 000	—	—	47 000	28,09	—	68.	
3 348	465	—	—	25 448	15,52	92,14	27 618	16,81	304 520	—	—	304 520	185,68	—	69.	
2 694	95	—	—	22 304	13,67	90,05	24 768	15,18	61 218	—	—	61 218	37,51	—	70.	
3 499	303	—	—	28 241	17,39	95,92	29 441	18,13	73 918	—	—	73 918	45,52	19 000	71.	
726	60	—	—	12 102	8,04	90,99	13 300	8,81	422 320	—	—	422 320	280,61	—	72.	
1 577	225	—	—	17 526	13,11	91,39	19 178	14,34	36 478	—	—	36 478	27,28	2 000	73.	
															6.	
411 944	44 897	—	12 594	5 311 356	31,42	93,53	5 678 998	33,60	42 794 137	32 573 700	5 907 358	48 701 495	288,14	3 001 000	1.	
162 997	6 306	—	—	1 829 271	29,63	90,19	2 028 138	32,85	13 475 216	12 650 500	856 808	14 332 024	232,15	3 136 594	2.	
47 159	5 344	280	—	647 600	22,13	92,64	699 030	23,89	6 609 540	—	269 496	6 879 036	235,09	655 000	3.	
41 741	2 340	—	—	324 310	12,12	90,80	357 168	13,35	4 986 177	3 870 300	68 400	5 054 577	188,87	—	4.	
84 585	5 700	—	—	653 964	25,42	96,70	676 259	26,28	5 763 532	749 400	141 246	5 904 778	229,50	—	5.	
39 240	—	—	—	348 512	19,79	93,40	373 158	21,19	5 594 212	—	—	5 594 212	317,60	—	6.	
26 204	1 545	40	—	195 463	12,62	90,82	215 936	13,94	3 797 574	—	—	3 797 574	245,23	256 000	7.	
18 434	1 596	40	—	152 190	11,49	91,47	166 380	12,56	2 836 500	1 130 100	13 540	2 850 040	215,15	—	8.	
20 125	1 116	40	—	180 554	15,02	92,00	196 264	16,33	1 981 049	—	12 100	1 993 149	165,81	—	9.	
23 503	2 308	—	—	171 302	18,96	94,13	181 982	20,14	1 222 555	—	15 859	1 238 414	137,05	—	10.	
17 014	—	—	—	111 094	12,86	92,63	119 939	13,88	900 003	—	—	900 003	104,14	96 055	11.	
18 611	—	40	—	150 763	19,04	94,52	159 512	20,14	1 880 342	730 500	—	1 880 342	237,45	—	12.	
19 525	1 500	—	—	141 336	17,89	92,96	152 040	19,24	883 937	—	1 650	885 587	112,07	—	13.	
14 737	1 461	—	—	105 673	13,38	90,95	116 194	14,71	839 973	—	—	839 973	106,34	10 000	14.	
23 215	849	—	—	119 742	16,35	92,61	129 303	17,66	1 711 484	—	43 825	1 755 309	239,70	—	15.	
8 917	1 098	—	—	72 161	10,04	93,42	77 244	10,75	524 812	—	—	524 812	73,05	—	16.	
16 198	650	40	—	93 428	13,17	93,40	100 035	14,10	776 581	—	—	776 581	109,45	—	17.	
36 212	1 790	—	—	147 077	21,00	96,65	152 168	21,73	1 772 560	—	—	1 772 560	253,08	—	18.	
7 008	1 104	—	—	70 799	10,21	92,64	76 424	11,02	515 058	—	—	515 058	74,24	—	19.	
12 742	880	—	—	113 420	16,37	91,98	123 311	17,80	507 916	—	—	507 916	73,31	—	20.	
10 258	375	—	—	85 704	12,88	92,30	92 853	13,41	1 035 005	—	—	1 035 005	149,46	13 446	21.	
10 917	3 700	—	—	89 484	13,08	89,03	100 508	14,69	328 058	—	—	328 058	47,96	—	22.	
9 022	786	—	—	126 450	19,19	94,33	134 044	20,35	637 042	—	—	637 042	96,70	—	23.	
9 749	—	—	—	116 945	18,41	92,04	127 060	20,00	499 082	—	—	499 082	78,56	—	24.	
23 740	909	—	—	104 400	16,75	94,62	110 336	17,70	367 157	—	—	367 157	58,89	—	25.	
9 724	—	—	—	93 724	15,80	79,05	118 568	19,99	540 095	—	—	540 095	91,06	—	26.	
6 671	—	—	—	57 391	9,78	97,25	59 015	10,05	427 220	—	7 252	434 472	74,02	—	27.	
4 778	182	—	—	62 977	10,80	92,63	67 985	11,66	376 114	—	9 000	385 114	66,07	—	28.	
5 674	505	—	—	48 784	9,12	81,52	59 843	11,18	350 972	—	—	350 972	65,59	—	29.	
11 462	1 260	80	—	105 497	19,78	96,54	109 280	20,49	291 162	—	4 000	295 162	55,35	—	30.	
8 818	547	—	—	52 312	9,87	88,27	59 265	11,18	293 650	—	—	293 650	55,40	—	31.	
10 175	936	—	—	64 059	12,26	93,55	68 478	13,11	126 839	—	30 000	156 839	30,02	5 800	32.	
5 312	752	—	—	46 924	9,14	91,78	51 129	9,96	267 513	—	—	267 513	52,11	3 785	33.	
6 359	676	—	—	64 786	12,85	92,23	70 241	13,93	402 248	—	—	402 248	79,78	—	34.	
13 832	1 710	—	—	89 681	18,08	92,27	97 196	19,60	556 878	—	3 548	560 426	112,99	—	35.	
6 206	—	—	—	78 170	16,10	92,37	84 624	17,43	463 545	—	—	463 545	95,48	—	36.	
11 198	1 130	—	—	82 790	17,95	94,34	87 761	19,02	297 825	—	900	298 725	64,76	—	37.	
6 268	450	—	—	64 162	14,05	92,86	69 097	15,13	374 991	—	—	374 991	82,11	2 000	38.	
29 300	1 645	—	—	105 955	23,31	95,35	111 117	24,45	506 718	—	—	506 718	111,49	—	39.	
7 681	500	—	—	63 388	14,29	93,46	67 827	15,29	1 023 380	—	19 820	1 043 200	235,22	—	40.	
11 620	1 140	40	—	63 622	14,55	94,70	67 184	15,36	228 088	—	—	228 088	52,16	—	41.	
8 504	370	—	—	57 987	14,07	92,33	62 806	15,24	464 138	—	—	464 138	112,60	—	42.	
6 080	415	—	—	55 696	14,08	93,69	59 449	15,03	447 759	—	9 000	456 759	115,46	24 541	43.	
4 900	570	—	—	47 344	12,38	94,84	49 922	13,05	341 150	—	—	341 150	89,21	—	44.	
4 894	303	—	—	43 093	11,41	88,98	48 431	12,82	105 709	—	—	105 709	27,99	—	45.	
16 678	588	390	—	63 812	17,58	96,87	65 872	18,25	476 680	—	—	476 680	132,08	21 750	46.	
4 055	569	—	—	35 255	9,79	89,54	39 374	10,93	108 126	—	3 200	111 326	30,92	—	47.	
7 783	736	—	—	52 827	15,11	91,75	57 579	16,47	487 375	—	—	487 375	139,37	—	48.	
1 793	414	—	—	26 745	7,71	94,32	28 355	8,18	115 643	—	—	115 643	33,35	—	49.	
3 503	825	—	—	33 780	9,83	91,42	36 950	10,75	5 575	—	—	5 575	1,62	—	50.	
7 711	352	—	—	67 066	19,84	96,78	69 299	20,50	61 184	—	—	61 184	18,10	—	51.	
2 619	—	—	—	26 919	8,01	90,83	29 637	8,82	169 162	—	22 645	191 807	57,09	—	52.	

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zessions- steuer	der Bier-, Braun- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 10a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 6. Provinz Posen.													
53. Pinne	3 114	Samter	1 340	—	—	—	227	214	1 781	0,57	4,72	18 954	10 960
54. Zduny	3 083	Krotoschin . . .	3 849	124	—	360	193	141	4 667	1,51	7,16	38 219	9 811
55. Schubin	2 988	Schubin	800	—	50	600	60	600	2 110	0,70	4,64	18 614	19 595
56. Kruschwitz	2 944	Strelno	385	—	—	583	135	215	1 318	0,45	1,96	47 373	8 455
57. Punitz	2 886	Gostyn	917	13	—	839	97	600	2 466	0,86	6,56	18 863	10 377
58. Sulmirschütz	2 777	Adelnau	—	84	—	—	30	—	114	0,04	100,00	—	—
59. Neustadt b. Pinne	2 748	Neutomischel . .	1 229	37	—	—	154	475	1 895	0,69	7,27	12 447	8 154
60. Görchen	2 691	Rawitsch	—	486	—	399	109	242	1 236	0,46	2,52	29 574	6 360
61. Miloslaw	2 683	Wreschen	985	43	—	412	68	320	1 828	0,68	6,55	12 419	8 824
62. Fordon	2 574	Bromberg	1 496	—	—	545	187	242	2 470	0,96	7,34	18 240	8 680
63. Kurnik	2 519	Schrimm	1 449	150	—	378	96	217	2 290	0,91	9,50	9 200	9 010
64. Mrotschen	2 516	Wirsitz	3 430	169	—	669	175	173	4 616	1,84	10,92	15 881	14 545
65. Usch	2 472	Kolmar i. Posen	903	230	413	699	136	325	2 706	1,09	7,91	13 304	14 432
66. Kröben	2 451	Gostyn	1 481	197	—	315	85	63	2 141	0,87	8,77	10 733	8 220
67. Lobsens	2 384	Wirsitz	1 568	90	—	—	325	339	2 322	0,97	7,89	13 938	7 232
68. Adelnau	2 378	Adelnau	2 260	324	—	811	149	220	3 764	1,58	11,22	14 839	11 300
69. Janowitz	2 377	Znin	461	471	150	980	312	652	3 026	1,27	6,93	22 562	9 896
70. Neutomischel	2 373	Neutomischel . .	—	—	—	—	280	1 150	1 430	0,60	3,71	22 136	9 966
71. Tirschtiegel	2 366	Meseritz	1 404	626	—	—	106	648	2 784	1,18	13,07	9 412	6 415
72. Bojanowo	2 325	Rawitsch	2 338	452	—	541	295	284	3 910	1,68	10,64	20 616	8 484
73. Kobylin	2 292	Krotoschin	—	412	—	—	119	—	531	0,23	2,91	8 843	6 002
74. Borek	2 280	Koschmin	767	—	—	407	90	470	1 734	0,76	8,46	9 241	6 926
75. Rakwitz	2 221	Bomst	—	150	—	—	70	195	415	0,19	2,19	10 317	5 507
76. Labischin	2 184	Schubin	733	31	—	423	81	347	1 615	0,74	5,56	12 905	10 352
77. Margonin	2 120	Kolmar i. Posen	1 493	—	—	399	113	344	2 349	1,11	10,25	11 826	7 017
78. Czempin	2 105	Kosten	829	175	—	338	86	135	1 563	0,74	6,81	10 480	7 693
79. Budzin	2 084	Kolmar i. Posen	932	136	—	—	75	—	1 143	0,55	6,02	8 655	7 365
80. Moschin	2 003	Schrimm	1 396	—	—	533	114	179	2 222	1,11	10,22	10 336	6 494
81. Samotschin	1 979	Kolmar i. Posen	1 700	3	—	—	—	520	2 223	1,12	7,63	13 297	9 614
82. Kletzko	1 920	Gnesen	1 095	294	—	412	128	162	2 091	1,09	12,45	7 143	4 916
83. Witkowo	1 896	Witkowo	500	1 000	—	—	30	120	1 650	0,87	6,10	13 055	7 952
84. Betsche	1 872	Meseritz	645	—	—	—	15	295	955	0,51	11,89	2 978	3 077
85. Kriewen	1 865	Kosten	1 610	702	—	247	35	112	2 706	1,45	15,80	6 326	6 564
86. Jutroschin	1 863	Rawitsch	1 180	—	—	524	71	234	2 009	1,08	25,32	2 760	2 305
87. Bomst	1 861	Bomst	—	—	—	—	38	183	221	0,12	1,76	5 806	5 349
88. Wielichowo	1 815	Schmiegel	1 359	188	—	—	23	86	1 656	0,91	17,89	3 772	3 043
89. Stenschewo	1 797	Posen West	885	12	—	488	76	180	1 641	0,91	8,69	8 670	6 606
90. Raschkow	1 769	Adelnau	1 997	—	—	450	23	27	2 497	1,41	14,50	6 534	6 050
91. Dolzig	1 767	Schrimm	450	400	—	—	30	30	910	0,51	11,93	3 502	2 408
92. Obersitzko	1 760	Samter	549	200	50	339	98	149	1 385	0,79	7,37	8 310	5 549
93. Pogorzela	1 737	Koschmin	748	442	—	203	60	—	1 453	0,84	17,72	3 550	2 629
94. Murowana-Goslin	1 720	Obornik	64	—	—	348	183	213	808	0,47	3,89	11 010	6 542
95. Bartschin	1 700	Schubin	1 085	63	150	713	65	67	2 143	1,26	10,92	7 116	6 383
96. Zerkow	1 642	Jarotschin	636	49	—	—	42	47	774	0,47	4,74	7 422	5 659
97. Unruhstadt	1 619	Bomst	779	—	—	311	103	210	1 403	0,87	11,41	6 466	3 026
98. Grabow	1 616	Schildberg	749	130	—	—	53	150	1 082	0,67	7,65	7 010	4 210
99. Storchnest	1 593	Lissa	740	161	—	257	21	76	1 255	0,79	11,30	5 794	2 569
100. Schokken	1 554	Wongrowitz	—	22	—	—	119	126	267	0,17	1,33	10 266	6 685
101. Wirsitz	1 542	Wirsitz	1 104	103	—	—	82	258	1 547	1,00	6,29	11 301	8 148
102. Wissek	1 530	—	1 095	14	—	249	81	294	1 733	1,13	20,96	3 223	2 386
103. Blesen	1 516	Schwerin a./W. . . .	879	179	—	—	154	161	1 373	0,91	15,54	3 799	3 003
104. Schwetzkau	1 496	Lissa	405	327	—	268	46	100	1 146	0,77	6,90	7 417	6 818
105. Mixstadt	1 494	Schildberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
106. Sandberg	1 492	Gostyn	432	23	—	224	82	30	791	0,53	10,11	3 483	2 452
107. Gembitz	1 445	Mogilno	324	—	—	135	34	84	577	0,40	5,34	4 375	4 286
108. Schwarzenau	1 404	Witkowo	1 077	—	—	—	89	—	1 166	0,83	9,97	4 291	4 689
109. Gollantsch	1 373	Wongrowitz	500	—	—	—	10	240	750	0,55	4,03	9 430	6 068
110. Santomischel	1 360	Schroda	291	—	—	255	78	116	740	0,54	7,77	4 793	3 141
111. Marktädt	1 356	Wongrowitz	97	—	—	—	77	69	243	0,18	3,12	3 259	3 539
112. Bnin	1 347	Schrimm	200	—	—	—	—	—	200	0,15	2,75	2 665	3 604
113. Sarne	1 342	Rawitsch	—	—	—	372	86	240	698	0,52	6,56	6 473	2 805

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen			
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		über- haupt		auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuern (Sp. 16a) %											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
5 700	360	—	—	35 974	11,55	95,28	37 755	12,12	101 301	—	—	101 301	32,53	3 000	53.		
11 760	745	—	—	60 535	19,64	92,84	65 202	21,15	153 520	—	—	153 520	49,80	—	54.		
4 082	1 058	—	—	43 349	14,51	95,36	45 459	15,21	134 898	—	—	134 898	45,15	—	55.		
9 775	431	—	—	66 034	22,43	98,04	67 352	22,88	176 457	—	—	176 457	59,94	11 756	56.		
5 353	510	—	—	35 103	12,16	93,44	37 569	13,02	143 780	—	9 000	152 780	52,94	—	57.		
—	—	—	—	—	—	—	114	0,04	59 583	—	—	59 583	21,46	—	58.		
3 192	386	—	—	24 179	8,80	92,73	26 074	9,49	110 301	—	—	110 301	40,14	—	59.		
11 817	—	—	—	47 751	17,74	97,48	48 987	18,20	158 418	—	—	158 418	58,87	—	60.		
4 202	649	—	—	26 094	9,73	93,45	27 922	10,41	48 189	—	—	48 189	17,96	—	61.		
4 050	225	—	—	31 195	12,12	92,66	33 665	13,08	—	—	15 000	15 000	5,83	—	62.		
3 026	580	—	—	21 816	8,66	90,50	24 106	9,57	205 162	—	—	205 162	81,45	—	63.		
6 398	821	—	—	37 645	14,96	89,08	42 261	16,80	168 536	—	—	168 536	66,99	10 754	64.		
3 483	303	—	—	31 522	12,75	92,09	34 228	13,85	30 867	—	—	30 867	12,49	—	65.		
3 112	200	—	—	22 265	9,08	91,23	24 406	9,96	157 660	—	—	157 660	64,32	3 000	66.		
5 355	585	—	—	27 110	11,37	92,11	29 432	12,35	439 986	—	—	439 986	184,56	—	67.		
2 997	661	—	—	29 797	12,53	88,78	33 561	14,11	357 878	—	—	357 878	150,50	—	68.		
7 738	421	—	—	40 617	17,09	93,07	43 643	18,36	199 150	—	1 564	200 714	84,44	—	69.		
4 503	487	—	—	37 092	15,63	96,29	38 522	16,23	302 840	—	9 500	312 340	131,62	—	70.		
2 354	335	—	—	18 516	7,88	86,93	21 300	9,00	220 599	—	7 500	228 099	96,41	—	71.		
3 754	—	—	—	32 854	14,13	89,36	36 764	15,81	385 485	—	41 000	426 485	183,43	—	72.		
2 392	457	—	—	17 694	7,72	97,09	18 225	7,95	78 394	—	1 200	79 594	34,73	—	73.		
2 607	—	—	—	18 774	8,23	91,54	20 508	8,99	133 490	—	—	133 490	58,55	3 500	74.		
2 700	—	—	—	18 524	8,34	97,81	18 939	8,53	126 611	—	13 400	140 011	63,04	—	75.		
3 242	882	30	—	27 411	12,55	94,44	29 026	13,29	211 473	—	—	211 473	96,83	—	76.		
1 620	107	—	—	20 570	9,70	89,75	22 919	10,81	132 982	—	—	132 982	62,73	—	77.		
2 814	408	—	—	21 395	10,16	93,19	22 958	10,91	87 940	—	—	87 940	41,78	—	78.		
1 514	319	—	—	17 853	8,57	93,98	18 996	9,12	115 260	—	—	115 260	55,31	—	79.		
2 700	—	—	—	19 530	9,75	89,78	21 752	10,86	93 463	—	—	93 463	46,66	20 346	80.		
3 551	370	—	—	26 832	13,56	92,35	29 055	14,68	116 498	—	6 100	122 598	61,95	3 000	81.		
2 306	341	—	—	14 706	7,66	87,55	16 797	8,75	123 116	—	—	123 116	64,12	—	82.		
4 143	264	—	—	25 414	13,40	93,90	27 064	14,27	135 553	—	—	135 553	71,49	25 000	83.		
832	190	—	—	7 077	3,78	88,11	8 032	4,29	40 200	—	—	40 200	21,47	—	84.		
1 408	120	—	—	14 418	7,73	84,20	17 124	9,18	132 978	—	—	132 978	71,30	4 900	85.		
727	133	—	—	5 925	3,18	74,68	7 934	4,26	87 246	—	—	87 246	46,83	—	86.		
1 207	—	—	—	12 362	6,64	98,24	12 583	6,76	136 967	—	—	136 967	73,60	—	87.		
638	150	—	—	7 603	4,19	82,11	9 259	5,10	47 421	—	792	48 213	26,56	—	88.		
1 700	272	—	—	17 248	9,60	91,31	18 889	10,51	83 925	—	—	83 925	46,70	5 000	89.		
1 945	192	—	—	14 721	8,32	85,50	17 218	9,73	64 055	—	—	64 055	36,21	—	90.		
646	160	—	—	6 716	3,80	88,07	7 626	4,32	—	—	3 713	3 713	2,10	—	91.		
3 023	516	—	—	17 398	9,88	92,63	18 783	10,67	85 360	—	—	85 360	48,50	—	92.		
566	—	—	—	6 745	3,88	82,28	8 198	4,72	80 779	—	—	80 779	46,50	2 500	93.		
1 989	397	—	—	19 938	11,59	96,11	20 746	12,06	99 438	—	130	99 568	57,89	6 200	94.		
3 489	495	—	—	17 483	10,28	89,08	19 626	11,54	165 706	—	—	165 706	97,47	—	95.		
2 129	361	—	—	15 571	9,48	95,26	16 345	9,95	35 736	—	—	35 736	21,76	—	96.		
1 396	—	—	—	10 888	6,73	88,59	12 291	7,59	94 453	—	—	94 453	58,34	—	97.		
1 424	413	—	—	13 057	8,08	92,35	14 139	8,75	96 019	—	—	96 019	59,42	—	98.		
1 380	112	—	—	9 855	6,19	88,70	11 110	6,97	29 200	—	—	29 200	18,33	—	99.		
2 395	413	—	—	19 759	12,71	98,67	20 026	12,89	116 896	—	5 239	122 135	78,59	—	100.		
3 125	493	—	—	23 067	14,96	93,71	24 614	15,96	59 994	—	—	59 994	38,91	—	101.		
772	155	—	—	6 536	4,27	79,04	8 269	5,40	30 200	—	—	30 200	19,74	—	102.		
537	125	—	—	7 464	4,92	84,46	8 837	5,83	46 255	—	—	46 255	30,51	—	103.		
1 072	150	—	—	15 457	10,33	93,10	16 603	11,10	12 667	—	—	12 667	8,47	—	104.		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	105.		
1 024	76	—	—	7 035	4,72	89,89	7 826	5,25	11 616	—	—	11 616	7,79	—	106.		
1 258	304	—	—	10 223	7,07	94,66	10 800	7,47	31 525	—	—	31 525	21,82	—	107.		
1 198	352	—	—	10 530	7,50	90,03	11 696	8,33	18 200	—	300	18 500	13,18	—	108.		
2 136	230	—	—	17 864	13,01	95,97	18 614	13,56	27 525	—	—	27 525	20,05	—	109.		
581	270	—	—	8 785	6,46	92,23	9 525	7,00	11 709	—	—	11 709	8,61	—	110.		
605	153	—	—	7 556	5,57	96,88	7 799	5,75	11 697	—	—	11 697	8,63	—	111.		
608	190	—	—	7 067	5,25	97,25	7 267	5,39	4 674	—	—	4 674	3,47	—	112.		
544	125	—	—	9 947	7,41	93,44	10 645	7,93	—	—	—	—	—	—	113.		

(Noch: Tab. I.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 6. Provinz Posen.													
114. Brätz	1 339	Meseritz	400	—	—	251	71	198	920	0,69	8,80	4 391	3 661
115. Dobrzyca	1 309	Krotoschin . . .	922	—	—	—	68	—	990	0,76	8,29	5 233	4 142
116. Ritschenwalde . . .	1 292	Obornik	1 184	874	—	457	35	108	2 658	2,06	20,45	4 918	4 201
117. Scharfenort	1 265	Samter	1 782	—	—	—	38	—	1 820	1,44	19,14	2 981	4 140
118. Reisen	1 233	Lissa	184	—	—	91	—	255	530	0,43	6,09	3 547	3 657
119. Rothenburg a./Obra	1 212	Bomst	79	—	—	176	134	—	389	0,32	5,41	3 465	2 815
120. Powidz	1 154	Witkowo	—	—	—	128	38	—	166	0,14	3,01	1 789	3 041
121. Friedheim	1 119	Wirsitz	1 337	203	—	—	155	67	1 762	1,57	11,92	5 236	6 076
122. Rogowo	1 057	Znin	80	—	—	358	—	206	644	0,61	3,64	14 274	1 601
123. Neustadt a./Warthe	1 036	Jarotschin	573	38	—	241	52	162	1 066	1,03	9,47	4 904	3 775
124. Netzwalde	998	Schubin	300	—	—	—	33	—	333	0,33	8,10	1 750	1 760
125. Gonsawa	935	Znin	190	—	—	—	20	—	210	0,22	2,62	3 600	2 956
126. Xions	870	Schrimm	400	114	—	200	45	120	879	1,01	8,36	4 857	3 036
127. Jaratschewo	846	Jarotschin	352	—	—	—	19	24	395	0,47	5,63	2 992	2 562
128. Kopnitz	807	Bomst	—	—	—	—	20	—	20	0,02	0,40	2 001	2 603
129. Schlichtingsheim . .	735	Fraustadt	92	—	—	305	61	100	558	0,76	11,09	2 144	1 685
7. Provinz Schlesien.													
1. Breslau	540 385	Stadtkreis	553 937	179 347	—	312 258	574 927	191 157	1 811 626	3,35	8,73	11 603 244	5 142 295
2. Görlitz	85 251	„	73 721	28 947	13 150	46 335	46 119	27 452	235 724	2,76	9,13	1 375 340	619 202
3. Königshütte O. S. . .	77 099	„	41 222	8 605	7 375	28 126	13 296	8 491	107 115	1,39	4,87	1 253 305	399 309
4. Liegnitz	70 841	„	77 215	45 113	25 580	29 762	34 449	22 784	234 903	3,32	13,35	917 692	442 907
5. Gleiwitz	70 168	„	48 903	15 757	—	38 301	26 820	11 867	141 648	2,02	5,29	1 470 865	558 671
6. Beuthen O./S.	68 436	„	62 511	42 950	12 810	40 799	43 323	8 210	210 603	3,08	9,42	1 152 443	499 604
7. Kattowitz	46 419	„	77 302	40 203	17 870	29 981	40 964	12 013	218 333	4,70	10,10	1 221 796	476 300
8. Ratibor	38 826	„	23 128	11 090	4 000	19 494	6 452	6 812	70 976	1,83	6,20	695 781	235 553
9. Oppeln	35 198	„	25 360	36 073	4 325	17 649	7 130	7 598	98 135	2,79	10,50	551 316	191 450
10. Schweidnitz	31 927	„	23 575	4 396	3 000	13 141	14 349	8 210	66 671	2,09	8,81	407 109	205 564
11. Neisse	31 047	„	8 972	5 390	5 705	12 197	16 679	6 240	55 183	1,78	8,97	317 808	176 117
12. Brieg	29 075	„	17 729	3 710	11 625	—	11 311	5 029	49 404	1,70	8,82	321 744	111 463
13. Glogau	25 840	Glogau	14 714	2 532	—	—	8 647	7 384	33 277	1,29	4,59	439 069	173 692
14. Grünberg i. Schl. . .	23 662	Grünberg	10 989	976	—	—	8 235	5 088	25 288	1,07	3,50	456 500	128 542
15. Hirschberg i. Schl. . .	20 888	Hirschberg	26 012	2 410	—	17 003	14 923	6 509	66 857	3,20	9,19	441 057	155 415
16. Waldenburg in Schl. .	20 794	Waldenburg	23 817	1 752	—	8 599	9 527	4 100	47 795	2,30	6,40	430 177	163 899
17. Mysłowitz	18 432	Kattowitz	4 754	2 593	2 400	8 572	3 524	2 699	24 542	1,33	3,81	347 779	104 686
18. Neustadt O./S.	17 882	Neustadt O./S. . . .	2 395	159	—	—	2 538	1 260	6 352	0,36	1,29	319 809	72 135
19. Glatz	17 554	Glatz	4 662	369	—	6 596	7 687	2 570	21 884	1,25	6,16	198 816	94 171
20. Bunzlau	16 641	Bunzlau	13 206	6 863	1 750	7 043	3 223	4 580	36 665	2,20	13,90	149 962	48 569
21. Reichenbach i. Schl. .	16 101	Reichenbach	7 996	98	—	5 022	5 447	4 112	22 675	1,41	6,02	212 574	77 127
22. Sagan	15 513	Sagan	—	4 383	—	—	3 492	3 660	11 535	0,74	3,68	204 240	62 163
23. Striegau	15 498	Striegau	8 438	5 910	—	4 671	3 182	2 832	25 033	1,62	9,01	153 923	69 213
24. Lauban	15 256	Lauban	—	2 280	—	5 142	4 131	2 976	14 529	0,95	4,01	225 864	85 420
25. Tarnowitz	15 246	Tarnowitz	5 207	1 841	—	6 156	2 183	2 795	18 182	1,19	5,13	230 937	82 969
26. Neusalz a./Oder . . .	13 760	Freystadt	8 930	569	—	4 330	1 797	1 237	16 863	1,23	4,87	232 955	55 049
27. Landeshut i. Schl. . .	13 492	Landeshut	6 201	1 016	—	4 716	2 699	2 047	16 679	1,24	4,40	214 983	63 686
28. Jauer	12 977	Jauer	6 128	1 524	—	3 925	2 353	3 095	17 025	1,31	8,91	81 780	65 103
29. Leobschütz	12 720	Leobschütz	6 240	343	—	7 210	1 507	2 091	17 391	1,37	6,43	154 927	64 699
30. Oels	12 485	Oels	8 208	3 132	900	5 782	3 282	1 840	23 144	1,85	9,86	131 697	55 294
31. Kreuzburg O. S. . . .	11 670	Kreuzburg	2 990	938	1 675	3 064	743	1 267	10 677	0,92	3,45	202 317	68 599
32. Rybnik	10 959	Rybnik	3 428	6 650	2 525	6 383	1 152	915	21 053	1,92	7,85	145 842	66 521
33. Ohlau	10 673	Ohlau	3 610	944	—	2 985	2 104	1 692	11 335	1,06	7,20	92 279	35 890
34. Haynau	10 368	Goldb.-Haynau . . .	13 821	462	—	4 379	1 765	1 798	22 225	2,14	11,51	101 006	47 592
35. Gottesberg	10 107	Waldenburg	3 503	—	900	2 788	2 471	1 190	10 852	1,07	7,03	85 610	35 697
36. Freiburg i. Schl. . . .	9 742	Schweidnitz	6 149	436	—	3 964	2 176	1 989	14 714	1,51	6,22	148 635	43 666
37. Strehlen	9 565	Strehlen	1 725	192	—	3 892	2 486	2 433	10 728	1,12	7,75	85 656	26 920
38. Frankenstein	8 825	Frankenstein	6 248	238	—	2 599	1 209	831	11 125	1,26	7,39	82 894	32 639
39. Ziegenhals	8 817	Neisse	4 013	773	—	—	1 152	1 370	7 308	0,83	4,69	90 357	40 537
40. Nikolai	8 474	Pleß	1 366	—	—	2 669	382	793	5 210	0,61	3,94	73 370	36 878
41. Münsterberg	8 444	Münsterberg	2 010	1 144	—	1 962	2 451	1 173	8 740	1,04	6,38	78 615	31 214
42. Cosel	8 097	Cosel	4 296	604	930	3 753	2 656	1 434	13 673	1,69	9,02	77 300	38 026
43. Neurode	7 942	Neurode	2 299	462	—	3 442	1 333	1 755	9 291	1,17	6,39	83 901	24 734

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar									der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)			Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
1 176	306	—	—	9 534	7,12	91,20	10 454	7,81	—	—	—	—	—	9 400	114.		
1 390	180	—	—	10 945	8,36	91,71	11 935	9,12	2 046	—	—	2 046	1,56	—	115.		
972	246	—	—	10 337	8,00	79,55	12 995	10,06	69 619	—	—	69 619	53,88	—	116.		
333	236	—	—	7 690	6,08	80,86	9 510	7,52	10 366	—	—	10 366	8,19	2 000	117.		
778	189	—	—	8 171	6,63	93,91	8 701	7,06	44 564	—	—	44 564	36,14	—	118.		
360	160	—	—	6 800	5,61	94,59	7 189	5,93	—	—	—	—	—	—	119.		
372	148	—	—	5 350	4,64	96,99	5 516	4,78	6 140	—	—	6 140	5,32	—	120.		
1 303	405	—	—	13 020	11,64	88,08	14 782	13,21	29 775	—	—	29 775	26,61	—	121.		
1 156	—	—	—	17 031	16,11	96,36	17 675	16,72	30 854	—	2 034	32 888	31,11	—	122.		
1 147	367	—	—	10 193	9,84	90,53	11 259	10,87	38 234	—	—	38 234	36,91	750	123.		
150	119	—	—	3 779	3,79	91,90	4 112	4,12	—	—	—	—	—	—	124.		
1 103	148	—	—	7 807	8,35	97,38	8 017	8,57	32 148	—	—	32 148	34,38	—	125.		
1 539	206	—	—	9 638	11,08	91,64	10 517	12,09	4 500	—	—	4 500	5,17	8 000	126.		
864	207	—	—	6 625	7,88	94,37	7 020	8,30	38 368	—	—	38 368	45,35	—	127.		
408	—	—	—	5 012	6,21	99,60	5 032	6,24	—	—	—	—	—	—	128.		
510	135	—	—	4 474	6,09	88,91	5 032	6,85	—	—	—	—	—	—	129.		
7.																	
2 072 046	81 935	185	52 024	18 951 729	35,07	91,27	20 763 355	38,42	132 568 680	107 396 500	1 628 024	134 196 704	248,34	4 000 000	1.		
330 213	16 725	—	3 750	2 345 230	27,51	90,87	2 580 954	30,27	18 687 644	3 244 500	3 341 644	22 029 288	258,41	—	2.		
430 288	7 553	40	1 751	2 092 246	27,14	95,13	2 199 361	28,53	5 720 361	—	70 248	5 790 609	75,11	—	3.		
153 308	10 242	—	—	1 524 149	21,51	86,65	1 759 052	24,83	11 600 729	6 341 900	417 364	12 018 093	169,65	—	4.		
484 821	16 901	100	3 708	2 535 066	36,13	94,71	2 676 714	38,15	10 184 144	126 600	507 000	10 691 144	152,36	2 000 000	5.		
344 772	7 316	—	21 610	2 025 745	29,60	90,58	2 236 348	32,68	13 518 057	1 546 600	180 450	13 698 507	200,17	240 000	6.		
235 438	10 425	80	—	1 944 039	41,88	89,90	2 162 372	46,58	4 634 292	1 142 500	2 729 519	7 363 811	158,64	—	7.		
136 331	5 513	—	—	1 073 178	27,61	93,80	1 144 154	29,47	5 478 509	—	121 719	5 600 228	144,24	500 000	8.		
88 045	5 340	—	—	836 151	23,75	89,50	934 286	26,54	8 741 455	3 563 199	—	8 741 455	248,35	—	9.		
71 396	5 411	360	—	689 840	21,61	91,19	756 511	23,70	4 762 737	412 000	407 503	5 170 240	161,94	1 150 000	10.		
59 307	6 972	—	—	560 204	18,04	91,03	615 387	19,82	3 102 290	19 800	940 072	4 042 362	130,20	141 000	11.		
75 336	2 443	—	—	510 986	17,57	91,18	560 390	19,27	3 420 436	2 632 300	—	3 420 436	117,64	—	12.		
79 562	—	—	—	692 323	26,79	95,41	725 600	28,08	5 860 922	—	84 300	5 945 222	230,08	—	13.		
105 570	2 713	120	3 119	696 564	29,44	96,50	721 852	30,51	1 957 453	—	2 700	1 960 153	82,84	170 400	14.		
62 181	1 629	—	—	660 282	31,61	90,81	727 139	34,81	4 676 188	747 500	—	4 676 188	223,87	—	15.		
103 345	1 850	40	—	699 311	33,63	93,60	747 106	35,93	5 395 394	—	49 400	5 444 794	261,84	135 046	16.		
165 826	1 436	40	—	619 767	33,62	96,19	644 309	34,96	2 588 506	127 300	—	2 588 506	140,44	—	17.		
94 166	1 213	40	—	487 363	27,25	98,71	493 715	27,61	4 045 584	—	149 908	4 195 492	234,62	—	18.		
38 869	1 212	160	—	333 228	18,98	93,84	355 112	20,23	1 770 973	—	55 306	1 826 279	104,04	83 000	19.		
26 746	1 597	160	—	227 034	13,64	86,10	263 699	15,85	5 410 607	—	63 483	5 474 090	328,95	—	20.		
58 898	1 480	160	3 555	353 794	21,97	93,98	376 469	23,38	2 450 634	—	62 730	2 513 364	156,10	—	21.		
32 619	—	40	3 234	302 296	19,49	96,32	313 831	20,23	1 510 229	—	13 000	1 523 229	98,19	—	22.		
28 627	927	—	—	252 690	16,30	90,99	277 723	17,92	2 580 791	—	39 000	2 619 791	169,04	—	23.		
36 707	—	40	—	348 031	22,81	95,99	362 560	23,77	2 292 503	1 047 100	314 000	2 606 503	170,85	—	24.		
20 028	2 250	—	—	336 184	22,05	94,87	354 366	23,24	1 663 419	243 000	—	1 663 419	109,11	171 000	25.		
41 428	—	—	—	329 432	23,94	95,13	346 295	25,17	1 450 709	—	44 438	1 495 147	108,66	—	26.		
82 152	1 762	80	—	362 663	26,88	95,60	379 342	28,12	1 480 609	—	69 900	1 550 509	114,92	27 040	27.		
26 270	870	80	—	174 103	13,42	91,09	191 128	14,73	2 752 031	—	67 700	2 819 731	217,29	—	28.		
31 810	1 440	80	—	252 956	19,89	93,57	270 347	21,25	2 162 622	—	517 150	2 679 772	210,67	—	29.		
23 887	587	40	—	211 505	16,94	90,14	234 649	18,79	3 005 079	—	—	3 005 079	240,70	—	30.		
27 521	—	—	—	298 437	25,57	96,55	309 114	26,49	1 909 269	—	—	1 909 269	163,60	50 000	31.		
32 050	2 613	280	—	247 306	22,57	92,15	268 359	24,49	1 192 258	—	—	1 192 258	108,79	—	32.		
17 465	425	—	—	146 059	13,69	92,80	157 394	14,75	1 533 427	—	136 834	1 670 261	156,49	—	33.		
22 309	—	—	—	170 907	16,49	88,49	193 132	18,63	1 245 528	—	—	1 245 528	120,13	—	34.		
21 797	388	120	—	143 612	14,21	92,97	154 464	15,28	536 900	—	—	536 900	53,12	—	35.		
28 600	915	40	—	221 856	22,77	93,78	236 570	24,28	644 557	—	—	644 557	66,16	—	36.		
14 817	285	—	—	127 678	13,35	92,25	138 406	14,47	1 014 460	—	—	1 014 460	106,06	—	37.		
22 606	1 210	—	—	139 349	15,79	92,61	150 474	17,05	1 632 784	—	—	1 632 784	185,02	—	38.		
16 502	1 176	—	—	148 572	16,85	95,31	155 880	17,68	1 031 565	—	30 000	1 061 565	120,40	—	39.		
16 156	525	302	—	127 231	15,01	96,07	132 441	15,63	680 993	—	—	680 993	80,36	—	40.		
18 446	—	—	—	128 275	15,19	93,62	137 015	16,23	1 514 622	—	46 503	1 561 125	184,88	1 670	41.		
21 834	805	—	—	137 965	17,04	90,98	151 638	18,73	407 734	—	40 138	447 872	55,31	100 100	42.		
26 545	975	—	—	136 155	17,14	93,61	145 446	18,31	874 970	—	—	874 970	110,17	—	43.		

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
Namen	Ein- wohner- zahl	Kreis							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 7. Provinz Schlesien.													
44. Trebnitz	7 932	Trebnitz	5 218	708	—	2 811	1 283	1 589	11 609	1,47	8,99	67 253	35 206
45. Lüben	7 907	Lüben	4 475	385	—	2 898	1 121	2 574	11 453	1,45	12,22	47 448	21 813
46. Ober Glogau	6 960	Neustadt O./S.	1 762	36	—	2 227	647	925	5 597	0,80	5,18	55 531	31 231
47. Goldberg	6 942	Goldb.-Haynau	3 789	750	—	3 297	1 753	1 492	11 081	1,60	9,01	71 796	26 535
48. Sprottau	6 784	Sprottau	1 093	439	—	—	865	2 026	4 423	0,65	6,49	33 249	21 780
49. Löwenberg	6 354	Löwenberg	6 268	77	1 150	1 188	1 392	1 768	11 843	1,86	8,38	79 528	31 633
50. Hoyerswerda	6 275	Hoyerswerda	3 617	238	—	1 816	1 357	1 065	8 093	1,29	5,59	97 588	28 135
51. Patschkau	6 257	Neisse	2 035	103	—	—	603	1 432	4 173	0,67	6,26	39 397	15 290
52. Habelschwerdt	6 107	Habelschwerdt	—	266	—	—	674	764	1 704	0,28	5,24	16 595	8 336
53. Schmiedeberg i. Schl. 1)	6 089	Hirschberg	4 357	1 681	—	1 518	1 908	1 498	10 962	1,80	11,16	57 556	19 776
54. Wohlau	5 959	Wohlau	4 109	355	—	—	464	1 729	6 657	1,12	8,12	48 550	19 359
55. Lublinitz	5 805	Lublinitz	873	1 274	—	5 965	622	831	9 565	1,65	10,69	47 619	20 939
56. Namslau	5 632	Namslau	2 314	657	—	—	585	747	4 303	0,76	4,68	57 107	19 411
57. Groß Strehlitz	5 589	Groß Strehlitz	2 150	359	—	3 020	500	696	6 725	1,20	5,78	70 134	23 037
58. Peiskretscham	5 471	Tost-Gleiwitz	835	59	—	1 650	474	792	3 810	0,70	3,92	62 690	24 227
59. Pleß	5 415	Pleß	3 911	13	422	2 707	508	1 241	8 802	1,63	8,63	56 609	26 022
60. Rosenberg O. S.	5 408	Rosenberg O. S.	2 188	1 109	—	2 280	240	586	6 403	1,18	9,52	35 472	18 119
61. Steinau a./Oder	5 118	Steinau	1 611	49	—	—	757	1 197	3 614	0,71	3,98	55 091	21 408
62. Friedland	5 076	Waldenburg	2 510	89	—	1 917	648	766	5 930	1,17	7,07	49 333	19 062
63. Sohrau O. S.	5 074	Rybnik	1 209	1 159	—	1 662	319	423	4 772	0,94	8,24	29 519	16 977
64. Guhrau	4 882	Guhrau	2 509	642	—	1 501	282	1 262	6 196	1,27	5,81	67 142	23 124
65. Neumarkt	4 830	Neumarkt	3 518	109	—	1 914	531	1 501	7 573	1,57	8,19	50 015	22 591
66. Freystadt i. Nd. Schl.	4 720	Freystadt	1 173	—	—	1 414	689	810	4 086	0,87	5,74	42 545	15 311
67. Liebau i. Schles.	4 718	Landeshut	4 797	1 141	—	1 893	783	909	9 523	2,02	9,40	59 623	18 573
68. Hultschin	4 546	Ratibor	1 631	31	—	1 451	483	233	3 829	0,84	9,66	19 158	13 162
69. Grottkau	4 528	Grottkau	1 238	609	—	2 333	342	459	4 981	1,10	6,40	41 846	20 598
70. Bernstadt i. Schl.	4 512	Oels	876	127	300	1 739	667	756	4 465	0,99	5,06	47 267	15 579
71. Muskau	4 392	Rothenburg i. O. L.	1 230	24	—	3 100	800	1 000	6 154	1,40	6,28	62 900	18 503
72. Kotzenau	4 187	Lüben	1 778	57	—	1 824	402	500	4 561	1,09	6,77	42 083	12 459
73. Krappitz	3 838	Oppeln	1 163	168	—	2 072	388	366	4 157	1,08	5,62	45 239	15 973
74. Bolkenhain	3 760	Bolkenhain	2 395	30	—	—	578	636	3 639	0,97	5,82	40 526	15 483
75. Katscher	3 682	Leobschütz	233	174	—	—	576	411	1 394	0,38	2,87	24 844	18 444
76. Konstadt	3 582	Kreuzburg	1 355	—	—	690	586	425	3 056	0,85	3,74	48 352	18 060
77. Greiffenberg i. Schl.	3 569	Löwenberg	3 876	521	—	1 544	611	865	7 417	2,08	11,84	34 349	14 559
78. Festenberg	3 528	Gr. Wartenberg	1 298	592	—	—	618	660	3 168	0,90	6,96	24 762	9 900
79. Löwen	3 502	Brieg	1 153	227	—	—	568	370	2 318	0,66	5,86	25 267	10 519
80. Loslau	3 388	Rybnik	2 056	686	—	1 545	400	348	5 035	1,49	8,58	33 915	13 167
81. Trachenberg	3 388	Militsch	1 587	—	—	1 317	483	608	3 995	1,18	7,16	32 215	14 835
82. Landeck i./Schl.	3 387	Habelschwerdt	6 485	95	—	1 647	670	573	9 470	2,80	16,56	23 964	16 466
83. Ottmachau	3 335	Grottkau	743	101	—	—	641	408	1 893	0,57	3,70	28 982	12 298
84. Reinerz	3 196	Glatz	1 551	714	—	—	485	321	3 071	0,96	7,73	16 626	14 739
85. Beuthen a./Oder	3 169	Freystadt	350	—	—	779	426	369	1 924	0,61	4,88	23 901	13 704
86. Guttentag	3 097	Lublinitz	817	—	—	1 185	127	158	2 287	0,74	7,41	16 151	8 164
87. Kanth	3 016	Neumarkt	689	—	—	—	266	852	1 807	0,60	4,51	22 912	10 849
88. Militsch	2 957	Militsch	2 157	66	—	1 988	589	630	5 430	1,84	8,58	29 015	19 338
89. Mittelwalde	2 903	Habelschwerdt	1 208	—	—	841	340	376	2 765	0,95	8,22	17 589	8 630
90. Ruhland	2 897	Hoyerswerda	1 388	—	—	449	409	519	2 765	0,95	7,22	21 106	10 539
91. Primkenau	2 800	Sprottau	19	—	—	810	283	527	1 639	0,59	5,77	16 500	7 834
92. Seidenberg	2 759	Lauban	—	333	—	—	439	500	1 272	0,46	1,61	57 333	7 602
93. Wünschelburg	2 746	Neurode	—	—	—	—	167	120	287	0,10	1,94	7 818	4 176
94. Zülz	2 683	Neustadt O./S.	927	—	—	—	374	145	1 446	0,54	5,19	13 578	8 745
95. Bauerwitz	2 642	Leobschütz	2 577	220	400	784	203	60	4 244	1,61	9,48	17 588	18 904
96. Friedeberg a. Queis	2 562	Löwenberg	1 487	18	—	881	454	438	3 278	1,28	6,97	26 601	11 230
97. Tost	2 559	Tost-Gleiwitz	988	138	—	—	27	520	1 673	0,65	4,56	23 426	7 412
98. Altberun	2 475	Pleß	445	268	—	560	247	216	1 736	0,70	6,63	13 634	7 882
99. Pitschen	2 438	Kreuzburg	1 130	—	—	—	225	161	1 516	0,62	6,20	14 039	5 751
100. Hundsfeld	2 353	Oels	1 180	—	—	908	1 093	492	3 673	1,56	9,60	18 886	10 824
101. Wittichenau	2 350	Hoyerswerda	1 253	159	—	1 009	182	250	2 853	1,21	14,24	8 032	6 080
102. Wansen	2 326	Ohlau	566	—	—	—	336	483	1 385	0,60	4,10	17 480	8 249
103. Zobten	2 324	Schweidnitz	2 430	1 221	—	1 440	474	904	6 469	2,78	14,18	21 524	11 901

1) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914						Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.			
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen				
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)					über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt		auf 1 Einw.	über- haupt	auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.										
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20				
14 360	761	—	—	117 580	14,82	91,01	129 189	16,29	489 100	—	6 325	495 425	62,46	—	44.			
13 038	—	—	—	82 299	10,41	87,78	93 752	11,86	1 218 452	—	423 284	1 641 736	207,63	—	45.			
14 987	680	—	—	102 429	14,72	94,82	108 026	15,52	565 152	—	—	565 152	81,20	—	46.			
12 302	1 273	—	—	111 906	16,12	90,99	122 987	17,72	1 116 847	—	—	1 116 847	160,88	—	47.			
7 591	—	80	1 049	63 749	9,40	93,51	68 172	10,05	1 254 612	—	118 900	1 373 512	202,46	—	48.			
18 299	—	—	—	129 460	20,38	91,62	141 303	22,24	2 135 782	—	120 000	2 255 782	355,02	—	49.			
10 132	870	—	—	136 725	21,79	94,41	144 818	23,08	564 227	—	73 500	637 727	101,63	—	50.			
7 838	—	—	—	62 525	9,99	93,74	66 698	10,66	594 536	—	272 150	866 686	138,51	—	51.			
5 327	519	40	—	30 817	5,05	94,76	32 521	5,33	675 331	—	15 900	691 231	113,19	—	52.			
9 916	—	—	—	87 248	14,33	88,84	98 210	16,13	438 749	—	42 000	480 749	78,95	—	53.			
7 455	—	—	—	75 364	12,64	91,88	82 021	13,76	673 502	—	—	673 502	113,02	—	54.			
10 880	450	—	—	79 888	13,76	89,31	89 453	15,41	473 912	—	—	473 912	81,64	50 000	55.			
12 111	—	40	—	88 669	15,74	95,37	92 972	16,51	483 315	—	13 000	496 315	88,12	—	56.			
16 170	1 199	—	—	110 540	19,78	94,27	117 265	20,98	1 140 523	—	157 055	1 297 578	232,17	—	57.			
5 289	1 110	—	—	93 316	17,06	96,08	97 126	17,76	455 493	—	—	455 493	83,26	—	58.			
9 849	680	—	—	93 160	17,20	91,37	101 962	18,83	707 271	—	—	707 271	130,61	—	59.			
6 734	525	—	—	60 850	11,25	90,48	67 253	12,43	239 753	—	170 750	410 503	75,91	—	60.			
11 471	292	—	—	88 262	17,25	96,07	91 876	17,96	379 640	—	5 000	384 640	75,15	—	61.			
9 026	520	—	—	77 941	15,35	92,93	83 871	16,52	267 335	—	—	267 335	52,67	—	62.			
6 205	410	—	—	53 111	10,47	91,76	57 883	11,41	169 109	—	6 131	175 240	34,54	—	63.			
19 935	342	—	—	110 543	22,64	94,69	116 739	23,91	165 424	—	17 340	182 764	37,44	—	64.			
11 676	525	40	—	84 847	17,57	91,81	92 420	19,13	568 275	—	12 000	580 275	120,14	—	65.			
9 293	—	—	—	67 149	14,23	94,26	71 235	15,10	703 093	—	—	703 093	148,96	—	66.			
13 177	366	—	—	91 739	19,44	90,60	101 262	21,46	302 336	—	—	302 336	64,08	—	67.			
3 480	—	—	—	35 800	7,88	90,34	39 629	8,72	98 612	—	—	98 612	21,69	—	68.			
10 060	370	—	—	72 874	16,09	93,60	77 855	17,19	224 510	—	67 975	292 485	64,59	517 500	69.			
20 515	465	—	—	83 826	18,58	94,94	88 291	19,57	390 555	—	21 500	412 055	91,32	—	70.			
10 370	—	—	—	91 773	20,90	93,72	97 927	22,30	368 357	—	30 000	398 357	90,70	32 000	71.			
8 294	—	—	—	62 836	15,01	93,23	67 397	16,10	263 681	—	—	263 681	62,98	12 673	72.			
8 657	—	—	—	69 869	18,20	94,38	74 026	19,28	324 105	—	—	324 105	84,45	—	73.			
8 721	92	—	—	64 822	17,24	94,68	68 461	18,21	351 212	—	—	351 212	93,41	—	74.			
13 720	375	40	—	57 423	15,60	97,63	58 817	15,97	144 828	—	—	144 828	39,33	—	75.			
11 440	897	—	—	78 749	21,98	96,26	81 805	22,83	431 900	—	9 500	441 400	123,23	—	76.			
7 958	—	—	—	56 866	15,93	88,46	64 283	18,01	504 590	—	—	504 590	141,88	—	77.			
7 728	—	—	—	42 390	12,02	93,05	45 558	12,92	207 386	—	1 850	209 236	59,31	—	78.			
5 145	—	—	—	40 931	11,69	94,64	43 249	12,35	194 313	—	—	194 313	55,49	—	79.			
5 821	735	—	—	53 638	15,83	91,42	58 673	17,32	246 962	—	94 600	341 562	100,82	—	80.			
4 720	42	—	—	51 812	15,29	92,84	55 807	16,47	716 629	—	34 071	750 700	221,58	—	81.			
7 276	—	—	—	47 706	14,09	83,44	57 176	16,89	1 065 650	—	285 058	1 350 708	398,79	—	82.			
7 770	264	—	—	49 314	14,79	96,30	51 207	15,36	327 798	—	32 456	360 254	108,02	—	83.			
5 309	—	—	—	36 674	11,47	92,27	39 745	12,44	1 707 580	—	92 750	1 800 330	563,31	—	84.			
4 881	—	—	—	42 486	13,41	95,67	44 410	14,01	528 547	—	3 048	531 595	167,75	—	85.			
3 864	390	—	—	28 569	9,22	92,59	30 856	9,96	396 425	—	—	396 425	128,00	4 000	86.			
4 498	—	—	—	38 259	12,69	95,49	40 066	13,28	245 213	—	23 700	268 913	89,16	—	87.			
8 901	575	—	—	57 829	19,56	91,42	63 259	21,39	946 590	—	2 100	948 690	320,83	—	88.			
4 660	—	—	—	30 879	10,64	91,78	33 644	11,59	188 160	—	17 000	205 160	70,67	—	89.			
3 889	—	—	—	35 534	12,27	92,78	38 299	13,22	92 883	—	—	92 883	32,06	—	90.			
2 325	102	—	—	26 761	9,56	94,23	28 400	10,14	21 031	—	—	21 031	7,51	—	91.			
12 773	253	—	—	77 961	28,26	98,39	79 233	28,72	272 813	—	6 000	278 813	101,06	—	92.			
2 259	225	—	—	14 478	5,27	98,06	14 765	5,38	611 200	—	14 022	625 222	227,68	—	93.			
4 081	—	—	—	26 404	9,84	94,81	27 850	10,38	143 750	—	—	143 750	53,58	—	94.			
3 572	423	40	—	40 527	15,34	90,52	44 771	16,95	163 582	—	—	163 582	61,92	—	95.			
5 870	—	80	—	43 781	17,09	93,03	47 059	18,37	253 444	—	2 600	256 044	99,94	—	96.			
3 761	370	80	—	35 049	13,70	95,44	36 722	14,35	170 027	—	—	170 027	66,44	—	97.			
2 584	350	—	—	24 450	9,88	93,37	26 186	10,58	96 370	—	—	96 370	38,94	—	98.			
2 969	187	—	—	22 946	9,41	93,80	24 462	10,03	173 733	—	45 248	218 981	89,82	—	99.			
4 307	582	—	—	34 599	14,70	90,40	38 272	16,27	273 145	—	—	273 145	116,08	—	100.			
2 678	387	—	—	17 177	7,31	85,76	20 030	8,52	37 345	—	—	37 345	15,89	—	101.			
6 404	290	—	—	32 423	13,94	95,90	33 808	14,53	18 100	—	—	18 100	7,78	—	102.			
5 287	452	—	—	39 164	16,85	85,82	45 633	19,64	351 204	—	—	351 204	151,12	—	103.			

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommē- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuern (Sp. 10a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 7. Provinz Schlesien.													
104. Groß Wartenberg .	2 268	Gr. Wartenberg	571	—	—	902	234	437	2 144	0,95	5,52	21 667	8 655
105. Marklissa	2 242	Lauban	900	—	—	517	223	322	1 962	0,88	6,04	18 318	7 304
106. Georgenberg ¹⁾ . . .	2 173	Tarnowitz	881	—	—	—	66	36	983	0,45	5,01	9 834	6 945
107. Reichenbach i./O. L.	2 172	Görlitz	1 431	—	—	646	285	651	3 013	1,39	8,40	21 274	6 775
108. Reichenstein	2 147	Frankenstein . . .	2 934	—	—	836	174	210	4 154	1,93	14,50	15 653	5 139
109. Herrnsdorf	2 094	Guhrau	1 653	1 266	—	815	300	370	4 404	2,10	18,23	9 987	6 753
110. Parchwitz	2 086	Liegnitz	2 451	1 393	—	553	163	210	4 770	2,29	17,27	13 507	6 706
111. Nimptsch	2 073	Nimptsch	64	—	—	956	186	525	1 731	0,84	3,88	22 005	16 072
112. Falkenberg O. S. . .	2 042	Falkenberg	360	—	—	—	181	461	1 002	0,49	3,04	18 196	9 087
113. Winzig	2 038	Wohlau	1 987	874	—	—	272	354	3 487	1,71	15,95	10 461	5 642
114. Friedland O. S. . . .	2 014	Falkenberg	497	235	—	701	239	165	1 837	0,91	7,33	12 616	5 435
115. Ujest	1 983	Groß Strehlitz . .	1 165	—	—	559	47	249	2 020	1,02	6,84	13 616	10 567
116. Naumburg a. Queis .	1 933	Bunzlau	1 068	103	500	715	342	294	3 022	1,56	9,40	17 500	6 702
117. Leschnitz	1 821	Groß Strehlitz . .	230	117	—	—	110	120	577	0,82	4,20	6 050	5 720
118. Prausnitz	1 786	Militsch	513	—	—	342	152	139	1 146	0,64	5,75	10 626	5 760
119. Liebenthal	1 755	Löwenberg	364	61	—	377	105	222	1 129	0,64	11,45	5 338	2 437
120. Schönau a./Katzb. .	1 685	Schönau	958	—	—	720	215	500	2 393	1,42	7,68	16 656	8 046
121. Schömburg	1 649	Landeshut	391	—	—	432	149	220	1 192	0,72	6,24	9 990	5 170
122. Polkwitz	1 612	Glogau	1 562	—	—	—	166	312	2 040	1,27	9,20	11 165	6 235
123. Priebus	1 518	Sagan	376	—	—	—	132	94	602	0,40	3,86	8 258	4 695
124. Neustädtel	1 516	Freystadt	424	—	—	532	327	261	1 544	1,02	7,69	10 172	5 556
125. Rothenburg i. Ob. L.	1 423	Rothenburg i. O. L.	349	11	—	653	278	284	1 575	1,11	7,46	11 999	4 469
126. Woischnik	1 411	Lublinitz	138	—	—	224	80	48	490	0,35	4,16	5 225	4 418
127. Auras	1 400	Wohlau	945	—	—	402	249	59	1 655	1,18	12,83	5 983	3 634
128. Neumittelwalde . . .	1 399	Gr. Wartenberg	355	26	—	—	160	142	683	0,49	3,91	9 516	4 310
129. Wartha	1 386	Frankenstein . . .	1 785	—	1 000	—	87	279	3 151	2,27	15,78	9 020	5 090
130. Lähn	1 346	Löwenberg	1 833	—	—	416	117	250	2 616	1,94	12,51	10 914	5 149
131. Schönberg i./Ob. L.	1 299	Lauban	252	—	—	—	202	182	636	0,49	4,54	7 688	3 493
132. Reichthal	1 259	Namslau	611	91	—	—	55	102	859	0,68	7,09	5 535	3 748
133. Raudten	1 258	Steinau	3 190	452	—	—	148	266	4 056	3,22	26,92	6 387	3 209
134. Lewin	1 257	Glatz	710	—	—	—	82	120	912	0,73	8,27	4 977	3 737
135. Dyhernfurth	1 252	Wohlau	334	—	—	—	117	93	544	0,43	3,03	10 456	4 983
136. Köben a./Oder . . .	1 162	Steinau	219	141	—	—	70	94	524	0,45	5,00	4 830	3 663
137. Sulau	1 089	Militsch	820	—	—	295	100	60	1 275	1,17	10,86	5 087	3 554
138. Rothenburg a./Oder	1 080	Grünberg	357	—	—	—	122	158	637	0,59	3,19	13 598	3 268
139. Silberberg	1 037	Frankenstein . . .	639	—	—	—	111	72	822	0,79	7,20	6 338	2 761
140. Landsberg O. S. . .	1 035	Rosenberg O. S. . .	879	—	—	235	69	116	1 299	1,26	11,58	6 954	2 189
141. Kieferstädtel	1 009	Tost-Gleiwitz . . .	363	9	—	—	30	204	606	0,60	5,51	5 628	3 816
142. Schlawa	885	Freystadt	316	—	—	—	95	120	531	0,60	5,41	4 723	2 956
143. Naumburg a. Bober	879	Sagan	240	—	—	371	104	105	820	0,93	6,23	7 035	3 528
144. Schurgast	871	Falkenberg	184	—	—	338	132	164	818	0,94	7,10	5 198	4 195
145. Deutsch Wartenberg	869	Grünberg	152	—	—	—	70	62	284	0,33	2,49	5 898	2 886
146. Juliusburg	781	Oels	398	—	—	—	132	53	583	0,75	6,78	4 776	1 948
147. Hohenfriedberg ¹⁾ .	689	Bolkenhain	722	—	—	—	114	112	948	1,38	10,79	4 458	2 195
148. Tschirnau	659	Guhrau	300	—	—	312	80	71	763	1,16	14,43	2 234	1 788
149. Kupferberg	556	Schönau	33	—	—	—	86	13	132	0,24	3,89	1 265	1 487
150. Stroppen	555	Trebnitz	1 060	44	—	372	58	133	1 667	3,00	18,28	4 540	2 032
151. *Zabrze	66 399	Zabrze	37 067	11 389	—	19 572	10 251	2 754	81 033	1,22	4,66	859 405	292 671
152. *Zaborze	27 657	„	2 446	211	—	7 612	1 811	489	12 569	0,45	1,80	498 867	69 678
153. *Bismarckhütte . . .	25 024	Beuthen	10 084	2 536	—	9 834	2 530	2 211	27 195	1,09	4,66	280 927	127 499
154. *Bogutschütz	23 077	Kattowitz	13 021	—	200	7 185	1 789	1 461	23 656	1,03	5,04	279 215	89 843
155. *Roßberg	20 836	Beuthen	14 858	3 023	—	3 845	4 191	1 224	27 141	1,30	4,97	366 298	81 237
156. *Siemianowitz	19 606	Kattowitz	9 956	918	400	5 980	2 744	966	20 964	1,07	6,28	186 890	86 243
157. *Langenbielau	17 526	Reichenbach	11 345	1 377	—	—	4 210	2 081	19 013	1,08	4,44	265 241	76 156
158. *Lipine	17 291	Beuthen	35	—	—	—	1 628	1 100	2 763	0,16	0,60	296 170	56 649
159. *Schwientochlowitz .	16 950	„	4 227	505	—	6 331	1 656	1 290	14 009	0,82	6,47	116 485	73 959
160. *Laurahütte	16 621	Kattowitz	2 333	781	500	4 256	1 504	1 267	10 641	0,61	3,19	194 382	77 075
161. *Altwasser	16 343	Waldenburg	3 680	117	—	5 136	5 350	2 337	16 620	1,02	7,00	130 982	64 335
162. *Mikultschütz	15 733	Tarnowitz	13 651	12 301	—	3 478	813	—	30 243	1,92	14,32	101 193	38 934
163. *Zalenze	15 671	Kattowitz	2 738	1 527	300	4 949	1 874	905	12 293	0,78	3,81	225 721	47 415

1) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
5 605	798	—	—	36 725	16,19	94,48	38 869	17,14	256 984	—	24 680	281 664	124,19	50 000	104.	
4 913	—	—	—	30 535	13,62	93,96	32 497	14,49	65 396	—	—	65 396	29,17	—	105.	
1 500	250	—	—	18 529	8,53	94,96	19 512	8,98	52 953	—	—	52 953	24,37	—	106.	
4 504	318	—	—	32 871	15,13	91,60	35 884	16,52	315 500	—	10 000	325 500	149,86	—	107.	
3 498	199	—	—	24 489	11,41	85,50	28 643	13,34	59 600	—	—	59 600	27,76	3 610	108.	
2 726	285	—	—	19 751	9,43	81,77	24 155	11,54	102 462	—	—	102 462	48,93	—	109.	
2 554	83	—	—	22 850	10,95	82,73	27 620	13,24	139 431	—	—	139 431	66,84	—	110.	
4 818	—	—	—	42 895	20,69	96,12	44 626	21,53	156 187	—	—	156 187	75,34	—	111.	
4 156	472	—	—	31 911	15,63	96,96	32 913	16,12	214 372	—	2 100	216 472	106,01	—	112.	
1 961	305	—	—	18 369	9,01	84,05	21 856	10,72	265 126	—	—	265 126	130,09	—	113.	
4 846	322	—	—	23 219	11,53	92,67	25 056	12,44	39 849	—	7 200	47 049	23,36	—	114.	
2 798	510	—	—	27 491	13,86	93,16	29 511	14,88	124 400	—	20 400	144 800	73,02	—	115.	
4 791	123	—	—	29 116	15,06	90,60	32 138	16,63	62 232	—	—	62 232	32,19	—	116.	
1 280	95	—	—	13 145	7,22	95,80	13 722	7,54	61 165	—	—	61 165	33,59	—	117.	
2 253	145	—	—	18 784	10,52	94,25	19 930	11,16	104 480	—	30 000	134 480	75,30	—	118.	
956	—	—	—	8 731	4,97	88,55	9 860	5,62	279 893	—	10 275	290 168	165,34	—	119.	
3 366	660	30	—	28 758	17,07	92,32	31 151	18,49	261 698	—	—	261 698	155,31	—	120.	
2 602	154	—	—	17 916	10,86	93,76	19 108	11,59	48 845	—	—	48 845	29,62	—	121.	
2 736	—	—	—	20 136	12,49	90,80	22 176	13,76	235 302	—	—	235 302	145,97	—	122.	
1 443	—	—	616	15 012	9,89	96,14	15 614	10,29	12 736	—	—	12 736	8,39	—	123.	
2 288	200	—	308	18 524	12,22	92,31	20 068	13,24	18 172	—	—	18 172	11,99	—	124.	
3 065	—	—	—	19 533	13,73	92,54	21 108	14,83	106 916	—	—	106 916	75,13	—	125.	
1 287	370	—	—	11 300	8,01	95,81	11 790	8,36	24 015	—	—	24 015	17,02	—	126.	
1 500	107	—	—	11 224	8,02	87,15	12 879	9,20	15 558	—	—	15 558	11,11	—	127.	
2 394	561	—	—	16 781	11,99	96,09	17 464	12,48	50 000	—	3 000	53 000	37,88	150	128.	
2 328	380	—	—	16 818	12,13	84,22	19 969	14,41	173 367	—	34 900	208 267	150,26	—	129.	
2 225	—	—	—	18 288	13,59	87,49	20 904	15,53	108 818	—	—	108 818	80,85	—	130.	
2 073	131	—	—	13 385	10,30	95,46	14 021	10,79	17 697	—	—	17 697	13,62	—	131.	
1 622	351	—	—	11 256	8,94	92,91	12 115	9,62	41 295	—	—	41 295	32,80	—	132.	
1 260	157	—	—	11 013	8,75	73,08	15 069	11,98	105 388	—	1 500	106 888	84,97	—	133.	
1 406	—	—	—	10 120	8,05	91,73	11 032	8,78	71 800	—	20 000	91 800	73,03	—	134.	
1 865	102	—	—	17 406	13,90	96,97	17 950	14,34	17 457	—	—	17 457	13,94	—	135.	
1 464	—	—	—	9 957	8,57	95,00	10 481	9,02	56 249	—	—	56 249	48,41	—	136.	
1 575	253	—	—	10 469	9,61	89,14	11 744	10,78	11 000	—	—	11 000	10,10	—	137.	
2 235	226	—	—	19 327	17,90	96,81	19 964	18,49	50 100	—	—	50 100	46,39	—	138.	
1 324	175	—	—	10 598	10,22	92,80	11 420	11,01	28 975	—	—	28 975	27,94	9 000	139.	
608	165	—	—	9 916	9,58	88,42	11 215	10,84	35 275	—	—	35 275	34,08	—	140.	
948	—	—	—	10 392	10,30	94,49	10 998	10,90	7 267	—	—	7 267	7,20	—	141.	
1 478	130	—	—	9 287	10,49	94,59	9 818	11,09	—	—	—	—	—	—	142.	
1 363	180	—	231	12 337	14,04	93,77	13 157	14,97	51 108	—	—	51 108	58,14	—	143.	
1 163	145	—	—	10 701	12,29	92,90	11 519	13,23	9 546	—	—	9 546	10,96	—	144.	
2 312	47	—	—	11 143	12,82	97,51	11 427	13,15	11 194	—	—	11 194	12,88	—	145.	
1 164	130	—	—	8 018	10,27	93,22	8 601	11,01	7 484	—	—	7 484	9,58	—	146.	
1 158	23	—	—	7 834	11,37	89,21	8 782	12,75	52 617	—	—	52 617	76,37	—	147.	
502	—	—	—	4 524	6,86	85,57	5 287	8,02	—	—	—	—	—	—	148.	
451	55	—	—	3 258	5,86	96,11	3 390	6,10	20 000	—	—	20 000	35,97	—	149.	
880	—	—	—	7 452	13,43	81,72	9 119	16,43	17 355	—	—	17 355	31,27	—	150.	
502 925	4 480	—	—	1 659 481	24,99	95,34	1 740 514	26,21	3 365 303	—	—	3 365 303	50,68	—	151.	
115 749	1 485	—	—	685 779	24,80	98,20	698 348	25,25	174 058	—	11 020	185 078	6,69	25 068	152.	
146 198	1 932	—	—	556 556	22,24	95,34	583 751	23,33	873 954	—	131 040	1 004 994	40,16	—	153.	
75 940	675	—	—	445 673	19,31	94,96	469 329	20,34	1 062 210	—	81 000	1 143 210	49,54	—	154.	
70 543	899	—	—	518 977	24,91	95,03	546 118	26,21	1 278 537	—	108 000	1 386 537	66,85	25 045	155.	
38 569	435	30	458	312 625	15,95	93,72	333 589	17,01	916 240	—	—	916 240	46,73	—	156.	
56 831	1 015	120	9 681	409 044	23,34	95,56	428 057	24,42	1 442 274	—	78 000	1 520 274	86,74	—	157.	
91 001	1 480	—	9 020	454 320	26,27	99,40	457 083	26,43	341 500	—	—	341 500	19,75	—	158.	
10 555	1 505	—	—	202 504	11,95	93,53	216 513	12,77	371 757	—	—	371 757	21,93	—	159.	
48 327	550	—	2 545	322 879	19,43	96,81	333 520	20,07	837 035	—	—	837 035	50,36	—	160.	
24 501	830	60	—	220 708	13,50	93,00	237 328	14,52	763 359	—	—	763 359	46,71	—	161.	
40 390	425	—	—	180 942	11,50	85,68	211 185	13,42	564 490	—	31 137	595 627	37,86	—	162.	
36 859	385	—	—	310 380	19,81	96,19	322 673	20,59	454 000	—	—	454 000	28,97	—	163.	

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerant- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 7. Provinz Schlesien.													
164. *Ruda	14 451	Zabrze	3 393	18	—	4 209	947	378	8 945	0,62	4,35	137 412	43 484
165. *Domb	14 097	Kattowitz	6 467	1 769	25	4 328	1 343	834	14 766	1,05	6,41	110 338	58 371
166. *Biskupitz	14 024	Zabrze	1 121	5 952	—	5 743	1 066	438	14 320	1,02	7,33	117 255	40 979
167. *Bielschowitz	12 808	„	8 481	1 374	—	2 467	754	—	13 076	1,02	13,49	43 798	32 274
168. *Weißwasser	12 340	Rothenburg i. O. L.	7 350	1 697	—	10 559	4 509	1 721	25 836	2,09	7,15	236 350	57 058
169. *Dittersbach	12 153	Waldenburg	4 995	195	—	2 937	1 384	1 474	10 985	0,90	5,09	128 836	37 981
170. *Rosdzin	11 557	Kattowitz	—	2 871	1 000	—	726	501	5 098	0,44	1,24	264 498	44 553
171. *Chorzow	11 550	„	4 117	1 234	200	3 973	1 236	715	11 475	0,99	4,66	125 897	44 198
172. *Hohenlinde	11 474	Beuthen	2 766	104	—	3 355	1 311	302	7 838	0,68	4,07	122 389	38 677
173. *Weißstein	11 146	Waldenburg	4 722	541	—	2 686	2 272	1 068	11 289	1,01	4,42	151 221	39 160
174. *Nieder Hermsdorf	11 007	„	1 779	475	—	2 329	1 200	1 086	6 869	0,62	2,38	192 794	34 536
175. *Scharley	10 930	Beuthen	3 412	45	—	1 609	619	387	6 072	0,56	1,85	208 001	42 444
176. *Radzionkau	10 636	Tarnowitz	2 030	386	—	1 913	436	—	4 765	0,45	5,73	44 561	24 300
8. Provinz Sachsen.													
1. Magdeburg	289 988	Stadtkreis	274 372	128 298	—	197 855	265 520	77 595	943 640	3,25	8,03	6 818 460	2 672 464
2. Halle a. S.	185 587	„	149 055	57 379	39 850	121 976	180 099	55 906	604 265	3,26	8,88	3 980 716	1 377 718
3. Erfurt	131 429	„	125 233	117 633	—	108 008	51 236	45 208	1) 463 891	3,53	10,65	2 426 683	1 064 563
4. Halberstadt	47 244	„	28 945	5 391	3 210	25 027	26 291	19 555	108 419	2,29	6,72	919 931	381 796
5. Mühlhausen i. Th.	36 897	„	38 184	825	—	12 449	13 351	10 105	74 914	2,03	7,15	587 369	202 505
6. Zeitz	34 530	„	21 300	10 076	—	24 227	13 918	8 538	78 059	2,26	7,49	647 227	191 636
7. Weißenfels	34 249	„	14 420	9 315	—	18 133	6 494	9 999	58 361	1,70	5,87	586 879	188 782
8. Nordhausen	33 076	„	23 952	14 034	—	—	12 918	10 060	60 964	1,84	4,50	871 880	231 072
9. Aschersleben	28 769	„	16 575	5 568	2 710	11 555	8 172	8 590	53 170	1,85	5,01	632 004	195 126
10. Stendal	28 321	„	17 920	5 091	4 012	14 216	11 653	9 700	62 592	2,21	7,41	510 787	197 080
11. Naumburg a. S.	27 468	Naumburg	27 742	6 502	—	15 154	7 507	11 805	68 710	2,80	9,01	422 064	214 615
12. Quedlinburg	27 107	Stadtkreis	14 480	7 343	855	12 681	7 557	11 990	54 906	2,03	6,42	507 995	191 157
13. Burg b./M.	24 055	Jerichow I.	12 905	811	—	10 174	8 710	5 275	37 875	1,57	5,85	396 753	142 615
14. Eisleben	23 598	Stadtkreis	7 935	4 124	2 450	11 070	6 670	5 640	37 889	1,61	6,03	364 384	154 763
15. Wittenberg (Bz. Halle)	23 130	Wittenberg	17 604	2 391	—	14 113	6 239	4 065	44 412	1,92	7,03	379 177	137 078
16. Merseburg	21 901	Merseburg	12 048	8 259	—	8 953	4 238	4 898	38 396	1,75	6,60	358 823	138 083
17. Schönebeck a./E.	19 276	Calbe	8 296	729	2 800	11 860	7 646	4 560	35 891	1,86	7,83	273 531	98 554
18. Wernigerode	18 908	grfsch. Wernigerode	14 855	2 841	—	8 012	1 729	4 785	32 222	1,70	6,00	318 839	137 755
19. Eilenburg	18 360	Delitzsch	2 653	4 881	—	8 119	3 628	5 114	24 395	1,33	6,87	187 606	85 387
20. Staßfurt	16 737	Calbe	—	187	—	10 352	6 854	3 936	21 329	1,27	2,88	524 996	101 106
21. Bitterfeld	15 171	Bitterfeld	10 185	15 667	1 050	10 115	8 845	3 486	49 348	3,25	11,42	263 148	69 878
22. Suhl	14 346	Schleusingen	8 109	6 696	3 150	15 433	5 069	4 079	42 536	2,97	11,67	211 846	66 520
23. Tangermünde	14 063	Stendal	3 629	—	—	5 048	1 869	1 278	11 824	0,84	3,06	217 760	78 832
24. Torgau	13 633	Torgau	—	842	—	13 552	2 946	3 492	20 832	1,53	7,51	163 207	66 130
25. Salzwedel	13 625	Salzwedel	11 937	827	—	7 071	6 280	4 125	30 240	2,22	8,25	211 432	83 882
26. Delitzsch	13 597	Delitzsch	6 152	646	—	6 448	6 424	4 010	23 680	1,74	7,99	176 140	65 055
27. Oschersleben (Bode)	12 898	Oschersleben	5 427	934	—	—	3 612	1 663	11 636	0,90	3,05	201 404	106 324
28. Langensalza	12 652	Langensalza	4 935	246	1 550	—	3 832	3 741	14 304	1,13	4,64	186 375	74 332
29. Sangerhausen	11 784	Sangerhausen	6 953	2 044	—	4 219	3 199	1 989	18 404	1,56	5,59	189 375	85 122
30. Calbe a./S.	11 630	Calbe	9 933	254	—	9 186	3 492	1 721	24 586	2,11	6,95	174 168	121 171
31. Neuhaldensleben	10 495	Neuhaldensleben	4 481	2 847	917	5 325	3 580	1 975	19 125	1,82	7,69	130 958	72 220
32. Aken a./E.	9 884	Calbe	5 274	362	475	—	2 364	1 223	9 698	0,98	5,95	77 836	49 971
33. Groß Salze	9 321	„	7 115	551	—	—	1 573	2 980	2) 13 180	1,41	5,79	140 350	49 374
34. Hettstedt	8 720	Mansf. Gebirgskr.	1 333	261	—	3 843	2 177	2 116	3) 11 303	1,30	8,86	66 573	36 762
35. Gardelegen	8 683	Gardelegen	5 692	710	—	4 695	3 605	1 589	16 291	1,88	7,65	114 424	55 050
36. Heiligenstadt	7 978	Heiligenstadt	3 357	1 374	—	—	1 071	774	6 576	0,82	5,43	66 059	33 129
37. Schkeuditz	7 693	Merseburg	5 376	545	—	4 899	2 249	1 620	14 689	1,91	8,12	100 106	39 297
38. Gerbstedt	5 903	Mansf. Seekreis	1 849	197	—	1 731	1 000	828	5 605	0,95	6,46	35 512	37 867
39. Genthin	5 616	Jerichow II.	—	365	—	—	1 240	1 678	3 283	0,58	2,89	64 466	30 398
40. Artern	5 600	Sangerhausen	—	485	—	—	866	598	1 949	0,35	1,35	93 623	28 729
41. Sömmerda	5 556	Weißensee	3 423	552	—	3 945	1 233	675	9 828	1,77	8,04	68 970	32 672
42. Teuchern	5 265	Weißenfels	1 124	17	—	2 241	1 195	806	5 383	1,02	6,44	45 098	24 435
43. Osterburg	5 263	Osterburg	2 981	246	—	2 844	1 899	1 143	9 113	1,73	7,71	65 695	29 859
44. Egeln	5 241	Wanzleben	480	19	—	—	1 211	1 070	2 780	0,53	3,71	36 157	23 757
45. Osterwieck	5 202	Halberstadt	3 475	81	—	2 337	1 728	800	8 421	1,62	7,39	54 749	37 078

1) darunter 16573 M. Billettsteuer. — 2) darunter 961 M. Eintrittskartensteuer. — 3) darunter 1448 M. Eintrittskartensteuer und 125 M. Plakatsteuer.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen			
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		über- haupt		auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
13 756	1 228	—	669	196 549	13,60	95,65	205 494	14,22	8 700	—	—	8 700	0,60	25 000	164.		
44 894	550	—	1 284	215 437	15,28	93,59	230 203	16,33	391 500	—	—	391 500	27,77	—	165.		
11 115	709	—	11 003	181 061	12,91	92,67	195 381	13,93	383 604	—	—	383 604	27,35	—	166.		
3 941	410	—	3 412	83 835	6,55	86,51	96 911	7,57	96 263	—	—	96 263	7,52	—	167.		
41 440	735	30	—	335 613	27,20	92,85	361 449	29,29	1 698 377	—	25 500	1 723 877	139,70	40 000	168.		
37 541	538	30	—	204 926	16,86	94,91	215 911	17,77	559 593	—	—	559 593	46,05	—	169.		
97 517	405	—	—	406 973	35,22	98,76	412 071	35,66	127 000	—	—	127 000	10,99	—	170.		
61 478	540	—	2 501	234 614	20,31	95,34	246 089	21,31	91 000	—	—	91 000	7,88	—	171.		
20 204	882	—	2 565	184 717	16,10	95,93	192 555	16,78	714 240	—	—	714 240	62,25	—	172.		
53 685	180	—	—	244 246	21,91	95,58	255 535	22,93	152 894	—	—	152 894	13,72	—	173.		
53 589	282	—	—	281 201	25,55	97,62	288 070	26,17	162 391	—	—	162 391	14,75	—	174.		
66 883	760	—	4 612	322 700	29,52	98,15	328 772	30,08	208 978	—	189 391	398 369	36,45	—	175.		
4 308	270	—	5 026	78 465	7,38	94,27	83 230	7,83	241 836	—	—	241 836	22,74	—	176.		
															8.		
1 234 665	50 770	—	29 474	10 805 833	37,26	91,97	11 749 473	40,52	73 700 890	73 700 890	817 215	74 518 105	256,97	—	1.		
786 443	15 815	300	38 539	6 199 531	33,40	91,12	6 803 796	36,66	43 240 174	36 781 900	3 110 509	46 350 683	249,75	—	2.		
377 183	9 150	200	16 000	3 893 779	29,63	89,35	4 357 670	33,16	35 741 673	31 642 000	775 500	36 517 173	277,85	1000 000	3.		
198 024	5 045	80	—	1 504 876	31,85	93,28	1 613 295	34,15	15 497 774	11 912 500	448 500	15 946 274	337,53	484 732	4.		
175 863	7 234	—	—	972 971	26,37	92,85	1 047 885	28,40	4 969 872	2 248 100	—	4 969 872	134,70	130 086	5.		
118 249	4 312	80	2 508	964 012	27,92	92,51	1 042 071	30,18	4 916 945	—	—	4 916 945	142,40	—	6.		
156 036	4 680	40	—	936 417	27,34	94,13	994 778	29,05	3 308 380	1 193 600	259 000	3 567 380	104,16	—	7.		
180 616	9 583	120	—	1 293 271	39,10	95,50	1 354 235	40,94	9 601 782	5 022 100	136 000	9 737 782	294,41	—	8.		
175 906	4 426	—	—	1 007 462	35,02	94,99	1 060 632	36,87	5 169 150	95 000	124 500	5 293 650	184,01	—	9.		
69 500	5 250	40	—	782 657	27,64	92,59	845 249	29,85	7 638 401	7 201 100	97 200	7 735 601	273,14	900 000	10.		
55 954	792	80	—	693 505	25,25	90,99	762 215	27,75	10 452 828	5 922 000	123 000	10 575 828	385,02	—	11.		
95 615	5 155	40	—	799 962	29,51	93,58	854 868	31,54	7 975 337	2 094 600	238 448	8 213 785	303,01	—	12.		
68 955	1 245	200	—	609 768	25,35	94,15	647 643	26,92	7 241 400	4 641 400	35 000	7 276 400	302,49	—	13.		
68 629	2 540	120	—	590 436	25,02	93,97	628 325	26,63	3 217 786	149 100	43 265	3 261 051	138,19	—	14.		
70 901	—	120	—	587 276	25,39	92,97	631 688	27,31	1 944 630	—	—	1 944 630	84,07	—	15.		
45 160	1 185	160	—	543 411	24,81	93,40	581 807	26,57	5 109 038	1 865 500	59 950	5 168 988	236,02	—	16.		
49 556	758	—	—	422 399	21,91	92,17	458 290	23,78	1 783 883	134 700	—	1 783 883	92,54	—	17.		
45 862	1 990	—	—	504 446	26,68	94,00	536 668	28,38	4 714 218	1 754 800	—	4 714 218	249,32	—	18.		
47 985	—	40	9 827	330 845	18,02	93,13	355 240	19,35	2 623 352	—	162 000	2 785 352	151,71	—	19.		
94 161	—	40	—	720 303	43,04	97,12	741 632	44,31	234 696	—	—	234 696	14,02	—	20.		
49 830	—	80	—	382 936	25,24	88,58	432 284	28,49	965 107	—	132 950	1 098 057	72,38	—	21.		
38 383	1 350	—	4 000	322 099	22,45	88,33	364 635	25,42	1 728 751	6 000	—	1 728 751	120,50	—	22.		
75 753	2 570	40	—	374 955	26,66	96,94	386 779	27,50	1 303 936	—	12 300	1 316 236	93,60	—	23.		
26 094	1 086	200	—	256 717	18,83	92,49	277 549	20,36	2 618 591	—	30 000	2 648 591	194,28	—	24.		
41 157	—	40	—	336 511	24,70	91,75	366 751	26,92	2 777 066	—	20 700	2 797 766	205,34	—	25.		
31 455	—	80	—	272 730	20,06	92,01	296 410	21,80	1 411 958	—	15 000	1 426 958	104,95	—	26.		
60 105	2 197	—	—	370 030	28,69	96,95	381 666	29,59	1 297 898	—	—	1 297 898	100,63	—	27.		
32 153	1 390	—	—	294 250	23,26	95,36	308 554	24,39	6 318 168	2 314 100	27 300	6 345 468	501,54	79 260	28.		
34 988	1 430	80	—	310 995	26,39	94,41	329 399	27,95	927 350	—	—	927 350	78,70	—	29.		
34 061	—	—	—	329 400	28,32	93,05	353 986	30,44	1 083 580	—	22 550	1 106 130	95,11	—	30.		
26 114	384	—	—	229 676	21,88	92,31	248 801	23,71	1 481 527	—	—	1 481 527	141,17	—	31.		
24 961	405	40	—	153 213	15,50	94,05	162 911	16,48	369 011	124 000	—	369 011	37,33	—	32.		
24 340	244	—	—	214 308	22,99	94,21	227 488	24,41	514 808	—	—	514 808	55,23	—	33.		
11 440	1 408	40	—	116 223	13,33	91,14	127 526	14,62	280 779	—	14 550	295 329	33,87	—	34.		
26 069	1 180	40	—	196 763	22,66	92,35	213 054	24,54	1 836 280	—	30 000	1 866 280	214,93	—	35.		
15 270	—	—	—	114 458	14,35	94,57	121 034	15,17	1 250 276	—	11 000	1 261 276	158,09	—	36.		
26 308	358	40	—	166 109	21,59	91,88	180 798	23,50	1 528 559	—	—	1 528 559	198,69	—	37.		
7 373	221	120	—	81 093	13,74	93,54	86 698	14,69	310 217	—	2 400	312 617	52,96	—	38.		
15 487	—	—	—	110 351	19,65	97,11	113 634	20,23	672 431	—	20 000	692 431	123,30	—	39.		
20 279	286	40	—	142 957	25,53	98,65	144 906	25,88	187 325	—	1 200	188 525	33,66	—	40.		
10 544	148	80	—	112 414	20,23	91,96	122 242	22,00	767 399	—	7 116	774 515	139,40	—	41.		
8 268	425	40	—	78 266	14,87	93,56	83 649	15,89	200 015	—	—	200 015	37,99	—	42.		
12 388	1 050	80	—	109 072	20,72	92,29	118 185	22,46	274 511	—	153 703	428 214	81,36	—	43.		
12 294	—	—	—	72 208	13,78	96,29	74 988	14,31	414 748	—	—	414 748	79,14	—	44.		
13 672	—	80	—	105 579	20,30	92,61	114 000	21,91	757 114	—	—	757 114	145,54	—	45.		

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913											
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten		
			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz	
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	M	M	M	M	M	M	M	M	M	% vom gesamten Steuerant- kommen (Sp. 12a)	M	M
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c		9	10
Noch: 8. Provinz Sachsen.														
46. Bleicherode	4 944	Grf. Hohenstein	2 193	—	—	—	1 567	824	4 584	0,93	1,72		186 678	34 910
47. Barby a./E.	4 932	Calbe	3 731	102	—	2 137	2 372	485	8 827	1,79	12,09		27 966	29 479
48. Ellrich	4 837	Grf. Hohenstein	1 703	—	—	1 955	890	705	5 253	1,09	5,21		59 704	23 335
49. Gommern	4 678	Jerichow I.	966	566	—	2 062	2 413	1 497	7 504	1,60	8,35		47 001	23 224
50. Querfurt	4 671	Querfurt	—	292	—	2 831	1 098	743	4 964	1,06	4,04		49 636	41 550
51. Dingelstädt	4 511	Heiligenstadt	4 580	—	—	1 629	322	307	6 838	1,52	9,11		38 670	20 375
52. Schleusingen	4 317	Schleusingen	985	—	213	2 780	1 297	1 323	6 598	1,53	8,13		45 583	19 218
53. Könnern	4 207	Saalkreis	2 082	65	—	1 848	1 416	1 212	6 623	1,57	8,03		35 741	28 916
54. Wolmirstedt	4 182	Wolmirstedt	—	—	—	2 260	909	1 368	4 537	1,08	5,94		43 707	19 286
55. Lützen	4 147	Merseburg	—	109	—	—	546	468	1 123	0,27	2,46		22 019	17 043
56. Elsterwerda	4 142	Liebenwerda	3 610	1 207	750	2 525	1 083	463	9 638	2,33	10,84		51 575	15 269
57. Zörbig	4 101	Bitterfeld	3 418	95	—	1 874	843	922	7 152	1,74	8,41		38 785	27 634
58. Alsleben a. S.	4 062	Mansf. Seckreis	1 056	183	—	1 446	1 167	807	4 659	1,15	7,11		27 657	25 192
59. Zahna	4 048	Wittenberg	2 090	87	—	—	752	—	2 929	0,72	3,36		52 768	17 757
60. Klötze	3 994	Gardelegen	2 610	305	—	2 232	2 125	750	8 022	2,01	8,36		57 481	20 004
61. Herzberg (Elster)	3 945	Schweinitz	2 258	40	—	1 142	611	655	4 706	1,19	8,53		27 530	14 860
62. Seehausen i./Altmark	3 875	Osterburg	—	1 697	—	2 236	1 192	704	5 829	1,50	6,99		40 458	25 636
63. Liebenwerda	3 540	Liebenwerda	838	42	—	1 418	398	753	3 449	0,97	4,13		48 987	16 910
64. Mühlberg a. E.	3 502	„	1 079	—	—	—	537	435	2 051	0,59	4,77		20 391	13 700
65. Wanzleben	3 446	Wanzleben	—	149	—	—	1 113	918	2 180	0,63	3,64		30 068	23 812
66. Köllada	3 435	Eckartsberga	3 602	—	—	1 910	790	1 074	7 376	2,15	10,13		32 804	26 060
67. Gräfenhainichen	3 391	Bitterfeld	977	664	—	—	909	514	3 064	0,91	10,12		12 032	10 418
68. Schwanebeck	3 350	Oschersleben	831	—	—	1 665	788	429	3 713	1,11	6,01		22 885	26 848
69. Düben	3 321	Bitterfeld	—	469	—	—	564	840	1 873	0,56	4,31		21 482	13 715
70. Gröningen	3 231	Oschersleben	1 077	63	—	1 009	759	442	3 350	1,04	4,55		21 206	25 344
71. Freyburg a./Unstrut	3 194	Querfurt	2 340	—	—	1 976	712	672	5 700	1,78	8,54		32 772	19 458
72. Hohenmölsen	3 104	Weißenfels	412	—	—	1 673	987	340	3 412	1,10	8,13		21 147	11 513
73. Kösen	2 939	Naumburg	1 601	12	—	2 233	619	1 558	6 023	2,05	7,94		38 593	23 252
74. Jessen (Bz. Halle)	2 876	Schweinitz	2 409	20	—	1 621	749	519	5 318	1,85	14,99		16 398	8 490
75. Tennstedt	2 867	Langensalza	2 186	80	—	1 452	358	357	4 433	1,55	8,23		25 104	19 482
76. Heldrungen	2 854	Eckartsberga	2 715	85	—	1 417	428	651	5 296	1,86	14,50		14 032	14 010
77. Leimbach	2 853	Mansf. Gebirgskr.	202	—	—	1 361	914	344	2 821	0,99	5,73		24 278	10 458
78. Bad Sachsa	2 839	Grf. Hohenstein	4 243	109	—	1 000	941	754	7 047	2,48	11,16		31 348	19 181
79. Lößjün	2 836	Saalkreis	1 314	—	—	1 303	1 032	709	4 358	1,54	7,99		26 795	19 086
80. Belgern	2 836	Torgau	2 137	45	—	—	588	210	2 980	1,05	12,38		9 058	8 332
81. Wettin	2 832	Saalkreis	435	—	—	974	885	804	3 098	1,09	8,20		20 023	9 527
82. Wegeleben	2 802	Oschersleben	8 274	—	—	1 024	799	372	10 469	3,74	12,70		29 857	36 004
83. Benneckenstein	2 783	Grf. Hohenstein	1 240	172	—	1 074	574	445	3 505	1,36	8,55		24 491	9 259
84. Derenburg	2 780	Halberstadt	6 739	—	—	894	423	622	8 678	3,12	11,57		27 982	33 845
85. Seehausen, Kr. W.	2 777	Wanzleben	1 119	31	—	1 084	493	357	3 084	1,11	4,83		36 040	18 978
86. Ermsleben	2 752	Mansf. Gebirgskr.	80	—	—	—	530	260	870	0,32	2,81		17 876	14 473
87. Bismark	2 709	Stendal	2 666	48	—	1 623	627	750	5 714	2,11	9,96		31 167	13 000
88. Treffurt	2 705	Mühlhausen	829	40	—	1 050	417	295	2 631	0,97	6,17		23 526	12 387
89. Schmiedeberg (Bz. Halle)	2 673	Wittenberg	1 469	390	—	1 249	281	510	3 899	1,46	12,78		14 195	8 984
90. Kroppenstedt	2 645	Oschersleben	1 263	41	—	818	630	210	2 962	1,12	5,06		16 480	36 643
91. Schafstädt	2 523	Merseburg	1 778	477	—	1 579	807	573	5 214	2,07	7,87		22 420	33 672
92. Nebra	2 498	Querfurt	—	67	—	1 046	489	296	1 898	0,76	6,37		12 806	12 320
93. Ziesar	2 460	Jerichow I.	—	34	—	1 228	312	707	2 281	0,93	5,78		21 144	11 441
94. Mansfeld	2 379	Mansf. Gebirgskr.	1 735	274	—	690	587	402	3 688	1,55	10,50		18 000	10 695
95. Dommitzsch	2 377	Torgau	1 746	337	—	—	512	249	2 844	1,20	7,48		20 641	9 906
96. Kelbra	2 373	Sangerhausen	—	—	—	1 304	294	246	1 844	0,78	5,50		15 240	13 236
97. Weißensee	2 339	Weißensee	3 376	—	—	1 144	365	396	5 281	2,26	13,20		16 124	16 647
98. Arendsee	2 310	Osterburg	1 224	22	—	—	905	508	2 659	1,15	7,09		19 606	9 261
99. Kemberg	2 308	Wittenberg	1 089	9	—	—	137	396	1 631	0,71	10,75		5 654	6 330
100. Laucha	2 299	Querfurt	—	—	—	1 098	181	254	1 533	0,67	6,64		9 361	9 342
101. Hornburg	2 249	Halberstadt	795	81	—	1 031	425	385	2 717	1,21	6,51		20 316	14 576
102. Loburg	2 221	Jerichow I.	1 266	114	—	1 340	243	499	3 462	1,56	9,91		14 862	12 214
103. Jerichow	2 210	Jerichow II.	368	222	—	678	345	432	2 045	0,93	12,59		8 100	4 519
104. Oebisfelde	2 190	Gardelegen	2 040	—	—	1 562	633	285	4 520	2,06	13,10		17 131	9 216
105. Worbis	2 140	Worbis	610	—	—	705	259	614	2 188	1,02	5,10		23 287	12 080
106. Heringen	2 116	Sangerhausen	1 615	—	—	849	404	347	3 215	1,52	10,38		12 924	11 989
107. Lauchstedt	2 083	Merseburg	453	—	—	—	812	270	1 535	0,74	4,68		16 642	10 555

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen			
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen								über- haupt	auf 1 Einw.		über- haupt		auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a)	über- haupt	auf 1 Einw.									
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
40 170	545	120	—	262 423	53,08	98,28	267 007	54,01	1 127 784	61 500	—	1 127 784	228,11	—	46.		
5 922	795	40	—	64 202	13,02	87,91	73 029	14,81	70 089	—	6 500	76 589	15,53	—	47.		
12 109	206	160	—	95 514	19,75	94,79	100 767	20,83	534 541	—	—	534 541	110,51	—	48.		
11 395	572	160	—	82 352	17,60	91,65	89 856	19,21	139 320	—	—	139 320	29,78	—	49.		
26 505	204	40	—	117 935	25,25	95,96	122 899	26,31	418 489	—	—	418 489	89,59	—	50.		
8 845	256	80	—	68 226	15,12	90,89	75 064	16,64	250 478	—	326	250 804	55,60	—	51.		
9 468	240	—	—	74 509	17,26	91,87	81 107	18,79	588 397	—	—	588 397	136,30	—	52.		
10 750	347	80	—	75 834	18,03	91,97	82 457	19,60	452 217	—	—	452 217	107,49	—	53.		
8 797	—	—	—	71 790	17,17	94,06	76 327	18,25	96 000	—	—	96 000	22,96	—	54.		
5 454	—	40	—	44 556	10,74	97,54	45 679	11,01	280 660	—	9 000	289 660	69,85	—	55.		
11 432	952	80	—	79 308	19,15	89,16	88 946	21,47	649 521	—	3 000	652 521	157,54	—	56.		
11 486	—	—	—	77 905	19,00	91,59	85 057	20,74	199 230	—	—	199 230	48,58	—	57.		
7 830	210	—	—	60 889	14,99	92,89	65 548	16,14	244 308	—	—	244 308	60,14	—	58.		
13 758	—	—	—	84 283	20,82	96,64	87 212	21,54	225 175	—	—	225 175	55,63	—	59.		
10 200	258	—	—	87 943	22,02	91,64	95 965	24,03	308 181	—	8 000	316 181	79,16	—	60.		
7 856	194	40	—	50 480	12,80	91,47	55 186	13,99	121 579	—	9 000	130 579	33,10	2 035	61.		
10 507	900	40	—	77 541	20,01	93,01	83 370	21,51	20 630	—	171 976	192 606	49,70	—	62.		
13 422	754	40	—	80 113	22,63	95,87	83 562	23,61	338 137	—	—	338 137	95,52	19 800	63.		
6 542	293	—	—	40 926	11,69	95,23	42 977	12,27	263 855	—	—	263 855	75,34	—	64.		
3 814	—	—	—	57 694	16,74	96,36	59 874	17,37	98 171	—	—	98 171	28,49	—	65.		
6 518	—	40	—	65 422	19,05	89,87	72 798	21,19	374 890	—	—	374 890	109,14	—	66.		
4 715	—	40	—	27 205	8,02	89,88	30 269	8,93	146 625	—	90 150	236 775	69,82	—	67.		
7 650	669	—	—	58 052	17,33	93,99	61 765	18,44	106 862	—	—	106 862	31,90	—	68.		
6 329	—	40	—	41 566	12,52	95,69	43 439	13,08	67 470	—	—	67 470	20,32	—	69.		
23 174	521	40	—	70 285	21,75	95,45	73 635	22,79	102 653	—	—	102 653	31,77	—	70.		
8 696	—	80	—	61 006	19,10	91,46	66 706	20,88	249 332	—	—	249 332	78,06	—	71.		
5 528	375	—	—	38 563	12,42	91,87	41 975	13,52	184 242	—	—	184 242	59,36	—	72.		
7 392	585	—	—	69 822	23,76	92,06	75 845	25,81	807 685	—	—	807 685	274,82	—	73.		
5 106	133	40	—	30 167	10,49	85,01	35 485	12,34	115 092	—	3 000	118 092	41,06	—	74.		
4 137	348	40	—	49 111	17,13	91,72	53 544	18,68	86 048	—	—	86 048	30,01	—	75.		
3 150	—	40	—	31 232	10,94	85,50	36 528	12,80	154 631	—	—	154 631	54,18	7 000	76.		
10 626	—	—	1 076	46 438	16,28	94,27	49 259	17,27	647	—	—	647	0,23	—	77.		
5 368	200	—	—	56 097	19,76	88,84	63 144	22,24	613 538	—	—	613 538	216,11	6 500	78.		
4 292	—	—	—	50 173	17,69	92,01	54 531	19,23	180 779	—	—	180 779	63,74	—	79.		
2 468	203	—	—	20 061	7,07	87,07	23 041	8,12	143 982	—	—	143 982	50,77	—	80.		
5 144	—	—	—	34 694	12,25	91,80	37 792	13,34	233 435	—	10 700	244 135	86,21	—	81.		
5 522	578	—	—	71 961	25,68	87,30	82 430	29,42	76 500	—	—	76 500	27,30	—	82.		
3 733	—	—	—	37 483	13,47	91,45	40 988	14,73	340 577	—	—	340 577	122,38	3 000	83.		
4 251	229	—	—	66 307	23,85	88,43	74 985	26,97	85 765	—	—	85 765	30,85	—	84.		
5 732	—	—	—	60 750	21,88	95,17	63 834	22,99	91 691	—	—	91 691	33,02	—	85.		
4 377	106	—	—	36 832	13,38	97,69	37 702	13,70	26 605	—	—	26 605	9,67	—	86.		
7 000	460	—	—	51 627	19,06	90,04	57 341	21,17	365 500	—	—	365 500	134,92	—	87.		
3 790	205	80	—	39 988	14,78	93,88	42 619	15,76	290 160	—	—	290 160	107,27	—	88.		
3 408	112	40	—	26 739	10,00	87,27	30 638	11,46	880 125	—	1 200	881 325	329,71	32 750	89.		
2 202	285	—	—	55 610	21,02	94,94	58 572	22,14	164 379	—	—	164 379	62,15	—	90.		
4 904	—	—	—	60 996	24,18	92,13	66 210	26,24	215 999	—	18 067	234 066	92,77	—	91.		
2 695	78	—	—	27 899	11,17	93,63	29 797	11,93	110 415	—	—	110 415	44,20	—	92.		
4 358	185	40	—	37 168	15,11	94,22	39 449	16,04	305 340	—	—	305 340	124,12	—	93.		
2 659	98	—	—	31 452	13,22	89,50	35 140	14,77	232 216	—	—	232 216	97,61	—	94.		
4 518	108	—	—	35 173	14,80	92,52	38 017	15,99	207 051	—	—	207 051	87,11	—	95.		
3 041	143	—	—	31 660	13,34	94,50	33 504	14,12	180 554	—	—	180 554	76,09	—	96.		
1 905	52	—	—	34 728	14,85	86,80	40 009	17,11	386 531	—	10 000	396 531	169,53	—	97.		
5 168	710	80	—	34 825	15,08	92,91	37 484	16,23	159 405	—	—	159 405	69,01	—	98.		
1 560	—	—	—	13 544	5,87	89,25	15 175	6,57	44 389	—	—	44 389	19,23	—	99.		
2 693	110	40	—	21 546	9,37	93,36	23 079	10,04	158 983	—	16 000	174 983	76,11	—	100.		
4 054	—	80	—	39 026	17,35	93,49	41 743	18,56	75 798	—	12 800	88 598	39,39	—	101.		
4 075	335	—	—	31 486	14,18	90,09	34 948	15,74	128 513	—	—	128 513	57,86	—	102.		
1 435	105	40	—	14 199	6,42	87,41	16 244	7,35	111 724	—	—	111 724	50,55	—	103.		
3 447	192	—	—	29 986	13,69	86,90	34 506	15,76	209 917	—	3 000	212 917	97,22	4 200	104.		
5 161	69	80	—	40 677	19,01	94,90	42 865	20,03	81 472	—	—	81 472	38,07	—	105.		
1 299	81	40	—	26 333	12,44	89,12	29 548	13,96	11 385	—	—	11 385	5,38	—	106.		
3 944	91	—	—	31 232	14,99	95,32	32 767	15,73	95 211	—	—	95 211	45,71	3 000	107.		

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	ga	gb	gc	9	10
Noch: 8. Provinz Sachsen.													
108. Ranis	2 075	Ziegenrück . . .	167	—	—	1 190	286	216	1 859	0,90	10,54	8 486	5 711
109. Gebeese	1 999	Weißensee . . .	865	—	—	—	390	262	1 517	0,76	6,97	6 653	12 451
110. Pretzsch	1 985	Wittenberg . . .	776	—	—	916	131	355	2 178	1,10	8,72	13 037	6 671
111. Brehna	1 923	Bitterfeld . . .	—	—	—	—	725	558	1 283	0,67	3,31	15 101	19 423
112. Übigau	1 912	Liebenwerda . .	561	—	—	—	395	102	1 058	0,55	4,75	12 874	6 312
113. Kalbe a./Milde . . .	1 909	Salzwedel . . .	1 877	—	—	1 080	359	528	3 844	2,01	9,49	20 422	12 206
114. Mückeln	1 899	Querfurt . . .	1 367	6	—	896	556	245	3 070	1,62	9,12	15 760	12 190
115. Stolberg (Harz) . .	1 852	Sangerhausen . .	593	—	—	—	—	236	829	0,45	3,18	14 673	7 266
116. Wiehe	1 837	Eckartsberga . .	—	533	—	—	253	131	917	0,50	4,03	8 097	11 648
117. Schraplau	1 827	Mansf. Seekreis	1 322	—	—	655	596	600	3 173	1,74	9,69	13 879	9 440
118. Schkölen	1 810	Weißenfels . . .	1 062	130	—	1 097	557	339	3 185	1,76	12,38	11 285	7 795
119. Arneburg	1 788	Stendal	816	63	—	796	637	428	2 740	1,53	8,83	13 893	10 499
120. Landsberg (Bz. Halle)	1 762	Delitzsch	—	—	—	—	533	240	773	0,44	2,21	20 121	9 451
121. Kochstedt	1 761	Quedlinburg . .	—	—	—	505	176	306	987	0,56	3,01	12 227	17 830
122. Sandau a./Elbe . . .	1 736	Jerichow II . . .	671	138	—	—	388	448	1 645	0,95	7,62	9 231	8 799
123. Ortrand	1 712	Liebenwerda . .	2 251	158	—	—	148	198	2 755	1,61	13,05	10 958	3 430
124. Möckern, Bz. Magdeburg	1 698	Jerichow I . . .	349	240	—	860	683	454	2 586	1,52	9,12	13 111	9 140
125. Eckartsberga	1 677	Eckartsberga . .	1 859	—	—	762	147	733	3 501	2,09	16,13	6 719	9 383
126. Gefell	1 651	Ziegenrück . . .	473	—	—	1 277	205	88	2 043	1,24	14,33	7 622	2 688
127. Werben	1 648	Osterburg	592	—	—	725	583	112	2 012	1,22	7,24	11 604	11 249
128. Prettin	1 635	Torgau	1 348	—	—	928	318	363	2 957	1,81	8,09	17 847	12 022
129. Bibra	1 581	Eckartsberga . .	519	—	—	966	230	223	1 938	1,23	8,62	8 957	9 290
130. Kindelbrück	1 509	Weißensee	—	—	—	—	283	241	524	0,35	3,01	6 021	9 644
131. Seyda	1 472	Schweinitz	545	—	—	—	130	370	1 045	0,71	7,37	7 243	4 207
132. Schlieben	1 464	„	720	582	—	779	259	255	2 595	1,77	17,29	5 959	4 918
133. Osterfeld	1 435	Weißenfels	2 106	—	—	843	474	338	3 761	2,62	15,64	10 303	6 632
134. Dardesheim	1 391	Halberstadt . . .	1 331	—	—	478	85	146	2 040	1,47	9,09	7 105	11 358
135. Schildau	1 363	Torgau	—	—	—	—	127	47	174	0,13	2,27	4 036	2 755
136. Schweinitz	1 315	Schweinitz	750	—	—	550	125	133	1 558	1,18	12,06	5 612	4 144
137. Ziegenrück	1 252	Ziegenrück	333	175	—	1 319	149	144	2 120	1,69	15,63	8 330	2 044
138. Stößen	1 226	Weißenfels	2 934	36	—	660	491	177	4 298	3,51	17,42	10 664	6 893
139. Hadmersleben	1 086	Wanzleben	—	97	—	—	—	187	284	0,26	1,78	7 274	7 119
140. Thamsbrück	991	Langensalza . . .	170	—	—	—	93	284	547	0,55	3,72	7 093	6 136
141. Schönewalde (Kreis Schweinitz)	902	Schweinitz	787	234	—	550	180	89	1 840	2,04	17,57	3 433	4 002
142. Wahrenbrück	630	Liebenwerda . . .	50	30	—	150	80	24	334	0,53	5,14	2 550	2 542
143. *Thale	13 431	Quedlinburg . . .	4 608	296	750	6 866	5 144	3 743	21 407	1,59	5,54	236 242	61 448
9. Provinz Schleswig-Holstein.													
1. Kiel	228 729	Stadtkreis	241 855	175 553	36 708	—	275 339	85 683	1) 821 424	3,59	8,93	4 863 454	2 710 885
2. Altona	182 910	„	410 545	84 492	122 366	—	210 945	92 071	920 419	5,03	11,13	2 794 174	4 194 366
3. Flensburg	65 079	„	49 571	42 709	10 575	20 213	64 667	21 217	208 952	3,21	7,50	1 505 719	687 850
4. Wandsbek	37 492	„	46 316	24 586	12 576	—	18 000	27 127	128 605	3,43	9,67	561 722	568 299
5. Neumünster	35 425	„	17 950	16 212	4 620	—	14 929	8 455	62 166	1,75	5,35	758 143	213 490
6. Itzehoe	20 083	Steinburg	16 684	—	—	8 318	18 446	4 242	47 690	2,37	6,19	440 759	181 566
7. Schleswig	19 720	Schleswig	15 904	2 659	—	6 537	8 829	6 089	40 018	2,03	6,03	373 935	156 492
8. Rendsburg	18 402	Rendsburg	15 607	2 634	2 025	11 144	14 932	5 232	51 834	2,82	9,95	289 361	119 115
9. Elmshorn	15 082	Pinneberg	15 646	10 170	—	—	13 323	6 417	45 556	3,02	6,61	433 106	116 619
10. Hadersleben	13 362	Hadersleben . . .	6 523	2 422	—	5 252	6 409	2 984	23 590	1,77	7,21	176 523	84 358
11. Sonderburg	11 097	Sonderburg	6 478	1 482	1 775	—	5 203	2 728	17 666	1,59	5,62	166 253	82 677
12. Heide	10 086	Norderdithmarsch.	7 909	2 068	—	—	4 613	3 875	18 465	1,83	4,74	242 569	81 948
13. Husum	9 352	Husum	9 239	1 308	—	—	3 806	1 900	16 253	1,74	4,43	222 994	79 802
14. Apenrade	7 872	Apenrade	4 515	434	—	—	2 738	1 497	9 184	1,17	4,19	131 131	46 783
15. Ütersen	7 305	Pinneberg	21 732	556	—	—	3 850	2 400	28 538	3,91	13,41	113 311	43 147
16. Pinneberg	6 949	„	10 027	889	—	—	3 321	2 085	16 322	2,35	7,51	128 389	45 778
17. Glückstadt	6 658	Steinburg	4 577	—	—	2 524	3 043	965	11 109	1,67	5,64	126 845	39 380
18. Eckernförde	6 381	Eckernförde . . .	3 136	—	—	3 714	4 031	2 841	13 722	2,15	6,17	131 343	45 818
19. Bad Oldesloe	6 029	Stormarn	8 038	855	—	—	2 704	912	12 509	2,07	7,15	98 838	45 546
20. Wedel	5 894	Pinneberg	3 182	1 456	—	—	1 702	2 402	8 742	1,48	5,73	73 861	46 730
21. Neustadt in Holstein	5 374	Oldenburg	5 980	2 188	—	—	2 669	1 700	12 537	2,33	12,00	48 668	29 142
22. Lauenburg a. Elbe . .	5 159	Hrztg. Lauenburg	2 532	—	—	2 418	2 133	1 604	8 687	1,68	9,18	51 650	21 443

1) darunter 6 286 M Auktionssteuer. — 2) darunter 260 M Erbschaftsteuer.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden- sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.								
												M	M		M	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
1 543	44	—	—	15 784	7,61	89,46	17 643	8,50	169 062	—	—	169 062	81,48	—	108.	
1 059	90	—	—	20 253	10,13	93,03	21 770	10,89	—	—	—	—	—	—	109.	
3 083	—	—	—	22 791	11,48	91,28	24 969	12,58	97 904	—	—	97 904	49,32	—	110.	
2 925	—	—	—	37 449	19,47	96,69	38 732	20,14	22 480	—	—	22 480	11,69	—	111.	
1 794	250	—	—	21 230	11,10	95,25	22 288	11,66	18 540	—	—	18 540	9,70	—	112.	
3 686	345	—	—	36 659	19,20	90,51	40 503	21,22	296 653	—	—	296 653	155,40	—	113.	
2 435	203	—	—	30 588	16,11	90,88	33 658	17,72	165 869	—	—	165 869	87,35	—	114.	
3 090	185	36	—	25 250	13,63	96,82	26 079	14,08	94 974	—	—	94 974	51,28	—	115.	
2 093	—	—	—	21 838	11,89	95,97	22 755	12,39	257 984	—	11 531	269 515	146,71	5 000	116.	
6 135	130	—	—	29 584	16,19	90,31	32 757	17,93	69 511	—	—	69 511	38,05	—	117.	
3 471	—	—	—	22 551	12,46	87,62	25 736	14,22	8 283	—	—	8 283	4,58	—	118.	
3 372	520	—	—	28 284	15,82	91,17	31 024	17,35	183 689	—	—	183 689	102,73	3 000	119.	
4 560	—	—	—	34 132	19,37	97,79	34 905	19,81	40 800	—	—	40 800	23,16	—	120.	
1 762	—	—	—	31 819	18,07	96,99	32 806	18,63	44 333	—	—	44 333	25,17	4 500	121.	
1 581	305	30	—	19 946	11,49	92,38	21 591	12,44	146 853	—	—	146 853	84,59	—	122.	
3 901	72	—	—	18 361	10,72	86,96	21 116	12,33	25 649	—	—	25 649	14,98	—	123.	
3 232	290	—	—	25 773	15,18	90,88	28 359	16,70	70 400	—	—	70 400	41,46	—	124.	
2 098	—	—	—	18 200	10,85	83,87	21 701	12,94	68 603	—	8 100	76 703	45,74	—	125.	
1 905	—	—	—	12 215	7,40	85,67	14 258	8,64	18 741	—	—	18 741	11,35	—	126.	
2 670	250	—	—	25 773	15,64	92,76	27 785	16,86	80 027	—	—	80 027	48,56	—	127.	
3 574	110	30	—	33 583	20,54	91,91	36 540	22,35	170 498	—	95	170 593	104,34	10 000	128.	
2 232	—	60	—	20 539	12,99	91,38	22 477	14,22	82 353	—	—	82 353	52,09	—	129.	
1 222	—	—	—	16 887	11,19	96,99	17 411	11,54	131 483	—	1 333	132 816	88,02	—	130.	
1 400	289	—	—	13 139	8,93	92,63	14 184	9,64	5 121	—	—	5 121	3,48	—	131.	
1 179	358	—	—	12 414	8,48	82,71	15 009	10,25	37 684	—	—	37 684	25,74	—	132.	
3 184	160	—	—	20 279	14,13	84,36	24 040	16,75	84 357	—	—	84 357	58,79	—	133.	
1 930	—	—	—	20 393	14,66	90,91	22 433	16,13	97 759	—	—	97 759	70,28	9 900	134.	
617	74	—	—	7 482	5,49	97,73	7 656	5,62	—	—	—	—	—	—	135.	
1 553	52	—	—	11 361	8,64	87,94	12 919	9,82	3 600	—	—	3 600	2,74	5 800	136.	
1 068	—	—	—	11 442	9,14	84,37	13 562	10,83	260 971	—	—	260 971	208,44	—	137.	
2 727	88	—	—	20 372	16,62	82,58	24 670	20,12	49 301	—	—	49 301	40,21	—	138.	
1 128	156	—	—	15 677	14,44	98,22	15 961	14,70	12 102	—	2 600	14 702	13,54	—	139.	
902	26	—	—	14 157	14,29	96,28	14 704	14,84	132 652	—	—	132 652	133,86	—	140.	
1 132	63	—	—	8 630	9,57	82,43	10 470	11,61	17 398	—	—	17 398	19,29	—	141.	
777	300	—	—	6 169	9,79	94,86	6 503	10,32	8 329	—	—	8 329	13,22	—	142.	
65 236	2 388	—	—	365 314	27,20	94,46	386 721	28,79	909 242	—	—	909 242	67,70	—	143.	
																9.
693 029	23 746	—	87 241	8 378 355	36,63	91,07	9 199 779	40,22	73 742 710	66 256 300	1 709 356	75 452 066	329,88	250 000	1.	
342 577	15 851	—	—	7 346 968	40,17	88,87	8 267 387	45,20	79 928 722	45 065 600	1 445 816	81 374 538	444,89	—	2.	
357 750	13 281	50	12 019	2 576 669	39,59	92,50	2 785 621	42,80	14 941 630	14 303 500	80 000	15 021 630	230,82	—	3.	
65 199	3 308	—	3 030	1 201 558	32,05	90,33	1 330 163	35,48	11 317 070	7 432 200	225 000	11 542 070	307,85	—	4.	
123 594	3 889	80	—	1 099 196	31,03	94,65	1 161 362	32,78	10 533 442	4 587 200	30 000	10 563 442	298,19	—	5.	
97 957	2 280	40	—	722 602	35,98	93,81	770 292	38,36	3 760 463	550 000	50 000	3 810 463	189,74	—	6.	
89 720	3 290	—	—	623 437	31,61	93,97	663 455	33,64	4 503 118	—	—	4 503 118	228,35	—	7.	
56 875	3 803	—	—	469 154	25,49	90,05	520 988	28,31	4 162 145	1 740 500	37 792	4 199 937	228,23	—	8.	
93 763	—	—	—	643 488	42,67	93,39	689 044	45,69	5 187 032	931 200	—	5 187 032	343,92	—	9.	
40 638	2 061	—	—	303 580	22,72	92,79	327 170	24,49	2 037 636	1 010 000	87 125	2 124 761	159,02	—	10.	
45 950	1 609	40	—	296 529	26,72	94,38	314 195	28,31	2 843 873	—	300 000	3 143 873	283,31	—	11.	
46 856	—	—	—	371 373	36,82	95,26	389 838	38,65	3 180 504	—	7 000	3 187 504	316,03	436 000	12.	
45 912	2 215	—	—	350 923	37,52	95,57	367 176	39,26	2 827 182	—	25 370	2 852 552	305,02	—	13.	
30 933	1 382	—	—	210 229	26,70	95,81	219 413	27,87	1 336 428	—	—	1 336 428	169,77	—	14.	
27 856	—	—	—	184 314	25,23	86,59	212 852	29,14	1 178 483	—	—	1 178 483	161,33	—	15.	
26 225	650	—	—	201 042	28,93	92,49	217 364	31,28	913 605	—	—	913 605	131,47	—	16.	
19 028	336	240	—	185 829	27,91	94,36	196 938	29,58	1 361 139	—	—	1 361 139	204,44	—	17.	
31 323	—	120	—	208 604	32,69	93,83	222 326	34,84	929 983	—	—	929 983	145,74	—	18.	
16 958	1 150	—	—	162 492	26,95	92,85	175 001	29,02	2 242 503	—	—	2 242 503	371,95	—	19.	
22 694	631	—	—	143 916	24,42	94,27	152 658	25,90	818 569	—	—	818 569	138,88	—	20.	
13 538	610	—	—	91 958	17,11	88,00	104 495	19,44	777 137	—	25 100	802 237	149,28	—	21.	
12 049	765	80	—	85 987	16,67	90,82	94 674	18,35	300 363	—	—	300 363	58,22	—	22.	

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern													
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	der	der	der	der	der	der	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der	der
			Umsatz- steuer	Wert- zu- wachs- steuer	Schank- kon- zes- sions- steuer	Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	Lust- bar- keits- steuern	Hunde- steuer	über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamt- Steuern auf- kommen (Sp. 16a)	Ein- kommen- steuer	Steuern vom Grund- besitz
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	%	M	M
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 9. Provinz Schleswig-Holstein.													
23. Kellinghusen	5 114	Steinburg	3 312	—	—	—	3 298	1 085	7 695	1,50	4,89	91 639	36 054
24. Segeberg	5 104	Segeberg	6 514	1 052	—	—	3 357	1 502	12 425	2,43	8,05	61 883	54 375
25. Barmstedt, Flecken	4 889	Pinneberg	10 151	989	—	—	1 701	1 336	14 177	2,90	16,03	35 697	25 811
26. Tondern	4 839	Tondern	2 928	660	—	—	1 401	1 043	6 032	1,25	4,22	83 535	36 565
27. Preetz	4 796	Plön	2 445	12	—	—	1 982	806	5 245	1,09	3,88	79 933	29 945
28. Mölln	4 535	Hzgt. Lauenburg	—	—	—	—	1 167	868	2 035	0,45	2,92	44 149	14 275
29. Wilster	4 399	Steinburg	1 668	—	—	2 854	3 191	922	8 635	1,96	6,52	81 697	25 623
30. Ratzeburg	4 172	Hzgt. Lauenburg	1 743	—	—	—	1 114	1 400	4 257	1,02	5,41	38 863	25 369
31. Meldorf	3 881	Süderdithmarsch.	1 780	711	—	—	1 498	1 365	5 354	1,38	5,24	55 494	31 312
32. Plön	3 794	Plön	—	154	—	—	1 718	1 006	2 878	0,76	3,56	45 847	22 771
33. Marne	3 456	Süderdithmarsch.	2 037	33	—	—	1 805	820	4 695	1,36	4,32	62 913	27 022
34. Nortorf, Flecken	2 976	Rendsburg	2 076	495	300	—	1 490	1 169	5 530	1,86	8,68	35 511	13 905
35. Burg a. Fehmarn	2 859	Oldenburg	4 490	1 423	—	—	1 793	867	8 573	3,00	9,34	46 319	25 334
36. Tönning	2 818	Eiderstedt	1 208	—	—	1 121	2 352	737	5 418	1,92	6,76	39 736	25 588
37. Bad Bramstedt	2 722	Segeberg	3 035	750	1 050	1 122	792	622	7 371	2,71	13,93	22 451	14 880
38. Bredstedt	2 661	Husum	2 438	372	—	—	857	781	4 448	1,67	6,20	41 624	14 789
39. Friedrichstadt	2 602	Schleswig	862	—	—	—	634	277	1 773	0,68	2,92	35 538	13 892
40. Westerland	2 571	Tondern	2 166	4 254	1 200	3 077	5 042	1 230	16 969	6,60	12,64	45 968	47 552
41. Kappeln	2 561	Schleswig	3 396	14	—	987	1 504	510	6 411	2,50	8,64	41 782	14 096
42. Oldenburg i. Holstein	2 539	Oldenburg	2 412	277	—	—	1 322	684	4 695	1,85	7,22	31 456	19 761
43. Wesselburen	2 444	Norderdithmarsch.	1 183	—	—	—	936	482	2 601	1,06	2,93	52 657	22 250
44. Heiligenhafen	2 357	Oldenburg	3 898	—	—	—	801	513	5 212	2,21	8,33	31 098	19 931
45. Lütjenburg	2 269	Plön	417	291	—	—	1 160	598	2 466	1,09	3,74	32 381	21 288
46. Garding	1 704	Eiderstedt	—	204	—	—	898	310	1 412	0,83	2,79	28 637	13 486
47. Krempe	1 638	Steinburg	730	—	—	—	522	335	1 587	0,97	3,24	30 865	12 082
48. Lügumkloster, Flecken	1 568	Tondern	190	5	—	—	750	250	1 195	0,76	3,68	17 160	9 336
49. Glücksburg	1 512	Flensburg	2 570	224	—	—	365	330	3 489	2,31	6,57	31 875	14 961
50. Wyk, Flecken	1 369	Tondern	463	268	—	—	2 592	570	3 893	2,84	4,97	42 145	23 348
51. Reinfeld, Flecken	1 284	Stormarn	748	—	—	—	389	187	1 324	1,03	5,64	13 870	6 135
52. Hoyer, Flecken	1 251	Tondern	—	111	—	—	200	188	499	0,40	2,07	13 305	7 133
53. Norburg, Flecken	1 178	Sonderburg	—	—	—	150	308	320	778	0,66	3,85	10 058	6 909
54. Angustenburg, Flecken	957	—	—	—	—	—	10	125	135	0,14	0,85	9 346	4 663
55. Christiansfeld, Flecken	607	Hadersleben	—	—	—	—	—	53	53	0,09	0,55	5 251	2 686
56. Arnis	539	Schleswig	170	—	—	—	38	18	226	0,42	3,59	2 980	2 776
10. Provinz Hannover.													
1. Hannover	318 675	Stadtkreis	372 312	267 651	74 615	291 819	257 557	143 740	1 407 694	4,42	11,71	6 233 932	3 016 540
2. Linden vor Hannover	84 929	„	56 132	19 995	14 270	58 010	1 520	18 240	168 167	1,98	6,90	1 233 823	663 998
3. Osnabrück	82 120	„	48 309	49 673	11 038	38 446	37 112	15 368	1) 257 219	3,13	10,89	1 427 512	449 015
4. Harburg	69 841	„	74 240	61 414	36 168	40 997	23 243	23 940	260 002	3,72	8,60	1 856 926	478 265
5. Hildesheim	57 330	„	43 133	45 855	9 900	29 665	33 324	18 969	180 846	3,15	9,76	1 075 900	406 479
6. Lehe, Flecken	42 597	Lehe	27 616	17 707	—	—	9 403	9 311	64 037	1,50	6,85	509 385	291 781
7. Wilhelmshaven	39 830	Wittmund	6 639	3 702	—	29 843	45 678	8 449	94 311	2,37	11,77	393 806	241 303
8. Göttingen	35 885	Stadtkreis	51 452	26 383	6 088	26 998	36 736	11 690	2) 179 976	5,02	11,97	866 477	345 619
9. Lüneburg	28 856	„	25 990	4 268	—	10 389	11 116	9 340	61 103	2,12	7,03	510 588	191 355
10. Geestemünde	26 304	„	12 073	3 517	13 272	16 550	6 623	6 924	58 959	2,24	7,30	459 276	180 967
11. Emden	24 910	„	17 338	2 570	7 737	13 068	16 617	5 477	3) 94 229	3,78	11,95	450 355	160 570
12. Celle	24 763	„	17 980	2 880	1 950	14 784	15 547	8 547	61 688	2,49	9,35	394 497	132 709
13. Hameln	23 170	Hameln	15 693	2 602	2 300	14 781	16 357	5 212	56 945	2,46	8,16	371 963	178 930
14. Goslar	18 381	Goslar	15 758	3 800	—	7 753	7 701	6 342	41 354	2,25	8,20	289 265	122 765
15. Peine	15 969	Peine	5 289	631	900	10 159	11 082	3 505	31 566	1,97	5,10	399 835	96 681
16. Leer	12 362	Leer	7 935	862	—	3 523	3 264	3 460	4) 22 405	1,81	4,91	280 232	103 440
17. Münden (Hann. M.)	11 281	Münden	4 140	1 706	850	6 416	2 592	3 438	19 142	1,70	6,13	186 211	70 444
18. Stade	10 866	Stade	4 313	296	—	4 823	5 231	4 314	18 977	1,75	6,47	170 080	71 338
19. Verden	10 770	Verden	9 828	2 295	—	5 647	—	2 130	19 900	1,85	8,06	145 247	60 982
20. Uelzen	10 701	Uelzen	14 152	2 156	1 300	7 592	8 044	2 736	35 980	3,36	10,47	192 941	75 428
21. Nienburg a./Weser	10 484	Nienburg	4 068	8 534	—	10 031	3 828	2 682	29 143	2,78	7,92	219 855	55 639
22. Lehrte	9 484	Burgdorf	4 498	—	750	3 869	1 744	1 035	11 896	1,25	4,55	185 562	49 053
23. Einbeck	9 325	Einbeck	8 520	1 617	—	—	2 715	2 807	15 659	1,68	5,13	174 907	78 757
24. Papenburg	8 901	Aschendorf	—	525	—	—	1 688	1 394	3 607	0,41	1,94	115 530	42 377
25. Lingen	8 528	Lingen	—	1 191	—	3 340	2 502	1 111	5) 10 444	1,22	5,47	128 638	40 328

1) darunter 53 612 M Branntwein- und 3 661 M Essigsteuer. — 2) darunter 20 629 M Spirituosensteuer. — 3) darunter 29 777 M Spirituosen-, 1 560 M Torf- und

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar																	
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen			
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 10a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.				
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
21 521	295	40	—	149 549	29,24	95,11	157 244	30,75	575 107	—	—	575 107	112,46	—	23.		
25 575	—	—	—	141 833	27,79	91,95	154 258	30,22	722 584	—	—	722 584	141,57	—	24.		
12 049	685	—	—	74 242	15,19	83,97	88 419	18,09	512 318	—	—	512 318	104,79	—	25.		
15 392	1 255	40	—	136 787	28,27	95,78	142 819	29,51	896 246	—	—	896 246	185,21	—	26.		
19 889	—	—	—	129 767	27,06	96,12	135 012	28,15	748 440	—	—	748 440	156,06	—	27.		
9 128	—	40	—	67 592	14,90	97,08	69 627	15,35	1 013 162	—	5 552	1 018 714	224,63	—	28.		
16 152	341	—	—	123 813	28,15	93,48	132 448	30,11	590 971	—	—	590 971	134,34	—	29.		
10 238	—	—	—	74 470	17,85	94,59	78 727	18,87	773 827	—	176 279	950 106	227,73	—	30.		
9 840	210	—	—	96 856	24,96	94,76	102 210	26,34	686 604	—	1 800	688 404	177,38	—	31.		
9 098	205	—	—	77 921	20,54	96,44	80 799	21,30	476 470	—	—	476 470	125,59	—	32.		
13 984	—	40	—	103 959	30,08	95,68	108 654	31,44	525 811	—	—	525 811	152,14	—	33.		
8 400	352	—	—	58 168	19,54	91,32	63 698	21,40	397 083	—	—	397 083	133,43	—	34.		
10 934	620	40	—	83 247	29,12	90,66	91 820	32,12	247 735	—	—	247 735	86,65	—	35.		
8 918	520	—	—	74 762	26,53	93,24	80 180	28,45	887 652	—	22 504	910 156	322,98	—	36.		
7 734	445	40	—	45 550	16,73	86,07	52 921	19,44	294 474	—	—	294 474	108,18	—	37.		
10 560	312	—	—	67 285	25,29	93,80	71 733	26,96	330 408	—	—	330 408	124,17	—	38.		
9 428	—	—	—	58 858	22,62	97,08	60 631	23,30	391 018	—	—	391 018	150,28	—	39.		
23 787	—	—	—	117 307	45,63	87,36	134 276	52,23	3 582 140	—	—	3 582 140	1 393,29	—	40.		
11 204	545	160	—	67 787	26,47	91,36	74 198	28,97	509 019	—	—	509 019	198,76	—	41.		
8 614	490	40	—	60 361	23,77	92,78	65 056	25,62	316 364	—	—	316 364	124,60	—	42.		
11 365	—	—	—	86 272	35,30	97,07	88 873	36,36	556 563	—	—	556 563	227,73	—	43.		
5 927	375	—	—	57 331	24,32	91,67	62 543	26,53	130 455	—	—	130 455	55,35	—	44.		
9 680	—	40	—	63 389	27,94	96,26	65 855	29,02	81 461	—	—	81 461	35,90	—	45.		
6 487	500	—	—	49 110	28,82	97,21	50 522	29,65	172 327	—	—	172 327	101,13	—	46.		
4 490	—	—	—	47 437	28,96	96,76	49 024	29,93	376 948	—	—	376 948	230,13	—	47.		
4 540	212	—	—	31 248	19,93	96,32	32 443	20,69	105 880	—	—	105 880	67,53	—	48.		
2 446	360	—	—	49 642	32,83	93,43	53 131	35,14	169 375	—	21 600	190 975	126,31	200 000	49.		
8 971	—	—	—	74 464	54,39	95,03	78 357	57,23	865 874	—	—	865 874	632,49	—	50.		
2 148	—	—	—	22 153	17,25	94,36	23 477	18,28	283 915	—	1 600	285 515	222,36	—	51.		
2 977	140	—	—	23 555	18,83	97,93	24 054	19,23	112 160	—	—	112 160	89,66	—	52.		
2 475	—	—	—	19 442	16,50	96,15	20 220	17,16	280 751	—	13 180	293 931	249,52	—	53.		
1 668	—	—	—	15 677	16,38	99,15	15 812	16,52	39 323	—	—	39 323	41,09	—	54.		
1 521	65	—	—	9 523	15,69	99,45	9 576	15,78	37 875	—	—	37 875	62,40	—	55.		
248	70	—	—	6 074	11,27	96,41	6 300	11,69	10 512	—	—	10 512	19,50	—	56.		
1 270 719	46 554	—	49 988	10 617 733	33,32	88,29	12 025 427	37,74	74 105 561	18 668 150	5 748 060	79 853 621	250,58	—	10.		
359 345	10 332	—	—	2 267 498	26,70	93,10	2 435 665	28,68	13 082 684	526 400	540 954	13 623 638	160,41	—	1.		
219 028	10 108	50	—	2 105 713	25,64	89,11	2 362 932	28,77	17 449 695	3 745 300	25 000	17 474 695	212,79	—	2.		
409 090	7 002	—	12 360	2 763 643	39,57	91,40	3 023 645	43,29	12 511 062	7 053 280	257 000	12 768 062	182,82	—	3.		
182 815	6 861	100	—	1 672 155	29,17	90,24	1 853 001	32,32	19 117 378	2 175 500	—	19 117 378	333,46	—	4.		
69 366	—	—	—	870 532	20,44	93,15	934 569	21,94	6 531 516	—	—	6 531 516	153,33	—	5.		
71 467	—	160	—	706 736	17,74	88,23	801 047	20,11	5 231 797	1 925 500	—	5 231 797	131,35	—	6.		
101 721	3 280	40	6 809	1 323 946	36,89	88,03	1 503 922	41,91	12 819 795	1 124 500	484 648	13 304 443	370,75	—	7.		
100 654	5 565	—	—	808 162	28,00	92,97	869 265	30,12	7 561 700	—	290 552	7 852 252	272,12	—	8.		
104 598	4 302	—	—	749 143	28,48	92,70	808 102	30,72	7 827 565	—	—	7 827 565	297,58	—	9.		
77 436	6 110	40	—	694 511	27,88	88,05	788 740	31,66	10 405 108	5 478 300	138 690	10 543 798	423,28	—	10.		
68 103	3 020	—	—	598 329	24,16	90,65	660 017	26,65	10 107 462	4 419 500	150 000	10 257 462	414,23	—	11.		
87 327	2 415	120	—	640 755	27,65	91,84	697 700	30,11	9 248 256	6 683 100	77 749	9 326 005	402,50	—	12.		
48 570	2 030	120	—	462 750	25,18	91,80	504 104	27,43	4 654 628	—	—	4 654 628	253,23	—	13.		
89 780	832	—	—	587 128	36,77	94,90	618 694	38,74	1 728 688	1 223 000	—	1 728 688	108,25	—	14.		
47 199	3 310	80	—	434 261	35,13	95,09	456 666	36,94	4 974 715	3 751 000	—	4 974 715	402,42	—	15.		
35 241	1 327	—	—	293 223	25,99	93,87	312 365	27,69	4 753 500	3 927 000	120 000	4 873 500	432,01	—	16.		
31 517	1 380	40	—	274 355	25,25	93,53	293 332	27,00	1 398 089	—	10 000	1 408 089	129,59	—	17.		
19 409	1 395	80	—	227 113	21,09	91,94	247 013	22,94	1 001 620	—	—	1 001 620	93,00	—	18.		
38 254	1 110	80	—	307 813	28,76	89,53	343 793	32,13	2 661 984	—	91 188	2 753 172	257,28	—	19.		
62 015	1 330	—	—	338 839	32,32	92,08	367 982	35,10	1 893 232	—	—	1 893 232	180,58	—	20.		
13 745	1 092	—	—	249 452	26,30	95,45	261 348	27,56	1 247 551	—	14 000	1 261 551	133,02	—	21.		
34 913	1 138	—	—	289 715	31,07	94,87	305 374	32,75	2 408 899	—	—	2 408 899	258,33	—	22.		
22 492	1 506	—	—	181 905	20,44	98,06	185 512	20,84	1 582 958	—	—	1 582 958	177,84	—	23.		
11 425	—	40	—	180 431	21,16	94,53	190 875	22,88	997 275	—	—	997 275	116,94	—	24.		

85 M Obstweinsteuer. — 4) darunter 2 191 M Branntwein- und 1 170 M Torfsteuer. — 5) darunter 2 300 M Brennmaterialiensteuer.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatzsteuer	der Wertzuwachssteuer	der Schankkonzeptionssteuer	der Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	der Lustbarkeitssteuern	der Hundesteuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Einkommensteuer	der Steuern vom Grundbesitz
Namen	Einwohnerzahl	Kreis							überhaupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steueran- kommen (Sp. 10a)		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 10. Provinz Hannover.													
26. Northeim	8 520	Northeim	5 894	322	—	3 054	2 487	1 245	13 002	1,53	4,80	172 868	52 837
27. Clausthal	7 997	Zellerfeld	—	86	600	5 856	785	1 956	9 283	1,16	6,24	93 481	32 262
28. Osterode am Harz	7 225	Osterode a. Harz	4 492	341	—	2 973	2 125	2 220	12 151	1,68	5,91	113 367	52 167
29. Norden	6 626	Norden	3 149	293	—	2 602	1 021	1 500	8 565	1,29	4,69	113 278	34 190
30. Aurich	6 563	Aurich	3 209	1 442	—	3 307	1 302	2 259	13 457	2,05	10,33	75 223	30 072
31. Alfeld	6 414	Alfeld	7 627	1 199	—	—	1 341	1 658	11 825	1,84	4,67	121 560	57 993
32. Bad Lauterberg i. H. Fleck.	5 801	Osterode a. Harz	1 162	—	—	—	1 727	537	3 426	0,59	3,19	62 024	29 436
33. Duderstadt	5 613	Duderstadt	5 697	70	—	—	962	1 395	8 124	1,45	6,09	71 753	37 319
34. Soltau	5 399	Soltau	—	759	—	2 424	270	768	4 221	0,78	2,98	94 406	24 579
35. Meppen	5 149	Meppen	—	—	—	—	745	916	3 336	0,65	4,50	42 900	20 425
36. Sarstedt	4 921	Hildesheim	4 372	161	—	2 843	—	—	7 376	1,50	6,29	57 662	31 025
37. Winsen a. d. Luhe	4 721	Winsen	1 945	265	—	2 025	1 586	1 100	6 921	1,47	4,85	91 157	26 795
38. Schüttorf	4 696	Grafsch. Bentheim	—	747	—	—	389	778	1 914	0,41	1,25	101 881	21 014
39. Wunstorf	4 625	Neustadt a. Rbg.	2 801	341	—	1 939	1 111	567	6 759	1,46	6,65	62 169	20 932
40. Burgdorf	4 411	Burgdorf	2 400	—	—	2 447	992	936	6 775	1,84	6,57	60 073	23 229
41. Zellerfeld	4 129	Zellerfeld	—	—	—	1 888	132	980	3 000	0,73	5,78	29 006	14 541
42. Gifhorn	4 092	Gifhorn	1 662	11	—	3 004	739	762	6 178	1,51	8,51	38 967	18 161
43. Rotenburg (Hann.) Fleck.	4 042	Rotenburg (Hann.)	3 190	762	—	—	994	908	5 854	1,45	7,14	46 648	19 555
44. Weener, Flecken	4 022	Weener	611	—	—	—	404	288	1 303	0,32	1,19	69 293	26 288
45. Bremervörde	3 949	Bremervörde	1 592	21	—	1 476	1 838	532	5 459	1,38	4,43	75 571	25 744
46. Herzberg a. Harz, Flecken	3 938	Osterode a. Harz	2 432	—	—	—	603	840	3 875	0,98	4,81	41 972	26 733
47. Bramsche, Flecken	3 864	Bersenbrück	495	—	—	1 190	465	729	2 879	0,75	3,25	57 790	17 424
48. Quakenbrück ¹⁾	3 847	„	3 701	691	—	1 982	922	1 130	8 426	2,19	8,09	53 008	31 706
49. Buxtehude	3 727	Jork	2 351	330	—	2 023	916	681	6 301	1,89	4,67	74 032	35 508
50. Diepholz, Flecken	3 416	Diepholz	1 127	911	—	—	623	414	3 075	0,90	4,80	33 914	20 432
51. Melle	3 350	Melle	859	—	—	—	650	294	1 803	0,54	2,61	39 403	17 400
52. Sankt Andreasberg	3 233	Zellerfeld	—	—	—	1 694	301	778	2 773	0,86	6,35	22 422	12 695
53. Münder a. Deister	3 227	Springe	2 090	213	—	1 281	618	403	4 605	1,43	7,03	31 500	23 736
54. Springe	3 153	„	2 582	122	—	1 346	247	363	4 660	1,48	8,73	30 732	13 843
55. Nordhorn	3 121	Grafsch. Bentheim	—	2 049	150	—	1 541	700	4 440	1,42	4,06	71 365	18 211
56. Bassum, Flecken	3 110	Syke	—	790	—	—	1 128	308	2 226	0,72	3,85	26 074	19 810
57. Scharnebeck, Flecken	3 036	Osterholz	—	—	—	—	948	424	1 372	0,45	1,96	37 794	19 803
58. Bentheim	2 911	Grafsch. Bentheim	—	95	—	—	—	348	443	0,15	0,84	32 255	14 380
59. Lütchow	2 857	Lütchow	—	—	—	1 579	939	729	3 247	1,14	4,01	45 130	20 784
60. Walsrode	2 812	Fallingb. ostel	—	—	—	—	441	331	772	0,27	1,09	45 552	13 482
61. Elze	2 717	Gronau	2 096	—	—	1 139	517	—	3 752	1,38	5,17	37 045	25 802
62. Gronau	2 713	„	1 413	22	—	888	219	—	2 542	0,94	3,04	36 977	29 278
63. Neustadt a. Rübenbg.	2 654	Neustadt a. Rbg.	1 511	128	—	1 303	623	471	4 036	1,52	7,04	30 754	15 457
64. Elbingerode	2 631	Ilfeld	266	—	—	—	264	185	715	0,27	1,71	23 586	12 197
65. Sulingen, Flecken	2 531	Sulingen	2 764	1 422	—	—	356	601	5 143	2,03	11,00	21 748	13 216
66. Syke, Flecken	2 493	Syke	—	1 033	—	—	568	294	1 895	0,76	3,96	24 319	15 816
67. Moringen	2 487	Northeim	880	680	—	—	552	306	2 418	0,97	5,95	19 369	15 436
68. Lautenthal	2 455	Zellerfeld	—	—	—	884	74	585	1 543	0,63	3,27	24 702	8 231
69. Uslar	2 435	Uslar	700	—	—	625	460	360	2 145	0,88	4,41	23 760	15 420
70. Bockenem ²⁾	2 387	Marienburg i. H.	2 402	257	—	—	505	393	3 557	1,49	6,33	25 605	19 746
71. Hoya, Flecken	2 335	Hoya	—	308	—	—	430	546	1 284	0,35	2,20	30 065	16 832
72. Bevensen, Flecken	2 326	Uelzen	1568	584	—	1 294	219	1 231	4 896	2,10	11,58	20 740	9 088
73. Zeven, Flecken	2 249	Zeven	591	—	—	—	527	—	1 118	0,50	2,49	29 359	9 520
74. Haselünne	2 223	Meppen	—	152	—	—	44	501	697	0,31	2,00	19 827	8 903
75. Esens	2 167	Wittmund	461	175	—	—	—	453	2 096	0,97	4,56	29 919	9 412
76. Bad Grund	2 166	Zellerfeld	—	—	—	925	152	444	1 521	0,70	3,45	20 176	10 040
77. Fallersleben, Flecken	2 123	Gifhorn	5 472	32	—	1 650	92	512	7 758	3,65	12,98	32 807	12 633
78. Eldagsen	2 047	Springe	848	65	—	727	222	266	2 128	1,04	5,20	18 228	16 768
79. Osterholz, Flecken ³⁾	1 946	Osterholz	—	—	—	—	323	248	571	0,29	1,70	19 274	11 026
80. Fürstenau	1 920	Bersenbrück	785	—	—	556	368	565	2 274	1,18	8,45	11 988	9 777
81. Otterndorf	1 883	Hadeln	490	—	—	—	383	265	1 138	0,60	2,72	28 041	8 963
82. Horneburg, Flecken	1 829	Stade	2 778	15	—	530	264	280	3 867	2,11	8,40	25 802	11 605
83. Dannenberg	1 823	Dannenberg	863	—	—	288	703	384	2 238	1,23	4,94	24 544	13 303

1) darunter 1938 \mathcal{M} Spiritosensteuer. — 2) darunter 1675 \mathcal{M} Brennmaterialiensteuer. — 3) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.								
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %										
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
30 747	1 540	—	—	257 992	30,28	95,20	270 994	31,81	3 222 694	1 821 700	—	3 222 694	378,25	300 000	26.	
12 552	1 176	90	—	139 561	17,45	93,76	148 844	18,61	196 890	—	—	196 890	24,62	—	27.	
27 228	533	80	—	193 375	26,76	94,09	205 526	28,45	1 151 467	—	19 500	1 170 967	162,07	—	28.	
24 658	2 024	—	—	174 150	26,28	95,31	182 715	27,58	139 686	—	73 187	212 873	32,13	—	29.	
11 508	—	—	—	116 803	17,80	89,67	130 260	19,85	843 273	61 500	—	843 273	128,49	—	30.	
60 984	1 045	—	—	241 582	37,66	95,33	253 407	39,51	1 422 680	—	—	1 422 680	221,81	—	31.	
12 206	464	—	—	104 130	17,95	96,81	107 556	18,54	766 840	—	—	766 840	132,19	—	32.	
15 848	347	40	—	125 307	22,32	93,91	133 431	23,77	1 130 974	—	—	1 130 974	201,49	—	33.	
17 844	620	80	—	137 529	25,47	97,02	141 750	26,25	450 067	—	—	450 067	83,36	—	34.	
6 450	994	—	—	70 769	13,74	95,50	74 105	14,39	279 058	—	—	279 058	54,20	—	35.	
21 062	120	—	—	109 869	22,33	93,71	117 245	23,83	391 928	—	—	391 928	79,64	—	36.	
17 911	—	—	—	135 863	28,78	95,15	142 784	30,24	311 495	—	—	311 495	65,98	—	37.	
27 753	934	—	—	151 582	32,28	98,75	153 496	32,69	191 364	—	—	191 364	40,75	—	38.	
11 390	390	40	—	94 921	20,52	93,35	101 680	21,98	578 518	—	—	578 518	125,08	—	39.	
12 085	924	40	—	96 351	21,84	93,43	103 126	23,38	470 439	—	8 312	478 751	108,54	—	40.	
4 672	674	—	—	48 893	11,84	94,22	51 893	12,57	33 247	—	—	33 247	8,05	11 000	41.	
9 248	—	40	—	66 416	16,23	91,49	72 594	17,74	432 310	—	—	432 310	105,65	—	42.	
9 516	440	—	—	76 159	18,84	92,86	82 013	20,29	686 915	—	—	686 915	169,94	—	43.	
12 296	670	—	—	108 547	26,99	98,81	109 850	27,31	512 084	—	—	512 084	127,32	—	44.	
13 971	2 404	40	—	117 730	29,81	95,57	123 189	31,19	475 383	—	—	475 383	120,38	—	45.	
7 791	221	—	—	76 717	19,48	95,19	80 592	20,47	251 886	—	—	251 886	63,96	8 800	46.	
9 466	970	—	30	85 680	22,17	96,75	88 559	22,92	470 295	—	20 000	490 295	126,89	—	47.	
9 957	1 080	—	—	95 751	24,89	91,91	104 177	27,08	806 790	—	—	806 790	209,72	—	48.	
17 975	1 145	—	—	128 660	34,52	95,33	134 961	36,21	797 656	—	—	797 656	214,02	—	49.	
6 111	481	80	—	61 018	17,86	95,20	64 093	18,76	342 690	—	30 000	372 690	109,10	—	50.	
9 324	1 035	—	—	67 162	20,08	97,39	68 965	20,59	633 607	9 600	13 500	647 107	193,17	—	51.	
5 749	—	60	—	40 926	12,66	93,65	43 699	13,52	232 824	—	—	232 824	72,01	—	52.	
5 124	483	40	—	60 883	18,87	92,97	65 488	20,29	298 127	—	—	298 127	92,39	—	53.	
3 674	459	—	—	48 708	15,45	91,27	53 368	16,93	693 640	—	13 564	707 204	224,30	—	54.	
14 736	525	—	—	104 837	33,59	95,94	109 277	35,01	804 525	19 000	—	804 525	257,78	—	55.	
8 799	940	—	—	55 623	17,89	96,15	57 849	18,60	245 741	—	—	245 741	79,02	—	56.	
10 132	987	—	—	68 716	22,63	98,04	70 088	23,09	192 391	—	—	192 391	63,37	—	57.	
4 727	710	—	—	52 072	17,89	99,16	52 515	18,04	26 245	—	—	26 245	9,02	—	58.	
11 512	395	—	—	77 821	27,24	95,99	81 068	28,38	566 055	—	—	566 055	198,13	—	59.	
10 590	370	—	—	69 994	24,89	98,91	70 766	25,17	390 189	—	—	390 189	138,76	—	60.	
5 883	158	—	—	68 888	25,35	94,83	72 640	26,74	144 955	—	—	144 955	53,35	—	61.	
14 697	123	—	—	81 075	29,88	96,96	83 617	30,82	282 045	—	—	282 045	103,96	—	62.	
6 724	300	80	—	53 315	20,09	92,96	57 351	21,61	244 032	—	—	244 032	91,95	—	63.	
5 006	305	—	—	41 094	15,62	98,29	41 809	15,89	72 236	—	—	72 236	27,46	—	64.	
5 884	768	—	—	41 616	16,44	89,00	46 759	18,47	56 133	—	32 907	89 040	35,18	—	65.	
5 678	140	—	—	45 953	18,43	96,04	47 848	19,19	67 832	—	—	67 832	27,21	—	66.	
3 080	315	—	—	38 200	15,86	94,05	40 618	16,33	229 101	—	—	229 101	92,12	—	67.	
12 308	468	—	—	45 709	18,62	96,73	47 252	19,25	94 485	—	—	94 485	38,49	—	68.	
6 886	462	—	—	46 528	19,11	95,59	48 673	19,99	391 839	—	—	391 839	160,92	—	69.	
7 044	215	—	—	52 610	22,04	93,67	56 167	23,53	140 932	—	—	140 932	59,04	—	70.	
9 544	700	—	—	57 141	24,47	97,80	58 425	25,02	349 556	—	—	349 556	149,70	—	71.	
7 090	425	40	—	37 383	16,07	88,42	42 279	18,18	200 305	—	—	200 305	86,12	—	72.	
4 588	290	—	—	43 757	19,46	97,51	44 875	19,95	226 862	—	—	226 862	100,87	—	73.	
4 606	846	—	—	34 182	15,38	98,00	34 879	15,69	151 295	—	—	151 295	68,06	—	74.	
3 832	665	—	—	43 828	20,23	95,44	45 924	21,19	122 505	—	—	122 505	56,53	—	75.	
12 378	—	—	—	42 594	19,66	96,55	44 115	20,37	202 576	—	—	202 576	93,53	—	76.	
6 334	235	—	—	52 009	24,50	87,02	59 767	28,15	15 400	—	—	15 400	7,25	—	77.	
3 442	380	—	—	38 818	18,96	94,80	40 946	20,00	195 134	—	—	195 134	95,33	—	78.	
2 450	224	—	—	32 974	16,94	98,30	33 545	17,24	218 710	—	—	218 710	112,39	—	79.	
2 289	598	—	—	24 652	12,84	91,55	26 926	14,02	48 757	—	—	48 757	25,39	—	80.	
3 689	—	—	—	40 693	21,61	97,28	41 831	22,22	202 943	—	—	202 943	107,78	—	81.	
4 055	700	—	—	42 162	23,05	91,60	46 029	25,17	169 700	—	105 015	274 715	150,20	—	82.	
4 736	445	—	—	43 028	23,60	95,06	45 266	24,83	430 530	—	—	430 530	236,17	—	83.	

Waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

(Noch: Tab. I.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 10a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 10. Provinz Hannover.													
84. Bodenwerder	1 745	Hameln	1 324	—	—	—	144	216	1 684	0,97	5,95	13 036	8 640
85. Altenau	1 665	Zellerfeld	—	11	—	942	81	188	1 222	0,73	5,79	10 408	6 559
86. Stolzenau, Flecken .	1 616	Stolzenau	928	584	—	680	240	321	2 753	1,70	5,95	21 424	13 720
87. Pattensen	1 580	Springe	906	38	—	609	221	344	2 118	1,34	6,36	11 418	17 591
88. Dassel	1 536	Einbeck	765	213	—	—	96	340	1 414	0,92	5,16	11 314	11 543
89. Wildemann	1 498	Zellerfeld	—	—	—	807	25	357	1 189	0,79	6,10	11 367	4 660
90. Rehburg	1 437	Stolzenau	110	44	—	—	28	—	182	0,13	2,12	2 850	4 925
91. Neuenhaus	1 423	Grafsch. Bentheim	437	49	—	—	185	385	1 056	0,74	4,57	14 204	5 295
92. Harpstedt, Flecken .	1 414	Syke	—	211	—	—	760	125	1 096	0,78	4,99	10 811	6 931
93. Neuhaus a./d.Oste, Fleck.	1 381	Neuhaus a. d. O.	421	—	—	—	40	—	461	0,33	1,02	29 391	12 935
94. Uchte, Flecken . . .	1 374	Stolzenau	—	33	520	211	92	86	942	0,69	4,52	11 106	5 102
95. Barnstorf, Flecken .	1 363	Diepholz	—	166	—	—	275	—	441	0,32	2,29	8 994	5 810
96. Hardegsen ¹⁾	1 313	Northeim	447	—	—	—	162	164	773	0,59	4,87	7 687	5 713
97. Bruchhausen, Flecken	1 242	Hoya	—	—	—	—	150	272	422	0,34	2,09	7 860	8 014
98. Dransfeld	1 231	Münden	—	—	—	407	106	—	513	0,42	2,39	10 676	7 724
99. Liebenau, Flecken .	1 131	Nienburg	1 019	192	—	—	36	—	1 247	1,10	6,91	8 443	7 474
100. Steyerberg, Flecken	1 103	Stolzenau	—	199	—	—	91	180	470	0,43	3,85	5 989	4 086
101. Iburg, Flecken . . .	985	Iburg	—	—	—	—	—	144	144	0,15	0,99	9 216	3 723
102. Vilsen, Flecken . .	975	Hoya	—	—	—	—	370	—	370	0,38	1,89	8 053	6 418
103. Hedemünden	905	Münden	—	—	—	394	37	92	523	0,58	6,18	3 982	3 308
104. Freiburg a./Elbe, Fleck.	895	Kehdingen	656	—	—	—	—	325	981	1,10	2,84	15 212	15 354
105. Hitzacker	888	Dannenberg	—	—	—	—	105	164	269	0,30	1,63	7 305	6 783
106. Bücken, Flecken . .	818	Hoya	—	—	—	—	238	—	238	0,29	1,67	6 304	4 685
107. Drakenburg, Flecken	818	Nienburg	—	—	—	—	36	—	36	0,04	0,29	5 589	5 973
108. Lemförde, Flecken .	746	Diepholz	—	—	—	—	—	100	100	0,13	1,07	3 908	3 756
109. Siedenburg, Flecken	660	Sulingen	—	206	—	—	69	202	477	0,72	6,32	3 245	2 990
110. Neubrückhausen, Fleck.	657	Syke	—	27	—	—	400	—	427	0,65	4,85	3 146	4 256
111. Barenburg, Flecken	578	Sulingen	121	—	—	—	88	130	339	0,59	3,35	3 873	5 222
112. Diepenau, Flecken .	453	Stolzenau	—	49	—	—	120	—	169	0,37	2,91	2 195	2 362
113. Kornau, Flecken ¹⁾ .	400	Diepholz	—	250	30	—	30	90	400	1,00	12,97	1 338	1 174
114. *Wilhelmsburg . . .	33 013	Harburg	36 501	85 582	3 575	12 559	14 357	6 169	158 743	4,81	14,31	542 714	320 942
115. *Blumenthal	11 443	Blumenthal	2 260	2 006	—	—	1 420	1 077	6 763	0,59	2,13	237 175	43 474
11. Provinz Westfalen.													
1. Dortmund	241 422	Stadtkreis	269 254	281 674	—	—	229 677	74 967	855 572	3,54	8,19	6 047 149	2 185 048
2. Gelsenkirchen	177 395	"	116 581	340 741	23 700	102 893	97 150	30 092	711 157	4,01	10,64	3 443 997	914 809
3. Bochum	144 266	"	186 455	145 272	47 050	109 614	114 094	37 327	639 812	4,43	11,75	3 023 373	876 741
4. Hagen (Westfalen) . .	95 292	"	53 547	90 254	27 125	72 897	63 137	23 152	330 112	3,46	7,72	2 610 835	879 795
5. Münster i./W.	93 152	"	62 250	70 341	25 000	49 681	67 802	29 635	304 709	3,27	10,33	1 711 376	686 402
6. Buer	83 870	"	35 970	39 671	34 310	37 422	23 971	19 080	190 424	2,27	4,67	1 323 664	397 395
7. Bielefeld	81 168	"	42 136	46 464	21 000	—	47 041	29 214	185 855	2,29	5,37	2 184 429	661 469
8. Herne	64 202	"	21 355	37 707	4 800	42 643	37 382	10 655	154 542	2,41	7,41	1 175 034	311 936
9. Recklinghausen . . .	59 612	"	32 587	37 793	16 773	34 857	33 873	11 751	167 634	2,81	7,70	1 160 170	416 694
10. Hamm (Westf.) . . .	48 132	"	80 754	26 511	11 945	—	41 422	13 990	174 622	3,63	9,41	1 136 466	290 477
11. Witten	39 241	"	13 715	7 336	—	27 490	18 966	9 544	77 051	1,96	5,12	943 433	280 000
12. Herford	34 233	"	24 073	37 903	2 030	—	10 507	10 541	85 054	2,49	8,02	597 169	240 295
13. Hörde	34 075	"	11 168	2 529	2 970	—	10 791	8 172	35 630	1,05	3,35	713 291	170 744
14. Lüdenscheid	33 695	"	26 126	9 285	—	16 311	13 214	12 310	77 246	2,29	6,51	775 836	184 819
15. Iserlohn	31 721	"	14 403	3 274	11 400	15 316	12 548	11 195	68 136	2,15	5,56	734 856	262 662
16. Paderborn	31 182	Paderborn	16 398	7 856	4 400	10 613	5 652	6 377	51 296	1,64	6,08	500 332	219 884
17. Siegen	29 677	Siegen	41 430	15 513	1 902	19 703	12 042	7 177	97 767	3,29	6,87	880 724	259 322
18. Wattenscheid	29 646	Gelsenkirchen . .	8 868	419	—	13 658	10 936	4 072	37 953	1,28	4,56	469 175	142 135
19. Minden	27 729	Minden	14 952	19 967	—	—	18 019	9 343	62 281	2,25	6,52	602 243	201 463
20. Bocholt	27 397	Borken	10 727	1 787	1 527	—	8 886	5 558	28 485	1,04	3,86	409 932	162 553
21. Haspe	25 177	Hagen	12 145	7 162	2 040	—	5 374	5 362	32 083	1,27	3,27	631 698	160 249
22. Schwelm	21 996	Schwelm	—	6 126	—	8 526	4 028	7 044	25 724	1,17	3,02	567 370	149 524
23. Gevelsberg	20 347	"	6 067	2 787	350	—	4 948	5 697	19 849	0,97	2,91	446 001	128 391

¹⁾ Da die Angaben bezüglich der direkten Steuern nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar								der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt						auf 1 Einw.	über- haupt			auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
4 920	—	30	—	26 626	15,25	94,05	28 310	16,22	133 947	—	—	133 947	76,76	—	84.		
2 268	638	—	—	19 873	11,94	94,21	21 095	12,67	73 230	—	—	73 230	43,98	—	85.		
7 735	625	—	—	43 504	26,92	94,05	46 257	28,62	191 162	—	—	191 162	118,29	—	86.		
1 952	204	—	—	31 165	19,72	93,64	33 283	21,07	84 382	—	4 065	88 447	55,98	6 036	87.		
2 745	371	—	—	25 973	16,91	94,84	27 387	17,83	119 055	—	—	119 055	77,51	—	88.		
1 895	370	—	—	18 292	12,21	93,90	19 481	13,00	3 687	—	26 000	29 687	19,82	—	89.		
534	87	—	—	8 396	5,84	97,88	8 578	5,97	34 032	—	16 637	50 669	35,26	—	90.		
2 036	495	30	—	22 060	15,50	95,43	23 116	16,24	82 549	—	—	82 549	58,01	—	91.		
2 621	502	—	—	20 865	14,76	95,01	21 961	15,53	119 010	—	—	119 010	84,17	—	92.		
2 350	—	—	—	44 676	32,35	98,98	45 137	32,68	31 980	—	—	31 980	23,16	—	93.		
3 150	520	—	—	19 878	14,47	95,48	20 820	15,15	142 917	—	—	142 917	104,02	—	94.		
3 787	262	—	—	18 853	13,83	97,71	19 294	14,16	45 857	—	—	45 857	33,64	—	95.		
1 598	110	—	—	15 108	11,51	95,13	15 881	12,10	18 415	—	—	18 415	14,03	—	96.		
3 471	451	—	—	19 796	15,94	97,91	20 218	16,28	79 419	—	39 695	119 114	95,90	—	97.		
2 240	350	—	—	20 990	17,05	97,61	21 503	17,47	93 746	—	3 122	96 868	78,69	—	98.		
704	188	—	—	16 809	14,86	93,09	18 056	15,96	26 542	—	—	26 542	23,47	—	99.		
1 472	180	—	—	11 727	10,63	96,15	12 197	11,06	6 630	—	—	6 630	6,01	—	100.		
1 024	400	—	—	14 363	14,58	99,01	14 507	14,73	100 151	—	—	100 151	101,68	—	101.		
4 340	440	—	—	19 251	19,74	98,11	19 621	20,12	36 899	—	—	36 899	37,85	—	102.		
556	100	—	—	7 946	8,78	93,82	8 469	9,36	77 330	—	—	77 330	85,45	—	103.		
3 029	—	—	—	33 595	37,54	97,16	34 576	38,63	57 981	—	—	57 981	64,78	—	104.		
2 140	—	—	—	16 228	18,27	98,37	16 497	18,58	118 252	—	—	118 252	133,17	—	105.		
2 633	418	—	—	14 040	17,16	98,33	14 278	17,45	93 939	—	—	93 939	114,84	—	106.		
795	92	—	—	12 449	15,22	99,71	12 485	15,26	1 000	—	15 751	16 751	20,48	3 000	107.		
1 422	200	—	—	9 286	12,45	98,93	9 386	12,58	26 000	—	—	26 000	34,85	—	108.		
679	162	—	—	7 076	10,72	93,68	7 553	11,44	3 160	—	—	3 160	4,79	—	109.		
983	—	—	—	8 385	12,76	95,15	8 812	13,41	—	—	1 410	1 410	2,15	2 000	110.		
465	210	—	—	9 770	16,90	96,65	10 109	17,49	6 398	—	—	6 398	11,07	—	111.		
893	192	—	—	5 642	12,45	97,09	5 811	12,83	8 126	—	—	8 126	17,94	—	112.		
112	60	—	—	2 684	6,71	87,03	3 084	7,71	5 000	—	7 000	12 000	30,00	1 400	113.		
86 924	—	—	—	950 580	28,79	85,69	1 109 323	33,60	4 711 074	—	—	4 711 074	142,70	—	114.		
29 616	597	—	—	310 862	27,17	97,87	317 625	27,76	895 272	—	10 000	905 272	79,11	—	115.		
11.																	
1235 675	46 781	100	81 142	9 595 895	39,75	91,81	10 451 467	43,29	99 555 069	80 585 500	9 573 977	109 129 046	452,03	1 534 153	1.		
1546 612	69 377	150	—	5 974 945	33,68	89,36	6 686 102	37,69	38 908 669	31 233 600	403 686	39 312 355	221,61	—	2.		
875 189	22 828	250	9 310	4 807 691	33,33	88,25	5 447 503	37,76	29 365 548	14 494 800	210 790	29 576 338	205,01	1 059 283	3.		
426 210	18 747	—	10 000	3 945 587	41,41	92,28	4 275 699	44,87	25 343 123	15 773 000	369 681	25 712 804	269,83	1 937 427	4.		
237 098	11 430	50	—	2 646 356	28,41	89,67	2 951 065	31,68	21 819 618	6 355 600	683 138	22 502 756	241,57	—	5.		
2 152 790	8 345	100	5 750	3 888 044	46,36	95,33	4 078 468	48,63	9 080 620	—	125 000	9 205 620	109,76	—	6.		
414 085	12 327	—	—	3 272 310	40,32	94,63	3 458 165	42,61	24 671 028	12 650 400	1 100 922	25 771 950	317,51	2 503 090	7.		
438 578	6 010	200	—	1 931 758	30,09	92,59	2 086 300	32,50	8 752 090	2 839 500	1 020 206	9 772 296	152,21	1 200 000	8.		
420 258	6 195	50	6 320	2 009 687	33,71	92,30	2 177 321	36,52	10 945 729	—	150 000	11 095 729	186,13	750 000	9.		
242 251	11 685	—	—	1 680 879	34,92	90,59	1 855 501	38,55	12 899 013	1 584 800	105 000	13 004 013	270,17	2 100 000	10.		
199 766	5 945	—	—	1 429 144	36,42	94,88	1 506 195	38,38	9 640 991	—	46 000	9 686 991	246,86	365 000	11.		
132 640	4 928	—	—	975 032	28,48	91,98	1 060 086	30,97	6 595 589	5 066 500	—	6 595 589	192,67	—	12.		
137 126	6 257	160	—	1 027 578	30,16	96,65	1 063 208	31,20	3 446 390	—	—	3 446 390	101,14	800 000	13.		
143 074	4 800	80	—	1 108 609	32,90	93,49	1 185 855	35,19	4 935 923	580 500	279 490	5 215 413	154,78	635 829	14.		
153 413	5 677	40	—	1 156 648	36,46	94,44	1 224 784	38,61	7 853 007	—	211 300	8 064 307	254,23	—	15.		
70 446	2 145	120	—	792 927	25,43	93,92	844 223	27,07	2 839 966	—	78 815	2 918 781	93,60	—	16.		
178 669	3 299	120	3 350	1 325 484	44,66	93,13	1 423 251	47,96	8 373 630	311 000	210 000	8 583 630	289,24	—	17.		
178 976	4 612	120	—	795 018	26,82	95,44	832 971	28,10	2 182 885	—	—	2 182 885	73,63	—	18.		
86 189	2 497	120	—	892 512	32,19	93,48	954 793	34,43	7 435 147	7 231 400	952 695	8 387 842	302,49	—	19.		
135 063	2 580	53	—	710 181	25,92	96,14	738 666	26,96	2 767 132	275 500	—	2 767 132	101,00	—	20.		
156 153	—	—	—	948 100	37,66	96,73	980 183	38,93	5 364 362	380 000	27 000	5 391 362	214,14	—	21.		
109 201	—	—	—	826 095	37,56	96,98	851 819	38,73	4 517 500	—	55 000	4 572 500	207,88	—	22.		
86 390	1 490	—	—	662 272	32,55	97,09	682 121	33,52	2 608 639	—	—	2 608 639	128,21	—	23.		

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
									über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Staatsauf- kommen (Sp. 12a) %		
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	M	M	M	M	M	M	M	M	%	M	M
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 11. Provinz Westfalen.													
24. Gütersloh	20 006	Wiedenbrück .	17 975	30 866	—	—	3 091	6 390	58 322	2,91	10,81	327 424	93 329
25. Castrop	19 506	Dortmund . . .	9 404	319	—	11 229	8 426	2 255	31 633	1,62	6,22	248 338	90 158
26. Soest	19 244	Soest	8 600	3 033	—	—	5 110	2 817	19 560	1,02	3,35	363 948	139 672
27. Unna	17 470	Hamm	12 289	2 113	—	—	7 061	3 390	24 853	1,42	5,23	291 222	107 402
28. Lippstadt	16 947	Lippstadt . . .	11 477	1 025	700	—	3 423	2 125	18 750	1,11	3,67	317 042	119 188
29. Rheine	16 258	Steinfurt	5 322	11 729	750	—	5 589	3 994	27 384	1,69	4,61	380 697	102 236
30. Lünen	15 662	Dortmund	10 525	23 322	—	7 768	3 347	1 403	46 365	2,96	9,96	298 592	80 206
31. Altena	15 636	Altena	3 893	1 649	900	9 710	3 102	4 005	23 259	1,49	4,25	352 886	101 018
32. Ahlen	15 279	Beckum	11 773	9 240	5 100	7 178	11 842	4 250	49 383	3,28	12,88	178 329	68 131
33. Hohenlimburg	14 506	Iserlohn	4 571	2 573	—	—	3 606	2 255	13 005	0,90	2,54	340 186	82 392
34. Schwerte	14 270	Hörde	5 076	3 115	2 300	—	3 429	2 504	16 424	1,15	3,23	317 450	91 555
35. Hattingen	13 932	Hattingen	16 953	1 482	3 000	11 825	8 215	4 028	45 503	3,36	9,21	290 863	96 047
36. Menden	11 906	Iserlohn	3 485	2 096	—	5 350	4 123	1 263	16 317	1,37	5,57	173 566	55 276
37. Neheim	11 301	Arnsberg	7 300	1 998	—	5 362	1 567	2 030	18 257	1,62	5,33	217 344	56 539
38. Gronau i./W.	10 988	Ahaus	4 574	496	—	3 691	4 173	1 709	14 643	1,33	3,79	198 606	50 647
39. Kamen	10 634	Hamm	3 684	134	—	4 939	4 252	3 265	16 274	1,53	6,17	133 670	65 196
40. Arnsberg	10 524	Arnsberg	2 040	1 438	—	—	1 758	2 550	7 786	0,74	2,82	172 938	73 334
41. Wetter	9 793	Hagen	4 688	206	—	7 376	3 243	2 400	17 913	1,83	4,67	265 803	56 229
42. Coesfeld	9 328	Coesfeld	4 724	1 714	—	—	1 699	2 123	10 260	1,10	5,18	106 024	56 284
43. Beckum	9 302	Beckum	6 539	3 221	—	—	1 946	2 181	13 887	1,49	6,87	120 848	43 661
44. Höxter	7 755	Höxter	3 545	82	—	—	1 504	1 476	6 607	0,85	3,44	117 508	48 662
45. Dülmen	7 753	Coesfeld	2 741	721	—	3 107	850	1 783	9 202	1,19	4,90	112 010	43 674
46. Dorsten	7 492	Recklinghausen .	6 583	8 814	—	4 926	3 196	1 107	24 626	3,29	12,90	103 232	39 126
47. Werl	7 467	Soest	7 508	1 548	—	—	435	932	10 423	1,40	7,54	66 926	45 132
48. Warendorf	7 031	Warendorf	4 115	2 014	—	—	1 154	1 663	8 946	1,27	7,65	64 018	31 678
49. Plettenberg ¹⁾	6 559	Altena	2 463	931	—	3 238	1 969	1 584	10 185	1,55	5,68	102 636	41 024
50. Haltern	6 497	Coesfeld	2 533	366	—	2 740	1 070	1 382	8 091	1,25	7,55	61 012	27 489
51. Ibbenbüren	6 226	Tecklenburg . . .	2 170	973	450	—	1 385	1 221	6 199	1,00	4,19	83 422	35 332
52. Geske	5 992	Lippstadt	2 722	736	—	2 015	925	—	6 398	1,07	4,46	76 698	40 611
53. Bünde	5 968	Herford	2 843	862	—	—	1 904	1 358	6 967	1,17	2,90	149 288	48 390
54. Burgsteinfurt	5 894	Steinfurt	1 513	243	—	—	1 212	1 599	4 567	0,77	2,78	107 960	30 379
55. Warburg	5 852	Warburg	—	1 603	—	—	199	843	2 645	0,45	1,84	87 057	39 805
56. Herdecke	5 755	Hagen	1 750	82	—	—	1 421	1 273	4 526	0,79	2,76	97 504	34 845
57. Olpe	5 601	Olpe	1 664	2 025	—	1 044	555	465	5 753	1,03	2,92	132 352	33 107
58. Borken	5 517	Borken	2 107	295	—	2 284	646	1 638	6 970	1,26	5,04	86 152	26 787
59. Brilon	5 177	Brilon	2 053	355	—	—	116	464	2 988	0,58	7,40	20 640	13 696
60. Vlotho	5 037	Herford	1 717	194	—	—	705	796	3 412	0,68	2,92	69 897	25 498
61. Bad Oeynhausen	4 998	Minden	9 300	3 230	—	—	2 825	2 790	18 145	3,63	7,63	119 528	71 336
62. Oelde	4 997	Beckum	2 082	370	—	—	762	371	3 585	0,72	3,83	55 361	23 557
63. Ahaus	4 860	Ahaus	1 008	118	150	1 618	621	577	4 092	0,84	3,47	76 054	24 543
64. Niedermarsberg	4 610	Brilon	—	24	—	787	170	497	1 478	0,32	2,49	38 690	13 499
65. Werne a./Lippe	4 593	Lüdinghausen . .	1 966	3 743	275	2 785	2 484	1 607	12 860	2,80	13,27	48 642	25 150
66. Attendorn	4 591	Olpe	6 844	150	—	2 422	489	630 ²⁾	11 294	2,46	9,25	75 110	22 692
67. Wiedenbrück	4 523	Wiedenbrück . . .	2 217	398	—	—	154	209	2 978	0,66	3,72	41 150	24 133
68. Lübbecke	4 437	Lübbecke	3 914	289	—	—	1 143	1 067	6 413	1,45	3,97	105 904	38 825
69. Stadtlohn	4 330	Ahaus	1 279	322	—	960	478	891	3 930	0,91	5,07	41 967	17 793
70. Rheda	4 221	Wiedenbrück . . .	—	444	—	—	551	1 337	2 332	0,55	3,38	40 787	18 240
71. Breckerfeld	4 005	Hagen	1 524	29	—	—	883	1 360	3 796	0,95	3,89	58 197	28 495
72. Brakel	3 766	Höxter	—	40	—	—	523	355	918	0,24	1,91	26 694	14 345
73. Lüdinghausen	3 586	Lüdinghausen . . .	974	915	725	1 817	228	743	5 402	1,51	8,00	37 499	15 958
74. Meschede	3 506	Meschede	898	74	—	—	548	529	2 049	0,58	3,05	39 399	17 416
75. Steinheim	3 435	Höxter	—	752	—	—	297	224	1 273	0,37	2,67	18 408	23 980
76. Büren	3 391	Büren	881	—	—	—	208	372	1 461	0,43	2,93	21 620	20 095
77. Driburg	3 084	Höxter	547	1 834	350	—	188	267	3 186	1,03	7,78	18 359	15 953
78. Vreden	2 938	Ahaus	1 190	58	150	454	133	388	2 373	0,81	4,63	30 225	10 516
79. Lügde	2 930	Höxter	—	636	—	—	—	297	933	0,32	2,58	16 906	16 216
80. Lengerich	2 907	Tecklenburg . . .	462	—	—	1 590	763	247	3 062	1,05	6,55	27 464	10 205

¹⁾ Da die Angaben bezüglich der direkten Steuern nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ darunter 759 M

nach dem Stande vom 31. März 1914										Schulden am 31. März 1914										Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar																					
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen							
				über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a)	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.								
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M						
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20							
59 365	1 140	—	—	481 258	24,06	89,19	539 580	26,97	3 870 548	—	186 813	4 057 361	202,81	32 000	24.						
136 905	1 125	40	—	476 566	24,43	93,78	508 199	26,05	1 525 067	—	—	1 525 067	73,18	—	25.						
57 538	3 469	120	—	564 747	29,35	96,65	584 307	30,36	2 942 996	—	25 000	2 967 996	154,23	—	26.						
51 587	—	40	—	450 251	25,77	94,77	475 104	27,20	7 955 291	—	141 000	8 096 291	463,44	—	27.						
53 484	2 830	80	—	492 624	29,07	96,33	511 374	30,17	2 193 486	—	—	2 193 486	129,43	—	28.						
81 305	2 374	40	—	566 652	34,85	95,89	594 036	36,54	2 622 082	—	—	2 622 082	161,28	—	29.						
39 331	—	80	—	418 209	26,70	90,02	464 574	29,66	1 924 735	—	—	1 924 735	122,89	—	30.						
68 875	955	—	—	523 734	33,49	95,75	546 993	34,98	2 534 004	—	15 000	2 549 004	163,02	—	31.						
87 479	—	—	—	333 939	21,86	87,12	383 322	25,09	1 356 392	—	197 144	1 553 536	101,68	—	32.						
74 669	1 911	40	—	499 198	34,41	97,46	512 203	35,31	1 867 479	—	—	1 867 479	128,74	—	33.						
81 176	1 260	40	—	491 481	34,44	96,77	507 905	35,59	1 275 358	—	2 400	1 277 758	89,54	—	34.						
58 510	3 010	40	—	448 470	32,19	90,79	493 973	35,46	2 813 305	—	—	2 813 305	201,93	—	35.						
47 999	—	40	—	276 881	23,26	94,43	293 198	24,63	1 488 517	—	134 000	1 622 517	136,28	14 500	36.						
49 979	600	—	—	324 462	28,71	94,67	342 719	30,33	1 256 956	—	—	1 256 956	111,23	—	37.						
121 196	1 120	—	—	371 569	33,82	96,21	386 212	35,15	1 632 246	—	—	1 632 246	148,55	—	38.						
48 760	—	—	—	247 626	23,29	93,83	263 900	24,82	902 524	—	—	902 524	84,87	—	39.						
20 661	1 045	120	—	268 098	25,47	97,18	275 884	26,21	2 736 489	—	—	2 736 489	260,02	—	40.						
33 149	665	—	9 500	365 346	37,31	95,33	383 259	39,14	1 535 032	—	—	1 535 032	156,75	—	41.						
24 628	860	80	—	187 876	20,14	94,82	198 136	21,24	938 456	—	—	938 456	100,61	—	42.						
22 856	910	—	—	188 275	20,24	93,13	202 162	21,73	1 287 941	—	—	1 287 941	138,46	—	43.						
18 176	855	40	—	185 241	23,89	96,56	191 848	24,74	1 330 112	655 500	—	1 330 112	171,52	—	44.						
22 098	810	—	—	178 592	23,04	95,10	187 794	24,22	637 973	—	—	637 973	82,29	—	45.						
22 221	1 716	—	—	166 295	22,20	87,10	190 921	25,48	1 402 203	—	—	1 402 203	187,16	—	46.						
14 425	1 400	—	—	127 883	17,13	92,46	138 306	18,52	330 472	—	—	330 472	44,26	—	47.						
11 124	1 206	40	—	108 066	15,37	92,35	117 012	16,64	1 073 704	—	—	1 073 704	152,71	—	48.						
25 372	—	80	—	169 112	25,78	94,32	179 297	27,34	711 610	—	—	711 610	108,49	—	49.						
9 906	598	—	—	99 005	15,24	92,45	107 096	16,48	518 004	—	82 150	600 154	92,37	—	50.						
21 732	1 042	80	—	141 608	22,74	95,81	147 807	23,74	497 367	—	—	497 367	79,89	—	51.						
19 253	525	—	—	137 087	22,88	95,54	143 485	23,95	331 671	—	2 107	333 778	55,70	—	52.						
34 214	1 428	80	—	233 400	39,11	97,10	240 367	40,28	556 231	—	8 693	564 924	94,66	—	53.						
20 429	742	40	—	159 550	27,07	97,22	164 117	27,84	1 008 278	—	—	1 008 278	171,07	2 400	54.						
13 406	780	200	—	141 248	24,14	98,16	143 893	24,59	814 984	—	—	814 984	139,27	—	55.						
26 287	930	—	—	159 566	27,73	97,24	164 092	28,51	743 600	—	—	743 600	129,21	—	56.						
25 380	495	80	—	191 414	34,17	97,08	197 167	35,20	1 452 908	—	—	1 452 908	259,40	—	57.						
17 407	870	40	—	131 256	23,79	94,96	138 226	25,05	338 703	—	—	338 703	61,39	—	58.						
2 436	635	—	—	37 407	7,23	92,60	40 395	7,80	989 571	—	—	989 571	191,15	—	59.						
16 772	1 103	80	—	113 350	22,50	97,08	116 762	23,18	685 970	—	—	685 970	136,19	—	60.						
26 097	2 810	—	—	219 771	43,97	92,37	237 916	47,60	1 528 172	—	—	1 528 172	305,76	—	61.						
10 362	730	—	—	90 010	18,01	96,17	93 595	18,73	332 309	—	—	332 309	66,50	—	62.						
12 474	693	—	—	113 764	23,41	96,53	117 856	24,25	528 062	—	—	528 062	108,65	—	63.						
5 329	290	80	—	57 888	12,56	97,51	59 366	12,88	296 138	—	—	296 138	64,24	—	64.						
9 444	832	—	—	84 068	18,30	86,73	96 928	21,10	736 205	—	—	736 205	160,29	—	65.						
12 477	500	40	—	110 819	24,14	90,75	122 113	26,60	481 777	—	—	481 777	104,94	—	66.						
10 820	892	—	—	76 995	17,02	96,28	79 973	17,68	480 626	—	—	480 626	106,26	—	67.						
14 274	892	120	—	155 015	34,94	96,03	161 428	36,38	481 732	—	30 817	512 549	115,52	—	68.						
13 029	758	—	—	73 547	16,99	94,93	77 477	17,89	547 546	—	—	547 546	126,45	—	69.						
6 865	756	—	—	66 648	15,79	96,62	68 980	16,34	101 394	—	—	101 394	24,02	—	70.						
6 512	555	—	—	93 759	23,41	96,11	97 555	24,36	312 216	—	—	312 216	77,96	—	71.						
5 672	470	40	—	47 221	12,54	98,09	48 139	12,78	370 555	—	42 250	412 805	109,61	—	72.						
8 269	405	—	—	62 131	17,33	92,00	67 533	18,83	288 367	—	—	288 367	80,41	—	73.						
8 284	—	80	—	65 179	18,59	96,95	67 228	19,18	490 204	—	—	490 204	139,82	—	74.						
3 613	325	40	—	46 366	13,50	97,33	47 639	13,87	175 007	—	—	175 007	50,95	—	75.						
6 038	695	—	—	48 448	14,29	97,07	49 909	14,72	532 303	—	—	532 303	156,98	—	76.						
2 912	507	40	—	37 771	12,25	92,22	40 957	13,28	378 041	—	—	378 041	122,58	—	77.						
7 757	350	—	—	48 848	16,63	95,37	51 221	17,43	132 290	—	—	132 290	45,03	—	78.						
1 980	—	80	—	35 182	12,01	97,42	36 115	12,33	170 597	—	—	170 597	58,22	—	79.						
5 671	300	80	—	43 720	15,04	93,45	46 782	16,09	219 271	—	—	219 271	75,43	—	80.						

Billettsteuer.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
Namen	Ein- wohner- zahl	Kreis							über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamt- Steuern kommen (Sp. 10a)		
ia	ib	ic	a	3	4	5	6	7	ga	gb	gc	9	10
Noch: 11. Provinz Westfalen.													
81. Telgte	2876	Münster	1 909	110	—	1 314	1 632	738	5 703	1,96	9,72	27 959	17 560
82. Berleburg	2 745	Wittgenstein . .	1 772	102	150	2 068	682	630	5 404	1,97	9,59	29 371	16 271
83. Salzkotten	2 598	Büren	—	858	—	—	129	—	987	0,38	1,91	28 928	15 702
84. Beverungen	2 593	Höxter	846	—	—	—	98	326	1 270	0,49	4,39	13 890	11 365
85. Neuenrade	2 567	Altena	721	179	—	1 161	612	373	3 046	1,19	4,93	37 350	13 580
86. Rietberg	2 530	Wiedenbrück . .	—	522	—	—	—	160	682	0,27	1,76	23 055	12 151
87. Laasphe	2 435	Wittgenstein . .	2 044	211	—	—	222	274	2 751	1,13	5,01	31 154	14 479
88. Hilchenbach	2 414	Siegen	588	28	—	859	445	496	2 416	1,00	4,07	35 709	14 103
89. Medebach	2 359	Brilon	431	27	—	—	—	360	818	0,35	2,13	19 380	16 372
90. Rütten	2 291	Lippstadt	751	—	125	—	89	221	1 186	0,52	8,50	6 562	5 198
91. Westhofen	2 255	Hörde	188	244	—	1 202	—	192	1 826	0,81	3,57	29 422	16 828
92. Werther	2 234	Halle i./W. . . .	403	132	—	—	69	—	604	0,27	1,57	22 050	11 034
93. Petershagen	2 228	Minden	—	—	—	—	100	291	391	0,18	0,99	22 476	12 426
94. Sendenhorst	2 160	Beckum	450	—	—	—	150	400	1 000	0,46	3,80	15 122	6 973
95. Versmold	2 120	Halle i./W. . . .	2 677	37	—	—	591	339	3 644	1,72	8,45	22 579	11 108
96. Freudenberg, Kreis Siegen, Flecken . .	2 096	Siegen	—	243	—	638	92	616	1 589	0,76	1,68	67 916	13 656
97. Anholt	1 931	Borken	605	175	—	—	118	356	1 254	0,65	3,18	26 733	8 925
98. Halle i./W.	1 898	Halle i./W. . . .	918	315	—	—	301	635	2 169	1,14	3,32	43 340	11 523
99. Schmallenberg	1 824	Meschede	203	—	—	690	119	163	1 175	0,64	8,05	7 155	4 644
100. Winterberg	1 661	Brilon	—	9	—	—	—	200	209	0,13	2,62	4 603	2 218
101. Billerbeck	1 627	Coesfeld	509	38	—	—	198	255	1 000	0,61	4,52	13 564	4 566
102. Borgentreich	1 616	Warburg	—	53	—	—	27	74	154	0,10	0,99	4 624	9 889
103. Nieheim	1 604	Höxter	—	—	—	—	—	176	176	0,11	0,91	6 071	12 016
104. Delbrück	1 504	Paderborn	451	23	—	—	—	114	588	0,89	2,58	14 178	5 512
105. Hallenberg	1 226	Brilon	—	—	—	—	—	130	130	0,11	2,16	2 623	2 898
106. Obermarsberg	1 188	„	—	—	—	—	9	123	132	0,11	2,02	2 977	2 994
107. Borgholzhausen . . .	1 107	Halle i./W. . . .	156	22	—	—	176	203	557	0,50	2,03	15 778	7 879
108. Tecklenburg	1 096	Tecklenburg . . .	568	61	—	429	94	195	1 347	1,23	7,45	9 939	5 634
109. Horstmar	1 075	Steinfurt	—	—	—	—	41	186	227	0,21	1,85	7 287	3 382
110. *Bottrop	63 649	Recklinghausen	34 891	17 570	—	24 719	19 951	6 527	103 658	1,63	5,89	870 906	251 829
111. *Gladbeck	51 767	„	10 598	8 779	—	27 978	21 279	6 133	74 767	1,44	4,87	722 016	177 397
112. *Recklinghausen, Land	49 648	„	24 281	8 435	—	19 396	5 856	7 081	65 049	1,81	4,86	525 658	218 615
113. *Wanne	42 713	Gelsenkirchen . .	8 225	9 804	—	25 135	26 347	5 743	75 254	1,76	6,65	648 904	196 986
114. *Eickel	35 806	„	8 830	1 875	—	16 311	9 719	6 319	43 054	1,20	4,92	565 519	150 984
115. *Osterfeld	30 119	Recklinghausen	8 761	8 087	—	12 572	5 677	3 566	38 663	1,28	4,61	488 155	108 742
116. *Langendreer	27 713	Bochum	1 564	785	—	14 436	7 945	5 288	30 018	1,08	2,91	582 353	156 777
117. *Horst (Emscher) . .	23 891	Recklinghausen	4 243	2 759	—	12 165	11 035	2 337	32 539	1,86	4,84	440 075	88 862
118. *Weitmar	23 383	Bochum	9 087	—	—	10 931	3 099	3 475	26 592	1,14	4,70	302 302	102 517
119. *Werne	18 900	„	6 390	420	—	7 263	2 846	3 004	19 923	1,06	3,81	308 723	78 807
120. *Datteln	18 527	Recklinghausen	5 684	5 430	—	10 045	4 135	1 418	26 712	1,44	4,82	249 725	103 365
121. *Herten	18 330	„	41 192	6 150	—	8 356	7 460	2 308	65 466	3,57	9,91	250 398	106 286
122. *Langerfeld	16 565	Schwelm	6 440	30 268	—	5 465	2 297	4 725	49 195	2,97	7,64	418 463	96 264
123. *Lütgendortmund . .	15 652	Dortmund	2 709	618	—	6 891	4 737	841	15 796	1,01	4,01	220 764	83 200
124. *Annen	14 753	Hörde	7 548	949	1 300	9 024	3 030	2 037	23 888	1,62	6,08	234 875	53 196
125. *Röhlinghausen . . .	14 446	Gelsenkirchen . .	1 270	415	—	6 906	1 830	2 000	12 421	0,96	3,22	226 964	47 112
126. *Kirchhörde	14 149	Hörde	6 834	1 211	400	7 656	3 726	1 047	20 874	1,47	6,06	179 389	66 898
127. *Eving	13 819	Dortmund	9 176	4 186	—	5 596	2 152	1 472	22 582	1,63	5,28	251 167	67 107
128. *Linden	12 163	Hattingen	2 271	390	—	5 908	4 549	1 602	14 720	1,21	4,12	176 979	56 884
129. *Emsdetten	12 157	Steinfurt	4 647	2 564	—	—	945	1 729	9 885	0,81	3,73	155 376	55 463
130. *Lütenscheid	11 939	Altena	5 232	1 000	—	4 910	1 965	942	14 049	1,18	6,25	150 697	37 990
131. *Marten	11 811	Dortmund	2 917	—	—	5 952	3 224	890	12 983	1,10	3,47	225 366	47 185
132. *Brackwede	11 297	Bielefeld	6 619	3 130	—	—	2 337	—	12 086	1,07	4,60	180 193	40 954
133. *Werdohl	11 260	Altena	1 522	1 852	—	5 987	3 098	1 003	13 462	1,22	4,90	183 816	50 396
134. *Aplerbeck	10 669	Hörde	3 268	326	—	6 067	2 188	861	12 710	1,19	6,11	113 882	44 969
135. *Dahlhausen	10 617	Hattingen	4 243	2 484	—	5 544	2 202	1 554	16 027	1,51	3,51	246 476	45 742
136. *Günnigfeld	10 397	Gelsenkirchen . .	8 710	337	—	4 186	1 229	987	15 449	1,49	5,55	158 520	35 384

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M		
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
6 858	584	—	—	52 961	18,41	90,28	58 664	20,40	87 169	—	—	87 169	30,31	—	81.	
5 140	188	—	—	50 970	18,57	90,41	56 374	20,54	239 079	—	—	239 079	87,10	—	82.	
4 744	485	—	—	49 859	19,19	98,06	50 846	19,57	33 808	—	—	33 808	13,01	—	83.	
2 207	205	—	—	27 667	10,67	95,61	28 937	11,16	409 933	—	1 643	411 576	158,73	—	84.	
7 582	190	—	—	58 702	22,87	95,07	61 748	24,05	213 002	—	—	213 002	82,98	—	85.	
2 458	461	—	—	38 125	15,07	98,24	38 807	15,34	451 752	—	—	451 752	178,56	—	86.	
6 478	—	—	—	52 111	21,40	94,99	54 862	22,53	110 448	—	—	110 448	45,36	—	87.	
6 715	405	40	—	56 972	23,60	95,93	59 388	24,60	109 777	—	—	109 777	45,48	—	88.	
1 604	295	—	—	37 651	15,96	97,87	38 469	16,31	184 350	—	—	184 350	78,15	—	89.	
834	165	—	—	12 759	5,57	91,30	13 945	6,09	344 543	—	—	344 543	150,39	—	90.	
2 795	215	—	—	49 260	21,84	96,43	51 086	22,65	136 683	—	—	136 683	60,61	—	91.	
4 342	450	—	—	37 876	16,95	98,43	38 480	17,22	72 470	—	—	72 470	32,44	—	92.	
4 200	—	—	—	39 102	17,55	99,01	39 493	17,73	89 660	—	—	89 660	40,24	2 490	93.	
2 696	495	—	—	25 286	11,71	96,20	26 286	12,17	255 408	—	—	255 408	118,24	—	94.	
5 265	546	—	—	39 498	18,63	91,55	43 142	20,35	109 912	—	—	109 912	51,85	—	95.	
11 218	130	—	—	92 920	44,33	98,32	94 509	45,09	204 434	—	—	204 434	97,54	—	96.	
2 115	368	—	—	38 141	19,75	96,82	39 395	20,40	130 205	—	—	130 205	67,43	—	97.	
7 696	604	—	—	63 163	33,28	96,68	65 332	34,42	200 937	—	—	200 937	105,87	—	98.	
1 453	175	—	—	13 427	7,36	91,95	14 602	8,01	62 276	—	—	62 276	34,14	—	99.	
805	123	30	—	7 779	4,68	97,38	7 988	4,81	190 000	—	—	190 000	114,39	—	100.	
2 487	525	—	—	21 142	12,99	95,48	22 142	13,61	56 414	—	—	56 414	34,67	—	101.	
840	115	—	—	15 468	9,57	99,01	15 622	9,67	78 093	—	—	78 093	48,32	—	102.	
1 007	—	—	—	19 094	11,90	99,09	19 270	12,01	84 177	—	29 910	114 087	71,13	—	103.	
1 632	871	—	—	22 193	14,76	97,42	22 781	15,15	108 228	—	—	108 228	71,96	—	104.	
328	53	—	—	5 902	4,81	97,84	6 032	4,92	74 011	—	—	74 011	60,37	—	105.	
327	110	—	—	6 408	5,39	97,98	6 540	5,51	76 417	—	—	76 417	64,32	—	106.	
2 765	480	—	—	26 902	24,30	97,97	27 459	24,80	4 900	—	—	4 900	4,43	—	107.	
964	190	—	—	16 727	15,26	92,55	18 074	16,49	244 684	—	—	244 684	223,25	—	108.	
1 240	140	—	—	12 049	11,21	98,15	12 276	11,42	34 400	—	—	34 400	32,00	—	109.	
528 065	5 065	—	—	1 655 865	26,01	94,11	1 759 523	27,64	2 768 422	—	—	2 768 422	43,50	—	110.	
559 293	1 655	30	—	1 460 391	28,21	95,13	1 535 158	29,66	2 512 770	—	65 000	2 577 770	49,80	—	111.	
523 370	4 965	—	—	1 272 608	25,63	95,14	1 337 657	26,94	1 842 418	—	—	1 842 418	37,11	—	112.	
208 238	1 855	30	—	1 056 013	24,72	93,35	1 131 267	26,49	3 502 072	—	81 605	3 583 677	83,90	—	113.	
113 502	1 400	30	—	831 435	23,22	95,08	874 489	24,42	1 718 754	—	237 000	1 955 754	54,62	—	114.	
201 109	2 489	—	—	800 495	26,58	95,39	839 158	27,86	1 268 398	—	—	1 268 398	42,11	—	115.	
259 499	1 373	—	—	1 000 002	36,09	97,09	1 030 020	37,17	2 877 509	—	—	2 877 509	103,83	—	116.	
108 679	2 100	—	—	639 716	26,78	95,16	672 255	28,14	1 069 581	—	—	1 069 581	44,77	—	117.	
132 677	1 225	—	—	538 721	23,04	95,30	565 313	24,18	1 461 253	—	—	1 461 253	62,49	—	118.	
113 586	1 441	—	—	502 557	26,59	96,19	522 480	27,64	1 014 572	—	—	1 014 572	53,68	—	119.	
173 246	1 430	120	—	527 886	28,49	95,18	554 598	29,93	1 905 062	—	—	1 905 062	102,83	—	120.	
236 064	2 603	60	—	595 411	32,48	90,09	660 877	36,05	1 973 723	—	—	1 973 723	107,68	—	121.	
78 982	984	—	—	594 693	35,90	92,36	643 888	38,87	3 751 457	—	—	3 751 457	226,47	—	122.	
74 074	—	30	—	378 068	24,15	95,99	393 864	25,16	1 073 050	—	10 000	1 083 050	69,20	—	123.	
79 802	858	—	—	368 731	24,99	93,92	392 619	26,61	147 342	—	—	147 342	9,99	—	124.	
99 322	445	—	—	373 843	25,88	96,78	386 264	26,74	505 318	—	31 924	537 242	37,19	—	125.	
76 723	840	—	—	323 850	22,89	93,94	344 724	24,36	394 520	—	26 500	421 020	29,76	—	126.	
90 314	528	—	—	409 116	29,61	94,77	431 698	31,24	472 211	—	—	472 211	34,17	—	127.	
108 258	760	—	—	342 881	28,19	95,88	357 601	29,40	690 655	—	—	690 655	56,78	—	128.	
43 249	960	—	—	255 048	20,98	96,27	264 933	21,79	973 552	—	—	973 552	80,08	—	129.	
20 419	1 680	—	—	210 786	17,65	93,75	224 835	18,83	549 020	—	—	549 020	45,99	—	130.	
87 968	635	30	—	361 184	30,58	96,53	374 167	31,68	419 477	—	—	419 477	35,52	—	131.	
27 974	1 537	—	—	250 658	22,19	95,40	262 744	23,26	1 061 079	—	—	1 061 079	93,93	—	132.	
26 453	700	30	—	261 395	23,63	95,10	274 857	24,85	530 432	—	—	530 432	47,96	—	133.	
36 580	—	—	—	195 431	18,32	93,89	208 141	19,51	158 530	—	—	158 530	14,86	—	134.	
147 771	585	—	—	440 574	41,50	96,49	456 601	43,01	592 040	—	—	592 040	55,76	—	135.	
68 603	338	—	—	262 845	25,28	94,45	278 294	26,77	526 910	—	—	526 910	50,68	—	136.	

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Braun- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
12. Provinz Hessen-Nassau.													
1. Frankfurt a./M.	447 125	Stadtkreis	1 134 398	771 164	5 162	38 482	341 923	265 165	1) 2589000	5,79	9,31	16 939 601	5 498 175
2. Cassel	157 723	"	116 350	44 854	38 833	110 272	74 508	50 326	2) 512 613	3,25	9,40	2 987 397	1 347 070
3. Wiesbaden	110 430	"	193 568	103 903	27 945	188 000	61 418	81 292	3) 798 126	7,23	13,97	3 039 734	1 523 528
4. Hanau	40 014	"	64 169	20 010	—	31 401	—	18 562	4) 143 850	3,60	8,30	1 013 871	359 993
5. Fulda	23 226	Fulda	12 347	2 644	4 800	24 549	9 869	4 236	5) 71 245	3,07	11,19	356 881	134 496
6. Marburg a./d. Lahn	22 208	Marburg	23 338	9 956	—	19 986	2 801	8 291	6) 71 107	3,20	10,06	404 985	173 589
7. Biebrich	22 145	Wiesbaden	22 604	3 654	3 675	22 604	10 969	6 318	7) 77 390	3,49	8,10	478 365	297 208
8. Höchst a./M.	17 185	Höchst	7 157	25 936	8 100	21 859	—	5 180	8) 69 813	4,06	6,24	743 524	109 734
9. Bad Homburg v. d. H.	15 275	Obertaunusk.	41 736	7 988	—	11 103	2 168	5 071	9) 68 066	4,46	10,60	331 761	180 515
10. Eschwege	12 659	Eschwege	6 749	3 774	563	5 946	3 945	2 535	32 783	2,59	6,95	291 704	95 446
11. Limburg a./L.	11 176	Limburg	6 599	4 281	3 300	—	5 272	4 126	23 578	2,11	5,53	265 350	93 891
12. Hersfeld	10 119	Hersfeld	8 473	823	—	6 533	1 308	2 615	10) 32 111	3,17	10,69	164 817	65 998
13. Schmalkalden	9 995	Hrsh. Schmalkald.	3 223	2 319	1 750	12 277	1 683	1 948	11) 28 292	2,83	8,30	206 843	56 061
14. Oberlahnstein	8 716	St. Goarshausen	5 094	494	—	5 538	2 265	1 507	14 898	1,71	7,10	133 817	41 759
15. Oberursel	7 810	Obertaunusk.	17 088	776	—	5 596	3 036	3 067	29 563	3,79	10,61	140 911	82 237
16. Bad Ems	6 706	Unterlahnkreis	5 393	414	—	5 957	2 408	2 259	12) 21 915	3,27	7,03	156 512	91 697
17. Dillenburg	5 277	Dillkreis	2 730	500	—	2 000	900	1 850	7 980	1,51	4,66	110 500	31 675
18. Rinteln	5 155	Grfsch. Schaumbg.	3 614	410	—	2 748	640	1 297	13) 10 876	2,11	10,69	46 218	33 911
19. Herborn	5 092	Dillkreis	2 019	1 041	—	—	1 025	1 002	5 087	1,00	4,45	67 226	25 554
20. Niederlahnstein	5 004	St. Goarshausen	—	—	—	2 615	1 416	930	4 961	0,99	3,91	81 543	25 684
21. Hofgeismar	4 777	Hofgeismar	4 407	570	200	2 602	745	1 909	14) 13 178	2,76	14,35	41 489	30 389
22. Gelnhausen	4 715	Gelnhausen	1 403	352	750	2 739	466	1 716	7 426	1,57	5,27	81 048	32 115
23. Rüdeshelm a./Rh.	4 626	Rheingaukreis	—	830	—	4 339	975	1 604	7 748	1,67	4,69	87 962	46 612
24. Hofheim	4 607	Höchst	5 057	7 050	—	—	1 143	1 767	15 017	3,26	20,44	38 278	16 289
25. Diez	4 502	Unterlahnkreis	2 765	—	—	3 312	1 624	1 642	15) 9 727	2,16	8,87	60 441	26 425
26. Eltville	4 397	Rheingaukreis	22 093	26	—	3 385	857	2 045	28 406	6,46	19,78	70 685	34 048
27. Bad Orb	4 388	Gelnhausen	2 984	—	—	1 985	218	342	5 529	1,26	16,99	11 503	10 762
28. Geisenheim	4 330	Rheingaukreis	3 038	42	—	3 200	358	1 212	7 850	1,81	5,71	71 857	33 402
29. Montabaur	4 247	Unterwesterwaldk.	2 281	—	—	3 865	623	1 130	16) 9 691	2,28	14,65	26 120	22 597
30. Hochheim a./M.	4 238	Wiesbaden	2 635	578	—	2 902	1 612	782	17) 9 805	2,31	9,48	55 441	26 047
31. Melsungen	4 220	Melsungen	985	139	—	2 324	320	530	18) 7 162	1,70	10,60	36 226	16 754
32. Witzenhausen	4 210	Witzenhausen	2 463	592	—	4 771	713	1 070	19) 11 999	2,85	10,79	54 551	31 640
33. Obernkirchen	4 007	Grfsch. Schaumbg.	1 162	—	—	2 060	627	601	20) 5 200	1,30	5,11	66 999	14 299
34. Weilburg	3 992	Oberlahnkreis	2 316	433	—	—	920	1 771	5 440	1,36	4,94	63 831	27 347
35. Treysa	3 783	Ziegenhain	1 054	146	—	1 579	195	1 001	21) 5 433	1,44	13,12	22 964	9 874
36. Homberg, Bz. Cassel	3 751	Homberg	924	95	—	2 220	476	550	22) 6 362	1,70	11,10	28 998	16 458
37. Fritzlar	3 625	Fritzlar	639	57	900	2 208	344	696	23) 6 760	1,86	13,65	22 863	14 427
38. Frankenberg i./Hessen	3 569	Frankenberg	—	727	—	2 030	249	526	24) 5 470	1,53	9,21	31 671	17 850
39. Rotenburg a./d. F.	3 449	Rotenburg i. H.-N.	2 687	3 437	—	1 984	515	732	9 355	2,71	14,18	36 134	15 544
40. Idstein	3 427	Untertaunusk.	911	377	—	—	608	792	25) 4 698	1,37	7,45	32 845	18 842
41. Schlüchtern	3 369	Schlüchtern	704	—	—	2 375	348	597	26) 5 422	1,61	8,67	35 282	14 783
42. Kronberg	3 352	Obertaunusk.	2 008	823	—	2 274	279	3 180	27) 8 564	2,55	5,05	137 963	20 421
43. Großalmerode	3 301	Witzenhausen	1 154	—	—	1 193	191	469	4 301	1,30	6,16	40 918	14 531
44. Braubach	3 186	St. Goarshausen	1 045	46	—	2 114	798	565	4 568	1,43	5,29	46 442	12 996
45. Biedenkopf	3 044	Biedenkopf	2 891	—	—	—	374	1 008	4 273	1,40	6,23	39 830	16 770
46. Königstein a. Taunus	2 915	Obertaunusk.	5 516	4 623	—	—	315	1 780	12 234	4,20	5,61	162 526	37 979
47. Allendorf	2 799	Witzenhausen	762	413	—	—	316	516	28) 4 022	1,44	9,00	25 001	12 160
48. Langenschwalbach	2 792	Untertaunusk.	3 255	270	600	1 615	455	1 428	29) 8 216	2,94	11,50	28 127	24 304
49. Hadamar	2 725	Limburg	1 620	—	—	734	374	600	3 328	1,22	9,02	16 316	13 861
50. Kamberg	2 610	"	1 185	—	—	—	218	537	1 940	0,74	5,52	17 030	12 810
51. Kirchhain i. Bez. Cassel	2 547	Kirchhain	1 940	528	—	1 970	155	470	30) 6 716	2,64	16,69	18 213	10 925
52. Wolfhagen	2 541	Wolfhagen	—	89	—	840	193	456	31) 3 052	1,20	18,25	6 355	6 208
53. Haiger	2 509	Dillkreis	5 784	1 497	—	1 731	92	714	9 818	3,91	15,92	30 617	13 326

1) darunter 13 520 M. Branntwein-, 5 686 M. Apfelwein- und 13 500 M. Pferdesteuer. — 2) darunter 71 728 M. Branntwein-, 4 252 M. Essig- und 1 490 M. Apfelweinsteuer. — 3) darunter 1 865 M. Wein- und Obstwein- und 3 619 M. Fischsteuer. — 4) darunter 2 085 M. Branntwein- und 82 M. Plakatsteuer. — 5) darunter 2 745 M. Branntweinsteuer. — 6) desgl. 2 390 M. — 7) desgl. 750 M. — 8) desgl. 1 458 M. — 9) desgl. 2 097 M. — 10) desgl. 1 916 M. — 11) desgl. 1 938 M. — 12) darunter 2 010 M. Branntweinsteuer. — 13) desgl. 1 474 M.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar									Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)									
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.								
												M	M		M	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20	12.	
2 624 203	55 475	150	107 496	25 225 100	56,42	90,69	27 814 100	62,21	235 880 080	218 738 400	39 325 695	275 205 775	615,50	4 500 000	1.	
564 752	13 650	50	26 930	4 939 849	31,32	90,60	5 452 462	34,57	47 290 140	38 442 500	113 000	47 403 140	300,55	2 418 000	2.	
307 698	21 852	50	20 142	4 913 004	44,49	86,03	5 711 130	51,72	56 440 368	55 849 700	930 534	57 370 902	519,52	166 045	3.	
203 660	7 846	40	3 761	1 589 171	39,72	91,70	1 733 021	43,31	21 956 146	10 461 028	—	21 956 146	548,71	—	4.	
70 188	4 067	80	—	565 712	24,36	88,81	636 957	27,42	8 825 933	6 320 300	457 567	9 283 500	399,70	730 646	5.	
52 263	4 859	40	—	635 736	28,63	89,94	706 843	31,83	7 159 322	4 565 600	6 000	7 165 322	322,65	—	6.	
99 854	2 330	—	—	877 757	39,64	91,90	955 147	43,13	5 823 175	—	362 219	6 185 394	279,31	—	7.	
194 534	1 312	200	—	1 049 304	61,06	93,76	1 119 117	65,12	5 738 192	—	47 978	5 786 170	336,70	—	8.	
58 681	2 977	80	—	574 014	37,58	89,40	642 080	42,03	5 839 999	5 137 500	—	5 839 999	382,32	—	9.	
49 489	2 468	—	—	439 107	34,69	93,05	471 890	37,28	3 301 321	1 433 800	—	3 301 321	260,79	141 400	10.	
37 693	2 630	—	3 390	402 954	36,06	94,47	426 532	38,16	1 048 960	171 100	182 659	1 231 619	110,20	—	11.	
35 056	2 360	—	—	268 231	26,51	89,31	300 342	29,68	2 520 032	—	65 702	2 585 734	255,53	—	12.	
46 971	2 467	40	—	312 382	31,25	91,70	340 674	34,08	1 698 282	182 100	8 574	1 706 856	170,77	—	13.	
18 704	704	80	—	195 064	22,38	92,90	209 962	24,09	1 058 286	—	21 550	1 079 836	123,89	59 235	14.	
25 299	560	40	—	249 047	31,89	89,39	278 610	35,67	1 712 250	—	104 667	1 816 917	232,64	—	15.	
39 801	1 765	—	—	289 775	43,21	92,97	311 690	46,48	1 569 037	1 071 800	—	1 569 037	233,98	—	16.	
20 240	700	120	—	163 235	30,93	95,84	171 215	32,45	954 996	85 650	—	954 996	180,97	—	17.	
9 970	610	120	—	90 829	17,62	89,31	101 705	19,73	854 823	—	2 988	857 811	166,40	—	18.	
15 500	790	80	—	109 150	21,44	95,55	114 237	22,43	751 505	—	—	751 505	147,59	—	19.	
14 450	180	—	—	121 857	24,35	96,09	126 818	25,34	630 513	—	—	630 513	126,00	—	20.	
5 966	743	80	—	78 667	16,47	85,65	91 845	19,23	568 376	—	—	568 376	118,98	—	21.	
18 514	1 665	120	—	133 462	28,31	94,73	140 888	29,88	1 393 758	—	—	1 393 758	295,60	—	22.	
20 894	2 070	—	—	157 538	34,03	95,31	165 286	35,78	754 792	31 000	—	754 792	163,16	—	23.	
3 600	275	—	—	58 442	12,69	79,56	73 459	15,95	443 479	—	—	443 479	96,26	—	24.	
12 483	615	—	—	99 964	22,20	91,13	109 691	24,36	1 147 957	—	13 700	1 161 657	258,03	—	25.	
9 847	600	—	—	115 180	26,20	80,22	143 586	32,66	681 708	—	30 000	711 708	161,86	—	26.	
4 072	670	—	—	27 007	6,15	83,01	32 536	7,41	765 066	—	—	765 066	174,35	—	27.	
23 717	644	—	—	129 620	29,94	94,29	137 470	31,75	695 639	—	—	695 639	160,66	—	28.	
6 932	678	120	—	56 447	13,29	85,35	66 138	15,57	407 446	—	—	407 446	95,94	—	29.	
11 925	220	—	—	93 633	22,09	90,52	103 438	24,41	307 044	—	25 962	333 006	78,58	—	30.	
6 842	490	80	—	60 392	14,31	89,40	67 554	16,01	649 678	—	—	649 678	153,95	—	31.	
12 220	776	—	—	99 187	23,56	89,21	111 186	26,41	394 157	—	—	394 157	93,62	—	32.	
14 587	504	80	—	96 469	24,08	94,89	101 669	25,37	295 943	—	—	295 943	73,86	—	33.	
12 950	551	—	—	104 679	26,22	95,06	110 119	27,58	751 213	90 500	—	751 213	188,18	—	34.	
2 707	365	80	—	35 990	9,51	86,88	41 423	10,95	252 053	—	—	252 053	66,63	—	35.	
4 692	810	—	—	50 958	13,59	88,90	57 320	15,28	379 125	—	—	379 125	101,07	—	36.	
4 942	405	120	—	42 757	11,80	86,35	49 517	13,66	1 556 109	—	—	1 556 109	429,27	—	37.	
3 733	565	120	—	53 939	15,11	90,79	59 409	16,65	786 770	—	—	786 770	220,45	27 000	38.	
4 377	540	40	—	56 635	16,42	85,82	65 990	19,13	414 480	—	—	414 480	120,17	—	39.	
6 211	348	120	—	58 366	17,03	92,55	63 064	18,40	368 741	—	—	368 741	107,60	—	40.	
6 133	896	—	—	57 094	16,95	91,33	62 516	18,56	558 864	—	—	558 864	165,88	20 000	41.	
2 720	—	—	—	161 104	48,06	94,95	169 668	50,62	398 003	—	21 000	419 003	125,00	33 019	42.	
9 689	416	—	—	65 554	19,86	93,84	69 855	21,16	290 104	—	—	290 104	87,88	—	43.	
21 932	346	—	—	81 716	25,65	94,71	86 284	27,08	375 679	—	—	375 679	117,92	30 082	44.	
6 980	680	80	—	64 340	21,14	93,77	68 613	22,54	347 908	—	—	347 908	114,29	—	45.	
5 206	—	60	—	205 771	70,59	94,39	218 005	74,79	1 097 968	—	4 766	1 102 734	378,30	—	46.	
2 986	498	—	—	40 645	14,52	91,00	44 667	15,96	250 886	—	—	250 886	89,63	—	47.	
9 804	975	—	—	63 210	22,64	88,50	71 426	25,58	781 835	—	—	781 835	280,03	—	48.	
2 930	409	40	—	33 556	12,31	90,98	36 884	13,54	115 328	—	35 104	150 432	55,20	—	49.	
2 989	346	—	—	33 175	12,71	94,48	35 115	13,45	569 342	—	—	569 342	218,14	—	50.	
3 699	653	40	—	33 530	13,16	83,31	40 246	15,80	392 288	—	1 852	394 140	154,75	—	51.	
912	156	40	—	13 671	5,38	81,75	16 723	6,58	211 504	—	—	211 504	83,24	—	52.	
7 553	325	40	—	51 861	20,67	84,08	61 679	24,58	314 890	—	—	314 890	125,50	12 000	53.	

3) darunter 97 000 M Wein-, 10 400 M Obstwein-, 30 000 M Branntwein- und 4 600 M Essigsteuer. — 4) darunter 9 708 M Branntweinsteuer. — 5) darunter 10 958 M Branntwein-, und 560 M Abfindung für Verbrauchssteuern. — 6) darunter 1 581 M Apfelweinsteuer. — 7) darunter 9 271 M Branntweinsteuer. — 8) desgl. 12 359 M. — 9) desgl. 5 092 M. — 10) darunter 384 M Weinsteuer. — 11) darunter 855 M Wein-, 894 M Branntwein- und 43 M Apfelweinsteuer. — 12) darunter 1 296 M Getränkesteuer. — 13) darunter 2 864 M Getränkesteuer. — 14) darunter 1 398 M Branntweinsteuer. — 15) desgl. 1 294 M. — 16) darunter 2 015 M Spirituosensteuer. — 17) darunter 593 M Weinsteuer. — 18) darunter

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
St a d t g e m e i n d e n * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuer- auf- kommen (Sp. 10a) %	<i>M</i>	<i>M</i>
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 12. Provinz Hessen-Nassau.													
54. Wanfried	2 484	Eschwege . . .	1 491	—	—	911	258	498	1) 4 530	1,82	7,38	35 405	15 038
55. Volkmarsen	2 458	Wolfhagen . . .	920	75	—	—	114	232	2) 2 044	0,88	6,86	13 034	13 171
56. Kaub	2 389	St. Goarshausen	545	—	—	835	418	175	1 973	0,83	4,49	24 100	10 902
57. Nassau	2 374	Unterlahnkreis .	455	28	—	1 706	532	604	3 325	1,40	4,68	43 352	17 271
58. Lorch	2 327	Rheingaukreis .	841	17	—	990	98	289	2 235	0,96	4,42	31 967	10 660
59. Steinau, Kr. Schlüchtern	2 194	Schlüchtern . .	234	—	—	721	132	312	3) 2 592	1,18	16,96	6 442	4 871
60. Gudensberg	2 185	Fritzlar	699	157	—	1 463	176	658	4) 3 990	1,88	21,97	7 174	5 331
61. Grebenstein	2 183	Hofgeismar . .	—	—	—	991	164	464	5) 2 825	1,29	11,22	10 426	10 176
62. Neustadt a./Main- Weserbahn	2 176	Kirchhain . . .	271	—	—	890	154	179	6) 2 354	1,08	12,94	7 162	7 446
63. Usingen	2 034	Usingen	1 687	108	100	—	298	579	7) 5 178	2,55	13,07	16 493	14 146
64. Sontra	2 006	Rotenburg i. H.-N.	1 593	296	—	624	235	298	8) 4 049	2,02	12,01	16 335	9 762
65. Hachenburg	1 995	Oberwesterwaldkr.	996	—	—	—	239	456	1) 1 691	0,85	5,48	14 944	8 760
66. Immenhausen	1 993	Hofgeismar . .	8 168	—	—	830	162	318	9) 10 434	5,24	32,87	10 800	8 725
67. Hessisch Oldendorf .	1 987	Grfisch. Schaumbg.	639	—	—	859	—	417	1) 1 915	0,96	5,06	18 955	11 244
68. Carlshafen	1 889	Hofgeismar . .	696	—	—	1 117	341	758	10) 3 627	1,92	8,37	25 807	8 482
69. Hessisch Lichtenau .	1 858	Witzenhausen .	1 545	930	—	775	—	312	11) 4 604	2,48	22,43	9 201	4 594
70. Nastätten	1 832	St. Goarshausen	987	—	—	745	180	252	2) 1 164	1,18	9,70	8 650	9 991
71. Hünfeld	1 818	Hünfeld	273	136	—	1 410	60	492	12) 3 574	1,97	17,71	8 812	5 633
72. Spangenberg	1 758	Melsungen . . .	280	55	190	889	138	230	13) 2 682	1,53	11,48	11 490	6 464
73. Windecken	1 742	Hanau	—	52	—	—	362	—	14) 587	0,34	2,56	12 025	8 766
74. Ziegenhain	1 697	Ziegenhain . . .	754	159	—	853	107	530	15) 3 077	1,81	18,10	7 706	4 682
75. Sankt Goarshausen .	1 615	St. Goarshausen	526	—	125	828	368	415	16) 2 661	1,65	7,26	19 462	10 706
76. Gemünden	1 566	Frankenberg . .	544	233	—	491	138	144	17) 2 488	1,59	17,35	6 054	5 187
77. Salmünster	1 556	Schlüchtern . .	212	—	—	742	81	140	18) 1 703	1,09	26,47	2 701	1 654
78. Neukirchen, Kreis Ziegenhain	1 550	Ziegenhain . . .	367	—	—	569	101	308	19) 2 651	1,71	20,22	5 076	4 116
79. Zierenberg	1 493	Wolfhagen . . .	—	—	—	686	66	345	20) 1 615	1,08	13,64	5 868	3 732
80. Rodenberg	1 492	Grfisch. Schaumbg.	200	—	—	640	119	343	1) 1 302	0,87	5,38	11 244	9 063
81. Westerbürg	1 459	Westerbürg . . .	—	—	—	—	248	232	2) 480	0,33	3,16	7 969	5 244
82. Friedrichsdorf	1 455	Obertaunuskkr. .	1 288	460	—	827	105	—	2) 680	1,84	5,97	26 376	8 903
83. Gersfeld	1 411	Gersfeld	1 165	30	—	1 242	45	385	2) 867	2,08	5,28	44 384	5 888
84. Naumburg i. Hessen	1 397	Wolfhagen . . .	563	—	—	469	28	162	21) 2 081	1,49	100,00	—	—
85. Wächtersbach	1 367	Gelnhausen . .	—	6	—	953	60	193	22) 1 874	1,37	8,40	11 402	6 183
86. Wetter (Hessen-Nassau)	1 281	Marburg	595	20	—	486	—	56	23) 1 782	1,39	12,90	6 532	4 418
87. Borken in Hessen . .	1 280	Homberg	993	639	—	301	207	268	24) 2 932	2,29	14,01	9 287	7 512
88. Soden	1 280	Schlüchtern . .	121	—	—	—	197	59	25) 717	0,56	4,61	8 906	4 361
89. Sachsenhagen	1 231	Grfisch. Schaumbg.	531	—	—	236	35	232	1) 1 034	0,84	9,49	3 801	4 928
90. Helmarshausen	1 203	Hofgeismar . . .	1 317	—	—	367	158	241	26) 2 356	1,96	17,58	5 026	5 079
91. Tann	1 148	Gersfeld	1 337	—	—	1 004	21	138	2) 500	2,18	15,98	7 481	4 274
92. Runkel	1 146	Oberlahnkreis .	—	—	—	—	110	230	3) 340	0,30	2,30	6 618	6 266
93. Rauschenberg	1 051	Kirchhain	280	—	—	434	—	266	27) 1 372	1,31	11,96	4 527	5 217
94. Frankenau	1 027	Frankenberg . .	—	—	—	220	16	37	28) 779	0,76	13,14	2 635	2 187
95. Waldkappel	1 021	Eschwege	458	43	—	486	106	147	29) 1 765	1,78	12,26	4 540	7 148
96. Rosenthal	978	Frankenberg . .	—	63	—	202	—	—	30) 509	0,52	9,58	2 844	1 795
97. Felsberg	974	Melsungen . . .	444	39	—	407	21	153	31) 1 469	1,51	24,01	1 838	2 367
98. Amöneburg	858	Kirchhain	—	17	—	166	25	84	32) 492	0,57	5,41	4 768	3 735
99. Schweinsberg	839	—	—	—	—	199	37	95	33) 673	0,80	4,75	7 774	5 188
100. Schwarzenborn	783	Ziegenhain . . .	—	—	—	160	—	63	34) 475	0,61	15,24	902	1 668
101. Niedenstein	725	Fritzlar	—	—	—	239	51	60	35) 514	0,71	100,00	—	—
102. Trendelburg	625	Hofgeismar . . .	—	—	—	238	76	304	36) 830	1,33	8,74	4 442	3 396
103. Liebenau a./Diemel	523	—	—	—	—	—	34	86	37) 448	0,86	9,00	2 165	1 986
104. *Griesheim a. Main	12 520	Höchst	13 587	14 180	—	9 455	2 108	2 758	42 088	3,36	12,80	202 080	65 072

1) darunter 1 372 M. Spirituosensteuer. — 2) darunter 708 M. Branntweinsteuer. — 3) desgl. 1 193 M. — 4) desgl. 837 M. — 5) desgl. 1 206 M. — 6) desgl. 860 M. — 7) darunter 178 M. — 15) desgl. 674 M. — 16) darunter 399 M. Weinsteuer. — 17) darunter 988 M. Branntweinsteuer. — 18) desgl. 528 M. — 19) desgl. 1 306 M. — 20) desgl. 518 M. — 21) desgl. 37) desgl. 392 M. — 22) desgl. 506 M. — 23) desgl. 525 M. — 24) desgl. 244 M. — 25) desgl. 405 M. — 26) desgl. 200 M. — 27) desgl. 342 M. — 28) desgl. 252 M. — 29) desgl.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar								der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt				auf 1 Einw.	über- haupt			auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 15a) %											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
5 872	527	—	—	56 842	22,88	92,62	61 372	24,71	372 122	—	—	372 122	149,81	—	54.		
1 356	175	—	—	27 736	11,28	93,14	29 780	12,12	213 298	—	—	213 298	86,78	—	55.		
6 236	692	—	—	41 930	17,55	95,51	43 903	18,38	233 393	—	—	233 393	97,69	—	56.		
7 163	—	—	—	67 786	28,55	95,32	71 111	29,95	317 413	—	—	317 413	133,70	—	57.		
5 468	245	—	—	48 340	20,77	95,58	50 575	21,73	241 288	—	—	241 288	103,69	—	58.		
1 190	192	—	—	12 595	5,79	83,04	15 287	6,97	56 927	—	—	56 927	25,95	—	59.		
1 544	120	—	—	14 169	6,48	78,03	18 159	8,31	692 705	—	—	692 705	317,03	—	60.		
1 460	220	80	—	22 362	10,24	88,78	25 187	11,54	163 696	—	—	163 696	74,99	—	61.		
896	327	—	—	15 831	7,28	87,06	18 185	8,36	290 613	—	—	290 613	133,55	—	62.		
3 542	270	—	—	34 451	16,94	86,93	39 629	19,48	194 092	—	—	194 092	95,42	—	63.		
3 245	332	—	—	29 674	14,79	87,99	33 723	16,81	160 100	—	—	160 100	79,81	—	64.		
4 954	520	—	—	29 178	14,63	94,52	30 869	15,47	282 307	—	—	282 307	141,51	—	65.		
1 588	195	—	—	21 308	10,69	67,13	31 742	15,93	103 128	—	—	103 128	51,75	—	66.		
5 379	347	60	—	35 985	18,11	94,95	37 900	19,07	118 152	—	—	118 152	59,46	—	67.		
4 898	510	—	—	39 697	21,01	91,63	43 324	22,93	134 968	—	—	134 968	71,45	—	68.		
1 953	175	—	—	15 923	8,57	77,57	20 527	11,05	271 865	—	—	271 865	146,32	10 366	69.		
1 150	331	30	—	20 152	11,00	90,30	22 316	12,18	177 887	—	—	177 887	97,10	5 917	70.		
1 821	335	—	—	16 601	9,13	82,29	20 175	11,10	446 666	—	—	446 666	245,69	—	71.		
2 562	200	60	—	20 776	11,82	88,57	23 458	13,34	160 643	—	—	160 643	91,98	—	72.		
1 309	216	—	—	22 316	12,81	97,44	22 903	13,15	100 076	—	1 800	101 876	58,48	—	73.		
1 231	270	—	30	13 919	8,20	81,90	16 996	10,02	210 041	—	11 253	221 294	130,40	—	74.		
3 532	340	—	—	34 040	21,08	92,75	36 701	22,73	64 548	—	—	64 548	39,97	—	75.		
432	180	—	—	11 853	7,57	82,65	14 341	9,16	271 275	—	—	271 275	173,23	8 900	76.		
315	60	—	—	4 730	3,04	73,53	6 433	4,13	144 765	—	—	144 765	93,04	—	77.		
1 059	211	—	—	10 462	6,75	79,78	13 113	8,46	57 875	—	—	57 875	37,34	—	78.		
544	80	—	—	10 224	6,85	86,36	11 839	7,93	134 212	—	—	134 212	89,89	—	79.		
2 359	254	—	—	22 920	15,36	94,62	24 222	16,23	120 179	—	—	120 179	80,55	—	80.		
1 288	220	—	—	14 721	10,09	96,84	15 201	10,42	110 792	—	—	110 792	75,94	—	81.		
6 750	157	—	—	42 186	28,99	94,03	44 866	30,84	292 621	—	—	292 621	201,11	—	82.		
1 530	188	—	—	51 990	36,85	94,77	54 857	38,88	121 783	—	—	121 783	86,31	—	83.		
—	—	—	—	—	—	—	2 081	1,49	112 644	—	—	112 644	80,63	—	84.		
2 625	235	—	—	20 445	14,96	91,60	22 319	16,33	146 905	—	—	146 905	107,47	—	85.		
738	312	30	—	12 030	9,39	87,10	13 812	10,78	132 828	—	—	132 828	103,69	—	86.		
988	203	—	—	17 990	14,05	85,99	20 922	16,35	112 181	—	7 180	119 361	93,25	—	87.		
1 424	145	—	—	14 836	11,59	95,39	15 553	12,15	115 439	—	—	115 439	90,19	—	88.		
1 002	135	—	—	9 866	8,01	90,51	10 900	8,85	43 194	—	—	43 194	35,09	—	89.		
750	187	—	—	11 042	9,18	82,42	13 398	11,14	175 902	—	—	175 902	146,22	—	90.		
1 159	234	—	—	13 148	11,45	84,02	15 648	13,63	58 800	—	3 185	61 985	53,99	3 800	91.		
1 404	176	—	—	14 464	12,62	97,70	14 804	12,92	153 038	37 400	—	153 038	133,54	9 000	92.		
611	352	—	—	10 707	10,19	88,64	12 079	11,49	169 481	—	—	169 481	161,26	—	93.		
216	52	60	—	5 150	5,01	86,86	5 929	5,77	31 124	—	—	31 124	30,31	—	94.		
762	185	—	—	12 635	12,38	87,74	14 400	14,10	83 436	—	—	83 436	81,72	7 708	95.		
164	30	—	—	4 833	4,94	90,47	5 342	5,46	55 054	—	—	55 054	56,29	2 545	96.		
393	52	—	—	4 650	4,77	75,99	6 119	6,28	62 384	—	—	62 384	64,05	—	97.		
80	26	—	—	8 609	10,03	94,59	9 101	10,61	341 156	—	—	341 156	397,62	—	98.		
353	168	—	—	13 483	16,07	95,25	14 156	16,87	83 918	—	213	84 131	100,28	—	99.		
16	56	—	—	2 642	3,37	84,76	3 117	3,98	25 676	—	—	25 676	32,79	—	100.		
—	—	—	—	—	—	—	514	0,71	14 500	—	—	14 500	20,00	12 000	101.		
731	98	—	—	8 667	13,87	91,26	9 497	15,20	45 520	—	—	45 520	72,83	—	102.		
336	45	—	—	4 532	8,67	91,00	4 980	9,52	18 726	—	—	18 726	35,80	—	103.		
32 410	581	—	—	300 143	23,97	87,70	342 231	27,33	1 707 507	—	—	1 707 507	136,38	—	104.		

2 406 M Getränkesteuer. — 8) darunter 1 003 M Branntweinsteuer. — 9) desgl. 956 M. — 10) desgl. 715 M. — 11) desgl. 1 042 M. — 12) desgl. 1 203 M. — 13) desgl. 900 M. — 14) desgl. 859 M. — 25) darunter 413 M Zuchtvieh- und 249 M Branntweinsteuer. — 23) darunter 625 M Branntweinsteuer. — 24) desgl. 524 M. — 25) desgl. 340 M. — 26) desgl. 273 M. — 164 M. — 26) desgl. 212 M. — 27) desgl. 328 M.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schan- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
13. Rheinprovinz.													
1. Cöln	548 186	Stadtkreis . . .	985 219	900 019	—	327 390	341 045	225 123	3 165 344	5,77	12,33	14 037 476	4 895 611
2. Düsseldorf	387 630	„ . . .	761 664	215 104	120 187	374 706	648 987	154 200	2 274 848	5,87	12,70	9 943 663	3 881 575
3. Essen	311 169	„ . . .	511 471	216 681	—	198 666	466 056	77 215	1 470 089	4,73	9,60	9 219 280	2 351 475
4. Duisburg	243 131	„ . . .	328 655	207 937	63 250	173 647	238 301	52 529	1 064 319	4,38	10,18	5 961 231	1 563 956
5. Elberfeld	173 230	„ . . .	148 852	29 787	46 150	141 688	227 540	57 779	651 796	3,76	7,62	5 437 763	1 605 758
6. Barmen	171 564	„ . . .	196 611	118 594	39 200	88 510	105 855	52 862	601 632	3,51	7,71	4 791 538	1 493 440
7. Aachen	157 506	„ . . .	124 837	17 796	13 513	89 904	152 175	48 429	446 654	2,83	6,35	4 308 763	1 413 083
8. Crefeld	131 802	„ . . .	106 730	45 427	36 380	100 398	192 014	41 034	521 983	3,96	8,99	3 456 871	1 057 977
9. Mülheim a./d. Ruhr	123 168	„ . . .	67 962	90 221	28 200	70 137	90 737	35 230	382 487	3,11	8,52	2 680 734	740 070
10. Saarbrücken	111 142	„ . . .	61 977	106 801	34 250	75 393	134 623	40 219	453 263	4,08	10,00	2 751 942	789 383
11. Hamm	106 818	„ . . .	30 143	50 238	17 542	66 489	85 546	23 640	273 598	2,56	6,84	2 146 031	636 456
12. Oberhausen	97 505	„ . . .	59 385	29 499	32 650	55 754	52 945	15 255	245 488	2,52	7,95	1 785 901	576 132
13. Bonn	87 254	„ . . .	140 229	44 272	—	59 105	149 200	36 830	429 636	4,92	11,45	2 069 602	977 736
14. Remscheid	76 577	„ . . .	48 156	34 262	7 650	37 350	42 901	24 638	194 957	2,54	5,63	2 186 546	565 366
15. München Gladbach	68 518	„ . . .	45 879	27 722	9 300	40 145	74 078	19 009	216 133	3,15	7,30	1 670 401	591 354
16. Coblenz	60 865	„ . . .	87 703	57 170	22 647	56 755	88 137	25 011	337 423	5,55	17,07	1 022 951	372 056
17. Mülheim a. Rhein	57 727	„ . . .	45 893	36 782	10 800	26 095	42 178	14 815	176 563	3,06	6,73	1 485 580	428 994
18. Trier	57 640	„ . . .	37 541	11 259	21 151	55 094	21 663	19 430	210 150	3,65	11,89	944 062	414 437
19. Solingen	51 570	„ . . .	36 265	9 721	—	26 791	61 274	15 813	149 864	2,91	6,80	1 314 182	443 565
20. Rheydt	45 672	„ . . .	37 930	13 061	9 600	19 642	25 809	13 923	119 965	2,68	6,79	1 030 074	315 366
21. Neuß	41 156	„ . . .	43 919	42 531	4 200	—	16 861	9 514	142 340	3,46	10,06	768 120	321 345
22. Sterkrade	37 385	Dinslaken . . .	15 625	11 816	—	15 237	16 049	8 363	68 166	1,82	5,97	651 313	181 783
23. Düren	34 496	Düren	26 907	6 627	—	14 689	28 099	8 634	84 956	2,46	5,00	1 148 436	288 262
24. Viersen	31 941	Gladbach . . .	31 385	12 086	—	12 062	20 698	4 775	81 777	2,56	8,44	548 122	195 139
25. Ohligs	30 215	Solingen	11 982	7 921	—	15 731	26 094	7 901	69 629	2,30	7,04	600 626	191 553
26. Wald	27 202	„	17 356	11 239	—	12 935	12 676	8 792	62 998	2,32	7,68	496 205	169 457
27. Mörs	26 843	Mörs	19 364	23 281	—	15 624	12 277	7 633	78 179	2,91	9,32	436 708	136 974
28. Wesel	25 796	Rees	24 440	9 898	—	18 212	25 130	8 984	86 664	3,36	9,93	512 440	178 615
29. Velbert	25 124	Mettmann . . .	19 241	7 628	—	11 294	14 075	5 181	57 419	2,28	6,37	547 409	157 826
30. Eschweiler	24 818	Aachen	32 533	4 757	1 090	7 687	19 071	5 632	70 770	2,85	7,92	542 775	156 573
31. Kreuznach	23 659	Kreuznach . . .	22 610	9 057	—	23 957	17 417	5 352	78 393	3,31	8,69	439 945	276 487
32. Odenkirchen	20 515	Gladbach . . .	6 869	2 264	—	6 116	6 184	2 885	24 318	1,18	4,13	324 762	121 654
33. Neuwied	19 172	Neuwied	12 340	15 877	—	12 097	15 764	2 450	58 528	3,06	7,85	457 436	142 887
34. Cleve	19 100	Cleve	11 336	2 063	—	—	19 378	5 270	38 047	1,99	7,11	312 891	119 377
35. Siegburg	18 731	Siegkreis	19 811	3 296	—	10 766	7 267	3 410	44 550	2,38	13,10	180 693	82 135
36. Hilden	18 625	Düsseldorf . . .	13 800	4 143	—	8 917	8 634	5 707	41 201	2,21	9,59	241 087	92 806
37. Saarlouis	18 434	Saarlouis	11 174	809	—	13 073	10 802	4 207	40 065	2,18	12,13	160 914	94 727
38. Stolberg	16 975	Aachen	4 982	732	—	—	11 549	4 004	21 267	1,25	2,98	438 755	80 323
39. Höhscheid	16 925	Solingen	5 070	1 246	—	5 075	4 962	4 008	20 361	1,20	5,37	228 610	101 953
40. Gummersbach	16 864	Gummersbach . .	12 742	4 617	—	7 174	3 377	7 225	35 135	2,08	6,39	339 125	100 313
41. Bergisch Gladbach	16 614	Mülheim a. Rh. .	16 621	2 936	1 350	6 129	6 981	6 501	40 518	2,44	7,92	307 694	82 141
42. Wermelskirchen	16 075	Lenne	5 228	73	—	4 780	4 080	4 746	18 907	1,18	5,06	219 169	93 160
43. Ronsdorf	15 933	„	4 030	1 729	—	6 032	3 036	4 170	18 991	1,19	4,27	267 239	105 716
44. Steele	15 510	Essen	3 863	425	—	9 009	11 927	3 885	29 109	1,88	7,67	188 183	88 372
45. Ratingen	14 514	Düsseldorf . . .	7 129	2 498	—	6 932	10 982	3 916	31 457	2,17	9,40	194 355	62 557
46. Wetzlar	14 511	Wetzlar	8 069	8 908	—	—	3 211	4 825	25 013	1,72	4,22	388 411	113 249
47. Mayen	14 481	Mayen	5 557	3 010	350	5 717	8 859	3 187	26 680	1,84	9,10	145 213	93 891
48. Lüttringhausen	13 893	Lenne	—	613	—	5 361	794	3 531	10 299	0,74	3,44	176 341	72 429
49. Cronenberg	13 785	Mettmann	4 449	1 157	—	6 323	2 782	5 310	20 021	1,45	5,82	199 574	75 452
50. Lenne	13 657	Lenne	5 372	900	—	8 750	5 084	3 596	23 702	1,74	4,57	343 847	107 025
51. Emmerich	13 596	Rees	9 555	986	—	7 544	10 445	3 408	31 938	2,35	5,98	286 140	122 236
52. Eupen	13 543	Eupen	3 734	174	—	3 684	1 583	1 975	22 316	1,65	5,41	265 230	80 824
53. Euskirchen	13 104	Euskirchen . . .	19 894	9 628	2 675	—	11 884	2 584	46 665	3,56	10,88	229 645	88 962
54. Werden	12 892	Essen	19 447	500	—	—	5 174	2 542	27 663	2,15	11,51	139 655	55 557
55. Mettmann	11 818	Mettmann	9 734	2 466	—	4 873	2 130	3 964	23 167	1,96	6,03	224 220	94 058

1) darunter 386 548 M. Eintrittskartensteuer. — 2) desgl. 44 012 M. — 3) desgl. 25 315 M. — 4) darunter 1076 M. Ziegensteuer. — 5) desgl. 771 M. — 6) darunter 11 166 M.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.
Gemeindesteuern, und zwar																
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen		
				über- haupt	auf 1 Einw.	von den gesamten Steuern auf- kommen (Sp. 15a)	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.			
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	M	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20		
3 309 009	62 896	850	202 551	22 508 393	41,06	87,67	25 673 737	46,83	215 379 098	181 713 300	20 425 092	235 804 190	430,15	—	1.	
1 671 714	42 756	150	91 822	15 631 680	40,33	87,30	17 906 528	46,19	185 875 070	164 352 800	65 000	185 940 070	479,68	—	2.	
2 077 281	90 473	—	102 403	13 840 912	44,48	90,40	15 311 001	49,20	68 661 002	60 310 800	8 434 314	77 095 316	247,76	—	3.	
1 881 752	34 302	275	—	9 441 516	38,83	89,87	10 505 835	43,21	52 139 683	32 921 750	1 315 590	53 455 273	219,86	5 639 900	4.	
763 913	27 245	100	71 105	7 905 884	45,64	92,38	8 557 680	49,40	67 673 778	38 380 500	1 354 800	69 028 578	398,48	1 000 000	5.	
887 348	23 402	—	5 790	7 201 518	41,98	92,29	7 803 150	45,48	77 167 937	75 792 600	2 262 395	79 430 332	462,98	809 970	6.	
815 662	12 588	50	40 395	6 590 541	41,84	93,65	7 037 195	44,68	44 274 581	36 685 300	379 851	44 654 432	283,51	—	7.	
729 952	22 286	50	20 195	5 287 331	40,12	91,01	5 809 314	44,08	57 838 368	55 408 600	1 408 958	59 247 326	449,52	1 576 309	8.	
674 935	12 062	250	—	4 108 051	33,35	91,48	4 490 538	36,46	37 334 551	20 032 200	622 134	37 956 685	308,17	2 500 000	9.	
439 053	23 337	—	77 743	4 081 458	36,72	90,00	4 534 721	40,80	37 384 120	21 558 900	332 313	37 716 433	339,35	—	10.	
904 438	36 310	250	—	3 723 485	34,86	93,16	3 997 083	37,42	12 315 486	—	503 817	12 819 303	120,01	—	11.	
459 618	20 365	50	—	2 842 066	29,15	92,06	3 087 554	31,67	7 845 093	—	680 771	8 525 864	87,44	—	12.	
239 790	16 148	200	18 682	3 322 158	38,07	88,55	3 751 794	43,00	28 940 415	17 819 300	947 023	29 887 438	342,53	1 025 478	13.	
489 375	22 962	50	3 783	3 268 082	42,68	94,37	3 463 039	45,22	27 400 491	10 667 500	58 700	27 459 191	358,58	—	14.	
469 377	6 486	50	5 329	2 742 997	40,03	92,70	2 959 130	43,19	25 360 355	16 094 200	135 000	25 495 355	372,10	3 483 600	15.	
211 771	7 555	139	25 383	1 639 855	26,94	82,93	1 977 278	32,49	12 040 958	6 867 800	261 050	12 302 008	202,12	2 130 000	16.	
519 360	8 207	100	5 837	2 448 078	42,41	93,27	2 624 641	45,47	13 316 330	13 138 800	—	13 316 330	230,68	1 859 519	17.	
140 370	18 357	—	39 500	1 556 726	27,01	88,11	1 766 876	30,65	25 382 002	17 438 500	34 500	25 416 502	440,95	5 298 350	18.	
290 509	4 502	—	—	2 052 758	39,80	93,20	2 202 622	42,71	19 489 190	4 279 000	20 000	19 509 190	378,31	—	19.	
294 164	4 286	200	3 574	1 647 664	36,08	93,21	1 767 629	38,70	16 735 659	4 788 000	235 000	16 970 659	371,58	—	20.	
179 658	3 223	—	—	1 272 346	30,91	89,94	1 414 686	34,37	22 093 011	—	2 887 202	24 980 213	606,96	—	21.	
241 112	—	40	—	1 074 248	28,73	94,03	1 142 414	30,56	1 886 344	—	—	1 886 344	50,46	80 400	22.	
166 420	2 220	80	7 488	1 612 906	46,76	95,00	1 697 862	49,22	8 104 307	3 113 500	—	8 104 307	234,93	3 347 000	23.	
140 878	2 578	—	—	886 717	27,76	91,56	968 494	30,32	4 439 579	2 581 000	120 000	4 559 579	142,75	—	24.	
124 694	3 177	40	—	920 090	30,45	92,96	989 719	32,76	6 149 679	—	—	6 149 679	203,53	—	25.	
89 599	1 765	—	—	757 026	27,83	92,32	820 024	30,15	2 841 490	—	—	2 841 490	104,46	—	26.	
182 498	4 170	80	—	760 430	28,33	90,68	838 609	31,24	4 685 701	—	368 675	5 054 376	188,29	—	27.	
93 382	1 717	80	—	786 234	30,48	90,07	872 898	33,84	4 715 073	1 034 600	203 500	4 918 573	190,67	500 000	28.	
136 434	1 717	—	—	843 386	33,57	93,63	900 805	35,85	2 927 361	—	—	2 927 361	116,52	—	29.	
117 787	2 810	—	2 471	822 416	33,14	92,08	893 186	35,99	3 837 255	—	—	3 837 255	154,62	—	30.	
102 857	4 436	80	—	823 805	34,82	91,31	902 198	38,13	9 950 829	1 455 653	1 037 069	10 987 898	464,43	—	31.	
116 487	1 178	—	—	564 081	27,50	95,87	588 399	28,68	1 884 256	—	1 800	1 886 056	91,94	—	32.	
84 315	2 240	—	—	686 878	35,83	92,15	745 406	38,88	4 164 094	—	—	4 164 094	217,20	—	33.	
63 191	1 285	—	—	496 744	26,01	92,89	534 791	28,00	4 970 832	778 000	—	4 970 832	260,25	800 000	34.	
30 070	2 635	80	—	295 613	15,78	86,90	340 163	18,16	1 628 207	—	36 948	1 665 155	88,90	—	35.	
52 681	1 800	—	—	388 374	20,85	90,41	429 575	23,06	1 693 753	—	—	1 693 753	90,94	—	36.	
30 601	3 942	—	—	290 184	15,74	87,87	330 249	17,92	4 526 406	—	—	4 526 406	245,55	—	37.	
172 393	1 470	—	—	692 941	40,82	97,02	714 208	42,07	2 165 027	—	—	2 165 027	127,54	—	38.	
27 204	1 285	—	—	359 052	21,22	94,63	379 413	22,42	330 500	—	—	330 500	19,53	—	39.	
73 261	1 785	—	—	514 484	30,51	93,61	549 619	32,59	2 230 104	—	—	2 230 104	132,24	—	40.	
79 334	1 610	—	—	470 779	28,34	92,08	511 297	30,78	2 212 583	—	—	2 212 583	133,18	158 460	41.	
41 073	1 265	40	—	354 707	22,07	94,94	373 614	23,24	755 000	—	—	755 000	46,97	—	42.	
51 892	1 265	—	—	426 112	26,75	95,73	445 109	27,94	2 802 839	135 500	—	2 802 839	175,91	—	43.	
72 116	1 494	—	—	350 165	22,57	92,33	379 274	24,45	2 593 597	—	55 000	2 648 597	170,77	—	44.	
45 292	1 030	—	—	303 234	20,89	90,60	334 691	23,06	1 636 846	—	—	1 636 846	112,78	—	45.	
62 638	3 319	120	—	567 737	39,12	95,78	592 750	40,88	5 758 475	—	—	5 758 475	396,84	—	46.	
26 000	1 505	40	—	266 649	18,41	90,90	293 329	20,26	2 740 227	—	—	2 740 227	189,23	—	47.	
38 761	1 560	—	—	289 091	20,81	96,56	299 390	21,55	518 245	—	—	518 245	37,80	—	48.	
46 768	2 210	—	—	324 004	23,51	94,18	344 025	24,96	1 719 904	—	44 380	1 764 284	127,99	—	49.	
42 131	1 405	—	—	494 408	36,20	95,43	518 110	37,94	3 065 692	—	—	3 065 692	224,48	—	50.	
92 395	1 615	40	—	502 426	36,95	94,02	534 364	39,30	3 194 582	—	—	3 194 582	234,96	—	51.	
43 289	1 180	—	—	390 523	28,83	94,59	412 839	30,48	1 444 866	275 900	—	1 444 866	106,69	—	52.	
62 156	1 540	40	—	382 343	29,18	89,12	429 008	32,74	2 145 508	—	133 217	2 278 725	173,90	30 000	53.	
17 432	—	—	—	212 644	16,49	88,49	240 307	18,64	1 190 649	—	204 467	1 395 116	108,22	—	54.	
42 601	—	—	—	360 879	30,54	93,97	384 046	32,50	902 028	—	45 000	947 028	80,13	—	55.	

Brennmaterialiensteuer.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Braun- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	von Gesamt- Einkom- men (Sp. 10)		
1a	1b	1c	2	3	4	5	6	7	8a	8b	8c	9	10
Noch: 13. Rheinprovinz.													
56. Radevormwald . . .	11 782	Lennepe	1 828	296	—	2 232	1 916	3 880	10 152	0,86	3,77	151 291	75 911
57. Goch	11 658	Cleve	4 414	3 245	—	—	9 712	2 268	19 639	1,68	6,82	174 977	59 663
58. Opladen	11 458	Solingen	15 136	7 707	—	—	5 972	4 050	32 865	2,87	9,35	229 898	62 744
59. Dülken	10 897	Kempen i./Rheinpr.	6 282	312	—	—	4 918	2 240	13 752	1,26	4,37	185 421	64 548
60. Uerdingen	10 885	Crefeld	12 977	4 266	—	8 952	4 733	2 700	33 628	3,09	9,80	219 077	44 851
61. Wülfrath	10 844	Mettmann	4 862	524	—	8 263	3 173	2 264	19 086	1,76	6,61	184 122	50 456
62. Gräfrath	10 709	Solingen	4 906	872	—	4 289	2 961	3 473	16 501	1,54	5,74	168 512	68 947
63. Süchteln	10 526	Kempen i./Rheinpr.	4 505	508	—	4 296	1 565	2 676	13 550	1,29	5,76	143 602	50 678
64. Andernach	10 218	Mayen	11 099	4 199	—	—	3 120	1 775	20 193	1,98	7,44	145 870	72 081
65. Dinslaken	10 184	Dinslaken	9 240	16 284	—	6 679	5 518	2 422	40 143	3,94	10,83	175 512	76 594
66. Langenberg	9 422	Mettmann	—	365	—	3 742	1 505	1 526	7 138	0,76	1,69	324 989	57 188
67. Brühl	9 284	Cöln	6 085	582	—	6 841	7 272	2 620	23 400	2,82	8,73	173 939	38 840
68. Rheindahlen	8 769	Gladbach	2 462	17	—	2 800	2 126	632	8 037	0,92	5,73	73 812	40 746
69. Merzig	8 342	Merzig	4 334	1 274	563	4 116	4 788	2 070	17 145	2,06	8,98	112 152	36 973
70. Kempen a. Rhein . .	7 849	Kempen i./Rheinpr.	4 699	2 581	—	—	3 663	1 732	12 675	1,61	7,79	99 558	32 567
71. Leichlingen	7 472	Solingen	3 606	79	—	2 687	2 604	2 571	11 547	1,55	7,39	94 195	38 658
72. Sankt Wendel	7 228	Sankt Wendel	2 570	544	—	5 643	2 746	1 595	13 098	1,81	7,70	99 173	44 248
73. Kirn	7 181	Kreuznach	4 355	603	—	4 467	1 254	1 116	11 795	1,64	4,14	180 881	42 270
74. Geldern	7 117	Geldern	22	1 655	—	—	1 886	2 055	5 618	0,79	4,08	82 740	28 722
75. Honnef	6 902	Siegkreis	11 282	1 528	—	—	4 191	4 390	21 391	3,10	8,57	141 134	72 058
76. Burscheid	6 857	Solingen	5 578	290	—	2 437	3 149	1 780	13 234	1,93	8,08	98 547	36 966
77. Jülich	6 834	Jülich	1 750	500	—	—	1 500	1 000	4 750	0,70	4,31	62 800	29 509
78. Wipperfürth	6 804	Wipperfürth	5 617	396	—	2 855	1 462	1 120	11 450	1,68	6,93	88 335	51 475
79. Kettwig	6 771	Essen	2 624	473	—	3 566	2 409	1 816	10 888	1,61	5,91	109 847	37 006
80. Ottweiler	6 689	Ottweiler	2 693	9	—	3 234	696	2 185	8 817	1,32	5,40	92 086	47 936
81. Boppard ¹⁾	6 205	Sankt Goar	8 272	816	—	3 462	1 139	1 363	15 052	2,48	11,94	66 506	34 297
82. Bendorf	6 163	Coblenz	3 653	819	—	—	1 335	1 292	7 099	1,15	4,96	85 701	32 483
83. Wittlich	6 105	Wittlich	—	333	—	3 353	880	982	5 548	0,91	4,14	70 841	41 562
84. Erkelenz	5 921	Erkelenz	2 756	—	—	—	1 269	717	4 742	0,80	2,78	92 433	51 269
85. Ahrweiler	5 752	Ahrweiler	2 352	665	—	612	574	1 653	5 856	1,02	3,66	99 173	41 273
86. Traben-Trarbach . .	5 024	Zell	2 583	464	1 000	2 030	1 281	993	8 563	1,70	4,53	104 223	54 128
87. Malmedy	4 993	Malmedy	18 754	280	—	—	726	1 170	20 930	4,19	15,19	60 484	29 037
88. Kaldenkirchen	4 879	Kempen i./Rheinpr.	4 243	—	—	2 135	1 864	965	9 207	1,89	9,77	52 868	19 298
89. Geilenkirchen	4 860	Geilenkirchen	3 000	—	—	—	1 000	650	4 650	0,96	4,53	50 094	39 036
90. Linz a. Rhein	4 744	Neuwied	899	276	—	896	1 068	804	3 943	0,83	3,22	76 743	27 098
91. Bernkastel-Cues . .	4 586	Bernkastel	4 435	8 932	—	2 648	637	801	17 453	3,81	11,48	76 379	42 395
92. Vallendar	4 569	Coblenz	1 902	496	—	—	1 159	816	4 373	0,96	6,72	35 826	17 628
93. Xanten	4 365	Mörs	3 215	80	—	—	1 433	935	5 663	1,30	13,00	24 551	9 344
94. Remagen	4 239	Ahrweiler	2 530	230	—	2 948	1 012	1 539	8 259	1,95	5,77	91 065	34 245
95. Bergneustadt	4 233	Gummersbach	983	380	—	1 245	575	781	3 964	0,94	3,12	73 580	27 087
96. Rees	4 192	Rees	—	24	—	—	1 242	1 134	2 400	0,57	2,15	63 598	29 478
97. Hückeswagen	4 106	Lennepe	843	108	—	1 576	808	888	4 223	1,03	4,03	70 967	19 570
98. Königswinter	4 093	Siegkreis	14 687	102	—	—	1 360	1 520	17 669	4,32	10,05	94 263	48 216
99. Grevenbroich	3 883	Grevenbroich	2 612	170	—	3 020	1 651	1 620	9 073	2,34	6,40	85 218	29 053
100. Rheinberg	3 713	Mörs	1 782	246	—	2 463	1 596	874	6 961	1,87	4,90	91 905	24 375
101. Sobernheim	3 696	Kreuznach	—	166	—	2 129	289	870	3 454	0,93	4,11	44 911	25 874
102. Cochem	3 669	Cochem	—	21	—	1 207	1 521	702	3 451	0,94	3,84	54 156	21 848
103. Sinzig	3 492	Ahrweiler	—	163	—	—	1 019	753	1 935	0,55	3,28	32 353	20 105
104. Bitburg	3 391	Bitburg	—	59	—	—	891	634	1 584	0,47	1,78	48 904	25 276
105. Wevelinghoven . . .	3 377	Grevenbroich	10 528	222	—	—	481	922	12 153	3,60	17,40	26 954	24 399
106. Oberwesel	3 082	Sankt Goar	1 164	—	—	1 017	282	201	2 664	0,86	5,99	26 891	11 310
107. Rheinbach	2 961	Rheinbach	1 429	146	—	—	987	850	3 412	1,15	8,56	17 452	16 562
108. Kaiserswerth	2 946	Düsseldorfer	728	307	—	1 860	2 008	458	5 361	1,82	11,12	25 761	13 205
109. Müstereifel	2 930	Rheinbach	1 464	105	—	—	302	604	2 475	0,84	6,47	21 279	11 002
110. Heinsberg	2 787	Heinsberg	1 177	—	—	—	706	710	2 593	0,93	4,94	28 464	14 510

¹⁾ Da die Angaben bezüglich der indirekten und direkten Steuern trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.		
Gemeindesteuern, und zwar								der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)	Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen				
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt					auf 1 Einw.	über- haupt		auf 1 Einw.		über- haupt	auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	von gesamten Steuern auf- kommen (Sp. 16a) %												
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M				
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20				
30 795	1 040	40	—	259 077	21,99	96,23	269 229	22,85	808 591	—	—	808 591	68,63	—	56.			
41 188	1 285	80	—	277 193	23,78	93,38	296 832	25,46	1 049 914	66 400	4 500	1 054 414	90,45	—	57.			
25 375	660	—	—	318 677	27,81	90,65	351 542	30,68	1 709 270	—	—	1 709 270	149,18	110 000	58.			
50 280	885	—	—	301 134	27,64	95,63	314 886	28,90	1 155 668	—	—	1 155 668	106,05	21 000	59.			
44 132	1 203	120	—	309 383	28,42	90,20	343 011	31,51	2 950 445	223 400	—	2 950 445	271,06	—	60.			
34 329	615	—	—	269 522	24,85	93,39	288 608	26,61	564 843	—	30 000	594 843	54,85	—	61.			
32 731	1 026	—	—	271 216	25,33	94,26	287 717	26,87	1 141 107	—	—	1 141 107	106,56	—	62.			
26 928	510	—	—	221 718	21,06	94,24	235 268	22,35	864 027	—	—	864 027	82,09	—	63.			
32 139	1 165	—	—	251 255	24,59	92,56	271 448	26,57	2 085 220	—	—	2 085 220	204,07	—	64.			
77 620	870	40	—	330 636	32,47	89,17	370 779	36,41	2 106 373	—	—	2 106 373	206,83	—	65.			
31 658	429	—	—	414 264	43,97	98,31	421 402	44,73	1 429 338	—	34 000	1 463 338	155,31	—	66.			
31 032	875	—	—	244 686	26,36	91,27	268 086	28,88	3 232 119	—	—	3 232 119	348,14	—	67.			
17 040	551	—	—	132 149	15,07	94,27	140 186	15,99	356 330	—	6 360	362 690	41,36	—	68.			
23 804	955	—	—	173 884	20,84	91,02	191 029	22,90	950 399	—	—	950 399	113,93	—	69.			
17 013	815	160	—	150 113	19,13	92,21	162 788	20,74	948 733	—	—	948 733	120,87	—	70.			
11 842	—	80	—	144 775	19,38	92,61	156 322	20,92	697 113	—	—	697 113	93,30	—	71.			
12 508	1 025	—	—	156 954	21,71	92,30	170 052	23,53	709 239	14 800	—	709 239	98,12	—	72.			
48 955	715	—	—	272 821	37,99	95,86	284 616	39,63	1 299 128	—	20 000	1 319 128	183,70	—	73.			
19 759	930	—	—	132 151	18,57	95,92	137 769	19,36	824 658	—	15 500	840 158	118,05	—	74.			
13 979	1 110	—	—	228 281	33,07	91,43	249 672	36,17	1 686 355	—	—	1 686 355	244,33	—	75.			
15 676	398	40	—	151 627	22,11	91,97	164 861	24,04	294 134	—	—	294 134	42,90	—	76.			
12 250	750	40	—	105 349	15,42	95,69	110 099	16,11	697 540	—	—	697 540	102,07	—	77.			
12 936	930	40	—	153 716	22,59	93,07	165 166	24,27	646 160	—	—	646 160	94,97	—	78.			
25 991	565	—	—	173 409	25,61	94,09	184 297	27,22	760 780	34 500	50 600	811 380	119,83	—	79.			
13 553	920	—	—	154 495	23,10	94,60	163 312	24,42	599 387	—	—	599 387	89,61	—	80.			
10 096	—	80	—	110 979	17,89	88,06	126 031	20,31	426 599	—	—	426 599	68,75	—	81.			
16 946	756	40	—	135 926	22,06	95,04	143 025	23,21	637 672	—	—	637 672	103,47	—	82.			
15 340	835	—	—	128 578	21,06	95,86	134 126	21,97	635 725	—	—	635 725	104,13	—	83.			
22 176	—	—	—	165 878	28,02	97,22	170 620	28,82	1 646 867	—	45 164	1 692 031	285,77	76 500	84.			
13 539	—	—	—	153 985	26,77	96,34	159 841	27,79	942 543	—	—	942 543	163,86	—	85.			
21 356	887	—	—	180 594	35,95	95,47	189 157	37,65	1 713 795	127 100	—	1 713 795	341,12	—	86.			
25 589	1 750	—	—	116 860	23,40	84,81	137 790	27,60	161 166	—	—	161 166	32,28	—	87.			
12 799	—	40	—	85 005	17,42	90,23	94 212	19,31	413 913	—	1 000	414 913	85,04	—	88.			
8 142	650	—	—	97 922	20,15	95,47	102 572	21,11	357 309	—	—	357 309	73,52	—	89.			
14 044	595	—	—	118 480	24,97	96,78	122 423	25,81	574 516	—	—	574 516	121,10	—	90.			
15 106	710	—	—	134 590	29,35	88,52	152 043	33,15	701 164	—	—	701 164	152,89	—	91.			
6 674	590	—	—	60 718	13,29	93,28	65 091	14,25	422 815	—	—	422 815	92,54	—	92.			
3 430	575	—	—	37 900	8,68	87,00	43 563	9,98	180 421	—	—	180 421	41,33	—	93.			
8 870	795	—	—	134 975	31,84	94,23	143 234	33,79	555 888	—	76 563	632 451	149,20	—	94.			
21 773	611	40	—	123 091	29,08	96,88	127 055	30,02	278 668	—	—	278 668	65,83	—	95.			
15 329	495	80	—	108 980	26,00	97,85	111 380	26,57	917 997	—	190 000	1 107 997	264,31	—	96.			
10 101	—	—	—	100 638	24,51	95,97	104 861	25,54	397 696	—	—	397 696	96,86	—	97.			
14 151	1 445	80	—	158 155	38,64	89,95	175 824	42,96	1 021 487	—	—	1 021 487	249,57	—	98.			
17 860	475	80	—	132 686	34,17	93,60	141 759	36,51	263 208	—	—	263 208	67,78	—	99.			
17 950	725	80	—	135 035	36,37	95,10	141 996	38,24	97 753	—	—	97 753	26,33	—	100.			
8 881	900	—	—	80 566	21,80	95,89	84 020	22,73	535 299	—	—	535 299	144,83	—	101.			
9 900	455	—	—	86 359	23,54	96,16	89 810	24,48	394 178	—	—	394 178	107,43	—	102.			
4 145	375	—	—	56 978	16,32	96,72	58 913	16,87	339 893	—	—	339 893	97,33	—	103.			
12 673	455	—	—	87 308	25,75	98,22	88 892	26,21	539 310	—	—	539 310	159,04	—	104.			
5 818	530	—	—	57 701	17,09	82,60	69 854	20,69	157 288	—	—	157 288	46,58	—	105.			
3 637	—	—	—	41 838	13,57	94,01	44 502	14,44	332 897	—	—	332 897	108,01	—	106.			
2 167	260	—	—	36 441	12,31	91,44	39 853	13,46	300 577	—	—	300 577	101,51	—	107.			
3 438	426	—	—	42 830	14,54	88,88	48 191	16,36	142 012	—	—	142 012	48,21	—	108.			
3 026	450	—	—	35 757	12,20	93,53	38 232	13,05	617 964	—	—	617 964	210,91	25 000	109.			
6 935	—	40	—	49 949	17,92	95,06	52 542	18,85	162 824	—	—	162 824	58,42	—	110.			

eingesetzt worden. — 2) darunter 212 M Maskensteuer.

(Noch: Tab. 1.)			Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913										
Stadtgemeinden			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern			der Umsatz- steuer	der Wert- zu- wachs- steuer	der Schank- kon- zes- sions- steuer	der Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	der Lust- bar- keits- steuern	der Hunde- steuer	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerant- kommen (Sp. 10a) %		
ra	rb	rc	2	3	4	5	6	7	ga	gb	gc	9	10
Noch: 13. Rheinprovinz													
111. Zell (Mosel)	2 754	Zell	1 233	6	—	563	779	237	2 808	1,02	6,13	25 421	13 255
112. Ehrenbreitstein	2 682	Coblenz	2 164	42	—	3 980	2 692	690	9 568	3,57	14,99	30 362	17 992
113. Simmern	2 675	Simmern	—	120	—	—	215	425	760	0,28	1,36	33 200	17 382
114. Prüm	2 648	Prüm	969	—	—	1 618	473	678	3 738	1,41	5,68	37 382	16 845
115. Saarburg	2 647	Saarburg	889	—	300	1 725	895	222	4 031	1,52	9,85	21 183	8 587
116. Orsoy	2 583	Mörs	608	20	—	1 204	1 129	390	3 351	1,30	6,17	22 713	23 350
117. Bergisch Neukirchen	2 415	Solingen	916	35	—	748	762	615	3 076	1,27	6,07	30 241	14 843
118. Sankt Vith	2 280	Malmedy	—	—	—	—	511	385	896	0,39	2,13	28 275	9 385
119. Isselburg	2 251	Rees	—	24	—	—	457	378	859	0,38	2,13	23 529	11 156
120. Linnich	2 167	Jülich	2 404	35	—	—	553	387	3 379	1,56	9,01	16 515	12 842
121. Zülrich	2 166	Euskirchen	1 434	98	—	—	643	371	2 546	1,18	3,95	35 243	15 747
122. Angermund	2 142	Düsseldorf	—	144	—	954	907	575	2 580	1,20	6,15	24 728	13 321
123. Gemünd	1 973	Schleiden	378	74	—	657	231	375	1 715	0,87	4,85	23 239	9 828
124. Bacharach	1 849	Sankt Goar	1 598	25	—	734	463	291	3 111	1,68	5,61	29 819	13 696
125. Hildorf	1 849	Solingen	333	—	—	980	1 190	549	3 052	1,65	9,11	18 154	8 413
126. Montjoie	1 848	Montjoie	633	—	—	702	197	360	1 892	1,02	3,33	38 928	7 891
127. Baumholder	1 836	Sankt Wendel	—	—	—	1 055	179	565	1 799	0,98	5,79	16 657	10 297
128. Braunfels	1 548	Wetzlar	1 810	47	—	726	177	342	3 102	2,00	9,48	16 059	10 414
129. Sankt Goar	1 529	Sankt Goar	—	—	—	—	280	487	767	0,50	2,44	20 798	6 476
130. Neuerburg	1 354	Bitburg	—	—	—	692	322	—	1 014	0,75	5,06	10 485	5 915
131. Burg a/Wupper	1 337	Lennep	796	206	—	1 150	829	735	3 716	2,78	6,87	36 355	9 860
132. Kirchberg (Hunsrück)	1 187	Simmern	—	—	—	1 189	358	256	1 803	1,52	7,98	10 560	7 780
133. Stromberg	1 024	Kreuznach	163	—	—	571	186	145	1 065	1,04	4,23	14 093	8 129
134. Schleiden	705	Schleiden	—	396	—	—	238	183	817	1,16	4,09	10 587	6 253
135. *Borbeck	75 664	Essen	26 250	30 536	—	30 591	11 715	1 764	100 856	1,38	4,40	1 379 767	358 335
136. *Altenessen	44 342	„	272 075	9 700	—	22 606	16 568	8 930	329 879	7,44	21,65	721 694	233 767
137. *Neunkirchen	32 185	Ottweiler	3 439	630	—	28 203	11 906	10 370	54 806	1,70	3,40	959 648	222 204
138. *Rotthausen	29 323	Essen	108 226	25 269	—	10 490	4 458	5 170	153 613	5,24	16,41	478 818	105 193
139. *Benrath	28 407	Düsseldorf	39 751	34 920	—	16 166	13 969	6 547	111 353	3,92	9,38	741 449	131 355
140. *Homburg	27 331	Mörs	16 513	12 422	—	15 921	25 729	6 534	77 119	2,82	7,81	565 635	140 796
141. *Merheim	25 387	Mülheim a. Rh.	15 650	10 509	5 400	9 074	12 246	7 451	60 330	2,38	12,48	267 343	125 054
142. *München Gladbach	25 120	Gladbach	12 865	2 717	—	7 919	4 362	5 307	33 170	1,32	7,50	230 377	108 342
143. *Kray	20 847	Essen	38 317	3 349	—	6 649	4 308	3 622	56 245	2,70	8,27	303 144	76 999
144. *Dudweiler	20 012	Saarbrücken	5 398	886	—	13 194	7 028	4 257	30 763	1,54	5,38	218 010	98 867
145. *Sulzbach	19 201	„	5 082	720	—	15 123	6 907	4 524	32 356	1,68	5,07	298 100	99 376
146. *Wiesdorf	18 818	Solingen	20 551	23 897	—	14 665	13 539	4 607	77 259	4,10	6,92	778 309	104 955
147. *Katernberg	18 258	Essen	12 428	2 121	—	8 806	2 816	2 553	28 724	1,57	4,62	372 888	75 348
148. *Völklingen	17 661	Saarbrücken	5 631	2 288	—	15 472	7 389	5 544	36 324	2,06	3,31	534 405	148 364
149. *Vilich	16 686	Bonn	12 173	3 868	—	7 983	6 001	1 215	31 240	1,87	11,09	139 854	66 263
150. *Püttlingen	16 396	Saarbrücken	3 462	72	—	8 429	5 152	3 660	20 775	1,27	6,21	149 418	71 308
151. *Godesberg	16 079	Bonn	37 048	11 414	—	7 622	10 235	9 030	75 349	4,69	11,30	376 304	185 119
152. *Vohwinkel	15 688	Mettmann	13 312	3 281	—	8 115	2 698	3 520	30 926	1,97	4,53	384 591	204 598
153. *Repelen-Baerl	14 192	Mörs	15 827	37 573	—	9 566	6 460	3 360	72 786	5,13	15,58	221 508	66 641
154. *Würselen	13 859	Aachen	—	310	—	—	4 247	2 162	6 719	0,48	2,21	191 966	43 191
155. *Richrath-Reusrath	13 632	Solingen	7 783	991	—	4 325	3 767	2 964	19 830	1,45	6,67	189 131	58 595
156. *Hardenberg	13 204	Mettmann	6 640	221	—	3 982	2 844	1 291	14 978	1,13	5,34	167 235	67 822
157. *Neuwerk	13 031	Gladbach	4 515	1 197	—	4 027	2 098	1 728	13 565	1,04	9,79	67 051	48 595
158. *Stoppenberg	13 026	Essen	2 527	5 459	—	6 277	2 336	2 584	19 183	1,47	5,38	205 328	52 576
159. *Bensberg	11 927	Mülheim a. Rh.	4 187	510	—	3 726	4 100	4 530	17 053	1,43	7,21	128 031	38 051
160. *Hiesfeld	11 881	Dinslaken	9 718	14 948	—	4 678	2 603	2 670	34 617	2,91	11,34	168 880	63 227
161. *Friedrichsthal	11 701	Saarbrücken	—	—	—	10 211	1 567	2 628	14 406	1,23	3,10	158 631	54 174
162. *Eilendorf	11 214	Aachen	2 748	165	—	—	2 489	1 281	6 683	0,60	3,19	144 520	33 877
163. *Haan	10 613	Mettmann	4 432	1 187	—	3 792	2 898	3 252	15 561	1,46	5,20	186 025	60 407
14. Hohenzollernsche Lande.													
1. Sigmaringen	5 440	Sigmaringen	1 827	171	—	—	462	2 260	4 720	0,87	5,15	62 409	10 709
2. Hechingen	5 098	Hechingen	—	1 225	—	9 102	198	2 788	13 313	2,61	8,10	95 261	11 119

1) darunter 258 M Maskensteuer.

nach dem Stande vom 31. März 1914									Schulden am 31. März 1914							Wiederholung der laufenden Nummer in Spalte 1a.	
Gemeindesteuern, und zwar							der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	Von den lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen			
der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		über- haupt		auf 1 Einw.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a)											
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M			
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20			
3 811	490	—	—	42 977	15,61	93,87	45 785	16,62	378 304	—	—	378 304	137,37	—	111.		
5 266	645	—	—	54 265	20,23	85,01	63 833	23,80	378 483	—	—	378 483	141,12	—	112.		
4 344	—	—	—	54 926	20,53	98,64	55 686	20,82	414 297	—	—	414 297	154,88	—	113.		
6 939	902	—	—	62 068	23,44	94,32	65 806	24,85	443 951	—	—	443 951	167,66	—	114.		
6 533	577	—	—	36 880	13,93	90,15	40 911	15,46	220 581	—	—	220 581	83,33	—	115.		
4 622	310	—	—	50 995	19,74	93,83	54 346	21,04	85 429	—	—	85 429	33,07	—	116.		
2 499	—	—	—	47 583	19,70	93,93	50 659	20,98	52 380	—	—	52 380	21,69	—	117.		
3 002	445	—	—	41 107	18,03	97,87	42 003	18,42	274 134	—	—	274 134	120,23	—	118.		
3 830	83	—	—	38 598	17,15	97,82	39 457	17,53	12 063	—	—	12 063	5,36	—	119.		
4 409	337	—	—	34 103	15,74	90,99	37 482	17,30	298 931	—	—	298 931	137,95	—	120.		
10 608	297	—	—	61 895	28,58	96,05	64 441	29,75	237 913	—	20 038	257 951	119,09	—	121.		
1 032	297	—	—	39 378	18,38	93,85	41 958	19,59	108 764	—	—	108 764	50,78	24 000	122.		
4 520	165	—	—	37 752	19,13	95,65	39 467	20,00	182 412	—	—	182 412	92,45	—	123.		
8 342	525	—	—	52 382	28,33	94,39	55 493	30,01	223 757	—	—	223 757	121,02	—	124.		
3 658	210	—	—	30 435	16,46	90,89	33 487	18,11	497 473	—	—	497 473	269,05	—	125.		
7 744	385	—	—	54 948	29,73	96,67	56 840	30,76	126 239	—	—	126 239	68,31	—	126.		
2 040	270	—	—	29 264	15,94	94,21	31 063	16,92	369 171	—	—	369 171	201,07	—	127.		
2 604	552	—	—	29 629	19,14	90,52	32 731	21,14	178 798	—	—	178 798	115,50	—	128.		
3 335	—	—	—	30 609	20,02	97,56	31 376	20,52	81 028	—	—	81 028	52,99	—	129.		
2 427	235	—	—	19 062	14,08	94,95	20 076	14,83	57 990	—	—	57 990	42,83	—	130.		
3 649	475	—	—	50 339	37,65	93,13	54 055	40,43	220 148	—	—	220 148	164,66	—	131.		
2 100	350	—	—	20 790	17,51	92,02	22 593	19,03	175 728	—	—	175 728	148,04	—	132.		
1 374	518	—	—	24 114	23,55	95,77	25 179	24,59	237 262	—	—	237 262	231,70	—	133.		
2 017	290	—	—	19 147	27,16	95,91	19 964	28,32	137 936	—	—	137 936	19,57	—	134.		
450 292	4 370	—	—	2 192 764	28,98	95,60	2 293 620	30,31	3 247 249	—	14 500	3 261 749	43,11	50 000	135.		
233 648	4 769	—	—	1 193 878	26,92	78,35	1 523 757	34,36	3 918 149	—	147 352	4 065 501	91,69	—	136.		
370 189	4 980	—	—	1 557 021	48,38	96,60	1 611 827	50,08	4 898 981	—	42 000	4 940 981	153,52	—	137.		
198 690	—	—	—	782 701	26,69	83,59	936 314	31,93	580 801	—	1 809 606	2 390 407	81,52	—	138.		
203 545	—	—	—	1 076 349	37,89	90,62	1 187 702	41,81	3 192 285	—	1 113 176	4 305 461	151,56	—	139.		
197 268	2 080	150	—	905 929	33,15	92,16	983 048	35,97	7 479 825	—	—	7 479 825	273,68	—	140.		
28 875	1 795	—	—	423 067	16,66	87,52	483 397	19,04	895 322	—	50 000	945 322	37,24	—	141.		
69 746	755	—	—	409 220	16,29	92,50	442 390	17,61	392 984	—	—	392 984	15,64	210 000	142.		
243 830	—	30	—	624 003	29,93	91,73	680 248	32,63	1 033 820	—	—	1 033 820	49,59	—	143.		
221 689	2 710	—	—	541 276	27,04	94,62	572 039	28,58	1 414 649	—	—	1 414 649	70,69	—	144.		
207 590	637	—	—	605 703	31,55	94,93	638 059	33,23	877 844	—	—	877 844	45,72	—	145.		
156 185	369	60	—	1 039 878	55,26	93,08	1 117 137	59,37	1 211 379	—	60 188	1 271 567	67,57	50 000	146.		
144 559	—	—	—	592 795	32,47	95,38	621 519	34,04	555 001	—	—	555 001	30,40	20 000	147.		
376 581	1 755	—	—	1 061 105	60,08	96,69	1 097 429	62,14	3 665 653	624 000	—	3 665 653	207,56	—	148.		
44 405	—	—	—	250 522	15,02	88,91	281 762	16,89	1 275 925	—	—	1 275 925	76,47	—	149.		
92 260	890	—	—	313 876	19,14	93,79	334 651	20,41	835 656	—	—	835 656	50,97	—	150.		
30 153	—	—	—	591 576	36,79	88,70	666 925	41,48	7 439 070	—	953 403	8 392 473	521,95	—	151.		
60 901	1 031	—	—	651 121	41,51	95,47	682 047	43,48	1 162 521	—	—	1 162 521	74,10	—	152.		
103 795	2 271	60	—	394 275	27,78	84,42	467 061	32,91	1 159 248	—	—	1 159 248	81,68	—	153.		
61 395	1 075	15	—	297 642	21,48	97,79	304 361	21,96	218 283	—	—	218 283	15,75	—	154.		
29 038	885	—	—	277 649	20,37	93,33	297 479	21,82	784 557	—	—	784 557	57,55	—	155.		
28 964	1 717	—	—	265 738	20,13	94,66	280 716	21,26	1 159 419	—	—	1 159 419	87,81	—	156.		
8 962	357	—	—	124 965	9,59	90,21	138 530	10,63	119 486	—	—	119 486	9,17	—	157.		
79 736	—	—	—	337 640	25,92	94,62	356 823	27,39	488 091	—	29 600	517 691	39,74	—	158.		
50 936	2 400	—	—	219 418	18,40	92,79	236 471	19,83	444 606	—	25 000	469 606	39,37	—	159.		
32 626	563	60	—	265 356	22,33	88,46	299 973	25,25	274 553	—	50 000	324 553	27,32	—	160.		
237 186	891	—	—	450 882	38,53	96,90	465 288	39,76	636 004	—	—	636 004	54,35	10 000	161.		
23 623	408	60	—	202 488	18,06	96,81	209 171	18,65	349 581	—	—	349 581	31,17	—	162.		
36 460	869	—	—	283 761	26,74	94,80	299 322	28,20	724 755	—	—	724 755	68,29	—	163.		
13 730	—	—	—	86 848	15,96	94,85	91 568	16,83	686 944	—	—	686 944	126,28	—	14.		
44 628	—	—	—	151 008	29,62	91,90	164 321	32,23	902 038	121 000	—	902 038	176,94	—	1.		

(Tab. 2.)		Berichtigtes Soll für das						
Staat. — Provinzen.	Einwohner- zahl für das Steuerjahr 1914 ¹⁾	der indirekten Gemeindesteuern, und zwar						
		der	der	der	der Bier-,	der	der	der
		Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer ²⁾	Schank- kon- zessions- steuer	Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	sonstigen indirekten Gemeinde- steuern
I	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Staat.								
I. Berlin	2 011 273	3 312 222	2 804 002	—	1 146 153	928 088	1 041 801	—
Städte mit								
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin)	4 651 363	7 400 484	4 169 899	507 180	2 374 426	4 092 205	1 804 016	425 540
III. " " 100 000 bis 200 000 Einw.	2 880 156	3 438 860	1 796 697	551 279	1 625 434	2 103 837	1 093 849	236 043
IV. " " 50 000 " 100 000 "	2 219 744	1 763 855	1 216 458	433 593	1 268 301	1 356 628	640 998	101 285
V. " " 25 000 " 50 000 "	2 183 444	1 714 242	745 746	241 308	843 402	993 388	597 921	57 499
VI. " " 10 000 " 25 000 "	2 502 318	1 533 067	553 924	110 981	1 042 115	884 820	591 454	96 768
VII. " " 7 000 " 10 000 "	771 844	425 671	80 852	12 169	249 034	170 407	163 960	9 956
VIII. " " 5 000 " 7 000 "	756 998	378 795	76 126	8 224	236 110	144 488	151 574	11 476
IX. " " 3 000 " 5 000 "	940 489	543 816	97 891	9 526	299 145	164 951	173 191	25 091
X. " " 2 000 " 3 000 "	599 320	346 615	67 451	6 964	162 503	101 101	103 691	15 315
XI. nicht mehr als 2 000 Einw. . .	402 499	188 525	24 400	2 685	90 089	49 962	58 154	16 205
I. bis XI. Sämtliche Städte . .	19 919 448	21 046 152	11 633 446	1 883 909	9 336 712	10 989 875	6 420 609	995 178
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.	2 350 643	2 446 109	1 439 531	41 850	1 107 876	622 078	643 421	258
I. bis XII. zusammen	22 270 091	23 492 261	13 072 977	1 925 759	10 444 588	11 611 953	7 064 030	995 436
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen:								
Sämtliche Städte ³⁾	694 685	916 999	408 508	71 405	379 508	320 049	144 625	—
II. Westpreußen:								
a) Sämtliche Städte	633 889	477 195	166 256	62 738	255 183	293 545	140 108	—
b) Größere Landgemeinden . .	22 383	18 191	12 220	3 300	6 364	1 317	5 022	—
III. Brandenburg (ohne Berlin):								
a) Sämtliche Städte	2 222 764	3 112 237	1 228 224	162 294	813 975	527 127	989 981	247
b) Größere Landgemeinden . .	599 321	1 251 188	912 917	24 500	381 335	172 285	399 719	—
IV. Pommern:								
Sämtliche Städte ³⁾	775 996	595 012	106 118	138 874	295 602	274 638	182 431	—
V. Posen:								
Sämtliche Städte ³⁾	750 253	475 995	89 708	14 243	225 486	210 360	120 881	30
VI. Schlesien:								
a) Sämtliche Städte	1 878 401	1 401 474	496 274	120 292	810 485	988 256	450 174	—
b) Größere Landgemeinden . .	456 907	176 074	51 346	2 625	124 286	58 154	26 989	—
VII. Sachsen:								
a) Sämtliche Städte	1 562 702	1 070 342	439 713	63 992	837 887	780 919	412 619	19 107
b) Größere Landgemeinden . .	13 431	4 608	296	750	6 866	5 144	3 743	—
VIII. Schleswig-Holstein:								
Sämtliche Städte ³⁾	818 405	988 976	384 972	193 195	69 431	732 619	307 735	6 546
IX. Hannover:								
a) Sämtliche Städte	1 241 318	945 870	550 996	182 438	710 295	605 613	363 053	118 598
b) Größere Landgemeinden . .	44 456	38 761	87 588	3 575	12 559	15 777	7 246	—
X. Westfalen:								
a) Sämtliche Städte	2 002 258	1 355 156	1 378 800	253 447	676 200	1 019 150	481 760	759
b) Größere Landgemeinden . .	595 940	237 152	119 824	1 700	269 399	164 858	74 889	—
XI. Hessen-Nassau:								
a) Sämtliche Städte	1 141 303	1 798 332	1 032 244	96 993	609 018	551 871	515 554	380 791
b) Größere Landgemeinden . .	12 520	13 587	14 180	—	9 455	2 108	2 758	—
XII. Rheinprovinz:								
a) Sämtliche Städte	4 175 663	4 594 515	2 546 235	523 998	2 498 387	3 756 980	1 264 839	469 100
b) Größere Landgemeinden . .	605 685	706 548	241 160	5 400	297 612	202 435	123 055	258
XIII. Hohenzollernsche Lande:								
Sämtliche Städte ³⁾	10 533	1 827	1 396	—	9 102	660	5 048	—

1) Die Einwohnerzahl ist nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1914 festgestellt. —
 gesetzte vom 14. Juli 1911 verblieb. — 2) Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913.

Rechnungsjahr 1913 nach dem Stande vom 31. März 1914

der indirekten Gemeindesteuern zusammen (Sp. 3—9)			der direkten Gemeindesteuern, und zwar									der gesamten Gemeinde- steuern (Sp. 10a und 17a)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
			der Ein- kommen- steuer	der Steuern vom Grund- besitz	der Gewerbe- steuer	der Betriebs- steuer	der Wander- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11—16)			über- haupt	auf 1 Einw.	
über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 18a)							über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 18a)			
M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	%	M	M	
10a	10b	10c	11	12	13	14	15	16	17a	17b	17c	18a	18b	
9 232 266	4,59	9,08	48 279 481	29 164 209	13 129 004	289 151	—	1 601 207	92 463 052	45,97	90,92	101 695 318	50,56	A. I.
20 773 750	4,47	10,11	114 714 783	47 110 800	21 144 759	687 584	2 310	1 101 404	184 761 640	39,72	89,89	205 535 390	44,19	II.
10 845 999	3,77	9,31	63 323 307	29 583 440	11 922 358	450 666	1 700	404 218	105 685 689	36,69	90,69	116 531 688	40,46	III.
6 781 118	3,05	8,47	44 282 986	16 578 841	11 907 296	341 603	1 579	213 173	73 325 478	33,03	91,53	80 106 596	36,09	IV.
5 193 506	2,38	7,68	39 299 777	14 825 233	7 952 629	294 751	4 533	58 760	62 435 683	28,60	92,32	67 629 189	30,97	V.
4 813 129	1,92	6,88	41 011 269	15 307 803	8 522 391	248 549	7 960	53 022	65 150 994	26,04	93,12	69 964 123	27,96	VI.
1 112 049	1,44	6,61	9 652 574	4 031 544	1 917 761	85 882	3 152	9 500	15 700 413	20,34	93,39	16 812 462	21,78	VII.
1 006 793	1,33	6,50	8 642 006	3 936 306	1 823 572	85 362	3 400	1 049	14 491 695	19,14	93,50	15 498 488	20,47	VIII.
1 313 611	1,40	7,04	10 086 280	4 931 089	2 191 078	124 878	4 810	2 844	17 340 979	18,44	92,95	18 654 590	19,83	IX.
803 640	1,34	7,61	5 422 122	3 080 218	1 171 893	77 853	2 250	1 076	9 755 412	16,28	92,39	10 559 052	17,62	X.
430 020	1,07	7,67	2 765 905	1 776 276	570 681	61 272	516	1 185	5 175 835	12,86	92,33	5 605 855	13,93	XI.
62 305 881	3,13	8,79	387 480 490	170 325 759	82 253 422	2 747 551	32 210	3 447 438	646 286 870	32,45	91,21	708 592 751	35,57	I.—XI.
6 301 123	2,68	8,60	36 989 067	17 730 928	12 062 096	143 908	1 065	53 030	66 980 094	28,49	91,40	73 281 217	31,17	XII.
68 607 004	3,08	8,77	424 489 557	188 056 687	94 315 518	2 891 459	33 275	3 500 488	713 266 984	32,03	91,23	781 873 968	35,11	I.—XII.
B.														
2 241 094	3,23	10,95	10 787 236	5 416 450	1 852 043	128 569	1 560	31 835	18 217 693	26,22	89,05	20 458 787	29,45	I.
1 395 025	2,20	8,43	9 045 836	4 335 515	1 590 356	95 700	1 240	75 720	15 144 367	23,89	91,57	16 539 392	26,09	II.
46 414	2,07	12,83	152 992	145 404	15 048	1 800	—	—	315 244	14,08	87,17	361 658	16,16	a. b.
6 834 085	3,07	9,20	38 707 725	22 358 649	5 807 177	266 419	3 620	268 907	67 412 497	30,33	90,80	74 246 582	33,40	III.
3 141 944	5,24	12,68	10 127 017	9 661 569	1 817 176	38 929	—	254	21 644 945	36,12	87,32	24 786 889	41,36	a. b.
1 592 675	2,06	7,90	11 233 520	5 366 131	1 788 834	108 115	2 710	78 147	18 577 457	23,94	92,10	20 170 132	25,99	IV.
1 136 703	1,52	7,27	8 291 681	4 547 418	1 523 550	124 333	1 020	12 594	14 500 596	19,33	92,73	15 637 299	20,84	V.
4 266 955	2,27	7,98	29 993 223	12 413 540	6 431 492	234 014	3 057	94 955	49 170 281	26,18	92,02	53 437 236	28,45	VI.
439 474	0,96	4,54	5 685 126	1 719 709	1 768 739	23 585	270	52 776	9 250 205	20,25	95,46	9 689 679	21,21	a. b.
3 624 579	2,32	7,68	27 047 949	10 903 843	5 318 555	164 514	4 736	101 424	43 541 021	27,86	92,32	47 165 600	30,18	VII.
21 407	1,59	5,54	236 242	61 448	65 236	2 388	—	—	365 314	27,20	94,46	386 721	28,79	a. b.
2 683 474	3,28	8,68	15 076 411	10 327 137	2 627 812	88 854	1 130	102 290	28 223 634	34,49	91,32	30 907 108	37,77	VIII.
3 476 863	2,80	9,06	21 357 952	9 030 469	4 278 597	163 488	1 760	69 187	34 901 453	28,12	90,94	38 378 316	30,92	IX.
165 506	3,72	11,60	779 889	364 416	116 540	597	—	—	1 261 442	28,38	88,40	1 426 948	32,10	a. b.
5 165 272	2,58	7,32	40 252 400	13 155 375	11 572 616	317 692	3 903	125 372	65 427 358	32,68	92,68	70 592 630	35,26	X.
867 822	1,46	5,17	9 077 661	2 569 911	4 223 820	38 451	360	—	15 910 203	26,70	94,83	16 778 025	28,15	a. b.
4 984 803	4,37	9,68	30 072 988	11 269 332	4 860 128	159 416	2 750	161 749	46 526 363	40,77	90,32	51 511 166	45,13	XI.
42 088	3,36	12,30	202 080	65 072	32 410	581	—	—	300 143	23,97	87,70	342 231	27,33	a. b.
15 654 054	3,75	9,34	97 176 418	32 015 863	21 414 900	607 286	4 724	724 051	151 943 242	36,39	90,66	167 597 296	40,14	XII.
1 576 468	2,60	8,08	10 728 060	3 143 399	4 023 127	37 577	435	—	17 932 598	29,61	91,92	19 509 066	32,21	a. b.
18 033	1,71	7,06	157 670	21 828	58 358	—	—	—	237 856	22,57	92,95	255 889	24,28	XIII.

*) Als Wertzuwachssteuer ist der Betrag nachgewiesen, der den Gemeinden nach dem Zuwachssteuergesetze vom 14. Februar 1911 und dem preußischen Ausführungs-

Noch: Die Steuern und Schulden sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913.

(Noch: Tab. 2.)		S c h u l d e n a m 31. M ä r z 1914						
Staat. Provinzen.	Langfristige Anleihen	Von den langfristigen Anleihen (Sp. 19a) entfielen auf Inhaber- obligationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	Langfristige An- leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 19a und 20)		Vorüber- gehend aufge- nommene Darlehen	Schulden zusammen (Sp. 21a und 22)	
				überhaupt	auf 1 Einw.		überhaupt	auf 1 Einw.
	M	M	M	M	M	M	M	M
I	19a	19b	20	21a	21b	22	23a	23b
A. Staat.								
I. Berlin	501 542 488	444 655 500	3 140 100	504 682 588	250,98	—	504 682 588	250,98
Städte mit								
II. mehrals 200 000 Einw. (ohne Berlin)	1 596 694 365	1 299 884 190	141 503 721	1 738 198 086	373,70	27 724 053	1 765 922 139	379,66
III. „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	926 367 285	673 060 500	38 493 393	964 860 678	335,00	21 030 607	985 891 285	342,80
IV. „ „ 50 000 „ 100 000 „	525 627 490	214 574 080	18 793 173	544 420 663	245,26	26 474 058	570 894 721	257,19
V. „ „ 25 000 „ 50 000 „	473 722 394	122 088 927	20 128 795	493 851 189	226,18	19 330 403	513 181 592	235,08
VI. „ „ 10 000 „ 25 000 „	478 622 097	66 197 684	10 315 095	488 937 192	195,39	6 535 566	495 472 758	198,01
VII. „ „ 7 000 „ 10 000 „	110 001 833	3 606 900	2 249 393	112 251 226	145,48	737 191	112 988 417	146,39
VIII. „ „ 5 000 „ 7 000 „	88 265 943	1 501 550	2 005 216	90 271 159	119,25	498 453	90 769 612	119,91
IX. „ „ 3 000 „ 5 000 „	97 924 245	343 300	2 495 958	100 420 203	106,77	953 907	101 374 110	107,79
X. „ „ 2 000 „ 3 000 „	54 619 013	49 400	930 763	55 549 776	92,69	489 268	56 039 044	93,50
XI. nicht mehr als 2 000 Einw. . .	26 220 995	37 400	561 484	26 782 479	66,84	423 672	27 206 151	67,59
I. bis XI. Sämtliche Städte . .	4 879 608 148	2 825 999 431	240 617 091	5 120 225 239	257,05	104 197 178	5 224 422 417	262,28
XII. Landgem. mit mehrals 10 000 Einw.	323 404 154	2 450 100	25 949 672	349 353 826	148,62	1 326 792	350 680 618	149,18
I. bis XII. zusammen . . .	5 203 012 302	2 828 449 531	266 566 763	5 469 579 065	245,60	105 523 970	5 575 103 035	250,34
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen:								
Sämtliche Städte ¹⁾	138 827 549	57 732 900	23 768 975	162 596 524	234,06	12 835 262	175 431 786	252,58
II. Westpreußen:								
a) Sämtliche Städte	112 752 212	45 830 050	4 469 887	117 222 099	184,98	2 081 598	119 303 697	188,21
b) Größere Landgemeinden . .	2 382 890	—	828 597	3 211 487	143,48	—	3 211 487	143,48
III. Brandenburg (ohne Berlin):								
a) Sämtliche Städte	656 014 775	317 076 300	57 476 484	713 491 259	320,99	14 054 196	727 545 455	327,32
b) Größere Landgemeinden . .	209 321 252	1 826 100	19 709 133	229 030 385	382,15	871 679	229 902 064	383,60
IV. Pommern:								
Sämtliche Städte ¹⁾	151 484 898	78 208 281	6 310 745	157 795 643	203,35	2 874 736	160 670 379	207,05
V. Posen:								
Sämtliche Städte ¹⁾	118 427 686	51 704 500	7 556 119	125 983 805	167,92	7 345 077	133 328 882	177,71
VI. Schlesien:								
a) Sämtliche Städte	321 993 917	128 590 799	14 530 901	336 524 818	179,15	9 448 189	345 973 007	184,18
b) Größere Landgemeinden . .	17 281 093	—	655 088	17 936 181	39,26	115 113	18 051 294	39,51
VII. Sachsen:								
a) Sämtliche Städte	298 364 455	186 864 890	7 327 234	305 691 689	195,62	2 710 563	308 402 252	197,35
b) Größere Landgemeinden . .	909 242	—	—	909 242	67,70	—	909 242	67,70
VIII. Schleswig-Holstein:								
Sämtliche Städte ¹⁾	246 524 589	141 876 500	4 265 074	250 789 663	306,44	886 000	251 675 663	307,52
IX. Hannover:								
a) Sämtliche Städte	261 821 350	62 612 530	8 377 506	270 198 856	217,67	332 236	270 531 092	217,94
b) Größere Landgemeinden . .	5 606 346	—	10 000	5 616 346	126,33	—	5 616 346	126,33
X. Westfalen:								
a) Sämtliche Städte	420 963 915	180 017 600	16 501 627	437 465 542	218,49	12 936 172	450 401 714	224,95
b) Größere Landgemeinden . .	35 760 127	—	452 029	36 212 156	60,76	—	36 212 156	60,76
XI. Hessen-Nassau:								
a) Sämtliche Städte	438 012 829	342 618 378	41 785 148	479 797 977	420,39	8 197 663	487 995 640	427,58
b) Größere Landgemeinden . .	1 707 507	—	—	1 707 507	136,38	—	1 707 507	136,38
XII. Rheinprovinz:								
a) Sämtliche Städte	1 211 288 503	788 090 203	45 107 291	1 256 395 794	300,89	30 495 486	1 286 891 280	308,19
b) Größere Landgemeinden . .	50 435 697	624 000	4 294 825	54 730 522	90,36	340 000	55 070 522	90,92
XIII. Hohenzollernsche Lande:								
Sämtliche Städte ¹⁾	1 588 982	121 000	—	1 588 982	150,79	—	1 588 982	150,79

¹⁾ Vergl. die Anmerkung 3 auf Seite 138.

I. Die Steuern und Schulden sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und deren Entwicklung im Zeitraum 1910/13.

1. Die Gemeindesteuern überhaupt.

In der Tabelle 4 auf Seite 144 ist das berichtigte Soll der von den Städten und großen Landgemeinden Preußens in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 erhobenen gesamten Gemeindesteuern in Millionen \mathcal{M} nachgewiesen. Während die Angaben für die großen Landgemeinden nur in je einer Summe erscheinen, sind die Ergebnisse für die Städte sowohl provinzweise als auch in ihrer Verteilung auf bestimmte Größenklassen dargestellt. Außer den berichtigten Sollbeträgen selbst enthält die Tabelle auch die auf den Kopf der Bevölkerung in jeder Gemeindegruppe entfallenden Beträge. Danach ist das Soll der indirekten und direkten Gemeindesteuern, unter Einschluß der Wanderlager- und Warenhaussteuer, in sämtlichen preußischen Städten von 613,34 Mill. \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1910 um 5,24 % auf 645,46 Mill. \mathcal{M} im folgenden Jahre, um 4,77 % auf 676,24 Mill. \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1912 und um 4,78 % auf 708,59 Mill. \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1913 gestiegen. Die Zunahme der auf einen Einwohner entfallenden Gemeindesteuern der Städte war etwas geringer. Der Kopfbetrag stieg von 32,43 \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1910 auf 33,55, 34,44 und 35,57 \mathcal{M} oder um 3,45, 2,65 sowie 3,28 % in den drei folgenden Rechnungsjahren. Auf die Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern, einschließlich Berlins, entfielen vom Gesamtaufkommen der städtischen Gemeindesteuern in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 44,4, 44,6, 43,8 und 43,4 %, desgleichen auf die Städte mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern 16,1 bzw. 16,2, 16,8, 16,5 %. Also rund 60 Prozent des auf die Städte entfallenden Gemeindesteuersolls wurde von den Großstädten aufgebracht, deren Zahl 1910 32, 1911 33, 1912 und 1913 je 34 und deren Anteil an der gesamten städtischen Bevölkerung Preußens 1910: 46,98, 1911: 47,60, 1912: 48,18 und 1913: 47,91 v. H. betrug. Umgekehrt kamen auf die Städte mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern, deren Zahl 1910 997, 1911 993, 1912 988 und 1913 986 betrug, bei einem Anteil von 18,53 bzw. 18,18, 17,61 und 17,43 v. H. an der gesamten städtischen Bevölkerung, nur 9,7 bzw. 9,6, 9,6 und 9,5 % des Gesamtsteuersolls der preußischen Städte. Die Zunahme des Gemeindesteuersolls der Städte war im Zeitraum 1910/11 mit 0,30 und 2,96 % bei den Gruppen IV (St. m. 50 000—100 000) und IX (St. m. 3 000—5 000) am niedrigsten und mit 8,41 sowie 6,63 % bei der Gruppe VI (St. m. 10 000—25 000) und der von Berlin gebildeten Gruppe I am höchsten. Die Zunahme des Solls der großen Landgemeinden übertraf mit 9,24 % die sämtlicher Städtegruppen. Im Zeitraum 1911/12 wies das Soll Berlins einen Rückgang um 2,64 % und die Gruppe VIII (St. m. 5 000—7 000) auch bloß eine Zunahme um 0,50 %, dagegen das Soll der Gruppen III (St. m. 100 000—200 000) und V (St. m. 25 000—50 000) eine solche um 8,22 bzw. 13,43 % auf. Im Zeitraum 1912/13 zeigen die Gruppen IX (St. m. 3 000—5 000) und VII (St. m. 7 000—10 000) mit 0,56 bzw. 1,93 % die geringste, die Gruppen X (St. m. 2 000—3 000) und IV (St. m. 50 000—100 000) mit 7,29 und 10,86 % die größte Zunahme. Während sich das Steuersoll der großen Landgemeinden 1912 gegen das Vorjahr infolge des Ausscheidens von 2 Gemeinden (Boxhagen-Rummelsburg und Ilversgehofen) aus dieser Gruppe nur um 3,38 % vermehrt hatte, betrug die Zunahme im Zeitraum 1912/13 wieder 9,63 %. Die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung durch die Gemeindesteuern war in den vier Beobachtungsjahren bei der von Berlin gebildeten ersten Städtegruppe am höchsten und in jeder folgenden geringer als in der vorhergehenden Gruppe. Die Kopfbeträge der Gruppen I und XI schwankten

1910 zwischen 46,26 und 11,98 \mathcal{M} , 1911 desgleichen zwischen 49,29 und 12,64 \mathcal{M} , 1912 zwischen 48,16 und 13,32, 1913 zwischen 50,56 und 13,93 \mathcal{M} . Die entsprechende Belastung in den großen Landgemeinden betrug in den vier Beobachtungsjahren 27,64 bzw. 28,54, 29,61 und 31,17 \mathcal{M} . Im Zeitraum 1910/11 haben die Kopfbeträge mit 7,21 und 6,55 % in den Gruppen X und I am bedeutendsten, in den die Städte von 50 000 bis 100 000 und von mehr als 200 000 Einwohnern umfassenden Gruppen am wenigsten zugenommen, nämlich nur um 2,88 bzw. 2,33 %, während die Gruppe III sogar eine Abnahme um 0,40 % zu verzeichnen hatte. Im Zeitraum 1911/12 zeigte sich bei Berlin ein Rückgang des Kopfbetrages um 2,29 %, und bei den Großstadtgruppen II und III betrug seine Zunahme auch bloß 2,73 bzw. 0,86 %, während sie in den Gruppen IV, VII, X und XI mehr als 5 % ausmachte, am meisten mit 5,90 und 6,36 % bei den Städten mit 50 000 bis 100 000 und denen mit 7 000 bis 10 000 Einwohnern. Während der Kopfbetrag der großen Landgemeinden in den Zeiträumen 1910/11 und 1911/12 nur um 3,26 bzw. 3,75 % gestiegen ist, also um weniger als in den meisten Städtegruppen, betrug seine Zunahme im Zeitraum 1912/13 5,27 %; sie wurde von keiner Städtegruppe erreicht. Am nächsten kamen ihr die Gruppen X und I mit 5,01 bzw. 4,98 % und am weitesten blieben hinter ihr zurück die Gruppen III und VII mit 1,05 bzw. 0,23 %. In dem Beobachtungszeitraum 1910/13 sind demnach zwar sowohl die Steuerbeträge als auch ihre Kopfbeträge in den Gemeindegrößengruppen, mit wenigen Ausnahmen, ständig gestiegen, aber eine Gleichmäßigkeit des Steigerungsgrades trat nirgends in die Erscheinung.

Auch bei der provinzweisen Gliederung der Städte ergibt sich für sämtliche Landesteile von Jahr zu Jahr eine Zunahme des Gemeindesteuersolls. Im Zeitraum 1910/11 war sie mit 9,21, 8,61, 7,34 % in den Hohenzollernschen Landen sowie in Posen und der Rheinprovinz am höchsten, mit 3,47, 3,29, 1,23 % in Brandenburg, Hessen-Nassau und Westfalen am niedrigsten. Im Zeitraum 1911/12 schwankte die Zunahme zwischen 8,87, 8,46 und 7,38 % in Westfalen, Ostpreußen, Brandenburg einerseits und 3,42, 3,26, 3,02 % in Posen, Schlesien, Sachsen andererseits. Im Zeitraum 1912/13 war die Zunahme in Westfalen mit 8,51 % wieder am höchsten; dann folgten Pommern und Ostpreußen mit 6,12 bzw. 5,89 %, während Hessen-Nassau, Schlesien, Sachsen und Brandenburg mit 3,98, 3,96, 2,74, 2,47 % die geringste Zunahme zeigten. Bei weitem am bedeutendsten war in allen vier Beobachtungsjahren das Steuersoll der Rheinprovinz. Dann folgten Brandenburg mit einem noch nicht halb so hohen Betrage und an dritter Stelle Westfalen, während, nächst den Hohenzollernschen Landen, die Provinzen Posen und Westpreußen die niedrigsten Beträge aufwiesen. Die Belastung der Städte auf den Kopf der Bevölkerung war in den vier Beobachtungsjahren in Posen am niedrigsten und in Hessen-Nassau am höchsten. Bei der provinzweisen Verteilung des Gemeindesteuersolls der Städte macht sich der beherrschende Einfluß des großstädtischen Steueraufkommens in solchem Grade bemerkbar, daß diesen Zahlen ein erheblich geringerer Vergleichswert zuerkannt werden kann als den entsprechenden für die Gemeindegrößengruppen. Noch mehr gilt dies von den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung. Wie wir im einzelnen noch sehen werden, erreichen oder übertreffen nur wenige Gemeinden, und unter ihnen namentlich die Großstädte, den auf 1 Einwohner entfallenden Durchschnittsbetrag der gesamten Städte jeder Provinz.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 144.]

(Tab. 3.)

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1913

Stadtgemeinden.			der indirekten Gemeindesteuern, und zwar									der direkten	
* Landgemeinden.			der Umsatz- steuer <i>M</i>	der Wert- zu- wachs- steuer <i>M</i>	der Schank- kon- zes- sions- steuer <i>M</i>	der Bier-, Braun- und Braumalz- steuern <i>M</i>	der Lust- bar- keits- steuern <i>M</i>	der Hunde- steuer <i>M</i>	der indirekten Gemeindesteuern zusammen			der Ein- kommen- steuer <i>M</i>	der Steuern vom Grund- besitz <i>M</i>
N a m e n	Ein- wohner- zahl ¹⁾ .	K r e i s							über- haupt <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 10a) %		
1. Berlin	2 011 273	Stadtkreis . .	3 312 222	2 804 002	—	1 146 153	928 088	1041 801	9 232 266	4,59	9,08	48 279 481	29 164 209
2. Charlottenburg	315 553	"	752 590	292 911	—	—	13 406	198 925	1 257 832	3,99	7,36	9 595 973	5 155 675
3. Neukölln	269 047	"	422 864	231 629	62 787	164 586	60 497	112 443	1 054 806	3,92	16,76	2 238 300	2 458 516
4. Berlin-Schöneberg . . .	177 822	"	319 292	75 256	—	—	56 317	130 737	581 602	3,27	6,94	4 307 051	3 048 080
5. Berlin-Lichtenberg . . .	149 890	"	210 570	63 775	—	103 140	—	70 488	447 973	2,99	12,84	1 308 427	1 458 372
6. Berlin-Wilmersdorf . . .	136 367	"	585 127	177 303	16 200	—	36 215	110 272	925 117	6,78	11,89	4 269 457	2 335 549
7. Spandau	92 657	"	117 483	112 294	—	100 270	25 916	39 683	395 646	4,27	12,12	1 381 892	984 621
8. Cöpenick	32 941	Teltow	30 438	4 730	—	25 835	7 937	9 907	78 847	2,89	8,47	422 495	342 645
9. Teltow	4 484	"	8 581	1 774	—	3 239	2 173	1 065	16 832	3,75	7,65	59 872	115 141
10. *Berlin-Steglitz	83 305	"	129 695	43 054	24 500	45 156	44 334	54 764	341 503	4,10	11,27	1 374 923	1 158 933
11. *Berlin-Pankow	57 698	Niederbarnim	78 787	39 726	—	31 637	15 396	41 697	207 243	3,59	10,72	803 810	799 965
12. *Berlin-Lichterfelde . .	46 874	Teltow	105 049	52 387	—	26 539	11 899	51 973	247 847	5,29	11,28	1 109 928	763 830
13. *Berlin-Weißensee . . .	45 489	Niederbarnim	144 313	101 609	—	32 500	11 040	30 005	319 467	7,02	18,42	444 581	820 504
14. *Berlin-Friedenau . . .	44 779	Teltow	96 091	19 542	—	—	6 377	34 607	156 617	3,50	9,97	838 540	498 004
15. *Berlin-Reinickendorf .	40 452	Niederbarnim	88 580	50 067	—	31 345	4 303	26 183	200 478	4,96	13,08	492 144	708 001
16. *Berlin-Tempelhof . . .	31 340	Teltow	77 794	45 168	—	24 805	3 998	16 458	168 223	5,37	13,92	497 138	434 410
17. *Berlin-Treptow	31 068	"	49 422	34 919	—	30 565	20 302	23 527	158 735	5,11	11,68	615 890	456 201
18. *B.-Oberschöneweide . .	26 700	Niederbarnim	105 733	35 274	—	21 492	2 870	6 850	172 219	6,45	11,59	599 592	385 567
19. *Bln.-Friedrichsfelde . .	23 406	"	47 466	59 892	—	15 745	14 771	14 455	152 329	6,51	16,16	336 681	414 610
20. *Berlin-Mariendorf . . .	20 760	Teltow	55 439	36 356	—	14 995	7 119	13 086	126 995	6,12	13,09	347 817	448 091
21. *Berlin-Tegel	20 447	Niederbarnim	20 452	148 992	—	19 818	5 522	9 829	204 613	10,01	18,30	429 921	372 027
22. *Zehlendorf	19 964	Teltow	101 834	193 098	—	13 893	5 255	17 970	332 050	16,63	19,64	666 447	658 312
23. *B.-Niederschönhausen .	18 476	Niederbarnim	28 581	5 152	—	9 590	1 992	16 314	61 629	3,34	10,11	227 309	296 409
24. *Friedrichshagen	14 845	"	12 154	977	—	11 272	3 525	10 226	38 154	2,57	7,29	221 579	220 669
25. *Berlin-Britz	13 914	Teltow	22 685	1 728	—	11 237	2 324	6 695	44 669	3,21	8,25	177 520	255 734
26. *Adlershof	12 932	"	29 776	4 246	—	6 843	1 718	4 099	46 682	3,61	10,29	153 998	215 149
27. *Berlin-Lankwitz	10 903	"	29 188	31 962	—	6 340	1 952	9 206	78 648	7,21	12,90	219 006	271 593
28. *B.-Niederschöneweide .	10 087	"	5 173	3 639	—	12 001	1 142	5 735	27 690	2,75	5,83	191 923	196 608
29. *Bln.-Schmargendorf . .	9 888	"	50 841	6 049	3 500	—	4 056	7 745	72 191	7,30	9,99	234 541	391 917
30. *Berlin-Wittenau	9 276	Niederbarnim	41 342	18 437	—	8 576	1 154	2 564	72 073	7,77	9,48	252 825	298 022
31. *Hermisdorf bei Berlin .	7 009	"	13 556	6 299	—	3 688	1 223	6 301	31 067	4,43	13,89	80 914	104 059
32. *B.-Hohenschönhausen .	6 810	"	55 781	33 098	—	5 324	1 193	6 433	101 829	14,95	23,84	122 473	158 603
33. *Berlin-Rosenthal	6 249	"	8 082	2 080	—	5 225	1 398	3 385	20 170	3,23	7,24	102 458	117 978
34. *Berlin-Grünwald	6 152	Teltow	116 984	9 794	—	—	—	11 920	138 698	22,55	12,15	692 359	296 139
35. *Mahlsdorf	5 344	Niederbarnim	23 929	1 184	—	—	872	3 342	29 327	5,49	20,76	40 893	65 489
36. *Berlin-Johannisthal . .	5 076	Teltow	6 807	2 067	—	4 943	2 278	1 815	17 910	3,53	9,45	56 605	107 593
37. *Berlin-Buchholz	4 932	Niederbarnim	4 913	2 715	—	—	1 276	1 194	10 098	2,08	7,42	40 316	77 503
38. *Berlin-Stralau	4 839	"	21 155	3 774	—	—	756	3 020	28 705	5,95	13,69	65 003	93 129
39. *Alt Glienicke	4 449	Teltow	5 266	1 169	—	2 305	549	922	10 211	2,30	7,05	41 508	87 777
40. *Lichtenrade	4 164	"	15 109	1 496	—	2 837	702	2 350	22 494	5,40	13,00	45 647	98 808
41. *Berlin-Marienfelde . . .	3 979	"	4 457	620	—	—	1 027	1 135	7 239	1,82	3,88	66 077	90 030
42. *Lübars	3 806	Niederbarnim	32 605	804	—	2 124	603	3 611	39 747	10,44	25,39	41 995	70 228
43. *Wannsee	3 674	Teltow	23 458	25 152	—	—	185	2 350	51 145	13,92	10,52	358 689	68 834
44. *Grünau	3 354	"	18 962	3 463	—	—	1 098	2 174	25 697	7,66	15,07	65 133	68 502
45. *Kaulsdorf	2 902	Niederbarnim	9 276	4 783	—	—	353	1 655	16 067	5,54	14,55	24 279	65 600
46. *Biesdorf	2 551	"	6 509	1 978	—	—	188	1 245	9 920	3,89	9,45	56 062	35 466
47. *Nikolassee	1 835	Teltow	12 807	15 688	—	1 048	—	3 803	33 346	18,17	21,55	93 703	25 397
48. *Heiligensee	1 643	Niederbarnim	12 317	5 640	—	—	904	847	19 708	12,00	18,53	24 234	58 166
49. *Buckow	1 639	Teltow	1 097	3 018	—	1 503	500	649	6 767	4,13	13,03	15 173	27 179
50. *Bohnsdorf	1 633	"	40	100	—	—	25	30	195	0,12	0,87	11 824	9 660
51. *Rudow	1 414	"	3 925	616	—	—	850	455	5 846	4,13	6,70	14 082	60 325
52. *Glienicke	1 098	Niederbarnim	3 775	1 505	—	1 145	—	426	6 851	6,24	24,21	7 808	12 420
53. *Berlin-Heinersdorf . . .	1 016	"	11 285	1 941	—	—	—	1 050	14 276	14,05	10,03	16 851	103 052
54. *Karow	928	"	859	8	—	—	6	419	1 292	1,39	6,14	8 710	10 420
55. *Mahlow	813	Teltow	1 387	2 366	—	—	282	193	4 228	5,20	22,06	9 632	4 963
56. *Lindenbergl	781	Niederbarnim	1 294	1 009	—	—	81	192	2 576	3,30	16,02	7 402	5 678
57. *Groß Zietzen	759	Teltow	3 465	691	—	—	95	447	4 698	6,19	18,19	5 567	15 088
58. *Ahrensfelde	739	Niederbarnim	100	—	—	—	—	—	100	0,14	0,78	6 104	5 758
59. *Marzahn	667	"	1 901	1 211	—	—	—	210	3 322	4,98	28,83	4 610	3 264
60. *Schildow	661	"	429	1 544	—	576	106	330	2 985	4,52	13,88	16 060	2 589
61. *Malchow	465	"	431	—	—	—	63	—	494	1,06	8,11	3 207	2 062
62. *Birkholz	338	"	75	289	—	—	—	—	364	1,08	6,26	2 012	3 315
63. *Wartenberg	233	"	—	—	—	—	20	—	20	0,09	0,50	1 398	2 453
64. *Mehrow	86	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	354	458
Groß-Berlin	3 874 675		7 501 598	4 832 050	106 987	1 948 290	1318 231	2 181 212	17 888 368	4,62	9,96	84 248 203	57 085 349

1) Die Einwohnerzahl ist nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1914 festgestellt.

Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1913.

nach dem Stande vom 31. März 1914

Gemeindesteuern, und zwar

der Gewerbe- steuer	der Be- triebs- steuer	der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Gemeindesteuern zusammen			Gemeindesteuern (Sp. 8a und 15a)		Lang- fristige Anleihen	lang- fristigen Anleihen (Sp. 17a) entfielen auf Inhaber- obli- gationen	Hypo- theken- und Grund- schulden sowie Rest- kauf- gelder	leihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder zusammen (Sp. 17a und 18)		Vorüber- gehend auf- ge- nommene Darlehen	Wiederholung der laufenden Nummer in Sp.
				über- haupt	auf 1 Einw.	vom gesamten Steuerauf- kommen (Sp. 16a) %	über- haupt	auf 1 Einw.				über- haupt	auf 1 Einw.		
M	M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M	M	
11	12	13	14	15a	15b	15c	16a	16b	17a	17b	18	19a	19b	20	
13 129 004	289 151	—	1 601 207	92 463 052	45,97	90,92	101 695 318	50,56	501 542 488	444 655 500	3 140 100	504 682 588	250,93	—	1.
853 556	40 130	—	176 698	15 822 032	50,14	92,64	17 079 864	54,13	174 017 400	167 510 300	10 439 327	184 456 727	584,55	—	2.
496 444	19 310	250	26 672	5 239 492	19,47	83,24	6 294 298	23,39	75 657 270	1 480 900	18 518 390	94 175 660	350,03	4 300 000	3.
411 126	27 874	—	6 174	7 800 305	43,87	93,06	8 381 907	47,14	81 816 304	66 201 700	5 733 804	87 550 108	492,35	—	4.
261 646	13 172	—	—	3 041 617	20,29	87,16	3 489 590	23,28	51 607 578	24 664 800	2 345 884	53 953 462	359,95	6 000 000	5.
241 492	9 650	—	—	6 856 148	50,28	88,11	7 781 265	57,06	51 991 502	23 644 000	8 313 580	60 305 082	442,23	—	6.
487 695	13 596	50	—	2 867 854	30,95	87,88	3 263 500	35,22	44 138 081	8 482 800	3 570 100	47 708 181	514,89	—	7.
81 884	5 103	240	—	852 367	25,88	91,53	931 214	28,27	13 131 173	1 811 600	325 200	13 456 373	408,50	—	8.
28 316	—	—	—	203 329	45,35	92,35	220 161	49,10	804 484	—	23 800	828 284	184,72	—	9.
149 459	5 020	—	254	2 688 589	32,27	88,71	3 030 092	36,37	29 626 972	—	5 415 800	35 042 772	420,66	—	10.
118 310	4 044	—	—	1 726 129	29,92	89,28	1 933 372	33,51	23 184 099	—	210 304	23 394 403	405,46	—	11.
71 873	4 219	—	—	1 949 850	41,60	88,72	2 197 697	46,89	13 083 081	1 530 700	759 756	13 842 837	295,32	300 000	12.
147 686	1 691	—	—	1 414 462	31,10	81,58	1 733 929	38,12	27 502 505	—	3 796 154	31 298 659	688,05	—	13.
75 046	2 395	—	—	1 413 985	31,57	90,03	1 570 602	35,07	9 111 342	295 400	87 000	9 198 342	205,42	—	14.
128 289	3 883	—	—	1 332 317	32,93	86,92	1 532 795	37,89	13 184 289	—	455 000	13 639 289	337,17	35 238	15.
107 809	1 227	—	—	1 040 584	33,20	86,08	1 208 807	38,57	6 731 479	—	887 100	7 618 579	243,09	448 433	16.
128 401	—	—	—	1 200 492	38,64	88,32	1 359 227	43,75	7 027 254	—	495 089	7 522 343	242,13	—	17.
328 338	611	—	—	1 314 108	49,22	88,41	1 486 327	55,67	6 014 052	—	—	6 014 052	225,25	—	18.
36 662	2 070	—	—	790 023	33,75	83,84	942 352	40,26	9 019 963	—	—	9 019 963	385,37	—	19.
45 536	1 723	—	—	843 167	40,61	86,91	970 162	46,73	8 111 345	—	1 031 500	9 142 845	440,41	—	20.
109 718	1 800	—	—	913 466	44,67	81,70	1 118 079	54,68	13 715 194	—	1 837 408	15 552 602	760,63	88 008	21.
34 180	—	—	—	1 358 939	68,07	80,36	1 690 989	84,70	9 950 189	—	247 000	10 197 189	510,78	—	22.
22 317	2 105	—	—	548 140	29,66	89,89	609 769	33,00	3 638 439	—	40 000	3 678 439	199,09	—	23.
40 619	2 268	—	—	485 135	32,68	92,71	523 289	35,25	3 406 910	—	700 000	4 106 910	276,65	—	24.
61 877	1 332	—	—	496 463	35,68	91,75	541 132	38,89	9 010 740	—	1 947 429	10 958 169	787,56	—	25.
37 038	758	—	—	406 943	31,47	89,71	453 625	35,08	1 890 035	—	—	1 890 035	146,15	—	26.
39 800	795	—	—	531 194	48,72	87,10	609 842	55,93	9 144 624	—	1 193 089	10 337 713	948,15	—	27.
58 160	381	—	—	447 072	44,32	94,17	474 762	47,07	2 334 997	—	232 892	2 567 889	254,57	—	28.
23 010	695	—	—	650 163	65,75	90,01	722 354	73,05	4 105 432	—	—	4 105 432	415,19	—	29.
136 512	585	—	—	687 944	74,16	90,52	760 017	81,93	5 996 334	—	—	5 996 334	646,44	—	30.
6 679	961	—	—	192 613	27,48	86,11	223 680	31,91	3 851 061	—	64 710	3 915 771	558,68	—	31.
43 292	914	—	—	325 282	47,77	76,16	427 111	62,72	4 492 393	—	28 200	4 520 593	663,82	—	32.
37 002	839	—	—	258 277	41,33	92,76	278 447	44,56	1 664 128	—	161 995	1 826 123	292,23	—	33.
14 821	—	—	—	1 003 319	163,09	87,85	1 142 017	185,63	2 721 402	—	—	2 721 402	442,36	—	34.
4 822	756	—	—	111 960	20,95	79,24	141 287	26,44	336 176	—	—	336 176	62,91	—	35.
7 451	—	—	—	171 649	33,82	90,55	189 559	37,34	555 299	—	—	555 299	109,46	100 000	36.
7 516	654	—	—	125 989	25,55	92,58	136 087	27,59	1 054 821	—	1 640	1 056 461	214,21	—	37.
22 193	630	—	—	180 955	37,40	86,31	209 660	43,33	566 603	—	—	566 603	117,09	—	38.
5 267	—	—	—	134 552	30,24	92,93	144 763	32,54	399 600	—	—	399 600	89,82	34 700	39.
5 605	450	—	—	150 510	36,15	87,00	173 004	41,55	1 132 000	—	—	1 132 000	271,85	—	40.
22 741	325	—	—	179 173	45,03	96,12	186 412	46,85	1 524 869	—	—	1 524 869	383,23	—	41.
4 136	447	—	—	116 806	30,69	74,61	156 553	41,13	1 004 763	—	134 550	1 139 313	299,35	90 000	42.
6 909	422	—	—	434 854	118,36	89,48	485 999	132,28	867 729	—	—	867 729	236,18	—	43.
10 923	247	—	—	144 805	43,17	84,93	170 502	50,84	436 954	—	—	436 954	130,28	—	44.
4 060	450	—	—	94 389	32,53	85,45	110 456	38,06	346 253	—	15 000	361 253	124,48	4 994	45.
3 094	385	—	—	95 007	37,24	90,55	104 927	41,13	146 158	—	—	146 158	57,29	—	46.
2 274	—	—	—	121 374	66,14	78,45	154 720	84,32	200 000	—	—	200 000	108,99	—	47.
3 742	528	—	—	86 670	52,75	81,47	106 378	64,75	1 010 488	—	18 000	1 028 488	625,98	12 184	48.
2 551	266	—	—	45 169	27,56	86,97	51 936	31,69	697 317	—	37 500	734 817	448,33	—	49.
660	—	—	—	22 144	13,56	99,13	22 339	13,68	26 905	—	—	26 905	16,48	—	50.
6 805	185	—	—	81 397	57,57	93,30	87 243	61,70	814 657	—	—	814 657	576,14	—	51.
1 038	180	—	—	21 446	19,53	75,79	28 297	25,77	156 570	—	—	156 570	142,60	—	52.
8 010	147	—	—	128 060	126,04	89,97	142 336	140,09	1 765 284	—	40 000	1 805 284	1776,85	15 000	53.
553	77	—	—	19 760	21,29	93,86	21 052	22,69	37 608	—	—	37 608	40,53	—	54.
264	75	—	—	14 934	18,37	77,94	19 162	23,57	34 480	—	—	34 480	42,41	—	55.
354	68	—	—	13 502	17,29	83,98	16 078	20,59	29 205	—	—	29 205	37,39	—	56.
390	90	—	—	21 135	27,85	81,81	25 833	34,04	—	—	—	—	—	45 000	57.
708	117	—	—	12 687	17,17	99,22	12 787	17,30	24 255	—	—	24 255	32,82	—	58.
278	50	—	—	8 202	12,30	71,17	11 524	17,28	90 014	—	—	90 014	134,95	—	59.
572	100	—	—	19 321	29,23	86,62	22 306	33,75	86 772	—	—	86 772	131,27	—	60.
256	75	—	—	5 600	12,04	91,89	6 094	13,11	—	—	—	—	—	—	61.
59	63	—	—	5 449	16,12	93,74	5 813	17,20</							

Die direkten und indirekten Gemeindesteuern sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

(Tab. 4.)	Das berichtigte Soll der direkten und indirekten Gemeindesteuern betrug							Das auf 1 Einwohner entfallende Soll der direkten und indirekten Gemeindesteuern betrug						
Staat.														
Provinzen.	1910	1911	1912	1913	1911 mehr (+) oder weniger (-) als 1910	1912 mehr (+) oder weniger (-) als 1911	1913 mehr (+) oder weniger (-) als 1912	1910	1911	1912	1913	1911 mehr (+) oder weniger (-) als 1910	1912 mehr (+) oder weniger (-) als 1911	1913 mehr (+) oder weniger (-) als 1912
	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	%	%	%	M.	M.	M.	M.	%	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A. Staat.														
I. Berlin	94,00	100,23	97,59	101,70	+ 6,63	— 2,64	+ 4,21	46,26	49,29	48,16	50,56	+ 6,55	— 2,29	+ 4,98
Städte mit mehr als														
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	178,33	187,35	197,45	205,54	+ 5,06	+ 5,39	+ 4,10	40,81	41,76	42,90	44,19	+ 2,33	+ 2,73	+ 3,01
III. 100 000 bis 200 000 Einw. .	98,67	104,75	113,36	116,53	+ 6,17	+ 8,22	+ 2,80	39,86	39,70	40,04	40,46	— 0,40	+ 0,86	+ 1,05
IV. 50 000 „ 100 000 „ .	69,26	69,47	72,26	80,11	+ 0,30	+ 4,01	+ 10,86	31,64	32,55	34,47	36,09	+ 2,88	+ 5,90	+ 4,70
V. 25 000 „ 50 000 „ .	52,79	55,78	63,27	67,63	+ 5,66	+ 13,43	+ 6,89	27,77	28,82	29,94	30,97	+ 3,78	+ 3,89	+ 3,44
VI. 10 000 „ 25 000 „ .	60,55	65,61	67,52	69,96	+ 8,41	+ 2,86	+ 3,62	24,77	25,99	26,91	27,96	+ 4,93	+ 3,54	+ 3,90
VII. 7 000 „ 10 000 „ .	15,18	15,84	16,49	16,81	+ 4,34	+ 4,11	+ 1,93	19,38	20,43	21,73	21,78	+ 5,42	+ 6,36	+ 0,23
VIII. 5 000 „ 7 000 „ .	13,92	14,55	14,62	15,50	+ 4,50	+ 0,50	+ 6,01	18,41	19,12	19,92	20,47	+ 3,86	+ 4,18	+ 2,76
IX. 3 000 „ 5 000 „ .	16,86	17,35	18,55	18,65	+ 2,96	+ 6,90	+ 0,56	17,58	18,11	18,91	19,83	+ 3,01	+ 4,42	+ 4,87
X. 2 000 „ 3 000 „ .	8,95	9,44	9,81	10,56	+ 5,47	+ 4,22	+ 7,29	14,85	15,92	16,78	17,62	+ 7,21	+ 5,40	+ 5,01
XI. nicht mehr als 2 000 Einw.	4,83	5,05	5,29	5,61	+ 4,74	+ 4,70	+ 5,95	11,93	12,64	13,32	13,93	+ 5,51	+ 5,38	+ 4,58
I. bis XI. Sämtliche Städte	613,34	645,46	676,24	708,59	+ 5,24	+ 4,77	+ 4,78	32,43	33,55	34,44	35,57	+ 3,45	+ 2,65	+ 3,28
XII. Landgem.mit mehr als 10 000 E.	59,19	64,66	66,85	73,28	+ 9,24	+ 3,38	+ 9,63	27,64	28,54	29,61	31,17	+ 3,26	+ 3,75	+ 5,27
B. Provinzen (nur Städte).														
I. Ostpreußen	17,02	17,81	19,32	20,46	+ 4,64	+ 8,46	+ 5,89	26,17	26,94	28,62	29,45	+ 2,91	+ 6,24	+ 2,90
II. Westpreußen	13,84	14,69	15,67	16,54	+ 6,11	+ 6,69	+ 5,52	23,43	24,52	25,64	26,09	+ 4,65	+ 4,57	+ 1,76
III. Brandenburg (ohne Berlin) .	65,21	67,48	72,46	74,25	+ 3,47	+ 7,98	+ 2,47	32,31	32,44	33,15	33,40	+ 0,40	+ 2,19	+ 0,75
IV. Pommern	17,32	18,18	19,01	20,17	+ 4,96	+ 4,56	+ 6,12	23,59	24,27	24,96	25,99	+ 2,88	+ 2,84	+ 4,13
V. Posen	13,84	14,49	14,98	15,64	+ 8,61	+ 3,42	+ 4,37	18,51	19,77	20,24	20,84	+ 6,81	+ 2,38	+ 2,96
VI. Schlesien	47,63	49,78	51,40	53,44	+ 4,52	+ 3,26	+ 3,96	26,15	27,16	27,79	28,45	+ 3,96	+ 2,32	+ 2,87
VII. Sachsen	42,31	44,56	45,91	47,17	+ 5,32	+ 3,02	+ 2,74	28,01	28,98	29,72	30,18	+ 3,46	+ 2,55	+ 1,55
VIII. Schleswig-Holstein	26,70	28,05	29,70	30,91	+ 5,06	+ 5,90	+ 4,06	34,56	35,40	36,88	37,77	+ 2,43	+ 4,18	+ 2,41
IX. Hannover	32,47	34,27	36,42	38,38	+ 5,54	+ 6,28	+ 5,36	28,02	29,04	30,25	30,92	+ 3,64	+ 4,17	+ 2,21
X. Westfalen	59,03	59,76	63,06	70,59	+ 1,23	+ 8,87	+ 8,51	31,94	31,56	33,88	35,26	— 1,19	+ 5,77	+ 5,63
XI. Hessen-Nassau	45,55	47,05	49,54	51,51	+ 3,29	+ 5,30	+ 3,98	41,14	42,04	43,87	45,13	+ 2,19	+ 4,35	+ 2,87
XII. Rheinprovinz	138,71	148,89	158,93	167,60	+ 7,34	+ 6,74	+ 5,45	35,20	37,01	38,36	40,14	+ 5,23	+ 3,56	+ 4,64
XIII. Hohenzollernsche Lande . .	0,21	0,23	0,24	0,26	+ 9,21	+ 7,40	+ 4,99	20,19	21,70	23,18	24,28	+ 7,48	+ 6,82	+ 4,75

Das Aufkommen an Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913 belief sich bei 118 von den bei der Erhebung berücksichtigten 1 386 Gemeinden auf mindestens 1 Million M. Zu dieser Gruppe gehörten 90 Stadtkreise (von 110), 4 kreisangehörige Städte und 24 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Die Stadtkreise der Provinzen Westpreußen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz waren vollzählig, die Stadtkreise Brandenburgs, einschließlich Berlins, bis auf einen (Eberswalde), die Schlesiens und Sachsens mit je 8, die hannoverschen mit 6, die ostpreussischen und posenschen mit je 2 und die pommerschen mit 1 Stadtkreise vertreten. Die vier kreisangehörigen Städte dieser Gruppe waren Siegen, Höchst a./M., Sterkrade und Düren, also Gemeinden, die, mit Ausnahme von Höchst a./M., hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl noch manchen Stadtkreis übertrafen. Schließlich gehörten zu dieser Gruppe mit den höchsten Steuerbeträgen noch 11 große Landgemeinden bei Berlin sowie 1 hannoversche und 1 bzw. 5 und 6 Landgemeinden aus den Industriebezirken Schlesiens, Westfalens und der Rheinprovinz. Bei 12 von den 15 Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern betrug das Steuersoll noch über 10 Mill. M., und bei den vier größten noch über 20 Mill. M., nämlich 101,70 Mill. in Berlin, desgleichen 27,81 bzw. 25,67 und 20,76 Mill. M. in Frankfurt a./M., Köln und Breslau. Die Großstädte Stettin und Kiel überschritten mit ihrem Steuerertrage auch schon die neunte Million, und nur Neukölln blieb mit 6,29 Mill. M. recht beträchtlich hinter dem Soll der übrigen Großstädte mit über 200 000 Einwohnern zurück. Bei den meisten Gemeinden, deren Steuersoll den Betrag von 1 Mill. M. erreichte oder überschritt, betrug die steuerliche Belastung auf den Kopf der

Bevölkerung mindestens 30 M. Von 13 Stadtkreisen und 5 großen Landgemeinden mit einem so hohen Steuersoll wurde ein Kopfbetrag von 30 M. noch nicht erreicht, und zwar handelte es sich um die folgenden Gemeinden: Elbing (28,20), Thorn (22,57), Graudenz (24,63), Neukölln (23,39), Berlin-Lichtenberg (23,28), Landsberg a. W. (25,18), Guben (25,84), Königshütte O. S. (28,53), Liegnitz (24,83), Ratibor (29,47), Mühlhausen i. Th. (28,40), Linden vor Hannover (28,68), Osnabrück (28,77 M.), ferner Zabrze im Kreise Zabrze (26,21), Gladbeck (29,66), Bottrop (27,64), Recklinghausen (26,94) im Landkreise Recklinghausen, endlich Wanne (26,49 M.) im Landkreise Gelsenkirchen. Umgekehrt waren auch die Fälle nicht selten, in denen bei einem geringeren Steuersoll als 1 Mill. M. ein Kopfbetrag von 30 M. erreicht oder übertroffen wurde. Im ganzen waren 253 Gemeinden (18,25 %) vorhanden, deren gesamtes Gemeindesteuersoll im Rechnungsjahre 1913 30 M. oder mehr auf den Kopf betrug; hiervon waren 81 Stadtkreise (73,64 %), 128 kreisangehörige Städte (10,96 %) und 44 große Landgemeinden (40,74 % ihrer Gesamtheit). Die Stadtkreise der Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz waren in dieser Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden wieder vollzählig vertreten. Von den westpreussischen und pommerschen Stadtkreisen gehörten nur je einer, von den ostpreussischen und posenschen je zwei zu dieser Gruppe, nämlich Danzig, Stettin, Königsberg i. Pr., Tilsit, Posen und Bromberg. Von den 14 brandenburgischen Stadtkreisen, ausschließlich Berlins, fehlten nur Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Landsberg a. W. und Guben. Die Provinz Schlesien war dagegen nur mit 5 von ihren 12 Stadtkreisen vertreten, nämlich mit Breslau, Görlitz, Gleiwitz, Beuthen O./S. und Kattowitz. Desgleichen

gehörten von den 12 sächsischen und 10 hannoverschen Stadtkreisen nur 8 bzw. 7 dieser Gruppe an, während hier Mühlhausen i. Th., Weißenfels, Stendal und Eisleben einerseits, Linden vor Hannover, Osnabrück und Celle andererseits fehlten. Von den kreisangehörigen Städten mit Kopfbeträgen in dieser Höhe lieferte die Rheinprovinz 36, Westfalen 21, Hessen-Nassau 17, Schleswig-Holstein und Hannover je 16, während sich die übrigen 22 Städte auf die anderen Provinzen, mit Ausnahme von Posen, verteilten. Von den ebenfalls zu dieser Gruppe gehörigen großen Landgemeinden entfielen auf Brandenburg allein 20, das waren sämtliche Landgemeinden dieser Provinz mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 10 000; ferner war die Rheinprovinz mit 15, Westfalen mit 6, Schlesien mit 2 und Hannover mit 1 großen Landgemeinde vertreten. Während bei 180 Gemeinden der Kopfbetrag ihrer Gemeindesteuern zwischen 30 und 39,99 \mathcal{M} schwankte, betrug er bei 55 zwischen 40 und 50 \mathcal{M} und bei 18 Gemeinden noch über 50 \mathcal{M} . Von den Gemeinden mit Kopfbeträgen zwischen 40 und 50 \mathcal{M} waren 30 Stadtkreise, 16 kreisangehörige Städte und 9 große Landgemeinden. Von den Stadtkreisen gehörten 14 der Rheinprovinz an, das waren zwei Drittel ihrer Stadtkreise überhaupt. Von den übrigen Provinzen waren Westfalen mit 4 Stadtkreisen, desgleichen Schleswig-Holstein mit 3, Brandenburg, Sachsen und Hannover mit je 2, Ostpreußen, Schlesien und Hessen-Nassau mit je 1 beteiligt. Die kreisangehörigen Städte dieser Gruppe waren vorwiegend Fabrik- und Industriestädte oder Kurorte; es handelt sich um die Städte Teltow, Staßfurt, Elmshorn, Siegen, Bünde, Freudenberg, Biebrich, Düren, Stolberg, Wetzlar, Langenberg, Königswinter, Burg a./Wupper sowie um die Bäder Oeynhausen, Homburg v. d. H. und Ems. Die zu der Gruppe gehörigen großen Landgemeinden waren die Berliner Vororte B.-Lichterfelde, B.-Treptow, B.-Friedrichsfelde, B.-Mariendorf und B.-Niederschöneweide, ferner Dahlhausen im Kreise Hattingen, Benrath im Landkreise Düsseldorf, Vohwinkel im Kreise Mettmann und Godesberg im Landkreise Bonn. Zu den Gemeinden mit einem Steuerbetrage von mehr als 50 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung gehörten 5 Stadtkreise, 6 kreisangehörige Städte und 7 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Bei den kleineren Gemeinden handelte es sich hier auch wieder um Fabrik- oder Kurorte. Von den Stadtkreisen wies Frankfurt a./M. mit 59,97 \mathcal{M} den höchsten Kopfbetrag auf; es folgten mit 57,06, 54,13, 51,72, 50,56 \mathcal{M} Berlin-Wilmersdorf bzw. Charlottenburg, Wiesbaden und Berlin. Von den kleineren Fabrikstädten standen Höchst a./M. und Bleicherode im Kreise Grafschaft Hohenstein mit einem Steuerbetrage von 65,12 bzw. 54,01 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung an der Spitze, desgleichen von den Bade- und Kurorten Königstein a. Taunus mit 74,79 \mathcal{M} , alsdann Flecken Wyk und Westerland im Kreise Tondern mit 57,23 bzw. 52,23 \mathcal{M} , endlich Kronberg im Obertaunuskreise mit 50,62 \mathcal{M} . Von den großen Landgemeinden wies Zehlendorf mit 84,70 \mathcal{M} den höchsten Steuerbetrag auf den Kopf der Bevölkerung auf; er wurde auch von keiner Stadtgemeinde nur annähernd erreicht. Von den übrigen Vorortgemeinden Berlins zeichneten sich ebenfalls durch ihre hohen Kopfbeträge noch Berl.-Oberschöneweide (55,67), Berlin-Lankwitz (55,93) und Berlin-Tegel (54,68 \mathcal{M}) aus; von den großen Landgemeinden der übrigen Provinzen erreichten nur drei entsprechend hohe Beträge, nämlich Neunkirchen im Kreise Ottweiler 50,08 \mathcal{M} , Wiesdorf im Landkreise Solingen 59,37 \mathcal{M} und Völklingen im Landkreise Saarbrücken 62,14 \mathcal{M} .

Bei 114 Gemeinden betrug das berichtete Soll sämtlicher Gemeindesteuern mindestens eine halbe, aber weniger als 1 Mill. \mathcal{M} . Zu dieser Gruppe gehörten 20 Stadtkreise, 68 kreisangehörige Städte und 26 große Landgemeinden. Die Provinzen Pommern, Schlesien, Sachsen und Hannover waren

mit je 4 Stadtkreisen, Ostpreußen mit 2, Brandenburg und Posen mit je 1 Stadtkreise vertreten. Von den kreisangehörigen Städten dieser Gruppe entfielen 17 bzw. 15 auf die Rheinprovinz und Westfalen, desgl. auf Brandenburg und Sachsen je 6, auf Schlesien und Hannover je 5, auf Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau je 4, auf Westpreußen und Pommern je 2, auf Ostpreußen und Posen je 1. Von den großen Landgemeinden gehörten je 8 zu Westfalen und zur Rheinprovinz, 7 zu Brandenburg und 3 zu Schlesien. Bei 62 von den zu dieser Gruppe gehörigen Gemeinden betrug das auf 1 Einwohner entfallende Steuersoll 30 \mathcal{M} oder mehr; sie zählen also zur Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden, von denen vorher die Rede war. Bei 24 Gemeinden mit einem Steuersoll zwischen einer halben und einer vollen Million \mathcal{M} betrug die auf 1 Einwohner entfallende Belastung zwischen 27 und 29,99 \mathcal{M} . Hierzu gehörten die Stadtkreise Eberswalde, Weißenfels und Stendal, ferner folgende kreisangehörige Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 10 000 Einwohnern: Memel, Cöpenick, Luckenwalde, Fürstenwalde, Kolberg, Glogau, Naumburg a. S., Wittenberg, Wernigerode, Rendsburg, Goslar, Paderborn, Wattenscheid, Fulda, Odenkirchen und Cleve, endlich die großen Landgemeinden Osterfeld, Horst und Datteln im Landkreise Recklinghausen, Werne im Landkreise Bochum und Dudweiler im Landkreise Saarbrücken. Bei 11 Gemeinden, deren Steuersoll sich ebenfalls zwischen einer halben und einer Million \mathcal{M} bewegte, schwankte der Kopfbetrag zwischen 26 und 27 \mathcal{M} ; es waren dies die Stadtkreise Greifswald, Oppeln, Eisleben und Celle, ferner die mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte Hohensalza, Burg b./M., Merseburg, Bocholt, Gütersloh und Castrop, endlich die Landgemeinde Roßberg im Landkreise Beuthen. Schließlich waren in dieser Gruppe noch 17 Gemeinden vorhanden, deren Steuersoll weniger als 26 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betrug, und zwar handelte es sich um die Stadtkreise Allenstein (18,09), Insterburg (25,60), Stolp (24,70), Stralsund (24,55), Stargard i. Pommern (25,49), Schneidemühl (23,89), Schweidnitz (23,70), Neisse (19,82) und Brieg (19,27 \mathcal{M}), ferner um die kreisangehörigen Städte Prenzlau (22,42), Köslin (21,15), Flecken Lehe (21,94) und Wilhelmshaven (20,11 \mathcal{M}), endlich um die großen Landgemeinden Zaborze (25,25) im Kreise Zabrze, Bismarckhütte (23,33) im Landkreise Beuthen, Eickel (24,42) im Landkreise Gelsenkirchen und Weitmar (24,18 \mathcal{M}) im Landkreise Bochum. Außer den oben namentlich aufgeführten 24 Gemeinden gab es im Rechnungsjahre 1913 noch weitere 65 Gemeinden, deren Steuersoll zwischen 27 und 29,99 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung betrug, desgleichen 30 Gemeinden, bei denen der entsprechende Kopfbetrag zwischen 26 und 27 \mathcal{M} schwankte. Zum Teil überstieg das Steuersoll dieser Gemeinden noch die Summe von einer Million \mathcal{M} , zum Teil erreichte es noch nicht die Hälfte dieses Betrages. Erstere haben wir bereits bei der vorigen Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden kennen gelernt; es handelte sich im ganzen um 6 Stadtkreise und 5 große Landgemeinden. Die übrigen 84 Gemeinden mit einem Steuersoll von weniger als einer halben Million \mathcal{M} setzten sich zusammen aus 21 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, 47 Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern, 4 Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern und 12 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Darunter befanden sich wieder zahlreiche Fabrik- und Industrieorte sowie auch einige Kurorte. Die kleinsten Gemeinden dieser Gruppe waren die Städte Garding im Kreise Eiderstedt, Krempe im Kreise Steinburg, Stolzenau im gleichnamigen Kreise und Schleiden. Die Provinz Schleswig-Holstein war an dieser Gruppe mit 15 Städten, die Rheinprovinz mit 14 Städten und 2 großen Landgemeinden, Hannover mit 12 Städten und 1 großen Landgemeinde, Westfalen desgleichen mit 7 bzw. 4 und Sachsen mit 9 Städten und 1 Landgemeinde beteiligt. Ferner gehörten hierzu noch 6 Städte und 1 Landgemeinde der Provinz

Hessen-Nassau, desgleichen 4 Städte und 3 Landgemeinden Schlesiens, endlich 4 brandenburgische und 1 westpreußische Stadt.

Fassen wir das Ergebnis für die beiden Gruppen der höchst belasteten Gemeinden nochmals zusammen, so erhalten wir folgendes Bild:

Mehr als 26 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betragen im Rechnungsjahre 1913 die Gemeindesteuern

in	Stadt- kreisen		sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000—10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	2	50,00	1	16,67	1	2,08	—	—	4	5,97	—	—	4	5,97
Westpreußen	2	50,00	4	40,00	2	5,41	—	—	8	14,04	—	—	8	13,56
Brandenburg (einschl. Berlins)	11	73,33	8	61,54	6	7,14	—	—	25	17,48	20	100,00	45	27,61
Pommern	2	40,00	2	20,00	—	—	—	—	4	5,48	—	—	4	5,48
Posen	2	66,67	1	16,67	—	—	—	—	3	2,33	—	—	3	2,33
Schlesien	8	66,67	8	34,78	1	1,27	—	—	17	11,33	7	26,92	24	13,64
Sachsen	12	100,00	12	63,16	5	6,49	—	—	29	20,42	1	100,00	30	20,98
Schleswig-Holstein	5	100,00	6	85,71	22	66,67	4	36,36	37	66,07	—	—	37	66,07
Hannover	10	100,00	8	72,73	18	31,58	3	8,57	39	34,51	2	100,00	41	35,65
Westfalen	15	100,00	22	88,00	10	17,86	1	7,69	48	44,04	18	66,67	66	48,53
Hessen-Nassau	4	100,00	8	100,00	14	26,92	2	5,13	28	27,18	1	100,00	29	27,88
der Rheinprovinz	21	100,00	30	68,18	18	31,58	4	33,33	73	54,48	18	62,07	91	55,83
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
den Provinzen zusammen	94	85,45	110	60,44	98	14,00	14	4,90	316	24,73	67	62,04	383	27,63.

Abgesehen von den Hohenzollernschen Landen gehörten also in der Rheinprovinz und in Schleswig-Holstein über die Hälfte sämtlicher Gemeinden der Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden an, und in Westfalen war dies auch schon bei 48,53 % der Fall. In starkem Gegensatz hierzu standen die Verhältnisse in Ostpreußen, Pommern und Posen, wo noch nicht 6 v. H. der Gemeinden in der Gruppe mit Kopfbeträgen von über 26 \mathcal{M} vertreten waren. Daß die Stadtkreise mit

einem so hohen Prozentsatz an dieser ersten Gruppe beteiligt waren, nimmt nicht wunder. Bemerkenswert ist dagegen der auch verhältnismäßig hohe Anteil der großen Landgemeinden an dieser Gruppe.

In einer zweiten Gruppe vereinigen wir die Gemeinden mit Kopfbeträgen von über 20 bis einschließlich 26 \mathcal{M} . Ihr gehörten 275 oder 19,84 v. H. der bei der Erhebung berücksichtigten Gemeinden an. Sie verteilten sich folgendermaßen:

Mehr als 20 bis einschl. 26 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung betragen im Rechnungsjahre 1913 die Gemeindesteuern

in	Stadtkreisen		sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000—10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	1	25,00	1	16,67	16	33,33	1	11,11	19	28,36	—	—	19	28,36
Westpreußen	2	50,00	3	30,00	7	18,92	—	—	12	21,05	1	50,00	13	22,03
Brandenburg (einschl. Berlins)	4	26,67	5	38,46	24	28,57	2	6,45	35	24,48	—	—	35	21,47
Pommern	3	60,00	4	40,00	9	19,15	—	—	16	21,92	—	—	16	21,92
Posen	1	33,33	1	16,67	9	12,68	—	—	11	8,53	—	—	11	8,53
Schlesien	2	16,67	8	34,78	10	12,66	—	—	20	13,33	8	30,77	28	15,91
Sachsen	—	—	6	31,58	24	31,17	4	11,76	34	23,94	—	—	34	23,78
Schleswig-Holstein	—	—	1	14,29	5	15,15	1	9,09	7	12,50	—	—	7	12,50
Hannover	—	—	3	27,27	18	31,58	5	14,29	26	23,01	—	—	26	22,61
Westfalen	—	—	3	12,00	20	35,71	2	15,38	25	22,94	7	25,93	32	23,33
Hessen-Nassau	—	—	—	—	12	23,08	2	5,13	14	13,59	—	—	14	13,46
der Rheinprovinz	—	—	11	25,00	21	36,84	3	25,00	35	26,12	5	17,24	40	24,54
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	13	11,82	46	25,27	175	25,00	20	6,99	254	19,87	21	19,44	275	19,84.

Danach waren also die ostpreußischen Gemeinden an dieser Gruppe am stärksten beteiligt (28,36 %). Während die Anteile bei 7 weiteren Provinzen zwischen einem Viertel und einem Fünftel schwankten, blieben sie hinter letzterem Satz, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, in Schlesien (15,91), Hessen-Nassau (13,46), Schleswig-Holstein (12,50) und Posen (8,53 %) noch mehr oder weniger erheblich zurück. Während die Stadtkreise nur in den östlichen Provinzen vereinzelt vertreten waren, gehörten die übrigen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie die mit über 2 000 bis 10 000 Einwohnern mit rund je einem Viertel ihrer Gesamt-

zahl dieser Gruppe an. Die in Betracht kommenden Stadtkreise waren folgende: Insterburg (25,60), Thorn (22,57), Graudenz (24,63), Neukölln (23,39), B.-Lichtenberg (23,28), Landsberg a. W. (25,15), Guben (25,84), Stolp (24,70), Stralsund (24,55), Stargard i. Pommern (25,49), Schneidemühl (23,89), Liegnitz (24,83) und Schweidnitz (23,70 \mathcal{M}). Bei den ebenfalls dieser Gruppe angehörigen Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern handelt es sich um folgende Gemeinden: Gilgenburg, Kr. Osterode i. Ostpr. (21,35), Golßen, Kreis Luckau (23,55), Rhinow, Kr. Westhavelland (20,41), Brehna, Kr. Bitterfeld (20,14), Kalbe a./Milde, Kr. Salzwedel (21,22),

Prettin, Kr. Torgau (22,35), Stößen, Kr. Weißenfels (20,12), Lügumkloster, Kr. Tondern (20,69), Otterndorf, Kr. Hadeln (22,22), Flecken Horneburg, Kr. Stade (25,17), Dannenberg im gleichnamigen Kreise (24,33), Pattensen, Kr. Springe (21,07), Flecken Vilsen, Kr. Hoya (20,12), Anholt, Kr. Borken (20,40), Borgholzhausen, Kr. Halle i./W. (24,80), Karlshafen, Kr. Hofgeismar (22,93), Sankt Goarshausen im gleichnamigen Kreise (22,73),

Braunfels, Kr. Wetzlar (21,14), Sankt Goar im gleichnamigen Kreise (20,52) und Stromberg, Kr. Kreuznach (24,59 *M*).

Zu einer dritten Gruppe zählen wir 335 Gemeinden, deren gesamte Gemeindesteuern über 15 bis einschließlich 20 *M* auf 1 Einwohner betrugen. Ihre Verteilung auf die Provinzen war folgende:

Über 15 bis einschl. 20 *M* auf den Kopf der Bevölkerung betrugen im Rechnungsjahre 1913 die Gemeindesteuern

b e i

in	Stadtkreisen		sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000—10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	1	25,00	4	66,67	15	31,25	5	55,56	25	37,31	—	—	25	37,31
Westpreußen	—	—	2	20,00	19	51,35	1	16,67	22	38,60	—	—	22	37,29
Brandenburg (einschl. Berlins)	—	—	—	—	30	35,71	10	32,26	40	27,97	—	—	40	24,54
Pommern	—	—	3	30,00	20	42,55	3	27,27	26	35,62	—	—	26	35,62
Posen	—	—	1	16,67	23	32,39	2	4,08	26	20,16	—	—	26	20,16
Schlesien	2	16,67	5	21,74	36	45,57	5	13,89	48	32,00	4	15,38	52	29,55
Sachsen	—	—	1	5,26	23	29,87	9	26,47	33	23,24	—	—	33	23,08
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	6	18,18	5	45,45	11	19,64	—	—	11	19,64
Hannover	—	—	—	—	18	31,58	13	37,14	31	27,43	—	—	31	26,96
Westfalen	—	—	—	—	16	28,57	2	15,38	18	16,51	2	7,41	20	14,71
Hessen-Nassau	—	—	—	—	15	28,85	8	20,51	23	22,33	—	—	23	22,12
der Rheinprovinz	—	—	3	6,82	13	22,81	4	33,33	20	14,93	5	17,24	25	15,34
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
den Provinzen zusammen	3	2,73	19	10,44	235	33,57	67	23,43	324	25,35	11	10,19	335	24,17.

In dieser Gruppe waren die Gemeinden der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern verhältnismäßig am stärksten vertreten, wenn man von den Hohenzollernschen Landen absieht. Ihren Anteilen von rund 37, 37 und 36 v. H. ihrer Gesamtheit standen in Westfalen und der Rheinprovinz nur je 15 v. H. der bei der Erhebung berücksichtigten Stadt- und Landgemeinden gegenüber. Zu dieser Gruppe gehörten auch ein ostpreußischer und zwei schlesische Stadtkreise, nämlich Allenstein (18,09), Neisse (19,82) und Brieg (19,27 *M*). Während die kreisangehörigen Städte mit mehr als 10 000 Ein-

wohnern nur mit dem zehnten Teil ihres Bestandes in dieser Gruppe vertreten waren, machte der entsprechende Anteil bei den Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern 33,57 % aus; und bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern blieb er nicht allzuviel hinter einem Viertel ihrer Gesamtzahl zurück.

In einer vierten Gruppe vereinigen wir 267 Gemeinden, deren gesamte Gemeindesteuern über 10 bis einschließlich 15 *M* auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten. Ihre Verteilung auf die einzelnen Landesteile zeigt die folgende Übersicht:

Über 10 bis einschl. 15 *M* auf den Kopf der Bevölkerung betrugen im Rechnungsjahre 1913 die Gemeindesteuern

b e i

in	Stadt-kreisen	sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000—10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
		überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	—	—	—	14	29,17	3	33,33	17	25,37	—	—	17	25,37
Westpreußen	—	1	10,00	8	21,62	2	33,33	11	19,30	1	50,00	12	20,94
Brandenburg (einschl. Berlins)	—	—	—	17	20,24	12	38,71	29	20,28	—	—	29	17,79
Pommern	—	1	10,00	16	34,04	4	36,36	21	28,77	—	—	21	28,77
Posen	—	3	50,00	27	38,03	13	26,53	43	33,33	—	—	43	33,33
Schlesien	—	2	8,70	26	32,91	22	61,11	50	33,33	5	19,23	55	31,25
Sachsen	—	—	—	20	25,97	17	50,00	37	26,06	—	—	37	25,87
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	1	9,09	1	1,79	—	—	1	1,79
Hannover	—	—	—	3	5,26	11	31,43	14	12,39	—	—	14	12,17
Westfalen	—	—	—	8	14,29	3	23,08	11	10,09	—	—	11	8,09
Hessen-Nassau	—	—	—	6	11,54	15	38,46	21	20,39	—	—	21	20,19
der Rheinprovinz	—	—	—	4	7,02	1	8,33	5	3,73	1	3,45	6	3,68
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	—	7	3,85	149	21,29	104	36,36	260	20,34	7	6,48	267	19,26.

In dieser Gruppe waren nur 14 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern vertreten, und zwar handelt es sich um die folgenden Städte bzw. Landgemeinden: Neustadt i. Westpr. (13,32), Ohra im Kreise Danziger Höhe (10,32), Gollnow (12,36), Gnesen (13,35), Ostrowo (13,94), Krotoschin (12,56), Jauer (14,73), Ohlau (14,75), Schwientochlowitz im Landkreise Beuthen (12,77), Altwasser im Kreise Waldenburg (14,52), Mikultschütz im Kreise

Tarnowitz (13,42), Ruda (14,22) und Biskupitz (13,93) im Kreise Zabrze, endlich Neuwerk im Kreise Gladbach (10,63 *M*).

In einer fünften und letzten Gruppe sind die Gemeinden zusammengefaßt worden, deren gesamtes Steuersoll nicht mehr als 10 *M* auf 1 Einwohner betrug. Es handelt sich um 126 Gemeinden, die sich folgendermaßen auf die Provinzen verteilen:

Nicht mehr als 10 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung betragen im Rechnungsjahre 1913 die Gemeindesteuern bei

in	Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	2	4,17	—	—	2	2,99	—	—	2	2,99
Westpreußen . . .	1	2,70	3	50,00	4	7,02	—	—	4	6,78
Brandenburg (einschl. Berlins)	7	8,33	7	22,58	14	9,79	—	—	14	8,59
Pommern	2	4,26	4	36,36	6	8,22	—	—	6	8,22
Posen	12	16,90	34	69,39	46	35,66	—	—	46	35,66
Schlesien	6	7,59	9	25,00	15	10,00	2	7,69	17	9,66
Sachsen	5	6,49	4	11,76	9	6,34	—	—	9	6,29
Schleswig-Holst. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	3	8,57	3	2,65	—	—	3	2,61
Westfalen	2	3,57	5	38,46	7	6,42	—	—	7	5,15
Hessen-Nassau . .	5	9,62	12	30,77	17	16,50	—	—	17	16,35
der Rheinprovinz	1	1,75	—	—	1	0,75	—	—	1	0,61
d. Hohenz. Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
d. Provinzen zus.	43	6,14	81	28,82	124	9,70	2	1,85	126	9,09.

Während die Städte Schleswig-Holsteins und der Hohenzollernschen Lande in dieser Gruppe der durch Gemeindesteuern am wenigsten belasteten Gemeinden gar nicht, und die Städte und Landgemeinden der meisten übrigen Landesteile auch nur recht spärlich vertreten waren, fällt die Beteiligung in Schlesien und Hessen-Nassau immerhin etwas mehr ins Gewicht, während sie in der Provinz Posen schon als beträchtlich bezeichnet werden kann. Es waren hier nicht weniger als 34 Kleinstädte mit noch nicht 2 000 Einwohnern und 12 etwas größere Städte vorhanden, deren Gemeindesteuern noch nicht 10 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten. Daß sich gerade in dieser Provinz die Kleinstädte einer so verhältnismäßig günstigen steuerlichen Belastung erfreuen, findet seinen Grund darin, daß hier, im Gegensatz zu den übrigen Provinzen, die Schullasten nicht von den politischen Gemeinden, sondern von besonderen Schulgesellschaften getragen werden.

Während bei 110 der zu dieser Gruppe gehörigen Gemeinden der Kopfbetrag ihrer Gemeindesteuern zwischen 10 und 5 \mathcal{M} schwankte, erreichten 16 Städte letzteren Betrag noch nicht. In Neuwarp, Kr. Ueckermünde, betrug er 4,11 \mathcal{M} . In den posenschen Städten Powitz, Kreis Witkowo, Pogorzela, Kreis Koschmin, Dolzig, Kreis Schrimm, Betsche, Kreis Meseritz, Jutroschin, Kreis Rawitsch, und Netzwalde, Kreis Schubin, stellten sich die betreffenden Kopfbeträge auf 4,78 bzw. 4,72, 4,32, 4,29, 4,26 und 4,12 \mathcal{M} , desgleichen in Hallenberg und Winterberg im Kreise Brilon auf 4,92 bzw. 4,81 \mathcal{M} ., ebenso in Salmünster im Kreise Schlüchtern und in Schwarzenborn, Kreis Ziegenhain, auf 4,13 bzw. 3,98 \mathcal{M} . Die niedrigsten Kopfbeträge wiesen mit 1,49, 0,71 und 0,04 \mathcal{M} Naumburg i. Hessen, Kreis Wolfhagen, Niedenstein, Kreis Fritzlar, sowie Sulmirschütz, Kreis Adelnau, auf. Schließlich waren zwei Städte vorhanden, die im Berichtsjahre noch ohne Gemeindesteuern ausgekommen sind; dies waren Usedom im Kreise Usedom-Wollin und Mixstadt im Kreise Schildberg. Von den in der Gruppe der wenigst belasteten Gemeinden vertretenen Städten mit mehr als 2 000 Einwohnern entfielen die folgenden 12 auf die Provinz Posen: Koschmin, Kotschin, Zirke, Sulmirschütz, Neustadt b. Pinne, Kurnik, Kröben, Tirschtiegel, Kobylin, Borek, Rakwitz und Budsin. Von den übrigen Landesteilen waren vertreten die Provinz Brandenburg mit folgenden Städten mit über 2 000 Einwohnern: Drossen, Sonnenburg, Müncheberg, Bärwalde (Nm.), Reetz, Neuwedell und Teupitz, desgleichen die Provinz Schlesien mit Schmiedeberg i. Schl., Hultschin, Guttentag, Wünschelburg, Wittichenau und Georgenberg, die Provinz Sachsen mit Gräfenhainichen, Belgern, Kemberg, Jerichow und Ranis, die Provinz Hessen-Nassau mit Bad Orb, Wolfhagen, Steinau, Kr. Schlüchtern, Gudensberg und Neustadt

a./Main-Weserbahn. Die Provinzen Ostpreußen, Pommern und Westfalen lieferten nur je 2 Städte, Westpreußen und die Rheinprovinz nur je eine zu dieser Gruppe; dies waren Seeburg im Kreise Rössel, Passenheim im Kreise Ortelsburg, Hammerstein im Kreise Schlochau, Nörenberg im Kreise Saatzig, Ratzebuhr im Kreise Neustettin, Brilon im gleichnamigen Kreise, Rütthen im Kreise Lippstadt, endlich Xanten im Kreise Mürs. Die einzigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die dieser Gruppe angehörten, waren die schlesischen Landgemeinden Bielschowitz (7,57) im Kreise Zabrze und Radzionkau (7,83 \mathcal{M}) im Kreise Tarnowitz.

Fassen wir schließlich die Hauptergebnisse unserer Auszählungen über die Kopfbeträge an Gemeindesteuern nochmals zusammen, so ergibt sich die folgende Verteilung:

Die Gemeindesteuern betragen im Rechnungsjahre 1913 auf 1 Einw.

bei	mehr als 26 \mathcal{M}		mehr als 20 bis einschl. 26 \mathcal{M}		mehr als 15 bis einschl. 20 \mathcal{M}		mehr als 10 bis einschl. 15 \mathcal{M}		nicht mehr als 10 \mathcal{M}	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Stadtkreisen	94	85,45	13	11,82	3	2,73	—	—	—	—
sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Ew.	110	60,44	46	25,27	19	10,44	7	3,85	—	—
Städten m. mehr a. 2000 bis 10 000 Einw. . .	98	14,00	175	25,00	235	33,57	149	21,29	43	6,11
St. m. nicht m. a. 2000 E.	14	4,90	20	6,99	67	23,43	104	36,86	81	28,32
sämtlichen Städten . .	316	24,73	254	19,87	324	25,35	260	20,34	124	9,70
Landgemeinden mit mehr als 10 000 Ew.	67	62,04	21	19,44	11	10,19	7	6,48	2	1,85
sämtl. Städten und großen Landgem. . .	383	27,63	275	19,81	335	24,17	267	19,26	126	9,09.

In der auf den Seiten 142/43 abgedruckten Tabelle 3 sind die Steuern und Schulden von 64 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1913 nachgewiesen; darunter befinden sich 36 Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern. Bei 16 von diesen machte das Soll ihrer gesamten Gemeindesteuern mindestens 40 \mathcal{M} und bei 10 davon noch über 50 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung aus. Dies waren die Landgemeinden B.-Hohenschönhausen (62,72), Heiligensee (64,75), B.-Wittenau (81,93) und B.-Heinersdorf (140,09 \mathcal{M}) im Kreise Niederbarnim, desgleichen Grünau (50,84), Rudow (61,70), B.-Schmargendorf (73,05), Nikolassee (84,32), Wannsee (132,28) und B.-Grunewald (185,63 \mathcal{M}) im Kreise Teltow. Die 2 zuletzt genannten Gemeinden übertrafen noch den entsprechenden Kopfbetrag der Landgemeinde Zehlendorf in Höhe von 84,70 \mathcal{M} , der von keiner anderen preußischen Stadt und größeren Landgemeinde erreicht wurde.

Das gesamte Steuersoll betrug in B.-Grunewald 1,11 Mill. \mathcal{M} , in B.-Wittenau (0,76) und B.-Schmargendorf (0,72 Mill.) auch noch mehr als eine halbe Million, und Wannsee (0,49) sowie B.-Hohenschönhausen (0,43 Mill.) blieben auch nicht allzuviel hinter letzterer Summe zurück. Noch nicht 100 000 \mathcal{M} betrug das Steuersoll bloß bei 15 Landgemeinden, die weniger als 2 000 Einwohner besaßen. 3 Landgemeinden, die diese Einwohnerzahl auch nicht erreichten, übertrafen die Summe von 100 000 \mathcal{M} noch, nämlich Nikolassee (154 720), Heiligensee (106 378) und B.-Heinersdorf (142 336 \mathcal{M}). Das geringste Steuersoll wies von den Gemeinden Groß-Berlins Mehrow im Kreise Niederbarnim mit 848 \mathcal{M} und 9,86 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung auf; die Einwohnerzahl dieser Landgemeinde betrug aber auch nur 86 Köpfe.

Das Gemeindesteuersoll in den 64 Gemeinden Groß-Berlins belief sich auf 179 625 580 \mathcal{M} insgesamt und 46,36 \mathcal{M} auf 1 Einwohner. Von dieser Summe entfielen 17,89 Mill. \mathcal{M} oder 9,96 % auf indirekte, 159,93 Mill. \mathcal{M} oder 89,03 % auf die staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern, der Rest in Höhe von 1,81 Mill. \mathcal{M} oder 1,01 % auf die Wanderlager- und Warenhaussteuer.

2. Die indirekten Gemeindesteuern.

Nach § 13, Abs. 1, K.A.G. vom 14. Juli 1893 sind die Gemeinden zur Erhebung indirekter Gemeindesteuern innerhalb der durch die Reichsgesetze gezogenen Grenzen befugt. Die im § 14 desselben Gesetzes enthaltenen besonderen Bestimmungen über die Verbrauchssteuern sind durch § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 wesentlich eingeschränkt worden. Danach dürfen seit dem 1. April 1910 für Rechnung von Gemeinden usw. Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden. Von den im § 14 K.A.G. zur Gemeindebesteuerung freigestellten Verbrauchsartikeln bleiben demnach lediglich Kartoffeln und Brennstoffe aller Art übrig, nachdem zufolge einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 8. Juni 1911 der Begriff „Fleisch“ auch das Wild und Geflügel mitumfaßt. Durch die §§ 15 und 16 K.A.G. ist den Gemeinden die Befugnis zur Besteuerung von Lustbarkeiten und des Haltens von Hunden erteilt worden.

Vom gesamten Gemeindesteuersoll der preußischen Städte entfielen im Rechnungsjahre 1910 62,66 Mill. *M* oder 10,22 v. H. auf die indirekten Gemeindesteuern. Die entsprechenden Zahlen für 1911, 1912 und 1913 stellten sich auf 60,79 Mill. *M* und 9,42 v. H. bzw. 61,68 Mill. *M* und 9,12 v. H. sowie 62,31 Mill. *M* und 8,79 v. H. Welche Anteile die indirekten Gemeindesteuern am gesamten Gemeindesteuersoll in den vier Beobachtungsjahren bei den Städten der einzelnen Provinzen und Größenklassen ausmachten, ist aus der nebenstehend abgedruckten Tabelle 5 ersichtlich. Da zeigt sich, daß die Anteile im allgemeinen bei den die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern umfassenden Gruppen sowie auch bei den großen Landgemeinden im Zeitraum 1910/12 abgenommen, bei den die kleineren Städte umfassenden Gruppen dagegen zugenommen hatten. Abweichend davon ergibt sich für das Rechnungsjahr 1913 bei sämtlichen Gruppen, mit Ausnahme von Berlin, eine Abnahme des Anteilsatzes. Ferner erhellt aus der Tabelle, daß in sämtlichen Beobachtungsjahren die Höhe der Anteile in den einzelnen Gemeindegruppen keine allzu bedeutenden Abweichungen vom durchschnittlichen Anteil der Städte überhaupt zeigte. Letzteres trifft auch für die Anteile der Städte innerhalb der einzelnen Provinzen zu, während hier eine fortschreitende Aufwärts- oder Abwärtsbewegung des Anteilsverhältnisses während des Beobachtungszeitraumes nur in Pommern, desgleichen in Westpreußen bis 1912, einerseits, in Brandenburg, Sachsen und Hannover andererseits erkennbar ist.

Das Soll-Aufkommen der indirekten Gemeindesteuern überhaupt weisen für die unterschiedenen Gemeindegruppen und die einzelnen Provinzen die letzten Spalten (Sp. 29 bis 32) der auf den Seiten 150 bis 153 abgedruckten Tabelle 6 nach, und außerdem enthalten sie auch die entsprechenden Beträge auf den Kopf der Bevölkerung. Danach zeigte im Zeitraum 1910/12 das Soll der indirekten Gemeindesteuern bei den die Städte bis zu 50 000 Einwohnern umfassenden Gruppen ein allmähliches Anwachsen, während es bei den noch größeren Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Rechnungsjahre 1912 noch nicht den Stand von 1910 wieder erreicht hatte. Im Rechnungsjahre 1913 blieb das Steuersoll in den meisten Gruppen hinter dem Stande des Vorjahres zurück; eine wesentliche Zunahme zeigte bloß Berlin, z. T. wegen des Ertrages der neu eingeführten Lustbarkeitssteuer, hauptsächlich aber, weil der Ertrag der Wertzuwachssteuer, im Gegensatz zu 1912, wieder einen normalen Stand erreicht hatte. Die Kopfbeträge des Solls der indirekten Steuern stiegen mit wenigen Ausnahmen, unter denen namentlich die

Der Anteil der indirekten Gemeindesteuern am Gesamtsteuersoll in sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

(Tab. 5.)		Das berichtigte Soll der indirekten Gemeindesteuern betrug vom gesamten Gemeindesteuersoll			
Staat.		1910	1911	1912	1913
Provinzen.		%	%	%	%
I		2	3	4	5
A. Staat.					
I. Berlin		9,08	8,43	6,47	9,08
Städte mit					
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin)		12,24	11,14	10,93	10,11
III. „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.		12,92	10,54	10,71	9,31
IV. „ „ 50 000 „ 100 000 „		9,59	9,38	9,19	8,47
V. „ „ 25 000 „ 50 000 „		8,27	8,13	8,10	7,68
VI. „ „ 10 000 „ 25 000 „		7,00	7,18	7,35	6,88
VII. „ „ 7 000 „ 10 000 „		7,07	7,60	7,35	6,61
VIII. „ „ 5 000 „ 7 000 „		6,86	6,94	6,99	6,50
IX. „ „ 3 000 „ 5 000 „		7,34	7,88	7,63	7,04
X. „ „ 2 000 „ 3 000 „		7,81	8,00	8,54	7,61
XI. nicht mehr als 2 000 Einw. . .		7,85	8,18	8,24	7,67
I. bis XI. Sämtliche Städte . . .		10,22	9,42	9,12	8,79
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.		12,14	10,99	10,24	8,60
B. Provinzen (nur Städte).					
I. Ostpreußen		11,58	10,52	11,67	10,95
II. Westpreußen		7,31	8,61	8,90	8,43
III. Brandenburg (ohne Berlin) . . .		16,33	12,12	11,01	9,20
IV. Pommern		6,60	7,22	7,78	7,90
V. Posen		8,27	8,50	8,00	7,27
VI. Schlesien		8,63	8,27	8,39	7,98
VII. Sachsen		8,83	8,44	7,90	7,68
VIII. Schleswig-Holstein		9,93	9,37	9,54	8,68
IX. Hannover		10,47	9,67	9,54	9,06
X. Westfalen		9,16	7,64	8,25	7,32
XI. Hessen-Nassau		11,55	10,12	10,39	9,68
XII. Rheinprovinz		9,88	10,28	10,24	9,34
XIII. Hohenzollernsche Lande		7,48	8,92	8,57	7,05

die Städte mit 5 000 – 7 000 Einwohnern umfassende Gruppe VIII sowie, für die drei ersten Beobachtungsjahre, noch Berlin zu nennen sind, mit jeder die nächsthöheren Bevölkerungszahlen aufweisenden Städtegruppe, 1910 von 94 Pf. auf 5,15 *M*, desgleichen 1911 von 1,03 auf 4,65 *M*, 1912 von 1,10 auf 4,69 *M* und 1913 von 1,07 auf 4,59 *M*. Während die die Städte bis zu 100 000 Einwohnern umfassenden Gruppen im Zeitraum 1910/12 ein dauerndes Anwachsen der Kopfbeträge zeigten, verringerten sich letztere im Rechnungsjahre 1913 nicht nur in diesen, sondern auch in sämtlichen übrigen Gemeindegruppen, mit Ausnahme der ersten, von Berlin gebildeten Gruppe. In den einzelnen Landesteilen zeigte das Sollaufkommen der Städte an indirekten Gemeindesteuern bezüglich seiner Höhe naturgemäß große Unterschiede. In der Rheinprovinz war es weitaus am höchsten; es machte hier in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 nicht weniger als 21,88, 25,19, 26,39 und 25,12 % des gesamten Solls der preußischen Städte an indirekten Gemeindesteuern aus. Umgekehrt zeigten, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, die Provinzen Posen, Westpreußen und Pommern die geringsten Beträge; nur im Rechnungsjahre 1913 überstiegen sie wenigstens bei Pommern die Summe von 1½ Millionen *M*. Die indirekten Gemeindesteuern auf den Kopf der Bevölkerung waren 1910 bei den Städten der Provinz Brandenburg mit 5,98 *M* am höchsten; in den folgenden Jahren trat Hessen-Nassau, das 1910 den zweiten Platz inne hatte, mit 4,25 bzw. 4,56 und 4,37 *M* an die erste Stelle; seit 1912 folgte die Rheinprovinz an zweiter Stelle, während Brandenburg im Rechnungsjahre 1913 mit seinem Kopfbetrage von 3,07 *M* erst den fünften Platz einnahm. Die niedrigste Belastung durch indirekte Gemeindesteuern zeigten 1910 noch

[Fortsetzung des Textes auf Seite 154.]

(Tab. 6.)		Es betrug das berichtigte Soll											
Staat. Provinzen.		der Umsatzsteuer								der Wertzuwachs-			
		1910 ¹⁾		1911		1912		1913		1911		1912	
		1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M
		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b
I													
A. Staat.													
I. Berlin		6 935	3,41	4 402	2,16	3 621	1,79	3 312	1,65	2 149	1,06	734	0,36
Städte mit													
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin)		14 775	3,38	9 285	2,07	8 398	1,82	7 400	1,59	3 836	0,85	4 531	0,98
III. " " 100 000 bis 200 000 Einw.		7 977	3,22	4 404	1,67	4 384	1,55	3 439	1,19	1 727	0,65	2 464	0,87
IV. " " 50 000 " 100 000 "		3 660	1,67	2 297	1,08	2 000	0,95	1 764	0,79	971	0,46	1 212	0,58
V. " " 25 000 " 50 000 "		2 467	1,30	1 691	0,87	1 768	0,84	1 714	0,79	644	0,33	829	0,39
VI. " " 10 000 " 25 000 "		1 942	0,79	1 728	0,68	1 780	0,71	1 533	0,61	399	0,16	521	0,21
VII. " " 7 000 " 10 000 "		530	0,68	495	0,64	484	0,64	426	0,55	119	0,15	137	0,18
VIII. " " 5 000 " 7 000 "		459	0,61	437	0,57	424	0,58	379	0,50	36	0,05	83	0,11
IX. " " 3 000 " 5 000 "		581	0,61	537	0,56	609	0,62	544	0,58	74	0,08	107	0,11
X. " " 2 000 " 3 000 "		366	0,61	356	0,60	382	0,65	347	0,58	37	0,06	85	0,14
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern .		170	0,42	181	0,45	191	0,48	189	0,47	13	0,03	29	0,07
I. bis XI. Sämtliche Städte . .		39 861	2,11	25 813	1,34	24 042	1,22	21 046	1,06	10 005	0,52	10 732	0,55
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.		5 255	2,45	3 346	1,48	2 768	1,23	2 446	1,04	1 622	0,72	1 868	0,83
I. bis XII. zusammen		45 116	2,14	29 159	1,36	26 810	1,22	23 492	1,05	11 627	0,54	12 601	0,58
B. Provinzen.													
I. Ostpreußen:													
Sämtliche Städte ²⁾		1 235	1,90	907	1,37	1 042	1,54	917	1,32	146	0,22	369	0,55
II. Westpreußen:													
a) Sämtliche Städte		497	0,84	548	0,91	552	0,90	477	0,75	84	0,14	105	0,17
b) Größere Landgemeinden . . .		3	0,27	6	0,58	25	1,14	18	0,81	—	—	12	0,53
III. Brandenburg (ohne Berlin):													
a) Sämtliche Städte		8 726	4,32	4 395	2,11	4 101	1,88	3 112	1,40	1 629	0,78	1 478	0,68
b) Größere Landgemeinden . . .		3 892	7,45	2 329	4,03	1 880	3,27	1 251	2,09	1 265	2,19	1 266	2,21
IV. Pommern:													
Sämtliche Städte ²⁾		536	0,73	510	0,68	589	0,77	595	0,77	108	0,14	144	0,19
V. Posen:													
Sämtliche Städte ²⁾		603	0,84	550	0,75	506	0,68	476	0,63	120	0,16	151	0,20
VI. Schlesien:													
a) Sämtliche Städte		2 229	1,22	1 585	0,86	1 616	0,87	1 401	0,75	462	0,25	524	0,28
b) Größere Landgemeinden . . .		203	0,46	182	0,41	167	0,37	176	0,39	41	0,09	92	0,20
VII. Sachsen:													
a) Sämtliche Städte		1 879	1,24	1 238	0,81	1 102	0,71	1 070	0,68	484	0,31	437	0,28
b) Größere Landgemeinden . . .		28	1,08	8	0,59	5	0,39	5	0,34	0,01	.	0,1	0,01
VIII. Schleswig-Holstein:													
Sämtliche Städte ²⁾		1 639	2,12	1 201	1,52	1 068	1,33	989	1,21	345	0,44	607	0,75
IX. Hannover:													
a) Sämtliche Städte		1 821	1,57	1 122	0,95	1 072	0,89	946	0,76	468	0,40	492	0,41
b) Größere Landgemeinden . . .		272	6,94	97	2,28	68	1,54	39	0,87	111	2,62	97	2,20
X. Westfalen:													
a) Sämtliche Städte		3 701	2,00	1 620	0,86	1 554	0,80	1 355	0,68	1 022	0,54	1 701	0,87
b) Größere Landgemeinden . . .		313	0,61	328	0,59	215	0,39	237	0,40	20	0,04	142	0,25
XI. Hessen-Nassau:													
a) Sämtliche Städte		2 922	2,64	1 897	1,70	1 805	1,60	1 798	1,58	764	0,68	1 147	1,02
b) Größere Landgemeinden . . .		50	4,36	9	0,78	12	1,01	14	1,09	25	2,06	18	1,43
XII. Rheinprovinz:													
a) Sämtliche Städte		7 134	1,81	5 836	1,45	5 410	1,31	4 595	1,10	2 223	0,55	2 841	0,69
b) Größere Landgemeinden . . .		494	0,86	386	0,63	396	0,68	707	1,17	159	0,26	242	0,42
XIII. Hohenzollernsche Lande:													
Sämtliche Städte ²⁾		3	0,27	3	0,28	3	0,33	2	0,17	0,01	.	2	0,17

¹⁾ einschließlich der Wertzuwachssteuer. — ²⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres

steuer		der Schankkonzessionssteuer								der Bier-, Brau- und Braumalzsteuern								Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
1913		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912		1913		
1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	1 000 M.	auf 1 Einw. M.	
ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	ga	gb	
2 804	1,39	—	—	—	—	—	—	—	—	678	0,33	723	0,36	828	0,41	1 146	0,57	A. I.
4 170	0,90	388	0,09	462	0,10	470	0,10	507	0,11	1 881	0,43	2 170	0,48	2 373	0,52	2 374	0,51	II.
1 797	0,62	588	0,24	566	0,21	584	0,21	551	0,19	1 407	0,57	1 560	0,59	1 631	0,58	1 625	0,56	III.
1 216	0,55	269	0,12	357	0,17	377	0,18	434	0,20	1 106	0,51	1 232	0,58	1 193	0,57	1 268	0,57	IV.
746	0,34	182	0,10	219	0,11	212	0,10	241	0,11	654	0,34	748	0,39	829	0,39	843	0,39	V.
554	0,22	81	0,08	100	0,04	106	0,04	111	0,04	927	0,38	1 078	0,43	1 048	0,42	1 042	0,42	VI.
81	0,10	10	0,01	13	0,02	14	0,02	12	0,02	223	0,29	251	0,32	242	0,32	249	0,32	VII.
76	0,10	5	0,01	9	0,01	8	0,01	8	0,01	203	0,27	229	0,30	209	0,28	236	0,31	VIII.
98	0,10	12	0,01	14	0,01	14	0,01	10	0,01	300	0,31	311	0,32	320	0,33	299	0,32	IX.
67	0,11	4	0,01	7	0,01	8	0,01	7	0,01	141	0,28	156	0,26	156	0,27	163	0,27	X.
24	0,06	1	.	3	0,01	3	0,01	3	0,01	87	0,22	92	0,23	89	0,22	90	0,22	XI.
11 633	0,58	1 541	0,08	1 750	0,09	1 795	0,09	1 884	0,09	7 608	0,40	8 550	0,44	8 919	0,45	9 337	0,47	I.—XI.
1 440	0,61	30	0,01	40	0,02	50	0,02	42	0,02	909	0,42	1 050	0,46	1 048	0,46	1 108	0,47	XII.
13 073	0,59	1 571	0,07	1 790	0,08	1 845	0,08	1 928	0,09	8 517	0,40	9 699	0,45	9 966	0,46	10 445	0,47	I.—XII.
																		B.
409	0,59	47	0,07	60	0,09	58	0,09	71	0,10	332	0,51	351	0,53	364	0,54	380	0,55	I.
166	0,26	54	0,09	65	0,11	84	0,14	63	0,10	183	0,31	237	0,40	247	0,40	255	0,40	II.
12	0,55	—	—	0,06	0,01	3	0,15	3	0,15	2	0,18	2	0,18	7	0,30	6	0,28	a. b.
1 228	0,55	113	0,06	161	0,08	151	0,07	162	0,07	623	0,31	725	0,35	780	0,36	814	0,37	III.
913	1,52	19	0,04	22	0,04	27	0,05	25	0,04	337	0,64	375	0,65	370	0,64	381	0,64	a. b.
106	0,14	68	0,09	87	0,12	84	0,11	139	0,18	231	0,32	276	0,37	283	0,37	296	0,38	IV.
90	0,12	11	0,02	15	0,02	17	0,02	14	0,02	191	0,26	243	0,33	218	0,30	225	0,30	V.
496	0,26	85	0,05	99	0,05	97	0,05	120	0,06	750	0,41	832	0,45	821	0,44	810	0,43	VI.
51	0,11	3	0,01	3	0,01	9	0,02	3	0,01	105	0,24	119	0,27	119	0,26	124	0,27	a. b.
440	0,28	75	0,05	66	0,04	66	0,04	64	0,04	727	0,48	846	0,55	841	0,54	838	0,54	VII.
0,3	0,02	1	0,04	2	0,16	1	0,11	1	0,06	13	0,51	6	0,47	7	0,50	7	0,51	a. b.
385	0,47	186	0,24	203	0,26	208	0,26	193	0,24	65	0,08	73	0,09	74	0,09	69	0,08	VIII.
551	0,44	170	0,15	188	0,16	200	0,17	182	0,15	606	0,52	660	0,56	702	0,58	710	0,57	IX.
88	1,97	3	0,08	5	0,13	2	0,05	4	0,08	12	0,30	14	0,32	13	0,30	13	0,28	a. b.
1 379	0,69	138	0,07	206	0,11	224	0,12	253	0,13	535	0,29	608	0,32	641	0,33	676	0,34	X.
120	0,20	3	0,01	5	0,01	4	0,01	2	.	190	0,37	239	0,43	241	0,43	269	0,45	a. b.
1 032	0,90	150	0,14	111	0,10	104	0,09	97	0,08	734	0,66	631	0,56	622	0,55	609	0,53	XI.
14	1,13	—	—	—	—	—	—	—	—	10	0,87	11	0,91	12	0,98	9	0,76	a. b.
2 546	0,61	443	0,11	489	0,12	503	0,12	524	0,13	1 945	0,49	2 337	0,58	2 488	0,60	2 498	0,60	XII.
241	0,40	—	—	2	.	4	0,01	5	0,01	241	0,42	284	0,47	280	0,48	298	0,49	a. b.
1	0,13	—	—	—	—	—	—	—	—	8	0,76	10	0,95	10	0,93	9	0,86	XIII.

(Noch: Tab. 6.)		Es betrug das berichtigte Soll											
Staat. Provinzen.		der Lustbarkeitssteuern								der Hunde-			
		1910		1911		1912		1913		1910		1911	
		1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M
		17a	17b	18a	18b	19a	19b	20a	20b	21a	21b	22a	22b
I		17a	17b	18a	18b	19a	19b	20a	20b	21a	21b	22a	22b
A. Staat.													
I. Berlin — — — — — — — — 928 0,46 878 0,43 1 173 0,58													
Städte mit													
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin) 3 274 0,75 3 211 0,72 3 675 0,80 4 092 0,88 1 461 0,33 1 527 0,34													
III. " " 100 000 bis 200 000 Einw. 1 381 0,56 1 473 0,56 1 795 0,63 2 104 0,73 821 0,33 919 0,35													
IV. " " 50 000 " 100 000 " 952 0,43 978 0,46 1 186 0,57 1 357 0,61 606 0,28 610 0,29													
V. " " 25 000 " 50 000 " 558 0,29 688 0,36 870 0,41 993 0,45 452 0,24 488 0,25													
VI. " " 10 000 " 25 000 " 671 0,27 761 0,30 829 0,33 885 0,35 542 0,22 580 0,23													
VII. " " 7 000 " 10 000 " 139 0,18 149 0,19 164 0,22 170 0,22 149 0,19 155 0,20													
VIII. " " 5 000 " 7 000 " 132 0,17 137 0,18 146 0,20 144 0,19 138 0,18 148 0,19													
IX. " " 3 000 " 5 000 " 153 0,16 153 0,16 166 0,17 165 0,18 165 0,17 166 0,17													
X. " " 2 000 " 3 000 " 85 0,14 87 0,15 94 0,16 101 0,17 88 0,15 96 0,16													
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern . 47 0,12 48 0,12 49 0,12 50 0,12 55 0,14 58 0,14													
I. bis XI. Sämtliche Städte . . 7 393 0,39 7 683 0,40 8 973 0,46 10 990 0,55 5 354 0,28 5 919 0,31													
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw. 507 0,24 491 0,22 539 0,24 622 0,26 487 0,23 559 0,25													
I. bis XII. zusammen 7 990 0,38 8 175 0,38 9 512 0,43 11 612 0,52 5 841 0,28 6 478 0,30													
B. Provinzen.													
I. Ostpreußen:													
Sämtliche Städte ¹⁾ 240 0,37 283 0,43 289 0,43 320 0,46 116 0,18 124 0,19													
II. Westpreußen:													
a) Sämtliche Städte 182 0,31 228 0,38 281 0,46 294 0,46 97 0,16 104 0,17													
b) Größere Landgemeinden . . . 1 0,06 1 0,12 1 0,06 1 0,06 1 0,08 1 0,07													
III. Brandenburg (ohne Berlin):													
a) Sämtliche Städte 342 0,17 382 0,18 515 0,24 527 0,24 845 0,42 888 0,43													
b) Größere Landgemeinden . . . 136 0,26 103 0,18 120 0,21 172 0,29 274 0,52 329 0,57													
IV. Pommern:													
Sämtliche Städte ¹⁾ 164 0,22 174 0,23 211 0,28 275 0,35 144 0,20 157 0,21													
V. Posen:													
Sämtliche Städte ¹⁾ 184 0,25 189 0,26 188 0,25 210 0,28 114 0,16 115 0,16													
VI. Schlesien:													
a) Sämtliche Städte 682 0,37 747 0,41 847 0,46 988 0,53 363 0,20 393 0,21													
b) Größere Landgemeinden . . . 44 0,10 50 0,11 56 0,12 58 0,13 24 0,05 26 0,03													
VII. Sachsen:													
a) Sämtliche Städte 662 0,44 718 0,47 757 0,49 781 0,50 370 0,24 387 0,25													
b) Größere Landgemeinden . . . 6 0,25 5 0,33 5 0,38 5 0,38 6 0,25 3 0,25													
VIII. Schleswig-Holstein:													
Sämtliche Städte ¹⁾ 485 0,63 519 0,65 568 0,70 733 0,90 269 0,35 283 0,36													
IX. Hannover:													
a) Sämtliche Städte 430 0,37 482 0,41 590 0,49 606 0,49 273 0,24 294 0,25													
b) Größere Landgemeinden . . . 16 0,41 17 0,40 17 0,39 16 0,35 6 0,15 7 0,15													
X. Westfalen:													
a) Sämtliche Städte 600 0,32 675 0,36 794 0,41 1 019 0,51 431 0,23 431 0,23													
b) Größere Landgemeinden . . . 128 0,25 126 0,23 151 0,27 165 0,28 64 0,12 71 0,13													
XI. Hessen-Nassau:													
a) Sämtliche Städte 453 0,41 507 0,45 575 0,51 552 0,48 403 0,36 437 0,39													
b) Größere Landgemeinden . . . 2 0,18 2 0,16 2 0,15 2 0,17 3 0,25 3 0,25													
XII. Rheinprovinz:													
a) Sämtliche Städte 2 970 0,75 2 779 0,69 3 358 0,81 3 757 0,90 1 046 0,27 1 128 0,28													
b) Größere Landgemeinden . . . 174 0,30 188 0,31 188 0,32 202 0,33 108 0,19 120 0,20													
XIII. Hohenzollernsche Lande:													
Sämtliche Städte ¹⁾ 1 0,06 1 0,08 1 0,05 1 0,06 4 0,42 5 0,45													

1) Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 150.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres

steuer				der sonstigen indirekten Steuern								der indirekten Gemeindesteuern zusammen								Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
1912		1913		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912		1913		
1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	
23a	23b	24a	24b	25a	25b	26a	26b	27a	27b	28a	28b	29a	29b	30a	30b	31a	31b	32a	32b	
1 128	0,56	1 042	0,52	—	—	—	—	—	—	—	—	8 490	4,18	8 447	4,15	6 312	3,11	9 232	4,59	A.
1 674	0,36	1 804	0,39	45	0,01	384	0,09	452	0,10	426	0,09	21 824	4,99	20 874	4,65	21 573	4,69	20 774	4,47	II.
1 048	0,37	1 094	0,38	577	0,23	393	0,15	237	0,08	236	0,08	12 751	5,15	11 041	4,18	12 143	4,29	10 846	3,77	III.
585	0,28	641	0,29	50	0,02	72	0,03	85	0,04	101	0,05	6 643	3,03	6 518	3,05	6 640	3,17	6 781	3,05	IV.
562	0,27	598	0,27	51	0,03	54	0,03	55	0,03	57	0,03	4 365	2,30	4 532	2,34	5 125	2,43	5 194	2,38	V.
576	0,23	591	0,24	77	0,03	67	0,03	102	0,04	97	0,04	4 241	1,74	4 712	1,87	4 961	1,98	4 813	1,92	VI.
161	0,21	164	0,21	22	0,03	23	0,03	11	0,01	10	0,01	1 073	1,37	1 204	1,55	1 212	1,60	1 112	1,44	VII.
147	0,20	152	0,20	18	0,02	12	0,02	4	0,01	11	0,02	954	1,26	1 009	1,33	1 022	1,39	1 007	1,33	VIII.
177	0,18	173	0,18	27	0,03	27	0,03	23	0,02	25	0,03	1 238	1,29	1 282	1,34	1 415	1,44	1 314	1,40	IX.
100	0,17	104	0,17	16	0,03	15	0,03	15	0,03	15	0,03	699	1,16	755	1,27	840	1,43	804	1,34	X.
58	0,15	58	0,14	19	0,05	17	0,04	16	0,04	16	0,04	379	0,94	411	1,03	436	1,10	430	1,07	XI.
6 218	0,32	6 421	0,32	902	0,05	1 065	0,06	1 000	0,05	995	0,05	62 658	3,31	60 786	3,16	61 679	3,14	62 306	3,13	I.—XI.
573	0,25	643	0,27	0,2	.	0,2	.	0,3	.	0,3	.	7 188	3,36	7 108	3,14	6 847	3,03	6 301	2,68	XII.
6 791	0,31	7 064	0,32	992	0,04	1 966	0,06	1 001	0,05	995	0,04	69 846	3,32	67 895	3,16	68 526	3,13	68 607	3,08	I.—XII.
																				B.
132	0,20	145	0,21	1	.	4	0,01	—	—	—	—	1 972	3,03	1 875	2,84	2 254	3,34	2 241	3,23	I.
126	0,21	140	0,22	—	—	—	—	—	—	—	—	1 012	1,71	1 265	2,11	1 396	2,28	1 395	2,20	II.
3	0,14	5	0,22	—	—	—	—	—	—	—	—	7	0,58	11	0,95	51	2,82	46	2,07	a. b.
955	0,44	990	0,45	0,3	.	0,3	.	0,3	.	0,2	.	10 650	5,28	8 180	3,93	7 980	3,65	6 834	3,07	III.
345	0,60	400	0,67	—	—	—	—	—	—	—	—	4 659	8,91	4 423	7,66	4 008	6,98	3 142	5,24	a. b.
168	0,22	182	0,24	—	—	—	—	—	—	—	—	1 144	1,56	1 312	1,75	1 479	1,94	1 593	2,05	IV.
119	0,16	121	0,16	0,02	.	0,1	.	0,04	.	0,03	.	1 103	1,53	1 232	1,68	1 199	1,62	1 137	1,52	V.
410	0,22	450	0,24	—	—	—	—	—	—	—	—	4 109	2,26	4 118	2,26	4 314	2,33	4 267	2,27	VI.
27	0,06	27	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	379	0,86	421	0,94	468	1,03	439	0,96	a. b.
399	0,26	413	0,26	24	0,02	22	0,01	25	0,02	19	0,01	3 737	2,47	3 761	2,45	3 627	2,35	3 625	2,32	VII.
4	0,27	4	0,28	—	—	—	—	—	—	—	—	54	2,13	25	1,81	22	1,65	21	1,59	a. b.
302	0,38	308	0,38	7	0,01	5	0,01	5	0,01	7	0,01	2 650	3,43	2 629	3,32	2 833	3,52	2 683	3,28	VIII.
303	0,25	363	0,29	100	0,09	103	0,09	115	0,10	119	0,10	3 401	2,93	3 315	2,81	3 474	2,88	3 477	2,80	IX.
7	0,16	7	0,16	—	—	—	—	—	—	—	—	308	7,88	250	5,90	205	4,64	166	3,72	a. b.
454	0,23	482	0,24	0,3	.	1	.	1	.	1	.	5 405	2,92	4 563	2,41	5 369	2,75	5 165	2,58	X.
69	0,12	75	0,13	—	—	—	—	—	—	—	—	698	1,36	788	1,42	821	1,48	868	1,46	a. b.
516	0,46	516	0,45	597	0,54	412	0,37	377	0,33	381	0,33	5 260	4,75	4 760	4,25	5 145	4,56	4 985	4,37	XI.
3	0,23	3	0,22	—	—	—	—	—	—	—	—	65	5,66	50	4,15	47	3,81	42	3,36	a. b.
1 200	0,29	1 265	0,30	173	0,04	518	0,13	478	0,12	469	0,11	13 710	3,48	15 311	3,81	16 277	3,93	15 654	3,75	XII.
116	0,20	123	0,20	0,2	.	0,2	.	0,3	.	0,3	.	1 018	1,77	1 140	1,87	1 225	2,10	1 576	2,60	a. b.
5	0,50	5	0,48	—	—	—	—	—	—	—	—	16	1,51	18	1,76	21	1,99	18	1,71	XIII.

die hohenzollernschen Städte; in den folgenden Jahren traten die posenschen an deren Stelle mit Beträgen von 1,68, 1,62 und 1,52 *M*. Die durchschnittlich höchsten Kopfbeträge wiesen die brandenburgischen Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern auf, trotzdem sie sich in dem Beobachtungszeitraum 1910/13 dauernd vermindert haben, nämlich von 8,91 auf 5,24 *M*. Auch die Kopfbeträge der hannoverschen und hessen-nassauischen großen Landgemeinden sind noch verhältnismäßig hoch, obgleich auch sie von 7,88 bzw. 5,66 *M* im Rechnungsjahre 1910 bis auf 3,72 bzw. 3,36 *M* im Rechnungsjahre 1913 zurückgegangen sind.

Wie sich das Soll der indirekten Gemeindesteuern in den einzelnen Gemeindegrößengruppen und Landesteilen auf die verschiedenen Steuerarten verteilte, ist aus der Tabelle 6 ersichtlich, die in den Spalten 2 bis 28 das berichtigte Sollaufkommen dieser Steuern für die Rechnungsjahre 1910, 1911, 1912 und 1913 in 1 000 *M* sowie die auf 1 Einwohner entfallenden Beträge nachweist. Ergänzend hierzu gibt die auf Seite 155 abgedruckte Tabelle 7 an, mit welchen Prozentsätzen die einzelnen Steuerarten am Gesamtsoll der indirekten Gemeindesteuern beteiligt waren. Danach war die Umsatzsteuer die ergiebigste der indirekten Steuerarten. Im Rechnungsjahre 1911 erreichte die Umsatzsteuer, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, nur in den Städten und großen Landgemeinden der Provinz Sachsen sowie bei den hessen-nassauischen Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nicht ganz den dritten Teil ihres Gesamtaufkommens an indirekten Gemeindesteuern, während sich der entsprechende Anteil bei den Städten der Provinzen Westpreußen, Posen, Schleswig-Holstein und Ostpreußen zwischen 43 und 49 % bewegte und in Brandenburg sogar 53,7 % ausmachte. In den 11 Städtegrößengruppen und der Gruppe der großen Landgemeinden machte die Umsatzsteuer im selben Rechnungsjahre überall mehr als ein Drittel des Gesamtaufkommens ihrer indirekten Gemeindesteuern aus, und bei 8 Gruppen betrug ihr Anteil noch über 40 %, am meisten mit je 47,1 bei den großen Landgemeinden und den Städten mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern sowie mit 52,1 % bei Berlin. In den folgenden Rechnungsjahren waren die entsprechenden Anteile der Umsatzsteuer im allgemeinen etwas niedriger als 1911. Mehr als 40 % betrugen sie im Rechnungsjahre 1913 bloß noch bei den Kleinstädten bis zu 5 000 Einwohnern umfassenden Gruppen (zwischen 41 und 44 %) sowie bei den Städten Ostpreußens (40,9), Brandenburgs (45,5) und Posens (41,9), ferner bei den großen Landgemeinden Schlesiens (40,1) und der Rheinprovinz (44,9 %). Umgekehrt blieben sie noch hinter 33 1/3 %, außer in den Hohenzollernschen Landen, bei den Städten der Provinzen Schlesien (32,9), Sachsen (29,8), Hannover (27,2), Westfalen (26,2) und der Rheinprovinz (29,4 %) sowie bei den großen Landgemeinden von Sachsen (23,8), Hannover (23,8) und Westfalen (27,3), ferner auch in den die Städte von mehr als 10 000 bis 200 000 Einwohnern umfassenden Größengruppen (zwischen 26 und 33 %) zurück. Aus der auf Seite 155 abgedruckten Tabelle 8, die nachweist, wieviel v. H. der Städte jeder Provinz in den Rechnungsjahren 1911, 1912 und 1913 Einnahmen aus den einzelnen indirekten Steuerarten zogen, ergibt sich, daß eine Umsatzsteuer 1911 bei 86,68, 1912 bei 86,77 und 1913 bei 87,08 v. H. aller preußischen Städte vertreten war. Weniger als 80 v. H. betrug die Zahl der Städte, die eine Umsatzsteuer eingeführt hatten, in den drei Beobachtungsjahren bloß in Hannover (66 bzw. 65 und 65 %) und den Hohenzollernschen Landen (je 50 %). Am stärksten vertreten war diese Steuerart in Westpreußen mit 98,25 % aller Städte in jedem der in Frage kommenden drei Jahre, demnächst in Schlesien und Ostpreußen mit rund 97 bzw. 95 1/2 %. Die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung durch die Gemeindeumsatzsteuer ist bei den Städten von 1,34 *M* im Rechnungs-

jahre 1911 auf 1,22 *M* im folgenden und 1,06 *M* im Rechnungsjahre 1913 zurückgegangen; desgleichen bei den großen Landgemeinden von 1,48 auf 1,23 und 1,04 *M*. Eine entsprechende rückläufige Bewegung der Kopfbeträge tritt bei den die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern umfassenden Größengruppen sowie bei den Stadtgemeinden der Provinzen Westpreußen, Brandenburg, Posen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz, ferner auch bei den brandenburgischen, sächsischen und hannoverschen Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in die Erscheinung; bei den übrigen Gemeinden bzw. Gemeindegruppen ist die Entwicklung weniger gleichmäßig verlaufen. Den Stand der Kopfbeträge von 1911 erreichten bzw. übertrafen jedoch im Rechnungsjahre 1913 bloß die Städtegruppen IX und XI sowie die pommerschen Städte und die großen Landgemeinden von Westpreußen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz. Am höchsten war die im Rechnungsjahre 1913 auf 1 Einwohner entfallende Umsatzsteuer mit 2,09 *M* bei den großen Landgemeinden der Provinz Brandenburg. Sonst überstieg der Kopfbetrag nur noch bei Berlin (1,65) und den übrigen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern (1,59) sowie bei den Städten Hessen-Nassaus (1,58) den Betrag von 1,50 *M*. Mehr als 1 *M* machte er auch noch bei den Städten mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern und den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, ferner bei den Städten von Ostpreußen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz sowie bei den großen Landgemeinden der zuletzt genannten Provinz und denen Hessen-Nassaus aus. Die niedrigsten Kopfbeträge zeigten von den Gemeindegrößengruppen die Gruppen VIII und XI mit 50 und 47 Pf., von den Städten der einzelnen Landesteile, nächst den hohenzollernschen (17 Pf.), die von Posen, Sachsen und Westfalen mit 63 und je 68 Pf., von den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die sächsischen, schlesischen und westfälischen mit 34, 39 und 40 Pf.

Von den übrigen indirekten Steuerarten spielte bei den Großstädten die Wertzuwachssteuer die nächst größte Rolle, alsdann die Lustbarkeitssteuer sowie die Bier- und Brausteuer, während bei den Mittel- und Kleinstädten die Brausteuer nächst der Umsatzsteuer finanziell am meisten ins Gewicht fielen; dann folgten hier die Lustbarkeits- und Hundesteuer noch vor der Wertzuwachssteuer. Das Soll-Aufkommen aus der Wertzuwachssteuer ist bei den Städten von rund 10 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1911 auf 11,63 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1913 gestiegen, bei den großen Landgemeinden dagegen im gleichen Zeitraum von 1,6 auf 1,4 Mill. *M* zurückgegangen; ebenso steht der Steigerung des Kopfbetrages in diesem Zeitraum von 52 auf 58 Pf. bei den Städten eine entsprechende Abnahme bei den großen Landgemeinden gegenüber, nämlich von 72 auf 61 Pf. Machte das Soll der Wertzuwachssteuer 1911 in den Städten Brandenburgs noch rund 1/5, und in denen Westfalens sogar 22,4 % ihrer indirekten Steuern überhaupt aus, so zeigte sich 1913 bei ersteren ein Rückgang bis auf 18 %, bei letzteren dagegen eine Steigerung bis zu 26,7 %. Auch in Hessen-Nassau erreichte die Wertzuwachssteuer bei den Städten 1913 schon rund 1/5 des Gesamtaufkommens der indirekten Steuern, in den Städten Ostpreußens ebenfalls 18,2 %. Am geringsten war der entsprechende Anteil der posenschen, hohenzollernschen und pommerschen Städte mit 7,9, 7,7 und 6,7 %. Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer zogen 1911 erst 59,56 v. H. sämtlicher preußischen Städte, im folgenden Jahre dagegen schon 76,82 v. H.; im Rechnungsjahre 1913 ist der Prozentsatz wieder auf 73,61 gesunken. Abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, war diese Steuerart in den Städten Westfalens, der Rheinprovinz und Ostpreußens am stärksten verbreitet; zwischen 90 und 86 v. H. der Städte hatten hier 1913 bereits eine Wertzuwachssteuer eingeführt. Die Bier-

Die Anteile der einzelnen indirekten Steuerarten am Gesamtaufkommen der indirekten Gemeindesteuern in sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1911/1913.

(Tab. 7.)		Vom berichtigten Soll der indirekten Gemeindesteuern entfielen auf																				
Staat. — Provinzen.	die Umsatzsteuer			die Wertzuwachs- steuer			die Schank- konzessions- steuer			die Bier-, Brau- oder Braumalz- steuer			die Lustbarkeits- steuer			die Hundesteuer			die sonstigen indirekten Gemeinde- steuern			
	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
A. Staat.																						
I. Berlin	52,1	57,4	35,9	25,4	11,6	30,4	—	—	—	8,6	13,1	12,4	—	—	10,1	13,9	17,9	11,3	—	—	—	
Städte mit mehr als																						
II. 200 000 Ew. (ohne Berlin)	44,5	38,9	35,6	18,4	21,0	20,1	2,2	2,2	2,4	10,4	11,0	11,4	15,4	17,0	19,7	7,3	7,8	8,7	1,8	2,1	2,0	
III. 100 000 bis 200 000 Ew.	39,9	36,1	31,7	15,7	20,3	16,6	5,1	4,8	5,1	14,1	13,4	15,0	13,3	14,8	19,4	8,3	8,6	10,1	3,6	2,0	2,2	
IV. 50 000 „ 100 000 „	35,2	30,1	26,0	14,9	18,2	17,9	5,5	5,7	6,4	18,9	18,0	18,7	15,0	17,9	20,0	9,4	8,8	9,5	1,1	1,8	1,5	
V. 25 000 „ 50 000 „	37,3	34,5	33,0	14,2	16,2	14,4	4,8	4,1	4,6	16,5	16,2	16,2	15,2	17,0	19,1	10,8	11,0	11,5	1,2	1,0	1,1	
VI. 10 000 „ 25 000 „	36,7	35,9	31,9	8,5	10,5	11,5	2,1	2,2	2,3	22,9	21,1	21,7	16,1	16,7	18,4	12,3	11,6	12,3	1,4	2,0	2,0	
VII. 7 000 „ 10 000 „	41,1	39,9	38,3	9,9	11,3	7,3	1,0	1,1	1,1	20,9	20,0	22,4	12,3	13,5	15,3	12,9	13,2	14,7	1,9	1,0	0,9	
VIII. 5 000 „ 7 000 „	43,3	41,5	37,6	3,6	8,2	7,6	0,9	0,8	0,8	22,7	20,4	23,5	13,6	14,3	14,4	14,7	14,4	15,1	1,2	0,4	1,1	
IX. 3 000 „ 5 000 „	41,9	43,0	41,4	5,7	7,6	7,5	1,1	1,0	0,7	24,3	22,6	22,8	11,9	11,7	12,6	13,0	12,5	13,2	2,1	1,6	1,9	
X. 2 000 „ 3 000 „	47,1	45,5	43,1	5,0	10,1	8,4	1,0	1,0	0,9	20,7	18,6	20,2	11,5	11,1	12,6	12,7	11,9	12,9	2,0	1,8	1,9	
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern.	44,0	43,9	43,8	3,2	6,5	5,7	0,6	0,6	0,6	22,4	20,5	20,9	11,6	11,8	11,6	14,0	13,4	13,5	4,2	3,8	3,8	
I. bis XI. Sämtliche Städte	42,5	39,0	33,8	16,5	17,4	18,7	2,9	2,9	3,0	14,1	14,5	15,0	12,6	14,5	17,6	9,7	10,1	10,3	1,7	1,6	1,6	
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern	47,1	40,4	38,8	22,8	27,3	22,8	0,5	0,7	0,7	14,8	15,3	17,6	6,9	7,9	9,9	7,9	8,4	10,2	—	—	0,004	
B. Provinzen (nur Städte)																						
I. Ostpreußen	48,4	46,2	40,9	7,8	16,4	18,2	3,2	2,6	3,2	18,7	16,1	16,9	15,1	12,8	14,3	6,6	5,9	6,5	0,2	—	—	
II. Westpreußen	43,3	39,6	34,2	6,6	7,5	11,9	5,1	6,1	4,5	18,7	17,7	18,3	18,0	20,1	21,0	8,3	9,0	10,0	—	—	—	
III. Brandenburg (o. Berlin)	53,7	51,4	45,5	19,9	18,5	18,0	2,0	1,9	2,4	8,9	9,8	11,9	4,7	6,4	7,7	10,8	12,0	14,5	—	—	0,003	
IV. Pommern	38,8	39,8	37,4	8,3	9,7	6,7	6,7	5,7	8,7	21,0	19,1	18,6	13,2	14,3	17,2	12,0	11,4	11,5	—	—	—	
V. Posen	44,7	42,2	41,9	9,7	12,6	7,9	1,2	1,4	1,3	19,7	18,2	19,8	15,3	15,7	18,5	9,4	9,9	10,6	—	—	0,002	
VI. Schlesien	38,5	37,5	32,8	11,2	12,1	11,6	2,4	2,3	2,3	20,2	19,0	19,0	18,1	19,6	23,2	9,6	9,5	10,6	—	—	—	
VII. Sachsen	32,9	30,4	29,5	12,9	12,0	12,1	1,7	1,8	1,8	22,5	23,2	23,1	19,1	20,9	21,5	10,3	11,0	11,4	0,6	0,7	0,5	
VIII. Schleswig-Holstein . . .	45,7	37,7	36,9	13,1	21,4	14,8	7,7	7,4	7,2	2,8	2,6	2,6	19,7	20,0	27,3	10,8	10,7	11,5	0,2	0,2	0,2	
IX. Hannover	33,8	30,9	27,2	14,1	14,2	15,8	5,7	5,7	5,2	19,9	20,2	20,4	14,5	17,0	17,4	8,9	8,7	10,4	3,1	3,3	3,4	
X. Westfalen	35,5	28,9	26,2	22,4	31,7	26,7	4,5	4,2	4,9	13,3	11,9	13,1	14,8	14,8	19,7	9,5	8,5	9,3	—	—	0,01	
XI. Hessen-Nassau	39,9	35,1	36,1	16,0	22,3	20,7	2,3	2,0	1,9	13,2	12,1	12,2	10,7	11,2	11,1	9,2	10,0	10,3	8,7	7,3	7,6	
XII. Rheinprovinz	38,1	33,2	29,4	14,5	17,5	16,3	3,2	3,1	3,3	15,3	15,3	16,0	18,1	20,6	24,0	7,4	7,4	8,1	3,4	2,9	3,0	
XIII. Hohenzollernsche Lande	15,8	16,6	10,1	0,1	8,7	7,7	—	—	—	53,9	47,0	50,5	4,6	2,6	3,7	25,6	25,1	28,0	—	—	—	

Die in den preußischen Städten in den Jahren 1911—1913 vorkommenden indirekten Steuerarten.

(Tab. 8.)		Von hundert Städten hatten Einnahmen aus																			
in	der Umsatzsteuer			der Wertzuwachssteuer			der Schankkonzessionssteuer			der Bier-, Brau- oder Braumalzsteuer			der Lustbarkeitssteuer			der Hundesteuer			sonstigen indirekten Gemeindesteuern		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Ostpreußen . . .	95,52	95,52	95,52	62,69	83,58	86,57	28,36	25,37	23,88	97,01	97,01	97,01	97,01	97,01	97,01	100,00	100,00	100,00	1,49	—	—
Westpreußen . .	98,25	98,25	98,25	54,39	73,68	77,19	28,07	31,58	26,32	89,47	89,47	89,47	96,49	98,25	98,25	96,49	96,49	96,49	—	—	—
Brandbg. (o. Berl.)	90,85	89,44	90,14	57,04	78,17	71,13	11,27	11,27	11,27	61,27	61,97	64,08	94,37	95,77	100,00	100,00	100,00	100,00	1,41	1,41	0,70
Pommern	83,56	83,56	86,30	58,90	75,34	75,34	17,81	19,18	17,81	64,38	64,38	64,38	90,41	90,41	91,78	95,89	94,32	94,32	—	—	—
Posen	89,92	91,47	90,70	50,39	71,32	68,99	14,73	15,50	14,73	71,32	72,87	72,87	96,12	96,12	96,12	88,37	89,15	89,15	3,10	1,55	0,78
Schlesien	96,67	97,33	96,67	56,67	76,00	67,33	15,33	17,33	15,33	68,00	68,00	68,67	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	—	—	—
Sachsen	83,80	83,80	85,21	56,34	74,65	67,61	11,27	10,56	9,86	74,65	75,35	75,35	98,59	98,59	98,59	99,30	99,30	99,30	2,11	2,11	2,11
Schleswig-Holst.	87,50	87,50	87,50	64,29	71,43	67,86	17,86	16,07	17,86	23,21	23,21	25,00	98,21	98,21	98,21	100,00	100,00	100,00	1,79	3,57	3,57
Hannover	66,37	65,49	65,49	52,21	68,14	66,37	15,04	16,82	15,93	52,21	53,10	53,98	93,81	94,69	94,69	85,84	87,61	87,61	5,31	5,31	6,19
Westfalen	84,40	84,40	84,40	75,23	85,32	89,91	27,52	27,52	28,44	42,20	43,12	43,12	91,74	92,66	92,66	96,33	96,33	97,25	0,92	0,92	0,92
Hessen-Nassau . .	82,52	83,50	82,52	49,51	69,90	62,14	13,59	11,65	15,53	84,47	84,47	83,50	91,26	92,23	92,23	97,09	97,09	97,09	64,08	63,11	65,05
d. Rheinprovinz .	85,71	85,82	87,31	78,20	90,30	88,81	16,54	16,42	17,91	71,43	73,88	73,88	100,00	100,00	100,00	99,25	99,25	99,25	5,26	4,48	5,22
d. Hohenz. Landen	50,00	50,00	50,00	50,00	100,00	100,00	—	—	—	50,00	50,00	50,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	—	—	—
im Staate . . .	86,88	86,77	87,08	59,56	76,82	73,61	16,85	17,07	16,84	66,69	67,42	67,82	95,92	96,24	96,48	96,47	96,63	96,71	7,13	6,81	6,97

und Brausteuer machten in den Rechnungsjahren 1911, 1912 und 1913 bei den die Städte bis zu 25 000 Einwohnern umfassenden Gruppen, mit einer Ausnahme, über $\frac{1}{5}$ des gesamten berichtigten Solls der indirekten Steuern aus; nur bei den Städten von mehr als 2 000 bis 3 000 Einwohnern

betrug der entsprechende Anteil für 1912 bloß 18,6 v. H. Bei den die größeren Städte umfassenden Gruppen, mit Ausnahme Berlins im Rechnungsjahre 1911, sowie auch bei den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden machten die Bier- und Brausteuer in den drei Beobachtungs-

jahren auch schon mehr als den zehnten Teil des Gesamtsolls ihrer indirekten Steuern aus. Eine verhältnismäßig große Rolle spielt diese Steuerart in den hohenzollernschen Städten; hier entsprach 1913 ihr Aufkommen in Höhe von rund 9 000 *M* der Hälfte der Einnahmen aus indirekten Steuern überhaupt. Sonst machte der entsprechende Anteil der Städte nur in Sachsen (23,1) und Hannover (20,4 %) mehr als ein Fünftel, in den übrigen Landesteilen, mit einer Ausnahme, aber auch noch über ein Zehntel aus. In den schleswig-holsteinschen Städten betrug das Aufkommen an Bier- und Brausteuer im Rechnungsjahre 1913 bloß 69 000 *M*, in den Vorjahren zwar ein paar tausend Mark mehr, aber immerhin erreichte hier der Sollertrag in den drei Beobachtungsjahren noch nicht einen Anteil von 3 v. H. des gesamten Solls der indirekten Steuern. Verhältnismäßig am stärksten war diese Steuerart in den ostpreussischen Städten vertreten, von denen sie in den drei Beobachtungsjahren bereits 97 v. H. eingeführt hatten. An zweiter und dritter Stelle standen Westpreußen und Hessen-Nassau mit rund 89 bzw. 84 v. H. Am seltensten kamen Bier- und Brausteuer in Schleswig-Holstein und demnächst in Westfalen vor, im Rechnungsjahre 1913 unter hundert Städten nur bei 25 bzw. 43. Der Gesamtertrag dieser Steuern stieg im Zeitraum 1911/13 von 8½ auf 9½ Mill. *M* und von 44 auf 47 Pf. pro Kopf in den Städten, desgleichen von 1 auf 1,1 Mill. *M* bzw. 46 auf 47 Pf. in den großen Landgemeinden. Die Kopfbeträge schwankten 1913 zwischen je 57 Pf. bei Berlin und der die Städte von 50 000—100 000 Einwohnern umfassenden Gruppe IV und 22 Pf. bei der von den Städten bis 2 000 Einwohner gebildeten Gruppe XI. Von den Provinzen zeigten die Städte der Hohenzollernschen Lande mit 86, demnächst die der Rheinprovinz mit 60 Pf. die höchsten, die Städte Schleswig-Holsteins mit 8 Pf. die geringsten Kopfbeträge. Auf die Lustbarkeitssteuern entfielen bei sämtlichen Städten 1911 12,6, 1912 14,5 und 1913 17,6 v. H. des Solls ihrer indirekten Steuern, bei den großen Landgemeinden desgleichen 6,9 bzw. 7,9 sowie 9,9 v. H. In sämtlichen Städtegrößengruppen machte das Sollaufkommen im Rechnungsjahre 1913 mehr als ein Zehntel, in der Gruppe IV schon ein Fünftel der indirekten Gemeindesteuern überhaupt aus. Bei Berlin, das bis zum Jahre 1913 noch keine Lustbarkeitssteuer eingeführt hatte, betrug ihr berechtigtes Soll in Höhe von 928 000 *M* etwas über ein Zehntel seiner indirekten Steuern. Bei der provinzweisen Verteilung der Städte zeigen sich größere Verschiedenheiten als bei den Städtegrößenklassen. So betrug das Soll der Lustbarkeitssteuern im Rechnungsjahre 1913 bei den Städten von Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz zwischen 21 und 28 v. H. ihrer indirekten Steuern, dagegen bei denen von Brandenburg und Hohenzollern nur 7,7 bzw. 3,7 v. H. Im Rechnungsjahre 1911 hatten schon 95,92, 1913 desgleichen 96,48 von hundert Städten eine Lustbarkeitssteuer eingeführt; in Schlesien, der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen fehlte sie bei keiner Stadt. Ihr Ertrag stieg bei sämtlichen preussischen Städten von 7,7 Mill. *M* und 40 Pf. auf den Kopf im Rechnungsjahre 1911 auf 10,99 Mill. *M* und 55 Pf. im Rechnungsjahre 1913, desgleichen von 491 000 *M* und 22 Pf. auf 622 000 *M* und 26 Pf. bei den großen Landgemeinden. Am höchsten waren 1913 die Kopfbeträge mit 88 Pf. bei den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern einerseits und mit je 90 Pf. bei den Städten Schleswig-Holsteins und der Rheinprovinz andererseits, am niedrigsten mit 12 Pf. bei den Städten bis zu 2 000 Einwohnern bzw. mit je 6 Pf. bei den großen Landgemeinden Westpreußens und den hohenzollernschen Städten. Noch stärker als die Lustbarkeitssteuer war die Hundesteuer vertreten. In Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein und den Hohenzollernschen Landen hatten

bereits 1911 sämtliche Städte diese Steuerart eingeführt, und nur in Posen (89,15) und Hannover (87,61) war dies 1913 nicht wenigstens bei neun Zehnteln der Fall. Ihr Sollertrag stieg im Zeitraum 1911/13 bei den Städten von 5,9 auf 6,4 Mill. *M* und von 31 auf 32 Pf. pro Kopf, desgleichen bei den großen Landgemeinden von 559 000 auf 643 000 *M* bzw. 25 auf 27 Pf. Das Aufkommen machte 1913 bei den Städten und den großen Landgemeinden rund ein Zehntel ihres Ertrages an indirekten Steuern überhaupt aus; doch erreichten die Städte von Westfalen (9,2), der Rheinprovinz (8,1) und Ostpreußen (6,5), desgleichen die Städte mit 50 000 bis 100 000 (9,5) und die mit über 200 000 Einwohnern (8,7 %) umfassenden Gemeindegruppen diesen Durchschnittssatz noch nicht. Eine Schankkonzessionssteuer hatten 1912 17,07 v. H. der preussischen Städte eingeführt; im folgenden Jahre verringerte sich dieser Anteilsatz auf 16,84 v. H. und blieb damit noch hinter dem Anteil von 1911 zurück. Besonders stark war der Rückgang in Westpreußen, wo 1912 noch 31,58 von hundert Städten eine Schankkonzessionssteuer besaßen, 1913 dagegen nur 26,32. Zugenommen hat der Prozentsatz der Städte gegen den Stand von 1912 bloß in Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau (hier bedeutend, von 11,65 auf 15,55 %) und in der Rheinprovinz. Am häufigsten kam diese Steuerart in Ostpreußen, Westpreußen und Westfalen vor; von hundert Städten dieser Provinzen besaßen 1913 23,88 bzw. 26,32 und 28,44 eine solche Steuer. Im Verhältnis zum Gesamtertrage der indirekten Steuern war das Aufkommen aus der Schankkonzessionssteuer ziemlich bedeutungslos. Es machte 1913 bei den Städten überhaupt 3 und bei den großen Landgemeinden nur 0,7 v. H. aus. Über dem städtischen Durchschnitt standen im selben Jahre die Städte mit 25 000 bis 200 000 Einwohnern umfassenden Größengruppen sowie die Provinzen Ostpreußen, Rheinprovinz, Westpreußen, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein und Pommern. Die beiden zuletzt genannten Landesteile zeigten mit 7,2 bzw. 8,7 % die höchsten Anteile. Der Sollertrag stieg bei den Städten von 1,75 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1911 auf 1,88 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1913, und der entsprechende Kopfbetrag machte je 9 Pf. aus; bei den großen Landgemeinden erhöhte sich im gleichen Zeitraum der Ertrag von 40 000 auf 42 000 *M*, und der Kopfbetrag stellte sich hier auf je 2 Pf. Von den sonstigen indirekten Steuerarten spielten lediglich die Verbrauchssteuern in Hessen-Nassau eine Rolle. Rund 65 von hundert Städten dieser Provinz besaßen im Rechnungsjahre 1913 derartige Steuern, und ihr Aufkommen in Höhe von 381 000 *M* betrug 7,6 % des berechtigten Solls der indirekten Gemeindesteuern überhaupt. Auf 1 Einwohner der hessen-nassauischen Städte entfielen an solchen Verbrauchssteuern 33 Pf. Im Rechnungsjahre 1910 betrug das entsprechende Sollaufkommen noch 597 000 *M* und 54 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung. Der Rückgang des Ertrages erklärt sich durch das Inkrafttreten der oben angezogenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 8. Juni 1911, derzufolge die bis dahin vielfach erhobene Wildbret- und Geflügelsteuer in Fortfall gekommen ist.

Im Rechnungsjahre 1913 betrug das Soll der indirekten Steuern bei 142 Gemeinden mindestens 3 *M* auf den Kopf der Bevölkerung. Darunter waren 58 Stadtkreise (52,75 % ihrer Gesamtheit), ferner 22 Städte und 27 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die Kreisverbänden angehörten, während außer diesen noch 30 Städte mit einer Bevölkerungszahl zwischen 2 000 und 10 000 und 5 noch kleinere Städte dazu gehörten. Die Verteilung dieser 142 Gemeinden auf die einzelnen Landesteile ist aus der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Im Rechnungsjahre 1913 betrugen die indirekten Gemeindesteuern auf 1 Einwohner

in A. den Städten u. großen Land- gemeinden der Provinzen:	min- destens 3 M		2 M bis 2,99 M		1 M bis 1,99 M		bis 99 Pf.		0 Pf.	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	6	8,96	11	16,42	42	62,69	8	11,94	—	—
Westpreußen	4	6,78	8	13,56	35	59,32	12	20,34	—	—
Brandenb. einschl. Berl.	33	20,25	25	15,34	71	43,56	34	20,86	—	—
Pommern	3	4,11	6	8,22	32	43,84	31	42,47	1	1,37
Posen	2	1,55	3	2,33	50	38,76	73	56,59	1	0,78
Schlesien	7	3,98	15	8,52	77	43,75	77	43,75	—	—
Sachsen	7	4,90	22	15,38	73	51,06	41	28,67	—	—
Schleswig-Holstein . . .	8	14,29	14	25,00	23	41,07	11	19,64	—	—
Hannover	9	7,83	12	10,43	39	33,91	55	47,83	—	—
Westfalen	12	8,82	13	9,56	66	48,33	45	33,09	—	—
Hessen-Nassau	18	17,81	19	18,27	47	45,19	20	19,23	—	—
Rheinprovinz	33	20,25	33	20,25	68	41,72	29	17,79	—	—
Hohenz. Lande	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—
A. zusammen	142	10,25	182	13,13	623	44,95	437	31,53	2	0,14
B. den Gemeinde-										
klassen:										
1. Stadtkreise	58	52,73	34	30,91	18	16,36	—	—	—	—
2. sonst. Städte m. als 10 000 Einw.	22	12,09	44	24,18	103	56,59	13	7,14	—	—
3. Städte mit 2 000 bis 10 000 Einw.	30	4,29	71	10,14	348	49,71	251	35,86	—	—
4. desgl. b. zu 2 000 E. . .	5	1,75	23	8,04	101	35,31	155	54,20	2	0,70
5. Städte überh. (1-4) . . .	115	9,00	172	13,46	570	44,60	419	32,79	2	0,16
6. Landg. mit mehr als 10 000 Einw.	27	25,00	10	9,26	53	49,07	18	16,67	—	—
7. Gem. überh. (5u.6) . . .	142	10,25	182	13,13	623	44,95	437	31,53	2	0,14

Während der Kopfbetrag bei 92 Gemeinden zwischen 3 und 3,99 M schwankte, stellte er sich bei 10 Stadtkreisen, 8 kreisangehörigen Städten und 5 großen Landgemeinden auf 4 bis 5 M. Die in Betracht kommenden kreisangehörigen Städte waren die Kurorte Zoppot, Homburg v. d. H. und Königstein a. Taunus, ferner Lagow im Kreise Oststernberg, Grätz im gleichnamigen Kreise, Höchst a./M., Malmedy und Königswinter. Einen Kopfbetrag von 5 M übertrafen noch 27 Gemeinden, und zwar die Stadtkreise: Königsberg i. Pr. (5,13), Berlin-Wilmersdorf (6,78), Altona (5,03), Göttingen (5,02), Frankfurt a./M. (5,79), Wiesbaden (7,23), Köln (5,77), Düsseldorf (5,87), Coblenz (5,55); ferner die kreisangehörigen Städte: Oranienburg (5,09), Arys im Kreise Johannisburg (5,14), Westerland (6,60), Immenhausen im Kreise Hofgeismar (5,24), Eltville im Rheingaukreis (6,46); endlich die großen Landgemeinden: B.-Weißensee (7,09), B.-

Oberschöneweide (6,48), B.-Friedrichsfelde (6,51), B.-Tegel (10,01), B.-Lichterfelde (5,29), B.-Tempelhof (5,37), B.-Treptow (5,11), B.-Mariendorf (6,12), B.-Lankwitz (7,21), Zehlendorf (16,63), Ruppelen-Baerl im Kreise Mörs (5,13), Rotthausen (5,24) und Altenessen (7,44 M) im Landkreise Essen. In 14 Fällen blieb der Kopfbetrag an indirekten Gemeindesteuern nur um wenige Pfennige hinter der Summe von 3 M zurück, nämlich bei den Stadtkreisen Danzig, B.-Lichtenberg, Stettin und Solingen; desgleichen bei den Städten Fürstenberg a./Oder, Kr. Guben, Golßen im Kreise Luckau, Suhl, Barmstedt, Gütersloh, Lünen, Langenschwalbach und Mörs; endlich bei den Landgemeinden Langerfeld im Kreise Schwelm und Hiesfeld im Kreise Dinslaken.

Bei 77 Gemeinden mit einem Kopfbetrage an indirekten Steuern in Höhe von mindestens 2,99 M betrug das Sollaufkommen dieser Steuern auch mindestens 100 000 M. Außer ihnen erreichten bzw. übertrafen noch 21 Gemeinden mit niedrigeren Kopfbeträgen diese Summe. Bei letzteren handelte es sich um die Stadtkreise Allenstein (2,85), Elbing (1,94), Thorn (2,29), Brandenburg a. H. (2,83), Posen (2,17), Görlitz (2,76), Königshütte O. S. (1,39), Gleiwitz (2,02), Halberstadt (2,29), Linden vor Hannover (1,98), Buer (2,37), Bielefeld (2,29), Herne (2,41), Recklinghausen (2,81), Aachen (2,83), Hamborn (2,56), Oberhausen (2,52), Remscheid (2,54) und Rheydt (2,63); ferner um die großen Landgemeinden Bottrop im Landkreise Recklinghausen (1,63) und Borbeck im Landkreise Essen (1,33 M). Bei 27 Stadtkreisen übertraf das Aufkommen ihrer indirekten Steuern die Summe von einer halben und bei 11 von ihnen noch eine Million M. Letzteres war der Fall bei den Großstädten Königsberg i. Pr. (1,33), Berlin (9,23), Charlottenburg (1,26), Neukölln (1,06), Breslau (1,81), Hannover (1,41), Frankfurt a./M. (2,59), Köln (3,17), Düsseldorf (2,28), Essen (1,47) und Duisburg (1,06 Mill. M).

Bei 172 Städten und 10 großen Landgemeinden machten die indirekten Steuern 2 bis ausschließlich 3 M auf 1 Einwohner, desgleichen bei 570 Städten und 53 großen Landgemeinden 1 M bis ausschließlich 2 M aus, während 421 Städte und 18 große Landgemeinden einen Kopfbetrag von 1 M noch nicht erreichten. Ganz ohne indirekte Steuern kamen nur die Städte Usedom und Mixstadt aus.

Mindestens ein Zehntel des gesamten Steueraufkommens machten die indirekten Steuern im Rechnungsjahre 1913 in 281 Städten (21,99 v. H.) und 28 großen Landgemeinden (25,93 v. H.) aus. Diese 309 Gemeinden verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Landestteile:

Im Rechnungsjahre 1913 betrug das berichtete Soll der indirekten Steuern mindestens 10 % vom gesamten Steueraufkommen

in	Stadtkreisen		sonstigen Städten		Städten		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Städten und großen Land- gemeinden			
	überh.	v. H.	mit mehr als 10 000 Einw.	mit mehr als 2 000 bis einschl. 10 000 Einw.	mit nicht mehr als 2 000 Einw.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	
Ostpreußen	4	100,00	1	16,67	16	33,33	4	44,44	25	37,31	25	37,31
Westpreußen	2	50,00	3	30,00	6	16,22	3	50,00	14	24,56	16	27,12
Brandenburg (einschl. Berlins)	6	40,00	1	7,69	25	29,76	16	51,61	48	33,57	63	38,65
Pommern	2	40,00	2	20,00	9	19,15	—	—	13	17,81	13	17,81
Posen	—	—	—	—	13	18,31	18	36,73	31	24,03	31	24,03
Schlesien	3	25,00	2	8,70	11	13,92	10	27,78	26	17,33	28	15,91
Sachsen	1	8,33	2	10,53	18	23,38	10	29,41	31	21,83	31	21,68
Schleswig-Holstein	1	20,00	—	—	5	15,15	—	—	6	10,71	6	10,71
Hannover	4	40,00	2	18,18	4	7,02	1	2,86	11	9,73	12	10,43
Westfalen	3	20,00	2	8,00	2	3,57	—	—	7	6,42	7	5,15
Hessen-Nassau	1	25,00	4	50,00	23	44,23	20	51,28	48	46,60	49	47,12
der Rheinprovinz	8	38,10	5	11,36	8	14,04	—	—	21	15,67	28	17,18
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	35	31,82	24	13,19	140	20,00	82	28,67	281	21,99	28	25,93
											309	22,29

In 22 Städten und 1 großen Landgemeinde erreichte das Soll der indirekten Steuern noch mindestens ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens; hiervon entfielen 9 Gemeinden

auf Hessen-Nassau, je 5 auf Brandenburg und Posen, endlich je 1 auf Westpreußen, Pommern, Schlesien und die Rheinprovinz. Zwischen 20 und 25 % schwankten die betreffenden

Anteile in Neukirchen, Kreis Ziegenhain (20,22), Hofheim, Kreis Höchst (20,44), Ritschenwalde, Kreis Obornik (20,45), Woldenberg, Kreis Friedeberg N.M. (20,67), Ratzebuhr, Kreis Neustettin (20,62), Grätz, Kreis Grätz (20,95), Wissek, Kreis Wirsitz (20,96), Vierraden, Kreis Angermünde (21,01), Freystadt i. Westpr., Kreis Rosenberg i. W. (21,60), Altenessen, Landkreis Essen (21,65), Gudensberg, Kreis Fritzlar (21,97), Hessisch Lichtenau, Kreis Witzenhausen (22,43), Liebenau b. Schwiebus (22,45) und Felsberg, Kreis Melsungen (24,01 %). Mehr als 25 % machte der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtsteuersoll aus in Jutroschin, Kreis Rawitsch (25,32), Salmünster, Kreis Schlüchtern (26,47), Raudten, Kreis Steinau (26,92), Lagow, Kreis Oststernberg (30,08), Bärwalde (Nm.), Kreis Königsberg (Nm.) (31,48) und Immenhausen, Kreis Hofgeismar (32,87 %). Schließlich gehören auch noch 3 Städte hierher, die keine direkten, wohl aber indirekte Steuern eingeführt hatten, so daß deren Anteil am Gesamtsteuersoll sich auf 100 % stellte. Dies waren die schon oben erwähnten Städte Sulmirschütz im Kreise Adelnau, Naumburg i. Hessen im Kreise Wolfhagen und Niedenstein im Kreise Fritzlar.

Von den 36 Landgemeinden Groß-Berlins, die nicht mehr als 10 000 Einwohner besaßen, zeigten, wie aus der Tabelle 3 zu ersehen ist, 26 einen Kopfbetrag an indirekten Gemeindesteuern von mindestens 3 *M.* Bei 7 von ihnen betrug er noch über 10 *M.*; dies waren Lübars (10,44), Heiligensee (12), B.-Heinersdorf (14,05) und B.-Hohenschönhausen (14,95 *M.*) im Kreise Niederbarnim, desgleichen Wannsee (13,92), Nikolassee (18,17) und B.-Grunewald (22,55 *M.*) im Kreise Teltow. Bei 3 von diesen letzteren Landgemeinden betrug ihr Sollaufkommen an indirekten Gemeindesteuern mindestens $\frac{1}{5}$ ihres Aufkommens an Gemeindesteuern überhaupt, nämlich in Nikolassee 21,55, in B.-Hohenschönhausen 23,84 und in Lübars 25,39 %. Entsprechend hohe Anteile am gesamten Gemeindesteuersoll erreichten außer diesen auch die indirekten Steuern in den Landgemeinden Glienicke, Mahlsdorf und Marzahn im Kreise Niederbarnim und Mahlow im Kreise Teltow; sie betrugen hier 24,21 bzw. 20,76, 28,83 und 22,06 %. Die Landgemeinde Mehrow im Kreise Niederbarnim erhob keine indirekten Steuern.

Das Gesamtaufkommen der 64 Gemeinden Groß-Berlins an indirekten Gemeindesteuern belief sich auf 17 888 368 *M.* und 4,62 *M.* auf den Kopf der Bevölkerung. An dem Gesamtertrage waren beteiligt

die Umsatzsteuer	mit 7,50 Mill. <i>M.</i> und 41,94 %
„ Wertzuwachssteuer	„ 4,83 „ „ „ 27,01 „
„ Schankkonzessionssteuer . .	„ 0,11 „ „ „ 0,60 „
„ Bier- und Brausteuer . . .	„ 1,95 „ „ „ 10,89 „
„ Lustbarkeitssteuern	„ 1,32 „ „ „ 7,37 „
„ Hundesteuer	„ 2,18 „ „ „ 12,19 „

3. Die direkten Gemeindesteuern.

Die Erhebung der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern erfolgt in Preußen nach Maßgabe der betreffenden Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893. Auf die wichtigsten von ihnen wird im zweiten Hauptabschnitt dieser Abhandlung, der von den Gemeindeforschlägen zu den staatlich veranlagten direkten Steuern handelt, näher eingegangen werden. Infolge dessen sehen wir davon an dieser Stelle ab.

Die Erhebung der Wanderlager- und Warenhaussteuer erfolgt auf Grund nachstehender gesetzlichen Bestimmungen:

Nach § 5 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 27. Februar 1880 ist die Isteinnahme dieser Steuer a) in den Orten der ersten, zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung der Gemeinde, in deren Bezirk der Wanderlagerbetrieb stattgefunden hat, b) in den Orten

der vierten Gewerbesteuerabteilung den betreffenden Kreisen, in den Hohenzollernschen Landen den betreffenden Amtsverbänden überwiesen. Über die Verwendung haben im Falle zu b) die Kreisvertretungen bzw. Amtsversammlungen zu Gunsten der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke zu beschließen.

Insoweit die Erhebung der Steuer durch Staatsbeamte bewirkt wird, sind von der zu überweisenden Isteinnahme 3 % als Erhebungskosten für die Staatskasse vorweg in Abzug zu bringen.

Gemäß § 4 a. a. O. beträgt die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in den Orten

der ersten Gewerbesteuerabteilung 50 *M.*,
der zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung 40 *M.*,
der vierten Gewerbesteuerabteilung sowie in den Hohenzollernschen Landen 30 *M.*

Für die Wanderauktionen wird dieselbe Steuer für den Tag erhoben.

Für die Erhebung einer Warenhaussteuer in den Gemeinden sind die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Warenhaussteuer, vom 18. Juli 1900 maßgebend. Danach unterliegt der Warenhaussteuer, wer das stehende Gewerbe des Klein- (Detail-) Handels mit mehr als einer der im § 6 des Gesetzes unter A bis D unterschiedenen Warengruppen betreibt, wenn der Jahresumsatz in diesen Gruppen — einschließlich desjenigen der in Preußen belegenen Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstätten — 400 000 *M.* übersteigt. Erstreckt sich der Kleinhandelsbetrieb über mehrere Orte, so tritt die Steuerpflicht nur insoweit ein, als seine Verkaufsstätten in einem und demselben Orte oder in unmittelbar benachbarten Orten mehr als eine der im § 6 unterschiedenen Warengruppen führen.

Die Warenhaussteuer fließt den Gemeinden zu (§ 1).

Der Steuersatz der Warenhaussteuer steigt gemäß § 2 a. a. O. von 4 000 *M.*, bei einem Jahresumsatze von mehr als 400 000 *M.* bis 450 000 *M.*, bis auf 20 000 *M.* bei einem Jahresumsatze von mehr als 1 000 000 bis 1 100 000 *M.*, und so fort, für jede 100 000 *M.* mehr, um 2 000 *M.* Steuer.

Unterhält ein Unternehmen der in § 1 bezeichneten Art, welches seinen Sitz außerhalb Preußens hat, in Preußen eine oder mehrere Verkaufsstätten, so unterliegt gemäß § 3 a. a. O. jede dieser Verkaufsstätten, ohne Rücksicht auf die Höhe des Umsatzes, einer Warenhaussteuer von 2 % ihres Jahresumsatzes. Der geringste Steuersatz beträgt 200 *M.* bei einem jährlichen Umsatze von 10 000 *M.* oder weniger. Die Steuersätze steigen um je 200 *M.* für je 10 000 *M.* des Jahresumsatzes (§ 3).

Nach § 14 a. a. O. hat die empfangsberechtigte Gemeinde die Warenhaussteuer nur soweit zu erheben, als sie die von ihr nach § 29 oder § 30 K.A.G. von dem der Warenhaussteuer unterliegenden Betrieb erhobene Gewerbesteuer übersteigt. Erstreckt sich die Gewerbesteuerveranlagung auf mehrere Betriebe, die nicht sämtlich der Warenhaussteuer unterliegen, so ist der auf die warenhaussteuerpflichtigen Betriebe entfallende Teilbetrag der Gewerbesteuer unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften im § 38 des Gewerbesteuergesetzes und § 32 K.A.G. festzustellen.

Das Aufkommen an Warenhaussteuer ist von den Gemeinden, soweit dieselben zur Deckung ihrer Ausgaben von den nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes in den Steuerklassen III und IV veranlagten Gewerbetreibenden Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer oder eine besondere Gewerbesteuer erheben, zur Erleichterung der von diesen Steuerklassen zu erhebenden Prozente bzw. Steuern oder zur Bestreitung von Gemeindebedürfnissen vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden zu verwenden. Eine Anrechnung der Warenhaussteuer auf den nach den

§§ 54 bis 57 K.A.G. durch besondere Gewerbesteuern oder Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer aufzubringen den Teil des Steuerbedarfs findet nicht statt.

In der auf den Seiten 160–163 abgedruckten Tabelle 9 ist das berichtigte Soll der von den preußischen Städten und großen Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 erhobenen direkten Gemeindesteuern, getrennt nach ihren einzelnen Arten, in 1000 \mathcal{M} nachgewiesen; dabei sind die Beträge für die Städte nicht bloß auf die einzelnen Landesteile, sondern auch auf bestimmte Größenklassen verteilt worden. Außer den berichtigten Sollbeträgen selbst enthält die Tabelle auch die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Beträge. Danach ist in sämtlichen preußischen Städten das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern, unter Einbeziehung der Wanderlager- und Warenhaussteuer, von 550,7 Mill. \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1910 auf 584,7 bzw. 614,6 und 646,3 Mill. \mathcal{M} in den folgenden Rechnungsjahren angewachsen, so daß sich das Aufkommen im Zeitraum 1910/11 um 6,17, desgleichen 1911/12 um 5,11 und 1912/13 um 5,16 v. H., im ganzen Beobachtungszeitraum 1910/13 um 17,36 v. H. vermehrt hat. Das Soll der großen Landgemeinden stieg von 52 Mill. \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1910 auf 57,6 bzw. 60 und 67 Mill. \mathcal{M} oder um 10,67 bzw. 4,25 und 11,64 v. H. in den folgenden Jahren, und die Zunahme im Zeitraum 1910/13 betrug 28,80 v. H. Abgesehen von Berlin, dessen Aufkommen im Rechnungsjahre 1912 gegen das des Vorjahres um rund eine halbe Million \mathcal{M} zurückgeblieben ist, sowie der nur durch Thale bzw. Griesheim a. Main vertretenen sächsischen und hessen-nassauischen Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern, ergibt sich für sämtliche Gemeindegrößenklassen sowie auch für die Gesamtheit der Städte und großen Landgemeinden in den einzelnen Provinzen von Jahr zu Jahr eine Zunahme des Steuersolls. Wie sich diese Entwicklung bei den einzelnen Gemeindegruppen gestaltete, erhellt aus der auf Seite 164 abgedruckten Tabelle 10. Die Zunahme war im Zeitraum 1910/11 mit 10,67, 9,07 und 8,20 v. H. bei den großen Landgemeinden sowie den Städtegruppen III und VI, desgleichen mit 16,05, 15,95 und 13,88 v. H. bei den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Brandenburgs, Hessen-Nassaus und Hannovers am bedeutendsten, mit 0,53 und 2,91 v. H. bei den Städtegruppen IV und IX und, wenn man die durch das Ausscheiden der Landgemeinde Ilversgehofen verursachte Abnahme bei den sächsischen Landgemeinden unberücksichtigt läßt, mit 2,92 und 3,30 v. H. bei den westfälischen Städten und den schlesischen Landgemeinden am niedrigsten.

Im Zeitraum 1912/13 wies das Soll der direkten Gemeindesteuern bei den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern und den großen Landgemeinden mit 11,75 bzw. 11,64 v. H. die bei weitem größte Zunahme auf. Dieser Durchschnittssatz für die Gesamtheit der Landgemeinden wurde noch in der Rheinprovinz (13,99) und in Westfalen (15,06) sowie namentlich in Sachsen (164,65 v. H.) übertroffen. Da ein ersichtlicher Grund für die außerordentliche Zunahme in der für Sachsen allein in Betracht kommenden Landgemeinde Thale nicht zu finden ist, bleibt nur der Schluß übrig, daß die Gemeinde falsche Angaben über das Soll ihrer direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1912 gemacht hat. Sie hat offenbar anstelle des Umlagesolls das Prinzipalsoll angegeben. Da sie von den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1912 235 % Zuschläge erhob, würde sich, falls unsere Annahme zutrifft, ohne Berücksichtigung etwaiger Mehr- oder Minderbelastungen, statt der von der Gemeinde angegebenen 138 037 \mathcal{M} ein Soll an direkten Steuern von 324 387 \mathcal{M} ergeben. Bei Zugrundelegung dieser Steuersumme für 1912 würde die Zunahme 1912/13 nur 12,62 v. H. betragen haben. — Bei den Städten betrug die durchschnittliche Zunahme des Solls der direkten

Steuern im Zeitraum 1912/13 5,16 v. H. Diesen Satz übertrafen noch, außer der Städtegruppe IV (11,75), die Gruppen X (8,38), V (7,38), XI (6,60) und VIII (6,87 %), desgleichen die Städte der Provinzen Westfalen (9,61), Ostpreußen (6,74), Hohenzollernsche Lande (6,74), Rheinprovinz (6,51), Westpreußen (6,07), Pommern (5,98), Hannover (5,92) und Posen (5,20 %). Die geringste Zunahme wiesen unter den Städtegruppen die die Städte mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern umfassende Gruppe IX mit 1,20 % und von den Städten der einzelnen Landesteile die sächsischen mit 2,98 % auf.

Auch die auf 1 Einwohner entfallenden Beträge an direkten Gemeindesteuern sind sowohl bei der Gesamtheit der Städte jeder Provinz als auch in den unterschiedenen 11 Städtegrößenklassen, mit einziger Ausnahme von Berlin, innerhalb der Beobachtungszeit von Jahr zu Jahr gestiegen; für die großen Landgemeinden trifft dies, wieder mit Ausnahme der sächsischen und hessen-nassauischen, ebenfalls zu. Im Zeitraum 1910/11 wiesen die höchste Steigerung der Kopfbeträge bei den städtischen Größengruppen mit 7,27 bzw. 7,01 % Berlin und die Kleinstädte mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern, bei den Städten der einzelnen Landesteile mit 6,80 bzw. 6,54 % die hohenzollernschen und posenschen Städte auf, während die kleinsten Anteile mit 2,33 bzw. 0,45 % auf die Gruppe III und die westfälischen Städte entfielen. Bei den großen Landgemeinden waren die Unterschiede noch wesentlich höher. Einer Zunahme von 27,77 und 11,17 % in Sachsen und Hessen-Nassau stand eine solche von nur 2,44 bzw. 2,35 % in Schlesien und Westfalen gegenüber. Während sich 1911 der Kopfbetrag der direkten Steuern in den Städten überhaupt um 4,40 v. H. gegen das Vorjahr vergrößert hatte, betrug die entsprechende Steigerung von 1912 auf 1913 nur 3,67 v. H. Bei der Städtegruppe VII war sie mit 1,04 % am niedrigsten, bei der Gruppe X mit 6,08 % am bedeutendsten. Übertröffen wurde letzterer Anteilsatz noch von dem der Städte Westfalens und der Hohenzollernschen Lande mit 6,73 bzw. 6,51 v. H., ferner von der Gesamtheit der großen Landgemeinden (7,19) sowie den Anteilen der Landgemeinden in Westpreußen (6,51), Westfalen (7,44) und der Rheinprovinz (9,67 %). Die Zunahme des Kopfbetrages bei den sächsischen Landgemeinden würde sich auf nur 12,91 % stellen, wenn man den oben angegebenen Steuerbetrag der Berechnung des Kopfbetrages für 1912 zugrunde legt; letzterer würde sich auf 24,09 \mathcal{M} belaufen.

Die Kopfbeträge selbst waren in den vier Beobachtungsjahren in Berlin mit 42,08, 45,14, 45,04 und 45,97 \mathcal{M} am höchsten und verringerten sich bei jeder folgenden Städtegruppe, um bei der letzten, die die Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern umfaßte, nur noch 11,04, bzw. 11,62, 12,23 und 12,86 \mathcal{M} zu betragen. Für die Kopfbeträge der Städte in den einzelnen Provinzen gilt, bezüglich ihrer Vergleichbarkeit, das auf Seite 141 Gesagte, so daß sich ein näheres Eingehen auf sie erübrigt.

Aus der auf Seite 165 abgedruckten Tabelle 11 ist zu ersehen, welche Anteile am Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern in den Rechnungsjahren 1911, 1912 und 1913 das Sollaufkommen der vier wichtigsten direkten Steuerarten, nämlich der Einkommensteuer, der Steuern vom Grundbesitz, der Gewerbesteuer und der Betriebssteuer, bei den unterschiedenen Gemeindegruppen sowie bei den Städten innerhalb jeder Provinz ausmachten. Die entsprechenden Anteile der Wanderlager- und Warenhaussteuer sind aus Raumrücksichten fortgelassen worden. Da ergibt sich, daß sich die Anteile im Laufe der drei Jahre fast durchweg wenig verändert haben. Im Rechnungsjahre 1913 wurden in den Städten überhaupt durch die Einkommensteuer 60 % der direkten Gemeindesteuern aufgebracht, durch die Steuern vom Grundbesitz 26,4, durch die Gewerbesteuern

[Fortsetzung des Textes auf Seite 165.]

Die direkten Gemeindesteuern sämtlicher Städte und der mehr als

(Tab. 9.)		Es betrug das berichtigte Soll									
Staat.		der Einkommensteuer								der	
Provinzen.		1910		1911		1912		1913		1910	
		1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b
A. Staat.											
I. Berlin		45 752	22,52	46 841	23,04	47 611	23,49	48 279	24,00	26 460	13,02
Städte mit											
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin)		94 147	21,55	101 273	22,57	108 090	23,49	114 715	24,66	43 396	9,93
III. " " 100 000 bis 200 000 Einw.		51 266	20,71	56 394	21,37	60 237	21,28	63 323	21,99	24 709	9,98
IV. " " 50 000 " 100 000 "		37 804	17,27	37 732	17,68	39 643	18,91	44 283	19,95	15 726	7,18
V. " " 25 000 " 50 000 "		29 647	15,60	31 422	16,24	36 261	17,16	39 300	18,00	12 475	6,56
VI. " " 10 000 " 25 000 "		34 459	14,10	37 774	14,96	38 998	15,54	41 011	16,39	14 228	5,82
VII. " " 7 000 " 10 000 "		8 360	10,67	8 816	11,37	9 297	12,25	9 653	12,51	3 914	5,00
VIII. " " 5 000 " 7 000 "		7 483	9,90	7 828	10,29	7 996	10,89	8 642	11,42	3 799	5,02
IX. " " 3 000 " 5 000 "		8 671	9,04	9 039	9,43	9 848	10,04	10 086	10,72	4 826	5,03
X. " " 2 000 " 3 000 "		4 339	7,20	4 615	7,78	4 858	8,28	5 422	9,05	2 823	4,68
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern .		2 295	5,70	2 389	5,98	2 526	6,36	2 766	6,87	1 582	3,93
I. bis XI. Sämtliche Städte . .		324 225	17,14	344 122	17,88	365 363	18,61	387 480	19,45	153 938	8,14
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.		28 682	13,40	31 316	13,82	32 692	14,48	36 989	15,74	14 530	6,79
I. bis XII. zusammen		352 907	16,76	375 438	17,46	398 055	18,18	424 479	19,06	168 469	8,00
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen:											
Sämtliche Städte ¹⁾		8 596	13,21	9 165	13,86	9 987	14,79	10 787	15,53	4 782	7,35
II. Westpreußen:											
a) Sämtliche Städte		7 509	12,71	7 776	12,98	8 434	13,80	9 046	14,27	3 964	6,71
b) Größere Landgemeinden . . .		33	2,97	38	3,38	135	6,16	153	6,84	51	4,56
III. Brandenburg (ohne Berlin):											
a) Sämtliche Städte		30 518	15,12	33 900	16,30	36 425	16,66	38 708	17,41	18 978	9,40
b) Größere Landgemeinden . . .		7 089	13,56	8 262	14,30	8 895	15,49	10 127	16,90	7 798	14,92
IV. Pommern:											
Sämtliche Städte ¹⁾		9 402	12,81	9 844	13,14	10 383	13,63	11 234	14,48	5 044	6,83
V. Posen:											
Sämtliche Städte ¹⁾		6 744	9,36	7 407	10,11	7 838	10,59	8 292	11,05	4 111	5,71
VI. Schlesien:											
a) Sämtliche Städte		26 117	14,34	27 539	15,03	28 534	15,43	29 993	15,97	11 592	6,37
b) Größere Landgemeinden . . .		4 912	11,10	5 070	11,36	5 435	12,02	5 685	12,44	1 468	3,32
VII. Sachsen:											
a) Sämtliche Städte		23 466	15,53	24 984	16,25	26 075	16,88	27 048	17,31	10 119	6,70
b) Größere Landgemeinden . . .		206	8,07	137	10,08	81	6,04	236	17,59	116	4,54
VIII. Schleswig-Holstein:											
Sämtliche Städte ¹⁾		12 083	15,65	13 052	16,47	14 112	17,52	15 076	18,42	9 571	12,39
IX. Hannover:											
a) Sämtliche Städte		17 135	14,78	18 433	15,62	19 922	16,54	21 358	17,21	8 124	7,01
b) Größere Landgemeinden . . .		595	15,21	692	16,32	739	16,77	780	17,54	292	7,47
X. Westfalen:											
a) Sämtliche Städte		33 397	18,07	34 014	17,97	37 008	18,99	40 252	20,10	11 782	6,37
b) Größere Landgemeinden . . .		7 224	14,07	7 695	13,88	7 928	14,25	9 078	15,23	2 082	4,06
XI. Hessen-Nassau:											
a) Sämtliche Städte		25 311	22,86	26 874	24,01	28 464	25,20	30 073	26,36	10 399	9,39
b) Größere Landgemeinden . . .		179	15,57	221	18,46	193	15,67	202	16,14	58	5,06
XII. Rheinprovinz:											
a) Sämtliche Städte		78 075	19,82	84 158	20,94	90 423	21,83	97 176	23,27	28 987	7,36
b) Größere Landgemeinden . . .		8 444	14,68	9 201	15,12	9 285	15,93	10 728	17,71	2 664	4,63
XIII. Hohenzollernsche Lande:											
Sämtliche Städte ¹⁾		120	11,67	136	12,96	149	14,17	158	14,96	23	2,27

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres

Steuern vom Grundbesitz						der Gewerbesteuer								Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
1911		1912		1913		1910		1911		1912		1913		
1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	
7a	7b	8a	8b	9a	9b	10a	10b	11a	11b	12a	12b	13a	13b	
28 770	14,15	28 753	14,19	29 164	14,50	11 689	5,75	14 452	7,11	13 153	6,49	13 129	6,53	A. I.
44 853	10,00	46 077	10,01	47 111	10,13	17 612	4,03	18 845	4,20	20 161	4,38	21 145	4,55	II.
26 063	9,88	28 872	10,20	29 583	10,27	9 267	3,74	10 558	4,00	11 344	4,01	11 922	4,14	III.
16 065	7,53	15 813	7,54	16 579	7,47	8 529	3,90	8 624	4,04	9 636	4,60	11 907	5,36	IV.
13 064	6,75	14 251	6,74	14 825	6,79	5 971	3,14	6 430	3,32	7 295	3,45	7 953	3,64	V.
14 991	5,94	15 164	6,04	15 308	6,12	7 321	3,00	7 848	3,11	8 089	3,22	8 522	3,41	VI.
3 932	5,07	4 009	5,28	4 032	5,22	1 740	2,22	1 797	2,32	1 877	2,47	1 918	2,48	VII.
3 919	5,15	3 797	5,17	3 936	5,20	1 597	2,11	1 701	2,24	1 718	2,34	1 824	2,41	VIII.
4 885	5,10	5 009	5,11	4 931	5,24	1 991	2,08	2 024	2,11	2 146	2,19	2 191	2,33	IX.
2 927	4,93	2 982	5,08	3 080	5,14	1 013	1,68	1 066	1,80	1 083	1,85	1 172	1,96	X.
1 673	4,19	1 702	4,29	1 776	4,41	509	1,26	523	1,31	569	1,43	571	1,42	XI.
161 144	8,33	166 429	8,48	170 326	8,55	67 240	3,55	73 868	3,84	77 073	3,93	82 253	4,13	I.—XI.
16 356	7,22	16 918	7,49	17 731	7,54	8 608	4,02	9 707	4,28	10 201	4,52	12 062	5,13	XII.
177 509	8,25	183 346	8,37	188 057	8,44	75 848	3,60	83 575	3,89	87 274	3,99	94 316	4,24	I.—XII.
B.														
5 018	7,59	5 218	7,73	5 416	7,80	1 534	2,36	1 609	2,43	1 708	2,53	1 852	2,67	I.
4 066	6,78	4 195	6,86	4 336	6,84	1 221	2,07	1 433	2,39	1 497	2,45	1 590	2,51	II.
54	4,85	138	6,29	145	6,50	5	0,41	5	0,41	15	0,69	15	0,67	a. b.
20 034	9,63	21 914	10,03	22 359	10,06	4 521	2,24	4 806	2,31	5 587	2,56	5 807	2,61	III.
8 999	15,58	9 373	16,32	9 662	16,12	1 133	2,17	1 331	2,30	1 521	2,65	1 817	3,03	a. b.
5 170	6,90	5 257	6,90	5 366	6,92	1 556	2,12	1 675	2,24	1 702	2,23	1 789	2,31	IV.
4 325	5,90	4 399	5,94	4 547	6,06	1 257	1,74	1 389	1,90	1 406	1,90	1 524	2,03	V.
11 924	6,51	12 050	6,51	12 414	6,61	5 506	3,02	5 882	3,21	6 180	3,34	6 431	3,42	VI.
1 545	3,46	1 645	3,64	1 720	3,76	1 344	3,04	1 378	3,09	1 535	3,39	1 769	3,87	a. b.
10 546	6,86	10 696	6,92	10 904	6,98	4 715	3,12	5 024	3,27	5 262	3,41	5 319	3,40	VII.
71	5,22	30	2,25	61	4,58	45	1,78	41	3,03	25	1,88	65	4,86	a. b.
9 849	12,43	10 104	12,55	10 327	12,62	2 220	2,87	2 337	2,95	2 470	3,07	2 628	3,21	VIII.
8 449	7,16	8 794	7,30	9 030	7,27	3 593	3,10	3 866	3,28	4 020	3,34	4 279	3,45	IX.
329	7,75	353	8,01	364	8,20	109	2,78	114	2,68	118	2,68	117	2,62	a. b.
12 296	6,49	12 787	6,56	13 155	6,57	8 116	4,39	8 474	4,48	9 471	4,86	11 573	5,78	X.
2 348	4,23	2 424	4,36	2 570	4,31	2 728	5,31	3 296	5,94	3 435	6,17	4 224	7,09	a. b.
10 688	9,55	11 001	9,74	11 269	9,87	4 348	3,93	4 465	3,99	4 661	4,13	4 860	4,26	XI.
61	5,09	63	5,15	65	5,20	31	2,71	30	2,48	32	2,56	32	2,59	a. b.
29 988	7,46	31 237	7,54	32 016	7,67	16 915	4,29	18 401	4,58	19 907	4,81	21 415	5,13	XII.
2 948	4,84	2 890	4,96	3 143	5,19	3 212	5,58	3 513	5,77	3 520	6,04	4 023	6,64	a. b.
21	1,99	24	2,31	22	2,07	49	4,74	52	5,00	50	4,71	58	5,54	XIII.

(Noch: Tab. 9.)

Staat. Provinzen.		Es betrug das berichtigte Soll													
		der Betriebssteuer								der Wanderlager-					
		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912	
		1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw. <i>M</i>
I		14a	14b	15a	15b	16a	16b	17a	17b	18a	18b	19a	19b	20a	20b
A. Staat.															
I. Berlin		301	0,15	292	0,14	289	0,14	289	0,14	2	.	3	.	—	—
Städte mit															
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin)		658	0,15	664	0,15	674	0,15	688	0,15	3	.	4	.	3	.
III. " " 100 000 bis 200 000 Einw.		402	0,16	428	0,16	443	0,16	451	0,16	2	.	4	.	2	.
IV. " " 50 000 " 100 000 "		356	0,16	334	0,16	335	0,16	342	0,15	3	.	2	.	2	.
V. " " 25 000 " 50 000 "		265	0,14	276	0,14	286	0,14	295	0,13	7	.	5	.	4	.
VI. " " 10 000 " 25 000 "		252	0,10	252	0,10	250	0,10	249	0,10	11	.	12	.	8	.
VII. " " 7 000 " 10 000 "		83	0,11	81	0,10	82	0,11	86	0,11	4	0,01	4	0,01	2	.
VIII. " " 5 000 " 7 000 "		84	0,11	86	0,11	85	0,12	85	0,11	3	.	4	0,01	2	.
IX. " " 3 000 " 5 000 "		126	0,13	121	0,13	127	0,13	125	0,13	4	.	5	0,01	4	.
X. " " 2 000 " 3 000 "		75	0,13	77	0,13	76	0,13	78	0,13	3	0,01	3	.	2	.
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern .		58	0,14	58	0,14	57	0,14	61	0,15	1	.	—	—	0,4	.
I. bis XI. Sämtliche Städte . .		2 660	0,14	2 666	0,14	2 704	0,14	2 748	0,14	44	.	45	.	30	.
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.		135	0,06	142	0,06	139	0,06	144	0,06	—	—	—	—	1	.
I. bis XII. zusammen		2 795	0,13	2 809	0,13	2 842	0,13	2 891	0,13	44	.	45	.	31	.
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen:															
Sämtliche Städte ¹⁾		118	0,18	124	0,19	125	0,19	129	0,19	2	.	2	.	2	.
II. Westpreußen:															
a) Sämtliche Städte		83	0,14	84	0,14	87	0,14	96	0,15	1	.	1	.	1	.
b) Größere Landgemeinden . . .		1	0,06	1	0,06	2	0,08	2	0,08	—	—	—	—	—	—
III. Brandenburg (ohne Berlin):															
a) Sämtliche Städte		253	0,13	258	0,12	263	0,12	266	0,12	5	.	4	.	3	.
b) Größere Landgemeinden . . .		35	0,07	40	0,07	36	0,06	39	0,06	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern:															
Sämtliche Städte ¹⁾		105	0,14	101	0,13	104	0,14	108	0,14	2	.	2	.	1	.
V. Posen:															
Sämtliche Städte ¹⁾		110	0,15	122	0,17	126	0,17	124	0,17	2	.	1	.	1	.
VI. Schlesien:															
a) Sämtliche Städte		223	0,12	226	0,12	232	0,13	234	0,12	4	.	6	.	5	.
b) Größere Landgemeinden . . .		20	0,05	23	0,05	23	0,05	24	0,05	—	—	—	—	0,1	.
VII. Sachsen:															
a) Sämtliche Städte		165	0,11	165	0,11	164	0,11	165	0,11	5	.	6	.	4	.
b) Größere Landgemeinden . . .		3	0,14	3	0,21	1	0,08	2	0,18	—	—	—	—	—	—
VIII. Schleswig-Holstein:															
Sämtliche Städte ¹⁾		90	0,12	92	0,12	90	0,11	89	0,11	2	.	1	.	0,4	.
IX. Hannover:															
a) Sämtliche Städte		157	0,14	151	0,13	158	0,13	163	0,13	3	.	4	.	2	.
b) Größere Landgemeinden . . .		1	0,01	1	0,01	1	0,01	1	0,01	—	—	—	—	—	—
X. Westfalen:															
a) Sämtliche Städte		304	0,16	312	0,16	313	0,16	318	0,16	6	.	7	.	3	.
b) Größere Landgemeinden . . .		37	0,07	39	0,07	39	0,07	38	0,06	—	—	—	—	0,1	.
XI. Hessen-Nassau:															
a) Sämtliche Städte		160	0,14	160	0,14	160	0,14	159	0,14	3	.	4	.	3	.
b) Größere Landgemeinden . . .		1	0,11	0,5	0,04	0,5	0,04	1	0,05	—	—	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz:															
a) Sämtliche Städte		591	0,15	581	0,14	594	0,14	607	0,15	7	.	6	.	4	.
b) Größere Landgemeinden . . .		36	0,06	37	0,06	36	0,06	38	0,06	—	—	—	—	0,4	.
XIII. Hohenzollernsche Lande															
Sämtliche Städte ¹⁾		—	—	—	—	—	—	—	—	0,03	.	—	—	—	—

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres

steuer		der Warenhaussteuer								der direkten Gemeindesteuern zusammen								Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
1913		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912		1913		
1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	
21a	21b	22a	22b	23a	23b	24a	24b	25a	25b	26a	26b	27a	27b	28a	28b	29a	29b	
—	—	1 301	0,64	1 427	0,70	1 472	0,73	1 601	0,80	85 506	42,08	91 784	45,14	91 276	45,04	92 463	45,97	A.
2	.	690	0,16	838	0,19	871	0,19	1 101	0,24	156 506	35,82	166 478	37,10	175 875	38,22	184 762	39,72	II.
2	.	268	0,11	260	0,10	321	0,11	404	0,14	85 914	34,71	93 707	35,52	101 220	35,75	105 686	36,69	III.
2	.	202	0,09	194	0,09	188	0,09	213	0,10	62 620	28,61	62 951	29,50	65 617	31,30	73 325	33,03	IV.
5	.	64	0,03	52	0,03	47	0,02	59	0,03	48 429	25,48	51 249	26,48	58 145	27,52	62 436	28,60	V.
8	.	38	0,02	52	0,02	51	0,02	53	0,02	56 309	23,04	60 928	24,13	62 559	24,93	65 151	26,04	VI.
3	.	10	0,01	10	0,01	16	0,02	10	0,01	14 111	18,01	14 639	18,88	15 282	20,13	15 700	20,34	VII.
3	.	—	—	—	—	—	—	1	.	12 967	17,15	13 539	17,80	13 598	18,53	14 492	19,14	VIII.
5	0,01	—	—	—	—	2	.	3	.	15 619	16,29	16 073	16,77	17 136	17,47	17 341	18,44	IX.
2	.	0,4	.	1	.	—	—	1	.	8 254	13,69	8 688	14,65	9 001	15,35	9 755	16,28	X.
1	.	1	.	1	.	0,4	.	1	.	4 446	11,04	4 643	11,62	4 855	12,23	5 176	12,86	XI.
32	.	2 574	0,14	2 833	0,15	2 967	0,15	3 447	0,17	550 681	29,11	584 678	30,39	614 565	31,30	646 287	32,45	I.—XI.
1	.	48	0,02	33	0,01	49	0,02	53	0,02	52 004	24,29	57 554	25,40	59 999	26,58	66 980	28,49	XII.
33	.	2 622	0,12	2 866	0,13	3 016	0,14	3 500	0,16	602 685	28,62	642 232	29,86	674 564	30,81	713 267	32,03	I.—XII.
B.																		
2	.	20	0,03	21	0,03	27	0,04	32	0,05	15 052	23,14	15 940	24,11	17 067	25,28	18 218	26,22	I.
1	.	53	0,09	66	0,11	63	0,10	76	0,12	12 833	21,72	13 426	22,40	14 278	23,35	15 144	23,89	II.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	8,00	98	8,70	290	13,22	315	14,08	a. b.
4	.	287	0,14	294	0,14	287	0,13	269	0,12	54 562	27,04	59 296	28,51	64 477	29,50	67 412	30,33	III.
—	—	—	—	0,2	.	0,2	.	0,3	.	16 055	30,71	18 632	32,26	19 826	34,53	21 645	36,12	a. b.
3	.	66	0,09	74	0,10	81	0,11	78	0,10	16 175	22,03	16 865	22,51	17 529	23,02	18 577	23,94	IV.
1	.	11	0,02	11	0,02	14	0,02	13	0,02	12 236	16,98	13 255	18,09	13 783	18,62	14 501	19,33	V.
3	.	80	0,04	85	0,05	88	0,05	95	0,05	43 521	23,90	45 662	24,91	47 088	25,46	49 170	26,18	VI.
0,3	.	45	0,10	33	0,07	49	0,11	53	0,12	7 790	17,61	8 048	18,04	8 687	19,21	9 250	20,25	a. b.
5	.	106	0,07	79	0,05	81	0,05	101	0,06	38 577	25,54	40 803	26,54	42 282	27,37	43 541	27,86	VII.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	371	14,51	252	18,54	138	10,25	365	27,20	a. b.
1	.	79	0,10	87	0,11	92	0,11	102	0,12	24 045	31,13	25 417	32,08	26 867	33,36	28 224	34,49	VIII.
2	.	59	0,05	55	0,05	55	0,05	69	0,06	29 071	25,08	30 956	26,23	32 951	27,37	34 901	28,12	IX.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	997	25,48	1 135	26,77	1 211	27,46	1 261	28,38	a. b.
4	.	23	0,01	92	0,05	108	0,06	125	0,06	53 628	29,02	55 195	29,15	59 689	30,62	65 427	32,68	X.
0,4	.	—	—	—	—	—	—	—	—	12 071	23,52	13 378	24,12	13 827	24,85	15 910	26,70	a. b.
3	.	67	0,06	95	0,09	107	0,09	162	0,14	40 287	36,39	42 286	37,79	44 396	39,31	46 526	40,77	XI.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	269	23,45	312	26,07	288	23,42	300	23,97	a. b.
5	.	420	0,11	447	0,11	493	0,12	724	0,17	124 996	31,72	133 582	33,23	142 657	34,43	151 943	36,39	XII.
0,4	.	3	0,01	—	—	—	—	—	—	14 360	24,96	15 700	25,80	15 732	27,00	17 933	29,61	a. b.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	192	18,68	209	19,95	223	21,19	238	22,57	XIII.

Die Entwicklung der direkten Gemeindesteuern sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

Staat. Provinzen.		Das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern betrug			Das auf 1 Einwohner entfallende Soll der direkten Gemeindesteuern betrug							
		1911 mehr (+) oder weniger (—) als 1910	1912 mehr (+) oder weniger (—) als 1911	1913 mehr (+) oder weniger (—) als 1912	1911 mehr (+) oder we- niger (—) als 1910	1912 mehr (+) oder we- niger (—) als 1911	1913 mehr (+) oder we- niger (—) als 1912					
		%	%	%	%	%	%					
I		2	3	4	5	6	7					
A. Staat.												
I. Berlin	+	7,34	—	0,55	+	1,30	+	7,27	—	0,22	+	2,06
Städte mit												
II. mehr als 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) .	+	6,37	+	5,64	+	5,06	+	3,57	+	3,02	+	3,92
III. „ „ 100 000 bis 200 000 Einwohnern . .	+	9,07	+	8,02	+	4,41	+	2,33	+	0,65	+	2,63
IV. „ „ 50 000 „ 100 000 „	+	0,53	+	4,23	+	11,75	+	3,11	+	6,10	+	5,53
V. „ „ 25 000 „ 50 000 „	+	5,82	+	13,46	+	7,88	+	3,92	+	3,93	+	3,92
VI. „ „ 10 000 „ 25 000 „	+	8,20	+	2,68	+	4,14	+	4,73	+	3,32	+	4,45
VII. „ „ 7 000 „ 10 000 „	+	3,74	+	4,39	+	2,74	+	4,83	+	6,62	+	1,04
VIII. „ „ 5 000 „ 7 000 „	+	4,41	+	0,44	+	6,87	+	3,79	+	4,10	+	3,29
IX. „ „ 3 000 „ 5 000 „	+	2,91	+	6,61	+	1,20	+	2,95	+	4,17	+	5,55
X. „ „ 2 000 „ 3 000 „	+	5,25	+	3,61	+	8,38	+	7,01	+	4,78	+	6,06
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern	+	4,43	+	4,58	+	6,60	+	5,25	+	5,25	+	5,15
I. bis XI. Sämtliche Städte	+	6,17	+	5,11	+	5,16	+	4,40	+	2,99	+	3,67
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern	+	10,67	+	4,25	+	11,64	+	4,57	+	4,65	+	7,19
I. bis XII. zusammen	+	6,56	+	5,03	+	5,74	+	4,33	+	3,18	+	3,96
B. Provinzen.												
I. Ostpreußen:												
Sämtliche Städte ¹⁾	+	5,90	+	7,07	+	6,74	+	4,19	+	4,85	+	3,72
II. Westpreußen:												
a) Sämtliche Städte	+	4,62	+	6,85	+	6,07	+	3,13	+	4,24	+	2,81
b) Größere Landgemeinden	+	8,11	+	197,02	+	8,78	+	8,75	+	51,95	+	6,51
III. Brandenburg (ohne Berlin):												
a) Sämtliche Städte	+	8,68	+	8,74	+	4,55	+	5,44	+	3,47	+	2,81
b) Größere Landgemeinden	+	16,06	+	6,41	+	9,17	+	5,06	+	7,04	+	4,60
IV. Pommern:												
Sämtliche Städte ¹⁾	+	4,27	+	3,93	+	5,98	+	2,18	+	2,27	+	4,00
V. Posen:												
Sämtliche Städte ¹⁾	+	8,33	+	3,99	+	5,20	+	6,54	+	2,93	+	3,81
VI. Schlesien:												
a) Sämtliche Städte	+	4,92	+	3,12	+	4,42	+	4,23	+	2,21	+	2,83
b) Größere Landgemeinden	+	3,30	+	7,94	+	6,48	+	2,44	+	6,49	+	5,41
VII. Sachsen:												
a) Sämtliche Städte	+	5,77	+	3,62	+	2,98	+	3,92	+	3,13	+	1,79
b) Größere Landgemeinden	—	32,00	—	45,29	+	164,65	+	27,77	—	44,71	+	165,37
VIII. Schleswig-Holstein:												
Sämtliche Städte ¹⁾	+	5,71	+	5,70	+	5,06	+	3,05	+	3,99	+	3,39
IX. Hannover:												
a) Sämtliche Städte	+	6,48	+	6,44	+	5,92	+	4,59	+	4,35	+	2,74
b) Größere Landgemeinden	+	13,88	+	6,66	+	4,20	+	5,06	+	2,58	+	3,35
X. Westfalen:												
a) Sämtliche Städte	+	2,92	+	8,14	+	9,61	+	0,45	+	5,04	+	6,73
b) Größere Landgemeinden	+	10,82	+	3,36	+	15,06	+	2,55	+	3,03	+	7,44
XI. Hessen-Nassau:												
a) Sämtliche Städte	+	4,96	+	4,99	+	4,80	+	3,85	+	4,02	+	3,71
b) Größere Landgemeinden	+	15,95	—	7,70	+	4,19	+	11,17	—	10,16	+	2,35
XII. Rheinprovinz:												
a) Sämtliche Städte	+	6,87	+	6,79	+	6,51	+	4,76	+	3,61	+	5,69
b) Größere Landgemeinden	+	9,33	+	0,21	+	13,99	+	3,87	+	4,65	+	9,67
XIII. Hohenzollernsche Lande:												
Sämtliche Städte ¹⁾	+	8,48	+	6,83	+	6,74	+	6,80	+	6,22	+	6,51

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

Die Anteile der einzelnen direkten Steuerarten am Gesamtaufkommen der direkten Gemeindesteuern in sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1911/1913.

(Tab. 11.)		Vom berichtigten Soll der direkten Gemeindesteuern entfielen auf											
Staat. Provinzen.	I	die Einkommensteuer			die Steuern vom Grundbesitz			die Gewerbesteuer			die Betriebssteuer		
		1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Staat.													
I. Berlin		51,0	52,2	52,2	31,3	31,5	31,5	15,7	14,4	14,2	0,3	0,3	0,3
Städte mit mehr als													
II. 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) . . .		60,8	61,5	62,1	26,9	26,2	25,5	11,3	11,5	11,4	0,4	0,4	0,4
III. 100 000 bis 200 000 Einwohnern . . .		60,2	59,5	59,9	27,8	28,5	28,0	11,3	11,2	11,3	0,5	0,4	0,4
IV. 50 000 „ 100 000 „		59,9	60,4	60,4	25,5	24,1	22,6	13,7	14,7	16,2	0,5	0,5	0,5
V. 25 000 „ 50 000 „		61,3	62,4	62,9	25,5	24,5	23,7	12,5	12,5	12,7	0,5	0,5	0,5
VI. 10 000 „ 25 000 „		62,0	62,3	62,9	24,6	24,2	23,5	12,9	12,9	13,1	0,4	0,4	0,4
VII. 7 000 „ 10 000 „		60,2	60,8	61,5	26,9	26,2	25,7	12,3	12,3	12,2	0,6	0,5	0,5
VIII. 5 000 „ 7 000 „		57,8	58,8	59,6	28,9	27,9	27,2	12,6	12,6	12,6	0,6	0,6	0,6
IX. 3 000 „ 5 000 „		56,2	57,5	58,2	30,4	29,2	28,4	12,6	12,5	12,6	0,8	0,7	0,7
X. 2 000 „ 3 000 „		53,1	54,0	55,6	33,7	33,1	31,6	12,3	12,0	12,0	0,9	0,8	0,8
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einw.		51,4	52,0	53,4	36,0	35,1	34,3	11,3	11,7	11,0	1,2	1,2	1,2
I. bis XI. Sämtliche Städte		58,9	59,5	60,0	27,6	27,1	26,4	12,6	12,5	12,7	0,5	0,4	0,4
XII. Landgemeind. mit mehr als 10 000 Einw.		54,4	54,5	55,2	28,4	28,2	26,5	16,9	17,0	18,0	0,2	0,2	0,2
B. Provinzen (nur Städte).													
I. Ostpreußen		57,5	58,5	59,2	31,5	30,6	29,7	10,1	10,0	10,2	0,8	0,7	0,7
II. Westpreußen		57,9	59,1	59,7	30,3	29,4	28,6	10,7	10,5	10,5	0,6	0,6	0,6
III. Brandenburg (ohne Berlin)		57,2	56,5	57,4	33,8	34,0	33,2	8,1	8,7	8,6	0,4	0,4	0,4
IV. Pommern		58,4	59,2	60,5	30,7	30,0	28,9	9,9	9,7	9,6	0,6	0,6	0,6
V. Posen		55,9	56,9	57,2	32,6	31,9	31,4	10,5	10,2	10,5	0,9	0,9	0,9
VI. Schlesien		60,3	60,6	61,0	26,1	25,6	25,2	12,9	13,1	13,1	0,5	0,5	0,5
VII. Sachsen		61,2	61,7	62,1	25,8	25,3	25,0	12,3	12,4	12,2	0,4	0,4	0,4
VIII. Schleswig-Holstein		51,3	52,5	53,4	38,7	37,6	36,6	9,2	9,2	9,3	0,4	0,3	0,3
IX. Hannover		59,5	60,5	61,2	27,3	26,7	25,9	12,5	12,2	12,3	0,5	0,5	0,5
X. Westfalen		61,6	62,0	61,5	22,3	21,4	20,1	15,4	15,9	17,7	0,6	0,5	0,5
XI. Hessen-Nassau		63,6	64,1	64,6	25,3	24,8	24,2	10,6	10,5	10,4	0,4	0,4	0,3
XII. Rheinprovinz		63,0	63,4	64,0	22,4	21,9	21,1	13,8	14,0	14,1	0,4	0,4	0,4
XIII. Hohenzollernsche Lande		65,0	66,9	66,3	10,0	10,9	9,2	25,1	22,2	24,5	—	—	—

12,7 und durch die Betriebssteuer 0,4 %. Von diesen Durchschnittssätzen wichen die entsprechenden Anteile der Städtegrößenklassen und der Gesamtheit der Städte in den einzelnen Provinzen im allgemeinen nicht allzuviel ab. Bei den großen Landgemeinden wurden 1913 durch die Einkommensteuer nur 55,2 v. H. des Gesamtsolls der direkten Gemeindesteuern aufgebracht, während auf die Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe 26,5 bzw. 18 v. H., auf die Betriebssteuer dagegen bloß 0,2 v. H. entfielen.

Aus der Tabelle 12 auf den Seiten 166/67 ist zu ersehen, wie sich in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 bei den Gemeindegrößengruppen und bei den Städten und Landgemeinden der einzelnen Landesteile das berichtigte Soll der Gemeinde-Einkommensteuer zum berichtigen Soll der Gemeinde-Realsteuern, d. h. der Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe sowie der Betriebssteuer zusammen, verhielt; neben den in 1 000 *M* angegebenen Sollbeträgen der Einkommensteuer und der Realsteuern ist ihr prozentualer Anteil an der Summe dieser beiden Steuerarten aufgeführt. Danach ist das berichtigte Soll der Gemeindeeinkommensteuer bei sämtlichen Städten von rund 324 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1910 auf 344, 365 und 387 Mill. *M* in den folgenden Jahren angewachsen, desgleichen sein Anteil am Soll von Einkommen- und Realsteuern zusammen im gesamten Beobachtungszeitraum von rund 59 auf 60 % gestiegen. Bei den großen Landgemeinden vermehrte sich das Einkommensteuersoll von rund 29 Mill. *M* im Rechnungsjahre 1910 auf 31, 33 und 37 Mill. *M* in den folgenden Jahren, und es entsprach 55 bzw. 54, 55 und 55 %

des Solls der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern. Bei den unterschiedenen Städtegruppen schwankte der Prozentsatz der Einkommensteuer am gesamten Einkommen- und Realsteuersoll im Rechnungsjahre 1913 zwischen 53,1 und 63 % bei Berlin einerseits und den die Städte von 10 000 bis 50 000 Einwohnern umfassenden Gruppen V und VI andererseits. Noch größer war der Unterschied zwischen den Prozentsätzen bei provinzweiser Anordnung der Städte; denn dem niedrigsten Anteilsatz von 53,6 % in der Provinz Schleswig-Holstein stand ein solcher von 64,9 % bei den hessen-nassauischen und 66,3 % bei den hohenzollernschen Städten gegenüber. Bei den großen Landgemeinden schwankten 1913 die entsprechenden Anteile zwischen 46,8 und 67,3 % in Brandenburg und Hessen-Nassau. Außer bei den brandenburgischen übertraf nur noch bei den westpreußischen Landgemeinden der Sollertrag der Realsteuern den ihrer Einkommensteuer. Die preußischen Städte zusammen erzielten im Rechnungsjahre 1913 aus den Realsteuern einen Ertrag von 255,3 Mill. *M* gegen 246,2, 237,7 und 223,8 Mill. *M* in den Vorjahren, desgleichen die großen Landgemeinden 29,9 Mill. *M* gegen 27,3, 26,2 und 23,3 Mill. *M*. Vom Sollaufkommen des Rechnungsjahres 1913 in den Städten entfielen auf die Steuern vom Grundbesitz 170,33 Mill. *M*, auf die Gewerbesteuern 82,25 und auf die Betriebssteuer 2,75 Mill. *M*; bei den großen Landgemeinden beliefen sich die entsprechenden Beträge auf 17,73 bzw. 12,06 und 0,14 Mill. *M*. Die Belastung durch die Gemeindeeinkommensteuer betrug 1913 auf den Kopf der Bevölkerung in den

[Fortsetzung des Textes auf Seite 168.]

Die staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern sämtlicher Städte und der mehr als

(Tab. 12)		Es betrug das berichtigte Soll							
		der Einkommensteuer							
Staat.	Provinzen.	1910		1911		1912		1913	
		1 000 M	v. H. des berichtigten Solls der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern zus. (Sp. 10)	1 000 M	v. H. des berichtigten Solls der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern zus. (Sp. 11)	1 000 M	v. H. des berichtigten Solls der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern zus. (Sp. 12)	1 000 M	v. H. des berichtigten Solls der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern zus. (Sp. 13)
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b
A. Staat.									
I. Berlin		45 752	54,3	46 841	51,9	47 611	53,0	48 279	53,1
Städte mit									
II. mehr als 200 000 Einwohnern (ohne Berlin)		94 147	60,4	101 273	61,1	108 090	61,8	114 715	62,5
III. " " 100 000 bis 200 000 Einwohnern		51 266	59,9	56 394	60,3	60 237	59,7	63 323	60,1
IV. " " 50 000 " 100 000 "		37 804	60,5	37 732	60,1	39 643	60,6	44 283	60,6
V. " " 25 000 " 50 000 "		29 647	61,3	31 422	61,4	36 261	62,4	39 300	63,0
VI. " " 10 000 " 25 000 "		34 459	61,2	37 774	62,1	38 998	62,4	41 011	63,0
VII. " " 7 000 " 10 000 "		8 360	59,3	8 816	60,3	9 297	60,9	9 653	61,5
VIII. " " 5 000 " 7 000 "		7 483	57,7	7 828	57,8	7 996	58,8	8 642	59,7
IX. " " 3 000 " 5 000 "		8 671	55,5	9 039	56,3	9 848	57,5	10 086	58,2
X. " " 2 000 " 3 000 "		4 339	52,6	4 615	53,1	4 858	54,0	5 422	55,6
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern		2 295	51,6	2 389	51,5	2 526	52,0	2 766	53,5
I. bis XI. Sämtliche Städte		324 225	59,1	344 122	59,1	365 363	59,8	387 480	60,3
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		28 682	55,2	31 316	54,4	32 692	54,6	36 989	55,3
I. bis XII. zusammen		352 907	58,8	375 438	58,7	398 055	59,3	424 470	59,8
B. Provinzen.									
I. Ostpreußen:									
Sämtliche Städte ¹⁾		8 596	57,2	9 165	57,6	9 987	58,6	10 787	59,3
II. Westpreußen:									
a) Sämtliche Städte		7 509	58,8	7 776	58,2	8 434	59,4	9 046	60,0
b) Größere Landgemeinden		33	37,1	38	38,8	135	46,6	153	48,5
III. Brandenburg (ohne Berlin):									
a) Sämtliche Städte		30 518	56,2	33 900	57,5	36 425	56,8	38 708	57,7
b) Größere Landgemeinden		7 089	44,2	8 262	44,3	8 895	44,9	10 127	46,8
IV. Pommern:									
Sämtliche Städte ¹⁾		9 402	58,4	9 844	58,6	10 383	59,5	11 234	60,7
V. Posen:									
Sämtliche Städte ¹⁾		6 744	55,2	7 407	55,9	7 838	56,9	8 292	57,2
VI. Schlesien:									
a) Sämtliche Städte		26 117	60,1	27 539	60,4	28 534	60,7	29 993	61,1
b) Größere Landgemeinden		4 912	63,4	5 070	63,3	5 435	62,9	5 685	61,8
VII. Sachsen:									
a) Sämtliche Städte		23 466	61,0	24 984	61,4	26 075	61,8	27 048	62,3
b) Größere Landgemeinden		206	55,6	137	54,4	81	58,9	236	64,7
VIII. Schleswig-Holstein:									
Sämtliche Städte ¹⁾		12 083	50,4	13 052	51,5	14 112	52,7	15 076	53,6
IX. Hannover:									
a) Sämtliche Städte		17 135	59,1	18 433	59,7	19 922	60,6	21 358	61,8
b) Größere Landgemeinden		595	59,7	692	61,0	739	61,0	780	61,8
X. Westfalen:									
a) Sämtliche Städte		33 397	62,3	34 014	61,7	37 008	62,1	40 252	61,6
b) Größere Landgemeinden		7 224	59,8	7 695	57,5	7 928	57,3	9 078	57,1
XI. Hessen-Nassau:									
a) Sämtliche Städte		25 311	62,9	26 874	63,7	28 464	64,3	30 073	64,9
b) Größere Landgemeinden		179	66,4	221	70,8	193	66,9	202	67,3
XII. Rheinprovinz:									
a) Sämtliche Städte		78 075	62,7	84 158	63,2	90 423	63,6	97 176	64,3
b) Größere Landgemeinden		8 444	58,8	9 201	58,6	9 285	59,0	10 728	59,8
XIII. Hohenzollernsche Lande:									
Sämtliche Städte ¹⁾		120	62,5	136	65,0	149	66,9	158	66,3

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Zeitraum 1910/1913.

nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres												Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
der Realsteuern								der staatlich veranlagten direkten Gemeindesteuern zusammen				
1910		1911		1912		1913		1910	1911	1912	1913	
	v. H. des be- richtigten Solls der staatlich ver- anlagten direkten Gemeinde- steuern zus. (Sp. 10)		v. H. des be- richtigten Solls der staatlich ver- anlagten direkten Gemeinde- steuern zus. (Sp. 11)		v. H. des be- richtigten Solls der staatlich ver- anlagten direkten Gemeinde- steuern zus. (Sp. 12)		v. H. des be- richtigten Solls der staatlich ver- anlagten direkten Gemeinde- steuern zus. (Sp. 13)	(Sp. 2a u. 6a)	(Sp. 3a u. 7a)	(Sp. 4a u. 8a)	(Sp. 5a u. 9a)	
1 000 M		1 000 M		1 000 M		1 000 M		1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	
6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b	10	11	12	13	
38 451	45,7	43 514	48,1	42 194	47,0	42 582	46,9	84 203	90 355	89 805	90 862	A.
61 666	39,6	64 362	38,9	66 912	38,2	68 943	37,5	155 813	165 635	175 002	183 658	I.
34 378	40,1	37 049	39,7	40 660	40,3	41 956	39,9	85 644	93 443	100 897	105 280	II.
24 611	39,5	25 023	39,9	25 783	39,4	28 828	39,4	62 415	62 755	65 426	73 111	III.
18 710	38,7	19 771	38,6	21 833	37,6	23 073	37,0	48 358	51 192	58 094	62 372	IV.
21 801	38,8	23 090	37,9	23 502	37,6	24 079	37,0	56 260	60 865	62 500	65 090	V.
5 738	40,7	5 810	39,7	5 968	39,1	6 035	38,5	14 098	14 626	15 264	15 688	VI.
5 480	42,3	5 706	42,2	5 600	41,2	5 845	40,3	12 963	13 534	13 596	14 487	VII.
6 943	44,5	7 029	43,7	7 282	42,5	7 247	41,8	15 615	16 068	17 130	17 333	VIII.
3 912	47,4	4 070	46,9	4 142	46,0	4 330	44,4	8 251	8 684	8 999	9 752	IX.
2 149	48,4	2 254	48,5	2 329	48,0	2 408	46,5	4 444	4 642	4 855	5 174	X.
223 839	40,9	237 678	40,9	246 205	40,2	255 327	39,7	548 063	581 800	611 568	642 807	XI.
23 273	44,8	26 205	45,6	27 257	45,4	29 937	44,7	51 955	57 521	59 949	66 926	II.—XI.
247 112	41,2	263 883	41,3	273 462	40,7	285 264	40,2	600 019	639 321	671 517	709 733	XII.
												I.—XII.
												B.
6 435	42,8	6 752	42,4	7 051	41,4	7 397	40,7	15 030	15 917	17 038	18 184	I.
5 269	41,2	5 583	41,8	5 779	40,6	6 022	40,0	12 778	13 358	14 213	15 067	II.
57	62,9	60	61,2	155	53,4	162	51,5	90	98	290	315	a.
												b.
23 752	43,8	25 098	42,5	27 763	43,2	28 432	42,3	54 270	58 998	64 188	67 140	III.
8 967	55,8	10 370	55,7	10 930	55,1	11 518	53,2	16 055	18 632	19 826	21 645	a.
												b.
6 705	41,6	6 946	41,4	7 063	40,5	7 263	39,3	16 106	16 790	17 446	18 497	IV.
5 478	44,8	5 836	44,1	5 931	43,1	6 195	42,8	12 222	13 243	13 769	14 487	V.
17 321	39,9	18 032	39,6	18 462	39,3	19 079	38,9	43 437	45 571	46 995	49 072	VI.
2 833	36,6	2 945	36,7	3 203	37,1	3 512	38,2	7 745	8 015	8 638	9 197	a.
												b.
14 999	39,0	15 735	38,6	16 122	38,2	16 387	37,7	38 465	40 719	42 197	43 435	VII.
165	44,4	115	45,6	57	41,1	129	35,3	371	252	138	365	a.
												b.
11 881	49,6	12 278	48,5	12 663	47,3	13 044	46,4	23 964	25 329	26 775	28 120	VIII.
11 875	40,9	12 466	40,3	12 972	39,4	13 473	38,7	29 010	30 898	32 894	34 831	IX.
402	40,3	443	39,0	472	39,0	482	38,2	997	1 135	1 211	1 261	a.
												b.
20 202	37,7	21 082	38,3	22 571	37,9	25 046	38,4	53 599	55 096	59 579	65 298	X.
4 847	40,2	5 683	42,5	5 899	42,7	6 832	42,9	12 071	13 378	13 827	15 910	a.
												b.
14 907	37,1	15 313	36,3	15 822	35,7	16 289	35,1	40 217	42 187	44 286	46 362	XI.
90	33,6	91	29,2	95	33,1	98	32,7	269	312	288	300	a.
												b.
46 494	37,3	48 970	36,8	51 737	36,4	54 038	35,7	124 569	133 129	142 160	151 214	XII.
5 913	41,2	6 498	41,4	6 446	41,0	7 204	40,2	14 356	15 700	15 732	17 932	a.
												b.
72	37,5	73	35,0	74	33,1	80	33,7	192	209	223	238	XIII.

Städten durchschnittlich 19,45 *M*, desgleichen die durch Grundbesitzsteuern 8,55 *M*, durch Gewerbe- und Betriebssteuern 4,18 bzw. 0,14 *M*; in den großen Landgemeinden stellten sich die entsprechenden Kopfbeträge auf 15,74 bzw. 7,54, 5,18, 0,06 *M*. Bei den Städtegrößengruppen verringerte sich 1913 der auf 1 Einwohner entfallende Einkommensteuerbetrag von 24 *M* bei Berlin und 24,66 *M* bei den übrigen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern bis auf 6,87 *M* bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern, desgleichen der Kopfbetrag der Steuern vom Grundbesitz von 14,50 auf 4,41 *M* und der der Gewerbesteuren von 6,53 auf 1,42 *M*. Die auf 1 Einwohner entfallenden Betriebssteuern zeigten innerhalb der Größengruppen nur unbedeutende Unterschiede, schwankend zwischen 10 und 16 Pfennig. Sowohl bei der Einkommensteuer als auch bei den Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe erhöhten sich die Kopfbeträge in den meisten Gemeindegrößengruppen und Landesteilen seit 1910 von Jahr zu Jahr. Für die Gesamtheit der preußischen Städte und großen Landgemeinden ergibt sich folgende Entwicklung:

Es betrug das auf 1 Einwohner entfallende berichtigte Soll					
bei a) den Städten	1910	1911	1912	1913	
„ b) „ großen Landgemeinden	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
an Einkommensteuer					
a	17,14	17,88	18,61	19,45	
b	13,40	13,82	14,48	15,74	
„ Steuern vom Grundbesitz					
a	8,14	8,38	8,48	8,55	
b	6,79	7,22	7,49	7,54	
„ Gewerbesteuer					
a	3,55	3,84	3,93	4,13	
b	4,02	4,28	4,52	5,13	

Bei der Betriebssteuer blieben die Kopfbeträge der Städte und großen Landgemeinden in den vier Beobachtungsjahren unverändert auf 14 bzw. 6 Pfennig stehen.

Das Aufkommen aus der Wanderlagersteuer ist durchweg ganz unbedeutend gewesen. Für sämtliche Städte ergab sich im Rechnungsjahre 1913 nur eine Summe von rund 32 000 *M* und für die großen Landgemeinden eine solche von 1 000 *M*. Mehr fiel, wenigstens für die größeren Städte, schon die Warenhaussteuer ins Gewicht. Es entfielen 1913 von ihrem gesamten Soll für die Städte im Betrage von 3,45 Mill. *M* 1,60 Mill. *M* allein auf Berlin und 1,50 Mill. *M* auf die übrigen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Auf 1 Einwohner kamen in Berlin 80 Pf., in den übrigen Städten mit über 200 000 Einwohnern 24, in denen mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern 14 Pfennig.

Das Aufkommen an direkten Gemeindesteuern erreichte oder übertraf im Rechnungsjahre 1913 bei 109 von den bei der Erhebung berücksichtigten 1 586 Gemeinden die Summe von 1 Million *M*. Zu dieser Gruppe gehörten 83 Stadtkreise, 4 kreisangehörige Städte und 22 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Bis auf 7 Stadtkreise und 2 große Landgemeinden, die hier fehlen, waren es dieselben Gemeinden, die auch ein Gesamtsteuersoll von mindestens 1 Million *M* aufzuweisen hatten und die wir daher schon bei der Besprechung des Aufkommens aus Gemeindesteuern überhaupt kennen gelernt haben. Bei den meisten dieser Gemeinden betrug die steuerliche Belastung auf den Kopf der Bevölkerung mindestens 28 *M*. Nur bei 16 von ihnen wurde dieser Kopfbetrag noch nicht erreicht, und zwar handelte es sich um die Stadtkreise Elbing (26,26), Neukölln (19,47), B.-Lichtenberg (20,29), Görlitz (27,51), Königshütte O. S. (27,14), Liegnitz (21,51), Ratibor (27,64), Linden vor Hannover (26,70), Osnabrück (25,64), Coblenz (26,94) und Trier (27,01) sowie um die Landgemeinden Zabrze (24,99) im gleichnamigen Kreise, Bottrop (26,01) und Recklinghausen (25,63) im Landkreise

Recklinghausen und Wanne (24,72 *M*) im Landkreise Gelsenkirchen sowie Altenessen (26,92 *M*) im Landkreise Essen. Mit Ausnahme von Görlitz (30,37), Coblenz (32,49), Trier (30,63) und Altenessen (34,36 *M*) erreichten alle diese Gemeinden auch nicht einen Kopfbetrag der Gesamtsteuern in Höhe von 30 *M*. Im ganzen waren 250 Gemeinden (18,04 %) vorhanden, deren Soll an direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913 mindestens 28 *M* auf 1 Einwohner ausmachte; hiervon waren 76 Stadtkreise (69,09 %), 130 kreisangehörige Städte (11,13 %) und 44 große Landgemeinden (40,74 % ihrer Gesamtheit). Die Stadtkreise der Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen und Hessen-Nassau waren in dieser Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden sämtlich, die der Rheinprovinz auch bis auf 2 (Coblenz und Trier) vollzählig vertreten. Von den westpreussischen und pommerschen Stadtkreisen gehörten nur je einer, von den ostpreussischen und posenschen je zwei zu dieser Gruppe, nämlich Danzig, Stettin, Königsberg i. Pr., Tilsit, Posen und Bromberg. Von den 14 brandenburgischen Stadtkreisen (ausschließlich Berlins) fehlten Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Landsberg a./W. und Guben. Die Provinz Schlesien war dagegen nur mit 4 von ihren 12 Stadtkreisen beteiligt, nämlich mit Breslau, Gleiwitz, Beuthen O./S. und Kattowitz O./S. Ebenso gehörten von den 12 sächsischen und 10 hannoverschen Stadtkreisen nur 7 bzw. 6 dieser Gruppe an, während Mülhausen i. Th., Zeitz, Weißenfels, Stendal und Eisleben sowie Linden vor Hannover, Osnabrück, Emden und Celle fehlten. Von den kreisangehörigen Städten mit Kopfbeträgen in dieser Höhe entfielen 35 auf die Rheinprovinz, 21 auf Westfalen, je 18 auf Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau, 15 auf Hannover, 8 auf Brandenburg, 5 bzw. 5, 4 und 1 auf Schlesien, Westpreußen, Sachsen und die Hohenzollernschen Lande. Von den ebenfalls zu dieser Gruppe gehörigen Landgemeinden gehörten 20 der Provinz Brandenburg an, das waren ihre sämtlichen Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern; ferner war die Rheinprovinz mit 12, Westfalen mit 9, Schlesien mit 2 und Hannover mit 1 vertreten. Während bei 201 Gemeinden der Kopfbetrag ihrer direkten Gemeindesteuern zwischen 28 und 40 *M* schwankte, betrug er bei 49 Gemeinden noch über 40 *M*, und zwar bei 21 Stadtkreisen (mit Berlin), 16 kreisangehörigen Städten und 12 großen Landgemeinden. Von den Stadtkreisen gehörten 10 der Rheinprovinz, je 3 den Provinzen Brandenburg (außer Berlin) und Westfalen, 2 Hessen-Nassau und je 1 Schlesien und Schleswig-Holstein an. Die kreisangehörigen Städte waren Teltow sowie die Fabrik- und Industriestädte Staßfurt, Bleicherode in der Grafschaft Hohenstein, Elmshorn im Kreise Pinneberg, Siegen und Freudenberg im Kreise Siegen, Höchst a./M., Düren, Stolberg und Langenberg im Kreise Mettmann, ferner die Badeorte Westerland und Flecken Wyk, Bad Oeynhaus, Bad Ems, Kronberg und Königstein a. Taunus. Die zu dieser Gruppe mit den höchsten Kopfbeträgen gehörigen Landgemeinden waren die Berliner Vororte B.-Lichterfelde, B.-Mariendorf, B.-Lankwitz, Zehlendorf, B.-Oberschöneweide, B.-Niederschöneweide und B.-Tegel, ferner Dahlhausen im Kreise Hattingen, Neunkirchen im Kreise Ottweiler, Wiesdorf im Landkreise Solingen, Völklingen im Landkreise Saarbrücken und Vohwinkel im Kreise Mettmann. Bei 10 von diesen Gemeinden überstieg der Kopfbetrag ihrer direkten Steuern noch 50 *M*, nämlich in Charlottenburg (50,14), B.-Wilmsdorf (50,28), Bleicherode (53,08), Flecken Wyk (54,39), Wiesdorf (55,26), Frankfurt a./M. (56,42), Völklingen (60,08), Höchst a./M. (61,06), Zehlendorf (68,07) und Königstein a. Taunus (70,59 *M*).

Bei 109 Gemeinden betrug das Soll der direkten Steuern mindestens eine halbe, aber weniger als 1 Million *M*. Zu dieser Gruppe gehörten 27 Stadtkreise, 56 kreisangehörige Städte und 26 große Landgemeinden. Die Provinzen Posen

und Westfalen waren mit je 1, Ostpreußen und Westpreußen mit je 2, Brandenburg mit 3, Pommern, Schlesien und Hannover mit je 4 und Sachsen mit 6 Stadtkreisen beteiligt. Von den kreisangehörigen Städten entfielen 14 bzw. 10 auf die Rheinprovinz und Westfalen, 6 auf Sachsen, je 5 auf Brandenburg und Schlesien, je 4 auf Hannover und Hessen-Nassau, 3 auf Schleswig-Holstein, 2 auf Westpreußen und je 1 auf Ostpreußen, Pommern und Posen. Von den großen Landgemeinden endlich gehörten je 8 zur Rheinprovinz und zu Westfalen, 6 zu Brandenburg, 3 zu Schlesien und 1 zu Hannover. Bei 55 von den an dieser Gruppe beteiligten Gemeinden betrug das auf 1 Einwohner entfallende Soll der direkten Gemeindesteuern mindestens 28 \mathcal{M} ; sie zählen also zur vorher besprochenen Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden. Bei weiteren 29 Gemeinden mit einem direkten Steuersoll von einer halben bis zu einer vollen Million \mathcal{M} betrug die Belastung zwischen 25 bis 28 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung. Zu ihnen gehörten die Stadtkreise Eberswalde, Mühlhausen i. Th., Zeitz, Weißenfels, Stendal, Eisleben und Emden. Ferner waren in dieser Gruppe vertreten die kreisangehörigen Städte Memel, Cöpenick, Luckenwalde, Kolberg, Hohensalza, Glogau, Naumburg a./S., Burg b./M., Wittenberg, Wernigerode, Hameln, Paderborn, Wattenscheid, Bocholt, Wald im Landkreise Solingen sowie Viersen und Odenkirchen im Kreise Gladbach. Von großen Landgemeinden gehörten ebenfalls hierzu Osterfeld und Horst im Landkreise Recklinghausen, Werne im Landkreise Bochum, Rotthausen im Landkreise Essen und Dudweiler im Landkreise Saarbrücken. Bei einer Anzahl von Gemeinden mit einem entsprechend hohen Soll ihrer direkten Steuern blieb der Kopfbetrag noch nicht um eine volle Mark hinter 25 \mathcal{M} zurück; dies war der Fall bei den Stadtkreisen Guben, Greifswald und Celle, ferner bei den kreisangehörigen Städten Merseburg und Fulda, endlich bei den Landgemeinden Zaborze im Kreise Zabrze und Roßberg im Landkreise Beuthen. Sodann waren in dieser Gruppe noch 18 Gemeinden vorhanden, deren Steuersoll weniger als 24 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachte, und zwar handelte es sich um die Stadtkreise Allenstein (15,23),

Insterburg (22,46), Thorn (20,29), Graudenz (21,58), Landsberg a. W. (23,87), Stolp (22,72), Stralsund (21,53), Stargard i. Pommern (22,21), Schneidemühl (22,13), Oppeln (23,75), Schweidnitz (21,61), Neisse (18,04) und Brieg (17,57), ferner um die kreisangehörigen Städte Flecken Lehe (20,44) und Wilhelmshaven (17,74), endlich um die Landgemeinden Bismarckhütte im Landkreise Beuthen (22,24), Eickel im Landkreise Gelsenkirchen (23,29) und Weitmar im Landkreise Bochum (23,04 \mathcal{M}). Außer den 29 namentlich aufgeführten Gemeinden waren noch 79 weitere Gemeinden vorhanden, deren direkte Steuern zwischen 25 und 28 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten, desgleichen, außer den 7 schon genannten, 31, bei denen sie zwischen 24 und 25 \mathcal{M} schwankten. Von diesen 146 Gemeinden betrug bei 36, die namentlich aufgeführt wurden, das Soll der direkten Gemeindesteuern zwischen einer halben und vollen Million \mathcal{M} . Bei weiteren 8 dazugehörigen Stadtkreisen und 5 großen Landgemeinden überstieg das Soll ihrer direkten Gemeindesteuern noch die Summe von 1 Mill. \mathcal{M} , bei den übrigen 97 Gemeinden erreichte es noch nicht die Hälfte dieser Summe. Zu letzterer Gruppe gehörten 29 kreisangehörige Städte mit mehr als 10 000, desgleichen 53 mit mehr als 2 000 bis 10 000 und 3 mit noch nicht 2 000 Einwohnern, ferner 12 große Landgemeinden. Die kleinsten hier in Betracht kommenden Städte waren Stolzenau im gleichnamigen Kreise, Borgholzhausen im Kreise Halle i./V. und Schleiden im Kreise Schleiden. Von den einzelnen Landesteilen lieferten zu dieser Gruppe von 97 Gemeinden die Rheinprovinz 15 Städte und 3 große Landgemeinden, Hannover 15 Städte und 1 Landgemeinde, Schleswig-Holstein 15 Städte, Westfalen 11 Städte und 4 große Landgemeinden, Sachsen 8 Städte und 1 Landgemeinde, Brandenburg 6 Städte, Schlesien 3 Städte und 3 Landgemeinden, Hessen-Nassau 6 Städte, Westpreußen 3 Städte, endlich Pommern 2 Städte und Ostpreußen 1 Stadt.

Fassen wir die Gemeinden, deren direkte Steuern mehr als 24 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten, zu einer Gruppe zusammen, so zeigen diese höchstbelasteten Gemeinden folgende Verteilung:

Mehr als 24 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betrugen die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913

b e i

kreisangehörigen

in	Stadtkreisen		Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	2	50,00	1	16,67	1	2,08	—	—	4	5,97	—	—	4	5,97
Westpreußen	2	50,00	6	60,00	2	5,41	—	—	10	17,54	—	—	10	16,95
Brandenburg (einschl. Berlins)	12	80,00	8	61,54	8	9,52	—	—	28	19,58	20	100,00	48	29,45
Pommern	2	40,00	2	20,00	1	2,13	—	—	5	6,85	—	—	5	6,85
Posen	2	66,67	1	16,67	—	—	—	—	3	2,33	—	—	3	2,33
Schlesien	7	58,33	8	34,78	1	1,27	—	—	16	10,67	8	30,77	24	13,64
Sachsen	12	100,00	12	63,16	5	6,49	—	—	29	20,42	1	100,00	30	20,98
Schleswig-Holstein	5	100,00	6	85,71	23	69,70	4	36,36	38	67,86	—	—	38	67,86
Hannover	10	100,00	8	72,73	20	35,09	3	8,57	41	36,28	2	100,00	43	37,39
Westfalen	15	100,00	22	88,00	11	19,64	2	15,38	50	45,87	19	70,37	69	50,74
Hessen-Nassau	4	100,00	8	100,00	15	28,85	2	5,13	29	28,16	—	—	29	27,88
der Rheinprovinz	21	100,00	30	68,18	19	33,33	4	33,33	74	55,22	18	62,07	92	56,44
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
den Provinzen zusammen	94	85,45	112	61,54	107	15,29	15	5,24	328	25,67	68	62,96	396	28,57

Vergleicht man diese Übersicht mit der entsprechenden für die gesamten Gemeindesteuern auf Seite 146, so zeigt sich, daß es im wesentlichen dieselben Gemeinden sind, die hier und dort zur Gruppe der höchstbelasteten gehören. Es erweist sich damit der bei unserer Gruppierung durchgeführte Grundsatz, daß die Belastung durch direkte Gemeindesteuern auf den Kopf der Bevölkerung um durchschnittlich 2 \mathcal{M} niedriger anzunehmen ist, als die durch Gemeindesteuern

überhaupt verursachte Kopfbelastung, im allgemeinen als zutreffend.

Zu einer zweiten Hauptgruppe fassen wir die Gemeinden zusammen, deren direkte Steuern im Rechnungsjahre 1913 mehr als 18 und nicht mehr als 24 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten. Es handelt sich um 293 Gemeinden, die sich folgendermaßen auf die Provinzen verteilen:

Mehr als 18–24 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betragen die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913

b e i														
kreisangehörigen														
in	Stadtkreisen		Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit 2 000 bis 10 000 Einw.		Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	1	25,00	1	16,67	16	33,33	2	22,22	20	29,85	—	—	20	29,85
Westpreußen	2	50,00	1	10,00	8	21,62	—	—	11	19,30	1	50,00	12	20,34
Brandenburg (einschl. Berlins)	3	20,00	5	38,46	25	29,76	2	6,45	35	24,48	—	—	35	21,47
Pommern	3	60,00	5	50,00	11	23,40	—	—	19	26,03	—	—	19	26,03
Posen	1	33,33	1	16,67	11	15,49	—	—	13	10,08	—	—	13	10,08
Schlesien	4	33,33	8	34,78	19	15,19	—	—	24	16,00	7	26,92	31	17,61
Sachsen	—	—	7	36,84	25	32,47	4	11,76	36	25,35	—	—	36	25,17
Schleswig-Holstein	—	—	1	14,29	4	12,12	2	18,18	7	12,50	—	—	7	12,50
Hannover	—	—	2	18,18	21	36,84	6	17,14	29	25,66	—	—	29	25,22
Westfalen	—	—	3	12,00	22	39,29	1	7,69	26	23,85	7	25,93	33	24,26
Hessen-Nassau	—	—	—	—	11	21,15	3	7,69	14	13,59	1	100,00	15	14,42
der Rheinprovinz	—	—	11	25,00	21	36,84	4	33,33	36	26,87	7	24,14	43	26,38
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	14	12,73	45	24,73	187	26,71	24	8,39	270	21,13	23	21,30	293	21,14

Also rund ein Viertel der kreisangehörigen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern und 27 v. H. der Städte mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern waren an dieser Gruppe beteiligt. Von den großen Landgemeinden waren nur 23, von den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern 24 und von den Stadtkreisen bloß 14 vertreten. Die stärkste Beteiligung mit Gemeinden überhaupt zeigte die Provinz Ostpreußen (29,85 %). Während die Anteile der Rheinprovinz (26,38) und der Provinzen Pommern (26,03), Hannover (25,22) und Sachsen (25,17 %) auch noch mehr als ein Viertel, desgleichen die von Westfalen (24,26), Brandenburg (21,47) und Westpreußen (20,34 %) über ein Fünftel ihrer Städte und großen Landgemeinden umfaßten, blieben die Anteile der übrigen Landesteile hinter letzterem Satze zurück, am meisten die Provinz Posen mit nur 10,08 %. Die dieser Gruppe angehörigen Stadtkreise waren Insterburg (22,46), Thorn (20,29), Graudenz (21,58), Neukölln (19,47), B.-Lichtenberg (20,29), Landsberg a. W. (23,87), Stolp (22,72), Stralsund (21,53), Stargard i. Pommern (22,21), Schneidemühl (22,13), Liegnitz (21,51), Oppeln (23,75), Schweidnitz (21,61) und Neisse (18,04 \mathcal{M}). Es sind im wesentlichen dieselben Stadtkreise, die auch in der entsprechenden zweiten Gruppe für die Ge-

meindesteuern überhaupt vertreten waren; dort fehlte Oppeln, dafür war aber Guben dabei. Auch von den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern gehörten die meisten, die hier in der zweiten Gruppe vorkamen, auch der entsprechenden Gruppe der Gemeindesteuern überhaupt an, nämlich: Gilgenburg (19,67), Golßen (20,56), Rhinow (19,52), Brehna (19,47), Kalbe a./Milde (19,20), Prettin (20,54), Lügumkloster (19,93), Otterndorf (21,61), Flecken Horneburg (23,05), Dannenberg (23,60), Pattensen (19,72), Flecken Vilsen (19,74), Anholt (19,75), Karlshafen, Kreis Hofgeismar (21,01), Sankt Goarshausen im gleichnamigen Kreise (21,08), Braunfels (19,14), Sankt Goar (20,02) und Stromberg (23,55 \mathcal{M}). Zu diesen kommen hier noch hinzu Schirwindt im Kreise Pillkallen (18,62), Landsberg (Bezirk Halle), Kreis Delitzsch (19,37), Hoyer, Kreis Tondern (18,83), Hitzacker, Kreis Dannenberg (18,27), Hessisch Oldendorf, Kreis Grafschaft Schaumburg (18,11), und Gemünd, Kreis Schleiden (19,13).

Zu einer dritten Gruppe zählen wir 343 Gemeinden, deren direkte Gemeindesteuern mehr als 13 bis 18 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Landesteile:

Mehr als 13–18 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betragen die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913

b e i															
in		Stadtkreisen		kreisangehörigen											
				Städten mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit 2 000 bis 10 000 Einw.		Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.		Städten		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
		überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen		1	25,00	4	66,67	17	35,42	4	44,44	26	38,81	—	—	26	38,81
Westpreußen		—	—	2	20,00	18	48,65	1	16,67	21	36,84	—	—	21	35,59
Brandenburg (einschl. Berlins)		—	—	—	—	28	33,33	10	32,26	38	26,57	—	—	38	23,31
Pommern		—	—	2	20,00	18	38,30	5	45,45	25	34,25	—	—	25	34,25
Posen		—	—	1	16,67	23	32,39	5	10,20	29	22,48	—	—	29	22,48
Schlesien		1	8,33	7	30,43	39	49,37	9	25,00	56	37,33	6	23,08	62	35,23
Sachsen		—	—	—	—	30	38,96	11	32,35	41	28,87	—	—	41	28,67
Schleswig-Holstein		—	—	—	—	6	18,18	4	36,36	10	17,86	—	—	10	17,86
Hannover		—	—	1	9,09	13	22,81	14	40,00	28	24,78	—	—	28	24,35
Westfalen		—	—	—	—	15	26,79	2	15,38	17	15,60	1	3,70	18	13,21
Hessen-Nassau		—	—	—	—	14	26,92	6	15,38	20	19,42	—	—	20	19,23
der Rheinprovinz		—	—	3	6,82	14	24,56	4	33,33	21	15,67	3	10,34	24	14,72
den Hohenzollernschen Landen		—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
den Provinzen zusammen		2	1,82	20	10,99	236	33,71	75	26,22	333	26,06	10	9,26	343	24,75

In dieser Gruppe waren, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, die Städte von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern sowie die Gemeinden Schlesiens verhältnismäßig am stärksten vertreten. Ihren Anteilen von 38,81 bzw. 35,59, 34,25, 35,23 v. H. standen in Westfalen und der Rheinprovinz

nur entsprechende Anteile von 13,24 bzw. 14,72 v. H. gegenüber. Nur je ein ostpreußischer und schlesischer Stadtkreis war in der Gruppe vorhanden, nämlich Allenstein (15,23) und Brieg (17,57 \mathcal{M}). Während die kreisangehörigen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern nur mit etwas über dem zehnten

Teil ihrer Gesamtzahl in dieser Gruppe vertreten waren, machte der entsprechende Anteil bei den Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern rund ein Drittel aus und betrug bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern noch über ein Viertel ihres Bestandes. Auch 10 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, d. w. noch nicht ganz ein Zehntel dieser Gemeinden, waren hier vertreten, und zwar handelte es sich um die folgenden: Siemianowitz (15,95) und Domb (15,28) im Landkreise Kattowitz, Altwasser (13,80) und

Dittersbach (16,86) im Kreise Waldenburg, Hohenlinde (16,10) im Landkreise Beuthen, Ruda (13,60) im Kreise Zabrze, Lüdenscheid (17,65) im Kreise Altena, Merheim (16,66) im Kreise Mülheim a. Rh., München Gladbach Land (16,29) im Kreise Gladbach und Vilich (15,02 *M*) im Landkreise Bonn.

Zu einer vierten Gruppe vereinigen wir 227 Gemeinden, deren direkte Steuern mehr als 9 bis einschließlich 13 *M* auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten, und die sich folgendermaßen auf die Provinzen verteilen:

Mehr als 9–13 *M* auf 1 Einwohner betragen die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1913

		kreisangehörigen		b e i				Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden		
in	Städten mit mehr als 10 000 Einw.	Städten mit mehr als 2 000 bis einschl. 10 000 Einw.	Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.	Städten	Städten	Städten	Städten	Städten	Städten	Städten	Städten	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	—	—	12	25,00	3	33,33	15	22,39	—	—	15	22,39
Westpreußen	1	10,00	8	21,62	2	33,33	11	19,30	1	50,00	12	20,34
Brandenburg (einschl. Berlins) .	—	—	16	19,03	12	38,71	28	19,58	—	—	28	17,18
Pommern	1	10,00	14	29,79	2	18,18	17	23,29	—	—	17	23,29
Posen	3	50,00	27	38,03	10	20,41	40	31,01	—	—	40	31,01
Schlesien	—	—	22	27,85	17	47,22	39	26,00	3	11,54	42	23,86
Sachsen	—	—	12	15,58	14	41,18	26	18,31	—	—	26	18,18
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	1	9,09	1	1,79	—	—	1	1,79
Hannover	—	—	3	5,26	9	25,71	12	10,62	—	—	12	10,43
Westfalen	—	—	6	10,71	4	30,77	10	9,17	—	—	10	7,35
Hessen-Nassau	—	—	7	13,46	14	35,90	21	20,39	—	—	21	20,19
der Rheinprovinz	—	—	2	3,51	—	—	2	1,49	1	3,45	3	1,84
den Hohenzollernschen Landen .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	5	2,75	129	18,48	88	30,77	222	17,37	5	4,68	227	16,38.

In dieser Gruppe waren nur 10 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern vertreten. Es waren die Städte bzw. Landgemeinden Neustadt in Westpreußen (11,90), Gollnow (11,89), Gnesen (12,12), Ostrowo (12,62), Krotoschin (11,49) sowie Ohra, Kreis Danziger Höhe (9,19), Schwientochlowitz, Landkreis Beuthen (11,95), Mikultschütz, Kreis Tarnowitz (11,50), Biskupitz, Kreis Zabrze (12,91), und Neuwerk, Kreis Gladbach (9,59 *M*). Diese Gemeinden kamen auch in der entsprechenden Gruppe IV bei den Gemeindesteuern überhaupt vor.

Zu einer fünften und letzten Gruppe fassen wir die Gemeinden zusammen, deren direkte Steuern nicht mehr als 9 *M* auf 1 Einwohner ausmachten. Es handelt sich um 127 Gemeinden, die sich folgendermaßen auf die Provinzen verteilen:

Nicht mehr als 9 *M* auf den Kopf der Bevölkerung betragen im Rechnungsjahre 1913 die direkten Gemeindesteuern bei

in	Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		Städten bis zu 2 000 Einw.		Städten		Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	2	4,17	—	—	2	2,99	—	—	2	2,99
Westpreußen	1	2,70	3	50,00	4	7,02	—	—	4	6,78
Brandenburg (einschl. Berlins)	7	8,33	7	22,58	14	9,79	—	—	14	8,59
Pommern	3	6,38	4	36,36	7	9,59	—	—	7	9,59
Posen	10	14,08	34	69,39	44	34,11	—	—	44	34,11
Schlesien	5	6,38	10	27,78	15	10,00	2	7,69	17	9,66
Sachsen	5	6,49	5	14,71	10	7,04	—	—	10	6,99
Schlesw.-Holstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	3	8,57	3	2,65	—	—	3	2,61
Westfalen	2	3,57	4	30,77	6	5,50	—	—	6	4,41
Hessen-Nassau	5	9,02	14	35,90	19	18,45	—	—	19	18,27
der Rheinprovinz	1	1,75	—	—	1	0,75	—	—	1	0,61
den Hohenz. Ldn.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Prov. zus.	41	5,86	84	29,37	125	9,78	2	1,85	127	9,16.

Während die Städte Schleswig-Holsteins und der Hohenzollernschen Lande in dieser Gruppe der durch direkte Gemeinde-

steuern am wenigsten belasteten Gemeinden gar nicht, und die Städte und großen Landgemeinden der meisten übrigen Provinzen auch nur wenig beteiligt waren, spielten hier die posenschen Städte eine gewisse Rolle. Dies findet in der mehrfach erwähnten Tatsache seinen Grund, daß die Schullasten in dieser Provinz von den meisten Gemeinden nicht selbst aufgebracht, sondern von den besonderen Schulgesellschaften getragen werden. Während bei 115 Gemeinden dieser Gruppe der Kopfbetrag ihrer direkten Steuern zwischen 9 und 4 *M* schwankte, erreichten 12 Städte letzteren Betrag noch nicht. In den posenschen Städten Pogorzela, Kreis Koschmin, Dolzig, Kreis Schrimm, Netzwalde, Kreis Schubin, Betsche, Kreis Meseritz, und Jutroschin, Kreis Rawitsch, stellten sich die Kopfbeträge auf 3,88 bzw. 3,80, 3,79, 3,78 und 3,18 *M*, in Salmünster, Kreis Schlüchtern, auf 3,04 und in Schwarzenborn, Kreis Ziegenhain, auf 3,37 *M*. Fünf Städte kamen ohne direkte Gemeindesteuern aus, nämlich Usedom im Kreise Usedom-Wollin, Sulmirschütz im Kreise Adelnau, Mixstadt im Kreise Schildberg, Naumburg i. Hess., Kreis Wolfhagen, und Niedenstein im Kreise Fritzlar. Von den in dieser letzten Gruppe mit den niedrigsten Kopfbeträgen vertretenen Städten mit mehr als 2 000 Einwohnern gehörten die folgenden 10 der Provinz Posen an: Kotschin, Zirke, Sulmirschütz, Neustadt bei Pinne, Kurnik, Tirschtiegel, Kobylin, Borek, Rakwitz und Budsia. Von den übrigen Provinzen waren beteiligt Ostpreußen mit Seeburg und Passenheim, Westpreußen mit Hammerstein, Brandenburg mit Drossen, Sonnenburg, Woldenberg, Bärwalde (Nm.), Reetz, Neuwedell und Teupitz, Pommern mit Nörenberg, Ratzebuhr und Garz auf Rügen, Schlesien mit Schmiedeberg i. Schl., Hultschin, Wünschelburg, Wittichenau und Georgenberg, Sachsen mit Gräfenhainichen, Belgern, Kemberg, Jerichow und Ranis, Westfalen mit Brilon und Rütten, Hessen-Nassau mit Bad Orb, Wolfhagen, Steinau, Kreis Schlüchtern, Gudensberg und Neustadt a./Main-Weserbahn, endlich die Rheinprovinz mit Xanten. Die einzigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die dieser Gruppe angehörten, waren die schlesischen

Landgemeinden Bielschowitz im Kreise Zabrze und Radzionkau im Kreise Tarnowitz. Mit wenigen Ausnahmen entsprechen die in dieser fünften Gruppe vereinigten Gemeinden denen in der entsprechenden letzten Gruppe bei den Gemeindesteuern überhaupt (vgl. S. 148). Während dort die Städte Woldenberg, Garz auf Rügen, Ritschenwalde, Kreis Obornik, Raudten,

Kreis Steinau, Schlieben, Kreis Schweinitz, Hessisch Lichtenau und Ziegenhain fehlten, waren hier Müncheberg, Koschmin, Kröben, Kreis Gostyn, Zerkow, Kreis Jarotschin, Guttentag, Kreis Lublinitz, und Borgentreich, Kreis Warburg, nicht vertreten.

Fassen wir die Hauptergebnisse der fünf Gruppen der Kopfbeträge noch einmal zusammen, so ergibt sich folgendes:

Die direkten Gemeindesteuern betragen im Rechnungsjahre 1913 auf 1 Einwohner

bei	mehr als 24 M		mehr als 18 bis einschl. 24 M		mehr als 13 bis einschl. 18 M		mehr als 9 bis einschl. 13 M		nicht mehr als 9 M	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Stadtkreisen	94	85,48	14	12,73	2	1,82	—	—	—	—
sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.	112	61,54	45	24,73	20	10,99	5	2,75	—	—
St. mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern	107	15,29	187	26,71	236	33,71	129	18,43	41	5,86
„ „ nicht mehr als 2 000 Einwohnern . . .	15	5,24	24	8,39	75	26,22	88	30,77	84	29,37
sämtlichen Städten	328	25,67	270	21,13	333	26,06	222	17,37	125	9,78
Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw. . .	68	62,96	23	21,30	10	9,26	5	4,63	2	1,85
sämtlichen Städten u. großen Landgemeinden	396	28,57	293	21,14	343	24,75	227	16,38	127	9,16

Aus der Tabelle 3 auf S. 142/43 erhellt, daß von den zu Groß-Berlin gehörigen 36 Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern 12 einen Kopfbetrag an direkten Steuern von mindestens 40 M aufwiesen, und daß er bei 8 von ihnen noch den Betrag von 50 M überstieg, was, wie wir sahen, bei sämtlichen preussischen Städten und größeren Landgemeinden nur in zehn Fällen vorgekommen ist. Die Kopfbeträge der beiden durch direkte Gemeindesteuern am höchsten belasteten größeren Gemeinden, Zehlendorf und Königstein am Taunus, beliefen sich auf 68,07 bzw. 70,59 M. Sie wurden noch übertroffen von den kleinen Landgemeinden B.-Wittenau und B.-Heinersdorf im Kreise Niederbarnim mit 74,16 bzw. 126,04 M, desgleichen von Wannsee und B.-Grunewald im Kreise Teltow mit 118,36 bzw. 163,09 M. Mehr als 50 M betrug die auf 1 Einwohner entfallenden direkten Gemeindesteuern auch noch bei den kleinen Landgemeinden Heiligensee im Kreise Niederbarnim (52,75) sowie Rudow (57,57), B.-Schmargendorf (65,75) und Nikolassee (66,14 M) im Kreise Teltow. Nur eine der zu Groß-Berlin gehörigen Gemeinden wies einen Kopfbetrag an direkten Gemeindesteuern von noch nicht 10 M auf, nämlich die Landgemeinde Mehrow im Kreise Niederbarnim (9,86 M). In der Landgemeinde B.-Grunewald betrug das Aufkommen an direkten Gemeindesteuern noch etwas über 1 Mill. M, in B.-Wittenau und B.-Schmargendorf auch noch rund 688 000 bzw. 650 000 M, in Wannsee, B.-Hohenschönhausen und B.-Rosenthal 435 000 bzw. 325 000 und 258 000 M; von den übrigen Landgemeinden Groß-Berlins mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern erreichte keine die Summe von 200 000 M, doch übertrafen noch 12 den Betrag von 100 000 M.

Die 64 in die Erhebung einbezogenen Gemeinden Groß-Berlins wiesen ein Gesamtsoll an direkten Gemeindesteuern in Höhe von 161 737 212 M und eine durchschnittliche Belastung von 41,74 M auf den Kopf der Bevölkerung auf. Von dem Gesamtsteuersoll entfielen 84,25 Mill. M auf die Einkommensteuer, 75,68 Mill. M auf die Realsteuern, der Rest im Betrage von 1,81 Mill. M auf die Wanderlager- und Warenhaussteuer.

4. Die Schulden der Gemeinden.

In der auf den Seiten 174/75 abgedruckten Tabelle 13 ist die Entwicklung des Schuldenstandes der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens für den Zeitraum 1910/1913 dargestellt. Wie in den vergleichenden Tabellen über das Steuerwesen sind die Gemeinden wieder zunächst nach Größengruppen, dann provinzweise zusammengefaßt. Die gesamten Schulden der preussischen Städte sind von 4 324,3 Mill. M im Rechnungsjahre 1910 auf 4 589,8 bzw. 4 914,4 und 5 224,4 Mill. M in den folgenden Rechnungs-

jahren angewachsen, die der großen Landgemeinden desgleichen von 269,5 auf 298,6 bzw. 316 und 350,7 Mill. M. Am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 betrug demnach die gesamte Schuldenlast der Städte und großen Landgemeinden Preußens bereits mehr als 5 1/2 Milliarden M. In dem Beobachtungszeitraum 1910/1913 haben sich die Schulden bei den Städten um 900,13 Mill. M oder 20,82 % vermehrt; im Zeitraum 1912/1913 betrug die Zunahme rund 310 Mill. M und 6,31 %. Die Schulden der großen Landgemeinden sind im Zeitraum 1910/1913 um 81,16 Mill. M oder 30,11 % und von 1912 auf 1913 allein um 34,70 Mill. M oder 10,98 % angewachsen. Die auf 1 Einwohner entfallende Schuldsomme betrug durchschnittlich in den Städten 1910 228,62 M, 1913 schon 262,28 M, desgleichen in den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 125,87 bzw. 149,18 M. Die Kopfbeträge sind also in den vier Jahren bei den Städten um 14,72, bei den großen Landgemeinden um 18,52 % gestiegen. Die Steigerung war in den einzelnen Städtegruppen recht verschieden, wie die folgende Übersicht zeigt:

bei	Im Zeitraum 1910/13 betrug die Zunahme der gesamten Schulden		Im Zeitraum 1912/13 betrug die Zunahme der gesamten Schulden	
	über- haupt %	auf 1 Einw. %	über- haupt %	auf 1 Einw. %
I. Berlin	14,04	15,21	3,55	4,31
den Städten mit mehr als				
II. 200 000 Einwohnern	18,48	11,30	3,43	2,31
III. 100 000 bis 200 000 Einw. .	32,56	13,92	9,97	8,10
IV. 50 000 „ 100 000 „ . . .	21,07	19,39	15,52	9,10
V. 25 000 „ 50 000 „ . . .	26,27	9,92	5,88	2,46
VI. 10 000 „ 25 000 „ . . .	15,99	13,31	3,99	4,28
VII. 7 000 „ 10 000 „ . . .	18,76	20,55	9,07	7,28
VIII. 5 000 „ 7 000 „ . . .	9,18	9,07	6,50	3,27
IX. 3 000 „ 5 000 „ . . .	7,61	9,71	0,98	5,32
X. 2 000 „ 3 000 „ . . .	15,99	16,67	4,36	2,14
XI. nicht mehr als 2 000 Einw.	25,80	25,91	8,99	7,52

Die Verteilung der Schulden auf die hauptsächlichsten Städtegrößengruppen gestaltete sich für die beiden Grenzjahre des Beobachtungszeitraumes folgendermaßen:

bei den Städten mit mehr als	1910		1913	
	Mill. M	v. H. ihrer Ge- samtheit	Mill. M	v. H. ihrer Ge- samtheit
100 000 Einwohnern	2 676,77	61,90	3 256,50	62,33
25 000 bis 100 000 Einw.	877,95	20,30	1 084,08	20,75
10 000 „ 25 000 „ . . .	427,16	9,88	495,47	9,48
5 000 „ 10 000 „ . . .	178,28	4,12	203,76	3,90
2 000 „ 5 000 „ . . .	142,52	3,30	157,41	3,01
nicht mehr als 2 000 Ew.	21,63	0,50	27,21	0,52

Entfielen 1910 schon 82,20 v. H. sämtlicher Schulden auf die Städte mit über 25 000 Einwohnern, so ist deren Anteil im Rechnungsjahre 1913 weiter auf 83,08 v. H. gestiegen, während der Bevölkerungsanteil dieser fast nur Stadtkreise umfassenden Städtegruppen 1913 bloß 70 v. H. der städtischen Bevölkerung überhaupt ausmachte.

Die provinzweise Verteilung der Städteschulden in der Tabelle 13 läßt erkennen, daß auch die Landesteile in durchaus ungleichmäßiger Weise an der Gesamtschuld beteiligt gewesen sind, und daß auch die Höhe ihrer prozentalen Anteile während des Beobachtungszeitraumes nicht immer die gleiche geblieben ist. Ordnet man die Provinzen nach der Höhe dieser Anteile, so zeigt die Reihenfolge im Rechnungsjahre 1913 gegen die des Rechnungsjahres 1910 nur insofern eine Abweichung, als Ostpreußen und Pommern ihre Plätze vertauscht haben; erstere Provinz rückte von der zehnten auf die neunte Stelle. Auf die Rheinprovinz entfielen 1913 schon 24,63 % der Gesamtschulden, 1910 desgleichen 24,11 %. Es folgte mit 13,93 (1910: 12,49 %) die Provinz Brandenburg. Bei Hessen-Nassau, das den dritten Platz inne hatte, ging der Anteil von 10,78 % im Rechnungsjahre 1910 auf 9,34 % im Rechnungsjahre 1913 zurück. Die niedrigsten Anteile zeigten, in beiden Rechnungsjahren, Posen, Westpreußen und die Hohenzollernschen Lande mit 2,55 (1910: 2,50) bzw. 2,28 (1910: 2,20) und 0,03 (1910: 0,03 %).

Auch die Reihenfolge der Provinzen, wie sie sich nach der auf 1 Einwohner entfallenden Summe der Städteschulden ergibt, stimmte im Rechnungsjahre 1913 keineswegs mehr völlig mit der entsprechenden für das Rechnungsjahr 1910 überein. Zwar behauptete in beiden Jahren Hessen-Nassau den ersten Platz, und ebenso haben Pommern, Sachsen, Westpreußen, Schlesien, Posen und die Hohenzollernschen Lande die letzten Plätze behalten, desgleichen Westfalen seinen sechsten Platz. Dagegen hat Schleswig-Holstein den früher innegehabten zweiten Platz an Brandenburg abgegeben, während die Rheinprovinz an dritter Stelle und erst dann Schleswig-Holstein folgte. Ferner haben Ostpreußen, das 1910 an siebenter, und Hannover, das an fünfter Stelle stand, jetzt ihre Plätze getauscht. In sämtlichen Landesteilen, mit Ausnahme von Hessen-Nassau, wiesen die Städteschulden am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 eine sehr beträchtliche Steigerung gegen den entsprechenden Stand des Rechnungsjahres 1910 auf, und zwar sowohl bezüglich ihrer wirklichen Schuldsumme als auch bezüglich ihrer Kopfbeträge. Gegen das Vorjahr war die Zunahme im Rechnungsjahre 1913 im allgemeinen weniger bedeutend; nur die Hohenzollernschen Lande machten hiervon eine bemerkenswerte Ausnahme. Umgekehrt ergab sich bei Hessen-Nassau ein Rückgang. Im einzelnen ist das Ergebnis folgendes gewesen:

bei den Städten der Provinz	Im Zeitraum			
	1910/13		1912/13	
	betrug die Zunahme (+) bzw.			
	Abnahme (—) der gesamten Schulden			
	über- haupt %	auf 1 Einw. %	über- haupt %	auf 1 Einw. %
I. Ostpreußen	+ 37,34	+ 28,61	+ 7,82	+ 4,77
II. Westpreußen . . .	+ 25,56	+ 17,02	+ 11,16	+ 7,21
III. Brandenburg . . .	+ 34,70	+ 22,29	+ 12,09	+ 10,22
IV. Pommern	+ 16,43	+ 10,51	+ 8,44	+ 6,77
V. Posen	+ 23,43	+ 18,54	+ 8,94	+ 7,51
VI. Schlesien	+ 18,66	+ 15,04	+ 7,27	+ 5,63
VII. Sachsen	+ 18,82	+ 14,87	+ 7,67	+ 6,13
VIII. Schleswig-Holstein	+ 20,34	+ 13,56	+ 7,79	+ 6,06
IX. Hannover	+ 15,50	+ 7,84	+ 5,43	+ 2,27
X. Westfalen	+ 22,40	+ 12,98	+ 7,45	+ 4,59
XI. Hessen-Nassau . .	+ 4,64	+ 1,50	— 2,04	— 3,07
XII. Rheinprovinz . . .	+ 23,41	+ 16,45	+ 5,51	+ 4,68
XIII. Hohenzoll. Lande	+ 23,96	+ 21,06	+ 21,63	+ 21,37

Wie schon erwähnt wurde, sind in den preußischen Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Schulden im Zeitraum 1910/13 von 269,52 Mill. \mathcal{M} um 30,11 % auf 350,63 Mill. \mathcal{M} gestiegen, desgleichen ihr Kopfbetrag von 125,87 um 18,52 % auf 149,18 \mathcal{M} . Die Steigerung war hier also noch viel bedeutender als bei den Städten. Durch das Ausscheiden einzelner Landgemeinden infolge von Eingemeindungen sowie durch das Hinzutreten neuer Gemeinden zu dieser Größengruppe infolge des Wachstums ihrer Bevölkerungsziffer ergeben sich bei den großen Landgemeinden in einzelnen Landesteilen, wie z. B. in Westpreußen, Sachsen und Hessen-Nassau, besonders starke Verschiebungen.

Nach der Art ihrer Aufnahme verteilte sich in den beiden Grenzzahlen der Beobachtungszeit die gesamte Schuldenlast der Gemeinden folgendermaßen:

	Von den Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres entfielen auf					
	langfristige Anleihen		Hypotheken-, Grundschriften und Restkaufgelder		vorübergehend aufgenommene Darlehen	
	Mill. \mathcal{M}	v. H.	Mill. \mathcal{M}	v. H.	Mill. \mathcal{M}	v. H.
1910						
bei d. Städten	4 063,53	93,97	193,82	4,48	66,94	1,55
„ „ großen Landgem.	245,43	91,06	22,45	8,33	1,64	0,61
1913						
bei d. Städten	4 879,61	93,40	240,62	4,61	104,20	1,99
„ „ großen Landgem.	323,40	92,22	25,95	7,40	1,33	0,33

Während also bei den Städten der Anteil der Hypotheken- usw. Schulden sowie der kurzfristigen Darlehen auf Kosten der langfristigen Anleihen etwas zugenommen hat, war es bei den großen Landgemeinden umgekehrt.

Auf 1 Einwohner entfielen bei den Städten an langfristigen Anleiheschulden 1913 244,97 \mathcal{M} gegen 234, 223,53, 214,83 \mathcal{M} in den vorhergehenden Jahren, desgleichen an Hypotheken-, Grundschriften und Restkaufgeldern 12,08 bzw. 12,63, 12,03 und 10,25 \mathcal{M} , und die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der Städte machten 1913 5,23 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung aus gegen 3,85 bzw. 2,96 und 3,54 \mathcal{M} in den Vorjahren. Die Kopfbeträge der großen Landgemeinden stiegen bei den langfristigen Anleihen von 114,62 \mathcal{M} im Rechnungsjahre 1910 auf 120,26, 127,74 und 137,58 \mathcal{M} in den folgenden Jahren, desgleichen die Hypotheken-, Grundschriften usw. von 10,48 auf 10,53, 10,74 und 11,04 \mathcal{M} . Bei den kurzfristigen Darlehen ist die Entwicklung der Kopfbeträge bei den großen Landgemeinden, ebenso wie bei den Städten, keine regelmäßige gewesen. Beträgen von 77 und 96 Pf. in den Rechnungsjahren 1910 und 1911 standen 1912 und 1913 solche von 1,49 \mathcal{M} und 56 Pf. gegenüber. Während sich bezüglich der langfristigen Anleiheschulden sowohl bei der Gesamtheit der Städte in den einzelnen Landesteilen als auch in den Größengruppen im allgemeinen eine fortlaufende Aufwärtsbewegung der Kopfbeträge verfolgen läßt, ist dies bei den großen Landgemeinden in einigen Provinzen nicht der Fall. Es findet dies in Westpreußen, Sachsen und Westfalen seinen natürlichen Grund in dem Ausscheiden von Landgemeinden aus der betr. Gruppe bzw. der Aufnahme neuer Gemeinden in dieselbe. Die Belastung durch langfristige Anleiheschulden auf den Kopf der Bevölkerung zeigt in den Städtegruppen wieder dasselbe Bild wie bei den Steuern; bei jeder nächst niedrigeren Städtegruppe verringert sich der Betrag, abgesehen von einigen Ausnahmen bei Berlin und den Städtegruppen IV und V. Im Rechnungsjahre 1910 schwankten die Kopfbeträge zwischen 311,43 und 51,27 \mathcal{M} bei den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) und den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern, im Rechnungsjahre 1913 desgleichen zwischen 343,27 und 65,15 \mathcal{M} . Für die Kopfbeträge der Städte in den einzelnen Landesteilen gilt wieder das auf Seite 141 Gesagte; ein näheres

[Fortsetzung des Textes auf Seite 176.]

Die Schulden sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden

(Tab. 13.)		Es betragen nach dem Stande													
Staat.	Provinzen.	die langfristigen Anleihen								die Hypotheken-, Grund- und Restkaufgelder					
		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912	
		1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b
A. Staat.															
I. Berlin		428 130	210,71	413 651	203,43	463 571	228,76	501 542	249,87	3 037	1,49	16 834	8,28	12 671	6,25
Städte mit mehr als															
II. 200 000 Einw. (ohn. Berl.)		1 360 774	311,43	1 443 603	321,75	1 538 700	334,35	1 596 694	343,27	118 161	27,04	138 301	30,82	150 410	32,68
III. 100 000 bis 200 000 Ew.		681 096	275,16	757 741	287,20	847 346	299,29	926 367	321,64	34 922	14,11	34 327	13,01	33 348	11,78
IV. 50 000 „ 100 000 „		451 288	206,17	472 096	221,20	470 858	224,60	525 627	236,80	12 098	5,53	12 313	5,77	12 814	6,11
V. 25 000 „ 50 000 „		393 473	207,00	418 312	216,14	458 056	216,77	473 722	216,96	11 258	5,92	12 201	6,30	20 469	9,69
VI. 10 000 „ 25 000 „		416 588	170,43	446 682	176,88	460 018	183,34	478 622	191,27	6 970	2,85	10 356	4,10	9 910	3,95
VII. 7 000 „ 10 000 „		92 908	118,59	97 206	125,35	100 005	131,73	110 002	142,52	1 807	2,31	1 909	2,46	2 191	2,89
VIII. 5 000 „ 7 000 „		80 152	105,99	85 332	112,16	82 652	112,60	88 266	116,60	1 884	2,49	1 985	2,61	2 040	2,78
IX. 3 000 „ 5 000 „		91 053	94,97	92 433	96,45	97 192	99,09	97 924	104,12	2 443	2,55	2 382	2,49	2 563	2,61
X. 2 000 „ 3 000 „		47 414	78,65	50 997	85,97	52 528	89,55	54 619	91,13	647	1,07	763	1,29	813	1,39
XI. nicht mehr als 2 000 E.		20 656	51,27	22 945	57,40	23 933	60,27	26 221	65,15	594	1,47	546	1,37	703	1,77
I. bis XI. Sämtliche Städte		4 063 530	214,83	4 300 998	223,53	4 594 859	234,00	4 879 608	244,97	193 821	10,25	231 916	12,05	247 931	12,63
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern .		245 432	114,62	272 525	120,26	288 369	127,74	323 404	137,58	22 451	10,48	23 871	10,53	24 255	10,74
I. bis XII. zusammen .		4 308 962	204,64	4 573 523	212,65	4 883 227	233,01	5 203 012	233,63	216 272	10,27	255 787	11,89	272 185	12,43
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen:															
Sämtliche Städte ¹⁾ . .		118 828	182,65	130 455	197,29	133 674	198,02	138 828	199,84	7 993	12,29	23 033	34,83	26 347	39,03
II. Westpreußen:															
a) Sämtliche Städte .		90 147	152,59	101 651	169,63	101 582	166,15	112 752	177,87	2 405	4,07	3 886	6,48	4 045	6,62
b) Größere Landgem.		219	19,36	139	12,35	2 246	102,43	2 383	106,46	—	—	—	—	829	37,79
III. Brandenburg (ohn. Berl.)															
a) Sämtliche Städte .		486 450	241,05	535 226	257,34	589 548	269,73	656 015	295,13	44 159	21,88	44 639	21,46	50 289	23,01
b) Größere Landgem.		147 808	282,73	168 474	291,66	178 680	311,19	209 321	349,26	19 876	38,02	21 729	37,62	19 948	34,74
IV. Pommern:															
Sämtliche Städte ¹⁾ . .		129 449	176,31	129 993	173,54	139 538	183,21	151 485	195,21	5 195	7,08	6 243	8,33	6 983	9,17
V. Posen:															
Sämtliche Städte ¹⁾ . .		99 310	137,82	106 944	145,95	111 386	150,44	118 428	157,85	6 138	8,52	6 371	8,70	5 161	6,97
VI. Schlesien:															
a) Sämtliche Städte .		278 674	153,02	293 415	160,09	307 021	165,99	321 994	171,42	11 115	6,10	11 829	6,45	12 702	6,97
b) Größere Landgem.		15 266	34,50	16 087	36,06	17 116	37,84	17 281	37,82	614	1,39	482	1,08	637	1,41
VII. Sachsen:															
a) Sämtliche Städte .		251 333	166,36	260 195	169,22	273 451	177,03	298 364	190,93	6 312	4,18	6 637	4,32	7 363	4,77
b) Größere Landgem.		1 842	72,05	698	51,31	877	65,10	909	67,70	—	—	15	1,10	5	0,37
VIII. Schleswig-Holstein:															
Sämtliche Städte ¹⁾ . .		195 519	253,16	221 022	278,97	228 867	284,20	246 525	301,23	5 536	7,17	3 444	4,35	4 402	5,47
IX. Hannover:															
a) Sämtliche Städte .		225 339	194,42	238 909	202,45	248 252	206,17	261 821	210,92	6 645	5,73	8 264	7,00	7 972	6,62
b) Größere Landgem.		3 594	91,88	4 113	97,02	4 686	106,31	5 606	126,11	10	0,26	10	0,24	10	0,23
X. Westfalen:															
a) Sämtliche Städte .		353 745	191,40	376 701	198,96	396 727	203,54	420 964	210,24	9 630	5,21	10 726	5,66	13 209	6,78
b) Größere Landgem.		30 833	60,07	33 524	60,45	32 822	58,99	35 760	60,01	194	0,38	245	0,44	478	0,86
XI. Hessen-Nassau:															
a) Sämtliche Städte .		416 579	376,29	430 124	384,34	442 665	391,98	438 013	383,78	48 591	43,89	50 378	45,02	51 315	45,44
b) Größere Landgem.		1 803	157,07	1 755	146,55	1 731	140,73	1 708	136,38	—	—	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz:															
a) Sämtliche Städte .		988 749	250,95	1 061 396	264,05	1 157 271	279,34	1 211 289	290,08	37 066	9,41	39 632	9,86	45 472	10,98
b) Größere Landgem.		44 068	76,60	47 736	78,45	50 211	86,17	50 436	83,27	1 756	3,05	1 390	2,28	2 349	4,03
XIII. Hohenzollernsche Lande:															
Sämtliche Städte ¹⁾ . .		1 278	124,18	1 316	125,83	1 306	124,24	1 589	150,79	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

Landgemeinden Preußens am Schlusse der Rechnungsjahre 1910, 1911, 1912 und 1913.

am Schlusse des Rechnungsjahres

schulden		die vorübergehend aufgenommenen Darlehen								die Schulden zusammen								Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
1913		1910		1911		1912		1913		1910		1911		1912		1913		
1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	1 000 \mathcal{M}	auf 1 Einw. \mathcal{M}	
9a	9b	10a	10b	11a	11b	12a	12b	13a	13b	14a	14b	15a	15b	16a	16b	17a	17b	
3 140	1,56	11 365	5,59	12 423	6,11	11 123	5,49	—	—	442 532	217,80	442 908	217,82	487 365	240,50	504 683	250,93	A.
141 504	30,42	11 557	2,64	10 416	2,32	18 249	3,97	27 724	5,96	1 490 492	341,12	1 592 320	354,89	1 707 359	370,99	1 765 922	379,66	II.
38 493	13,37	27 723	11,20	16 619	6,30	15 808	5,58	21 031	7,30	743 741	300,47	808 687	306,50	896 502	316,65	985 891	342,30	III.
18 793	8,47	8 158	3,73	8 124	3,81	10 530	5,02	26 474	11,93	471 544	215,42	492 533	230,77	494 201	235,74	570 895	257,19	IV.
20 129	9,22	1 678	0,88	3 099	1,60	6 172	2,92	19 330	8,85	406 409	213,81	433 612	224,05	484 697	229,38	513 182	235,03	V.
10 315	4,12	3 598	1,47	3 405	1,35	6 513	2,60	6 536	2,61	427 156	174,75	460 444	182,33	476 442	189,89	495 473	198,01	VI.
2 249	2,91	427	0,54	777	1,00	1 395	1,84	737	0,96	95 141	121,44	99 892	128,81	103 591	136,45	112 988	146,39	VII.
2 005	2,65	1 102	1,46	743	0,98	538	0,73	498	0,66	83 137	109,94	88 061	115,75	85 229	116,11	90 770	119,91	VIII.
2 496	2,65	707	0,74	636	0,66	636	0,65	954	1,01	94 203	98,25	95 450	99,60	100 391	102,35	101 374	107,79	IX.
931	1,55	252	0,42	341	0,57	358	0,61	489	0,82	48 313	80,14	52 101	87,83	53 699	91,54	56 039	93,50	X.
561	1,39	377	0,94	278	0,69	327	0,82	424	1,05	21 627	53,68	23 768	59,46	24 963	62,86	27 206	67,59	XI.
240 617	12,08	66 943	3,54	56 862	2,96	71 649	3,65	104 197	5,23	4 324 294	228,62	4 589 776	238,54	4 914 438	250,28	5 224 422	262,28	I.—XI.
25 950	11,04	1 639	0,77	2 168	0,96	3 361	1,49	1 327	0,56	269 522	125,87	298 564	131,76	315 985	139,98	350 681	149,18	XII.
266 587	11,97	68 583	3,26	59 030	2,74	75 010	3,43	105 524	4,74	4 593 816	218,17	4 888 340	227,29	5 230 423	238,90	5 575 103	250,34	I.—XII.
																		B.
23 769	34,22	916	1,41	1 252	1,89	2 688	3,98	12 835	18,48	127 737	196,85	154 739	234,01	162 708	241,03	175 432	252,53	I.
4 470	7,05	2 464	4,17	629	1,05	1 700	2,78	2 082	3,28	95 016	160,83	106 166	177,16	107 328	175,55	119 304	188,21	II.
829	37,02	—	—	—	—	—	—	—	—	219	19,36	139	12,35	3 074	140,22	3 211	143,48	a. b.
57 476	25,86	9 508	4,71	4 829	2,32	9 251	4,23	14 054	6,32	540 117	267,65	584 694	281,12	649 088	296,97	727 545	327,32	III.
19 709	32,89	1 415	2,71	1 908	3,30	2 851	4,96	872	1,45	169 099	323,45	192 111	332,59	201 479	350,90	229 902	383,60	a. b.
6 311	8,13	3 356	4,57	6 684	8,92	1 642	2,16	2 875	3,70	138 000	187,96	142 921	190,80	148 163	194,54	160 670	207,05	IV.
7 556	10,07	2 572	3,57	3 828	5,22	5 839	7,89	7 345	9,79	108 020	149,91	117 143	159,87	122 386	165,30	133 329	177,71	V.
14 531	7,74	1 779	0,98	2 763	1,51	2 802	1,51	9 448	5,03	291 568	160,10	308 007	168,05	322 524	174,37	345 973	184,18	VI.
655	1,43	132	0,30	48	0,11	136	0,30	115	0,25	16 013	36,19	16 617	37,25	17 888	39,55	18 051	39,51	a. b.
7 327	4,69	1 904	1,26	2 351	1,53	5 608	3,63	2 711	1,73	259 549	171,80	269 182	175,06	286 422	185,43	308 402	197,35	VII.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 842	72,05	713	52,41	882	65,47	909	67,70	a. b.
4 265	5,21	8 087	10,47	35	0,04	228	0,28	886	1,08	209 141	270,79	224 500	283,36	233 497	289,95	251 676	307,52	VIII.
8 378	6,75	2 241	1,93	384	0,33	380	0,32	332	0,27	234 225	202,09	247 557	209,78	256 604	213,11	270 531	217,94	IX.
10	0,22	—	—	—	—	—	—	—	—	3 604	92,13	4 123	97,25	4 696	106,53	5 616	126,33	a. b.
16 502	8,24	4 599	2,49	5 715	3,02	9 253	4,75	12 936	6,46	367 973	199,10	393 141	207,64	419 188	215,07	450 402	224,95	X.
452	0,76	—	—	75	0,14	75	0,13	—	—	31 027	60,45	33 844	61,03	33 375	59,98	36 212	60,76	a. b.
41 785	36,61	1 186	1,07	3 385	3,02	4 201	3,72	8 198	7,18	466 356	421,25	483 888	432,38	498 181	441,14	487 996	427,58	XI.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 803	157,07	1 755	146,58	1 731	140,73	1 708	136,38	a. b.
45 107	10,80	16 963	4,31	12 584	3,13	16 934	4,09	30 495	7,30	1 042 778	264,66	1 113 611	277,04	1 219 677	294,41	1 286 891	308,19	XII.
4 295	7,09	92	0,16	137	0,23	300	0,51	340	0,56	45 916	79,81	49 262	80,95	52 860	90,71	55 071	90,92	a. b.
—	—	4	0,39	2	0,19	—	—	—	—	1 282	124,56	1 318	126,02	1 306	124,24	1 589	150,79	XIII.

Die am Schlusse der Rechnungsjahre 1910, 1911, 1912 und 1913 noch umlaufenden Inhaberschuldverschreibungen der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens.

Staat. — Provinzen.		Es betrugen die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen am Schlusse des Rechnungsjahres								Es betrug die jährliche Zunahme (+) oder Abnahme (—) der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen im Zeitraum			
		1910		1911		1912		1913		1910/11 %	1911/12 %	1912/13 %	
		Mill. M	von den lang- fristi- gen An- leihen %	Mill. M	von den lang- fristi- gen An- leihen %	Mill. M	von den lang- fristi- gen An- leihen %	Mill. M	von den lang- fristi- gen An- leihen %				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A. Staat.													
I. Berlin	428,13	100,00	413,65	100,00	463,57	100,00	444,66	88,66	—	3,38	+ 12,07	—	4,08
Städte mit mehr als													
II. 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) .	1 111,29	81,67	1 176,05	81,47	1 262,21	82,03	1 299,88	81,41	+	5,83	+ 7,33	+	2,98
III. 100 000 bis 200 000 Einwohnern . .	495,56	72,76	558,08	73,65	620,06	73,18	673,06	72,66	+	12,62	+ 11,11	+	8,55
IV. 50 000 „ 100 000 „	186,65	41,36	191,56	40,58	188,20	39,97	214,57	40,82	+	2,63	— 1,75	+	14,02
V. 25 000 „ 50 000 „	127,12	32,31	126,19	30,17	129,29	28,23	122,09	25,77	—	0,73	+ 2,46	—	5,57
VI. 10 000 „ 25 000 „	68,90	16,54	69,00	15,45	66,37	14,43	66,20	13,83	+	0,15	— 3,81	—	0,26
VII. 7 000 „ 10 000 „	4,52	4,87	2,80	2,88	3,66	3,66	3,61	3,28	—	38,05	+ 30,71	—	1,46
VIII. 5 000 „ 7 000 „	1,54	1,92	1,68	1,97	0,45	0,54	1,50	1,70	+	9,09	— 73,21	+	233,74
IX. 3 000 „ 5 000 „	0,51	0,60	0,38	0,41	0,88	0,89	0,34	0,35	—	29,63	—	—	8,55
X. 2 000 „ 3 000 „	0,25	0,53	0,24	0,48	—	—	0,05	0,09	—	4,00	— 100,00	—	—
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Ew.	0,04	0,21	0,04	0,18	0,04	0,16	0,04	0,14	—	—	—	—	4,59
I. bis XI. Sämtliche Städte . . .	2 424,54	59,67	2 539,67	59,05	2 734,23	59,51	2 826,00	57,91	+	4,75	+ 7,66	+	3,36
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Ew.	4,58	1,86	4,54	1,66	2,56	0,89	2,45	0,76	—	0,87	— 43,61	—	4,30
B. Provinzen (nur Städte).													
I. Ostpreußen	52,81	44,02	56,13	43,03	59,34	44,39	57,73	41,59	+	7,30	+ 5,72	—	2,70
II. Westpreußen	36,11	40,06	41,88	40,91	41,86	41,21	45,83	40,65	+	15,15	+ 0,67	+	9,48
III. Brandenburg (ohne Berlin)	243,48	50,05	266,56	49,80	288,51	48,94	317,08	48,33	+	9,48	+ 8,23	+	9,90
IV. Pommern	73,55	56,82	72,76	55,97	78,75	56,44	78,21	51,63	—	1,07	+ 8,23	—	0,69
V. Posen	52,86	53,23	51,79	48,42	56,87	51,06	51,70	43,66	—	2,02	+ 9,81	—	9,09
VI. Schlesien	106,28	38,14	112,29	38,27	117,42	38,24	128,59	39,94	+	5,65	+ 4,57	+	9,52
VII. Sachsen	157,77	62,77	157,11	60,38	163,86	59,92	186,86	62,63	—	0,42	+ 4,30	+	14,01
VIII. Schleswig-Holstein	116,81	59,75	139,81	63,26	141,54	61,84	141,88	57,55	+	19,69	+ 1,24	+	0,24
IX. Hannover	63,92	28,37	62,97	26,36	60,93	24,54	62,61	23,91	—	1,49	— 3,24	+	2,76
X. Westfalen	139,42	39,41	146,07	38,78	160,33	40,41	180,02	42,76	+	4,77	+ 9,76	+	12,28
XI. Hessen-Nassau	328,53	78,86	338,61	78,72	347,90	78,59	342,62	78,22	+	3,07	+ 2,74	—	1,52
XII. Rheinprovinz	625,23	63,28	680,22	64,09	753,22	65,09	788,09	65,06	+	8,80	+ 10,73	+	4,63
XIII. Hohenzollernsche Lande	0,14	10,57	0,13	9,62	0,12	9,26	0,12	7,61	—	7,14	— 7,69	—	—

Eingehen auf sie erübrigt sich daher. Weniger gleichmäßig als bei den langfristigen Anleihen gestaltete sich die Entwicklung der Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgelder im Beobachtungszeitraum bei den unterschiedenen Gemeindegruppen. Sowohl die Sollbeträge selbst als auch die Kopfbeträge schwankten in den vier Rechnungsjahren bei einzelnen Städtegrößengruppen und Landesteilen nicht unerheblich. Berlin erreichte z. B. 1913 mit seinem Schuldbetrage von 3,14 Mill. \mathcal{M} schon wieder beinahe den Stand von 1910, während in den dazwischen liegenden Jahren seine Hypotheken- usw. Schulden mehr als vier bis fünfmal so hoch gewesen waren. In den hessen-nassauischen Städten blieb der Schuldbetrag von 1913 mit 41,79 Mill. \mathcal{M} weit hinter dem Stande von 1910 zurück, bei dem sich die Hypotheken- usw. Schulden schon auf 48,59 Mill. \mathcal{M} beliefen. Wenn die Unterschiede bei den übrigen Landesteilen und Städtegruppen auch nicht so bedeutend waren wie in den angeführten Fällen, so kann doch jedenfalls von einer einheitlichen Aufwärtsbewegung, wie bei den langfristigen Anleihen, hier nicht die Rede sein. Dagegen spricht schon der Umstand, daß sich der Gesamtbetrag der städtischen Hypotheken- usw. Schulden im Rechnungsjahre 1913 gegen das Vorjahr um mehr als 7 Mill. \mathcal{M} verringert hat. Noch ungleichmäßiger gestaltete sich in den einzelnen Gemeindegruppen die Belastung durch kurzfristige Darlehen, was schon in dem Charakter dieser Schuldenart; als einer nur vorübergehenden, genügend begründet ist. Es könnte überhaupt fraglich erscheinen, ob es gerechtfertigt sei, bei einer Vergleichung der Schulden von

Gemeinden bzw. Gemeindegruppen die kurzfristigen Darlehen mitzubetrachten. In früheren Veröffentlichungen über kommunale Schulden haben wir auch nur die langfristigen Schulden einander vergleichend gegenübergestellt und die kurzfristigen daneben, gewissermaßen nur nachrichtlich, aufgeführt. Da aber während der Kriegszeit gerade die kurzfristigen Darlehen der Gemeinden und höheren Kommunalverbände in ganz außergewöhnlicher Weise zugenommen haben, schien es mit Rücksicht auf spätere Vergleichen mit der Zeit vor dem Kriege — und dafür dürften die in dieser Abhandlung veröffentlichten Zahlen in erster Linie in Betracht kommen — diesmal angebracht, die kurzfristigen Darlehen genau so zu behandeln und zu bewerten wie die übrigen Schulden der Gemeinden.

Mehr als die Hälfte der langfristigen Anleiheschulden sämtlicher Städte bestand in Inhaberschuldverschreibungen; denn es liefen davon, wie aus der oben abgedruckten Tabelle 14 zu ersehen ist, am 31. März 1914 noch 2 826 Mill. \mathcal{M} um, d. w. 57,91 % der noch zu tilgenden langfristigen Anleihen der preußischen Städte. In den Vorjahren betrug der entsprechende Anteil noch zwischen 59 und 60 %. Die Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern waren an den zum Schluß des Rechnungsjahres 1910 noch umlaufenden Städteobligationen mit 2 034,98 Mill. \mathcal{M} oder 83,93 %, desgleichen an den am 31. März 1914 vorhandenen Schuldverschreibungen der Städte mit 2 417,60 Mill. \mathcal{M} oder 85,55 % beteiligt. Die Zunahme der städtischen Obligationenschulden betrug im Zeitraum 1910/13 401,45 Mill. \mathcal{M} oder 16,56 %. Die einzelnen

Städtegruppen waren an dieser Zunahme sehr ungleichmäßig beteiligt, wie die folgende Übersicht zeigt:

bei	Die auf den Inhaber lautenden Schuld- verschreibungen haben im Zeitraum 1910/13 zugenommen (+) bzw. abgenommen (-)	
	Mill. \mathcal{M}	%
I. Berlin	+ 15,53	+ 3,86
den Städten mit mehr als		
II. 200 000 Einwohnern	+ 188,60	+ 16,97
III. 100 000 bis 200 000 Einwohnern	+ 177,51	+ 35,82
IV. 50 000 „ 100 000 „	+ 27,93	+ 14,96
V. 25 000 „ 50 000 „	— 5,04	— 3,96
VI. 10 000 „ 25 000 „	— 2,70	— 3,92
VII. 7 000 „ 10 000 „	— 0,92	— 20,39
VIII. 5 000 „ 7 000 „	— 0,04	— 2,53
IX. 3 000 „ 5 000 „	— 0,20	— 36,83
X. 2 000 „ 3 000 „	— 0,20	— 80,16
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern	— 0,01	— 12,21
I. bis XI. sämtlichen Städten	+ 401,45	+ 16,56.

Verteilt man die Obligationenschulden der Städte provinzweise, so zeigte im Rechnungsjahre 1913 die Rheinprovinz mit 788,09 Millionen \mathcal{M} und 27,89 v. H. den höchsten Anteil. An zweiter Stelle stand, wenn man von Berlin (444,66 Mill.) absieht, Hessen-Nassau mit 342,62 Mill. \mathcal{M} , und dann folgte Brandenburg mit 317,08 Mill. \mathcal{M} . In 6 Provinzen betrug der Umlauf weniger als 100 Mill. \mathcal{M} , und am geringsten war er, nächst den Hohenzollernschen Landen (0,12 Mill.), mit 45,83 und 51,70 Mill. \mathcal{M} in Westpreußen und Posen. Die Zunahme im Zeitraum 1910/13 war bei den brandenburgischen Städten mit 30,28 v. H., demnächst bei den Städten Westfalens, Westpreußens und der Rheinprovinz mit 29,12 bzw. 26,91 und 26,05 v. H. am größten. Um mehr als ein Fünftel hat sich der Umlauf auch noch bei den schleswig-holsteinischen (21,46) und schlesischen Städten (20,99 %) vermehrt. Bei den Städten der Provinzen Pommern (6,34) und Hessen-Nassau (4,29 %) betrug die Zunahme noch nicht 10 v. H., und bei denen von Hannover, Posen und den Hohenzollernschen Landen zeigten die Inhaberschuldverschreibungen sogar einen Rückgang um 2,05 bzw. 2,19 und 10,48 v. H. Bei den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden zeigten die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen seit 1910 einen dauernden Rückgang ihres Umlaufbetrages. Sein Stand von 4,58 Mill. \mathcal{M} am 31. März 1911 hatte sich bis auf 2,48 Mill. \mathcal{M} am 31. März 1914 verringert, d. h. um 44,32 %. Dies erklärt sich z. T. daraus, daß in der Zwischenzeit die Landgemeinde Boxhagen-Rummelsburg, welche bedeutende Obligationenschulden hatte, in den Stadtkreis Berlin-Lichtenberg eingemeindet wurde. Die jährliche Zu- oder Abnahme des Umlaufs an Inhaberschuldverschreibungen bei den Städtegruppen und der Gesamtheit der Städte innerhalb der einzelnen Provinzen ist aus den drei letzten Spalten der Tabelle 14 zu ersehen.

Während am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 noch 59,67 % der von den Städten aufgenommenen langfristigen Anleihen in Form von Inhaberschuldverschreibungen begeben waren, war dies Ende 1913 nur noch bei 57,91 % der Fall. Ebenso zeigt sich im Beobachtungszeitraum 1910/13 bei sämtlichen Städtegruppen ein Rückgang in der Höhe der entsprechenden Anteile. Dagegen haben sich diese am 31. März 1914 in einigen Provinzen gegen den entsprechenden Stand des Rechnungsjahres 1910 erhöht; so bei den Städten Westpreußens von 40,06 auf 40,65 %, bei denen Schlesiens von 38,14 auf 39,94, desgleichen in Westfalen und der Rheinprovinz von 39,41 auf 42,76 bzw. von 63,23 auf 65,06 %.

Bei 154 der in die Erhebung einbezogenen 1 386 Gemeinden machten ihre langfristigen Schulden am 31. März 1914

mindestens 5 Millionen \mathcal{M} aus. Von diesen Gemeinden waren 100 Stadtkreise, 37 sonstige größere Städte und 17 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Die Stadtkreise der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz waren sämtlich in dieser Gruppe vertreten; von den brandenburgischen fehlten nur Forst und Eberswalde, desgleichen von den Stadtkreisen Pommerns und Westfalens Stargard i. Pommern bzw. Hörde und von denen Schlesiens Neisse und Brieg; die sächsischen Stadtkreise waren nur zu zwei Dritteln beteiligt, es fehlten Mühlhausen i. Th., Zeitz, Weißenfels und Eisleben. Von den kreisangehörigen Städten mit einer so hohen Schuldenlast entfielen je 5 auf die Provinz Hessen-Nassau und die Rheinprovinz, je 4 auf Sachsen und Westfalen, je 3 auf Pommern, Posen, Schlesien und Hannover, je 2 auf Ostpreußen, Westpreußen und Brandenburg und 1 auf die Provinz Schleswig-Holstein. Von den hierher gehörigen großen Landgemeinden waren 15 in Brandenburg und 2 in der Rheinprovinz gelegen. Bei der Reichshauptstadt überstieg die Schuldensumme schon den Betrag von einer halben Milliarde (504,68 Mill.). Mehr als 100 Millionen \mathcal{M} betrug sie auch bei den Großstädten Frankfurt a./M. (275,21), Köln (235,80), Düsseldorf (185,94), Charlottenburg (184,46), Breslau (134,20) und Dortmund (109,13 Mill.). Zwischen 50 und 100 Mill. \mathcal{M} schwankten die langfristigen Schulden in 16 Stadtkreisen, die nach der Höhe ihres Betrages nachstehende Rangordnung aufwiesen: Neukölln (94,18), B.-Schöneberg (87,55), Königsberg i. Pr. (83,41), Altona (81,37), Hannover (79,85), Barmen (79,43), Essen (77,10), Stettin (75,50), Kiel (75,45), Magdeburg (74,52), Elberfeld (69,03), B.-Wilmsdorf (60,31), Crefeld (59,25), Wiesbaden (57,37), B.-Lichtenberg (53,95) und Duisburg (53,46 Mill. \mathcal{M}). Die Summe von 25 Millionen \mathcal{M} überstiegen die Schulden auch noch bei 17 Stadtkreisen und 2 großen Landgemeinden, nämlich bei Posen (48,70), Spandau (47,71), Cassel (47,40), Halle a. S. (46,35), Aachen (44,65), Gelsenkirchen (39,31), Mülheim a./d. Ruhr (37,96), Saarbrücken (37,72), Erfurt (36,52), Danzig (35,89), B.-Steglitz (35,04), B.-Weißensee (31,30), Bonn (29,89), Bochum (29,58), Remscheid (27,46), Bielefeld (25,77), Hagen (Westfalen) (25,71), München Gladbach (25,50) und Trier (25,42 Mill.). Den Betrag von 25 Mill. \mathcal{M} erreichte auch der Stadtkreis Neuß (24,98 Mill.) beinahe. Außer bei Neuß betrugen die langfristigen Schulden noch bei 34 weiteren Stadtkreisen, desgleichen bei 4 Städten und 7 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ebenfalls mindestens 10 Mill. \mathcal{M} . Die dazu gehörigen kreisangehörigen Gemeinden waren Cöpenick (13,46), Kolberg (10,66), Naumburg a. S. (10,58), Kreuznach (10,99), B.-Pankow (23,39), B.-Lichterfelde (13,84), B.-Reinickendorf (13,64), B.-Tegel (15,55), Zehlendorf (10,20), B.-Britz (10,96), B.-Lankwitz (10,34 Mill.). Zu den Gemeinden mit langfristigen Schulden in Höhe bis zu 10 Millionen \mathcal{M} gehörten 25 Stadtkreise, 33 kreisangehörige Städte und 8 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Sie verteilten sich folgendermaßen auf die Landesteile: Ostpreußen: Allenstein, Insterburg, Osterode i. Ostpr., Rastenburg; Westpreußen: Marienburg (Westpr.), Zoppot; Brandenburg: Landsberg a. W., Guben, Wittenberge, Berlin-Friedenau, B.-Tempelhof, B.-Treptow, B.-Mariendorf, B.-Oberschöneweide, B.-Friedrichsfelde; Pommern: Stralsund, Greifswald, Köslin, Swinemünde; Posen: Schneidemühl, Gnesen, Hohensalza, Lissa; Schlesien: Königshütte O. S., Kattowitz O./S., Ratibor, Oppeln, Schweidnitz, Glogau, Waldenburg i. Schl., Bunzlau; Sachsen: Nordhausen, Aschersleben, Stendal, Quedlinburg, Burg b. M., Merseburg, Langensalza; Schleswig-Holstein: Elmshorn; Hannover: Lüneburg, Geestemünde, Flecken Lehe, Wilhelmshaven, Hameln; Westfalen: Buer, Herne, Witten, Herford, Lüdenscheid, Iserlohn, Siegen, Minden, Haspe, Unna; Hessen-Nassau: Fulda, Marburg, Biebrich, Höchst a./M.,

Bad Homburg v. d. H.; Rheinprovinz: Oberhausen, Düren, Ohligs, Mörs, Wetzlar, Homberg im Kreise Mörs, Godesberg im Landkreise Bonn.

Während bei 129 Gemeinden mit einer Schuldenlast von mindestens 5 Mill. \mathcal{M} diese nicht weniger als 200 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte, hatten 21 Stadtkreise und 4 kreisangehörige Städte, deren langfristige Schulden gleichfalls die Summe von 5 Mill. \mathcal{M} erreichten oder übertrafen, niedrigere Kopfbeträge aufzuweisen. Es handelte sich um die Stadtkreise Insterburg (178,84), Danzig (195,47), Frankfurt a. O. (166,88), Landsberg a. W. (138,50), Guben (146,89), Königshütte O. S. (75,11), Liegnitz (169,65), Gleiwitz (152,38), Kattowitz O./S. (158,64), Ratibor (144,24), Schweidnitz (161,94), Aschersleben (184,01), Linden vor Hannover (160,41), Harburg

(182,82), Buer (109,76), Herne (152,21), Recklinghausen (186,13), Herford (192,67), Lüdenscheid (154,78), Hamborn (120,01) und Oberhausen (87,44 \mathcal{M}); desgleichen um die kreisangehörigen Städte Gnesen (188,87), Flecken Lehe (153,33), Wilhelms- haven (131,35) und Mörs (188,29 \mathcal{M}). Außer den 129 Gemeinden mit einer Schuldenlast von mindestens 5 Mill. \mathcal{M} waren noch 122 Gemeinden vorhanden, die zwar eine geringere Schulden- summe, aber einen Kopfbetrag von auch mindestens 200 \mathcal{M} aufwiesen, so daß es im ganzen 251 preußische Gemeinden, d. w. 18,11 v. H. der bei der Erhebung berücksichtigten Anzahl, gab, deren langfristige Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 200 \mathcal{M} oder mehr auf 1 Einwohner ausmachten. Diese 251 Gemeinden verteilen sich in folgender Weise auf die einzelnen Landesteile:

Es betrugen die auf 1 Einwohner entfallenden langfristigen Schulden am 31. März 1914 200 \mathcal{M} oder mehr

in	Stadt- kreisen		sonstigen Städten										sämtlichen Städten		den Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		den Städten und großen Land- gemeinden	
			mit mehr als 10 000 Einwohnern		mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		mit nicht mehr als 2 000 Einw.											
			überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.								
Ostpreußen	3	75,00	4	66,67	3	6,25	—	—	10	14,93	—	—	10	14,93				
Westpreußen	3	75,00	3	30,00	3	8,11	—	—	9	15,79	1	50,00	10	16,95				
Brandenburg einschl. Berlins	10	66,67	5	38,46	7	8,33	—	—	22	15,38	17	85,00	39	23,33				
Pommern	4	80,00	3	30,00	—	—	1	9,09	8	10,96	—	—	8	10,96				
Posen	3	100,00	4	66,67	4	5,63	—	—	11	8,53	—	—	11	8,53				
Schlesien	4	33,33	8	34,78	9	11,39	—	—	21	14,00	—	—	21	11,93				
Sachsen	7	58,33	6	31,58	5	6,49	1	2,94	19	13,38	—	—	19	13,29				
Schleswig-Holstein	5	100,00	5	71,43	8	24,24	4	36,36	22	39,29	—	—	22	39,29				
Hannover	8	80,00	5	45,45	8	14,04	1	2,86	22	19,47	—	—	22	19,13				
Westfalen	9	60,00	8	32,00	2	3,57	1	7,69	20	18,35	1	3,70	21	15,44				
Hessen-Nassau	4	100,00	7	87,50	10	19,23	3	7,69	24	23,30	—	—	24	23,08				
der Rheinprovinz	19	90,48	12	27,27	7	12,28	3	25,00	41	30,60	3	10,34	44	26,99				
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
den Provinzen zusammen	79	71,82	70	38,46	66	9,43	14	4,90	229	17,92	22	20,37	251	18,11.				

In 17 Gemeinden machten die langfristigen Schulden mehr als 500 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung aus. In Westerland betrug die Kopfquote nicht weniger als 1 393,29 \mathcal{M} . Den zweithöchsten Betrag wies die Landgemeinde B.-Lankwitz mit 948,15 \mathcal{M} auf. Dann folgten schon in größerem Abstände die Landgemeinden B.-Britz und B.-Tegel mit 787,56 bzw. 760,63 \mathcal{M} . In B.-Weißensee (688,05), Flecken Wyk (632,49), Frankfurt a./M. (615,50) und Neuß (606,96) betrugen die langfristigen Schulden auch noch über 600 \mathcal{M} auf 1 Einwohner, und zwischen 500 und 600 \mathcal{M} schwankten die Kopfbeträge bei Charlottenburg (584,55), Reinerz (563,31), Hanau (548,71), Godesberg (521,95), Wiesbaden (519,52), Spandau 514,89), Zehlendorf (510,78), Langensalza (501,54) sowie Zoppot (500,71 \mathcal{M}). In 25 Gemeinden bewegten sich die Kopfbeträge zwischen 400 und 500 \mathcal{M} , desgleichen in 56 zwischen 300 und 400 \mathcal{M} und in 153 Gemeinden zwischen 200 und 300 \mathcal{M} . Die Landgemeinde B.-Niederschönhausen (199,09 \mathcal{M}) erreichte fast den Kopfbetrag von 200 \mathcal{M} . Zu den Gemeinden mit Kopfbeträgen zwischen 400 und 500 \mathcal{M} gehörten die Stadtkreise B.-Schöneberg, B.-Wilmersdorf, Altona, Emden, Celle, Dortmund, Köln, Düsseldorf, Barmen, Crefeld und Trier, desgleichen die mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden Rastenburg, Cöpenick, B.-Steglitz, B.-Pankow, B.-Mariendorf, Kolberg, Swinemünde, Hameln, Leer, Münden (Hann. M.), Unna und Kreuznach, endlich noch die nur 9 947 bzw. 3 625 Einwohner zählenden Städte Perleberg und Fritzlar, deren Schulden 4,51 bzw. 1,56 Mill. \mathcal{M} betrugen.

Unter den Gemeinden mit einem Schuldenbetrage von 300 bis 400 \mathcal{M} auf den Kopf befanden sich 21 Stadtkreise, 15 Städte und 2 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, ferner 17 Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 2 000 bis 10 000, endlich die Stadt Amöneburg im Kreise Kirchhain,

die nur 858 Einwohner und dabei eine Schuldenlast von 341 156 \mathcal{M} besaß. Zur Gruppe, die die Gemeinden mit einer zwischen 200 und 300 \mathcal{M} schwankenden Kopfbelastung durch langfristige Schulden umfaßte, gehörten 41 Stadtkreise, 44 Städte und 11 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, 45 Städte mit einer zwischen 2 000 und 10 000 schwankenden Bevölkerungsziffer und 12 Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern. Diese 12 Kleinstädte waren Franzburg (280,61) und Ziegenrück (208,44) in den gleichnamigen Kreisen, Krefpe, Kreis Steinburg (230,13), Reinfeld, Kreis Stormarn (222,36), Norburg, Kreis Sonderburg (249,52), Dannenberg (236,17), Tecklenburg (223,25) und Hünfeld (245,69) in den gleichnamigen Kreisen, Friedrichsdorf im Obertaunuskreise (201,11), Hitdorf, Landkreis Solingen (269,05), Baumholder, Kreis Sankt Wendel (201,07), und Stromberg, Kreis Kreuznach (231,70 \mathcal{M}).

Bei 268 Gemeinden überstiegen die langfristigen Schulden die Summe von 1 Million, erreichten aber noch nicht die Summe von 5 Mill. \mathcal{M} . Zu dieser Gruppe gehörten 10 Stadtkreise, 130 Städte und 42 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie 86 Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 2 000 und 10 000. Auf die Rheinprovinz, Westfalen, Schlesien und Brandenburg entfielen die meisten dieser Gemeinden, nämlich 53 bzw. 44, 38 und 31. Von den übrigen Provinzen war bloß Sachsen (21) noch mit mehr als 20 in dieser Gruppe vertreten. Die hierher gehörigen 10 Stadtkreise waren Forst (4,92), Eberswalde (4,89), Stargard i. Pommern (4,29), Neisse (4,04), Brieg (3,42), Mühlhausen i. Th. (4,97), Zeitz (4,92), Weißenfels (3,57), Eisleben (3,26) und Hürde (3,45 Mill. \mathcal{M}). Verhältnismäßig stark, nämlich mit 71,43 v. H. ihrer Gesamtzahl, waren die kreisangehörigen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in dieser Gemeindegruppe vertreten, während die entsprechenden Anteile bei den großen Landgemeinden und

den Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern nur 38,89 bzw. 12,39 v. H. betrugen. Von den 268 dieser Gruppe mit langfristigen Schulden zwischen 1 und 5 Mill. \mathcal{M} angehörigen Gemeinden betrug die Schuldenlast bei 89 mehr als 200 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung. Von ihnen besaßen 37 Städte und 5 Landgemeinden über 10 000 Einwohner, während 47 Städte eine geringere Bevölkerungsziffer aufwiesen; zu letzteren gehörten u. a. die Kur- und Badeorte Reinerz, Bad Oldesloe, Westerland, Bad Oeynhausen, Bad Ems, Königstein a. Taunus. Während bei 135 Gemeinden mit langfristigen Schulden zwischen 1 und 5 Mill. \mathcal{M} diese zwischen 100 und 200 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten, blieben ihre entsprechenden Kopfbeträge bei 39 noch hinter der Summe von 100 \mathcal{M} zurück. Vor allem war dies bei einer größeren Anzahl von westfälischen und rheinländischen Gemeinden der Fall. Hierzu gehörten die Städte Paderborn (93,60), Wattenscheid (73,63), Castrop (78,18), Schwerte (89,54), die Landgemeinden Bottrop (43,50), Gladbeck (49,80), Recklinghausen (37,11), Osterfeld (42,11), Horst (44,77) im Landkreise Recklinghausen, Wanne (83,90), Eickel (54,82) im Landkreise Gelsenkirchen, Weitmar (62,49), Werne (53,68) im Landkreise Bochum, Lütgendortmund (69,20) im Landkreise Dortmund, Brackwede (93,93) im Landkreise Bielefeld; desgleichen die Städte

Sterkrade (50,46), Odenkirchen (91,84), Siegburg (88,90), Hilden (90,94), Goch (90,45) und die Landgemeinden Borbeck (43,11), Altenessen (91,69), Rotthausen (81,52), Kray (49,59) im Landkreise Essen, Vohwinkel (74,10) und Hardenberg (87,81) im Kreise Mettmann, Dudweiler (70,69) im Landkreise Saarbrücken, Wiesdorf (67,57) im Landkreise Solingen, Vilich (76,47) im Landkreise Bonn und Repelen-Baerl (81,68) im Kreise Mörs. Aus anderen Provinzen gehörten zu dieser Gruppe die Städte Konitz (90,87), Grünberg i. Schl. (82,84), Sagan (98,19), Wittenberg (84,07), Schönebeck (92,54), Bitterfeld (72,98), Tangermünde (93,60), Calbe a./S. (95,11) und Verden (93,00 \mathcal{M}). Außer den erwähnten 135 Gemeinden mit langfristigen Schulden im Betrage von 1 bis 5 Mill. \mathcal{M} gab es noch 275, deren Kopfbetrag an langfristigen Schulden sich ebenfalls zwischen 100 und 200 \mathcal{M} bewegte. Unter ihnen befanden sich 19 Stadtkreise und 4 kreisangehörige Städte, deren Schuldensumme mehr als 5 Mill. \mathcal{M} betrug und die wir bereits kennen gelernt haben (s. Seite 178), sowie 252 Gemeinden, bei denen die Schuldensumme noch nicht den Betrag von 1 Million \mathcal{M} erreichte. Die Gesamtheit der Gemeinden mit langfristigen Schulden von 100 bis 200 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung verteilt sich in folgender Weise auf die einzelnen Landesteile:

Es betrugen die auf 1 Einwohner entfallenden langfristigen Schulden am 31. März 1914 100 bis ausschl. 200 \mathcal{M}

b e i

in	Stadtkreisen	sonstigen Städten				sämtlichen		den Landgemeinden		den Städten und großen Landgemeinden	
		mit mehr als 10 000 Einw.	mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.	mit nicht mehr als 2 000 Einw.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.
Ostpreußen	1 25,00	2 33,33	27 56,25	— —	30 44,78	— —	30 44,78	— —	30 44,78	— —	30 44,78
Westpreußen	1 25,00	5 50,00	8 21,62	— —	14 24,56	— —	14 24,56	— —	14 24,56	— —	14 24,56
Brandenburg (einschl. Berlins)	5 33,33	7 53,85	28 33,33	3 9,68	43 30,07	3 15,00	46 28,22	3 15,00	46 28,22	3 15,00	46 28,22
Pommern	1 20,00	5 50,00	10 21,28	2 18,18	18 24,66	— —	18 24,66	— —	18 24,66	— —	18 24,66
Posen	— —	2 33,33	16 22,54	— —	18 13,95	— —	18 13,95	— —	18 13,95	— —	18 13,95
Schlesien	7 58,33	12 52,17	26 32,91	4 11,11	49 32,67	1 3,85	50 28,41	1 3,85	50 28,41	1 3,85	50 28,41
Sachsen	5 41,67	6 31,58	15 19,48	5 14,71	31 21,83	— —	31 21,83	— —	31 21,83	— —	31 21,83
Schleswig-Holstein	— —	2 28,57	21 63,64	2 18,18	25 44,64	— —	25 44,64	— —	25 44,64	— —	25 44,64
Hannover	2 20,00	5 45,45	21 36,84	8 22,86	36 31,86	1 50,00	37 32,17	1 50,00	37 32,17	1 50,00	37 32,17
Westfalen	6 40,00	12 48,00	26 46,43	2 15,38	46 42,20	3 11,11	49 36,03	3 11,11	49 36,03	3 11,11	49 36,03
Hessen-Nassau	— —	1 12,50	26 50,00	10 25,64	37 35,92	1 100,00	38 36,54	1 100,00	38 36,54	1 100,00	38 36,54
der Rheinprovinz	1 4,76	20 45,45	25 43,86	4 33,33	50 37,31	2 6,90	52 31,90	2 6,90	52 31,90	2 6,90	52 31,90
den Hohenzollernschen Landen	— —	— —	2 100,00	— —	2 100,00	— —	2 100,00	— —	2 100,00	— —	2 100,00
den Provinzen zusammen	29 26,36	79 43,41	251 35,86	40 13,99	399 31,22	11 10,19	410 29,88	11 10,19	410 29,88	11 10,19	410 29,88

Von den zu dieser Gruppe gehörigen 40 Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern wies Richtenberg im Kreise Franzburg mit 185,68 \mathcal{M} den höchsten Schuldenbetrag auf den Kopf der Bevölkerung auf. Mehr als 150 \mathcal{M} machte die entsprechende Belastung auch noch bei folgenden Kleinstädten aus: Gemünden (173,23) im Kreise Frankenberg, Liebethal (165,34) im Kreise Löwenberg, Burg a./Wupper (164,66) im Kreise Lennep, Rauschenberg (161,26) im Kreise Kirchhain, Kalbe a./Milde (155,40) im Kreise Salzwedel, Schönaa a./Katzbach (155,31) im gleichnamigen Kreise, Wartha (150,26 \mathcal{M}) im Kreise Frankenstein und Horneburg (150,20 \mathcal{M}) im Kreise Stade. Zwischen 150 und 125 \mathcal{M} schwankten die Kopfbeträge bei den Kleinstädten Kirchberg (148,04), Kr. Simmern, Wiehe (146,71), Kr. Eckartsberga, Hessisch Lichtenau (146,32), Kr. Witzhausen, Helmarshausen (146,22), Kr. Hofgeismar, Polkwitz (145,97), Kr. Glogau, Hachenburg (141,51) im Oberwesterwaldkreise, Thamsbrück (133,86), Kr. Langensalza, Runkel (133,54) im Oberlahnkreise, Hitzacker (133,17), Kr. Dannenberg, Ziegenhain (130,40) im gleichnamigen Kreise, Glücksburg (126,81), Kr. Flensburg, und Neustadt a./Dosse (125,38 \mathcal{M}), Kr. Rupp. Zwischen 125 und 100 \mathcal{M} bewegten sich schließlich die Kopfbeträge bei folgenden Kleinstädten mit einer Bevölkerung von nicht mehr als 2 000: Bacharach

(121,02), Kr. St. Goar, Stolzenau (118,19) im gleichnamigen Kreise, Braunfels (115,50), Kr. Wetzlar, Bücken (114,84), Kr. Hoya, Winterberg (114,39), Kr. Brilon, Osterholz (112,99) im gleichnamigen Kreise, Gützkow (110,67), Kr. Greifswald, Otterndorf (107,78), Kr. Hadeln, Wächtersbach (107,47), Kr. Gelnhausen, Wendisch Buchholz (106,21), Kr. Beeskow-Storkow, Halle i. Westf. (105,87) im gleichnamigen Kreise, Lieberose (105,56), Kr. Lübben, Prettin (104,34), Kr. Torgau, Uchte (104,02), Kr. Stolzenau, Wetter (103,89), Kr. Marburg, Arneburg (102,73), Kr. Stendal, Iburg (101,88) im gleichnamigen Kreise, Garding (101,13), Kr. Eiderstedt, und Schweinsberg (100,28) im Kreise Kirchhain.

Faßt man die Gruppen von Gemeinden, deren langfristige Schulden mindestens 200 \mathcal{M} sowie mindestens 100 bis ausschließlich 200 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten, zusammen, so ergibt sich, daß in 661 oder 47,69 v. H. der bei der Erhebung für das Rechnungsjahr 1913 berücksichtigten Stadt- und Landgemeinden die langfristigen Schulden eine Kopfbelastung von 100 \mathcal{M} oder darüber erreicht haben. Von diesen Gemeinden waren 108 Stadtkreise, 149 sonstige Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern (81,87 v. H.), 33 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern (30,56 v. H.), 317 Städte mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern (45,29 v. H.) und 54 Städte mit

nicht mehr als 2 000 Einwohnern (18,88 v. H. ihrer Gesamtheit). Es fehlten unter diesen höchstbelasteten Gemeinden bloß zwei Stadtkreise, nämlich Königshütte O. S. und Oberhausen, deren langfristige Schulden nur 75,11 bzw. 87,44 \mathcal{M} auf 1 Einwohner betrugen.

In einer weiteren Gruppe vereinigen wir 390 Gemeinden, deren langfristige Schulden 50 bis ausschließlich 100 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten. Sie verteilen sich in folgender Weise auf die einzelnen Landesteile:

Im Rechnungsjahre 1913 betrugen die langfristigen Schulden auf 1 Einwohner 50 bis ausschl. 100 \mathcal{M}

in		Stadtkreisen	sonstigen Städten						sämtlichen Städten	Landgemeinden		Städten und großen Landgemeinden		
			mit mehr als 10 000 Einw.		mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		mit nicht mehr als 2 000 Einw.			mit mehr als 10 000 Einw.				
			überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.		überh.	v. H.	überh.	v. H.	
Ostpreußen	—	—	—	—	13	27,08	5	55,56	18	26,87	—	—	18	26,87
Westpreußen	—	—	2	20,00	18	48,68	—	—	20	35,09	—	—	20	33,90
Brandenburg (einschl. Berlins)	—	—	1	7,09	31	36,90	10	32,28	42	29,87	—	—	42	25,77
Pommern	—	—	2	20,00	24	51,08	1	9,09	27	36,99	—	—	27	36,99
Posen	—	—	—	—	33	46,48	11	22,45	44	34,11	—	—	44	34,11
Schlesien	1	8,33	3	13,04	30	37,97	8	22,22	42	28,00	5	19,23	47	26,70
Sachsen	—	—	6	31,58	30	38,98	7	20,59	43	30,28	1	100,00	44	30,77
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	3	9,09	3	27,27	6	10,71	—	—	6	10,71
Hannover	—	—	1	9,09	18	31,58	9	25,71	28	24,78	1	50,00	29	25,32
Westfalen	—	—	5	20,00	19	33,98	5	38,46	29	26,61	10	37,04	39	28,68
Hessen-Nassau	—	—	—	—	15	28,85	19	48,72	34	33,01	—	—	34	32,09
der Rheinprovinz	1	4,76	9	20,45	15	26,82	3	25,00	28	20,90	12	41,88	40	24,54
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen . . .	2	1,82	29	15,98	249	35,57	81	28,82	361	28,25	29	26,85	390	28,14

Am stärksten waren also in dieser Gruppe die Städte mit mehr als 2 000 bis einschl. 10 000 Einwohnern vertreten; ihr Anteil betrug 35,57 v. H. ihrer Gesamtheit. Während die Kleinstädte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern auch noch mit 28,82 v. H. vertreten waren, gehörten von den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nur 2 Stadtkreise

und je 29 kreisangehörige Städte und Landgemeinden dieser Gruppe an. Die in Betracht kommenden Stadtkreise waren Königshütte O. S. (75,11) und Oberhausen (87,44 \mathcal{M}).

Bei 218 Gemeinden bewegte sich der Kopfbetrag ihrer langfristigen Schulden zwischen 20 und 50 \mathcal{M} (ausschl.). Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Provinzen:

Im Rechnungsjahre 1913 betrugen die langfristigen Schulden auf 1 Einwohner 20 bis ausschl. 50 \mathcal{M}

b e i

in	Stadtkreisen	sonstigen Städten						sämtlichen Städten	Landgemeinden		Städten und großen Landgemeinden			
		mit mehr als 10 000 Einw.		mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		mit nicht mehr als 2 000 Einw.			mit mehr als 10 000 Einw.					
		überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.		überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.	überh. v. H.		
Ostpreußen	—	—	—	5	10,42	3	33,33	8	11,94	—	—	8	11,94	
Westpreußen	—	—	—	5	13,51	2	33,33	7	12,28	—	—	7	11,06	
Brandenburg (einschl. Berlins)	—	—	—	12	14,29	6	19,35	18	12,59	—	—	18	11,04	
Pommern	—	—	—	12	25,53	6	54,55	18	24,66	—	—	18	24,66	
Posen	—	—	—	13	18,81	18	36,73	31	24,03	—	—	31	24,03	
Schlesien	—	—	—	11	13,92	11	30,56	22	14,67	12	46,15	34	19,32	
Sachsen	—	—	—	22	28,57	9	26,47	31	21,83	—	—	31	21,83	
Schleswig-Holstein	—	—	—	1	3,03	1	9,09	2	3,57	—	—	2	3,57	
Hannover	—	—	—	7	12,28	10	28,57	17	15,04	—	—	17	14,78	
Westfalen	—	—	—	8	14,29	4	30,77	12	11,01	11	40,74	23	16,91	
Hessen-Nassau	—	—	—	1	1,92	7	17,96	8	7,77	—	—	8	7,99	
der Rheinprovinz	—	—	2	4,55	9	15,79	1	8,33	12	8,96	9	31,03	21	12,88
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
den Provinzen zusammen . . .	—	—	2	1,10	106	15,14	78	27,27	186	14,55	32	29,68	218	15,73

Hier waren die großen Landgemeinden, demnächst die Kleinstädte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern verhältnismäßig am stärksten vertreten; erstere mit rund 30, letztere mit 27 v. H. Bei den Landgemeinden handelte es sich um 12 schlesische, 11 westfälische und 9 rheinländische. Erstere waren Bogutschütz (49,84), Siemianowitz (46,73), Zalenze (28,97) und Domb (27,77 \mathcal{M}) im Landkreise Kattowitz, ferner Bismarckhütte (40,16), Schwientochlowitz (21,93) und Scharley (36,48 \mathcal{M}) im Landkreise Beuthen, Altwasser (46,11) und Dittersbach (46,05) im Kreise Waldenburg, Mikultschütz (37,86) und Radzionkau (22,74) im Kreise Tarnowitz, endlich Biskupitz (27,35 \mathcal{M}) im Kreise Zabrze. Desgleichen gehörten aus dem westfälischen Industriebezirke folgende Landgemeinden zu dieser Gruppe: Bottrop (43,50), Gladbeck (49,80), Recklinghausen (37,11), Osterfeld (42,11) und Horst (44,77 \mathcal{M}) im Landkreise Recklinghausen, Eving (34,17) und Marten (35,52) im Landkreise Dortmund,

Röhlinghausen (37,19) im Landkreise Gelsenkirchen, Kirchhörde (29,76) im Landkreise Hörde, endlich Lüdenscheid (45,99) und Werdohl (47,96 \mathcal{M}) im Kreise Altena. Die Rheinprovinz lieferte folgende Landgemeinden zu dieser Gruppe: Borbeck (43,11), Kray (49,59), Katernberg (30,40) und Stoppenberg (39,74 \mathcal{M}) im Landkreise Essen, desgleichen Merheim (37,24) und Bensberg (39,87) im Kreise Mülheim a. Rh., Sulzbach (45,72) im Landkreise Saarbrücken, Hiesfeld (27,32) im Kreise Dinslaken und Eilendorf (31,17) im Landkreise Aachen. Von den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern gehörten nur Wermelskirchen (46,97) und Lüttringhausen (37,30 \mathcal{M}) im Kreise Lennep zu dieser Gruppe.

In einer letzten Gruppe vereinigen wir die Gemeinden, deren langfristige Schulden weniger als 20 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten. Es handelt sich um 117 Gemeinden, die sich in folgender Weise auf die Provinzen verteilen:

Im Rechnungsjahre 1913 betrugen die langfristigen Schulden auf 1 Einwohner weniger als 20 \mathcal{M}

b e i

in	mit mehr als 10 000 Einw.		Städten mit mehr als 2 000 bis einschl. 10 000 Einwohnern		mit nicht mehr als 2 000 Einw.		sämtlichen Städten		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Städten und großen Land- gemeinden	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Ostpreußen	—	—	—	—	1	11,11	1	1,49	—	—	1	1,49
Westpreußen	—	—	3	8,11	4	66,67	7	12,28	1	50,00	8	13,56
Brandenburg (einschl. Berlins)	—	—	6	7,14	12	38,71	18	12,59	—	—	18	11,04
Pommern	—	—	1	2,13	1	9,09	2	2,74	—	—	2	2,74
Posen	—	—	5	7,04	20	40,82	25	19,38	—	—	25	19,38
Schlesien	—	—	3	3,80	13	36,11	16	10,67	8	30,77	24	13,64
Sachsen	1	5,26	5	6,49	12	35,29	18	12,68	—	—	18	12,59
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	1	9,09	1	1,79	—	—	1	1,79
Hannover	—	—	3	5,26	7	20,00	10	8,85	—	—	10	8,70
Westfalen	—	—	1	1,79	1	7,69	2	1,83	2	7,41	4	2,94
Hessen-Nassau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
der Rheinprovinz	1	2,27	1	1,75	1	8,33	3	2,24	3	10,34	6	3,68
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	2	1,10	28	4,00	73	25,52	103	8,06	14	12,96	117	8,44

Danach waren noch 16 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in dieser Gruppe vertreten. Darunter befanden sich sogar 2 Städte, nämlich Staßfurt (14,02) und Hörscheid (19,53 \mathcal{M}), während es sich bei den großen Landgemeinden um die folgenden handelte: Ohra (18,55) im Kreise Danziger Höhe, Lipine (19,75) im Landkreise Beuthen, Rosdzin (10,99) und Chorzow (7,88 \mathcal{M}) im Landkreise Kattowitz, Zaborze (6,69), Bielschowitz (7,52) und Ruda (0,60) im Kreise Zabrze, Weißstein (13,72) und Nieder Hermsdorf (14,75) im Kreise Waldenburg, Annen (9,99) und Aplerbeck (14,86) im Landkreise Hörde, Wurselen (15,75) im Landkreise Aachen, München Gladbach Land (15,64) und Neuwerk (9,17 \mathcal{M}) im Kreise Gladbach.

Während bei 55 der zu dieser Gruppe gehörigen Gemeinden die Kopfbeträge noch mindestens 10 \mathcal{M} betrugen, erreichten die übrigen 62 letztere Summe noch nicht. Zwischen 5 und 10 \mathcal{M} schwankten die auf 1 Einwohner entfallenden langfristigen Schulden bei 5 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die bereits genannt wurden, ferner bei 9 Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern und bei 19 Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern. Die betr. Städte mit einer 2 000 Einwohner übersteigenden Bevölkerungsziffer waren Fordon im Landkreise Bromberg (5,83), Primkenau im Kreise Sprottau (7,51), Wansen im Kreise Ohlau (7,78), Ermsleben im Mansfelder Gebirgskreise (9,67), Heringen im Kreise Sangerhausen (5,38), Zellerfeld im gleichnamigen Kreise (8,05), Bentheim im Kreise Grafschaft Bentheim (9,02), Fallersleben im Kreise Gifhorn (7,25) und Isselburg im Kreise Rees (5,36 \mathcal{M}). Von den Gemeinden mit einem Kopfbetrage von noch nicht 5 \mathcal{M} gehörten 4 zur Gruppe der Städte mit mehr als 2 000 bis einschl. 10 000 Ein-

wohnern, nämlich Görz a./Oder, Kreis Weststernberg (4,43), Schwesenz, Kreis Posen Ost (1,62), Leimbach, Mansfelder Gebirgskreis (0,23), und Lebus im gleichnamigen Kreise, das gänzlich schuldenfrei war. Außerdem war hier auch eine Landgemeinde mit über 10 000 Einwohnern vertreten, nämlich Ruda im Kreise Zabrze, dessen Kopfbetrag nur 60 Pf. ausmachte. In je 3 posenschen und sächsischen, desgleichen in je 2 brandenburgischen und hannoverschen und in 1 westfälischen Stadt mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern betrugen die langfristigen Schulden zwischen 5 und 1 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung. Dies waren Dolzig (2,10) und Bnin (3,47) im Kreise Schrimm, Dobrzyca im Kreise Krotoschin (1,56), Schkölen im Landkreise Weißenfels (4,58), Seyda (3,48) und Schweinitz (2,74) im Kreise Schweinitz, Kloster Zinna im Kreise Jüterbog-Luckenwalde (4,08) und Liebenau b. Schwiebus (1,58), Siedenburg im Kreise Sulingen (4,79), Neubruchhausen im Kreise Syke (2,15), endlich Borgholzhausen im Kreise Halle i./W. (4,43 \mathcal{M}). Schließlich gab es noch 13 Kleinstädte, die gänzlich frei von langfristigen Schulden waren, nämlich Königswalde im Kreise Oststernberg, Usedom im Kreise Usedom-Wollin, Mixstadt im Kreise Schildberg, Sarne im Kreise Rawitsch, Brätz im Kreise Meseritz, Rothenburg a./Obra und Kopnitz im Kreise Bomst, Netzwalde im Kreise Schubin, Schlichtingsheim im Kreise Fraustadt, Schlawa im Kreise Freystadt, Tschirnau im Kreise Guhrau, Gebesee im Kreise Weißensee und Schildau im Kreise Torgau.

Fassen wir die Hauptergebnisse der Erhebung über die Kopfbelastung durch langfristige Schulden in den Städten und großen Landgemeinden Preußens noch einmal zusammen, so erhalten wir folgende Verteilung:

Die langfristigen Schulden betrugen am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 auf 1 Einwohner

bei	mindestens 200 \mathcal{M}		100 \mathcal{M} bis ausschl. 200 \mathcal{M}		50 \mathcal{M} bis ausschl. 100 \mathcal{M}		20 \mathcal{M} bis ausschl. 50 \mathcal{M}		weniger als 20 \mathcal{M}	
	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
Stadtkreisen	79	71,82	29	26,36	2	1,82	—	—	—	—
sonstigen Städten mit mehr als 10 000 Einw.	70	38,46	79	43,41	29	15,93	2	1,10	2	1,10
desgl. mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.	66	9,43	251	35,86	249	35,57	106	15,14	28	4,00
desgl. mit nicht mehr als 2 000 Einw.	14	4,90	40	13,99	81	28,32	78	27,27	73	25,52
sämtlichen Städten	229	17,92	399	31,22	361	28,25	186	14,55	103	8,06
Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.	22	20,87	11	10,19	29	26,85	32	29,63	14	12,96
sämtlichen Städten u. großen Landgemeinden	251	18,11	410	29,58	390	28,14	218	15,73	117	8,44

Von den 36 Landgemeinden Groß-Berlins, die noch nicht eine Einwohnerzahl von 10 000 erreichten (vergl. Tab. 3), wiesen 15 einen Kopfbetrag an langfristigen Schulden von mehr als 200 \mathcal{M} auf. Es handelte sich um die Landgemeinden Bln.-Buchholz (214,21), B.-Rosenthal (292,23), Lübars (299,35), Herms-

dorf b. Berlin (558,68), Heiligensee (625,98), B.-Wittenau (646,44), B.-Hohenschönhausen (663,82) und B.-Heinersdorf (1776,85 \mathcal{M}) im Kreise Niederbarnim, ferner um Wannsee (236,18), Lichtenrade (271,85), B.-Marienfelde (383,23), B.-Schmargendorf (415,19), B.-Grunewald (442,36), Buckow (448,33) und Rudow (576,14 \mathcal{M})

**Der Steuern- und Schuldenstand der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden
Preußens in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913.**

Staat. — Provinzen.	E s b e t r u g e n											
	das berichtigte Soll der direkten und indirekten Gemeindesteuern				die langfristigen Schulden				die langfristigen Schulden das . . . fache der direkten und indirekten Gemeinde- steuern			
	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913
	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M				
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Staat.												
I. Berlin	94,00	100,23	97,59	101,70	431,17	430,48	476,24	504,68	4,59	4,29	4,88	4,96
Städte mit mehr als												
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin) .	178,33	187,35	197,45	205,54	1 478,94	1 581,90	1 689,11	1 738,20	8,29	8,44	8,55	8,46
III. 100 000 bis 200 000 Einw. . .	98,67	104,75	113,36	116,53	716,02	792,07	880,69	964,86	7,26	7,56	7,77	8,28
IV. 50 000 " 100 000 " . . .	69,26	69,47	72,26	80,11	463,39	484,41	483,67	544,42	6,69	6,97	6,69	6,80
V. 25 000 " 50 000 " . . .	52,79	55,78	63,27	67,63	404,73	430,51	478,52	493,85	7,67	7,72	7,56	7,30
VI. 10 000 " 25 000 " . . .	60,55	65,64	67,52	69,96	423,56	457,04	469,93	488,94	7,00	6,96	6,96	6,99
VII. 7 000 " 10 000 " . . .	15,18	15,84	16,49	16,81	94,71	99,12	102,20	112,25	6,24	6,26	6,20	6,68
VIII. 5 000 " 7 000 " . . .	13,92	14,55	14,62	15,50	82,04	87,32	84,69	90,27	5,89	6,00	5,79	5,82
IX. 3 000 " 5 000 " . . .	16,86	17,35	18,55	18,65	93,50	94,81	99,75	100,42	5,55	5,46	5,38	5,38
X. 2 000 " 3 000 " . . .	8,95	9,44	9,84	10,56	48,06	51,76	53,34	55,55	5,37	5,48	5,42	5,26
XI. St. mit nicht mehr als 2000 Ew.	4,83	5,05	5,29	5,61	21,25	23,49	24,64	26,78	4,40	4,65	4,66	4,78
I. bis XI. Sämtliche Städte . . .	613,34	645,46	676,24	708,59	4 257,35	4 532,91	4 842,79	5 120,23	6,94	7,02	7,16	7,23
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern	59,19	64,06	66,85	73,28	267,88	296,40	312,62	349,35	4,53	4,58	4,68	4,77
B. Provinzen (nur Städte).												
I. Ostpreußen	17,02	17,81	19,32	20,46	126,82	153,49	160,02	162,60	7,45	8,62	8,28	7,95
II. Westpreußen	13,84	14,69	15,67	16,54	92,55	105,54	105,63	117,22	6,69	7,18	6,74	7,09
III. Brandenburg (ohne Berlin) . .	65,21	67,48	72,46	74,25	530,61	579,98	639,84	713,49	8,14	8,59	8,83	9,61
IV. Pommern	17,32	18,18	19,01	20,17	134,64	136,24	146,52	157,80	7,77	7,49	7,71	7,82
V. Posen	13,34	14,49	14,98	15,64	105,45	113,32	116,55	125,98	7,90	7,82	7,78	8,06
VI. Schlesien	47,63	49,78	51,40	53,44	289,79	305,24	319,72	336,52	6,08	6,13	6,22	6,30
VII. Sachsen	42,31	44,56	45,91	47,17	257,64	266,83	280,81	305,69	6,09	5,99	6,12	6,48
VIII. Schleswig-Holstein	26,70	28,05	29,70	30,91	201,05	224,47	233,27	250,79	7,33	8,00	7,85	8,11
IX. Hannover	32,47	34,27	36,42	38,38	231,98	247,17	256,22	270,20	7,14	7,21	7,03	7,04
X. Westfalen	59,03	59,76	65,06	70,59	363,37	387,43	409,94	437,47	6,16	6,48	6,30	6,20
XI. Hessen-Nassau	45,55	47,05	49,84	51,51	465,17	480,50	493,98	479,80	10,21	10,21	9,97	9,31
XII. Rheinprovinz	138,71	148,89	158,93	167,60	1 025,82	1 101,03	1 202,74	1 256,40	7,40	7,39	7,57	7,50
XIII. Hohenzollernsche Lande	0,21	0,23	0,24	0,26	1,28	1,32	1,31	1,59	6,10	5,80	5,36	6,21

im Kreise Teltow. Die Landgemeinde B.-Heinersdorf übertraf mit ihrem Kopfbetrage sogar noch den der Stadt Westerland, der mit 1393,29 M von sämtlichen Städten und großen Landgemeinden Preußens an erster Stelle stand. Mit drei Ausnahmen betrug bei den genannten Landgemeinden Groß-Berlins die Summe ihrer langfristigen Schulden mindestens 1 Million M; es erreichten nur Wannsee (0,87), Buckow (0,73) und Rudow (0,81 Mill. M) diesen Betrag nicht. Am höchsten war die Summe der langfristigen Schulden mit rund 6 Mill. M bei B.-Wittenau; dann folgten mit 4,52, 4,11, 3,92 und 2,72 Mill. M B.-Hohenschönhausen bzw. B.-Schmargendorf, Hermsdorf b. Bln. und B.-Grünwald. Von den übrigen in Betracht kommenden Landgemeinden erreichte keine die Summe von 2 Millionen M. Noch nicht 100 M auf 1 Einwohner betrugen die langfristigen Schulden bei 13 von diesen kleinen Nachbarorten Berlins, und die folgenden 4 besaßen überhaupt keine langfristigen Schulden: Groß Ziethen im Kreise Teltow, Malchow, Wartenberg und Mehrow im Kreise Niederbarnim. Die Landgemeinde Groß Ziethen war jedoch nicht gänzlich schuldenfrei, da sie am Ende des Rechnungsjahres 1913 noch kurzfristige Darlehen im Betrage von 45 000 M zu tilgen hatte.

Die gesamten Schulden der 64 Gemeinden Groß-Berlins beliefen sich am 31. März 1914 auf 1 320 296 463 M und 340,75 M auf 1 Einwohner. Von den Schulden entfielen auf langfristige Anleihen 1 236,58 Mill. M oder 93,66 v. H. Hypotheken, Grundschulden und

Restkaufgelder 72,25 " " " 5,47 " " vorübergehend aufgenommene

Darlehen 11,47 " " " 0,87 " " .

5. Das Verhältnis der langfristigen Schulden zu den Steuern der Gemeinden.

In der oben abgedruckten Tabelle 15 ist für die nach Größengruppen und provinzweise gegliederten preußischen Städte sowie für die großen Landgemeinden zusammen das Soll ihrer in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 aufgekomenen Gemeindesteuern ihren am Schlusse dieser Rechnungsjahre noch zu tilgenden langfristigen Schulden vergleichend gegenübergestellt, während die Tabelle 16 auf Seite 183 für dieselben Gemeindeguppen die Zunahme des Gemeindesteuersolls sowie der langfristigen Schulden während des Zeitraumes 1910 bis 1913 nachweist. Da ergibt sich, daß das berichtigte Soll der Gemeindesteuern in sämtlichen Städten von 613,34 Mill. M im Rechnungsjahre 1910 um 95,25 Mill. M oder 15,53 v. H. auf 708,59 Mill. M im Rechnungsjahre 1913 angewachsen ist, während sich die langfristigen Schulden dieser Gemeinden im gleichen Zeitraum von 4 257,35 Mill. M um 862,87 Mill. M oder 20,27 v. H. auf 5 120,23 Mill. M vermehrt haben. Bei weitem am stärksten war die Zunahme des Steuersolls bei den Städten mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern; sie belief sich hier auf 28,10 v. H., während die nächstgrößte Vermehrung bei den Großstädten mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern nur noch 18,11 v. H. betrug. Um weniger als ein Zehntel hat sich das Steuersoll bloß in der ersten, von Berlin allein gebildeten Gruppe vermehrt; es betrug nur 8,19 v. H. Bei den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden ist das Steuersoll im Zeitraum 1910/13 von 59,19 Mill. M um 14,09 Mill. M oder 23,80 v. H. auf 73,28 Mill. M

Die Entwicklung des Steuern- und Schuldenstandes der preußischen Städte usw. im Zeitraum 1910/1913.

(Tab. 16.)		In dem Zeitraum 1910 bis 1913 betrug die Zunahme			
Staat. — Provinzen.		des berichtigten Solls der gesamten Gemeindesteuern		der langfristigen Schulden	
		Mill. <i>M</i>	%	Mill. <i>M</i>	%
I		2	3	4	5
A. Staat.					
I. Berlin		7,70	8,19	73,52	17,05
Städte mit mehr als					
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)		27,21	15,26	259,26	17,53
III. 100 000 bis 200 000 Einw.		17,87	18,11	248,84	34,75
IV. 50 000 „ 100 000 „		10,84	15,66	81,03	17,49
V. 25 000 „ 50 000 „		14,84	28,10	89,12	22,02
VI. 10 000 „ 25 000 „		9,41	15,55	65,88	15,44
VII. 7 000 „ 10 000 „		1,63	10,72	17,54	18,52
VIII. 5 000 „ 7 000 „		1,88	11,33	8,24	10,04
IX. 3 000 „ 5 000 „		1,80	10,67	6,92	7,41
X. 2 000 „ 3 000 „		1,61	17,93	7,49	15,58
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einw.		0,78	16,18	5,53	26,01
I.—XI. Sämtliche Städte . .		95,25	15,53	862,87	20,27
XII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern		14,09	23,80	81,47	30,41
I. bis XII. zusammen . . .		109,34	18,26	944,35	20,87
B. Provinzen (nur Städte).					
I. Ostpreußen		3,43	20,17	35,78	28,21
II. Westpreußen		2,69	19,46	24,67	26,66
III. Brandenburg (ohne Berlin)		9,03	13,85	182,88	34,47
IV. Pommern		2,85	16,46	23,15	17,19
V. Posen		2,30	17,24	20,54	19,48
VI. Schlesien		5,81	12,19	46,74	16,13
VII. Sachsen		4,85	11,47	48,05	18,65
VIII. Schleswig-Holstein		4,21	15,78	49,74	24,74
IX. Hannover		5,91	18,19	38,21	16,47
X. Westfalen		11,56	19,58	74,09	20,39
XI. Hessen-Nassau		5,96	13,09	14,63	3,14
XII. Rheinprovinz		28,89	20,83	230,58	22,48
XIII. Hohenzollernsche Lande . .		0,05	23,14	0,31	24,34

gestiegen, und ihre langfristigen Schulden haben sich im gleichen Zeitraum um 30,41 v. H., nämlich von 267,88 Mill. auf 349,35 Mill. *M* erhöht. Die Zunahme der städtischen langfristigen Schulden während des Beobachtungszeitraumes war bei den Großstädten mit über 100 000 bis 200 000 Einwohnern am bedeutendsten; sie machte nicht weniger als 34,75 v. H. aus. Bei den Kleinstädten bis zu 2 000 Einwohnern betrug sie auch noch 26,04 %, desgleichen bei den Mittelstädten mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern 22,02 %. Am wenigsten haben sich die Schulden der Städte mit über 3 000 bis 5 000 Einwohnern vermehrt; ihre Zunahme betrug bloß 7,41 v. H. Zum Teil erklären sich die recht bedeutenden Unterschiede der prozentalen Zunahme in einzelnen Gruppen dadurch, daß einige Gemeinden infolge ihrer natürlichen Bevölkerungsvermehrung oder durch Eingemeindungen von einer niedrigeren in die nächsthöhere Gruppe übergetreten sind. So ist z. B. Berlin-Lichtenberg infolge seiner Vereinigung mit Boxhagen-Rummelsburg von der Gruppe IV nach Gruppe III aufgerückt, ebenso Hameln; ferner sind Rathenow, Greifswald, Geestemünde, Mörs und Wesel aus der sechsten, desgl. Sterkrade aus der zwölften in die fünfte Größenklasse übergegangen. Nun zeichnen sich gerade die Gruppen III und V durch die bedeutende Zunahme ihrer Gemeindesteuern und -schulden aus. Auch bei den großen Landgemeinden ist die starke Zunahme z. T. auf die gleiche Ursache zurückzuführen. Wenn auch in dem Zeitraum 1910/13 vier Gemeinden, nämlich Boxhagen-Rummelsburg, Ilversgehofen, Halver und Sterkrade, aus der Gruppe der großen Landgemeinden ausgeschieden sind, so stand

diesem Verlust andererseits ein Gewinn von 8 Gemeinden gegenüber; es kamen nämlich neu hinzu Oliva, Berlin-Lankwitz, Berlin-Niederschöneweide, Werdohl, Günnigfeld, Sulzbach, Hiesfeld und Haan.

In einigen Provinzen sind die Schulden der Städte innerhalb des Zeitraums 1910/13 weit schneller gewachsen als die Steuern. Namentlich war dies in Brandenburg der Fall; denn während hier die Zunahme des Steuersolls 13,85 v. H. betrug, machte sie bei den langfristigen Schulden weit über das Doppelte, nämlich 34,47 v. H. aus. Auch in Schleswig-Holstein stand einer Zunahme von 15,78 % beim Steuersoll eine solche von 24,74 % bei den Schulden gegenüber; in Ostpreußen betrugen die entsprechenden Anteile 20,17 bzw. 28,21 %, desgleichen in Westpreußen 19,46 bzw. 26,66 und in Sachsen 11,47 bzw. 18,65 %. Umgekehrt gab es auch Fälle, in denen die Steuern schneller gewachsen sind als die Schulden. Hier sind vor allem die Städte Hessen-Nassaus zu nennen, bei denen einer Vermehrung des Steuersolls um 13,09 v. H. eine solche von nur 3,14 v. H. bei den langfristigen Schulden gegenüberstand. In Hannover betrug die Steuerzunahme auch 18,19 und die der langfristigen Schulden nur 16,47 v. H. Bei den Städten der übrigen Provinzen waren die Schulden während des Beobachtungszeitraumes mehr gestiegen als die Steuern, aber der Unterschied des prozentalen Anteils war nicht sehr bedeutend. Was das Verhältnis der Steuern zu den Schulden betrifft, so geht aus der Tabelle 15 hervor, daß die langfristigen Schulden sämtlicher Städte ungefähr 7mal so hoch sind wie ihr Steueraufkommen. Innerhalb der Gemeindegrößengruppen schwankte das entsprechende Verhältnis im Rechnungsjahre 1913 zwischen dem 4,77fachen bei den großen Landgemeinden und dem 8,46fachen bei den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern, innerhalb der Provinzen desgleichen zwischen dem 6,20fachen bei den Städten Westfalens und dem 9,61fachen bei denen Brandenburgs.

Die Tabelle 17 weist die prozentalen Anteile von Steuern und Schulden nach, die in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913 auf die einzelnen Städtegrößengruppen und auf die Städte jeder Provinz entfielen. Da zeigt sich, daß am Gesamtbetrage der städtischen Steuern und langfristigen Schulden die Großstädte mit erheblich höheren Anteilen beteiligt waren, als ihnen nach ihrem Bevölkerungsanteil zukam. Während dieser im Rechnungsjahre 1913 47,91 v. H. betrug, machte ihr Anteil an den direkten Gemeindesteuern 59,25, an den indirekten Gemeindesteuern 65,57 und an den langfristigen Schulden 62,66 v. H. aus. Die Entwicklung der Anteile für die Großstädte zusammen war während des Beobachtungszeitraumes keine gleichmäßige; bei den direkten Steuern hat der Prozentsatz seit 1911 abgenommen und ist 1913 noch hinter dem Stande von 1910 (59,55) zurückgeblieben; bei den indirekten Steuern ist der seit 1911 einsetzende Rückgang im Rechnungsjahre 1913 wieder einer Zunahme gewichen, und bei den langfristigen Schulden ist umgekehrt auf die seit 1911 eingetretene Aufwärtsbewegung 1913 wieder ein Rückgang gefolgt. Die größeren Mittelstädte mit einer Bevölkerung von über 25 000 bis 100 000 Einwohnern, deren Anteil an der gesamten städtischen Bevölkerung 1913 22 v. H. ausmachte, blieben mit ihren Anteilen am Aufkommen der direkten und indirekten Steuern sowie der langfristigen Schulden schon etwas hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurück. Am nächsten kam diesem 1913 der Anteil an den direkten Steuern mit 21,01 v. H., während ihr Schuldenanteil nur 20,28 und der Anteil an den indirekten Steuern bloß 19,22 v. H. betrugen. Bei den kleineren Mittelstädten mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern betrug, bei einem Bevölkerungsanteil von 12,56 %, ihr Anteil an den direkten Steuern 10,08, desgleichen an den indirekten Steuern nur 7,72

**Die Anteile der preußischen Städte am Gesamtbetrage ihrer Gemeindesteuern und langfristigen Schulden
in den Rechnungsjahren 1910, 1911, 1912 und 1913.**

Staat. — Provinzen.	Es betrug die Einwohnerzahl v. H. ihrer Gesamtheit				Es betrugen											
					die direkten Gemeindesteuern v. H. ihrer Gesamtheit				die indirekten Gemeindesteuern v. H. ihrer Gesamtheit				die langfristigen Anleihen, Hypotheken, Grundschulden und Restkaufgelder v. H. ihrer Gesamtheit			
	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
A. Staat.																
I. Berlin	10,74	10,57	10,32	10,10	15,53	15,70	14,85	14,81	13,55	13,90	10,23	14,82	10,13	9,50	9,83	9,98
Städte mit mehr als																
II. 200 000 Ew. (o. Berlin)	23,11	23,32	23,44	23,35	28,42	28,47	28,62	28,59	34,83	34,33	34,97	33,34	34,74	34,90	34,88	33,95
III. 100 000 bis 200 000 Ew.	13,08	13,71	14,42	14,46	15,60	16,03	16,47	16,35	20,35	18,16	19,68	17,41	16,82	17,47	18,19	18,85
IV. 50 000 „ 100 000 „	11,57	11,09	10,67	11,14	11,37	10,77	10,68	11,85	10,60	10,73	10,77	10,88	10,88	10,69	9,99	10,63
V. 25 000 „ 50 000 „	10,05	10,06	10,76	10,96	8,79	8,76	9,46	9,66	6,96	7,45	8,32	8,34	9,51	9,50	9,88	9,65
VI. 10 000 „ 25 000 „	12,92	13,13	12,78	12,56	10,28	10,42	10,18	10,08	6,77	7,75	8,04	7,72	9,95	10,08	9,70	9,55
VII. 7 000 „ 10 000 „	4,14	4,03	3,87	3,88	2,56	2,50	2,49	2,43	1,71	1,98	1,96	1,78	2,22	2,19	2,11	2,19
VIII. 5 000 „ 7 000 „	4,00	3,96	3,74	3,80	2,85	2,82	2,21	2,24	1,52	1,66	1,66	1,62	1,33	1,92	1,75	1,76
IX. 3 000 „ 5 000 „	5,07	4,98	4,99	4,72	2,84	2,78	2,79	2,68	1,98	2,11	2,80	2,11	2,19	2,09	2,06	1,96
X. 2 000 „ 3 000 „	3,19	3,08	2,99	3,01	1,50	1,49	1,46	1,51	1,12	1,25	1,36	1,29	1,13	1,14	1,10	1,08
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern	2,13	2,08	2,02	2,02	0,81	0,79	0,79	0,80	0,61	0,68	0,71	0,69	0,50	0,52	0,51	0,52
I. bis XI. Sämtliche Städte	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
B. Provinzen (nur Städte).																
I. Ostpreußen	3,44	3,44	3,44	3,49	2,73	2,73	2,78	2,82	3,14	3,08	3,65	3,60	2,98	3,39	3,30	3,18
II. Westpreußen	3,12	3,11	3,11	3,18	2,33	2,30	2,33	2,34	1,62	2,09	2,27	2,24	2,17	2,33	2,18	2,29
III. Brandenburg (o. Berlin)	10,67	10,81	11,13	11,16	9,91	10,14	10,49	10,43	17,00	13,46	12,94	10,97	12,46	12,79	13,21	13,93
IV. Pommern	3,88	3,89	3,88	3,89	2,94	2,88	2,85	2,87	1,82	2,15	2,40	2,56	3,16	3,00	3,03	3,08
V. Posen	3,81	3,81	3,77	3,77	2,22	2,27	2,24	2,24	1,76	2,02	1,94	1,82	2,48	2,50	2,41	2,46
VI. Schlesien	9,63	9,53	9,42	9,43	7,90	7,81	7,66	7,61	6,56	6,78	6,99	6,85	6,81	6,78	6,60	6,57
VII. Sachsen	7,99	7,99	7,87	7,85	7,01	6,98	6,88	6,74	5,97	6,19	5,88	5,82	6,05	5,89	5,80	5,97
VIII. Schleswig-Holstein . .	4,08	4,12	4,10	4,11	4,37	4,35	4,37	4,37	4,23	4,33	4,59	4,30	4,72	4,96	4,82	4,90
IX. Hannover	6,13	6,13	6,13	6,23	5,28	5,29	5,36	5,40	5,43	5,46	5,63	5,58	5,45	5,45	5,29	5,28
X. Westfalen	9,77	9,84	9,93	10,05	9,74	9,44	9,71	10,12	8,62	7,50	8,71	8,29	8,53	8,55	8,46	8,54
XI. Hessen-Nassau	5,86	5,82	5,75	5,78	7,31	7,23	7,23	7,20	8,39	7,83	8,35	8,00	10,93	10,60	10,20	9,37
XII. Rheinprovinz	20,83	20,89	21,10	20,96	22,70	22,85	23,21	23,51	21,88	25,18	26,89	25,12	24,10	24,29	24,84	24,54
XIII. Hohenzoll. Lande . .	0,05	0,05	0,05	0,05	0,03	0,03	0,04	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03

und an den langfristigen Schulden 9,55 v. H. Am bedeutendsten blieben die Steuer- und Schuldenanteile der nicht mehr als 10 000 Einwohner umfassenden Kleinstädte hinter ihrem Bevölkerungsanteile zurück. Betrug letzterer 1910 noch 18,53 v. H., so machte damals ihr Anteil an den direkten Gemeindesteuern bloß 10,08 und an den gesamten langfristigen

Städteschulden nur 7,97 v. H. aus; im Rechnungsjahre 1913 ist der Bevölkerungsanteil auf 17,43 v. H., der der direkten Steuern auf 9,66 und der Schuldenanteil auf 7,51 v. H. zurückgegangen. Dagegen zeigt sich bei den indirekten Steuern der Kleinstädte gegenüber dem Rechnungsjahre 1910 ein Anwachsen des Anteils von 6,94 auf 7,49 v. H.

II. Die im Rechnungsjahre 1914 seitens der Städte und großen Landgemeinden Preußens von den staatlich veranlagten direkten Steuern erhobenen Zuschläge und deren Entwicklung im Zeitraum 1911/1914.

Im Berichtsjahre waren für die Erhebung der direkten Gemeindesteuern in erster Linie die bezüglichlichen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Deklarationsgesetzes vom 24. Juli 1906 sowie der Novellen vom 24. Juli 1906 bzw. 22. Juni 1907 maßgebend. Die wesentlichsten Bestimmungen sind folgende:

Gemäß § 20 a. a. O. sind die direkten Gemeindesteuern auf alle der Besteuerung unterworfenen Pflichtigen nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen zu verteilen. Handelt es sich um Veranstaltungen, die in besonders hervorragendem oder geringem Maße einem Teile des Gemeindebezirks oder einer Klasse von Gemeindeangehörigen zustatten kommen, und werden Beiträge nach §§ 9 und 10 nicht erhoben, so kann die Gemeinde eine entsprechende Mehr- oder Minderbelastung dieses Teiles des Gemeindebezirks oder dieser Klasse von Gemeindeangehörigen beschließen; doch bedarf dieser Beschluß der Genehmigung.

Nach § 23 können die direkten Gemeindesteuern vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe (Realsteuern) sowie vom Einkommen der Steuerpflichtigen (Einkommensteuer) erhoben werden.

Die Einkommensteuer kann zum Teil durch Aufwandssteuern ersetzt werden, doch dürfen letztere grundsätzlich die geringeren Einkommen nicht verhältnismäßig höher als die größeren belasten. Miets- und Wohnungssteuern dürfen nicht neu eingeführt werden.

Die Einführung neuer und die Veränderung bestehender direkter Gemeindesteuern, die nicht in Prozenten der vom Staate veranlagten Steuern erhoben werden, kann nur durch Steuerordnungen erfolgen, die der Genehmigung bedürfen.

Den Steuern vom Grundbesitz sind die in der Gemeinde belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke, ausschließlich der in § 24 besonders aufgeführten Grundstücke, unterworfen.

Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Steuern vom Grundbesitz gestattet. Die Umlegung kann insbesondere erfolgen nach dem Reinertrage bzw. dem Nutzungswerte eines oder mehrerer Jahre, nach dem Pacht- bzw. Mietswerte oder dem gemeinen Werte der Grundstücke und Gebäude, nach den in der Gemeinde stattfindenden Abstufungen des Grundbesitzes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe (§ 25).

[Fortsetzung des Textes auf Seite 253.]

Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Tab. 18.) Stad t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M					Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer					
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV							(nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)				
			%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%					
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11				
1. Provinz Ostpreußen.																			
1. Königsberg i. Pr. . .	257 381	Stadtkreis . . .	225	225	d.	263	250	{III 250 IV 177	250	661					{ 4,5 % bei den in den entfestigten Rayons belegenen Grundstücken vermehrt um 4 bzw. 8 %.				
2. Tilsit	40 093	"	240	240	240	240	240	240	200	200									
3. Allenstein	37 807	"	190	190	190	190	190	190	190	421									
4. Insterburg	35 919	"	230	230	d.	230	230	230	100	421									
5. Memel	21 906	Memel	250	250	d.	220	220	220	200	300					4 %				
6. Osterode i. Ostpr. . .	16 551	Osterode i. Ostpr. . .	240	240	d.	220	220	220	200	421					4,10 %				
7. Gumbinnen	15 295	Gumbinnen	240	240	220	220	220	220	75	421					3,75 %				
8. Lyck ¹⁾	13 990	Lyck	250	250	d.	200	200	200	200	250					3,58 %				
9. Braunsberg Ostpr. . .	13 756	Braunsberg	245	245	230	230	230	230	200	180									
10. Rastenburg	13 624	Rastenburg	240	240	240	240	240	240	240	300									
11. Goldap	9 975	Goldap	270	270	240	240	.	240	240	301									
12. Ortelsburg	9 334	Ortelsburg	250	250	210	210	210	210	210	300									
13. Lötzen	8 035	Lötzen	240	240	240	240	240	240	240	300									
14. Bartenstein	7 464	Friedland	265	265	265	265	265	265	155	300									
15. Angerburg	7 030	Angerburg	300	300	290	290	290	290	290	421									
16. Sensburg	6 943	Sensburg	245	245	245	245	245	245	245	300									
17. Pillau	6 851	Fischhausen	320	320	275	275	320	320	200	300									
18. Ragnit	6 718	Ragnit	290	290	240	240	240	240	100	300									
19. Tapiau	6 442	Wehlau	265	265	250	250	.	250	250	300									
20. Heilsberg	6 327	Heilsberg	280	280	270	270	270	270	170	200									
21. Stallupönen	6 097	Stallupönen	200	200	195	195	195	195	95	30									
22. Wormditt	5 415	Braunsberg	195	195	195	195	.	195	195	300									
23. Bischofsburg ¹⁾	5 409	Rüssel	285	285	285	285	285	285	200	300									
24. Marggrabowa ¹⁾	5 381	Oletzko	285	285	225	225	225	225	100	300									
25. Wehlau	5 331	Wehlau	285	285	285	285	285	285	285	300									
26. Neidenburg	5 281	Neidenburg	275	275	240	240	240	240	150	300									
27. Soldau Ostpr.	4 981	"	300	300	275	275	275	275	30	200									
28. Guttstadt ²⁾	4 870	Heilsberg	190	190	190	190	190	190	100	300									
29. Heiligenbeil	4 825	Heiligenbeil	250	250	230	230	230	230	200	300									
30. Labiau	4 580	Labiau	270	270	260	260	260	260	150	300									
31. Preußisch Holland . .	4 560	Preuß. Holland	290	290	250	250	250	250	100	300									
32. Rüssel	4 406	Rüssel	260	260	220	220	.	220	220	300									
33. Johannisburg	4 383	Johannisburg	250	250	200	200	200	200	200	300									
34. Pillkallen	4 294	Pillkallen	290	290	260	260	260	260	125	300									
35. Wartenburg i. Ostpr. .	4 260	Altenstein	210	210	210	210	210	210	210	300									
36. Mohrungen	4 151	Mohrungen	230	230	215	215	.	215	115	200									
37. Mehlsack	4 056	Braunsberg	200	200	200	200	.	200	200	300									
38. Darkehmen	3 731	Darkehmen	200	200	190	190	190	190	100	200									
39. Zinten	3 546	Heiligenbeil	230	230	230	230	230	230	230	300									
40. Preuß. Eylau	3 301	Preuß. Eylau	274	274	262	262	.	162	100	300									
41. Bischofsstein	3 115	Rüssel	260	260	220	220	.	220	220	300									
42. Seeburg	3 099	"	120	120	120	120	120	120	120	300									
43. Friedland i. Ostpr. . .	3 002	Friedland	240	240	195	195	.	195	100	300									
44. Gerdauen	2 949	Gerdauen	240	240	200	200	.	200	200	300									
45. Hohenstein i. Ostpr. .	2 629	Osterode i. Ostpr. . .	190	190	190	190	.	190	100	300									
46. Saalfeld Ostpr. . . .	2 601	Mohrungen	290	290	290	290	290	290	110	300									
47. Fischhausen	2 551	Fischhausen	200	200	200	200	200	200	200	421									

Allgemeine Bemerkungen. Die Einwohnerzahl in Spalte 1b ist nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1914 festgestellt. — In den Spalten 2a bis 6 sind die allgemeinen Prozentsätze angegeben, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Mehr- oder Minderbelastungen von Gemeindebezirksteilen oder einzelnen Klassen von Gemeindeangehörigen. — Ist eine besondere Einkommen- oder eine besondere Realsteuer in der Gemeinde eingeführt, so ist ihr Aufkommen, gemäß § 57 des Kommunalabgabengesetzes umgerechnet, in Prozenten der staatlich veranlagten Steuer in den betr. Spalten aufgeführt. Bei Verbindung einer besonderen Realsteuer mit Zuschlägen zur entsprechenden staatlich veranlagten Steuer sowie in Fällen, wo einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen auf Grund des Deklarationsgesetzes vom 24. Juli 1906 mit verschiedenen Sätzen bzw. nach verschiedenen Normen zu den Steuern vom Grundbesitz herangezogen worden sind, ist das Aufkommen der gesamten Steuerart gleichfalls in Prozenten der staatlich veranlagten Sätze aufgeführt. In allen diesen Fällen ist durch ein vorgesetztes „d“ kenntlich gemacht, daß es sich um errechnete Durchschnittssätze handelt. — Die Punkte in Spalte 5a bedeuten, daß Betriebe der I. und II. Gewerbesteuerklasse nicht vorhanden waren. — Die gemäß § 13 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 für Kreiszwecke zur Erhebung kommende Betriebssteuer (100 % der staatlich veranlagten Beträge) ist nur bei den Stadtkreisen in Spalte 6 mitaufgeführt.

¹⁾ Da die Angaben infolge des Krieges nicht zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ Da die Angaben nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu Grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
Stadtgemeinden.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 1. Provinz Ostpreußen.															
48. Willenberg	2 471	Ortelsburg . . .	230	230	230	230	230	230	—	200					
49. Frauenburg	2 470	Braunsberg . . .	295	295	255	255	255	255	150	200					
50. Arys	2 437	Johannisburg . .	280	280	265	265	.	265	265	100					
51. Schippenbeil	2 425	Friedland . . .	250	250	200	200	.	200	50	421					
52. Landsberg Ostpr. . .	2 354	Preuß. Eylau . .	230	230	230	230	230	230	80	250					
53. Mühlhausen i. Ostpr. .	2 351	Preuß. Holland .	250	250	250	250	250	250	250	320					
54. Nikolaiken	2 262	Sensburg	275	275	210	210	.	210	200	150					
55. Liebemühl	2 256	Osterodei. Ostpr. .	250	250	250	250	.	250	150	300					
56. Nordenburg	2 244	Gerdauen	325	325	304	304	.	304	304	100					
57. Passenheim	2 068	Ortelsburg . . .	200	200	200	200	.	200	—	300					
58. Liebstadt	2 056	Mohrungen . . .	275	275	250	250	.	250	250	224					
59. Bialla	1 954	Johannisburg . .	250	250	200	200	200	200	110	200					
60. Rhein	1 873	Lötzen	250	250	250	250	.	250	250	300					
61. Domnau	1 810	Friedland . . .	225	225	225	225	.	225	225	300					
62. Allenburg	1 799	Wehlau	200	200	200	200	200	200	200	300					
63. Kreuzburg i. Ostpr. .	1 686	Preußisch Eylau .	280	280	280	280	200	200	280	300					
64. Gilgenburg	1 612	Osterodei. Ostp. .	270	270	270	270	270	270	270	275					
65. Drengfurth	1 438	Rastenburg . . .	260	260	255	255	.	255	400	200					
66. Schirwindt ¹⁾	1 164	Pillkallen	280	280	280	280	.	280	280	200					
67. Barten	1 105	Rastenburg . . .	260	260	260	260	.	260	200	320					
2. Provinz Westpreußen.															
1. Danzig	182 084	Stadtkreis . . .	²⁾ 229	²⁾ 229	d. 255	²⁾ 255	³⁾ III 235 IV 215	200	661			5,10 0/00			
2. Elbing	67 018	„	225	225	225	225	d. 270	225	421						
3. Thorn	48 116	„	225	225	225	225	220	³⁾ III 220 IV 200	200	421					
4. Graudenz	43 713	„	215	215	d. 215	220	³⁾ III 220 IV 155	220	421			4,40 0/00			
5. Dirschau	18 086	Dirschau	300	300	250	250	250	250	300						
6. Marienburg (Westpr.) .	17 533	Marienburg i. W. .	290	290	220	220	220	220	150	100					
7. Zoppot	16 887	Neustadt i. W. .	160	160	210	210	210	210	100	421					
8. Marienwerder	13 013	Marienwerder . .	260	260	d. 224	200	200	200	421			4,20 0/00			
9. Konitz	12 221	Konitz	280	280	220	220	220	220	100	275					
10. Culm	11 899	Culm	230	230	205	205	205	205	200	421					
11. Deutsch Eylau	11 064	Rosenberg i. W. .	260	260	200	200	200	200	100	300					
12. Culmsee	10 930	Thorn	270	270	210	210	210	210	110	421					
13. Neustadt i. Westpr. .	10 558	Neustadt i. W. .	200	200	200	200	200	200	100	421					
14. Preußisch Stargard . .	10 162	Preuß. Stargard .	280	280	215	215	215	215	100	421					
15. Briesen	8 219	Briesen	330	330	240	240	240	240	240	300					
16. Schwetz a. W.	7 992	Schwetz	300	300	235	235	235	235	150	115					
17. Deutsch Krone	7 863	Deutsch Krone . .	225	225	190	190	190	190	75	300					
18. Strasburg i. Westpr. .	7 575	Strasburg i. W. .	300	300	215	215	215	215	215	400					
19. Berent	6 544	Berent	300	300	280	280	280	280	200	250					
20. Jastrow	5 584	Deutsch Krone . .	240	240	200	200	200	200	200	421					
21. Löbau Wpr.	5 525	Löbau	250	250	190	190	190	190	—	300					
22. Neuenburg i. Westpr. .	5 332	Schwetz	300	300	216	216	216	216	100	240					
23. Riesenburg	4 755	Rosenberg i. W. .	250	250	200	200	200	200	100	300					
24. Stuhm	4 590	Stuhm	390	390	300	300	.	300	300	360					
25. Flatow	4 563	Flatow	250	250	200	200	200	200	200	300					
26. Podgorz	4 457	Thorn	240	240	190	190	190	190	100	300					
27. Zempelburg	4 065	Flatow	320	320	275	275	275	275	100	300					
28. Neumark Wpr.	4 046	Löbau	250	250	200	200	200	200	—	250					
29. Lautenburg	3 967	Strasburg i. W. .	300	300	230	230	230	230	230	1					
30. Preußisch Friedland .	3 835	Schlochau	240	240	200	200	.	200	150	250					
31. Tuchel	3 752	Tuchel	230	230	200	200	200	200	100	421					
32. Schlochau	3 649	Schlochau	270	270	210	210	210	210	100	300					
33. Schöneck	3 602	Berent	310	310	300	300	300	300	200	200					
34. Schönsee	3 481	Briesen	330	330	250	250	250	250	200	301					
35. Mewe	3 479	Marienwerder . .	325	325	240	240	240	240	100	250					

¹⁾ Da die Angaben infolge des Krieges nicht zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ darunter 9 % Wohnungssteuer. — ³⁾ desgl. 60 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

Stadtgemeinden.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 2. Provinz Westpreußen.															
36. Krojanke	3 398	Flatow	275	275	215	215	215	215	115	300					
37. Vandsburg	3 384	"	355	355	270	270		270	75	300					
38. Tolckem	3 324	Elbing	370	370	330	330	315	315	200	300					
39. Hammerstein	3 174	Schlochau	120	120	120	120		120	100	300					
40. Rosenberg i. Westpr.	3 160	Rosenberg i. W.	260	260	180	180	180	180	—	300					
41. Gollub	3 040	Briesen	300	300	230	230	230	230	230	300					
42. Christburg	2 895	Stuhm	355	355	275	275		275	100	300					
43. Tiegenhof	2 839	Marienburgi. W.	275	275	230	230	230	230	230	421					
44. Putzig	2 734	Putzig	250	250	250	250		250	—	100					
45. Lessen	2 695	Graudenz	220	220	200	200		200	100	300					
46. Freystadt i. Westpr.	2 624	Rosenberg i. W.	250	250	200	200		200	100	300					
47. Neuteich	2 556	Marienburgi. W.	300	300	260	260	260	260	260	300					
48. Baldenburg	2 509	Schlochau	260	260	205	205		205	—	125					
49. Bischofswerder	2 243	Rosenberg i. W.	250	250	200	200		200	85	225					
50. Rehden	2 095	Graudenz	300	300	225	225		225	200	300					
51. Tütz	2 065	Deutsch Krone	290	290	240	240		240	100	300					
52. Märkisch Friedland	1 968	"	300	300	200	200		200	80	300					
53. Schloppe	1 920	"	270	270	235	235		235	175	350					
54. Kamin i. Westpr. 1)	1 666	Flatow	240	240	210	210		210	100	300					
55. Gorzno	1 627	Strasburg i. W.	370	370	260	260		260	160	150					
56. Garnsee	1 073	Marienwerder	210	210	190	190		190	100	300					
57. Landeck i. Westpr.	768	Schlochau	2430	2430	290	290		290	100	150					
58. *Ohra	11 604	Danziger Höhe	310	310	310	310	200	200	310	275					
59. *Oliva	10 779	"	170	170	d. 246		210	210	210	421	5,28 ‰		3,52 ‰		
3. Berlin	2011273	Stadtkreis	100	—	d. 180		165	165	100	—		3,10 ‰			
4. Provinz Brandenburg.															
1. Charlottenburg	315 553	Stadtkreis	110	—	d. 177		150	100	100	—		5,40 ‰	2,70 ‰		
2. Neukölln	269 047	"	100	—	d. 206		d. 208		100	—		6 ‰	3 ‰		
3. Berlin-Schöneberg	177 822	"	110	—	d. 188		{ I 165 III 150 II 150 IV 100 }	150	—	—		6 ‰ 3)	3 ‰		
4. Berlin-Lichtenberg 4)	149 890	"	{ a. 100 b. 100 }	{ 100 100 }	d. 235		150	150	100	661		5,20 ‰	2,60 ‰		
5. Berlin-Wilmersdorf	136 367	"	110	—	d. 167		150	{ III 115 IV 90 }	100	—		4,80 ‰	2,40 ‰		
6. Spandau	92 657	"	150	150	d. 258		d. 240	150	661			3,35 ‰			desgl. Nr. 3
7. Frankfurt a. O.	65 502	"	190	190	219	219	219	219	219	421					
8. Potsdam	63 073	"	110	110	d. 184		d. 150	135	661			3 ‰			desgl. Nr. 4
9. Brandenburg a. H.	53 574	"	236	236	236	236	d. 236	100	421						desgl. Nr. 5
10. Cottbus	50 139	"	185	185	200	200	200	200	200	421					
11. Landsberg a. W.	40 832	"	221	221	221	221	221	221	221	421					
12. Guben	40 344	"	178	178	d. 200		d. 245	100	661			{ 3 ‰, bei landwirtschaftlich u. gärtnerisch genutzten Grund- stücken u. Gebäuden 1,50 ‰ }			desgl. Nr. 6
13. Forst	35 890	"	190	190	d. 203		d. 204	150	540			3 ‰			desgl. Nr. 7
14. Cöpenick	32 941	Teltow	140	140	d. 265		260	160	120	661		{ 4,80 ‰, für un- bebaute Grund- stücke an anbau- fähigen Straßen 6 ‰ }	3,60 ‰		
15. Eberswalde	26 936	Stadtkreis	162	162	d. 216		216	216	230	421		7,5 ‰ des Nutzungswertes			
16. Rathenow	25 674	Westhavelland	264	264	264	264	264	{ III 264 IV 244 }	164	421					
17. Luckenwalde	24 147	Jüterbog-Luckenw.	215	215	230	230	230	{ III 230 IV 150 }	—	421					
18. Fürstenwalde	22 517	Lebus	200	200	d. 244		260	{ III 225 IV 200 }	45	421		4,64 ‰	3,48 ‰		
19. Prenzlau	22 348	Prenzlau	200	200	200	200	d. 229	100	421						desgl. Nr. 8
20. Wittenberge	21 932	Westprignitz	200	200	d. 210		d. 210	100	421			{ 3,50 ‰, bei s. g. Arbeiter- wohnhäusern nur 2,625 ‰ }			desgl. Nr. 9
21. Neuruppin	19 170	Ruppin	210	210	210	210	210	210	110	421					
22. Cüstrin	18 556	Königsberg (Nm.)	185	185	185	185	185	185	—	421					
23. Sorau N./L.	18 398	Sorau	166	166	186	186	186	186	48	421					

1) Da die Angaben, trotz mehrfacher Erinnerungen, nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — 2) außerdem zur Deckung der Schullasten von der jüdischen Schulgesellschaft 200 ‰ — 3) für die 700 m von der Stadtparkgrenze entfernt belegenen unbebauten Grundstücke Zuschläge in 4 Zonen von 5,5 bzw. 5, 4 u. 3 ‰ d. g. W. — 4) a. Ortsteil Lichtenberg, b. desgl. Boxhagen-Rummelsburg. — 5) bis zum Gewerbesteuersatz von 80 ‰ nur 150 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch; Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M.	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
Stad t g e m e i n d e n .			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Ein-kommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Be-triebssteuer	
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV								
			%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
ra	rb	rc	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 4. Provinz Brandenburg.																
24. Oranienburg	13 172	Niederbarnim .	180	180	d. 278		d. 273		100	421	3 % für Grdst. v. nicht mehr als 2000 M. Wert pro Aa und gewerbli., landwirtschaftl. oder gärtnerisch genutzte, 4 1/2 % für sonstige unbeb. Grundstücke	3 %	Vergl. Nr. 10 der Erläuterungen zur Spalte 10.			
25. Finsterwalde	13 137	Luckau	230	230	230	230	230	230	230	421						
26. Sommerfeld	11 911	Crossen	230	230	230	230	230	230	230	301						
27. Spremberg	11 425	Spremberg . . .	190	190	215	215	215	215	115	301						
28. Perleberg	9 947	Westprignitz . .	180	180	180	180	180	180	50	421						
29. Arnswalde	9 867	Arnswalde . . .	160	160	150	150	150	150	150	421						
30. Bernau	9 585	Niederbarnim .	130	130	180	180	180	180	30	421						
31. Schwedt a. O.	9 462	Angermünde . .	220	220	220	220	220	220	120	300						
32. Schwiebus	9 149	Züllichau-Schwieb.	230	230	230	230	d. 230		230	300						
33. Zehdenick	9 098	Templin	225	225	205	185	235	235	100	301						
34. Nauen	9 009	Osthavelland . .	188	188	d. 208		208	208	108	421	2,70 %		desgl. Nr. 11.			
35. Senftenberg	8 731	Calau	200	200	195	195	195	195	150	300						
36. Strausberg	8 462	Oberbarnim . .	150	150	d. 243		150	150	100	421						
37. Angermünde	8 402	Angermünde . .	200	200	200	200	200	200	75	300						
38. Züllichau	8 243	Züllichau-Schwieb.	180	180	d. 118		180	180	70	300						
39. Freienwalde a. d. Oder	8 238	Oberbarnim . .	175	175	200	200	190	190	50	421						
40. Pritzwalk	8 067	Ostprignitz . . .	160	160	160	160	160	160	50	300						
41. Lübben	7 788	Lübben	185	185	245	245	245	245	100	421						
42. Crossen a./Oder	7 604	Crossen	160	160	170	170	170	170	170	421						
43. Wriezen	7 512	Oberbarnim . .	200	200	200	200	200	200	140	421						
44. Wittstock	7 401	Ostprignitz . . .	160	160	180	180	180	180	180	421						
45. Neudamm	7 380	Königsberg (Nm.)	210	210	210	210	210	210	100	421						
46. Jüterbog	7 339	Jüterbog-Luckenw.	250	250	250	250	250	250	—	300						
47. Werder a. H.	6 785	Zauch-Belzig . .	185	185	225	225	200	200	100	421						
48. Fürstenberg a./Oder . .	6 409	Guben	200	200	220	220	220	220	150	421						
49. Templin	6 401	Templin	100	100	100	100	100	100	10	301						
50. Strasburg (Uckm.) . . .	6 179	Prenzlau	200	200	200	200	200	200	100	300						
51. Berlinchen	6 095	Soldin	170	170	200	200	200	200	170	300						
52. Driesen	6 021	Friedeberg N.M.	200	200	200	200	200	200	100	421						
53. Havelberg	5 970	Westprignitz . .	220	220	220	220	220	220	100	421						
54. Zielenzig	5 779	Oststernberg . .	170	170	d. 179		170	170	170	350	2,20 %					
55. Soldin	5 694	Soldin	180	180	180	180	180	180	80	421						
56. Königsberg (Nm.) . . .	5 589	Königsberg (Nm.)	188	188	200	200	200	200	50	300						
57. Dahme	5 518	Jüterbog-Luckenw.	220	220	220	220	220	220	100	300						
58. Kyritz	5 316	Ostprignitz . . .	200	200	200	200	200	200	200	421						
59. Beeskow	5 153	Beeskow-Stork .	168	168	168	168	200	168	100	421						
60. Treuenbrietzen	5 083	Zauch-Belzig . .	130	130	160	160	160	160	70	421						
61. Kirchhain i./N. L. . . .	5 079	Luckau	200	200	220	220	220	220	120	300						
62. Drossen	5 038	Weststernberg .	130	130	130	130	130	130	45	421						
63. Friedeberg N. M. . . .	4 978	Friedeberg N.M.	200	200	200	200	200	200	50	300						
64. Woldenberg	4 870	"	100	100	100	100	100	100	100	421						
65. Zossen	4 774	Teltow	160	160	d. 270		200	200	200	421	2,50 %					
66. Reppen	4 485	Weststernberg .	180	180	d. 187		180	180	180	300						
67. Teltow	4 484	Teltow	150	150	d. 609		250	180	—	421						
68. Sonnenburg	4 453	Oststernberg . .	130	130	130	130	130	130	130	300						
69. Beelitz	4 208	Zauch-Belzig . .	160	160	160	160	160	160	100	421						
70. Luckau	4 151	Luckau	190	190	200	200	200	200	190	25						
71. Gransee	4 085	Ruppin	150	150	150	150	150	150	150	421						
72. Lippehne	4 056	Soldin	130	130	160	160	160	160	130	421						
73. Lübbenau	4 010	Calau	185	185	200	200	150	150	150	300						
74. Gassen i./N. L.	3 992	Sorau	146	146	146	146	146	146	48	300						
75. Belzig	3 903	Zauch-Belzig . .	200	200	200	200	190	190	200	421						

1) von Forensen jedoch schon bei 250 M. — 2) von den Einkommen von 420 M. und darunter jedoch nur 100 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M.	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
St a d t g e m e i n d e n .			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer		
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV								
			%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%		
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 4. Provinz Brandenburg.																
76. Oderberg i./Mark . .	3 654	Angermünde . .	200	200	200	200	200	200	100	421						
77. Müncheberg	3 609	Lebus	80	80	80	80	.	80	60	421						
78. Calau	3 549	Calau	220	220	220	220	220	220	100	300						
79. Trebbin	3 480	Teltow	170	170	d. 216	185	185	185	100	300		2,30 ‰				
80. Storkow	3 328	Beeskow-Stork. .	140	140	140	140	140	140	60	300						
81. Bärwalde (Nm) . . .	3 257	Königsberg(Nm.)	60	60	60	60	60	60	60	421						
82. Mittenwalde	3 171	Teltow	200	200	d. 295	200	200	—	350		3 ‰					
83. Lychen	3 105	Templin	155	155	155	155	155	155	155	300						
84. Reetz	3 088	Arnswalde . . .	120	120	120	120	.	120	—	421						
85. Biesenthal	2 976	Oberbarnim . . .	100	100	d. 108	130	130	—	421		1 ‰					
86. Rheinsberg	2 951	Ruppin	200	200	220	220	220	220	144	300						
87. Ketzin	2 892	Osthavelland . .	190	190	d. 250	I 300 II 275	250	150	421		3 ‰					
88. Seelow	2 889	Lebus	216	216	216	216	.	216	108	421						
89. Wusterhausen a. d. D.	2 856	Ruppin	162	162	162	162	162	162	100	301						
90. Peitz	2 830	Cottbus	200	200	200	200	200	200	—	300						
91. Kremmen	2 741	Osthavelland . .	158	158	158	158	.	158	158	421						
92. Alt Landsberg	2 680	Niederbarnim . .	150	150	d. 262	200	200	150	661		3,20 ‰	2,40 ‰				
93. Friesack	2 616	Westhavelland . .	220	220	210	210	.	200	100	421						
94. Lenzen	2 604	Westprignitz . .	140	140	140	140	140	140	140	421						
95. Neuwedell	2 586	Arnswalde . . .	150	150	150	150	.	150	55	300						
96. Wilsnack	2 576	Westprignitz . .	200	200	200	200	.	200	155	300						
97. Teupitz	2 544	Teltow	190	190	d. 282	190	190	100	421		2 ‰					
98. Vetschau	2 512	Calau	190	190	205	205	205	205	100	421						
99. Müllrose	2 504	Lebus	140	140	140	140	140	140	140	421						
100. Niemege	2 478	Zauch-Belzig . .	180	180	180	180	.	180	100	300						
101. Bad Schönfließ(Nm)	2 434	Königsberg(Nm.)	165	165	165	165	.	165	165	301						
102. Liebenwalde	2 358	Niederbarnim . .	150	150	200	200	200	200	25	421						
103. Joachimsthal	2 167	Angermünde . .	170	170	170	170	.	170	170	300						
104. Bernstein	2 147	Soldin	200	200	200	200	.	200	200	300						
105. Baruth	2 085	Jüterbog-Luckenw.	190	190	250	250	.	250	—	300						
106. Werneuchen	2 072	Oberbarnim . . .	140	140	168	168	168	168	133 1/3	421						
107. Lebus	2 060	Lebus	190	145	190	190	.	190	95	300						
108. Görz a./Oder	2 028	Weststernberg . .	185	185	185	185	.	185	45	300						
109. Meyenburg	2 028	Ostprignitz . . .	180	180	180	180	180	180	—	421						
110. Triebel i./Ndr. Laus.	2 023	Sorau	185	185	230	230	230	230	48	300						
111. Buckow	2 010	Lebus	165	165	240	240	.	240	140	300						
112. Alt Ruppin	2 000	Ruppin	185	185	185	185	.	185	85	421						
113. Plaue a./Havel . . .	1 980	Westhavelland . .	232	232	232	232	.	232	—	300						
114. Christianstadt a. Bob.	1 861	Sorau	190	190	200	200	200	200	—	300						
115. Putlitz	1 814	Westprignitz . .	200	200	230	230	230	230	130	300						
116. Drebkau	1 807	Calau	200	200	200	200	.	200	100	300						
117. Fürstenfelde	1 777	Königsberg(Nm.)	200	200	220	220	.	220	100	300						
118. Dobrilugk	1 770	Luckau	200	200	200	200	.	200	200	300						
119. Sternberg	1 722	Oststernberg . .	175	175	225	210	.	200	50	350						
120. Lindow	1 610	Ruppin	220	220	220	220	.	220	100	300						
121. Golßen	1 605	Luckau	225	225	250	250	.	250	100	300						
122. Freyenstein	1 538	Ostprignitz . . .	210	210	210	210	.	210	210	421						
123. Pritzerbe	1 511	Westhavelland . .	220	220	220	220	.	220	100	421						
124. Brück	1 510	Zauch-Belzig . .	200	200	200	200	.	200	100	300						
125. Lieberose	1 503	Lübben	175	175	200	200	.	200	100	421						
126. Zehden	1 460	Königsberg(Nm.)	160	160	160	160	.	160	110	300						
127. Vierraden	1 360	Angermünde . .	160	160	160	160	160	160	100	75						
128. Königswalde	1 360	Oststernberg . .	185	185	200	200	200	200	150	300						
129. Rhinow*)	1 326	Westhavelland . .	225	225	225	225	225	225	78	421						
130. Fehrbellin	1 322	Osthavelland . .	160	160	160	160	.	160	100	421						
131. Brüssow	1 293	Prenzlau	235	235	235	235	.	235	235	300						
132. Kloster Zinna	1 213	Jüterbog-Luckenw.	150	150	180	180	.	180	—	300						
133. Bobersberg	1 183	Crossen	170	170	223	223	.	223	150	100						
134. Liebenau b. Schwieb.	1 168	Zallichau-Schwieb.	165	165	195	195	.	195	65	361						
135. Mohrin	1 101	Königsberg(Nm.)	150	150	150	150	.	150	70	300						

*) von den Einkommen von 420 M. und darunter jedoch nur 160 ‰. — 2) desgl. 100 ‰. — 3) desgl. 125 ‰. — 4) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — 5) von den Einkommen von 420 M. und darunter jedoch nur 135 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.) Stad t g e m e i n d e n * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten								Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäude- steuer	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Die Heran- ziehung der Ein- kommen von mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begrann bei einem Betrag von ... M.	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Ge- bäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer
			mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 4. Provinz Brandenburg.															
136. Wendisch Buchholz	1 086	Beeskow-Stork.	190	190	190	190	190	190	150	300					
137. Sonnewalde	1 036	Luckau	170	170	175	175	.	175	100	300					
138. Greiffenberg (Uckm.)	1 019	Angermünde	200	200	200	200	.	100	66 2/3	300					
139. Friedland i./Ndr. L.	1 015	Lübben	240	240	280	280	.	280	100	421					
140. Neustadt a./Dosse	887	Ruppin	190	190	190	190	190	190	190	300					
141. Pförten	703	Sorau	183	183	183	183	.	183	48	421					
142. Lagow	529	Oststernberg	160	160	d. 160	160	.	160	35	300		2 1/3 0/00	2 0/00		
143. *Berlin-Steglitz	83 305	Teltow	120	120	d. 209		d. 194		100	661		6,40 0/00	3,20 0/00		
144. *Berlin-Pankow	57 698	Niederbarnim	120	120	d. 313		240	150	100	661		7 0/00	3,50 0/00		
145. *Berlin-Lichterfelde	46 874	Teltow	120	120	d. 269		240	125	100	661		6 0/00	3 0/00		
146. *Berlin-Weißensee	45 489	Niederbarnim	115	115	d. 460		245	245	30	661		6 0/00 für von d. Eigen- tümern in ihrem Be- triebe gärtnerisch ge- nutzte, 7,2 0/00 für alle übrig. unbeh. Grdst.	4 0/00		
147. *Berlin-Friedenau	44 779	Teltow	100	100	d. 136	I 175 II 165	III 150 IV 100		100	661		5,30 0/00	2,65 0/00	desgl. Nr. 13.	
148. *Berlin-Reinickendorf	40 452	Niederbarnim	150	150	d. 380		d. 345		100	661		7 0/00	3,50 0/00	desgl. Nr. 14.	
149. *Berlin-Tempelhof	31 340	Teltow	100	100	d. 222		200	III 150 IV 100	50	661		4,05 0/00	2,70 0/00		
150. *Berlin-Treptow	31 068	"	110	—	d. 243		200	III 175 IV 160	—	—		4,50 0/00	2,25 0/00		
151. *B.-Oberschöneweide	26 700	Niederbarnim	135	135	d. 335		d. 392		25	661		6 0/00	3 0/00	desgl. Nr. 15.	
152. *Nowawes	25 882	Teltow	160	160	d. 382		300	200	100	421		6,67 0/00	4 0/00		
153. *Bln.-Friedrichsfelde	23 406	Niederbarnim	120	—	d. 332		200	III 180 IV 160	100	—		5,20 0/00	2,60 0/00		
154. *Berlin-Mariendorf	20 760	Teltow	110	110	d. 372		230	110	100	421		4,50 0/00	3 0/00		
155. *Berlin-Tegel	20 447	Niederbarnim	135	—	d. 363		d. 277		100	—		6,40 0/00	3,20 0/00	desgl. Nr. 16.	
156. *Zehlendorf	19 964	Teltow	100	100	d. 389		225	III 150 IV 100	—	661			3,7 0/00		
157. *B.-Niederschönhaus.	18 476	Niederbarnim	130	130	d. 374		205	155	130	421		6,50 0/00	3,25 0/00	desgl. Nr. 17.	
158. *Friedrichshagen	14 845	"	145	—	d. 341		290	217 1/2	145	—		7 0/00	3,50 0/00		
159. *Berlin-Britz	13 914	Teltow	120	120	d. 483		200	III 180 IV 160	100	661		5 0/00	3,50 0/00		
160. *Adlershof	12 932	"	150	150	d. 487		250	175	75	421		5,20 0/00	3,20 0/00		
161. *Berlin-Lankwitz	10 903	"	115	—	d. 424		d. 310		100	—		4 0/00	3 0/00	desgl. Nr. 18.	
162. *B.-Niederschöneweide	10 087	"	100	100	d. 353		200	150	30	661		5 0/00	2,50 0/00		
5. Provinz Pommern.															
1. Stettin	252 942	Stadtkreis	200	200	d. 225		200	200	200	661			4,50 0/00 1)		
2. Stolp	36 179	"	200	200	205	205	d. 207	205	421					desgl. Nr. 19.	
3. Stralsund	35 747	"	150	150	d. 177		190	136	200	421			3 0/00		
4. Stargard i. Pommern	29 068	"	205	205	d. 198		185	185	200	421			3,20 0/00		
5. Kolberg	26 524	Kolberg-Körlin	250	250	260	260	260	260	190	421					
6. Greifswald	25 778	Stadtkreis	227	227	210	210	210	210	155	421					
7. Köslin	24 633	Köslin	200	200	190	190	190	190	90	421					
8. Swinemünde	15 574	Usedom-Wollin	220	220	220	220	220	220	220	300					
9. Anklam	15 557	Anklam	204	204	d. 204		204	204	—	421			3,07 0/00		
10. Lauenburg i. Pomm.	14 817	Lauenburg i. P.	200	200	200	200	200	200	200	300					
11. Neustettin	12 755	Neustettin	220	220	205	205	205	205	105	150					
12. Demmin	12 438	Demmin	200	200	200	200	200	200	200	421					
13. Pasewalk	11 529	Ueckermünde	215	215	215	215	215	215	—	421					
14. Belgard	10 354	Belgard	250	250	250	250	250	250	150	421					
15. Gollnow	10 229	Naugard	160	160	160	160	160	160	—	421					
16. Pyritz	8 808	Pyritz	200	200	200	200	200	200	100	421					
17. Bütow	8 640	Bütow	260	260	230	230	.	230	100	421					
18. Treptow a. Rega	8 493	Greifenberg	250	250	250	250	250	250	150	300					
19. Greifenberg i. Pomm.	8 166	"	230	230	220	220	220	220	100	300					
20. Schivelbein	7 860	Schivelbein	195	195	195	195	195	195	85	300					
21. Wolgast	7 736	Greifswald	225	225	225	225	225	225	65	300					
22. Altdamm	7 659	Randow	200	200	200	200	200	200	50	421					
23. Barth	7 628	Franzburg	240	240	240	240	240	240	40	421					
24. Greifenhagen	7 401	Greifenhagen	150	150	150	150	150	150	—	300					
25. Schlawa i. Pommern	7 110	Schlawa	200	200	200	200	200	200	100	300					

1) für den Vorort Grabow 5,6 0/00 d. g. W., für den Sonderbezirk Neuwested 80, für die Sonderbezirke Braunsfelde und Zabelsdorf je 100 0/0 der Grundsteuer und Gebäudesteuer. — 2) von den Einkommen von 420 M. und darunter jedoch nur 100 0/0.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M.	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
S t a d t g e m e i n d e n .			Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Gebäu- de- steuer	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV							%
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 5. Provinz Pommern.															
26. Dramburg	6 376	Dramburg . . .	230	230	210	210	.	210	210	300					
27. Ueckermünde	6 320	Ueckermünde . .	160	160	170	170	170	170	—	300					
28. Rummelsburg i. Pom.	6 007	Rummelsburg . .	250	250	250	250	250	250	150	300					
29. Rügenwalde	5 933	Schlawe	160	160	160	160	160	160	100	300					
30. Cammin i. Pommern	5 925	Cammin	285	285	285	285	285	285	100	421					
31. Naugard	5 440	Naugard	220	220	185	185	185	185	—	300					
32. Bublitz	5 300	Bublitz	275	275	250	250	.	250	250	421					
33. Labes	5 292	Regenwalde . . .	230	230	190	190	190	190	100	300					
34. Polzin	5 131	Belgard	220	220	200	200	200	200	70	300					
35. Falkenburg i. Pommern	4 750	Dramburg	260	260	220	220	.	220	—	300					
36. Wollin	4 691	Usedom-Wollin .	230	230	200	200	200	200	100	25					
37. Treptow a./Tollense	4 537	Demmin	160	160	170	170	170	170	170	421					
38. Tempelburg	4 424	Neustettin	190	190	170	170	.	170	100	300					
39. Pölitz	4 409	Randow	240	240	240	240	240	240	100	300					
40. Bergen auf Rügen	4 204	Rügen	230	230	d. 230	230	230	230	230	300			3 3/4 ‰		
41. Grimmen	4 141	Grimmen	190	190	200	200	200	200	70	300					
42. Regenwalde	3 760	Regenwalde . . .	220	220	185	185	185	185	—	300					
43. Loitz	3 654	Grimmen	200	200	200	200	200	200	100	300					
44. Gartz a. Oder	3 643	Randow	210	210	195	195	195	195	100	300					
45. Kallies	3 495	Dramburg	290	290	225	225	.	225	—	300					
46. Tribsees	3 430	Grimmen	240	240	240	240	.	240	100	421					
47. Körlin a. Pers.	3 266	Kolberg-Körlin .	180	180	180	180	.	180	—	421					
48. Jarmen	3 236	Demmin	150	150	175	175	175	175	175	300					
49. Massow	3 099	Naugard	160	160	160	160	160	160	100	421					
50. Pollnow	2 930	Schlawe	125	125	125	125	.	125	100	421					
51. Wangerin	2 828	Regenwalde . . .	190	190	170	170	170	170	100	300					
52. Plathe	2 827	"	240	240	d. 195	195	.	195	—	300			3 ‰		
53. Freienwalde i. Pomm.	2 824	Saatzig	175	175	175	175	175	175	100	301					
54. Nörenberg	2 690	"	140	140	140	140	140	140	—	300					
55. Fiddichow	2 612	Greifenhagen . .	180	180	180	180	.	180	180	300					
56. Zanow	2 606	Schlawe	210	210	210	210	210	210	100	421					
57. Bahn	2 469	Greifenhagen . .	120	120	180	180	.	180	—	300					
58. Ratzebuhr	2 462	Neustettin	100	100	100	100	.	100	100	300					
59. Daber	2 273	Naugard	190	190	170	170	170	170	—	300					
60. Bärwalde i. Pomm.	2 262	Neustettin	220	220	190	190	.	190	—	1					
61. Lassan	2 256	Greifswald	200	200	200	200	.	200	—	400					
62. Garz auf Rügen	2 064	Rügen	190	190	250	250	.	250	106	300					
63. Leba	1 966	Lauenburg i. P. . .	200	200	200	200	.	200	200	300					
64. Gützkow	1 916	Greifswald	225	225	225	225	225	225	65	360					
65. Neuwarp	1 914	Ueckermünde . . .	100	100	100	100	.	100	—	300					
66. Jacobshagen	1 833	Saatzig	180	180	165	165	165	165	165	421					
67. Usedom	1 765	Usedom-Wollin . .	—	—	—	—	.	—	—	—					
68. Groß Stepenitz, Flecken	1 673	Cammin	270	270	240	240	240	240	140	421					
69. Richtenberg	1 640	Franzburg	250	250	250	250	250	250	250	300					
70. Damgarten	1 632	"	240	240	240	240	240	240	38	300					
71. Penkun	1 624	Randow	200	200	200	200	.	200	110	421					
72. Franzburg	1 505	Franzburg	200	200	200	200	.	200	30	200					
73. Zachan	1 337	Saatzig	180	180	165	165	.	165	100	150					
6. Provinz Posen.															
1. Posen	169 023	Stadtkreis	196	196	d. 223	196	{III 196 IV 172}	1) 200	421				3 ‰		
2. Bromberg	61 735	"	195	195	195	195	195	195	125	421					
3. Schneidemühl	29 261	"	220	220	d. 220	220	220	220	220	421			3,63 ‰		
4. Gnesen	26 762	Gnesen	3) 136	3) 136	d. 170	d. 170	d. 170	100 3)	421				3,50 ‰		
5. Hohensalza	25 729	Hohensalza	240	240	d. 240	240	240	240	240	421			5 ‰		
6. Lissa	17 614	Lissa	165	165	165	165	165	165	—	421					
7. Ostrowo	15 486	Ostrowo	4) 110	4) 110	3) 130	3) 130	4) 130	4) 130	4) 130	420					
8. Krotoschin	13 247	Krotoschin	6) 160	6) 160	7) 160	7) 160	160	160	160	421					
9. Rawitsch	12 021	Rawitsch	190	190	190	190	190	190	100	301					
10. Nakel	9 036	Wirsitz	3) 255	3) 255	3) 265	3) 265	3) 265	3) 265	265	250					
												{ vergl. Nr. 20 der Erläuterungen zur Spalte 10.			

1) für Betriebe mit nicht geistigen Getränken jedoch nur 100 %. — 2) außerdem zur Deckung der Schullasten von der evangelischen Schulgesellschaft 52 %, von der katholischen 152 %, und von der jüdischen 15 %. — 3) bei der kath. Schulgesellschaft von 275 M an. — 4) wie zu 3), 60 % bzw. 110 % bzw. 35 %. — 5) desgl. 30 % bzw. 55 % bzw. 18 %. — 6) desgl. 70 % bzw. 105 % bzw. 30 %. — 7) desgl. von der evang. Schulgesellschaft 35 %, von der kath. 52 1/4 %. — 8) wie zu 3), 75 % bzw. 100 % bzw. 30 %. — 9) wie zu 7), 75 % bzw. 100 %. — 10) desgl. 40 % bzw. 50 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der							
St a d t g e m e i n d e n .			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer				
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV										
			1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 6. Provinz Posen.																		
11. Kosten	8 642	Kosten	157	157	157	157	157	157	—	300								
12. Fraustadt	7 919	Fraustadt	193	193	193	193	193	193	—	251								
13. Schönlanke	7 902	Czarnikau	290	290	290	290	290	290	200	300								
14. Pleschen	7 899	Pleschen	180	180	180	200	180	180	180	250								
15. Kolmar in Posen	7 323	Kolmar i Posen	275	275	275	275	d. 389		167	360							Vergl. Nr. 21 der Erläuterungen zur Spalte 10.	
16. Schrimm	7 184	Schrimm	190	190	190	190	190	190	190	421								
17. Samter	7 095	Samter	175	175	d. 175	175	175	175	100	300							2,90 ‰	
18. Wreschen	7 004	Wreschen	225	225	225	225	225	225	225	300								
19. Schwerin a/Warthe	6 938	Schwerin a/W.	160	160	160	160		160	160	300								
20. Kempen i. Posen	6 928	Kempen i. Pos	220	220	185	185	185	185	100	300								
21. Schroda	6 925	Schroda	150	150	150	150	150	150	100	301								
22. Wongrowitz	6 840	Wongrowitz	155	155	168	168	168	168	d. 611	300								Vergl. Nr. 1 der Erläuterungen zur Spalte 11.
23. Jarotschin	6 588	Jarotschin	200	200	185	185	185	185	185	300								
24. Meseritz	6 353	Meseritz	190	190	190	190		190	—	421								
25. Gostyn	6 235	Gostyn	180	180	180	180	180	180	180	301								
26. Grätz	5 931	Grätz	220	220	220	220	220	220	—	421								
27. Schildberg	5 870	Schildberg	162	162	162	162		162	—	300								
28. Rogasen	5 829	Obornik	200	200	200	200	200	200	50	421								
29. Tremessen	5 351	Mogilno	220	220	235	235		235	100	421								
30. Birnbaum	5 333	Birnbaum	240	240	240	240	240	240	240	350								
31. Crone	5 301	Bromberg	150	150	175	175	175	175	150	250								
32. Strelno	5 225	Strelno	195	195	195	195	195	195	195	660								
33. Koschmin	5 134	Koschmin	150	150	200	150	150	150	150	421								
34. Mogilno	5 042	Mogilno	180	180	165	165	165	165	165	250								
35. Czarnikau	4 960	Czarnikau	175	175	225	225	225	225	225	150								
36. Bentschen	4 855	Meseritz	180	180	d. 239	180	180	180	—	300							2,50 ‰	
37. Filehne	4 613	Filehne	200	200	200	220	200	200	200	250								
38. Obornik	4 567	Obornik	240	240	210	210	210	210	150	300								
39. Znín	4 545	Znín	200	200	250	250	250	250	d. 472	300								desgl. Nr. 2
40. Wollstein	4 435	Bomst	145	145	150	150	150	150	100	300								
41. Schulitz	4 373	Bromberg	180	180	d. 232	d. 398			284	300							3 ‰	desgl. Nr. 22
42. Wronke	4 122	Samter	185	185	190	190	190	190	100	200								
43. Schmiegel	3 956	Schmiegel	190	190	190	190	190	190	100	421								
44. Buk	3 824	Grätz	200	200	200	200	200	200	200	251								
45. Exin	3 777	Schubin	190	190	190	190		190	75	301								
46. Pakosch	3 609	Mogilno	150	150	210	210	210	210	210	276								
47. Pudewitz	3 601	Posen Ost	165	165	165	165		165	165	300								
48. Argenu	3 497	Hohensalza	225	225	225	225	225	225	225	400								
49. Kotschschin ⁴⁾	3 468	Schroda	200	200	200	200	200	200	200	300								
50. Schwesenz	3 436	Posen Ost	165	165	165	165		165	250	400								
51. Opalenitza	3 381	Grätz	220	220	220	220	220	220	220	300								
52. Zirke	3 360	Birnbaum	180	180	180	180	180	180	—	300								
53. Pinne	3 114	Samter	160	160	160	160	160	160	100	50								
54. Zduny	3 083	Krotoschin	250	250	250	250	300	250	250	300								
55. Schubín	2 988	Schubin	200	200	d. 252		252	252	252	300							3 ‰	
56. Kruschwitz	2 944	Strelno	120	120	120	120	120	120	120	300								

1) außerdem zur Deckung der Schullasten von der evangelischen Schulgesellschaft 50 %, von der katholischen 114 %. — 2) desgl. 25 % bezw. 114 %. — 3) desgl. von der kathol. Schulgesellschaft 114 %. — 4) von der evangel. Schulgesellschaft (einschl. der jüd. Hausväter) 50 %, von der kathol. 105 %. — 5) desgl. 25 % bezw. 105 %. — 6) wie zu 3), 105 %. — 7) außerdem zur Deckung der Schullasten von der evangel. Schulgesellschaft 45 %, von der kathol. 95 %, von der jüd. 60 %. — 8) desgl. von der evangel. Schulgesellschaft 45 %, von der kathol. 95 %. — 9) wie zu 7), 55 % bezw. 105 % bezw. 50 %. — 10) wie zu 8), 55 % bezw. 105 %. — 11) wie zu 7), 50 % bezw. 100 % bezw. 35 %. — 12) von der kathol. Schulgesellschaft 100 %, von der jüdischen 35 %. — 13) wie zu 7), 40 % bezw. 95 % bezw. 75 %. — 14) wie zu 8), 40 % bezw. 95 %. — 15) desgl. 48 % bezw. 175 %. — 16) desgl. 48 % bezw. 87 1/2 %. — 17) von der evang. und kathol. Schulgesellschaft je 72 1/2 %. — 18) desgl. 36 %. — 19) wie zu 4), 50 % bezw. 100 %. — 20) desgl. 25 % bezw. 50 %. — 21) wie zu 7), 55 % bezw. 85 % bezw. 55 %. — 22) wie zu 8), 56 % bezw. 85 %. — 23) wie zu 7), 70 % bezw. 100 % bezw. 55 %. — 24) desgl. 35 % bezw. 100 % bezw. 55 %. — 25) desgl. 60 % bezw. 160 % bezw. 80 %. — 26) desgl. von der kathol. Schulgesellschaft 150 %, von der paritätischen 50 %. — 27) desgl. 75 % bezw. 25 %. — 28) bei den Forensen jedoch schon bei einem Einkommen von 50 M an. — 29) wie zu 7), 70 % bezw. 100 % bezw. 50 %. — 30) wie zu 8), 35 % bezw. 60 %. — 31) desgl. von der evangel. Schulgesellschaft 35 %. — 32) wie zu 7), 25 % bezw. 120 % bezw. 25 %. — 33) wie zu 8), 25 % bezw. 120 %. — 34) wie zu 8), 44 % bezw. 140 %. — 35) desgl. 22 % bezw. 70 %. — 36) wie zu 7), 46 % bezw. 100 % bezw. 25 %. — 37) wie zu 8), 23 % bezw. 80 %. — 38) wie zu 7), 50 % bezw. 90 % bezw. 60 %. — 39) desgl. 25 % bezw. 45 % bezw. 30 %. — 40) desgl. 40 % bezw. 70 % bezw. 40 %. — 41) desgl. 70 % bezw. 85 % bezw. 30 %. — 42) desgl. von der evangel. Schulgesellschaft 90 %. — 43) wie zu 7), 80 % bezw. 120 % bezw. 80 %. — 44) desgl. 40 % bezw. 60 % bezw. 40 %. — 45) wie zu 4), 60 % bezw. 90 %. — 46) von der kathol. Schulgesellschaft 90 %. — 47) wie zu 7), 80 % bezw. 120 % bezw. 80 %. — 48) desgl. 30 % bezw. 125 % bezw. 15 %. — 49) wie zu 4), 62 1/2 %. — 50) wie zu 8), 65 % bezw. 160 %. — 51) wie zu 4), 80 %. — 52) wie zu 4), 80 % bezw. 125 %. — 53) wie zu 8), 80 % bezw. 125 %. — 54) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erlangen waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt. — 55) wie zu 4), 75 % bezw. 70 %. — 56) wie zu 7), 80 % bezw. 160 % bezw. 125 %. — 57) wie zu 8), 80 % bezw. 160 %. — 58) desgl. 60 % bezw. 160 %. — 59) wie zu 4), 55 % bezw. 70 %. — 60) wie zu 4), 70 %. — 61) desgl. von der evangel. Schulgesellschaft 70 %, von der jüd. 10 %. — 62) desgl. 35 % bezw. 5 %. — 63) desgl. von der jüd. Schulgesellschaft 5 %. — 64) wie zu 7), 80 % bezw. 150 % bezw. 70 %. — 65) desgl. 40 % bezw. 75 % bezw. 35 %. — 66) wie zu 8), 70 % bezw. 110 %. — 67) von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 50 %. — 68) wie zu 8), 35 % bezw. 55 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)

St a d t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von . . . M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			%	%							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7					
Noch: 6. Provinz Posen.															
57. Punitz	2 886	Gostyn	195	195	195	195	195	195	195	301					
58. Sulmirschütz	2 777	Adelnau	1) —	1) —	1) —	1) —	1) —	1) —	1) —	1) —					
59. Neustadt b. Pinne	2 748	Neutomischel	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	150	150	100	421					
60. Görchen	2 691	Rawitsch	1) 100	1) 100	1) 125	1) 125	125	125	—	150					
61. Miloslaw	2 683	Wreschen	1) 210	1) 210	1) 210	1) 210	1) 210	210	210	300					
62. Fordon	2 574	Bromberg	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	150	100	421					
63. Kurnik	2 519	Schrimm	1) 195	1) 195	1) 195	1) 195	195	195	200	200					
64. Mrotschen	2 516	Wirnitz	270	270	310	310	310	310	310	250					
65. Usch	2 472	Kolmar i. Posen	200	200	240	240	240	240	100	301					
66. Krüben	2 451	Gostyn	1) 190	1) 190	1) 190	1) 190	190	190	100	301					
67. Lobsens	2 384	Wirnitz	1) 180	1) 180	1) 170	1) 170	170	170	150	1					
68. Adelnau	2 378	Adelnau	1) 210	1) 210	1) 210	1) 210	210	210	210	301					
69. Janowitz	2 377	Znin	1) 170	1) 170	1) 210	1) 210	210	210	110	200					
70. Neutomischel	2 373	Neutomischel	1) 135	1) 135	1) 150	1) 150	150	150	150	420					
71. Tirschitz	2 366	Meseritz	1) 138	1) 138	1) 138	1) 138	138	138	100	300					
72. Bojanowo	2 325	Rawitsch	190	190	190	190	190	190	—	300					
73. Kobylin	2 292	Krotoschin	1) 140	1) 140	1) 140	1) 140	140	140	140	240					
74. Borek	2 280	Koschmin	1) 200	1) 200	1) 200	1) 200	200	200	—	421					
75. Rakwitz	2 221	Bomst	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	150	150	—	200					
76. Labischin	2 184	Schubin	1) 220	1) 220	1) 235	1) 235	235	235	235	300					
77. Margonin	2 120	Kolmar i. Posen	1) 210	1) 210	1) 210	1) 210	210	210	150	420					
78. Czempin	2 105	Kosten	1) 190	1) 190	1) 190	1) 190	190	190	190	300					
79. Budsin	2 084	Kolmar i. Posen	1) 220	1) 220	1) 220	1) 220	220	220	220	301					
80. Moschin	2 003	Schrimm	1) 225	1) 225	1) 225	1) 225	225	225	—	300					
81. Samotschin	1 979	Kolmar i. Posen	195	195	215	215	215	215	100	360					
82. Kletzko	1 920	Gnesen	1) 135	1) 135	1) 155	1) 155	155	155	155	300					
83. Witkowo	1 896	Witkowo	1) 220	1) 220	1) 220	1) 220	220	220	120	420					
84. Betsche	1 872	Meseritz	1) 50	1) 50	1) 50	1) 50	50	50	50	421					
85. Kriewen	1 865	Kosten	1) 205	1) 205	1) 205	1) 205	205	205	—	300					
86. Jutroschin	1 863	Rawitsch	1) 80	1) 80	1) 80	1) 80	80	80	80	300					
87. Bomst	1 861	Bomst	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	150	150	—	200					
88. Wielichowo	1 815	Schmiegel	1) 115	1) 115	1) 115	1) 115	115	115	115	300					
89. Stenschewo	1 797	Posen West	1) 170	1) 170	1) 170	1) 170	170	170	170	50					
90. Raschkow	1 769	Adelnau	1) 220	1) 220	1) 220	1) 220	220	220	120	360					
91. Dolzig	1 767	Schrimm	1) 160	1) 160	1) 160	1) 160	160	160	160	1					
92. Obersitzko	1 760	Samter	1) 175	1) 175	1) 175	1) 175	175	175	175	300					
93. Pogorzela	1 737	Koschmin	1) 100	1) 100	1) 100	1) 100	100	100	—	200					
94. Murowana-Goslin	1 720	Obornik	1) 248	1) 248	1) 248	1) 248	248	248	248	1					
95. Bartschin	1 700	Schubin	1) 160	1) 160	1) 220	1) 220	220	220	220	200					
96. Zerkow	1 642	Jarotschin	1) 200	1) 200	1) 200	1) 200	200	200	200	250					
97. Unruhstadt	1 619	Bomst	1) 105	1) 105	1) 105	1) 105	105	105	—	200					
98. Grabow	1 616	Schildberg	1) 130	1) 130	1) 130	1) 130	130	130	130	300					
99. Storchnest	1 593	Lissa	1) 150	1) 150	1) 150	1) 150	150	150	150	100					
100. Schokken	1 554	Wongrowitz	1) 200	1) 200	1) 250	1) 250	250	250	250	300					
101. Wirnitz	1 542	Wirnitz	1) 210	1) 210	1) 210	1) 210	210	210	210	421					
102. Wissek	1 530	„	1) 165	1) 165	1) 215	1) 215	215	215	215	300					
103. Blesen	1 516	Schwerin a./W.	1) 140	1) 140	1) 140	1) 140	140	140	100	250					
104. Schwetzkau	1 496	Lissa	225	225	200	200	200	200	250	200					
105. Mixstadt	1 494	Schildberg	1) —	1) —	1) —	1) —	—	—	—	—					
106. Sandberg	1 492	Gostyn	1) 180	1) 180	1) 180	1) 180	180	180	150	301					

1) nur für Schulzwecke von der evang. Schulgesellsch. (einschl. der jüd. Hausväter) und der kath. Schulgesellsch. je 75 %, jedoch erst von den Einkommen von 300 M aufwärts. — 2) außerdem zur Deckung der Schullasten von der evang. Schulgesellsch. 85 %, von der kath. 85 % und von der jüd. 160 %. — 3) desgl. 42 1/2 % bezw. 42 1/2 % bezw. 80 %. — 4) desgl. von der evang. Schulgesellsch. 60 %, von der kath. 140 %. — 5) von der kath. Schulgesellsch. 70 %. — 6) wie zu 2), 75 % bezw. 120 % bezw. 90 %. — 7) desgl. von der jüd. und paritätischen Schulgesellsch. je 70 %. — 8) desgl. von der paritätischen Schulgesellsch. 35 %. — 9) wie zu 2), 110 % bezw. 100 % bezw. 170 %. — 10) desgl. 55 % bezw. 100 % bezw. 85 %. — 11) wie zu 4), 75 % bezw. 100 %. — 12) wie zu 2), 75 % bezw. 105 %. — 13) wie zu 4), 75 % bezw. 105 %. — 14) von der evang. Schulgesellsch. 85 %. — 15) desgl. 42 1/2 % bezw. 100 %. — 16) desgl. von der evang. Schulgesellsch. 50 %, von der kath. 85 %. — 17) desgl. 40 % bezw. 85 %. — 18) desgl. von der paritätischen Schulgesellsch. 85 %. — 19) desgl. 25 %. — 20) wie zu 4), 85 % bezw. 110 %. — 21) wie zu 2), 100 % bezw. 150 % bezw. 100 %. — 22) wie zu 4), 100 % bezw. 150 %. — 23) desgl. 60 % bezw. 90 %. — 24) wie zu 14), 65 % bezw. 75 %. — 25) wie zu 2), 100 % bezw. 75 % bezw. 150 %. — 26) desgl. 50 % bezw. 37 1/2 % bezw. 75 %. — 27) wie zu 14), 55 % bezw. 50 %. — 28) desgl. 27 1/2 % bezw. 25 %. — 29) wie zu 4), 25 % bezw. 120 %. — 30) von der kath. Schulgesellsch. 120 %. — 31) wie zu 4), 70 % bezw. 90 %. — 32) desgl. 35 % bezw. 45 %. — 33) wie zu 14), 100 % bezw. 134 %. — 34) wie zu 4), 80 % bezw. 125 %. — 35) desgl. 40 % bezw. 62 1/2 %. — 36) wie zu 2), 70 % bezw. 120 % bezw. 190 %. — 37) wie zu 4), 70 % bezw. 120 %. — 38) wie zu 14), 50 % bezw. 100 %. — 39) von der evang. Schulgesellsch. (einschl. der jüd. Hausväter) 25 %. — 40) wie zu 14), 60 % bezw. 125 %. — 41) wie zu 4), 60 % bezw. 80 %. — 42) wie zu 30), 80 %. — 43) wie zu 4), 80 % bezw. 105 %. — 44) wie zu 14), 50 % bezw. 125 %. — 45) wie zu 2), 70 % bezw. 100 %. — 46) desgl. 70 % bezw. 100 %. — 47) desgl. 85 % bezw. 90 %. — 48) wie zu 2), 60 % bezw. 110 % bezw. 50 %. — 49) wie zu 4), 100 % bezw. 113 %. — 50) wie zu 16), 90 %. — 51) desgl. 80 %. — 52) desgl. 40 %. — 53) wie zu 4), 35 % bezw. 90 %. — 54) wie zu 19), 65 %. — 55) wie zu 4), 60 % bezw. 100 %. — 56) desgl. 35 % bezw. 85 %. — 57) wie zu 30), 85 %. — 58) wie zu 4), 17 1/2 % bezw. 85 %. — 59) wie zu 16), 60 %. — 60) desgl. 30 %. — 61) wie zu 14), 55 % bezw. 125 %. — 62) desgl. 27 1/2 % bezw. 125 %. — 63) wie zu 4), 75 % bezw. 110 %. — 64) wie zu 30), 50 %. — 65) wie zu 4), 100 % bezw. 100 %. — 66) nur für Schulzwecke von der paritätischen Schulgesellsch. 152 %. — 67) desgl. 25 %. — 68) desgl. 85 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.) Stad t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M	%	%	I und II	III und IV	%	%	8	9a	9b	10	11
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 6. Provinz Posen.															
107. Gembitz	1 445	Mogilno	210	210	210	210	210	210	210	300					
108. Schwarzenau	1 404	Witkowo	180	180	230	230	230	230	230	250					
109. Gollantsch	1 373	Wongrowitz	280	280	280	280	280	280	280	420					
110. Santomischel	1 360	Schroda	195	195	173	173	173	173	173	300					
111. Marktstädt	1 356	Wongrowitz	200	200	200	200	200	200	200	300					
112. Brün	1 347	Schrimm	170	170	200	200	200	200	200	200					
113. Sarne	1 342	Rawitsch	100	100	100	100	100	100	100	421					
114. Brätz	1 339	Meseritz	170	170	170	170	170	170	170	200					
115. Dobrzyca	1 309	Krotoschin	170	170	170	170	170	170	170	50					
116. Ritschenwalde	1 292	Obornik	175	175	175	175	175	175	175	350					
117. Scharfenort	1 265	Samter	200	200	200	200	200	200	200	300					
118. Reisen	1 233	Lissa	180	180	180	180	180	180	180	50					
119. Rothenburg a./Obra	1 212	Bomst	180	180	200	200	200	200	200	50					
120. Powidz	1 154	Witkowo	135	135	185	185	185	185	185	1					
121. Friedheim	1 119	Wirsitz	210	210	230	230	230	230	230	300					
122. Rogowo	1 057	Znin	230	230	270	270	270	270	270	250					
123. Neustadt a./Warthe	1 036	Jarotschin	260	260	260	260	260	260	260	250					
124. Netzwalde	998	Schubin	125	125	125	125	125	125	125	300					
125. Gonsawa	935	Znin	175	175	185	185	185	185	185	421					
126. Xions	870	Schrimm	185	185	185	185	185	185	185	420					
127. Jaratschewo	846	Jarotschin	220	220	220	220	220	220	220	300					
128. Kopnitz	807	Bomst	140	140	190	190	190	190	190	250					
129. Schlichtingsheim	735	Fraustadt	150	150	150	150	150	150	150	200					
7. Provinz Schlesien.															
1. Breslau	540 385	Stadtkreis	164	—	d. 189	189	189	150	—	—	3,70 ‰				Vergl. Nr. 23 der Erläuterungen zur Spalte 10. desgl. Nr. 24
2. Görlitz	85 251	„	150	150	d. 184	184	233	200	661	—	3 ‰				
3. Königshütte O. S.	77 099	„	260	260	260	260	d. 520	260	421	—	4,75 ‰				desgl. Nr. 25
4. Liegnitz	70 841	„	140	140	180	180	180	180	421	—	3,50 ‰				desgl. Nr. 26
5. Gleiwitz	70 168	„	250	250	d. 270	270	d. 475	350	421	—	6,45 ‰	4,30 ‰			desgl. Nr. 27
6. Beuthen O./S.	68 436	„	195	195	d. 239	239	d. 276	200	300	—	3,70 ‰				
7. Kattowitz	46 419	„	250	250	d. 248	248	d. 294	300	661	—	3,10 ‰				
8. Ratibor	38 826	„	200	200	200	200	200	200	421	—	7 ‰	3,50 ‰			desgl. Nr. 29
9. Oppeln	35 198	„	210	210	200	200	200	200	421	—	3,50 ‰				desgl. Nr. 30
10. Schweidnitz	31 927	„	175	175	d. 216	216	200	185	421	—	2,50 ‰				desgl. Nr. 32
11. Neisse	31 047	„	175	175	200	200	200	200	300	—					
12. Brieg	29 075	„	130	130	135	135	200	160	300	—					
13. Glogau	25 840	Glogau	170	170	d. 170	170	170	—	421	—					
14. Grünberg i. Schl.	23 662	Grünberg	195	195	200	200	d. 220	135	300	—					desgl. Nr. 28
15. Hirschberg i. Schl.	20 888	Hirschberg	175	130	200	200	200	65	421	—					
16. Waldenburg i. Schl.	20 794	Waldenburg	200	200	d. 233	233	d. 323	100	421	—					
17. Mysłowitz	18 432	Kattowitz	225	225	d. 235	235	d. 455	100	300	—					
18. Neustadt O./S.	17 882	Neustadt O./S.	193	193	198	198	d. 324	100	421	—					
19. Glatz	17 554	Glatz	150	150	175	175	175	50	421	—					
20. Bunzlau	16 641	Bunzlau	100	100	100	100	100	100	421	—					
21. Reichenbach i. Schl.	16 101	Reichenbach	170	170	185	185	1250 III 200 IV 175	100	421	—					
22. Sagan	15 513	Sagan	160	160	160	160	160	—	421	—					
23. Striegau	15 498	Striegau	185	185	190	190	190	75	421	—					
24. Lauban	15 256	Lauban	180	180	180	180	180	—	300	—					
25. Tarnowitz	15 246	Tarnowitz	250	250	250	250	250	250	421	—					
26. Neusalz a./Oder	13 760	Freystadt	190	190	d. 200	200	200	—	421	—					
27. Landeshut i. Schl.	13 492	Landeshut	211	211	211	211	d. 353	150	240	—					
28. Jauer	12 977	Jauer	170	170	170	170	170	50	421	—					
29. Leobschütz	12 720	Leobschütz	190	190	195	195	195	100	361	—					
30. Oels	12 485	Oels	150	150	175	175	175	45	300	—					

1) nur für Schulzwecke von der evangel. Schulgesellschaft. 70 ‰, von der kathol. 110 ‰ und von der paritätischen 150 ‰. — 2a) von der evangel. Schulgesellschaft. 70 ‰, von der kathol. 110 ‰. — 2b) wie zu 2a), 50 ‰ bzw. 120 ‰. — 3) desgl. 95 ‰ bzw. 120 ‰. — 4) desgl. 30 ‰ bzw. 75 ‰. — 5) von der paritätischen Schulgesellschaft. 115 ‰. — 6) desgl. 57 1/2 ‰. — 7) wie zu 1a), 140 ‰ bzw. 140 ‰. — 8) desgl. 70 ‰ bzw. 70 ‰. — 9) desgl. 69 ‰ bzw. 75 ‰. — 10) von der kathol. Schulgesellschaft. 50 ‰. — 11) wie zu 2), 125 ‰. — 12) desgl. 62 1/2 ‰. — 13) von der evangel. Schulgesellschaft. (einschl. der jüd. Hausväter) 100 ‰, von der kathol. 120 ‰. — 14) desgl. 50 ‰ bzw. 60 ‰. — 15) von der evangel. Schulgesellschaft. 35 ‰, von der kathol. 115 ‰ und von der jüd. 130 ‰. — 16) wie zu 1a), 150 ‰ bzw. 160 ‰. — 17) desgl. 150 ‰ bzw. 80 ‰. — 18) wie zu 13), 115 ‰ bzw. 140 ‰. — 19) von der evangel. Schulgesellschaft. 85 ‰. — 20) wie zu 6), 100 ‰. — 21) wie zu 1a), 75 ‰ bzw. 100 ‰. — 22) desgl. 37 1/2 ‰ bzw. 50 ‰. — 23) desgl. 65 ‰ bzw. 100 ‰. — 24) desgl. 32 1/2 ‰ bzw. 100 ‰. — 25) desgl. 50 ‰ bzw. 100 ‰. — 26) desgl. 25 ‰ bzw. 50 ‰. — 27) desgl. 50 ‰ bzw. 130 ‰. — 28) desgl. 25 ‰ bzw. 65 ‰. — 29) wie zu 15), 70 ‰ bzw. 130 ‰ bzw. 70 ‰. — 30) desgl. 35 ‰ bzw. 65 ‰ bzw. 35 ‰. — 31) von der evangel. Schulgesellschaft. (einschl. der jüd. Hausväter) 85 ‰. — 32) wie zu 1a), 50 ‰ bzw. 100 ‰, jedoch erst von den Einkommen von 150 M aufwärts. — 33) wie zu 19), 100 ‰. — 34) desgl. 50 ‰. — 35) von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 100 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

Stadtgemeinden.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M	%	%	I und II	III und IV	%	%	8	9a	9b	10	11
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 7. Provinz Schlesien.															
31. Kreuzburg O. S.	11 670	Kreuzburg	231	231	231	231	231	231	—	421					
32. Rybnik	10 959	Rybnik	250	250	250	250	250	250	250	421					
33. Ohlau	10 673	Ohlau	180	180	d. 165	165	165	165	50	300		2,00 ‰			
34. Haynau	10 368	Goldb.-Haynau	170	170	180	180	180	180	—	421					
35. Gottesberg	10 107	Waldenburg	210	210	200	200	d. 348	—	50	300					Vergl. Nr. 33 der Erläuterungen zur Spalte 10.
36. Freiburg i. Schl.	9 742	Schweidnitz	200	200	200	200	200	200	100	300					
37. Strehlen	9 565	Strehlen	130	130	130	130	130	130	75	421					
38. Frankenstein	8 825	Frankenstein	150	150	150	150	150	150	100	421					
39. Ziegenhals	8 817	Neisse	165	165	185	185	185	185	130	300					
40. Nikolai	8 474	Pleß	260	260	260	260	260	260	200	300					
41. Münsterberg	8 444	Münsterberg	155	155	155	155	155	155	—	300					
42. Cosel	8 097	Cosel	185	185	185	185	185	185	100	300					
43. Neurode	7 942	Neurode	160	160	160	160	d. 200	—	100	250					desgl. Nr. 34
44. Trebnitz	7 932	Trebnitz	165	165	185	185	185	185	75	421					
45. Lüben	7 907	Lüben	136	136	136	136	136	136	—	421					
46. Ober Glogau	6 960	Nenstadt O./S.	200	200	200	200	200	200	100	300					
47. Goldberg	6 942	Goldb.-Haynau	155	155	170	170	170	170	170	225					
48. Sprottau	6 784	Sprottau	85	85	105	105	105	105	—	421					
49. Löwenberg	6 354	Löwenberg	160	160	180	180	180	180	—	300					
50. Hoyerswerda	6 275	Hoyerswerda	205	205	d. 196	196	196	196	150	421		2,40 ‰			
51. Patschkau	6 257	Neisse	100	100	100	100	100	100	100	300					
52. Habelschwerdt	6 107	Habelschwerdt	50	50	60	60	60	60	60	421					
53. Schmiedeberg i. Schl. 1)	6 089	Hirschberg	160	160	160	160	160	160	—	300					
54. Wohlau	5 959	Wohlau	150	150	150	150	150	150	—	26					
55. Lublinitz	5 805	Lublinitz	250	250	250	250	250	250	100	421					
56. Namslau	5 632	Namslau	140	140	145	145	145	145	—	300					
57. Groß Strehlitz	5 589	Groß Strehlitz	185	185	185	185	185	185	185	300					
58. Peiskretscham	5 471	Tost-Gleiwitz	270	270	300	300	—	300	300	300					
59. Pleß	5 415	Pleß	190	190	195	195	—	195	100	100					
60. Rosenberg O. S.	5 408	Rosenberg O. S.	175	175	175	175	175	175	100	186					
61. Steinau a./Oder	5 118	Steinau	175	175	175	175	175	175	50	301					
62. Friedland	5 076	Waldenburg	175	175	200	200	200	200	100	300					
63. Sohrau O. S.	5 074	Rybnik	205	205	205	205	205	205	100	300					
64. Guhrau	4 882	Guhrau	200	200	250	250	250	250	50	421					
65. Neumarkt	4 830	Neumarkt	175	175	175	175	175	175	100	300					
66. Freystadt i. Nd. Schl.	4 720	Freystadt	160	160	170	170	300	170	—	301					
67. Liebau i. Schles.	4 718	Landeshut	210	210	200	200	200	200	60	100					
68. Hultschin	4 546	Ratibor	220	220	220	220	—	220	—	200					
69. Grottkau	4 528	Grottkau	180	180	180	180	180	180	50	300					
70. Bernstadt i. Schl.	4 512	Oels	160	160	160	160	219	160	60	201					
71. Muskau	4 392	Rothenburg i. O. L.	185	185	170	170	170	170	—	421					
72. Kotzenau	4 187	Lüben	180	180	180	180	180	180	—	300					
73. Krappitz	3 838	Oppeln	180	180	205	205	205	205	—	300					
74. Bolkenhain	3 760	Bolkenhain	195	195	205	205	205	205	20	300					
75. Katscher	3 682	Leobschütz	200	200	200	200	d. 267	—	100	300					desgl. Nr. 35
76. Konstadt	3 582	Kreuzburg	220	220	220	220	220	220	220	300					
77. Greiffenberg i. Schl.	3 569	Löwenberg	150	150	165	165	165	165	—	300					
78. Festenberg	3 528	Gr. Wartenberg	250	250	200	200	—	200	—	300					
79. Löwen	3 502	Brieg	150	150	150	150	150	150	—	300					
80. Loslau	3 388	Rybnik	210	210	210	210	210	210	210	310					
81. Trachenberg	3 388	Militsch	142	142	142	142	142	142	10	176					
82. Landeck i./Schl.	3 387	Habelschwerdt	110	110	110	110	110	110	—	421					
83. Ottmachau	3 335	Grottkau	153	153	168	153	153	153	68	300					
84. Reinerz	3 196	Glatz	100	100	100	100	100	100	—	421					
85. Beuthen a./Oder	3 169	Freystadt	190	190	190	190	190	190	—	300					
86. Guttentag	3 097	Lublinitz	205	205	205	205	205	205	150	100					
87. Kanth	3 016	Neumarkt	155	155	155	155	155	155	—	300					
88. Militich	2 957	Militich	165	165	185	185	185	185	100	440					
89. Mittelwalde	2 903	Habelschwerdt	125	125	135	135	135	135	—	300					
90. Ruhland	2 897	Hoyerswerda	230	230	230	230	230	230	—	300					

1) von den Einkommen von 420 M und darunter jedoch nur 100 %. — 2) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
Stad t g e m e i n d e n .			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M.	Einkommensteuer	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.		mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.	I und II			III und IV								
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	%	%	%	%	%	%	%			(nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)			
ra	rb	rc	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 7. Provinz Schlesien.															
91. Primkenau	2 800	Sprottau	160	160	160	160	.	160	60	300					
92. Seidenberg	2 759	Lauban	115	115	115	115	115	115	115	150					
93. Wünschelburg	2 746	Neurode	75	75	75	75	75	75	75	421					
94. Zülz	2 683	Neustadt O./S.	175	175	175	175	175	175	—	300					
95. Bauerwitz	2 642	Leobschütz	235	235	235	235	.	235	235	300					
96. Friedeberg a. Queis	2 562	Löwenberg	200	200	200	200	200	200	—	25					
97. Tost	2 559	Tost-Gleiwitz	175	175	185	185	185	185	185	17					
98. Altberun	2 475	Pleß	350	350	350	350	400	350	350	320					
99. Pitschen	2 438	Kreuzburg	110	110	110	110	.	110	50	300					
100. Hundsfield	2 353	Oels	175	175	175	175	175	175	175	300					
101. Wittichenau	2 350	Hoyerswerda	160	160	180	180	.	180	180	300					
102. Wansen	2 326	Ohlau	195	195	195	195	230	195	100	300					
103. Zobten	2 324	Schweidnitz	140	140	170	160	160	160	120	300					
104. Groß Wartenberg	2 268	Gr. Wartenberg	190	190	190	190	.	190	190	421					
105. Marklissa	2 242	Lauban	110	110	150	150	150	150	—	300					
106. Georgenberg ¹⁾	2 173	Tarnowitz	220	220	d. 300	.	250	250	300						
107. Reichenbach i./O. L.	2 172	Görlitz	150	150	200	150	200	140	140	300					
108. Reichenstein	2 147	Frankenstein	110	110	135	135	135	135	75	421					
109. Herrnstadt	2 094	Guhrau	130	130	170	170	.	170	100	300					
110. Parchwitz	2 086	Liegnitz	160	160	160	160	160	160	50	421					
111. Nimptsch	2 073	Nimptsch	200	200	250	250	250	225	66	300					
112. Falkenberg O. S.	2 042	Falkenberg	185	185	185	185	.	185	140	300					
113. Winzig	2 038	Wohlau	140	140	140	140	.	140	50	300					
114. Friedland O. S.	2 014	Falkenberg	190	190	240	240	240	240	150	300					
115. Ujest	1 983	Groß Strehlitz	260	260	260	260	.	260	200	300					
116. Naumburg a. Queis	1 933	Bunzlau	200	200	175	175	.	175	60	300					
117. Leschnitz	1 821	Groß Strehlitz	200	200	300	300	.	300	100	350					
118. Prausnitz	1 786	Militsch	180	180	180	180	.	180	50	250					
119. Liebenthal	1 755	Löwenberg	100	100	100	100	.	100	—	300					
120. Schöna u. a./Katzb.	1 685	Schöna u.	155	155	160	160	160	160	160	300					
121. Schömburg	1 649	Landeshut	200	200	200	200	200	200	75	300					
122. Polkwitz	1 612	Glogau	175	175	175	175	.	175	—	421					
123. Priebus	1 518	Sagan	185	185	180	180	.	180	—	300					
124. Neustädtel	1 516	Freystadt	190	190	190	190	.	190	100	200					
125. Rothenburg i. Ob. L.	1 423	Rothenburg i. O. L.	170	170	170	170	170	170	—	120					
126. Woischnik	1 411	Lublinitz	270	270	270	270	.	270	200	300					
127. Auras	1 400	Wohlau	200	200	200	200	.	200	75	50					
128. Neumittelwalde	1 399	Gr. Wartenberg	200	200	200	200	.	200	200	300					
129. Wartha	1 386	Frankenstein	170	170	195	195	.	195	95	240					
130. Lähn	1 346	Löwenberg	180	180	180	180	.	180	—	50					
131. Schönb erg i./Ob. L.	1 299	Lauban	160	160	160	160	160	160	100	200					
132. Reichthal	1 259	Namslau	205	205	205	205	.	205	205	300					
133. Raudten	1 258	Steinau	220	220	220	220	220	220	50	1					
134. Lewin	1 257	Glatz	160	160	190	190	.	190	—	101					
135. Dyhernfurth	1 252	Wohlau	210	210	210	210	.	210	50	421					
136. Köben a./Oder	1 162	Steinau	160	160	245	245	.	215	—	300					
137. Sulau	1 089	Militsch	175	175	220	220	.	220	220	250					
138. Rothenburg a./Oder	1 080	Grünberg	180	180	180	180	180	180	180	300					
139. Silberberg	1 037	Frankenstein	230	230	230	230	.	230	100	300					
140. Landsberg O. S.	1 035	Rosenberg O. S.	240	240	240	240	.	240	100	300					
141. Kieferstädtel	1 009	Tost-Gleiwitz	300	300	300	300	.	300	—	150					
142. Schlawa	885	Freystadt	190	190	190	190	.	190	100	300					
143. Naumburg a. Bober	879	Sagan	200	200	200	200	.	200	100	250					
144. Schurgast	871	Falkenberg	235	235	235	235	.	235	100	200					
145. Deutsch Wartenberg	869	Grünberg	200	200	200	200	200	200	50	300					
146. Juliusburg	781	Oels	200	200	200	200	.	200	100	25					
147. Hohenfriedeberg ¹⁾	689	Bolkenhain	160	160	185	185	.	185	12	300					
148. Tschirnau	659	Guhrau	160	160	190	190	.	125	—	60					
149. Kupferberg	556	Schöna u.	185	185	185	185	.	185	100	100					
150. Stroppen	555	Trebnitz	280	280	200	200	.	200	—	200					

¹⁾ Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M.	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der						
Stad t g e m e i n d e n .			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer			
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV							%		
			ra	rb	rc	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10
Noch: 7. Provinz Schlesien.																	
151. *Zabrze	66 399	Zabrze	245	245	275	275	d. 608		175	421	{ 280 % der staatlich veranlagten Grundsteuer	{ 9,8 % des Nutzungswertes	{ Vergl. Nr. 36 der Erläuterungen zur Spalte 10 desgl. Nr. 37 desgl. Nr. 38 desgl. Nr. 39 desgl. Nr. 40 desgl. Nr. 41 desgl. Nr. 42 desgl. Nr. 43 desgl. Nr. 44 desgl. Nr. 45 desgl. Nr. 46 desgl. Nr. 47 desgl. Nr. 48 desgl. Nr. 49				
152. *Zaborze	27 657	„	175	175	200	200	d. 219		150	661							
153. *Bismarckhütte	25 024	Beuthen	240	240	d. 280		d. 520		240	421							
154. *Bogutschütz	23 077	Kattowitz	200	200	d. 237		d. 404		100	421							
155. *Roßberg	20 836	Beuthen	240	240	{ 280 d. 283 d. 282 }		d. 477		280	421							
156. *Siemianowitz	19 606	Kattowitz	240	240	d. 276		d. 357		100	421							
157. *Langenbielau	17 526	Reichenbach	210	210	210	210	d. 271		100	421							
158. *Lipine	17 291	Beuthen	155	155	200	200	{ I 280 II 200 }	200	200	421							
159. *Schwientochlowitz	16 950	„	310	310	d. 310		d. 310		310	421							
160. *Laurahütte	16 621	Kattowitz	240	240	270	270	d. 371		100	421							
161. *Altwasser	16 343	Waldenburg	210	210	d. 245		360 { III 270 IV 210 }	100	300								
162. *Mikultschütz	15 733	Tarnowitz	200	200	230	230	460	230	230	421							
163. *Zalenze	15 671	Kattowitz	185	185	230	230	230	230	100	661							
164. *Ruda	14 451	Zabrze	220	220	270	270	320	270	225	421							
165. *Domb	14 097	Kattowitz	210	210	d. 300		d. 300		200	421							
166. *Biskupitz	14 024	Zabrze	225	225	275	275	275	275	225	421							
167. *Bielschowitz	12 808	„	225	225	275	275	275	275	200	421							
168. *Weißwasser	12 340	Rothenburg i. O. L.	200	200	200	200	200	200	100	421							
169. *Dittersbach	12 153	Waldenburg	200	200	d. 251		d. 756		100	300	{ 7,40 % für unbebaute u. nicht gärtnerisch genutzte Grundstücke	3,70 0/00	desgl. Nr. 46				
170. *Rosdzin	11 557	Kattowitz	140	140	210	210	250	250	100	661							
171. *Chorzow	11 550	„	200	200	250	250	d. 497		200	421							
172. *Hohenlinde	11 474	Beuthen	210	210	250	250	d. 333		280	300							
173. *Weißstein	11 146	Waldenburg	215	215	215	215	d. 358		50	421							
174. *Nieder Hermsdorf	11 007	„	160	160	200	200	250	200	50	421							
175. *Scharley	10 930	Beuthen	210	210	260	260	175 { III 175 IV 100 }	260	421								
176. *Radzionkau	10 636	Tarnowitz	240	240	240	240	240	240	100	421							
8. Provinz Sachsen.																	
1. Magdeburg	289 988	Stadtkreis	170	170	d. 200		200	200	200	661	{ 5,57 % des Nutzungswertes	{ 3,46 0/00 3,04 0/00 3 0/00	{ desgl. Nr. 50 desgl. Nr. 51 desgl. Nr. 52 desgl. Nr. 53 desgl. Nr. 54 desgl. Nr. 55 desgl. Nr. 56 desgl. Nr. 57 desgl. Nr. 58				
2. Halle a. S.	185 587	„	156	156	d. 175		d. 216		100	661							
3. Erfurt	131 429	„	158	158	d. 188		188	188	100	421							
4. Halberstadt	47 244	„	155	100	d. 200		d. 176		100	661							
5. Mühlhausen i. Th.	36 897	„	155	155	175	175	d. 244		200	300							
6. Zeitz	34 530	„	185	185	205	205	205	205	150	421							
7. Weißenfels	34 249	„	200	200	200	200	d. 234		150	1							
8. Nordhausen	33 076	„	176	176	176	176	d. 223		176	250							
9. Aschersleben	28 769	„	200	200	263	200	d. 284		150	421							
10. Stendal	28 321	„	200	200	225	225	220	220	200	421							
11. Naumburg a. S.	27 468	Naumburg	140	140	d. 200		190	190	100	421							
12. Quedlinburg	27 107	Stadtkreis	170	170	185	200	d. 155		200	661							
13. Burg b./M.	24 055	Jerichow I.	215	215	215	215	215	215	50	200							
14. Eisleben	23 598	Stadtkreis	215	215	235	235	235	235	100	421							
15. Wittenberg (Bz. Halle)	23 130	Wittenberg	196	196	200	200	200	200	—	661							
16. Merseburg	21 901	Merseburg	170	170	d. 200		185	185	50	300							
17. Schönebeck a./E.	19 276	Calbe	205	205	205	205	205	205	37	421							
18. Wernigerode	18 908	Grfsch. Wernigerode	175	175	200	200	200	200	100	421							
19. Eilenburg	18 360	Delitzsch	148	148	198	198	198	198	—	300							
20. Staßfurt	16 737	Calbe	215	215	215	215	215	215	—	421							
21. Bitterfeld	15 171	Bitterfeld	185	185	200	200	200	200	—	421							
22. Suhl	14 346	Schleusingen	200	200	200	200	200	200	100	421							
23. Tangermünde	14 063	Stendal	175	175	250	250	d. 310		250	421							
24. Torgau	13 633	Torgau	160	160	160	160	160	160	60	421							
25. Salzwedel	13 625	Salzwedel	190	190	190	190	190	190	—	421							
26. Delitzsch	13 597	Delitzsch	160	160	185	185	185	185	—	300							
27. Oschersleben (Bode)	12 898	Oschersleben	210	210	240	240	d. 259		150	421							
28. Langensalza	12 652	Langensalza	200	200	d. 200		200	200	100	300		2,60 0/00					

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.) S t a d t g e m e i n d e n . * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heran- ziehung der Ein- kommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begrann bei einem Betrag von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäu- de- steu- er	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	7	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								
ra	rb	rc	2a	2b	3	4	5a	5b	6		8	9a	9b	10	11	
Noch: 8. Provinz Sachsen.																
29. Sangerhausen	11 784	Sangerhausen . .	185	185	185	185	185	185	100	300						
30. Calbe a./S.	11 630	Calbe	210	210	d. 242	225	225	225	—	1		3,80 ‰				
31. Neuhallesleben . . .	10 495	Neuhallesleben . .	190	190	200	200	200	200	40	421						
32. Aken a./E.	9 884	Calbe	180	180	230	230	230	230	50	300						
33. Groß Salze	9 321	„	145	145	145	145	145	145	37	421						
34. Hettstedt	8 720	Mansf. Gebirgskr.	180	180	215	215	215	215	215	421						
35. Gardelegen	8 683	Gardelegen	220	220	220	220	220	220	100	421						
36. Heiligenstadt	7 978	Heiligenstadt . .	145	145	150	150	150	150	—	421						
37. Schkeuditz	7 693	Merseburg	135	135	190	190	190	190	50	421						
38. Gerbstedt	5 903	Mansf. Seekreis	180	180	210	210	210	210	48	300						
39. Genthin	5 616	Jerichow II . . .	184	184	184	184	184	184	—	421						
40. Artern	5 600	Sangerhausen . .	150	150	150	150	150	150	44	300						
41. Sömmerda	5 556	Weißensee	200	200	200	200	184	184	25	300						
42. Teuchern	5 265	Weißenfels	250	250	250	250	250	250	100	300						
43. Osterburg	5 263	Osterburg	210	210	210	210	210	210	150	421						
44. Egeln	5 241	Wanzleben	100	100	150	150	150	150	—	421						
45. Osterwieck	5 202	Halberstadt . . .	180	180	200	200	200	200	—	421						
46. Bleicherode	4 944	Grfsch. Hohenstein	160	160	d. 215	200	200	200	40	300		2,50 ‰				
47. Barby a./E.	4 932	Calbe	150	150	150	150	150	150	150	421						
48. Ellrich	4 837	Grfsch. Hohenstein	230	230	230	230	230	230	40	300						
49. Gommern	4 678	Jerichow I	190	190	210	210	210	210	110	421						
50. Querfurt	4 671	Querfurt	155	155	205	205	d. 308	40	301						Vergl. Nr. 59 der Erläuterungen zur Spalte 10.	
51. Dingelstädt	4 511	Heiligenstadt . .	210	210	230	230	230	230	70	300						
52. Schleusingen	4 317	Schleusingen . . .	200	200	200	200	200	200	50	300						
53. Könnern	4 207	Saalkreis	110	110	175	175	175	175	50	421						
54. Wolmirstedt	4 182	Wolmirstedt . . .	180	180	190	190	190	190	—	300						
55. Lützen	4 147	Merseburg	125	125	150	150	150	150	—	300						
56. Elsterwerda	4 142	Liebenwerda . . .	160	160	160	160	160	160	160	240						
57. Zörbig	4 101	Bitterfeld	110	110	150	150	150	150	—	300						
58. Alsleben a. S.	4 062	Mansf. Seekreis	185	185	200	190	240	190	48	421						
59. Zahna	4 048	Wittenberg	200	200	200	200	200	200	—	300						
60. Klötze	3 994	Gardelegen	255	255	255	255	255	255	60	300						
61. Herzberg (Elster) . .	3 945	Schweinitz	145	145	190	190	190	190	25	200						
62. Seehausen i./Altmark	3 875	Osterburg	200	200	250	250	250	250	150	300						
63. Liebenwerda	3 540	Liebenwerda . . .	180	180	200	200	200	200	125	300						
64. Mühlberg a. E. . . .	3 502	„	200	200	200	200	200	200	50	1						
65. Wanzleben	3 446	Wanzleben	90	90	120	120	120	120	—	421						
66. Kölleda	3 435	Eckartsberga . . .	150	150	200	200	200	200	—	421						
67. Gräfenhainichen . . .	3 391	Bitterfeld	100	100	170	140	140	140	—	421						
68. Schwanebeck	3 350	Oschersleben . . .	140	140	180	180	180	180	100	421						
69. Dübén	3 321	Bitterfeld	160	160	210	170	180	180	—	300						
70. Gröningen	3 231	Oschersleben . . .	150	150	200	200	d. 300	150	300						desgl. Nr. 60	
71. Freyburg a./Unstrut .	3 194	Querfurt	185	185	210	210	210	210	—	421						
72. Hohenmölsen	3 104	Weißenfels	170	170	195	195	195	195	95	1						
73. Kösen	2 939	Naumburg	150	150	200	200	200	200	100	421						
74. Jessen (Bez. Halle) . .	2 876	Schweinitz	155	155	170	170	170	170	25	300						
75. Tennstedt	2 867	Langensalza . . .	155	155	155	155	155	155	85	300						
76. Heldrungen	2 854	Eckartsberga . . .	115	115	150	150	150	150	—	421						
77. Leimbach	2 853	Mansf. Gebirgskr.	185	185	215	215	d. 332	—	276							
78. Bad Sachsa	2 839	Grfsch. Hohenstein	140	140	200	200	200	200	40	300					desgl. Nr. 61.	
79. Löbejün	2 836	Saalkreis	170	170	190	190	220	178 1/3	—	320						
80. Belgern	2 836	Torgau	130	130	150	150	150	150	50	421						
81. Wettin	2 832	Saalkreis	180	180	200	200	200	200	—	300						
82. Wegeleben	2 802	Oschersleben . . .	170	170	200	200	200	200	200	421						
83. Benneckenstein	2 783	Grfsch. Hohenstein	175	175	175	175	175	175	40	421						
84. Derenburg	2 780	Halberstadt . . .	165	165	190	190	190	190	90	1						
85. Seehausen, Kr. W. . .	2 777	Wanzleben	133 1/3	133 1/3	200	200	200	200	—	421						
86. Ermsleben	2 752	Mansf. Gebirgskr.	150	150	160	160	160	160	40	100						

1) von den Einkommen von 420 M und darunter jedoch nur 120 ‰. — 2) desgl. 200 ‰. — 3) von den Einkommen von 300 bis 660 M jedoch nur 150 ‰. — 4) Von den Forensen werden nur 170 ‰ erhoben. — 5) wie zu 1), jedoch nur 145 ‰. — 6) desgl., jedoch nur 110 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

St a d t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer		Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer	
			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								
																%
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 8. Provinz Sachsen.																
87. Bismark	2 709	Stendal	200	200	175	175	.	175	125	421						
88. Treffurt	2 705	Mühlhausen	230	230	230	230	230	230	100	250						
89. Schmiedeberg (Bz. Halle)	2 673	Wittenberg	100	100	100	100	100	100	25	300						
90. Kroppenstedt	2 645	Oschersleben	120	120	170	170	170	170	100	421						
91. Schafstädt	2 523	Merseburg	160	160	220	220	220	220	—	421						
92. Nebra	2 498	Querfurt	190	190	240	240	240	240	40	300						
93. Ziesar	2 460	Jerichow I	180	180	180	180	180	180	50	300						
94. Mansfeld	2 379	Mansf. Gebirgskr.	240	240	240	240	240	240	45	275						
95. Dommitzsch	2 377	Torgau	170	170	170	170	170	170	30	300						
96. Kelbra	2 373	Sangerhausen	140	140	140	140	140	140	44	421						
97. Weißensee	2 339	Weißensee	125	125	125	125	.	125	25	421						
98. Arendsee	2 310	Osterburg	175	175	200	200	200	200	200	300						
99. Kemberg	2 308	Wittenberg	75	75	100	100	.	100	—	50						
100. Laucha	2 299	Querfurt	105	105	170	120	120	120	40	421						
101. Hornburg	2 249	Halberstadt	160	160	160	160	160	160	—	300						
102. Loburg	2 221	Jerichow I	150	150	195	195	195	195	100	421						
103. Jerichow	2 210	Jerichow II	130	130	130	130	130	130	50	300						
104. Oebisfelde	2 190	Gardelegen	170	170	170	170	.	170	60	300						
105. Worbis	2 140	Worbis	220	220	220	220	220	220	30	5						
106. Heringen	2 116	Sangerhausen	135	135	135	135	135	135	44	300						
107. Lauchstedt	2 083	Merseburg	115	115	160	160	150	150	25	421						
108. Ranis	2 075	Ziegenrück	140	140	185	185	.	185	23	300						
109. Gebesee	1 999	Weißensee	100	100	150	150	150	150	50	661						
110. Pretzsch	1 985	Wittenberg	200	200	200	200	.	200	—	300						
111. Brehna	1 923	Bitterfeld	150	150	210	180	180	180	—	421						
112. Übigau	1 912	Liebenwerda	195	195	195	195	.	195	125	300						
113. Kalbe a. Milde	1 909	Salzwedel	220	220	230	230	230	230	100	421						
114. Mülcheln	1 899	Querfurt	115	115	140	125	.	125	140	300						
115. Stolberg (Harz)	1 852	Sangerhausen	190	190	190	190	.	190	44	300						
116. Wiehe	1 837	Eckartsberga	150	150	175	175	.	175	—	421						
117. Schraplau	1 827	Mansf. Seekreis	165	165	200	200	d. 531	.	100	421						
118. Schkölen	1 810	Weißenfels	160	160	200	200	200	200	—	5						
119. Arneburg	1 788	Stendal	200	200	270	270	.	270	200	180						
120. Landsberg (Bz. Halle)	1 762	Delitzsch	125	125	155	155	155	155	—	421						
121. Kochstedt	1 761	Quedlinburg	175	175	175	175	175	175	—	300						
122. Sandau a. Elbe	1 736	Jerichow II	150	150	150	150	.	150	100	421						
123. Ortrand	1 712	Liebenwerda	120	120	120	120	120	120	25	300						
124. Möckern, Bz. Magdeburg	1 698	Jerichow I	165	165	190	190	.	190	95	421						
125. Eckartsberga	1 677	Eckartsberga	180	180	200	200	.	200	—	300						
126. Gefell	1 651	Ziegenrück	170	170	170	170	.	170	—	421						
127. Werben	1 648	Osterburg	200	200	200	200	200	200	100	421						
128. Prettin	1 635	Torgau	170	170	170	170	170	170	30	300						
129. Bibra	1 581	Eckartsberga	170	170	200	200	.	200	—	300						
130. Kindelbrück	1 509	Weißensee	160	160	160	160	.	160	—	300						
131. Seyda	1 472	Schweinitz	225	225	200	200	.	200	175	300						
132. Schlieben	1 464	"	150	150	150	150	.	150	150	300						
133. Osterfeld	1 435	Weißenfels	180	180	200	200	.	200	50	300						
134. Dardesheim	1 391	Halberstadt	200	200	200	200	200	200	200	360						
135. Schildau	1 363	Torgau	100	100	100	100	.	100	30	200						
136. Schweinitz	1 315	Schweinitz	150	150	150	150	150	150	25	300						
137. Ziegenrück	1 252	Ziegenrück	140	140	150	150	150	150	—	250						
138. Stößen	1 226	Weißenfels	120	120	150	150	150	150	50	421						
139. Hadmersleben	1 086	Wanzleben	120	120	120	120	120	120	120	300						
140. Thamsbrück	991	Langensalza	135	135	135	135	135	135	35	300						
141. Schönewalde (Kreis Schweinitz)	902	Schweinitz	150	150	170	170	.	170	25	280						
142. Wahrenbrück	630	Liebenwerda	250	250	250	230	.	250	250	150						
143. *Thale	13 431	Quedlinburg	200	200	200	200	200	200	200	421						

Vergl. Nr. 62 der Erläuterungen zur Spalte 10.

Vergl. Nr. 62 der Erläuterungen zur Spalte 10.

¹⁾ von den Einkommen von 420 M und darunter jedoch nur 200 %. — ²⁾ desgl. jedoch nur 100 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heran- ziehung der Ein- kommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begrann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
S t a d t g e m e i n d e n .			Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäu- de- steu- er	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.		mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M	I und II			III und IV	(nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)							
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	%	%	%	%	%	%	%	8	9a	9b	10	11	
ra	rb	rc	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7					
9. Provinz Schleswig-Holstein.															
1. Kiel	228 729	Stadtkreis . . .	250	—	d. 273	d. 250	150	—	—	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	5 ‰	14 1/2 ‰ des Nutzungs- wertes	Vergl. Nr. 63 der Erläute- rungen zur Spalte 10		
2. Altona	182 910	„	d. 111	—	d. 450	100	100	100	—		4 ‰				
3. Flensburg	65 079	„	225	225	d. 280	d. 250	225	661	—	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	5 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 64		
4. Wandsbek	37 492	„	150	—	d. 2963 d. 313 d. 332	150	100	100	—		3 ‰				
5. Neumünster	35 425	„	200	200	d. 200	200	200	150	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	2,8 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 65		
6. Itzehoe	20 083	Steinburg . . .	250	250	d. 290	d. 275	100	661	—		4,50 ‰				
7. Schleswig	19 720	Schleswig . . .	255	255	d. 240	d. 240	100	421	—	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	4 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 66		
8. Rendsburg	18 402	Rendsburg . . .	225	225	185	240	240	165	661		—				3 ‰
9. Elmshorn	15 082	Pinneberg . . .	225	—	d. 225	225	225	—	—	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
10. Hadersleben	13 362	Hadersleben . .	200	200	150	200	200	100	661		—				4 ‰
11. Sonderburg	11 097	Sonderburg . . .	250	250	d. 280	280	280	100	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
12. Heide	10 086	Norderdithmarsch.	230	150	230	230	230	—	421		—				3,50 ‰
13. Husum	9 352	Husum	200	200	d. 200	200	200	100	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
14. Apenrade	7 872	Apenrade	210	210	210	210	210	110	661		—				3 ‰
15. Ütersen	7 305	Pinneberg . . .	240	240	260	260	260	—	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
16. Pinneberg	6 949	„	180	180	200	200	200	100	661		—				3 ‰
17. Glückstadt	6 658	Steinburg . . .	230	230	230	230	230	40	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
18. Eckernförde	6 381	Eckernförde . .	245	245	245	245	245	—	661		—				3 ‰
19. Bad Oldesloe	6 029	Stormarn	200	200	200	200	200	100	300	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
20. Wedel	5 894	Pinneberg . . .	220	220	d. 300	250	250	100	661		—				3 ‰
21. Neustadt in Holstein	5 374	Oldenburg . . .	190	190	220	220	200	100	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
22. Lauenburg a. Elbe . .	5 159	Hrzt. Lauenburg	180	180	195	195	195	100	421		—				3 ‰
23. Kellinghusen	5 114	Steinburg . . .	230	200	d. 240	240	240	41	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
24. Segeberg	5 104	Segeberg	200	200	300	300	300	—	421		—				3 ‰
25. Barmstedt, Flecken .	4 889	Pinneberg . . .	180	180	210	210	210	100	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
26. Tondern	4 839	Tondern	225	225	225	225	225	100	421		—				3 ‰
27. Preetz	4 796	Plön	250	200	250	250	250	—	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
28. Mölln	4 535	Hrzt. Lauenburg	110	110	110	110	110	—	421		—				3 ‰
29. Wilster	4 399	Steinburg . . .	210	210	210	210	210	41	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
30. Ratzeburg	4 172	Hrzt. Lauenburg	172	172	208	208	208	—	280		—				3 ‰
31. Meldorf	3 881	Süderdithmarsch.	200	200	200	200	200	30	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
32. Plön	3 794	Plön	180	180	180	180	180	33 1/3	300		—				3 ‰
33. Marne	3 456	Süderdithmarsch.	210	210	210	210	210	—	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
34. Nortorf, Flecken . .	2 976	Rendsburg . . .	200	200	200	200	200	70	300		—				3 ‰
35. Burg a. Fehmarn . .	2 859	Oldenburg . . .	200	200	210	210	d. 185	150	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
36. Tönning	2 818	Eiderstedt . . .	258	258	258	222	258	100	421		—				3 ‰
37. Bad Bramstedt . . .	2 722	Segeberg	175	175	225	225	225	100	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
38. Bredstedt	2 661	Husum	230	230	d. 220	230	230	50	360		—				3 ‰
39. Friedrichstadt	2 602	Schleswig . . .	200	200	200	200	200	—	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
40. Westerland	2 571	Tondern	180	180	d. 219	250	250	45	240		—				3 ‰
41. Kappeln	2 561	Schleswig . . .	225	225	200	200	200	100	301	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
42. Oldenburg i. Holstein	2 539	Oldenburg . . .	225	225	225	225	225	100	300		—				3 ‰
43. Wesselburen	2 444	Norderdithmarsch.	220	220	220	220	220	—	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
44. Heiligenhafen	2 357	Oldenburg . . .	225	225	235	235	235	100	420		—				3 ‰
45. Lütjenburg	2 269	Plön	200	200	300	300	230	—	360	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
46. Garding	1 704	Eiderstedt . . .	205	205	205	205	205	100	300		—				3 ‰
47. Krempe	1 638	Steinburg . . .	200	200	220	220	200	—	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
48. Lügumkloster, Flecken	1 568	Tondern	220	220	220	220	220	50	250		—				3 ‰
49. Glücksburg	1 512	Flensburg . . .	150	150	175	175	175	100	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
50. Wyk, Flecken	1 369	Tondern	270	270	d. 400	335	335	—	400		—				7,50 ‰
51. Reinfeld, Flecken . .	1 284	Stormarn . . .	150	150	170	170	170	—	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
52. Hoyer, Flecken . . .	1 251	Tondern	160	160	160	160	160	50	421		—				3 ‰
53. Norburg, Flecken . .	1 178	Sonderburg . . .	180	180	190	190	190	—	661	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
54. Augustenburg, Flecken	957	„	135	135	150	135	135	—	661		—				3 ‰
55. Christiansfeld, Flecken	607	Hadersleben . .	155	150	155	155	155	100	421	Vergl. Nr. 1 d. Erläute- rungen zur Spalte 8	3 ‰	4,5 ‰ des Er- tragswertes	desgl. Nr. 67		
56. Arnis	539	Schleswig . . .	300	300	350	350	200	100	421		—				3 ‰

1) von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 180 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

Stad t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heran- ziehung der Ein- kommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäu- de- steu- er	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
10. Provinz Hannover.															
1. Hannover	318 675	Stadtkreis . . .	125	125	d. 165	d. 165	135	661			2 ‰ { 9 ‰ d. Nut- zungswertes	5,4 ‰ des Ertrages 1 1/4 ‰	Vergl. Nr. 68 der Erläu- terungen zur Spalte 10. desgl. Nr. 69.		
2. Linden vor Hannover	84 929	„ . . .	160	160	d. 286	d. 290	195	300							
3. Osnabrück	82 120	„ . . .	190	190	190	190	190	421							
4. Harburg	69 841	„ . . .	170	170	200	200	220	661							
5. Hildesheim	57 330	„ . . .	175	175	d. 190	d. 210	150	421			2,66 ‰		desgl. Nr. 70.		
6. Lehe, Flecken	42 597	Lehe . . .	220	220	250	250	250	—	661						
7. Wilhelmshaven	39 830	Wittmund . . .	175	175	d. 200	d. 162	—	421			6,6 ‰	3,3 ‰	desgl. Nr. 71.		
8. Göttingen	35 885	Stadtkreis . . .	175	175	d. 194	180	180	100	421		3 ‰				
9. Lüneburg	28 856	„ . . .	185	185	215	215	215	215	421						
10. Geestemünde	26 304	„ . . .	150	150	195	195	195	180	421						
11. Emden	24 910	„ . . .	205	205	220	220	205	200	421						
12. Celle	24 763	„ . . .	185	185	185	185	d. 203	100	300					desgl. Nr. 72.	
13. Hameln	23 170	Hameln . . .	200	200	d. 228	d. 311	100	421			3 ‰		desgl. Nr. 73.		
14. Goslar	18 381	Goslar . . .	160	160	180	180	180	100	661						
15. Peine	15 969	Peine . . .	180	180	215	215	d. 441	45	421					desgl. Nr. 74.	
16. Leer	12 362	Leer . . .	300	300	d. 260	260	260	200	300		3,80 ‰				
17. Münden (Hann. M.)	11 281	Münden . . .	168	168	d. 210	210	210	168	421		2,75 ‰				
18. Stade	10 866	Stade . . .	185	185	185	185	185	100	300						
19. Verden	10 770	Verden . . .	186	186	186	186	186	100	421						
20. Uelzen	10 701	Uelzen . . .	190	190	215	215	215	100	661						
21. Nienburg a./Weser	10 484	Nienburg . . .	240	240	d. 203	d. 373	140	421			2,40 ‰		desgl. Nr. 75.		
22. Lehrte	9 484	Burgdorf . . .	240	240	210	210	d. 291	210	300					desgl. Nr. 76.	
23. Einbeck	9 325	Einbeck . . .	205	205	d. 239	d. 179	144	421			3,30 ‰		desgl. Nr. 77.		
24. Papenburg	8 901	Aschendorf . . .	230	230	230	230	230	230	421						
25. Lingen	8 528	Lingen . . .	195	195	195	195	195	—	421						
26. Northeim	8 520	Northeim . . .	200	200	200	200	200	200	300						
27. Clausthal	7 997	Zellerfeld . . .	160	160	160	160	160	160	421						
28. Osterode am Harz	7 225	Osterode a. Harz	214	214	250	250	d. 275	77	300					desgl. Nr. 78.	
29. Norden	6 626	Norden . . .	200	200	200	200	200	200	421						
30. Aurich	6 563	Aurich . . .	140	140	140	140	140	55	300						
31. Alfeld	6 414	Alfeld . . .	195	195	250	250	d. 540	140	661					desgl. Nr. 79.	
32. Bad Lauterberg i. H. Fleck.	5 801	Osterode a. Harz	210	210	220	220	220	220	421						
33. Duderstadt	5 613	Duderstadt . . .	203	203	203	203	203	63	100						
34. Soltau	5 399	Soltau . . .	220	220	220	220	220	100	421						
35. Meppen	5 149	Meppen . . .	195	195	215	215	215	195	421						
36. Sarstedt	4 921	Hildesheim . . .	165	165	225	200	d. 196	50	421					desgl. Nr. 80.	
37. Winsen a./d. Luhe	4 721	Winsen . . .	190	190	190	190	190	—	421						
38. Schüttorf	4 696	Grafsch. Bentheim	210	210	210	210	210	210	420						
39. Wunstorf	4 625	Neustadt a. Rbg.	175	175	200	200	200	100	661						
40. Burgdorf	4 411	Burgdorf . . .	210	210	210	210	210	210	300						
41. Zellerfeld	4 129	Zellerfeld . . .	175	175	175	175	175	175	300						
42. Gifhorn	4 092	Gifhorn . . .	160	160	200	200	200	—	300						
43. Rotenburg (Hann.) Fleck.	4 042	Rotenburg (Hann.)	215	215	215	215	215	100	421						
44. Weener, Flecken	4 022	Weener . . .	235	1) 150	d. 216 2/3	200	200	200	421		3 ‰				
45. Bremervörde	3 949	Bremervörde . . .	295	295	295	295	295	295	421						
46. Herzberg a. Harz, Flecken	3 938	Osterode a. Harz	225	225	275	275	275	57	300						
47. Bramsche, Flecken	3 864	Bersenbrück . . .	228	228	200	200	200	200	421						
48. Quakenbrück 2)	3 847	„ . . .	270	270	270	270	270	270	421						
49. Buxtehude	3 727	Jork . . .	300	300	300	300	300	300	300						
50. Diepholz, Flecken	3 416	Diepholz . . .	140	140	210	210	210	140	421						
51. Melle	3 350	Melle . . .	200	200	210	210	210	210	421						
52. Sankt Andreasberg	3 233	Zellerfeld . . .	200	200	200	200	200	—	301						
53. Münder a. Deister	3 227	Springe . . .	210	210	230	230	230	230	300						
54. Springe	3 153	„ . . .	150	150	170	170	170	170	421						
55. Nordhorn	3 121	Grafsch. Bentheim	210	210	230	230	230	150	300						
56. Bassum, Flecken	3 110	Syke . . .	200	200	d. 315	300	300	150	421		3 ‰	300 ‰ d. staatl. veranlagten Gebäudesteuer			
57. Scharmbeck, Flecken	3 036	Osterholz . . .	250	250	250	250	250	175	421						
58. Bentheim	2 911	Grafsch. Bentheim	200	200	220	220	220	200	300						

1) von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 100 ‰. — 2) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
Stadtgemeinden.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer		
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	%	%	%	%	%	%	%		(nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)					
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 10. Provinz Hannover																
59. Lüchow	2 857	Lüchow	220	220	240	240	240	240	100	421						
60. Walsrode	2 812	Fallingb.	160	160	200	200	186 2/3	186 2/3	100	421						
61. Elze	2 717	Gronau	195	195	240	240	240	240	70	421						
62. Gronau	2 713	„	140	140	210	210	210	210	70	421						
63. Neustadt a. Rübenbg.	2 654	Neustadt a. Rbg.	175	175	200	200	200	200	100	421						
64. Elbingerode	2 631	Ilfeld	210	210	210	210	210	210	100	420						
65. Sulingen, Flecken	2 531	Sulingen	240	240	250	250	.	240	200	421						
66. Syke, Flecken	2 493	Syke	180	180	270	270	270	270	56	421						
67. Moringen	2 487	Northheim	175	175	195	195	.	195	150	421						
68. Lautenthal	2 455	Zellerfeld	170	170	170	170	170	170	170	421						
69. Uslar	2 435	Uslar	215	215	215	215	.	215	215	420						
70. Bockenem ¹⁾	2 387	Marienburg i. H.	130	130	200	200	200	200	100	421						
71. Hoya, Flecken	2 335	Hoya	165	165	215	215	215	215	215	421						
72. Bevensen, Flecken	2 326	Uelzen	180	180	180	180	d. 206	180	300							
73. Zeven, Flecken	2 249	Zeven	200	200	200	200	200	200	100	300						
74. Haselünne	2 223	Meppen	180	180	d. 276	180	180	180	180	661						
75. Esens	2 167	Wittmund	190	190	190	190	.	100	190	421						
76. Bad Grund	2 166	Zellerfeld	210	210	210	210	210	210	—	300						
77. Fallersleben, Flecken	2 123	Gifhorn	220	220	220	220	220	220	100	350						
78. Eldagsen	2 047	Springe	160	160	220	220	220	220	220	421						
79. Osterholz, Flecken ¹⁾	1 946	Osterholz	175	175	175	175	175	175	64	300						
80. Fürstenau	1 920	Bersenbrück	185	185	225	225	.	225	225	421						
81. Otterndorf	1 883	Hadeln	170	170	170	170	170	170	—	300						
82. Horneburg, Flecken	1 829	Stade	260	260	260	260	.	260	135	250						
83. Dannenberg	1 823	Dannenberg	240	240	240	240	.	240	100	421						
84. Bodenwerder	1 745	Hameln	130 ²⁾	130	200	200	200	180	—	300						
85. Altenau	1 665	Zellerfeld	220	220	175	175	.	150	175	300						
86. Stolzenau, Flecken	1 616	Stolzenau	180	180	220	220	220	220	220	421						
87. Pattensen	1 580	Springe	100	100	170	170	170	{ III 170 IV 150 }	150	400						
88. Dassel	1 536	Einbeck	150	150	225	225	.	225	125	421						
89. Wildemann	1 498	Zellerfeld	200	200	200	200	200	200	200	300						
90. Rehburg	1 437	Stolzenau	125	125	150	150	.	125	125	421						
91. Neuenhaus	1 423	Grafsch. Bentheim	190	190	200	200	200	200	180	226						
92. Harpstedt, Flecken	1 414	Syke	170	170	255	255	.	170	170	421						
93. Neuhaus a. d. Oste, Fleck.	1 381	Neuhaus a. d. O.	130	130	160	160	160	160	—	421						
94. Uchte, Flecken	1 374	Stolzenau	215	215	215	215	.	215	215	421						
95. Barnstorf, Flecken	1 363	Diepholz	150	150	225	225	.	225	150	421						
96. Hardeggen ¹⁾	1 313	Northheim	150	150	150	150	150	150	100	300						
97. Bruchhausen, Flecken	1 242	Hoya	196	196	261	261	261	261	196	360						
98. Dransfeld	1 231	Münden	200	200	200	200	200	200	200	200						
99. Liebenau, Flecken	1 131	Nienburg	145	145	145	145	.	145	145	421						
100. Steyerberg, Flecken	1 103	Stolzenau	150	150	200	200	.	200	200	421						
101. Iburg, Flecken	985	Iburg	200	200	200	200	.	200	200	300						
102. Vilsen, Flecken	975	Hoya	200	200	280	280	.	280	200	500						
103. Hedemünden	905	Münden	180	180	190	190	190	190	190	400						
104. Freiburg a. Elbe, Fleck.	895	Kehdingen	203	203	189	189	189	189	—	421						
105. Hitzacker	888	Dannenberg	220	220	250	250	.	250	—	421						
106. Bücken, Flecken	818	Hoya	210	210	d. 270	.	270	210	421							
107. Drakenburg, Flecken	818	Nienburg	150	150	150	150	.	150	150	421						
108. Lemförde, Flecken	746	Diepholz	133 1/3	133 1/3	200	200	.	200	133 1/3	421						
109. Siedenburg, Flecken	660	Sulingen	180	180	180	180	.	180	180	421						
110. Neubruchhausen, Fleck.	657	Syke	180	180	270	270	.	270	—	421						
111. Barenburg, Flecken	578	Sulingen	350	350	350	350	.	350	350	420						
112. Diepenau, Flecken	453	Stolzenau	160	160	240	240	.	240	240	421						
113. Kornau, Flecken ¹⁾	400	Diepholz	75	75	100	100	.	100	75	300						
114. *Wilhelmsburg	33 013	Harburg	185	185	d. 291	230	230	—	661							
115. *Blumenthal	11 443	Blumenthal	170	170	d. 185	170	170	170	421							

Vergl. Nr. 81 der Erläuterungen zur Spalte 10.

2 ‰ d. Ertragswertes

2,30 ‰

3 1/4 ‰ { 200 ‰ der statl. veranlagten Gebäudesteuer
1,70 ‰³⁾

¹⁾ Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — ²⁾ von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 90 %. — ³⁾ für die eingemeindeten Ortsteile Mussum und Rönnebeck 1,80 bzw. 1,90 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)

St a d t g e m e i n d e n .			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
N a m e n	Einwohnerzahl	K r e i s	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			%	%		I und II					
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7					
11. Provinz Westfalen.															
1. Dortmund ¹⁾	255 241	Stadtkreis . . .	210	—	d. 230	d. 280	d. 329	—	—	—	3,25 ‰			Vergl. Nr. 82 der Erläuterungen zur Spalte 10	Vergl. Nr. 3 der Erläuterungen zur Spalte 11
2. Gelsenkirchen	177 395	" . . .	225	2 ¹⁾ 180	245	245	d. 601	d. 951	421	—				desgl. Nr. 83	desgl. Nr. 4
3. Bochum	144 266	" . . .	210	—	d. 211	d. 336	200	—	—	—	2,80 ‰			desgl. Nr. 84	
4. Hagen (Westfalen)	95 292	" . . .	250	250	d. 265	d. 257	d. 240	260	421	—	4,10 ‰			desgl. Nr. 85	
5. Münster i. W.	93 152	" . . .	170	170	d. 178	185	185	150	421	—	2,60 ‰				
6. Buer	83 870	" . . .	250	195	280	280	d. 5 852	280	421	—				desgl. Nr. 86	
7. Bielefeld	81 168	" . . .	195	125	210	210	210	210	661	—					
8. Herne	64 202	" . . .	215	215	d. 225	d. 700	225	421	—	—	3,10 ‰			desgl. Nr. 87	
9. Recklinghausen	59 612	" . . .	220	100	d. 276	d. 605	200	661	—	—	3,65 ‰			desgl. Nr. 88	
10. Hamm (Westf.)	48 132	" . . .	230	230	d. 280	d. 437	300	661	—	—	2,80 ‰			desgl. Nr. 89	
11. Witten	39 241	" . . .	225	225	245	245	d. 374	200	421	—				desgl. Nr. 90	
12. Herford	34 233	" . . .	220	200	270	270	270	270	300	—					
13. Hörde	34 075	" . . .	200	200	230	230	d. 287	100	421	—				desgl. Nr. 91	
14. Lüdenscheld	33 695	" . . .	200	200	d. 220	220	220	200	661	—	2,70 ‰				
15. Iserlohn	31 721	" . . .	210	210	400	230	260	260	661	—					
16. Paderborn	31 182	Paderborn . . .	200	200	250	216	216	216	100	661					
17. Siegen	29 677	Siegen	215	215	250	250	I 325 II 300 III 275 IV 250	100	300	—					
18. Wattenscheid	29 646	Gelsenkirchen . . .	210	210	d. 230	d. 429	d. 216	421	—	—	4 ‰			desgl. Nr. 92	desgl. Nr. 5
19. Minden	27 729	Minden	188	188	d. 193	193	193	93	421	—	2,80 ‰				
20. Bocholt	27 397	Borken	245	245	d. 292	d. 377	150	300	—	—	3,30 ‰			desgl. Nr. 93	
21. Haspe	25 177	Hagen	225	225	d. 260	d. 308	—	421	—	—	3 ‰			desgl. Nr. 94	
22. Schwelm	21 996	Schwelm	215	100	d. 220	220	220	—	421	—	3 ‰				
23. Gevelsberg	20 347	"	245	245	250	250	250	250	100	421					
24. Gütersloh	20 006	Wiedenbrück . . .	175	175	200	200	200	200	100	421					
25. Castrop	19 506	Dortmund	220	220	240	240	d. 748	100	421	—				desgl. Nr. 95	
26. Soest	19 244	Soest	185	185	210	210	210	210	185	661					
27. Unna	17 470	Hamm	200	200	210	210	210	210	—	421					
28. Lippstadt	16 947	Lippstadt	190	190	225	225	225	225	200	421					
29. Rheine	16 258	Steinfurt	210	210	d. 343 d. 233 d. 236	d. 246	235	300	—	—	1 ‰; für selbstwirtschaftende Landwirte nur 0,75 ‰	235 ‰ d. Gebäudesteuer von Gebäuden, deren Nutzungswert 300 M nicht übersteigt; ²⁾		desgl. Nr. 96	
30. Lünen	15 662	Dortmund	250	250	260	260	260	260	—	300					
31. Altena	15 636	Altena	185	185	225	225	225	225	100	661					
32. Ahlen	15 279	Beckum	215	215	235	235	d. 922	—	300	—				desgl. Nr. 97	
33. Hohenlimburg	14 506	Iserlohn	180	180	210	210	210	210	210	661					
34. Schwerte	14 270	Hörde	230	230	255	255	255	255	100	100					
35. Hattingen	13 932	Hattingen	235	235	300	300	d. 440	150	421	—				desgl. Nr. 98	
36. Menden	11 906	Iserlohn	215	215	220	220	300	III 275 IV 250	—	421					
37. Neheim	11 301	Arnsberg	230	230	230	230	I 300 II 280 III 240 IV 240	100	421	—					
38. Gronau i./W.	10 988	Ahaus	170	170	d. 204	d. 461	150	400	—	—	2 ‰			desgl. Nr. 99	
39. Kamen	10 634	Hamm	250	250	300	300	d. 399	—	421	—				desgl. Nr. 100	
40. Arnsberg	10 524	Arnsberg	157	157	210	210	210	210	100	421					
41. Wetter	9 793	Hagen	210	210	230	230	d. 300	100	421	—				desgl. Nr. 101	
42. Coesfeld	9 328	Coesfeld	200	200	d. 230	d. 249	100	421	—	—	2,50 ‰			desgl. Nr. 102	
43. Beckum	9 302	Beckum	150	150	175	175	175	175	100	300					
44. Höxter	7 755	Höxter	160	160	195	195	195	195	100	421					
45. Dülmen	7 753	Coesfeld	235	235	d. 255	255	255	255	100	300				2,70 ‰	
46. Dorsten	7 492	Recklinghausen . . .	200	200	220	220	220	220	220	320					
47. Werl	7 467	Soest	200	200	220	220	220	220	220	300					
48. Warendorf	7 031	Warendorf	185	185	190	190	190	190	125	300					
49. Plettenberg ⁴⁾	6 559	Altena	235	235	255	255	255	255	—	421					
50. Haltern	6 497	Coesfeld	200	200	230	230	230	230	115	300					
51. Ibbenbüren	6 226	Tecklenburg	225	225	270	270	d. 334	150	300	—				desgl. Nr. 103	
52. Geseke	5 992	Lippstadt	200	200	200	200	200	200	100	75					
53. Bünde	5 968	Herford	220	220	220	220	220	220	220	421					
54. Burgsteinfurt	5 894	Steinfurt	180	180	220	220	220	220	110	300					
55. Warburg	5 852	Warburg	183	183	183	183	183	183	100	5					

¹⁾ Am 1. 4. 14. ist die Landgemeinde Eving eingemeindet worden. — ²⁾ von den Einkommen von 600 M und darunter jedoch nur 125 %. — ³⁾ von den von Arbeitern selbst bewohnten Gebäuden nur 176,25 %. — ⁴⁾ Da die Angaben nicht zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.) Stad t g e m e i n d e n . * Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten								Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäu- de- steuer	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Die Heran- ziehung der Ein- kommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begrann bei einem Betrag von ... M.	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer
			mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV							
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 11. Provinz Westfalen.															
56. Herdecke	5 755	Hagen	215	215	245	245	d. 360	125	421						Vergl. Nr. 104 der Erläuterungen zur Spalte 10.
57. Olpe	5 601	Olpe	255	255	270	270	270	270	100	421					
58. Borken	5 517	Borken	210	210	220	220	220	220	120	300					
59. Brilon	5 177	Brilon	100	100	100	100	.	100	50	350					
60. Vlotho	5 037	Herford	200	200	235	235	235	235	235	421					
61. Bad Oeynhausen . .	4 998	Minden	165	165	d. 182	182	182	182	182	1		2 ‰			
62. Oelde	4 997	Beckum	195	195	220	220	220	220	100	330					
63. Ahaus	4 860	Ahaus	270	270	d. 280	280	280	280	180	300		2,95 ‰			
64. Niedermarsberg . .	4 610	Brilon	185	185	185	185	185	185	100	421					
65. Werne a./Lippe . .	4 593	Lüdinghausen . .	210	210	d. 275	275	d. 513	150	300			2,50 ‰		desgl. Nr. 105	
66. Attendorn	4 591	Olpe	240	240	240	240	240	240	100	421					
67. Wiedenbrück	4 523	Wiedenbrück . . .	240	240	250	250	250	250	150	300					
68. Lübbecke	4 437	Lübbecke	210	210	210	210	210	210	210	300					
69. Stadthagen	4 330	Ahaus	250	250	d. 280	280	d. 369	150	300			2,50 ‰		desgl. Nr. 106	
70. Rheda	4 221	Wiedenbrück . . .	165	165	210	210	210	210	150	421					
71. Breckerfeld	4 005	Hagen	325	325	280	280	.	280	100	300					
72. Brakel	3 766	Höxter	125	125	125	125	125	125	100	100					
73. Lüdinghausen	3 586	Lüdinghausen . . .	160	160	190	190	190	190	75	421					
74. Meschede	3 506	Meschede	180	180	200	200	200	200	—	421					
75. Steinheim	3 435	Höxter	140	140	160	160	.	160	100	421					
76. Büren	3 391	Büren	177	177	187	187	187	187	187	300					
77. Driburg	3 084	Höxter	130	130	185	185	.	185	185	300					
78. Vreden	2 938	Ahaus	210	210	220	220	220	220	100	300					
79. Lügde	2 930	Höxter	120	120	150	150	150	150	—	661					
80. Lengerich	2 907	Tecklenburg	160	160	190	190	190	190	100	300					
81. Telgte	2 876	Münster	200	200	250	250	.	250	100	421					
82. Berleburg	2 745	Wittgenstein . . .	250	250	270	270	270	270	100	480					
83. Salzkotten	2 598	Büren	160	160	190	190	190	190	190	300					
84. Beverungen	2 593	Höxter	120	120	155	155	155	155	100	421					
85. Neuenrade	2 567	Altena	220	220	225	225	225	225	100	421					
86. Rietberg	2 530	Wiedenbrück . . .	195	195	225	225	205	205	205	300					
87. Laasphe	2 435	Wittgenstein . . .	220	220	230	230	230	230	—	300					
88. Hilchenbach	2 414	Siegen	180	180	210	210	210	210	180	421					
89. Medebach	2 359	Brilon	250	250	250	250	.	250	100	300					
90. Rüthen	2 291	Lippstadt	75	75	75	75	.	75	75	75					
91. Westhofen	2 255	Hörde	250	250	250	250	250	250	100	421					
92. Werther	2 234	Halle i./W.	200	200	200	200	.	200	200	421					
93. Petershagen	2 228	Minden	200	200	200	200	200	200	—	300					
94. Sendenhorst	2 160	Beckum	190	190	220	220	.	220	150	300					
95. Versmold	2 120	Halle i./W.	180	180	210	210	210	210	210	421					
96. Freudenberg, Kreis Siegen, Flecken . . .	2 096	Siegen	220	220	220	220	220	220	100	300					
97. Anholt	1 931	Borken	140	140	160	160	160	160	160	421					
98. Halle i./W.	1 898	Halle i./W.	200	200	200	200	200	200	200	421					
99. Schmallingenberg . .	1 824	Meschede	110	110	120	120	120	120	100	300					
100. Winterberg	1 661	Brilon	60	60	60	60	60	60	60	300					
101. Billerbeck	1 627	Coesfeld	210	210	205	205	205	205	150	300					
102. Borgentreich	1 616	Warburg	150	150	150	150	.	150	100	300					
103. Nieheim	1 604	Höxter	100	100	115	115	.	115	—	421					
104. Delbrück	1 504	Paderborn	260	200	260	260	260	260	260	300					
105. Hallenberg	1 226	Brilon	100	100	100	100	.	100	50	180					
106. Obermarsberg	1 188	„	100	100	100	100	100	100	100	300					
107. Borgholzhausen . . .	1 107	Halle i./W.	240	240	240	240	240	240	240	421					
108. Tecklenburg	1 096	Tecklenburg	220	220	240	240	.	240	100	300					
109. Horstmar	1 075	Steinfurt	205	205	264	220	.	220	100	300					
110. *Bottrop	63 649	Recklinghausen . .	240	240	240	240	d. 1 723	200	661					desgl. Nr. 107	
111. *Gladbeck	51 767	„	200	200	200	200	d. 1 328	200	421					desgl. Nr. 108	
112. *Recklinghausen, Land	49 648	„	180	180	d. 230	230	d. 1 003	300	421			3 ‰		desgl. Nr. 109	
113. *Wanne	42 713	Gelsenkirchen . . .	245	245	245	245	d. 869	100	421					desgl. Nr. 110	
114. *Eickel	35 806	„	240	240	240	240	d. 548	100	421					desgl. Nr. 111	
115. *Osterfeld	30 119	Recklinghausen . .	185	185	205	205	d. 645 ¹⁾	100	661						

1) Mit den Bergwerks- und Eisenbahnbetrieben ist an Stelle der Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer die Zahlung eines festen Steuerbetrages in Höhe von 250 000 M. vereinbart worden; von allen übrigen Gewerbetreibenden werden 205 ‰ Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

Stadtgemeinden.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der						
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer		Einkommensteuer	Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer		
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								%	
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11		
Noch: 11. Provinz Westfalen.																	
116. *Langendreer	27 713	Bochum	260	260	d. 270	d. 1 007	100	421	421			3,80 ‰		Vergl. Nr. 112 der Erläuterungen zur Spalte 10.			
117. *Horst (Emscher) . .	23 891	Recklinghausen	240	240	d. 240	d. 294	200	421	421			3,50 ‰					
118. *Weitmar	23 383	Bochum	250	250	250	250	d. 1 257	100	421						desgl. Nr. 113		
119. *Werne	18 900	"	230	230	230	230	d. 512	100	421						desgl. Nr. 114		
120. *Datteln	18 527	Recklinghausen	250	250	250	250	d. 1 379	200	300						desgl. Nr. 115		
121. *Herten	18 330	"	250	—	d. 276	d. 2 189	300	—	—			3,60 ‰		desgl. Nr. 116			
122. *Langerfeld	16 565	Schwelm	220	220	220	220	220	120	421								
123. *Lütgendortmund . .	15 652	Dortmund	270	270	270	270	d. 293	—	421					desgl. Nr. 117			
124. *Annen	14 753	Hörde	200	200	200	200	d. 360	100	300					desgl. Nr. 118			
125. *Röhlinghausen . . .	14 446	Gelsenkirchen .	195	195	195	195	d. 404	100	421					desgl. Nr. 119			
126. *Kirchhörde	14 149	Hörde	235	235	235	235	d. 560	100	421					desgl. Nr. 120			
127. *Linden	12 163	Hattingen	270	270	270	270	d. 1 311	100	661					desgl. Nr. 121			
128. *Emsdetten	12 157	Steinfurt	200	200	d. 270	d. 365	150	300	421			2,50 ‰		desgl. Nr. 122			
129. *Lüdenscheid	11 939	Altena	175	175	175	175	175	175	421								
130. *Marten	11 811	Dortmund	220	220	220	220	d. 537	100	421					desgl. Nr. 123			
131. *Brackwede	11 297	Bielefeld	215	215	215	215	215	215	421								
132. *Werdohl	11 260	Altena	200	200	200	200	200	200	421								
133. *Aplerbeck	10 669	Hörde	225	225	200	200	d. 728	—	421					desgl. Nr. 124			
134. *Dahlhausen	10 617	Hattingen	250	250	250	250	d. 650	100	421					desgl. Nr. 125			
135. *Günnigfeld	10 397	Gelsenkirchen .	220	220	220	220	d. 822	100	421					desgl. Nr. 126			
12. Provinz Hessen-Nassau.																	
1. Frankfurt a./M. . . .	447 125	Stadtkreis	d. 136	—	{ d. 2 625 d. 153 d. 165 }	162	147	100	—	Vergl. Nr. 2 der Erläuterungen zur Spalte 8.	3 ‰ für die seit d. 1. 4. 05 verkauften Grundstücke (5 ‰)	4 ‰ des Rohwertes	6 ‰ des Nutzungswertes				
2. Cassel	157 723	"	135	135	{ d. 2 075 d. 152 d. 174 }	175	175	100	661					3 ‰			
3. Wiesbaden	110 430	"	100	—	d. 140	150	150	150	—					2 ‰			
4. Hanau	40 014	"	173	—	d. 207	d. 191	186	—	—					3,30 ‰			desgl. Nr. 127
5. Fulda	23 226	Fulda	162	—	d. 178	178	178	178	—					2,40 ‰			
6. Marburg a./d. Lahn . .	22 208	Marburg	160	160	d. 182	d. 182	182	182	661			2,42 ‰		desgl. Nr. 128			
7. Biebrich	22 145	Wiesbaden	175	175	d. 300	d. 300	130	421				3,50 ‰		desgl. Nr. 129			
8. Höchst a./M.	17 185	Höchst	130	130	d. 155	155	55	661				1,70 ‰					
9. Bad Homburg v. d. H.	15 275	Obertaunuskrr. .	125	125	d. 216	180	180	125	661			2,35 ‰					
10. Eschwege	12 659	Eschwege	210	210	d. 210	210	210	210	421			3 ‰					
11. Limburg a./L.	11 176	Limburg	175	175	200	200	200	100	421								
12. Hersfeld	10 119	Hersfeld	185	185	200	200	200	200	421								
13. Schmalkalden	9 995	Hrsh. Schmalkald.	240	240	d. 204	240	240	240	421			2,25 ‰					
14. Oberlahnstein	8 716	St. Goarshausen	150	150	180	180	180	80	421								
15. Oberursel	7 810	Obertaunuskrr. .	116	116	d. 242	174	174	74	661			1 ‰	2 ‰				
16. Bad Ems	6 706	Unterlahnkreis .	160	160	d. 207	190	190	90	661			1,90 ‰					
17. Dillenburg	5 277	Dillkreis	160	160	200	200	200	100	421								
18. Rinteln	5 155	Grfsch. Schaumbg.	142	142	167	167	167	167	421								
19. Herborn	5 092	Dillkreis	150	150	200	200	200	100	421								
20. Niederlahnstein . . .	5 004	St. Goarshausen	140	140	170	170	170	30	421								
21. Hofgeismar	4 777	Hofgeismar . . .	165	165	165	165	165	165	421								
22. Gelnhausen	4 715	Gelnhausen . . .	200	200	200	200	200	200	300								
23. Rüdelsheim a./Rh. . .	4 626	Rheingaukreis .	150	150	200	200	200	150	661								
24. Hofheim	4 607	Höchst	100	100	120	120	120	100	421								
25. Diez	4 502	Unterlahnkreis .	155	155	190	190	190	—	300								
26. Eltville	4 397	Rheingaukreis .	100	100	d. 200	150	150	100	421								
27. Bad Orb	4 388	Gelnhausen . . .	50	50	50	50	50	50	300								
28. Geisenheim	4 330	Rheingaukreis .	150	150	200	200	200	100	421								
29. Montabaur	4 247	Unterwesterwaldk.	120	120	180	180	180	120	421								
30. Hochheim a./M. . . .	4 238	Wiesbaden	100	100	150	150	150	50	421								
31. Melsungen	4 220	Melsungen	160	160	160	160	160	160	421								
32. Witzenhausen	4 210	Witzenhausen . .	210	210	225	225	225	225	421								
33. Obernkirchen	4 007	Grfsch. Schaumbg.	180	180	180	180	180	180	421								

1) in Rödelsheim 2 1/2 ‰, bei den übrigen Vororten zwischen 150 und 200 ‰, der staatlich veranlagten Grundsteuer. — 2) mit einer Steigerung bei Mietwerten von über 300 M von 0,50 ‰, bis zum Höchstsatz von 4 ‰ bei Mietwerten von über 2 700 M. bei Frankfurt a. M., Bockenheim, Oberndorf, Niederrad und Seckbach nach der Steuerordnung vom 30. 4. 1895 in der Fassung vom 30. 7. 1909. Bei Bockenheim tritt nach dem Eingemeindungsvertrage bzw. späteren Gemeindebeschlüssen eine Vorausbelastung hinzu, desgl. bei Oberndorf ein Zuschlag von 40 ‰ der Normalrate, bei Niederrad desgl. ein Zuschlag von 1,6 ‰ des Mietwertes. In Rödelsheim werden 2 1/4 ‰ d. g. W., bei den übrigen Vororten von der staatlich veranlagten Gebäudesteuer der gleiche Prozentsatz wie bei der Landsteuer erhoben.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heran- ziehung der Ein- kommen von nicht mehr als 900 M. (Sp. 2b) zur Ge- meinde- steuer begrann bei einem Betrag von ... M.	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
S t a d t g e m e i n d e n .			Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäu- de- steuer	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer		Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	mehr als 900 M.	nicht mehr als 900 M.			I und II	III und IV								%
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 12. Provinz Hessen-Nassau.																
34. Weilburg	3 992	Oberlahnkreis .	140	140	170	170	170	170	70	421						
35. Treysa	3 783	Ziegenhain . . .	100	100	100	100	.	100	100	300						
36. Homberg, Bz. Cassel	3 751	Homberg	150	150	150	150	150	150	150	421						
37. Fritzlar	3 625	Fritzlar	100	100	100	100	100	100	100	100						
38. Frankenberg i. Hessen	3 569	Frankenberg . .	170	170	170	170	.	170	100	300						
39. Rotenburg a./d. F. .	3 449	Rotenburg i. H.-N.	150	150	150	150	150	150	150	421						
40. Idstein	3 427	Untertaunuskrr.	145	145	180	180	180	180	80	421						
41. Schlüchtern	3 369	Schlüchtern . .	150	150	150	150	150	150	150	421						
42. Kronberg	3 352	Obertaunuskrr. .	100	100	100	100	100	100	—	421						
43. Großalmerode	3 301	Witzenhausen . .	225	225	225	225	225	225	225	100						
44. Braubach	3 186	St. Goarshausen	160	160	190	190	d. 323		90	421						
45. Biedenkopf	3 044	Biedenkopf . . .	180	180	200	200	200	200	100	421						
46. Königstein a. Taunus	2 915	Obertaunuskrr. .	95	95	d. 126	100	100	—		421		1—2 ⁰⁰ / ₀₀	1 ⁰⁰ / ₀₀			
47. Allendorf	2 799	Witzenhausen . .	120	120	120	120	120	120	120	150						
48. Langenschwalbach . .	2 792	Untertaunuskrr.	100	100	150	150	150	150	100	421						
49. Hadamar	2 725	Limburg	130	130	185	185	.	185	130	421						
50. Kamberg	2 610	„	140	140	160	160	.	160	90	421						
51. Kirchhain, i. Bez. Cassel	2 547	Kirchhain	135	135	145	145	145	145	145	100						
52. Wolfhagen	2 541	Wolfhagen	60	60	60	60	60	60	60	300						
53. Haiger	2 509	Dillkreis	180	180	210	210	210	210	100	360						
54. Wanfried	2 484	Eschwege	215	215	215	215	215	215	215	300						
55. Volkmarsen	2 458	Wolfhagen	125	125	125	125	.	125	125	100						
56. Kaub	2 389	St. Goarshausen	195	195	225	225	.	225	195	300						
57. Nassau	2 374	Unterlahnkreis .	165	150	210	210	300	210	100	421						
58. Lorch	2 327	Rheingaukreis . .	150	150	200	200	200	200	100	421						
59. Steinau, Kr. Schlüchtern	2 194	Schlüchtern . . .	80	80	80	80	80	80	80	300						
60. Gudensberg	2 185	Fritzlar	60	60	60	60	60	60	60	180						
61. Grebenstein	2 183	Hofgeismar . . .	126	126	126	126	.	126	126	421						
62. Neustadt a./Main- Weserbahn	2 176	Kirchhain	125	125	133 ¹ / ₃	133 ¹ / ₃	.	133 ¹ / ₃	133 ¹ / ₃	300						
63. Usingen	2 034	Usingen	150	150	200	200	.	200	100	300						
64. Sontra	2 006	Rotenburg i. H.-N.	190	190	190	190	190	190	190	300						
65. Hachenburg	1 995	Oberwesterwaldkr.	115	115	140	140	140	140	115	421						
66. Immenhausen	1 993	Hofgeismar . . .	150	150	150	150	150	150	150	300						
67. Hessisch Oldendorf . .	1 987	Grfsch. Schaumbg.	145	145	165	165	165	165	165	300						
68. Carlshafen	1 889	Hofgeismar . . .	125	125	150	150	150	150	150	421						
69. Hessisch Lichtenau . .	1 858	Witzenhausen . .	125	125	125	125	125	125	125	421						
70. Nastätten	1 832	St. Goarshausen	150	150	200	200	.	200	130	360						
71. Hünfeld	1 818	Hünfeld	100	100	100	100	100	100	100	150						
72. Spangenberg	1 758	Melsungen	150	150	160	160	160	160	100	100						
73. Windecken	1 742	Hanau	160	160	160	160	160	160	160	421						
74. Ziegenhain	1 697	Ziegenhain	150	150	170	170	170	170	170	300						
75. Sankt Goarshausen . .	1 615	St. Goarshausen	130	130	170	170	170	170	80	421						
76. Gemünden	1 566	Frankenberg . . .	150	150	150	150	.	150	150	300						
77. Salmünster	1 556	Schlüchtern . . .	38	38	38	38	38	38	38	300						
78. Neukirchen, Kreis Ziegenhain	1 550	Ziegenhain	90	90	90	90	.	90	90	300						
79. Zierenberg	1 493	Wolfhagen	80	80	80	80	.	80	80	300						
80. Rodenberg	1 492	Grfsch. Schaumbg.	175	175	175	175	175	175	175	421						
81. Westerbürg	1 459	Westerbürg	100	100	125	125	125	125	100	225						
82. Friedrichsdorf	1 455	Obertaunuskrr. .	125	125	175	175	175	175	75	421						
83. Gersfeld	1 411	Gersfeld	165	165	180	180	.	180	180	1						
84. Naumburg i. Hessen . .	1 397	Wolfhagen	50	50	50	50	.	50	50	300						
85. Wächtersbach	1 367	Gelnhausen	150	150	150	150	150	150	150	400						
86. Wetter (Hessen-Nassau)	1 281	Marburg	125	125	135	135	.	135	135	300						
87. Borken in Hessen . . .	1 280	Homberg	140	140	175	175	.	175	175	421						
88. Soden	1 280	Schlüchtern	100	100	150	150	150	150	150	300						
89. Sachsenhagen	1 231	Grfsch. Schaumbg.	150	150	150	150	.	150	150	150						
90. Helmarshausen	1 203	Hofgeismar	150	150	150	150	.	150	150	300						

Vergl. Nr. 130
der Erläuterungen zur
Sp. 10.

1) von den Einkommen von 660 M. und darunter jedoch nur 125 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
Stadtgemeinden.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer		
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								
			%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 12. Provinz Hessen-Nassau.																
91. Tann	1 148	Gersfeld	180	180	180	180	.	180	180	150						
92. Runkel	1 146	Oberlahnkreis . .	130	130	180	180	180	180	80	300						
93. Rauschenberg	1 051	Kirchhain	190	190	220	220	.	220	220	100						
94. Frankenau	1 027	Frankenberg . . .	200	200	200	200	.	200	200	300						
95. Waldkappel	1 021	Eschwege	200	200	275	225	225	225	225	300						
96. Rosenthal	978	Frankenberg . . .	100	100	100	100	.	100	50	300						
97. Felsberg	974	Melsungen	75	75	75	75	75	75	75	421						
98. Amöneburg	858	Kirchhain	125	125	125	125	.	125	25	180						
99. Schweinsberg	839	"	235	235	235	235	235	235	235	216						
100. Schwarzenborn	783	Ziegenhain	100	100	125	125	—	—	125	300						
101. Niedenstein	725	Fritzlar	—	—	—	—	—	—	—	—						
102. Trendelburg	625	Hofgeismar	150	150	150	150	150	150	150	186						
103. Liebenau a./Diemel . .	523	"	100	100	100	100	100	100	100	300						
104. *Griesheim a. Main .	12 520	Höchst	145	145	175	175	175	175	75	661						
13. Rheinprovinz.																
1. Cöln ¹⁾	605 913	Stadtkreis	155	—	d. 152	d. 222	135	—	—	—		2,30 ‰			Vergl. Nr. 131 der Erläuterungen zur Spalte 10	
2. Düsseldorf	387 630	"	145	—	d. 186	d. 194	2) 190	—	—	—		2,75 ‰			desgl. Nr. 132	
3. Essen	311 169	"	200	—	d. 210	d. 315	d. 500	—	—	—		3,20 ‰			desgl. Nr. 133	
4. Duisburg	243 131	"	200	—	d. 204	d. 291	200	—	—	—		2,50 ‰			desgl. Nr. 134	
5. Elberfeld	173 230	"	215	150	d. 212	230 210	200	661	—	—		3 ‰			Vgl. Nr. 6 d. Erläuterung z. Spalte 11	
6. Barmen	171 564	"	220	100	d. 203	I 255 II 235	215	200	661	—		3 ‰				
7. Aachen	157 506	"	172	172	d. 200	d. 242	100	661	—	—		3,33 ‰			desgl. Nr. 135	
8. Crefeld	131 802	"	190	190	d. 197	210 195	210	421	—	—		2,75 ‰				
9. Mülheim a./d. Ruhr . .	123 168	"	200	200	d. 250	d. 335	150	421	—	—		3,25 ‰ für gewisse Teile des Stadtbezirks, für die übrigen Grundstücke in ‰ der staatl. veranl. Grund- u. Gebäudest.			desgl. Nr. 136	
10. Saarbrücken ³⁾	111 142	"	a. 230 b. 180 c. 180	230 180 180	d. 197 d. 121 d. 222	200 133 1/3 d. 277	200 133 1/3 d. 736	100 100 661	—	—		1,2 ‰			desgl. Nr. 137 desgl. Nr. 7	
11. Hameln	106 818	"	200	200	d. 282	d. 504	d. 697	421	—	—		2,60 ‰			desgl. Nr. 138 desgl. Nr. 8	
12. Oberhausen	97 505	"	225	225	d. 250	d. 537	325	661	—	—		3,40 ‰			desgl. Nr. 139	
13. Bonn	87 254	"	130	—	d. 180	180 163	100	—	—	—		2,80 ‰				
14. Remscheid	76 577	"	230	150	d. 217	300 230	d. 267	421	—	—		3,50 ‰			desgl. Nr. 9	
15. München Gladbach . .	68 518	"	200	200	d. 243	d. 246	100	421	—	—		3 ‰			desgl. Nr. 140	
16. Coblenz	60 865	"	125	—	d. 128	200 170	100	—	—	—		2 ‰			dgl. Nr. 10	
17. Trier	57 640	"	195	175	215 215	215 175	d. 305	661	—	—		—				
18. Solingen	51 570	"	220	—	d. 220	I 250 II 235	200	—	—	—		3,25 ‰				
19. Rheydt	45 672	"	200	200	d. 216	d. 245	100	421	—	—		2,85 ‰			desgl. Nr. 141	
20. Neuß	41 156	"	155	—	d. 227	170 165	100	—	—	—		2,60 ‰				
21. Sterkrade	37 385	Dinslaken	250	250	d. 255	d. 664	100	661	—	—		2,75 ‰			desgl. Nr. 142	
22. Düren	34 496	Düren	170	—	d. 188	200 170	100	—	—	—		2,50 ‰				
23. Viersen	31 941	Gladbach	200	150	d. 241	d. 267	100	421	—	—		2,75 ‰			desgl. Nr. 143	
24. Ohligs	30 215	Solingen	180	180	210 210	210 210	100	661	—	—		—				
25. Wald	27 202	"	220	—	d. 220	220 220	100	—	—	—		3 5/8 ‰				
26. Mörs	26 843	Mörs	230	230	240 240	d. 618	240	421	—	—		—			desgl. Nr. 144	
27. Wesel	25 796	Rees	195	195	200 200	200 200	50	661	—	—		—				
28. Velbert	25 124	Mettmann	233	150	235 235	d. 281	100	661	—	—		—			desgl. Nr. 145	
29. Eschweiler	24 818	Aachen	225	225	d. 225	I 290 III 230 II 240 IV 160	100	421	—	—		3 ‰				
30. Kreuznach	23 659	Kreuznach	190	100	d. 269	230 230	100	661	—	—		3,70 ‰				
31. Odenkirchen	20 515	Gladbach	250	250	d. 267	d. 379	150	421	—	—		3,50 ‰			desgl. Nr. 146	
32. Neuwied	19 172	Neuwied	200	200	200 200	200 200	100	421	—	—		—				
33. Cleve	19 100	Cleve	136	100	d. 157	156 156	50	661	—	—		2,65 ‰				
34. Siegburg	18 731	Siegburg	160	160	d. 160	160 160	160	661	—	—		2,10 ‰				
35. Hilden	18 625	Düsseldorf	182	182	215 215	d. 192	150	421	—	—		—			desgl. Nr. 147	
36. Saarlouis	18 434	Saarlouis	180	180	210 210	210 210	200	661	—	—		—				
37. Stolberg	16 975	Aachen	190	190	190 190	d. 361	90	661	—	—		—			desgl. Nr. 148	
38. Höhscheid	16 925	Solingen	270	270	d. 273	270 270	100	421	—	—		4,40 ‰				
39. Gummersbach	16 864	Gummersbach . . .	200	200	d. 245	d. 245	100	421	—	—		3,50 ‰			desgl. Nr. 149	
40. Bergisch Gladbach . .	16 614	Mülheim a. Rh. . .	200	200	d. 189	d. 325	100	421	—	—		2 ‰			desgl. Nr. 150	
41. Wermelskirchen . . .	16 075	Lennepe	240	240	250 250	250 250	100	421	—	—		—				
42. Ronsdorf	15 933	"	230	200	235 235	I 250 II 240	235	100	661	—		—				

1) Am 1. 4. 14 ist Mülheim a. Rh. eingemeindet worden. — 2) von Betrieben der IV. Gewerbesteuerklasse nur 100 ‰. — 3) a. Stadtbezirk Alt Saarbrücken, b. desgl. St. Johann, c. desgl. Malstatt-Burbach. — 4) von den Einkommen von 600 M und darunter jedoch nur 125 ‰. — 5) desgl., jedoch nur 100 ‰. — 6) desgl., jedoch 175 ‰. — 7) für Besitz bis zu 10 000 M nur 2 ‰, für Arbeiterhäuser 1 ‰. — 8) wie zu 4), jedoch 135 ‰.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

(Noch: Tab. 18.)			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zu- grunde gelegten staatlich veranlagten							Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungs- maßstab bei der				
St a d t g e m e i n d e n .			Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer in den Klassen		Be- triebs- steuer	Ein- kom- men- steuer	Grund- steuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab ver- merkt ist)	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Be- triebs- steuer	
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.		mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M	I und II			III und IV	%							%
N a m e n	Ein- wohner- zahl	K r e i s	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11
Noch: 13. Rheinprovinz.															
43. Steele	15 510	Essen	220	220	d. 223		d. 727	120	421			3,50 ‰		Vergl. Nr. 151 der Erläuterungen zur Spalte 10 desgl. Nr. 152	
44. Ratingen	14 514	Düsseldorf	150	—	d. 168		d. 188	100	—			2,25 ‰			
45. Wetzlar	14 511	Wetzlar	225	100	d. 432	200	225	225	225	421		3 ‰		200 ‰ d. st. v. Gebäudest.	
46. Mayen	14 481	Mayen	200	200	d. 200		200	200	50	421		3 ‰			
47. Lüttringhausen	13 893	Lennepe	220	200	220	220	d. 234	100	421					desgl. Nr. 153	
48. Cronenberg	13 785	Mettmann	200	150	210	210	210	210	200	421					
49. Lennepe	13 657	Lennepe	210	1) 200	d. 220		220	220	100	421					
50. Emmerich	13 596	Rees	220	220	d. 260		d. 342	100	661						
51. Eupen	13 543	Eupen	225	200	225	225	225	225	100	440					
52. Euskirchen	13 104	Euskirchen	175	175	195	195	195	195	100	661					
53. Werden	12 892	Essen	170	170	190	190	190	190	—	421					
54. Mettmann	11 818	Mettmann	200	2) 150	d. 210		210	210	—	421					
55. Radevormwald	11 782	Lennepe	255	200	255	255	d. 277	100	421						
56. Goch	11 658	Cleve	200	200	215	215	215	215	100	421					
57. Opladen	11 458	Solingen	155	155	d. 166		d. 215	100	661						
58. Dülken	10 897	Kempen I./Rheinpr.	225	150	d. 248		d. 255	100	661						
59. Uerdingen	10 885	Crefeld	110	—	d. 125	115	115	110	—						
60. Wülfrath	10 844	Mettmann	175	100	175	175	175	75	661						
61. Gräfrath	10 709	Solingen	217	147	242	242	242	142	661						
62. Süchteln	10 526	Kempen I./Rheinpr.	225	3) 175	225	225	225	100	421						
63. Andernach	10 218	Mayen	175	175	220	220	220	100	661						
64. Dinslaken	10 184	Dinslaken	225	225	d. 248		d. 590	100	421						
65. Langenberg	9 422	Mettmann	185	125	185	185	185	85	421						
66. Brühl	9 284	Cöln	100	100	125	125	190	140	100	360					
67. Rheindahlen	8 769	Gladbach	230	4) 215	230	230	230	100	421						
68. Merzig	8 342	Merzig	145	145	170	170	170	100	301						
69. Kempen a. Rhein	7 849	Kempen I./Rheinpr.	150	5) 150	d. 150	150	150	100	421						
70. Leichlingen	7 472	Solingen	210	6) 160	210	210	210	—	421						
71. Sankt Wendel	7 228	Sankt Wendel	215	215	225	225	225	100	421						
72. Kirn	7 181	Kreuznach	172	172	205	205	205	100	661						
73. Geldern	7 117	Geldern	180	150	200	200	200	100	421						
74. Honnef	6 902	Siegbkreis	130	130	d. 180	180	180	130	661						
75. Burscheid	6 857	Solingen	180	140	190	190	190	50	421						
76. Jülich	6 834	Jülich	110	110	150	150	150	100	421						
77. Wipperfurth	6 804	Wipperfurth	260	7) 260	d. 260	260	260	100	300						
78. Kettwig	6 771	Essen	170	170	200	200	200	—	421						
79. Ottweiler	6 689	Ottweiler	270	270	290	290	290	100	421						
80. Boppard 8)	6 205	Sankt Goar	115	115	135	135	135	—	421						
81. Bendorf	6 163	Coblenz	190	190	210	210	225	210	100	421					
82. Wittlich	6 105	Wittlich	200	200	d. 220	220	220	100	421						
83. Erkelenz	5 921	Erkelenz	145	145	180	180	180	—	421						
84. Ahrweiler	5 752	Ahrweiler	165	165	350	215	215	—	421						
85. Traben-Trarbach	5 024	Zell	200	200	225	225	225	125	301						
86. Malmedy	4 993	Malmedy	120	120	180	180	180	200	661						
87. Kaldenkirchen	4 879	Kempen I./Rheinpr.	188	149	214	214	214	—	421						
88. Geilenkirchen	4 860	Geilenkirchen	200	200	220	220	200	100	421						
89. Linz a. Rhein	4 744	Neuwied	170	170	170	170	170	100	421						
90. Bernkastel-Cues	4 586	Bernkastel	235	235	d. 251	250	250	100	300						
91. Vallendar	4 569	Coblenz	150	150	165	165	165	100	421						
92. Xanten	4 365	Mörs	180	180	210	210	d. 214	100	421						
93. Remagen	4 239	Ahrweiler	165	165	220	220	220	100	421						
94. Bergneustadt	4 233	Gummersbach	205	205	325	275	275	175	300						
95. Rees	4 192	Rees	180	9) 100	230	230	230	100	421						
96. Hückeswagen	4 106	Lennepe	170	170	170	170	170	—	421						
97. Königswinter	4 093	Siegbkreis	120	120	d. 180	180	180	50	661						
98. Grevenbroich	3 883	Grevenbroich	150	100	200	200	200	100	421						
99. Rheinberg	3 713	Mörs	150	150	190	190	d. 221	100	421						
100. Sobernheim	3 696	Kreuznach	160	150	180	180	180	180	421						
101. Cochem	3 669	Cochem	145	145	165	165	165	65	421						
102. Sinzig	3 492	Ahrweiler	115	115	165	165	165	100	421						
103. Bitburg	3 391	Bitburg	200	200	260	260	260	100	661						
104. Wevelinghoven	3 377	Grevenbroich	145	145	200	200	200	200	421						

1) von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 150 %. — 2) desgl., jedoch 100 %. — 3) desgl., jedoch 125 %. — 4) desgl., jedoch 180 %. — 5) desgl., jedoch 100 %. — 6) desgl., jedoch 130 %. — 7) desgl. von 420 M und darunter 100 %. — 8) Da die Angaben trotz mehrfacher Erinnerungen nicht rechtzeitig zu erhalten waren, sind die vorjährigen Zahlen eingesetzt worden. — 9) wie zu 1), jedoch nur 50 %.

Noch: Die von sämtlichen Städten und den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern.

Stadtgemeinden.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeindesteuer begann bei einem Betrage von ... M	Im Rechnungsjahre 1914 betrug bei eingeführter besonderer Gemeindesteuer der Erhebungsmaßstab bei der				
* Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.			Einkommensteuer der Einkommen von		Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer in den Klassen		Betriebssteuer	Einkommensteuer		Grundsteuer (nach dem gemeinen Wert, wenn nicht ein anderer Maßstab vermerkt ist)	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer	
Namen	Einwohnerzahl	Kreis	mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV								
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	8	9a	9b	10	11	
Noch: 13. Rheinprovinz.																
105. Oberwesel.	3 082	Sankt Goar . .	115	115	145	145	.	145	—	421						
106. Rheinbach	2 961	Rheinbach . . .	120	120	140	140	.	140	100	300						
107. Kaiserswerth	2 946	Düsseldorf . . .	155	155	200	200	200	200	155	421						
108. Müstereifel	2 930	Rheinbach . . .	140	140	160	160	.	160	100	661						
109. Heinsberg	2 787	Heinsberg . . .	140	140	190	190	190	190	—	421						
110. Zell (Mosel)	2 754	Zell	150	150	180	180	160	160	100	300						
111. Ehrenbreitstein	2 682	Coblenz	150	150	170	170	170	170	100	301						
112. Simmern	2 675	Simmern	180	180	200	200	.	200	—	440						
113. Prüm	2 648	Prüm	220	100	220	220	.	220	220	421						
114. Saarburg	2 647	Saarburg	120	120	150	150	.	150	150	421						
115. Orsoy	2 583	Mörs	180	180	260	260	240	240	100	421						
116. Bergisch Neukirchen	2 415	Solingen	160	160	180	180	180	180	—	661						
117. Sankt Vith	2 280	Malmedy	170	170	170	170	170	170	100	300						
118. Isselburg	2 251	Rees	180	180	230	230	230	230	50	421						
119. Linnich	2 167	Jülich	100	100	130	130	130	130	75	661						
120. Zülpich	2 166	Euskirchen . . .	130	130	150	150	150	150	50	421						
121. Angermund	2 142	Düsseldorf . . .	180	180	200	200	.	200	180	421						
122. Gemünd	1 973	Schleiden	190	190	190	190	190	190	50	421						
123. Bacharach	1 849	Sankt Goar . . .	175	175	225	225	225	225	100	301						
124. Hiltorf	1 849	Solingen	220	220	220	220	220	220	100	421						
125. Montjoie	1 848	Montjoie	150	150	190	190	190	190	100	300						
126. Baumholder	1 836	Sankt Wendel . .	200	200	220	220	.	220	150	421						
127. Braunfels	1 548	Wetzlar	155	155	185	185	185	185	185	421						
128. Sankt Goar	1 529	Sankt Goar . . .	100	100	100	100	.	100	—	421						
129. Neuerburg	1 354	Bitburg	190	190	210	210	.	210	100	301						
130. Burg a./Wupper	1 337	Lennepe	260	200	270	270	270	270	100	300						
131. Kirchberg (Hunsrück)	1 187	Simmern	210	210	210	210	210	210	100	421						
132. Stromberg	1 024	Kreuznach	225	225	225	225	150	150	225	300						
133. Schleiden	705	Schleiden	170	170	260	260	.	260	260	421						
134. *Borbeck	75 664	Essen	235	235	240	240	d. 478	140	421							
135. *Altenessen	44 342	„	225	225	d. 244	d. 448	d. 267	421								
136. *Neunkirchen	32 185	Ottweiler	250	250	265	250	d. 645	200	421							
137. *Rotthausen	29 323	Essen	190	190	210	210	d. 611	—	421							
138. *Benrath	28 407	Düsseldorf . . .	130	130	185	185	d. 363	—	661							
139. *Homberg	27 331	Mörs	210	210	240	240	d. 473	100	421							
140. *Merheim	25 387	Mülheim a. Rh. .	200	200	d. 220	220	220	100	300							
141. *MünchenGladb. Land	25 120	Gladbach	220	200	d. 248	d. 305	d. 305	100	300							
142. *Kray	20 847	Essen	170	170	180	180	d. 747	—	421							
143. *Dudweiler	20 012	Saarbrücken . . .	220	220	300	300	d. 1 517	100	661							
144. *Sulzbach	19 201	„	225	225	225	225	d. 973	50	661							
145. *Wiesdorf	18 818	Solingen	135	—	155	155	195	165	50	—						
146. *Katernberg	18 258	Essen	185	185	225	225	d. 422	—	421							
147. *Völklingen	17 661	Saarbrücken . . .	230	230	300	300	d. 791	100	661							
148. *Vilich	16 686	Bonn	100	100	150	150	d. 200	—	421							
149. *Püttlingen	16 396	Saarbrücken . . .	250	250	300	300	d. 1 582 ⁴⁾	100	300							
150. *Godesberg	16 079	Bonn	90	90	d. 170	170	170	—	421							
151. *Vohwinkel	15 688	Mettmann	200	200	d. 275	275	275	110	661							
152. *Repelen-Baerl	14 192	Mörs	160	160	210	210	d. 544	d. 300	421							
153. *Würselen	13 859	Aachen	140	140	170	170	d. 292	100	661							
154. *Richrath-Reusath	13 632	Solingen	210	210	d. 234	210	200	100	421							
155. *Hardenberg	13 204	Mettmann	210	100	210	210	d. 252	150	421							
156. *Neuwerk	13 031	Gladbach	220	220	d. 242	220	220	50	300							
157. *Stoppenberg	13 026	Essen	180	180	200	200	d. 557	—	421							
158. *Bensberg	11 927	Mülheim a. Rh. .	200	200	200	200	d. 400	200	300							
159. *Hiesfeld	11 881	Dinslaken	250	250	265	265	d. 539	100	421							
160. *Friedrichsthal	11 701	Saarbrücken . . .	172	172	172	172	d. 1 370	100	421							
161. *Ellendorf	11 214	Aachen	160	160	160	160	160	60	661							
162. *Haan	10 613	Mettmann	195	195	210	210	{ 225 11210 }	210	110	421						
14. Hohenzollernsche Lande.																
1. Sigmaringen	5 440	Sigmaringen . . .	133 1/2	133 1/2	200	200	200	200	—	300						
2. Hechingen	5 098	Hechingen	170	170	210	210	210	210	—	100						

Vergl. Nr. 161 der Erläuterung zur Spalte 10

desgl. Nr. 162

desgl. Nr. 163

desgl. Nr. 164

desgl. Nr. 165

desgl. Nr. 166

2,50 ‰

3 ‰

desgl. Nr. 167

desgl. Nr. 168

desgl. Nr. 169

desgl. Nr. 170

desgl. Nr. 171

desgl. Nr. 172

desgl. Nr. 173

1,95 ‰

3 ‰

desgl. Nr. 174

desgl. Nr. 175

desgl. Nr. 176

3 ‰

desgl. Nr. 177

desgl. Nr. 178

desgl. Nr. 179

desgl. Nr. 180

Vergl. Nr. 11 der Erläuterungen z. Spalte 11

desgl. Nr. 12

¹⁾ von den Einkommen von 660 M und darunter jedoch nur 170 ‰. — ²⁾ desgl., jedoch nur 100 ‰. — ³⁾ Die zu landwirtschaftlichen und gärtnerischen Zwecken benutzten Grundstücke werden nur mit 1/2 des Wertes veranlagt. — ⁴⁾ Mit der Kgl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist vereinbart, daß der Bergwerksan- und Gewerbesteuer für die Steuerjahre 1912 bis 1916 an die Gemeinde Püttlingen einen festen jährlichen Betrag von 130 000 M zu zahlen hat. — ⁵⁾ wie zu 1), jedoch nur 180 ‰. — ⁶⁾ In den Hohenzollernschen Landen werden die Ertragssteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) nach dem Hohenzoll. Gesetz vom 25. 3. 1875 erhoben.

Erläuterungen zur Spalte 8 der Tabelle 18.

1. Stadtkreis Altona.

Es sollen zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen werden:

- a) alle diejenigen, welche in dem Stadtbezirk nach den Bestimmungen der Gesetze ihren Wohnsitz haben;
- b) alle diejenigen, welche, auch ohne im Stadtbezirk zu wohnen, sich länger als drei Monate in demselben aufhalten;
- c) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, und juristische Personen, insbesondere auch Gemeinden und weitere Kommunalverbände, welche in dem Stadtbezirk Grundbesitz, gewerbliche Anlagen, Eisenbahnen oder Bergwerke haben, Pachtungen, stehende Gewerbe, Eisenbahnen oder Bergbau betreiben, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen zufließenden Einkommens;
- d) der Staatsfiskus hinsichtlich des Einkommens aus den von ihm im Stadtbezirk betriebenen Gewerben, Eisenbahn- und Bergbauunternehmungen sowie aus den im Stadtbezirk belegenen Domänen und Forsten;
- e) diejenigen physischen Personen, welche im Stadtbezirk, ohne daselbst zu wohnen oder sich länger als drei Monate aufzuhalten, Grundbesitz, gewerbliche Anlagen, Eisenbahnen oder Bergwerke haben, Pachtungen, stehende Gewerbe, Eisenbahnen, oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben [Forensen], hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen zufließenden Einkommens (§ 1).

Von der Gemeindeeinkommensteuer sind frei die im § 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. September 1867¹⁾ aufgeführten Personen. Zu denselben gehören auch die Witwen und Waisen nicht verabschiedeter oder auf höheres Wartegeld gesetzter Beamten, rücksichtlich des unter Nr. 5 des angeführten § 1 der Verordnung vom 23. September 1867 bezeichneten Einkommens. Die weitergehenden, zur Zeit des Erlasses der Städteordnung vom 14. April 1869 gültigen persönlichen Befreiungen bleiben für die Dauer der Genußberechtigung der im wohlverworbenen Besitz derselben befindlichen Personen bestehen (§ 24 der Städteordnung).

Wegen der Besteuerung des Dienst Einkommens der Beamten und Pensionäre kommen die Vorschriften der angeführten Verordnung vom 23. September 1867¹⁾ sowie die Vorschrift im § 12 des Gesetzes vom 27. Juli 1885²⁾ zur Anwendung.

Hinsichtlich der Besteuerung der mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere bewendet es bei der Vorschrift im § 9 des Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke vom 29. Juni 1886 (§ 2).

Derjenige Teil des Gesamteinkommens der im § 1a und b bezeichneten Abgabepflichtigen, welcher aus außerhalb des Stadtbezirks belegenen Grundeigentum oder aus außerhalb des Stadtbezirks stattfindendem Pacht-, Gewerbe-, Eisenbahn- bzw. Bergbaubetriebe fließt, ist in Gemäßheit des § 9, Abs. 1 und § 10 des Gesetzes vom 27. Juli 1885³⁾ von der Gemeindeeinkommensteuer frei zu lassen, jedoch ist zu der letzteren nach § 9 Abs. 2 a. a. O.³⁾ stets mindestens ein Viertel des Gesamteinkommens heranzuziehen (§ 3).

Die Veranlagung der Gemeindeeinkommensteuer geschieht durch die Einschätzungskommission unter Anwendung der für die Einschätzung zur Staatseinkommensteuer geltenden Grundsätze, jedoch mit der Maßgabe, daß bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften usw. das ermittelte Einkommen ohne den Abzug von 3 1/2 % zugrunde zu legen ist (§ 16 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891⁴⁾).

Die dieser Steuerordnung beigelegten Steuersätze sind maßgebend, soweit nicht die Eingemeindungsverträge andere Steuersätze festsetzen.

Das steuerpflichtige Einkommen derjenigen Steuerpflichtigen, welche zur Staatseinkommensteuer herangezogen und mit ihrem Einkommen vollständig zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen sind, wird aus der Staatssteuerrolle unmittelbar übernommen, mit der aus dem Absatze 1 vorstehend sich ergebenden Abänderung.

1) bezw. Gesetz vom 16. Juni 1909. — 2) bezw. § 41 K.A.G. vom 14. Juli 1893. — 3) bezw. der §§ 49 und 50 K.A.G. bzw. Art. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1895. — 4) jetzt § 15 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906.

Die nach vorstehenden Bestimmungen festgestellten Steuersätze haben die Bedeutung von Verhältniszahlen, welche bei Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge nach Maßgabe des in jedem Jahre aufzubringenden Steuerbetrages zugrunde zu legen sind (§ 4).

Die nach vorstehenden Grundsätzen stattfindenden Einschätzungen bilden die Personenverzeichnisse zur Gemeindeeinkommensteuer, auf Grund deren, nachdem die aufzubringende Summe und die Zahl der demgemäß zu erhebenden einfachen Steuersätze durch Gemeindebeschluß festgestellt ist, der Magistrat die Heberolle anfertigt und vollstreckbar erklärt (§ 7).

Steuersätze.

Stufe	Einkommen von mehr als M	bis M	Steuersatz M Pf.	Stufe	Einkommen von mehr als M	bis M	Steuersatz M Pf.
1	900	1 050	14 20	18	5 500	6 000	150 00
2	1 050	1 200	16 80	19	6 000	6 500	175 00
3	1 200	1 350	19 40	20	6 500	7 000	200 00
4	1 350	1 500	22 00	21	7 000	7 500	230 00
5	1 500	1 650	25 00	22	7 500	8 000	260 00
6	1 650	1 800	28 00	23	8 000	8 500	290 00
7	1 800	2 100	33 00	24	8 500	9 000	320 00
8	2 100	2 400	38 00	25	9 000	9 500	360 00
9	2 400	2 700	44 00	26	9 500	10 500	400 00
10	2 700	3 000	50 00	usw.			
11	3 000	3 300	56 00	57	50 000	52 000	2 280 00
12	3 300	3 600	66 00	82	100 000	105 000	4 670 00
13	3 600	3 900	76 00	102	200 000	205 000	9 380 00
14	3 900	4 200	86 00	110	240 000	245 000	11 300 00
15	4 200	4 500	96 00	usw. für jede 5 000 M ein			
16	4 500	5 000	112 00	Jahressatz von 240 M mehr.			
17	5 000	5 500	130 00				

2. Stadtkreis Frankfurt a./M.

Die Gemeinde-Einkommensteuer ist nach Maßgabe der Bestimmungen des K.A.G. vom 14. Juli 1893, insbesondere §§ 33 ff., zu entrichten.

Steuerpflichtige, welche in Frankfurt a./M. ihren Wohnsitz haben und mehr als drei Viertel ihres Einkommens außerhalb des Gemeindebezirks Frankfurt a./M. aus Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, aus Handels- und Gewerbebetrieb, einschließlich des Bergbaues, sowie aus der Beteiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewinnen, sind mit einem vollen Viertel ihres Gesamteinkommens in Frankfurt a./M. zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehen.

Die Veranlagung geschieht nach den Stufen des Staatseinkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891. Für die einzelnen Steuerstufen gelten die Steuersätze der dieser Steuerordnung angefügten Tabelle.

Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M bleiben von Gemeindeeinkommensteuer frei.

Die Einschätzung erfolgt durch den Magistrat.

Steuersätze.

Stufe	Einkommen von M	bis M	Steuer- betrag M Pf.	Stufe	Einkommen von M	bis M	Steuer- betrag M Pf.
1	901	1 050	4 20	14	3 901	4 200	73 56
2	1 051	1 200	6 36	15	4 201	4 500	83 16
3	1 201	1 350	8 40	16	4 501	5 000	94 44
4	1 351	1 500	11 16	17	5 001	5 500	105 60
5	1 501	1 650	14 76	18	5 501	6 000	116 76
6	1 651	1 800	18 24	19	6 001	6 500	144 00
7	1 801	2 100	21 72	20	6 501	7 000	158 40
8	2 101	2 400	25 20	21	7 001	7 500	172 80
9	2 401	2 700	30 84	22	7 501	8 000	190 80
10	2 701	3 000	36 36	23	8 001	8 500	208 80
11	3 001	3 300	48 00	24	8 501	9 000	226 80
12	3 301	3 600	56 04	25	9 001	9 500	248 40
13	3 601	3 900	63 96	26	9 501	10 500	270 00

Für alle weiteren Stufen ist der städtische Steuerbetrag gleich den Sätzen der Staatseinkommensteuer nach Maßgabe des § 17 des Gesetzes vom 24. Juni 1891.

Erläuterungen zur Spalte 10 der Tabelle 18.

Vorbemerkung. Bei den Auszügen aus den besonderen Steuerordnungen über die Veranlagungsmaßstäbe sind Bestimmungen über Befreiungen, Ermäßigungen usw. im allgemeinen unberücksichtigt geblieben.

1. Stadtkreis Elbing.

Die Veranlagung erfolgt für jedes Steuerjahr gemäß §§ 17—24 Gewerbesteuerges. v. 24. Juni 1891. Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem Hundert Mark des ermittelten Ertrages erhoben. Dieser Satz gelangt jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500 bis 4 000 *M* aussch. oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 bis 30 000 *M* aussch. zur Erhebung. Für Betriebe mit einem Ertrage von 4 000 bis 10 000 *M* aussch. oder einem Anlage- und Betriebskapital von 30 000 bis 75 000 *M* aussch. erhöht sich dieser Satz um $\frac{1}{10}$, bei einem Ertrage von 10 000 bis 20 000 *M* aussch. oder einem Anlage- und Betriebskapital von 75 000 bis 150 000 *M* aussch. um $\frac{2}{10}$, bei höherem Ertrage oder größerem Anlage- und Betriebskapital um $\frac{3}{10}$. Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 150 000 *M* der Ertrag nicht

a) 4 v. H. des Anlage- und Betriebs-Kapitals oder

b) 10 v. H. des gemeinen Wertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume,

so wird der Besteuerung anstelle des Ertrages der nach a) oder b) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt.

Bei Betrieben, in denen mehr als 100 Personen (Angestellte und Arbeiter sowie weibl. Pers.) beschäftigt werden, kommt ebenfalls der Steuersatz von jedem Hundert des Ertrages zur Erhebung. Jedoch erhöht sich dieser Steuersatz für jede in dem Betriebe beschäftigte Person um 4 *M.*¹⁾.

2. Stadtkreis Neukölln.

Die Veranlagung erfolgt für jedes Steuerjahr gemäß §§ 17 bis 24 Gewerbesteuerges. v. 24. Juni 1891. Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem Hundert Mark des ermittelten Ertrages erhoben. Steuerfrei sind Betriebe, die weder einen Ertrag von 1 500 *M* noch ein Anlage- und Betriebskapital von 3 000 *M* haben. Von denjenigen Betrieben, deren Ertrag 4 000 *M* und deren Anlage- und Betriebskapital 30 000 *M* nicht erreichen, wird der gemäß § 57 K.A.G. festzustellende Satz erhoben. Dieser Satz erhöht sich für Betriebe

mit einem Ertrage von	oder	einem Anlage- und Betriebs-Kapital von	um
4 000 aussch. — 10 000 <i>M</i>		30 000 aussch. — 75 000 <i>M</i>	$\frac{1}{10}$
10 000 „ — 20 000 „		75 000 „ — 150 000 „	$\frac{2}{10}$
20 000 „ — 50 000 „		150 000 „ — 250 000 „	$\frac{3}{10}$
50 000 „ — 100 000 „		250 000 „ — 500 000 „	$\frac{4}{10}$
100 000 „ — 150 000 „		500 000 „ — 750 000 „	$\frac{5}{10}$
150 000 „ — 200 000 „		750 000 „ — 1 000 000 „	$\frac{6}{10}$
über 200 000 „		über 1 000 000 „	$\frac{7}{10}$

bleibt bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 150 000 *M* der Ertrag unter

a) 4 v. H. des Anlage- und Betriebskapitals oder

b) dem zweifachen des ortsüblichen Jahresmietwertes der eigenen Grundstücke und der im eigenen Hause für den Gewerbebetrieb benutzten Räume oder der zu zahlenden Jahresmiete für die zum Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke und Räume,

so wird der Besteuerung an Stelle des Ertrages der nach a) oder b) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt.¹⁾

3. Stadtkreis Spandau.

Alle gewerbesteuerpflichtigen Betriebe, die das stehende Gewerbe des Kleinhandels mit mehr als einer im § 6 d. Ges. betr. die Warenhaussteuer vom 18. Juli 1900 unterschiedenen Warengruppen betreiben, unterliegen, wenn der gesamte jährliche Warenumsatz in diesen Gruppen 100 000 *M* übersteigt, einer besonderen Gewerbesteuer nach folgenden Sätzen:

¹⁾ Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden nach Maßgabe des in der Gemeinde belegenen Teiles des Betriebes gemäß § 32 Abs. 2. K.A.G. veranlagt. Die Veranlagung erfolgt nach Maßgabe der dem Gewerbebetrieb in der Gemeinde gewidmeten Werte. Ob gemäß den betr. Bestimmungen der Steuerordnung eine erhöhte Besteuerung einzutreten hat, bestimmt sich jedoch nach dem gesamten Ertrage oder gesamten Anlage- und Betriebskapital usw. innerhalb und außerhalb der Gemeinde.

Bei einem Jahresumsatze von mehr als

	a. (2 Gruppen)	b. (3 Gruppen)	c. (mehr als 3 Gruppen)
100 000—200 000 <i>M</i>	$\frac{1}{2}$ %	1 %	2 %
200 000—300 000 „	1 %	$1\frac{1}{2}$ %	$2\frac{1}{2}$ %
300 000—400 000 „	$1\frac{1}{2}$ %	2 %	3 %
400 000 <i>M</i>	2 %	$2\frac{1}{2}$ %	$3\frac{1}{2}$ %

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden bei der Feststellung der Warengruppen die in den Verkaufsstätten außerhalb der Gemeinde Spandau vertretenen Warengruppen mitgerechnet, dagegen wird der Umsatz nur nach Maßgabe des in der Gemeinde Spandau belegenen Teiles des Gewerbebetriebes festgestellt.

Für die übrigen Betriebe geschieht die Besteuerung unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach d. Ges. v. 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß bei den Betrieben der Steuerklassen I und II die der staatlich veranlagten Steuersätze sowie die gemäß § 38 a. a. O. überwiesenen Steuerbeträge unter Erhöhung um 25 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden.

Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt bzw. überwiesen sind, werden in den Klassen III und IV mit einem diesem Betrage, in den Klassen I und II mit einem $1\frac{1}{4}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatze veranlagt.

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, wird das Anlage- und Betriebskapital nur nach Maßgabe des in der Stadt Spandau belegenen Teiles des Gewerbebetriebes festgestellt, doch bleiben hierbei diese Betriebe derjenigen Steuerklasse zugerechnet, zu der der Gesamtbetrieb veranlagt worden ist. Die sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckenden Betriebe werden gemäß §§ 6—8 des Gewerbesteuergesetzes in derjenigen Gewerbesteuerklasse veranlagt, zu der sie hiernach gehören. Der Steuersatz ist nach der Ertragsschätzung in Klasse I gemäß § 9 des Gewerbesteuergesetzes, in den übrigen Steuerklassen in verhältnismäßiger Gleichheit mit den Steuersätzen der Mitglieder der betreffenden Klasse mit der Maßgabe festzusetzen, daß auch hier für die unter die Klassen I und II fallenden Betriebe die Sätze um 25 % erhöht werden. Den sich danach ergebenden Steuersätzen wird ein Betrag von 45 *M* bei Betrieben der ersten, von 30 *M* bei solchen der zweiten, von 15 *M* bei denen der dritten Gewerbesteuerklasse zugesetzt. Ergibt sich für die Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, nach der für die übrigen Betriebe maßgebenden Besteuerung unter Zugrundelegung des überwiesenen Steuerbetrages ein höherer Steuerbetrag als nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen, so kommt ersterer, d. h. immer der höchste Steuerbetrag, zur Berechnung.²⁾

4. Stadtkreis Potsdam.

Im allgemeinen erfolgt die Besteuerung der Betriebe in Prozentsen der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Der Besteuerung derjenigen Betriebe, bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals einschließlich des 20fachen Betrages des jährlichen Mietzinses bzw. Mietwertes 1 Mill. *M* oder mehr beträgt, wird dieser Wert zugrunde gelegt. V. T. dieses Wertes werden jährlich 1,30 *M* erhoben.²⁾ ³⁾

5. Stadtkreis Brandenburg a. H.

Für Betriebe, in denen der Ertrag hinter 4 000 *M* oder der Wert des Anlage- und Betriebskapitals hinter 30 000 *M* zurückbleibt, wird der Besteuerung die staatliche Gewerbesteuerveranlagung zugrunde gelegt.

²⁾ Die festgestellten Steuersätze haben die Bedeutung von Verhältniszahlen, die bei Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge nach Maßgabe des in jedem Jahre nach dem maßgebenden Gemeindebeschluß durch die Steuer vom Gewerbebetrieb aufzubringenden Steuerbedarfs zugrunde zu legen sind. — ³⁾ Ist der auf Grund der Veranlagung nach der besonderen Steuerordnung für einen Gewerbebetrieb sich ergebende Steuersatz geringer als der staatlich veranlagte Gewerbesteuersatz, so kommt letzterer Satz zur Hebung.

Der Steuersatz beträgt bei einem Ertrage	
bis einschließlich 4 000 \mathcal{M}	1 v. H. des Ertrages
über 4 000 bis 8 000 „	1,05 „ „
„ 8 000 „ 12 000 „	1,10 „ „
„ 12 000 „ 16 000 „	1,15 „ „
„ 16 000 „ 20 000 „	1,20 „ „
„ 20 000	1,25 „ „

Erreicht der nach diesen Sätzen festgestellte Steuerbetrag nicht den Steuerbetrag, der sich nach der folgenden Berechnung ergibt, so tritt dieser letztere Steuersatz an dessen Stelle. Dieser Steuersatz wird berechnet

- a) aus 1 v. H. des Ertrages zuzüglich
- b) $\frac{1}{4}$ v. T. des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals; dabei wird für die in gemieteten Räumen stattfindenden Betriebe dem Anlage- und Betriebskapital der $16\frac{2}{3}$ fache Betrag der Mietsumme hinzugerechnet, und für die im Eigenbesitz stattfindenden Betriebe muß in der Summe des Anlage- und Betriebskapitals mindestens der $16\frac{2}{3}$ fache Betrag des staatlich festgestellten Gebäudesteuer-Nutzungswertes der zum Betriebe benutzten Räume enthalten sein.

Betriebe, die in der Gemeinde nur eine Zweigniederlassung haben, werden nach dem in der Gemeinde erzielten Umsatze besteuert; und zwar beträgt der Steuersatz a) von jedem angefangenen Tausend des Umsatzes

1. für die ersten 50 000 \mathcal{M} 2,00 \mathcal{M}
2. über 50 000 bis 500 000 „ 1,50 „
3. „ 500 000 \mathcal{M} 1,00 „

b) ist kein Umsatz vorhanden, oder ist er nicht zu ermitteln, oder ist der Steuersatz nach folgender Berechnung höher, so tritt dieser an die Stelle der Umsatzberechnung:

Es werden zusammengerechnet

1. von dem Ertrage in der Gemeinde 1 v. H.,
2. für jede Person des Betriebes, und zwar
 - a) die ersten 10 je 20 \mathcal{M}
 - b) von 11 bis 50 „ 5 „
 - c) „ 51 „ 100 „ 2 „
 - d) „ über 100 „ 1 „

Die sich ergebende Summe bildet den Steuerbetrag.¹⁾

6. Stadtkreis Guben.

Für alle Betriebe, in denen entweder weniger als 20 Personen beschäftigt werden, oder bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals weniger als 30 000 \mathcal{M} beträgt, wird die staatliche Gewerbesteueranlagung zugrunde gelegt (§ 2).

Für Betriebe, in denen entweder 20 und mehr Personen beschäftigt werden, oder der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 30 000 \mathcal{M} und mehr beträgt, tritt der staatlichen Gewerbesteuer als ergänzender Maßstab hinzu entweder

- a) für jede im Betriebe beschäftigte Person eine Erhöhung um 1 \mathcal{M} , oder
- b) $\frac{1}{2}$ ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals.

Findet ein Gewerbebetrieb dauernd in gemieteten Räumen statt, so tritt im Falle zu b) als weiterer ergänzender Besteuerungsmaßstab der Umfang des Geschäfts, soweit derselbe nicht bereits in der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals zum Ausdruck kommt, hinzu. Als Besteuerungsmerkmal für den Geschäftsumfang gilt in diesem Falle neben dem Anlage- und Betriebskapital auch der für die Räume gezahlte jährliche Mietszins, und zwar werden 0,66 % desselben den in Ansatz gebrachten $\frac{1}{2}$ ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals hinzugerechnet.

Zur Feststellung, ob hiernach ein dauernd in gemieteten Räumen stattfindender Betrieb der Steuerpflicht nach den vorstehenden Bestimmungen oder unter Zugrundelegung der staatlichen Gewerbesteueranlagung unterliegt, ist das $16\frac{2}{3}$ fache des Mietswertes dem sonst festgestellten Anlage- und Betriebskapital hinzuzurechnen. Der so gefundene Gesamtbetrag wird alsdann dem Anlage- und Betriebskapital im Sinne des § 2 gleichgeachtet. Zur Anrechnung kommt der nach Ziffer a oder nach Ziffer b sich ergebende höchste Betrag (§ 3).

Die Besteuerungsmaßstäbe des § 3 finden auch dann Anwendung, wenn bei solchen, mit einem Anlage- und Betriebskapital

von 30 000 \mathcal{M} und darüber fundierten oder unter Hinzurechnung des nach § 3 kapitalisierten Mietszinses diesen Gesamtbetrag erreichenden oder überschreitenden Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, das Anlage- und Betriebskapital des im Stadtbezirk Guben belegenen Teiles des Gewerbebetriebes einschließlich des kapitalisierten Mietszinses hinter 30 000 \mathcal{M} zurückbleibt. In diesen Fällen wird für die Ergänzung der staatlichen Gewerbesteueranlagung nur der auf Guben entfallende Teil des Anlage- und Betriebskapitals als ergänzender Besteuerungsmaßstab im Sinne des § 3 zugrunde gelegt (§ 4).

Die festgestellten Grundsteuersätze und die nach § 2 zugrunde zu legenden Staatssteuersätze haben die Bedeutung von Verhältniszahlen, die bei Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge nach Maßgabe des alljährlich nach dem Beschluß der städtischen Behörden durch die Steuer vom Gewerbebetriebe aufzubringenden Steuerbedarfs zugrunde zu legen sind. Der Prozentsatz, der zur Hebung kommt, ist in jedem Rechnungsjahre für die Grundsteuersätze des § 3 und die staatlich veranlagte Gewerbesteuer (§ 2) gleich hoch, jedoch werden die in der Gewerbesteuerklasse III veranlagten Gewerbetreibenden mit 15 %, die in Klasse IV veranlagten Gewerbetreibenden mit 30 % niedriger veranlagt (§ 7).

Für Zweigniederlassungen besteht folgende besondere Steuerordnung:

Die nach § 28 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betriebe der Gewerbesteuerklassen I, II und III, die in Guben eine Zweigniederlassung haben, werden auf Grund des in Guben erzielten Jahresumsatzes zur Gewerbesteuer veranlagt. Der Steuersatz beträgt bei einem Umsatz bis zu 1 000 \mathcal{M} 2 \mathcal{M} und steigt für jedes weitere angefangene Tausend um je 2 \mathcal{M} (§ 2). Läßt sich für einen Betrieb ein in Guben erzielter Umsatz nicht feststellen, so erfolgt die Besteuerung nach folgendem Steuersatz:

Es werden zusammengerechnet

1. von dem in Guben erzielten Ertrage des Betriebes $\frac{1}{2}$ % und
2. für jede in dem Betriebe beschäftigte Person,
 - a) wenn deren Gesamtzahl nicht mehr als 20 beträgt, 20 \mathcal{M} ,
 - b) „ die „ „ mehr als 20, aber nicht mehr als 35 beträgt, 30 „
 - c) wenn die Gesamtzahl mehr als 35, aber nicht mehr als 50 beträgt, 40 „
 - d) wenn die Gesamtzahl mehr als 50 beträgt, . . . 50 „

Der aus der Zusammenrechnung zu 1 und 2 sich ergebende Betrag stellt den der Besteuerung zugrunde zu legenden Steuersatz dar. Nach diesem Steuersatz erfolgt die Besteuerung auch dann, wenn der nach dem Umsatz berechnete Steuersatz niedriger ist (§ 3).

Von den Steuersätzen ist als Gemeindesteuer der gleiche Prozentsatz zu entrichten, der bei den übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben von den staatlich veranlagten Steuersätzen erhoben wird. Jedoch dürfen die Steuersätze bei den Betrieben der Klasse I 3 %, der Klassen II und III 2 % des nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung selbständig zu berechnenden Ertrages des einzelnen Betriebes nicht übersteigen, sind also gegebenenfalls auf diesen Prozentsatz zu ermäßigen (§ 4).

Findet der Betrieb ganz oder teilweise in gemieteten Räumen statt, so wird zu dem Ertrage die Hälfte der zu entrichtenden Miete hinzugerechnet (§ 5).

Die Bestimmungen der Gewerbesteuerordnung für die übrigen Betriebe werden durch diese Steuerordnung nicht berührt. Kann die Besteuerung sowohl nach dieser wie nach jener besonderen Steuerordnung erfolgen, so gelangt der höhere Betrag zur Hebung (§ 7).

7. Stadtkreis Forst.

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 3, 4 und 5 der besonderen Steuerordnung erfolgt die Veranlagung für jedes Steuerjahr unter sinngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer geltenden Grundsätze des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (§ 2).

Die Gewerbesteuer wird nach dem Ertrage bemessen. Für Betriebe, die Handelsbücher nach Vorschrift der §§ 38 ff. des Handelsgesetzbuches führen, wird der Steuersatz nicht nach dem Ertrage des letzten Jahres, sondern nach dem durchschnittlichen Ertrage der letzten drei Jahre bemessen. Der Mietswert dem Unternehmer eigentümlich gehöriger Geschäftsräume wird vom Ertrage abgezogen. Als Mietswert gilt höchstens der staatlich festgestellte Gebäudesteuer-Nutzungswert der betreffenden Räumlichkeiten (§ 3).

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

Der Steuersatz beträgt bei einem Ertrage

1. bis 2 000 \mathcal{M} einschl.	0,50 v. H. d. Ertrages
2. von über 2 000 \mathcal{M} bis 3 000 \mathcal{M} einschl.	0,60 „ „
3. „ „ 3 000 „ „ 4 000 „ „	0,70 „ „
4. „ „ 4 000 „ „ 5 000 „ „	0,80 „ „
5. „ „ 5 000 „ „ 6 000 „ „	0,90 „ „
6. „ „ 6 000 „ „ 8 000 „ „	1,00 „ „
7. „ „ 8 000 „ „ 12 000 „ „	1,05 „ „
8. „ „ 12 000 „ „ 18 000 „ „	1,10 „ „
9. „ „ 18 000 „ „ 25 000 „ „	1,15 „ „
10. „ „ 25 000 „ „ 40 000 „ „	1,20 „ „
11. „ „ 40 000 „ „ 65 000 „ „	1,25 „ „
12. „ „ 65 000 „ „ 100 000 „ „	1,30 „ „
13. „ „ 100 000 „ „	1,35 „ „ (§ 4).

Erreicht der nach den §§ 3 und 4 festgestellte Steuerbetrag nicht den Steuerbetrag, der sich nach den Bestimmungen der folgenden Absätze dieses § 5 ergibt, oder ist kein Ertrag erzielt worden, so tritt dieser letztere Steuersatz an dessen Stelle.

Dieser Mindeststeuersatz wird berechnet, indem als Ertrag des Gewerbebetriebes angenommen wird ein Nutzen von 3 % des Anlage- und Betriebskapitals bei Betrieben mit einem solchen bis zu 30 000 \mathcal{M} , von 4 % bei Betrieben mit einem solchen von über 30 000 \mathcal{M} .

Von dem angenommenen Ertrage wird der im § 4 festgesetzte Hundertsatz erhoben und diesem wird zugerechnet ein Betrag von

50 \mathcal{M} bei Betrieben der Gewerbesteuerklasse I	I
35 „ „ „ „ „	II
20 „ „ „ „ „	III.

Das Anlage- u. Betriebskapital in diesem Sinne umfaßt sämtliche dem Gewerbebetriebe dauernd oder auch nur vorübergehend gewidmeten Werte, einschließlich des Wertes der für den Gewerbebetrieb gemieteten Grundstücke, Gebäude usw. (§ 5). 1). 2).

8. Prenzlau, Kreis Prenzlau.

Es besteht für Zweigniederlassungen eine besondere Steuerordnung, die der von Guben (Nr. 6) entspricht, mit der Maßgabe, daß anstelle des § 7 die in Anmerkung 3 auf S. 211 angegebenen Bestimmungen Geltung haben.

9. Wittenberge, Kreis Westprignitz.

Von den nach § 28 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, soweit ihr jährlicher Ertrag mindestens 1 500 \mathcal{M} oder ihr Anlage- und Betriebskapital mindestens 3 000 \mathcal{M} beträgt, wird eine Gewerbe-steuer nach dem Ertrage erhoben. Die Steuer beträgt bei einem Jahresertrage

bis zu 2 000 \mathcal{M} ausschl.	0,50 \mathcal{M} v. H. des Ertrages
von 2 000 bis 3 000 „ „	0,60 „ „ „ „
„ 3 000 „ 4 000 „ „	0,80 „ „ „ „
„ 4 000 „ 6 000 „ „	1,00 „ „ „ „
„ 6 000 „ 10 000 „ „	1,20 „ „ „ „
„ 10 000 „ 20 000 „ „	1,30 „ „ „ „
„ 20 000 „ 30 000 „ „	1,40 „ „ „ „
„ 30 000 „ 40 000 „ „	1,50 „ „ „ „
„ 40 000 „ 60 000 „ „	1,60 „ „ „ „
„ 60 000 „ 100 000 „ „	1,70 „ „ „ „
„ 100 000 „ 200 000 „ „	1,80 „ „ „ „
„ 200 000 „ 300 000 „ „	1,90 „ „ „ „
„ 300 000 \mathcal{M} und mehr	2,00 „ „ „ „

Bei Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, ist dem gewerblichen Ertrage der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht hinzuzurechnen.

Die Gewerbesteuer beträgt mindestens

a) für Handelsgeschäfte mit offenen Verkaufsstellen, einschließlich der steuerpflichtigen Konsumvereine und Genossenschaften, bei einem jährlichen Warenumsatz

1. bis 20 000 \mathcal{M} ausschl.	0,40 \mathcal{M} v. T. d. Jahresumsatzes
2. von 20 000 „ 30 000 „ „	0,50 „ „ „
3. „ 30 000 „ 40 000 „ „	0,60 „ „ „
4. „ 40 000 „ 50 000 „ „	0,70 „ „ „
5. „ 50 000 „ 100 000 „ „	1,00 „ „ „
6. „ 100 000 „ 200 000 „ „	1,20 „ „ „
7. „ 200 000 „ 300 000 „ „	1,40 „ „ „
8. „ 300 000 „ 400 000 „ „	1,60 „ „ „
9. „ 400 000 „ 500 000 „ „	1,80 „ „ „
10. „ 500 000 \mathcal{M} und mehr	2,00 „ „ „

1) Vergl. die Anmerkung 1) auf Seite 211.

b) für alle sonstigen Betriebe

bei einem Anlage- und Betriebskapital

1. von 3 000 bis ausschließlich 50 000 \mathcal{M} 20 Pf. v. Tausend des Anlage- und Betriebskapitals,
2. von 50 000 \mathcal{M} und mehr die einer Verzinsung von 3 % des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Ertragssteuersätze.

Bei Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, ist dem Anlage- und Betriebskapital der mit dem Zwanzigfachen kapitalisierte Miets- oder Pachtzins hinzuzurechnen.

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden nach Maßgabe des in Wittenberge belegenen Teiles des Gewerbebetriebes nach § 32 Abs. 2 K.A.G. veranlagt. Welche Tarifsätze der besonderen Steuerordnung auf die Besteuerung dieses Teiles anzuwenden sind, bestimmt sich nach dem gesamten Ertrage, dem gesamten Warenumsatz oder dem gesamten Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks, wobei dem Ertrage die gezahlten Miets- und Pachtzinsen, dem Anlage- und Betriebskapital die mit dem Zwanzigfachen kapitalisierten Miets- und Pachtzinsen hinzuzurechnen sind.²⁾

10. Oranienburg, Kreis Niederbarnim.

Für alle Gewerbebetriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von über 80 000 \mathcal{M} oder mit einem Aufwand von mehr als 10 000 \mathcal{M} an Löhnen, Gehältern, Tantiemen usw. im letzten Kalender- bzw. Geschäftsjahre tritt der Wert des Anlage- und Betriebskapitals und die für Löhne usw. gezahlte Summe der staatlichen Gewerbesteuerveranlagung als ergänzender Besteuerungsmaßstab hinzu, und zwar in der Weise, daß, wenn die staatliche Veranlagung weniger beträgt als $\frac{1}{2}\%$ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zuzüglich $\frac{1}{2}\%$ der Lohnsumme, der Grundsteuersatz auf den bei dieser Berechnung sich ergebenden Betrag ergänzt wird. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals oder der gezahlten Lohnsumme findet dieser Besteuerungsmaßstab Anwendung für alle sich über mehrere Gemeindebezirke erstreckenden Gewerbebetriebe (Filialbetriebe), und zwar ist der auf Oranienburg entfallende Teil des Anlage- und Betriebskapitals und die hier gezahlte Lohnsumme für die Ergänzung der staatlichen Gewerbesteuerveranlagung maßgebend.

Das Anlage- und Betriebskapital im Sinne der Steuerordnung umfaßt sämtliche dem Gewerbebetrieb dauernd gewidmeten Werte (§ 23 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891.²⁾).

11. Schwiebus, Kreis Züllichau-Schwiebus.

Alle gemäß § 28 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betriebe unterliegen der besonderen Gewerbesteuerordnung. Maßstab für die Steuerbemessung ist grundsätzlich der gewerbliche Ertrag, der nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes zu ermitteln ist, jedoch mit der Maßgabe, daß bei solchen Betrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht dem Ertrage hinzuzurechnet wird. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- oder Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Flächen, oder geringer als 5 % des Anlage- und Betriebskapitals, so tritt die höhere dieser beiden Summen an die Stelle des Ertrages. Der zu erhebende Satz vom Hundert wird für jedes Steuerjahr gemäß § 57 K.A.G. durch Gemeindebeschluß festgestellt. Dieser Satz erhöht sich bei Betrieben von mehr als 5 000 \mathcal{M} Ertrag oder mehr als 30 000 \mathcal{M} Anlage- und Betriebskapital um $\frac{1}{10}$.

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, oder in mehreren Gemeinden Betriebsstätten oder gewerbliche Niederlassungen unterhalten, bestimmt sich der gewerbsteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48 und 48a K.A.G. Der so ermittelte Teilertrag erhöht sich gegebenenfalls unter entsprechender Anwendung der oben angeführten Bestimmungen über die Ertragsberechnung.

12. *Berlin-Steglitz, Kreis Teltow.

Die Veranlagung der Gemeinde-Gewerbesteuer geschieht unter Zugrundelegung der im Gesetze vom 24. Juni 1891 festgesetzten Steuersätze. Die Steuersätze werden für solche Betriebe, in denen durchschnittlich mehr als 100 bis zu 200

2) Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 211.

Arbeiter oder solche Angestellte, deren Jahresverdienst 2400 \mathcal{M} an Lohn oder Gehalt nicht übersteigt, beschäftigt werden, um 20 % erhöht,

desgl. für Betriebe mit mehr als 200 bis zu 300 Arbeitern und Angestellten um 30 %,

„ für Betriebe mit mehr als 300 bis zu 400 Arbeitern und Angestellten um 40 %,

„ für Betriebe mit mehr als 400 Arbeitern und Angestellten um 50 %.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so erfolgt die Veranlagung nach dem bei der staatlichen Veranlagung der Gewerbesteuer auf die Gemeinde Berlin-Steglitz gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes entfallenden Teilbetrag des Steuersatzes.

Für Betriebe, die in der Gemeinde nur Zweigbetriebe oder Zweigniederlassungen haben, werden der Besteuerung die nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 zu ermittelnden Werte des Anlage- und Betriebskapitals des Gesamtbetriebes zugrundegelegt, unter Hinzurechnung des 20fachen Betrages des jährlichen Mietszinses oder Mietswertes der gewerblich benutzten Räume,

und zwar betragen die Sätze vom Tausend

1,00 \mathcal{M} bei einem Kapital von 1 000 bis 100 000 \mathcal{M}

1,20 „ „ „ „ „ über 100 000 „ 200 000 „

1,40 „ „ „ „ „ 200 000 „ 300 000 „

und so fort, steigend um je 20 Pf. für jede weitere Kapitalzunahme von 100 000 \mathcal{M} , jedoch nicht über 3 \mathcal{M} . Diese Sätze erhöhen sich, falls der Ertrag des Gesamtbetriebes mehr als 10 % des Anlage- und Betriebskapitals einschließlich des kapitalisierten Mietszinses bzw. Mietswertes beträgt, und zwar um je 5 % für jede 2 % des Mehrertrages. Die Gesamterhöhung darf jedoch nicht mehr als 25 % betragen.

Die so berechneten Steuersätze stellen 100 % der Gemeinde-Gewerbesteuer dar. Von diesen Beträgen werden als wirklich zu entrichtende Steuer diejenigen prozentualen Zuschläge erhoben, die in jedem Rechnungsjahre zur Deckung des Steuerbedarfs für die Gewerbesteuer festgestellt werden.

13. *Berlin-Friedenau, Kreis Teltow.

Die besondere Gewerbesteuer für Zweigniederlassungen entspricht der von Prenzlau (Nr. 8) mit der Maßgabe, daß sie auch für Betriebe der Gewerbesteuerklasse IV Gültigkeit hat.

14. *Berlin-Reinickendorf, Kreis Niederbarnim.

Eine besondere Gemeindegewerbesteuer wird von solchen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben erhoben, die

a) in den Klassen I und II staatlich veranlagt sind,

b) ein Anlage- u. Betriebskapital von mehr als 150 000 \mathcal{M} haben,

c) mehr als 30 Personen beschäftigen.

Der Besteuerung werden die in der Gemeinde in dem der Veranlagung vorausgegangenen Kalenderjahre erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen, einschließlich aller Nebenbezüge und Tantiemen, zugrunde gelegt. Erstreckt sich der Betrieb über mehrere Gemeinden, so sind für die Veranlagung in B.-Reinickendorf die in dieser Gemeinde erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen, einschließlich der Nebenbezüge usw., maßgebend. Der Grundsteuersatz beträgt jährlich 4 \mathcal{M} von jedem Tausend der Summe der geleisteten Ausgaben. An Stelle des sich hiernach ergebenden Steuerbetrages wird ein Steuersatz von $1\frac{1}{4}$ v. T. des Anlage- und Betriebskapitals, zuzüglich der Werte der dem Gewerbebetriebe dauernd gewidmeten, nicht im Eigenbesitze des Betriebsinhabers stehenden Grundstücksflächen, Räumlichkeiten usw., zugrunde gelegt, falls der letzte Satz der höhere ist. Dabei ist als Wert der Grundstücksflächen der gemeine Wert, als Wert der Räumlichkeiten der 15fache Betrag des ortsüblichen Jahresmietswertes, als Wert der sonstigen Grundstücksbestandteile (eingebaute Maschinen) der Gebrauchswert maßgebend. Die sich nach der Veranlagung ergebenden Steuersätze werden alljährlich mit dem von der Gemeindevertretung bei Verteilung des Steuerbedarfs zu bestimmenden Prozentsätze erhoben.¹⁾ ²⁾

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ Die Besteuerung der übrigen nach § 28 K. A. G. steuerpflichtigen Betriebe erfolgt gemäß § 30 a. a. O. in Prozentsätzen der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer.

15. *Berlin-Oberschöneweide, Kreis Niederbarnim.

Für Betriebe, die im Sinne der §§ 17, 18, 19 und 20 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, in allen Betrieben zusammengerechnet, mehr als 100 Personen auf Grund eines Dienstverhältnisses beschäftigen und am 1. April des Veranlagungsjahres in Berlin-Oberschöneweide drei Jahre oder länger bestehen, werden der Besteuerung die von allen, in hiesigen Betrieben beschäftigten Personen in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahr verdienten Gehälter und Löhne, einschl. aller Nebenbezüge, zugrunde gelegt.

Erstreckt sich der steuerpflichtige Betrieb über mehrere Gemeinden, so sind für die Veranlagung in der Gemeinde Berlin-Oberschöneweide die Gehälter, Löhne usw. der in dieser Gemeinde beschäftigten Personen zugrunde zu legen. Der Grundsteuersatz beträgt jährlich,

a) wenn die Gesamtzahl der beschäftigten Personen nicht mehr als 500 beträgt, 4,00 \mathcal{M} ,

b) wenn die Gesamtzahl der beschäftigten Personen mehr als 500, aber nicht mehr als 1 500 beträgt, 4,25 „ ,

c) wenn die Gesamtzahl der beschäftigten Personen mehr als 1 500, aber nicht mehr als 3 000 beträgt, 4,50 „ ,

d) wenn die Gesamtzahl der beschäftigten Personen mehr als 3 000, aber nicht mehr als 5 000 beträgt, 4,75 „ ,

e) wenn die Gesamtzahl der beschäftigten Personen mehr als 5 000 beträgt, 5,00 „ ,

von jedem Tausend der Summe der Gehälter und Löhne, einschl. aller Nebenbezüge.

Die Besteuerung der Zweigniederlassungen entspricht der von Prenzlau (Nr. 8) mit folgenden Abweichungen: Die Steuersätze dürfen bei den Betrieben der Gewerbesteuerklassen I und II 3 %, der Klassen III und IV 2 % des nach den Bestimmungen dieser besonderen Steuerordnung selbständig zu berechnenden Ertrages des einzelnen Betriebes nicht übersteigen, sind also gegebenenfalls auf diesen Prozentsatz zu ermäßigen.²⁾

16. *Berlin-Tegel, Kreis Niederbarnim.

Für die im Gemeindebezirk stattfindenden, in den Gewerbesteuerklassen I und II veranlagten Gewerbebetriebe werden der Gemeindebesteuerung die staatlichen Gewerbesteuersätze oder die auf die Gemeinde Berlin-Tegel nach § 38 des Gewerbesteuergesetzes entfallenden Gewerbesteuer-Teilbeträge unter Erhöhung auf das Doppelte zugrunde gelegt. An Stelle dieses erhöhten Steuersatzes oder -teilbetrages tritt ein Satz von $1\frac{1}{4}$ v. T. des Anlage- und Betriebskapitals, zuzüglich der Werte der dem Gewerbebetrieb dauernd gewidmeten, nicht im Eigentum des Gewerbetreibenden stehenden Grundstücksflächen, Räumlichkeiten usw., falls der sich hiernach ergebende Satz höher ist als der verdoppelte Steuersatz bzw. Teilbetrag. Dabei ist als Wert der Grundstücksflächen der gemeine Wert, als Wert der Räumlichkeiten der 15fache Betrag des ortsüblichen Jahresmietswertes, als Wert der sonstigen Grundstücksbestandteile der Gebrauchswert maßgebend. Die sich ergebenden Steuersätze werden alljährlich mit dem von der Gemeindevertretung bei Verteilung des Steuerbedarfs zu bestimmenden Prozentsätze erhoben.

17. *Berlin-Niederschönhausen, Kreis Niederbarnim.

Die besondere Steuerordnung für Zweigniederlassungen entspricht der von Prenzlau (Nr. 8).

18. *Berlin-Lankwitz, Kreis Teltow.

Die Gemeindegewerbesteuer wird nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 unter Zugrundelegung der aus diesem Gesetz sich ergebenden Steuersätze und Teilbeträge veranlagt. Dem Satz oder Teilbetrag tritt als Ergänzungssatz hinzu:

1) bei Betrieben, die in den Gewerbesteuerklassen I und II veranlagt sind, oder deren Anlage- und Betriebskapital mindestens 150 000 \mathcal{M} beträgt, der Betrag von $\frac{1}{2}$ ‰ des Anlage- und Betriebskapitals;

2) bei Betrieben, in denen mehr als 75 Personen (Angestellte und Arbeiter) beschäftigt werden, für jede beschäftigte Person 10 \mathcal{M} .

Bei Betrieben in Mieträumen usw. ist dem Anlage- und Betriebskapital noch der 20fache Jahresbetrag der Miete oder Pacht hinzuzurechnen.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so sind für die Veranlagung der Ergänzungssätze die Verhältnisse im Gesamtbetriebe mit der Maßgabe entscheidend, daß die Höhe des Satzes lediglich nach dem Lankwitzer Betriebe berechnet wird.¹⁾

19. Stadtkreis Stolp.

Von allen im Bezirk der Stadtgemeinde stattfindenden, nach § 28, Nr. 1—6, K.A.G. der Gewerbesteuer unterliegenden Betrieben, soweit ihnen nicht nach Absatz 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von der Gemeindesteuer vom Gewerbebetriebe zusteht, wird eine besondere Gemeindegewerbsteuer erhoben (§ 1).

Die Veranlagungsgrundsätze der §§ 17—24 des Gewerbesteuer-gesetzes vom 24. Juni 1891 finden neben den Bestimmungen der nachfolgenden §§ 3—6 dieser Ordnung, insoweit diese den angeführten Grundsätzen nicht entgegenstehen, bei der Veranlagung zur Gemeindegewerbsteuer sinngemäße Anwendung.

Die Veranlagung findet alljährlich statt (§ 2).

Die Gemeindegewerbsteuer wird in der Regel nach dem Ertrage und dem Anlage- und Betriebskapital, (letzteres als Ergänzungsmaßstab für den Umfang des Geschäftes), bemessen. Bei dauernd in gemieteten Räumen stattfindenden Gewerbebetrieben wird außerdem als ausgleichender Maßstab auf die für die Geschäftsräume gezahlte Jahresmiete zurückgegriffen.

Der Ertrag nach § 2 dieser Ordnung wird durch einen Steuer-ausschuß ermittelt. Der Ausschuß ist an den durch die staatliche Veranlagung ermittelten Betrag nicht gebunden. Für Betriebe, welche Handelsbücher nach Vorschrift der §§ 38 ff. des Handelsgesetzbuches führen, wird der der Veranlagung zugrunde zu legende Ertrag nicht nach dem letzten Jahre, sondern nach dem Durchschnitt der drei letzten Geschäftsjahre ermittelt. Der Mietswert der den Gewerbetreibenden eigentümlich gehörenden Geschäftsräume wird von dem Ertrage in Höhe des staatlich festgestellten Gebäude-steuermutzungswertes in Abzug gebracht. Das Anlage- und Betriebskapital im Sinne dieser Steuerordnung umfaßt alle dem Gewerbebetriebe dauernd und vorübergehend gewidmeten Werte.

Die Ermittlung geschieht wie beim Ertrage (§ 3).

Der Steuersatz beträgt bei einem Ertrage

von mehr als M	bis einschl. M	Steuer- satz jährl. M	von mehr als M	bis einschl. M	Steuer- satz jährl. M	von mehr als M	bis einschl. M	Steuer- satz jährl. M
0	500	2	3 250	3 500	28	7 500	8 000	84
500	1 000	4	3 500	3 750	31	8 000	9 000	92
1 000	1 500	6	3 750	4 000	34	9 000	10 000	100
1 500	1 750	8	4 000	4 500	38			
1 750	2 000	10	4 500	5 000	42	Für jedes weitere an- gefangene Tausend bis einschließl. 100 000 M 10 M, und von da ab 12 M für das Tausend (§ 4).		
2 000	2 250	13	5 000	5 500	47			
2 250	2 500	16	5 500	6 000	52			
2 500	2 750	19	6 000	6 500	60			
2 750	3 000	22	6 500	7 000	68			
3 000	3 250	25	7 000	7 500	76			

Als ergänzender Maßstab für den Umfang des Geschäftes tritt bei Gewerbebetrieben, deren Anlage- und Betriebskapital 30 000 M übersteigt, $\frac{1}{2}$ ‰ des Anlage- und Betriebskapitals den nach § 4 dieser Ordnung ermittelten Steuersätzen hinzu.

Bei Gewerbebetrieben, die dauernd in gemieteten Räumen stattfinden, deren Wert also beim Anlage- und Betriebskapital unberücksichtigt ist, tritt als ausgleichender Maßstab der Mietspreis für die gewerblichen Räume dergestalt hinzu, daß $\frac{2}{3}$ % der für diese Räume gezahlten letzten Jahresmiete dem nach dem ersten Absatz dieses Paragraphen in Ansatz gebrachten $\frac{1}{2}$ ‰ des Anlage- und Betriebskapitals hinzugerechnet wird.

Zur Feststellung, ob ein dauernd in gemieteten Räumen stattfindender Gewerbebetrieb der Besteuerung nach den §§ 4 und 5 oder nur nach § 4 allein unterliegt, ist das $16\frac{2}{3}$ fache der letzten Jahresmiete für die gewerblichen Räume dem sonst ermittelten Anlage- oder Betriebskapital zuzusetzen. Der so gefundene Betrag

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

wird dem Anlage- und Betriebskapital im Sinne des § 3 gleichgeachtet (§ 5).

Die Besteuerungsmaßstäbe des § 5 finden bei Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, auch dann Anwendung, wenn das auf den Teilbetrieb in Stolp entfallende Anlage- und Betriebskapital 30 000 M nicht erreicht, sofern nur das Gesamt-Anlage- und Betriebskapital des Hauptgeschäfts und der Zweiggeschäfte 30 000 M übersteigt.

Für die Berechnung der Steuer nach §§ 4 und 5 dieser Steuerordnung kommt nur der in Stolp erzielte Ertrag und der Wert des auf Stolp entfallenden Anlage- und Betriebskapitals sowie die für die hiesigen Geschäftsräume gezahlte Jahresmiete in Betracht (§ 6).

Die nach den §§ 4 bis 6 dieser Steuerordnung festgestellten Steuersätze gelangen nicht zur Hebung, sondern dienen als Grundlage für die Berechnung des in jedem Jahre von den städtischen Körperschaften beschlossenen und von den Aufsichtsbehörden genehmigten Zuschlages (§ 7).

20. Stadtkreis Gnesen.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht vorbehaltlich der Bestimmungen des § 3 unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze. Bei den sich über mehrere Gemeinden erstreckenden Gewerbebetrieben kommen nur die auf die Stadtgemeinde Gnesen zerlegten Steuersätze in Anwendung (§ 2).

Für Betriebe, die in Gnesen nur eine oder mehrere Zweigniederlassungen haben und deshalb außerhalb zur Gewerbesteuer veranlagt sind, werden die nach § 2 festgestellten Sätze erhöht, und zwar:

um die Hälfte, wofern der steuerpfl. Betrieb der Kl. IV angehört,
„ drei Viertel, „ „ „ „ „ „ „ III „ „
„ auf das Doppelte, „ „ „ „ „ „ „ II „ „
„ „ Dreifache, „ „ „ „ „ „ „ I „ „ (§ 3).

Die nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze stellen 100 % der Gemeindegewerbsteuer dar. Von diesem Betrage werden als wirklich zu entrichtende Steuer diejenigen prozentualen Zuschläge erhoben, die zur Deckung des Steuerbedarfs in jedem Rechnungsjahre durch Gemeindebeschluß für die Steuer vom Gewerbebetriebe festgestellt werden (§ 4).

21. Kolmar in Posen, Kreis Kolmar in Posen.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Klassen I und II die in den §§ 9 und 14 a. a. O. festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 25 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden in den Klassen III und IV mit einem diesem Betrage, in den Klassen I und II mit einem $1\frac{1}{4}$ ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatz veranlagt.

- 2.) Der Steuersatz gemäß Anmerkung 2 dieser Seite muß aber mindestens den nach Nr. 1 sich ergebenden Betrag erreichen (§ 3).

Die nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze werden für solche Betriebe, in denen entweder mehr als 20 Personen beschäftigt werden, oder für welche Räume mit einem Gebäudesteuermutzungswert von mehr als 1000 M dauernd benutzt werden, nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 5 bis 9 erhöht (§ 4).

Für Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach den §§ 2 und 3

²⁾ Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden — jedoch nur nach Maßgabe des in der Gemeinde belegenen Teiles des Gewerbebetriebes — besonders, und zwar gemäß den §§ 6 bis 8 des Gewerbesteuergesetzes in derjenigen Gewerbesteuerklasse veranlagt, zu der sie hiernach gehören. Der Steuersatz ist in Klasse I gemäß § 9 a. a. O., in den übrigen Klassen in verhältnismäßiger Gleichheit mit den Steuersätzen der Mitglieder der betr. Klasse festzusetzen.

berechneten Steuersätze ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt:

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 1 %;
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 1 000 Personen, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 6 %;
- c) mehr als 1 000 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 15 % (§ 5).

Werden für einen Gewerbebetrieb Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 1 000 \mathcal{M} dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze, bei einem Gebäudesteuernutzungswert dieser Räume von

- a) nicht mehr als 10 000 \mathcal{M} , für jede angefangenen 1 000 \mathcal{M} um 0,5 %;
- b) mehr als 10 000, aber nicht mehr als 100 000 \mathcal{M} , für jede angefangenen 5 000 \mathcal{M} um 3 %;
- c) mehr als 100 000 \mathcal{M} , für jede angefangenen 10 000 \mathcal{M} um 8 % (§ 6).

Beträgt in einem Betriebe sowohl die Zahl der beschäftigten Personen mehr als 20 [§ 5] als auch der Gebäudesteuernutzungswert der ihm dauernd dienenden Räume mehr als 1 000 \mathcal{M} [§ 6], so beträgt die Erhöhung des Steuersatzes die Summe der sich auf Grund der Bestimmungen der §§ 5 und 6 nach dem Maßstabe der Zahl der beschäftigten Personen und nach demjenigen des Gebäudesteuernutzungswertes ergebenden Prozentsätze (§ 7). Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 4 und 7 um mehr als 300 % findet nicht statt (§ 8).

Die Ausführung der §§ 4 bis 8 erfolgt in der Weise, daß der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge die nach den §§ 2 und 3 festgestellten Steuersätze unter Zuschlag der aus den §§ 4 bis 8 sich ergebenden Prozentsätze zugrunde gelegt werden. Ist der Steuersatz gemäß den §§ 2 und 3 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach den §§ 4 bis 8 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bzw. der Summe der Gebäudesteuernutzungswerte der diesen Betrieben dauernd dienenden Räume [§ 6] bemessen (§ 9).¹⁾

22. Schulitz, Kreis Bromberg.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze.

Die Steuersätze werden aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter 2 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersatz veranlagt.
2. ¹⁾ Der Steuersatz gemäß Anmerkung 2 auf Seite 215 muß aber mindestens den nach Nr. 1 sich ergebenden Betrag erreichen.²⁾

23. Stadtkreis Görlitz.

Der besonderen Gemeindegewerbsteuer unterliegen die stehenden Gewerbe, die durch einen in Görlitz betriebenen Handel von Waren einen Jahresumsatz von mindestens 300 000 \mathcal{M} erzielen.

Als Steuer ist ein Betrag (Einheitssatz) zu entrichten, der nach einem alljährlich nach dem Steuerbedarf zugleich mit den Zuschlägen zu den staatlich veranlagten Steuern festgesetzten Promillesatz vom Jahresumsatz des steuerpflichtigen Gewerbes berechnet wird. Der Promillesatz darf 1 ‰ des Jahresumsatzes nicht übersteigen.

Der Einheitssatz erhöht sich, wenn im Gemeindebezirk ein gleichartiger Gewerbebetrieb desselben Unternehmers

1. in mehr als einer Verkaufsstelle,
2. mit 2 oder mehreren der in der Steuerordnung unterschiedenen Warengruppen*),
3. zugleich im Klein- und Großhandel,
4. dauernd in Räumen mit einem Gebäudesteuer-Nutzungswerte von zusammen mehr als 3 000 \mathcal{M}

stattfindet, und zwar

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 215. — ³⁾ Diese entsprechen im wesentlichen den im Warenhaussteuergesetz vom 18. Juli 1900 unterschiedenen 4 Warengruppen.

- zu 1. bei 2 Verkaufsstellen um $\frac{1}{4}$ des Einheitssatzes, bei jeder weiteren Verkaufsstelle um je ein weiteres Viertel des Einheitssatzes,
- zu 2. bei 2 verschiedenen Warengruppen um den einfachen Einheitssatz, bei 3 verschiedenen Warengruppen um den doppelten Einheitssatz, bei 4 verschiedenen Warengruppen um den dreifachen Einheitssatz,
- zu 3. bei gleichzeitigem Betriebe von Klein- und Großhandel um den einfachen Einheitssatz,
- zu 4. bei einem Gebäudesteuer-Nutzungswerte von 3 000 bis 10 000 \mathcal{M} um 1 ‰, bei einem Gebäudesteuer-Nutzungswerte von 10 001 bis 30 000 \mathcal{M} um 2 ‰, bei einem Gebäudesteuer-Nutzungswerte von 30 001 bis 40 000 \mathcal{M} um 3 ‰, bei einem Gebäudesteuer-Nutzungswerte von über 40 000 \mathcal{M} um 4 ‰ des Gebäudesteuer-Nutzungswertes der zum Gewerbebetriebe dauernd benutzten Räume.

Der Einheitssatz und die einzelnen Steigerungs-Steuersätze werden zusammengerechnet. ³⁾ ⁴⁾.

Bei mehreren steuerpflichtigen Betrieben eines Steuerpflichtigen im Gemeindebezirk Görlitz erfolgt die Veranlagung nach der Gesamtsumme des Jahresumsatzes und des Gebäudesteuernutzungswertes in Görlitz.

Erstreckt sich der Gewerbebetrieb eines Steuerpflichtigen über mehrere Gemeindebezirke, so wird der Besteuerung nur der Nutzungswert der in Görlitz befindlichen Betriebsräume und nur der durch den Gewerbebetrieb in Görlitz erzielte Jahresumsatz zugrunde gelegt.

24. Stadtkreis Königshütte O. S.

Von allen im Stadtbezirk befindlichen, nach § 28 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben wird eine Gewerbesteuer nach einem für jedes Steuerjahr festzustellenden Satze von jedem Tausend des Anlage- und Betriebskapitals erhoben (§ 1).

Bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital von über 30 000—75 000 \mathcal{M} erhöht sich der Steuersatz um $\frac{1}{10}$, desgl. von mehr als 75 000—150 000 \mathcal{M} um $\frac{1}{10}$, von mehr als 150 000—500 000 \mathcal{M} um $\frac{2}{10}$, von mehr als 500 000—1 000 000 \mathcal{M} um $\frac{4}{10}$, von mehr als 1 bis 10 Mill. \mathcal{M} um $\frac{5}{10}$, von mehr als 10 Mill. \mathcal{M} um $\frac{6}{10}$ (§ 2).

Wenn der erzielte Ertrag nachweislich zwei Jahre lang nicht 4 v. H. des Anlage- und Betriebskapitals oder 10 v. H. des gemeinen Wertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume erreicht hat, so wird die Gewerbesteuer auf Antrag des Steuerpflichtigen nach dem Ertrage erhoben, und zwar der nach § 1 festgestellte Einheitssatz für jedes Hundert des Ertrages. Dieser Satz erhöht sich bei einem Ertrage von mehr als 4 000—10 000 \mathcal{M} um $\frac{1}{10}$, desgleichen von mehr als 10 000—20 000 \mathcal{M} um $\frac{2}{10}$, von mehr als 20 000 bis 30 000 \mathcal{M} um $\frac{3}{10}$, von mehr als 30 000—50 000 \mathcal{M} um $\frac{4}{10}$, von mehr als 50 000—100 000 \mathcal{M} um $\frac{5}{10}$, von mehr als 100 000 \mathcal{M} um $\frac{6}{10}$. Der hiernach zu zahlende Steuerbetrag darf jedoch nicht geringer sein als die Hälfte des sich nach § 2 ergebenden Steuerbetrages (§ 3).

Beträgt das Anlage- und Betriebskapital weniger als 3 000 \mathcal{M} , so wird bei einem jährlichen Ertrage von 1 500 \mathcal{M} und mehr die Gewerbesteuer nach dem Ertrage berechnet (§ 4).

Bei Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen wird, außer der Steuer der §§ 2—4, ein Zuschlag erhoben, und zwar 5 \mathcal{M} für jede Person bei 11—50 beschäftigten Personen, desgl. 6 \mathcal{M} bei 51—300, 8 \mathcal{M} bei 301—1 000 und 10 \mathcal{M} bei mehr als 1 000 beschäftigten Personen. Bei Berechnung dieses Zuschlages werden die Personen nicht gezählt, die mit mehr als 2 000 \mathcal{M} Einkommen zur staatlichen Einkommensteuer veranlagt sind. Erstreckt sich der steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist der Veranlagung die Kopffzahl der im Gemeindebezirk Königshütte beschäftigten Personen zugrunde zu legen (§ 5).

Gewerbebetriebe, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, werden entsprechend dem in Königshütte befindlichen Anlage- und Betriebskapital und den hier beschäftigten Personen veranlagt, auch wenn sie hier keine Betriebsstätte unterhalten. Der Ertrag

³⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214. — ⁴⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

[§ 3] kann der Veranlagung nur dann zugrunde gelegt werden, wenn in Königshütte eine selbständige Betriebsstätte besteht. (§ 6).

Ist die Steuer auf Grund der besonderen Steuerordnung niedriger als die, welche sich bei Berechnung der für das Steuerjahr berechneten Zuschläge ergibt, so werden letztere erhoben, jedoch mit der Einschränkung, daß für Klasse IV nur die Hälfte und für Klasse III nur $\frac{3}{4}$ der beschlossenen Zuschläge zu erheben sind (Artikel III des Nachtrags zur besonderen Steuerordnung).

25. Stadtkreis Gleiwitz.

Besondere Steuerordnung, in der die §§ 2 und 3 den entsprechenden §§ der Steuerordnung von Kolmar in Posen (Nr. 21) entsprechen. Eine Erhöhung der Steuer tritt ein für Betriebe, die mehr als 25 Personen beschäftigen, und zwar, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 25 Personen um 2 %,
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 1000 Personen, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 5 %,
- c) mehr als 1000 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 12 %.

In den Fällen, in denen von der Stadtgemeinde das Anlage- und Betriebskapital oder der Ertrag selbständig zu ermitteln ist, erhöht sich das Anlage- und Betriebskapital um den 20fachen Mietswert, der Ertrag um den einfachen Mietswert der dem Gewerbebetriebe in Gleiwitz gewidmeten, mietsweise oder gegen sonstiges Entgelt benutzten Räume und Plätze und wird so der Veranlagung zugrunde gelegt. Die Erhöhung gilt als ein Bestandteil des Anlage- und Betriebskapitals bzw. des Ertrages.

Eine Erhöhung der Steuersätze um mehr als 250 % findet nicht statt. Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, treten die Erhöhungen nach §§ 2 und 3 der Gewerbesteuerordnung ein, wenn der gesamte Betrieb, innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks, in den Klassen I und II veranlagt ist.¹⁾

26. Stadtkreis Beuthen O./S.

Gewerbtreibende, die innerhalb des Stadtbezirks mehr als 25 gewerbliche Arbeiter beschäftigen, werden zu einer besonderen Gewerbebesteuerung in der Weise veranlagt, daß berechnet werden

- I. $\frac{1}{2}$ % des Ertrages;
- II. für jeden innerhalb des Stadtbezirks beschäftigten gewerblichen Arbeiter,
 - a) wof. d. Gesamtz. d. Arb. nicht mehr als 50 beträgt, 1,50 M,
 - b) " " " " " mehr als 50—100 " , 2,00 "
 - c) " " " " " " 100—200 " , 2,50 "
 - d) " " " " " " 200—500 " , 3,00 "
 - e) " " " " " " 500—1000 " , 3,50 "
 - f) " " " " " " 1000 " , 4,00 "

Von der Gesamtsumme der Beträge zu I und II ist der gleiche Prozentsatz zu entrichten, der jeweilig von den der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legenden staatlich veranlagten oder durch den Steuerausschuß festgesetzten Steuersätzen erhoben wird. (§ 2).

Gewerbtreibende im Stadtbezirke Beuthen, die in offenen Verkaufsstellen mehr als 25 Personen beschäftigen, werden in der Weise veranlagt, daß berechnet werden

- I. $\frac{1}{2}$ % des Ertrages;
- II. für jede im Gewerbebetriebe beschäftigte Person,
 - a) wofern d. Gesamtzahl ders. nicht mehr als 40 beträgt, 30 M,
 - b) " " " " " mehr als 40—60 " , 40 "
 - c) " " " " " " 60—80 " , 50 "
 - d) " " " " " " 80 " , 60 "

Werden für einen Betrieb der vorstehend bezeichneten Art Räume mit einem Gebäudesteuernutzungs- oder jährlichem Mietswert von mehr als 1000 M dauernd benutzt, so erhöhen sich die Sätze unter I und II für je 1000 M des 1000 M übersteigenden Gebäudesteuernutzungs- oder Mietswertes um 1 %. Von der Gesamtsumme der Beträge zu I und II ist der gleiche Prozentsatz zu entrichten, der jeweilig von den der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legenden staatlich veranlagten oder durch den Steuerausschuß festgesetzten Steuersätzen erhoben wird. (§ 3).

Für die den vorstehenden Bestimmungen nicht unterliegenden Betriebe, deren staatlich veranlagter Steuersatz bzw. nach der

Zerlegung auf Beuthen entfallender Teilbetrag weniger als 1 % des im letztabgelaufenen Geschäftsjahr hierorts erzielten bzw. auf den Stadtbezirk entfallenden Ertrages ausmacht, ist 1 % des Ertrages, an Stelle der staatlichen Steuer, der Veranlagung zur Gemeindegewerbebesteuerung als Prinzipalsteuersatz zugrunde zu legen.

Für alle übrigen Betriebe erfolgt die Besteuerung in Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbebesteuerung unter Zugrundelegung der in der Gewerbesteuerrolle vermerkten Sätze bzw. der infolge Zerlegung des Gesamtsteuersatzes auf den Stadtbezirk entfallenden Teilbeträge.

Jedoch erhöht sich bei Betrieben, für deren Zwecke innerhalb des Stadtbezirks Verkaufsräume mit einem Mietswert von mehr als 3000 M dauernd benutzt werden, sowohl der gemäß Absatz 2 der Besteuerung zugrunde zu legende staatliche, als auch der gemäß Absatz 1 ermittelte Prinzipalsteuersatz für je 1000 M des 3000 M übersteigenden Mietswertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume um je 1 %, insgesamt mindestens um 10 M.

Auch wenn die Bestimmungen des Abs. 1 oder die Vorschriften der §§ 2 und 3 anwendbar erscheinen, ist, wofern die nach diesen Vorschriften berechnete Steuer geringer ist als die unter Zugrundelegung des staatlich veranlagten Steuersatzes berechnete Gewerbebesteuerung, die letztere zu entrichten. (§ 5).

27. Stadtkreis Kattowitz.

Gewerbtreibende, die innerhalb des Stadtbezirks den Klein- (Detail-) Handel in offenen Verkaufsstellen betreiben, welche eine Grundfläche von über 100 qm haben, und in diesem Betriebe mehr als 20 Personen beschäftigen, werden unter sinngemäßer Anwendung der für die staatliche Gewerbebesteuerung geltenden Grundsätze besonders veranlagt in der Weise, daß berechnet werden:

- I. a) bei Geschäftsräum. v. ü. 100—500 qm Grundfl. 3,00 M f. d. qm,
- b) " " " " 500—1000 " " 3,50 " " " "
- c) " " " " 1000 " " 4,00 " " " "
- II. für jede im Gewerbebetriebe beschäftigte Person
 - a) wof. der Gesamtz. nicht mehr als 30 beträgt, 30 M,
 - b) " " " " mehr als 30, ab nicht m. als 40 beträgt, 40 " ,
 - c) " " " " " 40, " " " " 50 " , 50 "
 - d) " " " " " 50, " " " " 60 " , 60 "
 - e) " " " " " 60, " " " " 70 " , 70 "
 - f) " " " " " 70 " , 80 "

(§ 2).

Bei den im Stadtbezirk Kattowitz stattfindenden, in den Klassen I und II veranlagten Gewerbebetrieben werden der Gemeinde-Gewerbebesteuerung, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, die staatlichen Gewerbesteuersätze unter Erhöhung in Klasse I um 40 v. H., in Klasse II um 30 v. H. zugrunde gelegt. (§ 1 der Nachtragsordnung).

Bleibt der staatlich veranlagte Gewerbesteuersatz oder der auf die Stadtgemeinde Kattowitz entfallende Gewerbesteueranteilbetrag

- a) bei d. in Kl. I veranlagt. Betrieb. hinter $1\frac{1}{4}$ ‰,
- b) " " " " II " " " 1 ‰ d. Anl.- u. Betriebsk., zuzüglich der „nach den Grundsätzen über Ermittlung des gemeinen Wertes festzustellenden Gebrauchswerte“ der dem Betriebe dauernd gewidmeten Räume usw., soweit sie nicht im Eigentume des Gewerbetreibenden stehen, zurück, so tritt an seine Stelle ein besonders zu ermittelnder Satz. Dieser beträgt, wenn der Gesamtbetrieb

- a) in Kl. I staatl. veranl. ist, $1\frac{1}{4}$ ‰,
- b) " " II " " " 1 ‰ des Anl.- u. Betriebsk. zuzüglich der genannten Gebrauchswerte. (§ 2 der Nachtragsordnung).

Ist die nach §§ 1 oder 2 der Nachtragsordnung berechnete Steuer geringer als der nach § 2 der besonderen Gewerbebesteuerordnung zur Erhebung kommende Gewerbesteuersatz, so ist an Stelle jener Steuer dieser Satz zu entrichten. (§ 7 d. Nachtragsordnung)

28. Grünberg i. Schlesien, Kreis Grünberg.

Für Betriebe, in denen entweder 20 und mehr Personen beschäftigt werden oder der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 30000 M und mehr beträgt, tritt der staatlich veranlagten Gewerbebesteuerung als ergänzender Maßstab hinzu entweder

- a) für jede im Betriebe beschäftigte Person eine Erhöhung des Steuersatzes um 1 M oder
- b) $\frac{1}{2}$ ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

Zum Werte des Anlage- und Betriebskapitals tritt gegebenenfalls der 20fache Betrag des jährlichen Mietszinseszinses bzw. Mietswertes der gemieteten gewerblich benutzten Räume.

Zur Anrechnung kommt der nach a) oder b) sich ergebende höhere Betrag.

Diese Besteuerungsmaßstäbe finden auch Anwendung, wenn bei Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, das Anlage- und Betriebskapital zuzüglich des kapitalisierten Mietszinseszinses bzw. Mietswertes des im Stadtbezirk Grünberg belegenen Teiles des Gewerbebetriebes hinter 30 000 \mathcal{M} zurückbleibt. In diesen Fällen wird der Besteuerung der auf Grünberg entfallende Teil des Anlage- und Betriebskapitals einschließlich des kapitalisierten Mietszinseszinses bzw. Mietswertes zugrunde gelegt.¹⁾

Der Prozentsatz, der zur Hebung kommt, ist in jedem Rechnungsjahre für die Grundsteuersätze der besonderen Gewerbebesteuerung und die staatlich veranlagte Gewerbebesteuerung gleich hoch und wird in jedem Jahre besonders festgesetzt.

29. Waldenburg i. Schlesien, Kreis Waldenburg.

Steuerordnung wie bei Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

1. Eine Erhöhung der Steuersätze tritt für solche Betriebe ein, in denen entweder mehr als 20 Personen oder Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 2 000 \mathcal{M} dauernd benutzt werden.
2. Für Betriebe, die unter § 38 des Gewerbebesteuergesetzes fallen und in Waldenburg nicht ihre Hauptniederlassung, sondern nur eine Zweigniederlassung usw. unterhalten, erhöht sich der nach den Bestimmungen der Steuerordnung berechnete Gesamtsteuersatz noch um die Hälfte.
3. Die Gesamterhöhung der Steuersätze darf 250 % nicht übersteigen.

30. Mysłowitz, Landkreis Kattowitz.

Die gemäß dem Gesetz vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze werden um 15 % in Klasse I und um 10 % in Klasse II erhöht. (§ 2).

1. Betriebe, die gemäß § 8 Absatz 1 a. a. O. in eine niedrigere Steuerklasse versetzt sind als diejenige, in die sie nach der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals gehören, werden mit dem niedrigsten Steuersatz der letzteren Klasse bzw. den aus § 2 sich ergebenden Prozentsätzen derselben veranlagt. 2. Betriebe, die zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden in den Klassen III und IV mit einem diesem Betrage, in den Klassen I und II mit einem 1 1/4 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatz veranlagt. 3. Erstreckt sich ein Betrieb über mehrere Gemeindebezirke, so ist der Teilbetrag des Steuersatzes, der auf die Stadtgemeinde Mysłowitz entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, so daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung die Gewerbebesteuerklasse maßgebend ist, in der der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, das auf den in Mysłowitz belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle je nach der Gewerbebesteuerklasse, in der der Betrieb veranlagt ist, der unter 2. festgesetzte Promillesatz des Wertes dieses auf Mysłowitz entfallenden Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).

Für Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze ein, und zwar

- a) für jede angefangene Zahl von 15 Personen in Betrieben, die bis zu 150 Personen beschäftigen, um 2 %,
- b) für jede angefangene Zahl von 50 Personen in Betrieben, die mehr als 150—600 Personen beschäftigen, um 6 %,
- c) für jede angefangene Zahl von 100 Personen in Betrieben, die mehr als 600 Personen beschäftigen, um 10 %. (§ 5).

Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen des § 5 um mehr als 300 % findet nicht statt. (§ 6).

Ist der Steuersatz gemäß §§ 2 und 3 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach §§ 5 und 6 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 7).¹⁾

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

31. Neustadt O./S., Kreis Neustadt O./S.

Hat dieselbe Steuerordnung wie Kolmar in Posen (Nr. 21)

32. Landeshut i. Schlesien, Kreis Landeshut.

Von Gewerbetreibenden, die durchschnittlich 20 oder mehr im Stadtbezirk wohnhafte Arbeiter und solche Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn und Gehalt 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, beschäftigen, oder deren auf ihre Landeshuter Betriebe entfallendes Anlage- und Betriebskapital wenigstens 100 000 \mathcal{M} beträgt, oder deren in den Landeshuter Betrieben erzielter Jahresumsatz wenigstens 200 000 \mathcal{M} beträgt, wird eine besondere Gewerbebesteuerung erhoben. Diese beträgt

- 15 \mathcal{M} auf den Kopf der oben bezeichneten Angestellten und Arbeiter,
- 2,5 ‰ des Landeshuter Anlage- und Betriebskapitals,
- 2 ‰ des in L. erzielten Umsatzes.²⁾

Wird ein Gewerbebetrieb nicht auf eigenem Grundstück, in eigenem Gebäude oder mit eigenen Maschinen usw. betrieben, so wird die 15fache Pacht und Miete oder, falls ein Pacht- und Mietspreis nicht oder nicht in angemessener Höhe vereinbart ist, der gemeine Wert der dem Gewerbebetriebe dienenden Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw. dem übrigen Anlage- und Betriebskapital hinzugerechnet. Ist die besondere Gewerbebesteuerung eines Pflichtigen niedriger als 2/3 der Steuer, die sich bei Berechnung der für das Steuerjahr beschlossenen Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbebesteuerung ergibt, so werden an ihrer Stelle diese 2/3 erhoben.

33. Gottesberg, Kreis Waldenburg.

Betriebe, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, entrichten an Gewerbebesteuerung

- a) einen Betrag, der gleichkommt 1 % des Ertrages des Gewerbebetriebes,
- b) für jeden in ihrem Betriebe in Gottesberg beschäftigten und dort wohnenden Arbeiter einen bestimmten, für ein oder mehrere Jahre festzusetzenden Prozentsatz des nach folgenden Grundsätzen zu berechnenden Einheitssatzes bis zur Höhe von 150 % des letzteren.

Die Berechnung des Einheitssatzes erfolgt auf folgender Grundlage: Es wird festgestellt, wieviel im letzten Etatsjahre an Schul-, Armen-, Wege- und Polizeilasten auf den Kopf der Bevölkerung und wieviel danach auf sämtliche in Gottesberg wohnende Arbeiter entfällt. Von dieser Summe wird die von den Arbeitern gezahlte Gemeindesteuer in Abzug gebracht. Der Rest, dividiert durch die Anzahl der in Gottesberg wohnenden Arbeiter, ergibt den nach oben abzurundenden Einheitssatz pro Arbeiter.

Für Zweigniederlassungen erfolgt die Besteuerung auf Grund des in Gottesberg erzielten Jahresumsatzes. Die Steuer beträgt bei einem Umsatze

bis 10 000 \mathcal{M}	2,00 \mathcal{M} pro Tausend,
über 10 000 bis 20 000 \mathcal{M}	2,30 „ „ „ „
„ 20 000 „ 50 000 „	2,60 „ „ „ „
„ 50 000 \mathcal{M}	3,00 „ „ „ „

Hat ein Geschäftsinhaber in Gottesberg mehrere Filialen, so wird deren Umsatz zusammengerechnet.

Von den Steuersätzen ist als Gemeindesteuer der gleiche Prozentsatz zu entrichten, der bei den übrigen gewerbebesteuerungspflichtigen Betrieben von den staatlich veranlagten Steuersätzen erhoben wird. Der Steuersatz darf jedoch bei

Betrieben der Klasse I	5 %	} des Ertrages nicht übersteigen.
„ „ „ II	4 %	
„ „ „ III und IV	3 %	

34. Neuode, Kreis Neuode.

Die Veranlagung geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbebesteuerung nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Klassen I und II diese Steuersätze unter Erhöhung um 25 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

²⁾ Falls ein Gewerbe mehreren der genannten Besteuerungsmaßstäbe unterliegt, so findet derjenige Maßstab Anwendung, nach dem sich der höchste Steuerbetrag ergibt. — ³⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Vorbehaltlich der Bestimmung im § 2 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, die nach dem Gewerbesteuerengesetze zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersätze veranlagt sind, in Klasse III mit einem diesem Betrage, in den Klassen I und II mit einem 1 1/4 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersätze veranlagt werden.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinde-(Guts-) Bezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuerengesetzes getroffenen Festsetzung auf Neurode entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die Erhöhung desselben die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in der der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, das auf den in Neurode belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle je nach der Gewerbesteuerklasse, in der der Betrieb veranlagt ist, der im ersten Absatz festgesetzte Promillesatz des Wertes des auf Neurode entfallenden Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).¹⁾

35. Katscher, Kreis Leobschütz.

Für die Gewerbebetriebe der Klassen III und IV bleibt die auf Grund des Gesetzes vom 24. Juni 1891 erfolgte staatliche Veranlagung maßgebend.

Für die in den Klassen I und II veranlagten Betriebe geschieht die Veranlagung unter sinngemäßer Anwendung der für die staatliche Gewerbesteuer-Veranlagung geltenden Grundsätze nach einer besonderen Steuerordnung.

I. Für Fabriken, Webereibetriebe und gewerbesteuerpflichtige Eisenbahnbetriebe tritt der Wert des dem Gewerbebetriebe in Katscher dienenden Anlage- und Betriebskapitals sowie die im letzten Kalenderjahre in diesem Betriebe an Gehältern, Löhnen, Tantiemen und sonstigen Vergütungen gezahlte Summe der staatlichen Gewerbesteuer als ergänzender Besteuerungsmaßstab hinzu. Soweit die staatliche Veranlagung dieser Betriebe weniger beträgt als 1/2 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals unter Hinzurechnung von 1 % der Lohnsumme und bei Webereibetrieben außerdem von 15 M für jeden mechanisch betriebenen Webstuhl, wird der Grundsteuersatz auf diesen Betrag ergänzt.

II. Für Klein- (Detail-) Handels- sowie andere Gewerbebetriebe mit Ausschluß der unter I aufgeführten Arten werden berechnet

1. 1 ‰ des Jahreswarenumsatzes der in Katscher betriebenen gewerblichen Niederlassung, Filiale, Verkaufs- oder Annahmestellen und
2. für jede in diesem Gewerbebetriebe beschäftigte Person 30 M.

Erstreckt sich ein nach dieser Steuerordnung steuerpflichtiger Betrieb über mehrere Gemeinden, so ist folgendermaßen zu verfahren:

- a) Gestatten die Betriebsverhältnisse eine gesonderte Berechnung für den in Katscher steuerpflichtigen Teil des Betriebes, so ist eine solche vorzunehmen und der Veranlagung zugrunde zu legen.
- b) Ist dies jedoch nicht der Fall, so ist der auf Katscher entfallende Anteil, unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuerengesetzes sowie der §§ 32 Absatz 2, 47 und 48 K.A.G. und, wenn tunlich, unter Zugrundelegung des für die staatliche Veranlagung der Einkommensteuer und Gewerbesteuer gesammelten Materials, zu ermitteln.

¹⁾ Der Prozentsatz, der zur Hebung kommt, ist in jedem Steuerjahre für den Grundsteuersatz nach dieser Steuerordnung und für die staatlich veranlagte Gewerbesteuer gleich hoch. Die Summierung der Steuersummen, die sich aus den Veranlagungsmaßstäben auf Grund dieser Steuerordnung ergibt, darf niemals zu einem höheren Prinzipalsteuersatz als 2 % des Ertrages der in Frage kommenden Gewerbebetriebe führen.²⁾

36. *Zabrze, Kreis Zabrze.

Besondere Steuerordnung wie in Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

Eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze tritt schon für Betriebe, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt werden, ein.

An Stelle der §§ 6—8 der Kolmarer Steuerordnung treten folgende Bestimmungen:

Werden für einen Gewerbebetrieb gemietete oder gepachtete Räume oder Plätze mit einem Jahresmiets- oder Pachtwert von mehr als 500 M dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze mit jedem angefangenen 100 des Miets- oder Pachtwertes um je 1 M. Hierbei werden die ersten 500 M nicht mitgerechnet. Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der vorstehenden Bestimmungen um mehr als 125 % findet nicht statt.

Für Betriebe, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2—5 berechneten Steuersätze ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 1 %,
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 1000 Personen, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 6 %,
- c) mehr als 1000 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 15 %.

Dabei werden Personen, die mit mehr als 2000 M zur staatlichen Einkommensteuer veranlagt sind, nicht gezählt.

Eine Erhöhung der Steuersätze um mehr als 220 % findet nicht statt. (§§ 7 und 8).

37. *Zaborze, Kreis Zabrze.

Die Besteuerung der nach § 28 K.A.G. steuerpflichtigen Betriebe erfolgt in Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit folgenden Ausnahmen:

Alle auf Grund des Gewerbesteuerengesetzes vom 24. Juni 1891 in den Klassen I und II veranlagten gewerbesteuerpflichtigen Betriebe sowie alle gewerblichen Betriebe, die im Gemeindebezirk Zaborze mindestens 10 Personen beschäftigen, soweit ihnen nicht gesetzlich Steuerfreiheit zusteht, werden zu einer besonderen Gewerbesteuer, wie folgt, veranlagt:

Die im Gewerbesteuerengesetze festgesetzten Steuersätze werden erhöht für

1. Betriebe, in denen mehr als 10, aber nicht mehr als 100 Personen beschäftigt werden, oder für die Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 1000 bis 5000 M dauernd benutzt werden, um 5 %,
2. Betriebe, in denen mehr als 100, aber nicht mehr als 500 Personen beschäftigt werden, oder für die Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 5000 bis 10000 M dauernd benutzt werden, um 7 1/2 %,
3. Betriebe, in denen mehr als 500, aber nicht mehr als 2000 Personen beschäftigt werden, oder für die Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 10000 bis 35000 M dauernd benutzt werden, um 10 %,
4. Betriebe, in denen mehr als 2000 Personen beschäftigt werden, oder für die Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 35000 M dauernd benutzt werden, um 12 1/2 %.

Die Ausführung geschieht in der Weise, daß die in den §§ 9 und 14 des Gewerbesteuerengesetzes festgestellten Steuergrundsätze unter Erhöhung um 5 % für die unter 1, 7 1/2 % für die unter 2, 10 % für die unter 3 und 12 1/2 % für die unter 4 fallenden Betriebe der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen sind.

Von denjenigen Gewerbetreibenden, die im Durchschnitt 10 oder mehr gewerbliche Arbeiter in Zaborzer Gewerbebetrieben beschäftigen, sowie von solchen, bei deren Betrieben in Z. der Wert des Anlagekapitals 500000 M oder mehr beträgt, wird ferner noch folgender Grundbetrag erhoben:

- a) bei einer Kopfhöhe der Arbeiter von 10 und mehr in Klasse III oder IV je 0,50 M, in Klasse I oder II je 1 M pro Kopf,
- b) sofern sich nicht nach a) ein höherer Betrag ergibt, bei den Gewerbebetrieben von mindestens 500000 M Anlagekapital 1/5 ‰ des Wertes des Anlagekapitals.

³⁾ Als steuerpflichtiges Anlagekapital gilt der Wert der im Gemeindebezirk Zaborze befindlichen Anlagen und Einrichtungen, soweit sie dem Gewerbebetriebe dienen.

³⁾ Erstreckt sich der steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat die Veranlagung nur nach Maßgabe des im Gemeindebezirk belegenen Teils des Gewerbebetriebes zu erfolgen. (§ 32 Abs. 2 K. A. G.).

38. *Bismarckhütte, Landkreis Benthien.

Die Besteuerung der Betriebe der Klassen III und IV erfolgt in Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, die der Betriebe der Klassen I und II nach einer besonderen Steuerordnung. Die besondere Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß festzustellenden Satze von jedem Tausend des Anlage- und Betriebskapitals erhoben. Das Anlage- und Betriebskapital umfaßt sämtliche dem Gewerbebetriebe dauernd gewidmeten Werte.

39. *Bogutschütz, Landkreis Kattowitz.

Die gemäß dem Gesetze vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze werden in Klasse I und II um 20 % erhöht. (§ 2).

Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals in den Klassen I und II und zu einem hinter 1/2‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze in Klasse III veranlagt sind, werden mit einem den genannten Sätzen entsprechenden Steuersatze veranlagt.

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden, jedoch nur nach Maßgabe des in Bogutschütz belegenen Teils des Gewerbebetriebes, besonders veranlagt, und zwar gemäß §§ 6—8 des Gewerbesteuergesetzes in derjenigen Gewerbesteuerklasse, zu der sie hiernach gehören. (§ 3).

Die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze werden für Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, erhöht, und zwar:

- a) für jede angefangene Zahl von 25 Personen in Betrieben mit nicht mehr als 200 Arbeitern um 2 %,
- b) für jede angefangene Zahl von 60 Personen in Betrieben mit mehr als 200—1 200 Arbeitern um 6 %,
- c) für jede angefangene Zahl von 200 Personen in Betrieben mit mehr als 1 200 Arbeitern um 10 %. (§§ 4 und 5).

Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 4—7 um mehr als 200 % findet nicht statt. (§ 6).

Der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge werden die nach §§ 2 und 3 festgestellten Steuersätze unter Zuschlag der aus den §§ 4—6 sich ergebenden Prozentsätze zugrunde gelegt. Ist der Steuersatz gemäß §§ 2 und 3 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach §§ 4—6 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 7).¹⁾

40. *Roßberg, Landkreis Benthien.

Die Besteuerung erfolgt in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer unter Zugrundelegung der in der Gewerbesteuerrolle vermerkten Sätze. (§ 1).

Bei Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen wird zur Steuer des § 1 ein Zuschlag erhoben, und zwar von 3 \mathcal{M} für jede im Betriebe angestellte Person bei 11 bis 50 und von 4 \mathcal{M} bei mehr beschäftigten Personen. Personen unter 16 Jahren und weibliche Personen kommen nur mit der Hälfte in Ansatz. (§ 2).

Für Betriebe, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, gilt folgendes:

- a) Die Zuschläge des § 1 werden von dem infolge Zerlegung des Gesamtsteuersatzes auf den Gemeindebezirk entfallenden Teilbeträge gezahlt.
- b) Für die Frage, ob und mit welchem Kopfsteuerzuschlag diese Betriebe in Roßberg pflichtig sind, ist die Zahl der Angestellten des Gesamtunternehmens maßgebend; für die Berechnung der Zuschlagshöhe werden nur die in Roßberg beschäftigten Angestellten gezählt.
- c) Ist die Gemeinde Roßberg zwar Betriebsort, befindet sich in ihr aber nicht zugleich eine Betriebsstätte, so erfolgt die Besteuerung des in ihr belegenen Betriebsteiles durch Erhebung eines festen Satzes von 4‰ des in ihrem Bezirke befindlichen Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).

Erreicht bei einem Gewerbebetriebe der Klasse I der nach §§ 1, 3a) zu errechnende Steuerbetrag zuzüglich der Kopfsteuer [§§ 2, 3b) nicht den Steuerbetrag, der sich bei Zugrundelegung der 6fachen Angestelltenzahl als Verhältniszahl für die Zuschläge ergeben würde, so wird, unter Wegfall der Kopfsteuer, der Betrieb

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

lediglich nach §§ 1, 3a) veranlagt, indem die 6fache Angestelltenzahl als Verhältniszahl für die Zuschläge gilt.

41. *Siemianowitz, Landkreis Kattowitz.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer geschieht gemäß dem Gewerbesteuergesetze unter Zugrundelegung der in demselben festgesetzten Steuersätze.²⁾ (§ 2).

Höher als die übrigen Betriebe werden herangezogen

I. um 20 %:

Bierbrauereien und Bierverleger, Branntweinbrennereien, Eisenbahnen, Lohn-, Frachtfuhrwerks- und Speditionsbetriebe mit mehr als 3 Pferden, Gasanstalten und elektrische Beleuchtungsanlagen Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe, in denen einschließlich des Unternehmers oder dessen Stellvertreters mehr als 2 Personen beschäftigt werden, Mahlmühlen mit Ausschluß der Windmühlen, Sägewerke, die mit Wasserkraft, Dampf oder ähnlichen Motoren betrieben werden, Speichereibetriebe, andere fabrikmäßige Betriebe, die mehr als 10, aber nicht mehr als 50 Arbeiter beschäftigen;

II. um 35 %:

Diejenigen unter I mit Ausnahme der an letzter Stelle genannten Betriebe, die mehr als 10, aber nicht mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, ferner Bergwerke, Aufbereitungsanstalten, Gruben, Brüche, Kalk- und Gipsbrennereien, Zementfabriken, Holz- und Bauhöfe, Bauunternehmungen und Ziegeleien, sofern in diesen Betrieben nicht mehr als 50 Arbeiter beschäftigt werden, schließlich andere fabrikmäßige Betriebe, die mehr als 50, aber nicht mehr als 100 Arbeiter beschäftigen;

III. um 50 %:

Die unter I, mit Ausschluß der letztgenannten Betriebe, sowie die Bergwerke usw. (bis Ziegeleien), die mehr als 50, und andere fabrikmäßige Betriebe, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen.

Der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge werden die festgesetzten Steuersätze mit einem Zuschlag von 20 bzw. 35 und 50 % für die unter I, II und III bezeichneten Betriebe zugrunde gelegt.

Ist der Steuersatz für mehrere Betriebe derselben Person, von denen nur einzelne unter I fallen, einheitlich festgestellt, so ist derselbe auf die unter I fallenden und dem Zuschlag nicht unterliegenden Betriebe zu verteilen und der Zuschlag nur nach dem auf die ersteren entfallenden Teilbeträge zu bemessen. Entsprechend ist gegenüber mehreren in derselben Hand befindlichen, gemäß I nach verschiedenen Prozentsätzen höher zu belastenden Betrieben zu verfahren. (§ 3).¹⁾

42. *Langenbielau, Kreis Reichenbach.

Von allen im Gemeindebezirk stattfindenden, auf Grund des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 veranlagten und nach § 28, Nr. 1 bis 6, K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben sowie von allen gewerblichen Betrieben, die im Gemeindebezirk mindestens 5 Personen beschäftigen, soweit ihnen nicht gesetzlich Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe zusteht, wird eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Die Besteuerung der übrigen nach § 28 K.A.G. steuerpflichtigen Betriebe erfolgt gemäß § 30 K.A.G. in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. (§ 1).

Die im § 1 bezeichneten Pflichtigen werden zur besonderen Gewerbesteuer herangezogen, wie folgt:

- a) Die Veranlagung geschieht unter Anwendung der hierfür nach dem Gewerbesteuergesetz geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in ihm festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß die in den §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 105 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden; die Steuersätze sind unmittelbar aus der Gewerbesteuerrolle zu entnehmen;
- b) für jede in den bezeichneten Betrieben beschäftigte Person ist außerdem ein Betrag von 2 1/2 \mathcal{M} pro Jahr zu entrichten. (§ 2).²⁾

43. *Schwientochlowitz, Landkreis Benthien.

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von

²⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 215. — ³⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 219.

jedem Hundert Mark des ermittelten Ertrages erhoben, jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500—45 000 \mathcal{M} (ausschließlich).

Eine Erhöhung dieses Satzes tritt ein		
für Betriebe mit einem Ertrage von	oder einem Anlage- und Betriebskapital von	um
45 000—100 000 \mathcal{M} (ausschl.)	300 000— 500 000 \mathcal{M} (ausschl.)	$\frac{6}{10}$
100 000—150 000 „ „	500 000— 750 000 „ „	$\frac{8}{10}$
150 000—200 000 „ „	750 000—1 000 000 „ „	$\frac{10}{10}$
mindest. 200 000 „	mindest. 1 000 000 „	$\frac{12}{10}$

Erreicht bei Betrieben mit einem Umsatze von 500 000 \mathcal{M} oder mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 300 000 \mathcal{M} der Ertrag nicht a) 10 % des Umsatzes, b) 15 % des Anlage- und Betriebskapitals, so wird der Besteuerung an Stelle des Ertrages der nach a) oder b) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt.

Die Veranlagung von Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, erfolgt nach Maßgabe des in Schwientochlowitz erzielten Umsatzes oder des dem Gewerbebetriebe in Schwientochlowitz gewidmeten Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. Ob eine erhöhte Besteuerung einzutreten hat, bestimmt sich nach dem gesamten Ertrage oder Umsatze oder Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb der Gemeinde Schwientochlowitz.

44. *Laurahütte, Landkreis Kattowitz.

Hat dieselbe Steuerordnung wie Siemianowitz (Nr. 41).

45. *Domb, Landkreis Kattowitz.

Von allen nach § 28 K.A.G. der Gemeindegewerbsteuer unterliegenden Betrieben wird eine Gewerbesteuer nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß festzustellenden Satze von jedem Tausend des Anlage- und Betriebskapitals erhoben.

Das Anlage- und Betriebskapital kommt nur mit $\frac{3}{4}$ bei den Betrieben der Klasse III, mit der Hälfte bei den Betrieben der Klasse IV zur Anrechnung. Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von weniger als 3 000 \mathcal{M} bleiben von der Gewerbesteuer befreit.

46. *Dittersbach, Kreis Waldenburg.

Die Steuer wird bemessen nach dem gewerblichen Ertrage, der nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes zu ermitteln ist, jedoch mit der Maßgabe, daß in Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht dem Ertrage hinzugegerechnet wird. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- oder Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Flächen oder geringer als 5 % des Anlage- und Betriebskapitals, so tritt die höhere dieser beiden Summen an die Stelle des Ertrages (§ 2).

Mindestsatz der Gewerbesteuer ist 1 % des nach § 2 ermittelten Ertrages. Der zu erhebende Prozentsatz wird für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festgesetzt. Hierbei darf jedoch die Steuer nur für je 10 %, um die die Zuschläge zur Einkommensteuer 100 % überschreiten, um 0,1 % des Ertrages gesteigert werden, so daß der Satz von 2 % erst erreicht werden darf, wenn auch die Einkommensteuer mit 200 % belastet ist.

Für Kleinbetriebe unter 4 000 \mathcal{M} Ertrag und mit einem geringeren Anlage- und Betriebskapital als 30 000 \mathcal{M} ermäßigt sich dieser Satz bei einem Ertrage

von	1 500 \mathcal{M} bis einschließlich	2 000 \mathcal{M} um	$\frac{3}{4}$ %,
„	über 2 000 „ „	2 500 „ „	$\frac{1}{2}$ „,
„	2 500 „ „	3 200 „ „	$\frac{1}{3}$ „,
„	3 200 „ „	4 000 „ „	$\frac{1}{4}$ „;

dagegen erhöht sich der Prozentsatz bei Betrieben von mehr als 6 000 \mathcal{M} Ertrag oder mehr als 30 000 \mathcal{M} Anlage- und Betriebskapital, und zwar:

bei einem Ertrage oder Anlage- und Betriebskapital		
von über	bis einschl.	von über bis einschl.
6 000 \mathcal{M}	10 000 \mathcal{M} bzw.	30 000 \mathcal{M} 75 000 \mathcal{M} um $\frac{1}{10}$,
10 000 „	20 000 „ „	75 000 „ 150 000 „ „ $\frac{2}{10}$,
20 000 „	50 000 „ „	150 000 „ 250 000 „ „ $\frac{3}{10}$,
50 000 „	100 000 „ „	250 000 „ 500 000 „ „ $\frac{6}{10}$,
100 000 „	150 000 „ „	500 000 „ 750 000 „ „ $\frac{7}{10}$,
150 000 „	200 000 „ „	750 000 „ 1 000 000 „ „ $\frac{8}{10}$,
über 200 000 \mathcal{M} bzw. über 1 000 000 \mathcal{M} um $\frac{9}{10}$.		(§ 3).

Werden in einem Betriebe mehr als 5 Arbeiter und Angestellte im Gemeindebezirk beschäftigt, so wird nur die Hälfte des gemäß § 3 prinzipal beschlossenen Prozentsatzes erhoben. Jedoch erhöht sich dieser Satz für

a) jeden der Invalidenversicherung unterliegenden Arbeiter und Angestellten um mindestens 8 \mathcal{M} ,

b) jede Arbeiterin und jeden jugendlichen Arbeiter um mindestens 4 \mathcal{M}

und bei einer Steigerung über 1 % mit je 0,1 %

zu a) um je 0,50 \mathcal{M} ,

„ b) „ „ 0,25 „.

Bei Betrieben, deren Anlage- und Betriebskapital 30 000 \mathcal{M} und deren Ertrag 4 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, werden die ersten 5, bei solchen Betrieben, deren Ertrag 6 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, die ersten 3 Arbeiter und Angestellten bei Berechnung des Zuschlages außer Betracht gelassen.

Ist der so errechnete Betrag geringer als die nach §§ 2 und 3 ermittelte Steuer, so ist der jeweils höhere Betrag zu entrichten. (§ 4).

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, oder in mehreren Gemeinden Betriebsstätten bzw. gewerbliche Niederlassungen unterhalten, bestimmt sich der gewerbsteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48 und 48a K.A.G. Der so ermittelte Teilertrag erhöht sich gegebenenfalls unter entsprechender Anwendung des § 2 der Steuerordnung. (§ 6).

47. *Chorzow, Landkreis Kattowitz.

Die besondere Gemeindesteuerordnung entspricht der der Landgemeinde Siemianowitz (Nr. 41).

48. *Hohenlinde, Landkreis Beuthen.

Von den gemäß § 28 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, die in den Klassen I und II veranlagt und im Gemeindebezirk mindestens 20 dem Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz unterliegende Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, wird an Stelle der Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gewerbesteuer erhoben; diese beträgt

jährlich 2 \mathcal{M} für jeden Arbeiter und Angestellten,

„ 5 \mathcal{M} vom Tausend der gezahlten Gehälter und Löhne.

Bleibt die von einem Betriebe zu entrichtende besondere Gewerbesteuer hinter dem Betrage, der sich aus der prozentalen Gemeindezuschlagsbelastung — wie solche für die Gewerbesteuer der Klassen III und IV jeweilig maßgebend ist — zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer ergibt, zurück, dann kommt dieser Betrag statt der besonderen Gewerbesteuer zur Erhebung.¹⁾

49. *Weißstein, Kreis Waldenburg.

Von den gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 20 Arbeiter oder Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis zu 2 000 \mathcal{M} beschäftigen, wird statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbsteuer erhoben. Bei Betrieben mit mehreren Betriebsstätten ist die Zahl der in den verschiedenen Betriebsstätten beschäftigten Arbeiter usw. zusammengekommen entscheidend. (§ 1).

Die besondere Gewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Staatseinkommensteuer, der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 201 % 1 % des Ertrages und außerdem bei allen unter § 1 fallenden Betrieben für den Kopf der beschäftigten Arbeiter und Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 2 000 \mathcal{M} 7 \mathcal{M} . Eine Steigerung dieser Steuer tritt ein, sobald eine Steigerung der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und zu den staatlich veranlagten Realsteuern über 210 v. H. stattfindet, und zwar erhöht sich der Satz von 1 % des Ertrages für jede angefangenen 10 % der Realsteuern um je 0,1 % des Ertrages, der Satz von 7 \mathcal{M} für die Person in derselben Weise um je 1 \mathcal{M} . (§ 2).*)

Die Ermittlung des nach § 2 für den Steuersatz maßgebenden Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes mit der Maßgabe, daß bei solchen Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden,

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

*) Weibliche Arbeiter und Arbeiter unter 16 Jahren werden bei der Feststellung der Gesamtzahl der Arbeitskräfte nur zur Hälfte in Anrechnung gebracht.

der Miets- oder Pachtbetrag dem Ertrage hinzugerechnet wird. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- oder Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Flächen oder geringer als 6 % des Anlage- und Betriebskapitals, so tritt die höhere dieser beiden Summen an die Stelle des Ertrages. (§ 3).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der in Weißstein gewerbsteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a K.A.G. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten bestimmt sich in diesem Falle lediglich nach der Kopfzahl der in Weißstein tatsächlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten. (§ 5).

Die Umlegung der besonderen Gewerbebesteuer findet erst statt, wenn ein Zuschlag von mindestens 201 % zur Staatseinkommensteuer, zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbebesteuer erhoben wird. Ist eine Erhebung eines so hohen Zuschlages nicht erforderlich, so tritt an Stelle der besonderen Gewerbebesteuer die Erhebung von Zuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbebesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. Ebenso tritt die Erhebung von Zuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbebesteuer ein, wenn sie einen höheren Steuerbetrag ergibt als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbebesteuer. (§ 6).¹⁾

50. Stadtkreis Halle a. S.

Die nach §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze werden erhöht

für die Gewerbesteuerklasse I um 20 %,

„ „ „ II „ 10 %. (§ 2).

Für Betriebe, die sich über mehrere Gemeinde- (Guts-) Bezirke erstrecken, wird der Veranlagung der überwiesene Teilbetrag des staatlich veranlagten Gewerbesteuerbetrags zugrunde gelegt. Der Teilbetrag erhöht sich jedoch, wenn der Betrieb auswärts seinen Sitz hat und in Halle nur eine oder mehrere Zweigniederlassungen unterhält, um 50 v. H. (§ 3).

Für im hiesigen Gemeindebezirk belegene Betriebe, in denen mehr als 50 Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts beschäftigt werden, erhöhen sich in sämtlichen vier Steuerklassen die gemäß den Bestimmungen der Steuerordnung berechneten Steuersätze bei einer Zahl von 51 bis 100 Personen um 5 %, für jede weitere angefangene Zahl von 50 Pers. um weitere 3 %. Doch kommen nur solche Personen in Betracht, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M nicht übersteigt. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob diese Personen, ohne in H. Wohnsitz zu haben, in Hallenser Betrieben beschäftigt werden, oder unter Beibehaltung ihres Wohnsitzes in H. von Hallenser Betriebsunternehmern Arbeiten außerhalb des Gemeindebezirks übertragen erhalten. (§ 4).

Ist der Steuersatz für mehrere im Gemeindebezirk von H. befindliche Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so werden die Erhöhungen nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 6).

Die Erhöhung der Steuersätze darf nicht mehr als 150 % betragen. (§ 7).²⁾

51. Stadtkreis Halberstadt.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbebesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbebesteuer nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der bei dieser Veranlagung festgesetzten Steuersätze.

Soweit bei der Ermittlung des gewerblichen Ertrages vom Rohgewinn Ausgaben für Miete der Geschäftsräume abzusetzen waren, wird dem staatlichen Steuersatz ein Betrag von 1 % des Mietswertes dieser Räume hinzugerechnet. (§ 2).

Bleibt der nach § 2 anzurechnende Steuersatz bei einem nach dem Anlage- und Betriebskapital in Kl. I zu veranlagenden Betriebe hinter 0,5 ‰, bei einem nach dem Anlage- und Betriebskapital in Kl. II zu veranlagenden Betriebe hinter 0,4 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurück, so tritt an seine Stelle ein Steuersatz, der in Kl. I einem Betrage von 0,5 ‰, in Kl. II einem Betrage von 0,4 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entspricht.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214. — ²⁾ Die nach den Veranlagungsbestimmungen der besonderen Steuerordnung berechneten Steuersätze stellen 100 % der Gemeindegewerbebesteuer dar. Von dem sich hieraus ergebenden Betrage werden als wirklich zu entrichtende Steuer diejenigen prozentalen Zuschläge erhoben, welche zur Deckung des Steuerbedarfs in jedem Rechnungsjahre durch Gemeindebeschluß für die Steuer vom Gewerbebetriebe festgestellt werden.

Zum Anlage- und Betriebskapital im Sinne dieser Vorschrift ist auch der 20fache Mietswert der nicht eigenen Geschäftsräume zu rechnen. (§ 3).

Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäfte, in deren sämtlichen vorhandenen Betriebsstätten ein Ertrag im Sinne des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 von mehr als 500 000 M in dem der Veranlagung vorhergehenden Geschäftsjahre erzielt worden ist, unterliegen bei einem Ertrage bis zu 2 Mill. M anstelle der in §§ 2 und 3 vorgesehenen Steuersätze einem Steuersatz von 2 % des Ertrages und bei höherem Ertrage von 3 % des Ertrages, vorbehaltlich der aus § 6 sich ergebenden Verhältnissberechnung. (§ 4).

Sofern in allen vorhandenen Betriebsstätten

- a) bei Sämereihandlungen und Samenzüchtereien, Brauereien, Zigarrenhandlungen und bei Verkaufsgeschäften von Nähmaschinen ein Jahresumsatz von mehr als 500 000 M,
- b) bei Schuhwarenhandlungen, bei Kaffee-, bei Schokoladen- und Kolonialwarenhandlungen im Kleinhandel ein Umsatz von mehr als 400 000 M

in dem der Veranlagung vorhergehenden Geschäftsjahre erzielt worden ist, gelten anstelle der §§ 2 und 3 folgende Vorschriften:

Die vorgenannten Betriebe unterliegen einem Steuersatz nach dem Jahresumsatz. Der Steuersatz beträgt, vorbehaltlich der aus § 6 sich ergebenden Verhältnissberechnung, bei einem Jahresumsatz von 400 000—500 000 M 1 % des Umsatzes, bei einem Jahresumsatz von mehr als 500 000 bis 600 000 M 1,1 % des Umsatzes, bei einem Jahresumsatz von mehr als 600 000 bis 700 000 M 1,3 % des Umsatzes, bei einem Jahresumsatz von mehr als 700 000 bis 800 000 M 1,4 % des Umsatzes und bei höherem Umsatz 1,5 % des Umsatzes. (§ 5).

Für die prozentale Höhe der Steuersätze der §§ 4 und 5 ist in den Fällen des § 4 die Höhe des Ertrages, in den Fällen des § 5 die Höhe der Umsätze maßgebend, welche in sämtlichen, innerhalb und außerhalb Hs., vorhandenen Betriebsstätten erzielt werden. Der sich hiernach ergebende Steuersatz ist im Verhältnis des Gesamtertrages [§ 4] oder des Gesamtumsatzes [§ 5] zu dem in H. erzielten Ertrage oder Umsätze herabzusetzen.

Falls der nach den Bestimmungen der §§ 4 bis 6 zu berechnende Steuersatz 300 % des nach § 32 K.A.G. auf H. entfallenden Teilbetrages des staatlich veranlagten Gewerbesteuerbetrages übersteigt, so wird er auf 300 % dieses Teilbetrages ermäßigt. (§ 6).

Wenn ein Handelsgewerbe in H. mit mehr als einer der im § 6 des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 unterschiedenen Warengruppen betrieben wird und ein Jahresumsatz in diesen Gruppen von mehr als 300 000 M erzielt worden ist, so gelten, sofern mindestens 250 000 M des Umsatzes im Kleinhandel erzielt worden sind, anstelle der §§ 2 bis 4 folgende Vorschriften:

Bei der Ermittlung des Jahresumsatzes im Sinne des Absatzes 1 wird der in außerhalb Hs. gelegenen preussischen, deutschen oder außerdeutschen Zweigniederlassungen erzielte Umsatz mitgerechnet.

Der Steuersatz beträgt, vorbehaltlich der Bestimmung des folgenden Absatzes, bei einem Jahresumsatz von

mehr als	bis	
300 000 M	350 000 M	1 600 M
350 000 „	400 000 „	2 000 „
400 000 „	450 000 „	2 500 „
450 000 „	500 000 „	3 500 „
500 000 „	600 000 „	5 000 „
600 000 „	700 000 „	6 000 „
700 000 „	800 000 „	7 500 „
800 000 „	900 000 „	9 000 „
900 000 „	1 000 000 „	10 500 „
1 000 000 „	1 100 000 „	12 000 „

und so fort für jede 100 000 M 1 500 M mehr.

Ist der Umsatz teilweise in außerhalb Hs. gelegenen Betriebsstätten erzielt, so wird der Steuersatz nach dem Verhältnis des Gesamtumsatzes zu den in H. erzielten Umsätzen herabgesetzt.

Würde der hiernach zu berechnende Steuersatz nachweislich 12 % des nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 für das betreffende Steuerjahr gewerbsteuerpflichtigen Ertrages des Unternehmens übersteigen, so ist er auf diesen Betrag, keinesfalls aber weiter als bis auf die Hälfte des nach dem vorigen Absatz sich ergebenden Steuersatzes herabzusetzen. (§ 7).

Betriebe, welche sich auf mehrere Gemeindebezirke erstrecken, deren Hauptniederlassung aber in H. sich befindet, werden gemäß § 32 Abs. 2 K.A.G. mit folgenden Maßgaben veranlagt: Sofern ihr auf H. entfallender Steuerteilbetrag hinter 0,5 (Kl. I) oder 0,4 ‰ (Kl. II) der im Gemeindebezirke H. dem Gewerbebetrieb gewidmeten Werte zurückbleibt, findet der § 3 dieser Ordnung Anwendung. (§ 8).

Auf die nach den §§ 2 bis 8 festgestellten Steuersätze wird das jährliche Sollaufkommen an Gemeindegewerbsteuer umgelegt. Der sich hiernach ergebende Prozentsatz jener Steuersätze, der jährlich durch Gemeindebeschluß festgestellt wird, ergibt die wirklich an die Gemeinde zu entrichtenden Steuerbeträge. (§ 9).

52. Stadtkreis Mühlhausen i. Th.

Es wird von allen im Stadtbezirk stattfindenden, nach § 28 Nr. 1 bis 6 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetrieb zusteht, eine Gemeindegewerbsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbsteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Gewerbsteuerklassen I, II und III für alle diejenigen Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, die in den §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 12½ % bei einer Beschäftigung von mehr als 20 bis einschl. 50 Personen, um 25 % bei einer Beschäftigung von mehr als 50 Personen der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4, werden die Steuersätze aus der Gewbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Betriebe, welche nach dem Gewerbsteuergesetze in Klasse I und II zu einem hinter 1¼ ‰, in Klasse III zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersätze veranlagt sind, werden mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersätze veranlagt.
2. 1) Der Steuersatz gemäß Anmerkung 2) auf Seite 215 muß aber mindestens den nach Nr. 1 sich ergebenden Betrag erreichen. (§ 3).

Die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze werden in den Klassen I, II und III für solche Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 5 bis 7 erhöht. (§ 4).

Für Betriebe der Klassen I, II und III, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt:

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 1 %,
- b) mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 6 %. (§ 5).

Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 um mehr als 300 % findet nicht statt. (§ 6).

Die Ausführung der §§ 4 bis 6 erfolgt in der Weise, daß der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge die nach §§ 2 und 3 festgestellten Steuersätze unter Zuschlag der aus den §§ 4 und 5 sich ergebenden Prozentsätze zugrunde gelegt werden.

Ist der Steuersatz gemäß §§ 2 und 3 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach §§ 4 und 5 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 7. 2)

53. Stadtkreis Weißenfels.

Die Steuerordnung entspricht der von Mühlhausen i. Th. (Nr. 52) mit der Maßgabe, daß die Erhöhung der Steuersätze schon für Betriebe, die mehr als 10 Personen beschäftigen, beginnt.

54. Stadtkreis Nordhausen.

Die Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Elbing (Nr. 1) mit folgenden Abweichungen:

Der Mietswert der dem Gewerbetreibenden eigentümlich gehörigen Geschäftsräume wird von dem Ertrage in Abzug gebracht.

1) Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 215. — 2) desgl. die Anmerkung 2) auf Seite 211.

Bei einem Ertrage von mindestens 20 000 *M* oder einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 150 000 *M* erhöht sich der Steuersatz um ⅓.

55. Stadtkreis Aschersleben.

Die gemäß dem Gesetze vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze werden in den Gewerbsteuerklassen I und II bei denjenigen Gewerbebetrieben, deren Anlage- und Betriebskapital mehr als 3 Mill. *M* beträgt, um 25 % und bei den übrigen in diesen Klassen veranlagten Betrieben um 15 % erhöht. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 u. 5 werden die Steuersätze aus der Gewbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, die nach dem Gewerbsteuergesetze in Kl. I u. II zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersätze veranlagt sind, mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersätze veranlagt werden. (§ 3).

Für Betriebe, in denen mehr als 15 unter 55 Jahre alte Personen männlichen und weiblichen Geschlechts beschäftigt werden, erhöhen sich die nach den §§ 2 u. 3 berechneten Steuersätze

- a) um 5 % bei einer Zahl von 15 bis 50 Personen,
- b) „ 10 % „ „ „ 51 „ 150 „ „
- c) „ 15 % „ „ „ 151 „ 500 „ „
- d) „ 20 % „ „ „ „ mehr als 500 „ „

Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen bleiben bei der Berechnung der Zuschläge außer Betracht. (§ 5).

56. Stadtkreis Quedlinburg.

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Zugrundelegung des Durchschnitts der gemäß dem Gesetze vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze, die in den letzten drei Veranlagungsjahren staatlich veranlagt sind. Bei den sich über mehrere Gemeinden erstreckenden Gewerbebetrieben kommen nur die auf die Gemeinde Quedlinburg zerlegten Steuersätze in Anwendung. Liegt für einen Betrieb ein dreijähriger Durchschnitt noch nicht vor, so ist der Durchschnitt der veranlagten oder zerlegten Steuersätze der letzten zwei Jahre bzw. des letzten Jahres zugrunde zu legen. Die hiernach berechneten Steuersätze werden um

- 20 % für die Gewerbsteuerklasse I,
- 15 % „ „ „ II,
- 10 % „ „ „ III

erhöht. Maßgebend für die Erhöhung ist die Steuerklasse, in der der Steuerpflichtige für dasjenige Steuerjahr staatlich veranlagt ist, für das die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer erfolgt. (§ 2).

Für im Gemeindebezirk Qu. belegene Betriebe, in denen mehr als 10 unter 55 Jahre alte Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts beschäftigt werden, erhöhen sich in sämtlichen vier Steuerklassen die nach § 2 berechneten Steuersätze

- a) um 5 % bei einer Zahl von 11 bis 20 Personen,
- b) „ 10 % „ „ „ 21 „ 50 „ „
- c) „ 15 % „ „ „ 51 „ 100 „ „
- d) „ 20 % „ „ „ „ über 100 „ „ . (§ 3).

Für Betriebe, die in Qu. nur eine Zweigniederlassung haben und deshalb außerhalb zur Gewerbsteuer veranlagt sind, werden die nach §§ 2 und 3 ermittelten Steuersätze um die Hälfte erhöht. (§ 4. 2)

57. Tangermünde, Landkreis Stendal.

Die Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

Für Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt

- a) nicht mehr als 100, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 1 %,
- b) mehr als 100, aber nicht mehr als 500, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 5 %,
- c) mehr als 500 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 10 %.

Eine Erhöhung der Steuersätze um mehr als 300 % findet nicht statt.

Erhöhungen für Räume mit einem bestimmten Gebäudesteuernutzungswert, wie bei Kolmar, treten nicht ein.

3) Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 222.

II. bei einer Belastung der nicht unter diese Steuerordnung fallenden Gewerbebetriebe mit mehr als 150 % Zuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer:

- a) die Sätze unter I a) und I b), ferner
- b) für je 1 % Zuschlag 10 Pfennig für jede in dem Betriebe beschäftigte Person der im § 1 bezeichneten Art. (§ 2).

Erstreckt sich der nach dieser Steuerordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so hat die Veranlagung unter Zugrundelegung des auf die Gemeinde Leimbach zerlegten Teilbetrages der staatlich veranlagten Gewerbesteuer und der in dem hiesigen Gewerbebetriebe beschäftigten Arbeiterkopffzahl zu erfolgen. (§ 3.)¹⁾

62. Schraplau, Mansfelder Seekreis.

Da die besondere Steuerordnung trotz mehrfacher Erinnerungen nicht zu erhalten war, können keine Angaben über den Erhebungsmaßstab gemacht werden.

63. Stadtkreis Kiel.

Für die Veranlagung ist die staatliche Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 maßgebend. Jedoch werden die in §§ 9 und 14 a. a. O. festgestellten Steuersätze für die Gemeindebesteuerung in der Gewerbesteuerklasse I um 30 %, in Klasse II um 20 %, in Klasse III um 10 % erhöht. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen im § 2 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden mit einem Steuersatz in Kl. I von 1,30, in Kl. II von 1,20 und in Kl. III von 1,10 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals veranlagt.
2. Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden — jedoch nur von ihrem in der Stadtgemeinde K. belegenen Teile — besonders in der Gewerbesteuerklasse veranlagt, in die sie bei Anwendung der Vorschriften in den §§ 6—8 des Gewerbesteuergesetzes gehören. Der Steuersatz ist nach der Ertragsschätzung in Kl. I gemäß § 9 a. a. O., in den übrigen Steuerklassen in verhältnismäßiger Gleichheit mit den Steuersätzen der Mitglieder der betreffenden Klasse zu ermitteln und in der Kl. IV hiernach festzusetzen, in den Kl. I bis III aber entsprechend der Vorschrift des § 2 dieser Steuerordnung zu erhöhen. An Stelle der erhöhten Steuersätze treten jedoch diejenigen gemäß § 3, Ziffer 1, wenn sich ergibt, daß der besonders ermittelte, einfache Steuersatz hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibt. (§ 3.)²⁾

64. Stadtkreis Flensburg.

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht im allgemeinen unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und der in demselben festgesetzten Steuersätze. (§ 2).

Von den Gewerbetreibenden,

- a) die in ihren sämtlichen Gewerbebetrieben durchschnittlich 100 oder mehr Angestellte und Arbeiter beschäftigen, oder
- b) bei deren sämtlichen Gewerbebetrieben der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 500 000 \mathcal{M} oder mehr beträgt, oder
- c) die Kleinhandel, allein oder in Verbindung mit Großhandel, treiben und in ihren sämtlichen Gewerbebetrieben einen Jahresumsatz von mehr als 5 Mill. \mathcal{M} erzielt haben,

wird ein Gewerbesteuergrundbetrag erhoben, der beträgt bei

- a) bei einer Gesamtkopffzahl von 100 bis zu 500 in Kl. II bis IV 8 \mathcal{M} , in Kl. I 10 \mathcal{M} auf den Kopf der in F. beschäftigten Angestellten und Arbeiter, bei einer Gesamtkopffzahl über 500 in allen Klassen 10 \mathcal{M} auf den Kopf der in F. Beschäftigten;
- b) $1\frac{1}{4}$ ‰ des Flensburger Anlage- und Betriebskapitals;
- c) 2 ‰ des in F. erzielten Umsatzes.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 214. — ²⁾ desgl. die Anmerkung 2) auf Seite 211.

Treffen bei einem Gewerbetreibenden mehrere der unter a), b), c) genannten Voraussetzungen zu, so erfolgt die Veranlagung nach dem höheren Grundbetrag.

Wenn für die übrigen Gewerbetreibenden die Gewerbesteuer auf mehr als 100 ‰ der staatl. veranl. Steuer festgesetzt ist, so wird neben dem Grundbetrag der über 100 hinausgehende Prozentsatz der auf die Flensburger Betriebe entfallenden staatlichen Steuer erhoben. (§ 3).

Ist der durch die besondere Veranlagung des § 3 sich ergebende Gewerbesteuer-Grundbetrag geringer als der Einheitssatz der staatl. veranl. Gewerbesteuer [100 ‰], so findet für die in § 3 bezeichneten Gewerbetreibenden auch die Erhebung nach Prozenten der staatlichen Steuer statt. (§ 6).

65. Itzehoe, Kreis Steinburg.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Kiel (Nr. 63) mit folgender Abweichung:

2. Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinde-(Guts-) Bezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Gemeinde Itzehoe entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung desselben die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in der der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, welches auf den in der Gemeinde Itzehoe belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle, je nach der Gewerbesteuerklasse, in der der Betrieb veranlagt ist, der unter 1 festgesetzte Promillesatz des Wertes dieses auf die Gemeinde I. entfallenden Anlage- und Betriebskapitals.

66. Schleswig, Kreis Schleswig.

Die besondere Steuerordnung für Zweigniederlassungen entspricht der von Prenzlau (Nr. 8).

67. Burg a. Fehmarn, Kreis Oldenburg.

Es wird von allen im Gemeindebezirke stattfindenden, nach § 28 Nr. 1—6 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe zusteht, eine Gemeindegewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer erfolgt für jedes Steuerjahr unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17—23 des Ges. vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze. (§ 2). Für die Steuerveranlagung maßgebend ist der Durchschnittsertrag der bei der Vornahme derselben abgelaufenen 2 Jahre. Besteht der Gewerbebetrieb noch nicht 2 Jahre lang, so ist der Ertrag nach dem zur Zeit der Veranlagung vorliegenden Anhalt zu schätzen. (§ 3).

Die Steuer wird von jedem Gewerbebetrieb mit 1 ‰ des jährlichen Ertrages unter Berücksichtigung der zulässigen Steuersätze [§ 5] veranlagt. (§ 4).

Die Steuersätze betragen jährlich bei einem Ertrage des Gewerbebetriebes

von mehr als	bis einschließl.	\mathcal{M}	von mehr als	bis einschließl.	\mathcal{M}
—	600	4	3 500	4 000	35
600	800	6	4 000	4 500	40
800	1 000	8	4 500	5 000	45
1 000	1 200	10	5 000	5 500	50
1 200	1 400	12	5 500	6 000	55
1 400	1 600	14	6 000	6 500	60
1 600	1 800	16	6 500	7 000	65
1 800	2 000	18	7 000	7 500	70
2 000	2 200	20	7 500	8 000	75
2 200	2 400	22	8 000	8 500	80
2 400	2 600	24	8 500	9 000	85
2 600	2 800	26	9 000	9 500	90
2 800	3 000	28	9 500	10 000	95
3 000	3 500	30	10 000	11 000	100

und steigen bei höherem Ertrage in Stufen von 1 000 \mathcal{M} um je 10 \mathcal{M} . (§ 5.)²⁾

68. Stadtkreis Hannover.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Elbing (Nr. 1) mit folgenden Abweichungen:

Bei einem Ertrage von mindestens 20 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 150 000 \mathcal{M} erhöht sich der Steuersatz um $\frac{1}{10}$. Hat eine staatliche Gewerbebesteuer-Veranlagung stattgefunden, so ist der Gemeinde-Gewerbebesteuer-Veranlagung — insbesondere auch im Falle des § 34 des Gewerbe-steuergesetzes — mindestens der hundertfache Betrag des staatlich veranlagten Gewerbebesteuersatzes als Ertrag zugrunde zu legen. (§ 3).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 150 000 \mathcal{M} der Ertrag nicht

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder
- b) das $1\frac{1}{2}$ fache der zu zahlenden Jahresmiete oder des ortsüblichen Jahresmietswertes der im eigenen Hause für den Gewerbebetrieb benutzten Räume,

so wird der Besteuerung gemäß § 3, an Stelle des Ertrages, der nach a) oder b) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt. (§ 4).

Eine Erhöhung für Betriebe, die mehr als 100 Personen beschäftigen, wie sie für Elbing durchgeführt ist, kommt hier nicht in Betracht.

69. Stadtkreis Linden vor Hannover.

Der Besteuerung derjenigen Betriebe, bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals einschließlich des kapitalisierten Jahresmietszinses bzw. Jahresmietswertes 150 000 \mathcal{M} oder mehr beträgt, wird der Wert des Anlage- und Betriebskapitals einschließlich des kapitalisierten Jahresmietszinses bzw. Jahresmietswertes zugrunde gelegt. Zu dem Wert des Anlage- und Betriebskapitals tritt, soweit ein Gewerbebetrieb in gemieteten oder sonstwie, unter Ausschluß des Eigentums, überlassenen Räumen stattfindet, als weiterer ergänzender Besteuerungsmaßstab der Umfang des innerhalb des Stadtgebiets L. stattfindenden Gewerbebetriebes, soweit er nicht bereits in dem Werte des Anlage- und Betriebskapitals zum Ausdruck kommt, hinzu. Als Besteuerungsmaßstab für den Umfang des Betriebes gilt in diesem Falle neben dem Anlage- und Betriebskapital auch der jährlich gezahlte Mietszins oder, soweit ein solcher nicht gezahlt wird oder hinter dem ortsüblichen Mietswert zurückbleibt, der jährliche Mietswert der dem Gewerbetreibenden nicht gehörigen, von ihm gewerblich benutzten Räume, und zwar wird der 20 fache Betrag des jährlichen Mietszinses bzw. Mietswertes dem Anlage- und Betriebskapital hinzugerechnet. (§ 2).

Die Besteuerungsmaßstäbe des § 2 finden auch dann Anwendung, wenn bei solchen unter die Bestimmung des § 2 fallenden Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, das Anlage- und Betriebskapital zuzüglich des kapitalisierten Mietszinses bzw. Mietswertes des im Stadtbezirk L. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes hinter 150 000 \mathcal{M} zurückbleibt. In diesen Fällen wird der Besteuerung der auf L. entfallende Teil des Anlage- und Betriebskapitals einschl. des kapitalisierten Mietszinses bzw. Mietswertes zugrunde gelegt. (§ 3).¹⁾

Für die nach den §§ 2 und 3 zu steuernden Betriebe beträgt der Grundsteuersatz jährlich 1,30 \mathcal{M} vom Tausend des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. Von den so festgestellten Grundsteuersätzen werden die gleichen Prozentsätze wie von der vom Staate für die der besonderen Steuerordnung nicht unterliegenden Betriebe veranlagten Gewerbebesteuer erhoben. (§ 6).²⁾

70. Stadtkreis Hildesheim.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Hannover (Nr. 68), nur lautet die dem letzten Absätze im § 3 der dortigen Steuerordnung entsprechende Stelle hier folgendermaßen:

Bei den zu den Staatsgewerbebesteuersätzen von 4, 8, 12, 16 und 20 \mathcal{M} veranlagten Betrieben ist höchstens der hundertfache Betrag dieser Sätze als Ertrag zugrunde zu legen usw.

71. Wilhelmshaven, Kreis Wittmund.

Die Gewerbebesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem Hundert des ermittelten Ertrages erhoben. Als Ertrag ist

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

der hundertfache Betrag der Staatsgewerbebesteuersätze zugrunde zu legen, soweit § 4 nicht etwas anderes bestimmt. Der ermittelte Satz wird nur von den Betrieben der Klasse IV erhoben. Für Betriebe der Klasse III erhöht er sich um $\frac{1}{20}$, desgl. der Klasse II um $\frac{1}{20}$ und der Klasse I um $\frac{1}{20}$. (§§ 2 und 3).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 100 000 \mathcal{M} der durch Multiplikation des Staatsgewerbebesteuersatzes mit 100 ermittelte Ertrag nicht

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, oder
- b) das zweifache der zu zahlenden Jahresmiete oder des ortsüblichen Jahresmietswertes der im eigenen Hause für den Gewerbebetrieb benutzten Räume,

so wird der Besteuerung gemäß § 3 anstelle des hundertfachen Betrages des Staatsgewerbebesteuersatzes der nach a) oder b) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt. (§ 4).

Auf Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, finden hinsichtlich der Ertragsermittlung die betr. Bestimmungen des § 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Zuweisung dieser Betriebe in die Klasse I bis IV sowie zur Feststellung, ob die Bestimmungen des § 4 Anwendung zu finden haben, der gesamte Ertrag oder das gesamte Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb des Stadtbezirkes bestimmend ist. Die Veranlagung nach § 4 erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der dem Betriebe im Stadtbezirke W. gewidmeten Werte. (§ 5).

72. Stadtkreis Celle.

Für Gewerbebetriebe der Klassen I bis III, die in C. nur eine oder mehrere Zweigniederlassungen haben und daher außerhalb zur Gewerbebesteuer veranlagt sind, erfolgt die Veranlagung auf Grund des gesamten Jahresumsatzes des letzten Geschäftsjahres. Der Steuersatz beträgt bei einem Umsatz bis zu 1 000 \mathcal{M} 2 \mathcal{M} und steigt für jedes weiteres angefangene Tausend um 2 \mathcal{M} . Von dem so ermittelten Steuersatze ist als Gemeindesteuer in jedem Jahre derselbe Prozentsatz zu entrichten, der bei den übrigen gewerbebesteuerpflichtigen Betrieben von den staatlich veranlagten Steuersätzen erhoben wird. Der Steuersatz darf jedoch bei den Betrieben der Klasse I 3 %, der Klassen II und III 2 % des Ertrages des einzelnen Betriebes nicht übersteigen.

Der in C. erzielte Ertrag wird nach den Vorschriften des Gewerbe-steuergesetzes sowie der §§ 32, 47 und 48 K.A.G. ermittelt. Findet der Betrieb ganz oder teilweise in gemieteten Räumen statt, so wird zu dem ermittelten Ertrage die Hälfte der Miete hinzugerechnet.

73. Hameln, Kreis Hameln.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Hannover (Nr. 68) mit folgenden Abweichungen:

Im § 3 ist der Zusatz gemacht, daß sich der von jedem 100 \mathcal{M} des Ertrages erhobene Satz für Betriebe mit geringerem Ertrage als 1 500 \mathcal{M} , die aber wegen des Vorhandenseins von mindestens 3 000 \mathcal{M} Anlage- und Betriebskapital steuerpflichtig sind, um $\frac{1}{4}$ ermäßigt. Der Schlußsatz des § 3 der hannoverschen Steuerordnung, in dem Bestimmungen für den Fall einer stattgehabten staatlichen Gewerbebesteuer-Veranlagung getroffen werden, fehlt hier.

74. Peine, Kreis Peine.

Eine besondere Gemeindegewerbebesteuer wird von allen Betrieben erhoben, in denen innerhalb des Stadtbezirks Peine mehr als 200 im Stadtbezirke wohnhafte Arbeiter und solche Angestellte, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, beschäftigt werden. (§ 1).

Die in § 1 bezeichneten Pflichtigen werden in der Weise zur Steuer herangezogen, daß von ihnen entrichtet wird:

- a) ein Betrag, der gleichkommt 0,75 % des Ertrages des Gewerbebetriebes,
- b) für jede in ihrem Betriebe beschäftigte Person der in § 1 bezeichneten Art ein jeweils für die Dauer von 1 Jahre festzusetzender Prozentsatz des nach § 3 berechneten Einheitsatzes, höchstens jedoch 150 % des letzteren. (§ 2).

Die Berechnung des Einheitssatzes geschieht folgendermaßen:

Es wird festgestellt, wieviel im letzten Rechnungsjahre an Schul-, Armen-, Wege- und Polizeilasten auf den Kopf der Bevölkerung entfällt und wieviel danach auf sämtliche unter § 1

fallende Arbeiter und Angestellte und deren Haushaltsangehörige kommt. Von dieser Summe wird die von diesen Personen gezahlte Gemeindecinkommensteuer in Abzug gebracht; der Rest, geteilt durch die Anzahl der nach § 1 in Rechnung zu stellenden Arbeiter und Angestellten, ergibt unter Abrundung nach oben auf Beträge eines Vielfachen von 0,5 *M* den Einheitssatz für den Arbeiter bezw. Angestellten. (§ 3).

Der der Veranlagung zugrunde zu legende Ertrag ist unter Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 sowie der §§ 32, Abs. 2, 47, 48 K.A.G. zu ermitteln. (§ 5.)¹⁾

Die besondere Steuerordnung für Zweigniederlassungen entspricht der von Prenzlau (Nr. 8) mit folgenden Abweichungen:

Wenn der in Peine erzielte Umsatz nicht festgestellt werden kann, so erfolgt die Besteuerung nach folgendem Steuersatz:

Es werden zusammengerechnet:

1. von dem in Peine erzielten Ertrage des Betriebes $\frac{1}{2}$ % und
2. für jede in dem Betriebe beschäftigte Person,
 - a) wenn deren Gesamtzahl nicht mehr als 20 beträgt, 30 *M*,
 - b) „ „ „ „ mehr als 20, aber nicht mehr als 35 beträgt, 40 „ „
 - c) wenn deren Gesamtzahl mehr als 35, aber nicht mehr als 50 beträgt, 50 „ „
 - d) wenn deren Gesamtzahl mehr als 50 beträgt, 60 „ „

Der Schlußsatz in § 4 lautet: die Steuersätze des § 2 und § 3 dürfen jedoch 3 % des nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung selbständig zu berechnenden Ertrages des einzelnen Betriebes nicht übersteigen, sind also gegebenenfalls auf diesen Prozentsatz zu ermäßigen. Ferner bestimmt, abweichend von der Prenzlauer Steuerordnung, der § 5: Findet der Betrieb ganz oder teilweise in gemieteten Räumen statt, so wird zu dem ermittelten Ertrage die zu entrichtende Miete hinzu gerechnet.

75. Nienburg a./Weser, Kreis Nienburg.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

Betriebe, die zu den Klassen I und II gehören oder ohne die Vorschrift des § 8 des Gewerbesteuergesetzes dazu gehören würden und die nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden mit einem $1\frac{1}{4}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatz veranlagt. [Vergl. § 3].

Eine Erhöhung des Steuersatzes gemäß § 4 tritt ein für Betriebe, in denen entweder mehr als 20 Personen beschäftigt oder für die Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 300 *M* dauernd benutzt werden. Werden für einen Gewerbebetrieb Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 300 *M* dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze bei einem Gebäudesteuernutzungswert dieser Räume von

- a) nicht mehr als 1 000 *M* für jede angefangenen 100 *M* um 0,5 %,
- b) mehr als 1 000 *M*, aber nicht mehr als 3 000 *M*, für jede angefangenen 500 *M* um 3 %,
- c) mehr als 3 000 *M* für jede angefangenen 1 000 *M* um 7 %. (§ 6).

Beträgt in einem Betriebe sowohl die Zahl der beschäftigten Personen mehr als 20, als auch der Gebäudesteuernutzungswert mehr als 300 *M*, so erfolgt die Erhöhung des Steuersatzes entweder nur nach dem Maßstabe der Zahl der beschäftigten Personen oder nur nach dem Maßstabe des Gebäudesteuernutzungswertes, und zwar nach demjenigen Maßstabe, dessen Anwendung den höheren Betrag ergibt. (§ 7). Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 4 bis 7 um mehr als 200 % findet nicht statt. (§ 8).

76. Lehrte, Kreis Burgdorf.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

Betriebe der Klassen I und II, die nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Satze veranlagt sind, werden mit einem

$1\frac{1}{2}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatzes veranlagt.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Stadt Lehrte entfällt, maßgebend. Erreicht dieser Teilbetrag des Steuersatzes nicht 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, das auf den in der Gemeinde L. belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle bei den Betrieben der Kl. I u. II ein Steuersatz von $1\frac{1}{2}$ % des Wertes des auf die Stadt L. entfallenden Anlage- und Betriebskapitals.

77. Einbeck, Kreis Einbeck.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Guben (Nr. 6). Eine besondere Steuerordnung für Zweigniederlassungen, wie in Guben, besteht jedoch in Einbeck nicht.

78. Osterode am Harz, Kreis Osterode a. Harz.

Es wird von allen nach § 28 Nr. 1 bis 6 des K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben im Stadtbezirk Osterode, soweit ihnen nicht nach Absatz 2 oder 3 a.a.O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetrieb zusteht, eine Gemeinde-Gewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung zur Gemeinde-Gewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetz vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der dort festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Gewerbesteuerklassen I, II und III die in den §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 20 % in der I., 15 % in der II. und 10 % in der III. Gewerbesteuerklasse der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden.

Von den hiernach ermittelten Steuersätzen wird die Gemeinde-gewerbesteuer in Form von Zuschlägen erhoben, deren Höhe alljährlich durch Beschluß der städtischen Kollegien festgesetzt wird. (§ 2).

79. Alfeld, Kreis Alfeld.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

Werden für einen Gewerbebetrieb Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 1 000 *M* dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze bei einem Gebäudesteuernutzungswert dieser Räume von

- a) nicht mehr als 10 000 *M* für jede vollen 100 *M* um 0,05 %,
- b) mehr als 10 000 *M*, aber nicht mehr als 100 000 *M*, für jede vollen 100 *M* um 0,06 %,
- c) mehr als 100 000 *M* für jede vollen 100 *M* um 0,08 %.

80. Sarstedt, Kreis Hildesheim.

Der Besteuerung derjenigen Betriebe, bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 100 000 *M* oder mehr beträgt, wird der Wert des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Dieser Besteuerungsmaßstab findet auch dann Anwendung, wenn bei solchen Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, das Anlage- und Betriebskapital des in S. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes hinter 100 000 *M* zurückbleibt. In diesen Fällen wird der Besteuerung der auf S. entfallende Teil des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. (§ 2.)¹⁾ (§ 3).

Für die nach § 2 zu steuernden Betriebe beträgt der als Maßstab zugrunde zu legende Steuersatz jährlich 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. Von den so festgestellten Steuersätzen werden die gleichen Prozentsätze erhoben wie von den staatlich veranlagten Gewerbesteuersätzen bei der Besteuerung der übrigen Gewerbetreibenden nach § 3. (§ 4.)²⁾

81. Flecken Bevensen, Kreis Uelzen.

Die den Veranlagungsmaßstab betreffenden Bestimmungen der besonderen Steuerordnung entsprechen denen in §§ 2 und 3 der besonderen Steuerordnung der Stadt Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

1. Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

²⁾ Vergl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

zurückbleibenden Steuerbeträge veranlagt sind, werden, sofern das Anlage- und Betriebskapital derselben 150 000 \mathcal{M} oder mehr beträgt, mit einem $1\frac{1}{4}\%$ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersätze veranlagt. Eine Erhöhung der Steuersätze nach der beschäftigten Personenzahl oder nach dem Gebäudesteuernutzungswert, wie dies bei Kolmar der Fall ist, findet nicht statt.

82. Stadtkreis Dortmund.

Die Gewerbesteuer wird für diejenigen Gewerbetreibenden, die durchschnittlich jährlich 30 und mehr gewerbliche Arbeiter in hiesigen Gewerbebetrieben beschäftigen, auf denjenigen Prozentsatz der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, der über den Betrag von 100 % der letzteren hinaus alljährlich von den nicht unter diese Steuerordnung fallenden Gewerbetreibenden zur Hebung gelangt, unter Hinzurechnung von 12 \mathcal{M} pro Kopf des Arbeiters, festgesetzt. Ist der nach dieser Berechnung sich ergebende Steuerbetrag geringer als der bei Erhebung von Prozentsätzen der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu entrichtende kommunale Gewerbesteuerbetrag, so kommt letzterer zur Hebung.

83. Stadtkreis Gelsenkirchen.

Die Besteuerung erfolgt nach einem alljährlich besonders festzusetzenden Prozentsatz des nach § 3 zu berechnenden Ertrages.

Dieser Satz erhöht sich bei einem Ertrage

von \mathcal{M}	bis aussch. \mathcal{M}	um
2 000	2 500	$\frac{1}{30}$
2 500	3 000	$\frac{2}{30}$
3 000	4 000	$\frac{3}{30}$
und so fort für jedes Tausend um $\frac{1}{30}$ bis		
19 000	20 000	$\frac{19}{30}$
20 000	30 000	$\frac{20}{30}$
30 000	40 000	$\frac{31}{30}$
40 000 und mehr		$\frac{32}{30}$ (§ 2).

Der Ertrag und, soweit erforderlich, auch das Anlage- und Betriebskapital sind unabhängig von der staatlichen Gewerbesteuerveranlagung, jedoch unter Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 zu ermitteln. Die Miete, die für die zum Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke, Gebäude und Räume gezahlt wird, ist dem ermittelten Ertrage zuzusetzen. Erreicht der für die Besteuerung maßgebende Ertrag nicht 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, so ist der Veranlagung ein Ertrag in dieser Höhe zugrunde zu legen. (§ 3).

Gewerbebetriebe mit 10 und mehr Angestellten oder Arbeitern unterliegen einer Steuer, die sich zusammensetzt aus einer Kopfsteuer und einem Betrage, der einem Prozentsatz des staatlich veranlagten Gewerbesteuersatzes gleichkommt. Dieser Gewerbesteuersatz erhöht sich bei den ganz oder teilweise auf gemieteten Grundstücken usw. arbeitenden Betrieben um 1 % der Miete.

Die Kopfsteuer beträgt für jede Person mit einer Jahresentlohnung bis einschl. 2 400 \mathcal{M} bei

- a) 10—20 Pers. 6 \mathcal{M} ,
- b) 21—40 „ 12 „,
- c) 41—70 „ 16 „,
- d) 71—100 „ 20 „,
- e) über 100 „ 24 „.

Für die unter 16 Jahre alten Personen wird nur die Hälfte dieser Sätze erhoben. Bei Betrieben mit mehr als 1 300 Arbeitern erhöht sich die Kopfsteuer auf 48 \mathcal{M} , wenn ihr auf G. im Vorjahre entfallender staatlicher Gewerbesteuersatz weniger als 0,09 % des auf G. entfallenden und nach § 23 des Gewerbesteuergesetzes zu berechnenden Anlage- und Betriebskapitals betragen hat.

Der Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer beträgt 100 % bei einer Grundbelastung der nach § 2 besteuerten Betriebe von 2 % des Ertrages. Jede Veränderung in dieser Grundbelastung nach unten oder oben um $\frac{1}{30}$ zieht eine Ermäßigung oder Erhöhung des Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer um 10 % nach sich. (§ 4).

Betriebe, die mehr als eine der im § 6 des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 bezeichneten Warengruppen im Kleinhandel entweder in offenen Verkaufsstellen feilhalten oder im Wege des Versandtes zum Verkauf bringen, unterliegen der nachfolgenden Besteuerung, wenn ihr Jahresumsatz im Gesamtbetriebe mindestens 100 000 \mathcal{M} beträgt.

Von dem Jahresumsatze des letzten Geschäftsjahres werden als Steuer erhoben

bei einem Gesamtumsatze v. 100 000 bis aussch. 200 000 \mathcal{M}	$1\frac{1}{2}\%$,
„ „ „ „ 200 000 „ „ 300 000 „	2%,
„ „ „ „ 300 000 „ „ 400 000 „	$2\frac{1}{2}\%$,
„ „ „ „ mindestens 400 000 „	3%. (§ 5).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat die Veranlagung nur nach Maßgabe des in G. belegenen Teils des Gewerbebetriebes zu erfolgen. Dieser Teil bestimmt sich

- a) in den Fällen des § 3 nach den Vorschriften der §§ 47, 48 K.A.G.
- b) In den Fällen des § 4 wird die Kopfsteuer nach der Zahl der in dem in G. belegenen Betriebe beschäftigten Personen bestimmt und der Zuschlag von dem auf G. entfallenden, zerlegten staatlichen Gewerbesteuersatzes erhoben. Dem letzteren wird im Falle des § 4, Absatz 1, Satz 2, 1 % der Miete hinzugerechnet.
- c) In den Fällen des § 5 erfolgt die Besteuerung nach dem Warenumsatze im Gelsenkirchener Betriebe. (§ 6).

Die Höhe der in den §§ 2 und 5 genannten Prozentsätze richtet sich nach der Höhe des Gesamtertrages bzw. Gesamtanlage- und Betriebskapitals und Gesamtumsatzes, die Kopfsteuer nach der im Gesamtbetriebe vorhandenen Personenzahl (§ 7).¹⁾

84. Stadtkreis Bochum.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Elbing (Nr. 1) mit folgenden Abweichungen:

Bei einem Ertrage von 20 000 bis aussch. 50 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 150 000 bis aussch. 400 000 \mathcal{M} erhöht sich der Satz für den ermittelten Ertrag um $\frac{2}{10}$, bei höherem Ertrage oder größerem Anlage- und Betriebskapital um $\frac{5}{10}$. Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 150 000 \mathcal{M} der Ertrag nicht 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, so werden der Besteuerung an Stelle des Ertrages 4 % des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt.

Weitere Unterscheidungen werden bei den Betrieben nicht gemacht.

85. Stadtkreis Hagen (Westfalen).

Die Veranlagung zur Gemeinde-Gewerbesteuer geschieht unter Zugrundelegung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. Juni 1891 staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit der Maßgabe, daß die Steuersätze unter Erhöhung in

Klasse III	um 10 %,
„ II	„ 20 %,
„ I	„ 30 %

der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, tritt an Stelle des im § 2 vorgesehenen staatlich veranlagten Steuersatzes der gemäß § 32 Absatz 1 K.A.G. festgesetzte Teilbetrag. (§ 3).

²⁾ Der von diesen Sätzen zu erhebende Prozentsatz wird für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß festgesetzt. (§ 4).

86. Stadtkreis Buer.

Die Gemeindegewerbesteuer wird berechnet nach dem Jahresertrage des steuerpflichtigen Betriebes in dem der Steuerveranlagung vorausgegangenen Jahre, und zwar nach folgenden Sätzen:

Bei einem Jahresertrage von	von jedem vollen bzw. angefangenen Hundert des Ertrages
1 500 bis 2 000 \mathcal{M}	0,40 \mathcal{M}
2 001 „ 3 000 „	0,60 „
3 001 „ 4 000 „	0,80 „
4 001 „ 7 000 „	1,00 „
7 001 „ 10 000 „	1,10 „
10 001 „ 20 000 „	1,30 „
20 001 „ 30 000 „	1,50 „
30 001 „ 40 000 „	1,40 „
40 001 „ 60 000 „	1,60 „
60 001 „ 80 000 „	1,80 „
80 001 „ 100 000 „	2,00 „
100 001 „ 200 000 „	2,20 „
200 001 „ 500 000 „	2,50 „
500 001 und mehr	3,00 „. (§ 3).

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 218. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

Bei Handelsgeschäften mit offenen Verkaufsstellen, einschließlich der steuerpflichtigen Konsumvereine und Genossenschaften, werden, sofern der Ertrag nicht 5 % des Umsatzes erreicht, 5 % des Umsatzes, bei allen übrigen Betrieben, bei denen der Ertrag nicht 5 % des Anlage- und Betriebskapitals erreicht, 5 % des Anlage- und Betriebskapitals der Besteuerung nach den Sätzen der Ertragssteuer gemäß § 3 dieser Ordnung unterworfen. (§ 4).

Von denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, die in dem Gemeindebezirk B. an einem ober- oder unterirdischen Betriebsort mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, wird statt der in den §§ 3 und 4 festgesetzten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbesteuer (Kopfsteuer) erhoben. Diese beträgt für Betriebe mit 101 bis 200 Arbeitern 40 *M.*, für Betriebe mit mehr als 200 Arbeitern 125 *M.* Auf die Kopfsteuer wird die rechtskräftig veranlagte Einkommensteuer dieser Betriebe für das Jahr 1914 angerechnet. Als Arbeiter im Sinne dieser Bestimmung sind auch die Beamten und Angestellten der Werke anzusehen, soweit ihr Einkommen 3 000 *M.* jährlich nicht übersteigt. (§ 5).

Die nach § 28 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betriebe der Gewerbesteuerklassen I, II, III und IV, die in B. nur eine Zweigniederlassung haben und deshalb außerhalb zur Gewerbesteuer veranlagt sind, werden mit Ausnahme der im § 5 bezeichneten Betriebe nach Maßgabe der §§ 7 ff. auf Grund des in B. erzielten Umsatzes im abgelaufenen Jahre veranlagt. Der Steuersatz beträgt für je 1 000 *M.* Umsatz 2 *M.*, wenn der Umsatz nicht mehr als 30 000 *M.*; 3 *M.*, wenn der Umsatz 30 001 *M.* bis 100 000 *M.*; 4 *M.*, wenn der Umsatz mehr als 100 000 *M.* beträgt. (§§ 6 und 7).

Läßt sich für einen Betrieb, der in B. nur eine Fabrikationsstätte unterhält, ein in B. erzielter Umsatz nicht feststellen, so erfolgt die Besteuerung auf Grund einer besonderen Berechnung. Diese entspricht der im § 3 der besonderen Filialesteuerordnung von Guben (Nr. 6). (§ 8).

Die in den §§ 3, 7 und 8 festgelegten Steuersätze haben die Bedeutung von Verhältniszahlen. Von ihnen wurden für das Jahr 1914 280 % Zuschläge erhoben. (§ 9).

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, oder die in mehreren Gemeinden Betriebsstätten, Betriebsorte im Sinne des Gewerbesteuergesetzes oder gewerbliche Niederlassungen unterhalten, werden nach Maßgabe des in B. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes veranlagt. Welche Sätze der §§ 3 und 4 der Ordnung auf die Besteuerung dieses Teiles anzuwenden sind, bestimmt sich, unbeschadet der Besteuerung nach den §§ 6–8 der Ordnung, nach dem Ertrage oder dem Warenumsatz oder dem Anlage- und Betriebskapital des Gesamtunternehmens. (§ 10).

87. Stadtkreis Herne.

Die Steuer wird nach einem Satze von jedem Hundert des nach § 3 ermittelten Ertrages erhoben, welcher für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß besonders festgestellt wird.

Dieser Satz wird von den Betrieben mit einem Ertrage von 5 000 *M.* bis ausschließlich 6 000 *M.* erhoben. Er ermäßigt sich für Betriebe mit einem Ertrage von 1 500 *M.* bis ausschließlich 2 000 *M.* um 1 %, von 2 000 *M.* bis ausschließlich 3 000 *M.* um $\frac{3}{4}$ %, von 3 000 *M.* bis ausschließlich 4 000 *M.* um $\frac{1}{2}$ % und von 4 000 *M.* bis ausschließlich 5 000 *M.* um $\frac{1}{4}$ %.

Er erhöht sich für Betriebe mit einem Ertrage von

6 000 <i>M.</i> bis ausschl.	7 000 <i>M.</i> um	0,10 %
7 000 „ „	8 000 „ „	0,20 %
8 000 „ „	10 000 „ „	0,30 %
10 000 „ „	12 000 „ „	0,40 %
12 000 „ „	14 000 „ „	0,50 %
14 000 „ „	16 000 „ „	0,60 %
16 000 „ „	18 000 „ „	0,70 %
18 000 „ „	20 000 „ „	0,80 %
20 000 „ „	30 000 „ „	0,90 %
30 000 „ „	60 000 „ „	1,00 %
60 000 „ „	100 000 „ „	1,10 %
100 000 „ „	150 000 „ „	1,20 %
150 000 „ „	200 000 „ „	1,30 %
200 000 „ „	250 000 „ „	1,40 %
250 000 „ „ und mehr		1,50 % des Ertrages.

Welcher dieser Steuersätze von einem Betriebe erhoben wird, richtet sich nach dem gesamten Ertrage des Betriebes innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde H.; der so bestimmte Steuersatz vom Hundert des Ertrages wird jedoch von dem innerhalb des Stadtbezirks Herne erzielten Ertrage erhoben. (§ 2).

Der Ertrag und, soweit es für die Veranlagung erforderlich ist, auch das Anlage- und Betriebskapital werden unabhängig von der staatlichen Gewerbesteueranlagung nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 ermittelt. Die Pacht oder Miete, die für die zum Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke, Gebäude oder Räume gezahlt wird, wird dem nach Satz 1 ermittelten Betrage, jedoch nur bis zur Höhe dieses Betrages, wieder zugesetzt. (§ 3).

Erreicht der nach § 3 ermittelte steuerpflichtige Ertrag nicht 4 % des gemeinen Wertes des in dem Stadtbezirk H. dem Gewerbebetriebe gewidmeten Anlage- und Betriebskapitals, so gilt dieser Satz als steuerpflichtiger Ertrag. (§ 4).

Erreicht der nach § 3 ermittelte steuerpflichtige Ertrag bei Kleinhandelsbetrieben mit offenen Verkaufsstellen, die sich auf mehrere Gemeindebezirke erstrecken und ihre Hauptniederlassung nicht in H. haben, und deren gesamtes Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks Herne 100 000 *M.* und mehr beträgt, nicht das $\frac{2}{3}$ fache der gezahlten Pacht oder Miete oder des Miet- oder Pachtwertes der für den Gewerbebetrieb im Stadtbezirk H. benutzten Grundstücke, Gebäude und Räume, so tritt dieser Satz an die Stelle des steuerpflichtigen Ertrages. (§ 5).

Von Gewerbebetrieben, welche 20 und mehr gewerbliche Arbeiter beschäftigen, wird eine besondere Gewerbesteuer (Kopfsteuer) erhoben.

Diese beträgt bei einer Belastung der übrigen Gewerbebetriebe nach § 2 Abs. 1 der Steuerordnung mit 2 % des Ertrages:

1. bei Betrieben, welche bis zu 300 gewerbliche Arbeiter beschäftigen:
für die ersten 50 Arbeiter 18 *M.*
von 51 bis zu 100 Arbeitern für jeden weiteren Arbeiter 22 *M.*,
„ 101 „ „ 150 „ „ „ „ „ 26 *M.*,
bei mehr als 150 Arbeitern für jeden weiteren Arbeiter 30 *M.*;
2. bei Betrieben, welche mehr als 300 gewerbliche Arbeiter beschäftigen:
für jeden Arbeiter 30 *M.*

Werden die übrigen Gewerbebetriebe nach § 2 Abs. 1 der Steuerordnung höher oder niedriger als mit 2 % des Ertrages belastet, so erhöht oder ermäßigt sich die Kopfsteuer in dem entsprechenden Verhältnis. (§ 6).

Weibliche Arbeiter und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren werden nur mit der Hälfte ihrer Zahl angerechnet. (§ 7).

Gewerbebetriebe, die Waren aus mehr als einer der in § 6 des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 bezeichneten Warengruppen im Kleinhandel in offenen Verkaufsstellen feilhalten oder im Wege des Versandes verkaufen, unterliegen einer Umsatzsteuer, die der in § 5 der besonderen Steuerordnung von Gelsenkirchen (Nr. 83) entspricht. (§ 8).¹⁾

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden, abgesehen von den Bestimmungen des § 2 Abs. 2, §§ 5 und 8, nach dem in der Stadt H. gelegenen Teile des Betriebes gemäß § 32 Abs. 2 K.A.G. veranlagt. (§ 12).

88. Stadtkreis Recklinghausen.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe:

- a) daß, wenn der Ertrag nicht das Zweieinhalbfache der gezahlten Miete oder des Mietwertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume erreicht, an Stelle des Ertrages der hiernach sich ergebende Höchstbetrag anzusetzen ist;
- b) daß die in den §§ 9 und 14 des genannten Gewerbesteuergesetzes festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 40 % in Klasse I und um 20 % in Klasse II der Gewerbesteuer zugrunde gelegt werden.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 218.

Die unter a) gegebene Bestimmung findet auf Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von unter 100 000 \mathcal{M} , sofern für diese Betriebe Räume von einem geringeren Mietswerte als 1 000 \mathcal{M} benutzt werden, keine Anwendung. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2, 4 und 5 werden die für die Stadtgemeinde R. staatlicherseits festgestellten Steuersätze unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, für die die staatlich veranlagten oder die nach § 2a) festgestellten Sätze die nachbezeichneten Mindestsätze nicht erreichen, an Stelle dieser Sätze zu folgenden Mindeststeuersätzen veranlagt werden, und zwar:

- a) in Klasse I mit 1,40 \mathcal{M} ,
- b) „ „ II „ 1,20 \mathcal{M} ,
- c) „ „ III „ 1,00 \mathcal{M} ,
- d) „ „ IV „ 0,80 \mathcal{M}

vom Tausend des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).¹⁾ (§ 4).

Für Betriebe, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2, 3 und 4 berechneten Steuersätze ein, und zwar:

- a) bei 11 bis einschl. 20 Personen um 1 \mathcal{M} ,
- b) „ 21 „ „ 50 „ „ 2 \mathcal{M} ,
- c) „ 51 „ „ 100 „ „ 3 \mathcal{M} ,
- d) „ 101 „ „ 800 „ „ 5 \mathcal{M}

pro Kopf. (§§ 5 u. 6).

Werden in einem im Stadtbezirke stattfindenden Betriebe mehr als 800 Personen beschäftigt, so tritt an Stelle der Umlage des nach den §§ 2, 3 und 4 sowie den §§ 5 und 6 und dem § 8 berechneten Steuersatzes eine besondere Gewerbesteuer, die in jedem Rechnungsjahre für den Kopf der beschäftigten Person durch Gemeindebeschluß festzusetzen ist. (§ 7).

Zur Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge erfolgt die Ausführung der §§ 5 und 6 in der Weise, daß die nach den §§ 2, 3 und 4 festgestellten Steuersätze unter Zuschlag der aus den §§ 5 und 6 sich ergebenden Sätze zugrunde gelegt werden. Ist der Steuersatz gemäß den §§ 2, 3 und 4 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach den §§ 5 und 6 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 8).²⁾

89. Stadtkreis Hamm (Westf.).

Die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Gewerbesteuerklassen I, II und III die in den §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze mit einer Erhöhung um 20 % in Klasse I, um 10 % in Klasse II und um 5 % in Klasse III der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4, werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen; jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Betriebe, die bei der Veranlagung nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 auf Grund des § 8 Abs. 1 in eine niedrigere Steuerklasse versetzt sind als diejenige, in die sie nach der Höhe des von dem Steuerausschuß selbständig zu ermittelnden Anlage- und Betriebskapitals gehören, werden zur Gewerbesteuer mit dem niedrigsten Steuersatz der letzteren Klasse bzw. dem aus dem § 2 sich ergebenden erhöhten Satze veranlagt.
2. Solche nicht unter 1 fallende Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des von dem Steuerausschuß selbständig zu ermittelnden Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatz veranlagt sind, werden in der Klasse IV mit einem diesem Betrage, in der Klasse III mit einem 1 1/2 ‰, in Klasse II mit einem 1 1/10 ‰, in Klasse I mit einem 1 1/5 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatz veranlagt. Werden von dieser Bestimmung Gewerbetreibende betroffen, die Eigentümer der dem

Verkehr mit dem Publikum dienenden Räume sind, und bei denen zugleich die im § 6 vorgesehene Erhöhung zur Anwendung kommt, so bleibt bei der Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals der Wert der vorbezeichneten Räume hier außer Ansatz.

Bleibt 1 ‰ des auf diese Weise ermittelten Anlage- und Betriebskapitals hinter dem staatlich veranlagten Gewerbesteuersatz zurück, so kommt dieser letztere mit der im § 2 bestimmten Erhöhung zum Ansatz.

³⁾ Der Steuersatz gemäß Anmerkung ²⁾ muß aber mindestens den nach Nr. 2 sich ergebenden Betrag erreichen. (§ 3).

Die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze werden für die §§ 5 und 6 näher bezeichneten Betriebe nach Maßgabe der Bestimmungen in diesen §§ erhöht. (§ 4).

Für Betriebe, in denen mehr als 4 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt:

- a) nicht mehr als 200, für jede Person um 1 \mathcal{M} ,
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 500 Personen, für jede Person um 1,50 \mathcal{M} ,
- c) mehr als 500, aber nicht mehr als 1 000 Personen, für jede Person um 2,00 \mathcal{M} ,
- d) mehr als 1 000, aber nicht mehr als 1 500 Personen, für jede Person um 2,50 \mathcal{M} ,
- e) mehr als 1 500 Personen, für jede Person um 3 \mathcal{M} . (§ 5).

Werden für einen Gewerbebetrieb dem Verkehr mit dem Publikum dienende Räume mit einem Mietswert von mehr als 750 \mathcal{M} dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze bei einem Mietswert dieser Räume von

- a) nicht mehr als 2 000 \mathcal{M} für jede angefangenen 200 \mathcal{M} um 1 \mathcal{M} ,
 - b) mehr als 2 000, aber nicht mehr als 5 000 \mathcal{M} , für jede angefangenen 500 \mathcal{M} „ 3 „,
 - c) mehr als 5 000, aber nicht mehr als 10 000 \mathcal{M} , für jede angefangenen 1 000 \mathcal{M} „ 8 „,
 - d) mehr als 10 000 \mathcal{M} für jede angefangenen 2 000 \mathcal{M} „ 20 „.
- (§ 6).

Beträgt in einem Betriebe sowohl die Zahl der beschäftigten Personen mehr als 4 [§ 5] als auch der Mietswert der dem Verkehr mit dem Publikum dauernd dienenden Räume mehr als 750 \mathcal{M} [§ 6], so beträgt die Erhöhung des Steuersatzes die Summe derjenigen Beträge, welche sich auf Grund der Bestimmungen der §§ 5 und 6 nach dem Maßstabe der Zahl der beschäftigten Personen und nach demjenigen des Mietswertes der dem Verkehr mit dem Publikum dauernd dienenden Räume ergeben. (§ 7).

Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 4 bis 7 um mehr als den dreifachen Betrag findet nicht statt. (§ 8).²⁾

90. Stadtkreis Witten.

Bei Betrieben mit einem Gesamt-Jahresertrage von nicht mehr als 4 000 \mathcal{M} und gleichzeitig mit einem Gesamt-Anlage- und Betriebskapital von nicht mehr als 30 000 \mathcal{M} wird der staatlich veranlagte Gewerbesteuersatz bzw. der auf Witten entfallende Teilbetrag unter Berücksichtigung der eventl. gemäß §§ 7 und 8 d. O. eintretenden Erhöhungen der Veranlagung zugrunde gelegt. Bei den übrigen Betrieben erfolgt die Veranlagung nach einem Steuersatz, der 1 % des für Witten nach Maßgabe dieser Steuerordnung ermittelten Ertrages entspricht. (§ 3).

Der Ertrag soll, insoweit diese Ordnung nicht etwas anderes bestimmt, nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 sowie der §§ 32 Abs. 2, 47, 48 K.A.G. ermittelt werden, mit der Ausnahme, daß die Miete, die für zum Gewerbebetriebe benutzte Grundstücke, Räume, Maschinen und Einrichtungen gezahlt wird, dem ermittelten Ertrage wieder zugesetzt wird. (§ 4).

An Stelle des für Witten nach § 4 ermittelten Ertrages tritt bei Bergwerken, Brauereien, Brennereien, Mühlen, Ziegeleien, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und allen sonstigen Fabrikationsbetrieben einschl. aller damit zusammenhängenden Nebenbetriebe ein Betrag, der 4 % des Wertes des auf die Stadt Witten ent-

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

³⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 215.

fallenden Anlage- und Betriebskapitals entspricht, wenn dieser Betrag höher ist als der nach § 4 ermittelte. (§ 5).

Falls der nach § 4 für Witten ermittelte Ertrag nicht mindestens bei

A. Großhandlungen [Verkauf an Wiederverkäufer und Gewerbetreibende, die die Waren in ihrem Betriebe verwenden] 1 %,

B. Kleinhandlungen und Konsumgenossenschaften in

a) Landesprodukten, Obst, Gemüsen, Südfrüchten, Wild, Geflügel, Fischen, Fleisch- und Wurstwaren, Müllereifabrikaten, EB-, Trink-, Kolonial- und Materialwaren, Genußmitteln, Tabakfabrikaten, Farbwaren, Drogen, Parfümerien, Petroleum, Spiritus, Ölen 4 %,

b) Eisen, Kohlen, Holz, Leder, Glas, technischen Artikeln für Hütten, Bergwerke, Fabriken, Brauereien und Brennerien, Baumaterialien 5 %,

c) Gold-, Silber- und sonstigen Juwelierwaren sowie Kunstgegenständen 15 %,

d) den übrigen Branchen 8 %

des Umsatzes beträgt, so treten diese 1, 4, 5, 15 bzw. 8 % des Wittener Umsatzes an die Stelle des Ertrages.

Falls die unter B. genannten Gewerbebetriebe in ihrem Gesamtgewerbe einen Umsatz von mehr als 1 000 000 M haben, so treten bei a) 5, bei b) 6, bei c) 18 und bei d) 10 % des Umsatzes an die Stelle des Ertrages.

Der Umsatzermittlung werden die Verkaufspreise zugrunde gelegt. Gewerbebetriebe, welche Waren vertreiben, für die vorstehend verschiedene Prozentsätze festgesetzt sind, versteuern solange nach dem Prozentsatz des Hauptgewerbes, als der in den Nebenbranchen erzielte Umsatz nicht 15 % des Wittener Gesamtumsatzes übersteigt. Handwerksbetriebe, Baugeschäfte, welche die zur Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten notwendigen Materialien und sonstigen Gegenstände mitliefern, fallen für den hierbei erzielten Umsatz nicht unter die Bestimmungen im 1. Abs. dieses §. (§ 6).

Haben Bank-, Versicherungs- und Kreditgeschäfte, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Färbereien, Reinigungsanstalten, Warenverkaufsgeschäfte, Konsumgenossenschaften in mehreren Gemeinden Niederlassungen bzw. erstrecken sie sich über eine Mehrzahl von Gemeinden, so erhöhen sich dann, wenn der Sitz des Gesamtbetriebes sich nicht in Witten befindet, die nach §§ 3—6 ermittelten Grundbeträge, wenn der Gesamtbetrieb stattfindet in

3— 5 Gemeinden, um	60 %
6— 10 " " "	80 "
11— 20 " " "	100 "
21— 40 " " "	120 "
41— 70 " " "	140 "
71—100 " " "	160 "
101—200 " " "	180 "
201 und mehr " " "	200 "

Bei denjenigen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, die gemeinnützigen Zwecken dienen und unter staatlicher oder kommunaler Beihilfe betrieben werden, kommen die hier vorgesehenen prozentalen Erhöhungen nur mit der Hälfte in Ansatz. (§ 7).

Bergbau-, Fabrik- und alle nicht in § 7 genannten Gewerbebetriebe, welche mehr als 20 Personen mit einem an Lohn oder Gehalt den Betrag von 3 000 M nicht übersteigenden Jahresverdienst beschäftigen, werden zu der Gemeinde-Gewerbesteuer in der Weise herangezogen, daß von ihnen bei einer Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % Zuschlägen entrichtet wird

a) ein Betrag, der gleichkommt 125 % des gemäß §§ 3, 4 bzw. 5 dieser Ordnung festgestellten Steuersatzes,

b) für jede in dem Wittener Betriebe beschäftigte Person der oben bezeichneten Art 6 M. Diese Kopfsteuersätze erhöhen sich mit jeder Steigerung der Zuschläge zu den staatlich veranlagten Gewerbesteuern verhältnismäßig, und zwar so, daß einer Zuschlagserhöhung um 1 % eine Erhöhung der Kopfsteuersätze um 0,04 M für jede Person entspricht.¹⁾ (§ 8).

91. Stadtkreis Hörde.

Die Veranlagung erfolgt für jedes Steuerjahr unter sinngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17 und 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

geltenden Grundsätze durch den Gemeindevorstand, der hierbei an den durch die staatliche Gewerbesteuer-Veranlagung ermittelten Steuersatz gebunden ist. Der Miets- und Pachtzins für die zum Gewerbebetriebe benutzten Grundstücke, Gebäude und Räume ist dem ermittelten Betrage wieder zuzusetzen. (§ 2).

Für Betriebe, die in H. nur eine Zweigniederlassung haben und deshalb außerhalb zur Gewerbesteuer veranlagt sind, wird der nach § 2 ermittelte Steuersatz erhöht, und zwar: um die Hälfte, sofern der steuerpflichtige Betrieb der Gewerbesteuerklasse IV angehört,

- um dreiviertel, sofern der steuerpflichtige Betrieb der Gewerbesteuerklasse III angehört, um das Doppelte, sofern der steuerpflichtige Betrieb der Gewerbesteuerklasse II angehört, um das Dreifache, sofern der steuerpflichtige Betrieb der Gewerbesteuerklasse I angehört.

Maßgebend für die Erhöhung ist die Steuerklasse, in der der Steuerpflichtige für dasjenige Jahr staatlich veranlagt ist, für das die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer erfolgt. (§ 3). ²⁾

Gewerbebetriebe, die in ihrem Gesamtbetriebe mehr als 10 Angestellte und Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts beschäftigen, unterliegen einer Steuer, die sich zusammensetzt aus

- a) einem Zuschlage zu der auf den Stadtbezirk entfallenden staatlich veranlagten Gewerbesteuer,
- b) einer Kopfsteuer.

Die Kopfsteuer beträgt für jede Person [§ 6 zu b] mit einer Jahresentlohnung bis einschließlich 3 000 M 10 M. Dieser Kopfsteuersatz entspricht einem Zuschlage von 150 % der nach §§ 2 und 3 besteuerten Betriebe und erhöht sich mit jeder Steigerung dieses Zuschlages verhältnismäßig, und zwar so, daß einer Zuschlagserhöhung um 1 % eine Erhöhung des Kopfsteuersatzes um 0,1 M für jede Person entspricht. Für die unter 16 Jahre alten Personen wird nur die Hälfte der vorstehenden Sätze erhoben.

Der Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer beträgt $\frac{1}{2}$ des für die nicht kopfsteuerpflichtigen Betriebe festgesetzten Zuschlages. (§ 5).

Der auf Hörde entfallende Teil des Gewerbebetriebes bestimmt sich a) in den Fällen des § 2 nach den Vorschriften der §§ 47 und 48 K.A.G.;

b) in den Fällen des § 5 wird die Kopfsteuer nach der Zahl der in Hörde Betrieben beschäftigten Personen bestimmt und der Zuschlag von dem auf Hörde entfallenden Teil der zerlegten staatlichen Gewerbesteuersätze erhoben. (§ 6). ³⁾

92. Wattenscheid, Landkreis Gelsenkirchen.

Von den gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, wird statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit der im § 3 näher bezeichneten Einschränkung eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. (§ 1).

Diese besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % für den Kopf des Arbeiters 15 M und steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 15 M für den Kopf des Arbeiters einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und staatlich veranlagten Gewerbesteuer der übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit einem Gemeindezuschlag von 150 % gleichgerechnet ist. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100prozentiger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. (§ 3).

Erstreckt sich der steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in den Einzelgemeinden lediglich die Kopfbetrag der in der betr. Gemeinde beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. (§ 4). ⁴⁾

²⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 222. — ³⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 218. — ⁴⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

93. Bocholt, Kreis Borken.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Zugrundelegung der in dem Gewerbesteuergesetze vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Gewerbesteuerklassen die in den §§ 9 und 14 des Gewerbesteuergesetzes festgestellten Steuersätze mit einer Erhöhung um 40 % in Klasse I, um 30 % in Klasse II, um 20 % in Klasse III und um 10 % in Klasse IV der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

Unter Zugrundelegung der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die Steuersätze aus der staatlichen Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

- a) Betriebe, die bei der Veranlagung nach dem Gewerbesteuergesetz auf Grund des § 8 Abs. 1 in eine niedrigere Steuerklasse versetzt sind als diejenige, in die sie nach der Höhe ihres Anlage- und Betriebskapitals gehören, werden zur Gewerbesteuer mit dem niedrigsten Steuersatz der letzteren Klasse bzw. dem aus § 2 sich ergebenden erhöhten Satze derselben veranlagt.
- b) Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinde-(Guts-) Bezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, welcher nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Gemeinde B. entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung desselben diejenige Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in welcher der Gesamtbetrieb veranlagt ist. (§ 3).

Die nach den §§ 2 und 3 berechneten Steuerbeträge werden für die in §§ 5 und 6 näher bezeichneten Betriebe nach Maßgabe der Bestimmungen in diesen Paragraphen erhöht. (§ 4).

Für Betriebe, in denen mehr als 4 dem Versicherungszwange des Krankenversicherungsgesetzes unterliegende Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuerbeträge ein, jedoch derart, daß der Zuschlag für die ersten 4 Personen nicht berechnet wird, wobei zunächst die Erwachsenen berücksichtigt werden.

Die Erhöhung beträgt

A. in Betrieben:

a)	mit mehr als 4 erwachsenen Pers. für jeden Erwachs.	6,60 M,
b)	" " " 50 " " " " "	7,20 "
c)	" " " 100 " " " " "	7,80 "
d)	" " " 150 " " " " "	8,40 "
e)	" " " 200 " " " " "	9,00 "
f)	" " " 250 " " " " "	9,60 "
g)	" " " 300 " " " " "	10,20 "
h)	" " " 350 " " " " "	10,80 "
i)	" " " 400 " " " " "	11,40 "

B. in Betrieben:

- a) mit mehr als 4 jugendlichen Personen, d. h. solchen unter 16 Jahren, für jeden Jugendlichen 3,60 M,
- b) mit mehr als 50 jugendlichen Personen, d. h. solchen unter 16 Jahren, für jeden Jugendlichen 4,80 M. (§ 5).

Werden für einen Gewerbebetrieb dem Verkehr mit dem Publikum dienende Räume, unter Ausschluß der Fabrik-, Kontor- und Lagerräume, mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 100 M dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach §§ 2 und 3 berechneten Steuerbeträge

um 7,20 M für jede angefangenen 100 M des Gebäudesteuernutzungswertes der Räume. Beträgt der Gebäudesteuernutzungswert mehr als 500 M, so beträgt die Erhöhung 8,40 M für jede angefangenen 100 M des Nutzungswertes. Räume mit einem Nutzungswert von 100 M und weniger sind von dieser Steuererhöhung frei.

Unterhält ein Gewerbetreibender in B. ein Hauptgeschäft und eine oder mehrere Filialen, so werden die Gebäudesteuernutzungswerte sämtlicher Räume zusammengerechnet. (§ 6).

Beträgt in einem Betriebe sowohl die Zahl der beschäftigten Personen mehr als 4 [§ 5] als auch der Gebäudesteuernutzungswert der dem Verkehr mit dem Publikum dauernd dienenden Räume mehr als 100 M [§ 6], so beträgt die Erhöhung der Zuschläge die Summe derjenigen Beträge, welche sich auf Grund der Bestimmungen der §§ 5 und 6 nach dem Maßstabe der Zahl der beschäftigten Personen und nach demjenigen des Gebäudesteuernutzungswertes

der dem Verkehr mit dem Publikum dauernd dienenden Räume ergeben (§ 7).

Zur Berechnung der wirklich zu entrichtenden Gewerbesteuer erfolgt die Ausführung der §§ 5 bis 7 in der Weise, daß die nach §§ 2 und 3 festgestellten Steuerbeträge um die aus §§ 5 bis 7 sich ergebenden Zuschläge erhöht werden. Ist der Steuerbetrag gemäß §§ 2 und 3 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach §§ 5 bis 7 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bzw. nach dem Gesamtnutzungswert der Räume bemessen. (§ 8).¹⁾

94. Haspe, Landkreis Hagen.

Vorbehaltlich der Bestimmungen im § 3, beträgt für diejenigen Gewerbebetriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, die Gemeinde-Gewerbesteuer bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 200 % 12 M für den Kopf des Arbeiters. Dieser Satz erhöht sich entsprechend der Steigerung der Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 12 M für den Kopf des Arbeiters einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und staatlich veranlagten Gewerbesteuer der übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit einem Gemeindezuschlag von 200 % gleichgerechnet wird. Der Besteuerung derjenigen Gewerbebetriebe, die vorwiegend Saisonarbeiter beschäftigen, wird nur die Hälfte des Kopfsteuersatzes zugrunde gelegt. (§ 2).

Der Besteuerung der Straßen- und Kleinbahnbetriebe wird der Wert des Anlage- und Betriebskapitals mit der Maßgabe zugrunde gelegt, daß der Grundsteuersatz $1\frac{1}{2}\%$ des auf den Gemeindebezirk entfallenden Teils des Anlage- und Betriebskapitals beträgt. Von diesem Grundsteuersatze wird der gleiche Prozentsatz erhoben wie von der vom Staat für diejenigen Gewerbebetriebe, die der besonderen Steuerordnung nicht unterworfen sind, veranlagten Gewerbesteuer. Das Anlage- und Betriebskapital im Sinne dieser Ordnung umfaßt sämtliche dem Gewerbebetrieb dauernd gewidmeten Werte [§§ 23, 24 Abs. 2, 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891].

Ergibt sich bei Anwendung des im § 2 bezeichneten Besteuerungsmaßstabs ein höherer Gewerbesteuerbetrag, so ist die Besteuerung nach diesem Maßstab vorzunehmen. (§ 3).²⁾

95. Castrop, Landkreis Dortmund.

Die Veranlagung zur Gemeinde-Gewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgesetzten Steuersätze mit der Maßgabe, daß die in den §§ 9 und 14 dieses Gesetzes festgesetzten Steuersätze unter Erhöhung um

50 % in der Klasse I und
25 % " " " II

der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden, sofern der Wert des dem Gewerbebetrieb direkt oder indirekt dienenden Anlage- und Betriebskapitals 1 000 000 M nicht erreicht. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, welche nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt sind, in den Klassen III und IV mit einem diesem Betrage, in der Klasse I mit einem $1\frac{1}{2}\%$ und in der Klasse II mit einem $1\frac{1}{4}\%$ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersätze veranlagt werden.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden (Gutsbezirke), so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, welcher nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Stadt C. entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, so daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in welcher der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, welches auf den in der Stadt C. belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Von den so festgesetzten Grundsätzen dieser besonderen Gewerbesteuer werden die gleichen Prozentsätze wie von der vom Staate für diejenigen Gewerbetreibenden, die den §§ 3 und 5 nicht unterstehen, veranlagten Gewerbesteuer erhoben. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke werden nur zu drei Viertel der Steuer herangezogen. (§ 4).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn, ohne diese Umlegung, zur Deckung des Steuerbedarfs der Stadt H. mindestens 100 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und 150 % zu den staatlich veranlagten Realsteuern erforderlich sind. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die in den §§ 2 bis 4 näher bezeichnete, besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die in den §§ 2 und 4 bezeichneten Gewerbebetriebe. Die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer tritt auch dann ein, wenn sie einen höheren Steuerertrag ergibt, als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer auf Grund dieser Ordnung ergeben würde. (§ 5).

99. Gronau i./W., Kreis Ahaus.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgender Abweichung:

Für Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, tritt eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze für jede angefangene Zahl von 10 Personen um $\frac{1}{3}$ % ein.

100. Kamen, Landkreis Hamm.

Die besondere Steuerordnung entspricht im wesentlichen der von Hattingen (Nr. 98) mit der Maßgabe, daß bei einer Belastung der Realsteuern in Höhe von 150 % der Satz für den Kopf des Arbeiters 15 \mathcal{M} beträgt, und daß die Kopfbelastung nicht über 18 \mathcal{M} steigen darf.

101. Wetter, Landkreis Hagen.

Für diejenigen Gewerbebetriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, beträgt die Gemeinde-Gewerbesteuer bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 200 % 12 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters. Dieser Kopfsteuersatz erhöht sich mit jeder Steigerung der Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß bei einer Zuschlagserhöhung um je 10 % eine Erhöhung der Kopfsteuersätze um 1 \mathcal{M} für jede Person eintritt, wobei als Grundlage gilt, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 12 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer sowie der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit einem Gemeindezuschlag von 200 % gleichgerechnet wird. (§ 2).

Erstreckt sich ein hiernach gewerbesteuerpflichtiger Betrieb über mehrere Gemeinden, so ist für die Veranlagung in W. die Kopfbzahl der in der letzteren Gemeinde beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. (§ 3.¹⁾ ²⁾

102. Coesfeld, Kreis Coesfeld.

Die Besteuerung der nach § 28 K.A.G. steuerpflichtigen Betriebe erfolgt gemäß § 30 K.A.G. in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Wenn in der Gemeinde C. mindestens 200 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und zu den Realsteuern erhoben werden, wird die Gewerbesteuer für diejenigen Betriebe der Kl. I, II, III und IV, die in ihrem Betriebe 20 oder mehr Personen beschäftigen, in der Weise festgesetzt, daß jeder Gewerbetreibende

- a) der Kl. I 6 \mathcal{M} pro Kopf und Jahr für die ersten 20 in dem Betriebe beschäftigten Personen, desgl. 8 \mathcal{M} für die weiteren 100 beschäftigten Personen, desgl. 10 \mathcal{M} für die weiteren 100 beschäftigten Personen, desgl. 12 \mathcal{M} für alle weiteren in dem Betriebe beschäftigten Personen,
- b) der Kl. II 5 \mathcal{M} pro Kopf und Jahr jeder im Betriebe tätigen Person,
- c) der Kl. III und IV 4 \mathcal{M} pro Kopf und Jahr jeder im Betriebe tätigen Person zu zahlen hat.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

2. Für diejenigen Gewerbebetriebe, bei denen das Jahreseinkommen aus Handel und Gewerbe wenigstens 10 000 \mathcal{M} beträgt, erhöht sich der nach § 1 [Einleitung] zur Erhebung gelangende Prozentsatz bei einem Jahreseinkommen von 10 000 bis 20 000 \mathcal{M} um 5 % und bei einem Jahreseinkommen von mehr als 20 000 \mathcal{M} für jede angefangenen 10 000 \mathcal{M} um weitere 5 %. (§ 1.³⁾)

⁴⁾ Für die Einreihung in eine der im § 1, Ziffer 2, aufgeführten Abteilungen ist jedoch das gesamte Einkommen aus Handel und Gewerbe innerhalb und außerhalb der Gemeinde C. bestimmend. Desgleichen ist für die Berechnung der Kopfsteuer nach § 1, Ziffer 1, diejenige Gewerbesteuerklasse maßgebend, in welcher der Gesamtbetrieb veranlagt ist. (§ 3.⁵⁾)

103. Ibbenbüren, Kreis Tecklenburg.

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Zugrundelegung der im Gewerbesteuergesetze festgestellten Steuersätze. (§ 2).

Die Steuersätze werden aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen. Betriebe, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, werden auf Grund der besonderen Steuerordnung nach denselben Grundsätzen wie die andern Gewerbebetriebe besonders veranlagt. Bleibt der nach der vorgenommenen Steuerverteilung auf den in Ibbenbüren ausgeübten Teil des Betriebes entfallende Steuersatz in der Kl. I hinter 1 % des Ertrages aus diesem Teilbetriebe zurück, so tritt an seine Stelle der nach dem Gewerbesteuergesetze vorgesehene Satz von 1 % des Ertrages, mindestens aber 300 \mathcal{M} . (§ 3).

⁶⁾ Die Gewerbesteuersätze werden mit den gleich hohen Zuschlagsprozenten belastet wie die Grund- und Gebäudesteuersätze. (§ 4). Von den nach den Bestimmungen der §§ 3 und 4 festgestellten Steuersätzen gelangt von denjenigen Gewerbetreibenden, die 10 und mehr Arbeiter beschäftigen, außer der durch Gemeindebeschluß festgesetzten Belastung der Steuer vom Gewerbebetriebe ein besonderer Zuschlag von 50 % zur Erhebung. Dieser besondere Zuschlag wird jedoch nicht erhoben, wenn die von der Gemeindevertretung beschlossene Belastung der Gewerbesteuer zur Deckung des Gemeindebedarfs 240 % nicht übersteigt. (§ 5).

104. Herdecke, Landkreis Hagen.

Es wird von allen im Stadtbezirk H. sich befindenden, nach § 28 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetrieb zusteht, eine Gemeindegewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß bei Betrieben, deren nach vorstehendem festgestellter Steuersatz hinter $\frac{3}{4}$ % ihres Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibt, der Gemeindebesteuerung ein Steuersatz von $\frac{3}{4}$ % des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt wird. (§ 2).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, welcher nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Stadt H. entfällt, zugrunde zu legen bzw. nach § 2 durch den $\frac{3}{4}$ % des Anlage- und Betriebskapitals von dem auf H. entfallenden gewerblichen Betriebsteil entsprechenden Betrag zu ersetzen, wenn dieser den ersteren überschreiten sollte. (§ 3.⁵⁾)

105. Werne a./Lippe, Kreis Lüdinhhausen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Castrop (Nr. 95) mit folgenden Abweichungen:

Die gewerbesteuerpflichtigen Betriebe, bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde W. 1 Mill. \mathcal{M} oder mehr beträgt, werden zu einem Steuersatz veranlagt, der 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entspricht. (§ 5).

⁵⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 218. — ⁴⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 219. — ⁵⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

106. Stadtlohn, Kreis Ahaus.

Die Gewerbesteuer wird für diejenigen Gewerbetreibenden der Gewerbesteuerklassen I, II und III, die in ihrem Betriebe 30 oder mehr Personen beschäftigen, in der Weise festgesetzt, daß jeder Gewerbetreibende 9 \mathcal{M} für jede im Betriebe beschäftigte Person zu zahlen hat.¹⁾

107. *Bottrop, Landkreis Recklinghausen.

Es wird von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit der im § 3 näher bezeichneten Einschränkung eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt

- a) für diejenigen Betriebe, die durch sämtliche von ihnen selbst und von ihren Beamten, Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen in der Gemeinde B. gezahlten übrigen direkten Gemeindesteuern einen Beitrag zur Deckung der Gemeindelasten bis zu 16 \mathcal{M} einschl. pro Kopf der dem Gewerbebetriebe zuzurechnenden Bevölkerungszahl leisten, 60 \mathcal{M} pro Kopf des Arbeiters und 40 \mathcal{M} pro Kopf der Arbeiterin;
- b) für diejenigen Betriebe, die durch sämtliche von ihnen selbst und von ihren Beamten, Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen in B. gezahlten übrigen direkten Gemeindesteuern einen Beitrag zur Deckung der Gemeindelasten von mehr als 16 \mathcal{M} pro Kopf der dem Gewerbebetriebe zuzurechnenden Bevölkerungszahl leisten, 40 \mathcal{M} pro Kopf des Arbeiters und 30 \mathcal{M} pro Kopf der Arbeiterin.

Als Arbeiter im Sinne dieser Bestimmungen sind auch die Beamten bezw. Angestellten der Werke anzusehen, soweit ihr Einkommen 2 000 \mathcal{M} jährlich nicht übersteigt. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 120 % iger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die Heranziehung der Gewerbebetriebe auf Grund der Filialsteuerordnung oder die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. (§ 3).¹⁾

Die Filialsteuerordnung wurde von der Gemeinde Bottrop nicht eingesandt; es können daher ihre Bestimmungen nicht angegeben werden.

108. *Gladbeck, Landkreis Recklinghausen.

Diejenigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, werden statt zu Gemeindezuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu einer besonderen Gewerbesteuer in Form einer Kopfsteuer veranlagt. Diese beträgt 66 \mathcal{M} für jeden der von den Gewerbebetrieben beschäftigten Arbeiter. Als Arbeiter sind auch die Beamten und Angestellten der Werke anzusehen, soweit ihr Jahreseinkommen 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. Die besondere Gewerbe- (Kopf-) steuer ermäßigt sich um die von den Betrieben in der Gemeinde G. entrichtete Gemeindeeinkommensteuer. (§ 2).¹⁾

Diejenigen Gewerbebetriebe, die in G. nur eine Zweigniederlassung haben und deshalb außerhalb der Gemeinde zur Gewerbesteuer veranlagt sind, werden, soweit sie nach § 28 K.A.G. zur Gewerbesteuer herangezogen werden können, auf Grund einer besonderen Filialsteuerordnung nach folgenden Grundsätzen zur Gemeinde-Gewerbesteuer veranlagt:

Die der Gemeinde G. überwiesenen Teilbeträge der Gewerbesteuer werden

- a) in den Kl. I und II um das Doppelte,
 - b) „ „ „ III „ IV „ die Hälfte
- erhöht. Diesen Steuersätzen wird bei den Gewerbebetrieben solcher physischen oder nichtphysischen Personen, die in G. eine offene Verkaufsstelle unterhalten, ein Zuschlag von 0,25 % des Umsatzes der Zweigniederlassungen in G. in dem der Veranlagung vorausgegangenem Geschäftsjahre hinzugerechnet. Von den so erhöhten Steuersätzen werden die gleichen Zuschläge erhoben, wie sie bei den nicht einer besonderen Gewerbesteuer unterliegenden Gewerbebetrie-

trieben von den staatlich veranlagten Gewerbesteuersätzen zur Hebung kommen. Auf Gewerbebetriebe, die von Gemeinden oder Kommunalverbänden betrieben werden, oder an denen solche in erheblichem Maße beteiligt sind, findet diese Gewerbesteuerordnung keine Anwendung.

109. *Recklinghausen Land, Landkreis Recklinghausen.

Von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 60 Arbeiter beschäftigen, wird eine besondere Gemeindegewerbesteuer nach der Zahl der Arbeiter erhoben.¹⁾ (§ 1).

Der Einheitssatz der besonderen Gewerbesteuer und die Höhe der Zuschlagsprozente werden alljährlich durch Beschluß der Gemeindevertretung nach Maßgabe des in jedem Rechnungsjahre durch die Steuer vom Gewerbebetriebe aufzubringenden Anteils am Steuerbedarf festgesetzt. (§ 3).

Erstreckt sich ein nach dieser Steuerordnung steuerpflichtiger Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung die Zahl der in R. beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. (§ 4).

110. *Wanne, Landkreis Gelsenkirchen.

Bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der nach § 15 gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit 245 % beträgt die statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erhebende sogenannte Gewerbe-Kopfsteuer für den Kopf des Arbeiters für Betriebe, die im Gesamtbetriebe

mehr als 40, aber nicht mehr als 60 Arbeiter beschäftigen, 7 \mathcal{M} ,	
„ „ 60, „ „ „ „ 80 „ „ „ 9 „ „	
„ „ 80, „ „ „ „ 100 „ „ „ 11 „ „	
„ „ 100, „ „ „ „ 150 „ „ „ 15 „ „	
„ „ 150, „ „ „ „ 200 „ „ „ 20 „ „	
„ „ 200 Arbeiter beschäftigen	25 „ „

Diese Steuer erhöht oder ermäßigt sich entsprechend der prozentalen Steigerung oder Herabsetzung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 7, 9, 11, 15, 20 und 25 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der nach § 15 gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit einem Zuschlage von 245 % gleichgerechnet wird. Beträgt der Zuschlag weniger als 150 %, so wird eine besondere Gewerbesteuer nicht erhoben.

Erstreckt sich ein Betrieb nach Maßgabe des § 38 des Gewerbesteuergesetzes über mehrere Gemeinden, so ist für die Berechnung des Steuereinheitssatzes die Durchschnittszahl der Arbeiter im Gesamtbetriebe maßgebend. Arbeiter im Sinne dieser Steuerordnung sind die im Tit. VII der Gewerbeordnung erwähnten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Jahreseinkommens und diejenigen im Tit. VII der Gewerbeordnung nicht einbegriffenen Personen (Bureaubeamten usw.), deren Jahresverdienst 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigt; jedoch sind die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren, Lehrlinge und die nach den Reichsversicherungsgesetzen mit mehr als 33 1/3 % erwerbsunfähigen Invaliden außer Betracht zu lassen. (§ 2).

Bei den sich über mehrere Gemeinden erstreckenden gewerbesteuerpflichtigen Bergbaubetrieben mit mehr als 40 Arbeitern im Gesamtbetriebe, welche in der Gemeinde W. eine durch den Förderungsschacht gebildete Betriebsstätte nicht besitzen, dort aber Betriebsanlagen (Arbeiterwohnhäuser, Anschlußgleise, Schlackenhalde usw.) haben, die der Gemeinde die Eigenschaft eines Betriebsortes geben, wird, vorbehaltlich der Bestimmung im § 4, der Besteuerung der Wert des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Steuerpflichtig ist das gesamte, in der Gemeinde für Anlagen und Einrichtungen, die nach dem Gewerbesteuergesetze einen Betriebsort begründen, verwandte eigene oder fremde Anlage- und Betriebskapital, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetrieb direkt oder indirekt dient. Für die hiernach steuerpflichtigen Betriebe beträgt die Gewerbesteuer bei einem Anlage- und Betriebskapital bis zu 1 000 000 \mathcal{M} jährlich 2 \mathcal{M} von 100 \mathcal{M} des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals und bei einem Werte von über 1 000 000 \mathcal{M} 2 1/2 \mathcal{M} von 100 \mathcal{M} des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).

²⁾ Diese Bestimmung ist auf die in den §§ 2 und 3 bezeichneten Betriebe nicht in ihrer Gesamtheit, sondern nur im einzelnen anwendbar. (§ 4).¹⁾

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

²⁾ Vergl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

111. *Eickel, Landkreis Gelsenkirchen.

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht für Betriebe bis zu 100 Personen, soweit sie nicht zu den Bergbaubetrieben gehören, unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der dort festgestellten Steuersätze. (§ 2).

Von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben einschl. Bergbaubetrieben, die in der Gemeinde E. mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, wird statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gewerbesteuer erhoben. Die besondere Gewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 240 % für jeden Arbeiter 30 \mathcal{M} . Sie steigt und fällt mit diesen Zuschlägen, und zwar bei jeden angefangenen 5 % um 1 \mathcal{M} . (§ 3).

Gewerbliche Arbeiter im Sinne dieser Steuerordnung sind diejenigen, für welche der Tit. VII der Gewerbeordnung gilt, und diejenigen, welche nach § 544 der Reichsversicherungsordnung gegen Unfall versichert sind. Ausgenommen sind diejenigen Arbeiter und Angestellten, für welche Tit. VII Abschn. IIIb der Gewerbeordnung gilt, und die im § 544 Abs. 1 Ziffer 2 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Betriebsbeamten, wenn ihr Jahreseinkommen 2400 \mathcal{M} übersteigt. Invaliden und Unfallrentenempfänger, welche mehr als 33 $\frac{1}{3}$ % erwerbsbeschränkt sind, weibliche und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren werden nur mit der Hälfte ihrer Zahl angerechnet. (§ 4).

Bei den gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die in der Gemeinde E. Betriebsanlagen besitzen, die der Gemeinde die Eigenschaft eines Betriebsortes geben, eine Besteuerung nach § 3 d. O. jedoch nicht zulassen, beträgt die Gemeindegewerbesteuer jährlich 1 \mathcal{M} von 100 \mathcal{M} des Wertes des gesamten in E. angelegten Anlage- und Betriebskapitals. (§ 6).

Für Betriebe, die in der Gemeinde E. eine oder mehrere Zweigniederlassungen haben und deshalb außerhalb der Gemeinde zur Gewerbesteuer veranlagt sind, werden die auf die Gemeinde E. entfallenden Teilbeträge der Gewerbesteuer

		II	„	„	Doppelte,
„	„	III	„	„	Einfache,
„	„	IV	„	„	die Hälfte

erhöht. (§ 7).¹⁾

112. *Langendreer, Landkreis Bochum.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Kolmar in Posen (Nr. 21) mit folgenden Abweichungen:

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinde-[Guts-] Bezirke, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Gemeinde L. entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung desselben die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in der der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, welches auf den in der Gemeinde L. belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle der im ersten Absatz festgesetzte Promillesatz des Wertes dieses auf L. entfallenden Anlage- und Betriebskapitals. Eine Erhöhung der Steuersätze für Betriebe mit mehr als 20 Personen tritt ein, wenn die Zahl der beschäftigten Personen beträgt

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 1 $\frac{1}{2}$ %,
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 1000, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 9 %,
- c) mehr als 1000 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 20 %.

Erhöhungen für gewerblich benutzte Räume mit einem bestimmten Gebäudesteuernutzungswert finden nicht statt.

113. *Weitmar, Landkreis Bochum.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit folgenden Abweichungen:

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 222.

Sie wird erhoben von Betrieben, die in W. mehr als 10 Arbeiter beschäftigen und beträgt bei einer Belastung der Realsteuern mit 150 % für den Kopf des Arbeiters 20,50 \mathcal{M} , und bei der Steigerung, entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern, entspricht die Kopfsteuer von 20,50 \mathcal{M} für 1 Arbeiter einer Belastung der Realsteuern mit einem Gemeindezuschlag von 150 %.

114. *Werne, Landkreis Bochum.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit folgenden Abweichungen:

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 200 % für den Kopf des Arbeiters 20 \mathcal{M} und steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 20 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe mit einem Gemeindezuschlag von 200 % gleichgerechnet wird.

115. *Datteln, Landkreis Recklinghausen.

Es wird von denjenigen Betrieben, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit den in § 4 näher bezeichneten Einschränkungen eine besondere Gewerbesteuer erhoben, und zwar unabhängig davon, ob die Betriebe zur staatlichen Gewerbesteuer für das betreffende Steuerjahr veranlagt sind, oder ob eine Zerlegung des staatlich veranlagten Gewerbesteuersatzes unter Anrechnung eines Teilbetrages für die Gemeinde D. stattgefunden hat. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt für den Kopf des Arbeiters 60 \mathcal{M} . Erstreckt sich ein nach dieser Steuerordnung steuerpflichtiger Gewerbebetrieb nur auf die Gemeinde D., so kommen hierbei nur die in der Gemeinde D. wohnenden Arbeiter in Frage; erstreckt er sich über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Gemeinde D. die Zahl der in dieser Gemeinde beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. Als Arbeiter im Sinne dieser Bestimmung sind auch die Beamten der Werke, soweit ihr Jahreseinkommen 2000 \mathcal{M} nicht übersteigt, anzusehen. Auf den Betrag der hiernach von den einzelnen Werken zu entrichtenden Gemeindegewerbesteuer wird denselben der Betrag der von ihnen für das gleiche Steuerjahr zu entrichtenden Gemeindeeinkommensteuer in Anrechnung gebracht. (§ 2).

Bei denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Bergbaubetrieben, die in der Gemeinde D. eine durch den Förderschacht gebildete Betriebsstätte nicht besitzen, dort aber Betriebsanlagen haben, die der Gemeinde D. die Eigenschaft eines Betriebsortes geben, wird der Besteuerung der Wert des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Steuerpflichtig ist das gesamte, in der Gemeinde D. verwendete Anlage- und Betriebskapital ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetriebe direkt oder indirekt dient. Für die danach steuerpflichtigen Betriebe beträgt der Grundsatz der Gewerbesteuer 1 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals.

Von den so festgestellten Grundsätzen der Gewerbesteuer werden die gleichen Prozentsätze wie von der vom Staate für diejenigen Gewerbetreibenden, welche den §§ 2 und 3 nicht unterstehen, veranlagten Gewerbesteuer erhoben. Der Höchstbetrag der hiernach berechneten Gemeindegewerbesteuer soll für den Kopf des in diesen Betrieben beschäftigten, in der Gemeinde D. wohnenden Arbeiters 70 \mathcal{M} betragen. (§ 3).

Die Umlage der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde mindestens 120 % Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an ihre Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 näher bezeichneten Betriebe. (§ 4).²⁾

²⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

116. *Herten, Landkreis Recklinghausen.

Von denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, einschließlich Bergbaubetriebe, die in der Gemeinde H. mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, wird statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben, die für den Kopf jedes in den gewerbsteuerpflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiters berechnet und in ihrer Höhe alljährlich durch Beschluß der Gemeindevertretung festgesetzt wird. Auf die Kopfsteuer wird die rechtskräftig veranlagte Gemeindeeinkommensteuer dieser Betriebe für das Steuerjahr 1914 angerechnet. Als Arbeiter im Sinne dieses Paragraphen sind auch die Beamten der Betriebe anzusehen, soweit ihr Einkommen 2000 \mathcal{M} jährlich nicht übersteigt. (§ 2).

Bei denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Bergbaubetrieben, die in der Gemeinde H. eine Betriebsstätte im Sinne des K.A.G. nicht besitzen, dort aber einen Betriebsort im Sinne des Gewerbesteuergesetzes haben, wird, sofern für sie die Steuerpflicht nach § 2 dieser Ordnung nicht gegeben ist, der Besteuerung der Wert des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Steuerpflichtig ist das gesamte, in der Gemeinde H. verwendete Anlage- und Betriebskapital ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetriebe direkt oder indirekt dient. Für die danach steuerpflichtigen Betriebe beträgt der Grundsatz der Gewerbesteuer bei einem Anlage- und Betriebskapital im Werte bis zu 1 000 000 \mathcal{M} jährlich 2 \mathcal{M} von 100 \mathcal{M} des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, bei einem Werte von über 1 000 000 \mathcal{M} 2½ \mathcal{M} von 100 \mathcal{M} des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals.

Von den so festgesetzten Grundsätzen der Gewerbesteuer werden Zuschläge erhoben, deren prozentale Höhe alljährlich durch Beschluß der Gemeindevertretung festgesetzt wird. (§ 3).

Für Gewerbebetriebe, die in der Gemeinde H. nur eine Zweigniederlassung haben oder sich ohne eine solche auf die Gemeinde H. nur erstrecken und deshalb außerhalb der Gemeinde H. zur Gewerbesteuer veranlagt sind, werden die der Gemeinde H. überwiesenen Teilbeträge der Gewerbesteuer

- a) in den Steuerklassen I und II um das Doppelte,
- b) „ „ „ III „ IV „ die Hälfte erhöht.

Außerdem tritt bei den Betrieben solcher physischen oder nichtphysischen Personen, die unter § 4 fallen und in H. eine offene Verkaufsstelle unterhalten, ein Zuschlag von 0,25 % des Umsatzes der Zweigniederlassungen in der Gemeinde H. in dem der Veranlagung vorausgegangenen Geschäftsjahre und, wenn die Zweigniederlassung noch nicht solange besteht, nach dem nutmaßlichen Jahresumsatze hinzu.

Von den so erhöhten Steuersätzen werden Zuschläge erhoben, deren prozentale Höhe alljährlich durch Beschluß der Gemeindevertretung festgesetzt wird. (§ 4).¹⁾

117. *Lütgendortmund, Landkreis Dortmund.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der von Langendreer (Nr. 112) mit Ausnahme der Bestimmungen über Erhöhung der Sätze bei Benutzung von Räumen zum Gewerbebetriebe mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 1 000 \mathcal{M} ; diese entsprechen den betreffenden Bestimmungen der Steuerordnung von Kolmar in Posen (Nr. 21).

118. *Annen, Landkreis Hörde.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92), nur daß sie schon für Betriebe, die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, Geltung hat.

119. *Röhlinghausen, Landkreis Gelsenkirchen.

Von den gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, die 50 oder mehr Arbeiter beschäftigen, wird, vorbehaltlich der Bestimmung des § 3, statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Die Steuer beträgt für Betriebe, die 50 bis 200 Arbeiter beschäftigen, 15 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters und für Betriebe, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, 23 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters. Arbeiter im Sinne der Steuerordnung sind die im Titel VII der Gewerbeordnung erwähnten Personen, ohne Rücksicht auf

¹⁾ Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 214.

die Höhe ihres Jahreseinkommens, und alle Bureau- usw. Beamten, deren Jahresverdienst 2000 \mathcal{M} nicht übersteigt; jedoch sind die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren, Lehrlinge und die nach den Reichsversicherungsgesetzen mit mehr als 33½ % erwerbsunfähigen Invaliden außer Betracht zu lassen. (§ 2).²⁾ (§ 3).¹⁾

120. *Kirchhörde, Landkreis Hörde.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit der Maßgabe, daß die Belastung hier nur 11 \mathcal{M} auf den Kopf des Arbeiters beträgt.

121. *Linden, Kreis Hattingen.

Es wird von denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, welche mindestens 10 Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von mehr als 16 Jahren und solche Angestellte, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 \mathcal{M} nicht übersteigt, beschäftigen, statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit der im § 3 näher bezeichneten Einschränkung eine besondere Gewerbesteuer erhoben. — Sollten indes für einen solchen Betrieb die Zuschläge zur Staatsgewerbesteuer höher sein als die nach dieser Ordnung zu entrichtende besondere Gewerbesteuer, so gelangen die Zuschläge zur Erhebung. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 %

- a) für Betriebe, in denen 10 bis 50 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte beschäftigt werden, 8 \mathcal{M} 33½ Pf.,
- b) für Betriebe mit 51 bis 100 Arbeitern usw. 12,50 \mathcal{M} ,
- c) für Betriebe mit 101 bis 250 Arbeitern usw. 16 \mathcal{M} 66½ Pf.,
- d) für Betriebe mit mehr als 250 Arbeitern usw. 25 \mathcal{M} für den Kopf und steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß die besondere Gemeindegewerbesteuer von 8 \mathcal{M} 33½ Pf., 12,50 \mathcal{M} , 16 \mathcal{M} 66½ Pf. oder 25 \mathcal{M} für den Kopf des Arbeiters, Arbeiterin und Angestellten einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und staatlich veranlagten Gewerbesteuer der übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe mit einem Gemeindezuschlag von 150 % gleichgerechnet wird. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet nur statt, wenn ohne diese Umlegung zur Deckung des Steuerbedarfs der Gemeinde L. mindestens 100 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und 150 % der staatlich veranlagten Realsteuern erforderlich sein würden. (§ 3).

Erstreckt sich ein nach dieser Steuerordnung steuerpflichtiger Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Gemeinde L. die Kopfbetrag der in derselben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten zugrunde zu legen. (§ 4).¹⁾

122. *Emsdetten, Kreis Steinfurt.

Von denjenigen Gewerbetreibenden, die in ihren Betrieben 25 und mehr Personen beschäftigen, wird für jede Person jährlich eine besondere Gewerbesteuer (Kopfsteuer) erhoben. Die Höhe der letzteren wird alljährlich durch Gemeindebeschluß festgestellt. Maßgebend für die Veranlagung ist die Zahl der zu Beginn des Steuerjahres tatsächlich beschäftigten Arbeiter. Ist der nach dieser Berechnung sich ergebende Steuerbetrag des einzelnen Steuerpflichtigen geringer als der bei Erhebung von Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu entrichtende kommunale Gewerbesteuerbetrag, so kommt letzterer zur Hebung. (§ 1).¹⁾

123. *Marten, Landkreis Dortmund.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Langendreer (Nr. 112) mit folgenden Abweichungen bzw. Zusätzen:

Eine Erhöhung der nach §§ 2 und 3 berechneten Steuersätze tritt schon für Betriebe ein, in denen mehr als 10 Personen beschäftigt werden.

Bei denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Bergbaubetrieben, die in M. eine durch den Förderungsschacht gebildete Betriebsstätte nicht besitzen, aber Betriebsanlagen (Arbeiterwohnhäuser usw.) haben, die der Gemeinde M. die Eigenschaft eines Betriebsortes

²⁾ Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 211.

geben, wird der Besteuerung der Wert des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Steuerpflichtig ist das gesamte, in M. verwendete Anlage- und Betriebskapital ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetrieb direkt oder nur indirekt dient. Für die hiernach steuerpflichtigen Betriebe beträgt der Grundsatz der Gewerbesteuer bei einem Anlage- und Betriebskapital im Werte bis zu 1 Mill. M jährlich 10 M von Tausend Mark des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals und bei einem Werte von über 1 Mill. M 12½ M von Tausend Mark des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. (§ 7).

124. *Aplerbeck, Landkreis Hörde.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit der Maßgabe, daß sie für Betriebe, die mindestens 30 Arbeiter regelmäßig beschäftigen, Geltung hat.

125. *Dahlhausen, Kreis Hattingen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit der Maßgabe, daß sie für Betriebe, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, Geltung hat, und daß die Belastung auf den Kopf des Arbeiters hier 25 M beträgt.

126. *Günningfeld, Landkreis Gelsenkirchen.

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % 2 % des Ertrages und für den Kopf der beschäftigten Personen 16 M. Eine Steigerung dieser Steuer tritt ein, sobald eine Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern über 150 % stattfindet, und zwar erhöht sich der Satz von 2 % für jede angefangenen 10 % der Realsteuern um je 0,1 % des Ertrages, der Satz von 16 M für die Person in derselben Weise um je 1,25 M. Die Ermittlung des hiernach für den Steuersatz maßgebenden Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24, Abs. 2 u. 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891. Die für gemietete Geschäftsräume zu entrichtende Miete wird dem Ertrage wieder hinzugerechnet. (§§ 2 u. 3).

Arbeiter im Sinne dieser Steuerordnung sind die im Tit. VII der Gewerbeordnung erwähnten Personen. Als Arbeiter im Sinne dieses Paragraphen sind auch Beamte der Betriebe anzusehen, soweit ihr Einkommen 2 000 M jährlich nicht übersteigt. Weibliche Personen werden den männlichen gleichgerechnet. Bei den betreffenden Betrieben werden die Invaliden, die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge bei Ermittlung der Arbeiterzahl nicht mitgerechnet. (§ 4).

Von Betrieben, in denen die Zahl der in der Gemeinde G. durchschnittlich beschäftigten Personen 50 nicht übersteigt, gelangt eine Kopfsteuer nicht zur Erhebung. (§ 5).

Erstreckt sich ein Betrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der in dem Gemeindebezirke G. gewerbesteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a K.A.G. Die Zahl der Personen bestimmt sich in diesem Falle lediglich nach der Kopffzahl der in der Gemeinde G. tatsächlich beschäftigten Personen [§ 32, 2 K.A.G.]. (§ 6).

Betriebe, die Waren mehr als einer der im § 6 des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 bezeichneten Warengruppen im Kleinhandel entweder in offenen Verkaufsstellen feilhalten oder im Wege des Versandes zum Verkauf bringen (Warenhäuser, Versandgeschäfte usw.), unterliegen einer besonderen Besteuerung, wenn ihr Jahresumsatz im Gesamtbetriebe mindestens 100 000 M beträgt. Die betreffenden Bestimmungen entsprechen denen des § 5 der Steuerordnung von Gelsenkirchen (Nr. 83). (§ 7).

Nicht die besondere Gemeindegewerbesteuer, sondern die staatlich veranlagte Warenhaussteuer und die Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer gelangen zur Erhebung, wenn diese einen höheren Steuerbetrag ergeben.¹⁾ (§ 8).

127. Stadtkreis Hanau.

Es wird von allen im Gemeindebezirk stattfindenden, nach § 28 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, soweit ihr jährlicher Ertrag mindestens 1 500 M oder ihr Anlage- und Betriebskapital mindestens 3 000 M beträgt, eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. (§ 1).

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Für die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer gelten, vorbehaltlich § 6 dieser Ordnung, die Vorschriften der §§ 17 bis einschl. 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891. (§ 2).

Die Gewerbesteuer beträgt

bei einem Jahresertrag

von mehr als	bis einschl.	4 500	5 000 M	59 M
1 500	1 800 M	6 M	5 000	5 500 „
1 800	2 100 „	10 „	5 500	6 000 „
2 100	2 400 „	18 „	6 000	6 500 „
2 400	2 700 „	22 „	6 500	7 000 „
2 700	3 000 „	26 „	7 000	7 500 „
3 000	3 300 „	30 „	7 500	8 000 „
3 300	3 600 „	35 „	8 000	8 500 „
3 600	3 900 „	40 „	8 500	9 000 „
3 900	4 200 „	46 „	9 000	9 500 „
4 200	4 500 „	52 „	9 500	10 500 „

Sie steigt bei höheren Erträgen

von mehr als	bis einschl.	in Stufen von	um je
M	M	M	M
10 500	30 500	1 000	15
30 500	32 000	1 500	30
32 000	78 000	2 000	40
78 000	100 000	2 000	50.

Bei Erträgen von mehr als 100 000 M bis einschl. 105 000 M beträgt die Steuer 2 000 M und steigt bei höheren Erträgen in Stufen von 5 000 M um je 100 M. (§ 3).

Die Gewerbesteuer beträgt bei einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 M bis einschl. 50 000 M mindestens 20 Pf. von 1 000 M des Anlage- und Betriebskapitals. Erreicht bei einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 50 000 M der Jahresertrag nicht 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, so wird ein diesem Prozentsatz entsprechender Jahresertrag der nach § 3 zu berechnenden Steuer zugrunde gelegt. (§ 4).

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden nach Maßgabe des in der Stadtgemeinde H. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes in dieser nach § 32 Abs. 2 K.A.G. veranlagt. Welche Tarifsätze der §§ 3 und 4 der Ordnung auf die Besteuerung dieses Teiles anzuwenden sind, bestimmt sich nach dem gesamten Ertrage oder dem gesamten Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks. (§ 5.)²⁾ (§ 6).

128. Marburg a./d. Lahn, Kreis Marburg.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Hanau (Nr. 127).

129. Biebrich, Landkreis Wiesbaden.

Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 1 500 bis ausschl. 4 000 M und mit einem Anlage- und Betriebskapital bis ausschl. 30 000 M werden mit dem anderthalbfachen Betrage der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 für die Gewerbesteuersklasse IV geltenden Steuersätze veranlagt [Klasse II der Gemeindegewerbesteuer]. Die Steuerpflichtigen dieser Klasse bilden eine Steuergesellschaft in der im § 13 cit. Gesetzes angegebenen Weise. (§ 2).

Für Betriebe mit einem höheren Ertrage oder Anlage- und Betriebskapital wird der Steuersatz in der Weise ermittelt, daß

a) der Betrag, der gleichkommt 1 ‰ des Anlage- und Betriebskapitals,

b) derjenige, der gleichkommt 2 % des Ertrages,

c) „ „ sich bei 5 M Kopfsteuer für jeden hier wohnenden Arbeiter und Angestellten mit einem Jahreseinkommen unter 2 000 M ergibt,

zusammengerechnet werden [Klasse I der Gemeindegewerbesteuer]. (§ 3).

Zu dem Anlage- und Betriebskapital [§§ 2 und 3] gehört auch der Wert der zum Betriebe benutzten Räumlichkeiten. Soweit ein Gewerbebetrieb in gemieteten oder sonstwie unter Ausschluß des Eigentums überlassenen Räumen stattfindet, wird als Wert dieser Räume der 20fache Betrag des jährlichen Mietszinses zu dem übrigen Anlage- und Betriebskapital hinzugerechnet. Soweit ein Mietszins nicht gezahlt wird, oder dieser mehr als 10 % hinter dem ortsüblichen Mietswert zurückbleibt, tritt dieser an die Stelle des Mietszinses. (§ 3a).

²⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211.

Erstreckt sich ein Betrieb über mehrere Gemeinden, so bestimmt sich der in der Stadtgemeinde B. gewerbesteuerpflichtige Ertrag unter sinngemäßer Anwendung der §§ 47, 48, 48a des K.A.G.

Als Anlage- und Betriebskapital kommen nur die dem Gewerbebetrieb in der Stadtgemeinde B. gewidmeten Werte in Betracht. Ob jedoch der Betrieb in der I. oder II. Klasse steuerpflichtig ist, bestimmt sich nach dem gesamten Ertrag oder dem gesamten Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde B. (§ 5).¹⁾

130. Braubach, Kreis Sankt Goarshausen.

Von den nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 unfallversicherungspflichtigen Betrieben, die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 in Klasse I und II zur Gewerbesteuer veranlagt sind und gemäß §§ 28 und 32 K.A.G. der kommunalen Gewerbesteuer in der Gemeinde unterliegen, wird an Stelle der Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gewerbesteuer erhoben. (§ 1). Der Besteuerung werden die in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahre wirklich verdienten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge der Arbeiter und Betriebsbeamten zugrunde gelegt, die im Gemeindebezirk beschäftigt gewesen sind. Jedoch kommen nur diejenigen Betriebsbeamten in Betracht, deren Jahresverdienst an Lohn und Gehalt den Betrag von 3 000 M nicht übersteigt. (§ 2).

Die Steuer beträgt, wenn 75 % der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer erhoben werden, jährlich 1 M von jedem Hundert der festgestellten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge. Werden mehr als 75 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben, so steigt prozentual die besondere Gewerbesteuer für je 100 % der ersteren um $1\frac{1}{2}$ M [für 1 % also um $0,01\frac{1}{2}$ M]. Der Höchstbetrag der Steuer wird auf 2 M vom Hundert der genannten Summe der Gehälter und Löhne festgesetzt. (§ 3).²⁾

131. Stadtkreis Cöln.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Neukölln (Nr. 2).

132. Stadtkreis Düsseldorf.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises Neukölln (Nr. 2).

133. Stadtkreis Essen.

Der Steuersatz beträgt für jeden Gewerbebetrieb mindestens 1 % des Ertrages. Von den Gewerbebetrieben, die mehr als 5 Arbeiter oder solche Angestellte, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2 000 M nicht übersteigt, im Stadtbezirk beschäftigen, wird dieser Steuersatz nur zur Hälfte erhoben. Dagegen erhöht sich bei diesen Betrieben der Steuersatz für jede in ihrem Essener Betriebe gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte, dem Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 unterliegende Person um mindestens 4 M, jedoch in der Weise, daß der Zuschlag für die ersten 5 Personen nicht berechnet wird. (§ 2).

Die im § 2 bestimmten Steuersätze haben die Bedeutung von Grundzahlen, die bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge nach Maßgabe des in jedem Jahr nach dem Gemeindebeschlusse durch die Steuer vom Gewerbebetriebe aufzubringenden Steuerbedarfs in der Weise zugrunde zu legen sind, daß bei einer Erhöhung des im § 2 Satz 1 bezeichneten Prozentsatzes um je 0,1 % sich der nach § 2 Satz 3 zu entrichtende Zuschlag um je 1 M erhöht. Ist der gemäß § 2 Satz 2 und 3 zu berechnende Steuersatz geringer als der nach § 2 Satz 1 zu berechnende Satz, so gelangt der letztere zur Hebung. (§ 3).

Stellt sich der für die Berechnung des Steuersatzes gemäß § 5 maßgebende Ertrag bzw. Miets- und Pachtwert auf weniger als 4 000 M, so ermäßigt sich der Steuersatz bei Beträgen

von 3 200—4 000 M um $\frac{1}{4}$,
 „ 2 500—3 200 „ „ $\frac{1}{3}$,
 „ 2 000—2 500 „ „ $\frac{1}{2}$,
 „ 1 500—2 000 „ „ $\frac{3}{4}$. (§ 4).

Die Ermittlung des nach § 2 Satz 1 für den Steuersatz maßgebenden Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24 Abs. 2 und 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- und Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Plätze, so tritt

bei Berechnung des Steuersatzes dieser Miets- und Pachtwert an die Stelle des Ertrages. (§ 5).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der im Stadtbezirke gewerbesteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a K.A.G. Der so ermittelte Anteil erhöht sich gegebenenfalls unter entsprechender Anwendung des § 5 dieser Steuerordnung, die Vorschrift des § 4 Satz 2 findet in den Fällen dieses Paragraphen keine Anwendung. (§ 7).

134. Stadtkreis Duisburg.

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 3 und 4 der besonderen Gewerbesteuerordnung erfolgt die Veranlagung für jedes Steuerjahr unter sinngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17 bis 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze durch den Steuerausschuß. (§ 2).

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem hundert Mark des nach § 2 ermittelten Ertrages erhoben. Dieser Satz gelangt jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500 bis ausschließlich 4 000 M oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 bis ausschließlich 30 000 M zur Erhebung.

Für Betriebe mit einem Ertrage von 4 000 bis ausschließlich 20 000 M oder einem Anlage- und Betriebskapital von 30 000 bis ausschließlich 150 000 M erhöht sich dieser Satz um $\frac{1}{20}$, bei einem Ertrage von 20 000 bis ausschließlich 50 000 M oder einem Anlage- und Betriebskapital von 150 000 bis 1 000 000 M um $\frac{1}{10}$, bei einem Ertrage von 50 000 M und mehr oder bei einem Anlage- und Betriebskapital von 1 Mill. M und mehr um $\frac{1}{10}$. (§ 3).

Ist bei den gemäß § 3 steuerpflichtigen Betrieben der Ertrag geringer als

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder
- b) 10 % des Miets- oder Pachtwerts der für das Gewerbe benutzten Räume und Plätze,

so tritt an die Stelle des Ertrages der sich nach a) und b) ergebende Höchstbetrag. (§ 4).³⁾

135. Stadtkreis Aachen.

Die Veranlagung erfolgt unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 sowie der §§ 32 Abs. 2, 47 und 48 des K.A.G. durch einen besonderen Gewerbesteuerausschuß für jedes Rechnungsjahr. (§ 2).

Zum Zwecke der Veranlagung werden folgende Klassen gebildet:

1. Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 1 500 bis einschl. 1 800 M,
2. „ „ „ „ „ „ 1 800 „ „ 2 400 „ „
3. „ „ „ „ „ „ 2 400 „ „ 3 000 „ „
4. „ „ „ „ „ „ 3 000 „ „ 6 000 „ „
5. „ „ „ „ „ „ „ „ mehr als 6 000 bis einschl. 10 000 M oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von 30 000 bis einschl. 75 000 M,
6. Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von mehr als 10 000 bis einschl. 20 000 M oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 75 000 bis einschl. 150 000 M,
7. Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von mehr als 20 000 bis einschl. 40 000 M oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 150 000 bis einschl. 300 000 M,
8. Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von mehr als 40 000 bis einschl. 70 000 M oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 300 000 bis einschl. 600 000 M,
9. Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von mehr als 70 000 bis einschl. 100 000 M oder mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 600 000 bis einschl. 1 000 000 M,
10. Betriebe mit höherem Ertrage oder größerem Anlage- und Betriebskapitale. (§ 3).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 30 000 M der Ertrag nicht

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, oder
- b) 6 % des gemeinen Wertes der für den Gewerbebetrieb ganz benutzten Grundstücke und Gebäude, oder aber
- c) 8 % des zwanzigfachen Mietswertes der gewerblich benutzten einzelnen Räume, so tritt an Stelle des Ertrages der nach a), b) oder c) sich ergebende Höchstbetrag. (§ 4).³⁾

³⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Rechnungsjahr durch Gemeindebeschluß festzustellenden Satze von jedem 100 \mathcal{M} des nach den §§ 2, 3 und 4 ermittelten Ertrages erhoben. Dieser Satz gelangt in Klasse 1 [§ 3] nur mit einem Viertel, in Klasse 2 mit der Hälfte, in Klasse 3 mit drei Vierteln und in Klasse 4 in seiner ganzen Höhe zur Erhebung; er erhöht sich

in Klasse 5 um	$\frac{1}{10}$,
" " 6 "	$\frac{2}{10}$,
" " 7 "	$\frac{3}{10}$,
" " 8 "	$\frac{4}{10}$,
" " 9 "	$\frac{5}{10}$,
" " 10 "	$\frac{6}{10}$. (§ 6).

136. Stadtkreis Mülheim a./d. Ruhr.

Die Veranlagung erfolgt unter sinngemäßer Anwendung der Grundsätze, die für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach §§ 17 bis 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 gelten. (§ 2).

Die Gewerbesteuer beträgt 1 % des Ertrages; sie ermäßigt sich bei einem Ertrage von weniger als 4 000 \mathcal{M} bis 3 200 \mathcal{M} um $\frac{1}{4}$, von weniger als 3 200 \mathcal{M} bis 2 500 \mathcal{M} um $\frac{1}{2}$, von weniger als 2 500 \mathcal{M} bis 2 000 \mathcal{M} um $\frac{3}{4}$ und von weniger als 2 000 \mathcal{M} bis 1 500 \mathcal{M} um $\frac{3}{4}$.

Werden von einem Gewerbetreibenden jährlich 50 oder mehr der Invalidenversicherung unterliegende Personen in Mülheimer Gewerbebetrieben beschäftigt, so ermäßigt sich der nach Abs. 1 ermittelte Steuersatz um die Hälfte und erhöht sich andererseits für jede der bezeichneten Personen um 5 \mathcal{M} , bei weiblichen Personen um die Hälfte dieses Satzes. Ist der nach dieser Berechnung sich ergebende Steuersatz geringer als der nach Abs. 1 berechnete volle Satz, so ist dieser volle Satz zu veranlagern. (§ 3).

Bei der Ertragsermittlung können die für die staatliche Gewerbesteuerveranlagung ermittelten Erträge als Hilfsmittel herangezogen werden. Der Pacht- und der Mietszins für die zum Geschäftsbetriebe gepachteten und gemieteten Grundstücke, Gebäude, Räumlichkeiten und beweglichen Sachen gelten bei der Ermittlung des gewerblichen Ertrages nicht als Betriebskosten und dürfen infolgedessen vom Rohgewinn nicht in Abzug gebracht werden. (§ 6).

Bleibt bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 100 000 \mathcal{M} der Ertrag unter 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, so wird der Besteuerung gemäß § 3 an Stelle des wirklichen Ertrages der Betrag von 4 % des Anlage- und Betriebskapitals zugrunde gelegt. Zum Anlage- und Betriebskapital im Sinne dieser Vorschrift ist auch der 20fache Miets- oder Pachtwert der zum Geschäftsbetriebe gepachteten und gemieteten Grundstücke, Gebäude, Räumlichkeiten und beweglichen Sachen zu rechnen. (§ 7.)¹⁾

137. Stadtkreis Saarbrücken.

Im Stadtbezirk Malstatt-Burbach wird die staatliche Gewerbesteuer der nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 unfallversicherungspflichtigen Betriebe, welche nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 in den Klassen I und II zur Gewerbesteuer herangezogen werden, ersetzt durch eine besondere Gewerbesteuer nach folgenden Grundsätzen (§ 1).

Der Besteuerung werden die von den Arbeitern und Betriebsbeamten in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahr wirklich verdienten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge zugrunde gelegt, wobei jedoch nur diejenigen Betriebsbeamten in Betracht kommen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn und Gehalt den Betrag von 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. Für die gezahlten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge der Arbeiter und Betriebsbeamten sind die zu Beginn eines jeden Jahres der Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 für das abgelaufene Kalenderjahr mitgeteilten Beträge maßgebend. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen im § 11 beträgt die Steuer jährlich 1 \mathcal{M} von jedem Hundert der Summe der festgestellten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge. Das Verhältnis zwischen dem Steuersatze der besonderen Gewerbesteuer und

den zu erhebenden Prozenten der Staatssteuer ist dahin einzuhalten, daß bei Erhebung von 150 % der Staatssteuer als besondere Gewerbesteuer 2 % der Gehälter und Löhne, also neben je 75 % der ersteren der im Satz 1 bestimmte Steuersatz — vorbehaltlich der Bestimmung im § 11 der Ordnung — erhoben werden. (§ 3.)²⁾

Reicht das von der besonderen Gewerbesteuer und von den Zuschlägen der staatlichen Gewerbesteuer berechnete Veranlagungssoll nicht aus, um den nach dem maßgebenden Gemeindebeschluß durch die Steuer vom Gewerbebetrieb aufzubringenden Steuerbedarf zu decken, so sind für das betreffende Rechnungsjahr der im § 3 der Ordnung vorgesehene Steuersatz bzw. die Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer dem Bedarf entsprechend zu erhöhen, dürfen jedoch 3 % der an die Arbeiter gezahlten Gehälter und Löhne einschl. aller Nebenbezüge [§ 2 der Ordnung] bzw. 200 % Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer nicht übersteigen. (§ 11).

138. Stadtkreis Hamborn.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der der Gemeinde Dittersbach (Nr. 46) mit folgenden Abweichungen:

In Betrieben mit mehr als 5 Arbeitern oder Angestellten erhöht sich der ermittelte Steuerbetrag für jede dieser Personen um mindestens 10 \mathcal{M} und bei einer Steigerung des prinzipal beschlossenen Prozentsatzes über 1 % mit je 0,1 % um je 0,50 \mathcal{M} .

139. Stadtkreis Oberhausen.

Es wurden 250 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben. Diejenigen gewerblichen Betriebe, die 20 und mehr Personen beschäftigten, wurden in der Gewerbesteuer vorbelastet. Die vorzubelastenden Betriebe wurden in 3 Abteilungen eingeteilt, und zwar bildeten

- die I. Abteilung die Betriebe mit über 150 Personen,
- " II. " " " " " 50 b. einschl. 150 Pers.,
- " III. " " " " " " mind. 20 " " 50 " .

Die staatlich veranlagten Gewerbesteuersätze der in diese Abteilungen fallenden Betriebe wurden zunächst in der

- I. Abteilung um 200 %, in der
- II. " " 100 %, " "
- III. " " 50 % erhöht.

Von diesen erhöhten Sätzen wurden sodann 250 % Zuschlag als Gemeindegewerbesteuer erhoben.

140. Stadtkreis München Gladbach.

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem hundert Mark des nach § 2 ermittelten Ertrages erhoben.

Dieser Satz gelangt jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500 bis ausschl. 4 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 \mathcal{M} bis ausschl. 30 000 \mathcal{M} zur Erhebung. Für Betriebe mit einem Ertrage von 4 000 bis ausschl. 10 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 30 000 bis ausschl. 75 000 \mathcal{M} erhöht sich dieser Satz um $\frac{1}{10}$, bei einem Ertrage von 10 000 bis ausschl. 20 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 75 000 \mathcal{M} bis ausschl. 150 000 \mathcal{M} um $\frac{2}{10}$, bei einem Ertrage von 20 000 bis ausschl. 50 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 150 000 bis ausschl. 1 000 000 \mathcal{M} um $\frac{3}{10}$, bei höherem Ertrage oder größerem Anlage- und Betriebskapital um $\frac{4}{10}$. (§ 3).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 100 000 \mathcal{M} der Ertrag nicht

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals, oder
- b) 10 % des gemeinen Wertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke und Räume, oder,
- c) sofern das Grundstück, auf welchem das Gewerbe betrieben wird, nicht ganz, sondern nur teilweise in einzelnen nicht selbständigen Grundstücksteilen zu Zwecken des in Betracht kommenden Gewerbes dient, den vierfachen Pacht- oder

Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze, so wird der Besteuerung gemäß § 3 an Stelle des Ertrages der nach a) oder b) bzw. c) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt. (§ 4.)¹⁾

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

²⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

141. Stadtkreis Rheydt.

Die besondere Gewerbesteuerordnung stimmt bezüglich ihrer Bestimmungen über den Veranlagungsmaßstab im ersten Teile (§§ 2 und 3) mit der des Stadtkreises München Gladbach (Nr. 140) überein. In den folgenden Bestimmungen weicht sie ab:

1. Ist bei den gemäß § 3 steuerpflichtigen Betrieben mit einem Gesamt-Anlage- und Betriebskapital von mindestens 100 000 \mathcal{M} der Ertrag geringer als
 - a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder aber
 - b) der Pacht- oder Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze, so tritt bei Berechnung des Steuersatzes, vorbehaltlich der Bestimmung unter Ziffer 3, der sich nach a) oder b) ergebende Höchstbetrag an Stelle des Ertrages.
2. Die Veranlagung der Betriebe mit einem Gesamt-Anlage- und Betriebskapital bis zu 100 000 \mathcal{M} erfolgt, sofern sich nach Ziffer 3 nicht ein anderes ergibt, nach dem maßgebenden wirklichen Ertrage.
3. Ist, ohne Rücksicht auf die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals, bei Betrieben, die in dem für die Veranlagung maßgebenden Betriebsjahre insgesamt, d. h. in den innerhalb und außerhalb Rs. unterhaltenen Betriebsstätten im Kleinhandel einen Warenumsatz von mindestens 100 000 \mathcal{M} erzielt haben, der auf R. entfallende Ertrag oder der nach Ziffer 1 sich ergebende fingierte Ertrag geringer als 10 % des im Kleinhandel in den hiesigen Betriebsstätten erzielten Warenumsatzes, so treten für die Berechnung der Steuer an Stelle des Ertrages 10 % dieses Umsatzes. (§ 4).

142. Sterkrade, Kreis Dinslaken.

Von allen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben wird eine Gemeinde-gewerbesteuer nach folgenden Berechnungsarten (§§ 2 bis 8) in der Art erhoben, daß jeweils der nach den einzelnen Berechnungsarten höchste Steuerbetrag zur Erhebung gelangt, mit der Einschränkung, daß bei Betrieben, welche im Stadtbezirk St. 1000 und mehr Arbeiter — s. § 3 — beschäftigen, nur die 1. und 2. Berechnungsart zur Anwendung kommt. (§ 1).

1. Berechnungsart.

Sie erfolgt in Gestalt von Zuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 2).

2. Berechnungsart.

Bei denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen, wird eine besondere Gewerbesteuer erhoben. Sie wird für den Kopf jedes Arbeiters, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters sowie ob die Beschäftigung mit oder ohne Entgelt erfolgt, berechnet. Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % für den Kopf des Arbeiters 15 \mathcal{M} . Sie steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer in der Weise, daß für je 1 % über 150 % der Gewerbesteuer 10 Pfg. mehr als 15 \mathcal{M} an Kopfsteuer erhoben werden. Solange die Zahl der Arbeiter in einem Betriebe — s. § 10 2. Satz — unter 100 bleibt, sind nur $\frac{1}{3}$ der Steuersätze, und solange sie unter 20 bleibt, nur $\frac{2}{3}$ derselben zu zahlen. Als Arbeiter im Sinne dieses Paragraphen sind auch Beamte und Angestellte anzusehen, soweit ihr Jahreseinkommen 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. (§ 3).

Die Umlegung der im § 3 beschriebenen besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100prozentiger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so scheidet die im § 3 näher bezeichnete Berechnungsart aus. (§ 4).

3. Berechnungsart.

Sie geschieht nach dem Ertrage, und zwar derart, daß von jedem 100 \mathcal{M} des unter sinngemäßer Anwendung der §§ 17—24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 ermittelten Ertrages 1 \mathcal{M} anzusetzen ist. Von den so ermittelten Gewerbesteuersätzen werden die gleichen Prozentsätze als Zuschlag erhoben, wie nach § 2 von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 5).

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

Bleibt bei den gemäß § 5 steuerpflichtigen Betrieben der Ertrag hinter 4 % des dem Gewerbebetriebe gewidmeten Anlage- und Betriebskapitals zurück, so tritt an Stelle des wirklichen Ertrages die aus 4 % des dem Gewerbebetriebe gewidmeten Anlage- und Betriebskapitals sich ergebende Summe. Diese ist nach dem mittleren Stande in dem der Veranlagung zugrunde liegenden Zeitraume zu berechnen. Steuerpflichtig ist das gesamte, in der Gemeinde belegene Anlage- und Betriebskapital. (§ 6).

4. Berechnungsart.

Sie geschieht:

- a) bei Verwendung eigener Grundstücke und Räume nach dem ortsüblichen Jahresmietswerte der zum Gewerbebetriebe benutzten Grundstücke und Räume,
- b) bei Verwendung gemieteter Grundstücke und Räume nach dem für die zum Gewerbebetriebe benutzten Grundstücke und Räume gezahlten Jahresmieten, und zwar derart, daß von jedem 100 \mathcal{M} des Jahresmietswertes bzw. Jahresmietenzinses 1 \mathcal{M} anzusetzen ist. Von den so ermittelten Gewerbesteuersätzen werden die gleichen Prozentsätze als Zuschlag erhoben wie nach § 2 von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 7).

5. Berechnungsart.

Sie geschieht nach dem Jahresumsatze, und zwar derart, daß von jedem 1 000 \mathcal{M} des Umsatzes 1 \mathcal{M} anzusetzen ist. Von den so ermittelten Gewerbesteuersätzen werden die gleichen Prozentsätze als Zuschlag erhoben, wie nach § 2 von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Diese Berechnungsart findet aber nur auf offene Verkaufsstellen Anwendung. (§ 8).

Die Höhe der von den einzelnen Gewerbesteuerklassen zu zahlenden Zuschläge wird alljährlich von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. Die stärkere Belastung der höheren Gewerbesteuerklassen mit Zuschlägen [1., 3., 4. und 5. Berechnungsart] sowie die stärkere Heranziehung der höheren Gewerbesteuerklassen zur Kopfsteuer [2. Berechnungsart] ist zulässig. Im letzteren Falle [2. Berechnungsart] ist für die Höhe der von dem einzelnen Unternehmer zu zahlenden Kopfsteuer der Prozentsatz maßgebend, der von den in dieselbe Steuerklasse fallenden Betrieben als Zuschlag zu der staatlichen Gewerbesteuer erhoben wird. (§ 9).

Gewerbebetriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden nach Maßgabe des in der Gemeinde St. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes in dieser nach § 32 Abs. 2 des K.A.G. veranlagt. Die Zuweisung in die verschiedenen Gewerbesteuerklassen usw. bestimmt sich dagegen nach dem Gesamtbetriebe, also innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde St. (§ 10).

143. Viersen, Kreis Gladbach.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises München Gladbach (Nr. 140) mit folgenden Abweichungen:

Ist bei den nach § 3 steuerpflichtigen Betrieben, soweit deren Anlage- und Betriebskapital 75 000 \mathcal{M} übersteigt, der Ertrag geringer als

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder aber
- b) der Pacht- oder Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze,

so tritt an Stelle des Ertrages der sich nach a) oder b) ergebende Höchstbetrag, berechnet nach seinem mittleren Stande in dem der Veranlagung zugrunde liegenden Zeitraum. (§ 4).¹⁾

144. Mörs, Kreis Mörs.

Die Gewerbesteuer beträgt:

- a) bei Bergwerksbetrieben, einschl. der hiermit zusammenhängenden Nebenbetriebe, wie Kokereien, Schachtzimmereien, Elektrizitätswerke, Gas-, Konsumanstalten,
- b) bei Ziegeleien mit Ausnahme derjenigen, in welchen nicht mehr als 10 Arbeiter in der Regel tätig sind, für jeden Arbeiter oder Angestellten [männlich und weiblich], dessen Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2 500 \mathcal{M} nicht übersteigt, bei einer Belastung der Grund-, Gebäude- und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 100 % für den Kopf des Arbeiters 15 \mathcal{M} . Dieser Satz steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211.

Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß für je 1 % über 100 % der Realsteuern 10 Pf. mehr bis zum Höchstbetrage von 25 \mathcal{M} erhoben werden.

Ist eine Umlage von 100 % der staatlich veranlagten Realsteuern zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, oder bleibt die nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes berechnete besondere Gewerbesteuer unter dem Steuerbetrage, welcher sich bei Anwendung der §§ 5—9 dieser Ordnung ergeben würde, so kommt letzterer Betrag zur Erhebung. (§ 2). Erstreckt sich ein solcher Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist für die Veranlagung im Stadtbezirk lediglich die Kopffzahl der hier beschäftigten Arbeiter maßgebend. (§ 4).

Für die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer in den übrigen Fällen gelten, vorbehaltlich der §§ 7 und 9 dieser Ordnung, die Vorschriften der §§ 17 bis einschl. 24 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 mit der Maßgabe, daß der Miets- und Pachtzins für die gewerblichen Räume und Plätze — ebenso wie die Hypothekenzinsen — von dem Ertrage nicht abzugsfähig ist, sowie daß der Grundstückswert der gemieteten gewerblichen Räume und Plätze dem Anlage- und Betriebskapital zugerechnet wird. (§ 5).

Die Gewerbesteuer beträgt:

1. bei einem Jahresertrag bis 2 000 \mathcal{M} = 0,60 \mathcal{M} v. H. des Ertrages,
2. bei e. Jahresertr. v. 2 000 \mathcal{M} b. 3 000 \mathcal{M} = 0,70 \mathcal{M} v. H. d. Ertr.,
3. " " " " 3 000 " " 4 000 " " 0,80 " " " " " "
4. " " " " 4 000 " " 5 000 " " 0,90 " " " " " "
5. " " " " 5 000 " " 7 000 " " 1,00 " " " " " "
6. " " " " 7 000 " " 10 000 " " 1,10 " " " " " "
7. " " " " 10 000 " " 15 000 " " 1,20 " " " " " "
8. " " " " 15 000 " " 25 000 " " 1,30 " " " " " "
9. " " " " 25 000 " " 40 000 " " 1,50 " " " " " "
10. " " " " 40 000 " " 60 000 " " 1,75 " " " " " "
11. " " " " 60 000 " " 100 000 " " 2,00 " " " " " "
12. " " " " 100 000 " " 200 000 " " 2,25 " " " " " "
13. " " " " üb. 200 000 \mathcal{M} = 2,50 \mathcal{M} v. H. d. Ertr. (§ 6).

Ist der Jahresertrag

- a) bei Handelsgeschäften mit Verkaufsstellen einschl. der steuerpflichtigen Konsumvereine und Genossenschaften, soweit sie nicht als Nebenbetriebe unter § 2a) dieser Ordnung fallen, geringer als 9 % des jährlichen Warenumsatzes,
- b) bei anderen Betrieben geringer als 6 % des Anlage- und Betriebskapitals, so treten diese Summen an die Stelle der Jahreserträge. [§ 6]. (§ 7).¹⁾ (§ 8).²⁾ (§ 9).

145. Velbert, Kreis Mettmann.

Von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, einschließlich der Filialbetriebe, die 10 und mehr Personen beschäftigen, wird statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gewerbesteuer erhoben. (§ 1).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet nur statt, wenn ohne diese Umlegung zur Deckung des Steuerbedarfs mindestens 100 % Zuschläge zur Einkommen- und 150 % zu den staatlich veranlagten Realsteuern erforderlich sein würden. (§ 2).

Von den in § 1 bezeichneten Steuerpflichtigen ist als besondere Gewerbesteuer zu entrichten

1. von dem Betrage des bei der staatlichen Veranlagung des Betriebes gemäß §§ 9 und 14 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 festgesetzten Steuersatzes
125 % für die Kl. I und II,
100 % " " " III und IV und
2. für jede im Betriebe beschäftigte Person 6 \mathcal{M} .

Für je 10 % Erhöhung der Gewerbesteuerzuschläge über den Satz von 230 % hinaus steigt der Satz von 6 \mathcal{M} um 1 \mathcal{M} . (§ 4).³⁾

Erstreckt sich ein nach dieser Steuerordnung steuerpflichtiger Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Gemeinde V. die Kopffzahl der in derselben beschäftigten Personen zugrunde zu legen. (§ 6).

146. Odenkirchen, Kreis Gladbach.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Viersen (Nr. 143) mit der Abweichung, daß bei sämtlichen nach § 3

¹⁾ Vergl. die Anmerkung 1) auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung 2) auf Seite 211. — ³⁾ desgl. die Anmerkung 3) auf Seite 211.

steuerpflichtigen Betrieben, sofern der Ertrag geringer ist als

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder
- b) der Pacht- oder Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze,

an Stelle des Ertrages der sich nach a) oder b) ergebende Höchstbetrag tritt.

147. Hilden, Landkreis Düsseldorf.

Von allen im Gemeindebezirk stattfindenden, nach § 28 Nr. 1 bis 6 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben der Kl. I und II wird, soweit ihnen nicht gesetzlich Befreiung von den Gemeindegewerbesteuren zusteht, eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Die Besteuerung der nicht unter diese Ordnung fallenden gewerbesteuerpflichtigen Betriebe [Kl. III u. IV] erfolgt in Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 1). Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Zugrundelegung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Ges. vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetz zu einem hinter $\frac{3}{4}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersätze veranlagt sind, mit einem $\frac{3}{4}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersätze veranlagt werden.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Stadtgemeinde H. entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung desselben die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in welcher der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht $\frac{3}{4}$ % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, welches auf den in der Stadtgemeinde H. belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle der im ersten Absatz festgesetzte Promillesatz des Wertes dieses auf die Stadtgemeinde H. entfallenden Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).²⁾

148. Stolberg, Landkreis Aachen.

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Gewerbesteuerklassen I, II und III die in den §§ 9 und 14 des genannten Gesetzes festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 30 bzw. 20 und 10 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. Vorbehaltlich dieser Erhöhung werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen. (§ 2).

Für Betriebe, in denen mehr als 2 Personen beschäftigt werden, erhöhen sich die nach § 2 berechneten Steuersätze um 4 \mathcal{M} für jeden 16 Jahre alten männlichen und um 2 \mathcal{M} für jeden weiblichen und noch nicht 16 Jahre alten männlichen Arbeiter. (§ 4).

Werden für einen Gewerbebetrieb Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswert von mehr als 100 \mathcal{M} dauernd benutzt, so erhöhen sich die nach § 2 berechneten Steuersätze um 2 \mathcal{M} für jede vollen 100 \mathcal{M} Gebäudesteuernutzungswert. Der Gebäudesteuernutzungswert der Beamten- und Arbeiterwohnungen bleibt dabei außer Ansatz. (§ 5).

Beträgt in einem Betriebe sowohl die Zahl der beschäftigten Personen mehr als 2 [§ 4] als auch der Gebäudesteuernutzungswert der ihm dauernd dienenden Räume mehr als 100 \mathcal{M} [§ 5], so beträgt die Erhöhung des Steuersatzes die Summe der auf Grund der Bestimmungen der §§ 4 und 5 nach dem Maßstabe der Zahl der beschäftigten Personen und nach demjenigen des Gebäudesteuernutzungswertes sich ergebenden Erhöhungen. (§ 6).

Die Ausführung der §§ 4 bis 6 erfolgt in der Weise, daß der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge [§ 8] die nach § 2 festgestellten Steuersätze unter Zuschlag der aus den §§ 4 bis 6 sich ergebenden Erhöhungen zugrunde gelegt werden. Ist der Steuersatz gemäß § 2 für mehrere Betriebe derselben

Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach §§ 4 bis 6 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bzw. der Summe der Gebäudesteuernutzungswerte der diesen Betrieben dauernd dienenden Räume [§ 5] bemessen. (§ 7.)¹⁾ (§ 8).

149. Gummersbach, Kreis Gummersbach.

Es wird von allen nach § 28 K.A.G. der kommunalen Gewerbesteuer unterliegenden Betrieben, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 daselbst Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe zusteht, eine Gemeindegewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung der Gemeindegewerbesteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze, und zwar werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen. Für diejenigen Gewerbebetriebe jedoch, die ihrem Umfange gemäß nach dem Gewerbesteuergesetze in die Klassen I und II gehören, wird, wofern der staatlich veranlagte Gewerbesteuersatz $\frac{1}{20}$ % ($\frac{1}{2}$ ‰) des Anlage- und Betriebskapitals nicht erreicht, dieser letztere Satz — $\frac{1}{20}$ % des Anlage- und Betriebskapitals — der Besteuerung zugrunde gelegt. (§ 2).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so geschieht die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer nach dem bei der staatlichen Veranlagung der Gewerbesteuer auf die Gemeinde G. nach § 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 entfallenden Teilbeträge. Entspricht jedoch das Anlage- und Betriebskapital des in der Gemeinde G. liegenden Teiles des Gewerbebetriebs dem Umfange der Gewerbesteuerklassen II und I (über 150 000 bis 1 000 000 M und über 1 000 000 M), so finden die Bestimmungen des § 2 Satz 2 dieser Ordnung entsprechende Anwendung. (§ 3).

150. Bergisch Gladbach, Kreis Mülheim a. Rh.

Von allen nach § 28 Nr. 1—6 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, soweit diese mehr als 30 Personen beschäftigen oder Räume mit einem Gebäudesteuernutzungswerte von mehr als 1 000 M dauernd benutzen, wird, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe zusteht, eine Gemeindegewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung zur Gemeindegewerbesteuer geschieht entweder unter Anwendung der Grundsätze, die für die Veranlagung nach dem Gewerbesteuergesetz maßgebend sind, oder unter Zugrundelegung von Einheitsätzen für den Kopf der beschäftigten Personen und das Jahr nach den in den §§ 8 bis 10 näher ausgeführten Bestimmungen. (§ 2). Von den in § 2 gekennzeichneten beiden Veranlagungsarten hat jeweils diejenige einzutreten, bei welcher der höhere Steuerbetrag zur Erhebung kommt. (§ 3).

Die Veranlagung nach den Grundsätzen des Gewerbesteuergesetzes geschieht in der Weise, daß zu den staatlich veranlagten Steuersätzen, die aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen werden, ein Zuschlag von 50 % tritt. Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt sind, werden mit einem $1\frac{1}{2}$ ‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatze veranlagt. (§ 4).

Die nach § 4 berechneten Steuersätze werden nach der Zahl der beschäftigten Personen und dem Gebäudesteuernutzungswert der dem Betriebe dauernd dienenden Räume in folgender Weise erhöht:

Nach Maßgabe der Arbeiterzahl beträgt die Erhöhung bei Betrieben von

- a) nicht mehr als 200, für jede angefangene Zahl von 10 Personen 1 %,
- b) mehr als 200, aber nicht mehr als 1 000 Personen, für jede angefangene Zahl von 50 Personen 6 %,
- c) mehr als 1 000 Personen, für jede angefangene Zahl von 100 Personen 15 %.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung 2) auf Seite 211.

Nach Maßgabe des Gebäudesteuernutzungswertes beträgt die Erhöhung für Räume von

- a) nicht mehr als 10 000 M, für jede angefangenen 1 000 M 0,5 %,
- b) mehr als 10 000 M, aber nicht mehr als 100 000 M, für jede angefangenen 5 000 M 3 %,
- c) mehr als 100 000 M, für jede angefangenen 10 000 M 8 %. (§§ 5—7).

Die Veranlagung unter Zugrundelegung von Einheitsätzen für den Kopf der beschäftigten Personen geschieht nach folgenden Bestimmungen:

Der Einheitsatz beträgt für den Kopf der beschäftigten Personen und das Jahr

für Betriebe, die mehr als 30 bis 100 Arbeiter beschäft.,	15 M,
" " " " " 100 " 200 " " " ,	18 " ,
" " " " " 200 " 300 " " " ,	25 " ,
" " " " " 300 Arbeiter beschäftigen	30 " .

Die Einheitsätze ermäßigen sich

für weibliche Arbeiter und für solche unter 18 Jahren

von 15 M auf 10 M,

" 18 " " 12 " ,

" 25 " " 16 " ,

" 30 " " 20 " .

für den Kopf der beschäftigten weiblichen oder jugendlichen Personen. (§§ 8—10).

Eine Erhöhung der Steuersätze auf Grund der Bestimmungen in den §§ 5 bis 7 um mehr als 300 % findet nicht statt. Bleiben dagegen die sich hiernach ergebenden Steuerbeträge hinter dem von den nicht unter diese besondere Steuerordnung fallenden Gewerbesteuerpflichtigen erhobenen Prozentsatze von Zuschlägen zu der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zurück, so gelangt dieser letztere Prozentsatz der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zur Erhebung. (§ 11).

151. Steele, Landkreis Essen.

1. Die Veranlagung hat unter sinngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17—24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze mit der Abweichung zu erfolgen, daß bei Ausmittlung des Ertrages gemäß § 22 a. a. O. bzw. Artikel 16 der Ausführungsanweisung vom 4. November 1895 der Pacht- und Mietszins für die zum Geschäftsbetriebe gepachteten und gemieteten Grundstücke, Gebäude, Räumlichkeiten und Utensilien nicht als Betriebskosten in Abzug gebracht werden darf.

2. Ist der nach 1. für St. ermittelte Ertrag [§ 5] geringer als

a) der Miets- und Pachtwert der für den Gewerbebetrieb in St. benutzten Räume und Plätze oder

b) 4 % des in St. über und unter der Erde vorhandenen Anlage- und Betriebskapitals, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetrieb direkt oder indirekt dient, so tritt bei Berechnung des Steuersatzes der sich ergebende Höchstbetrag an die Stelle des Ertrages.

3. Stellt sich der für die Berechnung des Steuersatzes nach 1. und 2. maßgebende Höchstbetrag auf weniger als 4 000 M, so sind für die Besteuerung bei Beträgen

von 3 500 M bis 4 000 M nur $\frac{3}{4}$,

" 3 000 " " 3 500 " " $\frac{2}{3}$,

" 2 500 " " 3 000 " " $\frac{1}{2}$,

" 2 000 " " 2 500 " " $\frac{1}{3}$,

" 1 500 " " 2 000 " " $\frac{1}{4}$

des Höchstbetrages zugrunde zu legen.

4. Der Steuersatz beträgt bei einer Belastung der Staats-einkommensteuer mit 100 % = 1 % des nach vorstehenden Bestimmungen ermittelten Ertrages (Höchstbetrages). Bei einer Erhöhung der Einkommensteuermulage steigt dieser Satz für jede angefangenen 10 % um je 0,15 %. Dieser Satz erhöht sich außerdem bei Betrieben mit einem Ertrage von mehr als

4 000 bis 10 000 M oder einem Anlage- und Betriebskapital

von mehr als 30 000 bis 75 000 M um $\frac{1}{10}$,

desgl. 10 000 bis 20 000 M bzw. 75 000 bis 150 000 M um $\frac{2}{10}$,

desgl. 20 000 bis 50 000 M bzw. 150 000 bis 1 000 000 M um $\frac{3}{10}$,

desgl. 50 000 M bzw. 1 000 000 M um $\frac{10}{10}$. (§ 2).

Für die Besteuerung der in den Gewerbesteuerklassen I und II veranlagten Betriebe [§ 6 des Gewerbesteuergesetzes] gelten außerdem folgende Zusatzbestimmungen:

- a) Der nach dem Ertrage (Höchstbetrage) ermittelte Steuersatz [§ 2] erhöht sich bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital von mehr als 3 000 000 \mathcal{M} um einen Betrag, welcher gleichkommt 2 \mathcal{M} von Tausend \mathcal{M} des im Stadtbezirke St. belegenen Teiles des Anlage- und Betriebskapitals.
- b) Betriebe, die mehr als 200 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, haben ferner eine Kopfsteuer zu entrichten, welche 10 \mathcal{M} für den Kopf der beschäftigten Arbeiter und Angestellten beträgt, sofern sich die Staatseinkommensteuerumlage auf 100 % beläuft. Bei einer Erhöhung der Einkommensteuerumlage steigt der Kopfsteuerbetrag für jede angefangenen 10 % um je 1,50 \mathcal{M} pro Kopf. Die nach dieser Bestimmung [§ 3b] zu entrichtende Kopfsteuer darf für den Kopf der beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Betrag von 20 \mathcal{M} nicht übersteigen. (§ 3).

Erstreckt sich ein Betrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der im Stadtbezirke St. gewerbesteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a des K.A.G. Die dem Gewerbebetriebe gewidmeten Werte (Anlage- und Betriebskapital) sowie die Zahl der Arbeiter und Angestellten bestimmt sich in diesem Falle lediglich nach Maßgabe des im Stadtbezirke St. belegenen Teiles des Gewerbebetriebes bzw. nach der Kopfzahl der tatsächlich im Stadtbezirke St. beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Ob gemäß § 2 Abs. 4 und § 3 eine erhöhte Besteuerung bzw. Zusatzbesteuerung eintreten hat, bestimmt sich jedoch nach dem gesamten Ertrage, dem gesamten Anlage- und Betriebskapital und der gesamten Arbeiter- und Angestelltenzahl innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde St. Die Vergünstigung nach § 2 Abs. 3 findet auf die in diesem Abschnitte gedachten Betriebe keine Anwendung. (§ 5).¹⁾

152. Ratingen, Landkreis Düsseldorf.

Von allen im Stadtbezirk stattfindenden, nach § 28 Nr. 1 bis 6 K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben der Kl. I, II und III wird, soweit ihnen nicht gesetzlich Steuerfreiheit zusteht, eine besondere Gemeindegewerbsteuer erhoben. (§ 1).

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß die in den §§ 9 und 14 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 festgestellten Steuersätze unter Erhöhung von 10 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt sind, mit einem 1‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Steuersatze veranlagt werden.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist derjenige Teilbetrag des Steuersatzes, der nach der gemäß § 38 des Gewerbesteuergesetzes getroffenen Festsetzung auf die Gemeinde R. entfällt, in entsprechender Weise zugrunde zu legen, dergestalt, daß für die nach § 2 eintretende Erhöhung desselben die Gewerbesteuerklasse maßgebend ist, in welcher der Gesamtbetrieb veranlagt ist. Erreicht der Teilbetrag nicht 1‰ des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, welches auf den in der Stadtgemeinde R. belegenen Teil des Gewerbebetriebes entfällt, so tritt an seine Stelle der im ersten Absatz festgesetzte Promillesatz des Wertes dieses auf die Stadtgemeinde R. entfallenden Anlage- und Betriebskapitals. (§ 3).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde mindestens 140 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und mindestens 180 % zur staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben werden. (§ 4).²⁾

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 211.

153. Lüttringhausen, Kreis Lennep.

Von denjenigen nach § 28 K.A.G. der kommunalen Gewerbesteuer unterliegenden Betrieben, in denen innerhalb des Stadtbezirks L. 10 und mehr Arbeiter beschäftigt werden, wird unter Ausschluß der Besteuerung nach Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, soweit im § 10 nichts anderes bestimmt ist, eine besondere Gemeindegewerbsteuer nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen erhoben. (§ 1).

Als Höchstgrenze der nach § 1 zu erhebenden besonderen Gewerbesteuer wird der Satz bis zu 10 \mathcal{M} für jeden Arbeiter bestimmt. Welcher Steuersatz innerhalb dieser Höchstgrenze in jedem Jahre zur Erhebung kommen soll, beschließt nach Maßgabe des Steuerbedarfs alljährlich die Stadtverordnetenversammlung. (§ 2).

Erstreckt sich der nach dieser Steuerordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Stadtgemeinde L. lediglich die Kopfzahl der in ihr beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. (§ 4).

Eine besondere Gewerbesteuer wird ferner erhoben von solchen, nach § 28 K.A.G. der Gewerbesteuerpflicht unterliegenden Geschäftsbetrieben, welche in offenen Verkaufslökalen Waren aller Art, insbesondere Lebensmittel, Wirtschaftsbedürfnisse, Manufakturwaren usw. feilbieten. Die Veranlagung der besonderen Gewerbesteuer erfolgt für jedes Steuerjahr. Die Steuer wird berechnet von dem Verkaufswert der Waren. Maßgebend für die Veranlagung ist das von dem steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe angenommene, vor dem Beginn des Steuerjahres abgelaufene Geschäftsjahr, und der Wert der in diesem Geschäftsjahre verkauften Waren. Als Höchstgrenze der zu erhebenden besonderen Gewerbesteuer wird ein Satz bis zu 5‰ des ermittelten Wertes der verkauften Waren bestimmt. Welcher Steuersatz innerhalb dieser Höchstgrenze in jedem Jahre zur Erhebung kommen soll, beschließt nach Maßgabe des Steuerbedarfs alljährlich die Stadtverordnetenversammlung. (§§ 5—8).

¹⁾ Betriebe, die nicht unter die in den §§ 1 und 5 bezeichneten Gewerbearten fallen, werden mit Prozentsätzen der staatlich veranlagten Gewerbesteuer herangezogen. (§ 10).

154. Emmerich, Kreis Rees.

Die Veranlagung der Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in denselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß, wenn der Ertrag nicht das 2½fache der gezahlten Miete oder des Mietswertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume erreicht, an Stelle des Ertrages der hiernach sich ergebende Höchstbetrag anzusetzen ist. Diese Bestimmung findet auf Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von unter 30 000 \mathcal{M} , sofern für diese Betriebe Räume von einem geringeren Mietswerte als 400 \mathcal{M} benutzt werden, keine Anwendung. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 2 und 4 werden die für die Stadtgemeinde E. staatlicherseits festgestellten Steuersätze unmittelbar übernommen, jedoch mit der Ausnahme, daß Betriebe, die zu einem hinter 1 \mathcal{M} vom Tausend des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt sind, mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersatze, und daß solche Betriebe, in denen mehr als 10 Personen mit einem an Lohn oder Gehalt den Betrag von 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigenden Jahresverdienst beschäftigt werden, wenn sie zu einem weniger als 3 \mathcal{M} pro Kopf der von ihnen beschäftigten Personen betragenden Steuersatze veranlagt sind, mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersatze veranlagt werden. Sofern nach den vorstehenden Bestimmungen mehrere Steuersätze in Frage kommen, wird stets der höchste Steuersatz zugrunde gelegt. (§ 3).

Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden gemäß § 32 des K.A.G. nach Maßgabe des in der Stadtgemeinde E. belegenen Teiles des Betriebes veranlagt. Der im Stadtbezirke gewerbesteuerpflichtige Ertrag bestimmt sich hierbei sinngemäß nach den §§ 47, 48 und 48a des K.A.G., gegebenenfalls nach den Vorschriften im § 2 dieser Steuerordnung. Bei Anwendung der Vorschrift des § 3 der Ordnung erfolgt die Veranlagung unter Zugrundelegung der dem Gewerbebetriebe der Stadt E.

gewidmeten Werte. Das Anlage- und Betriebskapital einer einheitlichen, sich über den Bezirk mehrerer Gemeinden erstreckenden Betriebsstätte ist hierbei nach dem Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden vorhandenen Werte der Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Rechte zu berechnen. Die für die besondere bzw. erhöhte Besteuerung nach den §§ 2, 3 und 4 maßgebende Zugehörigkeit zu den einzelnen Gewerbesteuerklassen bestimmt sich jedoch nach dem gesamten Ertrage oder dem gesamten Anlage- und Betriebskapital innerhalb und außerhalb der Stadtgemeinde E. (§ 4).¹⁾

155. Radevormwald, Kreis Lennep.

Von denjenigen nach § 28 K.A.G. der kommunalen Gewerbesteuer unterliegenden Betrieben, in denen innerhalb des Stadtbezirks R. 10 und mehr Arbeiter beschäftigt werden, wird unter Ausschluß der Besteuerung nach Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Sofern jedoch die auf den einzelnen Betrieb entfallende Gewerbesteuer in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer höher ist als die nach den folgenden Bestimmungen sich ergebende besondere Gemeindegewerbesteuer, so gelangt erstere zur Erhebung. Betriebe, die nicht unter die im ersten Satze bezeichneten Gewerbearten fallen, werden mit Prozentsätzen der staatlich veranlagten Gewerbesteuer herangezogen. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt für jeden Arbeiter 1—6 \mathcal{M} . Die Festsetzung des wirklichen Satzes erfolgt für jedes Rechnungsjahr durch die Stadtverordnetenversammlung.

Erstreckt sich der nach dieser Steuerordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Stadtgemeinde R. lediglich die Kopfpzahl der in ihr beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen.

156. Opladen, Landkreis Solingen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Wittenberge (Nr. 9) mit folgenden Abweichungen:

Die Gewerbesteuer beträgt:

b. e. Jahresertr. v.	10 000 \mathcal{M}	b. 20 000 \mathcal{M}	ausschl. 1,50 \mathcal{M} v. H. d. Ertrag,
" "	20 000 "	40 000 "	" 1,70 " " " " "
" "	40 000 "	60 000 "	" 1,80 " " " " "
" "	60 000 "	100 000 "	" 1,90 " " " " "
" "	100 000 "	150 000 "	" 2,00 " " " " "
" "	150 000 "	200 000 "	" 2,10 " " " " "
" "	200 000 "	300 000 "	" 2,20 " " " " "
" "	300 000 "	400 000 "	" 2,40 " " " " "
" "	400 000 und mehr	2,50 \mathcal{M} v. H. d. Ertrages.	

Der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht wird in O. im Gegensatz zu Wittenberge dem gewerblichen Ertrage nicht zugerechnet.

Für die unter b) 2. aufgeführten Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital von 50 000 \mathcal{M} und mehr beträgt die Gewerbesteuer die einer Verzinsung von 4 % des Anlage- und Betriebskapitals entsprechenden Ertragssteuersätze.

157. Dülken, Kreis Kempen i./Rheinprovinz.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Viersen (Nr. 143) mit der Abweichung, daß bei sämtlichen nach § 3 steuerpflichtigen Betrieben, sofern der Ertrag geringer ist als

a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder

b) der Pacht- oder Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze,

an Stelle des Ertrages der sich nach a) oder b) ergebende Höchstbetrag tritt.

158. Dinslaken, Kreis Dinslaken.

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Stadtverordnetenbeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem Hundert des ermittelten Ertrages erhoben. Dieser Satz gelangt jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500 \mathcal{M} bis ausschließlich 12 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 \mathcal{M} bis ausschließlich 50 000 \mathcal{M} zur Erhebung. Diesem Satze wird hinzugerechnet für Betriebe mit einem Ertrage von 12 000 \mathcal{M} bis ausschließlich 20 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 50 000 \mathcal{M} bis 200 000 \mathcal{M} 0,50 v. H. des Ertrages,

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211.

desgl. von 20 000 \mathcal{M} bis ausschließlich 50 000 \mathcal{M} bzw. 200 000 \mathcal{M} bis 500 000 \mathcal{M} 1 v. H. des Ertrages, desgl. über 50 000 \mathcal{M} bzw. über 500 000 \mathcal{M} 1,50 v. H. des Ertrages. (§ 3).

Bei der Ertragsermittlung können die für die staatliche Gewerbesteuer-Veranlagung ermittelten Erträge als Hilfsmittel herangezogen werden. Der Pacht- und der Mietszins für die zum Geschäftsbetriebe gepachteten und gemieteten Grundstücke, Gebäude, Räumlichkeiten und beweglichen Sachen gelten bei der Ermittlung des gewerblichen Ertrages nicht als Betriebskosten und dürfen infolgedessen vom Rohgewinn nicht in Abzug gebracht werden. (§ 4).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 100 000 \mathcal{M} der Ertrag nebst der nach § 4 Satz 2 hinzuzurechnenden Miete und Pacht nicht 4 v. H. des Anlage- und Betriebskapitals, so wird der Besteuerung gemäß § 3 an Stelle des Ertrages der sich hiernach ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt. (§ 5).²⁾

Von solchen steuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 10 Arbeiter oder Angestellte (männlich und weiblich) beschäftigen, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, wird statt der in den §§ 3 bis 5 vorgesehenen Steuer eine Gewerkekopfsteuer nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 8 und 9 erhoben, sofern diese Steuer höher ist als die nach §§ 3—5 berechnete Steuer. (§ 7).

Die Gewerkekopfsteuer beträgt für den Kopf des in D. wohnhaften und beschäftigten Arbeiters oder Angestellten 30 \mathcal{M} . Solange die Zahl der Arbeiter und Angestellten in einem Betriebe unter 300 bleibt, sind nur $\frac{2}{3}$ der Steuersätze, und solange sie unter 100 bleibt, $\frac{1}{3}$ derselben zu zahlen. (§ 8).

Erstreckt sich der nach §§ 7 und 8 dieser Steuerordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist für die Veranlagung im Stadtbezirk lediglich die Kopfpzahl der in D. beschäftigten Arbeiter und Angestellten maßgebend. (§ 9).

159. Xanten, Kreis Mörs.

Es wird von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, welche mehr als 20 Personen beschäftigen, statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit der im § 3 näher bezeichneten Einschränkung eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. (§ 1).

Diese besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % für jede in dem Gewerbebetriebe beschäftigte Person mit einem an Lohn oder Gehalt den Betrag von 2 000 \mathcal{M} nicht übersteigenden Jahresverdienst 5 \mathcal{M} und steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß für je 1 % über 150 % der Realsteuern 10 Pfg. über 5 \mathcal{M} an Steuer erhoben werden.

Ist der nach dieser Berechnung sich ergebende Steuerbetrag geringer als der bei Erhebung von Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu entrichtende kommunale Gewerbesteuerbetrag, so kommt letzterer zur Hebung. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100prozentiger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird.

Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gemeindegewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. (§ 3).

Erstreckt sich der nach dieser Gemeindegewerbesteuerordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in den einzelnen Gemeinden lediglich die Zahl der in der betreffenden Gemeinde beschäftigten Personen zugrunde zu legen. (§ 4).³⁾

160. Rheinberg, Kreis Mörs.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit folgenden Abweichungen:

²⁾ Vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211. — ³⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Sie wird erhoben von Betrieben, die in R. mehr als 30 Arbeiter beschäftigen. Sie beträgt bei einer Belastung der Realsteuern mit 150 % auf den Kopf des Arbeiters 10 \mathcal{M} und steigt entsprechend der prozentalen Steigerung des Zuschlages zu den Realsteuern in der Weise, daß für je 1 % über 150 % des Zuschlages 0,10 \mathcal{M} mehr als 10 \mathcal{M} an Steuer erhoben werden.

161. *Borbeck, Landkreis Essen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Essen (Nr. 133).

162. *Altenessen, Landkreis Essen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Essen (Nr. 133).

163. *Neunkirchen, Kreis Ottweiler.

Abschnitt 1.

Die gewerbsteuerpflichtigen Gewerbe werden, soweit sie den Gewerbesteuerklassen I und II zuzurechnen sind, entweder nach Maßgabe der staatlich veranlagten Gewerbesteuer oder nach Maßgabe der Gehälter und Löhne oder nach Maßgabe des Ertrages besteuert, und zwar wird von diesen dreien diejenige Steuer erhoben, die nach ihrem Umlagebetrage bei jedem einzelnen Steuerpflichtigen die höhere ist. Die Umlage wird für jede Steuer jedes Jahr durch Gemeinderatsbeschluß festgesetzt. (§ 1).

Abschnitt 2.

Der Besteuerung werden die von den Angestellten und Arbeitern in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahre wirklich verdienten Gehälter und Löhne, einschl. aller Nebenbezüge, zugrunde gelegt, wobei jedoch nur diejenigen Angestellten und Arbeiter in Betracht kommen, die der Versicherung bei der Unfallberufsgenossenschaft unterliegen und deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt und Lohn den Betrag von 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. Die Gesamtsumme der hiernach in Frage kommenden Gehälter und Löhne wird der Berechnung der Steuer zugrunde gelegt. Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 6 beträgt die Steuer jährlich 1 \mathcal{M} von jedem Hundert der Summe der festgestellten Gehälter und Löhne, einschl. aller Nebenbezüge. (§ 2).

Abschnitt 3.

Der Besteuerung wird der unter sinngemäßer Anwendung der §§ 17 bis 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 ermittelte Ertrag zugrunde gelegt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei solchen Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht dem Ertrag hinzugerechnet wird. Ist der so ermittelte Betrag geringer als der Miets- oder Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume oder Flächen, oder geringer als 6 % des Anlage- und Betriebskapitals, so tritt die höhere dieser beiden Summen an die Stelle des Ertrages.

Bei Betrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, oder in mehreren Gemeinden Betriebsstätten oder gewerbliche Niederlassungen unterhalten, bestimmt sich der gewerbsteuerpflichtige Ertrag nach §§ 47, 48 und 48a des K.A.G. Der so ermittelte Teilertrag erhöht sich gegebenenfalls unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Abs. 1 dieses Paragraphen. Für die Frage, ob die vorerwähnten Betriebe der Gewerbesteuerklasse I oder II zuzurechnen sind, sowie, welcher Prozentsatz als Steuer zu entrichten ist (§ 4), ist die Höhe des Ertrages und des Anlage- und Betriebskapitals des Gesamtunternehmens maßgebend. (§ 3). Vorbehaltlich der Bestimmung in § 6 der Ordnung beträgt die Steuer:

bei einem Ertrage bis ausschl. 30 000 \mathcal{M} oder bei einem Anlage- und Betriebskapital bis ausschl. 200 000 \mathcal{M} 1 %,
desgl. von 30 000 bis ausschl. 50 000 \mathcal{M} bzw. 200 000 \mathcal{M} bis ausschl. 250 000 \mathcal{M} 1,5 %,
desgl. von 50 000 \mathcal{M} bis ausschl. 100 000 \mathcal{M} bzw. 250 000 \mathcal{M} bis ausschl. 500 000 \mathcal{M} 1,6 %,
desgl. von 100 000 \mathcal{M} bis ausschl. 150 000 \mathcal{M} bzw. 500 000 \mathcal{M} bis ausschl. 750 000 \mathcal{M} 1,7 %,
desgl. von 150 000 \mathcal{M} bis ausschl. 200 000 \mathcal{M} bzw. 750 000 \mathcal{M} bis ausschl. 1 000 000 \mathcal{M} 1,8 %,
desgl. von 200 000 \mathcal{M} und mehr bzw. 1 000 000 \mathcal{M} und mehr 1,9 % des Ertrages. (§ 4).

Für Betriebe, die in N. nur eine Zweigniederlassung haben und deshalb außerhalb zur Gewerbesteuer veranlagt sind, beträgt die Steuer das 1½fache der Sätze des § 4. (§ 5).

Abschnitt 4.

Reicht das von der besonderen Gewerbesteuer und von den Zuschlägen der staatlichen Gewerbesteuer berechnete Veranlagungssoll nicht aus, um den nach dem maßgebenden Gemeindebeschlusse durch Steuer vom Gewerbebetriebe aufzubringenden Steuerbedarf zu decken, so sind für das betreffende Rechnungsjahr die genannten Steuern entsprechend zu erhöhen. Dabei ist so zu verfahren, daß zunächst nur die staatlich veranlagten Gewerbesteuer-sätze bis zum Betrage von 140 % erhöht werden; bei einer Umlage auf die Staatssteuer bis zu 140 % wird also bei jedem einzelnen Steuerpflichtigen der Umlagebetrag der Staatssteuer mit dem sich aus den Bestimmungen des Abschnittes 2 und 3 ergebenden Steuerbetrag in Vergleich gesetzt [vergl. § 1 Satz 1] und der höchste dieser 3 Beträge zur Veranlagung gebracht. Von da ab ist die Erhöhung auf die staatlich veranlagte Gewerbesteuer und die Steuer nach Abschnitt 2 der Ordnung zu verteilen. Dabei ist folgendermaßen zu verfahren:

Für die Umlage auf die Staatssteuer bis 140 % wird entsprechend den vorstehenden Bestimmungen die nach Abschnitt 2 der Ordnung vorgesehene Steuer erhoben. Für jedes über 140 % der staatlichen Gewerbesteuer hinausgehende % wird außerdem $\frac{1}{100}$ der nach Abschnitt 2 der Ordnung vorgesehenen Steuer erhoben, bis 190 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erreicht werden. Bis zu einer Umlage von 190 % auf die staatlich veranlagte Gewerbesteuer erfährt die Steuer nach Abschnitt 3 der Ordnung keine Erhöhung; bei einer Umlage auf die Staatssteuer von 141 bis 190 % wird also bei jedem einzelnen Steuerpflichtigen der Umlagebetrag der Staatssteuer mit dem sich nach Abschnitt 2 der Ordnung ergebenden Steuerbetrage zuzüglich des sich nach vorstehendem ergebenden Zuschlages und mit dem sich nach Abschnitt 3 der Ordnung ergebenden Steuerbetrage in Vergleich gesetzt [vergl. § 1 Satz 1 der Ordnung] und der höchste dieser 3 Beträge zur Veranlagung gebracht. Von da ab ist die Erhöhung auf die 3 Besteuerungsarten zu verteilen. Dabei ist folgendermaßen zu verfahren:

Für die Umlage auf die Staatssteuer bis 190 % wird entsprechend den vorstehenden Bestimmungen die nach Abschnitt 2 der Ordnung vorgesehene Steuer zuzüglich $\frac{9}{100}$ dieser Steuer und die nach Abschnitt 3 der Ordnung vorgesehene Steuer erhoben. Für jedes über 190 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer hinausgehende % wird außerdem $\frac{1}{100}$ der in den Abschnitten 2 und 3 der Ordnung vorgesehenen Steuer erhoben. Bei einer Umlage von mehr als 190 % auf die Staatssteuer wird also bei jedem einzelnen Steuerpflichtigen der Umlagebetrag der Staatssteuer mit dem sich nach Abschnitt 2 der Ordnung ergebenden Steuerbetrag zuzüglich des sich nach vorstehendem ergebenden Zuschlages und mit dem sich nach Abschnitt 3 der Ordnung ergebenden Steuerbetrage zuzüglich des sich nach vorstehendem ergebenden Zuschlages in Vergleich gesetzt [vergl. § 1 Satz 1 der Ordnung] und der höchste dieser 3 Beträge zur Veranlagung gebracht.

Das hiernach festgesetzte Verhältnis zwischen der Staatssteuer und der Steuer nach den Abschnitten 2 und 3 der Ordnung gilt für sämtliche Gewerbesteuerklassen; die auf die Staatssteuer zu legenden Umlageprozente sind dementsprechend für alle Klassen gleich. Die Betriebe der Klassen III und IV werden mit Prozentsätzen der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zur Gewerbesteuer herangezogen. (§ 6).

164. *Rotthausen, Landkreis Essen.

In der Gemeinde R. wird von denjenigen gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, welche mehr als 50 Personen beschäftigen, statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer, mit der im § 7 näher bezeichneten Einschränkung, eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Bei Betrieben mit mehreren Betriebsstätten ist die Zahl der im Gesamtbetriebe beschäftigten Personen für die Begründung der Steuerpflicht entscheidend. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % 1,5 % des Ertrages und 20,60 \mathcal{M} für den Kopf der beschäftigten Personen. Eine Steigerung dieser Steuer tritt ein, sobald eine Steigerung der Zuschläge der staatlich

veranlagten Realsteuern über 150 % stattfindet, und zwar erhöht sich der Satz von 1,5 % für jede angefangenen 10 % der Realsteuern um 0,1 % des Ertrages, der Satz von 20,50 \mathcal{M} für die Person in derselben Weise um je 1 \mathcal{M} . Bei solchen Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Grundstücken betrieben werden, wird der Jahresertrag der für die zum Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke, Gebäude und Räume gezahlten Miete oder Pacht dem Ertrage hinzugerechnet. (§ 2).

Erreicht der für die Besteuerung maßgebende Ertrag nicht 4 % des gesamten Anlage- und Betriebskapitals, welches dem Betriebe direkt oder indirekt dient, so ist der Veranlagung ein Betrag in dieser Höhe zugrunde zu legen. (§ 3).

Außer den Arbeitern gelten als beschäftigte Personen im Sinne dieser Steuerordnung auch die Geschäftsführer, Handlungsgehilfen, Verkäufer, Verkäuferinnen, Lehrlinge sowie die Beamten und Angestellten der Werke, soweit ihr Einkommen 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigt. Weibliche Personen werden den männlichen gleich gerechnet. (§ 5).

Bei den sich über mehrere Gemeinden erstreckenden steuerpflichtigen Bergbaubetrieben, die in der Gemeinde R. eine durch den Förderungsschacht gebildete Betriebsstätte nicht besitzen, dort aber Betriebsanlagen haben, die der Gemeinde die Eigenschaft eines Betriebsortes geben, tritt zu der Steuer nach dem für die Gemeinde R. ermittelten Ertrage, an die Stelle des auf den Kopf der beschäftigten Personen entfallenden Teilertrages, eine Besteuerung nach dem Werte des Anlage- und Betriebskapitals, wobei als steuerpflichtig das gesamte, in der Gemeinde R. für Anlagen und Einrichtungen, die nach dem Gewerbesteuergesetz einen Betriebsort begründen, verwandte, eigene und fremde Anlage- und Betriebskapital gilt, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetriebe direkt oder indirekt dient. Für diese Betriebe beträgt der Grundsatz der Gewerbesteuer bei einem Anlage- und Betriebskapital bis 50 000 \mathcal{M} jährlich 1 \mathcal{M} v. H. des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals, bei einem Werte von über 50 000 bis 100 000 \mathcal{M} 2 \mathcal{M} v. H. und bei einem Werte von über 100 000 \mathcal{M} 3 \mathcal{M} v. H. des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. Für die Höhe des Prozentsatzes ist das Anlage- und Betriebskapital des Gesamtbetriebes maßgebend. Von den hiernach errechneten Gewerbesteuergrundsätzen werden die gleichen Prozentsätze erhoben wie nach § 12 von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 6).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100 % iger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gemeindegewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. Die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer tritt auch dann ein, wenn sie einen höheren Steuerbetrag ergibt, als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer auf Grund dieser Steuerordnung ergeben würde. (§ 7).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der im Gemeindebezirk R. gewerbesteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a K.A.G. vom 14. Juli 1893. Die Zahl der Personen bestimmt sich in diesem Falle lediglich nach der Kopfzahl der in der Gemeinde R. in einem Arbeits- oder Dienstvertrage stehenden Personen. [§ 32 Abs. 2 K.A.G.]. (§ 8).¹⁾ (§ 12).

165. *Benrath, Landkreis Düsseldorf.

Es wird von allen im Gemeindebezirk stattfindenden, nach § 28 Nr. 1 bis 6 des K.A.G. gewerbesteuerpflichtigen Betrieben der Gewerbesteuerklassen I und II und denjenigen der Klassen III und IV, deren Anlagekapital 100 000 \mathcal{M} übersteigt, soweit ihnen nicht nach Abs. 2 oder 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetrieb zusteht, eine Gemeindegewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. Die Besteuerung der nicht unter diese Ordnung fallenden gewerbesteuerpflichtigen Betriebe [d. h. der Betriebe der Gewerbesteuerklassen III und IV mit einem Anlagekapital unter 100 000 \mathcal{M}] erfolgt in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. (§ 1).

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

Die gemäß § 1 in Frage kommenden Betriebe, die nach dem Gewerbesteuergesetze zu einem hinter 1 % des Wertes des Anlagekapitals zurückbleibenden Steuersatze veranlagt sind, werden mit einem diesem Betrage entsprechenden Steuersatze veranlagt. Für diejenigen Betriebe, bei denen der staatlich veranlagte Satz 1 % des Anlagekapitals übersteigt, kommt dieser Satz zur Erhebung.

Betriebe der im § 1 genannten Art, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, werden — jedoch nur nach Maßgabe des in der Gemeinde B. belegenen Teiles — besonders veranlagt. Der Steuersatz ist wie vorstehend festzusetzen. Bestimmend gemäß § 1 ist nicht der Teil-, sondern der Gesamtbetrieb.

Die so ermittelten Steuersätze werden für solche Betriebe, in denen mehr als 20 Personen beschäftigt werden, erhöht:

- a) wenn nicht mehr als 200 Personen beschäftigt werden, für jede angefangene Zahl von 10 Personen um 2 %,
- b) wenn mehr als 200, aber nicht über 1 000 Personen beschäftigt werden, für jede angefangene Zahl von 50 Personen um 9 %,
- c) wenn mehr als 1 000 Personen beschäftigt werden, für jede angefangene Zahl von 100 Personen um 18 %.

Beträgt die Zahl der Arbeiter mehr als 20, so beträgt die Erhöhung des Steuersatzes die Summe der sich ergebenden Prozentsätze. Für die außerhalb veranlagten Betriebe kommt auch hierbei nur der in der Gemeinde B. belegene Teil in Frage. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100prozentiger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die in den §§ 1 und 2 näher bezeichnete besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Gewerbebetriebe. (§ 3).²⁾

166. *Homberg, Kreis Mürs.

Die Gewerbesteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Satze von jedem Hundert des nach § 5 ermittelten Ertrages erhoben. Dieser Satz gelangt jedoch nur von Betrieben mit einem Ertrage von 1 500 bis ausschl. 4 000 \mathcal{M} oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 bis ausschl. 30 000 \mathcal{M} zur Erhebung.

Diesem Satze wird hinzugerechnet für Betriebe mit einem Ertrage

von 4 000 bis ausschl. 8 000 \mathcal{M} ,	
" 8 000 " " 12 000 "	
" 12 000 " " 20 000 "	
" 20 000 " " 50 000 "	
über 50 000 \mathcal{M} ,	

oder einem Anlage- und Betriebskapital

von 30 000 bis ausschl. 80 000 \mathcal{M}	= 0,1 % des Ertrages,
" 80 000 " " 120 000 "	= 0,2 % " " "
" 120 000 " " 200 000 "	= 0,3 % " " "
" 200 000 " " 500 000 "	= 0,4 % " " "
über 500 000 \mathcal{M}	= 0,5 % " " "

Bei solchen Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, wird dem Ertrage der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht hinzugerechnet. (§ 2).

Erreicht bei Betrieben mit einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 100 000 \mathcal{M} der Ertrag nebst der nach § 2 hinzuzurechnenden Miete und Pacht nicht

- a) 4 % des Anlage- und Betriebskapitals oder
- b) 10 % des gemeinen Wertes der für den Gewerbebetrieb benutzten Grundstücke und Räume oder,
- c) sofern das Grundstück, auf welchem das Gewerbe betrieben wird, nicht ganz, sondern nur teilweise zu Zwecken des in Betracht kommenden Gewerbes dient, den 4 fachen Pacht- oder Mietswert der gewerblich benutzten Räume und Plätze, so wird der Besteuerung gemäß § 2 an Stelle des Ertrages der nach a), b) oder c) sich ergebende Höchstbetrag zugrunde gelegt. (§ 3).³⁾ (§ 4).

²⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ³⁾ desgl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 211.

Abgesehen von den besonderen Bestimmungen in den §§ 2 und 3 dieser Ordnung, erfolgt die Veranlagung für jedes Steuerjahr unter sinnngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17 bis 24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze. (§ 5).

Von denjenigen Betrieben, in denen mehr als 80 in H. wohnhafte und beschäftigte, über 16 Jahre alte Arbeiter und Angestellte tätig sind, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2500 \mathcal{M} nicht übersteigt, wird statt der in den §§ 2 bis 5 vorgesehenen Steuer eine Gewerbekopfsteuer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhoben, sofern diese Steuer höher ist als die nach §§ 2 bis 5 berechnete Steuer. (§ 6).

Die Gewerbekopfsteuer beträgt für den Kopf des in H. wohnhaften und beschäftigten Arbeiters oder Angestellten über 16 Jahre das 10fache des sich für den betreffenden Betrieb nach den §§ 2 bis 5 ergebenden Steuerprozentsatzes. Arbeiter und Angestellte unter 16 Jahren werden nicht mitgezählt. (§ 7).

167. *München Gladbach Land, Kreis Gladbach.

Die besondere Steuerordnung entspricht der des Stadtkreises München Gladbach (Nr. 140) mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des § 4 schon für Betriebe mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von mindestens 30 000 \mathcal{M} Geltung haben.

168. *Kray, Landkreis Essen.

In der Gemeinde K. wird von denjenigen gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die mehr als 10 Arbeiter oder Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 \mathcal{M} beschäftigen, statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. Bei Betrieben mit mehreren Betriebsstätten ist die Zahl der in den verschiedenen Betriebsstätten beschäftigten Arbeiter und Angestellten zusammengekommen entscheidend. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der Grund- und Gebäudesteuer und der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 150 % 1 % des Ertrages, bei Bergbau betreibenden Betrieben 2 % des Ertrages und außerdem bei allen unter § 1 fallenden Betrieben für den Kopf der beschäftigten Arbeiter und Angestellten 15 \mathcal{M} . Eine Steigerung dieser Steuer tritt ein, sobald eine Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern über 150 % stattfindet, und zwar erhöht sich der Satz von 1 bzw. 2 % des Ertrages für jede angefangenen 10 % der Realsteuern um je 0,1 % des Ertrages, der Satz von 15 \mathcal{M} für die Person in derselben Weise um je 1 \mathcal{M} . (§ 2).

Die Ermittlung des nach § 2 für den Steuersatz maßgebenden Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24 Abs. 2 und 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, jedoch mit der Maßgabe, daß bei solchen Gewerbebetrieben, die in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen betrieben werden, der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht dem Ertrage hinzugerechnet wird. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- oder Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Flächen, oder geringer als 6 % des Anlage- und Betriebskapitals, so tritt die höhere dieser beiden Summen an die Stelle des Ertrages. (§ 3).

Weibliche Arbeiter und Angestellte werden den männlichen gleichgerechnet, fortbildungsschulpflichtige Arbeiter unter 16 Jahren jedoch nur zur Hälfte berechnet. (§ 4).

Von Betrieben, in denen die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten insgesamt:

- a) 25 nicht übersteigt, gelangen nur 33 1/2 % des nach § 2 festgesetzten Steuerbetrages,
- b) 50 nicht übersteigt, gelangen nur 66 2/3 % des nach § 2 festgesetzten Steuerbetrages

zur Erhebung. (§ 5).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so bestimmt sich der in dem Gemeindebezirke K. gewerbesteuerpflichtige Ertrag sinngemäß nach §§ 47, 48, 48a des K.A.G. vom 14. Juli 1893. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten bestimmt sich in diesem Falle lediglich nach der Kopffzahl der in der Gemeinde K. tatsächlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten [§ 32, 2 K.A.G.]. (§ 6).

Bei den gewerbesteuerpflichtigen Betrieben, die Bergbau betreiben, in der Gemeinde K. einen Förderschacht nicht besitzen,

dort aber Betriebsanlagen haben, die der Gemeinde die Eigenschaft eines Betriebsortes geben, tritt zu der Steuer nach dem Ertrage an die Stelle des auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter und Angestellten entfallenden Teilsteuerbetrages eine Besteuerung nach dem Werte des Anlage- und Betriebskapitals, sofern sich dadurch nicht ein geringerer Gesamtsteuerbetrag ergibt, als die Veranlagung nach § 2 ergeben würde. Steuerpflichtig ist das gesamte, in der Gemeinde über und unter der Erde vorhandene Anlage- und Betriebskapital, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Gewerbebetriebe direkt oder indirekt dient. Für die hiernach steuerpflichtigen Betriebe beträgt der Grundsatz des Gemeindegewerbesteuer-Teilbetrages nach der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals bei einem Anlage- und Betriebskapital im Werte bis zu 500 000 \mathcal{M} jährlich 3 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals und bei einem Werte von über 500 000 \mathcal{M} 3 1/2 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals. Von diesem Grundsatz werden die gleichen Prozentsätze erhoben, wie nach § 13 von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. (§ 7).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100prozentiger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 150 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die besondere Gewerbesteuer auf Grund dieser Ordnung nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. Die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer tritt auch dann ein, wenn sie einen höheren Steuerbetrag ergibt, als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer auf Grund dieser Ordnung ergeben würde. (§ 8).¹⁾ (§ 13).

169. *Dudweiler, Landkreis Saarbrücken.

Die staatliche Gewerbesteuer der nach dem Reichsgesetze vom 30. Juni 1900 in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 1900 bzw. nach der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 unfallversicherungspflichtigen Betriebe, die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 in den Klassen I und II zur Gewerbesteuer herangezogen werden, wird ersetzt durch eine besondere Gewerbesteuer nach folgenden Grundsätzen. (§ 1).

Der Besteuerung werden die von den Arbeitern und Betriebsbeamten, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 3 000 \mathcal{M} nicht übersteigt, in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahre wirklich verdienten Gehälter und Löhne, einschließlich aller Nebenbezüge, zugrunde gelegt. (§ 2).

Vorbehaltlich der Bestimmung im § 11 beträgt die Steuer jährlich 1 1/2 % von jedem Hundert der Summe der festgestellten Gehälter und Löhne einschließlich aller Nebenbezüge [§ 2 d. O.]. Das Verhältnis zwischen dem Steuersatze der besonderen Gewerbesteuer und den zu erhebenden Prozenten der Staatssteuer der Klassen III und IV ist dahin einzuhalten, daß bei Erhebung von 150 % der Staatssteuer als besondere Gewerbesteuer 1 1/2 % der Gehälter und Löhne, vorbehaltlich der Bestimmung im § 11 d. O., erhoben wird. (§ 3).¹⁾

Reicht das von der besonderen Gewerbesteuer und von den Zuschlägen der staatlichen Gewerbesteuer berechnete Veranlagungssoll nicht aus, um den nach dem maßgebenden Gemeinderatsbeschlusse durch die Steuer vom Gewerbebetrieb aufzubringenden Steuerbedarf zu decken, so ist für das betreffende Rechnungsjahr der im § 3 d. O. vorgesehene Steuersatz, bzw. die Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer, dem Bedarfe entsprechend zu erhöhen, darf jedoch 3 % der an die Arbeiter und Betriebsbeamten gezahlten Gehälter und Löhne einschließlich aller Nebenbezüge nicht übersteigen. (§ 11).

170. *Sulzbach, Landkreis Saarbrücken.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Dudweiler (Nr. 169) mit folgenden Abweichungen:

Die besondere Gemeindegewerbesteuer wird von Betrieben erhoben, die mindestens 50 Arbeiter beschäftigen und in den Klassen I und II zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Die Steuer beträgt jährlich 1 \mathcal{M} von jedem Hundert der Summe der festgestellten Löhne und Gehälter einschließlich aller Nebenbezüge.

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

171. *Katernberg, Landkreis Essen.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Watten-scheid (Nr. 92) mit der Maßgabe, daß sie für Betriebe, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, Geltung hat.

172. *Völklingen, Landkreis Saarbrücken.

Die besondere Steuerordnung entspricht der von Dudweiler (Nr. 169) mit folgenden Abweichungen:

Die Steuer beträgt jährlich 1 \mathcal{M} von jedem Hundert der Summe der festgestellten Löhne und Gehälter einschl. aller Nebenbezüge.

173. *Vilich, Landkreis Bonn.

Es wird von allen im Gemeindebezirk stattfindenden, nach § 28 Nr. 1—6 des K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betrieben, welche mehr als 20 im Gemeindebezirk wohnende Personen beschäftigen, soweit ihnen nicht nach Absatz 2 und 3 a. a. O. Befreiung von den Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe zusteht, eine Gemeinde-Gewerbsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. Für alle übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. (§ 1).

Für jede der gemäß § 1 beschäftigten Personen wird ein Steuerbetrag von 18 \mathcal{M} in Ansatz gebracht. Erreicht die hiernach sich ergebende Gesamtsumme nicht die staatlich veranlagte Gewerbesteuer des Betriebes, so wird sie auf den Betrag der letzteren erhöht. Von der Gesamtsumme wird der gleiche Prozentsatz erhoben wie von den staatlich veranlagten Steuersätzen. (§ 2).

In Abzug kommen von der nach § 2 sich ergebenden Gesamtsteuersumme, soweit sie die Umlage auf die staatlich veranlagte Gewerbesteuer des Betriebes übersteigt,

- a) die von dem Firmen- bzw. Betriebsinhaber, dem Betriebe und den in demselben beschäftigten Personen, soweit das Jahreseinkommen der letzteren den Betrag von 2000 \mathcal{M} übersteigt, an die Gemeinde V. für das vorausgegangene Jahr gezahlte Gemeinde-Einkommensteuer,
- b) alle von dem Firmen- bzw. Betriebsinhaber und dem Betriebe an die Gemeinde V. für das vorausgegangene Jahr gezahlten übrigen direkten Gemeindesteuern mit Ausnahme der Gemeindegewerbsteuer. (§ 3).

Bei denjenigen Gewerbebetrieben, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, treten an Stelle der staatlich veranlagten Gewerbesteuersätze nur die bei der Zerlegung des Steuersatzes nach § 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 auf die Gemeinde V. entfallenden Teilbeträge derselben. (§ 10).

174. *Repelen-Baerl, Kreis Mörs.

Die Gewerbesteuer beträgt

- a) bei Bergwerksbetrieben, einschl. der hiermit zusammenhängenden Nebenbetriebe wie Kokereien, Schachtzimmereien, Elektrizitätswerke, Gas-, Konsumanstalten,
- b) bei Ziegeleien, Sand- oder Kiesbaggereien mit Ausnahme derjenigen, in denen nicht mehr als 10 Personen in der Regel tätig sind, für den Kopf der in diesen Betrieben beschäftigten Personen 15 \mathcal{M} , und zwar bei einer Belastung der Grund-, Gebäude- und der für die übrigen gewerbsteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 100 %. Dieser Steuerbetrag steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern in der Weise, daß für je 1 % über 100 % der Realsteuern 10 Pfg. mehr bis zum Höchstbetrage von 25 \mathcal{M} erhoben werden.

Ist eine Umlage von 100 % der staatlich veranlagten Realsteuern zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, oder bleibt die nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes berechnete Kopfsteuer unter dem Steuerbetrage, welcher sich bei Anwendung der §§ 5—9 dieser Ordnung ergeben würde, so kommt letzterer Betrag zur Erhebung. (§ 2).

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist für die Veranlagung im Gemeindebezirke lediglich die Kopfzahl der in R.-B. beschäftigten Personen maßgebend. (§ 4).

In den übrigen Fällen richtet sich der Maßstab für die Berechnung der Steuer, vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 7

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

und 9 dieser Ordnung, nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Gewerbebetrieben in gemieteten Räumen oder auf gepachteten Flächen der Betrag der gezahlten Miete oder Pacht von dem Ertrage nicht abgezogen, sowie daß der Grundstückswert der gemieteten Räume oder gepachteten Flächen dem Anlage- und Betriebskapital zugerechnet wird. (§ 5).

Die Gewerbesteuer beträgt

1. b. e. Jahresertr. v.	1 500 bis ausschl. 2 000 \mathcal{M}	0,50 \mathcal{M} v. H. d. Ertr.
2. " " " "	2 000 " "	2 500 " 0,55 " " " "
3. " " " "	2 500 " "	3 000 " 0,60 " " " "
4. " " " "	3 000 " "	4 000 " 0,70 " " " "
5. " " " "	4 000 " "	5 000 " 0,80 " " " "
6. " " " "	5 000 " "	6 000 " 0,90 " " " "
7. " " " "	6 000 " "	8 000 " 1,00 " " " "
8. " " " "	8 000 " "	11 000 " 1,10 " " " "
9. " " " "	11 000 " "	15 000 " 1,20 " " " "
10. " " " "	15 000 " "	20 000 " 1,30 " " " "
11. " " " "	20 000 " "	26 000 " 1,40 " " " "
12. " " " "	26 000 " "	33 000 " 1,50 " " " "
13. " " " "	33 000 " "	42 000 " 1,65 " " " "
14. " " " "	42 000 " "	54 000 " 1,80 " " " "
15. " " " "	54 000 " "	68 000 " 2,00 " " " "
16. " " " "	68 000 " "	84 000 " 2,20 " " " "
17. " " " "	84 000 " "	100 000 " 2,40 " " " "
18. " " " "	100 000 und mehr	2,70 \mathcal{M} v. H. d. Ertrages. (§ 6).

Ist der Jahresertrag

- a) bei Handelsgeschäften mit Verkaufsstellen, einschl. der steuerpflichtigen Konsumvereine und Genossenschaften, soweit sie nicht als Nebenbetriebe unter § 2a) d. O. fallen, geringer als 10 % des jährlichen Warenumsatzes,
 - b) bei anderen Betrieben geringer als 7 % des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals,
- so treten diese Summen an die Stelle der Jahreserträge [§ 6]. (§ 7.¹) (§ 8.²) (§ 9).

175. *Würselen, Landkreis Aachen.

Die Veranlagung der besonderen Gemeindegewerbsteuer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätze und unter Zugrundelegung der in denselben festgestellten Steuersätze mit der Maßgabe, daß in den Kl. I, II und III die in den §§ 9 und 14 des vorgenannten Gesetzes festgestellten Steuersätze unter Erhöhung um 40 bzw. 30 und 20 % der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegt werden. Vorbehaltlich dieser Erhöhung, werden die Steuersätze aus der Gewerbesteuerrolle unmittelbar übernommen. (§ 2).

Für Betriebe, in denen mehr als 5 Personen beschäftigt werden, erhöhen sich die nach § 2 berechneten Steuersätze um 4 \mathcal{M} für die Kl. I, um 3 \mathcal{M} für die Kl. II und um 2 \mathcal{M} für die Kl. III für jede Person, ohne Unterschied, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitskräfte handelt. (§ 4).

Die Ausführung des § 4 erfolgt in der Weise, daß der Berechnung der wirklich zu entrichtenden Steuerbeträge die nach § 2 festgestellten Steuersätze, unter Zuschlag der aus dem § 4 sich ergebenden Erhöhungen, zugrunde gelegt werden. Ist der Steuersatz gemäß § 2 für mehrere Betriebe derselben Person einheitlich festgestellt, so wird der Zuschlag nach § 4 nach der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen bemessen. (§ 5.²)

176. *Hardenberg, Kreis Mettmann.

Von den nach § 28 Nr. 3 und 4 K.A.G. gewerbsteuerpflichtigen Betrieben (Bergwerken, Gruben und Brüchen) wird statt des Zuschlags zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Gemeindegewerbsteuer erhoben. (§ 1).

Diese besondere Gemeindegewerbsteuer beträgt für jeden der in den im § 1 bezeichneten Betrieben beschäftigten gewerblichen Arbeiter, wenn in der Gemeinde H. ein Zuschlag von 100 bis 125 % zu den staatlich veranlagten Realsteuern erhoben wird, jährlich 12 \mathcal{M} , bei einem Zuschlag von 125 bis 150 % jährlich 13 \mathcal{M} , bei einem solchen von 150 bis 175 % jährlich 14 \mathcal{M} ,

¹) Vergl. die Anmerkung ¹) auf Seite 211. — ²) desgl. die Anmerkung ²) auf Seite 211.

und so fort steigend bei je 25 % Zuschlägen 1 *M* mehr für jeden Arbeiter. Sie wird in den Formen und Fristen wie die Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer erhoben. Als gewerbliche Arbeiter gelten diejenigen, auf die der Titel VII der Reichs-Gewerbe-Ordnung Anwendung findet. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100 %iger Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt ist. (§ 3). ^{1) 2) 3)}

177. *Stoppenberg, Landkreis Essen.

Die besondere Gewerbesteuerordnung entspricht der von Wattenscheid (Nr. 92) mit folgenden Abweichungen:

Die Steuer beträgt bei einer Belastung der Realsteuern mit 150 % auf den Kopf der beschäftigten Personen 20 *M*. Eine Steigerung dieser Steuer tritt ein, sobald eine Steigerung der Zuschläge der staatlich veranlagten Realsteuern über 150 % stattfindet, und zwar erhöht sich der Satz von 20 *M* für die Person für jede angefangenen 10 % der Realsteuern um je 1 *M*.

Eine prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer an Stelle der besonderen Gemeindegewerbesteuer tritt auch dann ein, wenn sie einen höheren Steuerbetrag ergibt, als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer auf Grund dieser Ordnung ergeben würde.

178. *Bensberg, Kreis Mülheim a. Rh.

Die besondere Gewerbesteuer entspricht der von Opladen (Nr. 156).

179. *Hiesfeld, Kreis Dinslaken.

Von denjenigen Betrieben, die mehr als 25 Arbeiter oder solche Angestellte beschäftigen, deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 *M* nicht übersteigt, wird statt des Zuschlages zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer, mit der im § 3 näher bezeichneten Einschränkung, eine besondere Gemeindegewerbesteuer erhoben. (§ 1).

Die besondere Gemeindegewerbesteuer beträgt bei einer Belastung der für die übrigen gewerbesteuerpflichtigen Betriebe staatlich veranlagten Gewerbesteuer mit 200 % für den Kopf des Arbeiters und Angestellten 15 *M*. Sie steigt entsprechend der prozentalen Steigerung der Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer in der Weise, daß für je 1 % über 200 % der Gewerbesteuer 10 Pf. mehr als 15 *M* an Kopfsteuer erhoben werden, jedoch soll die Steuer nicht über 20 *M* pro Kopf betragen. Solange die Zahl der Arbeiter und Angestellten in einem Betriebe unter 100

¹⁾ Vergl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 211. — ²⁾ desgl. die Anmerkung ³⁾ auf Seite 219. — ³⁾ desgl. die Anmerkung ²⁾ auf Seite 214.

bleibt, sind nur $\frac{2}{3}$ der Steuersätze und, solange sie unter 40 bleibt nur $\frac{2}{3}$ derselben zu zahlen. (§ 2).

Die Umlegung der besonderen Gewerbesteuer findet erst statt, wenn in der Gemeinde ein mindestens 100 %iger Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und ein Zuschlag von mindestens 200 % zur Grund- und Gebäudesteuer und zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer umgelegt wird. Ist eine Umlage dieser Prozente zur Deckung der Gemeindebedürfnisse nicht erforderlich, so wird die im § 1 näher bezeichnete besondere Gewerbesteuer nicht erhoben, vielmehr tritt dann an deren Stelle die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer auch für die im § 1 bezeichneten Gewerbebetriebe. Die prozentale Belastung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer tritt auch dann ein, wenn sie einen höheren Steuerbetrag ergibt, als die Umlegung der besonderen Gemeindegewerbesteuer auf Grund dieser Ordnung ergeben würde. (§ 3).

Erstreckt sich der nach dieser Ordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in den Einzelgemeinden lediglich die Kopfzahl der in der betreffenden Gemeinde beschäftigten Arbeiter zugrunde zu legen. (§ 4).²⁾

180. *Friedrichsthal, Landkreis Saarbrücken.

Die staatliche Gewerbesteuer der nach dem Reichsgesetze vom 30. Juni 1900 bzw. §§ 732 und 750 Absatz 2 unter 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 unfallversicherungs-pflichtigen Betriebe, die nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 in den Klassen I und II zur Gewerbesteuer herangezogen werden, wird durch eine besondere Gewerbesteuer ersetzt. (§ 1).

Der Besteuerung werden die von den Arbeitern und Betriebsbeamten in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahre wirklich verdienten Gehälter und Löhne einschließlich aller Nebenbezüge zugrunde gelegt, wobei jedoch nur diejenigen Betriebsbeamten in Betracht kommen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 3000 *M* nicht übersteigt. (§ 2).

Die Steuer beträgt jährlich 1,50 *M* von jedem Hundert der Summe der festgestellten Gehälter und Löhne einschließlich aller Nebenbezüge. Das Verhältnis zwischen dem Steuersatze der besonderen Gewerbesteuer und den zu erhebenden Prozenten der Staatssteuer der Klasse III und IV ist dahin einzuhalten, daß bei Erhebung von 100 % der Staatssteuer als besondere Gewerbesteuer 1,5 % der Gehälter und Löhne, also neben je 100 % der ersten der im Satz 1 bestimmte Steuersatz erhoben werden. (§ 3).

Der Steuersatz darf 3 % der an die Arbeiter usw. gezahlten Gehälter und Löhne einschließlich aller Nebenbezüge nicht überschreiten. (§ 10).³⁾

Erläuterungen zur Spalte 11 der Tabelle 18.

1. Wongrowitz, Kreis Wongrowitz.

Der Betriebssteuer unterliegen die Betriebe der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. (§ 1).

Die Steuerpflichtigen werden zu einer Steuergesellschaft vereinigt, welche für das Veranlagungsjahr die Summe der für jeden Betrieb in Ansatz kommenden Mittelsätze, zuzüglich bzw. abzüglich des durch Entscheidungen über eingelegte Rechtsmittel verursachten Zu- bzw. Abganges gegen die Veranlagung des Vorjahres, aufzubringen hat. (§ 3).

Der Mittelsatz beträgt für jede Betriebsstätte jährlich 100 *M*. Bei der Veranlagung wird die nach § 3 aufzubringende Steuersumme nach folgenden Steuersätzen: 30, 40, 60, 80, 100, 120, 140, 160, 180, 200, 250, 300, 350, 400 *M* auf die einzelnen Steuerpflichtigen verteilt. Maßgebend für die Verteilung ist der Ertrag des der Betriebssteuer unterliegenden Gewerbes, welcher in dem der Veranlagung vorangegangenen Steuerjahre erzielt worden ist. Die Steuer darf 10 % dieses Ertrages unter Berücksichtigung der zulässigen Steuersätze nicht übersteigen. Sollte die Steuersumme bei vorschriftsmäßiger Steuerverteilung nicht aufgebracht werden können, ohne die steuerpflichtigen Betriebe mit Steuersätzen zu belegen, die 10 % des Ertrages übersteigen, so hat der Regierungs-Präsident die

erforderliche Herabsetzung der Steuersumme für das betreffende Steuerjahr anzuordnen. (§ 4).

Von den im § 61 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 bezeichneten sowie von solchen Betrieben, in denen lediglich der Ausschank von Milch, Molken, Kaffee, Tee, Mineralwasser stattfindet, wird die Steuer nur in Höhe der staatlich zu veranlagenden Steuersätze erhoben. (§ 5).

Eine Zahlung der nach § 13 des Gesetzes vom 14. Juli 1893 wegen Aufhebung direkter Staatssteuern staatlich veranlagten, an den Kreis abzuführenden Betriebssteuer neben der nach den Vorschriften dieser Steuerordnung zu entrichtenden Steuer findet nicht statt. (§ 15).

2. Znín, Kreis Znín.

Die besondere Betriebssteuerordnung entspricht der von Wongrowitz (Nr. 1).

3. Stadtkreis Dortmund.

Der § 1 der besonderen Steuerordnung entspricht dem § 1 der Steuerordnung von Wongrowitz (Nr. 1).

1. Die Steuer beträgt bei allen Betrieben, die geistige Getränke verabfolgen, für jede Betriebsstätte

bei einem Ertrage	und b. e. Anl. u. Betr.-Kap.
a) unter 1 500 \mathcal{M}	unter 3 000 \mathcal{M} 10 \mathcal{M} ,
b) v. 1 500 b. 3 000 \mathcal{M} (ausschl.) od v. 3 000 b. ausschl. 30 000 „	15 \mathcal{M} ,
c) „ 3 000 „ 5 000 \mathcal{M} „ „ „ 30 000 „ „	50 000 „ 25 \mathcal{M} ,
d) „ 5 000 „ 10 000 \mathcal{M} „ „ „ 50 000 „ „	100 000 „ 50 \mathcal{M} ,
e) „ 10 000 „ 15 000 \mathcal{M} „ „ „ 100 000 „ „	150 000 „ 75 \mathcal{M} ,
f) „ 15 000 „ 20 000 \mathcal{M} „ „ „ 150 000 „ „	200 000 „ 100 \mathcal{M} .

Die weiteren Steuerklassen steigen um je 10 000 \mathcal{M} Ertrag bzw. 200 000 \mathcal{M} Anlage- und Betriebskapital, der Steuersatz steigt für jede weitere Klasse um je 50 \mathcal{M} .

2. Bei Betrieben, die nicht geistige Getränke verabfolgen, erfolgt die Veranlagung zur Betriebssteuer nach denselben Grundsätzen; es kommen jedoch nur $\frac{1}{2}$ der unter 1. aufgeführten Steuersätze zum Ansatz. Der von der Steuer zu erhebende Prozentsatz wird alljährlich durch Gemeindebeschluß festgesetzt. Der Gesamtbetrag dieser Gemeindebetriebssteuer muß dem Betrage der in D. staatlich veranlagten Betriebssteuer mindestens gleichkommen. (§ 2).

Wenn die Heranziehung der Betriebssteuer lediglich durch einen vorübergehenden, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten — Festen, Truppenzusammenziehungen usw. — stattfindenden Gewerbebetrieb bedingt wird, so können die im § 2 aufgeführten Steuersätze auf Antrag der Steuerpflichtigen ermäßigt werden. (§ 3).

4. Stadtkreis Gelsenkirchen.

Es wird für den Betrieb der Gastwirtschaft und der Schankwirtschaft, in denen geistige Getränke verabfolgt werden, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus, mit Ausnahme des Kleinhandels mit denaturiertem Spiritus, neben der Gewbesteuer eine besondere Gemeindebetriebssteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben. Diejenigen Betriebe, die geistige Getränke nicht verabfolgen (Kaffee, Tee, Milch, Molken, Mineralwasser, Gastwirtschaften mit alleiniger Verabfolgung derartiger Getränke), werden zu dieser Gemeindebetriebssteuer nicht herangezogen. Sie unterliegen Zuschlägen zur staatlich veranlagten Betriebssteuer. (§ 1).

Die hiernach steuerpflichtigen Betriebe werden zu einer Steuergesellschaft vereinigt, die für das Rechnungsjahr die im § 3 bezeichnete Steuersumme aufzubringen hat. (§ 2).

Die Steuersumme wird festgestellt durch Vervielfachung der bei der vorausgegangenen Personenstandsaufnahme ermittelten Bevölkerungsziffer mit einem jährlich von der Stadtverordneten-Versammlung auf höchstens 50 Pf. festzusetzenden Einheitssatzes für den Kopf der Bevölkerung, zusätzlich des durch Entscheidungen über eingelegte Rechtsmittel verursachten Abgangs gegen die Veranlagung des Vorjahres und solcher Abrundung der so ermittelten Summe nach unten oder oben, daß sie, durch die Zahl der Betriebe geteilt, einen durch 10 teilbaren Mittelsatz ergibt. (§ 3).

Die Veranlagung der Betriebssteuer erfolgt für jedes Jahr durch einen besonderen Betriebssteuerausschuß. Die Mitglieder desselben haben die aufzubringende Steuersumme nach ihrer Kenntnis oder Schätzung des Ertrages unter die einzelnen Mitglieder der Steuergesellschaft zu verteilen. (§ 4).

Der Ertrag ist unter Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 zu ermitteln mit der Ausnahme, daß die Miete, die für die zum Gewerbebetriebe benutzten Grundstücke, Gebäude und Räume gezahlt wird, dem ermittelten Ertrage wieder zugesetzt wird. (§ 5).

Die Steuer der einzelnen Betriebe soll den Prozentsatz des Ertrages nicht übersteigen, der sich aus dem Verhältnis des der Veranlagung zugrunde gelegten Gesamtertrages zu dem Steuersoll ergibt. Ermäßigung bis auf den diesem Prozentsatz entsprechenden Steuerbetrag kann von dem Steuerpflichtigen im Wege der Rechtsmittel beansprucht werden. Der zulässige geringste Steuersatz beträgt 30 \mathcal{M} . (§ 6).

5. Wattenscheid, Landkreis Gelsenkirchen.

Der § 1 entspricht der Betriebssteuerordnung von Gelsenkirchen (Nr. 4), der § 2 desgl. den §§ 2 und 3 mit der Abweichung, daß die Betriebssteuersumme festgestellt wird durch Vervielfachung der bei der vorausgegangenen Personenstandsaufnahme ermittelten Bevölkerungsziffer mit einem jährlich auf höchstens 40 Pf. festzusetzenden Einheitssatzes für den Kopf der Bevölkerung, abzüglich

bezw. zusätzlich des durch Entscheidungen über eingelegte Rechtsmittel verursachten Zu- bzw. Abgangs gegen die Veranlagung des Vorjahres, unter Abrundung der so ermittelten Summe nach unten oder oben bis auf einen durch 10 teilbaren Betrag.

Die Betriebssteuersumme wird nach den in dem betreffenden Jahre für den Betrieb veranlagten Gewerbesteuerbeträgen proportional unterverteilt. Diejenigen Betriebe, die nur Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben, werden mit $\frac{1}{4}$ des Gewerbesteuerbetrages, mindestens aber mit 4 \mathcal{M} in Rechnung gestellt, mit welchem letzterem Satze auch die gewerbesteuerfreien Betriebe herangezogen werden. Sind von diesen Betrieben mehrere Betriebsstätten vorhanden, so wird für jede weitere Betriebsstätte ein weiteres Viertel des Gewerbesteuerbetrages in Anrechnung gebracht. (§ 3).

Der vorübergehende, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen usw.) stattfindende Betrieb wird jedesmal mit dem dem Gewerbesteuerbetrage von 20 \mathcal{M} entsprechenden Betrage für einen Monat zur Gemeindebetriebssteuer veranlagt. Sofern sich aber der Betrieb über die Zeit eines Monats hinaus erstreckt, ist dieser Satz bis zum Schlusse des Monats zu entrichten, in welchem der Betrieb eingestellt wird. Geht ein derartiger Betrieb in einen ständigen über, so tritt die Heranziehung zum vollen Steuersatz ein, auf den die bereits veranlagte Steuer anzurechnen ist. (§ 6).

6. Stadtkreis Essen.

Es wird für den Betrieb der Gastwirtschaften, der Schankwirtschaften sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus neben der Gewbesteuer eine besondere Gemeindebetriebssteuer erhoben. (§ 1).

a) Bei ständigen Betrieben.

1. Bei dem Betrieb der Gastwirtschaft und der Schankwirtschaft, die geistige Getränke verabfolgen, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus, mit alleiniger Ausnahme des auf die Verabfolgung von denaturiertem Spiritus eingeschränkten Kleinhandels, wird jede Betriebsstätte besonders veranlagt, die in der Stadtgemeinde errichtet oder unterhalten wird.

2. Diejenigen Betriebe, welche geistige Getränke nicht verabfolgen (Kaffee, Tee, Milch, Molken, Mineralwasserausschank usw., Gastwirtschaft mit alleiniger Verabfolgung derartiger Getränke) oder nur denaturierten Spiritus feilhalten, werden zur Betriebssteuer nicht veranlagt oder herangezogen.

3. Die unter Nr. 1 genannten Betriebsstätten werden zu einer Steuergesellschaft vereinigt, die für das Veranlagungsjahr die Betriebssteuersumme aufzubringen hat.

Die Besteuerung findet nach einem bestimmten Mittelsatz statt. Der Mittelsatz, multipliziert mit der Anzahl der unter Nr. 1 genannten Betriebsstätten, ergibt die aufzubringende Betriebssteuersumme. Dieselbe wird von einem bestimmten niedrigsten bis zu einem bestimmten höchsten Steuersatz nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen unterverteilt. (§ 2).

Der Mittelsatz beträgt 150 \mathcal{M} , der bei der Steuerverteilung zulässige geringste und höchste Steuersatz 20 \mathcal{M} und 400 \mathcal{M} . Die Steuersätze werden bis zu 200 \mathcal{M} um je 10 \mathcal{M} , und von da ab bis zu 400 \mathcal{M} steigend um je 20 \mathcal{M} abgestuft. (§ 3).

Die Veranlagung der Gemeindebetriebssteuer erfolgt für jedes Jahr durch den Gemeindesteuerausschuß, der die Steuersumme nach seiner Kenntnis oder Schätzung des Ertragsverhältnisses unter die Mitglieder der Gesellschaft so zu verteilen hat, daß die einzelnen Steuersätze unter sich dem Verhältnis des Ertrages entsprechen. Der Steuersatz soll für den einzelnen Betrieb 3% des Ertrages nicht übersteigen. Die Ermittlung des Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24 Abs. 2 und 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- und Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Plätze, so tritt bei Berechnung des Steuersatzes dieser Miets- und Pachtwert an die Stelle des Ertrages. (§ 6).

b) Bei vorübergehenden Betrieben.

Der vorübergehende, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen u. dergl.) stattfindende Betrieb wird jedesmal mit dem Mittelsatz für einen Monat zur Gemeindebetriebssteuer veranlagt. Sofern sich aber der Betrieb über die Zeit eines Monats hinaus erstreckt, ist der Mittelsatz bis zum Schlusse des

Monats zu entrichten, in dem der Betrieb eingestellt wird. Geht ein derartiger Betrieb in einen ständigen über, so tritt die Heranziehung zum vollen Steuersatz ein, auf den die bereits veranlagte Steuer anzurechnen ist. (§ 8).

7. Stadtkreis Saarbrücken.

Für die Gemeinde Malstatt-Burbach gilt eine besondere Betriebssteuerordnung für alle in dem Stadtbezirke betriebenen, nach dem Gewerbesteuerengesetze vom 24. Juni 1891 der Betriebssteuer unterworfenen Gewerbe. (§ 1).

1. Bei den Betrieben der Gastwirtschaft und der Schankwirtschaft, die geistige Getränke verabfolgen, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus, mit alleiniger Ausnahme des auf die Verabfolgung von denaturiertem Spiritus eingeschränkten Kleinhandels, wird jede Betriebsstätte besonders veranlagt, die ein Gewerbetreibender in der Stadtgemeinde Malstatt-Burbach unterhält bzw. errichtet.

2. Diejenigen Betriebe, welche geistige Getränke nicht verabfolgen (Kaffee, Tee, Milch, Molken, Mineralwasserausschank, Gastwirtschaft mit alleiniger Verabfolgung derartiger Getränke) oder denaturierten Spiritus feilhalten, werden, wenn sich im Stadtbezirke Malstatt-Burbach eine oder mehrere Betriebsstätten befinden, nur einmal veranlagt.

3. Die unter Nr. 1 genannten Betriebsstätten und die unter Nr. 2 genannten Betriebe werden zu einer Steuergesellschaft vereinigt, die für das Veranlagungsjahr die Summe der für jede unter Nr. 1 genannte Betriebsstätte und für jeden unter Nr. 2 genannten Betrieb in Ansatz kommenden Mittelsätze aufzubringen hat. Gefunden wird das Steuersoll, indem mit der Anzahl der unter Nr. 1 genannten Betriebsstätten und der unter Nr. 2 genannten Betriebe der Mittelsatz multipliziert wird. Das so gefundene Steuersoll wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen unterverteilt. (§ 2).

Der Mittelsatz beträgt 120 \mathcal{M} . Die bei der Steuerverteilung zulässigen geringsten und höchsten Steuersätze betragen 20 bis 300 \mathcal{M} . Die Steuersätze sollen bis zu 100 \mathcal{M} um je 10 \mathcal{M} , und von da ab bis zu 300 \mathcal{M} um je 20 \mathcal{M} steigend abgestuft werden. Die unter Nr. 2 im § 2 der Ordnung aufgeführten Betriebe sollen in der Regel zu dem niedrigsten Satze von 20 \mathcal{M} veranlagt werden. (§ 3).

Die Veranlagung der Gemeindebetriebssteuer erfolgt für jedes Steuerjahr durch den Steuerausschuß, der die Steuersumme nach der Kenntnis oder Schätzung des Ertrags-Verhältnisses unter die Mitglieder der Gesellschaft so zu verteilen hat, daß die einzelnen Steuersätze unter sich dem Verhältnisse des Ertrages entsprechen. Die Ermittlung des Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24 Abs. 2 und 3 des Gewerbesteuerengesetzes vom 24. Juni 1891 und der §§ 32 Abs. 2, 47, 48 K.A.G. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- und Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Plätze, so tritt bei Berechnung des Steuersatzes dieser Miets- und Pachtwert an die Stelle des Ertrages. (§ 5).

Der vorübergehende, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen u. dergl.) stattfindende Betrieb wird allemal mit dem Mittelsatz für einen Monat zur Gemeindebetriebssteuer veranlagt; sofern der Betrieb sich über die Zeit eines Monats hinaus erstreckt, ist der Mittelsatz bis zum Schlusse des Monats zu entrichten, in dem der Betrieb eingestellt wird. (§ 6).

8. Stadtkreis Hamborn.

Für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft, des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus, mit Ausnahme des Kleinhandels mit denaturiertem Spiritus, wird eine besondere Gemeindebetriebssteuer nach den Bestimmungen dieser Ordnung erhoben.

Dieser Steuer unterliegen nicht bloß die gewerbesteuerpflichtigen, sondern insbesondere auch diejenigen Betriebe der vorbezeichneten Art, bei denen weder der jährliche Ertrag, einschließlich der etwa gezahlten Miete oder Pacht, 1 500 \mathcal{M} , noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 \mathcal{M} erreicht, und die deshalb von der Gemeinde-Gewerbesteuer befreit bleiben. Auch gelten als Schankwirtschaften hinsichtlich der Gemeindebetriebssteuer alle diejenigen Betriebe, in denen Kaffee, Tee, Milch, Molken, Mineralwasser oder sonstige alkoholfreie Getränke zum Genuß auf der Stelle verabfolgt werden. (§ 1).

Von der Gemeindebetriebssteuer sind befreit

1. der Betrieb von Volksküchen, Suppenanstalten, Kaffee- und Milchschenken, die unentgeltlich oder gegen billige Ver-

gütung neben Speisen auch Getränke oder auch nur Getränke allein, diese jedoch stets unter Ausschluß geistiger Getränke, zum sofortigen Genuß verabreichen,

2. der Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften durch eingetragene Vereine, Genossenschaften und Korporationen, die nur wohltätige oder gemeinnützige Zwecke, unter Ausschluß eines Gewinnes für die Unternehmer oder Mitglieder, verfolgen sowie satzungsgemäß und tatsächlich den Verkehr in diesen Wirtschaften auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken. (§ 2).

Die Betriebssteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung gemäß § 57 K.A.G. festzustellenden Prozentsatze des nach § 2 der Gemeinde-Gewerbesteuer-Ordnung vom 19. Februar 1913 zu ermittelnden gewerblichen Ertrages für jede Betriebsstätte, die im Stadtkreis H. errichtet wird, besonders berechnet, jedoch darf die jährliche Summe der Betriebssteuer-Umlage den Betrag von 40 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen. Der niedrigste Betriebssteuersatz bei gewerbesteuerfreien Betrieben beträgt 20 \mathcal{M} für jede Betriebsstätte. (§ 3).

Der prinzipal beschlossene Prozentsatz erhöht sich bei Betrieben von mehr als 6 000 \mathcal{M} Ertrag oder mehr als 30 000 \mathcal{M} Anlage- und Betriebskapital in der Weise, daß bei einem Ertrage oder Anlage- und Betriebskapital von

	bis einschl.	bezw.	bis einschl.	eine Steigerung
über 6 000 \mathcal{M}	10 000 \mathcal{M}	30 000 \mathcal{M}	75 000 \mathcal{M}	um $\frac{1}{10}$,
" 10 000 "	20 000 "	75 000 "	150 000 "	" $\frac{2}{10}$,
" 20 000 "	50 000 "	150 000 "	250 000 "	" $\frac{3}{10}$,
" 50 000 "	100 000 "	250 000 "	500 000 "	" $\frac{6}{10}$,
" 100 000 "	150 000 "	500 000 "	750 000 "	" $\frac{7}{10}$,
" 150 000 "	200 000 "	750 000 "	1 000 000 "	" $\frac{8}{10}$,
über 200 000 "		über 1 000 000 "		" $\frac{9}{10}$

des prinzipal beschlossenen Prozentsatzes eintritt. (§ 4).

Wenn die Heranziehung zur Betriebssteuer lediglich durch einen vorübergehenden, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen und dergl.) stattfindenden Gewerbebetrieb bedingt ist, so kann der Oberbürgermeister auf Antrag des Steuerpflichtigen den Betrag der Steuer bis auf 10 \mathcal{M} herabsetzen. (§ 5).

9. Stadtkreis Remscheid.

Für den Betrieb der Gastwirtschaften, der Schankwirtschaften sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus fällt die Erhebung der Betriebssteuer auf Grund der staatlich veranlagten Steuersätze fort, dagegen wird eine besondere Gemeindebetriebssteuer nach den Bestimmungen der besonderen Steuerordnung erhoben. (§ 1).

§ 2 entspricht dem § 2 der Betriebssteuerordnung von Essen. (Nr. 6).

Der Mittelsatz beträgt 50 \mathcal{M} , der bei der Steuerverteilung zulässige geringste und höchste Steuersatz 15 \mathcal{M} und 300 \mathcal{M} . Die Steuersätze werden bis zu 50 \mathcal{M} um je 5 \mathcal{M} und von da ab bis zu 300 \mathcal{M} um je 20 \mathcal{M} steigend abgestuft. (§ 3).

Die Veranlagung der Gemeindebetriebssteuer erfolgt für jedes Jahr durch den Gemeindesteuerausschuß, welcher die Steuersumme nach bestem Wissen und Gewissen und nach seiner Kenntnis oder Schätzung des Ertragsverhältnisses oder aushilfsweise desjenigen des Anlage- und Betriebskapitals zwischen den einzelnen Betrieben unter die Mitglieder der Gesellschaft so zu verteilen hat, daß die den einzelnen auferlegten Steuersätze unter sich tunlichst dem Verhältnis des Ertrages bzw. des Anlage- und Betriebskapitals entsprechen. Der Steuersatz soll für den einzelnen Betrieb $1\frac{3}{4}\%$ des Ertrages nicht übersteigen. (§ 6).

§ 8 entspricht dem § 8 der Betriebssteuerordnung von Essen

10. Stadtkreis Trier.

Die §§ 1 und 2 entsprechen den §§ 1 und 2 der Betriebssteuerordnung von Essen (Nr. 6).

Der Mittelsatz beträgt 60 \mathcal{M} , der bei der Steuerverteilung zulässige geringste und höchste Steuersatz 10 und 300 \mathcal{M} . Die Steuersätze werden bis zu 120 \mathcal{M} um je 10 \mathcal{M} und von da bis zu 300 \mathcal{M} steigend um je 20 \mathcal{M} abgestuft. (§ 3).

§ 6 entspricht dem § 6 der Betriebssteuerordnung von Essen mit der Maßgabe, daß die Verteilung der Steuersumme unter die Mitglieder der Steuergesellschaft auch aushilfsweise auf Grund der Schätzung des Anlage- und Betriebskapitals erfolgen kann.

§ 8 entspricht dem § 8 der Betriebssteuerordnung von Essen.

11. *Altenessen, Landkreis Essen.

Die besondere Betriebssteuerordnung entspricht der von Essen (Nr. 6) mit der Abweichung, daß der Mittelsatz nur 75 \mathcal{M} und der höchste Steuersatz nur 300 \mathcal{M} beträgt.

12. *Repelen-Baerl, Kreis Mörs.

Die §§ 1 und 2 der besonderen Betriebssteuerordnung entsprechen den §§ 1 und 2 der Betriebssteuerordnung von Essen (Nr. 6).

[Fortsetzung des Textes von Seite 184.]

Sind besondere Steuern vom Grundbesitze nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuern. Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Steuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich. Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Grundstücke und Gebäude zu erstrecken, die der Gemeindebesteuerung unterliegen. (§ 26).

Die Steuern vom Grundbesitze sind nach gleichen Normen und Sätzen zu verteilen. Liegenschaften, die durch die Festsetzung von Baufluchtlinien in ihrem Werte erhöht worden sind, können auf Grund einer Steuerordnung nach Maßgabe dieses höheren Wertes zu einer höheren Steuer als die übrigen Liegenschaften herangezogen werden. (§ 27). Gemäß dem am 24. Juli 1906 erlassenen Gesetze zur Deklaration des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 ist eine Abstufung der Steuersätze sowie die Heranziehung einzelner Grundstücksarten oder Besitzgruppen mit verschiedenen Sätzen zu den Steuern vom Grundbesitze zulässig. Ebenso wenig schließt § 27 a. a. O. aus, daß einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen nach verschiedenen Normen besteuert werden.

Den Gewerbesteuern unterliegen in den Gemeinden, in denen der Betrieb stattfindet, die nach dem Gewerbesteuer-gesetze vom 24. Juni 1891 zu veranlagenden stehenden Gewerbe sowie die im § 28 K.A.G. unter Nr. 2 bis 6 besonders aufgeführten Betriebe mit der Maßgabe, daß Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 \mathcal{M} , noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 \mathcal{M} erreicht, desgleichen die nach § 3 Nr. 4 des Gewerbesteuer-gesetzes vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbebetriebe der Kommunalverbände von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Auf die Betriebssteuer findet diese Bestimmung keine Anwendung. Der Betrieb der Staatseisenbahnen und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen ist gewerbesteuerfrei. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist der Gewerbesteuer in den Gemeinden nicht unterworfen. (§ 28).

Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Gewerbesteuern gestattet. Diese können jedoch nur von solchen Betrieben erhoben werden, die nach § 28 überhaupt der Gewerbesteuer unterliegen, also — ausgenommen den Fall der Erhebung einer Betriebssteuer — nicht von Betrieben, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 \mathcal{M} , noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 \mathcal{M} erreicht (M. E. vom 8. Sept. 1894, E. vom 31. Jan. 1902); auch nicht von Betrieben eines Wanderlagers. Wohl dagegen können besondere Gewerbesteuern von den der Warenhaussteuer unterliegenden Betrieben erhoben werden. Die letztere Steuer ist aber von der Gemeinde nur so weit zu erheben, als sie die nach §§ 29 oder 30 K.A.G. von dem der Warenhaussteuer unterliegenden Betriebe erhobene

Der Mittelsatz beträgt 72 \mathcal{M} , der bei der Steuerverteilung zulässige geringste und höchste Steuersatz 18 und 360 \mathcal{M} . Die Steuersätze werden bis zu 180 \mathcal{M} um je 6 \mathcal{M} und von da ab bis zu 360 \mathcal{M} steigend um je 12 \mathcal{M} abgestuft.

§ 6 entspricht dem § 6 der Betriebssteuerordnung von Remscheid (Nr. 9) mit folgenden Abweichungen:

Der Steuersatz soll für den einzelnen Betrieb 4% des Ertrages nicht übersteigen. Die Ermittlung des Ertrages erfolgt nach den Bestimmungen der §§ 22, 24 Abs. 2 und 3 des Gewerbesteuer-gesetzes vom 24. Juni 1891. Ist der so ermittelte Ertrag geringer als der Miets- und Pachtwert der für den Gewerbebetrieb benutzten Räume und Plätze, so tritt bei Berechnung des Steuersatzes dieser Miets- und Pachtwert an die Stelle des Ertrages.

§ 8 entspricht dem § 8 der Betriebssteuerordnung von Essen.

Gewerbesteuer übersteigt. (§ 14 Warenhaussteuer-Ges. v. 18. Juli 1900)¹⁾. Die besonderen Gewerbesteuern können namentlich bemessen werden nach dem Ertrage des letzten Jahres oder einer Reihe von Jahren, nach dem Werte des Anlagekapitals oder des Anlage- und Betriebskapitals, nach sonstigen Merkmalen für den Umfang des Betriebes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe. (§ 29). Nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vom 5. Febr. 1898 bzw. 22. Febr. 1901 ist es zulässig, „in einer und derselben Gemeinde nur gewisse Betriebe zu einer besonderen Gewerbesteuer, die übrigen mit Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer heranzuziehen“. In solchen Fällen muß jedoch, gemäß Entscheidung O. V. G. vom 19. Nov. 1901, in der Steuerordnung ausdrücklich vorgesehen sein, daß Betriebe, die nicht unter die der besonderen Steuer unterworfenen Gewerbearten fallen, mit Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer herangezogen werden.¹⁾

Sind besondere Gewerbesteuern nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Gewerbesteuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich. (§ 30). Eine verschiedene Abstufung der Gewerbesteuersätze und Prozente ist zulässig,

1. wenn die einzelnen Gewerbearten in verschiedenem Maße von den Veranstaltungen der Gemeinde Vorteil ziehen oder der Gemeinde Kosten verursachen, und soweit die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt;
2. wenn die gewerblichen Gebäude in stärkerem Verhältnis zur Gebäudesteuer herangezogen werden, als es auf Grundlage der staatlichen Gebäudesteuer der Fall sein würde, oder wenn die gewerblich benutzten Räume einer Mietssteuer unterliegen.

Die verschiedene Abstufung bedarf der Genehmigung. (§ 31). Gemäß Entscheidung O.V.G. vom 8. Juni 1901 beziehen sich die Bestimmungen des § 31 nicht auf besondere Gewerbesteuern, sondern nur auf Zuschlagssteuern.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat, für den Fall der Erhebung von Prozenten der veranlagten Gewerbesteuer, der zuständige Steuerausschuß auch für die im § 28 Nr. 2 bis 6 bezeichneten Betriebe die Zerlegung des Gesamtsteuersatzes in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Teilbeträge zu bewirken [vgl. § 38 des Gewerbesteuer-gesetzes vom 24. Juni 1891].

Werden besondere Gewerbesteuern umgelegt, so hat die Veranlagung nur nach Maßgabe des in der Gemeinde belegenen

¹⁾ Kommentar zum Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893, Nöll-Freund, 7. Auflage, Anmerkungen zu § 29, Seite 127.

Teiles des Gewerbebetriebes zu erfolgen, bei besonderen Gewerbesteuern nach dem Ertrage unter sinngemäßer Anwendung der in den §§ 47, 48 K.A.G. getroffenen Bestimmungen. (§ 32).

Die entsprechenden Bestimmungen über die Gemeindeeinkommensteuerverpflichtung enthalten die §§ 33 bis 43 K.A.G. Von ihnen seien hier nur folgende hervorgehoben:

Gemeindesteuern vom Einkommen dürfen, unbeschadet der Vorschrift im § 23 Abs. 2 und der Bestimmungen über die Veranlagung von Teileinkommen [§§ 49 bis 51], nur auf Grund der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer und in der Regel nur in der Form von Zuschlägen erhoben werden. Diese Zuschläge müssen gleichmäßig sein. Ist das gemeindesteuerpflichtige Einkommen ganz oder zum Teil zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt, so ist der dem Zuschlage zugrunde zu legende Steuersatz, sofern sich aus den §§ 44 bis 46 nicht ein anderes ergibt, nach den für die Veranlagung der Staatseinkommensteuer geltenden Vorschriften zu ermitteln.

Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln sowie die auf Grund der §§ 62, 63 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Staatseinkommensteuer zieht die entsprechende Abänderung des Gemeindezuschlags nach sich. (§ 36).

Besondere Gemeindeeinkommensteuern sind nur aus besonderen Gründen gestattet und bedürfen der Genehmigung. Die bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer erfolgte Feststellung des Einkommens und die Stufen des Steuertarifs der Staatseinkommensteuer dürfen nicht abgeändert werden. Veränderungen der Sätze des Steuertarifs sind nur mit der Maßgabe zulässig, daß der Prozentsatz der Besteuerung des Einkommens bei den unteren Stufen nicht höher sein darf als bei den oberen Stufen und daß das im Tarif der Staatseinkommensteuer enthaltene Steigerungsverhältnis der Sätze nicht zuungunsten der oberen Stufen geändert werden darf. Die Beibehaltung der zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bestehenden besonderen Gemeindeeinkommensteuern kann mit Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen ausnahmsweise und aus besonderen Gründen auch dann genehmigt werden, wenn sie den Vorschriften der genannten Bestimmungen nicht entsprechen. (§ 37).

Weitere Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes über die direkten Gemeindesteuern werden wir bei Besprechung der Erhebungsergebnisse über die Gemeindezuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914, der wir uns nun zuwenden wollen, noch besonders zu erwähnen haben.

Von den bei der Erhebung berücksichtigten 1384 Gemeinden wiesen im Rechnungsjahre 1914 nur 74 oder 5,35 v. H. Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von nicht mehr als 100 % auf. Vier Gemeinden kamen ohne Zuschläge aus, nämlich Usedom, Sulmirschütz, Mixstadt und Niedenstein; doch wurden in den beiden posenschen Gemeinden von den Schulgesellschaften besondere Schulsteuern erhoben, in Sulmirschütz 75 und in Mixstadt 152 %. In weiteren 23 Gemeinden erreichten die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer noch nicht 100 Prozent. Salmünster erhob bloß 38, Habelschwerdt, Bad Orb und Naumburg in Hessen je 50 %; ebenso hoch war der Zuschlag in der Stadt Betsche, wo jedoch außerdem noch von der evangelischen und katholischen Schulgesellschaft 50 bzw. 100 % Schulsteuern erhoben wurden. Bärwalde (Nm.), Winterberg, Wolfhagen, Gudensberg kamen mit Zuschlägen von je 60, Wünschelburg, Kemberg, Kornau, Rütthen und Felsberg mit solchen von je 75 % aus. In Müncheberg, Jutroschin, Steinau, Kreis Schlüchtern, und Zierenberg betrugen die Einkommensteuerezuschläge je 80 %; bei Jutroschin ist jedoch zu berücksichtigen, daß hier außerdem noch besondere Schulsteuern (60 % von der evangelischen und 80 % von der katholischen Schulgesellschaft) erhoben wurden. In Sprottau betrug der

Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 85 %, desgleichen in den Städten Wanzleben und Neukirchen, Kreis Ziegenhain, sowie in der Landgemeinde Godesberg je 90 %, endlich in Königstein am Taunus 95 %. Berlin erhob 100 Prozent. Ebensoviel betrugen die Gemeindezuschläge zur Staatseinkommensteuer in folgenden Städten und Landgemeinden der Provinz Brandenburg: Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Friedenau, Berlin-Tempelhof, Berlin-Niederschöneweide, Zehlendorf, Templin, Woldenberg und Biesenthal, ferner in den pommerschen Städten Ratzebuhr und Neuwarps, in den schlesischen Städten Bunzlau, Patschkau, Reinerz und Liebenthal. Die Provinz Sachsen wies 5 Städte mit einem Zuschlag von 100 % auf, nämlich Egeln, Gräfenhainichen, Schmiedeberg (Bez. Halle), Gebesee und Schildau; die Provinz Hannover war nur durch die Stadt Pattensen, Westfalen durch Brilon, Nieheim, Hallenberg und Obermarsberg, die Rheinprovinz durch Brühl, Linnich, Sankt Goar und die Landgemeinde Vilich vertreten. Am höchsten war die Anzahl der Gemeinden mit einem Einkommensteuerezuschlag von 100 % in der Provinz Hessen-Nassau; nicht weniger als 14 Städte wiesen diesen Prozentsatz auf, nämlich Wiesbaden, Hofheim, Eltville, Hochheim, Treysa, Fritzlar, Kronberg, Langenschwalbach, Hünfeld, Westerbürg, Soden, Rosenthal, Schwarzenborn und Liebenau a./Diemel. Schließlich war auch die Provinz Posen mit drei Städten, nämlich Görchen, Pogorzela und Sarne, in der Gruppe der Gemeinden mit einem hundertprozentigen Einkommensteuerezuschlage vertreten, jedoch erhoben hier die evangelischen bzw. katholischen Schulgesellschaften noch besondere Schulsteuern, Görchen 60 bzw. 140 %, Pogorzela 100 bzw. 113 % und Sarne 69 bzw. 75 %.

Eine zweite, 63 Städte und 9 Landgemeinden umfassende Gruppe von Gemeinden erhob Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von über 100 bis einschließlich 125 %. In ihr waren die Provinzen Ost- und Westpreußen mit je einer Stadt, Seeburg und Hammerstein, vertreten, die beide 120 % erhoben. Je 2 Gemeinden mit Zuschlägen innerhalb der genannten Grenzen wiesen die Provinzen Pommern (Pollnow 125, Bahn 120 %), Schleswig-Holstein (Altona 111, Mölln 110 %) sowie Hannover (Hannover und Rehburg je 125 %) auf. Westfalen lieferte 4 Gemeinden zu dieser Gruppe, nämlich Brakel (125), Lügde (120), Beverungen (120), Schmallenberg (110 %), Posen 5, in denen die Schullasten durch besondere Steuern aufgebracht wurden, nämlich Ostrowo (110), Kruschwitz (120), Wielichowo (115), Unruhstadt (105) und Netzwalde (125 %), Schlesien 6, nämlich Landeck i. Schl. (110), Mittelwalde (125), Seidenberg (115), Pitschen (110), Marklissa (110) und Reichenstein (110 %). In der Rheinprovinz erhoben folgende 10 Städte Zuschläge in dieser Höhe: Coblenz (125), Uerdingen (110), Jülich (110), Boppard (115), Malmedy (120), Königswinter (120), Sinzig (115), Oberwesel (115), Rheinbach (120), Saarburg (120 %), desgleichen in Hessen-Nassau die folgenden 12 Städte: Bad Homburg v. d. H. (125), Oberursel (116), Montabaur (120), Alldorf (120), Volkmarsen (125), Neustadt a./Main-Weserbahn (125), Hachenburg (115), Karlshafen (125), Hessisch-Lichtenau (125), Friedrichsdorf (125), Wetter (125) und Amöneburg (125 %). In Sachsen betrug die entsprechende Anzahl von Gemeinden 13 und in Brandenburg 14; es handelte sich um die sächsischen Kleinstädte Könnern (110), Lützen (125), Zörbig (110), Heldrungen (115), Kroppenstedt (120), Weißensee (125), Laucha (105), Lauchstedt (115), Mücheln (115), Landsberg (Bez. Halle) (125), Ortrand (120), Stößen (120) und Hadmersleben (120), desgleichen in Brandenburg um die Städte Charlottenburg (110), Berlin-Schöneberg (110), Berlin-Wilmersdorf (110), Potsdam (110), Reetz (120) sowie um die Landgemeinden Berlin-Steglitz (120), Berlin-Pankow (120), Berlin-Lichterfelde (120), Berlin-Weißensee (115), Berlin-Treptow (110), Berlin-Friedrichsfelde (120), Berlin-Mariendorf (110), Berlin-Britz (120) und Berlin-Lankwitz (115 %).

Die Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern in den Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1914.

Stad t g e m e i n d e n . * Landgemeinden.			Im Rechnungsjahre 1914 wurden erhoben von der der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten staatlich veranlagten								Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M (Sp. 2b) zur Gemeinde- steuer begann bei einem Betrage von ... M
			Einkommen- steuer der Einkommen von		Grund- steuer	Ge- bäude- steuer	Gewerbsteuer in den Klassen		Be- triebs- steuer		
			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M			I und II	III und IV			
			N a m e n	Ein- wohner- zahl			K r e i s	%		%	
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5a	5b	6	7	
1. Berlin	2 011 273	Stadtkreis . . .	100	—	d. 180		165	165	100	—	
2. Charlottenburg	315 553	" . . .	110	—	d. 177		150	100	100	—	
3. Neukölln	269 047	" . . .	100	—	d. 206		d. 208		100	—	
4. Berlin-Schöneberg	177 822	" . . .	110	—	d. 188		{I 165 III 150 II 150 IV 100}		150	—	
5. Berlin-Lichtenberg ¹⁾	149 890	" . . .	{a. 100 b. 100}	{a. 100 b. 100}	d. 235 d. 227		150 {III 150 250 {IV 250 IV 188}		100	661	
6. Berlin-Wilmersdorf	136 367	" . . .	110	—	d. 167		150 {III 115 IV 190}		100	—	
7. Spandau	92 657	" . . .	150	150	d. 258		d. 240		150	661	
8. Cöpenick	32 941	Teltow	140	140	d. 265		260	160	120	661	
9. Teltow	4 448	"	150	150	d. 609		250	180	—	421	
10. *Berlin-Steglitz	83 305	"	120	120	d. 209		d. 194		100	661	
11. *Berlin-Pankow	57 698	Niederbarnim . . .	120	120	d. 313		240	150	100	661	
12. *Berlin-Lichterfelde	46 874	Teltow	120	120	d. 269		240	125	100	661	
13. *Berlin-Weißensee	45 489	Niederbarnim . . .	115	115	d. 460		245	245	30	661	
14. *Berlin-Friedenau	44 779	Teltow	100	100	d. 136		{I 175 III 150 II 165 IV 100}		100	661	
15. *Berlin-Reinickendorf	40 452	Niederbarnim . . .	150	150	d. 380		d. 345		100	661	
16. *Berlin-Tempelhof	31 340	Teltow	100	100	d. 222		200 {III 150 IV 100}		50	661	
17. *Berlin-Treptow	31 068	"	110	—	d. 243		200 {III 175 IV 160}		—	—	
18. *Berlin-Oberschöneweide	26 700	Niederbarnim . . .	135	135	d. 335		d. 392		25	661	
19. *Berlin-Friedrichsfelde	23 406	"	120	—	d. 332		200 {III 180 IV 160}		100	—	
20. *Berlin-Mariendorf	20 760	Teltow	110	110	d. 372		230	110	100	421	
21. *Berlin-Tegel	20 447	Niederbarnim . . .	135	—	d. 363		d. 277		100	—	
22. *Zehlendorf	19 964	Teltow	100	100	d. 389		225 {III 150 IV 100}		—	661	
23. *Berlin-Niederschönhausen	18 476	Niederbarnim . . .	130	130	d. 374		205	155	130	421	
24. *Friedrichshagen	14 845	"	145	—	d. 341		290	217 1/2	145	—	
25. *Berlin-Britz	13 914	Teltow	120	120	d. 483		200 {III 180 IV 160}		100	661	
26. *Adlershof	12 932	"	150	150	d. 487		250	175	75	421	
27. *Berlin-Lankwitz	10 903	"	115	—	d. 424		d. 310		100	—	
28. *Berlin-Niederschöneweide	10 087	"	100	100	d. 353		200	150	30	661	
29. *Berlin-Schmargendorf	9 888	"	100	—	d. 421		200	100	100	—	
30. *Berlin-Wittenau	9 276	Niederbarnim . . .	150	150	d. 684		d. 301		100	661	
31. *Hermisdorf bei Berlin	7 009	"	110	110	d. 309		220	165	100	421	
32. *Berlin-Hohenschönhausen	6 810	"	115	115	d. 491		200	200	115	661	
33. *Berlin-Rosenthal	6 249	"	133 1/3	133 1/3	d. 400		266 2/3	200	130	661	
34. *Berlin-Grunewald	6 152	Teltow	60	—	d. 216		150	75	—	—	
35. *Mahlsdorf	5 344	Niederbarnim . . .	120	—	d. 334		180	180	120	—	
36. *Berlin-Johannisthal	5 076	Teltow	140	140	d. 518		200	100	—	661	
37. *Berlin-Buchholz	4 932	Niederbarnim . . .	120	120	d. 695		180	180	120	421	
38. *Berlin-Stralau	4 839	"	100	100	d. 318		200	150	100	661	
39. *Alt Glienicke	4 449	Teltow	160	160	d. 608		{I 250 II 165}	150	—	421	
40. *Lichtenrade	4 164	"	115	115	d. 498		250	150	100	421	
41. *Berlin-Marienfelde	3 979	"	110	110	d. 479		225	180	100	421	
42. *Lübars	3 806	Niederbarnim . . .	100	100	d. 350		200	150	100	421	
43. *Wannsee	3 674	Teltow	92	92	d. 203		160	110	50	421	
44. *Grünau	3 354	"	110	110	d. 303		197	144	34	421	
45. *Kaulsdorf	2 902	Niederbarnim . . .	120	120	d. 578		180	180	120	661	
46. *Biesdorf	2 551	"	115	—	d. 302		180	180	100	—	
47. *Nikolassee	1 835	Teltow	60	—	d. 150		150	75	—	—	
48. *Heiligensee	1 643	Niederbarnim . . .	80	80	d. 566		120	120	80	421	
49. *Buckow	1 639	Teltow	125	125	d. 420		300	200	150	661	
50. *Bohnsdorf	1 633	"	160	160	d. 412		240	160	—	661	
51. *Rudow	1 414	"	100	100	d. 720		200	150	100	421	
52. *Glienicke	1 098	Niederbarnim . . .	100	100	293 293		150	150	100	421	
53. *Berlin-Heinersdorf	1 016	"	110	110	d. 1 924		220	165	100	421	
54. *Karow	928	"	110	110	d. 305		165	165	110	661	
55. *Mahlow	813	Teltow	100	100	150 150		150	150	100	660	
56. *Lindenberg	781	Niederbarnim . . .	150	150	150 150		—	IV 150	150	421	
57. *Groß Ziethen	759	Teltow	140	140	413 413		160	160	100	661	
58. *Ahrensfelde	739	Niederbarnim . . .	130	130	195 195		—	195	130	400	
59. *Marzahn	667	"	150	150	250 250		150	150	150	420	
60. *Schildow	661	"	150	150	225 225		225	225	150	421	
61. *Malchow	465	"	100	100	d. 256		—	IV 150	100	421	
62. *Birkholz	338	"	140	140	210 210		—	IV 210	140	421	
63. *Wartenberg	233	"	120	120	180 180		—	IV 180	120	421	
64. *Mehrow	86	"	100	100	150 150		—	—	100	421	

1) a) Ortsteil Lichtenberg, b) desgl. Boxhagen-Rummelsburg.

In 95 Gemeinden betragen die Einkommensteuerzuschläge im Berichtsjahre zwischen 125 und 150 % (ausschließlich) und in 83 Gemeinden 150 % der Staatseinkommensteuer. Zu dieser Gruppe von insgesamt 178 Gemeinden lieferten Hessen-Nassau 34, Sachsen 29, Brandenburg 26, die Rheinprovinz 22, Posen 20, Schlesien 18, Hannover 15, Westfalen 5, Pommern und Schleswig-Holstein je 4 Gemeinden, die Hohenzollernschen Lande 1 Stadt.

Die Gemeinden mit Einkommensteuerzuschlägen von nicht mehr als 150 % kann man als noch verhältnismäßig gering belastet bezeichnen. Zu ihnen gehörten im ganzen 324 Gemeinden, d.w. 23,41 v. H. der bei der Erhebung berücksichtigten Anzahl. Dieser Klasse der gering belasteten Gemeinden gehörten von den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern 12 (35,29 v. H.) an, von den Städten mit mehr als 25 000 bis 100 000 Einwohnern 13 Gemeinden (13,88 v. H.), von den Städten mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern 10 (6,17 v. H.), von den Städten mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einwohnern 172 (24,57 v. H.), von den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern 91 (31,82 v. H.), endlich von den großen Landgemeinden 26 (24,30 v. H. ihrer Gesamtheit).

Einkommensteuerzuschläge von über 150 bis 199 % wiesen 433 Gemeinden und solche von 200 % 161 Gemeinden auf. Bei diesen 594 Gemeinden, d.w. 42,92 v. H. der bei der Erhebung berücksichtigten Anzahl, kann man von einer mittleren Belastung sprechen. Die Beteiligung der Gemeinden an dieser Zuschlagsgruppe war in den einzelnen Landesteilen recht verschieden. Während in Brandenburg, Schlesien und Sachsen rund 53 v. H. ihrer Städte und großen Landgemeinden Zuschläge innerhalb der genannten Grenzen erhoben, und die entsprechenden Anteile auch in Hannover, Posen und den Hohenzollernschen Landen noch 51, 50 und 50 v. H. ausmachten, betrugen sie in der Rheinprovinz, Pommern und Schleswig-Holstein nur 46 bzw. 40 und 39, desgleichen in Westfalen 36, in Hessen-Nassau 26, in Ostpreußen 15 und in Westpreußen bloß 5 v. H. In Hessen-Nassau waren, wie wir sahen, die Einkommensteuerzuschläge bei der Mehrzahl der Gemeinden niedriger als 150 %, während sie in Ost- und Westpreußen den Satz von 200 % meist noch überstiegen.

Die Gemeinden, deren Einkommensteuerzuschläge noch mehr als 200 % betrugen, rechnen wir zur Gruppe der hochbelasteten Gemeinden. Ihr gehörten im Berichtsjahre schon 418 Städte und 48 große Landgemeinden an, d. w. 33,87 v. H. sämtlicher in Betracht kommenden Gemeinden. Bei 357 von ihnen schwankten die Zuschläge zwischen 201 und 250 %, während 109 Gemeinden letzteren Prozentsatz noch übertrafen. Zuschläge zwischen 201 und 250 % wiesen in Westfalen 47 v. H. sämtlicher in die Erhebung einbezogenen Gemeinden dieser Provinz auf, desgleichen in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Pommern 40, 43 und 40 %, in Westpreußen 34, in der Rheinprovinz sowie in Hannover, Schlesien und Posen auch noch 28 bzw. 27, 24, 21, in Brandenburg, Sachsen und Hessen-Nassau nur 15, 12 und 6 %. Bei 75 Gemeinden schwankten die Einkommensteuerzuschläge zwischen 251 und 299 %. Zu dieser Gruppe lieferte die Provinz Ostpreußen allein 25 Städte, Westpreußen 13, Pommern, Posen, Schlesien je 6, die Rheinprovinz 5, Schleswig-Holstein und Hannover je 3 Städte, Brandenburg und Sachsen je 1 Stadt, endlich Westfalen 3 Städte und 3 große Landgemeinden. Die beiden zu dieser Gruppe gehörigen Gemeinden der Provinzen Brandenburg und Sachsen waren Rathenow und Klötze, die mit 264 bzw. 255 % die höchsten Zuschläge in diesen Provinzen erhoben.

In 34 Gemeinden betragen die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer 300 oder mehr Prozent. Von ihnen entfielen allein 22 auf die Provinz Westpreußen, das waren rund 37 v. H. ihrer Städte und großen Landgemeinden überhaupt. Ferner waren beteiligt Ostpreußen mit 4 Städten, Schle-

sien mit 2 Städten und 1 großen Landgemeinde, Hannover desgleichen mit 3 Städten, endlich Schleswig-Holstein und Westfalen mit je 1 Stadt. Je 300 % erhoben Angerburg, Soldau Ostpr., Dirschau, Schwetz, Strasburg i. Westpr., Berent, Neuenburg i. Westpr., Lautenburg, Gollub, Neuteich, Rehden, Märkisch Friedland, Kieferstädtel, Arnis, Leer und Buxtehude. Je 310 % betrugen die Zuschläge in der Stadt Schöneck und den Landgemeinden Ohra und Schwientochlowitz. Je 320 % erhoben Pillau und Zempelburg, je 325 % Nordenburg, Mewe, Breckerfeld, desgleichen je 330 % Briesen sowie Schönsee. Bei den übrigen noch in Betracht kommenden Gemeinden beliefen sich die Zuschläge auf mindestens 350 %. Diesen Satz erreichten gerade Altberun und Barenburg. In Vandsburg und Christburg wurden schon 355, in Tolkemit und Gorzno je 370, in Stuhm 390, endlich in Landeck i. Westpr. 430 % erhoben.

In der auf Seite 257 abgedruckten Tabelle 20 sind die von den Städten und großen Landgemeinden im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer auf 12 Zuschlagsgruppen verteilt, wobei die Städte zunächst nach Größenklassen, sodann provinzweise angeordnet worden sind; außerdem enthält die Tabelle die entsprechenden Zahlen für das Rechnungsjahr 1913 zur Vergleichung. Die auf Seite 259 abgedruckte Tabelle 21 bringt dieselben Angaben in Prozenten der auf jede Gemeindegruppe entfallenden Anzahl von Gemeinden. Da letztere in einzelnen Gemeindegruppen 1914 nicht die gleiche war wie 1913, sind die Veränderungen der Zuschläge gegen das Vorjahr aus den Verhältniszahlen der Tabelle 21 besser ersichtlich als aus den Grundzahlen der Tabelle 20.

Da ergibt sich, daß sich die Einkommensteuerzuschläge gegen das Vorjahr wieder erhöht haben. Während 1913 noch 24,57 v. H. sämtlicher Städte nicht mehr als 150 % der Staatseinkommensteuer und nur 31,92 v. H. über 200 % erhoben, betrugen die entsprechenden Anteile 1914 schon 23,33 bzw. 32,74 v. H. Daß es sich hierbei um keine zufällige Erscheinung handelt, ergibt eine Vergleichung mit früheren Jahren, die die Aufwärtsbewegung der Zuschlagsprozente deutlich zeigt.

Es erhoben nämlich von je hundert Städten Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer

	überhaupt nicht	bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 %
1905 . . .	0,78	14,23	33,07	33,70	12,36	5,86
1911 . . .	0,39	5,95	19,50	42,68	23,33	8,15
1912 . . .	0,39	5,48	19,26	43,38	23,34	8,15
1913 . . .	0,39	5,09	19,09	43,51	23,86	8,08
1914 . . .	0,31	5,01	18,01	43,93	24,59	8,15

Die mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Landgemeinden zeigen bezüglich ihrer Einkommensteuerzuschläge eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so gleichmäßige Entwicklung. Es erhoben von je Hundert dieser Landgemeinden Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer

	überhaupt nicht	bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 %
1905 . . .	—	10,11	35,96	39,33	10,11	4,49
1911 . . .	—	7,69	19,23	28,85	39,42	4,81
1912 . . .	—	5,55	20,37	26,85	40,74	6,49
1913 . . .	—	4,67	19,62	30,84	38,32	6,55
1914 . . .	—	5,61	18,69	30,84	40,19	4,67

Die besonders starke Erhöhung der Zuschläge im Zeitraum 1905/11 erklärt sich z. T. aus dem Umstande, daß im Rechnungsjahre 1905 die Volksschullasten noch nicht überall von der politischen Gemeinde, sondern von besonderen Schulsozietäten getragen wurden, während letzteres seit

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer in den Rechnungsjahren 1914 und 1913.

(Tab. 20.)		Rechnungs- jahre	Zahl der Ge- mein- den	Es erhoben . . . Städte bzw. Landgemeinden Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer											
Staat. — Provinzen.	über- haupt nicht			bis einschl. 50 Prozent	ü b e r										
					50 bis einschl. 100 Prozent	100 bis einschl. 125 Prozent	125 bis einschl. 150 Prozent	150 bis einschl. 175 Prozent	175 bis einschl. 200 Prozent	200 bis einschl. 225 Prozent	225 bis einschl. 250 Prozent	250 bis einschl. 275 Prozent	275 bis einschl. 300 Prozent	300 Prozent	
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
A. Staat.															
I. Berlin	1914	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit mehr als															
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	1914	14	—	—	1	2	2	3	3	2	1	—	—	—	—
	1913	14	—	—	2	1	2	3	3	2	1	—	—	—	—
III. 100 000 b. einschl. 200 000 E.	1914	19	—	—	2	3	1	3	4	4	2	—	—	—	—
	1913	19	—	—	3	2	1	3	4	4	2	—	—	—	—
IV. 50 000 „ „ 100 000 „	1914	30	—	—	—	2	4	4	8	6	5	1	—	—	—
	1913	30	—	—	—	2	4	3	9	4	6	2	—	—	—
V. 25 000 „ „ 50 000 „	1914	65	—	—	—	—	7	12	20	14	11	1	—	—	—
	1913	63	—	—	—	—	6	13	21	12	10	1	—	—	—
VI. 10 000 „ „ 25 000 „	1914	162	—	—	1	3	6	30	50	35	26	6	5	—	—
	1913	163	—	—	2	2	7	32	43	35	31	6	5	—	—
VII. 7 000 „ „ 10 000 „	1914	93	—	—	1	1	13	14	27	13	13	6	4	1	—
	1913	92	—	—	1	1	16	14	23	14	13	4	5	1	—
VIII. 5 000 „ „ 7 000 „	1914	129	—	1	5	2	15	19	40	18	13	7	8	1	—
	1913	125	—	1	4	2	12	21	39	15	14	6	9	2	—
IX. 3 000 „ „ 5 000 „	1914	237	—	1	12	14	33	37	60	26	27	11	8	8	—
	1913	249	—	1	14	16	41	41	58	23	28	9	9	9	—
X. 2 000 „ „ 3 000 „	1914	241	1	—	13	20	40	38	67	28	19	6	6	3	—
	1913	239	1	—	12	19	42	41	62	25	21	5	9	2	—
XI. St. m. nicht mehr als 2 000 „	1914	286	3	3	23	16	46	49	73	34	17	12	7	3	—
	1913	283	4	1	23	17	51	47	76	30	15	11	6	2	—
Sämtliche Städte	1914	1 277	4	5	59	63	167	209	352	180	134	50	38	16	—
	1913	1 278	5	3	62	62	182	218	338	164	141	44	43	16	—
XII. Landg. m. mehr als 10 000 E.	1914	107	—	—	6	9	11	11	22	22	21	3	—	2	—
	1913	107	—	—	5	9	12	9	24	22	19	4	2	1	—
I.—XII. Zusammen	1914	1 384	4	5	65	72	178	220	374	202	155	53	38	18	—
	1913	1 385	5	3	67	71	194	227	362	186	160	48	45	17	—
B. Provinzen (nur Städte).															
I. Ostpreußen	1914	67	—	—	—	1	—	—	10	3	24	13	14	2	—
	1913	67	—	—	—	1	—	2	8	4	22	10	19	1	—
II. Westpreußen	1914	57	—	—	—	1	—	1	6	14	9	9	14	11	—
	1913	57	—	—	—	1	—	1	2	7	13	8	13	12	—
III. Brandenburg (ohne Berlin)	1914	142	—	—	7	5	20	28	57	16	8	1	—	—	—
	1913	142	—	1	8	3	21	31	54	15	8	1	—	—	—
IV. Pommern	1914	73	1	—	2	2	4	6	23	13	16	4	2	—	—
	1913	73	1	—	2	2	3	9	22	12	15	5	1	1	—
V. Posen	1914	129	2	1	4	5	20	22	42	21	6	4	2	—	—
	1913	129	2	—	5	5	21	26	43	17	7	2	1	—	—
VI. Schlesien	1914	150	—	1	6	6	17	41	44	15	12	5	2	1	—
	1913	150	—	1	6	6	22	38	41	13	13	8	1	1	—
VII. Sachsen	1914	142	—	—	7	13	29	35	40	12	5	1	—	—	—
	1913	142	—	—	7	14	30	35	40	10	5	1	—	—	—
VIII. Schleswig-Holstein	1914	56	—	—	—	2	4	4	18	14	10	3	1	—	—
	1913	56	—	—	—	2	5	3	19	11	13	2	1	—	—
IX. Hannover	1914	113	—	—	2	2	15	22	35	23	8	2	3	1	—
	1913	113	—	—	1	3	17	22	34	21	9	1	5	—	—
X. Westfalen	1914	109	—	—	6	4	5	10	31	30	19	3	—	1	—
	1913	109	—	—	6	5	4	12	29	26	23	3	—	1	—
XI. Hessen-Nassau	1914	103	1	3	21	12	33	16	11	4	2	—	—	—	—
	1913	103	2	1	22	12	37	14	10	4	1	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz	1914	133	—	—	3	10	19	23	40	23	10	5	—	—	—
	1913	134	—	—	4	8	21	24	36	24	12	3	2	—	—
XIII. Hohenzollernsche Lande .	1914	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
	1913	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—

dem Inkrafttreten des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28. Juni 1906 nur noch in den meisten posenschen und in wenigen westpreußischen Gemeinden der Fall ist. Im Rechnungsjahre 1905 wurden noch bei einem Fünftel der preußischen Städte (257) neben den Kommunalsteuern besondere Schulsteuern erhoben, und zwar vorwiegend in den Kleinstädten.

Zählt man die Gemeinden mit Einkommensteuerzuschlägen von nicht mehr als 150 % noch zu den gering und die mit über 200 % zu den hoch belasteten Gemeinden, so erhält man, an diesem Maßstab gemessen, für die Rechnungsjahre 1911, 1912, 1913 und 1914 folgendes Bild von der Belastung der preußischen Städte innerhalb der Größengruppen und Landes-teile:

Von je hundert Städten der nachfolgenden Größengruppen bzw. Provinzen erhoben Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer

	bis 150 % im Rechnungsjahre				über 150 bis 200 % im Rechnungsjahre				über 200 % im Rechnungsjahre			
	1911	1912	1913	1914	1911	1912	1913	1914	1911	1912	1913	1914
I. Berlin	100,00	100,00	100,00	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit mehr als												
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	35,71	35,71	35,71	35,71	42,86	42,86	42,86	42,86	21,43	21,43	21,43	21,43
III. 100 000 bis einschl. 200 000 Einw.	29,41	27,79	31,58	31,58	35,29	38,88	36,84	36,84	35,30	33,33	31,58	31,58
IV. 50 000 „ „ 100 000 „	21,88	22,58	20,00	20,00	37,50	38,71	40,00	40,00	40,62	38,71	40,00	40,00
V. 25 000 „ „ 50 000 „	5,17	8,62	9,52	10,77	55,17	53,44	53,97	49,23	39,66	37,94	36,51	40,00
VI. 10 000 „ „ 25 000 „	9,49	8,02	6,75	6,17	46,21	46,91	46,01	49,38	44,30	45,07	47,24	44,41
VII. 7 000 „ „ 10 000 „	21,28	19,36	19,57	16,14	40,43	41,94	40,21	44,08	38,29	38,70	40,22	39,79
VIII. 5 000 „ „ 7 000 „	19,38	16,16	15,20	17,84	37,98	40,77	48,00	45,74	42,64	43,07	36,80	36,44
IX. 3 000 „ „ 5 000 „	28,69	29,51	28,92	25,31	41,89	40,98	39,77	40,93	29,92	29,51	31,31	33,76
X. 2 000 „ „ 3 000 „	32,38	31,54	30,96	30,70	42,21	43,15	43,09	43,57	25,41	25,31	25,95	25,72
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einw. . .	34,96	34,39	33,92	31,81	43,71	44,21	43,46	42,65	21,33	21,40	22,62	25,33
sämtliche Städte	25,84	25,13	24,57	23,33	42,68	43,38	43,51	43,93	31,48	31,49	31,92	32,74
Städte der Provinzen												
Ostpreußen	2,98	1,49	1,49	1,49	10,45	11,95	14,93	14,93	86,57	86,56	83,58	83,59
Westpreußen	1,75	1,75	1,75	1,75	5,26	5,26	5,26	3,30	92,99	92,99	92,99	94,71
Brandenburg (ohne Berlin)	22,54	23,94	23,24	22,53	59,85	59,15	59,96	59,96	17,61	16,91	16,90	17,60
Pommern	15,07	12,33	10,96	12,33	38,36	41,09	42,46	39,73	46,57	46,58	46,58	47,95
Posen	29,46	25,58	25,59	24,81	51,94	54,26	53,48	49,61	18,60	20,16	20,93	25,58
Schlesien	25,34	23,33	23,33	20,00	51,32	52,00	52,66	56,66	23,34	24,67	24,01	23,33
Sachsen	38,73	39,43	35,91	34,50	50,00	49,30	52,82	52,82	11,27	11,27	11,27	12,67
Schleswig-Holstein	12,50	12,50	12,50	10,71	39,28	39,29	39,29	39,28	48,22	48,21	48,21	50,01
Hannover	16,81	17,71	18,59	16,81	53,09	53,09	49,56	50,44	30,10	29,20	31,85	32,73
Westfalen	12,85	13,77	13,76	13,76	38,33	39,45	37,62	37,61	48,62	46,78	48,62	48,62
Hessen-Nassau	71,84	70,88	71,84	67,96	24,27	25,24	23,30	26,21	3,89	3,88	4,86	5,83
Rheinprovinz	27,81	26,32	24,63	24,07	42,86	44,36	44,78	47,37	29,33	29,32	30,59	28,57
Hohenzollernsche Lande	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	—	—	—

Während hiernach im allgemeinen die Einkommensteuerzuschläge der preussischen Städte im Beobachtungszeitraum 1911/14 langsam, aber stetig gewachsen sind, zeigt sich innerhalb der einzelnen Größengruppen und Landesteile eine nicht ganz gleichmäßige Entwicklung. Bei Berlin und den übrigen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern sowie in den Hohenzollernschen Landen ist in allen vier Rechnungsjahren der Prozentsatz der den einzelnen Zuschlagsgruppen angehörigen Gemeinden der gleiche geblieben. In den Größengruppen VI, VII, IX, X, XI und in den Provinzen Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz zeigte der Anteil der Städte mit Zuschlägen bis zu 150 % im Rechnungsjahre 1914 sowohl gegenüber dem Vorjahre als auch gegenüber 1911 eine Abnahme, desgleichen in Gruppe IV gegenüber 1911 eine Abnahme, dagegen in der Gruppe V eine dauernde Zunahme. In der Gruppe III sowie in Westfalen hat sich 1914 der Anteil der Städte mit Zuschlägen bis zu 150 % zwar gegenüber 1911 vermehrt, gegenüber dem Vorjahre aber nicht verändert; in der Provinz Hannover war der entsprechende Prozentsatz 1911 und 1914 gleich hoch, 1913 dagegen größer als im Berichtsjahre. Die Provinz Westpreußen war in allen vier Rechnungsjahren nur durch eine Stadt (Hammerstein) in dieser Zuschlagsgruppe vertreten. Während sich schließlich bei den pommerschen Städten und denjenigen mit 5 000 bis 7 000 Einwohnern (VIII) der prozentale Anteil der zu dieser Zuschlagsgruppe gehörigen Gemeinden 1914 gegenüber 1911 vermindert hatte, zeigte er gegen das Vorjahr eine Zunahme. Der Prozentsatz der Städte mit Zuschlägen von mehr als 200 % hat 1914 sowohl gegenüber dem Vorjahre als auch gegen 1911 in den Größengruppen V, IX und XI, ferner in den Provinzen Westpreußen, Pommern, Posen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau zugenommen, in der Gruppe VIII sowie in Schlesien und der Rheinprovinz abgenommen. Während er dagegen 1914 gegenüber 1911 in den Gruppen VI, VII und X zugenommen und in Ostpreußen sowie Brandenburg abgenommen hatte, war es hier im

Zeitraum 1913/14 umgekehrt. Die Städte mit über 50 000 bis 200 000 Einwohnern (III und IV) lieferten 1913 und 1914 die gleiche Anzahl von Gemeinden zu dieser Zuschlagsgruppe; gegenüber 1911 hat sich ihr Prozentsatz verringert; in Westfalen ist er 1911, 1913 und 1914 gleich hoch gewesen.

Am ungünstigsten sind nach dem Stande von 1914 die Verhältnisse bei der die kleineren Mittelstädte umfassenden Gruppe VI zu beurteilen, wo von 100 Gemeinden 44,44 über 200 % und nur 6,17 nicht mehr als 150 % der Staatseinkommensteuer erhoben. Demnächst schneiden die Städtegruppen IV, V, VII und VIII am schlechtesten ab, während umgekehrt nächst Berlin die Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern und die die kleinsten Städte umfassenden Gruppen X und XI die günstigsten Verhältnisse aufweisen. Bei der provinzweisen Verteilung der Städte zeichnen sich, abgesehen von den hohenzollernschen, vor allem die hessen-nassauischen, demnächst die sächsischen Städte durch ihre niedrigen, die west- und ostpreussischen durch ihre hohen Zuschläge aus.

Die Belastung der großen Landgemeinden zeigt im Zeitraum 1911/14 die folgende Entwicklung:

Von je 100 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern erhoben Zuschläge zur Staatseinkommensteuer

	bis 150 %	über 150 bis 200 %	über 200 %
1911	26,92	28,85	44,23
1912	25,92	26,85	47,23
1913	24,29	30,84	44,87
1914	24,30	30,84	44,86

Von den bei der Erhebung berücksichtigten Gemeinden kamen im Rechnungsjahre 1914 4 Städte, die auch im Vorjahre zuschlagfrei gewesen sind, ohne Kommunalzuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern aus, nämlich Usedom, Sulmirschütz, Mixstadt und Niedenstein. Naumburg i. Hessen, das 1913 auch noch keine Kommunalsteuern eingeführt hatte, erhob im Berichtsjahre bereits einen Zuschlag von 50 %. Von den Gemeinden, die im Rechnungsjahre 1913, außer den genannten, weniger als 100 % der Staatseinkommen-

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer in den Rechnungsjahren 1914 und 1913.

(Tab. 21.)		Rechnungs- jahre	Zahl der Ge- mein- den	Von hundert Gemeinden der in der Spalte 1 bezeichneten Gruppen erhoben Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer										
Staat. Provinzen.	über- haupt nicht			bis einschl. 50 Prozent	ü b e r									
					50 bis einschl. 100 Prozent	100 bis einschl. 125 Prozent	125 bis einschl. 150 Prozent	150 bis einschl. 175 Prozent	175 bis einschl. 200 Prozent	200 bis einschl. 225 Prozent	225 bis einschl. 250 Prozent	250 bis einschl. 275 Prozent	275 bis einschl. 300 Prozent	300 Prozent
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A. Staat.														
I. Berlin	1914	1	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit mehr als	1913	1	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	1914	14	—	—	7,15	14,28	14,28	21,43	21,43	14,28	7,15	—	—	—
	1913	14	—	—	14,28	7,15	14,28	21,43	21,43	14,28	7,15	—	—	—
III. 100 000 b.einschl. 200 000 E.	1914	19	—	—	10,53	15,79	5,26	15,79	21,05	21,05	10,53	—	—	—
	1913	19	—	—	15,79	10,53	5,26	15,79	21,05	21,05	10,53	—	—	—
IV. 50 000 „ „ 100 000 „	1914	30	—	—	—	6,67	13,33	13,33	26,67	20,00	16,67	3,33	—	—
	1913	30	—	—	—	6,67	13,33	10,00	30,00	13,33	20,00	6,67	—	—
V. 25 000 „ „ 50 000 „	1914	65	—	—	—	—	10,77	18,46	30,77	21,54	16,92	1,54	—	—
	1913	63	—	—	—	—	9,52	20,64	33,33	19,05	15,87	1,59	—	—
VI. 10 000 „ „ 25 000 „	1914	162	—	—	0,62	1,85	3,70	18,52	30,86	21,60	16,05	3,70	3,09	—
	1913	163	—	—	1,23	1,23	4,29	19,68	26,38	21,47	19,02	3,68	3,07	—
VII. 7 000 „ „ 10 000 „	1914	93	—	—	1,08	1,08	13,98	15,05	29,03	13,98	13,98	6,45	4,30	1,08
	1913	92	—	—	1,09	1,09	17,39	15,21	25,00	15,21	14,13	4,35	5,44	1,09
VIII. 5 000 „ „ 7 000 „	1914	129	—	0,78	3,88	1,55	11,63	14,73	31,01	13,95	10,08	5,43	6,30	0,78
	1913	125	—	0,80	3,20	1,60	9,60	16,80	31,20	12,00	11,20	4,80	7,20	1,60
IX. 3 000 „ „ 5 000 „	1914	237	—	0,42	5,06	5,91	13,92	15,61	25,32	10,97	11,39	4,64	3,38	3,38
	1913	249	—	0,40	5,62	6,43	16,47	16,47	23,30	9,24	11,24	3,61	3,61	3,61
X. 2 000 „ „ 3 000 „	1914	241	0,41	—	5,39	8,30	16,60	15,77	27,80	11,62	7,88	2,49	2,49	1,24
	1913	239	0,42	—	5,02	7,95	17,57	17,15	25,94	10,46	8,79	2,09	3,77	0,84
XI. St.m.nicht mehr als 2 000 „	1914	286	1,05	1,05	8,04	5,59	16,08	17,13	25,52	11,89	5,94	4,20	2,45	1,05
	1913	283	1,41	0,35	8,13	6,01	18,02	16,61	26,85	10,60	5,80	3,89	2,12	0,71
Sämtliche Städte	1914	1 277	0,31	0,39	4,62	4,93	13,08	16,37	27,56	14,10	10,49	3,92	2,98	1,25
	1913	1 278	0,39	0,24	4,85	4,85	14,24	17,06	26,45	12,83	11,03	3,44	3,37	1,25
XII. Landg.m. mehr als 10 000 E.	1914	107	—	—	5,61	8,41	10,28	10,28	20,56	20,56	19,63	2,80	—	1,87
	1913	107	—	—	4,67	8,41	11,21	8,41	22,43	20,56	17,76	3,74	1,87	0,94
I.—XII. Zusammen	1914	1 384	0,29	0,36	4,70	5,20	12,86	15,90	27,02	14,60	11,20	3,83	2,75	1,30
	1913	1 385	0,36	0,22	4,84	5,12	14,01	16,39	26,14	13,43	11,55	3,46	3,25	1,23
B. Provinzen (nur Städte).														
I. Ostpreußen	1914	67	—	—	—	1,49	—	—	14,93	4,48	35,82	19,40	20,90	2,99
	1913	67	—	—	—	1,49	—	2,99	11,94	5,97	32,83	14,93	28,36	1,49
II. Westpreußen	1914	57	—	—	—	1,75	—	1,75	1,75	10,53	24,56	15,79	24,56	19,80
	1913	57	—	—	—	1,75	—	1,75	3,51	12,28	22,81	14,04	22,81	21,05
III. Brandenburg (ohne Berlin)	1914	142	—	—	4,93	3,52	14,08	19,72	40,14	11,27	5,63	0,70	—	—
	1913	142	—	0,71	5,63	2,11	14,79	21,83	38,03	10,56	5,63	0,71	—	—
IV. Pommern	1914	73	1,37	—	2,74	2,74	5,48	8,22	31,61	17,81	21,92	5,48	2,74	—
	1913	73	1,37	—	2,74	2,74	4,11	12,33	30,13	16,44	20,55	6,85	1,37	1,37
V. Posen	1914	129	1,55	0,78	3,10	3,88	15,50	17,05	32,56	16,28	4,65	3,10	1,55	—
	1913	129	1,55	—	3,88	3,88	16,28	20,15	33,33	13,18	5,43	1,55	0,77	—
VI. Schlesien	1914	150	—	0,67	4,00	4,00	11,33	27,33	29,33	10,00	8,00	3,33	1,33	0,67
	1913	150	—	0,67	4,00	4,00	14,66	25,33	27,33	8,67	8,67	5,33	0,67	0,67
VII. Sachsen	1914	142	—	—	4,93	9,15	20,42	24,65	28,17	8,45	3,52	0,70	—	—
	1913	142	—	—	4,93	9,86	21,12	24,65	28,17	7,04	3,52	0,71	—	—
VIII. Schleswig-Holstein	1914	56	—	—	—	3,57	7,14	7,14	32,14	25,00	17,86	5,36	1,79	—
	1913	56	—	—	—	3,57	8,93	5,36	33,93	19,64	23,21	3,57	1,79	—
IX. Hannover	1914	113	—	—	1,77	1,77	13,27	19,47	30,97	20,35	7,08	1,77	2,65	0,88
	1913	113	—	—	0,89	2,66	15,04	19,47	30,09	18,58	7,96	0,89	4,42	—
X. Westfalen	1914	109	—	—	5,50	3,67	4,59	9,17	28,44	27,52	17,43	2,75	—	0,92
	1913	109	—	—	5,50	4,59	3,67	11,01	26,61	23,85	21,10	2,75	—	0,92
XI. Hessen-Nassau	1914	103	0,97	2,91	20,39	11,65	32,04	15,53	10,68	3,89	1,94	—	—	—
	1913	103	1,94	0,97	21,36	11,65	35,92	13,59	9,71	3,89	0,97	—	—	—
XII. Rheinprovinz	1914	133	—	—	2,26	7,52	14,29	17,29	30,08	17,29	7,52	3,76	—	—
	1913	134	—	—	2,99	5,97	15,67	17,91	26,87	17,91	8,95	2,24	1,49	—
XIII. Hohenzollernsche Lande .	1914	2	—	—	—	—	50,00	50,00	—	—	—	—	—	—
	1913	2	—	—	—	—	50,00	50,00	—	—	—	—	—	—

steuer erhoben, wiesen Salmünster (38), Habelschwerdt (50), Winterberg (60), Gudensberg (60), Wolfhagen (60), Wünschelburg (75), Kemberg (75), Kornau (75), Rütthen (75), Felsberg (75), Steinau, Kreis Schlüchtern (80), Zierenberg (80), Sprottau (85), Wanzleben (90), Neukirchen, Kreis Ziegenhain (90), Godesberg (90) und Königstein a. Taunus (95) im Berichtsjahre Zuschläge in gleicher Höhe auf. Dagegen ist in Betsche und Bad Orb der Prozentsatz von 60 bzw. 70 auf je 50 herabgesetzt worden, während er umgekehrt in Jutroschin

von 65 auf 80, desgleichen in Schildau von 90 und in Porgorzela sowie Linnich von je 95 auf 100 % gestiegen ist. Im Rechnungsjahre 1913 erhoben 46, 1914 desgleichen 47 der in die Erhebung einbezogenen Gemeinden 100 % der Staatseinkommensteuer. Im letztgenannten Jahre fehlten in dieser Gruppe Müncheberg (80), Charlottenburg (110), Berlin-Wilmersdorf (110) und Uerdingen (110); neu hinzugegetreten sind Berlin-Niederschöneweide, Pogorzela, Schildau, Pattensen, Linnich. Mehr als 100 bis einschließlich 125 % betrugten die Einkommen-

steuerzuschläge 1913 bei 71, 1914 bei 72 Gemeinden. Ausgeschlossen waren im Berichtsjahre aus dieser Gruppe Pattensen (100), Fordon (150), Schweidnitz (150) und Driburg (130), während Charlottenburg (110), Berlin-Wilmersdorf (110), Netzwalde (125), Malmedy (120) und Uerdingen (110) neu hinzugegetreten sind. In Berlin-Steglitz und Berlin-Lichtenfelde sowie in Stößen erhöhte sich der Zuschlag von 110 auf 120 %, desgleichen in Reetz von 115 auf 120 %, in Hessisch Lichtenau und Wetter von 103 bzw. 120 auf 125, in Altona von 109 auf 111 %; umgekehrt wurde er in Unruhstadt und Reichenstein von je 115 auf 105 bzw. 110 %, desgleichen in Oberwesel von 120 auf 115 und in Mülcheln von 125 auf 115 % ermäßigt. In den übrigen Gemeinden dieser Gruppe blieb er unverändert.

Bei den höchstbelasteten Gemeinden sind im Zeitraum 1913/14 auch einige bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen. Zwar war die Anzahl der Gemeinden, die mehr als 250 % erhoben, in beiden Rechnungsjahren, wenn man von der Landgemeinde Eving, die am 1. April 1914 in Dortmund eingemeindet wurde, absieht, die gleiche, doch fehlten außer ihr von den 1913 zu dieser Gruppe gehörigen Gemeinden im Berichtsjahre die Städte Sensburg (245), Richtenberg (250), Gleiwitz (250), Schurgast (235) und die Landgemeinde Dahlhausen (250), während an ihrer Stelle die Städte Landeck i. Westpr. (430), Kolmar in Posen (275), Gollantsch (280), Neustadt a./Warthe (260) und Arnis (300 %) neu hinzugekommen sind. Von den 75 Gemeinden, die über 250 bis einschließlich 299 % erhoben, haben 22 ihre Einkommensteuerszuschläge gegen das Vorjahr geändert, und zwar 18 verringert und 4 erhöht. Die Steigerung der Zuschläge war bei Neustadt a./Warthe und Gollantsch sehr bedeutend; 1913 betrug der Prozentsatz erst 180 bzw. 190, im folgenden Jahre dagegen schon 260 bzw. 280. In Kolmar in Posen stieg er von 240 auf 275, in Nikolai und Schlochau nur von 255 auf 260 bzw. 260 auf 270. Die bedeutendste Ermäßigung zeigte Kallies; von 350 % ging hier der Zuschlag auf 290 % zurück. In den übrigen Gemeinden betrug der Unterschied nur in zwei Fällen (Hornburg und Burg a./Wupper) mehr als 20 Hundertteile.

Von den 34 Gemeinden, deren Zuschläge im Rechnungsjahre 1914 300 Prozent oder mehr ausmachten, wiesen 20 schon im Vorjahre die gleichen Sätze auf. In 9 Gemeinden dieser Gruppe ist der Prozentsatz gegen das Vorjahr gestiegen, nämlich in Gollub, Kieferstädtel und Arnis von 290, 275, 250 auf je 300 %, in Schwientochlowitz von 280 auf 310, in Zempelburg von 310 auf 320, in Nordenburg von 286 auf 325, in Briesen von 320 auf 330, in Barenburg von 280 auf 350 und in Landeck i. Westpr. von 230 auf 430 %. Umgekehrt ermäßigten sich die Zuschläge in Berent und Märkisch Friedland von 310 bzw. 315 auf je 300 %, desgleichen in Pillau von 330 auf 320, in Mewe von 330 auf 325, endlich in Tolkemit von 375 auf 370 %. Der zweifelhafte Ruhm, die höchsten Einkommensteuerszuschläge zu erheben, gebührte im Berichtsjahre der Stadt Landeck i. Westpr., während ihn vorher Stuhm besaß, das jetzt an zweiter Stelle folgte.

Auf Grund des § 38 K.A.G. vom 14. Juli 1893 sind Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} , sofern in den besonderen Steuerordnungen (§§ 23 Abs. 5 und 37 a. a. O.) nicht abweichende Bestimmungen getroffen sind, zur Gemeindeeinkommensteuer nach Maßgabe folgender Steuersätze zu veranlagern:

1. bei einem Einkommen von nicht mehr als 420 \mathcal{M} nach einem Steuersatze von $\frac{2}{3}$ vom Hundert des steuerpflichtigen Einkommens bis zu dem Höchstbetrage des Steuersatzes von 1,20 \mathcal{M} ,

2. bei einem Einkommen von mehr als 420 \mathcal{M} bis einschließlich 660 \mathcal{M} nach einem Steuersatze von 2,40 \mathcal{M} ,
3. bei einem Einkommen von mehr als 660 \mathcal{M} nach einem Steuersatze von 4 \mathcal{M} .

Sodann können gemäß Absatz 2 a. a. O. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} durch Gemeindebeschluß, der jedoch der Genehmigung bedarf, wenn die Deckung des Bedarfs der Gemeinde ohnehin gesichert ist, von der Beitragspflicht entbunden oder mit einem geringeren Hundertsatze herangezogen werden. Ihre Freilassung muß erfolgen, sofern sie im Wege der öffentlichen Armenpflege fortlaufende Unterstützung erhalten.

Aus der Tabelle 22 auf den Seiten 261/62 ist zu ersehen, wieviel Städte bzw. größere Landgemeinden der Gemeindegrößtenklassen und Provinzen die zu den fingierten Normalsteuersätzen von 4 \mathcal{M} , 2,40 \mathcal{M} , 1,20 \mathcal{M} usw. veranlagten Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} in den Rechnungsjahren 1914 und 1913 zur Gemeindeeinkommensteuer heranzogen.

Vergleicht man die sich danach für die Gesamtheit der Städte ergebenden Zahlen mit denen der Rechnungsjahre 1912, 1911 und 1905, so zeigt sich folgende Entwicklung:

Von hundert Städten zogen die Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} zur Gemeindeeinkommensteuer heran

	überhaupt nicht	bei einem Mindestbetrage zwischen 661 und 900 \mathcal{M}	421 und 660 \mathcal{M}	300 und 420 \mathcal{M}	1 und 299 \mathcal{M}
1905	2,27	3,91	36,98	42,30	14,54
1911	2,04	5,79	37,59	40,96	13,62
1912	2,43	6,26	38,53	39,39	13,39
1913	2,58	6,50	38,03	39,59	13,30
1914	2,51	7,05	37,90	39,62	12,92

Es macht sich also, namentlich seit 1911, ein Nachlassen in der Besteuerung der kleinen Einkommen durch die Gemeinden bemerkbar. Eine noch wesentlich günstigere Entwicklung zeigt sich bei den großen Landgemeinden; denn von hundert Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zogen die Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} zur Gemeindeeinkommensteuer heran

	überhaupt nicht	bei einem Mindestbetrage zwischen 661 und 900 \mathcal{M}	421 und 660 \mathcal{M}	300 und 420 \mathcal{M}	1 und 299 \mathcal{M}
1905	1,12	20,23	64,05	13,48	1,12
1911	2,88	23,08	58,65	15,38	—
1912	3,70	25,93	56,48	13,89	—
1913	3,74	27,10	56,08	12,15	0,93
1914	6,54	24,30	57,94	10,28	0,93

Aus der Tabelle 22 ergibt sich, daß die Belastung der Einkommen unter 900 \mathcal{M} in den großen Städten am geringsten ist und in jeder folgenden Städtegruppe zunimmt, daß ferner in den Städten der Rheinprovinz die kleinen Einkommen am wenigsten belastet werden, demnächst in den schleswig-holsteinischen und hannoverschen Städten, dagegen am meisten, nächst den hohenzollernschen, in den Städten von Ostpreußen, Posen, Westpreußen und Schlesien.

Im Rechnungsjahre 1914 ließen 32 Städte und 7 große Landgemeinden die Einkommen unter 900 \mathcal{M} überhaupt steuerfrei gegen 33 bzw. 4 im Vorjahre. In dieser Gruppe war die Rheinprovinz mit 12 Städten und 1 großen Landgemeinde vertreten; dies waren die Stadtkreise Cöln, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Bonn, Coblenz, Solingen, Neuß, ferner die kreisangehörigen Städte Düren, Wald, Ratingen, Uerdingen und die Landgemeinde Wiesdorf. Im Vorjahre kam noch Aachen dazu, das 1914 die Einkommen schon von 661 \mathcal{M} ab besteuerte; umgekehrt zog Wiesdorf 1913 auch noch die Einkommen von 661 bis 900 \mathcal{M} zur Gemeindeeinkommensteuer heran. In der Provinz Hessen-Nassau ließen im Berichtsjahre Frankfurt a./M.,

Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M seitens der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur Gemeinde-Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1914 und 1913.

Staat. — Provinzen.	Rechnungs- jahre	Zahl der Ge- mein- den über- haupt	Es betrug die Anzahl der Städte oder Land- gemeinden, die die Ein- kommen von nicht mehr als 900 M gar nicht zur Gemeinde- Einkommen- steuer heranzogen		Es betrug die Anzahl der Städte oder Landgemeinden, in denen die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M zur Gemeinde-Einkommensteuer begann bei einem Betrage zwischen							
			über- haupt	v. H.	661 und 900 M		421 und 660 M		300 und 420 M		1 und 299 M	
					über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.
1	2	3	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b
A. Staat.												
I. Berlin	1914	1	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	1	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit												
II. mehr als 200 000 Einw. (ohne Berlin) .	1914	14	10	71,43	4	28,57	—	—	—	—	—	—
	1913	14	9	64,29	4	28,57	1	7,14	—	—	—	—
III. „ „ 100 000 bis einschl. 200 000 E.	1914	19	5	26,32	8	42,10	6	31,58	—	—	—	—
	1913	19	5	26,32	8	42,10	6	31,58	—	—	—	—
IV. „ „ 50 000 „ „ 100 000 „	1914	30	3	10,00	9	30,00	16	53,33	2	6,67	—	—
	1913	30	4	13,33	9	30,00	15	50,00	2	6,67	—	—
V. „ „ 25 000 „ „ 50 000 „	1914	65	5	7,69	15	23,08	36	55,38	6	9,23	3	4,62
	1913	63	5	7,94	12	19,05	37	58,73	6	9,52	3	4,76
VI. „ „ 10 000 „ „ 25 000 „	1914	162	4	2,47	26	16,05	94	58,02	29	17,90	9	5,56
	1913	163	4	2,45	24	14,73	95	58,28	32	19,63	8	4,91
VII. „ „ 7 000 „ „ 10 000 „	1914	93	—	—	4	4,30	42	45,16	42	45,16	5	5,38
	1913	92	—	—	4	4,35	41	44,57	38	41,30	9	9,78
VIII. „ „ 5 000 „ „ 7 000 „	1914	129	—	—	7	5,43	52	40,31	56	43,41	14	10,85
	1913	125	—	—	4	3,20	52	41,60	56	44,80	13	10,40
IX. „ „ 3 000 „ „ 5 000 „	1914	237	—	—	7	2,95	85	35,87	115	48,52	30	12,66
	1913	249	—	—	8	3,21	90	36,15	121	48,59	30	12,06
X. „ „ 2 000 „ „ 3 000 „	1914	241	1	0,41	7	2,90	80	33,20	119	49,38	34	14,11
	1913	239	1	0,42	7	2,93	79	33,05	117	48,95	35	14,65
XI. nicht mehr als 2 000 Einwohnern . .	1914	286	3	1,05	3	1,05	73	25,52	137	47,90	70	24,48
	1913	283	4	1,41	3	1,06	70	24,74	134	47,35	72	25,44
I. bis XI. Sämtliche Städte . . .	1914	1 277	32	2,51	90	7,06	484	37,90	506	39,62	165	12,92
	1913	1 278	33	2,58	83	6,50	486	38,03	506	39,59	170	13,30
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw. .	1914	107	7	6,54	26	24,30	62	57,94	11	10,28	1	0,93
	1913	107	4	3,74	29	27,10	60	56,08	13	12,15	1	0,93
I. bis XII. zusammen . . .	1914	1 384	39	2,82	116	8,38	546	39,45	517	37,36	166	11,99
	1913	1 385	37	2,67	112	8,09	546	39,42	519	37,47	171	12,35
B. Provinzen.												
I. Ostpreußen:												
Sämtliche Städte ¹⁾	1914	67	—	—	1	1,49	7	10,45	40	59,70	19	28,36
	1913	67	—	—	1	1,49	7	10,45	36	53,73	23	34,33
II. Westpreußen:												
a) Sämtliche Städte	1914	57	—	—	1	1,76	12	21,05	29	50,88	15	26,31
	1913	57	—	—	1	1,76	12	21,05	30	52,63	14	24,56
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	2	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
	1913	2	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00
III. Brandenburg:												
a) Sämtliche Städte (ohne Berlin) .	1914	142	4	2,82	6	4,23	67	47,18	62	43,68	3	2,11
	1913	142	4	2,82	4	2,82	70	49,29	61	42,96	3	2,11
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	20	5	25,00	11	55,00	4	20,00	—	—	—	—
	1913	20	4	20,00	12	60,00	4	20,00	—	—	—	—
IV. Pommern:												
Sämtliche Städte ¹⁾	1914	73	1	1,37	1	1,37	26	35,62	40	54,79	5	6,85
	1913	73	1	1,37	1	1,37	24	32,88	42	57,53	5	6,85
V. Posen:												
Sämtliche Städte ¹⁾	1914	129	2	1,55	—	—	22	17,05	65	50,39	40	31,01
	1913	129	2	1,55	—	—	21	16,28	65	50,39	41	31,78
VI. Schlesien:												
a) Sämtliche Städte	1914	150	1	0,67	2	1,33	40	26,67	76	50,67	31	20,66
	1913	150	1	0,67	2	1,33	38	25,33	76	50,67	33	22,00
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	26	—	—	3	11,54	20	76,92	3	11,54	—	—
	1913	26	—	—	3	11,54	19	73,08	4	15,38	—	—
VII. Sachsen:												
a) Sämtliche Städte	1914	142	—	—	6	4,23	58	40,84	57	40,14	21	14,79
	1913	142	—	—	6	4,23	59	41,55	55	38,73	22	15,49
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	1	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—
	1913	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—
VIII. Schleswig-Holstein:												
Sämtliche Städte ¹⁾	1914	56	4	7,14	17	30,36	22	39,28	10	17,86	3	5,36
	1913	56	4	7,14	14	25,00	25	44,64	12	21,43	1	1,79

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

Noch: Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} seitens der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur Gemeinde-Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1914 und 1913.

Provinzen.	Rechnungsjahre	Zahl der Gemeinden überhaupt	Es betrug die Anzahl der Städte oder Landgemeinden, die die Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} gar nicht zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzogen		Es betrug die Anzahl der Städte oder Landgemeinden, in denen die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} zur Gemeinde-Einkommensteuer begann bei einem Betrage zwischen							
					661 und 900 \mathcal{M}		421 und 660 \mathcal{M}		300 und 420 \mathcal{M}		1 und 299 \mathcal{M}	
			überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1	2	3	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b
IX. Hannover:												
a) Sämtliche Städte	1914	113	—	—	8	7,08	65	57,52	36	31,86	4	3,54
	1913	113	—	—	9	7,97	63	55,75	37	32,74	4	3,54
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	2	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—
	1913	2	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—
X. Westfalen:												
a) Sämtliche Städte	1914	109	2	1,83	10	9,17	47	43,12	43	39,45	7	6,42
	1913	109	—	—	11	10,09	49	44,96	42	38,53	7	6,42
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	26	1	3,85	3	11,54	19	73,08	3	11,54	—	—
	1913	26	—	—	4	15,38	19	73,08	3	11,54	—	—
XI. Hessen-Nassau:												
a) Sämtliche Städte	1914	103	5	4,85	7	6,80	43	41,75	32	31,07	16	15,53
	1913	103	6	5,82	6	5,83	43	41,75	32	31,07	16	15,53
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	1	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—
	1913	1	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz:												
a) Sämtliche Städte	1914	133	12	9,02	31	23,31	75	56,39	15	11,28	—	—
	1913	134	14	10,45	28	20,89	75	55,97	17	12,69	—	—
b) Landgem. mit mehr als 10 000 E.	1914	29	1	3,45	7	24,14	16	55,17	5	17,24	—	—
	1913	29	—	—	8	27,59	16	55,17	5	17,24	—	—
XIII. Hohenzollernsche Lande:												
Sämtliche Städte ¹⁾	1914	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00
	1913	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

Wiesbaden, Hanau, Fulda und Niedenstein, das überhaupt keine direkten Gemeindesteuern erhob, die Einkommen unter 900 \mathcal{M} steuerfrei, 1913 außer ihnen auch Naumburg i. Hessen, das im Berichtsjahre die Besteuerung schon bei einem Einkommen von 300 \mathcal{M} begann. Von den brandenburgischen Gemeinden blieben, von Berlin abgesehen, in den Stadtkreisen Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf sowie in den Landgemeinden Berlin-Treptow, Berlin-Friedrichsfelde, Berlin-Tegel, Friedrichshagen und Berlin-Lankwitz die Einkommen unter 900 \mathcal{M} von der Gemeindeeinkommensteuer befreit; 1913 erstreckte Berlin-Lankwitz die Besteuerung auch noch auf die Einkommen von 661 bis 900 \mathcal{M} . In Schleswig-Holstein waren die kleinen Einkommen bei den Städten Kiel, Altona, Wandsbek und Elmshorn in beiden Rechnungsjahren steuerfrei. Während in der Provinz Westfalen 1913 noch sämtliche in Betracht kommenden Gemeinden über die Grenze der Staatseinkommensteuer hinausgingen, ließen die Stadtkreise Dortmund und Bochum sowie die Landgemeinde Herten im Berichtsjahre die nicht 900 \mathcal{M} übersteigenden Einkommen unbesteuert. Ferner gehörten zu dieser Gemeindegruppe noch 2 posensche und je 1 pommersche und schlesische Stadt, nämlich die drei kommunalsteuerfreien Städte Sulmirschütz, Mixstadt, Usedom und der Stadtkreis Breslau.

Bei einem Einkommen von mehr als 660 \mathcal{M} begann die Gemeindebesteuerung im Berichtsjahre bei 90 Städten und 26 großen Landgemeinden, das waren 7,05 bzw. 24,30 v. H. dieser Gemeinden. Zu dieser Gruppe gehörten 12 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern (35 v. H.) und 24 Mittelstädte mit einer Bevölkerung zwischen 25 000 und 100 000 Einwohnern (25 v. H.), dagegen waren die Kleinstädte mit nicht mehr

als 10 000 Einwohnern nur mit 28 oder rund 3 v. H. vertreten. Nur 6 Großstädte zogen die Einkommen schon bei einem 420 \mathcal{M} übersteigenden Betrage heran; es waren dies Posen, Erfurt, Gelsenkirchen, Crefeld, Mülheim a./d. Ruhr und Hamm. In 165 Städten (rund 13 v. H.) und 1 großen Landgemeinde (Ohra) unterlagen auch schon die Einkommen unter 300 \mathcal{M} der Gemeindebesteuerung. Von Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern waren darunter nur 12 vertreten, nämlich Tilsit, Weissenfels, Nordhausen, Lyck, Braunsberg Ostpr., Marienburg i. Westpr., Konitz, Neustettin, Burg b./M., Calbe a./S., Schwerte und Landeshut i. Schles.

Nach § 54 K.A.G. sind die vom Staate veranlagten Realsteuern, ausschließlich der Betriebssteuer (§ 58), in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatze zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. So lange die Realsteuern 100 Prozent nicht übersteigen, ist die Freilassung der Einkommensteuer oder deren Heranziehung mit einem geringeren als dem vorher bezeichneten Prozentsatze zulässig. Werden mehr als 150 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern erhoben, und ist die Staatseinkommensteuer mit 150 Prozent belastet, so können von dem Mehrbetrage für jedes Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern 2 Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben werden. Mehr als 200 Prozent der Realsteuern dürfen in der Regel nicht erhoben werden.

Nach § 55 bedürfen Zuschläge über den vollen Satz der Staatseinkommensteuer hinaus sowie Abweichungen von den im § 54 enthaltenen Vorschriften der Genehmigung und sollen die Abweichungen nur aus besonderen Gründen gestattet werden. Dabei sind Aufwendungen der Gemeinde, die in

überwiegendem Maße dem Grundbesitze und dem Gewerbebetriebe zum Vorteil gereichen, insoweit in der Regel durch Realsteuern zu decken, sofern die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt. Zu solchen Aufwendungen gehören namentlich die Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wegen, für Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für die Verzinsung und Tilgung der zu derartigen Zwecken aufgenommenen Schulden.

Gemäß § 56 sind zur Deckung des durch Realsteuern aufzubringenden Steuerbedarfs die veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern in der Regel mit dem gleichen Prozentsatze heranzuziehen. Genießen jedoch die Grund- (Haus-) Besitzer oder Gewerbetreibenden von Veranstaltungen der Gemeinde besondere Vorteile, oder verursachen sie der Gemeinde besondere Kosten, so ist, sofern die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt, der durch die Realsteuern aufzubringende Steuerbedarf (§§ 54, 55) auf die Steuern vom Grund- (Haus-) Besitze und Gewerbebetriebe, in Prozenten der veranlagten Realsteuern berechnet, anderweitig entsprechend unterzuverteilen, jedoch mit der Maßgabe, daß Grund- und Gebäudesteuer höchstens doppelt so stark herangezogen werden wie die Gewerbesteuer und umgekehrt. Ausnahmen können aus besonderen Gründen von den Ministern des Innern und der Finanzen zugelassen werden. Diese Bestimmungen finden sinngemäße Anwendung auf die Heranziehung der Grundsteuer im Verhältnis zur Gebäudesteuer.

Gemäß § 57 ist bei der Verteilung des Steuerbedarfs das Aufkommen besonderer Gemeindesteuern (§ 23, Abs. 2, §§ 25, 29, 37) je nach ihrer Einrichtung und Beschaffenheit auf denjenigen Teil des Steuerbedarfs zu verrechnen, der durch Prozente der entsprechenden, vom Staate veranlagten Steuer aufzubringen ist. Dabei sind Mietssteuern von gewerblich benutzten Räumen auf die Gewerbesteuer zu verrechnen.

Im Gegensatz zu den übrigen Realsteuern gibt das Kommunalabgabengesetz wegen der für Gemeindezwecke zu erhebenden Prozente der staatlich veranlagten Betriebssteuer lediglich die Vorschrift, daß Zuschläge, die 100 Prozent übersteigen, der Genehmigung bedürfen. Bei diesen Zuschlägen handelt es sich gemäß M.E. vom 31. Januar 1895, M.Bl. S. 36,

nur um die Prozente, die, außer dem nach der staatlichen Veranlagung sich ergebenden und — insoweit die Gemeinden nicht Stadtkreise sind — an die Kreise abzuführenden Erträge dieser Steuer, zugunsten der Gemeinden erhoben werden sollen. (Vergl. Kommentar zum Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 von Nöll-Freund, 7. Auflage. Anmerkungen zu § 58, Seite 297.)

„Die Veranlagung der Betriebssteuer erfolgt nach Maßgabe der §§ 59 ff. des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des § 12 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893. Die Bestimmung im § 28 K.A.G., wonach Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 *M*, noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 *M* erreicht, von der Gewerbesteuer befreit bleiben, findet auf die Betriebssteuer keine Anwendung.

Die Gemeinden können die Betriebssteuer entweder in der Form der §§ 59 ff. K.A.G. bestehen lassen, oder durch eine besondere Form ersetzen. In beiden Fällen müssen sie aber den nach der staatlichen Veranlagung sich ergebenden Betrag der Betriebssteuer erheben und — insoweit die Gemeinden nicht Stadtkreise sind — gemäß § 13 des erwähnten Gesetzes vom 14. Juli 1893 an die Kreise zur Verwendung für Kreis Zwecke abführen.

Im übrigen ist den Gemeinden überlassen, Zuschläge zu der vom Staate veranlagten Betriebssteuer zu erheben oder die besondere Betriebssteuer auf einer Grundlage zu gestalten, welche die Erzielung eines Überschusses über den Betrag der staatlich veranlagten Steuer ermöglicht.“ (Anweisung zur Ausführung des K.A.G., Art. 22.)

Die Tabelle 23 auf Seite 264 weist nach, wieviel Städte und große Landgemeinden jeder Provinz im Rechnungsjahre 1914 die staatlich veranlagte Grund- und Gebäudesteuer zu dem gleichen oder zu einem höheren oder zu einem geringeren Prozentsatze zur Gemeindesteuer heranzogen als die Staatseinkommensteuer und die Tabelle 24 auf Seite 264 enthält die entsprechende Nachweisung bezüglich der staatlich veranlagten Gewerbesteuer. Vergleicht man die bezüglichen Ergebnisse für den ganzen Staat mit denen der Vorjahre, so ergibt sich folgende Entwicklung:

Es betrug im Rechnungs- jahre	die Zahl der a) Städte b) großen Landgemeinden	Davon zogen heran die staatlich veranlagte											
		erhoben we-		Grund- und		Gewerbesteuer		Grund- und		Gewerbesteuer		Grund- und	
		der Einkom-		Gebäudesteuer		mit dem		Gebäudesteuer		mit einem		Gebäudesteuer	
		men-, noch		wie die Staatseinkommensteuer		höheren Prozentsatze		als die Staatseinkommensteuer		geringeren Prozentsatze		als die Staatseinkommensteuer	
		Grund- u. Ge- bäude-, noch Gewerbe- steuern	über- haupt	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.
a) Städte													
1911 . . .	1 277	5	0,39	507	39,70	506	39,62	599	46,91	597	46,75	166	13,00
1912 . . .	1 277	5	0,39	510	39,94	506	39,62	599	46,91	602	47,14	163	12,76
1913 . . .	1 278	5	0,39	512	40,06	512	40,06	599	46,37	605	47,34	162	12,68
1914 . . .	1 277	4	0,31	512	40,09	510	39,94	606	47,45	606	47,45	155	12,14
b) große Landgemeinden													
1911 . . .	104	—	—	33	31,73	11	10,58	67	64,42	91	87,50	4	3,85
1912 . . .	108	—	—	36	33,33	12	11,11	70	64,81	94	87,04	2	1,85
1913 . . .	107	—	—	32	29,91	11	10,28	74	69,16	95	88,79	1	0,93
1914 . . .	107	—	—	31	28,97	11	10,28	75	70,09	93	86,92	1	0,93

In den vier Beobachtungsjahren sind danach weder bei den Städten noch bei den großen Landgemeinden wesentliche Veränderungen eingetreten. Rund 40 v. H. der Städte erhoben von der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer sowie von der Gewerbesteuer den gleichen Prozentsatz wie von der Einkommensteuer und rund 47 v. H. einen höheren. Bei den großen Landgemeinden ergeben sich schon erheblichere Unterschiede zwischen den von der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer erhobenen Prozentsätzen.

Während rund 29—33 v. H. der Gemeinden die Steuern vom Grundbesitze mit dem gleichen und 64—70 v. H. mit einem höheren Prozentsatze heranzogen als die Staatseinkommensteuer, machten die entsprechenden Anteile bei der Gewerbesteuer 10—11 bzw. 87—89 v. H. aus. Diese abweichende Belastung der beiden Realsteuerarten wird durch die großen Landgemeinden der westfälischen Industriebezirke verursacht, die mit wenigen Ausnahmen die Gewerbesteuer auf Grund besonderer Steuerordnungen erheben, deren Steuererträge z. T. einen

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer im Verhältnisse zu den Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer im Rechnungsjahre 1914.

Provinzen. — Staat.	Zahl der a) Städte b) größeren Land- ge- mein- den	Zahl der Städte bzw. Landgemeinden,			
		die weder Ein- kom- men- noch Grund- besitz- steuern erhoben	welche die staatlich veranlagte Grund- und Gebäude- steuer mit dem gleichen Prozent- sätze heran- zogen wie die Staats- ein- kommen- steuer	welche die staat- lich veranlagte Grund- und Ge- bäudesteuer mit einem höheren ge- ringeren Prozentsätze heranzogen als die Staatsein- kommensteuer	
I	2	3	4	5	6
Ostpreußen	a. 67 b. —	—	30	1	36
Westpreußen	a. 57 b. 2	—	6 1	2 1	49 —
Berlin	1	—	—	1	—
Brandenburg	a. 142 b. 20	—	73 —	64 20	5 —
Pommern	a. 73 b. —	1	39	10	23
Posen	a. 129 b. —	2	83	37	7
Schlesien	a. 150 b. 26	—	83 5	56 21	11 —
Sachsen	a. 142 b. 1	—	54 1	85 —	3 —
Schleswig-Holstein	a. 56 b. —	—	20	30	6
Hannover	a. 113 b. 2	—	43	64 2	6 —
Westfalen	a. 109 b. 26	—	21 20	86 5	2 1
Hessen-Nassau	a. 103 b. 1	1	43	58 1	1 —
Rheinprovinz	a. 133 b. 29	—	17 4	110 25	6 —
Hohenzoll. Lande	a. 2 b. —	—	—	2	—
Staat	a. 1 277 b. 107	4	512 31	606 75	155 1

außerordentlich hohen Prozentsatz der staatlich veranlagten Beträge ausmachen.

In den einzelnen Landesteilen war das Verhältnis zwischen Einkommen- und Realsteuerzuschlägen recht verschieden. Während im Berichtsjahre 1914 nur bei 13 bzw. 19 v. H. der Städte der Rheinprovinz und Westfalens von der Staatseinkommensteuer und der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer die gleichen Zuschläge erhoben wurden, war dies in Schleswig-Holstein, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau und Ostpreußen bei 36 bzw. 38, 38, 42 und 45 v. H., in Brandenburg, Pommern, Schlesien sogar bei 51, 53 und 55, in Posen schließlich bei 64 v. H. der Fall. Bei der Gewerbesteuer liegen die Verhältnisse ähnlich; erheblichere Abweichungen zeigte nur Schleswig-Holstein; hier betrug der Anteil der Städte mit gleichen Zuschlägen 46 v. H. In 6 Provinzen waren die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer bei mehr als der Hälfte der Städte höher als die zur Staats-Einkommensteuer; in der Rheinprovinz war dies sogar bei 83 v. H., in Westfalen auch bei 79 v. H., in Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein bei 60 bzw. 57, 56 und 54 v. H. der Fall. In Brandenburg, Schlesien und Posen betrugen die entsprechenden Anteile auch noch 45, 37 und 29 v. H. Ähnlich lagen auch hier wieder die Verhältnisse bei den Zuschlägen

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer im Verhältnisse zu den Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer im Rechnungsjahre 1914.

Provinzen. — Staat.	Zahl der a) Städte b) größeren Land- ge- mein- den	Zahl der Städte bzw. Landgemeinden,			
		die weder Ein- kom- men- noch Ge- werbe- steuern erhoben	welche die staatlich veranlagte Gewerbe- steuer mit dem gleichen Prozent- sätze heranzogen wie die Staats- ein- kommen- steuer	welche die staat- lich veranlagte Gewerbsteuer mit einem höheren ge- ringeren Prozentsätze heranzogen als die Staatsein- kommensteuer	
				5	6
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	a. 67 b. —	—	30	1	36
Westpreußen . . .	a. 57 b. 2	—	3	5 1	49 1
Berlin	1	—	—	1	—
Brandenburg . . .	a. 142 b. 20	—	73	62 20	7 —
Pommern	a. 73 b. —	1	39	9	24
Posen	a. 129 b. —	2	85	34	8
Schlesien	a. 150 b. 26	—	77 3	63 22	10 1
Sachsen	a. 142 b. 1	—	52 1	86	4
Schleswig-Holstein	a. 56 b. —	—	26	24	6
Hannover	a. 113 b. 2	—	46 1	60 1	7 —
Westfalen	a. 109 b. 26	—	20 4	86 22	3 —
Hessen-Nassau . .	a. 103 b. 1	1	44	57 1	1 —
Rheinprovinz . . .	a. 133 b. 29	—	15 2	116 26	2 1
Hohenzoll. Lande .	a. 2 b. —	—	—	2	—
Staat	a. 1 277 b. 107	4	510 11	606 93	157 3

zur Gewerbesteuer; in der Rheinprovinz zeigten bezüglich dieser Steuer sogar 87 v. H. der Städte höhere Prozentsätze als der Einkommensteuer; umgekehrt betrug der Anteil der schleswig-holsteinischen Städte nur 43 v. H. In drei Provinzen kam es, im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen, häufiger vor, daß die Realsteuerzuschläge kleiner waren als die zur Staatseinkommensteuer. Dies war vor allem in Westpreußen der Fall, das sich, wie wir sahen, durch die besondere Höhe seiner Einkommensteuerzuschläge auszeichnete; bei 86 v. H. seiner Städte erreichten die Prozente der Realsteuern die Einkommensteuerzuschläge nicht. In der gleichfalls durch ihre hohen Einkommensteuerzuschläge auffallenden Provinz Ostpreußen betrug der entsprechende Anteil der Städte auch noch 54, desgleichen in Pommern 32 v. H. Bezüglich der großen Landgemeinden sei erwähnt, daß in Brandenburg sämtliche und in der Rheinprovinz auch 86 v. H. die Realsteuern mit höheren Hundertsätzen als die Einkommensteuer heranzogen, und daß dies bezüglich der Gewerbesteuer gleichfalls bei 85 v. H. der westfälischen Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern der Fall war, während die Grund- und Gebäudesteuer von 77 % der großen Landgemeinden dieser Provinz mit dem gleichen Hundertsatz wie die Staatseinkommensteuer belastet wurde.

In der Tabelle 25 auf Seite 266 sind für die in Größengruppen bzw. provinzweise zusammengefaßten Städte und großen Landgemeinden Preußens ihre im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer auf 8 Zuschlagsgruppen verteilt worden, und

zur	überhaupt nicht	bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 bis einschl. 300 %	über 300 bis einschl. 400 %	über 400 %
Grund- u. Gebäudesteuer	4 (0,31 v.H.)	41 (3,21 v.H.)	127 (9,95 v.H.)	542 (42,44 v.H.)	428 (33,52 v.H.)	120 (9,40 v.H.)	12 (0,94 v.H.)	3 (0,23 v.H.)
Gewerbsteuer	5 (0,39 v.H.)	45 (3,52 v.H.)	135 (10,57 v.H.)	538 (42,13 v.H.)	387 (30,31 v.H.)	111 (8,69 v.H.)	33 (2,58 v.H.)	23 (1,80 v.H.)

Während also einerseits die Anzahl der Städte mit Zuschlägen bis zu 150 %, d. h. mit niedrigen Zuschlägen, bei der Gewerbesteuer größer war als bei der Grund- und Gebäudesteuer, erhob andererseits auch eine erheblich größere Zahl von

Städten Zuschläge von über 300 % bei der Gewerbesteuer als bei den Steuern vom Grundbesitze. Letzteres trifft, allerdings in noch viel stärkerem Maße, auch für die großen Landgemeinden zu. Denn es erhoben von ihnen Zuschläge

zur	überhaupt nicht	bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 bis einschl. 300 %	über 300 bis einschl. 400 %	über 400 %
Grund- u. Gebäudesteuer	—	—	2 (1,87 v.H.)	22 (20,56 v.H.)	42 (39,25 v.H.)	24 (22,43 v.H.)	13 (12,15 v.H.)	4 (3,74 v.H.)
Gewerbsteuer	—	—	—	19 (17,76 v.H.)	20 (18,69 v.H.)	13 (12,15 v.H.)	15 (14,02 v.H.)	40 (37,38 v.H.)

Wie aus der Tabelle 26 ersichtlich ist, entfällt die überwiegende Anzahl der Gemeinden mit Gewerbesteuerzuschlägen von mehr als 300 % auf die Provinzen Schlesien, Westfalen und die Rheinprovinz; verfolgt man an der Hand der Tabelle 18 die betreffenden Zuschläge in den einzelnen Gemeinden dieser Provinzen, so ergibt sich, daß es vorwiegend Gemeinden der großen Industriezentren sind, die so hohe Gewerbesteuerzuschläge aufzuweisen haben. Sie erheben fast alle die Gewerbesteuer nicht in Prozenten der staatlich veranlagten Beträge, sondern auf Grund einer besonderen Gewerbesteuerordnung, und das Aufkommen dieser Steuern, gemäß § 57 K.A.G. in Hundertteile der staatlich veranlagten Beträge umgerechnet, ergibt z. T. außergewöhnlich hohe Durchschnittssätze (in einigen Gemeinden noch über 1 000 %).

Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer bis einschließlich 150 % kamen in den die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern umfassenden Gruppen nur selten vor, dagegen kam in den die Kleinstädte umfassenden Gruppen durchweg mehr als der zehnte Teil der Gemeinden mit so niedrigen Zuschlägen aus; bei den Städten mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern erhoben fast ein Fünftel, und bei denen mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern sogar 22,38 v. H. Zuschläge bis zur Höchstgrenze von 150 %. Während rund drei Viertel sämtlicher Städte Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer zwischen 150 und 250 % erhoben, war in den meisten Städtegrößengruppen der Anteil der Gemeinden noch höher; abgesehen von Berlin, machte er noch in 4 Gruppen über 80 v. H. aus, nämlich in Gruppe VII 80,64, in Gruppe V 81,54, in Gruppe II 85,71 und in Gruppe VI 88,89 v. H. Umgekehrt erreichten drei Gruppen den städtischen Durchschnittssatz von 75,96 % noch nicht; er betrug nämlich bei den Gruppen X und IV bloß 73,03 bzw. 70,00 und bei der Gruppe XI nur 67,14 %. Der Anteil der Städte mit Zuschlägen von mehr als 250 bis einschließlich 300 % betrug bei den vorwiegend Stadtkreise umfassenden Gruppen II bis V sowie bei der Gruppe VIII (St. mit 5 000—7 000 Einwohnern) noch über ein Zehntel, bei der Gruppe IV sogar mehr als ein Viertel ihrer zugehörigen Städte; den geringsten Anteil wies mit 6,22 v. H. die Gruppe X auf. Zuschläge über 300 % spielten nirgends eine größere Rolle; denn wenn auch bei den Städten der Gruppen III und V immerhin 5,26 bzw. 3,08 v. H. Zuschläge in dieser Höhe erhoben, so ist dies belanglos, da es sich bei beiden Gruppen nur um 1 bzw. 2 Gemeinden handelt.

Während sich die Gewerbesteuerzuschläge in den die Städte bis zu 10 000 Einwohnern umfassenden Gruppen sehr ähnlich auf die Gemeinden verteilten wie die Zuschläge zu den Grundbesitzsteuern, zeigen sich für die höheren Städtegruppen bemerkenswerte Abweichungen. Daß bei den Gruppen II und III, im Gegensatz zur Grund- und Gebäudesteuer, immerhin 7,14

bzw. 15,79 v. H. der zugehörigen Städte Gewerbesteuerzuschläge von nicht mehr als 150 % erhoben, ist nicht von Belang, da es sich auch in diesem Falle wieder bloß um 1 bzw. 3 Städte handelt. Von größerer Bedeutung ist es dagegen, daß in den Gruppen III und IV rund ein Fünftel, und in den Gruppen V und VI auch noch über ein Zehntel der zugehörigen Städte mehr als 300 % der Gewerbesteuer erhoben. Dadurch verringern sich namentlich die Anteile der Städte bei der Zuschlagsgruppe von 150 bis 250 % gegenüber den Anteilen bei der entsprechenden Zuschlagsgruppe der Grund- und Gebäudesteuer. In den Gruppen III und IV erhoben nur 52,64 bzw. 60,00 v. H. der betr. Städte Gewerbesteuer-Zuschläge innerhalb dieser Grenzen gegenüber rund 79 bzw. 70 v. H. bei den Grundbesitzsteuern.

Die Zuschläge der Städte zur Grund- und Gebäudesteuer sowie zur Gewerbesteuer wiesen in den einzelnen Landesteilen große Verschiedenheiten auf. Während es in Ost- und Westpreußen nur je 1 und in Schleswig-Holstein auch nur 2 Städte gab, deren Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer nicht mehr als 150 % ausmachten, war dies in Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Posen bei über einem Zehntel bis zu einem Fünftel der Städte der Fall, und in Hessen-Nassau erhoben nicht weniger als 41,74 v. H. der Städte Zuschläge bis zu dieser Höchstgrenze. Zwischen 150 und 250 % bewegten sich die Zuschläge bei der Mehrzahl der Städte sämtlicher Landesteile, doch während, abgesehen von den beiden hohenzollernschen Städten, die auch zu dieser Gruppe gehörten, in der Provinz Pommern 89,04 v. H. der Städte Zuschläge innerhalb dieser Grenzen erhoben, und die entsprechenden Anteile auch in Brandenburg (80,98), Hannover (80,53), Westpreußen (78,94), Sachsen (78,88) und der Rheinprovinz (78,19) noch über 75 v. H. ausmachten, gehörten in Westfalen und Ostpreußen nur noch 69,72 bzw. 68,66 v. H., in Hessen-Nassau sogar bloß 56,31 v. H. der Städte zu dieser Zuschlagsgruppe. Um so stärker waren diese Provinzen in den anderen Gruppen vertreten; Hessen-Nassau, wie wir sahen, in der mit den niedrigsten Zuschlägen, Ostpreußen und Westfalen in der Gruppe der Zuschläge von 250 bis 300 %, wo ihre Anteile 28,36 bzw. 20,18 v. H. ausmachten, während von den übrigen Provinzen hier nur noch Westpreußen (17,54), Schleswig-Holstein (16,07), Hannover (12,39) und die Rheinprovinz (10,53) mit mehr als einem Zehntel ihrer Städte vertreten waren. Zuschläge von über 300 % kamen bei der Grund- und Gebäudesteuer nur sehr selten vor, am häufigsten noch bei den Städten Schleswig-Holsteins, von denen vier so hohe Zuschläge erhoben. Bei der Gewerbesteuer ergeben sich sowohl bei den Gemeindegrößengruppen als auch bei den einzelnen Provinzen bezüglich der prozentalen Anteile der Städte an den Zuschlagsgruppen

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer im Rechnungsjahre 1914.

Staat. — Provinzen.	Zahl der Ge- mein- den über- haupt	Es betrug die Anzahl der Städte oder Landgemeinden, die Zuschläge zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer erhoben															
		in denen keine Steuern vom Grundbesitze erhoben wurden		bis einschl. 100 %		über 100 bis einschl. 150 %		über 150 bis einschl. 200 %		über 200 bis einschl. 250 %		über 250 bis einschl. 300 %		über 300 bis einschl. 400 %		über 400 %	
		über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.
I	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b	10a	10b
A. Staat.																	
I. Berlin	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit mehr als																	
II. 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) .	14	—	—	—	—	—	—	7	50,00	5	35,71	2	14,29	—	—	—	—
III. 100 000 bis einschl. 200 000 Einw.	19	—	—	—	—	1	5,26	8	42,11	7	36,84	2	10,53	—	—	1	5,26
IV. 50 000 „ „ 100 000 „	30	—	—	—	—	1	3,33	10	33,33	11	36,67	8	26,67	—	—	—	—
V. 25 000 „ „ 50 000 „	65	—	—	—	—	1	1,54	22	33,85	31	47,69	9	13,85	2	3,08	—	—
VI. 10 000 „ „ 25 000 „	162	—	—	1	0,62	2	1,23	62	38,27	82	50,62	14	8,64	—	—	1	0,62
VII. 7 000 „ „ 10 000 „	93	—	—	—	—	10	10,75	37	39,78	38	40,86	8	8,60	—	—	—	—
VIII. 5 000 „ „ 7 000 „	129	—	—	4	3,10	10	7,75	58	44,96	42	32,56	14	10,85	1	0,78	—	—
IX. 3 000 „ „ 5 000 „	237	—	—	8	3,38	23	9,70	108	45,57	73	30,80	21	8,86	3	1,27	1	0,42
X. 2 000 „ „ 3 000 „	241	1	0,41	8	3,32	38	15,77	102	42,32	74	30,71	15	6,22	3	1,24	—	—
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 E.	286	3	1,05	20	6,99	41	14,34	127	44,41	65	22,73	27	9,44	3	1,05	—	—
I. bis XI. Sämtliche Städte . .	1 277	4	0,31	41	3,21	127	9,96	542	42,44	428	33,52	120	9,40	12	0,94	3	0,23
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.	107	—	—	—	—	2	1,87	22	20,56	42	39,25	24	22,43	13	12,15	4	3,74
I. bis XII. zusammen	1 384	4	0,29	41	2,96	129	9,32	564	40,75	470	33,96	144	10,40	25	1,81	7	0,51
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen: Sämtliche Städte ¹⁾ . .	67	—	—	—	—	1	1,49	16	23,88	30	44,78	19	28,36	1	1,49	—	—
II. Westpreußen: a) Sämtliche Städte .	57	—	—	—	—	1	1,75	17	29,82	28	49,12	10	17,54	1	1,75	—	—
b) Landg. ü. 10 000 E.	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—
III. Brandenburg (ohne Berlin):																	
a) Sämtliche Städte	142	—	—	4	2,82	13	9,15	67	47,18	48	33,80	9	6,34	—	—	1	0,70
b) Landgem. ü. 10 000 Einw.	20	—	—	—	—	1	5,00	—	—	3	15,00	1	5,00	11	55,00	4	20,00
IV. Pommern: Sämtliche Städte ¹⁾	73	1	1,37	2	2,74	3	4,11	38	52,05	27	36,99	2	2,74	—	—	—	—
V. Posen: Sämtliche Städte ¹⁾	129	2	1,55	4	3,10	19	14,73	58	44,96	38	29,46	7	5,43	1	0,78	—	—
VI. Schlesien: a) Sämtliche Städte . . .	150	—	—	6	4,00	16	10,67	88	58,67	30	20,00	9	6,00	1	0,67	—	—
b) Landgem. ü. 10 000 E.	26	—	—	—	—	—	—	4	15,38	10	38,46	11	42,31	1	3,85	—	—
VII. Sachsen: a) Sämtliche Städte	142	—	—	3	2,11	24	16,90	80	56,34	32	22,54	3	2,11	—	—	—	—
b) Landgem. ü. 10 000 E.	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII. Schleswig-Holstein: Sämtliche Städte ¹⁾	56	—	—	—	—	2	3,57	16	28,57	25	44,64	9	16,07	3	5,36	1	1,79
IX. Hannover: a) Sämtliche Städte . . .	113	—	—	1	0,88	5	4,42	45	39,82	46	40,71	14	12,39	2	1,77	—	—
b) Landgem. ü. 10 000 E.	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	—	—	1	50,00	—	—	—	—
X. Westfalen: a) Sämtliche Städte . . .	109	—	—	5	4,59	5	4,59	22	20,18	54	49,54	22	20,18	1	0,92	—	—
b) Landgem. ü. 10 000 E.	26	—	—	—	—	—	—	6	23,08	15	57,69	5	19,23	—	—	—	—
XI. Hessen-Nassau: a) Sämtliche Städte .	103	1	0,97	15	14,56	27	26,21	44	42,72	14	13,59	2	1,94	—	—	—	—
b) Landg. ü. 10 000 E.	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz: a) Sämtliche Städte .	133	—	—	1	0,75	11	8,27	49	36,84	55	41,35	14	10,53	2	1,50	1	0,75
b) Landg. ü. 10 000 E.	29	—	—	—	—	1	3,45	9	31,03	13	44,83	6	20,69	—	—	—	—
XIII. Hohenzollernsche Lande: Sämtl. Städte ¹⁾	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

ganz ähnliche Verhältnisse wie bei der Grund- und Gebäudesteuer. Erheblichere Abweichungen verursachen nur die hohen Zuschläge einiger Industrieorte Schlesiens, Westfalens und der Rheinprovinz. Namentlich in Westfalen ist der Unterschied des Anteils der Städte, die mehr als 300 % der staatlich veranlagten Beträge erhoben, sehr bedeutend: während er nämlich bei der Grund- und Gebäudesteuer nur 0,92 v. H. ausmachte, belief er sich bei der Gewerbesteuer auf 17,43 v. H.

Von der den Gemeinden im Kommunalabgabengesetze erteilten Befugnis, an Stelle der Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern besondere Gemeindesteuern einzuführen, ist nur von einem verhältnismäßig kleinen Teile der in die Erhebung einbezogenen Gemeinden Gebrauch gemacht worden. Im Rechnungsjahre 1914 besaßen 2 Städte eine besondere Gemeindeeinkommensteuer, desgleichen 187 Städte und 43 große Landgemeinden, d. w. 16,62 v. H. der in die Erhebung

einbezogenen Gemeinden, besondere Steuern vom Grundbesitze, desgleichen 119 Städte sowie 59 große Landgemeinden oder 12,86 v. H. besondere Gewerbesteuern, endlich 10 Städte und 2 große Landgemeinden eine besondere Betriebssteuer.

Eine besondere Gemeindeeinkommensteuer besaßen nur Altona und Frankfurt a./M. Besondere Betriebssteuern hatten die Stadtkreise Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Trier, Saarbrücken, Hamborn und Remscheid, desgleichen die kreisangehörigen Städte Wongrowitz, Znin und Wattenscheid, endlich die großen Landgemeinden Altenessen und Repelen-Baerl eingeführt. Die Gemeinden, die im Berichtsjahre eine besondere Steuer vom Grundbesitze oder Gewerbebetriebe besaßen, können hier nicht einzeln aufgeführt werden. Die Verteilung dieser Stadt- und Landgemeinden auf die Provinzen ergibt sich aus den folgenden Übersichten:

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer im Rechnungsjahre 1914.

Staat. Provinzen.	Zahl der Ge- mein- den über- haupt	Es betrug die Anzahl der Städte oder Landgemeinden, die Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben															
		in denen keine Steuern vom Gewerbe- betriebe erhoben wurden		bis einschl. 100 %		über 100 bis einschl. 150 %		über 150 bis einschl. 200 %		über 200 bis einschl. 250 %		über 250 bis einschl. 300 %		über 300 bis einschl. 400 %		über 400 %	
		über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.	über- haupt	v. H.
I	2	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b	10a	10b
A. Staat.																	
I. Berlin	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Städte mit mehr als																	
II. 200 000 Einwohnern (ohne Berlin) .	14	—	—	—	—	1	7,14	6	42,86	4	28,57	2	14,29	1	7,14	—	—
III. 100 000 bis einschl. 200 000 Einw.	19	—	—	1	5,26	2	10,53	5	26,32	5	26,32	2	10,53	2	10,53	2	10,53
IV. 50 000 " " 100 000 "	30	—	—	—	—	1	3,33	7	23,33	11	36,67	5	16,67	—	—	6	20,00
V. 25 000 " " 50 000 "	65	—	—	—	—	1	1,54	22	33,85	24	36,92	10	15,38	4	6,15	4	6,15
VI. 10 000 " " 25 000 "	162	—	—	1	0,62	2	1,23	57	35,19	67	41,36	15	9,26	12	7,41	8	4,94
VII. 7 000 " " 10 000 "	93	—	—	—	—	9	9,68	41	44,09	32	34,41	10	10,75	1	1,08	—	—
VIII. 5 000 " " 7 000 "	129	—	—	4	3,10	11	8,53	60	46,51	39	30,23	11	8,53	3	2,33	1	0,78
IX. 3 000 " " 5 000 "	237	—	—	8	3,38	26	10,97	109	45,99	67	28,27	22	9,28	4	1,69	1	0,42
X. 2 000 " " 3 000 "	241	1	0,41	10	4,15	39	16,18	101	41,91	75	31,12	11	4,56	4	1,66	—	—
XI. Städte mit nicht mehr als 2 000 E.	286	4	1,40	21	7,34	43	15,03	129	45,10	63	22,03	23	8,04	2	0,70	1	0,35
I. bis XI. Sämtliche Städte . .	1 277	5	0,39	45	3,52	135	10,57	538	42,13	387	30,31	111	8,69	33	2,58	23	1,80
XII. Landgem. mit mehr als 10 000 Einw.	107	—	—	—	—	—	—	19	17,76	20	18,69	13	12,15	15	14,02	40	37,38
I. bis XII. zusammen	1 384	5	0,36	45	3,25	135	9,75	557	40,25	407	29,41	124	8,96	48	3,47	63	4,55
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen: Sämtliche Städte ¹⁾ . .	67	—	—	—	—	1	1,49	18	26,87	31	46,27	15	22,39	2	2,99	—	—
II. Westpreußen: a) Sämtliche Städte .	57	—	—	—	—	1	1,75	18	31,58	26	45,61	11	19,30	1	1,75	—	—
b) Landg. üb. 10 000 E.	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—	—	—
III. Brandenburg (ohne Berlin):																	
a) Sämtliche Städte	142	—	—	5	3,52	17	11,97	69	48,59	45	31,69	6	4,23	—	—	—	—
b) Landgem. üb. 10 000 Einw.	20	—	—	—	—	—	—	7	35,00	7	35,00	3	15,00	3	15,00	—	—
IV. Pommern: Sämtliche Städte ¹⁾ . . .	73	1	1,37	2	2,74	3	4,11	39	53,42	26	35,62	2	2,74	—	—	—	—
V. Posen: Sämtliche Städte ¹⁾	129	2	1,55	4	3,10	20	15,50	60	46,51	33	25,58	7	5,43	3	2,33	—	—
VI. Schlesien: a) Sämtliche Städte . . .	150	—	—	6	4,00	16	10,67	80	53,33	30	20,00	10	6,67	5	3,33	3	2,00
b) Landgem. üb. 10 000 E.	26	—	—	—	—	—	—	2	7,69	5	19,23	5	19,23	7	26,92	7	26,92
VII. Sachsen: a) Sämtliche Städte . . .	142	—	—	3	2,11	27	19,01	72	50,70	31	21,83	5	3,52	3	2,11	1	0,70
b) Landgem. üb. 10 000 E.	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII. Schleswig-Holstein: Sämtliche Städte ¹⁾	56	—	—	1	1,79	3	5,36	20	35,71	26	46,43	5	8,93	1	1,79	—	—
IX. Hannover: a) Sämtliche Städte . . .	113	—	—	2	1,77	6	5,31	45	39,82	40	35,40	15	13,27	3	2,65	2	1,77
b) Landgem. üb. 10 000 E.	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—	—	—
X. Westfalen: a) Sämtliche Städte . . .	109	—	—	5	4,59	5	4,59	22	20,18	40	36,70	18	16,51	8	7,34	11	10,09
b) Landgem. üb. 10 000 E.	26	—	—	—	—	—	—	2	7,69	2	7,69	2	7,69	2	7,69	18	69,23
XI. Hessen-Nassau: a) Sämtliche Städte	103	2	1,94	16	15,53	26	25,24	46	44,66	10	9,71	2	1,94	1	0,97	—	—
b) Landg. üb. 10 000 E.	1	—	—	—	—	—	—	1	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Rheinprovinz: a) Sämtliche Städte	133	—	—	1	0,75	10	7,52	47	35,34	48	36,09	15	11,28	6	4,51	6	4,51
b) Landg. üb. 10 000 E.	29	—	—	—	—	—	—	4	13,79	4	13,79	3	10,34	3	10,34	15	51,72
XIII. Hohenzollernsche Lande: Sämtl. Städte ¹⁾	2	—	—	—	—	—	—	1	50,00	1	50,00	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

Im Rechnungsjahre 1914 hatten eine besondere Gemeindesteuer vom Grundbesitze eingeführt

in	Stadtkreise		sonstige Städte				Städte		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	mit mehr als 10 000 Einw.	mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.	bis zu 2 000 Einw.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.	
Ostpreußen	2	50,00	3	50,00	—	—	5	7,46	—	—	5	7,46
Westpreußen	2	50,00	1	10,00	—	—	3	5,26	1	50,00	4	6,78
Brandenburg (einschl. Berlins)	11	73,33	4	30,77	13	15,48	1	3,23	29	20,28	49	30,06
• Pommern	3	60,00	1	10,00	2	4,26	—	—	6	8,22	—	—
Posen	2	66,67	2	33,33	4	5,63	—	—	8	6,20	—	—
Schlesien	6	50,00	5	21,74	2	2,53	—	—	13	8,67	8	30,77
Sachsen	4	30,77	4	22,22	1	1,30	—	—	9	6,34	—	—
Schleswig-Holstein	5	100,00	4	57,14	6	18,18	1	9,09	16	28,57	—	—
Hannover	4	40,00	5	45,45	4	7,02	1	2,86	14	12,39	2	100,00
Westfalen	8	53,33	7	28,00	6	10,71	—	—	21	19,27	5	19,23
Hessen-Nassau	4	100,00	6	75,00	5	9,62	—	—	15	14,56	—	—
der Rheinprovinz	19	95,00	23	52,27	6	10,53	—	—	48	36,09	7	24,14
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	70	63,64	65	35,91	49	7,00	3	1,06	187	14,64	43	40,19
											230	16,62.

Im Rechnungsjahre 1914 hatten eine besondere Gemeinde-Gewerbsteuer eingeführt

in	Stadtkreise		sonstige Städte						Städte		Land- gemeinden mit mehr als 10 000 Einw.		Gemeinden	
	überh.	v. H.	mit mehr als 10 000 Einw.		mit mehr als 2 000 bis 10 000 Einw.		bis zu 2 000 Einw.		überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.
			überh.	v. H.	überh.	v. H.	überh.	v. H.						
Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Westpreußen	1	25,00	—	—	—	—	—	—	1	1,75	—	—	1	1,69
Brandenburg (einschl. Berlins)	6	40,00	3	23,08	1	1,19	—	—	10	6,99	5	25,00	15	9,20
Pommern	1	20,00	—	—	—	—	—	—	1	1,37	—	—	1	1,37
Posen	—	—	1	16,67	2	2,82	—	—	3	2,33	—	—	3	2,33
Schlesien	5	41,67	6	26,09	2	2,58	—	—	13	8,67	14	53,85	27	15,34
Sachsen	7	53,85	2	11,11	3	3,90	1	2,94	13	9,15	—	—	13	9,09
Schleswig-Holstein	2	40,00	2	28,57	1	3,03	—	—	5	8,93	—	—	5	8,93
Hannover	4	40,00	4	36,36	6	10,53	—	—	14	12,39	—	—	14	12,17
Westfalen.	10	66,67	9	36,00	6	10,71	—	—	25	22,94	20	76,92	45	33,33
Hessen-Nassau	1	25,00	2	25,00	1	1,92	—	—	4	3,88	—	—	4	3,88
der Rheinprovinz	11	55,00	17	38,64	2	3,51	—	—	30	22,56	20	68,97	50	30,86
den Hohenzollernschen Landen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
den Provinzen zusammen	48	43,64	46	25,41	24	3,43	1	0,35	119	9,32	59	55,14	178	12,86

Während die Maßstäbe, nach denen auf Grund der besonderen Steuerordnung die Veranlagung in den Gemeinden stattfand, für die Steuern vom Grundbesitze unmittelbar aus den Spalten 9a und 9b der Tabelle 18 zu ersehen sind, erfolgt ihre Nachweisung für die besonderen Einkommensteuern und die übrigen Realsteuern in den der Tabelle 18 angefügten Erläuterungen zu den Spalten 8, 10 und 11. Von einem näheren Eingehen auf sie muß aus Raumrücksichten abgesehen werden.

In der auf Seite 255 abgedruckten Tabelle 19 sind für 64 Gemeinden Groß-Berlins ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914 nachgewiesen. Von den darunter befindlichen 36 Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern, die in der Tabelle 18 unberücksichtigt geblieben sind, erhoben 4 Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von noch nicht 100 %, nämlich Wannsee 92, Heiligensee 80 und Bln.-Grunewald sowie Nikolassee je 60 %. In folgenden 8 Landgemeinden betrug der Zuschlag gerade 100 %: Bln.-Schmargendorf, Rudow, Mahlow im Kreise Teltow sowie Berlin-Stralau, Lübars, Glienicke, Malchow und Mehrow im Kreise Niederbarnim. Während die Zuschläge bei den übrigen in Betracht kommenden kleineren Landgemeinden

von Groß-Berlin nicht mehr als 150 % der Staatseinkommensteuer ausmachten, überschritten die Gemeinden Alt Glienicke und Bohnsdorf im Kreise Teltow diesen Satz noch; sie erhoben beide 160 %. Auf die Heranziehung der Einkommen unter 900 *M* verzichteten gänzlich nur Bln.-Schmargendorf, Bln.-Grunewald und Nikolassee im Kreise Teltow sowie Mahlsdorf und Biesdorf im Kreise Niederbarnim. Von den übrigen Landgemeinden ging jedoch auch keine bei der Besteuerung der Einkommen über die Mindestgrenze von 420 *M* hinaus.

Die Steuern vom Grundbesitze wurden nur von 10 der in Frage kommenden 36 kleinen Landgemeinden in Prozenten der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer erhoben; die übrigen kleinen Vororte Berlins hatten eine besondere Gemeindegrundbesitzsteuer eingeführt, in der Regel unter Zugrundelegung des gemeinen Wertes. Dagegen besaß nur eine dieser kleinen Landgemeinden eine besondere Gemeindegewerbsteuer, nämlich Berlin-Wittenau; hier ergab das Aufkommen der besonderen Gewerbsteuer 301 % der staatlich veranlagten Beträge, einen Satz, der von keinem anderen der kleinen Berliner Vororte, die die Gewerbsteuer in Prozenten der staatlich veranlagten Steuer erhoben, erreicht wurde.

Schlußbemerkungen.

Von einer Fortsetzung der Veröffentlichung über den Steuern- und Schuldenstand der preussischen Städte und großen Landgemeinden, wie sie hier für das Rechnungsjahr 1913 bzw. 1914 vorliegt, wird für die Dauer des Krieges abgesehen werden müssen. Während die den Gemeinden zu Gebote stehenden Arbeitskräfte durch die Einberufungen zur Fahne stark vermindert sind, hat der Aufgabenkreis der Gemeinden durch die erforderlichen Kriegsmaßnahmen eine erhebliche Erweiterung erfahren. Diesen Verhältnissen muß auch seitens der amtlichen Statistik Rechnung getragen werden, und demzufolge muß jede nicht unbedingt erforderliche Erhebung, durch die den Gemeinden erheblichere Arbeit erwächst, unterbleiben. Aus diesem Grunde ist bereits im ersten Kriegsjahre die preussische kommunale Steuer- und Schuldenstatistik auf die Provinzialverbände sowie auf die Stadt- und Landkreise beschränkt worden, und im zweiten Kriegsjahre ist diese Erhebung überhaupt in Fortfall gekommen. Hoffentlich wird es möglich sein, nach Beendigung des Krieges die Statistik wieder fortzusetzen. Ob alsdann die Zahlen für alle in die Kriegszeit

fallenden Rechnungsjahre nachträglich noch erhoben werden können, ist fraglich. Sehr wünschenswert wäre zum mindesten die Berücksichtigung des dem Friedensschlusse vorausgehenden Rechnungsjahres, damit die durch den Krieg verursachten sehr erheblichen Veränderungen im kommunalen Steuer- und Schuldenwesen zahlenmäßig festgestellt werden könnten. Die vorliegende, das letzte Friedensjahr betreffende Arbeit wird alsdann wertvolle Vergleichungszahlen liefern.

Bei der späteren Wiederaufnahme dieser kommunalen Steuer- und Schuldenstatistik wird zu erwägen sein, ob die Erhebung nicht noch insofern zu ergänzen wäre, als auch das Prinzipalsoll der staatlich veranlagten direkten Steuern in sie miteinbezogen würde. Diese die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden und höheren Kommunalverbände kennzeichnenden Zahlen würden erst die richtige Grundlage zur Beurteilung des Steuern- und Schuldenstandes der einzelnen Gemeinden usw. liefern. Sie würden eine wesentliche Bereicherung des Zahlenstoffes dieser Statistik darstellen, und ihre Mitberücksichtigung erscheint daher sehr wünschenswert.

Einkommensgliederung der preußischen Bevölkerung im Zeitraume 1902—1914.

Mit zwei Karten.

Von
Dr. F. Kühnert.

Einleitung.

Nachdem im Jahrgang 1902 dieser Zeitschrift von dem damaligen Oberregierungsrat Evert in den „Sozialstatistischen Streifzügen durch die Materialien der Veranlagung zur Einkommensteuer“ für die Zeit von 1892 bis 1901, also die ersten zehn Jahre der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung nach dem Einkommensteuergesetze vom 24. Juni 1891, auf Grund der vom Königlichen Statistischen Landesamt alljährlich aufgestellten Einkommensteuer-Statistik die Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Preußen behandelt worden und seitdem wieder mehr als ein Jahrzehnt verflossen ist, erscheint es geboten, von neuem einen derartigen Rückblick zu bringen. Beabsichtigt war dies ursprünglich für den anschließenden Zeitraum 1902-1916, womit zugleich ein Gesamtbild für die ersten 25 Jahre der durch die Miquelsche Steuerreform eingeführten Einkommensbesteuerung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit vorgelegen hätte. Infolge des Weltkrieges ist jener Plan fallen gelassen worden, da als natürliche Folge des Kriegszustandes einschneidende Änderungen in den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung eingetreten sind, die zweckmäßiger Gegenstand besonderer Darstellung bilden¹⁾. Es wurden daher für die rückschauende Betrachtung die Jahre 1902 bis 1914 gewählt. Das Jahr 1914 konnte mitbezogen werden, weil die amtliche preußische Einkommensteuer-Statistik nur die unveränderten Veranlagungsergebnisse erster Instanz berücksichtigt, somit die im Frühjahr 1914 erfolgte Einkommensteuer-Veranlagung sich auch nur auf die Einkommensverhältnisse vor Kriegsausbruch bezieht.

Das in den Berichtszeitraum 1902-1914 fallende mit dem Steuerjahre 1907 in Kraft getretene Gesetz vom 19. Juni 1906, betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes, hat zwar auch die materiellen Grundsätze der Einkommensteuer-Veranlagung nicht unerheblich, aber doch nicht so wesentlich geändert, daß die vor und nach 1907 liegenden Veranlagungsergebnisse, soweit sie das Einkommen der Bevölkerung betreffen, unvergleichbar wären; selbst die durch die Novelle von 1906 den Arbeitgebern auferlegte Verpflichtung, über das von ihnen ausgehende Einkommen ihrer Arbeitnehmer, sofern es den Betrag von jährlich 3 000 *M* nicht übersteigt, der Gemeindebehörde auf Erfordern Auskunft zu geben, darf, wenn schon sie zweifellos von beträchtlichem Einfluß auf das Veranlagungsergebnis gewesen ist, als ein die Vergleichbarkeit störender Umstand nicht allzu hoch veranschlagt werden, weil von 1906 auf 1907, also am Schlusse eines Zeitraums günstiger, mit Steigerung des Arbeitsverdienstes der erwerbstätigen Bevölkerung verbundener Wirtschaftskonjunktur ohnehin noch eine bedeutende Mehrung der Einkommensteuerpflichtigen und des steuerpflichtigen Ein-

kommens zu erwarten war und weil außerdem, wie schon Evert in der angezogenen Abhandlung ausführt, in allen Jahren ein gewisser, nicht näher zu bezeichnender Anteil an der Zunahme der Zensitenzahl wie des eingeschätzten Einkommens nicht auf Rechnung steigender Wohlhabenheit, sondern genauerer Einschätzung zu setzen ist. Immerhin wird bei Würdigung der Einkommensbewegung von 1906 auf 1907 die zum Teil lediglich auf die Einkommensteuer-Novelle von 1906 zurückzuführende Vervollkommnung der Veranlagung durch Erfassung bis dahin den Veranlagungsbehörden entgangener Einkommensbeträge von Arbeitnehmern nicht ganz unberücksichtigt bleiben dürfen.

Unzweifelhaft liefern die Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung allein eine — wenn auch nicht ganz einwandfreie, so doch durchaus brauchbare — Grundlage für die unsere Aufgabe bildende Beantwortung der volkswirtschaftlich wichtigen Frage, wie sich die Bevölkerung Preußens nach der Höhe des Einkommens der einzelnen Bewohner gliedert, sei es, daß diese einer wirtschaftlich von ihnen abhängigen Familie (Haushaltung) vorstehen und daher auch im Zusammenhange mit ihren Haushaltsangehörigen betrachtet werden müssen, oder, daß sie wirtschaftlich selbständige Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) sind.

Auf die Mängel der das Einkommen betreffenden Unterlagen der Einkommensteuer-Statistik, die u. a. namentlich von Adolph Wagner in einer Abhandlung im Jahrgang 1904 dieser Zeitschrift¹⁾ erörtert worden sind und die ihm keineswegs so erheblich erscheinen, daß sich aus dem Material zur Beantwortung von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Fragen nicht sehr wertvolle Anhaltspunkte gewinnen ließen, soll hier nicht näher eingegangen werden; nur wird im folgenden gezeigt, wie einige der preußischen Einkommensteuer-Statistik innewohnenden Unebenheiten für die vorliegende Untersuchung nicht weiter ins Gewicht fallen: so der Umstand, daß das Einkommen der Zensiten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* nicht wie das der Zensiten der höheren Gruppen nach seiner wirklichen Höhe statistisch festgestellt, sondern unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge errechnet wird, ferner, daß in derselben Weise bei den unter den Zensiten mit über 900 bis 3 000 *M* Einkommen befindlichen, auf Grund der §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Einkommensteuergesetzes im Steuersatze Ermäßigten das Einkommen statistisch nur insoweit in Ansatz gebracht wird, als es ihrem ermäßigten Steuersatze entspricht, ein Übelstand, der wegen der großen Schwierigkeit, das tatsächliche gesamte Einkommen jener zahlreichen Ermäßigten ebenso wie bei den Zensiten mit mehr als 3 000 *M* Einkommen bei Aufstellung der Statistik zu berücksichtigen, in Kauf ge-

¹⁾ Vergl. Jahrgang 1915 dieser Zeitschrift, S. 290 ff.: „Hauptergebnisse der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1915“.

¹⁾ S. 41 ff.: Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens.

nommen werden muß, endlich, daß das Einkommen der auf Grund der gedachten Gesetzesbestimmungen gänzlich Freigestellten bei der Statistik überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Alle diese Unzulänglichkeiten der Statistik, die, wenn man den genauen Betrag des Privateinkommens der preußischen Bevölkerung ermitteln wollte, sehr störend wirken würden, spielen für unsere Untersuchung, bei der es sich im wesentlichen um die Frage handelt, wie sich die Bevölkerung auf die wichtigsten Einkommensgruppen (bis 900, über 900 bis 3 000, über 3 000 bis 9 500, über 9 500 bis 30 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 *M*) verteilt, keine Rolle, da die Materialien der preußischen Einkommensteuer-Statistik sicher erkennen lassen, welcher jener Gruppen der einzelne Einkommensbezieher ohne Rücksicht auf den Steuersatz, zu dem er veranlagt ist, nach der Höhe seines bei der Veranlagung ermittelten gesamten Reineinkommens angehört. Demgemäß sind z. B. bei der Darstellung der Einkommensgliederung die auf Grund des § 19 oder § 20 des Einkommensteuergesetzes zu einem dem Einkommen bis zu 3 000 *M* entsprechenden Steuersatze ermäßigten Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen gleichwohl der betreffenden höheren Einkommensgruppe zugezählt. Ferner sei bemerkt, daß alle gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten tatsächlich ausnahmslos der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* zugehören¹⁾, was ohnehin schon durch die Erwägung verständlich wird, daß beispielsweise eine Person mit über 3 000 bis 3 300 *M* Einkommen, um gemäß § 19 des Gesetzes freigestellt werden zu können, mindestens 20 Kinder oder andere Familienangehörige haben müßte, denen sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt.

Die in der Öffentlichkeit mitunter auftretende Behauptung, aus der preußischen Einkommensteuer-Statistik sei die Zahl der wirtschaftlich selbständigen Bezieher eines Einkommens bis zu 900 *M*, also die große Klasse der Einkommensteuerfreien (ohne Angehörige), nicht zu entnehmen, trifft nur für die Steuerjahre 1892 bis 1895 zu; seit 1896 sind dagegen die Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) mit einem das sogenannte Existenzminimum von 900 *M* nicht übersteigenden Einkommen nicht nur — wie bis dahin — einschließlich, sondern auch ausschließlich der An-

¹⁾ Das gilt auch für die Einkommensbezieher, deren steuerbares Einkommen bis zur Einkommensteuer-Novelle von 1909 lediglich durch den Abzug von 50 *M* für jedes nicht selbständig zu veranlagende Familienglied unter 14 Jahren für die Veranlagung auf 900 *M* oder darunter gesunken war; diese Personen sind, da der fragliche, auf § 18 (später § 19) des Gesetzes beruhende Abzug keine wirkliche Minderung des Steuereinkommens darstellt, vielmehr nur fingiert ist, der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* unbedenklich zuzuzählen.

gehörigen alljährlich besonders festgestellt worden¹⁾. Richtig ist allerdings, daß eine weitere Gliederung dieser niedrigsten Einkommen nach Lage der Statistik unmöglich ist. —

Gegenüber der Evertsen'schen Abhandlung, in der die an sich einkommensteuerpflichtige Bevölkerung (einschließlich der nach §§ 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten), ferner einkommensgruppenweise die zur Einkommensteuer veranlagte Bevölkerung (ohne die Freigestellten) sowie die Einkommensteuerzensiten der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt sind, enthält die vorliegende Arbeit insofern eine wesentliche Erweiterung, als nunmehr auch eine vollständige Einkommensgliederung der Einkommensbezieher allein (Zensiten, gemäß §§ 18 und 19 [später §§ 19 und 20] des Gesetzes Freigestellte und selbständige Einkommensteuerfreie) gebracht wird, bei der diese nach der Höhe ihres Reineinkommens geordnet zu der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) in Beziehung gesetzt werden. Diese Art der Vergleichung gewährt ein zutreffendes Bild der Einkommensverteilung bei dem für den selbständigen Erwerb und Bezug eines Einkommens in Betracht kommenden Bevölkerungssteile. —

Die folgende Abhandlung zerfällt in vier Abschnitte, von denen

- der erste die einkommensteuerfreie und die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung,
- der zweite die Bevölkerung in ihrer Verteilung auf die hauptsächlichsten Einkommensgruppen,
- der dritte die Bevölkerung mit besserem Einkommen,
- der vierte die Einkommensgliederung der Bevölkerung nach Kreisen

betrifft.

Zu Vergleichszwecken berücksichtigen wir bei der Ausführung der ziffermäßigen Ergebnisse außer den Berichtsjahren 1902 bis 1914 gewöhnlich auch das Jahr 1892 als erstes der Veranlagung nach dem Einkommensteuergesetz von 1891 und das Jahr 1896, in dem zum ersten Male einwandfrei — wie bereits erwähnt — die Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) ermittelt und außerdem die Gesamtbevölkerung in ihrer Verteilung auf die einzelnen Abstufungen der Einkommensklasse von mehr als 900 *M* festgestellt worden ist.

Von der Unterscheidung zwischen Stadt und Land ist aus räumlichen Rücksichten im folgenden abgesehen worden; diese soll Gegenstand einer weiteren Arbeit über die Einkommensgliederung bilden.

¹⁾ Tatsächlich ist diese Aussonderung erstmals bereits für das Steuerjahr 1895 vorgenommen worden, indes, da teilweise auf Schätzung beruhend, nicht einwandfrei und daher auch hier nicht berücksichtigt.

I. Die einkommensteuerfreie und die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung.

Die hier gewählte Unterscheidung zwischen „Einkommensteuerfreien“ und „Einkommensteuerpflichtigen“ ist im wesentlichen gleichbedeutend mit der zwischen Personen, deren Einkommen über das sogenannte Existenzminimum von 900 *M* nicht hinausgeht, und solchen, deren Einkommen es überschreitet.

Allerdings sind der Vollständigkeit halber den Einkommensteuerfreien die wenigen Personen (1892 6 832, 1902 9 846, 1914 7 297) zugezählt, die ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens aus staatsrechtlichen Gründen (als Exterritoriale u. dgl.) von der Einkommensteuer befreit sind, sei es, daß die Steuerfreiheit auf mangelnder subjektiver oder objektiver Steuerpflicht (§ 3 bzw. § 5 des Einkommensteuergesetzes) beruht. Andererseits ist unter den an sich Einkommensteuer-

pflichtigen auch die gleichfalls geringe Anzahl von Personen enthalten, bei denen zwar ein Einkommen von über 900 *M* zu vermuten, deren Veranlagung indes ausgesetzt war und die deshalb bei der betreffenden, die Ergebnisse der allgemeinen Einkommensteuer-Veranlagung darstellenden Jahresstatistik nicht mitberücksichtigt werden konnten (1892 . . , 1902 1 466, 1914 4 864). Im übrigen, also im wesentlichen, bestehen die Einkommensteuerpflichtigen aus den wegen Bezuges eines Reineinkommens von über 900 *M* zur Einkommensteuer Veranlagten und den auf Grund der §§ 19 und 20 — früher §§ 18 und 19 — des Einkommensteuergesetzes Freigestellten, die zwar gleichfalls ein Einkommen von steuerpflichtiger Höhe beziehen, jedoch aus besonderen Gründen (wegen gesetzlicher

Unterhaltungspflicht gegenüber Familienangehörigen, früher wegen Vorhandenseins mehrerer Familienmitglieder unter 14 Jahren bzw. wegen wesentlich beeinträchtigter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit) von der Einkommensteuer befreit worden sind.

Die zunächst folgende Übersicht weist die Zahl der Einkommensteuerfreien und der Einkommensteuerpflichtigen je so-

wohl einschließlich wie ausschließlich der Angehörigen nach und stellt sie der Gesamtbevölkerung, die Steuerfreien wie Steuerpflichtigen je für sich allein (also ausschließlich der Angehörigen) außerdem auch der Gesamtzahl der Haushaltsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler), d. h. dem Teil der Bevölkerung gegenüber, der überhaupt für den selbständigen Erwerb und Bezug eines Einkommens in Betracht kommt.

Es betrug				die Zahl der Einkommensteuerfreien					die Zahl der an sich Einkommensteuerpflichtigen				
die Gesamtbevölkerung				einschließlich		ausschließlich			einschließlich		ausschließlich		
im Jahre	über- haupt	davon Haus- haltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen (Einzel- wirtschaftler)		über- haupt	der Angehörigen			über- haupt	der Angehörigen			v. H. aller Haus- haltungs- vorstände u. selbständi- gen Einzel- personen	
		über- haupt	v. H. der Gesamtbe- völkerung		v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	v. H. aller Haus- haltungs- vorstände u. selbständi- gen Einzel- personen		über- haupt	v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	über- haupt		v. H. der Gesamt- bevöl- kerung
1892 . . .	29 895 224	.	.	20 952 059	70,1	.	.	.	8 943 165	29,9	2 594 854	8,7	.
1896 . . .	31 349 283	11 473 418	36,6	21 066 453	67,2	8 613 994	27,5	75,1	10 282 830	32,8	2 859 424	9,1	24,9
1902 . . .	34 551 274	12 812 985	37,1	20 613 249	59,7	8 748 751	25,3	68,3	13 938 025	40,3	4 064 234	11,8	31,7
1903 . . .	35 114 667	13 033 565	37,1	20 686 670	58,9	8 816 235	25,1	67,6	14 427 997	41,1	4 217 330	12,0	32,4
1904 . . .	35 629 139	13 249 695	37,2	20 540 902	57,7	8 789 304	24,7	66,3	15 088 237	42,3	4 460 391	12,5	33,7
1905 . . .	36 269 439	13 567 150	37,4	20 483 263	56,5	8 842 215	24,4	65,2	15 786 176	43,5	4 724 935	13,0	34,8
1906 . . .	36 829 724	13 848 209	37,6	20 297 174	55,1	8 835 266	24,0	63,8	16 532 550	44,9	5 012 943	13,6	36,2
1907 . . .	37 467 246	14 203 497	37,9	18 842 470	50,3	8 466 477	22,6	59,6	18 624 776	49,7	5 737 020	15,3	40,4
1908 . . .	38 026 556	14 560 767	38,3	17 957 848	47,2	8 330 352	21,9	57,2	20 068 708	52,8	6 230 415	16,4	42,8
1909 . . .	38 598 423	14 771 359	38,3	17 676 308	45,8	8 302 267	21,5	56,2	20 922 115	54,2	6 469 092	16,8	43,8
1910 . . .	39 145 535	15 048 290	38,4	16 768 154	42,8	8 199 181	20,9	54,5	22 377 381	57,2	6 849 109	17,5	45,5
1911 . . .	39 773 029	15 443 627	38,8	16 382 969	41,2	8 251 707	20,7	53,4	23 390 060	58,8	7 191 920	18,1	46,6
1912 . . .	40 236 830	15 700 613	39,0	16 004 537	39,8	8 158 925	20,3	52,0	24 232 293	60,2	7 541 688	18,7	48,0
1913 . . .	40 751 635	16 017 048	39,3	15 545 529	38,1	8 086 473	19,8	50,5	25 206 106	61,9	7 930 575	19,5	49,5
1914 . . .	41 228 784	16 254 480	39,4	15 136 123	36,7	7 986 634	19,4	49,1	26 092 661	63,3	8 267 846	20,1	50,9

Die vorstehend für die einzelnen Jahre aufgeführte Gesamtbevölkerung (also die einkommensteuerfreien wie -pflichtigen Haushaltsvorstände und selbständigen Einzelpersonen nebst den Angehörigen der ersteren zusammen) ist die bei der jährlichen Personenstandsaufnahme für die Zwecke der Einkommensteuer-Veranlagung ermittelte Seelenzahl¹⁾. Seit dem Jahre 1896 ist es auch einwandfrei möglich, die Haushaltsvorstände und selbständigen Einzelpersonen aus der Gesamtbevölkerung auszuschneiden. Von Interesse ist, daß sich, wie die Übersicht ergibt, im Zeitraum 1896-1914 die Zahl der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler verhältnismäßig etwas schneller als die Gesamtbevölkerung vermehrt hat; erstere betrug nämlich im Jahre 1896 etwas über ein Drittel, im Jahre 1914 dagegen fast zwei Fünftel der gesamten Seelenzahl.

Betrachten wir des weiteren die Einkommensteuerfreien, also die Personen, die kein das sogenannte Existenzminimum von 900 \mathcal{M} übersteigendes Einkommen aufweisen, so fällt in der Übersicht zunächst der starke Rückgang der Schicht der einkommensteuerfreien Bevölkerung (einkommensteuerfreie Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) auf, die im ersten Veranlagungsjahre 1892 sieben Zehntel, 1896 zwei Drittel und 1902 noch

rund drei Fünftel, also weitaus die Mehrheit, im letzten Berichtsjahre 1914 aber nur noch wenig mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Absolut ist die einkommensteuerfreie Bevölkerung erst seit dem Jahre 1906 erheblich — bis zum Jahre 1914 um etwas über 5 Millionen — zurückgegangen.

Stellt man die Einkommensteuerfreien ausschließlich der Angehörigen, also die einkommensteuerfreien Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler allein, der Gesamtbevölkerung gegenüber, so ergibt sich für jene im Verhältnis zu letzterer nach unserer Übersicht gleichfalls eine ununterbrochene Verminderung seit 1896, die indessen nicht besonders erheblich war; machten sie doch im Jahre 1914 noch fast ein Fünftel, im Jahre 1902 hingegen wenig mehr als ein Viertel und im Jahre 1896 noch nicht drei Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Diese vergleichsweise, aber nur scheinbar ungünstige Erscheinung beruht vornehmlich darauf, daß in zunehmendem Maße zu der großen Zahl der Angehörigen der Gesamtbevölkerung gehörende junge Leute, nachdem sie ein nennenswertes, aber immerhin kleines eigenes, der Verfügung des Haushaltsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen erlangt haben, damit aus der elterlichen Haushaltung ausscheiden und durch ihre Häufigkeit ein starkes Sinken der absoluten Zahl der selbständigen Einkommensteuerfreien verhindern, mitunter sogar — wie von 1904 auf 1905 und von 1910 auf 1911 — deren Rückgang unterbrechen.

Wesentlich günstiger erscheint die rückläufige Bewegung des Anteilsverhältnisses der einkommensteuerfreien Selbständigen, wenn man sie zur Gesamtzahl der überhaupt vorhandenen Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler in Beziehung setzt. Wir ersehen aus der Übersicht, daß 1896 noch drei Viertel und 1902 nahezu sieben Zehntel, im letzten Berichtsjahre 1914 hingegen schon etwas weniger als die Hälfte aller Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler einkommensteuerfrei waren.

¹⁾ Sie stellt im wesentlichen die Wohnbevölkerung vor. Sie kann auch für die Volkszählungsjahre (hier 1905 und 1910) nicht mit der bei der Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl übereinstimmen, weil diese auch die lediglich vorübergehend in Preußen anwesenden Personen umfaßt und weil insbesondere die Personenstandsbevölkerung des betreffenden Steuerjahres die im vorhergehenden Herbst (in der Zeit vom 15. Oktober bis 18. November) ermittelte Seelenzahl, also die Bevölkerung gegen Ende des Vorjahres, betrifft, mithin zeitlich die Personenstandsbevölkerung für 1905 und 1910 um über 1 Jahr der am 1. Dezember jener Volkszählungsjahre festgestellten Bevölkerung voranliegt. Wenn man einen Zuschlag für die nur vorübergehend Anwesenden macht, kommt die Personenstands-Seelenzahl für die Steuerjahre 1906 bzw. 1911 der bei der Volkszählung von 1905 bzw. 1910 ermittelten Bevölkerungszahl sehr nahe.

Diese Vergleichung der Zahl der einkommensteuerfreien Selbständigen mit der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ist wertvoller als die früher ausschließlich übliche mit der Gesamtbevölkerungszahl, weil bei ersterer klar ersichtlich wird, wie häufig die Einkommensteuerfreien unter der Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, also unter den Personen, die insgesamt für den selbständigen Erwerb und Bezug eines Einkommens in Betracht kommen, vertreten sind. Die Häufigkeit der Einkommensbezieher würde, wenn man letztere ausschließlich der Gesamtbevölkerung, also auch den zahlreichen unmündigen Kindern (für die ja in der Regel die Möglichkeit selbständigen Einkommenserwerbs und -bezugs entfällt), gegenüberstellt, immer zu gering erscheinen; auch würde das Steigen und Fallen ihrer Verhältniszahl stets mehr oder weniger von dem Grade der Ab- oder Zunahme der Zahl der nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen abhängig sein. Würden beispielsweise sämtliche Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler eines Gebiets ein Einkommen von unter 900 *M* haben, so würde dies, wenn man ihre Zahl lediglich mit der betreffenden Gesamtbevölkerung vergliche, durch die entsprechende Verhältniszahl nicht erkennbar zum Ausdruck gebracht werden. Die absolute Zahl der selbständigen Einkommensteuerfreien ist ebenso wie die der einkommensteuerfreien Bevölkerung erst mit dem Jahre 1907 merklich gesunken, was größtenteils damit zu erklären ist, daß durch die Einkommensteuer-Novelle von 1906 den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt worden ist, auf Verlangen der Gemeindebehörde über die Lohn- und Gehaltsbezüge der in ihrer Haushaltung, ihrem Berufe oder Gewerbe beschäftigten Personen Auskunft zu erteilen, und infolgedessen zahlreiche Personen, deren genauer Einkommensbetrag sich früher der Kenntnis der Veranlagungsbehörden entzog, der Steuerpflicht unterworfen worden sind.

Was nunmehr die an sich Einkommensteuerpflichtigen, also die Personen mit über 900 *M*, anlangt, so hat sich deren absolute Zahl nach unserer Übersicht im Zeitraume 1892-1914 einschließlich der Angehörigen fast, ausschließlich dieser sogar etwas mehr als verdreifacht, von 1902 bis 1914 fast bzw. etwas mehr als verdoppelt.

Des weiteren ergibt die Übersicht, daß die an sich Einkommensteuerpflichtigen sich ungeachtet des überaus starken Anwachsens der Bevölkerung erheblich schneller als diese vermehrt haben. Sie machten einschließlich der Angehörigen im ersten Veranlagungsjahre 1892 kaum drei Zehntel, im Jahre 1896 noch nicht ganz ein Drittel und im Jahre 1902 wenig mehr als zwei Fünftel, im letzten Berichtsjahre 1914 hingegen bereits annähernd zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, mithin bereits wesentlich mehr als doppelt soviel wie im ersten Veranlagungsjahre 1892, aus. Schon im Jahre 1907 bildete die Schicht der als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher an einem das sogenannte Existenzminimum von 900 *M* übersteigenden Einkommen beteiligten Personen rund die Hälfte, im folgenden Jahre 1908 bereits die Mehrheit der Gesamtbevölkerung.

Auch die Ziffer der an sich steuerpflichtigen Einkommensbezieher allein ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr gestiegen; während sie von dieser im Jahre 1892 etwas über ein Zwölftel, im Jahre 1896 ein Elftel und im Jahre 1902 noch nicht ein Achtel ausmachte, bezog im Jahre 1914 schon eine Kleinigkeit mehr als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung Preußens ein Einkommen von über 900 *M*. Zum erstenmale war im letzten Berichtsjahre der Anteil der an sich steuerpflichtigen Einkommensbezieher an der Gesamtbevölkerung größer als der der steuerfreien.

Ferner bildeten die an sich Einkommensteuerpflichtigen im Jahre 1914 erstmalig die Mehrheit aller Haus-

haltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler), wogegen der betreffende Anteil im Jahre 1902 erst rund drei Zehntel, im Jahre 1896 noch nicht ganz ein Viertel betrug, sich somit seit 1896 verdoppelt hat. Daß die an sich Einkommensteuerpflichtigen ausschließlich der Angehörigen erst seit 1914 die Mehrzahl aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, einschließlich der Angehörigen aber schon seit 1908 die Mehrheit der Gesamtbevölkerung ausmachen, beruht einmal darauf, daß — wie wir aus der Hauptübersicht (S. 271) ersehen — die Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen sich wesentlich schneller als die Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler einschließlich der Angehörigen der ersteren) vermehrt haben, sodann aber vornehmlich darauf, daß sich unter den Personen mit einem das Existenzminimum von 900 *M* überschreitenden Einkommen viel mehr Haushaltungsvorstände mit Angehörigen befinden als unter denen mit Einkommen bis zu 900 *M*, die besonders stark mit einzelnlebenden Personen ohne Anhang durchsetzt sind. Auf einen einkommensteuerfreien Selbständigen kamen nämlich im Jahre 1896 durchschnittlich 1,45, im Jahre 1902 1,36 und im Jahre 1914 0,90, auf einen einkommensteuerpflichtigen hingegen 2,60 bzw. 2,43 und 2,16 Angehörige. Die Durchschnittsziffer der Angehörigen ist also im Berichtszeitraum hier wie da gesunken, bei den Einkommensteuerpflichtigen aber weniger als bei den Einkommensteuerfreien, weshalb sich das Übergewicht bei jenen noch gehoben hat.

Die vorstehend geschilderte Bewegung: bedeutender Rückgang des Bevölkerungsteils mit Einkommen bis zu 900 *M*, andererseits starkes Ansteigen desjenigen mit über 900 *M* ist als recht günstig anzusprechen, auch wenn man berücksichtigt, daß im Zeitraum 1892-1914 der Wert des Geldes merklich abgenommen hat. Sie beweist, daß der Wohlstand der preußischen Bevölkerung in erfreulicher Zunahme begriffen ist und daß insbesondere die Theorie von der fortschreitenden Proletarisierung der Massen (sogenannte Verelendungstheorie) in der preußischen Einkommensteuerstatistik keine Begründung findet. Würde man selbst das Existenzminimum auf 1 200 *M* ansetzen, so stellt sich doch die Zahl der Personen mit dieses überschreitendem Einkommen im Jahre 1914 überhaupt wie im Verhältnisse zur Gesamtbevölkerung noch höher als die der Personen mit über 900 *M* im ersten Veranlagungsjahre 1892; es waren nämlich im Jahre 1892 vorhanden 2 435 858 Personen mit über 900 *M* (ausschließlich der insgesamt 158 996 auf Grund der §§ 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten), im Jahre 1914 hingegen 5 116 931 mit über 1 200 *M* (ausschließlich der — nicht bekannten — Zahl der mit Einkommen von über 1 200 *M* auf Grund der §§ 19 und 20 des Gesetzes Freigestellten), d. i. für 1892 8,1 (einschließlich der nach §§ 18 und 19 des Gesetzes Freigestellten 8,7), für 1914 12,4 v. H. der Gesamtbevölkerung; die Personen mit über 900 *M* Einkommen machten also im Jahre 1892 rund ein Zwölftel, die mit über 1 200 *M* Einkommen im Jahre 1914 etwa ein Achtel der — in den letzten Jahrzehnten stark angewachsenen — Bevölkerung Preußens aus. Würde man das Existenzminimum nur auf 1 000 *M* annehmen, so würde es nach überschläglicher Berechnung im Jahre 1914 (die Personen mit über 1 050 *M* Einkommen betrugen 1914 ausschließlich der auf Grund der §§ 19 und 20 des Gesetzes Freigestellten allein 6 317 686 oder 15,3 v. H. der Gesamtbevölkerung) von etwa einem Sechstel der gesamten Bevölkerung Preußens, also von einem ungefähr doppelt so großen Teile wie im Jahre 1892 bei einem Existenzminimum von 900 *M*, überschritten worden sein.

Zwecks Beurteilung der Einkommensbewegung ist es von besonderem Interesse, ziffermäßig zu betrachten, in welchem Umfange die Bevölkerung aus der Gruppe der Steuerfreien

in die der Steuerpflichtigen aufgestiegen ist. Es ist also zu ermitteln, bei welchem Teile der Gesamtbevölkerung bzw. der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit 900 \mathcal{M} nicht übersteigendem Einkommen dieses in der Berichtszeit über das sogenannte Existenzminimum von 900 \mathcal{M} hinausgegangen ist. Zu diesem Behufe muß man den in der Berichtsperiode eingetretenen Zuwachs an Beziehern eines Einkommens von über 900 \mathcal{M} (einschließlich bzw. ausschließlich der Angehörigen) zur Zahl der Steuerfreien mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} (einschließlich bzw. ausschließlich der Angehörigen) in geeigneter Weise in Beziehung setzen, und zwar geschieht dies u.E. am besten unter Berücksichtigung der verbesserten Wolfschen Methode der Berechnung des Klassenaufstiegs beim Einkommen¹⁾.

¹⁾ Vergl. J. Wolf, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, Stuttgart 1892 (S. 233 ff.),

C. Bresciani, Über die Methoden der Einkommenverteilungstatistik in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 3. Folge Band 33, 1907, (S. 577 ff.). Derselbe, Kritische Betrachtungen über einige Methoden der Einkommensstatistik in der „Statistischen Monatsschrift“. Herausgegeben von der K. K. Statistischen Zentralkommission. Neue Folge 20. Jahrgang. Heft 1 (S. 1 ff.),

Dr. Klara Perls, Die Einkommen-Entwicklung in Preußen seit 1896. Berlin 1911.

Bresciani hat in seiner zuerst erwähnten Arbeit darauf hingewiesen, daß die Wolfsche Methode, wonach zwecks Ermittlung der Zahl der aus einer Einkommensklasse aufgestiegenen Einkommensbezieher der Zensitzenzuwachs, den die nächsthöhere Klasse in dem betreffenden Zeitraum erhalten hat, um den Zuwachs ihrer wiederum nächsthöheren Klasse zu vermehren ist, unvollständig erscheint, daß vielmehr nicht nur der Zuwachs der beiden nächsthöheren, sondern der aller höheren Einkommensklassen für die Berechnung des Aufstiegs in Betracht zu ziehen ist. Ferner hat Bresciani — was hier besonders interessiert — bemängelt, daß die Wolfsche Methode bei ihrer Berechnung keine Rücksicht auf die in den fraglichen Klassen eingetretene Bevölkerungszunahme nimmt, wenn schon nach der berechtigten Ansicht der Statistiker eine Zunahme der Zensitzenzahl erst dann auf eine allgemeine Besserung der Einkommensverhältnisse hindeute, wenn inzwischen die Bevölkerung in langsamerem Tempo zugenommen habe.

Unter Würdigung dieser Einwendungen will Klara Perls in ihrem erwähnten Buche (S. 51) in Ergänzung der Wolfschen Methode die Zahl der aus einer Klasse aufgestiegenen Zensiten derart ermitteln, daß die Differenz der Summen der in den Vergleichsjahren oberhalb dieser Klasse befindlichen Zensiten gebildet wird; außerdem will sie die in dem zu betrachtenden Zeitraume eingetretene Bevölkerungsvermehrung in der Weise berücksichtigt wissen, daß die Zensitzenzahl jeder Einkommensklasse des zeitlich früher gelegenen Vergleichsjahres um eine Prozentzahl gleich der prozentualen Bevölkerungsvermehrung vergrößert wird.

Man kann sich mit dieser von Perls an der Hand der preußischen Einkommenstatistik auch durchgeführten verbesserten Wolfschen Methode der Berechnung des Klassenaufstiegs und ihrer Begründung in der Hauptsache einverstanden erklären; im einzelnen erscheint es jedoch bedenklich, die Bevölkerungszunahme auch dann in der erwähnten Weise zu berücksichtigen, wenn es sich nicht um den Klassenaufstieg der Gesamtbevölkerung, sondern der Einkommensbezieher allein (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler) handelt. Denn die Bewegung der Einkommensbezieher für sich allein erfolgt nach wesentlich anderen Grundsätzen als die der Gesamtbevölkerung. Hierauf deutet schon der große Unterschied im Zuwachs hin, der von 1896 bis 1914 bei der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, also den für den selbständigen Einkommensbezug in Betracht kommenden Personen, 41,7, bei der die nicht selbständig zu veranlagenden Angehörigen mitumfassenden Gesamtbevölkerung hingegen nur 31,5 % betrug. Namentlich fällt ins Gewicht, daß die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung in der Regel keinen unmittelbaren Zuwachs durch Geburt erhalten. Soweit es sich um den Klassenaufstieg der Einkommensbezieher (ohne Angehörige) handelt, wird daher bei dessen Berechnung richtiger nicht der Zuwachszu- prozentsatz der Gesamtbevölkerung, sondern der der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler zugrunde gelegt.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

Danach ergibt sich für den Berichtszeitraum folgendes:
Es entfiel in Preußen

auf die Einkommensgruppe	Bevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) in 1000 im Jahre 1902	Bevölkerung in 1000 im Jahre 1914, wenn sie in jeder Einkommensgruppe seit 1902 in denselben Verhältnisse wie die Gesamtbevölkerung (d. i. um 19,326 %) zugenommen hätte	tatsächlich Bevölkerung in 1000 im Jahre 1914	Mithin von 1902 bis 1914 von der Einkommensgruppe bis 900 \mathcal{M} in die über 900 \mathcal{M} aufgestiegene Bevölkerung über- haupt v. H. in 1000
bis 900 \mathcal{M}	20 613	24 597	15 136	9 461
über 900 \mathcal{M}	13 938	16 632	26 093	38,5

Es zeigt sich also, daß der Istbestand der der Einkommensgruppe von mehr als 900 \mathcal{M} angehörenden Bevölkerung für 1914 um fast 9½ Millionen Seelen — also sehr erheblich — größer war als der entsprechende unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme seit 1902 ermittelte Sollbestand; andererseits stellte sich der Istbestand der Bevölkerungsgruppe mit nicht über 900 \mathcal{M} Einkommen für 1914 um die gleiche Seelenzahl von fast 9½ Millionen geringer als der betreffende Sollbestand. Zwischen 1902 und 1914, also in einem Zeitraume von 12 Jahren, ist hiernach eine einkommensteuerfreie Bevölkerungsschicht von nahezu 9½ Millionen, d. i. annähernd zwei Fünftel der unter Zugrundelegung der allgemeinen Bevölkerungszunahme auf rund 24½ Millionen Köpfe anzunehmenden Gesamtbevölkerung der Einkommensgruppe bis zu 900 \mathcal{M} , in die Gruppe von über 900 \mathcal{M} aufgestiegen, während der Rest des im Zeitraum 1902-1914 eingetretenen Zuwachses der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung von (26,093 — 13,938 — 9,461 =) 2,694 Millionen Köpfen nicht auf Einkommenshebung, sondern lediglich auf der allgemeinen Bevölkerungszunahme beruht.

Der Klassenaufstieg von 38,5 % der einkommensteuerfreien Bevölkerung im Zeitraum von 12 Jahren, also im Jahresdurchschnitte von etwas über 3 %, erscheint nicht nur an sich, sondern auch im Vergleich zur zehnjährigen Vorperiode 1892-1902 recht erfreulich; in letzterer bezifferte er sich nämlich nur auf 14,9 %, d. i. wenig mehr als ein Siebentel der einkommensteuerfreien Volksschicht, durchschnittlich jährlich also auf etwa 1½ %. Im gesamten Zeitraum 1892-1914 dagegen sind 47,6 %, also annähernd die Hälfte, insbesondere von 1896 bis 1914 45,4 % aufgestiegen.

Von Interesse wird es auch sein, die Aufstiegsziffern der einzelnen Jahre des Berichtszeitraumes 1902-1914 kennen zu lernen.

Es stiegen von der einkommensteuerfreien in die an sich einkommensteuerpflichtige Bevölkerungsschicht auf

	v. H.	
von 1902 auf 1903	1,3	von 1902 bis 1906 insgesamt 7,6 v. H.
„ 1903 „ 1904	2,1	
„ 1904 „ 1905	2,0	
„ 1905 „ 1906	2,4	
„ 1906 „ 1907	8,7	von 1906 bis 1910 insgesamt 22,3 v. H.
„ 1907 „ 1908	6,1	
„ 1908 „ 1909	3,0	
„ 1909 „ 1910	6,5	
„ 1910 „ 1911	3,8	von 1910 bis 1914 insgesamt 14,8 v. H.
„ 1911 „ 1912	3,4	
„ 1912 „ 1913	4,1	
„ 1913 „ 1914	3,8	

Im mittleren Drittel der Berichtsperiode war somit der Klassenaufstieg am bedeutendsten; er betraf in den vier Jahren 1906 bis 1910 insgesamt etwas über ein Fünftel, in denen von 1910 bis 1914 ein Siebentel, dagegen in denen von 1902 bis 1906 nur rund ein Dreizehntel der steuerfreien Bevölkerung.

Bezüglich des Zeitraumes 1906-1910 darf indes nicht unberücksichtigt bleiben, daß der überaus bedeutende Aufstieg von 1906 auf 1907 und auch wohl noch von 1907

auf 1908 größtenteils — keineswegs ausschließlich — kein wirklicher ist, sondern auf der mit der Veranlagung für 1907 in Wirksamkeit getretenen Bestimmung des § 23 der bereits erwähnten Einkommensteuer-Novelle vom 19. Juni 1906 beruht, wodurch für die Veranlagungsbehörden eine genauere Kenntnis des Arbeitseinkommens vermittelt worden ist. Immerhin offenbart das folgende Rückschlagsjahr 1908/09 mit einem Aufstieg von 3 %, und noch mehr das Jahr 1909/10 mit einem solchen von 6,5 %, daß auch, abgesehen von der erstmaligen Wirkung der Novelle, der Klassenaufstieg im Jahrviert 1906/10 stärker war als im vorangegangenen Jahrviert 1902/06.

Betrachten wir nunmehr auch den Klassenaufstieg der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, also der eigentlichen Einkommensbezieher, für sich allein gleichfalls in Anlehnung an die verbesserte Wolsche Methode, so ergibt sich für den Berichtszeitraum 1902-1914 folgendes:

Es entfielen

auf die Einkommensgruppe	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in 1000 im Jahre 1902	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in 1000 im Jahre 1914, wenn sie sich in jeder Einkommensgruppe seit 1902 in demselben Verhältnisse wie ihre Gesamtzahl (d. i. um 26,859 %) vermehrt hätten	tatsächlich Haus-haltungsvorstände u. Einzelwirtschaftler in 1000 im Jahre 1914	Mithin von 1902 bis 1914 von der Einkommensgruppe bis 900 M in die über 900 M aufgestiegene Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler überhaupt in 1000 v. H.
bis 900 M	8 749	11 099	7 987	3 112 28,0.
über 900 M	4 064	5 156	8 268	

Hier ist also im Gegensatz zu der Übersicht auf Seite 273 zwecks Berücksichtigung der nicht auf Einkommenshebung, sondern auf Wanderung, Vermögensteilung usw. beruhenden Vermehrung der an sich Einkommensteuerpflichtigen für die beiden in Betracht kommenden Einkommensgruppen an Stelle des Zuwachssatzes der Gesamtbevölkerung der ihres aus Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern bestehenden Teiles zugrunde gelegt worden (vergl. die Anmerkung ¹⁾ auf Seite 273), der im Zeitraume 1902-1914 mit 26,859 % wesentlich höher als der der Gesamtbevölkerung mit 19,326 % war. Wir ersehen aus der Übersicht, daß im Zeitraume 1902-1914 etwas über 3 Millionen, d. i. annähernd drei Zehntel, der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit Einkommen bis zu 900 M in die Einkommensgruppe von über 900 M aufgestiegen sind, während der übrige Zuwachs von (8,268 - 4,064 - 3,112 =) 1,092 Millionen Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern nicht sowohl auf Einkommenshebung, als vielmehr lediglich auf die Bevölkerungsbewegung zurückzuführen ist.

Jener Klassenaufstieg von insgesamt 28,0 %, oder durchschnittlich jährlich etwas über 2 %, der einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ist zwar gleichfalls günstig, indes weniger günstig als der der einkommensteuerfreien Gesamtbevölkerung (steuerlich Selbständige einschließlich der Angehörigen) mit 38,5 bzw. etwas über 3 %, zu beurteilen. Außerdem stammt er zweifellos nicht nur aus der Gruppe der einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, sondern zu einem gewissen Teile auch unmittelbar aus der Gesamtheit der nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen; er ist demgemäß auch nur mit der Fiktion zu verstehen, daß die aufgestiegenen Angehörigen, ehe sie in die Einkommensgruppe von über 900 M gelangt sind, steuerfreie Haushaltungsvorstände oder Einzelwirtschaftler (mit Einkommen bis zu 900 M) waren, also durch jene Untergruppe hindurchgegangen sind, was zumeist auch tatsächlich der Fall gewesen sein dürfte.

Der Klassenaufstieg der einkommensteuerfreien Selbständigen in den Jahren 1902 bis 1914 war auch stärker als im vorangegangenen sechsjährigen Zeitraume 1896-1902, in dem er insgesamt 9,1 % und im Jahresdurchschnitte nur rund 1½ % betrug; insbesondere im Gesamtzeitraume 1896-1914 stiegen 34,6 %, d. i. durchschnittlich jährlich noch

nicht 2 %, der einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, auf. Betrachten wir auch hier die Aufstiegsziffern der einzelnen Jahre des Berichtszeitraumes 1902-1914, so finden wir, daß von der Gruppe der einkommensteuerfreien in die der an sich einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler aufstiegen

v. H.			
von 1902 auf 1903	0,9	} von 1902 bis 1906 insgesamt 6,6 v. H.	
„ 1903 „ 1904	1,9		
„ 1904 „ 1905	1,8		
„ 1905 „ 1906	2,1		
„ 1906 „ 1907	6,6	} von 1906 bis 1910 insgesamt 14,6 v. H.	
„ 1907 „ 1908	4,0		
„ 1908 „ 1909	1,8		
„ 1909 „ 1910	3,1		
„ 1910 „ 1911	1,9	} von 1910 bis 1914 insgesamt 9,8 v. H.	
„ 1911 „ 1912	2,8		
„ 1912 „ 1913	2,8		
„ 1913 „ 1914	2,7		

Auch hier war mithin im mittleren Drittel der Berichtszeit der Klassenaufstieg mit etwas über einem Siebentel am bedeutendsten und im letzten Drittel mit fast einem Zehntel stärker als im ersten mit rund einem Fünftel.

Auf die im vorstehenden geschilderte überaus günstige Einkommensbewegung war natürlich — abgesehen von der durch die mehrerwähnte Einkommensteuer-Novelle von 1906 erleichterten Erfassung der Einkommensteuerpflichtigen — auch die große Sachkunde, die die Einschätzungsbehörden im Laufe der Zeit gewonnen haben, nicht ohne erheblichen Einfluß. In der Hauptsache handelt es sich aber bei dem erwähnten starken Klassenaufstieg zweifellos um die Neubildung von Millionen, das Existenzminimum von 900 M überschreitenden Einkommen, wobei freilich zu beachten bleibt, daß in den allermeisten Fällen nicht das gesamte Einkommen der aufgestiegenen Personen, sondern nur der Unterschied zwischen dem Betrage ihres früheren 900 M nicht übersteigenden und dem ihres späteren darüber hinausgehenden Einkommens zugenommen ist. Hierbei zeigt sich aber auch, daß selbst zu Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage, wie in den Jahren 1907 und 1908, der Zuwachs an Personen mit Einkommen über 900 M nicht aufhört, sondern nur in einer gegen das Vorjahr geringeren Aufstiegsziffer in Erscheinung tritt. Das findet seine Erklärung darin, daß ungünstige Wirtschaftskonjunkturen, insbesondere wirtschaftliche Krisen, in der Regel nicht die Gesamtheit, sondern nur einen mehr oder weniger großen Teil der Bevölkerung berühren.

Angesichts der überaus großen Anzahl der im Berichtszeitraume 1902-1914 neu hinzugekommenen Personen mit einem das Existenzminimum überschreitenden Einkommen muß an dieser Zunahme in erster Linie natürlich die Arbeiterbevölkerung, deren Jahresarbeitsverdienst im letzten Jahrzehnt beträchtlich gestiegen ist, beteiligt gewesen sein.

Dabei kann die Steuereinschätzung selbst im allgemeinen kaum strenger geworden sein; denn die Zahl derer, die unter den an sich steuerpflichtigen Personen mit Einkommen von mehr als 900 M auf Grund der §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Einkommensteuergesetzes wegen der Zahl der zu unterhaltenden Kinder und anderen Familienangehörigen oder wegen sonstiger außergewöhnlicher wirtschaftlicher Belastung von der Einkommensteuer freigestellt oder wenigstens im Steuersatze ermäßigt worden sind, hat sich im Berichtszeitraume stark vermehrt, nämlich von 1 354 684 im Jahre 1903¹⁾ (750 837 im Jahre 1892 und 882 857 im Jahre 1896) auf 3 022 268 im Jahre 1914; darunter befanden sich im Jahre 1903¹⁾ 146 034 (im Jahre 1892 erst 52 963, im Jahre 1896 81 482),

¹⁾ Für das erste Berichtsjahr 1902 ist die Anzahl der ermäßigten Zensiten nicht ermittelt worden.

im Jahre 1914 hingegen 227 806 Personen, die gemäß § 20 (früher § 19) des Einkommensteuergesetzes wegen wesentlich beeinträchtigter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit freigestellt oder auf eine niedrigere Steuerstufe ermäßigt worden sind¹⁾.

Auch die lediglich von dem pflichtmäßigen Ermessen der Veranlagungsbehörden abhängige Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender wirtschaftlicher Verhältnisse der Steuerpflichtigen, wie Verschuldung, Krankheit usw., hat also in erheblichem und zunehmendem Umfange stattgefunden. —

In der folgenden Zusammenstellung soll noch in Ergänzung der Hauptübersicht auf S. 271 gezeigt werden, wie sich die an sich Einkommensteuerpflichtigen auf die gemäß §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Einkommensteuergesetzes Freigestellten und die tatsächlich zur Einkommensteuer Veranlagten verteilen, wobei im Gegensatz zur Hauptübersicht im Interesse größerer Genauigkeit die Personen, deren Veranlagung ausgesetzt war, da ihre Zugehörigkeit zu den Freigestellten oder Veranlagten zur Erhebungszeit noch fraglich war, ausgeschieden sind.

Von den wegen Bezuges eines Einkommens von über 900 \mathcal{M} an sich Einkommensteuerpflichtigen wurden gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes freigestellt

im Jahre	einschließlich			ausschließlich		
	der Angehörigen			der Angehörigen		
	überhaupt	v. Hundert der Gesamt- bevölkerung		überhaupt	vom Hundert der Gesamt- bevölkerung	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzel- personen
1892	158 996	0,5	.	.
1896 . . .	1 093 801	3,5	205 809	0,7	1,8	.
1902 . . .	1 705 647	4,9	303 391	0,9	2,4	.
1903 . . .	1 798 666	5,1	320 344	0,9	2,5	.
1904 . . .	1 875 788	5,3	327 833	0,9	2,5	.
1905 . . .	1 876 052	5,2	332 699	0,9	2,5	.
1906 . . .	1 925 682	5,2	339 789	0,9	2,5	.
1907 . . .	1 964 870	5,3	351 178	0,9	2,5	.
1908 . . .	1 969 937	5,3	352 061	0,9	2,4	.
1909 . . .	2 065 808	5,4	435 656	1,1	2,9	.
1910 . . .	3 359 914	8,6	606 216	1,5	4,0	.
1911 . . .	3 532 682	8,9	635 741	1,6	4,1	.
1912 . . .	3 531 610	8,8	631 473	1,6	4,0	.
1913 . . .	3 435 506	8,4	608 382	1,5	3,8	.
1914 . . .	3 228 872	7,8	578 920	1,4	3,6	.

zur Einkommensteuer
veranlagt

	einschließlich			ausschließlich		
	der Angehörigen			der Angehörigen		
	überhaupt	v. Hundert der Gesamt- bevölkerung		überhaupt	vom Hundert der Gesamt- bevölkerung	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzel- personen
.	.	.	2 435 858	8,1	.	.
9 185 073	29,3	2 652 515	8,5	28,1	.	.
12 227 350	35,4	3 759 377	10,9	29,3	.	.
12 623 166	35,9	3 895 184	11,1	29,9	.	.
13 207 030	37,1	4 130 956	11,6	31,2	.	.
13 904 685	38,3	4 390 608	12,1	32,4	.	.
14 604 477	39,7	4 672 429	12,7	33,7	.	.
16 655 731	44,5	5 384 556	14,4	37,9	.	.
18 093 575	47,6	5 876 741	15,5	40,4	.	.
18 850 291	48,8	6 099 422	15,8	41,3	.	.
19 012 896	48,6	6 241 494	15,9	41,5	.	.
19 842 827	49,9	6 551 705	16,5	42,4	.	.
20 688 737	51,4	6 906 497	17,2	44,0	.	.
21 758 487	53,4	7 318 382	18,0	45,7	.	.
22 848 439	55,4	7 684 062	18,6	47,3	.	.

Wir sehen also, daß die Zahl der Freigestellten einschließlich wie ausschließlich der Angehörigen sowohl überhaupt als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bzw. zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler sehr erheblich gestiegen ist. Verhältnismäßig hat sie sich seit 1896 etwa verdoppelt, auch im Berichtszeitraume 1902 bis 1914 nicht unbedeutlich vermehrt. Wenn sie in den letzten Berichtsjahren überhaupt wie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler etwas gesunken ist, so hat das seinen Grund in dem Geburtenrückgang, der seit 1911 in erheblichem Maße eingesetzt und demgemäß zur Verminderung der Freistellungen auf Grund des § 19 des Einkommensteuergesetzes geführt hat.

Was die zur Einkommensteuer Veranlagten betrifft, so ergibt sich aus unserer Übersicht, daß die veranlagte Bevölkerung (Veranlagte einschließlich der Angehörigen) seit 1912 schon für sich allein mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, während die Veranlagten ohne Angehörige auch im letzten Berichtsjahre noch nicht die Mehr-

zahl, wenn schon nahezu die Hälfte aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bildeten.

Immerhin haben sich die Veranlagten (ausschließlich der Angehörigen) seit 1896 sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mehr als verdoppelt, wogegen das von der veranlagten Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung für den gleichen Zeitraum nicht gesagt werden kann. Die Ursache dieser Erscheinung liegt eben darin, daß sich unter dem Zuwachs der Veranlagten ein stark ins Gewicht fallender Teil selbständiger Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) befindet. Wie groß dieser offenbar in der Zunahme begriffene Anteil ist, läßt sich nach Lage der Einkommensteuer-Statistik leider nicht angeben; seine Feststellung wäre aber in sozialer Hinsicht von großem Interesse. —

Nachdem wir vorstehend die einkommensteuerfreie und -pflichtige Bevölkerung für den Gesamtstaat behandelt haben, wollen wir nunmehr die entsprechenden wichtigsten Zahlen auch für dessen Landesteile — hier ebenfalls zunächst ohne Unterscheidung zwischen Stadt und Land — bringen.

Die zunächst folgende Übersicht stellt die Verteilung der einkommensteuerfreien und -pflichtigen Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen dar. Die Sonderbearbeitung¹⁾ der Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für nach Maßgabe der Bewohnerzahl gebildete Städtegruppen ist im Königlichen Statistischen Landesamt bereits seit 1905 eingeführt und — da für jedes folgende dritte Jahr in Aussicht genommen — für 1908 und 1911 wiederholt worden; für die

¹⁾ Vergl. in betreff der Steuererleichterungen den Aufsatz über „Steuerermäßigung bei der Einkommensteuer-Veranlagung in Preußen“ Jahrgang 1914 S. 349 ff. dieser Zeitschrift. Dort ergibt sich u. a. auch, daß bei den Fällen der Anwendung des § 20 (früher § 19) des Einkommensteuergesetzes die aufsteigende Bewegung der Zahl der Berücksichtigten durch die Einkommensteuer-Novelle von 1909 (infolge deren ein beträchtlicher Teil der bis dahin auf Grund des § 20 — früher § 19 — a. a. O. in der Steuer Ermäßigten nunmehr bei erweitertem Kinderprivileg gemäß § 19 — früher § 18 — a. a. O. berücksichtigt worden ist) zeitweise einen Rückschlag erfahren hat, und daß infolge jener Novelle die Bedeutung des § 20 des Gesetzes gegen früher naturgemäß etwas zurücktreten mußte.

¹⁾ Vergl. die bezüglichen Darstellungen für 1905 im Jahrgang 1907 S. 203 ff. und für 1908 im Jahrgang 1911 S. 1 ff. dieser Zeitschrift.

Landgemeinden ist dagegen mit der Bearbeitung nach Größenklassen erst 1911 begonnen worden. Die für 1914 beabsichtigte Wiederholung der Statistik der Einkommensverhältnisse nach Größenklassen der Stadt- und Landgemeinden mußte wegen des Krieges vorerst unterbleiben.

Es kann daher eine Stadt und Land zusammenfassende Darstellung der Einkommensgliederung der Bevölkerung nach Gemeindegruppen hier leider nur für 1911 gebracht werden¹⁾.

Im Jahre 1911 betrug

in den Gemeinden mit ... Einwohnern	(Zahl der Gemein- den)	die Gesamtbevölkerung			die Zahl der Einkommensteuerfreien					die Zahl der an sich Einkommensteuerpflichtigen				
		über- haupt	davon Haus- haltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen (Einzel- wirtschafter)		einschließlich		ausschließlich			einschließlich		ausschließlich		
			über- haupt	v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	über- haupt	v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	der Angehörigen		v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	über- haupt	v. H. der Gesamt- bevöl- kerung	der Angehörigen		v. H. der Gesamt- bevöl- kerung
							über- haupt	über- haupt				über- haupt	über- haupt	
bis 2 000 (50 452)		15 251 952	5 088 814	33,4	8 866 211	58,1	3 556 986	23,3	69,9	6 385 741	41,9	1 531 828	10,0	30,1
über 2 000 „ 5 000 (1 349)		4 050 801	1 478 816	36,5	1 550 011	38,3	800 920	19,8	54,2	2 500 790	61,7	677 896	16,7	45,8
„ 5 000 „ 10 000 (426)		2 889 129	1 093 206	37,8	1 032 973	35,8	555 076	19,2	50,8	1 856 156	64,2	538 130	18,6	49,2
„ 10 000 „ 20 000 (200)		2 740 458	1 076 069	39,3	888 200	32,4	511 190	18,7	47,5	1 852 258	67,6	564 879	20,6	52,5
„ 20 000 „ 50 000 (121)		3 577 214	1 426 230	39,9	1 101 182	30,8	642 836	18,0	45,1	2 476 032	69,2	783 394	21,9	54,9
„ 50 000 „ 100 000 (33)		2 288 793	966 277	42,2	617 321	27,0	414 185	18,1	42,9	1 671 472	73,0	552 092	24,1	57,1
„ 100 000 „ (33)		8 974 682	4 314 215	48,1	2 327 071	25,9	1 770 514	19,7	41,0	6 647 611	74,1	2 543 701	28,3	59,0
insgesamt . . . (52 614)		39 773 029	15 443 627	38,8	16 382 969	41,2	8 251 707	20,7	53,4	23 390 060	58,8	7 191 920	18,1	46,6

Mit zunehmender Größe der Gemeinden sinkt hiernach der einkommensteuerfreie Bruchteil der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter einschließlich der Angehörigen der ersteren) und steigt andererseits der einkommensteuerpflichtige, und zwar besonders stark von der die große Masse der ländlichen Gemeinden umfassenden Gemeindegruppe bis zu 2 000 zu der von über 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Insbesondere tritt hervor, daß die einkommensteuerfreie Schicht in der obersten Größenklasse der Gemeinden mit über 100 000 Bewohnern mit wenig mehr als einem Viertel der dortigen Gesamtbevölkerung noch nicht halb so groß ist wie in der untersten mit nahezu drei Fünfteln, während die einkommensteuerpflichtige sich von den niederen zu den höheren Gemeinde-Größenklassen hier von etwas über zwei Fünfteln bis zu fast drei Vierteln der betreffenden Gesamtbevölkerung bewegt.

Betrachtet man gemeindegruppenweise die einkommensteuerfreien und -pflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter allein im Verhältnis zu ihrer Gesamtheit, so zeigt sich eine ähnliche Ab- und Zunahme wie bei dem einkommensteuerfreien und -pflichtigen Bruchteile der Gesamtbevölkerung; die Schicht der Einkommensteuerfreien verkleinert sich von der niedersten bis zur höchsten Gemeindegruppe von rund sieben Zehnteln bis zu etwas über zwei Fünfteln der jeweiligen Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter, wogegen sich die der Einkommensteuerpflichtigen von rund drei Zehnteln bis zu fast drei Fünfteln vergrößert. Was schließlich nach Gemeindegrößenklassen den Anteil der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter an der Gesamtbevölkerung betrifft, so ergibt unsere Übersicht, daß er bei den Einkommensteuerpflichtigen von einem Zehntel in der Gemeindegruppe von nicht über 2 000 Einwohnern bis zu annähernd drei Zehnteln in der von über 100 000 Bewohnern, also verhältnismäßig recht beträchtlich, steigt; dagegen sinkt bei den Einkommensteuerfreien die entsprechende Verhältniszahl mit zunehmender Größe der Gemeinden nur wenig und auch nur bis zur Größenklasse von über 20 000 bis 50 000 Einwohnern, während sie in den beiden obersten Gemeindegruppen von über 50 000 Seelen etwas ansteigt. Letztere Erscheinung erklärt sich im wesentlichen durch den besonders starken Anteil der Einzelwirtschafter an der Gesamtzahl der steuerlich Selbständigen — eine Eigentümlichkeit der größeren Städte

gegenüber den kleineren — in Verbindung mit einer von den niederen nach den höheren Gemeindegruppen zu verhältnismäßig abnehmenden Zahl der Haushaltungsangehörigen; es entfielen nämlich 1911 im Durchschnitt auf einen Haushaltungsvorstand und Einzelwirtschafter

in der Gemeindegruppe von	Angehörige		
	über- haupt	bei den Einkommen- steuerfreien	bei den Einkommen- steuer- pflichtigen
nicht über 2 000 Einwohnern .	2,0	1,5	3,2
über 2 000 bis 5 000 Einw.	1,7	0,9	2,7
„ 5 000 „ 10 000 „	1,6	0,9	2,4
„ 10 000 „ 20 000 „	1,5	0,7	2,3
„ 20 000 „ 50 000 „	1,5	0,7	2,2
„ 50 000 „ 100 000 „	1,4	0,5	2,0
„ 100 000 Einwohnern . . .	1,1	0,3	1,6
zusammen . . .	1,6	1,0	2,3

Namentlich bei den Einkommensteuerfreien der beiden obersten Gemeinde-Größenklassen zeigt sich also ein starkes Sinken der Angehörigenziffer, die sich bei jenen in der Gruppe von über 100 000 Bewohnern nur ein Fünftel und in der von über 50 000 bis 100 000 Einwohnern nur ein Drittel so hoch wie in der untersten stellt, was auf eine besonders große Häufigkeit von Einzelwirtschaftern in den Gemeinden von über 50 000 Seelen schließen läßt. Letzteres tritt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der beiden obersten Gemeinde-Größenklassen um so mehr hervor, als diese auch am schwächsten mit Haushaltungsangehörigen durchsetzt sind.

Der in unserer Übersicht von Gemeindegruppe zu Gemeindegruppe hervortretende Unterschied der Häufigkeit der Personen mit einem das sogenannte Existenzminimum von 900 M übersteigenden Einkommen läßt sich nicht nur damit erklären, daß der Gebrauchswert des Geldes in den größeren Gemeinden geringer zu sein pflegt als in den kleineren und daher in ersteren zur Bestreitung der Lebensführung gewöhnlich ein höheres Mindesteinkommen notwendig ist als in letzteren, zumal andererseits auch manche wichtigen Lebensbedürfnisse in den kleinen Orten teurer als in den großen zu bestreiten sind. Vielmehr sind die zwischen den oberen und den unteren Ortsgrößenklassen in der Übersicht hervortretenden Verschiedenheiten der Ein-

¹⁾ Eine die Stadt- und die Landgemeinden je für sich umfassende Darstellung folgt in einer späteren „Stadt“ und „Land“ betreffenden Abhandlung.

kommensverteilung so sehr bedeutend, daß sie nicht lediglich in dem gedachten Unterschiede des Geldwertes begründet sein können, sondern darin vor allem die mit der Größe der Gemeinden wachsende Möglichkeit, in den Genuß eines das Existenzminimum von 900 *M* übersteigenden Einkommens zu gelangen, zum Ausdruck kommt. In der Hauptsache hängt letzteres unzweifelhaft damit zusammen, daß, je größer die Ortschaften sind, um so entwickelter dort auch Handel und Industrie zu sein pflegen und daß diese Erwerbszweige wegen der bei ihnen zu verdienenden verhältnismäßig hohen Löhne und Gehälter auf die arbeitsfähigen und erwerbslustigen Volksschichten eine besonders große Anziehungskraft ausüben. —

Die nunmehr folgenden drei Übersichten veranschaulichen regierungsbezirksweise den Anteil

a) der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) an der Gesamtbevölkerung (Seite 278),

b) der einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler an der Gesamtbevölkerung (Seite 279),

c) der einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (Seite 280).

Von einer Aufführung der entsprechenden Ziffern der Einkommensteuerfreien wird, da diese im Abschnitt II als die Einkommensgruppe bis zu 900 *M* bildender Bestandteil auch nach Landesteilen gebracht werden, der Raumverhältnisse wegen und, um eine Wiederholung zu vermeiden, hier abgesehen¹⁾.

Allen drei Übersichten gemeinsam ist, daß die im allgemeinen aufsteigende Bewegung der Verhältniszißern in der Berichtsperiode 1902-1914 nur ausnahmsweise Rückschläge erfahren hat oder zeitweise zum Stillstand gekommen ist.

So ist nach der Übersicht Seite 278 die an sich einkommensteuerpflichtige Bevölkerung des Regierungsbezirks Gumbinnen (alter Einteilung) von 1902 auf 1903 von 191 auf 189 Tausendteile seiner Gesamtbevölkerung zurückgegangen; im Jahre 1904 stand sie wieder auf 191 v. T., ebenso 1905 (in neuer Einteilung des Bezirks), um von da an ununterbrochen aufwärts zu gehen. Etwas stärker sank von 1902 auf 1903 die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Osnabrück, nämlich von 350 auf 343 v. T.; 1904 blieb sie dort unverändert, sank dann im Jahre 1905 weiter auf 340 v. T., ging von da ab zwar stetig wieder in die Höhe, überholte aber den Stand von 1902 — und zwar sehr erheblich — erst vom Jahre 1907 an, wobei natürlich der Einfluß der Einkommensteuer-Novelle von 1906 beträchtlich mitspielt. Noch etwas stärker als im Regierungsbezirk Osnabrück war ein Rückschlag im Regierungsbezirk Sigmaringen, wo der Anteil der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung von 1904 auf 1905 von 458 auf 447 v. T. sank, wonach eine Steigerung über den Stand von 1902 hinaus erst im Jahre 1907 und über den in den Jahren 1903 und 1904 hinaus erst im Jahre 1908 eintrat. Außerdem nahm noch im Regierungsbezirk Merseburg im Jahre 1903, im Bezirk Stralsund im Jahre 1904, in den Bezirken Stettin und Bromberg im Jahre 1905, im Bezirk Wiesbaden im Jahre 1909 und endlich im Stadtkreise Berlin in den Jahren 1909 und 1914 die Verhältniszißer der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung gegen das jeweilige Vorjahr etwas ab, worauf indes unmittelbar der Stand der Vorjahre überall überholt wurde²⁾. Abgesehen von den Regierungsbezirken

Osnabrück und Sigmaringen sind aber die erwähnten im Zeitraum 1902-1914 regierungsbezirksweise vorgekommenen Unterbrechungen im Anwachsen der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerungsschicht ziemlich belanglos.

Stellt man lediglich die einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Gesamtbevölkerung gegenüber (vergl. Übersicht Seite 279), so erscheint — abweichend von der aus der vorhergehenden Übersicht sich ergebenden Bewegung — beim Regierungsbezirk Sigmaringen ebensowenig wie beim Bezirk Gumbinnen ein Rückschlag der Verhältniszißer, vielmehr haben sich die Einkommensteuerpflichtigen im Regierungsbezirk Gumbinnen im Jahre 1903, im Regierungsbezirk Sigmaringen im Jahre 1904 noch in demselben. in den anderen Berichtsjahren aber in stärkerem Verhältnisse als die dortige Gesamtbevölkerung vermehrt.

Im übrigen zeigen sich auch bei der Vergleichung der einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit der Gesamtbevölkerung regierungsbezirksweise die meisten, wenn auch nur vorübergehenden und geringfügigen Rückschläge im Anstiege des Anteilsverhältnisses von 1902 auf 1903, nämlich bei den Regierungsbezirken Stralsund, Merseburg, Osnabrück, Münster und Arnberg; ferner kamen solche noch vor von 1904 auf 1905 im Bezirk Stettin, von 1908 auf 1909 im Stadtkreise Berlin und — mit einer Senkung von 155 auf 151 bzw. 219 auf 215 v. T. am bedeutendsten — in den Bezirken Erfurt und Wiesbaden sowie noch von 1909 auf 1910 im Bezirk Arnberg.

Im einzelnen am wenigsten günstig erscheint regierungsbezirksweise die Bewegung der Einkommensteuerpflichtigen, wenn man sie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in Beziehung setzt (vergl. Übersicht Seite 280).

Neben mehreren geringfügigen Rückgängen der Häufigkeitszißer: in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Merseburg, Osnabrück und Münster im Jahre 1903, Coblenz, Köln und Sigmaringen im Jahre 1904, Gumbinnen und Lüneburg im Jahre 1905, Sigmaringen im Jahre 1908, Berlin, Erfurt und Köln im Jahre 1909, Stralsund und Münster im Jahre 1911, Liegnitz, Aachen und Sigmaringen im Jahre 1912 — gab es auch eine Anzahl erheblicherer, so im Jahre 1905 im Regierungsbezirk Stettin (von 276 v. T. i. J. 1904 auf 266 v. T.) und im Bezirk Sigmaringen (von 286 auf 276 v. T.), im Jahre 1909 im Bezirk Wiesbaden (von 539 auf 528 v. T.), vor allem aber im Jahre 1911 im Bezirk Magdeburg (von 450 auf 414 v. T.) und demnächst im letzten Berichtsjahre 1914 im Bezirk Aurich (von 426 auf 406 v. T.). Der besonders auffallende Rückgang im Regierungsbezirk Magdeburg, auf den übrigens im Jahre 1912 eine sehr beträchtliche Steigerung (nämlich auf 480 v. T.) gefolgt ist, hängt damit zusammen, daß dort von 1910 auf 1911 die Zunahme der einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ganz erheblich stärker war als die der einkommensteuerpflichtigen; jene vermehrten sich nämlich von 271 722 auf 328 575, also um rund ein Fünftel, diese aber nur von 222 539 auf 232 573, d. h. etwa um $4\frac{1}{2}$ v. H. Im Bezirk Aurich dagegen haben von 1913 auf 1914 die Einkommensteuerfreien von 54 035 auf 61 745, also um fast ein Siebentel, die Einkommensteuerpflichtigen aber von 40 039 auf 42 262, d. i. etwa um $5\frac{1}{2}$ v. H., zugenommen. Da hiernach in beiden Bezirken auch die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen beträchtlich gestiegen war, ist jener einmalige Rückgang der Verhältniszißer nicht ohne weiteres ungünstig zu beurteilen, zumal sich in den fraglichen Jahren im Regierungsbezirk Magdeburg wie Aurich die Einkommensteuerpflichtigen sowohl ausschließlich wie einschließlich der Angehörigen noch schneller als die Gesamtbevölkerung vermehrt haben. Verursacht dürfte die erwähnte, wenn auch vorübergehende, so immerhin auffallende

¹⁾ Von Bedeutung ist dies allerdings nur für die Übersicht zu b, weil sich daraus im Gegensatz zu den Übersichten zu a und c das Anteilsverhältnis der Einkommensteuerfreien nicht ersehen läßt.

²⁾ jedoch nicht bei Berlin 1915 gegen 1914, wie die inzwischen veröffentlichten Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für 1915 dartun.

Die an sich einkommensteuerpflichtige Bevölkerung (Zensiten oder gemäß §§ 19 oder 20 [früher §§ 18 oder 19] des Gesetzes Freigestellte nebst Angehörigen) betrug

	Tausendteile der Gesamtbevölkerung														
	1892	1896	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
im Regierungs- bezirke															
Königsberg ¹⁾	156	169	196	196	197	203	209	234	259	267	318	328	339	356	368
Gumbinnen ¹⁾	166	188	191	189	191	191	194	206	224	226	247	260	276	294	307
Allenstein ¹⁾	195	201	217	225	245	267	296	307	330	337
Danzig	175	195	228	236	243	248	253	294	353	354	402	425	431	465	485
Marienwerder. . . .	173	190	205	207	214	219	230	254	264	287	312	327	346	358	361
Stadtkreis Berlin .	471	561	608	639	672	687	698	710	719	717	721	726	728	729	728
Potsdam	340	385	486	501	520	539	569	615	648	657	682	695	706	717	723
Frankfurt	249	261	282	285	292	299	308	346	382	399	436	458	477	497	511
Stettin	258	277	315	321	328	325	330	366	413	427	463	488	503	528	547
Köslin	195	219	226	226	229	231	236	248	265	276	316	338	354	386	437
Stralsund	209	219	234	234	232	240	243	279	294	310	348	363	373	409	428
Posen	171	190	216	220	229	234	235	267	290	314	372	403	410	428	456
Bromberg	202	213	233	236	250	247	252	278	298	314	369	384	395	405	418
Breslau	205	214	268	271	278	286	295	349	381	397	424	456	480	497	515
Liegnitz	217	236	268	268	272	278	284	314	352	377	409	429	449	472	495
Oppeln	237	249	312	319	329	340	352	390	421	443	487	492	515	532	542
Magdeburg	316	343	419	423	431	443	454	501	534	551	584	604	620	640	652
Merseburg	299	304	419	418	429	438	450	517	562	580	612	629	646	663	672
Erfurt	291	308	385	388	402	418	435	487	516	524	556	570	582	601	614
Schleswig	330	364	421	440	450	462	482	528	569	583	610	626	636	649	661
Hannover	358	381	450	453	464	472	480	528	578	606	636	649	662	673	686
Hildesheim	259	292	372	375	380	391	406	469	509	534	575	596	614	634	652
Lüneburg	277	338	413	419	429	440	455	492	522	567	603	617	634	656	669
Stade	325	355	410	420	443	457	478	530	565	572	616	625	651	671	697
Osnabrück	208	296	350	343	343	340	341	421	450	465	516	535	553	576	595
Aurich	279	305	334	334	339	341	348	369	400	410	439	468	478	495	520
Münster	385	415	520	530	545	557	571	631	659	682	718	732	742	765	774
Minden	321	335	405	418	420	432	438	497	525	538	569	603	620	640	664
Arnsberg	540	564	658	662	676	689	705	758	778	783	789	796	806	816	824
Cassel	287	313	394	396	404	415	428	466	498	512	555	571	582	601	613
Wiesbaden	315	349	495	500	506	518	532	599	636	635	648	658	677	698	709
Coblenz	313	353	424	425	427	441	444	494	530	543	587	613	627	647	667
Düsseldorf	429	446	608	617	640	657	674	740	757	768	776	788	793	800	811
Cöln	369	394	469	479	487	506	521	626	660	670	693	700	712	722	756
Trier	407	458	537	545	560	574	582	619	637	649	688	696	710	712	721
Aachen	281	301	378	387	397	407	418	520	561	580	608	628	638	658	678
Sigmaringen ²⁾	452	454	458	447	449	453	460	472	499	530	528	541	591
im Staate . . .	299	328	403	411	423	435	449	497	528	542	572	588	602	619	633.

¹⁾ Zu berücksichtigen ist hier wie bei den folgenden Bezirksübersichten, daß im Jahre 1905 eine Neueinteilung der Provinz Ostpreußen in drei Regierungsbezirke stattgefunden hat, wobei aus den bis dahin zum Regierungsbezirk Königsberg gehörigen Kreisen Rüssel, Allenstein, Ortelsburg, Neidenburg und Osterode i. Ostpr. sowie aus den vorher dem Bezirke Gumbinnen angehörenden Kreisen Lyck, Lötzen, Sensburg und Johannisburg der neue Regierungsbezirk Allenstein gebildet worden ist. Demgemäß beziehen sich die kursiven Ziffern (bis 1904) auf die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen in alter Einteilung. — ²⁾ Hier wie in den folgenden Bezirksübersichten fehlen für den Regierungsbezirk Sigmaringen die Ziffern für die Jahre vor 1901, da erst mit letzterem Jahre das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 für die Hohenzollernschen Lande in Kraft gesetzt worden ist.

Abnahme sein durch ungewöhnlich starken Zugang jüngerer Arbeitskräfte mit 900 \mathcal{M} nicht übersteigendem Jahreseinkommen zu größeren Unternehmungen (Fabriken, Kanalbauten oder dergl.).

Betrachtet man in den drei Bezirksübersichten die Häufigkeitsbewegung der steuerpflichtigen Einkommen während des Berichtszeitraumes 1902-1914 oder auch von 1896 bzw. 1892 bis 1914 im ganzen, so tritt bei jedem Regierungsbezirk am Schlusse der Berichtszeit eine ganz erheblich höhere Verhältnis-ziffer der Einkommensbezieher einschließlich wie ausschließlich der Angehörigen als zu deren Beginn, insbesondere auch als in den zum Vergleich herangezogenen Vorjahren 1896 bzw. 1892 hervor; es hat also überall eine mehr oder weniger kräftige Aufwärtsbewegung stattgefunden. Diese Entwicklung,

so erfreulich sie sich im allgemeinen gestaltet hat, war natürlich nicht gleichmäßig. In dieser Hinsicht ist bemerkenswert, daß gerade in den östlichen Regierungsbezirken, die zu Beginn der Berichtszeit zumeist ganz besonders, niedrige Häufigkeitsziffern aufweisen, deren Steigerung verhältnismäßig mehrfach am höchsten unter sämtlichen Landesteilen war. So hat sich beispielsweise in den Regierungsbezirken Danzig und Posen, nahezu auch im Bezirk Köslin, im Zeitraume 1902-1914 die einkommensteuerpflichtige Bevölkerungsschicht verdoppelt. Auch sonst war im Osten die Zunahme vielfach recht bedeutend, wenn schon sich die dortigen Verhältnis-ziffern auch im letzten Berichtsjahre meist noch beträchtlich niedriger stellten als in den westlichen Regierungsbezirken. Offenbar findet in der geschilderten günstigen

Aufs Tausend der Gesamtbevölkerung entfielen an sich einkommensteuerpflichtige Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (Zensiten oder gemäß §§ 19 oder 20 [früher §§ 18 oder 19] des Gesetzes Freigestellte)

im Regierungs- bezirke	1892	1896	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Königsberg ¹⁾ . . .	44	46	55	55	55	61	63	72	81	84	95	98	103	109	115
Gumbinnen ¹⁾ . . .	40	42	46	46	47	50	51	55	59	62	66	69	74	78	83
Allenstein ¹⁾	44	45	49	52	56	61	67	70	75	79
Danzig	48	52	63	65	67	69	71	82	92	98	107	110	115	126	133
Marienwerder . . .	41	43	48	48	50	51	53	58	61	66	72	74	77	82	86
Stadtkreis Berlin .	203	214	246	263	284	297	308	319	328	327	330	337	342	345	345
Potsdam	101	113	155	161	171	182	196	218	233	238	249	258	266	274	278
Frankfurt	65	67	78	78	81	84	87	100	111	117	127	132	140	148	154
Stettin	75	78	91	94	95	94	97	109	123	128	136	145	152	161	169
Köslin	47	50	54	54	55	56	58	61	66	70	78	83	87	96	109
Stralsund	63	67	73	72	73	75	77	87	93	98	105	108	115	126	132
Posen	43	44	50	52	54	55	57	63	68	73	84	89	92	97	101
Bromberg	47	49	55	55	58	59	60	66	71	75	85	89	92	95	98
Breslau	62	64	79	80	83	86	90	109	117	122	130	140	149	156	164
Liegnitz	63	65	78	78	79	81	84	94	106	113	122	127	134	142	150
Oppeln	55	55	70	71	73	76	80	90	99	106	114	115	119	125	129
Magdeburg	97	102	126	127	130	135	140	156	167	172	181	188	196	205	210
Merseburg	83	83	115	114	118	123	127	147	160	164	174	181	187	195	200
Erfurt	80	86	111	112	117	122	129	146	155	151	158	162	168	177	182
Schleswig	100	106	127	133	137	141	148	165	178	182	190	198	205	212	215
Hannover	101	111	137	138	143	147	151	166	185	195	205	210	220	227	233
Hildesheim	76	82	103	104	106	110	115	133	146	155	164	170	177	186	193
Lüneburg	76	92	116	119	121	125	131	144	161	169	179	185	195	203	209
Stade	87	91	108	114	120	125	131	149	159	160	168	174	183	192	199
Osnabrück	69	70	84	82	82	82	83	107	113	117	129	133	138	148	156
Aurich	76	82	91	94	94	96	99	106	113	119	125	132	136	144	149
Münster	91	97	135	134	138	143	146	169	175	185	189	193	199	207	214
Minden	77	82	97	100	102	106	108	127	136	140	150	156	163	171	178
Arnsberg	157	148	193	192	198	202	207	227	238	239	238	241	248	254	260
Cassel	74	79	101	103	105	110	115	127	137	140	149	154	160	166	172
Wiesbaden	98	106	158	158	166	173	181	205	219	215	218	225	233	240	245
Coblenz	88	90	108	108	109	112	114	129	143	146	155	162	168	176	183
Düsseldorf	120	120	182	184	193	202	209	236	243	244	248	255	260	266	272
Cöln	107	117	141	144	146	153	158	198	209	212	220	223	230	239	252
Trier	98	109	128	130	135	140	142	153	163	165	173	176	182	184	189
Aachen	80	81	101	103	107	109	114	144	161	166	173	178	185	196	205
Sigmaringen ¹⁾	109	112	112	114	116	117	121	124	131	139	140	144	153
im Staate	87	91	118	120	125	130	136	153	164	168	175	181	187	195	201.

¹⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

Einkommensentwicklung des überwiegend agrarischen Ostens der Monarchie die durch die neuere Zoll- und Handelsgesetzgebung gebesserte Lage der Landwirtschaft ihren Ausdruck.

Die dichteste einkommensteuerpflichtige Bevölkerung zeigt sich nach der Übersicht Seite 278 am Schlusse der Berichtszeit in den vorzugsweise industriellen Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf mit je etwas über vier Fünfteln der gesamten Bezirksbevölkerung; es folgen die Bezirke Münster und Cöln mit über drei Vierteln und sodann Berlin und die Bezirke Potsdam, Trier und Wiesbaden mit etwas über sieben Zehnteln; außerdem machte 1914 noch in 19 Regierungsbezirken die einkommensteuerpflichtige mehr als die Hälfte bis — in den Bezirken Stade und Hannover — nahezu sieben Zehntel der gesamten Bevölkerung aus. Im ganzen war also im Jahre 1914 in 27 von den 37 Regierungsbezirken Preußens (einschließlich Berlins) die Mehrzahl der Bevölkerung als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher an einem das sogenannte Existenzminimum von 900 *M* übersteigenden Einkommen beteiligt; insbesondere gilt dies von sämtlichen

21 Regierungsbezirken des Westens (immer einschließlich Sachsens), andererseits nur von 6 der 16 östlichen Bezirke. In vier östlichen Regierungsbezirken: Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Marienwerder bildete selbst im letzten Berichtsjahre die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung noch nicht zwei Fünftel, insbesondere in dem mit 307 vom Tausend am ungünstigsten dastehenden Bezirk Gumbinnen noch nicht ein Drittel der gesamten Bezirksbevölkerung.

Setzt man regierungsbezirksweise die an sich einkommensteuerpflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler zur Gesamtbevölkerung in Beziehung, so ergibt die obige Übersicht, daß hier abweichend von der vorangegangenen nicht der Regierungsbezirk Arnsberg, sondern der Stadtkreis Berlin, wo im Jahre 1914 die selbständigen Personen mit Einkommen von über 900 *M* etwas über ein Drittel der gesamten Bevölkerung ausmachten, an erster Stelle steht; es folgt der Regierungsbezirk Potsdam, der in den letzten Berichtsjahren (seit 1910) die ihm bis dahin vorgehenden Bezirke Arnsberg und Düsseldorf — wenn auch nicht erheblich

Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler waren (als Zensiten oder gemäß §§ 19 oder 20 [früher §§ 18 oder 19] des Gesetzes Freigestellte) an sich einkommensteuerepflichtig

im Regierungs- bezirke	1896	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Königsberg ¹⁾	133	156	157	157	167	170	192	213	223	250	258	267	284	297
Gumbinnen ¹⁾	131	152	147	154	150	154	161	170	182	194	203	221	228	242
Allenstein ¹⁾	159	162	177	184	197	217	235	242	260	269
Danzig	159	189	196	200	204	213	238	269	287	315	319	333	348	367
Marienwerder	149	168	173	177	180	187	205	215	224	251	259	268	279	288
Stadtkreis Berlin	398	456	468	507	526	541	557	569	567	572	580	585	587	588
Potsdam	300	383	394	415	431	460	503	530	536	556	566	579	591	599
Frankfurt	187	216	219	224	231	239	275	300	313	337	346	364	382	391
Stettin	229	263	272	276	266	272	296	340	348	364	389	400	420	438
Köslin	173	187	190	194	195	200	210	226	238	268	283	292	319	358
Stralsund	174	190	190	191	194	202	222	237	248	270	268	281	302	323
Posen	138	162	167	175	181	190	208	226	242	276	285	294	311	325
Bromberg	164	183	184	196	199	204	224	243	255	283	294	311	323	326
Breslau	160	199	202	208	214	224	273	286	300	317	339	364	366	384
Liegnitz	167	198	198	201	206	213	237	264	278	298	312	309	347	363
Oppeln	171	219	226	233	242	250	281	294	327	346	350	360	377	389
Magdeburg	267	329	330	336	348	356	393	415	427	450	414	480	499	507
Merseburg	240	323	322	330	339	350	400	437	458	469	481	496	509	520
Erfurt	254	315	317	332	344	360	398	414	412	427	436	446	455	474
Schleswig	266	317	331	341	350	364	408	439	447	466	482	486	502	508
Hannover	283	347	351	362	373	380	415	463	490	508	508	524	537	547
Hildesheim	226	287	289	295	302	315	362	395	419	435	449	466	484	501
Lüneburg	244	299	303	312	311	333	365	408	428	448	470	487	507	516
Stade	253	297	313	330	342	357	401	433	435	460	475	493	516	529
Osnabrück	209	249	244	246	246	249	318	334	351	383	398	419	439	463
Aurich	243	237	285	291	293	302	326	347	360	380	393	400	426	406
Münster	278	273	371	383	409	417	481	510	530	551	550	576	593	611
Minden	243	284	296	298	306	311	367	384	394	417	434	448	467	486
Arnsberg	410	530	530	546	551	567	621	641	644	644	653	669	680	690
Cassel	233	289	292	299	309	322	349	375	375	400	415	427	443	457
Wiesbaden	263	387	390	411	426	443	507	539	528	535	547	560	580	591
Coblenz	266	304	305	304	316	319	366	397	411	429	462	465	487	511
Düsseldorf	329	484	491	511	530	549	609	624	628	637	647	660	666	682
Cöln	285	359	369	368	385	400	488	508	505	524	525	534	551	602
Trier	339	393	403	415	426	431	466	490	501	521	540	550	551	558
Aachen	216	266	270	278	288	296	372	410	422	443	471	470	494	510
Sigmaringen ¹⁾	287	287	286	276	278	287	286	307	325	350	349	361	389
im Staate	249	317	324	337	348	362	404	428	438	455	466	480	495	509

¹⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

— überholt hat. Außer den genannten vier Bezirken bildeten im letzten Berichtsjahre die wegen Einkommens von über 900 \mathcal{M} an sich einkommensteuerepflichtigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nur im Regierungsbezirk Cöln mehr als ein Viertel der gesamten Bezirksbevölkerung, außerdem noch mindestens ein Fünftel dieser in den Bezirken Wiesbaden (hier sogar fast ein Viertel), Hannover, Schleswig, Münster, Magdeburg, Lüneburg, Aachen und (genau ein Fünftel) im Bezirke Merseburg, wogegen von der Gesamtbevölkerung der Regierungsbezirke Bromberg, Marienwerder, Gumbinnen und Allenstein mit den niedrigsten Ziffern im Jahre 1914 je noch nicht ein Zehntel als Haushaltungsvorstände oder Einzelwirtschaftler über 900 \mathcal{M} Einkommen hatte.

Im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler betrachtet, wiesen nach der vorstehenden Übersicht wieder die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf im Jahre 1914 mit fast sieben

Zehnteln die höchsten Häufigkeitsziffern der an sich Einkommensteuerepflichtigen auf; ihnen schließen sich die Bezirke Münster und Cöln mit etwas über und die Bezirke Potsdam, Wiesbaden und Berlin (das 1896 nächst Arnsberg die höchste Ziffer zeigte) mit nahezu drei Fünfteln an.

Außerdem war noch in 10 Regierungsbezirken mehr als die Hälfte aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler an sich einkommensteuerepflichtig, so daß also insgesamt in 17 Bezirken, wovon nur zwei (Potsdam und Berlin) auf den Osten entfielen, die Mehrheit der Selbständigen ein Einkommen von über 900 \mathcal{M} bezog. Dagegen hatten im Jahre 1914 in dem die letzte Stelle einnehmenden Regierungsbezirke Gumbinnen noch nicht ganz ein Viertel und demnächst in den Bezirken Allenstein, Marienwerder und Königsberg nur über ein Viertel bis noch nicht drei Zehntel aller Haushaltungsvorstände und Einzelpersonen ein Einkommen von steuerpflichtiger Höhe.

II. Die Bevölkerung in ihrer Verteilung auf die hauptsächlichsten Einkommensgruppen.

Im folgenden werden die Gesamtbevölkerung sowohl wie für sich (also ohne Angehörige) die Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf die drei Haupteinkommensgruppen verteilt: bis zu 900 \mathcal{M} (niedere Ein-

kommen), über 900 bis 3 000 \mathcal{M} (mittlere Einkommen, zu denen auch die auf Grund der §§ 19 und 20 – früher §§ 18 und 19 – des Einkommensteuergesetzes Freigestellten gehören) und über 3 000 \mathcal{M} (bessere Einkommen).

Es entfielen

auf die Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}

im Jahre	bis 900 (niedere Einkommen)					über 900 bis 3 000 ¹⁾ (mittlere Einkommen)					über 3 000 (bessere Einkommen)				
	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftende					Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftende					Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftende				
	einschließlich	v. H. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	ausschließlich der Angehörigen	vom Hundert aller Haushaltungsvorstände u. Einzelwirtsch.	einschließlich	v. H. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	ausschließlich der Angehörigen	vom Hundert aller Haushaltungsvorstände u. Einzelwirtsch.	einschließlich	v. H. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	ausschließlich der Angehörigen	vom Hundert aller Haushaltungsvorstände u. Einzelwirtsch.
1892	20 952 059	70,1	.	.	.	2 277 965	7,8	.	.	.	316 889	1,1	.	.	.
1896	21 066 453	67,2	8 613 994	27,5	75,1	2 528 333	8,1	22,0	1 138 354	3,6	331 091	1,1	2,9	1,1	2,9
1902	20 613 249	59,7	8 748 751	25,3	68,8	3 614 553	10,5	28,2	1 499 330	4,8	449 681	1,8	3,5	1,3	3,5
1903	20 686 670	58,9	8 816 235	25,1	67,6	3 755 634	10,7	28,8	1 532 432	4,4	461 696	1,8	3,5	1,3	3,5
1904	20 540 902	57,7	8 789 304	24,7	66,3	3 980 556	11,2	30,0	1 586 175	4,5	479 835	1,8	3,6	1,3	3,6
1905	20 483 263	56,5	8 842 215	24,4	65,2	4 223 498	11,6	31,1	1 642 649	4,5	501 437	1,8	3,7	1,4	3,7
1906	20 297 174	55,1	8 835 266	24,0	63,8	4 486 468	12,2	32,4	1 707 814	4,6	526 475	1,8	3,8	1,4	3,8
1907	18 842 470	50,3	8 466 477	22,6	59,6	5 177 529	13,8	36,5	1 816 601	4,8	559 491	1,8	3,9	1,5	3,9
1908	17 957 848	47,2	8 330 352	21,9	57,2	5 637 764	14,8	38,7	1 916 901	5,0	592 651	1,8	4,1	1,6	4,1
1909	17 676 308	45,8	8 302 267	21,5	56,2	5 847 526	15,1	39,6	2 014 491	5,2	621 566	1,8	4,2	1,6	4,2
1910	16 768 154	42,8	8 199 181	20,9	54,5	6 145 356	15,7	40,8	2 305 215	5,9	703 753	1,8	4,7	1,8	4,7
1911	16 382 969	41,2	8 251 707	20,7	53,4	6 446 322	16,2	41,7	2 445 543	6,1	745 598	1,9	4,8	1,9	4,8
1912	16 004 537	39,8	8 158 925	20,3	52,0	6 757 812	16,8	43,0	2 549 796	6,3	783 876	1,9	5,0	1,9	5,0
1913	15 545 529	38,1	8 086 473	19,8	50,5	7 101 566	17,4	44,3	2 688 326	6,6	829 009	2,0	5,2	2,0	5,2
1914	15 136 123	36,7	7 986 634	19,4	49,1	7 379 645	17,9	45,4	2 849 304	6,9	888 201	2,2	5,5	2,2	5,5

¹⁾ einschl. der gemäß §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Gesetzes Freigestellten.

Betrachten wir zunächst die aus vorstehender Übersicht sich ergebende Einkommensgliederung der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler einschließlich der Angehörigen der ersteren), so zeigt die Gruppe der niederen Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} , also der im vorigen Abschnitt bereits behandelten einkommensteuerfreien Bevölkerung, von Jahr zu Jahr eine rückläufige, die der mittleren und der besseren Einkommen hingegen eine aufsteigende Bewegung der Verhältnisziffern.

Machte der auf ein Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} angewiesene Bevölkerungsteil im Jahre 1896 nur rund drei Zehntel und im Jahre 1902 etwas über ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, so umfaßte er im Jahre 1914 schon annähernd drei Fünftel jener; entfiel ferner im Jahre 1896 etwas weniger, im Jahre 1902 etwas mehr als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} , so bezifferte sich der betreffende Anteil im Jahre 1914 schon auf etwas über ein Fünftel.

Andererseits sank die Bevölkerungsschicht, die als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher von einem das sogenannte Existenzminimum von 900 \mathcal{M} nicht übersteigenden Einkommen leben mußte, von sieben Zehnteln der Gesamtbevölkerung im Jahre 1892, etwas über zwei Dritteln im Jahre 1896 und noch fast drei Fünfteln im Jahre 1902 auf nur noch etwas über ein Drittel im letzten Berichtsjahre 1914 herab.

In der Berichtszeit hat also hinsichtlich der Besetzung der drei Haupteinkommensgruppen eine sehr erfreuliche Verschiebung des in ihrer Mehrheit sich verkörpernden Schwerpunktes der Bevölkerung stattgefunden. Dieser ruhte, wie die Übersicht zeigt, bis zum Jahre 1907 mit 50,3 v. H. der Gesamtbevölkerung noch in der untersten Einkommensgruppe

bis zu 900 \mathcal{M} , wurde im Jahre 1908 mit 52,8 v. H. in die beiden Gruppen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und von mehr als 3 000 \mathcal{M} zusammen, im Jahre 1910 aber mit 51,8 v. H. in die Gruppe der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} allein verlegt, ohne daß damit zugleich die steigende Bewegung des Anteilsverhältnisses der Gruppe der besseren Einkommen aufhörte. Die hier geschilderte Entwicklung stellt einen recht beträchtlichen Aufstieg der Bevölkerung aus den niederen in die höheren Einkommensgruppen vor.

Was ferner die Einkommensgliederung der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (ausschließlich der Angehörigen) betrifft, so hat sich nach unserer Übersicht der Bruchteil, den die Bezieher eines mittleren Einkommens von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} von der Gesamtbevölkerung oder von der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bilden, im Zeitraum 1896-1914 mehr als verdoppelt, während die Personen mit einem besseren Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} im Jahre 1914 im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gerade, im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler fast noch einmal so häufig waren wie im Jahre 1896. Die Schicht der steuerlich Selbständigen mit mittlerem Einkommen hat mithin in der Zeit von 1896 bis 1914 einen stärkeren Zuwachs als die mit besserem Einkommen erhalten; dasselbe gilt auch für den Zeitraum 1902-1914, in dem der Anteil an der Gesamtbevölkerung bei den Personen mit mittlerem Einkommen um etwas mehr, bei denen mit besserem Einkommen um etwas weniger als sieben Zehntel, andererseits der an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bei ersteren um etwas mehr, bei letzteren um etwas weniger als drei Fünftel stieg.

Demgegenüber ist, wie schon im Abschnitt I (Seite 271) ausgeführt, die Ziffer der Einkommensbezieher der Gruppe der niederen Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} , wenn diese der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt werden, weniger, wenn man sie dagegen zur Gesamtheit der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler in Beziehung setzt, mehr zurückgegangen. Insbesondere war im letzten Berichtsjahre 1914 zum ersten Male der Anteil der Selbständigen mit nicht über 900 \mathcal{M} Einkommen geringer als der der Bezieher eines mittleren und besseren Einkommens zusammen. Immerhin wies freilich noch nahezu die Hälfte aller Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler kein das Existenzminimum übersteigendes Einkommen auf. Hierbei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß, da die Einkommensteuer nicht mehr, wie früher die Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer, von der unter einem Vorstand zusammengefaßten Haushaltung ausgeht, vielmehr — abgesehen von der Ehefrau — jede Einzelperson, insbesondere auch jedes Kind, für sich zu veranlagten ist, sofern irgend ein der Verfügung des Haushaltsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen vorhanden ist, zu den Einzelwirtschaftlern zahlreiche steuerlich selbständige Personen zählen, die tatsächlich in einer Haushaltung mitleben und ein eigenes, wenn auch niederes Einkommen beziehen, das, ganz oder teilweise dem Haushaltsvorstande überlassen, von diesem im Haushalt mitverwendet wird und so wesentlich dazu beiträgt, die Lebensstellung der gesamten Familie günstig zu beeinflussen und über den Rahmen hinauszuhoben, auf den die steuerliche Veranlagung der betreffenden Familienglieder an sich schließen läßt. Hierher gehören insbesondere die vielen in der Vorbereitung für einen Beruf befindlichen jungen Leute, die noch im elterlichen Haushalte leben, ebenso Gesellen, junge Kaufleute, weibliche Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, Kinder, die ein eigenes der Verfügung des Familienhauptes nicht unterliegendes Zins-einkommen bis zu 900 \mathcal{M} haben, usw.; sie erscheinen in den Steuerlisten als Einzelsteuernde mit niederem Einkommen, während ihre Lebenshaltung infolge des Zusammenlebens mit den Eltern und in ähnlicher Lage befindlichen Geschwistern tatsächlich oft weit über die Grenze der Dürftigkeit hinausragt. Als Einzelsteuernde mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} sind ferner in den Steuerlisten auch vielfach Personen aufgeführt, die außerhalb des elterlichen Haushalts leben, aber von den Eltern unterhalten werden, weil sie noch kein oder wenigstens kein ausreichendes eigenes Einkommen beziehen, z. B. Studenten, Referendare, unbesoldete Assessoren, in der Vorbildung zu einem Beruf befindliche Töchter, Söhne und Töchter ländlicher Besitzer, die in fremder Wirtschaft tätig sind, usw. Sie wie auch die zeitweise erwerbslosen aktiven Militärpersonen und Anstaltsinsassen vermehren gleichfalls wesentlich die Zahl der dem äußeren Anschein nach gering bemittelten Personen, ohne daß man sie ihrer Gesamtlage nach ohne weiteres zu den Bedürftigen rechnen könnte. —

Was das Verhältnis der steuerlich Selbständigen zu den nicht besonders zu veranlagenden Angehörigen betrifft, so haben wir im vorigen Abschnitt (Seite 276) gesehen, daß letztere in der Gruppe der an sich Einkommensteuerpflichtigen erheblich häufiger sind als in der der Einkommensteuerfreien. Für die drei hauptsächlichsten Einkommensgruppen gestaltet sich das Verhältnis folgendermaßen:

im Jahre	in der Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}		
	bis 900	über 900 bis 3 000	über 3 000
1896	1,4	2,6	2,4
1902	1,4	2,4	2,3
1913	0,9	2,2	2,2
1914	0,9	2,1	2,2

In allen drei Einkommensgruppen ist also in der Berichtszeit die Durchschnittsziffer der Angehörigen gesunken, und zwar verhältnismäßig um so mehr, je geringer das Einkommen ist, so daß gegen Ende des Berichtszeitraumes das Übergewicht an Angehörigen von der Gruppe der mittleren auf die der besseren Einkommen übergegangen ist. Ob damit aber in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} auf einen Haushaltsvorstand mehr Angehörige kommen als in der von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , läßt sich, da die Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler nicht getrennt erhoben werden, nicht ohne weiteres sagen; es ist sehr wohl möglich und sogar nicht unwahrscheinlich, daß das schließliche Überwiegen der Angehörigen bei den Beziehern eines besseren Einkommens durch das zunehmende Eindringen von Einzelwirtschaftlern in die Gruppe der mittleren Einkommen herbeigeführt worden ist. —

Betrachten wir nunmehr auch hier nach der verbesserten Wolfschen Methode den Klassenaufstieg der Bevölkerung beim Einkommen, und zwar zunächst für den Berichtszeitraum 1902-1914, so entfiel

auf die Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}	Bevölkerung (Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersten) in 1000 im Jahre 1902	Bevölkerung in 1000 im Jahre 1914, wenn sie in jeder Einkommensgruppe seit 1902 in demselben Verhältnisse wie die Gesamtbevölkerung (d. i. um 19,326%) zugenommen hätte	tatsächlich Bevölkerung in 1000 im Jahre 1914	Mithin von 1902 bis 1914 von der jeweiligen niederen Einkommensgruppe in die höhere aufgestiegene Bevölkerung über- haupt v. H. in 1000
bis 900	20 613	24 597	15 136	9 461 38,5
üb. 900 bis 3 000	12 439	14 843	23 243	1 060 7,1
über 3 000	1 499	1 789	2 849	

Hiernach sind von 1902 bis 1914 zunächst 8,401 Millionen Köpfe der Bevölkerung von der Einkommensgruppe bis zu 900 \mathcal{M} in die von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} aufgestiegen, gleichzeitig aber aus der letzteren 1,060 Millionen in die von über 3 000 \mathcal{M} , die aus der Einkommensgruppe bis 900 \mathcal{M} durch Übergang in die von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} wieder ersetzt worden sind. Der Aufstieg der Gesamtbevölkerung von den niederen zu den mittleren Einkommen betrug also $(8,401 + 1,060 =) 9,461$ Millionen Köpfe, d. i. nahezu zwei Fünftel des auf die Einkommensgruppe von nicht über 900 \mathcal{M} in Berücksichtigung der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung entfallenden Bevölkerungsteils von etwa $24\frac{1}{2}$ Millionen Köpfen. Andererseits sind von der Gruppe der mittleren in die der besseren Einkommen 1,060 Millionen Köpfe aufgestiegen, d. i. rund ein Vierzehntel der der Gruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen angehörenden Bevölkerungsschicht.

Der Aufstieg von den niederen zu den mittleren Einkommen war also bei der preussischen Bevölkerung verhältnismäßig über fünfmal so stark wie der von den mittleren zu den besseren.

Dagegen stellte sich im Zeitraum 1896-1902 der Aufstieg der Bevölkerung von der niederen zur mittleren Einkommensgruppe auf 11,2 und von der mittleren zur besseren auf 2,4% er war also im Jahresdurchschnitt des Berichtszeitraumes 1902-1914 erheblich günstiger als im Durchschnitt der Jahre 1896 bis 1902. In den einzelnen Jahren stiegen von der Bevölkerung in der Berichtszeit 1902-1914 auf, und zwar

von den niederen zu den mittleren Einkommen v. H.		von den mittleren zu den besseren Einkommen v. H.	
von 1902 bis 1903	1,3	von 1902	0,1
„ 1903 „ 1904	2,1	bis 1906	0,2
„ 1904 „ 1905	2,0	insgesamt	0,2
„ 1905 „ 1906	2,4	7,6 v. H.	0,3
„ 1906 „ 1907	8,7	von 1906	0,5
„ 1907 „ 1908	6,1	bis 1910	0,4
„ 1908 „ 1909	3,0	insgesamt	0,4
„ 1909 „ 1910	6,5	22,3 v. H.	1,4
		von 1906	3,1 v. H.
		bis 1910	
		insgesamt	

von den niederen zu den mittleren Einkommen v. H.		von den mittleren zu den besseren Einkommen v. H.	
von 1910 bis 1911	3,8	von 1910	0,5
„ 1911 „ 1912	3,4	bis 1914	0,4
„ 1912 „ 1913	4,1	insgesamt	0,5
„ 1913 „ 1914	3,8	14,3 v. H.	0,6

Sowohl von den niederen zu den mittleren wie von den mittleren zu den besseren Einkommen war hiernach der Klassenanstieg im mittleren Jahrviert 1906-1910 am stärksten und im Jahrviert 1910-1914 noch stärker als 1902-1906. Bemerkenswert ist, daß sich beim Aufstieg von den niederen zu den besseren Einkommen nicht wie bei dem von den niederen zu den mittleren die Aufstiegsziffer des Jahres 1906/07, sondern die des Jahres 1909/10 weitaus am höchsten stellt, was wohl hauptsächlich auf die günstige Wirtschaftskonjunktur des letzteren Jahres zurückzuführen ist, während beim Höchststand des Aufstiegs zu den mittleren Einkommen wesentlich auch der Einfluß der Novelle von 1906 in Betracht kommt.

Natürlich pflegt der Aufstieg zu den mittleren Einkommen erheblich stärker zu sein als zu den besseren; immerhin hat sich im Laufe der Berichtszeit der Abstand zwischen den beiderseitigen Aufstiegsziffern verringert.

Was ferner den Aufstieg der steuerlich Selbständigen in der Berichtszeit betrifft, so kommen

auf die Einkommens- gruppe von ... M	Haushaltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler in 1000 im Jahre 1902	Haushaltungs- schaffter in 1000 im Jahre 1914, wenn sie sich in jeder Ein- kommensgruppe seit 1902 in demselben Verhältnisse wie ihre Gesamtzahl (d. i. um 26,859%) vermehrt hätten	tat- sächlich Haus- haltungs- vorstände u. Einzel- wirt- schafter in 1000 im Jahre 1914	Mithin von 1902 bis 1914 von der jeweiligen niederen Ein- kommensgruppe in die höhere aufgestiegene Haushaltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler über- haupt v. H. in 1000
bis 900	8 749	11 099	7 987	3 112 28,0
üb. 900 bis 3 000	3 615	4 585	7 380	318 6,9
über 3 000	450	570	888	318 6,9

Von 1902 bis 1914 sind hiernach nahezu drei Zehntel aller Haushaltungsvorstände aus der Einkommensgruppe von nicht über 900 M in die von mehr als 900 bis 3 000 M und etwas über ein Fünftel aus letzterer in die von mehr als 3 000 M aufgestiegen. Bei den steuerlich Selbständigen war somit der Aufstieg zur mittleren Einkommensgruppe sehr erheblich, zur Gruppe der besseren Einkommen dagegen nur wenig schwächer als bei der Gesamtbevölkerung. Im vorangegangenen Zeitraum 1896-1902 waren aus der Einkommensgruppe bis zu 900 M in die von über 900 bis 3 000 M 9,1 v. H. und von letzterer in die von über 3 000 M 2,8 v. H., hier wie da also im Jahresdurchschnitt 1896-1902 weniger Selbständige als im Durchschnitt der Jahre 1902-1914 aufgestiegen.

Jahresweise betrug bei den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern im Berichtszeitraum 1902-1914 der Aufstieg

von den niederen zu den mittleren Einkommen v. H.		von den mittleren zu den besseren Einkommen v. H.	
von 1902 bis 1903	0,9	von 1902	0,1
„ 1903 „ 1904	1,9	bis 1906	0,3
„ 1904 „ 1905	1,8	insgesamt	0,2
„ 1905 „ 1906	2,1	6,6 v. H.	0,3
„ 1906 „ 1907	6,6	von 1906	0,4
„ 1907 „ 1908	4,0	bis 1910	0,4
„ 1908 „ 1909	1,8	insgesamt	0,4
„ 1909 „ 1910	3,1	14,6 v. H.	1,2
„ 1910 „ 1911	1,9	von 1910	0,4
„ 1911 „ 1912	2,8	bis 1914	0,4
„ 1912 „ 1913	2,8	insgesamt	0,4
„ 1913 „ 1914	2,7	9,8 v. H.	0,7

Auch hier war also der Klassenanstieg im mittleren Jahrviert am günstigsten und im ersten wesentlich ungünstiger als im letzten. —

Betrachten wir nunmehr auch gemeindegruppenweise die Gliederung der Bevölkerung nach den drei hauptsächlichsten Abstufungen des Einkommens, so entfielen im Jahre 1911

auf die Einkommensgruppe von ... M

		bis 900 (niedere Einkommen) Haushaltungsvorstände und Einzel- wirtschaftler einschließlich der Angehörigen				über 900 bis 3 000 (mittlere Einkommen) Haushaltungsvorstände und Einzel- wirtschaftler einschließlich der Angehörigen				über 3 000 (bessere Einkommen) Haushaltungsvorstände und Einzel- wirtschaftler einschließlich der Angehörigen							
in den Gemeinden mit ... Einwohnern		über- haupt	v. H. der Ge- samt- bevöl- kerung	über- haupt	vom Hundert aller Haus- haltungsvorstände und Einzelwirtschaftler	über- haupt	v. H. der Ge- samt- bevöl- kerung	über- haupt	vom Hundert aller Haus- haltungsvorstände und Einzelwirtschaftler	über- haupt	v. H. der Ge- samt- bevöl- kerung	über- haupt	vom Hundert aller Haus- haltungsvorstände und Einzelwirtschaftler				
bis	2 000	8 866 211	58,1	3 556 986	23,3	69,9	5 955 780	39,0	1 421 876	9,3	27,9	429 961	2,8	109 952	0,7	2,2	
ab. 2 000	5 000	1 550 011	38,3	800 920	19,8	54,2	2 297 315	56,7	622 619	15,4	42,1	203 475	5,0	55 277	1,4	3,7	
"	5 000	10 000	1 032 973	35,8	555 076	19,2	50,8	1 671 456	57,9	487 365	16,9	44,6	184 700	6,4	50 765	1,8	4,6
"	10 000	20 000	888 200	32,4	511 190	18,7	47,5	1 650 745	60,2	507 105	18,5	47,1	201 513	7,4	57 774	2,1	5,4
"	20 000	50 000	1 101 182	30,8	642 836	18,0	45,1	2 175 145	60,8	693 773	19,4	48,6	300 887	8,4	89 621	2,5	6,3
"	50 000	100 000	617 321	27,0	414 185	18,1	42,9	1 473 335	64,4	491 109	21,5	50,8	198 137	8,7	60 983	2,7	6,3
"	100 000	2 327 071	25,9	1 770 514	19,7	41,0	5 720 741	63,7	2 222 475	24,8	51,5	926 870	10,3	321 226	3,6	7,4
insgesamt		16 382 969	41,2	8 251 707	20,7	53,4	20 944 517	52,7	6 446 322	16,2	41,7	2 445 543	6,1	745 598	1,9	4,8	

Hiernach war in allen Gemeindegruppen mit Ausnahme der bis zu 2 000 Seelen die Mehrzahl der Bevölkerung als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher an einem mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 M beteiligt, und zwar mit steigender Ortsgrößenklasse in zunehmendem Umfange, nämlich annähernd drei Fünftel der Gesamtbevölkerung in den Gemeinden von über 2 000 bis 10 000 Einwohnern bis nahezu zwei Drittel in denen von über 50 000 Bewohnern, wogegen in den kleinsten Gemeinden bis zu 2 000 Seelen der

mittleren Einkommensgruppe noch nicht ganz zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung angehörten. Bei den besseren Einkommen ist das Anwachsen der daran beteiligten Bevölkerungsschicht von den niederen zu den höheren Gemeindegruppen hin verhältnismäßig noch viel bedeutender als bei den mittleren. Auf die Einkommensgruppe von über 3 000 M entfiel nämlich in der Ortsgrößenklasse bis zu 2 000 Bewohnern nur etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, in der von über 100 000 Einwohnern dagegen schon etwas über ein Zehntel.

d. i. über dreieinhalbmal soviel wie in der untersten und schon etwas mehr als doppelt soviel wie in der vorletzten Gemeindegruppe. Im Gegensatz zu den mittleren und besseren Einkommen sinkt bei den niederen der auf diese angewiesene Bruchteil der Bevölkerung mit zunehmender Ortsgröße, so daß er in den Gemeinden bis zu 2 000 Seelen mit nahezu drei Fünfteln wesentlich mehr als doppelt so hoch bleibt wie in denen von über 100 000 Bewohnern mit rund einem Viertel.

Was die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausschließlich der Angehörigen betrifft, so ist der Anstieg ihres Anteils an der jeweiligen Gesamtbevölkerung mit zunehmender Größe der Gemeinden in der mittleren wie besseren Einkommensgruppe verhältnismäßig noch wesentlich stärker als bei Einschluß der Angehörigen. In der Gemeindegruppe bis zu 2 000 Einwohnern bildeten nämlich die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit mittlerem Einkommen wenig mehr als ein Elftel der Bevölkerung, in der von über 100 000 Bewohnern hingegen fast ein Viertel, d. i. über zweieinhalbmal soviel als in jenen; ferner war der Anteil der Selbständigen mit besserem Einkommen an der Gesamtbevölkerung in der höchsten Ortsgrößenklasse sogar über fünfmal so hoch wie in der niedersten.

Im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler stellt sich die Ziffer der Selbständigen mit mittlerem wie mit besserem Einkommen natürlich erheblich höher als im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, und zwar etwa dreimal so hoch in der untersten bis — allmählich sinkend — rund doppelt so hoch in der obersten Ortsgrößenklasse.

Je größer die Gemeinden sind, um so dichter ist deren Bevölkerung, wie auch die Übersicht auf Seite 283 ausweist, mit steuerlich Selbständigen (Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern) durchsetzt; gleichwohl wächst mit steigender Ortsgrößenklasse der Bruchteil der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, der ein mittleres oder besseres, bzw. geht der Teil zurück, der ein niederes Einkommen bezieht. Bis zu einem gewissen Grade kann dies möglicherweise darauf beruhen, daß die Einkommensteuer-Veranlagung in den größeren Gemeinden, für die zudem häufiger Veranlagungskommissionen unter dem Vorsitz eines von der Regierung ernannten besonderen Kommissars gemäß § 35 des Einkommensteuergesetzes bestehen, im allgemeinen etwas strenger ist als in den kleineren; in der Hauptsache erklärt es sich aber zweifellos durch die schon im vorigen Abschnitte erwähnten günstigeren Gelderwerbsverhältnisse für die Bewohner größerer Orte gegenüber denen kleinerer und namentlich ländlicher Gemeinden. Hervorgehoben sei noch, daß in den Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern im Jahre 1911 die Bezieher eines Einkommens von über 900 bis 3 000 *M* für sich allein schon die Mehrzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausmachten und daß nach unserer Übersicht fast durchweg der Abstand zwischen den Verhältniszißern der Gemeindegruppen bis zu 2 000 und von über 2 000 bis 5 000 Einwohnern besonders bedeutend ist; so stellt sich beispielsweise der Anteil der Selbständigen mit über 3 000 *M* Einkommen an der Gesamtbevölkerung in der vorletzten Ortsgrößenklasse mit 1,4 v. H. doppelt so hoch wie in der letzten mit 0,7 v. H. —

Es folgen nunmehr noch drei Übersichten, in denen auch regierungsbezirkweise

a) die Verteilung der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) auf die drei Haupteinkommensgruppen (S. 285),

b) der Anteil der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit niederem, mittlerem und besserem Einkommen an der Gesamtbevölkerung (S. 286),

c) die Verteilung der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf die Haupteinkommensgruppen (S. 287) dargestellt wird.

Was die Bewegung der Verhältniszißern betrifft, so findet sich in den drei Übersichten bei allen Regierungsbezirken während der Berichtszeit und auch schon seit 1896 die für den Gesamtstaat beobachtete Entwicklung: abnehmende Besetzung der niederen und zunehmende der mittleren und besseren Einkommensgruppe wieder. Natürlich ist diese Bewegung nicht überall gleichmäßig vor sich gegangen; vielmehr zeigt das Sinken bzw. Steigen der Häufigkeitszißern von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk eine sehr verschiedene Stärke. Immerhin waren aber innerhalb der einzelnen Bezirke erheblichere Schwankungen selten.

Betrachten wir zunächst die Einkommensgliederung der Gesamtbevölkerung etwas näher, so finden wir im Regierungsbezirk Arnberg schon seit 1896 die schwächste Besetzung der Einkommensgruppe bis zu 900 *M* und andererseits die stärkste der von über 900 bis 3 000 *M*; sie sank in ersterer Gruppe von über zwei Fünfteln der Gesamtbevölkerung im Jahre 1896 und etwas über einem Drittel im Jahre 1902 auf fast ein Sechstel im Jahre 1914 und stieg in letzterer von etwas über der Hälfte der Gesamtbevölkerung im Jahre 1896 und etwas über drei Fünfteln im Jahre 1902 auf über drei Viertel im Jahre 1914. Die nächst geringste Häufigkeit bei den niederen Einkommen und die nächst größte bei den mittleren weist seit 1908 der Regierungsbezirk Düsseldorf auf, während bis dahin im allgemeinen der Stadtkreis Berlin die zweite Stelle einnahm. Hingegen die dichteste Bevölkerung mit besserem Einkommen zeigt sich seit 1908 im Regierungsbezirk Potsdam (im Jahre 1914 mit über einem Neuntel der Gesamtbevölkerung), bis dahin im Stadtkreis Berlin; es folgt der Regierungsbezirk Wiesbaden (mit über einem Elftel der Bevölkerung im Jahre 1914). Außer den erwähnten Bezirken Arnberg und Düsseldorf, wo am Schlusse der Berichtszeit je noch nicht ein Fünftel der gesamten Bezirksbevölkerung auf die Einkommensgruppe bis zu 900 *M* entfiel, weisen in dieser noch besonders niedrige Ziffern auf die Bezirke Münster und Cöln mit je weniger als einem Viertel, ferner Berlin und die Regierungsbezirke Potsdam, Trier und Wiesbaden mit je noch weniger als drei Zehnteln der Gesamtbevölkerung im Jahre 1914. Am stärksten ist die Bevölkerung mit niederem Einkommen im Regierungsbezirk Gumbinnen vertreten, und zwar noch mit fast sieben Zehnteln der dortigen Gesamtbevölkerung am Schlusse der Berichtszeit, d. i. fast viermal so stark wie im Bezirk Arnberg; es folgen in dieser Gruppe 1914 mit nahezu zwei Dritteln der Bezirksbevölkerung der Regierungsbezirk Allenstein, mit je noch mehr als drei Fünfteln die Bezirke Marienwerder und Königsberg und mit je noch mehr als der Hälfte die Regierungsbezirke Bromberg, Stralsund, Köslin, Posen, Danzig und Liegnitz. In der Mehrzahl der östlichen Regierungsbezirke gehörte also am Ende der Berichtszeit noch die Mehrheit der gesamten Bezirksbevölkerung der niederen Einkommensgruppe bis 900 *M* an, während dies in keinem westlichen Bezirke mehr der Fall war.

In allen Regierungsbezirken des Westens ausgenommen Aurich entfiel am Schlusse der Berichtszeit die Mehrheit der Gesamtbevölkerung auf die mittlere Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M*, im Osten dagegen abgesehen von Berlin nur noch in den Bezirken Potsdam und Oppeln. Besonders hohe Ziffern wiesen im Jahre 1914 in der Gruppe der mittleren Einkommen außer dem Regierungsbezirk Arnberg mit über drei Vierteln der dortigen Gesamtbevölkerung noch folgende Bezirke auf: Düsseldorf und Münster mit je über sieben Zehnteln sowie Cöln und Trier mit je rund zwei

Vom Tausend der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) entfielen

im Regierungs- bezirke	auf die Einkommensgruppe von . . . M																	
	bis 900 (niedere Einkommen)						über 900 bis 3 000 ¹⁾ (mittlere Einkommen)						über 3 000 (bessere Einkommen)					
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914
Königsberg ²⁾	831	804	797	741	672	632	147	169	174	225	281	315	22	27	30	35	47	53
Gumbinnen ²⁾	812	809	809	776	740	693	170	172	170	199	225	267	18	19	21	25	35	40
Allenstein ²⁾	805	775	704	663	.	.	179	205	266	301	.	.	17	20	30	37
Danzig	805	772	752	647	575	515	165	196	213	316	376	430	30	32	34	37	48	55
Marienwerder	810	795	781	736	673	639	172	184	197	238	289	320	18	21	22	26	37	41
Stadtkreis Berlin . .	439	392	313	281	274	272	486	528	608	640	643	647	76	80	79	79	83	82
Potsdam	615	514	461	352	305	277	337	419	463	559	587	604	48	67	76	89	109	119
Frankfurt	739	718	701	618	542	489	236	253	269	350	416	463	24	29	30	32	41	48
Stettin	723	685	675	587	512	453	243	276	282	369	432	482	34	39	43	44	55	65
Köslin	781	774	769	735	662	563	197	203	206	237	299	391	22	24	25	28	39	46
Stralsund	781	766	760	706	637	572	187	201	206	257	314	370	32	33	34	37	49	58
Posen	810	784	766	710	597	544	172	194	210	264	363	409	18	22	23	26	40	47
Bromberg	787	767	753	702	616	582	191	210	220	266	340	368	22	23	27	31	44	50
Breslau	786	732	714	619	544	485	182	229	244	334	397	448	32	39	42	47	59	67
Liegnitz	764	732	722	648	571	505	209	237	245	315	383	442	27	32	33	36	47	53
Oppeln	751	688	660	579	508	458	228	288	315	393	456	502	21	24	25	28	36	40
Magdeburg	657	581	557	466	396	348	299	370	392	480	538	578	44	49	50	54	66	73
Merseburg	696	581	562	438	371	328	267	375	394	514	570	608	37	44	44	48	59	64
Erfurt	692	615	582	484	430	386	272	340	371	465	506	546	36	46	46	51	63	68
Schleswig	636	579	538	431	374	339	321	371	410	508	551	578	43	50	52	61	75	83
Hannover	619	550	528	422	351	314	328	393	414	513	569	596	53	57	59	65	80	90
Hildesheim	708	628	609	491	404	348	252	325	343	456	528	578	40	47	48	54	68	74
Lüneburg	662	587	560	478	383	331	312	378	402	478	558	596	27	35	37	44	60	73
Stade	645	590	543	435	375	303	325	376	420	521	570	631	30	34	37	43	55	66
Osnabrück	704	650	660	550	465	405	269	319	309	414	491	542	27	31	31	36	44	53
Aurich	695	666	659	600	532	480	256	281	286	340	391	438	49	53	55	61	77	82
Münster	585	480	443	341	268	226	373	470	509	608	673	711	41	49	48	52	60	63
Minden	665	595	568	475	397	336	301	366	392	481	551	604	34	40	40	44	52	60
Arnsberg	436	342	311	222	204	176	528	615	647	731	744	762	36	43	41	47	53	61
Cassel	687	606	585	502	429	387	277	350	370	449	508	542	36	44	46	49	63	71
Wiesbaden	651	505	482	364	342	291	290	422	445	561	573	615	59	74	73	76	85	94
Coblenz	647	576	559	470	387	333	325	390	404	489	559	607	27	34	36	41	54	60
Düsseldorf	554	392	343	243	212	189	397	553	600	695	716	730	49	55	56	62	71	82
Cöln	606	531	494	340	300	244	345	408	441	591	621	666	49	60	65	69	79	90
Trier	542	463	426	363	304	279	434	507	540	599	650	668	24	31	34	38	46	52
Aachen	699	622	593	439	372	322	267	337	365	513	570	605	34	41	42	47	57	74
Sigmaringen ²⁾	548	553	540	470	409	.	402	403	414	474	528	.	50	44	45	57	63
im Staate	672	597	565	472	412	367	292	360	390	477	527	564	36	43	45	50	61	69

¹⁾ einschl. der gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten nebst Angehörigen. — ²⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

Dritteln, andererseits weitaus die niedrigsten der Regierungsbezirk Gumbinnen mit wenig mehr als einem Viertel, demnächst die Bezirke Allenstein, Königsberg und Marienwerder mit je noch nicht einem Drittel der Bezirksbevölkerung. In dem an erster Stelle stehenden Regierungsbezirk Arnsberg ist die Bevölkerung in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M fast dreimal so stark vertreten wie in dem am ungünstigsten dastehenden Bezirk Gumbinnen.

In der Einkommensgruppe von über 3 000 M finden sich außer in den bereits hervorgehobenen Regierungsbezirken Potsdam und Wiesbaden noch bemerkenswert erhebliche Häufigkeitsziffern für 1914 mit je fast einem Elftel der Gesamtbevölkerung in den Bezirken Hannover und Cöln sowie mit je rund einem Zwölftel im Stadtkreise Berlin und in den Bezirken Schleswig, Aurich und Düsseldorf. Dagegen machte in dem hier am tiefsten stehenden Regierungsbezirk Allenstein der Bruchteil der Bevölkerung in der Gruppe der besseren Einkommen noch nicht ganz ein Fünfundzwanzigstel der gesamten Bezirksbevölkerung aus; es folgen mit einem

Fünfundzwanzigstel oder wenig mehr die Bezirke Gumbinnen, Marienwerder und Oppeln. Im Regierungsbezirk Allenstein war also die Bevölkerungsschicht mit Einkommen von über 3 000 M nur rund ein Drittel so dicht wie in dem die erste Stelle einnehmenden Bezirk Potsdam.

Stellt man die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Gesamtbevölkerung gegenüber, so zeigen sich bei den niederen Einkommen einige auffallende Schwankungen der Verhältnisziffern, so im Regierungsbezirk Magdeburg, wo die steuerlich Selbständigen mit Einkommen bis zu 900 M sich von 235 aufs Tausend der Gesamtbevölkerung im Jahre 1908 auf 266 a. T. im Jahre 1911 vermehrten, um sich im Jahre 1914 auf 204 a. T. zu vermindern, ferner im Bezirk Aurich mit einer Steigerung von 255 a. T. im Jahre 1896 auf 295 a. T. im Jahre 1902 und Senkung auf 230 a. T. im Jahre 1905 sowie im Bezirke Sigmaringen, in dem die Personen mit niederm Einkommen im Jahre 1905 300 und im Jahre 1908 302 vom Tausend der Gesamtbevölkerung ausmachten gegen 269 v. T. im Jahre 1902

Aufs Tausend der Gesamtbevölkerung entfielen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter

im Regierungs- bezirke	mit einem Einkommen von . . . M																			
	bis 900 (niedere Einkommen)						über 900 bis 3 000 ¹⁾ (mittlere Einkommen)						über 3 000 (bessere Einkommen)							
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914		
Königsberg ²⁾	301	295	306	299	283	273	39	46	51	69	83	98	7	8	10	11	15	17		
Gumbinnen ²⁾	279	258	281	287	272	261	37	41	43	52	59	72	5	6	6	7	10	12		
Allenstein ²⁾	235	230	218	213	.	.	40	46	59	69	.	.	5	6	8	10		
Danzig	276	272	267	251	236	228	44	54	58	81	96	116	9	10	10	11	14	17		
Marienwerder	246	236	232	223	213	211	38	42	45	54	65	75	5	6	6	7	10	11		
Stadtkreis Berlin . .	323	294	268	248	244	242	188	217	267	298	305	312	26	29	29	30	32	33		
Potsdam	264	251	239	207	197	186	99	134	156	203	219	235	14	21	25	30	38	43		
Frankfurt	292	281	278	259	251	240	60	69	75	101	120	139	7	8	9	10	12	15		
Stettin	264	255	261	240	228	217	68	79	82	110	128	149	10	12	13	14	17	20		
Köslin	241	235	232	226	211	196	45	47	49	58	73	97	5	6	7	8	11	13		
Stralsund	316	309	310	299	296	278	57	63	64	81	94	114	9	10	10	12	15	18		
Posen	276	262	250	232	224	211	39	44	48	60	78	88	5	6	7	8	11	13		
Bromberg	251	245	237	222	213	203	43	48	51	63	77	85	6	7	8	9	11	13		
Breslau	335	320	315	291	272	263	54	67	72	102	122	142	10	12	13	15	19	22		
Liegnitz	326	305	314	296	281	262	57	68	71	94	113	133	8	10	10	12	15	17		
Oppeln	269	250	239	239	214	203	50	64	69	92	106	119	5	6	7	7	9	10		
Magdeburg	280	258	254	235	266	204	88	111	119	149	167	186	13	15	16	17	21	24		
Merseburg	264	242	239	206	195	185	73	102	109	146	163	181	10	13	13	15	18	20		
Erfurt	252	241	232	219	210	202	75	97	107	139	143	161	11	14	15	16	19	21		
Schleswig	293	273	262	228	213	208	94	113	126	160	177	190	12	14	15	18	22	25		
Hannover	281	257	247	215	203	193	95	119	128	164	184	203	16	18	19	21	25	30		
Hildesheim	281	257	254	224	208	192	71	90	96	130	150	170	11	13	14	16	20	23		
Lüneburg	285	272	277	234	209	196	84	106	114	148	168	188	8	10	11	13	17	21		
Stade	269	256	240	208	192	177	83	99	114	147	159	181	8	9	11	12	15	18		
Osnabrück	266	253	251	226	201	181	63	75	73	104	121	142	7	9	9	10	12	14		
Aurich	255	295	230	213	204	218	68	76	79	95	111	125	13	15	16	18	22	24		
Münster	252	227	206	169	157	136	87	124	132	163	179	199	9	11	11	12	14	15		
Minden	257	245	240	217	204	189	74	87	95	124	142	162	9	10	11	12	14	16		
Arnsberg	214	171	165	134	128	117	140	182	191	226	226	243	9	11	11	13	14	17		
Cassel	259	250	246	228	217	205	68	89	97	123	136	151	10	13	13	14	18	21		
Wiesbaden	298	251	232	188	186	169	86	133	147	192	195	210	20	25	25	27	30	35		
Coblenz	249	248	242	217	189	175	82	98	101	131	147	166	8	10	11	12	15	17		
Düsseldorf	246	194	179	146	139	127	108	167	186	225	234	248	13	15	16	18	20	24		
Cöln	293	251	245	202	202	167	102	123	133	187	198	223	15	18	20	22	25	29		
Trier	211	199	188	170	150	150	102	120	130	153	164	175	6	8	9	10	12	14		
Aachen	294	278	271	231	201	197	71	89	98	147	163	184	10	11	12	13	16	21		
Sigmaringen ²⁾	269	300	302	257	240	.	96	102	108	123	135	.	13	12	13	16	18		
im Staate	275	253	244	219	207	194	81	105	116	148	162	179	11	13	14	16	19	22		

¹⁾ einschl. der gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten. — ²⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

und 257 v. T. im Jahre 1911. Diese vorübergehenden Erscheinungen sind offenbar mehr auf besondere zufällige als auf wirtschaftlich ungünstige Umstände zurückzuführen.

Abweichend von der vorangegangenen Übersicht (S. 285) tritt hervor, daß im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Bezieher niederer Einkommen für 1914 nicht in den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen, sondern Stralsund und Königsberg zu finden sind; an dritter und vierter Stelle standen im letzten Berichtsjahr die Bezirke Breslau und Liegnitz (die im Jahre 1896 die höchsten Ziffern aufwiesen), worauf erst Gumbinnen kommt, während der Bezirk Allenstein noch hinter dem den sechsten Platz einnehmenden Berlin sowie den Regierungsbezirken Frankfurt, Sigmaringen, Danzig, Aurich und Stettin zurücksteht.

Die ein mittleres Einkommen von über 900 bis 3 000 M beziehenden Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter sind im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht im Bezirk Arnsberg, sondern in der Reichshauptstadt Berlin am häufigsten, der in erheblichem Abstände die Bezirke Düsseldorf, Arnsberg

und Potsdam folgen. Auch die Bezieher eines besseren Einkommens von über 3 000 M weisen in Berlin einen verhältnismäßig beträchtlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung auf, der nur — und zwar erst in neuerer Zeit — von dem der Regierungsbezirke Potsdam (seit 1911) und Wiesbaden (seit 1914) überholt wird; am niedrigsten sind hier wie bei den mittleren Einkommen die Ziffern der Bezirke Allenstein, Marienwerder, Gumbinnen, außerdem bei den besseren Einkommen noch die des Regierungsbezirks Oppeln.

Betrachtet man die den einzelnen Einkommensabstufungen angehörenden Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl, so zeigen am Schlusse der Berichtszeit wieder — wie bei der Einkommensgliederung der Gesamtbevölkerung — die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf bei den niederen Einkommen bis zu 900 M die geringsten und bei den mittleren von über 900 bis 3 000 M die höchsten, andererseits die ostpreussischen Regierungsbezirke und der Bezirk Marienwerder bei ersteren Einkommen die höchsten und bei letzteren die niedrigsten

Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler

hatten ein Einkommen von . . . M																		
im Regierungs- bezirke	bis 900 (niedere Einkommen)						über 900 bis 3 000 ¹⁾ (mittlere Einkommen)						über 3 000 (bessere Einkommen)					
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914
Königsberg ²⁾	867	844	833	787	742	703	113	132	140	183	219	252	19	24	27	30	39	45
Gumbinnen ²⁾	869	848	850	830	797	758	116	133	131	149	174	208	15	18	19	21	29	34
Allenstein ²⁾	841	816	765	731	.	.	142	164	206	237	.	.	17	20	28	33
Danzig	841	811	796	731	681	633	133	161	174	236	277	321	26	29	31	33	41	46
Marienwerder	851	832	820	785	741	712	131	147	158	190	226	251	17	21	22	25	34	37
Stadtkreis Berlin . .	602	544	474	431	420	412	350	402	474	517	525	532	48	54	52	52	55	56
Potsdam	700	617	569	470	434	401	262	330	371	461	483	506	38	53	60	69	84	93
Frankfurt	813	784	769	700	654	609	168	193	206	273	313	353	19	23	25	27	32	38
Stettin	771	737	734	660	611	562	200	229	230	302	344	385	29	34	35	38	45	53
Köslin	827	813	805	774	717	642	155	164	171	199	247	317	18	22	24	27	36	41
Stralsund	826	810	806	763	732	677	149	164	167	207	231	279	25	27	27	30	37	44
Posen	862	838	819	774	715	675	123	142	159	200	251	284	15	20	22	26	35	41
Bromberg	836	817	801	757	706	674	145	161	173	213	256	282	20	22	26	30	38	44
Breslau	840	801	786	714	661	616	135	168	180	249	295	333	25	31	33	37	45	51
Liegnitz	833	802	794	736	688	637	147	173	180	235	277	323	21	25	26	29	36	41
Oppeln	829	781	758	706	650	611	154	199	220	272	322	358	17	20	22	22	28	32
Magdeburg	733	671	652	585	586	493	232	289	307	372	368	450	35	40	41	43	46	58
Merseburg	760	677	661	563	519	480	210	286	302	397	434	469	30	36	37	40	47	51
Erfurt	746	685	656	586	564	526	221	275	303	371	385	419	33	40	41	44	50	55
Schleswig	734	683	650	561	518	492	235	282	312	395	429	450	31	35	38	44	52	59
Hannover	717	653	627	537	492	453	243	303	325	411	447	478	41	45	47	52	62	69
Hildesheim	774	713	698	605	550	499	194	249	263	352	397	442	31	37	39	43	52	59
Lüneburg	756	701	689	591	530	484	224	274	285	376	427	464	21	25	26	33	42	52
Stade	747	703	658	567	525	471	230	272	313	400	434	480	23	26	29	33	41	48
Osnabrück	791	751	754	666	602	537	188	224	220	306	362	420	21	25	26	28	35	42
Aurich	757	763	707	653	607	594	203	197	244	293	329	340	40	39	49	54	64	66
Münster	722	627	591	490	450	389	251	342	377	474	511	569	27	31	32	35	39	42
Minden	757	716	694	616	566	514	217	254	275	350	395	442	25	30	31	34	39	44
Arnsberg	590	470	449	359	347	310	385	500	521	607	614	646	25	30	30	34	39	44
Cassel	767	711	691	625	585	543	203	253	272	336	367	402	30	36	37	39	48	55
Wiesbaden	737	613	574	461	453	409	214	326	364	472	474	508	48	61	63	67	73	84
Coblenz	734	696	684	603	538	489	242	276	286	364	419	463	24	28	30	33	43	48
Düsseldorf	671	516	470	376	353	318	294	443	489	578	595	622	35	41	41	46	52	59
Cöln	715	641	615	492	475	398	248	313	334	455	466	533	37	47	51	53	59	70
Trier	661	607	574	510	460	442	320	367	398	460	503	517	20	26	28	30	37	41
Aachen	784	734	712	590	529	490	190	235	257	376	429	459	26	30	31	34	42	51
Sigmaringen ²⁾	713	724	714	650	611	.	254	246	256	311	343	.	34	30	31	39	46
im Staate	751	683	652	572	534	491	220	282	311	387	417	454	29	35	37	41	48	55.

¹⁾ einschl. der gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten. — ²⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und

²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

Häufigkeitsziffern, während bei den besseren Einkommen von über 3 000 M die Regierungsbezirke Potsdam und demnächst Wiesbaden an der Spitze und die Bezirke Oppeln, Allenstein und Gumbinnen am tiefsten stehen.

Noch im letzten Berichtsjahre hatte in allen östlichen Bezirken mit Ausnahme von Berlin und Potsdam die Mehrzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler kein 900 M übersteigendes Einkommen aufzuweisen, wogegen dies im Westen nur noch in den Bezirken Erfurt, Osnabrück, Aurich, Minden, Cassel und Sigmaringen der Fall war. In dreizehn von den insgesamt sechzehn östlichen Bezirken betrug der Bruchteil der Bezieher eines Einkommens bis zu 900 M sogar über drei Fünftel, davon in dreien (Stralsund, Bromberg, Posen)

etwas über zwei Drittel, in weiteren dreien (Königsberg, Marienwerder und Allenstein) über sieben Zehntel und im Bezirke Gumbinnen etwas über drei Viertel aller derartigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, während er im Westen nur bei Sigmaringen etwas mehr als drei Fünftel ausmachte. In acht Bezirken, zwei östlichen — Berlin und Potsdam — und sechs westlichen — Münster, Arnsberg, Wiesbaden, Düsseldorf, Cöln und Trier — entfiel im Jahre 1914 die Mehrheit — in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf sogar über drei Fünftel — aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler allein auf die mittlere Einkommensgruppe von mehr als 900 bis 3 000 M.

III. Die Bevölkerung mit besserem Einkommen.

In diesem Abschnitte werden die im vorigen im ganzen behandelten Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} in ihre vier wichtigsten Untergruppen, nämlich in die von über 3 000 bis 9 500, über 9 500 bis 30 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 \mathcal{M} , zerlegt.

Die zunächst folgende Übersicht zeigt für den Gesamtstaat, in welchem Verhältnisse in den einzelnen Berichtsjahren einmal die Gesamtbevölkerung und sodann die Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler in jenen Einkommensabstufungen vertreten waren.

Es entfielen

auf die Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}

im Jahre	über 3 000 bis 9 500				über 9 500 bis 30 500				über 30 500 bis 100 000				über 100 000			
	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler	
	einschließlich der Angehörigen		ausschließlich der Angehörigen		einschließlich der Angehörigen		ausschließlich der Angehörigen		einschließlich der Angehörigen		ausschließlich der Angehörigen		einschließlich der Angehörigen		ausschließlich der Angehörigen	
	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	überhaupt	v. Tausend
1892.	.	.	260 105	8,7	.	.	46 092	1,6	.	.	9 034	0,3	.	.	1 658	0,06
1896.	942 274	30,1	272 819	8,7	23,8	158 840	5,1	47 308	1,5	4,1	31 490	1,0	9 265	0,3	5 750	0,18
1902.	1 237 158	35,8	368 977	10,7	28,8	210 486	6,1	64 737	1,9	5,1	42 972	1,2	13 205	0,4	8 714	0,25
1903.	1 270 106	36,2	380 729	10,8	29,2	212 442	6,1	65 385	1,9	5,0	41 571	1,2	12 929	0,4	8 313	0,24
1904.	1 317 756	37,0	396 331	11,1	29,9	217 595	6,1	67 427	1,9	5,1	42 478	1,2	13 404	0,4	8 346	0,23
1905.	1 360 925	37,5	413 261	11,4	30,5	227 251	6,3	70 943	2,0	5,2	45 454	1,3	14 374	0,4	9 019	0,25
1906.	1 411 414	38,3	432 787	11,8	31,3	237 107	6,4	74 755	2,0	5,4	49 321	1,3	15 760	0,4	9 972	0,27
1907.	1 502 463	40,1	459 191	12,3	32,3	249 896	6,7	79 630	2,1	5,6	53 184	1,4	17 109	0,5	11 058	0,30
1908.	1 588 360	41,8	487 657	12,8	33,5	260 828	6,9	83 241	2,2	5,7	55 854	1,5	17 957	0,5	11 859	0,31
1909.	1 682 713	43,6	514 571	13,3	34,8	264 751	6,9	85 158	2,2	5,8	55 381	1,4	18 019	0,5	11 646	0,30
1910.	1 959 199	50,1	591 334	15,1	39,3	277 190	7,1	89 991	2,3	6,0	56 914	1,5	18 535	0,5	11 912	0,30
1911.	2 083 563	52,4	627 800	15,8	40,7	289 864	7,3	94 230	2,4	6,1	59 573	1,5	19 430	0,5	12 543	0,32
1912.	2 168 780	53,9	658 801	16,4	42,0	303 990	7,6	99 620	2,5	6,3	63 676	1,6	20 999	0,5	13 350	0,33
1913.	2 290 548	56,2	697 101	17,1	43,5	316 968	7,8	104 922	2,6	6,6	66 631	1,6	22 239	0,6	14 179	0,35
1914.	2 410 803	58,5	741 559	18,0	45,6	349 661	8,5	116 876	2,8	7,2	73 408	1,8	24 551	0,6	15 432	0,37

Allen vier Einkommensabstufungen gemeinsam ist für die Berichtszeit eine beträchtliche Aufwärtsbewegung sowohl der absoluten Zahlen wie der Verhältnisziffern, die nur ganz ausnahmsweise und vorübergehend, so bei den Einkommen von über 30 500 \mathcal{M} im Jahre 1903, eine Unterbrechung erlitten hat.

Was zunächst den Anteil der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler einschließlich der Angehörigen der ersteren) an den Gruppen der besseren Einkommen betrifft, so ist er seit dem ersten in Betracht kommenden Vergleichsjahre 1896 in der nach oben unbegrenzten höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} verhältnismäßig am meisten gestiegen, und zwar hat er sich von 1896 bis 1914 verdoppelt; nicht ganz so bedeutend war in derselben Zeit mit rund neun Zehnteln seine Zunahme in der untersten Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} ; es folgt die von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} , in der sie sich auf vier Fünftel stellte, während sie in der von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} mit drei Fünfteln am geringsten war. Betrachtet man dagegen den Berichtszeitraum 1902-1914, so findet sich die stärkste Zunahme der Verhältnisziffer der beteiligten Bevölkerungsschicht nicht in der Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} , sondern in der von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} mit etwas über drei Fünfteln; es schließen sich je mit rund der Hälfte die von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} und von über 100 000 \mathcal{M} an; zuletzt folgt auch hier die von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} mit etwa zwei Fünfteln.

Ungeachtet dieses verhältnismäßig erheblichen Anwachsens der Bevölkerungsschicht mit besserem Einkommen in allen vier Untergruppen machte diese selbst in der weitaus am stärksten besetzten untersten Einkommensabstufung von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} auch im letzten Berichtsjahre erst etwa den siebzehnten Teil der Gesamtbevölkerung aus, gegen etwas

weniger als ein Dreißigstel im Jahre 1896 und etwas mehr im Jahre 1902. Die Einkommen von über 9 500 \mathcal{M} sind nur bei einem geringfügigen, im Jahre 1914 insgesamt wenig mehr als ein Hundertstel betragenden Bruchteil der Bevölkerung vertreten; namentlich stark tritt der Bevölkerungsteil mit über 30 500 \mathcal{M} Einkommen zurück.

Noch günstiger, als wenn man die den Gruppen der besseren Einkommen angehörende Bevölkerungsschicht der Gesamtbevölkerung gegenüberstellt, erscheint die Bewegung, sofern man im Verhältnis zu letzterer lediglich die betreffenden Einkommensbezieher (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler) betrachtet, obgleich dann naturgemäß die sich ergebenden Ziffern viel kleiner sind. Unsere Übersicht zeigt nämlich, daß sich seit dem Jahre 1896 der Anteil der Personen mit über 3 000 bis 9 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 \mathcal{M} Einkommen an der gesamten Bevölkerung bis 1914 verdoppelt und der mit über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} Einkommen nahezu verdoppelt hat; am günstigsten stehen auch hier die Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} mit einem Ansteigen der Verhältnisziffer um 160 % da; bei denen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} beträgt es rund 107 %, bei denen von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} gerade 100 % und bei denen von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} etwa 87 %.

Andererseits hob sich im Zeitraum 1902-1914 im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung am meisten die Ziffer der Einkommensbezieher der Gruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} , nämlich um fast sieben Zehntel; ihr schließt sich die der Gruppe von über 100 000 \mathcal{M} an mit einer Zunahme von etwas über drei Fünfteln, sodann die der Gruppe von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} mit einer Steigerung um genau und die der Gruppe von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} um etwas weniger als die Hälfte.

Was schließlich das Anteilsverhältnis der Bezieher besserer Einkommen an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler betrifft, so war auch dieses im Zeitraum 1896-1914 in der Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} , in dem von 1902-1914 hingegen wiederum in der von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} am meisten gestiegen, und zwar vergrößerte sich in ersterem der Bruchteil der Bezieher mit über 100 000 \mathcal{M} Einkommen um etwas mehr als das einfache, in letzterem der mit über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} um fast drei Fünftel. Andererseits war auch hier in beiden Zeiträumen das Anwachsen der Verhältniszahl am schwächsten in der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} , und zwar von 1896-1914 mit drei Vierteln und von 1902-1914 mit zwei Fünfteln, wogegen sie in ersterem Zeitraum in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} um etwas mehr, in der von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} um etwas weniger als neun Zehntel, in letzterem in der von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} um die Hälfte, in der von über 100 000 \mathcal{M} aber um weniger als die Hälfte, jedoch wesentlich über zwei Fünftel (45 %) zunahm.

Während sich also die Bezieher eines Einkommens von über 100 000 \mathcal{M} im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler im Gesamtzeitraum 1896-1914 am stärksten vermehrt haben, steht die Zunahme ihrer Verhältniszahl in der Zeitspanne 1902-1914 erst an dritter Stelle unter den vier Untergruppen.

Mag man aber die Einkommensbezieher (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler) mit besserem Einkommen zur Gesamtbevölkerung oder zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in Beziehung setzen, in den Einkommensgruppen von über 9 500 \mathcal{M} ist ihre Häufigkeit überall gering; selbst in der von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} war sie nur im Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit etwas über einem Fünftel und zwanzigstel dieser in den letzten Berichtsjahren einigermaßen beträchtlich, während die Bezieher eines solchen Einkommens auch im Jahre 1914 noch nicht den fünfzigsten, also einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachten. Weitaus am meisten tritt naturgemäß die Häufigkeitszahl in der Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} zurück, die 1914 nur mit 13 Zensiten aufs Hunderttausend der Gesamtbevölkerung bzw. 32 auf je 100 000 Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler besetzt war.

Gliedert man die Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} noch weiter, so ergibt sich für deren hauptsächlichste Abstufungen folgendes Bild:

auf die Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ¹⁾ aufs Hunderttausend			
	überhaupt	der Gesamtbevölkerung	der Haushaltungsvorstände	der Einzelwirtschaftler
über 100 000 bis 500 000	1896	1 596	5,1	13,9
	1902	2 594	7,5	20,2
	1913	4 416	10,8	27,6
	1914	4 869	11,8	30,0
über 500 000 bis 1 000 000	1896	76	0,2	0,7
	1902	108	0,3	0,8
	1913	242	0,6	1,5
	1914	255	0,6	1,6
über 1 000 000	1896	27	0,1	0,2
	1902	60	0,2	0,5
	1913	89	0,2	0,6
	1914	91	0,2	0,6

¹⁾ ausschließlich der Angehörigen; bezüglich der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler einschließlich der Angehörigen der ersteren fehlen für die weitergehende Gliederung der Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} die Unterlagen.

Hiernach bilden die Personen mit Millionen-Einkommen mit 2 auf je 1 Million der Gesamtbevölkerung bzw. 6 auf je 1 Million aller Haushaltungsvorstände nur einen ganz geringfügigen Teil der Gesamtbevölkerung oder der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler; immerhin hat sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1896-1914 verdoppelt und an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler sogar verdreifacht, wogegen sich allerdings im Berichtszeitraum 1902-1914 die betreffenden Verhältniszahl fast gar nicht verschoben haben. Am günstigsten war die neuere Entwicklung bei den Einkommen von über 500 000 bis 1 000 000 \mathcal{M} ; ihre Zahl hat sich nämlich in den Jahren 1902-1914 sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler verdoppelt.

Trotz der geringen Anzahl der Personen mit dem sehr großen Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} ist deren Anteil am gesamten Einkommen im Staate verhältnismäßig recht bedeutend. Denn, während sie im letzten Berichtsjahre mit den Angehörigen nur 0,04, ohne diese nur 0,01 vom Hundert der Gesamtbevölkerung und für sich allein nur 0,03 vom Hundert aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausmachten, bezifferte sich ihr Anteil am steuerpflichtigen Gesamteinkommen in Preußen auf 7,33 Hundertteile (wovon 5,01 auf die Einkommen von über 100 000 bis 500 000 \mathcal{M} , 1,01 auf die von über 500 000 bis 1 000 000 \mathcal{M} und 1,30 auf die von über 1 Million \mathcal{M} entfielen); sie vereinigen also auf sich im ganzen über ein Vierzehntel, also einen beträchtlichen Teil des gesamten steuerpflichtigen Einkommens. Im Jahre 1902 betrug der entsprechende Anteil sogar 8,09, im Jahre 1896 6,56 vom Hundert des gesamten Einkommens der physischen Zensiten.

Wenn schon sich nach vorstehendem die Bezieher besserer Einkommen, insbesondere auch die ganz Reichen mit Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} , in Preußen verhältnismäßig stark vermehrt haben, kann hier von einer „plutokratischen“ Zusammenballung der Einkommen als einer bedenklichen Massenerscheinung keine Rede sein, da, wie wir im vorigen Abschnitte sahen, die gleichzeitige Bewegung der niederen und mittleren Einkommen sehr günstig war, indem sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler die Häufigkeit der ersteren wesentlich zurückgegangen ist, die der letzteren hingegen erheblich zugenommen hat und ein befriedigender Aufstieg nicht nur von den niederen zu den mittleren, sondern auch von den mittleren zu den besseren Einkommen zu beobachten ist.

Auch wenn man die steuerpflichtige Einkommenssumme selbst betrachtet, ergibt sich, daß die mittleren Einkommen keineswegs von den besseren zurückgedrängt werden. Es entfielen nämlich Hundertteile des gesamten steuerpflichtigen Einkommens

auf die physischen Zensiten mit Einkommen von . . . \mathcal{M}	1892	1896	1902	1905	1910	1911	1912	1913	1914
üb. 900 bis 3 000	51,0	52,5	52,1	53,9	56,0	55,8	56,8	56,6	55,6
über 3 000 . . .	49,0	47,5	47,9	46,1	44,0	44,2	43,7	43,4	44,4

Hiernach ruht in offenbar zunehmendem Maße das Übergewicht bei den mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , auf die im ersten Veranlagungsjahre 1892 etwas, im letzten 1914 schon wesentlich mehr als die Hälfte der gesamten steuerpflichtigen Einkommenssumme entfiel. Naturgemäß schwanken die Anteile etwas, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil die Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} von den wechselnden Wirtschaftskonjunkturen besonders leicht beeinflusst zu werden pflegen.

Rechnen wir den mittleren Einkommen auch noch die von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} als die des oberen Mittelstandes

hinzu, so zeigt sich, daß die Oberschicht mit über 9 500 \mathcal{M} Einkommen in sinkendem Umfange am Gesamtbetrage des steuerpflichtigen Einkommens beteiligt ist.

Es entfielen nämlich Hundertteile des gesamten steuerpflichtigen Einkommens

auf die physischen Zensiten mit Ein- kommen von ... \mathcal{M}	1892	1896	1902	1905	1910	1911	1912	1913	1914
üb. 900 bis 9 500	72,9	73,9	72,6	74,1	75,5	75,3	75,9	76,0	75,1
über 9 500	27,1	26,1	27,4	25,9	24,5	24,7	24,1	24,0	24,9
über 100 000	6,7	6,6	8,1	7,2	7,7	8,0	7,2	7,2	7,3

Hiernach ist von 1892 bis 1914 der Anteil der Einkommen von über 900 bis 9 500 \mathcal{M} unter Schwankungen auf etwas über drei Viertel des steuerpflichtigen Gesamteinkommens gestiegen. Während aber dementsprechend das Anteilsverhältnis der Einkommen von mehr als 9 500 \mathcal{M} von über auf unter ein Viertel herabgegangen ist, liegt innerhalb dieser Gruppe bei der höchsten Einkommensabstufung von über 100 000 \mathcal{M} in den letzten Berichtsjahren eine Senkung der Verhältnisziffer nur gegenüber den Jahren 1902, 1910 und 1911, gegenüber den zum Vergleich herangezogenen Vorjahren 1892 und 1896, jedoch am Schlusse der Berichtszeit wie besonders in den vorerwähnten Jahren 1902, 1910 und 1911 eine Steigerung vor. Diese Zunahme bei den höchsten Einkommen kann schon deshalb nicht besonders auffallen, weil die Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} die von unten her zu ihr aufsteigenden Einkommen aufnimmt, ohne zugleich wie die übrigen Gruppen einen Abgang nach oben hin zu haben; die oberste Einkommensabstufung pflegt daher in wirtschaftlich günstigen Zeiten das verhältnismäßig größte Wachstum aufzuweisen.

Der Anteil der besseren und insbesondere der höchsten Einkommen am Gesamteinkommen geht noch weiter beträchtlich zurück, wenn man bei letzterem auch das gewaltige Einkommen mitberücksichtigt, das in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} infolge der Ermäßigung der Steuersätze auf Grund der §§ 19 und 20 (früher §§ 18 und 19) des Einkommensteuergesetzes von der Einkommensbesteuerung befreit war. Es handelt sich hierbei nicht nur um das Einkommen der Personen der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , die auf Grund der gedachten Gesetzesbestimmungen von der Steuer überhaupt freigestellt worden sind, sondern auch um das der Zensiten dieser Gruppe, die lediglich im Steuersatz ermäßigt worden sind und deren Einkommen bei der amtlichen Einkommensteuerstatistik nur soweit in Ansatz gebracht wird, als es ihrem ermäßigten Steuersatz entspricht¹⁾. In den letzten Jahren sind im Königlich-Statistischen Landesamte Versuche gemacht worden, dieses Einkommen besonders zu ermitteln²⁾. Setzt man die bezüglichen Näherungswerte der steuerpflichtigen Einkommenssumme hinzu, so entfielen im Jahre 1914 Hundertteile des gesamten veranlagten Einkommens

auf die physischen Personen mit Einkommen von ... \mathcal{M}	
über 900 bis 3 000	59,5
„ 3 000	40,5
„ 900 bis 9 500	77,3
„ 9 500	22,7
„ 100 000	6,7

Der Anteil der Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} sinkt also für 1914 auf rund zwei Fünftel, der der Einkommen von über 9 500 \mathcal{M} auf wenig über ein Fünftel und der der höchsten Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} von etwas über einem Vierzehntel nach der vorigen Übersicht auf ein Fünfzehntel herab.

Betrachtet man schließlich auch die besseren und höchsten Einkommen im Verhältnis zum gesamten Privateinkommen,

¹⁾ Vergl. hierzu Jahrgang 1915 dieser Zeitschrift S. 303. —

²⁾ Vergl. Jahrgang 1914 dieser Zeitschrift S. 363 und 364 sowie Jahrgang 1915 S. 317 und 318.

also auch mit Einschluß desjenigen der Personen mit nicht über 900 \mathcal{M} Einkommen¹⁾, so ergibt sich folgendes Bild:

Es entfielen im Jahre 1914 Hundertteile des gesamten Privateinkommens

auf die physischen Personen mit Einkommen von ... \mathcal{M}	
bis 3 000	67,6
über 3 000	32,4
bis 9 500	81,9
über 9 500	18,1
über 100 000	5,3

Es zeigt sich somit, daß die besseren Einkommen von mehr als 3 000 \mathcal{M} noch nicht ganz ein Drittel, die von über 9 500 \mathcal{M} noch nicht ein Fünftel und die von über 100 000 \mathcal{M} nur etwa ein Neunzehntel des gesamten Privateinkommens des preußischen Volkes ausmachen.

Die mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} vereinigen also nach vorstehendem schon allein mit rund drei Fünfteln, einschließlich der Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} sogar mit etwas über drei Vierteln des gesamten veranlagten Einkommens, die niederen und mittleren Einkommen bis zu 3 000 \mathcal{M} zusammen aber mit etwas über zwei Dritteln, einschließlich der Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} sogar mit etwas über vier Fünfteln des gesamten Privateinkommens auf sich die bei weitem überwiegende Mehrheit des Einkommens der preußischen Bevölkerung. Selbst der Gesamtheit der besseren Einkommen von über 3 000 oder auch der von über 9 500 \mathcal{M} gegenüber fallen die höchsten Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} mit rund einem Fünfzehntel der gesamten veranlagten oder nur etwa einem Neunzehntel der gesamten privaten Einkommenssumme in Preußen nicht zu sehr ins Gewicht. Eine irgendwie schädliche Einkommenskonzentration in den Händen Weniger liegt mithin für Preußen nicht vor. Allerdings sind, wie wir sahen, die besseren wie insbesondere die höchsten Einkommen ihrer Zahl wie ihrem Betrage nach im Laufe der Zeit erheblich gewachsen. Eine gleich günstige aufsteigende Entwicklung zeigt sich aber auch bei den mittleren Einkommen. Die preußische Einkommensteuerstatistik bietet hiernach keinen Beleg dafür, daß etwa die mittleren Einkommen, also im wesentlichen die des Mittelstandes, von den großen aufgesogen werden; vielmehr ist im Laufe der Jahre der Wohlstand des preußischen Volkes dem wirtschaftlichen Aufschwunge Deutschlands entsprechend ganz allgemein gestiegen. —

Betrachten wir nunmehr auch hier das vom sozialen Standpunkte besonderes Interesse beanspruchende ziffermäßige Verhältnis der Einkommensbezieher zu den Haushaltsangehörigen, wobei wir zum Vergleich auch die entsprechenden Ziffern der mittleren und niederen Einkommensgruppen heranziehen, so entfielen im Durchschnitt auf einen Haushaltsvorstand und Einzelwirtschaftler Angehörige

im Jahre	in der Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}					
	bis 900	über 900 bis 3 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000
1896	1,45	2,62	2,45	2,36	2,40	2,38
1902	1,36	2,44	2,35	2,25	2,25	2,15
1905	1,32	2,35	2,29	2,20	2,16	2,15
1910	1,05	2,27	2,31	2,08	2,07	2,06
1911	0,99	2,25	2,32	2,08	2,07	2,03
1912	0,96	2,21	2,29	2,03	2,03	2,00
1913	0,92	2,17	2,29	2,02	2,00	1,99
1914	0,90	2,15	2,25	1,99	1,99	1,96

¹⁾ Für diese, die Einkommensteuerfreien, deren Einkommen nicht feststeht, kann man schätzungsweise ein durchschnittliches Einzeleinkommen von jährlich 600 \mathcal{M} zugrunde legen, ein Betrag, der in der Annahme, daß davon der gesamte Lebensunterhalt auch einer Haushaltung zu bestreiten ist, im allgemeinen eher zu niedrig als zu hoch bemessen erscheint. Demgemäß ergeben sich für die 7 986 634 einkommensteuerfreien Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler des Jahres 1914 insgesamt 4,79 Milliarden \mathcal{M} Einkommen.

Schon in den letzten fünf Jahren der Berichtszeit war somit die Durchschnittsziffer der Angehörigen in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M* höher als in der bis dahin die höchste Ziffer aufweisenden von über 900 bis 3 000 *M*. Je mehr das Einkommen 9 500 *M* übersteigt, um so weniger Angehörige entfallen im allgemeinen auf einen Einkommensbezieher. Immer bleibt aber auch bei den über 9 500 *M* hinausgehenden Einkommensabstufungen die Ziffer höher als bei den niederen Einkommen bis zu 900 *M*.

Auch bei allen Gruppen der besseren Einkommen zeigt sich in der Berichtszeit eine rückläufige Bewegung des Durchschnitts, die bei der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M* weitaus am geringsten und bei den Gruppen von über 9 500 *M* Einkommen noch geringer als bei den mittleren und niederen Einkommen war; die Abnahme betrug nämlich von 1896 bis 1914 bei den Einkommen bis zu 900 *M* 0,55 = 37,9 %, bei denen von über 900 bis 3 000 *M* 0,47 = 17,9 %, bei denen von über 3 000 bis 9 500 *M* 0,20 = 8,2 %, bei denen von über 9 500 bis 30 500 *M* 0,37 = 15,7 %, bei denen von über 30 500 bis 100 000 *M* 0,41 = 17,1 % und bei denen von über 100 000 *M* 0,42 = 17,6 %.

In welchem Maße die neuerliche Geburtenabnahme und in welchem eine zunehmende Häufigkeit der Einzelwirtschaftler in den Gruppen der besseren Einkommen am Rückgange des Durchschnitts beteiligt sind, läßt sich in Ermangelung der bezüglichen Unterlagen nicht beurteilen. Im allgemeinen kann man indes annehmen, daß bei den besseren Einkommen die Vermehrung der einzellebenden Einkommensbezieher keine so große Rolle spielt wie bei den mittleren und niederen, da z. B. auch in den Jahren 1913 und 1914 die Zahl der durchschnittlich auf einen berücksichtigten Zensiten entfallenden Angehörigen, derentwegen auf Grund des § 19 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes Steuerherabsetzung erfolgte, in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* mit 3,25 und 3,24 noch merklich höher war als in der von über 3 000 bis 6 500 *M* mit 3,05 und 3,03, woraus geschlossen werden kann, daß die Angehörigenzahl der mittleren Einkommensgruppe verhältnismäßig größer ist als die der besseren. Wenn nun gleichwohl nach vorstehender Übersicht in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M* seit 1910 die Angehörigen im Verhältnis zu den Einkommensbeziehern (Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern) zahlreicher sind als in der von über 900 bis 3 000 *M*, so ist es sehr wahrscheinlich, daß diese ziffermäßige Unterlegenheit letzterer Gruppe durch die gesteigerte Zahl der darin befindlichen Einzelwirtschaftler herbeigeführt worden ist. —

Was ferner unter Zugrundelegung der erweiterten Wolfschen Methode den Aufstieg der Bevölkerung in die einzelnen Klassen der besseren Einkommen anlangt, so entfiel

auf die Einkommensgruppe von . . . <i>M</i>	Bevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst Angehörigen der ersteren) im Jahre 1902	Bevölkerung in 1 000 im Jahre 1914, tatsächlich wenn sie in jeder Einkommensgruppe seit 1902 in demselben Verhältnis wie die Gesamtbevölkerung im Jahre 1902 (d. i. um 19,326 %) zugenommen hätte	Mithin von 1902 bis 1914 von der jeweiligen niederen Einkommensgruppe in die höhere aufgestiegene Bevölkerung überhaupt v. H. in 1 000
bis 900	20 613,2	24 597,0	15 136,1
üb. 900 bis 3 000	12 438,7	14 842,6	23 243,4
„ 3 000 „ 9 500	1 237,2	1 476,3	2 410,8
„ 9 500 „ 30 500	210,5	251,2	349,7
„ 30 500 „ 100 000	43,0	51,3	73,4
über 100 000	8,7	10,4	15,4

Hiernach bezifferte sich von 1902 bis 1914 der Aufstieg in die oberste Einkommensgruppe von über 100 000 *M* aus

der von über 30 500 bis 100 000 *M* auf 4,9 tausend Köpfe d. i. 9,6 % oder nahezu ein Zehntel des in Berücksichtigung der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung auf letztere Gruppe entfallenden Bevölkerungsteils, sodann der in die Einkommensgruppe von über 30 500 bis 100 000 *M* aus der von über 9 500 bis 30 500 *M* auf (22,1 + 4,9 =) 27,0 Tausend, d. i. 10,8 % oder annähernd ein Neuntel, der in die Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 *M* aus der von über 3 000 bis 9 500 *M* auf (98,5 + 22,1 + 4,9 =) 125,5 Tausend, d. i. 8,5 % oder etwas über ein Zwölftel und der in die Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M*, also im allgemeinen in den oberen Mittelstand, aus der mittleren Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* (934,8 + 98,5 + 22,1 + 4,9 =) 1 060,1 Tausend, d. i. 7,1 oder ein Vierzehntel des rechnungsmäßigen Bestandes der Angehörigen der vorhergehenden Klasse, aus der das Aufrücken stattfand.

Am bedeutendsten war somit — abgesehen von dem Aufstieg aus der niederen zur mittleren Einkommensgruppe — das Aufrücken aus der Bevölkerungsschicht mit Einkommen von über 9 500 bis 30 500 *M* in die mit über 30 500 bis 100 000 *M*, am geringsten das aus der Schicht mit Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* in die mit über 3 000 bis 9 500 *M*. Es ergibt sich aus unserer Übersicht für die Berichtszeit, daß der Klassenanstieg der Bevölkerung von den niederen zu den mittleren Einkommen weitaus am leichtesten und der von den mittleren zu den besseren überhaupt am schwersten ist; ist aber erst einmal das Aufrücken zu den besseren Einkommen gelungen, so erleichtert sich der weitere Aufstieg mit zunehmender Höhe der Einkommensgruppe immer mehr, bis er beim Übergang von der zweithöchsten zur höchsten wieder eine gewisse Erschwerung erfährt, hier aber immer noch leichter ist als von der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M* zu der von über 9 500 bis 30 500 *M* und namentlich von der Gruppe der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* zu der der besseren von über 3 000 bis 9 500 *M*. Bemerkenswerterweise hat sich der Klassenanstieg der Bevölkerung von der Gruppe der mittleren zu der untersten der besseren Einkommen im Zeitraum 1902-1914 wesentlich günstiger als in dem vorangegangenen von 1896-1902 gestaltet. Es bezifferte sich nämlich in den Jahren 1896 bis 1902 der Aufstieg der Bevölkerung

aus der Einkommensgruppe:	auf % der Schicht, aus der das Aufrücken erfolgte
I von über 900 bis 3 000 <i>M</i> in die von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i>	2,4
II von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i> in die von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i>	4,4
III von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i> in die von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i>	6,1
IV von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i> in die von über 100 000 <i>M</i>	6,9

Hiernach stellte sich bei der Gruppe I die Aufstiegsziffer im sechsjährigen Zeitraum 1896-1902 nur auf rund ein Drittel der entsprechenden des zwölfjährigen Zeitraums 1902-1914 (7,1 %), dagegen bei der Gruppe II mehr als halb so hoch wie letztere und bei den beiden obersten Gruppen noch höher. Demgemäß hat sich für 1902-1914 besonders der 1896-1902 vorhandene beträchtliche Abstand zwischen der Ziffer der ersten Gruppe und den Ziffern der übrigen Gruppen sehr verringert, was bedeutet, daß das Aufrücken von den mittleren Einkommen zu den besseren überhaupt in den Jahren 1902 bis 1914 erfreulicherweise erheblich häufiger als früher stattgefunden hat. Abweichend vom Zeitraum 1902-1914 war in den Jahren 1896 bis 1902 der Aufstieg in der Gruppe IV stärker als in der Gruppe III.

Betrachten wir auch hier den Klassenanstieg der Bevölkerung zu den besseren Einkommen im Berichtszeitraum 1902-1914 für kleinere Zeitabschnitte, so stiegen auf

aus der Einkommensgruppe:	v. H. der Schicht, aus der das Aufrücken erfolgte		
	1902 bis 1906	1906 bis 1910	1910 bis 1914
I von über 900 bis 3 000 <i>M</i> in die von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i>	0,8	3,1	2,0
II von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i> in die von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i>	1,3	2,1	3,6
III von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i> in die von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i>	1,8	2,3	5,6
IV von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i> in die von über 100 000 <i>M</i>	1,2	2,6	4,9

Sohin war das Aufrücken für alle Gruppen im Zeitraum 1902 bis 1906 am schwächsten, andererseits für die Gruppe I im Zeitraum 1906-1910, für die übrigen Gruppen aber von 1910 bis 1914 am stärksten. Der für 1906 bis 1910 wahrnehmbare bemerkenswert günstige Aufstieg in der Gruppe I, also von den mittleren zu der untersten Gruppe der besseren Einkommen, der in diesem Zeitabschnitt bedeutender war als in allen übrigen Gruppen, dürfte außer auf die Wirtschaftslage auch auf die mehrerwähnte Wirkung der Einkommensteuer-Novelle von 1906 sowie auf die in jene Zeit fallende Gehaltserhöhung zahlreicher Beamtenklassen zurückzuführen sein.

Der nunmehr für den Berichtszeitraum noch darzustellende Klassenaufstieg der steuerlich Selbständigen, zeigt im großen und ganzen dieselbe Bewegung wie der der Gesamtbevölkerung.

Es entfielen

auf die Einkommensgruppe von . . . <i>M</i>	Haus-haltungs-vorstände und Einzelwirtschaftler in 1 000 im Jahre 1902	Haushaltungs-vorstände und Einzelwirtschaftler in 1 000 im Jahre 1914, wenn sie sich in jeder Einkommensgruppe in demselben Verhältnis wie in 1 000 vermehrt hätten (d. i. um 26,859%)	tatsächlich in 1 000 im Jahre 1914	Mithin von 1902 bis 1914 von der jeweiligen niederen Einkommensgruppe in die höhere aufgestiegene Haushaltungs-vorstände und Einzelwirtschaftler überhaupt in 1 000 v. H.
bis 900	8 748,8	11 098,8	7 986,6	3 111,9 28,0
üb. 900 bis 3 000	3 614,6	4 585,4	7 379,6	317,7 6,9
„ 3 000 „ 9 500	369,0	468,1	741,6	44,2 9,4
„ 9 500 „ 30 500	64,7	82,1	116,9	9,5 11,5
„ 30 500 „ 100 000	13,2	16,8	24,6	1,7 9,9
über 100 000	2,8	3,5	5,2	

Hiernach hat bei den Haushaltungsvorständen und selbständigen Einzelpersonen mit besserem Einkommen gleichfalls der bedeutendste Aufstieg aus der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 *M* in die von über 30 500 bis 100 000 *M* mit über einem Neuntel, demnächst aus letzterer in die oberste von über 100 000 *M* mit fast einem Zehntel aller der Gruppe, aus der aufgerückt worden ist, angehörenden Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler stattgefunden, andererseits war auch hier der Aufstieg aus den mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* zu den besseren von über 3 000 bis 9 500 *M* mit noch nicht einem Vierzehntel am geringsten, und zwar noch etwas geringer als bei der Gesamtbevölkerung (vergl. Übersicht Seite 291), während er sich im übrigen, auch aus der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 *M* in die von über 9 500 bis 30 500 *M* mit über einem Elftel, für die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler höher stellte als für die gesamte Bevölkerung.

Immerhin war auch bei den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern das Aufrücken von den mittleren zur untersten Gruppe der besseren Einkommen im Zeitraum 1902-1914 stärker als im vorangegangenen 1896-1902.

Es betrug nämlich der Aufstieg der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler

aus der Einkommensgruppe:	v. H. des Bestandes, aus dem das Aufrücken erfolgte dagegen		
	1896 bis 1902	1902 bis 1908	1908 bis 1914
I von über 900 bis 3 000 <i>M</i> in die von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i>	2,8	2,0	3,6
II von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i> in die von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i>	5,1	3,2	5,4
III von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i> in die von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i>	7,0	5,0	5,9
IV von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i> in die von über 100 000 <i>M</i>	7,9	4,6	4,9

Die Aufstiegsziffer der Gruppe I ist also zunächst im Jahrsechst 1902-1908 gegen das 1896-1902 zurückgegangen, indes erheblich weniger als die der anderen Gruppen, unter denen die der Gruppe IV um über zwei Fünftel sank. Im Jahrsechst 1908-1914 stiegen dann die Ziffern der Gruppen I und II sehr erheblich und über die des Jahrsechsts 1896-1902 hinaus, während die 1908-1914 gleichfalls, aber weit weniger in die Höhe gegangenen Ziffern der übrigen Gruppen hinter denen des Jahrsechsts 1896-1902 zurückblieben, ganz besonders die der Gruppe IV.

Betrachten wir nunmehr auch noch den Klassenaufstieg der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler für die Berichtszeit 1902-1914 nach vierjährigen Zeitabschnitten, so ergibt sich folgendes Bild:

Es stiegen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf

aus der Einkommensgruppe:	v. H. des Bestandes, aus dem das Aufrücken erfolgte		
	1902 bis 1906	1906 bis 1910	1910 bis 1914
I von über 900 bis 3 000 <i>M</i> in die von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i>	1,0	2,7	1,9
II von über 3 000 bis 9 500 <i>M</i> in die von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i>	1,6	2,3	3,9
III von über 9 500 bis 30 500 <i>M</i> in die von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i>	2,4	2,3	5,7
IV von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i> in die von über 100 000 <i>M</i>	1,3	2,6	5,0

Hiernach ist die 1902/06 auf 1906/10 beträchtlich gewachsene Aufstiegsziffer der Gruppe I im Jahrviert 1910/14 wieder zurückgegangen, so daß sie in diesem hinter den Ziffern der übrigen Gruppen erheblich zurückstand, während sie im Jahrviert 1906/10 die erste Stelle einnahm.

Was schließlich das Aufsteigen in die einzelnen Klassen der Einkommen von über 100 000 *M* betrifft, so rückten Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler¹⁾ auf

aus der Einkommensgruppe:	v. H. des Bestandes, aus dem der Aufstieg erfolgte	
	1902 bis 1914	1896 bis 1902
I von über 30 500 bis 100 000 <i>M</i> in die von über 100 000 bis 500 000 <i>M</i>	10,2	8,4
II von über 100 000 bis 500 000 <i>M</i> in die von über 500 000 bis 1 000 000 <i>M</i>	4,0	3,0
III von über 500 000 bis 1 000 000 <i>M</i> in die von über 1 000 000 <i>M</i>	10,9	35,3

Der Aufstieg aus der Einkommensgruppe von über 500 000 bis 1 000 000 *M* in die nach oben unbegrenzte Gruppe der Millionen-Einkommen zeigt hiernach die höchste Ziffer, die im sechsjährigen Zeitraume 1896-1902 über dreimal so groß war wie im zwölfjährigen 1902-1914; es handelte sich um eine Steigerung der Zahl der Millionen-Einkommen von 27 im Jahre 1896 auf 60 im Jahre 1902 und auf 91 im Jahre 1914. Bemerkenswert ist die aus der Übersicht sich ergebende Schwierigkeit des Aufstiegs in Gruppe II im Vergleich zu den Gruppen I und III. —

¹⁾ Für die Gesamtbevölkerung läßt sich die gleiche Berechnung in Ermangelung der bezüglichen Unterlagen nicht ausführen.

Nunmehr sei auch noch gemeindegruppenweise die Gliederung des Bevölkerungsteils mit besserem Einkommen

dargestellt, was, wie bereits (Seite 276) erwähnt, nach Lage der Statistik nur für das Jahr 1911 möglich ist.

Im Jahre 1911 entfielen

auf die Einkommensgruppe von ... M

in den Gemeinden mit ... Einwohnern	über 3 000 bis 9 500						über 9 500 bis 30 500						über 30 500 bis 100 000						über 100 000					
	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		
	einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen			einschließlich der Angehörigen		
	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend	überhaupt	v. T. der Gesamtbevölkerung	v. Tausend
bis 2 000	393 208	25,8	98 911	6,5	19,4	27 885	1,8	8 323	0,5	1,6	7 037	0,5	2 161	0,1	0,4	1 831	0,1	557	0,04	0,1				
üb. 2 000 „ 5 000	184 979	45,7	49 859	12,3	33,7	15 829	3,9	4 605	1,1	3,1	2 235	0,6	674	0,2	0,5	432	0,1	139	0,03	0,1				
„ 5 000 „ 10 000	164 735	57,0	44 982	15,6	41,1	16 727	5,8	4 848	1,7	4,4	2 566	0,9	743	0,3	0,7	672	0,2	192	0,1	0,2				
„ 10 000 „ 20 000	176 567	64,4	50 370	18,4	46,8	21 138	7,7	6 246	2,9	5,8	3 273	1,2	978	0,4	0,9	535	0,2	180	0,1	0,2				
„ 20 000 „ 50 000	257 755	72,1	76 638	21,4	53,7	36 515	10,2	11 034	3,1	7,7	5 724	1,6	1 682	0,5	1,2	893	0,2	267	0,1	0,2				
„ 50 000 „ 100 000	166 744	72,9	51 294	22,4	53,1	26 199	11,4	8 090	3,5	8,4	4 365	1,9	1 340	0,6	1,4	829	0,4	259	0,1	0,3				
„ 100 000	739 575	82,4	255 746	28,5	59,3	145 571	16,2	51 084	5,7	11,8	34 373	3,8	11 852	1,3	2,7	7 351	0,8	2 544	0,3	0,6				
insgesamt . . .	2 083 563	52,4	627 800	15,8	40,7	289 864	7,3	94 230	2,4	6,1	59 573	1,5	19 430	0,5	1,3	12 543	0,3	4 138	0,1	0,3				

Mit zunehmender Größe der Gemeinden steigt hiernach in allen Gruppen der besseren Einkommen die Verhältniszahl an, sei es, daß man die Einkommensbezieher mit oder ohne Angehörige der Gesamtbevölkerung oder für sich allein der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler gegenüberstellt. Besonders stark geht die Ziffer in die Höhe in den beiden unteren Gruppen von über 3 000 bis 9 500 und von über 9 500 bis 30 500 M Einkommen bei der Ortsgrößenklasse von über 2 000 bis 5 000 Einwohnern, wo die verhältnismäßige Häufigkeit der betreffenden Einkommensbezieher einschließlich oder ausschließlich der Angehörigen etwas mehr oder weniger als doppelt so groß ist wie in der bis zu 2 000 Seelen, ferner in den beiden oberen Gruppen von über 30 500 bis 100 000 und von über 100 000 M Einkommen bei den Orten mit über 100 000 Einwohnern, wo die betreffenden Einkommensbezieher im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler noch einmal so zahlreich sind wie in den Gemeinden mit über 50 000 bis 100 000 Bewohnern; dagegen sind in den Einkommensgruppen von über 30 500 M die Häufigkeitsunterschiede zwischen der untersten Ortsgrößenklasse bis zu 2 000 und der vorletzten von über 2 000 bis 5 000 Seelen im allgemeinen nur geringfügig; namentlich gilt dies von den Einkommen von über 100 000 M, deren Bezieher in der die vielen Gutsbezirke mit Großgrundbesitzern umfassenden untersten Gemeindegruppe verhältnismäßig ebenso häufig, wenn nicht häufiger sind als in der vorletzten.

Zwischen der untersten und der obersten Gemeindegruppe finden sich im großen und ganzen die bedeutendsten Unterschiede des Anteilsverhältnisses der Einkommensbezieher in der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 M, und zwar sind hier in den Orten mit über 100 000 Einwohnern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler einschließlich der Angehörigen neunmal, ausschließlich dieser sogar über elfmal, im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler dagegen über siebenmal so stark vertreten wie in den kleinsten Orten bis zu 2 000 Bewohnern; im einzelnen stellt sich allerdings der Unterschied, wenn man die Einkommensbezieher zur Gesamtbevölkerung in Beziehung setzt, bei den Einkommen von über 30 500 bis 100 000 M verhältnismäßig noch höher. Am geringsten sind andererseits die Unterschiede der Häufigkeits-

ziffern zwischen der höchsten und der niedersten Ortsgrößenklasse in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 M.

Innerhalb einer jeden Ortsgruppe vermindert sich natürlich von den geringeren nach den höheren Einkommen hin der Bruchteil, den die Einkommensbezieher von der Gesamtbevölkerung oder der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bilden, ganz erheblich, und zwar so, daß durchweg die Verhältniszahl der niederen Einkommensgruppe um ein Mehrfaches größer ist als die der nächsthöheren.

Es folgen nunmehr (S. 294, 295 und 296), wie in den vorhergehenden Abschnitten, Übersichten über die Verteilung der Gesamtbevölkerung wie der Haushaltungsvorstände und besseren Einzelwirtschaftler auf die einzelnen Abstufungen der Einkommen auch nach Regierungsbezirken.

Wie in der Einkommensgruppe von über 3 000 M überhaupt ist auch in deren verschiedenen Untergruppen regierungsbezirksweise eine nur selten und dann gewöhnlich nicht erheblich unterbrochene Aufwärtsbewegung der Häufigkeitsziffern während des Berichtszeitraumes wahrzunehmen. Eine auffallende Ausnahme bildet jedoch Berlin, wo zwar bei der untersten Stufe der besseren Einkommen, denen von über 3 000 bis 9 500 M, gleichfalls eine wenn auch schwach aufsteigende, bei den übrigen, 9 500 M übersteigenden Einkommensabstufungen aber eine rückläufige Entwicklung bemerkbar ist, gleichviel, ob man die Einkommensgliederung der Gesamtbevölkerung oder der einzelnen Einkommensbezieher im Auge hat; es handelt sich hierbei um den bekannten Abzug wohlhabender Elemente in die Berliner Vororte, der zumeist nur der besseren Wohngelegenheit halber erfolgt, während die Reichshauptstadt nach wie vor der Sitz ihrer Erwerbstätigkeit bleibt. Verhältnismäßig beträchtliche Schwankungen der Häufigkeitsziffern treten beim Regierungsbezirk Sigmaringen hervor.

Was die einzelnen Abstufungen der besseren Einkommen betrifft, so weist zunächst bei der untersten von über 3 000 bis 9 500 M sowohl in Beziehung zur Gesamtbevölkerung als zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in den letzten Berichtsjahren stets der Regierungsbezirk Potsdam die höchsten Ziffern auf; er hat in der Berichtszeit Berlin und den Bezirk Wiesbaden überholt; selbst in den Regierungsbezirken Hannover und Aurich war im Jahre 1896 die der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 M angehörende Schicht der Gesamtbevölkerung bzw. der Gesamt-

Vom Tausend der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaften nebst Angehörigen der ersteren) entfielen auf die Einkommensgruppe von \mathcal{M}

im Regierungs- bezirke	über 3 000 bis 9 500						über 9 500 bis 30 500						über 30 500 bis 100 000						über 100 000					
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914
Königsberg ¹⁾	19,1	22,5	25,3	29,1	41,0	45,8	2,64	3,51	3,86	4,56	5,39	6,34	0,39	0,57	0,66	0,87	0,88	1,16	0,04	0,06	0,06	0,11	0,12	0,16
Gumbinnen ¹⁾	16,3	17,4	19,3	22,3	31,8	36,0	1,31	1,71	1,91	2,27	2,80	3,62	0,13	0,11	0,09	0,24	0,19	0,26	0,01	0,01	0,003	0,02	0,002	0,01
Allenstein ¹⁾			15,0	18,0	27,3	33,4			1,88	2,00	2,14	2,83			0,12	0,22	0,25	0,28			0,01	0,004	0,01	0,08
Danzig	26,4	27,8	29,5	31,8	42,6	48,0	3,30	3,78	4,05	4,41	4,90	5,76	0,30	0,36	0,52	0,58	0,61	0,95	0,02	0,03	0,03	0,05	0,08	0,10
Marienwerder . .	16,3	19,1	20,2	23,0	34,3	37,2	1,38	1,88	1,90	2,30	2,71	3,18	0,16	0,20	0,21	0,38	0,40	0,52	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03	0,05
Stadtkr. Berlin	53,1	58,9	59,2	59,9	65,9	65,2	16,75	15,76	14,74	14,14	12,86	12,52	4,71	4,26	4,20	3,91	3,59	3,17	1,01	1,11	1,05	1,07	0,98	0,95
Potsdam	39,1	52,3	58,7	68,8	86,4	93,9	7,38	11,76	14,14	15,76	17,73	19,68	1,30	2,32	2,85	3,52	3,87	4,45	0,19	0,37	0,47	0,68	0,73	0,88
Frankfurt	20,7	24,7	25,3	26,6	35,7	41,1	2,91	3,62	3,84	4,18	4,48	5,49	0,57	0,69	0,81	0,94	1,00	1,19	0,07	0,12	0,13	0,14	0,18	0,23
Stettin	28,8	32,8	36,3	36,9	48,0	55,7	4,72	5,23	5,71	5,68	6,03	7,12	0,82	1,08	1,00	1,10	1,14	1,56	0,06	0,13	0,10	0,14	0,21	0,28
Köslin	19,3	20,7	22,1	24,2	34,6	40,4	2,06	2,68	2,79	3,23	3,73	4,83	0,28	0,31	0,31	0,48	0,53	0,80	0,02	0,05	0,05	0,06	0,07	0,11
Stralsund	27,8	28,0	28,2	30,7	41,7	48,2	3,85	4,55	4,60	5,45	6,19	7,77	0,60	0,84	0,69	0,80	0,85	1,45	0,06	0,03	0,04	0,15	0,12	0,26
Posen	15,5	18,8	20,1	22,8	35,3	41,3	1,89	2,41	2,83	2,98	3,54	4,46	0,27	0,46	0,45	0,64	0,83	0,93	0,03	0,06	0,06	0,09	0,12	0,19
Bromberg	19,8	20,5	24,3	27,8	39,9	45,7	2,07	2,30	2,66	2,92	3,18	3,99	0,22	0,32	0,33	0,50	0,46	0,66	0,03	0,04	0,04	0,08	0,09	0,09
Breslau	26,8	31,6	34,1	38,4	49,2	56,2	4,28	5,73	6,22	6,85	7,27	8,54	0,91	1,32	1,36	1,59	1,71	1,99	0,16	0,25	0,25	0,32	0,33	0,41
Liegnitz	22,7	26,5	27,6	30,4	40,5	45,5	3,57	4,28	4,49	4,95	5,20	5,95	0,54	0,65	0,66	0,81	1,00	1,09	0,12	0,14	0,14	0,19	0,21	0,23
Oppeln	18,5	21,3	22,2	24,7	32,2	35,8	2,29	2,60	2,57	2,84	3,00	3,53	0,25	0,36	0,34	0,39	0,42	0,54	0,08	0,08	0,07	0,09	0,12	0,12
Magdeburg	36,4	40,4	42,0	44,8	56,9	62,9	6,47	6,90	6,68	7,21	7,65	8,51	1,16	1,40	1,31	1,47	1,47	1,61	0,19	0,31	0,27	0,30	0,33	0,37
Merseburg	31,7	37,7	37,8	40,8	50,8	54,2	4,52	5,61	5,37	5,99	6,87	7,84	0,70	0,93	0,97	1,13	1,26	1,40	0,10	0,16	0,14	0,16	0,19	0,21
Erfurt	30,0	38,9	39,5	43,5	54,8	57,6	5,16	5,86	5,98	6,49	7,42	8,46	0,60	0,87	0,92	1,05	1,29	1,33	0,11	0,11	0,10	0,17	0,21	0,29
Schleswig	38,3	43,5	45,6	53,1	65,4	71,7	3,98	5,28	5,64	6,86	7,71	9,17	0,54	0,77	0,90	1,24	1,28	1,66	0,08	0,12	0,15	0,20	0,20	0,27
Hannover	44,6	47,1	49,1	55,1	68,3	75,8	7,42	7,89	7,95	8,48	9,76	11,82	1,24	1,44	1,30	1,48	1,80	2,30	0,16	0,26	0,24	0,32	0,29	0,44
Hildesheim	35,4	40,7	41,9	46,2	59,8	63,9	4,10	5,27	5,63	6,33	7,60	8,98	0,61	0,71	0,79	0,99	1,02	1,24	0,05	0,07	0,05	0,09	0,09	0,17
Lüneburg	23,6	31,0	33,8	40,0	54,3	66,5	2,25	2,80	2,92	3,72	4,19	5,06	0,61	0,55	0,54	0,64	0,85	0,93	0,10	0,17	0,10	0,13	0,13	0,15
Stade	27,1	30,6	33,6	39,9	51,5	61,2	2,45	2,59	3,25	3,17	3,49	4,51	0,24	0,35	0,33	0,38	0,42	0,65	0,02	0,01	0,02	0,03	0,03	0,05
Osnabrück	23,7	27,4	26,7	31,3	39,0	46,8	2,63	3,28	3,62	4,03	4,25	5,51	0,48	0,43	0,45	0,64	0,69	0,95	0,03	0,08	0,07	0,12	0,12	0,21
Aurich	44,2	47,8	49,9	55,0	70,4	74,2	3,99	5,42	5,14	5,30	6,15	7,51	0,26	0,20	0,32	0,30	0,33	0,62	0,03	0,07	0,05	0,04	0,05	0,06
Münster	35,4	42,5	41,6	44,7	52,6	55,5	4,62	5,48	5,19	5,82	5,80	6,38	0,75	0,82	0,80	0,97	0,88	0,97	0,23	0,22	0,22	0,23	0,18	0,20
Minden	29,2	34,3	34,4	37,1	45,5	51,7	4,09	4,61	4,47	5,24	5,19	6,57	0,90	0,83	0,79	1,06	0,93	1,22	0,07	0,15	0,16	0,23	0,22	0,24
Arnsberg	30,3	36,2	35,3	40,4	46,2	52,8	4,51	5,39	4,85	5,47	5,32	6,65	0,76	1,27	0,92	1,14	1,04	1,41	0,12	0,19	0,14	0,21	0,16	0,27
Cassel	30,9	38,0	39,1	42,2	55,0	61,6	4,10	5,48	5,72	6,09	6,29	7,55	0,52	0,82	0,84	0,95	1,02	1,30	0,04	0,14	0,16	0,18	0,17	0,23
Wiesbaden	44,9	55,6	56,2	58,1	67,2	73,5	10,94	13,72	12,91	12,93	13,00	14,93	2,59	3,67	3,40	3,62	3,74	4,41	0,64	0,82	0,77	0,90	0,95	1,02
Coblenz	23,5	29,4	31,5	35,6	48,2	52,2	3,27	3,90	4,03	4,58	5,13	6,01	0,55	0,88	0,72	0,74	0,76	1,01	0,06	0,11	0,14	0,16	0,18	0,25
Düsseldorf	39,6	45,5	46,5	51,4	60,5	68,6	7,09	7,75	7,69	8,34	8,50	10,08	1,73	1,69	1,62	2,05	1,90	2,30	0,32	0,39	0,38	0,48	0,46	0,53
Cöln	38,3	47,2	51,8	54,8	65,2	73,3	8,58	10,34	10,34	10,98	11,12	13,00	1,78	2,36	2,14	2,46	2,43	3,06	0,45	0,57	0,54	0,67	0,67	0,73
Trier	21,1	26,9	29,9	33,4	41,8	46,7	2,65	3,08	3,36	3,56	3,60	4,58	0,43	0,52	0,58	0,64	0,56	0,79	0,07	0,13	0,10	0,13	0,11	0,13
Aachen	26,8	33,2	33,8	38,7	48,3	62,2	5,45	6,04	6,09	6,46	6,83	9,03	1,38	1,87	1,55	1,64	1,74	2,09	0,33	0,41	0,38	0,52	0,47	0,55
Sigmaringen ¹⁾		45,6	40,9	41,8	52,5	58,7		3,69	3,10	3,05	3,71	3,61		0,33	0,20	0,56	0,27	0,39		0,01	—	—	0,10	0,15
im Staate	30,1	35,8	37,5	41,8	52,4	58,5	5,07	6,09	6,27	6,86	7,29	8,48	1,00	1,24	1,25	1,47	1,50	1,78	0,18	0,25	0,25	0,31	0,32	0,37

¹⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

heit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler noch merklich dichter als im Bezirke Potsdam. Die hier genannten Regierungsbezirke Wiesbaden, Hannover und Aurich sowie die Bezirke Cöln und Schleswig, außerdem, wenn man die Einkommensbezieher der Gesamtbevölkerung gegenüberstellt, auch Berlin weisen neuerdings nächst Potsdam — in erheblichem Abstände von diesem Landesteile — die stärkste Besetzung der untersten Gruppe der besseren Einkommen auf; am schwächsten ist sie dagegen in den Bezirken Gumbinnen, Allenstein, Oppeln und bei Gegenüberstellung von Einkommensbezieher und Gesamtbevölkerung auch im Bezirk Marienwerder. Bemerkenswert ist noch, daß der auf die Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} entfallende Bruchteil der Gesamtbevölkerung in neuester Zeit in den Regierungsbezirken Hannover und Aurich größer war als in Berlin und im Bezirk Wiesbaden, welche Landesteile bis 1908 höhere Ziffern aufwiesen.

Auch in der folgenden Gruppe der Einkommen von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} ist unter Überflügelung der Reichshauptstadt Berlin und des Regierungsbezirks Wiesbaden neuerdings der Bezirk Potsdam mit seiner Verhältniszahl an die

Spitze getreten. Der Regierungsbezirk Wiesbaden behauptet die zweite Stelle. Im übrigen weisen noch Berlin und die Bezirke Cöln, Hannover und Düsseldorf verhältnismäßig bedeutende Ziffern auf, während die bei der untersten Gruppe der besseren Einkommen noch mit großer Häufigkeit aufgeführten Bezirke Aurich und Schleswig hier bereits zurücktreten. Verhältnismäßig am seltensten kommen die Einkommen von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} im Regierungsbezirk Allenstein vor, dem sich mit gleichfalls sehr niedrigen Ziffern die Bezirke Marienwerder, Oppeln, Gumbinnen und — im Westen — Sigmaringen anschließen.

In dem die erste Stelle einnehmenden Regierungsbezirk Potsdam ist die Bevölkerungsschicht mit über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen nur etwa dreimal, die mit über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} Einkommen hingegen rund siebenmal so dicht wie in dem bei beiden Einkommensabstufungen am tiefsten stehenden Bezirk Allenstein.

In der weiterfolgenden Einkommensgruppe von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} ist das gleichfalls früher die größte

Aufs Tausend der Gesamtbevölkerung entfielen Personen mit einem Einkommen von . . . *M*

im Regierungs- bezirke	über 3 000 bis 9 500						über 9 500 bis 30 500						über 30 500 bis 100 000						über 100 000					
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914
Königsberg ¹⁾	5,7	7,1	8,4	9,5	12,6	14,6	0,84	1,11	1,32	1,56	1,75	2,19	0,11	0,17	0,20	0,27	0,29	0,38	0,01	0,02	0,02	0,04	0,03	0,06
Gumbinnen ¹⁾	4,3	5,0	5,7	6,6	8,9	10,4	0,36	0,50	0,57	0,72	0,83	1,17	0,03	0,03	0,03	0,06	0,06	0,09	0,003	0,003	0,002	0,01	0,002	0,01
Allenstein ¹⁾	.	.	4,3	5,2	7,4	8,7	.	.	0,36	0,50	0,58	0,82	.	.	0,03	0,05	0,06	0,08	.	.	0,002	0,002	0,004	0,01
Danzig	7,5	8,3	9,0	9,7	12,6	14,5	0,96	1,11	1,18	1,33	1,48	1,83	0,09	0,15	0,15	0,17	0,19	0,27	0,01	0,02	0,01	0,02	0,02	0,03
Marienwerder . . .	4,6	5,4	5,6	6,3	8,8	9,8	0,36	0,55	0,54	0,65	0,79	1,00	0,05	0,06	0,07	0,10	0,12	0,16	0,002	0,003	0,003	0,01	0,01	0,02
Stadtkr. Berlin . .	18,5	21,6	22,1	23,0	25,4	26,0	5,53	5,64	5,33	5,22	4,91	5,02	1,40	1,44	1,45	1,40	1,28	1,28	0,28	0,36	0,35	0,37	0,35	0,35
Potsdam	11,8	16,9	19,7	23,7	30,3	34,3	2,17	3,67	4,48	5,27	6,20	7,13	0,35	0,69	0,87	1,13	1,31	1,55	0,05	0,10	0,13	0,20	0,23	0,28
Frankfurt	5,9	7,0	7,6	8,4	10,7	12,6	0,84	1,07	1,15	1,30	1,39	1,75	0,15	0,20	0,24	0,29	0,29	0,38	0,02	0,03	0,03	0,03	0,05	0,07
Stettin	8,4	9,8	10,6	11,5	14,6	17,4	1,36	1,65	1,64	1,77	1,93	2,35	0,23	0,32	0,29	0,34	0,36	0,49	0,02	0,04	0,03	0,04	0,06	0,08
Köslin	4,8	5,6	6,1	6,8	9,4	11,0	0,52	0,73	0,78	0,92	1,04	1,42	0,08	0,09	0,08	0,13	0,15	0,23	0,01	0,02	0,02	0,02	0,02	0,03
Stralsund	8,2	8,6	8,8	10,0	12,6	14,8	1,06	1,27	1,29	1,56	1,82	2,46	0,19	0,26	0,23	0,23	0,26	0,50	0,01	0,01	0,02	0,05	0,05	0,08
Posen	4,3	5,3	5,8	6,6	9,5	11,0	0,53	0,71	0,83	0,90	1,07	1,38	0,08	0,13	0,13	0,18	0,23	0,29	0,01	0,02	0,02	0,03	0,05	0,06
Bromberg	5,2	5,8	6,7	7,6	10,3	11,9	0,54	0,66	0,78	0,85	0,98	1,27	0,07	0,10	0,11	0,16	0,14	0,20	0,01	0,01	0,02	0,02	0,03	0,03
Breslau	8,2	10,0	10,8	12,4	15,4	18,1	1,41	1,82	2,01	2,25	2,45	2,94	0,30	0,43	0,44	0,54	0,56	0,67	0,05	0,08	0,08	0,10	0,11	0,13
Liegnitz	6,8	8,4	8,7	9,7	12,4	14,3	1,07	1,31	1,43	1,60	1,69	2,02	0,17	0,22	0,22	0,27	0,32	0,37	0,03	0,05	0,05	0,06	0,07	0,08
Oppeln	4,7	5,7	6,0	6,5	8,3	9,3	0,57	0,68	0,70	0,78	0,85	1,03	0,08	0,11	0,09	0,11	0,12	0,16	0,02	0,02	0,02	0,03	0,04	0,06
Magdeburg	11,0	12,6	13,3	14,5	18,0	20,4	1,98	2,15	2,13	2,30	2,54	2,88	0,36	0,43	0,42	0,47	0,49	0,55	0,66	0,09	0,08	0,09	0,11	0,12
Merseburg	8,9	11,0	11,2	12,3	15,0	16,6	1,32	1,66	1,65	1,86	2,14	2,51	0,21	0,29	0,32	0,37	0,39	0,45	0,03	0,06	0,05	0,06	0,07	0,07
Erfurt	9,3	12,0	12,4	13,8	16,2	17,9	1,43	1,76	1,86	2,06	2,23	2,67	0,19	0,28	0,30	0,34	0,39	0,42	0,03	0,04	0,04	0,06	0,07	0,09
Schleswig	10,8	12,4	13,3	15,4	18,8	21,4	1,19	1,52	1,62	2,01	2,27	2,87	0,18	0,22	0,26	0,35	0,36	0,49	0,02	0,04	0,04	0,05	0,06	0,08
Hannover	13,4	14,8	15,6	17,3	21,6	24,6	2,14	2,39	2,49	2,73	3,20	4,02	0,34	0,42	0,40	0,51	0,56	0,77	0,05	0,07	0,07	0,09	0,09	0,14
Hildesheim	10,0	11,7	12,3	13,7	17,2	19,4	1,18	1,48	1,60	1,89	2,28	2,81	0,16	0,21	0,23	0,28	0,31	0,38	0,01	0,02	0,01	0,03	0,02	0,04
Lüneburg	6,9	8,7	9,5	11,5	15,1	19,0	0,70	0,85	0,93	1,17	1,31	1,62	0,16	0,18	0,17	0,21	0,26	0,29	0,03	0,05	0,04	0,05	0,05	0,06
Stade	7,5	8,5	9,5	11,0	13,7	16,6	0,72	0,76	0,95	0,95	1,04	1,40	0,09	0,10	0,11	0,13	0,13	0,20	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,02
Osnabrück	6,3	7,5	7,5	8,2	10,3	12,4	0,73	0,94	1,00	1,06	1,23	1,54	0,12	0,14	0,16	0,20	0,20	0,28	0,01	0,03	0,02	0,04	0,04	0,06
Aurich	12,1	13,6	14,4	15,9	19,6	21,7	1,17	1,49	1,58	1,58	1,86	2,38	0,08	0,09	0,12	0,10	0,11	0,21	0,004	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Münster	8,2	9,8	9,7	10,4	12,0	12,8	1,08	1,31	1,27	1,40	1,39	1,54	0,19	0,20	0,19	0,25	0,21	0,25	0,05	0,05	0,05	0,06	0,05	0,05
Minden	7,3	8,8	9,1	10,2	12,2	13,7	1,06	1,27	1,31	1,51	1,55	1,95	0,19	0,25	0,22	0,28	0,28	0,35	0,02	0,04	0,04	0,06	0,06	0,07
Arnsberg	7,5	9,2	9,4	10,7	12,4	14,1	1,17	1,39	1,33	1,50	1,51	1,92	0,20	0,32	0,26	0,33	0,31	0,42	0,03	0,05	0,04	0,06	0,05	0,09
Cassel	8,8	10,7	11,3	12,1	15,4	17,8	1,26	1,61	1,70	1,86	1,95	2,38	0,15	0,22	0,24	0,29	0,31	0,41	0,01	0,04	0,04	0,05	0,05	0,08
Wiesbaden	14,8	18,5	19,2	20,6	23,4	26,6	3,70	4,75	4,67	4,90	4,96	5,92	0,38	1,20	1,21	1,35	1,35	1,66	0,21	0,30	0,27	0,33	0,34	0,40
Coblenz	6,9	8,6	9,0	10,2	13,2	14,7	0,98	1,22	1,23	1,43	1,57	1,90	0,17	0,22	0,23	0,25	0,26	0,33	0,03	0,05	0,05	0,06	0,06	0,10
Düsseldorf	10,3	12,5	12,9	14,6	17,0	19,6	1,91	2,24	2,23	2,52	2,60	3,17	0,47	0,51	0,50	0,62	0,60	0,74	0,10	0,13	0,12	0,15	0,15	0,18
Cöln	11,9	14,3	16,2	17,1	20,5	23,4	2,59	3,18	3,23	3,52	3,67	4,43	0,56	0,70	0,67	0,79	0,80	1,03	0,14	0,18	0,17	0,21	0,22	0,26
Trier	5,5	7,4	7,9	8,9	10,7	12,1	0,74	0,88	0,97	1,00	1,07	1,35	0,12	0,16	0,17	0,20	0,19	0,23	0,02	0,03	0,03	0,04	0,03	0,04
Aachen	7,6	9,2	9,5	10,3	13,2	17,2	1,55	1,73	1,74	1,89	1,97	2,62	0,40	0,43	0,47	0,48	0,51	0,63	0,09	0,12	0,13	0,16	0,16	0,17
Sigmaringen ¹⁾ . .	11,5	11,3	11,8	14,4	16,7	.	.	1,07	1,04	1,08	1,16	1,11	.	0,12	0,09	0,19	0,11	0,19	.	0,01	—	—	0,01	0,03
im Staate	8,7	10,7	11,4	12,8	15,8	18,0	1,51	1,87	1,96	2,19	2,37	2,83	0,30	0,38	0,40	0,47	0,49	0,60	0,05	0,08	0,08	0,10	0,10	0,13

¹⁾ Vergl. die Anmerkungen ¹⁾ und ²⁾ zur Übersicht auf Seite 278.

Häufigkeit aufweisende Berlin von den Regierungsbezirken Potsdam und Wiesbaden überholt worden, und zwar findet sich jetzt bei ersterem Bezirke der stärkste — wenn auch nur wenig über den des Regierungsbezirks Wiesbaden hinausgehende — Anteil der Gesamtbevölkerung, während letzterer die meisten Einkommensbezieher sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler enthält. Außerdem zeigen hier wiederum die bei der vorigen Einkommensgruppe hervorgetretenen Regierungsbezirke Cöln, Hannover und Düsseldorf verhältnismäßig bedeutende, andererseits die ebenda genannten Bezirke Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder, Oppeln und Sigmaringen die unbedeutendsten Ziffern.

Endlich in der höchsten Gruppe der Einkommen von über 100 000 *M* ist im Berichtszeitraum die Stadt Berlin, die vordem mit ihren Häufigkeitsziffern an der Spitze stand, hinter den Regierungsbezirk Wiesbaden zurückgetreten. Im Regierungsbezirk Potsdam hat die Häufigkeit der Einkommen von über 100 000 *M* in der Berichtszeit sehr zugenommen, so daß

sich dort der Anteil der Einkommensbezieher einschließlich wie ausschließlich der Angehörigen an der Gesamtbevölkerung neuerdings auch höher stellt als in dem mit verhältnismäßig großen Ziffern hervortretenden Regierungsbezirk Cöln und den dritten Platz unter den Bezirken einnimmt. Was dagegen den Anteil der Zensiten der höchsten Einkommensstufe an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler betrifft, so blieb er im Bezirke Cöln in der ganzen Berichtszeit — wenn auch zuletzt nicht wesentlich — höher als im Bezirke Potsdam, insbesondere war er im letzten Berichtsjahr auch höher als in Berlin, also am zweithöchsten unter den Bezirken. Außer den hier aufgeführten Landesteilen finden sich bei der Einkommensgruppe von mehr als 100 000 *M* noch bemerkenswert beträchtliche Verhältnisziffern in den Bezirken Düsseldorf und Aachen, während die des Regierungsbezirks Hannover schon erheblich abfallen. Die geringste Verbreitung haben die Einkommen von über 100 000 *M* in den östlichen Regierungsbezirken Gumbinnen, Allenstein und Marienwerder und in den westlichen Stade und Aurich.

Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) hatten ein Einkommen von . . . M

im Regierungs- bezirke	über 3 000 bis 9 500						über 9 500 bis 30 500						über 30 500 bis 100 000						über 100 000					
	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914	1896	1902	1905	1908	1911	1914
Königsberg ¹⁾	16,5	20,3	22,9	24,9	33,1	37,8	2,42	3,17	3,59	4,10	4,58	5,64	0,33	0,48	0,55	0,71	0,76	0,99	0,03	0,05	0,05	0,10	0,09	0,14
Gumbinnen ¹⁾	13,5	16,4	17,3	19,2	26,0	30,3	1,13	1,64	1,71	2,09	2,44	3,39	0,10	0,11	0,10	0,18	0,18	0,27	0,01	0,01	0,01	0,02	0,005	0,01
Allenstein ¹⁾	.	.	15,4	18,3	26,1	29,6	.	.	1,29	1,78	2,04	2,80	.	.	0,10	0,19	0,22	0,28	.	.	0,01	0,01	0,01	0,03
Danzig	22,8	24,9	26,7	28,3	36,3	40,1	2,91	3,32	3,52	3,87	4,28	5,07	0,28	0,44	0,44	0,51	0,54	0,76	0,03	0,05	0,04	0,05	0,06	0,08
Marienwerder . .	15,8	18,9	19,9	22,3	30,7	33,0	1,26	1,95	1,92	2,27	2,75	3,37	0,17	0,21	0,23	0,37	0,40	0,53	0,01	0,01	0,01	0,03	0,04	0,07
Stadtkr. Berlin .	34,5	40,0	39,2	39,8	43,7	44,3	10,31	10,43	9,45	9,06	8,45	8,55	2,61	2,66	2,56	2,44	2,20	2,18	0,52	0,67	0,62	0,63	0,61	0,59
Potsdam	31,3	41,7	46,9	53,9	66,6	73,7	5,74	9,04	10,63	11,97	13,65	15,34	0,92	1,69	2,07	2,57	2,87	3,34	0,13	0,25	0,31	0,45	0,50	0,61
Frankfurt	16,4	19,5	20,9	22,8	27,9	32,0	2,33	2,98	3,18	3,52	3,64	4,43	0,43	0,56	0,66	0,78	0,76	0,95	0,05	0,08	0,08	0,09	0,13	0,17
Stettin	24,6	28,2	29,8	31,7	39,1	45,0	3,98	4,77	4,63	4,87	5,18	6,11	0,67	0,92	0,81	0,94	0,96	1,27	0,06	0,11	0,09	0,12	0,16	0,22
Köslin	16,4	19,6	21,3	23,3	31,3	35,9	1,78	2,54	2,70	3,16	3,52	4,68	0,28	0,31	0,29	0,46	0,50	0,74	0,02	0,05	0,06	0,08	0,08	0,10
Stralsund	21,3	22,6	22,9	25,4	31,3	36,2	2,76	3,34	3,35	3,97	4,50	5,99	0,50	0,67	0,59	0,59	0,65	1,21	0,04	0,04	0,05	0,13	0,13	0,20
Posen	13,3	16,9	19,0	22,0	30,3	35,4	1,65	2,29	2,72	3,00	3,41	4,42	0,24	0,42	0,43	0,60	0,75	0,92	0,03	0,07	0,07	0,11	0,15	0,20
Bromberg	17,5	19,5	22,8	26,0	34,3	39,2	1,81	2,19	2,63	2,91	3,25	4,19	0,22	0,33	0,36	0,54	0,45	0,67	0,02	0,04	0,06	0,08	0,10	0,11
Breslau	20,5	25,0	27,0	30,3	37,8	42,4	3,54	4,57	5,02	5,52	5,95	6,90	0,76	1,07	1,11	1,33	1,36	1,56	0,14	0,21	0,19	0,24	0,26	0,31
Liegnitz	17,5	21,3	22,1	24,0	30,5	34,7	2,75	3,34	3,61	3,97	4,14	4,89	0,44	0,55	0,55	0,67	0,78	0,91	0,08	0,13	0,12	0,15	0,17	0,19
Oppeln	14,6	17,7	18,9	19,2	25,1	27,9	1,76	2,12	2,22	2,32	2,57	3,09	0,23	0,34	0,30	0,33	0,35	0,47	0,06	0,08	0,07	0,08	0,11	0,12
Magdeburg	28,8	32,7	34,1	36,1	39,6	49,2	5,20	5,58	5,47	5,72	5,59	6,96	0,95	1,11	1,08	1,16	1,07	1,34	0,15	0,24	0,22	0,24	0,24	0,30
Merseburg	25,7	30,3	31,1	33,6	39,8	43,1	3,81	4,64	4,57	5,09	5,71	6,51	0,60	0,81	0,87	1,00	1,05	1,16	0,09	0,16	0,14	0,16	0,18	0,20
Erfurt	27,7	34,2	35,0	37,0	43,5	46,6	4,26	5,02	5,26	5,50	6,00	6,94	0,56	0,80	0,85	0,90	1,05	1,10	0,09	0,10	0,10	0,15	0,20	0,24
Schleswig	27,2	31,0	32,9	38,0	45,8	50,5	2,99	3,81	4,02	4,94	5,52	6,78	0,46	0,58	0,65	0,86	0,89	1,17	0,06	0,09	0,10	0,13	0,14	0,19
Hannover	34,2	37,6	39,7	43,3	52,4	57,9	5,47	6,07	6,34	6,83	7,76	9,44	0,88	1,06	1,03	1,27	1,36	1,80	0,13	0,19	0,18	0,22	0,22	0,33
Hildesheim	27,5	32,6	33,9	37,1	45,5	50,3	3,26	4,11	4,41	5,10	6,02	7,29	0,45	0,58	0,62	0,75	0,81	0,99	0,04	0,05	0,04	0,07	0,06	0,11
Lüneburg	18,2	22,4	23,5	29,1	38,4	46,9	1,85	2,18	2,30	2,95	3,33	4,01	0,43	0,48	0,42	0,53	0,66	0,72	0,08	0,12	0,11	0,12	0,12	0,15
Stade	20,7	23,3	25,9	29,8	37,6	44,0	2,00	2,09	2,60	2,57	2,85	3,71	0,24	0,28	0,30	0,34	0,35	0,53	0,02	0,03	0,03	0,05	0,04	0,05
Osnabrück	18,7	22,2	22,6	24,3	31,0	36,7	2,17	2,79	3,00	3,11	3,68	4,56	0,37	0,41	0,47	0,60	0,60	0,82	0,03	0,08	0,07	0,11	0,13	0,17
Aurich	36,1	35,3	44,2	48,7	58,1	59,1	3,47	3,85	4,84	4,85	5,53	6,50	0,23	0,23	0,36	0,32	0,33	0,57	0,01	0,03	0,04	0,03	0,03	0,03
Münster	23,4	27,0	27,7	30,1	34,4	36,5	3,09	3,63	3,65	4,08	3,96	4,39	0,54	0,54	0,56	0,74	0,60	0,71	0,15	0,14	0,14	0,19	0,14	0,15
Minden	21,6	25,8	26,3	28,9	33,8	37,5	3,11	3,70	3,79	4,29	4,31	5,30	0,57	0,74	0,64	0,80	0,78	0,95	0,06	0,11	0,12	0,18	0,17	0,20
Arnsberg	20,7	25,4	25,6	28,7	33,5	37,5	3,22	3,81	3,62	4,04	4,10	5,11	0,56	0,88	0,72	0,88	0,84	1,10	0,10	0,15	0,13	0,17	0,14	0,23
Cassel	26,0	30,5	31,7	33,1	41,6	47,2	3,74	4,58	4,78	5,08	5,27	6,32	0,45	0,63	0,68	0,81	0,84	1,09	0,04	0,11	0,12	0,14	0,14	0,22
Wiesbaden	36,6	45,3	47,3	50,7	57,0	64,3	9,16	11,62	11,53	12,03	12,07	14,29	2,18	2,93	2,98	3,30	3,29	4,00	0,52	0,73	0,68	0,80	0,82	0,98
Coblenz	20,3	24,2	25,5	28,4	37,7	41,0	2,89	3,43	3,49	3,96	4,47	5,31	0,49	0,63	0,66	0,68	0,74	0,91	0,08	0,18	0,14	0,17	0,18	0,27
Düsseldorf	28,3	33,3	34,0	37,4	43,3	49,1	5,22	5,94	5,86	6,46	6,60	7,95	1,27	1,34	1,30	1,59	1,53	1,86	0,27	0,33	0,31	0,39	0,38	0,46
Cöln	29,0	36,6	40,6	41,6	48,2	55,9	6,31	8,12	8,11	8,57	8,66	10,56	1,36	1,79	1,69	1,91	1,88	2,45	0,35	0,47	0,43	0,52	0,53	0,62
Trier	17,2	22,6	24,3	26,7	33,0	35,8	2,32	2,70	2,97	3,01	3,28	3,98	0,36	0,49	0,53	0,60	0,57	0,68	0,07	0,10	0,09	0,11	0,10	0,13
Aachen	20,3	24,3	24,9	27,6	34,7	42,8	4,14	4,57	4,57	4,81	5,19	6,52	1,06	1,13	1,23	1,24	1,35	1,57	0,25	0,33	0,33	0,42	0,42	0,43
Sigmaringen ¹⁾	.	30,5	27,0	27,8	36,3	42,5	.	2,82	2,51	2,55	2,92	2,82	.	0,31	0,21	0,44	0,28	0,49	.	0,04	—	—	0,04	0,04
im Staate	23,8	28,8	30,5	33,5	40,7	45,6	4,12	5,05	5,23	5,72	6,10	7,19	0,81	1,03	1,06	1,23	1,26	1,51	0,15	0,22	0,21	0,26	0,27	0,32

1) Vergl. die Anmerkungen 1) und 2) zur Übersicht auf Seite 278.

IV. Die Einkommensgliederung der Bevölkerung nach Kreisen.

Im folgenden wird zum ersten Male die Einkommensgliederung der preussischen Bevölkerung auch kreisweise dargestellt, und zwar in Ermangelung entsprechender früherer Berechnungen nur für das letzte Berichtsjahr 1914. Aus der Tabelle (S. 298 ff.) ergibt sich bis auf die Kreise herab die Verteilung einmal der Gesamtbevölkerung und sodann auch der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) auf die Haupt-Einkommensgruppen von über 900, über 3 000 und über 9 500 M, woraus sich unschwer für jeden Kreis auch die Gliederung nach den in den vorangegangenen Abschnitten gebildeten Einkommensabstufungen bis 900, über 900 bis 3 000 und über 3 000 bis 9 500 M ersehen läßt.

Betrachtet man zunächst individualstatistisch, wie die Einkommen von über 900 M in der Bevölkerung der einzelnen Kreise verteilt sind, so erhält man bei Bildung von vier Häufigkeitsgruppen für den Gesamtstaat folgendes Bild:

Im Jahre 1914 entfielen im Staate

in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 900 M

		bis 250				bis 500				bis 750				751 und mehr			
		Tausendteile der Gesamtbevölkerung				Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler											
insgesamt	{	überh.	15	192	302	88	54	359	168	16	9,0	60,1	28,1	2,7	11,1	66,9	21,1
	{	v. H.	2,5	32,2	50,6	14,7	9,0	60,1	28,1	2,7	11,1	66,9	21,1	0,8	33	65	12
in den	{	überh.	15	189	241	42	54	326	103	4	—	—	—	—	—	—	—
Landkreisen	{	v. H.	3,1	38,8	49,5	8,6	11,1	66,9	21,1	0,8	—	—	—	—	—	—	—
in den	{	überh.	—	3	61	46	—	33	65	12	—	—	—	—	—	—	—
Stadtkreisen	{	v. H.	—	2,7	55,5	41,8	—	30,0	59,1	10,9	—	—	—	—	—	—	—

Hiernach entfielen in 302 — also der Mehrheit — von insgesamt 597 Kreisen je über die Hälfte bis drei Viertel ihrer Gesamtbevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 900 M; das gleiche war bei 241 — d. i. bei noch nicht ganz der Hälfte — von insgesamt 487 Landkreisen und bei 61

— d. i. schon bei annähernd drei Fünfteln — von insgesamt 110 Stadtkreisen der Fall. Noch weit mehr als hier überwiegt die Verhältniszahl derjenigen Stadtkreise, in denen je über drei Viertel der Bevölkerung der Einkommensgruppe von mehr als 900 \mathcal{M} angehörte, mit etwas über zwei Fünfteln ihrer Gesamtzahl, während von den Landkreisen nur wenig mehr als ein Zwölftel eine so dichte Bevölkerungsschicht mit einem das Existenzminimum von 900 \mathcal{M} übersteigenden Einkommen aufwies.

Immerhin entfällt aber auch in den meisten Landkreisen die Mehrheit (58,1 v. H.) ihrer Gesamtbevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} .

Andererseits gab es im Berichtsjahre nur drei Stadtkreise, in denen die Bevölkerung zu über einem Viertel bis zur Hälfte, aber keinen, in dem sie bloß bis zu einem Viertel an Einkommen von über 900 \mathcal{M} beteiligt war, wogegen von den Landkreisen ersterer Häufigkeitsgruppe fast zwei Fünftel, letzterer noch 15 oder nahezu ein Dreißigstel aller angehörten.

Des weiteren ergibt unsere Staatsübersicht, daß in der großen Mehrzahl, nämlich fast sieben Zehnteln, der Kreise noch nicht über die Hälfte aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ein Einkommen von über 900 \mathcal{M} bezieht. Den Schwerpunkt bilden bei den Kreisen insgesamt (mit rund drei Fünfteln) wie bei den Landkreisen (mit etwa zwei Dritteln) die, in denen über ein Viertel bis zur Hälfte, bei den Stadtkreisen hingegen (mit fast drei Fünfteln) die, in denen mehr als die Hälfte bis zu drei Vierteln der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf die Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} entfallen. Die Gruppe der Kreise, in denen bei der Mehrheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler das Einkommen über das Existenzminimum hinausgeht, ist im Gesamtstaate erheblich schwächer als die Gruppe derer besetzt, in denen die Mehrheit der Gesamtbevölkerung ein solches Einkommen aufweist. Namentlich in der Häufigkeitsgruppe von über drei Vierteln aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit über 900 \mathcal{M} Einkommen treten die Verhältnis-ziffern der Kreise stark zurück.

Die nunmehr folgende Übersicht zeigt, wie sich in den einzelnen Regierungsbezirken die Kreise nach der Häufigkeit des Vorkommens der Einkommen von über 900 \mathcal{M} gliedern. Soweit es sich dabei um die Verteilung der Gesamt-Kreisbevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} handelt, bildet die Übersicht zugleich die ziffermäßige Unterlage für die Tafel 1.

Im Jahre 1914 entfielen

in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M}

im Regierungs- bezirke	bis 250				bis 250			
	250	500	750	mehr	250	500	750	mehr
	Tausendteile der Gesamtbevölkerung				Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			
Königsberg . . .	überh. 8	6	1	—	12	3	—	—
	v. H. 53,3	40,0	6,7	—	80,0	20,0	—	—
Gumbinnen . . .	überh. 4	8	2	—	10	4	—	—
	v. H. 28,6	57,1	14,3	—	71,4	28,6	—	—
Allenstein . . .	überh. 1	9	—	—	6	4	—	—
	v. H. 10,0	90,0	—	—	60,0	40,0	—	—
Danzig . . .	überh. —	9	3	—	1	11	—	—
	v. H. —	75,0	25,0	—	8,3	91,7	—	—
Marienwerder . . .	überh. 1	15	1	—	5	12	—	—
	v. H. 5,9	88,2	5,9	—	29,4	70,6	—	—
Stadtkr. Berlin	überh. —	—	1	—	—	—	1	—
	v. H. —	—	100,0	—	—	—	100,0	—

Noch: im Regierungs- bezirke	bis 250				bis 250			
	250	500	750	mehr	250	500	750	mehr
	Tausendteile der Gesamtbevölkerung				Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			
Potsdam . . .	überh. —	3	13	7	—	13	10	—
	v. H. —	13,0	56,5	30,4	—	56,5	43,5	—
Frankfurt . . .	überh. —	12	10	—	—	20	2	—
	v. H. —	54,5	45,5	—	—	90,9	9,1	—
Stettin . . .	überh. —	7	7	—	—	12	2	—
	v. H. —	50,0	50,0	—	—	85,7	14,3	—
Köslin . . .	überh. —	11	2	—	—	13	—	—
	v. H. —	84,6	15,4	—	—	100,0	—	—
Stralsund . . .	überh. —	4	2	—	2	4	—	—
	v. H. —	66,7	33,3	—	33,3	66,7	—	—
Posen . . .	überh. —	24	4	—	1	27	—	—
	v. H. —	85,7	14,3	—	3,6	96,4	—	—
Bromberg . . .	überh. —	12	3	—	1	14	—	—
	v. H. —	80,0	20,0	—	6,7	93,3	—	—
Breslau . . .	überh. —	19	7	—	8	17	1	—
	v. H. —	73,1	26,9	—	30,8	65,4	3,8	—
Liegnitz . . .	überh. —	15	6	—	—	19	2	—
	v. H. —	71,4	28,6	—	—	90,5	9,5	—
Oppeln . . .	überh. 1	14	9	2	7	15	4	—
	v. H. 3,3	53,3	34,3	7,7	26,9	57,7	15,4	—
Magdeburg . . .	überh. —	1	17	1	—	12	7	—
	v. H. —	5,3	89,5	5,3	—	63,2	36,8	—
Merseburg . . .	überh. —	1	18	2	—	9	12	—
	v. H. —	4,8	85,7	9,5	—	42,9	57,1	—
Erfurt . . .	überh. —	3	9	—	1	7	4	—
	v. H. —	25,0	75,0	—	8,3	58,3	33,3	—
Schleswig . . .	überh. —	1	21	3	—	15	10	—
	v. H. —	4,0	84,0	12,0	—	60,0	40,0	—
Hannover . . .	überh. —	—	10	3	—	9	4	—
	v. H. —	—	76,9	23,1	—	69,2	30,8	—
Hildesheim . . .	überh. —	1	15	1	—	8	9	—
	v. H. —	5,9	88,2	5,9	—	47,1	52,9	—
Lüneburg . . .	überh. —	1	14	1	—	10	6	—
	v. H. —	6,3	87,5	6,3	—	62,5	37,5	—
Stade . . .	überh. —	1	10	4	—	10	5	—
	v. H. —	6,7	66,7	26,7	—	66,7	33,3	—
Osnabrück . . .	überh. —	3	7	1	—	9	2	—
	v. H. —	27,3	63,6	9,1	—	81,8	18,2	—
Aurich . . .	überh. —	4	2	1	—	6	1	—
	v. H. —	57,1	28,6	14,3	—	85,7	14,3	—
Münster . . .	überh. —	—	8	5	—	7	3	3
	v. H. —	—	61,5	38,5	—	53,8	23,1	23,1
Minden . . .	überh. —	—	11	1	—	6	6	—
	v. H. —	—	91,7	8,3	—	50,0	50,0	—
Arnsberg . . .	überh. —	—	6	22	—	3	19	6
	v. H. —	—	21,4	78,6	—	10,7	67,9	21,4
Cassel . . .	überh. —	4	18	2	—	20	4	—
	v. H. —	16,7	75,0	8,3	—	83,3	16,7	—
Wiesbaden . . .	überh. —	2	12	3	—	9	7	1
	v. H. —	11,8	70,6	17,6	—	52,9	41,3	5,9
Coblenz . . .	überh. —	—	14	—	—	7	7	—
	v. H. —	—	100,0	—	—	50,0	50,0	—
Düsseldorf . . .	überh. —	—	8	21	—	4	19	6
	v. H. —	—	27,6	72,4	—	13,8	65,5	20,7
Cöln . . .	überh. —	—	9	3	—	2	10	—
	v. H. —	—	75,0	25,0	—	16,7	83,3	—
Trier . . .	überh. —	1	9	4	—	7	7	—
	v. H. —	7,1	64,3	28,6	—	50,0	50,0	—
Aachen . . .	überh. —	1	9	1	—	7	4	—
	v. H. —	9,1	81,8	9,1	—	63,6	36,4	—
Sigmaringen . . .	überh. —	—	4	—	—	4	—	—
	v. H. —	—	100,0	—	—	100,0	—	—
im Staate . . .	überh. 15	192	302	88	54	359	168	16
	v. H. 2,5	32,2	50,6	14,7	9,0	60,1	28,1	2,7

[Fortsetzung des Textes auf Seite 303.]

Einkommensgliederung im Steuerjahre 1914.

Staat. Provinzen. Regierungs- bezirke.	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend					
			der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)			aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)		
			auf die Einkommens- gruppe:			auf die Einkommens- gruppe:		
			über 900 . 4	über 3 000 . 4	über 9 500 . 4	über 900 . 4	über 3 000 . 4	über 9 500 . 4
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Staat								
	41 228 784	16 254 480	633	69	10,6	509	55	9,0
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen . . .	2 034 499	712 356	342	45	5,4	275	39	5,1
II. Westpreußen . .	1 720 963	559 792	416	47	5,1	327	41	4,9
III. Stadtkreis Berlin	2 011 273	1 180 255	728	82	16,6	588	56	11,3
IV. Brandenburg . .	4 283 794	1 905 656	663	99	19,9	547	79	15,8
V. Pommern	1 712 747	616 435	492	57	7,9	397	48	6,9
VI. Posen	2 121 265	653 899	442	48	5,3	325	42	5,3
VII. Schlesien . . .	5 271 298	2 018 127	522	52	7,2	381	41	6,2
VIII. Sachsen . . .	3 083 194	1 223 672	653	68	10,0	507	55	8,2
IX. Schleswig-Holst.	1 668 829	706 428	661	83	11,1	508	59	8,1
X. Hannover	3 002 601	1 170 663	651	75	9,2	508	58	7,6
XI. Westfalen . . .	4 475 639	1 648 044	784	61	8,1	636	43	6,2
XII. Hessen-Nassau .	2 303 391	915 191	666	83	15,3	534	71	14,3
XIII. Rheinprovinz .	7 467 063	2 915 571	761	76	11,9	619	57	9,7
XIV. Hohenz. Lande .	72 228	28 391	591	63	4,2	389	46	3,4
C. Regierungs- bezirke.								
1. Königsberg	908 846	352 169	368	53	7,7	297	45	6,8
2. Gumbinnen	595 930	205 434	307	40	3,9	242	34	3,7
3. Allenstein	529 723	154 753	337	37	3,1	269	33	3,1
4. Danzig	761 074	274 687	485	55	6,8	367	46	5,9
5. Marienwerder . .	959 889	285 105	361	41	3,8	288	37	4,0
6. Stadtkreis Berlin .	2 011 273	1 180 255	728	82	16,6	588	56	11,3
7. Potsdam	3 068 639	1 426 065	723	119	25,0	599	93	19,8
8. Frankfurt	1 215 155	479 591	511	48	6,9	391	38	5,5
9. Stettin	879 976	339 384	547	65	9,0	438	53	7,6
10. Köslin	612 875	186 919	437	46	5,7	358	41	5,5
11. Stralsund	219 896	90 132	428	58	9,3	323	44	7,4
12. Posen	1 355 326	422 621	456	47	5,6	325	41	5,5
13. Bromberg	765 939	231 278	418	50	4,7	326	44	5,0
14. Breslau	1 836 704	784 175	515	67	10,9	384	51	8,8
15. Liegnitz	1 165 728	480 169	495	53	7,3	363	41	6,0
16. Oppeln	2 268 866	753 783	542	40	4,2	389	32	3,7
17. Magdeburg	1 238 277	513 657	652	73	10,5	507	58	8,6
18. Merseburg	1 299 121	499 995	672	64	9,4	520	51	7,9
19. Erfurt	545 796	210 020	614	68	10,1	474	55	8,3
20. Schleswig	1 668 829	706 428	661	83	11,1	508	59	8,1
21. Hannover	770 574	327 987	686	90	14,6	547	69	11,6
22. Hildesheim	556 049	214 103	652	74	10,4	501	59	8,4
23. Lüneburg	558 991	226 210	669	73	6,1	516	52	4,9
24. Stade	441 863	166 309	697	66	5,2	529	48	4,3
25. Osnabrück	391 362	132 047	595	53	6,7	463	42	5,6
26. Aurich	283 762	104 007	520	82	8,2	406	66	7,1
27. Münster	1 129 559	395 737	774	63	7,5	611	42	5,3
28. Minden	762 917	279 738	664	60	8,0	486	44	6,5
29. Arnberg	2 583 163	972 569	824	61	8,3	690	44	6,4
30. Cassel	1 028 195	387 113	613	71	9,1	457	55	7,6
31. Wiesbaden	1 275 196	528 078	709	94	20,4	591	84	19,3
32. Coblenz	767 050	274 618	667	60	7,3	511	48	6,5
33. Düsseldorf	3 645 137	1 455 059	811	82	12,9	682	59	10,3
34. Cöln	1 313 652	550 750	756	90	16,8	602	70	13,6
35. Trier	1 030 947	349 429	721	52	5,5	558	41	4,8
36. Aachen	710 277	285 715	678	74	11,7	510	51	8,5
37. Sigmaringen . . .	72 228	28 391	591	63	4,2	389	46	3,4
Kreise. (* Stadtkreise.)								
1. Reg.-Bez. Königsberg.								
1. Memel	60 552	23 916	428	39	4,9	289	29	4,1
2. *Königsberg i. Pr.	257 381	123 105	589	96	18,1	450	76	13,8
3. Königsberg i. Pr.	45 204	14 097	320	35	5,4	256	28	4,5
4. Fischhausen . . .	51 953	18 925	315	35	3,7	244	30	3,0
5. Labiau	48 627	16 689	196	23	1,9	162	21	2,0
6. Wehlau	45 905	15 234	248	36	2,6	213	30	2,2
7. Gerdauen	32 680	11 054	220	29	3,4	173	24	3,0
8. Rastenburg	47 968	16 610	244	42	4,8	218	34	3,9
9. Friedland	40 223	15 135	267	41	5,2	200	29	3,8
10. Preußisch Eylau .	47 614	16 147	228	25	2,0	170	21	1,9
11. Heiligenbeil. . . .	41 769	15 251	242	29	3,2	182	24	3,0
12. Braunsberg	53 178	19 446	335	62	4,6	238	39	4,0
13. Heilsberg	50 944	17 414	311	46	1,6	220	30	1,4
14. Mohrungen	48 913	18 338	250	28	2,9	180	20	2,1
15. Preußisch Holland	35 935	12 808	242	35	2,8	187	27	2,7
2. Reg.-Bez. Gumbinnen.								
1. Heydekrug	41 196	13 729	199	21	1,8	161	18	1,6
2. Niederung	54 588	17 565	197	29	2,3	169	23	1,9
3. *Tilsit	40 093	16 609	571	113	13,0	446	87	11,9
4. Tilsit	43 911	17 643	331	26	1,4	198	17	1,3
5. Ragnit	53 256	18 083	295	28	2,0	215	22	1,8
6. Pillkallen	42 859	14 963	231	28	1,9	178	23	1,8
7. Stallupönen	43 043	15 403	334	44	4,7	264	38	4,5
8. Gumbinnen	51 578	17 701	292	50	4,6	257	45	4,2
9. *Insterburg	35 919	15 648	516	94	12,1	399	68	8,7
10. Insterburg	43 958	12 791	308	29	2,2	233	24	1,8
11. Darkehmen	30 686	10 770	225	25	3,3	170	22	3,0
12. Angerburg	35 872	10 699	255	25	1,7	201	25	2,1
13. Goldap	42 208	12 574	251	29	2,0	202	25	2,1
14. Oletzko	36 763	11 256	344	26	3,5	244	22	3,1
3. Reg.-Bez. Allenstein.								
1. Lyck	56 308	16 967	316	36	3,0	263	34	3,1
2. Lötzen	40 525	12 643	296	37	3,1	247	32	2,8
3. Johannisburg . . .	47 675	12 716	235	30	1,4	203	26	1,4
4. Sensburg	48 938	13 377	327	28	1,3	249	24	1,7
5. Ortelsburg	65 966	17 216	321	26	1,8	256	25	1,7
6. Rössel	49 136	16 099	356	39	2,6	239	28	1,9
7. *Allenstein	37 807	14 532	483	91	12,9	404	73	10,1
8. Allenstein	53 857	15 245	371	18	0,7	248	15	0,9
9. Neidenburg	56 911	15 011	283	33	2,8	228	29	3,0
10. Osterode i. Ostpr.	72 600	20 947	394	43	4,2	326	40	4,2
4. Reg.-Bez. Danzig.								
1. *Elbing	67 018	29 438	649	65	7,9	479	47	5,7
2. Elbing	32 802	11 494	407	41	1,9	279	27	1,6
3. Marienburg i. Westpr.	62 825	24 023	393	65	4,7	300	45	3,4
4. *Danzig	182 084	92 206	582	91	15,4	399	60	9,6
5. Danziger Niederung	36 145	12 146	397	20	0,5	292	15	0,7
6. Danziger Höhe . .	55 531	17 589	378	39	4,4	339	38	4,0
7. Dirschau	43 741	13 873	409	57	6,4	341	49	6,1
8. Preußisch Stargard	66 861	18 768	471	29	2,0	308	25	2,1
9. Berent	54 995	13 497	430	31	1,7	330	29	1,9
10. Karthaus	68 203	14 787	565	18	1,1	422	20	1,1
11. Neustadt i. Westpr.	64 209	20 059	409	68	9,5	358	74	10,3
12. Putzig	26 660	6 807	325	28	1,6	239	26	1,3
5. Reg.-Bez. Marienwerder.								
1. Stuhm	37 465	10 744	221	26	1,6	213	26	1,7
2. Marienwerder . . .	66 916	21 184	384	54	5,9	305	46	5,4
3. Rosenberg i. Westpr.	53 861	19 895	301	47	4,7	216	35	4,2
4. Löbau	59 408	16 918	307	29	1,8	228	23	1,8

Noch: Einkommensgliederung im Steuerjahre 1914.

Kreise. (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend						Kreise. (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend							
			der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)								der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)						
				auf die Einkommens- gruppe:	auf die Einkommens- gruppe:								auf die Einkommens- gruppe:	auf die Einkommens- gruppe:					
					über 900 . 4	über 3 000 . 4	über 9 500 . 4	über 900 . 4						über 3 000 . 4	über 9 500 . 4	über 900 . 4	über 3 000 . 4	über 9 500 . 4	über 900 . 4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Noch: 5. Reg.-Bez. Marienwerder.																			
5. Stralsburg i. Westpr.	60 396	15 031	271	33	2,5	255	32	2,6											
6. Briesen	49 299	14 182	352	32	2,5	263	28	2,3											
7. *Thorn	48 116	18 563	532	94	12,3	436	77	10,5											
8. Thorn	58 268	16 832	339	35	2,6	252	29	2,9											
9. Culm	48 830	13 531	362	39	4,3	287	38	4,9											
10. *Graudenz	43 713	16 879	492	82	11,5	404	71	10,1											
11. Graudenz	47 694	15 217	355	26	2,4	239	25	2,9											
12. Schwetz	89 752	24 752	293	20	1,8	268	23	2,3											
13. Tuchel	33 158	8 107	446	41	1,5	345	34	2,1											
14. Konitz	63 951	16 501	439	54	3,7	355	43	4,3											
15. Schlochau	67 902	18 828	340	30	1,8	248	28	1,9											
16. Flatow	68 997	18 869	422	37	2,0	307	31	2,2											
17. Deutsch Krone	62 163	19 072	349	39	3,9	274	34	3,6											
6. Stadtkreis Berlin.																			
2 011 273	1 180 255	728	82	16,6	588	56	11,3												
7. Reg.-Bez. Potsdam.																			
1. Prenzlau	57 746	23 412	384	67	11,3	303	48	7,9											
2. Templin	49 978	19 728	534	45	5,1	402	32	4,0											
3. Angermünde	62 549	23 312	500	52	7,2	404	41	5,5											
4. *Eberswalde	26 936	13 587	708	91	14,1	523	65	9,3											
5. Oberbarnim	73 556	30 647	579	55	6,0	452	42	4,9											
6. *Berl.-Lichtenberg	149 890	68 400	845	60	3,5	726	44	2,8											
7. Niederbarnim	439 650	190 640	794	95	8,8	666	71	6,5											
8. *Charlottenburg	315 553	170 283	775	193	63,6	648	146	45,3											
9. *Berl.-Schöneberg	177 822	97 319	763	218	58,7	641	164	41,6											
10. *Neukölln	269 047	128 292	838	72	4,4	708	52	3,1											
11. *Berl.-Wilmerdorf	136 367	78 333	734	270	94,0	596	197	64,9											
12. Teltow	521 977	239 819	790	175	36,0	661	132	24,7											
13. Beeskow-Storkow	50 125	18 953	523	32	4,5	385	24	3,4											
14. Jüterbog-Lucken- walde	75 661	34 918	568	56	7,2	408	38	5,0											
15. Zauch-Belzig	87 121	32 210	557	43	3,5	437	33	2,9											
16. *Potsdam	63 073	34 595	641	158	33,5	487	110	21,7											
17. *Spandau	92 657	44 928	807	69	8,1	667	50	5,2											
18. Osthavelland	76 816	31 185	647	52	6,2	520	39	4,7											
19. *Brandenburg a./H.	53 574	27 314	693	66	12,6	494	46	7,8											
20. Westhavelland	63 942	27 870	618	62	6,9	473	43	4,8											
21. Ruppın	76 394	30 785	482	59	6,7	382	46	5,1											
22. Ostprignitz	66 419	26 249	531	63	6,2	394	44	4,4											
23. Westprignitz	81 786	33 286	615	57	5,0	480	42	3,8											
8. Reg.-Bez. Frankfurt.																			
1. Königsberg i./Neum.	91 386	36 351	458	49	6,0	348	37	4,7											
2. Soldin	44 769	15 409	393	54	6,3	308	35	5,3											
3. Arnswalde	39 609	13 776	352	42	6,8	282	33	5,4											
4. Friedeberg i./Neum.	52 298	19 748	382	44	4,2	283	34	3,8											
5. *Landsberg a./W.	40 832	18 596	617	68	11,4	455	50	7,7											
6. Landsberg	54 980	18 401	378	26	2,7	283	21	2,3											
7. Lebus	89 064	37 571	491	48	5,4	368	34	4,0											
8. *Frankfurt a./Oder	65 502	28 777	583	95	16,7	484	78	12,4											
9. Weststernberg	42 816	15 633	396	34	2,5	290	26	2,2											
10. Oststernberg	43 753	15 534	395	34	2,7	292	26	2,5											
11. Züllichau-Schwieb.	47 013	18 459	363	34	5,1	268	28	4,3											
12. Crossen	60 111	22 563	477	34	4,9	355	28	4,5											
13. *Guben	40 344	19 564	645	70	11,0	451	46	7,6											
14. Guben	43 207	15 926	514	24	3,0	361	19	2,1											
15. Lübben	33 555	10 975	472	38	3,0	380	36	2,6											
16. Luckau	72 795	27 459	576	38	3,9	437	30	3,3											
17. Calau	94 157	35 861	660	39	4,7	494	29	3,5											
18. *Cottbus	50 139	23 324	681	116	23,3	518	81	16,1											
19. Cottbus	51 309	18 508	454	14	1,9	340	12	2,0											
20. *Forst i./Lausitz	35 890	17 316	728	100	21,5	559	66	14,0											
21. Sorau	86 853	35 220	531	36	4,7	394	28	4,1											
22. Spremberg	34 773	14 620	636	42	7,9	461	32	5,5											
9. Reg.-Bez. Stettin.																			
1. Demmin	45 762	17 789	365	58	7,7	282	43	5,6											
2. Anklam	32 537	12 377	492	66	9,5	404	50	7,4											
3. Usedom-Wollin	57 065	20 851	528	55	4,5	416	46	4,5											
4. Ueckermünde	57 601	19 260	579	41	4,3	469	36	3,9											
5. Randow	96 195	33 885	669	42	4,1	507	33	3,5											
6. *Stettin	252 942	119 694	679	96	17,7	522	73	13,0											
7. Greifenhagen	47 701	15 626	504	47	3,8	432	39	3,0											
8. Pyritz	40 811	14 716	406	69	7,0	310	50	5,9											
9. *Stargard i. Pomm.	29 068	12 039	575	94	11,8	496	69	8,5											
10. Saatzig	40 024	13 522	427	34	4,1	308	27	3,9											
11. Naugard	53 698	19 199	502	59	4,6	377	43	4,1											
12. Kammin	41 700	13 177	367	36	2,8	302	31	2,8											
13. Greifenberg	40 278	13 284	376	56	4,8	311	49	4,5											
14. Regenwalde	44 594	13 965	378	49	7,0	317	39	5,9											
10. Reg.-Bez. Köslin.																			
1. Schivelbein	20 826	7 006	402	47	5,4	315	39	4,3											
2. Dramburg	34 308	10 964	397	41	5,9	308	35	5,6											
3. Neustettin	74 972	21 023																	

Noch: Einkommensgliederung im Steuerjahre 1914.

Kreise. (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend						Kreise. (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend					
			der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)			aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)						der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)			aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)		
			auf die Einkommens- gruppe:			auf die Einkommens- gruppe:						auf die Einkommens- gruppe:			auf die Einkommens- gruppe:		
			über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.	über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.				über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.	über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.
I	2	3	4	5	6	7	8	9	I	2	3	4	5	6	7	8	9
13. Reg.-Bez. Bromberg.																	
1. Filehne	34 101	10 493	525	37	2,8	379	31	2,9									
2. Czarnikau	41 504	12 152	407	38	2,9	310	34	3,0									
3. *Schneidemühl	29 261	10 989	650	85	6,8	499	62	5,6									
4. Kolmar i. Posen	48 897	14 334	399	33	1,6	302	27	1,7									
5. Wirsitz	68 030	17 886	314	44	2,6	285	36	3,6									
6. *Bromberg	61 735	32 606	554	137	19,4	355	85	12,2									
7. Bromberg	96 869	30 162	397	33	1,8	300	25	1,7									
8. Schubin	46 786	12 777	278	28	3,0	215	25	3,0									
9. Hohensalza	77 144	23 860	368	51	7,3	276	44	6,8									
10. Strelno	35 879	8 850	416	46	3,7	326	41	5,2									
11. Mogilno	49 618	12 414	381	43	2,6	305	39	3,5									
12. Znin	40 201	9 596	421	42	2,5	359	48	3,9									
13. Wongrowitz	51 512	13 553	461	37	2,4	353	35	2,8									
14. Gnesen	56 705	14 808	493	68	6,1	416	67	7,3									
15. Witkowo	27 697	6 798	333	20	1,6	254	20	1,6									
14. Reg.-Bez. Breslau.																	
1. Namslau	33 115	11 868	309	39	5,0	220	29	4,6									
2. Groß Wartenberg	47 778	16 239	287	21	3,1	197	18	2,8									
3. Oels	65 051	24 046	367	47	7,3	284	38	6,3									
4. Trebnitz	51 055	19 193	306	37	6,0	230	32	5,5									
5. Militsch	44 774	16 290	256	32	3,2	194	25	2,9									
6. Guhrau	33 061	12 622	323	40	6,8	230	29	5,1									
7. Steinau	23 067	8 856	437	63	7,1	319	42	5,3									
8. Wohlau	42 544	15 205	445	48	6,0	354	39	5,7									
9. Neumarkt	55 562	21 775	471	51	5,6	323	35	4,2									
10. *Breslau	540 385	279 279	685	113	22,5	500	79	15,7									
11. Breslau	91 579	32 503	508	54	7,3	377	40	6,0									
12. Ohlau	54 798	22 085	391	61	5,2	245	37	3,6									
13. *Brieg	29 075	9 843	514	94	14,1	474	87	14,0									
14. Brieg	38 181	14 163	410	38	2,4	263	27	2,0									
15. Strehlen	35 416	14 042	408	54	5,4	286	37	4,5									
16. Nimptsch	24 923	9 913	301	37	6,1	201	33	6,5									
17. Münsterberg	30 472	11 653	386	56	3,2	267	39	3,1									
18. Frankenstein	44 385	17 781	369	53	6,9	251	38	5,0									
19. Reichenbach	66 451	28 822	452	49	6,2	312	33	4,9									
20. *Schweidnitz	31 927	17 694	507	97	17,0	310	61	9,8									
21. Schweidnitz	70 217	28 505	489	49	6,6	323	33	5,0									
22. Striegau	46 392	17 707	501	54	7,8	406	40	5,7									
23. Waldenburg	163 588	68 066	696	43	5,3	503	31	4,2									
24. Glatz	64 336	24 751	384	58	8,2	272	46	6,1									
25. Neurode	52 597	19 754	526	30	4,4	366	23	3,3									
26. Habelschwerdt	55 975	21 500	286	36	2,9	199	26	2,5									
15. Reg.-Bez. Liegnitz.																	
1. Grünberg	58 471	24 895	447	43	6,6	313	32	5,1									
2. Freystadt	55 233	24 147	419	40	5,0	291	28	3,5									
3. Sagan	60 164	24 019	464	51	5,3	341	37	4,1									
4. Sprottau	37 889	15 345	495	36	4,2	354	27	3,6									
5. Glogau	74 834	30 269	471	67	10,1	352	51	7,9									
6. Lüben	32 092	14 106	389	41	7,0	255	29	4,8									
7. Bunzlau	63 918	25 815	469	55	5,9	342	39	4,3									
8. Goldberg-Haynau	50 230	21 037	423	48	6,8	296	34	4,9									
9. *Liegnitz	70 841	31 406	669	114	18,0	509	86	13,4									
10. Liegnitz	41 561	15 369	394	35	5,3	255	28	4,7									
11. Jauer	34 361	13 544	428	53	6,9	295	41	4,9									
12. Schönau	25 012	9 790	427	29	3,8	293	21	3,0									
13. Bolkenhain	28 862	12 024	445	30	3,3	288	20	2,5									
14. Landeshut	51 715	21 622	522	37	2,7	356	26	2,3									
15. Hirschberg	89 793	38 367	557	66	10,4	420	53	8,8									
16. Löwenberg	60 235	23 499	403	42	4,2	290	31	3,3									
17. Lauban	68 307	27 287	400	35	5,2	309	28	4,3									
18. *Görlitz	85 251	40 453	672	100	16,2	509	79	14,0									
19. Görlitz	62 456	24 830	488	33	3,5	353	24	2,9									
20. Rothenburg i. Oberl.	70 327	27 106	539	35	4,8	416	26	4,2									
21. Hoyerswerda	44 176	15 239	585	29	2,1	443	23	2,3									
16. Reg.-Bez. Oppeln.																	
1. Kreuzburg	51 090	16 932	420	57	6,2	299	44	5,3									
2. Rosenbergl. O. Schl.	50 574	14 260	231	21	1,8	166	19	2,0									
3. *Oppeln	35 198	12 438	631	109	14,8	473	86	12,0									
4. Oppeln	121 277	36 270	406	15	1,2	258	12	1,2									
5. Groß Strehlitz	73 354	21 479	330	23	2,1	226	21	2,3									
6. Lublinitz	51 823	14 749	322	20	1,6	221	19	2,0									
7. *Gleiwitz	70 168	20 079	810	93	14,0	708	89	13,8									
8. Tost-Gleiwitz	82 639	27 449	485	16	1,2	292	12	1,2									
9. Tarnowitz	83 240	26 287	605	33	2,9	422	27	2,9									
10. *Beuthen i. Ob. Schl.	68 436	29 808	719	87	12,9	483	59	10,0									
11. *Königshütte i. O. S.	77 099	30 166	692	45	3,9	488	30	2,7									
12. Beuthen	205 990	69 556	708	30	2,6	500	21	2,0									
13. Hindenburg i. O. S. 1)	167 166	56 971	763	37													

Digitized by Google

Kreise. — (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend						Kreise. — (* Stadtkreise.)	Seelen- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Veran- lagungs- jahr 1914	Gesamt- zahl der Haus- haltungs- vor- stände und selbstän- digen Einzel- personen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend									
			der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)			der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)	aller Haus- haltungs- vorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)													
				auf die Einkommens- gruppe:				auf die Einkommens- gruppe:													
				über 900 . %	über 3 000 . %	über 9 500 . %		über 900 . %				über 3 000 . %	über 9 500 . %	über 900 . %	über 3 000 . %	über 9 500 . %					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	1	2	3	4	5	6	7	8	9				
26. Reg.-Bez. Aurich.																					
1. Norden	37 243	13 426	492	74	7,3	344	56	6,9	1. *Cassel	157 723	74 891	735	144	26,0	535	99	18,3				
2. *Emden	24 910	9 771	782	129	15,2	635	96	11,7	2. Cassel	53 497	17 423	773	40	3,0	588	32	2,6				
3. Emden	25 876	9 469	566	71	8,5	427	55	7,0	3. Eschwege	47 000	17 129	546	71	11,1	387	52	8,6				
4. Wittmund	74 917	30 577	484	100	8,5	417	84	8,0	4. Fritzlar	28 048	10 350	469	76	4,1	317	51	3,1				
5. Aurich	42 912	13 221	409	59	5,8	315	52	5,1	5. Hofgeismar	36 772	12 071	516	51	4,7	415	45	4,7				
6. Leer	57 291	19 906	582	63	5,7	412	46	4,3	6. Homberg	22 304	7 714	462	51	2,4	343	40	2,1				
7. Weener	20 613	7 637	387	95	11,6	299	69	8,6	7. Melungen	29 882	10 402	547	56	4,1	383	40	2,9				
27. Reg.-Bez. Münster.																					
1. Tecklenburg	62 352	22 137	570	46	3,2	405	31	2,5	8. Retsburg i. H.-N.	34 610	11 965	632	47	3,3	445	37	3,0				
2. Warendorf	33 412	11 429	682	64	4,9	441	41	3,2	9. Witzenhausen	32 682	12 078	564	52	4,4	407	34	3,7				
3. Beckum	72 723	25 869	780	73	7,3	582	42	4,2	10. Wolfhagen	24 856	7 055	507	42	1,9	459	46	1,8				
4. Lüdinghausen	72 079	24 733	810	56	4,2	637	37	2,8	11. Marburg	57 006	24 019	529	103	14,8	343	62	10,3				
5. *Münster	93 152	39 674	725	160	32,1	599	107	20,4	12. Frankenberg	24 545	8 208	581	47	1,9	402	34	1,3				
6. Münster	46 412	16 297	632	91	4,6	395	52	3,5	13. Kirchhain	22 742	7 379	500	49	1,3	355	35	1,4				
7. Steinfurt	90 593	34 084	690	53	8,2	465	35	5,6	14. Ziegenhain	36 442	13 069	510	54	2,1	349	37	1,5				
8. Koesfeld	59 586	19 955	731	61	5,0	500	37	3,8	15. Fulda	65 019	24 277	664	64	8,4	452	43	5,8				
9. Ahaus	57 427	19 330	626	49	5,9	405	32	4,2	16. Hersfeld	38 811	14 081	595	59	6,2	447	46	5,3				
10. Borken	72 348	24 428	721	61	12,1	463	37	7,4	17. Hünfeld	22 673	7 396	516	32	1,0	336	24	1,1				
11. *Recklinghausen	59 612	20 549	863	75	8,4	769	53	5,3	18. *Hanau	40 014	16 777	707	128	25,6	627	108	21,0				
12. *Buer	83 870	25 646	861	37	3,1	860	28	2,4	19. Hanau	59 938	23 162	770	49	5,1	606	39	4,1				
13. Recklinghausen	325 993	111 606	879	44	3,5	752	27	2,2	20. Gelnhausen	48 857	17 383	663	38	3,1	471	33	3,0				
28. Reg.-Bez. Minden.																					
1. Minden	117 276	42 450	661	67	8,4	480	53	7,1	21. Schlüchtern	30 685	9 603	506	37	2,2	413	34	2,7				
2. Lübbecke	54 625	18 471	690	47	3,0	468	34	2,9	22. Herrsch. Schmalkald.	45 193	16 293	601	52	5,8	468	39	4,6				
3. *Herford	34 233	13 459	765	89	19,2	602	64	13,2	23. Grfsch Schaumburg	47 565	17 837	545	46	3,2	390	35	2,7				
4. Herford	99 266	37 501	646	40	4,0	423	28	3,4	24. Gersfeld	21 331	6 551	365	23	0,7	256	20	0,9				
5. Halle i. Westfalen	31 625	10 893	702	48	4,4	502	37	4,2	31. Reg.-Bez. Wiesbaden.												
6. *Bielefeld	81 168	39 014	750	109	23,1	560	72	15,6	1. Biedenkopf	51 201	18 129	529	19	1,8	343	16	1,7				
7. Bielefeld	79 043	30 750	666	30	2,7	504	20	1,9	2. Dillkreis	53 086	19 127	678	46	5,9	527	36	5,2				
8. Wiedenbrück	66 742	22 593	711	63	8,1	540	43	6,2	3. Oberwesterwaldkr.	28 777	9 962	584	21	1,4	453	16	1,2				
9. Paderborn	68 078	21 911	646	78	8,6	514	60	6,9	4. Westerburg	30 107	9 698	384	12	0,6	296	11	0,7				
10. Büren	38 796	12 107	546	39	2,2	347	25	1,6	5. Unterwesterwaldkr.	49 997	17 442	572	32	3,8	452	26	3,2				
11. Warburg	33 484	10 217	619	53	3,7	429	42	3,5	6. Oberlahnkreis	41 538	14 353	601	40	2,7	460	33	2,4				
12. Höxter	58 581	20 372	544	44	6,1	392	33	4,7	7. Limburg	57 143	16 015	604	49	4,5	547	52	5,6				
29. Reg.-Bez. Arnsberg.																					
1. Arnsberg	66 083	24 267	783	65	8,7	599	43	5,9	8. Unteralnkreis	46 654	17 037	582	59	6,9	489	50	5,9				
2. Meschede	41 769	14 550	651	44	4,8	444	31	3,0	9. Sankt Goarshausen	45 418	16 941	627	51	4,8	487	41	4,1				
3. Brilon	44 095	13 896	613	45	3,7	437	33	2,9	10. Rheingaukreis	40 396	15 239	677	68	10,9	549	59	10,0				
4. Lippstadt	51 079	17 100	683	82	8,1	521	60	6,7	11. Wiesbaden	70 966	26 512	726	70	10,7	601	57	9,6				
5. Soest	61 495	24 296	674	85	8,3	465	54	5,7	12. Untertaunuskreis	36 914	12 776	516	41	3,8	431	34	3,5				
6. *Hamm	48 132	21 053	807	90	15,4	641	63	10,8	13. Usingen	24 512	7 786	464	18	1,1	384	18	1,0				
7. Hamm	109 215	38 314	844	48	3,7	691	36	3,1	14. Obertaunuskreis	58 305	23 837	795	88	17,4	640	71	14,8				
8. *Dortmund	241 422	101 940	827	90	15,3	703	65	11,3	15. Höchst	82 627	31 553	872	86	12,8	769	67	10,0				
9. Dortmund	247 215	87 472	876	46	4,0	768	30	2,7	16. *Wiesbaden	110 430	59 734	720	161	48,3	568	131	38,3				
10. *Hörde	34 075	13 288	874	70	8,3	761	51	5,6	17. *Frankfurt a. M.	447 125	211 947	809	144	34,9	672	118	29,3				
11. Hörde	113 937	41 451	829	46	3,9	695	32	2,9	32. Reg.-Bez. Coblenz.												
12. *Bochum	144 266	60 670	811	78	12,2	700	55	8,7	1. *Coblenz	60 865	25 456	611	138	29,2	506	108	23,1				
13. *Witten	39 241	15 759	850	64	11,6	736	55	8,8	2. Coblenz	63 564	23 251	729	64	7,0	558	49	6,2				
14. *Herne	64 202	22 043	887	56	6,7	770	40	5,3	3. Sankt Goar	42 425	14 891	738	48	5,1	511	41	4,6				
15. Bochum	134 451	48 140	865	42	3,3	746	27	2,4	4. Kreuznach	83 172	31 207	622	63	9,1	470	52	8,1				
16. *Gelsenkirchen	177 395	64 104	878	58	7,4	764	41	5,2	5. Simmern	36 256	12 437	638	37	1,0	443	27	0,9				
17. Gelsenkirchen	154 367	49 193	895	38	2,9	795	28	2,3	6. Zell	33 677	11 306	558	50	6,1	423	40	5,7				
18. Hattingen	100 211	39 827	812	45	3,8	670	30	3,2	7. Cochem	40 627	12 343	587	39	2,3	458	34	2,3				
19. *Hagen	95 292	38 215	837	90	16,1	712	66	12,3	8. Mayen	82 874	28 419	726	68	5,4	537	48	4,3				
20. Hagen	84 444	33 119	820	54	7,0	689	37	5,4	9. Adenau	24 969	7 430	539	17	0,6	373	16	0,7				
21. Schwelm	96 908	39 376	814	61	9,0	658	43	7,8	10. Ahrweiler	45 221	17 192	653	55	6,2	456	42	5,9				
22. *Iserlohn	31 721	10 711	833	96	21,2	818	87	19,8	11. Neuwied	95 033	33 602	688	63	7,3	548	49	6,4				
23. Iserlohn	76 085	29 074	828	58	9,9	679	41	7,8	12. Altenkirchen	79 588	27 563	701	39	2,9	588	28	2,3				
24. *Lüdenscheid	33 695	15 480	788	71	16,8	618	51	12,7	13. Wetzlar												

Kreise. (* Stadtkreise.)	Seelenzahl nach der Personenstandsaufnahme für das Veranlagungsjahr 1914	Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen	Nach dem Veranlagungsergebnis für das Steuerjahr 1914 entfielen vom Tausend					
			der Gesamtbevölkerung (Sp. 2)			aller Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Sp. 3)		
			auf die Einkommensgruppe:			auf die Einkommensgruppe:		
			über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.	über 900 M.	über 3 000 M.	über 9 500 M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Noch: 33. Reg.-Bez. Düsseldorf.								
5. *Duisburg	243 131	96 856	882	84	11,3	771	60	8,8
6. *Oberhausen . . .	97 505	37 507	868	57	6,3	766	38	4,2
7. *Mülheim a./Ruhr	123 168	47 689	840	78	9,8	712	56	7,7
8. *Hamborn	106 818	39 033	924	59	5,9	866	37	4,0
9. Dinslaken	91 585	33 296	839	50	5,2	693	33	3,5
10. *Essen	311 169	120 594	868	100	14,3	769	73	10,5
11. Essen	301 174	103 575	860	54	5,6	736	37	4,2
12. Mörs	155 478	57 205	829	64	6,4	724	43	4,6
13. Geldern	62 556	23 985	567	53	4,7	406	33	3,0
14. Kempen i./Rheinpr.	104 621	44 645	650	58	6,1	470	35	4,4
15. *Düsseldorf . . .	387 630	162 046	859	116	20,7	779	103	21,1
16. Düsseldorf . . .	108 030	40 793	829	73	8,4	680	50	6,3
17. *Elberfeld	173 230	77 506	780	108	23,0	636	78	16,5
18. *Barmen	171 564	75 618	810	92	21,2	658	62	14,4
19. Mettmann	122 870	50 764	779	83	13,4	682	53	8,5
20. *Remscheid . . .	76 577	32 254	850	92	20,0	733	67	15,6
21. Lennep	86 717	36 724	756	60	10,8	586	41	7,7
22. *Solingen	51 570	21 331	891	109	18,0	757	79	14,0
23. Solingen	169 396	69 744	817	64	9,4	683	45	7,1
24. *Neuß	41 156	15 839	767	128	15,3	680	75	11,7
25. Neuß	35 146	13 220	722	46	4,9	541	29	3,3
26. Grevenbroich . .	51 469	20 416	668	60	7,8	482	38	4,8
27. *MünchenGladbach	68 518	30 087	739	108	27,7	556	69	17,1
28. *Rheydt	45 672	18 585	753	89	21,7	608	63	16,1
29. Gladbach	127 293	50 409	712	40	5,3	521	25	3,7
34. Reg.-Bez. Cöln.								
1. Wipperfürth . . .	29 374	11 667	643	29	2,3	410	20	1,5
2. Waldröhl	29 119	10 140	726	24	1,8	562	18	1,7
3. Gummersbach . . .	52 113	21 959	751	51	10,3	580	34	6,7
4. Siegburg	127 885	47 887	727	52	6,9	567	41	6,2
5. Mülheim a. Rhein	84 287	31 795	737	41	5,2	584	30	4,0
6. *Cöln	605 913	272 806	790	121	23,0	651	90	17,5
7. Cöln	83 818	32 636	782	55	8,3	593	37	5,9
8. Bergheim	55 353	20 314	686	47	6,3	515	35	5,1
9. Euskirchen	50 797	19 225	693	72	11,0	515	50	8,0
10. Rheinbach	35 014	12 250	666	51	4,3	483	38	3,3
Noch: 34. Reg.-Bez. Cöln.								
11. *Bonn	87 254	41 297	734	141	39,4	564	108	30,8
12. Bonn	72 725	28 774	747	80	13,9	566	65	12,6
35. Reg.-Bez. Trier.								
1. Daun	30 828	8 695	497	21	1,6	415	19	1,5
2. Prüm	35 924	11 631	517	27	1,4	337	21	1,1
3. Wittlich	46 858	15 896	570	35	1,9	374	25	1,6
4. Wittlich	43 803	13 544	515	38	3,0	409	29	2,2
5. Berncastel	49 261	15 601	592	40	3,1	432	34	2,9
6. *Trier	57 640	20 838	619	134	24,6	544	103	18,7
7. Trier	94 538	30 016	643	26	1,2	478	19	1,0
8. Saarburg	35 646	11 924	737	31	2,3	493	23	2,3
9. Merzig	55 892	18 937	734	36	3,8	532	27	4,0
10. Saarlouis	121 560	44 288	769	50	4,7	562	34	3,7
11. *Saarbrücken . .	111 142	41 919	833	116	17,5	708	92	14,6
12. Saarbrücken . . .	163 939	56 081	826	45	2,3	646	32	1,9
13. Ottweiler	125 056	40 876	815	45	3,1	643	34	2,6
14. Sankt Wendel . .	58 860	19 183	739	28	1,5	540	23	1,6
36. Reg.-Bez. Aachen.								
1. Erkelenz	39 386	15 137	579	52	4,6	405	35	2,9
2. Heinsberg	41 284	16 108	486	32	2,3	323	21	1,5
3. Geilenkirchen . .	30 788	11 375	552	41	3,5	439	29	2,3
4. Jülich	45 583	18 385	626	71	8,2	452	48	5,7
5. Düren	107 921	44 643	685	99	12,6	502	64	8,6
6. *Aachen	157 506	72 198	735	131	29,7	557	87	19,9
7. Aachen	160 832	61 631	780	54	5,6	611	34	3,9
8. Eupen	26 444	11 233	722	55	7,9	517	38	6,1
9. Montjoie	19 391	8 042	548	28	4,0	367	20	2,9
10. Schleiden	46 992	16 153	622	30	2,9	442	25	2,6
11. Malmedy	34 150	10 810	569	35	5,0	449	30	4,1
37. Reg.-Bez. Sigmaringen.								
1. **Sigmaringen . .	23 570	8 985	643	87	5,7	436	71	4,3
2. **Gammertingen .	13 353	5 347	698	52	1,5	391	30	0,9
3. **Hechingen . . .	23 105	9 683	503	54	5,0	359	37	4,4
4. **Haigerloch . . .	12 200	4 376	538	45	2,3	354	34	2,1

Nach der Bezirksübersicht auf Seite 297 sind die 15 Landkreise, in denen die Bevölkerungsschicht mit über 900 M Einkommen nicht mehr als ein Viertel der gesamten Kreisbevölkerung ausmachte, sämtlich im Osten der Monarchie gelegen, und zwar 13 allein in den ostpreussischen Regierungsbezirken und nur je einer in den Bezirken Marienwerder (Stuhm) und Oppeln (Rosenberg i.O.S.). Die geringste Dichtigkeit der an sich einkommensteuerepflichtigen Bevölkerung findet sich in den Kreisen Labiau (Reg.-Bez. Königsberg), Niederung und Heydekrug (Reg.-Bez. Gumbinnen) mit je noch nicht ganz einem Fünftel der Gesamtbevölkerung.

Dagegen weisen unter den Stadtkreisen die schwächste Besetzung der Einkommensgruppe von über 900 M auf: Neisse (Reg.-Bez. Oppeln) mit 450, hierauf Allenstein (Reg.-Bez. Allenstein) mit 483 und Graudenz (Reg.-Bez. Marienwerder) mit 492 v. T. ihrer gesamten Bevölkerung.

In sämtlichen Kreisen von acht durchweg im Westen gelegenen Regierungsbezirken (Hannover, Münster, Minden, Arnberg, Coblenz, Düsseldorf, Cöln und Sigmaringen), außerdem noch in der Mehrzahl der Kreise von dreizehn Regierungs-

bezirken (davon nur ein östlicher — Potsdam —) und im Bezirke Stettin gerade in der Hälfte der Kreise entfiel die Mehrheit der Bevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 900 M. Im Westen ist überhaupt nur ein Regierungsbezirk (Aurich) vorhanden, in dessen meisten Kreisen die Bevölkerung nicht zu mehr als der Hälfte über 900 M Einkommen hatte. In zwei westlichen Bezirken (Arnberg und Düsseldorf) weist die Mehrzahl, außerdem noch in sechs (darunter fünf westlichen) Bezirken noch mindestens je ein Fünftel der Kreise in der Einkommensgruppe von mehr als 900 M sogar über drei Viertel der Kreisbevölkerung auf. Im ganzen sind 20 Regierungsbezirke, darunter nur zwei östliche (Potsdam und Oppeln), mit Kreisen, in denen die an sich einkommensteuerepflichtige Bevölkerung über drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte, vertreten; die fraglichen östlichen Kreise sind im Bezirk Potsdam die fünf Stadtkreise Berlin-Lichtenberg, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln sowie Spandau und die beiden Landkreise Niederbarnim und Teltow, im Bezirk Oppeln der Stadtkreis Gleiwitz und der Landkreis Hindenburg i. O. S.

Die dichteste Bevölkerungsschicht mit Einkommen von über 900 \mathcal{M} zeigt sich im Stadtkreise Hamborn (Reg.-Bez. Düsseldorf), wo auf die Einkommensgruppe von mehr als 900 \mathcal{M} 924 vom Tausend der Gesamtbevölkerung entfielen. Über 850 bis 900 vom Tausend betrug die entsprechende Ziffer für 17 Kreise, worunter sich 10 Stadtkreise befanden; die betreffenden 7 Landkreise sind: Gelsenkirchen mit 895, Recklinghausen mit 879, Dortmund mit 876, Höchst mit 872, Bochum mit 865, Essen mit 860 und Geestemünde (Reg.-Bez. Stade) mit 853 v. T.; die 10 Stadtkreise sind: Solingen mit 891, Herne mit 887, Duisburg mit 882, Gelsenkirchen mit 878, Hörde mit 874, Oberhausen und Essen je mit 868, Recklinghausen mit 863, Buer mit 861 und Düsseldorf mit 859 v. T. Es handelt sich hier also fast durchweg um rheinische und westfälische Industriekreise mit zahlreicher, gut gelohnter Arbeiterbevölkerung.

Was die Häufigkeitsgruppen der Einkommensbezieher allein betrifft, so hat in der Mehrzahl der Kreise der allermeisten Regierungsbezirke — in den Regierungsbezirken Köslin und Sigmaringen sogar in allen Kreisen — über ein Viertel bis zur Hälfte der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler über 900 \mathcal{M} Einkommen. Dagegen gehören die meisten Kreise der drei ostpreussischen Bezirke der untersten Häufigkeitsgruppe dieser Einkommen bis zu einem Viertel, andererseits die meisten Kreise der westlichen Bezirke Merseburg, Hildesheim, Arnberg, Düsseldorf und Köln — in den Bezirken Minden, Coblenz und Trier die Hälfte der Kreise — derjenigen von über der Hälfte bis zu drei Vierteln aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler an. Insbesondere in der obersten Gruppe des Einkommensbezuges von über 900 \mathcal{M} bei über drei Vierteln aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler sind nur die vier westlichen Regierungsbezirke Münster, Arnberg, Düsseldorf und Wiesbaden, und zwar mit Ausnahme von Wiesbaden, wo nur ein Kreis (Höchst) in Frage kommt, je mit über einem Fünftel der dortigen Kreise vertreten.

Im einzelnen findet sich die größte Häufigkeit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit über 900 \mathcal{M} Einkommen gleichfalls im Stadtkreise Hamborn (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 866 und demnächst im Stadtkreise Buer (Reg.-Bez. Münster) mit 860 v. T.; es folgt noch mit etwas über vier Fünfteln (818 v. T.) aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Stadtkreis Iserlohn (Reg.-Bez. Arnberg). Unter den Landkreisen weist der Kreis Gelsenkirchen (Reg.-

Bez. Arnberg) mit 795 v. T. — also fast vier Fünfteln — seiner Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler die höchste Ziffer auf. Im übrigen gehören der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} noch mehr als drei Viertel aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler an in den Stadtkreisen: Düsseldorf (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 779, Duisburg (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 771, Herne (Reg.-Bez. Arnberg) mit 770, Recklinghausen (Reg.-Bez. Münster) und Essen (Reg.-Bez. Düsseldorf) je mit 769, Oberhausen (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 766, Gelsenkirchen (Reg.-Bez. Arnberg) mit 764, Hörde (Reg.-Bez. Arnberg) mit 761 und Solingen (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 757 sowie in den Landkreisen: Höchst (Reg.-Bez. Wiesbaden) mit 769, Dortmund (Reg.-Bez. Arnberg) mit 768 und Recklinghausen (Reg.-Bez. Münster) mit 752 v. T.

Die schwächste Vertretung der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} zeigen die Landkreise Heydekrug (Reg.-Bez. Gumbinnen) mit 161, sodann Labiau (Reg.-Bez. Königsberg) mit 162 und Rosenberg i. O. S. (Reg.-Bez. Oppeln) mit 166 v. T., ferner mit noch etwas mehr als einem Sechstel aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler die Landkreise Niederung (Reg.-Bez. Gumbinnen) mit 169, Preussisch Eylau (Reg.-Bez. Königsberg) und Darkehmen (Reg.-Bez. Gumbinnen) je mit 170, Gerdauen (Reg.-Bez. Königsberg) mit 173 und Pillkallen (Reg.-Bez. Gumbinnen) mit 178 v. T. Bei den Stadtkreisen weisen dagegen die geringsten Häufigkeitsziffern auf: Neisse (Reg.-Bez. Oppeln) mit 289, demnächst Schweidnitz (Reg.-Bez. Breslau) mit 310, Bromberg (Reg.-Bez. Bromberg) mit 355, Insterburg (Reg.-Bez. Gumbinnen) und Danzig (Reg.-Bez. Danzig) je mit 399 v. T., ferner noch mit etwas mehr als zwei Fünfteln aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler Ratibor (Reg.-Bez. Oppeln) mit 401, Allenstein (Reg.-Bez. Allenstein) und Graudenz (Reg.-Bez. Marienwerder) je mit 404 und Posen (Reg.-Bez. Posen) mit 411 v. T. Zum Teil dürften diese niedrigen Verhältniszeiffern von Stadtkreisen auf starker, zahlreiche Einkommensteuerfreie enthaltender Militärbevölkerung beruhen.

Betrachten wir nunmehr kreisweise die Verteilung der besseren Einkommen, indem wir je nach ihrem Vorkommen in der Gesamtbevölkerung bzw. bei den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern als den eigentlichen Einkommensbeziehern sieben Häufigkeitsgruppen bilden, so erhalten wir für den Gesamtstaat die folgende Übersicht.

Im Jahre 1914 entfielen im Staate

		in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M}													
		bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr	bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr
		Tausendteile der Gesamtbevölkerung							Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler						
insgesamt . . .	{ überh.	16	63	107	105	90	90	126	35	138	158	104	58	53	51
	{ v. H.	2,7	10,6	17,9	17,6	15,1	15,1	21,1	5,9	23,1	26,5	17,4	9,7	8,9	8,5
in den Landkreisen . .	{ überh.	16	63	106	104	84	79	35	35	136	154	97	45	17	3
	{ v. H.	3,3	12,9	21,8	21,4	17,2	16,2	7,2	7,2	27,9	31,6	19,9	9,2	3,5	0,6
in den Stadtkreisen . .	{ überh.	—	—	1	1	6	11	91	—	2	4	7	13	36	48
	{ v. H.	—	—	0,9	0,9	5,5	10,0	82,7	—	1,8	3,6	6,4	11,8	32,7	43,6

Hier sind die Unterschiede der Einkommensverteilung zwischen den Land- und den Stadtkreisen noch bedeutender als in der vorigen, die Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} betreffenden Staatsübersicht (vergl. S. 296). Unter den Stadtkreisen sind nämlich mit 91, d. i. etwas mehr als vier Fünfteln ihrer Gesamtzahl, diejenigen am stärksten vertreten, deren Bevölkerung zu über 75 Tausendteilen — also fast einem Dreizehntel — auf die Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} entfällt, während dieser Häufigkeitsgruppe von den Landkreisen nur 35 oder wenig mehr als ein Vierzehntel angehören, so daß insgesamt die Gruppe von 76 und mehr Tausendteilen

der Bevölkerung mit etwas über einem Fünftel sämtlicher Kreise die höchste Verhältniszeiffer unter den sieben Abstufungen aufweist. Bei den Landkreisen zeigt sich die verhältnismäßig stärkste Besetzung in der Häufigkeitsgruppe von 31 bis 40 Tausendteilen der Gesamtbevölkerung, die aber mit 21,8 v. H. aller Landkreise nicht viel stärker ist als in der von 41 bis 50 Tausendteilen mit 21,4 v. H. In dem größten Teile der Landkreise (289 = 59,3 v. H. oder fast drei Fünftel), andererseits überhaupt nur in zwei Stadtkreisen, ist je nicht über ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher an besseren Einkommen beteiligt.

Bei den Häufigkeitsgruppen der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler mit über 3 000 \mathcal{M} Einkommen finden wir das höchste Anteilsverhältnis der Kreise insgesamt mit etwas über einem Viertel aller in der von über 30 bis 40 Tausendteilen. Bei den Landkreisen liegt der

Schwerpunkt mit rund drei Fünfteln aller in der Abstufung von über 20 bis 40, bei den Stadtkreisen dagegen mit etwas über drei Vierteln aller in der von über 60 Tausendteilen der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler.

Regierungsbezirksweise entfielen im Jahre 1914

im Regierungsbezirke	in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M}							Tausendteile aller Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler						
	bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr	bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr
Tausendteile der Gesamtbevölkerung														
Königsberg	überh. —	5	5	3	—	1	1	1	11	2	—	—	—	1
	v. H. —	33,3	33,3	20,0	—	6,7	6,7	6,7	73,3	13,3	—	—	—	6,7
Gumbinnen	überh. —	10	—	2	—	—	2	2	8	1	1	—	1	1
	v. H. —	71,4	—	14,3	—	—	14,3	14,3	57,1	7,1	7,1	—	7,1	7,1
Allenstein	überh. 1	3	4	1	—	—	1	1	5	3	—	—	1	—
	v. H. 10,0	30,0	40,0	10,0	—	—	10,0	10,0	50,0	30,0	—	—	10,0	—
Danzig	überh. 2	2	2	1	1	3	1	2	4	1	3	1	1	—
	v. H. 16,7	16,7	16,7	8,3	8,3	25,0	8,3	16,7	33,3	8,3	25,0	8,3	8,3	—
Marienwerder	überh. 1	4	6	2	2	—	2	—	7	6	2	—	1	1
	v. H. 5,9	23,5	35,3	11,8	11,8	—	11,8	—	41,2	35,3	11,8	—	5,9	5,9
Stadtkreis Berlin	überh. —	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—
	v. H. —	—	—	—	—	—	100,0	—	—	—	—	100,0	—	—
Potsdam	überh. —	—	1	2	7	6	7	—	1	4	10	1	2	5
	v. H. —	—	4,3	8,7	30,4	26,1	30,4	—	4,3	17,4	43,5	4,3	8,7	21,7
Frankfurt	überh. 1	2	8	5	1	2	3	2	8	7	2	—	1	2
	v. H. 4,5	9,1	36,4	22,7	4,5	9,1	13,6	9,1	36,4	31,8	9,1	—	4,5	9,1
Stettin	überh. —	—	2	4	4	2	2	—	1	5	6	—	2	—
	v. H. —	—	14,3	28,6	28,6	14,3	14,3	—	7,1	35,7	42,9	—	14,3	—
Köslin	überh. —	2	3	5	1	1	1	—	3	7	—	2	—	1
	v. H. —	15,4	23,1	38,5	7,7	7,7	7,7	—	23,1	53,8	—	15,4	—	7,7
Stralsund	überh. —	—	2	2	—	—	2	—	1	3	—	—	2	—
	v. H. —	—	33,3	33,3	—	—	33,3	—	16,7	50,0	—	—	33,3	—
Posen	überh. 1	7	11	6	1	1	1	3	13	8	2	1	—	1
	v. H. 3,6	25,0	39,3	21,4	3,6	3,6	3,6	10,7	46,4	28,6	7,1	3,6	—	3,6
Bromberg	überh. 1	1	5	4	1	1	2	1	3	5	3	—	2	1
	v. H. 6,7	6,7	33,3	26,7	6,7	6,7	13,3	6,7	20,0	33,3	20,0	—	13,3	6,7
Breslau	überh. —	2	7	5	7	2	3	1	6	14	2	—	1	2
	v. H. —	7,7	26,9	19,2	26,9	7,7	11,5	3,8	23,1	53,8	7,7	—	3,8	7,7
Liegnitz	überh. —	3	7	4	3	2	2	1	10	5	1	2	—	2
	v. H. —	14,3	33,3	19,0	14,3	9,5	9,5	4,8	47,6	23,8	4,8	9,5	—	9,5
Oppeln	überh. 5	6	4	3	2	—	6	7	10	2	1	1	2	3
	v. H. 19,2	23,1	15,4	11,5	7,7	—	23,1	26,9	38,5	7,7	3,8	3,8	7,7	11,5
Magdeburg	überh. —	—	1	4	4	4	6	—	1	3	8	2	4	1
	v. H. —	—	5,3	21,1	21,1	21,1	31,6	—	5,3	15,8	42,1	10,5	21,1	5,3
Merseburg	überh. —	1	3	4	5	4	4	—	4	5	5	3	2	2
	v. H. —	4,8	14,3	19,0	23,8	19,0	19,0	—	19,0	23,8	23,8	14,3	9,5	9,5
Erfurt	überh. —	2	3	3	—	1	3	1	3	4	—	1	1	2
	v. H. —	16,7	25,0	25,0	—	8,3	25,0	8,3	25,0	33,3	—	8,3	8,3	16,7
Schleswig	überh. —	—	—	—	5	7	13	—	—	3	7	6	7	2
	v. H. —	—	—	—	20,0	28,0	52,0	—	—	12,0	28,0	24,0	28,0	8,0
Hannover	überh. —	—	3	—	5	4	1	—	3	2	7	—	—	1
	v. H. —	—	23,1	—	38,5	30,8	7,7	—	23,1	15,4	53,8	—	—	7,7
Hildesheim	überh. —	—	2	3	—	7	5	—	2	3	3	5	2	2
	v. H. —	—	11,8	17,6	—	41,3	29,4	—	11,8	17,6	17,6	29,4	11,8	11,8
Lüneburg	überh. —	—	1	1	3	5	6	—	—	1	7	3	1	2
	v. H. —	—	6,3	6,3	18,8	31,3	37,5	—	12,5	6,3	43,8	18,8	6,3	12,5
Stade	überh. —	—	2	2	2	6	3	—	2	2	4	5	1	1
	v. H. —	—	13,3	13,3	13,3	40,0	20,0	—	13,3	13,3	26,7	33,3	6,7	6,7
Osnabrück	überh. —	2	3	3	2	—	1	1	3	6	—	—	1	—
	v. H. —	18,2	27,3	27,3	18,2	—	9,1	9,1	27,3	54,5	—	—	9,1	—
Aurich	überh. —	—	—	—	1	3	3	—	—	—	1	3	1	2
	v. H. —	—	—	—	14,3	42,9	42,9	—	—	—	14,3	42,9	14,3	28,6
Münster	überh. —	—	1	3	2	5	2	—	2	6	2	2	—	1
	v. H. —	—	7,7	23,1	15,4	38,5	15,4	—	15,4	46,2	15,4	15,4	—	7,7
Minden	überh. —	1	2	3	1	2	3	1	2	3	2	2	2	—
	v. H. —	8,3	16,7	25,0	8,3	16,7	25,0	8,3	16,7	25,0	16,7	16,7	16,7	—
Arnsberg	überh. —	—	2	8	4	7	7	—	5	7	6	6	3	1
	v. H. —	—	7,1	28,6	14,3	25,0	25,0	—	17,9	25,0	21,4	21,4	10,7	3,6
Cassel	überh. —	1	4	6	7	2	4	1	1	13	4	2	1	2
	v. H. —	4,2	16,7	25,0	29,2	8,3	16,7	4,2	4,2	54,2	16,7	8,3	4,2	8,3
Wiesbaden	überh. 3	1	2	3	2	2	4	4	1	3	2	3	2	2
	v. H. 17,6	5,9	11,8	17,6	11,8	11,8	23,5	23,5	5,9	17,6	11,8	17,6	11,8	11,8

Noch:		bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr									bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	61 bis 75	76 und mehr								
im Regierungsbezirke									Tausendteile der Gesamtbevölkerung									Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler													
Coblenz	überh.	1	—	3	4	1	4	1	1	2	4	5	1	—	1	Düsseldorf	überh.	—	—	1	2	7	4	15	—	2	7	5	5	6	4
	v. H.	7,1	—	21,4	28,6	7,1	28,6	7,1	7,1	14,3	28,6	35,7	7,1	—	7,1		v. H.	—	—	3,4	6,9	24,1	13,8	51,7	—	6,9	24,1	17,2	17,2	20,7	13,8
Cöln	überh.	—	2	—	2	4	1	3	2	1	4	2	—	1	2	Trier	überh.	—	4	5	3	—	—	2	2	6	4	—	—	—	2
	v. H.	—	16,7	—	16,7	33,3	8,3	25,0	16,7	8,3	33,3	16,7	—	8,3	16,7		v. H.	—	28,6	35,7	21,4	—	—	14,3	14,3	42,9	28,6	—	—	—	14,3
Aachen	überh.	—	2	2	1	3	1	2	1	4	3	1	—	1	1	Sigmaringen	überh.	—	—	—	1	2	—	1	—	1	2	—	—	1	—
	v. H.	—	18,2	18,2	9,1	27,3	9,1	18,2	9,1	36,4	27,3	9,1	—	9,1	9,1		v. H.	—	—	—	25,0	50,0	—	25,0	—	25,0	50,0	—	—	25,0	—
im Staate	überh.	16	63	107	105	90	90	126	35	138	158	104	58	53	51		überh.	16	63	107	105	90	90	126	35	138	158	104	58	53	51
	v. H.	2,7	10,6	17,9	17,6	15,1	15,1	21,1	5,9	23,1	26,5	17,4	9,7	8,9	8,5		v. H.	2,7	10,6	17,9	17,6	15,1	15,1	21,1	5,9	23,1	26,5	17,4	9,7	8,9	8,5

Aus dieser Zusammenstellung, die in ihrem gruppenweise die Häufigkeit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit über 3 000 \mathcal{M} umfassenden Teile zugleich als ziffermäßige Grundlage für die Tafel 2 gedient hat, ergibt sich, daß im Osten der Monarchie in allen Regierungsbezirken mit Ausnahme von Potsdam und Stettin die Mehrzahl der Kreise keine Gesamtbevölkerung aufweist, die zu über 50 Tausendteilen, also zu über einem Zwanzigstel, der Einkommensgruppe von mehr als 3 000 \mathcal{M} angehört. Insbesondere in den Regierungsbezirken Königsberg, Allenstein, Marienwerder, Posen und Oppeln sind in den meisten Kreisen nicht über 40, im Bezirke Gumbinnen sogar nicht über 30, anderseits im Bezirke Potsdam über 60 Tausendteile der Bevölkerung an besseren Einkommen beteiligt.

Weit günstiger stellt sich dagegen das Verhältnis im Westen. Hier entfällt nur in der Mehrzahl der Kreise der Regierungsbezirke Erfurt, Osnabrück, Wiesbaden, Coblenz und Trier nicht über ein Zwanzigstel, insbesondere bei Trier sogar nicht über ein Fünfundzwanzigstel der Bevölkerung auf die Einkommensgruppe von mehr als 3 000 \mathcal{M} , während dieser in den meisten Kreisen der Bezirke Schleswig und Düsseldorf über 75, der Bezirke Magdeburg, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Aurich und Münster noch über 60 Tausendteile der Bevölkerung angehören.

Was ferner die Verteilung der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit besserem Einkommen in den Kreisen der einzelnen Regierungsbezirke anlangt, so weisen im Osten nur in den Bezirken Potsdam und Stettin die Einkommensbezieher der meisten Kreise eine Dichtigkeit von über 40, in den übrigen Bezirken dagegen nur eine solche bis zu 40, insbesondere in den Bezirken Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Posen, Liegnitz und Oppeln sogar nur bis zu 30 Tausendteilen aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf. Hingegen im Westen überwiegt bei den Kreisen der meisten Regierungsbezirke (11 von insgesamt 21 Bezirken) die Häufigkeit von über 40 Tausendteilen. Im Gegensatz zum Osten gibt es dort auch einige Regierungsbezirke (Schleswig, Hildesheim, Aurich und Düsseldorf), wo in der Mehrzahl der Kreise die Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler zu über einem Zwanzigstel mehr als 3 000 \mathcal{M} Einkommen beziehen. Andererseits geht in acht westlichen Bezirken bei den meisten Kreisen die Dichtigkeit der Bezieher besserer Einkommen über 40, davon in einem (Trier) sogar über 30 Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nicht hinaus. In zwei Bezirken (Minden und Coblenz) entfällt die eine Hälfte der Kreise auf die Häufigkeitsabstufung bis zu 40, die andere auf die von über 40 Tausendteilen.

Insbesondere in Berlin kommen auf die Einkommensgruppe von mehr als 3 000 \mathcal{M} von der Gesamtbevölkerung über 75 (nämlich 82), von der Gesamtheit der Haushaltungs-

vorstände und Einzelwirtschaftler dagegen nur 51 bis 60 (nämlich 56) Tausendteile.

Als besonders günstig sei noch hervorgehoben, daß in sämtlichen Kreisen der Regierungsbezirke Schleswig und Aurich über ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung an besseren Einkommen beteiligt ist.

Ein Blick auf die Tafel 2 zeigt, daß die Besetzung der obersten Häufigkeitsgruppe von 76 und mehr Tausendteilen der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit über 3 000 \mathcal{M} Einkommen fast ausschließlich durch die Stadtkreise erfolgt, und zwar — abweichend von der höchsten Gruppe der Tafel 1 — auch häufiger im östlichen Teile des Staatsgebietes.

Die Landkreise, die über 75 Tausendteile der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler in der Einkommensgruppe von mehr als 3 000 \mathcal{M} aufweisen, sind: Teltow (Reg.-Bez. Potsdam) mit 132, Wittmund (Reg.-Bez. Aurich) mit 84 und Eiderstedt (Reg.-Bez. Schleswig) mit 83 vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bzw. mit 175, 100 und 113 vom Tausend der Gesamtbevölkerung. Es folgen hinsichtlich der Häufigkeit der Bezieher von über 3 000 \mathcal{M} Einkommen die Landkreise Grafschaft Wernigerode (Reg.-Bez. Magdeburg) mit 75, Neustadt i. Westpr. (Reg.-Bez. Danzig) mit 74, Norderdithmarschen (Reg.-Bez. Schleswig) mit 72, Niederbarnim (Reg.-Bez. Potsdam), Obertaunuskreis (Reg.-Bez. Wiesbaden) und Sigmaringen (Reg.-Bez. Sigmaringen) je mit 71 v. T. der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, hinsichtlich der Dichtigkeit der der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} angehörenden Gesamtbevölkerung (Einkommensbezieher nebst Angehörigen) dagegen die Landkreise Zeven (Reg.-Bez. Stade) mit 112, Marburg (Reg.-Bez. Cassel) mit 103, Düren (Reg.-Bez. Aachen) mit 99, Niederbarnim (Reg.-Bez. Potsdam), Pinneberg (Reg.-Bez. Schleswig) und Weener (Reg.-Bez. Aurich) je mit 95 v. T. der Bevölkerung.

Unter den Stadtkreisen weisen die höchsten Ziffern auf: Berlin-Wilmersdorf (Reg.-Bez. Potsdam) mit 197 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bzw. 270 v. T. der Gesamtbevölkerung, Berlin-Schöneberg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 164 bzw. 218, Charlottenburg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 146 bzw. 193, Wiesbaden (Reg.-Bez. Wiesbaden) mit 131 bzw. 161 v. T. usw.

Die geringste Häufigkeit der Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} findet sich dagegen unter den Landkreisen im westlichen Kreise Westerbürg (Reg.-Bez. Wiesbaden) mit 11 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bzw. 12 v. T. der Gesamtbevölkerung, sodann in den östlichen Kreisen Cottbus (Reg.-Bez. Frankfurt) mit 12 bzw. 14, Oppeln (Reg.-Bez. Oppeln) mit 12 bzw. 15, Tost-Gleiwitz (Reg.-Bez. Oppeln) mit 12 bzw. 16, Ratibor (Reg.-Bez. Oppeln) mit 13 bzw. 17, Allenstein (Reg.-Bez. Allenstein) mit 15 bzw. 18 v. T. usw.

Bei den Stadtkreisen zeigen die niedrigsten Ziffern: Buer (Reg.-Bez. Münster) mit 28 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bzw. 37 v. T. der Gesamtbevölkerung, demnächst Königshütte i. O. S. (Reg.-Bez. Oppeln) mit 30 bzw. 45, Hamborn (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 37 bzw. 59, Linden (Reg.-Bez. Hannover) mit 38 bzw. 53, Oberhausen (Reg.-Bez. Düsseldorf) mit 38 bzw. 57, Herne (Reg.-Bez. Arnsberg) mit 40 bzw. 56, Gelsenkirchen (Reg.-Bez. Arnsberg) mit 41 bzw. 58, Berlin-Lichtenberg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 44 bzw. 60 v. T. usw. Es handelt sich hier

mithin durchweg um Stadtkreise mit großer Arbeiterbevölkerung, die im übrigen zumeist eine besonders starke Häufigkeit mittlerer Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* aufweisen: Hamborn z. B. 865 aufs Tausend der Gesamtbevölkerung bzw. 829 aufs Tausend aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler. —

Was schließlich die Einkommen von über 9 500 *M* betrifft, so entfielen im Jahre 1914 bei Bildung von acht Häufigkeitsgruppen ihres Vorkommens im Staate

		in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 9 500 <i>M</i>															
		bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 5	über 5 bis 7	über 7 bis 10	über 10 bis 15	über 15 bis 25	über 25	bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 5	über 5 bis 7	über 7 bis 10	über 10 bis 15	über 15 bis 25	über 25
		Tausendteile der Gesamtbevölkerung								Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler							
insgesamt . . .	{ überh. 71	73	161	98	74	48	53	19		77	114	171	93	56	53	27	6
	{ v. H. 11,9	12,2	27,0	16,4	12,4	8,0	8,9	3,2		12,9	19,1	28,6	15,6	9,4	8,9	4,5	1,0
in den Landkreisen	{ überh. 71	73	157	94	66	23	2	1		77	111	167	86	37	8	1	—
	{ v. H. 14,6	15,0	32,2	19,3	13,6	4,7	0,4	0,2		15,8	22,8	34,3	17,7	7,6	1,6	0,2	—
in den Stadtkreisen	{ überh. —	—	4	4	8	25	51	18		—	3	4	7	19	45	26	6
	{ v. H. —	—	3,6	3,6	7,3	22,7	46,4	16,4		—	2,7	3,6	6,4	17,3	40,9	23,6	5,5

Hiernach weist insgesamt wie bei den Landkreisen die Mehrzahl der Kreise nicht über 5 Tausendteile der Gesamtbevölkerung wie der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit Einkommen von mehr als 9 500 *M* auf, während die Mehrheit der Stadtkreise in dieser Einkommensgruppe über 15 Tausendteile ihrer Gesamtbevölkerung bzw. über 10 Tausendteile ihrer Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler enthält. Die höchsten Grundzahlen und Verhältniszißern der Kreise entfallen insgesamt wie bei den Landkreisen auf die Häufigkeitsgruppe von über 3 bis 5 v. T. der

Gesamtbevölkerung bzw. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, bei den Stadtkreisen hingegen auf die von über 15 bis 25 v. T. der Gesamtbevölkerung bzw. von über 10 bis 15 v. T. der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler.

Die Dichtigkeitsabstufung von über 10 v. T., die bei den Stadtkreisen besonders stark vertreten ist, tritt bei den Landkreisen sehr zurück; insbesondere gibt es keinen einzigen Landkreis, in dem über 25 Tausendteile — also ein Vierzigstel — aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mehr als 9 500 *M* Einkommen beziehen.

Regierungsbezirksweise entfielen im Jahre 1914

		in . . . Kreisen auf die Einkommensgruppe von über 9 500 <i>M</i>															
		bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 5	über 5 bis 7	über 7 bis 10	über 10 bis 15	über 15 bis 25	über 25	bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 5	über 5 bis 7	über 7 bis 10	über 10 bis 15	über 15 bis 25	über 25
		Tausendteile der Gesamtbevölkerung								Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler							
Königsberg	{ überh. 3	3	6	2	—	—	1	—		3	6	5	—	—	1	—	—
	{ v. H. 20,0	20,0	40,0	13,3	—	—	6,7	—		20,0	40,0	33,3	—	—	6,7	—	—
Gumbinnen	{ überh. 6	2	4	—	—	2	—	—		6	3	3	—	1	1	—	—
	{ v. H. 42,9	14,3	28,6	—	—	14,3	—	—		42,9	21,4	21,4	—	7,1	7,1	—	—
Allenstein	{ überh. 4	3	2	—	—	1	—	—		5	2	2	—	—	1	—	—
	{ v. H. 40,0	30,0	20,0	—	—	10,0	—	—		50,0	20,0	20,0	—	—	10,0	—	—
Danzig	{ überh. 6	—	2	1	2	—	1	—		5	1	2	2	1	1	—	—
	{ v. H. 50,0	—	16,7	8,3	16,7	—	8,3	—		41,7	8,3	16,7	16,7	8,3	8,3	—	—
Marlenwerder	{ überh. 6	4	4	1	—	2	—	—		3	7	4	1	—	2	—	—
	{ v. H. 35,3	23,5	23,5	5,9	—	11,8	—	—		17,6	41,2	23,5	5,9	—	11,8	—	—
Stadtkreis Berlin	{ überh. —	—	—	—	—	—	1	—		—	—	—	—	—	1	—	—
	{ v. H. —	—	—	—	—	—	100,0	—		—	—	—	—	—	100,0	—	—
Potsdam	{ überh. —	—	5	6	4	3	—	5		—	2	9	4	3	—	2	3
	{ v. H. —	—	21,7	26,1	17,4	13,0	—	21,7		—	8,7	39,1	17,4	13,0	—	8,7	13,0
Frankfurt	{ überh. 1	5	5	5	1	2	3	—		1	5	8	3	2	2	1	—
	{ v. H. 4,5	22,7	22,7	22,7	4,5	9,1	13,6	—		4,5	22,7	36,4	13,6	9,1	9,1	4,5	—
Stettin	{ überh. —	1	7	2	2	1	1	—		—	2	6	3	2	1	—	—
	{ v. H. —	7,1	50,0	14,3	14,3	7,1	7,1	—		—	14,3	42,9	21,4	14,3	7,1	—	—
Köslin	{ überh. —	1	4	6	1	—	1	—		—	—	7	5	—	1	—	—
	{ v. H. —	7,7	30,8	46,2	7,7	—	7,7	—		—	—	53,8	38,5	—	7,7	—	—
Stralsund	{ überh. —	—	—	2	2	—	2	—		—	—	2	1	1	2	—	—
	{ v. H. —	—	—	33,3	33,3	—	33,3	—		—	—	33,3	16,7	16,7	33,3	—	—
Posen	{ überh. 3	8	14	1	1	—	1	—		3	6	15	2	1	1	—	—
	{ v. H. 10,7	28,6	50,0	3,6	3,6	—	3,6	—		10,7	21,4	53,8	7,1	3,6	3,6	—	—
Bromberg	{ überh. 3	7	1	2	1	—	1	—		3	4	3	3	1	1	—	—
	{ v. H. 20,0	46,7	6,7	13,3	6,7	—	6,7	—		20,0	26,7	20,0	20,0	6,7	6,7	—	—
Breslau	{ überh. —	2	5	11	5	1	2	—		1	3	10	9	1	1	1	—
	{ v. H. —	7,7	19,2	42,3	19,2	3,8	7,7	—		3,8	11,5	38,5	34,6	3,8	3,8	3,8	—
Liegnitz	{ überh. —	2	7	8	—	2	2	—		—	5	11	1	2	2	—	—
	{ v. H. —	9,5	33,3	38,1	—	9,5	9,5	—		—	23,8	52,4	4,8	9,5	9,5	—	—
Oppeln	{ überh. 7	5	1	—	4	2	—	—		7	10	2	1	1	4	1	—
	{ v. H. 26,9	26,9	19,2	3,8	—	15,4	7,7	—		26,9	38,5	7,7	3,8	3,8	15,4	3,8	—

Regierungs- bezirke	Noch: im	bis	über 2	über 3	über 5	über 7	über 10	über 15	über 25	bis	über 2	über 3	über 5	über 7	über 10	über 15	über 25
		2	3	5	7	10	15	25	25		2	3	5	7	10	15	25
		Tausendteile der Gesamtbevölkerung								Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler							
Magdeburg	{ überh.	—	—	6	1	6	3	3	—	—	3	3	3	6	4	—	—
	{ v. H.	—	—	31,6	5,3	31,6	15,8	15,8	—	—	15,8	15,8	15,8	31,6	21,1	—	—
Merseburg	{ überh.	1	1	5	5	5	2	1	1	1	3	3	7	4	1	2	—
	{ v. H.	4,8	4,8	23,8	23,8	23,8	9,5	4,8	4,8	4,8	14,3	14,3	33,3	19,0	4,8	9,5	—
Erfurt	{ überh.	3	1	2	3	—	—	2	1	4	—	4	1	—	2	1	—
	{ v. H.	25,0	8,3	16,7	25,0	—	—	16,7	8,3	33,3	—	33,3	8,3	—	16,7	8,3	—
Schleswig	{ überh.	—	2	5	4	6	3	5	—	—	3	8	4	4	6	—	—
	{ v. H.	—	8,0	20,0	16,0	24,0	12,0	20,0	—	—	12,0	32,0	16,0	16,0	24,0	—	—
Hannover	{ überh.	4	—	2	3	3	—	—	1	4	1	4	3	—	—	1	—
	{ v. H.	30,8	—	15,4	23,1	23,1	—	—	7,7	30,8	7,7	30,8	23,1	—	—	7,7	—
Hildesheim	{ überh.	—	1	3	4	6	1	1	1	—	3	4	6	1	1	2	—
	{ v. H.	—	5,9	17,6	23,5	35,3	5,9	5,9	5,9	—	17,6	23,5	35,3	5,9	5,9	11,8	—
Lüneburg	{ überh.	3	—	9	1	—	1	2	—	3	5	4	1	1	1	1	—
	{ v. H.	18,8	—	56,3	6,3	—	6,3	12,5	—	18,8	31,3	25,0	6,3	6,3	6,3	6,3	—
Stade	{ überh.	1	3	9	—	1	—	1	—	1	5	6	2	—	1	—	—
	{ v. H.	6,7	20,0	60,0	—	6,7	—	6,7	—	6,7	33,3	40,0	13,3	—	6,7	—	—
Osnabrück	{ überh.	2	2	5	1	—	—	1	—	3	4	3	—	—	1	—	—
	{ v. H.	18,2	18,2	45,5	9,1	—	—	9,1	—	27,3	36,4	27,3	—	—	9,1	—	—
Aurich	{ überh.	—	—	—	2	3	1	1	—	—	—	1	3	2	1	—	—
	{ v. H.	—	—	—	28,6	42,9	14,3	14,3	—	—	—	14,3	42,9	28,6	14,3	—	—
Münster	{ überh.	—	—	7	1	3	1	—	1	—	4	5	2	1	—	1	—
	{ v. H.	—	—	53,8	7,7	23,1	7,7	—	7,7	—	30,8	38,5	15,4	7,7	—	7,7	—
Minden	{ überh.	—	3	3	1	3	—	2	—	2	1	4	2	1	1	1	—
	{ v. H.	—	25,0	25,0	8,3	25,0	—	16,7	—	16,7	8,3	33,3	16,7	8,3	8,3	8,3	—
Arnsberg	{ überh.	—	1	9	2	7	4	5	—	—	6	4	7	6	4	1	—
	{ v. H.	—	3,6	32,1	7,1	25,0	14,3	17,9	—	—	21,4	14,3	25,0	21,4	14,3	3,6	—
Cassel	{ überh.	5	4	7	3	1	2	—	2	6	7	5	2	1	1	2	—
	{ v. H.	20,8	16,7	29,2	12,5	4,2	8,3	—	8,3	25,0	29,2	20,8	8,3	4,2	4,2	8,3	—
Wiesbaden	{ überh.	4	1	4	2	—	3	1	2	4	1	3	3	3	1	—	2
	{ v. H.	23,5	5,9	23,5	11,8	—	17,6	5,9	11,8	23,5	5,9	17,6	17,6	17,6	5,9	—	11,8
Coblenz	{ überh.	2	2	2	5	2	—	—	1	2	2	4	4	1	—	1	—
	{ v. H.	14,3	14,3	14,3	35,7	14,3	—	—	7,1	14,3	14,3	28,6	28,6	7,1	—	7,1	—
Düsseldorf	{ überh.	—	—	2	7	6	5	7	2	—	1	9	2	7	4	6	—
	{ v. H.	—	—	6,9	24,1	20,7	17,2	24,1	6,9	—	3,4	31,0	6,9	24,1	13,8	20,7	—
Cöln	{ überh.	1	1	1	3	1	3	1	1	2	—	2	4	1	1	1	1
	{ v. H.	8,3	8,3	8,3	25,0	8,3	25,0	8,3	8,3	16,7	—	16,7	33,3	8,3	8,3	8,3	8,3
Trier	{ überh.	5	3	4	—	—	—	2	—	6	4	2	—	—	1	1	—
	{ v. H.	35,7	21,4	28,6	—	—	—	14,3	—	42,9	28,6	14,3	—	—	7,1	7,1	—
Aachen	{ überh.	—	2	4	1	2	1	—	1	1	4	2	2	1	—	1	—
	{ v. H.	—	18,2	36,4	9,1	18,2	9,1	—	9,1	9,1	36,4	18,2	18,2	9,1	—	9,1	—
Sigmaringen	{ überh.	1	1	1	1	—	—	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—
	{ v. H.	25,0	25,0	25,0	25,0	—	—	—	—	25,0	25,0	50,0	—	—	—	—	—
im Staate	{ überh.	71	73	161	98	74	48	53	19	77	114	171	93	56	53	27	6
	{ v. H.	11,9	12,2	27,0	16,4	12,4	8,0	8,9	3,2	12,9	19,1	28,6	15,6	9,4	8,9	4,5	1,0

Was zunächst die Dichtigkeit der Gesamtbevölkerung in der Einkommensgruppe von über 9 500 \mathcal{M} anlangt, so stehen in dieser Hinsicht im Osten — abgesehen von Berlin, das der Häufigkeitsgruppe von über 15 bis 25 v. T. der Bevölkerung angehört — am günstigsten da die Regierungsbezirke Potsdam und Stralsund, im Westen Magdeburg, Schleswig, Hildesheim, Aurich, Arnsberg und Düsseldorf; in allen diesen Bezirken ist die Mehrzahl — außerdem im Bezirke Cöln noch die Hälfte — der Kreise je mit über 7 Tausendteilen ihrer Gesamtbevölkerung in der Einkommensgruppe von über 9 500 \mathcal{M} vertreten. Außerdem weisen in dieser noch die östlichen Bezirke Köslin, Breslau und Liegnitz sowie von den westlichen noch Merseburg, Hannover und Coblenz wie auch Cöln bei der Mehrheit — ferner noch die Bezirke Frankfurt, Erfurt und Minden bei der Hälfte — der Kreise je über 5 Tausendteile der Kreisbevölkerung auf.

Von den übrigen Regierungsbezirken fallen Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder, Bromberg und Oppeln sowie im Westen Trier mit über — außerdem Sigmaringen mit gerade der Hälfte — ihrer Kreise unter die Häufigkeitsgruppe bis nur zu 3 Tausendteilen der Gesamtbevölkerung.

Als besonders günstig tritt bei den Regierungsbezirken Stralsund und Aurich hervor, daß dort in sämtlichen Kreisen über 5 Tausendteile der gesamten Bevölkerung an Einkommen

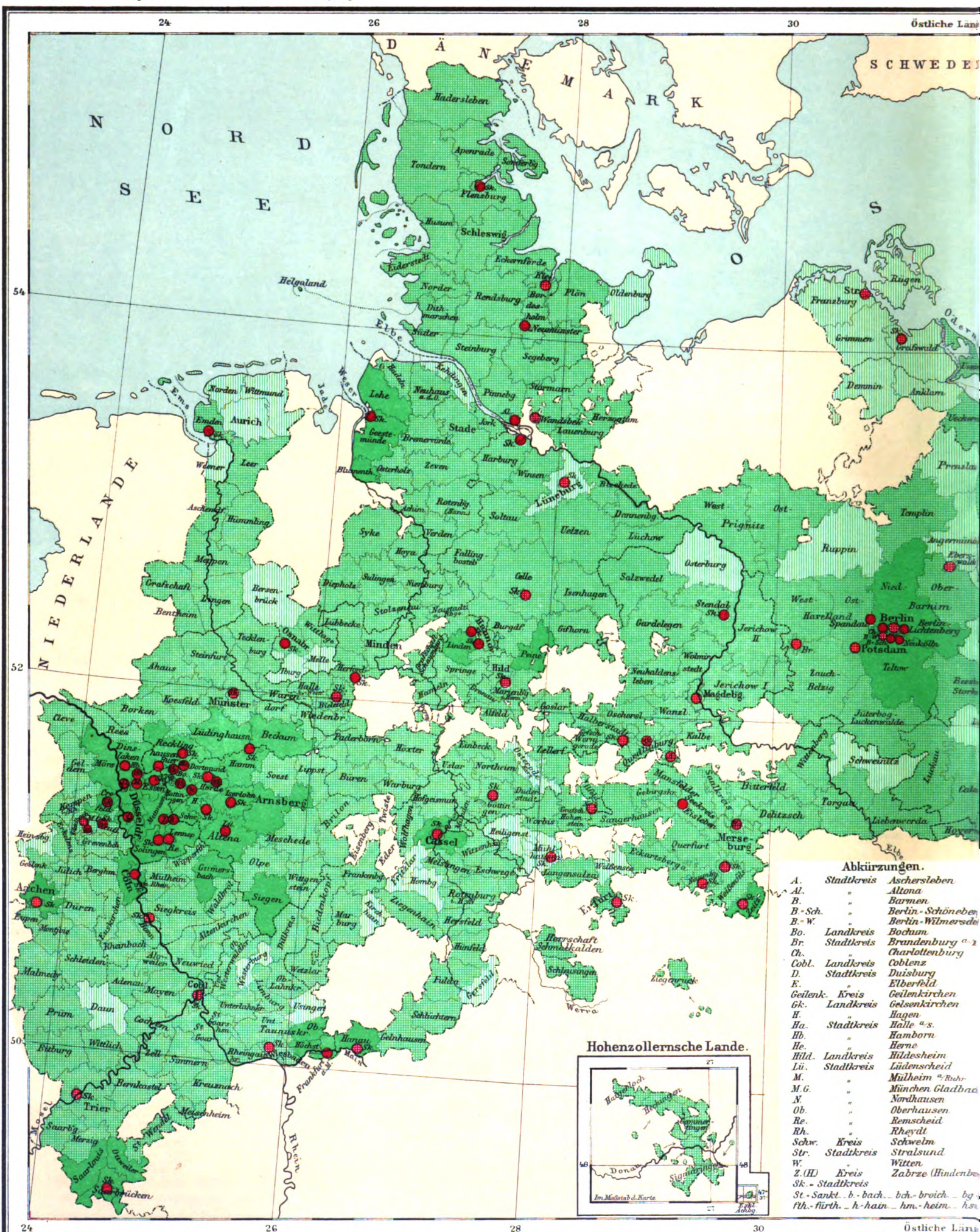
von über 9 500 \mathcal{M} beteiligt sind, ferner beim Bezirk Potsdam, daß hier fünf Kreise (sämtlich Stadtkreise), d. i. über ein Fünftel aller dieses Gebiets, der höchsten Häufigkeitsabstufung von über 25 v. T. der Bevölkerung angehören. Andererseits ist der Regierungsbezirk Danzig insofern wenig günstig zu beurteilen, als hier der Einkommensgruppe von über 9 500 \mathcal{M} in der Hälfte aller Kreise nicht mehr als nur 2 Tausendteile der Gesamtbevölkerung angehören.

Des weiteren zeigt unsere Übersicht, daß in der Mehrzahl der Kreise fünf östlicher Regierungsbezirke (Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder und Oppeln), aber nur drei westlicher (Osnabrück, Cassel und Trier) die Bezieher eines Einkommens von über 9 500 \mathcal{M} nicht mehr als drei Tausendteile aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausmachen; dasselbe ist in einem östlichen und in zwei westlichen Bezirken (Danzig, Lüneburg und Sigmaringen) bei der Hälfte der Kreise der Fall.

Abgesehen wieder von Berlin, dessen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler zu über 10 bis 15 Tausendteilen ein Einkommen von über 9 500 \mathcal{M} beziehen, sind unter den übrigen Bezirken des Ostens am besten gestellt Stralsund und Potsdam, wo die meisten Kreise über 5 (insbesondere im Bezirk Stralsund in der Hälfte aller Kreise sogar über 7), unter den Bezirken des Westens dagegen Magdeburg und

Verteilung der Gesamtbevölkerung von über 900 M in den

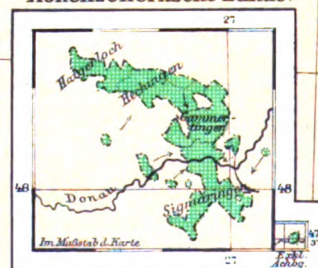
Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Landesamts, Jahrgang 1916.



Abkürzungen.

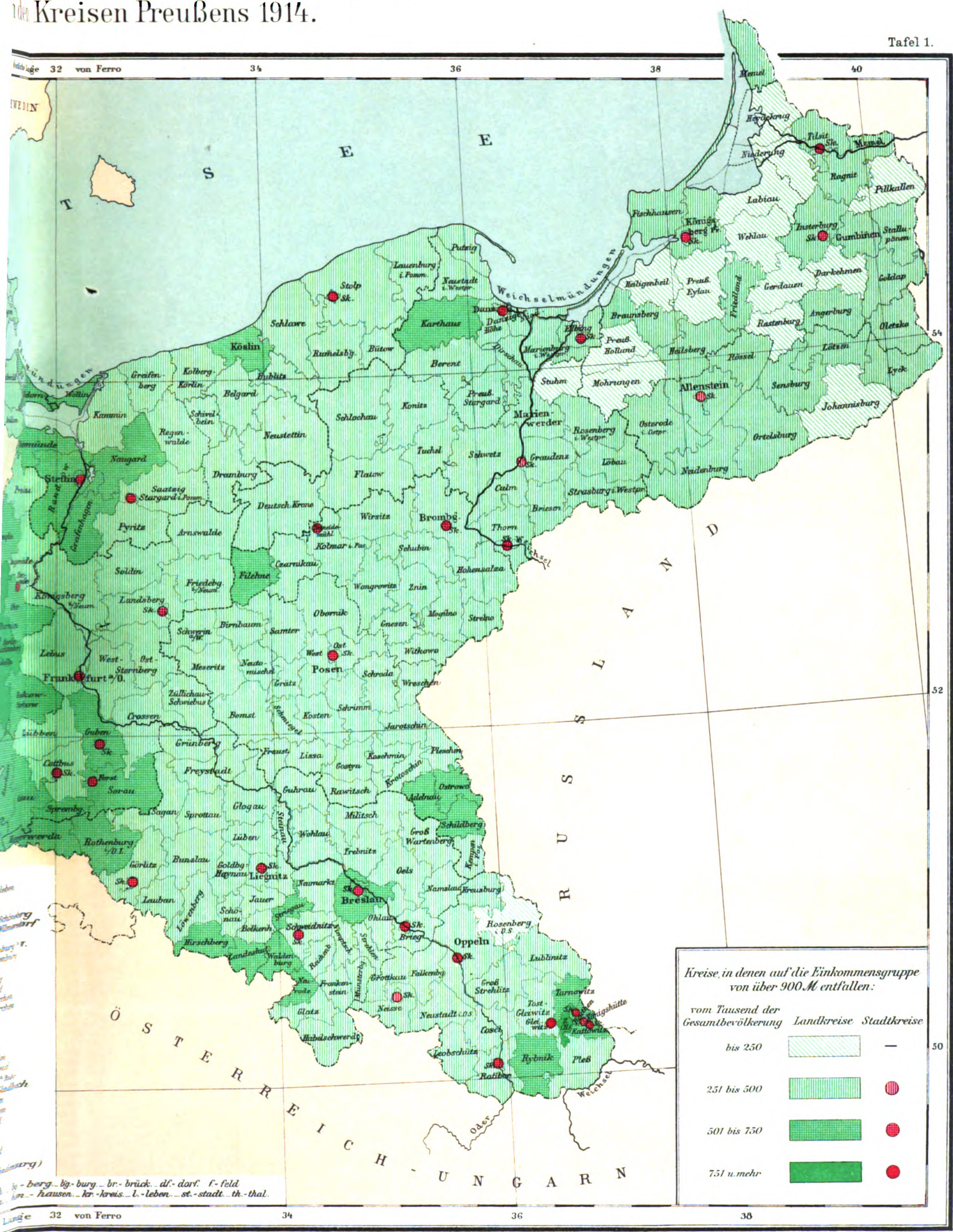
A.	Stadtkreis	Aschersleben
Al.	"	Altona
B.	"	Barmen
B.-Sch.	"	Berlin-Schöneberg
B.-W.	"	Berlin-Wilmersdorf
Bo.	Landkreis	Bochum
Br.	Stadtkreis	Brandenburg a. H.
Ch.	"	Charlottenburg
Cobl.	Landkreis	Coblenz
D.	Stadtkreis	Duisburg
E.	"	Elberfeld
Geilenk.	Kreis	Geilenkirchen
Gk.	Landkreis	Gelsenkirchen
H.	"	Hagen
Ha.	Stadtkreis	Halle a. S.
Hb.	"	Hamborn
He.	"	Herne
Hild.	Landkreis	Hildesheim
L.	Stadtkreis	Lüdenscheid
M.	"	Mülheim a. Ruhr
M.G.	"	München Gladbach
N.	"	Nordhausen
Ob.	"	Oberhausen
Re.	"	Remscheid
Rh.	"	Rheydt
Schw.	Kreis	Schwelm
Str.	Stadtkreis	Stralsund
W.	"	Witten
Z. (H.)	Kreis	Zabrze (Hindenburg)
Sk. - Stadtkreis		
St. - Sankt. b. - bach. - ch. - broich. - by.		
Fth. - furth. - h. - ham. - hm. - heim. - hsa.		

Hohenzollernsche Lande.



Verbreitung auf die Einkommensgruppe in den Kreisen Preußens 1914.

Tafel 1.

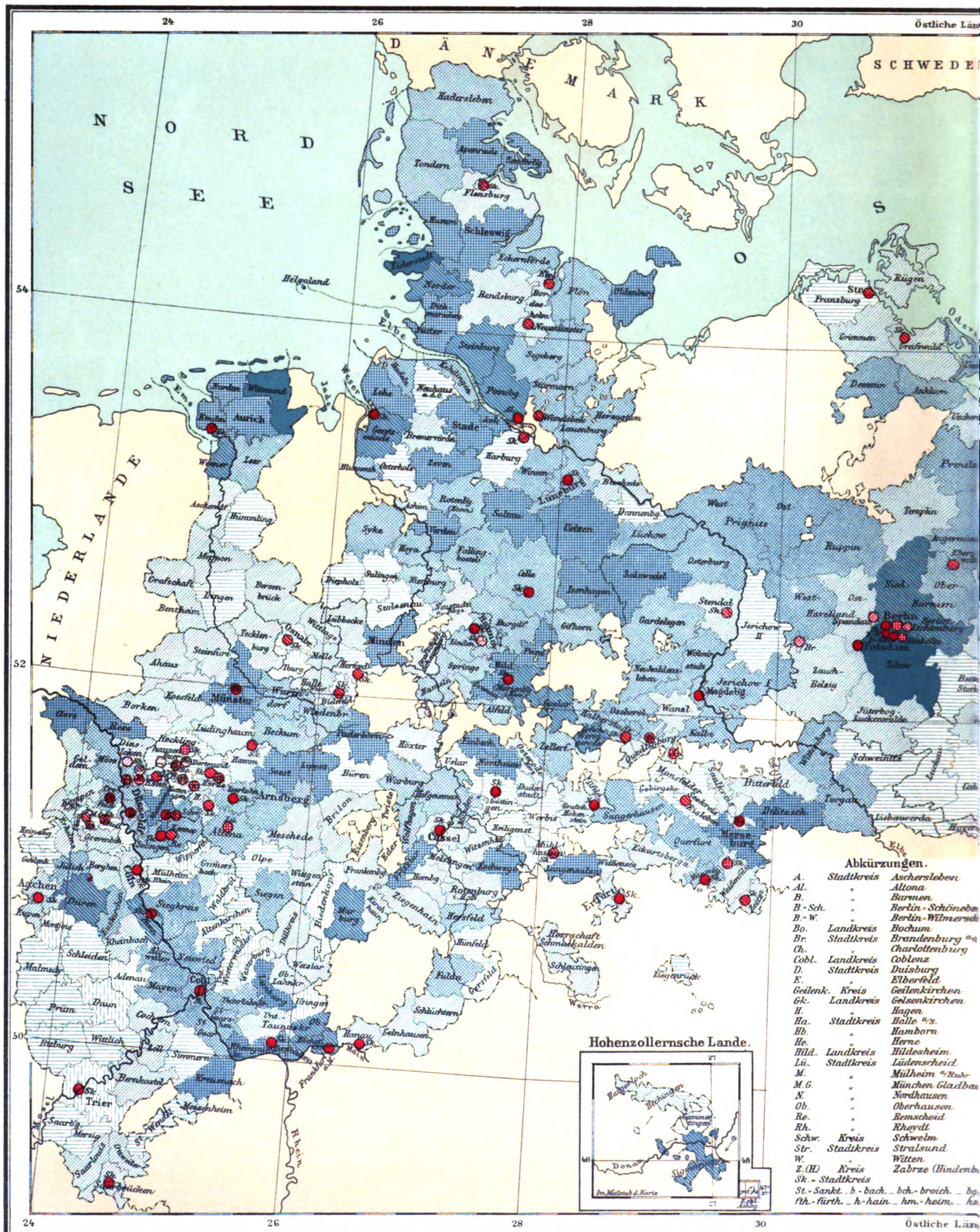


Kreise, in denen auf die Einkommensgruppe von über 900. M entfallen:

vom Tausend der Gesamtbevölkerung	Landkreise	Stadtkreise
bis 250		—
251 bis 500		
501 bis 750		
751 u. mehr		

Verteilung der Haushaltungsvorstände und Einwohner von über 3000 *N* in den

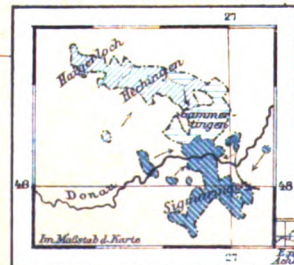
Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Landesamts, Jahrgang 1916.



Abkürzungen.

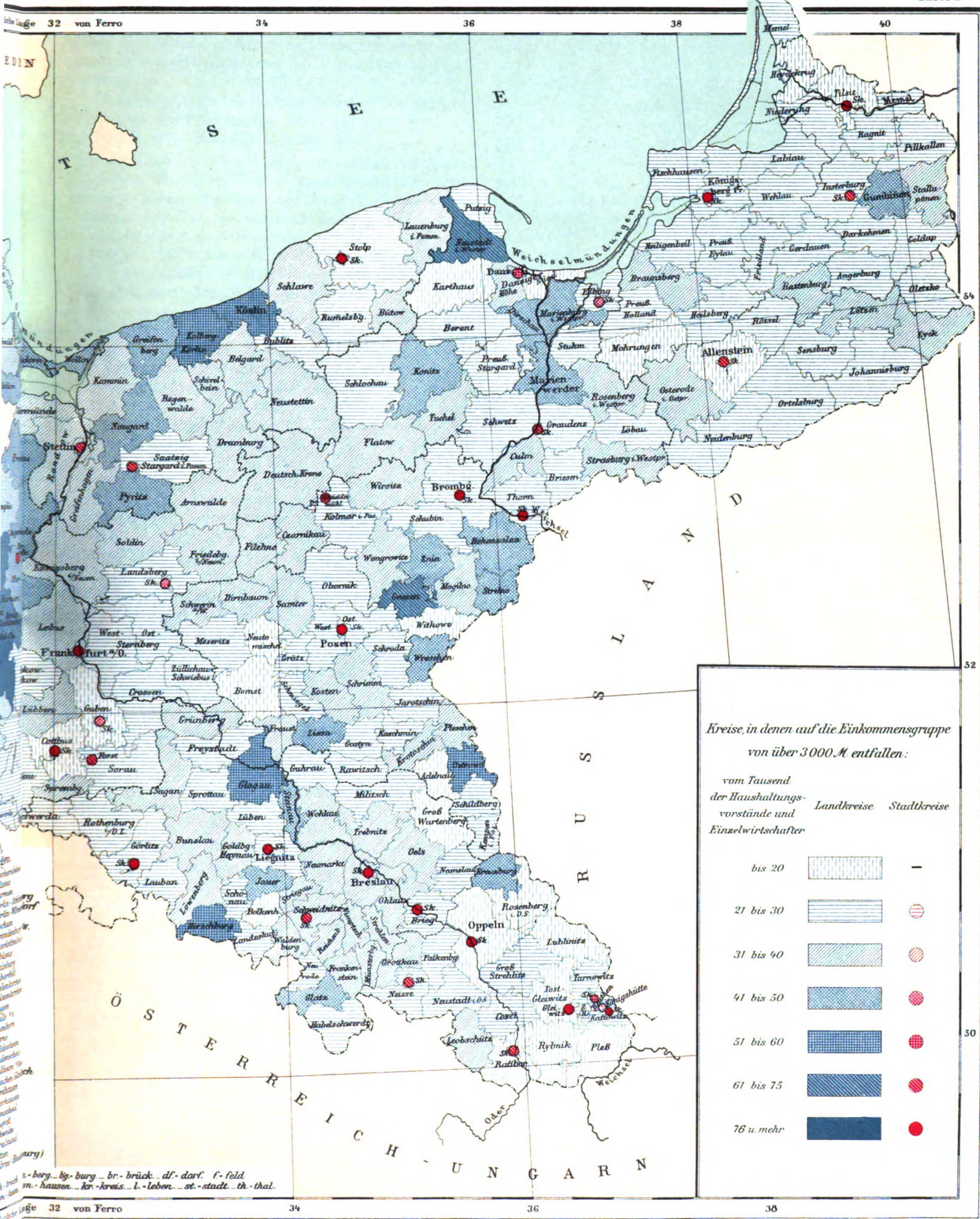
A.	Stadtkreis	Aschersleben
Al.	"	Altona
B.	"	Barmen
B.-Sch.	"	Berlin-Schöneberg
B.-W.	"	Berlin-Wilmersdorf
Bo.	Landkreis	Bochum
Br.	Stadtkreis	Brandenburg a.S.
Ch.	"	Charlottenburg
Cobl.	Landkreis	Coblenz
D.	Stadtkreis	Duisburg
E.	"	Elberfeld
Geilenk.	Kreis	Geilenkirchen
Gk.	Landkreis	Gelsenkirchen
H.	"	Hagen
Ha.	Stadtkreis	Halle a.S.
Hb.	"	Hamborn
He.	"	Herne
Hild.	Landkreis	Hildesheim
Lü.	Stadtkreis	Lüdenscheid
M.	"	Mülheim a. Ruhr
M.G.	"	München-Gladbach
N.	"	Nordhausen
Ob.	"	Oberhausen
Re.	"	Renscheid
Rh.	"	Rheydt
Schw.	Kreis	Schwelm
Str.	Stadtkreis	Stralsund
W.	"	Witten
Z.(H)	Kreis	Zabrze (Hindenburg)
Sk.	Stadtkreis	
St.-Sankt.	b.-bach - bch - broich -	
Rth.-fürth - h-hain - hm - heim -		

Hohenzollernsche Lande.



Einzelwirtschaftler auf die Einkommensgruppe den Kreisen Preußens 1914.

Tafel 2.



Berliner Lithographisches Institut, Berlin W.35.

Düssel
teile
Finkon
unter
Westen
Merseb
und Co
Hie
der Bez
Kreisen
Ber
gruppe
Einzelwi
Potsdan
rei auf
nd daß
is zu 2
virtscha
Im
von über
Potsdan
aller H
folgen
mit 63.
mit 58.
48,3 bez
usw. U
(Reg.-Be
bezw. 2
wirtscha
Schlesw
Wiesba
Da
der Ein
Adelnan
bevölker
demnäch
Danzig)
O., We
Coblenz
Vor
kommen
Münster
aller H
Berlin-I
Königsb
Neukölln
Die
Hängke
den Lan
Ein
preußisc
schon a
- wie
II und
Aufführ

Düsseldorf, wo in der Mehrheit der Kreise über 7 Tausendteile der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Einkommensgruppe von mehr als 9 500 *M* angehören. Noch unter die Häufigkeitsabstufung von über 5 v. T. fällt im Westen die Mehrzahl der Kreise der sieben Regierungsbezirke Merseburg, Schleswig, Hildesheim, Aurich, Arnsberg, Wiesbaden und Cöln.

Hiernach zeigt der Westen auch bezüglich der Häufigkeit der Bezieher eines Einkommens von über 9 500 *M* in den Kreisen ein erfreulicheres Bild als der Osten.

Bemerkenswert ist noch, daß in der obersten Dichtigkeitsgruppe von über 25 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler überhaupt nur drei Regierungsbezirke (Potsdam, Wiesbaden und Cöln) mit Kreisen, von denen je drei auf den Osten und den Westen entfallen, vertreten sind und daß im Bezirke Allenstein in der Hälfte aller Kreise nur bis zu 2 Tausendteilen der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler über 9 500 *M* Einkommen haben.

Im einzelnen weist die größte Häufigkeit der Einkommen von über 9 500 *M* der Stadtkreis Berlin-Wilmersdorf (Reg.-Bez. Potsdam) mit 94,0 v. T. der Gesamtbevölkerung bzw. 64,9 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auf; es folgen die Stadtkreise Charlottenburg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 63,8 bzw. 45,3, Berlin-Schöneberg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 58,7 bzw. 41,6, Wiesbaden (Reg.-Bez. Wiesbaden) mit 48,3 bzw. 38,5, Bonn (Reg.-Bez. Cöln) mit 39,4 bzw. 30,8 v. T. usw. Unter den Landkreisen steht an erster Stelle Teltow (Reg.-Bez. Potsdam) mit 36,0 v. T. der Gesamtbevölkerung bzw. 24,7 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler; ihm schließen sich an Pinneberg (Reg.-Bez. Schleswig) mit 18,7 bzw. 13,2, Obertaunuskreis (Reg.-Bez. Wiesbaden) mit 17,4 bzw. 14,8 v. T. usw.

Dagegen finden sich die niedrigsten Häufigkeitsziffern der Einkommensgruppe von über 9 500 *M* im Landkreise Adelnau (Reg.-Bez. Posen) mit nur 0,4 v. T. der Gesamtbevölkerung bzw. 0,6 v. T. aller Haushaltungsvorstände, demnächst in den Landkreisen Danziger Niederung (Reg.-Bez. Danzig) und Isenhagen (Reg.-Bez. Lüneburg) je mit 0,5 bzw. 0,7, Westerbürg (Reg.-Bez. Wiesbaden) und Adenau (Reg.-Bez. Coblentz) je mit 0,6 bzw. 0,7 v. T. usw.

Von den Stadtkreisen sind am schwächsten mit Einkommen von über 9 500 *M* vertreten: Buer (Reg.-Bez. Münster) mit 3,1 v. T. der Gesamtbevölkerung bzw. 2,4 v. T. aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, sodann Berlin-Lichtenberg (Reg.-Bez. Potsdam) mit 3,5 bzw. 2,8, Königshütte i. O. S. (Reg.-Bez. Oppeln) mit 3,9 bzw. 2,7, Neukölln (Reg.-Bez. Potsdam) mit 4,4 bzw. 3,1 v. T. usw.

Die Unterschiede zwischen den höchsten und niedrigsten Häufigkeitsziffern sind hiernach sowohl bei den Stadt- wie den Landkreisen recht bedeutend. —

Ein weiteres Eingehen auf die Einkommensgliederung der preußischen Bevölkerung nach Kreisen verbietet sich hier schon aus räumlichen Rücksichten. Wir mußten uns vorstehend — wie selbst bei den Regierungsbezirken in den Abschnitten I, II und III dieser Abhandlung — im wesentlichen auf die Aufzählung der besonders hervortretenden Verschiedenheiten

der Einkommensverteilung in den preußischen Landesteilen beschränken, ohne deren Ursachen näher zu beleuchten, was selbstverständlich auch eine entsprechende Berücksichtigung und Erörterung der wirtschaftlichen Gesamtverhältnisse des betreffenden Gebietes zur Voraussetzung gehabt hätte. Wie Adolph Wagner in einer Abhandlung im Jahrgange 1904 dieser Zeitschrift¹⁾ mit Recht hervorhebt, „muß eine solche an sich durchaus wünschenswerte, ja notwendige und jedenfalls sehr interessante und lehrreiche Spezialisierung der Untersuchung größeren monographischen Spezialarbeiten überlassen bleiben. Das gleiche gilt vollends von der ebenfalls sehr erwünschten Ausdehnung der Untersuchung auf wirtschaftlich typische Kreise und andere einzelne Städte“. Eine solche Untersuchung hat z. B. in neuerer Zeit infolge Wagners Anregung Dr. Jos. Frings in einer sehr beachtenswerten, bei der Darstellung der Einkommensverhältnisse bis auf die Kreise herabgehenden Arbeit über den Regierungsbezirk Arnsberg mit seinen im Gebiete der ehemaligen Grafschaft Mark, einem der Hauptsitze der Industrie, liegenden typischen Kreisen geliefert²⁾. Für solche Untersuchungen gewähren Kreistabellen sowie graphische Darstellungen der hier vorliegenden Art zweifellos wertvolles Material.

Bedauerlich ist freilich, daß — wie schon im Eingange des IV. Abschnitts bemerkt — der alle preußischen Kreise umfassende Zahlenstoff nicht auch für Vergleichsjahre vorhanden ist. Immerhin finden sich an anderen Stellen noch einschlägige Angaben, so im Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat Jahrgang 1904, wo kreisweise, nach Stadt und Land getrennt, der Anteil der Bevölkerung mit über 900 *M* Einkommen an der Gesamtbevölkerung im Jahresdurchschnitt 1899/1903 und ebenda im Jahrgang 1909, wo dasselbe und außerdem das ziffermäßige Verhältnis der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler zur Gesamtbevölkerung für den Jahresdurchschnitt 1905/1909 dargestellt wird. Auch in den Jahrgängen 1906, 1911 und 1915 des Statistischen Jahrbuchs für den Preußischen Staat sind weitere Angaben über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung nach Kreisen gebracht worden. Vor allem aber sind für die preußischen Stadtkreise, also bekanntlich den steuerkräftigsten Teil des Staates, in der alljährlich erscheinenden „Statistik der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung“ des Königlichen Statistischen Landesamts ausführliche Zahlenangaben über die Einkommensverteilung enthalten.

Endlich werden auch durch die in der Einleitung (S. 270) in Aussicht gestellte Veröffentlichung der Einkommensgliederung der preußischen Bevölkerung nach Stadt und Land die ziffermäßigen Unterlagen für eine Betrachtung der Einkommensverhältnisse nach Kreisen eine wünschenswerte Erweiterung erfahren.

¹⁾ „Weitere statistische Untersuchungen über die Verteilung des Volkseinkommens in Preußen auf Grund der neueren Einkommensteuer-Statistik (1892-1902)“. S. 229.

²⁾ „Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Regierungsbezirk Arnsberg unter besonderer Berücksichtigung der zur ehemaligen Grafschaft Mark gehörigen Kreise“. 1913, Puttkammer & Mühlbrecht.

Die vorhandenen und leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin am 15. Mai 1916.

Am 15. Mai 1916 hat eine Zählung der vorhandenen und leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin stattgefunden, die sich auf folgende Gemeinden mit einer Gesamteinwohnerzahl von 3 816 555 nach der Personenstandsaufnahme vom 1. Oktober 1915 erstreckte:

1. Berlin
Westen und Südwesten
2. Charlottenburg
3. Berlin-Schöneberg
4. „ -Wilmerdorf
5. „ -Friedenau
6. „ -Steglitz

7. Berlin-Schmargendorf
8. „ -Lankwitz
9. „ -Lichterfelde
10. Zehlendorf
11. Berlin-Dahlem
12. „ -Grünwald
13. Teltow

- Süden und Südosten
14. Lichtenrade
 15. Berlin-Marienfelde
 16. „ -Mariendorf
 17. „ -Tempelhof
 18. Neukölln
 19. Berlin-Britz
 20. „ -Treptow
 21. „ -Oberschöneweide
 22. „ -Niederschöneweide
 23. „ -Johannisthal
 24. Adlershof
 25. Alt Glienicke

26. Grünau
 27. Cöpenick
 28. Friedrichshagen
- Osten und Nordosten
29. Berlin-Stralau
 30. „ -Lichtenberg
 31. „ -Friedrichsfelde
 32. Kaulsdorf
 33. Mahlsdorf
 34. Berlin-Hohenschönhausen
 35. „ -Weißensee
 36. Biesdorf

Die vorhandenen und leerstehenden Wohnungen

Erhebungsgebiet.	A n z a h l d e r														
	ohne Gewerberäume										mit Gewerbe-				
	mit								über- haupt	mit					
	0 ¹⁾	1	2	3	4	5	6	7		8 und mehr	0 ¹⁾	1	2	3	4
	Zimmern									Zimmern					
a) Vorhandene															
Berlin	15 935	237 797	192 931	64 642	23 615	11 770	5 999	3 162	4 209	560 060	3 035	15 696	15 226	5 679	2 272
Westen und Südwesten .	859	38 431	74 001	48 816	28 311	18 670	10 411	6 146	7 397	233 042	866	7 134	6 115	1 812	636
Süden und Südosten . .	1 163	48 119	60 073	17 038	4 427	1 619	672	261	318	133 690	541	3 089	4 264	1 096	318
Osten und Nordosten . .	1 143	21 524	24 449	7 835	1 920	603	243	81	104	57 902	233	1 342	1 862	510	185
Norden und Nordwesten	887	19 013	31 662	11 694	3 383	1 122	429	205	213	68 608	263	1 361	2 201	778	255
Zusammen . . .	19 987	364 884	383 116	150 025	61 656	33 784	17 754	9 855	12 241	1 053 302	4 938	28 622	29 668	9 875	3 666
b) Leerstehende															
Berlin	979	14 347	8 329	4 403	2 341	1 403	798	426	466	33 492	548	2 822	2 196	580	143
Westen und Südwesten .	25	715	1 079	1 691	1 614	1 440	873	564	450	8 451	139	936	588	161	37
Süden und Südosten . .	66	1 984	1 307	715	229	112	34	14	9	4 470	108	515	454	107	14
Osten und Nordosten . .	72	1 155	799	447	133	32	11	1	2	2 652	54	301	273	66	18
Norden und Nordwesten	18	690	590	524	187	47	24	10	6	2 096	31	171	167	49	11
Zusammen . . .	1 160	18 891	12 104	7 780	4 504	3 034	1 740	1 015	933	51 161	880	4 745	3 678	963	223
c) Leerstehende in Hundertteilen															
Berlin	6,1	6,0	4,3	6,8	9,9	11,9	13,8	13,5	11,1	6,0	18,1	18,0	14,4	10,2	6,3
Westen und Südwesten .	2,9	1,9	1,5	3,5	5,7	7,7	8,4	9,2	6,1	3,6	16,1	13,1	9,6	8,9	5,8
Süden und Südosten . .	5,7	4,1	2,2	4,2	5,2	6,9	5,1	5,4	2,8	3,3	20,0	16,7	10,6	9,8	4,4
Osten und Nordosten . .	6,3	5,4	3,3	5,7	6,9	5,3	4,5	1,2	1,9	4,6	23,2	22,4	14,7	12,9	9,7
Norden und Nordwesten	2,0	3,6	1,9	4,5	5,5	4,2	5,6	4,9	2,8	3,1	11,8	12,6	7,6	6,3	4,3
Zusammen . . .	5,8	5,2	3,2	5,2	7,3	9,0	9,8	10,3	7,6	4,9	17,8	16,6	12,4	9,8	6,1

¹⁾ nur aus Kammer und Küche oder nur aus Kammer oder Küche bestehend.

Norden und Nordwesten	41. Berlin-Niederschönhausen
37. Berlin-Pankow	42. „ -Rosenthal
38. „ -Buchholz	43. „ -Reinickendorf
39. Lübars	44. „ -Wittenau
40. Hermsdorf bei Berlin	45. „ -Tegel
	46. Spandau.

In der untenstehenden Nachweisung sind die Gemeinden, um eine bessere Übersicht zu erzielen, nach ihrer Lage unter Berücksichtigung ihres Charakters zu größeren Einheiten zusammengefaßt. Bei einer Vergleichung der Einheiten ist jedoch die verschiedene Bevölkerungszahl, die sie besitzen, zu berücksichtigen. Nach der angeführten Personenstandsaufnahme entfallen auf Berlin selbst 1 933 758, auf den Westen und Südwesten 859 454, auf den Süden und Südosten 497 470, auf den Osten und Nordosten 244 233, auf den Norden und Nordwesten 281 640 Einwohner.

Die vorhandenen Kleinwohnungen, als welche Wohnungen mit nicht mehr als 2 Zimmern angesehen werden, erreichen die Zahl 831 215. Von der Gesamtzahl aller Wohnungen, die 1 132 327 beträgt, entfallen demnach über 73 % auf die Kleinwohnungen. Die größte Zahl der Kleinwohnungen, nämlich 412 784, besteht aus 2 Zimmern; nur eine geringe Bedeutung besitzen dagegen die Wohnungen, die nur aus Küche oder Kammer bestehen; ihre Zahl beträgt 24 925 oder 3 % der Kleinwohnungen überhaupt.

Die mittleren Wohnungen mit 3 und 4 Zimmern machen mit 225 222 nicht mehr ganz 20 % aller Wohnungen aus. Die Zahl der Wohnungen mit 3 Zimmern ist mehr als doppelt so groß wie die mit 4 Zimmern.

75 890 Wohnungen schließlich haben 5 und mehr Zimmer; sie bilden nur noch etwas über 6 1/2 % der Gesamtzahl. Fast die Hälfte, 46 % oder 34 926 der großen Wohnungen enthalten 5 Zimmer, 18 223 oder 24 % 6 Zimmer, 10 096 oder 13 % 7 Zimmer und endlich 12 645 oder über 16 % 8 und mehr Zimmer.

Von den Kleinwohnungen liegen 480 620, also annähernd drei Fünftel, im Weichbild der Reichshauptstadt selbst. Der Anteil Berlins an den Kleinwohnungen nimmt mit zunehmender Größe ab. Von den Wohnungen, die nur aus Küche oder Kammer bestehen, befinden sich mehr als 3/4 in Berlin, von denen mit 1 Zimmer dagegen nur noch fast 2/3, von denen mit 2 Zimmern sogar nur noch etwas mehr als die Hälfte. Nach Berlin hat der Westen und Südwesten gemäß der Höhe seiner Einwohnerzahl die meisten Kleinwohnungen — 127 406 oder 15 %; über diesen Prozentsatz geht dort der Anteil der zweizimmerigen Wohnungen mit fast 20 % hinaus. Auch auf den Süden und Südosten entfällt noch eine erkleckliche Anzahl der Kleinwohnungen; sie beträgt 117 249 oder 14 %. Die übrigen 13 % verteilen sich ungefähr gleichmäßig auf den

in Groß-Berlin am 15. Mai 1916.

W o h n u n g e n														Erhebungsgebiet.	
räumen				über- haupt	überhaupt										
					mit										
5	6	7	8 und mehr		0 ¹⁾	1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr		
					Zimmern										

Wohnungen.

581	190	67	96	42 842	18 970	253 493	208 157	70 321	25 887	12 351	6 189	3 229	4 305	602 902	Berlin
308	161	131	230	17 393	1 725	45 565	80 116	50 628	28 947	18 978	10 572	6 277	7 627	250 435	Westen und Südwesten
112	48	15	40	9 523	1 704	51 208	64 337	18 134	4 745	1 731	720	276	358	143 213	Süden und Südosten
48	34	13	5	4 232	1 376	22 866	26 311	8 345	2 105	651	277	94	109	62 134	Osten und Nordosten
93	36	15	33	5 035	1 150	20 374	33 863	12 472	3 638	1 215	465	220	246	73 643	Norden und Nordwesten
1 142	469	241	404	79 025	24 925	393 506	412 784	159 900	65 322	34 926	18 223	10 096	12 645	1 132 327	Zusammen

Wohnungen.

49	20	8	5	6 371	1 527	17 169	10 525	4 983	2 484	1 452	818	434	471	39 863	Berlin
12	5	3	7	1 888	164	1 651	1 667	1 852	1 651	1 452	878	567	457	10 339	Westen und Südwesten
5	1	—	1	1 205	174	2 499	1 761	822	243	117	35	14	10	5 675	Süden und Südosten
3	—	—	—	715	126	1 456	1 072	513	151	35	11	1	2	3 367	Osten und Nordosten
—	—	—	1	430	49	861	757	573	198	47	24	10	7	2 526	Norden und Nordwesten
69	26	11	14	10 609	2 040	23 636	15 782	8 743	4 727	3 103	1 766	1 026	947	61 770	Zusammen

der vorhandenen Wohnungen.

8,4	10,5	11,9	5,2	14,9	8,0	6,8	5,1	7,1	9,6	11,8	13,2	13,4	10,9	6,6	Berlin
3,9	3,1	2,3	3,0	10,9	9,5	3,6	2,1	3,7	5,7	7,7	8,3	9,0	6,0	4,1	Westen und Südwesten
4,5	2,1	—	2,5	12,7	10,2	4,9	2,7	4,5	5,1	6,8	4,9	5,1	2,8	4,0	Süden und Südosten
6,3	—	—	—	16,9	9,2	6,4	4,1	6,1	7,2	5,4	4,0	1,1	1,8	5,4	Osten und Nordosten
—	—	—	3,0	8,8	4,3	4,2	2,2	4,6	5,4	3,9	5,2	4,5	2,8	3,4	Norden und Nordwesten
6,0	5,5	4,6	3,5	13,4	8,2	6,0	3,8	5,5	7,2	8,9	9,7	10,2	7,5	5,5	Zusammen

Osten und Nordosten einerseits und auf den Norden und Nordwesten anderseits.

Bei den Mittelwohnungen nimmt der Anteil Berlins weiter ab. Er beträgt bei den Drei-Zimmerwohnungen bereits weniger als die Hälfte und bei den Vier-Zimmerwohnungen nicht einmal ganz zwei Fünftel. Eine hervorragende Stellung nimmt bei diesen Mittelwohnungen der Westen und Südwesten ein. Über 35 % aller dieser Wohnungen sind in den Gemeinden des Westens und Südwestens der Reichshauptstadt zu finden, auf die selbst rund 42 % entfallen.

Bei den großen Wohnungen von 5 Zimmern an fällt dem Westen und Südwesten überhaupt die führende Rolle zu; 43 454 oder 57 % aller großen Wohnungen sind hier zu finden. In Berlin selbst liegen nur 26 074 oder rund 34 %. Die Bedeutung der außerhalb des Westens und Südwestens gelegenen Vororte für die großen Wohnungen ist ganz gering. Die drei Einheiten teilen sich in ungefähr 9 % der Gesamtzahl. Von den 6 362 auf sie entfallenden großen Wohnungen hat der Süden und Südosten etwas über 3 000, der Norden und Nordwesten nur noch etwas über 2 000 und der Osten und Nordosten schließlich nur noch etwas über 1 000 aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen bezieht sich auf 61 770 oder 5,5 % sämtlicher vorhandenen Wohnungen. Der Hauptanteil der leerstehenden Wohnungen, 41 458, d. i. ungefähr $\frac{2}{3}$, entfällt, wie zu erwarten, auf die Kleinwohnungen. An mittleren Wohnungen mit 3 und 4 Zimmern stehen 13 470 leer und an großen Wohnungen 6 842. Rechnet man das Verhältnis der leerstehenden zu den vorhandenen Kleinwohnungen aus, so ergeben sich 5 %. Bei den einzelnen Gruppen der Kleinwohnungen ist die Prozentzahl jedoch recht verschieden; sie nimmt sowohl im Gesamtbilde als auch bei den einzelnen Einheiten, und zwar meist in großen Sprüngen, mit der zunehmenden Zimmerzahl ab. Von den Wohnungen ohne jedes Zimmer stehen 8,2 % leer, die geringste Anzahl im Norden und Nordwesten mit 4,3 und die höchste im Süden und Südosten mit 10,2 %. Bei den beiden anderen Arten der Kleinwohnungen ist die Verhältniszahl am größten in Berlin (6,8 und 5,1 %) und am geringsten im Westen und Südwesten (3,6 und 2,1 %).

Was insbesondere die leerstehenden Kleinwohnungen betrifft, so sei erwähnt, daß deren hohe Zahl nicht durch einen Fortzug einer größeren Anzahl von Familien aus Groß-Berlin während des Krieges entstanden sein kann. Die Personenstandsaufnahme vom Oktober 1913 zählte in den in Frage kommenden Gemeinden 3 859 365 Einwohner, also nur ungefähr 43 000 mehr als die oben mitgeteilte Personenstandsaufnahme von 1915. Da unverheiratete Männer infolge der militärischen Einziehungen ihren Wohnsitz in Groß-Berlin aufgegeben haben,

so kann, wenn die Personenstandsaufnahme wenigstens ungefähr zutreffend ist, eine Abwanderung aus Groß-Berlin kaum stattgefunden haben.

Die Verhältniszahl der leerstehenden Wohnungen hat bei den zweizimmerigen Wohnungen mit 3,8 % ihren Tiefstand erreicht; von da geht sie bis zu den Wohnungen mit 7 Zimmern ständig aufwärts. Die leerstehenden Wohnungen mit 3 Zimmern machten 5,8 %, mit 4 Zimmern 7,2 %, mit 5 Zimmern 8,9 %, mit 6 Zimmern 9,7 %, mit 7 Zimmern 10,2 % und mit 8 und mehr Zimmern 7,5 % aller vorhandenen Wohnungen aus. Die geringere Zahl der leerstehenden Wohnungen der Klasse mit der höchsten Zimmerzahl ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß es sich zu einem sehr erheblichen Teil um eigene, selbst bewohnte Häuser und Villen handelt. Während die niedrigste Verhältniszahl in den einzelnen Wohnungsklassen zwischen den verschiedenen Vorortseinheiten wechselt, ist die höchste in Berlin zu finden. Die höchste Verhältniszahl haben die leerstehenden Wohnungen mit 7 Zimmern innerhalb der Reichshauptstadt mit 13,4 %.

Berücksichtigt man, daß während der Kriegszeit der Neubau von Häusern fast vollständig geruht hat, daß also unter den leerstehenden Wohnungen sich nicht wie sonst eine große Anzahl befindet, die erst notdürftig fertiggestellt werden und durchschnittlich stets eine Zeit lang auf neue Mieter warten muß, so ist selbst die niedrigste Verhältniszahl der leerstehenden Wohnungen mit 3,8 % der vorhandenen bei den Wohnungen mit 2 Zimmern als nicht gering anzusehen. Im übrigen zeigen die Verhältniszahlen deutlich, daß der Wohnungsmarkt bei allen anderen Wohnungsgruppen mehr oder weniger schwer zu leiden hat. Für die großen Wohnungen mit 5 bis 7 Zimmern, namentlich in Berlin, muß die Lage als besonders ungünstig bezeichnet werden.

Ferner sei ein kurzer Blick auf die leerstehenden Wohnungen ohne und auf die mit Gewerberäumen geworfen. Die Verhältniszahl der leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen ist im ganzen erheblich höher als die ohne Gewerberäume. Angesichts des Kriegszustandes, der wichtige Zweige des Gewerbes in Mitleidenschaft gezogen hat, ist diese Erscheinung durchaus erklärlich. Gerade während des Krieges hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen beträchtlich zugenommen. Nach einer Zählung in Berlin im November 1914 war die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen, meist Läden, um 2 500 geringer als am 15. Mai 1916. Da innerhalb gleicher Zeit eine Abnahme der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume um 2 400 stattgefunden hat, ist anzunehmen, daß eine größere Zahl von Mietern die teure Wohnung mit Laden mit einer anderen Wohnung ohne Gewerberäume vertauscht hat.

Dr. H. Höpker.

Über Bilanzen, Rentabilitätsberechnung und Rentabilitätsstatistik.

Von

Dr. Rudolf Meerwarth,

Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin.

Um die Probleme der Rentabilitätsberechnung und Rentabilitätsstatistik zu verstehen, ist es zweckmäßig, sich zunächst die Art und den Kreislauf des in einer modernen Unternehmung angelegten Kapitals klar zu machen. Ein Unternehmer gründe mit einem Geldkapital von bestimmter Höhe eine Produktionsunternehmung. Das in der Unternehmung zu verwertende Kapital nimmt zunächst die Form des stehenden und des umlaufenden Kapitals an. Zum stehenden Kapital rechnet man den Teil des Kapitals, der in dauerhaften, einer allmählichen Entwertung unterliegenden Produktionsmitteln (Fabrikgebäuden, Maschinen usw.) festgelegt ist. Das umlaufende Kapital besteht einmal aus den Teilen des Kapitals, die in Produktionsmitteln angelegt sind, welche im Produktionsprozeß verbraucht oder verarbeitet werden (vor allem Rohstoffe, Halbfabrikate, ferner Hilfsstoffe usw.). Der zweite wichtige Bestandteil des umlaufenden Kapitals setzt sich aus dem zur Entlohnung der Arbeitskräfte verwendeten Kapital zusammen. Das Geldkapital, das zur Anschaffung der Roh- und Hilfsstoffe sowie zur Bezahlung der Arbeitslöhne ausgegeben wurde, erscheint nach der Durchführung des Produktionsprozesses in der Form von Waren. Auf diese Waren hat aber auch das stehende Kapital einen Teil seines Wertes übertragen. Durch den Verkauf der Waren erlangt das Warenkapital schließlich wieder die Form des Geldkapitals, das nunmehr von neuem dem Produktionsprozeß zugeführt werden kann. Die Zeit, die verstreicht, bis die fertige Ware endgültig bezahlt ist, hat man die Wartezeit genannt: ihr geht die Produktionszeit voraus. Produktions- und Wartezeit ergeben zusammen die Umsatz- oder Umschlagszeit des umlaufenden Kapitals.

Für die späteren Ausführungen ist es zweckmäßig, bereits jetzt das umlaufende Kapital während der Umschlagszeit näher zu verfolgen. Einen wichtigen Vorgang, der hier in Betracht kommt, hat K. Marx¹⁾ in den Satz gefaßt: „Ein sehr bedeutender Teil des jährlich mehrmals umschlagenden, gesellschaftlichen zirkulierenden Kapitals wird sich . . . während des jährlichen Umschlagszyklus periodisch in der Form von freigesetztem Kapital befinden“. Es liegt mit anderen Worten notwendigerweise während der Umschlagszeit des Kapitals periodisch Kapital brach²⁾. Es sei eine neunwöchige Umschlags-

zeit angenommen: die Produktionszeit währe sechs Wochen, die Wartezeit drei Wochen. Für Produktionsmittel und Arbeitslöhne seien wöchentlich 1 000 *M* erforderlich. Nach sechs Wochen sind die Erzeugnisse fertiggestellt, jedoch erst nach einer Wartezeit von drei Wochen geht der Erlös ein. Da es nun unrentabel wäre, die Produktion während der drei Wochen auszusetzen, so benötigt der Unternehmer von vornherein weitere 3 000 *M* an umlaufendem Kapital. Diese 3 000 *M* liegen jedoch während der ersten sechs Wochen brach. Der Unternehmer wird in der Regel die 3 000 *M* nicht ganz brach liegen lassen, er wird sie vielleicht gegen Verzinsung einer Bank übergeben: sie arbeiten aber auf jeden Fall in unserem schematischen Beispiel während der ersten sechs Wochen nicht unmittelbar im Produktionsprozeß mit. Folgen wir genau unserem Beispiel, so liegen nicht allein die erwähnten 3 000 *M* zeitweise brach. Nach unserer Annahme werden wöchentlich 1 000 *M* für Produktionsmittel und Arbeitslöhne ausgegeben. Gehen wir von der Voraussetzung aus, daß der Unternehmer zu Beginn der Produktionsperiode über 9 000 *M* an umlaufendem Kapital verfügt, so liegen in der ersten Woche 8 000 *M*, in der zweiten Woche 7 000 *M* usw. brach. Neben dem umlaufenden Kapital arbeitet aber auch noch stehendes Kapital in dem Unternehmen. In dem Erlös der Erzeugnisse sind jeweils auch Quoten für die Entwertung des stehenden Kapitals (Fabrikgebäude, Maschinen usw.) enthalten, die — rein schematisch betrachtet — brach liegend sich anhäufen, bis das ganze stehende Kapital amortisiert ist. Endlich hat jede kapitalistische Unternehmung das Bestreben, sich auszuweiten, neue Betriebe anzugliedern, die alten zu vergrößern. Bis eine solche Angliederung oder Neugründung durchgeführt werden kann, müssen erst zahlreiche Gewinne längere Zeit hindurch aufgehäuft worden sein; sie müssen also wiederum längere Zeit brach gelegen oder wenigstens nicht unmittelbar werbend im Produktionsprozeß mitgearbeitet haben.

Es ist bekannt, daß dem Brachliegen des Kapitals verschiedene Tendenzen entgegen treten; sie werden im folgenden noch eingehend berührt. Es werden in Wirklichkeit insbesondere bei Unternehmungen mit Massenproduktion nicht solche Kapitalmengen brach liegen, wie in dem schematischen Beispiel angenommen wurde; hier vollzieht sich die Produktion der Waren nicht derart stufenweise, wie das Beispiel voraussetzt. Bevor die eine Gruppe der Waren fertig gestellt ist,

¹⁾ Vergl. K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band. Dritte Auflage. Hamburg 1903. S. 252. — ²⁾ Vergl. für die folgenden Ausführungen R. Hilferding: Das Finanzkapital. Wien 1910. S. 62 ff.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

wurde bereits mit anderen Gruppen begonnen. Wie man sich aber auch Produktion und Umlaufzeit des Kapitals geartet denken mag, eine gelegentliche Freisetzung von Geldkapital wird immer vorhanden sein. Das Beispiel sollte nur ganz allgemein auf die Tatsache hinweisen, daß während der Umlaufzeit des Kapitals mit Notwendigkeit Kapital zeitweise brach liegen muß.

Das gelegentlich freigesetzte Geldkapital wird nun häufig von der Unternehmung nicht als Kassenbestand gehalten; es wird, wie bereits angedeutet wurde, einer Bank überwiesen. Die Bank stellt es anderen, welche das Geld zur Zeit brauchen, zur Verfügung. Die Bank hat also die Aufgabe, brach liegendes Kapital in arbeitendes Kapital zu verwandeln. Bekanntlich sammeln die Banken außer den jeweils brach liegenden Kapitalien der Unternehmungen auch brach liegende Einkommensteile der anderen Bevölkerungskreise, die sie dann gleichfalls den kapitalbedürftigen Unternehmungen und Kapitalisten als Geldkapital zur Verfügung stellen. Die modernen Unternehmungen stehen in engem, regelmäßigem Verkehr mit den Banken. Auf dem Wege des Kontokorrentverkehrs führt die Bank die Rechnung für die Unternehmung: alle Abhebungen werden belastet, alle Eingänge gut geschrieben. Die zeitweise nicht in dem Betrieb mitarbeitenden Geldkapitalien werden also der Unternehmung im Kontokorrentverkehr gut geschrieben.

Wenn bisher von den jeweils brach liegenden Geldkapitalien einer Unternehmung gesprochen wurde, so ist auf der anderen Seite nicht zu vergessen, daß dieselbe Unternehmung zeitweilig auch Bedarf an Kapital haben kann. Sie hat etwa neue Maschinen angeschafft, neue Anlagen errichtet, umfangreiche Rohstofflager angelegt, und benötigt nunmehr für Arbeitslöhne und Gehälter, für Dividendenzahlungen und Obligationenzinsen usw. zeitweilig Geld. Sie nimmt dann, wenn sie nicht die von den Abnehmern des Unternehmens eingegangenen Wechsel bei der Bank diskontiert, den Kontokorrentkredit in Anspruch. Dieser Kredit kann durch Sicherheitshypothesen, Wertpapiere, Solawechsel usw. gedeckt oder ungedeckt sein. Der Kontokorrentkredit gestattet der Unternehmung¹⁾, über den vereinbarten Kredit im ganzen oder durch Teilbeträge zu verfügen und auch dementsprechend jederzeit Rückzahlung zu leisten. Die Unternehmung kann die Benützung der leihweise überlassenen Geldkapitalien ganz dem Bedürfnis ihres Betriebs anpassen. Die auf dem Wege des Kontokorrentkredits überlassenen Geldkapitalien stammen, wie bereits ausgeführt wurde, zu einem großen Teil aus der Masse der von anderen Unternehmungen der Bank, vor allem im Wege des Kontokorrentverkehrs zur Verfügung gestellten zeitweise brach liegenden Geldkapitalien. Umgekehrt wird die Unternehmung, von der hier ausgegangen wurde, zu anderen Zeiten ihrerseits der Bank überflüssige Gelder zur Verfügung stellen, die von hier aus wiederum der Produktion übermittelt werden.

Der Kontokorrentkredit spielt als Betriebskredit eine erhebliche Rolle in Industriezweigen, bei denen sich Rohmaterialeinkauf oder Produktion entweder in eine bestimmte Jahreszeit oder in wenige Konjunkturperioden zusammendrängt²⁾. Es sei hier eingefügt, daß in den letzten Jahren neben den kontokorrentmäßigen Betriebskredit in großem Umfang das Bankakzept getreten ist³⁾. In Betracht kommen für den Betriebskredit vor allem die Saisonindustrien, deren Geldbedarf zur

Bezahlung der Rohmaterialien, Löhne usw. sich auf wenige Wochen zusammendrängt; die nach der Saison einlaufenden Eingänge werden dann an die Bank abgeführt.

Die wichtige wirtschaftliche Funktion des Betriebskredits besteht darin, Eigenkapital zu ersetzen. Der Betriebskredit ist billiger als Eigenkapital; für ihn ist nur ein Zins und kein Unternehmergewinn zu leisten. Das Wesen des Betriebskredits hat Somary (S. 34) anschaulich dargelegt. „Eine Reisschälfabrik muß den Reis in wenigen Wochen einkaufen; müßte sie den Einkauf mit eigenem Kapital vornehmen, so würde dieses durch den ganzen übrigen Teil des Jahres ungenutzt daliegen. Ferner ermöglicht der Betriebskredit dem Industriellen oder Händler die Vollausnutzung der Konjunktur: bietet sich eine besonders günstige Kaufgelegenheit oder kann ein großer Auftrag übernommen werden, bei dem nicht sofortige Bezahlung erfolgen wird, so ist der ausdehnungsfähige Betriebskredit für den Unternehmer von außerordentlichem Wert; müßte er soviel Eigenkapital haben, als dem Maximalbedarf seines Betriebs entsprechen würde, so könnte er einen genügenden Gewinn kaum erzielen“⁴⁾.

Der Betriebskredit wird dem Unternehmen von der Bank gegeben, um einen bestimmten Produktionsprozeß durchführen zu können. Ist der Produktionsprozeß durchgeführt, sind die Erzeugnisse abgesetzt, und laufen die Eingänge der Abnehmer ein, so verschwindet normalerweise der Kredit: an seine Stelle treten Eingänge bei der Bank, die dem Unternehmen gut geschrieben werden und dort als brach liegendes Geldkapital von der Bank gegebenenfalls anderen Unternehmungen als Betriebskredit zur Verfügung gestellt werden. Die Sicherung des Betriebskredits wird, wie Somary (S. 23) darlegt, durch die gesamten liquiden Aktiven der Unternehmung dargestellt. Sie bestehen aus den Vorräten an Rohstoffen und Halbfabrikaten, die verarbeitet werden sollen, den in Bearbeitung befindlichen Materialien, den fertig gestellten, noch unverkauften Erzeugnissen und den Außenständen. Neben dem Kontokorrentkredit der Banken kommt dem Lieferantenkredit, also dem Kredit, den der Lieferant seinem Abnehmer gewährt, als Betriebskredit eine hohe Bedeutung zu.

In scharfem, tatsächlichem Gegensatz zum Betriebskredit steht der Anlagekredit. Seine Definition ist umstritten. Somary (S. 199) bezeichnet den Anlagekredit als einen an ein Unternehmen erteilten Kredit, dessen Höhe über das Maß der liquiden Aktiven hinausgeht. So schwer es ist, den Anlagekredit einwandfrei zu definieren, so heben ihn doch wesentliche Unterschiede vom Betriebskredit ab⁵⁾. Der Betriebskredit ist ein kurzfristiger, der Anlagekredit — zwar in der Regel nicht formell, aber doch tatsächlich — ein langfristiger Kredit. Die Verbindung zwischen Gläubiger und Schuldner ist beim Anlagekredit im Gegensatz zum Betriebskredit eng: die Bank ist an dem Schicksal des Unternehmens interessiert, sie muß sich dauernd um die Leitung des Unternehmens kümmern. Der Anlagekredit ist nach Somarys Ausdrucksweise eine Beteiligung am Unternehmerrisiko in Kreditform. Von wesentlicher Bedeutung für die folgenden Ausführungen ist die Tatsache, daß nach außenhin, also etwa in der Bilanz ein Unterschied zwischen Betriebs- und Anlagekredit nicht besteht.

¹⁾ Ein weiteres Eingehen auf den Betriebskredit ist hier nicht erforderlich; insbesondere ist jede Wertung unnötig. Es sei hier lediglich der Hinweis Somarys aufgenommen, daß der Betriebskredit in seinem Ausmaß und in seinen Konditionen von der Lage des Geldmarkts abhängig ist; alle Schwankungen des Geldmarkts werden durch ihn in den wirtschaftlichen Verkehr hineingetragen. „Der Industrielle wie der Kaufmann dürfen aus einem Glas trinken, das ihnen nicht gehört; aber es wird ihnen nicht selten gerade in dem Augenblick fortgenommen, in dem sie den stärksten Durst verspüren“. — ²⁾ Vergl. für die folgenden Ausführungen wiederum Somary: Bankpolitik, S. 199 ff.

¹⁾ Vergl. W. Prion: Das deutsche Wechseldiskontgeschäft. Leipzig 1907. S. 102. — ²⁾ Vergl. F. Somary: Bankpolitik. Tübingen 1915. S. 34. — ³⁾ Vergl. das Beispiel bei Somary (S. 26). Die Bank gewährt dem Baumwollspinner, wenn die Baumwolle bei ihm anlangt, für die Zeit der Verarbeitung einen Akzeptkredit, d. h. sie gestattet ihm, auf sie bis zu einer fixierten Höhe zu ziehen. Das Akzept wird dann auf dem Wechselmarkt zu dem für Bankakzente geltenden Vorzugssatz begeben.

Beide Kredite werden in der Regel in derselben Form gewährt: als Kontokorrentkredite mit kurzfristiger Kündigung.

Während der Betriebskredit auf eine verhältnismäßig kurze Zeit neben das Eigenkapital der Unternehmung tritt, das werbende Kapital der Unternehmung also auf kurze Zeit ausweitet, weitet der Anlagekredit das werbende Kapital auf lange Zeit aus. Somary stellt in seiner „Bankpolitik“, die nach dem Wunsch des Verfassers ein Lehrbuch für Bankleiter sein soll, als Erfahrungssatz auf, daß der Anlagekredit die Höhe des Eigenkapitals der Unternehmung in keinem Fall übersteigen soll. Einzeluntersuchungen über die verhältnismäßige Beteiligung des Anlagekredits am gesamten werbenden Kapital sind aus naheliegenden Ursachen nicht vorhanden. Jeidels gibt in seiner Arbeit über das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie¹⁾ eine Mitteilung des Frankfurter „Aktionär“ aus dem Jahre 1902 wieder, wonach es vielfach üblich geworden ist, daß Industrielle 20 bis 40 v. H. ihres Kapitals als Bankschulden zu verzinsen haben. Auf der Generalversammlung des Neußer Eisenwerks vormals Rudolf Daelen rechnete, wie Jeidels gleichfalls mitteilt, ein Aktionär aus, daß in den Jahren 1900 bis 1903 die Schulden dieses Werks 26, 85, 105, 115 v. H. der flüssigen Mittel betrugen; im Jahre 1903 waren von den 718 000 Mark Schulden 500 000 Mark Bankschulden bei 1 Million Mark Aktienkapital.

Der von den Banken gewährte Betriebs- und Anlagekredit stellt aber in der Regel durchaus nicht das einzige Fremdkapital dar, das in der modernen Unternehmung neben dem Eigenkapital mitarbeitet. Es kommen vor allem noch die der Unternehmung gewährten Hypotheken und die Obligationen in Betracht. Der Hypothekarkredit bedarf keiner weiteren Erläuterung. Bezüglich der Industrieobligationen sei zunächst hervorgehoben, daß sie in der neuesten Zeit eine gewaltige Ausdehnung angenommen haben. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (vergl. Jahrgang 1915, S. 299) betrug im Jahre 1912 der Gesamtumlauf der Schuldverschreibungen der deutschen Aktiengesellschaften und sonstigen privatrechtlichen Schuldner 4,6 Milliarden Mark; davon schuldeten Aktiengesellschaften einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien allein 3,6 Milliarden Mark. Was die Begründung einer Industrieschuldverschreibung angeht, so entsteht vor jeder Ausdehnung des Betriebs einer Aktienunternehmung für die Unternehmung die Frage, ob sie das Aktienkapital erhöhen oder durch Ausgabe von Obligationen fremdes Kapital heranziehen will. Aus verschiedenen Gründen erscheint die Ausgabe von Obligationen verlockend²⁾. Die Obligationen erfordern einen von vornherein bestimmten Betrag für Verzinsung und Amortisation. Ein großer Teil des Publikums zieht den Erwerb von industriellen Obligationen dem Erwerb von Aktien mit Rücksicht auf die größere Sicherheit vor. Die Unternehmung selbst vergrößert durch die Aufnahme von Obligationen ihr werbendes Kapital; sie behält den Teil des Ertrages des Obligationenkapitals als Gewinn für sich, der Verzinsung und Amortisation des Obligationenkapitals übersteigt.

Die Ausweitung des Eigenkapitals einer Unternehmung durch Aufnahme von Betriebs- und Anlagekredits, durch Aufnahme von Hypotheken, durch Ausgabe von Obligationen ist von grundsätzlicher Bedeutung³⁾. Für den Unternehmer be-

deutet die Benützung fremden Kapitals Erhöhung seines individuellen Gewinns. Es ist ferner die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Unternehmer mit der Ausdehnung seiner Produktion, die ihm das größere Gesamtkapital ermöglicht, auch billiger produzieren und seine Konkurrenten schlagen kann: sein Gewinn erhöht sich also weiter. Bei einer Verschlechterung der Marktlage ist es dem Unternehmer, der fremdes Kapital benützt, möglich, mit seinen Preisen für die dem fremden Kapital entsprechende Produktion auf die Selbstkosten einschließlich Verzinsung herabzugehen, ohne daß der Gewinn aus seinem Eigenkapital vermindert wird.

Bei diesem Gedankengang darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich die vermittels der Ausweitung des Eigenkapitals erzielten günstigen Ergebnisse vor allem erreichen lassen, solange das Gesamtkapital (Eigenkapital + Fremdkapital) eine verhältnismäßig hohe Rente aufweist. Sinkt diese Rente, so kann die gegen früher gleichbleibende Verzinsung des fremden Kapitals für das Schicksal des Unternehmens verhängnisvoll werden. Ein zahlenmäßiges Beispiel soll diese Tatsache darlegen¹⁾.

Eine Unternehmung arbeite mit einem Gesamtkapital von 10 Millionen \mathcal{M} ; es liefere im ersten Jahr einen Kapitalgewinn von 1 Million \mathcal{M} oder 10 v. H., im zweiten Jahr einen Kapitalgewinn von 600 000 \mathcal{M} oder 6 v. H. und im dritten Jahr einen Kapitalgewinn von 200 000 \mathcal{M} oder 2 v. H.

1. Besteht das gesamte Kapital aus Eigenkapital, so beträgt der Gewinn naturgemäß

im ersten Jahr	10 v. H.,
„ zweiten „	6 „ „
„ dritten „	2 „ „

2. Besteht das Gesamtkapital zu 80 v. H. (8 Millionen \mathcal{M}) aus Eigenkapital und zu 20 v. H. (2 Millionen \mathcal{M}) aus fremdem Kapital, das durchschnittlich zu 4 v. H. zu verzinsen ist, so beträgt der Gewinn, auf das Eigenkapital bezogen, also vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt der Unternehmung aus,

im ersten Jahr	11,5 v. H. (920 000 auf 8 000 000),
„ zweiten „	6,5 „ „ (520 000 „ 8 000 000),
„ dritten „	1,5 „ „ (120 000 „ 8 000 000).

Demnach liegt in dem dritten verhältnismäßig ungünstigen Jahr die privatwirtschaftliche Rente bereits unter der entsprechenden Rente des Kapitals beim ersten Beispiel; in den beiden ersten Jahren liegt hingegen die privatwirtschaftliche Rente über der Rente des Kapitals des ersten Beispiels.

3. Besteht das Gesamtkapital zu 50 v. H. (5 Millionen \mathcal{M}) aus Eigenkapital und zu 50 v. H. (5 Millionen \mathcal{M}) aus Fremdkapital, das wiederum zu 4 v. H. zu verzinsen ist, so beträgt die privatwirtschaftliche Rente

im ersten Jahr	16 v. H. (800 000 auf 5 000 000),
„ zweiten „	8 „ „ (400 000 „ 5 000 000),
„ dritten „	0 „ „ (0 „ 5 000 000).

Hier ergibt sich demnach im ungünstigen dritten Jahr überhaupt keine privatwirtschaftliche Rente mehr; in den beiden guten Jahren liegt allerdings die privatwirtschaftliche Rente weit über der der beiden ersten Beispiele.

Es zeigt sich also: in Jahren günstigen Geschäftsgangs oder sonstiger günstiger Ereignisse hebt die Heranziehung von Fremdkapital die privatwirtschaftliche Rente ganz erheblich; in den Jahren ungünstigen Geschäftsgangs oder infolge sonstiger Fehlschläge sinkt diese Rente jedoch um so stärker, je höher der Anteil des Fremdkapitals ist.

¹⁾ Das Beispiel ist dem von Furlan (vergl. Die Emission von Schuldverschreibungen in der Schweiz, erschienen in der Finanzzeitschrift „Die Bank“. 1911. Zweiter Band, S. 844) gegebenen nachgebildet; die Voraussetzungen sind jedoch verschiedentlich geändert.

¹⁾ Vergl. Dr. O. Jeidels: Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Schmoller und Sering. 112. Heft. Leipzig 1905. S. 121. —

²⁾ Vergl. dazu F. Morat: Aktienkapital und Aktien-Emissionskurs bei industriellen Unternehmungen. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Schmoller und Sering. Heft 176. München und Leipzig 1914. S. 19 ff. — ³⁾ Vergl. für das Folgende auch Hilferding: Das Finanzkapital. S. 93 und 94.

I.

Diese einleitenden Ausführungen geben bereits einige Hinweise auf das Wesen der Rentabilitätsberechnungen. Unter der Rentabilität des Kapitals, das ein Unternehmer in einer Unternehmung angelegt hat, ist die Fähigkeit dieses Kapitals zu verstehen, eine Rente zu erzielen. Das Streben des Unternehmers nach einer hohen Rentabilität ist identisch mit dem Streben, bei möglichst geringen Geldaufwendungen einen möglichst hohen Geldertrag zu erzielen. Die Mittel, welche dabei angewendet werden, sind mannigfacher Art und oft geschildert worden. Es seien vor allem zwei Mittel aufgeführt, denen in neuerer Zeit eine hohe Bedeutung zukommt. Eine verhältnismäßige Verminderung der Geldaufwendungen wird vor allem durch Änderungen und Verbesserungen im Aufbau der Fabrikorganisation erreicht; eine Erhöhung oder doch Hochhaltung der Preise vor allem durch den Zusammenschluß der Unternehmungen zu Kartellen und Trusts. Wie die vorangehenden Ausführungen gezeigt haben, kann aber auch noch auf eine andere Weise die privatwirtschaftliche Rentabilität erhöht werden: durch Heranziehung fremden Kapitals. Es wird also mit Hilfe des fremden Kapitals die Rentabilität des vom Unternehmer in die Unternehmung gesteckten Kapitals erhöht. Man spricht in diesem Falle auch von der Rentabilität des Unternehmerkapitals und versteht darunter das Verhältnis zwischen Jahresreingewinn und den bei Beginn eines Rechnungsjahres vorhandenen eigenen Mitteln¹⁾. Es werden also in rein privatwirtschaftlicher Denkungsweise die am Anfang eines Jahres vorhandenen eigenen Mittel des Unternehmers mit dem am Ende des Jahres vorhandenen Reingewinn verglichen und daraus eine Rentabilitätsziffer berechnet. Die Zinsen für etwa herangezogenes fremdes Kapital sind dabei naturgemäß vom Jahresreingewinn als Aufwendungen in Abzug gebracht. Wie nachher noch zu zeigen sein wird, ergibt sich bei dieser Berechnungs- und Betrachtungsweise namentlich für Aktiengesellschaften die Schwierigkeit, den Umfang der eigenen Mittel bei Beginn des Rechnungsjahres festzustellen.

Neben dieser rein privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise, die von den eigenen Mitteln des Unternehmers ausgeht, ist noch eine zweite Betrachtungsweise möglich. Man betrachtet das eigene Kapital des Unternehmers sowie das herangezogene fremde Kapital (vor allem Bankkredit, Lieferantenkredit, Schuldverschreibungen) als ein einheitliches Kapital, das in der Unternehmung während des Jahres werbend angelegt ist, und bezieht auf dieses Kapital den Jahresreingewinn. Man hat diese Rentabilität gelegentlich die Rentabilität des Unternehmungskapitals genannt. Der Grundgedanke dieser Betrachtungsweise ist der: man will wissen, welche Rentabilität ergibt sich für das in einer Unternehmung oder besser in einem ganzen Industriezweig während eines Jahres werbend angelegte und arbeitende Kapital. Man bezieht auf dieses Kapital jedoch nicht den vorhin erwähnten Jahresreingewinn abzüglich der Zinsaufwendungen für das fremde Kapital, sondern den objektiven Kapitalgewinn, wie ihn Lexis²⁾ genannt hat, also den Jahresgewinn ohne Abzug für Verzinsung des fremden Kapitals. Der objektive Kapitalgewinn bezogen auf das gesamte werbende Unternehmungskapital ergibt — wiederum in der Ausdrucks-

weise von Lexis — den objektiven Kapitalgewinnsatz und damit die zweite wichtige Rentabilitätsziffer, und zwar eine Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Lexis berechnet im übrigen noch einen objektiven Unternehmungsgewinn, indem er den Jahresreinertrag abzüglich der Zinsen für das fremde Kapital auf das gesamte werbende Unternehmungskapital bezieht, eine Berechnungsweise, welcher der Verfasser nicht folgen kann. Ihrer großen Bedeutung wegen seien die Ausführungen von Lexis, welche vor allem die privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer und die volkswirtschaftliche Rentabilitätsziffer scharf trennen, hier wiedergegeben: „Viele Unternehmungen haben neben ihrem eigenen Kapital fremdes Leihkapital gegen feste Verzinsung aufgenommen, das sie in gleicher Weise wie jenes verwerten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte müssen diese beiden Kapitalteile als ein einheitliches Unternehmungskapital betrachtet werden, auf das auch der objektive Kapitalgewinn zu beziehen ist. Beträgt also das eigene Kapital der Unternehmung 2 Millionen \mathcal{M} , das zu 4 Prozent aufgenommene Leihkapital 1 Million \mathcal{M} und der Jahresgewinn 300 000 \mathcal{M} , so ist der objektive Kapitalgewinnsatz 10 Prozent und der objektive Unternehmungsgewinn 6 Prozent. Der persönliche Geschäftsgewinn des Unternehmers dagegen stellt sich absolut auf 260 000 \mathcal{M} , in Prozent seines eigenen Kapitals also auf 13 Prozent und der Überschuß über den einfachen Zins auf 9 Prozent. Diese Beziehung des ganzen Gewinnes auf das eigene Kapital des Unternehmers hat jedoch nur eine rein privatwirtschaftliche Bedeutung und ergibt bei gleichem objektivem Kapitalgewinn je nach der Größe des beteiligten Leihkapitals verschiedene Prozentsätze“.

Die Berechnung der volkswirtschaftlichen Rentabilitätsziffer oder des objektiven Kapitalgewinnsatzes unterliegt außerordentlichen Schwierigkeiten. Sie sind vor allem darin begründet, daß es bei denjenigen Unternehmungen, welche mit Bankkredit arbeiten, auf Grund der — vor allem in den Bilanzen — veröffentlichten Angaben nicht möglich ist, eine Vorstellung von dem gesamten werbend angelegten Kapital zu erlangen. Es ist zwar verhältnismäßig leicht, das auf Hypotheken und Schuldverschreibungen beruhende fremde Kapital festzustellen, es ist hingegen im allgemeinen nicht möglich, eine zahlenmäßige Vorstellung von der Höhe des mitarbeitenden Bankkredits zu erhalten. Zunächst ist in den veröffentlichten Unterlagen der langfristige Anlagekredit von dem kurzfristigen Betriebskredit, der ja auch das Eigenkapital ausweitete, nicht getrennt gehalten. Aber hätte man selbst beide Größen getrennt, so müßte man außerdem den in der Unternehmung arbeitenden Betriebskredit in seinem Ausmaß für jeden Tag oder mindestens für ganz kurze Zeiträume kennen, um daraus wenigstens die Höhe des kurzfristigen Betriebskredits für den Jahresdurchschnitt zu errechnen. Wie aber bereits angedeutet wurde, müßte man logischer Weise für jeden Tag oder die gleichen kurzen Zeiträume auch diejenigen Summen des Eigenkapitals kennen, die jeweils brach liegen, zum mindesten nicht unmittelbar werbend mitarbeiten, um auch hieraus einen Jahresdurchschnitt zu berechnen. Wie sich noch später bei der Betrachtung der Bilanzen zeigen wird, ist bei den Aktiengesellschaften günstigen Falls der gesamte Bankkredit für den Bilanztag aufgeführt; in der Regel findet sich jedoch der Bankkredit mit anderen Kreditoren in einer Summe vereint. Es wäre nun außerordentlich bedenklich, die Höhe des Bankkredits und anderer noch zu kennzeichnender Kreditoren am Bilanztag als maßgebend für die übrige Zeit des Jahres anzunehmen. Die gleichen Betrachtungen können auch für den Lieferantenkredit angestellt werden. Schon

¹⁾ Vergl. F. Leitner: Betriebslehre der kapitalistischen Großindustrie. In dem Grundriß der Sozialökonomik. VI. Abteilung. Tübingen 1914. S. 104. Im folgenden ist der bei Aktiengesellschaften nicht eindeutige Ausdruck Unternehmerkapital nach Möglichkeit vermieden; es wird dafür in der Regel der Ausdruck Eigenkapital der Unternehmung gebraucht. — ²⁾ Vergl. W. Lexis: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Berlin und Leipzig 1910. S. 170.

hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, bei der Berechnung des Kapitalgewinnsatzes aus dem gesamten werbenden Kapital ein wichtiges Glied des Fremdkapitals auszuschneiden und das werbende Kapital vor allem auf das Eigenkapital, die Hypotheken und Schuldverschreibungen zu gründen.

Neben den beiden hier behandelten Rentabilitätsziffern tritt hinsichtlich der wissenschaftlichen Bedeutung die dritte vor allem für die Praxis wichtige Rentabilitätsziffer zurück: der Dividendensatz. Er gibt die Rentabilität des dividendenberechtigten Aktienkapitals bezogen auf die Dividendensumme wieder. Für die Berechnung wird aus dem Eigenkapital nur ein Teil, das dividendenberechtigte Aktienkapital, und aus dem Gewinn wiederum nur ein Teil, die Dividendensumme, herausgegriffen. Bei der Besprechung der amtlichen deutschen Rentabilitätsstatistik soll die Dividendenstatistik noch näher behandelt werden.

Ganz aus dem Kreis dieser Betrachtungen, welche der Rentabilität der Unternehmung gewidmet sind, scheidet die Aktionärrente, also der Ertrag der Kapitalanlage für den Kapitalbeteiligten. Der Ertrag der Aktie ergibt sich bekanntlich aus dem Verhältnis zwischen der Dividende, dem Wert bzw. Erlös eines Bezugsrechts und dem Erwerbspreis (Kurskapital) zuzüglich sonstiger Leistungen des Aktionärs¹⁾.

Die Frage der Rentabilität des Unternehmungskapitals und des Eigenkapitals der Unternehmung wurde in den letzten Jahren insbesondere von den Vertretern der Privatwirtschaftswissenschaft eifrig erörtert²⁾. Nicklisch führt beispielsweise in seiner Allgemeinen kaufmännischen Betriebslehre (S. 177) aus, die Rentabilität einer Unternehmung werde dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Reingewinn eines Bilanzjahres zum Gesamtkapital ins Verhältnis gesetzt wird. Er betont im besonderen, daß die Dividende der Aktiengesellschaften — eine Rentabilitätsziffer, die gewöhnlich als Unterlage herangezogen wird — zur Berechnung der Rentabilität der Aktie für ihren Besitzer allerdings die wichtigste Größe sei: sie vermag aber, wie Nicklisch hervorhebt, eigentlich nur Aufschluß zu geben über bestimmte Grundsätze, die in der Dividendenpolitik der Gesellschaft obwalten. Gerstner übernimmt im wesentlichen die Schlußfolgerungen Nicklischs und betont (S. 287) im besonderen, daß es ein Irrtum sei, nur die eigenen Mittel der Unternehmung als Erwerbskapital anzusehen. „Viel häufiger und zumeist sind es gerade fremde Mittel, denken wir nur an den Waren- und Bankkredit, die dem Geschäfte Umlaufmittel, Betriebsmittel zuführen, teilweise auch die fest verzinslichen Anleihen, die den Erfolg bringen, ja oft geradezu eine Voraussetzung des Erfolgs bilden. Und das Merkwürdige ist, daß die Volkswirtschaftslehre im Zeitalter des ausgeprägten Kredits an dieser so überaus bemerkenswerten und ins Gewicht fallenden Erscheinung vorübergeht“.

Man hat bei den Äußerungen dieser Vertreter der Privatwirtschaftslehre häufig den Eindruck, daß sie die volkswirtschaftliche Rentabilitätsziffer oder den objektiven Kapitalgewinnsatz, also Jahresgewinn bezogen auf das gesamte werbende Kapital, für eine weit wichtigere und bedeutungsvollere Ziffer halten als die privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer, Jahresgewinn bezogen auf die eigenen Mittel. In Wirklichkeit sind beide Rentabilitätsziffern an sich gleichwertig; ihre Berechnung geht nur von verschiedenen, an sich richtigen Gesichtspunkten aus. Je nach dem Zweck, den man mit einer Untersuchung verfolgt, wird man die eine oder die andere Ziffer heranziehen.

Gerstner gibt in seinem Buch (S. 289) für eine Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, deren Bilanz er im einzelnen analysiert hat, eine Berechnung verschiedener Rentabilitätsziffern. Seine Tabelle sei im folgenden in verkürzter Fassung wiedergegeben.

Jahr	Aktienkapital 1000. M	Eigene Mittel (Aktienkapital + Reserve + Gewinn) 1000. M	Gesamtes erwerbstätiges Kapital (eigene + fremde Mittel) 1000. M	Jahresreingewinn (nach Abzug des Gewinnvortrags) 1000. M	Jahresreingewinn in % zum Aktienkapital	Jahresreingewinn in % zu den eigenen Mitteln	Dividende in % zum Gesamtkapital	Dividende in % zum Aktienkapital
1908	7 000	10 252	17 288	969	13,8	9,4	5,6	12
1909	9 000	13 678	19 725	1 398	15,5	10,2	7,1	14
1910	9 000	13 750	22 189	1 384	15,3	10,1	6,2	14
1911	9 000	13 643	20 706	1 211	13,5	8,9	5,9	12
1912	12 000	17 146	24 264	1 403	11,7	8,2	5,8	12
1913	12 000	16 728	31 327	1 229	10,2	7,4	3,9	10

Um genau zu erkennen, was Gerstner unter den eigenen und fremden Mitteln, ferner unter dem gesamten erwerbstätigen Kapital versteht, sei die finanzielle Struktur seiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft für das Jahr 1910 unter Heranziehung der Bilanzfiguren wiedergegeben (vergl. S. 208 und 209 seines Buches):

A. Aktiva (in 1000. M)

1. Anlagewerte	5 527
2. Vorräte	1 967
3. Effekten und Beteiligung	3 708
4. Debitoren	10 933
5. Kasse und Wechsel	54
6. Betriebswerte zusammen	16 662
Aktiva zusammen	22 189.

B. Passiva (in 1000. M)

7. Aktienkapital	9 000
8. Reserven	3 320
9. Reingewinn	1 430
10. Eigene Mittel zusammen	13 750
11. Obligationen und Bankschulden	8 439
12. Kreditoren	
13. Fremde Mittel zusammen	8 439
Passiva zusammen	22 189.

Wie die Aufstellung zeigt, sind als gesamtes erwerbstätiges Kapital sämtliche Passiva eingesetzt, also diejenige Wertsumme, die am Tage der Aufstellung der Bilanz in der Unternehmung angelegt ist.

Nach unseren bisherigen Darlegungen erscheint das Vorgehen von Gerstner nicht gerechtfertigt. Es ist zwar richtig, dem Gesamtkapital außer dem Aktienkapital auch die Reserven und Obligationen zuzurechnen. Ferner ist dem Gesamtkapital, wie früher ausgeführt wurde, auch der langfristige Bankkredit, der Anlagekredit, beizufügen. Es wäre aber schon nicht richtig, den kurzfristigen Betriebskredit, den die Bank gibt, nach seiner Höhe am Bilanztag in das Gesamtkapital einzubeziehen. Langfristiger und kurzfristiger Bankkredit sind aber aus der Bilanz — und dies gilt auch für die Bilanzfiguren von Gerstner — nicht getrennt ersichtlich. In den vorliegenden Bilanzfiguren sind nun außerdem noch die Bankschulden mit den Obligationen und Kreditoren in einer Summe zusammen-

¹⁾ Vergl. dazu F. Leitner: Betriebslehre der kapitalistischen Großindustrie. In dem Grundriß der Sozialökonomik. VI. Abteilung. Tübingen 1914. S. 104. — ²⁾ Vergl. H. Nicklisch: Grundsätze für die Feststellung und Beurteilung der Rentabilität und finanziellen Sicherheit privatwirtschaftlicher Unternehmungen, angewandt auf unsere Großbanken, erschienen in der Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis 1911. Heft 1. Ferner in der gleichen Zeitschrift 1914. Heft 4 den Aufsatz von E. Pape: Zur Frage der „Rentabilität der Unternehmung als Ganzes“ und das Nachwort zu diesen Ausführungen von H. Nicklisch im gleichen Heft. Außerdem H. Nicklisch: Allgemeine kaufmännische Betriebslehre. Band I. Leipzig 1912. S. 177 ff. und P. Gerstner: Bilanz-Analyse. 2. Aufl. Berlin 1915. S. 281 ff.

gefaßt. Nur in dem ganz unwahrscheinlichen Falle, daß Kreditoren und Bankschulden in dem eingesetzten Betrage das ganze Jahr über vorhanden gewesen wären, wäre es angängig, sie in der aufgezeigten Höhe unter das werbende Gesamtkapital aufzunehmen. Läßt man diesen unwahrscheinlichen Fall beiseite, so bleibt nichts anderes übrig, als nach genauer Einsichtnahme in die jeweilige Höhe der Bankschulden und der Kreditoren an den einzelnen Tagen und Zeiträumen des Jahres eine durchschnittliche Höhe der Bankschulden und Kreditoren zu errechnen, die dann in das gesamte werbende Kapital einbezogen wird. Auch der Reingewinn, der mit Recht zu den eigenen Mitteln gerechnet wird, hat gleichfalls nicht in seinem vollen Ausmaß am Bilanztag das ganze Jahr mitgearbeitet; er wird, abgesehen von dem im Reingewinn enthaltenen Gewinnvortrag, erst nach und nach entstanden sein. Auch hier müßte an Stelle der Summe am Bilanztag eine Durchschnittszahl eingesetzt werden, um ein annähernd richtiges Bild zu erhalten.

Die Betrachtung zeigt, daß eine richtige Berechnung des objektiven Kapitalgewinnsatzes, die wiederum durch die richtige Erfassung des werbenden Gesamtkapitals bedingt ist, eigentlich nur möglich ist, wenn man die finanzielle Struktur der Unternehmung das ganze Jahr über verfolgen kann. Bisher wurden

solche Berechnungen, von noch zu erwähnenden unvollkommenen Ausnahmen abgesehen, nicht angestellt. Will man jedoch, um eine annähernd richtige Ziffer zu erhalten, von den Ziffern der Bilanz ausgehen, so ist es notwendig, daß vor allem das fremde Kapital in der Bilanz eingehend gegliedert ist, daß insbesondere der langfristige Bankkredit vom kurzfristigen getrennt ist. In Wirklichkeit entsprechen die Bilanzen diesem Erfordernis nicht. Mit Hilfe der tatsächlich veröffentlichten Bilanzen läßt sich lediglich aus dem Eigenkapital einschließlich der Reserven, den Hypotheken und den Obligationen ein recht lückenhaftes werbendes Gesamtkapital zusammenstellen.

Die bisher in Deutschland aufgemachten Rentabilitätsberechnungen und die daraus aufbereiteten Rentabilitätsstatistiken gründen sich durchweg auf die veröffentlichten Bilanzen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Bevor auf diese Berechnungen und Statistiken näher eingegangen wird, ist es zweckmäßig, das Wesen und den Aufbau der Bilanzen der Aktiengesellschaften näher zu betrachten. Dabei werden vor allem die Begriffe Passiva, Aktiva, Eigenkapital, Reserven, Fremdkapital, Reingewinn ihrem Wesen nach zu erläutern sein, um auf dieser Grundlage den Sinn der Rentabilitätsberechnungen klar legen zu können.

II.

Die kapitalistische Unternehmung will Gewinn erzielen. Die Bilanz, die nach Ablauf eines Rechnungsjahres aufgestellt wird, hat den Zweck, den Erfolg der Unternehmung in dem abgelaufenen Rechnungsjahr darzulegen.

Zur Veranschaulichung der folgenden Darlegungen wird zunächst die Bilanz einer Aktiengesellschaft der Nahrung- und Genußmittelindustrie samt der Gewinn- und Verlustrechnung wiedergegeben.

Aktiva.			Bilanz per 31. Dezember 1913.		Passiva.		
	M	g				M	g
Grundstücke	2 200 147	71	Stammaktien	9 000 000	—		
Gebäude	3 886 656	—	Vorzugsaktien	7 000 000	—		
Geleisanlage	97 232	—	Gesetzliche Rücklage	748 069	66		
Maschinen und Inventar	2 545 211	91	Sonderrücklage	1 000 000	—		
Beteiligungen und Wertpapiere	10 728 287	33	Pensions- und Unterstützungskasse	422 311	40		
Waren	3 914 357	74	Hypotheken	2 912 317	75		
Debitoren	4 395 820	—	Spareinlagen und Kautionen	658 135	24		
Patent-, Gebrauchsmuster- und Musterschutz-			Kreditoren und Banken	5 089 822	99		
konto	1	—	Akzente	293 324	78		
Kasse	M 45 672,19		Unbezahlte Dividende	1 560	—		
Schecks und Wechsel	„ 636 589,72		Talonsteuer	16 000	—		
Giro- und Bankguthaben	„ 382 945,72		Gewinn- und Verlustkonto:				
	1 065 207	63	Vortrag von 1912	M 195 352,19			
			Gewinn in 1913	„ 1 496 027,31			
	28 832 921	32				1 691 379	50
						28 832 921	32

Debet.			Gewinn- und Verlust-Rechnung.		Kredit.		
	M	g				M	g
Vertriebs- und Verwaltungskosten	3 068 714	13	Gewinnvortrag aus 1912	195 352	19		
Abschreibungen	416 189	02	Gewinn auf Waren und Beteiligungen	5 006 611	64		
Hypothekenzinsen einschl. Gebäudeinstand-			Mieteinnahmen	137 195	91		
haltung	162 877	09					
Gewinnsaldo	1 691 379	50					
	5 339 159	74				5 339 159	74

Um den Sinn einer Bilanz zu verstehen, ist es zweckmäßig, von der rechten Seite der Bilanz, von der Passivseite auszugehen¹⁾. Die Passivseite gibt Auskunft über die Zu-

¹⁾ Aus der umfangreichen Bilanzliteratur ist für die folgenden Ausführungen vor allem die zusammenfassende Darstellung von Rudolf Fischer: Buchführung und Bilanzanstellung nach Handelsrecht. Leipzig 1913 sowie der einführende Vortrag von Adler: Wesen und Aufbau einer kaufmännischen Bilanz (Sonderabdruck aus dem Sächsischen Archiv für Rechtspflege) Leipzig 1912 herangezogen worden.

sammensetzung des am Bilanztag in der Unternehmung angelegten Kapitals; sie gibt an, welche eigenen und welche fremden Mittel der Unternehmung zur Verfügung stehen. Die linke Seite der Bilanz, die Aktivseite, weist die einzelnen Bestandteile des in der Unternehmung angelegten Kapitals am Bilanztag aus. Man kann auch sagen, die Passivseite zeigt, wie die Unternehmung das Kapital beschafft, die Aktivseite, wie sie das Kapital verwendet.

Was zunächst die Passivseite angeht, so steht unter den eigenen Mitteln der Unternehmung das Aktienkapital (in unserem

Beispiel 16 Millionen \mathcal{M}) an erster Stelle. Der Ausdruck des Gesetzes für Aktienkapital ist Grundkapital; unter dem Grundkapital ist der Nenn- oder Nominalwert des Aktienkapitals zu verstehen. Bei einer Überpariemission ist der erlöste Mehrwert auf den Reservefonds zu übertragen; Unterpariemission ist verboten. Sind, wie in unserem Beispiel, mehrere Gattungen von Aktien, etwa Stammaktien (9 Millionen \mathcal{M}) und Vorzugsaktien (7 Millionen \mathcal{M}), ausgegeben worden, so ist in der Bilanz der Nennbetrag einer jeden Gattung anzugeben.

Zu den eigenen Mitteln der Aktiengesellschaft, dem Eigenkapital, gehören die Reservefonds oder Rücklagen. Diese Fonds werden durch Rücklagen aus dem Reingewinn gebildet. Unter den Reservefonds kommt der gesetzlichen Rücklage (in unserem Beispiel 748 069,66 \mathcal{M}) eine besondere Bedeutung zu: ihr sind alljährlich mindestens 5 v. H. des Reingewinnes solange zu überweisen, bis sie den zehnten Teil des Grundkapitals erreicht hat. Außerdem fließt ihr der Mehrerlös bei einer Überpariemission, das Agio, zu. Die gesetzliche oder Zwangsrücklage darf nur zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes verwendet werden.

Viele Aktiengesellschaften sammeln noch weiter freiwillige Reservefonds an, in deren Verwendung sie durch das Gesetz nicht beschränkt sind. Sie bilden entweder Sonderrücklagen oder Reservefonds II (bei unserer Unternehmung beträgt die Sonderrücklage 1 Million \mathcal{M}) oder sie sammeln zu bestimmten Zwecken Reserven an wie Dividendenreservefonds zur Erhöhung der Dividende in ungünstigen Jahren, Kursreservefonds zur Deckung von Verlusten aus Wertpapieren, Baureservefonds als Zurückstellung für Neubauten, Steuerreservefonds usw.; hierher gehören auch die sogenannten Wohlfahrtsfonds für die Beamten und Arbeiter wie Pensionsfonds, Krankenkassen und dergleichen. Bei unserer Unternehmung findet sich eine Pensions- und Unterstützungskasse mit 422 311,40 \mathcal{M} ausgestattet, ein Talonsteuerfonds in Höhe von 16 000 \mathcal{M} .

Der Begriff der Rücklagen, des Reservefonds, gibt herkömmlicherweise zu einer Reihe von Irrtümern Veranlassung, die für das Verständnis des Wesens der Bilanz verhängnisvoll sind. Es wird häufig angenommen, die Reserven seien an bestimmte Aktiva gebunden. Diese Auffassung wird durch Redewendungen wie Anlegen, Bilden, Dotieren des Reservefonds, andererseits Verwenden, Angreifen dieses Fonds gefördert. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Reserven im allgemeinen nicht an bestimmte Anlagen gebunden sind; sie stecken vielmehr allgemein in den Aktivwerten der Bilanz, sie vermehren die Betriebsmittel der Gesellschaft. Reserven bedeuten nach Fischers Ausdrucksweise (S. 81) nicht gewisse Objekte aus der Gesamtheit der Aktiven, die von derwerbenden Tätigkeit, sondern Zunahmen des Reinvermögens, die von der Verteilung ausgenommen sind.

Ähnlichen Mißverständnissen unterliegt der Begriff Gewinn. Er ist der letzte Posten des Eigenkapitals; er arbeitet bis zur Generalversammlung, also in jedem Fall am Bilanztag, in der Unternehmung mit. Auch hier führt Fischer den oft vorhandenen Irrtum gut vor Augen. Jeder Laie ist, wie Fischer darlegt, bestrebt, sich eine Vorstellung vom Gewinne der Aktiengesellschaft zu machen, und er gelangt, da ihm keine andere wie die allgemeine Darstellung des Gewinnes, d. h. des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben, bekannt ist, dann zu der Meinung: der Gewinn sei „bar“ vorhanden; aus dem Gewinn ergebe sich, daß er, wenn vorhanden, als Dividende ausgeschüttet werden könne. Tatsächlich bedeutet Gewinn jedoch „Zunahme des Reinvermögens, nicht Zunahme bestimmter Aktiven wie der Kasse. Eine Aktiengesellschaft kann in einem Jahre einen beträchtlichen Gewinn erzielt, aber noch mehr

als sie verdient, für Errichtung von Baulichkeiten ausgegeben, und deswegen auch noch Schulden aufgenommen haben; trotz des dann in der Bilanz ausgewiesenen erheblichen Gewinnes kann also ein empfindlicher Mangel an Barmitteln vorhanden und, nach den Regeln einer ordentlichen Vermögensgebarung; die Gesellschaft nicht in der Lage sein, den Gewinn zu verteilen. Denn es ist zu beachten: es ist sehr leicht möglich, daß eine Gewinnverteilung, obwohl sie mit dem Gesetze . . . im Einklang steht, durchaus nicht mit den Regeln einer vernünftigen Wirtschaftsführung im Einklang zu stehen braucht . . .“ (Fischer S. 81 und 82).

Der Bilanzgewinn ist im übrigen mit dem Jahresreingewinn in der Regel nicht identisch; gewöhnlich ist in dem Bilanzgewinn außerdem noch ein nicht verteilter Gewinnrest vom Vorjahr enthalten. Bei unserer Unternehmung ist der Gewinnvortrag von 1912 (195 352,19 \mathcal{M}) und der Gewinn von 1913 (1 496 027,31 \mathcal{M}) getrennt aufgeführt.

Die eigenen Mittel unserer Unternehmung, ihr Eigenkapital, setzen sich also am Bilanztag aus folgenden Posten zusammen:

Stammaktien	9 000 000,00 \mathcal{M}
Vorzugsaktien	7 000 000,00 „
Gesetzliche Rücklage	748 069,66 „
Sonderrücklage	1 000 000,00 „
Pensions- und Unterstützungskasse	422 311,40 „
Talonsteuer	16 000,00 „
Gewinnvortrag von 1912	195 352,19 „
Gewinn von 1913	1 496 027,31 „
Eigenkapital	19 877 760,56 \mathcal{M}

An fremdem Kapital, also an sogenannten Schulden, Passiven im engeren Sinn, kommen für Industrieunternehmungen im allgemeinen Obligationsanleihen, Hypothekenschulden und Buchschulden (Kreditoren) in Betracht.

Unsere Unternehmung hat eine Hypothekenschuld in Höhe von 2 912 317,75 \mathcal{M} . Obligationsanleihen fehlen. Eine recht erhebliche Höhe weist der Posten Kreditoren und Banken (5 089 822,99 \mathcal{M}) auf. In dieser Summe sind ungetrennt neben kurzfristigen und langfristigen Bankkrediten aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem noch die früher bereits erwähnten Forderungen von Lieferanten enthalten. An diesem praktischen Beispiel ist noch einmal deutlich der bereits früher gerügte Mißstand zu erkennen, daß grundsätzlich verschieden geartete Posten fast in jeder Bilanz zusammen geworfen sind. Ferner sind Akzepte in Höhe von 293 324,78 \mathcal{M} , Spareinlagen und Kautionen in Höhe von 658 135,34 \mathcal{M} und unbezahlte Dividende im Betrage von 1 560 \mathcal{M} aufgeführt.

Die fremden Mittel, das Fremdkapital der Unternehmung, setzen sich demnach am Bilanztag aus folgenden Posten zusammen:

Hypotheken	2 912 317,75 \mathcal{M}
Kreditoren und Banken	5 089 822,99 „
Akzepte	293 324,78 „
Spareinlagen und Kautionen	658 135,34 „
Unbezahlte Dividende	1 560,00 „
Fremdkapital	8 955 160,76 \mathcal{M}

Bei der besprochenen Bilanz handelt es sich um ein verhältnismäßig kleines Unternehmen. Im folgenden wird die Bilanz einer der größten Unternehmungen Deutschlands wiedergegeben: die Unternehmung gehört der Eisen- und Stahlindustrie an. Die Wiedergabe ist dadurch gerechtfertigt, daß die Bilanz bereits auf der Passivseite eine Reihe wesentlicher Besonderheiten aufweist, die bisher noch nicht besprochen wurden.

Es erhebt sich sofort die Frage, wie werden diese Bestandteile, also Grundstücke, Fabrikanlagen, Maschinen, Werkzeuge, Rohmaterialien, Halbfabrikate, Fertigerzeugnisse, Wertpapiere usw. bewertet. Viele sehen in der Bewertungsfrage überhaupt das eigentliche Bilanzproblem. Da diese Frage für das Verständnis des Wesens der Rentabilitätsziffern von großer Bedeutung ist, muß sie hier eingehend behandelt werden. In der Theorie, allerdings weit weniger in der Praxis, bestehen von einander erheblich abweichende Auffassungen über die Ziffern, zu denen die Bestandteile des in der Unternehmung angelegten Kapitals einzusetzen sind. An diesem Zustand hat die Fassung der einschlägigen Paragraphen des H.G.B. einen erheblichen Anteil.

Bewertungsvorschriften sind einmal im § 40, zum andern im § 261 gegeben. Der § 261 bezieht sich auf die Aktiengesellschaften, der § 40 auf die übrigen Unternehmungsformen.

§ 40 lautet: „Die Bilanz ist in Reichswährung aufzustellen.“

Bei der Aufstellung des Inventars und der Bilanz sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Werte anzusetzen, der ihnen in dem Zeitpunkt beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet.

Zweifelhafte Forderungen sind nach ihrem wahrscheinlichen Werte anzusetzen, uneinbringliche Forderungen abzuschreiben¹⁾.

§ 261 bestimmt: „Für die Aufstellung der Bilanz kommen die Vorschriften des § 40 mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

1. Wertpapiere und Waren, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, dürfen höchstens zu dem Börsen- oder Marktpreise des Zeitpunktes, für welchen die Bilanz aufgestellt wird, sofern dieser Preis jedoch den Anschaffungs- oder Herstellungspreis übersteigt, höchstens zu dem letzteren angesetzt werden;
2. andere Vermögensgegenstände sind höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreise anzusetzen;
3. Anlagen und sonstige Gegenstände, die nicht zur Veräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind, dürfen ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreise angesetzt werden, sofern ein der Abnutzung gleichkommender Betrag in Abzug gebracht oder ein ihr entsprechender Erneuerungsfonds in Ansatz gebracht wird;
4. die Kosten der Errichtung und Verwaltung dürfen nicht als Aktiva in die Bilanz eingesetzt werden;
5. der Betrag des Grundkapitals und der Betrag eines jeden Reserve- und Erneuerungsfonds sind unter die Passiva aufzunehmen;
6. der aus der Vergleichung sämtlicher Aktiva und sämtlicher Passiva sich ergebende Gewinn oder Verlust muß am Schlusse der Bilanz besonders angegeben werden“.

Die §§ 40 und 261 zeigen in der Fassung insofern einen wesentlichen Unterschied, als der § 40 davon spricht, daß der Wert am Tage der Bilanz einzusetzen sei, während der § 261 den Anschaffungspreis als Höchstansatz festlegt¹⁾. Aus diesen beiden Fassungen hat man, wie Walb ausführt, zwei verschiedene Bilanzmotive herleiten wollen. Die Bilanz der Aktiengesellschaft habe den Zweck, den verteilbaren Gewinn zu ermitteln, die andern Bilanzen bezweckten, eine Aufstellung des Vermögens vorzunehmen. Diese Auffassung ist jedoch,

wie Fischer und nach ihm Walb betonen, irrig. Das Bilanzmotiv ist in beiden Fällen das gleiche. „Bilanz wird gemacht, um festzustellen, was verdient worden ist. Um dies zu ermöglichen, muß in begrenztem Sinne eine Vermögensaufstellung vorgenommen werden, so daß man von einer Art Vermögensbilanz in allen Fällen reden kann. Aber der führende Gesichtspunkt ist überall der, daß es vor allem darauf ankommt, den Erfolg richtig zu ermitteln, und daß darunter die Genauigkeit der Vermögensaufstellung leiden kann und muß. Eine normale Bilanz wird daher meistens das Vermögen falsch und zwar zu niedrig, den Gewinn aber richtig angeben.“ (Walb S. 19).

Die Fassung des § 40 ist, wie insbesondere R. Passow¹⁾ und R. Fischer gezeigt haben, verunglückt. Der Endzweck der Bilanzaufstellung geht nicht dahin, die einzelnen Bestandteile des Geschäftsvermögens selbständig zu bewerten; es kommt vielmehr darauf an, auf Grund der Kosten für die jeweilige Bilanzperiode den Erfolg zu ermitteln. Es würde im besonderen ein schwerer Verstoß gegen die kaufmännische Sitte sein, die im Preis gestiegenen Waren über den Anschaffungspreis hinaus zu erhöhen, da hierdurch der Gewinn, der dem Jahre des Umsatzes angehört, unzulässiger Weise aus diesem in ein früheres Jahr verlegt würde. Die Aktivseite der Bilanz, auf der das Geschäftsvermögen ausgewiesen werden soll, weist keine Objekte dieses Vermögens aus; die zur Veräußerung wie die zum Gebrauche bestimmten Sachen sind für die Bilanz nicht mehr und nicht weniger als die derzeit noch in Waren und Anlagen enthaltenen Kosten (Fischer S. 42). Wie bereits betont, folgt die kaufmännische Praxis nicht der Gesetzesvorschrift, welche den Wert am Tage der Bilanzaufstellung als absoluten Wert vorsieht; sie setzt den auf Grund der Selbstkosten ermittelten Buchwert ein. Nur wenn der Tageswert unter diesem Buchwert steht, wird zur Vorsicht der Tageswert eingesetzt.

Was die Bilanzen der Aktiengesellschaften im besonderen und die hierfür in Betracht kommenden Bewertungsvorschriften in § 261 Ziffer 1 bis 4 angeht, so gelangt man mit diesen Vorschriften zu Bilanzansätzen, die im allgemeinen mit den Bilanzansätzen der kaufmännischen Praxis übereinstimmen. Aber man gelangt zu dem richtigen Ergebnis auf Grund einer falschen Anschauungsweise²⁾. Wie der am Eingang des § 261 befindliche Hinweis auf § 40 und wie ferner die Motive zum H.G.B. nach Fischers Darlegung klar zeigen, vermochten die Gesetzesverfasser von dem grundsätzlichen Irrtum, daß aus Anlaß der Bilanzaufstellung die Gegenstände des kaufmännischen Geschäftsvermögens einer Bewertung zu unterziehen und daß deren Ergebnisse in die Bilanz einzustellen wären, nicht loszukommen. Man hielt daran fest, daß die Vermögensgegenstände der Aktiengesellschaft zu bewerten sind. Fischer faßt sein Urteil dahin zusammen, daß beim Aufstellen der Bilanz der Aktiengesellschaft eine Bewertung nach besonderen Grundsätzen nicht minder ausgeschlossen ist als beim Aufstellen der allgemeinen kaufmännischen Bilanz eine Bewertung nach allgemeinen Grundsätzen. Daher können, wie Fischer (S. 63 und 64) betont, die Vorschriften des § 261 Ziffer 1 bis 4 nicht als Ausfluß der Idee der selbständigen Bewertung, sondern sie müssen als Ausfluß des Gedankens der Revision, der am Schlusse einer Rechnungsperiode die Ziffern der Buchführung anläßlich der jährlichen Erfolgsberechnung zu unterziehen sind, angesehen und so mit dem allein gültigen Grundsatz der Bilanzierung in Übereinstimmung gebracht werden.

Diese Revision wird nun bei gleichem Ziel in verschiedener Weise vorgenommen, je nachdem die Kosten von Sachen, die

¹⁾ Vergl. für die folgenden Ausführungen neben den grundlegenden Untersuchungen R. Fischers auch E. Walb: *Kriegssteuern und Bilanzen*. Bonn 1916. S. 18 ff.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

²⁾ Vergl. R. Passow: *Die Bilanzen der privaten Unternehmungen*. Leipzig 1910. — ²⁾ Vergl. zu diesen Ausführungen R. Fischer S. 63.

zum Gebrauche, oder von Sachen, die zur Veräußerung bestimmt sind, geprüft werden sollen. Bei den zum Gebrauch bestimmten Sachen, beispielsweise Fabrikanlagen und Maschinen, findet die Prüfung unter dem Gesichtspunkt statt, welcher Teil der Anschaffungskosten als auf die Vergangenheit entfallend und in diesem Sinne als verbraucht und welcher Teil als noch nicht verbraucht zu gelten hat. Bei den zur Veräußerung bestimmten Sachen, also vor allem bei den Waren, wird die Prüfung im Hinblick auf die Veräußerung und deshalb unter Anlegung des Maßstabes des Preises der etwaigen Veräußerung vorgenommen. Walb¹⁾ schlägt vor, an Stelle der Begriffe Gebrauchs- und Verkaufsgegenstände die Begriffe Dauer- und Wechselbesitz einzuführen.

Walb rechnet zu dem Dauerbesitz diejenigen Aktiva, die weder zur Veräußerung noch zum baldigen Verbrauch bestimmt sind. Außer den Anlagen bezieht er auch Patente, Beteiligungseffekten usw. ein. Bei diesen Aktiven gelangt weder bei den Bilanzen der Aktiengesellschaften noch bei denen der anderen Unternehmungsformen der jeweilige Tageswert zur Anwendung. Nach § 261 Ziffer 3 H.G.B. dürfen Anlagen und sonstige Gegenstände, die nicht zur Weiterveräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind, ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreise angesetzt werden, sofern ein der Abnutzung gleichkommender Betrag in Abzug gebracht oder ein ihr entsprechender Erneuerungsfonds in Ansatz gebracht wird.

In der Bilanz unserer Unternehmung der Eisenindustrie sind auf der Aktivseite bei dem Posten Immobilien (226 941 447,59 *M*) Abschreibungen in Höhe von 19 448 305,32 *M* vorgesehen, hingegen nicht bei den Werksgeräten und Transportmitteln. Es ist möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß die auf der Passivseite eingesetzte Rücklage für besondere Abschreibungen und Erneuerungen die auf der Aktivseite nicht vorgesehenen Abschreibungen für Werksgeräte und Transportmittel decken soll. In diesem Falle trüge die Rücklage nicht den Charakter einer eigentlichen Rücklage, sondern den eines Korrektivkontos. Es ist aber wohl anzunehmen, daß die genannte Rücklage über die notwendigen Abschreibungen hinaus einen Fonds für Neuanschaffungen und unvorhergesehene Ereignisse enthält; für diesen Teil trägt die Rücklage den Charakter eines wirklichen Reservefonds.

In der Bilanz der Unternehmung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind, wie aus der Gewinn- und Verlustrechnung (vergl. Abschreibungen 416 189,02 *M*) hervorgeht, bei Gebäuden, Gleisanlagen, Maschinen und Inventar die Abschreibungen bereits vorweggenommen, auf der Aktivseite also nicht besonders als solche zur Darstellung gebracht.

Es handelt sich bei den Abschreibungen überhaupt um die anteilmäßige Vorausnahme eines erst in Zukunft eintretenden Verlustes auf die einzelne Bilanzperiode, der aus der Ingebrauchnahme der Sache Nutzen erwächst²⁾. Gemäß dem Nutzen sind die Lasten, welche die Sache mit sich bringt, d. h. die Anschaffungskosten, auf die Jahre der wahrscheinlichen Nutzbarkeit umzulegen. Die Höhe der Abschreibungssätze läßt sich theoretisch nicht festlegen, sie muß sich auf die allgemeine Erfahrung stützen. Die Abschreibung muß auf jeden Fall so bemessen sein, daß die Gegenstände zur Zeit ihrer Außerbetriebsetzung bis auf den Wert abgeschrieben sind, den sie dann als Veräußerungsgegenstände haben. Ist die Abschreibung nach der Benutzungsdauer in Prozenten des ursprünglichen Wertes geschätzt, z. B. bei 20 Jahren Benutzungsdauer auf 5 v. H., so ist es auch, wie Adler hervor-

hebt, allein richtig, alle Jahre den gleichen Betrag vom Anschaffungswerte abzuschreiben, und nicht, wie es sehr häufig geschieht, die 5 v. H. von dem verbliebenen letztjährigen Bilanzwerte zu rechnen, weil auf diese Weise die Abschreibungsquote immer kleiner wird und theoretisch überhaupt nicht zur vollen Abschreibung führt¹⁾. Manche Gesellschaften bestimmen die Quoten nach dem Reingewinn. Dieses Verfahren ist nicht ganz unrichtig. In günstigen Jahren bei vollem Geschäftsgange werden die Anlagen, Maschinen, Werkzeuge, Fuhrpark usw. tatsächlich stärker entwertet als in schlechten Jahren. Man hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß auch andere Umstände als geringer Geschäftsgang, namentlich ungünstige Preisverhältnisse, den Jahresgewinn herabdrücken können, ohne daß die Abnutzung der Gebrauchsgegenstände geringer geworden ist. Bei der Schätzung der Gebrauchsdauer, namentlich von Maschinen und Gerätschaften, ist die Gefahr mit zu veranschlagen, daß infolge Erfindung und Aufkommens eines neuen Typus der vorhandene, an sich noch lange Zeit benutzbare Gegenstand des alten außer Betrieb gestellt und durch einen Gegenstand des neuen Typus ersetzt werden muß. Der Begriff der Abschreibung ist umstritten. Nach einer weit verbreiteten Auffassung werden an Gegenständen des Dauerbesitzes Abschreibungen vorgenommen, weil sie sich abnutzen. Durch die Abschreibungsquote wird nach dieser Auffassung die während des Jahres stattgefundene Abnahme des Gebrauchswertes der Maschine usw. dargestellt: die Anschaffungskosten der Maschine, verringert um die jährliche Abschreibungsquote, stellen den Gebrauchswert der Maschine am Ende des Jahres dar. Diese Auffassung mag gefördert worden sein durch die an sich richtige volkswirtschaftliche Vorstellung, daß im Preis eines gewerblichen Erzeugnisses auch ein Wertbestandteil enthalten ist, der dem stehenden Kapital der Unternehmung, aus der das Erzeugnis stammt, zuzurechnen ist. Dennoch ist die Auffassung von dem jährlich um die gleiche Quote verringerten Gebrauchswert einer Maschine usw. im allgemeinen nicht richtig. Gebrauchswert ist ein technischer Begriff. Der Gebrauchswert eines Präzisionswerkzeuges oder einer Präzisionsmaschine ist während des Jahres ihres Gebrauchs im wesentlichen gleich: macht sich eine Abnahme des Gebrauchswertes bemerkbar, so muß die Maschine außer Betrieb gesetzt werden. Man kann diese Anlagen und Maschinen mit einer Quelle vergleichen, die zehn Jahre lang fortwährend eine gleiche Menge Wasser liefert und dann aufhört. Der „Gebrauchswert“ ist während der zehn Jahre der gleiche geblieben. Es wurde deshalb nach Fischers Vorgang zur Erklärung des Wesens der Abschreibung die Ausgleichsidee herangezogen: die Anschaffungskosten werden auf die Jahre der wahrscheinlichen Nutzbarkeit umgelegt, der zukünftige Verlust wird durch die jährlichen Abschreibungen anteilmäßig vorweggenommen.

Häufig werden bei den Anlagen und Maschinen die plangemäß auf mehrere Jahre zu verteilenden Abschreibungen in einem oder in einigen wenigen Jahren vorgenommen; es werden also zu hohe Abschreibungen vorgenommen, die in dem Jahre oder in den Jahren ihrer Durchführung den Gewinn schmälern. Es werden, um das Unternehmen widerstandsfähiger zu machen, sogenannte stille Reserven gebildet, die in ihrer Wirkung den tatsächlichen Reserven gleichkommen. Bekannt sind die Abschreibungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft: auf dem Maschinenkonto steht je 1 *M* für 7 Fabriken, auf dem Werkzeugkonto je 1 *M* für 7 Fabriken, auf dem Modellkonto je 1 *M* für 6 Fabriken. In unserer Unternehmung der Eisenindustrie sind Patente und Lizenzen mit 2 *M* ein-

¹⁾ Vergl. Walb: Kriegssteuern und Bilanzen. S. 20 ff. —

²⁾ Vergl. Fischer S. 34.

¹⁾ Vergl. Adler S. 18.

gesetzt. In der Unternehmung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie findet sich ein Patent-, Gebrauchsmuster- und Markenschutzkonto mit 1 *M.*

Beim Wechselbesitz der Aktiengesellschaften ist zu unterscheiden zwischen Waren mit einem Börsen- oder Marktpreis und Waren ohne Börsen- oder Marktpreis.

Die Waren ohne Börsen- oder Marktpreis sind höchstens zum kalkulierten Kostenpreis anzusetzen. Dieser Kostenpreis entspricht bei Waren, die angeschafft worden sind (also Rohmaterialien und gegebenenfalls Halbfabrikate), dem Anschaffungspreis, bei Waren, die in der Unternehmung selbst hergestellt worden sind, dem Herstellungspreis. Die Kosten sind also als Höchstsatz maßgebend. Die Waren mit einem Börsen- oder Marktpreis dürfen höchstens zu diesem Börsen- oder Marktpreis angesetzt werden, falls ihr Anschaffungs- oder Herstellungspreis nicht niedriger ist. Ist dieser Preis jedoch niedriger, so dürfen sie — ungeachtet eines höheren Börsen- oder Marktpreises — höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis angesetzt werden. Es darf also bei Waren mit und ohne Börsen- oder Marktpreis vom Kostenpreis nur abgewichen werden, um eine Wertverminderung vorzunehmen. Der Grundgedanke ist wiederum der: es werden grundsätzlich die auf Grund der Buchführung und Kalkulation sich ergebenden Selbstkosten eingesetzt; diese Ziffern werden jedoch am Ende der Rechnungsperiode gelegentlich der jährlichen Erfolgsermittlung einer Revision nach unten unterzogen.

Streitfragen haben sich hier noch deswegen ergeben, weil der Begriff des Herstellungspreises, der bei den in der Unternehmung selbst hergestellten Waren den Selbstkosten entspricht, nicht eindeutig feststeht¹⁾. Kein Zweifel besteht darüber, daß zum Herstellungspreis einer Ware der Anschaffungspreis des Rohmaterials und die zur Herstellung der Ware aufgewendeten direkten oder produktiven Löhne gehören. Zweifel bestehen jedoch bezüglich der weiteren, mehr allgemeinen Produktionskosten. Nach kaufmännischer Auffassung gehört auch eine Reihe allgemeiner Produktionskosten zu den Herstellungskosten der Ware. Besonders kommt hier die Unterscheidung dieser Kosten in allgemeine Fabrikations- oder Betriebskosten einerseits und in Handlungs- oder Vertriebskosten, die erst beim Verkauf der Waren entstehen, andererseits in Betracht. Die Vertriebskosten gehören nicht unbedingt zu den Herstellungskosten. Inwieweit aber die Fabrikations- oder Betriebskosten. z. B. Gehälter der Ingenieure, Meister und Aufseher, die Kosten der Instandhaltung der Fabrikgebäude, der Einrichtung, der Maschinen und dergl., den Herstellungskosten zugerechnet werden dürfen, muß man wohl dem pflichtgemäßen Ermessen des Vorstandes und des Aufsichtsrats überlassen²⁾. (Adler S. 19). Die beiden hier behandelten Unternehmungen geben im übrigen ihre Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate in einer Summe an: sie beträgt bei der Unternehmung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 3 914 357, ⁷⁴ *M.*, bei der Unternehmung der Eisenindustrie 148 235 415, ⁹³ *M.*

Die übrigen Posten der Aktivseite der beiden hier untersuchten Bilanzen bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Bei der Unternehmung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie kommen in Betracht: Kasse 45 672, ¹⁹ *M.*, Schecks und Wechsel 636 589, ⁷² *M.*, Giro- und Bankguthaben 382 945, ⁷² *M.*, ferner Beteiligungen und Wertpapiere 10 728 287, ³³ *M.* Es folgen schließlich Debitoren, also Buchforderungen in Höhe von 4 395 820 *M.* Die Unternehmung der Eisenindustrie verfügt über Kasse und Reichsbank-Giroguthaben 2 167 942, ⁹⁵ *M.*, Wechsel 7 394 262, ⁵⁰ *M.*, festverzinsliche Wertpapiere 70 273 090, ⁷⁵ *M.*, andere Wertpapiere und Beteiligungen

17 736 530, ⁹⁷ *M.*, ferner Bankguthaben 63 823 886, ⁹⁸ *M.* und Guthaben bei öffentlichen Sparkassen 8 160 875, ⁴⁵ *M.* Unter den sonstigen Debitoren in Höhe von 53 938 826, ⁸¹ *M.* befinden sich, wie der Bericht des Direktoriums ausweist, 40 904 494, ²⁴ *M.* Guthaben für Lieferungen, außerdem 6 066 791, ²⁴ *M.* Abschlagszahlungen an Lieferanten usw. Es ist, worauf nur nebenbei hingewiesen sein mag, aus der Betrachtung der Aktivseite ebenso wenig wie aus der Betrachtung der Passivseite zu ersehen, ein wie hohes Kapital in der Unternehmung im Jahresdurchschnitt verbend angelegt war, verbend im Unternehmen arbeitete. Die Höhe der Bankguthaben, Kassenbestände, Wechsel, sonstigen Debitoren usw. sind eben nur für den Bilanztag bekannt, ein Rückschluß auf ihre Höhe im Jahresdurchschnitt ist unmöglich.

Das Problem der Bewertung der Aktiva wurde hier deswegen ausführlich behandelt, weil seine Erörterung den besten Einblick in die kaufmännische Denkungsweise und Praxis gewährt, auf der die Bilanz beruht. Der Erfolg eines Rechnungsjahres soll auf Grund der Selbstkosten durch die Bilanz festgestellt werden: die Selbstkosten werden außerdem aus Vorsicht einer Revision nach unten unterzogen. Nur die in den Anlagen und Waren enthaltenen Kosten dürfen in die Bilanz eingesetzt werden. Es obwaltet demnach bei der Bilanzierung eine vollkommen privatwirtschaftliche Denkungsweise. In dieser Denkungsweise würde etwa eine Erhöhung der im Preise gestiegenen Waren über den Anschaffungspreis hinaus, wie gelegentlich ausgeführt wurde, bedeuten, daß sich der Kaufmann etwas vorlügt. Diese in rein privatwirtschaftlicher Denkungsweise vorgenommene Bewertung bedingt auch einen entsprechenden Bilanzgewinn, welcher der Differenz aus der Summe der Aktivposten, vermindert um die Summe der Passivposten, entspricht. Jede Veränderung in der Bewertung der Aktivposten verändert demnach auch den Bilanzgewinn, der ein rein buchmäßiger Gewinn ist. Ein solcher „privatwirtschaftlicher“ Gewinn läßt sich nun ohne weiteres bei der Ermittlung der früher behandelten Rentabilität des Unternehmerkaptals verwenden: durch Gegenüberstellung des Unternehmerkaptals und dieses Gewinnes läßt sich die Rentabilität und die Rentabilitätsziffer im privatwirtschaftlichen Sinne, wie sie genannt wurde, berechnen.

Neben der privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziffer galt es aber auch noch durch Inbeziehungsetzung des Gewinns zu dem gesamten verbenden Kapital oder zu dem Unternehmungskapital einen objektiven Kapitalgewinnsatz oder eine Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu berechnen. Ebenso wie bei dieser Berechnung an die Stelle des Eigenkapitals der Unternehmung das Unternehmungskapital tritt, müßte entsprechend an die Stelle der privatwirtschaftlichen Bewertung der Vermögensgegenstände eine Bewertung vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus eintreten. Werte vom volkswirtschaftlichen oder objektiven Gesichtspunkt aus sind nun aber Preise, die tatsächlich erzielt wurden. Der objektive Wert einer Ware oder eines Wertpapiers, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, ist in einem bestimmten Zeitpunkt gleich diesem Börsen- oder Marktpreis. Die kaufmännische Praxis setzt, wie früher ausgeführt wurde, bei der Bilanzierung den niedrigeren Anschaffungs- oder Herstellungspreis ein, falls dieser Preis unter dem Börsen- oder Marktpreis liegt. Man spricht bemerkenswerterweise in diesem Falle von dem Bilden einer stillen Reserve und zwar einer gesetzlich notwendigen stillen Reserve: man stellt dabei unwillkürlich dem Bilanzwert den objektiven Wert der Ware und Wertpapiere, also den am Bilanztag tatsächlich geltenden Markt- oder Börsenpreis gegenüber. Weitaus schwieriger wäre es jedoch, für Waren und Wertpapiere, die keinen Markt- oder Börsenpreis haben, den objektiven Wert zu finden. Man

¹⁾ Vergl. für die folgenden Ausführungen wiederum Adler S. 19.

könnte etwa bei Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikaten den aller Wahrscheinlichkeit nach am Bilanztag erzielbaren Preis, bei Anlagen, Maschinen usw. denjenigen Preis einsetzen, zu dem die Anlagen und Maschinen am Bilanztag angeschafft werden können.

Es liegt auf der Hand, daß dieser objektive Wert durchaus keinem eindeutigen Preis entspricht. Es werden von vornherein verschiedenartige Auffassungen über die Höhe der erzielbaren und der für die Anschaffung notwendigen Preise vorhanden sein¹⁾. In jedem Falle muß man sich aber darüber klar sein, daß eine Bewertung unter Heranziehung objektiver Werte oder Preise in vielen Fällen erheblich höhere Ansätze ergeben würde als die bei der kaufmännischen Praxis übliche Einsetzung der Selbstkosten. Mit den höheren Aktivwerten würde sich aber auch ohne weiteres der Gewinn ändern, der ja lediglich in der Differenz der Aktiv- und Passivposten besteht. Mit anderen Worten: die Feststellung des objektiven Kapitalgewinnsatzes oder der Rentabilität vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt stößt nicht nur in der Feststellung des verbenden Gesamtkapitals, sondern auch in der Feststellung des Gewinns, also der zweiten Größe der Rentabilitätsberechnung, auf große Schwierigkeiten. Sie muß sich mit einer Gewinnsumme begnügen, die unter Einsetzung privatwirtschaftlicher Werte (Selbstkosten) und nicht, wie es notwendig wäre, unter Einsetzung objektiver Werte (Preise) errechnet worden ist.

Auf der anderen Seite darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch in der Errechnung des Gewinns auf Grund der Selbstkosten in der Praxis die größten Verschiedenheiten bestehen. Es werden häufig vom Reingewinn Summen als Unkosten in Abzug gebracht — man denke nur an die oft erörterten Tantiemen für den Aufsichtsrat und die Vorstandsmitglieder —, die eigentlich erst aus dem Gewinn zu bestreiten sind. Auch eine Betrachtung des von den Aktiengesellschaften veröffentlichten Gewinn- oder Verlustkontos oder der Gewinn- und Verlustrechnung liefert in der Regel keine neuen Aufschlüsse. Dieses Konto wird erst beim Bücherabschluß gebildet²⁾. Die während eines Geschäftsjahres vorkommenden Verluste und Gewinne werden auf einer Reihe von Unterkonten wie Zinsen-, Provisions-, Steuer-, Betriebsspesen-, Handlungsunkostenkonto usw. verbucht und erst am Ende des Geschäftsjahres mit ihrem Saldo auf das Verlust- und Gewinnkonto übertragen. Ebenso werden die auf den Bestandskonten wie Waren-, Fabrikations-, Wechsel-, Effektenkonto usw. bei deren Abschluß sich ergebenden Verluste oder Gewinne in das Verlust- und Gewinnkonto eingestellt. Hinsichtlich der Spezialisierung der einzelnen Gewinne und Verluste bestehen innerhalb der veröffentlichten Bilanzen erhebliche Unterschiede. Die Mehrzahl der Bilanzen weist eine so geringe Gliederung auf, daß ein tieferer Einblick in die Art der Gewinne und Verluste unmöglich ist. Unsere Unternehmung der Eisenindustrie gibt als Verluste oder besser als Aufwendungen nur Steuern, Angestellten- und Arbeiterversicherung, an Gewinnen oder besser Erträgen den Betriebsüberschuß, Zinsen sowie „Verschiedene Einnahmen“ wieder. Bei der Unternehmung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie finden sich an Aufwendungen: Vertriebs- und Verwaltungskosten, Abschreibungen, Hypothekenzinsen einschließlich Gebäudeinstandhaltung, an Erträgen: Gewinn auf Waren und Beteiligungen, Mieteinnahmen.

Es ist schließlich noch auf eine letzte Ursache hinzuweisen, die darauf hinwirkt, daß die Berechnung der Rentabilität des Eigenkapitals der Unternehmung, also die Berechnung der

privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziffer, nur unvollkommene Ergebnisse liefern kann. Das ist das außerordentlich verschiedene Vorgehen bei den Abschreibungen, insbesondere das Bilden stiller Reserven. Es wurde bereits oben auf die verschiedenen Abschreibungsgrundsätze hingewiesen: dazu kommt aber, daß zahlreiche Unternehmungen übermäßig hohe Abschreibungen auf die Anlagen und Maschinen, aber auch auf Debitoren, Effekten usw. vornehmen, daß sie beispielsweise die Zugänge an Anlagevermögen mit 100 Prozent abschreiben. Diese unsichtbaren Reserven haben große privatwirtschaftliche Bedeutung, sie stärken die Unternehmung in ungünstigen Jahren, sie gewähren die Möglichkeit konstanter Dividenden; man hat unter anderem mit guten Gründen behauptet, daß die so bedeutungsvolle Umorientierung der deutschen Industrie zu Beginn des Krieges in hohem Maße durch das Vorhandensein von starken stillen Reserven ermöglicht worden ist. Vom Standpunkt der Rentabilitätsberechnung betrachtet, wirken sie aber daraufhin, daß die Rentabilitätsziffern der einzelnen Unternehmung unter sich wenig vergleichbar sind, und daß sich für die einzelne Unternehmung selbst nur eine richtige privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer ergibt, wenn man eine Reihe von Jahren zusammenfaßt. Die Dividende und die auf das Eigenkapital berechnete Rentabilitätsziffer des einzelnen Jahres wird beim Vorhandensein großer stiller Reserven in hohem Grade ausgeglichen¹⁾.

Angesichts der Schwierigkeiten, die einer richtigen Erfassung der Rentabilitätsziffer entgegenstehen, fehlt es nicht an Stimmen, die die Möglichkeit einer auf die bisherige Art durchgeführten Rentabilitätsstatistik überhaupt verneinen. Sie glauben, daß vor allem in dem Börsenkurs der Aktien die ganze Unternehmung richtig bewertet werde. In dem Börsenkurs komme insbesondere das Vorhandensein von starken stillen Reserven aller Art zum Ausdruck. Es wird zugegeben, daß die Höhe des Börsenkurses an einem bestimmten Tage noch durch andere Momente als durch den inneren Wert der Unternehmung beeinflußt sein könne. Berechne man aber für einen längeren Zeitraum, etwa ein halbes oder ganzes Jahr, den Durchschnittsbörsenkurs, so fände darin der innere Wert der Unternehmung wenigstens annähernd seinen Niederschlag.

Zu diesem Problem kann im Rahmen der Untersuchung nicht Stellung genommen werden. Die Frage der Preisbildung der Aktien an der Börse erscheint nicht genügend geklärt.²⁾

¹⁾ Man hat gelegentlich den Versuch gemacht, diese stillen Reserven zahlenmäßig ungefähr zu erfassen. Wie Nicklisch (vergl. Allgemeine kaufmännische Betriebslehre. Band I. Leipzig 1912. S. 110ff.) darlegt, setzt das Verfahren voraus, daß gleichzeitig eine öffentliche zahlenmäßige Wertung der Unternehmung in den Kursen stattfindet. Diese werten das eigene Kapital: Aktienkapital, offene und stille Reserven und Gewinn. Ein anderer Kurs kann aus der Bilanz berechnet werden; er wird ermittelt, indem das Grundkapital gleich 100 gesetzt und der Prozentsatz, den die sichtbaren Reserven und der Gewinn vom Grundkapital ausmachen, diesem zugezählt wird: 2 000 000 \mathcal{M} Grundkapital, 500 000 \mathcal{M} offene Reserven und Gewinn ergeben einen Bilanzkurs von 125 %. Ist der Börsenkurs größer als der Bilanzkurs, so ist für die Bilanzposten Unterbewertung anzunehmen und zwar mit dem Betrage, der dem Unterschiede zwischen den beiden Kursen gleich ist. Diese Differenz ist eine Prozentzahl; die absolute Zahl für den Wert der stillen Reserven ergibt sich, wenn die Prozente vom Grundkapital berechnet werden. Nicklisch hat an der angeführten Stelle auch auf die Bedenken, welche dieser Methode entgegenstehen, hingewiesen. — ²⁾ Vergl. die wertvolle Untersuchung von W. Prión: Die Preisbildung an der Wertpapierbörse insbesondere auf dem Industrieaktienmarkt der Berliner Börse. Leipzig 1910, sowie die Bemerkungen von H. Göppert in seiner Vortragsreihe: Über das Börsentermingeschäft in Wertpapieren. Berlin 1914. S. 52ff.

¹⁾ Vergl. dazu auch die Ausführungen R. Passows gegen Kovero im Bank-Archiv. 13. Jahrgang S. 152 und 153. — ²⁾ Vergl. Adler S. 22, 23 und 24.

Bilanz der Deutschen Bank per Ende Dezember 1913.

Aktiva.		M	ℳ	ℳ	ℳ	Passiva.		M	ℳ	ℳ	ℳ
1. Nicht eingezahltes Aktienkapital				—	—	1. Aktienkapital				200 000 000	—
2. Kasse, fremde Geldsort. u. Kupons				90 348 302	23	2. Reserven				112 500 000	—
3. Guthab. b. Noten- u. Abrechn.-Bank.				37 100 602	57	3. Kreditoren:					
4. Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen:						a) Nostroverpflichtungen		1 824 562	81		
a) Wechsel (mit Ausschluß v. b. cu. d) u. unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		639 001 793	25			b) seitens der Kundschaft b. Dritten benutzte Kredite		—	—		
b) eigene Akzepte		—	—			c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		129 702 478	83		
c) eigene Ziehungen		400 418	85			d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:					
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank		—	—	639 402 212	10	1. innerhalb 7 Tagen fällig					
5. Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen				61 734 630	78	ℳ 626 563 918,34					
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				233 226 705	30	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig					
7. Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen				216 769 036	64	„ 181 717 653,70					
davon am Bilanztage gedeckt:						3. nach 3 Monaten fällig		90 725 167,93		399 006 740	02
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine		66 928 823	46			e) sonstige Kreditoren:					
b) durch andere Sicherheiten		60 648 745	63			1. innerhalb 7 Tagen fällig					
8. Eigene Wertpapiere:						ℳ 315 246 966,52					
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		131 693 780	06			2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig					
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere		9 703 933	37			„ 97 694 128,61					
c) sonstige börsengäng. Wertpap.		18 008 185	80			3. nach 3 Monaten fällig		136 570 913,65		549 512 008	78
d) sonstige Wertpapiere		1 795 723	35	161 201 622	58	4. Akzepte und Schecks:					
9. Konsortialbeteiligungen				53 462 472	22	a) Akzepte		284 078 810	78		
10. Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen				82 469 426	35	b) noch nicht eingelöste Schecks		16 624 283	89	300 703 094	67
11. Debitoren in laufender Rechnung:						Außerdem:					
a) gedeckte durch börsengängige Wertpapiere		ℳ 348 735 293,64				Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen		142 300 710	51		
durch andere Sicherheiten		„ 163 705 560,11		512 440 853	75	Eigene Ziehungen		400 418	85		
b) ungedeckte		126 019 341	87	638 460 195	62	davon für Rechnung Dritter					
Außerdem:						ℳ 242 102,50					
Aval- und Bürgschaftsdebitoren		142 300 710	51			Weiter begebene Solawechs. der Kunden an die Order d. Bank		—	—		
12. Bankgebäude				31 500 000	—	5. Sonstige Passiva:					
13. Sonstige Immobilien				—	—	Dividende unerhoben		34 134	—		
14. Sonstige Aktiva				1	—	Dr. Georg von Siemens-Fonds für die Beamten		7 565 162	90		
						Rückstellung für Talonsteuer		1 960 000	—		
						Übergangs-posten der Zentrale u. der Filialen untereinander		7 121 618	45	16 680 915	35
						6. Reingewinn				35 745 406	93
Summa der Aktiva	ℳ	2 245 675	207	39		Summa der Passiva	ℳ	2 245 675	207	39	

Stellt man sich aber auf den eben gekennzeichneten Standpunkt, so kann die vom Preußischen Statistischen Landesamt seit dem zweiten Halbjahr 1912 in der Statistischen Korrespondenz und später auch im Statistischen Jahrbuch veröffentlichte Statistik der Kurse der an der Berliner Fondsbörse zugelassenen Aktien der deutschen Aktiengesellschaften wertvolle Unterlagen bieten. Im Preußischen Statistischen Jahrbuch wird beispielsweise für alle Gewerbegruppen und Gewerbearten das Aktienkapital nach dem Nennwert und nach dem Kurswert im Wochendurchschnitt des Jahres aufgeführt. Berechnet man aus diesen beiden Größen (Aktienkapital nach dem Nennwert und Aktienkapital nach dem Kurswert) jeweils die Spannung, so ließen sich durch eine vergleichende Betrachtung der Spannungsziffern der einzelnen Jahre allgemeine Rückschlüsse auf zu- oder abnehmende Rentabilität innerhalb der Gewerbegruppen und Gewerbearten gewinnen.

Im Anschluß an die Darlegungen über die Industriebilanzen und die darauf aufgebauten Rentabilitätsberechnungen sei im folgenden noch die Bilanz einer Berliner Großbank (Deutsche Bank) behandelt. Bei den Banken, insbesondere bei den Großbanken, überwiegt bekanntlich in der Regel das Fremdkapital bei weitem das Aktienkapital und das eigene Kapital überhaupt: der Anteil des Eigenkapitals an dem gesamten werbenden Kapital ist im Lauf der Zeit immer mehr gesunken. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn bei der Bearbeitung der Bankbilanzen zuerst das Problem auftrat, neben der auf das Aktien- und Eigenkapital überhaupt

berechneten Rentabilitätsziffer noch eine auf das gesamte werbende Kapital berechnete Rentabilitätsziffer zu ermitteln. Bevor die Bilanz der Deutschen Bank wiedergegeben wird, sei darauf hingewiesen, daß die meisten deutschen Großbanken, abgesehen vor allem von der Berliner Handels-Gesellschaft, ihre Bilanzen nach einem 1911 auf Anregung der Reichsbank vereinbarten Bilanzmuster veröffentlichten. Sie veröffentlichten ferner, gleichfalls auf Anregung der Reichsbank, in zweimonatlichen Abständen Zwischenbilanzen nach dem gleichen Muster. Aus der Jahresbilanz lassen sich nunmehr in Verbindung mit den Zwischenbilanzen eine Reihe wichtiger Folgerungen ziehen, allerdings mit Vorbehalten¹⁾.

Eine nähere Besprechung der einzelnen Bilanzposten ist hier nicht beabsichtigt²⁾. Es sollen lediglich einige Hauptergebnisse herausgegriffen und im Zusammenhang mit den Ergebnissen der acht anderen Berliner Großbanken im Anschluß an eine Arbeit G. Bernhards behandelt werden³⁾.

Das Aktienkapital der Deutschen Bank beträgt 200 Millionen ℳ, die Reserven 112,5 Millionen ℳ; damit sind die

¹⁾ Eine Reihe dieser Vorbehalte hat G. Bernhard im Plutus 11. Jahrgang (1914) S. 451 ff. berührt. — ²⁾ Vergl. die Besprechung der Posten bei B. Buchwald: Die Technik des Bankbetriebes. 7. Auflage. Berlin 1912. S. 425 ff. — ³⁾ Vergl. G. Bernhard: Unsere Großbanken, erschienen im Plutus 11. Jahrgang (1914) S. 310 ff. und 451 ff.

wichtigsten Posten des während des ganzen Jahres arbeitenden Eigenkapitals aufgeführt. Der Gewinn, der, wie früher bereits betont wurde, in wechselnder Höhe während des Jahres mitgearbeitet hat, ist fortgelassen. Die Kreditoren belaufen sich auf 1 580 Millionen \mathcal{M} , die Akzepte, ohne Avale und nicht eingelöste Schecks, auf 284 Millionen \mathcal{M} ; damit sind die wichtigsten Posten des Fremdkapitals zunächst nach dem Stande von Ende Dezember 1913 aufgezählt. Bei den Unternehmungen, die nicht dem Bankgewerbe angehören, wäre nun, wie früher hervorgehoben wurde, die Annahme irrig, daß dieses Fremdkapital in Höhe von 1 864 Millionen \mathcal{M} auch tatsächlich während des ganzen Jahres mitgearbeitet hätte. Bei den Banken, insbesondere bei den Großbanken jedoch, ist, wie die Erfahrung an der Hand der Zweimonatsbilanzen gezeigt hat, diese Annahme nicht unbedingt von der Hand zu weisen. Die nachstehende Übersicht, welche unter anderem für neun Berliner Großbanken die Höhe des Fremdkapitals Ende 1913 und im Durchschnitt 1913 nachweist, ergibt, daß die Höhe des Fremdkapitals von verhältnismäßiger Beständigkeit ist.

Die erste Übersicht veranschaulicht das Eigenkapital der neun Berliner Großbanken:

Berliner Großbanken:	Aktienkapital Millionen \mathcal{M}	Reserven Millionen \mathcal{M}	Eigenkapital Millionen \mathcal{M}
Bank für Handel und Industrie . .	160	32,9	192,9
Berliner Handels-Gesellschaft . . .	110	34,5	144,5
Commerz- und Disconto-Bank . . .	85	14,9	99,9
Deutsche Bank	200	112,5	312,5
Disconto-Gesellschaft	200	81,3	281,3
Dresdner Bank	200	61,0	261,0
Mitteldeutsche Creditbank	60	9,1	69,1
Nationalbank für Deutschland . . .	90	16,0	106,0
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	145	24,9	169,9

Die nächste Übersicht ist dem Fremdkapital gewidmet:

Berliner Großbanken:	Kreditoren im Ende 1913	Jahres- durch- schnitt 1913	Akzepte ¹⁾ im Ende 1913	Jahres- durch- schnitt 1913	Fremdkapital im Ende 1913	Jahres- durch- schnitt 1913
	Millionen \mathcal{M}					
Bank für Han- del u. Industrie	607,68	599,24	164,92	153,56	771,70	752,80
Berliner Han- dels-Gesellschaft	296,82	.	96,84	.	393,66	.
Commerz- u. Dis- conto-Bank . .	315,97	302,98	82,08	79,53	398,05	382,51
Deutsche Bank .	1 580,04	1 626,02	284,08	277,49	1 864,12	1 903,51
Disconto-Gesell- schaft	674,02	652,05	246,33	212,70	920,35	864,75
Dresdner Bank .	958,40	934,84	280,70	274,94	1 239,10	1 209,78
Mitteldeutsche Creditbank . . .	130,77	121,07	53,78	51,42	184,55	172,49
Nationalbank für Deutschland . .	240,72	259,23	68,32	69,83	309,04	329,06
A. Schaaffhausen's- cher Bankverein	344,21	356,28	115,62	111,59	459,83	467,87

Wie bereits erwähnt wurde, veröffentlicht die Berliner Handels-Gesellschaft keine Zweimonatsbilanzen; für diese Großbank kann daher auch kein Jahresdurchschnitt berechnet werden. Bei den übrigen Großbanken weichen zwar die Jahresdurchschnitte von den sich für Ende 1913 ergebenden Zahlen ab, jedoch nicht in dem Maße, wie es sich aller Wahrscheinlichkeit nach bei Unternehmungen, die nicht dem Bankgewerbe angehören, ergeben würde. Für rohe Berechnungen wäre es also beim Bankgewerbe oder zum mindesten bei den Groß-

¹⁾ ohne Avale und nicht eingelöste Schecks.

banken nicht unangebracht, das Fremdkapital in der Höhe, in der es in der Bilanz erscheint, als Teil deswerbenden Kapitals einzusetzen. Faßt man im übrigen die acht Großbanken (ausschließlich der Berliner Handelsgesellschaft) zusammen, so heben sich die Abweichungen in erheblichem Umfang auf. Die Summe der Kreditoren betrug bei diesen Banken Ende 1913: 4 851,81 Mill. \mathcal{M} , im Jahresdurchschnitt 1913: 4 851,71 Mill. \mathcal{M} ; die Summe der Akzepte belief sich Ende 1913 auf 1 294,93 Mill. \mathcal{M} , im Jahresdurchschnitt 1913 auf 1 231,06 Mill. \mathcal{M} . Das gesamte Fremdkapital betrug Ende 1913: 6 146,74 Mill. \mathcal{M} , im Jahresdurchschnitt 1913: 6 082,77 Mill. \mathcal{M} .

Die nächste Übersicht stellt das gesamte werbende Kapital dar:

Berliner Großbanken:	Gesamtes werbendes Kapital Ende 1913 Millionen \mathcal{M}	Gesamtes werbendes Kapital im Jahres- durchschnitt 1913 Millionen \mathcal{M}	Anteil des Eigenkapitals in Hundertteilen des gesamten werbenden Kapitals	Anteil des Fremdkapitals von Ende 1913
Bank für Handel und Industrie	963,70	944,80	19,9	80,1
Berliner Handels-Gesellschaft	538,16	—	26,8	73,2
Commerz- und Disconto-Bank	497,05	481,51	19,9	80,1
Deutsche Bank	2 176,62	2 216,01	14,3	85,7
Disconto-Gesellschaft . .	1 201,65	1 146,95	23,4	76,6
Dresdner Bank	1 500,19	1 470,78	17,3	82,7
Mitteldeutsche Creditbank	253,65	241,59	27,2	72,8
Nationalbank für Deutschland	415,04	435,06	25,5	74,5
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	629,73	637,77	26,9	73,1

Der Anteil des Fremdkapitals an dem gesamten werbenden Kapital ist überraschend hoch. Er beträgt bei der Deutschen Bank 85,7 v. H. und erreicht damit den Höchstsatz. Der niedrigste Satz findet sich bei der Mitteldeutschen Creditbank; aber auch hier überragt das Fremdkapital bei weitem das Eigenkapital: der Anteil des Fremdkapitals beläuft sich auf 72,8 v. H.

Die folgende Übersicht gibt den Reingewinn in Beziehung zu dem gesamten werbenden Kapital und zum Eigenkapital nach dem Stande von Ende 1913 wieder:

Berliner Großbanken:	Gesamtes werbendes Kapital Ende 1913 Millionen \mathcal{M}	Eigenkapital	Reingewinn	Reingewinn v. H. des gesamten werbenden Kapitals	Reingewinn v. H. des Eigenkapitals
Bank f. Handel u. Indust.	963,70	192,0	10,68	1,11	5,56
Berliner Handels-Gesellsch.	538,16	144,5	11,49	2,14	7,95
Commerz- u. Disconto-Bank	497,05	99,0	6,62	1,33	6,69
Deutsche Bank	2 176,62	312,5	32,73	1,50	10,47
Disconto-Gesellschaft . .	1 201,65	281,3	24,52	2,04	8,72
Dresdner Bank	1 500,10	261,0	26,00	1,73	9,96
Mitteldeutsche Creditbank	253,65	69,1	4,67	1,84	6,76
Nationalbank für Deutschl.	415,04	106,0	6,91	1,66	6,52
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	629,73	169,9	9,01	1,43	5,80

Das Ergebnis dieser Übersicht ist von hoher Bedeutung. Die Rentabilitätsziffer des gesamten werbenden Kapitals, also der objektive Kapitalgewinnsatz, welcher die Rentabilität des Unternehmungskapitals darstellt, ist bei den einzelnen Großbanken durchaus niedrig. Die Ziffer bleibt, abgesehen von der Disconto-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft, unter 2 v. H. Demgegenüber ist die vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus berechnete Rentabilitätsziffer, welche die Rentabilität des Eigenkapitals der Unternehmung wieder-

gibt, bei weitem höher; sie übersteigt bei der Deutschen Bank 10 v. H. Die Aufschlüsse, welche die Gegenüberstellung der beiden Rentabilitätsziffern gibt, sind von großer Tragweite. Das Ergebnis wäre nicht wesentlich anders geworden, wenn die beiden Rentabilitätsziffern für moderne große Industrieunternehmungen berechnet worden wären. Nur ist die Berechnung für Industrieunternehmungen, wie eingehend dargelegt wurde, unter Heranziehung der Bilanzfiguren nicht möglich. Es ist hier vor allem unmöglich, auch nur annähernd den durchschnittlichen Umfang des Fremdkapitals zu ermitteln; dazu wäre eine eingehende Kenntnis der Buchführung und Rechnungslegung der Unternehmung während des Jahres nötig. Die Gegenüberstellung der beiden Rentabilitätsziffern ergibt, daß große in sich gefestigte Unternehmungen, die mit Fremdkapital arbeiten, zum mindesten in normalen Jahren bei einer niedrigen Rentabilität des Gesamtkapitals dennoch eine hohe Rentabilität des Eigenkapitals, eine hohe privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer, aufweisen. Solche Unternehmungen werden Unternehmungen, die nur mit Eigenkapital arbeiten, allein infolge ihrer Kapitalkraft im Konkurrenzkampf überlegen sein. Die Überlegenheit ist so groß, daß sie außerdem die Ansammlung starker stiller Reserven ermöglicht, um auch in ganz ungünstigen Jahren, in denen nach den früheren Darlegungen eine Überlegenheit der mit großem Fremdkapital arbeitenden Unternehmungen nicht ohne weiteres besteht, einen Reingewinn zu erzielen.

Es bleibt schließlich noch eine dritte Rentabilitätsziffer zu erörtern, die in der Praxis eine große Rolle spielt, das ist der Dividendensatz. Er stellt die rechnerische Beziehung zwischen dem zur Dividendenzahlung bestimmten Teil des Reingewinns und dem Aktienkapital dar. Er enthält also auf

der einen Seite nur einen Teil des Eigenkapitals, auf der anderen Seite nur einen Teil des Reingewinns, und zwar denjenigen Teil, der verbleibt, nachdem vom Reingewinn Beträge zur Dotierung der Reserven, zur Zahlung von Abschlußgratifikationen, Gewinnanteilen usw. abgezogen sind.

In der nachstehenden Übersicht ist für jede der neun Großbanken das Aktienkapital, die Dividendensumme und der Dividendensatz zusammengestellt:

Berliner Großbanken:	Aktien- kapital Millionen	Divi- denden- summe M	Dividen- densatz (v. H. des Aktien- kapitals)
Bank für Handel und Industrie . .	160	10,40	6,5
Berliner Handels-Gesellschaft . . .	110	9,35	8,5
Commerz- und Disconto-Bank . . .	85	5,10	6,0
Deutsche Bank	200	25,00	12,5
Disconto-Gesellschaft	200	20,00	10,0
Dresdner Bank	200	17,00	8,5
Mitteldeutsche Creditbank	60	3,90	6,5
Nationalbank für Deutschland . . .	90	5,40	6,0
A. Schaaffhausen'scher Bankverein .	145	4,35	3,0

Es ist ohne weiteres verständlich, daß der Dividendensatz die volkswirtschaftliche Rentabilitätsziffer oder den objektiven Kapitalgewinnsatz bei weitem übersteigt. Hingegen kommen sich Dividendensatz und privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer recht nahe. Der Dividendensatz ist höher als diese Rentabilitätsziffer bei der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft. Der Dividendensatz ist niedriger bei der Commerz- und Disconto-Bank, der Dresdner Bank, der Mitteldeutschen Creditbank, der Nationalbank für Deutschland und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein.

III.

Nachdem die für die Rentabilitätsberechnung maßgebenden Grundsätze klargestellt worden sind, soll im nachfolgenden die tatsächliche Ausgestaltung zweier Rentabilitätsstatistiken, also Statistiken, welche die Ergebnisse der Rentabilitätsberechnungen in statistische Form gebracht wiedergeben, kritisch besprochen werden. Es wird zu diesem Zweck eine halbamtliche und eine amtliche Rentabilitätsstatistik herangezogen: die Statistik der Handelskammer Dresden, die allerdings in neuester Zeit nicht mehr bearbeitet wird, und die Statistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes¹⁾.

Die Dresdner Handelskammer veröffentlichte im Statistischen Teil ihres Jahresberichts für 1895 und für 1899 eine tabellarische Übersicht über die Kapitalien und Erträge der Aktiengesellschaften ihres Kammerbezirks. Im Jahre 1902 gab sie „Vergleichende Übersichtstafeln über Kapital, Rücklagen, Abschreibungen, Roh- und Reingewinn der Aktiengesellschaften des Bezirks der Handelskammer Dresden in den Jahren 1899, 1900 und 1901, nebst Berechnungen an diesen Ziffern“ heraus; im Jahre 1905 folgten vergleichende Übersichtstafeln über Kapital und Ertrag der Aktiengesellschaften in den Jahren 1902 bis 1904. Der nachstehenden Betrachtung sind die im Jahre 1908 erschienenen „Vergleichenden Übersichts-

tafeln über Kapital und Ertrag der Aktiengesellschaften des Bezirks der Handelskammer Dresden in den Jahren 1905 bis 1907“ zugrunde gelegt.

Die Hauptaufgabe, die sich die Kammer gestellt hatte, geht dahin, das regelmäßig arbeitende Kapital und den Rohertrag der Aktiengesellschaften des Bezirks darzustellen und schließlich den Rohertrag in Prozenten des regelmäßig arbeitenden Kapitals wiederzugeben. Unter dem regelmäßig arbeitenden Kapital werden das Aktienkapital, die Rücklagen aller Art und das gegen Hypothek oder Obligationen beschaffte Kapital verstanden. Es wird im einzelnen nur das wirklich eingezahlte Aktienkapital und nicht das nominelle Aktienkapital herangezogen. Die Rücklagen umfassen nach der Angabe der Kammer den gesetzlichen Reservefonds, etwaige Extra- oder Spezialreservefonds, Dividendenreservefonds, Sparfonds, ferner auch den Erneuerungsfonds und den Delkrederefonds, nicht aber „etwaige Pensionsfonds und ähnliche Fonds, die häufig auch als Rücklagen bezeichnet werden“. Der sogenannte Agiogewinn aus der Ausgabe neuer Aktien wurde den Rücklagen zugerechnet, da er, wie mit Recht hervorgehoben wird, keinen Betriebsgewinn, sondern eine außerordentliche Vermehrung des Betriebskapitals darstellt.

Die Abgrenzung der Rücklage ist nach unseren früheren Ausführungen nicht einwandfrei. Bezüglich des Pensionsfonds und der Wohlfahrtsfonds wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese Fonds in der Mehrzahl der Fälle nicht an bestimmte Werte gebunden sind, sondern allgemein in den Aktivwerten der Bilanz stecken. Es handelt sich hier um einen echten Reservefonds, sei es, daß die Gesellschaft die Verpflichtung übernommen

¹⁾ Eine sorgfältige und erschöpfende kritische Wiedergabe der Versuche, Rentabilitätsstatistiken aufzustellen, hat E. Moll in seinem verdienstvollen Werk: Die Rentabilität der Aktiengesellschaften. Ihre Feststellung in amtlichen und privaten Statistiken auf Grund der Bilanzen. Jena 1908 geliefert. Moll hat auch als Referent im Kaiserlichen Statistischen Amt die amtliche deutsche Rentabilitätsstatistik bearbeitet.

hat. Pensionen usw. zu zahlen oder sie freiwillig zahlt. Ist der Wohlfahrtsfonds satzungsgemäß in bestimmten Werten angelegt, ist er ein selbständiges Zweckvermögen, so stellt er allerdings keinen Reservefonds dar; er gehört eigentlich nicht in die Bilanz. Wird er von der Gesellschaft in der Bilanz ausgewiesen, so muß er mit dem gleichen Betrage als durchlaufender Posten unter den Aktiven und unter den Passiven gegebenenfalls in der Vorspalte der Bilanz ausgewiesen werden¹⁾. Auf der anderen Seite ist der Erneuerungsfonds dann keine Réserve, wenn er einen Bewertungsposten für die Betriebsanlagen darstellt; wenn er mit anderen Worten in die Passiven eingestellt ist für den Fall, daß die nötigen Abschreibungen auf die Anlagewerte nicht in der Aktivseite der Bilanz gemacht sind. Der Delkrederefonds stellt auch keine Reserve dar, falls er den Zweck hat, die in die Aktivseite aufgenommenen Debitoren oder Wechselforderungen auf ihren einbringlichen Wert zurückzuführen. Er kann darüber hinaus allerdings eine Reserve sein für Verluste, die bei der Kreditprüfung etwa in Zukunft eintreten.

Zu dem regelmäßig arbeitenden Kapital rechnet die Statistik der Dresdner Kammer auch das gegen Hypothek oder Obligationen beschaffte Kapital. Die Einbeziehung der Hypotheken begründet die Kammer damit, daß, falls die Gesellschaften die Hypotheken abstoßen wollten, sie entweder neue Aktien oder Obligationen aufnehmen müßten; die Passiven würden also keine Veränderung erfahren. Die Kammer bemerkt ferner, daß sie bei der statistischen Aufbereitung alle in der Bilanz verzeichneten Hypothekenschulden herangezogen hat, also nicht nur die auf den Betriebsgebäuden, sondern auch die auf anderen Grundstücken ruhenden Hypotheken, da eine Trennung beider mangels Unterlagen nicht durchführbar war.

Bei den Obligationen ist immer nur diejenige Summe angegeben worden, die wirklich und rechtlich im Umlauf war. Ausgeloste aber noch nicht eingelöste Stücke sind ebenso wenig eingerechnet worden wie diejenigen Stücke, die noch nicht begeben waren.

Damit sind die Posten, welche dem regelmäßig arbeitenden Kapital zugerechnet wurden, erschöpft. Es wird von der Kammer noch hervorgehoben, daß — streng genommen — darauf hätte geachtet werden müssen, ob ein Teil des Kapitals nur während eines Teiles des Jahres mitgearbeitet hatte. „Denn wird aus dem am Schlusse des Geschäftsjahrs vorhandenen Kapital und dem damit in Beziehung zu setzenden Gewinne die prozentuale Verzinsung für das ganze Jahr berechnet, so wird die Verzinsungsziffer dann zu niedrig, wenn im Laufe des Jahres das Kapital eine Erhöhung erfahren hatte, dagegen zu hoch, wenn während des Jahres zeitweilig ein höheres Kapital tätig war, als in der Schlußbilanz angegeben ist“. Die Statistik hat Erhöhungen des Aktienkapitals und in Verbindung damit Vermehrung der Rücklagen durch das erzielte Aufgeld (Agio) teilweise berücksichtigt. Völlig undurchführbar war nach den Angaben der Kammer die Berücksichtigung, soweit es sich um die Vermehrung oder Tilgung der Obligationen- oder Hypothekenschulden handelte, da die Unterlagen fast vollständig fehlten. Die Kammer glaubt, daß die dabei in Betracht kommenden Beträge aber meist verhältnismäßig so gering seien, daß der Unterschied wahrscheinlich nur Bruchteile eines Prozentes ausmachen würde. Man wird darin der Kammer recht geben müssen und ebenso ihre Behauptung annehmen können, daß in den Gesamtdurchschnittsziffern schließlich die Fehler sich fast völlig ausgleichen, da den Kapitalsvermehrungen entsprechende Kapitalsverminderungen gegenüberstehen.

¹⁾ Vergl. Seidler in Holdheims Zeitschrift für Aktien- und Bankwesen. IX. Jahrgang 1900. S. 107 ff. und Gerstner: Bilanz-Analyse S. 154.

Wie bereits aus der Darlegung der einzelnen Posten des regelmäßig arbeitenden Kapitals hervorgegangen ist, fehlen diejenigen Summen des regelmäßig arbeitenden Kapitals, die auf langfristigem Bankkredit beruhen. So wenig es sachlich begründet wäre, die kurzfristigen Bankschulden und den Reingewinn, der — wie früher ausgeführt wurde — auch einige Zeit mitarbeitet, ohne weiteres dem regelmäßig arbeitenden Kapital zuzurechnen, so gilt dies jedoch nicht für die langfristigen Bankschulden. Es wurde allerdings bereits betont, daß es tatsächlich kaum möglich sein wird, von den Unternehmungen hierfür Angaben zu erlangen. Hingegen ist es methodisch nicht richtig, den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, der sicher in der Unternehmung mitgearbeitet hat, von dem regelmäßig arbeitenden Kapital auszuschließen.

Außer dem regelmäßig arbeitenden Kapital galt es für die Kammer den Ertrag festzustellen. Die Statistik der Kammer zieht drei Begriffe heran: 1. Ertrag, 2. Rohgewinn, 3. Reingewinn. Unter dem Ertrag versteht die Kammer den Rohgewinn zuzüglich der Zinsen auf bevorrechtete Forderungen, unter dem Rohgewinn die Summe aus Abschreibungen, Rückstellungen, Tantiemen, Gratifikationen und dergleichen, Dividende und Übertrag auf das nächste Jahr, aber ausschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr, endlich unter dem Reingewinn den Rohgewinn abzüglich der Abschreibungen.

Zunächst erscheint die Einbeziehung der Abschreibungen in den Ertrag und in den Rohgewinn nicht begründet; die Abschreibungen müssen abgezogen werden. Das stehende Kapital der Unternehmung, das in Anlagen, Maschinen usw. investiert ist, gibt bei der Produktion jeweils Wert an das Erzeugnis ab. Dem trägt der Unternehmer durch Abschreibungen Rechnung; die Abschreibungen entsprechen den Wertteilen, die vom stehenden Kapital den Erzeugnissen abgegeben wurden. Hingegen hat die Dresdner Kammer mit Recht die Zinsen auf die bevorrechteten Forderungen in den Ertrag mit einbezogen und erst vom Rohgewinn in Abzug gebracht. Wären vom Ertrag (im Sinne der Dresdner Handelskammer) die Abschreibungen abgezogen, so entspräche die aus dem regelmäßig arbeitenden Kapital und dem Ertrag berechnete Rentabilitätsziffer unserem objektiven Kapitalgewinnsatz oder der Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt. Dem „Ertrag“ kann nun noch der Gewinn vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gegenübergestellt werden. Um diese Größe zu erhalten, müßten von dem um die Abschreibungen verringerten Ertrag weiter die Zinsen für bevorrechtete Forderungen, Prioritäts-Obligationen und Hypotheken abgezogen werden; diesem Gewinn wird das Eigenkapital gegenübergestellt, um die privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer zu erhalten.

Die Statistik der Dresdner Handelskammer, die hier nur nach ihrer Methode besprochen wird, beruht zweifellos auf sorgfältig ausgebauten Unterlagen. Der wichtigste Einwand muß sich gegen die Aussonderung der Abschreibungen bei der Berechnung des Ertrages richten. Es ist hervorzuheben, daß die Statistik einen guten Versuch gemacht hat, das regelmäßig arbeitende Kapital möglichst vollständig zu erfassen. Bezüglich der bemängelten Nichtberücksichtigung des langfristigen Bankkredits, der dem regelmäßig arbeitenden Kapital zuzurechnen wäre, ist allerdings zu bedenken, daß die Unternehmungen aus freien Stücken wohl kaum jemals einer amtlichen oder halbamtlichen Stelle einen solchen Einblick in den finanziellen Aufbau ihres Betriebs gewähren werden, um diese Größe zu erfassen.

Die amtliche deutsche Rentabilitätsstatistik, die im folgenden behandelt wird, ist neueren Datums. Die erste Anregung zum Aufbau einer solchen Statistik gab eine um-

fangreiche Untersuchung des Preußischen Statistischen Landesamts über die Statistik der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien in Preußen für die Geschäftsjahre 1902 und 1899 (erschieden in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts, Jahrgang 1906). In den folgenden Jahren wurde diese Statistik vom Landesamt weiter geführt. Im Jahre 1909 wurde zum erstenmal vom Kaiserlichen Statistischen Amt eine Rentabilitätsstatistik veröffentlicht, welche die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/8¹⁾ behandelte. Seit dieser Zeit werden die Geschäftsergebnisse alljährlich in einem Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs herausgegeben. Für die außerpreußischen Aktiengesellschaften bearbeitet das Kaiserliche Statistische Amt die Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnungen auf Grund der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Jahresrechnungen; die Bilanzen der Gesellschaften mit dem Sitz in Preußen werden vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt nach den gleichen Grundsätzen bearbeitet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt durch das Kaiserliche Statistische Amt. Die umfangreichen Vorarbeiten, die nötig waren, um zunächst einmal den Bestand der Aktiengesellschaften aufzunehmen, sind in der genannten ersten Veröffentlichung eingehend besprochen.

Die amtliche deutsche Statistik geht im wesentlichen von zwei Rentabilitätsziffern aus. Ihre erste Rentabilitätsziffer ist der Dividendensatz, also die alte methodisch wenig bedeutungsvolle und wissenschaftlich wenig ergiebige Rentabilitätsziffer. Die Ziffer wird dadurch gewonnen, daß die Dividendensumme zu dem dividendenberechtigten Aktienkapital in rechnerische Beziehung gesetzt wird. Es wird nicht für jede einzelne Gesellschaft der Dividendensatz mitgeteilt; die Gesellschaften werden vielmehr bei der Bearbeitung in Gruppen, die jeweils einem bestimmten Landesteil oder einer bestimmten Industrie

¹⁾ Vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Ergänzungsheft zu 1909, II. Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/8. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte. Berlin 1909.

angehören, zusammengeschlossen. Für jede Gruppe werden dann nicht etwa die einzelnen Dividendensätze, sondern die Dividendenbeträge summiert und mit dem entsprechenden dividendenberechtigten Aktienkapital verglichen. Man hat mit Recht das früher gangbare Verfahren aufgegeben, die Dividendensätze zu addieren und durch die Zahl der Gesellschaften zu dividieren. Man hat also an Stelle des rohen Durchschnitts einen gewogenen Durchschnitt berechnet.

Um aber doch einen näheren Einblick in die tatsächliche Höhe der Dividendensätze der zu Gewerbegruppen vereinigten Gesellschaften zu erhalten, wurde außerdem eine Dividendenklassenstatistik aufbereitet. Das Wesen dieser Dividendenklassenstatistik ist aus dem nachstehenden Tabellenschema, dem ein Eintrag beigefügt ist, ersichtlich. Diese Klassenstatistik gewährt zweifellos einen tieferen Einblick in die Dividendensätze als der für sämtliche Gesellschaften des Gewerbes berechnete Durchschnittsdividendensatz. Leider sind, wie der mitgeteilte Tabellenkopf zeigt, die Spannungen innerhalb der einzelnen Klassen offenbar infolge Rücksichten auf den Raum nicht gleich. Bis zu 10 Prozent beträgt diese Spannung 1, über 10 Prozent nimmt sie immer mehr zu. Es ist dadurch für einige Gewerbegruppen unmöglich gemacht, etwa einen Medianwert und den Wert der zweiten Quartile – Werte, die gerade neben einer Klassenstatistik von großem Interesse sind – festzustellen. Daneben ist noch eine zweite Dividendenklassenstatistik aufgestellt, der eine noch größere Bedeutung als der ersten zukommt. Es sind innerhalb der Gewerbegruppe nicht die einzelnen Gesellschaften, sondern das dividendenberechtigte Aktienkapital dieser Gesellschaften auf die genannten Klassen verteilt.

Neben dem Dividendensatz hat das Kaiserliche Statistische Amt jedoch noch eine zweite Rentabilitätsziffer berechnet; sie soll, wie die amtliche Statistik sich ausdrückt, die Rentabilität vom Standpunkte der Gesellschaften selbst angeben. Es wird der Gewinn zu der Summe, gebildet aus dem dividendenberechtigten Aktienkapital und den echten Reserven, in rechnerische Beziehung gesetzt.

Gewerbe- gruppe.	Von den reinen Erwerbsgesellschaften				Von den dividendenzahlenden reinen Erwerbsgesellschaften verteilt auf die Stammaktien oder Vorzugsaktien eine Dividende von . . . Prozent																	
	zahlten Dividende		zahlten keine Dividende		0	über 0	über 1	über 2	über 3	über 4	über 5	über 6	über 7	über 8	über 9	über 10	über 12	über 15	über 20	über 25	über 50	
	überhaupt	in % aller	überhaupt	in % aller		bis 1	bis 2	bis 3	bis 4	bis 5	bis 6	bis 7	bis 8	bis 9	bis 10	bis 12	bis 15	bis 20	bis 25	bis 50		
						1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	12	15	20	25	50		
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
XX. Versicherungsgewerbe	130	94,89	7	5,11	—	—	—	1	8	1	7	3	3	2	12	7	10	23	13	30	10	

Die amtliche Statistik geht mit anderen Worten von dem Eigenkapital der Unternehmung aus, das sie nicht ganz eindeutig Unternehmungskapital nennt. In dieser Arbeit wurde im Anschluß an eine verbreitete Terminologie unter dem Unternehmungskapital die Summe aus Eigen- und Fremdkapital, also das gesamte werbende Kapital, verstanden. Im einzelnen rechnet die amtliche Statistik nach dem Vorgang der Dresdner Handelskammer den Pensions- und Unterstützungsfonds nicht zu den echten Reserven. Sie glaubt, man dürfe zu dem Aktienkapital nur das nicht verzinsliche oder „freiwerbende“ Kapital hinzurechnen. Demgegenüber wurde hier betont, daß die genannten Fonds in der Regel allgemein in den Aktivwerten der Bilanz stecken und zum Eigenkapital der Unternehmung gehören, was sie scharf von den Anleihen, Hypotheken- und

Baugrundsschulden trennt, mit denen sie die amtliche Statistik als verzinsliches Kapital in eine Reihe stellt. Die amtliche Statistik hat es im übrigen auch als ein vom methodologischen Standpunkt aus nicht einwandfreies Vorgehen empfunden, neben den echten Reserven nicht auch die stillen Reserven in das Eigenkapital der Unternehmung einzubeziehen. Insbesondere die zweite vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene Veröffentlichung¹⁾ beschäftigt sich eingehend mit den stillen Reserven. Es wird hier zugegeben, daß die stillen Reserven zum Kapital der Unternehmung gehören; es wird auf der anderen

¹⁾ Vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Ergänzungsheft zu 1910, II. Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908/09. Berlin 1910. S. 2.

Seite mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn die stillen Reserven einbezogen würden, dann auch die häufig vorkommenden Überbewertungen der Anlagen von den offenen Reserven abzuziehen wären. Schließlich wird der Gesichtspunkt geltend gemacht, daß eine Einbeziehung der stillen Reserven und ein Abzug für Überbewertungen so lange unmöglich für die Statistik sind, als die Beträge für die stillen Reserven und die Überbewertungen der offenen Reserven aus den Bilanzen und sonstigen Veröffentlichungen der Gesellschaften nicht hervorgehen.

Die amtliche Veröffentlichung¹⁾ weist ferner auf ihre Bemühungen hin, den Reingewinn nach einheitlichen Grundsätzen zu ermitteln. Sie betont im besonderen, daß sie die Tantiemen der Vorstandsmitglieder, Prokuristen sowie die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder nicht als Handlungsunkosten angesehen hat; sie hat diese Beträge also nicht vom Reingewinn abgezogen. Sie hat ferner mit Recht die Gratifikationen für Angestellte und Arbeiter sowie die Zuwendungen an Beamten-, Arbeiterpensions- und sonstige Wohlfahrtsfonds den Tantiemen gleich behandelt, soweit nicht besondere Gründe entgegenstanden.

Die Deutsche amtliche Rentabilitätsstatistik berechnet demnach nur die Rentabilität des Eigenkapitals der Unternehmung, die sogenannte privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer, wie sie hier genannt wurde. Sie verzichtet darauf, den objektiven Kapitalgewinnsatz, also eine Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen

¹⁾ Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/08. S. 9.

Gesichtspunkt aus, zu ermitteln. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die amtliche Statistik in ihrer ersten tabellarischen Hauptübersicht für die nach Gewerbegruppen gegliederten Unternehmungen die Obligationen, die Hypothekenschulden, die Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds sowie die anderen Passiven (in einer Summe) getrennt nachweist. Man wird der amtlichen Statistik wohl keinen Vorwurf daraus machen dürfen, daß sie nicht darauf eingegangen ist, eine Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu berechnen. Abgesehen davon, daß zu diesem Zweck dem Gewinn nachträglich die für das Fremdkapital aufgewendete Verzinsung zuzuschlagen wäre, steht vor allem die Höhe des so überaus wichtigen Postens der „anderen Passiven“, wie häufig hier hervorgehoben wurde, im allgemeinen in keiner Weise fest. Die Berechnung des objektiven Kapitalgewinnsatzes für einzelne Unternehmungen und Gewerbegruppen wird daher für die nächste Zukunft privaten Untersuchungen überlassen bleiben müssen. Die hier mitgeteilten Ergebnisse der Rentabilitätsberechnungen für die Großbanken zeigen, welche Erfolge erzielt werden können.¹⁾

Um ein Bild von der Leistungsfähigkeit der amtlichen deutschen Rentabilitätsstatistik zu gewinnen, sei aus der jüngsten Veröffentlichung²⁾ eine zusammenfassende Übersicht mitgeteilt, welche auch die Vergleichszahlen für die Vorjahre enthält:

¹⁾ Wertvolle Aufschlüsse über die Gründe der ab- oder zunehmenden Rentabilität (ein hier nicht behandeltes Problem) wird vor allem auch die Heranziehung der in manchen Bilanzen aufgeführten Umsatzziffern bieten. — ²⁾ Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1913/14. Berlin 1915. S. 3.

Wichtigste Ergebnisse für sämtliche Gesellschaften.

Geschäfts- jahr.	Zahl der Gesell- schaften	Ein- gezahltes Aktien- kapital in 1 000 M	Dividenden- berechtigtes Aktien- kapital in 1 000 M	Echte Reserven		Unterneh- mungs- kapital (Sp. 4 u. 5) in 1 000 M	Jahresertragnis			Zahl der Gesell- schaften, die Dividende verteilten	Dividendensumme	
				in	v. H. von Spalte 3		in	von	v. H.		in	v. H. von Spalte 4
				1 000 M			1 000 M	Spalte 4	Spalte 7		1 000 M	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1907/08	4 578	12 788 851	12 663 741	2 660 659	20,80	15 324 400	1 279 939	10,11	8,35	3 425	1 022 596	8,07
1908/09	4 579	13 200 567	13 001 776	2 858 638	21,66	15 860 414	1 114 522	8,57	7,03	3 271	959 704	7,38
1909/10	4 607	13 721 036	13 460 039	3 013 099	21,96	16 473 138	1 287 637	9,57	7,82	3 319	1 043 900	7,76
1910/11	4 680	14 227 561	14 000 505	3 254 531	22,87	17 255 036	1 393 709	9,95	8,08	3 420	1 133 300	8,09
1911/12	4 712	14 880 435	14 550 281	3 515 432	23,62	18 065 713	1 470 520	10,11	8,14	3 481	1 220 930	8,39
1912/13	4 773	15 501 316	15 247 640	3 788 391	24,44	19 036 031	1 656 373	10,86	8,70	3 486	1 332 309	8,74
1913/14	4 798	15 954 475	15 760 117	4 016 160	25,17	19 776 277	1 574 736	9,99	7,96	3 372	1 269 730	8,06

Die Spalte 10 gibt die uns vor allem interessierende Rentabilitätsziffer (Jahresertragnis bezogen auf das Eigenkapital im Sinne der amtlichen Statistik) wieder; sie paßt sich in ihrer Bewegung von Jahr zu Jahr der allgemeinen Konjunkturkurve an. Diese Ziffer liegt naturgemäß unter derjenigen Ziffer, die sich ergibt, wenn man das Jahresertragnis auf das dividendenberechtigte Aktienkapital bezieht. Der durchschnittliche Dividendensatz weicht, für die Gesamtheit der Unternehmungen berechnet, nicht erheblich von der privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziffer ab; vom ersten und dritten Jahr abgesehen, liegt der Dividendensatz etwas über der Rentabilitätsziffer. Bereits für die einzelnen Gewerbegruppen ergeben sich jedoch zwischen Rentabilitätsziffer und Dividendensatz erheblichere Unterschiede als für die Gesamtheit der Unternehmungen. Die Rentabilitätsziffer würde noch weit mehr unter dem Dividendensatz liegen, wenn es der amtlichen Statistik möglich wäre, neben den echten Reserven, wozu nach der hier vertretenen Auffassung im allgemeinen die Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds gehören, auch die stillen Reserven und einen Durchschnittsbetrag des bis zum Bilanztag mitarbeitenden Reingewinnes festzustellen. Erst dann wäre eine richtige Rentabilitätsziffer vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus gewonnen.

Wenn zum Schlusse versucht wird, auf Grund unserer Ausführungen Verbesserungsvorschläge für die amtliche Rentabilitätsstatistik zu machen, so wäre an die letzten Bemerkungen über die stillen Reserven anzuknüpfen. Bekanntlich können die Aktiengesellschaften beim Vorhandensein großer stillen Reserven von der Steuerbehörde gezwungen werden, für die Zwecke der Steuerveranlagung eine neue Bilanz aufzustellen, aus der die Höhe dieser Reserven zu ersehen ist. Die Steuerbehörde begnügt sich nicht mit dem durch die stillen Reserven geschmälernten Bilanzgewinn; sie will den wirklichen Betriebsgewinn erfassen. Es werden aber auch bei einer solchen Aufstellung für die Steuerbehörde nicht die infolge der Bewertungsvorschriften des § 261 H.G.B. sogenannten gesetzlich notwendigen stillen Reserven getroffen. Also die Waren und Wertpapiere dürfen auch für die Steuerbilanz höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungswert eingestellt werden, wenn dieser Wert unter dem für die Waren und Wertpapiere geltenden Markt- oder Börsenpreis liegt. Aber, wie bereits angedeutet wurde, sind diese gesetzlich notwendigen stillen Reserven für die die Bilanz aufstellung beherrschende rein privatwirtschaftliche Auffassungsweise als solche gar nicht vorhanden.

Bisher wurde grundsätzlich nicht versucht, durch eine Verbindung mit der Steuerbehörde die Steuerbilanzen für die

amtliche Rentabilitätsstatistik nutzbar zu machen. Die amtliche Statistik hat vielmehr ihr Urmaterial im wesentlichen den im Reichs-Anzeiger veröffentlichten Bilanzen entnommen; nur in dringenden Fällen wurden Rückfragen bei den Unternehmungen veranstaltet. Ein alter Vorschlag geht nun dahin, für die Aktiengesellschaften besondere Fragebogen auszuarbeiten, in welche die Gesellschaften ihre Bilanzposten in der vom Fragebogen vorgesehenen Gliederung einzutragen haben. In diese Fragebogen hätten dann die Gesellschaften ihre Bilanz mit den Ansätzen, die sie der Steuerbehörde vorlegen, einzutragen. Vermittels eines Fragebogens gewinnt beispielsweise Ungarn

seine Rentabilitätsstatistik. Der Fragebogen, der hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden soll¹⁾, sieht für die Zwecke der statistischen Aufbereitung eine weit eingehendere Gliederung der Bilanzposten vor, als sie die veröffentlichten Bilanzen gewöhnlich aufweisen. Lediglich die vom Fragebogen vorgesehene Gliederung des Verlust- und Gewinnkontos sowie die Verteilung der Gewinne sei hier wiedergegeben:

¹⁾ Vergl. die vom Königlich Ungarischen Statistischen Zentralamt herausgegebene Veröffentlichung: Die Tätigkeit des Königl. Ung. Statistischen Zentralamtes (1871 bis 1911). Ungarische statistische Mitteilungen. Neue Serie. 36. Band. Budapest 1911. S. 127 bis 131.

Soll.			Haben.		
Verlust-Konto.			Gewinn-Konto.		
Lauf Nr.	Verlust	Kronen	Lauf Nr.	Gewinn	Kronen
1.	Besoldung des Personals		1.	Warenkonto (für verkaufte Waren)	
2.	Arbeits- und Tagelöhne		2.	Zinsen von:	
3.	Agentenprovisionen und Verkaufsspesen . .		a) Wertpapieren		
4.	Kanzleispesen und sonstige sächliche Ausgaben (Hausmiete, Heizung, Beleuchtung, Blankette, Post, Telephon usw.)		b) angelegten Kapitalien		
5.	Aufgebrauchte Materialien		c) Forderungen		
6.	Erhaltungskosten von Gebäuden und Einrichtungen		3.	Ertrag verpachteter Realitäten	
7.	Versicherungsgebühren (mit Ausnahme der Unfallversicherung)		4.	An erteilten Erzeugungsbewilligungen und sonstigen verpachteten Privilegien (Befugnissen)	
8.	Wertverminderung		5.	Staatssubvention	
9.	Sonstige Betriebsausgaben (Fahren usw.) . .		6.	Reinertrag von landwirtschaftlichen Betrieben	
10.	Uneinbringliche Forderungen		7.	Sonstige Erträge (Aktien-Umschreibung, Kursgewinn bei Wertpapieren usw.) . . .	
11.	Krankenhilfs- und Unfallversicherung		8.	Vortrag vom Vorjahre Gewinn Kr. Verlust	
12.	Staatliche und sonstige öffentliche Steuern und Gebühren		9.	Gewinn im laufenden Jahre Kr. Verlust	
13.	Arbeiterunterstützungen u. sonstige Arbeiterwohlfahrts-Ausgaben			Saldo als Verlust . . .	
14.	Zinsen			Insgesamt . . .	
15.	Vortrag vom Vorjahre Gewinn Kr. Verlust			Verteilung des Gewinns:	
16.	Gewinn im laufenden Jahre Kr. Verlust		1.	Auf Tantiemen	
	Saldo als Gewinn . . .		2.	Auf den ordentlichen Reservefonds	
	Insgesamt . . .		3.	Auf außerordentliche Abschreibungen (Dotierung des Wertverminderungsfonds) . . .	
			4.	Auf Pensions- und Hilfsfonds	
			5.	Auf sonstige Reservefonds	
			6.	Dividenden	
			7.	Sonstige	
			8.	Übertrag auf die Rechnung des nächsten Jahres	
				Gewinn zusammen . . .	

Bereits aus dieser teilweisen Wiedergabe geht der Nutzen und die Notwendigkeit der Rentabilitätshebung durch Fragebogen hervor. Es kann auf diese Art beispielsweise der Gewinn einwandfrei festgestellt werden. Es ist bei diesem Vorgehen nicht möglich, daß etwa Tantiemen und außerordentliche Abschreibungen zu den Aufwendungen gerechnet werden, wodurch der Gewinn künstlich verringert wird. Die deutschen Aktiengesellschaften haben sich bisher gegen eine Erfassung der Rentabilität durch eingehend gegliederte Fragebogen gestäubt mit der Begründung, daß dadurch Geheimnisse der inneren Organisation und des finanziellen Aufbaus preisgegeben würden. Diese Begründung trifft nicht zu, da die Geschäftsergebnisse nur für ganze Industriegruppen, in denen immer zahlreiche Unternehmungen zusammengefaßt sind, veröffentlicht werden. Werden die Geschäftsergebnisse durch besondere Fragebogen erhoben und liegen den Einträgen die Steuerbilanzen zugrunde,

so kann wenigstens die Rentabilität des Eigenkapitals, die privatwirtschaftliche Rentabilitätsziffer, richtiger berechnet werden. Um allerdings daneben noch die Rentabilität des gesamten in der Unternehmung arbeitenden Kapitals, also die Rentabilitätsziffer vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, berechnen zu können, wäre vor allem zur Erfassung des in der Unternehmung arbeitenden Fremdkapitals (langfristiger Bankkredit usw.) eine noch eingehendere Gliederung notwendig, als sie selbst der ungarische Fragebogen kennt. Ob ein solcher Fragebogen in absehbarer Zeit einzuführen ist, bleibe dahingestellt. Vorerst wird deshalb die Berechnung der Rentabilität des Gesamtkapitals der privaten wissenschaftlichen Arbeit überlassen bleiben müssen. Sie wird auch die hier in Betracht kommenden Grundbegriffe noch näher festzulegen haben, als es in dieser Untersuchung geschehen konnte, die in die Probleme der Rentabilitätsstatistik einführen wollte.

Eisenerzvorräte und Eisenerz-Erzeugung der Welt

(nebst einer Einführung in die Entwicklung der Roheisen-, Hochofen- und Eisenhüttenindustrie).

Von

Dr. Heinrich Pudor.

Inhalt:

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Steigerung des Roheisenbedarfes und die Entwicklung der Roheisen-, Hochofen- u. Eisenhüttenindustrie. 2. Allgemeine Übersicht und Inventur. 3. Schweden. 4. Rußland. | <ol style="list-style-type: none"> 5. Amerika. 6. Belgien. 7. Frankreich. 8. Großbritannien. 9. Balkanländer und Kleinasien. 10. Deutschland. |
|--|---|

1. Steigerung des Roheisenbedarfes und Entwicklung der Roheisen-, Hochofen- und Eisenhüttenindustrie.

Die Entwicklung der Roheisenindustrie geht parallel derjenigen der Verwendung der Steinkohle, im besonderen im Hochofenprozeß, und der Verdrängung der Holzkohle. Diese Entwicklung begann zuerst in England. In Deutschland wurden im Ruhrgebiet 1849 die ersten Kokshochöfen gebaut¹⁾. Vor dem erfolgte die Roheisenerzeugung mit Hilfe der Holzkohle, und der Qualität nach war das Holzkohlenroheisen wegen seiner Reinheit unübertroffen. Als indessen in der Industrie die Massenproduktion vorherrschend wurde und der Maschinen-, Eisenbahn- und Schiffsbau große Mengen Eisen erforderte, genügte bei steigendem Holzmangel die zeitraubende Holzkohlenroheisen-Erzeugung dem Bedarfe bei weitem nicht mehr. Würde doch für eine Roheisenerzeugung von 10 Mill. t das Dreifache unseres gesamten gegenwärtigen Waldbestandes von 14 Mill. Hektar erforderlich sein (nach einer Berechnung von Prof. Thieme).²⁾

Und tatsächlich ist der Eisenverbrauch in Deutschland, pro Kopf berechnet, folgendermaßen angewachsen:

1834/35	5,8 kg	1898	105,8 kg
1861/64	25,2 „	1899	128,4 „
1866/69	33,0 „	1900	152,0 „
1871	47,5 „	(nach einer Berechnung des	
1888	66,6 „	Vereins deutscher Eisenhütten-	
1896	90,1 „	leute).	

(Vergl. Gothein, „Der deutsche Außenhandel“, Berlin 1901).

¹⁾ Vergl. G. Gerlach, „Die wirtschaftliche Entwicklung des Eisenhüttenwesens an der Lahn und Dill im 19. Jahrhundert“, Stuttgart, F. Enke 1911. — ²⁾ Anmerkung der Schriftleitung. Diese Berechnung Thieme's ist zu ungünstig. Deutschland erzeugt jährlich ca. 48 Millionen Kubikmeter Holz, entsprechend einem Gewicht von mindestens 26 Millionen Tonnen. Daraus könnten etwa 9—10 Millionen Tonnen Holzkohle gebrannt werden, die zur Erzeugung der gleichen Menge Eisen völlig ausreichen.

Die Roheisenerzeugung aber betrug in Millionen Tonnen

in den Jahren	auf der ganzen Erde	in England	in Deutschland
1861-65	8,5	4,4 = 52 % der Welt- erzeugung	0,8 = 9 % der Welt- erzeugung
1886-90	24,3	7,9 = 32 % der Welt- erzeugung	4,2 = 17 % der Welt- erzeugung
1912	74,0	9,0 = 13 1/2 % der Welt- erzeugung	17,6 = 24 % der Welt- erzeugung

(Vergl. Rud. Barnum, „Deutsche und englische Industrie auf dem Weltmarkte“, Jena 1916, G. Fischer).

Ausschlaggebend für diese enorme Entwicklung der Roheisenerzeugung war die Verwertung und fast restlose Ausnutzung der Koksofengase; denn die Steinkohle wird in entgastem Zustand als Koks verwendet, der Kokerei angeschlossen wurde die Gewinnung von Teer, Benzol und Ammonsulfat, und die durch die Abhitze der Koksofengase und Gasverbrennung gegebene Wärme mußte nicht nur für die Kokerei selbst Wärme und Kraft liefern, sondern wurde auch für den Hochofenbetrieb verwendet. Gleichzeitig aber zweigte sich der Gießereibetrieb vom Hochofenbetrieb ab, und es entwickelte sich die Eisengießerei als selbständiger Betrieb, da die Koks das Eisen beim Schmelzen verunreinigen würden, zumal als man die Öfen größer bauen mußte. Die Gichtgase wiederum wurden in immer steigendem Maße ausgenutzt. Ursprünglich verwendete man sie zur Heizung der Dampfkessel behufs Dampferzeugung, sowie zur Winderhitzung, ab 1886 aber, einer Anregung Lürmanns folgend, unmittelbar zur Erzeugung motorischer Kraft in den Zylindern der Gicht-Gasmotoren. Hieraus ergab sich zugleich eine ganz bedeutende Ersparnis an Brennstoff. „Die Hochöfen sind jetzt die größten Kraftgasgeneratoren der Welt geworden“ (Gerlach nach Bunte),

und die Gaskraft der Rombacher Hüttenwerke hierert beispielsweise zugleich die elektrische Beleuchtung für die viele Kilometer entfernte Stadt Metz.

Auch das zweite Nebenprodukt des Hochofens, die Hochofenschlacke, die früher Abfall war und „nutzlos zu hohen Halden angehäuft wurde“, wurde nach Einführung der Lürmannschen Schlackenform (1907) für die Produktion nutzbar gemacht.

Ungefähr parallel der Entwicklung von Holzkohle (Brennfeuer)-Steinkohle (Hochofenprozeß) geht die vom Herdfrischprozeß-Puddeln-Bessemerbirne. Der noch mit Holzkohle arbeitende Herdfrischprozeß befreite das Roheisen zum Teil von den fremdartigen Bestandteilen (Kohlenstoff, Silizium, Phosphor, Schwefel, Mangan) und erzeugte dadurch schmelzbares Eisen. Als es möglich wurde, die Steinkohle im Flammofen von dem Roheiseneinsatz durch Einstellen einer Feuerbrücke zu trennen und hierdurch die Verunreinigung des Eisens durch den Schwefel der Steinkohle zu verhindern, trat an die Stelle des Herdfrischprozesses der Puddelprozeß (1784 von dem Engländer Henry Cort erfunden und 1840 von Josef Hall durch Einführung des eisenoxydhaltigen Herdfutters verbessert, in Deutschland nach 1825 eingeführt). Was im Herdfrischprozeß in drei Wochen möglich war, erforderte beim Puddeln drei Tage, bei der Bessemerbirne aber nur 20 Minuten, indem hierbei in einem birnenförmigen Gefäße durch das Roheisenbad Luft hindurchgepreßt wurde. Hierdurch wurden der Kohlenstoff, Silizium und Mangan aus dem Eisen entfernt. Dagegen war es nicht möglich, Phosphor aus dem Eisen herauszuschaffen. Infolgedessen konnte bei diesem Verfahren nur phosphorfreies Eisenerz genommen werden. England hat solche Erze. Die deutschen Eisenerze sind dagegen fast sämtlich phosphorhaltig. Krupp und der Bochumer Verein wagten es, große Lager phosphorfreier Eisenerze in Spanien anzukaufen. Die anderen Hütten, welche das deutsche phosphorhaltige Erz verwandten, mußten infolgedessen beim Puddelverfahren bleiben. Da kam 1879 die Erfindung des Thomasprozesses in England. Zugleich brachte dieses Jahr 1879 die Einführung der Eisenzölle, weiter eine lebhafte Entwicklung der Eisenbahnen in Deutschland und endlich eine stärkere Berücksichtigung der Forschungsergebnisse im Eisenhüttenwesen¹⁾.

Zudem bewilligte der Reichstag die Eisenzölle, die die deutsche Eisenindustrie schützen. Das Thomasverfahren ermöglichte es also, den Phosphor aus dem Eisen herauszuschaffen, so daß von nun ab auch phosphorhaltige Erze, wie die deutschen, für das Bessemerverfahren verwendet werden konnten, und Deutschland hat auch in der Tat den größten Vorteil vom Thomasverfahren gehabt. Nebenbei bemerkt besteht das Thomasverfahren darin, daß man die Bessemerbirnen, die bisher mit saurem Futter versehen waren, mit basischem Futter auskleidet und von vornherein beim Blasen erhebliche Mengen Kalk in die Birne einführt, um die Bindung der Phosphorsäure zu bewirken. Von den 31 Mill. Tonnen Eisenerz, die im Jahre 1909 in Deutschland verhüttet wurden (davon 8½ Mill. aus dem Ausland, 22½ Mill. im Inland gefördert), sind über 8 Mill. Tonnen zu Thomasstahl verarbeitet.

Nun die technische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Zunächst die Entwicklung des Hochofenbetriebes. Die Tageshöchstleistung eines Hochofens betrug vor 30 Jahren 50 bis 80 t — heute beträgt sie 500 bis 600 t, obwohl die Hochofen heute wie damals mit Koks beschickt und mit heißem

Wind betrieben werden. Neu sind allerdings die gewaltigen, mit einem eisernen Mantel umgebenen steinernen Wind-Erhitzer, und verändert haben sich die Profile der Hochofen. Ferner erkannte man, daß das äußere Raughemäuer den Ofenschacht nicht in dem Maße vor Abkühlung schützte, als man angenommen hatte; infolgedessen läßt man den Schacht schon seit geraumer Zeit frei stehen und hält ihn durch eiserne Bänder zusammen, während die Plattform des Gichtes von besonderen Eisensäulen getragen wird. Sehr wichtig war nun die Frage der Materialförderung zur Gicht. Früher erfolgte diese in der Hauptsache in senkrechten Aufzügen, zu denen hin das Material in kleinen Wagen geführt wurde, heute meist durch Schrägaufzüge und Seilbahn-Begichtung: hierbei wird das Erz aus den Hochbahnwagen in Bunker gestürzt und aus diesen in die Seilbahnwagen entleert; letztere werden dann an das Förderseil angehängt und zur Gicht befördert. Immerhin war hierbei noch vielfach die Arbeit der menschlichen Hand erforderlich. Einen Fortschritt zeigt hierin die Elektrohängebahnanlage, wie sie z. B. Bleichert für Gebr. Stumm in Neunkirchen ausgeführt hat, bei der jeder einzelne Wagen mit einem Elektromotor ausgerüstet sich selbständig vorwärtsbewegt und zugleich den folgenden Wagen automatisch einschaltet. Aber auch hierbei ist die menschliche Hand keineswegs ausgeschaltet (Füllung und Entleerung der Wagen), und in dieser Beziehung sind weitere Verbesserungen dringend nötig, zumal durch einen Streik gerade der hierfür in Betracht kommenden Arbeiter das ganze Werk still gelegt werden kann. Einen kranartigen Schrägaufzug nach amerikanischem Beispiel zeigt die neue Kübelbegichtungsanlage der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die die Zahl der benötigten Arbeiter wesentlich vermindert und das Material auf elektrisch angetriebenen Förderwagen in Kübeln zum Aufzug fährt und oben angelangt den Inhalt in den Ofen entleeren läßt. Für die früher sehr schwierige, von Hand bewegte Lagerung der gewaltigen Materialienvorräte ist heute die Bunkieranlage der Friedrich-Adolf Hütte der Firma Krupp in Rheinhausen vorbildlich: die Materialien werden hierbei durch große Kräne aus den Rheinschiffen gehoben, in den Bunkern gelagert, dann durch Schüttrinnen in Moellerwagen gefüllt, die mittels elektrisch angetriebener Lokomotiven nach dem Hochofen gebracht werden.

Nun die wichtige Frage der Windzuführung und Wind-erhitzung. Während die Gebläsemaschinen früher durch Dampfmaschinen getrieben wurden, werden sie heute durch Gasmotoren angetrieben bei einer Umdrehungszahl von 100–120 in der Minute. Derartige moderne Großgasmaschinen mit 2 000 PS Leistung werden 10–20 nebeneinander aufgestellt. Hinter die Gasmaschinenzylinder werden die Gebläsezylinder für die Erzeugung des Hochofenwindes angehängt.

Der Abstich der Hochofen, welcher das flüssige Eisen ausströmen läßt, wird durch Eintreibung einer Stahlstange bewerkstelligt, wobei neuerdings nach dem Verfahren Dr. Mennés in Siegen der Sauerstoffapparat in Tätigkeit tritt. Die Überführung des abgekühlten Eisens nach dem Stahlwerk wird mit Hilfe beweglicher Kokillenbetten ausgeführt. Die tägliche Gußmenge beträgt heute bis zu 500 t. Wenn das Eisen nicht erst abgekühlt zu werden braucht, erfolgt der Abstich aus dem Hochofen direkt in einen Roheisenpfannenwagen, der in das Stahlwerk gefahren wird, nach Anwendung von Mischern als Entschwefelungsapparaten.

Die Thomasbirne („Convertor“) mit 15–25 t Inhalt läßt man heute bis zu 70 Chargen in einer Schicht blasen, so daß täglich über 3 000 t Stahl produziert werden können. Die Gebläsemaschinen sind zu diesem Zweck mit einigen tausend Pferdekraften ausgerüstet.

¹⁾ Vergl. hierzu den Vortrag des Geh. Reg.-Rat Prof. Mathesius über die Entwicklung der deutschen Eisenindustrie seit der Einführung des Thomasverfahrens vom 2. Oktober 1911 im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes, dessen Inhalt wir in der vorliegenden Arbeit wesentlich berücksichtigt haben.

Während man die Hochofenschlacke zur Darstellung von Zement verwendet, wird die Thomasschlacke als Düngemittel verwendet (eine Tonne Stahl ergibt für 5 *M* Dünger). Im Deutschen Reich werden heute 2 Mill. *t* Thomasschlacke = 100 000 Waggonladungen à 20 *t* hergestellt; zum Zwecke einer raschen Assimilierung seitens der Pflanzen wird der flüssigen Thomasschlacke Kieselsäure beigegeben.

Beim Martinprozeß, der eine unentbehrliche Ergänzung des Bessemer- und Thomasprozesses bildet und Siemens und Gebr. Martin zu danken ist, wird entweder Roheisen und

Schmiedeeisenschrott oder Roheisen und Eisenerz verarbeitet, und zwar mit Hilfe kipparter Öfen von 50–250 *t* Inhalt und eines Chargierkranes mit einer Katze und einem drehbaren Ausleger, an dem eine Mulde hängt, die in den Ofen eingefahren werden kann.

Um endlich die Poren und Lunkern, die sich an den Stahlblöcken häufig finden, zu beseitigen, läßt man nach dem Verfahren des Franzosen Harmet das flüssige Material unter hydraulischem Druck erstarren, indem die Kokillen zu diesem Zweck mit Stahlringen ummantelt werden.

2. Allgemeine Übersicht der Eisenerzvorräte und der Eisenerzherzeugung der Welt.

Der Verbrauch an Eisenerzen hat im Verlaufe des 19. Jahrhunderts und weiter besonders in den letzten Jahrzehnten eine außerordentliche Steigerung erfahren: er betrug

im Jahre	1800	0,8 Mill. <i>t</i> Eisen
„ „	1850	4,8 „ „ „
„ „	1871	12,9 „ „ „
„ „	1891	26,2 „ „ „
„ „	1901	41,2 „ „ „
„ „	1909	rund 60,0 „ „ „

Diesem gewaltig steigenden Verbrauch an Eisenerzen gegenüber lag es nahe, eine Gesamtübersicht über die Eisenerzreserven der ganzen Erde zu beschaffen. Diesen Versuch unternahm das Ausführungskomitee des Zweiten Internationalen Geologenkongresses, und zwar unter dem Beifall und mit der Unterstützung weitester Kreise.

Die Gesamtübersicht über die Eisenerzreserven der ganzen Erde ergab folgende Zahlen:

Festgestellte Reserven.		
	Erz	Eisen
Europa	12 032 Mill. <i>t</i>	4 733 Mill. <i>t</i>
Amerika	9 855 „ „	5 154 „ „
Australien	136 „ „	74 „ „
Asien	260 „ „	156 „ „
Afrika	125 „ „	75 „ „
zusammen . . .	22 408 Mill. <i>t</i>	10 192 Mill. <i>t</i>

Mögliche Mindestreserven.		
	Erz	Eisen
Europa	41 029 Mill. <i>t</i>	12 085 Mill. <i>t</i>
Amerika	81 822 „ „	40 731 „ „
Australien	69 „ „	37 „ „
Asien	457 „ „	283 „ „
Afrika	„ „	„ „
zusammen . . .	123 377 Mill. <i>t</i>	53 136 Mill. <i>t</i>

Diese Reserven würden unter Zugrundelegung der jetzigen Ausbeute kaum 1 000 Jahre ausreichen¹⁾.

Die folgende Tabelle gibt die Eisenvorräte der Welt für das Jahr 1909²⁾.

	Gegenwärtig nutzbare Eisenvorräte	Eisengehalt dieser Erze
Europa	<i>t</i>	<i>t</i>
Deutsches Reich . .	3 607 700 000	1 270 000 000
Luxemburg	270 000 000	90 000 000
Frankreich	3 300 000 000	1 140 000 000

¹⁾ Vergl. Sehmer, „Die Eisenerzeugung Europas“ (Probleme der Weltwirtschaft, herausgegeben von B. Harms 2. Heft). Jena 1911; P. Krusch, „Die Versorgung Deutschlands mit metallischen Rohstoffen“, Leipzig 1913; Max Eckert, „Die Eisenvorräte der Welt“ in der „Geographischen Zeitschrift“, 20. V. 13. — ²⁾ Diese Berechnung wurde auf der 100. Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute mitgeteilt.

	Gegenwärtig nutzbare Eisenvorräte	Eisengehalt dieser Erze
Europa	<i>t</i>	<i>t</i>
Großbritannien . . .	1 300 000 000 ¹⁾	455 000 000
Schweden	1 158 000 000	740 000 000
Rußland	864 600 000	387 200 000
Spanien	711 000 000	349 000 000
Norwegen	367 000 000 ²⁾	124 000 000
Österreich	250 900 000	90 400 000
Ungarn	33 100 000	13 100 000
Griechenland	100 000 000	45 000 000
Belgien	62 000 000	25 000 000
Italien	6 000 000	3 300 000
Schweiz	1 600 000	80 000
zusammen . . .	12 031 900 000	4 732 080 000

	<i>t</i>	<i>t</i>
Amerika		
Vereinigte Staaten	4 257 800 000	2 304 600 000
Neufundland . . .	3 365 000 000	1 961 000 000
Westindien	1 903 000 000	856 800 000
Mexiko	55 000 000	30 000 000
zusammen . . .	9 580 800 000	5 152 400 000
Australien	135 900 000	73 800 000
Asien ³⁾	260 400 000	155 500 000
Afrika	125 000 000	75 000 000
zusammen . . .	521 300 000	304 300 000
mithin insgesamt:	22 134 000 000	10 188 780 000

¹⁾ In Großbritannien hat nach einem Bericht des Londoner Economist vom 19. Februar 1916 die Roheisenerzeugung zweifellos einen Rückgang gegenüber den normalen Verhältnissen ergeben, die Erzeugung von Stahlblöcken dagegen ist auf 8 Mill. *t* gestiegen, d. i. höher als sie je gewesen ist (vergl. „Stahl und Eisen“ vom 2. März 1916). — ²⁾ Die Erzlager von Norwegen sind hier zu niedrig angegeben. Allein die Minen von Syd-Varanger verfügen über 400 Mill. *t*, von denen jährlich 600 000 *t* gewonnen werden sollen. — ³⁾ Aus China berichtete das Kaiserl. Consulat in Pakhoi-Hoihan vom 6. Januar 1916 an das Reichsamt des Innern folgendes:

Ende Dezember 1915 hat die zweite Verschiffung von Manganit-erzen der Yü-Chin Manganit Bergbaugesellschaft nach Japan stattgefunden. Es wurden 2 000 Tonnen Erze mit dem Dampfer „Fujisan Maru“ (1 125 Reg.-Tons) der Reederei Mitsui Bussan Kaisha Ltd. nach Wakamatsu verschifft. Der Bergbaugesellschaft ist für ihre Erzausfuhr seitens der chinesischen Regierung für 3 Jahre völlige Zollfreiheit gewährt worden.

Neuerem Vernehmen nach soll die Han-Yie-Ping-Gesellschaft alleinige Eigentümerin der Gruben sein, die sie für 80 000 Taels und 10 v. H. Gewinnbeteiligung von dem ehemaligen General Liu-Yungfu in Chinchou gekauft haben soll. Mit den japanischen Abnehmern soll bisher kein fester Lieferungsvertrag abgeschlossen sein, sondern es wird angeblich die jedesmalige Verschiffung als Einzelverkauf abgeschlossen. Ein japanischer Sachverständiger kommt einige Zeit vor der Verschiffung nach Pakhoi und unterzieht die am Hafen gelagerten Erzmengen einer Prüfung“.

Bei der Frage nach der Dauer der Eisenerzvorräte ist wichtig, daß die Technik der Auswertung der Erze bedeutend sich gebessert hat, sodaß heute verhältnismäßig erzarme Gesteine, wie der gebänderte Eisenstein und die Lateriten, noch ausgebeutet werden können. Bisher unerforscht in Bezug auf Vorkommen von Erzen ist in Europa der 40. Teil, in Amerika $\frac{1}{20}$, in Australien $\frac{1}{10}$, in Asien $\frac{1}{4}$ und in Afrika $\frac{1}{3}$. Noch nicht in Angriff genommen sind etwa 123 400 Mill. t Eisenerze, die über 53 100 Mill. t Eisen ergeben. In Amerika liefert Neufundland gewaltige Lager von titanhaltigen Magnetiten mit 65 % Eisen, Mexiko und Westindien Eisenerze mit 60–70 %. Geographisch ausschlaggebend ist, daß die Randzone des Atlantischen Ozeans ebenso erzeich, wie die des Großen Ozeans erzarm ist.

Vieles Erz, das heute des geringen Eisengehaltes wegen wertlos ist, wird später ausgebeutet werden können. Die hauptsächlichsten Erzzentren der Erde mit mehr als 60 % Eisen sind:

	Mill. t	Gehalt von Eisen (durchschnittlich)
Rußland		
Krivoi Rog	86	.
Kaukasus	13	60 %
Schweden		
Nord	1 035 (123)	60–70 %
Zentrum und Süd etwa .	60	60 %

Etwa $\frac{1}{3}$ des eisenreichen Erzes kommt also aus Nordschweden, das mehr und mehr in den Brennpunkt der Industrieentwicklung tritt.

3. Schweden.

Schweden darf als dasjenige Land bezeichnet werden, das zuerst seine Erzvorräte abschätzte wegen der geringen Mengen phosphorarmer Erze, wie sie Schweden in der Hauptsache früher gebraucht hatte, und wegen des in großem Maßstabe erfolgenden Exports von Eisenerz. Die Abschätzung selbst erfolgte auf Initiative des Varmländischen Bergarbeitervereins (Varmlandska Bergmannaföreningen) im Jahre 1898. Im Jahre 1905 erfolgte eine ähnliche Abschätzung durch Prof. Thöneboom, Direktor des geologischen Landesinstituts, eine weitere, die sich über ganz Skandinavien erstreckte, 1907 durch Prof. H. Sjögren, Stockholm.

Die Hauptplätze der nordschwedischen Erze, die verbunden mit Syeniten und syenithaltigen Porphyren vorkommen, sind: Kirunavaara und Luossavaara (758 Mill. t), Tuolluvaara (7 Mill. t), Gellivaara (230 Mill. t), mit dem Koskullfs-Kulle (40 Mill. t), Svapavaara (30 Mill. t), Leveäniemi (30 Mill. t), Eskströmsberg (50 Mill. t) und Mertainen (5 Mill. t). Dazu titanhaltige Erze in Ruonteväara und Valluty (8 Mill. t mit 60–65 % Eisen).

Die Gesamtübersicht über Schweden ergibt folgendes Bild:

	Wirkl. Reserven.	Mögl. Reserven.
Nordschweden	1 035 Mill. t	115 Mill. t
Route	— „ „	19 „ „
Zentral- u. Südschweden	143,8 „ „	90 „ „

Was den Phosphorgehalt betrifft, so gibt es mit weniger als

0,01 %	64,9 Mill. t
zwischen 0,1 und 0,06 %	17,6 „ „
mit 0,6 %	61,3 „ „

Die Erzmassen von Kirunavaara sind auf 233–292 Mill. t Thomaserz mit 63–64 % Eisengehalt berechnet worden. Titaneisenerz wird in Taberg in Schweden (342 m) am Südrande des Wetternses gewonnen. Im Jahre 1911 wurden von Kiruna über Narvik 2 450 135 t, über Lulea 168 255 t, von Gällivare über Narvik 102 232 t, über Lulea 1 264 784 t, zusammen also 3 985 405 t Erz verschifft. Nach einem Bericht des Kaiserlichen Vizekonsuls in Lulea (Nordschweden) sind 1913 über Lulea 1 532 800 t Eisenerz ausgeführt worden, und zwar 883 700 t nach Deutschland, 163 000 t nach Großbritannien, 477 500 t nach den Niederlanden, 8 000 t nach den Vereinigten Staaten. 1914 erwartete man eine weitere Steigerung des Exportes um 300 000 t.

Die Lage der schwedischen Eisenindustrie während des Krieges wurde in zwei Vorträgen einer Sitzung des Schwedischen Eisenwerkvereins besprochen. Danach waren von den 124 Hochöfen des Landes seit Beginn des Krieges bis Jahresschluß nur 65 durchschnittlich monatlich in Betrieb, und die Herstellung von Roheisen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1914 63 200 t

monatlich betrug, ging auf 43 000 t zurück. Im Jahre 1915 ist aber eine Verbesserung der Lage eingetreten, zum Teil infolge der durch das „Eisenkontor“ in den Jahren 1910–1912 zu Trollhättan veranstalteten Versuche zur Herstellung von Roheisen auf elektrischem Wege; das neue Verfahren wurde bereits auf den Werken Domnarfoet, Hayfors und Södersfors eingeführt.

Für das reinste Eisenerz, das lappländische, wird frei deutscher Hafen 15–20 M pro Tonne gezahlt; die Fracht nach Deutschland beträgt

von Skandinavien aus . . .	etwa 5,60 M pro t
„ Bilbao	4,90–5,90 „ „ „
„ den Mittelmeerländern	10–11 „ „ „
„ Kanada	etwa 25 „ „ „

Interessant ist der Vergleich des Minettegebietes von Lothringen und Luxemburg mit Kirunavaara, der gegenwärtig bedeutendsten Eisenerzgrube der Welt. Ersteres fördert quantitativ fünfmal mehr als die letztere, aber infolge des größeren Eisengehaltes der letzteren (65 % gegen 24–40 %) übertrifft der Minettedistrikt denjenigen von Kiruna nur um das Zweieinhalbfache.

Nun die Produktions- und Handelsstatistik der schwedischen Eisenindustrie. Über die Eisenindustrie Schwedens im Jahre 1915 hat das Kaiserliche Konsulat in Gotenburg vom 10. April 1916 an das Reichsamt des Innern folgendes berichtet:

Die Eisenerzausfuhr betrug

im Jahre 1913	6 440 000 t
„ „ 1914	4 681 000 t
„ „ 1915	5 994 000 t

Die Eisen- und Stahlausfuhr ergab

im 3. Viertel 1914	89 800 t
„ 4. „ 1914	103 500 „
„ 3. „ 1915	183 000 „
„ 4. „ 1915	167 300 „
	im ganzen Jahr 1915 um 206 100 t mehr als im ganzen Jahr 1914.

Im einzelnen betrug die Ausfuhr in Tonnen

	1914	1915
von Roheisen	162 800	290 200
„ Kieseisen	10 000	10 700
„ Schmelzstücken und Rohstangen	23 200	37 300
„ Stangeneisen	90 500	121 300
„ gewalztem Draht	27 500	32 200
„ Röhren	15 900	19 300

Die gesamte Jahresausfuhr von Eisen ergab

Roheisen (im weiteren Sinn) 207 000 t im Jahre 1913	
175 400 „ „ „ 1914	
302 000 „ „ „ 1915	
Schmiedeeisen (alle Formen) 287 200 „ „ „ 1913	
200 900 „ „ „ 1914	
275 500 „ „ „ 1915.	

Seit dem Hausjahr 1906 ist die Ausfuhr von Roheisen (im weiteren Sinne) von 112 000 t auf 302 000 t gestiegen und hat sich diejenige von Stangeneisen und gewalztem Draht von 200 700 auf 153 500 t verringert. Die Einfuhrziffern sind beinahe unverändert; es wurden eingeführt

im Jahre 1914 255 000 t } Eisen und Stahl.
 „ „ 1915 256 900 „ }

Es stieg die Einfuhr von Roheisen . . von 103 200 auf 111 400 t
 „ „ „ „ „ Stangen- u.
 Fassoneisen „ 46 300 „ 59 500 „
 „ fiel „ „ „ Eisenbahn-
 schienen . . . 52 700 „ 23 400 „

Die Erzeugung von handelsfertigem, gewalztem Eisen stieg von

1914 1915
 322 200 t auf 409 100 t

Die gesamte Eisenerzeugung ¹⁾ ergab folgende Ziffern:

	1913	1914	1915
Roheisen	735 000	635 000	767 600
Schmiedeeisen	743 700	613 900	708 000

¹⁾ Vergl. hierzu auch „Die Eisenindustrie Schwedens“ in der Zeitschrift „Bergbau und Hütte“ v. 15. Mai 1916, S. 165/71.

4. Rußland.

Über die Roheisenproduktion Rußlands gibt folgende dem Wjestnik Finanssow entnommene Tabelle eine Übersicht:

	1911			1912		
	Zahl der im Betr. befindl. Hoch-öfen	Menge des ausgeschmolzen. Roheisens in 1 000 t	auf einen Hoch-öfen entfallen 1 000 t	Zahl der im Betr. befindl. Hoch-öfen	Menge des ausgeschmolzen. Roheisens in 1 000 t	auf einen Hoch-öfen entfallen 1 000 t
Ukraine	45	2 422	54	—	2 842	59
Ural	73	736	10	—	829	11
Moskauer Rayon . .	16	90	6	—	136	8
Russisch Polen . . .	11	347	32	—	393	39.

Auf die einzelnen Bezirke verteilte sich die Gußeisenproduktion, wie folgt:

	1911	1912
	in 1 000 t	
Ukraine	770	912
Ural	259	287
Polen	94	131
Zentrum	31	31
Norden	1,2	1
Zusammen	1 155,2	1 362

In den ersten Monaten des Jahres 1915 betrug die russische Eisen- und Stahlerzeugung 360 Taus. t gegen 340 in der entsprechenden Zeit des Jahres 1914. Besonders stark gestiegen ist die Produktion der Staatswerke des Ural (von 28 auf 43 Taus. t vom Januar–Juli 1914–1915).

Ferner sind von der Zentralen Statistischen Abteilung für Eisenindustrie beim russischen Finanzministerium laut Verh. d. Ver. z. Bef. d. Gew. Juni 1916 nach vorläufigen Berechnungen über die russischen Eisenschmelzwerke im Jahre 1915 folgende Ergebnisse veröffentlicht worden:

	1913	1914	1915
	in Tausend t		
Zu Roheisen wurden			
ausgeschmolzen . . .	4 639	4 330	3 688
Zu fertigem Metall hergestellt	4 042	3 935	3 268
Zum Verkauf gebracht			
an Roheisen	1 155	981	818
an fertigem Metall . .	3 152	2 989	2 368
Verblieben in den Werken			
Ende des Jahres an			
Roheisen	528	513	534
an fertigem Metall . .	362	425	490.

Die Verminderung erklärt sich durch den Wegfall der polnischen Werke seit Kriegsbeginn. Diese Werke haben z. B. im Jahre 1913 420 Taus. t Roheisen ausgeschmolzen und im Laufe desselben Jahres 440 Taus. t fertiges Eisen und Stahl hergestellt.

Im Ganzen wurden an Roheisen ausgeschmolzen:

	1913	1914	1915
	Tausend t		
in Südrußland . . .	3 110	3 053	2 747
im Ural	914	860	824

An fertigem Metall wurden hergestellt:

	1913	1914	1915
	Tausend t		
in Südrußland . . .	2 312	2 365	2 016
im Ural	669	666	660

(laut „Torg. Prom. Gaz.“ v. 29. IV./12. V. 1916).

Die Ausfuhr von Manganerz betrug im letzten Jahrfünft vor dem Kriege 830 Taus. t im Werte von 9,7 Millionen Rubel gegen 500 Taus. t im Werte von 6,8 Millionen Rubel im vorhergehenden Jahrfünft; im Jahre 1915 ist Manganerz überhaupt nicht ausgeführt worden. Große Bedeutung hatte die Platinausfuhr im Jahre 1915; es sind davon 2,2 t im Werte von 7,6 Millionen Rubel ausgeführt worden. Die durchschnittliche Ausfuhr im letzten Jahrfünft wurde auf 14,2 Millionen Rubel geschätzt gegen 5 Millionen Rubel in den Jahren 1904–1908.

Von besonderer Bedeutung sind, nicht am wenigsten in Ansehung der politischen Folgen des Weltkrieges die Mineralschätze der Ukraine; über diese hat Geh. Bergrat Prof. R. Frech, Breslau, in der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ (Verlag J. J. Lehmann, München), 1. und 2. Märzheft 1916, ausführliche Darlegungen gegeben. Danach sind in den hauptsächlich in Betracht kommenden Gruben des Erzreviers von Krivoi Rog annähernd 80 Millionen Tonnen Eisenerz vorräte vorhanden, d. i. etwa soviel, als der Roheisenbedarf Deutschlands während 5 Jahren ausmacht. Die Produktion betrug im Jahre 1900 2,8 Mill. t und 1906 in ganz Südrußland 3,65 Mill. t. Zu beachten ist, daß sich der Bergbau in Rußland in größerem Maßstabe erst seit 1881 entwickelt hat. Geheimrat Frech ist der Meinung, daß infolge des hohen Eisengehaltes und der sonstigen günstigen Beschaffenheit der Roteisensteine von Krivoi Rog die Ausfuhr für „das immer eisenärmer werdende Oberschlesien“ von besonderer Bedeutung ist.

Produktion und Vorräte (in 1 000 t) der verschiedenen Sorten von Roheisen der Ukraine sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gießereieisen	1909	1910	1911	1912	1913
Produktion Januar bis Juni .	134	220	282	294	307
Vorräte Ende Juni	61	26	22	25	191
Umarbeitungsroheisen:					
Produktion Januar bis Juni .	770	798	849	1 055	1 177
Vorräte Ende Juni	112	43	21	31	52
Andere Sorten Roheisen:					
Produktion Januar bis Juni .	33	18	31	41	49
Vorräte Ende Juni	32	16	8	14	21

Nach einer vom Kaiserlich Deutschen Konsulat in Charkow zusammengestellten Tabelle hat sich die Produktion und der Absatz in der ukrainischen (südrussischen) Eisenindustrie im ersten Halbjahre 1912 und 1913 folgendermaßen gestaltet:

Roheisen	Produktion		Absatz	
	1913	1912	1913	1912
	Menge in t			
• Eisen und Stahl . . .	1 533 227	1 390 694	390 336	348 541
1. zur Hälfte bearbeitet	1 322 476	1 215 463	34 015	29 588
Knüppel: Bessemer . .	276 148	288 551	444	2 270
Thomas . . .	94 929	89 020	—	785
Martin . . .	951 071	837 891	33 571	26 529
2. zu $\frac{2}{3}$ bearbeitet				
Knüppel geschmied. und gepreßt	529 418	521 801	78 061	66 151
3. ganz bearbeitet . . .	1 129 656	1 030 371	1 013 395	966 285
Darunter Träger und Schwellen	153 246	134 356	145 514	138 532

Roheisen	Produktion		Absatz	
	1913	1912	1913	1912
	Menge in t			
Schienen für Berg-, Pferde- und elektr. Bahnen	40 717	49 317	38 987	46 484
Schienen für Eisenbahnen	183 652	201 877	174 289	205 319
Schienen für Grubenbahnen	16 443	13 662	16 368	12 709
Band- und Sorteneisen	333 866	291 640	294 667	26 808
Eisen- und Stahldraht	84 953	76 800	84 412	76 873
Eisen- und Stahlblech				
Nr. 20,3 mm	100 699	76 530	71 470	54 422
Eisen- und Stahlblech 3 mm bis Nr. 20 . .	20 134	11 283	17 805	10 306
Dachblech Nr. 20 . .	57 056	43 487	49 495	42 347
Universaleisen und -stahl	9 970	10 118	4 828	5 718
Bandagen und Flanschen	9 272	8 247	7 979	6 894

5. Amerika.

Die amerikanische Roheisenerzeugung ist naturgemäß während des Krieges im ersten Jahr gefallen, im zweiten infolge der Kriegslieferungen gestiegen.

Eine Statistik des *American Iron and Steel Institute* und der Jahresberichte der *United States Steel Corporation* ergibt folgendes Bild:

Vereinigte Staaten:	1915	1914	1913	1912
	(Millionen Tonnen)			
Roheisenerzeugung . . .	29,92	23,33	30,97	29,73
Einfuhr } von Eisen- u.	0,28	0,29	0,32	0,22
Ausfuhr } Stahlwaren	3,53	1,64	2,75	2,95

Die Roheisenerzeugung ergab den einzelnen Monaten nach:

	1915	insgesamt t	arbeitstäglich t
im Mai	2 299 690		74 183
„ Juni	2 418 920		80 691
„ Juli	2 604 435		84 014
„ August	2 824 121		91 101
„ September	2 898 202		96 515
„ Oktober	3 175 499		102 435
„ November	3 085 906		102 864
„ Dezember	3 254 575		104 986
1916			
„ Januar	3 239 358		104 496
„ Februar	3 166 607		108 159
„ März	3 350 870		109 060
„ April	3 277 104		109 244

U. S. Steel Corp.	1915	1914	1913	1912
Roheisenerzeugung . . . Mill. t	13,61	10,05	14,08	14,19
Rohstahlerzeugung . . . „	16,38	11,83	16,56	16,90
Fabrikateerzeugung . . . „	11,77	9,01	12,37	12,51
Fabrikateverkauf „	11,68	9,08	12,17	12,53
davon Inland	9,33	7,98	10,11	10,30
davon Export	2,35	1,10	1,76	2,23
Zahl d. Angestellten	191 126	179 353	228 906	221 025
Bezüge d. Angestellten (Mill. D)	178,80	162,38	207,21	189,35
Durchschnittsbezüge der Angestellten (p. Tag D)	3,01	2,97	2,92	2,75
Brutto-Einnahmen (Mill. D) .	726,7	558,4	796,9	745,5
Dividende der Stammaktien (in Prozenten)	14	3	5	5

Die Roheisenerzeugung der Vereinigten Staaten (vergl. „Konjunktur und Arbeiterverhältnisse in den Verein. St.“ Neue Züricher Zeitung, Mai 1916) zeigt demnach

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

im Jahre 1915 gegen das Jahr 1913 noch einen Rückstand. Dementsprechend sind auch die Produktionszahlen der *Steel Corp.* für 1915 etwas kleiner als für 1913. Diese bleiben aber auch gegen das Jahr 1912 zurück, das in Bezug auf den Umfang der Produktion bei der *Steel Corp.* bisher an erster Stelle stand. Im Jahre 1916 wird die Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten mit einem gewaltigen Ruck nach aufwärts 40 Mill. Tonnen erreichen oder diesem Quantum doch sehr nahe kommen¹⁾, und natürlich wird auch die Erzeugung der *Steel Corp.* ungefähr im selben Verhältnis zunehmen. Wie in früheren Jahren angestrebter Beschäftigung hat die *Steel Corp.* auch im Jahre 1915 beträchtliche Mengen von den *open market furnaces*, d. i. den reinen Hochöfen, die für den Markt erzeugen, zugekauft. Darauf ist es zum Teil zurück zu führen, daß die Rohstahlerzeugung erheblich größer war als jene von Roheisen. Von dem Versand von fertigen Fabrikaten in Höhe von 11,68 Millionen Tonnen wurden 9,33 Mill. Tonnen im Inland abgesetzt, der Rest von etwa 20 % (2,35 Mill. Tonnen) wurde exportiert. Im Jahre 1914 wurden nur etwa 12 % des gesamten Versandes von fertigen Fabrikaten ausgeführt. Die *Steel Corp.* hatte 1915 einen großen Anteil an den Lieferungen von halbfertigem Material für die Fabrikanten von Kriegsgewehr in England und Frankreich; immerhin war ihre Ausfuhr von Eisen und Stahlwaren im Jahre 1915 nur unerheblich größer als 1912.

Der Versand des Stahlwerksverbandes betrug neuerdings

in Halbzeug	April 1915	80 143 t
	Mai 1915	62 002 „
	April 1916	83 132 „
	Mai 1916	80 765 „
im Eisenbahnoberbau .	April 1915	132 210 „
	Mai 1915	142 207 „
	April 1916	119 936 „
	Mai 1916	142 321 „
in Formeisen	April 1915	93 762 „
	Mai 1915	84 357 „
	April 1916	68 688 „
	Mai 1916	88 528 „

¹⁾ Im Januar 1917 belief sich die amerikanische Roheisenerzeugung auf 3 151 000 t (täglich 120 000 t). [*Iron Age*].

Der Gesamtversand belief sich mithin

im April 1915 auf 306 115 t
 „ Mai 1915 „ 288 566 „
 im April 1916 „ 271 756 „
 „ Mai 1916 „ 311 614 „

Der Auftragsbestand beim amerikanischen Stahltrust erreichte

im Mai 1916 9 938 000 t gegenüber nur
 „ „ 1915 4 265 000 „
 Ende Juni 1916 9 640 458 t gegenüber nur
 „ „ 1915 4 678 196 „ und
 „ „ 1914 4 032 857 „

Das Erträgnis der *United States Steel Corporation* war

im Jahre 1912 130 351 296 Dollar

„ „ 1913 137 181 345 „

„ „ 1914 71 663 615 „

„ „ 1915 130 351 296 „

(*The Iron Age*, 27. Januar 1916).

Im 1. Vierteljahr 1913 34 426 801 „
 „ „ 1914 17 944 381 „
 „ „ 1915 12 457 809 „
 „ „ 1916 60 714 000 „
 im 2. Vierteljahr 1913 41 219 813 „
 „ „ 1914 20 457 596 „
 „ „ 1915 27 950 055 „
 „ „ 1916 81 126 000 „

(Nach dem *Engineer*.)

Nach dem *Engineer* vom 4. Juli 1916 wird die *United States Steel Corporation* die elektrische Stahlerzeugung bald auf 1 000 t in 24 Stunden gesteigert haben. In den Duquesne Werken der *Carnegie Steel Company* kommt ein 20 t H rault-Ofen in Betrieb und für die *Illinois Corporation* wurden zwei

20 t und ein 15 t-Ofen gebaut. Die Gesamterzeugung an Elektro Stahl wird dann rund 1 Mill. t jährlich betragen. (Vergl. auch Zeitschr. d. Ver. D. Ing. Nr. 33, v. 12. August 1916).

Miszelle: Bethlehem Steel Corporation.

Aus dem 11. Jahresbericht für 1915 der *Bethlehem Steel Company* des Herrn Charles M. Schwab in South Bethlehem, Pa., Amerika, ist folgendes zu entnehmen. Die Gesamteinnahmen für das Jahr 1915 erreichten die Höhe von 23 782 784 Dollar, von welcher Summe nach Abzug der Zinsen und Provisionen eine Nettoeinnahme von 17 762 812 Dollar verblieb. Ein Vergleich mit den vorhergehenden Jahren ergibt folgendes Bild:

	Gesamteinnahme:	Nettogewinn:
1913	8 530 708 Dollar	5 122 702 Dollar
1914	9 378 385 „	5 590 020 „
1915	23 782 784 „	17 762 812 „

Aus dieser enormen Steigerung der Einkünfte l ft sich ein für uns recht angenehmer Rückschluß auf die Waffen- und Munitionslieferungen an unsere Feinde zum Zwecke der Vernichtung unserer Armeen ziehen. Dabei betrugen die Gesamteinnahmen, wenn man noch weiter zurückgeht, im Jahre 1910 nur 4 524 141 und im Jahre 1906 nur 2 011 368 Doll.

Eine entsprechende Steigerung weisen die Aufträge auf, die im Jahre 1907 8 425 726 Dollar

„ „ 1912 29 282 182 „

„ „ 1914 46 513 189 „

„ „ 1915 175 432 895 „ erreichten.

Folgerichtig spricht die General bersicht von den sehr großen Aufträgen der verschiedenen europäischen Regierungen neben einem wachsenden Bedarf im eigenen Lande. Dabei h tten die Preise für Stahlerzeugnisse infolge der Schwierigkeit, gewisse Rohstoffe zu erlangen und der steigenden Arbeitslöhne eine rapide Zunahme erfahren.

6. Belgien.

Belgien nimmt in der Eisenindustrie eine eigenartige Stellung ein, indem es einerseits nicht selbständig ist, sondern in hohem Grade auf den Bezug ausländischer Erze (Rohmaterialien) angewiesen ist, andererseits aber wiederum einen höheren Anteil seiner Erzeugnisse (Industrieprodukte) als irgend ein anderes Land an das Ausland abgibt. Also eigentlich nicht die Bergwerksindustrie, sondern die Verarbeitungsindustrie erhebt Belgien auf eine so hohe Stufe als Industrieland. Besonders Frankreich und Deutschland sind es, welche Belgien die Erze lieferten, derart, daß im Jahre 1913 auf diese beiden Länder nicht weniger als 91 % der Gesamterzeinfuhr Belgiens entfielen, während die Einfuhr spanischer und schwedischer Erze abgenommen hat. Die Einfuhr aus Frankreich hat sich besonders seit der Aufschließung des Briey Beckens im Jahre 1907 gehoben, während lothringische und luxemburgische Erze in erhöhtem Maße seit 1870 eingeführt wurden. Im Jahre 1912 erreichte die Einfuhr von Roheisen mit 780 000 t ihren Höhepunkt und machte gerade ein Viertel der gesamten Roh-eisenerzeugung aus. Hiervon stammten 68 % aus dem deutschen Zollvereinsgebiet. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet machte sie im Jahre 1913 303,8 kg aus, gegenüber 190 kg im Jahre 1906 und gegenüber 203 kg in Deutschland im Jahre 1913. Die Roheisenversorgung, d. h. die Erzeugung, Ausfuhr und Einfuhr stieg von 281,6 kg im Jahre 1906 auf 400,9 kg im Jahre 1913 (in Deutschland von 202 kg auf 277 kg)¹⁾. In

der Richtung der Roheisenerzeugung wird Belgien nur von den Vereinigten Staaten übertroffen, steht aber in der Roh-eisenversorgung an der Spitze.

Die Flußstahlerzeugung erreichte schon vor dem Kriege in Belgien einen hohen Stand; sie stieg von 530 000 t im Jahre 1901 auf 2 474 000 t im Jahre 1913 und vermehrte sich gegenüber der gesamten Welterzeugung (2,32 fach) um das 4,75 fache; diese fällt ausschließlich auf den Thomasstahl, während die Siemens-Martin-Stahlerzeugung noch nicht 10 % der Flußstahlerzeugung ausmachte.

Was die in Belgien im Betrieb befindlichen Hochöfen betrifft, so stieg ihre Zahl von 1901 bis 1912 von 30 auf 50, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 2 227 auf 5 282, die durchschnittliche Jahreserzeugung eines Hochofens von 25 473 t auf 46 026 t (in Deutschland von 29 962 t auf 53 023 t), die durchschnittliche Tagesleistung eines Hochofens von 69,7 t im Jahre 1901 auf 126,8 im Jahre 1912 (in Deutschland von 82 t im Jahre 1901 auf 145,8 t im Jahre 1912). Die anderen großen Hochöfen und Werke von Cocherill und Ougr e-Marihaye haben eine Erzeugungsf higkeit von 200 t Tagesleistung. *Sambre et Moselle*, unter dem Einfluß von Aug. Thyssen stehend, sogar 300 t Tagesleistung. (Vergl. Kind a. a. O.) Die gesamten Hochöfen des Landes verbrauchten 1912 6,3 Mill. t Erze, davon nur 89 860 t = 1,4 % belgischen Ursprungs.

Die belgischen Stahlwerke verbrauchten im Jahre 1912 insgesamt 3 189 000 t Roheisen, hiervon 82,5 % belgischen Ursprungs, 17,5 % aus dem Ausland, hauptsächlich Deutschland.

Die Ausfuhr Belgiens an Roheisen geht in der Hauptsache nach Frankreich (vor dem Kriege 83 % jährlich).

¹⁾ nach einem Vortrage des Ing. Dr. R. Kind, Düsseldorf in der Hauptversammlung 1916 des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, veröff. in d. Mitt. d. Kriegsaussch. d. deutsch. Ind. 1916. Nr. 95.

7. Frankreich.

Frankreich hat nach „*L'Echo des Mines et de la Metallurgie*“ eingeführt^{1) 2)}

	1913	32 669 t
Roheisen	1914	15 885 „
	1915	166 709 „
	1913	19 379 „
Halbzeug	1914	16 888 „
	1915	580 485 „

Und an der Eisen- und Stahleinfuhr Frankreichs im Jahre 1915 waren beteiligt:

Großbritannien mit	677 560 t
Vereinigte Staaten „	143 770 „
Spanien mit	65 510 „

Besonderes Interesse bietet gegenwärtig die Eisenerzproduktion in den von uns besetzten Provinzen Frankreichs. In der Tat liefert die Minette gegenwärtig 60 bis 80 Prozent der Roheisen- bzw. Stahlherstellung, wie sie besonders für die Granatenfabrikation (täglich 4 000 t allein für Graugußgranaten) nötig ist und die Fortführung des Krieges bedingt.

¹⁾ Die französische Eisenproduktion siehe in den obigen allgemeinen Tabellen. — ²⁾ aus der Eingabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Reichskanzler vom 20. Mai 1915.

Ist doch die Eisen- und Stahlerzeugung in Deutschland auf monatlich zirka 2 Mill. t gestiegen! Für die Zukunft sehr zu beachten ist dabei folgendes: „Wenn die Festung Longwy mit den zahlreichen umliegenden französischen Hochofenwerken den Franzosen zurückgegeben würde, so würden in einem neuen Kriege sechs große deutsche und luxemburgische Werke in wenigen Stunden zum Erliegen zu bringen sein. Die Sicherstellung des Deutschen Reiches in einem zukünftigen Kriege erfordert also gebieterisch den Besitz des gesamten Minettevorkommens, einschließlich der Festungen Longwy und Verdun, ohne die dieses Gebiet nicht zu halten ist.“¹⁾

Im Anschluß an diese kurzen Angaben über Frankreich geben wir in der Anmerkung eine Notiz über die spanische und italienische Eisenerzförderung und -Ausfuhr²⁾.

¹⁾ aus der eben erwähnten Eingabe des Zentralverb. d. Ind. — ²⁾ Nach der *Iron and Coal Trades Review* vom 7. Juli 1916 betrug in Spanien

	die Eisenerzförderung	die Eisenerzausfuhr
1913	9 861 618 t	1913 8 907 202 t
1914	6 819 964 „	1914 6 095 121 „
1915	5 617 889 „	1915 4 449 273 „

Italien hat nach der amtlichen italienischen Statistik im Jahre 1914 706 240 t Eisenerz gefördert.

8. Großbritannien.

Die Eisenerzförderung Großbritanniens stellte sich im Jahre

1913 auf	7 663 876 t
1914 „	14 867 582 „
1915 „	12 976 105 „

Die Stahlerzeugung betrug ausschließlich Tiegelstahl im Jahre 1915 8 686 463 t; sie erhöhte sich um 20 000 t Elektrostahlblöcke, 2 000 t Stahlguß aus den Elektrostahlöfen und 179 904 t Stahlformguß.

Im Betriebe waren im Jahre 1915 in Großbritannien	
23 Elektrostahlöfen	(außerdem 22 im Bau)
1 097 Puddelöfen	(493 außer Betrieb).
19 Schienenwalzwerke	
66 3/4 Blechwalzwerke	
465 3/4 Feinblechwalzwerke	(270 außer Betrieb).
458 1/2 Stab- und Handelseisenwalzwerke	
336 1/2 Saure Martinöfen	(77 1/2 außer Betrieb)
152 1/2 Basische Martinöfen	(25 1/2 „ „)
47 Saure Converter	(24 „ „)
14 3/4 Basische Converter	(11 1/4 „ „)

9. Die Eisenerzlagerstätten der Balkanländer.

a) Serbien.

Das erreichste Land der Balkanhalbinsel ist Serbien. Die Erschließung der serbischen Lagerstätten begann mit den Inspektionsreisen des sächsischen Oberberginspektors von Herder im Jahre 1835 und des sächsischen Oberberggrates Professor Breithaupt im Jahre 1856. Die serbische Regierung beschloß im Jahre 1847 die Wiederaufnahme des Bergbaues und die Ausbeutung der staatlichen Minen von Maidanpek. Letztere wurden verpachtet, zuerst (1858) an eine franco-serbische Gesellschaft, dann (1866) an die englische „*Servian Iron and Copper Company*“, 1883 an den Engländer John Holway und 1885 an die Wiener Firma Chaudoir & Co. Alle ließen sich weniger die Minenausbeute als die Ausholzung der Wälder angelegen sein, so daß der Staat im Jahre 1901 die Pachtung zurücknahm¹⁾. Neuerdings soll sie in dem Besitz der österreichischen Staatseisenbahngesellschaft sein.

Die meisten serbischen Bergwerke sind Silber-, Blei- und Kupferminen. Eisen wurde von altersher in den Bergwerken des Kapaonik-Gebirges gefördert. „Großartige Haldengänge,

verfallene Schächte und Stollen, Ruinen von Hammerwerken und Eisenhütten, Reste lateinischer Kirchen und städtischer Ansiedlungen zeugen von dem Leben, das einst in dieser Bergwildnis herrschte.“ In der Tat hatten eben schon die Römer in Serbien Erzbergwerke, wie die erwähnte Mine von Maidanpek. Heute hat das österreichisch-ungarische Militärgouvernement eine Bergbau-Abteilung mit einem Bergwerksdirektor gebildet, und eine große Anzahl von Bergingenieuren und Tausende Arbeiter sind an der Instandsetzung der serbischen Bergwerke beschäftigt, sodaß bereits in vier Bergwerken der Vollbetrieb aufgenommen und an 18 Orten Wiederherstellungsarbeiten im Gange sind¹⁾.

Die im Kapaonikdistrikt vorkommenden Erze sind nach Dr. C. Doelter²⁾ Magneteisen, Rot- und Brauneisenstein und oolithisches Eisenerz. Die Lager haben eine Mächtigkeit von 208 m. Der Abbau geschieht im Tagbau. Weitere Eisensteinvorkommen im südwestlichen Serbien finden sich am linken

¹⁾ Vergl. W. Roß, „Die Entwicklung des serbischen Bergbaues“, Osteuropäische Zukunft. 1. Juliheft 1916.

¹⁾ Vergl. Fr. Meinhard, „Zur Wirtschaftsgeographie der Balkanhalbinsel“, in der Zeitschrift Osteuropäische Zukunft, 2. Juniheft 1916. — ²⁾ „Die Mineralschätze der Balkanländer und Kleinasien“. Stuttgart. 1916. F. Enke.

Ufer der Samokowska, am Ibarufer bei dem Dorfe Mremici (Eisengehalt 72,4 %), bei Budnjac, Goracic, Krivaca bei Guca Lopatnica, ferner im Bezirk von Cacak am rechten Morava-ufer, in Jelica und am linken Ufer bei Jablonica.

Manganerze hat ebenfalls der Kapaonikdistrikt; sie finden sich ferner bei Maglic und Matarucg, bei Rajatz am Troglav und bei Lopatnica, auch am Radesickabach bei Rasca, in Vrtjaja (45 bis 50 % Mangangehalt), bei Gradina, Kovacica (Radocica) und Jarovic, ferner bei Gaberevac und Vrbica.

Chromeisen in Serpentin findet sich an vielen Stellen, im Distrikt Kapaonik (Tajatz), an der Troglav planina an zwölf verschiedenen Stellen (Chromsäuregehalt bis zu 65 %) und bei Sabovar (Tschatschak).

Magneteisen gibt es am Rupfluß im Südwesten Serbiens (63,74 % Eisengehalt), ferner bei Ventschak im Bezirk von Rudnik.

In der Nähe der Donau finden sich Eisenerze (Brauneisen, manganhaltig) bei Dobra im östlichen Serbien. Neben der Eisenbahn Belgrad-Nisch liegen oolithische Eisenerze bei Rajla (ca. 75 % Eisenoxyd).

Beiläufig erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß sich nach einer Notiz in der Berg- u. H.-Z. 1915, Dezember S. 219/220 Manganeisenerze am Nordrande des Banater-Gebirgszuges finden. Das Erz besteht aus dichtem Hartmanganerz (Psilomelan), dem nur untergeordnet Braunstein (Pyrolusit) beige-mengt erscheint. Das Derberz enthält bis 50 % Mangan; es wird auf der Tilva Bohalai gewonnen und in Reschnitza verhüttet. Es enthält im Durchschnitt 18 % Si 0,2, 12 % Fe, 38 % Mo, 0,12 % P.

b) Bulgarien.

Die Wiederbelebung des fast gänzlich eingegangenen Bergbaues in Bulgarien begann im Jahre 1873. In den 90er Jahren wurden die Minen von Pernik (34 km von Sofia an der Linie Sofia-Kustendi) in Angriff genommen (vergl. Fr. Meinhard, a. a. O.).

Die berühmtesten bulgarischen Eisenwerke liegen bei der Stadt Samokow. Auch am Nordnordwestende des Balkan-gebirges bei dem Orte Rilo finden sich Eisenerzlager. In früheren Zeiten wurde in Bulgarien vielfach Eisensandwäscherei betrieben.

C. Jirecek unterscheidet nach Doelter (a. a. O.) vier Lagerstätten von Eisenerzen im nordwestlichen Mazedonien (bei Treka und Kicevo), an der serbisch-bulgarischen Grenze (zwischen Morava und Struma bei Bozica), das schon erwähnte Rilogeberge und das Perrin- und Rhodopegebirge, und endlich am Schwarzen Meer in Türkisch-Thrazien bei dem Dorfe Malki Samokow zwischen Jniada und Kirkillisse; Hauptfundorte sind außer Samokow Etropol und Bossilegrad. Der Staatsgeologe L. Vankow schätzt St. Nikolas im Bezirk Bossilegrad höher ein als Samokow. Magneteisen findet sich bei Krumovo-Rudin-Kamak, Hämatit (Roteisen) bei Kremikovzi (17 km von Sofia) und Breznik zwischen Sofia und Varna. Fast alle diese Lagerstätten sind wegen Mangel an billiger Kohle eingegangen.

c) Mazedonien.

Eisenerze und Manganerze finden sich bei Dugi-Hrid und bei dem Kloster Lesnovki Monastir, im Quellgebiet der Kriva östlich von Palanka (Egri) an der bulgarischen Grenze, Magneteisen im Andesitoff von Svedorek und Sracin und in dem Grenzgebirge Osogoff nach Bulgarien zu, Chromeisen, besonders in Griechisch Mazedonien in Kara-Ferie und Kassendire, ferner

östlich von Njegusch, unweit Saloniki, endlich im Pajakgebirge nördlich von Pazar und am Thessalischen Olymp. besonders bei Gereli.

In der Provinz Saloniki sind nach W. May (Österr. ZS. f. Berg- und Hüttenwesen. 1896. S. 224) schon im Jahre 1896 drei Bergwerkskonzessionen auf Chromerze und vier auf Manganerze erteilt worden.

d) Die europäische Türkei.

Das vom II. Internationalen Geologenkongreß herausgegebene Werk „*The Iron Ressources of the World*“ enthält auch einen Bericht über die wenigen Eisenerzlager der europäischen Türkei und erwähnt zwei Eisenerzlager bei Kirkillisse im Vilajet Adrianopel, deren Erz sehr gut ist (75 % Eisenoxyd) und eine Jahresproduktion von 600 t ergab. Im Abbau begriffen ist ein weiteres Lager von Eisenerz bei Tschilongos-Tschifik (Magnetitsande und manganhaltige Brauneisensteine mit 59,5 % Eisen, 12,40 % Mangan und 3,50 % Kieselsäure).

e) Albanien.

Die geologischen Verhältnisse Albaniens sind nach Meinhard (a. a. O.) noch am wenigsten bekannt. Doelter (a. a. O.) erwähnt Eisenerze im Distrikt Alessio bei Rubigo.

f) Montenegro.

Auch das Gebiet von Montenegro ist wissenschaftlich noch wenig erforscht. Es scheint festzustehen, daß wir es hier mit einem wenig erzeichen Bezirk zu tun haben, abgesehen vom eigentlichen Sandschakgebiet.

g) Die asiatische Türkei.

Von Kleinasien kennen wir nach Doelter (a. a. O.) am besten den westlichen Teil. Über die Mineralvorkommen unterrichtet die von C. Schmeißer im Jahre 1906 herausgegebene Karte von Kleinasien (ZS. f. prakt. Geologie 1906. Bd. 14, S. 89). Danach sind die Gegenden südlich des Marmarameeres und das Vilajet Brussa die mineralreichsten Reviere, ferner das Hinterland von Smyrna, der westliche Südrhang des Taurus und etwa noch die südliche Küste des Schwarzen Meeres mit dem Hinterland von Trapezunt und Ordu, endlich die Gegend östlich von Beirut, auch Palästina, Mesopotamien und Arabien. Die wissenschaftliche Durchforschung aller dieser Gebiete in Bezug auf Mineralvorkommen steht noch aus.

Kleinasien ist besonders reich an Chromerzen (in Serpentin). Doelter meint, daß die Vorräte so groß sind, daß der ganze Weltbedarf durch die jetzt schon in Betrieb befindlichen Gruben gedeckt werden könnte. Erwähnt seien die Gruben an der Südwestküste Anatoliens, unweit der Insel Rhodos und südlich vom bythinischen Olymp (50 bis 75 km nordwestlich von Kutahia); ferner in den Vilajets von Angora und Kastamuni. Die reichsten Gruben sind die von Tschardy bei Mirankoi und Daghardy und am Tschatalja-Dagh, südlich von Kirmasti (50 bis 56 % Chromoxydgehalt). Die Grube von Daghardy liefert allein jährlich an die 12 000 t Erz im Werte von einer Million Mark, die von Mirankoi 3 000 t und die von Kostudsch 1 250 t.

Auch Eisenerze sind in Kleinasien an vielen Stellen vorhanden, so daß Doelter Kleinasien zu den eisenreichsten Ländern zählt. Vorkommen in guter Qualität besonders Magneteisen, Rot- und Brauneisen und Spateisen. Das Magneteisen bei Adramili enthält 71 % Eisen.

Bei Trianda, Station der Eisenbahn Smyrna-Aidin, liegt die Grube „Fortuna“ einer englischen Kapitalsgruppe gehörig mit zehn Lagern (86,00 % Eisenoxyd, 2,90 % Manganoxyd). Eine

sehr reiche Grube ist ferner Besch-Parmak bei Milas in der erzreichen Provinz Aidin (3 Mill. t Erz auf 100 m Teufe). Fernere eisenerzreiche Bezirke sind das Vilajet Erzerum, Argana, Brussa (besonders Gemlek), Alexandrette (60% Eisengehalt), auch Armenien und Mittelsyrien. Die Eisengruben des Libanon

lieferten das Material für die berühmten Damaszener Klingen. Im Lande Midian findet sich wolframhaltiges Erz. Manganerze sind an der pontischen Küste, besonders bei Trapezunt, Fatsa und Ordu (im Jahre 1900 38 100 t) und in der Provinz Smyrna verbreitet.

10. Deutschland.

Deutschland, das England in der Eisenproduktion längst überflügelt hat, hat an gegenwärtig nutzbaren Eisenerz-vorräten 3 607 700 000 t, während es im Jahre 1909 25 505 400 t Eisenerze produziert hat.

Infolge der deutschen Besetzung von zehn französischen Departements mit insgesamt 2 100 000 Hektaren sind von der französischen Gesamtkohlenförderung 68,8 %, vom Koks 78,3 %, vom Eisenerz 90 %, vom Roheisen 85,7 %, vom Thomasstahl 96,3 %, vom Stahlguß 76,9 %, von Röhren 100 % in deutschem Besitz. Auch den größten Teil der maschinenbauenden Industrie haben wir in Händen. Im russischen Gebiete hatten wir bereits anfangs 1915 25 % der russischen Kohlenförderung im Besitz. Unsere eigene Roheisenerzeugung betrug im Jahre 1914 14 389 547 t, war also schon wieder so hoch wie im Jahre 1908.

Die Roheisenerzeugung hatte in Deutschland im Jahre

	1911	1912	1913
	15 579 299 t,	17 868 909 t,	19 309 172 t
betragen; sie belief sich einschließlich derjenigen Luxemburgs im Jahre 1915 auf 11 829 911 t ¹⁾ , und zwar in			
Gießereiroheisen	2 283 538 t	(gegen 14 946 212 t im Jahre 1914 u. 11 233 693 t in den ersten 12 Kriegsmonaten 1914 bis Juli 1915)	
Bessemer „	187 522 „		
Thomas- „	7 246 322 „		
Stahl- und Spiegeleisen . .	1 793 865 „		
Puddeleisen	278 684 „		

und den Monaten nach

im Januar	874 122 t
„ Februar	803 621 „
„ März	958 438 „
„ April	958 670 „
„ Mai	985 968 „
„ Juni	989 877 „
„ Juli	1 047 503 „
„ August	1 050 610 „
„ September	1 034 126 „
„ Oktober	1 076 343 „
„ November	1 019 184 „
„ Dezember	1 031 449 „

ferner den Bezirken nach:

in Rheinland-Westfalen	5 165 618 t
in Siegerland	789 650 „
in Wetzlar	
„ Hessen-Nassau	
„ Schlesien	777 625 „
„ Norddeutschland	231 140 „
„ Mitteldeutschland	371 686 „
„ Süddeutschland und Thüringen . . .	234 669 „

¹⁾ nach den am 1. März 1916 veröffentlichten verbesserten Angaben des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

im Saargebiet	801 597 t
in Lothringen	1 817 965 „
„ Luxemburg	1 599 931 „

Das Jahr 1915 zeigt mithin einen starken Aufstieg. In Übereinstimmung hiermit steht eine Kundgebung des Stahlwerksverbandes. Dieser hat nämlich eine Statistik über den Versand von Halbzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen veröffentlicht¹⁾, an deren Schluß es heißt:

„Ein Vergleich mit den Ziffern des Monats August 1914 als ersten Kriegsmonates zeigt die angesichts der durch den Krieg geschaffenen Lage gewaltige Erstarkung der deutschen Eisenindustrie.“

Während nämlich die Roheisenerzeugung im August 1914 nur rund 37 % der durchschnittlichen Friedenserzeugung ausmachte, belief sie sich im Juli 1915 auf über 66 %. Noch erheblicher war die Steigerung der Flußstahlerzeugung; sie stieg von 36 % im August 1914 auf über 72 % im Juli 1915. Die Erklärung liefert der starke Heeresbedarf, der die Flußstahlerzeugung gegenüber der Roheisengewinnung in den Vordergrund rückt. Im Juli 1916 betrug der Versand des Stahlwerksverbandes nach den endgültigen Feststellungen der Verbandsleitung 282 875 t Rohstahlgewicht gleich 52,3 % der Beteiligung, gegen 298 753 t gleich 55,5 % der Beteiligung im vorausgehenden Monat Juni und 258 092 t gleich 47,95 % im Juli 1915. Der Versand ist damit gegen den Vormonat um etwa 16 000 t zurückgegangen, wogegen er den Versand des Vergleichsmonats vom vorigen Jahre um rund 24 000 t übersteigt. Der Rückgang im Juli tritt auch in Friedenszeiten gewöhnlich ein, da die Werke in diesem Monat mit den Abschluß- und Inventurarbeiten beschäftigt sind. Von dem Gesamtversand entfallen auf Halbzeug 69 386 t gleich 60,96 % gegen 77 483 t gleich 68,7 % bzw. 61 768 t gleich 54,3 %, auf Eisenbahnoberbaumaterial 130 465 t gleich 60,88 % gegen 134 584 t gleich 62,8 % bzw. 118 737 t gleich 55,4 %, auf Formeisen 83 024 t gleich 39,49 % gegen 86 686 t gleich 41,2 % bzw. 77 587 t gleich 36,9 %.

Demgegenüber hat die englische Stahlindustrie, die ihren höchsten Stand im Jahre 1910 mit 6 500 000 t hatte, noch nicht $\frac{2}{3}$ der deutschen Kriegsproduktion erreicht²⁾. Zudem hat die Roheisenerzeugung in Großbritannien zweifellos einen Rückgang gegenüber den normalen Verhältnissen ergeben³⁾, die Erzeugung von Stahlblöcken dagegen ist auf 8 Mill. t gestiegen, d. i. höher als je zuvor⁴⁾.

¹⁾ Köln. Ztg., 16. September 1915. — ²⁾ Stahl und Eisen, Nr. 38. — ³⁾ Economist, 19. Februar 1916. — ⁴⁾ Stahl und Eisen, 2. März 1916.

Die Steuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Von

Prof. Dr. Oskar Tetzlaff,

Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

In der Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ vom 2. Dezember 1913 ist aus dem Zahlenstoffe der Statistik über die Finanzgebarung sämtlicher Städte und Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1911 ein vorläufiges Erhebungsergebnis über die Zuschläge der Gemeinden zur Staatseinkommensteuer sowie über die Summe der direkten und indirekten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 und über die am Schlusse dieses Rechnungsjahres vorhandenen langfristigen Schulden der Gemeinden veröffentlicht worden. Die Angaben dieser Veröffentlichung über die direkten und indirekten Gemeindesteuern erfahren in der nachstehenden Veröffentlichung eine Ergänzung und Erweiterung. Einmal sind hier, in der Haupttabelle 1, sowohl die direkten als auch die indirekten Gemeindesteuern getrennt nach ihren Arten, aufgeführt, sodann haben auch die den Gemeinden überwiesenen Steuern, nämlich die Warenhaus- und Wanderlagersteuer, Berücksichtigung gefunden. Wie in der älteren Veröffentlichung erfolgt die Nachweisung auch hier nach Gemeindegrößenklassen für den Staat und die Provinzen. Während die Städtegruppen dieselbe Einteilung aufweisen wie früher, bilden bei den Landgemeinden jetzt die mit 4 000 bis 5 000 Einwohnern und die mit 3 000 bis 4 000 Einwohnern je eine Gruppe für sich, während sie bei der älteren Veröffentlichung in einer Gruppe vereinigt waren. Die übrigen Landgemeindegruppen sind unverändert geblieben. Die Zahlenangaben für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Pommern sind endgültige, und an dem Ergebnisse für die übrigen Provinzen wird sich auch nichts wesentliches mehr ändern, da der auf die Landgemeinden bezügliche Zahlenstoff fast vollständig, der die Städte betreffende zum größten Teile auf Grund der beantworteten Rückfragen berichtigt worden ist.

Aus der Tabelle 1 geht hervor, daß das Einkommen an Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 896,99 Millionen \mathcal{M} betragen hat, und daß an dieser Summe die Städte mit 636,27 Millionen \mathcal{M} oder 70,93 % und die Landgemeinden mit 260,72 Millionen \mathcal{M} oder 29,07 % beteiligt gewesen sind, während sich die gesamte Bevölkerung der Gemeinden ziemlich gleichmäßig auf die Städte und Landgemeinden verteilte. Bei den unterschiedenen Gemeindegrößenklassen ergaben sich die folgenden Bevölkerungs- und Steueranteile:

Es entfielen	v. H. der Bevölkerung in den Städten und Landgemeinden	v. H. der Gemeindesteuern
auf		
I. Berlin	5,1	10,61
II. die sonstig. Städte mit üb. 200 000 Einw.	11,71	20,73
III. die Städte mit üb. 100 000—200 000 „	6,39	11,53
IV. „ „ „ 50 000—100 000 „	5,57	7,68
V. „ „ „ 25 000—50 000 „	5,95	6,21
VI. „ „ „ 10 000—25 000 „	6,59	7,18
VII. „ „ „ 7 000—10 000 „	2,01	1,89
VIII. „ „ „ 5 000—7 000 „	1,98	1,62
IX. „ „ „ 3 000—5 000 „	2,50	1,95
X. „ „ „ 2 000—3 000 „	1,51	1,05
XI. „ „ „ nicht mehr als 2 000 „	1,01	0,58

Es entfielen

auf	v. H. der Bevölkerung in den Städten und Landgemeinden	v. H. der Gemeindesteuern
XII. die Landgem. mit üb. 50 000 Einw.	0,94	1,19
XIII. „ „ „ 25 000—50 000 „	1,64	2,21
XIV. „ „ „ 10 000—25 000 „	3,34	3,72
XV. „ „ „ 7 000—10 000 „	1,69	1,67
XVI. „ „ „ 5 000—7 000 „	1,78	1,59
XVII. „ „ „ 4 000—5 000 „	1,31	0,96
XVIII. „ „ „ 3 000—4 000 „	1,88	1,38
XIX. „ „ „ 2 000—3 000 „	3,42	2,14
XX. „ „ „ 1 000—2 000 „	7,58	3,95
XXI. „ „ „ 500—1 000 „	10,73	4,30
XXII. „ „ „ nicht mehr als 500 „	15,16	5,97

Um rund 19 Hundertteile war danach der Steueranteil der Großstädte mit mehr als 100 000 Einw. höher als ihr Bevölkerungsanteil, während umgekehrt der Steueranteil der Landgemeinden mit nicht mehr als 2 000 Einw. um ungefähr denselben Prozentsatz (19,56) hinter ihrem Bevölkerungsanteile zurückblieb.

Von den Landesteilen wies die Rheinprovinz mit 203,04 Mill. \mathcal{M} den höchsten Ertrag an Gemeindesteuern auf. In großem Abstände folgten mit 105,08, 103,57 und 95,13 Mill. \mathcal{M} die Provinzen Brandenburg und Westfalen sowie der Stadtkreis Berlin. Bei 6 Provinzen erreichte das Steueraufkommen noch nicht die Summe von 50 Mill. \mathcal{M} , und am meisten blieben dahinter, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, die Provinzen Pommern (22,91), Westpreußen (22,61) und Posen (18,03 Mill. \mathcal{M}) zurück. Die Anteile der Provinzen am gesamten Gemeindesteuerertrage verhielten sich zu ihren Bevölkerungsanteilen folgendermaßen:

Es entfielen

auf	v. H. der Bevölkerung der Städte und Landgemeinden	v. H. der Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden	Der Steueranteil war höher (+) oder niedriger (—) als der Bevölkerungsanteil %
die Provinz Ostpreußen	4,56	2,94	— 35,53
„ „ Westpreußen	3,85	2,52	— 34,55
den Stadtkreis Berlin	5,31	10,61	+ 99,81
die Provinz Brandenburg	10,19	11,71	+ 14,92
„ „ Pommern	3,56	2,55	— 28,37
„ „ Posen	4,49	2,01	— 55,23
„ „ Schlesien	12,61	8,79	— 30,29
„ „ Sachsen	7,80	6,92	— 11,28
„ „ Schleswig-Holstein	4,05	4,74	+ 17,03
„ „ Hannover	7,61	6,48	— 14,55
„ „ Westfalen	11,01	11,55	+ 4,90
„ „ Hessen-Nassau	5,87	6,45	+ 9,58
„ Rheinprovinz	18,59	22,64	+ 19,79
„ Hohenzollernschen Lande	0,19	0,19	— 47,37

Der auf 1 Einwohner entfallende Steuerbetrag ist im allgemeinen bei den Städte- und Landgemeindegruppen mit den höchsten Bevölkerungsziffern am größten und verringert sich

bei jeder nächstfolgenden Gruppe. Bei den Städten schwankten die Kopfbeträge zwischen 46,78 und 12,96 \mathcal{M} in Berlin und den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw., desgleichen bei den Landgemeinden zwischen 31,60 und 9,22 \mathcal{M} in solchen mit über 25 000 bis 50 000 und solchen mit nicht mehr als 500 Einwohnern. Für die direkten Steuern betrug die Spannung zwischen höchster und niedrigster Kopfbelastung 41,83 und 11,91 \mathcal{M} bei den Städtegruppen sowie 28,35 und 8,92 \mathcal{M} bei den Landgemeindeguppen, desgleichen für die indirekten Steuern 4,62 und 1,05 \mathcal{M} bei ersteren sowie 3,98 und 0,29 \mathcal{M} bei letzteren. Natürlich gibt es auch von dieser Regel Ausnahmen, die sich schon in manchen Provinzen häufen, und die um so öfter in die Erscheinung treten werden, je enger man die zu vergleichenden Verwaltungsgebiete umgrenzt.

Die Kopfbeträge liefern nur einen recht rohen Maßstab für die steuerliche Belastung. Für gewisse indirekte Steuerarten, die auf allgemeinen Verbrauchsgegenständen lasten und daher wie Kopfsteuern wirken, mag die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung einen ausreichenden Vergleichungsmaßstab abgeben. Für andere, vor allem für direkte Steuern, genügt dieser Maßstab allein nicht. Es ist ein Unterschied, ob eine Stadt mit einer steuerkräftigen Bevölkerung oder eine steuerlich wenig leistungsfähige denselben Kopfbetrag an Steuern aufweist. Daher ist es notwendig, bei der Vergleichung der auf 1 Einwohner entfallenden Steuerbeträge verschiedener Gemeinden oder Gemeindegruppen deren steuerliche Leistungsfähigkeit mit in Betracht zu ziehen. Als Maßstab für diese läßt sich für Preußen das sogenannte Prinzipalsoll der direkten Steuern verwenden, wie es in kreisangehörigen Stadt- und Landgemeinden¹⁾ für die Verteilung der Kreissteuern, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern ermittelt worden ist. Bei der preußischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 ist für jede Stadt- und Landgemeinde dieses Prinzipalsteuersoll, getrennt für die Einkommensteuer und die Realsteuern, erhoben worden; für die nicht mehr als 900 \mathcal{M} betragenden Einkommen ist dagegen das Prinzipalsoll nur soweit nachgewiesen worden, als es zur Gemeindeeinkommensteuer tatsächlich herangezogen wurde, weil für die von der Gemeinde zu erhebenden Zuschläge dieses und nicht das der Kreisbesteuerung zugrunde liegende Steuersoll maßgebend ist.

Machen wir uns zunächst klar, um was für Beträge es sich bei dem Prinzipalsteuersoll handelt. Da ist vorweg zu beachten, daß wir es hier nur mit Städten und Landgemeinden, nicht aber mit sämtlichen zu den direkten Kreissteuern veranlagten Zensiten zu tun haben, d. h. nicht mit den Gutsbezirken, dem Fiskus bezüglich seiner zu Ansiedlungszwecken angekauften Besitzungen und gewissen von der Gemeindeeinkommensteuer freien Einzelpersonen, die ihre Steuern direkt an den Kreis zu entrichten haben. Gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906 dient als Maßstab für die Oberverteilung der Kreissteuern auf die kreisangehörigen Städte und Landgemeinden das Soll oder, wie es in der Ausführungsanweisung zu dem genannten Gesetze bezeichnet wird, das Prinzipalsoll der Einkommensteuer und der vom Staate veranlagten Realsteuern, einschließlich der Betriebssteuer, wie es nach den Vorschriften des K.A.G., nach Gemeindebeschlüssen und Vereinbarungen mit Steuerpflichtigen der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen ist, nach dem Stande des 1. Januar des dem jedesmaligen Rechnungsjahre vorangegangenen Rechnungsjahres (d. h. das vorjährige Steuersoll nach dem Stande des 1. Januar), unter Berücksichtigung der bis zu diesem Zeitpunkte endgültig eingetretenen Berichtigungen und Veränderungen. Dabei gilt als Regel, daß die

erst nach dem 1. Januar für das Rechnungsjahr veranlagten Steuerbeträge dem Steuersoll des nächsten Rechnungsjahres hinzugerechnet werden, trotzdem die Steuerpflicht schon vor diesem Zeitpunkte begonnen hatte, während die für Vorjahre nachveranlagten Steuerbeträge dem Steuersoll des Jahres, in dem die Veranlagung stattfindet, oder dem des nächsten Rechnungsjahres hinzugerechnet werden, je nachdem die Veranlagung vor oder nach dem 1. Januar erfolgt ist. Wenn in Gemeinden eine Steuerart zu den Gemeindeabgaben nicht herangezogen worden ist, so wird das Steuersoll durch den Kreisausschuß veranlagt. Diese Bestimmung bezieht sich vorzugsweise auf Gemeinden, in denen keine Einkommensteuer erhoben wird, oder, wie es in hannoverschen Landgemeinden vorkommt, auf solche Gemeinden, in denen ein Gemeindeglied die alleinige Bestreitung aller Gemeindelasten übernommen hat und in denen es daher an einer veranlagten Gemeindeeinkommensteuer fehlt. (Vergl. Freund: Das Kreis- und Provinzial-Abgabengesetz vom 23. April 1906, Anmerkung 12 zu § 7.) Der § 7 a. a. O. bestimmt ferner, daß die auf Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} entfallenden Steuerbeträge dem Prinzipalsoll der Einkommensteuer hinzuzuzählen sind, soweit der Kreistag nicht deren völlige oder teilweise Freilassung beschlossen hat. An Stelle dieser der Kreisbesteuerung zugrunde liegenden Sollbeträge der kleinen Einkommen ist, wie bereits erwähnt, bei der Gemeindefinanzstatistik für 1911 das Soll der nach den fingierten Normalsteuersätzen veranlagten Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} erhoben worden, soweit es zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen worden ist. Dieses Soll der kleinen Einkommen muß dem Prinzipalsoll der Einkommensteuer und staatlich veranlagten Realsteuern noch hinzugezählt werden, um das gesamte Prinzipalsteuersoll der kreisangehörigen Städte und Landgemeinden zu erhalten.

Gemäß § 25 a. a. O. dient als Maßstab der Verteilung der Provinzial- (Bezirks-) Steuern auf die Stadtkreise das Soll der Einkommensteuer und der vom Staate veranlagten Realsteuern, einschließlich der Betriebssteuer, wie es nach dem K.A.G., nach Gemeindebeschlüssen und Vereinbarungen mit Steuerpflichtigen der Gemeindebesteuerung zugrunde zu legen ist, nach dem Stande vom 1. Januar des jeweilig vorangegangenen Rechnungsjahres, unter Berücksichtigung der bis zu diesem Zeitpunkte endgültig eingetretenen Berichtigungen und Veränderungen, sowie mit der Maßgabe der für Veranlagungen nach dem 1. Januar und für Nachveranlagungen für Vorjahre gültigen Bestimmungen, die den für die Landkreise festgesetzten (s. o.) entsprechen. Das Prinzipalsoll der Stadtkreise nach dem Stande vom 1. Januar des „jeweilig vorangegangenen Rechnungsjahres“ entspricht dem in Landkreisen der Kreisbesteuerung des jeweilig laufenden Rechnungsjahres zugrunde zu legenden Soll. Der Stichtag für Stadt- und Landkreise ist also der gleiche. Ebenso wie bei den Landkreisen ist auch bei den Stadtkreisen dem Prinzipalsoll der Einkommensteuer das nach den fingierten Normalsteuersätzen veranlagte Soll der Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 \mathcal{M} hinzugezählt, soweit es im Berichtsjahre zur Gemeindesteuer herangezogen worden ist.

Bezüglich des Prinzipalsolls der Einkommensteuer ergibt sich aus dem Gesagten und ist zu beachten, daß es sich nicht um das Soll der Staatseinkommensteuer, sondern um das der Gemeindeeinkommensteuer handelt, an deren Veranlagung durch die Gemeindebehörden bzw. Verwaltungsgerichte der Kreis usw. gebunden ist.

Aus den angeführten gesetzlichen Bestimmungen geht hervor, daß den Gemeinden für die Veranlagung der Steuer-

¹⁾ Die Gutsbezirke, für die das gleiche gilt, kommen für die vorliegende Untersuchung nicht in Betracht.

pflichtigen zwar einheitliche Richtlinien vorgeschrieben sind, daß ihnen aber innerhalb dieser ein mehr oder weniger großer Spielraum gelassen wird. Das K.A.G. gibt ihnen in mehrfacher Beziehung die Möglichkeit, das der Gemeinde- (Kreis-) Besteuerung zugrunde zu legende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern durch eigene Beschlüsse zu beeinflussen. Freund führt in seinem Kommentar zum Kreis- und Provinzial-Abgabengesetz in den Anmerkungen zum § 7, in Anlehnung an die zu diesem Gesetze ergangene Ausführungsanweisung, eine Reihe solcher Möglichkeiten auf. Es heißt dort: „... So läßt § 24 Abs. 1 lit. h [K.A.G.] die Freilassung von Gebäuden milder Stiftungen über die für die Steuerfreiheit von Stiftungsgebäuden im allgemeinen gezogenen Schranken hinaus von der Gemeindegrundsteuer zu: so gestattet § 33 Abs. 4, Neuanziehende, auch wenn sie in der Gemeinde keinen Wohnsitz haben, gleich den übrigen Gemeindegewohnern zur Steuer heranzuziehen, sofern ihr Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt: so stellt § 39 der Gemeinde frei, Ausländer und Angehörige anderer Bundesstaaten, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz, aber nicht des Erwerbes wegen, haben, auf die Dauer von höchstens drei Jahren zu der Gemeindeeinkommensteuer nicht oder nur mit einem ermäßigten Prozentsatz heranzuziehen; so gewähren §§ 49 Abs. 2, 50 Abs. 1 der Wohnsitzgemeinde bei der Teilung eines Einkommens zwischen Wohnsitz- bzw. Betriebsgemeinden den Vorbehalt eines vollen Viertels des Einkommens zur selbständigen Besteuerung. Das ... Ausgeführte gilt in gleicher Weise von jener vertragsmäßigen Festsetzung von Gemeindesteuern, welche den Gemeinden z. B. durch §§ 43, 47, Abs. 1 K.A.G. gestattet ist. Nach § 43 darf durch solche Vereinbarungen die Entrichtung fester, für mehrere Jahre im voraus zu bestimmender Jahressteuerbeiträge von fabrikmäßigen Betrieben und von Bergwerken an Stelle der Gemeindesteuer vom Einkommen und vom Gewerbebetriebe ausbedungen werden, und nach § 47 a. a. O. dürfen Gemeinden mit Steuerpflichtigen den Maßstab der Verteilung ihres gemeindesteuerpflichtigen Einkommens aus dem Besitze oder Betriebe einer sich über mehrere Gemeinden erstreckenden Gewerbe- oder Bergbauunternehmung auf die beteiligten Gemeinden im Wege der Vereinbarung anders bestimmen, als der Gesetzgeber es vorsieht. Derartige Vereinbarungen sollen auch für die Bemessung des Kreissteuerkontingents der Gemeinde maßgebend sein; da diesem indessen selbstverständlich nur das umlagefähige Prinzipalsteuersoll, nicht aber das Umlagesoll, d. h. nicht das Soll der in einem Jahre zur Erhebung gelangenden Gemeindesteuerzuschläge, zugrunde zu legen ist, so werden derartige vereinbarte Sätze, sofern sie nicht als Prinzipalsätze, sondern als Gemeindesteuersätze selbst festgestellt sind, zunächst im Verhältnisse des Umlagesolls zum Prinzipalsoll in der Gemeinde gekürzt werden müssen, ehe sie der Anrechnung für das Kreissteuerkontingent der Gemeinde fähig sind“.

Weitere Verschiedenheiten bei der Feststellung des Prinzipalsteuersolls ergeben sich durch die ungleichmäßige Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 *M* bei den einzelnen Städten und Landgemeinden, desgleichen durch die teilweise Freilassung der dritten und vierten Gewerbebesteuerklasse von den Kreissteuern. Dazu ist folgendes zu bemerken: Wenn einzelne Kreise oder Gemeinden auf die Heranziehung der kleinsten Einkommen oder solcher bis vielleicht zu 660 *M* hinauf, desgleichen wenn einzelne Kreise auf die Gewerbebesteuer der beiden untersten Gewerbebesteuerklassen verzichten zu sollen glauben, so sind hierfür in der Regel viel weniger finanzpolitische als sozialpolitische Erwägungen maßgebend. Man glaubt eben das Existenzminimum schonen zu sollen, wenn schon man seine Grenze vielleicht mit Recht etwas weiter nach unten als die Staatseinkommensteuer zieht, etwa bei einem Einkommen

von 660 *M*. Eine solche Maßregel hat zur Folge, daß für den betreffenden Kreis (Gemeinde) die Ausnutzung der steuerlichen Leistungsfähigkeit seiner Bewohner für Kreis- (Gemeinde-) zwecke erst mit dem Einkommen beginnt, das zur Kreissteuer (Gemeindesteuer) tatsächlich herangezogen wird; denn nur mit diesem Einkommen rechnet der Kreis (Gemeinde) bei der Unterverteilung seiner direkten Steuern. Man wird also *cum grano salis* sagen können, nur der Teil der Einkommensteuer und der staatlich veranlagten Realsteuern ist für die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden maßgebend, dessen Heranziehung zu den direkten Kreis- (Gemeinde-) steuern der Kreisausschuß usw., unter Berücksichtigung der durch sozial- und finanzpolitische usw. Gesichtspunkte gebotenen Beschränkung, beschlossen hat. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, so gibt, trotz der Ungleichheiten in einzelnen Gemeinden, das Prinzipalsteuersoll der Städte und Landgemeinden, wie es den Kreis- oder Provinzialsteuern tatsächlich zugrunde gelegt worden ist, einen brauchbaren Maßstab für ihre steuerliche Leistungsfähigkeit ab.

Die meisten der aufgeführten Ungleichheiten, die das für die Verteilung der direkten Kreis- und Provinzialsteuern maßgebende Prinzipalsteuersoll der Einkommensteuer und der Realsteuern zwischen den einzelnen Gemeinden aufweisen kann, sind bei der Erhebung des Prinzipalsteuersolls der preussischen Gemeinden für das Rechnungsjahr 1911 durch die Vorschrift ausgeglichen worden, daß für die Einkommensteuer und die Realsteuern das gesamte umlagefähige Steuersoll nachgewiesen werden sollte, auch wenn es gar nicht oder nicht in vollem Umfange zur Kreis- oder Provinzial- (Bezirks-) Steuer oder zur Gemeindesteuer herangezogen wurde. Gegen die Benutzung dieses Solls als Maßstab für die Steuerkraft der Gemeinden läßt sich also überhaupt nichts einwenden, da es in sämtlichen Gemeinden nach gleichen Grundsätzen festgestellt ist. Ungleichheiten bringt in dieses Soll erst die Mitberücksichtigung des Solls der Einkommen von nicht mehr als 900 *M*, weil dieses nur soweit nachgewiesen ist, als es zur Gemeindesteuer tatsächlich herangezogen wurde. Soweit die sich in diesen kleinen Einkommen repräsentierende Steuerkraft von den Gemeinden zur Deckung ihres Steuerbedarfs in Anspruch genommen worden ist, konnte sie gemäß den obigen Ausführungen auch unbedenklich bei der Festsetzung des gesamten Prinzipalsteuersolls berücksichtigt werden. Es wird sich auch noch deshalb nicht viel dagegen einwenden lassen, weil der Einfluß des Steuersolls dieser kleinen Einkommen auf den Gesamtbetrag des Prinzipalsolls der direkten Steuern nirgends von erheblichem Einflusse ist. Der Höchstbetrag, den es erreichen könnte, ist auf eine halbe Mark auf den Kopf zu veranschlagen, und in den meisten Fällen wird der Betrag wesentlich geringer sein.

Vergleichbar wird das Prinzipalsoll der direkten Steuern als Maßstab für die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden oder Gemeindegruppen erst durch seine Verteilung auf die Gesamtbevölkerung der betreffenden Gemeinde oder Gemeindegruppe. Je höher der sich dann ergebende Kopfbetrag ist, um so steuerkräftiger ist die Gemeinde und umgekehrt. Natürlich ist damit nichts über die Wohlhabenheit der einzelnen Gemeindeglieder ausgesagt; auf wieviel Zensiten sich das Prinzipalsteuersoll der Gemeinde und in welcher Weise es sich auf diese verteilt, ist für die Frage nach der Steuerkraft der Gemeinde belanglos, da die Gemeinde hierfür nur als Einheit, als ein Ganzes in Betracht kommt.

Wir waren davon ausgegangen, daß der rohe Maßstab der Steuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung durch einen feineren ersetzt werden müßte, in dem die steuerliche

Leistungsfähigkeit mit zum Ausdruck käme. Als Maßstab für letztere haben wir nun das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuersoll angenommen.

Die bloße Vergleichung der Kopfbeträge vom Prinzipalsteuersoll und vom Gemeindesteuernertrage gibt aber nur an, ob die Belastung der betreffenden Gemeindegruppe im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft hoch, normal oder niedrig gewesen ist. Über das Verhältnis der steuerlichen Belastung der Gemeindegruppen zueinander erhält man dadurch noch keinen Aufschluß, und gerade diese Frage ist von besonderer Bedeutung. Doch auch zu ihrer Beantwortung genügen die beiden zur Verfügung stehenden Angaben, wenn man sie in die richtige Beziehung zueinander bringt. Um den Gebrauch der in Betracht kommenden Zahlen zu erleichtern und sie allgemein verständlich zu machen, wenden wir eine besondere Terminologie an. Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuersoll der direkten Steuern im Betrage von 1 \mathcal{M} nennen wir eine „Steuerstärke“. Wieviel Mark das Prinzipalsteuersoll auf den Kopf der Bevölkerung in einer Gemeinde ausmacht, soviel Steuerstärken besitzt sie also. Das Verhältnis der steuerlichen Belastung einer Gemeinde zu ihrer Steuerkraft findet man durch folgende Rechnung: man dividiert den Kopfbetrag der von der Gemeinde erhobenen Steuern durch die Anzahl ihrer Steuerstärken. Den sich ergebenden Quotienten nennen wir die „Belastungsziffer“. Einige Beispiele mögen zur Erläuterung dienen. Eine Gemeinde besitzt nur 1 Steuerstärke und hat einen Kopfbetrag an Gemeindesteuern in Höhe von 20 \mathcal{M} , während eine andere mit 5 Steuerstärken ebenfalls einen entsprechenden Kopfbetrag von 20 \mathcal{M} aufweist. Dann beträgt die Belastungsziffer für die erste Gemeinde $20:1=20$, für die zweite $20:5=4$. Die Belastung der ersten Gemeinde ist also fünfmal so hoch als die der zweiten. Ein anderes Beispiel: Eine Gemeinde hat 2 Steuerstärken und eine Kopfbelastung von 20 \mathcal{M} , während eine zweite bei 5 Steuerstärken einen Kopfbetrag von 30 \mathcal{M} aufweist. Dann beträgt die Belastungsziffer für die erste Gemeinde 10, für die zweite 6. In der Belastungsziffer drückt sich also aus, ein Wievielfaches der Steuerstärke in dem Kopfbetrage der Gemeindesteuern enthalten ist. Bezeichnen wir die Steuerstärke mit SS, den Kopfbetrag an Gemeindesteuern mit KB und die Belastungsziffer mit BZ, so erhalten wir die Formel

$$BZ = \frac{KB}{SS}.$$

Da nun die Höhe der Belastungsziffer von zwei Faktoren abhängt, nämlich von der Anzahl der Steuerstärken und dem Kopfbetrage der Gemeindesteuern, so empfiehlt es sich, die drei Zahlen nebeneinander zu betrachten, weil man alsdann aus den Angaben über die Steuerstärke und die Höhe des Kopfbetrages ohne weiteres den Grund für die Höhe oder Geringfügigkeit der Belastungsziffer ersehen kann. Eine solche Zusammenstellung der für die Belastung der Gemeinden durch die direkten Gemeindesteuern und die Gemeindesteuern überhaupt in Betracht kommenden Zahlen enthält für die innerhalb der Provinzen nach Größenklassen geschiedenen Gemeinden die auf den Seiten 360/61 abgedruckte Tabelle 2. Bezüglich der in Spalte 2 dieser Tabelle nachgewiesenen Steuerstärken ist folgendes zu bemerken. Für die unterschiedenen Städtegruppen lagen Berechnungen ihrer Steuerstärken bereits vor, und zwar in einem Aufsatz über die Steuerkraft der preußischen Gemeinden, der in der I. Abteilung des 56. Jahrgangs der „Zeitschrift“ erschienen ist. Diese Zahlen sind in unsere Tabelle 2 übernommen worden, obwohl sich zufolge nachträglicher Berichtigungen die Grundzahlen bei einigen Gemeinden geändert haben. Da diese Änderungen des Prinzipalsteuersolls für die Kopfbeträge der Gemeindegrößen-

gruppen nur von ganz geringem Einfluß sein konnten, ist von einer Neuberechnung dieser Ziffern für die vorliegende Arbeit Abstand genommen worden. Die in dem genannten Zeitschrift-Aufsatz auch enthaltenen Angaben über die Steuerstärken der Landgemeindegruppen konnten nicht verwertet werden, weil die Gruppeneinteilung in unserer Haupttabelle 1 gegenüber der dort durchgeführten wesentliche Abweichungen zeigt. Für die Gesamtheit der Städte und die der Landgemeinden sind die Steuerstärken auf Grund der berichtigten Grundzahlen neu berechnet worden, weil sie auch für eine Kreistabelle in einer anderen Arbeit dieser „Zeitschrift“ verwertet werden sollen.

Aus der Tabelle 2 ergibt sich, daß die gesamten Gemeindesteuern der preußischen Städte und Landgemeinden 23,41 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten, während die Zahl ihrer Steuerstärken 12,08 betrug, so daß die Gemeinden auf eine durchschnittliche Belastungsziffer von 1,94 kamen. In den Städten allein stellte sich die Belastungsziffer, bei 17,22 Steuerstärken, auf 1,92 und in den Landgemeinden, bei 6,90 Steuerstärken, auf 1,98. Die äußerste Grenze für eine Belastung, die noch als gering bezeichnet werden könnte, wäre mit einer Belastungsziffer von 1,50 erreicht; von da bis zum Betrage von 2,25 kann man von einer mittleren Belastung sprechen, während noch höhere Belastungsziffern eine starke Belastung kennzeichnen. Danach waren im Berichtsjahre die preußischen Gemeinden im allgemeinen bereits der Grenze einer hohen Belastung nicht mehr allzu fern, die Mittelstädte von mehr als 50 000 bis 100 000 Einw. hatten sie bereits erreicht. Von den Provinzen wurde die Belastungsziffer von 2,25 in Ost- und Westpreußen von sämtlichen Städtegruppen und den Landgemeinden, in Schleswig-Holstein auch bereits von den Städtegruppen, mit Ausnahme der Kleinstädte von nicht mehr als 2 000 und mit mehr als 3 bis 5 000 Einw., in Westfalen desgleichen von sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einw. und den Landgemeinden überschritten. Bei einigen anderen Provinzen wiesen nur 1, 2 oder 3 Städtegruppen entsprechend hohe Belastungsziffern auf, so in Pommern die Städte mit mehr als 25 bis 50 000 und die mit mehr als 5 bis 7 000, in Posen die mit mehr als 100 bis 200 000, mit mehr als 25 bis 50 000 und die mit mehr als 7 bis 10 000, in der Rheinprovinz die Großstädte von über 100 bis 200 000, in Schlesien die Mittelstädte von 50 bis 100 000, endlich in Hannover die Städte von mehr als 7 bis 10 000 Einw. Die höchsten Belastungsziffern zeigten die durch eine verhältnismäßig hohe Steuerkraft ausgezeichneten Städtegruppen von über 200 000 und von 50 bis 100 000 Einw. in Schleswig-Holstein mit 2,91 und 2,70, desgleichen die Städte von über 200 000 Einw. in Ostpreußen und von 100 bis 200 000 Einw. in Westfalen mit 2,72 und 2,70, ferner die steuerlich leistungsschwachen Städtegruppen von 5 bis 7 000 und 7 bis 10 000 Einw. sowie die Kleinstädte mit nicht mehr als 2 000 Einw. in Ostpreußen mit 2,77, 2,79, 2,78, endlich die Städte von 5 bis 7 000 und solche mit nicht mehr als 2 000 Einw. in Westpreußen mit 2,81 und 2,83. Niedrige Belastungsziffern von nicht mehr als 1,50 kamen nur in vier Provinzen vor, in Brandenburg bei den Großstädten mit über 200 000 (1,43) und über 100 bis 200 000 Einw. (1,37), in Hessen-Nassau desgleichen bei den Großstädten von mehr als 100 bis 200 000 Einw. (1,50) und den Kleinstädten mit nicht mehr als 2 000 Einw. (1,45), ferner bei den Landgemeinden Posens (1,29) und Sachsens (1,49). Für die Provinz Posen ist zu beachten, daß hier im Gegensatz zu den anderen Landesteilen, von wenigen Ausnahmen in Westpreußen abgesehen, die Schullasten in den meisten Gemeinden durch Steuern besonderer Schulsozietäten auf-

gebracht werden. Wäre dies nicht der Fall, so würden die Belastungsziffern der Gemeindegruppen in dieser Provinz denen von Ost- und Westpreußen, d. h. den höchst belasteten Landesteilen, nicht nachstehen.

Vom Gesamtertrage der Gemeindesteuern entfielen auf direkte Gemeindesteuern 815,33 Mill. \mathcal{M} oder 90,96 %
 „ indirekte „ 77,58 „ „ „ 8,65 %
 „ überwiesene „ 3,53 „ „ „ 0,39 %.

Nur in den Provinzen Brandenburg (86,80) und Hessen-Nassau (88,87) machte das Aufkommen der direkten Gemeindesteuern nicht mindestens 90 % der gesamten Gemeindesteuern aus; von den Gemeindegruppen des Staates blieben nur die drei ersten, die die Großstädte umfassen, sowie die beiden ersten Landgemeindegruppen, zu denen sämtliche Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einw. gehören, hinter einem entsprechenden Anteile von $\frac{9}{10}$ der Gesamtsteuern zurück. Die höchsten Prozentsätze zeigten die Landgemeinden mit nicht mehr als 500 Einw. und die nächst höhere Gruppe mit 96,85 sowie 95,10 %, desgleichen von den Landesteilen die Hohenzollernschen Lande mit 95,03 %. Während bei den Provinzen Brandenburg und Hessen-Nassau sowie bei den beiden Großstadtgruppen Ib und II und den Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einw. über $\frac{1}{10}$ des Steueraufkommens auf die indirekten Gemeindesteuern entfielen, machten letztere beim Stadtkreise Berlin nur 8,11 % aus, da hier auch die überwiesenen Steuern, zufolge des hohen Ertrages der Warenhaussteuer, den verhältnismäßig hohen Anteil von 2,5 % erreichten.

Auf die Erträge der gesamten direkten Steuern in den einzelnen Landesteilen und Gemeindegrößenklassen soll hier nicht näher eingegangen werden; sie sind aus der Spalte 16a der Tabelle 1 ersichtlich. Ebenso wird bezüglich der Belastungsziffern der direkten Steuern in den Gemeindegruppen auf die Spalte 4 der Tabelle 2 verwiesen.

Von den gesamten direkten Gemeindesteuern entfielen auf die Einkommensteuer 454,32 Mill. \mathcal{M} oder 55,68 v. H.
 die Steuern vom Grundbesitz . . . 260,37 „ „ „ 31,91 „ „
 die Gewerbesteuer 97,00 „ „ „ 11,89 „ „
 die Betriebssteuer 4,13 „ „ „ 0,51 „ „.

Auf die Städte und Landgemeinden verteilten sich diese Steuerbeträge folgendermaßen:

Es betragen

bei	die Einkommensteuer v. H. der direkten Steuern	die Steuern vom Grundbesitz v. H. der direkten Steuern	die Gewerbesteuer v. H. der direkten Steuern	die Betriebssteuer v. H. der direkten Steuern
sämtl. Städten	335,51	58,61	160,69	28,04
„ Landgemeinden	118,51	48,79	99,68	41,04
	73,85	12,59	2,64	0,46
	23,16	9,53	1,54	0,54

Die überragende Bedeutung, die der Einkommensteuer für die Deckung des Finanzbedarfs in den Städten zukommt, hat sie danach in den Landgemeinden nicht. Die Grund- und Gebäudesteuer spielen hier eine wenig geringere Rolle, und der Ertrag der drei Realsteuern zusammen übertraf das Einkommensteueraufkommen noch um fast 6 Millionen Mark. Bei den Landgemeinden mit mehr als 500 bis 1 000 und denen mit nicht mehr als 500 Einwohnern übertraf der Ertrag der Grundbesitzsteuern den Einkommensteuerbetrag noch ganz beträchtlich, und zwar in sämtlichen Provinzen.

Die Anteile der vier direkten Steuerarten am Gesamtertrage der direkten Gemeindesteuern bei den Städten und Landgemeinden der einzelnen Landesteile ergibt die folgende Übersicht:

Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern		bei	auf	die Einkommensteuer	die Grund- und Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
a. den Städten	b. den Landgemeinden der Provinzen						
Ostpreußen	{a. 57,41 b. 36,40		31,65 59,27	10,16 3,14	0,78 1,20		
Westpreußen	{a. 58,14 b. 37,28		30,51 58,32	10,71 3,55	0,65 0,85		
Brandenburg	{a. 56,15 b. 44,48		34,81 48,42	8,60 6,65	0,44 0,45		
Pommern	{a. 58,21 b. 41,96		31,10 50,63	10,97 6,23	0,62 1,18		
Posen	{a. 55,59 b. 43,24		32,94 52,66	10,62 3,22	0,95 0,88		
Schlesien	{a. 60,29 b. 50,82		26,14 38,50	13,06 10,01	0,51 0,67		
Sachsen	{a. 61,21 b. 47,75		25,96 44,55	12,44 6,83	0,39 0,56		
Schleswig-Holstein . .	{a. 52,01 b. 38,26		38,95 56,12	8,67 5,09	0,37 0,53		
Hannover	{a. 59,80 b. 46,66		27,19 46,19	12,52 6,28	0,49 0,87		
Westfalen	{a. 61,59 b. 55,51		22,47 28,46	15,38 15,53	0,55 0,50		
Hessen-Nassau	{a. 63,62 b. 48,71		25,49 43,99	10,51 6,13	0,38 1,17		
Rheinprovinz	{a. 63,02 b. 54,06		22,62 32,38	14,02 13,05	0,44 0,51		
Hohenzoll. Lande . . .	{a. 65,48 b. 32,87		11,15 54,34	23,37 12,48	— 0,31		

Besonders seien auch hier die hohen, die Einkommensteuer recht erheblich übertreffenden Anteile der Grundbesitzsteuern bei den Landgemeinden von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein und Hohenzollern hervorgehoben.

Bei den in der Haupttabelle 1 unterschiedenen Stadt- und Landgemeindegruppen zeigten die Einkommensteuer und die Realsteuern die folgenden Anteile am Gesamtaufkommen der direkten Gemeindesteuern:

Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern		bei	auf	die Einkommensteuer	die Grund- und Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
Ia. Berlin							
den Städten mit mehr als							
Ib. 200 000 Einw. (ohne Berlin) . .	60,96	27,24	11,40	0,40			
II. 100 000—200 000 Einw.	60,20	27,95	11,39	0,46			
III. 50 000—100 000 „	59,77	25,78	13,91	0,53			
IV. 25 000—50 000 „	61,37	25,46	12,63	0,53			
V. 10 000—25 000 „	61,27	24,98	13,34	0,41			
VI. 7 000—10 000 „	59,82	27,05	12,57	0,56			
VII. 5 000—7 000 „	58,09	28,86	12,41	0,64			
VIII. 3 000—5 000 „	56,47	30,10	12,68	0,75			
IX. 2 000—3 000 „	53,35	33,43	12,33	0,88			
X. d. Städt. m. nicht mehr als 2 000 E.	51,24	36,32	11,15	1,28			
den Landgemeinden mit mehr als							
XI. 50 000 Einwohnern	50,61	33,47	15,64	0,28			
XII. 25 000—50 000 Einwohn. . . .	54,54	27,09	18,15	0,22			
XIII. 10 000—25 000 „	56,42	27,09	16,24	0,25			
XIV. 7 000—10 000 „	57,93	26,45	15,23	0,34			
XV. 5 000—7 000 „	57,35	28,08	14,15	0,41			
XVI. 4 000—5 000 „	53,48	33,11	12,79	0,61			
XVII. 3 000—4 000 „	56,42	32,93	10,21	0,55			
XVIII. 2 000—3 000 „	55,20	34,31	9,94	0,64			
XIX. 1 000—2 000 „	49,70	41,68	7,85	0,78			
XX. 500—1 000 „	42,30	51,92	4,85	0,93			
XXI. d. Landg. m. nicht mehr als 500 E.	36,90	59,61	2,57	0,92			

Aus der Übersicht geht hervor, daß bei fast allen unterschiedenen Gemeindegrößenklassen der Ertrag aus der Einkommensteuer den der Realsteuern zusammen übertraf. Während die Betriebssteuer für das gesamte Steuerergebnis überall von nur ganz untergeordneter Bedeutung war, schwankte

(Tab. 1.)		Indirekte Gemeindesteuern 1911										
Städte. Landgemeinden.	Zahl der Städte bzw. Landgemeinden	Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für das Rechnungsjahr 1912								zusammen (Spalte 4—10)		
			Umsatzsteuer	Wertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	Lustbarkeitssteuern	Hundesteuer	sonstige indirekte Steuern	überhaupt	vom gesamten Steuer- auf- kommen (Sp. 19a) %	auf 1 Einwohner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c
Preußischer Staat.												
Ia. Berlin	1	2 033 363	4 144 842	1 882 494	—	588 240	—	1 101 367	—	7 716 943	8,11	3,80
Städte mit mehr als 200 000 Einw.	14	4 486 791	9 915 546	3 207 191	392 200	2 103 167	3 529 268	1 515 276	1) 79 251	20 741 899	11,16	4,62
(ohne Berlin)												
II. 100 000—200 000 „	18	2 638 416	4 258 399	1 439 710	475 096	1 685 519	1 477 953	911 132	2) 514 050	10 761 859	10,40	4,08
III. 50 000—100 000 „	31	2 134 278	2 314 493	956 662	321 912	1 286 254	979 030	609 155	3) 18 900	6 486 406	9,42	3,04
IV. 25 000—50 000 „	58	1 934 464	1 790 200	691 256	221 679	755 269	653 768	484 456	4) 51 242	4 647 870	8,35	2,40
V. 10 000—25 000 „	162	2 525 269	1 715 854	429 248	97 412	1 105 821	752 140	565 182	5) 86 742	4 752 399	7,38	1,88
VI. 7 000—10 000 „	94	781 693	495 898	114 625	14 161	249 892	146 710	150 390	6) 22 970	1 194 646	7,42	1,53
VII. 5 000—7 000 „	130	756 638	431 731	36 546	9 617	235 484	138 210	147 403	7) 12 861	1 011 852	6,96	1,34
VIII. 3 000—5 000 „	244	958 441	544 067	75 654	16 712	321 310	151 487	166 270	8) 26 457	1 301 957	7,45	1,36
IX. 2 000—3 000 „	240	591 041	354 135	49 702	5 726	159 981	85 782	94 948	9) 13 532	763 806	8,06	1,29
X. Städte bis 2 000 „	285	399 710	187 793	11 868	2 797	97 462	48 137	56 825	10) 13 490	418 372	8,08	1,05
I.—X. Sämtliche Städte . . .	1 277	19 240 104	26 152 958	8 894 956	1 557 312	8 588 399	7 962 485	5 802 404	11) 839 495	59 798 009	9,40	3,11
Landgemeinden mit mehr als												
XI. 50 000 Einw.	6	360 185	747 569	360 021	9 810	173 825	49 268	94 164	—	1 434 657	13,43	3,98
XII. 25 000—50 000 „	18	626 983	983 737	366 962	4 850	315 785	168 018	196 734	12) 246	2 036 332	10,28	3,25
XIII. 10 000—25 000 „	85	1 278 876	1 412 250	630 003	10 704	573 165	260 496	262 822	13) 1 427	3 150 867	9,44	2,46
XIV. 7 000—10 000 „	79	648 429	501 855	252 482	7 565	197 885	124 664	94 128	14) 425	1 179 004	7,39	1,82
XV. 5 000—7 000 „	116	682 067	670 746	135 383	1 525	157 545	135 096	123 127	15) 17 354	1 240 776	8,72	1,82
XVI. 4 000—5 000 „	122	502 768	314 092	30 929	1 975	106 397	88 300	68 943	16) 6 981	617 617	7,18	1,23
XVII. 3 000—4 000 „	207	720 633	481 322	87 019	1 150	160 591	134 334	103 664	17) 3 335	971 415	7,87	1,35
XVIII. 2 000—3 000 „	581	1 311 997	742 056	68 311	6 030	234 103	189 631	149 549	18) 2 190	1 391 870	7,25	1,06
XIX. 1 000—2 000 „	2 272	3 018 889	1 134 495	117 961	2 232	355 192	299 069	243 333	19) 30 915	2 183 197	6,16	0,72
XX. 500—1 000 „	6 005	4 109 251	1 018 488	114 690	2 574	251 999	231 167	224 876	20) 45 355	1 889 149	4,90	0,46
XXI. Landgem. bis 500 „	26 681	5 808 861	904 583	136 194	4 071	179 522	168 715	242 786	21) 50 002	1 685 873	3,15	0,29
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	36 172	19 068 939	8 911 193	2 299 955	52 486	2 706 009	1 848 758	1 804 126	22) 158 230	17 780 757	6,82	0,93
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	37 449	38 309 043	35 064 151	11 194 911	1 609 798	11 294 408	9 811 243	7 606 530	23) 997 725	77 578 766	8,65	2,03
A. Provinz Ostpreußen.												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einw.	1	247 565	622 363	98 748	20 570	151 655	233 797	59 225	—	1 186 358	12,08	4,79
IV. 25 000—50 000 „	3	105 497	116 481	27 237	28 880	48 662	10 912	20 940	—	253 112	9,90	2,40
V. 10 000—25 000 „	6	89 966	63 435	12 480	6 942	43 815	20 680	13 714	—	161 066	8,49	1,79
VI. 7 000—10 000 „	2	16 954	12 231	786	—	8 372	2 775	2 972	—	27 136	9,26	1,60
VII. 5 000—7 000 „	14	82 242	38 095	4 193	2 992	43 941	12 561	12 912	—	114 694	7,67	1,39
VIII. 3 000—5 000 „	16	65 509	55 764	2 599	855	34 962	6 441	8 239	—	108 860	9,77	1,66
IX. 2 000—3 000 „	17	41 019	24 357	714	720	19 191	2 981	4 041	—	52 004	9,24	1,27
X. Städte bis 2 000 „	8	12 496	7 676	1 198	795	6 142	938	1 429	—	18 178	9,89	1,45
I.—X. Sämtliche Städte . . .	67	661 248	940 402	147 955	61 754	356 740	291 085	123 472	—	1 921 408	10,72	2,91
Landgemeinden mit mehr als												
XV. 5 000—7 000 Einw.	2	12 159	2 206	—	—	3 462	1 318	1 171	—	8 157	4,21	0,67
XVII. 3 000—4 000 „	3	10 445	4 005	—	—	1 539	50	663	—	6 257	7,09	0,60
XVIII. 2 000—3 000 „	8	17 549	8 969	1 374	—	8 026	1 164	2 095	—	21 628	7,96	1,23
XIX. 1 000—2 000 „	46	58 331	16 169	1 244	80	11 123	761	1 533	—	30 910	5,38	0,53
XX. 500—1 000 „	379	249 148	64 647	2 037	—	17 653	1 017	1 069	—	86 423	4,78	0,35
XXI. Landgem. bis 500 „	4 558	736 423	91 218	10 745	164	28 433	927	1 834	—	133 321	2,39	0,18
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	4 996	1 084 055	187 214	15 400	244	70 236	5 237	8 365	—	286 696	3,38	0,26
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	5 063	1 745 303	1 127 616	163 355	61 998	426 976	296 322	131 837	—	2 208 104	8,37	1,27

1) 60023 M. Branntweinsteuer, 14048 M. Pferdesteuer, 5180 M. Auktionssteuer. — 2) 14147 M. Wildbretsteuer, 49983 M. Geflügelsteuer, 114967 M. Weinsteuer, 13900 M. Obst-
 kartensteuer. — 3) 20560 M. Steuer auf geistige Getränke, 10283 M. Branntweinsteuer, 1259 M. Ziegensteuer, 19140 M. Eintrittskartensteuer. — 4) 4097 M. Weinsteuer, 1537 M.
 steuer, 3163 M. Torfsteuer, 2890 M. Erbschaftsteuer, 457 M. nicht näher bezeichnet. — 5) 19029 M. Branntweinsteuer, 2314 M. Brennmaterialiensteuer, 35 M. Automatensteuer, 60 M.
 steuer, 2091 M. Spiritosensteuer, 2184 M. Branntweinsteuer, 290 M. Musikautomatensteuer, 182 M. Maskensteuer. — 6) 902 M. Weinsteuer, 22506 M. Branntweinsteuer, 1678 M.
 Branntweinsteuer. — 7) 14147 M. Wildbretsteuer, 49983 M. Geflügelsteuer, 1916 M. Geflügel- und Wildbretsteuer, 4212 M. Fisch- und Hummersteuer, 121892 M. Weinsteuer, 15437 M.
 Branntweinsteuer, 141282 M. Brennmaterialiensteuer, 3163 M. Torfsteuer, 266 M. Viehsteuer, 14048 M. Pferdesteuer, 1810 M. Ziegensteuer, 58356 M. Eintrittskartensteuer, 576 M. Masken-
 nicht näher bezeichnet. — 8) Maskensteuer. — 9) 1248 M. Ziegensteuer, 179 M. Musikautomatensteuer. — 10) Ziegensteuer. — 11) 12732 M. Verbrauchssteuer, 2973 M. Branntweinsteuer,
 369 M. Weinsteuer, 2012 M. Branntweinsteuer, 954 M. Ziegensteuer. — 12) 1923 M. Branntweinsteuer, 222 M. Ziegensteuer, 43 M. Maskensteuer, 2 M. Plakatsteuer. — 13) 107 M.
 zeichnet. — 14) 27 M. Verbrauchssteuer, 42 M. Wildbret- und Geflügelsteuer, 48 M. Getränkesteuer, 1 M. Weinsteuer, 41929 M. Branntweinsteuer, 2700 M. Viehsteuer, 587 M. Zuchtviehsteuer,
 steuer, 12 M. Taubensteuer, 669 M. nicht näher bezeichnet. — 15) 16849 M. Verbrauchssteuer, 42 M. Geflügel- und Wildbretsteuer, 227 M. Getränkesteuer, 577 M. Weinsteuer, 114827 M.
 179 M. Musikautomatensteuer, 2650 M. Kartensteuer, 2 M. Plakatsteuer, 969 M. nicht näher bezeichnet. — 16) 16849 M. Verbrauchssteuer, 1958 M. Geflügel- und Wildbretsteuer, 49983 M.
 steuer, 1720 M. Apfelweinsteuer, 7639 M. Essig- und Apfelweinsteuer, 7728 M. Essigsteuer, 22926 M. Spiritosensteuer, 456332 M. Branntweinsteuer, 141282 M. Brennmaterialiensteuer,
 steuer, 956 M. Maskensteuer, 75 M. Musiksteuer, 229 M. Automatensteuer, 529 M. Musikautomatensteuer, 3705 M. Kartensteuer, 85 M. Plakatsteuer, 5180 M. Auktionssteuer, 2890 M.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern 1911							Waren- haus- steuer	Wander- lager- steuer	Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11a, 16a, 17 u. 18)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.		
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 12—15)					über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner		über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner							
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M		
12	13	14	15	16a	16b	16c	17	18	19a	19b	20		
Preussischer Staat.													
41 831 987	28 662 901	14 292 788	276 580	85 064 256	89,42	41,83	2 342 107	2 451	95 125 757	46,78	Ia. Berlin		
100 317 855	44 828 601	18 762 622	664 039	164 573 117	88,51	36,68	618 721	3 500	185 937 237	41,44	Städte mit mehr als Ib. 200 000 Einw. (ohne Berlin)		
55 627 471	25 830 260	10 521 382	424 872	92 403 985	89,34	35,02	262 696	3 200	103 431 740	39,20	II. 100 000—200 000 „		
37 202 081	16 045 760	8 660 414	329 856	62 238 111	90,36	29,16	153 552	2 300	68 880 369	32,27	III. 50 000—100 000 „		
31 292 048	12 981 378	6 440 673	271 608	50 985 707	91,58	26,36	33 231	4 320	55 671 128	28,78	IV. 25 000—50 000 „		
36 536 391	14 896 357	7 956 804	245 301	59 634 853	92,56	23,62	31 093	9 360	64 427 705	25,51	V. 10 000—25 000 „		
8 920 756	4 033 969	1 875 217	83 087	14 913 029	92,57	19,08	—	3 070	16 110 745	20,61	VI. 7 000—10 000 „		
7 859 390	3 904 436	1 678 951	87 117	13 529 894	93,02	17,88	—	3 960	14 545 706	19,22	VII. 5 000—7 000 „		
9 135 193	4 869 115	2 051 454	121 185	16 176 947	92,58	16,88	—	4 075	17 482 979	18,24	VIII. 3 000—5 000 „		
4 645 564	2 910 699	1 073 981	76 823	8 707 067	91,92	14,73	—	1 980	9 472 853	16,03	IX. 2 000—3 000 „		
2 440 489	1 729 876	530 904	61 173	4 762 442	91,92	11,91	—	—	5 180 814	12,96	X. Städte bis 2 000 „		
335 809 225	160 693 382	73 845 190	2 641 641	572 989 408	90,05	29,78	3 441 400	38 216	636 267 033	33,07	I.—X. Sämtliche Städte.		
Landgemeinden mit mehr als													
4 681 871	3 096 470	1 446 668	25 719	9 250 728	86,57	25,68	—	—	10 685 385	29,67	XI. 50 000 Einw.		
9 694 758	4 814 820	3 225 903	39 343	17 774 824	89,72	28,35	—	—	19 811 156	31,60	XII. 25 000—50 000 „		
17 026 382	8 174 996	4 900 240	76 633	30 178 251	90,43	23,60	41 934	—	33 371 052	26,09	XIII. 10 000—25 000 „		
7 973 761	3 638 150	2 094 769	46 453	13 753 133	92,07	21,21	6 270	—	14 938 407	23,04	XIV. 7 000—10 000 „		
7 446 224	3 645 629	1 837 390	53 758	12 933 001	91,28	19,03	—	—	14 223 777	20,85	XV. 5 000—7 000 „		
4 269 252	2 643 305	1 020 751	49 057	7 982 365	92,82	15,88	—	—	8 599 982	17,11	XVI. 4 000—5 000 „		
6 411 510	3 730 848	1 159 769	62 020	11 364 147	92,18	15,77	—	—	12 335 562	17,12	XVII. 3 000—4 000 „		
9 822 563	6 105 195	1 751 636	114 117	17 793 511	92,75	13,56	—	—	19 185 381	14,62	XVIII. 2 000—3 000 „		
16 529 934	13 863 170	2 610 888	258 397	33 262 389	93,84	11,02	—	—	35 445 586	11,74	XIX. 1 000—2 000 „		
15 510 576	19 038 005	1 777 807	339 372	36 665 760	95,10	8,92	—	—	38 554 909	9,38	XX. 500—1 000 „		
19 143 473	30 927 566	1 332 497	477 888	51 881 424	96,85	8,93	—	—	53 567 297	9,22	XXI. Landgem. bis 500 „		
118 510 304	99 678 154	23 158 318	1 542 757	242 889 533	93,16	12,74	48 204	—	260 718 494	13,67	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.		
454 319 529	269 371 506	97 993 598	4 184 398	815 878 941	90,96	21,30	3 489 684	38 216	896 985 527	23,41	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.		
A. Provinz Ostpreußen.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.													
IV. 25 000—50 000 „													
V. 10 000—25 000 „													
VI. 7 000—10 000 „													
VII. 5 000—7 000 „													
VIII. 3 000—5 000 „													
IX. 2 000—3 000 „													
X. Städte bis 2 000 „													
I.—X. Sämtliche Städte.													
Landgemeinden mit mehr als													
XV. 5 000—7 000 Einw.													
XVII. 3 000—4 000 „													
XVIII. 2 000—3 000 „													
XIX. 1 000—2 000 „													
XX. 500—1 000 „													
XXI. Landgem. bis 500 „													
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.													
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.													
119 719	42 544	22 142	1 333	185 738	95,79	15,28	—	—	193 895	15,95			
42 000	31 732	7 071	1 232	82 035	92,91	7,85	—	—	88 292	8,45			
129 179	89 563	27 614	3 612	249 968	92,04	14,24	—	—	271 596	15,48			
257 097	193 793	36 347	7 097	494 334	94,12	8,47	—	—	525 244	9,00			
658 609	966 369	71 228	26 471	1 722 677	95,22	6,91	—	—	1 809 100	7,26			
1 773 999	3 528 769	92 471	58 118	5 453 357	97,61	7,41	—	—	5 586 678	7,59			
2 980 603	4 852 770	256 873	97 863	8 188 109	96,62	7,55	—	—	8 474 805	7,82			
12 152 185	9 909 491	1 879 728	221 909	24 163 313	91,55	13,84	21 321	1 680	26 394 418	15,12			

weinsteuer, 7639 M Essig- und Apfelweinsteuer, 5542 M Essigsteuer, 161 870 M Branntweinsteuer, 126 571 M Brennmaterialiensteuer, 19 491 M Eintrittskartensteuer. — *) Eintritts-Obstweinsteuer, 1720 M Apfelweinsteuer, 2186 M Essigsteuer, 19 556 M Spirituosensteuer, 39 867 M Branntweinsteuer, 286 M Viehsteuer, 284 M Ziegensteuer, 10719 M Brennmaterialien-Musikautomatensteuer, 1055 M Kartensteuer, 394 M Maskensteuer, 83 M Plakatsteuer. — *) 1916 M Geflügel- und Wildbreitsteuer, 4212 M Fisch- und Hummersteuer, 1986 M Wein-Brennmaterialiensteuer, 267 M Ziegensteuer, 825 M Eintrittskartensteuer, 75 M Musiksteuer, 204 M Automatensteuer. — *) 1279 M Spirituosensteuer, 12253 M Branntweinsteuer. — Obstweinsteuer, 1720 M Apfelweinsteuer, 7639 M Essig- und Apfelweinsteuer, 7728 M Essigsteuer, 20560 M Steuer auf geistige Getränke, 22926 M Spirituosensteuer, 341 505 M steuer, 1055 M Kartensteuer, 75 M Musiksteuer, 239 M Automatensteuer, 350 M Musikautomatensteuer, 83 M Plakatsteuer, 5180 M Auktionssteuer, 2890 M Erbschaftsteuer, 457 M 1347 M Ziegensteuer, 254 M Eintrittskartensteuer, 48 M Maskensteuer. — *) 3914 M Verbrauchssteuer, 2183 M Branntweinsteuer, 841 M Ziegensteuer, 43 M Maskensteuer. — Getränkesteuer, 22749 M Branntweinsteuer, 3720 M Viehsteuer, 560 M Zuchtviehsteuer, 287 M Rindviehsteuer, 542 M Ziegensteuer, 2650 M Kartensteuer, 300 M nicht näher be-21 M Taubensteuer. — *) 176 M Verbrauchssteuer, 72 M Getränkesteuer, 287 M Weinsteuer, 41058 M Branntweinsteuer, 5347 M Viehsteuer, 2127 M Zuchtviehsteuer, 254 M Rindvieh-Branntweinsteuer, 11767 M Viehsteuer, 3274 M Zuchtviehsteuer, 541 M Rindviehsteuer, 5579 M Ziegensteuer, 33 M Taubensteuer, 254 M Eintrittskartensteuer, 380 M Maskensteuer, Geflügelsteuer, 14147 M Wildbreitsteuer, 4212 M Fisch- und Hummersteuer, 227 M Getränkesteuer, 20560 M Steuer auf geistige Getränke, 122549 M Weinsteuer, 15437 M Obstwein-3163 M Torfsteuer, 12033 M Viehsteuer, 3274 M Zuchtviehsteuer, 14048 M Pferdesteuer, 541 M Rindviehsteuer, 7369 M Ziegensteuer, 33 M Taubensteuer, 58610 M Eintrittskarten-Erbschaftsteuer, 1426 M nicht näher bezeichnet.

(Noch: Tab. 1.)		Indirekte Gemeindesteuern 1911										
Städte. Landgemeinden.	Zahl der Städte bzw. Landgemeinden	Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für das Rechnungsjahr 1912	Umsatzsteuer	Wertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	Lustbarkeitssteuern	Hundesteuer	sonstige indirekte Steuern	zusammen (Spalte 4—10)		
										überhaupt	vom gesamten Steuer- aufkommen (Sp. 19a) %	auf 1 Einwohner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c
B. Provinz Westpreußen.												
Städte mit mehr als												
II. 100 000—200 000 Einw.	1	169 308	207 924	23 590	32 886	85 463	119 732	31 240	—	500 835	8,88	2,96
III. 50 000—100 000 „	1	58 703	43 761	1 462	3 613	18 941	16 028	10 642	—	94 447	6,12	1,61
IV. 25 000—50 000 „	2	87 765	72 142	4 586	15 480	36 682	48 455	17 021	—	194 366	9,96	2,21
V. 10 000—25 000 „	10	126 196	118 089	35 950	5 270	53 932	25 222	24 474	—	262 937	8,83	2,08
VI. 7 000—10 000 „	4	31 570	14 849	136	420	10 887	2 453	3 311	—	32 056	5,60	1,02
VII. 5 000—7 000 „	4	22 963	16 803	1 303	450	5 099	1 188	2 452	—	27 295	7,74	1,19
VIII. 3 000—5 000 „	19	68 943	50 448	2 635	1 940	24 399	5 943	9 437	—	94 802	8,64	1,38
IX. 2 000—3 000 „	9	23 010	17 857	1 604	240	4 933	2 172	2 220	—	29 026	7,16	1,26
X. Städte bis 2 000 „	7	10 802	5 819	—	150	1 932	624	665	—	9 190	7,00	0,85
I.—X. Sämtliche Städte . . .	57	599 260	547 692	71 266	60 449	242 268	221 817	101 462	—	1 244 954	8,49	2,08
Landgemeinden mit mehr als												
XIII. 10 000—25 000 Einw.	1	11 218	6 464	—	60	2 051	1 330	782	—	10 687	9,83	0,95
XIV. 7 000—10 000 „	2	17 035	20 326	35 736	1 200	6 093	477	2 688	—	66 520	22,33	3,90
XVI. 4 000—5 000 „	1	4 066	594	127	—	—	201	315	—	1 237	1,70	0,30
XVII. 3 000—4 000 „	4	13 257	8 347	682	—	3 018	1 582	1 339	—	14 968	9,21	1,13
XVIII. 2 000—3 000 „	15	35 502	10 519	1 088	800	3 185	648	557	—	16 797	5,12	0,47
XIX. 1 000—2 000 „	95	120 902	19 530	2 841	—	129	1 034	1 109	—	24 643	2,86	0,20
XX. 500—1 000 „	437	294 449	68 425	8 331	—	328	2 282	1 615	—	80 981	3,35	0,28
XXI. Landgem. bis 500 „	1 492	377 437	49 135	10 302	220	—	1 166	6 192	1) 4	67 019	1,81	0,18
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	2 047	873 866	183 340	59 107	2 280	14 804	8 720	14 597	1) 4	282 852	3,55	0,32
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	2 104	1 473 126	731 032	130 373	62 729	257 072	230 537	116 059	1) 4	1 527 806	6,76	1,04
C. Provinz Brandenburg.												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einw.	2	552 140	1 620 451	678 269	42 714	140 347	29 580	288 770	—	2 800 131	12,66	5,07
II. 100 000—200 000 „	2	293 331	1 384 094	321 114	24 165	—	33 180	211 738	—	1 974 291	14,46	6,73
III. 50 000—100 000 „	5	353 178	585 284	416 542	29 286	273 733	101 819	156 431	—	1 563 095	15,16	4,43
IV. 25 000—50 000 „	6	219 301	151 535	49 799	33 585	87 055	76 091	56 326	—	454 391	7,37	2,07
V. 10 000—25 000 „	12	216 259	137 876	37 975	4 175	98 110	59 310	67 030	2) 266	404 742	7,35	1,87
VI. 7 000—10 000 „	19	161 024	92 991	24 597	1 850	63 988	34 899	43 850	3) 40	262 215	8,23	1,63
VII. 5 000—7 000 „	16	91 244	60 327	3 246	725	17 773	17 971	22 859	—	122 901	7,73	1,35
VIII. 3 000—5 000 „	22	84 941	50 675	8 796	1 500	28 104	13 520	14 726	—	117 321	8,49	1,38
IX. 2 000—3 000 „	24	59 365	47 070	3 188	495	14 023	7 576	13 129	—	85 481	9,43	1,44
X. Städte bis 2 000 „	34	49 086	29 286	3 007	—	14 212	7 840	9 681	—	64 026	9,50	1,30
I.—X. Sämtliche Städte . . .	142	2 079 869	4 159 589	1 546 533	138 495	737 345	381 786	884 540	4) 306	7 848 594	11,98	3,77
Landgemeinden mit mehr als												
XI. 50 000 Einw.	3	172 954	653 185	322 290	9 810	105 195	18 413	84 163	—	1 193 056	20,47	6,90
XII. 25 000—50 000 „	5	191 555	710 786	308 480	—	116 261	50 410	126 359	—	1 312 296	17,99	6,85
XIII. 10 000—25 000 „	12	213 120	787 984	431 332	—	164 171	33 761	114 208	—	1 531 456	16,78	7,19
XIV. 7 000—10 000 „	4	32 297	148 862	25 612	2 065	21 127	8 356	13 578	—	219 600	13,21	6,80
XV. 5 000—7 000 „	5	30 884	219 953	43 081	—	9 844	5 127	28 508	—	306 513	15,72	9,92
XVI. 4 000—5 000 „	10	43 544	79 261	13 421	—	10 246	8 323	13 029	—	124 280	11,18	2,85
XVII. 3 000—4 000 „	17	56 734	101 890	8 320	—	16 195	7 655	14 274	—	148 334	9,58	2,61
XVIII. 2 000—3 000 „	26	64 784	92 278	16 930	—	11 788	9 544	9 668	—	140 208	12,02	2,16
XIX. 1 000—2 000 „	149	202 412	198 463	12 222	—	19 624	17 674	22 310	—	270 293	10,55	1,34
XX. 500—1 000 „	406	281 833	126 768	17 262	15	12 682	14 929	12 499	—	184 155	7,05	0,65
XXI. Landgem. bis 500 „	2 456	535 344	156 884	16 321	45	3 328	15 525	16 827	1) 433	209 363	4,43	0,39
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	3 093	1 825 461	3 276 314	1 215 271	11 935	490 461	189 717	455 423	1) 433	5 639 554	14,24	3,09
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	3 235	3 905 330	7 435 903	2 761 804	150 430	1 227 806	571 503	1 339 963	2) 739	13 488 148	12,84	3,45
D. Provinz Pommern.												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einw.	1	241 531	256 164	15 369	45 248	131 393	92 671	61 948	—	602 793	7,09	2,50
IV. 25 000—50 000 „	4	121 781	104 351	25 661	17 410	41 782	29 312	32 022	—	250 538	8,79	2,06
V. 10 000—25 000 „	9	137 318	84 834	12 316	11 465	59 624	25 442	26 977	—	220 658	7,69	1,61
VI. 7 000—10 000 „	11	86 968	40 201	9 890	2 497	15 343	9 558	12 177	6) 60	89 726	6,11	1,03
VII. 5 000—7 000 „	9	50 978	14 403	1 577	650	9 845	7 263	7 441	6) 256	41 435	4,77	0,81
VIII. 3 000—5 000 „	14	55 140	21 742	699	500	13 954	7 138	6 137	—	50 170	6,24	0,91
IX. 2 000—3 000 „	14	35 361	17 878	807	—	5 136	3 145	3 850	—	30 816	7,70	0,87
X. Städte bis 2 000 „	11	19 103	7 772	435	100	2 094	1 400	2 269	—	14 070	7,86	0,74
I.—X. Sämtliche Städte . . .	73	748 180	547 345	66 754	77 870	279 171	175 929	152 821	6) 316	1 300 206	7,25	1,74

1) nicht näher bezeichnet. — 2) Viehsteuer. — 3) Plakatsteuer. — 4) 266 \mathcal{M} Viehsteuer und 40 \mathcal{M} Plakatsteuer. — 5) 266 \mathcal{M} Viehsteuer, 40 \mathcal{M} Plakatsteuer und 433 \mathcal{M} nicht

näher bezeichnet. — 6) Musikautomatensteuer.

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der Städte bezw. Land- gemein- den	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Indirekte Gemeindesteuern 1911							zusammen (Spalte 4—10)		
Städte. Landgemeinden.	Umsatz- steuer			Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	sonstige indirekte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner	
													<i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c	
Noch: D. Provinz Pommern.													
Landgemeinden mit mehr als													
XIV. 7 000—10 000 Einw.	1	8 103	720	—	—	—	1 233	1 182	—	3 135	2,49	0,39	
XV. 5 000—7 000 "	2	11 858	2 882	1 147	—	2 182	1 127	930	—	8 268	3,11	0,70	
XVI. 4 000—5 000 "	3	13 159	3 397	997	—	818	2 053	2 001	—	9 266	5,73	0,70	
XVII. 3 000—4 000 "	1	3 091	3 287	4 939	—	—	—	879	—	9 105	13,92	2,95	
XVIII. 2 000—3 000 "	7	16 963	9 108	—	—	4 015	6 235	3 119	—	22 477	6,94	1,33	
XIX. 1 000—2 000 "	45	70 851	21 476	775	—	1 730	4 059	2 662	—	30 702	5,52	0,43	
XX. 500—1 000 "	221	145 440	19 510	10 060	—	176	3 684	4 112	—	37 542	3,45	0,26	
XXI. Landgem. bis 500 "	1 812	347 236	19 230	18 415	—	6	1 616	4 446	—	43 713	1,84	0,13	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	2 092	616 701	79 610	36 333	—	8 927	20 007	19 331	—	164 208	3,31	0,27	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	2 165	1 364 881	626 955	163 887	77 878	288 898	195 936	172 152	316	1 464 414	6,39	1,07	
E. Provinz Posen.													
Städte mit mehr als													
II. 100 000—200 000 Einw.	1	161 926	148 162	37 891	—	77 124	96 219	35 349	—	394 745	7,30	2,44	
III. 50 000—100 000 "	1	59 388	86 740	11 107	—	25 079	52 256	17 437	—	192 619	10,67	3,24	
IV. 25 000—50 000 "	3	77 047	67 651	26 882	6 412	19 428	11 483	10 531	—	142 387	8,60	1,85	
V. 10 000—25 000 "	4	56 743	45 036	19 611	603	19 140	6 496	8 646	—	99 532	11,59	1,75	
VI. 7 000—10 000 "	9	69 591	51 796	8 490	3 215	17 335	5 205	8 106	35	94 182	8,72	1,35	
VII. 5 000—7 000 "	15	90 181	46 890	5 498	460	46 147	5 643	11 967	34	116 639	9,80	1,29	
VIII. 3 000—5 000 "	22	85 595	47 942	6 762	2 037	21 272	5 176	10 305	36	93 530	7,37	1,09	
IX. 2 000—3 000 "	25	61 184	39 052	1 531	1 041	7 561	3 070	6 450	—	58 705	9,72	0,96	
X. Städte bis 2 000 "	49	71 091	38 504	2 141	825	8 337	2 884	6 130	—	58 821	10,24	0,83	
I.—X. Sämtliche Städte	129	732 746	571 773	119 913	14 593	241 423	188 432	114 921	105	1 251 160	8,66	1,71	
Landgemeinden mit mehr als													
XIV. 7 000—10 000 Einw.	2	15 938	6 958	—	—	2 544	647	1 015	—	11 164	7,62	0,70	
XV. 5 000—7 000 "	3	17 169	11 906	—	—	1 383	616	298	—	14 203	11,08	0,83	
XVII. 3 000—4 000 "	1	3 938	1 935	43	—	—	372	336	—	2 686	4,49	0,68	
XVIII. 2 000—3 000 "	8	18 135	5 987	113	—	317	290	1 362	—	8 069	7,91	0,44	
XIX. 1 000—2 000 "	76	94 814	7 491	1 902	—	316	943	1 330	—	11 982	3,52	0,15	
XX. 500—1 000 "	371	252 460	11 380	3 917	—	380	1 736	6 160	—	23 573	2,72	0,09	
XXI. Landgem. bis 500 "	2 681	586 098	13 754	12 215	—	82	1 252	12 059	—	39 362	2,03	0,07	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	3 142	988 552	59 411	18 190	—	5 022	5 856	22 560	—	111 039	3,10	0,11	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	3 271	1 721 298	631 184	138 183	14 593	246 445	194 288	137 481	105	1 362 199	7,56	0,79	
F. Provinz Schlesien.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.	1	523 104	660 314	278 876	—	322 380	425 070	157 757	—	1 844 397	9,05	3,53	
III. 50 000—100 000 "	5	362 436	337 641	86 435	54 737	184 120	109 353	73 265	—	845 551	8,23	2,33	
IV. 25 000—50 000 "	6	206 795	170 308	67 386	37 415	95 281	70 332	38 300	—	479 022	8,71	2,32	
V. 10 000—25 000 "	22	341 377	196 258	28 061	6 978	115 831	78 984	58 545	—	484 657	6,26	1,42	
VI. 7 000—10 000 "	12	100 624	62 160	5 068	1 100	35 311	15 427	17 144	—	136 210	8,14	1,35	
VII. 5 000—7 000 "	15	87 300	37 439	2 463	1 350	21 702	10 775	14 615	—	88 344	7,05	1,01	
VIII. 3 000—5 000 "	26	101 186	45 382	5 085	300	32 684	12 723	14 840	—	111 014	7,09	1,10	
IX. 2 000—3 000 "	28	66 731	33 216	1 783	80	16 937	7 521	9 691	—	69 228	7,64	1,04	
X. Städte bis 2 000 "	35	43 287	23 920	750	340	7 252	4 432	5 770	—	42 464	8,70	0,98	
I.—X. Sämtliche Städte	150	1 832 840	1 566 638	475 907	102 300	831 498	734 617	389 927	—	4 100 887	8,24	2,24	
Landgemeinden mit mehr als													
XI. 50 000 Einw.	1	64 076	29 156	12 835	—	18 897	7 985	2 432	—	71 305	4,52	1,11	
XII. 25 000—50 000 "	1	27 224	4 971	—	—	8 258	1 898	533	—	15 660	2,01	0,58	
XIII. 10 000—25 000 "	24	354 841	146 586	46 324	3 480	91 584	40 814	23 015	179	351 982	5,49	0,99	
XIV. 7 000—10 000 "	12	96 956	41 339	11 029	2 450	28 540	11 670	6 478	—	101 506	7,21	1,05	
XV. 5 000—7 000 "	11	62 671	27 498	6 337	—	11 260	6 315	5 658	—	57 068	7,54	0,91	
XVI. 4 000—5 000 "	17	77 578	30 315	1 411	—	8 468	7 686	4 684	—	52 564	5,50	0,68	
XVII. 3 000—4 000 "	29	99 517	31 968	2 300	400	18 419	8 682	5 693	—	67 462	6,41	0,68	
XVIII. 2 000—3 000 "	73	176 052	42 967	3 399	1 025	10 070	10 195	7 337	—	74 993	4,37	0,43	
XIX. 1 000—2 000 "	390	521 197	113 571	10 096	200	17 957	29 839	24 455	—	196 118	4,95	0,38	
XX. 500—1 000 "	1 052	728 914	170 760	13 652	325	10 012	27 833	29 648	13	252 243	4,97	0,35	
XXI. Landgem. bis 500 "	3 447	788 847	130 012	9 738	35	7 965	23 036	39 974	—	210 760	3,94	0,27	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	5 057	2 997 873	769 143	117 121	7 915	231 430	175 953	149 907	192	1 451 661	5,00	0,48	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	5 207	4 830 713	2 335 781	593 028	110 215	1 062 928	910 570	539 834	192	5 552 548	7,04	1,15	

1) Musikautomatensteuer. — 2) Automatensteuer. — 3) 71 .M. Automatensteuer und 34 .M. Musikautomatensteuer. — 4) Brantweinsteuer. — 5) 13 .M. Brantweinsteuer und

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern 1911							Waren- haus- steuer	Wander- lager- steuer	Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11a, 16a, 17 u. 18)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 12—15)					über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
12	13	14	15	16a	16b	16c	17	18	19a	19b	20
Noch: D. Provinz Pommern.											
Landgemeinden mit mehr als											
51 857	49 236	21 302	592	122 987	97,51	15,18	—	—	126 122	15,56	XIV. 7 000—10 000 Einw.
169 518	42 908	44 698	760	257 884	96,89	21,75	—	—	266 152	22,44	XV. 5 000—7 000 „
88 494	49 985	12 851	1 222	152 552	94,27	11,59	—	—	161 818	12,30	XVI. 4 000—5 000 „
37 607	13 357	4 971	376	56 311	86,08	18,22	—	—	65 416	21,16	XVII. 3 000—4 000 „
145 759	113 808	38 784	2 818	301 169	93,06	17,75	—	—	323 646	19,08	XVIII. 2 000—3 000 „
230 515	238 926	47 611	8 766	525 818	94,48	7,42	—	—	556 520	7,85	XIX. 1 000—2 000 „
416 848	551 930	65 803	14 487	1 049 068	96,35	7,21	—	—	1 086 610	7,47	XX. 500—1 000 „
872 486	1 368 790	62 900	27 654	2 331 830	98,16	6,72	—	—	2 375 543	6,84	XXI. Landgem. bis 500 „
2 013 084	2 428 940	298 920	56 675	4 797 619	96,69	7,78	—	—	4 961 827	8,05	XXI.—XXI. Sämtliche Landgem.
11 701 769	7 605 674	1 974 554	159 485	21 441 482	93,60	15,71	—	520	22 906 416	16,78	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
E. Provinz Posen.											
Städte mit mehr als											
2 754 452	1 808 297	395 487	44 316	5 002 552	92,49	30,89	11 328	100	5 408 725	33,40	II. 100 000—200 000 Einw.
999 402	453 926	153 043	6 305	1 612 676	89,32	27,15	—	200	1 805 495	30,40	III. 50 000—100 000 „
836 349	487 936	174 322	13 720	1 512 327	91,40	19,63	—	—	1 654 714	21,48	IV. 25 000—50 000 „
452 004	217 731	85 013	4 509	759 257	88,39	13,38	—	160	858 949	15,14	V. 10 000—25 000 „
543 808	286 000	146 520	9 927	986 255	91,28	14,17	—	40	1 080 477	15,53	VI. 7 000—10 000 „
592 616	341 280	128 891	10 578	1 073 365	90,18	11,90	—	260	1 190 264	13,20	VII. 5 000—7 000 „
648 601	334 699	176 222	15 350	1 174 872	92,62	13,73	—	45	1 268 447	14,82	VIII. 3 000—5 000 „
261 779	197 058	78 301	8 145	545 283	90,27	8,91	—	40	604 028	9,87	IX. 2 000—3 000 „
239 457	202 216	61 893	12 129	515 695	89,76	7,25	—	—	574 516	8,08	X. Städte bis 2 000 „
7 328 468	4 329 143	1 399 692	124 979	13 182 282	91,25	17,99	11 328	845	14 445 615	19,71	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
77 772	51 203	5 869	533	135 377	92,38	8,49	—	—	146 541	9,19	XIV. 7 000—10 000 Einw.
58 807	47 181	6 995	954	113 937	88,92	6,64	—	—	128 140	7,46	XV. 5 000—7 000 „
39 844	11 667	5 163	493	57 167	95,51	14,52	—	—	59 853	15,20	XVII. 3 000—4 000 „
45 622	41 425	6 301	590	93 938	92,09	5,18	—	—	102 007	5,62	XVIII. 2 000—3 000 „
159 681	143 894	21 413	3 126	328 114	96,48	3,46	—	—	340 096	3,59	XIX. 1 000—2 000 „
380 073	421 099	33 974	7 785	842 931	97,28	3,34	—	—	866 504	3,43	XX. 500—1 000 „
739 052	1 111 147	32 136	17 122	1 899 457	97,97	3,24	—	—	1 938 819	3,31	XXI. Landgem. bis 500 „
1 500 851	1 827 616	111 851	30 603	3 470 921	96,90	3,51	—	—	3 581 960	3,62	XXI.—XXI. Sämtliche Landgem.
8 829 319	6 156 759	1 511 543	155 582	16 653 203	92,38	9,67	11 328	845	18 027 575	10,47	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
F. Provinz Schlesien.											
Städte mit mehr als											
11 235 337	5 129 047	2 082 685	79 011	18 526 080	90,95	35,42	—	100	20 370 577	38,94	I. 200 000 Einw.
5 476 088	2 383 991	1 477 100	58 773	9 395 952	91,43	25,92	34 470	750	10 276 723	28,35	III. 50 000—100 000 „
3 097 807	1 280 822	600 662	38 408	5 017 699	91,28	24,26	—	360	5 497 081	26,58	IV. 25 000—50 000 „
4 488 369	1 678 125	1 063 473	23 927	7 253 894	93,62	21,25	7 640	1 880	7 748 071	22,70	V. 10 000—25 000 „
931 383	389 458	208 020	6 836	1 535 697	91,83	15,26	—	440	1 672 347	16,62	VI. 7 000—10 000 „
714 985	308 100	133 727	7 236	1 164 048	92,91	13,33	—	530	1 252 922	14,35	VII. 5 000—7 000 „
854 644	375 809	219 514	4 329	1 454 296	92,88	14,37	—	440	1 565 750	15,47	VIII. 3 000—5 000 „
471 517	244 096	113 740	7 726	837 079	92,35	12,54	—	150	906 457	13,58	IX. 2 000—3 000 „
242 377	140 415	58 203	4 765	445 760	91,30	10,30	—	—	488 224	11,28	X. Städte bis 2 000 „
27 512 507	11 929 863	5 957 124	231 011	45 630 505	91,67	24,90	42 110	4 650	49 778 152	27,16	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
820 878	276 058	403 560	4 183	1 504 679	95,48	23,48	—	—	1 575 984	24,60	XI. 50 000 Einw.
552 192	70 841	139 989	1 470	764 492	97,99	28,08	—	—	780 152	28,66	XII. 25 000—50 000 „
3 864 408	1 237 566	898 075	16 849	6 016 898	93,86	16,96	41 934	—	6 410 814	18,07	XIII. 10 000—25 000 „
795 595	340 803	162 006	5 819	1 304 223	92,66	13,45	1 841	—	1 407 570	14,52	XIV. 7 000—10 000 „
431 125	198 244	65 952	4 365	699 686	92,46	11,16	—	—	756 754	12,08	XV. 5 000—7 000 „
537 472	220 449	141 716	2 825	902 462	94,50	11,63	—	—	955 026	12,31	XVI. 4 000—5 000 „
564 123	303 125	113 065	5 135	985 448	93,59	9,90	—	—	1 052 910	10,58	XVII. 3 000—4 000 „
978 930	469 547	184 327	8 343	1 641 147	95,68	9,32	—	—	1 716 140	9,75	XVIII. 2 000—3 000 „
1 760 163	1 701 262	272 279	30 792	3 764 496	95,05	7,22	—	—	3 960 614	7,60	XIX. 1 000—2 000 „
1 888 149	2 672 139	217 292	41 054	4 818 634	95,03	6,61	—	—	5 070 877	6,96	XX. 500—1 000 „
1 804 966	3 115 179	159 755	63 292	5 143 192	96,06	6,52	—	—	5 353 952	6,79	XXI. Landgem. bis 500 „
13 998 001	10 605 213	2 758 016	184 127	27 545 357	94,85	9,19	43 775	—	29 040 793	9,69	XXI.—XXI. Sämtliche Landgem.
41 510 508	22 535 076	8 715 140	415 138	73 175 862	92,84	15,15	85 885	4 650	78 818 945	16,72	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.

179. Musikautomatensteuer.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der Städte bzw. Land- ge- mein- den	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungs-jahr 1912	Indirekte Gemeindesteuern 1911							zusammen (Spalte 4—10)		
Städte. Landgemeinden.	Umsatz- steuer			Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier- Braun- und malz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	sonstige indirekte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a) %	auf 1 Ein- woh- ner	
													M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c	
G. Provinz Sachsen.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.	1	282 696	233 412	122 386	—	198 464	260 584	68 224	—	883 070	8,01	3,12	
II. 100 000—200 000 „	2	308 155	367 991	265 078	36 000	244 456	204 711	95 115	1) 19 491	1 232 842	11,24	4,00	
IV. 25 000—50 000 „	9	291 882	250 820	52 485	14 053	131 425	88 480	91 636	—	628 899	6,91	2,15	
V. 10 000—25 000 „	19	307 259	185 829	25 199	12 570	172 569	84 129	69 679	—	549 975	7,40	1,79	
VI. 7 000—10 000 „	6	51 687	27 059	2 035	650	8 714	12 917	8 954	2) 1 098	61 427	6,17	1,19	
VII. 5 000—7 000 „	9	48 879	16 008	1 870	—	14 265	11 187	8 121	—	51 451	5,87	1,05	
VIII. 3 000—5 000 „	27	104 167	53 841	6 126	325	42 777	24 627	19 647	—	147 343	7,57	1,41	
IX. 2 000—3 000 „	38	94 996	70 481	4 855	—	38 559	18 453	17 900	—	150 248	9,87	1,58	
X. Städte bis 2 000 „	31	47 927	21 115	802	—	15 663	10 001	7 823	—	55 404	8,43	1,16	
I.—X. Sämtliche Städte . . .	142	1 537 648	1 226 556	480 836	63 598	866 892	715 089	387 099	3) 20 589	3 760 659	8,45	2,45	
Landgemeinden mit mehr als													
XIII. 10 000—25 000 Einw.	1	13 607	8 201	7	2 280	6 751	4 548	3 405	—	25 192	9,42	1,85	
XIV. 7 000—10 000 „	2	16 725	3 489	—	—	7 886	3 635	2 128	—	17 138	8,57	1,02	
XV. 5 000—7 000 „	3	16 390	7 678	—	—	5 474	3 243	1 099	—	17 494	9,50	1,07	
XVI. 4 000—5 000 „	5	22 546	3 473	166	—	7 377	5 150	2 435	—	18 601	6,23	0,83	
XVII. 3 000—4 000 „	16	57 713	20 099	14 392	—	20 004	13 261	7 077	—	74 833	7,33	1,30	
XVIII. 2 000—3 000 „	61	144 839	43 514	2 092	250	44 613	26 308	19 739	4) 2	136 518	7,05	0,94	
XIX. 1 000—2 000 „	238	317 551	82 363	6 176	15	77 828	38 972	28 045	5) 287	233 686	6,23	0,74	
XX. 500—1 000 „	543	373 221	65 467	6 207	5	57 714	32 308	33 668	—	195 369	4,95	0,52	
XXI. Landgem. bis 500 „	2 077	489 576	53 418	10 471	397	44 531	28 029	42 299	6) 478	179 623	3,05	0,37	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	2 946	1 452 168	287 702	39 511	2 947	272 178	155 454	139 895	7) 767	898 454	5,13	0,62	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	3 088	2 989 816	1 514 258	520 347	66 545	1 139 070	870 543	526 994	8) 21 356	4 659 113	7,51	1,56	
H. Provinz Schleswig-Holstein.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.	1	216 156	384 096	246 940	48 702	—	233 281	82 742	9) 5 180	1 000 941	11,59	4,63	
II. 100 000—200 000 „	1	178 783	381 054	76 416	63 063	—	58 609	79 165	—	658 307	8,97	3,68	
III. 50 000—100 000 „	1	62 273	67 868	77 969	13 244	22 065	65 392	21 882	—	268 420	11,97	4,31	
IV. 25 000—50 000 „	2	70 223	99 206	61 005	19 746	—	33 129	30 788	—	243 874	10,43	3,47	
V. 10 000—25 000 „	6	96 218	62 690	11 439	6 845	33 173	52 869	27 307	10) 2 890	197 213	7,37	2,05	
VI. 7 000—10 000 „	3	26 794	27 179	4 837	—	—	11 658	6 231	—	49 905	5,72	1,86	
VII. 5 000—7 000 „	10	58 673	60 766	3 114	—	7 271	27 016	13 928	—	112 095	7,49	1,91	
VIII. 3 000—5 000 „	9	38 456	16 913	2 036	—	2 877	15 543	9 183	—	46 552	5,26	1,21	
IX. 2 000—3 000 „	12	31 000	25 940	4 008	2 450	5 565	14 645	8 135	—	60 743	7,13	1,96	
X. Städte bis 2 000 „	11	13 697	7 902	868	—	—	4 955	2 873	—	16 598	5,05	1,21	
I.—X. Sämtliche Städte . . .	56	792 273	1 133 614	488 632	154 050	70 951	517 097	282 234	11) 8 070	2 654 648	9,60	3,35	
Landgemeinden mit mehr als													
XIV. 7 000—10 000 Einw.	2	16 268	18 928	17 731	—	—	3 637	2 551	—	42 847	13,51	2,68	
XV. 5 000—7 000 „	9	51 987	127 214	30 048	—	—	22 858	18 533	—	198 653	13,59	3,82	
XVI. 4 000—5 000 „	16	30 445	2 020	772	—	—	3 821	652	—	7 265	1,60	0,24	
XVII. 3 000—4 000 „	9	30 550	81 857	4 590	—	—	6 622	7 060	—	100 129	16,82	3,28	
XVIII. 2 000—3 000 „	59	56 791	79 581	15 558	3 555	—	13 231	8 333	—	120 258	9,99	2,12	
XIX. 1 000—2 000 „	117	102 550	107 073	9 552	—	4 239	17 593	11 412	—	149 869	6,79	1,46	
XX. 500—1 000 „	293	172 595	209 987	26 918	9	1 265	19 907	7 716	—	265 802	8,41	1,54	
XXI. Landgem. bis 500 „	1 431	297 892	176 282	15 914	20	161	16 403	5 902	—	214 682	3,93	0,72	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	1 936	759 078	802 942	121 083	3 584	5 665	104 072	62 159	—	1 099 505	7,10	1,45	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	1 992	1 551 351	1 936 556	609 715	157 634	76 616	621 169	344 393	12) 8 070	3 754 153	8,53	2,42	
J. Provinz Hannover.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.	1	305 976	399 458	249 403	71 296	253 366	205 845	92 849	—	1 272 217	11,66	4,16	
III. 50 000—100 000 „	4	265 656	277 160	88 431	70 675	214 419	85 138	66 778	—	802 001	9,36	3,02	
IV. 25 000—50 000 „	5	162 182	136 570	104 471	8 925	93 271	67 517	38 200	13) 20 560	469 514	10,61	2,89	
V. 10 000—25 000 „	11	169 440	140 852	43 871	21 011	104 447	77 599	48 212	14) 30 970	466 962	10,15	2,76	
VI. 7 000—10 000 „	7	58 633	26 419	4 537	1 050	19 335	12 871	9 272	15) 2 314	75 798	5,50	1,29	
VII. 5 000—7 000 „	5	30 261	20 924	2 146	—	7 727	4 410	6 554	16) 2 091	43 852	5,60	1,45	
VIII. 3 000—5 000 „	24	93 241	48 854	6 431	730	25 135	16 218	13 726	17) 1 846	112 940	5,99	1,21	
IX. 2 000—3 000 „	21	51 452	17 179	1 130	250	9 353	7 469	7 633	—	43 014	4,07	0,94	
X. Städte bis 2 000 „	35	43 245	10 856	360	587	5 261	6 058	4 714	—	27 836	3,99	0,64	
I.—X. Sämtliche Städte . . .	113	1 180 086	1 078 272	500 780	174 524	732 314	483 125	287 938	18) 57 781	3 314 734	9,66	2,81	

1) Eintrittskartensteuer. — 2) 1 055 \mathcal{M} Kartensteuer und 43 \mathcal{M} Plakatsteuer. — 3) 19 491 \mathcal{M} Eintrittskartensteuer, 1 055 \mathcal{M} Kartensteuer und 43 \mathcal{M} Plakatsteuer. — 4) 541 \mathcal{M} Rindviehsteuer, 19 491 \mathcal{M} Eintrittskartensteuer, 1 055 \mathcal{M} Kartensteuer, 43 \mathcal{M} Plakatsteuer und 224 \mathcal{M} nicht näher bezeichnet. — 5) Auktionssteuer. — 6) Erbschaftsteuer. — 7) Brennmaterialienabgabe. — 8) Spirituosensteuer. — 9) 1678 \mathcal{M} Brennmaterialienabgabe und 168 \mathcal{M} Automatensteuer. — 10) 20 560 \mathcal{M} Steuer auf geistige Getränke, 21 647 \mathcal{M} Spirituosensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern 1911							Waren- haus- steuer	Wander- lager- steuer	Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11a, 16a, 17 u. 18)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 12—15)					über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
12	13	14	15	16a	16b	16c	17	18	19a	19b	20
G. Provinz Sachsen.											
Städte mit mehr als											
6 406 530	2 550 929	1 139 685	49 500	10 146 644	91,99	35,89	—	50	11 029 764	39,02	I. 200 000 Einw.
6 183 564	2 365 999	1 145 256	25 255	9 720 074	88,62	31,54	14 571	400	10 967 887	35,59	II. 100 000—200 000 „
5 269 467	1 929 141	1 219 485	40 986	8 459 079	92,94	28,98	12 981	800	9 101 759	31,18	IV. 25 000—50 000 „
4 172 315	1 831 317	853 623	19 614	6 876 869	92,58	22,38	—	1 240	7 428 084	24,18	V. 10 000—25 000 „
511 038	303 457	115 475	3 610	933 580	93,82	18,06	—	120	995 127	19,25	VI. 7 000—10 000 „
450 806	262 864	108 137	3 056	824 863	94,04	16,88	—	800	877 114	17,94	VII. 5 000—7 000 „
960 030	566 776	265 010	6 677	1 798 493	92,38	17,27	—	1 040	1 946 876	18,69	VIII. 3 000—5 000 „
687 555	523 496	154 306	6 430	1 371 787	90,09	14,44	—	680	1 522 715	16,03	IX. 2 000—3 000 „
292 805	240 178	64 458	4 157	601 598	91,57	12,55	—	—	657 002	13,71	X. Städte bis 2 000 „
24 934 110	10 574 157	5 065 435	159 285	40 732 987	91,48	26,49	27 552	5 130	44 526 328	28,96	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
129 669	69 840	40 028	2 574	242 111	90,58	17,79	—	—	267 303	19,64	XIII. 10 000—25 000 Einw.
94 915	66 216	16 414	785	178 330	89,21	10,66	4 429	—	199 897	11,96	XIV. 7 000—10 000 „
102 484	43 195	20 092	825	166 596	90,50	10,16	—	—	184 090	11,23	XV. 5 000—7 000 „
161 901	84 220	32 501	1 248	279 870	93,77	12,41	—	—	298 471	13,24	XVI. 4 000—5 000 „
574 937	247 631	120 149	2 894	945 611	92,67	16,38	—	—	1 020 444	17,68	XVII. 3 000—4 000 „
1 018 455	573 803	199 706	8 442	1 800 406	92,95	12,43	—	—	1 936 924	13,37	XVIII. 2 000—3 000 „
1 854 283	1 315 031	331 684	18 360	3 519 358	93,77	11,08	—	—	3 753 044	11,82	XIX. 1 000—2 000 „
1 710 177	1 821 611	194 965	23 706	3 750 459	95,05	10,05	—	—	3 945 828	10,57	XX. 500—1 000 „
2 280 581	3 223 811	178 980	34 762	5 718 134	96,95	11,68	—	—	5 897 757	12,05	XXI. Landgem. bis 500 „
7 927 402	7 445 358	1 134 519	93 596	16 600 875	94,84	11,43	4 429	—	17 503 758	12,06	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
32 861 512	18 919 515	6 199 954	252 881	57 333 862	92,43	19,18	31 981	5 130	62 030 886	28,75	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
H. Provinz Schleswig-Holstein.											
Städte mit mehr als											
4 265 543	2 659 523	611 184	26 585	7 562 835	87,57	34,99	72 356	200	8 636 332	39,95	I. 200 000 Einw.
2 497 569	3 865 357	303 252	14 785	6 680 963	91,03	37,37	—	—	7 339 270	41,06	II. 100 000—200 000 „
1 152 150	632 424	162 390	13 644	1 960 608	87,46	31,48	12 661	150	2 241 839	36,00	III. 50 000—100 000 „
1 141 193	769 731	172 723	7 414	2 091 061	89,47	29,78	2 062	200	2 337 197	33,28	IV. 25 000—50 000 „
1 519 231	609 501	336 989	12 937	2 478 658	92,62	25,76	—	240	2 676 111	27,81	V. 10 000—25 000 „
508 633	195 807	114 886	3 603	822 929	94,27	30,71	—	80	872 914	32,58	VI. 7 000—10 000 „
796 487	391 532	192 804	4 412	1 385 235	92,51	23,61	—	120	1 497 450	25,52	VII. 5 000—7 000 „
490 360	232 613	112 619	2 512	838 104	94,73	21,79	—	40	884 696	23,01	VIII. 3 000—5 000 „
415 491	252 211	119 405	4 220	791 327	92,85	25,53	—	160	852 230	27,49	IX. 2 000—3 000 „
177 298	98 061	35 459	1 349	312 167	94,95	22,79	—	—	328 765	24,00	X. Städte bis 2 000 „
12 963 955	9 706 760	2 161 711	91 461	24 923 887	90,09	31,46	87 079	1 190	27 666 804	34,92	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
110 670	111 371	50 808	790	273 639	86,46	16,82	—	—	316 486	19,45	XIV. 7 000—10 000 Einw.
677 484	475 228	107 034	3 014	1 262 760	86,41	24,29	—	—	1 461 413	28,11	XV. 5 000—7 000 „
184 904	216 945	42 806	2 059	446 714	95,40	14,67	—	—	453 979	14,91	XVI. 4 000—5 000 „
248 894	218 259	27 223	892	495 268	83,18	16,21	—	—	595 397	19,49	XVII. 3 000—4 000 „
521 692	478 359	74 239	9 729	1 084 019	90,01	19,09	—	—	1 204 277	21,21	XVIII. 2 000—3 000 „
839 684	1 084 350	124 799	8 333	2 057 166	93,21	20,06	—	—	2 207 035	21,52	XIX. 1 000—2 000 „
1 066 520	1 674 002	136 776	19 261	2 896 559	91,59	16,78	—	—	3 162 361	18,32	XX. 500—1 000 „
1 616 349	3 464 518	136 195	29 350	5 246 412	96,07	17,61	—	—	5 461 094	18,33	XXI. Landgem. bis 500 „
5 266 197	7 723 032	699 880	73 428	13 762 537	92,60	18,13	—	—	14 862 042	19,58	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
18 230 152	17 429 792	2 861 591	184 889	38 686 424	20,97	24,94	87 079	1 190	42 528 846	27,41	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
J. Provinz Hannover.											
Städte mit mehr als											
5 642 461	2 735 731	1 173 304	44 984	9 596 480	87,98	31,36	38 957	—	10 907 654	35,65	I. 200 000 Einw.
4 771 418	1 878 724	1 079 667	31 783	7 761 592	90,52	29,22	9 552	350	8 574 095	32,28	III. 50 000—100 000 „
2 386 627	1 175 239	382 516	10 911	3 955 293	89,39	24,39	—	200	4 425 007	27,28	IV. 25 000—50 000 „
2 503 126	1 054 969	553 015	20 848	4 131 958	89,83	24,39	—	1 040	4 599 960	27,15	V. 10 000—25 000 „
835 389	330 978	127 901	6 520	1 300 788	94,45	22,19	—	670	1 377 256	23,49	VI. 7 000—10 000 „
444 787	175 744	113 580	4 666	738 777	94,37	24,41	—	240	782 869	25,87	VII. 5 000—7 000 „
1 019 696	513 259	224 635	15 238	1 772 828	93,98	19,01	—	560	1 886 328	20,23	VIII. 3 000—5 000 „
560 720	301 112	144 236	8 421	1 014 489	95,92	19,72	—	110	1 057 613	20,56	IX. 2 000—3 000 „
339 218	247 309	74 036	8 982	669 545	96,01	15,48	—	—	697 381	16,18	X. Städte bis 2 000 „
18 503 442	8 413 065	3 872 890	152 353	30 941 750	90,19	26,22	48 509	3 170	34 308 163	29,07	I.—X. Sämtliche Städte.

¹⁾ Plakatsteuer. — ²⁾ Rindviehsteuer. — ³⁾ 254 M Rindviehsteuer und 224 M nicht näher bezeichnet. — ⁴⁾ 541 M Rindviehsteuer. 2 M Plakatsteuer und 224 M nicht näher bezeichnet. — ⁵⁾ 5180 M Auktionssteuer und 2890 M Erbschaftsteuer. — ⁶⁾ Steuer auf gestiegene Getränke. — ⁷⁾ 19 556 M Spirituosensteuer. 8251 M Branntweinsteuer. 3163 M Torfsteuer. — ⁸⁾ 8251 M Branntweinsteuer. 3992 M Brennmaterialienabgabe. 3163 M Torfsteuer. 168 M Automatensteuer.

(Noch: Tab. 1.)		Indirekte Gemeindesteuern 1911										
Städte. Landgemeinden.	Zahl der Städte bzw. Landgemeinden	Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für das Rechnungsjahr 1912	Umsatzsteuer <i>M</i>	Wertzuwachssteuer <i>M</i>	Schankkonzessionssteuer <i>M</i>	Bier-, Brau- und Braumalzsteuern <i>M</i>	Lustbarkeitssteuern <i>M</i>	Hundesteuer <i>M</i>	sonstige indirekte Steuern <i>M</i>	zusammen (Spalte 4—10)		
										überhaupt <i>M</i>	vom gesamten Steuer- aufkommen (Sp. 19a) %	auf 1 Einwohner <i>M</i>
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c
Noch: J. Provinz Hannover.												
Landgemeinden mit mehr als												
XII. 25 000—50 000 Einw.	1	31 305	96 355	20 431	4 850	13 691	15 532	5 370	—	156 229	15,70	4,99
XIII. 10 000—25 000 „	1	11 094	2 220	1 668	—	—	1 224	875	—	5 987	2,08	0,54
XIV. 7 000—10 000 „	3	23 871	11 498	5 038	950	—	4 583	2 284	—	24 353	4,56	1,02
XV. 5 000—7 000 „	3	16 559	7 095	1 315	—	11 517	2 318	387	—	22 632	6,47	1,37
XVI. 4 000—5 000 „	4	17 869	14 661	3 213	—	6 042	6 828	2 973	—	33 717	7,24	1,89
XVII. 3 000—4 000 „	9	30 562	5 552	3 360	—	4 423	11 831	4 068	—	29 234	6,97	0,96
XVIII. 2 000—3 000 „	42	98 693	19 305	2 811	—	10 666	10 459	5 399	—	48 640	3,27	0,49
XIX. 1 000—2 000 „	248	334 113	71 441	15 998	10	18 447	28 267	18 981	1) 300	153 444	3,45	0,46
XX. 500—1 000 „	709	489 404	86 083	9 357	128	13 011	32 069	28 311	—	168 959	2,80	0,35
XXI. Landgem. bis 500 „	2 975	680 315	50 499	20 518	476	8 771	28 895	35 095	1) 8	144 262	1,64	0,21
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	3 995	1 733 785	364 709	83 709	6 414	86 568	142 006	103 743	1) 308	787 457	3,31	0,45
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	4 108	2 913 871	1 442 981	584 489	180 938	818 882	625 131	391 681	2) 58 089	4 102 191	7,06	1,41
K. Provinz Westfalen.												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einw.	1	222 460	460 168	237 902	—	—	159 090	62 411	—	919 571	10,25	4,13
II. 100 000—200 000 „	2	308 714	350 379	271 282	65 592	184 985	123 620	57 853	—	1 053 711	10,12	3,41
III. 50 000—100 000 „	6	439 199	323 590	170 352	69 433	207 825	156 248	109 886	—	1 037 334	7,03	2,36
IV. 25 000—50 000 „	11	353 181	375 749	158 168	33 873	99 171	125 907	87 523	—	880 391	7,93	2,49
V. 10 000—25 000 „	20	305 050	203 806	79 743	4 722	69 595	71 809	62 950	2) 457	493 082	5,73	1,62
VI. 7 000—10 000 „	7	56 571	30 048	14 084	—	11 599	7 059	11 213	—	74 003	5,65	1,31
VII. 5 000—7 000 „	14	77 967	32 688	3 197	2 240	13 115	13 388	14 038	—	78 666	4,34	1,02
VIII. 3 000—5 000 „	17	69 070	43 751	13 072	2 462	6 066	6 195	11 116	4) 825	83 487	6,36	1,21
IX. 2 000—3 000 „	18	43 308	12 170	1 338	450	10 028	4 441	5 471	—	33 898	4,33	0,78
X. Städte bis 2 000 „	13	18 438	5 603	224	—	1 563	1 168	2 848	—	11 406	4,30	0,62
I.—X. Sämtliche Städte . . .	109	1 893 358	1 837 952	949 362	178 772	603 947	668 925	425 309	5) 1 282	4 665 549	7,86	2,46
Landgemeinden mit mehr als												
XI. 50 000 Einw.	1	51 204	28 779	—	—	21 527	11 338	5 742	—	67 386	5,37	1,32
XII. 25 000—50 000 „	6	214 643	105 337	8 958	—	97 101	50 854	30 844	—	293 094	5,19	1,37
XIII. 10 000—25 000 „	21	288 710	177 357	12 801	2 484	122 259	57 942	33 092	—	405 935	5,77	1,41
XIV. 7 000—10 000 „	24	195 825	82 253	26 232	900	54 316	21 887	25 079	—	210 667	4,90	1,08
XV. 5 000—7 000 „	35	208 084	149 356	8 872	1 150	45 788	26 111	24 805	4) 254	256 336	5,54	1,23
XVI. 4 000—5 000 „	28	124 844	82 328	3 867	1 575	28 562	15 970	14 136	—	146 438	6,74	1,17
XVII. 3 000—4 000 „	46	162 709	100 682	16 438	750	33 855	21 814	20 928	—	194 467	6,26	1,20
XVIII. 2 000—3 000 „	116	279 809	195 681	12 803	400	33 206	23 883	31 444	—	297 417	6,67	1,06
XIX. 1 000—2 000 „	274	384 939	153 331	21 091	1 325	29 291	28 920	36 097	6) 2 650	272 705	4,78	0,71
XX. 500—1 000 „	380	270 385	78 628	3 968	—	11 084	13 179	21 867	—	128 726	3,63	0,48
XXI. Landgem. bis 500 „	530	143 333	85 596	6 417	400	2 638	4 857	13 052	—	112 960	4,74	0,79
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	1 461	2 324 485	1 239 328	121 447	8 984	479 627	276 755	257 086	7) 2 904	2 386 131	5,39	1,03
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	1 570	4 217 843	3 077 280	1 070 809	187 756	1 083 574	945 680	682 395	8) 4 188	7 051 680	6,81	1,67
L. Provinz Hessen-Nassau.												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einw.	1	430 785	2 209 686	—	13 782	3 500	338 836	195 911	9) 74 071	2 835 786	11,10	6,58
II. 100 000—200 000 „	2	269 408	296 806	81 127	85 876	438 765	86 847	130 176	10) 367 988	1 487 585	13,88	5,52
IV. 25 000—50 000 „	1	38 574	22 269	10 723	—	32 408	—	17 493	11) 10 283	93 176	6,79	2,42
V. 10 000—25 000 „	7	121 261	134 504	28 071	13 467	112 254	30 789	33 867	12) 41 156	394 108	8,89	3,25
VI. 7 000—10 000 „	4	36 111	37 284	14 890	2 554	29 136	5 304	9 133	13) 19 029	117 330	11,93	3,25
VII. 5 000—7 000 „	3	17 295	15 751	1 192	—	11 802	4 361	4 763	14) 20 298	48 167	8,30	2,79
VIII. 3 000—5 000 „	27	107 394	67 571	11 569	6 063	63 091	16 310	27 688	15) 23 483	215 775	9,64	2,01
IX. 2 000—3 000 „	19	45 804	31 883	25 216	—	19 179	4 633	9 247	16) 13 532	103 690	12,78	2,26
X. Städte bis 2 000 „	39	52 482	23 583	1 099	—	26 393	3 813	8 031	17) 13 490	76 409	12,16	1,46
I.—X. Sämtliche Städte . . .	103	1 119 114	2 839 337	173 887	121 742	736 528	490 893	436 309	18) 573 330	5 372 026	11,37	4,80

1) nicht näher bezeichnet. — 2) 20 560 *M* Steuer auf geistige Getränke, 21 647 *M* Spirituosensteuer, 8 251 *M* Branntweinsteuer, 3 992 *M* Brennmaterialienabgabe, 3 163 *M* zeichn. — 3) 2 650 *M* Kartensteuer, 254 *M* Eintrittskartensteuer. — 4) 1 079 *M* Eintrittskartensteuer, 2 650 *M* Kartensteuer, 457 *M* nicht näher bezeichnet. — Apfelweinsteuer, 5 342 *M* Essigsteuer, 161 870 *M* Branntweinsteuer. — 5) Branntweinsteuer. — 6) 4 097 *M* Weinsteuer, 1 537 *M* Obstweinsteuer, 1 720 *M* Apfelweinsteuer, 21 86 *M* Weinsteuer, 22 506 *M* Branntweinsteuer, 75 *M* Musiksteuer. — 7) 1 279 *M* Spirituosensteuer, 12 253 *M* Branntweinsteuer. — 8) 1 916 *M* Wildbret- und Geflügelsteuer, 14 147 *M* Wild- 7 728 *M* Essigsteuer, 1 279 *M* Spirituosensteuer, 33 254 *M* Branntweinsteuer, 14 048 *M* Pferdesteuer, 75 *M* Musiksteuer.

Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern 1911							Waren- haus- steuer	Wander- lager- steuer	Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11a, 16a, 17 u. 18)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 12—15)					über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
12	13	14	15	16a	16b	16c	17	18	19a	19b	20
Noch: J. Provinz Hannover.											
Landgemeinden mit mehr als											
462 847	294 842	81 077	—	838 766	84,30	26,79	—	—	994 995	31,78	XII. 25 000—50 000 Einw.
216 173	32 756	32 551	567	282 047	97,92	25,42	—	—	288 034	25,96	XIII. 10 000—25 000 „
244 555	110 997	153 166	907	509 625	95,44	21,35	—	—	533 978	22,37	XIV. 7 000—10 000 „
220 489	71 943	33 839	1 006	327 277	93,53	19,76	—	—	349 909	21,13	XV. 5 000—7 000 „
236 627	129 008	62 667	3 805	432 107	92,76	24,18	—	—	465 824	26,07	XVI. 4 000—5 000 „
192 587	146 015	46 421	5 039	390 062	93,08	12,76	—	—	419 296	13,72	XVII. 3 000—4 000 „
873 692	421 668	135 386	9 142	1 439 888	96,73	14,59	—	—	1 488 528	15,08	XVIII. 2 000—3 000 „
2 221 594	1 679 528	354 582	38 113	4 293 817	96,55	12,85	—	—	4 447 261	13,31	XIX. 1 000—2 000 „
2 582 386	2 902 192	318 063	59 793	5 862 434	97,20	11,98	—	—	6 031 393	12,32	XX. 500—1 000 „
3 490 420	4 845 256	226 957	82 231	8 644 864	98,36	12,71	—	—	8 789 126	12,92	XXI. Landgem. bis 500 „
10 741 370	10 634 205	1 444 709	200 603	23 020 887	96,69	13,28	—	—	23 808 344	13,73	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
29 244 812	19 047 270	5 317 599	352 956	53 962 637	92,85	18,52	48 509	3 170	58 116 507	19,94	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
K. Provinz Westfalen.											
Städte mit mehr als											
4 837 727	2 092 892	1 016 654	47 028	7 994 301	89,07	35,94	61 596	—	8 975 468	40,35	I. 200 000 Einw.
5 618 708	1 636 605	2 006 657	92 367	9 354 337	89,86	30,30	—	2 150	10 410 198	33,72	II. 100 000—200 000 „
8 449 287	3 107 556	2 110 536	54 564	13 721 943	92,97	31,24	—	50	14 759 327	33,61	III. 50 000—100 000 „
6 526 825	2 217 070	1 431 358	48 009	10 223 262	92,08	28,95	—	1 600	11 105 253	31,44	IV. 25 000—50 000 „
5 097 131	1 773 562	1 215 200	21 617	8 107 510	94,25	26,58	—	1 240	8 601 832	28,20	V. 10 000—25 000 „
751 238	313 429	162 719	7 972	1 235 358	94,34	21,84	—	120	1 309 481	23,15	VI. 7 000—10 000 „
1 060 197	439 363	223 872	10 886	1 734 318	95,64	22,42	—	440	1 813 424	23,44	VII. 5 000—7 000 „
707 334	378 289	131 660	10 828	1 228 111	93,62	17,78	—	200	1 311 798	18,99	VIII. 3 000—5 000 „
437 492	225 841	79 879	5 532	748 744	95,64	17,29	—	270	782 912	18,08	IX. 2 000—3 000 „
144 875	83 566	21 698	3 532	253 671	95,70	13,76	—	—	265 077	14,38	X. Städte bis 2 000 „
33 630 814	12 268 173	8 400 233	302 335	54 601 555	92,02	28,84	61 596	6 070	59 334 770	31,31	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
620 597	195 002	366 347	4 484	1 186 430	94,63	23,17	—	—	1 253 816	24,49	XI. 50 000 Einw.
3 096 068	835 340	1 406 593	14 304	5 352 305	94,81	24,94	—	—	5 645 399	26,30	XII. 25 000—50 000 „
3 997 893	1 194 835	1 412 573	19 634	6 624 935	94,23	22,95	—	—	7 030 870	24,35	XIII. 10 000—25 000 „
2 445 631	916 833	714 503	13 873	4 090 840	95,10	20,89	—	—	4 301 507	21,97	XIV. 7 000—10 000 „
2 563 411	881 335	911 955	13 228	4 369 929	94,46	21,00	—	—	4 626 265	22,23	XV. 5 000—7 000 „
1 092 035	587 036	332 356	14 082	2 025 509	93,26	16,22	—	—	2 171 947	17,40	XVI. 4 000—5 000 „
1 725 610	848 787	322 465	16 491	2 913 353	93,74	17,91	—	—	3 107 820	19,10	XVII. 3 000—4 000 „
2 286 529	1 421 757	425 860	27 380	4 161 526	93,33	14,87	—	—	4 458 943	15,94	XVIII. 2 000—3 000 „
2 886 478	2 091 972	409 632	42 507	5 430 589	95,22	14,11	—	—	5 703 294	14,82	XIX. 1 000—2 000 „
1 600 569	1 640 302	149 195	28 447	3 418 513	96,37	12,64	—	—	3 547 239	13,12	XX. 500—1 000 „
913 259	1 296 176	45 850	15 633	2 270 918	95,26	15,84	—	—	2 383 878	16,63	XXI. Landgem. bis 500 „
23 228 080	11 909 375	6 497 329	210 063	41 844 847	94,61	18,00	—	—	44 230 978	19,03	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
56 858 894	24 177 548	14 897 562	512 398	96 446 402	93,13	22,87	61 596	6 070	103 565 748	24,55	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
L. Provinz Hessen-Nassau.											
Städte mit mehr als											
15 136 089	5 107 909	2 337 259	54 590	22 635 847	88,90	52,71	67 861	1 000	25 540 494	59,29	I. 200 000 Einw.
5 542 595	2 829 909	798 893	36 020	9 207 417	86,12	34,26	22 500	250	10 717 752	39,78	II. 100 000—200 000 „
796 215	275 641	194 506	7 578	1 273 940	93,21	33,16	4 957	80	1 372 153	35,57	IV. 25 000—50 000 „
2 451 141	1 050 466	516 147	20 327	4 038 081	91,11	33,30	—	400	4 432 589	36,55	V. 10 000—25 000 „
525 961	226 468	107 279	6 015	865 723	88,07	23,98	—	120	983 173	27,23	VI. 7 000—10 000 „
273 581	155 774	60 490	2 749	492 594	91,10	28,50	—	280	541 041	31,28	VII. 5 000—7 000 „
1 180 639	573 755	250 108	17 299	2 021 801	90,36	18,84	—	1 000	2 238 576	20,84	VIII. 3 000—5 000 „
386 241	238 452	75 567	7 237	707 497	87,22	15,46	—	450	811 637	17,72	IX. 2 000—3 000 „
297 664	196 252	50 506	7 672	552 094	87,84	10,52	—	—	628 503	11,98	X. Städte bis 2 000 „
26 590 126	10 654 626	4 390 755	159 487	41 794 994	88,13	37,35	95 318	3 580	47 265 918	42,24	I.—X. Sämtliche Städte.

Torsteuer, 168 M. Automatensteuer, 308 M. nicht näher bezeichnet. — *) nicht näher bezeichnet. — *) Eintrittskartensteuer, 457 M. nicht näher be-
 *) 60 023 M. Brannweinsteuer, 14 048 M. Pferdesteuer. — *) 14 147 M. Wildbretsteuer, 49 983 M. Geflügelsteuer, 114 907 M. Weinsteuer, 13 900 M. Obstweinsteuer, 7 639 M. Essig- und
 Essigsteuer, 31 616 M. Brannweinsteuer. — *) 1 916 M. Wildbret- und Geflügelsteuer, 4 212 M. Fisch- und Hummersteuer, 19 86 M. Weinsteuer, 2 184 M. Brannweinsteuer. — *) 902 M. Wild-
 bretsteuer, 49 983 M. Geflügelsteuer, 4 212 M. Fisch- und Hummersteuer, 121 892 M. Weinsteuer, 15 437 M. Obstweinsteuer, 1720 M. Apfelweinsteuer, 7 639 M. Essig- und Apfelweinsteuer.

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der Städte bzw. Land- gemein- den	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rechnungs- jahr 1912	Indirekte Gemeindesteuern 1911							zusammen (Spalte 4—10)		
Städte. Landgemeinden.	Umsatz- steuer			Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	sonstige indirekte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a) %	auf 1 Ein- woh- ner M	
													M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	11c	
Noch: L. Provinz Hessen-Nassau.													
Landgemeinden mit mehr als													
XIII. 10 000—25 000 Einw.	1	11 973	9 282	24 674	—	10 846	1 856	2 721	—	49 379	15,26	4,12	
XIV. 7 000—10 000 „	2	16 410	25 458	62 592	—	—	902	1 385	—	90 337	17,48	5,50	
XV. 5 000—7 000 „	7	39 181	21 695	10 014	375	6 093	8 485	6 783	1) 15 705	69 150	11,81	1,76	
XVI. 4 000—5 000 „	7	31 013	30 927	4 545	—	15 067	5 385	5 319	2) 6 097	67 340	12,13	2,17	
XVII. 3 000—4 000 „	5	17 469	9 833	2 470	—	7 403	5 214	3 104	3) 2 381	30 405	12,26	1,74	
XVIII. 2 000—3 000 „	20	48 893	17 572	3 858	—	22 903	6 727	9 565	4) 1 923	62 548	10,57	1,28	
XIX. 1 000—2 000 „	171	226 173	50 732	7 779	602	63 048	23 831	24 414	5) 23 416	193 822	8,49	0,86	
XX. 500—1 000 „	519	362 460	42 434	10 862	1 968	65 852	21 682	30 329	6) 42 642	215 769	7,93	0,60	
XXI. Landgem. bis 500 „	1 471	377 898	39 614	3 183	2 314	55 325	13 873	34 241	7) 43 732	192 282	6,89	0,51	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	2 203	1 131 470	247 547	129 977	5 259	246 537	87 955	117 861	8) 135 896	971 032	9,15	0,86	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	2 386	2 250 584	3 086 884	303 864	127 681	983 065	578 848	554 170	9) 709 226	6 343 058	10,96	2,82	
M. Rheinprovinz.													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einw.	4	1 464 378	3 069 434	1 279 298	149 888	902 062	1 550 514	445 439	—	7 396 635	12,32	5,05	
II. 100 000—200 000 „	7	948 791	1 121 989	363 212	167 514	654 726	755 035	270 496	10) 126 571	3 459 543	8,80	3,65	
III. 50 000—100 000 „	8	533 445	592 449	104 364	80 924	340 072	392 796	152 834	11) 18 900	1 682 339	8,69	3,15	
IV. 25 000—50 000 „	6	200 236	223 118	102 853	5 900	70 104	92 150	43 676	12) 20 399	558 200	8,39	2,79	
V. 10 000—25 000 „	36	558 182	342 645	94 532	3 364	223 331	218 811	123 781	13) 11 003	1 017 467	6,86	1,82	
VI. 7 000—10 000 „	10	85 166	73 681	25 275	825	29 872	26 584	18 027	14) 394	174 658	7,60	2,05	
VII. 5 000—7 000 „	14	88 798	68 741	6 736	750	26 886	21 591	23 049	14) 182	147 935	7,21	1,67	
VIII. 3 000—5 000 „	21	84 799	41 184	9 844	—	25 989	21 653	21 226	15) 267	120 163	6,05	1,42	
IX. 2 000—3 000 „	15	37 811	17 052	3 528	—	9 516	9 676	7 181	—	46 953	7,11	1,24	
X. Städte bis 2 000 „	12	18 056	5 757	984	—	8 613	4 024	4 592	—	23 970	6,25	1,33	
I.—X. Sämtliche Städte . . .	133	4 019 662	5 556 050	1 990 626	409 165	2 291 171	3 092 834	1 110 301	16) 177 716	14 627 863	9,91	3,64	
Landgemeinden mit mehr als													
XI. 50 000 Einw.	1	71 951	36 449	24 896	—	28 206	11 532	1 827	—	102 910	5,08	1,43	
XII. 25 000—50 000 „	5	162 256	66 288	29 093	—	80 474	49 324	33 628	14) 246	259 053	5,08	1,60	
XIII. 10 000—25 000 „	24	374 313	274 156	113 197	2 400	175 503	119 021	84 724	15) 1 248	770 249	7,85	2,06	
XIV. 7 000—10 000 „	25	209 001	142 024	68 512	—	77 379	67 637	35 760	15) 425	391 737	7,21	1,87	
XV. 5 000—7 000 „	36	215 125	93 263	34 569	—	60 542	57 578	34 955	17) 1 395	282 302	7,59	1,31	
XVI. 4 000—5 000 „	31	137 704	67 116	2 410	400	29 817	32 883	23 399	18) 884	156 909	6,67	1,14	
XVII. 3 000—4 000 „	67	234 648	111 867	29 485	—	55 735	57 251	38 243	15) 954	293 535	7,40	1,25	
XVIII. 2 000—3 000 „	145	351 911	216 575	8 285	—	85 314	80 865	50 429	19) 265	441 733	7,91	1,26	
XIX. 1 000—2 000 „	412	570 798	292 855	28 285	—	105 782	106 939	68 830	20) 4 262	606 953	7,49	1,36	
XX. 500—1 000 „	657	462 373	74 399	2 119	124	56 427	60 139	43 511	21) 2 700	239 419	4,74	0,52	
XXI. Landgem. bis 500 „	1 679	429 826	38 906	1 955	—	26 034	32 957	27 907	21) 5 347	133 106	3,08	0,31	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	3 082	3 219 906	1 413 898	342 806	2 924	781 213	676 126	443 213	22) 17 726	3 677 906	6,63	1,14	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	3 215	7 239 568	6 969 948	2 333 432	412 089	3 072 384	3 768 960	1 553 514	23) 195 442	18 305 769	9,02	2,73	
N. Hohenzollernsche Lande.													
Städte mit mehr als													
VII. 5 000—7 000 Einw.	2	10 457	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	7,90	1,76	
I.—X. Sämtliche Städte . . .	2	10 457	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	7,90	1,76	
Landgemeinden mit mehr als													
XVIII. 2 000—3 000 Einw.	1	2 076	—	—	—	—	82	502	—	584	5,10	0,28	
XIX. 1 000—2 000 „	11	14 258	—	—	—	5 678	237	2 155	—	8 070	5,63	0,57	
XX. 500—1 000 „	38	26 569	—	—	—	5 415	402	4 371	—	10 188	4,24	0,38	
XXI. Landgem. bis 500 „	72	18 636	35	—	—	2 248	179	2 958	—	5 420	2,35	0,29	
XI.—XXI. Sämtliche Landgem.	122	61 539	35	—	—	13 341	900	9 986	—	24 262	3,88	0,39	
I.—XXI. Städte u. Landg. zus.	124	71 996	2 931	11	—	23 252	1 756	14 690	—	42 640	4,97	0,59	

1) 12 732 M. Verbrauchssteuer, 2973 M. Branntweinsteuer, — 2) 3 914 M. Verbrauchssteuer, 2183 M. Branntweinsteuer, — 3) 369 M. Weinsteuer, 2612 M. Branntweinsteuer, — 4) 12 732 M. Verbrauchssteuer, 41 916 M. Branntweinsteuer, 587 M. Zuchtviehsteuer, 21 M. Taubensteuer, — 5) 176 M. Verbrauchssteuer, 72 M. Getränkesteuer, 287 M. Weinsteuer, 41 058 M. Branntweinsteuer, 3 274 M. Zuchtviehsteuer, 33 M. Taubensteuer, — 6) 16 849 M. Verbrauchssteuer, 1958 M. Wildbret- und Geflügelsteuer, 14 147 M. Wildbretsteuer, 49 983 M. Geflügelsteuer, 7 728 M. Essigsteuer, 1 279 M. Spirituosensteuer, 448 068 M. Branntweinsteuer, 3 274 M. Zuchtviehsteuer, 14 048 M. Pferdesteuer, 33 M. Taubensteuer, 75 M. Musiksteuer, — 7) Brennsteuer, — 8) Ziegensteuer, — 9) 137 290 M. Brennmaterialiensteuer, 1 810 M. Ziegensteuer, 38 040 M. Eintrittskartensteuer, 576 M. Maskensteuer, — 10) 1347 M. Ziegensteuer, 48 M. Viehsteuer, 5 579 M. Ziegensteuer, 380 M. Maskensteuer, — 11) 137 290 M. Brennmaterialiensteuer, 11 767 M. Viehsteuer, 7389 M. Ziegensteuer, 38 040 M. Eintrittskartensteuer, —

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern 1911							Waren- haus- steuer	Wander- lager- steuer	Gemeindesteuern zusammen (Sp. 11a, 16a, 17 u. 18)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 12—15)					über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kom- men (Sp. 19a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
12	13	14	15	16a	16b	16c	17	18	19a	19b	20
Noch: L. Provinz Hessen-Nassau.											
Landgemeinden mit mehr als											
183 048	60 950	29 658	484	274 140	84,74	22,90	—	—	323 519	27,02	XIII. 10 000—25 000 Einw.
331 901	56 928	36 679	992	426 500	82,52	25,99	—	—	516 837	31,50	XIV. 7 000—10 000 „
268 814	199 222	44 188	4 258	516 482	88,19	13,18	—	—	585 632	14,95	XV. 5 000—7 000 „
286 895	161 023	37 472	2 282	487 672	87,87	15,72	—	—	555 012	17,90	XVI. 4 000—5 000 „
105 894	78 286	31 855	1 651	217 686	87,74	12,46	—	—	248 091	14,20	XVII. 3 000—4 000 „
279 835	192 906	52 172	4 154	529 067	89,48	10,82	—	—	591 615	12,10	XVIII. 2 000—3 000 „
1 072 729	821 268	170 655	24 163	2 088 815	91,51	9,24	—	—	2 282 637	10,09	XIX. 1 000—2 000 „
1 103 300	1 237 577	126 777	34 040	2 506 694	92,07	6,92	—	—	2 722 463	7,51	XX. 500—1 000 „
1 060 083	1 434 101	62 053	40 958	2 597 195	93,11	6,87	—	—	2 789 477	7,38	XXI. Landgem. bis 500 „
4 697 499	4 242 261	591 509	112 982	9 644 251	90,85	8,52	—	—	10 615 283	9,38	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
31 287 625	14 896 887	4 982 264	272 469	51 439 245	88,87	22,86	95 318	3 580	57 881 201	25,72	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
M. Rheinprovinz.											
Städte mit mehr als											
32 845 377	11 875 732	7 579 628	212 015	52 512 752	87,45	35,86	136 316	2 150	60 047 853	41,01	I. 200 000 Einw.
23 523 733	7 190 781	4 822 515	145 408	35 682 437	90,90	37,61	156 682	300	39 298 962	41,42	II. 100 000—200 000 „
10 855 422	4 131 154	2 539 183	104 205	17 629 964	91,03	33,05	54 027	150	19 366 480	36,30	III. 50 000—100 000 „
3 843 775	1 396 207	832 182	18 259	6 090 423	91,53	30,42	5 066	240	6 653 929	33,23	IV. 25 000—50 000 „
8 369 604	3 377 472	2 002 410	59 224	13 808 710	93,12	24,74	2 235	1 040	14 829 452	26,57	V. 10 000—25 000 „
1 362 318	473 777	280 167	7 286	2 123 548	92,39	24,93	—	200	2 298 406	26,99	VI. 7 000—10 000 „
1 114 114	571 848	206 622	10 406	1 902 990	92,78	21,43	—	160	2 051 085	23,10	VII. 5 000—7 000 „
1 093 349	530 760	228 540	11 901	1 864 550	93,94	21,99	—	150	1 984 863	23,41	VIII. 3 000—5 000 „
346 457	202 274	59 752	4 980	613 463	92,88	16,22	—	40	660 456	17,47	IX. 2 000—3 000 „
199 476	112 652	43 986	3 726	359 840	93,75	19,93	—	—	383 810	21,26	X. Städte bis 2 000 „
83 553 625	29 862 657	18 594 985	577 410	132 588 677	89,84	32,99	354 326	4 430	147 575 296	36,71	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
1 175 907	323 000	421 221	4 382	1 924 510	94,92	26,75	—	—	2 027 420	28,18	XI. 50 000 Einw.
2 837 825	818 954	1 167 622	12 071	4 836 472	94,92	29,91	—	—	5 095 525	31,40	XII. 25 000—50 000 „
5 380 833	1 785 305	1 857 093	21 244	9 044 475	92,15	24,16	—	—	9 814 724	26,22	XIII. 10 000—25 000 „
3 204 210	997 601	818 066	18 250	5 038 127	92,79	24,11	—	—	5 429 864	25,98	XIV. 7 000—10 000 „
1 971 187	958 574	488 433	20 998	3 439 192	92,41	15,99	—	—	3 721 494	17,30	XV. 5 000—7 000 „
1 247 786	660 864	271 399	16 893	2 196 942	93,33	15,95	—	—	2 353 851	17,09	XVI. 4 000—5 000 „
2 011 600	1 283 280	356 719	21 463	3 673 062	92,60	15,65	—	—	3 966 597	16,91	XVII. 3 000—4 000 „
2 814 298	1 816 202	481 637	31 243	5 143 400	92,09	14,62	—	—	5 585 133	15,87	XVIII. 2 000—3 000 „
3 677 078	3 173 177	594 175	51 104	7 495 534	92,51	13,13	—	—	8 102 487	14,20	XIX. 1 000—2 000 „
2 033 015	2 472 297	203 999	37 369	4 806 680	95,26	10,40	—	—	5 046 099	10,91	XX. 500—1 000 „
1 580 673	2 477 804	99 763	27 550	4 185 790	96,92	9,74	—	—	4 318 896	10,05	XXI. Landgem. bis 500 „
27 994 412	16 767 058	6 760 147	262 567	51 784 184	93,37	16,08	—	—	55 462 090	17,22	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
111 548 037	46 629 715	25 355 132	839 977	184 372 861	90,81	25,47	354 326	4 430	203 037 386	28,05	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.
N. Hohenzollernsche Lande.											
Städte mit mehr als											
140 343	23 888	50 088	—	214 319	92,10	20,50	—	—	232 697	22,25	VII. 5 000—7 000 Einw.
140 343	23 888	50 088	—	214 319	92,10	20,50	—	—	232 697	22,25	I.—X. Sämtliche Städte.
Landgemeinden mit mehr als											
4 480	4 642	1 748	—	10 870	94,90	5,24	—	—	11 454	5,52	XVIII. 2 000—3 000 Einw.
49 143	58 482	27 631	4	135 260	94,37	9,49	—	—	143 330	10,05	XIX. 1 000—2 000 „
70 792	126 462	31 188	1 839	230 281	95,76	8,67	—	—	240 469	9,05	XX. 500—1 000 „
73 426	137 462	14 534	17	225 439	97,65	12,10	—	—	230 859	12,39	XXI. Landgem. bis 500 „
197 841	327 048	75 101	1 860	601 850	96,12	9,78	—	—	626 112	10,17	XI.—XXI. Sämtliche Landgem.
338 184	350 936	125 189	1 860	816 169	95,03	11,31	—	—	858 809	11,93	I.—XXI. Städte u. Landg. zus.

*) Branntweinsteuer. — 5) 107 ./. Getränkesteuer. 22 749 ./. Branntweinsteuer. 560 ./. Zuchtviehsteuer. — 6) 27 ./. Verbrauchssteuer. 42 ./. Wildbret- und Geflügelsteuer. 48 ./. Getränke-
steuer. 2 127 ./. Zuchtviehsteuer. 12 ./. Taubensteuer. — 7) 16 849 ./. Verbrauchssteuer. 42 ./. Wildbret- und Geflügelsteuer. 227 ./. Getränkesteuer. 657 ./. Weinsteuer. 114 814 ./.
steuer. 4 212 ./. Fisch- und Hummersteuer. 227 ./. Getränkesteuer. 122 549 ./. Weinsteuer. 15 437 ./. Obstweinsteuer. 1 720 ./. Apfelweinsteuer. 7 639 ./. Essig- und Apfelweinsteuer.
materialiensteuer. — 11) Eintrittskartensteuer. — 12) 1 259 ./. Ziegensteuer. 19 140 ./. Eintrittskartensteuer. — 13) 10 719 ./. Brennmaterialiensteuer. 284 ./. Ziegensteuer. — 14) Masken-
Maskensteuer. — 15) 841 ./. Ziegensteuer. 43 ./. Maskensteuer. — 16) 222 ./. Ziegensteuer. 43 ./. Maskensteuer. — 17) 3 720 ./. Viehsteuer. 542 ./. Ziegensteuer. — 18) Viehsteuer. —
956 ./. Maskensteuer.

Die Belastung der preußischen Städte und Landgemeinden durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Tab. 2.)							(Noch: Tab. 2.)						
Staat. Provinzen. Städte. Landgemeinden.	Anzahl der Städte und Land- ge- mei- nen	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern		Provinzen. Städte. Landgemeinden.	Anzahl der Städte und Land- ge- mei- nen	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 3 : Sp. 2)	Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 2)				Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 3 : Sp. 2)	Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 2)
			M	M	M	M				M	M	M	M
ra	rb	2	3	4	5	6	ra	rb	2	3	4	5	6
Preussischer Staat.							D. Provinz Pommern.						
Ia. Berlin	1	32,27	41,83	1,30	46,78	1,45	Städte mit mehr als						
Städte mit mehr als							I. 200 000 Einwohnern	1	15,70	32,70	2,08	35,20	2,24
Ib. 200 000 E. (o. Berlin)	14	21,80	36,68	1,68	41,44	1,90	IV. 25 000—50 000 E.	4	10,10	21,34	2,11	23,40	2,32
II. 100 000—200 000 E.	18	19,49	35,02	1,80	39,20	2,01	V. 10 000—25 000 „	9	9,99	19,30	2,01	20,91	2,18
III. 50 000—100 000 „	31	14,36	29,16	2,03	32,27	2,25	VI. 7 000—10 000 „	11	7,67	15,86	2,07	16,90	2,20
IV. 25 000—50 000 „	58	12,98	26,36	2,03	28,78	2,22	VII. 5 000—7 000 „	9	7,43	16,24	2,19	17,05	2,29
V. 10 000—25 000 „	162	11,73	23,62	2,01	25,51	2,17	VIII. 3 000—5 000 „	14	6,83	13,66	2,00	14,57	2,13
VI. 7 000—10 000 „	94	9,91	19,08	1,93	20,61	2,08	IX. 2 000—3 000 „	14	6,33	10,45	1,65	11,32	1,79
VII. 5 000—7 000 „	130	9,25	17,88	1,93	19,22	2,08	X. Städte bis 2 000 „	11	5,27	8,63	1,64	9,37	1,78
VIII. 3 000—5 000 „	244	9,21	16,88	1,83	18,24	1,98	I—X. Sämtliche Städte . .	73	10,61	22,25	2,06	23,98	2,22
IX. 2 000—3 000 „	240	8,31	14,73	1,77	16,03	1,93	XI. Sämtliche Landgem. .	2 092	4,82	7,78	1,61	8,05	1,67
X. Städte bis 2 000 „	285	6,98	11,91	1,71	12,96	1,86	I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	2 165	8,11	15,71	1,94	16,78	2,07
Ia bis X. Sämtliche Städte	1 277	17,22	29,78	1,73	33,07	1,92	E. Provinz Posen.						
XI. Sämtliche Landgem. .	36 060	6,90	12,74	1,85	13,67	1,98	Städte mit mehr als						
I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	37 337	12,08	21,30	1,76	23,41	1,94	II. 100 000—200 000 E.	1	14,48	30,89	2,13	33,40	2,31
A. Provinz Ostpreußen.							III. 50 000—100 000 „	1	13,85	27,15	1,96	30,40	2,19
Städte mit mehr als							IV. 25 000—50 000 „	3	8,83	19,63	2,22	21,48	2,43
I. 200 000 Einwohnern	1	14,57	34,78	2,39	39,66	2,72	V. 10 000—25 000 „	4	9,10	13,38	1,47	15,14	1,66
IV. 25 000—50 000 E.	3	9,44	21,83	2,31	24,23	2,57	VI. 7 000—10 000 „	9	6,91	14,17	2,05	15,53	2,25
V. 10 000—25 000 „	6	8,01	19,29	2,41	21,08	2,63	VII. 5 000—7 000 „	15	6,54	11,90	1,82	13,20	2,02
VI. 7 000—10 000 „	2	6,20	15,68	2,33	17,29	2,79	VIII. 3 000—5 000 „	22	7,31	13,73	1,88	14,82	2,03
VII. 5 000—7 000 „	14	6,57	16,78	2,55	18,18	2,77	IX. 2 000—3 000 „	25	5,08	8,91	1,75	9,87	1,91
VIII. 3 000—5 000 „	16	6,43	15,34	2,39	17,00	2,64	X. Städte bis 2 000 „	49	4,36	7,25	1,66	8,08	1,55
IX. 2 000—3 000 „	17	5,77	12,46	2,16	13,73	2,38	I—X. Sämtliche Städte . .	129	9,11	17,99	1,97	19,71	2,16
X. Städte bis 2 000 „	8	5,29	13,26	2,51	14,71	2,78	XI. Sämtliche Landgem. .	3 142	2,80	3,51	1,25	3,62	1,29
I—X. Sämtliche Städte . .	67	10,12	24,16	2,39	27,10	2,68	I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	3 271	5,49	9,67	1,76	10,47	1,91
XI. Sämtliche Landgem. .	4 996	3,21	7,55	2,35	7,82	2,44	F. Provinz Schlesien.						
I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	5 063	5,83	13,84	2,37	15,12	2,59	Städte mit mehr als						
B. Provinz Westpreußen.							I. 200 000 Einwohnern	1	19,51	35,42	1,82	38,94	2,00
Städte mit mehr als							III. 50 000—100 000 E.	5	12,23	25,92	2,12	28,35	2,32
II. 100 000—200 000 E.	1	12,38	30,03	2,43	33,30	2,69	IV. 25 000—50 000 „	6	11,87	24,26	2,04	26,58	2,24
III. 50 000—100 000 „	1	10,65	24,66	2,32	26,28	2,47	V. 10 000—25 000 „	22	11,57	21,25	1,84	22,70	1,96
IV. 25 000—50 000 „	2	9,16	19,96	2,18	22,23	2,43	VI. 7 000—10 000 „	12	8,96	15,26	1,70	16,62	1,85
V. 10 000—25 000 „	10	8,92	21,47	2,41	23,59	2,64	VII. 5 000—7 000 „	15	8,81	13,33	1,51	14,35	1,63
VI. 7 000—10 000 „	4	6,83	17,10	2,50	18,12	2,65	VIII. 3 000—5 000 „	26	8,44	14,37	1,70	15,47	1,83
VII. 5 000—7 000 „	4	5,46	14,16	2,59	15,35	2,81	IX. 2 000—3 000 „	28	7,78	12,54	1,61	13,58	1,75
VIII. 3 000—5 000 „	19	6,00	14,54	2,42	15,91	2,65	X. Städte bis 2 000 „	35	5,62	10,30	1,83	11,28	2,01
IX. 2 000—3 000 „	9	6,55	16,36	2,50	17,62	2,69	I—X. Sämtliche Städte . .	150	13,27	24,90	1,88	27,16	2,05
X. Städte bis 2 000 „	7	3,96	10,35	2,61	11,20	2,83	XI. Sämtliche Landgem. .	5 057	4,87	9,19	1,89	9,69	1,99
I—X. Sämtliche Städte . .	57	9,34	22,28	2,39	24,46	2,62	I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	5 207	8,06	15,15	1,88	16,32	2,02
XI. Sämtliche Landgem. .	2 047	3,37	8,78	2,61	9,11	2,70	G. Provinz Sachsen.						
I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	2 104	5,80	14,27	2,46	15,35	2,65	Städte mit mehr als						
C. Provinz Brandenburg.							I. 200 000 Einwohnern	1	19,27	35,89	1,86	39,02	2,02
Städte mit mehr als							II. 100 000—200 000 E.	2	17,80	31,54	1,77	35,59	2,00
I. 200 000 Einwohnern	2	28,01	34,57	1,23	40,04	1,43	IV. 25 000—50 000 „	9	15,05	28,98	1,93	31,18	2,07
II. 100 000—200 000 E.	2	33,86	39,79	1,18	46,54	1,37	V. 10 000—25 000 „	19	11,40	22,38	1,96	24,18	2,12
III. 50 000—100 000 „	5	13,82	24,66	1,78	29,20	2,11	VI. 7 000—10 000 „	6	10,31	18,06	1,75	19,25	1,87
IV. 25 000—50 000 „	6	13,39	26,04	1,94	28,12	2,10	VII. 5 000—7 000 „	9	10,00	16,88	1,69	17,94	1,79
V. 10 000—25 000 „	12	11,24	23,51	2,09	25,47	2,27	VIII. 3 000—5 000 „	27	10,05	17,27	1,72	18,69	1,86
VI. 7 000—10 000 „	19	9,61	18,16	1,89	19,79	2,06	IX. 2 000—3 000 „	38	8,87	14,44	1,63	16,03	1,81
VII. 5 000—7 000 „	16	8,08	16,07	1,85	17,42	2,01	X. Städte bis 2 000 „	31	8,13	12,55	1,54	13,71	1,69
VIII. 3 000—5 000 „	22	8,75	14,88	1,70	16,26	1,86	I—X. Sämtliche Städte . .	142	14,38	26,49	1,84	28,96	2,01
IX. 2 000—3 000 „	24	7,60	13,82	1,82	15,26	2,01	XI. Sämtliche Landgem. .	2 946	8,11	11,43	1,41	12,05	1,49
X. Städte bis 2 000 „	34	6,54	12,32	1,90	13,73	2,10	I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	3 088	11,33	19,18	1,69	20,75	1,85
I—X. Sämtliche Städte . .	142	18,93	27,57	1,46	31,49	1,66	H. Prov. Schleswig-Holstein.						
XI. Sämtliche Landgem. .	2 981	11,71	18,60	1,59	21,69	1,85	Städte mit mehr als						
I—XI. Die Städte u. Landg. zus.	3 123	15,55	23,38	1,50	26,91	1,73	I. 200 000 Einwohnern	1	13,72	34,99	2,55	39,95	2,91
							II. 100 000—200 000 E.	1	17,99	37,37	2,08	41,05	2,28
							III. 50 000—100 000 „	1	13,34	31,48	2,36	36,00	2,70
							IV. 25 000—50 000 „	2	14,23	29,78	2,09	33,28	2,34

Noch: Die Belastung der preußischen Städte und Landgemeinden durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 2.)							(Noch: Tab. 2.)						
Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	Anzahl der Städte und Land- ge- mein- den	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern		Provinzen. — Städte. — Landgemeinden.	Anzahl der Städte und Land- ge- mein- den	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 3 : Sp. 2)	Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 2)				Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 3 : Sp. 2)	Ist- betrag auf 1 Einw.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 2)
1a	1b	2	3	4	5	6	1a	1b	2	3	4	5	6
Noch: H. Provinz Schleswig-Holstein.							L. Provinz Hessen-Nassau.						
Städte mit mehr als							Städte mit mehr als						
V. 10 000—25 000 E.	6	12,08	25,76	2,13	27,81	2,80	I. 200 000 Einwohnern	1	37,30	52,71	1,41	59,29	1,59
VI. 7 000—10 000 „	3	13,87	30,71	2,21	32,58	2,35	II. 100 000—200 000 E.	2	26,49	34,26	1,29	39,78	1,50
VII. 5 000—7 000 „	10	10,81	23,61	2,18	25,52	2,36	IV. 25 000—50 000 „	1	20,51	33,16	1,62	35,57	1,73
VIII. 3 000—5 000 „	9	11,12	21,79	1,96	23,01	2,07	V. 10 000—25 000 „	7	19,76	33,30	1,69	36,55	1,85
IX. 2 000—3 000 „	12	12,11	25,53	2,11	27,49	2,27	VI. 7 000—10 000 „	4	12,96	23,98	1,85	27,23	2,10
X. Städte bis 2 000 „	11	12,08	22,79	1,89	24,00	1,99	VII. 5 000—7 000 „	3	17,61	28,50	1,62	31,28	1,78
I—X. Sämtliche Städte . .	56	14,07	31,46	2,24	34,92	2,48	VIII. 3 000—5 000 „	27	12,39	18,84	1,52	20,84	1,68
XI. Sämtliche Landgem. .	1 936	9,89	18,12	1,83	19,58	1,98	IX. 2 000—3 000 „	19	10,82	15,46	1,43	17,72	1,64
I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	1 992	12,02	24,93	2,07	27,41	2,28	X. Städte bis 2 000 „	39	8,29	10,52	1,27	11,98	1,45
I. Provinz Hannover.							I—X. Sämtliche Städte . .						
Städte mit mehr als							XI. Sämtliche Landgem. .						
I. 200 000 Einwohnern	1	22,19	31,36	1,41	35,65	1,61	I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	103	26,32	37,35	1,42	42,24	1,60
III. 50 000—100 000 E.	4	15,26	29,22	1,91	32,28	2,12	M. Rheinprovinz.						
IV. 25 000—50 000 „	5	12,82	24,39	1,90	27,28	2,13	Städte mit mehr als						
V. 10 000—25 000 „	11	12,22	24,39	2,00	27,15	2,22	I. 200 000 Einwohnern	4	20,30	35,86	1,77	41,01	2,02
VI. 7 000—10 000 „	7	10,38	22,19	2,14	23,49	2,26	II. 100 000—200 000 E.	7	18,30	37,61	2,06	41,42	2,26
VII. 5 000—7 000 „	5	11,74	24,41	2,08	25,87	2,20	III. 50 000—100 000 „	8	16,89	33,05	1,96	36,30	2,15
VIII. 3 000—5 000 „	24	9,21	19,01	2,06	20,23	2,20	IV. 25 000—50 000 „	6	15,90	30,42	1,91	33,23	2,09
IX. 2 000—3 000 „	21	10,56	19,72	1,87	20,56	1,95	V. 10 000—25 000 „	36	12,05	24,74	2,05	26,57	2,20
X. Städte bis 2 000 „	35	8,48	15,48	1,83	16,13	1,90	VI. 7 000—10 000 „	10	14,32	24,93	1,74	26,99	1,88
I—X. Sämtliche Städte . .	113	15,04	26,22	1,74	29,07	1,93	VII. 5 000—7 000 „	14	12,30	21,43	1,76	23,10	1,89
XI. Sämtliche Landgem. .	3 995	7,65	13,28	1,74	13,73	1,79	VIII. 3 000—5 000 „	21	12,72	21,99	1,73	23,41	1,84
I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	4 108	10,64	18,52	1,74	19,94	1,87	IX. 2 000—3 000 „	15	10,18	16,22	1,59	17,47	1,72
K. Provinz Westfalen.							X. Städte bis 2 000 „						
Städte mit mehr als							I—X. Sämtliche Städte . .						
I. 200 000 Einwohnern	1	16,73	35,94	2,15	40,35	2,41	XI. Sämtliche Landgem. .	133	17,42	32,99	1,89	36,71	2,11
II. 100 000—200 000 E.	2	12,48	30,30	2,43	33,72	2,70	I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	3 082	8,25	16,08	1,95	17,22	2,09
III. 50 000—100 000 „	6	13,64	31,24	2,29	33,61	2,46	N. Hohenzollernsche Lande.						
IV. 25 000—50 000 „	11	12,92	28,95	2,24	31,44	2,43	Städte mit mehr als						
V. 10 000—25 000 „	20	12,12	26,58	2,19	28,20	2,33	VII. 5 000—7 000 Einw. .	2	12,73	20,50	1,61	22,25	1,75
VI. 7 000—10 000 „	7	10,82	21,84	2,02	23,15	2,14	I—X. Sämtliche Städte . .	2	12,73	20,50	1,61	22,25	1,75
VII. 5 000—7 000 „	14	10,48	22,42	2,14	23,44	2,24	XI. Sämtliche Landgem. .	122	6,47	9,78	1,51	10,17	1,57
VIII. 3 000—5 000 „	17	9,37	17,78	1,90	18,99	2,03	I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	124	7,38	11,34	1,54	11,93	1,62
IX. 2 000—3 000 „	18	8,53	17,29	2,03	18,08	2,12							
X. Städte bis 2 000 „	13	8,38	13,76	1,64	14,38	1,72							
I—X. Sämtliche Städte . .	109	12,85	28,84	2,24	31,34	2,44							
XI. Sämtliche Landgem. .	1 461	7,42	18,00	2,43	19,03	2,56							
I-XI. Die Städte u. Landg. zus.	1 570	9,86	22,87	2,32	24,55	2,49							

wieder durch eine verhältnismäßig geringe Belastung ihrer Gemeinden aus (1,83 und 1,87). Von den drei nächsten Provinzen mit Gemeinden mittlerer Steuerkraft wies Westfalen eine schon recht hohe (2,49), Pommern (2,07) und Schlesien (2,02) eine mittlere Belastung auf. Nach der Steuerstärke ihrer Gemeinden folgten sodann die, wie schon erwähnt, nur gering belasteten Hohenzollernschen Lande. Den Schluß bildeten die drei Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen, die sämtlich steuerschwache und, wenn man von der wegen der besonderen Aufbringungsart ihrer Schullasten nicht vergleichungsfähigen Provinz Posen absieht, sehr hoch belastete Gemeinden besaßen (Ostpr. 2,59, Westpr. 2,65).

Betrachtet man die Städte und Landgemeinden getrennt, so zeigen in sämtlichen Provinzen die Städte durchschnittlich eine erheblich höhere, die Landgemeinden eine erheblich geringere Steuerkraft, als sie für die Gesamtheit der Gemeinden in den einzelnen Landesteilen festgestellt wurde. Die drei Provinzen mit den steuerkräftigsten Gemeinden überhaupt, nämlich Hessen-Nassau, Brandenburg und die Rheinprovinz, zeigten auch die steuerkräftigsten Städte. Ebenso nehmen

umgekehrt Ostpreußen, Westpreußen und Posen, die drei Provinzen mit den steuerschwächsten Gemeinden, auch bezüglich der Steuerkraft ihrer Städte die letzten Plätze ein. Bei den anderen Landesteilen, mit Ausnahme von Sachsen, ergibt sich bezüglich der Steuerkraft der Städte eine von der der Gemeinden überhaupt abweichende Reihenfolge. Die Belastung der Städte war in den meisten Provinzen noch höher als die der Gemeinden überhaupt. Am höchsten belastet waren wieder die Städte Ost- und Westpreußens (2,68 und 2,62), dann die schleswig-holsteinischen (2,48) und westfälischen (2,44); auch die Städte Pommerns (2,32) näherten sich bereits bedenklich der Grenze, von der ab die Belastung als hoch bezeichnet werden muß. Verhältnismäßig niedrig waren die Belastungsziffern nur in Hessen-Nassau (1,80), Brandenburg (1,66) und Hohenzollern (1,75); in Hannover waren die Städte von der Grenze einer mittleren Belastung nicht mehr fern, und die sächsischen hatten sie bereits überschritten. Von den Landgemeinden waren die brandenburgischen weitaus am steuerkräftigsten; in größerem Abstände folgten erst die in Schleswig-Holstein, der Rhein-

Die Anteile der einzelnen indirekten Steuerarten am Gesamtertrage der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Städten und Landgemeinden.

(Tab. 3.)		Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der indirekten Steuern auf						
S t a a t.		die Umsatz- steuer	die Wert- zuwachs- steuer	die Schan- kon- zessions- steuer	die Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	die Lustbar- keits- steuern	die Hunde- steuer	die sonstigen indirekten Steuern
Gemeindegrößengruppen.								
Provinzen.								
a. = Städte.								
b. = Landgemeinden.								
I		2	3	4	5	6	7	8
A. Preussischer Staat.								
Ia. Berlin		53,71	24,39	—	7,62	—	14,27	—
Ib. Städte m. mehr als 200 000 Einwohnern (ohne Berlin)		47,80	15,46	1,89	10,14	17,02	7,31	0,38
II. Städte mit mehr als 100 000—200 000 Einwohnern		39,57	13,38	4,41	15,66	13,73	8,47	4,78
III. " " " " 50 000—100 000 "		35,68	14,75	4,96	19,83	15,09	9,39	0,29
IV. " " " " 25 000—50 000 "		38,52	14,87	4,77	16,25	14,07	10,42	1,10
V. " " " " 10 000—25 000 "		36,11	9,03	2,05	23,27	15,83	11,89	1,83
VI. " " " " 7 000—10 000 "		41,51	9,59	1,19	20,92	12,28	12,89	1,92
VII. " " " " 5 000—7 000 "		42,67	3,61	0,95	23,27	13,66	14,57	1,27
VIII. " " " " 3 000—5 000 "		41,79	5,81	1,28	24,68	11,64	12,77	2,03
IX. " " " " 2 000—3 000 "		46,36	6,51	0,75	20,95	11,23	12,43	1,77
X. " " " " mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern . . .		44,89	2,84	0,67	23,30	11,51	13,58	3,22
I.—X. Sämtliche Städte . . .		43,74	14,88	2,60	14,36	13,32	9,70	1,40
XI. Landgemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern .		52,11	25,09	0,68	12,12	3,43	6,56	—
XII. " " " " 25 000—50 000 Einw.		48,31	18,02	0,24	15,51	8,25	9,66	0,01
XIII. " " " " 10 000—25 000 "		44,82	19,99	0,34	18,19	8,27	8,34	0,05
XIV. " " " " 7 000—10 000 "		42,57	21,41	0,64	16,78	10,57	7,98	0,04
XV. " " " " 5 000—7 000 "		54,06	10,91	0,12	12,70	10,89	9,92	1,40
XVI. " " " " 4 000—5 000 "		50,96	5,01	0,32	17,23	14,30	11,16	1,13
XVII. " " " " 3 000—4 000 "		49,55	8,96	0,12	16,53	13,83	10,67	0,34
XVIII. " " " " 2 000—3 000 "		53,31	4,91	0,43	16,82	13,62	10,74	0,16
XIX. " " " " 1 000—2 000 "		51,96	5,40	0,10	16,27	13,70	11,15	1,42
XX. " " " " 500—1 000 "		53,91	6,07	0,14	13,34	12,24	11,90	2,40
XXI. " " " " mit nicht mehr als 500 Einwohnern		53,66	8,08	0,24	10,65	10,01	14,40	2,97
XI.—XXI. Sämtliche Landgemeinden . . .		50,12	12,94	0,30	15,22	10,40	10,15	0,89
I.—XXI. Die Städte und Landgemeinden zusammen . . .		45,20	14,43	2,08	14,56	12,65	9,80	1,29
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen	a.	48,94	7,70	3,21	18,57	15,15	6,43	—
	b.	65,80	5,37	0,09	24,50	1,83	2,92	—
II. Westpreußen	a.	43,99	5,72	4,86	19,46	17,82	8,15	—
	b.	64,82	20,90	0,81	5,23	3,08	5,16	0,00
III. Brandenburg	a.	53,00	19,70	1,76	9,39	4,86	11,27	0,00
	b.	58,10	21,55	0,21	8,70	3,36	8,08	0,01
IV. Pommern	a.	42,10	5,13	5,99	21,47	13,53	11,75	0,02
	b.	48,48	22,13	—	5,44	12,18	11,77	—
V. Posen	a.	45,70	9,58	1,17	19,30	15,06	9,19	0,01
	b.	53,50	16,38	—	4,52	5,27	20,32	—
VI. Schlesien	a.	38,20	11,60	2,49	20,28	17,91	9,51	—
	b.	52,98	8,07	0,55	15,94	12,12	10,33	0,01
VII. Sachsen	a.	32,62	12,79	1,69	23,05	19,01	10,29	0,55
	b.	33,02	4,40	0,33	30,29	17,30	15,57	0,09
VIII. Schleswig-Holstein	a.	42,70	18,41	5,80	2,67	19,48	10,63	0,30
	b.	73,03	11,01	0,33	0,52	9,47	5,65	—
IX. Hannover	a.	32,53	15,11	5,27	22,09	14,58	8,69	1,74
	b.	46,31	10,63	0,81	10,99	18,03	13,17	0,04
X. Westfalen	a.	39,39	20,35	3,83	12,94	14,34	9,12	0,03
	b.	51,94	5,09	0,38	20,10	11,60	10,77	0,12
XI. Hessen-Nassau	a.	52,85	3,24	2,27	13,71	9,14	8,12	10,67
	b.	25,49	13,39	0,54	25,39	9,06	12,14	14,00
XII. Rheinprovinz	a.	37,98	13,61	2,80	15,66	21,14	7,59	1,21
	b.	38,44	9,32	0,08	21,24	18,38	12,05	0,48
XIII. Hohenzollernsche Lande	a.	15,76	0,06	—	53,93	4,66	25,60	—
	b.	0,14	—	—	54,99	3,71	41,16	—

provinz und Sachsen. Im Gegensatz zu den ungewöhnlich steuerstarken Städten Hessen-Nassaus (Wiesbaden, Frankfurt a./M.) waren die Landgemeinden dieser Provinz nur von mäßiger Leistungsfähigkeit. Die steuerschwächsten Landgemeinden wiesen wieder Westpreußen, Ostpreußen und Posen auf. Die Belastungsziffer der westpreußischen Landgemeinden erreichte mit 2,70 von sämtlichen Städten und Landgemeinden aller Landesteile den höchsten Stand. Sonst war sie nur noch in Westfalen und Brandenburg höher als die entsprechende städtische Belastungsziffer. Die Belastung der westfälischen Landgemeinden übertraf sogar noch die auch schon recht hohe Belastung der ostpreußischen. In den übrigen Landesteilen zeigten die Landgemeinden eine mittlere oder niedrige Belastungsziffer. Der letzteren Gattung sind, abgesehen von

den posenschen Gemeinden, vor allem die sächsischen (1,49), hohenzollernschen (1,57) und hessen-nassauischen Landgemeinden (1,59) zuzurechnen.

In der vorliegenden Arbeit ist das Hauptgewicht auf die sich, bei Anwendung der hier zum erstenmal gebrauchten Belastungsformel auf die ziffernmäßigen Unterlagen der Tabelle 1, in den einzelnen Landesteilen ergebenden Belastungsverhältnisse gelegt worden. Demgegenüber ist die textliche Darstellung der Steuerergebnisse nach Gemeindegrößenklassen zu kurz gekommen, und es muß auf den bezüglichen Zahlenstoff der Tabelle 1 verwiesen werden. In einer demnächst folgenden, umfangreicheren Arbeit sollen die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in kreisweiser Gliederung behandelt werden.

Statistische Korrespondenz.

Bestand an deutschen Seeschiffen 1914. — Es ist von Interesse, einen Überblick über die Größe des vor dem Kriege verfügbaren deutschen Schiffsraumes zu gewinnen. Am 1. Januar 1914 betrug nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915 der Bestand an deutschen Seeschiffen ohne die Schiffe der Kriegsmarine und die kleine Zahl der in den deutschen Schutzgebieten im Stillen Meer befindlichen Schiffe 4 935 mit 5 238 937 Registertons brutto und 3 320 071 netto. Von diesen Schiffen waren 2 408 mit 4 333 370 bzw. 3 828 818 Registertons Segler, 2 170 mit 4 694 190 bzw. 2 832 312 Registertons Dampfer und 357 mit 111 377 bzw. 104 941 Registertons Seeleichter. Das gewaltige Übergewicht der Dampfer hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wird noch dadurch bedeutend vergrößert, daß man im allgemeinen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit eine Dampfer-tonne mindestens dreimal so hoch bewerten kann wie eine Seglertonne.

Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schiffe ist natürlich sehr verschieden und hängt in der Hauptsache von der Größe des Laderaumes und der Schnelligkeit ab. Die Schnelligkeit wiederum wird von der Bauart und Maschinenstärke, bei Seglern insbesondere außer von der Bauart auch von der Art der Takelung beeinflusst. Wir greifen daher die hauptsächlichsten Gruppen der Segelschiffe noch besonders heraus. Es befanden sich unter ihnen 67 ganz große Schiffe mit mehr als drei Masten und zusammen 181 573 bzw. 170 135 Registertons Raumgehalt. Demnächst kommen die meist auch sehr leistungsfähigen Dreimaster, nämlich 48 Vollschiffe mit 91 420 bzw. 85 668 Registertons, 21 Barken mit 30 317 bzw. 28 031 Registertons, 43 Schonerbarken, dreimastige Schoner und Gaffelschoner mit 8 408 bzw. 6 995 Registertons.

Am zahlreichsten ist die Gruppe der zweimastigen Segelschiffe, die 1 739 Schiffe mit 103 929 bzw. 78 316 Registertons umfaßt. Einmastige Schiffe gibt es dagegen nur 490 mit 17 723 bzw. 13 673 Registertons.

Von den Dampfern (ohne die Seeleichter) ist der weitaus größte Teil Schraubendampfer, nämlich 2 132 mit 4 682 911 bzw. 2 827 775 Registertons. Räderdampfer gibt es nur 38 mit 11 279 bzw. 4 537 Registertons. Diese Schiffe dürften meist Personendampfer sein.

Die Bewegung der Bevölkerung in Preußen in den Jahren 1913 und 1914. — Im preußischen Staate sind für das Jahr 1913 ermittelt worden 1 209 500 Geburten, 656 490 Sterbefälle (einschl. 35 970 Totgeburten) und 323 709 Eheschließungen. Der Geburtenüberschuß betrug sonach 553 010 oder 13,2 auf das Tausend der mittleren Bevölkerung. Im Jahre 1914 sind geboren 1 202 528 Kinder (einschl. 35 948 Totgeborene), gestorben 802 776 Personen (mit Totgeburten). Eheschließungen gab es 286 197. Sonach ist die Geburtenzahl gegen das Vorjahr um 6 972 zurückgegangen, dagegen die Zahl der Todesfälle um 146 286 gestiegen. Der Geburtenüberschuß ist dementsprechend um 153 258, und zwar von 553 010 auf 399 752 zurückgegangen. Eine bemerkenswerte, in fast allen europäischen Staaten wiederkehrende Erscheinung der Jahre 1909 bis 1912 ist die abnehmende Geburtenzahl bei steigender Ehefrequenz. Während sich nämlich im Durchschnitt des Jahrzehnts 1904-1913 die Geburtenzahl auf 1 270 253, die Zahl der Sterbefälle auf 711 629, der Geburtenüberschuß sonach auf 558 624 belief, betrug die Geburtenzahl im Jahre 1913 bereits 60 753 unter dem zehnjährigen Durchschnitt, 1914 aber sogar 67 725. Die Zahl der Todesfälle stand 1913 um 55 139 unter, dagegen 1914 um 91 147 über dem zehnjährigen Durchschnitt. Die Zahl der Eheschließungen stellte sich 1913 auf 11 676 über und im Jahre 1914 auf 25 836 unter dem zehnjährigen Durchschnitt

Zeitschrift des R. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

1904-1913. Es ist also klar, daß die eheliche Fruchtbarkeit in einer nicht unerheblichen Abnahme begriffen ist. Der besseren Vergleichung wegen geben wir hier die folgende Übersicht. Es sind beurkundet:

	Geburten einschl. Totgeborene	Sterbefälle	Geburten- überschuß	Eheschlie- ßungen
1904	1 304 936	742 428	562 508	294 732
1905	1 280 283	765 256	515 027	299 988
1906	1 309 140	713 083	596 057	309 922
1907	1 298 508	719 736	578 772	313 039
1908	1 308 504	733 047	575 457	311 131
1909	1 287 234	705 877	581 357	307 904
1910	1 256 794	675 237	581 557	310 415
1911	1 225 300	732 826	492 474	321 151
1912	1 222 333	672 306	550 027	328 340
1913	1 209 500	656 490	553 010	323 709
1914	1 202 528	802 776	399 752	286 197.

Wichtig sind noch die Verhältnis-zahlen. Es stellte sich auf 1 000 der mittleren Bevölkerung:

	die Geburten- ziffer	die Sterbe- ziffer	der Geburten- überschuß	die Heirats- ziffer
1904	35,8	20,8	15,5	16,2
1905	34,8	20,7	13,8	16,2
1906	34,8	19,0	15,8	16,5
1907	34,0	18,8	15,2	16,4
1908	33,7	18,9	14,8	16,0
1909	32,7	17,9	14,8	15,6
1910	31,5	16,9	14,6	15,5
1911	30,8	18,1	12,2	15,9
1912	29,8	16,4	13,4	16,0
1913	29,0	15,8	13,2	15,5
1914	28,5	19,0	9,5	13,6.

Hiernach hat sich die Geburtenziffer um 20 und die Sterbeziffer um 6 v. H. von 1904 bis 1914 verringert. Die Heiratsziffer für 1914 liegt um 15 v. H. unter dem zehnjährigen Durchschnitt 1904-1913.

Statistisches über den Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen. — Im Berichtsjahre 1914 waren diesem Verbands 297 Genossenschaften mit 149 141 Mitgliedern angeschlossen, und zwar 208 Kreditgenossenschaften mit 129 448, 18 Landgenossenschaften mit 4 149, 61 Einkaufs- und Absatzvereine mit 9 733 und 10 sonstige Genossenschaften mit 5 811 Mitgliedern.

Über die 208 Kreditgenossenschaften wird folgendes berichtet. Die kleinste Mitgliederzahl einer Genossenschaft ist 51, die größte 6 554. 12 Genossenschaften hatten bis 100 Mitglieder, 99 über 100 bis 500, 64 über 500 bis 1 000 und 33 über 1 000. Über die Berufszugliederung der Mitglieder liegen Angaben von 206 Genossenschaften mit 125 097 Mitgliedern vor. Es wurden gezählt: 85 848 (68,63 %) Landwirte, darunter 1 775 Großgrundbesitzer und 76 776 Kleingrundbesitzer, 24 858 (19,87 %) Gewerbetreibende und Handwerker, darunter 14 147 mit Grundbesitz, und 14 391 (11,50 %) Angehörige anderer Berufsarten, von denen 6 684 Grundbesitz hatten. Im ganzen waren 106 679 (85,28 %) Mitglieder mit Grundbesitz vorhanden.

Die Bilanzsumme schließt in Aktiven und Passiven je mit 320 275 969 M ab. An den Aktiven waren beteiligt 208 Genossenschaften mit 280 126 736 M Wechsel, 185 mit 15 317 472 M Guthaben bei Banken, 208 mit 3 465 170 M Barbestand, 164 mit 111 195 M Kostenvorschüsse, 192 mit 20 962 893 M verschiedene Guthaben und 5 mit 292 503 M Verlust. In den Passiven waren vertreten 208 Genossenschaften mit 26 280 839 M Geschäftsguthaben, 207 mit 15 155 934 M Reserven, 208 mit 271 013 287 M

Spareinlagen, 83 mit 3 906 259 *M* Schulden bei Banken und 197 mit 3 919 650 *M* verschiedene Schulden einschließlich der Gewinnbeträge.

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der 208 Genossenschaften weisen 16 901 249 *M* in Einnahme nach, und zwar 16 510 459 *M* Zinsen, 142 177 *M* Einnahmen auf Verwaltungskosten und 248 613 *M* Verschiedenes; dem gegenüber stehen 14 174 888 *M* Ausgaben, und zwar 11 829 068 *M* Zinsen, 1 874 324 *M* Verwaltungskosten und 471 496 *M* Verschiedenes. Der Reingewinn betrug bei 202 Genossenschaften 2 988 198 *M*, der Verlust bei 6 Genossenschaften 261 836 *M*. Vom Reingewinn zahlten 193 Genossenschaften 1 390 149 *M* als Dividende aus; 199 Genossenschaften führten 1 349 483 *M* den Reserven zu; 248 566 *M* wurden von 97 Genossenschaften zu verschiedenen Zwecken verwendet.

Die eigenen Mittel (Geschäftsguthaben und Reserven) betrugen 41 436 773 *M*, die Reserven allein 15 155 934 *M*. Keine Reserven hatten 5, bis 1 000 *M* 8, über 1 000 bis 10 000 *M* 40, über 10 000 bis 50 000 *M* 83, über 50 000 bis 100 000 *M* 31, über 100 000 bis 200 000 *M* 21 und über 200 000 *M* 20 Genossenschaften. Der höchste Reservefonds einer Genossenschaft stellte sich auf 1 396 341 *M*.

Die fremden Mittel bezifferten sich auf 278 839 196 *M*; darunter waren 271 013 287 *M* Spareinlagen. Die Zahl der Depositenkonten betrug 234 351. 206 Genossenschaften mit 232 427 Konten berichteten über deren Höhe; es waren Konten vorhanden bis 100 *M* 55 806, über 100 bis 300 *M* 43 669, über 300 bis 1 000 *M* 63 467, über 1 000 bis 2 000 *M* 34 427, über 2 000 bis 5 000 *M* 25 558, über 5 000 bis 10 000 *M* 6 984 und über 10 000 *M* 2 516 Konten. Das höchste Konto stand auf 476 075 *M*; die durchschnittliche Höhe eines Kontos war 1 156 *M*. — Die Zahl der Spareinleger ist mit 234 378 angegeben; die kleinste Spareinlegerzahl bei einer Genossenschaft betrug 65, die größte 27 033. Bis 300 Spareinleger wurden bei 30 Genossenschaften, über 300 bis 600 bei 60, über 600 bis 1 000 bei 39, über 1 000 bis 2 000 bei 55 und über 2 000 bei 24 Genossenschaften gezählt. Über das Verhältnis der Reservefonds zu den Spareinlagen geben folgende Zahlen Auskunft: Auf je 100 *M* Spareinlagen kamen in Genossenschaften der unbefchränkten Haftpflicht bei 5 Genossenschaften keine Reserven, bei 62 bis 3 *M*, bei 76 über 3 bis 6 *M*, bei 41 über 6 bis 10 *M* und bei 14 über 10 *M*, — in Genossenschaften der beschränkten Haftpflicht über 3 bis 10 *M* bei 8 und über 10 *M* bei 2 Genossenschaften. Der höchste Satz stellte sich bei den Genossenschaften mit unbefchränkter Haftpflicht auf 19,53, bei den Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht auf 19,16 v. H. — Das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln war durchschnittlich wie 1 zu 6,73; es schwankte bei den Genossenschaften mit unbefchränkter Haftpflicht von 1:2,37 bis 1:113,28 und bei den Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht von 1:2,82 bis 1:14,37. Auf 1 *M* eigene Mittel kamen fremde Mittel bei den Genossenschaften mit unbefchränkter Haftpflicht bis 5 *M* bei 21, über 5 bis 10 *M* bei 70, über 10 bis 20 *M* bei 64, über 20 bis 30 *M* bei 22, über 30 bis 40 *M* bei 13, über 40 bis 50 *M* bei 4 und über 50 *M* bei 4 Genossenschaften, — bei den Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis 5 *M* bei 5, über 5 bis 10 *M* bei 4 Genossenschaften und über 10 *M* bei 1.

Das gesamte Betriebskapital (eigene und fremde Mittel) betrug 320 275 969 *M*; bei den einzelnen Genossenschaften schwankte es zwischen 50 431 *M* und 47 664 250 *M*. Bis 100 000 *M* Betriebskapital hatten 7, über 100 000 bis 500 000 *M* 59, über 500 000 bis 1 Mill. *M* 50, über 1 bis 2 Mill. *M* 54, über 2 bis 5 Mill. *M* 26 und über 5 Mill. *M* 12 Genossenschaften.

Der Gesamtumsatz ist auf 1 317 097 061 *M* festgestellt. Die Verwaltungskosten einschl. Gratifikationen erreichten die Höhe von 1 909 895 *M*. Auf je 100 *M* Betriebskapital kamen

0,596 *M*, auf je 100 *M* Gesamtumsatz 0,145 *M* Verwaltungskosten. Letztere betrugen vom Betriebskapital bis 0,50 % bei 51, über 0,50 bis 0,70 % bei 61, über 0,70 bis 1,00 % bei 54, über 1,00 bis 1,50 % bei 32 und über 1,50 % bei 10 Genossenschaften. Der niedrigste Satz war 0,286 %, der höchste 2,115 %. Vom Umsatz betrugen die Verwaltungskosten bis 0,10 % bei 6, über 0,10 bis 0,15 % bei 43, über 0,15 bis 0,20 % bei 76, über 0,20 bis 0,30 % bei 53, über 0,30 bis 0,40 % bei 19 und über 0,40 % bei 11 Genossenschaften. Der niedrigste Satz war 0,072 %, der höchste 0,591 %.

Zusammentreffen von Vermögen und Einkommen in einer Hand in Preußen 1896–1914. — Nach der preußischen Einkommensteuer-Statistik hatten

im Jahre	vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelschwärmer)				auf Tausend der Gesamtbevölkerung Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen (Einzelschwärmer) einschließlich der Angehörigen			
	weber ein Einkommen von über 900 <i>M</i> , noch ein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>	ein Einkommen von über 900 <i>M</i> , aber kein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>	ein Vermögen von über 900 <i>M</i> , aber kein Einkommen von über 6 000 <i>M</i>	ein Einkommen von über 900 <i>M</i> und zugleich ein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>	weber ein Einkommen von über 900 <i>M</i> , noch ein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>	ein Einkommen von über 900 <i>M</i> , aber kein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>	ein Vermögen von über 900 <i>M</i> , aber kein Einkommen von über 6 000 <i>M</i>	ein Einkommen von über 900 <i>M</i> und zugleich ein Vermögen von über 6 000 <i>M</i>
1914	475	391	16	118	345	465	23	168
1911	517	353	18	112	387	429	25	159
1908	550	326	22	102	442	388	30	140
1905	628	248	24	100	533	299	32	136
1902	658	217	24	100	564	266	33	137
1899	701	175	24	100	610	219	33	138
1896	727	149	24	101	639	189	33	139.

Hiernach ist der Verhältnisanteil der steuerlich Selbständigen ohne steuerbares Einkommen und Vermögen, mag man sie ohne Angehörige der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelschwärmer oder einschließlich der Angehörigen der Gesamtbevölkerung gegenüberstellen, von Jahrdritt zu Jahrdritt merklich zurückgegangen. Das ist für die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der preußischen Bevölkerung ein erfreuliches Zeichen. Dabei war dieser Rückgang in jüngster Zeit stärker als im Anfang des Berichtszeitraumes. Ein ganz ähnliches Verhalten wie die Personen ohne Einkommen und Vermögen von steuerbarer Höhe zeigen die, die zwar über ein Vermögen von über 6 000 *M* verfügen, aber kein 900 *M* übersteigendes Einkommen beziehen. Auch bei ihnen, die übrigens von allen vier in der Übersicht aufgeführten Gruppen naturgemäß bei weitem am schwächsten vertreten sind, ist wenigstens in jüngster Zeit eine rückläufige Bewegung ihres Anteilsverhältnisses zu verzeichnen. Das Gegenstück zu den eben erwähnten beiden Gruppen bildet die beträchtliche Ziffer derer, die wohl ein Einkommen von mehr als 900 *M*, aber kein Vermögen von über 6 000 *M* haben, da sie sowohl ohne Angehörige unter der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelschwärmer wie auch einschließlich der Angehörigen unter der Gesamtbevölkerung von Jahrdritt zu Jahrdritt ihren Verhältnisanteil ständig bedeutend vermehrt haben. Der hieraus sich ergebende steigende Einfluß des unfundierte Arbeitseinkommens erklärt sich offenbar dadurch, daß es bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen in von Jahr zu Jahr zunehmender Weise für die große Masse viel leichter ist, über 900 *M* Jahreseinkommen zu verdienen, als ein Vermögen von über 6 000 *M* zuzulegen und zu erhalten. Diese Erscheinung ist aber weiter auf die zunehmende Volksvermehrung, Konzentrierung der Bevölkerung in großen Städten und Industrialisierung des neuzeitlichen Wirtschaftslebens zurückzuführen.

Die Selbständigen endlich mit über 900 *M* Einkommen und zugleich mehr als 6 000 *M* Vermögen sind in der Berichtszeit im allgemeinen ziemlich schwach und unregelmäßig in ihrem Anteilsverhältnis gewachsen.

Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelnwirtschaftler) hatten

		bei einem Vermögen von . . . Mark									
		über 6 000		über 20 000		über 52 000		über 100 000			
		bis 20 000	bis 52 000	bis 100 000	bis 20 000	bis 52 000	bis 100 000	bis 20 000	bis 52 000	bis 100 000	bis 20 000
		ein Einkommen von . . . Mark									
im Jahre	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über	bis über
3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000	3 000
1914	849 17	68 9,0	23 9,7	4,7 8,5	0,4 10,8						
1911	855 15	70 7,7	22 8,1	4,6 7,1	0,4 9,9						
1908	865 11	69 6,4	21 7,4	4,5 6,6	0,4 9,6						
1905	867 9	70 5,7	21 7,0	4,5 6,4	0,3 9,3						
1902	868 8	71 5,3	21 6,7	4,5 6,3	0,3 9,0						
1899	870 6	71 4,6	22 6,2	4,6 6,0	0,3 8,8						
1896	870 5	73 3,8	23 5,8	4,7 5,9	0,3 8,5						

Nach dieser das Vermögen mit dem Einkommen verbindenden Übersicht verringert sich die ziffermäßige Überlegenheit der Personen mit nicht mehr als 3 000 *M* Einkommen gegenüber denen mit über 3 000 *M* umsomehr, je höher die Vermögensgruppe wird, bis in der Gruppe von über 52 000 bis 100 000 *M* Vermögen das Übergewicht der Bezieher eines Einkommens von mehr als 3 000 *M* hervortritt, was, da im allgemeinen mit einem größeren Vermögen von vornherein auch ein höheres Einkommen verknüpft zu sein pflegt, eine natürliche Erscheinung ist. Während von den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern die mit Einkommen bis zu 3 000 *M* mit steigender Vermögenshöhe ununterbrochen seltener werden, trifft dies bei denen mit über 3 000 *M* Einkommen nicht zu. Vielmehr ist hier die Verteilung auf die 5 Vermögensstufen in allen 7 Berichtsjahren ziemlich wohllos und jedenfalls nicht, wie man annehmen könnte, in den höchsten Vermögensstufen stets am stärksten, wenigstens in den letzten Berichtsjahren nicht mehr. Personen mit hohem Einkommen haben also heutzutage keineswegs auch immer ein großes Vermögen. Das beweist wieder, daß das Arbeitseinkommen in jüngster Zeit dem Einkommen aus Vermögen erheblich Abbruch getan hat. Was nach unserer Übersicht die Bewegung betrifft, so ist in der Zeit von 1896 bis 1914 die Verhältnisziffer der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit nicht über 3 000 *M* Einkommen in den beiden untersten Vermögensgruppen gesunken, innerhalb der beiden folgenden erst geringer, dann wieder so hoch wie früher geworden, in der obersten Vermögensgruppe aber gestiegen. Die Ziffer der Selbständigen mit einem Einkommen von über 3 000 *M* hingegen ist in allen Gruppen mit fallender Vermögensstufe von Jahrdritt zu Jahrdritt ununterbrochen gewachsen, was gleichfalls darauf zurückzuführen ist, daß das unfundierte Arbeitseinkommen in den Vordergrund rückt. Hierbei sei nur an die heute in den Großstädten nicht seltenen Personen erinnert, die zwar ein Rieseneinkommen haben, aber doch ein Vermögen anzusammeln nicht in der Lage oder willens sind.

Zst-Einnahmen und -Ausgaben der Städte und Landgemeinden der Provinz Westpreußen 1911¹⁾. — Nach der auf sämtliche preußischen Städte und Landgemeinden sich erstreckenden Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 betrugen in diesem die Gesamt-Zsteinnahmen der Gemeinden der Provinz Westpreußen 69,78 Millionen *M* gegen 83,37 Millionen *M* in Ostpreußen. Die Haupteinnahmequelle bilden die Gemeindesteuern, die in Westpreußen 32,4, in Ostpreußen 31,7 v. H. aller Gemeindecinnahmen ausmachten. Insbesondere belief sich der Anteil der direkten Steuern allein in Westpreußen auf 30,1 v. H., in Ostpreußen auf 29,0 v. H. der Gesamteinnahmen. Bemerkenswerterweise ist dieser Anteil der direkten Steuern an den Gesamteinnahmen in den Landgemeinden ungleich höher als in den Städten. Er betrug nämlich in Westpreußen in den Städten 22,9 v. H., auf dem Lande 66,8 v. H., in Ostpreußen in den Städten 22,9 v. H., auf dem Lande 60,0 v. H. Die Städte hatten demnach, wie auch die Tabelle auf Seite IV zeigt, neben den Steuern noch eine Anzahl anderer bedeutender Ein-

nahmequellen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Rechnungsjahr 1911 an Zst-Einnahmen

in den Städten:	aus Pächten, aus Mieten und Grundgerechtigkeiten	aus Beiträgen u. Erstattungen	aus direkten Steuern	aus Agrar- und Industriebetrieben	aus Anleihen	insgesamt (einschl. anderer)
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
R.-B. Danzig . . .	13,06	7,91	26,62	23,66	22,26	123,85
„ Marienwerder	10,34	6,12	17,35	13,11	10,75	66,91
Prov. Westpreußen .	11,78	7,07	22,29	18,73	16,88	97,24
„ Ostpreußen .	15,69	6,33	24,16	17,69	18,61	105,45
i. d. Landgemeinden:						
R.-B. Danzig . . .	0,53	1,24	10,43	0,52	1,76	17,26
„ Marienwerder	0,44	0,50	7,63	0,08	0,37	10,36
Prov. Westpreußen .	0,47	0,80	8,78	0,26	0,94	13,19
„ Ostpreußen .	0,25	2,15	7,55	0,36	0,64	12,59

Die Einnahmen aus Pächten, Mieten und Grundgerechtigkeiten, aus Agrar- und Industriebetrieben, aus Anleihen sowie aus Beiträgen und Erstattungen spielen also in den westpreußischen und — von den Beiträgen und Erstattungen abgesehen — auch in den ostpreußischen Landgemeinden nur eine ziemlich untergeordnete Rolle.

Die Zst-Ausgaben der Städte und Landgemeinden der Provinz Westpreußen beliefen sich insgesamt auf 62,30 Millionen *M*, d. i. rund 7½ Millionen weniger als die Zst-Einnahmen, in Ostpreußen auf 70,98 Millionen *M* oder über 12 Millionen weniger als die dortigen Zst-Einnahmen. Auf's Verhältnis berechnet bildeten in Westpreußen die Ausgaben 89,3 v. H. der Einnahmen, in Ostpreußen 85,1 v. H. Von den Ausgaben stehen an erster Stelle die für Schule, allgemeine Bildung und Kultus; nur in den ostpreußischen Stadtgemeinden waren die Ausgaben für gewerbliche Unternehmungen und — im einzelnen — in den Städten des westpreußischen Regierungsbezirks Danzig die für Armen- und Krankenwesen sowie sonstige Wohlfahrtspflege, in den Landgemeinden desselben Bezirkes hingegen die für Provinzial- und Kreissteuern noch größer. Insbesondere beliefen sich die Ausgaben für höhere, mittlere, Volks- und sonstige Schulen zusammen in Westpreußen auf 11,42 Millionen *M* oder 18,3 v. H. der Gesamtausgaben, in Ostpreußen auf 14,49 Millionen *M* oder 20,4 v. H. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Westpreußen das Volksschulwesen nicht in Händen der Gemeinden (wie in Ostpreußen), sondern von Schulsozialitäten liegt. Für höhere und mittlere Schulen waren in Westpreußen 3,40 Millionen *M*, und zwar fast ausschließlich von den Städten, nämlich 3,36 Millionen *M*, aufzuwenden, in Ostpreußen 4,09 Millionen *M* ganz ausschließlich von den Städten zu tragen. Die Ausgaben für die Volksschulen betrugen in den Städten Westpreußens 4,88 Millionen *M*, in den Landgemeinden 2,75 Millionen *M*, d. i. 9,5 v. H. bzw. 25,6 v. H. der Gesamtausgaben der Städte bzw. Landgemeinden; für Ostpreußen lauteten die entsprechenden Zahlen 5,51 Millionen *M* und 4,22 Millionen *M* bzw. auch 9,5 v. H. und 32,8 v. H. Einen Ausgleich für diese hohen Ausgabeposten bieten die vom Staate vornehmlich für Volksschulen gewährten Beiträge, die bei den Einnahmen in den Beiträgen und Erstattungen enthalten sind. An zweiter Stelle stehen im allgemeinen in der Provinz Westpreußen die Ausgaben für das Armen- und Krankenwesen sowie die sonstige Wohlfahrtspflege, in der Provinz Ostpreußen hingegen die für gewerbliche Unternehmungen; im einzelnen weist allerdings die Übersicht außer den bereits erwähnten noch einige andere Abweichungen von dieser Reihenfolge nach: so treten z. B. in den Städten des Regierungsbezirks Marienwerder die Ausgaben für das Armenwesen usw. nicht nur hinter die für die Schule usw. und die gewerblichen Unternehmungen, sondern auch noch hinter die für den Schuldendienst und die Zentralverwaltung usw. zurück. Recht beträchtlich war weiter in beiden Provinzen der Verhältnisanteil der Ausgaben für gewerbliche Unternehmungen; in den ostpreußischen Städten waren diese, wie bereits bemerkt, sogar noch größer als die für Schule, allgemeine Bildung und Kultus zusammen. Überhaupt treten die Ausgaben für gewerbliche Unternehmungen in den Stadtgemeinden verhältnismäßig wie vor allem nach den Grundzahlen weit erheblicher hervor als bei

¹⁾ Vergl. S. LII—LIV der Statist. Korresp. im Jahrgang 1915. Die dort für Ostpreußen gebrachten Angaben werden hier zum Vergleich herangezogen.

Die $\text{\textcircled{S}}$ -Einnahmen bezw. -Ausgaben der Städte und Landgemeinden der Provinz Westpreußen im Rechnungsjahre 1911.

Städte. Landgemeinden.	Einwohnerzahl in 1000	$\text{\textcircled{S}}$ -Einnahmen in 1000 $\text{\textcircled{M}}$								$\text{\textcircled{S}}$ -Ausgaben in 1000 $\text{\textcircled{M}}$									
		Barbeiz nach Kmal- abf. 1910	Wädie, Wäien und Grundbesitzsteuern ¹⁾	Roberträge aus Agrar- und Industrie- triben	Beiträge und Er- stattungen	Gemeindebesuern	Anleihen und Schuldenaufnahme	sonstige	zu- sam- men	Schuldenverzinsung und Tilgung	Provinzial- und Kreissteuern	Zentralverwaltung einf. d. l. Polizei und Feuerlösch- wesen	Vermögens- und Schuldenverwaltung	Schule, allgemeine Bildung und Kultus	Armen-, Krankenwesen und sonstige Wohlfahrts- pflege	gewerbliche Unter- nehmungen	Begewesen und sonstige Verkehrsanlagen	sonstige	zu- sam- men
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Reg.-Bez. Danzig.																			
Städte	319	6 259	4 165	7 547	2 524	9 346	7 101	2 566	39 509	3 997	1 307	3 748	884	5 813	6 471	5 323	5 798	943	34 285
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		15,8	10,5	19,1	6,4	23,7	18,0	6,5	100	11,7	3,8	10,9	2,6	17,0	18,9	15,5	16,9	2,7	100
Landgemeinden . .	359	649	189	187	445	3 884	633	211	6 197	414	1 359	749	53	1 325	552	464	428	424	5 768
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		10,5	3,0	3,0	7,2	62,7	10,2	3,4	100	7,2	23,6	13,0	0,9	23,0	9,6	8,0	7,4	7,3	100
Städte u. Landg. zus.	678	6 907	4 354	7 734	2 969	13 230	7 734	2 778	45 706	4 410	2 666	4 497	938	7 139	7 023	5 786	6 227	1 367	40 053
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		15,1	9,5	16,9	6,5	29,0	16,9	6,1	100	11,0	6,7	11,2	2,3	17,8	17,5	14,5	15,6	3,4	100
N.-B. Marienw.																			
Städte	280	1 433	2 894	3 671	1 713	5 310	3 009	707	18 736	2 658	1 245	2 240	743	3 143	2 034	2 949	1 447	827	17 287
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		7,7	15,4	19,6	9,1	28,3	16,1	3,8	100	15,4	7,2	12,9	4,3	18,2	11,8	17,0	8,4	4,8	100
Landgemeinden . .	515	369	226	43	258	4 074	193	172	5 335	322	1 336	846 ²⁾	—	1 510	423	30	249	241	4 958
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		6,9	4,3	0,8	4,8	76,4	3,6	3,2	100	6,5	26,9	17,1	—	30,5	8,5	0,6	5,0	4,9	100
Städte u. Landg. zus.	795	1 802	3 120	3 714	1 971	9 384	3 202	878	24 071	2 980	2 581	3 086	743	4 653	2 457	2 980	1 697	1 069	22 245
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		7,5	13,0	15,4	8,2	39,0	13,3	3,6	100	13,4	11,6	13,9	3,3	20,9	11,1	13,4	7,6	4,8	100
Prov. Westpreußen.																			
Städte	599	7 692	7 058	11 218	4 237	14 656	10 111	3 273	58 245	6 655	2 552	5 988	1 627	8 956	8 505	8 272	7 246	1 771	51 572
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		13,2	12,1	19,3	7,3	25,2	17,3	5,6	100	12,9	4,9	11,6	3,2	17,4	16,5	16,0	14,1	3,4	100
Landgemeinden . .	874	1 018	415	230	703	7 958	825	383	11 532	736	2 696	1 595	53	2 836	975	494	678	665	10 727
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		8,9	3,6	2,0	6,1	68,9	7,2	3,3	100	6,9	25,1	14,9	0,5	26,4	9,1	4,6	6,3	6,2	100
Städte u. Landg. zus.	1 473	8 709	7 474	11 448	4 940	22 614	10 936	3 656	69 777	7 390	5 247	7 583	1 681	11 792	9 480	8 766	7 923	2 436	62 298
v. d. all. Einnahmen bezw. Ausgaben . .		12,5	10,7	16,4	7,1	32,4	15,7	5,2	100	11,9	8,4	12,2	2,7	18,9	15,2	14,1	12,7	3,9	100

¹⁾ einschl. Anerkennungsgeldern, Entgelte gebührenartigen Charakters, Strafen und Jagdscheinabgaben. — ²⁾ 116 $\text{\textcircled{M}}$.

den Landgemeinden. Doch stehen diesen großen städtischen Ausgaben noch bedeutendere Einnahmen, besonders in Westpreußen, gegenüber. Die Verzinsung und Tilgung von Anleiheschulden erforderte in den Städten auch verhältnismäßig weit mehr Ausgaben als auf dem Lande. Umgekehrt war der Verhältnisanteil der Provinzial- und Kreissteuern bei den Landgemeinden ungleich größer als bei den städtischen, so sehr, daß sogar die Grundzahlen hierfür auf dem Lande über die für die Städte ermittelten hinausgingen. Was schließlich noch die Posten Zentralverwaltung usw. und Begewesen usw. betrifft, so waren sie in Westpreußen überhaupt mit z. T. erheblich stärkeren Verhältnisanteilen vertreten als in Ostpreußen.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Rechnungsjahre 1911 an $\text{\textcircled{S}}$ -Ausgaben

in den Städten:	für Verzinsung und Tilgung	für Zentral- verwal- tung, Poli- zei und Feuerlösch- wesen	für Vermö- gens- und Schulden- verwaltung	für Volks- schulen	für gewerb- liche Unter- nehm.	insgesamt (einschl. anderer)
	$\text{\textcircled{M}}$	$\text{\textcircled{M}}$	$\text{\textcircled{M}}$	$\text{\textcircled{M}}$	$\text{\textcircled{M}}$	$\text{\textcircled{M}}$
N.-B. Danzig . . .	12,53	11,75	2,77	9,38	16,69	107,48
„ Marienwerder	9,49	8,00	2,65	6,75	10,53	61,74
Prov. Westpreußen .	11,11	10,00	2,72	8,15	13,81	86,10
„ Ostpreußen . .	14,24	9,28	9,35	8,33	16,75	87,88
i. d. Landgemeinden:						
N.-B. Danzig . . .	1,15	2,09	0,15	3,53	1,29	16,07
„ Marienwerder	0,63	1,64	—	2,88	0,06	9,63
Prov. Westpreußen .	0,84	1,82	0,06	3,14	0,57	12,27
„ Ostpreußen . .	0,68	1,42	0,04	3,90	0,40	11,87

Demnach waren in Westpreußen die Stadtgemeinden durchschnittlich etwas schwächer mit Ausgaben herangezogen als in Ostpreußen, in Ostpreußen dagegen die Landgemeinden etwas schwächer als in Westpreußen. Im übrigen stellten sich die Gesamtausgaben auf den Kopf der Bevölkerung für beide Provinzen in den Städten ganz erheblich höher als in den Landgemeinden, die Einnahmen allerdings auch. So kommt es, daß die Ausgaben für Volksschulzwecke, deren Hundertanteil an den Gesamtausgaben in beiden Provinzen bei den Landgemeinden wesentlich größer war als bei den Stadtgemeinden, auf den Kopf der Bevölkerung wiederum in den Städten beider Provinzen weit beträchtlicher waren als auf dem Lande.

Bewegung der hypothekarischen Verschuldung in Preußen und in anderen Bundesstaaten im Zeitraum 1901–1913. — Eine den Anforderungen mehr oder weniger genügende Hypothekarstatistik besitzen wir nicht für das ganze Reich, trotzdem sie längst für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Grundeigentums, insbesondere der grundbesitzenden Klassen in Stadt und Land, wie für gewisse finanz- und steuerpolitische Maßnahmen als unentbehrliche Grundlage anerkannt ist.

Auch ist die Hypothekarstatistik in den meisten Bundesstaaten, wenn sie nicht überhaupt fehlt, unvollkommen und lückenhaft.

Dieser mangelhafte Ausbau schließt daher eine vergleichende Betrachtung über den Stand der hypothekarischen Belastung in den einzelnen Bundesstaaten völlig aus. Nur die Bewegung der Real-Verschuldung läßt sich in der nachstehenden Übersicht für eine Reihe von Jahren in beschränkter Weise verfolgen.

Es betragen die Eintragungen, Löschungen und das Mehr der ersteren in

Jahr	Preußen			Bayern ¹⁾			Baden			Württemberg ²⁾			Elsaß-Lothringen			Staat Bremen		
	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.	Eintragungen	Löschungen	Mehrbetrag der Eintr.
Millionen M																		
1901	3 019,3	1 550,6	1 468,7	553,7	371,8	181,9	267,7	162,3	105,4	203,8	142,8	61,0	146,0	13,2	132,8	—	—	—
1902	3 478,2	1 848,6	1 629,6	532,2	418,9	113,3	256,9	185,3	71,6	208,2	143,9	64,3	121,2	24,9	96,3	1,4	0,9	0,5
1903	3 950,8	2 030,1	1 920,7	575,5	464,3	111,2	247,5	180,1	67,4	206,7	138,1	68,6	123,8	28,0	95,8	1,8	0,9	0,9
1904	4 042,0	2 104,4	1 937,6	479,2	387,5	91,7	271,8	178,1	93,7	194,8	125,8	69,0	129,1	38,9	90,2	4,0	1,5	2,5
1905	4 540,3	2 329,2	2 211,1	484,4	371,1	113,3	285,8	187,7	98,1	199,4	129,8	69,6	133,7	56,8	76,9	8,2	4,1	4,1
1906	4 403,0	2 260,4	2 142,6	503,8	406,9	96,9	275,6	193,6	82,0	216,5	139,2	77,3	122,1	46,7	75,4	13,5	5,6	7,9
1907	4 005,2	2 113,6	1 891,6	519,9	355,6	164,3	266,8	182,7	84,1	204,3	119,9	84,4	152,8	74,4	78,4	15,0	6,7	8,3
1908	4 136,4	2 278,5	1 857,9	523,3	365,2	158,1	253,6	180,3	73,3	203,1	124,6	78,5	226,3	55,7	170,6	18,0	10,0	8,0
1909	4 571,8	2 414,4	2 157,4	691,6	457,3	234,3	270,9	197,0	73,9	226,0	145,5	80,5	144,4	60,0	84,4	23,3	11,7	11,6
1910	4 817,5	2 501,9	2 315,6	717,9	474,9	243,0	263,1	196,9	66,2	245,8	146,1	99,7	102,1	54,1	48,0	25,4	13,4	12,0
1911	4 755,9	2 520,7	2 235,2	738,8	456,0	282,8	254,3	180,8	73,5	251,4	145,0	106,4	106,1	58,0	48,1	26,0	15,6	10,4
1912	4 087,1	2 387,7	1 699,4	686,6	413,6	273,0	268,3	179,8	88,7	223,9	130,0	93,9	109,0	59,3	49,7	.	.	.
1913	3 769,9	2 249,9	1 520,0	557,4	356,2	201,2	269,1	180,5	88,6

¹⁾ bis 1909 nur für das rechtsrheinische Bayern, seit 1909 auch für die Pfalz. — ²⁾ für die Jahre 1901-1903 errechnet nach dem fünfjährigen Durchschnitt der Jahre 1897-99 und 1904-07, da in den Jahren 1900-03 eine Unterbrechung stattgefunden hat.

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß der Hypothekenverkehr seit 1901 in allen hier aufgeführten Staaten eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. In Preußen hob sich der Betrag der Eintragungen von 3 478,2 im Jahre 1902 auf durchschnittlich 4 188,2 im Jahrfünft 1903-1907 und 4 473,7 Mill. M im Jahrfünft 1908-1912; in Bayern wuchs er im letzten Jahrfünft gegenüber 532,2 in 1902 auf durchschnittlich 671,6 an; in Baden nahm er besonders im ersten Jahrfünft zu und betrug in 1903-1907 269,5 und 1908-1912 262,1 gegenüber 256,9 in 1902; in Württemberg hob er sich von 208,2 in 1902 namentlich im Jahrfünft 1908-1912 auf 230,0, in Elsaß-Lothringen erhöhte er sich von 121,2 in 1902 auf 132,3 in 1903-1908 und 137,6 in 1908-1912 und im Staate Bremen stieg er nacheinander von 1,4 auf 8,5 und 23,4 Mill. M an.

Diesem Steigen der Eintragungen folgten die Löschungen nicht mit derselben Schnelligkeit nach und infolgedessen nahm die Belastung, d. h. der Überschuß der Eintragungen, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen in allen anderen Staaten im allgemeinen erheblich zu. In einzelnen Fällen mag der Überschuß etwas niedriger sein, da nicht selten Tilgungen erfolgen, ohne daß sie in den Grundbüchern vermerkt werden. In Preußen wuchs das Mehr von 1 629,6 in 1902 auf durchschnittlich 2 020,7 in 1903-1907 und 2 053,1 in 1908-1912 an, was eine Zunahme von fast 26 Prozent im zweiten Jahrfünft ausmacht; in Bayern stieg der Überschuß in 1908-1912 auf durchschnittlich 238,2, hat sich demnach sowohl gegenüber 113,3 in 1902 wie 115,5 in 1903-1907 mehr als verdoppelt; in Baden hat er sich von 71,6 bzw. auf 85,1 und 75,1 erhöht; in Württemberg vermehrte er sich von 64,3 auf bzw. 73,7 und 91,8, d. h. um 42,7 Prozent im zweiten Jahrfünft gegenüber 1902, und im Staate Bremen wuchs er von 0,5 Mill. M in 1902 auf durchschnittlich 4,7 in 1903-1907 und 10,5 in 1908-1912 an.

Setzt man die Belastung in Beziehung zur Einwohnerzahl, um das Maß der Steigerung zu erkennen, so ergibt sich, wie nachfolgende Übersicht zeigt, daß die hypothekarische Belastung auf den Kopf der Bevölkerung mit Ausnahme von Baden und Elsaß-Lothringen im Jahrzehnt 1903-1912 gegenüber 1902 beträchtlich gestiegen ist, und zwar derart, daß sie sich in Bayern und im Staate Bremen fast verdoppelt, in Württemberg um 44,5 und in Preußen um 12,4 Prozent zugenommen hat. Baden hat zwar ein Sinken der Verschuldung im Jahrfünft 1908-1912 gegenüber 1903-1907 zu verzeichnen, bleibt aber nebst Preußen, wo man gleichzeitig dieselbe Erscheinung des Sinkens beobachtet, der am schwersten belastete Staat. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, wo die Last sich ununterbrochen verringert und im Durchschnitt der Jahre 1908-1912 im Vergleich zu 1902 um 34,1 Prozent vermindert hat.

Es betrug der Überschuß der Eintragungen über die Löschungen

in	1902		im Jahresdurchschnitt 1903-1907		im Jahresdurchschnitt 1908-1912	
	im ganzen	auf den Kopf der Bev.	im ganzen	auf den Kopf der Bev.	im ganzen	auf den Kopf der Bev.
in	Mill. M	M	Mill. M	M	Mill. M	M
Preußen	1 629,6	45,8	2 020,7	54,6	2 053,1	51,5
Bayern	113,3	18,0	115,5	17,7	238,2	35,0
Baden	71,6	75,5	85,1	85,9	75,1	71,2
Württemberg . . .	64,3	29,2	73,7	32,0	91,8	42,2
Elsaß-Lothringen .	96,3	56,6	83,3	46,3	80,1	42,2
Staat Bremen . .	0,5	21,3	4,7	18,4	10,5	36,3

Diese Verhältniszahlen geben zwar einen Anhalt für eine allgemeine vergleichende Beurteilung der Bewegung und des Maßes der Steigerung der hypothekarischen Real-Belastung im ganzen Staatsgebiet, lassen aber die Schwere der Verschuldung, die auf dem Grundbesitz selbst ruht, nicht genau erkennen. Dazu wäre erforderlich, die Höhe der Belastung im Zusammenhang mit der Größe, dem Wert und anderen besonderen Verhältnissen des Grundeigentums zu verfolgen. Der unvollkommene Ausbau oder das gänzliche Fehlen der Hypothekarstatistik in den meisten Bundesstaaten läßt jedoch zur Zeit eine solche vergleichende Darstellung leider nicht zu.

Die Ursachen der Brände in Preußen und der dadurch entstandene Schaden 1902-1913. — Die Brandursachen liegen jetzt für volle 12 Jahre nach Zahl und Schadenbeträgen ausgezählt vor — für die frühere Zeit ist lediglich die Anzahl der Brände statistisch erfaßt worden. Wir ersehen aus umstehender Übersicht, daß die Blitzschläge im Jahresdurchschnitt 1902/13 einen Schaden von 6,42 Mill. M entsprechend 6,2 v. H. des auf 103,89 Mill. M sich belaufenden Gesamtschadens verursacht haben. Im letzten Jahrzehnte, 1913, sind durch Blitzschäden für 7,6 Mill. M Werte vernichtet worden. Der durch Explosionen von Dampfkesseln verursachte Schaden beträgt nur noch 72 781 M im Jahresdurchschnitt, ein Beweis dafür, zu wie hoher Vollkommenheit der Bau und die Überwachung von Dampfkesseln gediehen sind. Durch Leucht-, Koch- und Heizgas ist ein erwiesener Schaden von 202 000 M im Jahresdurchschnitt entstanden, gemutmaßt ist ein weiterer Schaden in der Höhe von 69 348 M; durch „andere Gase“, in erster Linie wohl Hochöfen-, Roßöfen- usw. Gase, ist schon ein mittlerer Schadenbetrag von 1,65 Mill. M entstanden. Petroleum ist mit 803 089 M erwiesenermaßen an den Brandschäden beteiligt, gemutmaßt ist ein weiterer Schaden von 172 851 M. Daneben ist noch in den Jahren 1907/13 im Durchschnitt ein weiterer Schaden von etwa 375 000 M als durch Petroleumlampen entstanden nachgewiesen. Durch elektrische Lampen ist demgegenüber 1907/13 im Durchschnitt nur für etwa 36 000 M Schaden verursacht; als durch elektrische Leitungen herbeigeführt ist daneben freilich ein Schaden von 571 891 M nachgewiesen und für 1 794 844 M gemutmaßt. Durch

U r s a c h e n	Brände in den Jahren												Durchschnitt 1902-1913
	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1. Blitze, zündende	828	813	714	1 642	1 483	1 198	1 475	821	1 471	1 230	955	1 144	1 148
2. „ „, kalte	642	800	489	1 583	1 385	1 150	1 859	798	2 628	1 422	1 284	1 742	1 315
Explosion von:													
3. Dampfkesseln	7	12	10	13	18	19	17	20	27	23	28	23	18
4. Leucht-, Koch- und Heizgas, erwiesen	198	259	336	330	423	473	543	529	531	698	718	648	474
gemutmaßt	4	10	10	19	61	13	14	24	25	31	26	34	23
5. Äthylen	11	7	9	20	5	12	22	26	20	32	29	32	19
6. Äther	7	10	13	17	17	17	18	16	25	23	20	23	17
7. anderen Gasen	1 306	1 473	1 735	2 123	2 149	2 410	2 644	2 863	2 936	3 925	3 834	3 219	2 551
8. Petroleum, erwiesen	1 416	1 573	1 644	1 780	1 873	1 908	2 309	2 595	2 601	2 369	2 107	1 515	1 974
gemutmaßt	56	55	66	58	69	49	50	50	66	154	79	65	68
Selbstentzündung durch:													
9. elektrische Leitung, erwiesen	124	106	147	199	226	241	254	241	291	318	371	392	243
gemutmaßt	32	36	48	55	86	90	98	79	112	150	139	173	92
10. andere Stoffe	820	847	922	1 028	999	1 089	982	1 017	1 297	1 757	1 470	1 381	1 134
11. Mangelhafte Feuerungsanlagen, erwiesen	1 289	1 154	1 184	1 170	1 143	1 280	1 582	1 566	1 366	1 461	1 416	1 251	1 322
gemutmaßt	1 041	965	1 066	874	971	978	1 132	1 103	1 027	1 453	1 279	1 203	1 091
12. Fahrlässigkeit im Umgange mit Streichhölzern: durch Erwachsene, erwiesen	2 989	3 158	3 556	4 099	4 740	5 354	6 108	6 283	6 089	6 527	5 823	4 184	4 909
gemutmaßt	2 241	2 386	2 513	2 326	2 791	2 528	2 614	2 389	2 196	2 755	2 455	2 183	2 448
13. desgl. durch Kinder, erwiesen	1 092	1 216	1 361	1 347	1 578	1 606	1 622	1 454	1 163	1 430	1 276	1 252	1 366
gemutmaßt	580	707	804	595	832	774	773	661	544	707	591	586	680
14. sonstige Fahrlässigkeit, erwiesen	17 242	16 649	20 253	26 631	29 848	36 345	42 051	47 330	44 595	47 626	49 179	33 216	34 247
gemutmaßt	4 029	5 314	5 426	4 365	4 554	4 929	5 098	5 526	5 029	6 364	6 154	4 896	5 140
Beleuchtungsgegenstände:													
15. offenes Licht, erwiesen	10 295	10 713	12 206	13 047	14 145	4 575	4 823	5 049	5 061	5 440	5 393	3 880	
gemutmaßt	389	417	441	367	497	454	409	
16. Petroleumlampen, erwiesen	1 700	1 899	1 994	2 420	2 528	2 600	1 875	
gemutmaßt	116	154	126	126	158	152	149	
17. Benzinlampen	16	26	96	36	66	56	35	
18. Spirituslampen	297	421	301	437	445	405	284	
19. Ätherlampen	6	4	5	34	33	10	2	13 846
20. elektrische Lampen	42	42	62	54	91	52	68	
21. Gaslampen	316	366	645	687	748	815	888	
22. Lampen, erwiesen	6 125	6 215	6 163	6 205	6 346	5 937	3 909	
gemutmaßt	359	360	319	372	428	391	362	
23. Laternen	115	110	171	141	153	121	137	
24. Lampions	21	19	23	31	41	31	34	
25. Äthylenlicht	3	.	2	6	4	7	4	
26. Lokomotivfunken, erwiesen	44	66	400	67	97	107	85	118	57	348	78	98	130
gemutmaßt	45	47	158	80	105	110	85	131	72	281	71	71	105
27. Lokomobilen, erwiesen	8	13	10	5	6	14	11	13	9	34	9	16	12
gemutmaßt	6	14	14	6	15	20	19	14	6	38	13	14	15
28. Brandstiftung, erwiesen	369	427	399	371	393	467	579	397	334	393	335	397	405
gemutmaßt	2 378	2 853	2 958	2 394	2 590	2 397	2 896	2 601	2 579	2 718	2 558	2 783	2 642
29. unbekannt	7 659	8 532	9 579	8 742	9 971	10 700	11 197	11 513	10 832	13 471	11 824	10 410	10 369
30. Übertragung aus anderen Gemeinden	21	21	45	20	19	19	17	39	14	69	24	23	28

Fahrlässigkeit im Umgange mit Streichhölzern haben Erwachsene erwiesenermaßen für 787 226, Kinder für 1 732 825 *M* Schaden verursacht; daneben ist ein weiterer Schadenbetrag dieser Art von 1 955 170 und 1 243 025 *M* gemutmaßt. Auf sonstige Fahrlässigkeit entfallen erwiesene bzw. gemutmaßte Beträge von 3 267 205 und 4 472 038 *M*. Brandstiftung ist für einen Durchschnittsbetrag von 2 278 366 *M* erwiesen, daneben für etwas mehr als den achtfachen Betrag gemutmaßt, nämlich für 19,19 Mill. *M*. Das Kapitel der „unbekannten“ Brandursachen umfaßt leider 40,32 Mill. *M* — da dürfte wohl Fahrlässigkeit die Hauptrolle spielen, vielleicht auch die Selbstentzündung in einem höheren Grade beteiligt sein, als man früher vermutete.

Die Reifeprüfungen an den höheren Lehranstalten Preußens von 1909 bis 1915. — In der Zeit von Ostern 1909 bis 1914 hatten nach dem „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung im Preussischen Staate“ 50 440 Oberprimaner und 5 207 Extraneer sich zur Reifeprüfung angemeldet, davon 7 814 und 2 320 zum Herbst, 42 626 und 2 887 zu Ostern, durchschnittlich im Jahre 10 088 und 1 041. In der Zeit von Ostern bis zum Herbst 1914 meldeten sich 11 001 Oberprimaner und 594 Extraneer und danach bis Ostern 1915 noch 1 385 und 292, zusammen 12 386 und 886. Das bisherige Verhältnis von Herbst- und Osteranmeldungen hat sich 1914/1915 umgekehrt; von 1 000 Anmeldungen kamen auf den Herbst 888 und

in dem vorausgegangenen Jahr fünf 155, blieben also für Ostern 112 und 845. — Von den im letzten Jahr (1914/15) geprüften 12 278 Oberprimanern und 761 Extraneern bestanden 12 118 und 625 oder 987 und 821 ‰, von den Prüflingen der fünf Vorjahre (46 663 und 3 669) 44 938 und 2 569 oder 963 und 700 ‰. — Auch im Lebensalter der für reif Erklärten zeigt sich im letzten Jahre ein Unterschied gegen früher. Es wurden für reif erklärt

im Alter von	Ostern 1909 bis 1914		Ostern 1914 bis 1915	
	Oberprimaner v. T.	Extraneer v. T.	Oberprimaner v. T.	Extraneer v. T.
noch nicht 17 J.	15 = 0,3	1 = 0,4	60 = 5	1 = 2
17 Jahren . . .	2 088 = 46	28 = 11	1 640 = 135	18 = 29
18 „ . . .	12 320 = 274	179 = 70	3 835 = 317	75 = 120
19 „ . . .	14 472 = 322	305 = 119	3 472 = 287	107 = 171
20 „ . . .	9 417 = 210	338 = 131	1 942 = 160	129 = 206
21 u. mehr Jahr.	6 626 = 148	1 718 = 669	1 169 = 96	295 = 472
zusammen	44 938 = 1 000	2 569 = 1 000	12 118 = 1 000	625 = 1 000

Die Gesamtzahl der Anmeldungen zur Prüfung war 1914/15 größer als sonst; auf die Herbstprüfungen kamen beinahe sechsmal soviel wie im Durchschnitt der fünf Vorjahre. Die große Mehrzahl der Prüfungen war also vorzeitig angelegt, worauf auch das niedrigere Lebensalter der für reif Erklärten hinweist. Bemerkenswert ist außerdem die geringe Zahl der Zurückweisungen, 9 von 1 000 Oberprimanern und 141 von 1 000 Extraneern gegen 75 und 295 im vorangegangenen Jahr fünf, und der oben bezifferten erfolglosen Prüfungen.

entstandene Schäden in den Jahren 1902 bis 1913.

Schäden in Mark												Durchschnitt 1902-1913	Wiederholung der Berechnung in Spalte 1
1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
3 942 093	4 010 041	3 904 155	8 903 777	7 869 135	6 090 960	7 851 309	5 506 402	6 177 866	7 381 423	4 964 208	7 295 664	6 158 086	1.
144 459	213 151	104 962	313 980	272 506	241 631	452 469	140 652	464 105	278 893	266 618	300 729	266 180	2.
8 464	32 764	20 807	119 857	18 606	50 431	11 082	81 959	167 608	175 588	133 056	53 154	72 781	3.
124 211	242 906	85 857	115 653	196 367	348 694	165 066	189 961	193 166	286 094	315 956	160 066	202 000	4.
2 523	8 194	4 185	56 909	266 547	26 916	14 841	42 109	87 177	161 524	41 419	119 834	69 348	5.
52 487	1 471	5 899	12 088	3 032	72 871	10 368	27 341	21 967	3 105	11 531	6 214	19 031	6.
1 812	1 249	2 111	206 908	25 518	36 189	14 893	4 569	2 740	14 678	8 203	8 796	27 306	7.
955 231	573 346	1 194 653	672 116	1 965 150	1 014 886	1 096 993	1 437 095	1 636 243	1 245 791	4 182 018	3 841 581	1 651 259	8.
337 538	861 985	1 536 339	603 224	654 523	730 995	673 828	851 311	1 093 902	926 841	712 889	653 694	803 089	9.
176 930	268 859	179 884	195 002	96 199	96 065	63 481	94 114	78 576	360 638	318 825	145 634	172 851	10.
267 510	36 444	119 366	570 991	191 061	1 218 750	487 659	769 714	899 036	527 294	764 862	1 010 000	571 891	11.
759 113	1 197 668	767 900	1 555 124	1 349 188	1 811 186	3 344 016	783 766	1 777 993	3 714 556	2 671 704	1 805 917	1 794 844	12.
5 833 501	3 914 368	8 232 133	6 430 039	6 096 742	5 825 240	7 780 227	5 470 202	7 673 606	13 372 463	9 814 893	12 514 174	7 746 466	13.
998 395	1 114 690	1 098 920	775 060	699 234	905 138	1 251 804	3 323 418	1 234 122	989 724	956 660	1 327 810	1 056 248	14.
4 548 020	3 316 741	4 318 247	2 675 648	3 887 292	3 379 175	4 397 440	4 141 640	3 724 378	5 715 108	4 289 675	5 075 691	4 122 421	15.
777 107	650 708	816 836	1 309 539	667 870	727 773	731 048	681 500	428 479	761 543	1 038 652	855 656	787 226	16.
1 677 420	1 979 910	2 042 408	1 398 907	2 507 910	2 176 849	2 290 095	2 537 944	1 305 451	2 200 651	1 452 687	1 891 808	1 955 170	17.
1 142 211	2 224 701	1 895 813	1 551 880	1 776 883	1 989 305	2 211 378	1 394 076	1 261 596	2 191 417	1 496 845	1 657 789	1 732 825	18.
1 096 455	1 412 835	1 415 363	816 463	1 406 785	1 571 710	1 367 304	864 462	1 169 634	1 532 363	1 003 377	1 259 554	1 243 025	19.
1 863 233	3 147 175	2 354 728	2 415 135	2 658 052	4 766 849	3 305 676	4 285 781	2 844 270	3 911 329	4 110 118	3 544 118	3 267 205	20.
3 421 962	3 500 959	5 669 263	3 168 608	4 462 123	4 228 038	3 867 969	4 071 058	5 236 517	5 668 396	5 739 121	4 630 438	4 472 038	21.
2 032 122	1 920 746	2 933 891	2 018 682	2 402 463									22.
.	981 687	674 280	434 460	362 696	525 998	378 593	380 246		23.
.	353 445	429 738	304 832	391 521	399 842	355 486	304 099		24.
.	255 669	243 345	172 875	305 928	512 649	779 900	362 035		25.
.	276 310	96 052	122 605	106 819	68 404	106 745	179 387		26.
.	868	2 650	2 243	10 321	106 970	71 413	6 503		27.
.	18 142	49 091	44 481	23 313	30 439	22 748	11 364		28.
.	97	308	3 420	62 998	1 124	695	170	2 516 346	29.
.	2 013	3 107	65 317	2 752	9 426	154 447	16 933		30.
.	40 590	465 828	46 398	42 087	327 428	57 975	72 187		31.
.	351 545	442 302	309 262	368 988	491 383	360 748	359 436		32.
.	722 382	141 910	96 186	193 583	120 104	134 567	310 256		33.
.	256 728	297 004	504 829	321 344	509 818	336 509	594 897		34.
.	1 750	863	1 252	1 050	6 341	1 218	2 981		35.
.	94		66	354	283	1 872	4 854		36.
69 775	155 270	514 025	122 083	65 767	400 176	99 414	94 694	67 375	568 507	69 803	131 715	196 550	37.
138 990	300 597	755 317	206 581	126 795	599 609	158 976	354 124	191 245	683 893	268 038	185 473	330 803	38.
54 417	151 425	113 828	66 641	70 446	261 431	49 848	73 482	36 141	458 861	128 181	250 439	142 928	39.
106 225	128 495	157 751	60 521	184 677	305 219	194 337	286 131	64 919	471 052	253 380	243 031	204 645	40.
1 737 032	2 588 467	2 104 138	1 766 016	2 277 761	2 439 850	3 046 065	2 378 055	1 826 958	2 865 438	2 281 258	2 029 351	2 278 366	41.
14 506 045	18 030 299	21 479 817	16 799 636	18 869 427	17 098 708	21 154 386	20 060 798	18 704 702	23 497 943	18 535 120	21 561 278	19 191 513	42.
29 139 412	38 057 592	40 397 666	36 858 045	37 602 985	38 691 864	42 421 713	38 932 298	38 717 695	56 949 416	41 522 564	44 561 027	40 321 023	43.
193 807	101 710	838 229	208 961	164 402	134 166	32 180	548 944	129 517	740 074	263 030	429 883	315 409	44.

Die Volksschulen in Württemberg, 1914¹⁾. — Am 1. Januar 1915 wurden an sämtlichen Volksschulen Württembergs einschließlich der Besucher gehobener Volksschulen (11 856) 382 826 Schulkinder gezählt, von denen 183 074 Knaben und 199 752 Mädchen waren. 265 126 Schüler wurden in evangelischen, 117 460 in katholischen und 240 in israelitischen Schulen unterrichtet. Die Zahl der Schulklassen hat unter Einrechnung von 29 Hilfsklassen für Schwachbegabte 6 726 betragen, so daß im Durchschnitt auf 1 Klasse 57 Schulkinder kamen. Bei Einrechnung der Besucher der Seminariübungsschulen (973 Knaben und 88 Mädchen), der Jöglinge der Rettungs- und Erziehungsanstalten (1 303 und 695) sowie der Schüler von besonderen Privatschulen (468 und 1 714) ergibt sich für sämtliche zu den württembergischen Volksschulen gerechneten Schulen, jedoch unter Ausschluß der Fortbildungsschulen, eine Zahl von 388 067 Schulkindern.

Die Zahl der Stellen für ständige Lehrkräfte betrug 4 957, darunter 250 für Lehrerinnen. Dazu kamen 40 ständige Schulanführerinnen und Schulvikariate und 1 748 Stellen für „unständige“ Lehrer und Lehrerinnen sowie 319 für hauptamtliche Fachlehrerinnen.

Neben freier Wohnung oder Mietentschädigung erhalten die ständigen Lehrer und Lehrerinnen Gehalt, das in dreijährigen Vorrückungsfristen bei jenen von 1 600 bis auf 3 200 M, bei

diesen von 1 300 bis auf 2 300 M steigt; die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen sind auf jeder Gehaltsstufe um 200 M höher. Außerdem können Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern mit Genehmigung des Oberschulrats nicht-pensionsfähige Zulagen bis zum Höchstbetrage von 400 M für das Jahr gewähren.

Die Beiträge des Staates zu den „persönlichen“ Kosten der Volksschulen beliefen sich im Jahre 1914 auf 7 098 557 M, von denen 5 066 934 M auf die gezeigten Leistungen zur Befolgung der Volksschullehrer und 1 720 000 M auf Zuschüsse an bedürftige Gemeinden zur Befolgung der Volksschullehrer entfielen. In der Summe sind die Ausgaben der Staatskasse für Ruhegehälter und Pensionen an Hinterbliebene von Volksschullehrern (2 020 000 M) sowie besondere Unterstützungen (120 000 M) nicht enthalten. Die Aufwendungen der Gemeinden für die persönlichen Kosten beliefen sich auf 7 060 450 M. Zu den jährlichen Kosten der Volksschulen trug der Staat im ganzen 261 552 M bei, davon 250 000 M an bedürftige Gemeinden zu Schulbauten.

Die höheren Schulen in Württemberg, 1914¹⁾. — Am 1. Januar 1915 gab es in Württemberg 13 Gymnasien, 5 Pro-gymnasien und 4 ev.-theol. Seminare (Oberklassen von Gymnasien), die von 4 287 Schülern besucht wurden. Rechnet man die

¹⁾ Statistik des Unterrichts- und Erziehungswesens im Königreich Württemberg für 1914.

kleineren, höchstens vierklassigen Lateinschulen und die Lateinabteilungen an Realschulen hinzu, so steigt die Schülerzahl der württembergischen „gymnasialen Schulen“ auf 5 289. An den „realgymnasialen Schulen“, 10 Realgymnasien und 6 Realprogymnasien, wurden 3 289, an den „realistischen“ 14 Oberrealschulen und 22 anderen realistischen Schulen mit Oberklassen 11 486 und bei Einbeziehung von 71 kleineren, höchstens fünfklassigen Realschulen 15 463 Schüler gezählt. Außerdem werden in der württembergischen Statistik noch 5 Bürgerschulen mit 3 688 und 21 „öffentliche Elementarschulen“ (Vorschulen) mit 3 595 Schülern zu den höheren Schulen gerechnet, so daß die Gesamtzahl der Besucher höherer Schulen 31 324 beträgt. Berücksichtigt man aber allein die Schulen, die den höheren Schulen Preußens entsprechen, so stehen den 4 287 Schülern der Gymnasien, Progymnasien und ev.-theol. Seminare 3 289 der Realgymnasien und Realprogymnasien und 11 486 der Oberrealschulen und realistischen Schulen mit Oberklassen gegenüber, das sind 22,5, 17,2 und 60,3 v. H.

Von sämtlichen 31 324 Schülern der höheren Schulen Württembergs waren 23 839 evangelisch, 6 723 katholisch und 669 jüdisch, das sind 76,1, 21,5 und 2,1 v. H. In der Bevölkerung Württembergs sind von je hundert Bewohnern 68,6 evangelisch, 30,4 katholisch und 0,5 jüdisch; der Rest verteilt sich auf kleinere Bekenntnisgruppen.

Von den Besuchern der höheren Schulen gehörten 4 021 den Oberklassen, 27 303 den Unter- und Mittelklassen an; 1 583 waren weiblich. Im Kalenderjahre 1914 erhielten 1 925 Schüler das Zeugnis der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst, 81 (darunter 10 Mädchen) das der Reife für Prima, und 833 (25) bestanden die Reifeprüfung.

Höhere Mädchenschulen gab es am 1. Januar 1915 23, 18 öffentliche und 5 private, mit zusammen 7 369 Schülerinnen, von denen 6 142 evangelisch, 838 katholisch und 368 jüdisch waren.

Ein Beispiel für die Kosten des Lebensunterhalts aus der Schweiz¹⁾. — Nach den Ermittlungen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine über die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in der Schweiz war der Jahresaufwand einer Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern unter 10 Jahren auf Grund der jeweils geltenden Preise in Francs wie folgt zu berechnen:

	im Juni 1914	im September 1915	im Dezember 1915
Milch und Molkeerzeugnisse	330,92	355,78	380,94
Speisefette und Öle	40,55	50,45	53,65
Hülsenfrüchte	9,50	15,31	12,40
Brot, Mehl und Mülenerzeugnisse	215,19	296,95	295,57
Fleisch	199,28	245,77	245,52
Eier	40,00	60,00	76,00
Kartoffeln	35,00	30,00	40,00
Zucker und Honig	38,08	45,41	52,05
Verschiedene sonstige Nahrungsmittel	36,44	38,50	38,64
Nahrungsmittel zusammen	944,96	1 138,17	1 194,77
Verschiedene sonstige Bedarfsgegenstände	98,67	117,38	120,40
Gesamter Familienaufwand	1 043,63	1 255,55	1 315,17

In dem neutralen Lande sind danach die Kosten des Lebensunterhalts einer Familie obiger Zusammensetzung in der Zeit kurz vor dem Weltkriege bis September 1915 um 211,92 Fr. oder 20,31 %, in den folgenden drei Monaten weiter um 59,62 Fr. oder 4,75 %, im ganzen während der 1½ Jahre um 271,54 Fr. oder 26,02 % gestiegen. Es handelt sich bei dieser Ermittlung um Arbeiter- und wenig einkommensreiche Familien, denen ein Aufwandmehr von über 26 % sehr fühlbar ist. Die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts ist seit Kriegsausbruch im ganzen regelmäßig fortgeschritten: von Juni bis September 1914 betrug sie 2,6, bis Dezember 1914 7,3, bis März 1915 14,0, bis Juni 1915 18,6, bis September 1915 20,3 und bis Dezember 1915 26,0 %. Allerdings ist im letzten Vierteljahr bei Brot und Hülsenfrüchten eine

¹⁾ nach dem „Schweiz. Konsumverein“ vom 1. Januar 1916; das Blatt ist das Organ des Verbandes schweizerischer Konsumvereine.

geringfügige Preisermäßigung eingetreten; die Abschwächung wurde aber mehr als ausgeglichen durch Preissteigerungen bei anderen Lebensmitteln, so bei Milch und Molkeerzeugnissen, Eiern, Kartoffeln, Zucker.

Die Aufwandssteigerung von Juni 1914 bis Dezember 1915 war nicht in allen Wirtschaftsgebieten der Schweiz gleich hoch. Der Steigerungssatz blieb in der Urschweiz mit 22,6, in Aargau, Solothurn und Basel mit 24,9, in Thurgau und Schaffhausen mit 24,3, in St. Gallen, Appenzell und Glarus mit 23,4, im Tessin und Nivoccagebiet mit 25,4, in Zug und Luzern mit 24,6 % unter dem Gesamtdurchschnitt von 26,0 %, überstieg diesen aber in den übrigen Wirtschaftsgebieten, so in Neuenburg und im Jura mit 27,6, in Freiburg mit 35,7, in Bern (ohne Jura) mit 29,5, in Genf mit 34,3, in Waadt mit 29,2, in Valais mit 28,4, in Graubünden mit 27,0 %, während in Zürich der Durchschnittssatz kaum merklich überschritten wurde. Zwischen dem niedrigsten und höchsten Betrage der Aufwandskosten (Urschweiz 1 253,20 Fr. und Graubünden 1 388,43 Fr.) bestand eine Spannung von 10,8 %.

Unter den Verbrauchsgegenständen hatten in 1½ Jahren Brot und Mülenerzeugnisse mit 28,1, Milch und Molkeerzeugnisse mit 18,4, Fleisch mit 17,0 und Eier mit 13,2 % die größten Preissteigerungen; das sind die wichtigsten Nahrungsmittel, und ihre Verteuerung ist am empfindlichsten. Die Teuerung mag oft genug durch Einschränkung der Lebenshaltung ausgeglichen werden müssen.

Die hier vorgeführten Zahlen sind sorgfältig ermittelt; sie sind ein lehrreicher Beleg dafür, daß breite Bevölkerungsschichten in einem neutralen Lande wirtschaftlich durch den Weltkrieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Waldbestände in Polen. — Die gesamte Fläche der Wäldungen in Russisch-Polen, die der russischen Schutzverordnung vom Jahre 1888 unterstellt sind, umfaßt nach dem Bericht des Russischen Forstdepartements im Jahre 1910¹⁾ 1 414 Tausend Desjatinen (1 541 Tausend Hektar)²⁾. Wie im ganzen Russischen Reich, befindet sich auch hier fast die Hälfte der Waldbestände in der Hand des Fiskus. So betrug sein Besitzanteil an der Gesamtfläche im Jahre 1910 606 Tausend Desjatinen, d. h. 42,8 %, und dieser Anteil hat sich gegen 1907 noch um 1,8 % vergrößert. Verhältnismäßig am ausgedehntesten finden sich die Waldgebiete in den Gouvernements Radom und Suwalki, und namentlich im letzteren gehört der überwiegende Teil, nämlich 81,2 %, dem Fiskus.

Wie groß die Waldbestände in den einzelnen Gouvernements sind und wie sie sich dem Besitze nach verteilen, ersieht man aus folgender Zusammenstellung.

Waldbestände im Jahre 1910 in 1 000 Desjatinen davon im Besitze					
Gouvernements	Gesamtfläche	des Fiskus	der Städte u. Kirchen	der Bauern	u. Privatpersonen (auch Majorate)
Warschau	146	49 (33,6 %)	—	—	97
Kalisch	84	16 (19,0 %)	3	11	54
Kjelce	139	74 (53,6 %)	4	13	48
Lomza	146	93 (63,7 %)	1	34	18
Lublin	154	20 (13,0 %)	6	4	124
Petrokow	129	51 (39,5 %)	7	14	57
Plock	62	20 (32,7 %)	1	7	34
Radom	236	100 (42,3 %)	4	13	119
Suwalki	202	164 (81,2 %)	4	1	33
Siedlec	118	19 (16,1 %)	9	22	68.

Die Erträge, die der russische Fiskus aus seinem ausgedehnten Waldbesitz durch Verkäufe und Holzungen erzielt, bilden eine nicht unbeträchtliche Einnahmequelle. Im Durchschnitt des Jahrzehnts 1906—1910 beliefen sie sich auf 6,5 Millionen Rubel (11 Rubel vom Hektar) jährlich, die größtenteils aus dem Besitze in den Gouvernements Suwalki, Radom, Kjelce und Warschau flossen.

¹⁾ Berichte der Forstverwaltung. Vergl. „Statistisches Jahrbuch“ des Rates der vereinigten russischen Industriellen und Kaufleute. 1913. —

²⁾ 1 Desjatine = 1,00 ha.

Die öffentlichen Sparkassen und die Kriegsanleihe-Zeichnungen ihrer Sparer. — Die erste Kriegsanleihe wurde, wie bekannt, im August 1914, die zweite und dritte im März und August 1915 aufgelegt. Auf die erste Anleihe wurden nach der am Schlusse stehenden Nachweisung für Rechnung der Sparer bei den öffentlichen Sparkassen 447,2 Millionen oder 8,94 %, auf die zweite 1 375,2 Millionen oder 13,75 % und auf die dritte 1 702,5 Millionen *M* oder rund 17 % der betreffenden Anleihe summe überhaupt gezeichnet. Somit haben die öffentlichen preussischen Sparkassen für ihre Einleger von dem bisherigen gesamten Anleihebedarf des Reiches für die Kriegszwecke in Höhe von 25 Milliarden *M* mehr als 3 1/2 Milliarden, d. i. rund ein Siebentel, übernommen. Unter den Regierungsbezirken stehen die Sparkassen des Bezirks Düsseldorf mit den höchsten Zeichnungsbeträgen bei allen drei Anleihen und insgesamt mit 389,8 Millionen *M* oder 1,56 % der Anleihe summe an der Spitze; es folgen die Sparkassen in den Regierungsbezirken Arnberg (339,2 Millionen *M*) und Potsdam (277,4 Millionen *M*). Außerdem sind von den Sparkassen in weiteren zehn Regierungsbezirken (Frankfurt, Stettin, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Schleswig, Hannover, Münster, Cöln) Anteile im Gesamtbetrage von über 100 bis 180 Millionen *M* für Rechnung ihrer Sparer gezeichnet worden. Die niedrigsten Zeichnungsbeträge auf die einzelnen Anleihen sowohl wie bei dem Gesamtanteil haben die beiden östlichen Bezirke Gumbinnen und Allenstein sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen aufzuweisen. Die durch Vermittelung der Sparkassen dieser Bezirke gezeichneten Beträge auf die erste Kriegsanleihe blieben unter 1 Million, insbesondere bei Gumbinnen mit 83 900 *M* noch unter 100 000 *M*. Die Folgen des russischen Einfalles machen sich hierin bei Gumbinnen und Allenstein bemerkbar. Mit der überaus starken Inanspruchnahme der öffentlichen Sparkassen durch die Sparer bei den Zeichnungen zu den Kriegsanleihen und mit den zugleich von Anleihe zu Anleihe erheblich gestiegenen Zeichnungsbeträgen — nur in den Regierungsbezirken Frankfurt und Aachen bleiben die Zeichnungen auf die dritte Anleihe um rund 3 bzw. 0,1 Millionen *M* gegen die der zweiten zurück — hat sich auch die Höhe der Zeichnungssumme im Verhältnis zu den Einlagen ständig und allgemein gehoben, und zwar von 3,44 % bei der ersten Anleihe auf 10,57 % und 13,08 % bei der zweiten und dritten Kriegsanleihe im Staatsdurchschnitt. Über den Staatsdurchschnitt erhoben sich bei der ersten Kriegsanleihe 14, bei denen des Jahres 1915 18 und 21 Regierungsbezirke.

Nimmt man an, daß die Sparkasseneinlagen in den einzelnen Regierungsbezirken einen Maßstab für die größere oder geringere Sparkraft der Bevölkerung bilden, so kann man aus dem Vergleich der gezeichneten Anleihebeträge mit den Sparkasseneinlagen ersehen, in welchem Verhältnis zu seiner finanziellen Leistungsfähigkeit sich der Teil der Bevölkerung, der die Kundschaft der Sparkassen bildet, an den Kriegsanleihen beteiligt hat. Hiernach sind die Zeichnungen der Sparer im Regierungsbezirk Marienwerder ganz besonders bemerkenswert. Sie haben bei allen drei Anleihen zusammen 43,5 % des Einlagebetrages der dortigen Sparkassen erreicht. Diesem Regierungsbezirk folgen in kurzen Abständen die Regierungsbezirke Danzig (41,60) und Aachen (41,43). Über 35 % weisen außerdem noch folgende Regierungsbezirke auf: Potsdam (35,71), Stettin (37,86) und Bromberg (37,24). Unter 20 % sinkt das Verhältnis der Zeichnungen zu den Einlagen nur in wenigen Bezirken. Die geringste Ziffer überhaupt zeigt der Regierungsbezirk Osnabrück mit 13,13 %. Nicht viel höhere Ziffern haben Stade (16,77) und Lüneburg (17,98). Vermutlich haben in diesen Bezirken ganz besondere Verhältnisse obgewaltet. Außer den genannten drei hannoverschen Bezirken ist mit einem geringeren Anteil als 20 % nur noch der Regierungsbezirk Gumbinnen zu nennen (17,48). Es ist erfreulich, daß selbst die Sparer dieses Bezirkes, der so schwer unter den Russeneinfällen zu leiden hatte, noch verhältnismäßig bedeutende Anleihebeträge zeichnen konnten.

Noch nach einer anderen Richtung ist die Höhe der Zeichnungen der Sparer auf die drei Kriegsanleihen von Bedeutung. Man

darf wohl ohne weiteren Beweis annehmen, daß, mit wenigen Ausnahmen, die Sparer die Summen, die sie für die Zeichnungen verwandt und deshalb aus ihrem Sparguthaben entnommen oder zu diesem Zwecke den Sparkassen eingezahlt haben, ohne die Auflegung der Kriegsanleihen entweder den Sparkassen belassen oder als ständiges neues Einlageguthaben übergeben haben würden. Man muß also, um ein Bild von der Sparkraft der Kunden der Sparkassen im Kriege im Vergleich zum Frieden zu erhalten, zu den Zunahmen der Sparkassen an Spareinlagen im Jahre 1914 und 1915 die in diesen Jahren von den Sparern gezeichneten Anleihebeträge hinzurechnen.

Im Jahre 1914 hat die Zunahme der Einlagen der öffentlichen Sparkassen rund 531 Millionen *M* betragen. Rechnet man die 447 Millionen hinzu, die auf die erste Kriegsanleihe von den Sparern gezeichnet worden sind, so ergibt sich für das erste Kriegsjahr ein gesamter Sparbetrag von 978 Millionen *M*. Das Jahr 1910, das das größte Wachstum der Spareinlagen bei den öffentlichen Sparkassen aufzuweisen hatte, zeigte eine Zunahme von 753 Millionen *M*. Es bleibt also trotz dieses großen Zuwachses noch um 225 Millionen oder annähernd 1/4 Milliarde hinter dem Jahre 1914 zurück. In diesen Zahlen liegt der beste und vollgültigste Beweis für die erstaunliche Sparkraft und den großen Spartrieb unseres Volkes während des ersten Kriegsjahres.

Nachweisung der für Rechnung der Sparer bei den öffentlichen Sparkassen Preussens gezeichneten Kriegsanleihen.

Regierungsbezirke. — Staat.	Betrag der Einlagen der öffentlichen Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres 1914 Mill. <i>M</i>	Betrag der für Rechnung der Sparer bei den öffentlichen Sparkassen gezeichneten							
		ersten Kriegsanleihe		zweiten Kriegsanleihe		dritten Kriegsanleihe		drei Kriegsanleihen zusammen	
		überhaupt Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i> (Spalte 2)	überhaupt Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i> (Spalte 2)	überhaupt Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i> (Spalte 2)	überhaupt Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i> (Spalte 2)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Königsberg	141,1	2,1	1,47	13,6	9,64	27,3	19,38	43,0	30,45
Gumbinnen	54,5	0,1	0,15	1,8	3,41	7,6	13,91	9,5	17,48
Altenstein	54,3	0,3	0,48	2,4	4,42	8,9	16,39	11,6	21,30
Danzig	110,5	6,2	5,58	16,7	15,10	23,1	20,92	46,0	41,60
Marienwerb.	142,3	6,6	4,66	24,1	16,87	31,4	21,95	62,1	43,47
Stfr. Berlin	362,8	5,0	1,38	36,6	10,09	41,3	11,37	82,9	22,84
Potsdam	776,8	41,8	5,38	104,2	13,42	131,4	16,91	277,4	35,71
Frankfurt	486,5	16,3	3,34	69,8	14,35	66,4	13,66	152,5	31,34
Stettin	342,7	16,4	4,80	52,0	15,15	61,3	17,91	129,7	37,86
Röslin	258,8	7,5	2,91	29,2	11,30	38,8	14,98	75,5	29,19
Stralsund	62,8	2,0	3,16	7,0	11,17	9,2	14,74	18,2	29,07
Posen	175,1	7,7	4,42	21,8	12,42	27,7	15,83	57,2	32,67
Bromberg	113,4	6,0	5,28	15,8	13,97	20,4	17,99	42,2	37,24
Breslau	398,2	12,0	3,00	44,7	11,23	57,1	14,33	113,8	28,56
Liegnitz	391,3	10,5	2,68	40,1	10,25	50,6	12,94	101,2	25,86
Oppeln	273,0	5,1	1,87	20,8	7,62	30,4	11,12	56,3	20,61
Magdeburg	399,5	13,2	3,30	39,6	9,92	54,2	13,57	107,0	26,78
Merseburg	549,8	21,0	3,82	52,8	9,61	69,7	12,67	143,5	26,11
Erfurt	183,9	6,4	3,52	21,8	11,85	26,4	14,35	54,6	29,72
Schleswig	624,9	20,2	3,24	72,4	11,58	87,0	13,93	179,6	28,75
Hannover	399,6	13,4	3,35	39,9	9,99	48,5	12,13	101,8	25,47
Sildesheim	304,5	6,0	1,98	25,8	8,47	36,4	11,96	68,2	22,40
Lüneburg	366,0	6,3	1,74	27,6	7,52	31,9	8,71	65,8	17,98
Stade	244,3	3,4	1,38	15,6	6,37	22,0	9,02	41,0	16,77
Osnabrück	180,2	1,8	0,98	8,0	4,41	13,9	7,73	23,7	13,13
Aachen	93,7	7,7	8,24	15,6	16,63	15,5	16,57	38,8	41,43
Münster	547,8	13,8	2,52	48,5	8,85	59,0	10,77	121,3	22,14
Witten	394,5	7,3	1,84	39,1	9,92	49,3	12,50	95,7	24,26
Arnberg	1 330,8	46,7	3,50	130,6	9,81	161,9	12,17	339,2	25,49
Cassel	303,5	6,7	2,19	25,9	8,52	34,5	11,88	67,1	22,09
Wiesbaden	235,3	12,0	5,11	28,1	11,94	33,5	14,23	73,6	31,28
Coblenz	219,6	7,5	3,42	23,7	10,79	34,3	15,63	65,5	29,83
Düsseldorf	1 575,7	67,7	4,30	149,8	9,51	172,3	10,93	389,8	24,74
Cöln	529,9	26,3	4,97	68,5	12,93	69,7	13,15	164,5	31,05
Trier	234,4	7,6	3,26	24,9	10,62	30,1	12,84	62,6	26,72
Aachen	124,4	6,1	4,89	14,1	11,34	16,2	13,00	36,4	29,23
Sigmaringen	24,3	0,5	2,06	2,3	9,47	3,3	13,79	6,1	25,31
Staat	13 011,2	447,2	3,44	1 375,2	10,57	1 702,5	13,08	3 524,9	27,09

Die Hopfenernte in Preußen 1915. — Auf Anregung des Deutschen Hopfenbau-Vereins zu Nürnberg wurde vom Herrn Reichskanzler unter dem 24. April 1899 eine in den Bundesstaaten mit umfangreichen Hopfenanlagen alljährlich im September auszuführende Hopfenstatistik angeordnet, die über Menge und Güte des Ertrages Auskunft gibt. Der in den Ortschaften mit einer Gesamt-Hopfenfläche von mindestens 5 ha zu ermittelnde Ertrag ist auch für die Ortschaften mit kleineren Flächen derart maßgebend, daß deren Erntemengen nach den für die Regierungsbezirke gewonnenen Durchschnittserträgen jener maßgebenden Orte zu berechnen sind. Zu den mit der Statistik beauftragten Staaten gehört auch Preußen, dessen Provinzen Posen und Sachsen hauptsächlich in Frage kommen.

An Ortschaften mit mindestens 5 ha Hopfenfläche, sogenannten Hopfengemeinden, waren in Preußen im Berichtsjahre 41 vorhanden, deren Pflanzungen zusammen 715,3 ha umfaßten. Hier- von berechnete sich die Ertragsmenge nach den Schätzungen der Ortsvorstände auf 4 550 dz oder im Staatsdurchschnitt auf 6,4 dz Dolden vom ha, die in den beteiligten Bezirken folgendes Ergebnis hatte. Es entfielen

auf die Regierungsbezirke	Hopfen- gemeinden	mit Hektaren	Doppelzentner (100 kg) im ganzen	vom ha
Allenstein	1	8,0	4	0,5
Posen	25	480,3	2 612	5,4
Magdeburg	13	173,0	1 466	8,5
Wiesbaden	1	40,0	300	7,5
Sigmaringen	1	14,0	168	12,0

Nach den Jahrgängen der Anlagen in den Hopfengemeinden betrug die Lohnung an Dolden von den im Jahre 1915 angelegten Pflanzungen auf 49,1 ha Fläche 26 dz, die von 1914 auf 129,7 ha 469 dz, die von den älteren Anlagen auf 536,5 ha 4 055 dz.

Die in den Regierungsbezirken mit Hopfengemeinden außerdem vorhandenen Hopfenanlagen, und zwar in Ortschaften mit weniger als 5 ha Anbau, bezifferten sich auf 162,7 ha, wovon auf Allenstein 7,0 ha, Posen 83,7, Magdeburg 40,0, Wiesbaden 7,0 und auf Sigmaringen 25,0 ha entfielen. Die Ernte von diesen Anlagen berechnete sich nach dem vorstehend für jeden Bezirk gefundenen Durchschnittsertrage auf zusammen 1 149 dz Dolden.

Schließlich sind noch die Erträge von den in anderen Regierungsbezirken vorkommenden Kleinbetrieben in Rechnung zu stellen, und zwar mit 6,0 ha in Königsberg, 4,0 in Frankfurt, 1,0 in Köslin, 2,0 in Coblenz und 1,0 in Trier, zusammen mit 14,0 ha, die nach dem auf 6,4 dz berechneten Staatsdurchschnitt das Ergebnis um weitere 90 dz erhöhten, so daß sich für 1915 die Hopfenernte Preußens von insgesamt 892,0 ha auf 5 789 dz bezifferte.

Über die Güte der Dolden von den in den Hopfengemeinden im dritten Jahre und länger bestehenden Pflanzungen lauten die Nachrichten überwiegend auf „mittel“; denn im ganzen ergab die Begutachtung der Ernte von diesen älteren Jahrgängen bei 35 Hundertteilen „gut“, bei 43 „mittel“, bei 15 „unter mittel“ und bei 7 „gering“. Für die Regierungsbezirke mit Hopfengemeinden waren Hundertteile der Ernte

in	sehr gut	gut	mittel	unter mittel	gering
Allenstein	—	—	—	—	100
Posen	—	29	38	24	9
Magdeburg	—	21	65	8	6
Wiesbaden	—	100	—	—	—
Sigmaringen	—	100	—	—	—

Eine gleiche Begutachtung der Ernte von den Anlagen der beiden jüngsten Jahrgänge findet nicht statt.

Welchen Schwankungen die Erträge in Menge und Güte seit Beginn dieser Erhebungen (1899) unterlagen, zeigt nachstehende Übersicht. Daraus geht auch hervor, daß der Hopfenbau in Preußen, abgesehen von unbedeutenden Abweichungen, stetig zurückgeht, und zwar in dem Zeitraum von 16 Jahren um fast zwei Drittel, nämlich von 2 524 auf 892 ha oder 64,7 Hundertteile. Im Zusammenhange damit steht auch die Abnahme der Hopfengemeinden, deren Zahl sich von 126 auf 41 verminderte. Es wurden ermittelt:

im Jahre	Hopfen- ge- mei- nen	Anbau ha	Ertrag im ganzen Hektar dz	vom Hektar dz	vom Gesamtertrage angelegten Flächen entfielen Hundertteile	sehr gut	gut	mittel	unter mittel	gering
1899	126	2 524	14 134	5,8	3	53	41	2	1	
1900	119	2 425	12 003	4,9	11	38	45	4	2	
1901	111	2 294	8 670	3,8	1	2	46	22	29	
1902	108	2 238	9 939	4,4	4	18	53	14	11	
1903	105	2 129	9 146	4,3	0	28	55	9	8	
1904	101	2 191	9 160	4,2	12	42	31	2	13	
1905	106	2 175	16 018	7,4	44	46	7	1	2	
1906	100	2 064	8 082	3,9	1	23	44	14	18	
1907	91	1 946	10 231	5,3	5	15	47	25	8	
1908	79	1 684	9 283	5,5	5	34	51	9	1	
1909	55	1 084	3 256	3,0	—	13	55	15	17	
1910	50	1 158	7 601	6,5	2	53	42	3	0	
1911	45	1 097	2 546	2,1	24	18	27	6	25	
1912	42	985	6 935	6,9	39	46	15	0	—	
1913	40	1 033	5 544	5,2	—	22	61	16	1	
1914	40	1 044	5 191	4,7	23	51	12	7	7	
1915	41	892	5 789	6,4	—	35	43	15	7	

Die Fruchtbarkeitsziffer des Berichtsjahres nimmt mit 6,4 dz vom ha in der Übersicht die 4. Stelle ein; bessere Erträge brachten die Jahre 1905 (7,4 dz), 1912 (6,9) und 1910 (6,5), während 1911 (2,1) am ungünstigsten war.

Ehescheidungen in Preußen 1914. — In Preußen betrug die Zahl der rechtskräftig gewordenen, auf Ehescheidung lautenden gerichtlichen Urteile

im Jahre	über- haupt	auf je 100 000 stehende Ehen	im Jahre	über- haupt	auf je 100 000 stehende Ehen
1895 . . .	5 475	101	1905 . . .	6 924	106
1896 . . .	5 562	100	1906 . . .	7 539	113
1897 . . .	5 713	101	1907 . . .	7 952	117
1898 . . .	5 798	101	1908 . . .	8 365	121
1899 . . .	5 948	101	1909 . . .	9 070	129
1900 . . .	4 755	80	1910 . . .	9 277	129
1901 . . .	4 675	77	1911 . . .	9 782	134
1902 . . .	5 278	85	1912 . . .	10 797	145
1903 . . .	5 981	94	1913 . . .	11 162	147
1904 . . .	6 567	102	1914 . . .	11 065	143

Hiernach ist die Zahl der Ehescheidungen, die im Zeitraume 1895 bis 1899 eine steigende Bewegung zeigte, alsdann unter der Einwirkung des im Jahre 1900 in Kraft getretenen, die Scheidung wesentlich erschwerenden Bürgerlichen Gesetzbuchs zunächst erheblich zurückging, aber seit 1902 bis zum Jahre 1913 bei freierer gerichtlicher Auslegung des die sog. relativen Scheidungsgründe enthaltenden § 1568 B.G.B. stark zunahm, im Berichtsjahre — offenbar unter dem Einflusse des Krieges — zum ersten Male wieder etwas gesunken; immerhin war sie 1914 noch höher als in den Jahren 1912 bis 1895 zurück und mehr als doppelt so hoch wie in den Jahren 1900 bis 1902 und 1895. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der stehenden Ehen blieb die Scheidungsziffer des Berichtsjahres hinter der der beiden Vorjahre zurück.

Nach Stadt und Land getrennt, wobei der Wohnsitz des Ehemannes für die Einordnung maßgebend ist, betrug die Zahl der Ehescheidungen

im Jahre	in den ins- gesamt	überhaupt in den Städten ins- besondere in den Groß- städten	auf dem Lande	auf je 100 000 stehende Ehen in den Städten	ins- gesamt	ins- besondere in den Groß- städten	auf dem Lande
1905	5 370	3 549	1 554	181	264	44	
1906	6 013	4 074	1 526	197	294	42	
1907	6 307	4 229	1 645	200	295	45	
1908	6 739	4 639	1 626	208	314	44	
1909	7 174	4 882	1 896	214	320	51	
1910	7 452	5 094	1 825	216	324	49	
1911	7 818	5 481	1 964	221	313	52	
1912	8 691	6 153	2 106	239	339	55	
1913	8 995	6 373	2 167	241	339	56	
1914	8 889	6 427	2 176	232	331	56	

Sowohl überhaupt wie im Verhältnis zur Zahl der stehenden Ehen ist hiernach die Ehescheidung in den Städten um ein Mehrfaches häufiger als auf dem Lande; insbesondere 1914 entfielen auf das Stadtgebiet noch etwas über vier Fünftel aller Scheidungen, wiewohl in diesem Jahre die Zahl der Scheidungen gegen das Vorjahr in den Städten überhaupt gesunken, andererseits auf dem Lande noch etwas gestiegen ist. In den Großstädten machten die Scheidungsfälle bis 1905 zurück in jedem Jahre über die Hälfte, insbesondere im Berichtsjahre fast drei Fünftel der Gesamtzahl der Ehescheidungen im Staate und über sieben Zehntel der in den Städten überhaupt aus. Im Verhältnis zu den stehenden Ehen stellte sich die Scheidungshäufigkeit der Großstädte in allen Jahren mehr als doppelt so hoch wie im Gesamtstaate und ganz erheblich höher als bei der Gesamtheit der Städte.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich im Berichtsjahre die Ehescheidungen überhaupt und in ihrem Verhältnis zu den stehenden Ehen auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen.

Regierungs- bezirke. — Staat.	Im Jahre 1914 wurden rechtskräftig Ehen geschieden							
	über- haupt	in den Städten	davon in den Groß- städten	auf dem Lande	auf je 10 000 stehende Ehen			
	1	2	3	4	über- haupt	in den Städten	insbes. in den Groß- städten	auf dem Lande
Königsberg . .	178	131	102	47	11,0	18,5	22,7	5,1
Gumbinnen . .	90	30	—	60	8,2	14,3	—	6,8
Allenstein . .	28	14	—	14	3,0	6,1	—	2,0
Danzig	149	115	81	34	11,3	19,8	26,2	4,6
Marienwerder .	93	58	—	35	5,7	11,4	—	3,1
Stadtkr. Berlin	2 279	2 279	2 279	—	54,9	54,9	54,9	—
Potsdam . . .	1 669	1 100	820	569	23,9	28,3	31,3	18,3
Frankfurt . . .	309	205	—	104	12,5	19,2	—	7,4
Stettin	262	221	161	41	15,1	24,5	33,2	4,9
Köln	52	33	—	19	4,7	8,8	—	2,6
Stralsund . . .	35	19	—	16	8,0	9,6	—	6,6
Posen	102	78	34	24	4,5	9,7	12,1	1,7
Bromberg . . .	71	42	—	29	5,4	9,1	—	3,4
Breslau	472	372	300	100	14,1	24,5	31,6	5,5
Siegen	227	137	—	90	9,8	16,2	—	6,1
Oppeln	154	88	—	66	4,1	9,3	—	2,4
Magdeburg . . .	305	236	130	69	11,5	15,8	19,4	6,0
Merseburg . . .	296	221	98	75	11,1	18,5	26,6	5,1
Erfurt	144	125	79	19	13,6	23,5	33,4	3,6
Schleswig . . .	526	402	260	124	16,3	25,2	31,3	7,6
Hannover	295	283	239	12	19,2	27,8	35,1	2,3
Hildesheim . . .	98	67	—	31	9,0	15,4	—	4,7
Lüneburg	130	84	—	46	11,4	23,3	—	5,9
Stade	97	56	—	41	11,5	24,8	—	6,6
Osnabrück . . .	29	18	—	11	4,4	8,4	—	2,4
Münster	27	19	—	8	5,8	13,1	—	2,5
Bielefeld	103	36	—	67	5,7	5,4	—	5,9
Minden	68	48	—	20	5,2	9,7	—	2,5
Münsterberg . .	464	341	197	123	10,1	14,0	18,6	5,7
Cassel	92	77	46	15	4,8	9,9	13,6	1,8
Wiesbaden . . .	423	385	348	38	17,5	27,0	31,4	3,9
Coblenz	57	34	—	23	4,4	9,4	—	2,5
Düsseldorf . . .	1 100	972	755	128	16,2	18,8	22,5	8,0
Cöln	427	405	373	22	18,1	27,0	34,8	2,6
Trier	112	71	53	41	6,5	18,3	25,0	3,1
Aachen	100	87	72	13	8,6	17,7	25,3	1,9
Sigmaringen . .	2	—	—	2	1,6	—	—	1,9
Staat	11 065	8 889	6 427	2 176	14,3	23,2	33,1	5,6

Weitaus die größte Scheidungshäufigkeit findet sich hiernach in der Reichshauptstadt, auf die über ein Fünftel der Gesamtzahl der Ehescheidungen im Staate, über ein Viertel der in den Städten überhaupt und über ein Drittel der in den Großstädten entfiel; es folgen hinsichtlich der Grundzahlen der Regierungsbezirk Potsdam mit den großen Berliner Vororten und der Regierungsbezirk Düsseldorf.

Am Zehntausend der stehenden Ehen gemessen weisen nächst Berlin die höchsten Scheidungsziffern überhaupt und für das gesamte Stadtgebiet die Bezirke Potsdam, Hannover, Köln, Wiesbaden und Schleswig, insbesondere für die Großstädte die Bezirke Hannover,

Cöln, Erfurt und Stettin auf. Auf dem Lande steht der zahlreiche Landgemeinden mit städtischem Charakter umfassende Bezirk Potsdam mit seiner Scheidungshäufigkeit an erster Stelle; ihm schließen sich in großem Abstände die Bezirke Düsseldorf, Schleswig, Frankfurt und Gumbinnen an.

Geistliche Orden und Kongregationen der katholischen Kirche in Preußen. — Seit einer Reihe von Jahren bringt das Statistische Jahrbuch für den Preussischen Staat hierüber Nachrichten. Das neueste Jahrbuch (XIII. Jahrgang, 1915) weist für Ende 1913 2 507 Ordens- usw. Niederlassungen nach (155 männlicher und 2 352 weiblicher Orden) mit 37 844 Ordensmitgliedern (4 594 m., 33 250 w.). Im Jahre 1906 gab es 2 049 (145 m., 1 904 w.) Niederlassungen mit 29 796 (3 892 m., 25 904 w.) Ordensmitgliedern. Das ergibt eine Zunahme in acht Jahren von 22,35 % bei den Niederlassungen (6,90 % bei den männlichen, 23,53 % bei den weiblichen Orden) und von 27,01 % bei den Ordensmitgliedern (18,04 % bei den männlichen, 28,36 % bei den weiblichen). Die Zunahme der Niederlassungen weiblicher Orden und der Zahl der weiblichen Ordensmitglieder ist erheblich stärker als die der männlichen. — Der weitaus größte Teil der Orden, im Jahre 1913 1 987 = 79,36 % aller, betreibt die Krankenpflege als Haupttätigkeit; zu ihnen gehören 26 923 = 71,14 % Ordensmitglieder (1 370 m., 25 553 w.). Übung christlicher Nächstenliebe ist die Hauptaufgabe bei 361 Niederlassungen mit 5 244 Mitgliedern (1 191 m., 4 053 w.). Sehr zurück treten die Niederlassungen zum Zweck des beschaulichen Lebens (26 Niederlassungen mit 1 313 Mitgliedern, 331 m., 982 w.), die der Seelsorge (66 Niederlassungen mit 1 702 männlichen Mitgliedern) und die für den Betrieb von höheren Mädchenschulen, dem sich 67 Niederlassungen mit 2 662 weiblichen Mitgliedern hauptsächlich widmen. Neben dieser Haupttätigkeit arbeiten die Krankenpflegeorden, die Orden der christlichen Nächstenliebe und die für höhere Mädchenschulen noch in verschiedenen Wohlfahrts- und Tätigkeitsgebieten, wie aus folgender Übersicht hervorgeht. Im Jahre 1913 wurden außer der Haupttätigkeit unterhalten oder geleitet:

	von Kranken- pflege- Orden	von Orden für christlicher Nächsten- liebe	von Kongregationen für höhere Mädchenschulen
Kleinkinderbewahranstalten	1 242	145	23
Waisenfürsorge, Waisenanstalten	207	101	3
Armen- und Pfründnerhäuser	139	37	—
Rettungsanstalten	34	21	—
Schutzanstalten für sittlich Gefährdete	113	64	2
Arbeiterkolonien	1	5	—
Verpflegungsanstalten	141	100	1
Arbeiterherbergen	38	26	1
Mädchenschulen	44	23	2
Gaushaltungsschulen	377	86	15
Handarbeitschulen	806	120	20
Missionsanstalten	1	18	—
Höhere Mädchenschulen	13	19	—
Höhere Handelsschulen	1	1	2.

Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehramts in Preußen¹⁾. — An den öffentlichen höheren Schulen für die männliche Jugend in Preußen sind in den Jahren 1912/13 und 1913/14 503 und 446 Kandidaten des höheren Lehramts erstmals festangestellt worden. Sie standen durchschnittlich im Alter von 28 Jahren (3) 6 Monaten (M) und 28 J 9 M. Die Reifeprüfung hatten sie im Durchschnitt mit 19 J 5 M bestanden und die Anstellungsberechtigung nach 8 1/2 Jahren, 27 J 11 M alt, erreicht; die Wartezeit bis zur Anstellung betrug nur 7 und 10 Monate. Die Angestellten der vier vorangegangenen Jahre waren etwas jünger, am jüngsten mit 28 J 1 M die von 1911/12. Dagegen waren in den noch weiter zurückliegenden 10 Jahren die Verhält-

¹⁾ nach dem „Zentralblatte für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen“.

nisse durchweg ungünstiger, wie aus nachstehenden Zahlen zu ersehen ist:

Der erstmalig angestellten Kandidaten		durchschnittliches Lebensalter zur Zeit der					
		Reifeprüfung		Anstellungsberechtigung		Anstellung	
Jahr	Zahl	J	M	J	M	J	M
1898/99	267	19	6	28	4	34	4
1899/00	305	19	7	28	9	34	2
1900/01	370	19	5	28	10	34	—
1901/02	395	19	7	28	11	33	9
1902/03	385	19	8	28	9	31	8
1903/04	392	19	7	29	1	31	—
1904/05	404	19	7	28	6	29	6
1905/06	480	19	6	28	10	29	7
1906/07	538	19	7	28	6	28	11
1907/08	549	19	9	28	6	29	2
1908/09	549	19	8	28	1	28	5
1909/10	551	19	6	27	10	28	2
1910/11	601	19	7	27	10	28	3
1911/12	528	19	4	27	7	28	1
1912/13	503	19	5	27	11	28	6
1913/14	446	19	5	27	11	28	9

Es entfielen auf	Parzellen		Fläche ha		Grundsteuer-Reinertrag M		Jahresbetrag der Grundsteuer M	
	1915	1878	1915	1878	1915	1878	1915	1878
steuerpflichtige ertragfähige Liegenschaften . .	33 004 606	33 034 967	32 362 176	29 417 933	430 906 016	412 140 799	41 211 740	39 509 354
steuerfreie ertragfähige Liegenschaften	359 436	570 512	483 046	3 687 546	8 621 709	32 275 368	—	—
wegen ihrer Benutzung zu öffentlichen Zwecken ertraglose Grundstücke	3 737 941	2 003 340	1 567 965	1 118 385	—	—	—	—
davon Land (Wege, Eisenbahnen usw.)	2 994 916	1 511 369	1 091 184	848 961	—	—	—	—
„ Wasser (Flüsse, Seen usw.) . .	743 025	491 971	476 781	269 424	—	—	—	—
Hofräume, Gebäudeflächen und Hausgärten	5 655 239	3 889 257	527 116	367 776	—	—	—	—
zusammen	42 757 222	39 498 076	34 940 303	34 591 640	439 527 725	444 416 167	41 211 740	39 509 354

Von der eingeschätzten Fläche des preussischen Staates — ausschließlich der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland — waren hiernach 1915 7,38 (1878 14,96) v. H. — darunter 3,12 (2,45) v. H. als Wegeboden, 1,36 (0,78) v. H. als Wasserfläche und 1,51 (1,06) v. H. als Hofräume usw. — grundsteuerfrei, so daß der auf 41,2 (1878 39,5) Mill. M festgestellte Gesamt-Jahresbetrag der staatlich veranlagten Grundsteuer auf 92,62 (1878 nur 85,04) v. H. der Liegenschaftsfläche entfällt.

Die in den Katastern geführte Fläche hat sich seit 1878 im ganzen um 348 663 ha vermehrt; davon entfallen 172 348 ha auf die für das Jahr 1903 vorgenommene Neukatastrierung der zum Regierungsbezirk Königsberg gehörigen Flächen des Frischen und Kurischen Haffes, ferner 111 353 ha auf umfangreiche Neukatastrierungen in Schleswig-Holstein für 1879, der Rest von 64 962 ha auf Anlandungen und Anschwemmungen an den Meeresküsten und Flußufern, Grenzregulierungen, Neumessungen einzelner Liegenschaften und ganzer Gemarkungen zum Zwecke der Teilung, der Erneuerung des Katasters, der Zusammenlegung oder Bildung von Renten- und Ansiedlungsgütern, ferner auf Beseitigung von Irrtümern, Neukatastrierung unbewohnter Inseln u. dgl. m.

Die Ursache für die starke Abnahme der steuerfreien Grundstücke liegt in der anderweitigen Abgrenzung der Liegenschaftskategorien im § 24 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893, wonach seit 1895 beispielsweise die Domänen und Forsten steuerpflichtig wurden und Schieß-, Exerzierplätze u. dgl. in die Kategorie der wegen Benutzung zu öffentlichen Zwecken ertraglosen Grundstücke übergingen. Ferner werden infolge der stetigen Zunahme der Bevölkerung sowie Erweiterung des Netzes der Verkehrswege ertragfähige (steuerpflichtige, aber auch steuerfreie) Flächen zur Vermehrung der Wohnstellen und zu Verkehrsanlagen in Anspruch genommen. Hierdurch entstand bei den ertragfähigen steuerpflichtigen und -freien Liegenschaften zusammen ein Rückgang an Fläche (von 1878 bis 1915 bei Mitberücksichtigung der Veränderungen durch das Kommunalabgaben-Gesetz und durch Neukatastrierungen 260 257 ha) und Reinertrag (im gleichen Zeit-

In dem Durchschnittsalter zur Zeit der Reifeprüfung hat sich seit 1898/99 keine Änderung gezeigt; aber die Zeit bis zur Erlangung der Anstellungsberechtigung ist kürzer geworden. Erfreulich ist, daß die Wartezeit bis zur Anstellung, 1898/99 noch 6 Jahre, jetzt nur Monate beträgt. Hierbei war die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens von Einfluß, die vielen berechtigten Kandidaten Anstellung gebracht hat.

Die staatlich veranlagte Grundsteuer in Preußen 1915. —

Die Grundsteuer ist seit dem Jahre 1878 für alle Provinzen des preussischen Staates — mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland — nach den Vorschriften des Gesetzes vom 21. Mai 1861 umgelegt. Sie ist zwar gleich der Gebäudesteuer durch das Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 gegenüber der Staatskasse seit dem 1. April 1895 außer Hebung gesetzt, wird aber unter Aufrechterhaltung der hierüber bestehenden gesetzlichen Einrichtungen vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung weiter veranlagt und verwaltet. Nachstehende Übersicht weist für die Jahre 1915 und 1878 den Bestand der Liegenschaften, deren Reinertrag und den Betrag der auf ihnen lastenden staatlich veranlagten Grundsteuer nach.

räume 4,9 Mill. M), während die öffentlichen Zwecken dienenden ertraglosen Liegenschaften und die Hofräume usw. einen entsprechenden Zuwachs erfahren haben.

Nach Landesteilen geordnet war im Jahre 1915 zur Grundsteuer veranlagt

in der Provinz	eine Fläche von ha	mit einem Reinertrag von M	zu einer jährlichen Grundsteuer von M
Ostpreußen	3 506 796	25 210 662	2 416 898
Westpreußen	2 403 481	18 638 925	1 787 632
Stadtkreis Berlin	779	36 177	3 516
Brandenburg	3 715 172	37 503 865	3 597 198
Pommern	2 853 988	28 312 740	2 711 839
Posen	2 732 208	22 974 179	2 202 107
Schlesien	3 784 962	54 394 177	5 214 791
Sachsen	2 303 583	55 103 517	5 277 037
Schleswig-Holstein	1 740 271	36 773 604	3 406 416
Hannover	3 534 129	48 270 057	4 619 409
Westfalen	1 855 158	29 094 766	2 810 931
Hessen-Nassau	1 457 357	23 363 407	2 235 858
Rheinprovinz	2 474 293	51 229 940	4 928 107
im Staate¹⁾ . . .	32 362 176	430 906 016	41 211 740

Hiernach enthält die Provinz Schlesien die größte zur Grundsteuer herangezogene Fläche, während — abgesehen vom Stadtkreis Berlin — Hessen-Nassau an letzter Stelle steht. Hinsichtlich des Grundsteuer-Reinertrags und der jährlich zu entrichtenden Grundsteuer übernimmt dagegen Sachsen die Führung, während hierbei Westpreußen — wiederum von Berlin abgesehen — an die letzte Stelle rückt.

Die folgende Übersicht gibt darüber Auskunft, zu welchem Satze in den einzelnen Provinzen und im gesamten Staate durchschnittlich ein ha veranlagt ist. Gleichzeitig ergibt sich aus der Zusammenstellung, welcher Teil der steuerpflichtigen Gesamtfläche, des gesamten Grundsteuer-Reinertrags und der gesamten Grundsteuer auf die einzelnen Provinzen entfällt.

¹⁾ ohne die Hohenzollernschen Lande und die Insel Helgoland.

in der Provinz	Es betrug im Jahre 1915 im Durchschnitt auf 1 ha		der Anteil am Hundert		
	der Grund- steuer- Rein- ertrag <i>M</i>	die jährliche Grund- steuer <i>M</i>	der steuer- pflichtigen Gesamt- fläche	des ge- samten Grund- steuer- Rein- ertrags	der jährlichen Gesamt- Grund- steuer
Ostpreußen	7,19	0,69	10,84	5,85	5,86
Westpreußen	7,75	0,74	7,43	4,33	4,34
Stadtkreis Berlin . . .	46,44	4,51	0,002	0,01	0,01
Brandenburg	10,09	0,97	11,48	8,70	8,73
Pommern	9,92	0,95	8,82	6,57	6,58
Posen	8,41	0,81	8,44	5,33	5,34
Schlesien	14,37	1,38	11,70	12,62	12,65
Sachsen	23,92	2,29	7,12	12,79	12,80
Schleswig-Holstein . . .	21,18	1,96	5,38	8,53	8,27
Hannover	13,66	1,31	10,92	11,20	11,21
Westfalen	15,68	1,52	5,78	6,75	6,82
Hessen-Nassau	16,03	1,53	4,50	5,42	5,43
Rheinprovinz	20,70	1,99	7,65	11,89	11,96
im Staate	13,32	1,27	100	100	100.

In der Provinz Hannover kommt hiernach der Anteil an der abgabepflichtigen Gesamtfläche dem am Gesamtbetrage des Reinertrags und der Steuer am nächsten; jener ist größer als dieser in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Posen, während in den übrigen Landesteilen das umgekehrte Verhältnis besteht. Der auf das ha im Durchschnitt entfallende Grundsteuer-Reinertrag nebst Grundsteuer liegt daher in den östlichen Provinzen mit Ausnahme Schlesiens und Berlins unter dem für den Gesamtstaat berechneten Betrage, während er in allen westlichen Provinzen (einschließlich Sachsens) darüber hinausgeht.

Die preussische Grundsteuer-Beranlageung ist zwar bereits vor langer Zeit erfolgt und der damals festgestellte Grundsteuer-Reinertrag vermag gegenwärtig nicht mehr im einzelnen den wirklichen Wert des Grund und Bodens zutreffend anzuzeigen; immerhin deuten aber die Grundsteuer-Reinerträge wohl auch heute noch die Wertunterschiede der Liegenschaften innerhalb eines Landesteiles und der Landesteile untereinander an. Die letzte Übersicht gibt also insoweit auch einen gewissen Anhalt für die natürliche Fruchtbarkeit der einzelnen Provinzen des preussischen Staates.

Der Finanzbedarf der preussischen Städte und größeren Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 und die Art seiner Deckung. — Die Zahlenangaben in der umstehend abgedruckten Tabelle entstammen dem Erhebungsergebnis der umfassenden preussischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911. Abgesehen von denen für Ost- und Westpreußen handelt es sich bei diesen Zahlen nur um ein vorläufiges Erhebungsergebnis, das zwecks Veröffentlichung im „Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat“ zusammengestellt worden ist. Da für diese Veröffentlichung nur ein beschränkter Raum zur Verfügung stand, mußten die einzelnen Ausgabezwecke und Einnahmequellen in an sich unerwünschter Maße zusammengezogen werden. Wir behalten uns deshalb vor, das Erhebungsergebnis über den Gemeindefinanzbedarf und seine Deckung demnächst in ausführlicherer Gliederung an anderer Stelle zu veröffentlichen.

Der gesamte Finanzbedarf der 1 277 preussischen Städte belief sich im Berichtsjahre auf rund 2 222 Mill. *M.*, d. i. etwa 115 $\frac{1}{2}$ *M.* auf den Kopf der Bevölkerung, der der über 5 000 Einwohner zählenden 304 preussischen Landgemeinden auf 204 Mill. *M.* insgesamt und 56,67 *M.* auf 1 Einwohner; demnach stellte sich im Durchschnitt der Finanzbedarf einer Stadt in Preußen auf 1,74 Mill. *M.*, der einer größeren Landgemeinde auf 670 000 *M.* An den städtischen Gesamtausgaben waren die 33 Großstädte mit einer Bevölkerung von über 100 000 Einwohnern mit 1 378 Mill. *M.* oder 62 v. *H.* beteiligt. Die Aufwendungen der Reichshauptstadt in Höhe von rund 271 Mill. *M.* machten allein 12 v. *H.* des gesamten Finanz-

bedarfs der preussischen Städte aus; nur die Ausgaben sämtlicher Städte der Rheinprovinz im Betrage von rund 550 Mill. *M.* übertrafen den Finanzbedarf Berlins, in allen übrigen Provinzen blieben die gesamten städtischen Ausgaben hinter ihm zurück, am meisten, von den Hohenzollernschen Landen abgesehen, in Posen (53,7 Mill. *M.*) und Westpreußen (51,6 Mill. *M.*). Die Einnahmen sämtlicher Städte überstiegen deren Ausgaben um 215 Mill. *M.*, desgleichen bei den größeren Landgemeinden um 17 Mill. *M.* Dieser hohe Einnahmeüberschuß rührt im wesentlichen aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung her; denn den Ausgaben für diesen Verwaltungszweig (Sp. 9a) im Betrage von 550 Mill. *M.* bei den Städten standen Einnahmen in Höhe von 776 Mill. *M.* (Sp. 4a) gegenüber, während sich bei den Landgemeinden die Ausgaben auf 37 $\frac{1}{2}$ Mill. *M.*, die Einnahmen auf 75,7 Mill. *M.* beliefen. Ein Teil der Einkünfte aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung hat noch zur Deckung außerordentlicher Aufwendungen bei einzelnen Verwaltungszweigen Verwendung gefunden, wodurch sich der Überschuß der gesamten Einnahmen über die gesamten Ausgaben auf die oben angegebenen Beträge vermindert. Letztere stellen den Barbestand dar, der zur Vorkostung der Ausgaben des Rechnungsjahres 1912 zu Anfang dieses Rechnungsjahres den Gemeinden zur Verfügung stand.

Während bei den Städten und Landgemeinden der einzelnen Provinzen sowie auch bei den unterschiedenen Gemeindegruppen die Einkünfte aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung die Kosten dieses Verwaltungszweiges ganz bedeutend überstiegen, war es bei Berlin und den hohenzollernschen Städten umgekehrt. Diese auffallende Erscheinung erklärt sich z. T. dadurch, daß von den in Betracht kommenden Gemeinden im Berichtsjahre keine größeren Anleihen aufgenommen worden sind. Die Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung sämtlicher preussischen Städte machten fast ein Viertel ihrer Gesamtausgaben im Berichtsjahre aus; bei der die Städte von 100 000 bis 200 000 Einwohnern umfassenden Gemeindegruppe sowie bei den hannoverschen und schleswig-holsteinischen Städten war der entsprechende Anteil noch ganz erheblich höher; denn er stellte sich hier auf 32,49 bzw. 30,52 und 48,78 v. *H.* Bei den größeren Landgemeinden betrug er durchschnittlich nur 18,39 v. *H.*, in Hessen-Nassau (23,57) war er hier am höchsten, in Ostpreußen (4,51 v. *H.*) am niedrigsten. Nächst den Kosten der Vermögens- und Schuldenverwaltung waren die städtischen Aufwendungen für die Zentralverwaltung und die Polizei einschließlich des Feuerlöschwesens, der Friedhofsverwaltung usw. am bedeutendsten; sie beliefen sich auf 389,7 Mill. *M.* oder 17,54 v. *H.* des Gesamtbedarfs, bei den Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern desgleichen auf 39,5 Mill. *M.* bzw. 19,38 v. *H.* Bei den hohenzollernschen Städten machten diese Aufwendungen 43,54 v. *H.* ihrer Gesamtausgaben aus, während sonst nur die Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern umfassende Gemeindegruppe mit ihrem Anteil von 27,08 v. *H.*, ferner die posenschen Städte und die Landgemeinden der Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Pommern mit Anteilen von 29 bzw. 12,73, 11,97 und 10,54 v. *H.* erheblichere Abweichungen von dem Durchschnittssatze zeigten. Die Aufwendungen für gewerbliche Unternehmungen, vor allem für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, für Schlachthöfe usw., beliefen sich bei allen Städten zusammen auf 369 Mill. *M.* oder 16,61 v. *H.* ihres Finanzbedarfs überhaupt, bei den größeren Landgemeinden auf 20 Mill. *M.*, das waren nur 9,83 v. *H.* ihrer Gesamtausgaben. Bei diesem Verwaltungszweige treten bezüglich seines Anteils an den Gesamtaufwendungen recht bedeutende Unterschiede in den einzelnen Landesteilen hervor. Während die betreffenden Kosten der Landgemeinden Posen und Ostpreußens noch nicht ein halbes Prozent ihrer Gesamtausgaben ausmachten, betrugen sie bei den Landgemeinden Hannovers, Schleswig-Holsteins und Westpreußens nicht weniger als 27,92 und 29,82 bzw. 31,25 v. *H.* Bei den Städten war die Spannung geringer. Die Anteile schwankten hier zwischen 6,21 und 22,40 v. *H.* bei den hohen-

Staat. Provinzen.	Die Einwohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rechnungs- jahr 1912	E i n n a h m e n								
		insgesamt	davon						Gemeindesteuern	
			Einnahmen aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung einschl. des Barbestandes nach dem Finalabluß 1910	Pächte, Mieten und Grundgerechtigkeiten sowie Roherträge aus Agrar- und Industriebetrieben, Gebühren und Strafen	Beiträge und Erstattungen sowie Reinüberschüsse aus Sparkassen, Banken, Leihämtern usw.					
					v. H. der Sp. 3	v. H. der Sp. 3	v. H. der Sp. 3	v. H. der Sp. 3		
I	2	3	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b
A. Staat.										
I. Berlin	2 033 363	281 488 136	40 079 273	14,24	114 128 944	40,55	32 154 162	11,42	95 125 757	33,79
Städte mit mehr als										
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	4 486 791	800 376 044	275 609 156	34,43	248 077 587	31,00	90 753 004	11,34	185 936 297	23,23
III. 100 000 bis 200 000 Einw.	2 638 416	447 337 762	191 587 661	42,83	103 065 998	23,04	49 290 085	11,02	103 394 018	23,11
IV. 50 000 „ 100 000 „	2 134 278	260 669 346	83 627 541	32,08	82 850 461	31,79	25 158 314	9,65	69 033 030	26,48
V. 25 000 „ 50 000 „	1 935 364	208 016 629	56 144 861	26,99	76 195 346	36,63	19 983 659	9,61	55 692 763	26,77
VI. 10 000 „ 25 000 „	2 525 269	228 708 623	68 555 444	29,98	73 344 249	32,07	22 347 397	9,77	64 461 533	28,18
VII. 5 000 „ 10 000 „	1 536 278	108 994 626	32 395 189	29,72	34 078 086	31,27	11 912 389	10,93	30 608 962	28,08
VIII. 2 000 „ 5 000 „	1 551 538	85 613 829	22 675 799	26,49	25 519 486	29,81	10 543 170	12,31	26 875 374	31,39
IX. Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern	399 710	16 174 678	5 077 314	31,39	4 059 758	25,10	1 897 250	11,73	5 140 356	31,78
I. bis IX. Sämtliche Städte . .	19 241 007	2 437 379 673	775 752 238	31,83	761 319 915	31,24	264 039 430	10,83	636 268 090	26,10
X. Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern	3 595 689	221 138 937	75 742 768	34,25	31 695 825	14,33	20 796 032	9,41	92 904 312	42,01
I. bis X. zusammen	22 836 696	2 658 518 610	851 495 006	32,08	793 015 740	29,83	284 835 462	10,71	729 172 402	27,43
B. Provinzen.										
I. Ostpreußen										
a) Sämtliche Städte	661 248	69 726 421	24 803 351	35,57	22 222 610	31,87	4 780 847	6,86	17 919 613	25,70
b) Größere Landgemeinden	12 159	320 670	57 322	17,88	5 983	1,87	63 470	19,79	193 895	60,46
II. Westpreußen										
a) Sämtliche Städte	599 260	58 244 816	20 439 745	35,09	18 827 391	32,33	4 321 629	7,42	14 656 051	25,16
b) Größere Landgemeinden	28 253	1 548 487	718 559	46,40	291 512	18,83	131 874	8,52	406 542	26,25
III. Brandenburg (ohne Berlin)										
a) Sämtliche Städte	2 079 869	278 451 282	97 843 588	35,14	75 972 781	27,28	39 174 551	14,07	65 460 362	23,51
b) Größere Landgemeinden	640 810	83 238 771	37 272 309	44,78	13 516 208	16,24	6 587 700	7,91	25 862 554	31,07
IV. Pommern										
a) Sämtliche Städte	749 080	65 019 020	15 982 500	24,58	24 213 277	37,24	6 845 882	10,53	17 977 361	27,65
b) Größere Landgemeinden	19 961	869 620	327 138	37,62	103 481	11,90	46 725	5,37	392 276	45,11
V. Posen										
a) Sämtliche Städte	732 746	51 576 710	11 880 252	23,04	16 831 415	32,63	8 442 913	16,37	14 422 130	27,96
b) Größere Landgemeinden	33 107	492 253	61 739	12,54	8 741	1,78	146 752	29,81	275 021	55,87
VI. Schlesien										
a) Sämtliche Städte	1 832 840	186 837 449	53 153 831	28,45	62 507 696	33,46	21 381 798	11,44	49 794 124	26,65
b) Größere Landgemeinden	605 768	19 375 082	4 440 325	22,92	1 996 420	10,30	2 001 569	10,33	10 936 768	56,45
VII. Sachsen										
a) Sämtliche Städte	1 537 648	148 459 023	40 688 089	27,40	48 540 869	32,70	14 755 319	9,94	44 474 746	29,96
b) Größere Landgemeinden	46 718	1 276 654	211 382	16,56	229 727	17,99	184 515	14,45	651 030	51,00
VIII. Schleswig-Holstein										
a) Sämtliche Städte	792 273	155 487 862	88 687 653	57,04	30 138 403	19,38	9 004 728	5,79	27 657 078	17,79
b) Größere Landgemeinden	68 255	5 291 831	2 370 987	44,81	571 802	10,80	571 141	10,79	1 777 901	33,60
IX. Hannover										
a) Sämtliche Städte	1 180 086	138 093 535	44 053 719	31,90	47 276 479	34,24	12 455 871	9,02	34 307 466	24,84
b) Größere Landgemeinden	82 829	4 800 358	1 896 845	39,51	270 979	5,65	465 180	9,69	2 167 354	45,15
X. Westfalen										
a) Sämtliche Städte	1 893 361	197 127 698	58 623 020	29,74	53 533 691	27,16	25 600 322	12,98	59 370 665	30,12
b) Größere Landgemeinden	958 469	41 009 262	9 623 435	23,47	4 337 681	10,58	4 204 616	10,25	22 843 530	55,70
XI. Hessen-Nassau										
a) Sämtliche Städte	1 119 114	217 661 312	79 197 473	36,38	68 456 956	31,45	22 738 499	10,45	47 268 384	21,72
b) Größere Landgemeinden	67 564	4 100 806	1 481 335	36,12	905 876	22,09	288 071	7,03	1 425 524	34,76
XII. Rheinprovinz										
a) Sämtliche Städte	4 019 662	588 568 892	200 255 561	34,02	178 459 230	30,32	62 255 049	10,58	147 599 052	25,08
b) Größere Landgemeinden	1 031 796	58 815 143	17 281 392	29,38	9 457 415	16,08	6 104 419	10,38	25 971 917	44,16
XIII. Hohenzollernsche Lande										
a) Sämtliche Städte	10 457	637 517	64 183	10,07	210 173	32,97	127 860	20,05	235 301	36,91
b) Größere Landgemeinden	find nicht vorhanden.									

zollernschen Städten und Berlin; an zweiter Stelle stand Ostpreußen mit einem Sage von 19,70 v. H. Für das Schulwesen, für Kunst, Wissenschaft, allgemeine Bildung und Kultuszwecke wurden von den Städten zusammen 356 Mill. M., von den größeren Landgemeinden 49,4 Mill. M. verausgabt; das waren

16,02 bzw. 24,28 v. H. ihrer Gesamtkosten. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Leistung bei ersteren 18 1/2 M., bei letzteren 13,74 M. In den unterschiedenen Gemeindegrößenklassen schwankten die Anteile dieser Ausgaben am gesamten Finanzbedarf zwischen 21,45 und 13,38 v. H. bei den Städten von über 5 000 bis

mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1911.

I f t - A u s g a b e n															Wiederholung der Bezeichnung in Spalte I.
insgesamt	davon für														
	Vermögens- und Schulden- verwaltung	Provincial- und Kreissteuern		Zentral- verwaltung, Polizei, Feuerlöschwesen, Friedhofs- verwaltung, Eichämter		Schule, Kunst und Wissenschaft, allgemeine Bildung und Kultus		Armen-, Krankenwesen und sonstige Wohlfahrtspflege		Wegewesen und sonstige Verkehrsanlagen		Gewerbliche Unternehmungen (auschl. der Verkehrsanlagen), Handel und Gewerbe			
M	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	M	v. H. der Sp. 8	
8	9a	9b	10a	10b	11a	11b	12a	12b	13a	13b	14a	14b	15a	15b	
271 284 492	53 825 283	19,84	—	—	39 006 056	14,38	40 496 975	14,83	54 935 233	20,25	22 243 703	8,20	60 777 242	22,40	A. I.
696 961 844	171 029 533	24,54	11 826 696	1,70	131 839 005	18,91	103 070 732	14,79	68 624 530	9,85	103 968 939	14,92	106 602 409	15,29	II.
410 283 437	132 997 765	32,42	6 750 956	1,64	69 244 287	16,88	54 270 038	13,23	44 963 600	10,96	51 495 128	12,55	50 561 663	12,32	III.
247 417 293	58 716 902	23,73	4 226 326	1,71	43 811 868	17,71	41 115 593	16,62	25 197 786	10,18	27 290 037	11,03	47 058 781	19,02	IV.
189 703 821	46 685 919	24,61	4 671 575	2,46	30 969 314	16,33	35 378 341	18,63	17 285 281	9,11	21 888 032	11,54	32 825 359	17,30	V.
210 839 739	49 293 600	23,38	10 424 487	4,94	34 869 353	16,54	41 598 202	19,73	17 856 792	8,47	18 142 822	8,61	38 654 483	18,33	VI.
101 282 239	19 844 536	19,59	6 331 602	6,25	17 824 305	17,60	21 728 907	21,45	8 058 295	7,96	8 215 983	8,11	19 278 611	19,04	VII.
79 641 675	15 329 012	19,25	6 070 507	7,62	18 148 706	22,79	15 515 075	19,48	5 955 787	7,48	7 182 507	9,02	11 440 081	14,36	VIII.
14 699 310	2 641 997	17,97	1 299 320	8,84	3 973 408	27,03	2 806 220	19,09	717 388	4,88	1 450 612	9,87	1 810 365	12,32	IX.
2 222 113 850	550 364 547	24,77	51 601 469	2,32	389 686 302	17,54	355 980 083	16,02	243 594 692	10,96	261 877 763	11,78	369 008 994	16,61	L-IX.
203 782 021	37 475 365	18,39	10 844 310	5,32	39 482 421	19,38	49 417 544	24,25	20 325 221	9,97	26 206 015	12,86	20 031 145	9,83	X.
2 425 895 871	587 839 912	24,23	62 445 779	2,57	429 168 723	17,69	405 397 627	16,71	283 919 913	10,88	288 083 778	11,88	389 040 139	16,04	L-X.
B.															
I.															
58 113 692	11 317 775	19,48	2 933 922	5,05	12 381 448	21,30	10 566 269	18,18	4 529 399	7,79	4 936 789	8,50	11 448 090	19,70	a.
267 687	12 076	4,51	66 271	24,75	46 193	17,26	88 739	33,15	18 044	6,74	36 261	13,55	103	0,04	b.
II.															
51 571 627	7 687 372	14,91	2 551 619	4,95	8 292 710	16,08	8 949 943	17,35	8 505 316	16,49	7 245 805	14,05	8 338 862	16,17	a.
1 305 804	188 501	14,44	69 443	5,32	201 153	15,40	221 952	17,00	84 686	6,48	131 990	10,11	408 079	31,25	b.
III.															
240 757 749	54 125 324	22,48	6 747 121	2,80	41 082 135	17,06	41 337 107	17,17	24 067 013	10,00	30 665 936	12,74	42 733 113	17,75	a.
76 583 365	17 005 577	22,21	3 622 497	4,73	14 437 525	18,85	15 025 515	19,62	9 934 716	12,97	10 263 061	13,40	6 294 474	8,22	b.
IV.															
61 610 310	11 651 422	18,91	2 968 872	4,82	12 128 508	19,69	13 717 431	22,27	4 892 869	7,94	7 457 599	12,10	8 793 609	14,27	a.
822 878	168 655	20,50	106 078	12,89	86 723	10,54	308 063	37,44	41 921	5,09	64 087	7,79	47 351	5,75	b.
V.															
53 718 461	9 238 683	17,20	2 355 535	4,39	15 579 561	29,00	7 226 563	13,45	4 893 131	9,11	4 621 206	8,60	9 803 782	18,28	a.
439 099	34 930	7,96	55 560	12,65	75 976	17,30	189 733	43,21	49 322	11,23	33 454	7,62	124	0,03	b.
VI.															
166 477 388	37 738 908	22,67	5 071 952	3,04	30 532 951	18,34	29 928 083	17,98	17 666 327	10,61	15 461 724	9,29	30 077 443	18,07	a.
17 624 783	2 157 696	12,24	1 362 054	7,73	3 838 514	21,78	5 373 506	30,49	1 596 040	9,03	1 977 027	11,22	1 319 946	7,49	b.
VII.															
137 951 249	31 057 306	22,51	3 970 109	2,88	22 718 056	16,47	27 422 195	19,88	13 428 496	9,73	15 405 234	11,17	23 949 853	17,36	a.
1 120 243	170 821	15,25	97 224	8,68	237 766	21,22	382 027	34,10	79 039	7,06	50 164	4,48	103 202	9,21	b.
VIII.															
141 035 333	68 793 713	48,78	2 673 734	1,90	22 691 742	16,09	14 914 715	10,57	10 380 418	7,36	8 450 753	5,99	13 130 258	9,31	a.
4 762 655	947 321	19,89	277 882	5,83	569 839	11,97	814 561	17,10	248 609	5,22	484 231	10,17	1 420 212	29,82	b.
IX.															
123 568 214	37 707 921	30,52	3 848 181	3,11	20 642 888	16,71	21 797 322	17,64	9 800 407	7,93	10 219 004	8,27	19 552 491	15,82	a.
4 430 316	737 760	16,65	340 987	7,70	563 936	12,73	1 064 963	24,04	156 843	3,54	328 704	7,42	1 237 123	27,92	b.
X.															
179 099 895	44 077 044	24,61	4 982 093	2,78	31 525 252	17,60	34 280 487	19,14	15 092 233	8,43	21 245 124	11,86	27 897 662	15,58	a.
38 745 760	5 777 636	14,91	2 582 794	6,67	6 574 245	16,97	12 267 690	31,66	3 461 314	8,93	4 959 800	12,80	3 122 281	8,06	b.
XI.															
186 465 680	43 134 105	23,13	3 045 308	1,63	29 412 881	15,77	27 978 900	15,01	23 361 520	12,53	34 530 282	18,52	25 002 684	13,41	a.
3 881 477	914 792	23,57	195 789	5,04	675 422	17,40	1 005 550	25,91	204 625	5,27	269 201	6,94	616 098	15,87	b.
XII.															
549 833 297	139 909 530	25,45	10 414 065	1,89	103 419 382	18,81	77 283 190	14,05	52 022 479	9,46	79 319 648	14,43	87 465 003	15,91	a.
53 797 954	9 359 600	17,40	2 067 731	3,85	12 175 129	22,63	12 675 245	23,56	4 450 062	8,27	7 608 035	14,14	5 462 152	10,15	b.
XIII.															
626 463	100 161	15,99	38 958	6,22	272 732	43,54	80 903	12,91	19 851	3,17	74 956	11,96	38 902	6,21	a.

10 000 und denen von über 100 000 bis 200 000 Einwohnern. Von den Städten der einzelnen Provinzen zeigten die pommerschen mit 22,27 v. H. den Höchsten; dann folgten die sächsischen und westfälischen mit 19,88 bzw. 19,14 v. H., während die Städte Posen, Hohenzollerns und Schleswig-Holsteins mit ihren Anteilen

von 13,45 bzw. 12,91 und 10,57 v. H. an letzter Stelle kamen. Bei den Landgemeinden spielten die Kosten dieses Verwaltungszweiges noch eine unverhältnismäßig größere Rolle als bei den Städten. Nur bei den Landgemeinden von Westpreußen (17 v. H.), Schleswig-Holstein (17,10 v. H.) und Brandenburg (19,62 v. H.) machten die

Ausgaben für das Schulwesen usw. nicht mindestens ein Fünftel und bei denen der Rheinprovinz (23,56 v. H.) und Hannovers (24,04 v. H.) noch nicht ganz ein Viertel ihres gesamten Finanzbedarfs, in allen übrigen Provinzen mehr und in Sachsen (34,10 v. H.), Pommern (37,44 v. H.) sowie Posen (43,21 v. H.) noch über ein Drittel des Gesamtbedarfs aus. Für das Wege-, Eisenbahn- und sonstige Verkehrswesen verausgabten die Städte rund 262 Mill. M., die größeren Landgemeinden 26 Mill. M., das waren 11,78 bzw. 12,86 v. H. ihrer Gesamtkosten. Von diesen Durchschnittszahlen wichen die Anteile der Städte und Landgemeinden in den Provinzen und in den Gemeindegrößengruppen nicht allzu sehr ab. Weit aus am höchsten war der Anteil der hessen-nassauischen Städte mit 18,52 v. H. und am niedrigsten der der sächsischen Landgemeinden mit 4,48 v. H. Erheblicher war die entsprechende Spannung bei den Ausgaben für das Armen- und Krankenwesen und die sonstige Wohlfahrtspflege. Die hier 243 1/2 Millionen M. betragenden Aufwendungen der preussischen Städte machten 10,96 v. H. ihres gesamten Finanzbedarfs aus, die entsprechenden Kosten der größeren Landgemeinden 20,3 Mill. M. oder 9,97 v. H. In der Reichshauptstadt erforderte dieser Verwaltungszweig jedoch nicht weniger als ein Fünftel der Gesamtausgaben, dagegen bei den hannoverschen Landgemeinden und den hohenzollernschen Städten bloß 3,54 bzw. 3,17 v. H. Während die Provinzial- und Kreissteuern bei den Städten im Verhältnis zu ihren gesamten Aufwendungen im allgemeinen nur eine untergeordnete Rolle spielten — sie beliefen sich im ganzen auf 51,6 Mill. M., das waren 2,32 v. H. des Finanzbedarfs überhaupt — fielen sie für die Landgemeinden mehr ins Gewicht, insonderheit bei den Provinzen, in denen nur wenige kleine Landgemeinden in Betracht kamen. So machten diese Aufwendungen bei den pommerischen und posenschen Landgemeinden 12,89 bzw. 12,65 v. H. ihrer Gesamtausgaben und bei den ostpreussischen sogar 24,75 v. H. aus.

Noch mehr als bei der Gliederung des Finanzbedarfs nach den einzelnen Ausgabezwecken mußten aus Raumrücksichten in der Tabelle die einzelnen Einnahmequellen in einigen wenigen Hauptgruppen zusammengefaßt werden. Für die Gesamtheit der Städte spielten die aus Pacht und Miete, aus Agrar- und Industriebetrieben sowie aus Gebühren und Strafen herrührenden Einkünfte ungefähr eine ebenso bedeutende Rolle wie die aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung stammenden Beträge; erstere machten 31,24, letztere 31,83 v. H. der Einnahmen überhaupt aus. Der Ertrag aus Gemeindesteuern ergab nur einen entsprechenden Anteil von 26,10 v. H., während sich der Rest der Einnahmen auf Beiträge, Erstattungen usw. verteilte. Bei den größeren Landgemeinden verschiebt sich dieses Verteilungsverhältnis zugunsten der Gemeindesteuern. Ihr Aufkommen betrug hier 42,01 v. H. der Gesamteinkünfte; an zweiter Stelle folgten die Einnahmen aus der Vermögens- und Schuldenverwaltung mit einem Anteil von 34,25 v. H., während das Aufkommen aus Betrieben, Pacht, Miete usw. nur 14,33 und das aus Beiträgen usw. bloß 9,41 v. H. des gesamten Einnahmebetrages ausmachte. In einigen Provinzen tritt die überragende Bedeutung der Gemeindesteuern als Einnahmequelle für die Landgemeinden ganz besonders hervor. So betrug ihr Anteil an den Gesamteinkünften in 5 Provinzen mehr als die Hälfte, nämlich in Sachsen 51, in Westfalen 55,70, in Posen 55,87, in Schlesien 56,45 und endlich in Ostpreußen sogar 60,46 v. H. Um die Bedeutung der übrigen den Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfs zur Verfügung stehenden Einnahmequellen eingehender zu würdigen, sind die Zahlen in unserer Tabelle wegen ihrer die einzelnen Einnahmearten zusammenfassenden Gliederung nicht recht geeignet.

Ernteerträge in Rußisch-Polen. — Mißernten, wie sie sich in Rußland, namentlich im Südosten, so oft ereignen, gehören im Königreich Polen zu den verhältnismäßig seltenen Erscheinungen. Selbst 1911, als die Ernte in allen übrigen Gebietsteilen Ruß-

lands — Sibirien und Kaukasus nicht ausgenommen — infolge ungewöhnlicher Dürre einen recht niedrigen Ertrag zeitigte, war letzterer in Polen noch höher als in den vorangegangenen besseren Jahren. Polen liefert in der Regel bei verhältnismäßig geringerer Anbaufläche je nach der Getreideart den 10. bis 6. Teil von dem, was das ganze europäische Rußland erzeugt. Hervorragenden Anteil an diesen Erträgen, was Brotgetreide, Hafer und Gerste betrifft, haben die Gouvernements Warschau und Lublin.

In den Jahren 1910–1912 hatten die Ernteerträge in Rußisch-Polen im Vergleich zu den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands folgenden Stand¹⁾.

Die Anbaufläche in 1000 Desjatinen²⁾ und der Ertrag in Mill. Rub³⁾ betragen in den untenstehenden Gouvernements und Jahren³⁾:

		Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Kartoffeln	
		Anbaufläche	Ertrag	Anbaufläche	Ertrag	Anbaufläche	Ertrag	Anbaufläche	Ertrag	Anbaufläche	Ertrag
Warschau	1910	74	6,4	311	21,4	50	3,4	146	7,9	148	101,6
	1911	75	7,1	307	25,6	49	4,2	148	10,2	149	64,9
	1912	—	6,9	—	23,7	—	5,8	—	11,3	—	112,3
Lublin	1910	98	8,4	209	14,2	86	5,4	157	8,3	103	91,7
	1911	97	8,5	211	16,4	93	8,3	156	11,2	107	77,0
	1912	—	9,1	—	15,5	—	8,0	—	11,1	—	88,7
Kalisches	1910	39	3,5	238	18,2	30	2,5	93	6,8	109	78,3
	1911	33	3,2	233	19,4	29	2,4	91	6,5	109	44,0
	1912	—	3,4	—	19,3	—	2,9	—	8,0	—	86,0
Kielce	1910	58	4,3	109	7,3	70	5,1	83	5,6	87	63,4
	1911	56	4,6	109	7,8	69	5,8	100	6,6	88	40,7
	1912	—	5,1	—	8,5	—	5,6	—	5,1	—	41,9
Lomza	1910	24	1,8	132	8,1	17	0,8	69	3,0	64	34,9
	1911	23	1,9	129	9,6	18	1,1	66	3,5	60	23,7
	1912	—	1,8	—	9,0	—	1,1	—	3,3	—	31,9
Petrikau	1910	29	2,3	244	15,7	46	2,9	113	6,7	135	88,0
	1911	28	2,3	244	17,3	45	3,3	112	6,7	134	53,7
	1912	—	2,1	—	17,2	—	3,4	—	6,9	—	91,0
Plock	1910	47	4,2	179	13,0	30	2,0	62	3,4	77	51,9
	1911	48	4,4	183	14,8	30	2,3	63	3,8	80	37,9
	1912	—	4,3	—	14,6	—	2,8	—	4,4	—	54,7
Radom	1910	32	2,4	174	11,2	59	3,4	117	6,2	90	67,8
	1911	30	2,6	173	12,4	59	4,8	117	7,9	92	51,2
	1912	—	2,7	—	11,7	—	4,8	—	7,6	—	75,3
Suwalki	1910	24	1,8	142	8,8	41	2,3	97	4,6	42	23,2
	1911	26	1,7	143	8,9	41	2,8	95	5,4	42	18,7
	1912	—	1,9	—	9,9	—	2,9	—	5,5	—	24,3
Siedlce	1910	39	2,6	209	11,6	27	1,2	121	5,5	102	64,5
	1911	48	3,6	215	15,8	27	2,0	124	7,6	106	51,3
	1912	—	3,3	—	17,0	—	2,0	—	8,3	—	77,0
Ganz Polen	1910	464	37,6	1946	129,6	457	29,0	1059	58,0	958	664,8
	1911	464	39,9	1948	148,0	459	37,1	1072	69,5	965	463,1
	1912	—	40,6	—	146,6	—	38,8	—	71,6	—	683,1
Europ. Rußland	1910	19220	917,2	23324	1163,5	8494	490,2	14351	770,7	2985	1492,2
	1911	19468	575,3	24098	895,8	8524	426,6	14223	612,1	3025	1414,1
	1912	—	784,7	—	1408,5	—	471,0	—	784,5	—	1538,1

Aus dieser Aufstellung geht hervor, was gleichzeitig für den Kulturstand und die Ergiebigkeit des Bodens Polens bezeichnend ist, daß die Mißernte des Jahres 1911, von der das ganze übrige Rußland betroffen wurde, an Polen nicht nur völlig spurlos vorbeigegangen war, daß hier vielmehr die Ernte einen recht günstigen Ausfall gehabt hat. Die Gouvernements Warschau, Lublin, Kalisches und Petrikau, die an Roggen und die beiden ersteren auch an Weizen und Hafer den größten Teil liefern, erzielten in jenem Jahre bei einzelnen dieser Getreidearten um mehrere Millionen höhere Erträge als in den früheren Jahren. Nur die Kartoffelernte ging beträchtlich herunter, brachte aber schon im folgenden Jahre durch reiche Erträge einen mehr als genügenden Ausgleich. Das gute Erntejahr 1912, das für das europäische Rußland als ein ausnahmsweise günstiges zu bezeichnen ist, gehört in Polen, wie die obige Aufstellung zeigt, zu den gewöhnlichen Erscheinungen.

¹⁾ Vergl. „Statistisches Jahrbuch“ 1913, herausgegeben vom Ausschuß der vereinigten Industriellen und Kaufleute. Petersburg 1913. — ²⁾ 1 Desj. = 1,09 ha. 1 Rub = 16,38 kg. — ³⁾ für das Jahr 1912 vorläufige Ergebnisse.

Die Ausländer im Deutschen Reiche im Jahre 1910. —

Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 wurde auch die Zahl der Ausländer im Deutschen Reiche ermittelt — sie betrug insgesamt 1 259 880. Gegenüber den früheren Volkszählungen hat sie sich stark vermehrt; denn 1905 gab es nur 1 028 560 und 1900 sogar nur 778 737 Ausländer.

Den stärksten Anteil hatten begreiflicherweise die Österreicher, von denen 634 989 am 1. Dezember 1910 in Deutschland lebten; dazu traten noch 32 078 Ungarn und 100 Bosnier. Die zweite Stelle nahmen die Niederländer nebst Angehörigen ihrer Kolonien mit 144 181 ein, denen sich in geringem Abstände die Russen und Finländer mit 137 668 anschlossen. Über 100 000, nämlich 104 265, zählten noch die Italiener. Die übrigen fremden Staaten sind wesentlich schwächer vertreten; am meisten ragten noch hervor die Schweiz (68 233), Dänemark nebst Island und Kolonien (26 238), Frankreich nebst Kolonien (19 137), Großbritannien und Irland nebst Kolonien und Schutzstaaten (18 319), die Vereinigten Staaten von Nordamerika nebst Kolonien (17 555), Luxemburg (14 356) und Belgien nebst Kongogebiet (13 449). Die übrigen Staaten zählten je weniger als 10 000 Angehörige in Deutschland.

Nicht uninteressant ist ein Blick auf die verschiedene Berufsbetätigung der Reichsausländer. Wir beschränken uns auf die oben erwähnten Nationen. Vorausgeschickt sei, daß, wie leicht erklärlich, bei den meisten Nationen die Berufsabteilung H („Angehörige“ ohne Hauptberuf) am stärksten besetzt ist.

Die Österreicher waren ganz überwiegend in der Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe beschäftigt. In dieser Berufsabteilung wurden allein 219 816 gezählt, außerdem noch 11 040 Ungarn und 70 Bosnier. Unter den Gruppen dieser Berufsabteilung hatten die Österreicher besonders starke Anteile am Bergbau, Hütten- und Salinenwesen und der Torfgräberei, an der Textilindustrie, am Bekleidungs-gewerbe und am Baugewerbe.

Die Niederländer waren mit 36 808 in derselben Berufsabteilung am zahlreichsten, und zwar vornehmlich im Baugewerbe, im Bergbau usw. und in der Textilindustrie.

Die Russen betätigten sich überwiegend in der Landwirtschaft. Hierher gehörten 69 485, während die Industrie, die an zweiter Stelle steht, nur 17 850 beschäftigte, und zwar die meisten im Baugewerbe, ziemlich viele auch im Bergbau usw. und in der Industrie der Steine und Erden. Bei den Russen ist übrigens die Berufsabteilung H (Angehörige ohne Hauptberuf) mit noch nicht 27 000 vergleichsweise sehr schwach besetzt.

Die Italiener arbeiteten zum größten Teile in der Industrie; sie zählte 58 851 Personen, und zwar meist im Baugewerbe, nächstdem im Bergbau und in der Industrie der Steine und Erden. Auch bei den Italienern ist die Berufsabteilung H wie bei den Russen nicht am stärksten vertreten, wenn auch mit mehr als 36 000 noch ziemlich stark.

Die Schweizer bevorzugten ebenfalls die Industrie (14 863 Personen), und zwar die meisten die Textilindustrie.

Die Dänen gingen ebenfalls meist in die Industrie (6 201), und zwar vorzugsweise in das Baugewerbe.

Die Franzosen waren bemerkenswerterweise meist ohne Beruf und Berufsangabe oder Rentner bzw. Pensionäre (4 427), doch zählte auch die Industrie noch über 3 000 Angehörige, die meist im Bekleidungs-gewerbe und in der Textilindustrie Beschäftigung gefunden hatten.

Auch die Engländer sind meist als berufslos oder ohne Berufsangabe usw. verzeichnet (4 915); aber auch in der Berufsabteilung E (öffentlicher Dienst und freie Berufsarten) sind sie mit 2 395 zahlreicher vertreten.

Bei den Nordamerikanern überwiegen die Berufslosen sogar sehr stark (6 312), während die berufstätigen Nordamerikaner sich hauptsächlich in der Industrie und im Handel, Versicherungsgewerbe sowie in der Gast- und Schankwirtschaft finden.

Zeitschrift des R. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

Die Luxemburger gehören ganz überwiegend der Industrie an (3 585), und zwar meist dem Bergbau usw. Auch die Belgier bevorzugten die Industrie (3 388), verteilten sich aber viel gleichmäßiger über die einzelnen Berufsgruppen dieser Berufsabteilung.

Wir sehen also, daß auf die erwerbstätigen Ausländer ganz überwiegend die Industrie Anziehungskraft ausübt; eine Ausnahme bilden die Russen, die die Landwirtschaft bevorzugten, meist wohl als Saisonarbeiter. Daß die Franzosen, Engländer und Amerikaner so häufig als berufslos erscheinen, mag daran liegen, daß es sich hier oft um Vergnügungsreisende handeln dürfte, die entweder wirklich keinen Beruf hatten und von ihren Renten lebten oder keinen Beruf angeben wollten, eine Lücke, die durch Rückfrage später meist nicht mehr ausgefüllt werden konnte, da die Betreffenden inzwischen längst abgereist waren. Daß aber tatsächlich viele Berufslose unter den Angehörigen dieser drei Nationen gewesen sein werden, darauf deutet das Überwiegen des weiblichen Geschlechts, während bei den übrigen Ausländern in Deutschland das männliche voransteht.

Zu beachten ist schließlich selbstverständlich, daß nicht alle von der Zählung erfaßten Ausländer ihren Beruf in Deutschland wirklich ausübten; denn manche werden sich hier nur kurze Zeit aufgehalten haben und ihre Berufsangabe bezieht sich dann auf ihre Tätigkeit in der Heimat.

Die Geburten in Preußen 1914 nach Berufsabteilungen. —

Auf Grund von Standesamtsberichten hat das königliche Statistische Landesamt festgestellt, daß 1914 in Preußen 1 166 580 Kinder lebend geboren sind. Werden die Kinder nach dem Berufe des Vaters oder (die unehelichen) der Mutter gesondert, so ergibt sich, daß entstammen

der Berufsabteilung:

A. Land-, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei	316 887 = 2 716/1000
B. Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe	563 150 = 4 827 „
C. Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft	149 329 = 1 280 „
D. Häusliche Dienste u. Lohnarbeit wechselnder Art	71 128 = 610 „
E. Militär, Öffentlicher Dienst, Freie Berufsarten	43 420 = 372 „
F. Ohne Beruf und Berufsangabe usw.	22 666 = 195 „

Zur Beurteilung dieser Zahlen ist erforderlich, zu wissen, wieviel Menschen den einzelnen Abteilungen angehören. Die letzten Nachrichten hierüber hat die Berufsstatistik von 1907 gebracht. Inzwischen haben sich natürlich die Grundzahlen geändert; wie aus den Vergleichsziffern für 1908 in nachstehender Zusammenstellung zu schließen, sind jedoch belangreiche Abweichungen in den Verhältnissen der einzelnen Abteilungen zu einander kaum anzunehmen, so daß mit den Verhältnisziffern gerechnet werden darf. Es gehörten

zu der Berufsabteilung	von 10 000 Personen nach der Berufszählung	von 10 000 Lebendgeborenen i. J. 1914	i. J. 1908
A	2 827	2 716	2 703
B	4 222	4 827	4 959
C	1 259	1 280	1 259
D	361	610	562
E	501	372	354
F	830	195	163.

Hiernach ist die Abteilung D verhältnismäßig am kinderreichsten gewesen; sie übertrifft die nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu erwartende Kinderzahl erheblich (1914 um 69 %). Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß gerade bei der Abteilung D die berufliche Einordnung der standesamtlichen und der Berufszählungsangaben am leichtesten Verschiebungen erfährt. — Auch die Industrieabteilung B und die Handels- und Verkehrsabteilung C haben Überschüsse von 14,8 und 1,7 %. Dagegen bleibt die landwirtschaftliche Abteilung A um 3,9 % zurück, weiter E um 25,7 und F, bei welcher Abteilung die Rentner,

Altstücker, von Unterstützung Lebenden, Anstaltsinsassen aufgenommen sind, sogar um 76,5 %.

Bedeutende Unterschiede zeigen sich bei einzelnen Berufsgruppen. In den stärksten, die mehr als 1 Million Menschen umfassen, kommen

auf die Berufsgruppe:	von 10 000 Menschen der Berufszählung	von 10 000 Lebendgeborenen i. J. 1914	i. J. 1908
Baugewerbe	779	990	979
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	685	1 180	1 116
Handelsgewerbe	550	479	464
Verkehrsgewerbe	510	673	655
Bekleidungs-, Reinigungsgewerbe . .	487	331	394
Metallverarbeitung	474	603	624
Nahrungs- und Genussmittel	370	323	354
Maschinen, Instrumente usw.	339	280	273
Holz- und Schnitzstoffe	292	262	300
Industrie der Steine und Erden . .	269	188	223.

Die Sterbefälle in Preußen nach Berufsabteilungen. — Im Jahre 1913 starben in Preußen 620 455 Menschen, darunter 252 981 = 408 % Kinder im Alter von noch nicht 15 Jahren. Die Sterbefälle haben, trotz der Bevölkerungsvermehrung, abgenommen, insbesondere die der Kinder. Bis zum Jahre 1902 waren mehr als die Hälfte der Gestorbenen Kinder, wenngleich diese nur mit 35 % an der Gesamtbevölkerung beteiligt waren. Es starben

im Jahre	Erwachsene	Kinder, noch nicht 15 Jahre alt (ohne Totgeborene)	zusammen
1893	354 218	392 406 = 526 %	746 624
1894	319 843	360 034 = 530 „	679 877
1895	325 322	364 446 = 528 „	689 768
1896	324 113	342 635 = 514 „	666 748
1897	330 101	352 898 = 517 „	682 999
1898	321 488	343 615 = 517 „	665 103
1899	352 753	367 920 = 511 „	720 673
1900	368 149	377 359 = 506 „	745 508
1901	344 708	369 063 = 517 „	713 771
1902	352 792	324 608 = 479 „	677 400
1903	352 894	355 109 = 502 „	708 003
1904	360 592	341 658 = 487 „	702 250
1905	371 780	355 049 = 488 „	726 829
1906	349 171	324 581 = 482 „	673 752
1907	375 196	305 852 = 449 „	681 048
1908	377 977	316 167 = 455 „	694 144
1909	369 071	298 801 = 447 „	667 872
1910	359 218	278 764 = 437 „	637 982
1911	383 008	313 929 = 450 „	696 937
1912	384 519	251 844 = 396 „	636 363
1913	367 474	252 981 = 408 „	620 455.

Kinder, die vor erlangter Erwerbsfähigkeit sterben, sind für die Volkswirtschaft und die Volkskraft nicht nur ohne Nutzen, sondern bilden auch eine unerwünschte Belastung, da mit ihrem Hingange ein Verlust an Volkskraft und Gut zu beklagen ist.

Werden die Gestorbenen nach ihrem Beruf oder dem ihrer Eltern auf die Berufsabteilungen: A. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei, B. Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe, C. Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art, E. Militär-, Reichs-, Staats-, Gemeinde- usw. Dienst, freie Berufe, F. Ohne Beruf und Berufsangabe usw. verteilt, so ergibt sich, daß gestorben waren

von der	im Jahre 1908	im Jahre 1913
Abteilung	im ganzen	im ganzen
A . . .	164 727	137 376
B . . .	240 878	203 072
C . . .	64 829	58 296
D . . .	48 675	42 930
E . . .	17 926	16 240
F . . .	156 689	162 541

Die Abteilung F, der die Rentner, Altstücker, von Unterstützung Lebenden, Anstaltsinsassen usw. angehören, hat, wie in dem vorausgegangenen Artikel „Die Geburten in Preußen 1914 nach Berufsabteilungen“ ausgeführt ist, verhältnismäßig und der Grundzahl nach die geringste Geburtenzahl; es kann daher der Anteil der Kinder an der Gesamtzahl ihrer Gestorbenen auch nur gering sein. Auch die Abteilung E, für die gleichfalls geringe Geburtenzahl nachgewiesen ist, zeigt schon aus diesem Grunde eine geringe Kindersterblichkeit, wird aber an sich besser gestellt sein. Unter den Abteilungen A, B und C hat C die günstigste Verhältniszahl, B die ungünstigste.

Weiter kamen

auf die	der Bevöl-	der insgesamt Ge-	der gestorben. noch nicht
Berufs-	kerung nach der	storbenden	15 Jahr alten Kinder
abteilung	Berufszählung	im Jahre	im Jahre
	von 1907	1908	1913
A	2 827	2 375	2 214
B	4 222	3 472	3 273
C	1 259	934	940
D	361	702	692
E	501	258	262
F	830	2 259	2 619

Von der Abteilung F sind dreimal so viel Zugehörige gestorben, wie, allerdings nur nach ihrer Gesamtzahl und nicht nach ihrer Zusammensetzung, zu erwarten war; die geringe Kindersterblichkeit entspricht oben Gesagtem. Hierdurch ist bedingt, daß die bedeutendsten Abteilungen A, B und C mit ihren gesamten Sterbefällen zurückblieben hinter ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung, die sie aber hinsichtlich der Kindersterblichkeit überholten. Die Richtigkeit der früheren Berechnung, wonach von den Abteilungen A, B und C in B verhältnismäßig die meisten und in C die wenigsten Kinder starben, wird bestätigt.

Der Zahlenunterschied zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen ergibt für 1908 ein Mehr von 611 675, für 1913 von 552 961. Hierzu tragen sämtliche Berufsabteilungen bei bis auf F, bei der sich ein Weniger von 135 951 und 141 009 ergibt. Die Änderungen berechnen sich

für die	1908	1913
Abt. A	auf 178 398	auf 176 212
„ B	424 658	373 626
„ C	94 950	91 133
„ D	22 666	26 495
„ E	26 954	26 504.

Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1913. —

Am 1. Januar 1913 befanden sich in den Irrenanstalten Preußens 50 549 männliche und 44 419 weibliche Geisteskranken. Im Laufe des Jahres 1913 kamen in Zugang 25 959 m. und 17 051 w. Kranke, so daß im Berichtsjahre insgesamt 137 978 (76 508 m. und 61 470 w.) Geisteskranken in Behandlung waren. Die Zahl der Krankheitsfälle im Jahre 1913 zeigt, wie aus folgender Zusammenstellung für die Jahre 1902 bis 1913 hervorgeht, eine weitere Aufwärtsbewegung. Die bezüglichen Zahlen waren nämlich im Jahre 1902 78 704, 1903 88 892, 1904 92 720, 1905 92 008, 1906 103 355, 1907 108 721, 1908 113 318, 1909 125 181, 1910 127 914, 1911 132 982, 1912 135 079, 1913 137 978.

Die stetige Zunahme der Geisteskranken ist im allgemeinen auf die Vermehrung der Anstalten, die offenbar abnehmende Scheu vor den Irrenanstalten, die größere Beachtung psychischer Erkrankungen usw. zurückzuführen. Es steht aber auch außer Frage, daß die moderne Kultur mit ihrem ruhelosen Treiben und Hasten nach Glücksgütern und Stellungen, die übertriebene Genussucht, der Alkoholmißbrauch und die Zunahme der Geschlechtskrankheiten einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Steigerung haben.

Die nachstehende Übersicht zeigt das Prozentverhältnis zwischen Bestand und Zugang der in Anstalten verpflegten Geisteskranken nach Krankheitsformen für den Staat im Jahre 1913.

Krankheitsformen.	Verpflegte						Es waren von je 100 Verpflegten					
	Bestand		Zugang		zusammen		des betr. Geschlechts		zusammen			
	am 1. Januar						am 1. Januar					
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Einfache Seelenstörung	25 671	27 903	11 772	12 119	37 443	40 022	68,56	69,72	31,44	30,28	48,84	51,66
2. Paralytische Seelenstörung	2 515	889	3 215	892	5 730	1 781	43,89	49,92	56,11	50,08	76,29	23,71
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	13 070	9 684	2 935	2 140	16 005	11 824	81,66	81,90	18,34	18,10	57,51	42,49
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	7 231	5 713	3 071	1 422	10 302	7 135	70,19	80,07	29,81	19,98	59,08	40,92
5. Alkoholismus	2 062	230	4 966	478	7 028	708	29,84	32,49	70,66	67,51	90,88	9,12
Zusammen	50 549	44 419	25 959	17 051	76 508	61 470	66,07	72,26	33,93	27,74	55,45	44,55

Werden die Nerventränken usw. in den Anstalten für Geistes- und Nerventränkheiten mitberücksichtigt, so ergibt sich für 1913 eine Gesamtzahl von 152 351 (84 154 m., 68 197 w.) Verpflegten, von denen sich am 1. Januar 96 704 (51 355 m., 45 349 w.) oder 63,47 v. H. (61,03 m., 66,50 w.) aller Verpflegten bereits in Anstalten befanden, während 55 647 (32 799 m., 22 848 w.) oder

36,53 v. H. (38,97 m., 33,50 w.) im Laufe des Jahres neu aufgenommen wurden.

Bei dem Zugang an Geisteskranken usw. im Jahre 1913 sind in folgender Übersicht die jugendlichen Personen, die erblich Belasteten und die Trunksüchtigen nach Krankheitsformen noch besonders hervorgehoben.

Krankheitsformen.	Zugang überhaupt		Davon waren						Von je 100 des Zugangs (Sp. 2 bez. 3) waren					
			unter 16 Jahre alt		erblich belastet		Trinker		unter 16 Jahre alt		erblich belastet		Trinker	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1. Einfache Seelenstörung	11 772	12 119	107	99	3 115	3 199	1 801	156	0,91	0,82	26,46	26,40	15,30	1,29
2. Paralytische Seelenstörung	3 215	892	11	7	441	123	175	15	0,34	0,78	13,72	13,79	5,44	1,68
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	2 935	2 140	1 116	816	981	662	192	15	38,02	38,13	33,42	30,93	6,54	0,70
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	3 071	1 422	336	244	906	385	686	34	10,94	17,16	29,50	27,07	22,34	2,39
5. Hysterie	523	1 651	26	39	116	279	65	7	4,97	2,36	22,18	16,90	12,43	0,42
6. Neurasthenie	2 466	1 321	23	7	313	199	54	3	0,93	0,53	12,69	15,06	2,19	0,23
7. Chorea	42	91	21	41	3	13	—	—	50,00	45,05	7,14	14,29	—	—
8. Tabes	335	61	—	1	10	2	5	—	—	1,64	2,99	3,28	1,49	—
9. Andere Krankheiten des Nervensystems	2 088	1 439	79	67	73	82	77	3	3,78	4,66	3,50	5,70	3,69	0,21
10. Alkoholismus	4 966	478	3	—	1 071	72	4 966	478	0,06	—	21,57	15,06	100,00	100,00
11. Morphiumismus und andere narkotische Vergiftungen	209	73	—	—	18	2	10	2	—	—	8,61	2,74	4,78	2,74
12. Andere Krankheiten	1 177	1 161	49	45	7	18	19	3	4,16	3,88	0,59	1,55	1,61	0,26
Zusammen	32 799	22 848	1 771	1 366	7 054	5 036	8 050	716	5,40	5,98	21,51	22,04	24,54	3,13

Die Weinerate 1914 in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier. — Obgleich bereits über den Weinmostertrag des Jahres 1914 in sämtlichen preussischen Weinbaugebieten auf S. XXXIII—XXXV der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgange 1915 berichtet wurde, glaubt das Königliche Statistische Landesamt doch auch auf Weiterverbreitung der ihm von den Königlichen Regierungen zu Wiesbaden, Coblenz und Trier, also aus den hauptsächlichsten Weinbezirken, mitgeteilten Ergebnisse der besonderen Ermittlungen über die „Weinkreuzung“ an dieser Stelle Bedacht nehmen zu sollen. Die Anregung hierzu gründet sich auf einen tieferen Einblick in unsere Weinkulturen, den diese Ermittlungen gewähren, indem sie die Nachrichten nicht nur für ganze Gewächsgebiete, sondern für die einzelnen Weinorte bringen und das Rebland nicht nur nach weißem und rotem Gewächs, sondern auch nach den gepflanzten Sorten unterscheiden.

Abgesehen von geringen Abweichungen gegen die in jener bereits veröffentlichten Moststatistik angegebenen Flächen und Erträge, umfaßte nach den besonderen Ermittlungen das gesamte Rebland 1914 in den drei Bezirken 18 718 (im Vorjahre 18 686) ha oder 92,7 Hundertteile der in Preußen überhaupt vorhanden gewesenen 20 191 (im Vorjahre 93,0 v. H. bei 20 093) ha. Davon standen im Ertrage 15 516 (15 587) ha, die zusammen 209 058 (209 845) hl Most brachten oder durchschnittlich 13,47 (13,46) hl vom Hektar. Mit weißem Gewächs waren 14 608

(14 638), mit rotem 908 (949) ha bepflanzt; von ersterem wurden 203 392 (207 110), von letzterem 5 666 (2 735) hl oder durchschnittlich 13,92 (14,15) bezw. 6,24 (2,88) hl vom ha erlkert. Die Flächen und Erträge verteilten sich im Berichtsjahre auf die Kreise und Regierungsbezirke, wie folgt:

Kreise des Regierungsbezirkes Wiesbaden:	Gesamtes Rebland	Im Ertrage stehende Fläche mit		Ertrag an	
		weißen	roten	weißem	rotem
	ha	ha	ha	hl	hl
Frankfurt a. M., Stadt	36,00	10,00	—	—	—
Höchst	9,50	2,75	0,10	12,00	5,00
Limburg	1,36	1,01	0,32	6,00	1,00
Oberlahnkreis	2,77	1,25	1,37	25,00	7,50
Oberaunskreis	2,65	0,27	0,15	—	—
Rheingaukreis	2 505,10	1 989,10	32,40	8 191,08	21,00
Sanft Goarshausen	808,88	486,27	24,10	757,47	6,90
Unterlahnkreis	39,08	29,19	2,39	151,80	1,05
Wiesbaden, Stadt	8,00	7,00	—	70,22	—
Wiesbaden, Land	549,21	294,36	2,50	2 151,88	11,50
zusammen	3 962,55	2 821,23	63,33	11 365,15	53,95
Kreise des Regierungsbezirkes Coblenz:					
Adenau	1,34	—	1,34	—	—
Ahrweiler	1 056,73	90,07	643,76	387,50	4 723,42
Coblenz, Stadt	46,00	37,50	—	270,00	—

[c]

Nach: Kreise des Regierungsbezirk	Gesamtes Rebland	Im Ertrage stehende Fläche mit weißen roten Trauben			Ertrag an weißem Weinmost	Ertrag an rotem Weinmost
Coblenz:	ha	ha	ha	hl	hl	hl
Coblenz, Land	507,08	387,80	0,06	5 421,20	—	—
Cochem	1 049,89	959,70	—	19 395,00	—	—
Kreuznach	3 256,70	2 721,81	30,65	3 116,76	56,60	—
Magen	148,64	141,39	0,44	2 601,94	—	—
Reifenheim	356,35	254,07	0,50	109,70	—	—
Neuwied	600,18	231,92	151,86	3 583,12	829,60	—
Sankt Goar	1 306,12	1 097,40	15,75	2 447,05	2,20	—
Sell	1 120,25	1 074,14	—	42 670,00	—	—
zusammen	9 449,23	6 995,30	844,35	80 002,27	5 611,82	—

Kreise des Regierungsbezirk	Im Ertrage stehende Fläche mit weißen roten Trauben			Ertrag an weißem Weinmost	Ertrag an rotem Weinmost
Trier:	ha	ha	ha	hl	hl
Berncastel	1 545,82	1 466,00	—	44 133,00	—
Bitburg	8,15	8,15	—	65,50	—
Merzig	12,00	12,00	—	112,00	—
Saarbrücken	0,12	0,12	—	—	—
Saarlouis	1 085,70	961,95	—	18 033,75	—
Sankt Wendel	33,38	13,58	—	0,50	—
Sankt Vith	64,56	46,08	—	—	—
Trier, Stadt	35,17	30,49	—	587,55	—
Trier, Land	1 757,68	1 537,84	—	28 279,80	—
Wittlich	763,41	715,01	—	20 812,50	—
zusammen	5 305,74	4 791,22	—	112 024,60	—

überhaupt alle drei

Bezirke 18 717,52 14 607,75 807,68 203 392,02 5 005,77.

Unter den Weißweinen nimmt der Riesling die größte Fläche ein; mit ihm waren im Berichtsjahre in den drei Bezirken zusammen 9 550 (im Vorjahre 9 514) ha bestockt, von denen 181 895 (178 505) hl erklert wurden. An zweiter und dritter Stelle folgen der Österreich mit 1 616 (1 620) ha und 6 752 (9 655) hl und der Kleinberger mit 1 209 (1 283) ha und 10 384 (3 487) hl Mostertrag. In den Bezirken Wiesbaden und Coblenz werden außerdem Orleans und Traminer (Müländer) gepflanzt, die sich im Berichtsjahre als wenig lohnend erwiesen haben; denn von 83,8 ha (im Vorjahre 48,3) bzw. 28,4 (31,9) ha wurden nur 45,2 hl (365,0) bzw. 14,8 (76,8) hl gewonnen. Ferner waren im Bezirk Coblenz mit Mallinger 9,1 (10,0) ha, mit Gutedel 6,6 (4,9) und mit Ortlieber 2,9 (3,2) ha bestockt, die 93,6 (3,0), 16,1 (8,8) und 8,6 (2,8) hl Most ergaben. Der Rest von 2 102 (2 114) ha und 4 184 (15 007) hl bestand in allen drei Bezirken aus gemischten weißen Gewächsen. Unter den Rotweinen ist der Spätburgunder, der nur im Regierungsbezirk Coblenz gebaut wird, am stärksten vertreten; seine Bestockung umfaßte 681,2 (im Vorjahre 699,9) ha, wovon 4 418,5 (1 896,7) hl erklert wurden. Ein weiteres nur Coblenzer Gewächs ist der Portugieser mit 110,5 (107,1) ha und 1 088,4 (687,8) hl Mostertrag. Es folgen in den Bezirken Wiesbaden und Coblenz Frühburgunder mit zusammen 63,1 (83,5) ha und 123,6 (102,1) hl, Klebrot mit 52,5 (58,1) ha und 35,4 (48,5) hl. Ein Versuch im Coblenzer Bezirk mit 0,45 ha Spätrot ist erfolglos gewesen. Im Trierer Bezirk werden Rotweine nicht gezogen. Wie sich die einzelnen Sorten auf die drei Regierungsbezirke verteilen, zeigt nachstehende Übersicht.

a) Weiß-	Wiesbaden		Coblenz		Trier	
weine:	ha	hl	ha	hl	ha	hl
Riesling	1 480,25	4 610,87	4 030,46	75 183,34	4 039,25	102 100,55
Orleans	38,07	31,00	45,20	14,20	—	—
Traminer (Mül- länder)	22,50	14,00	5,91	0,50	—	—
Österreich	621,11	4 950,06	974,27	1 582,05	21,04	219,85
Kleinberger	201,41	71,20	367,42	1 235,30	639,81	9 077,00
Mallinger	—	—	9,12	93,80	—	—
Gutedel	—	—	6,80	16,05	—	—
Ortlieber	—	—	2,90	8,60	—	—
Gemischte Ge- wächse	457,89	1 688,22	1 553,42	1 868,63	91,12	627,20
zusammen	2 821,23	11 365,15	6 995,30	80 002,27	4 791,22	112 024,60

b) Rot-	Wiesbaden		Coblenz		Trier	
weine:	ha	hl	ha	hl	ha	hl
Klebrot	38,77	32,85	13,71	2,50	—	—
Frühburgunder	24,56	21,10	38,50	102,45	—	—
Spätburgunder	—	—	681,16	4 418,47	—	—
Portugieser	—	—	110,53	1 088,40	—	—
Spätrot	—	—	0,45	—	—	—
zusammen	63,33	53,95	844,35	5 611,82	—	—

Über die Erträge nach Menge (Herbst) und Güte sowie über die Preise für Most und die zum Verkaufe gelangten Trauben in den wichtigeren Weinorten (mit mindestens 50 ha im Ertrage stehenden Reblandes) sind folgende Mitteilungen zu machen.

Bei der nachstehenden Übersicht ist zu berücksichtigen, daß überall, wo auf den Ortsnamen nur eine Zahlenreihe folgt, diese sich auf Weißwein, bei zwei geklammerten Zeilen die obere sich gleichfalls auf Weiß- und die untere auf Rotwein bezieht. Weiter ist zu beachten, daß die Mostpreise für jeden Regierungsbezirk auf einer anderen Mengeneinheit beruhen, und zwar für Wiesbaden und Coblenz auf 12 bzw. 1 hl und für Trier auf 1 Fuder oder 960 l. Die Traubenpreise beziehen sich für letzteren Bezirk auf 50, sonst auf 100 kg.

Die erwähnten Ermittlungen in den wichtigeren Orten, d. h. in solchen mit mindestens 50 ha im Ertrage stehenden Reblandes, bezifferten sich, wie folgt:

im	im	Most-	Preis für	Beurteilung	
R.-B.	Er-	ertrag	12 hl	des Ertrages nach	
Wiesbaden:	trage	hl	Most	Herbst	Güte
ha	ha	hl	hl	hl	hl
Altmannshausen	{ 32,9 32,1	{ 35,7 21	. .	1/8 1/8	{ mittel mittel
Eibingen	70	438	600	1/12	mittel
Etzweiler	160	475,4	.	1/12	mittel
Erbach	110	336	.	1/10	mittel
Geisenheim	178,2	570	.	1/12	gut
Haßgarten	125	552	.	1/10	mittel
Hattenheim	119	620	.	sehr gering	gut
Hochheim	175	1 476	53	1/2	ziemlich gut
Johannisberg	65	235	.	1/10	mittel
Ramp	{ 50 3	{ 82 0,7	. .	1/8 Weisernte	{ mittel mittel
Raub	{ 182 1	{ 96 .	750 .	1/8	{ gut gut
Riedrich	75	160	.	sehr gering	mittel bis gut
Rord	{ 142,7 0,3	{ 370 .	640 .	sehr gering	{ mittel bis gut
Rordhausen	68	276	.	1/8	gut
Mittelheim	105	560	.	1/8	gut
Neudorf	58	193	.	1/8	mittel bis gut
Östlich	220	1 080	.	1/10	mittel
Rautenthal	80	306	.	sehr gering	mittel
Rüdesheim	180	990	.	1/8	mittel
Winkel	165	864	.	1/8	mittel;
im R.-B. Coblenz:			1 hl	100 kg	
			hl	kg	
Ahrweiler	{ 5 185	{ 87 1 576	. .	27 50	{ 1/7 bis gut
Alf	50	2 050	.	26	2/8 mittel
Altenahr	{ 7 45	{ 21,3 252	. .	30 40	{ 1/10 ziemlich gut
Bacharach	141	111,3	.	40	1/8 mittel
Bingerbrunn	{ 62,5 0,5	{ 100 0,5	. .	48 40	{ 1/38 1/30 mittel
Boppard	{ 120 0,5	{ 379 .	. .	50 .	{ 1/8 gut
Bremm	62	1 260	40	28	1/2 mittel
Breidenheim	{ 97 3	{ Weisernte mittel
Briedel	108	3 024	39	25	1/2 mittel
Bruttig	60	620	40	24	1/3 mittel
Burg	54	1 200	46	28	2/8 mittel
Cochem	74	2 300	.	32	2/8 mittel
Dernau	{ 1 84	{ 20 604	. .	36 50	{ 1/10 1/8 gut
Dorsheim	{ 49 1	{ 95 1	36 45	. .	{ 1/20 gering

noch: im R.-B. Coblenz:	im Er- trage ha	Most- ertrag hl	Preis für 1 hl Most M	Preis für 100 kg Trauben M	Beurteilung des Ertrages nach Herbst Güte
Ediger	84	1 500	42	28	1/2 mittel
Ellenz-Poltersdorf	52	1 200	42	28	1/2 mittel
Eller	57	1 200	40	26	1/2 mittel
Enkirch	143	7 300	48	30	1/2 mittel
Fankel	50	250	35	24	1/2 mittel
Gutenberg	55	55	24	.	1/40 schlecht
Heddesheim	140	150	.	30	1/75 mittel
Klotten	75	1 327	45	30	1/5 mittel
Kreuznach	475 5	440 12	42 42	16 16	1/22 1/20 } gering
Langenlonsheim	195 5	240 10	32 28	28 24	1/28 gering
Laubenheim	83 2	249 5	36 26	.	1/12 mittel
Leutesdorf	101 2	2 283 163	45 39	26 22	1/2 2/4 } gut
Mandel	60	12	34	.	1/240 gering
Manubach	68,5 0,5	80	.	36	1/30 mittel
Mayßsch	5 85,1	24 1 146	.	36 48	1/2 gut
Merl	79,8	3 150	38	26	1/8 } mittel bis gut
Mongingen	100	24	40	.	1/100 gering
Müden	59	1 800	40	28	1/2 mittel
Münster b. Hgbr.	55 6	132	.	.	1/20 } mittel
Neef	51,7	1 600	.	30	2/3 mittel
Niederhausen	95	30	31	.	1/122 gering
Norheim	58	12	.	.	1/224 gering
Oberdiebach	108 3	87	50	36	1/30 } mittel
Oberheimbach	62 1	.	.	.	Mißernte
Oberwesel	110 2	300 1,5	.	40 50	1/18 1/40 } mittel
Pommern	76	3 100	52	35	2/5 zieml. gut
Pünderich	54	1 500	40	26	2/5 mittel
Rech	7 43	120 460	.	30 46	1/8 1/4 } mittel
Rogheim	50 0,5	.	.	.	Mißernte
Sarmsheim	46 4	120 24	46 36	.	1/10 1/8 } mittel
Schloßbödelheim	50	39	70	.	1/60 mittel
Steeg	103,5 0,5	350	.	39	1/11 mittel
Traben-Trarbach	186	9 166	42	28	1/2-1/2 mittel
Treis	81	855	38	22	1/7 ganz gering
Unkel	2 48	28 172	.	30 44	1/6 } mittel
Walwig	70	850	60	38	1/4 mittel
Waldbödelheim	59,8	72	30	.	1/40 gering
Waldbilbersheim	55,2 0,8	75	30	.	1/36 } gering
Wallhausen	123,5 0,5	412 1	.	28 28	1/14 1/24 } gering
Weiler b. R.	50	30	40	.	1/67 gering
Windeckheim	59 1	70,8 1	29 29	.	1/40 1/40 } gering
Winningen	180	3 500	70	.	1/4 mittel bis gut
Zell	115	4 000	395	26	1/4 mittel;
im R.-B. Trier:			960 l Most M	50 kg Trauben M	
Alf	55	750	.	.	2/5 unter mittel
Berncastel-Gues	182	8 150	.	21-33	mittel mittel
Dezem	70	930	.	14	1/4 sehr gering
Dhron	60	1 800	.	15	1/2 mittel
Erden	58	2 320	.	.	2/5 mittel
Graach	104	3 000	500	16-17	1/2 mittel
Kajel	68	1 020	.	.	1/4 mittel
Keften	51	970	400	14	1/5 mittel
Kinheim	80	3 000	.	15-18	1/2 mittel
Klüßerath	90	1 970	450	15	1/8 mittel
Konj	56	667	.	.	1/8 gering

noch: im R.-B. Trier:	im Er- trage ha	Most- ertrag hl	Preis für 960 l Most M	Preis für 50 kg Trauben M	Beurteilung des Ertrages nach Herbst Güte
Arbo	134	7 000	.	14-15	1/2 mittel
Bürenj	67,8	1 000	300-500	.	1/4-1/2 gering
Leimen	60	1 500	.	.	1/4 mittel
Lieser	110	4 400	450	15-18	1/2 mittel
Marling-Rodiand	116	1 450	450-480	15-16	1/6-1/8 mittel
Mehring	72	1 850	450	15	1/2 mittel
Mertesdorf	54	1 030	425-500	.	1/4-1/2 sehr gering
Minheim	50	1 100	400	14	1/5 mittel
Neumagen	87	2 730	.	16	2/5 mittel
Niederemmel	70	1 350	500	15	1/4 mittel
Nittel	66,5	1 000	300	.	1/3 gering
Oberemmel	83	1 600	480	.	1/2 sehr gering
Oßen	78	900	.	.	1/5 mittel
Osann	80	1 200	.	12-15	1/4 mittel
Reil	116	3 200	400	14	1/2 mittel
Schoden	54	1 550	.	.	1/2 mittel
Schweich	60	600	450	13	1/5 mittel
Serrig	100	1 540	.	.	1/3 mittel
Trittenheim	75	1 385	.	.	2/4-1/4 mittel
Uzig	51	1 600	.	22-23	1/4 gut
Velbenj	55	980	.	.	1/4 mittel
Waldrach	55	1 200	.	15	1/3 gering
Wehlen	90	3 600	.	.	1/2 mittel
Wiltzingen	145	4 500	.	.	1/2 mittel
Wincheringen	52	500	.	.	1/5 gering
Wintrich	70,5	785	400	14	1/6 mittel
Zeltingen-Nachtig	197	5 900	.	.	1/8 mittel.

Das Rebland der vorstehend aufgeführten 115 Orte war in 86 mit nur weißen, in 29 mit weißen und roten Trauben bestockt. Auf den Regierungsbezirk Wiesbaden entfallen 20 Orte, deren Ertragsfläche zusammen 2 397,2 ha (2 360,8 Weiß- und 36,4 Rotwein) umfaßte, auf Coblenz 57 Orte mit 5 209,0 ha (4 680,3 und 528,7) und auf Trier 38 Orte mit 3 122,8 ha, von denen nur weißes Gewächs gezogen wird. Von diesen Flächen ergab die Kelter in Wiesbaden 9 736,8 hl (9 715,1 Weiß- und 21,7 Rotwein), in Coblenz 63 429,4 hl (59 000,4 bzw. 4 429,0) und in Trier 80 027,0 hl Weißwein. Hiernach berechnet sich der durchschnittliche Hektarertrag für Wiesbaden auf 4,12 hl beim Weiß- und 0,80 hl beim Rotwein, für Coblenz auf 12,61 bzw. 8,88 hl und für Trier auf 25,63 hl. Diese Durchschnittserträge übertrafen die ungünstigsten Ergebnisse der seit 1906 bekannten besonderen Ertragsmittelungen, nämlich die des Jahres 1913, nur wenig. Immerhin ist der Mostgewinn in einigen Lagen doch reichlich ausgefallen.

Der Güte nach wurde der Weißwein in 9 Orten als „gut“, 3 mal als „ziemlich gut“, 6 mal als „mittel bis gut“, 71 mal als „mittel“, 1 mal als „unter mittel“, 17 mal als „gering“, 4 mal als „sehr gering“, 1 mal als „schlecht“ und 3 mal als „Mißernte“, der Rotwein 4 mal als „gut“, 1 mal als „ziemlich gut“, 1 mal als „mittel bis gut“, 10 mal als „mittel“, 6 mal als „gering“, 3 mal als „Mißernte“ beurteilt; 4 mal fehlte eine Angabe.

Von der Einzelaufzählung auch der Weinorte mit weniger als 50 ha Ertragsfläche, die sich auf 347 Gemeinden bezifferten, ist wegen zu weit gehender Ausdehnung abgesehen worden; für sie dürften folgende summarische Angaben genügen. Von ihnen kamen auf den Regierungsbezirk Wiesbaden 45 Orte, in denen 1 650,1 hl Weiß- und 32,8 hl Rotwein von 460,4 bzw. 26,9 ha Rebfläche erfeltert wurden; auf Coblenz kamen 174 mit 21 001,9 bzw. 1 182,8 hl von 1 786,3 bzw. 315,7 ha und auf Trier 128 mit 31 997,6 hl Weißwein von 1 668,4 ha. Der durchschnittliche Hektarertrag stellte sich demnach in den kleinen Gemeinden, abgesehen vom Rotwein in Wiesbaden, zumeist erheblich niedriger heraus als in den großen, und zwar im genannten Bezirke auf 3,6 hl vom Weiß- und 1,2 hl vom Rotwein, in Coblenz auf 11,8 bzw. 3,7 hl und in Trier auf 19,2 hl vom Weißwein.

Den Nachrichten ist noch zu entnehmen, daß der Beerenanlass durch wiederholte Kälterückschläge in der Blütezeit sehr beeinträchtigt

wurde. Auch während des Sommers und Herbstes war die Bitterung den Trauben nicht günstig; die bekannten Rebschädlinge, wie Heu- und Säuerwurm, Peronospora, Schimmelpilz, traten im Berichtsjahre besonders stark auf. Obgleich dagegen mit den üblichen Bekämpfungsmitteln (Besprüngen mit Kupferkalkbrühe und Nikotin sowie Schwefeln) rechtzeitig und kräftig eingeschritten wurde, blieb der Erfolg zumeist aus; vielfach sind die Beeren zusammengekrumpft und abgefallen. Mancher Weinberg brauchte wegen Mißernie nicht gelesen zu werden und der Stand noch manches anderen lohnte kaum das Keltern.

Infolge der ungünstigen Kelterergebnisse dürften 1914 größere Mengen Trauben zum Verkauf gelangt sein als in anderen Jahren. Ziffermäßige Mitteilungen über den Umfang des Verkaufs in größeren Posten und über die erzielten Preise finden sich jedoch nur in den Nachrichten aus dem Regierungsbezirk Trier, während aus Koblenz die Preise allein und aus Wiesbaden weder Mengen noch Preise bekannt geworden sind. Nach den vorliegenden Gesamtangaben aus den Kreisen Trier (Land) und Wittlich bezifferten sich die abgesetzten Mengen in diesen auf 2 941,3 bzw. 320,0, zusammen auf 3 261,3 Zentner. Wieviel Trauben in kleinen Mengen verkauft worden sind, ist nicht bekannt. Über die gezahlten Einheitspreise gibt vorstehende Zusammenstellung der größeren Weinorte Auskunft.

Schließlich folgt noch eine Vergleichung der Gesamterträge an Weiß- und Rotweinen in den einzelnen Jahren dieser besonderen Ermittlungen, die sehr erhebliche Unterschiede in der Kreszenz nachweist. Am ungünstigsten war das Ergebnis von 1913, das von der Kelter des Berichtsjahres nur wenig übertroffen wurde, während 1911 und 1912 die besten Erträge hatten. Von einer Mitteilung des Geldwertes der Gesamterträge mußte abgesehen werden, weil die Nachrichten der Ortsbehörden zu ihrer Berechnung nicht immer geeignet sind, vielfach auch ganz fehlen. Der in den drei Regierungsbezirken seit 1906 gefektete Most brachte in Hektolitern folgende Mengen:

	Jahre	Weißweine	Rote Weine	überhaupt
Reg.-Bez. Wiesbaden	1914	11 365,15	53,95	11 419,10
	1913	9 224,09	57,61	9 281,70
	1912	57 217,19	797,66	58 014,85
	1911	63 398,20	662,44	64 060,64
	1910	13 650,28	88,02	13 738,28
	1909	39 305,71	419,53	39 725,24
	1908	40 607,04	416,28	41 023,32
	1907	36 734,97	236,90	36 971,87
Reg.-Bez. Koblenz	1914	12 772,43	239,15	13 011,58
	1913	80 002,27	5 611,82	85 614,09
	1912	95 708,02	2 677,15	98 385,17
	1911	161 985,94	18 522,40	180 508,34
	1910	183 756,50	12 293,70	196 050,20
	1909	116 411,30	3 147,70	119 559,00
	1908	148 289,26	6 718,13	155 007,39
	1907	150 577,83	12 811,72	163 389,55
Reg.-Bez. Trier	1914	142 934,32	10 609,58	153 543,90
	1913	124 752,26	8 114,13	132 866,39
	1912	112 024,60	—	112 024,60
	1911	102 178,25	—	102 178,25
	1910	167 312,74	—	167 312,74
	1909	288 004,15	—	288 004,15
	1908	113 955,40	—	113 955,40
	1907	107 591,34	—	107 591,34
alle drei Bezirke zusammen	1914	165 585,19	—	165 585,19
	1913	143 558,11	—	143 558,11
	1912	94 868,97	—	94 868,97
	1911	203 392,02	5 665,77	209 057,79
	1910	207 110,36	2 734,76	209 845,12
	1909	386 515,87	19 320,06	405 835,93
	1908	535 158,85	12 956,14	548 114,99
	1907	244 016,96	3 235,72	247 252,68

Der Weinmostertrag in Preußen 1915. — Nach den Ergebnissen der Anbauermittlung vom Juni 1915 waren in Preußen 19 598 ha Rebland vorhanden, von denen 16 429 ha bepflanzt waren, und zwar 15 045 mit weißem und 1 384 mit rotem Gewächs; die übrigen 3 169 ha standen nicht im Ertrage. Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilten sich diese Flächen, wie folgt:

Regierungsbezirk	Hektar Rebland		nicht im Ertrage	überhaupt
	im Ertrage	zu-		
	bestockt mit weißem rotem Gewächse	sammen		
Potsdam	—	3	—	3
Frankfurt	74	43	117	131
Posen	4	95	99	100
Regen	291	308	599	635
Merseburg	214	71	285	419
Erfurt	1	—	1	1
Cassel	8	1	9	50
Wiesbaden	2 925	62	2 987	3 942
Koblenz	6 643	780	7 423	8 939
Cöln	31	15	46	49
Trier	4 854	6	4 860	5 329

Der Mostertrag und dessen Wert wird dem Erlasse des Herrn Reichskanzlers vom 10. Juli 1902 entsprechend nach den Auskünften der Ortschaften mit einer im Ertrage stehenden Rebfläche von je mindestens 20 ha berechnet. Im verflossenen Jahre gab es 228 solcher Weingemeinden mit zusammen 14 585 ha oder 89 Hundertteilen der ganzen bestockten Fläche. Für die Berechnung des Ertrages nach Hektoliter und Wert der übrigen 11 Hundertteile sind dieselben Verhältnisse angenommen, wie sie sich für jene 89 in den betreffenden Weinbaugebieten herausgestellt haben.

Seit 1908 erfolgt die weitere Aufbereitung der Moststatistik nicht mehr, wie früher, nach politischen, sondern — weil charakteristischer — nach natürlichen Gebieten, deren Gewächse von annähernd gleicher Art sind. Als solche Weinbaugebiete werden in Preußen angenommen: 1. die in den Regierungsbezirken Frankfurt, Posen und Regensburg, 2. die im Regierungsbezirk Potsdam und in einigen Kreisen des Merseburger Bezirkes sowie 3. die im Saale- und Unstrutgebiete vorkommenden Weingemeinden, 4. das Maingebiet, 5. der Rheingau, 6. das Rheingebiet außer dem Rheingau, 7. das Nahegebiet, 8. die Gebiete der Mosel, Saar und Ruwer, 9. das Ahr-, 10. das Lahnggebiet und 11. die in den Kreisen Erfurt (Land), Wismhausen, Gelnhausen und Ober-Taunus vereinzelt vorkommenden Weinbau treibenden Gemeinden. Da es im 2., 10. und 11. Gebiete an Weingemeinden mit 20 und mehr Hektaren ertragfähigen Reblandes fehlte, mußten für diese die Staatsdurchschnittsziffern ausbessern.

Der so errechnete Ertrag des ganzen bestockten Reblandes von 16 429 ha bezifferte sich im Berichtsjahre auf 737 905 hl Most im Werte von 44 390 575 M, wovon 708 933 hl bzw. 42 793 764 M auf Weiß- und 28 972 hl und 1 596 811 M auf Rotweine entfielen. Von beiden Gewächsen zusammen brachte das Hektar also durchschnittlich 44,9 hl im Werte von 2 702 oder 60,2 M für das Hektoliter; bei den Weißweinen ergaben sich 47,1 hl bzw. 2 844 M, bei den roten 20,9 hl bzw. 1 154 M vom Hektar, so daß der Wert für das Hektoliter des Weißweins 60,4 und der des Rotweins 55,1 M beträgt. Wie sich diese Ergebnisse in den einzelnen Weinbaugebieten verhalten, ist der Zusammenstellung auf S. XXIII (oben links) zu entnehmen.

Obgleich das Berichtsjahr hinsichtlich der Menge und Güte sowie des Gesamtwertes des gefekteten Mostes das lohnendste seit 1902, dem ersten Jahre dieser Ermittlungen, war, erreichte der durchschnittliche Hektoliterpreis mit 60,2 M doch nicht den manches anderen Jahrgangs (1906, 1913, 1911 und 1910); denn bei der Preisbildung dürfte nicht die Güte allein, sondern auch das nach dem ungewöhnlich hohen Ertrage starke Angebot und, wie die Berichte vielfach besagen, die infolge des Krieges verminderte Nachfrage mitbestimmend gewesen sein. Eine Vergleichung des Mostgewinnes

Weinbau- gebiet	Bestockte Fläche ha	Ertrag				Wert eines Hektoliters M
		überhaupt hl	M	vom Sektar hl	M	
Weiß- und Rotweine zusammen:						
1.	815,8	9 355	339 183	11,5	416	36,3
2.	41,0	1 336	78 182	32,6	1 907	58,5
3.	245,7	2 710	109 331	11,0	445	40,3
4.	145,4	5 646	425 925	38,8	2 929	75,4
5.	2 255,7	64 427	7 607 054	28,6	3 372	118,1
6.	2 015,0	29 041	1 820 338	14,4	903	62,7
7.	2 775,9	68 391	3 187 490	24,6	1 148	46,6
8.	7 450,5	534 944	29 629 871	71,8	3 977	55,4
9.	644,9	20 276	1 086 115	31,4	1 684	53,6
10.	34,5	1 554	93 565	45,0	2 712	60,2
11.	5,1	225	13 521	44,1	2 651	60,1;
Weißweine:						
1.	369,1	4 313	153 245	11,7	415	35,5
2.	18,3	862	52 065	47,1	2 845	60,4
3.	195,0	2 184	81 261	11,2	417	37,2
4.	142,8	5 511	419 445	38,8	2 937	76,1
5.	2 220,6	63 884	7 541 060	28,8	3 396	118,0
6.	1 806,0	26 392	1 653 211	14,8	915	62,6
7.	2 753,4	67 561	3 145 817	24,5	1 148	46,6
8.	7 443,6	534 323	29 567 771	71,8	3 972	55,3
9.	59,5	2 193	76 605	36,6	1 279	34,9
10.	31,8	1 498	90 479	47,1	2 845	60,4
11.	4,5	212	12 805	47,1	2 846	60,2;
Rotweine:						
1.	446,5	5 042	185 938	11,3	416	36,9
2.	22,7	474	26 117	20,9	1 151	55,1
3.	50,7	526	28 070	10,4	554	53,4
4.	2,8	135	6 480	51,9	2 492	48,0
5.	35,1	543	65 994	15,5	1 880	121,5
6.	209,0	2 649	167 127	12,7	800	63,1
7.	22,5	830	41 673	36,9	1 148	50,2
8.	6,9	621	62 100	90,0	9 000	100,0
9.	585,0	18 083	1 009 510	30,9	1 726	55,8
10.	2,7	56	3 086	20,9	1 143	55,1
11.	0,6	13	716	20,9	1 193	55,1.

und seines Geldwertes in den einzelnen Jahren seit 1902 gewährt folgende Übersicht:

im Jahre	Wein- gemein- den	Rostertrag			Durchschnitts- Ertrag v. Sektar hl	Preis für das Hektoliter M
		von Sektaren	überhaupt hl	im Gesamtwerte M		
1902 ..	250	18 336	418 842	18 163 130	22,8	43,4
1903 ..	252	18 316	598 933	21 861 055	32,7	36,5
1904 ..	250	18 305	604 721	36 272 489	33,0	60,0
1905 ..	247	18 208	335 215	16 335 812	18,4	48,7
1906 ..	245	18 100	283 669	19 214 497	15,7	67,7
1907 ..	240	18 033	370 107	20 477 016	20,5	55,3
1908 ..	242	17 668	355 153	17 005 877	20,1	47,9
1909 ..	240	17 601	309 446	15 437 494	17,6	49,9
1910 ..	238	17 232	263 107	21 940 795	15,8	83,4
1911 ..	237	17 100	537 197	44 136 256	31,4	82,2
1912 ..	236	17 101	422 558	21 511 808	24,7	50,9
1913 ..	233	17 216	218 264	15 925 798	12,7	73,0
1914 ..	236	16 986	223 302	11 683 994	13,1	52,3
1915 ..	228	16 429	737 905	44 390 575	44,9	60,2.

Die Güte des letzten Jahrgangs ist in den einzelnen Lagen zwar sehr verschieden, im ganzen aber besser als die der früheren, mit alleiniger Ausnahme von 1911, ausgefallen; im Staatsdurchschnitte waren bei den Weißweinen 41 v. H. der gewonnenen Menge als „sehr gut“, 52 als „gut“ und 7 als „mittel“ zu beurteilen, während bei dem roten Gewächse 1 v. H. als „sehr gut“, 18 als „gut“ und 81 als „mittel“ befunden wurden. Aus dem 2., 10. und 11. Weinbaugebiete waren Gutachten, überhaupt Berichte, nicht abzugeben, da es hier, wie schon vorher erwähnt, an Weingemeinden mit 20 und mehr Hektaren ertragfähigen Reblandes fehlte. Nach der seit 1906 eingeführten Begutachtung ergaben sich im Berichtsjahre von den in den Gebieten 1 und 3 bis 9 gewonnenen Mengen die nachstehend zusammengestellten Hundertteile, denen eine Vergleichung der Staatsdurchschnittsziffern folgt, und zwar:

Weinbaugebiet	Gewächs (weißes-w., rotes-r.)	sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering
1.	w.	—	1	99	—	—
	r.	—	1	99	—	—
3.	w.	—	23	77	—	—
	r.	—	20	80	—	—
4.	w.	100	—	—	—	—
	r.	100	—	—	—	—
5.	w.	70	30	—	—	—
	r.	7	93	—	—	—
6.	w.	35	64	1	0	—
	r.	3	93	4	—	—
7.	w.	32	68	—	—	—
	r.	13	87	—	—	—
8.	w.	39	54	7	—	—
	r.	—	100	—	—	—
9.	w.	—	3	97	—	—
	r.	—	8	92	—	—
Staat 1915.	w.	41	52	7	0	—
	r.	1	18	81	—	—
„ 1914.	w.	—	11	81	7	1
	r.	13	43	44	0	—
„ 1913.	w.	2	19	64	14	1
	r.	—	3	84	13	0
„ 1912.	w.	—	4	53	31	12
	r.	—	12	56	21	11
„ 1911.	w.	33	59	8	0	—
	r.	10	69	21	0	—
„ 1910.	w.	—	12	84	4	0
	r.	—	19	76	5	0
„ 1909.	w.	—	8	75	16	1
	r.	—	20	58	13	9
„ 1908.	w.	1	23	74	2	0
	r.	9	44	47	0	0
„ 1907.	w.	—	19	79	2	0
	r.	—	67	26	6	1
„ 1906 (w. u. r. zus.) . .		3	54	37	5	1.

Trotz der sehr ergiebigen Kelter sind vom letzten Jahrgang an nicht gefelterten Trauben bedeutend größere Mengen zum Verkauf gelangt als in den Vorjahren. Nach den Berichten der Gemeinden mit 20 und mehr Hektaren Ertragsfläche belief sich der Verkauf im 1. Weinbaugebiete auf 60 dz und der Erlös dafür auf 3 120 M, der im 3. Gebiete auf 57,5 dz bzw. 2 082,50 M, im 6. auf 210 bzw. 8 476, im 8. auf 145 bzw. 7 425, zusammen auf 472,5 dz und 21 103,50 M gegen 249 dz und 9 624 M im Vorjahre. Der Absatz in den nicht zum Bericht herangezogenen Gemeinden mit weniger als 20 ha Fläche ist nicht bekannt.

Aus den weiter oben zusammengestellten Flächenziffern geht hervor, daß der Weinbau mehr und mehr zurückgegangen ist, und zwar von 18 336 ha im Jahre 1902 auf 16 429 im Berichtsjahre, also um 10,4 Hundertteile der gesamten bestockten Rebfläche. Über den Grund des hauptsächlich in den Weinbaugebieten der östlichen Regierungsbezirke festgestellten Rückgangs läßt sich nur aus einigen Berichten dieser Gegenden entnehmen, daß manche Rebanlage, die wegen zu geringen Ertrages ausgerodet wurde, nicht wieder bepflanzt werden soll; aber auch in den meisten westlichen Gebieten hat eine geringe Abnahme stattgefunden. So haben seit 1902, abgesehen von den unbedeutenderen östlichen Bezirken, die Weinbaugebiete der Regierungsbezirke Frankfurt, Liegnitz und Merseburg 69 bzw. 53 und 61, die wichtigeren westlichen Bezirke Wiesbaden und Coblenz 5 und 12 Hundertteile ihrer Flächen verloren; eine Zunahme hat sich nur im Regierungsbezirke Trier (23 v. H.) ergeben.

Den Nachrichten ist ferner zu entnehmen, daß der warme, sonnige Vorfommer der Blüte und Traubenentwicklung sehr günstig war. Schädlinge, wie Heu- und Sauermurm sowie Schimmelpilz und Peronospora, die wohl in keinem Jahre ganz ausbleiben, traten nur vereinzelt wirklich schädigend auf, besonders in den Gegenden, wo es gänzlich an Arbeitskräften zu ihrer Bekämpfung mangelte. Im Unstrutgebiete zeigte sich eine bisher nicht beobachtete, unbekannte Krankheit, die eine Eintrocknung der Traubenstiele verursachte.

Der Besuch der höheren Lehranstalten Preußens 1904 bis 1915¹⁾. — In dem Jahrzehnt von 1904 bis 1914 war der Besuch der Vollenanstalten mit neunjährigem Lehrgange für die

¹⁾ nach dem Zentralblatte für die gesamte Unterrichtsverwaltung im Preussischen Staate.

männliche Jugend ununterbrochen gestiegen, von 141 590 bis auf 201 430, d. i. um 42 % bei gleichzeitiger Bevölkerungszunahme von nur 15 %. Am 1. Februar 1915 wurden nur 181 645 Schüler gezählt, wobei das Weniger aber ausschließlich die Primaner, Sekundaner und, wenn auch nur unbedeutend, die Obertertianer betraf. Es waren vorhanden

am 1. Februar	Schüler ins- gesamt	Schüler in der Klasse				Schüler in den übrigen Klassen
		O I	U I	O II	U II	
1904	141 590	6 691	8 085	10 786	15 654	100 374
1905	146 791	7 033	8 665	11 430	16 552	103 111
1906	153 001	7 511	9 156	12 015	17 151	107 168
1907	159 916	7 891	9 608	12 536	18 038	111 843
1908	169 479	8 039	9 724	12 742	18 446	120 528
1909	178 234	8 304	10 222	13 616	19 326	126 766
1910	186 205	8 788	10 993	14 369	20 494	131 561
1911	192 526	9 438	11 758	15 152	20 994	135 184
1912	195 619	9 978	12 194	15 285	21 237	136 925
1913	199 738	10 325	12 312	15 184	21 799	140 118
1914	201 430	10 256	12 061	15 064	22 459	141 590
1915	181 645	950	6 782	11 523	18 854	143 536.

Das letzte Jahr zeigt gegen 1914 eine Abnahme bei den Oberprimanern um 9 306 oder 90,7 %, bei den Unterprimanern um 5 279 oder 43,8 %, bei den Obersekundanern um 3 541 oder 23,5 % und bei den Untersekundanern um 3 605 oder 16,1 %; die Obertertianer sind von 23 878 in 1914 auf 23 561 zurückgegangen. Da der Besuch der unteren Klassen fortdauernd zugenommen hat, war ein derartiges Nachlassen im Besuch der höheren Klassen nicht zu erwarten.

Die Anstaltsarten waren besucht, wie folgt:

Am 1. Februar	Gymnasien	Realgymnasien	Oberrealschulen
1904	95 947	25 983	19 660
1905	98 154	27 271	21 366
1906	100 107	29 261	23 633
1907	101 717	31 214	26 985
1908	101 094	37 683	30 702
1909	102 297	41 202	34 735
1910	103 643	44 885	37 677
1911	103 702	48 160	40 664
1912	103 314	50 319	41 986
1913	103 223	53 746	42 769
1914	101 745	55 094	44 591
1915	87 980	52 503	41 162.

Von 1904 bis 1911 nahm die Zahl der Gymnasialisten zu und von da an ab, wenn auch nur in geringem Maße, blieb aber im zehnjährigen Zeitraum mit einem Mehr von 6,1 % hinter der Bevölkerungszunahme von rund 15 % bedeutend zurück. Die Realgymnasien und Oberrealschulen zeigen Besuchsteigerungen von 1904 bis 1914 um 112,0 und 126,8 % ohne irgend einen Rückschlag.

Die weiblichen Studierenden auf den preussischen Universitäten. — Nachdem in Preußen das Frauenstudium im Winterhalbjahr 1908/09 mit 687 Studierenden eingeführt hatte, waren nach 3 Jahren bereits 1 896 und nach weiteren 3 Jahren 2 374 immatrikuliert. Unter den weiblichen Studierenden befanden sich

im Studien- halbjahre	Preußen	Andere Deutsche	Ausländer	Summe
Winter 1908/09	485 = 70,6 %	85 = 12,4 %	117 = 17,0 %	687
Sommer 1911	1 337 = 80,6 „	161 = 9,7 „	160 = 9,7 „	1 658
Winter 1911/12	1 512 = 79,7 „	174 = 9,2 „	210 = 11,1 „	1 896
Sommer 1912	1 532 = 82,1 „	167 = 9,0 „	166 = 8,9 „	1 865
Winter 1912/13	1 687 = 81,3 „	200 = 9,6 „	188 = 9,1 „	2 075
Sommer 1913	1 745 = 83,0 „	195 = 9,3 „	162 = 7,7 „	2 102
Winter 1913/14	1 859 = 83,9 „	182 = 8,2 „	176 = 7,9 „	2 217
Sommer 1914	2 032 = 85,8 „	197 = 8,3 „	140 = 5,9 „	2 369
Winter 1914/15	2 098 = 88,4 „	225 = 9,5 „	51 = 2,1 „	2 374.

Die Zahl der studierenden weiblichen Reichsangehörigen, die das Reifezeugnis erworben hatten, ist nach Überwindung

eines zunächst eingetretenen Rückschlages noch mehr gestiegen, als nach dem Anwachsen ihrer Gesamtzahl zu erwarten war, von 55,8 % im Winter 1908/09 bis auf 73,1 % im Winter 1914/15. Im Besitze des Reifezeugnisses waren

im Studienhalbjahre	Preußen	Andere Deutsche	Reichsangehörige zusammen
Winter 1908/09 .	278 = 57,8 %	40 = 47,1 %	318 = 55,8 %
Sommer 1911 . .	655 = 49,0 „	90 = 55,9 „	745 = 49,7 „
Winter 1911/12 .	815 = 53,9 „	112 = 64,4 „	927 = 55,0 „
Sommer 1912 . .	863 = 56,3 „	117 = 70,1 „	980 = 57,7 „
Winter 1912/13 .	1 013 = 60,0 „	143 = 71,3 „	1 156 = 61,3 „
Sommer 1913 . .	1 151 = 66,0 „	153 = 78,3 „	1 304 = 67,2 „
Winter 1913/14 .	1 273 = 68,3 „	143 = 78,6 „	1 416 = 69,4 „
Sommer 1914 . .	1 338 = 65,8 „	155 = 78,7 „	1 493 = 67,0 „
Winter 1914/15 .	1 502 = 71,8 „	195 = 86,7 „	1 697 = 73,1 „

Die Erwerbung des Reifezeugnisses ist häufiger geworden, nachdem infolge der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens den Schülerinnen mehr Gelegenheit dazu geboten ist. Daß von den nichtpreussischen Reichsangehörigen verhältnismäßig mehr im Besitze des Reifezeugnisses sind als von den Preußen, ist wohl darauf zurückzuführen, daß die ohne Reifezeugnis studierenden Lehrerinnen, die Oberlehrerinnen werden wollen, aus diesem Grunde meist die Universitäten ihrer Heimat bevorzugen, während die Studierenden mit dem Reifezeugnis in der Wahl der Universität weniger behindert sind. Aus den Zahlen der Zusammenstellung darf also nicht etwa geschlossen werden, daß verhältnismäßig weniger Preußen als sonstige Reichsangehörige die Reifeprüfung bestehen.

Das philosophische und das medizinische Studium werden von den Frauen bevorzugt, Jura und Theologie seltener erwählt, wie nachstehende Zahlen zeigen:

		Winter 1908/09	Winter 1911/12	Winter 1914/15
Evangelisch-theo- logische Fakultät	Preußen	—	1	2
	Andere Deutsche	—	—	—
	Ausländer	3	1	—
Juristische Fakultät	Preußen	5	15	36
	Andere Deutsche	1	4	3
	Ausländer	2	2	4
Medizinische Fa- kultät	Preußen	83	186	384
	Andere Deutsche	11	20	48
	Ausländer	38	76	16
Philosophische Fakultät	Preußen	397	1 310	1 676
	Andere Deutsche	73	150	174
	Ausländer	74	131	31.

Unter den Studienfächern der philosophischen Fakultät wird Philologie und Geschichte am häufigsten gewählt; aber auch der Besuch der anderen Fächer hat zugenommen, insbesondere das Studium der Mathematik und Naturwissenschaften, Kameralia und Landwirtschaft sowie der Pharmazie verhältnismäßig sogar noch mehr. Nur die Zahnheilkunde hat, seitdem hier das Reifezeugnis verlangt wird, weniger Zuspruch; die Frauen studieren dann wohl lieber Medizin. Es studierten

		Winter 1908/09	Winter 1911/12	Winter 1914/15
Philologie und Geschichte	Preußen	230	399	1 032
	Andere Deutsche	48	96	112
	Ausländer	48	68	13
Mathematik und Naturwissen- schaften	Preußen	80	255	399
	Andere Deutsche	17	35	34
	Ausländer	6	16	1
Chemie	Preußen	10	19	29
	Andere Deutsche	1	3	4
	Ausländer	3	10	2
Kameralia und Landwirtschaft	Preußen	15	38	86
	Andere Deutsche	2	3	6
	Ausländer	4	3	1
Pharmazie	Preußen	1	4	7
	Andere Deutsche	—	2	3
	Ausländer	—	—	—
Zahnheilkunde . .	Preußen	24	15	10
	Andere Deutsche	—	1	—
	Ausländer	1	—	—
sonstige Fächer der philosophi- schen Fakultät	Preußen	37	80	113
	Andere Deutsche	5	10	15
	Ausländer	12	34	14.

Statistische Korrespondenz.

(Fortsetzung.)

Aus der preussischen Bevölkerungsstatistik. — Nach der Volkszählung von 1875 hatte Preußen am 1. Dezember eine Bevölkerung von 25 742 404 Menschen, nach der letzten Zählung am 1. Dezember 1910 eine solche von 40 165 219 oder gegen 1875 14 422 815 = 5 603 auf 10 000 mehr. Es wurden gezählt am 1. Dezember

1875	25 742 404		
1880	27 279 111, gegen 1875 mehr	1 536 707 =	60 ‰
1885	28 318 470, „	1 039 359 =	38 „
1890	29 955 281, „	1 636 811 =	58 „
1895	31 855 123, „	1 899 842 =	63 „
1900	34 472 509, „	2 617 386 =	82 „
1905	37 293 324, „	2 820 815 =	82 „
1910	40 165 219, „	2 871 895 =	77 „

Der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle berechnet sich in dem gleichen Zeitraum auf 15 864 536. Es waren in den einzelnen Jahrzehnten

	lebend geboren	gestorben	mehr geboren als gestorben
von 1876-1880 . . .	5 220 009	3 378 864	1 841 145 = 545 ‰
„ 1881-1885 . . .	5 194 709	3 529 486	1 665 223 = 472 „
„ 1886-1890 . . .	5 438 703	3 495 082	1 943 621 = 556 „
„ 1891-1895 . . .	5 713 141	3 520 741	2 192 400 = 623 „
„ 1896-1900 . . .	6 060 392	3 481 046	2 579 346 = 741 „
„ 1901-1905 . . .	6 257 605	3 528 644	2 728 961 = 773 „
„ 1906-1910 . . .	6 267 946	3 354 106	2 913 840 = 869 „
„ 1876-1910 . . .	40 152 505	24 287 969	15 864 536 = 653 „

Die wirkliche Bevölkerungszunahme ist von 1876-1910 um 1 441 721 zurückgeblieben hinter der natürlichen, d. h. hinter dem Überschuß der Geburten über die Sterbefälle; jedoch sind an dem Weniger nicht alle Jahrzehnte beteiligt, in 1896-1900 und 1901-1905 überwog im Gegenteil der Geburtenüberschuß. Es betrug nämlich

in der Zeit	die Bevölkerungs- zunahme	der Geburten- überschuß	die Bevölkerungs- zunahme gegen den Geburtenüberschuß
von 1876-1880	1 536 707	1 841 145	— 304 438
„ 1881-1885	1 039 359	1 665 223	— 625 864
„ 1886-1890	1 636 811	1 943 621	— 306 810
„ 1891-1895	1 899 842	2 192 400	— 292 558
„ 1896-1900	2 617 386	2 579 346	+ 38 040
„ 1901-1905	2 820 815	2 728 961	+ 91 854
„ 1906-1910	2 871 895	2 913 840	— 41 945
„ 1876-1910	14 422 815	15 864 536	— 1 441 721.

Der Unterschied zwischen der wirklichen und der natürlichen Bevölkerungszunahme ist durch Wanderungen zu erklären. Besonders das zweite Jahrzehnt 1881-1885 brachte große Verluste durch Auswanderung.

In den letzten Jahren ist die Geburtenzahl zurückgegangen. Hierdurch sind Bestrebungen geweckt, diese Bewegung mindestens zum Stillstand zu bringen. Zur Hebung des Geburtenüberschusses wird sehr wirksam die Minderung der Kindersterblichkeit beitragen, die, wie früher ausgeführt ist¹⁾, bereits bedeutende Fortschritte gemacht hat. Der Rückgang der Kindersterblichkeit um ein Kind ist für das Volkswohl kein geringerer Vorteil als die Hebung der Geburtenzahl um ein Kind.

Zahlenverhältnis der Geschlechter nach der preussischen Bevölkerungsstatistik. — Soweit statistische Nachrichten vorliegen, hat im preussischen Staate jeweiligen Umfangs die männliche Bevölkerung an Zahl nie die weibliche erreicht; der Anteil der ersteren an der Gesamtbevölkerung schwankte in dem Zeitraum von 1816 bis 1910 zwischen 4 998 ‰ im Jahre 1849 und 4 906 ‰ in 1885. Nach dem Kriege von 1870/71, der natürlich nicht ohne Einfluß war, ist die

männliche Anteilziffer von 4 927 in 1871 auf 4 931 in 1875 gestiegen, dann auf 4 918 und 4 906 in 1880 und 1885 gefallen, hat aber seitdem von Volkszählung zu Volkszählung zugenommen, auf 4 908, 4 911, 4 923, 4 934 und 1910 auf 4 942. Die einzelnen Regierungsbezirke haben nicht die gleiche Richtung verfolgt, was sich bei den Industriebezirken, die viel männliche Arbeitskräfte heranziehen, ohne weiteres erklärt. Auffallend ist es aber, daß z. B. 1910 außer in den industriellen Bezirken Münster, Arnberg, Düsseldorf und Trier auch in Schleswig mit 5 125 ‰, Lüneburg mit 5 126, Stade mit 5 086, Danabück mit 5 031 und Aurich mit 5 193 ‰ die männliche Bevölkerung zahlreicher als die weibliche war.

Wenn hierbei der Überschuß der Lebendgeborenen über die Gestorbenen allein entschiede, wäre ein Zurückbleiben der männlichen Bevölkerungszahl nicht möglich, da dieser Überschuß bei dem männlichen Geschlecht, wenn auch nicht in allen Perioden, so doch im ganzen Jahrhundert bedeutender war als beim weiblichen. Es betrug im preussischen Staate jeweiligen Umfangs

in der Zeit von	der männliche Geburtenüberschuß	der weibliche Geburtenüberschuß
1816-1840	1 883 552	1 802 737
1841-1860	1 835 650	1 786 612
1861-1874	1 563 574	1 600 762
1875-1887	2 263 281	2 324 129
1888-1894	1 474 434	1 451 774
1895-1903	2 348 092	2 362 268
1904-1913	2 823 677	2 762 437
zusammen	14 192 260	14 090 719.

Männlicher und weiblicher Geburtenüberschuß weichen in fast 100 Jahren so wenig von einander ab — nur um 101 541 zugunsten jenes —, daß gesagt werden kann, zahlreichere Knabengeburt und geringere weibliche Sterblichkeit heben sich auf. Das Überwiegen der weiblichen Bevölkerung ist der Hauptsache nach auf das Abwandern der männlichen zurückzuführen; denn auch Kriegeverluste erhöhten die Gesamtzahl der männlichen Todesfälle nur vorübergehend; nachhaltiger und immer wiederkehrend ist die Wirkung der größeren Berufsabnutzung der Männer.

Aus den auf Standesamtsnachrichten beruhenden Zahlen seit 1875, die auf größere Zuverlässigkeit Anspruch haben als die älteren, geht hervor, daß von 1875-1887 der weibliche, von 1888-1894 der männliche, von 1895-1903 wieder der weibliche und schließlich von 1904-1913 der männliche Überschuß stärker gewesen ist, und zwar war in diesen vier Zeitabschnitten kein einziges Jahr von der angegebenen Richtung abgewichen. Das Gesamtergebnis war ein männlicher Mehr von nur 8 876 Köpfen. Es betrug die Zahl

in der Zeit von	der männlichen Lebendgeborenen	der weiblichen Lebendgeborenen	der männlichen Gestorbenen	der weiblichen Gestorbenen
1875-1887	6 980 200	6 618 523	4 716 919	4 294 394
1888-1894	4 013 838	3 808 002	2 539 404	2 356 228
1895-1903	5 630 885	5 349 185	3 282 793	2 986 917
1904-1913	6 330 456	5 993 496	3 506 779	3 231 059
1875-1913	22 955 379	21 769 206	14 045 895	12 868 598.

Bis zu 20 Jahren überwiegt infolge größerer Geburtenzahl das männliche Geschlecht; dann aber hat infolge geringerer Sterblichkeit das weibliche den Vorsprung eingeholt, so daß unter den 20-21jährigen beide Geschlechter ziemlich gleich stark vertreten sind.

Herkunft der Ansiedler in den Provinzen Westpreußen und Posen. — Nach den Mitteilungen der königlichen Ansiedlungskommission waren Ende 1914 21 683 Ansiedler vorhanden, die sich ihrer Herkunft nach verteilten, wie folgt: Es stammten aus Ostpreußen 168 = 0,77 %, Westpreußen 2 543 = 11,73 %,

¹⁾ Siehe Seite XVIII der „Statistischen Korrespondenz“.
 Zeitschrift des R. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

Brandenburg 1 006 = 4,64 %, Pommern 1 292 = 5,96 %, Posen 3 163 = 14,59 %, Schlesien 702 = 3,24 %, Sachsen 1 543 = 7,12 %, Schleswig-Holstein 28 = 0,13 %, Hannover 824 = 3,80 %, Westfalen 2 007 = 9,26 %, Hessen-Nassau 355 = 1,64 %, Rheinprovinz 213 = 0,99 %, aus dem sonstigen Deutschen Reich 2 412 = 11,12 %, und endlich waren deutsche Rückwanderer aus dem Auslande 5 427 = 25,03 %. — Unter den preussischen Provinzen treten Westpreußen und Posen, die eigentlichen Ansiedlungsprovinzen, mit dem größten Stamm von Ansiedlern hervor, was eben naheliegt; aber auch Westfalen zeigt eine erhebliche Beteiligung. Die an die Ansiedlungsprovinzen grenzenden Landesteile liefern schon erheblich weniger Bewerber um Ansiedlungsstellen, so Brandenburg und Pommern, noch weniger Schlesien und Ostpreußen. Von den weiter ab liegenden, vorher nicht genannten Provinzen hebt sich noch Sachsen ansehnlich hervor, auch Hannover noch etwas; sehr zurück tritt aber Schleswig-Holstein. Das übrige Deutsche Reich liefert zusammen annähernd so viel Ansiedler wie die Ansiedlungsprovinz Westpreußen selbst. Die Rückwanderung von Auslandsdeutschen bildet einen sehr starken Bruchteil der angeföhrten Ansiedler, etwa ein Viertel aller.

Nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1907 waren in Posen und Westpreußen 16 204 hauptberufliche Eigentümer und Pächter in der Landwirtschaft vorhanden, die nicht in den Ansiedlungsprovinzen selbst geboren waren. Darunter befanden sich 21,58 % im Reichsauslande geborene, also wohl Abkömmlinge von Deutschen im Auslande, die in der Hauptsache als deutsche Rückwanderer zu gelten haben. Aus preussischen Provinzen (ohne Westpreußen und Posen) stammten von 12 707 Deutschen 93,13 %, aus anderen Bundesstaaten 6,87 %. Die süddeutschen Bundesstaaten waren etwa mit einem Viertel der nichtpreussischen Reichsgebürtigen, die beiden Lippe, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt etwa mit der Hälfte vertreten.

Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913. — Die Blinddarmentzündung hat seit dem Bestehen der Heilanstaltsstatistik eine bemerkenswerte Zunahme erfahren. Sie wurde bis zum Jahre 1905 in den allgemeinen Heilanstalten Preußens der Gruppe „Bauchfellentzündung“ zugezählt. Die Zahl der hieran Behandelten ist von 896 (399 m., 497 w.) im Jahre 1877 auf 15 918 (8 402 m., 7 516 w.) im Jahre 1905 gestiegen. Seit dem Jahre 1906 ist die Trennung der an Blinddarmentzündung (Perityphlitis, Appendicitis) von den an Bauchfellentzündung (Peritonitis) Behandelten tabellarisch durchgeführt worden. Es zeigte sich dabei, daß das auffallende Anwachsen der Gruppe „Bauchfellentzündung“ bis 1905 durch die Blinddarmentzündung verursacht war; denn während die Ergebnisse für die Jahre 1906-1913 mit 16 781, 19 285, 22 813, 25 689, 31 425, 38 555, 41 503 und 47 910 Fällen eine bedeutende jährliche Zunahme der an Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Behandelten erkennen lassen, zeigt die Bauchfellentzündung mit 2 390, 2 498, 2 512, 3 710, 4 401, 3 459, 3 628 und 3 489 Fällen eine verhältnismäßig nur geringe Veränderung.

Im Stadtkreise Berlin wurden während der Jahre 1911, 1912 und 1913 in Heilanstalten 4 889, 4 784 und 4 934 Personen an Blinddarmentzündung behandelt; davon sind 5,60, 3,89 und 4,22 v. H. gestorben.

	An Blinddarmentzündung überhaupt starben				Von 100 überhaupt an Blinddarmentzündung Gestorbenen starben in Heilanstalten			
	im ganzen Staate		in Berlin		im ganzen Staate		in Berlin	
1911 =	2 547		317		2 175		274	
1912 =	2 202		235		1 888		186	
1913 =	2 424		227		2 185		208	

Betreffs des Geschlechts der in den allgemeinen Heilanstalten behandelten Personen wurde festgestellt, daß 1906 9 184 = 54,73 v. H. männlichen und 7 597 = 45,27 v. H. weiblichen

Geschlechts waren; 1913 wurden an Blinddarmentzündung 24 401 männl. Personen = 50,93 v. H. und 23 509 weibl. = 49,07 v. H. behandelt. Gestorben sind in den beiden Jahren von 100 männlichen Erkrankten 7,70 und 5,61, von 100 weiblichen 5,45 und 3,47. Operiert wurden bei beiden Geschlechtern 1906 48,55 bzw. 53,48 und 1913 61,82 bzw. 66,45 v. H. der Behandelten. Die Sterbeziffer der Operierten betrug in den beiden Jahren 9,02 und 6,41 v. H. für die männlichen, 6,69 und 3,86 v. H. für die weiblichen Kranken.

Die größte Anzahl der Behandelten stellte im Berichtsjahre die Altersklasse von 15-30 Jahren, nämlich rund 56 v. H.; mit etwas weniger als einem Viertel (24 v. H.) ist die Altersgruppe von 30 bis 60 Jahren beteiligt; 19 v. H., also nahezu ein Fünftel, waren Kinder bis zu 15 Jahren und nur 1,39 v. H. stellten die über 60 Jahre alten Kranken. Säuglinge sind 1913 28 den Krankenhäusern überwiesen worden; von ihnen sind 13 operiert und 4 gestorben. Ferner ist beachtenswert, daß 686 Kinder im Alter von 1-5 Jahren, 2 783 Kinder im Alter von 5-10 und 5 548 im Alter von 10-15 Jahren behandelt wurden. Die Zahl der Operierten unter ihnen war mit Ausnahme der Kinder unter 1 Jahr verhältnismäßig größer als bei den Erwachsenen und die Sterblichkeit um so höher, je jünger die Kinder waren. Allerdings stellte sich die Sterblichkeit im hohen Alter noch ungünstiger.

Eine Zusammenfassung der Behandelten nach größeren Altersgruppen ist in der folgenden Aufstellung gegeben:

	Gesamtzahl	Altersklassen der Behandelten			
		bis 15 Jahre	über 15—30 Jahre	über 30—60 Jahre	über 60 Jahre
G r u n d z a h l e n					
1. Behandelte	47 910	9 045	26 597	11 604	664
davon Operierte	30 657	6 315	16 368	7 584	390
2. Gestorbene	2 185	635	742	678	130
davon Operierte	1 567	468	499	511	89

V e r h ä l t n i s s z i f f e r n					
1. Von 100 Behandelten wurden operiert	63,99	69,82	61,54	65,36	58,73
2. Von 100 Behandelten sind gestorben	4,56	7,02	2,79	5,84	19,53
3. Von 100 Operierten sind gestorben	5,11	7,41	3,05	6,74	22,82
4. Von 100 Gestorbenen waren operiert	71,72	73,70	67,25	75,37	68,46
5. Von 100 Behandelten entfielen auf die einzelnen Altersklassen	100	18,88	55,51	24,72	1,39
6. Von 100 Operierten entfielen auf die einzelnen Altersklassen	100	20,60	53,39	24,74	1,27

Das Auftreten von Influenza und von Rindbettfieber in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913. — Die Influenza ist eine Krankheit, die im großen und ganzen in den allgemeinen Heilanstalten nur bei schweren Fällen oder Komplikationen zur Behandlung kommt. Immerhin betrug die Zahl der Behandelten im Jahre 1913 15 738 (11 510 m., 4 228 w.), da in diesem Jahre die Influenza eine ziemlich Ausbreitung hatte. Über die Bewegung der Influenzafälle in den allgemeinen Heilanstalten von 1877 an, gibt die nachstehende Tabelle Auskunft.

Man ersieht aus dieser Übersicht, daß erst von 1889 ab die Influenza epidemisch als Seuche auftritt, während sie sich früher nur sporadisch zeigte. Besonders starke Influenzajahre waren die Jahre 1908, 1911 und 1912, was auch in der Heilanstaltsstatistik zum Ausdruck kommt. Die Sterbeziffer schwankt nach dem mehr oder weniger bösartigen Auftreten der Krankheit. In allen Jahren ist der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Zahl der Behandelten bedeutend kleiner als der des männlichen, während die auf 1 000 Behandelte berechnete Sterbeziffer der weiblichen Personen in den meisten Jahren wesentlich größer ist.

**Die in den allgemeinen Heilanstalten an Influenza behandelten
Personen in den Jahren von 1877 bis 1913.**

Jahre	Zahl der Behandelten			Davon sind gestorben			Es starben von je 1 000 Behandelten		
	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	männl. Geschlecht	weibl. Geschlecht	zuf.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1877..	500	167	667	6	3	9	12,00	17,96	13,49
1878..	418	147	565	1	—	1	2,39	—	1,77
1879..	1 299	434	1 733	15	6	21	11,55	13,82	12,12
1880..	1 178	481	1 659	16	4	20	13,58	8,32	12,06
1881..	1 020	379	1 399	7	3	10	6,86	7,92	7,15
1882..	965	349	1 314	2	2	4	2,07	5,73	3,04
1883..	836	208	1 044	—	—	—	—	—	—
1884..	706	191	897	2	—	2	2,83	—	2,23
1885..	633	168	801	6	—	6	9,48	—	7,49
1886..	585	199	784	2	2	4	3,42	10,05	5,10
1887..	672	231	903	—	—	—	—	—	—
1888..	725	229	954	1	—	1	1,38	—	1,05
1889..	2 936	1 210	4 146	3	5	8	1,02	4,13	1,93
1890..	11 414	5 307	16 721	98	51	149	8,59	9,61	8,91
1891..	6 633	4 337	10 970	51	45	96	7,69	10,38	8,75
1892..	7 333	4 032	11 365	150	82	232	20,46	20,34	20,41
1893..	7 509	4 611	12 120	103	63	166	13,72	13,66	13,70
1894..	4 612	2 583	7 195	90	47	137	19,51	18,20	19,04
1895..	6 274	4 283	10 557	63	55	118	10,04	12,84	11,18
1896..	3 640	2 167	5 807	33	28	61	9,07	12,92	10,50
1897..	6 087	3 136	9 223	50	23	73	8,21	7,33	7,91
1898..	3 861	1 889	5 750	44	16	60	11,40	8,47	10,43
1899..	7 848	4 977	12 825	69	85	154	8,79	17,08	12,01
1900..	11 259	6 555	17 814	134	88	222	11,90	13,42	12,46
1901..	7 118	3 578	10 696	76	29	105	10,68	8,11	9,82
1902..	6 723	3 283	10 006	59	30	89	8,78	9,14	8,89
1903..	8 805	4 539	13 344	143	84	227	16,24	18,51	17,01
1904..	8 376	3 856	12 232	132	62	194	15,76	16,08	15,86
1905..	10 772	5 406	16 178	169	111	280	15,69	20,53	17,31
1906..	7 492	2 958	10 450	87	52	139	11,61	17,58	13,30
1907..	11 867	5 207	17 074	179	136	315	15,08	26,12	18,45
1908..	15 372	8 053	23 425	272	173	445	17,69	21,48	19,00
1909..	11 083	4 635	15 718	172	113	285	15,52	24,38	18,13
1910..	11 064	4 895	15 959	105	88	193	9,49	17,98	12,09
1911..	12 774	5 616	18 390	170	122	292	13,31	21,72	15,88
1912..	13 944	5 978	19 922	143	90	233	10,26	15,06	11,70
1913..	11 510	4 228	15 738	124	80	204	10,77	18,92	12,96

An Kindbettfieber wurden in den allgemeinen Heilanstalten 1913 2 149 Personen behandelt, von denen 864 oder 40,20 v. H. starben. Die verhältnismäßig hohe Sterbeziffer für Kindbettfieber findet in der Gefährlichkeit dieser Krankheit überhaupt sowie darin ihre Erklärung, daß im allgemeinen nur schwerere Fälle in den Krankenhäusern behandelt werden. Zum Vergleich sei hier angeführt, daß von den 1913 in Preußen sanitätspolizeilich gemeldeten 5 226 an Kindbettfieber Erkrankten nach den standesamtlichen Beurkundungen 1 957 oder 37,45 v. H. starben. Es fällt also diesem Leiden immer noch eine verhältnismäßig große Zahl der Entbundenen zum Opfer; es ist daher notwendig, noch mehr als bisher Gewicht auf die Beruhigungsmaßregeln zu legen.

Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geistesranke usw. in Preußen 1913. — Die Zahl der im Jahre 1913 an der Statistik beteiligten Anstalten belief sich auf 367; sie ist gegen das Vorjahr um 3 gesunken. Die 367 Anstalten setzen sich zusammen aus 243 für Geistesranke und Idioten, 26 Abteilungen für Geistesranke in allgemeinen Heilanstalten, 12 Anstalten für Epileptiker, 44 Anstalten für Nervenranke, 14 Wasserheilanstalten und 28 Trinkerheilstätten. Anstalten für Nervenranke befanden sich außerdem 7 als Abteilungen in Kliniken für Geistesranke in den Universitätsstädten Königsberg i. Pr., Berlin (Königl. Charité), Breslau, Halle a. S., Kiel, Göttingen und Bonn.

Den Besitzverhältnissen nach waren von den 243 Anstalten für Geistesranke und Idioten 15 mit 1 410 Plätzen staatlich, und zwar 9 Universitätskliniken für Geistesranke und 6 Abteilungen für geistesranke Verbrecher in den Strafanstalten Berlin (Lehrterstraße), Breslau, Köln, Graudenz, Halle a. S. und Münster, in denen Geistesgeförte oder der Geistesstörung verdächtige Gefangene behandelt oder beobachtet werden. Der größte Teil der

Irrenpflege entfällt auf die Provinzialverbände, die 76 Anstalten mit 60 024 Plätzen besaßen. Von städtischen Gemeinden wurden 12 Anstalten mit 7 808 Plätzen, von religiösen Orden und Genossenschaften 41 mit 9 535 Plätzen und von milden Stiftungen 20 mit 6 760 Plätzen unterhalten, während 79 mit 6 102 Plätzen von Privatpersonen als gewerbliche Unternehmungen betrieben wurden; 38 dieser Privatanstalten mit 4 344 Plätzen befanden sich im Besitze von Ärzten. Außerdem waren in 26 besonderen Abteilungen allgemeiner Heilanstalten 2 426 Plätze für Geistesranke vorhanden.

Von den 12 Anstalten für Epileptiker mit 8 198 Plätzen gehörte je 1 dem Verbands der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin; 4 waren Eigentum von religiösen Orden und Genossenschaften und 6 von milden Stiftungen. Von den 44 Anstalten für Nervenranke mit 2 439 Plätzen gehörte je 1 dem Provinzialverbande Hannover, einer städtischen Gemeinde (Essen) und einem religiösen Orden (Rheinprovinz), während 3 von milden Stiftungen und 38 von Privatpersonen (darunter 27 von Ärzten) gegründet waren. — Von den 14 Wasserheilanstalten mit 934 Plätzen waren 12 im Besitze von Privatpersonen (darunter 5 von Ärzten) und 2 von religiösen Orden. — Von den 28 Trinkerheilstätten mit 1 246 Plätzen waren 5 im Besitze von religiösen Orden und Genossenschaften; 15 waren von milden Stiftungen errichtet, und 8 wurden von Privatpersonen (darunter 2 von Ärzten) gehalten; 2 830 Trunkfückige unterzogen sich im Jahre 1913 in den Trinkerheilstätten einer Behandlung.

Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen nach Ursachen 1909—1913. — Die seit dem Jahre 1896 in Preußen auf der Grundlage gerichtlicher Nachweisungen geführte Statistik des Besitzwechsels land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke von mindestens 2 ha Größe — die seit 1903 zwecks besserer Erfassung der Zersplitterung des ländlichen Grundbesitzes auch Trennstücke von weniger als 2 ha Fläche mitberücksichtigt, sofern sie von einem Grundstücke herrühren, das bei der Abzweigung 2 ha Mindestumfang hatte — geht von den wirtschaftlich wie sozial gleicherweise bedeutungsvollen Rechtsgründen des Eigentumsüberganges aus. Je nachdem der in andere Hand gelangende Grundbesitz sich der Wahrscheinlichkeit nach innerhalb derselben Familie erhält oder auf Fremde übergeht, unterscheidet man als Hauptursachen des Besitzwechsels: Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen und die diesen Übertragungsformen verwandte Gutsüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Stief- oder Schwiegerkinder einerseits, sowie Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. andererseits.

Im Jahresdurchschnitte 1909—1913 wechselten mindestens 2 ha große oder von mindestens 2 ha großen Besitzungen herührende ländliche Grundstücke den Eigentümeer

in der Provinz	insgesamt	vom Erbange usw.			durch Kauf usw.			
		überhaupt	und ungeteilt	und zwar abgezweigt	überhaupt	und ungeteilt	und zwar abgezweigt	
Ostpreußen	10 668	21,6	21,2	0,5	78,4	41,6	36,8	
Westpreußen	7 559	20,8	19,8	0,9	79,2	49,4	29,8	
Brandenburg	10 507	21,5	20,3	1,2	78,5	19,7	58,9	
Pommern	6 714	22,5	21,2	1,3	77,5	28,2	49,4	
Posen	9 487	24,2	21,6	2,6	75,8	41,4	34,5	
Schlesien	16 349	22,0	19,8	2,3	78,0	26,7	51,3	
Sachsen	8 909	27,0	18,5	8,5	73,0	13,2	59,8	
Schleswig-Holstein	11 725	9,9	8,4	1,5	90,1	22,0	68,2	
Hannover	17 652	18,7	16,5	2,3	81,3	8,0	73,3	
Westfalen	9 178	21,0	19,3	1,7	79,0	5,6	73,5	
Hessen-Raffau	10 188	33,6	8,5	25,1	66,4	3,0	63,4	
Rheinprovinz	23 633	21,9	2,0	20,0	78,1	2,0	76,1	
Hohenzoll. Lande	1 259	26,9	3,5	23,4	73,1	2,0	71,1	
im Staate	(1909-1913 ¹⁾	143 828	21,7	14,8	7,0	78,3	18,7	59,6
	1913	143 467	23,9	16,4	7,5	76,1	17,5	58,6
	1912	144 846	21,2	14,3	6,9	78,8	18,6	60,2
	1911	146 722	21,9	14,5	7,4	78,1	17,9	60,1
	1910	144 435	20,3	14,0	6,3	79,7	20,1	59,6
	1909	139 670	21,4	14,7	6,6	78,6	19,5	59,1

¹⁾ im Jahresdurchschnitt.

Die Bewegung der Gesamtzahlen der in den Jahren 1909-1913 vom Besitzwechsel betroffenen ländlichen Grundstücke zeigt, daß die bereits aus den Jahren vor 1909 stammende Zunahme des Besitzwechsels im Staate mit dem Jahre 1911 ihren Höhepunkt erreicht, um dann von 1911 auf 1912 und 1913 wieder eine fortlaufende Abnahme zu erfahren. Da der Steigerung des Besitzwechsels von 1909 auf 1911 um 7 052 Fälle oder 5 % in dem gleich langen Zeitraum nach 1911 nur eine Abnahme um 3 255 Fälle oder 2,3 % gegenübersteht, ergibt sich für das Gesamtbild der Bewegung des Besitzwechsels im Staate von 1909-1913 eine Steigerung um 3 797 Fälle oder 2,7 %.

Die Vergleichung der Zahl der durch Kauf usw. mit der durch Erbgang usw. übergegangenen Besitzungen lehrt, daß bis zum Jahre 1912 nur etwa $\frac{1}{4}$ aller in dieser Zeit vom Eigentumswechsel betroffenen Besitzungen durch Erbgang und nahezu $\frac{3}{4}$ durch Kauf in andere Hände gelangt sind. Für das Jahr 1913, das mit 23,9 % der Erbübergänge (von denen noch dazu mehr als $\frac{2}{3}$ ungeteilt erfolgt sind) eine besondere Eekhaftigkeit des Grundbesitzes aufweist, verschiebt sich der Vergleich mehr zu dem Verhältnis von $\frac{1}{4}$ zu $\frac{3}{4}$.

Provinzweise ist der Besitzwechsel durch Erbgang, der im Durchschnitt $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ aller Besitzübertragungen ergriff, am stärksten in Hessen-Nassau mit 33,8 % oder etwas mehr als $\frac{1}{3}$, am schwächsten in Schleswig-Holstein mit 9,9 % oder etwas weniger als $\frac{1}{10}$ der gesamten Bewegung aufgetreten. — In den einzelnen Jahren war, abgesehen von einer kleinen Abweichung des Jahres 1911, bei der Vererbung der Übergang des ungeteilten Besitzes mehr als doppelt so häufig wie die Teilung. Die Spannung zugunsten des geschlossenen Überganges war am stärksten im Jahre 1913. In diesem Jahre entfallen von dem gesamten Besitzwechsel auf den abgezweigten Erbübergang nur 7,8 %, auf den ungeteilten dagegen 16,4 %. Bei den Verkäufen ist dagegen die Teilung des Besitzes bei weitem häufiger. Sie beträgt in dem beobachteten Jahrzehnt durchschnittlich mehr als das dreifache der Zahl der ungeteilt zum Verkauf gekommenen Besitzungen. Der geschlossene Besitzwechsel durch Erbgang und Kauf zusammen hat am häufigsten stattgefunden in der Provinz Westpreußen mit 69,2 %, am seltensten in der Rheinprovinz mit nur 4 % sämtlicher Besitzübergänge in den beiden Provinzen.

Aus dem großen Übergewicht der Besitzübergänge durch Kauf allgemein auf eine geringe Eekhaftigkeit der preußischen Grundbesitzer zu schließen, wäre jedoch unberechtigt. Das Übergewicht der Besitzübergänge durch Kauf beruht zunächst, wie die Nachweisung zeigt, auf dem außerordentlich starken Verlauf abgezweigter Parzellen. Der große Umsatz bei diesen Besitzübergängen erklärt sich im wesentlichen aus der einleitend erwähnten statistischen Aufnahmemethode, die jede Eigentumsübertragung einer kleinen Parzelle auch weit unter 2 ha als Besitzwechsel zählt, sofern nur die Besitzung, von der sie abgetrennt wurde, beim Verkauf noch mehr als 2 ha betrug. Jeder An- und Verkauf einer kleinen Parzelle, wie ihn der Wirtschaftsbetrieb eines größeren oder mittleren Gutes oftmals erforderlich macht, ebenso wie die durch zahlreiche andere, aus dem modernen Arbeitsverhältnis sich ergebende Umstände bedingten An- und Verkäufe kleiner Parzellen, namentlich im westlichen Industriegebiet sowie bei Eisenbahn- und Wegebauten, belasten und erhöhen die Gesamtzahl der durch Kauf übertragenen Besitzungen im Verhältnis zu den im Erbgang übergegangenen Gütern außerordentlich, sodaß aus diesen Zahlen ein ungünstiges Urteil über die Eekhaftigkeit der ländlichen Bevölkerung nicht gezogen werden darf. Hierzu kommt, daß vornehmlich bei dem Übergang ungeteilten Besitzes statistisch viele Kauffälle nachgewiesen werden, bei denen Verwandte und direkte Nachkommen des Besitzers das ländliche Grundstück oder Gut durch einen gewöhnlichen Kaufvertrag übernehmen. Dieser Besitzwechsel erscheint nur statistisch als Kauf durch Fremde, während die Besitzung in Wirklichkeit in derselben Familie verblieben ist. Im Staatsdurchschnitt 1909-1913 entfielen auf den ungeteilten Erbübergang 14,8 %, auf den ungeteilten Kaufübergang 18,7 % aller

Besitzwechselfälle. Bedenkt man, daß in einem Teil dieser Käufe, wie erwähnt, eine größere Anzahl von Besitzübertragungen innerhalb der Familie enthalten ist, so ist man zu der Folgerung berechtigt, daß die Zahl der innerhalb der Familie übergegangenen Besitzungen von der durch Kauf an Fremde übergegangenen Güter nicht erheblich abweicht. Im Jahre 1913 betrug die Spannung zwischen den Fällen des ungeteilten Besitzwechsels durch Kauf und durch Erbgang sogar nur 1,1 %, sodaß man unter Berücksichtigung des eben Gesagten für 1913 überhaupt kaum noch auf ein Übergewicht der Verkäufe an Fremde über die Besitzübertragungen in der Familie schließen darf.

Zu- und Abgang der Lehrer an den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend in Preußen. — Nach dem „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ ist die Stellenzahl der Lehrer an den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend von 7 248 im Jahre 1893/94 auf 9 587 in 1903/04 und 13 257 in 1913/14 gestiegen, und zwar die der wissenschaftlichen Lehrer von 5 832 auf 7 682 und 10 352, der Vorschullehrer von 553 auf 675 und 925, der technischen und sonstigen seminarisch gebildeten Lehrer von 863 auf 1 230 und 1 980. Die Vermehrung der Stellen entspricht der Zunahme des Anstaltsbesuches; denn es waren vorhanden

im Jahre	Schüler	Vorschüler	zusammen
1893/94 . . .	138 239	19 737	157 976
1903/04 . . .	182 171	26 778	208 949
1913/14 . . .	241 051	36 674	277 725

das sind 1893/94 23,70, 1903/04 23,71 und 1913/14 23,29 Schüler auf einen wissenschaftlichen Lehrer, 35,89, 39,87 und 39,88 Vorschüler auf einen Vorschullehrer und im ganzen 21,80, 21,80 und 20,98 Schüler auf einen Lehrer.

Im ersten Jahrzehnt waren nach obigem 2 339 neue Stellen (1 850 für wissenschaftliche, 122 für Vorschul- und 367 für sonstige Lehrer) geschaffen worden, im zweiten Jahrzehnt 3 670 (2 670 + 250 + 750). Durch Pensionierungen wurden in den beiden Jahrzehnten noch 1 047 (826 + 49 + 172) und 1 632 (1 274 + 95 + 263) Stellen frei, durch Tod 730 (592 + 50 + 88) und 964 (793 + 72 + 99), durch Berufung an außerpreussische Anstalten, Übernahme eines anderen Amtes und Austritt 635 (490 + 63 + 82) und 1 479 (1 151 + 121 + 207). Es waren also in den 20 Jahren zu besetzen gewesen Stellen

infolge	für wissenschaftliche Lehrer	für Vorschullehrer	für sonstige Lehrer	zusammen
Stellenvermehrung . .	4 520	372	1 117	6 009
Pensionierung	2 100	144	435	2 679
Todesfall	1 385	122	187	1 694
anderer Ursachen . .	1 641	184	289	2 114
im ganzen . . .	9 646	822	2 028	12 496

Hiernach waren 48,1 % der zu besetzenden Stellen neu, 21,4 % durch Pensionierung, 13,6 % durch Todesfall und 16,9 % aus anderen Ursachen erledigt; die Sonderberechnung für die wissenschaftlichen Lehrer ergibt 46,9, 21,8, 14,8 und 17,0 %.

Die Zahlen einzelner Jahre zeigen den Einfluß gesetzlicher Bestimmungen und gewisser Verwaltungsmaßnahmen. So waren in Erwartung eines neuen Lehrerbefoldungsgesetzes 1908 nur 88 (65 + 6 + 17) Lehrer pensioniert, 1909 121 (93 + 7 + 21), nach Erlass des Gesetzes dagegen in den nächsten drei Jahren 211 (165 + 12 + 34), 223 (179 + 13 + 31) und 212 (162 + 14 + 36). Ebenso unverkennbar ist der Einfluß der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens, die manchen wissenschaftlichen Lehrer zum Übertritt veranlaßt hat: 1908 waren nur 59 durch Übernahme eines anderen Amtes ausgeschieden, 1909 und 1910 dagegen 140 und 130, und, wenn auch nicht alle, ein großer Teil davon war an höhere Mädchenschulen übergegangen. Durch diese Neuordnung werden auch anstellungsberechtigte Kandidaten untergebracht, wodurch ein Ausgleich geschaffen wird, wenn die Entwicklung der höheren Schulen für die

männliche Jugend, die in den 20 Jahren bei einer Bevölkerungszunahme von 34,8 % zu einer Zunahme der Schüler um 75,8 % geführt hat, in Zukunft nicht in gleichem Maße vor sich gehen sollte.

Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1916. — Nach Ermittlung des königlichen Statistischen Landesamts waren am 1. Februar 1916 in Preußen insgesamt 502 Lehranstalten für die weibliche Jugend vorhanden: 5 Staats-, 269 Gemeinde-, 6 Stiftungs- und 222 Privatanstalten. Die beiden des Krieges wegen am 18. und 19. August 1914 geschlossenen ostpreussischen Gemeindeanstalten zu Lyck und Gumbinnen konnten am 1. September und 14. April 1915 wieder eröffnet werden. — An Unterhaltungskosten wurden aus Staatsmitteln gezahlt: für die 5 Staatsanstalten 380 585 *M.*, für 88 Gemeindeanstalten 675 045, für 3 Stiftungsanstalten 33 084, für 61 Privatanstalten 194 240, zusammen 1 282 954 *M.* Die Gemeinden trugen zu den Kosten von 2 Staatsanstalten 4 325, der eigenen Anstalten 13 617 492, von 2 Stiftungsanstalten 8 800 und von 119 Privatanstalten 782 441, zusammen 14 413 058 *M.* bei. Aus Stiftungsmitteln wurden für 2 Staats- und 23 Gemeindeanstalten 13 610 und 7 558 *M.* ausgegeben. Außer den aufgeführten Beträgen vereinnahmten die Staatsanstalten noch durch Schulgeld 483 292 *M.* und aus sonstigen Quellen 30 538 *M.*, die Gemeindeanstalten desgleichen 14 660 302 und 135 825 *M.*, so daß für jene 912 350 und für diese 29 096 222 *M.* zur Verfügung standen. Die Einnahmen der Stiftungs- und der Privatanstalten sind nicht weiter bekannt; jedoch ist festgestellt, daß 36 Privatanstalten ohne irgend welche Beihilfe von Staat, Gemeinden oder Stiftungen bestehen (zum Teil Pensionate). Auch bei einer Gemeindeanstalt (Groß Flottbeck im Kreise Pinneberg) sind bisher sämtliche Unterhaltungskosten durch Schulgeld gedeckt.

Insgesamt wurden in den Anstalten 169 508 Mädchen unterrichtet (114 664 evangelischen, 42 787 katholischen, 11 614 jüdischen und 443 sonstigen Bekenntnisse), und zwar in den Staatsanstalten 2 785 Schülerinnen (1 948 + 560 + 271 + 6), in den Gemeindeanstalten 107 510 (86 388 + 12 624 + 8 140 + 358), in den Stiftungsanstalten 1 611 (1 534 + 42 + 32 + 3), in den Privatanstalten 57 602 (24 794 + 29 561 + 3 171 + 76). Es besuchten

	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-
	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-
das Lyzeum	1 486	98 587 ¹⁾	1 380 ²⁾	54 289 ³⁾
davon: evangelischen Bekenntnisses	1 069	79 867	1 305	24 009
katholischen	257	11 030	42	27 143
jüdischen	154	7 380	30	3 062
sonstigen	6	320	3	75
das Oberlyzeum	772	4 924	231	2 842
davon: evangelischen Bekenntnisses	558	3 902	229	748
katholischen	180	878	—	1 993
jüdischen	34	140	2	100
sonstigen	—	4	—	1
die Studienanstalt	527	3 999	—	471
davon: evangelischen Bekenntnisses	321	2 619	—	37
katholischen	123	726	—	425
jüdischen	83	620	—	9
sonstigen	—	34	—	—

Eine weitere Unterscheidung der Oberlyzeen und der Studienanstalten ergibt folgende Besuchszahlen:

	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-
	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-
Oberlyzeen:				
Frauenschulklassen	298	767	—	525
Wissenschaftliche Klassen	385	3 426	203	1 819
Seminarklasse	89	731	28	498
Studienanstalten				
der gymnasialen Richtung	191	154	—	—
der realgymnasialen Richtung	233	3 619	—	471
der Oberrealschulrichtung	103	226	—	—

Im ganzen wurden 467 Lyzeen (L), 80 Frauenschulen (FS), 111 Anstalten mit Wissenschaftlichen Klassen (WK), 107 mit Seminarklasse (SK), 2 Studienanstalten gymnasialer Richtung (gSt),

¹⁾ außerdem 1 237 Knaben. — ²⁾ desgl. 10. — ³⁾ desgl. 668.

38 realgymnasialer (rgSt) und 4 der Oberrealschulrichtung (oSt) gezählt. Wie sich hiernach die eingangs erwähnten 502 Anstalten im einzelnen zusammenfassen, ist folgendem zu entnehmen:

Bestandteile:	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-	Zusammen
	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-	Zusammen
L, FS, WK, SK, g St	1	—	—	—	1
L, FS, WK, SK, rg St	2	¹⁾ 3	—	—	¹⁾ 5
L, FS, WK, SK, o St	1	—	—	—	1
L, FS, WK, SK	1	²⁾ 15	¹⁾ 1	1	³⁾ 18
L, FS, WK, rg St	—	—	—	¹⁾ 1	¹⁾ 1
L, FS, WK	—	—	—	11	11
L, FS, rg St	—	4	—	1	5
L, FS, o St	—	¹⁾ 2	—	—	¹⁾ 2
L, FS	—	13	—	17	30
L, WK, SK, rg St	—	1	—	—	1
L, WK, SK, o St	—	1	—	—	1
L, WK, SK	—	38	4	⁴⁾ 10	⁴⁾ 52
L, WK	—	3	—	7	10
L, rg St	—	19	—	4	23
L	—	159	1	146	306
FS, WK, SK	—	¹⁾ 2	—	—	¹⁾ 2
FS	—	1	—	3	4
WK, SK, rg St	—	1	—	—	1
WK, SK	—	4	—	3	7
SK ⁵⁾	—	—	—	18	18
g St	—	1	—	—	1
rg St	—	2	—	—	2

Unter den Privatanstalten sind 91, die hauptsächlich von Stiftungen, Ordensgenossenschaften usw. unterhalten werden und nach ihrem Wesen den Stiftungsanstalten zuzurechnen sind, aber nach dem Konzessionsinhaber als Privatanstalten gezählt werden müssen. In diesen 91 Anstalten wurden 22 235 Schülerinnen, und zwar 575 evangelischen, 21 290 katholischen, 368 jüdischen und 2 sonstigen Bekenntnisses, unterrichtet; davon besuchten 20 186 das Lyzeum, 1 616 das Oberlyzeum und 433 die Studienanstalt. Der Staat gewährte einen Zuschuß von 1 450, Gemeinden von 164 059 *M.*

Die Leitung von 5 Staats-, 256 Gemeinde-, 3 Stiftungs- und 41 Privatanstalten lag in männlichen Händen; die übrigen 13 Gemeinde-, 3 Stiftungs- und 181 Privatanstalten hatten Leiterinnen, darunter eine private deren drei. Demnach gab es insgesamt 305 männliche und 199 weibliche Schulleiter. Außer diesen waren vollbeschäftigt akademisch gebildete oder gleichgestellte Lehrer: 1 432 männliche und 1 369 weibliche, ordentliche Lehrer: 508 und 3 351, Elementarlehrer: 113 und 297, technische Lehrer: 110 und 1 382, Sprachlehrerinnen: 84. Von den vollbeschäftigten Lehrern und Lehrerinnen waren unterstellt

	männlicher	weiblicher
	männlicher	weiblicher
akademisch gebildete { Lehrer	1 266	166
und gleichgestellte { Lehrerinnen	895	474
ordentliche Lehrer	502	6
ordentliche Lehrerinnen	2 094	1 257
Sprachlehrerinnen	30	54
Elementarlehrer	109	4
Elementarlehrerinnen	150	147
technische Lehrer	99	11
technische Lehrerinnen	891	491
zusammen	6 036	2 610

Die zum Heeresdienst einberufenen, als beurlaubt geltenden Lehrer, auch die gefallenen, deren Stelle noch nicht wieder besetzt ist, sind hier mitgezählt. In Frage kommen 40 Schulleiter, 543 akademisch gebildete, 148 ordentliche, 36 Elementar- und 38 technische Lehrer. Als vollbeschäftigte Vertreter waren von den Gemeindeanstalten (soweit Angaben darüber gemacht sind) 18 akademisch gebildete, 32 ordentliche Lehrerinnen, 4 Sprachlehrerinnen, 2 Elementar-, 2 technische Lehrerinnen und 1 technischer Lehrer eingestellt.

Auf die Staatsanstalten entfielen neben den Leitern 193 vollbeschäftigte Lehrer (71 männlichen und 122 weiblichen Geschlechts), auf die Gemeindeanstalten 5 421 (1 841 + 3 580), auf die Stiftungsanstalten 86 (19 + 67), auf die Privatanstalten 2 946 (232 + 2 714). Es waren von den vollbeschäftigten Lehrern

¹⁾ Die Frauenschule einer Anstalt ist zur Zeit geschlossen. — ²⁾ desgl. die Frauenschulen von 3 Anstalten. — ³⁾ desgl. von 4 Anstalten. — ⁴⁾ Die Seminarklasse einer Anstalt ist zur Zeit unbesetzt. — ⁵⁾ Pädagogische Kurse, entsprechend der Seminarklasse eines Oberlyzeums.

	der Staats-	der Gemeinde- anstalten ¹⁾	der Stiftungs- anstalten ¹⁾	der Privat-
akademisch gebildete { Lehrer . . . 45 (17)	1 167 (469)	14 (5)	206 (52)	
und gleichgestellte { Lehrerinnen 44	782	22	521	
ordentliche Lehrer 24 (4)	470 (140)	5 (2)	9 (2)	
ordentliche Lehrerinnen 39	1 864	31	1 417	
Sprachlehrerinnen 1	18	1	64	
Elementarlehrer —	108 (35)	—	5 (1)	
Elementarlehrerinnen 6	131	1	159	
technische Lehrer 2 (1)	96 (36)	—	12 (1)	
technische Lehrerinnen 32	785	12	553.	

Werden die erwähnten 91 Privatanstalten, die hauptsächlich aus Mitteln von Stiftungen u. dgl. unterhalten werden, als Stiftungsanstalten gezählt, so ändert sich die obige Zahlenreihe für die Stiftungsanstalten, wie folgt: 146, 279, 9, 541, 23, 5, 115, 5, 257 (zusammen 165 männliche, 1215 weibliche Lehrer) und für die Privatanstalten: 74, 264, 5, 907, 42, —, 45, 7, 308 (zusammen 86 männliche, 1566 weibliche Lehrer).

Außerdem wurde noch von 1898 nichtvollbeschäftigten Lehrern Unterricht erteilt. Auf Gemeinde- und Staatsanstalten kamen 624 und 18 oder 12 und 9 % ihrer vollbeschäftigten Lehrer; bei den Stiftungsanstalten mit 22 stieg der Satz auf 26 % und bei den Privatanstalten mit 1234 sogar auf 42 %. Die 1898 Lehrer, unterschieden nach den 9 Arten, setzten sich zusammen aus 997 + 97 + 70 + 177 + 33 + 75 + 34 + 127 + 288 = 1 269 männlichen und 629 weiblichen.

Nach mindestens einjährigem Besuche der Klasse I haben Östern und Michaelis 1915 9 691 (1914 8 978, 1913 8 441 und 1912 7 848) Schülerinnen das Lyzeum mit dem Schulzeugnisse verlassen, 296 (490, 468 und 578) ohne dieses. — Nach mindestens zweijährigem, regelmäßigem Besuche der Frauenschulklassen des Oberlyzeums erhielten 144 (142, 128 und 112) das Schulzeugnis. — Der Reifeprüfung des Oberlyzeums haben sich 1885 (2 151, 2 173 und 2 173) Schülerinnen der Wissenschaftlichen Klassen des Oberlyzeums unterzogen, 1832 (2 034, 2 052 und 2 034) mit Erfolg. — Die Lehramtsprüfung bestanden von 2 047 (1885, 1856 und 157) Seminaristinnen 2 032 (1874, 1840 und 154), und zwar 1 265 (1304, 1310 und 141) evangelische, 741 (536, 504 und 10) katholische und 26 (33, 26 und 3) jüdische. Außerdem wird von 82 Seminaristinnen berichtet, die von der wegen Mangel an Volksschullehrern erteilten Erlaubnis, ohne Prüfung zum Volksschuldienst überzutreten, Gebrauch gemacht haben. — Die Reifeprüfung hatten 625 (290, 235 und 195) Schülerinnen der Studienanstalten abgelegt, 536 (221, 219 und 176) der realgymnasialen, 38 (22, 16 und 19) der gymnasialen, 51 (1914 47) der Oberrealschulrichtung. Von ihnen erhielten, wie in den Vorjahren, sämtliche Gymnasialtinnen das Zeugnis der Reife, von den Oberrealschülerinnen 50 (1914 47). Evangelisch waren unter den 612 (281, 228 und 188) Bestandenen 410 (175, 152 und 115), katholisch 151 (59, 36 und 32), jüdisch 50 (44, 38 und 41), sonstigen Bekenntnisses 1 (3, 2 und 0) oder unter den bestandenen Gymnasialtinnen in gleicher Folge: 28 (8, 8 und 9), 8 (10, 5 und 7), 2 (4, 2 und 3), 0 (0, 1 und 0), Realgymnasialtinnen: 346 (135, 144 und 106), 133 (41, 31 und 25), 44 (33, 36 und 38), 1 (3, 1 und 0), Oberrealschülerinnen: 36 (im Vorjahre 32), 10 (8), 4 (7) und 0 (0). — Es waren

	der Gesamt- bevölkerung	der in den vier Jahren 1912-1915 Bestandenen der Seminare	Studienanstalten
evangelisch	622,1	681	651
katholisch	363,3	304	213
jüdisch	10,4	15	132
sonst. Bekenntnisses	4,2	0	4.

Die Ziffern der evangelischen und jüdischen Bestandenen gehen über ihre Bevölkerungsanteile hinaus. Die Steigerung ist für die

¹⁾ Die infolge des Krieges nicht unterrichtenden Lehrer sind in Klammern neben die Hauptzahlen gesetzt, in denen sie enthalten sind.

evangelischen bei den Studienanstalten weniger bedeutend als bei den Seminaren; umgekehrt für die jüdischen, die bei jenen fast mit dem Dreizehnfachen ihres Bevölkerungsanteils vertreten sind. Die Katholikinnen treten bei den Studienanstalten noch mehr zurück als bei den Seminaren.

Mittelschullehrer-Prüfungen in Preußen. — Im Jahre 1914 haben 566 von 868 Prüflingen, d. i. 65,2 %, die Mittelschullehrer-Prüfung bestanden; in den 10 Vorjahren haben insgesamt 7 756 Prüfungen stattgefunden, davon 5 230 oder 67,4 % mit Erfolg. Die Hauptfächer der im Jahre 1914 Bestandenen waren: Religion in 117 Fällen, Deutsch in 108, Französisch in 102, Geschichte in 81, Mathematik in 75, Botanik und Zoologie in 53, Physik, Chemie und Mineralogie in 13, Englisch in 11 und Erdkunde in 6 Fällen. Im ganzen wurden 1914 (im Jahresdurchschnitt 1904-1913) Prüfungen bestanden in Geschichte 212 (196,3), Erdkunde 147 (140,4), Deutsch 142 (134,5), Französisch 139 (123,3), Religion 117 (109,3), Englisch 96 (94,3), Mathematik 89 (88,3), Botanik und Zoologie 70 (80,7), Physik, Chemie und Mineralogie 62 (62,7), Turnen 60 (12,8), Latein 6 (2,4) und Handfertigkeit 1 (0,4). Die Reihenfolge nach der Häufigkeit war 1914 dieselbe wie in den Vorjahren.

Von 1904 bis 1906 hatte die Zahl der Mittelschullehrer-Prüfungen 627, 678 und 682, der Bestandenen 419, 448 und 475 betragen. Nach kleinem Rückschlag in 1907 waren bis 1913 stetig weitere Fortschritte zu bemerken: 672, 733, 763, 829, 850, 917, 1 005 Prüfungen und 466, 520, 520, 533, 547, 623, 679 Bestandene. Die ungünstigste Verhältniszahl zwischen Prüflingen und Bestandenen stellt sich auf 64,3 % für 1910, die günstigste auf 70,9 % für 1908; 1914 mit 65,2 % ist geringer als die beiden Vorjahre 1912 und 1913 mit 67,9 und 67,6 %.

Die preussischen Universitäten seit 1870. — Im Jahre 1870 wurden für die 11 preussischen Universitäten (mit Einschluß der jetzigen Akademie Braunsberg) 4 278 461 Mark verausgabt; ihr Lehrkörper bestand aus 416 ordentlichen und Honorar-Professoren, 161 außerordentlichen Professoren, 236 Privatdozenten u. dgl. und 50 Sprach- und Exerzitienmeistern, zusammen aus 863 Dozenten; die Universitäten wurden 1870 vor Kriegsausbruch von 7 531 Studierenden besucht. Im Jahre 1914 betrugen die Kosten 29 328 893 Mark; der Lehrkörper, im ganzen 2 108 Dozenten, setzte sich aus 732 ordentlichen, 75 Honorar-, 308 außerordentlichen Professoren, 879 Privatdozenten u. dgl. und 114 Sprach- und Exerzitienmeistern zusammen; an Studierenden waren 30 113 vorhanden, darunter 2 369 weibliche. Somit waren die Kosten auf das Siebenfache, der Lehrkörper auf das Zweieinhalbfache und der Besuch auf das Vierfache gestiegen bei gleichzeitiger Bevölkerungsvermehrung von 24,4 auf 42,2 Millionen. Von den Kosten entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 1870 18 und 1914 69 Pfennig, auf den Dozenten 4 958 und 13 913 Mark, auf den Studierenden 568 und 974 Mark; auf jeden Dozenten kamen durchschnittlich 8,7 und 14,3 Studierende und je ein Studierender auf 3 240 und 1 402 der gesamten Bevölkerung. Folgende Zahlen geben ein Bild der allmählichen Entwicklung:

Jahr	Bevölkerung um die Mitte des Jahres	Kosten M	Dozenten	Studierende
1870	24 402 991	4 278 461	863	1) 7 531
1875	25 627 541	9 280 698	922	7 787
1880	27 151 050	10 369 203	1 004	10 688
1885	28 231 858	11 625 343	1 142	13 320
1890	29 818 879	13 708 718	1 260	13 296
1895	31 696 976	13 154 386	1 358	13 306
1900	34 254 393	17 725 847	1 536	16 386
1905	37 058 256	20 317 724	1 754	20 255
1910	39 925 889	23 433 620	1 892	26 783
1911	40 500 280	25 052 434	1 940	27 974
1912	41 074 671	26 107 903	1 980	29 171
1913	41 649 062	27 465 534	1 997	29 710
1914	42 223 453	29 328 893	2 108	1) 30 113.

¹⁾ vor Kriegsausbruch, also im Sommerhalbjahre, während sonst der Besuch im Durchschnitt aus Sommer- und Winterhalbjahr angegeben ist.

Die Kosten für 1914 (1870) setzten sich zusammen aus 23 409 803 (4 144 046) *M* ordentlichen und aus 5 919 090 (134 415) *M* einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. Bedeckt wurden von den ordentlichen Ausgaben 17 329 233 (2 641 247) *M* aus Staatsmitteln und 6 080 570 (1 502 799) *M* aus sonstigen Mitteln und eigenem Erwerbe. An der Deckung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben waren außer dem Staate Stiftungen (Hannoverscher Klosterfonds, Münsterscher Studienfonds usw.) beteiligt.

Die Steigerung des Besuchs der einzelnen Universitäten von 1870 bis 1914 ist nachstehend zu entnehmen:

Universitäten	Studierende in Preußen		Studierende in Nichtpreußen		Zusammen Studierende		Studierende Reichs- und Provinzial-Länder unter d. Reichs-Preußen 1914
	S. 1870	S. 1914	S. 1870	S. 1914	S. 1870	S. 1914	S. 1914
Berlin . . .	1 753	5 934	415	2 041	2 168	7 975	1 184
Bonn . . .	798	3 993	98	344	896	4 337	105
Breslau . .	843	2 539	34	195	877	2 734	126
Göttingen .	593	2 069	202	662	795	2 731	171
Greifswald	394	1 220	22	188	416	1 408	18
Halle . . .	752	1 700	108	538	860	2 238	244
Kiel . . .	149	1 781	19	879	168	2 660	84
Königsberg	468	1 281	17	217	485	1 498	198
Marburg . .	376	1 919	42	517	418	2 436	92
Münster . .	399	1 933	26	110	425	2 043	7
Braunschweig	23	53	—	—	23	53	—
Zusammen	6 548	24 422	983	5 691	7 531	30 113	2 229

Unter den vorstehend einbegriffenen 2369 weiblichen Studierenden des Sommers 1914 waren 197 andere Deutsche und 140 Reichs- ausländer.

Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Rechnungsjahre 1913. — Die gesamten direkten Gemeindesteuern der Städte Preußens beliefen sich im Berichtsjahre auf 646 327 564 *M*, die der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden auf 66 980 094 *M*. Gegen das Vorjahr zeigt das Aufkommen eine Zunahme um 31 727 491 *M* = 5,16 v. H. bei den Städten, desgleichen um 6 980 958 *M* = 11,64 v. H. bei den großen Landgemeinden. Die Verteilung des Steueraufkommens auf die Provinzen ist aus der untenstehenden Tabelle ersichtlich. Berücksichtigt man nur die Stadtgemeinden, so ergibt sich bei Anordnung der Provinzen nach der Höhe ihres Anteils am gesamten Steueraufkommen nachstehende Reihenfolge:

Rheinprovinz	23,51 v. H.	Hannover	5,41 v. H.
Berlin	14,31 „	Schleswig-Holstein . .	4,37 „
Brandenburg	10,43 „	Pommern	2,87 „
Westfalen	10,12 „	Ostpreußen	2,82 „
Schlesien	7,61 „	Westpreußen	2,34 „
Hessen-Raffau	7,20 „	Posen	2,24 „
Sachsen	6,74 „	Hohenzoll. Lande . .	0,04 „

Auf den Kopf der Bevölkerung machten die direkten Gemeindesteuern in den Städten 32,45 *M*, in den großen Landgemeinden

Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Rechnungsjahre 1913.

Provinzen. — Staat.	Einwohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuer- jahr 1914	Berichtigtes Soll (für das Rechnungsjahr 1913 nach dem Stande vom 31. März 1914)										
		der Einkommen- steuer	der Realsteuern, und zwar				der Wan- der- lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der direkten Steuern zusammen			
			der Steuern vom Grund- besitz	der Ge- werbe- steuer	der Be- triebs- steuer	der Realsteuern zusammen			auf 1 Einw.	auf 1 Einw.		
											1 000 M	1 000 M
1	2	3a	3b	4	5	6	7a	7b	8	9	10a	10b
I. Ostpreußen												
Sämtliche Städte ¹⁾	694 685	10 787	15,58	5 416	1 852	129	7 397	10,65	2	32	18 218	26,22
II. Westpreußen												
a) Sämtliche Städte	633 889	9 046	14,27	4 336	1 590	96	6 022	9,50	1	76	15 144	23,89
b) Landgemeinden über 10 000 E.	22 383	153	6,84	145	15	2	162	7,25	—	—	315	14,08
III. Stadtkreis Berlin	2 011 273	48 279	24,00	29 164	13 129	289	42 582	21,17	—	1 601	92 463	45,97
IV. Brandenburg (ohne Berlin)												
a) Sämtliche Städte	2 222 764	38 708	17,41	22 359	5 807	266	28 432	12,79	4	269	67 412	30,33
b) Landgemeinden über 10 000 E.	599 321	10 127	16,90	9 662	1 817	39	11 518	19,22	—	0,8	21 645	36,12
V. Pommern												
Sämtliche Städte ¹⁾	775 996	11 234	14,48	5 366	1 789	108	7 263	9,36	3	78	18 577	23,94
VI. Posen												
Sämtliche Städte ¹⁾	750 253	8 292	11,05	4 547	1 524	124	6 195	8,26	1	13	14 501	19,33
VII. Schlesien												
a) Sämtliche Städte	1 878 401	29 993	15,97	12 414	6 431	234	19 079	10,16	3	95	49 170	26,18
b) Landgemeinden über 10 000 E.	456 907	5 685	12,44	1 720	1 769	24	3 512	7,69	0,8	53	9 250	20,25
VIII. Sachsen												
a) Sämtliche Städte	1 562 702	27 048	17,31	10 904	5 319	165	16 387	10,49	5	101	43 541	27,86
b) Landgemeinden über 10 000 E.	13 431	236	17,59	61	65	2	129	9,61	—	—	365	27,20
IX. Schleswig-Holstein												
Sämtliche Städte ¹⁾	818 405	15 076	18,42	10 327	2 628	89	13 044	15,94	1	102	28 224	34,49
X. Hannover												
a) Sämtliche Städte	1 241 318	21 358	17,21	9 030	4 279	163	13 473	10,85	2	110	34 942	28,13
b) Landgemeinden über 10 000 E.	44 456	780	17,54	364	117	1	482	10,83	—	—	1 261	28,33
XI. Westfalen												
a) Sämtliche Städte	2 002 258	40 252	20,10	13 155	11 573	318	25 046	12,51	4	125	65 427	32,63
b) Landgemeinden über 10 000 E.	595 940	9 078	15,23	2 570	4 224	38	6 832	11,46	0,4	—	15 910	26,70
XII. Hessen-Nassau												
a) Sämtliche Städte	1 141 303	30 073	26,35	11 269	4 860	159	16 289	14,27	3	162	46 526	40,77
b) Landgemeinden über 10 000 E.	12 520	202	16,14	65	32	1	98	7,83	—	—	300	23,97
XIII. Rheinprovinz												
a) Sämtliche Städte	4 175 663	97 176	23,27	32 016	21 415	607	54 038	12,94	5	724	151 943	36,39
b) Landgemeinden über 10 000 E.	605 685	10 728	17,71	3 143	4 023	38	7 204	11,89	0,4	—	17 933	29,61
XIV. Hohenzollernsche Lande												
Sämtliche Städte ¹⁾	10 538	158	14,96	22	58	—	80	7,61	—	—	238	22,57
Preussischer Staat 1913												
a) Sämtliche Städte	19 919 448	387 480	19,45	170 326	82 253	2 748	255 327	12,82	32	3 488	646 328	32,45
b) Landgemeinden über 10 000 E.	2 350 643	36 989	15,74	17 731	12 062	144	29 937	12,74	1	53	66 980	28,49
Preussischer Staat 1912												
a) Sämtliche Städte	19 636 121	365 363	18,61	166 429	77 073	2 704	246 205	12,54	32	3 000	614 600	31,30
b) Landgemeinden über 10 000 E.	2 257 379	32 692	14,48	16 918	10 201	139	27 258	12,07	1	49	59 999	26,58

¹⁾ Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern waren nicht vorhanden.

28,49 *M* aus gegen 31,30 bzw. 26,58 *M* im Vorjahre. Am höchsten war der Kopfbetrag mit 45,97 *M* in Berlin; über dem Staatsdurchschnitte der Städte standen außerdem noch Hessen-Nassau (40,77), die Rheinprovinz (36,39), Schleswig-Holstein (34,49) und Westfalen (32,68 *M*); am weitesten blieben hinter ihm zurück Pommern (23,94), Westpreußen (23,89), die Hohenzollernschen Lande (22,57) und Posen (19,33 *M*).

Vom Gesamtaufkommen der direkten Steuern in den Stadtgemeinden entfielen 387,48 Mill. *M* oder 59,96 v. H. auf die Einkommensteuer, 255,33 Mill. *M* oder 39,50 v. H. auf die Realsteuern, der kleine Rest von 3,52 Mill. *M* auf die Warenhaus- und Wanderlagersteuer. Bei den großen Landgemeinden verschiebt sich das Verhältnis etwas zugunsten der Realsteuern; es stand hier einem Einkommensteuer-Anteil von 55,29 v. H. ein Realsteueranteil von 44,70 v. H. gegenüber. Von den Realsteuern waren am Gesamtaufkommen der direkten Steuern in den Städten die Steuern vom Grundbesitz mit 26,35 v. H., die Gewerbesteuer mit 12,73 v. H. und die Betriebssteuer mit 0,43 v. H. beteiligt, desgleichen in den großen Landgemeinden mit 26,47 bzw. 18,01 und 0,31 v. H. Bei den Stadtgemeinden der einzelnen Provinzen schwankte der Anteil der Einkommensteuer an den direkten Steuern überhaupt zwischen 66,29 und 52,21 v. H. in den Hohenzollernschen Landen und Berlin, desgleichen bei den großen Landgemeinden zwischen 67,33 und 46,79 v. H. bei Hessen-Nassau und Brandenburg. Sonst blieb nur noch der Einkommensteuer-Anteil der westpreussischen Landgemeinden mit 48,53 v. H. hinter dem halben Betrage der direkten Gemeindesteuern zurück. Bei den Realsteuern übertraf den städtischen Durchschnittsanteil von 39,50 v. H. am meisten Schleswig-Holstein mit 46,22, demnächst Berlin, Posen, Brandenburg und Ostpreußen mit 46,05, 42,72, 42,18 und 40,60 v. H. Die niedrigsten Anteile wiesen hier die Rheinprovinz, Hessen-Nassau und die Hohenzollernschen Lande mit 35,56, 35,01 sowie 33,71 v. H. auf. Von den großen Landgemeinden zeigten die brandenburgischen und westpreussischen mit 53,21 bzw. 51,47 v. H. weitaus die höchsten Realsteueranteile, während diese mit 35,33 und 32,67 v. H. in Sachsen und Hessen-Nassau am geringsten waren.

Gegen das Vorjahr haben sich die Anteile der einzelnen Steuerarten am Gesamtaufkommen der direkten Steuern nicht wesentlich verändert. Es entfielen im Rechnungsjahre 1912

	Hundertteile der direkten Steuern auf die				
	Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer	Betriebssteuer	Wander- und Warenhaussteuer
bei sämtlichen Städten . .	59,45	27,08	12,54	0,44	0,49
„ den großen Landgem. . .	54,49	28,20	17,00	0,23	0,08

Bevölkerungsstatistik der Niederlande. — Die Bevölkerung der Niederlande bezifferte sich nach der amtlichen Statistik am 31. Dezember 1914 auf 3 147 259 Personen männlichen und 3 192 446 weiblichen Geschlechts, zusammen also auf 6 339 705 Personen. Die Zunahme gegen das vorangegangene Jahr, das eine Bevölkerung von 6 212 697 Personen aufwies, beträgt mithin 2,04 v. H. gegen 1,61 im Jahre 1913; sie verteilt sich wiederum ziemlich gleichmäßig auf beide Geschlechter. Die Zahl der Frauen ist wie bisher größer als die der Männer.

Im Jahre 1914 wurden lebend geboren 90 815 Knaben und 86 016 Mädchen, zusammen 176 831 Kinder, gegen 173 541 im Jahre 1913. Auf 100 Mädchengeburten kamen 105,58 Knabengeburt gegen 104,68 im Jahre 1913.

Auf 1 000 Einwohner entfielen 1914 28,9 und 1913 28,1 Geburten. Die Zahl der Totgeborenen betrug 1914 6 899 (1913 6 716) oder auf 100 Geburten 3,76 (1912 3,72).

Es starben im Jahre 1914 77 739 Personen (1913 75 867), und zwar 39 589 männlichen (1913 38 538) und 38 150 weiblichen Geschlechts (1913 37 329), d. h. 12,40 auf 1 000 der Gesamtbevölkerung gegen 12,30 im Jahre 1913.

Die Zahl der Eheschließungen hat im Jahre 1914 im Verhältnis zu den früheren Jahren erheblich abgenommen. Es heirateten 41 888 niederländische Männer (1913 47 554) und 42 314 niederländische Frauen (1913 48 212). Auf 1 000 Männer kamen 13,31 Eheschließungen, auf 1 000 Frauen 13,25 gegen 16,56 bzw. 15,51 im Jahre 1913.

225 Männer niederländischer Nationalität und 651 niederländische Frauen heirateten Ausländer; hiervon nahmen 155 Niederländer (1913 117) deutsche Frauen und 199 Niederländerinnen (1913 306) deutsche Männer. Auch 508 Analphabeten schlossen die Ehe (1913 613), und zwar 194 Männer und 314 Frauen. Die Zahl der Ehescheidungen betrug im Jahre 1914 1122 gegen 1118 im Jahre 1913.

Die Zahl der Auswanderer wird auf 14 051 (1913 18 871) angegeben, darunter 7 646 Männer und 6 405 Frauen. Hiervon gingen nach Deutschland 2 151 Männer (1913 2 719) und 1 959 Frauen (1913 2 538).

Der auswärtige Wirtschaftsverkehr der Türkei 1909/10. —

Der gesamte Außenhandel der Türkei bezifferte sich im genannten Wirtschaftsjahre auf 600,8 Millionen *M* in Einfuhr und 327,5 Mill. *M* in Ausfuhr. Das Übergewicht der Einfuhr betrug demnach 273,3 Mill. *M*¹⁾. An diesem Verkehr waren die einzelnen Staaten wie folgt beteiligt.

	Einfuhr	Ausfuhr	Mehreinfuhr (+) bzw. Mehrausfuhr (—)
England	158,7	100,5	+ 58,2
Frankreich	57,2	65,7	— 8,5
Italien	54,2	22,1	+ 32,1
Rußland	45,2	11,7	+ 33,5
Belgien	19,0	5,7	+ 13,3
Ägypten	18,9	19,8	— 0,9
Serbien	6,1	2,8	+ 3,3
Montenegro	0,1	0,4	— 0,3
Summe	359,4	228,7	+ 130,7
Österreich-Ungarn	113,2	31,3	+ 81,9
Deutschland	39,7	20,2	+ 19,5
Bulgarien	21,5	13,4	+ 8,1
Summe	174,4	64,9	+ 109,5
Rumänien	20,5	7,3	+ 13,2
Holland	12,8	2,9	+ 9,9
Verein. Staaten v. Nordamerika	9,2	12,5	— 3,3
Griechenland	6,7	7,6	— 0,9
Anderer Länder	17,8	3,6	+ 14,2
Summe	67,0	33,9	+ 33,1

Diese Übersicht zeigt, daß der Handelsverkehr der Türkei mit den feindlichen Staaten im ganzen erheblich bedeutender war als der mit allen anderen Ländern. So betrug die Einfuhr aus England, Frankreich, Italien, Rußland, Belgien, Serbien, Montenegro und Ägypten insgesamt 359,4 Mill. *M* oder 59,8 Prozent der gesamten Einfuhrmenge und die Ausfuhr nach diesen Staaten 228,7 Mill. *M* oder 69,7 % des gesamten Ausfuhrverkehrs. Der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr belief sich auf 130,7 Mill. *M* und erreichte mit 47,8 Prozent beinahe die Hälfte der gesamten Mehreinfuhr der Türkei. Außer England war die Türkei hinsichtlich der Einfuhr verhältnismäßig am stärksten auf Österreich-Ungarn angewiesen. Die Einfuhr aus den verbündeten Staaten betrug jedoch insgesamt nur 174,4 Millionen *M* oder 29 Prozent der ganzen Einfuhrmenge und die Ausfuhr bezifferte sich auf 64,9 Mill. *M* oder 19,8 v. H. der gesamten Ausfuhr, während der Überschuß im Betrage von 109,5 Mill. *M* 40,1 Prozent der gesamten Mehreinfuhr ausmachte. Diese Anteile waren demnach erheblich niedriger als die der feindlichen Länder, die zum größten Teil den Einfuhrbedarf der Türkei deckten.

¹⁾ Vergl. Direction générale des Contributions indirectes. Statistique du commerce extérieur de l'empire ottoman de l'année 1915.

Aus der Bevölkerungsstatistik des In- und Auslandes vor dem Weltkriege¹⁾. — Nach den letzten Zählungen ist in fast sämtlichen Staaten Europas das weibliche Geschlecht zahlreicher als das männliche. Auf 1 000 Männer kommen in Portugal 1 107 Frauen, in Norwegen 1 099, Großbritannien und Irland 1 061, Dänemark 1 058, Spanien 1 049, Schweden 1 046, in der Schweiz 1 031, Österreich 1 030, im Deutschen Reich 1 026, in Rußland (hier und im nachstehenden ohne Finnland) gleichfalls 1 026, Frankreich 1 022, Ungarn 1 019, in den Niederlanden 1 016, Finnland 1 012, Italien 1 010 und Belgien 1 002. Nur in einigen südöstlichen Ländern sind die Frauen in der Minderheit. So zählt auf 1 000 Männer Bosnien nur 908 Frauen, Griechenland 921, Serbien 936, Rumänien 968. Wie weit hier Wanderungen mitwirken, ist nicht festgestellt; in den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Ziffer sich auf 952 berechnet, sind sie jedenfalls von größtem Einfluß.

Verhältnismäßig die meisten Ehen werden in Serbien geschlossen, jährlich etwa 102 auf 10 000 Köpfe. Es folgen Bosnien mit 100, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 97, Rußland mit 96, Griechenland mit 88, Ungarn und Rumänien mit je 86, Belgien mit 81, Deutschland und Frankreich mit je 79, die Niederlande mit 78, Österreich und Italien mit je 76, Großbritannien und Irland mit 75, die Schweiz mit 74, Dänemark mit 73, Spanien und Portugal mit je 71, Norwegen mit 62, Finnland mit 60 und Schweden mit 59 Ehen. Anspruchslosigkeit begünstigt die Eheschließung, und Armut ist nur bei höher stehenden Völkern, die das volle Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, ein Hindernis. Es ist also aus den Ehezißern an sich kein Schluß auf die sonstigen Verhältnisse zu ziehen.

Die Jahresziffer der Lebendgeborenen ist, auf 10 000 der Bevölkerung gerechnet, in Rußland mit 468 am höchsten und in Frankreich mit 190 am niedrigsten. Dazwischen stehen Rumänien, Bosnien und Portugal mit 434, 414 und 395, Serbien, Ungarn und Italien mit 381, 363 und 324, Österreich, Spanien und Finnland mit 315, 312 und 291, Griechenland, Deutschland und die Niederlande mit 288, 283 und 280, Dänemark, Norwegen und die Schweiz mit 267, 254 und 241, Schweden, Großbritannien und Irland, Belgien mit 240, 239 und 226. — Bei den Sterbefällen steht Rußland, seiner hohen Geburtsziffer entsprechend, mit 298 im Jahre auf 10 000 der Bevölkerung gleichfalls an erster Stelle; es folgen: Bosnien (274), Ungarn (233), Spanien (232), Rumänien (229), Portugal (225), Österreich (220), Serbien (211), Frankreich (175), Finnland (165), Schweiz (158), Deutschland (156), Belgien (148), Großbritannien und Irland, Italien (je 142), Griechenland (139), Schweden (138), Norwegen (134), Dänemark (130), die Niederlande (120). — Werden die Länder nach der Höhe des Überschlusses der Geburten über die Sterbefälle geordnet, so erhält man folgende Zusammenstellung:

Länder	Lebendgeborene	Gestorbene	Überschuß der Lebendgeborenen
	im Jahre auf 10 000 Köpfe		
Rumänien	434	229	205
Italien	324	142	182
Rußland	468	298	170
Serbien	381	211	170
Portugal	395	225	170
Niederlande	280	120	160
Griechenland	288	139	149
Bosnien	414	274	140
Dänemark	267	130	137
Ungarn	363	233	130
Deutsches Reich	283	156	127
Finnland	291	165	126
Norwegen	254	134	120
Schweden	240	138	102
Großbritannien und Irland	239	142	97
Österreich	315	220	95
Schweiz	241	158	83
Spanien	312	232	80
Belgien	226	148	78
Frankreich	190	175	15.

¹⁾ nach „Otto Hübners geographisch-statistischen Tabellen aller Länder der Erde, 1914“.

Hiernach ist die natürliche Zunahme Deutschlands acht- bis neunmal so groß wie die Frankreichs.

Die wirkliche Volkszunahme wird durch den Geburtenüberschuß und durch Wanderungen bestimmt. Übertrifft, wie in den meisten Ländern, die Auswanderung die Einwanderung, so ist die wirkliche Zunahme kleiner als der Geburtenüberschuß und umgekehrt. Sind die Unterlagen der hier benutzten Quelle, die Zählungen der einzelnen Länder, einwandfrei, so ergeben sich nachstehende Ziffern für die wirkliche Volkszunahme und den Einfluß der Wanderungen:

Länder	Geburtenüberschuß	Wirkliche Volkszunahme ¹⁾	Volkszunahme gegen Geburtenüberschuß
	im Jahre auf 10 000 Köpfe		
Italien	182	63	— 119
Portugal	170	86	— 84
Griechenland	149	71	— 78
Norwegen	120	60	— 60
Rumänien	205	150	— 55
Ungarn	130	81	— 49
Schweden	102	72	— 30
Spanien	80	51	— 29
Niederlande	160	138	— 22
Bosnien	140	125	— 15
Dänemark	137	126	— 11
Serbien	170	160	— 10
Großbritannien und Irland	97	87	— 10
Österreich	95	88	— 7
Frankreich	15	18	+ 3
Deutsches Reich	127	136	+ 9
Finnland	126	138	+ 12
Belgien	78	103	+ 25
Rußland	170	210	+ 40
Schweiz	83	124	+ 41.

Den größten Zuwachs durch Wanderungen haben hiernach die Schweiz und Rußland, den größten Verlust Italien und Portugal. Beim Deutschen Reich, das in früheren Jahrzehnten (hauptsächlich vor 30–40 Jahren) durch Auswanderungen beträchtliche Verluste erlitten hatte, sind jetzt die Einwanderungen bedeutender als die Auswanderungen.

Analphabeten im Deutschen Reich und im Auslande. —

Im Deutschen Reich ist die Schulpflicht nicht nur vorgeschrieben, sondern es wird auch dafür gesorgt, daß kein im schulpflichtigen Alter Stehender ohne Unterricht bleibt. Wenn es dennoch im Reich Analphabeten gibt, so handelt es sich entweder um Blödsinnige, Geistesranke usw. oder um solche, die das schulpflichtige Alter im Auslande zugebracht haben, zumeist in Rußland und Italien, die beide bekanntlich auch hinsichtlich der allgemeinen Schulbildung sehr im Rückstande sind. — Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ waren unter den im Erbsjahre 1913 eingestellten 387 396 Rekruten (einschließlich 22 052 Einjährig-Freiwilligen) 147 ohne Schulbildung, d. h. 38 auf 100 000. Wenn man „Otto Hübners geographisch-statistischen Tabellen aller Länder der Erde“, fortgeführt und ausgestaltet von Dr. Franz von Juraschek, folgt, gibt es kein Land mit einer auch nur annähernd so niedrigen Ziffer, abgesehen von der Schweiz, unter deren im Jahre 1911 eingestellten Rekruten sich 3‰ ohne jegliche Fertigkeit im Schreiben und 1‰ auch ohne solche im Lesen befanden. Dänemark (im Jahre 1907) und Schweden (1911) — für Norwegen fehlen die Angaben — kommen mit 2,0 und 2,3 auf 1 000 ihrer Rekruten am nächsten; für die Niederlande (1912) ist schon 8, für Großbritannien und Irland (1903/04) 10 v. T. errechnet, und für die Kultur Frankreichs (1912) spricht die Ziffer 30, für die Belgiens (1913) die Ziffer 92 v. T. gerade nicht, von Italien (1905) mit 306, Serbien (1911) mit 434, Rußland (1894) mit 617 und Rumänien (1908) mit 645 v. T. zu schweigen. Griechenland hat unter seinen Rekruten ungefähr $\frac{1}{10}$ Analphabeten.

Für einige Staaten ist die Zahl der Analphabeten auf 1 000 Einwohner berechnet. Die Ziffern sind nicht so kennzeichnend wie die auf die Rekruten bezogenen, da sie die Eingewanderten anderer

¹⁾ Unterschied zwischen den Ergebnissen der beiden letzten Zählungen im Jahresdurchschnitt.

Nationalität umfassen; sie sind aber nicht ohne Wert. Am ungünstigsten steht hier Rumänien (1899) mit 884 Analphabeten unter 1000 Einwohnern da; nicht viel bleiben Serbien (1900) und Portugal (1900) mit 830 und 786 v. T. zurück. Auch in Spanien waren 1910 mit 637 v. T. noch mehr als die Hälfte der Einwohner Analphabeten. Italien zählte 1911 326 männliche und 424 weibliche Analphabeten unter 1000 der über 6 Jahr alten männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung, Belgien 1910 131 unter 1000 über 7 Jahr Alten und die Vereinigten Staaten von Nordamerika 1900 107 unter 1000 über 10 Jahr Alten. In Finnland waren unter der über 15 Jahr alten Bevölkerung 1900 nur 12‰ Analphabeten.

Die Darlehnskassen des Reiches im Jahre 1915¹⁾. — Am Schluß des Jahres 1915 bestanden im Reiche 99 Darlehnskassen (wie 1914) und 129 Hilfsstellen (127 in 1914), die auf Grund des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 errichtet wurden. Seit ihrer Eröffnung am 7. August 1914 bis Ende 1915 gaben die Kassen entsprechend dem jeweiligen Darlehnsbestand Scheine zu 1, 2, 5 und 20 M im Gesamtbetrage von 2 347 Millionen M aus, von denen 972,2 Mill. M d. h. 41,4 % in den freien Verkehr gesetzt wurden. Die vorgesehene Höchstgrenze von 3 Milliarden M ist somit bis jetzt nicht erreicht worden. Dagegen zeugt der bisherige ansehnliche Umsatz der Kassen in der Gesamtsumme von 21,6 Milliarden M davon, daß ihre Inanspruchnahme einen breiten Raum eingenommen hat. Am lebhaftesten vollzog sich der Kreditverkehr naturgemäß bei der Darlehnskasse in Berlin, die 1915 einen Umsatz von 9 329,9 Mill. M hatte und Darlehen im Betrage von 5 041,5 Mill. M gewährte; das macht von sämtlichen Darlehen im Reiche, die sich auf 8 937,4 Mill. M beziffern, 56,4 % aus. Verhältnismäßig hohe Summen verzeichnen die Städte Münster mit 201,8, Stettin 196,8, Düsseldorf 161, Essen 157,8, Dresden 137,9, Halle a./S. 137,7, Leipzig 124,8, Breslau 120,7, Mülheim a./Ruhr 112,8, Köln 107,8 Mill. M. Bei den übrigen Darlehnskassen haben die Beträge 100 Mill. M nicht überschritten.

Dieser Fortgang des Darlehnsengeschäftes ist, von den vorübergehenden Vorschüssen an die Kriegsanleihezeichner abgesehen, in wesentlichem Maße auf den erhöhten Kreditbedarf der Kommunalverwaltungen und Bundesregierungen sowie auf die Inanspruchnahme der Darlehnskassen seitens der Kriegsgesellschaften zurückzuführen. Insbesondere der Umstand, daß der Zinssatz der Kassen (5½ %) um ½ % niedriger ist als der Lombardsatz der Reichsbank, hat dazu beigetragen, daß die Kreditinstitute einen großen Teil ihres Ultimobedarfes bei den Darlehnskassen deckten.

Die Summe der im Jahre 1915 bei sämtlichen Kassen aufgenommenen Zinsen beträgt 59,2 Mill. M; berechnet man danach den Anteil der Kreditnehmer, so entfallen auf

die Bundesregierungen	14,2 %
„ Kommunalverbände	12,6 „
„ Sparkassen	19,8 „
„ Banken, Bankiers und Kreditgenossenschaften	9,2 „
„ Kriegsgesellschaften	5,7 „
„ Industrie	5,7 „
„ Landwirtschaft	1,0 „
das Handels-, Transport- und Versicherungsgewerbe	12,8 „
sonstige Darlehnsnehmer	19,0 „

Aus dieser Verteilung ist zu ersehen, daß die Inanspruchnahme der Darlehnskassen seitens der ersten beiden Gruppen einen verhältnismäßig großen Umfang angenommen hat, was darauf schließen läßt, daß der Kreditbedarf namentlich der Kommunalverbände infolge der Verpflichtungen aus den Kriegsteilnahmegeetzen eine Anspannung erfahren hat. Den vielfach überwiegenden Anteil findet man jedoch auf Seite der eigentlichen Geschäftswelt, wo er 73,2 gegenüber 26,8 Prozent des Darlehnsbetrages der ersten beiden Gruppen ausmacht. Dagegen war im besonderen die Inanspruchnahme der Kassen für Warenbeleihungen infolge der durch den Krieg bedingten allgemeinen Geschäftslage sowie der behördlichen Maßnahmen zur

Beschlagnahme von Waren verhältnismäßig gering. So entfallen von 2 347,8 Mill. M des Darlehnsbestandes sämtlicher Kassen am Ende 1915 nur 142,1 Mill. M auf das Unterpfand von Waren, was einen Bestandteil von 6,1 Prozent ergibt. Diese Art Darlehen wurde hauptsächlich den Kriegsgesellschaften (Reichsgetreidestelle, Zentral-Einkaufsgesellschaft u. a.) gewährt; demgemäß weist auch die Darlehnskasse in Berlin von 1 142,8 Mill. M ihres Darlehnsbestandes 131,4 Mill. M oder 11,5 % für Warenbeleihungen auf, während bei den übrigen Darlehnskassen der Bestand von 1 205,6 Mill. M in 1 194,9 auf das Unterpfand von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen und nur 10,6 Mill. M oder 0,9 % auf Waren zerfällt.

Die Säuglingssterblichkeit in Preußen. — Von 10 000 Lebendgeborenen starben in Preußen während des ersten Lebensjahres 1881-1890 2 075, 1891-1900 2 031, 1901-1910 1 788 und 1911-1914 1 619. Diese Ziffern sind ein erfreulicher Beweis von der Wirkung gesundheitlicher Lehren und Maßnahmen. Und gerade in den größeren Städten, die früher besonders unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hatten, haben sich die Verhältnisse so gebessert, daß ihre Ziffer im letzten Jahrzehnt noch hinter der des ganzen Staates zurückbleibt: in den 63 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern starben durchschnittlich von 1 000 Säuglingen in obigen Zeitabschnitten 222, 214, 180 und 156. In der nebenstehenden Tabelle sind die nach der Größe ihrer Einwohnerzahl benummerten Städte¹⁾ mit ihren Säuglingssterblichkeitsziffern zusammengestellt, links in alphabetischer Reihenfolge, rechts nach der Höhe ihrer Ziffern in 1911-1914.

Unter den Städten befindet sich keine, deren Säuglingssterblichkeit nicht günstiger geworden wäre. Am meisten ist die im ersten Jahrzehnt allerdings ziemlich hohe Ziffer Charlottenburgs zurückgegangen, von 286 auf 132, also um mehr als die Hälfte. Die Ziffern der 1881/90 noch stärker belasteten Städte Siegnitz (332), Görlitz (309), Breslau (300), Brandenburg und Königsberg (je 296) berechneten sich im letzten Jahrzehnt um mehr als 100 niedriger; auch die Ziffer Berlins war von 270 auf 152 gesunken.

Sehr verschieden ist die Säuglingssterblichkeit in den westlichen und östlichen Regierungsbezirken. Aachen hatte mit 94‰ 1911-1914 und auch in den zurückliegenden drei Jahrzehnten mit 99, 102, 108 die günstigste Ziffer; Cassel schließt sich mit 99, 113, 135, 153 an, weiter Wiesbaden mit 100, 125, 142, 153, Danabruück mit 105, 114, 121, 130, Minden mit 113, 124, 135, 145, Coblenz mit 118, 136, 161, 172, Hildesheim mit 122, 137, 159, 161, Stade mit 122, 128, 138, 136, Hannover mit 127, 149, 170, 166, Lüneburg mit 130, 144, 157, 149, Arnberg mit 134, 143, 151, 148, Schleswig mit 137, 150, 162, 153, Trier mit 138, 144, 157, 154, Düsseldorf mit 139, 154, 175, 172, Erfurt mit 146, 162, 175, 187, Münster mit 147, 156, 165, 150. In den genannten Bezirken des Westens waren 1911-1914 die Ziffern günstiger als im Staatsdurchschnitt; Köln steht mit 162, 188, 218, 218 im Mittel; die beiden westlichen Bezirke Sigmaringen mit 166, 208, 232, 272 und Aachen mit 167, 184, 210, 204 bleiben nicht weit zurück. Dagegen haben die höchsten Ziffern Breslau (212, 247, 273, 281), Gumbinnen (210, 216, 232, 220), Danzig (206, 219, 244, 237), Stettin (201, 231, 259, 231), Stralsund (201, 221, 230, 203), Marienwerder (200, 210, 226, 229), Siegnitz (198, 233, 273, 289), Bromberg (197, 209, 223, 226), Königsberg (194, 198, 224, 222), Magdeburg (193, 209, 231, 223), Oppeln (189, 196, 211, 218), Frankfurt (189, 210, 234, 231), Merseburg (184, 202, 224, 221) und Allenstein (180, 181, 206, 221). Potsdam mit 172, 202, 256, 262, Posen mit 170, 183, 203, 220 und Köslin mit 165, 169, 172, 165 nähern sich unter den östlichen Bezirken dem Staatsdurchschnitt.

¹⁾ Vergl. „Die Darlehnskassen des Reiches im Jahre 1915“. Bearbeitet im Bureau der Hauptverwaltung der Darlehnskassen. Berlin, 1916.

¹⁾ Die Städte mit den Größennummern 1-3 hatten 1910 mehr als 500 000, mit 4-7 300 000-500 000, mit 8-33 100 000 bis 300 000, mit 34-63 weniger als 100 000 Einwohner.

Städte	Säuglingssterblichkeit auf 1 000 Lebendgeborene				Städte	Säuglingssterblichkeit auf 1 000 Lebendgeborene			
	1911/14	1901/10	1891/00	1881/90		1911/14	1901/10	1891/00	1881/90
24. Aachen	169	194	255	262	30. B.-Wilmerdorf	98	111	—	—
18. Altona	170	179	208	224	22. Barmen	99	121	158	163
22. Barmen	99	121	158	163	44. Remscheid	104	121	151	147
1. Berlin	152	183	230	270	60. Solingen	105	119	153	—
40. B.-Lichtenberg	185	222	308	—	4. Frankfurt a. M.	108	145	159	177
17. B.-Schöneberg	126	139	188	—	31. Wiesbaden	108	143	169	180
30. B.-Wilmerdorf	98	111	—	—	41. Bielefeld	109	129	152	156
46. Beuthen i. D. Schl.	193	193	217	228	51. Osnabrück	109	128	136	165
41. Bielefeld	109	129	152	156	20. Elberfeld	110	139	163	164
26. Bochum	141	152	175	169	36. Hagen i. Westf.	114	139	147	167
37. Bonn	142	177	202	221	25. Cassel	117	127	158	170
59. Brandenburg a./H.	192	214	302	296	7. Hannover	125	154	191	186
3. Breslau	181	227	267	300	17. B.-Schöneberg	126	139	188	—
55. Bromberg	211	223	243	250	27. Greifeld	127	147	204	213
62. Buer	147	160	—	—	6. Charlottenburg	132	145	206	286
25. Cassel	117	127	158	170	28. Mülheim a./Ruhr	133	141	178	165
6. Charlottenburg	132	145	206	286	15. Kiel	135	165	192	187
57. Coblenz	152	158	188	216	8. Essen a./Ruhr	136	151	178	184
2. Köln a. Rh.	174	203	247	256	61. Hildesheim	137	151	173	175
27. Greifeld	127	147	204	213	58. Heddinghausen	140	163	—	—
19. Danzig	184	217	275	281	5. Düsseldorf	141	173	208	210
14. Dortmund	155	173	184	176	26. Bochum	141	152	175	169
5. Düsseldorf	141	173	208	210	37. Bonn	142	177	202	221
13. Duisburg	168	170	205	197	63. Trier	142	156	190	166
20. Elberfeld	110	139	163	164	53. Flensburg	144	144	154	160
54. Elbing	197	208	267	275	56. Herne	146	160	—	—
29. Erfurt	167	175	200	207	50. München Gladbach	147	177	204	203
8. Essen a./Ruhr	136	151	178	184	62. Buer	147	160	—	—
53. Flensburg	144	144	154	160	1. Berlin	152	183	230	270
4. Frankfurt a. M.	108	145	159	177	21. Gelsenkirchen	152	153	187	—
45. Frankfurt a./D.	193	240	271	288	57. Coblenz	152	158	188	216
21. Gelsenkirchen	152	153	187	—	32. Saarbrücken	154	154	—	—
48. Gleiwitz	173	181	—	—	14. Dortmund	155	173	184	176
38. Götting	166	215	158	309	42. Linden i. Hann.	155	197	232	247
36. Hagen i. Westf.	114	139	147	167	34. Münster i. Westf.	158	188	222	219
16. Halle a./Saale	189	202	224	204	35. Oberhausen	158	170	185	—
33. Hameln	194	190	—	—	11. Neuzölln	161	194	283	—
7. Hannover	125	154	191	186	38. Götting	166	215	258	309
47. Harburg	169	191	230	—	52. Potsdam	166	182	233	246
56. Herne	146	160	—	—	29. Erfurt	167	175	200	207
61. Hildesheim	137	151	173	175	13. Duisburg	168	170	205	197
15. Kiel	135	165	192	187	24. Aachen	169	194	255	262
10. Königsberg i. Pr.	179	197	268	296	47. Harburg	169	191	230	—
43. Königschütte i. D. Schl.	209	210	221	213	18. Altona	170	179	208	224
49. Liegnitz	210	255	288	332	48. Gleiwitz	173	181	—	—
42. Linden i. Hann.	155	197	232	247	2. Köln a. Rhein	174	203	247	256
9. Magdeburg	190	220	260	255	10. Königsberg i. Pr.	179	197	268	296
28. Mülheim a./Ruhr	133	141	178	165	3. Breslau	181	227	267	300
50. München Gladbach	147	177	204	203	23. Posen	182	211	250	272
34. Münster i. Westf.	158	188	222	219	19. Danzig	184	217	275	281
11. Neuzölln	161	194	283	—	40. B.-Lichtenberg	185	222	308	—
35. Oberhausen	158	170	185	—	16. Halle a./Saale	189	202	224	204
51. Osnabrück	109	128	136	165	9. Magdeburg	190	220	260	255
23. Posen	182	211	250	272	39. Spandau	190	229	269	265
52. Potsdam	166	182	233	246	59. Brandenburg a./H.	192	214	302	296
58. Heddinghausen	140	163	—	—	45. Frankfurt a./D.	193	240	271	288
44. Remscheid	104	121	151	147	46. Beuthen i. D. Schl.	193	193	217	228
32. Saarbrücken	154	154	—	—	33. Hameln	194	190	—	—
60. Solingen	105	119	153	—	54. Elbing	197	208	267	275
39. Spandau	190	229	269	265	12. Stettin	203	255	315	291
12. Stettin	203	255	315	291	43. Königschütte i. D. Schl.	209	210	221	213
63. Trier	142	156	190	166	49. Liegnitz	210	255	288	332
31. Wiesbaden	108	143	169	180	55. Bromberg	211	223	243	250

Die Gründe für die Ehescheidungen in Preußen 1914. — Nachdem auf den Seiten X—XI der „Statistischen Korrespondenz“ die Ehescheidungen in Preußen im Kalenderjahre 1914 nach ihrer Häufigkeit dargestellt worden sind, seien im folgenden die Scheidungsgründe und die Schuldfrage einer statistischen Betrachtung unterzogen.

Die umstehende Übersicht enthält für das Jahr 1914 regierungsbezirksweise und in der Staatssumme, für die Vergleichsjahre 1913, 1912, 1911 und 1910 nur in der Staatssumme, die ziffermäßigen Angaben über das Häufigkeitsverhältnis der fünf Ehescheidungsgründe des B.G.B. mit jedesmaliger besonderer Hervorhebung des Verschuldens männlicherseits.

		Vom Hundert der Ehescheidungsgründe fußten auf									
		§ 1565 ¹⁾		§ 1566 ²⁾		§ 1567 ³⁾		§ 1568 ⁴⁾		§ 1569 ⁵⁾	
Regierungs- bezirke. 1914 Staat.		des Bürgerlichen Gesetzbuches									
		über- haupt	über- (Sp. 2) entfielen auf die Männer als schuldigen Teil	über- haupt	über- (Sp. 4) entfielen auf die Männer als schuldigen Teil	über- haupt	über- (Sp. 6) entfielen auf die Männer als schuldigen Teil	über- haupt	über- (Sp. 8) entfielen auf die Männer als schuldigen Teil	über- haupt	über- (Sp. 10) entfielen auf die Männer als schuldigen Teil
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Königsberg .		32,9	20,4	—	—	8,3	5,6	56,5	40,3	2,3	0,5
2. Gumbinnen ⁶⁾		39,6	18,9	—	—	10,4	7,5	46,2	35,8	3,8	0,9
3. Allenstein ⁶⁾		32,4	17,6	—	—	11,8	11,8	50,0	29,4	5,9	—
4. Danzig . . .		29,9	14,9	—	—	16,1	9,8	52,9	36,8	1,1	—
5. Marienwerder		25,2	14,3	—	—	12,6	5,9	61,3	45,4	0,8	—
6. Stfr. Berlin		61,5	34,1	0,2	0,1	5,8	3,7	31,1	24,0	1,5	0,5
7. Potsdam . .		45,6	24,7	0,1	0,1	6,9	3,9	45,0	32,1	2,4	0,7
8. Frankfurt . .		32,2	14,3	—	—	9,2	3,8	56,8	45,4	1,9	0,5
9. Stettin . . .		40,8	20,7	—	—	10,5	3,6	45,1	38,2	3,6	1,6
10. Köslin . . .		33,9	23,2	1,8	1,8	17,9	10,7	46,4	42,9	—	—
11. Stralsund . .		44,9	26,5	4,1	2,0	8,2	4,1	40,8	28,6	2,0	—
12. Posen		32,2	18,6	0,8	0,8	11,0	2,5	53,4	42,4	2,5	—
13. Bromberg . .		29,7	18,7	1,1	1,1	14,3	7,7	52,7	41,8	2,2	1,1
14. Breslau . . .		55,4	31,2	0,3	0,3	3,7	1,3	38,5	29,5	2,0	0,5
15. Liegnitz . . .		45,7	23,0	0,4	0,4	8,6	3,6	45,0	36,3	0,4	—
16. Oppeln . . .		38,7	18,3	—	—	4,3	2,7	52,2	41,4	4,8	1,1
17. Magdeburg . .		49,3	24,8	0,3	0,3	12,1	8,4	36,7	26,9	1,6	0,5
18. Merseburg . .		42,9	20,3	0,6	0,3	13,1	7,4	42,0	33,7	1,4	0,9
19. Erfurt		53,9	29,8	—	—	6,2	1,7	39,9	32,0	—	—
20. Schleswig . .		49,0	20,9	0,2	0,2	9,3	5,4	39,7	30,5	1,9	1,1
21. Hannover . . .		50,7	24,0	—	—	7,4	3,0	40,4	31,5	1,5	—
22. Hildesheim . .		40,5	13,5	—	—	15,3	8,1	42,3	30,6	1,8	0,9
23. Lüneburg . . .		48,3	18,4	—	—	11,6	6,8	40,1	34,0	—	—
24. Stade		25,7	12,8	0,9	0,9	31,2	23,9	40,4	31,2	1,8	0,9
25. Osnabrück . .		29,7	8,1	—	—	8,1	8,1	62,2	48,6	—	—
26. Aurich		32,4	14,7	—	—	23,5	17,6	41,2	35,3	2,9	2,9
27. Münster . . .		40,9	13,6	0,9	—	16,4	11,8	39,1	33,6	2,7	0,9
28. Minden		33,0	14,8	1,1	—	18,2	13,6	45,5	37,5	2,3	—
29. Arnberg . . .		42,0	16,7	0,4	0,4	9,4	6,6	44,2	35,8	4,0	0,9
30. Cassel		53,8	29,8	—	—	14,4	8,7	27,9	19,2	3,8	1,0
31. Wiesbaden . .		53,7	28,3	—	—	4,6	2,4	39,6	29,7	2,2	0,6
32. Coblenz . . .		37,5	15,3	—	—	12,5	5,6	48,6	37,5	1,4	—
33. Düsseldorf . .		39,0	17,4	0,1	0,1	9,0	6,0	50,2	38,7	1,7	0,5
34. Köln		60,7	30,4	—	—	3,0	1,4	34,7	27,0	1,8	0,8
35. Trier		39,6	17,3	—	—	4,3	2,9	53,2	40,3	2,9	1,4
36. Aachen		45,3	21,2	2,2	1,5	7,3	5,1	44,5	27,7	0,7	0,7
37. Sigmaringen		—	—	—	—	—	—	100,0	50,0	—	—
Staat ⁷⁾	1914 ⁶⁾	48,0	24,5	0,2	0,1	8,1	4,8	41,7	31,9	1,9	0,6
	1913	47,5	24,8	0,2	0,2	8,5	4,9	41,8	32,2	2,0	0,6
	1912	47,5	24,9	0,2	0,1	8,9	5,3	41,4	32,2	2,0	0,6
	1911	47,5	24,9	0,1	0,1	8,7	5,3	41,6	33,4	2,0	0,8
	1910	47,5	25,0	0,3	0,2	9,1	5,4	40,7	31,6	2,4	0,7

1) Ehebruch, Doppelsehe, widernatürliche Unzucht. — 2) Lebensnachstellung. — 3) bössliche Verlassung. — 4) schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehelos oder unsittliches Verhalten. — 5) Geisteskrankheit. — 6) ohne Landgericht und, für das wegen der Kriegswirren Angaben nicht geliefert werden konnten. — 7) außerdem wurden 1914 — 82, 1913 — 85, 1912 — 76, 1911 — 87 und 1910 — 57 Ehen auf Grund einer Nichtigkeitsklage, besgl. 1914 — 63, 1913 — 69, 1912 — 79, 1911 — 79 und 1910 — 62 Ehen auf Grund einer Anfechtungsklage für nichtig erklärt und 1913 in 5, 1912 und 1911 in je 2 Fällen das Nichtbestehen der Ehe festgestellt.

Hiernach betraf fast die Hälfte (1914: 6 428, 1913: 6 365) aller Ehescheidungsgründe den Ehebruch (§ 1565 B.G.B.), und zwar zeigt sich hier im Berichtsjahre sogar noch eine kleine Erhöhung der früheren, stets beständigen Häufigkeitsziffer. Nicht sehr viel seltener wurde wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehelos oder unsittlichen Verhaltens (§ 1568 B.G.B.) in den Urteilen auf Scheidung der Ehe erkannt, nämlich in reichlich zwei Fünfteln (1914: 5 588, 1913: 5 605) aller Fälle. Den genannten beiden Haupt-Scheidungsursachen gegenüber treten die übrigen drei des B.G.B. bezüglich ihrer Häufigkeit stark in den Hintergrund. Von letzteren weist nur noch die bössliche Verlassung (§ 1567 B.G.B.) einigermaßen bemerkenswerte Ziffern auf. Doch ist der 1910er Anteil von einem Elftel im allgemeinen ständig gesunken, bis zum Berichtsjahre um genau 1 vom Hundert. Geisteskrankheit kam als Scheidungsursache (§ 1569 B.G.B.) im Berichtszeitraum

nur in rund einem Fünftel der Fälle vor, und zwar gleichfalls in immer geringer werdendem Verhältnis. Die Lebensnachstellung endlich (§ 1566 B.G.B.) spielte mit einer Häufigkeitsziffer von 1 bis 3 Tausendteilen — in den letzten 3 Jahren immer 2 Tausendteilen — nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Bei der Betrachtung nach Regierungsbezirken ergeben sich für 1914 gegenüber der Staatsziffer starke Abweichungen in der Häufigkeit der einzelnen Ehescheidungsgründe. Wegen Ehebruchs wurde am häufigsten im Verhältnis zur Gesamtheit der Ehescheidungsgründe im Stadtkreis Berlin, demnächst im Regierungsbezirk Köln und — bereits in einem Abstande — im Bezirk Breslau auf Scheidung der Ehe erkannt, am seltensten in Marienwerder, nicht viel weniger selten in Stade und am dritt seltensten in Bromberg und Osnabrück. Ehescheidung wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten usw. wurde verhältnismäßig am häufigsten in Sigmaringen, Osnabrück und Marienwerder ausgesprochen, im geringsten Umfange im Regierungsbezirk Cassel, im Stadtkreis Berlin und im Kölner Bezirk. Allgemein zeigt sich fast in allen Bezirken, daß einem häufigen Auftreten des Ehebruchs als Scheidungsgrund gewöhnlich ein selteneres der Ehepflichtenverletzung dabeist entspricht — und umgekehrt. Die bössliche Verlassung erreichte die höchsten Anteilsziffern in den Bezirken Stade (mit nahezu einem Drittel sämtlicher Urteilsbegründungen), Aurich und Minden, die geringste in Köln, Breslau und — gleich groß — in Oppeln und Trier. Die Geisteskrankheit als anerkannter Ehescheidungsgrund tritt mit fast 6 v. H. verhältnismäßig am stärksten im Regierungsbezirk Allenstein auf, während sie in Köslin, Erfurt, Lüneburg, Osnabrück und Sigmaringen ganz ausfällt. Die Lebensnachstellung endlich kam verhältnismäßig am häufigsten im Stralsunder Bezirk als Ehescheidungsgrund vor, in den meisten Bezirken kam sie überhaupt nicht in Betracht.

In den jährlichen Staatssummen erscheinen die Männer beim Ehebruch stets etwas häufiger als die Frauen als schuldiger Teil. Doch läßt sich eine freilich nicht sehr einschneidende beständige Abnahme dieser Neigung zu Lasten der Frauen bemerken. Schwere Pflichtverletzung, ehelos oder unsittliches Verhalten ließen sich die Männer drei- bis viermal so oft zuschulden kommen wie die Frauen. Auch die bössliche Verlassung stellt sich als ein vorzugsweise männliches Verschulden heraus. Geisteskrankheit dagegen war bei der Frau weit häufiger Scheidungsursache als beim Manne. Die Lebensnachstellung war stets ganz überwiegend Schuld des Mannes.

Auch bezüglich der Schuldfrage ergeben sich für 1914 regierungsbezirksweise erhebliche Abweichungen gegenüber dem Verhältnis der Schuld der beiden Geschlechter im Staatsganzen. Was den Ehebruch betrifft, so lag das Verschulden im allgemeinen im Osten mehr auf Seiten der Männer, im Westen mehr auf Seiten der Frauen. Der andere Haupt-Ehescheidungsgrund, die schwere Pflichtverletzung, zeigt ein gleichmäßigeres Verhalten in den einzelnen Bezirken, indem dabeist der Schuldanteil der Männer im allgemeinen durchweg dem für den Staat geltenden entspricht. Die bössliche Verlassung war im Berichtsjahre in Allenstein und Osnabrück als ausgesprochen männliches Verschulden anzusehen, während in einer ganzen Reihe von Bezirken die Frauen nicht unerheblich günstiger als in dem schon an sich für sie günstigen Anteilsverhältnis standen. Lag Geisteskrankheit als Ehescheidungsgrund nur in Aurich und Aachen ausschließlich bei Männern vor, so war dies in 9 — meist östlichen — Bezirken bei den Frauen der Fall. Eine entsprechende Kennzeichnung der Lebensnachstellung nach verhältnismäßiger Verteilung der Geschlechter dürfte wegen der kleinen Grund- und Verhältniszahlen unzuweckmäßig sein.

Die Fideikommission in Preußen 1913. — Die Anzahl der Fideikommission im preussischen Staat belief sich im Jahre 1913 auf 1 297. Sie hat sich, wenn man für die zurückliegenden Jahre den nach den Ermittlungen bis zum Jahre 1913 berichtigten Stand

zugrunde legt, gegen 1912 um 20 oder 1,6% und gegen 1904 um 132 oder 11,3% erhöht. Die stärkste absolute Verbreitung zeigt das Fideikommiß mit 110 Besitzungen im Regierungsbezirk Breslau, dem sich die Regierungsbezirke Potsdam mit 86, Schleswig mit 79 und Cassel mit 78 als nächstfolgende anschließen. Weniger als 10 Fideikommiße weisen auf die Regierungsbezirke Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Trier, Sigmaringen und Aachen, unter denen der letztgenannte mit nur 3 hinsichtlich der zahlenmäßigen Verbreitung des Fideikommißbesitzes an letzter Stelle steht.

Die Fideikommißfläche, die am Schlusse des Berichtsjahres mit rund 2 460 200 ha 7,1% der Staatsfläche ausmachte, während dieser Anteil 1904 erst 6,4% betrug, hat gegen das Vorjahr 1912 um rund 16 500 ha oder 0,7%, gegen 1904 um rund 217 100 ha oder 9,7% zugenommen. Unter den Regierungsbezirken sind nur Oppeln und Breslau mit mehr als 200 000 ha Fideikommißfläche vertreten; mit noch mehr als 100 000 ha folgen die 7 Regierungsbezirke Königsberg, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Posen, Liegnitz und Schleswig. Weniger als 10 000 ha fideikommißarisch gebundene Fläche hatten 1913 die Regierungsbezirke Erfurt, Hannover, Stade, Trier und Aachen. Den höchsten Anteil an der Gesamtfläche des betreffenden Gebietes nahm die Fideikommißfläche in den Regierungsbezirken Oppeln und Stralsund mit je 21,7% ein, den niedrigsten dagegen mit weniger als 1% im Regierungsbezirk Stade.

Die Fideikommißwaldfläche, die 1913 rund 1 142 100 ha und damit 13,3% der Gesamtwaldfläche des preußischen Staates ausmachte, hat sich gegen 1912 um rund 3 600 ha oder 0,3% vergrößert. Das Wachstum seit 1904 beläuft sich auf rund 105 600 ha oder 10,2%, ist also etwas stärker gewesen als bei der sonstigen Fideikommißfläche. Welchen erheblichen Anteil der Wald an der Fideikommißfläche hat, ist daraus zu ersehen, daß die Fideikommißwaldfläche 1913 in 2 Regierungsbezirken mehr als 75%, in weiteren 10 mehr als 50% und nur in 3 Regierungsbezirken weniger als 20% der Fideikommißfläche des betreffenden Gebietes einnahm. Die größten Waldflächen weisen im Berichtsjahre die Fideikommiße in den Regierungsbezirken Oppeln mit 172 600 ha und Liegnitz mit 119 800 ha auf, beide zusammen somit mehr als 1/4 der gesamten Fideikommißwaldfläche.

Der Grundsteuer-Reinertrag der preußischen Fideikommißbesitzungen betrug im Rechnungsjahre 1913 fast 30 Millionen *M* (29 991 000 *M*). Er hat sich gegen das Jahr 1912 um mehr als eine Viertelmillion (258 000 *M*) und gegen 1904 um fast 2 Millionen *M* (1 907 000 *M*) erhöht. Den bedeutendsten Grundsteuer-Reinertrag zeigte im Berichtsjahre der Fideikommißbesitz in den Regierungsbezirken Schleswig mit fast 3 1/2 Millionen und Breslau mit etwas über 3 Millionen *M*. Weniger als 100 000 *M* erbrachten nur die Fideikommiße in den Regierungsbezirken Allenstein, Danzig und Trier.

Der Flächenzuwachs der Fideikommiße beruht entweder auf dem Zugang an Fläche infolge Erweiterung bestehender oder infolge Errichtung neuer Fideikommiße. An den für 1913 gemeldeten 77 Fällen von Fideikommißerweiterungen sind der Zahl nach hauptsächlich die Regierungsbezirke Schleswig (9), Breslau (7), Cassel und Coblenz (je 5) beteiligt. Der durch die Erweiterungen bedingte Flächenzuwachs im Umfange von 1 910,8 ha entfällt fast genau zur Hälfte allein auf die insgesamt 8 Fälle von Erweiterungen in den beiden Regierungsbezirken Königsberg und Danabrück. Starke Beteiligung zeigen ebenfalls die Regierungsbezirke Merseburg und Schleswig mit 295,0 ha und 115,2 ha.

Neuerichtungen von Fideikommissen fanden im Rechnungsjahre 1913 20 statt, an denen namentlich die östlichen Provinzen der Monarchie sowohl nach der Zahl der Neugründungen wie auch hinsichtlich ihrer Flächengrößen am stärksten beteiligt waren. Die bedeutsamste Neugründung eines Fideikommißbesitzes wird aus dem Regierungsbezirk Schleswig berichtet. Auf diese Besitzung entfallen von dem Gesamtflächenzugang infolge der Errichtung neuer Fideikommiße in Höhe von 17 636,0 ha allein 2 417,3 ha und mit 60 542 *M*

Grundsteuer-Reinertrag fast 1/4 des 262 691 *M* betragenden Reinertrages der sämtlichen 20 neuerrichteten Fideikommiße.

Dem Flächenzugang steht ein Abgang an Fläche durch Verkleinerung und Auflösung von Fideikommissen gegenüber. Die Anzahl der Verkleinerungen stellt sich im Berichtsjahre auf 116, von denen 31 auf die Provinz Schlesien und 18 auf die Provinz Hessen-Nassau entfallen, und zwar mit einer Flächenbeteiligung von 523,8 ha und 506,5 ha, d. h. zusammen mehr als die Hälfte des gesamten Flächenabganges durch Verkleinerungen, der insgesamt 1977,8 ha beträgt. An dem durch die Verkleinerungen bedingten Abgang an Grundsteuer-Reinertrag von zusammen 16 572 *M* ist ebenfalls die Provinz Hessen-Nassau mit 6 498 *M* am stärksten beteiligt. Die Zahl der Auflösungen von Fideikommissen pflegt immer gering zu sein. Im Rechnungsjahre 1913 wurde nur ein einziges Fideikommiß, und zwar im Regierungsbezirk Magdeburg, mit 1 049,8 ha Fläche und 7 944 *M* Grundsteuer-Reinertrag aufgelöst.

Arbeitskämpfe in Preußen 1915¹⁾. — Im Kriegsjahr 1915 betrug in Preußen und insbesondere in seinen Landesteilen

im Staate (Grundzahl)	die Zahl der		
	be- endeten Streiks	be- troffenen Betriebe	Streifen- den
in der Provinz	87	94	9 427
Dahpreußen (v. H. der Staatssumme)	3,4	4,3	1,0
Westpreußen	3,4	3,2	0,8
Stadtkreis Berlin	19,5	20,2	19,5
Brandenburg	18,4	18,1	11,5
Pommern	3,4	4,3	1,3
Posen	—	—	—
Schlesien	19,5	18,1	55,5
Sachsen	5,7	5,3	1,9
Schleswig-Holstein	2,3	2,1	0,7
Hannover	3,4	5,3	0,8
Westfalen	2,3	2,1	0,9
Hessen-Nassau	3,4	3,2	0,7
Rheinprovinz	14,9	13,8	5,5
Hohenzollernsche Lande	—	—	—

Nach vorstehender Übersicht entfielen von den wenigen Streiks des Kriegsjahres 1915 die meisten auf Berlin und Schlesien (je 17), Provinz Brandenburg (16) und Rheinprovinz (13), während sie in den übrigen Landesteilen sehr zurücktraten oder, wie in der Provinz Posen und in Hohenzollern, gar nicht vorkamen. Freilich darf bei der Bewertung der Zahlen für 1915, besonders im Vergleich mit den Friedensjahren, nicht übersehen werden, daß die durch die Kriegsverhältnisse bedingten ungewöhnlich niedrigen Zahlen oft mehr Zufallsergebnisse als allgemein gültige Größen sein dürften. Die Verteilung der von Streiks betroffenen Betriebe nach Landesteilen ergibt ein ganz ähnliches Bild wie die der Streiks selbst. Von den Streikenden kamen mehr als die Hälfte (5 233) auf Schlesien. Berlin und die Provinz Brandenburg folgten erst in weitem Abstand. Die Rheinprovinz tritt mit 516 streikenden Arbeitern noch sehr viel mehr zurück. — Aussperrungen wurden 1915 in Preußen nur 2 gezählt, die eine in der Provinz Brandenburg (Daimler-Motoren-Gesellschaft, Reg.-Bez. Potsdam), die andere in der Provinz Sachsen (Wagenfabrik, Reg.-Bez. Merseburg). Infolge ihrer verschwindend kleinen Zahl lassen sie, besonders in ihrer eingehenderen statistischen Zergliederung, natürlich keine allgemein gültigen Schlußfolgerungen zu. Sie betrafen beide je einen Betrieb. Im erstgenannten Falle betrug die Höchstzahl der während der Dauer der Aussperrung gleichzeitig ausgesperrten Personen 1 100, im letztgenannten nur 36. Demnach war der Verhältnisausgang der beiden Betriebe an der Staatssumme der Aussperrten, die also 1 136 betrug, 96,8 bezw. 3,2 v. H.

Durch die Streiks wurden 13, d. h. 13,8 v. H. sämtlicher von Streiks betroffenen Betriebe, zu völligem Stillstand gebracht. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben überhaupt Beschäftigten betrug für Preußen im Berichtsjahre 39 957 Personen, so daß die Streikenden davon 23,8 v. H. ausmachten. Da in den betroffenen Betrieben von den überhaupt Beschäftigten 10 309 minderjährig

¹⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Band 280.

(unter 21 Jahre alt) waren, von den Streikenden aber 2 973 = 28,8 v. H. aller minderjährigen Beschäftigten, so ergibt sich für die Minderjährigen eine verhältnismäßig stärkere Streikneigung als für die Gesamtheit aller Altersstufen. Von den 9 427 Streikenden waren 39,5 v. H. zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt, dagegen 60,5 v. H. vertragsbrüchig; bei den minderjährigen Streikenden beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 28,7 bzw. 71,3 vom Hundert. Die Höchstzahl der gezwungen Feiernden, die natürlich nicht zu den „Streikenden“ rechnen, betrug 1 980 Arbeitskräfte, d. i. 17,4 v. H. der Feiernden überhaupt. Nur in Pommern war die Zahl der gezwungen Feiernden größer als die der Streikenden.

Die Forderungen der Streikenden betrafen ganz überwiegend den Arbeitslohn, in sehr geringem Maß die Arbeitszeit und in nicht viel mehr andere Gegenstände. Von den Lohnforderungen waren insbesondere mehr als zwei Drittel auf Erhöhung der bisherigen (Zeit- und Stück-) Löhne gerichtet. Was den sehr wichtigen Gesichtspunkt des Erfolges der Streiks betrifft, so hatten 18,4 v. H. vollen, 29,9 v. H. teilweisen und 51,7 v. H. keinen Erfolg. 22 von den teilweise erfolgreichen 26 Streiks hatten vollen oder teilweisen Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes. Die Streiks wurden beendet durch Verhandlungen: unmittelbar zwischen

den Parteien 28 mal, vor dem Gewerbegerichte 2 mal, unter Vermittlung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen 27 mal, auf Antrag der Arbeitnehmer 39 mal und auf Antrag der Arbeitgeber 16 mal. 20 Streiks wurden von dritter Seite unterstützt, das sind 23,0 v. H. sämtlicher Streiks in Preußen — ein gegen frühere Jahre außerordentlich geringer Anteil. Insbesondere wurden 4 Streiks gezählt, die von dritten Personen oder Berufsvereinigungen mit Geld unterstützt wurden. — Über die beiden Aussperrungen wäre — natürlich ohne jeden Anspruch auf allgemeinere Bedeutung dieser Erscheinungen — noch zu bemerken, daß der genannte Betrieb in der Provinz Brandenburg durch die Aussperrung zu völligem Stillstand gebracht wurde, der gleichfalls erwähnte in der Provinz Sachsen aber nicht, endlich, daß die Aussperrung bei dem Betrieb in der Provinz Brandenburg nur teilweisen, bei dem in der Provinz Sachsen jedoch vollen Erfolg für den Arbeitgeber hatte.

Die Schulden der preussischen Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — Der Gesamtbetrag der Schulden der preussischen Landkreise ist im Rechnungsjahre 1914 anlässlich des Krieges sehr gestiegen. Während die Zunahme von 1911/12 nur

Die Schulden der preussischen Landkreise am 31. März 1915.

Regierungsbezirke. — Staat.	Langfristige Anleihen	Von den langfristigen Anleihen (Sp. 2a) entfielen auf Inhaberoobligationen		Hypotheken- und Grund- schulden sowie Restaufgelde	Langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelde zusammen (Sp. 2a und 3)		Vorübergehend auf- genommene Darlehen	Gesamtsschulden (Sp. 4a u. 5)	
		überhaupt	v. H.		überhaupt	auf 1 Einw.		überhaupt	auf 1 Einw.
1	2a	2b	2c	3	4a	4b	5	6a	6b
1. Königsberg	18 935 807	294 600	1,56	756 059	19 691 866	30,23	5 789 550	25 481 416	39,11
2. Gumbinnen	14 092 857	715 600	5,08	16 600	14 109 457	27,14	3 249 997	17 359 454	33,39
3. Allenstein	10 227 265	276 014	2,70	109 650	10 336 915	21,01	2 188 009	12 524 924	25,46
4. Danzig	18 363 893	422 340	2,30	180 605	18 544 498	36,22	3 108 665	21 653 163	42,29
5. Marienwerder	25 794 616	162 600	0,63	401 705	26 196 321	30,18	6 105 970	32 302 291	37,21
6. Potsdam	121 226 590	47 119 700	38,87	693 552	121 920 142	68,36	12 183 557	134 103 699	75,19
7. Frankfurt	22 397 798	3 910 500	17,46	88 410	22 486 208	22,89	6 319 313	28 805 521	29,32
8. Stettin	23 530 815	2 232 100	9,49	394 125	23 924 940	40,01	3 488 130	27 413 070	45,84
9. Köslin	24 731 939	501 100	2,03	288 535	25 020 474	43,39	5 029 096	30 049 570	52,11
10. Stralsund	6 256 691	589 600	9,42	129 560	6 386 251	40,32	1 600 000	7 986 251	50,43
11. Posen	20 153 677	1 782 940	8,85	171 640	20 325 317	17,13	6 351 806	26 677 123	22,49
12. Bromberg	21 101 132	275 000	1,30	201 570	21 302 702	31,56	2 762 943	24 065 645	35,66
13. Breslau	25 910 527	552 300	2,13	258 875	26 169 402	21,18	7 087 552	33 256 954	26,92
14. Plegnitz	17 941 100	660 000	3,68	37 000	17 978 100	17,81	7 112 124	25 090 224	24,85
15. Oppeln	20 293 237	1 213 800	5,98	243 044	20 536 281	10,80	4 785 000	25 321 281	13,32
16. Magdeburg	10 888 345	1 062 600	9,76	138 000	11 026 345	13,50	4 734 688	15 761 033	19,29
17. Merseburg	12 973 371	1 328 195	10,24	78 751	13 052 122	13,14	6 354 302	19 406 424	19,53
18. Erfurt	2 400 875	—	—	223 000	2 623 875	7,62	2 115 551	4 739 426	13,76
19. Schleswig	60 604 282	9 198 300	15,18	1 518 476	62 122 758	55,51	5 044 040	67 166 798	60,01
20. Hannover	8 659 553	—	—	16 518	8 676 071	23,64	687 000	9 363 071	25,51
21. Hildesheim	7 714 247	—	—	96 139	7 810 386	16,88	2 261 896	10 072 282	21,76
22. Lüneburg	14 897 737	—	—	72 748	14 970 485	34,37	2 162 020	17 132 505	39,34
23. Stade	8 106 472	—	—	37 874	8 144 346	19,60	1 410 000	9 554 346	22,99
24. Osnabrück	7 779 153	202 500	2,60	—	7 779 153	25,16	709 239	8 488 392	27,45
25. Aurich	5 308 511	—	—	18 000	5 326 511	20,58	1 811 584	7 138 095	27,58
26. Münster	16 805 518	—	—	—	16 805 518	18,82	6 741 967	23 547 485	26,37
27. Minden	17 423 128	—	—	119 000	17 542 128	27,09	3 364 414	20 906 542	32,29
28. Arnberg	38 246 829	—	—	83 089	38 329 918	22,90	12 610 490	50 940 408	30,44
29. Cassel	13 311 052	—	—	179 820	13 490 872	16,25	3 846 800	17 337 672	20,88
30. Wiesbaden	3 948 063	—	—	—	3 948 063	5,50	3 074 048	7 022 111	9,78
31. Coblenz	22 889 352	—	—	150 000	23 039 352	32,63	2 510 615	25 549 967	36,18
32. Düsseldorf	45 197 571	—	—	642 167	45 839 738	28,37	9 717 800	55 557 538	34,39
33. Köln	27 252 341	—	—	—	27 252 341	43,92	3 150 000	30 402 341	49,00
34. Trier	16 082 518	—	—	117 269	16 199 787	18,79	4 686 504	20 886 291	24,23
35. Aachen	33 011 097	—	—	100	33 011 197	59,72	1 831 008	34 842 205	63,03
36. Sigmaringen	225 124	—	—	—	225 124	3,12	133 648	358 772	4,97
Staat 1914 . . .	764 683 083	72 499 789	9,48	7 461 881	772 144 964	27,71	156 119 326	928 264 290	33,21
„ 1913 . . .	712 798 193	73 456 881	10,37	7 111 210	719 909 403	25,84	8 054 438	727 963 841	26,12

6,36 und die von 1912/13 10,80 v. H. betrug, erreichte sie für den Zeitraum 1913/14 eine Höhe von 27,52 v. H. Die Schulden sind von 727,96 Millionen *M* am 31. März 1914 auf 928,26 Millionen *M* am 31. März 1915 angewachsen. Wie aus der vorstehend abgedruckten Tabelle ersichtlich ist, betrug die Zunahme bei den langfristigen Anleihen 51,88 Mill. *M* und 7,28 v. H., bei den Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgeldern rund 351 000 *M* oder 4,93 v. H., bei den vorübergehend aufgenommenen Darlehen dagegen 148,06 Mill. *M*, das war mehr als das Achtehnfache! Die Steigerung bei den langfristigen Schulden bewegt sich, im Gegensatz zu den – infolge der Kriegseinstellungen der Kreise besonders vermehrten – kurzfristigen, in durchaus normalen Grenzen. Gegenüber dem Zeitraum 1912/13 zeigte die Zunahme für 1913/14 bei den langfristigen Anleihen sogar einen Rückgang um 3 v. H.

Von den gesamten Schulden am 31. März 1915 entfielen 764,68 Mill. *M* (82,38 %) auf langfristige Anleihen, 156,12 Mill. *M* (16,82 %) auf vorübergehend aufgenommene Darlehen und 7,46 Mill. *M* (0,80 %) auf Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgelder. Ein Teil der langfristigen Anleihen, nämlich 72,50 Mill. *M* (9,48 %), bestand in auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen. Von den Regierungsbezirken wies Potsdam mit 134,10 Mill. *M*, das waren 14,43 v. H. der gesamten Kreisschulden, den weitaus höchsten Schuldbetrag auf. Es folgten Schleswig, Düsseldorf und Arnberg mit Summen von 67,17, 55,58, 50,94 Mill. *M*. In fünf Regierungsbezirken bewegten sich die Beträge zwischen 30 und 35 Mill., in zwölf zwischen 20 und 30 Mill. *M*, während sie in acht Regierungsbezirken hinter einer Summe von 10 Mill. *M* zurückblieben, am meisten, nächst Sigmaringen (358 772 *M*), bei Erfurt mit 4,74 Mill. *M*. Auch bei Berechnung der Schulden auf den Kopf der Bevölkerung zeigt der Regierungsbezirk Potsdam mit 75,19 *M* den Höchstbetrag. Die nächsten Plätze haben Aachen und Schleswig mit 63,03 sowie 60,01 *M*, die folgenden Rostock und Stralsund mit 52,11 und 50,43 *M* inne. Am geringsten war die Belastung durch Kreisschulden in den Regierungsbezirken Sigmaringen und Wiesbaden, deren Kopfbeträge 4,97 bzw. 9,78 *M* ausmachten. Außer bei diesen blieb der entsprechende Kopfbetrag nur noch bei Osnabrück und den drei Regierungsbezirken der Provinz Sachsen hinter der Summe von 20 *M* zurück, während er bei dreizehn zwischen 20 und 30, desgleichen bei neun zwischen 30 und 40 und endlich bei drei Regierungsbezirken (Danzig, Stettin und Köln) zwischen 40 und 50 *M* schwankte.

Der Anteil der vorübergehend aufgenommenen Darlehen an den Gesamtschulden der Landkreise war in den einzelnen Regierungsbezirken sehr verschieden. Im Regierungsbezirk Aachen machten die kurzfristigen Darlehen nur 5,26 v. H. aller Kreisschulden dieses Bezirkes, in Hannover (7,34), Schleswig (7,51), Osnabrück (8,36), Potsdam (9,09) und Koblenz (9,83) auch noch weniger als 10 v. H. aus. Bei 13 Regierungsbezirken schwankten die Anteile zwischen 10 und 20 v. H., bei 12 desgleichen zwischen 20 und 30 v. H. Letzteren Anteil lag überstiegen noch 5 Regierungsbezirke, nämlich Magdeburg (30,04), Merseburg (32,74), Erfurt (44,64), Wiesbaden (43,78) und Sigmaringen (37,25 v. H.).

Von den 19 Regierungsbezirken, die im Berichtsjahre auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen der Landkreise aufzuweisen hatten, zeigte Merseburg gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme dieser Schuldbeträge, alle übrigen Bezirke eine Abnahme. Während sich daher auch bei der überwiegenden Zahl von Landkreisen, die sich dieser Art der Schuldaufnahme bedient haben, der Bestand der am 31. März 1915 noch zu tilgenden Schuldverschreibungen gegenüber dem entsprechenden Stande des Vorjahres verringert hat, blieb er bei den Landkreisen Stalupönen, Sensburg, Danziger Niederung, Lebus sowie Mansfelder Gebirgskreis unverändert und vermehrte sich in dem Kreise Püzig um 4 640 *M*. Bei dem Mansfelder Seekreis wurden im Berichtsjahre neue Anleihen

in Form von Inhaberschuldverschreibungen aufgenommen, die am Schlusse des Rechnungsjahres noch 708 995 *M* betrugen.

Die Steuern der preussischen Landkreise im Rechnungsjahre 1914. – In der umstehenden Schlußtafel sind die berichtigten Sollbeträge der Steuern der preussischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1914 regierungsbezirksweise nachgewiesen und den Beträgen für den ganzen Staat die entsprechenden Zahlen für das vorangegangene Rechnungsjahr zur Vergleichung gegenübergestellt. Da ergibt sich, daß das Soll der den Kreisen gesetzlich überwiesenen Steuern (Sp. 3 bis 5) von 2 217 557 *M* im Rechnungsjahre 1913 auf 2 157 936 *M* im folgenden Rechnungsjahre, also um 59 621 *M* oder 2,69 v. H., desgleichen das Soll der indirekten Steuern um 7 799 748 *M* oder 31,11 v. H., nämlich von 25,07 Mill. auf 17,27 Mill. *M* zurückgegangen ist. Das Soll der direkten Kreissteuern ist dagegen um 7 710 277 *M* oder 7,82 v. H. von 98,55 Mill. auf 106,36 Mill. *M* gestiegen. Der gesamte Steuerbetrag der Landkreise im Rechnungsjahre 1914, der sich auf 125,69 Mill. *M* belief, blieb gegen das Vorjahr um 149 092 *M* oder 0,12 v. H. zurück.

Vom Hundert des gesamten Steuerfolls entfielen auf

	die überwiesenen Steuern	die indirekten Kreissteuern	die direkten Kreissteuern
1914	1,72	13,74	84,54
1913	1,76	19,92	78,32

Auf 1 Einwohner entfielen an

	überwiesenen Steuern <i>M</i>	indirekten Kreissteuern <i>M</i>	direkten Kreissteuern <i>M</i>	Kreissteuern überhaupt <i>M</i>
1914	0,03	0,62	3,81	4,51
1913	0,08	0,90	3,54	4,52

Von den Regierungsbezirken zeigte das höchste Kreissteuerfoll Potsdam mit 12,58 Mill. *M*; dann folgten Schleswig, Osnabrück, Breslau, Arnberg und Liegnitz mit Beträgen zwischen 7,10 und 5,21 Mill. *M*. In den übrigen Regierungsbezirken blieb das Steuerfoll hinter der Summe von 5 Mill. *M* zurück, am meisten mit 1,39 bzw. 1,36, 1,18, 0,98 sowie 0,23 Mill. *M* bei Osnabrück, Stralsund, Erfurt, Aurich und Sigmaringen. Auf den Kopf der Bevölkerung war die Belastung mit Kreissteuern im Regierungsbezirk Stralsund mit 8,59 *M* am höchsten; es folgten Potsdam, Königsberg und Stettin mit 7,05, 6,97 und 6,48 *M*. Über 6 *M* machte der Kopfbetrag außerdem noch in den Regierungsbezirken Hannover (6,39), Schleswig (6,34), Hildesheim (6,29), Lüneburg (6,15) und Danzig (6,03 *M*) aus. In den Regierungsbezirken der Rheinprovinz, mit Ausnahme von Trier (3,29), sowie im Regierungsbezirk Wiesbaden erreichte der Kopfbetrag sämtlicher Kreissteuern noch nicht die Summe von 3 *M*; am niedrigsten war er mit 2,08 *M* bei Wiesbaden.

Während sich das Soll der direkten Kreissteuern gegenüber dem Vorjahre in sämtlichen Regierungsbezirken vermehrt hat, hat das Soll der gesamten indirekten Kreissteuern überall abgenommen. Während jedoch die Umsatzsteuer nur mit Ausnahme von Merseburg, und die Schankkonzessionssteuer, ohne Ausnahme, in allen Regierungsbezirken gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist, zeigte die Wertzuwachssteuer in den Regierungsbezirken Liegnitz, Schleswig, Hannover, Münster und Sigmaringen keine Abnahme, sondern eine Zunahme des Solls; insbesondere bei der Hundesteuer wiesen zwei Drittel der Regierungsbezirke eine Zunahme und nur ein Drittel einen Rückgang der Beträge gegenüber dem Rechnungsjahre 1913 auf. Die den Kreisen überwiesenen Steuern blieben, mit Ausnahme von Osnabrück und Sigmaringen, in sämtlichen Regierungsbezirken hinter dem Sollbetrage des Vorjahres zurück.

Regierungs- bezirke — Staat	Ein- wohnerzahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1914	Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1914 nach dem Stande vom 31. März 1915												
		der überwiesenen Steuern, und zwar			der indirekten Steuern, und zwar						der direkten Kreissteuern		der gesamten Kreissteuern (Sp. 3, 4, 5, 10a und 11a)	
		der Betriebs- steuer	der Wan- der lager- steuer	der Waren- haus- steuer	der Umsatz- steuer	der Wert- zuwachs- steuer	der Schank- kon- zeptions- steuer	der Hunde- steuer	der indirekten Kreissteuern zusammen (Sp. 6—9)	auf 1 Einw. M	überhaupt	auf 1 Einw. M	überhaupt	auf 1 Einw. M
		M	M	M	M	M	M	M	überhaupt					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10a	10b	11a	11b	12a	12b
1. Königsberg .	651 465	36 371	—	—	557 820	97 633	20 650	98 165	774 268	1,19	3 732 351	5,73	4 542 990	6,97
2. Gumbinnen .	519 918	25 840	80	—	344 488	24 891	17 250	80 159	466 788	0,90	2 389 773	4,60	2 882 481	5,54
3. Allenstein .	491 916	26 238	—	—	198 666	25 885	11 685	69 109	305 345	0,62	1 936 494	3,91	2 268 077	4,61
4. Danzig . . .	511 972	25 488	30	—	243 587	31 596	23 593	105 019	403 795	0,79	2 657 588	5,19	3 086 901	6,03
5. Marienwerder	868 060	48 920	—	—	401 961	103 258	45 745	201 533	752 497	0,87	3 939 798	4,54	4 741 215	5,46
6. Potsdam . .	1 783 581	179 433	240	—	1 626 290	299 079	244 606	78 508	2 248 483	1,26	10 147 471	5,69	12 575 627	7,05
7. Frankfurt . .	982 448	74 230	—	—	421 555	40 065	45 798	131 603	639 021	0,65	3 904 223	3,97	4 617 474	4,70
8. Stettin . . .	597 966	55 363	—	—	364 990	32 346	42 686	102 929	542 951	0,91	3 274 127	5,48	3 872 441	6,48
9. Köslin	576 696	31 357	—	—	403 673	71 546	26 536	124 566	626 321	1,09	2 460 401	4,27	3 118 079	5,41
10. Stralsund . .	158 371	16 595	—	—	111 449	10 978	9 750	33 879	166 056	1,05	1 177 189	7,43	1 359 840	8,59
11. Posen	1 186 303	58 060	—	—	232 918	131 433	46 684	182 417	593 452	0,50	3 367 603	2,81	4 019 115	3,39
12. Bromberg . .	674 943	37 042	—	—	248 223	50 877	34 303	140 791	474 194	0,70	2 344 215	3,47	2 855 451	4,23
13. Breslau . . .	1 235 317	102 117	90	—	418 580	104 763	64 704	144 556	732 603	0,59	5 422 754	4,39	6 257 564	5,07
14. Liegnitz . . .	1 009 636	84 331	—	—	410 232	138 311	45 931	116 299	710 773	0,70	4 415 668	4,37	5 210 772	5,16
15. Oppeln . . .	1 901 673	78 380	330	32 697	276 685	63 261	80 955	148 358	569 259	0,30	6 105 329	3,21	6 785 995	3,57
16. Magdeburg .	816 848	75 392	30	—	306 408	24 125	41 482	171 724	543 739	0,67	4 104 245	5,02	4 723 406	5,78
17. Merseburg . .	993 689	85 907	255	—	288 201	47 487	41 084	149 142	525 914	0,53	3 126 644	3,15	3 738 720	3,76
18. Erfurt	344 394	26 500	60	—	93 822	7 926	20 675	42 129	164 552	0,48	990 550	2,88	1 181 662	3,43
19. Schleswig . .	1 119 194	122 026	30	—	729 583	864 787	121 238	194 351	1 909 959	1,71	5 068 443	4,53	7 100 458	6,34
20. Hannover . . .	366 970	36 275	150	—	148 800	62 995	16 595	109 920	338 310	0,92	1 968 711	5,36	2 343 446	6,39
21. Hildesheim . .	462 834	44 600	180	—	46 551	10 419	29 980	70 818	157 768	0,34	2 706 704	5,85	2 909 252	6,29
22. Lüneburg . . .	435 531	40 450	30	—	115 564	42 513	29 485	86 659	274 221	0,63	2 362 968	5,45	2 677 669	6,15
23. Stade	415 559	42 177	120	—	56 118	64 587	36 103	74 740	231 548	0,56	1 750 656	4,21	2 024 501	4,87
24. Osnabrück . .	309 242	29 070	180	—	67 999	15 889	9 802	51 392	145 082	0,47	1 218 351	3,94	1 392 683	4,50
25. Aurich	258 852	23 135	—	—	52 380	14 823	19 612	8 907	95 722	0,37	865 981	3,35	984 838	3,80
26. Münster	892 925	58 788	—	—	57 509	142 818	43 825	56 270	300 422	0,34	2 695 816	3,02	3 055 026	3,42
27. Minden	647 516	44 269	90	—	42 890	21 162	33 684	139 549	237 285	0,37	2 126 792	3,28	2 408 436	3,72
28. Arnberg	1 673 722	111 229	510	—	168 707	141 019	161 517	141 873	613 116	0,37	4 988 179	2,98	5 713 034	3,41
29. Cassel	830 458	66 770	240	—	97 097	25 247	33 524	92 366	248 234	0,30	2 434 671	2,93	2 749 915	3,31
30. Wiesbaden . .	717 641	71 303	90	—	48 116	41 380	54 700	117 185	261 381	0,36	1 145 154	1,69	1 477 928	2,06
31. Coblenz	706 185	70 583	60	—	40 126	10 958	33 287	82 928	167 299	0,24	1 732 276	2,45	1 970 218	2,79
32. Düsseldorf . .	1 615 627	122 776	480	—	87 227	190 370	203 775	—	481 372	0,30	4 230 802	2,62	4 835 430	2,99
33. Köln	620 485	55 560	150	—	18 947	46 073	56 574	91 930	213 524	0,34	1 291 268	2,08	1 560 502	2,51
34. Trier	862 165	61 390	—	—	45 584	14 682	41 813	74 506	176 585	0,20	2 600 358	3,02	2 838 333	3,29
35. Aachen	552 771	53 654	105	—	35 293	14 391	46 518	60 684	156 886	0,28	1 377 657	2,49	1 588 302	2,87
36. Sigmaringen	72 228	—	90	—	—	768	4 425	17 370	22 563	0,31	202 393	2,80	225 046	3,12
Staat 1914	27 865 101	2 121 619	3 620	32 697	8 808 039	3 030 341	1 840 574	3 592 334	17 271 288	0,62	106 263 603	3,81	125 692 827	4,51
„ 1913	27 865 101	2 183 851	7 615	26 091	13 797 948	4 740 519	2 993 878	3 538 691	25 071 036	0,90	98 553 326	3,54	125 841 919	4,52

Waldbrände in Baden 1914. — Nach den „Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden“ kamen im Jahre 1914 im Großherzogtum 45 Waldbrände zum Ausbruch, die eine Fläche von 1 681 a beschädigten und einen Schaden von 4 033 *M* verursachten. In 35 Fällen ist die Entstehung des Brandes auf Fahrlässigkeit (darunter in 5 Fällen von Kindern) und in 3 Fällen auf Lokomotivfunken zurückzuführen; in 4 Fällen blieb die Ursache unbekannt. Auffallenderweise ereigneten sich nicht weniger als 34 Brandfälle, d. i. 76 % aller Waldbrände des Berichtsjahres, im Monat April, während sich die übrigen nur ganz vereinzelt auf 6 Monate verteilten; es wurden im Februar 4, im März und Mai je 2 Fälle, im Juni, Juli und September je 1 Fall gezählt. Werktags kamen 26, Sonn- und Feiertags 19, nachmittags 33, vormittags 11 Waldbrände zum Ausbruch; in einem Falle blieb

die Tageszeit des Ausbruchs unbekannt. Die verhältnismäßig große Zahl der Sonn- und Feiertagsbrände ist mehrfach auf den Leichtsinns von Touristen und Spaziergängern zurückzuführen, die im Walde abkochten oder Zigarrenreste wegwarfen; allein die Osterfeiertage sind fünfmal vertreten. Die Gesamtzahl der Fälle verteilt sich auf 23 Amtsbezirke und 42 Gemeinden. Das Jahr 1914 steht im letzten Jahrzehnt hinsichtlich der Anzahl der Brände an zweitletzter Stelle; nur im Jahre 1910 waren noch weniger Fälle zu verzeichnen (25). Die Höchstzahl der Waldbrände hat das trockene Jahr 1911 mit 208 Fällen, einer geschädigten Fläche von 12 384 a und einem Schadenbetrag von 39 893 *M* aufzuweisen. Im Jahresdurchschnitt 1905-1914 wurde von 90 Waldbränden eine Fläche von 4 955 a mit einem Schaden von 12 848 *M* betroffen.

Statistische Korrespondenz.

(Fortsetzung.)

Die Ehescheidungsgründe in ihrer Verteilung auf die Ehescheidungsfälle in Preußen 1914. — Im Anschluß an einen früheren, die Ehescheidungsgründe als solche behandelnden Artikel¹⁾ wird in der nachfolgenden Übersicht gezeigt, wie im Berichtsjahre die Scheidungsgründe sich auf die Scheidungsfälle verteilten — unter gleichzeitiger Berücksichtigung des gegenseitigen Verhaltens der beiden Geschlechter in dieser Frage.

Zahl der Scheidungsfälle, in denen die Frau													
Zahl der Scheidungs- fälle, in denen der Mann	nichtschuldig war	schuldig war gemäß B. G. B.											
		§ 1565 (nur)	§ 1565 in Ver- bindung mit				§ 1568 (nur)	§ 1568 in Verbindung mit § 1566					
			§ 1566	§ 1567	§ 1568	§ 1567 u. 1568		§ 1568 in Verbindung mit § 1567	§ 1567 (nur)	§ 1566 (nur)	geisteskrank war (§ 1569)	nichtschuldig, schuldig oder geisteskrank war, zusammen	
nichtschuldig war	—	1 754	1	2	49	1	561	1	3	434	3 175	2 984	
schuldig war ge- mäß B. G. B.	2 126	857	—	—	4	—	127	—	—	3	1	4	3 122
§ 1565 in Ver- bindung mit	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
§ 1566	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
§ 1567	111	15	—	—	19	—	6	—	—	—	—	—	151
§ 1568	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
§ 1567 u. 1568	3 075	441	—	—	2	—	544	—	—	4	—	—	4 066
§ 1568 (nur) . .	8	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	9
§ 1568 in Ver- bindung mit	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42
§ 1566	593	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	593
§ 1567 (nur) . .	9	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
§ 1566 (nur) . .	80	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82
geisteskranke war (§ 1569) . . .	6 049	3 071	1	2	74	1	1 238	2	3	441	4 179	11 065	
nichtschuldig, schuldig oder geisteskranke war, zus. . .													

Unter Ausschluß der 255 Scheidungsfälle auf Grund des § 1569 (Geisteskrankheit) allein, bei dem eine Erörterung der Schuldfrage gemäß § 1574 B. G. B. nicht stattfindet, wurde der Mann in 5 969, die Frau aber nur in 2 809 Fällen für den allein schuldigen Teil erklärt. In 2 026 Fällen waren beide schuldig. Endlich war noch bei 6 wegen Geisteskrankheit geschiedenen Ehen der andere Teil schuldig.

Fast genau die Hälfte aller geschiedenen Ehen wurde wegen Ehebruchs (§ 1565) allein oder in Verbindung mit anderen Gründen aufgelöst, nämlich 5 532, und zwar lag in 2 383 Fällen das Verschulden auf seiten des Mannes, in 2 253 auf seiten der Frau und in 896 auf beiden Seiten. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten, ehrloses oder unsittliches Verhalten (§ 1568) bildete in nicht sehr viel weniger Fällen einen Grund für die Eheauflösung, indem 3 698 Ehen wegen schwerer Pflichtverletzung des Mannes, 746 wegen solcher der Frau und 572 wegen beiderseitigen Verschuldens, zusammen also 5 016 Ehen geschieden wurden. Bedeutend geringer war schon die Zahl der wegen bösslicher Verlassung (§ 1567) geschiedenen Ehen, nämlich 1 087. Der Natur dieses Verschuldungsgrundes entsprechend, kam er immer nur auf einer Seite der Ehegatten in Betracht, und zwar 640 mal auf der des Mannes, 447 mal auf der der Frau. Ganz gering war endlich die Zahl der Ehescheidungen wegen Lebensnachstellung (§ 1566). Sie

betrug 26 Fälle, wobei der Mann allein 19 mal, die Frau allein 6 mal und beide Teile 1 mal schuldig waren. Während der Ehebruch der Frau in nicht weniger als 477 Fällen mit schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehrlosem oder unsittlichem Verhalten seitens des Mannes zusammentraf, begegneten sich umgekehrt Ehebruch des Mannes und schwere Pflichtverletzung der Frau nur 156 mal.

Insgesamt standen den 11 065 Scheidungsfällen der Übersicht zufolge 13 391 Scheidungsgründe gegenüber, und zwar fielen von letzteren 8 291 den Männern und nur 5 100 den Frauen zur Last.

Die Familienverhältnisse der fürsorgebedürftigen Kinder. — Im Jahre 1914 ist in Berlin ein „Deutscher Kinderschutz-Verband“ gegründet worden, dem im ersten Jahre seines Bestehens bereits 13 Vereine beigetreten sind. Neben den Provinzialverbänden Schlesien und Sachsen gehören ihm als Ortsgruppen an Vereine in den Städten Altona, Hamburg, Berlin, Spandau, Görlitz, Hannover, Hocht a. M., Chemnitz, Dresden, Leipzig, Pforzheim. Zweck dieser Kinderschutzvereine ist, den körperlich und sittlich gefährdeten, mißhandelten und ausgenutzten, noch unverdorbenen Kindern Schutz zu gewähren.

Einen Geschäftsbericht hat der Gesamtverband nicht herausgegeben; dagegen ergibt die Bearbeitung der Jahresberichte der angeschlossenen Vereine, daß ihre Fürsorge Tätigkeit im Kriegsjahr 1915 insgesamt 13 621 Kinder erfaßt hat.

Unter den Gründen, die das Eingreifen der Kinderschutzvereine in 6 965 Fällen notwendig machten, lagen Mißhandlungen mit 23,3 % aller Fälle am häufigsten vor. Dann folgen Vernachlässigung mit 22,2 %, Vernachlässigung mit 15,1 %, sittliche Gefährdung mit 12,1 %, Armut und Krankheit der Kinder und Eltern mit 11,2 %. Schwere Erziehung oder Gang zum Umhertreiben und verschiedene andere Gründe erheischten Hilfe in 6,1 % und 5,5 % der Fälle. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung der „Ausnutzung“ mit nur 4,8 % erklärt sich daraus, daß von der Gesamtzahl der in Schutz genommenen Kinder 84,3 % in noch nicht schulpflichtigem Alter standen, für das die Gefahr einer Ausnutzung aus erklärlichen Gründen so gut wie ausscheidet.

Vergleicht man diese letztjährigen Feststellungen mit denen des vorhergegangenen Kriegsjahres 1914, so macht sich zwar erfreulicherweise eine wenn auch geringe Herabminderung der Fälle schwerer Kindermißhandlungen bemerkbar, doch haben sich andererseits die Fälle von Vernachlässigung und Vernachlässigung infolge mangelnder Aufsicht der Kinder erheblich vermehrt. Die Zeitverhältnisse haben eben leider zu dem steigenden Übelstande der aufsichtslosen Kinder geführt, der durch die Einberufung des Vaters, die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Mutter und den unregelmäßigen Schulunterricht noch verstärkt wird. Das Anwachsen der den Vereinen überwiesenen Jugendgerichtsfälle gegen das Vorjahr um 44 % bietet einen weiteren Beleg für die zunehmende Kriminalität der Jugendlichen.

Zu bedenken ist dabei allerdings, daß infolge der Kriegsverhältnisse die Jugendlichen vielfach zu Tätigkeiten, wie z. B. als Geld- und Paketboten, Straßenverkäufer u. a. m. herangezogen werden, die für das jugendliche Alter ganz allgemein einen gefährlichen Anreiz zum Begehen straffälliger Handlungen bedeuten.

Erfaßt man die Familienverhältnisse der in Obhut genommenen Kinder, so ergibt sich, daß von fast einem Drittel — 28 % — sämtlicher Kinder die Väter im Felde standen und daß es sich hierbei wieder in jedem zehnten Falle um die sittliche Gefährdung der Kinder meist noch junger Frauen handelte, die den Verlockungen des ungebundenen Lebens und des Verfügkönnens über eine bestimmte, ihnen regelmäßige zuzießende Geldsumme erlegen waren.

¹⁾ Vergl. S. XXXV—XXXVI der „Statistischen Korrespondenz“ im laufenden Jahrgang.

Dem Personalstande nach waren 53,2 % der Schutzkinder Mädchen und 46,8 % Knaben aller Konfessionen. 14,6 % waren unehelich geboren, 14,4 % mutterlos, 5,1 % vaterlos, 8,8 % Stiefkinder, 1,5 % Vollwaisen.

Nach Berufsclassen der Eltern oder Erzieher unterschieden, gehörten von den Vätern 40,8 % dem Handwerker- und 25,8 % dem Arbeiterstande an; alle sonstigen Berufsgruppen waren mit weniger als 10 % vertreten, darunter z. B. Kaufleute und Händler mit 5,7 %, Restaurateure mit 3,6 %, Künstler, Artisten, Musiker mit 3,4 %, Bürobeamte mit 8,2 %. — Die erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen in der gegenwärtigen Zeit ließ auch die Frage nach der Berufstätigkeit der Mütter der in Schutz gebrachten Kinder stellen. Danach bezeichneten sich 42 % als Arbeiterinnen und Näherinnen, 27,5 % als Aufwärterinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen; 5,5 % waren Wirtschaftserinnen, Dienstmädchen und Köchinnen und ebensovielen Händlerinnen, 4,3 % Schneiderinnen, Puzmacherinnen, Friseurinnen, 3,6 % Bürobeamtinnen und Verkäuferinnen, 1,6 % Kellnerinnen, 1,3 % Künstlerinnen, 6,4 % ohne genaue Berufsangabe und 2,3 % Straßenbahnfahrerin.

Den verschiedenartigen Gründen entsprechend, die ein Eingreifen des Kinderschutzes erheischten, war auch die Art der Hilfe überaus mannigfaltig. Soweit die eigenen Heime und Einrichtungen der Vereine nicht genügten, wurden die Kinder in anderen Zufluchtsheimen, Erziehungsanstalten, Kindergärten, Horten, Krippen, Heil- und Kuranstalten usw. untergebracht. Wo nur Bedürftigkeit vorlag, wurden die Eltern oder Erzieher der Kinder mit Geldbeträgen, Lebensmitteln, Kleidern, Wäsche, Schuhwerk unterstützt. Neben dem Urzweck der Vereine geht vielfach noch eine Mittagspeisung armer Kinder her. So hat der Verein in Chemnitz im vergangenen Jahre 41 000 Kinder mit warmem Mittagessen versorgt. Von den eigentlichen Pflegekindern der Vereine wurden 52 % in Anstalten und 48 % in Familien, und zwar zur Hälfte in städtischen, zur anderen in ländlichen Familien untergebracht.

Die Ausgaben für die in den eigenen Anstalten untergebrachten Kinder betrugen während der Monate September 1914 bis einschließlich Juni 1915 für einen Pflegling auf einen Tag durchschnittlich 1,10-1,20 M, wovon auf Bekleidung infolge zahlreicher Schenkungen Dritter nur 0,10 M, auf Lebensmittel 0,55 M entfielen. Die Fälle, in denen Überweisung an die Fürsorgeerziehung erfolgen mußte, waren verschwindend gering.

Brotgetreide- und Kartoffelernte in den deutschen Bundesstaaten 1904-1913. — Im Deutschen Reiche wurden nach der amtlichen Statistik in den zehn Erntejahren vor Kriegsausbruch von 1904-1913 106 334 434 Tonnen Roggen, 39 391 505 Tonnen Weizen und 4 436 657 Tonnen Winterpelz, zusammen 150 162 596 Tonnen Brotgetreide gewonnen. Hiervon entfielen in Tonnen

auf	Roggen	Weizen	Winterpelz	Brotgetreide
Preußen	80 576 693	24 699 799	239 350	105 515 842
Bayern	8 977 379	4 679 520	1 082 378	14 739 277
Sachsen	4 358 252	1 510 132	—	5 868 384
Württemberg	583 723	644 889	2 106 749	3 335 361
Baden	802 092	715 114	945 435	2 462 641
Hessen	1 497 919	704 145	51 792	2 253 856
Mecklenburg-Schwerin	3 275 212	1 008 246	—	4 283 458
Großherzogtum Sachsen	536 581	532 475	25	1 069 081
Mecklenburg-Strelitz	465 462	241 856	—	707 218
Oldenburg	1 198 591	117 611	38	1 316 240
Braunschweig	699 412	796 676	—	1 496 088
Sachsen-Meiningen	276 233	165 688	1 987	443 908
Sachsen-Altenburg	317 736	221 653	3	539 392
Sachsen-Coburg-Gotha	167 706	183 326	849	351 881
Anhalt	568 265	363 913	58	932 236
Schwarzburg-Sondersh.	104 640	138 724	371	243 735
Schwarzburg-Rudolstadt	119 245	81 046	283	200 574
Waldeck	203 162	89 396	—	292 558
Neuß älterer Linie	67 658	13 700	—	81 358
Neuß jüngerer Linie	142 498	57 946	34	200 478
Schaumburg-Lippe	123 280	46 626	—	169 906
Lippe	289 571	139 156	—	428 727
Lübeck	60 337	18 226	—	78 563
Bremen	29 567	639	—	30 206
Hamburg	39 195	15 796	—	54 991
Elßaß-Lothringen	854 025	2 205 207	7 305	3 066 537

Die Einfuhr betrug in den zehn Jahren an Roggen 4 712 125, die Ausfuhr 5 821 099 Tonnen, an Weizen 24 710 029 und 4 187 225. Das Deutsche Reich hatte hiernach noch 1 108 974 Tonnen Roggen über seinen Bedarf hinaus geerntet, war dagegen mit 20 522 804 Tonnen Weizen auf das Ausland angewiesen. Außer seiner Ernte von 150 162 596 Tonnen hat das Reich mithin noch 19 413 830 Tonnen verbraucht. Dies ergibt in zehn Jahren einen Bedarf von 169 576 426 Tonnen.

Bei Berechnung des Verhältnisses von Brotgetreide-Ernte zu Bedarf der einzelnen Bundesstaaten ist der Bedarf nach ihrem Bevölkerungsanteil angenommen, wenn schon das Brotgetreide außer zur menschlichen Ernährung auch zu anderen Zwecken (gewerblichen, Futter, Ausfaat) gebraucht und dieser Verbrauch zu anderen Zwecken in den einzelnen Staaten nicht allein durch die Bevölkerungsmenge bestimmt wird. Nachstehende Zusammenstellung mag durch diesen Mangel der Grundlage beeinflusst sein, die Darstellung bleibt trotzdem beachtenswert.

Bundesstaaten	%/000 der Reichsbevölkerung	Brotgetreide-ernte 1904-1913 %/000 des Reichsbedarfs	Ernteanteil mehr (+), weniger (—) als Bevölkerungsanteil	Nebenstehende Unterschiede umgerechnet in Tonnen
Preußen	61 863	62 223	+ 360	+ 61 047
Bayern	10 608	8 692	— 1 916	— 324 909
Sachsen	7 403	3 461	— 3 942	— 668 470
Württemberg	3 754	1 967	— 1 787	— 303 033
Baden	3 300	1 452	— 1 848	— 313 377
Hessen	1 975	1 329	— 646	— 109 546
Mecklenburg-Schwerin	986	2 526	+ 1 540	+ 261 147
Großherzogtum Sachsen	643	630	— 13	— 2 204
Mecklenburg-Strelitz	164	417	+ 253	+ 42 903
Oldenburg	744	776	+ 32	+ 5 426
Braunschweig	761	882	+ 121	+ 20 519
Sachsen-Meiningen	429	262	— 167	— 28 319
Sachsen-Altenburg	333	318	— 15	— 2 544
Sachsen-Coburg-Gotha	396	208	— 188	— 31 880
Anhalt	510	550	+ 40	+ 6 783
Schwarzburg-Sondersh.	139	144	+ 5	+ 848
Schwarzburg-Rudolstadt	155	118	— 37	— 6 274
Waldeck	95	173	+ 78	+ 13 227
Neuß älterer Linie	112	48	— 64	— 10 853
Neuß jüngerer Linie	235	118	— 117	— 19 840
Schaumburg-Lippe	72	100	+ 28	+ 4 748
Lippe	233	253	+ 20	+ 3 391
Lübeck	180	46	— 134	— 22 723
Bremen	461	18	— 443	— 75 122
Hamburg	1 563	32	— 1 531	— 259 622
Elßaß-Lothringen	2 886	1 808	— 1 078	— 182 803

Die letzte Zahlenreihe gibt die Mengen an, die im Jahresdurchschnitt 1904-1913 am Bedarf gefehlt hatten (—) oder über diesen hinaus gewonnen waren (+). Am günstigsten standen hiernach Mecklenburg-Schwerin mit einer Ertragsziffer von 2 526 bei einer Bevölkerungsziffer von 986, das also im Jahresdurchschnitt 1 540 vom Hunderttausend des Reichsbedarfs = 261 147 Tonnen oder 156 % über den eigenen Bedarf hinaus erntete, und Mecklenburg-Strelitz mit 154 % Überschuß. Weiter konnten noch abgeben Waldeck 83, Schaumburg-Lippe 39, Braunschweig 16, Lippe 9, Anhalt 8, Oldenburg und Schwarzburg-Sondershausen je 4 %; auch Preußen hatte ausreichend geerntet (+ 0,6 %). In allen übrigen Bundesstaaten blieb die Ernte hinter dem Bedarf zurück, in den Staaten mit mehr als einem Hundertstel der Reichsbevölkerung (abgesehen von Lübeck, Bremen und Hamburg): Baden um 56 %, Sachsen um 53, Württemberg um 48, Elßaß-Lothringen um 37 und Bayern um 18 %.

Weniger als der Bedarf an Brotgetreide ist der Bedarf an Kartoffeln von der Verbraucherzahl abhängig, da von diesen weit mehr zu anderen als Ernährungszwecken verwendet wird wie von jenem. Insgesamt wurden im Jahrzehnt 1904-1913 448 307 756 Tonnen Kartoffeln geerntet, im Jahresdurchschnitt auf den Kopf der

Bevölkerung 700 Kilogramm, etwa viermal so viel wie zur Nahrung erforderlich, wonach drei Viertel für andere Zwecke frei bleiben würden. Gleichwohl ist die Kartoffelernte im folgenden ebenso berechnet wie vorstehend die Brotgetreideernte, nur daß Ein- und Ausfuhr unberücksichtigt geblieben sind, da im Reiche soviel Kartoffeln geerntet werden, daß diese größer ist als jene, somit eine überwiegende Einfuhr, die zur Ermittlung des Bedarfs der Ernte zugerechnet werden müßte, hier nicht vorhanden ist.

Bundesstaaten	Kartoffel- ernte 1904—1913	Anteil am Hundert- tausend der Reichsernte	Ernteanteil mehr (+), weniger (—) als Be- völkerungs- anteil ¹⁾	Neben- stehende Unter- schiede um- gerechnet in Tonnen
Preußen	319 039 138	71 165	+ 9 302	+ 4 170 159
Bayern	41 520 787	9 262	— 1 346	— 603 422
Sachsen	17 142 767	3 824	— 3 579	— 1 604 493
Württemberg	10 719 844	2 391	— 1 363	— 611 043
Baden	9 274 447	2 069	— 1 231	— 551 867
Hessen	9 239 687	2 061	+ 86	+ 38 554
Mecklenburg-Schwerin	8 965 388	2 000	+ 1 014	+ 454 584
Großherzogtum Sachsen	3 238 221	722	+ 79	+ 35 416
Mecklenburg-Strelitz	1 411 294	315	+ 151	+ 67 694
Oldenburg	2 286 083	510	— 234	— 104 904
Braunschweig	2 954 987	659	— 102	— 45 727
Sachsen-Meiningen	1 783 960	398	— 31	— 13 897
Sachsen-Altenburg	1 331 475	297	— 36	— 16 139
Sachsen-Coburg-Gotha	1 559 373	348	— 48	— 21 519
Anhalt	2 782 104	620	+ 110	+ 49 314
Schwarzburg-Sondersh.	711 181	159	+ 20	+ 8 966
Schwarzburg-Rudolstadt	790 701	176	+ 21	+ 9 414
Waldeck	527 662	118	+ 23	+ 10 311
Reuß älterer Linie	245 526	55	— 57	— 25 554
Reuß jüngerer Linie	667 014	149	— 86	— 38 554
Schaumburg-Lippe	251 055	56	— 16	— 7 173
Lippe	961 085	214	— 19	— 8 518
Lübeck	125 092	28	— 152	— 68 143
Bremen	110 407	25	— 436	— 195 462
Hamburg	113 979	25	— 1 538	— 689 497
Elßaß-Lothringen	10 554 499	2 354	— 532	— 238 500.

Verhältnismäßig die reichsten Kartoffelernten hatten 1904-1913 wieder die beiden Mecklenburg, 103 und 92 % mehr, als nach ihrer Bevölkerungsziffer zu erwarten war; es folgen Waldeck mit 24, Anhalt mit 22, Preußen mit 15, Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt mit je 14, Großherzogtum Sachsen mit 12 % mehr. Verhältnismäßig die geringsten Kartoffelernten hatten, um nur die Staaten mit größerer Bevölkerung zu nennen, Sachsen (—48 %), Baden (—37), Württemberg (—36), Elßaß-Lothringen (—18) und Bayern (—13 %). Letzgenannte 5 Staaten hatten auch an Brotgetreide unzureichende Ernten, während umgekehrt Preußen, die beiden Mecklenburg, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck bei beiden Ernten über den Bedarf hinaus gewonnen hatten.

Entwicklung der deutschen Handelsmarine von 1871 bis 1914¹⁾.

— Am 1. Januar 1871 bestand die deutsche Handelsmarine aus 4 519 Seeschiffen mit einem Netto-Raumgehalt von 982 355 Registertonnen und einer Besatzung von 39 475 Mann, am 1. Januar 1914 aus 4 935 Seeschiffen mit 3 320 071 Tonnen und 83 898 Mann, wobei Schiffe mit einem Brutto-Raumgehalt von nicht mehr als 17,68 Registertonnen (50 cbm) nicht gerechnet sind. In diesen 43 Friedensjahren hat also der Netto-Raumgehalt um 238 % zugenommen. Weit mehr noch ist die Leistungsfähigkeit gestiegen, da an die Stelle des 1871 vorherrschenden Segelbetriebs der Dampftrieb getreten ist, und die Dampftonne nach allgemeiner Annahme hinsichtlich der Leistungsfähigkeit mindestens dreimal so hoch zu bewerten ist wie

¹⁾ Bevölkerungsanteile siehe erste Zahlenreihe der vorstehenden Aufstellung. — ²⁾ nach der „Statistik des Deutschen Reichs“, Band 273. Vergl. auch S. I der „Statistischen Korrespondenz“ im laufenden Jahrgang.

die Seglertonne. Im Jahre 1871 kamen 900 361 Netto-Registertonnen auf Segel- und 81 994 auf Dampfschiffe, 1914 487 759 und 2 832 312; wird zu den Seglertonnen die dreifache Zahl der Dampftonnen gerechnet, so ergeben sich für 1871 1 146 343, für 1914 8 984 695 Einheiten. Somit kann für 1914 die achtfache Leistungsfähigkeit angenommen werden wie für 1871.

Die deutsche Handelsmarine hatte

am 1. Januar	Seeschiffe	Registertonnen		Mann
		brutto	netto	Besatzung
1871	{ Segelschiffe	900 361	34 739
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			
1881	{ Segelschiffe	965 767	31 003
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			
1891	{ Segelschiffe	693 415	17 898
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			
1901	{ Segelschiffe	568 190	525 140	12 922
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			
1911	{ Segelschiffe	452 996	403 241	12 928
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			
1914	{ Segelschiffe	433 370	382 818	12 552
	{ Seeleichter			
	{ Dampfschiffe			
	{ zusammen			

Der Netto-Raumgehalt hat seit 1871 von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zugenommen um 20, 21, 35 und 50 % und von 1911-1914 um 14 %; die Leistungsfähigkeit ist um 41, 79, 61, 66 und 17 % gewachsen. Im Durchschnitt hatte ein Schiff am 1. Januar 1871 217 Netto-Registertonnen, an den folgenden Zeitpunkten 254, 392, 500, 621, 673, und zwar waren die Segelschiffe von 206 auf 227, 257, 238, 188 und 176, die Dampfschiffe von 558 auf 521, 808, 970, 1 215 und 1 305 gekommen. Auf einen Mann der Besatzung entfielen Netto-Registertonnen

am 1. Januar	bei Segelschiffen	bei Dampfschiffen	bei Seeschiffen überhaupt
1871	25,9	17,8	24,9
1881	31,2	24,9	29,8
1891	39,1	32,4	35,4
1901	43,4	36,6	38,4
1911	36,1	40,0	39,2
1914	35,7	40,8	39,6

Auch bei der Berechnung der Leistung eines Mannes muß wieder der größere Wert der Dampftonne berücksichtigt werden.

Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach Milliardengruppen des Einkommens in Preußen 1915. —

Im folgenden teilen wir eine besonders Interesse beanspruchende Übersicht mit, die in der Weise die Gliederung der physischen Einkommensteuern, ihres Einkommens und ihrer Steuer veranschaulicht, daß pyramidenartig von der Spitze der größten Einkommen herunter bis zur breiten Grundlage der kleinsten noch steuerpflichtigen für eine jede Milliarde des veranlagten Gesamteinkommens die Zahl der daran beteiligten Personen nebst ihrem Einkommens- und Steuerbetrage angegeben wird, und zwar die Personenzahl und das Einkommen auch getrennt nach Stadt und Land. Wenn hiernach eine Milliarde Einkommen ausgefüllt ist, sind die dann noch übrigen Personen derselben Einkommensabstufung bei der nächsten Milliarde berücksichtigt worden, und zwar nach Stadt und Land in dem Verhältnisse, in dem sie bei der betreffenden Einkommensstufe überhaupt vorhanden waren.

Es teilten sich im Berichtsjahre beim steuerpflichtigen Einkommen — vom höchsten veranlagten
Einkommeneinkommen angefangen —

in die	in den Städten		in den ländlichen Gemeinden über 2 000 Einwohner		in den ländlichen Gemeinden bis 2 000 Einwohner		auf dem Lande zusammen		überhaupt		Die Zensiten der be- treffenden Milliarde Einkommen brachten an veranlagter Einkommen- steuer insgesamt auf Tausend M	Die Zensiten der betreffenden Milliarde Einkommen waren zur Einkommensteuer veranlagt mit einem Durchschnitts- einkommen von ... M
	Zensiten	mit Ein- kommen ¹⁾ von ins- gesamt Millionen	Zensiten	mit Ein- kommen ¹⁾ von ins- gesamt Millionen	Zensiten	mit Ein- kommen ¹⁾ von ins- gesamt Millionen	Zensiten	mit Ein- kommen ¹⁾ von ins- gesamt Millionen	Zensiten	mit Ein- kommen ¹⁾ von ins- gesamt Tausend		
1. Milliarde	2 455	760,13	290	82,24	443	157,64	733	239,88	3 188	1 000 015	39 682	24 787 500 bis 132 500
2. "	11 615	792,83	1 239	85,35	1 715	121,85	2 954	207,20	14 569	1 000 036	36 510	132 500 „ 43 000
3. "	30 792	822,57	3 112	82,69	3 488	94,75	6 600	177,44	37 392	1 000 013	30 769	43 000 „ 18 000
4. "	62 951	815,61	7 521	96,61	6 833	87,78	14 354	184,39	77 305	1 000 000	30 000	18 000 „ 10 000
5. "	107 416	783,96	14 656	106,09	15 348	109,96	30 004	216,05	137 420	1 000 003	27 096	10 000 „ 5 750
6. "	158 152	737,58	25 518	118,43	31 267	143,99	56 785	262,42	214 937	1 000 001	24 307	5 750 „ 4 050
7. "	202 475	688,22	37 799	128,13	54 314	183,65	92 113	311,78	294 588	1 000 001	19 724	4 050 „ 3 150
8. "	264 924	708,46	49 810	133,51	58 698	158,03	108 508	291,54	373 432	1 000 001	17 207	3 150 „ 2 250
9. "	333 885	710,33	67 895	143,80	68 448	145,87	136 343	289,67	470 228	1 000 000	15 961	2 250 „ 1 950
10. "	379 971	697,93	91 218	166,66	73 606	135,42	164 824	302,07	544 795	1 000 000	15 503	1 950 „ 1 725
11. "	408 678	669,31	117 649	191,98	84 997	138,71	202 646	330,69	611 324	1 000 000	14 077	1 725 „ 1 575
12. "	440 943	652,43	135 151	199,29	99 818	147,58	234 969	347,58	675 912	1 000 001	12 042	1 575 „ 1 425
13. "	467 039	636,13	146 269	198,91	122 060	164,93	268 329	363,87	735 368	1 000 001	10 489	1 425 „ 1 275
14. "	493 277	609,88	157 257	194,67	158 785	195,46	316 042	390,12	809 319	1 000 001	9 074	1 275 „ 1 125
15. "	531 088	597,47	162 751	183,09	195 050	219,43	357 801	402,53	888 889	1 000 000	8 000	1 125 (allein)
16. "	549 042	539,67	168 272	165,40	300 854	294,93	469 126	460,33	1 018 168	1 000 001	6 255	1 125 und 975
17. ²⁾ "	211 197	205,92	64 729	63,11	117 859	114,91	182 588	178,02	393 785	383 940	2 363	975 (allein)
zusammen	4 655 900	11 428,42	1 251 136	2 340,69	1 393 583	2 614,91	2 644 719	4 955,60	7 300 619	16 384 015	319 058	24 787 500 bis 975

Hiernach waren an der ersten Milliarde Einkommen insgesamt 3 188 Zensiten mit Durchschnittseinkommen von 24,79 Millionen bis 132 500 M und einer Gesamtsteuer von 39,68 Millionen M beteiligt. Schon bei der zweiten Milliarde verbreitert sich der Teilnehmerkreis um ein Mehrfaches der Zahl der der ersten Milliarde angehörenden Zensiten und sinkt andererseits das Veranlagungssoll der beteiligten Zensiten, da hier das Durchschnittseinkommen bereits unter 100 000 M herabgeht, bei dem progressiven Charakter der preussischen Einkommensteuer um etwas über 3 Millionen M. Ununterbrochen setzt sich dann bei der Zensitenzahl die auf-, bei den Durchschnittseinkommen und der Steuersumme die absteigende Bewegung fort, bis bei der letzten vollen, der 16. Milliarde (die 17. unvollständige Milliarde kommt hierbei nicht mehr in Betracht), etwas über 1 Million Zensiten mit 1 125 und 975 M Durchschnittseinkommen erscheinen, die insgesamt noch nicht den sechsten Teil der Steuer der der ersten Milliarde angehörenden Einkommensbezieher aufbringen.

In Verhältnisziern ausgedrückt entfielen nach unserer Zusammenstellung

auf die	vom Hundert	
	Zensiten- Gesamtzahl	der veranlagten Gesamtsteuer
1. Milliarde Einkommen	0,04	12,44
2. "	0,20	11,44
3. "	0,51	9,64
4. "	1,06	9,40
5. "	1,88	8,49
6. "	2,94	7,62
7. "	4,04	6,18
8. "	5,12	5,39
9. "	6,44	5,00
10. "	7,46	4,86
11. "	8,37	4,41
12. "	9,26	3,77
13. "	10,07	3,29
14. "	11,09	2,84
15. "	12,18	2,51
16. "	13,95	1,96
17. ²⁾ "	5,39	0,74
	100	100

Die ersten 5 Milliarden des veranlagten Gesamteinkommens sind somit in der Hand von noch nicht einem Fünftel der Zensiten-Gesamtzahl schon mit etwas mehr als der Hälfte, die ersten 9 in der Hand von wenig mehr als einem Fünftel aller Zensiten mit etwas über drei Vierteln des gesamten Veranlagungssolls belastet, während auf die übrigen nahezu 7 1/2 Milliarden Einkommen

und das letzte Steuer-Viertel über drei Viertel der Zensitenzahl entfallen. Es zeigt sich hier also ganz besonders deutlich, wie das Schwergewicht der Einkommensteuerlast auf den leistungsfähigeren Schultern ruht, zumal auch noch die — hier nicht mit berücksichtigt — Steuerzuschläge auf Grund der Novelle von 1909 progressiv gestaffelt sind. Würde man die Zensiten der untersten Einkommensstufe von über 900 bis 1 050 M, die die unvollständig besetzt gebliebene 17. Einkommens-Milliarde ganz, die 16. mit 969 587 Zensiten, 945,35 Millionen M Einkommen und 5,82 Millionen M Steuer, also überall zu mehr als neun Zehnteln, besetzt halten, von der Einkommensteuer freilassen, so würde dies nur rund 2 1/2 % — also einen verhältnismäßig geringen Bruchteil — des gesamten Veranlagungssolls ausmachen. Nähme man aber das steuerfreie Existenzminimum nur auf 1 000 M an, so entfielen damit voraussichtlich noch nicht ein Fünftel des bisherigen Veranlagungs- und ein noch wesentlich niedrigerer Teil des Erhebungssolls.

Übrigens tritt in der vorstehenden Hauptübersicht auch noch insofern ein bemerkenswerter Gegensatz zwischen Stadt und Land hervor, als im Verhältnis zur jeweiligen Zensiten-Gesamtzahl in den Städten die hohen Einkommen erheblich häufiger als auf dem Lande sind; dagegen finden sich innerhalb des Landgebietes die höchsten Einkommen bis zu 18 000 M im Durchschnitt in den rein ländlichen Gemeinden nicht nur überhaupt, sondern auch verhältnismäßig stärker vertreten als in den Landgemeinden und Ortsbezirken mit städtischem Charakter.

Die Aktiengesellschaften in Preußen 1914. — Die Anzahl und finanzielle Stärke der tätigen Aktiengesellschaften mit Sitz in Preußen, von denen Bilanzen vorliegen, wird nach Bestand und Entwicklung durch folgende Zahlen zum Ausdruck gebracht:

im Geschäftsjahre	Es betrug		das eingezahlte Aktienkapital	
	die Zahl der Ge- sellschaften	darunter Kommandit- gesellschaften auf Aktien	überhaupt	davon entfallen auf Vorzugsaktien
			Millionen M	
1908	2 761	47	8 870,60	361,55
1909	2 791	44	9 212,87	374,35
1910	2 842	40	9 585,18	388,00
1911	2 874	39	10 073,69	377,04
1912	2 890	35	10 393,88	370,68
1913	2 935	35	10 744,77	378,40
1914	2 925	31	10 964,33	435,84

¹⁾ Das Einkommen ist für den vorliegenden Zweck unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge errechnet worden. — ²⁾ nicht mehr vollständige Milliarde.

Die Zahl der preussischen tätigen Aktiengesellschaften ist demnach von 1908 bis zum Berichtsjahr um 5,9 v. H. gewachsen. Während sie seit jenem Zeitpunkt alljährlich bis 1913 andauernd, wenn auch nur in geringem Maße gestiegen ist, ist sie von 1913 auf 1914, freilich nur ganz geringfügig gesunken — offenbar unter dem Einfluß des Krieges und der damit zusammenhängenden Bewilligung des Bilanzaußschubs (Verordnung des Bundesrats vom 25. Februar 1915). Die Kommanditgesellschaften auf Aktien insbesondere, die den Grundzahlen nach allerdings nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen, zeigen das umgekehrte Verhalten. Ihre Zahl ist fast unaufhaltsam zurückgegangen und betrug im Berichtsjahr nur noch knapp zwei Drittel des Bestandes von 1908. Das gesamte eingezahlte Aktienkapital machte im Berichtsjahre die gewaltige Summe von fast 11 Milliarden *M* aus. Es ist von Jahr zu Jahr größer geworden. Gegen 1908 ist es fast um ein Viertel (23,6 v. H.), gegen das Vorjahr 1913 um 2,0 v. H. gewachsen. Etwas langsamer ist der auf Vorzugsaktien entfallende Teil des eingezahlten Aktienkapitals mit 20,3 v. H. seit 1908 gestiegen, gegen das Vorjahr dagegen mit 15,9 v. H. bedeutend schneller. An sich machte das auf Vorzugsaktien eingezahlte Kapital nur 4,0 v. H. des eingezahlten überhaupt aus.

Teilt man die tätigen Aktiengesellschaften in Preußen nach der Höhe des eingezahlten Aktienkapitals in 8 Kapitalgruppen, so ergeben sich für das Berichtsjahr:

in der Kapitalgruppe	Zahl der Gesellschaften	eingezahltes Kapital Millionen <i>M</i>
bis 0,1 Million <i>M</i>	283	14,80
über 0,1 bis 0,5 Million <i>M</i>	593	185,43
„ 0,5 „ 1 „ „	560	448,40
„ 1 „ 2 „ „	667	1 019,57
„ 2 „ 3 „ „	264	688,87
„ 3 „ 5 „ „	215	883,40
„ 5 „ 10 „ „	169	1 203,96
„ 10 Millionen <i>M</i>	174	6 519,91
zusammen	2 925	10 964,33

Hiernach sind die 3 unteren Gruppen von über 0,1 bis 2 Millionen *M* mit 62,2 v. H. aller Gesellschaften bei untereinander nicht übermäßig abweichender Besetzung als der Kern der Unternehmungen zu betrachten, wenn man lediglich deren Anzahl ins Auge faßt. Mit zunehmender Höhe der Kapitalgruppen wird dann ihre Besetzung im allgemeinen immer geringer. Ganz anders verhält es sich mit dem eingezahlten Kapital. Es wächst im allgemeinen mit zunehmender Kapitalgruppe, wobei der gewaltige Sprung von der zweithöchsten auf die höchste Stufe ganz besonders auffällt. Letztere umschließt allein 59,5 v. H. des gesamten eingezahlten Kapitals. Am schärfsten kommt das kapitalistische Gepräge der Aktiengesellschaften bei Betrachtung des Durchschnittskapitals in den einzelnen 8 Kapitalstufen zum Ausdruck. Dieses betrug nämlich, bei der niedersten Kapitalgruppe angefangen, 0,05, 0,31, 0,80, 1,53, 2,61, 4,11, 7,12 und 37,47 Millionen *M*, während es sich für sämtliche Unternehmungen auf 3,75 Millionen *M* belief.

Was gewerbegruppenweise das eingezahlte Aktienkapital betrifft, so verfügt nach der nebenstehenden Tabelle über den größten Anteil daran das Handelsgewerbe mit 31,0 v. H., der wiederum ganz überwiegend von den Kapitalien der Noten-, Effekten- und Emissionsbanken gebildet wird, sodann die Summe der kombinierten und nicht kombinierten Betriebe des Bergbaus, Hütten- und Salinenwesens mit 20,9 v. H. und die Industrie der Maschinen, Apparate usw. mit 14,0 v. H.; hier kommt besonders der Anteil der Elektrotechnik und Elektrizitätszeugung in Betracht. Auf die beiden erstgenannten Gruppen entfällt also mit 51,9 v. H. bereits mehr als die Hälfte des gesamten eingezahlten Aktienkapitals. Am geringsten ist letzteres bei den Gesellschaften der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht und Fischerei sowie des Musik- und Theatergewerbes, dem sich übrigens das Bekleidungsgewerbe hart anschließt.

Betrug das durchschnittlich eingezahlte Aktienkapital für die Gesellschaften aller Gewerbegruppen 3,75 Millionen *M*, so ging es über diesen Gesamtdurchschnitt ganz erheblich bei den kombinierten Betrieben des Berg- und Hüttenbaues mit 34,28, in weit geringerem Maße bei den gleichen nicht kombinierten Betrieben mit 7,94, beim Handelsgewerbe mit 7,08, bei der Industrie der Maschinen, Apparate

usw. mit 4,81 und bei der chemischen Industrie mit 4,20 Millionen *M* hinaus. In allen übrigen aufgeführten Gewerbegruppen lag es unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar am meisten beim Musik- und Theatergewerbe mit 0,69, immer weniger hervortretend bei der Tierzucht und Fischerei mit 0,83, bei den polygraphischen Gewerben mit 0,87, bei der Land- und Forstwirtschaft mit 1,05, beim Versicherungsgewerbe mit 1,29, bei der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 1,31, bei der Industrie der Leuchtstoffe usw. mit 1,47, bei der Gast- und Schankwirtschaft mit 1,48, bei der Industrie der Steine und Erden mit 1,55, bei den sogenannten verschiedenen Gesellschaften mit 1,71, bei der Textilindustrie mit 1,84, bei der Papierindustrie mit 1,94, beim Baugewerbe mit 1,97, bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 2,01, bei der Lederindustrie mit 2,28, bei der Metallverarbeitung mit 2,62, beim Verkehrsgewerbe mit 2,91 und beim Bekleidungsgewerbe mit 3,09 Millionen *M*.

Anzahl und eingezahltes Aktienkapital der tätigen Aktiengesellschaften nach Gewerbegruppen und -arten im Jahre 1914.

Gewerbegruppen und -arten	Zahl der Gesell- schaften	darunter: Kommand.-Ges. u. Akt.	eingezahltes Aktienkapital	
			über- haupt	davon entfallen auf V.-Akt.
			Millionen <i>M</i>	
1. Land- und Forstwirtschaft	2	—	2,10	0,39
2. Tierzucht und Fischerei	10	—	8,25	—
3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	151	—	1 199,14	52,47
darunter:				
a) Erzgewinnung und Hüttenbetrieb	59	—	377,32	15,12
b) Kalibergbau	23	—	194,81	10,60
c) Steinkohlenbergbau	22	—	321,34	15,75
d) Braunkohlenbergbau	32	—	211,34	11,00
3A. Bergbau, Hüttenbetrieb usw. verb.	32	—	1 096,82	19,07
4. Industrie der Steine und Erden . .	182	—	281,81	16,89
darunter:				
a) Zementwerke	57	—	114,75	11,52
b) Ziegelei, Ton- und Steinzeugfabr.	57	—	62,79	3,91
5. Metallverarbeitung	110	—	288,51	4,83
6. Industrie d. Maschinen, Apparate usw.	320	1	1 540,32	78,92
darunter:				
a) Maschinen-, Schiffbau usw. . . .	209	—	583,63	38,96
b) Elektrotechnik u. Elektr.-Erzeug.	93	—	888,51	26,86
7. Chemische Industrie	92	1	386,27	9,94
8. Industrie der Leuchtstoffe usw. . .	47	—	69,00	0,82
9. Textilindustrie	128	—	235,93	1,59
darunter:				
a) Zubereitung von Wolle	26	—	52,88	—
b) „ „ Leinen	18	—	37,50	0,50
c) „ „ Baumwolle	36	—	68,21	0,33
10. Papierindustrie	45	—	87,44	3,88
11. Lederindustrie	30	—	68,25	0,60
12. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	33	—	66,80	0,60
13. Ind. der Nahrungs- u. Genußmittel	501	2	654,94	28,21
darunter:				
a) Getreidemühlen, Brotfabriken usw.	43	—	45,57	1,23
b) Zuckerraffination	108	—	113,98	1,28
c) Kakao- und Schokoladenfabrikation	6	—	24,00	7,00
d) Wasserversorgung	21	—	87,33	1,96
e) Brauerei, Mälzerei	269	1	324,84	13,14
f) Branntweinbrennerei	18	—	26,89	3,60
14. Bekleidungsgewerbe	9	—	27,80	—
16. Baugewerbe	32	—	62,96	5,37
darunter:				
Tiefbau	13	—	31,93	4,37
17. Polygraphische Gewerbe	65	1	56,45	2,07
19. Handelsgewerbe	480	23	3 399,36	25,37
darunter:				
a) Warenhandel	62	—	112,01	11,26
b) Hypothekendarlehen	14	—	289,80	0,84
c) Noten-, Effekt- u. Emissionsbank.	207	23	2 597,74	0,90
d) Immobilienhandel	185	—	385,11	12,58
20. Versicherungsgewerbe	87	—	112,47	—
21. Verkehrsgewerbe	331	3	961,75	143,37
darunter:				
a) Eisenbahnen	31	—	114,18	46,04
b) Klein- und Straßenbahnen . . .	197	—	690,81	94,20
22. Gast- und Schankwirtschaft	36	—	53,15	5,48
23. Musik-, Theater- usw. Gewerbe . .	40	—	27,65	4,14
24. Verschiedene Gesellschaften	162	—	277,84	32,23
darunter:				
a) Gemeinnützige Gesellsch., christliche Vereins- und Gesellschafter . . .	113	—	21,27	0,63
b) Kur- und Badeanstalten	30	—	12,37	0,47
c) Ges. mit Geschäftsbetrieb i. Ausl.	17	—	241,86	31,12
d) Deutsche koloniale Gesellschaften .	2	—	2,15	—
Zusammen	2 925	31	10 964,33	435,84

Die meisten Unternehmungen fanden sich in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel (davon mehr als die Hälfte in der Brauerei und Mälzerei und über hundert in der Zuckerfabrikation), im Handelsgewerbe (davon im Warenhandel, der die beweglichere Geschäftsförm der Gesellschaften m. b. H. und der offenen Handelsgesellschaften bevorzugt, verhältnismäßig wenig, umso mehr aber als Noten-, Effekten- und Emissionsbanken sowie im Immobilienhandel) und im Verkehrsgewerbe (davon allein fast zweihundert Klein- und Straßenbahngesellschaften). Ziemlich nahe an die Zahl der Unternehmungen im Verkehrsgewerbe kommt noch die für die Industrie der Maschinen, Apparate usw., darunter über zweihundert dem Maschinen-, Schiffbau usw. dienende Gesellschaften. Die 4 genannten Gewerbegruppen zusammen weisen allein 55,8 v. H. aller tätigen Aktiengesellschaften auf. Die wenigsten solcher Unternehmungen finden sich in der Land- und Forstwirtschaft, im Bekleidungs- und in der Gruppe Tierzucht und Fischerei. Die wenigen Kommanditgesellschaften auf Aktien gehörten größtenteils dem Handelsgewerbe, und zwar als Noten-, Effekten- und Emissionsbanken, an.

Das auf Vorzugsaktien eingezahlte Kapital, das, wie erwähnt, nur 4,0 v. H. des gesamten eingezahlten Aktienkapitals ausmacht, verteilte sich hauptsächlich auf das Verkehrsgewerbe, auf die In-

dustrie der Maschinen und Apparate und die nicht miteinander verbundenen Betriebe des Berg- und Hüttenbaues. In 3 Gewerbegruppen war es überhaupt nicht vertreten, nämlich bei der Tierzucht und Fischerei, beim Bekleidungs- und beim Versicherungsgewerbe.

Am 31. Dezember 1914 wurden außer insgesamt 3 083 tätigen preussischen Aktiengesellschaften mit 11 696,75 Millionen *M* Grundkapital noch 285 in Konkurs bzw. Liquidation befindliche mit 382,36 Millionen *M* Grundkapital gezählt.

Die staatlich veranlagte Gebäudesteuer in Preußen 1915. —

Die Gebäudesteuer ist nach den §§ 1 und 30 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 gegenüber der Staatskasse vom 1. April 1895 ab außer Hebung gesetzt. Gemäß § 3 dieses Gesetzes ist aber die Veranlagung und Verwaltung der Gebäudesteuer — ebenso wie der Grund- und Gewerbesteuer — unter Aufrechterhaltung der bestehenden gesetzlichen Einrichtungen vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung auszuführen.

Nach den Ergebnissen der staatlichen Gebäudesteuer-Veranlagung bzw. Fortschreibung betrug in Preußen (mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande)

Die Zahl der steuerpflichtigen Gebäude	in den Städten			auf dem Lande			im ganzen Staate		
	1895	1910	1915	1895	1910	1915	1895	1910	1915
zum Wohnen	1 013 432	1 331 698	1 469 761	2 670 269	3 009 615	3 143 107	3 683 701	4 341 313	4 612 868
zu gewerblichen Zwecken	552 033	786 376	865 448	339 437	575 018	654 134	891 470	1 361 394	1 519 582
zusammen . . .	1 565 465	2 118 074	2 335 209	3 009 706	3 584 633	3 797 241	4 575 171	5 702 707	6 132 450
Der Jahresbetrag der veranlagten Gebäudesteuer in <i>M</i>									
zu 4 vom Hundert	35 444 779	66 191 127	75 679 488	12 176 767	21 076 748	23 700 866	47 621 546	87 267 875	99 380 354
zu 2 vom Hundert	2 933 160	8 173 462	9 959 271	722 506	1 743 935	2 058 022	3 655 666	9 917 397	12 017 293
zusammen . . .	38 377 939	74 364 589	85 638 759	12 899 273	22 820 683	25 758 888	51 277 212	97 185 272	111 397 647
die Zahl d. steuerfreien Gebäude	373 194	406 686	443 965	3 827 134	4 303 280	4 555 663	4 200 328	4 709 966	4 999 628

Hiernach ist auf dem Lande die Zahl der vorzugsweise zum Wohnen bestimmten, also mit 4 v. H. des Nutzungswertes veranlagten Gebäude größer, die der ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienenden, mit 2 v. H. veranlagten steuerpflichtigen Gebäude dagegen kleiner als in den Städten. Nach dem Jahresbetrage der veranlagten Gebäudesteuer überwiegen aber in beiden Steuergruppen die städtischen Gemeinden, und zwar bei den Wohnhäusern mit rund dem Dreifachen, bei den gewerblichen Gebäuden sogar mit dem Vier- bis Fünffachen der entsprechenden Veranlagungssumme in den Landgemeinden. Die steuerfreien Gebäude befinden sich zu mehr als neun Zehnteln auf dem platten Lande.

Die Zahl der steuerpflichtigen Gebäude, der Wohngebäude wie der gewerblichen, ist in den zwei Jahrzehnten des Berichtszeitraumes beträchtlich gewachsen, und zwar die der Wohngebäude um rund ein Viertel, die der gewerblichen um rund sieben Zehntel und die Gesamtzahl aller besteuerten Gebäude um rund ein Drittel. Wenn dabei dieser Zuwachs in der Zeitspanne 1910 bis 1915 in allen drei Fällen bedeutend geringer war als von 1895 auf 1910, so entspricht das in der Hauptsache nur der verschieden großen Länge dieser beiden Zeiträume.

Bei dem Jahresbetrage der veranlagten Gebäudesteuer war die Zunahme weit beträchtlicher als bei der Zahl der Gebäude; dieser Umstand ist auf die Ausführung besonders großer Neubauten, vor allem aber auf den in den vergangenen vier Jahrzehnten gestiegenen Nutzungswert der bestehenden Gebäude zurückzuführen. Am wenigsten sind auch hier von 1895 bis 1915 ihrem veranlagten Steuerbetrage nach die Wohngebäude des platten Landes, am stärksten dagegen, nämlich auf das Dreieinthirdelfache, die gewerblichen Gebäude der Städte gestiegen. Im ganzen Staate beläuft sich die Zunahme des Steuerbetrages der gewerblichen Gebäude auf mehr als das Doppelte von der der Wohngebäude. Die steuerfreien Gebäude haben verhältnismäßig schwächer zugenommen als die steuerpflichtigen.

Nach Landesteilen geordnet wurden für 1915 ermittelt

in der Provinz	steuerfreie Gebäude	steuerpflichtige Gebäude	mit einem jährlichen Gebäudesteuer-Nutzungswert von . . . <i>M</i>	mit einer jährlichen Gebäudesteuer von . . . <i>M</i>
Ostpreußen	342 354	279 914	80 870 838	2 993 959
Westpreußen . . .	230 048	233 055	70 115 005	2 556 620
Stadtkreis Berlin .	2 563	58 027	483 057 730	16 544 734
Brandenburg . . .	517 594	620 777	453 444 825	17 099 013
Pommern	258 388	280 029	87 649 988	3 178 436
Posen	396 318	301 120	79 304 633	2 855 755
Schlesien	718 105	734 836	263 876 770	9 517 984
Sachsen	593 176	641 794	189 490 898	6 889 938
Schleswig-Holstein	146 312	337 137	129 838 822	4 772 193
Hannover	405 048	533 995	180 027 656	6 506 173
Westfalen	276 144	589 893	253 376 182	9 110 086
Heffen-Rassau . . .	357 362	388 193	220 462 345	8 028 196
Rheinprovinz . . .	756 216	1 133 680	593 857 817	21 344 560
im Staate . . .	4 999 628	6 132 450	3 085 373 509	111 397 647

Der größte Bestand an steuerpflichtigen wie an steuerfreien Gebäuden entfällt hiernach auf die Rheinprovinz, die allerdings auch ihrer Einwohnerzahl nach die erste Stelle unter den preussischen Provinzen einnimmt; an steuerpflichtigen Gebäuden besitzen die Rheinlande fast den fünften, an steuerfreien mehr als den siebenten Teil der entsprechenden Staatssummen. Die geringste Zahl besteuerten Hausgrundstücke besitzt infolge seiner großen und hohen Gebäude der Stadtkreis Berlin, obwohl noch 4 Landesteile eine geringere Einwohnerzahl haben.

Nach dem Gebäudesteuer-Nutzungswerte sowohl wie nach der davon mit 4 und 2 v. H. erhobenen jährlichen Gebäudesteuer steht die Rheinprovinz mit nahezu einem Fünftel der betreffenden Staatssummen ebenfalls an erster Stelle; doch folgt hierbei in nicht zu großem Abstände bei dem Gebäudesteuer-Nutzungswerte Berlin und bei der Gebäudesteuer selbst Brandenburg mit fast einem Sechstel. Die geringste Gebäudesteuer-Summe ist in den Provinzen Westpreußen und Posen veranlagt.

Was den durchschnittlichen Gebäudesteuer-Nutzungswert der steuerpflichtigen Gebäude betrifft, so belief er sich auf . . . M

in der Provinz	im Jahre 1915						im Jahre 1910		im Jahre 1895	
	in den Städten für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	auf dem Lande für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	überhaupt für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	in den Städten für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	auf dem Lande für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	überhaupt für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	in den Städten für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	auf dem Lande für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	überhaupt für Wohn- u. gewerbliche Gebäude	in den Städten für Wohn- u. gewerbliche Gebäude
Ostpreußen . . .	1 275	278	101	88	314	197	283	175	188	112
Westpreußen . .	931	314	112	113	319	237	295	232	205	120
Stadtkr. Berlin .	9 677	6 183	—	—	9 677	6 183	9 385	4 756	7 245	1 867
Brandenburg . .	1 910	279	484	218	965	254	824	223	345	105
Pommern	839	260	136	87	357	204	339	200	255	95
Posen	776	261	95	114	277	220	252	204	187	89
Schlesien	1 303	492	155	152	377	301	348	296	230	169
Sachsen	685	247	136	121	334	194	318	184	241	123
Schleswig-Holst. .	979	319	220	95	466	203	439	202	292	160
Hannover	893	435	142	167	345	307	325	238	223	162
Westfalen	794	506	256	216	448	369	421	351	246	212
Hessen-Nassau . .	1 516	837	134	104	581	516	555	487	346	276
Rheinprovinz . .	1 047	695	186	200	532	493	496	458	306	256
im Staate	1 287	575	189	157	539	395	503	364	323	205

Den größten Durchschnitts-Nutzungswert der Wohngebäude besitzt unter den städtischen Gebieten der Stadtkreis Berlin mit seinen zahlreichen „Mietskasernen“. Über den Staatsdurchschnitt gehen bei diesen Grundstücken ferner noch hinaus die Provinz Brandenburg, deren hohe Durchschnittsziffer sich durch die großen Berliner Vororte er-

klärt, Schlesien und Hessen-Nassau. Bei den gewerblichen Gebäuden der Stadtgebiete folgen auf Berlin mit den Staatsbetrag noch übersteigenden Ziffern Hessen-Nassau und die Rheinprovinz. Auch bei den in Landgemeinden liegenden Wohngebäuden zeigt die Provinz Brandenburg in ihrer hohen Durchschnittsziffer den Einfluß der großen Berliner Vororte; doch wird das Landgebiet dieser Provinz bei den gewerblichen Gebäuden von Westfalen beinahe erreicht. Bei den Stadt und Land zusammenfassenden Ziffern des Berichtsjahres sind die über den Staatsdurchschnitt hinausgehenden Provinzen die gleichen wie bei den entsprechenden Zahlen für die Stadtgemeinden allein; nur kommt Schlesien bei den Wohngebäuden in Fortfall.

Bezüglich der Bewegung des durchschnittlichen Gebäudesteuer-Nutzungswertes im Berichtszeitraum sei noch bemerkt, daß jener von 1895 bis zum Berichtsjahr bei den Wohngebäuden um rund zwei Drittel, bei den zum Gewerbebetriebe dienenden aber um reichlich neun Zehntel gewachsen ist. Im einzelnen stieg er von 1895 bis 1910 bei jenen um 55,73 v. H., bei diesen um 77,56 v. H., von 1910 bis 1915 bei jenen um 7,16 v. H., bei diesen um 8,32 v. H. des 1910er Standes.

Die Steuern der preussischen Stadt- und Landkreise im Rechnungsjahre 1914. — Die unten abgedruckte Tabelle enthält eine Nachweisung über das Steuerfoll der regierungsbezirksweise zusammengefaßten Stadt- und Landkreise Preußens im Rechnungsjahre

Die Steuern der preussischen Stadt- und Landkreise im Rechnungsjahre 1914.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1914 (nach dem Stande vom 31. März 1915)

Regierungsbezirke.	der überwiesenen Steuern			der indirekten Steuern			der direkten Steuern			der Steuern überhaupt					
	der Stadt- und Landkreise		der Stadt- u. Landkreise zusammen	der Stadt- und Landkreise		der Stadt- u. Landkreise zusammen	der Stadt- und Landkreise		der Stadt- u. Landkreise zusammen	der Stadt- und Landkreise		auf 1 Einw.		der Stadt- u. Landkreise zusammen	
	M	M		M	M		M	M		M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11a	11b	12a	12b	13a	13b
1. Königsberg . . .	38 529	36 371	74 900	978 432	774 268	1 752 700	10 402 601	3 732 351	14 134 952	11 419 562	44,87	4 542 990	6,97	15 962 552	17,56
2. Gumbinnen . . .	—	25 920	25 920	127 491	466 788	594 279	2 128 908	2 389 773	4 518 681	2 256 399	29,68	2 882 481	5,54	5 138 880	8,62
3. Allenstein . . .	40	26 238	26 278	96 960	305 345	402 305	641 618	1 936 494	2 578 112	738 618	19,54	2 268 077	4,61	3 006 695	5,88
4. Danzig	42 997	25 518	68 515	544 875	403 795	948 670	7 747 668	2 657 588	10 405 256	8 335 540	33,46	3 086 901	6,08	11 422 441	15,01
5. Marienwerd . .	12 184	48 920	61 104	179 496	752 497	931 993	2 082 727	3 939 798	6 022 525	2 274 407	24,77	4 741 215	5,46	7 015 622	7,91
6. Berlin	1 522 244	—	1 522 244	5 647 588	—	5 647 588	91 933 535	—	91 933 535	99 103 367	49,27	—	—	99 103 367	49,27
7. Potsdam	244 879	179 673	424 552	3 812 033	2 248 483	6 060 516	48 113 435	10 147 471	58 260 906	52 170 347	40,60	12 575 627	7,08	64 745 974	21,10
8. Frankfurt . . .	27 062	74 230	101 292	450 562	639 021	1 089 583	7 157 844	3 904 223	11 062 067	7 635 468	32,81	4 617 474	4,70	12 252 942	10,08
9. Stettin	61 411	55 363	116 774	659 596	542 951	1 202 547	9 495 159	3 274 127	12 769 286	10 216 166	36,23	3 872 441	6,48	14 088 607	16,01
10. Köslin	—	31 357	31 357	73 485	626 321	699 806	812 149	2 460 401	3 272 550	885 634	24,48	3 118 079	5,41	4 003 713	6,33
11. Stralsund . . .	13 265	16 595	29 860	144 025	166 056	310 081	1 407 770	1 177 189	2 584 959	1 565 060	25,44	1 359 840	8,59	2 924 900	13,30
12. Posen	209	58 060	58 269	293 249	593 452	886 701	5 579 267	3 367 603	8 946 870	5 872 725	34,75	4 019 115	3,39	9 891 840	7,90
13. Bromberg . . .	398	37 042	37 440	178 774	474 194	652 968	2 538 611	2 344 215	4 882 826	2 717 783	29,87	2 855 451	4,23	5 573 234	7,28
14. Breslau	46 994	102 207	149 201	1 319 825	732 603	2 052 428	21 034 789	5 422 754	26 457 543	22 401 608	37,25	6 257 564	5,07	28 659 172	15,60
15. Liegnitz	5 110	84 331	89 441	298 175	710 773	1 008 948	9 939 210	4 415 668	8 354 878	4 242 495	27,18	5 210 772	5,16	9 453 267	8,11
16. Oppeln	29 090	111 407	140 497	593 954	569 259	1 163 213	11 568 675	6 105 329	17 674 004	12 191 719	33,20	6 785 995	3,57	18 977 714	8,36
17. Magdeburg . . .	29 486	75 422	104 908	883 432	543 739	1 427 171	14 900 688	4 104 245	19 004 933	15 813 606	37,52	4 723 406	5,78	20 537 012	16,59
18. Merseburg . . .	31 225	86 162	117 387	651 923	525 914	1 177 837	9 388 459	3 126 644	12 515 103	10 071 607	32,97	3 738 720	3,76	13 810 327	10,63
19. Erfurt	17 121	26 560	43 681	422 413	164 552	586 965	6 179 307	990 550	7 169 857	6 618 841	32,86	1 181 662	3,43	7 800 503	14,29
20. Schleswig . . .	102 288	122 056	224 344	1 515 397	1 909 959	3 425 356	20 757 197	5 068 443	25 825 640	22 374 882	40,71	7 100 458	6,34	29 475 340	17,66
21. Hannover	67 439	36 425	103 864	1 252 574	338 310	1 590 884	13 980 638	1 968 711	15 949 349	15 300 651	37,91	2 343 446	6,39	17 644 097	22,90
22. Hildesheim . . .	6 928	44 780	51 708	283 433	157 768	441 201	3 065 378	2 706 704	5 772 082	3 355 739	36,00	2 909 252	6,29	6 264 991	11,27
23. Lüneburg	12 028	40 480	52 508	219 932	274 221	494 153	4 161 538	2 362 968	6 524 506	4 393 498	35,59	2 677 669	6,15	7 071 167	12,65
24. Stade	—	42 297	42 297	53 332	231 548	284 880	764 927	1 750 656	2 515 583	818 259	31,11	2 024 501	4,87	2 842 760	6,43
25. Osnabrück . . .	—	29 250	29 250	242 628	145 082	387 710	2 308 331	1 218 351	3 526 682	2 550 959	31,06	1 392 683	4,50	3 943 642	10,08
26. Aurich	—	23 135	23 135	64 848	95 722	160 570	795 522	865 981	1 661 503	860 370	34,54	984 838	3,80	1 845 208	6,50
27. Münster	13 684	58 788	72 472	490 028	300 422	790 450	8 714 177	2 695 816	11 409 993	9 217 889	38,95	3 055 026	3,42	12 272 915	10,87
28. Minden	—	44 359	44 359	191 296	237 285	428 581	4 482 964	2 126 792	6 609 756	4 674 260	40,50	2 408 436	3,72	7 082 696	9,28
29. Arnberg	134 473	111 739	246 212	2 485 963	613 116	3 099 079	34 896 338	4 988 179	39 884 517	37 516 774	41,25	5 713 034	3,41	43 229 808	16,74
30. Cassel	26 048	67 010	93 058	488 974	248 234	737 208	7 074 781	2 434 671	9 509 452	7 589 803	38,38	2 749 915	3,31	10 339 718	10,06
31. Wiesbaden . . .	126 278	71 393	197 671	2 184 817	261 381	2 446 198	31 172 398	1 145 154	32 317 552	33 483 493	60,05	1 477 928	2,06	34 961 421	27,42
32. Coblenz	25 261	70 643	95 904	303 905	167 299	471 204	1 648 841	1 732 276	3 381 117	1 978 007	32,50	1 970 218	2,79	3 948 225	5,15
33. Düsseldorf . . .	206 672	123 256	329 928	5 716 366	481 372	6 197 738	83 252 346	4 230 802	87 483 148	89 175 384	43,94	4 835 430	2,99	94 010 814	25,79
34. Köln	101 146	55 710	156 856	2 806 957	213 524	3 020 481	28 504 523	1 291 268	29 795 791	31 412 626	45,32	1 560 502	2,51	32 973 128	25,10
35. Trier	122 065	61 390	183 455	476 780	176 585	653 365	5 580 663	2 600 358	8 181 021	6 179 508	36,61	2 838 333	3,29	9 017 841	8,75
36. Aachen	40 056	53 759	93 815	306 825	156 886	463 711	6 692 385	1 377 657	8 070 042	7 039 266	44,69	1 588 302	2,87	8 627 568	12,15
37. Sigmaringen . .	—	90	90	—	22 563	22 563	—	202 393	202 393	—	—	225 046	3,12	225 046	3,12
Staat	3 106 610	2 157 936	5 264 546	36 440 343	17 271 288	53 711 631	514 905 367	106 263 603	621 168 970	554 452 320	41,49	12 569 287	4,51	680 145 147	16,50

1) Hier ist das Aufkommen der Wanderlager- und Warenhaussteuer nachgewiesen. — 2) Hier ist das Aufkommen der von den kreisangehörigen Gemeinden usw. an den Kreis abgeführten Betriebssteuer, Wanderlager- und Warenhaussteuer nachgewiesen.

1914. Danach betrug das berichtigte Soll sämtlicher Steuern in den Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 31. März 1915 680,15 Mill. *M* und 16,50 *M* auf 1 Einwohner. An dieser Summe waren die Stadtkreise mit 554,45 Mill. *M* oder 81,52 v. *H.* und die Landkreise mit 125,69 Mill. *M* oder 18,48 v. *H.* beteiligt. Der Kopfbetrag der Stadtkreise war mit 41,49 *M* rund neunmal so hoch als der der Landkreise. Von dem Steuerfoll entfielen auf

bei	direkte Steuern		indirekte Steuern		überwiesene Steuern	
	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>
den Stadtkreisen	514,91	92,87	36,44	6,57	3,11	0,56
„ Landkreisen	106,26	84,54	17,27	13,74	2,16	1,72
„ Stadt- u. Landkreisen	621,17	91,33	53,71	7,90	5,26	0,77

Am gesamten Steuerfoll war Berlin mit 99,10 Mill. *M* oder 14,57 v. *H.* beteiligt. Den zweithöchsten Betrag erreichte der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 94,01 Mill. *M*. Dann folgten Potsdam und Arnberg mit 64,75 bzw. 43,23 Mill. *M*. Von 19 Regierungsbezirken wurde noch nicht eine Summe von je 10 Mill. *M* aufgebracht; das niedrigste Steuerfoll wiesen, wenn man vom Sigmaringer Bezirk abieht, mit 2,92, 2,84 und 1,85 Mill. *M* die Stadt- und Landkreise der Regierungsbezirke Straßburg, Stade und Aurich auf. Die steuerliche Belastung auf den Kopf der Bevölkerung war mit 49,27 *M* bei Berlin weitaus am höchsten. In großem Abstände folgten erst mit 27,42, 25,79, 25,10, 22,90 und 21,10 *M* die Regierungsbezirke Wiesbaden, Düsseldorf, Köln, Hannover und Potsdam. Die geringste Belastung zeigten mit 5,68, 5,15 und 3,12 *M* Allenstein, Coblenz und Sigmaringen. Während die auf 1 Einwohner entfallenden Steuern in den Landkreisen schon mit rund 9 und 7 *M* in den Regierungsbezirken Straßburg und Potsdam den höchsten Stand der Belastung erreichten, gab es, abgesehen vom Regierungsbezirk Sigmaringen, der keinen Stadtkreis enthält, nur einen Regierungsbezirk, nämlich Allenstein (19,54), in dem die steuerliche Belastung der Bevölkerung in den Stadtkreisen nicht mindestens 20 *M* betragen hätte. In 9 Bezirken, außer Berlin, erreichte bzw. übertraf sie noch das Doppelte dieser Summe. So bewegte sich der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Steuerbetrag bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Potsdam, Schleswig und Minden zwischen 40 und 41 *M*; im Bezirk Arnberg betrug er 41,25 *M*, desgleichen in Düsseldorf, Königsberg, Aachen, Köln 43,94 bzw. 44,37, 44,69, 45,32 *M*. Die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung in den Stadtkreisen des Regierungsbezirks Wiesbaden übertraf sogar die in der Reichshauptstadt noch um ein Bedeutendes; sie betrug nicht weniger als 60,05 *M*.

Wir sehen, daß bei den Stadtkreisen durchschnittlich 92,87 % des Gemeindesteuerfolls auf die direkten Steuern entfielen, während der entsprechende Anteil bei den Landkreisen bloß 84,54 betrug. Die Stadtkreise der Regierungsbezirke Posen, Aachen und Minden zeigten mit 95 bzw. 95,07 und 95,91 % die höchsten Anteile der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen. Mehr als 90 % machten sie, abgesehen von Sigmaringen, auch in sämtlichen übrigen Regierungsbezirken mit Ausnahme von Straßburg (89,95), Allenstein (86,87) und Coblenz (83,36 %) aus. Die direkten Steuern der Landkreise dagegen erreichten nur in den Regierungsbezirken Trier (91,62) und Hildesheim (93,04) einen entsprechenden Anteil von mindestens 90 %; in drei Bezirken blieb er noch hinter 80 zurück nämlich in Köslin (78,91), Wiesbaden (77,48) und Schleswig (71,38 %). Die Bezirke, deren Stadt- bzw. Landkreise sich durch einen besonders hohen Anteil ihrer direkten Steuern am gesamten Gemeindesteuerfoll auszeichneten, wiesen einen umso geringeren entsprechenden Anteil bei ihren indirekten Steuern auf. Dieser betrug nämlich bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Minden (4,09), Aachen (4,36) und Posen (4,99) noch nicht 5 v. *H.*, umgekehrt in den Bezirken Allenstein (13,13) und Coblenz (15,36) noch über 10 v. *H.* Straßburg (9,20) erreichte letzteren Anteil noch nicht ganz, weil hier auch die überwiesenen Steuern etwas mehr ins Gewicht fielen als gewöhnlich; sein Anteil wurde daher noch von dem Dönerbrück (9,51 %) übertroffen. Von den Landkreisen standen die der

Regierungsbezirke Schleswig und Köslin mit ihren Anteilen der indirekten Steuern in Höhe von 26,90 und 20,09 v. *H.* weitaus an der Spitze, während Trier und Hildesheim mit 6,22 bzw. 5,42 v. *H.* die letzten Plätze inne hatten.

Die Bevölkerung Schwedens 1915. — Die Bevölkerung Schwedens hat nach der letzten Zählung am Ende des Jahres 1915 5 712 740 Seelen betragen, gegen 5 522 203 im Jahre 1910. Der Bevölkerungszuwachs bzw. der Geburtenüberschuß bezifferte sich im Jahre 1915 auf nur 33 133 Seelen oder 0,58 v. *H.* der Bevölkerung. Dieser Zuwachs war der geringste seit dem Jahre 1903, und schwedische Veröffentlichungen ergehen sich in trüben Betrachtungen über die Abnahme an Geburten, die im Jahre 1915 nur 22 auf das Tausend der Bevölkerung betragen haben. Allgemein wird über die Ausbreitung des Zweifindersystems berichtet, dem diese Abnahme zuzuschreiben ist.

Übrigens ist die Sterblichkeit des Jahres 1915 ebenfalls erheblich ungünstiger gewesen als die von 1914, in welchem Jahre die Sterbeziffer ungewöhnlich günstig war. Von medizinischer Seite ist bekanntgegeben, daß im Jahre 1915 die Influenza große Opfer gefordert habe.

Zum Teil mag an der geringen Geburtenzahl der Weltkrieg mit schuld sein, indem die Zahl der Eheschließungen, wahrscheinlich aus Scheu vor Familiengründung wegen vermeintlich unsicherer Zukunft, abgenommen hat.

Die Eisenbahnen und Straßenbahnen der Schweiz 1914 im Vergleich mit den Vorjahren. — Die meisten neutralen Länder Europas sind, je nach ihrer wirtschaftlichen, teilweise auch politischen Abhängigkeit von den kriegführenden Staaten, vom Weltkrieg mehr oder weniger schwer betroffen worden. Einen noch größeren Umfang nahm der wirtschaftliche Schaden bei den Staaten an, die in wesentlichem Maße auf den Fremdenverkehr angewiesen sind, wie bei der Schweiz. Dies läßt sich an der Hand der schweizerischen Eisenbahnstatistik verfolgen. Schon das erste Halbjahr des Krieges zeigte seine beeinträchtigenden Wirkungen auf den Finanzhaushalt der staatlichen wie privaten Eisen- und Straßenbahnen der Schweiz. So sind die Betriebseinnahmen dieser Bahnen am Ende 1914 auf 239,5 Mill. Fr. gegenüber 279,1 in 1913 und 268,9 in 1912 gesunken, was 1914 gegenüber der Zunahme von 3,8 % in 1913 eine Abnahme von 14,2 % ausmacht. Trotz der wesentlichen Einschränkung der Betriebsausgaben ist der Überschuß der Betriebseinnahmen von 88,6 Mill. Fr. in 1912 und 89,9 in 1913 auf 58,2 am Ende 1914 zurückgegangen, hat sich also gegenüber 1913 um 35,3 % verringert.

Infolge dieses Rückganges mußte ein Ausgleich durch Einschränkung der Neubauten, Herabsetzung der Fahrleistungen, des Personalbestandes u. dgl. m. gesucht werden. Das Bahnnetz, das von 5 279,2 km in 1912 auf 5 491,6 in 1913 erweitert wurde, stieg in 1914 auf nur 5 535,2 km, d. h. der Zuwachs verminderte sich in diesem Jahre auf 43,6 km gegenüber 212,4 in 1913. Eine weitere erhebliche Stöckung ist im besonderen im Tunnelbau eingetreten. Die Länge aller Tunnel der Schweiz beträgt nach dem Stand von 1914 239,3 km; davon entfallen auf den Simplon 19,8, Gotthard 15,0, Lötschberg 14,6, Ricken 8,6, Jungfrau 7,1 und Albulas 5,9 km; die übrigen 39 Tunnel besitzen eine Länge von 3 700 bis 1 000 m. Das Jahr 1914 weist aber eine beträchtliche Einschränkung im Tunnelbau auf. Während der Zuwachs an Tunnelänge in 1912 6,7 und in 1913 35,9 km betrug, sank er in 1914 auf 2,7 km.

Es ist endlich bezeichnend für die ungünstige Finanzlage der Bahnen infolge des Krieges, daß die Dividende auf das Aktienkapital von 1,7 % in 1912 und 1,6 in 1913 auf 0,35 % in 1914 gefallen ist¹⁾.

¹⁾ Schweizerische Eisenbahn-Statistik. 1914. Bd. XLII. Herausgegeben vom Schweizer Post- und Eisenbahndepartement. —

Die Sterblichkeit in der Gesamtbevölkerung des preussischen Staates im Jahre 1914. — Im Jahre 1914 starben in Preußen ohne Einfluß der Totgeborenen, jedoch einschließlich der bis zum 1. Juli 1915 bekannt gewordenen Todesfälle der im Jahre 1914 gestorbenen Militärpersonen 766 828 Personen (449 645 m., 317 183 w.); die Zahl der Gestorbenen im Staate ist damit gegen das Vorjahr, in dem 620 455 Todesfälle (321 980 bei m., 298 475 bei w. Personen) festgestellt wurden, um 146 373 Personen (127 665 m., 18 708 w.) gestiegen. Auf 1 000 am 1. Juli Lebende stieg die Sterblichkeitsziffer von 14,9 (15,6 m., 14,3 w.) im Jahre 1913 auf 18,2 (21,3 m., 14,9 w.) im Berichtsjahre. Im Jahre 1875 betrug die Sterblichkeit auf 1 000 Lebende noch 26,8 (28,1 für die männliche, 24,6 für die weibliche Bevölkerung); sie war bis zum Jahre 1900 auf 22,3 heruntergegangen, wurde mit geringen Schwankungen immer niedriger und erreichte im Jahre 1913 ihren niedrigsten Stand, während sie im Berichtsjahre unter dem Einfluß des Krieges wieder empor ging. Außerdem wurden im Jahre 1914 noch 35 948 (20 135 m., 15 813 w.) Totgeborene standesamtlich gemeldet; 1913 betrug deren Zahl 35 969 (20 046 m., 15 923 w.).

Die Beteiligung der einzelnen Regierungsbezirke an der Gesamtsterblichkeit war verschieden. Am günstigsten war die Sterbeziffer im Landespolizeibezirk Berlin mit 14,8 vom Tausend der am 1. Juli 1914 Lebenden; dann folgen die Regierungsbezirke Wiesbaden mit 15,3, Schleswig mit 15,5, Cassel mit 15,6, Minden mit 15,7, Aachen und Düsseldorf mit 15,9 (Stadtkreis Berlin mit 16,1), Hannover mit 16,2, Osnabrück mit 16,4, Stade mit 16,6, Erfurt mit 16,8, Lüneburg und Arnberg mit 17,1, Hildesheim und Trier mit 17,2, Koblenz und Köln mit 17,3, Merseburg mit 17,8, Potsdam mit 18,0 und der Staat mit 18,2 v. T. Über dem Staatsdurchschnitt stehen Posen und Aachen mit 18,3, Magdeburg mit 18,8, Münster mit 19,4, Sigmaringen mit 19,7, Frankfurt mit 20,0, Rößlin mit 20,4, Bromberg mit 20,5, Allenstein mit 20,7, Gumbinnen, Marienwerder und Stettin mit 20,8, Liegnitz mit 21,1,

Oppeln mit 21,3, Straßburg mit 21,8, Breslau mit 22,0, Danzig mit 23,5 und Königsberg mit 24,0.

Wenn man die männliche und weibliche Bevölkerung je für sich betrachtet, so zeigt sich, daß die Sterbeziffer für die männliche Bevölkerung im Landespolizeibezirk Berlin mit 17,9 v. T. der am 1. Juli lebenden Männer am niedrigsten ist; dann folgen die Regierungsbezirke Schleswig, Aachen, Minden, Cassel, Wiesbaden (Stadtkreis Berlin), Osnabrück, Düsseldorf, Stade, Hannover, Trier, Erfurt, Hildesheim, Lüneburg, Arnberg, Koblenz, Köln, Potsdam, Merseburg, Posen und Aachen mit den Ziffern 18,1 bis 21,4 und der Staat mit 21,5 v. T. Höhere Ziffern als der Staat (21,5 bis 28,3 v. T.) weisen auf: Magdeburg, Münster, Frankfurt, Gumbinnen, Marienwerder, Sigmaringen, Allenstein, Oppeln, Rößlin, Bromberg, Liegnitz, Stettin, Straßburg, Breslau, Danzig und Königsberg.

Bei der weiblichen Bevölkerung hat die niedrigste Sterbeziffer gleichfalls der Landespolizeibezirk Berlin mit 11,8 v. T.; dann folgen die Regierungsbezirke Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf, Schleswig, Cassel, Minden, Aachen, Arnberg, (Stadtkreis Berlin), Lüneburg, Osnabrück, Erfurt, Stade, Köln, Hildesheim, Koblenz, Trier, Merseburg und Potsdam mit den Ziffern 11,9 bis 14,8 und der Staat mit 14,9 v. T. Höhere Ziffern als der Staat (15,1 bis 20,0 v. T.) weisen auf: Aachen, Posen, Sigmaringen, Magdeburg, Münster, Rößlin, Bromberg, Stettin, Frankfurt, Allenstein, Marienwerder, Liegnitz, Gumbinnen, Straßburg, Oppeln, Breslau, Danzig und Königsberg.

Die nachstehende Tabelle bringt die Sterbeziffer für die im Jahre 1910 bis 1914 im Staate Gestorbenen nach Altersklassen und getrennt nach dem Geschlechte der Gestorbenen; sie zeigt für 1914 bei beiden Geschlechtern gegen das Vorjahr eine Aufwärtsbewegung der Ziffern in allen Altersklassen mit Ausnahme der 1 bis 2 Jahre alten Kinder. Die hohe Sterbeziffer der männlichen Personen in den Altersklassen von 15—20, 20—25, 25—30 und 30—40 Jahren ist auf die durch den Krieg hervorgerufenen Sterbefälle zurückzuführen.

Die Sterbeziffer der einzelnen Altersklassen, getrennt nach dem Geschlechte der Gestorbenen, im preussischen Staate für die Jahre 1910 bis 1914.

im Jahre	Auf je 1 000 am 1. Juli Lebende der Altersklassen jedes Geschlechts														
	0—1 Jahre	1—2 Jahre	2—3 Jahre	3—5 Jahre	5—10 Jahre	10—15 Jahre	15—20 Jahre	20—25 Jahre	25—30 Jahre	30—40 Jahre	40—50 Jahre	50—60 Jahre	60—70 Jahre	70—80 Jahre	über 80 Jahre
Lauten Gestorbene der gleichen Altersklasse															
a) bei den männlichen Personen:															
1910 ..	194,0	34,9	13,4	7,0	3,4	2,2	3,6	4,9	4,5	6,1	10,9	21,6	42,2	97,0	200,1
1911 ..	230,9	38,8	13,2	7,2	3,5	2,3	3,9	5,0	5,0	6,2	11,0	21,4	44,5	98,9	225,6
1912 ..	180,2	30,2	11,6	6,5	3,1	2,2	3,8	5,1	5,0	6,2	10,8	20,7	44,4	98,7	222,6
1913 ..	183,1	31,2	10,6	6,1	3,0	2,0	3,6	4,6	4,8	5,8	10,1	20,0	42,6	92,8	206,5
1914 ..	198,5	31,1	10,9	6,3	3,3	2,2	6,2	28,0	26,1	14,2	11,1	20,5	44,8	96,8	224,5
b) bei den weiblichen Personen:															
1910 ..	159,7	33,9	12,5	6,7	3,5	2,3	3,2	4,4	4,7	6,8	7,8	15,3	35,0	90,1	193,1
1911 ..	193,1	37,2	12,4	7,0	3,4	2,4	3,3	4,4	5,3	6,2	8,1	15,1	36,7	89,5	208,9
1912 ..	147,9	28,8	11,3	6,4	3,3	2,3	3,3	4,2	5,2	6,1	7,9	14,7	36,0	89,9	210,1
1913 ..	150,6	29,7	10,0	5,9	3,1	2,1	3,1	3,9	4,9	5,6	7,6	14,0	34,2	83,8	193,0
1914 ..	164,1	29,1	10,5	6,1	3,2	2,2	3,2	4,1	5,2	5,8	7,8	14,4	35,2	87,7	209,6

Die Krankenhausstatistik der allgemeinen Heilanstalten Preußens 1914. — An der Statistik der allgemeinen Heilanstalten in Preußen waren im Berichtsjahre 2 261 Anstalten beteiligt (1913 2 344). Betten waren vorhanden 276 mehr, Verpflegte 119 884 weniger als im Vorjahre. Die Unterschiede sind durch die Kriegsverhältnisse bedingt.

Die umstehende Tabelle gibt eine Übersicht über Zahl, Größe und Belegung sämtlicher allgemeinen Heilanstalten in Preußen im Jahre 1914.

Die Zahl der behandelten Personen betrug im Jahre 1914 1 414 325. Es standen 177 460 Betten zur Verfügung, auf 10 000 Einwohner 42,03. In 13 Regierungsbezirken und dem Stadtkreis Berlin ging diese Verhältniszahl über den Staatsdurchschnitt hinaus

Zeitschrift des R. Br. Stat. Landesamts, Jahrgang 1916.

und blieb unter ihm in 23 Regierungsbezirken. Am günstigsten war im Berichtsjahre das Verhältnis wiederum in Köln 80,45 (80,46), dem sich Münster mit 72,05 (74,31) anreihet. Dann folgen Arnberg, Breslau, Berlin, Düsseldorf, Hildesheim, Koblenz, Wiesbaden mit 57,81 bis 50,48, Trier, Osnabrück, Aachen, Potsdam mit 46,29 bis 43,21, Königsberg, Aachen, Hannover, Sigmaringen, Liegnitz, Erfurt, Danzig, Cassel, Magdeburg, Stettin, Straßburg mit 39,97 bis 31,12, Schleswig, Frankfurt, Merseburg, Oppeln, Posen, Lüneburg, Marienwerder, Rößlin, Bromberg mit 29,80 bis 21,27, während Stade nur 17,72, Allenstein 16,47 und Gumbinnen sogar nur 9,12 Betten auf 10 000 Einwohner aufwiesen.

Für sämtliche Anstalten im Staate kamen auf 1 Bett 7,97 Verpflegte (1913 8,66). Die Verpflegungsdauer der Kranken

Zahl, Größe und Belegung sämtlicher allgemeinen Heilanstalten in Preußen im Jahre 1914.

Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Zahl der					Summe der Berpfl egungs- tage	Es kamen auf 10 000 Einwohner		Auf 1 Bett kamen Berpfl egte
	Anstalten	Betten	Berpfl egten				Betten	Berpfl egte	
			männlich	weiblich	zusammen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Staat	2 261	177 460	821 448	592 877	1 414 325	39 842 107	42,03	334,96	7,97
Provinzen.									
I. Ostpreußen	92	5 176	22 138	19 508	41 646	1 053 970	24,78	199,40	8,05
II. Westpreußen	74	4 971	20 124	14 906	35 030	968 370	28,44	200,44	7,05
III. Stadtkreis Berlin	79	11 707	57 427	61 909	119 336	3 005 065	55,92	570,02	10,19
IV. Brandenburg	237	17 520	65 059	63 428	128 487	3 975 869	38,98	285,88	7,33
V. Pommern	96	4 925	24 391	18 111	42 502	1 131 237	28,30	244,23	8,63
VI. Posen	91	5 086	17 834	14 408	32 242	946 220	23,32	147,83	6,34
VII. Schlesien	323	21 075	87 760	62 804	150 564	4 495 736	38,82	277,34	7,14
VIII. Sachsen	136	9 857	45 889	36 492	82 381	2 189 103	31,11	260,03	8,36
IX. Schleswig-Holstein	89	5 029	27 762	22 846	50 608	1 171 384	29,50	296,88	10,06
X. Hannover	190	11 142	51 197	40 011	91 208	2 516 456	36,25	296,74	8,19
XI. Westfalen	286	27 101	146 799	73 663	220 462	6 613 658	60,38	491,18	8,13
XII. Hessen-Nassau	125	10 176	43 075	37 135	80 210	2 187 687	43,69	344,36	7,88
XIII. Rheinprovinz	439	43 425	211 251	127 347	338 598	9 546 247	57,05	444,83	7,80
XIV. Hohenzollernsche Lande	4	270	742	309	1 051	41 105	37,00	144,04	3,89
Regierungsbezirke.									
1. Königsberg	69	3 713	15 942	14 931	30 873	742 258	39,97	332,34	8,81
2. Gumbinnen	7	555	2 569	1 860	4 429	107 377	9,12	72,81	7,98
3. Allenstein	16	908	3 627	2 717	6 344	204 335	16,47	115,08	6,99
4. Danzig	32	2 718	11 462	9 442	20 904	581 422	35,46	272,72	7,69
5. Marienwerder	42	2 253	8 662	5 464	14 126	386 948	22,96	143,98	6,27
6. Stadtkreis Berlin	79	11 707	57 427	61 909	119 336	3 005 065	55,92	570,02	10,19
7. Potsdam	172	13 996	50 319	53 842	104 161	3 251 837	43,21	321,59	7,44
8. Frankfurt	65	3 524	14 740	9 586	24 326	724 032	28,07	193,75	6,90
9. Stettin	53	2 800	12 635	9 745	22 380	621 484	31,74	253,72	7,99
10. Köslin	32	1 414	5 969	3 829	9 798	299 410	22,46	155,60	6,93
11. Stralsund	11	711	5 787	4 537	10 324	210 343	31,12	451,81	14,52
12. Posen	58	3 400	11 555	9 141	20 696	606 531	24,49	149,07	6,09
13. Bromberg	33	1 686	6 279	5 267	11 546	339 689	21,27	145,67	6,85
14. Breslau	140	10 608	41 803	36 044	77 847	2 261 205	56,13	411,94	7,34
15. Liegnitz	82	4 411	15 886	14 168	30 054	945 626	36,52	248,86	6,81
16. Oppeln	101	6 056	30 071	12 592	42 663	1 288 905	25,97	182,99	7,04
17. Magdeburg	52	4 231	18 962	17 913	36 875	962 975	33,43	291,37	8,72
18. Merseburg	57	3 636	19 969	12 096	32 065	813 409	26,97	237,83	8,82
19. Erfurt	27	1 990	6 958	6 483	13 441	412 719	35,90	242,47	6,75
20. Schleswig	89	5 029	27 762	22 846	50 608	1 171 384	29,50	296,88	10,06
21. Hannover	40	2 983	13 965	12 960	26 925	704 182	37,94	342,41	9,03
22. Hildesheim	56	3 072	12 730	10 629	23 359	702 967	53,15	404,14	7,60
23. Lüneburg	23	1 360	7 463	5 003	12 466	308 969	23,66	216,88	9,17
24. Stade	13	794	4 683	3 129	7 812	173 727	17,72	174,37	9,84
25. Osnabrück	40	1 795	8 104	5 346	13 450	426 408	45,26	339,10	7,49
26. Aurich	18	1 138	4 252	2 944	7 196	200 203	39,25	248,20	6,32
27. Münster	94	8 010	40 474	21 427	61 901	1 890 760	72,05	556,81	7,73
28. Minden	64	4 029	11 415	11 972	23 387	869 153	52,24	303,22	5,90
29. Arnberg	128	15 062	94 910	40 264	135 174	3 853 745	57,81	518,81	8,97
30. Cassel	36	3 698	14 843	11 427	26 270	797 220	35,36	251,17	7,10
31. Wiesbaden	89	6 478	28 232	25 708	53 940	1 390 467	50,48	420,32	8,33
32. Coblenz	71	4 063	13 339	11 157	24 496	749 962	52,46	316,27	6,03
33. Düsseldorf	183	20 510	114 371	63 234	177 605	4 942 455	55,05	476,68	8,66
34. Köln	93	10 674	46 187	35 204	81 391	2 357 773	80,45	613,48	7,63
35. Trier	60	4 930	24 242	8 604	32 846	815 614	46,29	308,38	6,66
36. Aachen	32	3 248	13 112	9 148	22 260	680 443	45,13	309,32	6,85
37. Sigmaringen	4	270	742	309	1 051	41 105	37,00	144,04	3,89

in den allgemeinen Heilanstalten betrug im Staatsdurchschnitt 28,17 Tage. Von 1 000 Behandelten litten an übertragbaren Krankheiten 201,18 (197,59), an Krankheiten der Verdauungsorgane 146,36 (143,19), an Verletzungen 119,92 (124,21), an Krankheiten der äußeren Bedeckungen 104,09 (98,35), der Atmungsorgane 72,51 (73,70), der Bewegungsorgane 66,97 (67,75), an allgemeinen Krankheiten 61,25 (66,33), an Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 63,39 (65,83), des Nervensystems 50,62 (52,32), der Kreislauforgane 35,29 (34,69), an Entwicklungsstörungen 33,51 (34,35), an Krankheiten der Augen 15,02 (16,76), der Ohren 10,62 (11,38), an anderen sowie unbestimmten Krankheiten 19,34 (13,36).

Die Zahl der 1914 in den allgemeinen Heilanstalten Gestorbenen betrug 85 589 (47 017 m., 38 572 w.) Personen, während sich die Gesamtsterblichkeit im Staate auf 766 828 (449 645 m., 317 183 w.) stellte. Es sind demnach von 1 000 in der Bevölkerung überhaupt Gestorbenen 111,61 (104,56 m., 121,61 w.) in den allgemeinen Heilanstalten dem Tode erlegen.

Die Haushaltungen in Preußen 1871–1910. — Nach den Ausführungsbestimmungen der Volkszählungen von 1905 und 1910 waren unter einer gewöhnlichen Haushaltung die zu einer Wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen zu verstehen, einschließlich der Zimmeradmieter, Chambregarnisten, Schlafgänger, gleichgültig ob mit oder ohne Beförderung, desgleichen die Bewohner eines Schiffes, Rahnes, Wagens usw. Als Einzelhaushaltungen wurden einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft angesehen. Als Anstalts- haushaltung endlich waren zu zählen: a) die in Kasernen, Lazaretten usw., ferner in Kranken-, Armen-, Versorgungs-, Erziehungsanstalten, in Gefängnissen, Klöstern usw. befindlichen Personen einschließlich des dort untergebrachten und beköstigten unverheirateten Anstaltspersonals (wie Aufseher, Wärter, Pflegerinnen, Köchinnen, Portiers usw.) ohne eigenen Haushalt, b) die Haushaltung eines „Pensionsinhabers“ mit ihren Pensionären, wenn die Zahl der letzteren 6 und mehr betrug, c) Hotels und Gasthäuser, in denen mindestens ein vorübergehend anwesender Gast vorhanden war oder die 6 und mehr ständige Logiergäste hatten, d) die in Massenquartieren unter-

gebrachten Gewerbegehilfen oder Arbeiter, die demselben Betriebe angehörten; dagegen rechneten zu den gewöhnlichen (Familien-) Haushaltungen das verheiratete Anstaltspersonal mit eigener Hauswirtschaft sowie die Hoteliers, Gast- und Schankwirte mit ihren persönlichen Diensthboten und weniger als 6 ständigen Logiergästen.

Diese Vorschriften enthielten gegen früher einige Änderungen, besonders hinsichtlich der Anstalts Haushaltungen, sodaß die nachstehenden Ziffern für 1905 und 1910 mit denen früherer Volkszählungen nicht voll vergleichbar sind. Immerhin ergeben die Zahlen für den Stand und die Entwicklung der Haushaltungen im großen ganzen ein richtiges Bild.

Unter Berücksichtigung aller Volkszählungen seit Gründung des Reichs waren in Preußen vorhanden

im Jahre	Familien- überhaupt		Einzel- Haushaltungen		Anstalts- überhaupt		zusammen Haushaltungen
	überhaupt	v. S.	überhaupt	v. S.	überhaupt	v. S.	
1871 ¹⁾	4 875 597	94,09	288 986	5,58	17 220	0,33	5 181 803
1875 ¹⁾	5 142 644	93,95	309 294	5,65	22 021	0,40	5 473 959
1880 ¹⁾	5 390 690	93,83	325 066	5,66	29 136	0,51	5 744 892
1885 ¹⁾	5 584 442	93,44	371 781	6,22	20 023	0,34	5 976 246
1890	5 937 913	93,00	426 084	6,67	20 739	0,33	6 384 736
1895	6 323 374	92,77	463 370	6,80	29 202	0,43	6 815 946
1900	6 886 676	92,36	516 132	6,92	353 875	0,72	7 456 683
1905	7 494 840	92,47	581 191	7,17	29 507	0,38	8 105 538
1910	8 145 423	92,48	629 224	7,15	32 758	0,37	8 807 405.

Die Familien- und Einzelhaushaltungen haben also der wachsenden Bevölkerung entsprechend regelmäßig zugenommen, während die Anstalts Haushaltungen, hauptsächlich infolge der Schwierigkeit ihrer Erfassung und der mehrfach geänderten Erhebungsvorschriften, starken Schwankungen unterworfen waren. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushaltungen sind die Einzelhaushaltungen bis 1905 regelmäßig gestiegen, die Familienhaushaltungen dagegen (wenn man die Zählung von 1900 mit veränderter Aufbereitung ausschaltet) zurückgegangen; 1910 ist in dieser gegenseitigen Verschiebung der beiden Gattungen von Haushaltungen ein Stillstand zu beobachten.

Die Handelsmarine²⁾. — Die Handelsmarine von Großbritannien und Irland (einschließlich der Insel Man und der Kanalinseln) bestand am 31. 12. 1912 aus 8 510 Segel- und 12 382 Dampfschiffen mit einem Netto-Raumgehalt von 902 718 und 10 992 073 Registertonnen, die der britischen Besitzungen aus 12 368 Segel- und 6 084 Dampfschiffen mit 890 193 und 1 043 417 t, die Handelsflotte des britischen Reichs somit aus 39 344 Schiffen mit 13 828 401 R.-X. netto, wobei die Boote bis 15 R.-X. brutto, die nur auf Flüssen und an der Küste des Heimatbezirks verwendet werden, nicht gerechnet sind. Die zweitgrößte Handelsmarine ist dem Netto-Raumgehalt nach die deutsche: ohne die Schiffe unter 17,65 R.-X. brutto am 1. 1. 1913 4 850 (am 1. 1. 1914 4 935) Seeschiffe und 3 153 724 (3 320 071) R.-X. netto, davon 2 752 (2 765) Segelschiffe mit 498 228 (487 759) t und 2 098 (2 170) Dampfschiffe mit 2 655 496 (2 832 312) t. Die Handelsmarine Frankreichs ist noch nicht halb so groß; sie zählte am 31. 12. 1912 ohne die kleinen Fischerboote 17 670 Schiffe, die aber einen Netto-Raumgehalt von nur 1 518 518 R.-X. netto hatten, davon 15 813 Segel- und 1 857 Dampfschiffe mit 614 024 und 904 494 t. Bedeutender ist die Handelsmarine Norwegens, die am gleichen Tage aus 3 232 registrierpflichtigen Schiffen mit 1 718 606 R.-X. netto bestand; 1 106 Segelschiffe hatten 632 989 t, 2 126 Dampfschiffe 1 085 617 t. Italien besaß am 31. 12. 1912, ohne die kleinen Küstenschiffe und Fischerboote, 4 693 Segelschiffe mit 374 835 R.-X. netto und 839 Dampfschiffe mit 762 274 R.-X. netto, zusammen 5 532 Seeschiffe und 1 137 109 t. In der Größe des Netto-Raumgehalts folgen Schweden mit 2 793 Schiffen (1 539 Segel-, 1 254 Dampfschiffen) und 805 386 (153 827 + 651 559) t

am 31. 12. 1912 und Rußland, das ohne Finland einschließlich der Schiffe des Kaspiischen Meeres am 1. 1. 1913 3 645 (2 577 + 1 068) Schiffe mit 756 605 (256 844 + 499 761) t hatte; für Finland wurden am 31. 12. 1912 3 547 (3 040 + 507) Schiffe und 408 660 (337 363 + 71 297) t festgestellt. Nur die schwedischen Schiffe von 20, die finnischen von 19 R.-X. netto ab und die russischen von 20 R.-X. brutto ab wurden aufgenommen. Weiter zählten die Niederlande am 31. 12. 1912 780 (413 + 367) Seeschiffe und 616 698 (40 677 + 576 021) R.-X. netto und Dänemark (einschließlich Färöer, Island und Westindien), wenn sämtliche Schiffe über 4 R.-X. netto berücksichtigt werden, am 31. 12. 1911 4 252 Schiffe mit 538 863 R.-X. netto, davon 3 561 Segelschiffe einschließlich der Motorschiffe, die bei den anderen Staaten zu den Dampfschiffen gerechnet sind, mit 124 510 t und 691 Dampfschiffe mit 414 353 t. Am 31. 12. 1912 hatten von europäischen Staaten noch Österreich und Ungarn ohne Fischerfahrzeuge, numerierte Barken und Leichter- schiffe 1 795 (1 448 + 347) und 228 (95 + 133) Schiffe mit 442 444 (20 217 + 422 227) und 138 695 (1 279 + 137 416) R.-X. netto und Belgien 105 Schiffe von 50 R.-X. netto ab mit 181 637 R.-X. netto (8 + 97 mit 7 616 + 174 021), am 31. 12. 1911 Spanien 883 (301 + 582) Schiffe von 50 R.-X. brutto aufwärts mit 794 406 (44 325 + 750 081) R.-X. brutto¹⁾.

Von außereuropäischen Handelsmarineen sind in der Quelle noch die der Vereinigten Staaten von Amerika, von Japan und China aufgeführt. Die Vereinigten Staaten besaßen am 30. 6. 1913, ohne die Schiffe der Northern lakes und Western rivers sowie ohne die Boote unter 5 R.-X. netto, aber einschließlich der Fahrzeuge in der Küstenfahrt und der Fischerei, 21 662 (10 652 + 11 010) Schiffe mit einem Brutto-Raumgehalt¹⁾ von 4 800 424 (2 167 565 + 2 632 859) R.-X., wovon 2 295 (1 473 + 822) Schiffe mit 1 015 816 (352 061 + 663 755) t nur für den Verkehr mit dem Ausland bestimmt (registered) waren. Japan und China hatten am 31. 12. 1911 10 767 (7 978 + 2 789) und 981 (80 + 901) Schiffe europäischer Bauart, jenes mit 1 833 354 (447 307 + 1 386 047) R.-X. brutto¹⁾ und dieses mit 105 818 (15 679 + 90 139) R.-X. netto.

Bei Beurteilung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Handelsmarineen ist wegen der ungleichen Verteilung von Segel- und Dampfbetrieb zu berücksichtigen, daß die Leistung von Segler- und Dampfer- tonne nicht gleich ist. Es wird allgemein angenommen, daß diese mindestens dreimal so hoch zu bewerten sei wie jene.

Die Waldbrände in Preußen 1902–1914. — Die Waldbrände in Preußen sind, nachdem sie bereits für die Jahre 1881–1894 eingehend ermittelt worden waren, erneut seit dem Jahre 1902 nach der Anzahl der Besitzungen, nach der verwüsteten Fläche und der Höhe des angerichteten Schadens, gleichzeitig unter Trennung der versicherten Besitzungen, ausgezählt worden.

Für die Jahre 1902–1914 betrug in Preußen

im Jahre	die Zahl der Brände	die Zahl der betroffenen Besitzungen	die beschädigte Fläche in ha	der Wert des Schadens M	davon waren versichert			
					Brände	Besitzungen	Fläche in ha	Schaden M
1902	193	201	1 046	185 933	10	10	36	10 267
1903	293	303	1 290	176 590	27	27	94	20 750
1904	653	735	7 931	1 344 867	38	38	507	380 725
1905	266	278	3 317	787 421	23	23	133	26 404
1906	300	309	2 267	268 879	24	24	112	17 603
1907	486	509	2 372	767 074	54	54	220	117 326
1908	183	204	1 279	130 859	16	16	22	10 455
1909	953	1 063	8 917	1 698 955	135	142	1 181	190 384
1910	179	206	1 071	420 522	30	33	71	21 244
1911	1 047	1 166	11 846	2 929 834	115	126	2 054	240 499
1912	256	358	3 454	962 056	32	37	119	71 958
1913	229	247	2 244	633 429	25	28	337	96 779
1914	296	334	1 486	362 256	67	67	293	84 919
durchschnittl.	410	455	3 732	820 667	46	48	398	99 178

¹⁾ Bei der deutschen Handelsmarine stellt sich nach der letzten Ermittlung das Verhältnis des Brutto- zum Netto-Raumgehalt wie 524 zu 332, im besonderen für den Segelbetrieb wie 545:488, für den Dampfbetrieb wie 469:283.

¹⁾ ohne Helgoland. — ²⁾ einschließlich der hier mitgezählten Privatlogis mit 5 und mehr Einlogierern. — ³⁾ nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1915“.

Die Waldbrände zeigen also sowohl nach der Zahl der Brände wie vor allem nach der beschädigten Fläche und dem Wert des Schadens ganz außerordentliche Schwankungen. Als besonders schweres Schadenjahr hebt sich das Jahr 1911 mit einem äußerst heißen und trockenen Sommer hervor; ihm schließt sich das Jahr 1909 an, das an Zahl der Brände nicht sehr weit, im Schadensbetrage dagegen um etwas über zwei Fünftel hinter 1911 zurückbleibt. Außerordentlich geringe Waldbrandschäden waren im Jahre 1908 zu verzeichnen; der Wert des vernichteten Waldes beträgt hier noch nicht den 20. Teil des Schadens in 1911. Vom Gesamtbestande der preussischen Forsten — im Jahre 1907 8 258 117 ha — haben im Durchschnitt der Jahre 1902 bis 1914 0,45 (1881-1894 durchschnittlich jährlich nur 0,24) aufs Tausend einen Brandschaden erlitten.

Da die Berichterstattung über Waldbrände in Bezug auf Vollständigkeit bisher noch manches zu wünschen übrig läßt, sind die hier angegebenen Zahlen durchweg als Mindestwerte anzusehen. Die im Durchschnitt auf einen Brand entfallende Fläche beträgt für die ganze Berichtszeit 9,1 ha, der durchschnittliche Schaden eines Brandes 2 002 M. Die Durchschnittszahlen für eine Befizung sind,

da ein Brand nicht allzuhäufig mehrere Befizungen ergreift, nur wenig geringer: im Mittel entfielen auf eine Befizung 8,2 ha beschädigter Fläche und 1 804 M Schaden. Der Schadenswert eines Hektars beschädigter Fläche beläuft sich auf 220 M (in den einzelnen Jahren schwankend zwischen 102 und 393 M). Aus diesem verhältnismäßig geringen Wertbetrage ist zu entnehmen, daß dem Feuer ganz überwiegend jüngere Bestände zum Opfer fallen oder daß es sich bei der Beschädigung älterer Bestände selten um völlige Vernichtung, sondern meist um Brand des Unterholzes oder dergleichen handelt.

Noch immer ist es nur in geringem Umfange üblich, den Baumbestand gegen Feuergefährdung zu versichern. Im Durchschnitt aller 13 Jahre waren nur 10,7 Hundertteile der Fläche und 12,1 v. H. des Schadens durch Versicherungen gedeckt. Dieser Anteil der versicherten an der gesamten beschädigten Fläche schwankt in den einzelnen Jahren zwischen 1,7 (in 1908) und 19,7 (1914) v. H.; ebenso bewegte sich der versicherte Schaden in den weiten Grenzen von 3,4 (1905) bis 28,8 (1904) v. H.

Die Schulden der preussischen Stadt- und Landkreise am 31. März 1915.

Regierungsbezirke. — Staat.	Langfristige Anleihen			Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelser			Vorübergehend aufgenommene Darlehen		
	der Stadtkreise	der Landkreise	der Stadt- und Landkreise zusammen	der Stadtkreise	der Landkreise	der Stadt- und Landkreise zusammen	der Stadtkreise	der Landkreise	der Stadt- und Landkreise zusammen
	M	M	M	M	M	M	M	M	M
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Königsberg	73 015 880	18 935 807	91 951 687	23 726 161	756 059	24 482 220	2 328 000	5 789 550	8 117 550
2. Gumbinnen	18 333 073	14 092 857	32 425 930	502 263	16 600	518 863	1 649 500	3 249 997	4 899 497
3. Allenstein	8 079 992	10 227 265	18 307 257	545 521	109 650	655 171	3 900 000	2 188 009	6 088 009
4. Danzig	49 192 524	18 363 893	67 556 417	3 053 300	180 605	3 233 905	2 500 000	3 108 665	5 608 665
5. Marienwerder	21 527 451	25 794 616	47 322 067	604 616	401 705	1 006 321	524 525	6 105 970	6 630 495
6. Stadtkreis Berlin	538 266 362	—	538 266 362	4 031 900	—	4 031 900	67 079 750	—	67 079 750
7. Potsdam	538 173 493	121 226 590	659 400 083	47 878 251	693 552	48 571 803	20 974 705	12 183 557	33 158 262
8. Frankfurt	43 698 009	22 397 798	66 095 807	3 876 606	88 410	3 965 016	4 579 387	6 319 313	10 898 700
9. Stettin	79 450 570	23 530 815	102 981 385	1 918 617	394 125	2 312 742	500 000	3 488 130	3 988 130
10. Rößlin	11 473 164	24 731 939	36 205 103	—	288 535	288 535	—	5 029 096	5 029 096
11. Straßburg	12 398 452	6 256 691	18 655 143	3 266 100	129 560	3 395 660	2 248 700	1 600 000	3 848 700
12. Posen	46 717 143	20 153 677	66 870 820	6 774 543	171 640	6 946 183	3 002 000	6 351 806	9 353 806
13. Bromberg	21 750 529	21 101 132	42 851 661	1 012 661	201 570	1 214 231	5 684 703	2 762 943	8 447 646
14. Breslau	151 917 990	25 910 527	177 828 517	2 843 848	258 875	3 102 723	16 060 000	7 087 552	23 147 552
15. Liegnitz	31 672 914	17 941 100	49 614 014	4 706 165	37 000	4 743 165	682 400	7 112 124	7 794 524
16. Oppeln	56 855 844	20 293 237	77 149 081	5 285 031	243 044	5 528 075	2 773 000	4 785 000	7 558 000
17. Magdeburg	107 511 068	10 888 345	118 399 413	1 840 739	138 000	1 978 739	9 107 156	4 734 688	13 841 844
18. Merseburg	65 192 749	12 973 371	78 166 120	3 111 297	78 751	3 190 048	3 200 000	6 354 302	9 554 302
19. Erfurt	54 734 750	2 400 875	57 135 625	1 072 500	223 000	1 295 500	3 404 000	2 115 551	5 519 551
20. Schleswig	203 877 325	60 604 282	264 481 607	3 545 936	1 518 476	5 064 412	1 493 250	5 044 040	6 537 290
21. Hannover	87 492 148	8 659 553	96 151 701	7 650 583	16 518	7 667 101	900 000	687 000	1 587 000
22. Gildesheim	33 662 473	7 714 247	41 376 720	647 648	96 139	743 787	1 885 000	2 261 896	4 146 896
23. Lüneburg	30 299 810	14 897 737	45 197 547	644 449	72 748	717 197	491 299	2 162 020	2 653 319
24. Stade	8 847 706	8 106 472	16 954 178	—	37 874	37 874	—	1 410 000	1 410 000
25. Osnabrück	21 767 071	7 779 153	29 546 224	65 000	—	65 000	6 855 000	709 239	7 564 239
26. Aurich	10 508 142	5 308 511	15 816 653	138 690	18 000	156 690	—	1 811 584	1 811 584
27. Münster	46 753 173	16 805 518	63 558 691	1 133 700	—	1 133 700	4 800 000	6 741 967	11 541 967
28. Minden	37 682 303	17 423 128	55 105 431	1 167 572	119 000	1 286 572	1 650 633	3 364 414	5 015 047
29. Arnberg	251 270 406	38 246 829	289 517 235	14 153 997	83 089	14 237 086	22 800 914	12 610 490	35 411 404
30. Cassel	68 811 259	13 311 052	82 122 311	169 000	179 820	348 820	5 446 000	3 846 800	9 292 800
31. Wiesbaden	310 288 642	3 948 063	314 236 705	45 357 757	—	45 357 757	18 403 783	3 074 048	21 477 831
32. Coblenz	11 530 329	22 889 352	34 419 681	256 050	150 000	406 050	3 400 000	2 510 615	5 910 615
33. Düsseldorf	702 797 647	45 197 571	747 995 218	22 824 439	642 167	23 466 606	51 438 197	9 717 800	61 155 997
34. Köln	269 257 190	27 252 341	296 509 531	24 245 713	—	24 245 713	49 305 000	3 150 000	52 455 000
35. Trier	70 362 425	16 082 518	86 444 943	335 160	117 269	452 429	5 246 300	4 686 504	9 932 804
36. Aachen	43 307 905	33 011 097	76 319 002	335 851	100	335 951	1 400 000	1 831 008	3 231 008
37. Sigmaringen	—	225 124	225 124	—	—	—	—	133 648	133 648
Staat	4 138 477 911	764 683 083	4 903 160 994	238 721 664	7 461 881	246 183 545	325 713 202	156 119 326	481 832 528

Die Schulden der preussischen Stadt- und Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — Die unten abgedruckte Tabelle enthält eine Nachweisung über den Schuldenstand der regierungsbezirksweise zusammengefaßten Stadt- und Landkreise Preußens am 31. März 1915. Danach betrugen zu diesem Zeitpunkt die Schulden der Stadt- und Landkreise zusammen 5 631,18 Mill. *M* und 136,58 *M* auf 1 Einwohner. An dieser Summe waren die Stadtkreise mit 4 702,91 Mill. *M* oder 83,52 v. *H.* und die Landkreise mit 928,26 Mill. *M* oder 16,48 v. *H.* beteiligt. Der Kopfbetrag der Stadtkreise war mit 351,92 *M* rund 10 $\frac{1}{2}$ mal so hoch als der der Landkreise. Von den Gesamtschulden entfielen auf

bei den	langfristige Anleihen		Hypotheken-, Grundschulden u. Restaufgelde		vorübergehend aufgenommene Darlehen	
	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>	Mill. <i>M</i>	v. <i>H.</i>
Stadtkreisen	4 138,48	88,00	238,72	5,08	325,71	6,98
Landkreisen	764,68	82,38	7,46	0,80	156,12	16,82
Stadt- und Landkreisen	4 903,16	87,07	246,18	4,87	481,83	8,56

Gesamtschulden						Rückhaltung der Bezeichnung in Spalte 1.
der Stadtkreise	auf 1 Einw.	der Landkreise	auf 1 Einw.	der Stadt- und Landkreise zusammen	auf 1 Einw.	
<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
11a	11b	12a	12b	13a	13b	
99 070 041	384,92	25 481 416	39,11	124 551 457	137,04	1.
20 484 836	269,49	17 359 454	33,39	37 844 290	63,50	2.
12 525 513	331,30	12 524 924	25,46	25 050 437	47,29	3.
54 745 824	219,77	21 653 163	42,29	76 398 987	100,38	4.
22 656 592	246,73	32 302 291	37,21	54 958 883	57,26	5.
609 378 012	302,98	—	—	609 378 012	302,98	6.
607 026 449	472,42	134 103 699	75,19	741 130 148	241,53	7.
52 154 002	224,12	28 805 521	29,32	80 959 523	66,62	8.
81 869 187	290,31	27 413 070	45,84	109 282 257	124,19	9.
11 473 164	317,12	30 049 570	52,11	41 522 734	67,75	10.
17 913 252	291,15	7 986 251	50,43	25 899 503	117,78	11.
56 493 686	334,24	26 677 123	22,49	83 170 809	61,37	12.
28 447 893	312,63	24 065 645	35,66	52 513 538	68,56	13.
170 821 838	284,05	33 256 954	26,92	204 078 792	111,11	14.
37 061 479	237,43	25 090 224	24,85	62 151 703	53,92	15.
64 913 875	176,78	25 321 281	13,32	90 235 156	39,77	16.
118 458 963	281,09	15 761 033	19,29	134 219 996	108,39	17.
71 504 046	234,11	19 406 424	19,53	90 910 470	69,98	18.
59 211 250	294,00	4 739 426	13,76	63 950 676	117,17	19.
208 916 511	380,10	67 166 798	60,01	276 083 309	165,44	20.
96 042 731	237,96	9 363 071	25,51	105 405 802	136,79	21.
36 195 121	388,30	10 072 282	21,76	46 267 403	83,21	22.
31 435 558	254,62	17 132 505	39,34	48 568 063	86,89	23.
8 847 706	336,36	9 554 346	22,99	18 402 052	41,63	24.
28 687 071	349,33	8 488 392	27,45	37 175 463	94,99	25.
10 646 832	427,41	7 138 095	27,58	17 784 927	62,68	26.
52 686 873	222,65	23 547 485	26,37	76 234 358	67,49	27.
40 500 508	350,95	20 906 542	32,29	61 407 050	80,49	28.
288 225 317	316,98	50 940 408	30,44	339 165 725	131,30	29.
74 426 259	376,39	17 337 672	20,88	91 763 931	89,25	30.
374 050 182	670,88	7 022 111	9,78	381 072 293	298,83	31.
15 186 379	249,51	25 549 967	36,18	40 736 346	53,11	32.
777 060 283	382,88	55 557 538	34,39	832 617 821	228,42	33.
342 807 903	494,55	30 402 341	49,00	373 210 244	284,10	34.
75 943 885	449,95	20 886 291	24,23	96 830 176	93,92	35.
45 043 756	285,98	34 842 205	63,03	79 885 961	112,47	36.
—	—	358 772	4,97	358 772	4,97	37.
4 702 912 777	351,92	928 264 290	33,31	5 631 177 067	136,58	St.

An den Schulden überhaupt war der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 832,62 Mill. *M* oder 14,79 v. *H.* beteiligt. Die nächsthöchsten Beträge wiesen der Regierungsbezirk Potsdam und der Stadtkreis Berlin mit 741,18 bzw. 609,88 Mill. *M* auf. Es entfielen also auf diese drei Verwaltungsbezirke zusammen 2 183,18 Mill. *M* oder 38,77 v. *H.* der gesamten Kreisschulden. Weit geringer als in den drei genannten Bezirken, aber auch noch recht beträchtlich waren die Kreisschulden in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Köln, Arnberg und Schleswig; sie beliefen sich auf 381,07 bzw. 373,21, 339,17 und 276,08 Mill. *M*. Von den übrigen Regierungsbezirken überschritten nur noch die folgenden fünf die Summe von 100 Mill. *M*: Breslau (204,08), Magdeburg (134,22), Königsberg (124,55), Stettin (109,28) und Hannover (105,41 Mill. *M*). Am niedrigsten waren die Kreisschulden, abgesehen vom Regierungsbezirk Sigmaringen, mit 17,78 bzw. 18,40, 25,05, 25,90 Mill. *M* in den Regierungsbezirken Aachen, Stade, Allenstein und Straßburg. Die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Kreisschulden waren mit 302,98 *M* beim Stadtkreis Berlin am höchsten. Von den Regierungsbezirken kamen diesem Betrage Wiesbaden und Köln mit 298,83 bzw. 284,10 *M* am nächsten. Es folgten mit Kopfbeträgen von 241,53 sowie 228,42 *M* die Regierungsbezirke Potsdam und Düsseldorf. Von den übrigen Regierungsbezirken erreichte keiner mehr einen Betrag von 200 *M* und auch nur 11 einen solchen von mindestens 100 *M*.

Am geringsten war die Kopfbelastung durch Kreisschulden, abgesehen vom Regierungsbezirk Sigmaringen, in den Regierungsbezirken Oepeln, Stade und Allenstein mit 39,77, 41,65 sowie 47,29 *M*.

Während die auf 1 Einwohner entfallenden Schulden der Landkreise mit 75,19 bzw. 63,03 und 60,01 *M* in den Regierungsbezirken Potsdam, Aachen und Schleswig den höchsten Stand der Belastung erreichten, gab es, abgesehen vom Regierungsbezirk Sigmaringen, der keinen Stadtkreis besitzt, nur einen Regierungsbezirk, nämlich Oepeln (176,78 *M*), in dem die Schuldenlast in den Stadtkreisen nicht mindestens 200 *M* auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte. In 5 Bezirken übertraf sie noch das Doppelte dieser Summe. Es betrug nämlich der auf 1 Einwohner entfallende Schuldenbetrag bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Aachen, Trier, Potsdam, Köln 427,41 bzw. 449,95, 472,42, 494,55 und im Regierungsbezirk Wiesbaden sogar 670,88 *M*.

Die langfristigen Anleihen spielen sowohl bei den Stadtkreisen als auch bei den Landkreisen unter den Arten der Schuldaufnahme die wichtigste Rolle. Es gab nur 3 Regierungsbezirke, in denen im Rechnungsjahre 1914 die langfristigen Anleihen der Stadtkreise nicht mindestens $\frac{1}{4}$ ihrer Gesamtschulden ausmachten; bei den betreffenden Schulden der Landkreise war dies in 9 Regierungsbezirken der Fall. Den geringsten Anteilssatz wiesen die langfristigen Anleihen der Stadtkreise mit 64,51 v. *H.* im Regierungsbezirk Allenstein auf, demnächst mit 69,21 und 73,70 v. *H.* in den Regierungsbezirken Straßburg und Königsberg. In 17 Regierungsbezirken hatten die Stadtkreise mehr als $\frac{1}{10}$ ihrer Schulden in Form von langfristigen Anleihen begeben; in den Regierungsbezirken Köslin und Stade, die nur je einen Stadtkreis besaßen, bestanden deren gesamte Schulden aus langfristigen Anleihen. Bei den Landkreisen war diese Schuldenart in den Regierungsbezirken Erfurt und Wiesbaden am geringsten vertreten; ihr Anteil an den Gesamtschulden betrug hier nur 50,86 bzw. 56,22 v. *H.* Weniger als 75 % machten die entsprechenden Anteile auch in den Regierungsbezirken Sigmaringen (62,75), Merseburg (66,85), Magdeburg (69,08), Münster (71,37), Liegnitz (71,51), Königsberg (74,31) und Aachen (74,37 %) aus. Am höchsten war der Anteil der langfristigen Anleihen an den Schulden überhaupt bei den Landkreisen der Regierungsbezirke Schleswig, Potsdam, Osnabrück, Hannover und Aachen mit 90,23 bzw. 90,40, 91,64, 92,49 und 94,74 v. *H.*

Die Schulden der preussischen Stadtkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — Die am Schlusse des Rechnungsjahres 1914 vorhandenen 110 preussischen Stadtkreise wiesen zu diesem Zeitpunkte einen Gesamtschuldenstand von 4 702,91 Mill. *M* auf. Von dieser Summe entfielen 4 138,48 Mill. *M* oder 88,00 v. *H.* auf langfristige Anleihen, 238,72 Mill. *M* oder 5,08 v. *H.* auf Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelber und 325,71 Mill. *M* oder 6,93 v. *H.* auf vorübergehend aufgenommene Darlehen. Die langfristigen Schulden der Stadtkreise sind von 4 145,99 Mill. *M* am 31. März 1914 um 231 206 722 *M* oder 5,58 v. *H.* bis auf 4 377,20 Mill. *M* am 31. März 1915 gestiegen. Bei den vorübergehend aufgenommenen Darlehen betrug im gleichen Zeitraume die Steigerung nicht weniger als 261,88 v. *H.*; jene bezifferten sich nämlich am Schlusse des Rechnungsjahres 1914 auf insgesamt 325,71 Mill. *M* gegen nur 90,01 Mill. *M* am Schlusse des Vorjahres.

Aus der unten abgedruckten Tabelle ist zu ersehen, wie sich die Schulden der Stadtkreise nach dem Stande vom 31. März 1915 auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilten. Danach war der Schuldenstand der Stadtkreise im Regierungsbezirk Düsseldorf mit 777,06 Mill. *M* am höchsten; es schlossen sich an mit 609,38 bzw. 607,08 Mill. *M* Berlin und die Stadtkreise im Regierungsbezirk Potsdam. In beträchtlichem Abstände folgten sodann die Stadtkreise der Regierungsbezirke Wiesbaden (374), Köln (343), Arnberg (288) und Schleswig (209 Mill.). Mehr als 100 Mill. *M*

betrugen die Schulden der Stadtkreise sonst nur noch in den Regierungsbezirken Breslau (171) und Magdeburg (118 Mill. *M*). Durchschnittlich machten die Schulden in den Stadtkreisen überhaupt 351,92 *M* auf 1 Einwohner aus. Nur in 10 Regierungsbezirken wurde dieser Kopfbetrag noch übertroffen, am meisten mit 427,41, 449,95, 472,49, 494,55, 670,88 *M* in den Bezirken Aachen, Trier, Potsdam, Köln und Wiesbaden. Umgekehrt erreichten die Schulden der Stadtkreise bei 17 Regierungsbezirken noch nicht die Summe von 300 *M* auf den Kopf der Bevölkerung. Am geringsten war die Belastung mit 176,78 *M* auf 1 Einwohner bei den Stadtkreisen des Regierungsbezirks Oppeln. In allen anderen Bezirken betrug sie mehr als 200 *M* und war bei Danzig, Münster und Frankfurt mit 219,77 bzw. 222,65 und 224,12 *M* noch am niedrigsten.

Die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der Stadtkreise spielten in den einzelnen Regierungsbezirken eine ganz verschiedene Rolle. Während diese Schuldenart in den Regierungsbezirken Köslin, Stade und Aachen gänzlich fehlte und ihr Anteil an den Gesamtschulden der Stadtkreise in den Regierungsbezirken Stettin (0,81), Schleswig (0,71), Hannover (0,94 %) noch nicht 1 v. *H.* ausmachte, betrug er in Berlin sowie in 6 Regierungsbezirken schon über ein Zehntel der Gesamtschulden. Der betreffende Anteil Berlins stellte sich auf 11,01 v. *H.*, desgleichen die Anteile der Regierungsbezirke Stralsund, Köln und Bromberg auf 12,55, 14,88 sowie 19,98 v. *H.* In drei Bezirken machte er noch mehr

Die Schulden der preussischen Stadtkreise am 31. März 1915.

Regierungsbezirke. — Staat.	Langfristige Anleihen	Von den langfristigen Anleihen (Sp. 2a) entfielen auf Inhaberbobligationen		Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelber	Langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelber zusammen (Sp. 2a u. 3)		Vorübergehend aufgenommene Darlehen	Gesamtschulden (Spalte 4a und 5)	
		überhaupt	v. <i>H.</i>		überhaupt	auf 1 Einw.		überhaupt	auf 1 Einw.
		<i>M</i>			<i>M</i>	<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>
I	2a	2b	2c	3	4a	4b	5	6a	6b
Regierungsbezirke:									
1. Königsberg	73 015 880	67 725 900	92,76	23 726 161	96 742 041	375,87	2 328 000	99 070 041	384,92
2. Gumbinnen	18 333 073	130 500	0,71	502 263	18 835 336	247,79	1 649 500	20 484 836	269,49
3. Allenstein	8 079 992	—	—	545 521	8 625 513	228,15	3 900 000	12 525 513	331,30
4. Danzig	49 192 524	35 959 000	73,10	3 053 300	52 245 824	209,74	2 500 000	54 745 824	219,77
5. Marienwerder	21 527 451	7 655 840	35,56	604 616	22 132 067	241,01	524 525	22 656 592	246,73
6. Stadtkreis Berlin	538 266 362	426 638 600	79,26	4 031 900	542 298 262	269,63	67 079 750	609 378 012	302,98
7. Potsdam	538 173 493	319 192 100	59,31	47 878 251	586 051 744	456,10	20 974 705	607 026 449	472,42
8. Frankfurt	43 698 009	13 369 500	30,60	3 876 606	47 574 615	204,44	4 579 387	52 154 002	224,12
9. Stettin	79 450 570	71 203 600	89,62	1 918 617	81 369 187	288,53	500 000	81 869 187	290,31
10. Köslin	11 473 164	2 789 300	24,31	—	11 473 164	317,12	—	11 473 164	317,12
11. Stralsund	12 398 452	5 140 900	41,46	3 266 100	15 664 552	254,60	2 248 700	17 913 252	291,15
12. Posen	46 717 143	35 912 100	76,87	6 774 543	53 491 686	316,48	3 002 000	56 493 686	334,24
13. Bromberg	21 750 529	12 281 500	56,47	1 012 661	22 763 190	250,16	5 684 703	28 447 893	312,63
14. Breslau	151 917 990	111 544 100	73,42	2 843 848	154 761 838	257,34	16 060 000	170 821 838	284,05
15. Liegnitz	31 672 914	9 385 800	29,63	4 706 165	36 379 079	233,06	682 400	37 061 479	237,43
16. Oppeln	56 855 844	6 121 909	10,77	5 285 031	62 140 875	169,23	2 773 000	64 913 875	176,78
17. Magdeburg	107 511 068	91 172 400	84,90	1 840 739	109 351 807	259,48	9 107 156	118 458 963	281,09
18. Merseburg	65 192 749	43 055 800	66,04	3 111 297	68 304 046	223,63	3 200 000	71 504 046	234,11
19. Erfurt	54 734 750	41 925 500	76,60	1 072 500	55 807 250	277,09	3 404 000	59 211 250	294,00
20. Schleswig	203 877 325	150 854 200	73,99	3 545 936	207 423 261	377,38	1 493 250	208 916 511	380,10
21. Hannover	87 492 148	18 073 200	20,66	7 650 583	95 142 731	235,73	900 000	96 042 731	237,96
22. Hildesheim	33 662 473	3 093 300	9,19	647 648	34 310 121	368,08	1 885 000	36 195 121	388,90
23. Lüneburg	30 299 810	11 208 030	36,99	644 449	30 944 259	250,64	491 299	31 435 558	254,62
24. Stade	8 847 706	—	—	—	8 847 706	336,36	—	8 847 706	336,36
25. Osnabrück	21 767 071	8 174 900	37,56	65 000	21 832 071	265,86	6 855 000	28 687 071	349,33
26. Aachen	10 508 142	5 403 800	51,42	138 690	10 646 832	427,41	—	10 646 832	427,41
27. Münster	46 753 173	6 030 600	12,90	1 133 700	47 886 873	202,37	4 800 000	52 686 873	222,65
28. Minden	37 682 303	16 877 300	44,79	1 167 572	38 849 875	336,65	1 650 633	40 500 508	350,95
29. Arnberg	251 270 406	151 708 800	60,38	14 153 997	265 424 403	291,85	22 800 914	288 225 317	316,93
30. Cassel	68 811 259	48 877 200	71,03	169 000	68 980 259	348,85	5 446 000	74 426 259	376,39
31. Wiesbaden	310 288 642	291 766 666	94,03	45 357 757	355 646 399	637,87	18 403 783	374 050 182	670,88
32. Coblenz	11 530 329	6 595 100	57,20	256 050	11 786 379	193,65	3 400 000	15 186 379	249,51
33. Düsseldorf	702 797 647	501 259 590	71,32	22 824 439	725 622 086	357,54	51 438 197	777 060 283	382,88
34. Köln	269 257 190	211 793 774	78,66	24 245 713	293 502 903	423,42	49 305 000	342 807 903	494,55
35. Trier	70 362 425	43 358 700	61,62	335 160	70 697 585	418,87	5 246 300	75 943 885	449,95
36. Aachen	43 307 905	36 015 800	83,16	335 851	43 643 756	277,09	1 400 000	45 043 756	285,98
37. Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staat 1914	4 138 477 911	2 812 295 309	67,95	238 721 664	4 377 199 575	327,55	325 713 202	4 702 912 777	351,92

als $\frac{1}{5}$ der Gesamtschulden aus, nämlich im Regierungsbezirk Coblenz 22,39, desgleichen im Regierungsbezirk Osnabrück 23,90 und schließlich im Regierungsbezirk Allenstein sogar 31,14 v. H. Auch die Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgelder fielen bei den Stadtkreisen einiger Regierungsbezirke neben den langfristigen Anleihe-schulden ins Gewicht. In 5 Fällen machten erstere noch über $\frac{1}{10}$ der Gesamtschulden aus, nämlich in den Regierungsbezirken Posen, Wiesbaden und Liegnitz 11,99, 12,13 und 12,70 v. H., in den Regierungsbezirken Straßburg und Königsberg sogar 18,23 bzw. 23,95 v. H. Von den langfristigen Anleihen waren 2 812,30 Mill. M oder 67,95 v. H. in Form von Inhaberschuldverschreibungen aufgenommen. Bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Allenstein und Stade war diese Art der Schuldaufnahme nicht vertreten und in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Hildesheim, Osnabrück und Münster hatten die Stadtkreise auch nur einen verhältnismäßig geringen Teil ihrer Anleihen in dieser Form begeben; dagegen machten in 14 Regierungsbezirken die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen der Stadtkreise mehr als 70 v. H. ihrer gesamten langfristigen Anleihe-schulden aus. Die höchsten Anteile zeigten mit 89,62, 92,76 und 94,03 v. H. die Stadtkreise der Regierungsbezirke Stettin, Königsberg und Wiesbaden.

Die Kriegsanleihen und die Spartkraft der Sparer im Jahre 1915. — Wenn auch die Sparkassen nicht nach dem Stand und dem Vermögen des Einlegers fragen und manchen hohen Betrag von Personen, Gesellschaften und öffentlichen Körperschaften erhalten haben, für die sie ihrem ursprünglichen Zwecke nach nicht bestimmt waren, so haben doch verschiedene Erhebungen ergeben, daß weitaus der größte Teil der Einlagen aus den Kreisen der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung und des vermögensarmen Mittelstandes stammt. Die Ausweise der Sparkassen sind daher mit Recht als ein Spiegelbild der Spartkraft und der Spartfähigkeit dieser Bevölkerungskreise anzusehen. Auch während des Krieges bilden diese den Kundenkreis der Sparkassen; nur darf man, will man jetzt eine Vorstellung von der Spartfähigkeit dieser Teile unserer Bevölkerung erhalten, nicht mehr allein den Zuwachs, den die Sparkassen an Spareinlagen während eines Kriegsjahres aufzuweisen haben, in Betracht ziehen, man muß vielmehr die Zeichnungen der Sparer, die sie zu gleicher Zeit durch die Vermittlung der Sparkassen auf die Kriegsanleihen geleistet haben, in erster Linie berücksichtigen. Hierbei kann man wohl ohne weiteren Beweis annehmen, daß, mit wenigen Ausnahmen, die Sparer die Summen, die sie für die Zeichnung verwandt und deshalb aus ihrem Sparguthaben entnommen oder zu diesem Zweck den Sparkassen eingezahlt haben, ohne die Auflegung der Kriegsanleihen entweder den Sparkassen belassen oder als ständiges neues Einlageguthaben übergeben haben würden. Eine Vergleichung des Einlagezuwachses der Sparkassen in einem Friedensjahr mit dem Einlagebestande in einem Kriegsjahr zuzüglich der durch die Vermittlung der Sparkassen gezeichneten Kriegsanleihebeträge muß also die Vermehrung oder Verminderung der Spartfähigkeit der Sparer während des Krieges ergeben.

Leider liegen noch nicht aus allen Regierungsbezirken die Ergebnisse der Sparkassen für das Rechnungsjahr 1915 vor; aber von 23 Bezirken, die ungefähr $\frac{2}{3}$ der Sparkasseneinlagen aller preussischen Sparkassen in sich vereinigen, hat sich eine vorläufige Zusammenstellung der Hauptzahlen ermöglichen lassen: Diese beweisen jedoch bereits, wie die Aufstellung zeigt, daß unter Zurechnung der im Jahre 1915 auf die 2. und 3. Kriegsanleihe eingezahlten Beträge die Spartkraft und Spartfähigkeit der bei den preussischen Sparkassen sparenden Bevölkerung ganz gewaltig gewesen ist. Trotzdem in den 23 nachgewiesenen Regierungsbezirken die Sparer ihr Sparguthaben benutzt haben, um nicht weniger als 1 544 Mill. M auf die genannten Kriegsanleihen einzuzahlen, haben die in Frage kommenden Sparkassen nur den geringen Betrag von 29 Mill. M an Einlagen eingebüßt. Die Spartfähigkeit der Sparer selbst beziffert sich demnach auf 1 514 Mill. M,

d. h. mehr als das Dreifache des Betrages, den die Sparer im Jahre 1913, das ein glänzendes Ergebnis hatte, als Neuersparthes den Sparkassen zubringen konnten.

Mit Ausnahme des Regierungsbezirks Oppeln und des Regierungsbezirks Trier, in denen die ersparten Beträge des Kriegsjahres 1915 nicht ganz das Doppelte bzw. etwas über das Doppelte des Sparüberschusses des Jahres 1913 betragen, ist in keinem einzigen Bezirk 1915 nicht fast oder über dreimal soviel gespart worden als im letzten Friedensjahre. Die höchste prozentuale Steigerung weist Marienwerder mit mehr als dem 10fachen und Sigmaringen mit fast dem 10fachen des Sparbetrages des Jahres 1913 auf; fast oder mehr als der fünffache Betrag ist außerdem gespart in dem Regierungsbezirk Danzig, dem Stadtkreis Berlin, den Regierungsbezirken Mülheim, Minden und Cassel.

Im Jahre 1913 hatte außer dem Bezirk Düsseldorf, der einen Zuwachs von mehr als 94 Mill. M zeigt, kein einziger der nachgewiesenen Regierungsbezirke einen Sparüberschuß von 50 Mill. M. Diesen Betrag erreichen unter Zurechnung der Kriegsanleihezeichnungen 1915 nicht weniger als elf Bezirke, nämlich Marienwerder mit 50,51, der Stadtkreis Berlin mit mehr als 95, Breslau mit 66, Liegnitz mit 52, Magdeburg mit 78, Schleswig mit 129, Hannover mit 79, Lüneburg mit 60, Minden mit 78, Düsseldorf mit 268 und Köln mit 118 Mill. M.

Die Gesamtaufstellung zeigt, daß die Sparer die zunächst fast ausschließlich aus ihren Sparbeträgen genommenen Einzahlungen für die 2. und 3. Kriegsanleihe bereits am Ende des Jahres 1915 bis auf einen kleinen Rest durch neue Ersparnisse gedeckt hatten, so daß im Jahre 1916 ein großer Teil ihrer Einlagen zur Zeichnung auf die 4. und 5. Kriegsanleihe zur Verfügung stand.

Regierungsbezirke.	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres		Zuwachs der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres 1915	Betrag der für Rechnung der Sparer von den öffentlichen Sparkassen gezeichneten zweiten (1/2) und dritten (1/2) Kriegsanleihe in Mill. M.	Mithin Summe des 1915 ersparten Betrages (Sp. 4+5)	Zuwachs an Spar-einlagen im Rechnungsjahre 1913	Überschuß des 1915 an-gegebenen Betrages über den Spar-einlagen-zuwachs im Jahre 1913 (Sp. 6 — Sp. 7) in Mill. M.
	1914	1915					
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Danzig . .	137,90	149,57	11,67	34,10	45,77	9,16	36,61
2. Marienw. .	142,75	145,16	2,41	47,80	50,51	4,57	45,94
3. Str. Berlin	372,97	401,41	28,44	67,50	95,94	14,91	81,03
4. Breslau . .	399,75	379,00	— 20,75	87,60	66,85	21,45	45,40
5. Liegnitz . .	391,30	366,06	— 25,24	78,20	52,96	11,69	41,27
6. Oppeln . .	273,32	262,51	— 10,81	43,60	32,79	17,58	15,21
7. Magdebg. .	402,14	400,41	— 1,73	80,40	78,67	16,71	61,96
8. Schleswig .	891,09	883,93	— 7,16	136,90	129,74	36,12	93,62
9. Hannover . .	399,59	402,62	3,03	76,20	79,23	22,55	56,68
10. Hildesheim	312,13	302,06	— 10,07	53,10	43,03	10,11	32,92
11. Lüneburg . .	364,98	373,41	8,43	51,60	60,03	19,62	40,41
12. Stade . . .	244,26	259,76	15,50	32,10	47,60	12,45	35,15
13. Osnabrück .	182,81	193,78	10,97	18,50	29,47	9,36	20,11
14. Mülheim . .	93,69	92,63	— 1,06	27,30	26,24	4,18	22,06
15. Minden . .	395,46	397,72	2,26	76,00	78,26	15,69	62,57
16. Cassel . . .	303,85	300,34	— 3,51	51,70	48,19	9,86	38,33
17. Wiesbaden	361,03	353,28	— 7,75	53,30	45,55	15,80	29,75
18. Coblenz . .	219,57	215,99	— 3,58	49,50	45,92	13,38	32,54
19. Düsseldorf .	1 597,09	1 586,28	— 10,81	279,10	268,29	94,18	174,11
20. Köln . . .	529,94	528,04	— 1,90	120,70	118,80	45,66	73,14
21. Trier . . .	234,45	229,04	— 5,41	47,40	41,99	16,69	25,30
22. Aachen . .	285,82	281,99	— 3,83	26,40	22,57	7,50	15,07
23. Sigmaring.	24,30	25,40	1,10	4,70	5,80	0,59	5,21
Summe der 23 Reg.-Bez.	8 560,19	8 530,69	— 29,50	1 543,70	1 514,20	429,81	1 084,39

¹⁾ Das letzte Viertel der 3. Kriegsanleihe war erst im Jahre 1916 zu zahlen.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Preußen 1914.

— Die Zahl der tätigen, d. h. nicht in Konkurs oder Liquidation befindlichen, Gesellschaften m. b. H. mit Sitz in Preußen betrug Ende 1914 19 645 gegen 19 493 am Jahreschluß 1913, hat sich also gegen das Vorjahr nur um 0,8 v. H. vergrößert. Das ge-

Samte Stammkapital hat zwar ein günstigeres Zunahmeverhältnis aufzuweisen, indem es mit 3 269,54 Mill. *M* Ende 1914 gegen 3 178,15 Mill. *M* Ende 1913 um 2,9 v. H. gestiegen ist; doch ist auch dieses Zunahmeverhältnis im Vergleich zu früheren Jahren sehr gering und offenbar ebenso wie das der Anzahl der Gesellschaften m. b. H. selbst auf den Kriegszustand zurückzuführen. Das auf eine Gesellschaft durchschnittlich entfallende Stammkapital ist von 163 041 auf 166 431 *M* gestiegen.

Ordnet man die tätigen Gesellschaften m. b. H. nach der Höhe ihres Stammkapitals, so entfielen

auf die Kapitalgruppe von . . . <i>M</i>		Hundertteile		des gesamten Stammkapitals	
		Ende 1913	Ende 1914	Ende 1913	Ende 1914
über 20 000	bis 50 000 . . .	32,8	33,5	4,0	4,0
" 50 000	" 100 000 . . .	24,8	24,6	5,2	5,0
" 100 000	" 250 000 . . .	17,2	17,0	8,5	8,3
" 250 000	" 500 000 . . .	12,4	12,2	13,1	12,6
" 500 000	" 1 000 000 . . .	7,6	7,4	17,4	16,8
" 1 000 000	" 2 000 000 . . .	3,1	3,1	14,6	14,3
" 2 000 000	" 5 000 000 . . .	1,3	1,4	12,5	12,4
" 5 000 000	"	0,6	0,6	11,0	10,8
" 5 000 000	"	0,2	0,2	13,7	15,9

Fast drei Fünftel, nämlich 58,1 v. H., aller tätigen Gesellschaften des Berichtsjahres verfügten hiernach über nicht mehr als 50 000 *M* Kapital. Ihr Anteil am gesamten Stammkapital machte freilich nur 9,1 v. H. aus. Insbesondere hatten die Gesellschaften mit dem mindestzulässigen Stammkapital von 20 000 *M* an der Gesamtzahl der Gesellschaften einen Anteil von etwas mehr als einem Drittel, an deren gesamtem Kapital aber nur einen solchen von einem Fünfundzwanzigstel. Unternehmungen mit je über 5 Millionen *M* Kapital wurden nur 38 gezählt. Ihr Anteil am Stammkapital sämtlicher Gesellschaften betrug jedoch nicht weniger als fast ein Sechstel. Die Verschiebung des Verhältnisanteils der einzelnen Kapitalgruppen sowohl an der Zahl aller Unternehmungen wie an deren gesamtem Stammkapital zeigt gegen das Vorjahr nur geringe Abweichungen. Die kleinen Unternehmungen haben sich auf Kosten der größeren verhältnismäßig etwas vermehrt, während die großen Gesellschaften (mit über 5 Millionen *M* Stammkapital) — übrigens in etwas höherem Grade — ihren Verhältnisanteil am gesamten Kapital auf Kosten der übrigen gesteigert haben.

Außer den 19 645 tätigen Gesellschaften m. b. H. bestanden am Schlusse des Jahres 1914 noch 3 109 in Liquidation oder Konkurs befindliche Gesellschaften mit 350,06 Mill. *M* Stammkapital.

Die Einkommensverteilung in Preußen 1915. — Nach dem Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1915 entfielen vom Tausend der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände nebst Angehörigen und selbständige Einzelpersonen)

im Jahre		auf die Einkommensgruppe von . . . <i>M</i>					
		bis 900	bis 3 000	bis 6 500	bis 9 500	bis 30 500	über 100 000
		bis 3 000 ¹⁾	bis 6 500	bis 9 500	bis 30 500	bis 100 000	
1915 . . .	371	565	46	7,4	7,9	1,7	0,36
1914 . . .	367	564	50	8,1	8,5	1,8	0,39
1913 . . .	381	553	49	7,6	7,8	1,8	0,35
1912 . . .	398	539	47	7,3	7,6	1,6	0,33
1911 . . .	412	527	45	7,1	7,3	1,5	0,32
1910 . . .	428	513	43	6,8	7,1	1,5	0,30
1905 . . .	565	390	32	6,0	6,3	1,3	0,25
1900 . . .	624	334	29	5,6	6,0	1,2	0,26
1896 . . .	672	292	25	4,9	5,1	1,0	0,18

Zwei Tatsachen fallen besonders in diesen Entwicklungsreihen auf. Das eine Mal zeigt sich in dem 20 jährigen Zeitraume 1896/1915 in sämtlichen sieben Gruppen eine andauernde erhebliche Verbesserung der Einkommensgliederung des preußischen Volkes. Das andere Mal ergibt sich hingegen insbesondere für den Übergang vom Steuerjahr 1914 auf das bereits vom Kriege beeinflusste Berichtsjahr bei den Einkommen von über 3 000 *M* eine nicht gerade bedeutende rückläufige Bewegung. Vor allem ist der Teil der Be-

¹⁾ einschl. der gemäß §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Einkommensteuer-Gesetzes Freigestellten sowie der Zensiten, deren Veranlagung ausgesetzt war.

völkerung, der der untersten Einkommensgruppe bis zu 900 *M* angehörte und im Jahre 1896, dem ersten, für das die Aufstellung einwandfrei möglich ist, volle zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte, im Berichtsjahr schon auf wenig mehr als ein Drittel herabgesunken. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die Zahl der Bevölkerung fast unaufhörlich erheblich gestiegen ist. Erklärlicherweise ist das starke Abfließen der von geringem Einkommen lebenden Bevölkerung in besser gestellte Schichten vor allem und fast ausschließlich der nächsthöheren allerdings sehr umfangreichen Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* zugute gekommen. Diese letztere umfaßt seit dem Jahre 1910 an Stelle der niedersten Gruppe bis zu 900 *M* Einkommen die Mehrheit des Volkes, und zwar gegenwärtig rund vier Siebentel der Gesamtbevölkerung. Sie ist auch die einzige von den über dem Existenzminimum liegenden Gruppen, deren Tausendteil-Satz von 1914 auf 1915 nicht nur nicht gesunken, sondern sogar noch ein wenig gestiegen ist. Die nächstfolgende Einkommensgruppe von über 3 000 bis 6 500 *M* tritt noch mit einigermaßen nennenswerten Anteilziffern an der Gesamtbevölkerung hervor. Während ihr Anteil von 1896 bis 1914 sich gerade verdoppelt hat, hat sie vor allem die Kosten des verhältnismäßigen Anwachsens der niedersten Gruppe von 1914 auf 1915 tragen müssen. Bei den übrigen, den vier obersten Gruppen tritt der bezügliche Anteil sehr zurück; er ist hier aber von 1896 bis 1914 andauernd gestiegen bzw. vorübergehend stehen geblieben.

Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände (ohne Angehörige) und selbständigen Einzelpersonen (Einzelmwirtschaftler), also von den Personen mit einem selbständigen Einkommen, bezogen nach dem Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung

im Jahre		ein Einkommen von . . . <i>M</i>					
		bis 900	bis 3 000	bis 6 500	bis 9 500	bis 30 500	über 100 000
		bis 3 000 ¹⁾	bis 6 500	bis 9 500	bis 30 500	bis 100 000	
1915 . . .	497	452	36	6,2	6,8	1,5	0,31
1914 . . .	491	454	39	6,6	7,2	1,5	0,32
1913 . . .	505	443	37	6,2	6,6	1,4	0,30
1912 . . .	520	430	36	6,0	6,3	1,3	0,28
1911 . . .	534	417	35	5,8	6,1	1,3	0,27
1910 . . .	545	408	34	5,6	6,0	1,2	0,26
1905 . . .	652	311	25	5,0	5,2	1,1	0,21
1900 . . .	707	259	23	4,5	4,9	1,0	0,21
1896 . . .	751	220	20	3,9	4,1	0,8	0,15

Auch bei den eigentlichen Einkommensbeziehern zeigt sich nach vorstehender Übersicht in den letzten 20 Jahren eine andauernde erhebliche Verbesserung ihrer Einkommensverteilung — bis wiederum auf die allerjüngste Zeit von 1914 auf 1915. In dieser ist auch bei dem selbständig erwerbenden Teil des Volkes eine leichte Verschlechterung der bis dahin erreichten Einkommensgliederung zu beobachten. Stets war das Einkommen unter den steuerlich Selbständigen merklich ungünstiger verteilt als unter der Gesamtbevölkerung. Das hat seinen Grund in der größeren Belastungsfähigkeit und tatsächlichen Belastung der Personen von über 900 *M* Einkommen mit Angehörigen. Immerhin ist die erwähnte günstige wirtschaftliche Entwicklung auch der Selbständigen so weit wirksam gewesen, daß bei ihnen die Verhältnisanteile der beiden niedersten Einkommensgruppen sich in der letzten Zeit einander sehr genähert haben. Der Anteil der niedersten Gruppe war nämlich 1896 noch fast dreieinhalb mal so groß wie der der zweitniedersten, 1914 aber nur noch um annähernd ein Zwölftel größer. Freilich umfaßt die unterste Gruppe auch heute noch fast die Hälfte der Selbständigen. Die Verhältniszahl der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* hat sich im Zeitraume 1896/1915 mehr als verdoppelt. Auch die nächstfolgende Gruppe von 3 000 bis 6 500 *M* Einkommen hat in der gleichen Zeit fast eine Verdoppelung ihrer Besetzung auf Tausend der Selbständigen erfahren. Der Verhältnisanteil der weiter sich anschließenden Gruppen ist wiederum bescheiden und im übrigen bis einschl. 1914 stets gestiegen bzw. vorübergehend stehen geblieben. Das leichte Wiederanschwellen endlich der Verhältniszahl der untersten Gruppe von 1914 auf 1915 ist auf Kosten aller übrigen Gruppen mit Ausnahme der zweitobersten erfolgt; in dieser ist der Anteil an der Gesamtzahl der steuerlich Selbständigen in beiden Jahren gleich geblieben.

Die Haushaltungen in Preußen nach der Personenzahl¹⁾. — Für die Volkszählungen von 1900, 1905 und 1910 sind die Familienhaushaltungen nicht nur insgesamt, sondern auch nach der

Zahl ihrer Mitglieder festgestellt worden. Für sämtliche Haushaltungen erhält man für die genannten drei Zähljahre nach der Personenzahl die folgende Übersicht:

Art der Haushaltungen.			Zahl der Haushaltungen						Zahl der Mitglieder					
			überhaupt			in Hundertteilen			überhaupt			in Hundertteilen		
			1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910	1900	1905	1910
Einzelne	{ männl. }	Perf. m. eigener	160 240	181 069	197 113	2,15	2,23	2,24	160 240	181 069	197 113	0,47	0,49	0,49
lebende	{ weibl. }	Hauswirtschaft	355 892	400 122	432 111	4,77	4,94	4,91	355 892	400 122	432 111	1,08	1,07	1,08
Familienhaushaltungen mit	2 Personen		1 083 968	1 200 284	1 324 708	14,54	14,81	15,04	2 167 936	2 400 568	2 649 416	6,29	6,44	6,60
	3 " 		1 242 532	1 374 428	1 541 186	16,66	16,96	17,50	3 727 596	4 123 284	4 623 558	10,81	11,08	11,51
	4 " 		1 231 106	1 357 636	1 506 565	16,51	16,78	17,11	4 924 424	5 430 544	6 026 260	14,28	14,56	15,00
	5 " 		1 070 827	1 164 747	1 254 162	14,36	14,37	14,24	5 354 135	5 823 735	6 270 810	15,33	15,61	15,61
	6 " 		837 092	892 577	939 785	11,23	11,01	10,67	5 022 552	5 355 462	5 638 710	14,37	14,36	14,04
	7 " 		591 724	623 368	652 511	7,94	7,69	7,41	4 142 068	4 363 576	4 567 577	12,02	11,70	11,37
	8 " 		378 316	398 062	416 861	5,07	4,91	4,73	3 026 528	3 184 496	3 334 888	8,78	8,54	8,30
	9 " 		216 994	231 201	244 319	2,91	2,85	2,77	1 952 946	2 080 809	2 198 871	5,67	5,58	5,48
	10 " 		114 818	124 044	132 332	1,54	1,53	1,50	1 148 180	1 240 440	1 323 320	3,33	3,32	3,30
	11 und mehr Personen . .		119 299	128 493	132 994	1,60	1,59	1,51	1 495 979	1 610 472	1 628 366	4,34	4,32	4,06
	Familienhaushaltungen insgef. .			6 886 676	7 494 840	8 145 423	92,36	92,47	92,48	32 962 344	35 613 386	38 261 776	95,62	95,49
Anstalten für gemeinf. Aufenthalt			53 875	29 507	32 758	0,72	0,36	0,37	994 033	1 098 747	1 274 219	2,88	2,96	3,17
Haushaltungen überhaupt			7 456 683	8 105 538	8 807 405	100,00	100,00	100,00	34 472 509	37 293 324	40 165 219	100,00	100,00	100,00

Am zahlreichsten sind hiernach die Haushaltungen mit 3 und 4 Personen, denen sich die mit 2 und 5 sowie 6 Personen anschließen. Diese fünf Gruppen umfassen zusammen fast drei Viertel der gesamten Haushaltungen. In ihrem Anteil an der Gesamtheit haben gegen 1900 nur die Haushaltungen bis zu 4 Personen zu-, die größeren dagegen abgenommen.

Nach der Zahl der Mitglieder sind die Haushaltungen von 3 bis 7 Personen besonders häufig; auf sie entfallen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung. Eine verhältnismäßige Steigerung der Mitglieder findet sich in den Haushaltsgruppen von 3 bis 7 Personen sowie bei den Anstalten.

In den Einzelhaushaltungen sind die weiblichen Personen weit über doppelt so stark vertreten wie die Männer. Dieser Unterschied erklärt sich vor allem aus dem Umstande, daß es mehr als dreimal so viel verwitwete und geschiedene Frauen als Männer gibt, während bei den Lebigen — allerdings in geringerem Maße und vor allem in den unteren Altersstufen — das männliche Geschlecht in der Überzahl ist; zudem ist die weibliche Bevölkerung besonders abgeneigt, in fremden Haushaltungen als Zimmerabmieterin oder in Schlafstelle zu wohnen, und andererseits zur Führung einer eigenen Wirtschaft besser befähigt.

Auch im Verhältnis zur Bevölkerung bleiben die Einzellebenden männlichen Geschlechtes weit hinter denen des weiblichen zurück. Es lebten nämlich in Einzelhaushaltungen vom Tausend der

	1871	1875	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910
männl. Bevölkerung	8,98	8,36	8,77	9,41	9,44	9,44	9,34	9,33	9,33
weiblich. Bevölkerung	14,96	15,36	17,33	18,86	19,47	20,34	21,18	21,27	21,27
überhaupt	11,60	12,01	11,92	13,13	14,22	14,55	14,97	15,58	15,67

Die männliche Bevölkerung lebte also in viel geringerem Umfange in Einzelhaushaltungen als die weibliche. Auch war die Zunahme bei den Frauen mit eigener Wirtschaft weit größer als bei den Männern: während im Jahre 1875 auf 100 Einzelhaushaltungen der männlichen Bevölkerung 171 der weiblichen entfielen, hat sich diese Ziffer 1910 bereits auf 219 erhöht. Immerhin ist auch die Zahl der einzeln lebenden Männer im Verhältnis zur Bevölkerung — mit Ausnahme des Jahres 1880 — ständig gestiegen.

Die Zusammenfassung der gewöhnlichen Haushaltungen mit 2 und mehr Personen nach der Art der Mitglieder (z. B. Familienmitglieder, Pensionäre, Dienstboten, Schlafgänger usw.) ist für 1910 im einzelnen zahlenmäßig nicht ermittelt worden. Immerhin kann einiges darüber mitgeteilt werden. Unter den 38 261 776 Mitgliedern der Familienhaushaltungen waren 18 750 364 oder 49,0 v. H. männlichen und 19 511 412 oder 51,0 v. H. weiblichen Geschlechtes. Darunter befanden sich insgesamt

34 552 954 Familienangehörige, und zwar 7 089 535 männliche und 997 500 weibliche Haushaltungsvorstände (deren Stellvertreter nicht gerechnet), ferner 6 709 838 Ehefrauen, 8 841 831 Söhne und 8 797 588 Töchter sowie 806 037 andere männliche und 1 310 625 andere weibliche Verwandte des Haushaltungsvorstandes.

Unter den 8 145 423 Familienhaushaltungen des Jahres 1910 waren 6 154 008, die nur aus Familienangehörigen bestanden, ferner 676 385 mit Dienstboten für häusliche Dienste, beinahe ebenso viele (genau 665 706) mit Gewerbe- und Arbeitsgehilfen oder ländlichem Gefinde und endlich wiederum fast die gleiche Anzahl (655 090) mit Zimmerabmietern, Chambregarnisten und Schlafgängern.

Die Todesursachen bei den im Jahre 1914 in Preußen Gestorbenen unter Hervorhebung einiger wichtiger Krankheiten.

Im Jahre 1914 betrug in Preußen die Gesamtzahl der Gestorbenen 766 828 Personen. Es starben von 10 000 Einwohnern, in der Reihenfolge nach der Höhe der Sterbeziffern geordnet, durch Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkungen 28,24 (4,06), an Krankheiten der Verdauungsorgane 20,11 (17,39), an Altersschwäche 17,00 (15,71), an Krankheiten der Kreislauforgane 16,12 (15,09), an Tuberkulose 13,87 (13,68), an Lungenentzündung 11,84 (12,03), an Gehirnschlag und anderen Krankheiten des Nervensystems 10,54 (10,51), an angeborener Lebensschwäche und Bildungsfehlern 10,39 (10,25), an Krankheiten der Atmungsorgane 8,29 (7,85), an Krebs und anderen Neubildungen 8,09 (8,24), an Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 2,92 (2,87), an Diphtherie und Krupp 2,17 (1,81), infolge Selbstmordes 2,08 (2,21), an Keuchhusten 1,68 (1,89), an Scharlach 1,44 (1,08), an Rote und anderen Bundeinfektionskrankheiten 1,30 (0,92), an Mäsem und Röteln 1,02 (1,75), im Kindbett 0,98 (0,96), an Typhus 0,90 (0,34), an Influenza 0,74 (0,72), an anderen übertragbaren Krankheiten 0,44 (0,34), durch Mord und Totschlag 0,35 (0,21), an übertragbaren Tierkrankheiten 0,00 (0,01), an anderen benannten Todesursachen 16,51 (15,89) und an nicht angegebenen und unbekannten Todesursachen 4,59 (3,39).

Was die übertragbaren Krankheiten allein anbetrifft, so sind an ihnen zusammen 151 542 = 19,75 v. H. (145 801 = 23,51 v. H.) aller Gestorbenen zu Grunde gegangen und zwar an Tuberkulose 58 577 = 7,64 v. H. (56 861 = 9,18 v. H.), an Lungenentzündung 50 002 = 6,52 v. H. (50 084 = 8,07 v. H.), an Diphtherie und Krupp 9 154 = 1,19 v. H. (7 550 = 1,22 v. H.), an Keuchhusten 7 113 = 0,93 v. H. (7 859 = 1,27 v. H.), an Scharlach 6 067 = 0,79 v. H. (4 506 = 0,73 v. H.), an Rote und anderen Bundeinfektionskrankheiten 5 506 = 0,72 v. H. (3 818 = 0,62 v. H.), an Mäsem und Röteln 4 325 = 0,56 (7 286 = 1,17 v. H.), an Typhus 3 785 = 0,49 (1 433 = 0,23 v. H.), an Influenza 3 121 = 0,41 v. H. (3 010 = 0,49 v. H.), an Kindbettfieber

¹⁾ Vergl. Seite L—LI der „Statistischen Korrespondenz“.

2 010 = 0,28 v. H. (1 957 = 0,32 v. H.), an anderen übertragbaren Krankheiten 1 861 = 0,24 v. H. (1 415 = 0,23 v. H.) und an übertragbaren Tierkrankheiten 21 = 0,00 v. H. (22 = 0,00 v. H.).

Im Anschluß an vorstehende Angaben seien noch einige besondere Todesursachen hervorgehoben.

Nach den standesamtlichen Sterbefakten erlagen den Erkrankungen im Kindbett, einschließlich der an Kindbettfieber Gestorbenen, 4 119 (4 011) Personen. Auf 10 000 Entbundene kamen 34,70 im Kindbett Gestorbene.

Die Zahl der Todesfälle an Influenza war im Jahre 1914 größer als 1913; es starben 1914 3 121, 1913 3 010 Personen. In beiden Jahren war das weibliche Geschlecht überwiegend beteiligt; ebenso zeigte sich, daß die über 60 Jahre alten Personen der Krankheit häufiger zum Opfer fielen. Die meisten Sterbefälle an dieser Krankheit ereigneten sich 1914, wie auch in früheren Jahren, in den Monaten Januar, Februar, März, April und Dezember.

Bei der Blinddarmentzündung ist im Berichtsjahr eine Zunahme der Todesfälle gegen 1913 zu verzeichnen. Es erlagen dieser Krankheit 1914 2 460 (1 463 m., 997 w.) Personen, 1913 2 424 (1 387 m., 1 037 w.), also im Jahre 1914 36 mehr. Auf das jugendliche Alter von 1 bis 15 Jahren entfiel auch diesmal über $\frac{1}{4}$ der Todesfälle, nämlich 673 von insgesamt 2 460.

An venerischen Krankheiten starben 1 078 Personen (597 m. und 481 w.) gegen 973 im Vorjahre (510 m. und 463 w.); $\frac{3}{4}$ dieser Todesfälle kamen auf Säuglinge.

Dem Säuferwahnsinn fielen 917 Personen zum Opfer (913 im Vorjahre). Die Sterblichkeit an dieser Krankheit, auf 100 000 Lebende berechnet, ist von 1877 an bis 1914 von 4,45 auf 2,17 gesunken, was zur Annahme berechtigt, daß der übermäßige Alkoholgenuß im Abnehmen begriffen ist.

Während im allgemeinen bei den anderen Todesarten ein Absteigen zu beobachten ist, tritt diese Erscheinung beim Krebs leider noch nicht zu Tage. Allerdings ist im Berichtsjahr die Sterblichkeitsziffer, auf 10 000 Lebende berechnet, von 7,41 im Vorjahre auf 7,28 gefallen. Diese Abnahme dürfte aber der Wirklichkeit nicht ganz entsprechen, da infolge des Krieges die Sterbezahlskarten aus den Teilen der Provinz Ostpreußen, die von den Russen besetzt waren, unvollständig eingegangen sind. Wie sich die Sterbezahlen an Krebs auschl. Neubildungen seit 1903 in Preußen gestaltet haben, ist aus folgender Übersicht zu ersehen:

		Personen			von 100 überhaupt Gestorbenen			von 10 000 Lebenden		
		männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.
1903 .	9 678	11 580	21 258	2,61	3,43	3,00	5,52	6,42	5,98	
1904 .	10 394	12 192	22 586	2,84	3,63	3,22	5,84	6,66	6,26	
1905 .	10 466	12 649	23 115	2,76	3,64	3,18	5,77	6,79	6,29	
1906 .	10 795	13 111	23 906	3,06	4,09	3,58	5,86	6,98	6,40	
1907 .	11 370	13 730	25 100	3,20	4,22	3,69	6,08	7,15	6,63	
1908 .	11 551	14 051	25 602	3,19	4,24	3,69	6,08	7,21	6,65	
1909 .	12 009	14 407	26 416	3,45	4,51	3,95	6,23	7,29	6,77	
1910 .	12 673	15 420	28 093	3,84	5,01	4,40	6,49	7,70	7,10	
1911 .	13 293	16 180	29 473	3,68	4,82	4,23	6,64	7,90	7,28	
1912 .	13 587	16 458	30 045	4,13	5,35	4,72	6,69	7,92	7,32	
1913 .	13 835	17 047	30 882	4,30	5,71	4,98	6,72	8,10	7,41	
1914 .	13 834	16 898	30 732	3,08	5,33	4,01	6,62	7,92	7,28	

Anbau und Ernte in Preußen 1915. — Die Erntestatistik ist nach den Bestimmungen des Bundesrats vom 1. Mai 1911, ergänzt durch Beschluß vom 5. Februar 1914, auszuführen. Für die Reichstatistik sind danach nicht sämtliche, sondern nur die wichtigsten Feldfrüchte und Futtergewächse zu berücksichtigen, während eine Erweiterung durch Erhebung anderer Früchte den Landeszentralbehörden selbst überlassen wird. So haben in Preußen mehrfach Ergänzungen stattgefunden. Welche Früchte usw. hier zur Aufnahme gelangen, macht die Tabelle auf den Seiten LX und LXI, in der Anbau und Ernte zugleich nachgewiesen werden, ersichtlich.

Zur Berechnung der Erntemengen ist die Kenntnis des Anbaues unerlässlich; er ist in allen deutschen Bundesstaaten alljährlich zwischen dem 28. Mai und 4. Juni festzustellen. Dies geschieht in Preußen durch die vorhandenen rund 52 600 Gemeinde- und Guts-

vorstände, in den Landgemeinden nötigenfalls unter Mitwirkung von feld- und ortskundigen Sachverständigen oder von zu diesem Zwecke zu bildenden Schätzungskommissionen oder von anderen zuverlässigen Organen.

Mehr oder weniger werden die Herbstsaaten durch Auswinterung, Mäuse- und Schneckenfraß, Überschwemmung usw. geschädigt, so daß im Frühjahr Neubestellungen eintreten müssen. Selbstverständlich kommen die umgeackerten Flächen bei der Anbauerhebung nicht mehr als Herbstbestellung in Betracht, so daß hierbei nicht die Anbauflächen in ihrem ganzen Umfange, sondern nur die wirklichen Ernteflächen zur Aufnahme gelangen. Im ganzen ist durch Auswinterung 1914/15 wenig geschädigt worden; die entstandenen Schäden sind größtenteils auf Mäuse- und Schneckenfraß zurückzuführen. Die ausgeführten Umackerungen haben die über den Saatenstand berichtenden, von den Landwirtschaftskammern ehrenamtlich bestellten Vertrauensmänner alljährlich zu Anfang Mai für ihren Berichtsbezirk festzustellen. Nach diesen Schätzungen ergaben sich im Staatsdurchschnitte bei Weizen 0,72 Hunderteile seines Herbstanbaues oder 7 065 ha, bei Spelz 1,26 v. H. oder 206 ha, bei Roggen 0,88 bzw. 38 928, bei Gerste 0,07 bzw. 24, bei den Ölsrüchten (Raps und Rübsen) 1,10 bzw. 304, bei Klee 3,24 bzw. 41 057, bei Luzerne 0,26 v. H. oder 237 ha.

Von den Vertrauensmännern sind nach der weiteren Anordnung der erwähnten Bundesratsbestimmung auch die Ernterträge in der ersten Hälfte des November in Gewicht vom Hektar zu schätzen. Um jedem Vertrauensmann einen bestimmten Wirkungskreis anzuweisen, ist das Staatsgebiet in 5 712 Berichtsbezirke geteilt, deren jeder aus einer unbestimmten Anzahl von Gemeinden oder Gutsbezirken — durchschnittlich 9,2 — mit annähernd gleicher Bodenbeschaffenheit besteht.

Nicht für alle Fruchtarten usw., deren Flächen aufgenommen werden, sind die Erträge anzugeben. Die Ertragsermittelung vom Flächse unterbleibt wegen seiner verschiedenen Zubereitungsarten und der sich daraus ergebenden, aus früheren Aufnahmen her bekannten Schwierigkeiten, die zutreffende Angaben nicht erwarten lassen. Ferner muß von der Berechnung des Gesamtertrages an Hülsenfrüchten abgesehen werden, weil bei der allgemeinen Anbaumermittlung im Frühjahr noch nicht feststeht, wieviel Fläche zum Grünfütter- und wieviel zum Körnergewinn genutzt wird; denn die Grünfütterentnahme richtet sich nach dem erst später eintretenden, von der Witterung abhängigen Bedarfe. Die zum Körnergewinn genutzten Flächen könnten also nur durch eine Sondererhebung zur Zeit der Reife erfasst werden, die bisher nicht angeordnet ist. Über Hopfen und Wein finden Sondererhebungen Mitte September bzw. Dezember statt, deren Ergebnisse auch besonders veröffentlicht werden.

Was nun die Ernte des zweiten Kriegsjahres (1915) anlangt, so muß leider gesagt werden, daß sie mit Ausnahme von Wintergerste und Kartoffeln, die besser, letztere sogar reichlich lohnten, recht dürftig ausgefallen ist, indem die Erträge der meisten anderen Fruchtarten und der Futtergewächse bedeutend hinter einer Mittel- (Normal-) ernte zurückgeblieben sind, während die Ernte des Vorjahres (1914) überwiegend normale Erträge lieferte und besonders an Güte nichts zu wünschen übrig ließ. Bei diesem Hinweise auf eine normale Mittelernte sei bemerkt, daß eine solche alljährlich von den Vertrauensmännern für ihren Berichtsbezirk zu schätzen ist. Obgleich die Schätzung durch den Ausfall der betreffenden Jahresernte etwas beeinflusst wird, so geht doch aus der Zusammenstellung für eine Reihe von Jahren im Staate deutlich der Kulturfortschritt hervor. Nach diesen Schätzungen berechnete sich in dem fünfjährigen Staatsdurchschnitte 1910/14 eine Normalernte von einem Hektar bei

Winterweizen . . . auf	2 192 kg.	Zuckerrüben . . . auf	29 843 kg.
Sommerweizen . . . "	2 249 "	Munkelrüben	39 150 "
Winterroggen . . . "	1 736 "	Winterraps u. -rübsen . .	1 709 "
Sommerroggen . . . "	1 307 "	Klee	5 065 "
Wintergerste	2 251 "	Luzerne	5 736 "
Sommergerste	2 082 "	Nieselfwiesen	5 445 "
Hafer	1 981 "	anderen Wiesen	4 336 "
Kartoffeln	14 593 "		

Wie sich nun die vorstehend angedeuteten Abweichungen der Heftarerträge in den Jahren 1914 und 1915 gegen eine Normalernte verhalten, zeigt folgende Übersicht in Hundertteilen nach oben (+) und unten (–) an, und zwar bei

1914	1915	1914	1915
Winterweizen	– 2 – 6	Zuckerrüben	– 1 – 7
Sommerweizen	– 2 – 16	Runkelrüben	– 1 – 7
Winterroggen	– 3 – 19	Winterraps u. -rübsen	– 1 – 12
Sommerroggen	– 2 – 30	Klee	+ 5 – 32
Wintergerste	– 3 + 2	Luzerne	+ 12 – 9
Sommergerste	+ 4 – 26	Rieselwiesen	+ 5 – 8
Hafer	+ 6 – 34	anderen Wiesen	+ 5 – 21
Kartoffeln	– 2 + 7		

Über den Anbau und die Ernte des Berichtsjahres (1915) im Staate und in den Provinzen, im Staate verglichen mit den Ergebnissen der fünf Vorjahre, gibt die Tabelle auf den Seiten LX und LXI ausführliche Auskunft. Bei dem Rückblicke auf 1914 ist zu bemerken, daß infolge der Kriegswirren in der Provinz Ostpreußen die Ernte in beträchtlichem Umfange vernichtet wurde. Nach Auskunft der Landwirtschaftskammer für diese Provinz sind im Regierungsbezirk Gumbinnen die Kreise Pillkallen, Stallupönen, Darkehmen, Angerburg, Goldap und Dleško, im Regierungsbezirk Allenstein die Kreise Lyck, Löben, Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Rößel und Neidenburg derart geschädigt worden, daß sie von der Ernteberechnung gänzlich ausgeschlossen werden müssen. Der Flächenausfall an den hauptsächlichsten Feldfrüchten und Futtergewächsen umfaßt in den genannten Kreisen zusammen bei Winter- und Sommerweizen 20 625 bzw. 2 645 ha, Winter- und Sommerroggen 195 093 bzw. 4 516, Winter- und Sommergerste 97 bzw. 40 960, Hafer 123 479, Kartoffeln 85 465, Zuckerrüben 122 bzw. 11 846, Winterraps und -rübsen 135, Klee und Luzerne 89 292 bzw. 309 sowie bei Riesel- und anderen Wiesen 944 bzw. 143 854 ha. Obgleich nicht angenommen zu werden braucht, daß hier wirklich alles verloren gegangen ist, so dürfte aber auch in den übrigen Teilen Ostpreußens wohl nicht alles unverfehrt geblieben sein.

Bei der Wichtigkeit der Kartoffeln für die Landesteile, in denen eine umfangreiche Verwendung dieser Frucht zu gewerblichen Zwecken, wie zur Brennerei und Stärkefabrikation, stattfindet, ist auf Anordnung des Herrn Ministers für Landwirtschaft usw., um einer Mißleitung der Preisbildung entgegenzuwirken, die Kartoffelernte in jenen Gegenden gelegentlich der allgemeinen Veröffentlichung der Erntestatistik noch besonders nachzuweisen. Als Produktionsgebiete der erwähnten Art kommen nach dem vom Verein der Spiritusfabrikanten Deutschlands aufgestellten Verzeichnisse hauptsächlich die hierunter angegebenen landrätlichen Kreise in Betracht. Die Mitteilung geschieht in gewohnter Weise auch diesmal, obgleich sie zur Erreichung ihres Zweckes, der Preisbildung zu statten zu kommen, jetzt zu spät erfolgt. Es wurden 1915 an Kartoffeln geerntet Tonnen zu 1 000 kg in den Kreisen

des Reg.-Bez. Gumbinnen:	
Angerburg	47 491
Goldap	54 115
Dleško	80 678

des Reg.-Bez. Allenstein:	
Lyck	83 982
Löben	81 001
Johannisburg	111 459
Sensburg	132 104
Ortelsburg	162 984
Neidenburg	207 311
Ostpreußen i. Ostpr.	232 882

des Reg.-Bez. Danzig:	
Danziger Höhe	62 906
Dirschau	47 369
Preuß. Stargard	143 594
Berent	172 354

Noch: des Reg.-Bez. Danzig:	
Karthaus	205 819
Neustadt i. Westpr.	117 028
Puck	71 936

des Reg.-Bez. Marienwerder:	
Marienwerder	108 689
Löbau	184 419
Strasburg i. Westpr.	174 627
Schweß	236 401
Schlochau	267 073
Flatow	225 755
Deutsch Krone	324 422

des Reg.-Bez. Stettin:	
Demmin	71 897
Randow	187 076
Greifenhagen	153 254
Pyritz	174 031
Saack	241 318

Noch: des Reg.-Bez. Stettin:	
Raugard	193 501
Regenwalde	225 036

des Reg.-Bez. Rößlin:	
Schivelbein	63 727
Dramburg	138 361
Neufettin	293 999
Belgard	166 122
Bublitz	80 358
Schlawa	173 917
Rummelsburg	129 444
Stolp (Land)	372 396
Lauenburg i. Pomm.	157 090
Bütow	72 210

des Reg.-Bez. Posen:	
Schroda	184 313
Schrimm	209 855
Obornik	207 685
Samter	211 612
Birnbaum	117 017
Schwerin a./Warthe	90 965
Mejeritz	194 296
Bomsl	194 888
Schmiegel	136 286

des Reg.-Bez. Bromberg:	
Filehne	83 246
Garnikau	145 344
Kolmar i. Posen	167 117
Wirfzig	192 556

Noch: des Reg.-Bez. Bromberg:	
Bromberg (Land)	178 561
Schubin	144 894
Strelno	81 087
Bongromitz	197 499

des Reg.-Bez. Breslau:	
Namslau	110 557
Groß Bartenberg	135 125
Dels	162 646
Trebnitz	115 470
Guhrau	109 725
Wohlfau	127 190
Neumarkt	92 639

des Reg.-Bez. Liegnitz:	
Grünberg	78 213
Freystadt	96 125
Sagan	109 739
Glogau	140 395
Lüben	96 264
Rothenburg i./D. Lauf.	78 806

des Reg.-Bez. Oppeln:	
Kreuzburg	122 581
Rosenberg i. D. Schl.	158 189
Oppeln (Land)	154 234
Groß Strehlig	141 315
Loß-Gleiwitz	154 426
Hybnitz	177 063
Katibor (Land)	154 694
Kosel	90 025
Neustadt i. D. Schl.	112 396
Falkenberg	76 267

Im Berichtsjahre bezifferte sich demnach die Kartoffelernte in den vorstehend genannten 81 Kreisen auf zusammen 11 961 441 Tonnen oder 31 Hundertteile von der 38 590 913 t betragenden Erntemenge im ganzen Staate (487 Land- und 110 Stadtkreise). Infolge der oben erwähnten Kriegsschäden kamen 1914 nur 72 dieser Kreise in Betracht, in denen 9 891 477 t oder nicht ganz 30 v. H. der Gesamtmenge im Staate von 33 040 026 t geerntet wurden.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen übrig, daß Zweifel an der Zuverlässigkeit der Erntestatistik aufgetreten waren, deren schleunigste Aufklärung dringend nötig erschien. Einen ziemlich sicheren Anhalt für diese Annahme bot die erstmalig im Januar 1915 angeordnete Aufnahme der Nahrungsmittelbestände. Sodann wurde die Anfang Juni 1915 durch die Ortsvorstände auszuführende Anbauflächen-Erhebung, die wegen ihrer in den letzten Jahren nachgewiesenen beträchtlichen Minderungsneigung Zweifel erregte, durch eine zu Anfang Juli angeordnete Nebenaufnahme kontrolliert. Hierzu wurden nicht wieder die Ortsvorsteher als alleinige Quelle, sondern die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsleiter zur richtigen Angabe bei Strafandrohung herangezogen und die Angaben durch die Gemeindevorsteher zu Gemeinde- und auf den Landratsämtern zu Kreisergebnissen zusammengestellt. Obgleich jeder Landwirt seine Liegenschaften kennt, also die Einzelangabe die zuverlässigste Auskunft bieten sollte, scheint doch auch hierbei die Wahrheit noch nicht ganz ermittelt zu sein, da eine Nachprüfung dieser Kontrollerhebung durch nachträgliche Erhebungen in einigen Kreisen ergab, daß die Flächenziffern etwas zu niedrig angegeben waren. Außerdem ist einerseits mitunter die Fragestellung mißverstanden, andernteils die kurze Fristbemessung einer rechnerisch richtigen Zusammenstellung des umfangreichen Materials nicht sehr günstig gewesen. Jedenfalls sind infolge der neuen Ernteflächenaufnahme keine zu hohen Erntemengen errechnet worden, ihre Ziffern sind vielmehr als Minimal-

[Fortsetzung des Textes auf Seite LXII.]

[h]

Staat. — Provinzen.	Winterweizen			Sommerweizen			Winterjvels (auch mit Beimischung von Weizen oder Roggen)			Winterroggen			Sommerroggen			
	Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		
		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen				
														ha	100 kg	ha
A. Staat 1915 .	1 006 229	20,52	20 743 492	162 554	18,97	3 082 877	14 820	13,75	203 781	4 913 787	14,10	69 281 088	63 727	9,14	582 257	
1914 .	1 024 760	21,59	21 920 899	149 562	22,01	3 291 729	14 880	12,63	187 874	4 777 799	16,82	80 364 741	48 348	12,84	620 786	
1913 .	1 017 449	25,28	25 686 043	148 605	25,17	3 740 428	16 771	16,02	268 652	4 877 037	19,02	92 671 755	58 388	13,36	779 790	
1912 .	1 009 511	24,25	24 479 527	122 185	24,60	3 005 923	15 835	14,97	237 001	4 739 312	18,45	87 478 295	48 823	12,69	619 512	
1911 .	1 035 731	22,46	23 258 848	139 333	20,08	2 797 604	15 876	14,09	223 699	4 648 435	18,00	83 662 529	52 320	11,68	609 828	
1910 .	1 010 762	21,59	21 821 119	136 064	22,11	3 008 598	15 776	13,92	219 561	4 664 361	17,10	79 746 730	56 410	11,80	665 750	
B. Provinzen.																
I. Ostpreußen . .	52 797	13,52	713 938	15 568	12,42	193 289	—	—	—	410 204	10,91	4 476 040	12 113	8,01	97 004	
II. Westpreußen .	61 671	19,96	1 230 312	6 085	15,08	91 743	—	—	—	429 241	11,88	4 970 560	9 965	8,61	85 825	
III. Stadtkr. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	7,00	203	6	5,00	30	
IV. Brandenburg .	56 243	19,21	1 080 378	9 480	16,49	156 314	—	—	—	656 207	12,81	8 407 180	10 114	9,26	93 660	
V. Pommern . . .	50 516	19,01	960 096	6 962	17,19	119 695	—	—	—	475 871	12,77	6 078 369	7 184	9,15	65 717	
VI. Posen	59 667	16,98	1 013 156	13 834	15,93	220 422	—	—	—	741 174	13,23	9 808 202	5 394	8,87	47 836	
VII. Schlesien . .	203 159	16,81	3 415 428	24 215	15,75	381 355	—	—	—	595 814	13,25	7 897 124	8 860	9,89	87 642	
VIII. Sachsen . . .	156 340	23,31	3 644 263	59 194	22,77	1 347 784	17	21,38	372	347 383	14,79	5 136 829	3 228	8,60	27 751	
IX. Schlesw.-Holst.	56 813	27,58	1 566 728	928	22,38	20 767	—	—	—	142 080	17,38	2 469 753	1 288	13,09	16 863	
X. Hannover . . .	73 735	24,16	1 781 321	17 560	22,67	398 093	—	—	—	459 997	16,12	7 416 257	2 465	9,98	24 607	
XI. Westfalen . .	70 743	21,18	1 498 378	2 651	15,33	40 649	—	—	—	249 845	18,96	4 711 842	1 617	11,45	18 507	
XII. Hessen-Raffau.	60 532	21,00	1 270 887	3 449	17,86	61 595	—	—	—	147 448	18,36	2 707 368	674	9,38	6 460	
XIII. Rheinland . .	101 213	24,94	2 524 175	2 471	19,88	49 131	3 725	13,37	49 797	257 374	20,15	5 186 932	787	12,70	9 993	
XIV. Hohenz. Lande	2 800	15,87	44 432	157	12,99	2 040	11 078	13,87	153 612	1 070	13,49	14 429	32	11,21	362	
Außerdem:																
Rürstheimer Balded u. Pyrmont	1915 .	3 680	19,53	71 878	275	15,88	4 368	—	—	—	11 122	16,89	187 838	145	12,08	1 751
	1914 .	3 583	16,50	59 114	372	17,51	6 513	—	—	—	11 196	16,25	181 880	79	14,16	1 119
	1913 .	3 571	25,24	90 126	482	20,70	9 979	—	—	—	11 495	22,38	257 222	96	18,00	1 728
	1912 .	3 924	24,10	94 582	147	18,90	2 778	—	—	—	10 883	19,78	215 262	31	16,32	506
	1911 .	3 999	20,87	82 644	262	16,41	4 300	—	—	—	10 380	19,57	203 148	50	12,00	600
	1910 .	4 120	20,26	83 491	161	17,50	2 817	—	—	—	10 821	18,10	195 825	25	18,00	450

Staat. — Provinzen.	Futterrüben (Runkeln)			Wintertraps und -Rüben			Rlee (auch mit Beimischung von Gräsern)			Zuernerne			Rieselfwiesen			
	Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Heuertrag 1)		Anbau- fläche	Heuertrag 1)		Anbau- fläche	Heuertrag 1)		
		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen	
																ha
A. Staat 1915 .	411 341	365,69	150 424 993	15 870	15,12	240 011	1 274 836	34,49	43 964 448	94 462	52,45	4 954 867	33 695	49,90	1 681 511	
1914 .	363 460	386,18	140 361 982	19 932	16,89	336 610	1 266 562	53,17	67 348 062	93 909	64,27	6 035 250	42 841	57,34	2 456 560	
1913 .	351 063	426,68	149 790 190	20 522	15,35	314 958	1 307 114	55,72	72 838 735	95 807	63,68	6 101 399	109 905	58,16	6 392 179	
1912 .	161 769	428,39	69 300 579	23 382	16,78	392 404	1 098 039	44,45	48 809 121	88 889	57,47	5 108 461	63 255	54,90	3 472 946	
1911 .	—	—	—	31 037	16,00	496 506	1 267 065	34,46	43 666 194	88 620	41,22	3 653 128	89 172	44,03	3 927 958	
1910 .	—	—	—	33 069	17,20	572 032	1 319 328	56,97	75 166 096	87 695	67,44	5 913 788	96 875	56,04	5 428 812	
B. Provinzen.																
I. Ostpreußen . .	37 105	341,18	12 659 336	624	13,15	8 206	291 189	25,91	7 545 259	546	32,32	17 644	1 223	38,97	47 664	
II. Westpreußen .	25 914	355,19	9 204 438	2 291	17,58	40 286	128 061	27,06	3 465 848	3 362	46,87	157 575	485	47,21	22 897	
III. Stadtkr. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
IV. Brandenburg .	35 188	406,13	14 291 056	923	12,54	11 576	77 696	30,43	2 364 153	10 873	49,01	532 902	2 662	50,61	134 728	
V. Pommern . . .	26 179	338,20	8 853 725	797	14,41	11 485	132 875	22,20	2 949 879	2 712	43,73	118 602	1 884	50,79	95 679	
VI. Posen	24 558	357,37	8 776 399	358	11,27	4 035	73 940	23,26	1 719 798	6 298	38,64	243 327	1 580	56,23	88 844	
VII. Schlesien . .	50 715	383,39	19 443 799	3 109	14,02	43 573	153 934	37,16	5 719 702	6 085	51,43	312 931	3 337	50,62	168 926	
VIII. Sachsen . . .	37 665	368,89	13 875 286	712	14,98	10 627	53 768	42,55	2 287 792	29 313	57,22	1 677 279	1 035	45,40	46 986	
IX. Schlesw.-Holst.	37 353	404,14	15 095 972	4 026	17,93	72 188	77 965	38,58	3 007 765	201	40,56	8 153	938	40,10	37 610	
X. Hannover . . .	27 263	364,96	9 949 805	523	15,92	8 328	56 655	51,84	2 937 168	2 369	60,77	143 973	7 334	47,26	346 598	
XI. Westfalen . .	30 063	354,99	10 672 141	377	12,10	4 560	66 388	53,19	3 531 086	2 436	56,15	136 780	5 968	53,29	318 023	
XII. Hessen-Raffau.	25 178	308,13	7 758 074	977	11,45	11 188	45 572	51,02	2 325 205	4 813	62,46	300 630	3 122	53,48	166 951	
XIII. Rheinland . .	53 505	367,36	19 655 799	1 078	12,12	13 064	110 724	51,71	5 725 097	24 935	51,10	1 274 061	3 952	49,65	196 213	
XIV. Hohenz. Lande	655	288,87	189 163	75	11,93	895	6 069	63,55	385 696	519	59,75	31 010	175	59,38	10 392	
Außerdem:																
Rürstheimer Balded u. Pyrmont	1915 .	1 511	351,96	351 789	17	10,34	186	3 968	51,52	204 423	471	61,21	28 832	250	53,84	13 460
	1914 .	1 541	320,55	493 960	22	11,77	259	3 689	50,84	187 562	539	59,84	32 252	333	62,10	20 680
	1913 .	1 235	354,59	437 920	41	13,83	567	3 730	61,49	229 340	562	84,63	47 560	949	63,03	59 820
	1912 .	624	331,83	207 060	24	11,67	280	3 237	50,36	163 020	496	103,70	51 436	650	73,66	47 850
	1911 .	—	—	—	45	12,27	552	3 564	36,64	130 594	471	67,01	31 562	692	49,87	34 508
	1910 .	—	—	—	50	16,24	812	3 931	94,26	370 530	502	100,97	50 685	554	68,86	38 150

¹⁾ einschließlich der als Heu veranschlagten Grünfütter- und Weidenutzung.

und Waldd 1915.

Wintergerste			Sommergerste			Hafer			Kartoffeln				Zuckerrüben (zur Zuckerrfabrikation)			Bezeichnung in der Vorpalte.		
Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag		Anbau- fläche	Ertrag			Anbau- fläche	Ertrag				
	vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		vom Hektar	im ganzen		erkrankt	vom Hektar	im ganzen		v. G.	100 kg		vom Hektar	im ganzen
33 014	23,03	760 399	879 917	15,44	13 583 442	3 078 907	13,04	40 158 147	2 461 734	156,76	385 909 133	3,3	12 905 755	320 876	277,31		88 980 577	A. 1915
33 571	21,75	730 057	833 265	21,68	18 067 039	2 891 928	20,98	60 675 893	2 299 974	143,65	330 400 256	1,2	3 858 899	459 479	295,84	135 930 282	1914	
31 457	24,74	778 348	892 154	23,62	21 071 581	2 943 255	22,29	65 599 109	2 329 404	168,35	392 152 976	4,0	15 578 301	443 240	307,41	136 254 825	1913	
—	—	—	845 797	23,32	19 721 534	2 869 579	20,32	58 310 117	2 259 017	154,49	349 005 983	3,6	12 574 771	426 327	304,07	129 632 145	1912	
—	—	—	829 979	20,68	17 164 572	2 818 092	18,49	52 104 926	2 246 379	114,10	256 302 034	.	3 306 334	350 287	171,18	59 961 440	1911	
—	—	—	836 619	20,19	16 887 428	2 805 327	18,66	52 916 185	2 231 254	146,69	327 302 532	.	24 403 545	326 545	324,41	105 943 273	1910	
87	13,25	1 153	119 875	11,42	1 368 500	370 453	11,44	4 239 669	190 409	147,88	28 158 077	1,7	476 789	120	239,07	28 688	B. I.	
90	15,82	1 424	86 349	14,91	1 287 672	181 897	12,44	2 263 655	219 402	149,98	32 904 830	3,5	1 136 918	15 214	223,10	3 394 229	II.	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	III.	
1 401	17,71	24 808	69 557	13,62	947 639	263 215	9,83	2 588 273	330 828	156,29	51 704 722	3,9	2 008 082	19 526	262,85	5 132 450	IV.	
281	16,01	4 500	55 529	14,90	827 611	332 290	13,05	4 337 174	231 403	162,22	37 538 844	2,6	974 133	26 028	241,97	6 297 941	V.	
373	15,04	5 610	132 003	13,54	1 787 560	180 423	11,27	2 033 766	328 638	166,05	54 571 680	3,7	2 039 369	46 309	264,45	12 246 206	VI.	
1 483	17,22	25 543	141 525	15,76	2 229 958	404 041	12,59	5 085 687	356 156	146,10	52 034 252	7,2	3 764 123	65 810	292,84	19 271 844	VII.	
2 289	19,54	44 731	140 024	19,59	2 742 666	229 794	13,06	3 001 765	222 322	147,85	32 871 286	1,5	481 135	95 266	293,15	27 926 822	VIII.	
1 164	25,68	29 838	49 498	23,31	1 154 034	233 384	18,67	4 357 300	34 294	149,12	5 113 890	3,5	180 294	232	305,14	70 793	IX.	
8 724	26,24	228 925	18 133	14,79	268 243	268 008	14,16	3 793 725	158 723	163,32	25 922 176	1,7	432 219	31 298	290,32	9 086 409	X.	
10 072	22,72	228 867	10 178	15,23	155 026	179 496	13,83	2 483 062	105 931	169,49	17 954 391	2,8	507 634	1 886	241,33	455 156	XI.	
1 651	19,83	32 738	21 915	12,27	268 884	157 740	11,72	1 849 265	95 083	171,80	16 334 885	1,8	285 997	3 164	261,63	827 794	XII.	
5 331	24,66	131 453	29 614	15,55	460 459	268 359	14,84	3 981 857	182 869	164,21	30 028 867	2,0	603 619	16 023	264,76	4 242 245	XIII.	
68	11,90	809	5 717	14,90	85 190	9 807	14,58	142 949	5 676	135,88	771 233	2,0	15 443	—	—	—	XIV.	
368	22,79	8 387	676	14,73	9 956	13 054	12,61	164 632	4 933	184,34	910 340	2,4	21 957	114	250,26	28 530	B.u. P. 1915	
351	19,35	7 002	644	20,19	13 000	13 006	21,25	276 426	4 673	117,73	550 148	2,4	13 100	180	228,17	41 070	1914	
355	22,64	8 036	506	21,47	10 864	12 793	24,62	314 948	4 519	139,48	630 315	3,8	24 218	185	229,62	42 480	1913	
—	—	—	435	20,21	8 792	12 687	16,80	213 152	4 336	165,42	717 260	1,9	13 656	162	268,09	43 430	1912	
—	—	—	449	17,35	7 788	12 923	19,39	250 590	4 294	101,07	433 980	3,0	13 227	171	166,55	28 480	1911	
—	—	—	327	19,99	6 536	12 496	23,22	290 101	4 226	84,26	356 080	7,2	25 702	135	284,30	38 380	1910	

Andere Wiesen			Hüllensfrüchte			Flachs	Hopfen			Rebland			Dauer-	Ader-	Bezeichnung in der Vorpalte.	
Fläche	Heuertrag ¹⁾		Erbsen	Ader- (Sau-)bohnen	Wicken	Anbau- fläche	Anbau- fläche über- haupt	davon angelegt		im Ertrage		nicht im Ertrag	weiden			
	vom Hektar	im ganzen						1915	1914	über- haupt	davon weißes rotes Gemächß					
											ha			100 kg		ha
3 172 970	34,32	108 889 155	99 147	71 122	107 045	10 805	892	54	148	16 429	15 045	1 384	3 169	905 764		645 833
3 035 292	45,25	137 659 894	104 760	72 349	90 869	11 420	1 044	165	153	16 986	15 601	1 385	3 205	872 428	627 578	1914
3 112 684	44,98	140 011 323	112 902	66 036	131 760	11 735	1 033	142	161	17 216	15 618	1 598	2 877	850 784	543 023	1913
3 163 787	43,48	137 557 468	100 307	57 633	121 265	9 867	985	115	145	17 101	15 353	1 748	2 942	416 579	328 884	1912
3 157 264	30,75	97 071 033	80 160	58 447	79 295	7 318	1 097	106	125	17 100	15 267	1 833	3 024	338 208	265 241	1911
3 185 595	44,01	140 187 564	90 586	61 507	76 700	7 917	1 158	150	86	17 233	15 259	1 974	2 877	—	—	1910
362 566	29,98	10 852 031	22 085	6 617	28 183	710	21	—	1	—	—	—	—	145 391	141 165	I.
160 211	33,91	5 433 031	18 919	2 281	15 794	220	—	—	—	—	—	—	—	45 419	49 815	II.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	III.
401 374	38,78	15 543 274	5 128	661	4 592	642	4	—	—	120	74	46	14	39 851	23 739	IV.
306 865	33,31	10 221 894	14 052	3 402	12 830	812	1	—	—	—	—	—	—	46 809	55 782	V.
218 652	33,24	7 268 614	8 840	431	12 432	555	564	51	127	99	4	95	1	21 244	19 734	VI.
348 653	30,88	10 765 740	2 896	4 220	16 053	6 338	—	—	—	599	291	308	36	19 412	6 464	VII.
205 523	32,34	6 647 308	13 291	7 786	3 882	143	213	3	19	286	215	71	134	24 490	4 425	VIII.
202 537	30,19	6 115 203	858	6 801	742	10	—	—	—	—	—	—	—	167 165	263 613	IX.
400 865	35,19	14 105 514	3 976	26 559	1 249	637	—	—	—	—	—	—	—	200 811	33 631	X.
166 602	39,40	6 564 617	1 998	7 622	5 682	206	—	—	—	—	—	—	—	105 092	26 678	XI.
176 943	37,71	6 673 135	5 053	4 009	2 781	360	47	—	—	2 996	2 933	63	996	10 538	3 242	XII.
209 186	38,38	8 029 143	1 919	588	2 627	165	3	—	—	12 329	11 528	801	1 988	78 535	17 188	XIII.
12 993	51,54	669 651	132	145	198	7	39	—	1	—	—	—	—	1 007	357	XIV.
8 618	43,81	337 558	833	419	444	74	—	—	—	—	—	—	—	915	476	B.u. P. 1915
8 539	50,04	427 296	841	446	518	90	—	—	—	—	—	—	—	1 098	422	1914
7 947	53,47	424 905	738	311	362	70	—	—	—	—	—	—	—	1 309	336	1913
8 021	58,02	465 405	640	264	379	61	—	—	—	—	—	—	—	—	364	1912
8 210	29,13	239 159	503	262	309	63	—	—	—	—	—	—	—	—	364	1911
8 367	58,74	491 510	515	258	211	63	—	—	—	—	—	—	—	—	279	1910

ernte anzusprechen. Wir lassen die neuen Ernteflächenziffern und die im Zusammenhange mit diesen von besonderen, Ende Juli 1915 zu diesem Zwecke von den Kreisbehörden gebildeten Schätzungskommissionen geschätzten Erntemengen für den Gesamtstaat hier folgen.

	Es betragen:		Ernteertrag	
	Anbau-	Ernte-	nach der An-	nach der
	fläche	fläche	bausflächen- schätzung vervielfältigt mit den Flächen- angaben der landwirt- schaftlichen Vertrauens- männer	Ernteflächen- erhebung vervielfältigt mit den Schätzungs- ergebnissen der Kreis- kommissionen
	ha	ha	Doppel- gentner	Doppel- gentner
1. Winterweizen	1 006 229	885 800	20 743 492	16 780 305
2. Sommerweizen	162 554	150 409	3 082 877	2 628 895
3. Spelz	14 820	9 097	203 781	113 816
4. Winterroggen	4 913 787	4 350 111	69 281 088	54 081 426
5. Sommerroggen	63 727	53 926	582 257	424 640
6. Gerste (Winter- und Sommer-)	912 931	763 176	14 343 841	11 352 501
7. Gemenge aus Getreidearten 1—6				
a) zur menschl. Ernährung	—	68 999	—	805 237
b) nicht zur menschlichen Ernährung	—	95 893	—	1 026 539
8. Hafer (allein)	3 078 907	2 531 913	40 158 147	32 380 894
9. Hafer im Gemenge mit Getreide und Hülsenfrüchten	—	418 116	—	5 010 729
10. Kartoffeln	2 461 734	—	—	—

Wie man sieht, sind die Ernteflächen der Individualerhebung zu Anfang Juli 1915 um 13—14 v. H. kleiner als die zu Anfang Juli ermittelten Anbauflächen; die Ernteergebnisse zeigen sogar einen Unterschied von 18 v. H. Beim Roggen fehlen an den Ernteflächen 574 000 ha oder 11,8 v. H., an der Ernte 15,36 Mill. dz oder 22 v. H.! Bei der Gerste fehlen 150 000 ha oder fast 16 v. H. der Fläche und 3 Mill. dz oder 21 v. H. der Ernte. Beim Hafer beträgt der Ausfall 545 000 ha oder etwa 14,8 v. H. an den Ernteflächen und fast 20 v. H. an der Ernte! Die wirklichen Ernteflächen und die wirkliche Ernte dürften ungefähr in der Mitte zwischen den Maximalzahlen, die uns die frühere Statistik bot, und den Minimalzahlen, die die neueren Erhebungen ergaben, liegen, und zwar dürfte nach den hier vorgenommenen Nachprüfungen die wirkliche Ernte näher an die Minimalzahlen heranreichen.

Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen im Jahrzehnt 1904—1913. — Die Bewegung der Gesamtzahlen der in dem Jahrzehnt 1904—1913 vom Besitzwechsel betroffenen ländlichen Grundstücke zeigt nach der Schlußtafel, daß die Eigentumsübergänge im Staate im Jahre 1907 mit 148 952 Fällen am häufigsten gewesen sind. Seit dem Jahre 1904, das mit insgesamt 131 087 Fällen den niedrigsten Stand innerhalb des Jahrzehnts aufweist, bedeutet dies eine Steigerung um 13,68 %. Die Häufigkeit des Besitzwechsels im Jahre 1907 ist vornehmlich hervorgerufen worden durch die von keinem anderen Jahre wieder erreichte hohe Zahl der durch Erbgang und Kauf erfolgten abgezwigten Besitzübergänge von Grundstücken unter 2 ha, die allein 55,58 % der gesamten Besitzwechsel-fälle dieses Jahres ausmachen. Seit dem Jahre 1908 läßt sich, allerdings mit erheblichen Schwankungen, eine im allgemeinen fallende Tendenz des Besitzwechsels im Staate beobachten.

Der Besitzwechsel durch Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen, dem die diesen Übertragungsformen verwandte Güterüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Stief-

oder Schwiegerkinder zugezählt werden, ist im Durchschnitt nur etwas über $\frac{1}{3}$, so stark als der Übergang im Wege des Kaufes, Tausches, der Enteignung und der Zwangsversteigerung. Dabei ist der geschlossene Erbübergang im Durchschnitt des Jahrzehnts 1904—1913 mehr als doppelt so häufig als der von abgezwigten Grundstücken. Der Eigentumswechsel im Wege des geschlossenen Erbanges im Laufe des Jahrzehnts ist am stärksten im letzten Berichtsjahre 1913 aufgetreten. Bemerkenswert ist dabei, daß auch für die einzelnen Größenklassen, mit Ausnahme der beiden obersten, das Jahr 1913 Gipfelpunkte in der Bewegung erreicht. Den niedrigsten Stand zeigt dagegen das Jahr 1906. In diesem Jahre hat der Besitzwechsel in den Größenklassen von 2 bis 5 ha, von 5—20 ha und von 50—100 ha seinen absoluten Tiefpunkt erreicht; aber auch die Zahl der vererbten Grundstücke zwischen 20 und 50 ha bleibt weit unter dem Durchschnitt. Eine auffallende Ausnahme bilden auch hier die Besitzungen mit einer Fläche von mehr als 100 ha. Die Spannung zwischen dem tiefsten Stand der Besitzwechselsfälle durch geschlossenen Erbübergang im Jahre 1906 und dem Höchststand im Jahre 1913 entspricht einer Steigerung von 18,56 %. Von den insgesamt 21 048 Fällen des ungeteilten Erbüberganges im Durchschnitt des vorliegenden Jahrzehnts entfallen 32,67 % auf die erste, 42,07 % auf die zweite, 17,67 % auf die dritte, 5,06 % auf die vierte und nur 2,25 % auf die letzte Größenklasse.

Der durch Erbgang erfolgte Besitzwechsel abgezwigter Grundstücke weist im Berichtsjahrzehnt weder besondere Merkmale, noch eine bestimmte Entwicklungstendenz auf. Von Bedeutung ist dagegen, das Verhältnis des abgezwigten zu dem ungeteilten durch Erbgang übergegangenen Besitz in den einzelnen Größenklassen festzustellen. Die bei der Erbschaft geteilten Grundstücke verhalten sich zu den ungeteilten

bei der Größenklasse von	2—	5 ha wie	31 zu	100
" "	"	5— 20	" "	9 " 100
" "	"	20— 50	" "	3 " 100
" "	"	50—100	" "	1,7 " 100
" "	"	über 100	" "	1 " 100.

Mit der zunehmenden Größe findet also eine rasche nicht nur absolute sondern auch verhältnismäßige Abnahme der Erbteilungen statt.

Eine ähnliche Beobachtung, wie bei den ungeteilten Besitzveränderungen im Wege des Erbanges, läßt sich bei den Verkäufen ungeteilter Grundstücke machen. Hier erreicht im Jahre 1910 der Besitzwechsel in allen Größenklassen einen Gipfelpunkt. Eine Ausnahme machen wiederum nur die Grundstücke mit mehr als 100 ha Fläche. Auch der Verkauf dieser Besitzungen übersteigt jedoch im Jahre 1910 wesentlich die Durchschnittszahl, erreicht aber weder das Jahr 1905 noch das Jahr 1906. Niedrige Zahlen findet man bei dem Verkauf ungeteilter Grundstücke durchweg im Jahre 1904 und bei der Mehrzahl der Größenklassen auch im Jahre 1913. Irgend eine besondere Richtung besitzen die Verkaufszahlen in dem Jahrzehnt von 1904 bis 1913 nicht. Jahre mit starken Verkäufen wechseln mit Jahren, in denen nur in mäßigem Umfange Käufe getätigt wurden.

Im Gegensatz zum Erbgang ist bei den Verkäufen die Abtrennung des Besitzes viel häufiger. Sie beträgt in dem beobachteten Jahrzehnt durchschnittlich mehr als das Dreifache der Zahl der ungeteilt zum Verkauf gekommenen Besitzungen. Bei weitem die größte Anzahl entfällt aber auf die Abzweigungen unter 2 ha, die sehr häufig nur eine ganz geringe Größe haben und dem landwirtschaftlichen Betriebe durch Inanspruchnahme zu Hoch-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbauten verloren gehen. Die nach Ausscheidung der Grundstücke unter 2 ha noch verbleibenden Abzweigungen beziffern sich immer noch auf 15 854 Fälle oder auf fast 38 % sämtlicher Verkäufe. Welchen besonderen Zwecken diese Abzweigungen dienen, ist aus der Statistik, mit Ausnahme der wenigen Fälle in denen Zusammenlegungen vorgekommen sind, nicht zu ersehen.

Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen in dem Jahrzehnt 1904—1913.

Land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke, die mindestens 2 ha groß sind oder von mindestens 2 ha großen Besitzungen stammen, wechselten den Eigentümer infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen sowie infolge von jeder anderen entgeltlichen oder unentgeltlichen Grundstücksüberweisung, soweit sie bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder erfolgte															
J a h r.	ungeteilt						abgezweigt								
	mit einer Fläche von ha					überhaupt ¹⁾	mit einer Fläche von ha					überhaupt ¹⁾			
	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100		unter 2 ²⁾	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	einschl. der unter 2 ha	ausschl.	
	2	3	4	5	6		7	8	9	10	11	12	13	14	15
	1	2	3	4	5		6	7	8	9	10	11	12	13	14
1913	7 416	9 987	4 365	1 169	509	23 477	7 559	2 286	772	129	11	2	10 759	3 200	
1912	6 891	8 839	3 567	1 005	438	20 757	6 992	2 091	771	122	13	3	9 993	3 001	
1911	7 144	9 077	3 633	1 015	432	21 323	7 516	2 375	868	107	11	3	10 880	3 364	
1910	6 569	8 613	3 517	1 036	424	20 182	6 165	2 115	661	110	26	3	9 082	2 917	
1909	6 560	8 744	3 766	1 059	456	20 597	6 264	2 096	793	106	15	6	9 283	3 019	
1908	6 962	8 901	3 685	1 079	442	21 080	7 365	2 120	861	101	11	1	10 461	3 096	
1907	6 680	8 576	3 552	1 033	470	20 322	9 675	2 264	717	118	17	11	12 802	3 127	
1906	6 552	8 212	3 564	980	482	19 804	6 772	2 079	824	132	18	11	9 836	3 064	
1905	7 107	8 736	3 828	1 091	526	21 323	7 354	2 123	803	120	24	3	10 428	3 074	
1904	7 302	8 858	3 718	1 170	549	21 610	6 340	1 898	715	161	31	5	9 152	2 812	
1904/1913 ³⁾	6 918	8 854	3 720	1 064	473	21 048	7 200	2 145	779	121	18	5	10 268	3 067	

Land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke, die mindestens 2 ha groß sind oder von mindestens 2 ha großen Besitzungen stammen, wechselten den Eigentümer infolge von entgeltlichen Geschäften, ausschließlich der entgeltlichen Übertragungen an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder (Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw.)															insgesamt		
J a h r.	ungeteilt						abgezweigt								einschl.	ausschl.	
	mit einer Fläche von ha					überhaupt ¹⁾	mit einer Fläche von ha					überhaupt ¹⁾		der unter 2 ha			
	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100		unter 2 ²⁾	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	einschl. der unter 2 ha				ausschl.
	16	17	18	19	20		21	22	23	24	25	26	27				28
1913	10 107	10 062	2 860	1 041	1 028	25 145	69 765	8 753	4 603	749	146	65	84 086	14 321	143 467	66 143	
1912	10 416	10 982	3 165	1 145	1 170	26 917	71 167	9 825	5 040	927	129	89	87 179	16 012	144 846	66 687	
1911	10 281	10 638	3 111	1 035	1 176	26 272	72 001	9 902	5 217	907	135	82	88 247	16 246	146 722	67 205	
1910	11 279	11 829	3 420	1 226	1 224	29 023	70 149	9 966	5 002	799	155	71	86 148	15 999	144 435	68 121	
1909	11 055	10 668	3 241	1 037	1 128	27 178	67 482	9 447	4 628	820	169	63	82 612	15 130	139 670	65 924	
1908	11 082	10 061	2 950	985	955	26 061	68 035	9 961	4 795	831	186	86	83 898	15 863	141 500	66 100	
1907	11 147	10 024	3 040	1 000	1 019	26 256	73 107	10 229	5 111	835	189	93	89 572	16 465	148 952	66 170	
1906	11 249	10 016	3 187	1 150	1 355	27 007	71 025	10 709	5 499	931	175	129	88 484	17 459	145 131	67 334	
1905	11 208	9 761	3 094	1 092	1 268	26 481	67 835	9 838	5 005	762	157	93	83 691	15 856	141 923	66 734	
1904	10 434	8 944	2 708	880	1 025	24 050	61 085	9 492	4 722	720	145	109	76 275	15 190	131 087	63 662	
1904/1913 ³⁾	10 826	10 299	3 078	1 059	1 135	26 439	69 165	9 812	4 962	828	159	88	85 019	15 854	142 773	66 408	

¹⁾ unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe — ²⁾ von mindestens 2 ha großen Grundstücken herrührend. — ³⁾ im Durchschnitt des Jahrzehnts.

Die Ein- und Ausfuhr von Getreide, Ölrüchten und Futtermitteln nach und aus dem Deutschen Reich 1912/13 und 1913/14. — In diesen beiden Wirtschaftsjahren (August—Juli) vor Ausbruch des Krieges, die einen guten Ernteausschlag hatten, nahm der auswärtige Handelsverkehr¹⁾ mit den oben genannten Lebensmitteln nach der Übersicht auf Seite LXIV folgenden Verlauf.

Die Zusammenstellung zeigt zunächst, daß bei Roggen die Einfuhr in beiden Jahren größtenteils auf die Sommermonate entfiel. Sie erreichte mit 33,1 Tausend t in 1912/13 und 49,1 in 1913/14 ihr Höchstmaß im Juni und sank auf das Mindestmaß von 13,1 bzw. 19,5 Taus. t im März. Die Roggenausfuhr dagegen nahm einen größeren Umfang im Herbst und Winter an, wies im Oktober und November ein Maximum von 122 in 1912/13 und 120 Taus. t in 1913/14 auf, das allmählich gegen Anfang des Sommers fiel, um im Juni beim Minimum von 37,2 bzw. 38,9 Taus. t anzulangen. Zieht man von der Ausfuhrmenge die Einfuhr ab, so entfällt der durchschnittliche monatliche Höchstbetrag der Mehrausfuhr von 61,6 Taus. t im ersten und 68,3 im zweiten Jahre sowie die Gesamtmenge derselben von 509,8 (1912/13) und 546,5 Taus. t (1913/14) auf den Jahresteil September—April. Im Durchschnitt der beiden Jahre war die Ausfuhr ziemlich dreimal so groß wie die Einfuhr, aber auch diese verhältnismäßig geringe Einfuhrmenge war durch die Ausfuhr von Roggenmehl beinahe gänzlich ausgeglichen.

Andererseits beanspruchte das Deutsche Reich vom Ausland die Kleie in großen Mengen. Bei diesem wichtigen Futtermittel war

der Verkehr mit dem Ausland fast ausschließlich auf die Einfuhr beschränkt. Diese setzte in starkem Maße Ende des Sommers ein, ohne jedoch in den folgenden Monaten merklich nachzulassen. Ihr monatlicher Durchschnittsbetrag bezifferte sich 1912/13 auf 118,7 Taus. t und 1913/14 auf 107,6 Taus. t.

In weiterer wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ausland befand sich das Deutsche Reich in bezug auf Weizen und Gerste. Bei Weizen und insbesondere bei Gerste übertraf die Einfuhr beträchtlich die Ausfuhr, sodaß die durchschnittliche monatliche Mehreinfuhr im ersten Jahre bei Weizen 175,9, im zweiten 163,9 Taus. t und bei Gerste 220,4 bzw. 301,8 Taus. t betrug.

Der Handelsverkehr mit Hafer zeigt kein gleichmäßiges Bild im Verhältnis der Ein- und Ausfuhr. Während 1912/13 die Monate Februar bis Juni eine Mehrausfuhr von durchschnittlich 17,5 Taus. t und der größte Teil des Jahres eine Mehreinfuhr von durchschnittlich 28,4 Taus. t aufwiesen, übertraf im zweiten Jahr mit einziger Ausnahme von August die Ausfuhr erheblich die Einfuhr, sodaß in den 11 Monaten dieses Jahres die Mehrausfuhr sich auf insgesamt 401,1 Taus. t belief, während das ganze vorangegangene Jahr eine Mehreinfuhr von 111,7 Taus. t hatte.

Bei sämtlichen Ölrüchten, insbesondere bei den tropischen Erzeugnissen herrschte naturgemäß die Einfuhr vor und stieg von insgesamt 1 510,9 Taus. t in 1912/13 auf 1 511,5 in den 11 Monaten des Wirtschaftsjahres 1913/14.

Außer der oben erwähnten Kleie bildeten die Ölrüchen als Futtermittel einen ansehnlichen Teil des Handelsverkehrs. Im Unterschied jedoch von der Kleie, bei der die Einfuhr vorherrschte,

¹⁾ Vergl. „Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte. August 1912—Juni 1914.

land bei den Ölfischen eine Ausfuhr statt, allerdings in Mengen, die im Vergleich zur Einfuhr gering waren, sodaß die Mehreinfuhr durchschnittlich monatlich 1912/13 40,5 und 1913/14 34,5 Taus. t betrug. Vielfach höhere Mengen erreichte die Einfuhr von Rohn-, Lein-,

Hanf- und Baumwollsamten, bei deren Ausnutzung Ölfischen gewonnen werden. Sie stieg von 732,4 in 1912/13 auf 762,7 Taus. t in 1913/14, während die Ausfuhr geringe Beträge von insgesamt 8,1 im ersten und 10,7 Taus. t im zweiten Wirtschaftsjahr aufwies.

Ein- und Ausfuhr von Getreide, Ölfischen und Futtermitteln nach und aus Deutschland in den Jahren 1912/13 und 1913/14 in 1 000 Tonnen.

J a h r	M o n a t	Roggen		Weizen		Roggenmehl		Weizenmehl		Gerste		Hafer		Mais		Reis	
		£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.
I		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1912/1913	August . . .	32,5	59,2	239,4	3,5	0,1	9,0	1,2	11,8	180,9	0,0	42,0	14,0	111,9	25,1	16,7	
	September . .	17,2	83,2	193,0	6,7	0,0	17,9	1,2	15,0	200,0	0,3	23,2	35,3	102,8	27,3	18,3	
	Oktober . . .	25,8	122,0	225,4	18,5	0,0	21,3	1,3	18,0	325,6	0,0	73,8	46,8	100,1	75,8	17,4	
	November . . .	25,5	93,5	263,0	28,6	0,0	25,6	2,6	20,5	359,8	0,1	98,0	28,8	93,0	8,3	8,8	
	Dezember . . .	22,1	74,8	222,6	27,0	0,0	21,7	1,5	20,2	246,3	0,1	93,0	42,0	110,3	8,2	22,5	
	Januar . . .	18,3	69,9	186,5	21,3	0,0	14,7	1,7	13,9	227,1	0,0	61,1	42,1	91,3	49,1	6,1	
	Februar . . .	22,7	77,3	127,9	30,9	0,0	17,8	1,0	12,7	180,9	0,6	45,2	54,5	77,1	6,3	5,5	
	März . . .	13,1	66,2	134,0	42,0	0,1	14,1	1,7	13,6	191,1	0,9	59,7	71,8	92,2	12,7	20,4	
	April . . .	20,0	70,4	217,3	76,0	0,0	18,6	1,6	20,2	170,2	0,6	53,0	72,5	79,2	80,8	19,0	
	Mai . . .	22,5	68,3	222,6	60,5	0,0	24,6	1,5	22,7	177,7	0,6	32,9	77,1	46,7	56,8	20,5	
	Juni . . .	33,1	37,2	236,7	18,7	0,0	18,8	0,9	15,6	167,9	0,3	45,4	47,7	46,2	37,1	18,3	
	Juli . . .	28,4	40,1	244,4	54,5	0,0	13,8	1,1	13,0	247,7	0,2	55,7	38,7	98,3	67,4	18,1	
	Zusf. . .	281,2	862,1	2 512,8	388,2	0,2	217,9	17,3	197,2	2 675,2	3,7	683,0	571,3	1 049,1	454,9	191,6	
1913/1914	August . . .	37,2	80,3	194,1	13,2	0,0	11,0	1,2	13,0	226,7	0,2	46,3	25,7	119,3	20,1	12,3	
	September . .	30,2	123,2	240,7	39,1	0,1	25,0	1,5	18,6	314,6	0,9	29,4	33,4	87,3	25,9	19,8	
	Oktober . . .	47,2	120,8	290,5	56,3	0,0	27,4	1,3	18,3	418,4	0,8	23,7	54,0	73,5	15,5	15,9	
	November . . .	41,3	91,5	209,1	55,7	0,1	20,0	1,8	17,8	402,8	0,5	26,4	56,2	55,6	87,7	15,2	
	Dezember . . .	38,6	89,0	242,1	67,3	0,1	19,1	2,7	15,3	361,9	0,5	26,2	84,1	51,4	18,2	13,3	
	Januar . . .	33,5	86,4	198,7	74,8	0,1	11,5	1,3	12,7	307,4	0,5	30,1	87,0	52,6	42,6	8,5	
	Februar . . .	25,9	101,4	143,4	77,4	0,1	10,4	1,2	11,3	256,7	0,4	31,1	82,7	35,6	7,3	13,1	
	März . . .	19,5	109,6	209,9	66,0	0,1	14,8	1,4	11,7	205,3	0,8	30,5	90,4	52,3	15,2	15,6	
	April . . .	28,9	89,7	216,7	79,8	0,1	13,1	1,4	11,8	231,1	0,2	32,3	93,0	44,5	64,2	10,8	
	Mai . . .	35,0	71,4	218,4	40,6	0,1	22,7	1,7	15,5	282,8	0,3	25,8	78,8	53,0	75,3	10,0	
	Juni . . .	49,1	38,9	236,4	27,0	0,1	13,1	1,2	14,6	317,2	0,0	33,5	51,1	58,9	39,6	18,1	
	Juli ¹⁾ . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Zusf. . .	386,4	1 002,2	2 400,0	597,2	0,9	188,1	16,7	160,6	3 324,9	5,1	335,3	736,4	684,5	411,6	152,6	

J a h r	M o n a t	Hülfsfrüchte (Bohnen, Erbsen, Linjen)		Lupinen, Futterbohnen und Wicken		Raps		Rohn-, Lein-, Hanf- und Baumwollsamten		Reisabfälle (Viehfutter)		Kleie		Ölfischen		Sojabohnen		Sesam, Erdnüsse, Palmkerne, Kopro	
		£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.	£.	M.
I		17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	
1912/1913	August . . .	20,3	0,8	0,5	0,0	13,3	2,5	39,4	0,4	10,7	0,5	108,0	1,1	31,4	18,9	16,8	56,7	—	
	September . .	28,4	2,2	0,4	0,0	22,6	2,5	28,6	0,5	7,5	0,4	104,5	1,5	30,9	23,5	3,7	51,1	—	
	Oktober . . .	38,2	1,6	1,7	0,1	13,9	1,2	39,2	0,7	33,0	0,2	127,9	0,2	45,2	27,2	13,2	57,7	0,2	
	November . . .	26,7	1,6	2,5	0,0	10,3	0,2	65,2	1,8	7,8	0,2	128,0	2,1	74,1	28,5	7,8	40,1	0,0	
	Dezember . . .	20,6	1,3	3,1	0,1	6,8	0,2	59,0	1,0	9,0	0,6	112,3	2,7	86,3	29,0	8,9	45,2	—	
	Januar . . .	34,2	0,7	5,8	0,2	10,2	0,2	68,8	0,4	21,1	0,1	129,7	1,7	102,2	29,7	7,4	48,4	0,1	
	Februar . . .	15,5	0,5	5,6	0,3	6,7	0,3	55,9	0,7	6,3	0,4	124,7	1,8	80,4	27,1	11,5	52,5	0,2	
	März . . .	9,0	0,7	4,0	0,4	6,3	0,0	71,8	0,7	6,2	0,2	114,1	2,0	74,1	24,0	6,9	62,7	0,0	
	April . . .	19,0	0,6	5,4	0,4	14,2	0,0	81,0	1,0	17,2	0,4	120,4	1,9	92,1	19,0	10,9	71,0	0,1	
	Mai . . .	20,3	0,3	3,5	0,1	10,4	0,0	73,8	0,3	12,2	0,4	117,2	2,2	54,9	19,0	7,4	63,7	0,0	
	Juni . . .	8,6	0,4	1,8	0,1	8,0	0,0	83,7	0,2	16,6	0,3	118,7	1,3	43,5	25,0	10,3	52,9	0,0	
	Juli . . .	18,5	0,2	2,8	0,1	15,8	0,0	66,0	0,4	33,1	0,4	116,6	1,3	74,0	21,0	16,6	55,6	0,0	
	Zusf. . .	259,3	10,9	37,1	1,8	138,5	7,1	732,4	8,1	180,7	4,1	1 422,1	19,8	789,1	291,9	121,4	657,5	0,6	
1913/1914	August . . .	10,9	0,5	0,6	0,0	20,1	1,4	55,9	0,3	10,8	0,2	117,3	1,1	46,0	23,8	3,3	45,2	0,0	
	September . .	14,1	1,3	0,5	0,0	23,2	1,6	46,9	0,4	16,9	0,2	113,5	2,2	45,9	20,6	12,3	48,1	0,0	
	Oktober . . .	37,7	1,8	2,4	0,0	16,4	0,6	58,7	0,7	30,5	0,9	119,0	2,1	55,4	23,6	13,9	55,8	0,0	
	November . . .	19,0	1,9	2,1	0,1	11,0	0,5	65,0	0,4	17,1	0,0	104,3	2,2	75,1	24,2	20,1	43,0	0,0	
	Dezember . . .	15,1	1,3	2,5	0,0	11,2	0,3	79,6	1,6	18,3	0,6	118,6	3,3	84,9	37,1	5,0	47,3	0,1	
	Januar . . .	30,7	1,3	5,5	0,2	7,0	0,1	65,8	1,5	7,2	0,7	100,3	3,0	83,2	26,9	14,4	46,8	0,0	
	Februar . . .	10,8	1,3	2,8	0,3	5,4	0,2	81,3	1,7	8,1	0,5	85,2	2,8	61,4	21,8	7,0	58,7	0,3	
	März . . .	10,4	1,6	5,5	0,4	9,3	0,0	74,0	1,4	14,0	0,3	107,6	2,6	54,5	30,4	25,3	69,8	0,2	
	April . . .	19,5	0,8	7,0	0,3	24,5	0,1	88,4	1,5	13,4	0,8	107,6	2,2	74,7	42,2	21,9	63,1	0,0	
	Mai . . .	6,9	0,9	3,3	0,1	10,9	0,0	83,3	0,6	21,8	0,9	96,1	1,6	51,7	19,2	5,9	71,9	0,1	
	Juni . . .	5,2	0,6	2,4	0,1	9,7	0,0	63,8	0,5	23,4	0,4	113,9	0,9	41,8	27,6	12,0	58,0	0,0	
	Juli . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Zusf. . .	180,3	13,3	34,6	1,5	148,7	4,8	762,7	10,6	181,0	5,5	1 183,4	24,0	674,6	297,4	141,1	607,7	0,7	

£8 betrug in 1 000 Tonnen

¹⁾ Laut „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ 1914, Nr. 80 und 87 (zusammengestellt im Reichsamt des Innern) wies in der Zeit vom 1. bis 20. Juli 1914 die Ein- und Ausfuhr folgende Mengen auf:

	Roggen	Weizen	Roggenmehl	Weizenmehl	Gerste	Hafer	Mais	Reis
die Einfuhr	34,1	171,8	0,0	1,3	198,8	33,1	50,4	80,6
„ Ausfuhr	13,4	20,5	6,1	9,3	0,5	20,0	1,0	0,0
also Einfuhr +	20,7	151,1	— 6,1	— 8,0	198,1	13,1	49,4	80,6

ZEITSCHRIFT

DES

KÖNIGLICH PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN IN VERTRETUNG DES PRÄSIDENTEN DR. SAENGER

VON
PROF. DR. F. KÜHNERT,
OBERREGIERUNGSRAT.

SECHSUNDFÜNFZIGSTER JAHRGANG.

1916.

I. Abteilung.

Inhalt:

	Seite		Seite
Über gewerbliche Produktionsstatistik. Von Dr. R. Meerwarth, Mitglied des Kgl. Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Kgl. Technischen Hochschule zu Berlin, z. Z. im Heeresdienst.	1—18	1911. — III. — Bewegung der hypothekarischen Verschuldung in Preußen und in anderen Bundesstaaten im Zeitraume 1901—1913. — IV. — Die Ursachen der Brände in Preußen und der dadurch entstandene Schaden 1902—1913. — V. — Die Reifeprüfungen an den höheren Lehranstalten Preußens von 1909 bis 1915. — VI. — Die Volksschulen in Württemberg, 1914. — Die höheren Schulen in Württemberg, 1914. — VII. — Ein Beispiel für die Kosten des Lebensunterhalts aus der Schweiz. — Die Waldbestände in Polen. — VIII. — Die öffentlichen Sparkassen und die Kriegsanleihezeichnungen ihrer Sparer. — IX. — Die Hopfenernte in Preußen 1915. — Ehescheidungen in Preußen 1914. — X. — Geistliche Orden und Kongregationen der katholischen Kirche in Preußen. — Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehramts in Preußen. — XI. — Die staatlich veranlagte Grundsteuer in Preußen 1915. — XII. — Der Finanzbedarf der preussischen Städte und größeren Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 und die Art seiner Deckung. — XIII. — Ernteerträge in Russisch-Polen. — XVI. — Die Ausländer im Deutschen Reiche im Jahre 1910. — Die Geburten in Preußen 1914 nach Berufsabteilungen. — XVII. — Die Sterbefälle in Preußen nach Berufsabteilungen. — Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1913. — XVIII. — Die Weinernte 1914 in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier. — XIX. — Der Weinmostertrag in Preußen 1915. — XXII. — Der Besuch der höheren Lehranstalten Preußens 1904 bis 1915. — XXIII. — Die weiblichen Studierenden auf den preussischen Universitäten. — XXIV.	I—XXIV
Die Steuerkraft der preussischen Gemeinden nach den vorläufigen Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911. Von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	19—34		
Die preussischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. Heinrich Höpker.	35—88		
Statistische Korrespondenz: Bestand an deutschen Seeschiffen 1914. — Die Bewegung der Bevölkerung in Preußen in den Jahren 1913 und 1914. — Statistisches über den Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen. — I. — Zusammenreffen von Vermögen und Einkommen in einer Hand in Preußen 1896—1914. — II. — Ist-Einnahmen und -Ausgaben der Städte und Landgemeinden der Provinz Westpreußen			

Die auszugsweise erfolgende Wiedergabe von Abhandlungen dieser Zeitschrift ist unter Quellenangabe — Pr St L A Z. — gestattet.



Berlin 1916.

Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts.

Zeitschrift

des

Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

56. Jahrgang.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten, sowohl durch das Königliche Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den preußischen Staat und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zu Grunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhaltes.

Der Preis der Zeitschrift, die vom 43. Jahrgange an statt in Vierteljahrsheften in **zwanglosen**, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen erscheint, beträgt bei einem auf etwa 60 Bogen festgesetzten Umfange 10 Mark für den Jahrgang. — Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung und Postanstalt sowie unmittelbar von unterzeichneter Verlagsstelle bezogen werden. Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 4 bis 8 (1864 bis 1868) zum Preise von je 6 Mark, 9 und 10 (1869 und 1870) zum Preise von je 7 Mark 50 Pf. und die Jahrgänge 11 bis 36 (1871 bis 1896), 38 (1898) und 40 bis 55 (1900 bis 1915) zum Preise von je 10 Mark.

Mit der III. Abteilung des Jahrgangs 1915 wurde der I. Teil des Inhaltsverzeichnisses zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach den Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben. Der II. und III. Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der vorliegenden II. und III. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden.

Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch in einem Sonderabdruck zum Preise von 4 Mark durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders verkäufliche „Ergänzungshefte“ herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist.

Die Titel der neuesten dieser Ergänzungshefte finden sich auf der dritten Seite dieses Umschlages verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte zur Zeitschrift lauten:

Erg.-Heft XXVIII. Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906. Im amtlich. Auftrage bearb. von Georg Evert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XXXII u. 193 S.) 1908 6,00 M.
 " XXIX. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1907. Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts und Leiter der Statistik. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (214 S.) 1909 5,00 M.
 " XXX. Die preussischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren. Mit 3 Tafeln kartograph. Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Georg Evert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XLIX u. 279 S.) 1909 9,00 M.
 " XXXI. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1908. Herausgegeben vom Kgl. Preuß. Statist. Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.
 " XXXII. Die langfristigen Anleiheeschulden sowie die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der mehr als 10 000 Einwohner zählenden preussischen Städte und Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906. Bearbeitet im Kgl. Preuß. Statistischen Landesamte. (208 S.) 1910 5,00 M.
 " XXXIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (152 S.) 1910 4,00 M.
 " XXXIV. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1909. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.

Erg.-Heft XXXV. Statistik der Gärtnerei in Preußen nach der Erhebung vom 2. Mai 1906. Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts. (XL u. 155 S.) 1910 5,00 M.
 " XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (180 S.) 1911 4,00 M.
 " XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1911 2,00 M.
 " XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (194 S.) 1912 5,00 M.
 " XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1912 2,00 M.
 " XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (176 S.) 1913 4,00 M.
 " XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (218 S.) 1914 5,00 M.
 " XLII. Besitzverhältnisse der Eigentümer von Grundstücken mit mindestens 60 M. Grundsteuer-Reinertrag nach dem Stande vom Jahre 1902. (Im Drucke.)
 " XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913. (Im Drucke.)
 " XLIV. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912 (Im Drucke.)

Sonstige neuere Veröffentlichungen des Königl. Statistischen Landesamts:

Preussische Statistik (Amtliches Quellenwerk).

Herausgegeben in zwanglosen Heften vom

Königlich Preussischen Statistischen Landesamte in Berlin.

Format: Hoch-Quart.

Jedes Heft bildet ein abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

Über die früher erschienenen Hefte dieses Quellenwerks sowie über alle anderen früheren Veröffentlichungen wird auf Wunsch ein besonderes Verzeichnis kostenfrei übersandt.

Heft 218. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1907 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. Mit einer Tafel graphischer Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (LXX u. 141 S.) 1910 5,00 M.
 Heft 219. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1907. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (XXXIV u. 385 S.) 1910 10,00 M.
 Heft 220. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1908. Nebst einem Anhang, enth.: Die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1905/1906 im preuß. Staate. (XXVI u. 256 S.) 1909 7,00 M.
 Heft 221. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1909. (XLIV u. 65 S.) 1910 3,00 M.
 Heft 222. Monats- und Jahrespreise wichtiger Verpflegungsmittel in 154 preussischen Berichtsorten im Jahre 1909. Mit einer Einleitung von Professor Dr. F. Kühnert, Regier.-Rat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (XV u. 196 S.) 1910 5,00 M.
 Heft 223. Statistik der preussischen Landesuniversitäten mit Einschluß des Lyceum Hosianum zu Braunsberg, der bischöflichen Klerikalseminare und der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen zu Berlin für das Studienjahr Ostern 1908/09. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts (VIII u. 445 S.) 1910 11,00 M.
 Heft 224. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1909. (XXVI u. 250 S.) 1910 7,00 M.
 Heft 225. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1910. (XLVI u. 65 S.) 1911 3,00 M.
 Heft 226. Finanzstatistik der preussischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1908. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts.
 Teil Ia: Einleitung. Mit einer Karte. (344 S.) 1912.
 Teil Ib: Kreissteuern 1908. — Vermögen und Schulden. — Kapitalvermögen. — Langfristige Anleiheeschulden. — Kurzfristige Darlehen. — Hypotheken und Grundschulden, Restkaufgelder nach dem rechnungsmäßigen Stande vom 31. März 1909. (308 S.) 1911.
 Teil IIa: Ist-Einnahmen und -Ausgaben nach ihren einzelnen Quellen und Verwendungszwecken der Landkreise in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Pommern. (480 S.) 1911.
 Teil IIb: Derselbe Inhalt wie vorstehend, die Provinzen Posen und Schlesien betr. (408 S.) 1911.

Teil IIc: Derselbe Inhalt wie vorher, die Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover betr. (480 S.) 1911.
 Teil IId: Derselbe Inhalt wie vorher, die Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz sowie Hohenzollernsche Lande betr. (504 S.) 1911.
 Preis des Gesamtwerks 50,00 M.
 Heft 227. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 154 preuß. Berichtsorten im Jahre 1910. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 222. (V u. 196 S.) 1911. 5,00 M.
 Heft 228. Finanzstatistik der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände für das Rechnungsjahr 1908. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (CXVI u. 135 S.) 1912. 6,00 M.
 Heft 229. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1910. (XXVII u. 250 S.) 1911 7,00 M.
 Heft 230. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1911. (LII u. 26 S.) 1913 2,00 M.
 Heft 231. Das niedere Schulwesen in Preußen, 1911.
 Teil I: Die niederen Schulen nach Provinzen und Regierungsbezirken. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bearbeitet vom Königl. Statistischen Landesamt. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat und Professor, Mitglied des Königlich Statistischen Landesamts. (VIII u. 538 S.) 1913 13,00 M.
 Teil II: Die öffentl. Volksschulen nach Kreisen. (675 S.) 1912 17,00 M.
 Heft 232. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preuß. Berichtsorten im Jahre 1911. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XIII u. 196 S.) 1911 5,00 M.
 Heft 233. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1911. Nebst einem Anhang, enthaltend: Preussische Sterbetafeln für die Jahre 1906/1910, die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1910/1911, die Säuglingssterblichkeit und das Verhältnis der Knaben- zu den Mädchengeburten im preussischen Staate alten Gebietsumfangs 1816/1911. (XXXI u. 421 S.) 1912. 11,00 M.
 Heft 234. I. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont nebst einem aktenmäßigen Bericht über die Ausführung dieser Zählung (XXXII u. 356 S.) 1913 10,00 M.
 Heft 234. II. Die Gebrechlichen in der ortsanwesenden Bevölkerung am 1. Dezember 1910 überhaupt sowie nach Religionsbekenntnis, Alter und Beruf. — Die in konfessionellen Mischehen lebenden Ehepaare und deren Kinder im Haushalte. (IV u. 354 S.) 1913. 9,00 M.
 Heft 235. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatensand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1912, nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LIII u. 38 S.) 1914 2,00 M.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Heft 231. Das niedere Schulwesen in Preußen, 1911.

Teil I: Die niederen Schulen nach Provinzen und Regierungsbezirken. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bearbeitet vom Königl. Statistischen Landesamt. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat und Professor, Mitglied des Königlich Statistischen Landesamts. (VIII u. 538 S.) 1913 13,80 M.

Teil II: Die öffentl. Volksschulen nach Kreisen. (675 S.) 1912 17,20 M.

Heft 232. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preuß. Berichtsorten im Jahre 1911. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XIII u. 196 S.) 1911 5,40 M.

Heft 233. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preußischen Staate während des Jahres 1911. Nebst einem Anhang, enthaltend: Preussische Sterbetafeln für die Jahre 1906/1910, die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1910/1911, die Säuglingssterblichkeit und das Verhältnis der Knaben- zu den Mädchengeburten im preussischen Staate alten Gebietsumfangs 1816/1911. (XXXI u. 421 S.) 1912. 11,60 M.

Heft 234. I. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont nebst einem aktenmäßigen Bericht über die Ausführung dieser Zählung (XXXII u. 356 S.) 1913 10,00 M.

Heft 234. II. Die Gebrechlichen in der ortsanwesenden Bevölkerung am 1. Dezember 1910 überhaupt sowie nach Religionsbekenntnis, Alter und Beruf. — Die in konfessionellen Mischehen lebenden Ehepaare und deren Kinder im Haushalte. (IV u. 354 S.) 1913. 9,20 M.

Heft 235. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatensand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1912, nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LIII u. 38 S.) 1914 2,60 M.

Heft 236. Statistik der Landesuniversitäten usw. für das Studienjahr Ostern 1911/12 — siehe Heft 223 — (396 Seiten) 1913. 10,20 M.

Heft 237. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preussischen Berichtsorten im Jahre 1912. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XI u. 196 S.) 1913. 5,40 M.

Heft 238. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1912. (XXIX u. 250 S.) 1913. 7,20 M.

Heft 239. Beiträge zur Statistik der Arbeitsverfassung der Landwirtschaft in Preußen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1907. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor (XVIII u. 283 S.) 1914. 7,80 M.

Heft 240. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatensand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1913 nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (XLIV u. 35 S.) 1914 2,80 M.

Heft 241. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1912 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (Im Drucke.)

Heft 242. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1912. (Im Drucke.)

Heft 243. Finanzstatistik der preussischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:

Ostpreussen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Kgl. Preuß. Stat. Landesamts. (VIII u. 324 S.) 1914 8,40 M.

Westpreussen. Im amtlichen Auftrage vertretungsweise bearbeitet von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (VIII u. 282 S.) 7,40 M.

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XII u. 212 S.) 1914. 5,80 M.

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 M.

Heft 246. Die Bodenbenutzung in Preußen im Jahre 1913. (Im Drucke.)

Heft 247. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1914. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XV u. 218 S.) 1915. 6,00 M.

Heft 248. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1914. (Im Drucke.)

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 M.

Soeben erschienen: Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, XIII. Jahrgang.

Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Umfang 32 Bogen. Preis gebunden 1,60 M.

Der Inhalt des Jahrbuchs erstreckt sich auf folgende Haupttitel:

I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. — VIII. Verkehrsmittel und Verkehr. — IX. Handel und Preise. — X. Einkommens- und Vermögensverhältnisse. — XI. Geld- und Kreditwesen. — XII. Versicherungswesen. — XIII. Brand- und sonstige Schäden. — XIV. Gesundheitspflege. — XV. Kirche und Gottesdienst. — XVI. Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft. — XVII. Rechtspflege, Strafvollzug, Besserungsanstalten. — XVIII. Wohlfahrtspflege. — XIX. Finanzen. — XX. Gesetzgebende Körperschaften. — XXI. Beamtenverhältnisse. — Anhang: I. Stand und Bewegung der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1909/1913 und Einkommens- und Vermögensgliederung 1914. — II. Wasserstände der norddeutschen Ströme im Abflussjahr 1915. Mit graphischen Darstellungen.

Eine ferner beigegebene Inhalts- und Quellentübersicht über alle seit 1873 erschienenen, auf Preußen bezüglichen Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamts dürfte allen Käufern des Jahrbuchs besonders erwünscht sein.

Von den früher erschienenen Jahrgängen dieses Jahrbuchs sind nur noch vorhanden: der II. (1904), III. (1905) und VI. (1908), 1 M für den Jahrgang, sowie der X. (1912), XI. (1913) und XII. Jahrgang (1914), für 1,60 M.

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt.

Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat zum Preise von 6,00 M für den Jahrgang. Die Hefte sind auch einzeln für je 1,50 M käuflich. Erschienen sind bisher die Jahrgänge I—VI, 1909 bis 1914/15 sowie das I. Heft des VII. Jahrgangs 1915/16.

Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im preuß. Staate sowie in den Regierungsbezirken und Stadtkreisen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschlag usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungs-Anstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten sowie auf die Taubstummenstatistik. Mit dem IV. Jahrgange sind die Todesursachen auch für die Kreise getrennt nach Stadt und Land zum Abdrucke gelangt. Besondere aktuelle Themata der Statistik, wie über Krebs, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Blinddarmentzündung, Fehlgeburten usw. sind in den einzelnen Heften unter „Verschiedenes“ behandelt (vergl. Seite 4 des Umschlages der Hefte).

Bulgariens Wirtschaftslage. Von W. K. Weiß-Bartenstein (Berlin).

Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1915 2,00 M.

Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Grossstädten im Jahre 1911.

Mit drei Tafeln graphischer Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1913 2,40 M.

Die Fideikomisse in Preussen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912.

Mit drei Kartogrammen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. H. Höpker. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914 3,20 M.

Die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in Preussen und in einigen anderen wichtigen Staaten Europas.

Von Dr. Carl Ballod, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und ordentl. Honorarprofessor a. d. Universität Berlin. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914 1,60 M.

Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten in Gross-Berlin in den Jahren 1909-1911.

Im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe bearbeitet im Königlich Preussischen Statistischen Landesamt von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat. Textlicher Teil 144 S., Tabellenteil 172 S. nebst 19 Anlagen. Berlin 1914. Beide Teile zusammen 6,00 M.

Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1915.

Im Auftrage des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, 1915. Preis 5 M. Diese Statistik erscheint seit 1893 jährlich (für die Ergänzungsteuer nur alle drei Jahre) in der Regel zu Anfang Januar. Die bisher erschienenen Bände sind zum Preise von 5 M für den Band durch unsere Verlagshandlung zu beziehen. Jahrgang 1900 ist vergriffen.

ZEITSCHRIFT

DES

KÖNIGLICH PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN IN VERTRETUNG DES PRÄSIDENTEN DR. SAENGER

VON
PROF. DR. F. KÜHNERT,
OBERREGIERUNGSRAT.

SECHSUNDFÜNFZIGSTER JAHRGANG.

1916.

II. und III. Abteilung.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Steuern und Schulden der Städte und großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	89—268	den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913. — XXVI. — Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geistes- kranke usw. in Preußen 1913. — Der Besitzwechsel länd- licher Grundstücke in Preußen nach Ursachen 1909—1913. — XXVII. — Zu- und Abgang der Lehrer an den höheren Lehr- anstalten für die männliche Jugend in Preußen. — XXVIII. — Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1916. — XXIX. — Mittelschullehrer-Prüfungen in Preußen. — Die preussischen Universitäten seit 1870. — XXX. — Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Rechnungsjahre 1913. — XXXI. — Bevölkerungsstatistik der Niederlande. — Der auswärtige Wirtschaftsverkehr der Türkei 1909/10. — XXXII. — Aus der Bevölkerungsstatistik des In- und Auslandes vor dem Weltkriege. — Analphabeten im Deutschen Reiche und im Auslande. — XXXIII. — Die Dar- lehnskassen des Reiches im Jahre 1915. — Die Stuhl- sterblichkeit in Preußen. — XXXIV. — Die Gründe für die Ehescheidungen in Preußen 1914. — XXXV. — Die Fidel- kommission in Preußen 1913. — XXXVI. — Arbeitskämpfe in Preußen 1915. — XXXVII. — Die Schulden der preussischen Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — XXXVIII. — Die Steuern der preussischen Landkreise im Rechnungsjahre 1914. — XXXIX. — Waldbrände in Baden 1914. — XL	XXV—XL
Einkommensgliederung der preussischen Bevölkerung im Zeitraume 1902-1914. Mit zwei Karten. Von Dr. F. Kühnert.	269—309		
Die vorhandenen und leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin am 15. Mai 1916. Von Dr. H. Höpker	310—312		
Statistische Korrespondenz: Aus der preussischen Bevölkerungsstatistik. — Zahlenverhältnis der Geschlechter nach der preussischen Bevölkerungsstatistik. — Herkunft der Ausländer in den Provinzen Westpreußen und Posen. — XXV. — Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1913. — Das Auftreten von Influenza und von Kindbettfieber in			

Besondere Beilage:

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. II. u. III. Abteilung, nach Ländern und Verfassern geordnet. Herausgegeben vom Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts J. V.: Prof. Dr. Kühnert, Oberregierungsrat. 95—143

Die auszugsweise erfolgende Wiedergabe von Abhandlungen dieser Zeitschrift ist unter Quellenangabe — Pr St L A Z. — gestattet.



Berlin 1916.

Verlag des Königlich Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

- Heft 236.** Statistik der Landesuniversitäten usw. für das Studienjahr Ostern 1911/12 — siehe Heft 223 — (396 Seiten) 1913. 10,20 M.
Heft 237. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preussischen Berichtsorten im Jahre 1912. Miteiner Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XI u. 196 S.) 1913. 5,40 M.
Heft 238. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1912. (XXIX u. 250 S.) 1913. 7,20 M.
Heft 239. Beiträge zur Statistik der Arbeitsverfassung der Landwirtschaft in Preußen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1907. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor (XVIII u. 283 S.) 1914. 7,80 M.
Heft 240. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatensatz, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1913 nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (XLIV u. 35 S.) 1914. 2,80 M.
Heft 241. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1912 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (XLIV u. 301 S.) 1916. 9,00 M.
Heft 242. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1912. (Im Drucke.)
Heft 243. Finanzstatistik der preussischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:
Ostpreussen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Kgl. Preuß. Stat.Landesamts. (VIII u. 324 S.) 1914 8,40 M.

- Westpreussen.** Im amtlichen Auftrage vertretungsweise bearbeitet von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (VIII u. 282 S.) 7,40 M.
Pommern. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Königl. Preuß. Stat.Landesamts. (XXII u. 362 S.) 1916 9,80 M.
Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XII u. 212 S.) 1914. 5,80 M.
Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 M.
Heft 246. Die Bodenbenutzung in Preußen im Jahre 1913. (Im Drucke.)
Heft 247. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1914. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XV u. 218 S.) 1915. 6,00 M.
Heft 248. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1914. (Im Drucke.)
Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 M.
Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. (Im Drucke.)
Heft 251. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1915. (Im Drucke.)
Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916. 3,30 M.

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, XIII. Jahrgang.

Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Umfang 32 Bogen. Preis gebunden 1,80 M.
 Der Inhalt des Jahrbuchs erstreckt sich auf folgende Haupttitel:
 I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. — VIII. Verkehrsmittel und Verkehr. — IX. Handel und Preise. — X. Einkommens- und Vermögensverhältnisse. — XI. Geld- und Kreditwesen. — XII. Versicherungswesen. — XIII. Brand- und sonstige Schäden. — XIV. Gesundheitspflege. — XV. Kirche und Gottesdienst. — XVI. Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft. — XVII. Rechtspflege, Strafvollzug, Besserungsanstalten. — XVIII. Wohlfahrtspflege. — XIX. Finanzen. — XX. Gesetzgebende Körperschaften. — XXI. Beamtenverhältnisse. — Anhang: I. Stand und Bewegung der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1909/1913 und Einkommens- und Vermögensgliederung 1914. — II. Wasserstände der norddeutschen Ströme im Abflußjahr 1915. Mit graphischen Darstellungen.
 Eine ferner beigegebene Inhalts- und Quellenübersicht über alle seit 1873 erschienenen, auf Preußen bezüglichen Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamts dürfte allen Käufern des Jahrbuchs besonders erwünscht sein.
 Von den früher erschienenen Jahrgängen dieses Jahrbuchs sind nur noch vorhanden: der II. (1904), III. (1905) und VI. (1908), 1 M für den Jahrgang, sowie der X. (1912), XI. (1913) und XII. Jahrgang (1914), für 1,80 M.

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt.
 Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat zum Preise von 6,00 M für den Jahrgang. Die Hefte sind auch einzeln für je 1,50 M käuflich.
 Erschienen sind bisher die Jahrgänge I—VI, 1909 bis 1914/15 sowie das I. und II. Heft des VII. Jahrgangs 1915/16.
 Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im preuß. Staate sowie in den Regierungsbezirken und Stadtkreisen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschlag usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungs-Anstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten sowie auf die Tanstummstatistik. Mit dem IV. Jahrgange sind die Todesursachen auch für die Kreise getrennt nach Stadt und Land zum Abdrucke gelangt. Besondere aktuelle Themata der Statistik, wie Krebs, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Blinddarmentzündung, Fehlgeburten usw. sind in den einzelnen Heften unter „Verschiedenes“ behandelt (vergl. Seite 4 des Umschlages der Hefte).

Soeben erschienen:

Die Steuern und Schulden der großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ Jahrgang 1916. 4,00 M.

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Herausgegeben vom Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts I. V.: Prof. Dr. Kühnert, Oberregierungsrat. Sonderabdruck aus den Jahrgängen 1915 und 1916 der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ 4,00 M.

Bulgariens Wirtschaftslage. Von W. K. Weiß-Bartenstein (Berlin).

Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1915. 2,00 M.

Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Grossstädten im Jahre 1911.

Mit drei Tafeln graphischer Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1913. 2,40 M.

Die Fideikommisse in Preussen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912.

Mit drei Kartogrammen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. H. Höpker. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 3,20 M.

Die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in Preussen und in einigen anderen wichtigen Staaten Europas. Von Dr. Carl Ballod, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und ordentl. Honorarprofessor a. d. Universität Berlin. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 1,60 M.

Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baukieseranten in Gross-Berlin in den Jahren 1909-1911. Im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe bearbeitet im Königlich Preussischen Statistischen Landesamt von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat. Textlicher Teil 144 S., Tabellentheil 172 S. nebst 19 Anlagen. Berlin 1914. Beide Teile zusammen. 6,00 M.

Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1915.

Im Auftrage des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, 1915. Preis 5 M.
 Diese Statistik erscheint seit 1893 jährlich (für die Ergänzungsteuer nur alle drei Jahre) in der Regel zu Anfang Januar. Die bisher erschienenen Bände sind zum Preise von 5 M für den Band durch unsere Verlagshandlung zu beziehen. Jahrgang 1900 ist vergriffen.

ZEITSCHRIFT

DES

KÖNIGLICH PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

SECHSUNDFÜNFZIGSTER JAHRGANG.

1916.



IV. (Schluß-) Abteilung.

Inhalt:

	Seite		Seite
Über Bilanzen, Rentabilitätsberechnung und Rentabilitätsstatistik. Von Dr. Rudolf Meerwarth, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin	313—331	Milliardengruppen des Einkommens in Preußen 1915. — XLIII. — Die Aktiengesellschaften in Preußen 1914. — XLIV. — Die staatlich veranlagte Gebäudesteuer in Preußen 1915. — XLVI. — Die Steuern der preussischen Stadt- und Landkreise im Rechnungsjahre 1914. — XLVII. — Die Bevölkerung Schwedens 1915. — Die Eisenbahnen und Straßenbahnen der Schweiz 1914 im Vergleich mit den Vorjahren. — XLVIII. — Die Sterblichkeit in der Gesamtbevölkerung des preussischen Staates im Jahre 1914. — Die Krankenhaushausstatistik der allgemeinen Heilanstalten in Preußen 1914. — XLIX. — Die Haushaltungen in Preußen 1871—1910. — L. — Die Handelsmarine. — Die Waldbrände in Preußen 1902—1914. — LI. — Die Schulden der preussischen Stadt- und Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — LIII. — Die Schulden der preussischen Stadtkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1914. — LIV. — Die Kriegsanleihen und die Sparkraft der Sparer im Jahre 1915. — Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Preußen 1914. — LV. — Die Einkommensverteilung in Preußen 1915. — LVI. — Die Haushaltungen in Preußen nach der Personenzahl. — Die Todesursachen bei den im Jahre 1914 in Preußen Gestorbenen unter Hervorhebung einiger wichtiger Krankheiten. — LVII. — Aufbau und Ernte Preußens 1915. — LVIII. — Der Besitzwechsel ländlicher Grundstücke in Preußen im Jahrzehnt 1904—1913. — LXII. — Die Ein- und Ausfuhr von Getreide, Ölfrüchten und Futtermitteln nach und aus dem Deutschen Reich 1912/13 und 1913/14. — LXIII.	XLI—LXIV
Eisenerzvorräte und Eisenerz-Erzeugung der Welt (nebst einer Einführung in die Entwicklung der Roheisen-, Hochofen- und Eisenhütten-Industrie) von Dr. Heinrich Pudor	332—341		
Die Steuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911. Von Prof. Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	342—362		
Statistische Korrespondenz: Die Ehescheidungsgründe in ihrer Verteilung auf die Ehescheidungsfälle in Preußen 1914. — Die Familienverhältnisse der fürsorgebedürftigen Kinder. — XLI. — Brotgetreide- und Kartoffelernte in den deutschen Bundesstaaten 1904—1913. — XLII. — Entwicklung der deutschen Handelsmarine von 1871 bis 1914. — Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach			

Die Wiedergabe von Abhandlungen dieser Zeitschrift ist auszugsweise unter Quellenangabe — Pr St L A Z. — gestattet.



Berlin 1916.

Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts.

Zeitschrift

des

Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

56. Jahrgang.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten, sowohl durch das Königliche Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den preußischen Staat und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zu Grunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhaltes.

Der Preis der Zeitschrift, die vom 43. Jahrgange an statt in Vierteljahrsheften in zwanglosen, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen erscheint, beträgt bei einem auf etwa 60 Bogen festgesetzten Umfange 10 Mark für den Jahrgang. — Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung und Postanstalt sowie unmittelbar vom unterzeichneten Verlage bezogen werden. Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 4 bis 8 (1864 bis 1868) zum Preise von je 6 Mark, 9 und 10 (1869 und 1870) zum Preise von je 7 Mark 50 Pf. und die Jahrgänge 11 bis 36 (1871 bis 1896), 38 (1898) und 40 bis 55 (1900 bis 1915) zum Preise von je 10 Mark.

Mit der III. Abteilung des Jahrgangs 1915 wurde der I. Teil des Inhaltsverzeichnisses zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach den Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben. Der II. und III. Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der II. und III. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden.

Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch in einem Sonderabdruck zum Preise von 4 Mark durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders verkäufliche „Ergänzungshefte“ herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist.

Die Titel der neuesten dieser Ergänzungshefte finden sich auf der dritten Seite dieses Umschlages verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Königlichen Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte zur Zeitschrift lauten:

Erg.-Heft XXVIII. Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906. Im amtlich. Auftrage bearb. von Georg Evert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XXXII u. 193 S.) 1908 6,00 M.

„ XXIX. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1907. Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts und Leiter der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (214 S.) 1909 5,60 M.

„ XXX. Die preußischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren. Mit 3 Tafeln kartograph. Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Georg Evert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XLIX u. 279 S.) 1909 9,00 M.

„ XXXI. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1908. Herausgegeben vom Kgl. Preuß. Statist. Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.

„ XXXII. Die langfristigen Anleihe-schulden sowie die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906. Bearbeitet im Kgl. Preuß. Statistischen Landesamte. (208 S.) 1910 5,60 M.

„ XXXIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (152 S.) 1910 4,00 M.

„ XXXIV. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1909. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.

„ XXXV. Statistik der Gärtnerei in Preußen nach der Erhebung vom 2. Mai 1906. Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeitet von

Erg.-Heft Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Kgl. Preuß. Stat. Landesamts. (XL u. 155 S.) 1910 5,20 M.

„ XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (180 S.) 1911 4,60 M.

„ XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1911 2,00 M.

„ XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (194 S.) 1912 5,00 M.

„ XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1912 2,00 M.

„ XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (176 S.) 1913 4,60 M.

„ XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXIX. (218 S.) 1914 5,60 M.

„ XLII. Besitzverhältnisse der Eigentümer von Grundstücken mit mindestens 60 M. Grundsteuer-Reinertrag nach dem Stande vom Jahre 1902. (Im Drucke.)

„ XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913. (Im Drucke.)

„ 44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912. Mit einer im amtlichen Auftrage verfaßten Einleitung von Dr. Paul Seiler, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter beim Königlich Preuß. Stat. Landesamt. (XLI u. 161 S.) 1917 . . . 5,40 M.

„ 45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1913 und 1914. (Im Drucke.)

Sonstige neuere Veröffentlichungen des Königl. Statistischen Landesamts:

Preussische Statistik (Amtliches Quellenwerk).

Herausgegeben in zwanglosen Heften vom

Königlich Preussischen Statistischen Landesamte in Berlin.

Format: Hoch-Quart.

Jedes Heft bildet ein abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

Über die früher erschienenen Hefte dieses Quellenwerks sowie über alle anderen früheren Veröffentlichungen wird auf Wunsch ein besonderes Verzeichnis kostenfrei übersandt.

Heft 221. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1909. (XLIV u. 65 S.) 1910 3,00 M.

Heft 222. Monats- und Jahrespreise wichtiger Verpflegungsmittel in 154 preussischen Berichtsorten im Jahre 1909. Mit einer Einleitung von Professor Dr. F. Kühnert, Regier.-Rat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (XV u. 196 S.) 1910 5,60 M.

Heft 223. Statistik der preussischen Landesuniversitäten mit Einschluß des Lyceum Hosianum zu Braunsberg, der bischöflichen Klerikalseminare und der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen zu Berlin für das Studienjahr Ostern 1908/09. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts (VIII u. 445 S.) 1910 11,60 M.

Heft 224. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1909. (XXVI u. 250 S.) 1910 7,00 M.

Heft 225. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1910. (XLVI u. 65 S.) 1911 3,00 M.

Heft 226. Finanzstatistik der preussischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1908. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts.

Teil Ia: Einleitung. Mit einer Karte. (344 S.) 1912.

Teil Ib: Kreissteuern 1908. — Vermögen und Schulden. — Kapitalvermögen. — Langfristige Anleihe-schulden. — Kurzfristige Darlehen. — Hypotheken und Grundschulden, Restkaufgelder nach dem rechnungs-mäßigen Stande vom 31. März 1909. (308 S.) 1911.

Teil IIa: Ist-Einnahmen und -Ausgaben nach ihren einzelnen Quellen und Verwendungszwecken der Landkreise in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Pommern. (480 S.) 1911.

Teil IIb: Derselbe Inhalt wie vorstehend, die Provinzen Posen und Schlesien betr. (408 S.) 1911.

Teil IIc: Derselbe Inhalt wie vorher, die Provinzen Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover betr. (480 S.) 1911.

Teil IId: Derselbe Inhalt wie vorher, die Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz sowie Hohenzollernsche Lande betr. (504 S.) 1911.

Preis des Gesamtwerks 50,00 M.

Heft 227. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 154 preuß. Berichtsorten im Jahre 1910. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 222. (V u. 196 S.) 1911. 5,20 M.

Heft 228. Finanzstatistik der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände für das Rechnungsjahr 1908. Im amtlichen

Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (CXVI u. 135 S.) 1912. 6,40 M.

Heft 229. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1910. (XXVII u. 250 S.) 1911 7,20 M.

Heft 230. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1911. (LII u. 26 S.) 1913 2,20 M.

Heft 231. Das niedere Schulwesen in Preußen, 1911.

Teil I: Die niederen Schulen nach Provinzen und Regierungsbezirken. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bearbeitet vom Königl. Statistischen Landesamt. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat und Professor, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. (VIII u. 538 S.) 1913 13,80 M.

Teil II: Die öffentl. Volksschulen nach Kreisen. (675 S.) 1912 17,20 M.

Heft 232. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preuß. Berichtsorten im Jahre 1911. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts. (XIII u. 196 S.) 1911 5,40 M.

Heft 233. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1911. Nebst einem Anhange, enthaltend: Preussische Sterbetafeln für die Jahre 1906/1910, die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1910/1911, die Säuglingssterblichkeit und das Verhältnis der Knaben- zu den Mädchen-geburten im preussischen Staate alten Gebietsumfangs 1816/1911. (XXXI u. 421 S.) 1912. 11,60 M.

Heft 234, I. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont nebst einem aktenmäßigen Bericht über die Ausführung dieser Zählung (XXXII u. 356 S.) 1913 10,00 M.

Heft 234, II. Die Gebrechlichen in der ortsanwesenden Bevölkerung am 1. Dezember 1910 überhaupt sowie nach Religionsbekenntnis, Alter und Beruf. — Die in konfessionellen Mischehen lebenden Ehepaare und deren Kinder im Haushalte. (IV. u. 354 S.) 1913. 9,20 M.

Heft 235. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatenstand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1912, nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LIII u. 38 S.) 1914 2,60 M.

Heft 236. Statistik der Landesuniversitäten usw. für das Studienjahr Ostern 1911/12 — siehe Heft 223 — (396 Seiten) 1913. 10,20 M.

Heft 237. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 155 preussischen Berichtsorten im Jahre 1912. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XI u. 196 S.) 1913. 5,40 M.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Heft 238. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß.

Staate während des Jahres 1912. (XXIX u. 250 S.) 1913. 7,20 M.

Heft 239. Beiträge zur Statistik der Arbeitsverfassung der Landwirtschaft in Preußen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1907.

Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor (XVIII u. 283 S.) 1914. 7,80 M.

Heft 240. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatensatz, Ernte und Wasserscheiden) im preuß. Staate für das Jahr 1913 nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont.

(XLIV u. 35 S.) 1914. 2,80 M.

Heft 241. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1912 im preußischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont.

(XLIV u. 301 S.) 1916. 9,00 M.

Heft 242. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1912. (Im Drucke.)

Heft 243. Finanzstatistik der preussischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:

Ostpreussen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Kgl. Preuß. Stat. Landesamts. (VIII u. 324 S.) 1914. 8,40 M.

Westpreussen. Im amtlichen Auftrage vortretend v. Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (VIII u. 282 S.) 7,40 M.

Pommern.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Königl. Preuß. Stat. Landesamts. (XXII u. 362 S.) 1916. 9,80 M.

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XII u. 212 S.) 1914. 5,80 M.

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 M.

Heft 246. Die Bodenbenutzung in Preußen im Jahre 1913. (Im Drucke.)

Heft 247. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1914. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XV u. 218 S.) 1915. 6,00 M.

Heft 248. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1914 wie Heft 240. (XLI u. 35 S.) 1917. 2,80 M.

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 M.

Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. (Im Drucke.)

Heft 251. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1915. (Im Drucke.)

Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916. 3,20 M.

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, XIII. Jahrgang.

Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Umfang 32 Bogen. Preis gebunden 1,80 M.

Der Inhalt des Jahrbuchs erstreckt sich auf folgende Haupttitel:

I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. — VIII. Verkehrsmittel und Verkehr. — IX. Handel und Preise. — X. Einkommens- und Vermögensverhältnisse. — XI. Geld- und Kreditwesen. — XII. Versicherungswesen. — XIII. Brand- und sonstige Schäden. — XIV. Gesundheitspflege. — XV. Kirche und Gottesdienst. — XVI. Unterrichtswesen. Kunst und Wissenschaft. — XVII. Rechtspflege. Strafvollzug, Besserungsanstalten. — XVIII. Wohlfahrtspflege. — XIX. Finanzen. — XX. Gesetzgebende Körperschaften. — XXI. Beamtenverhältnisse. — Anhang: I. Stand und Bewegung der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1909/1913 und Einkommens- und Vermögensgliederung 1914. — II. Wasserstände der norddeutschen Ströme im Abflußjahr 1915. Mit graphischen Darstellungen.

Eine ferner beigegebene Inhalts- und Quellenübersicht über alle seit 1873 erschienenen, auf Preußen bezüglichen Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamts dürfte allen Käufern des Jahrbuchs besonders erwünscht sein.

Von den früher erschienenen Jahrgängen dieses Jahrbuchs sind nur noch vorhanden: der II. (1904), III. (1905) und VI. (1908), 1 M. für den Jahrgang, sowie der X. (1912), XI. (1913) und XII. Jahrgang (1914), für 1,60 M.

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat zum Preise von 6,00 M. für den Jahrgang. Die Hefte sind auch einzeln für je 1,50 M. käuflich. Erschienen sind bisher die Jahrgänge I—VI, 1909 bis 1914/15 sowie das I. und II. Heft des VII. Jahrgangs 1915/16.

Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im preuß. Staate sowie in den Regierungsbezirken und Stadtkreisen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschlag usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungs-Anstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten sowie auf die Taubstummenstatistik. Mit dem IV. Jahrgange sind die Todesursachen auch für die Kreise getrennt nach Stadt und Land zum Abdrucke gelangt. Besondere aktuelle Themata der Statistik, wie Krebs, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Blinddarmentzündung, Fehlgeburten usw. sind in den einzelnen Heften unter „Verschiedenes“ behandelt (vergl. Seite 4 des Umschlages der Hefte).

Soeben erschienen:

Die Steuern und Schulden der großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ Jahrgang 1916. 4,00 M.

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Herausgegeben vom Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts I. V.: Prof. Dr. Kühnert, Oberregierungsrat. Sonderabdruck aus den Jahrgängen 1915 und 1916 der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ 4,00 M.

Bulgariens Wirtschaftslage. Von W. K. Weiß-Bartenstein (Berlin).

Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1915. 2,00 M.

Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Grossstädten im Jahre 1911.

Mit drei Tafeln graphischer Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Erich Petersilie, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1913. 2,40 M.

Die Fideikomisse in Preussen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912.

Mit drei Kartogrammen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. H. Höpker. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 3,20 M.

Die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in Preussen und in einigen anderen wichtigen Staaten Europas.

Von Dr. Carl Ballod, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und ordentl. Honorarprofessor a. d. Universität Berlin. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 1,60 M.

Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten in Gross-Berlin in den Jahren 1909-1911.

Im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe bearbeitet im Königlich Preussischen Statistischen Landesamt von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat. Textlicher Teil 144 S., Tabellenteil 172 S. nebst 19 Anlagen. Berlin 1914. Beide Teile zusammen. 6,00 M.

Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1916.

Im Auftrage des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, 1916. Preis 5 M. Diese Statistik erscheint seit 1893 jährlich (für die Ergänzungsteuer nur alle drei Jahre) in der Regel zum Anfang Januar. Die bisher erschienenen Bände sind zum Preise von 5 M. für den Band durch unsere Verlagshandlung zu beziehen. Jahrgang 1900 ist vergriffen.

ZEITSCHRIFT
DES
PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

SIEBENUNDFÜNFZIGSTER JAHRGANG.

1917.

Berlin  **1918.**

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

74

Inhaltsübersicht.

1. und 2. Abteilung.

	Seite
Statistische Grundlagen für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden Groß-Berlins. Von Professor Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts	1—11
Rückblick auf die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung im fünfundzwanzigjährigen Zeitraume 1892 bis 1916. Von Dr. F. Kühnert	11—58
Zusammensetzung der Bevölkerung des russischen Reichs nach Nationalitäten und Religionen. Mit 3 Karten. Von Dr. Rudolf Claus	59—82

Statistische Korrespondenz.

	Seite		Seite
Mord und Totschlag sowie Hinrichtungen in Preußen in den Jahren 1910—1914	1*	Das Durchschnittsalter der Lebenden	17*
Die Ehescheidungen in Preußen 1915	"	Die Ergebnisse der Veranlagung zur Warenhaussteuer in Preußen in den Jahren 1913 bis 1916	"
Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 für den preussischen Staat	2*	Die Ernteflächen-Erhebungen in Preußen 1915	18*
Die Entwicklung der deutschen Sparkassen von 1904 bis 1914	3*	Die Leistungen der deutschen Eisenbahnen im Krieg und Frieden	"
Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehramtes in Preußen 1914/15 und 1915/16	5*	Die eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit in Preußen in Stadt und Land von 1875 bis 1913	20*
Der bedingte Strafaufschub und seine Erledigung in Preußen 1913 bis 1915	"	Die Augenheilanstalten in Preußen 1914	"
Einkommensteuer-Veranlagung der nichtphysischen Personen in Preußen 1915	6*	Die neuen Konkurse in Preußen 1915	21*
Die Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) in den Rechnungsjahren 1903, 1908, 1913 und 1914	7*	Belgiens Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern Ende 1913	22*
Die Schulden der preussischen Provinzialverbände, Landkreise und Stadtgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1914	"	Bewegung der Sicherungs- und reinen Hypotheken in Preußen 1913 und 1914	"
Der Viehstand in Frankreich während der Kriegszeit	9*	Die Gemeindesteuern Preußens im Rechnungsjahre 1911	24*
Hypothekenbewegung in Preußen 1914	10*	Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1915	25*
Die Selbstmorde in Preußen nach Häufigkeit und Geschlecht im Jahre 1914	"	Das den Provinzialsteuern für das Rechnungsjahr 1915 zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in seiner Verteilung auf die einzelnen Steuerarten	26*
Prinzipalsteuersoll und Umlagesoll der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen im Rechnungsjahre 1911	11*	Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1908, 1914 und 1915	27*
Die Schulden und das Kapitalvermögen der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen am Schlusse des Rechnungsjahres 1911	12*	Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1914	29*
Art, Gründe und Zeit der Selbstmorde sowie Alter und Religionsbekenntnis der Selbstmörder in Preußen 1914	13*	Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geisteskranke usw. in Preußen im Jahre 1914	"
Die Waldbrände in den Regierungsbezirken Preußens 1913 und 1914	14*	Die Entbindungsanstalten in Preußen 1914	30*
Das Vermögen der Zensiten mit Einkommen von mehr als 3 000 M überhaupt und nach seinen Arten in Preußen 1914	15*	Durchschnittsalter beim Tode und mittlere Lebensdauer	"
Straffälle wegen übermäßiger Preisforderungen in Württemberg	16*	Wird der Geburtenrückgang durch den Rückgang der Sterblichkeit aufgewogen?	31*
		Die englische Landwirtschaft einst und jetzt	"
		Die landwirtschaftliche Anbaufläche in Frankreich 1917 und in den Vorjahren	32*
		Der Niedergang der französischen Landwirtschaft im Kriege	"

3. und 4. Abteilung.

Die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in Preußen in ihrer Verteilung auf Stadt- und Landkreise. Mit 2 Karten. Von Professor Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts	83—206
Über Lohnstatistik. Von Dr. Rudolf Meerwarth, Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin und Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts	206—224
Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1915	225—230
Wie vor während des Jahres 1916	231—236

Statistische Korrespondenz.

	Seite		Seite
Die beendeten Konkurse in Preußen 1915	33*	Der Finanzbedarf in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911	35*
Die Steuerkraft und die Belastung durch direkte Gemeindesteuern in 65 Gemeinden von Groß-Berlin im Rechnungsjahre 1911	34*	Die Deckung des Finanzbedarfs in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911	38*

	Seite
Die von den preußischen Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern in den Rechnungsjahren 1914, 1915 und 1916 erhobenen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer	39*
Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1917	41*
Unterscheidungsmerkmale in den Fällen des bedingten Strafaufschubs in Preußen 1913 bis 1915	43*
Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1914	44*
Die Nutzung des Ackerlandes in Preußen 1913	46*
Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915	47*
Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung in Preußen 1916	49*
Verteilung der preußischen Bevölkerung auf die hauptsächlichsten Einkommensgruppen 1916	50*
Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach Milliardengruppen des Einkommens in Preußen 1892 und 1916	52*
Die besseren Einkommen in Preußen 1916	53*
Die Bevölkerung mit besseren Einkommen in Preußen 1916	54*
Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915	55*
Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1906 bis 1915	„
Die durchschnittliche Personenzahl in den Haushaltungen Preußens 1871—1910	„
Die durchschnittliche Personenzahl der Haushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910	„

	Seite
Die Haushaltungen nach ihrer Art in den Regierungsbezirken Preußens 1910	56*
Die Zusammensetzung der Familienhaushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910	57*
Die Haushaltungen nach der Personenzahl in den Provinzen Preußens 1910	„
Die viehhaltenden Haushaltungen im preußischen Staate 1912 mit einem Rückblick auf den Stand von 1907	59*
Der Viehstand in Dänemark 1914 bis 1917	60*
Die tödlichen Verunglückungen in Preußen 1914	„
Die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen mit besonderer Hervorhebung der Todesfälle im Luftverkehr in Preußen im Jahre 1914	61*
Die direkten Gemeindesteuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911	„
Die Belastung der preußischen Städte und Landgemeinden durch direkte Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911	63*
Die Schulden der preußischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände am Schlusse der Rechnungsjahre 1913, 1914 und 1915	64*
Die laufenden Netto-Ausgaben des Rechnungsjahres 1911 in 35 Gemeinden Groß-Berlins	65*
Die Steuerkraft und steuerliche Belastung der Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Rechnungsjahre 1915	67*
Die Finanzen des preußischen Staates 1899—1917	69*
Die Fruchtbarkeit (Kinderzahl) der Ehefrauen in Preußen am 1. Dezember 1910	71*



Statistische Grundlagen für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden Groß-Berlins

sowie allgemeine Grundsätze für die Verteilung von Dotationen usw. zwischen kommunalen Verbänden.

Von

Prof. Dr. Oskar Tetzlaff,

Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

In den Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 21. und 22. März 1917 wurde über die gemeinsame Petition des Kreisausschusses des Kreises Niederbarnim und der Gemeindevorstände von 17 Gemeinden Groß-Berlins um Schaffung eines Lastenausgleichs verhandelt, der geeignet wäre, die durch den Krieg überaus verschärfte Notlage der östlichen Vororte Groß-Berlins zu erleichtern. Die Petition ist gemäß dem Antrage Bredt der Königlich Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Zu den zahlreichen, in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses erörterten Streitfragen, insbesondere zu der Frage, ob und wie weit überhaupt ein Lastenausgleich innerhalb Groß-Berlins erforderlich und ohne Schädigung anderer Interessen möglich sei, soll hier nicht Stellung genommen werden. Vielmehr handelt es sich bei den folgenden Ausführungen lediglich darum, das von den Gemeinden, die hinter der Petition stehen, vorgebrachte statistische Material in geeignet erscheinender Weise zu ergänzen und sodann um den Versuch, mit Hilfe dieses Materials einen — vom rein rechnerischen Standpunkt aus — brauchbaren Maßstab für die Aufbringung und Verteilung der Ausgleichssumme zu finden. Im Anschluß hieran soll untersucht werden, ob sich nicht, ganz abgesehen von dem vorliegenden konkreten Fall, allgemein gültige Regeln für die Maßstabsanwendung bei der Verteilung von Dotationen usw. zwischen kommunalen Verbänden aufstellen lassen.

Für den ersten Teil unserer Aufgabe bedienen wir uns eines Zahlenmaterials, das durch das Preussische Statistische Landesamt erhoben worden ist und für die Städte und größeren Landgemeinden sowie einige ausgewählte Gutsbezirke der zum Zweckverbände von Groß-Berlin gehörigen Gemeindeeinheiten einzeln, für die übrigen 209 Landgemeinden und 73 Gutsbezirke der Kreise Teltow und Niederbarnim in je einer Summe, folgende Angaben enthält: ihre Einwohnerzahl, ihr Prinzipalsoll der staatlich veranlagten Einkommensteuer und Realsteuern, sowie ihr Umlagesoll dieser Steuerarten für die Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916. Unberücksichtigt blieben bei der Erhebung die Betriebssteuer und die von den Ein-

kommen von nicht mehr als 900 *M* fingiert veranlagte, von den Gemeinden erhobene Einkommensteuer. Von den die Jahre 1914, 1915 und 1916 betreffenden Angaben ist der Jahresdurchschnitt berechnet worden. Die Ergebnisse dieser Erhebung enthält die auf den Seiten 2 und 3 abgedruckte Tabelle 1. Außer den genannten Grundzahlen, die in den Spalten 3, 4a und 5 dieser Tabelle nachgewiesen sind, findet sich in ihr noch eine Anzahl anderer Spalten, die z. T. auch noch Grundlagen zur Lösung der gestellten Aufgabe bilden, z. T. aber bereits das Ergebnis der Lösung zur Darstellung bringen. Auf den Inhalt dieser Spalten werden wir noch im folgenden näher einzugehen haben.

Die Aufgabe, mit deren Lösung wir uns nun beschäftigen wollen, besteht darin, eine Summe, deren Höhe zunächst noch nicht feststeht, von einer bestimmten Anzahl von Gemeinden aufbringen zu lassen, um sie unter dieselben Gemeinden von neuem und in anderer Art zu verteilen. Für die Neuverteilung soll der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß die bedürftigen Gemeinden auf Kosten der wohlhabenden dotiert werden, ohne daß — wie hier nochmals betont sei — sachlich zu der Berechtigung dieses Gesichtspunkts Stellung genommen werden soll. Da es sich um einen bestimmten, aber nur beschränkten Kreis von Gemeinden handelt, so ist zunächst die Frage zu beantworten: Welche von den zu Groß-Berlin gehörigen Gemeinden, für die ein Lastenausgleich geschaffen werden soll, sind im Verhältnis zu den übrigen dazu gehörigen Gemeinden wohlhabend und welche bedürftig?

Ein allgemein gültiges Kriterium für Wohlhabenheit oder Bedürftigkeit einer Gemeinde besitzen wir nicht. Um es zu erhalten, müßten sämtliche in der Gemeinde wirksamen wirtschaftlichen Faktoren Berücksichtigung finden, und es dürfte wohl kaum möglich sein, deren Summe ziffernmäßig so zum Ausdruck zu bringen, daß eine gemeindeweise Vergleichung der Ergebnisse durchführbar wäre. Man muß sich daher bescheiden und nach einem Maßstabe suchen, der für alle Gemeinden gleich und feststellbar ist und dabei ein ungefähres

[Fortsetzung des Textes auf Seite 3.]

**Aufbringung einer Ausgleichssumme von 22 958 811 M durch die Gemeinden Groß-Berlins
und ihre Verteilung auf diese Gemeinden.**

Lfd. Nr.	N a m e n der G e m e i n d e n.	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme im Durch- schnitt der Rech- nungs- jahre 1914, 1915 und 1916	Prinzipalsoll der staatlich veranlagten Einkommensteuer (ohne fingierte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916		Umlagesoll der Ein- kommen- steuer (ohne fingierte Ein- kommen- steuer), Grund-, Ge- bäude- und Gewerbe- steuer im Durch- schnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916	0,5 % des Produkts aus Prinzipal- steuersoll (Sp. 4a) und Steuer- stärken (Sp. 4b)	Die Summe der Spalte 6 (Aus- gleichs- summe), verteilt nach dem Bevölke- rungs- anteil (Sp. 3) der Ge- meinden	mithin		Umlagesoll der Einkommen- steuer der Ein- kommen von mehr als 900 M, sowie der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916 (Sp. 5) v. H. des ent- sprechenden Prinzipalsteuer- solls (Sp. 4a) ohne bei Berück- sichti- gung der ver- teilten Aus- gleichssumme (Sp. 8a bzw. 8b)	
			überhaupt	auf 1 Ein- wohner M (Steuer- stärken)				erhält	gibt ab	ga	gb
1	2	3	4a	4b	5	6	7	8a	8b	9a	9b
1	Berlin	1 919 434	68 593 081	35,74	97 229 952	12 257 584	10 912 332	—	1 345 252	141,75	143,71
2	Berlin-Lichtenberg	152 439	2 238 296	14,68	3 174 260	164 291	866 643	702 352	—	141,82	110,44
3	Berlin-Schöneberg	173 509	6 008 561	34,63	8 657 193	1 040 683	986 430	—	54 253	144,08	144,98
4	Berlin-Wilmersdorf	138 283	6 378 390	46,13	8 346 039	1 471 495	786 164	—	685 331	130,85	141,59
5	Charlottenburg	319 605	14 647 083	45,83	18 715 679	3 357 111	1 817 013	—	1 540 098	127,78	138,29
6	Neukölln	272 878	3 719 955	13,63	6 231 844	253 701	1 551 361	1 297 660	—	167,52	132,64
7	Spandau	99 097	1 764 998	17,81	2 936 829	157 261	563 385	406 124	—	166,39	143,38
Kreis Niederbarnim.											
8	Altlandsberg	2 629	33 971	12,92	63 317	2 195	14 946	12 751	—	186,39	148,85
9	Bernau	9 464	105 244	11,12	163 009	5 852	53 805	47 953	—	154,89	109,32
10	Liebenwalde	2 319	25 020	10,79	42 321	1 351	13 184	11 833	—	169,15	121,85
11	Oranienburg	12 831	192 575	15,01	437 874	14 462	72 947	58 485	—	227,38	197,01
12	Berlin-Friedrichsfelde	23 310	423 313	18,16	856 000	38 437	132 522	94 085	—	202,21	179,99
13	Berlin-Hohenschönhausen	6 743	155 790	23,10	359 867	17 994	38 335	20 341	—	230,99	217,94
14	Berlin-Niederschönhausen	18 473	278 399	15,07	590 628	20 991	105 022	84 031	—	212,15	181,97
15	Berlin-Oberschöneweide	26 823	609 784	22,73	1 358 599	69 332	152 494	83 162	—	222,80	209,16
16	Berlin-Pankow	57 837	1 029 855	17,81	2 046 096	91 760	328 814	237 054	—	198,68	175,66
17	Berlin-Reinickendorf	40 633	591 285	14,55	1 500 900	43 046	231 006	187 960	—	253,84	222,05
18	Berlin-Rosenthal	6 284	120 281	19,14	268 783	11 511	35 726	24 215	—	223,46	203,33
19	Berlin-Tegel	19 922	479 420	24,06	1 020 607	57 674	113 260	55 586	—	212,88	201,29
20	Berlin-Weißensee	45 591	604 469	13,26	1 449 767	40 076	259 193	219 117	—	239,84	203,59
21	Berlin-Wittenau	10 867	254 085	23,38	738 913	29 703	61 781	32 078	—	290,81	278,19
22	Buchholz	5 001	51 876	10,37	154 637	2 692	28 432	25 740	—	298,09	248,47
23	Friedrichshagen	14 766	258 706	17,52	523 965	22 663	83 947	61 284	—	202,53	178,84
24	Hermisdorf b. Berlin	6 923	129 788	18,75	262 158	12 174	39 359	27 185	—	201,99	181,04
25	Mahlsdorf	5 391	61 894	11,48	133 193	3 553	30 649	27 096	—	215,20	171,42
26	Biesenthal, Forst	69	2 416	35,01	651	423	392	—	31	26,95	28,23
27	Blankenburg	56	2 465	44,02	678	543	318	—	225	27,51	36,63
28	Blumberg	280	9 460	33,75	2 533	1 595	1 592	—	3	26,80	26,84
29	Cöpenicker Forst	133	20 145	151,47	5 391	15 258	756	—	14 502	26,76	98,75
30	Friedenthal	66	2 324	35,21	623	409	375	—	34	26,81	28,27
31	Frohnau	982	61 939	63,07	16 604	19 536	5 583	—	13 953	26,81	49,33
32	Gorin	5	482	96,40	129	232	28	—	204	26,76	69,09
33	Groß Böhmerheide	10	655	65,50	176	214	57	—	157	26,87	50,84
34	Groß Schönebeck, Forst	51	11 531	226,10	3 085	13 036	290	—	12 746	26,75	137,29
35	Hammer (einschl. Amt Liebenwalde)	61	4 412	72,33	1 188	1 596	347	—	1 249	26,93	55,24
36	Lanke	128	50 646	395,67	13 290	100 198	728	—	99 470	26,24	222,64
37	Lehnitz	246	10 721	43,58	2 882	2 336	1 399	—	937	26,88	35,62
38	Liebenwalde, Forst	39	8 758	224,56	2 352	9 833	222	—	9 611	26,86	136,60
39	Löhme, Amt	212	10 190	48,07	2 751	2 450	1 205	—	1 245	27,00	39,21
40	Neuenhagen	119	5 088	42,76	1 364	1 088	677	—	411	26,81	34,89
41	Neuholland, Forst	114	7 953	69,76	2 135	2 774	648	—	2 126	26,85	53,58
42	Oranienburg, Forst	57	8 772	153,89	2 352	6 750	324	—	6 426	26,81	100,07
43	Pechteich, Forst	38	11 932	314,00	3 190	18 733	216	—	18 517	26,73	181,92
44	Rosenthal	62	2 607	42,05	706	548	352	—	196	27,08	34,60
45	Rüdersdorf, Forst mit Amt Eggersdorf	161	16 132	100,20	4 326	8 082	915	—	7 167	26,82	71,24
46	Schöneiche	229	8 529	37,24	2 288	1 588	1 302	—	286	26,83	30,18
47	Schönfließ mit Glienicke	139	7 526	54,14	2 038	2 037	790	—	1 247	27,08	43,65
48	Schönwalde, Forst	228	5 594	24,54	1 456	686	1 296	610	—	26,03	15,12
49	Tegel-Schloß	196	12 347	62,99	3 361	3 889	1 114	—	2 775	27,22	49,70
50	Tegel, Forst-Nord	68	3 507	51,57	992	904	387	—	517	28,29	43,03
51	Vogelsdorf	10	3 274	327,40	879	5 360	57	—	5 303	26,85	188,82
52	Wuhlheide	37	1 528	41,30	441	316	210	—	106	28,86	35,80
53	Zerpenschleuse	14	555	39,64	149	110	80	—	30	26,85	32,25
54	Die übrig. 98 Landgemein- den und 28 Gutsbezirke	119 833	1 380 729	11,52	2 458 553	79 530	681 272	601 742	—	178,06	134,48
Kreis Teltow.											
55	Cöpenick	32 120	430 590	13,41	857 401	28 893	182 608	153 715	—	199,12	163,42
56	Mittenwalde	3 027	22 230	7,34	51 967	816	17 209	16 393	—	233,77	160,08
57	Teltow	4 389	70 469	16,06	182 123	5 659	24 952	19 293	—	258,44	231,07

Noch: Aufbringung einer Ausgleichssumme von 22 958 811 \mathcal{M} durch die Gemeinden Groß-Berlins und ihre Verteilung auf diese Gemeinden.

(Noch: Tab. 1.)		Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme im Durch- schnitt der Rech- nungs- jahre 1914, 1915 und 1916	Prinzipalsoll der staatlich veranlagten Einkommensteuer (ohne fingierte Einkommensteuer), Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916		Umlagesoll der Ein- kommen- steuer(ohne fingierte Ein- kommen- steuer), Grund-, Ge- bäude- und Gewerbe- steuer im Durch- schnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916	0,5 % des Produkts aus Prinzipal- steuersoll (Sp. 4a) und Steuer- stärken (Sp. 4b)	Die Summe der Spalte 6. (Aus- gleichs- summe), verteilt nach dem Bevölke- rungs- anteil (Sp. 3) der Ge- meinden	mithin		Umlagesoll der Einkommen- steuer der Ein- kommen von mehr als 900 <i>M.</i> , sowie der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916 (Sp. 5) v. H. des ent- sprechenden Prinzipalsteuer- solls (Sp. 4a) ohne bei Berück- sichti- gung der vertheilten Aus- gleichssumme (Sp. 8a bezw. 8b)					
Lfd. Nr.	N a m e n der G e m e i n d e n .		<i>M.</i>	auf 1 Ein- wohner (Steuer- stärken)				<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>	<i>M.</i>
1	2	3	4a	4b	5	6	7	8a	8b	9a	9b				
Noch: Kreis Teltow.															
58	Teupitz	2 530	9 639	3,91	19 107	184	14 384	14 200	—	198,23	50,91				
59	Trebbin	3 365	33 622	9,99	62 938	1 681	19 131	17 450	—	187,19	135,29				
60	Zossen	4 599	51 701	11,24	81 259	2 906	26 146	23 240	—	157,17	112,22				
61	Adlershof	13 004	160 526	12,24	476 818	9 904	73 930	64 026	—	297,03	257,15				
62	Berlin-Britz	13 858	234 722	16,94	541 380	19 881	78 785	58 904	—	230,65	205,35				
63	Berlin-Friedenau	44 477	1 248 393	28,07	1 503 267	175 274	252 860	77 586	—	120,42	114,20				
64	Berlin-Grunewald	6 272	1 295 574	206,56	1 258 700	1 338 069	35 657	—	1 302 412	97,15	197,68				
65	Berlin-Johannisthal	5 205	84 758	16,28	210 892	6 899	29 591	22 692	—	248,82	222,04				
66	Berlin-Lankwitz	11 526	291 542	25,29	641 467	36 880	65 527	28 647	—	220,03	210,20				
67	Berlin-Lichterfelde	47 034	1 342 648	28,55	2 292 035	191 730	267 397	75 667	—	170,71	165,07				
68	Berlin-Mariendorf	20 300	460 032	22,66	947 058	52 122	115 409	63 287	—	205,87	192,11				
69	Berlin-Niederschöneweide	10 141	244 489	24,11	451 225	29 485	57 653	28 168	—	184,56	173,04				
70	Berlin-Schmargendorf	10 519	370 011	35,18	783 120	65 085	59 802	—	5 283	211,65	213,08				
71	Berlin-Steglitz	84 485	1 857 515	21,99	3 312 633	204 327	480 313	275 986	—	178,34	163,48				
72	Berlin-Tempelhof	32 414	806 324	24,88	1 331 400	100 307	184 280	83 973	—	165,12	154,71				
73	Berlin-Treptow	30 744	844 193	27,46	1 390 133	115 908	174 785	58 877	—	164,67	157,70				
74	Klein Glienicke	1 391	98 678	70,94	99 717	35 001	7 908	—	27 093	101,05	128,51				
75	Nikolassee	1 856	223 939	120,66	184 736	135 102	10 552	—	124 550	82,49	138,11				
76	Nowawes	25 984	335 082	12,90	774 532	21 613	147 724	126,111	—	231,15	193,51				
77	Wannsee	3 767	443 141	117,64	421 277	260 656	21 416	—	239 240	95,07	149,05				
78	Zehlendorf	19 556	870 720	44,52	1 603 000	193 822	111 179	—	82 643	184,10	193,59				
79	Berlin-Dahlem	5 360	518 963	96,82	184 893	251 230	30 473	—	220 757	35,63	78,17				
80	Diepensee	215	6 678	31,96	2 305	1 037	1 222	185	—	34,52	31,75				
81	Genshagen	272	8 700	31,99	3 771	1 392	1 546	154	—	43,34	41,57				
82	Grünau-Dahmer Forst	99	7 568	76,44	10 945	2 892	563	—	2 329	144,62	175,40				
83	Grunewald, Forst	733	83 898	114,46	53 452	48 015	4 167	—	43 848	63,71	115,97				
84	Heerstraße	310	29 996	96,76	22 493	14 512	1 762	—	12 750	74,99	117,49				
85	Kerzendorf	103	18 256	177,24	5 552	16 178	586	—	15 592	30,41	115,82				
86	Klein Machnow	421	12 019	28,55	12 723	1 716	2 393	677	—	105,86	100,22				
87	Königs-Wusterhausen,Forst	54	2 573	47,65	4 288	613	307	—	306	166,65	178,55				
88	Kummersdorfer Forst	42	6 623	157,69	5 885	5 222	239	—	4 983	88,86	164,09				
89	Lenzburger Forst	10	755	75,50	1 002	285	57	—	228	132,72	162,91				
90	Potsdamer Forst	176	4 582	26,03	6 849	597	1 001	404	—	149,48	140,66				
91	Schenkendorf bei Königs- Wusterhausen	98	20 115	205,26	6 306	20 644	557	—	20 087	31,35	131,21				
92	Siethen	210	11 916	56,74	4 062	3 381	1 194	—	2 187	34,09	52,44				
93	Spandauerberg und Pichels- berg mit Schildhorn	35	3 695	105,57	1 262	1 951	199	—	1 752	34,15	81,57				
94	Teupitz, Schloß	8	394	49,25	269	97	45	—	52	68,27	81,47				
95	Die übrig. 111 Landgemein- den und 45 Gutsbezirke	82 956	1 064 585	12,83	2 104 807	69 199	471 620	402 421	—	197,71	159,91				
1—95	Zusammen . . .	4 038 360	124 060 180	.	181 708 042	*22 958 811	22 958 811	5 930 500	5 930 500	.	.				

*) Anmerkung. Bei den Beträgen in Sp. 6 haben sich bei einigen Gemeinden in den letzten Stellen dadurch Ungenauigkeiten ergeben, daß das Prinzipalsteuersoll (Sp. 4a) mit den nur auf zwei Dezimalstellen berechneten halben Steuerstärken (Sp. 4b) multipliziert und das Produkt durch 100 dividiert worden ist. Wären statt dessen, entsprechend der Angabe im Kopfe der Sp. 6, 0,5 % des Produkts der Beträge in Sp. 4a und 4b berechnet worden, so würde die Summe der Sp. 6 um 2 958 *M.* niedriger gewesen sein. Für das Verteilungsergebnis sind die durch die Abrundungen entstandenen Differenzen belanglos.

*) Anmerkung. Bei den Beträgen in Sp. 6 haben sich bei einigen Gemeinden in den letzten Stellen dadurch Ungenauigkeiten ergeben, daß das Prinzipalsteuersoll (Sp. 4a) mit den nur auf zwei Dezimalstellen berechneten halben Steuerstärken (Sp. 4b) multipliziert und das Produkt durch 100 dividiert worden ist. Wären statt dessen, entsprechend der Angabe im Kopfe der Sp. 6, 0,5 % des Produkts der Beträge in Sp. 4a und 4b berechnet worden, so würde die Summe der Sp. 6 um 2 958 \mathcal{M} niedriger gewesen sein. Für das Verteilungsergebnis sind die durch die Abrundungen entstandenen Differenzen belanglos.

Bild von der Finanzkraft der Gemeinden gibt. Einen solchen Maßstab liefert uns für die preußischen Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke das auf 1 Einwohner entfallende Soll der Staatseinkommensteuer und der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Das Soll der genannten staatlich veranlagten direkten Steuern ist für sämtliche Gemeindeeinheiten nach gleichmäßigen Grundsätzen festgestellt; in ihm kommt die steuerliche Leistungsfähigkeit jeder Gemeinde ziffernmäßig zum Ausdruck, und durch Beziehung der Summe des Solls dieser Steuern auf die Bevölkerung erhält man einen

vergleichungsfähigen Maßstab für die durchschnittliche Steuerkraft der Gemeinden. Bezeichnet man den auf 1 Einwohner entfallenden Betrag dieses Steuersolls, des sogen. Prinzipalsolls dieser Steuern, in Höhe von 1 \mathcal{M} mit einer Steuerstärke (= SS), so besitzt jede Gemeinde so viel Steuerstärken als ihr Prinzipalsoll an staatlich veranlagten Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern auf den Kopf der Bevölkerung an Markbeträgen ausmacht. In Sp. 4b der Tabelle 1 sind die Steuerstärken der Groß-Berliner Gemeinden nachgewiesen, die sich ergeben, wenn man der Berechnung die Durchschnittsbeträge

des Prinzipalsolls ihrer staatlich veranlagten direkten Steuern für 1914, 1915 und 1916 zu grunde legt. Erkennt man diese Zahlen als Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit der Groß-Berliner Gemeinden an, so liegt der Gedanke nahe, die von ihnen aufzubringende Ausgleichssumme unter Benutzung dieses Maßstabes zu bestimmen. Dabei entspricht es nur einem Gebote der Gerechtigkeit, daß man sämtliche Gemeinden, ohne Rücksicht auf ihre Größe, mit einem gleichen Prozentsatz ihrer Steuerstärken zur Beschaffung der Ausgleichssumme heranzieht, und daß dieser Prozentsatz von dem Prinzipalsteuersoll erhoben wird, das jede einzelne Gemeinde aufzuweisen hat. Letzteres ist naturgemäß bei den Gemeinden ganz verschieden hoch.

Von der Höhe der zum Ausgleich benötigten Summe wird es nun abhängen, welcher Prozentsatz der Steuerstärken der Berechnung zugrunde gelegt werden muß. Um dies bestimmen zu können, muß man zunächst für jede am Ausgleich beteiligte Gemeinde den Betrag errechnen, der sich ergibt, wenn man ihre Steuerstärken mit ihrem Prinzipalsteuersoll multipliziert und das Produkt durch 100 dividiert, d. h. es muß, wenn das Prinzipalsteuersoll durch p und die Einwohnerzahl durch e bezeichnet wird, der Wert $\frac{p^2}{100 e}$ bestimmt werden. Sodann ist die Summe dieser einzelnen Werte zu bilden; sie beträgt für die Groß-Berliner Gemeinden 45 917 622 \mathcal{M} . Nun ist zu berechnen, wie viel Prozent dieses Betrages die für den Ausgleich erforderliche Summe ausmacht, und derselbe Prozentsatz ist dann von dem Werte $\frac{p^2}{100 e}$ für jede Gemeinde zu berechnen. Die sich ergebenden Beträge stellen die von den Gemeinden für den Lastenausgleich aufzubringende Summe dar. Jede Gemeinde hätte danach also den gleichen Prozentsatz von $\frac{p^2}{100 e}$ aufzubringen. Nehmen wir an, daß die erforderliche Ausgleichssumme gerade 50 % von 45 917 622 \mathcal{M} = 22 958 811 \mathcal{M} beträgt, ein Satz, der natürlich ganz willkürlich lediglich zur Vereinfachung der Berechnungen gewählt worden ist, so ist für jede Gemeinde folgender Wert zu bestimmen: $\frac{50}{100} \cdot \frac{p^2}{100 e}$ oder, was dasselbe ist, 0,5 % von $\frac{p^2}{e}$; das heißt, jede Gemeinde hat einen Betrag aufzubringen, der gleich 0,5 % des Produkts aus ihrem Prinzipalsteuersoll und ihren Steuerstärken ist. Welche Beträge bei Anwendung dieses Maßstabes auf die einzelnen Gemeindeeinheiten Groß-Berlins entfallen, gibt die Spalte 6 der Tabelle 1 an.

Nur einige Beispiele mögen zeigen, wie sich der verschiedene Grad der Steuerkraft in der Höhe der von den Gemeinden aufzubringenden Summe bemerkbar macht. Die Stadt Cöpenick wies ein Prinzipalsoll an staatlich veranlagten direkten Steuern von 430 590 \mathcal{M} auf, verfügte aber nur über 13,41 Steuerstärken; bei der Landgemeinde Wannsee stellten sich die entsprechenden Beträge auf 443 141 \mathcal{M} und 117,64 SS. Während Cöpenick nur 28 893 \mathcal{M} aufzubringen hatte, betrug die entsprechende Summe von Wannsee 260 656 \mathcal{M} , d. h. trotz des nicht allzu bedeutenden Unterschiedes zwischen dem absoluten Betrage der staatlich veranlagten direkten Steuern hatte Wannsee dank seiner 8,8 mal so hohen Steuerkraft auch eine neunmal so hohe Summe aufzubringen wie Cöpenick. B.-Oberschöneweide besaß bei 22,73 SS ein Prinzipalsteuersoll von 609 784 \mathcal{M} , B.-Weißensee bei nur 13,26 SS ein Prinzipalsteuersoll von auch 604 469 \mathcal{M} ; während letztere Gemeinde demzufolge nur 40 076 \mathcal{M} aufzubringen hatte, betrug die entsprechende Leistung von B.-Oberschöneweide 69 332 \mathcal{M} , d. h. das 1,7fache.

Hinsichtlich der Verteilung der nach dem vorgeschlagenen Maßstabe aufzubringenden Ausgleichssumme ist zunächst folgendes zu bemerken. Der Umstand, daß es

sich um einen Ausgleich zwischen kommunalen Körperschaften von ganz verschiedener Größe und Bedeutung handelt, — die Reichshauptstadt mit ihren 1,92 Millionen Einwohnern steht Gutsbezirken gegenüber, die noch nicht 10 Bewohner aufweisen —, verlangt gebieterisch eine hinreichende Berücksichtigung bei der endgültigen Lösung des Ausgleichsproblems. Von der Gesamtbevölkerung der Groß-Berliner Gemeindeeinheiten, für die der Lastenausgleich geschaffen werden soll, entfallen auf Berlin allein 47,58 %, desgleichen von ihrem gesamten Prinzipalsteuersoll an Einkommen- und Realsteuern 55,29 %. Mit Rücksicht auf diese Anteilverhältnisse der Reichshauptstadt an der Gesamtheit der Groß-Berliner Gemeinden konnte die Anwendung des vorstehend gekennzeichneten Aufbringungsmaßstabes, bei dem der eine Faktor der absolute Betrag des Prinzipalsteuersolls jeder Gemeinde ist, überhaupt nur in Betracht gezogen werden, wenn auch bei der Wahl des Verteilungsmaßstabes für die Ausgleichssumme diese Anteilverhältnisse gebührend berücksichtigt werden sollten. Da auf Berlin, zufolge des hohen absoluten Betrages seines Prinzipalsteuersolls, nicht weniger als 53,39 % der aufzubringenden Ausgleichssumme entfallen, so muß für die Verteilung der letzteren ein Maßstab gewählt werden, bei dem die großen Verschiedenheiten zwischen der Reichshauptstadt und den übrigen am Ausgleich beteiligten Gemeinden in entsprechend starker Weise zur Geltung kommen wie beim Prinzipalsteuersoll. Das ist aber wohl nirgends mehr der Fall als bei der Bevölkerungsziffer. Den Bevölkerungsanteil jeder Gemeinde an der Gesamtbevölkerung Groß-Berlins als Grundlage für die Verteilung der Ausgleichssumme zu wählen, empfiehlt sich aber nicht nur mit Rücksicht auf Berlin, sondern auch mit Rücksicht auf die übrigen am Ausgleich beteiligten Stadtkreise und großen Landgemeinden, die gegenüber den kleinen Landgemeinden und Gutsbezirken gleichfalls recht bedeutende Unterschiede in der Bevölkerungszahl aufzuweisen haben.

Neben diesem mehr äußerlichen spricht aber auch ein gewichtiger innerer Grund für die Verwendung der Bevölkerungsziffer als Verteilungsmaßstab: Die hauptsächlichsten Gemeindelasten, um derentwillen ein Ausgleich erforderlich erscheint, werden durch das Volksschulwesen sowie durch die Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege verursacht, d. h. durch Verwaltungszweige, bei denen die Kosten um so höher sein werden, je größer die Bevölkerung der betr. Gemeinde ist. Auch aus diesem Grunde kann daher kein passenderer Maßstab für die Verteilung gewählt werden als die Bevölkerungszahl.

In Spalte 7 der Tabelle 1 ist nun die Ausgleichssumme auf die Gemeinden Groß-Berlins nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Groß-Berliner Gemeinden verteilt

worden, unter Anwendung der Formel $X = \frac{S}{a+b+c+\dots} a$,

wobei S die Ausgleichssumme, a , b , c usw. der der Verteilung zugrunde liegenden Maßstabzahlen, d. h. im vorliegenden Falle die Bevölkerungsziffern der einzelnen Gemeinden, bedeuten. Aus den Spalten 8a und 8b ist sodann ersichtlich, welche Summe jede Gemeinde zu erhalten oder abzugeben hat, wenn man die gemäß Spalte 7 verteilten Beträge von den gemäß Spalte 6 aufgebrachten abzieht; die beiden Spalten 8a und 8b enthalten also das schließliche Ergebnis unseres Vorschlages für den Lastenausgleich der Groß-Berliner Gemeinden. Hervorgehoben sei aus diesem Ergebnisse nur, daß, wie eine Vergleichung der Beträge in Sp. 8b und 4b ergibt, die zahlenden Gemeinden auch sämtlich zu den steuerkräftigsten gehören. Nur bei zwei von ihnen, nämlich beim Stadtkreise B.-Schöneberg (34,63) und dem Gutsbezirke Blumberg (33,75 SS) betrug die Anzahl ihrer Steuerstärken nicht mindestens 35. Umgekehrt gab es unter den dotierten Gemeinden, mit Ausnahme der Gutsbezirke Genshagen (31,99)

und Diepensee (31,06), keine, deren Steuerstärken die Zahl 30 erreichten, und außer den beiden genannten Gutsbezirken auch bloß noch 4 Landgemeinden und 2 Gutsbezirke mit mindestens 25 SS.

In der Spalte 9a der Tabelle 1 ist das nach dem Durchschnitt der Jahre 1914, 1915 und 1916 errechnete, aus Sp. 5 ersichtliche Umlagesoll der Staatseinkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in Prozenten des entsprechenden Prinzipalsolls für die Groß-Berliner Gemeinden nachgewiesen, und die Spalte 9b gibt an, wie sich diese Prozentsätze stellen würden, wenn beim Umlagesoll die durch den Ausgleich den einzelnen Gemeinden zufallenden oder von ihnen abzugebenden Summen Berücksichtigung fänden. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß das für die Gutsbezirke nachgewiesene Umlagesoll nur die von ihnen aufgetragenen Kreissteuern betrifft, und daß daher auch die durchschnittlichen Prozentsätze des Umlagesolls vom Prinzipalsteuersoll bei den Gutsbezirken gegenüber den entsprechenden Prozentsätzen der Städte und Landgemeinden unverhältnismäßig gering erscheinen. Neuere statistische Unterlagen für die von den Gutsbezirken neben den Kreissteuern für allgemeine Zwecke aufzubringenden Lasten besitzen wir nicht. Nach meiner Schätzung stellen die Kreissteuern nur ungefähr den dritten Teil der allgemeinen Lasten der Gutsbezirke dar. Dies ist bei der Vergleichung der in den Sp. 9a und 9b der Tabelle 1 angegebenen Prozentsätze der Gutsbezirke mit denen der Städte und Landgemeinden zu beachten. Aus den beiden genannten Spalten der Tabelle 1 ergibt sich nun, daß namentlich bei einigen außergewöhnlich steuerkräftigen Gutsbezirken durch die von ihnen aufzubringende Ausgleichssumme eine sehr bedeutende Mehrbelastung eintreten würde. So würde z. B. der Prozentsatz beim Gutsbezirk Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen (205,26 SS) von 31,35 auf 131,21 %, desgl. beim Gutsbezirk Gr. Schönebeck, Forst (226,10 SS) von 26,75 auf 137,29 % steigen, ferner bei Liebenwalde, Forst (224,56 SS) von 26,86 auf 136,60 %, bei Pechteich, Forst (314 SS) von 26,73 auf 181,92 %, bei Vogelsdorf (327,40 SS) von 26,85 auf 188,82 %, bei der Landgemeinde B.-Grünwald (206,56 SS) von 97,15 auf 197,68 % und bei der steuerkräftigsten der Groß-Berliner Gemeinden, dem Gutsbezirk Lanke (395,67 SS) sogar von 26,24 auf 222,64 %. Würde man die Prozentsätze, die das Umlagesoll der Gutsbezirke von ihrem Prinzipalsteuersoll ausmacht, entsprechend den obigen Ausführungen, dreimal so hoch ansetzen wie sie Sp. 9a nachweist, so wäre ihre durch den Lastenausgleich verursachte Steigerung, wie sie in der Differenz der Spalten 9a und 9b zum Ausdruck kommt, entsprechend geringer; dennoch wäre die Mehrbelastung bei einigen der genannten Gutsbezirke gegen den bestehenden Zustand noch sehr erheblich. Bei den übrigen Gemeinden und Gutsbezirken, die abzugeben hätten, würde die Steigerung des Prozentsatzes nicht ganz so stark wie bei den genannten, wenn auch z. T. noch recht beträchtlich, sein. Die Verringerung des Prozentsatzes bei den dotierten Gemeinden bliebe im allgemeinen in bescheidenen Grenzen. Um annähernd 50 oder noch mehr Hundertteile würden die Sätze nur in vier Gemeinden zurückgehen, nämlich bei der Landgemeinde Buchholz (10,37 SS) im Kreise Niederbarnim von 298,09 auf 248,47 %, desgleichen in der Stadt Trebbin (9,99 SS) von 187,19 auf 135,29 % sowie in der Stadt Mittenwalde (7,34 SS) von 233,77 auf 160,03 % und am meisten in der schwächsten Groß-Berliner Gemeinde, der Stadt Teupitz (3,81 SS) von 198,23 auf 50,91 %.

Es darf nicht verkannt werden, daß vom Standpunkte der Gemeinden, deren Kommunallasten sich zufolge des Lastenausgleichs auf der vorgeschlagenen Grundlage um das Doppelte oder mehr steigern würden, gegen eine derartige Lösung des Problems erheblicher Widerspruch erhoben werden könnte. Jedoch abgesehen davon, daß bei einem Lastenausgleich, wie schon der Name besagt, schließlich einige die Leidtragenden,

d. h. in diesem Falle die Zahlenden, sein müssen, darf man auch nicht übersehen, daß gerade die am stärksten betroffenen Groß-Berliner Gemeinden, nämlich einige Gutsbezirke, auch eine, die normale Steuerkraft der preußischen Gemeinden um ein Vielfaches übertreffende steuerliche Leistungsfähigkeit aufweisen. Diese Gemeinden würden jedoch sicherlich einer anderen Lösung des Lastenausgleichsproblems für Groß-Berlin, die für sie mit geringeren oder gar keinen Opfern verbunden wäre, den Vorzug geben. Würde z. B., um nur einen der für eine Neuordnung der Groß-Berliner Verhältnisse gemachten Vorschläge zu erwähnen, nach dem Vorschlage des Stadtbaurats Beuster der Bezirk von Groß-Berlin durch einen Kreis abgegrenzt, der mit einem Halbmesser von rund 20 km um das Berliner Rathaus gezogen wird, so kämen die meisten der Gutsbezirke, die nach unserem Vorschlage besonders stark belastet würden, für die Aufbringung der Ausgleichssumme überhaupt nicht in Frage. Dieser und jeder anderen möglichen Lösung des Problems gegenüber sei nochmals betont, daß die vorstehenden Ausführungen lediglich zeigen sollten, wie sich ein Lastenausgleich zwischen den z. Z. zum Zweckverbände Groß-Berlin gehörigen Gemeindeeinheiten gestalten würde, wenn man die Aufbringung und Verteilung einer bestimmten Ausgleichssumme nach einem für alle beteiligten Gemeinden gleichen Maßstabe vornimmt, der an sich als geeignet und gerecht anzusprechen ist. Diesen Zweck dürfte die von uns in Vorschlag gebrachte Aufbringungs- und Verteilungsmethode der Ausgleichssumme vollauf erfüllen.

* * *

Unseres Wissens liegt eine praktische Lösung des Problems eines Lastenausgleichs in der Form, daß die zur Verteilung bestimmte Ausgleichssumme von denselben Kommunalverbänden aufgebracht wird, zwischen denen sie nachher wieder verteilt werden soll, bisher noch nicht vor. Dagegen gibt es eine Reihe von Beispielen für die Verteilung von Staatsgeldern zwischen Kommunalverbänden. Bei der Verteilung dieser Dotationen hat man sich, je nach dem Zwecke, für die sie Verwendung finden sollten, der verschiedensten Maßstäbe bedient. Besonders bekannt sind die auf den sogenannten Dotationsgesetzen beruhenden staatlichen Jahreszuweisungen an die preußischen Provinzial- usw. Verbände. Die auf Grund der Gesetze vom 30. April 1873 und vom 8. Juli 1875 gewährten Dotationen wurden zur einen Hälfte nach dem Flächeninhalt, zur anderen Hälfte nach der Zahl der Zivilbevölkerung auf die betreffenden Kommunalverbände verteilt. Nur die gemäß § 20 Abs. 1 des letztgenannten Gesetzes für die Übernahme der Verwaltung und Unterhaltung der Staatschausseen gewährten Renten sind derart verteilt worden, daß der für die regelmäßige Unterhaltung einer Chausseemeile in der Provinz berechnete Kostenbedarf mit der in der Provinz vorhandenen Zahl der Chausseemeilen multipliziert wurde. In dem Dotationsgesetze vom 2. Juni 1902 wurde ein gegenüber dem früher verwendeten Maßstabe von „Land und Leuten“ erheblich komplizierterer Maßstab gewählt. Nach ihm sollte die Verteilung erfolgen

- a) zu einem Drittel nach dem umgekehrten Verhältnisse der Staatseinkommensteuer,
- b) zu einem Drittel nach dem Prozentverhältnisse der kommunalen Abgaben zur Staatseinkommensteuer,
- c) zu einem Drittel nach der Zahl der Zivilbevölkerung.

Bei Berechnung der ersten beiden Drittel sollte das auf den Kopf der Zivilbevölkerung in dem Verlande entfallende Soll der Staatseinkommensteuer einerseits und der kommunalen Abgaben andererseits zugrunde gelegt werden. Durch die Anwendung des ersten der drei Maßstäbe (a) sollte erreicht werden,¹⁾ daß die am wenigsten leistungsfähigen Kommunal-

¹⁾ vergl. die Ausführungsanweisung zu dem Gesetze vom 2. Juni 1902.

verbände die reichlichsten Zuwendungen erhielten und umgekehrt. Als Gradmesser für die Leistungsfähigkeit wurde die von der Bevölkerung aufzubringende Staatseinkommensteuer gewählt und dabei das Moment der Bedürftigkeit dadurch berücksichtigt, daß die Verteilung nach dem umgekehrten Verhältnisse des die Leistungsfähigkeit ausdrückenden Staatseinkommenssteuersolls auf den Kopf der Bevölkerung vorgenommen wurde. Neben Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit fand im zweiten Maßstabe (b) das Moment der kommunalen Belastung Berücksichtigung, desgleichen im dritten (c) der Einfluß der Volkszahl. Nach der Begründung zum Gesetze erschien die Berücksichtigung des dritten Momentes im Interesse der Kommunalverbände besonders geboten, bei denen zufolge einer starken Bevölkerung die Bedürfnisse und damit die Kosten der wichtigsten Verwaltungszweige wachsen.

So richtig und geeignet die hier angewendeten Maßstäbe für die Verteilung der Dotation gewesen sind, so ist es nach unserem Dafürhalten doch zweifelhaft, ob der vom Gesetzgeber gewollte Zweck bei der praktischen Durchführung der Maßstabsanwendung auch völlig erreicht worden ist. Wenigstens läßt die gesetzliche Vorschrift, derzufolge bei Berechnung der ersten beiden Drittel die betreffenden Kopfbeträge zugrunde gelegt werden sollten, darauf schließen, daß auch bei Anwendung dieser beiden Maßstäbe die Verschiedenheit der Bevölkerungsziffer in den einzelnen Kommunalverbänden mit Berücksichtigung finden sollte. Dieses ist aber bei dem Maßstabe b) nur scheinbar der Fall. Das Prozentverhältnis der kommunalen Abgaben zur Staatseinkommensteuer verändert sich nicht dadurch, daß man die Steuerbeträge auf die Bevölkerungszahl bezieht, denn es handelt sich, rein rechnerisch ausgedrückt, bei der Bestimmung dieses Prozentverhältnisses um die Division von zwei Brüchen, deren Nenner jedesmal durch die Bevölkerungszahl gebildet wird, und die sich bei Ausführung der Division wegheben, da man den Divisorbruch umkehrt und multipliziert. Der Umstand, daß die Bevölkerungsziffer bei dem Maßstabe b) außer Wirkung bleibt, beeinträchtigt nun aber nach unserem Dafürhalten die Verwendbarkeit dieses Maßstabes sehr. Es wirkt nämlich nun lediglich das Prozentverhältnis der Kommunalsteuern zur Staatseinkommensteuer, ohne Rücksicht darauf, daß die absoluten Steuerbeträge, deren Verhältnis es ausdrückt, bei den einzelnen Kommunalverbänden von sehr verschiedener Höhe sein können. Es ist z. B. ganz klar, daß das Staatseinkommenssteuersoll und die Kommunalsteuern des Bezirksverbandes von Cassel sehr erheblich geringer sein müssen als etwa bei der Rheinprovinz oder der Provinz Schlesien. Würde nun einer der letztgenannten Provinzialverbände dasselbe Prozentverhältnis zwischen seinen Kommunallasten und der Staatseinkommensteuer aufweisen wie der Bezirksverband von Cassel, so würde er von dem nach dem Maßstabe b) zu verteilenden Drittel der Dotation genau denselben Betrag erhalten wie dieser viel kleinere Kommunalverband. Das erscheint uns aber nicht unbedenklich. Der Fehler verschlimmert sich natürlich, je bedeutender der Unterschied zwischen den Größenverhältnissen der für die Verteilung in Betracht kommenden Verbände ist. Denken wir uns z. B. die Anwendung dieses Maßstabes auf die Verhältnisse des Zweckverbandes von Groß-Berlin übertragen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß es unmöglich angängig wäre, daß etwa der Stadtkreis Charlottenburg den gleichen Betrag erhielte wie ein nur wenige Einwohner zählender Gutsbezirk, nur weil sie beide zufällig dasselbe Prozentverhältnis von Kommunallasten zur Staatseinkommenssteuer aufwiesen.

Es entsteht nun die Frage, ob man aus dem angeführten Grunde lieber ganz auf diesen Maßstab bei Verteilungen verzichtet soll oder ob der seinem Grundgedanken nach durchaus

richtige und wertvolle Maßstab beibehalten, und nur der Unterschied in den Größenverhältnissen zwischen den beteiligten Verbänden unwirksam oder doch weniger wirksam gemacht werden könnte. Zu erreichen wäre dies ziemlich einfach dadurch, daß man nicht ein volles Drittel, sondern einen geringeren Teilbetrag der gesamten Dotationssumme nach diesem Maßstabe verteilte und dementsprechend die Anteile der beiden anderen Maßstäbe erhöhte. Durch diese Maßregel würde jedoch ersterer Maßstab gegenüber den beiden anderen als nicht gleichberechtigt gekennzeichnet werden, und die Verbände, bei denen sich ein hoher Prozentsatz ihrer Kommunallasten vom Staatseinkommenssteuersoll ergibt, könnten sich mit Recht benachteiligt fühlen. Wir glauben, mit dem folgenden Vorschlage einen besseren Ausweg zu zeigen.

Zunächst verdient der Umstand Beachtung, daß von den bei der Verteilung der Dotationen nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 in Anwendung gebrachten Maßstäben der eine auf einer Grundzahl, die beiden anderen dagegen auf Verhältniszahlen beruhen. Bei der Grundzahl handelt es sich um die die Größenverhältnisse der in Betracht kommenden Verbände am treffendsten kennzeichnende Bevölkerungsziffer. Diesem Maßstabe ist gegenüber den beiden anderen, auf Verhältniszahlen beruhenden Maßstäben ein besonderes Gewicht zuzuerkennen. Dies wird erreicht, wenn man, anstatt die Dotationssumme zu dritteln und je ein Drittel nach jedem der drei Maßstäbe zu verteilen, das Produkt der drei Maßstabszahlen bildet und dieses der Verteilung zugrunde legt.

In der auf Seite 7 abgedruckten Tabelle 2 sind die, nach Abzug der auf den Stadtkreis Berlin, den Lauenburgischen Landeskommunalverband und den Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande entfallenden Beträge der gemäß §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 2. Juni 1902 zu gewährenden Dotation von 7 Millionen \mathcal{M} , auf die einzelnen Provinzial- und Bezirksverbände entfallenden Summen in der nach § 4 a. a. O. vorläufig festgesetzten Höhe nachgewiesen, wie sie sich unter Anwendung der im § 2 a. a. O. genannten drei Verteilungsmaßstäbe rechnerisch ergibt, und zwar getrennt nach den Beträgen, die bei Anwendung jedes der drei Maßstäbe auf die einzelnen Verbände entfielen (vergl. Sp. 5 bis 7). Der sich bei der gleichmäßigen Verteilung nach den Maßstäben a, b und c ergebenden Summe (Sp. 8) ist in Sp. 10 die Verteilung nach dem Produkt (Sp. 9) dieser drei Maßstäbe gegenübergestellt. Eine Vergleichung der in den Spalten 8 und 10 enthaltenen Verteilungsergebnisse nach beiden Methoden unter Mithinberücksichtigung der Einträge in den Spalten 2, 3 und 4, die die den Maßstäben zugrunde liegenden Zahlen enthalten, läßt die Vorzüge des Verteilungsergebnisses nach Spalte 10 gegenüber dem nach Spalte 8 deutlich erkennen. Wenn sich auch die Reihenfolge der Kommunalverbände, die man bei deren Anordnung nach der Höhe der ihnen gewährten Dotation erhält, bei der Verteilung nach dem Produkt der Maßstäbe a, b und c gegenüber der gesetzlichen Verteilungsart nicht ändert, so ergeben sich doch bedeutende Veränderungen hinsichtlich der Höhe der auf die einzelnen Verbände entfallenden Summen. Die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, die bei weitem die höchste Belastung durch Kommunalabgaben und nächst Posen auch die geringste steuerliche Leistungsfähigkeit aufwiesen, würden bei einer Verteilung nach dem in Vorschlag gebrachten Maßstabe eine sehr beträchtliche Erhöhung ihrer Anteile erreichen. Außer ihnen hätten auch Posen und Schlesien einen erheblichen Gewinn zu verzeichnen; bei der erstgenannten Provinz bewirkt dies die Höhe des umgekehrten Einkommenssteuerbetrages in Verbindung mit der verhältnismäßig bedeutenden Bevölkerungszahl, während bei Schlesien nur die letztere den Ausschlag gibt. Alle übrigen

Verteilung der Dotation von 6 879 651 \mathcal{M} auf die preußischen Provinzial- und Bezirksverbände nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 2. Juni 1902.

(Tab. 2.) Kommunal- verbände.	Maßstab a = Das um- gekehrte Auf- kommen an Staats- ein- kommen- steuer auf den Kopf der Bevölke- rung im Rech- nungs- jahre 1899	Maßstab b = Die Provinzial- Kreis- und direkten Gemeinde- abgaben einschl. der kommunalen Lasten der Guts- bezirke (ausschl. der Volksschul- lasten) des Rechnungs- jahres 1899 v. H. des Auf- kommens an Staats- einkommen- steuer dieses Rechnungs- jahres	Maßstab c = Zivil- bevölke- rung nach der Volks- zählung von 1895	Verteilung von 6 879 651 \mathcal{M}				Produkt der Spalten 2, 3 und 4 (a. b. c)	Ver- teilung von 6 879 651 \mathcal{M} nach dem Produkt der Maßstäbe a, b und c (Sp. 9)
				zu $\frac{1}{3}$ nach Maßstab a (Sp. 2)	zu $\frac{1}{3}$ nach Maßstab b (Sp. 3)	zu $\frac{1}{3}$ nach Maßstab c (Sp. 4)	Summe der Spalten 5 bis 7		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostpreußen	0,49751	346	1 973 834	307 438	278 894	152 241	738 573	339 772 734	1 249 583
Westpreußen	0,49020	371	1 467 450	302 920	299 045	113 183	715 148	266 876 605	981 493
Brandenburg	0,19380	176	2 772 879	119 759	141 865	213 870	475 494	94 579 587	347 836
Pommern	0,32468	211	1 559 208	200 637	170 077	120 261	490 975	106 817 396	392 843
Posen	0,33763	243	1 801 449	332 230	195 871	138 945	667 046	235 348 703	865 543
Schlesien	0,29498	181	4 376 670	182 284	145 895	337 570	665 749	233 676 486	859 393
Sachsen	0,20319	184	2 673 778	127 416	148 313	206 227	481 956	101 440 350	373 068
Schleswig-Holstein	0,24096	275	1 215 537	148 902	221 664	93 754	464 320	80 546 352	296 226
Hannover	0,24096	205	2 396 704	148 902	165 241	184 856	498 999	118 389 537	435 402
Westfalen	0,20921	219	2 691 343	129 282	176 525	207 581	513 388	123 309 205	453 495
Rheinprovinz	0,15649	167	5 061 778	96 703	134 611	390 411	621 725	132 283 659	486 501
Cassel	0,23641	143	841 511	146 090	115 266	64 905	326 261	28 448 647	104 626
Wiesbaden	0,08197	124	899 950	50 654	99 950	69 413	220 017	9 147 344	33 642
Summe	3,71099	2 845	29 732 091	2 293 217	2 293 217	2 293 217	6 879 651	1 870 636 605	6 879 651

Verteilung einer Summe von 7 Millionen \mathcal{M} auf die preußischen Provinzial- usw. Verbände nach dem Maßstabe von Land und Leuten.

(Tab. 3.) Kommunal- verbände.	a = Fläche 1896/97	b = Zivil- bevölkerung 1895	Geometrisches Mittel aus Fläche und Zivil- bevölkerung ($\sqrt{a \cdot b}$)	Verteilung von 7 Millionen \mathcal{M}			Verteilung von 7 Millionen \mathcal{M} nach dem Produkt aus Fläche und Zivil- bevölkerung (a. b)	Verteilung von 7 Millionen \mathcal{M} nach dem Maßstabe der Spalte 4
	ha			zur Hälfte nach der Fläche	zur Hälfte nach der Zivil- bevölkerung	überhaupt (Sp. 5 + Sp. 6)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ostpreußen	3 698 957	1 973 834	2 702 060,25	371 373	219 299	590 672	578 949	597 664
Westpreußen	2 552 132	1 467 450	1 935 232,54	256 233	163 038	419 271	296 974	428 050
Brandenburg	3 983 494	2 772 879	3 323 513,74	399 940	308 076	708 016	875 884	735 122
Pommern	3 011 625	1 559 208	2 166 968,00	302 365	173 233	475 598	372 354	479 308
Posen	2 896 617	1 801 449	2 284 318,32	290 819	200 147	490 966	413 774	505 264
Schlesien	4 031 284	4 376 670	4 200 428,84	404 739	486 262	891 001	1 399 064	929 085
Sachsen	2 525 152	2 673 778	2 598 402,39	253 524	297 065	550 589	535 381	574 736
Schleswig-Holstein	1 782 000	1 215 537	1 471 763,39	178 912	135 050	313 962	171 762	325 537
Hannover	3 850 984	2 396 704	3 038 037,06	386 636	266 281	652 917	731 875	671 978
Westfalen	2 020 924	2 691 343	2 332 166,13	202 900	299 017	501 917	431 290	515 848
Rheinprovinz	2 699 370	5 061 778	3 696 432,48	271 015	562 380	833 395	1 083 468	817 607
Cassel	1 007 712	841 511	920 869,79	101 174	93 495	194 669	67 243	203 685
Wiesbaden	561 703	899 950	710 988,52	56 395	99 987	156 382	40 084	157 262
Berlin	6 339	1 654 266	102 403,09	636	183 794	184 430	832	22 650
Lauenburg	118 242	50 289	77 112,07	11 871	5 587	17 458	472	17 056
Hohenzollern	114 226	65 607	86 568,04	11 468	7 289	18 757	594	19 148
Summe	34 860 761	31 502 253	31 647 264,65	3 500 000	3 500 000	7 000 000	7 000 000	7 000 000

Verbände würden gegenüber dem kraft des Gesetzes gültigen Verteilungsmaßstabe in ihrer Dotationssumme gekürzt werden, am meisten Schleswig-Holstein, Cassel und Wiesbaden, d. s. die Verbände mit der geringsten Bevölkerungszahl. Bei Cassel wirkt neben der geringen Bevölkerungszahl auch die geringe Belastung durch Kommunalsteuern und bei Wiesbaden neben dieser auch noch der besonders geringe Kopfbetrag der um-

gekehrten Staatseinkommensteuer mit. Durch die Kombination der drei Maßstäbe in ihrem Produkt kommt ein jeder von ihnen zur vollen Geltung, und die Verteilung darf als völlig gerecht bezeichnet werden.

Sollte jedoch der Wunsch bestehen, die Extreme etwas zu mildern, so wäre dies dadurch unschwer zu erreichen, daß man anstatt des Produkts der Maßstäbe, d. h. statt ihrer ersten

Wurzel, ihre Quadratwurzel zur Verteilungsgrundlage wählte, oder, anders ausgedrückt, dadurch, daß man die sich aus $\sqrt{a \cdot b \cdot c}$ ergebende Wurzel der Verteilung zugrunde legte. Auch dieser Maßstab würde noch ein leidliches Ergebnis zeitigen, wie wir sogleich zeigen werden. Dagegen könnte eine noch weitergehende Beseitigung der Extreme durch Ziehen der dritten Wurzel nicht mehr als ratsam erscheinen, weil das dadurch erzielte Resultat, das das geometrische Mittel der drei Maßstäbe zur Darstellung brächte, einen Mittelwert ergäbe, in dem die Bedeutung der einen Grundzahl gegenüber den beiden Verhältniszahlen zu sehr abgeschwächt wäre; dadurch würde seine Verwendung als Verteilungsmaßstab zu Betrügen führen, bei denen die Spannung zwischen den oberen und unteren Grenzwerten in nicht mehr wünschenswerter Weise verringert wird. Wir lassen hierunter die betreffenden Resultate folgen.

Die Kommunal- verbände von	würden erhalten bei einer Verteilung der Summe von 6 879 651 \mathcal{M} nach dem Maßstabe	
	$\sqrt{a \cdot b \cdot c}$	$\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$
Ostpreußen	866 507 \mathcal{M}	748 224 \mathcal{M}
Westpreußen	767 950 „	690 344 „
Brandenburg	457 169 „	488 541 „
Pommern	485 846 „	508 764 „
Posen	721 163 „	662 023 „
Schlesien	718 597 „	660 451 „
Sachsen	473 460 „	500 080 „
Schleswig-Holstein	421 891 „	463 075 „
Hannover	511 487 „	526 510 „
Westfalen	522 006 „	533 705 „
der Rheinprovinz	540 668 „	546 350 „
Cassel	250 731 „	327 333 „
Wiesbaden	142 176 „	224 251 „

So wenig ratsam es unseres Erachtens ist, in dem vorliegenden Falle das geometrische Mittel der Maßstäbe, $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$, der Verteilung zugrunde zu legen, weil als Maßstäbe eine absolute Zahl und zwei Verhältniszahlen Verwendung finden, so sehr würden wir die Anwendung des geometrischen Mittels aus den Maßstäben als Verteilungsgrundlage empfehlen, wenn als Maßstäbe nur zwei Grundzahlen gewählt wären. Natürlich wäre auch in diesem, wie überhaupt in jedem, Falle die Verwendung des Produkts der Maßstäbe niemals falsch. Sollte z. B. der Maßstab von Land und Leuten zur Anwendung kommen, wobei a die Bevölkerungszahl, b die Fläche bedeuten soll, so würde als Verteilungsmaßstab der Wert $\sqrt{a \cdot b}$ zu wählen sein. Das Ergebnis würde wesentlich besser sein, als wenn man die Verteilungssumme halbierte und die eine Hälfte nach der Bevölkerungsziffer, die andere nach der Fläche verteilte. Zum Beweise mögen die Ergebnisse der auf Seite 7 abgedruckten Tabelle 3 dienen. In ihr ist die nach dem Gesetze vom 2. Juni 1902 ausgeworfene Dotationssumme von 7 Millionen \mathcal{M} auf sämtliche in Betracht kommenden Verbände nach dem Maßstabe von Land und Leuten verteilt¹⁾, und zwar erstens je zur Hälfte nach der Fläche und nach der Zivilbevölkerung (vergl. Sp. 5 bis 7), zweitens unter Zugrundelegung des Produkts dieser Maßstäbe (Sp. 8) und drittens unter Zugrundelegung des geometrischen Mittels aus Fläche und Zivilbevölkerung (Sp. 9). Vergleicht man die Resultate der ersten und dritten Verteilungsart (Sp. 7 und 9), so springt sofort der große Unterschied des Ergebnisses beim Stadtkreise Berlin in die Augen. Sein Anteil verringert sich bei Anwendung des geometrischen Mittels aus Fläche und Bevölkerung als Verteilungsgrundlage um fast 162 000 \mathcal{M} gegenüber der Verteilung nach dem ersten Maßstabe. Durch den außerordentlich großen Unterschied zwischen der für Berlin in Betracht

¹⁾ Dieser Maßstab ist im Gesetze für die Feststellung der auf Lauenburg und Hohenzollern entfallenden Dotationsbeträge benutzt worden.

kommenden Flächen- und Bevölkerungszahl (6 339 u. 1 654 266) erklärt sich dieses Ergebnis ohne weiteres. Während bei der Halbierung der Dotationssumme gemäß Maßstab 1 der Stadt Berlin zwar nur ein kaum nennenswerter Betrag aus der Verteilung nach der Fläche, dafür aber ein ansehnlicher Anteil aus der Verteilung nach der Zivilbevölkerung zufällt, hebt die dem geometrischen Mittel eigentümliche, zwischen den beiden Zahlen ausgleichende Wirkung diesen Vorteil wieder so gut wie auf. Daß diese Wirkung hier zu einem für den Stadtkreis Berlin recht ungünstigen Ergebnisse führt, beweist nur, was an und für sich schon selbstverständlich erscheint, daß die Anwendung des Flächenmaßstabes bei Städten völlig ungeeignet ist; am allerwenigsten könnte man ihn verwenden, wenn es sich, wie hier, um Gegenüberstellung eines Stadtkreises und ganzer Provinzen handelt. Außer Berlin würde noch der Lauenburgische Landeskommunalverband rund 400 \mathcal{M} und der Provinzialverband der Rheinprovinz rund 16 000 \mathcal{M} weniger erhalten als nach dem ersten Maßstabe; auf alle übrigen Kommunalverbände würde dagegen ein höherer Betrag entfallen. Am bedeutendsten wäre die Erhöhung beim Provinzialverbande von Schlesien mit rund 38 000 \mathcal{M} , demnächst bei dem von Brandenburg mit rund 27 000 \mathcal{M} . Das geometrische Mittel aus Fläche und Bevölkerung erscheint zur Verteilungsgrundlage auch geeigneter als ihr Produkt, wie eine Vergleichung der Spalten 8 und 9 zeigt. Ein Ausgleich der Extreme, wie er durch die Anwendung des geometrischen Mittels als Verteilungsmaßstab erreicht wird, erscheint in diesem Falle namentlich mit Rücksicht auf die kleinen Kommunalverbände von Lauenburg und Hohenzollern und auf den Stadtkreis Berlin, die sonst so gut wie leer ausgehen würden, durchaus angebracht.

Auf Grund der bisherigen Ausführungen glauben wir folgende allgemeinen Regeln für die Verteilung von Dotationen usw. aufstellen zu dürfen:

1. Ein unbedingt richtiges Ergebnis erhält man immer, wenn der Verteilung das **Produkt** der Verteilungsmaßstäbe zugrunde gelegt wird.
2. Sind zwei absolute Zahlen als Maßstäbe gewählt, so empfiehlt es sich, die Quadratwurzel aus ihrem Produkt (geometrisches Mittel) als Verteilungsmaßstab zu wählen.
3. Werden teils absolute, teils Verhältniszahlen als Verteilungsmaßstäbe benutzt, so ist deren Produkt der Verteilung zugrunde zu legen. Handelt es sich bei den zu dotierenden Verbänden um einigermaßen gleichartige Gebilde, z. B. nur um Provinzen oder nur um Landkreise, so wird man auch bei Zugrundelegung eines aus einer Grundzahl und mehreren Verhältniszahlen gebildeten Verteilungsmaßstabes in der Regel noch zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, wenn man die Quadratwurzel aus dem Produkt der Maßstäbe als Verteilungsgrundlage wählt.

Machen wir zum Schlusse noch eine Nutzenanwendung der aufgestellten Regeln auf die Gemeinden Groß-Berlins. Zu diesem Zwecke bedienen wir uns wieder einiger der in der Tabelle 1 enthaltenen Durchschnittszahlen für die Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916. Es soll die Summe von 22 958 811 \mathcal{M} nach folgenden Maßstäben auf die Gemeinden Groß-Berlins verteilt werden:

- a) nach der Einwohnerzahl,
- b) nach dem umgekehrten Kopfbetrage des Prinzipalsolls der staatlich veranlagten Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (umgekehrte Steuerkraft),
- c) nach dem Prozentverhältnis des Umlagesolls der Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu dem entsprechenden Prinzipalsoll dieser Steuern (kommunale Belastung).

[Fortsetzung des Textes auf Seite 10.]

Die Verteilung einer Summe von 22 958 811 \mathcal{M} auf die Gemeinden Groß-Berlins unter Zugrundelegung ihrer Einwohnerzahl, ihrer umgekehrten Steuerkraft und ihrer kommunalen Belastung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 als Maßstäbe.

Lfd. Nr.	Namen der Gemeinden.	Maßstab a = Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916	Maßstab b = Das umgekehrte auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll der staatlich veranlagten Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 \mathcal{M}	Maßstab c = Das Umlagesoll der Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 v. H. des entsprechenden Prinzipalsoll	Verteilung einer Summe von 22 958 811 \mathcal{M}			
					wenn auf die Maßstäbe a, b und c je $\frac{1}{2}$ der Summe entfallen soll \mathcal{M}	unter Zugrundelegung des Produkts der Maßstäbe a, b und c \mathcal{M}	unter Zugrundelegung der $\sqrt{a \cdot b \cdot c}$ \mathcal{M}	unter Zugrundelegung der $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$ \mathcal{M}
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Berlin	1 919 434	0,028	141,75	3 786 336	6 519 102	2 214 020	1 324 868
2	Berlin-Lichtenberg	152 439	0,068	141,82	518 518	1 257 987	972 581	765 600
3	Berlin-Schöneberg	173 509	0,029	144,08	481 169	620 379	682 993	604 803
4	Berlin-Wilmersdorf	138 283	0,022	130,85	391 664	340 642	506 101	495 310
5	Charlottenburg	319 605	0,022	127,78	733 289	768 834	760 333	649 713
6	Neukölln	272 878	0,073	167,52	773 589	2 855 562	1 465 323	1 006 175
7	Spandau	99 097	0,056	166,39	409 194	790 149	770 801	655 662
Kreis Niederbarnim.								
8	Altlandsberg	2 629	0,077	186,39	281 802	32 288	155 814	225 834
9	Bernau	9 464	0,090	154,89	300 499	112 895	291 356	342 769
10	Liebenwalde	2 319	0,093	169,15	302 299	31 217	153 208	223 309
11	Oranienburg	12 831	0,067	227,38	307 627	167 271	354 648	390 767
12	Berlin-Friedrichsfelde	23 310	0,055	202,21	286 869	221 841	408 421	429 330
13	Berlin-Hohenschönhausen	6 743	0,043	230,99	249 979	57 312	207 593	273 439
14	Berlin-Niederschönhausen	18 473	0,066	212,15	306 386	221 339	407 959	429 006
15	Berlin-Oberschönnewide	26 823	0,044	222,80	284 720	225 014	411 331	431 366
16	Berlin-Pankow	57 837	0,056	198,68	352 023	550 657	643 470	581 305
17	Berlin-Reinickendorf	40 633	0,069	253,84	381 579	609 006	676 704	601 152
18	Berlin-Rosenthal	6 284	0,052	223,46	262 380	62 485	216 757	281 428
19	Berlin-Tegel	19 922	0,042	212,88	261 145	152 423	338 542	378 844
20	Berlin-Weißensee	45 591	0,075	239,84	393 976	701 771	726 416	630 244
21	Berlin-Wittenau	10 867	0,043	290,81	296 736	116 284	295 698	346 166
22	Buchholz	5 001	0,096	298,09	397 380	122 464	303 453	352 192
23	Friedrichshagen	14 766	0,057	202,53	274 924	145 868	331 133	373 334
24	Hermisdorf b. Berlin	6 923	0,063	201,99	251 633	63 421	218 376	282 827
25	Mahlsdorf	5 391	0,087	215,20	325 983	86 370	254 841	313 496
26	Biesenthal, Forst	69	0,029	26,95	76 231	46	5 891	25 439
27	Blankenburg	56	0,023	27,51	64 456	30	4 775	22 115
28	Blumberg	280	0,080	26,80	78 553	193	12 035	40 960
29	Cöpenicker Forst	133	0,007	26,76	31 806	21	4 004	19 665
30	Friedenthal	66	0,028	26,81	74 116	42	5 645	24 730
31	Frohnau	982	0,016	26,81	51 620	360	16 463	50 473
32	Gorin	5	0,010	26,76	37 621	1	928	743
33	Groß Böhmerheide	10	0,015	26,87	47 798	3	1 610	10 715
34	Groß Schönebeck, Forst	51	0,004	26,75	25 586	5	1 874	11 854
35	Hammer (einschl. Amt Liebenwalde)	61	0,014	26,93	45 914	20	3 847	19 148
36	Lanke	128	0,003	26,24	23 381	9	2 546	14 543
37	Lehnitz	246	0,023	26,88	64 407	130	9 892	35 940
38	Liebenwalde, Forst	39	0,004	26,86	25 635	4	1 642	10 855
39	Löhme, Amt	212	0,021	27,00	60 381	103	8 795	33 230
40	Neuenhagen	119	0,023	26,81	64 120	63	6 871	28 189
41	Neuholland, Forst	114	0,014	26,85	45 962	37	5 251	23 562
42	Oranienburg, Forst	57	0,008	26,81	29 674	8	2 429	14 093
43	Pechteich, Forst	38	0,003	26,73	23 529	3	1 400	9 762
44	Rosenthal	62	0,024	27,08	66 207	35	5 092	23 083
45	Rüdersdorf, Forst mit Amt Eggersdorf	161	0,010	26,82	37 955	37	5 271	23 622
46	Schöneiche	229	0,027	26,83	72 418	142	10 331	36 996
47	Schönfließ mit Glienicke	139	0,018	27,08	54 237	58	6 603	27 449
48	Schönwalde, Forst	228	0,041	26,03	100 164	208	12 513	42 036
49	Tegel-Schloß	196	0,016	27,22	50 398	73	7 411	29 647
50	Tegel, Forst-Nord	68	0,019	28,29	56 910	31	4 850	22 345
51	Vogelsdorf	10	0,008	26,85	23 554	1	720	6 265
52	Wuhlheide	37	0,024	28,86	67 318	22	4 061	19 851
53	Zerpenschleuse	14	0,025	26,85	67 985	8	2 459	14 209
54	Die übrigen 98 Landgemeinden und 28 Gutsbezirke	119 833	0,087	178,06	518 684	1 588 531	1 092 913	827 514
Kreis Teltow.								
55	Cöpenick	32 120	0,075	199,12	341 938	410 474	555 559	527 074
56	Mittenwalde	3 027	0,136	233,77	432 535	82 352	248 842	308 556
57	Teltow	4 389	0,082	258,44	301 753	60 180	212 722	277 925

Noch: Die Verteilung einer Summe von 22 958 811 \mathcal{M} auf die Gemeinden Groß-Berlins unter Zugrundelegung ihrer Einwohnerzahl, ihrer umgekehrten Steuerkraft und ihrer kommunalen Belastung im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 als Maßstäbe.

Lfd. Nr.	N a m e n d e r G e m e i n d e n .	Maßstab a = Einwohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme im Durchschnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916	Maßstab b = Das umgekehrte auf 1 Ein- wohner entfallende Prinzipalsoll der staatlich veranlagten Ein- kommen-, Grund-, Gebäude- und Ge- werbesteuer im Durch- schnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916 \mathcal{M}	Maßstab c = Das Umlagesoll der Ein- kommen-, Grund-, Gebäude- und Ge- werbesteuer im Durch- schnitt der Rechnungs- jahre 1914, 1915 und 1916 v. H. des entspre- chenden Prinzipal- steuersolls	Verteilung einer Summe von 22 958 811 \mathcal{M}			
					wenn auf die Maßstäbe a, b und c je $\frac{1}{3}$ der Summe entfallen \mathcal{M}	unter Zugrunde- legung des Produkts der Maßstäbe a, b und c \mathcal{M}	unter Zugrunde- legung der $\sqrt{a \cdot b \cdot c}$ \mathcal{M}	unter Zugrunde- legung der $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$ \mathcal{M}
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Noch: Kreis Teltow.							
58	Teupitz	2 530	0,262	198,23	662 882	112 441	290 770	342 309
59	Trebbin	3 365	0,100	187,19	330 159	53 902	201 321	267 903
60	Zossen	4 599	0,089	157,17	290 744	55 050	203 454	269 792
61	Adlershof	13 004	0,081	297,03	381 566	267 729	448 679	457 097
62	Berlin-Britz	13 858	0,059	230,65	295 548	161 376	348 343	386 121
63	Berlin-Friedenau	44 477	0,036	120,42	235 373	164 995	352 227	388 986
64	Berlin-Grunewald	6 272	0,005	97,15	85 224	2 607	44 275	97 610
65	Berlin-Johannisthal	5 205	0,061	248,82	295 018	67 604	225 461	288 913
66	Berlin-Lankwitz	11 526	0,010	220,03	245 850	86 807	255 485	314 023
67	Berlin-Lichterfelde	47 034	0,035	170,71	270 938	240 476	425 230	441 030
68	Berlin-Mariendorf	20 300	0,044	205,87	261 337	157 353	343 974	382 885
69	Berlin-Niederschöneweide	10 141	0,041	184,56	222 154	65 665	222 206	286 125
70	Berlin-Schmargendorf	10 519	0,028	211,85	214 255	53 344	200 276	266 976
71	Berlin-Steglitz	84 485	0,045	178,34	367 071	580 196	660 503	591 519
72	Berlin-Tempelhof	32 414	0,040	165,12	249 689	183 200	371 151	402 797
73	Berlin-Treptow	30 744	0,036	164,67	238 154	155 959	342 447	381 751
74	Klein Glienicke	1 391	0,014	101,05	96 686	1 684	35 584	84 376
75	Nikolassee	1 856	0,008	82,49	73 371	1 048	28 073	72 108
76	Nowawes	25 984	0,078	231,15	357 220	400 893	549 037	522 941
77	Wannsee	3 767	0,009	95,07	87 200	2 758	45 540	99 460
78	Zehlendorf	19 556	0,022	184,10	201 330	67 778	225 752	289 161
79	Berlin-Dahlem	5 360	0,010	35,63	53 543	1 634	35 055	83 537
80	Diepensee	215	0,032	34,52	87 494	203	12 362	41 697
81	Genshagen	272	0,031	43,34	91 325	313	15 334	43 139
82	Grünau-Dahmer Forst	99	0,013	144,62	120 583	159	10 944	38 444
83	Grunewald, Forst	733	0,009	63,71	61 035	360	16 445	50 436
84	Heerstraße	310	0,010	74,99	69 596	199	12 230	41 401
85	Kerzendorf	103	0,006	30,41	32 107	16	3 478	17 819
86	Klein Machnow	421	0,035	105,86	140 384	1 335	31 681	78 088
87	Königs-Wusterhausen, Forst	54	0,021	166,86	150 994	162	11 027	38 639
88	Kummersdorfer Forst	42	0,006	88,86	70 042	19	3 796	18 985
89	Lenzburger Forst	10	0,013	132,72	112 667	15	3 332	17 399
90	Potsdamer Forst	176	0,038	149,48	174 374	855	25 363	67 326
91	Schenkendorf bei Königs-Wuster- hausen	98	0,005	31,35	30 689	13	3 144	16 738
92	Siethen	210	0,018	34,09	58 934	110	9 106	34 009
93	Spandauerberg und Pichelsberg mit Schildhorn	35	0,009	34,15	40 470	9	2 631	14 864
94	Teupitz, Schloß	8	0,020	68,27	84 843	9	2 651	14 946
95	Die übrigen 111 Landgemeinden und 45 Gutsbezirke	82 956	0,078	197,71	443 417	1 094 724	907 277	730 934

Die betreffenden Grundzahlen enthalten die Spalten 3, 4 und 5 der auf den Seiten 9 u. 10 abgedruckten Tabelle 4. Die Spalte 6 zeigt die Verteilung der Summe von 22 958 811 \mathcal{M} , die sich ergeben würde, wenn nach jedem der genannten Maßstäbe je ein Drittel von ihr zur Verteilung käme. Die Spalte 7 weist die Verteilung der gleichen Summe unter Zugrundelegung des Produkts der drei Maßstäbe a, b und c als Verteilungsmaßstab nach, desgleichen die Spalte 8 unter Zugrundelegung der $\sqrt{a \cdot b \cdot c}$, endlich die Spalte 9 unter Zugrundelegung der $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$.

Man braucht nur die auf die Gutsbezirke entfallenden hohen Beträge zu sehen, um sich sofort darüber klar zu sein, daß weder die Verteilung nach je $\frac{1}{3}$ der Maßstäbe a, b und c (Sp. 6) noch die nach der Wurzel aus $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$ (Sp. 9) ein

brauchbares Ergebnis liefert. Das bei Verwendung der $\sqrt[3]{a \cdot b \cdot c}$ (Sp. 8) als Verteilungsgrundlage erzielte Resultat ist zwar besser als die nach den vorher genannten Maßstäben, aber auch nicht befriedigend. Dagegen ist das unter Zugrundelegung des Produkts der drei Maßstäbe (Sp. 7) gewonnene Ergebnis als durchaus brauchbar zu bezeichnen. Dadurch ist bewiesen, daß die aufgestellte Grundregel auch für Kommunalverbände von ganz verschiedener Größe, wie sie die Großstädte einerseits und die Gutsbezirke andererseits darstellen, durchaus zutrifft.

Auf einige interessante Ergebnisse der Spalte 7 sei noch besonders hingewiesen. Die gleich steuerkräftigen Stadtkreise B.-Wilmsdorf und Charlottenburg, deren kommunale Belastung auch nur einen geringen Unterschied aufweist, erhalten sehr verschiedene Beträge von der Verteilungssumme, weil

Charlottenburg eine 2,3 mal so hohe Bevölkerung besitzt, als B.-Wilmsdorf. Der Stadtkreis Neukölln, dessen Einwohnerzahl um rund 46 700 hinter der Charlottenburgs zurückbleibt, erhält eine 3,7 mal so hohe Summe als dieser Stadtkreis, dank seines mehr als 3 mal so hohen Betrages an umgekehrter Steuerkraft und seiner um rund 40 Hundertteile höheren kommunalen Belastung. Die Landgemeinde B.-Lichterfelde, die nur etwa 2 500 Einwohner mehr aufweist als die Landgemeinde B.-Friedenau und ihr an Steuerkraft so gut wie gleich ist, erhält rund 75 500 *M* mehr als sie, weil ihre kommunale Belastung um 50 Hundertteile höher ist als die von B.-Friedenau. Die ungewöhnlich steuerkräftigen und dabei gering belasteten Villenorte Nikolassee, Wannsee und B.-Dahlem erhalten, ganz gerechter Weise, nur recht minimale Beträge,

da hier keine hohe Bevölkerungszahl einen Ausgleich zu ihren Gunsten herbeiführt.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß schon lange, bevor das Problem eines Lastenausgleiches für die Groß-Berliner Gemeinden aufgetaucht war, in Parlament und Presse die Durchführbarkeit eines die Kommunen ganz Preußens umfassenden Lastenausgleiches zur Erörterung gestanden hat, dürften vielleicht die vorstehenden Ausführungen mit dazu beitragen, daß man nach dem Kriege, wo die hohe Belastung der Kommunen wohl gebieterisch eine Abhilfe in dieser oder jener Form erheischen wird, auch an diese schwierige Aufgabe mit dem Bewußtsein herantritt, daß sie lösbar und daß auch eine verhältnismäßig gerechte Verteilung der für den fraglichen Zweck bestimmten Summe möglich ist.

Rückblick auf die Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung im fünfundzwanzigjährigen Zeitraume 1892—1916.

Von

Dr. F. Kühnert.

Einleitung.

Auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und der dazu ergangenen Novellen ist in Preußen für das Steuerjahr 1916 die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zum fünfundzwanzigsten Male ausgeführt worden. Bei der großen volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Bedeutung der Veranlagungsergebnisse rechtfertigt sich daher eine den gesamten Veranlagungszeitraum umfassende rückschauende Betrachtung, zumal die Unterlage dafür, die im Auftrage des Herrn Finanzministers vom Königlichen Statistischen Landesamt bearbeitete Statistik der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung¹⁾, abgesehen von einer vergleichenden Übersicht einiger Hauptziffern für mehrere Jahre, die Ergebnisse in der Hauptsache immer nur für das laufende und das letztvergangene Veranlagungsjahr behandelt.

Allerdings war schon vor dem 1. April 1892, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Einkommensteuergesetzes von 1891, die bis dahin bestehende preußische Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer durch Gesetz vom 25. Mai 1873 zu einer auf wirklicher Einkommensermittelung fußenden Einkommensteuer herausgebildet worden, so daß seitdem zwischen der vorher nach den allgemeinen Merkmalen der äußeren Lebensstellung veranlagten Klassensteuer und der schon früher nach dem Einkommen abgestuften klassifizierten Einkommensteuer ein durchgreifender Unterschied nur mehr in der Art der Veranlagung und der Rechtsmittel sowie in der größeren Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse bei den Klassensteuerverpflichtigten bestand. Hatte hier die soziale Idee bereits wesentlich mitgewirkt, so wurde gleichwohl schon infolge des ausdrücklichen gesetzlichen Verbots des „lästigen“, d. h. tiefergehenden, Eindringens in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen eine den Anforderungen der

Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit entsprechende Veranlagung nicht erzielt; vielmehr blieben auch jetzt noch die eingeschätzten Beträge vielfach sehr weit hinter der Wirklichkeit zurück. Erst das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 mit seiner auf verantwortlicher Selbsteinschätzung beruhenden und überhaupt eine größere Genauigkeit der Einschätzung sichernden Veranlagung brachte eine Einkommensteuer, die im wesentlichen nach der im Reineinkommen Ausdruck findenden steuerlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Pflichtigen zu bemessen ist. Mit seiner Tendenz, die Steuerlast möglichst mit der Leistungsfähigkeit ihres Trägers in Übereinstimmung zu bringen, führte das neue Einkommensteuergesetz zu einer gerechteren und gleichmäßigeren Steuerveranlagung und damit gegen früher zu einer erheblichen Verbesserung der Einkommensteuer-Statistik als Unterlage für die Erkenntnis und Beurteilung der Einkommensverhältnisse in der Form der Massenbeobachtung.

Das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 ist inzwischen durch die Novellen vom 19. Juni 1906, 18. Juni 1907, 26. Mai 1909 und neuerdings durch das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer vom 8. Juli 1916 auch in seinen materiellen Grundsätzen nicht unwesentlich abgeändert worden, wesschon die Hauptgrundlagen des Gesetzes unverändert geblieben sind.

Von besonderem Einflusse auf die Veranlagungsergebnisse war namentlich die durch die Novelle von 1906 eingeführte und durch die von 1907 erweiterte Verpflichtung der Arbeitgeber, auf Verlangen der Gemeindebehörden über die Lohn- und Gehaltsbezüge der in ihrer Haushaltung, ihrem Berufe oder Gewerbe beschäftigten Personen Auskunft zu erteilen, ferner die auf der Novelle von 1906 beruhende Ausdehnung der subjektiven Steuerpflicht auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie auf alle Vereine zum gemeinsamen Einkaufe

¹⁾ bis 1911 als „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate“ erschienen.

von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen, also auch auf die Konsumvereine ohne Rücksicht darauf, ob sie einen offenen Laden haben und mit Korporationsrechten ausgestattet sind, des weiteren die durch die Novellen von 1906 und 1909 eingeführten Erleichterungen für die Steuerpflichtigen, die Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewähren, einschließlich der Erweiterung der Einkommenshöchstgrenze für die Berücksichtigung wegen beeinträchtigter Leistungsfähigkeit sowie der Vermehrung der zulässigen Abzüge vom Einkommen (Abzugsfähigkeit der vom Grundeigentum, Gewerbebetrieb und Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern, der Versicherungsprämien für Versicherung nicht selbständig zu veranlagender Haushaltsangehöriger usw.), endlich die durch die Novelle von 1909 eingeführten und durch die von 1916 erhöhten Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen.

Diese Gesetzesänderungen haben zweifellos die Vergleichbarkeit der Veranlagungsergebnisse der verschiedenen in Betracht kommenden Jahre gestört, wenn auch, da die Hauptgrundsätze des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 unberührt geblieben sind, nicht aufgehoben; nur wird man sich eben bei der Betrachtung der Ergebnisse jene den Vergleich erschwerenden Umstände, auf die in der nachfolgenden Darstellung nach Möglichkeit hingewiesen wird, stets vor Augen halten müssen. Was insbesondere die Vergleichbarkeit der jährlichen Steuersummen betrifft, so ist seit dem Steuerjahre 1907 zwischen dem Einkommensteuer-Veranlagungssoll und dem -Erhebungssoll zu unterscheiden. Während bis dahin die veranlagte und die zu erhebende Steuer einander gleich waren, ist seitdem unter letzterer die veranlagte Steuer abzüglich ihres auf Gewinnanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung entfallenden und deshalb gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer (auf der Novelle von 1906 beruhender) Fassung unerhoben bleibenden Teiles, anderseits zuzüglich der durch die Novellen von 1909 und 1916 den Steuerpflichtigen mit über 1 200 bzw. 2 400 *M* Einkommen auferlegten besonderen Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen zu verstehen.

Besondere Schwierigkeiten bereitet die statistische Darstellung des Einkommens, weil die dieses betreffenden Materialien der Einkommensteuer-Veranlagung unvollkommen sind. Während der amtlichen Statistik für die physischen Zensiten mit Einkommen von mehr als 3 000 *M* und für die Gesamtheit der nichtphysischen Zensiten Angaben über die der Veranlagung zugrunde gelegten Einkommenssummen vorliegen, ist dies bezüglich der physischen Zensiten mit Einkommen bis zu 3 000 *M* nicht der Fall. Für letztere mußte daher stets das Einkommen unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge berechnet werden; für die darunter befindlichen, auf Grund der §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes auf einen niedrigeren Steuersatz Ermäßigten konnte aber in derselben Weise das Einkommen nur insoweit in Ansatz gebracht werden, als es ihrem der amtlichen Statistik allein zu Gebote stehenden ermäßigten Steuersatz entspricht, ein Übelstand, der wegen der überaus großen Schwierigkeit, das tatsächliche gesamte Einkommen jener zahlreichen Ermäßigten ebenso wie für die Zensiten mit über 3 000 *M* bei Aufstellung der Statistik zu berücksichtigen, in Kauf genommen werden muß. Handelt es sich um die Verteilung der Zensiten auf die wichtigsten Einkommensgruppen (über 900 bis 3 000, über 3 000 bis 9 500, über 9 500 bis 30 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 *M*), so stehen zwar die auf eine jede dieser Gruppen entfallende Zensitenzahl und Steuersumme, nicht aber auch die entsprechende

Einkommenssumme fest. Diese muß vielmehr auch für die Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen in der vorher angegebenen Weise errechnet werden, was aber wieder für die nichtphysischen unter ihnen von 1907 an nicht mehr möglich ist, da seit dieser Zeit in der amtlichen Statistik die bis dahin für sie steuerstufenweise gebrachten Steuerangaben fehlen. In der folgenden Darstellung wird nach Möglichkeit versucht, die hier geschilderten Mängel durch Einsetzung errechneter Näherungswerte auszugleichen.

Auf die Frage, ob und wieweit die aus der Einkommensteuerstatistik zu entnehmenden Einkommensangaben sich mit den tatsächlichen Einkommensverhältnissen decken, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Sie ist in der Wissenschaft eingehend erörtert worden¹⁾. Sicher ist, daß die preußische Einkommensteuerstatistik den Mängeln ihrer Unterlagen tsprechend keine mit der Wirklichkeit genau übereinstimmenden Einkommensergebnisse liefern kann. Gleichwohl besteht Übereinstimmung darüber, daß sie für Preußen allein eine — wenn auch nicht einwandfreie, so doch durchaus brauchbare — Grundlage zur Untersuchung der Einkommensverhältnisse und namentlich der Einkommensbewegung und -gliederung bildet. —

Die Darstellung zerfällt in drei Teile:

- A) Ergebnisse der Veranlagung der physischen Personen.
- B) Ergebnisse der Veranlagung der nichtphysischen Personen.
- C) Gesamtergebnis der Veranlagung.

Die Darstellung bezieht sich gemäß ihrer Quelle, der amtlichen preußischen Einkommensteuerstatistik, nur auf die unveränderten Veranlagungsergebnisse erster Instanz, berücksichtigt also nicht die endgültigen Entscheidungen auf eingelegte Rechtsmittel.

Von der Unterscheidung zwischen Stadt und Land ist aus räumlichen Gründen abgesehen worden; sie soll Gegenstand einer weiteren besonderen Bearbeitung bilden. Ebenso sind die übrigens nicht regelmäßig, so auch nicht für 1916, statistisch erhobenen Steuerermäßigungen auf Grund der §§ 19 und 20 (bis 1906 §§ 18 und 19) des Einkommensteuergesetzes in den Rückblick nicht miteinbezogen, da sie bereits für den Zeitraum 1892–1913 im Jahrgang 1914 (S. 349 ff.) und für 1914 und 1915 im Jahrgang 1915 (S. 314 ff.) dieser Zeitschrift ausführlich behandelt worden sind.

A. Ergebnisse der Veranlagung der physischen Personen.

Hier, wie in den beiden folgenden Abschnitten, werden zunächst die hauptsächlichsten Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung (Zensiten-Gesamtzahl, Gesamt- und Durchschnitts-Einkommen wie -Steuer), insbesondere ausführlich in diesem den physischen Personen gewidmeten Abschnitte die der Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen, behandelt. Alsdann werden die physischen Zensiten im Verhältnisse zur Gesamtbevölkerung sowie zur Gesamtheit der Haushaltsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzel-

¹⁾ so von Adolf Wagner: „Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens“ in dieser Zeitschrift Jahrgang 1904 S. 41 ff., von Würzburger: „Die sächsische Einkommensteuerstatistik als Maßstab für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse“ in der Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamts Jahrgang 1904 S. 1 ff. und von Dr. Klara Perls: „Die Einkommen-Entwicklung in Preußen seit 1896 nebst Kritik an Material und Methoden“. Berlin 1911. S. 9 ff.

Vergl. hierzu auch Evert: „Sozialstatistische Streifzüge durch die Materialien der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in Preußen von 1892 bis 1901“. Jahrgang 1902 dieser Zeitschrift S. 245 und 246 und Kühnert: „Einkommensgliederung der preußischen Bevölkerung im Zeitraume 1902–1914“. Jahrgang 1916 dieser Zeitschrift S. 269 und 270.

wirtschaftler) und in ihrer Verteilung auf die wichtigsten Einkommensgruppen dargestellt, wobei zugleich der Teil der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ersichtlich gemacht wird, der wegen Einkommens von nicht mehr als 900 \mathcal{M} einkommensteuerfrei oder ungeachtet eines 900 \mathcal{M} übersteigenden Einkommens nach den §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes wegen gesetzlicher Unterhaltungspflicht oder anderer außergewöhnlicher Belastung von der Steuer freigestellt ist.

Hierauf folgt eine Betrachtung der sogenannten veranlagten Bevölkerung (Zensiten einschließlich der Angehörigen) sowie ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung und ihrer Einkommensgliederung, zugleich unter Kenntlichmachung des zur Einkommensteuer nicht herangezogenen Bevölkerungsteils (Einkommensteuerfreie wie Freigestellte einschließlich ihrer Angehörigen).

Im Anschluß hieran werden auch das Zensiteneinkommen wie das Steuersoll einkommensgruppenweise aufgeführt.

Die vorstehend erwähnten Gruppierungen der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler wie der Gesamtbevölkerung sind nur für die Zeit seit 1896 möglich, weil in diesem Jahre zum ersten Male einwandfrei die Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (also nicht nur wie bis dahin die steuerpflichtigen, sondern auch die steuerfreien unter ihnen) besonders ermittelt und die Gesamtbevölkerung in ihrer Verteilung auf die einzelnen Abstufungen der Einkommensklasse von mehr als 900 \mathcal{M} festgestellt worden ist. —

Es betrug

im Steuerjahre	Gesamt- zahl	der physischen Zensiten		
		steuer- pflichtiges Rein- einkommen	Einkommensteuer- Ver- anlagungs- soll	Er- hebungs- soll
		\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}
1892	2 435 858	5 704 326 767	114 786 105	114 786 105
1893	2 479 778	5 725 338 364	113 797 945	113 797 945
1894	2 519 008	5 784 797 517	114 272 317	114 272 317
1895	2 603 292	5 935 233 289	116 516 284	116 516 284
1896	2 652 515	6 086 052 635	120 305 978	120 305 978
1897	2 763 995	6 374 601 734	126 901 359	126 901 359
1898	2 907 279	6 774 937 505	136 411 925	136 411 925
1899	3 092 166	7 257 813 418	146 581 694	146 581 694
1900	3 377 091	7 841 292 865	158 396 772	158 396 772
1901	3 646 527	8 376 057 778	168 127 100	168 127 100
1902	3 759 377	8 559 884 832	170 193 484	170 193 484
1903	3 895 184	8 709 252 997	171 388 063	171 388 063
1904	4 130 956	9 122 689 561	177 604 750	177 604 750
1905	4 390 608	9 668 607 595	188 036 080	188 036 080
1906	4 672 429	10 331 801 769	201 420 066	201 420 066
1907	5 384 556	11 747 799 157	225 656 571	223 036 102
1908	5 876 741	12 795 101 910	244 427 323	241 351 196
1909	6 099 422	13 219 615 578	251 514 997	279 805 608
1910	6 241 494	13 710 778 103	260 359 548	289 527 988
1911	6 551 705	14 487 258 722	275 448 504	305 811 903
1912	6 906 497	15 239 786 675	293 688 312	325 999 977
1913	7 318 382	16 261 974 250	314 358 683	348 183 484
1914	7 684 062	17 560 364 655	341 127 363	378 473 875
1915	7 300 619	16 549 637 313	319 058 465	354 579 207
1916	7 508 529	18 246 654 593	362 144 818	498 406 377.

Hiernach zeigt sich bis zum Jahre 1914 (Friedensstand) bei der Gesamtzahl der mit einem Einkommen von über 900 \mathcal{M} zur Einkommensteuer veranlagten physischen Zensiten wie bei deren steuerpflichtigem Reineinkommen und ihrem Steuersoll eine stetige erhebliche Aufwärtsbewegung. Nur einmal erfolgte bis dahin, und zwar von 1892 auf 1893, also auf die erste, zum Teil noch unvollkommene Veranlagung nach dem neuen Einkommensteuergesetze, ein vorübergehender Rückschlag beim

Steuersoll um nicht ganz 1 Million \mathcal{M} ¹⁾, ohne daß sich zugleich die Zensitenzahl und die Einkommenssumme verminderten. Sodann brachte unter dem Einflusse des Krieges das Jahr 1915 gegenüber dem Vorjahre zum ersten Male einen allgemeinen Rückgang des Veranlagungsergebnisses, also nicht nur bezüglich des Steuersolls, das etwa um ein Sechzehntel abnahm, sondern auch hinsichtlich der Zensitenzahl, die um ein Zwanzigstel, und des steuerpflichtigen Einkommens, das um rund ein Siebzehntel sank. Auf dieses nicht gerade bedeutende Zurückbleiben, das man als eine natürliche Folge des Kriegszustandes mit seiner zunächst tief einschneidenden Einwirkung auf die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung anzusehen hat, ist bereits im letzten Steuerjahre 1916 wieder ein Aufschwung eingetreten, der bei der Zensitenzahl 2,85, beim steuerpflichtigen Einkommen 10,25, beim Veranlagungssoll 13,50 und beim Erhebungssoll sogar 40,56 v. H. ausmachte. Die Einstellung auf die durch den Krieg so stark veränderten Wirtschaftsverhältnisse ist also überraschend schnell erfolgt!

Blieb somit im Jahre 1916 die Zahl der physischen Zensiten hinter der des bis dahin günstigsten Steuerjahres 1914 noch um 175 533 oder 2,28 % zurück, so waren anderseits ihr Einkommen und ihre Steuer im letzten Jahre höher als je zuvor, und zwar vergrößerte sich von 1892 bis 1916 das Einkommen um 12,54 Milliarden \mathcal{M} oder 219,87 %, das Einkommensteuer-Veranlagungssoll um 247,36 Millionen oder 215,50 % und das Einkommensteuer-Erhebungssoll um 383,62 Millionen \mathcal{M} oder 334,20 %, während die Zensitenzahl von 1916 die von 1892 um 5 072 671 oder 208,25 % übertraf.

Während also im Gesamtzeitraume 1892-1916 die Zensitenzahl wie das Einkommen und das Veranlagungssoll sich ziemlich gleichmäßig mehr als verdreifacht haben, war von 1915 auf 1916 die Zunahme beim Einkommen und beim Veranlagungssoll ganz erheblich bedeutender als bei der Zensitenzahl. Die Einkommensmehrung gegen 1915 bezog sich mithin vorzugsweise auf größere Einkommen, wofür bei dem progressiven Charakter der Einkommensteuer insbesondere auch der Umstand spricht, daß das Veranlagungssoll verhältnismäßig stärker als das Einkommen gestiegen ist.

Im allgemeinen liegt nach vorstehendem zweifellos eine recht günstige Einkommensentwicklung vor, die auf eine erfreuliche Zunahme des Wohlstandes schließen läßt, auch wenn man berücksichtigt, daß seit 1892 der Wert des Geldes merklich abgenommen hat und das von der Steuergesetzgebung angenommene Existenzminimum von 900 \mathcal{M} bei der anhaltenden Teuerung kaum noch den Zeitverhältnissen entspricht. Im einzelnen tritt als besonders bemerkenswerte Aufschwungsperiode die Zeit von 1905 bis 1910 hervor, in der sich die Zensitenzahl fast um 2 Millionen, das Einkommen um über 4 Milliarden, das Einkommensteuer-Veranlagungssoll um über 70 und das -Erhebungssoll gar um über 100 Millionen \mathcal{M} vergrößert haben. Hierbei ist indes zu beachten, daß ein beträchtlicher Teil dieser Steigerung auf die Einkommensteuer-Novelle von 1906 zurückzuführen ist, die eine wesentliche Vervollkommnung der Veranlagung durch Erfassung bis dahin den Veranlagungsbehörden entgangener Einkommensbeträge von Arbeitnehmern zur Folge hatte; außerdem waren die durch die Novelle von 1909 eingeführten Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen von erheblichem Einfluß auf die Höhe des Einkommensteuer-Erhebungssolls. Letzteres gilt natürlich auch für das letzte Steuerjahr 1916, in dem sich hauptsächlich infolge der durch die Novelle vom

¹⁾ der aber nur teilweise auf zu hohe Einschätzung bei der erstmaligen Veranlagung, größtenteils vielmehr auch auf die damals herrschende Depression im Wirtschaftsleben und infolgedessen eingetretene Verkleinerung zahlreicher Einzeleinkommen zurückzuführen sein dürfte.

8. Juli 1916 den Steuerpflichtigen mit über 2 400 *M* Einkommen auferlegten erhöhten Steuerzuschläge das Erhebungssoll gegen das Vorjahr um nahezu 150 Millionen *M* vergrößerte.

Im Durchschnitt auf einen physischen Zensiten betrug in Mark

im Steuerjahre	das steuer- pflichtige Rein- einkommen	das Einkommensteuer- Ver- anlagungs- soll	Er- hebungs- soll
1892	2 342	47,12	47,12
1893	2 309	45,89	45,89
1894	2 296	45,36	45,36
1895	2 281	44,76	44,76
1896	2 294	45,36	45,36
1897	2 306	45,91	45,91
1898	2 330	46,92	46,92
1899	2 347	47,40	47,40
1900	2 322	46,90	46,90
1901	2 297	46,11	46,11
1902	2 277	45,27	45,27
1903	2 236	41,43	41,43
1904	2 208	42,99	42,99
1905	2 202	42,83	42,83
1906	2 211	43,11	43,11
1907	2 182	41,91	41,42
1908	2 177	41,59	41,07
1909	2 167	41,24	45,87
1910	2 197	41,71	46,39
1911	2 211	42,04	46,68
1912	2 207	42,52	47,20
1913	2 222	42,95	47,58
1914	2 285	44,39	49,25
1915	2 267	43,70	48,57
1916	2 430	48,23	66,38.

Wir sehen hier, daß der im Durchschnitt auf einen Zensiten entfallende Einkommens- und Steuerbetrag im Berichtszeitraum häufigen Schwankungen unterworfen war. Im allgemeinen ist bis zum Jahre 1909 ein Sinken des Durchschnittseinkommens wie der veranlagten Durchschnittssteuer wahrzunehmen. Von da ab hoben sich diese Durchschnitte wieder, um nach der Unterbrechung ihrer Aufwärtsbewegung im Kriegsjahre 1915 ziemlich unvermittelt im Jahre 1916 den Höchststand seit 1892 zu erreichen. Angesichts der großen Anzahl der von 1915 auf 1916 hinzugetretenen Steuerpflichtigen (über 200 000) muß an dieser Erhöhung des Durchschnittseinkommens auch die Arbeiterbevölkerung, deren Arbeitsverdienst in letzter Zeit überaus stark gestiegen ist, sehr erheblich beteiligt gewesen sein. Beim Erhebungssoll, das sich bis zum Jahre 1906 vom Veranlagungssoll nicht unterschied, bemerken wir den tiefsten Stand (der beim Einkommen und Veranlagungssoll erst 1909 eintrat) bereits im Jahre 1908; von 1908 auf 1909 ist hier infolge der durch die Novelle vom 26. Mai 1909 eingeführten Steuerzuschläge eine beträchtliche und von 1915 auf 1916 infolge der erhöhten Zuschläge der Novelle vom 8. Juli 1916 eine noch weit stärkere Zunahme des Durchschnittes erfolgt.

Natürlich waren auf die Bewegung des Durchschnittseinkommens auch die wirtschaftlichen Verhältnisse von wesentlichem Einfluß; so hatte offenbar die Hochkonjunktur am Ende der 1890er Jahre eine Zunahme, andererseits die ungünstige Wirtschaftslage um die Jahre 1907 bis 1909 eine Abnahme des Durchschnitts zur Folge. Im allgemeinen ist aber der erwähnte Rückgang des Durchschnittseinkommens in der Zeit von 1892 bis 1909 vom sozialen Standpunkte keineswegs ungünstig zu deuten. Eine entgegengesetzte Schlußfolgerung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn zugleich die Zahl der Steuerpflichtigen abgenommen oder wenigstens sich nicht erheblich verändert hätte. Dann müßte aus der Verminderung des Durchschnittseinkommens auf das Sinken sehr vieler Einzel-

einkommen geschlossen werden. Da aber in jenem Zeitraum — wie wir gesehen haben — die Zensitenzahl wie das Einkommen im ganzen stark in die Höhe gegangen sind und in jedem Jahre der Zensitenzuwachs selbstverständlich in den untersten Einkommensstufen weitaus am größten war, so ist gerade durch diese im Interesse der Entwicklung des Mittelstandes durchaus erwünschte umfangreiche Neubildung kleiner, aber immerhin die wirtschaftliche Unabhängigkeit sichernder steuerpflichtiger Einkommen der erwähnte Rückgang des durchschnittlichen Einkommenssatzes veranlaßt worden.

Was nunmehr die Einkommen von über 3 000 *M* betrifft, deren Bezieher unbedingt zur Steuererklärung verpflichtet sind, so betrug

der physischen Zensiten mit über 3 000 <i>M</i> Einkommen				
im Steuerjahre	Gesamt- zahl	steuer- pflichtiges Rein- einkommen Millionen <i>M</i>	Einkommensteuer- Ver- anlagungs- soll Millionen <i>M</i>	Er- hebungs- soll Millionen <i>M</i>
1892	316 889	2 792,35	81,98	81,98
1893	319 317	2 756,58	80,30	80,30
1894	321 296	2 757,69	80,01	80,01
1895	324 294	2 800,99	81,11	81,11
1896	331 091	2 889,31	84,14	84,14
1897	345 328	3 056,29	89,52	89,52
1898	369 384	3 303,00	97,45	97,45
1899	390 957	3 572,36	105,37	105,37
1900	413 878	3 830,11	114,01	114,01
1901	435 696	4 048,16	120,53	120,53
1902	449 681	4 100,00	121,15	121,15
1903	461 696	4 093,22	120,76	120,76
1904	479 835	4 227,61	124,13	124,13
1905	501 437	4 459,32	131,24	131,24
1906	526 475	4 780,69	140,97	140,97
1907	559 491	5 156,25	152,11	149,50
1908	592 651	5 450,98	160,67	157,60
1909	621 566	5 577,99	164,00	188,92
1910	703 753	6 035,14	173,19	199,01
1911	745 598	6 408,91	183,28	210,09
1912	783 876	6 656,20	194,86	223,29
1913	829 009	7 056,72	206,82	236,38
1914	888 201	7 798,43	225,86	258,05
1915	805 571	7 248,13	209,16	240,26
1916	841 928	8 378,47	241,22	371,97.

Hiernach sind die Zensitenzahl wie die Einkommenssumme und das Steuersoll der physischen Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen seit 1892 sehr gestiegen. Auch hier haben sich die Zensiten bis 1914 ununterbrochen vermehrt; von 1892 bis 1916 betrug ihre Zunahme 165,69 %. Dagegen hat die Steigerung des Einkommens und der Steuer nicht nur — wie die Zensitenzahl — infolge des Krieges von 1914 auf 1915, sondern auch von 1892 auf 1893 und von 1902 auf 1903 eine, wenn auch nicht erhebliche, Unterbrechung erlitten. Gegenüber 1892 war 1916 die Einkommenssumme der physischen Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen um 200,03 % höher; sie hat sich mithin seitdem ziemlich genau verdreifacht, während in demselben Zeitraum ihr Veranlagungssoll um 194,35 % und ihr Erhebungssoll um 353,90 % zunahm, ersteres also weniger, letzteres dagegen mehr als bei der Gesamtheit der Zensiten mit über 900 *M* Einkommen. Insbesondere von 1915 auf 1916 hob sich zwar die gegen 1914 etwas gesunkene Zahl der Zensiten wieder, um 4,51 %, stand damit aber hinter der bis dahin höchsten des Jahres 1914 noch etwas zurück. Das Einkommen stieg in demselben Jahre um 15,59 %, das Veranlagungssoll um 15,33 %, das Erhebungssoll aber hauptsächlich infolge der erhöhten Zuschläge der Novelle von 1916 um 54,82 %, also um über die Hälfte. Sowohl die Einkommens- wie die Steuersumme der physischen Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen gelangte damit auf den höchsten Stand seit 1892.

Der Umstand, daß von 1892 bis 1916 wie noch mehr von 1915 auf 1916 Einkommen und Steuer verhältnismäßig stärker als die Zensitenzahl gewachsen sind, läßt auf eine erhebliche Vergrößerung der Einzeleinkommen schließen, für die in letzter Zeit vornehmlich die an den Kriegslieferungen beteiligte Industrie, der Lebensmittelhandel wie auch die mit erhöhter Rentabilität arbeitende Landwirtschaft in Betracht kommen; freilich wirkt bei dieser an sich erfreulichen Einkommenszunahme die neuerliche Preissteigerung der Lebensbedürfnisse stark ausgleichend.

An der Gesamtzahl der physischen Zensiten (mit über 900 \mathcal{M} Einkommen zusammen) waren die mit einem Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} im Jahre 1892 mit etwas über einem Achtel, im Jahre 1916 hingegen mit einem Neuntel beteiligt, am Gesamteinkommen 1892 mit rund der Hälfte, 1916 mit etwas über zwei Fünfteln, an der Gesamtsteuer für 1892 mit etwas mehr als sieben Zehnteln, für 1916 aber beim Veranlagungssoll mit etwa zwei Dritteln, beim Erhebungssoll mit fast drei Vierteln. Die Anteile an der gesamten Zensitenzahl, dem gesamten Einkommen und dem gesamten Veranlagungssoll sind also angesichts der stärkeren Zunahme der Zahl der kleineren steuerpflichtigen Einkommen bis zu 3 000 \mathcal{M} im Laufe der Jahre zurückgegangen, während beim Erhebungssoll infolge der erheblich höheren Belastung der Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} durch die Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen eine Steigerung ihrer Anteilsziffer hervortritt.

Daraus, daß hiernach auf die physischen Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} noch nicht die Hälfte des Gesamteinkommens, aber rund zwei Drittel des Veranlagungs- und nahezu drei Viertel des Erhebungssolls aller physischen Zensiten (mit über 900 \mathcal{M} Einkommen zusammen) entfallen, ergibt sich, daß dem Ziele der Einkommensteuerreform von 1891 entsprechend das Schwergewicht der Einkommensteuerlast auf den leistungsfähigeren Schultern ruht.

Im Durchschnitt auf einen physischen Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} Einkommen betrug in Mark

im Steuerjahre	das steuer- pflichtige Rein- einkommen	das Einkommensteuer- Ver- anlagungs- soll	Er- hebungs- soll
1892	8 812	259	259
1893	8 633	251	251
1894	8 583	249	249
1895	8 637	250	250
1896	8 727	254	254
1897	8 850	259	259
1898	8 942	264	264
1899	9 137	270	270
1900	9 254	275	275
1901	9 291	277	277
1902	9 118	269	269
1903	8 866	262	262
1904	8 811	259	259
1905	8 893	262	262
1906	9 081	268	268
1907	9 216	272	267
1908	9 198	271	266
1909	8 974	264	304
1910	8 576	246	283
1911	8 596	246	282
1912	8 491	249	285
1913	8 512	249	285
1914	8 780	254	291
1915	8 998	260	298
1916	9 952	287	442

Da gerade die höheren Einkommen von den wirtschaftlichen Verhältnissen ganz besonders beeinflusst zu werden pflegen, bewegte sich das Durchschnittseinkommen wie die Durchschnittssteuer der Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} Ein-

kommen den wechselnden Konjunkturen entsprechend im Zeitraume 1892–1916 in auf- und absteigender Richtung. So zeigt sich beispielsweise in der Aufschwungsperiode von 1895 an ein Emporgehen des Durchschnitts; wenn dieses sich selbst noch im Jahre 1901, also trotz inzwischen bereits gesunkener Konjunktur fortsetzt, so handelt es sich hier offenbar um das Ergebnis einer abgelaufenen günstigen Wirtschaftszeit, indem bei der dreijährigen Durchschnitts-Veranlagung schwankender Einnahmen die Vorjahre aufsteigender Entwicklung (bis zur zweiten Hälfte 1900) mitzubetrachten waren. Aus gleichem Grunde kommt die zweifellos 1907 für Handel und Gewerbe bereits bestehende Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage beim Durchschnitt der höheren Einkommen erst von 1908 an zum Ausdruck. Bemerkenswerterweise tritt ungeachtet der Kriegszeit in den Jahren 1915 und 1916 eine Steigerung der Durchschnitte hervor; insbesondere weist das letzte Jahr seit 1892 den höchsten Stand auf. Zwischen dem niedrigsten Durchschnittseinkommen von 8 491 \mathcal{M} im Jahre 1912 und dem höchsten von 9 952 \mathcal{M} im Jahre 1916 besteht eine recht bedeutende Spannung, von nahezu 1 500 \mathcal{M} ! Die Zunahme des Durchschnittseinkommens um nahezu 1 000 \mathcal{M} von 1915 auf 1916 fällt umsomehr ins Gewicht, als gleichzeitig, wie wir gesehen haben, eine nicht unbedeutliche Zensitenvermehrung stattgefunden hat, während mit der – zudem geringeren – Durchschnittserhöhung des Jahres 1915 ein Rückgang der Zensitenzahl verbunden war.

Bis zum Jahre 1911 sind alljährlich für die physischen Zensiten mit einem Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} nach dessen Quellen Übersichten über die auf die einzelnen Einkommensarten entfallenden Beträge unter Ausscheidung der vom Gesamteinkommen gemachten Abzüge an Schuldzinsen usw. aufgestellt worden, was seitdem nur noch alle drei Jahre, und zwar in jedem Jahre, in dem zugleich eine Neuveranlagung zur Ergänzungssteuer stattfindet, geschieht. Die (S. 16) folgende, die Entwicklung der Einkommensquellen und abzugsfähigen Beträge, insbesondere deren Verhältnis zum Gesamteinkommen, darstellende Übersicht schließt daher mit dem Jahre 1914 ab.

Danach sind die Grundzahlen aller im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Haupteinkommensquellen im Zeitraume 1892–1914 erheblich gestiegen, am meisten und ohne jede Unterbrechung das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung usw., also in der Hauptsache das sogenannte Arbeits-einkommen; dieses vermehrte sich insgesamt um 2 138,32 Millionen \mathcal{M} oder 360,0 %, das ist um mehr als das Dreieinhalbfache. Während anfänglich das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung unter den vier Einkommensquellen am kleinsten war, überholte es bereits im Jahre 1898 das aus Grundvermögen, im Jahre 1909 das aus Kapitalvermögen und im Jahre 1910 auch das bis dahin höchste aus Handel, Gewerbe und Bergbau, das außerdem im Jahre 1914 auch noch hinter das aus Kapitalvermögen zurücktrat.

Die zweitgrößte Zunahme weist von 1892 bis 1914 das Einkommen aus Kapitalvermögen mit 1 502,93 Mill. \mathcal{M} oder 168,5 % auf; es folgt das aus Handel und Gewerbe mit 1 303,70 Millionen \mathcal{M} oder 132,7 % und zuletzt das aus Grundvermögen mit 909,40 Millionen \mathcal{M} oder 120,4 %. Diesen drei Einkommensarten ist gemeinsam, daß – im Gegensatz zum Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung – ihre Beträge, zum Teil wohl als Rückwirkung auf die erstmalige zu scharfe Veranlagung im Jahre 1892, etwa bis zur Mitte der 1890er Jahre zunächst zurückgegangen sind, dann aber bis zum Jahre 1914 eine Aufwärtsbewegung zeigen, die beim Kapitalvermögen seit 1894 und beim Grundvermögen seit 1896 ununterbrochen war, beim Handel und Gewerbe aber infolge ungünstiger Wirtschaftskonjunktur in den Jahren 1902 und 1903, außerdem noch einmal im Jahre 1909 Rückschläge erfuhr.

Es betragen

der physischen Zensiten mit über 3000 \mathcal{M} Einkommen

im Steuerjahre	Gesamt- Roheinkommen Millionen \mathcal{M}	Kapital- vermögen		Grundvermögen		Handel, Gewerbe und Bergbau		gewinnbringender Beschäftigung usw.		gesetzlich ab- rechnungsfähige Abzüge		verbleibendes Reineinkommen	
		überhaupt		überhaupt		überhaupt		überhaupt		überhaupt		überhaupt	
		Millionen \mathcal{M}	v. H.	Millionen \mathcal{M}	v. H.	Millionen \mathcal{M}	v. H.	Millionen \mathcal{M}	v. H.	Millionen \mathcal{M}	v. H. des Gesamt- Roheinkommens	Millionen \mathcal{M}	v. H. des Gesamt- Roheinkommens
1892	3 223,83	891,72	27,66	755,36	23,43	982,80	30,49	593,94	18,42	431,48	13,38	2 792,35	86,62
1893	3 207,66	887,47	27,67	745,57	23,24	959,65	29,92	614,97	19,17	451,09	14,06	2 756,58	85,94
1894	3 216,52	887,98	27,61	741,83	23,06	953,82	29,65	632,90	19,68	458,83	14,26	2 757,69	85,74
1895	3 267,44	904,49	27,68	739,47	22,63	963,43	29,49	660,05	20,20	466,45	14,28	2 800,99	85,72
1896	3 371,81	912,46	27,06	755,29	22,40	1 019,22	30,23	684,85	20,31	482,50	14,31	2 889,31	85,69
1897	3 562,58	942,85	26,47	784,63	22,02	1 106,02	31,05	729,08	20,46	506,29	14,21	3 056,29	85,79
1898	3 836,04	995,59	25,95	815,80	21,27	1 206,18	31,44	818,47	21,34	533,04	13,90	3 303,00	86,10
1899	4 144,86	1 080,86	26,08	867,43	20,93	1 304,12	31,46	892,45	21,53	572,50	13,81	3 572,36	86,19
1900	4 444,68	1 141,14	25,67	921,38	20,73	1 418,41	31,91	963,75	21,68	614,58	13,83	3 830,11	86,17
1901	4 709,36	1 208,06	25,65	967,88	20,55	1 496,73	31,78	1 036,69	22,01	661,20	14,04	4 048,16	85,56
1902	4 792,84	1 237,09	25,81	996,25	20,79	1 475,08	30,78	1 084,41	22,63	692,84	14,46	4 100,00	85,54
1903	4 807,17	1 243,46	25,87	1 007,25	20,95	1 424,24	29,63	1 132,21	23,55	713,95	14,85	4 093,22	85,15
1904	4 976,89	1 299,53	26,11	1 048,60	21,07	1 439,43	28,92	1 189,83	23,90	749,29	15,06	4 227,61	84,94
1905	5 256,46	1 379,50	26,24	1 108,93	21,10	1 506,95	28,67	1 261,08	23,99	797,13	15,16	4 459,32	84,84
1906	5 621,23	1 473,09	26,21	1 170,73	20,83	1 622,99	28,87	1 354,43	24,09	840,54	14,95	4 780,69	85,05
1907	6 038,34	1 610,12	26,66	1 184,56	19,62	1 743,57	28,87	1 500,08	24,84	882,09	14,61	5 156,25	85,39
1908	6 389,90	1 701,99	26,64	1 233,16	19,30	1 832,64	28,68	1 622,13	25,39	938,33	14,69	5 450,98	85,31
1909	6 540,79	1 731,31	26,47	1 268,89	19,40	1 809,05	27,66	1 731,53	26,47	962,80	14,72	5 577,99	85,28
1910	7 056,54	1 796,57	25,46	1 348,46	19,11	1 859,20	26,35	2 052,31	29,08	1 021,40	14,47	6 035,14	85,53
1911	7 491,94	1 915,28	25,56	1 425,62	19,03	1 946,13	25,98	2 204,90	29,43	1 083,12	14,46	6 408,81	85,54
1914	9 078,17	2 394,65	26,38	1 664,76	18,34	2 286,50	25,19	2 732,26	30,10	1 279,74	14,10	7 798,43	85,90

Betrachtet man aber die Anteile dieser drei Einkommensquellen am Gesamt-Roheinkommen der Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} steuerpflichtigem Einkommen, so ergibt sich, daß sie sich — wiederum im Gegensatz zum Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung — ungeachtet vieler Schwankungen im allgemeinen in rückläufiger Richtung bewegen, wobei bemerkenswerterweise die Verhältniszahl des Einkommens aus Handel, Gewerbe und Bergbau, nachdem dieses in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre als Folge wirtschaftlicher Hochkonjunktur erheblich in die Höhe gegangen war, im Jahre 1900 ihren Höchststand erreichte.

Am gleichmäßigsten war die Entwicklung beim Einkommen aus Kapitalvermögen; hier stellte sich nämlich der Anteil in der ganzen Berichtszeit auf etwas mehr als ein Viertel des gesamten Roheinkommens; die Spannung zwischen der höchsten Verhältniszahl im Jahre 1895 (27,68 v. H.) und der niedrigsten im Jahre 1910 (25,46 v. H.) beträgt nur 2,22 Hundertteile. Der Anteil des Einkommens aus Grundvermögen sank von annähernd einem Viertel im Jahre 1892 auf etwas unter ein Fünftel im Jahre 1914 herab; hier beträgt der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Stande des Anteilsverhältnisses schon etwas mehr als 5 Hundertteile. Ferner beim Einkommen aus Handel, Gewerbe und Bergbau ging der Anteil von etwas über drei Zehnteln auf wenig mehr als ein Viertel zurück; die Spannung zwischen der höchsten Verhältniszahl im Jahre 1900 (31,91 v. H.) und der niedrigsten im Jahre 1914 (25,19 v. H.) macht hier nahezu 7 Hundertteile aus.

Andererseits stieg beim Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung der Anteil am Gesamt-Roheinkommen von etwas unter einem Fünftel im Jahre 1892 bis auf eine Kleinigkeit über drei Zehntel im Jahre 1914, das ist um annähernd 12 Hundertteile. Der Anteil des „unfundierte“ Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung am gesamten Roheinkommen der Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} steuerpflichtigem Einkommen ist also im Zeitraume 1892-1914 bedeutend, und zwar auf Kosten desjenigen aller übrigen Einkommensquellen, gestiegen. Selbst Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage, wie im Anfange des laufenden Jahrhunderts, die beim Einkommen aus

Handel und Gewerbe in den Jahren 1902 und 1903 einen Rückgang der Grundzahl wie der Verhältniszahl auslösten, hatten keinen erkennbaren, den Anteil des Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung mindernden Einfluß; nur hatten sie die Wirkung, daß sich die bis dahin im Sinken begriffenen Verhältniszahlern des Einkommens aus Kapital- und aus Grundvermögen vorübergehend wieder etwas hoben. In den letzten drei Berichtsjahren 1910, 1911 und 1914 ließ der Anteil des Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung, der namentlich stark von 1909 auf 1910 in die Höhe ging, die Ziffern aller übrigen Einkommensquellen schon erheblich hinter sich. Diese starke Steigerung der Bedeutung des unfundierten Arbeitseinkommens, das in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} hauptsächlich die Bezüge der besserbezahlten, als Angestellte im Handel und in der Industrie, ferner im Staats- und Militärdienste sowie in den freien Berufen tätigen Personen umfaßt, ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte insofern zu begrüßen, als sie zeigt, daß bei uns in steigendem Maße auch ohne Unterstützung durch Kapital- und Grundbesitz die Möglichkeit besteht, lediglich durch Kopf- und Handarbeit ein höheres Einkommen zu erlangen. Hand in Hand damit geht andererseits die auch durch die letzte Berufs- und Gewerbezahlung bestätigte Erscheinung, daß das Unternehmertum, also die Klasse der wirklich Selbständigen, in Handel und Industrie im Verhältnis zur Zahl der nichtselbständig Erwerbstätigen seltener werden und damit zugleich die Konzentration der Handels- und Gewerbebetriebe und des Kapitals zunimmt. —

Nunmehr sind die Zensiten auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zu betrachten, um zu ersehen, ein wie großer Teil letzterer zur Einkommensteuer veranlagt worden ist. Die dabei zugrunde zu legende Gesamtbevölkerung ist die beider jährlichen Personenstandsaufnahme ermittelte, im wesentlichen die Wohnbevölkerung vorstellende Seelenzahl. Außerdem werden die Zensiten der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) als dem für den selbständigen Erwerb und Bezug eines Einkommens in Betracht kommenden Bevöl-

kerungsteile gegenübergestellt¹⁾. Diese letztere Vergleichung ist aber nach Lage der Statistik erst für die Zeit von 1896 an möglich, da erst seitdem alljährlich die Zahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler unter Ausscheidung der nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen der ersteren einwandfrei festgestellt worden ist.

Es entfielen physische Zensiten

im Steuer- jahre	mit Einkommen von über 900 <i>M</i> aufs Hundert		über 3000 <i>M</i> aufs Hundert	
	der Gesamt- bevölkerung	Haushaltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler	der Gesamt- bevölkerung	Haushaltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler
1892	8,15	.	1,06	.
1893	8,24	.	1,06	.
1894	8,29	.	1,06	.
1895	8,45	.	1,05	.
1896	8,46	23,12	1,06	2,89
1897	8,68	23,59	1,08	2,95
1898	8,99	24,37	1,14	3,09
1899	9,40	25,44	1,19	3,21
1900	10,09	27,13	1,24	3,32
1901	10,71	28,83	1,28	3,44
1902	10,88	29,36	1,30	3,51
1903	11,09	29,91	1,32	3,54
1904	11,59	31,18	1,35	3,62
1905	12,11	32,36	1,38	3,70
1906	12,69	33,74	1,43	3,80
1907	14,37	37,91	1,49	3,94
1908	15,45	40,36	1,56	4,07
1909	15,80	41,29	1,61	4,21
1910	15,94	41,48	1,80	4,68
1911	16,47	42,42	1,87	4,83
1912	17,16	43,99	1,95	4,99
1913	17,96	45,69	2,03	5,18
1914	18,64	47,27	2,15	5,46
1915	17,79	46,11	1,96	5,09
1916	18,29	47,18	2,05	5,29.

Hiernach hatte sich seit 1892 der Anteil der Zensiten mit über 900 *M* Einkommen an der Gesamtbevölkerung bereits im Jahre 1911, der mit über 3000 *M* im Jahre 1914 (Friedensstand) verdoppelt, war dann aber im Kriegsjahre 1915 etwas gesunken, um sich 1916 wieder zu heben, so daß er in diesem Jahre nur wenig hinter dem des Höchststandesjahres 1914 zurückblieb. Ungeachtet dieser im allgemeinen erfreulichen Bewegung bildeten die Zensiten überhaupt auch zuletzt noch nicht ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, und machten insbesondere die bessergestellten mit über 3000 *M* Einkommen mit wenig mehr als einem Fünfzigstel nur einen kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus.

¹⁾ Diese Gegenüberstellung ist sogar wertvoller als die früher allein übliche von Zensiten und Gesamtbevölkerung. Denn zu letzterer gehören auch die zahlreichen unmündigen Kinder, für die in der Regel die Möglichkeit selbständigen Einkommenserwerbs und -bezugs entfällt, die daher in Ermangelung eigenen Einkommens als Haushaltsangehörige nicht selbständig veranlagt sind und den wirtschaftlich selbständigen Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern nicht wohl vergleichsfähig gegenübergestellt werden können. Demgemäß würde die Häufigkeit der Einkommensbezieher, wenn man diese ausschließlich zur Gesamtbevölkerung in Beziehung setzen wollte, immer zu gering erscheinen; auch ist alsdann das Steigen und Fallen ihrer Verhältnisziffer mehr oder weniger von dem Grade der Ab- und Zunahme der nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen abhängig. Würden beispielsweise sämtliche Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler eines Gebiets ein Einkommen von über 900 *M* haben, so würde dies, wenn man ihre Zahl lediglich mit der betreffenden Gesamtbevölkerung vergliche, durch die entsprechende Verhältnisziffer nicht erkennbar zum Ausdruck gelangen.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

Wesentlich günstiger gestaltet sich das Verhältnis, wenn man die Zensitenzahl mit der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler vergleicht. Von dieser war in den letzten Jahren schon annähernd die Hälfte (1896 noch nicht ganz ein Viertel) mit einem Einkommen von über 900 *M* zur Einkommensteuer veranlagt, und entfiel schon seit 1913 etwas mehr als ein Zwanzigstel (1896 nur etwa ein Fünfunddreißigstel) auf die Einkommensgruppe von über 3000 *M*.

Bei den Zensiten überhaupt hat sich von 1896 bis 1914. also in einem Zeitraume von 18 Jahren, der Anteil an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler bereits verdoppelt; nahezu war dies auch bei denen mit über 3000 *M* Einkommen der Fall. Demnach hat also, was nicht weiter auffallen kann, die Häufigkeit der Zensiten mit über 3000 *M* Einkommen verhältnismäßig weniger schnell als der mit Einkommen von mehr als 900 bis 3000 *M* zugenommen.

Von 1906 auf 1907 macht sich der Einfluß der Einkommensteuer-Novelle von 1906 durch ein besonders erhebliches Anwachsen der Zensitenschicht mit Einkommen von über 900 *M* geltend. —

In der nunmehr folgenden Übersicht werden die steuerlich selbständigen physischen Personen vollständig nach dem Ergebnis der jährlichen Einkommensteuer-Veranlagung gegliedert. Den wegen Einkommens von nicht mehr als 900 *M* Einkommensteuerfreien sind der Vollständigkeit halber die verhältnismäßig wenigen Personen zugezählt, die ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens aus staatsrechtlichen Gründen (als Exterritoriale und dergl.) von der Einkommensteuer befreit sind, sei es, daß die Steuerfreiheit auf mangelnder subjektiver oder objektiver Steuerpflicht (§ 3 bzw. § 5 des Einkommensteuergesetzes) beruht. Zu den Einkommensteuerfreien gehören auch die wegen Bezuges eines das Existenzminimum von 900 *M* übersteigenden Einkommens an sich Einkommensteuerpflichtigen, die nach den §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes wegen gesetzlicher Unterhaltungspflicht gegenüber Familienangehörigen (früher wegen Vorhandenseins mehrerer Familienglieder unter 14 Jahren) oder wegen anderer außergewöhnlicher Belastung von der Steuer freigestellt worden sind. Hierunter ist auch die gleichfalls geringe Anzahl von Personen enthalten, bei denen zwar ein Einkommen von über 900 *M* zu vermuten, deren Veranlagung indes ausgesetzt war und die deshalb bei der betreffenden die Ergebnisse der allgemeinen Einkommensteuer-Veranlagung darstellenden Jahresstatistik nicht mitberücksichtigt werden konnten.

Die zur Einkommensteuer veranlagten Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, die Zensiten, werden auf die fünf wichtigsten Einkommensgruppen der Veranlagung (über 900 bis 3000, über 3000 bis 9500, über 9500 bis 30500, über 30500 bis 100000 und über 100000 *M*) verteilt und sie wie die Einkommensteuerfreien einmal der Gesamtbevölkerung und sodann der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler gegenübergestellt.

Von der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler waren

A. einkommensteuer- frei	im Steuer- jahre	über- haupt	in Hundertteilen der Gesamt- bevölkerung	
			Gesamt- bevölkerung	Gesamtheit der Haus- haltungsvor- stände und Einzel- wirtschaftler
	1896	8 613 994	27,48	75,08
	1900	8 805 121	26,31	70,74
a) wegen Einkommens bis	1905	8 842 215	24,38	65,17
zu 900 <i>M</i>	1910	8 199 181	20,95	54,49
	1914	7 986 634	19,37	49,13
	1916	7 847 210	19,11	49,31

noch:	im	über-	in Hundertteilen der	
A. einkommensteuerfrei	Steuer-	haupt	Gesamt-	Gesamtheit
	jahre		völkerung	der Haus-
				haltungs-
				vorstände
				und Einzel-
				wirtschaftler
b) nach §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Gesetzes freigestellt ¹⁾	1896	206 909	0,66	1,80
	1900	265 721	0,79	2,13
	1905	334 327	0,92	2,46
	1910	607 615	1,55	4,04
	1914	583 784	1,42	3,59
	1916	558 884	1,36	3,51
zusammen A . . .	1896	8 820 903	28,14	76,38
	1900	9 070 842	27,10	72,87
	1905	9 176 542	25,30	67,64
	1910	8 806 796	22,50	58,52
	1914	8 570 418	20,79	52,73
	1916	8 406 094	20,48	52,82
B. zur Einkommensteuer veranlagt mit Einkommen von . . . M				
über 900 bis 3 000 ²⁾ . . .	1896	2 321 424	7,41	20,23
	1900	2 963 213	8,95	23,80
	1905	3 889 171	10,72	28,67
	1910	5 537 741	14,15	36,80
	1914	6 795 861	16,48	41,31
	1916	6 666 601	16,24	41,39
über 3 000 bis 9 500 ²⁾ . . .	1896	272 819	0,87	2,38
	1900	337 806	1,01	2,71
	1905	413 261	1,14	3,05
	1910	591 334	1,51	3,93
	1914	741 559	1,80	4,56
	1916	693 798	1,69	4,36
über 9 500 bis 30 500 ²⁾ . . .	1896	47 308	0,151	0,412
	1900	60 840	0,182	0,489
	1905	70 943	0,196	0,523
	1910	89 991	0,230	0,598
	1914	116 876	0,283	0,719
	1916	114 843	0,280	0,722
über 30 500 bis 100 000 ²⁾ . . .	1896	9 265	0,030	0,081
	1900	12 580	0,038	0,101
	1905	14 374	0,040	0,106
	1910	18 535	0,047	0,123
	1914	24 551	0,060	0,151
	1916	26 602	0,065	0,167
über 100 000 ²⁾	1896	1 699	0,005	0,015
	1900	2 652	0,008	0,021
	1905	2 859	0,008	0,021
	1910	3 893	0,010	0,026
	1914	5 215	0,013	0,032
	1916	6 685	0,016	0,042
zusammen B . . .	1896	2 652 515	8,46	23,12
	1900	3 377 091	10,09	27,13
	1905	4 390 608	12,11	32,36
	1910	6 241 494	15,94	41,48
	1914	7 684 062	18,64	47,27
	1916	7 508 529	18,29	47,18
zusammen A und B . . .	1896	11 473 418	36,60	100
	1900	12 447 933	37,19	100
	1905	13 567 150	37,41	100
	1910	15 048 290	38,44	100
	1914	16 254 480	39,43	100
	1916	15 914 623	38,77	100

¹⁾ Für 1892 betrug die Zahl der gemäß §§ 18 oder 19 des Gesetzes Freigestellten 158 996 = 0,53 v. H. der Gesamtbevölkerung.

— ²⁾ Im Jahre 1892 wurden zur Einkommensteuer veranlagt in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M 2 118 969 = 7,09 v. H., in der von über 3 000 bis 9 500 M 260 105 = 0,87 v. H., von über 9 500 bis 30 500 M 46 092 = 0,15 v. H., von 30 500 bis 100 000 M 9 034 = 0,03 v. H., von über 100 000 M 1 658 = 0,006 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die übrigen Angaben dieser Übersicht fehlen für 1892.

Hiernach hat im Zeitraume 1896-1916 die Gesamtzahl der unter A. aufgeführten einkommensteuerfreien Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler sowohl überhaupt wie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler abgenommen: im einzelnen zeigt sich jedoch, daß dieser Rückgang nur auf die Personen entfällt, deren Einkommen den Betrag von 900 M nicht überschreitet, während bei den auf Grund der §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes ungeachtet eines Einkommens von steuerpflichtiger Höhe wegen gesetzlicher Unterhaltungspflicht (§§ 1 601-1 615 B.G.B. früher wegen Kinderzahl) oder wegen wesentlich beeinträchtigter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Freigestellten eine beträchtliche Steigerung der Grundzahl wie der Verhältnisziffern vorliegt, die sich zum Teil schon durch die nach 1906 erfolgte Erweiterung des Kinderprivilegs hinlänglich erklärt, indes etwa seit 1912 infolge des neuerdings in beträchtlichem Umfange eingetretenen Geburtenrückganges einen Rückschlag erfahren hat¹⁾.

Was die unter B. der Übersicht aufgeführten Einkommensgruppen anlangt, so ist ihnen allen für die Berichtszeit eine kräftige Aufwärtsbewegung der Zensitenhäufigkeit gemeinsam. Am bedeutendsten war sie bei der die geringsten Grundzahlen aufweisenden nach oben unbegrenzten höchsten Gruppe der Einkommen von über 100 000 M, deren Zensitenzahl sich von 1896 bis 1916 bei einer Zunahme um 293 % nahezu vervierfacht, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung schon etwas mehr als verdreifacht, zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler fast verdreifacht hat. Die zweitgrößte Steigerung der Zensitenzahl findet sich von 1896 bis 1916 bei der annähernd neun Zehntel aller Zensiten umfassenden untersten Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M: sie betrug 187,18 %; die Zahl der Zensiten mit über 900 bis 3 000 M Einkommen hat sich also überhaupt nicht ganz verdreifacht, andererseits im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mehr als verdoppelt. Es folgt in geringfügigem Abstände die zweithöchste Einkommensgruppe von über 30 500 bis 100 000 M mit einer Zensitenzunahme von 187,12 %; auch hier ist im Zeitraume 1896-1916 bei den Verhältnisziffern noch eine Verdoppelung eingetreten, während dies bei den übrigen beiden Einkommensgruppen von über 3 000 bis 9 500 M mit 154 % und von über 9 500 bis 30 500 M mit 143 % nur noch bezüglich der Grundzahl, aber nicht mehr ganz hinsichtlich des ziffermäßigen Anteils der Einkommensbezieher an der Gesamtbevölkerung wie Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Fall war.

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den Einkommensgruppen von über 900 bis 30 500 M und denen von mehr als 30 500 M ergibt sich insofern, als bei ersteren die Zensitenzahl des letzten Berichtsjahrs 1916 hinter der des Jahres 1914 (Friedensstand) zurückbleibt, bei letzteren dagegen erheblich darüber hinausgeht; man wird wohl kaum in der Annahme fehlgehen, daß in dieser Vermehrung der Zahl der höchsten Einkommen die starke Erhöhung zahlreicher Einkommen infolge von Kriegsgewinnen ihren Ausdruck findet. Daß auch in der weitaus am stärksten — schon seit 1913 mit etwas über zwei Fünfteln aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler — besetzten Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M der Anteil an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler im Jahre 1916 etwas höher war als im Jahre 1914, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß von 1914 auf 1916 die Haushaltungsvorstände und Einzel-

¹⁾ Vergl. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, Jahrgang 1914 S. 353.

wirtschaftlicher sich im ganzen verhältnismäßig mehr (um 2,1 %) vermindert haben als die Zensiten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} (um 1,9 %).

Gleichviel aber, ob man die Zensiten zur Gesamtbevölkerung oder zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände in Beziehung setzt, in den Einkommensgruppen von über 9 500 \mathcal{M} erscheint ihre Häufigkeit überall gering; selbst in der von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} , also etwa bei dem oberen Mittelstande, war sie nur im Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit etwas über einem Fünfundzwanzigstel dieser in letzter Zeit einigermaßen beträchtlich, während die Bezieher eines solchen Einkommens auch im Höchststandsjahre 1914 noch nicht den fünfzigsten, also nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachten. Naturgemäß am meisten tritt trotz der erwähnten sehr erheblichen Steigerung der Grundzahl wie der Verhältniszißern die Häufigkeit der Bezieher eines Ein-

kommens von über 100 000 \mathcal{M} zurück, so daß insoweit von einer sozial schädlichen plutokratischen Einkommensverteilung nicht die Rede sein kann.

Die gemäß §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes Freigestellten gehören — lediglich nach der Höhe ihres Einkommens betrachtet — tatsächlich ausschließlich der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} an, was ohnehin schon durch die Erwägung verständlich wird, daß eine Person mit steuerpflichtigem Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} , um gemäß § 19 (früher § 18) des Gesetzes freigestellt werden zu können, mindestens 21 Kinder oder andere Familienangehörige haben mußte, denen sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt. Zählt man demgemäß die nach §§ 19 oder 20 (früher §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten den Zensiten mit Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} hinzu, so ergibt sich für die Besetzung der Haupteinkommensabstufungen folgendes Bild der Verteilung der Einkommensbezieher:

Von den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern hatten

im Steuer- jahre	über- haupt	bis 900 vom Hundert		ein Einkommen von . . . M			über 3 000 ¹⁾			über 900 zusammen ¹⁾		
		Gesamt- bevöl- kerung	aller Haus- haltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler	über- haupt	Gesamt- bevöl- kerung	aller Haus- haltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler	über- haupt	Gesamt- bevöl- kerung	aller Haus- haltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler	über- haupt	Gesamt- bevöl- kerung	aller Haus- haltungs- vorstände und Einzel- wirtschaftler
1896	8 613 994	27,5	75,1	2 528 333	8,1	22,0	331 091	1,1	2,9	2 859 424	9,1	24,9
1900	8 805 121	26,3	70,7	3 228 934	9,6	25,9	413 878	1,2	3,3	3 642 812	10,9	29,3
1905	8 842 215	24,4	65,2	4 223 498	11,6	31,1	501 437	1,4	3,7	4 724 935	13,0	34,8
1906	8 835 266	24,0	63,8	4 486 468	12,2	32,4	526 475	1,4	3,8	5 012 943	13,6	36,2
1907	8 466 477	22,6	59,3	5 177 529	13,8	36,5	559 491	1,5	3,9	5 737 020	15,3	40,4
1908	8 330 352	21,9	57,3	5 637 764	14,8	38,7	592 651	1,6	4,1	6 230 415	16,4	42,8
1909	8 302 267	21,5	56,2	5 847 526	15,1	39,6	621 566	1,6	4,2	6 469 092	16,8	43,8
1910	8 199 181	20,9	54,5	6 145 356	15,7	40,9	703 753	1,8	4,7	6 849 109	17,5	45,5
1911	8 251 707	20,7	53,4	6 446 322	16,2	41,7	745 598	1,9	4,8	7 191 920	18,1	46,6
1912	8 158 925	20,3	52,0	6 757 812	16,8	43,0	783 876	1,9	5,0	7 541 688	18,7	48,0
1913	8 086 473	19,8	50,5	7 101 566	17,4	44,3	829 009	2,0	5,2	7 930 575	19,5	49,5
1914	7 986 634	19,4	49,1	7 379 645	17,9	45,4	888 201	2,2	5,5	8 267 846	20,1	50,9
1915	7 868 599	19,2	49,7	7 158 313	17,4	45,2	805 571	2,0	5,1	7 963 884	19,4	50,3
1916	7 847 210	19,1	49,3	7 225 485	17,6	45,4	841 928	2,1	5,3	8 067 413	19,7	50,7

¹⁾ Im Jahre 1892 hatten ein Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} 2 277 965 = 7,6 v. H., über 3 000 \mathcal{M} 316 889 = 1,1 v. H., über 900 \mathcal{M} zusammen 2 594 854 = 8,7 v. H. der Gesamtbevölkerung; im übrigen fehlen die Angaben dieser Übersicht für 1892.

Sowohl am Hundert der Gesamtbevölkerung wie der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler gemessen, hat sich somit in der Berichtszeit die Schicht der Bezieher eines Einkommens von über 900 \mathcal{M} verdoppelt. Seit 1914 ist mit rund einem Fünftel (gegen ein Elftel im Jahre 1896) der Anteil der Bezieher eines Einkommens von über 900 \mathcal{M} an der Gesamtbevölkerung größer als der der Personen mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} und bilden jene bereits die Mehrheit aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (1896 noch erst rund ein Viertel). Absolut hat sich in den Jahren 1896 bis 1916 die Zahl der Personen mit einem das Existenzminimum überschreitenden Einkommen nahezu verdreifacht, dagegen die mit einem darunter bleibenden Einkommen kaum um ein Elftel vermindert. Letztere scheinbar ungünstige Erscheinung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß in zunehmendem Maße haushaltungsangehörige junge Leute, nachdem sie ein nennenswertes, aber immerhin kleines eigenes, der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen erlangt haben, damit steuerlich aus der elterlichen Haushaltung ausscheiden und durch ihre große Häufigkeit ein starkes Sinken, mitunter sogar — wie von 1910 auf 1911 — überhaupt den Rückgang der absoluten Zahl der selbständigen Einkommensteuerfreien verhindern, auch wenn diese im übrigen in erheblichem Um-

fange in höhere Einkommensstufen aufsteigen. Außerdem wird gerade neuerdings die Zahl der Personen mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} auch dadurch beeinflußt, daß sich darin viele dem Heere oder der Marine angehörende Personen befinden, deren Einkommen zwar im ganzen den Betrag von 900 \mathcal{M} übersteigt, indes, soweit es Militäreinkommen betrifft, gemäß § 5 Ziffer 5 des Einkommensteuergesetzes von der Besteuerung ausgeschlossen ist.

Immerhin bleibt als erfreuliches Ergebnis der Gesamtbewegung im Zeitraume 1896-1916 bestehen ein beträchtlicher Rückgang des Bevölkerungsteils mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} , andererseits ein starkes Ansteigen desjenigen mit über 900 \mathcal{M} Einkommen.

Der Anteil der Bezieher eines Einkommens von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} an der Gesamtbevölkerung hatte sich bereits im Jahre 1911, an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler im Jahre 1913 verdoppelt; er ist in der Berichtszeit wesentlich stärker gestiegen als der der Personen mit Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} insgesamt. In die Gruppe der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , auf die bald die Hälfte aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler entfällt, muß demnach im Zeitraume 1896-1916 ein recht erhebliches Aufsteigen von unten her erfolgt sein.

Der Krieg ist natürlich bei den in obiger Zusammenstellung aufgeführten Haupteinkommensgruppen nicht ohne Einwirkung geblieben; diese zeigt sich indes mehr bei den Grundzahlen als bei den 1915 und 1916 nur von geringfügigen Verschiebungen betroffenen Verhältniszißern.

Gruppiert man auch noch die in unserer Übersicht aufgeführten physischen Personen mit einem Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} nach ihren hauptsächlichsten Einkommensabstufungen, so entfielen

auf die Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}	Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler			
	im Steuerjahre	überhaupt	aufs Hunderdtausend der Gesamtbevölkerung	aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler
über 100 000 bis 500 000	1892	1 555	5,20	.
	1896	1 596	5,09	13,91
	1914	4 869	11,81	29,95
	1915	4 630	11,28	29,24
	1916	6 195	15,09	38,93
über 500 000 bis 1 000 000	1892	72	0,24	.
	1896	76	0,24	0,66
	1914	255	0,62	1,57
	1915	263	0,64	1,66
	1916	356	0,97	2,24
über 1 000 000	1892	31	0,10	.
	1896	27	0,09	0,24
	1914	91	0,22	0,56
	1915	83	0,20	0,52
	1916	134	0,33	0,84

Weitaus der größte Teil der Zensiten mit Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} entfiel hiernach auf die unterste Gruppe bis zu $\frac{1}{2}$ Million \mathcal{M} Einkommen, deren Zensitenzahl sich von 1892 bis 1916 überhaupt nicht ganz vervierfacht, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und (seit 1896) zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler annähernd verdreifacht hat. Auch die Grundzahlen wie Verhältniszißern der Personen mit Einkommen von über $\frac{1}{2}$ Million \mathcal{M} sind in der Berichtszeit um ein Mehrfaches, und zwar noch stärker als die der Bezieher eines Einkommens von über 100 000 bis 500 000 \mathcal{M} , gestiegen.

Am günstigsten war in der gesamten Berichtszeit die Entwicklung bei den Einkommen von über $\frac{1}{2}$ bis 1 Million \mathcal{M} , die sich auch — abweichend von den beiden anderen Gruppen — im Kriegsjahre 1915, offenbar besonders infolge Abflusses von Zensiten aus der Einkommensgruppe von über 1 Million \mathcal{M} vermehrt haben. Betrachtet man aber die Bewegung von 1914 (Friedensstand) bis 1916, so zeigt sich, daß während des Krieges die Zunahme verhältnismäßig am stärksten bei den Einkommen von über 1 Million \mathcal{M} war, deren Zahl in dieser Zeit um 47,3 %, dagegen die der Zensiten mit über $\frac{1}{2}$ bis 1 Million \mathcal{M} Einkommen um 39,6 % und der mit über 100 000 bis $\frac{1}{2}$ Million \mathcal{M} um 27,2 % gestiegen ist. Diese Ziffern lassen einen Rückschluß auf die gewaltigen Kriegsgewinne zu, die den kapitalkräftigsten physischen Zensiten zugefallen sind.

Insbesondere die Personen mit Millionen-Einkommen bilden aber selbst im letzten Berichtsjahre mit etwas über 3 auf je eine Million der Gesamtbevölkerung bzw. mit etwas mehr als 8 auf je eine Million aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nur einen ganz geringfügigen Bruchteil.

Im vorstehenden sind die zur Einkommensteuer veranlagten Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler auch einkommensgruppenweise stets im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler betrachtet worden. Es wird schließlich von Interesse sein, auch kennen zu lernen, in welchem Verhältnisse sich die Zensiten unter sich auf die einzelnen Einkommensgruppen verteilen.

Vom Tausend aller physischen Zensiten entfielen auf die Einkommensgruppe von \mathcal{M}

im Steuerjahre	über 900 bis 3 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000 bis 500 000	über 500 000 bis 1 000 000	über 1 000 000 zus.	über 900 bis 3 000 zus.	über 3 000 bis 100 000 zus.	insbesondere über 100 000 zus.
1892	870	106,8	18,9	3,71	0,64	0,030	0,013	1 000	130	0,5
1896	875	102,9	17,8	3,49	0,60	0,029	0,010	1 000	125	0,64
1900	877	100,9	18,0	3,73	0,73	0,034	0,017	1 000	123	0,79
1905	886	94,1	16,2	3,27	0,61	0,023	0,013	1 000	114	0,65
1906	887	92,6	16,0	3,37	0,64	0,029	0,013	1 000	113	0,68
1907	896	85,3	14,8	3,18	0,62	0,029	0,013	1 000	104	0,66
1908	899	83,0	14,2	3,06	0,60	0,032	0,013	1 000	101	0,65
1909	898	84,4	14,0	2,95	0,58	0,032	0,013	1 000	102	0,63
1910	887	94,7	14,4	2,97	0,58	0,032	0,012	1 000	113	0,62
1911	886	95,8	14,4	2,97	0,59	0,033	0,012	1 000	114	0,63
1912	887	95,4	14,4	3,04	0,60	0,034	0,013	1 000	113	0,65
1913	887	95,3	14,3	3,04	0,60	0,033	0,012	1 000	113	0,65
1914	884	96,5	15,2	3,20	0,63	0,033	0,012	1 000	116	0,68
1915	890	91,8	14,7	3,15	0,63	0,036	0,011	1 000	110	0,68
1916	888	92,4	15,3	3,54	0,83	0,047	0,018	1 000	112	0,89

Nahezu neun Zehntel aller Zensiten gehörten also in allen Vergleichsjahren der untersten Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} an. Den Höchststand erreichte die Besetzung dieser Gruppe mit ziemlich genau neun Zehnteln der Zensitengesamtzahl im Jahre 1908, ohne indes später wesentlich herabzugehen. Den ganz überwiegenden Teil der Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} Einkommen, auf die zu Beginn der Berichtszeit etwas über ein Achtel, im Tiefstandsjahre 1908 rund ein Zehntel und am Schlusse der Berichtszeit etwa ein Neuntel der Zensitengesamtzahl entfielen, bilden die mit Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen; sie machten in den ersten Berichtsjahren etwas über ein Zehntel, in den Jahren 1907 bis 1909 rund ein Zwölftel und in den letzten Jahren wenig mehr als ein Elftel aller Zensiten aus. Bei den folgenden Einkommensgruppen tritt die Zensitenhäufigkeit sehr stark zurück; schon in der von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} finden wir nur etwa noch ein Fünftelstel bis ein Siebzigstel aller Zensiten.

Betrachtet man die Gesamtbewegung der Zensiten unter sich, so ergibt sich, daß von 1892 bis 1916 der ziffermäßige Anteil der Zensiten mit Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und von über 100 000 \mathcal{M} überhaupt zu-, der mit über 3 000 bis 100 000 \mathcal{M} Einkommen dagegen abgenommen hat; allerdings tritt bei der Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} zusammen wie insbesondere von über 100 000 bis 500 000 und über 1 000 000 \mathcal{M} jene Steigerung erst im letzten Berichtsjahre 1916, also unter dem Einflusse des Krieges, hervor; auch bei den Einkommen von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} ist die Verhältniszißer von 1915 auf 1916 beträchtlich in die Höhe gegangen, steht aber gleichwohl noch wesentlich hinter der der Vergleichsjahre 1892 und 1900 zurück.

Ganz allgemein hat sich von 1915 auf 1916 das Anteilsverhältnis der Zensiten aller Gruppen von mehr als 3 000 \mathcal{M} Einkommen auf Kosten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} gehoben, während es von 1914 (Friedensstand) auf 1915 in den Gruppen von über 3 000 bis 100 000 \mathcal{M} Einkommen, außerdem in der höchsten von über 1 000 000 \mathcal{M} gesunken und nur in der von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und der von über 500 000 bis 1 000 000 \mathcal{M} gestiegen, in der von über 100 000 bis 500 000 \mathcal{M} wie auch in der von über 100 000 \mathcal{M} überhaupt aber unverändert geblieben ist.

Die Gesamtentwicklung während des Krieges läßt sich dahin zusammenfassen, daß im letzten Jahre 1916 gegenüber dem letzten Friedensjahre 1914 allein in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} eine Verminderung des Zensitenanteils von 96,5 auf 92,4 und damit zugleich in der von über 3 000 \mathcal{M} zusammen von 116 auf 112, in allen übrigen Gruppen dagegen eine Steigerung eingetreten ist. Unzweifelhaft hat in der Kriegszeit gerade aus der den oberen Mittelstand umfassenden Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} ein sehr erheblicher Aufstieg in die höheren Einkommensabstufungen stattgefunden.

Die nunmehr folgende Übersicht zeigt, wie sich die physischen Zensiten auf die Regierungsbezirke verteilen.

Es wurden physische Zensiten (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler) zur Einkommensteuer veranlagt

im Regierungs- bezirke	mit einem Einkommen von . . . M	überhaupt			vom Hundert der Gesamtbevölkerung			vom Hundert aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler		
		1892	1914	1916	1892	1914	1916	1896 ¹⁾	1914	1916
Königsberg ²⁾	{ über 900 . . .	49 439	93 013	91 243	4,29	10,23	9,95	12,77	26,41	27,14
	{ über 3 000 . . .	7 287	15 687	15 411	0,63	1,73	1,68	1,93	4,45	4,58
Gumbinnen ²⁾	{ über 900 . . .	29 322	44 354	38 058	3,82	7,44	7,00	12,56	21,59	22,34
	{ über 3 000 . . .	3 455	6 970	5 984	0,45	1,17	1,10	1,47	3,39	3,51
Allenstein	{ über 900	35 317	32 813	.	6,67	6,54	.	22,92	22,96
	{ über 3 000	5 066	4 893	.	0,96	0,98	.	3,27	3,42
Danzig	{ über 900 . . .	26 895	85 879	92 315	4,61	11,28	11,95	15,05	31,26	32,80
	{ über 3 000 . . .	4 946	12 649	12 896	0,85	1,66	1,67	2,60	4,60	4,58
Marienwerder . .	{ über 900 . . .	31 746	68 672	67 380	3,82	7,15	7,07	13,62	24,09	24,57
	{ über 3 000 . . .	3 946	10 529	10 337	0,48	1,10	1,08	1,73	3,69	3,77
Stadtkreis Berlin	{ über 900 . . .	298 774	681 918	648 576	18,92	33,90	33,54	37,16	57,78	57,69
	{ über 3 000 . . .	43 846	65 654	55 286	2,78	3,26	2,86	4,80	5,56	4,92
Potsdam	{ über 900 . . .	137 333	833 315	835 660	9,67	27,16	27,00	28,35	58,13	58,80
	{ über 3 000 . . .	19 395	132 619	128 909	1,37	4,32	4,16	3,81	9,30	9,07
Frankfurt	{ über 900 . . .	69 911	167 474	160 800	6,18	13,78	13,61	17,60	34,92	35,96
	{ über 3 000 . . .	8 174	17 985	17 460	0,72	1,48	1,48	1,92	3,75	3,90
Stettin	{ über 900 . . .	53 394	134 252	132 474	7,18	15,26	15,11	21,46	39,56	39,78
	{ über 3 000 . . .	7 536	17 851	17 074	1,01	2,03	1,95	2,93	5,26	5,13
Köslin	{ über 900 . . .	24 681	57 723	59 264	4,46	9,42	9,90	16,28	30,99	33,00
	{ über 3 000 . . .	3 007	7 745	7 960	0,54	1,26	1,33	1,85	4,14	4,43
Stralsund	{ über 900 . . .	12 576	26 816	25 657	6,13	12,19	12,01	17,06	29,75	29,75
	{ über 3 000 . . .	2 031	3 929	3 815	0,99	1,79	1,79	2,46	4,36	4,42
Posen	{ über 900 . . .	44 519	109 415	104 754	3,91	8,07	7,84	12,60	25,39	26,10
	{ über 3 000 . . .	5 607	17 293	16 416	0,50	1,28	1,23	1,53	4,09	4,09
Bromberg	{ über 900 . . .	27 211	63 709	63 704	4,46	8,32	8,65	15,59	27,35	29,12
	{ über 3 000 . . .	3 699	10 227	10 018	0,61	1,34	1,36	1,95	4,42	4,53
Breslau	{ über 900 . . .	93 975	274 238	257 023	5,55	14,93	14,44	14,97	34,97	34,74
	{ über 3 000 . . .	16 098	40 128	36 295	1,00	2,18	2,04	2,50	5,12	4,91
Liegnitz	{ über 900 . . .	62 378	154 692	146 477	6,01	13,27	12,78	15,80	32,22	31,19
	{ über 3 000 . . .	8 267	19 517	18 181	0,80	1,67	1,59	2,08	4,06	3,87
Oppeln	{ über 900 . . .	77 777	239 247	252 371	4,87	10,54	11,12	14,00	31,74	33,53
	{ über 3 000 . . .	8 423	23 779	22 509	0,53	1,05	0,99	1,67	3,15	3,04
Magdeburg	{ über 900 . . .	98 164	239 836	235 359	9,16	19,37	19,36	24,84	46,69	46,65
	{ über 3 000 . . .	15 236	29 700	29 462	1,42	2,40	2,42	3,51	5,78	5,77
Merseburg	{ über 900 . . .	83 913	233 959	227 258	7,76	18,01	17,67	22,25	46,79	46,96
	{ über 3 000 . . .	12 324	25 503	24 538	1,11	1,96	1,91	3,02	5,10	5,07
Erfurt	{ über 900 . . .	33 099	88 889	91 069	7,46	16,29	16,75	23,25	42,32	43,95
	{ über 3 000 . . .	4 928	11 523	12 053	1,11	2,11	2,22	3,26	5,49	5,70
Schleswig	{ über 900 . . .	113 759	342 910	327 267	9,47	20,55	19,68	25,09	48,54	47,01
	{ über 3 000 . . .	15 368	41 406	41 061	1,28	2,48	2,47	3,07	5,86	5,90
Hannover	{ über 900 . . .	49 705	171 136	171 577	9,61	22,21	22,24	26,77	52,18	51,49
	{ über 3 000 . . .	7 685	22 785	20 835	1,49	2,96	2,70	4,06	6,96	6,25
Hildesheim	{ über 900 . . .	33 865	95 641	91 589	7,21	17,20	16,85	21,21	44,67	44,93
	{ über 3 000 . . .	5 274	12 567	12 336	1,12	2,26	2,27	3,12	5,87	6,05
Lüneburg	{ über 900 . . .	30 229	110 905	100 469	7,29	19,81	18,47	23,38	49,03	47,35
	{ über 3 000 . . .	3 103	11 713	10 699	0,75	2,10	1,97	2,06	5,18	5,04
Stade	{ über 900 . . .	27 314	81 204	72 843	8,16	18,38	16,84	23,70	48,83	47,52
	{ über 3 000 . . .	2 822	8 034	7 587	0,84	1,82	1,75	2,30	4,83	4,65
Osnabrück	{ über 900 . . .	19 048	53 280	47 695	6,42	13,61	12,26	19,35	40,35	37,65
	{ über 3 000 . . .	2 134	5 583	5 299	0,72	1,43	1,36	2,13	4,23	4,15
Aurich	{ über 900 . . .	16 073	38 113	37 027	7,28	13,43	13,24	25,00	56,64	57,10
	{ über 3 000 . . .	2 739	6 890	7 347	1,24	2,43	2,63	3,98	6,62	7,36
Münster	{ über 900 . . .	46 248	225 689	222 079	8,57	19,98	18,86	25,29	57,03	57,52
	{ über 3 000 . . .	4 709	16 541	16 348	0,87	1,46	1,39	2,72	4,13	4,23
Minden	{ über 900 . . .	39 542	116 488	113 545	7,17	15,27	14,62	22,01	41,61	41,29
	{ über 3 000 . . .	4 675	12 297	12 251	0,85	1,61	1,58	2,53	4,10	4,45
Arnsberg	{ über 900 . . .	199 130	650 446	623 170	14,47	25,18	24,26	36,75	66,83	66,87
	{ über 3 000 . . .	12 564	42 757	39 824	0,91	1,66	1,55	2,46	4,40	4,27
Cassel	{ über 900 . . .	57 424	156 373	156 596	6,96	15,21	15,09	21,79	40,39	39,69
	{ über 3 000 . . .	8 092	21 228	20 574	0,98	2,06	1,98	3,02	5,45	5,20
Wiesbaden	{ über 900 . . .	79 405	296 405	278 994	9,33	23,24	21,90	24,86	56,13	53,67
	{ über 3 000 . . .	16 790	44 129	38 027	1,97	3,46	2,97	4,54	8,36	7,32
Coblenz	{ über 900 . . .	52 546	123 332	123 776	8,27	16,08	16,18	24,13	44,91	45,72
	{ über 3 000 . . .	5 192	13 052	13 403	0,82	1,70	1,75	2,37	4,75	4,95
Düsseldorf	{ über 900 . . .	224 251	958 064	932 309	11,24	26,28	25,27	30,43	65,84	63,00
	{ über 3 000 . . .	25 004	86 453	81 356	1,25	2,37	2,20	3,50	5,94	5,50
Cöln	{ über 900 . . .	84 056	312 101	334 433	10,60	23,76	23,64	26,50	56,67	55,00
	{ über 3 000 . . .	12 995	38 288	37 692	1,55	2,91	2,66	3,70	6,95	6,20
Trier	{ über 900 . . .	66 366	176 031	173 599	9,22	17,07	16,71	30,20	50,33	50,59
	{ über 3 000 . . .	4 334	14 167	13 628	0,60	1,37	1,31	1,99	4,05	3,97
Aachen	{ über 900 . . .	41 790	133 192	129 871	7,39	18,75	18,30	19,93	46,62	47,19
	{ über 3 000 . . .	5 204	14 654	12 953	0,92	2,06	1,83	2,57	5,13	4,71
Sigmaringen ³⁾ . .	{ über 900 . . .	—	10 034	9 435	—	13,89	13,38	—	35,34	34,95
	{ über 3 000 . . .	—	1 303	1 211	—	1,80	1,72	—	4,59	4,49
im Staate	{ über 900 . . .	2 435 858	7 684 062	7 508 529	8,15	18,64	18,29	23,12	47,27	47,18
	{ über 3 000 . . .	316 889	888 201	841 928	1,06	2,15	2,05	2,89	5,46	5,29

¹⁾ Infolge Fehlens der Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler für 1892 sind die Verhältnisziffern für 1896 eingesetzt worden. —
²⁾ für 1892 und 1896 nach der alten Einteilung der Provinz Ostpreußen in 2 Regierungsbezirke. — ³⁾ hier ist das Einkommensteuergesetz erst seit 1901 eingeführt.

Hiernach wurden zu Beginn der Berichtszeit die meisten Zensiten mit über 900 *M* Einkommen in Berlin, an deren Ende aber im Regierungsbezirke Düsseldorf gezählt; es schlossen sich für 1892 an Berlin die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Potsdam und noch mit über 100 000 Zensiten Schleswig an, für 1914/16 dagegen an Düsseldorf die Bezirke Potsdam, Berlin, Arnberg und in großem Abstände, aber noch mit je über 300 000 Zensiten Schleswig und Cöln; Schleswig ist im letzten Berichtsjahre 1916 von Cöln etwas überholt worden. Insbesondere die Zahl der Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen war im Jahre 1892 gleichfalls in Berlin, in den Jahren 1914/16 aber im Regierungsbezirke Potsdam mit den großen Berliner Vororten am höchsten; diesen Landesteilen folgen, und zwar nicht unerheblich zurückstehend, für 1892 Düsseldorf, Potsdam, Wiesbaden und mit noch etwas über 16 000 Zensiten mit besserem Einkommen Breslau, für 1914/16 Düsseldorf, Berlin, hierauf für 1914 Wiesbaden, Arnberg, Schleswig, Breslau und noch mit etwas über 38 000 Zensiten Cöln, für 1916 hingegen Schleswig, Arnberg, Wiesbaden, Cöln und mit wenig mehr als 36 000 Zensiten Breslau. Die Reihenfolge hat sich also hinsichtlich der absoluten Häufigkeit der besseren Einkommen auch während des Krieges beträchtlich verschoben; insbesondere sind im Jahre 1916 die Regierungsbezirke Schleswig und Cöln vorgerückt, Wiesbaden und Breslau zurückgegangen.

Die wenigsten Zensiten mit über 900 *M* Einkommen weisen nächst den Regierungsbezirken Sigmaringen und Stralsund für 1892 die Bezirke Aurich, Osnabrück, Köslin, Danzig, Bromberg, Stade und noch mit unter 30 000 Zensiten Gumbinnen (alter Einteilung) auf, für 1914/16 hingegen die Bezirke Allenstein, Aurich, Gumbinnen (neuer Einteilung), Osnabrück und noch mit unter 60 000 Zensiten Köslin; die wenigsten mit über 3 000 *M* Einkommen finden sich — wiederum abgesehen von Sigmaringen und Stralsund — für 1892 in den Bezirken Osnabrück, Aurich, Stade, Köslin, Lüneburg, Gumbinnen (alter Einteilung), Bromberg und noch mit unter 4 000 Zensiten in Marienwerder, für 1914/16 in den Bezirken Allenstein, Osnabrück, demnächst für 1914 in Aurich, Gumbinnen (neuer Einteilung), Köslin und mit wenig mehr als 8 000 Zensiten in Stade, für 1916 in Gumbinnen (neuer Einteilung), Aurich, Stade und noch mit etwas unter 8 000 Zensiten in Köslin.

Seit 1892 hat sich natürlich die Zahl der Zensiten in allen Landesteilen sehr erheblich, nicht selten um ein Mehrfaches vermehrt; anderseits ist sie in der Kriegszeit, d. h. von 1914 (Friedensstand) zu 1916, in der Regel zurückgegangen. In letzterer Beziehung machen bemerkenswerte Ausnahmen bei den Einkommen von über 900 *M* zusammen die Regierungsbezirke Danzig, Köslin, Potsdam, Oppeln, Erfurt und Cöln, bei denen von über 3 000 *M* die Bezirke Danzig, Köslin, Erfurt, Aurich und Coblenz; eine geringfügige Zunahme der Zensitenzahl mit über 900 *M* Einkommen findet sich von 1914 auf 1916 außerdem noch in den Bezirken Hannover, Cassel und Coblenz.

Stellt man die Zensitenzahl der Gesamtbevölkerung gegenüber, so weicht die Reihenfolge der Zensitenhäufigkeit vielfach von der ab, die sich ergibt, wenn man jene mit der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler vergleicht. So waren die Zensiten mit über 900 *M* Einkommen in Berlin in allen Vergleichsjahren am häufigsten, im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler aber nur 1892, 1914/16 hingegen im Regierungsbezirke Arnberg und demnächst in den Bezirken Düsseldorf und Potsdam. Außer in diesen vier Landesteilen bildeten in den Jahren 1914/16 die Zensiten noch in den Bezirken Münster, Cöln, Wiesbaden, Hannover und Trier die Mehrheit aller dortigen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler. —

Betrachten wir nunmehr die aus Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern bestehenden Zensiten auch im Zusammenhange mit den nicht selbständig zu veranlagenden, mehr oder weniger an dem Einkommen ihres Haushaltungsvorstandes beteiligten Angehörigen, mit dem zusammen sie die veranlagte Bevölkerung bilden, und stellen wir letztere zugleich der Gesamtbevölkerung gegenüber, so erhalten wir für den Zeitraum 1896-1916¹⁾ folgendes Bild:

Die veranlagte Bevölkerung (physische Zensiten mit Einschluß der Angehörigen) betrug

im Steuer- jahre	in der Einkommensgruppe von über 900 <i>M</i>		über 3 000 <i>M</i>	
	überhaupt Köpfe	v. H. der Gesamt- bevölkerung	überhaupt Köpfe	v. H. der Gesamt- bevölkerung
1896	9 185 073	29,30	1 138 354	3,63
1897	9 438 930	29,64	1 182 683	3,77
1898	9 817 761	30,35	1 264 618	3,91
1899	10 342 069	31,43	1 320 059	4,01
1900	11 092 514	33,14	1 400 782	4,19
1901	11 834 518	34,75	1 468 535	4,31
1902	12 227 350	35,39	1 499 330	4,34
1903	12 623 166	35,95	1 532 432	4,36
1904	13 207 030	37,07	1 586 175	4,45
1905	13 904 685	38,34	1 642 649	4,53
1906	14 604 477	39,65	1 707 814	4,54
1907	16 655 731	44,45	1 816 601	4,55
1908	18 093 575	47,58	1 916 901	5,04
1909	18 850 291	48,84	2 014 491	5,22
1910	19 012 896	48,57	2 305 215	5,99
1911	19 842 827	49,89	2 445 543	6,15
1912	20 688 737	51,42	2 549 796	6,34
1913	21 758 487	53,39	2 688 326	6,60
1914	22 848 439	55,42	2 849 304	6,91
1915	22 206 520	54,11	2 601 949	6,34
1916	22 604 222	55,06	2 679 126	6,33

Hiernach hat sich bis zum Höchststandsjahre 1914 (Friedensstand) die Kopzahl der veranlagten Bevölkerung mit über 900 *M* Einkommen überhaupt um annähernd (148,3 %), die mit über 3 000 *M* Einkommen hingegen schon um etwas über das Anderthalbfache (150,3 %) vergrößert. Damit besteht insofern ein Gegensatz zur Bewegung der Zensiten allein, als diese im gleichen Zeitraum in der Einkommensgruppe von über 900 *M* überhaupt sich nahezu um das Doppelte (189,7 %), in der von über 3 000 *M* dagegen um wenig mehr als das Einzwiedrittfache (168,3 %), in letzterer hier also wesentlich schwächer als in ersterer, vermehrt haben. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß sich unter dem Zuwachs der Einkommensgruppe von über 900 *M* überhaupt ein sehr erheblich ins Gewicht fallender Teil — meist jüngerer — selbständiger Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler) befindet, während unter dem der Gruppe der besseren Einkommen von über 3 000 *M* naturgemäß die Haushaltungsvorstände mit Familie viel dichter vertreten sind als unter dem der Einkommensgruppe von über 900 *M* überhaupt.

Anderseits haben sich nach 1914 als Kriegerscheinung die Zensiten sowohl allein wie einschließlich der Angehörigen in der Einkommensgruppe von über 3 000 *M* weit stärker vermindert als in der von über 900 *M* überhaupt.

Seit dem Jahre 1912 bildet die veranlagte Bevölkerung (Zensiten einschließlich der Angehörigen) der Einkommensgruppe von über 900 *M* überhaupt für sich allein schon die Mehrheit der Gesamtbevölkerung, wogegen die Veranlagten ohne Angehörige — wie wir (S. 18) gesehen haben — auch in den letzten Berichtsjahren noch nicht ganz die Hälfte aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausmachten. Immerhin haben sich aber die Zensiten mit über 900 *M* Einkommen aus-

¹⁾ Für die Zeit von 1892 bis 1894 ist die veranlagte Bevölkerung nicht bekannt, für 1895 sind die Angaben hierüber unvollständig.

schließlich der Angehörigen seit 1896 sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wie zur Gesamtheit der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler infolge des überaus starken Zuwachses an Einzelwirtschaftlern schon mehr als verdoppelt, während dies von dem entsprechenden Anteil der Veranlagten an der gesamten Bevölkerung nicht gesagt werden kann.

Gruppieren wir in derselben Weise wie bei den steuerlich selbständigen physischen Personen (S. 17 und 18) nach dem Ergebnis der Einkommensteuer-Veranlagung auch die Gesamtbevölkerung, so gliedert sich diese, wie folgt:

A. einkommensteuerfrei	im Steuerjahre	Kopfzahl überhaupt	in Hundertteilen der Gesamtbevölkerung
	1896	21 066 453	67,20
	1900	20 890 102	62,41
a) wegen Einkommens bis zu 900 M ¹⁾	1905	20 483 263	56,48
	1910	16 768 154	42,84
	1914	15 136 123	36,71
	1916	15 386 644	37,48
	1896	1 097 757	3,50
b) nach §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Gesetzes freigestellt . . .	1900	1 487 202	4,44
	1905	1 881 491	5,19
	1910	3 364 485	8,59
	1914	3 244 222	7,87
	1916	3 061 852	7,46
zusammen A . . .	1896	22 164 210	70,70
	1900	22 377 304	66,85
	1905	22 364 754	61,66
	1910	20 132 639	51,43
	1914	18 380 345	44,58
	1916	18 448 496	44,94
B. zur Einkommensteuer veranlagt			
in der Einkommensgruppe von . . M			
über 900 bis 3 000	1896	8 046 719	25,67
	1900	9 691 732	28,86
	1905	12 262 036	33,81
	1910	16 707 681	42,68
	1914	19 999 135	48,51
	1916	19 925 096	48,54
über 3 000 bis 9 500	1896	942 274	3,01
	1900	1 150 016	3,44
	1905	1 360 925	3,75
	1910	1 959 199	5,00
	1914	2 410 803	5,85
	1916	2 234 599	5,41
über 9 500 bis 30 500	1896	158 840	0,507
	1900	200 706	0,600
	1905	227 251	0,627
	1910	277 190	0,708
	1914	349 661	0,848
	1916	343 702	0,837
über 30 500 bis 100 000	1896	31 490	0,100
	1900	41 382	0,124
	1905	45 454	0,125
	1910	56 914	0,145
	1914	73 408	0,178
	1916	81 001	0,197
über 100 000	1896	5 750	0,018
	1900	8 678	0,026
	1905	9 019	0,025
	1910	11 912	0,030
	1914	15 432	0,037
	1916	19 824	0,048

¹⁾ Für 1892 betrug die wegen Einkommens bis 900 M einkommensteuerfreie Bevölkerung 20 952 059 = 70,08 v. H. der Gesamtbevölkerung; für die übrigen Gruppen dieser Übersicht sind Zahlen für die Zeit vor 1896 nicht bekannt.

Noch: B. zur Einkommensteuer veranlagt	im Steuerjahre	Kopfzahl überhaupt	in Hundertteilen der Gesamtbevölkerung
	1896	9 185 073	29,30
	1900	11 092 514	33,14
	1905	13 904 685	38,34
zusammen B . . .	1910	19 012 896	48,57
	1914	22 848 439	55,42
	1916	22 604 222	55,06
	1896	31 349 283	1 000
	1900	33 469 818	1 000
	1905	36 269 439	1 000
zusammen A und B . . .	1910	39 145 535	1 000
	1914	41 228 784	1 000
	1916	41 052 718	1 000

Hiernach hat sich in der Berichtszeit der unter A. aufgeführte einkommensteuerfreie Bevölkerungsteil im ganzen um rund $3\frac{1}{3}$ Millionen Köpfe, das ist von sieben Zehnteln auf etwas über zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung vermindert; im einzelnen bezieht sich die Abnahme nur auf die wegen Einkommens von nicht über 900 M einkommensteuerfreie Bevölkerung, während sich die nach den §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes freigestellte überhaupt nahezu verdreifacht, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung etwas mehr als verdoppelt hat.

Die unter B. aufgeführte veranlagte Bevölkerung hat in allen fünf Einkommensgruppen eine erhebliche Zunahme sowohl der Grundzahlen wie der Verhältnisziffern erfahren, die aber im Kriegsjahre 1915 überall eine Unterbrechung erlitt. Im letzten Berichtsjahre 1916 ist darauf allgemein wieder eine Zunahme eingetreten, die bei den beiden obersten Einkommensgruppen von über 30 500 M, hinsichtlich der Verhältnisziffer — als Folge der inzwischen gesunkenen Gesamtbevölkerung — auch bei der untersten von über 900 bis 3 000 M, zu dem bislang höchsten Stande geführt hat; nur in der Gruppe der Einkommen von über 3 000 bis 9 500 M blieb das Ergebnis des Jahres 1916 hinter dem des Höchststandesjahres 1914 (Friedensstand) noch einigermaßen beträchtlich zurück.

Im Gesamtzeitraume 1896-1916 war die Steigerung in der höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 M am stärksten; die dieser angehörende Bevölkerungsschicht hat sich nämlich seit 1896 überhaupt schon wesentlich mehr als verdreifacht, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aber um etwas über das Anderthalbfache vermehrt. Am schwächsten war die Zunahme in der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 M; immerhin hat sich auch hier seit 1896 die Grundzahl mehr als verdoppelt, die Verhältnisziffer aber um rund zwei Drittel gehoben. Bei weitem am stärksten war natürlich die veranlagte Bevölkerung in der untersten Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M vertreten, nämlich mit annähernd der Hälfte der Gesamtbevölkerung im letzten Berichtsjahre gegen wenig mehr als ein Viertel im Jahre 1896. Ungeachtet des verhältnismäßig erheblichen Anwachsens der Bevölkerungsschicht mit „besseren“ Einkommen in den übrigen vier Untergruppen machte diese selbst in der am zweitstärksten besetzten Einkommensabstufung von über 3 000 bis 9 500 M auch im günstigsten Jahre 1914 erst etwa den siebzehnten, im Jahre 1916 den achtzehnten Teil der Gesamtbevölkerung aus gegen noch nicht ein Dreißigstel im Jahre 1896. Die Einkommen von über 9 500 M finden sich nur bei einem geringfügigen, 1916 wenig mehr als ein Hundertstel betragenden Bruchteil der Bevölkerung; namentlich schwach ist trotz seiner verhältnismäßig recht bedeutenden Zunahme der Bevölkerungsteil mit über 30 500 M Einkommen vertreten.

Verteilen wir auch die Gesamtbevölkerung auf die Haupteinkommensabstufungen unter Einrechnung der bei einem Einkommen von über 900 M auf Grund der §§ 19

oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes Freigestellten nebst ihren Angehörigen in die Bevölkerungs-

schicht der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , so entfielen von der Gesamtbevölkerung

im Steuerjahre	bis 900 ¹⁾		auf die Einkommensgruppe von \mathcal{M} über 900 bis 3 000 ¹⁾		über 3 000 ¹⁾		über 900 ¹⁾	
	überhaupt	v. H. der Gesamt- bevölkerung	überhaupt	v. H. der Gesamt- bevölkerung	überhaupt	v. H. der Gesamt- bevölkerung	überhaupt	v. H. der Gesamt- bevölkerung
1896	21 066 453	67,2	9 144 476	29,2	1 138 354	3,6	10 282 830	32,8
1900	20 890 102	62,4	11 178 934	33,4	1 400 782	4,2	12 579 716	37,6
1905	20 483 263	56,5	14 143 527	39,0	1 642 649	4,5	15 786 176	43,5
1906	20 297 174	55,1	14 824 736	40,3	1 707 814	4,6	16 532 550	44,9
1907	18 842 470	50,3	16 808 175	44,9	1 816 601	4,8	18 624 776	49,7
1908	17 957 848	47,2	18 151 807	47,7	1 916 901	5,0	20 068 708	52,8
1909	17 676 308	45,8	18 907 624	49,0	2 014 491	5,2	20 922 115	54,2
1910	16 768 154	42,8	20 072 166	51,3	2 305 215	5,9	22 377 381	57,2
1911	16 382 969	41,2	20 944 517	52,7	2 445 543	6,1	23 390 060	58,8
1912	16 004 537	39,8	21 682 497	53,9	2 549 796	6,3	24 232 293	60,2
1913	15 545 529	38,1	22 517 780	55,3	2 688 326	6,6	25 206 106	61,9
1914	15 136 123	36,7	23 243 357	56,4	2 849 304	6,9	26 092 661	63,8
1915	15 230 399	37,1	23 203 733	56,5	2 601 949	6,3	25 805 682	62,9
1916	15 386 644	37,5	22 986 948	56,0	2 679 126	6,5	25 666 074	62,5

¹⁾ Im Jahre 1892 betrug die Bevölkerung in der Einkommensgruppe bis 900 \mathcal{M} 20 952 059 = 70,1 v. H. und in der von über 900 \mathcal{M} 8 943 165 = 29,9 v. H. der Gesamtbevölkerung; für die übrigen Gruppen fehlen die entsprechenden Zahlen des Jahres 1892.

Hiernach ist in der Einkommensgliederung der Bevölkerung im zwanzigjährigen Zeitraum 1896-1916 eine sehr erhebliche Verschiebung zugunsten der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und der besseren von über 3 000 \mathcal{M} eingetreten. Während im Jahre 1896 noch etwas über zwei Drittel (1892 sieben Zehntel) der Gesamtbevölkerung als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher von einem das Existenzminimum von 900 \mathcal{M} nicht überschreitenden niederen Reineinkommen leben mußten, sank jener Bruchteil bis zum Jahre 1914 auf wenig mehr als ein Drittel herab. Unter dem Einflusse des Krieges hob sich in den Jahren 1915 und 1916 die Bevölkerungsschicht mit niederem Einkommen, indes nur unwesentlich, und zwar im ganzen noch nicht um 1 v. H. der Gesamtbevölkerung. Absolut ist die Bevölkerung mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} erst — großenteils zunächst aus Anlaß der Einkommensteuer-Novelle von 1906 — erheblich, und zwar bis zum Jahre 1914 um etwas über 5 Millionen Köpfe, zurückgegangen.

Bereits seit 1908 ist die Mehrheit der bis zum Kriege bekanntlich von Jahr zu Jahr stark angewachsenen Bevölkerung an Einkommen von über 900 \mathcal{M} beteiligt; es hat somit ein recht beträchtlicher Aufstieg aus der Klasse der niederen Einkommen stattgefunden. Freilich muß man dabei wieder berücksichtigen, daß das von der Steuergesetzgebung angenommene Existenzminimum von 900 \mathcal{M} bei der anhaltenden Teuerung kaum noch den Zeitverhältnissen entspricht.

Machte im einzelnen der auf Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} angewiesene Bevölkerungsteil im Jahre 1896 nur rund drei Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, so umfaßte er bei stetiger Steigerung in den letzten Berichtsjahren schon annähernd drei Fünftel jenes; entfiel ferner im Jahre 1896 noch etwas weniger als ein Fünftel der gesamten Bevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} , so bezifferte sich der betreffende Anteil in der letzten Zeit schon auf etwas mehr oder weniger als ein Fünftel.

Während in den Jahren 1908 und 1909 noch die Mehrheit der Bevölkerung nur auf die beiden Einkommensgruppen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und mehr als 3 000 \mathcal{M} zusammen entfiel, wurde im Jahre 1910 mit über 50 v. H. der Gesamtbevölkerung der Schwerpunkt in die Gruppe der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} allein verlegt, ohne daß damit zugleich die steigende Bewegung des Anteilsverhältnisses der Gruppe der besseren Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} aufhörte. —

Was einkommensgruppenweise die Verteilung der zur Einkommensteuer veranlagten Bevölkerung unter sich anlangt, so ergeben sich folgende Verhältnisziffern:

Vom Tausend der veranlagten Bevölkerung (Zensiten nebst Angehörigen) entfielen

im Steuer- jahre	auf die Einkommensgruppe von \mathcal{M}						insbe- sondere über 3 000 zus.
	über 900 bis 3 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000	über 900 zu- sammen	
1896	876	102,6	17,3	3,43	0,63	1 000	124
1900	874	103,7	18,1	3,73	0,78	1 000	126
1905	882	97,9	16,3	3,27	0,65	1 000	118
1906	883	96,6	16,2	3,38	0,68	1 000	117
1907	891	90,2	15,0	3,19	0,66	1 000	109
1908	894	87,8	14,4	3,09	0,66	1 000	106
1909	893	89,3	14,0	2,94	0,62	1 000	107
1910	879	103,0	14,6	2,99	0,63	1 000	121
1911	877	105,0	14,6	3,00	0,63	1 000	123
1912	877	104,8	14,7	3,08	0,65	1 000	123
1913	876	105,3	14,6	3,06	0,65	1 000	124
1914	875	105,5	15,3	3,21	0,68	1 000	125
1915	883	98,8	14,5	3,17	0,67	1 000	117
1916	881	98,9	15,2	3,58	0,88	1 000	119

Hiernach umfaßte die unterste Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} in der ganzen Berichtszeit nahezu neun Zehntel der gesamten veranlagten Bevölkerung, während in der Klasse der besseren Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} der Anteil von rund einem Achtel bis etwas unter einem Neuntel schwankte.

Von besonderem Interesse ist die Bewegung des Anteilsverhältnisses der einzelnen Einkommensgruppen.

Das noch unter dem Einflusse einer abgelaufenen günstigen Wirtschaftsperiode stehende Steuerjahr 1900 brachte für die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} den tiefsten Stand ihres Anteils an der veranlagten Bevölkerung in der Zeit von 1896 bis 1916, für alle höheren Einkommensabstufungen hingegen eine beträchtliche Steigerung, insbesondere für die Einkommen von über 9 500 bis zu 100 000 \mathcal{M} den Höchststand. Nach 1906 finden wir in der untersten Einkommensgruppe — zu einem wesentlichen Teile als Folge der mehrerwähnten Einkommensteuer-Novelle von 1906 — eine erhebliche Aufwärtsbewegung ihrer Verhältnisziffer und im Jahre 1908 deren höchsten Stand, dagegen in demselben Jahre bei der nächsthöheren Gruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen und im folgenden Jahre bei den Einkommen von über 9 500 \mathcal{M}

den Tiefstand der Periode 1896-1916. Bis zum letzten Friedensstandsjahre 1914 sank dann in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und hob sich andererseits bei allen übrigen Einkommensabstufungen der Anteil an der veranlagten Bevölkerung. Im Steuerjahre 1915 stieg als Folgeerscheinung des Krieges wieder in der untersten Einkommensgruppe die Verhältnisziffer merklich auf Kosten aller übrigen Gruppen, von denen offenbar namentlich die von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen eine beträchtliche Bevölkerungsschicht an die von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} abgab, wogegen im letzten Berichtsjahre 1916 der Anteil in allen Einkommensabstufungen über 3 000 \mathcal{M} wieder in die Höhe, in der von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} aber etwas herab ging.

.. Verhältnismäßig am größten war von 1915 auf 1916 die Anteilssteigerung mit annähernd einem Drittel in der höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} , so daß damit hier

der Höchststand erreicht wurde, wogegen in der zweithöchsten von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} die Verhältnisziffer noch wesentlich hinter der von 1900 zurückblieb. Bei den Einkommensgruppen von über 3 000 bis 30 500 \mathcal{M} stand der Bevölkerungsanteil der Kriegsjahre 1915 und 1916 sowohl dem des letzten Friedensstandsjahres 1914 wie der ersten Vergleichsjahre 1896 und 1900 nach, während bei der untersten Gruppe der Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} das Umgekehrte der Fall war. Die beiden Einkommensabstufungen von über 3 000 bis 9 500 und über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} sind also zweifellos durch den Krieg ungünstig beeinflusst worden; insbesondere die von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} weist im ganzen Zeitraume 1896-1916 eine überwiegend rückläufige Bewegung des Anteilsverhältnisses auf. —

Betrachten wir nunmehr die veranlagte Bevölkerung auch in ihrer geographischen Verteilung, so ergibt sich folgendes Bild:

Es betrug die zur Einkommensteuer veranlagte Bevölkerung (veranlagte Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren)

in der Einkommensgruppe von

im Regierungs- bezirke	über 900 \mathcal{M}			über 3 000 \mathcal{M}		
	überhaupt			überhaupt		
	Köpfe	in Hundertteilen der Gesamt- bevölkerung		Köpfe	in Hundertteilen der Gesamt- bevölkerung	
	1896	1914	1916	1896	1914	1916
Königsberg ¹⁾ . . .	188 591	273 601	280 833	16,01	30,10	30,61
Gumbinnen ¹⁾ . . .	136 970	155 345	140 711	17,72	26,07	25,86
Allenstein	137 733	128 551	.	26,00	25,62
Danzig	107 291	274 296	284 161	17,68	36,04	36,80
Marienwerder . .	142 173	264 865	268 548	16,63	27,59	28,19
Stadtkreis Berlin	798 001	1 432 230	1 372 145	48,62	71,21	70,96
Potsdam	575 219	2 107 298	2 108 763	35,46	68,67	68,13
Frankfurt	274 164	519 276	517 070	23,74	42,73	43,78
Stettin	191 137	409 497	392 368	25,00	46,51	44,76
Köslin	112 124	213 161	221 000	19,35	34,78	36,90
Stralsund	44 254	85 358	81 477	21,80	38,82	38,14
Posen	194 108	432 200	408 198	16,65	31,89	30,55
Bromberg	128 929	251 243	245 014	20,06	32,80	33,28
Breslau	320 461	812 918	769 480	19,72	44,26	43,23
Liegnitz	227 870	469 846	452 643	21,71	40,30	39,49
Oppeln	341 325	893 537	941 142	20,18	39,38	41,47
Magdeburg	343 771	702 742	680 534	31,01	56,75	55,98
Merseburg	300 141	736 184	725 273	26,87	56,67	56,41
Erfurt	121 525	275 420	271 934	26,82	50,46	50,02
Schleswig	422 853	1 011 925	978 413	33,35	60,64	58,82
Hannover	193 715	484 368	467 875	34,58	62,86	60,64
Hildesheim	127 550	298 645	285 215	26,32	53,71	52,48
Lüneburg	139 642	343 856	323 005	32,04	61,51	59,36
Stade	111 811	270 389	249 114	32,10	61,19	57,59
Osnabrück	82 122	187 167	171 632	26,60	47,82	44,12
Aurich	64 197	121 624	120 861	27,79	42,86	43,23
Münster	213 617	784 674	816 402	36,46	69,47	69,34
Minden	176 987	405 452	401 214	30,35	53,14	51,66
Arnsberg	728 346	2 009 832	2 015 342	48,22	77,81	78,46
Cassel	238 922	522 004	519 309	28,33	50,77	50,06
Wiesbaden	292 584	821 034	789 986	32,37	64,38	61,72
Coblenz	205 935	410 793	418 660	31,87	53,55	54,73
Düsseldorf	866 749	2 764 918	2 738 494	40,60	75,85	74,22
Cöln	317 729	889 419	939 922	34,87	67,71	66,44
Trier	293 875	630 447	636 374	38,72	61,15	61,27
Aachen	160 385	408 194	408 519	27,45	57,47	57,56
Sigmaringen ²⁾ . .	—	36 948	33 980	—	51,15	48,20
im Staate	9 185 073	22 848 439	22 604 222	29,30	55,12	55,06
				1 138 354	2 849 304	2 679 126
				3,63	6,91	6,53

¹⁾ für 1896 nach der alten Einteilung der Provinz Ostpreußen in 2 Regierungsbezirke. — ²⁾ hier ist das Einkommensteuergesetz erst seit 1901 eingeführt.

Wie im Gesamtstaate hat sich hiernach im Zeitraume 1896-1916 auch in allen Regierungsbezirken die veranlagte Bevölkerung mit über 900 \mathcal{M} Einkommen überhaupt wie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stark vermehrt. Ebenso war in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} die Zunahme größtenteils beträchtlich; allein im Stadtkreise Berlin stellte sich der Bruchteil der Bevölkerung mit über 3 000 \mathcal{M}

Einkommen im Jahre 1916 (mit einem Viertel) geringer als im Jahre 1896 (mit rund einem Dreizehntel), was auf den bekannten Abfluß der wohlhabenderen Bevölkerung der Reichshauptstadt in deren Vororte zurückzuführen ist. In den meisten Regierungsbezirken haben sich aber im Kriegsjahre 1916 gegenüber dem letzten Friedensstandsjahre 1914 die Grundzahlen und Verhältnisziffern der veranlagten Bevölkerung ver-

mindert, und zwar sowohl bei der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} , wie noch häufiger bei der von über 3 000 \mathcal{M} .

Die dichteste mit über 900 \mathcal{M} veranlagte Bevölkerung finden wir 1896 im Stadtkreise Berlin und Regierungsbezirke Arnberg mit nahezu der Hälfte, demnächst im Bezirke Düsseldorf mit genau zwei Fünfteln, 1914 und 1916 im Regierungsbezirke Arnberg mit über, im Bezirke Düsseldorf mit rund drei Vierteln und im Stadtkreise Berlin mit sieben Zehnteln der Gesamtbevölkerung; am schwächsten war sie 1896 mit etwas mehr oder weniger als einem Sechstel in den Bezirken Königsberg (alter Einteilung), Marienwerder, Posen, Danzig und Gumbinnen (alter Einteilung), 1914 und 1916 dagegen mit wenig mehr als einem Viertel in den Bezirken Allenstein, Gumbinnen (neuer Einteilung) und Marienwerder.

Wie in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} war auch in der von über 3 000 \mathcal{M} die Dichtigkeitsspannung sehr bedeutend. Die mit Einkommen von mehr als 3 000 \mathcal{M} veranlagte Bevölkerung schwankte nämlich 1896 von rund einem Sechzigstel der Gesamtbevölkerung in den Regierungsbezirken Posen, Marienwerder und Gumbinnen (alter Einteilung) bis zu fast einem Dreizehntel im Stadtkreise Berlin, dem mit einem Siebzehntel der Bezirk Wiesbaden und mit einem Neunzehntel der Bezirk Hannover folgten, 1914 und 1916 hingegen von noch nicht einem Fünfundzwanzigstel der Gesamtbevölkerung in den Bezirken Allenstein, Oppeln und Gumbinnen (neuer Einteilung) bis zu etwas mehr als einem Neuntel im Regierungsbezirke Potsdam, dem sich 1914 mit etwas mehr oder weniger als einem Elftel die Bezirke Wiesbaden, Hannover und Köln, 1916 mit rund einem Elftel Aurich und mit etwas über einem Zwölftel Wiesbaden anschlossen.

Im allgemeinen steht bei beiden Einkommensgruppen der Osten mit seiner geringeren Lebenshaltung und weniger bedeutenden Kapitalkraft hinter dem Westen (einschließlich Provinz Sachsen) zurück. Während demgemäß in der großen Mehrzahl der westlichen Regierungsbezirke der Bruchteil der veranlagten Bevölkerung über die Durchschnittsziffer für den Gesamtstaat hinausgeht, bleibt er in den allermeisten östlichen Landesteilen darunter. Andererseits findet man bemerkenswerterweise gerade in den östlichen Regierungsbezirken, die zu Beginn der Berichtszeit zumeist sehr niedrige Häufigkeitsziffern aufweisen, vielfach eine besonders kräftige Aufwärtsbewegung. So hat sich bei der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} in den Bezirken Danzig, Breslau und Oppeln, bei der von über 3 000 \mathcal{M} — abgesehen von Potsdam (wo die mit solchem Einkommen veranlagte Bevölkerung von 1896 bis 1916 von annähernd einem Zwanzigstel auf über ein Neuntel stieg) — in den Bezirken Marienwerder, Frankfurt, Köslin, Posen und Bromberg die veranlagte Bevölkerung im Zeitraume 1896-1916 mehr als verdoppelt. Offenbar findet in dieser verhältnismäßig günstigen Einkommensentwicklung des überwiegend agrarischen Ostens der Monarchie die durch die neuere Zoll- und Handelsgesetzgebung wesentlich gebesserte Lage der Landwirtschaft ihren Ausdruck. —

Was nunmehr das der Einkommensteuer zugrunde gelegte steuerpflichtige Reineinkommen der physischen Zensiten in seiner Verteilung auf die einzelnen Einkommensgruppen anlangt, so betrug die Einkommenssumme¹⁾

¹⁾ Für das Steuerjahr 1892 betrug die Einkommenssumme der physischen Zensiten

	in der Einkommensgruppe von \mathcal{M}					
	über 900 bis 3 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000	zusammen
Millionen \mathcal{M} . . .	2 911,98	1 249,56	714,10	451,42	377,26	5 704,33
v. H. der Staatssumme	51,05	21,91	12,52	7,91	6,61	100
im Durchschnitt auf 1 Zensiten \mathcal{M}	1 374	4 804	15 493	49 969	227 537	2 342

bei den Zensiten mit Einkommen von . . . \mathcal{M}	im Steuerjahre	überhaupt Millionen \mathcal{M}	in Hundertteilen der Staatssumme	im Durchschnitt auf einen Zensiten \mathcal{M}
über 900 bis 3 000 . . .	1896	3 196,74	52,58	1 377
	1900	4 011,19	51,15	1 354
	1905	5 209,29	53,88	1 339
	1910	7 675,64	55,98	1 386
	1914	9 761,93	55,99	1 436
über 3 000 bis 9 500 . .	1896	9 868,18	54,08	1 480
	1896	1 314,15	21,59	4 817
	1900	1 618,79	20,64	4 792
	1905	1 969,61	20,37	4 766
	1910	2 792,88	20,87	4 723
über 9 500 bis 30 500 .	1914	3 522,19	20,06	4 750
	1916	3 437,44	18,84	4 955
	1896	730,19	12,00	15 435
	1900	943,08	12,08	15 501
	1905	1 098,67	11,36	15 487
über 30 500 bis 100 000	1910	1 376,39	10,04	15 295
	1914	1 790,78	10,20	15 322
	1916	1 856,83	10,18	16 168
	1896	463,06	7,61	49 979
	1900	627,52	8,00	49 882
über 100 000	1905	713,81	7,38	49 660
	1910	919,64	6,71	49 617
	1914	1 224,28	6,97	49 867
	1916	1 407,49	7,71	52 909
	1896	381,92	6,28	224 789
zusammen . . .	1900	640,72	8,17	241 598
	1905	677,24	7,00	236 880
	1910	946,23	6,90	243 059
	1914	1 261,17	7,18	241 835
	1916	1 676,71	9,19	250 817
	1896	6 086,08	100	2 294
	1900	7 841,29	100	2 322
	1905	9 668,61	100	2 202
	1910	13 710,78	100	2 197
	1914	17 560,36	100	2 285
	1916	18 246,65	100	2 430

Die stärkste Zunahme des steuerpflichtigen Einkommens überhaupt findet sich hiernach in der höchsten, nach oben unbegrenzten Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} ; es hat sich hier im Zeitraume 1896-1916 schon mehr als vervierfacht, sodann in der zweithöchsten Gruppe von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} wie in der untersten von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen verdreifacht, während es in den beiden übrigen Einkommensgruppen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} und von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} je um das Anderthalbfache gestiegen ist. Überall hat das Einkommen im Kriegsjahre 1915 abgenommen, 1916 aber wieder eine Steigerung erfahren, die in allen Gruppen mit Ausnahme der von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen (bei der der Stand von 1914 noch nicht wieder erreicht wurde) zum Höchststand geführt hat. Seit 1907 ununterbrochen, außerdem schon in den Jahren 1900 bis 1902 war das Gesamteinkommen der Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} größer als das der zweithöchsten von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} .

Der größte Teil des gesamten Einkommens entfiel in allen Vergleichsjahren (auch seit 1892; vergl. nebenstehende Anmerkung¹⁾) auf die unterste Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} . Die Einkommenssumme dieser Gruppe und damit auch deren Anteil am Gesamteinkommen im Staate ist aber in Wirklichkeit noch höher anzunehmen als die vorstehende Übersicht ergibt, weil das Einkommen dieser Gruppe unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge errechnet und demgemäß bei den unter den Zensiten mit über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen befindlichen, auf Grund der §§ 19 oder 20 (früher

§§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes Ermäßigten das Einkommen statistisch nur insoweit in Ansatz gebracht worden ist als es ihrem ermäßigten Steuersatze entspricht, ein Übelstand, der wegen der großen Schwierigkeit, das tatsächliche gesamte Einkommen jener zahlreichen Ermäßigten — ebenso wie bei den Zensiten mit mehr als 3 000 *M* Einkommen — bei Aufstellung der Statistik zu berücksichtigen, in Kauf genommen werden muß.

Wie eine besondere Untersuchung ergeben hat, bezifferte sich jenes unverteuert bleibende Einkommen der im Steuersatze ermäßigten Zensiten mit über 900 bis 3 000 *M* Einkommen in den letzten Berichtsjahren auf rund 600 Millionen *M*. (Vergl. Abschnitt C. auf S. 52).

In den beiden Einkommensgruppen von über 3 000 bis 30 500 *M* tritt im Zeitraume 1896-1916 eine rückläufige Bewegung des Anteils an der Staatssumme des Einkommens hervor; im letzten Berichtsjahre hat sich gegenüber 1914 (Friedensstand) der Anteil der Einkommensgruppen von über 30 500 *M* auf Kosten aller bis zu 30 500 *M* gesteigert. Insbesondere die Zensiten mit über 100 000 *M* Einkommen, die, wie wir gesehen haben, nur einen winzigen Bruchteil aller Zensiten bilden, vereinigen auf sich einen verhältnismäßig beträchtlichen Teil des gesamten steuerpflichtigen Einkommens.

Die Durchschnittseinkommen zeigen in allen Einkommensabstufungen ein allerdings zumeist nicht ununterbrochenes Emporgehen.

Gliedert man die Einkommen von über 100 000 *M* noch weiter, so ergibt sich für deren hauptsächlichste Abstufungen folgendes Bild:

Es betrug das steuerpflichtige Einkommen

in der Einkommensgruppe von <i>M</i>	im Steuer- jahre	überhaupt Millionen <i>M</i>	v. H. des gesamten veranlagten Ein- kommens	im Durch- schnitt auf 1 Zensiten <i>M</i>
über 100 000 bis 500 000	1892	273,46	4,79	175 856
	1914	861,13	4,90	176 859
	1915	822,58	4,97	177 663
	1916	1 135,58	6,22	183 305
über 500 000 bis 1 000 000	1892	46,86	0,82	650 772
	1914	175,02	1,00	686 344
	1915	181,19	1,09	688 921
	1916	239,11	1,31	671 643

Noch: in der Einkommensgruppe von <i>M</i>	im Steuer- jahre	überhaupt Millionen <i>M</i>	v. H. des gesamten veranlagten Ein- kommens	im Durch- schnitt auf 1 Zensiten <i>M</i>
über 1 000 000	1892	56,95	1,00	1 836 961
	1914	225,03	1,28	2 472 834
	1915	201,54	1,22	2 428 167
	1916	302,03	1,66	2 253 955

Hiernach hat sich in der Einkommensgruppe von über 100 000 bis 500 000 *M* seit 1892 die Einkommenssumme überhaupt mehr als vervierfacht, in den beiden anderen Gruppen von über 1/2 Million *M* Einkommen sogar mehr als verfünffacht. In der gleichen Zeit stieg der Anteil am veranlagten Gesamteinkommen bei der weitaus die höchste Gesamtsumme aufweisenden untersten Gruppe um rund drei Zehntel, bei der am schwächsten vertretenen mittleren um etwa drei Fünftel und bei der höchsten um zwei Drittel.

Während der wenn auch verhältnismäßig geringfügige Rückgang der durchschnittlichen Höhe der Millionen-Einkommen von 1914 auf 1915 (um nicht ganz 45 000 *M*) ausschließlich als eine Kriegerscheinung anzusprechen ist, kommt bei dem erheblichen Sinken ihres Durchschnittseinkommens von 1915 auf 1916 (um nicht ganz 175 000 *M*) auch in Betracht, daß sich gerade im letzten Berichtsjahre die Zensitenzahl dieser Gruppe sehr stark vermehrt hat (um drei Fünftel; vergl. S. 20); hierbei muß es sich ganz überwiegend um Aufsteigen von Zensiten aus niederen Einkommensgruppen handeln, deren Einkommensbeträge nicht viel über 1 Million *M* hinausgehen und daher bei ihrer beträchtlichen Häufigkeit den Gesamtdurchschnitt der Millionen-Einkommen herabdrücken.

Während das höchste Einzel-Einkommen der physischen Zensiten sich im Jahre 1892 erst auf 6 755 000 bis 6 760 000 *M* bezifferte, betrug es im letzten Berichtsjahre 1916 schon 29 415 000 bis 29 420 000 *M*, also über viermal soviel als im Jahre 1892. —

Betrachten wir das Durchschnittseinkommen auf den Kopf der physischen Zensiten wie der veranlagten Bevölkerung (Zensiten einschließlich der Angehörigen) für die hauptsächlichsten Einkommensgruppen und für eine größere Anzahl von Vergleichsjahren, so betrug es in *M*

bei den physischen Zensiten					bei der veranlagten Bevölkerung			
in der Einkommensgruppe von <i>M</i>								
im Steuerjahre	über 900 zusammen	über 900 bis 3 000	über 3 000	über 100 000	über 900 zusammen	über 900 bis 3 000	über 3 000	über 100 000
1892	2 342	1 374	8 812	227 537
1896	2 294	1 377	8 727	224 789	663	397	2 538	66 420
1900	2 322	1 354	9 254	241 598	707	414	2 734	73 832
1905	2 202	1 339	8 893	236 880	695	425	2 715	75 090
1910	2 197	1 386	8 576	243 059	721	459	2 618	79 435
1911	2 211	1 391	8 596	245 636	730	464	2 621	81 036
1912	2 207	1 402	8 491	244 739	737	473	2 610	81 690
1913	2 222	1 419	8 512	246 094	747	483	2 625	82 390
1914	2 285	1 436	8 780	241 835	769	488	2 737	81 724
1915	2 267	1 432	8 998	242 223	745	474	2 786	81 258
1916	2 430	1 480	9 952	250 817	807	495	3 127	84 580

Hiernach zeigt in allen Einkommensgruppen das letzte Berichtsjahr 1916 das höchste Durchschnittseinkommen seit 1892, und zwar sowohl bei den Zensiten allein wie bei der veranlagten Bevölkerung; es blieb aber bei den Zensiten mit über 900 bis 3 000 *M* Einkommen mit 1 480 *M* noch erheblich unter dem 1 950 *M* betragenden Mittelsatze dieser Einkommensgruppe. In

der Regel beziffert sich das durchschnittliche Einkommen auf den Kopf der veranlagten Bevölkerung auf ein Drittel desjenigen der Zensiten; zum ersten Male überstieg es in der Einkommensgruppe von mehr als 3 000 *M* im Jahre 1916 den Durchschnittsbetrag von 3 000 *M* auf den Kopf eines jeden Haushaltungsangehörigen.

Endlich betrug das veranlagte Zensiten-Einkommen in \mathcal{M} auf den Kopf

im Steuerjahre	aller Haus- haltungs- vorstände und Einzel- wirtschafter	der Gesamt- be- völkerung
1892	191
1896	530	194
1900	630	234
1905	713	267
1910	911	350
1911	938	364
1912	971	379
1913	1 015	399
1914	1 080	426
1915	1 045	403
1916	1 147	444

Aus dieser Zusammenstellung, bei der die Summe der Zensiteneinkommen einmal auf die gesamte Bevölkerung und

außerdem auf die darunter befindlichen wirtschaftlich selbständigen Personen verteilt worden ist, ergibt sich noch klarer als aus den vorangegangenen Übersichten die bedeutende Einkommenssteigerung, die im Berichtszeitraume 1892-1916 in Preußen stattgefunden hat. Ungeachtet der starken Bevölkerungszunahme sind die Durchschnitte, abweichend von denen der Zensiten und der veranlagten Bevölkerung bis zum Kriegsjahre 1915 ohne jede Unterbrechung in die Höhe gegangen. Auf den Kopf aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschafter hatte sich der Einkommensdurchschnitt schon im Zeitraume 1896-1914, auf den Kopf der Gesamtbevölkerung schon im Zeitraume 1892-1915 verdoppelt. Der allgemeine Wohlstand muß also trotz der zunehmenden Geldentwertung in erfreulichem Maße gewachsen sein.

Die nachstehende Übersicht bringt das Gesamt- wie Durchschnittseinkommen der Zensiten auch nach Landes- teilen.

Es betrug das steuerpflichtige Einkommen der physischen Zensiten

im Regierungs- bezirke	in der Einkommensgruppe von \mathcal{M}						über 3 000					
	über 900			im Durchschnitt auf einen Zensiten			überhaupt Tausend \mathcal{M}			im Durchschnitt auf einen Zensiten		
	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916
Königsberg ¹⁾ . .	112 131	227 563	259 649	2 268	2 447	2 846	51 599	118 740	149 386	7 081	7 569	9 693
Gumbinnen ¹⁾ . .	55 611	95 279	90 482	1 897	2 148	2 377	19 121	42 537	44 697	5 534	6 103	7 489
Allenstein	72 241	72 996	.	2 045	2 225	.	29 755	33 377	.	5 874	6 821
Danzig	65 587	194 477	230 131	2 439	2 265	2 493	34 065	92 364	114 358	6 887	7 302	8 838
Marienwerder . .	62 405	151 558	164 854	1 966	2 207	2 447	23 410	70 312	84 809	5 933	6 678	8 204
Stadtkreis Berlin	876 188	1 652 986	1 593 401	2 933	2 424	2 457	540 388	733 009	678 452	12 325	11 165	12 272
Potsdam	320 185	2 335 946	2 438 109	2 331	2 803	2 918	156 590	1 263 677	1 319 676	8 074	9 525	10 237
Frankfurt	143 973	347 784	370 143	2 059	2 077	2 302	57 532	140 912	169 288	7 038	7 835	9 696
Stettin	124 277	298 837	319 938	2 328	2 226	2 415	58 836	137 722	156 729	7 807	7 715	9 179
Köslin	49 467	125 963	148 506	2 004	2 182	2 506	18 724	56 704	77 094	6 227	7 321	9 685
Stralsund	28 698	63 470	65 943	2 282	2 367	2 570	13 759	31 459	35 216	6 774	8 007	9 231
Posen	93 204	263 675	289 170	2 094	2 410	2 760	39 328	134 968	163 930	7 014	7 805	9 986
Bromberg	56 440	143 906	166 821	2 074	2 259	2 619	23 282	68 935	90 696	6 294	6 740	9 053
Breslau	256 920	675 886	702 715	2 734	2 465	2 734	143 442	352 779	390 997	8 911	8 791	10 773
Liegnitz	140 892	352 805	353 820	2 259	2 281	2 416	64 694	166 085	174 203	7 753	8 510	9 582
Oppeln	164 709	480 456	517 165	2 118	2 608	2 049	71 179	195 226	203 958	8 451	8 210	9 061
Magdeburg	257 797	529 593	577 066	2 626	2 208	2 452	139 175	236 677	282 273	9 135	7 969	9 581
Merseburg	199 634	481 355	496 319	2 379	2 057	2 184	98 987	199 016	214 745	8 032	7 894	8 752
Erfurt	76 239	198 129	220 528	2 303	2 229	2 422	35 873	90 850	104 319	7 279	7 854	8 655
Schleswig	243 246	741 539	802 510	2 138	2 162	2 452	104 343	305 078	369 772	6 790	7 368	9 005
Hannover	122 126	405 370	430 330	2 457	2 369	2 508	60 674	190 427	205 764	7 895	8 358	9 875
Hildesheim	75 699	204 622	211 695	2 235	2 139	2 311	34 881	88 922	99 595	6 614	7 076	8 074
Lüneburg	60 720	214 047	201 827	2 009	1 930	2 069	21 791	73 812	73 551	7 023	6 302	6 875
Stade	51 775	150 955	141 957	1 896	1 859	1 949	18 507	48 697	49 690	6 558	6 061	6 549
Osnabrück	37 946	107 432	105 968	1 992	2 016	2 222	13 751	41 838	46 236	6 444	7 494	8 725
Aurich	35 369	89 065	98 551	2 201	2 337	2 662	16 063	42 699	53 598	5 864	6 197	7 295
Münster	91 331	426 378	454 598	1 975	1 889	2 047	34 977	122 104	143 314	7 428	7 382	8 766
Minden	83 491	238 864	252 394	2 111	2 051	2 223	33 464	95 568	111 732	7 158	7 772	9 120
Arnsberg	332 520	1 237 407	1 249 555	1 670	1 902	2 005	103 412	342 095	363 448	8 231	8 001	9 126
Cassel	126 456	365 631	396 596	2 202	2 338	2 533	56 427	173 760	199 578	6 973	8 185	9 700
Wiesbaden	282 824	897 751	855 812	3 814	3 029	3 067	193 664	531 839	499 596	11 534	12 052	13 138
Coblenz	103 542	251 217	260 381	1 971	2 037	2 104	39 077	100 740	106 864	7 526	7 718	7 973
Düsseldorf	513 765	2 118 677	2 184 444	2 291	2 211	2 343	245 038	844 460	875 836	9 800	9 768	10 765
Cöln	233 574	766 484	847 127	2 779	2 456	2 533	132 898	381 511	414 079	10 227	9 964	10 986
Trier	117 788	330 532	337 552	1 775	1 878	1 944	37 334	106 902	113 977	8 614	7 546	8 365
Aachen	107 799	302 423	317 356	2 580	2 271	2 444	56 662	138 694	155 291	10 888	9 465	11 989
Sigmaringen ²⁾ . .	—	20 060	20 248	—	1 999	2 146	—	7 563	8 352	—	5 804	6 897
im Staate	5 704 327	17 560 365	18 246 655	2 342	2 285	2 430	2 792 345	7 798 430	8 378 474	8 812	8 780	9 952

¹⁾ für 1892 nach der alten Einteilung der Provinz Ostpreußen in 2 Regierungsbezirke. — ²⁾ hier ist das Einkommensteuergesetz erst seit 1901 eingeführt.

Im Jahre 1892 entfiel hiernach das meiste steuerpflichtige Einkommen von über 900 \mathcal{M} überhaupt wie insbesondere auch in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} auf Berlin, in den Jahren 1914 und 1916 hingegen auf den Regierungsbezirk Potsdam, in dem es sich seit 1892 überhaupt mehr als versiebenfacht, in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} sogar mehr als verachtzefacht hat. Die zweite Stelle nahm in allen drei Vergleichsjahren der Regierungsbezirk Düsseldorf ein. Noch über 300 Millionen \mathcal{M} betrug es außerdem über-

haupt 1892 in den Regierungsbezirken Arnsberg und Potsdam, 1914 und 1916 noch über 1½ Milliarden \mathcal{M} in Berlin und noch über 1 Milliarde \mathcal{M} im Bezirke Arnsberg; insbesondere in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} folgten 1892 auf Berlin und Düsseldorf die Bezirke Wiesbaden und Potsdam mit je über 150 Millionen \mathcal{M} Einkommen, 1914 und 1916 auf Potsdam und Düsseldorf der Stadtkreis Berlin mit annähernd drei Viertel bzw. (1916) rund zwei Drittel Millionen \mathcal{M} , der Bezirk Wiesbaden mit über bzw. (1916) fast einer halben

Milliarde \mathcal{M} , sodann die Bezirke Cöln, Breslau, Schleswig und Arnberg noch mit je über 300 Millionen \mathcal{M} (insbesondere 1916 Cöln sogar mit über und Breslau mit fast 400, Schleswig und Arnberg mit je über 350 Millionen \mathcal{M}). Am geringsten war andererseits das steuerpflichtige Einkommen überhaupt — abgesehen von Sigmaringen und Stralsund — 1892 in den Regierungsbezirken Aurich, Osnabrück und Köslin je mit unter 50, 1914 und 1916 dagegen in den Bezirken Allenstein, Gumbinnen (neuer Einteilung) und Aurich je mit unter 100 Millionen \mathcal{M} , insbesondere in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} — von Sigmaringen abgesehen — 1892 in den Bezirken Osnabrück und Stralsund je mit unter 15, 1914 und 1916 in den Bezirken Allenstein und Stralsund je mit unter 40 Millionen \mathcal{M} (insbesondere 1914 in Allenstein sogar mit noch weniger als 30 Millionen \mathcal{M}).

Die Unterschiede zwischen den höchsten und geringsten Einkommenssummen sind natürlich schon mit Rücksicht auf die verschiedene Größe der Regierungsbezirke recht bedeutend, ebenso aber auch die zwischen den einzelnen Bezirkssummen zu Beginn und am Ende der Berichtszeit. Nur in wenigen Bezirken hat sich von 1914 auf 1916 das Einkommen vermindert, so in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} in Berlin sowie in den Bezirken Gumbinnen (neuer Einteilung), Lüneburg, Stade, Osnabrück und Wiesbaden, insbesondere in der von über 3 000 \mathcal{M} ebenfalls in Berlin sowie in den Bezirken Lüneburg und Wiesbaden, mithin in der von über 900 \mathcal{M} häufiger als in der von über 3 000 \mathcal{M} . Für Berlin und für den Bezirk Wiesbaden dürfte nicht unerhebliche Abwanderung steuerkräftiger Zensiten anlässlich des Krieges in Betracht kommen.

Was sodann das Durchschnittseinkommen der physischen Zensiten anlangt, so war es in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} überhaupt mit mehr als 3 000 \mathcal{M} in allen Vergleichsjahren im Regierungsbezirke Wiesbaden, in der von über 3 000 \mathcal{M} aber mit über 12 000 \mathcal{M} 1892 in Berlin, später wiederum im Bezirke Wiesbaden — hier 1916 sogar mit etwas über 13 000 \mathcal{M} — am höchsten; an zweiter Stelle stand bei dem Einkommen von über 900 \mathcal{M} 1892 Berlin, später der Regierungsbezirk Potsdam, bei denen von über 3 000 \mathcal{M} hingegen 1892 der Bezirk Wiesbaden, später Berlin. Außer Berlin und dem Regierungsbezirke Wiesbaden wiesen 1916 noch die Bezirke Aachen, Cöln, Breslau, Düsseldorf und Potsdam einen 10 000 \mathcal{M} übersteigenden Einkommensdurchschnitt der Zensiten der Einkommensgruppe von mehr als 3 000 \mathcal{M} auf.

Das niedrigste Durchschnittseinkommen der Zensiten mit über 900 \mathcal{M} Einkommen überhaupt findet sich nicht im Osten, sondern 1892 mit unter 1 700 \mathcal{M} in dem eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung enthaltenden, überwiegend industriellen Regierungsbezirke Arnberg, demnächst mit unter 1 800 \mathcal{M} im Bezirke Trier, 1914 mit noch nicht 1 900 \mathcal{M} und 1916 mit unter 2 000 \mathcal{M} in den Bezirken Stade und Trier. In der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} zeigten den kleinsten Einkommensdurchschnitt mit je unter 6 000 \mathcal{M} 1892 die Regierungsbezirke Gumbinnen (alter Einteilung) und Aurich, 1914 Sigmaringen und Allenstein, während 1916 der Bezirk Stade mit wenig über 6 500 \mathcal{M} den letzten Platz einnahm, worauf noch mit unter 7 000 \mathcal{M} die Bezirke Allenstein, Lüneburg und Sigmaringen folgten.

Der Abstand zwischen den Bezirken mit dem höchsten und dem niedrigsten Durchschnittseinkommen hat sich von 1892 bis 1916 in beiden Einkommensklassen verringert, und zwar in der von über 900 \mathcal{M} , wo er von 2 144 \mathcal{M} in 1892 auf 1 123 \mathcal{M} in 1916 sank, mehr als in der von über 3 000 \mathcal{M} , wo er 1892 6 791 \mathcal{M} , 1916 aber noch 6 589 \mathcal{M} betrug.

Während von 1914 auf 1916 in beiden Einkommensabstufungen das durchschnittliche Einkommen der physischen Zensiten in allen Landesteilen mehr oder weniger gestiegen ist, blieb es 1916 hinter dem von 1892 in einzelnen Bezirken zurück, und zwar in Berlin sowohl bei den Einkommen von über 900 wie über 3 000 \mathcal{M} , außerdem bei ersteren in den

Bezirken Wiesbaden, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Cöln und Aachen, bei letzteren in den Bezirken Lüneburg, Stade und Trier. Bei Berlin (mit fast 500 \mathcal{M}) und noch mehr bei Wiesbaden (mit rund 750 \mathcal{M}) war die Abnahme des Einkommensdurchschnitts der Zensiten mit über 900 \mathcal{M} Einkommen recht erheblich. —

Betrachten wir nunmehr auch das Steuersoll der physischen Zensiten in den verschiedenen Einkommensabstufungen, so sei vorausgeschickt, daß nach Lage der Statistik eine Gliederung der Einkommensteuer nach den fünf wichtigsten Einkommensgruppen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} , über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} , über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} und über 100 000 \mathcal{M} und den weiteren drei Untergruppen von über 100 000 bis 500 000 \mathcal{M} , über 500 000 bis 1 000 000 \mathcal{M} und über 1 000 000 \mathcal{M} nur für das Veranlagungssoll möglich ist, während das Einkommensteuer-Erhebungssoll, also die veranlagte Steuer abzüglich der außer Hebung gesetzten (seit 1907), aber einschließlich der Steuerzuschläge (seit 1909) nur für die beiden Haupteinkommensgruppen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und über 3 000 \mathcal{M} gegeben werden kann.

Zunächst das Einkommensteuer-Veranlagungssoll¹⁾ betrug

bei den Zensiten mit Einkommen von . . . \mathcal{M}	im Steuerjahre	überhaupt \mathcal{M}	in Hunderten der Staatssumme	im Durchschnitt auf einen Zensiten \mathcal{M}
über 900 bis 3 000 . . .	1896	36 169 658	30,85	15,58
	1900	44 383 020	28,92	14,98
	1905	56 797 764	30,21	14,60
	1910	87 173 404	33,18	15,74
	1914	115 766 665	33,94	17,03
	1916	120 923 469	33,39	18,14
über 3 000 bis 9 500 . . .	1896	31 261 420	25,98	114,59
	1900	38 704 132	24,43	114,58
	1905	46 927 096	24,96	113,65
	1910	61 948 694	23,79	104,76
	1914	78 427 788	22,99	105,76
	1916	73 905 611	20,41	106,52
über 9 500 bis 30 500 . . .	1896	21 817 380	18,13	461,18
	1900	28 267 860	17,85	464,63
	1905	32 892 780	17,49	463,65
	1910	41 671 690	16,91	463,97
	1914	54 198 430	15,89	463,73
	1916	53 709 558	14,83	467,68
über 30 500 bis 100 000 . . .	1896	15 971 920	13,28	1 723,90
	1900	21 684 760	13,69	1 723,75
	1905	24 632 640	13,10	1 713,69
	1910	31 989 760	12,29	1 725,91
	1914	42 616 880	12,50	1 737,07
	1916	47 206 180	13,04	1 774,53
über 100 000	1896	15 085 600	12,54	8 879,11
	1900	25 357 000	16,91	9 561,46
	1905	26 785 800	14,25	9 368,94
	1910	37 576 000	14,43	9 652,20
	1914	50 087 600	14,68	9 604,53
	1916	66 400 000	18,34	9 932,69
zusammen . . .	1896	120 305 978	100	45,36
	1900	158 396 772	100	46,90
	1905	188 036 080	100	42,83
	1910	260 359 548	100	41,51
	1914	341 127 363	100	44,39
	1916	362 144 818	100	48,23

¹⁾ Für das Steuerjahr 1892 betrug das Einkommensteuer-Veranlagungssoll der physischen Zensiten

	in der Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}					
	über 900 bis 3 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000	zusammen
Millionen \mathcal{M} . . .	32,84	29,95	21,44	15,63	14,93	114,79
v. H. der Staatssumme	28,61	26,09	18,88	13,61	13,91	100
im Durchschnitt auf 1 Zensiten	15,50	115,15	465,22	1 729,88	9 003,80	47,12

Hiernach hat sich im Zeitraume 1896-1916 das Veranlagungssoll überhaupt in der höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} am stärksten vergrößert, nämlich mehr als vervierfacht; an zweiter Stelle steht die unterste Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , wo es sich schon wesentlich mehr als verdreifacht, an dritter die zweithöchste von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} , wo es sich nicht ganz verdreifacht hat. In den beiden übrigen Einkommensgruppen von über 3 000 bis 9 500 und über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} hatte sich die veranlagte Steuer bis 1914 rund um das Anderthalbfache vermehrt, war aber dann — abweichend von den drei übrigen Gruppen — bei den Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} mehr, bei denen von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} weniger zurückgegangen, so daß es im letzten Berichtsjahre 1916 bei ersteren nur noch um 136,4, bei letzteren um 146,2 % höher war als im Jahre 1896. Die Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} zeigt also wie beim Einkommen so auch beim Einkommensteuer-Veranlagungssoll die ungünstigste Entwicklung; immerhin entfällt auf sie noch immer das zweithöchste Veranlagungssoll und zusammen mit dem höchsten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} der größte Teil des gesamten Veranlagungssolls im Staate. Das dritthöchste Soll weist im letzten Berichtsjahre die Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} auf; im Jahre 1914 war es schon größer als bei den Einkommen von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} . Der Anteil am veranlagten Gesamt-Steuersoll zeigt im Zeitraume 1896-1916 bei den Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} und von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} eine entschieden rückläufige, bei denen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} und über 100 000 \mathcal{M} eine aufsteigende Bewegung, während er sich bei denen von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} nur wenig verschob. Insbesondere von 1914 auf 1916, also während des Krieges, hat sich bei den Einkommen von über 30 500 \mathcal{M} der Anteil an der Staatssumme des Veranlagungssolls mehr oder weniger auf Kosten desjenigen der übrigen Einkommensgruppen bis zu 30 500 \mathcal{M} vergrößert.

Von Interesse wird an dieser Stelle eine Gegenüberstellung des Anteils der einzelnen Einkommensgruppen an der Staatssumme der Zensiten, des Einkommens und der Steuer sein.

Es entfielen

auf die Einkommens- gruppe von . . . \mathcal{M}		Hundertteile					
		der Zensiten		des Einkommens		des Veran- lagungssolls	
		1896	1916	1896	1916	1896	1916
über	900 bis 3 000	87,52	88,79	52,53	54,08	30,06	33,39
„	3 000 „ 9 500	10,29	9,24	21,59	18,84	25,98	20,41
„	9 500 „ 30 500	1,78	1,53	12,00	10,18	18,13	14,83
„	30 500 „ 100 000	0,35	0,35	7,61	7,71	13,28	13,04
„	100 000	0,06	0,09	6,28	9,19	12,54	18,34
zusammen . .		100	100	100	100	100	100.

Wir sehen also, daß der untersten Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} nahezu neun Zehntel aller Zensiten, etwas über die Hälfte des Gesamteinkommens, hingegen nur drei Zehntel bis zu einem Drittel der veranlagten Gesamtsteuer angehören. Während hier der Anteil an der Gesamtsteuer wesentlich geringer ist als der am Gesamteinkommen (und noch mehr als der an der gesamten Zensitenzahl), überwiegt jener dem progressiven Charakter der preußischen Einkommensteuer entsprechend schon etwas in der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} und immer mehr in den folgenden Gruppen, bis er in der höchsten Gruppe von über 100 000 \mathcal{M} Einkommen (auf die nur ein winziger Bruchteil der Zensiten entfällt) etwa doppelt so hoch ist wie der am Gesamteinkommen. Es erhellt also deutlich, daß dem Ziele der Einkommensteuerreform von 1891 gemäß das Schwergewicht der Einkommensteuerlast auf den leistungsfähigeren

Schultern der Zensiten mit über 3 000 \mathcal{M} Einkommen ruht, die zusammen kaum ein Achtel der Zensiten-Gesamtzahl mit weniger als der Hälfte des Gesamteinkommens, aber rund zwei Drittel (1892 sogar mehr als sieben Zehntel) des gesamten Veranlagungssolls umfassen.

Gruppieren wir auch hier die Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} noch weiter nach ihren hauptsächlichsten Abstufungen, so betrug das Einkommensteuer-Veranlagungssoll

bei den physischen Zensiten mit Ein- kommen von . . . \mathcal{M}	im Steuer- jahre	überhaupt \mathcal{M}	in Hundert- teilen der Staatssumme	im Durch- schnitt auf einen Zensiten \mathcal{M}
über 100 000 bis $\frac{1}{2}$ Million	1892	10 786 300	9,10	6 937
	1914	34 105 600	10,00	7 005
	1915	32 443 200	10,17	7 007
	1916	44 803 600	12,37	7 232
über $\frac{1}{2}$ bis 1 Million	1892	1 867 200	1,63	25 933
	1914	6 986 000	2,05	27 396
	1915	7 221 600	2,26	27 459
	1916	9 528 600	2,63	26 761
über 1 Million	1892	2 274 800	1,98	73 381
	1914	8 996 000	2,64	98 857
	1915	8 053 200	2,52	97 027
	1916	12 067 800	3,33	90 058

Wie die Einkommenssumme hat sich auch das Veranlagungssoll in der Einkommensgruppe von über 100 000 bis $\frac{1}{2}$ Million \mathcal{M} mehr als vervierfacht, in den beiden oberen Gruppen sogar mehr als verfünffacht. Wie beim Einkommen ist ferner auch bei der Steuer der Anteil an der Staatssumme des Veranlagungssolls umso mehr gestiegen, je höher sich die Einkommensgruppe stellt.

Der höchste veranlagte Steuersatz betrug im Jahre 1892 270 200 \mathcal{M} , im Jahre 1916 hingegen 1 176 600 \mathcal{M} , wozu noch auf Grund der Novelle vom 8. Juli 1916 ein Steuerzuschlag von 100 % kommt.

Die nunmehr folgende Übersicht veranschaulicht, wie sich das Einkommensteuer-Erhebungssoll, also die veranlagte Steuer (seit 1907) abzüglich der außer Hebung gesetzten, aber (seit 1909) einschließlich der Steuerzuschläge, auf die beiden Haupteinkommensgruppen verteilt, wobei vergleichshalber die entsprechenden Zahlen des Veranlagungssolls beigefügt sind.

Bemerkt sei, daß im ersten dafür in Betracht kommenden Steuerjahre 1907 auf Grund des § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung überhaupt bei 6 972 physischen Zensiten 2 620 469 \mathcal{M} , im letzten Berichtsjahre 1916 dagegen bei 11 429 Zensiten 5 919 197 \mathcal{M} veranlagter Einkommensteuer außer Hebung gesetzt worden sind, wovon auf die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} 1907 bei 333 Zensiten 4 715 \mathcal{M} , 1916 bei 502 Zensiten 9 923, auf die von über 3 000 \mathcal{M} hingegen 1907 bei 6 639 Zensiten 2 615 754 \mathcal{M} , 1916 bei 10 927 Zensiten 5 909 274 \mathcal{M} entfielen, während die Steuerzuschläge der physischen Zensiten im ersten dafür in Frage stehenden Steuerjahre 1909 auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1909 überhaupt 31 521 949 \mathcal{M} , im Jahre 1915 40 239 220 \mathcal{M} , im letzten Berichtsjahre 1916 hingegen auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1916 142 180 756 \mathcal{M} betrugen, wovon 1909 3 382 486 \mathcal{M} , 1915 4 431 344 \mathcal{M} , 1916 5 520 007 \mathcal{M} auf die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , anderseits 1909 28 139 463 \mathcal{M} , 1915 35 807 876 \mathcal{M} , 1916 136 660 749 \mathcal{M} auf die von über 3 000 \mathcal{M} kamen. Die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} ist demnach sowohl an dem außer Hebung gesetzten Gesamtsoll wie an der Gesamtsumme der Steuerzuschläge nur mäßig beteiligt.

Es betrug

der physischen Zensiten								
im	Erhebungssoll				Veranlagungssoll			
	in der Einkommensgruppe von . . . M							
Steuer-	über 900 bis 3 000		über 3 000		über 900 bis 3 000		über 3 000	
jahre	überhaupt	v. H. der Staats- summe	überhaupt	v. H. der Staats- summe	überhaupt	v. H. der Staats- summe	überhaupt	v. H. der Staats- summe
	M		M		M		M	
1907	73 539 671	32,97	149 496 431	67,03	73 544 386	32,59	152 112 185	67,41
1908	83 746 889	34,70	157 604 307	65,30	83 752 973	34,26	160 674 350	65,74
1909	90 885 827	32,48	188 919 781	67,52	87 510 356	34,79	164 004 641	65,21
1910	90 514 355	31,26	199 013 633	68,74	87 173 404	33,48	173 186 144	66,52
1911	95 721 739	31,30	210 090 163	68,70	92 168 047	33,46	183 280 457	66,54
1912	102 710 203	31,51	223 289 775	68,49	98 826 104	33,05	194 862 208	66,95
1913	111 803 139	32,11	236 380 345	67,89	107 535 261	34,21	206 823 422	65,79
1914	120 427 419	31,82	258 046 456	68,18	115 766 665	33,91	225 360 698	66,06
1915	114 317 347	32,24	240 261 860	67,76	109 897 475	34,44	209 160 990	65,56
1916	126 433 553	25,87	371 972 824	74,63	120 923 469	33,39	241 221 349	66,61

Hiernach hat sich seit dem Bestehen der Steuerzuschläge, also im Zeitraume 1909-1916, das Einkommensteuer-Erhebungssoll in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M gegenüber dem Soll des letztvorangegangenen Jahres 1908 um 51,0 %, in der von über 3 000 M um 136,0 % gehoben, während die entsprechende Zunahme des Einkommensteuer-Veranlagungssolls 44,4 bzw. 50,1 % ausmachte. Insbesondere von 1915 auf 1916, also unter der Einwirkung der Novelle vom 8. Juli 1916, erhöhte sich das Erhebungssoll bei den Einkommen von über 900 bis 3 000 M um 10,6 %, bei denen von über 3 000 M dagegen um 54,8 %, das Veranlagungssoll um 10,0 bzw. 15,3 %. Die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M ist somit an der Steigerung des Steuersolls infolge der Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen gemäß den Novellen vom 26. Mai 1909 und 8. Juli 1916 nur wenig beteiligt. Daher hat sich auch der Anteil dieser Gruppe am Gesamt-Erhebungssoll seit 1909 vermindert; er betrug seitdem ständig weniger als ein Drittel, im letzten Berichtsjahre 1916 unter dem Einfluß der Novelle dieses Jahres, deren erhöhte Zuschläge erst bei den Einkommen von über 2 400 M zur Anwendung kommen, sogar nur noch rund ein Viertel, hingegen der am Veranlagungssoll stets etwas über ein Drittel. Beim Erhebungssoll würde die — für 1916 schon auf fast drei Viertel der Staatssumme gestiegene — Anteilsziffer der Einkommen von über 3 000 M noch merklich höher sein, wenn nicht andererseits — wie wir oben gesehen haben — der außer Hebung gesetzte Steuerbetrag dieser Gruppe besonders groß gewesen wäre.

Bei der preußischen Einkommensteuer sind für die Berichtszeit vier wesentlich verschiedene Besteuerungsperioden zu unterscheiden:

1) der Zeitraum 1892-1906, in dem lediglich der Steuertarif des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 für die Veranlagung wie die Erhebung der Steuer maßgebend war,

2) die Jahre 1907 und 1908, in denen die bisherige Besteuerungsweise durch die Novelle von 1906 insofern durchbrochen war, als der auf Gewinnanteile von Gesellschaften m. b. H. entfallende Teil der veranlagten Einkommensteuer von der Erhebung ausgeschlossen blieb,

3) die Zeit von 1909 bis 1915, in der für die Zensiten mit Einkommen von über 1 200 M auf Grund der Novelle von 1909 nach der Einkommenshöhe gestaffelte Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen hinzugetreten waren,

4) das Jahr 1916, in dem für die Zensiten mit Einkommen von über 2 400 M gemäß der Novelle vom 8. Juli 1916 erhöhte Steuerzuschläge eingeführt waren.

Während demnach in der ersten Periode von 1892 bis 1906 kein Unterschied zwischen Veranlagungs- und Erhebungssoll bestand, war letzteres in den drei folgenden Zeiträumen durch die Novelle von 1906, außerdem in dem von 1909 bis 1915 durch die Novelle von 1909 und im Jahre 1916 außer durch diese bei den Einkommen von über 1 200 bis 2 400 M noch durch die von 1916 bei den Einkommen von über 2 400 M beeinflusst.

Die nachstehende Übersicht führt nun für die vier verschiedenartigen Besteuerungsperioden in Jahresdurchschnitten das Erhebungssoll unter Gegenüberstellung des jeweiligen Veranlagungssolls nach den hauptsächlichsten Einkommensabstufungen auf.

Es betrug

der physischen Zensiten									
Erhebungssoll					Veranlagungssoll				
im Jahres- durchschnitt									
in der Einkommensgruppe von . . . M									
	über 900 bis 3 000		über 3 000		über 900 bis 3 000		über 3 000		
	über- haupt	v. H. der Staats- summe	über- haupt	v. H. der Staats- summe	über- haupt	v. H. der Staats- summe	über- haupt	v. H. der Staats- summe	
	1 000 M		1 000 M		1 000 M		1 000 M		
1892/1906	43 473	29,31	104 843	70,69	43 473	29,31	104 843	70,69	
1907/1908	78 643	33,87	153 550	66,13	78 649	33,46	156 393	66,54	
1909/1915	103 769	31,83	222 286	68,17	99 840	34,00	193 811	66,00	
1916	126 434	25,37	371 973	74,63	120 923	33,39	241 221	66,61	
1892/1916	66 488	30,39	152 309	69,61	65 168	31,87	139 333	68,13	

Hiernach sank im Zeitraume 1907-1908 gegenüber dem 1892-1906 der Anteil der Einkommensgruppe von über 3 000 M am Gesamt-Erhebungssoll von etwas über sieben Zehnteln auf unter zwei Drittel herab, hob sich aber in den beiden folgenden Zeitabschnitten beträchtlich, so daß er im Jahre 1916 mit rund drei Vierteln wesentlich höher als in der ersten Periode war, wogegen sich beim Veranlagungssoll der Anteil an dessen Staatssumme in beiden Einkommensgruppen innerhalb des Zeitraums 1907-1916 nur wenig verschob.

Bemerkenswert ist noch, daß die Einkommen von über 900 bis 3 000 M in der Periode 1907-1908 am Gesamt-Erhebungssoll etwas stärker als am gesamten Veranlagungssoll beteiligt waren, was auf die geringe Bedeutung des § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung für jene Einkommensgruppe zurückzuführen ist. —

Betrachten wir nunmehr auch die Durchschnittssteuer auf den Kopf der physischen Zensiten wie der veranlagten Bevölkerung (Zensiten einschließlich der Angehörigen) für die hauptsächlichsten Einkommensgruppen und für eine größere Anzahl von Vergleichsjahren, so entfiel im Durchschnitt Einkommensteuer in M

auf einen physischen Zensiten | auf den Kopf der ver-
anlagten Bevölkerung
in der Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}

im Steuer- jahre	über 900 zu- sam- men	über 900 bis 3 000	über 3 000 100 000	über 900 zu- sam- men	über 900 bis 3 000	über 3 000 100 000
a) veranlagte:						
1892 .	47,12	15,50	258,61	9 004	.	.
1896 .	45,36	15,58	254,12	8 879	13,10	4,49
1900 .	46,90	14,98	275,48	9 561	14,28	4,58
1905 .	42,83	14,60	261,72	9 363	13,52	4,63
1906 .	43,11	14,58	267,77	9 494	13,79	4,69
1907 .	41,91	15,24	271,88	9 676	13,55	4,95
1908 .	41,59	15,85	271,11	9 742	13,51	5,18
1909 .	41,24	15,98	263,86	9 664	13,34	5,20
1910 .	41,71	15,74	246,69	9 652	13,69	5,22
1911 .	42,04	15,87	245,82	9 744	13,88	5,30
1912 .	42,52	16,14	248,59	9 717	14,20	5,45
1913 .	42,95	16,57	249,48	9 772	14,45	5,64
1914 .	44,39	17,03	253,73	9 605	14,93	5,79
1915 .	43,70	16,92	259,64	9 590	14,37	5,61
1916 .	48,23	18,14	286,31	9 933	16,02	6,07
b) zu erhebende:						
1907 .	41,42	15,24	267,20	.	13,39	4,96
1908 .	41,07	15,85	265,93	.	13,34	5,18
1909 .	40,87	16,59	303,94	.	14,84	5,40
1910 .	46,39	16,34	282,79	.	15,23	5,42
1911 .	46,68	16,49	281,77	.	15,41	5,50
1912 .	47,20	16,73	284,85	.	15,76	5,66
1913 .	47,58	17,23	285,14	.	16,00	5,86
1914 .	49,25	17,72	290,53	.	16,56	6,02
1915 .	48,57	17,60	298,25	.	15,97	5,83
1916 .	66,78	18,97	441,81	.	22,05	6,35

In allen Einkommensgruppen, namentlich in denen von über 3 000 und über 100 000 \mathcal{M} , bei den Zensiten erheblich mehr als bei der veranlagten Bevölkerung, treten hiernach Schwankungen der Durchschnitte hervor: sowohl bei den Zensiten allein wie einschließlich der Angehörigen zeigt aber in jeder Gruppe die Steuer im letzten Berichtsjahre 1916 den höchsten Durchschnittsbetrag seit 1892; ganz besonders gilt dies für das Erhebungssoll der Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} infolge der durch die Novelle vom 8. Juli 1916 erhöhten Steuerzuschläge, während bei der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} , die an dieser Steigerung der Zuschläge nur bezüglich der über 2 400 \mathcal{M} hinausgehenden Einkommen beteiligt ist, der Unterschied zwischen veranlagter und zu erhebender Steuer lediglich in der Dezimale in Erscheinung tritt.

Die durch die Novelle von 1906 eingeführte Bestimmung des § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung, wonach der auf Gewinnanteile von Gesellschaften m. b. H. entfallende Teil der Einkommensteuer unerhoben bleibt, hat für die Jahre 1907 und 1908 auf das durchschnittliche Erhebungssoll der physischen Zensiten mit über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen wegen der Geringfügigkeit des betreffenden, hier in Betracht kommenden Gesamtbetrages keine ziffermäßig erkennbare Wirkung ausgeübt. Bei der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} allein war im Kriegsjahre 1915 kein Rückschlag im durchschnittlichen Steuersoll eingetreten. Der auf den Kopf der veranlagten Bevölkerung entfallende Steuerbetrag ist in der Regel etwa um zwei Drittel kleiner als der der Zensiten.

Nach den obenerwähnten verschiedenen Besteuerungsperioden geordnet, betrug in den hauptsächlichsten Einkommensabstufungen die Durchschnittsteuer auf den Kopf der physischen Zensiten in \mathcal{M}

im Jahres- durchschnitt	a) veranlagte in der Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}			b) zu erhebende		
	über 900 zu- sam- men	über 900 bis 3 000	über 3 000	über 900 zu- sam- men	über 900 bis 3 000	über 3 000
1892/1906 . .	45,10	15,05	263	45,10	15,05	263
1907/1908 . .	41,74	15,56	271	41,24	15,56	267
1909/1915 . .	42,73	16,36	252	47,45	17,09	289
1916 . .	48,23	18,14	287	66,38	18,97	442
1892/1916 . .	44,90	15,84	261	47,97	16,16	285

Während bei der Gesamtheit der Zensiten (mit über 900 \mathcal{M} Einkommen) von 1892/1906 auf 1907/1908 infolge der den Gesamtdurchschnitt herabdrückenden starken Vermehrung der Zensiten mit Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} die Durchschnittsteuer gesunken war und beim Veranlagungssoll erst im Jahre 1916 den Satz der ersten Periode überholt hat, ist in den beiden Untergruppen von Anfang an eine aufsteigende Bewegung bemerkbar: nur die veranlagte Durchschnittsteuer bei den Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} zeigt von 1907/1908 auf 1909/1915 infolge des (von 9 207 auf 8 699 \mathcal{M} gesunkenen Durchschnittseinkommens dieser Gruppe einen Rückschlag, der aber durch die Steuerzuschläge beim Erhebungssoll ausgeglichen worden ist.

Endlich betrug das Zensiten-Steuersoll in \mathcal{M}

im Steuer- jahre	auf den Kopf aller Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler		der Gesamt- bevölkerung	
	a) veran- lagtes	b) zu erhebendes	a) veran- lagtes	b) zu erhebendes
1892	3,81	3,84
1896	10,49	10,49	3,81	3,81
1900	12,72	12,72	4,73	4,73
1905	13,86	13,86	5,18	5,18
1906	14,54	14,54	5,47	5,47
1907	15,89	15,70	6,02	5,95
1908	16,79	16,58	6,43	6,35
1909	17,03	18,94	6,52	7,25
1910	17,80	19,24	6,65	7,46
1911	17,81	19,80	6,93	7,69
1912	18,71	20,76	7,30	8,10
1913	19,63	21,74	7,71	8,54
1914	20,99	23,28	8,27	9,18
1915	20,15	22,40	7,78	8,64
1916	22,76	31,32	8,52	12,14

Bei der Verteilung des Steuersolls auf die Gesamtheit der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler und auf die Gesamtbevölkerung tritt also im Gegensatz zur Durchschnittsteuer der Zensiten bzw. der „veranlagten“ Bevölkerung von 1896 bis zum Kriegsjahre 1915 eine ununterbrochene Steigerung des Durchschnittes hervor, die sich im letzten Berichtsjahre 1916 nicht nur beim Erhebungs-, sondern auch beim Veranlagungssoll in verstärktem Maße fortsetzte. Im Jahre 1916 hatte sich bei der Gesamtheit der Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler der Durchschnitt der veranlagten Steuer gegenüber 1896 bereits verdoppelt, der zu erhebenden sogar fast verdreifacht. Die durchschnittliche steuerliche Belastung der Gesamtbevölkerung, die von 1892 auf 1896 keine Veränderung erfuhr, hat im übrigen verhältnismäßig noch stärker zugenommen.

Das im zwanzigjährigen Zeitraume 1896-1916 erzielte Mehr an zu erhebender Jahressteuer von über 20 Mark auf jede steuerlich und wirtschaftlich selbständige Person und von über 8 Mark auf jeden Einwohner Preußens veranschaulicht am besten die hohe Ertragsfähigkeit und tatsächliche Ergiebigkeit der preußischen Einkommensteuer. Von jenen Einkommensteuer-Mehrerträgen entfielen fast 9 bzw. $3\frac{1}{2}$ Mark auf die durch die Novellen von 1909 und 1916 festgesetzten Steuerzuschläge und hiervon wieder allein ungefähr 6 bzw. $2\frac{1}{3}$ Mark auf die durch die letztgenannte Steuernovelle von 1916 nur den leistungsfähigeren Zensiten auferlegten erhöhten Zuschläge. Der Einfluß dieser Novelle ist somit in steuerlicher Hinsicht auch bezüglich der physischen Personen außerordentlich hoch zu veranschlagen.

Die nunmehr noch folgende Übersicht veranschaulicht das Steueraufkommen sowohl im ganzen wie im Durchschnitt auch für die einzelnen Landesteile.

Es betrug das Steuersoll der physischen Zensiten

im Regierungs- bezirke	in der Einkommens- gruppe von . . . \mathcal{M}	überhaupt in Tausend \mathcal{M}						im Durchschnitt auf einen Zensiten \mathcal{M}					
		a) veranlagtes			b) zu erhebendes			a) veranlagtes			b) zu erhebendes		
		1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916
Königsberg ¹⁾	{ über 900 . .	2 127	4 508	5 409	2 127	5 042	7 637	43,02	48,47	59,28	43,02	54,20	83,69
	{ über 3 000 . .	1 409	3 247	4 085	1 409	3 732	6 253	193,39	206,96	265,06	193,39	237,88	405,76
Gumbinnen ¹⁾	{ über 900 . .	910	1 650	1 627	910	1 804	2 081	31,02	37,19	42,75	31,02	40,66	54,69
	{ über 3 000 . .	486	1 036	1 087	486	1 166	1 518	140,66	148,64	181,69	140,66	167,32	253,67
Allenstein	{ über 900 . .	.	1 225	1 287	.	1 329	1 606	.	34,68	39,22	.	37,62	48,95
	{ über 3 000 . .	.	734	823	.	818	1 122	.	144,80	168,23	.	161,55	229,39
Danzig	{ über 900 . .	1 291	3 631	4 434	1 291	4 023	5 994	48,01	42,28	48,03	48,01	46,85	64,93
	{ über 3 000 . .	917	2 459	3 039	917	2 806	4 536	185,45	194,43	235,65	185,45	221,82	351,71
Marienwerder . .	{ über 900 . .	1 060	2 699	3 050	1 060	2 979	4 048	33,38	39,30	45,26	33,38	43,38	60,08
	{ über 3 000 . .	609	1 764	2 124	609	2 009	3 083	154,40	167,55	205,40	154,40	190,77	298,24
Stadtkreis Berlin	{ über 900 . .	20 451	34 211	32 816	20 451	38 615	46 914	68,45	50,17	50,60	68,45	56,63	72,33
	{ über 3 000 . .	16 851	22 844	21 144	16 851	26 770	34 676	384,33	347,94	382,44	384,33	407,75	627,21
Potsdam	{ über 900 . .	6 361	50 817	53 487	6 361	57 037	75 555	46,32	60,98	64,01	46,32	68,45	90,41
	{ über 3 000 . .	4 496	37 227	38 864	4 496	42 871	60 212	231,81	280,70	301,48	231,81	323,26	467,09
Frankfurt	{ über 900 . .	2 651	6 308	7 067	2 651	6 987	9 715	37,92	37,67	43,95	37,92	41,72	60,42
	{ über 3 000 . .	1 656	3 957	4 750	1 656	4 546	7 299	202,69	219,99	272,03	202,69	252,75	418,04
Stettin	{ über 900 . .	2 435	5 639	6 235	2 435	6 259	8 545	45,61	42,00	47,07	45,61	46,62	64,50
	{ über 3 000 . .	1 664	3 807	4 332	1 664	4 359	6 560	220,75	213,29	253,71	220,75	244,17	384,19
Köslin	{ über 900 . .	846	2 263	2 806	846	2 510	3 892	34,27	39,21	47,34	34,27	43,48	65,66
	{ über 3 000 . .	487	1 474	1 987	487	1 690	3 038	161,93	190,30	249,65	161,93	218,24	381,71
Stralsund	{ über 900 . .	571	1 262	1 362	571	1 409	1 881	45,43	47,07	53,10	45,43	52,53	73,30
	{ über 3 000 . .	397	894	1 006	397	1 027	1 509	195,47	227,59	263,76	195,47	261,31	395,59
Posen	{ über 900 . .	1 681	5 217	6 002	1 681	5 861	8 686	37,76	47,68	57,29	37,76	53,56	82,92
	{ über 3 000 . .	1 069	3 737	4 537	1 069	4 322	7 157	190,59	216,08	276,36	190,59	249,90	436,00
Bromberg	{ über 900 . .	1 000	2 645	3 233	1 000	2 920	4 494	36,75	41,52	50,75	36,75	45,84	70,54
	{ über 3 000 . .	615	1 780	2 341	615	2 021	3 564	126,21	174,00	233,70	126,21	197,60	355,72
Breslau	{ über 900 . .	5 588	13 948	15 025	5 588	15 729	21 866	59,47	50,86	58,46	59,47	57,36	85,68
	{ über 3 000 . .	4 222	10 294	11 402	4 222	11 936	18 086	262,24	256,53	314,14	262,24	297,46	498,31
Liegnitz	{ über 900 . .	2 703	6 780	6 957	2 703	7 580	9 717	43,33	43,83	47,50	43,33	49,00	66,34
	{ über 3 000 . .	1 804	4 664	4 887	1 804	5 383	7 559	218,18	238,97	268,79	218,18	275,82	415,74
Oppeln	{ über 900 . .	3 146	8 615	9 274	3 146	9 555	12 558	40,45	36,01	36,75	40,45	39,94	49,76
	{ über 3 000 . .	2 113	5 557	5 785	2 113	6 387	8 928	250,91	233,67	257,02	250,91	268,59	396,63
Magdeburg	{ über 900 . .	5 472	10 120	11 552	5 472	11 241	16 011	55,75	42,20	49,08	55,75	46,87	68,03
	{ über 3 000 . .	4 072	6 767	8 070	4 072	7 759	12 375	267,25	227,85	273,91	267,25	261,26	420,05
Merseburg	{ über 900 . .	3 977	8 652	9 179	3 977	9 524	12 205	47,39	36,98	40,39	47,39	40,71	53,70
	{ über 3 000 . .	2 810	5 536	5 969	2 810	6 294	8 859	228,00	217,06	243,24	228,00	246,78	361,01
Erfurt	{ über 900 . .	1 493	3 670	4 228	1 493	4 080	5 659	45,10	41,29	46,42	45,10	45,91	62,14
	{ über 3 000 . .	1 015	2 449	2 814	1 015	2 813	4 181	206,06	212,51	233,43	206,06	244,10	346,99
Schleswig	{ über 900 . .	4 434	13 574	15 543	4 434	14 922	20 826	38,98	39,59	47,49	38,98	43,51	63,64
	{ über 3 000 . .	2 817	8 363	10 135	2 817	9 499	15 170	183,30	201,99	246,83	183,30	229,41	369,45
Hannover	{ über 900 . .	2 455	8 000	8 637	2 455	8 898	11 922	49,38	46,75	50,34	49,38	51,99	69,13
	{ über 3 000 . .	1 712	5 430	5 871	1 712	6 224	9 029	222,71	238,32	281,80	222,71	273,15	433,36
Hildesheim	{ über 900 . .	1 411	3 674	3 936	1 411	4 044	5 135	41,67	38,41	42,97	41,67	42,28	56,06
	{ über 3 000 . .	930	2 350	2 629	930	2 670	3 772	176,88	187,03	213,12	176,88	212,43	305,74
Lüneburg	{ über 900 . .	1 082	3 617	3 491	1 082	3 946	4 417	35,79	32,61	34,75	35,79	35,58	43,96
	{ über 3 000 . .	621	1 986	1 979	621	2 251	2 838	199,97	169,58	184,98	199,97	192,21	265,25
Stade	{ über 900 . .	873	2 400	2 322	873	2 610	2 836	31,95	29,55	31,88	31,95	32,14	38,33
	{ über 3 000 . .	502	1 229	1 248	502	1 394	1 716	177,89	153,04	164,53	177,89	173,48	226,12
Osnabrück	{ über 900 . .	652	1 882	1 950	652	2 070	2 567	34,23	35,32	40,89	34,23	38,85	53,81
	{ über 3 000 . .	366	1 143	1 257	366	1 304	1 843	171,65	204,81	237,25	171,65	233,52	347,85
Aurich	{ über 900 . .	646	1 627	1 885	646	1 781	2 371	40,19	42,70	50,91	40,19	46,73	64,04
	{ über 3 000 . .	415	1 058	1 321	415	1 188	1 781	151,35	153,55	179,82	151,35	172,47	242,38
Münster	{ über 900 . .	1 609	7 014	7 841	1 609	7 660	10 131	34,80	31,08	35,31	34,80	33,94	45,62
	{ über 3 000 . .	985	3 336	3 920	985	3 829	6 033	209,25	201,67	239,78	209,25	231,50	369,03
Minden	{ über 900 . .	1 502	4 287	4 721	1 502	4 725	6 325	37,93	36,81	41,58	37,93	40,57	55,70
	{ über 3 000 . .	910	2 675	3 117	910	3 052	4 653	194,55	217,51	254,40	194,55	248,16	379,84
Arnsberg	{ über 900 . .	5 182	20 472	21 315	5 182	22 112	26 712	26,02	31,47	34,20	26,02	34,00	42,87
	{ über 3 000 . .	2 968	9 531	10 129	2 968	10 708	15 015	236,21	222,91	254,35	236,21	250,44	377,04
Cassel	{ über 900 . .	2 354	7 183	8 022	2 354	7 886	11 147	40,99	45,93	51,23	40,99	50,43	71,18
	{ über 3 000 . .	1 534	4 936	5 663	1 534	5 551	8 683	189,57	232,54	275,25	189,57	261,48	422,05
Wiesbaden	{ über 900 . .	7 292	20 860	19 832	7 292	23 460	29 236	91,84	70,38	71,08	91,84	79,15	104,79
	{ über 3 000 . .	6 244	16 482	15 483	6 244	18 906	24 687	371,91	373,50	407,16	371,91	428,42	649,20
Coblenz	{ über 900 . .	1 770	4 510	4 754	1 770	4 866	6 161	33,68	36,57	38,41	33,68	39,46	49,78
	{ über 3 000 . .	1 051	2 832	3 001	1 051	3 125	4 334	202,45	216,96	223,93	202,45	239,47	323,40
Düsseldorf	{ über 900 . .	10 302	40 443	42 687	10 302	44 560	58 005	45,94	42,21	45,79	45,94	46,51	62,22
	{ über 3 000 . .	7 345	25 026	25 999	7 345	28 501	40 533	293,74	289,47	319,57	293,74	329,67	498,22
Cöln	{ über 900 . .	5 219	16 007	17 755	5 219	17 772	24 911	62,09	51,29	53,09	62,09	56,94	74,49
	{ über 3 000 . .	4 042	11 567	12 547	4 042	13 159	19 467	311,05	302,70	332,88	311,05	343,69	516,49
Trier	{ über 900 . .	1 935	5 394	5 616	1 935	5 705	7 077	29,16	30,64	32,35	29,16	32,41	40,76
	{ über 3 000 . .	1 102	2 871	3 056	1 102	3 083	4 407	254,23	202,67	224,25	254,23	217,63	323,39
Aachen	{ über 900 . .	2 305	5 988	6 461	2 305	6 611	9 130	55,15	44,95	49,75	55,15	49,64	70,30
	{ über 3 000 . .	1 716	4 133	4 616	1 716	4 686	7 208	329,79	282,06	356,34	329,79	319,78	556,44
Sigmaringen ²⁾	{ über 900 . .	—	334	347	—	364	437	—	33,26	36,30	—	36,24	46,31
	{ über 3 000 . .	—	186	205	—	210	288	—	142,80	169,32	—	161,16	237,54
im Staate	{ über 900 . .	114 786	341 127	362 145	114 786	378 474	498 406	47,12	44,39	48,23	47,12	49,25	66,33
	{ über 3 000 . .	81 951	225 361	241 221	81 951	258 046	371 973	258,61	253,73	286,51	258,61	290,53	441,81

¹⁾ für 1892 nach der alten Einteilung der Provinz Ostpreußen in 2 Regierungsbezirke. — ²⁾ hier ist das Einkommensteuergesetz erst seit 1901 eingeführt.

Wie beim steuerpflichtigen Einkommen (vergl. S. 28) wies auch bei der veranlagten wie der zu erhebenden Einkommensteuer im Jahre 1892 Berlin, in den Jahren 1914 und 1916 dagegen der Regierungsbezirk Potsdam den größten Gesamtbetrag auf, und zwar sowohl in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} überhaupt als in der von über 3 000 \mathcal{M} , während sich in beiden Gruppen die kleinste Steuersumme — von Sigmaringen abgesehen — 1892 im Regierungsbezirke Stralsund, 1914 und 1916 aber im Bezirke Allenstein findet, hier auch in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} , wenn schon in diesem das steuerpflichtige Einkommen in beiden Vergleichsjahren etwas höher als im Bezirke Stralsund war; in letzterem sind also die höheren Einkommen stärker als im Regierungsbezirke Allenstein vertreten.

Im Zeitraume 1892-1916 hob sich die höchste Bezirks-Steuersumme bei den Einkommen von über 900 \mathcal{M} überhaupt von 20,48 Millionen \mathcal{M} = 17,8 v. H. — also über ein Sechstel — der Staatssumme (in Berlin) auf 53,49 Millionen \mathcal{M} , d. i. 14,8 v. H. — also nur etwas über ein Siebtel — der Staatssumme an Veranlagungs- bzw. auf 75,55 Millionen \mathcal{M} , d. i. 15,3 v. H. — also annähernd ein Sechstel — der Staatssumme an Erhebungssoll (im Regierungsbezirke Potsdam), bei denen von über 3 000 \mathcal{M} von 16,85 Millionen \mathcal{M} oder 20,6 v. H. — also rund ein Fünftel — der Staatssumme (in Berlin) auf 38,86 bzw. 60,21 Millionen \mathcal{M} = 16,1 bzw. 16,3 v. H. — also fast ein Sechstel — der Staatssumme (im Regierungsbezirke Potsdam).

Während sich von 1914 auf 1916 wie beim steuerpflichtigen Einkommen (vergl. S. 29) in Berlin und in den Regierungsbezirken Lüneburg und Wiesbaden in beiden Einkommensabstufungen, außerdem in den Bezirken Gumbinnen (neuer Einteilung) und Stade in der von über 900 \mathcal{M} überhaupt das Veranlagungssoll vermindert hat, ist in demselben Zeitraume in allen jenen Landesteilen unter dem Einflusse der Novelle von 1916 beim Erhebungssoll gleichwohl eine Zunahme eingetreten.

Die Durchschnittssteuer der physischen Zensiten schwankt in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} überhaupt 1892 von 91,84 \mathcal{M} im Regierungsbezirke Wiesbaden bis 26,02 \mathcal{M} im Bezirke Arnberg, 1916 hingegen von 71,08 \mathcal{M} beim Veranlagungs- bzw. 104,79 \mathcal{M} beim Erhebungssoll im Bezirke Wiesbaden bis 31,98 bzw. 38,93 \mathcal{M} im Bezirke Stade, anderseits in der von über 3 000 \mathcal{M} 1892 von 384,33 \mathcal{M} in Berlin bis 126,21 \mathcal{M} im Bezirke Bromberg, 1916 von 407,16 \mathcal{M} beim Veranlagungs- bzw. 649,30 \mathcal{M} beim Erhebungssoll im Bezirke

Wiesbaden bis 164,58 bzw. 226,12 \mathcal{M} im Bezirke Stade. Die Spannungen waren somit recht bedeutend. Bemerkenswert ist, daß der höchste veranlagte Durchschnitts-Steuersatz der physischen Zensiten überhaupt seit 1892 um über 20 \mathcal{M} , also recht erheblich, gesunken ist.

Im Jahre 1916 ging über den Staatsdurchschnitt des Erhebungssolls auf den Kopf der physischen Zensiten in der Einkommensgruppe von über 900 \mathcal{M} überhaupt von 66,38 \mathcal{M} die zu erhebende Durchschnittssteuer in sieben östlichen Bezirken, nämlich Königsberg, Berlin, Potsdam, Stralsund, Posen, Bromberg und Breslau hinaus, anderseits nur in sechs westlichen: Magdeburg, Hannover, Cassel, Wiesbaden, Cöln und Aachen, über den in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} von 441,81 \mathcal{M} im Osten nur die betreffende Durchschnittssteuer in Berlin sowie in den Regierungsbezirken Potsdam und Breslau, im Westen dagegen in den Bezirken Wiesbaden, Düsseldorf, Cöln und Aachen.

Der Steuerdurchschnitt war natürlich beim Veranlagungssoll in den S. 29 aufgeführten Landesteilen, in denen im Zeitraume 1892-1916 das Durchschnittseinkommen abgenommen hatte, 1916 geringer als 1892, nicht dagegen auch beim Erhebungssoll. —

Am Schlusse dieses Abschnitts sei nachstehend noch eine Übersicht gebracht, die für den Anfang wie für das Ende der Berichtszeit die Gliederung der physischen Zensiten, ihres Einkommens und ihrer Einkommensteuer in der Weise darstellt, daß pyramidenartig von der Spitze der größten Einkommen herunter bis zur breiten Grundlage der kleinsten noch steuerpflichtigen für eine jede Milliarde des veranlagten Gesamteinkommens die Zahl der daran beteiligten Zensiten nebst dem von ihnen aufgebrauchten Veranlagungssoll und den ihrer Veranlagung zugrunde liegenden durchschnittlichen Einkommensbeträgen angegeben wird. Wenn danach eine Milliarde Einkommen ausgefüllt ist, sind die dann etwa noch übrigen Zensiten derselben Einkommensabstufung bei der nächsten Milliarde berücksichtigt worden. Das Einkommen mußte für diesen Zweck vollständig, also nicht nur für die Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} (vergl. S. 26), sondern auch für die mit mehr als 3 000 \mathcal{M} Einkommen, unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge besonders errechnet werden; sein Gesamtbetrag stimmt daher mit dem früher aufgeführten nicht ganz überein.

Es teilten sich beim steuerpflichtigen Einkommen — vom höchsten veranlagten Einzeleinkommen angefangen —				Die Zensiten der betreffenden Milliarde brachten an veranlagter Einkommensteuer insgesamt auf				Die Zensiten der betreffenden Milliarde Einkommen waren zur Einkommensteuer veranlagt mit einem Durchschnittseinkommen			
in die				Tausend \mathcal{M}				von \mathcal{M}			
	1892	1914	1916	1892	1914	1916		1892	1914	1916	
1. Milliarde . . .	17 299	2 963	1 943	35 691,1	39 704,2	39 810,4	6,76 Mill. bis 22 000	28,32 Mill. bis 142 500	29,42 Mill. bis 222 500		
2. „ . . .	102 644	13 456	8 519	28 643,0	36 914,8	38 804,3	22 000 „ 5 750	142 500 „ 47 000	222 500 „ 73 000		
3. „ . . .	274 751	33 448	21 703	21 410,9	31 211,8	33 914,4	5 750 „ 2 550	47 000 „ 21 000	73 000 „ 31 250		
4. „ . . .	523 649	67 313	46 671	15 347,0	30 000,3	30 025,6	2 550 „ 1 425	21 000 „ 11 000	31 250 „ 16 000		
5. „ . . .	807 737	117 627	88 601	9 282,5	28 406,1	29 856,5	1 425 „ 1 125	11 000 „ 6 750	16 000 „ 8 750		
6. ¹⁾ „ . . .	709 778	184 567	150 609	4 411,6	25 250,9	26 316,9	1 125 und 975	6 750 „ 4 350	8 750 „ 5 250		
7. „ . . .	—	258 472	226 725	—	22 043,2	23 794,2	—	4 350 „ 3 450	5 250 „ 3 750		
8. „ . . .	—	326 450	301 313	—	17 866,4	18 915,3	—	3 450 „ 2 850	3 750 „ 2 850		
9. „ . . .	—	416 074	371 587	—	16 680,9	17 748,6	—	2 850 „ 2 250	2 850 „ 2 550		
10. „ . . .	—	496 399	442 158	—	15 922,1	16 109,4	—	2 250 „ 1 950	2 550 „ 1 950		
11. „ . . .	—	563 719	512 821	—	15 269,7	15 897,5	—	1 950 „ 1 725	1 950 (allein)		
12. „ . . .	—	622 735	576 860	—	13 717,2	15 107,6	—	1 725 „ 1 575	1 950 und 1 725		
13. „ . . .	—	685 282	630 900	—	11 747,0	13 460,0	—	1 575 „ 1 425	1 725 „ 1 575		
14. „ . . .	—	741 765	696 916	—	10 347,9	11 380,5	—	1 425 „ 1 275	1 575 „ 1 425		
15. „ . . .	—	810 668	760 976	—	9 056,0	9 925,2	—	1 275 „ 1 125	1 425 „ 1 275		
16. „ . . .	—	888 889	849 168	—	8 000,0	8 536,2	—	1 125 (allein)	1 275 „ 1 125		
17. „ . . .	—	1 012 125	942 773	—	6 336,3	7 272,6	—	1 125 und 975	1 125 „ 975		
18. ²⁾ „ . . .	—	442 110	878 286	—	2 652,7	5 269,7	—	975 (allein)	975 (allein).		

¹⁾ nicht mehr vollständige Milliarde für 1892 mit insgesamt 699,68 Millionen \mathcal{M} Einkommen. — ²⁾ desgl. für 1914 mit 431,08 und für 1916 mit 856,33 Millionen \mathcal{M} Einkommen.

Diese Zusammenstellung veranschaulicht übersichtlich sowohl die gewaltige Vermehrung der Zahl der steuerpflichtigen Einkommen wie insbesondere auch das starke Wachstum der Einkommensbeträge im 25jährigen Zeitraume 1892-1916.

Wir sehen, daß an der ersten Milliarde Einkommen im Jahre 1892 17 299, im Jahre 1916 aber nur noch 1 943 — 1916 also nur noch etwa ein Neuntel der Zahl von 1892 und noch über 1 000 Zensiten weniger als 1914 — mit durchschnittlichen Einzeleinkommen von 6,7⁶ Millionen bis 22 000 \mathcal{M} in 1892 bzw. 29,1² Millionen bis 222 500 \mathcal{M} in 1916 und mit einer Gesamtsteuer von 35,6⁹ Millionen \mathcal{M} in 1892 bzw. 39,5¹ Millionen \mathcal{M} in 1916 beteiligt waren. Bei der zweiten Einkommens-Milliarde verbreitert sich der Teilnehmerkreis in allen Vergleichsjahren bereits um ein Mehrfaches der Zahl der auf die erste Milliarde entfallenden Zensiten und sinkt andererseits, da hier — im Jahre 1892 sogar schon bei der ersten Milliarde — das Durchschnittseinkommen bereits unter 100 000 \mathcal{M} herabgeht, dem progressiven Charakter der preußischen Einkommensteuer gemäß das Veranlagungssoll der beteiligten Zensiten, und zwar in 1892 um etwa 7 Millionen, in 1914 um fast 3 und in 1916 um rund 1 Million \mathcal{M} . Ununterbrochen setzt sich dann von Milliarde zu Milliarde Gesamteinkommen bei der Zensitenzahl die auf-, bei der Steuer-summe und dem Durchschnittseinkommen die absteigende Bewegung weiter fort, bis bei der letzten vollen, in 1892 der 5., in 1914 und 1916 der 17. Einkommens-Milliarde (für 1892 die 6., für 1914 und 1916 die 18. unvollständige Milliarde kommen hierbei nicht mehr in Betracht) die höchste Zensitenzahl mit Durchschnittseinkommen von 1 125 und 975 \mathcal{M} erscheint, von der die kleinste Steuersumme für 1 Milliarde \mathcal{M} Einkommen aufgebracht wird, die 1892 wenig mehr als den vierten, 1914 noch nicht den sechsten und 1916 weniger als den fünften Teil der Steuer der ersten Milliarde angehörenden Einkommensbezieher ausmacht. Innerhalb der gleichen vollen Einkommens-Milliarde nimmt von 1892 auf 1914 wie von 1914 auf 1916 als natürliche Folge der stark vergrößerten Einzeleinkommen die Zahl der zugehörigen Zensiten ab, andererseits das entsprechende Veranlagungssoll zu.

In Verhältniszißern ausgedrückt entfielen nach obiger Zusammenstellung

auf die	vom Hundert der Zensiten- Gesamtzahl			veranlagten Gesamtsteuer		
	1892	1914	1916	1892	1914	1916
1. Milliarde Einkommen	0,71	0,04	0,03	31,09	11,64	10,99
2. „	4,21	0,18	0,11	24,95	10,82	10,72
3. „	11,28	0,44	0,29	18,65	9,15	9,36
4. „	21,50	0,88	0,62	13,37	8,79	8,29
5. „	33,18	1,53	1,18	8,09	8,33	8,24
6. ¹⁾ „	29,14	2,40	2,01	3,84	7,40	7,27
7. „	—	3,36	3,02	—	6,46	6,57
8. „	—	4,25	4,01	—	5,34	5,22
9. „	—	5,41	4,95	—	4,89	4,90
10. „	—	6,46	5,89	—	4,67	4,45
11. „	—	7,34	6,83	—	4,48	4,39
12. „	—	8,10	7,68	—	4,02	4,17
13. „	—	8,92	8,40	—	3,44	3,72
14. „	—	9,65	9,28	—	3,08	3,14
15. „	—	10,58	10,13	—	2,65	2,74
16. „	—	11,57	11,31	—	2,35	2,36
17. „	—	13,17	12,56	—	1,86	2,01
18. ²⁾ „	—	5,75	11,70	—	0,78	1,46
	100	100	100	100	100	100.

Mit der Mehrheit (1892 56,04, 1916 54,87 %) des gesamten Einkommensteuer-Veranlagungssolls waren somit im Jahre 1892 die beiden ersten Einkommens-Milliarden, also

¹⁾ nicht mehr vollständige Milliarde für 1892. — ²⁾ desgl. für 1914 und 1916.

etwas über ein Drittel des Gesamteinkommens, in der Hand von nicht ganz einem Zwanzigstel, im Jahre 1916 dagegen die ersten 6 Milliarden, d. i. gleichfalls über ein Drittel des Gesamteinkommens, in der Hand von wenig mehr als einem Fünfundzwanzigstel der Zensiten-Gesamtzahl belastet. Es zeigt sich somit auch hier, wie die Einkommensteuerlast hauptsächlich von dem wirtschaftlich leistungsfähigeren Teil der Bevölkerung getragen wird, zumal doch auch noch die progressiv gestaffelten Steuerzuschläge, die in unserer Übersicht nach Lage der Statistik nicht mitberücksichtigt werden können, vorzugsweise als Mehrbelastung der höheren Einkommen in Rechnung zu stellen sind.

Im übrigen läßt sich nach vorstehendem freilich auch nicht in Abrede stellen, daß in Preußen die Zusammenballung großer Einkommen in den Händen Weniger im Zeitraume 1892-1916 sehr erhebliche Fortschritte gemacht hat: die schon Reichen sind im allgemeinen zweifellos noch reicher geworden. Diese Entwicklung braucht aber gleichwohl nicht als „plutokratisch“ angesprochen zu werden; denn sie gilt nicht nur für die ersten, sondern sinngemäß, wie wir gesehen haben, für alle Einkommens-Milliarden: in jede volle Milliarde Einkommen teilten sich von Vergleichsjahr zu Vergleichsjahr immer weniger Steuerzahler. Auch die Einkommensverhältnisse der unteren Klassen haben sich im Berichtszeitraume in ungeahntem Maße gehoben: immer mehr Leuten ist es gelungen, von unten her in die Klasse der Wohlhabenden und Reichen vorzurücken; dafür spricht schon die starke Steigerung der Milliardenzahl des Einkommens von 1892 bis 1916, die ebenso wie die der Zensitenzahl weit schneller vor sich gegangen ist als die Bevölkerungszunahme.

B. Ergebnisse der Veranlagung der nichtphysischen Personen.

Nachdem in Preußen bereits der Grundsatz der vollen Heranziehung der mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten Erwerbsgesellschaften zu den auf das Einkommen gelegten Abgaben auf dem Gebiete der Kommunalbesteuerung in preußischen Kreis- und Provinzialordnungen sowie im Kommunalabgabengesetz vom 27. Juli 1885 gesetzlich anerkannt worden war, hat das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 nach dem Vorgang in anderen deutschen Bundesstaaten auch für die Staats-Einkommensteuer die Steuerpflicht der leistungsfähigsten und damit auch steuerkräftigsten, Erwerbszwecke verfolgenden Korporationen des Privatrechts, nämlich der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetrieb sowie der mit juristischer Persönlichkeit ausgestatteten Konsumvereine mit offenem Laden, eingeführt. Die Novelle vom 19. Juni 1906 hat dann vom Steuerjahre 1907 an den Kreis der steuerpflichtigen nichtphysischen Personen durch Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und auf sämtliche Vereine zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen, also gleichviel, ob ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht oder nicht, erweitert, wodurch natürlich die Vergleichbarkeit der Veranlagungsergebnisse der nichtphysischen Personen vor und nach 1907 gestört wird.

Da das steuerpflichtige Einkommen der nichtphysischen Personen größtenteils nach anderen Grundsätzen als für die physischen Personen und nur bei den Gesellschaften m. b. H. nach den für die Feststellung des Einkommens der physischen Personen aus Handel und Gewerbe einschließlich Bergbau geltenden Grundsätzen (§ 13 des Einkommensteuergesetzes) zu berechnen ist, und da ferner der Steuertarif der Gesell-

schaften m. b. H., außerdem die durch die Novellen von 1909 und 1916 eingeführten Steuerzuschläge einmal der Gesellschaften m. b. H. und sodann der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Berggewerkschaften von denen der übrigen Steuerpflichtigen abweichen, so rechtfertigt sich schon deshalb eine gesonderte statistische Behandlung der Veranlagungsergebnisse der nichtphysischen Personen. —

Es betrug

im Steuerjahre	der nichtphysischen Zensiten Gesamt- zahl	steuer- pflichtiges Einkommen <i>M</i>	Einkommensteuer- Veranlagungs- soll <i>M</i>	Erhebungs- soll <i>M</i>
1892	2 028	257 070 865	10 056 743	10 056 743
1893	2 059	242 429 618	9 392 186	9 392 186
1894	1 922	199 743 978	7 757 448	7 757 448
1895	1 891	178 350 582	6 917 182	6 917 182
1896	1 929	175 487 442	6 774 762	6 774 762
1897	2 001	207 513 073	8 053 613	8 053 613
1898	2 124	265 659 154	10 326 950	10 326 950
1899	2 262	331 982 990	12 974 028	12 974 028
1900	2 443	407 493 949	15 988 576	15 988 576
1901	2 661	478 124 483	18 761 584	18 761 584
1902	2 670	476 131 693	18 644 359	18 644 359
1903	2 598	382 285 139	14 970 248	14 970 248
1904	2 583	348 009 012	13 626 197	13 626 197
1905	2 611	352 212 877	13 732 817	13 732 817
1906	2 770	394 134 915	15 374 936	15 374 936
1907	6 967	604 131 173	24 307 759	24 066 353
1908	7 632	731 783 654	29 546 871	29 257 156
1909	8 199	811 325 091	32 560 869	47 069 354
1910	8 741	829 558 667	33 475 546	48 248 224
1911	9 387	829 018 895	33 293 756	47 899 057
1912	10 398	891 543 991	35 842 406	51 485 385
1913	11 610	991 245 453	40 157 174	57 559 625
1914	12 532	1 117 349 885	44 894 653	64 318 186
1915	12 087	1 148 821 825	46 356 539	66 360 956
1916	11 838	1 190 029 872	48 829 009	112 335 398.

Hiernach war im Zeitraume 1892 bis zur Novelle von 1906 die Bewegung sowohl der Zahl der nichtphysischen Zensiten wie besonders deren Einkommens- und Steuersumme erheblichen Schwankungen unterworfen, während in der Periode 1907 bis 1916 eine nur wenig unterbrochene Aufwärtsentwicklung der Veranlagungsergebnisse stattgefunden hat. Jene Schwankungen sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß namentlich die in den Jahren 1892 bis 1906 sowohl der Zahl wie dem Einkommen und der Steuer nach unter den nichtphysischen Zensiten weitaus am stärksten vertretenen Aktiengesellschaften in besonders hohem Maße von den wechselnden Wirtschaftskonjunkturen beeinflusst werden, so daß sie in geschäftlichen Aufschwungsperioden — wie von 1896 bis 1900 — sich außerordentlich auszubreiten und große Gewinne zu erzielen, in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten hingegen — wie von 1893 bis 1895 und im Anfänge der 1900er Jahre vielfach entweder überhaupt zu verschwinden oder aber kein oder doch nur ein stark vermindertes steuerpflichtiges Einkommen aufzuweisen pflegen. Da für die Veranlagung der nichtphysischen Personen in der Regel der aus den Bilanzen, Jahresabschlüssen usw. sich ergebende Durchschnittsertrag der vorangegangenen drei letzten Betriebsjahre maßgebend ist, zeigt sich in dem Veranlagungsergebnis der nichtphysischen Personen der Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse naturgemäß nicht unmittelbar nach seinem Eintritte, vielmehr kommt eine etwa im Steuerjahre erfolgte wesentliche Verbesserung oder Verschlechterung der Geschäftslage erst später zum Ausdruck. Demgemäß ist z. B. im Jahre 1896 ungeachtet beträchtlicher Vermehrung der nichtphysischen Zensiten deren Einkommens- und Steuerbetrag gegen das

Vorjahr noch etwas zurückgegangen; andererseits tritt die Hochkonjunktur der Jahre 1899 und 1900 erst bei der Veranlagung für 1901 und 1902 in Erscheinung.

Das Gesamtergebnis der Veranlagung der nichtphysischen Personen im Zeitraume 1907-1916 ist sehr wesentlich durch den Eintritt der überaus zahlreichen Gesellschaften m. b. H. in den Kreis der steuerpflichtigen Personenvereine beeinflusst worden: seine Aufwärtsbewegung hat hauptsächlich, weil die Gesellschaft m. b. H. als die zweckmäßigste Art der Kapitalsassoziation in Form der Handelsgesellschaft bei ihrer großen und stetig wachsenden Bedeutung für unser Wirtschaftsleben einen ungewöhnlich kräftigen Aufschwung genommen hat, nur geringe Unterbrechungen erfahren, und zwar nur im Jahre 1911, indes lediglich beim Einkommen und der Steuer, und außerdem in den beiden Kriegsjahren 1915 und 1916, hier jedoch nur bei der Zensitenzahl, die offenbar besonders wegen des durch den Krieg veranlaßten Zusammenbruchs weniger leistungs- und umwandlungsfähiger Erwerbsgesellschaften etwas zurückgegangen ist (von 1914 auf 1915 um 3,6 %, von 1915 auf 1916 um 2,1 %).

Die große finanzielle Bedeutung der Einkommensbesteuerung der nichtphysischen Personen ergibt sich daraus, daß sie auch in den letzten Berichtsjahren nur etwa 1½ Tausendteile der Gesamtzahl der (physischen und nichtphysischen) Einkommensteuer-Zensiten ausmachten, hingegen auf sie seit 1914 mit über 1 Milliarde in Preußen steuerpflichtigem Einkommen schon etwas mehr oder weniger als ein Sechzehntel des veranlagten Gesamteinkommens, ferner ein Neuntel bis ein Achtel der insgesamt veranlagten Einkommensteuer und im letzten Berichtsjahre mit schon über 100 Millionen *M* Steuerertrag annähernd ein Fünftel des gesamten Erhebungssolls entfielen.

Im Gesamtzeitraume 1892-1916 hat sich die Gesamtzahl der nichtphysischen Zensiten schon rund versechsfacht, wobei freilich der lediglich auf der Novelle von 1906 beruhende überaus bedeutende Zensitzuwachs durch Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Gesellschaften m. b. H. und auf sämtliche Vereine zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen in Berücksichtigung zu ziehen ist. Den Höchststand hatte die Zensitenzahl im Jahre 1914 (Friedensstand) erreicht; im letzten Berichtsjahre 1916 (mit dem dritthöchsten Bestande) war die Zahl noch um 483,7 % höher als im ersten 1892. In der ersten Periode 1892-1906 hatte sich die Zahl der nichtphysischen Zensiten nur um 742 oder 36,6 %, also um wenig mehr als ein Drittel, vermehrt; von 1906 auf 1907 hob sie sich um 4 197 (darunter allein 3 259 Gesellschaften m. b. H.) oder 151,5 %, also um das Anderthalbfache; von 1907 bis 1916 endlich stieg sie um 4 871 oder 69,9 %, d. i. um rund sieben Zehntel.

Im übrigen betrug in Hundertteilen die Zunahme

im Zeitraume	beim steuerpflichtigen Einkommen	beim Einkommensteuer- Veranlagungs- soll	Erhebungs- soll
1892/1906 . . .	53,3	52,9	52,9
1906/1907 . . .	53,3	58,1	56,5
1907/1916 . . .	97,0	100,9	366,8
1892/1916 . . .	362,9	385,5	1 017,0.

Abweichend von der Zensitenzahl weist beim Einkommen wie bei der Steuer das Jahr 1916 den Höchststand auf, insbesondere von 1915 auf 1916 vermehrte sich infolge der erhöhten Steuerzuschläge der Novelle von 1916 das Erhebungssoll der nichtphysischen Zensiten um 45,97 Millionen *M*, d. i. um 69,3 % oder fast sieben Zehntel. Daß von 1906 auf 1907 beim Erhebungssoll die Steigerung geringer als beim Veranlagungssoll war, ist auf die für 1907 erstmals in Betracht kommende Absetzung des nach § 71 des Einkommensteuergesetzes unerhoben bleibenden Steuerteiles zurückzuführen. Der Umstand, daß im

Gegensatz zur Periode 1892/1906 in der 1906/1907 und 1907/1916 das Veranlagungssoll der nichtphysischen Zensiten wesentlich stärker als ihre Einkommenssumme gestiegen ist, läßt bei dem progressiven Charakter der preußischen Einkommensteuer auf eine beträchtliche Vergrößerung der Einkommen in letzteren Zeiträumen schließen.

Im Durchschnitt auf einen nichtphysischen Zensiten kam in \mathcal{M}

im Steuerjahre	steuerpflichtiges Einkommen	Einkommensteuer veranlagte	zu erhebende
1892	126 761	4 959	4 959
1893	117 741	4 562	4 562
1894	103 925	4 036	4 036
1895	94 315	3 658	3 658
1896	90 973	3 512	3 512
1897	103 705	4 025	4 025
1898	125 075	4 862	4 862
1899	146 765	5 736	5 736
1900	166 801	6 545	6 545
1901	179 678	7 051	7 051
1902	178 326	6 983	6 983
1903	147 146	5 762	5 762
1904	134 731	5 275	5 275
1905	134 896	5 260	5 260
1906	142 287	5 551	5 551
1907	86 713	3 489	3 454
1908	95 884	3 871	3 833
1909	98 954	3 971	5 741
1910	94 904	3 830	5 520
1911	83 316	3 547	5 103
1912	85 742	3 447	4 951
1913	85 379	3 459	4 958
1914	89 160	3 582	5 132
1915	95 046	3 835	5 490
1916	100 526	4 125	9 489

Hier tritt die Abhängigkeit der nichtphysischen Zensiten von der Gunst oder Ungunst des Wirtschaftslebens womöglich noch deutlicher als bei obiger, die Gesamtergebnisse betreffenden Übersicht in Erscheinung, so in dem Sinken der Durchschnitte in den Jahren 1893 bis 1896 und in ihrem darauf folgenden, bis 1901 währenden Emporgehen.

Der besonders starke Abfall der Durchschnittsziffern von 1906 auf 1907 erklärt sich hauptsächlich durch das erwähnte Hinzutreten der zwar sehr zahlreichen, aber in ihrer großen Mehrzahl weniger kapitalkräftigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Rund ein Drittel aller erwerbstätigen Gesellschaften m. b. H. mit Sitz in Preußen weist nach der preußischen Statistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nur das gesetzlich zulässige niedrigste Stammkapital von 20 000 \mathcal{M} auf; 1907 bei 45 %, 1908 bei 47 % und seit 1909 bei über der Hälfte bis nahezu drei Fünfteln von ihnen übersteigt es nicht den Betrag von 50 000 \mathcal{M} . Seit 1914, also in der Hauptsache während des Krieges, zeigen nach vorheriger rückläufiger Bewegung das Einkommen wie das Steuersoll der nichtphysischen Zensiten eine beträchtliche Aufwärtsbewegung der Durchschnitte, die im letzten Berichtsjahre beim Einkommen (mit über 100 000 \mathcal{M}), bei der veranlagten Steuer (mit über 4 000 \mathcal{M}) zum Höchststande seit 1907, dem Jahre des Inkrafttretens der den Kreis der steuerpflichtigen nichtphysischen Personen erweiternden Novelle von 1906, beim Erhebungssoll aber (mit fast 9 500 \mathcal{M}) als Folge der durch die Novelle von 1916 erhöhten Steuerzuschläge der kapitalkräftigeren Gesellschaften zum Höchstsatz seit 1892 geführt hat.

Die Einzeleinkommen der steuerpflichtig gebliebenen nichtphysischen Zensiten müssen hiernach während des Krieges besonders stark zugenommen haben, was u. a. durch die große Bedeutung der korporativen Erwerbsgesellschaften in der Kriegsindustrie zu erklären ist.

Im folgenden werden die wichtigsten Veranlagungsergebnisse auch für die einzelnen Arten der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften nachgewiesen.

Es betrug

im Steuerjahre	Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	Berg- gewerkschaften	eingetragenen Genossenschaften usw.	Konsumvereine mit offenem Laden usw.	Vereine zum gemeinsamen Einkauf usw.	Gesellschaften mit beschränkter Haftung
Gesamtzahl:						
1892	1 434	196	309	89	—	—
1896	1 353	77	303	191	—	—
1900	1 802	113	331	197	—	—
1905	1 706	120	494	291	—	—
1906	1 840	114	523	293	—	—
1907	1 969	116	819	—	804	3 259
1908	2 134	140	863	—	846	3 649
1909	2 170	149	883	—	880	4 117
1910	2 123	142	926	—	919	4 631
1911	2 129	131	941	—	937	5 249
1912	2 193	126	1 014	—	937	6 128
1913	2 238	117	1 087	—	986	7 182
1914	2 322	140	1 115	—	967	7 988
1915	2 281	140	1 075	—	959	7 632
1916	2 180	128	1 133	—	928	7 649
steuerpflichtiges Einkommen \mathcal{M} :						
1892	217 685 947	36 092 639	2 338 553	953 726	—	—
1896	162 386 950	8 777 584	2 006 165	2 316 743	—	—
1900	384 252 557	16 367 592	2 539 801	4 333 999	—	—
1905	311 836 134	30 454 694	4 308 032	5 614 017	—	—
1906	354 454 400	29 348 049	4 739 505	5 592 961	—	—
1907	417 558 657	28 870 274	7 701 355	—	10 904 461	139 096 426
1908	501 527 949	38 104 993	8 479 232	—	11 550 601	172 120 879
1909	553 931 987	44 302 519	8 439 458	—	12 009 792	192 641 335
1910	551 683 136	45 821 246	9 191 713	—	12 486 360	210 376 212
1911	543 195 312	40 566 455	9 221 351	—	13 075 510	222 960 267
1912	580 001 420	34 301 132	9 207 239	—	12 411 561	255 622 639
1913	640 220 477	35 548 237	10 410 712	—	12 748 099	292 317 928
1914	718 573 150	44 219 082	11 060 362	—	12 821 467	330 675 824
1915	733 552 494	51 622 996	11 562 790	—	12 946 420	339 137 125
1916	731 614 212	39 483 299	16 041 511	—	12 397 644	390 493 206
Einkommensteuer-Veranlagungssoll \mathcal{M} :						
1892	8 553 353	1 402 614	71 156	29 620	—	—
1896	6 301 481	341 941	55 991	75 349	—	—
1900	15 124 505	639 788	73 220	151 063	—	—
1905	12 206 703	1 203 078	130 552	192 484	—	—
1906	13 881 433	1 158 475	144 842	190 186	—	—
1907	16 499 650	1 139 174	237 176	—	364 138	6 067 621
1908	20 124 015	1 503 772	263 993	—	385 235	7 269 856
1909	21 898 827	1 753 678	262 769	—	398 805	8 246 790
1910	21 967 722	1 811 404	285 972	—	414 373	8 996 075
1911	21 375 886	1 576 964	285 867	—	436 349	9 618 690
1912	22 896 598	1 355 530	279 393	—	413 388	10 897 497
1913	25 317 913	1 405 487	322 449	—	423 110	12 688 215
1914	28 422 101	1 750 632	346 858	—	427 146	13 947 916
1915	29 047 333	2 045 712	373 859	—	433 020	14 456 615
1916	29 280 531	1 555 188	538 699	—	414 403	17 040 188
Einkommensteuer-Erhebungssoll \mathcal{M} :						
1892	8 553 353	1 402 614	71 156	29 620	—	—
1896	6 301 481	341 941	55 991	75 349	—	—
1900	15 124 505	639 788	73 220	151 063	—	—
1905	12 206 703	1 203 078	130 552	192 484	—	—
1906	13 881 433	1 158 475	144 842	190 186	—	—
1907	16 300 987	1 139 174	237 070	—	364 138	6 024 984
1908	19 904 759	1 503 724	263 883	—	385 235	7 199 555
1909	32 361 681	2 620 159	316 192	—	485 096	11 286 227
1910	32 410 383	2 703 691	343 394	—	502 870	12 287 886
1911	31 537 841	2 352 656	342 422	—	530 545	13 135 594
1912	33 756 806	2 026 752	332 608	—	501 340	14 867 879
1913	37 260 153	2 102 499	384 533	—	512 613	17 299 828
1914	41 776 433	2 619 802	415 392	—	518 200	18 988 359
1915	42 682 133	3 061 092	450 233	—	525 637	19 641 862
1916	74 571 459	4 011 840	946 165	—	728 832	32 077 103

Zunächst bei den steuerpflichtigen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien war nach einer bis zur Mitte der 1890er Jahre währenden rückläufigen eine bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts dauernde aufsteigende Bewegung ihrer Zahl wie ihres steuerpflichtigen Einkommens und ihrer Einkommensteuer eingetreten, worauf wieder etwa bis 1905 ein Rückschlag erfolgte, der außer auf der abflauenden Wirtschaftskonjunktur auch darauf beruhte, daß damals die Kapitalsassoziation als Geschäftsform in zunehmendem Maße an Stelle der gesetzlich der Einkommensteuerpflicht unterworfenen Aktiengesellschaft die zu jener Zeit noch einkommensteuerfreie Gesellschaft mit beschränkter Haftung wählte, sei es, daß dies von vornherein bei der Neugründung von gewerblichen Unternehmungen geschah, sei es, daß bereits bestehende Aktiengesellschaften, vorwiegend um der Steuerpflicht zu entgehen, in Gesellschaften m. b. H. umgewandelt wurden; hierfür liefert die Begründung des Entwurfs der Novelle von 1906¹⁾ und der Kommissionsbericht über diesen Gesetzentwurf²⁾ Belege.

Seit 1906 zeigen die Aktiengesellschaften mit nur geringfügigen Unterbrechungen ein mäßiges Ansteigen ihrer Zahl, aber ein umso kräftigeres ihres steuerpflichtigen Einkommens und ihrer Steuer, die sich von da an mehr als verdoppelt haben; insbesondere ihr Einkommensteuer-Erhebungssoll hat sich seitdem sogar mehr als verfünffacht.

Den Höchststand der Zensitenzahl finden wir bei den Aktiengesellschaften im Jahre 1914, des Einkommens im Jahre 1915, der veranlagten wie der zu erhebenden Steuer im Jahre 1916. In der Kriegszeit ist zwar eine Anzahl Aktiengesellschaften aus der Steuerpflicht ausgeschieden, aus welchen Gründen, läßt sich aus den Materialien nicht ersehen; wahrscheinlich handelt es sich überwiegend um ausländische Gesellschaften mit Geschäftsbetrieb in Preußen (§ 15 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes), zum Teil wohl auch um Fusionen, mangelndes Einkommen von steuerbarer Höhe usw. Gleichwohl haben die Einkommens- und Steuersumme der Aktiengesellschaften eine Zunahme erfahren. Daß von 1915 auf 1916 trotz Rückgangs der Zahl und des Gesamteinkommens der Aktiengesellschaften deren Veranlagungs-Gesamtssoll zugenommen hat, läßt auf eine sehr erhebliche Erhöhung der Einzeleinkommen, namentlich wohl infolge von Kriegsgewinnen, schließen. Insgesamt stieg im Zeitraume 1892-1916 die Zahl der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien um wenig mehr als die Hälfte, dagegen ihr steuerpflichtiges Einkommen um über das Zweieindrittelfache, ihr Veranlagungssoll fast um das Zweieinhalbfache und ihr Erhebungssoll um annähernd das Achtfache, letzteres allein von 1915 auf 1916 um rund drei Viertel.

Bei den Berggewerkschaften, d. h. den dem Bergrechte eigentümlichen bergbaulichen Genossenschaften, die aus zwei oder mehreren an einem Bergwerke Mitbeteiligten bestehen, schwankten die Veranlagungsergebnisse in der Berichtszeit besonders stark. Die Zahl der im ersten Veranlagungsjahre 1892 zur Einkommensteuer herangezogenen Berggewerkschaften von 196 ist später nicht wieder erreicht worden; sie ging zunächst bis 1896 (Tiefstand) ebenso wie ihre Einkommens- und Steuersumme sehr bedeutend zurück; seitdem ist allerdings mit mehrfacher Unterbrechung eine Aufwärtsbewegung eingetreten, die zunächst im Jahre 1909 bei der Zensitenzahl und 1910 beim Einkommen und bei der Steuer Höhepunkte aufwies, worauf nach erheblicher Senkung im Jahre 1914 ziemlich unvermittelt eine bedeutende Besserung erfolgte, die im Kriegsjahre 1915 beim Einkommen mit über 51½ Millionen \mathcal{M}

und beim Veranlagungssoll mit über 2 Millionen \mathcal{M} , im Jahre 1916 beim Erhebungssoll sogar mit über 4 Millionen \mathcal{M} zum Höchststande führte. In diesem letzten Berichtsjahre offenbarte sich der Einfluß des Krieges durch eine erhebliche Abnahme der Zahl wie des steuerpflichtigen Einkommens und des Veranlagungssolls der Berggewerkschaften, während trotzdem beim Erhebungssoll infolge der durch die Novelle von 1916 eingeführten erhöhten Zuschläge noch eine Steigerung eintrat.

In der hier geschilderten Bewegung spiegelt sich ähnlich wie bei den Aktiengesellschaften die Wechselwirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wieder: sodann tritt aber auch in dem auffallenden Rückgang des Veranlagungsergebnisses nach der erstmaligen Veranlagung die Reaktion gegen die anfängliche Überspannung in der Anwendung der neuen, die Einkommensbesteuerung der Berggewerkschaften regelnden Gesetzesbestimmungen zu Tage, die vielfach im Rechtsmittelverfahren ihre entsprechende Berichtigung erfuhr; endlich mögen auch Umwandlungen von Berggewerkschaften in Aktiengesellschaften, Stilllegungen sowie Konsolidationen auf die Bewegung des Veranlagungsergebnisses eingewirkt haben.

Bei den übrigen Arten der nichtphysischen Zensiten ist eine nur wenig unterbrochene günstige Bewegung der Veranlagungsergebnisse wahrzunehmen.

Insbesondere die steuerpflichtigen eingetragenen Genossenschaften mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetriebe haben sich im Zeitraume 1892-1916 der Zahl nach nahezu vervierfacht, dem steuerpflichtigen Einkommen und dem Einkommensteuer-Veranlagungssoll nach fast bzw. mehr als versiebenfacht, während ihr Erhebungssoll im Jahre 1916 über dreizehnmal so groß war als im ersten Veranlagungsjahre 1892.

Auch bei den Konsumvereinen mit juristischer Persönlichkeit und offenem Laden haben sich Zensitenzahl, Einkommen und Steuer von 1892 bis 1906 um ein Mehrfaches vergrößert. Weniger schnell, wenn auch im ganzen nicht ungünstig, haben sich die seit 1907 allgemein der Einkommensbesteuerung unterworfenen Vereine zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen entwickelt; ihre Zensitenzahl ist aus leicht erklärlichen Gründen in der Kriegszeit sogar zurückgegangen, ebenso auch von 1915 auf 1916 ihr steuerpflichtiges Einkommen und ihr Veranlagungssoll. Immerhin hat sich von 1907 bis 1916 ihr Einkommensteuer-Erhebungssoll verdoppelt.

Weitaus am günstigsten war unter den nichtphysischen Zensiten, wenn man den Zeitraum 1907-1916 im Auge hat, die Entwicklung bei den am zahlreichsten vertretenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung; ihre Zensitenzahl hat sich seit 1907 schon wesentlich mehr als verdoppelt, ihr steuerpflichtiges Einkommen und ihr Veranlagungssoll nahezu verdreifacht, ihr Erhebungssoll sogar mehr als verfünffacht. Während des Krieges ist die Zahl der steuerpflichtigen Gesellschaften m. b. H. gegenüber dem Höchststandsjahre 1914 (Friedensstand) zurückgegangen, ohne daß indes zugleich ihr steuerpflichtiges Einkommen und ihre Steuer abgenommen hätten, ein Beweis dafür, daß lediglich kleinere, weniger kapitalkräftige Gesellschaften m. b. H. aus der Steuerpflicht ausgeschieden sind.

Das in vorstehender Übersicht aufgeführte Einkommensteuer-Erhebungssoll der Gesellschaften m. b. H. stellt nicht den tatsächlich infolge der Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. der Staatskasse zugeflossenen Steuerertrag dar, da von dem jenem entsprechenden Veranlagungssoll die gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung unerhoben

¹⁾ Nr. 9 der Drucksache des Hauses der Abgeordneten, 20. Legislaturperiode, II. Session 1905/06, S. 25. — ²⁾ desgl. Nr. 259 S. 7.

bleibenden Steuerbeträge nur insoweit abgesetzt worden sind als die ihnen zugrunde liegenden Gesellschafts-Gewinnanteile zum Einkommen der steuerpflichtigen Gesellschaften m. b. H. selbst gehörten (1907 42 637 *M*, 1916 225 443 *M*). Um den wirklichen Ertrag kennen zu lernen, müssen wir vielmehr vom Veranlagungssoll der Gesellschaften m. b. H. die gesamten auf Grund des § 71 a. a. O. außer Hebung gesetzten Steuerbeträge der (physischen und nichtphysischen) Zensiten abrechnen und ihm andererseits für die Zeit von 1909 an noch die Steuerzuschläge der Gesellschaften m. b. H. hinzusetzen. Es ergibt sich demgemäß folgendes Bild:

Steuer- jahr	Einkommen- steuer-Ver- anlagungssoll der Gesell- schaften m. b. H. <i>M</i>	Insgesamt nach § 71 d. Ges. außer Hebung gesetzte Steuer <i>M</i>	Steuer- zuschläge der Gesellschaften m. b. H. <i>M</i>	Mithin Rein- ertrag aus der Besteuerung der Gesell- schaften m. b. H. <i>M</i>
1907	6 067 621	2 861 875	—	3 205 746
1908	7 269 856	3 365 842	—	3 904 014
1909	8 246 790	3 600 593	3 113 334	7 759 531
1910	8 996 075	3 890 352	3 384 348	8 490 071
1911	9 618 690	4 513 595	3 609 190	8 714 285
1912	10 897 497	5 025 056	4 080 440	9 952 881
1913	12 688 215	5 951 366	4 743 834	11 480 683
1914	13 947 916	6 229 988	5 202 974	12 920 902
1915	14 456 615	5 495 977	5 400 320	14 360 958
1916	17 040 188	6 564 391	15 262 358	25 738 155

Hiernach ist also der durch die Einkommensbesteuerung der Gesellschaften m. b. H. der Staatskasse tatsächlich zufließende Steuerertrag infolge der Bestimmung des § 71 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung, wonach von steuerpflichtigen Gesellschaftern der auf Gewinnanteile aus Gesellschaften m. b. H. entfallende Steuerteil unerhoben bleibt, sehr erheblich geringer als das Einkommensteuer-Erhebungssoll; bis zum Jahre 1915 war er sogar auch kleiner als das Veranlagungssoll, und zwar vor Einführung der Steuerzuschläge, also in den Jahren 1907 und 1908 ganz bedeutend; erst durch die erhöhten Steuerzuschläge der Novelle von 1916 ist der wirkliche Steuerertrag über das Veranlagungssoll hinaus gesteigert worden, so daß er 1916 um über die Hälfte höher als letzteres, aber noch um rund ein Fünftel geringer als das Erhebungssoll war. Immerhin war der Reinertrag im letzten Berichtsjahre über achtmal so hoch wie im Jahre 1907.

Was die Durchschnittsbeträge des steuerpflichtigen Einkommens der einzelnen Arten der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften sowie der auf sie veranlagten und von ihnen zu erhebenden Einkommensteuer anlangt, so betrug in *M*

der zur Einkommensteuer veranlagten						
im Steuer- jahre	Aktien- gesell- schaften u. Komman- ditgesell- schaften auf Aktien	Berg- gewerk- schaften	eingetragenen Genossen- schaften usw.	Konsum- vereine mit offenem Laden usw.	Vereine zum gemein- samen Einkaufe usw.	Gesell- schaften m. b. H.
steuerpflichtiges Durchschnittseinkommen:						
1892	151 803	184 146	7 568	10 716	—	—
1896	120 020	113 995	6 514	12 130	—	—
1900	213 237	144 846	7 673	22 000	—	—
1905	182 788	253 789	8 721	19 292	—	—
1906	192 638	257 439	9 062	19 089	—	—
1907	212 066	248 882	9 403	—	13 563	42 681
1908	235 018	272 179	9 825	—	13 653	47 169
1909	255 268	297 332	9 558	—	13 647	46 792
1910	259 860	322 685	9 926	—	13 587	45 428
1911	255 141	309 668	9 800	—	13 955	42 477
1912	264 479	272 231	9 080	—	13 246	41 714
1913	286 068	303 831	9 577	—	12 929	40 701
1914	309 463	315 851	9 920	—	13 259	41 397
1915	321 593	368 736	10 756	—	13 500	44 436
1916	335 603	308 463	14 158	—	13 360	52 232

der zur Einkommensteuer veranlagten						
Noch: im Steuer- jahre	Aktien- gesell- schaften u. Komman- ditgesell- schaften auf Aktien	Berg- gewerk- schaften	eingetragenen Genossen- schaften usw.	Konsum- vereine mit offenem Laden usw.	Vereine zum gemein- samen Einkaufe usw.	Gesell- schaften m. b. H.
durchschnittliches Einkommensteuer-Veranlagungssoll:						
1892	5 965	7 156	230	333	—	—
1896	4 657	4 441	182	394	—	—
1900	8 393	5 662	221	767	—	—
1905	7 155	10 026	264	661	—	—
1906	7 544	10 162	277	649	—	—
1907	8 380	9 820	290	—	453	1 862
1908	9 430	10 741	306	—	455	1 992
1909	10 092	11 770	298	—	453	2 003
1910	10 347	12 756	309	—	451	1 943
1911	10 040	12 033	304	—	466	1 832
1912	10 441	10 753	276	—	441	1 778
1913	11 313	12 013	297	—	429	1 767
1914	12 240	12 505	311	—	442	1 746
1915	12 734	14 612	348	—	452	1 894
1916	13 431	12 150	475	—	447	2 281
durchschnittliches Einkommensteuer-Erhebungssoll:						
1892	5 965	7 156	230	333	—	—
1896	4 657	4 441	182	394	—	—
1900	8 393	5 662	221	767	—	—
1905	7 155	10 026	264	661	—	—
1906	7 544	10 162	277	649	—	—
1907	8 279	9 820	289	—	453	1 849
1908	9 327	10 741	306	—	455	1 973
1909	14 913	17 585	358	—	551	2 741
1910	15 266	19 040	371	—	547	2 653
1911	14 813	17 959	364	—	566	2 502
1912	15 393	16 085	323	—	535	2 426
1913	16 649	17 970	354	—	520	2 409
1914	17 992	18 713	373	—	536	2 377
1915	18 712	21 865	419	—	548	2 574
1916	34 207	31 342	835	—	785	4 295

Bei den Aktiengesellschaften, den Berggewerkschaften und den eingetragenen Genossenschaften haben sich hiernach im Berichtszeitraume 1892-1916 das im Durchschnitt auf einen Zensiten entfallende steuerpflichtige Einkommen und Einkommensteuer-Veranlagungssoll ungefähr verdoppelt; das Erhebungssoll hat sich bei diesen Arten der nichtphysischen Zensiten vervielfacht, bei den Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften naturgemäß schon deshalb mehr als bei den eingetragenen Genossenschaften, weil bei letzteren die in den Jahren 1909 und 1916 eingeführten Steuerzuschläge geringer sind als bei jenen.

Bei den Konsumvereinen mit offenem Laden ist die Verdoppelung der Durchschnittsziffern schon im Jahre 1900 eingetreten. Bei den Einkaufsvereinen weisen das durchschnittliche Einkommen und Veranlagungssoll nur verhältnismäßig geringe Verschiebungen auf; für die Zeit nach 1911 ist hier eine rückläufige Bewegung wahrnehmbar und der Stand jenes Jahres nicht mehr erreicht worden. Auch bei den Gesellschaften m. b. H. ist der Einkommensdurchschnitt nach 1908, der Steurdurchschnitt nach 1909 bis zum Kriege gesunken; insbesondere das letzte Berichtsjahr brachte — offenbar auch infolge des Ausscheidens der weniger leistungsfähigen Gesellschaften aus der Steuerpflicht — einen sehr erheblichen Aufschwung.

Die bedeutendsten Durchschnittsziffern finden wir in den meisten Jahren bei den Berggewerkschaften; indes standen diese schon in den Jahren 1895 bis 1902 und außerdem im letzten Berichtsjahre hinter den Aktiengesellschaften zurück. Am höchsten stellte sich das Durchschnittseinkommen der Berggewerkschaften im Jahre 1903 mit 406 721 *M* und ihre Durchschnittssteuer mit 16 140 *M*; sie waren damals mehr als doppelt so hoch als die der Aktiengesellschaften mit 180 448 bzw. 7 083 *M*.

Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1916 zum ersten Male die Durchschnitte der eingetragenen Genossenschaften die bis dahin immer erheblich höheren der Einkaufsvereine überholten. Daß die Durchschnittsziffern der letzteren (die vor 1907 nur insoweit steuerpflichtig waren, als sie die Geschäftsform einer Aktiengesellschaft oder eines mit den Rechten juristischer Personen ausgestatteten Konsumvereins mit offenem Laden oder einer eingetragenen Genossenschaft mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetriebe hatten) erheblich geringer sind als die der früher ausschließlich steuerpflichtigen Konsumvereine mit offenem Laden, ist unschwer dadurch zu erklären, daß die Einkaufsvereine auch dann der Steuerpflicht unterliegen, wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht: in diesem — häufigen — Falle handelt es sich bei ihnen im Gegensatz zu den früher steuerpflichtigen Konsumvereinen wie auch den nicht gleichartigen steuerpflichtigen eingetragenen Genossenschaften vielfach um kleinere Personenvereine mit eng begrenztem Geschäftsverkehr und weniger bedeutendem Betriebskapital. —

Die (S. 41) folgende Übersicht zeigt, wie das steuerpflichtige Einkommen der nichtphysischen Zensiten bei der Einkommensteuer-Veranlagung berechnet worden ist, insbesondere wie es sich — abgesehen natürlich von den nach den §§ 16 bzw. 13 des Einkommensteuergesetzes (neuer Fassung) zu behandelnden Gesellschaften m. b. H. — unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 15 des Gesetzes (neuer bzw. § 16 alter Fassung) für das letzte der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr zusammensetzt.

Zunächst ergibt sich hiernach für den Berichtszeitraum 1892-1916 bei der Gesamtheit der nichtphysischen Zensiten (ausschließlich der hier nicht in Betracht kommenden Gesellschaften m. b. H.) eine gewaltige Steigerung des — für die Abzugsberechnung maßgebenden — Kapitals (Aktien-, Grundkapitals usw.): es hatte sich bis 1914 (Friedensstand) schon mehr als verdreifacht und ist dann offenbar unter dem Einfluß des Krieges etwas zurückgegangen. Die bei der Einkommensberechnung berücksichtigten Überschüsse haben sich bis 1914 insgesamt verhältnismäßig noch schneller vermehrt als das Kapital, sind aber andererseits in der Kriegszeit stärker gesunken, so daß sowohl von 1914 auf 1915 wie von 1915 auf 1916 ein Rückgang des steuerpflichtigen Einkommens für das letzte der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr, also in der Hauptsache wohl das Jahr 1914 bzw. 1915, eingetreten ist. Vergleicht man dann noch das für das letzte, der Durchschnittsberechnung zugrunde liegende Geschäftsjahr ermittelte steuerpflichtige Jahreseinkommen mit dem für die Veranlagung maßgebenden, in der Regel dreijährigen Durchschnittseinkommen „überhaupt“, wobei natürlich von den Gesellschaften m. b. H., deren steuerpflichtiges Einkommen ja nach anderen Grundsätzen als das der übrigen Arten der nichtphysischen Zensiten berechnet wird, wiederum abgesehen ist, so ergibt sich, daß das Durchschnittseinkommen der in Betracht kommenden nichtphysischen Zensiten (vergl. die Kursivzahlen vorstehender Übersicht!) überhaupt für 1916 mit 1 102,20 Millionen \mathcal{M} höher war als das Jahreseinkommen im letzten bei der Durchschnittsberechnung berücksichtigten Geschäftsjahr (1 028,08 Millionen \mathcal{M}). Das beweist für das Berichtssteuerjahr 1916, daß jenes letzte Geschäftsjahr, das ganz überwiegend im Kalenderjahre 1915 seinen Abschluß gefunden haben dürfte, ungünstiger war als durchschnittlich die übrigen in Frage kommenden Geschäftsjahre.

Bei Ausschluß der Gesellschaften m. b. H. zeigt das steuerpflichtige Gesamteinkommen der nichtphysischen Zensiten „überhaupt“ nach dem Durchschnitt der für die Veranlagung maßgebenden Jahre mit 1 138,71 Millionen \mathcal{M} für 1915 und mit 1 102,20 Millionen \mathcal{M} für 1916 während des Krieges

gegenüber 1914 (Friedensstand) einen Rückgang, bei ihrer Einbeziehung dagegen mit 1 505,43 bzw. 1 522,76 Millionen \mathcal{M} eine — mithin lediglich durch die Gesellschaften m. b. H. verursachte — Steigerung. Berücksichtigt man nur den in Preußen steuerpflichtigen Betrieb, so ist in der Kriegszeit bei der Gesamtheit der nichtphysischen Zensiten einschließlich wie ausschließlich der Gesellschaften m. b. H. eine aufsteigende Bewegung des für die Veranlagung maßgebenden Durchschnittseinkommens wahrzunehmen; allerdings war es bei den nichtphysischen Zensiten ohne Gesellschaften m. b. H. von 1915 auf 1916 um rund 10 Millionen \mathcal{M} gesunken, damit aber immer noch um fast 13 Millionen \mathcal{M} höher als im Steuerjahre 1914 (Friedensstand).

Das vorstehend für die Gesamtheit der nichtphysischen Zensiten Gesagte trifft im einzelnen sinngemäß auch für die steuerpflichtigen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zu, auf die der ganz überwiegende Hauptteil des für die Abzugsberechnung maßgebenden Kapitals, der Überschüsse usw. entfällt.

Bei den steuerpflichtigen Berggewerkschaften tritt besonders hervor, daß ihr Grundkapital für das Steuerjahr 1916 wie für die beiden vorangegangenen Jahre gestiegen ist, andererseits aber von 1915 auf 1916 ihre bei der Einkommensberechnung zu berücksichtigenden Überschüsse um über die Hälfte herabgegangen sind, so daß ihr steuerpflichtiges Jahreseinkommen für das letzte der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr (vorwiegend wohl 1915), nachdem es 1915 mit 67,01 Millionen \mathcal{M} seit 1892 den höchsten Betrag erreicht hatte, mit 9,30 Millionen \mathcal{M} für 1916 auf einen noch nicht dagewesenen niedrigen Stand herabsank und kaum ein Viertel ihres für die Veranlagung maßgebenden Durchschnittseinkommens (39,68 Millionen \mathcal{M}) ausmachte. Bemerkenswerterweise ist bei den Berggewerkschaften im Steuerjahre 1916 zum ersten Male der bisher bei den nichtphysischen Zensiten überhaupt noch nicht beobachtete Fall eingetreten, daß für das letzte, der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr der $3\frac{1}{2}$ prozentige Kapitalsabzug — und zwar erheblich — höher war wie der als Ausbeute an die Mitglieder zur Verteilung gelangte Betrag der bei der Einkommensberechnung berücksichtigten Überschüsse! Die Rentabilität der Berggewerkschaften ist also offenbar durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen überaus stark herabgedrückt worden, und wenn das Veranlagungsergebnis nicht entsprechend ungünstig ausgefallen ist, hat dies lediglich in den für die Durchschnittsberechnung mitzuberechnenden wirtschaftlich besseren Vorjahren (in der Hauptsache wohl 1914 und 1915) seinen Grund.

Bei den eingetragenen Genossenschaften mit über ihren Mitgliederkreis hinausgehendem Geschäftsbetriebe hat sich das für die Abzugsberechnung maßgebende Kapital, d. h. die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile der Mitglieder, seit 1892 nahezu vervierfacht; noch viel stärker sind hier aber die Überschüsse und das steuerpflichtige Jahreseinkommen gestiegen, namentlich gilt dies für die Zeit von 1915 auf 1916, wobei der erhöhte Geschäftsgewinn weniger zur Verteilung an die Mitglieder als zur Schuldentilgung usw. verwendet worden ist. Daraus, daß das im Steuerjahre 1916 für das letzte Geschäftsjahr (in der Hauptsache 1915) festgestellte steuerpflichtige Jahreseinkommen (22,23 Millionen \mathcal{M}) erheblich höher war als das für die Veranlagung maßgebende Durchschnittseinkommen (16,49 Millionen \mathcal{M}), ist zu entnehmen, daß bei den eingetragenen Genossenschaften das letzte, im wesentlichen schon in den Krieg fallende Geschäftsjahr günstiger abschloß als seine unmittelbaren Vorgänger. Bei den Konsumvereinen mit offenem Laden zeigt im Zeitraume 1892-1906 weniger das Kapital,

[Fortsetzung des Textes auf Seite 42.]

Es betragen bei den nichtphysischen Zensiten in Millionen M

für das letzte der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr

die bei der Einkommensberechnung berücksichtigten Überschüsse

im	eingezahlte	über-	zur Verteilung als	zur Schulden- oder Ka-	der	mithin	nach dem Durchschnitt
Steuer-	Aktienkapital	haupt	Aktienzinsen, Divi-	pitaltilgung, Verbesse-	Abzug	das	der für die Veranlagung
jahre	bezw.		denden, Ausbenten	rung oder Geschäfts-	von	steuer-	maßgebenden Jahre
	das Grundkapital		oder dergl. an die	erweiterung, Bildung	3 1/2 %	pflichtige	das steuerpflichtige
	oder die Summe		Mitglieder	von Reservefonds und		Jahres-	Einkommen
	der eingezahlten			zu außerordentlichen		ein-	über-
	Geschäftsanteile			Abschreibungen		kommen	haupt
							davon auf den in
							Preußen steuer-
							pflichtigen Betrieb
							entfallend
1892	4 231,28	466,02	.	.	148,35	320,50	332,83
1896	4 257,72	421,51	.	.	148,80	272,72	269,77
1900	6 273,87	843,97	.	.	219,82	624,65	556,07
1905	7 091,93	805,01	650,20	154,81	248,26	556,75	500,88
1906	7 899,75	884,85	730,47	154,38	276,44	608,41	556,87
1907	8 656,73	1 063,69	832,18	231,51	302,88	760,81	778,49
1908	9 772,91	1 175,10	966,83	208,26	341,99	833,10	630,00
1909	10 339,17	1 177,45	954,67	222,78	361,82	815,63	718,05
1910	10 376,50	1 119,79	902,83	217,15	362,90	756,99	1 010,64
überhaupt ¹⁾	10 627,41	1 219,97	986,17	233,80	371,97	848,00	801,87
1911	11 465,68	1 424,44	1 111,91	312,53	401,00	1 023,44	1 018,84
1912	12 026,08	1 486,35	1 190,32	296,08	420,44	1 065,91	790,93
1913	13 285,43	1 759,27	1 346,63	412,64	464,35	1 294,92	1 054,49
1914	12 962,56	1 616,83	1 208,21	408,62	452,86	1 163,97	816,16
1915	13 151,24	1 486,06	1 028,78	457,28	457,98	1 028,08	1 180,69
insbesondere	1892	3 380,66	393,37	.	118,48	277,17	904,63
bei den	1896	3 931,68	395,12	.	137,22	257,90	1 304,62
Aktiengesellschaften	1900	5 782,96	799,14	.	202,15	596,99	985,37
und Kommandit-	1905	6 500,16	741,18	603,88	137,80	513,93	1 500,81
gesellschaften auf	1910	9 349,28	1 026,14	827,19	198,95	699,29	1 149,20
Aktien	1911	9 663,19	1 127,99	911,76	216,23	789,78	1 505,43
	1912	10 577,39	1 327,67	1 040,67	287,01	957,76	1 138,71
	1913	11 154,87	1 386,51	1 115,85	270,67	996,39	1 522,76
	1914	12 208,11	1 637,15	1 257,78	379,37	1 210,49	1 102,20
	1915	11 741,77	1 481,33	1 118,59	362,74	1 071,19	799,54
	1916	11 831,65	1 395,57	980,08	415,50	983,46	217,69
	1892	824,88	68,25	.	28,95	39,84	256,56
	1896	297,08	20,68	.	10,56	10,12	162,39
	1900	457,44	35,59	.	16,01	19,58	532,36
	1905	561,58	51,88	36,96	14,92	32,28	460,07
Berggewerkschaften	1910	949,00	67,74	54,99	12,75	33,19	311,84
	1911	880,77	65,83	54,06	11,76	30,82	722,52
	1912	802,31	70,71	52,04	18,67	28,09	551,68
	1913	776,28	70,66	53,85	16,81	27,02	543,20
	1914	978,81	93,11	68,09	25,02	34,27	580,00
	1915	1 113,49	105,98	69,62	36,36	38,97	640,22
	1916	1 203,38	51,82	29,19	22,13	41,82	718,57
	1892	21,70	3,30	.	0,76	2,55	733,55
	1896	23,59	2,98	.	0,83	2,15	1 033,14
	1900	26,69	4,16	.	0,92	3,23	36,49
eingetragenen Ge-	1905	25,63	5,54	3,85	1,69	0,90	36,09
nossenschaften	1910	56,10	11,67	7,49	4,18	1,98	8,78
mit Geschäftsbe-	1911	59,94	11,12	6,93	4,19	2,12	16,49
trieb über ihren	1912	59,55	11,84	7,07	4,78	2,08	30,46
Mitgliederkreis	1913	65,91	14,53	8,18	6,40	2,29	45,85
hinaus	1914	68,97	14,45	8,20	6,26	2,40	40,60
	1915	75,34	14,97	8,12	6,85	2,63	34,83
	1916	82,61	25,11	8,97	16,14	2,88	35,57
	1892	4,04	1,09	.	0,15	0,94	44,30
Konsumvereinen mit	1896	5,36	2,74	.	0,19	2,55	51,84
offenem Ladenund	1900	6,78	5,08	.	0,24	4,84	51,62
juristischer Pers-	1905	4,56	6,10	5,71	0,39	5,94	39,66
önlichkeit	1906	4,65	6,23	5,90	0,33	6,07	2,50
	1907	8,44	12,70	11,76	0,94	0,29	2,11
Vereinen zum ge-	1908	16,36	13,88	12,31	1,07	12,83	2,78
meinsamen Ein-	1909	18,98	13,72	12,68	1,06	13,07	3,23
kaufe von Lebens-	1910	22,14	14,23	12,96	1,27	13,46	4,44
oder hauswirt-	1911	23,50	15,04	13,42	1,62	14,22	5,74
schaftlichen Be-	1912	26,44	14,21	12,14	2,08	13,29	5,73
dürfnissen im	1913	29,02	14,65	12,50	2,15	13,64	11,45
großen und Ablauf	1914	29,54	14,55	12,56	1,99	13,53	12,18
im kleinen	1915	31,95	14,55	11,88	2,66	1,11	12,72
	1916	33,61	14,05	10,51	3,51	1,17	13,89
	1907	13,26
	1908	13,89
	1909	13,21
	1910	13,11
Gesellschaften mit	1911	13,23
beschränkter Haf-	1912	13,44
tung	1913	12,91
	1914	148,50
	1915	184,44
	1916	208,76
	1892	227,91
	1896	238,83
	1900	276,06
	1905	319,25
	1906	351,61
	1907	366,78
	1908	420,56
	1909	390,49
	1910	
	1911	
	1912	
	1913	
	1914	
	1915	
	1916	

¹⁾ Die für die Jahre 1907 bis 1916 in den beiden letzten Spalten angegebenen Zahlen betreffen die Gesamtsumme des Einkommens der nicht-physischen Zensiten ausschließlich der steuerpflichtigen Gesellschaften m. b. H.

d. h. die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile (Geschäftsguthaben), als die Überschüsse und das steuerpflichtige Einkommen eine — stark — aufsteigende Bewegung.

Bei den Vereinen zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen hat sich im Zeitraume 1907-1916 das Kapital sehr vermehrt, und zwar ziemlich genau vervierfacht (wobei freilich zu vermuten ist, daß die Kapitalangabe für das erste Veranlagungsjahr 1907 noch unvollständig war), wogegen die Überschüsse und das steuerpflichtige Jahreseinkommen, nachdem sie bis 1911 allmählich gestiegen waren, seitdem abgenommen haben; dasselbe gilt auch von den verteilten Überschüssen, während die zur Schuldentilgung usw. verwendeten Beträge sich auch nach 1911, namentlich in der Kriegszeit, aufwärts bewegt haben.

Endlich die Gesellschaften mit beschränkter Haftung weisen, indem sich ihr steuerpflichtiges Jahres-Durchschnittseinkommen seit 1907 etwa verdreifacht hat, eine sehr günstige Entwicklung auf.

Die folgende Zusammenstellung bringt für die vorstehende Übersicht einige bemerkenswerte Verhältnisziffern.

Es betragen bei den nichtphysischen Zensiten für das letzte Geschäftsjahr

im Jahre		die Über- schüsse über- haupt	insbe- sondere die ver- teilten Divi- denden usw.	das steuer- pflichtige Jahres- einkommen	die verteil- ten Divi- denden usw.	schnitte der für die Veranlagung maßgebenden Jahre das steuer- pflichtige Ein- kommen aus dem in Preußen steuerbaren Betriebe
H u n d e r t t e i l e						
jahre		des eingezahlten Aktienkapitals usw.	der Über- schüsse über- haupt	des ein- gezahl- ten Aktien- kapitals usw.	der Über- schüsse über- haupt	des steuerpflichtigen Einkommens überhaupt
überhaupt	1892	11,0	.	68,8	7,6	77,2
	1896	9,9	.	64,7	6,4	65,1
	1900	13,5	.	74,0	10,0	73,3
	1905	11,4	9,2	69,2	7,9	70,4
	1910	10,8	8,7	67,6	7,3	81,4
	1914	13,2	10,1	73,6	9,7	74,4
	1915	12,5	9,3	72,0	9,0	76,3
1916	11,3	7,8	69,2	7,8	69,2	78,1
insbesondere bei den						
Aktien- gesell- schaften und Kom- mandit- gesell- schaften auf Aktien	1892	11,6	.	70,5	8,2	74,3
	1896	10,0	.	65,3	6,5	63,3
	1900	13,8	.	74,7	10,3	72,2
	1905	11,4	9,3	69,3	7,9	81,4
	1910	11,0	8,8	68,1	7,5	80,6
	1914	13,4	10,3	73,9	9,9	76,8
	1915	12,6	9,5	72,3	9,1	75,5
1916	11,8	8,3	70,5	8,3	70,2	70,8
Berg- gewerk- schaften	1892	8,3	.	58,4	4,8	98,9
	1896	7,0	.	48,9	3,4	100,0
	1900	7,8	.	55,0	4,3	99,3
	1905	9,2	6,6	62,1	5,7	71,2
	1910	7,1	5,8	51,0	3,6	81,2
	1914	9,5	7,0	63,2	6,0	73,1
	1915	9,5	6,3	63,2	6,0	65,7
1916	4,3	2,4	18,5	0,8	56,9	99,6
eingetra- genen Ge- nossen- schaften usw.	1892	15,2	.	77,1	11,7	93,6
	1896	12,6	.	72,3	9,1	94,9
	1900	15,6	.	77,8	12,1	91,4
	1905	21,6	15,0	83,8	18,1	69,4
	1910	20,8	13,4	83,0	17,3	64,2
	1914	21,0	11,9	83,4	17,5	56,7
	1915	19,9	10,8	82,4	16,4	54,2
1916	30,4	10,9	88,5	26,9	35,7	97,3
Konsum- vereinen mit offe- nem La- den usw.	1892	26,9	.	86,5	23,2	100,0
	1896	51,1	.	93,2	47,6	100,0
	1900	74,9	.	95,8	71,4	97,6
	1905	133,9	125,2	97,4	130,4	93,5
Vereinen zum ge- meinsa- men Ein- kaufe usw.	1906	133,9	126,8	97,4	130,4	94,8
	1907	150,4	139,3	97,7	147,0	92,6
	1910	64,3	58,5	94,6	60,8	91,1
	1914	49,3	42,5	92,9	45,8	86,3
1915	45,5	37,2	92,3	42,0	81,7	96,3
1916	41,8	31,4	91,7	38,3	75,0	96,0
Gesell- schaften m. b. H.	1907	93,7
	1910	92,3
	1914	94,0
	1915	92,5
	1916	92,9

Diese Ziffern liefern durch die Vergleichung der als Aktienzinsen oder Dividenden (gleichviel unter welcher Benennung) unter die Mitglieder verteilten Überschüsse einschließlich der zur Schuldentilgung, Bildung von Reservefonds usw. verwandten Überschüßbeträge mit dem eingezahlten Aktienkapitale, Grundkapitale usw. ziemlich zuverlässige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Rentabilität der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften, während das gleichfalls ersichtlich gemachte ziffermäßige Verhältnis ihres steuerpflichtigen Jahreseinkommens zu ihren Überschüssen sowie zu ihrem eingezahlten Aktienkapitale usw. die Wirkung des Abzuges der 3½ % des Aktienkapitals usw. erkennen läßt.

Aus den das Ergebnis der Geschäftsgebarung betreffenden Verhältnisziffern der nichtphysischen Zensiten überhaupt wie insbesondere der steuerpflichtigen Aktiengesellschaften, Berggewerkschaften und eingetragenen Genossenschaften läßt sich deutlich der Einfluß der wechselnden Wirtschaftskonjunkturen und des Krieges ersehen. Sehr ungünstig wirkte letzterer, wie (S. 38) bereits angedeutet, auf die Berggewerkschaften ein, indem bei diesen für 1916 die Überschüsse nur 4,3 % des Grundkapitals gegen 9,5 % in den beiden Vorjahren, die verteilten Ausbeuten sogar nur 2,4 % gegen 6,3 % im Jahre 1915 und 7,0 % im Jahre 1914 ausmachten, wogegen bei den eingetragenen Genossenschaften von 1915 auf 1916 eine erhöhte Rentabilität wahrzunehmen ist.

Während bei der Geschäftsgebarung der steuerpflichtigen eingetragenen Genossenschaften und noch mehr bei der der Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften die Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftslage unverkennbar ist, zeigen die Konsumvereine mit offenem Laden im Zeitraume 1892-1906 eine stetig aufsteigende geradezu glänzende, andererseits die Vereine zum gemeinsamen Einkaufe usw. in den Jahren 1907 bis 1916 eine ununterbrochen absteigende finanzielle Entwicklung; immerhin stellte sich die Rentabilitätsziffer der letzteren in allen Jahren seit 1907, wie vorher die der Konsumvereine mit offenem Laden, weitaus am höchsten unter den nichtphysischen Zensiten. Daß bei den Einkaufsvereinen die Rentabilität nach 1907 überhaupt weit geringer war als bei den Konsumvereinen, hängt damit zusammen, daß sich unter jenen, wie bereits erwähnt, zahlreiche weniger leistungsfähige Personenvereine befinden; die gegen die folgenden Jahre stark abweichende Ziffer des Jahres 1907 dürfte in der Hauptsache auf der bereits erwähnten unvollständigen Ermittlung der den Überschüssen gegenüberstehenden eingezahlten Geschäftsanteile im ersten Veranlagungsjahre beruhen.

Der als Dividende oder dergl. verteilte Gewinn machte überhaupt wie bei den einzelnen Gruppen der nichtphysischen Zensiten — von den Konsumvereinen mit offenem Laden für 1905 und 1906 abgesehen — einen sinkenden Teil der gesamten Überschüsse aus; namentlich gilt dies für die Kriegszeit, in der für 1916 bei den eingetragenen Genossenschaften nur wenig mehr als ein Drittel gegen rund sieben Zehntel im Jahre 1905 und noch über die Hälfte im Jahre 1915 zur Verteilung an die Mitglieder gelangten.

Die Wirkung des Abzuges von 3½ % des Aktienkapitals usw. war am stärksten bei den Berggewerkschaften, am schwächsten bis 1907 bei den Konsumvereinen mit offenem Laden, danach bei den Einkaufsvereinen. Bei den Berggewerkschaften blieb schon im Jahre 1896 mehr als die Hälfte, im Kriegsjahre 1916 sogar über vier Fünftel ihrer Überschüsse steuerfrei; insbesondere von ihrem Grundkapital machte für 1916 das steuerpflichtige Jahreseinkommen nur 0,8 % gegen 6,0 % in den beiden vorhergehenden Jahren aus. Dagegen betrug bei den Einkaufsvereinen wie in der Regel auch bei den steuerpflichtigen Konsumvereinen mit offenem Laden der steuerpflichtige Teil der Überschüsse über neun Zehntel; bei

der Gesamtheit der in Betracht kommenden nichtphysischen Zensiten wie auch bei den Aktiengesellschaften schwankte er von rund zwei Dritteln bis zu drei Vierteln.

Schließlich zeigt unsere Übersicht noch, daß sich erhebliche Beträge auswärtigen, in Preußen der Einkommensbesteuerung nicht unterliegenden Einkommens nur bei den Aktiengesellschaften finden. —

Betrachten wir nunmehr das Veranlagungsergebnis der nichtphysischen Zensiten auch einkommensgruppenweise, wobei indes die weitere Gliederung der Einkommen von über 100 000 \mathcal{M} mangels vorliegender Zusammenstellung erst für die Zeit von 1907 an gebracht werden kann¹⁾, so erhalten wir folgendes Bild:

Es betrug

in der Einkommensgruppe von ... \mathcal{M}	im Steuerjahre	der nichtphysischen Zensiten			veranlagte Einkommenssteuer		
		Zahl überhaupt	v. H. der Gesamtzahl	überhaupt \mathcal{M}	v. H. der Gesamtsumme	im Durchschnitt \mathcal{M}	
über 900 bis 3 000	1892	364	17,95	9 119	0,09	25,1	
	1896	382	19,80	9 942	0,15	26,0	
	1900	352	14,41	9 402	0,06	26,7	
	1905	469	17,96	12 837	0,09	27,4	
	1907	1 449	20,80	40 989	0,17	28,3	
	1910	1 820	20,82	54 726	0,16	30,1	
	1914	2 684	21,42	81 807	0,18	30,5	
über 3 000 bis 9 500	1916	2 338	19,75	69 357	0,14	29,7	
	1892	395	19,48	59 664	0,59	151	
	1896	403	20,89	57 910	0,85	144	
	1900	436	17,85	60 604	0,38	139	
	1905	544	20,83	76 720	0,56	141	
	1907	1 754	25,18	259 170	1,07	148	
	1910	2 309	26,42	353 010	1,05	153	
über 9 500 bis 30 500	1914	3 403	27,15	532 872	1,19	157	
	1916	3 046	25,73	478 678	0,98	157	
	1892	406	20,02	219 140	2,18	540	
	1896	423	21,93	231 990	3,42	548	
	1900	472	19,32	265 170	1,66	562	
	1905	518	19,84	288 900	2,10	558	
	1907	1 604	23,02	949 260	3,91	592	
über 30 500 bis 100 000	1910	1 926	22,03	1 154 010	3,45	599	
	1914	2 924	23,33	1 750 770	3,90	599	
	1916	2 719	22,97	1 659 584	3,40	610	
	1892	413	20,36	822 220	8,18	1 991	
	1896	382	19,80	815 120	12,03	2 134	
	1900	558	22,84	1 149 200	7,19	2 059	
	1905	526	20,15	1 050 360	7,65	1 997	
über 100 000	1907	1 212	17,40	2 600 380	10,70	2 146	
	1910	1 484	16,98	3 227 020	9,64	2 175	
	1914	1 975	15,76	4 300 360	9,58	2 177	
	1916	2 058	17,38	4 562 090	9,34	2 217	
	1892	450	22,19	8 946 600	88,96	19 881	
	1896	339	17,57	5 659 800	83,54	16 696	
	1900	625	23,58	14 504 200	90,72	23 207	
zusammen	1905	554	21,22	12 304 000	89,60	22 209	
	1907	948	13,61	20 457 960	84,16	21 580	
	1910	1 202	13,75	28 686 780	85,69	23 866	
	1914	1 546	12,31	38 228 844	85,15	24 728	
	1916	1 677	14,17	42 059 300	86,14	25 080	
	1892	2 028	100	10 056 743	100	4 959	
	1896	1 929	100	6 774 762	100	3 512	
insbesondere:	1900	2 413	100	15 988 576	100	6 545	
	1905	2 611	100	13 732 817	100	5 260	
	1907	6 967	100	24 307 759	100	3 489	
	1910	8 741	100	33 475 546	100	3 830	
	1914	12 532	100	44 894 653	100	3 582	
	1916	11 838	100	48 829 009	100	4 125	
	1907	736	10,56	6 599 800	27,15	8 967	
über 100 000 bis 500 000	1910	920	10,53	8 054 800	24,06	8 755	
	1914	1 176	9,38	10 211 924	22,75	8 684	
	1916	1 259	10,64	11 405 460	23,36	9 059	
	1907	112	1,61	3 117 100	12,82	27 831	
über 500 000 bis 1 000 000	1910	137	1,57	3 824 020	11,42	27 913	
	1914	184	1,47	5 215 660	11,62	28 346	
	1916	208	1,76	6 213 420	12,72	29 872	
	1907	100	1,44	10 741 060	44,19	107 411	
über 1 000 000	1910	145	1,66	16 807 960	50,21	115 917	
	1914	186	1,48	22 801 260	50,79	122 587	
	1916	210	1,77	24 440 420	50,05	116 383	

¹⁾ Sie ist zwar auch für das Steuerjahr 1906, nicht aber für die früheren Vergleichsjahre 1905, 1900, 1896 und 1892 vorhanden.

Aus dieser Übersicht ergibt sich einmal, daß bei günstiger Wirtschaftslage die Besetzung der unteren Einkommensgruppen in der Regel ab-, bei ungünstiger zunimmt, während in den oberen Gruppen das Umgekehrte der Fall ist. Das zeigt sich insbesondere, wenn man beispielsweise die Ergebnisse des Jahres 1896 als eines schlechten und die des Jahres 1900 als eines guten miteinander vergleicht. In den drei unteren Einkommensabstufungen hat sich 1896 offenbar durch Zugang von Steuerpflichtigen aus höheren Einkommensgruppen die Zensitenzahl überhaupt und im Verhältnis zur Gesamtzahl der nichtphysischen Zensiten vermehrt, in den beiden oberen von über 30 500 \mathcal{M} dagegen vermindert; andererseits im Jahre 1900, also am Schlusse einer wirtschaftlichen Aufschwungsperiode, ist die Zahl der Zensiten der beiden obersten Einkommensgruppen überhaupt und verhältnismäßig beträchtlich in die Höhe gegangen, die der drei untersten zum mindesten im Verhältnis zur Zensiten-Gesamtzahl gesunken.

Sodann macht sich seit 1907 das Hinzutreten der zahlreichen weniger kapitalkräftigen Gesellschaften m. b. H. sowie der nicht zu den schon früher steuerpflichtigen Konsumvereinen mit offenem Laden zählenden Einkaufsvereine insofern bemerkbar, als dadurch alle Einkommensgruppen absolut, im Verhältnis zur Zensiten-Gesamtzahl indes nur die drei unteren bis zu 30 500 \mathcal{M} eine Zunahme erfahren haben; auf diese ist also der Hauptteil des Zuwachses entfallen. Insbesondere das Kriegsjahr 1916 brachte nur den leistungsfähigsten Einkommensgruppen von über 30 500 \mathcal{M} gegenüber 1914 eine Vermehrung und seit 1892 den Höchststand ihrer Zensitenzahl und ihres Veranlagungssolls, den übrigen hingegen überhaupt wie verhältnismäßig eine Verminderung.

Im übrigen tritt noch der überaus hohe Anteil der obersten Einkommensklasse von über 100 000 \mathcal{M} am gesamten Veranlagungssoll der nichtphysischen Zensiten hervor, der sich in keinem Jahre seit 1892 unter vier Fünfteln bezifferte. Allein die Gruppe der Millionen-Einkommen, der noch nicht ein Fünftel aller nichtphysischen Zensiten angehört, weist seit 1910 schon etwas mehr als die Hälfte des gesamten Veranlagungssolls auf.

Was das steuerpflichtige Einkommen der nichtphysischen Zensiten nach Einkommensabstufungen betrifft, so lagen für dessen Berechnung bis zum Jahre 1906 Unterlagen insofern vor, als die auf jede einzelne Steuerstufe entfallende Gesamtzahl der nichtphysischen Zensiten (ohne Gliederung nach deren einzelnen Arten) bekannt war. Seit 1907 fehlt diese Angabe in der amtlichen Statistik; es ist daher seitdem nicht mehr möglich, wie bis dahin, das Einkommen aus dem arithmetischen Mittel der die einzelnen Steuerstufen nach dem Steuertarife begrenzenden Einkommensbeträge zu ermitteln, vielmehr bleibt nunmehr nur übrig, für die Zeit von 1907 bis 1916 einkommensgruppenweise das Einkommen auf Grund des bekannten durchschnittlichen Einkommensteuersatzes der betreffenden Gruppe und des ihm tarifgemäß ungefähr entsprechenden Einkommensbetrages zu errechnen, wobei es sich natürlich nur um brauchbare Näherungswerte handeln kann¹⁾.

¹⁾ Beispielsweise betrug für 1905 bei den 518 nichtphysischen Zensiten der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} der durchschnittliche Steuersatz 558 \mathcal{M} . Dieser liegt zwischen den tarifmäßigen Steuerbeträgen von 540 und 570 \mathcal{M} und das entsprechende Einkommen zwischen 17 500 und 19 500 \mathcal{M} . Demgemäß ergibt sich die Gleichung $\frac{540 + 570 : 17 500 + 19 500}{2} = 558 : x$,

wobei $x = 18 600$ \mathcal{M} Durchschnittseinkommen. Mithin berechnet sich das Gesamteinkommen der Gruppe auf $(18 600 \times 518 =) 9,63$ Millionen \mathcal{M} , was — zufällig genau — mit der für 1905 bekannten, unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Steuerstufen begrenzenden Einkommensbeträge errechneten Einkommenssumme übereinstimmt.

Demgemäß betrug das steuerpflichtige Einkommen der nichtphysischen Zensiten

in der Einkommensgruppe von . . . M	im Steuerjahre	überhaupt Millionen M	in Hundertteilen der Gesamtsumme	im Durchschnitt M
über 900 bis 3 000	1892	0,62	0,24	1 695
	1896	0,78	0,44	2 033
	1900	0,63	0,16	1 804
	1905	0,85	0,24	1 804
	1907	2,54	0,42	1 754
	1910	3,36	0,40	1 846
	1914	4,94	0,44	1 842
über 3 000 bis 9 500	1916	4,17	0,35	1 784
	1892	2,32	0,90	5 873
	1896	2,26	1,29	5 611
	1900	2,39	0,59	5 472
	1905	3,04	0,86	5 587
	1907	9,49	1,57	5 408
	1910	12,92	1,56	5 594
über 9 500 bis 30 500	1914	19,41	1,74	5 703
	1916	17,10	1,44	5 615
	1892	7,26	2,38	17 893
	1896	7,68	4,38	18 164
	1900	8,82	2,16	18 678
	1905	9,63	2,78	18 589
	1907	27,75	4,59	17 302
über 30 500 bis 100 000	1910	33,75	4,07	17 523
	1914	50,45	4,52	17 254
	1916	46,87	3,94	17 238
	1892	23,29	9,06	56 385
	1896	22,96	13,08	60 109
	1900	32,59	8,00	58 406
	1905	29,89	8,49	56 834
über 100 000	1907	67,91	11,24	56 031
	1910	84,03	10,13	56 622
	1914	111,06	9,94	56 235
	1916	115,53	9,71	56 139
	1892	223,58	86,97	496 849
	1896	141,80	80,81	418 303
	1900	363,07	89,10	580 906
zusammen	1905	308,80	87,68	557 407
	1907	496,44	82,17	523 673
	1910	695,51	83,84	578 625
	1914	931,48	83,37	602 513
	1916	1 006,35	84,57	600 089
	1892	257,07	100	126 761
	1896	175,49	100	90 973
insbesondere:	1900	407,49	100	166 801
	1905	352,21	100	134 896
	1907	604,13	100	86 713
	1910	829,56	100	94 904
	1914	1 117,35	100	89 160
	1916	1 190,03	100	100 526
über 100 000 bis 500 000	1907	157,94	26,14	214 588
	1910	193,17	23,29	209 965
	1914	244,42	21,87	207 837
	1916	266,84	22,42	211 944
über 500 000 bis 1 000 000	1907	75,90	12,56	677 663
	1910	92,65	11,17	676 284
	1914	126,59	11,33	687 984
	1916	148,55	12,48	714 169
über 1 000 000	1907	262,61	43,47	2 626 065
	1910	409,69	49,39	2 825 442
	1914	560,48	50,16	3 013 330
	1916	590,96	49,66	2 814 119.

Hiernach ist von 1905 auf 1907 in allen Einkommensgruppen der nichtphysischen Zensiten das Gesamteinkommen infolge der Ausdehnung der Steuerpflicht auf die zahlreichen Gesellschaften m. b. H. sehr erheblich gestiegen, zugleich aber das Durchschnittseinkommen zurückgegangen. Im Kriegsjahre 1916 hat sich gegen 1914 nur in den beiden höchsten Einkommensgruppen die Einkommenssumme vergrößert, und zwar ganz besonders stark (um rund 75 Millionen auf etwas über eine Milliarde M) in der von über 100 000 M, so daß nur hier eine Zunahme auch im Verhältnis zur Gesamtsumme des Einkommens der nichtphysischen Zensiten, also auf Kosten aller übrigen Einkommensgruppen, eingetreten ist; auch hier hat aber von 1914 auf 1916 — wie bei allen Gruppen bis zu 100 000 M Einkommen — das Durchschnittseinkommen abgenommen. Im einzelnen ist dieses im letzten Berichtsjahre nur in den beiden Untergruppen von über 100 000 bis 500 000 und von über 500 000 bis 1 000 000 M gestiegen, während es in der höchsten von über 1 Million M ziemlich beträchtlich (um rund 200 000 M) gesunken ist. Gleichzeitig ist bei letzterer Einkommensgruppe auch der Anteil am Gesamteinkommen der nichtphysischen Zensiten von etwas über der Hälfte in 1914 auf etwas darunter in 1916 — trotz einer Zunahme der auf diese Gruppe entfallenden Einkommenssumme um etwas über 30 Millionen M — zurückgegangen.

Die (S. 45) folgende Übersicht stellt auch die einzelnen Arten der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften in ihrer Gruppierung nach dem Einkommen dar, wobei wieder zu berücksichtigen ist, daß für die Zeit vor 1907 die weitere Gliederung der Einkommen von über 100 000 M nicht gebracht werden kann.

Hiernach sind in der Einkommensgruppe bis zu 100 000 M die Gesellschaften m. b. H. weitaus am stärksten unter den nichtphysischen Zensiten vertreten, während in denen von über 100 000 M mit Ausnahme der von über 100 000 bis 500 000 M für 1916 die Aktiengesellschaften überwiegen. Von 1915 auf 1916 ist in der Gruppe der Einkommen von über 100 000 bis 500 000 M bei den Aktiengesellschaften ein Rückgang, bei den Gesellschaften m. b. H. hingegen eine beträchtliche Zunahme der Zensitenzahl wie des Veranlagungssolls eingetreten, so daß von diesen im letzten Berichtsjahre die Aktiengesellschaften überholt worden sind. In den beiden untersten Einkommensgruppen bis zu 9 500 M wiesen übrigens auch die eingetragenen Genossenschaften und die Einkaufsvereine eine erheblich stärkere Besetzung als die Aktiengesellschaften auf.

Betrachtet man die einzelnen Arten der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften je für sich, so zeigt sich, daß der Zensitenzahl nach die Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften ihren Schwerpunkt in den oberen Einkommensgruppen von über 30 500 M, die übrigen Arten der nichtphysischen Zensiten dagegen zumeist in den unteren bis zu 9 500 M, insbesondere die Gesellschaften m. b. H. in der Regel in denen bis zu 30 500 M (für 1914 mit etwas über der Hälfte ebenfalls schon in denen bis zu 9 500 M) haben. Dagegen entfällt bei allen Gattungen der nichtphysischen Zensiten die Mehrheit des Veranlagungssolls auf die höheren Einkommensgruppen, und zwar bei den Aktiengesellschaften mit rund zwei Dritteln schon auf die höchste Gruppe der Millionen-Einkommen, bei den Berggewerkschaften auf die Einkommensgruppen von über 500 000 M, bei den Gesellschaften m. b. H. auf die von über 100 000 M und bei den übrigen Arten auf die von über 30 500 M. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Berggewerkschaften die Einkommensgruppe von über 1 Million M in den Jahren 1914 und 1916 fast, bei den Konsumvereinen mit offenem Laden die von über 100 000 M im Jahre 1900 schon über die Hälfte der betreffenden Gesamtsteuer umfaßten und daß bei den eingetragenen Genossenschaften die Millionen-Einkommen überhaupt nicht vertreten sind.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 46.]

Es betrug			die Zensitenzahl						die veranlagte Einkommensteuer								
in der Einkommensgruppe von . . . M			überhaupt			v. H. der Gesamtzahl			überhaupt 1 000 M			v. H. der Gesamtsumme			im Durchschnitt M		
bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien:																	
			1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916
über	900 bis	3 000	129	151	130	9,00	6,50	5,96	3,7	4,2	3,5	0,01	0,01	0,01	28,8	28,0	26,9
„	3 000 „	9 500	244	278	264	17,02	11,97	12,11	39,4	42,1	41,5	0,46	0,15	0,14	162	152	157
„	9 500 „	30 500	330	454	358	23,01	19,55	16,42	178,7	254,5	200,1	2,09	0,90	0,88	542	561	559
„	30 500 „	100 000	342	576	570	23,85	24,81	26,15	688,6	1 221,0	1 195,0	8,05	4,30	4,08	2 013	2 120	2 096
„	100 000 „	500 000	389	596	570	27,13	25,67	26,15	7 643,0	5 141,0	5 097,2	89,36	18,09	17,41	19 648	8 626	8 942
„	500 000 „	1 000 000		121	135		5,21	6,19		3 299,0	3 843,2		11,61	13,13		27 264	28 468
„	1 000 000			146	153		6,29	7,02		18 460,2	18 900,0		64,95	64,55		126 440	123 529
zusammen . . .			1 434	2 322	2 180	100	100	100	8 553,4	28 422,1	29 280,5	100	100	100	5 965	12 240	13 431

bei den Berggewerkschaften:																	
			1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916
über	900 bis	3 000	22	8	12	11,22	5,71	9,33	0,6	0,3	0,4	0,04	0,01	0,02	25,7	31,5	31,5
"	3 000 "	9 500	33	20	20	16,84	14,29	15,63	4,9	2,9	3,0	0,35	0,17	0,19	148	147	150
"	9 500 "	30 500	32	20	15	16,33	14,29	11,72	18,8	9,2	7,5	1,34	0,53	0,48	589	461	502
"	30 500 "	100 000	51	26	25	26,02	18,57	19,53	95,5	54,4	53,2	6,81	3,11	3,42	1 873	2 094	2 127
"	100 000 "	500 000	58	42	33	29,59	30,00	25,78	1 282,3	422,8	366,4	91,46	24,15	23,56	22 117	10 067	11 103
"	500 000 "	1 000 000															
"	1 000 000																
			14	13		10,00	10,16		418,6	360,8		23,91	23,20		29 900	27 754	
			10	10		7,14	7,81		842,4	763,9		48,12	49,12		84 240	76 390	
zusammen . . .			196	140	128	100	100	100	1 402,6	1 750,6	1 555,2	100	100	100	7 156	12 505	12 150

bei den eingetragenen Genossenschaften:																	
			1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916	1892	1914	1916
über	900 bis	3 000	170	491	454	55,02	44,04	40,07	3,7	11,7	11,1	5,23	3,38	2,07	21,9	23,8	24,5
"	3 000 "	9 500	94	379	377	30,42	33,99	33,27	12,6	50,9	51,3	17,68	14,68	9,52	134	134	136
"	9 500 "	30 500	31	167	200	10,03	14,98	17,65	14,7	81,1	92,9	20,62	23,38	17,25	473	486	465
"	30 500 "	100 000	12	63	77	3,88	5,53	6,80	24,2	110,1	148,4	33,98	31,75	27,54	2 015	1 748	1 927
"	100 000 "	500 000	2	15	22	0,65	1,35	1,91	16,0	93,0	151,2	22,49	26,81	28,07	8 000	6 200	6 873
"	500 000 "	1 000 000															
"	1 000 000																
			—	—	3	—	—	0,26	—	—	83,8	—	—	15,56	—	—	27 933
zusammen . . .			309	1 115	1 133	100	100	100	71,2	346,9	538,7	100	100	100	230	311	475

bei den Konsumvereinen mit offenem Laden:																	
			1892	1900	1906	1892	1900	1906	1892	1900	1906	1892	1900	1906	1892	1900	1906
über	900 bis	3 000	43	58	76	48,31	29,44	25,94	1,2	1,7	2,2	3,97	1,14	1,15	27,3	29,7	28,8
"	3 000 "	9 500	24	66	105	26,97	33,50	35,84	2,8	9,1	13,0	9,37	6,00	6,84	116	137	124
"	9 500 "	30 500	13	45	70	14,61	22,84	23,89	6,9	24,6	35,4	23,40	16,26	18,63	533	546	506
"	30 500 "	100 000	8	20	35	8,99	10,15	11,95	13,9	34,9	65,8	47,06	23,10	34,58	1 743	1 745	1 879
"	100 000 "	500 000	1	8	7	1,12	4,06	2,39	4,3	80,3	73,8	16,21	53,49	38,80	4 800	10 100	10 543
"	500 000 "	1 000 000															
"	1 000 000																
zusammen . . .			89	197	293	100	100	100	29,6	151,1	190,2	100	100	100	333	767	649

bei den Vereinen zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablauf im kleinen:																	
			1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916
über	900 bis	3 000	325	408	388	40,42	42,19	41,81	8,5	11,1	10,4	2,34	2,59	2,51	26,2	27,2	26,8
"	3 000 "	9 500	293	344	340	36,44	35,57	36,64	38,4	46,4	44,9	10,54	10,87	10,84	131	135	132
"	9 500 "	30 500	128	156	145	15,92	16,13	15,63	62,2	75,3	69,5	17,08	17,62	16,78	486	483	480
"	30 500 "	100 000	48	48	44	5,97	4,96	4,74	85,2	84,0	78,9	23,41	19,66	19,05	1 776	1 750	1 794
"	100 000 "	500 000	9	9	9	1,12	0,93	0,97	98,8	78,6	65,0	27,13	18,40	15,69	10 978	8 733	7 222
"	500 000 "	1 000 000	—	1	1	—	0,10	0,11	—	28,6	32,0	—	6,70	7,72	—	28 600	32 000
"	1 000 000		1	1	1	0,12	0,10	0,11	71,0	103,2	113,6	19,50	24,16	27,41	71 000	103 200	113 600
zusammen . . .			804	967	928	100	100	100	364,1	427,1	414,4	100	100	100	453	442	447

bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung:																	
			1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916	1907	1914	1916
über	900 bis	3 000	594	1 626	1 354	18,23	20,36	18,13	18,5	54,5	44,0	0,31	0,39	0,26	31,2	33,5	32,5
"	3 000 "	9 500	938	2 382	2 045	28,78	29,82	27,38	149,1	390,5	337,9	2,46	2,80	1,98	159	164	165
"	9 500 "	30 500	906	2 127	2 001	27,80	26,63	26,79	568,0	1 330,7	1 289,4	9,86	9,54	7,57	627	626	644
"	30 500 "	100 000	549	1 262	1 342	16,85	15,80	17,97	1 254,3	2 830,8	3 086,7	20,67	20,30	18,11	2 285	2 243	2 300
"	100 000 "	500 000	241	514	625	7,39	6,43	8,37	2 210,4	4 476,5	5 725,7	36,43	32,09	33,60	9 172	8 709	9 161
"	500 000 "	1 000 000	18	48	56	0,55	0,60	0,75	539,1	1 469,5	1 893,6	8,88	10,54	11,11	29 950	30 614	33 815
"	1 000 000		13	29	46	0,40	0,36	0,62	1 328,3	3 395,5	4 662,9	21,99	24,34	27,36	102 174	117 085	101 368
zusammen . . .			3 259	7 988	7 469	100	100	100	6 067,6	13 947,9	17 040,2	100	100	100	1 862	1 746	2 281

Im folgenden seien für die beiden steuerlich wichtigsten Gattungen der nichtphysischen Zensiten Näherungswerte ihres steuerpflichtigen Einkommens nach Einkommensabstufungen gebracht.

Es betrug das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien

in der Einkommensgruppe von . . . M	im Steuerjahre	überhaupt Millionen M	v. H. der Gesamtsumme	im Durchschnitt M
über 900	1892	0,24	0,11	1 848
	1907	0,26	0,06	1 926
bis 3 000	1914	0,28	0,04	1 842
	1916	0,23	0,03	1 750
über 3 000	1892	1,51	0,70	6 205
	1907	1,46	0,35	5 715
bis 9 500	1914	1,65	0,23	5 937
	1916	1,61	0,22	6 094
über 9 500	1892	5,91	2,72	17 914
	1907	7,90	1,89	19 092
bis 30 500	1914	8,47	1,18	18 659
	1916	6,59	0,90	18 413
über 30 500	1892	19,43	8,93	56 811
	1907	32,53	7,79	58 200
bis 100 000 . . .	1914	34,51	4,80	59 907
	1916	33,41	4,57	58 619
über 100 000 . . .	1892	190,59	87,55	489 956
	1907	375,40	89,90	619 472
	1914	673,67	93,75	780 610
	1916	689,77	94,28	803 931
zusammen . . .	1892	217,69	100	151 803
	1907	417,56	100	212 066
	1914	718,57	100	309 463
	1916	731,61	100	335 603
insbesondere:				
über 100 000	1907	99,31	23,78	223 157
	1914	129,81	18,07	217 806
bis 500 000 . . .	1916	127,31	17,40	223 358
über 500 000	1907	57,61	13,80	694 038
	1914	82,66	11,50	683 114
bis 1 000 000 . .	1916	95,26	13,02	705 618
über 1 000 000 . .	1907	218,19	52,33	2 801 149
	1914	461,20	64,18	3 158 887
	1916	467,20	63,86	3 053 600.

In allen Einkommensgruppen hat sich demnach bis 1914 (Friedensstand) das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaften überhaupt vermehrt, im Verhältnis zur Einkommens-Gesamtsumme aber nur in der höchsten Gruppe der Einkommen von über 100 000 M, in der es absolut wie verhältnismäßig auch in der Kriegszeit allein in die Höhe gegangen ist. Im letzten Berichtsjahre war das steuerpflichtige Gesamteinkommen der Aktiengesellschaften mit mehr als 100 000 M Einkommen über dreieinhalbmal so hoch wie im ersten Veranlagungsjahre 1892; auch ihr Durchschnittseinkommen ist in der Berichtszeit stark — um über 300 000 M — gestiegen. Auf die Untergruppe der Millionen-Einkommen, deren Einkommens-Gesamtbetrag sich von 1907 bis 1916 mehr als verdoppelt hat, entfiel 1907 bereits etwas mehr als die Hälfte, 1916 dagegen nahezu zwei Drittel des steuerpflichtigen Gesamteinkommens der Aktiengesellschaften.

Ferner betrug das steuerpflichtige Einkommen der Gesellschaften m. b. H.

in der Einkommensgruppe von . . . M	im Steuerjahre	überhaupt Millionen M	v. H. der Gesamtsumme	im Durchschnitt M
über 900	1907	1,02	0,74	1 723
	1914	3,10	0,91	1 908
bis 3 000	1916	2,45	0,63	1 813
über 3 000	1907	5,11	3,67	5 447
	1914	13,80	4,17	5 792
bis 9 500	1916	11,57	2,96	5 657

noch: in der Einkommensgruppe von . . . M	im Steuerjahre	überhaupt Millionen M	v. H. der Gesamtsumme	im Durchschnitt M
über 9 500	1907	15,10	10,86	16 666
	1914	36,47	11,03	17 145
bis 30 500	1916	34,61	8,86	17 297
über 30 500	1907	29,82	21,44	54 320
	1914	69,38	20,98	54 978
bis 100 000	1916	74,09	18,97	55 211
über 100 000	1907	88,04	63,80	323 687
	1914	207,93	62,88	351 824
	1916	267,77	68,57	368 317
zusammen . . .	1907	139,10	100	42 681
	1914	330,68	100	41 397
	1916	390,49	100	52 282
insbesondere:				
über 100 000	1907	47,70	34,30	197 945
	1914	99,59	30,12	193 754
bis 500 000	1916	124,76	31,95	199 623
über 500 000	1907	11,64	8,37	646 860
	1914	32,72	9,89	681 633
bis 1 000 000 . . .	1916	41,30	10,58	737 412
über 1 000 000 . . .	1907	28,69	20,63	2 207 289
	1914	75,62	22,87	2 607 584
	1916	101,71	26,05	2 211 023.

Bei den Gesellschaften m. b. H. spielen hiernach die Einkommen von über 100 000 M, insbesondere auch die von über 1 Million M keine so große Rolle wie bei den Aktiengesellschaften. Bei ersteren stellt sich demgemäß der Anteil der unteren Gruppen bis zu 100 000 M Einkommen am steuerpflichtigen Gesamteinkommen erheblich höher als bei letzteren. Immerhin ist bei den Gesellschaften m. b. H. bis 1916 der Einkommensbetrag der Einkommensgruppe von über 100 000 M auf das Dreifache, der von über 1 Million M sogar auf das Dreieinhalbfache des von 1907 gestiegen. Bei den Gesellschaften m. b. H. findet sich auch abweichend von den Aktiengesellschaften von 1907 bis 1914 (Friedensstand) eine Erhöhung der Anteilsziffern der Einkommensgruppen bis zu 30 500 M, andererseits ein Sinken der von über 30 500 M, während im Kriegsjahre 1916 der Anteil der Einkommensgruppe von über 100 000 M auf Kosten aller übrigen Gruppen, und zwar von etwas über drei Fünfteln in 1914 auf fast sieben Zehntel des Gesamteinkommens der Gesellschaften m. b. H., emporgegangen ist. Der Durchschnittsbetrag der Millionen-Einkommen verminderte sich von 1914 auf 1916 bei den Gesellschaften m. b. H. um fast 400 000 M, bei den Aktiengesellschaften dagegen nur um rund 100 000 M. —

Wie bei den physischen Zensiten ist auch bei den nichtphysischen eine Gliederung des Einkommensteuer-Erhebungssolls nach Einkommensabstufungen nur für die beiden Hauptgruppen der Einkommen von über 900 bis 3 000 und über 3 000 M möglich. Die (S. 47) folgende Übersicht bringt diese unter Gegenüberstellung des betreffenden Veranlagungssolls.

Da die Steuerzuschlagssätze progressiv gestaltet sind, war naturgemäß seit 1909 bei den nichtphysischen Zensiten überhaupt wie bei ihren einzelnen Arten in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M der Anteil am Gesamterhebungssoll kleiner, in der von über 3 000 M größer als am gesamten Veranlagungssoll (was allerdings für die Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften in einzelnen Vergleichsjahren noch nicht bei der zweiten, sondern erst bei der dritten Dezimale zum Ausdruck kommt).

Wie beim Veranlagungssoll finden sich auch beim Erhebungssoll der nichtphysischen Zensiten in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M nur verhältnismäßig geringfügige — zudem seit 1914, allein ausgenommen bei den Berg-

Es betrug

das Einkommensteuer-

im Steuer- jahre	Erhebungssoll						Veranlagungssoll					
	in der Einkommensgruppe von ... M											
	über 900 bis 3 000			über 3 000			über 900 bis 3 000			über 3 000		
	über- haupt M	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt M	über- haupt M	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt M	über- haupt M	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt M	über- haupt M	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt M
bei den nichtphysischen Zensiten überhaupt:												
1907	40 920	0,17	28,24	24 025 433	99,83	4 354	40 989	0,17	28,29	24 266 770	99,83	4 398
1908	42 551	0,15	28,48	29 214 605	99,85	4 760	42 589	0,14	28,51	29 504 282	99,86	4 807
1909	51 537	0,11	30,90	47 017 817	99,89	7 199	48 481	0,15	29,07	32 512 388	99,85	4 978
1910	58 148	0,12	31,95	48 190 075	99,88	6 963	54 726	0,16	30,07	33 420 820	99,84	4 829
1911	62 697	0,13	31,63	47 836 360	99,87	6 460	58 978	0,18	29,76	33 234 778	99,82	4 488
1912	70 835	0,14	32,55	51 414 550	99,86	6 253	66 594	0,19	30,60	35 775 812	99,81	4 351
1913	77 081	0,13	32,05	57 482 545	99,87	6 245	72 546	0,18	30,16	40 084 628	99,82	4 355
1914	86 984	0,14	32,41	64 231 202	99,86	6 522	81 807	0,18	30,48	44 812 846	99,82	4 550
1915	81 539	0,12	32,68	66 279 417	99,88	6 910	76 653	0,17	30,72	46 279 886	99,83	4 825
1916	74 063	0,07	31,68	112 261 335	99,93	11 817	69 357	0,14	29,67	48 759 652	99,86	5 133
bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien:												
1907	3 954	0,02	29,51	16 297 033	99,98	8 881	3 954	0,02	29,51	16 495 696	99,98	8 989
1910	4 383	0,01	31,09	32 406 000	99,99	16 350	4 036	0,02	28,62	21 963 686	99,98	11 082
1914	4 623	0,01	30,61	41 771 810	99,99	19 241	4 235	0,01	28,05	28 417 866	99,99	13 090
1916	3 893	0,01	29,95	74 567 565	99,99	36 374	3 501	0,01	26,93	29 277 030	99,99	14 281
bei den Berggewerkschaften:												
1907	216	0,02	24,00	1 138 958	99,98	10 644	216	0,02	24,00	1 138 958	99,98	10 644
1910	265	0,01	37,91	2 703 425	99,99	20 025	242	0,01	34,57	1 811 162	99,99	13 416
1914	276	0,01	34,55	2 619 526	99,99	19 845	252	0,01	31,50	1 750 380	99,99	13 260
1916	424	0,01	35,30	4 011 416	99,99	34 581	378	0,02	31,50	1 554 810	99,98	13 404
bei den eingetragenen Genossenschaften mit Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus:												
1907	9 725	4,10	25,13	227 345	95,90	526	9 754	4,11	25,20	227 422	95,89	526
1910	10 732	3,13	25,49	332 662	96,87	659	10 278	3,59	24,41	275 694	96,41	546
1914	12 230	2,94	24,91	403 162	97,06	646	11 710	3,38	23,85	335 148	96,62	537
1916	11 729	1,24	25,53	934 437	98,76	1 376	11 125	2,07	24,50	527 574	97,93	777
bei den Vereinen zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablauf im kleinen:												
1907	8 526	2,34	26,23	355 612	97,66	742	8 526	2,34	26,23	355 612	97,66	742
1910	10 069	2,00	27,97	492 800	98,00	882	9 623	2,32	26,73	404 750	97,68	724
1914	11 599	2,24	28,43	506 601	97,76	906	11 084	2,59	27,17	416 062	97,41	744
1916	10 970	1,51	28,27	717 862	98,49	1 329	10 381	2,51	26,76	404 022	97,49	748
bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung:												
1907	18 499	0,31	31,14	6 006 485	99,69	2 254	18 539	0,31	31,21	6 049 082	99,69	2 270
1910	32 698	0,27	36,70	12 255 188	99,73	3 277	30 547	0,34	34,28	8 965 528	99,66	2 397
1914	58 257	0,31	35,83	18 930 103	99,69	2 975	54 526	0,39	33,53	13 893 390	99,61	2 184
1916	47 048	0,15	34,75	32 030 055	99,85	5 238	43 972	0,26	32,48	16 996 216	99,74	2 779

gewerkschaften, im Rückgang begriffene — Steuerbeträge; am bedeutendsten ist in dieser Gruppe ihr Anteil am Gesamtsoll bei den eingetragenen Genossenschaften und den Einkaufsvereinen. Überall ist andererseits das Erhebungssoll der Einkommensgruppe von über 3 000 M stark gestiegen, ganz besonders natürlich von 1914 auf 1916 infolge der erhöhten Zuschläge der Novelle von 1916, und zwar verhältnismäßig am meisten bei den eingetragenen Genossenschaften, wo es sich in jener Zeitspanne mehr als verdoppelt hat. Insbesondere ist es auch bei den Berggewerkschaften und den Einkaufsvereinen beträchtlich in die Höhe gegangen, obwohl bei diesen Gattungen der nichtphysischen Zensiten das entsprechende Veranlagungssoll gleichzeitig abgenommen hat. Gegenüber dem Veranlagungssoll war dagegen die Zunahme des Erhebungssolls der Einkommen von über 3 000 M am stärksten bei den Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften, bei denen sich letzteres im Jahre 1916 weit mehr als doppelt so hoch als ersteres stellt; hierin finden die höheren Zuschlagsprozente der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien

und Berggewerkschaften ihren Ausdruck. Bei der Gesamtheit der nichtphysischen Zensiten war ebenfalls in der Einkommensgruppe von über 3 000 M im letzten Berichtsjahre das Veranlagungssoll noch nicht halb so hoch wie das Erhebungssoll. —

Außer den im vorstehenden behandelten nichtphysischen Zensiten kennen wir seit dem Jahre 1907 auch die unter § 1 Ziffer 4 bis 6 des Einkommensteuergesetzes (neuer Fassung) fallenden nichtphysischen Personen, die wegen Einkommens von nicht mehr als 900 M steuerfrei waren, außerdem auch die Gesellschaften m. b. H., die gemäß § 1 letzter Absatz a. a. O., weil ihre Gesellschafter ausschließlich aus öffentlichen Korporationen bestehen oder ihre Einkünfte satzungsgemäß ausschließlich gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken dienen, der Steuerpflicht nicht unterliegen. Läßt man die letzteren wenigen subjektiv steuerfreien Gesellschaften m. b. H. (1907 106, 1916 100), deren Einkommenshöhe nicht bekannt ist, außer Betracht, so erhält man folgende Gesamtzahlen der an sich der subjektiven Steuerpflicht unterworfenen korporativen Erwerbsgesellschaften:

Es wurden insgesamt nichtphysische Personen gezählt

im Steuer- jahre	über- haupt	davon wegen Einkommens bis 900 M steuerfrei	Aktien- gesellschaften usw.		Berg- gewerkschaften		eingetragene Ge- nossenschaften usw.		Vereine zum gemein- samen Einkaufe usw.		Gesellschaften m. b. H.	
			über- haupt	davon steuer- frei	über- haupt	davon steuer- frei	über- haupt	davon steuer- frei	über- haupt	davon steuer- frei	über- haupt	davon steuer- frei
1907	12 357	5 388	3 070	1 099	368	252	1 581	762	1 101	297	6 237	2 978
1908	13 314	5 679	3 195	1 060	386	245	1 638	775	1 143	297	6 952	3 302
1909	14 624	6 420	3 265	1 094	390	241	1 675	789	1 169	288	8 125	4 008
1910	16 121	7 376	3 301	1 175	401	259	1 756	830	1 184	265	9 479	4 847
1911	17 681	8 293	3 377	1 248	404	273	1 818	876	1 207	270	10 875	5 626
1912	19 609	9 206	3 472	1 278	416	290	1 929	915	1 216	278	12 576	6 445
1913	21 435	9 821	3 509	1 270	420	303	1 996	909	1 251	265	14 259	7 074
1914	23 130	10 584	3 587	1 264	434	294	2 046	931	1 222	255	15 841	7 840
1915	24 127	12 021	3 567	1 283	429	288	2 009	931	1 228	269	16 894	9 250
1916	25 066	13 181	3 632	1 449	428	297	2 225	1 078	1 208	273	17 573	10 084

Somit hat sich im Zeitraume 1907-1916 die Gesamtzahl der nichtphysischen Personen zwar verdoppelt, andererseits haben sich aber die wegen Einkommens von nicht mehr als 900 M steuerfreien fast um das Anderthalbfache, also noch stärker, insbesondere auch mehr als die steuerpflichtigen mit über 900 M Einkommen, vermehrt.

Im einzelnen ist die Gesamtzahl wie die Zahl der Steuerfreien weitaus am stärksten bei den Gesellschaften m. b. H. gestiegen; auch hier überwog — und zwar erheblich — das Zunahmeverhältnis der Steuerfreien.

Bei allen Gattungen der nichtphysischen Personen ist während der Kriegszeit eine mehr oder weniger beträchtliche Vermehrung der steuerfreien unter ihnen eingetreten, auch bei den Einkaufsvereinen, die allein vorher eine überwiegend rückläufige Häufigkeitsbewegung der Steuerfreien aufwiesen.

Nach den hauptsächlichsten Einkommensabstufungen geordnet, hatten vom Hundert aller der subjektiven Steuerpflicht unterliegenden nichtphysischen Personen

im Steuer- jahre	ein Einkommen von . . . M				
	bis 900	über 900 bis 3 000	über 3 000	über 100 000	über 1 000 000
überhaupt:					
1907 . . .	43,60	11,74	44,65	7,67	0,91
1908 . . .	42,65	11,24	46,10	8,38	0,92
1909 . . .	43,90	11,44	44,66	8,08	0,91
1910 . . .	45,75	11,31	42,93	7,46	0,90
1911 . . .	46,90	11,22	41,88	6,94	0,91
1912 . . .	46,95	11,12	41,93	6,70	0,76
1913 . . .	45,82	11,24	42,94	6,53	0,76
1914 . . .	45,76	11,66	42,58	6,08	0,80
1915 . . .	49,82	10,42	39,76	6,45	0,80
1916 . . .	52,59	9,51	37,90	6,69	0,84

bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien:

1907 . . .	35,80	4,43	59,77	19,74	2,54
1910 . . .	35,60	4,36	60,01	22,39	3,36
1914 . . .	35,24	4,24	60,52	24,06	4,07
1916 . . .	39,90	3,66	56,44	23,62	4,21

bei den Berggewerkschaften:

1907 . . .	68,48	2,45	29,08	13,59	2,17
1910 . . .	64,59	1,75	33,67	16,21	2,99
1914 . . .	67,74	1,84	30,41	15,21	2,30
1916 . . .	69,39	3,50	27,10	13,08	2,34

bei den eingetragenen Genossenschaften mit Geschäftsbetrieb über ihren Mitgliederkreis hinaus:

1907 . . .	48,20	24,48	27,32	0,63	—
1910 . . .	47,27	23,97	28,76	0,63	—
1914 . . .	45,50	24,00	30,50	0,73	—
1916 . . .	48,45	21,03	30,52	1,12	—

Noch: im Steuerjahre bis 900 ein Einkommen von . . . M über 900 bis 3 000 über 3 000 über 100 000 über 1 000 000 bei den Vereinen zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen:

1907 . . .	26,98	29,52	43,51	0,91	0,00
1910 . . .	22,38	30,41	47,21	1,10	0,03
1914 . . .	20,87	33,39	45,74	0,90	0,04
1916 . . .	22,60	32,70	44,70	0,91	0,08

bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung:

1907 . . .	47,75	9,52	42,73	4,36	0,21
1910 . . .	51,13	9,41	39,46	3,93	0,22
1914 . . .	49,49	10,35	40,16	3,73	0,18
1916 . . .	57,38	7,82	34,80	4,14	0,23

Bis 1916 hatte also die Mehrheit der nichtphysischen Personen überhaupt ein 900 M übersteigendes steuerpflichtiges Einkommen; im letzten Berichtsjahre überwogen — offenbar unter dem Einflusse des Krieges, der schon für 1915 eine erhebliche Steigerung ihrer Verhältniszahl gebracht hatte — zum ersten Male etwas die Steuerfreien mit Einkommen bis zu 900 M, deren Anteil an der Gesamtzahl in den Jahren 1907 bis 1909 wenig mehr als zwei Fünftel betrug. Dieser aufsteigenden Bewegung der Gesamt-Verhältniszahl in der Einkommensgruppe bis zu 900 M im Zeitraume 1907-1916 entspricht, wenn auch unter Schwankungen, eine absteigende bei den übrigen Einkommensabstufungen. Während aber in den Gruppen von über 900 bis 3 000 M und über 3 000 M Einkommen in der Kriegszeit die Senkung am bedeutendsten war, findet sich in den beiden Untergruppen von über 100 000 und über 1 000 000 M für 1916 ein Ansteigen der Ziffern; auch hier machen sich also die im Kriege wesentlich verbesserten Einkommensverhältnisse der leistungsfähigsten Kapitalsassoziationen bemerkbar.

Im einzelnen befindet sich nur bei den Berggewerkschaften mit nahezu zwei Dritteln bis zu fast sieben Zehnteln ihrer Gesamtzahl und außerdem in einigen Vergleichsjahren, insbesondere allerdings im letzten Berichtsjahre mit annähernd drei Fünfteln, bei den Gesellschaften m. b. H. die Mehrheit dieser Personenvereine in der untersten Einkommensgruppe bis zu 900 M, während bei den Aktiengesellschaften mit rund drei Fünfteln ihrer Gesamtzahl der Schwerpunkt in der Klasse der Einkommen von über 3 000 M, im übrigen aber in denen von über 900 bis 3 000 und über 3 000 M zusammen liegt.

In den Untergruppen von über 100 000 und über 1 000 000 M Einkommen sind wieder die Aktiengesellschaften weitaus am stärksten vertreten; es folgen hier — trotz der erwähnten überaus starken Besetzung der untersten Einkommensgruppe — noch mit beträchtlichen Ziffern die Berggewerkschaften, wogegen bei den übrigen Gattungen der nicht-

physischen Personen die Einkommen von über 100 000 und über 1 000 000 \mathcal{M} weit zurücktreten, ganz besonders auch bei den Vereinen zum gemeinsamen Einkauf usw., wiewohl diese nächst den Aktiengesellschaften in der Einkommensgruppe von über 3 000 \mathcal{M} zusammen die höchsten Verhältnisziffern aufweisen.

Vergleicht man schließlich die Einkommensgliederung der Gesamtheit der nichtphysischen Personen mit der der physischen Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (S. 17 bis 20), so zeigt sich, daß erstere in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} verhältnismäßig viel schwächer, andererseits in der von über 3 000 \mathcal{M} und insbesondere in denen von über 100 000 und über 1 000 000 \mathcal{M} viel stärker als letztere vertreten sind, während die Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} bei den nichtphysischen Personen seit 1915, also als Kriegserrscheinung, etwas häufiger vorkommen als bei den bis dahin verhältnismäßig stärker mit solchen durchsetzten Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern.

C. Gesamtergebnis der Veranlagung.

Im folgenden sollen die hauptsächlichsten Ergebnisse der Veranlagung der physischen und der nichtphysischen Personen zur Staatseinkommensteuer im fünfundzwanzigjährigen Zeitraum 1892-1916 zusammengefaßt dargestellt werden, um so die Gesamtwirkung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und der dazu ergangenen Novellen sowie die gesamte, im Privateinkommen zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ersichtlich zu machen. Demgemäß wird nicht nur das steuerpflichtige Gesamteinkommen behandelt, sondern am Schlusse dieses Abschnittes auch der Versuch gemacht, das Einkommen, das wegen seiner geringen Höhe oder aus anderen besonderen Gründen von der Einkommensteuer freigebieben ist, zu erfassen und bei der Darstellung des gesamten Privateinkommens in Preußen, seiner Entwicklung und Verteilung mitzubetrachten.

Es betrug

im	der (physischen und nichtphysischen)	Zensiten		
Stenerjahre	Gesamtzahl	steuerpflichtiges Einkommen	Einkommensteuer-Veranlagungssoll	Erhebungssoll
		\mathcal{M}	\mathcal{M}	\mathcal{M}
1892	2 437 886	5 961 397 632	124 842 848	124 842 848
1893	2 481 837	5 967 767 982	123 190 131	123 190 131
1894	2 520 930	5 984 541 495	122 029 765	122 029 765
1895	2 605 183	6 113 583 871	123 433 466	123 433 466
1896	2 654 444	6 261 540 077	127 080 740	127 080 740
1897	2 765 996	6 582 114 807	134 954 972	134 954 972
1898	2 909 403	7 040 596 659	146 738 875	146 738 875
1899	3 094 428	7 589 796 408	159 555 722	159 555 722
1900	3 379 534	8 248 786 814	174 385 348	174 385 348
1901	3 649 188	8 854 182 261	186 888 684	186 888 684
1902	3 762 047	9 036 016 525	188 837 843	188 837 843
1903	3 897 782	9 091 538 136	186 358 311	186 358 311
1904	4 133 539	9 470 698 573	191 230 947	191 230 947
1905	4 393 219	10 020 820 472	201 768 897	201 768 897
1906	4 675 199	10 725 936 684	216 795 002	216 795 002
1907	5 391 523	12 351 930 330	249 964 330	247 102 455
1908	5 884 373	13 526 885 564	273 974 194	270 608 352
1909	6 107 621	14 030 940 669	284 075 866	326 874 962
1910	6 250 235	14 540 336 770	293 835 094	337 776 211
1911	6 561 092	15 316 277 617	308 742 260	353 710 959
1912	6 916 895	16 131 330 666	329 530 718	377 485 363
1913	7 329 992	17 253 219 703	354 515 857	405 743 110
1914	7 696 594	18 677 714 540	386 022 016	442 792 061
1915	7 312 706	17 698 459 138	365 415 004	420 940 163
1916	7 520 367	19 436 684 465	410 973 827	610 741 775
1916 gegen	1892 + 208,5%	+ 226,0 %	+ 229,2 %	+ 389,2 %
	1914 — 2,8%	+ 4,1 %	+ 6,5 %	+ 37,9 %
	1915 + 2,8%	+ 9,8 %	+ 12,5 %	+ 45,1 %

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

Seit der erstmaligen Veranlagung im Jahre 1892 hat sich also die Gesamtzahl der (physischen und nichtphysischen) Zensiten schon etwas mehr als verdreifacht, das gesamte steuerpflichtige Reineinkommen auf das Dreieinviertelfache und das Einkommensteuer-Veranlagungssoll auf annähernd das Dreieinviertelfache vermehrt, während sich das Erhebungssoll nahezu verfünffacht hat. Das Einkommen ist mithin stärker als die Zensitenzahl, das Veranlagungssoll stärker als das Einkommen und das Erhebungssoll wieder weit stärker als das Veranlagungssoll gestiegen; das Überwiegen der Steuerzunahme läßt bei dem progressiven Charakter der preußischen Einkommensteuer darauf schließen, daß auch die Einkommen eine erhebliche Erhöhung erfahren haben.

Bei von Jahr zu Jahr gewachsener Zensitenzahl war zunächst im zweiten Veranlagungsjahre 1893 und im dritten 1894 der Steuerertrag etwas zurückgegangen. Seitdem ist aber die preußische Einkommensteuer vor allem wegen des erhöhten Volkseinkommens, ferner infolge größerer Vervollkommnung der Veranlagung und zunehmender Gewissenhaftigkeit bei Abgabe der Steuererklärungen, insbesondere auch infolge besserer Erfassung des Arbeitseinkommens, Erweiterung des Kreises der nichtphysischen Steuerpflichtigen und Einführung von Zuschlägen zu den tarifmäßigen Steuersätzen — ungeachtet der gesetzlichen Neueinführung mehrfacher, die Steuerhöhe beeinflussender Erleichterungen (Erweiterung des Kinderprivilegs und der zulässigen Abzüge vom Einkommen) — für den Staat eine immer ergiebigere gegen die Schwankungen des Wirtschaftslebens wenig empfindliche Einkommensquelle geworden. Nur noch einmal war bis zum Kriegsbeginn, und zwar von 1902 auf 1903 eine wenn auch nicht bedeutende Verminderung des Steuersolls eingetreten.

Als Folge des Krieges ereignete sich im Jahre 1915 (die Veranlagung für 1914 fällt noch in die Friedenszeit) zum ersten Male ein Rückgang nicht nur der Gesamtsteuer (der veranlagten um 5,3, der zu erhebenden um 4,9 % gegen 1914), sondern auch des Gesamteinkommens (um 5,2 %) und der Zensiteng Gesamtzahl (um 5,0 %), für den aber das Jahr 1916 bereits einen Ausgleich gebracht hat. In diesem erreichten das Einkommen wie die Steuer ihren höchsten Stand seit 1892, während die Zensitenzahl hinter der bisherigen Höchstzahl des Jahres 1914 um 176 227 oder 2,3 %, also nicht beträchtlich, noch zurückblieb.

Die erhebliche Zunahme des Steuersolls von 1906 auf 1907 um über 30 Millionen \mathcal{M} ist zum Teil auf die Erweiterung des Kreises der steuerpflichtigen nichtphysischen Personen infolge der Novelle von 1906, zum Teil — ebenso wie noch die von 1907 auf 1908 um über 20 Millionen \mathcal{M} — auch auf die durch dieselbe Gesetzesbestimmung eingeführte Verpflichtung der Arbeitgeber zur Auskunfterteilung über die Lohn- oder Gehaltsbezüge der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zurückzuführen, die natürlich auch zu dem starken Anwachsen der Zensitenzahl in jenen Jahren — um über 700 000 von 1906 auf 1907 bzw. um fast 500 000 von 1907 auf 1908 — sehr wesentlich beigetragen hat. Ferner beruhten die großen Steigerungen des Erhebungssolls von 1908 auf 1909 um über 55 Millionen \mathcal{M} und von 1915 auf 1916 um nahezu 200 Millionen \mathcal{M} überwiegend auf den Novellen von 1909 und 1916, von denen erstere die Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuersätzen, letztere deren kräftige Erhöhung brachte. Daß das Erhebungssoll in den Jahren 1907 und 1908 geringer war als das Veranlagungssoll, erklärt sich durch die auf der Novelle von 1906 fußende Bestimmung des § 71 des Einkommensteuergesetzes (neuer Fassung), wonach der auf Gewinnanteile aus Gesellschaften m. b. H. entfallende Teil der auf die Gesellschafter veranlagten Steuer unerhoben bleibt. Vom

Jahre 1909 an ist dieses Weniger an Steuer durch die Steuerzuschläge der Novelle von 1909 weit mehr als ausgeglichen worden. Es betrugen nämlich insgesamt

im Steuer- jahre	die gemäß § 71 d. G. außer Hebung gesetzte Steuer <i>M</i>	die Steuerzuschläge <i>M</i>	Mithin waren vom Ver- anlagungssoll abzusetzen (-) oder ihm hinzusetzen (+) <i>M</i>
1907	2 861 875	—	— 2 861 875
1908	3 365 842	—	— 3 365 842
1909	3 600 593	46 399 689	+ 42 799 096
1910	3 890 352	47 831 469	+ 43 941 117
1911	4 513 595	49 482 294	+ 44 968 699
1912	5 025 056	52 979 701	+ 47 954 645
1913	5 951 366	57 178 619	+ 51 227 253
1914	6 229 988	63 000 033	+ 56 770 045
1915	5 495 977	61 021 136	+ 55 525 159
1916	6 564 391	206 332 339	+ 199 767 948.

Im Durchschnitt auf einen physischen oder nichtphysischen Zensiten betrug in *M*

im Steuer- jahre	das steuerpflichtige Reineinkommen	das Einkommensteuer- Veranlagungssoll	Erhebungssoll
1892 . . .	2 445	51,21	51,21
1893 . . .	2 405	49,64	49,64
1894 . . .	2 374	48,41	48,41
1895 . . .	2 347	47,88	47,88
1896 . . .	2 359	47,87	47,87
1897 . . .	2 380	48,79	48,79
1898 . . .	2 420	50,44	50,44
1899 . . .	2 453	51,56	51,56
1900 . . .	2 441	51,60	51,60
1901 . . .	2 426	51,21	51,21
1902 . . .	2 402	50,20	50,20
1903 . . .	2 332	47,81	47,81
1904 . . .	2 291	46,26	46,26
1905 . . .	2 281	45,93	45,93
1906 . . .	2 294	46,37	46,37
1907 . . .	2 291	46,36	45,88
1908 . . .	2 299	46,86	45,99
1909 . . .	2 297	46,51	53,52
1910 . . .	2 326	47,01	54,04
1911 . . .	2 334	47,06	53,91
1912 . . .	2 332	47,64	54,57
1913 . . .	2 354	48,37	55,35
1914 . . .	2 427	50,15	57,53
1915 . . .	2 420	49,87	57,56
1916 . . .	2 585	54,65	81,21.

Der wechselnden allgemeinen Wirtschaftslage entsprechend ist hiernach der Durchschnittsbetrag des Einkommens bis 1895 gesunken und alsdann bis 1899 angestiegen, um in der nach einem glänzenden Aufschwunge in Handel und Industrie nunmehr folgenden Niedergangsperiode im Jahre 1905 seinen Tiefstand zu erreichen. Von da ab ging das Durchschnittseinkommen mit geringen Unterbrechungen bis 1916 wieder in die Höhe, so daß es im letzten Berichtsjahre seit 1892 am höchsten war, insbesondere auch noch höher als im Jahre der wirtschaftlichen Hochkonjunktur 1899. Die Spannung zwischen dem höchsten Durchschnittseinkommen im Jahre 1916 (2 585 *M*) und dem niedrigsten im Jahre 1905 (2 281 *M*) betrug 304 *M*.

Die Durchschnittsteuer zeigt im wesentlichen dieselbe Bewegung wie das Durchschnittseinkommen. Wie beim Einkommen ist auch beim Veranlagungssoll — nicht aber auch beim Erhebungssoll — im Kriegsjahre 1915 gegen 1914 (Friedensstand) eine geringfügige Senkung des Durchschnitts, im Jahre 1916 aber wieder eine beträchtliche Zunahme eingetreten. Natürlich macht sich beim durchschnittlichen Erhebungssoll der Einfluß der Novelle von 1916 sehr bemerkbar; infolge der Novelle von 1909 war bereits von 1908 auf 1909 der Durchschnitt der zu erhebenden Steuer erheblich gewachsen.

Was die durchschnittliche steuerliche Belastung des veranlagten Einkommens anlangt, so bezifferte sich bei den physischen und nichtphysischen Zensiten zusammen

im Steuer- jahre	die veranlagte Steuer auf Hundertteile des steuer- pflichtigen Einkommens	die zu erhebende Steuer
1892 . . .	2,09	2,09
1896 . . .	2,03	2,03
1900 . . .	2,11	2,11
1905 . . .	2,01	2,01
1906 . . .	2,02	2,02
1907 . . .	2,02	2,00
1908 . . .	2,03	2,00
1909 . . .	2,02	2,33
1910 . . .	2,02	2,32
1911 . . .	2,02	2,31
1912 . . .	2,04	2,34
1913 . . .	2,03	2,35
1914 . . .	2,07	2,37
1915 . . .	2,06	2,38
1916 . . .	2,11	3,14.

Während in den Jahren 1907 und 1908 als Folge der mehrerwähnten Bestimmung des § 71 des Einkommensteuergesetzes (neuer Fassung) die Belastung durch das Erhebungssoll nur wenig niedriger als die durch das Veranlagungssoll war, stellte sich erstere seit Einführung der Steuerzuschläge im Jahre 1909 wesentlich höher als letztere, namentlich im letzten Berichtsjahre 1916, das infolge der erhöhten Steuerzuschläge eine Belastung des Einkommens brachte, die beim Erhebungssoll um mehr als 1 % über die beim Veranlagungssoll hinausging¹⁾. Die steuerliche Einkommensbelastung zeigt erst seit 1912 eine unverkennbar allmählich aufsteigende Bewegung, die indes beim Veranlagungssoll mit 2,11 v. H. im letzten Berichtsjahre nur wieder bis zum Stande des eine vorangegangene günstige Wirtschaftsperiode abschließenden Jahres 1900 führte.

Die nunmehr folgende Übersicht zeigt die Gesamtheit der (physischen und nichtphysischen) Zensiten in ihrer Verteilung auf die wichtigsten Einkommensgruppen, wobei außer der Zensitenzahl auch das Einkommensteuer-Veranlagungssoll gebracht wird. Das Erhebungssoll, das später folgt, kann nach Lage der Statistik nur für die beiden Haupteinkommensgruppen von über 900 bis 3 000 und über 3 000 *M* gegeben werden.

Ordnet man die (physischen und nichtphysischen) Zensiten nach ihrer Einkommenshöhe, so betrug

in der Ein- kommens- gruppe von . . .	im Steuer- jahre	ihre Zahl über- haupt	v. H. der Gesamt- zahl	die auf sie veranlagte Steuer überhaupt <i>M</i>	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt auf einen Zensiten <i>M</i>
über	1892	2 119 333	86,93	32 844 218	26,31	15,50
900	1896	2 321 806	87,47	36 179 600	28,47	15,58
bis	1900	2 963 565	87,69	44 392 422	25,46	14,98
3 000	1905	3 889 640	88,54	56 810 601	28,16	14,61
	1910	5 539 561	88,63	87 228 130	29,69	15,75
	1914	6 798 545	88,33	115 848 472	30,01	17,04
	1916	6 668 939	88,68	120 992 826	29,44	18,14

¹⁾ Bringt man die auf den gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes außer Hebung gesetzten Steuerbetrag entfallenden Gewinnanteile der Gesellschafter aus Gesellschaften m. b. H. von dem sie mitumfassenden steuerpflichtigen Einkommen der Gesellschaften m. b. H. in Abzug, so nähert sich natürlich für die Jahre 1907 und 1908 die Verhältniszahl der zu erhebenden der der veranlagten Steuer sehr stark. Die Belastung des steuerpflichtigen Einkommens durch die zu erhebende Steuer würde nämlich in jenem Falle für 1907 und 1908 je 2,02 Hundertteile betragen, mithin der durch die veranlagte Steuer nur im Jahre 1908 etwas nachstehen; andererseits würde sich dann für 1916 die Belastungsziffer des Erhebungssolls auf 3,18 Hundertteile stellen.

Noch: in der Einkommens- gruppe von . . . M	im Steuer- jahre	ihre Zahl		die auf sie veranlagte Steuer		
		über- haupt	v. H. der Gesamt- zahl	überhaupt	v. H. der Gesamt- summe	im Durch- schnitt auf einen Zensiten M
über 3 000 bis 9 500	1892	260 500	10,69	30 011 892	24,04	115
	1896	273 222	10,29	31 319 330	24,65	115
	1900	338 242	10,01	38 764 736	22,33	115
	1905	413 805	9,42	47 003 816	23,30	114
	1910	593 643	9,50	62 301 704	21,20	105
	1914	744 962	9,68	78 960 660	20,45	106
	1916	696 844	9,27	74 384 289	18,10	107
über 9 500 bis 30 500	1892	46 498	1,91	21 661 878	17,35	466
	1896	47 731	1,80	22 049 370	17,35	462
	1900	61 312	1,81	28 533 030	16,36	465
	1905	71 461	1,68	33 181 680	16,45	464
	1910	91 917	1,47	42 825 700	14,57	466
	1914	119 800	1,56	55 949 200	14,49	467
	1916	117 562	1,56	55 369 142	13,47	471
über 30 500 bis 100 000	1892	9 447	0,39	16 449 960	13,18	1 741
	1896	9 647	0,36	16 787 040	13,21	1 740
	1900	13 138	0,39	22 833 960	13,09	1 738
	1905	14 900	0,34	25 683 000	12,73	1 724
	1910	20 019	0,32	35 216 780	11,99	1 759
	1914	26 526	0,34	46 947 240	12,16	1 770
	1916	28 660	0,38	51 768 270	12,60	1 806
über 100 000	1892	2 108	0,09	23 874 900	19,12	11 326
	1896	2 038	0,08	20 745 400	16,32	10 179
	1900	3 277	0,10	39 861 200	22,86	12 164
	1905	3 413	0,08	39 089 800	19,37	11 453
	1910	5 095	0,08	66 262 780	22,55	13 005
	1914	6 761	0,09	88 316 444	22,88	13 063
	1916	8 362	0,11	108 459 300	26,39	12 970
zusammen	1892	2 437 886	100	124 842 848	100	51,21
	1896	2 654 444	100	127 080 740	100	47,87
	1900	3 379 534	100	174 385 348	100	51,60
	1905	4 393 219	100	201 768 897	100	45,98
	1910	6 250 235	100	293 835 094	100	47,01
	1914	7 696 594	100	386 022 016	100	50,15
	1916	7 520 367	100	410 973 827	100	54,65
insbesondere:						
über 100 000 bis 500 000	1907	4 068	0,08	30 557 400	12,22	7 512
	1910	4 538	0,07	33 467 600	11,39	7 375
	1914	6 045	0,08	44 317 524	11,48	7 331
	1916	7 454	0,10	56 209 060	13,68	7 541
über 500 000 bis 1 000 000	1907	269	0,005	7 280 500	2,91	27 065
	1910	334	0,01	9 021 620	3,07	27 011
	1914	439	0,01	12 201 660	3,16	27 794
	1916	564	0,01	15 742 020	3,83	27 911
über 1 000 000	1907	172	0,003	17 076 060	6,83	99 279
	1910	223	0,004	23 773 560	8,09	106 608
	1914	277	0,004	31 797 260	8,24	114 792
	1916	344	0,005	36 508 220	8,88	106 129

Hiernach entfiel die große Mehrheit der physischen und nichtphysischen Zensiten mit wesentlich mehr als vier Fünfteln ihrer Gesamtzahl auf die unterste Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M, und zwar in allmählich aufsteigender Bewegung; ferner war unter den fünf Einkommensgruppen der Anteil der untersten am gesamten Veranlagungssoll mit etwas über einem Viertel zu Beginn der Berichtszeit bis zu rund drei Zehnteln am Ende am höchsten.

Von beträchtlicher Häufigkeit waren noch die Zensiten der Einkommensgruppe von über 3 000 bis 9 500 M mit nahezu einem Neuntel zu Beginn und wenig mehr als einem Elftel am Ende der Berichtszeit, also in sinkender Bewegung; auch der Anteil dieser Gruppe am Veranlagungssoll ist zurückgegangen, und zwar von fast einem Viertel auf unter ein Fünftel der Gesamtsumme, so daß er in den letzten Vergleichsjahren hinter dem entsprechenden Anteil der höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 M zurückstand.

Bei den drei übrigen Einkommensgruppen tritt die Zensitenhäufigkeit sehr stark zurück; zusammen umfaßten sie in keinem Berichtsjahre auch nur ein Vierzigstel der Zensitengesamtzahl, dagegen gewöhnlich nahezu, mitunter sogar — z. B. im Jahre 1916 — über die Hälfte des gesamten Veranlagungssolls. Während in den beiden Gruppen der Einkommen von über 9 500 bis 100 000 M die Verhältnisziffern am Schlusse der Berichtszeit kleiner als zu deren Beginn waren, ist in der höchsten von über 100 000 M das Umgekehrte der Fall gewesen; namentlich das Veranlagungssoll dieser Gruppe weist mit weniger als einem Fünftel der Gesamtsumme am Anfange, andererseits mit über einem Viertel am Ende der Berichtszeit eine beträchtliche Steigerung auf. Ganz besonders günstig war die Entwicklung der Millionen-einkommen; hier hat sich von 1907 bis 1916 die Zensitenzahl gerade verdoppelt und der Anteil am gesamten Veranlagungssoll von rund einem Fünfzehntel auf über ein Zwölftel erhöht, während die Durchschnittssteuer schon seit 1910 über 100 000 M betragt.

Nunmehr folgt eine Übersicht der Verteilung des gesamten Erhebungssolls auf die beiden Haupteinkommensgruppen für die in Betracht kommenden Jahre 1907 bis 1916 unter gleichzeitiger Gegenüberstellung des entsprechenden Veranlagungssolls.

Es betrug

Zahl		der physischen und nichtphysischen Zensiten				Einkommensteuer-			
		Erhebungssoll		Veranlagungssoll		Erhebungssoll		Veranlagungssoll	
im	über-	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.	im	über-	v. H.	v. H.
Steuer-	haupt	der	der	der	der	Steuer-	haupt	der	der
jahre		Gesamt-	Gesamt-	Gesamt-	Gesamt-	jahre		Gesamt-	Gesamt-
		zahl	zahl	zahl	zahl			zahl	zahl
		M	M	M	M			M	M
in der Einkommensgruppe von . . . M									
über 900 bis 3 000:									
1907	4 826 514	89,52	73 580 591	29,78	15,25	73 585 375	29,44	15,25	
1908	5 285 584	89,82	83 789 440	30,96	15,85	83 795 562	30,59	15,85	
1909	5 479 524	89,72	90 937 363	27,82	16,60	87 558 837	30,82	15,96	
1910	5 539 561	88,63	90 572 503	26,81	16,35	87 228 130	29,69	15,75	
1911	5 808 089	88,52	95 784 436	27,08	16,49	92 227 025	29,87	15,88	
1912	6 124 797	88,55	102 781 038	27,23	16,78	98 892 698	30,01	16,15	
1913	6 491 778	88,56	111 880 220	27,57	17,23	107 607 807	30,35	16,58	
1914	6 798 545	88,33	120 514 404	27,22	17,73	115 848 472	30,01	17,04	
1915	6 497 543	88,86	114 398 886	27,18	17,61	109 974 128	30,10	16,98	
1916	6 668 939	88,68	126 507 616	20,71	18,97	120 992 826	29,44	18,14	
über 3 000:									
1907	565 009	10,48	173 521 864	70,22	261	176 378 955	70,56	265	
1908	598 789	10,18	186 818 912	69,04	312	190 178 632	69,41	318	
1909	628 097	10,28	235 937 599	72,18	376	196 517 029	69,18	313	
1910	710 674	11,37	247 203 708	73,19	348	206 606 964	70,31	291	
1911	753 003	11,48	257 926 523	72,92	343	216 515 235	70,18	288	
1912	792 098	11,45	274 704 325	72,77	347	230 638 020	69,99	291	
1913	838 214	11,44	293 862 890	72,43	351	246 908 050	69,65	295	
1914	898 049	11,67	322 277 658	72,78	359	270 173 544	69,99	301	
1915	815 163	11,15	306 541 277	72,82	376	255 440 876	69,90	313	
1916	851 428	11,32	484 234 159	79,29	569	289 981 001	70,56	341	

Hiernach hat sich der Anteil an der Gesamtsumme des Erhebungssolls in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M von rund drei Zehnteln in den Jahren 1907 und 1908 nach Einführung der Steuerzuschläge, ganz besonders unter dem Einflusse der Novelle von 1916, bis auf etwa ein Fünftel im Jahre 1916 vermindert, andererseits in der von über 3 000 M von rund sieben Zehnteln auf fast vier Fünftel erhöht, während beim Veranlagungssoll die Verhältnisziffern nur geringfügige Verschiebungen zeigen. Insbesondere im letzten Berichtsjahre entfiel auf die Einkommensgruppe von über 3 000 M bereits annähernd eine halbe Milliarde an zu erhebender Steuer, ein Betrag, der nahezu viermal so hoch war als das damalige Erhebungssoll der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M und fast um 200 Millionen höher als das entsprechende Veranlagungssoll der Einkommen von mehr als 3 000 M.

Während in der ganzen Berichtszeit das durchschnittliche Erhebungssoll der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} sich nicht wesentlich vom durchschnittlichen Veranlagungssoll unterschied, wurde dieses bei den Einkommen von über 3 000 \mathcal{M} von jenem zuletzt um über 200 \mathcal{M} überholt, bis 1915 dagegen seit 1909 nur um 55 bis 63 \mathcal{M} in den verschiedenen Berichtsjahren.

Es tritt somit eine die besseren Einkommen steuerlich stark belastende Wirkung der Novelle von 1916 zu Tage. —

Die vorangegangenen Übersichten umfaßten nur die zur Einkommensteuer herangezogenen physischen und nicht-physischen Bezieher eines Einkommens von über 900 \mathcal{M} . Es fehlen einmal die wegen Einkommens von nicht mehr als 900 \mathcal{M} steuerfreien selbständigen physischen und unter § 1 Ziffer 4 bis 6 bzw. § 2 letzter Absatz des Einkommensteuergesetzes fallenden nichtphysischen Personen, sodann die auf Grund der §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes Freigestellten, die der Höhe ihres Einkommens nach tatsächlich sämtlich zur Gruppe der Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} gehören, endlich die physischen und nichtphysischen Personen, deren Veranlagung ausgesetzt war und die deshalb für die Einkommensteuerstatistik des betreffenden Veranlagungsjahres nicht mit ihrem Einkommen in Betracht kommen.

Um ein Gesamtbild der Einkommensverteilung und -entwicklung zu geben, werden diese bisher fehlenden Einkommensbezieher, die zusammen zweifellos noch ein nach Milliarden zählendes Einkommen aufweisen, in der (S. 53) folgenden Übersicht mitberücksichtigt; zugleich wird darin das vollständige Reineinkommen der selbständigen physischen und nichtphysischen Personen zusammen gebracht, wozu außer den in den Abschnitten A. und B. aufgeführten Zensiteinkommen sowohl für die physischen wie die nichtphysischen Personen das Einkommen der wegen Einkommens bis zu 900 \mathcal{M} Steuerfreien¹⁾ einschließlich der an sich Steuerpflichtigen, deren Veranlagung ausgesetzt war, für die physischen Personen auch das Einkommen der gemäß §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes Freigestellten gehört; außerdem ist die Einkommenssumme der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} noch durch Hinzusetzung der Einkommensbeträge zu vervollständigen, die der amtlichen Einkommensteuer-Statistik dadurch entgehen, daß diese bei den auf Grund der §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Gesetzes lediglich im Steuersatze ermäßigten (nicht freigestellten) Zensiten jener Gruppe das Einkommen nur insoweit in Ansatz bringt, als es nach dem Tarif ihrem ermäßigten Steuersatze entspricht (vergl. S. 26/27). Da die unter § 1 Ziffer 4 bis 6 bzw. § 2 letzter Absatz des Gesetzes fallenden, aber wegen Einkommens bis zu 900 \mathcal{M} einkommensteuerfreien nichtphysischen Personen erst seit 1907 statistisch erhoben werden, kann die die Gesamtheit der Einkommensbezieher betreffende Übersicht auch erst von diesem Jahre an aufgestellt werden.

Als durchschnittliches Einzeleinkommen der steuerfreien Haushaltsvorstände und Einzelwirtschaftler kann man für 1907 noch einen Mindest-Jahresbetrag von 450 \mathcal{M} (= dem arithmetischen Mittel zwischen 0 und 900 \mathcal{M}) zugrunde legen, der in der Annahme, daß davon der gesamte Lebensunterhalt zu bestreiten war, eher zu niedrig als zu hoch bemessen erscheint; für 1914 wird man diesen Satz in Anbetracht der inzwischen erfolgten Steigerung des Arbeitsverdienstes der erwerbstätigen Bevölkerung und Verbesserung der Lebenshaltung auf 600 \mathcal{M} und für 1916 angesichts des weiteren

¹⁾ wozu selbstverständlich die nicht besonders zu veranlagenden Angehörigen der Haushaltsvorstände nicht zählen.

bedeutenden Emporgehens der Arbeitslöhne und überhaupt des Verdienstes bei zunehmender Teuerung unbedenklich auf 700 \mathcal{M} zu erhöhen haben¹⁾. Die gleichen Sätze dürften auch für die steuerfreien nichtphysischen Personen anzunehmen sein.

Das Einzeleinkommen der auf Grund der §§ 19 oder 20 des Gesetzes Freigestellten ist gemäß den Materialien der Einkommensteuer-Veranlagung auf etwa 1 100 \mathcal{M} anzunehmen²⁾. Für die physischen und nichtphysischen Personen, deren Veranlagung ausgesetzt war, für die zwar ein Einkommen von über 900 \mathcal{M} anzunehmen ist, dessen Höhe aber zur Zeit der Veranlagung noch nicht feststand, ist mangels anderweitiger Unterlagen nur ein Mindest-Durchschnittseinkommen von 975 \mathcal{M} (= dem arithmetischen Mittel der die unterste Einkommensteuerstufe begrenzenden Einkommensbeträge von 900 und 1 050 \mathcal{M}) zugrunde gelegt.

Endlich bezüglich der zahlreichen gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes auf eine niedrigere Steuerstufe Ermäßigten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} hat eine eingehende Untersuchung der Unterlagen der Einkommensteuerstatistik ergeben, daß in allen Vergleichsjahren durchschnittlich einer Mark des Steuerausfalles tarifmäßig etwas mehr als 40 \mathcal{M} Einkommen entsprechen; es erschien daher angemessen, einen Mindestbetrag von 40 \mathcal{M} für je 1 Mark Ausfall anzusetzen.

Demgemäß setzt sich das Einkommen aller physischen und nichtphysischen Personen mit über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen wie folgt zusammen:

	1907	1914	1916
Veranlagtes Einkommen	6 591 553 725	9 761 934 975	9 868 180 800
der Zensiten			
physische	2 542 267	4 944 453	4 171 059
Einkommen der nach §§ 19 oder 20 d. G. Freigestellten	386 295 800	636 812 000	573 711 600
Einkommen der Personen, deren Veranlagung ausgesetzt war . . .			
physische	1 253 850	4 742 400	36 394 800
nicht-physische	1 950	13 650	45 825
In der Einkommensteuerstatistik nicht berücksichtigtes Einkommen der gemäß §§ 19 oder 20 d. G. auf eine niedrigere Steuerstufe Ermäßigten mit Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M}	258 313 430	592 819 400	600 282 060
Zusammen . . .	7 239 961 022	11 001 266 878	11 082 786 144

Durch Hinzufügung des Einkommens der gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten und des in der Einkommensteuer-Statistik fehlenden Einkommensteiles der auf Grund derselben Gesetzesbestimmungen lediglich im Steuersatze Ermäßigten vergrößert sich mithin die Einkommens-

¹⁾ Helfferich setzt für diese in „Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913“ (dritte Auflage, S. 94 ff.), m. E. für die dort in Frage kommende Zeit 1896—1912 zu hoch, 750 \mathcal{M} ein. —

²⁾ Helfferich legt für die Freigestellten a. a. O. ein Durchschnittseinkommen von 1 500 \mathcal{M} zugrunde, das zweifellos zu hoch geschätzt ist, da zutreffendenfalls jeder Freigestellte durchschnittlich um vier Stufen herabgesetzt worden wäre bzw. mindestens sieben zu berücksichtigende Familienangehörige gehabt haben müßte, was ausgeschlossen erscheint. Eine nähere Prüfung der Materialien der Einkommensteuer-Veranlagung hat vielmehr ergeben, daß im Durchschnitt jeder Freigestellte nur um zwei Stufen ermäßigt worden ist. Der größte Teil der Freigestellten gehört nämlich der zweiten Einkommensteuerstufe von über 1 050 bis 1 200 \mathcal{M} , ein weiterer erheblicher Teil der untersten von über 900 bis 1 050 \mathcal{M} , der Rest verschiedenen höheren Stufen an.

summe der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} für 1907 um fast zwei Drittel Milliarden, für 1914 und 1916 schon um wesentlich mehr als eine volle Milliarde.

Hiernach ergibt die Einkommensgliederung der Gesamtheit der preußischen Einkommensbezieher folgendes Bild ihrer Zahl und ihres Einkommens:

Es betrug						
der selbständigen physischen und nichtphysischen Personen						
in der Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}	im Steuerjahre	Zahl überhaupt	vom Tausend der Gesamtzahl	Einkommen überhaupt Millionen \mathcal{M}	vom Tausend der Gesamtsumme	im Durchschnitt \mathcal{M}
bis 900	1907	8 471 865	595,94	3 812,34	226,79	450
	1914	7 997 218	491,30	4 798,33	194,18	600
	1916	7 860 391	493,13	5 502,27	210,42	700
über 900	1907	5 178 980	364,31	7 239,96	430,69	1 398
bis 3 000	1914	7 382 343	453,53	11 001,27	445,21	1 490
	1916	7 227 870	453,45	11 082,79	423,83	1 533
über 3 000	1907	460 945	32,42	2 200,37	130,90	4 774
bis 9 500	1914	744 962	45,77	3 541,60	143,32	4 754
	1916	696 844	43,72	3 454,54	132,11	4 957
über 9 500	1907	81 234	5,71	1 265,18	75,26	15 575
bis 30 500	1914	119 800	7,36	1 841,23	74,81	15 369
	1916	117 562	7,38	1 903,70	72,80	16 193
über 30 500	1907	18 321	1,29	924,96	55,02	50 486
bis 100 000	1914	26 526	1,63	1 335,85	54,04	50 341
	1916	28 660	1,80	1 523,02	58,24	53 141
über 100 000	1907	4 068	0,29	765,77	45,55	188 241
bis 500 000	1914	6 045	0,37	1 105,54	44,74	182 885
	1916	7 454	0,47	1 402,42	53,63	188 143
über 500 000	1907	269	0,019	180,40	10,73	670 640
bis 1 000 000	1914	439	0,027	301,61	12,21	687 032
	1916	564	0,035	387,65	14,82	687 326
über 1 000 000	1907	172	0,012	421,17	25,05	2 448 680
	1914	277	0,017	785,51	31,79	2 835 766
	1916	344	0,022	892,99	34,15	2 595 915
zusammen	1907	14 215 854	1 000	16 810,13	1 000	1 182
	1914	16 277 610	1 000	24 710,43	1 000	1 518
	1916	15 939 689	1 000	26 149,39	1 000	1 641
insbesondere:						
über 900	1907	5 743 989	404,06	12 997,80	773,21	2 263
	1914	8 280 392	508,70	19 912,10	805,82	2 405
	1916	8 079 298	506,87	20 647,12	789,58	2 556
über 3 000	1907	565 009	39,74	5 757,83	342,52	10 191
	1914	898 049	55,17	8 910,84	360,61	9 922
	1916	851 428	53,42	9 564,33	365,76	11 233
über 100 000	1907	4 509	0,32	1 367,34	81,34	303 247
	1914	6 761	0,42	2 192,66	88,73	324 309
	1916	8 362	0,52	2 683,06	102,61	320 864

Während sich also im Jahre 1907 noch beinahe drei Fünftel aller Einkommensbezieher in der Einkommensgruppe bis zu 900 \mathcal{M} befanden, hatte in den Jahren 1914 und 1916 bereits deren Mehrzahl ein Einkommen von über 900 \mathcal{M} .

Die große Mehrheit (rund neun Zehntel) der Personen mit über 900 \mathcal{M} Einkommen entfiel in allen Vergleichsjahren auf die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} .

Die beiden Mittelstandsgruppen von über 900 bis 3 000 und über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} vereinigen auf sich in den beiden letzten Vergleichsjahren zusammen fast die Hälfte aller Einkommensbezieher und nahezu drei Fünftel des gesamten Privateinkommens.

Verhältnismäßig am stärksten haben sich im Zeitraume 1907-1916 die Personen mit den höchsten Einkommen von über 500 000 bis 1 000 000 und über 1 000 000 \mathcal{M} vermehrt, nämlich überhaupt verdoppelt, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einkommensbezieher fast verdoppelt.

Von 1914 (Friedensstand) auf 1916, also in der Kriegszeit, zeigt sich bei den Einkommen von über 900 bis 3 000 und über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} überhaupt wie verhältnismäßig ein Rückgang der Zahl der Einkommensbezieher; bei allen übrigen Einkommensgruppen hat diese zum mindesten im Verhältnis zu der — von 1914 auf 1916 gesunkenen — Personen-Gesamtzahl zugenommen.

Auch beim Einkommensbetrage sind jene beiden Mittelstandsgruppen durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden: ihr Anteil an der gesamten Einkommenssumme hat sich 1916 gegen 1914 vermindert, in der Gruppe der Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} sogar trotz einer kleinen absoluten Zunahme des Einkommens unter den Stand von 1907; letzteres ist außerdem noch bei der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} der Fall, während alle übrigen Gruppen überhaupt und im Verhältnis zur Gesamtsumme eine Einkommenssteigerung erfahren haben; in den beiden höchsten Einkommensgruppen von über 500 000 bis 1 000 000 und über 1 000 000 \mathcal{M} hat sich seit 1907 das Gesamteinkommen mehr als verdoppelt.

Insgesamt ist die Jahres-Einkommenssumme aller als selbständige Einkommensbezieher in Betracht kommenden physischen und nichtphysischen Personen von nahezu 17 Milliarden im Jahre 1907 auf annähernd 25 Milliarden im Jahre 1914 und etwas über 26 Milliarden im Jahre 1916, also von 1907 bis 1916 um über die Hälfte und durchschnittlich jährlich um über 1 Milliarde, und von 1914 auf 1916, also während des Krieges, trotz der aus erklärlichen Gründen etwas gesunkenen Zahl der selbständigen Einkommensbezieher noch um mehr als ein Zwanzigstel gestiegen. Auch das Durchschnittseinkommen hat sich in erfreulicher Weise gehoben.

Es liegt also — im ganzen genommen — eine glänzende Einkommensentwicklung vor.

Von Interesse wird es sein, die Gesamt-Einkommensverteilung auch für die physischen und nichtphysischen Personen getrennt kennen zu lernen.

Diese wird unter Beschränkung auf die hauptsächlichsten Einkommensabstufungen¹⁾ in der folgenden Übersicht dargestellt.

Es betrug						
der selbständigen physischen Personen:						
in der Einkommensgruppe von . . . \mathcal{M}	im Steuerjahre	die Zahl überhaupt	vom Tausend der Gesamtzahl	das Einkommen überhaupt Millionen \mathcal{M}	vom Tausend der Gesamtsumme	im Durchschnitt \mathcal{M}
bis 900	1907	8 466 477	596,08	3 809,91	235,13	450
	1914	7 986 634	491,35	4 791,98	203,16	600
	1916	7 847 210	493,08	5 493,05	220,16	700
über 900	1907	5 737 020	403,92	12 393,66	764,87	2 160
	1914	8 267 846	508,65	18 794,74	796,84	2 273
	1916	8 067 413	506,92	19 457,04	779,84	2 412
über 3 000	1907	5 177 529	364,52	7 237,42	446,66	1 398
	1914	7 379 645	454,01	10 996,31	466,21	1 490
	1916	7 225 485	454,02	11 078,57	444,03	1 533
über 100 000	1907	559 491	39,39	5 156,25	318,22	9 216
	1914	888 201	54,84	7 798,43	330,63	8 780
	1916	841 928	52,90	8 378,47	335,81	9 952
über 1 000 000	1907	3 561	0,25	870,90	53,75	244 566
	1914	5 215	0,32	1 261,17	53,47	241 835
	1916	6 685	0,42	1 676,71	67,20	250 817
über 1 000 000	1907	72	0,005	158,57	9,79	2 203 312
	1914	91	0,006	225,03	9,54	2 472 834
	1916	134	0,008	302,03	12,11	2 253 955
zusammen	1907	14 203 497	1 000	16 203,58	1 000	1 141
	1914	16 254 480	1 000	23 586,72	1 000	1 451
	1916	15 914 623	1 000	24 950,09	1 000	1 568

¹⁾ hinsichtlich der übrigen Abstufungen vergl. Abschnitt A. und B.

noch: in der Einkommens- gruppe von . . . M	im Steuer- jahre	die Zahl über- haupt	vom Tausend der Gesamt- zahl	das Einkommen über- haupt Millionen M	vom Tausend der Gesamt- summe	im Durch- schnitt M
der nichtphysischen Personen:						
bis 900	1907	5 388	436,03	2,42	4,00	450
	1914	10 584	457,59	6,35	5,65	600
	1916	13 181	525,85	9,23	7,69	700
über 900	1907	6 969	563,97	604,13	996,00	86 689
	1914	12 546	542,41	1 117,36	994,35	89 061
	1916	11 885	474,15	1 190,08	992,31	100 133
über 900 bis 3 000	1907	1 451	117,42	2,54	4,19	1 753
	1914	2 698	116,05	4,96	4,41	1 838
	1916	2 385	95,15	4,22	3,52	1 768
über 3 000	1907	5 518	446,55	601,59	991,81	109 023
	1914	9 848	425,77	1 112,41	989,94	112 957
	1916	9 500	379,00	1 185,86	988,79	124 827
über 100 000	1907	948	76,72	496,44	818,46	523 673
	1914	1 546	66,84	931,48	828,93	602 513
	1916	1 677	66,90	1 006,35	839,11	600 089
über 1 000 000	1907	100	8,09	262,61	432,95	2 626 065
	1914	186	8,04	560,48	498,77	3 013 330
	1916	210	8,38	590,96	492,76	2 814 119
zusammen	1907	12 357	1 000	606,56	1 000	49 086
	1914	23 130	1 000	1 123,71	1 000	48 583
	1916	25 066	1 000	1 199,30	1 000	47 846

Die große Mehrheit nicht nur aller Einkommensbezieher, sondern auch des Gesamteinkommens entfällt natürlich auf die physischen Personen.

Der Anteil der nichtphysischen Personen an der Gesamtzahl der Einkommensbezieher schwankte in den Jahren 1907 bis 1916 von nur 0,9 bis 1,6 Tausendteilen, ist also ganz geringfügig. Umso stärker sind aber die nichtphysischen Personen am Gesamteinkommen (mit etwas über einem Dreißigstel im Jahre 1907 und nahezu einem Zwanzigstel im Jahre 1916) beteiligt. Schon im Jahre 1914 betrug ihr gesamtes Einkommen über 1, im Jahre 1916 bereits fast $1\frac{1}{2}$ Milliarde M.

Im einzelnen ist die Einkommensverteilung der physischen von der der nichtphysischen Personen grundverschieden.

Zwar weichen die Anteilsverhältnisse der Zahl der Einkommensbezieher beider Personenarten in den Gruppen von über und bis zu 900 M nicht besonders erheblich von einander ab, wenschon bei den physischen Personen in aufsteigender Bewegung seit 1914 deren Mehrheit, bei den nichtphysischen dagegen seit 1915 in absteigender bereits etwas weniger als deren Hälfte Einkommen von über 900 M beziehen. Während aber erstere ihren Schwerpunkt in zunehmendem Maße in der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 M haben, liegt er bei letzteren — allerdings in rückläufiger Richtung — in der von über 3 000 M. Auch sind bei den nichtphysischen Personen die Verhältnisziffern der Einkommensbezieher der beiden höchsten Einkommensabstufungen von über 100 000 und über 1 000 000 M viel höher als bei den physischen, bei denen sie, wie schon die der Einkommensgruppe von über 3 000 M überhaupt, stark zurücktreten.

Nicht minder groß sind die Unterschiede bei den Einkommensbeträgen. Hier fällt insbesondere bei den nichtphysischen Personen gegenüber den physischen der geringfügige Anteil der untersten Einkommensgruppen von über 900 bis 3 000 und bis zu 900 M, andererseits der überaus hohe

der Einkommen von über 3 000, über 100 000 und über 1 000 000 M in die Augen. Auf die Millionen-Einkommen entfiel in den beiden letzten Vergleichsjahren bei den nichtphysischen Personen fast die Hälfte, bei den physischen hingegen noch nicht ein Achtel der betreffenden Einkommens-Gesamtsumme. Der geringeren Personenzahl und andererseits der im Verhältnis zu dieser größeren Einkommenssumme entsprechend weisen natürlich die nichtphysischen Einkommensbezieher nicht nur insgesamt, sondern auch in den nach oben hin unbegrenzten Einkommensgruppen weit höhere Durchschnittseinkommen auf als die physischen.

Gleichwohl erscheint auch bei den physischen Personen die Einkommensentwicklung recht günstig.

Die gewaltige von 1914 bis 1916 fast um $1\frac{1}{2}$ Milliarden auf insgesamt rund 25 Milliarden M gestiegene Einkommenssumme, die der Bevölkerung Preußens zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes und ihrer sonstigen Bedürfnisse im letzten Berichtsjahre zur Verfügung gestanden hat, beweist, daß auch während des Krieges die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Wohlstand unseres Volkes unerschüttert geblieben sind. Auch das Durchschnittseinkommen aller physischen Einkommensbezieher hat mit 1 568 M im Jahre 1916 eine ansehnliche Höhe erreicht und gegen 1914 um über 100, gegen 1907 um über 400 M, also ziemlich beträchtlich zugenommen, während das freilich ungleich höhere der nichtphysischen Personen von 1907 bis 1916 um über 1 200 M zurückgegangen ist.

Verteilt man die Einkommenssumme der selbständigen physischen Personen auf die gesamte Bevölkerung Preußens, d. h. auf die Einkommensbezieher (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler) einschließlich der Angehörigen, so ergibt sich für 1916 ein Durchschnittseinkommen von 608 M gegen 572 M für 1914 und 432 M für 1907. Also auch hier finden wir eine erfreuliche Steigerung: das Einkommen auf den Kopf der preußischen Gesamtbevölkerung (Kinder und sonstige steuerlich unselbständige Haushaltsangehörige nicht ausgeschlossen) hat sich von 1907 bis 1916 um rund zwei Fünftel und von 1914 auf 1916 noch um etwa ein Sechzehntel gehoben.

Was schließlich die Verteilung der Gesamtsteuer auf die beiden Personengattungen betrifft, so sind die nichtphysischen Personen daran — wie die Abschnitte A. und B. ergeben — noch wesentlich stärker (nämlich 1907 mit fast einem Zehntel, 1916 mit annähernd einem Achtel am Veranlagungssoll und 1907 ebenfalls mit fast einem Zehntel, 1916 mit nahezu einem Fünftel am Erhebungssoll) beteiligt als am Gesamteinkommen (mit etwas über einem Dreißigstel im Jahre 1907 und nahezu einem Zwanzigstel im Jahre 1916, vergl. oben S. 54). Dieses Überwiegen des Steueranteils beruht darauf, daß, wie wir gesehen haben, die Einzeleinkommen der nichtphysischen Personen durchschnittlich viel größer sind als die der physischen und dem progressiven Charakter der preußischen Einkommensteuer gemäß den größeren Einzeleinkommen auch verhältnismäßig höhere Steuersätze entsprechen. Die für 1916 wahrnehmbare bedeutende Spannung zwischen dem Anteil des Veranlagungs- und dem des Erhebungssolls der nichtphysischen Personen ist unschwer darauf zurückzuführen, daß bei diesen (abgesehen von den eingetragenen Genossenschaften mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetriebe und den Vereinen zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen) die seit 1909 bestehenden Steuerzuschläge, insbesondere bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch schon die Steuersätze selbst, verhältnismäßig erheblich höher bemessen sind als bei den physischen Personen.

Schluß.

Wir haben uns in der vorstehenden Darstellung auf die volkswirtschaftlich und finanzpolitisch wichtigsten Ergebnisse der Veranlagung zur preußischen Staatseinkommensteuer im Vierteljahrhundert 1892-1916 beschränkt. Es hat sich gezeigt, daß für den 25jährigen Zeitraum die Entwicklung sowohl hinsichtlich des Ertrages der Einkommensteuer wie bezüglich der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung und der der Einkommensbesteuerung unterliegenden korporativen Erwerbsgesellschaften ganz überwiegend günstig zu beurteilen ist.

Der Ertrag der Einkommensteuer hat für den preußischen Staatshaushalt eine wachsende Bedeutung erlangt und sich unter dem Einflusse der seit 1909 bestehenden Steuerzuschläge, infolge deren im Jahre 1916 das Einkommensteuer-Erhebungssoll mit etwas über $\frac{3}{5}$ Milliarden \mathcal{M} um fast 200 Millionen \mathcal{M} höher als das Veranlagungssoll war, so gehoben, daß jetzt nicht mehr wie bisher die Staats-Eisenbahnen, sondern die gegenüber den Schwankungen des Wirtschaftslebens stetigere Staats-Einkommensteuer gewissermaßen das Rückgrat der preußischen Finanzen bildet. Hand in Hand mit den Steuerzuschlägen, insbesondere den erhöhten auf der Novelle von 1916 beruhenden, ist freilich eine recht kräftige steuerliche Belastung der höheren Einkommen, namentlich derjenigen der leistungsfähigeren Arten der nichtphysischen Zensiten, gegangen.

Was sodann die Einkommensbewegung betrifft, so haben wir als die vom sozialen Standpunkte bedeutungsvollste Erscheinung feststellen können, daß seit der erstmaligen Veranlagung im Jahre 1892 die Bevölkerungsschicht, die von einem das sogenannte Existenzminimum von 900 \mathcal{M} überschreitenden Reineinkommen lebte, ungeachtet der starken Bevölkerungszunahme und selbst trotz einzelner ungünstiger Wirtschaftsperioden bis zum Kriege von Jahr zu Jahr beträchtlich gestiegen ist, so daß sie schon seit einer Reihe von Jahren die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung bildet; in dieser Beziehung hat auch der lediglich durch den Krieg verursachte geringfügige Rückschlag keine irgendwie wesentliche Änderung herbeigeführt. Diese Entwicklung beweist, daß insbesondere die Theorie der fortschreitenden Proletarisierung der Massen (sog. Verelendungstheorie) in der preußischen Einkommensstatistik keine Begründung findet, daß sich vielmehr allgemein die wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit der preußischen Bevölkerung in dem 25jährigen Zeitraume des Bestehens des Einkommensteuergesetzes außerordentlich gehoben hat. Wollte man selbst in Anbetracht der Geldentwertung das Existenzminimum auf 1200 \mathcal{M} ansetzen, so stellt sich gleichwohl für 1916 die Zahl der Personen mit darüber hinausgehendem Einkommen überhaupt wie im Verhältnisse zur Gesamtbevölkerung bedeutend höher als die der Personen mit über 900 \mathcal{M} Einkommen im ersten Veranlagungsjahre 1892; letztere machte nämlich mit über $2\frac{1}{2}$ Millionen wenig mehr als ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung von 1892, erstere hingegen mit weit über 5 Millionen schon mehr als ein Achtel der von 1916 aus. Allerdings haben wir zugleich gesehen, daß besonders die großen Einzeleinkommen im Zeitraume 1892-1916 sehr erheblich zugenommen haben, so daß man vielfach von einer plutokratischen Einkommensentwicklung, sogar von einer „Konzentration des Reichtums“, gesprochen hat. Am besten wird diese Bewegung mittels der verbesserten Wolfischen Methode der Berechnung des Klassenaufstiegs beim Einkommen veranschaulicht, wobei der nicht auf Einkommenshebung oder -minderung, sondern lediglich auf der allgemeinen Bevölkerungsbewegung (Wanderung, Geburt usw.) beruhende Zu- oder Abgang an Einkommensbezieher und Angehörigen solcher nicht mitgerechnet wird¹⁾.

¹⁾ Vergl. hierüber Jahrgang 1916 dieser Zeitschrift S. 273 und 291.

Es entfiel	Bevölkerung (Haushaltswirtschaft u. Einzelwirtschaften) im Jahre 1914	Bevölkerung im Jahre 1916, wenn sie in jeder Einkommensgruppe seit 1914 in demselben Verhältnisse wie die Gesamtbevölkerung (d. i. um 0,42706 %) abgenommen hätte	tatsächlich Bevölkerung im Jahre 1916	Mithin von 1914 bis 1916 von der jeweiligen höheren Einkommensgruppe in die niedere abgestiegene (—) bzw. von der jeweiligen niederen in die höhere aufgestiegene (+) Bevölkerung
auf die Einkommensgruppe von \mathcal{M}				überhaupt v. H.
bis 900	15 136 123	15 071 484	15 386 644	—315 160 —1,4
über 900 bis 3000 ¹⁾	23 243 357	23 144 097	22 986 948	—158 011 —6,8
„ 3000 „ 9500	2 410 803	2 400 508	2 234 599	+ 7 898 +0,3
„ 9500 „ 30500	349 661	348 168	343 702	+ 12 364 +3,6
„ 30500 „ 100000	73 408	73 095	81 001	+ 4 458 +6,1
„ 100000	15 432	15 366	19 824	

Es zeigt sich also, daß während des Krieges (das Jahr 1914 ist bezüglich der Einkommensteuer-Veranlagung noch Friedensjahr) von der der Mittelstandsgruppe der Einkommen von über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} angehörenden Bevölkerung fast ein Fünftel in eine niedere Einkommensklasse herabgesunken und andererseits nur 3 Tausendteile in eine höhere aufgestiegen sind. Die Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} hat etwa ein Siebzigstel ihrer Angehörigen nach unten abgegeben, wobei aber unter den ein nicht mehr steuerpflichtiges Einkommen Beziehenden sich zahlreiche Personen befanden, deren Einkommen zwar über 900 \mathcal{M} betrug, aber ganz oder zum Teil als Militäreinkommen gemäß § 5 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes von der Besteuerung ausgeschlossen war. Aus der Gruppe der Einkommen von über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} rückte etwas über ein Dreißigstel, aus der von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} annähernd ein Sechzehntel der betreffenden Bevölkerungsschicht nach oben hin auf. Demgegenüber waren in den vorangegangenen Zeiträumen 1912-1914 und 1896-1914 in höhere Einkommensabstufungen aufgestiegen: von der Bevölkerung mit Einkommen bis zu 900 \mathcal{M} 7,7 bzw. 45,4 %, von der mit über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Einkommen 1,1 bzw. 11,3 %, von der mit über 3 000 bis 9 500 \mathcal{M} 2,3 bzw. 14,6 %, von der mit über 9 500 bis 30 500 \mathcal{M} 3,3 bzw. 19,1 % und von der mit über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} 2,7 bzw. 19,0 %. Noch im zweijährigen Zeitraume 1912-1914 war mithin der Klassenaufstieg der Bevölkerung nach der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} weitaus am stärksten, insbesondere auch verhältnismäßig viel stärker als nach der höchsten von über 100 000 \mathcal{M} aus der von über 30 500 bis 100 000 \mathcal{M} . Erst im Zeitraume 1914-1916 hat sich hiernach die Aufstiegsziffer sehr wesentlich zugunsten der höchsten Einkommensgruppe verschoben.

Dieses Ergebnis hat indes u. E. wenigstens vorläufig nichts Beunruhigendes an sich. Einmal ist zu berücksichtigen, daß die höchste Einkommensklasse wohl von unten her Zensiten aufnimmt, solche aber nicht, wie die übrigen Einkommensabstufungen, weitergibt und daher leicht verhältnismäßig schneller als diese zunimmt, zumal wenn sie auch keinen Abfluß nach unten hin hat; sodann tritt die Einkommenssumme der höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 \mathcal{M} trotz ihrer starken Zunahme während des Krieges immer noch sehr weit zurück gegenüber der der Mittelstandsgruppen von über 900 bis 9 500 \mathcal{M} Einkommen, die bei den physischen Personen unter Einrechnung der auf Grund der §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes un versteuert gebliebenen Einkommensteile auf sich zusammen etwa 9 mal soviel Einkommen vereinigen wie die Gruppe von über 100 000 \mathcal{M} Einkommen, deren Angehörige zudem nur einen verschwindend kleinen Teil der Zensitengesamtzahl bilden. Endlich darf vor allem nicht außer acht gelassen werden, daß gerade das neuerliche starke

¹⁾ einschließlich der gemäß §§ 19 oder 20 des Gesetzes bei einem Einkommen von über 900 bis 3 000 \mathcal{M} Freigestellten.

Emporgehen der höchsten Einkommen in der Hauptsache als eine Kriegerscheinung anzusehen ist, vornehmlich darauf beruhend, daß die großen Handels- und Gewerbebetriebe wie auch die landwirtschaftlichen Großbetriebe infolge Kriegslieferungen, der Nahrungsmittelteuerung usw. vielfach überaus hohe Gewinne erzielt haben; ebenso läßt sich das Herabgehen bei den Mittelstandsgruppen hauptsächlich durch die infolge des Krieges einschneidend veränderten Wirtschaftsverhältnisse erklären, hat doch ein großer Teil der Bevölkerung schon durch die Einberufung zur Fahne sein bisheriges Einkommen ganz oder zum Teil verloren. Es ist daher nicht angängig, die hier berührten Einkommensverschiebungen als dauernde Bewegungen plutokratischen Charakters und als Anzeichen ernster Schädigung des Mittelstandes anzusehen, zumal auch bereits für 1916 gegenüber 1915 eine — mithin schon während des Krieges eingetretene — kleine Besserung in der Einkommensverteilung wahrzunehmen ist, wie beispielsweise die nachfolgende Zusammenstellung zeigt. Es enthielen nämlich Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen (Einzelwirtschaftler)

auf die Einkommensgruppe von	1914 über- haupt	v. H.	1915 über- haupt	v. H.	1916 über- haupt	v. H.
bis 900	7 986 634	49,13	7 868 599	49,70	7 847 210	49,31
über 900 bis 3 000 ¹⁾ .	7 379 645	45,10	7 158 313	45,21	7 225 485	45,10
davon						
nach §§ 19 oder 20 d. Ges. freigestellt ²⁾ .	583 784	3,59	663 265	4,19	558 884	3,51
veranlagt	6 795 861	41,81	6 495 048	41,02	6 666 601	41,89
über 3 000 bis 9 500	741 559	4,56	670 207	4,23	693 798	4,36
„ 9 500 „ 30 500	116 876	0,72	107 426	0,68	114 843	0,72
„ 30 500 „ 100 000	24 551	0,15	22 962	0,15	26 602	0,17
„ 100 000	5 215	0,03	4 976	0,03	6 685	0,04
zusammen	16 254 480	100	15 832 483	100	15 914 623	100

In allen Einkommensgruppen mit Ausnahme der untersten bis zu 900 *M* sind somit die von 1914 auf 1915 gesunkenen Grundzahlen im Jahre 1916 wieder in die Höhe gegangen, allerdings nur bei den Einkommen von über 30 500 *M* über den Stand von 1914 hinaus. Der Anteil an der Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler hob sich 1915 nur bei den Einkommen bis zu 900 *M*, während er bei den Einkommen von über 30 500 *M* unverändert blieb, im übrigen aber sank, um 1916 in allen Gruppen von über 900 *M* Einkommen wieder anzusteigen, und zwar so, daß die Verhältnisziffer des Jahres 1914 von den Einkommensgruppen von über 900 bis 3 000 und über 9 500 bis 30 500 *M* wieder erreicht, von denen von über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 *M* überholt wurde; auch in der Untergruppe der mit über 900 bis 3 000 *M* Einkommen Veranlagten war bemerkenswerterweise die Verhältnisziffer im Jahre 1916 etwas höher als im Jahre 1914.

Hiernach kann also keine Rede davon sein, daß die Mittelgruppen des Einkommens schon jetzt etwa irgendwie ernstlich bedroht wären. Man wird vielmehr die Entwicklung unserer Einkommensverteilung noch längere Zeit, insbesondere auch mehrere Jahre nach Friedensschluß, aufmerksam verfolgen müssen, um zu einem abschließenden Urteil darüber zu gelangen, ob bei uns tatsächlich die Mittelstandsgruppen von den Obergruppen ähnlich wie in England in schädlicher Weise zurückgedrängt werden, ob überhaupt eine anhaltende Umgruppierung der Einkommen vor sich geht.

Für die Beobachtung dieser Entwicklung bildet schon jetzt die preußische Einkommensteuer-Statistik zweifellos eine ziemlich brauchbare Grundlage; vor allem liefern

¹⁾ einschließlich der mit einem Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten. — ²⁾ einschließlich der Steuerpflichtigen, deren Veranlagung ausgesetzt war.

die in ihr enthaltenen Angaben über die Einkommensverhältnisse ein leidlich wohlgetroffenes Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung, insbesondere die bestmögliche Unterlage für die Beurteilung des Volkswohlstandes, der gegenüber alle sonstigen nicht das reine Gesamteinkommen in seiner Beziehung zur Person der Einkommensempfänger, sondern die Erträge einzelner Einnahmequellen, also in der Regel nur Teileinkommen, wie die Arbeiterlöhne, Beamtengehälter, Landwirtschafts- und Dividendenerträge usw., betreffenden Statistiken, so wichtig sie im einzelnen sind, an Wert zurückstehen. Gleichwohl ist die preußische Einkommensteuer-Statistik in mehrfacher Hinsicht nicht nur verbesserungsfähig, sondern angesichts der Notwendigkeit, ihre Bedeutung als Erkenntnisquelle bei sozialstatistischen Untersuchungen verschiedenster Art den Zeitverhältnissen entsprechend zu heben, auch verbesserungsbedürftig, und es erscheint nicht unangebracht, am Schlusse dieser Abhandlung einige bezügliche Reformvorschläge im Rahmen der bestehenden Erhebungsweise zu erörtern. Hierbei muß immer im Auge behalten werden, daß in der Form der Massenbeobachtung, auf die es hier ankommt, die einkommensstatistischen Tatsachen in Preußen nicht durch selbständige, dem eigenen Interesse der Statistik entsprechend angelegte Erhebungen festgestellt, vielmehr, wie auch sonst in Deutschland, aus den von der Steuer-Verwaltung gelieferten Materialien der Einkommensteuer-Veranlagung nebenher, also gleichsam als Nebenprodukt, gewonnen werden.

Demgemäß ist bei Vorschlägen, die auf eine Erweiterung der preußischen Einkommensteuer-Statistik abzielen, von vornherein darauf Rücksicht zu nehmen, daß die damit verbundene Mehrarbeit die ohnehin überaus stark durch Veranlagungsgeschäfte mannigfaltiger Art in Anspruch genommenen Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen als Erhebungsbehörden nicht zu sehr belastet. Daher geht es leider nicht an, für einen Staat von der Größe Preußens etwa nach dem Vorbilde der Einkommensstatistik Sachsens das Individual-Zählkartensystem, wobei für jeden Pflichtigen die Einkommensverhältnisse nach Stand und Beruf, Geschlecht, Alter und Stellung im Haushalt (ob Haushaltungsvorstand, Familienglied, Dienstperson, Untermieter) zu entnehmen sind, in Vorschlag zu bringen. Immerhin können aber die von den preußischen Veranlagungsbehörden dem Finanzministerium alljährlich einzureichenden, vom Königlichen Statistischen Landesamte zu verarbeitenden Nachweisungen über die Einkommensteuer-Veranlagungsergebnisse durch verhältnismäßig wenig umfangreiche zusätzliche Einträge auch in einkommensstatistischer Hinsicht wesentlich verbessert werden.

Zunächst hat sich bei der preußischen Einkommensteuer-Statistik, die von jeher außer den Einkommensbeziehern auch die nicht selbständig zu veranlagenden Angehörigen der Haushaltungsvorstände zahlenmäßig mitberücksichtigt, das Bedürfnis herausgestellt, zwischen Haushaltungsvorständen und selbständigen Einzelpersonen (Einzelwirtschaftlern, Einzelsteuernden) zu unterscheiden, damit ermittelt werden kann, wieviel Angehörige auf einen Haushaltungsvorstand kommen, also haushaltungsweise an einem Einkommen mitbeteiligt sind, und in welchem Verhältnisse die Haushaltungsvorstände und die Einzelwirtschaftler je für sich am Gesamteinkommen beteiligt und in den einzelnen Einkommensabstufungen vertreten sind.

Die zahlenmäßige Unterlage für diese sozialstatistisch wichtigen Feststellungen läßt sich unschwer in die bestehenden Erhebungsnachweisungen einfügen, indem steuerstufenweise unter der jeweiligen Zensitengesamtzahl die Zahl der darunter befindlichen Einzelsteuernden eingetragen wird (Vergl. nachstehendes Muster).

Physische Zensiten	Veranlagt zum jährlichen Steuersatze von . . . <i>M</i>						usw.
	6	9	12	16	21	26	
überhaupt							
davon Einzel- steuernde							

Natürlich müßte, um eine vollständige Einkommensgliederung sowohl der Haushaltungsvorstände als der Einzelwirtschaftler zu ermöglichen, auf Grund der jährlichen Personenstandsaufnahme auch die Gesamtzahl der Einzelwirtschaftler, also einschließlich der einkommensteuerfreien, ausgezählt werden, während dies hinsichtlich der gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten unterbleiben kann, weil von diesen nur ein verschwindend kleiner Teil der zudem nicht zahlreichen (1915 22 875) nach § 20 a. a. O. Freigestellten zu den Einzelsteuernden gehören dürfte, anderseits die gemäß § 19 a. a. O., also wegen gesetzlicher Unterhaltungspflicht Kindern und anderen Familienangehörigen gegenüber, Freigestellten (1915 569 012) fast durchweg Haushaltungsvorstände sind.

Von besonderer Bedeutung ist die weitergehende Erfassung des sogenannten Familieneinkommens, d. h. des Einkommens der Haushaltungsvorstände einschließlich des ihrer Verfügung unterliegenden wie auch des selbständigen (freien) Einkommens der mit ihnen zusammen eine Haushaltung bildenden Familienglieder. So wünschenswert eine solche Feststellung vom sozialstatistischen Standpunkte wäre, läßt sie sich doch auf Grund der zurzeit die Unterlage der preußischen Einkommensteuer-Statistik bildenden Nachweisungen über die Veranlagungsergebnisse leider nicht vornehmen; sie müßte vielmehr Gegenstand einer besonderen Erhebung bilden, wobei am zweckmäßigsten, ähnlich wie in Sachsen, die in Frage kommenden Angaben aus den Steuerlisten, insbesondere auch bezüglich der 900 *M* nicht übersteigenden Einkommen aus den Gemeindesteuerlisten, auf Zählkarten zu übertragen wären.

Da bei der Einrichtung der preußischen Einkommensteuer-Statistik weniger einkommensstatistische Gesichtspunkte als solche des finanziellen Ertrages und der steuerlichen Belastung maßgebend waren, wurde von vornherein nicht auf eine vollständige statistische Erfassung des der Besteuerung zugrunde liegenden steuerpflichtigen Einkommens Rücksicht genommen, vielmehr wird nur das tatsächliche Gesamteinkommen der physischen Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen und überhaupt, also ohne Rücksicht auf seine Höhe, das der nichtphysischen Zensiten erhoben, während das der physischen Steuerpflichtigen mit über 900 bis 3 000 *M* Einkommen, soweit sie gemäß §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes freigestellt sind, überhaupt nicht festgestellt, soweit sie veranlagt sind, dagegen im Königlichen Statistischen Landesamte unter Zuhilfenahme der in den Materialien der Einkommensteuer-Veranlagung enthaltenen Angaben über die Zensitenbesetzung der Einkommens- und Steuerstufen durch Bildung des arithmetischen Mittels der die einzelnen Stufen begrenzenden Einkommensbeträge berechnet wird; letzteres würde, da die Ober- und Untergrenze der einzelnen Einkommensstufen der Zensitengruppe von über 900 bis 3 000 *M* Einkommen nur um 150 bis höchstens 300 *M* auseinanderliegen, ganz unbedenklich sein, wenn nicht, wie schon früher erwähnt, die auf Grund der §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Einkommensteuergesetzes auf einen niedrigeren Steuersatz ermäßigten (nicht freigestellten) Zensiten in den von den Veranlagungsbehörden zu liefernden Nachweisungen nur mit dem Steuersatz aufgeführt wären, zu dem sie ermäßigt worden sind, der also ihrem wirklichen Einkommen nicht entspricht.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

Anderseits haben wir aus Abschnitt C. (S. 52) ersehen, daß für 1916 das in der Einkommensteuer-Statistik nicht mitberücksichtigte Einkommen der gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten auf annähernd und das der (ohne Freistellung) Ermäßigten der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* auf etwas über $\frac{3}{4}$ Milliarden *M* zu veranschlagen ist, und es darf angenommen werden, daß sich bei dem zu erwartenden gesetzlichen Ausbau des Kinderprivilegs die betreffenden Steuerausfälle und damit auch die bislang der Statistik entgehenden Einkommensbeträge noch erheblich erhöhen werden.

Da die für jene Personen im Abschnitt C. aufgeführten Einkommens-Näherungswerte immerhin unsicher sind, empfiehlt es sich, im Interesse möglicher Genauigkeit und Vollständigkeit der das Einkommen betreffenden Angaben der preußischen Einkommensteuer-Statistik, unter Verwendung des nachstehenden Musters Unterlagen für die Berechnung des Einkommens auch der zahlreichen der Einkommensgruppe von über 900 bis 3 000 *M* angehörenden, gemäß §§ 19 oder 20 des Einkommensteuergesetzes Freigestellten und Ermäßigten nach dem arithmetischen Mittelsatze der einzelnen Einkommensstufen zu schaffen. Das gleiche ist zu befürworten bezüglich der Ermäßigten mit Einkommen von über 3 000 bis 12 500 *M*, deren Einkommen zwar in der alle drei Jahre zu erhebenden Einkommens-Gesamtsumme der Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen in seiner tatsächlichen Höhe mitenthalten ist, indes gleichfalls nur unter Bildung des arithmetischen Mittels der den veranlagten ermäßigten Steuersätzen entsprechenden Einkommensgrenzen, also nur mit einem zu niedrigen Betrage, berechnet werden kann, wenn es sich um die Gliederung der Einkommen nach den hauptsächlichsten Einkommensabstufungen (über 900 bis 3 000, über 3 000 bis 9 500, über 9 500 bis 30 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 *M*) handelt (vergl. auch Einleitung S. 12).

Physische Steuerpflichtige	Veranlagt mit einem Einkommen von . . . <i>M</i>						usw. bis 12 500
	über 900 bis 1 050	über 1 050 bis 1 200	über 1 200 bis 1 350	über 1 350 bis 1 500	über 1 500 bis 1 650	über 1 650 bis 1 800	
überhaupt							
davon nach §§ 19 od. 20 d. G. freigestellt							

Bei Anwendung dieses Erhebungsvordruckes wird es möglich sein, einmal das Einkommen der Freigestellten, sodann auch das der (ohne Freistellung) Ermäßigten im Mittelbetrage der tarifmäßigen Einkommensstufen mitzuerfassen, die dem bei der Veranlagung festgestellten tatsächlichen Einkommen der Freigestellten bzw. Ermäßigten entsprechen.

Freilich läßt sich aus diesem Muster nicht entnehmen, um wieviel Stufen oder zu welchem Steuersatze die einzelnen Pflichtigen in der Einkommensteuer ermäßigt worden sind. Um zugleich diese Angaben zu erhalten, würde es zweckmäßiger sein, das weiter (S. 58) folgende, allerdings umfangreichere Erhebungsmuster zu verwenden.

Aus diesem Muster sind zu ersehen das tatsächliche Mitteleinkommen der Freigestellten und Ermäßigten sowie der Steuersatz der letzteren, ferner die Zahl der Stufen, um die der Steuersatz ermäßigt worden ist, und der daraus folgende Steuerausfall, endlich das infolge der Freistellung oder Ermäßigung von der Einkommensbesteuerung freigebiebene Einkommen (im Mittel). Sind also beispielsweise in der Einkommens-Spalte von über 2 700 bis 3 000 *M* 25 Zensiten mit der Steuer-Vorspalte von 26 *M* aufgeführt,

Veranlagt sind physische Zensiten

zu einem gemäß §§ 19 od. 20 des Gesetzes ermäßigten Steuersatzes von ... <i>M</i>	mit einem Einkommen von ... <i>M</i>																												
	über 900 bis 1 050	über 1 050 bis 1 200	über 1 200 bis 1 350	über 1 350 bis 1 500	über 1 500 bis 1 650	über 1 650 bis 1 800	über 1 800 bis 2 100	über 2 100 bis 2 400	über 2 400 bis 2 700	über 2 700 bis 3 000	über 3 000 bis 3 300	über 3 300 bis 3 600	über 3 600 bis 3 900	über 3 900 bis 4 200	über 4 200 bis 4 500	über 4 500 bis 5 000	über 5 000 bis 5 500	über 5 500 bis 6 000	über 6 000 bis 6 500	über 6 500 bis 7 000	über 7 000 bis 7 500	über 7 500 bis 8 000	über 8 000 bis 8 500	über 8 500 bis 9 000	über 9 000 bis 9 500	über 9 500 bis 10 500	über 10 500 bis 11 500	über 11 500 bis 12 500	
6																													
9																													
12																													
16																													
21																													
26																													
31																													
36																													
44																													
52																													
usw. bis 330																													
gemäß §§ 19 od. 20 d. G. freigestellt																													

so ergibt sich für sie ein tatsächliches Mitteleinkommen von je 2 850, zusammen 71 250 *M* mit insgesamt 650 *M* Veranlagungssoll, eine Ermäßigung um je 4 Stufen, ein Steuerausfall von je $(52 - 26 =) 26$, zusammen 650 *M*, und im Mittel je $(2 850 - 1 725 =) 1 125$, zusammen 28 125 *M* von der Steuer freigebliebenes Einkommen, während bei der oben erwähnten Einkommensgliederung der amtlichen Einkommensteuer-Statistik für jene Ermäßigten nur ein dem Ermäßigungs-Steuersatzes von 26 *M* tarifmäßig entsprechendes Mitteleinkommen von je 1 725, also zusammen 43 125 *M*, erscheint, das mithin für jeden einzelnen Ermäßigten um 1 125, im ganzen um 28 125 *M* zu gering angesetzt ist.

Das vorstehende Erhebungsmuster dürfte hiernach vor dem vorher gebrachten, das in der Hauptsache nur das tatsächliche Mitteleinkommen der Freigestellten und Ermäßigten mitumfaßt und nur das der Freigestellten besonders erkennen läßt, entschieden den Vorzug verdienen.

Die volkswirtschaftlich bedeutsame statistische Unterscheidung des Einkommens nach den einzelnen Quellen unter besonderer Kenntlichmachung der gesetzlichen Abzüge vom Gesamteinkommen ist im Gegensatz zu Österreich, Sachsen, Württemberg und Baden in Preußen nicht vollständig durchgeführt, sondern auf die Einkommen von über 3 000 *M* beschränkt.

Da die Kenntnis der Quellen, aus denen das Einkommen fließt, und ihres Anteils am Gesamteinkommen für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung von großer Wichtigkeit ist, insbesondere erst einen näheren Einblick in die Verteilung des Wohlstands auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen vermittelt, und da es anderseits, wie auch die einschlägigen Statistiken anderer Staaten dartun, unmöglich ist, von den bezüglichen Ergebnissen für die Einkommensgruppe von über 3 000 *M* auf die für die Gesamtheit der Zensiten oder die für die Personen mit geringerem Einkommen als 3 000 *M* irgendwie sichere Schlüsse zu ziehen, so erscheint auch für Preußen die Ausdehnung der Erhebung der Einkommensquellen auf die Einkommensabstufung von über 900 bis 3 000 *M* dringend geboten. Die Unterlagen dafür bieten die Staatssteuerlisten, die das Einkommen nach den verschiedenen Arten geordnet enthalten, wenn auch wohl nicht in derselben Genauigkeit wie bei den deklarations-

pflichtigen Einkommen von über 3 000 *M*. Eine solche Aufnahme würde zweckmäßig mit der alle drei Jahre erfolgenden Erhebung der Einkommensquellen der Zensiten mit über 3 000 *M* Einkommen zu verbinden, indes, weil damit für die Erhebungsbehörden eine erhebliche Mehrarbeit verbunden ist, selbstverständlich nur in größeren, etwa sechs- oder neunjährigen, Zeitabständen zu wiederholen sein, was auch für den Zweck der Erkenntnis der — in der Regel nur allmählich sich ändernden — Einkommenszusammensetzung der Bevölkerung ausreichen dürfte.

Für die Stadtkreise sind in der alljährlich erscheinenden „Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung“ des Königlichen Statistischen Landesamts die Veranlagungsergebnisse fast in derselben Ausführlichkeit enthalten wie für den Staat und die Regierungsbezirke.

Wünschenswert wäre, daß die Ergebnisse, insbesondere auch, soweit sie die Einkommensverhältnisse betreffen, etwa in dem gleichen Umfange wie für die Stadt- auch für die Landkreise verarbeitet und veröffentlicht werden, da ein stichhaltiger Grund in dieser Beziehung die Landkreise anders als die Stadtkreise zu behandeln, u. E. nicht vorhanden ist. Bis jetzt liegen nur wenig Angaben über die Einkommensverhältnisse in den Landkreisen vor, die in verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuchs für den Preussischen Staat (1904, 1906, 1907, 1909, 1911 und 1915, Anhang) verstreut sind und im wesentlichen den Anteil der Bevölkerung, insbesondere auch der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, mit über 900 *M* Einkommen an der Gesamtbevölkerung, den Gesamtbetrag des steuerpflichtigen Einkommens und des Einkommensteuer-Veranlagungssolls betreffen. Zum ersten Male im Jahrgange 1915 wurde, wenn auch in beschränktem Umfange, die Einkommensgliederung der preussischen Bevölkerung kreisweise gebracht und diese später auch in dieser Zeitschrift (Jahrgang 1916, S. 296 ff.) behandelt.

Würde die preussische Einkommensteuer-Statistik, die seit ihrem Bestehen schon eine große Bedeutung erlangt und sich als eine wahre Fundgrube für Untersuchungen volkswirtschaftlicher Natur erwiesen hat, vorstehenden Vorschlägen gemäß ausgebaut, so würde sie zweifellos an Wert außerordentlich gewinnen.

Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reichs nach Nationalitäten und Religionen.

Mit 3 Karten.

Von

Dr. Rudolf Claus.

I. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Nationalitäten.

In dieser Zeitschrift, Jahrgang 1915, Heft I. ist eine Übersicht über die Zusammensetzung der Bevölkerung des europäischen Rußlands nach Nationalitäten gegeben. Es soll hier in Fortsetzung dieses Aufsatzes eine Übersicht über die Zusammensetzung der Bevölkerung des asiatischen Rußlands nach Nationalitäten und über die Zusammensetzung der Bevölkerung des europäischen und asiatischen Rußlands nach Religionen folgen.

Die Zahlen der nachfolgenden Darstellungen beruhen ebenso wie die der Zusammenstellung über das europäische Rußland auf den Ergebnissen der ersten allgemeinen Volkszählung des Russischen Reiches am 28. Januar 1897. Der Zeitpunkt der Erhebung liegt zwar 20 Jahre zurück, doch dürften sich die Stärkeverhältnisse der einzelnen Völker in den beiden Jahrzehnten nur wenig verändert haben, da Wanderungen großen Umfanges im Kaukasus und in Russisch-Asien in dieser Zeit nicht stattgefunden haben und die Siedlung der russischen Kolonisten nur nach einigen wenigen Gebieten gelenkt worden ist. Auch sonst sind Ereignisse wie Stammeskriege, die das Stärkeverhältnis verschieben könnten, in dieser Zeit nicht vorgefallen. Völker mit verhältnismäßig geringer Kultur, wie sie Russisch-Asien beherbergt, sind trotz der Russifizierungsbestrebungen der Regierung auch weniger der Gefahr ausgesetzt, ihrer Muttersprache entfremdet zu werden. Die Abgeschiedenheit der kaukasischen und mittelasiatischen Gebirge war auch der Erhaltung der Eigenart der Bevölkerung so günstig wie die weiten asiatischen Steppen mit ihrer geringen Bevölkerungsdichte. Besonders seit der Revolution i. J. 1905 ist auch das Nationalitätsbewußtsein sogar der auf niedriger Kulturstufe stehenden Völker erweckt und entwickelt.¹⁾ Die politischen Veränderungen, die in Rußland gegenwärtig vor sich gehen, ändern an den Stärkeverhältnissen der Völker in den einzelnen Gebieten natürlich nichts, abgesehen von dem Verschwinden des russischen Militärs und der russischen Beamten mit ihren Angehörigen aus den selbständig sich gestaltenden Randstaaten.

Wenn auch die Ergebnisse dieser ersten russischen Volkszählung anzweifelbar sein mögen, so sind sie doch noch die

besten Unterlagen für die Beurteilung der Zusammensetzung der Bevölkerung, die gegenwärtig und voraussichtlich auch für längere Zeit noch erreichbar sind, denn bei der politischen und wirtschaftlichen Lage, in der diese Gebiete sich befinden, wird kaum bald eine Volkszählung vorgenommen werden. Was in dem vorhergehenden Aufsatz über diese russische Volkszählung gesagt ist, gilt auch hier. Es wird die Zahl der Großrussen im allgemeinen etwas zu hoch, die der übrigen Stämme etwas zu niedrig angegeben sein.

Die Gliederung nach Nationalitäten ist nach der Muttersprache vorgenommen; gewiß ist die Einwendung, daß die Sprache kein ganz sicherer Anhaltspunkt zur Feststellung einer Nationalität sei, in manchen Fällen berechtigt, geben doch z. B. die Neger der Vereinigten Staaten teilweise Englisch als Muttersprache an; im vorhergehenden Aufsatz ist auch bereits darauf hingewiesen, daß die Juden in Rußland z. T. nicht Jidisch, sondern Großrussisch als ihre Muttersprache bezeichnet haben; ebenso haben die polnischen Juden vielfach Polnisch angegeben. Dies gilt aber hauptsächlich nur für die oberen Schichten, die nur einen geringen Bruchteil des Gesamtvolkes ausmachen. Allerdings ist im Text des Volkszählungswerkes auch angeführt, daß ein Teil der Meschtscherjaken und Teptjaren die Sprache der Baschkiren und Tataren angenommen haben, und daß ein Teil der Baschkiren Tatarisch spricht. Wenn die Sprache also mitunter auch nicht als ganz sicheres Merkmal anzusehen ist, so ist sie doch das einzige, das sich verhältnismäßig leicht als einheitliche Tatsache erkennen und statistisch für denselben Zeitpunkt erfassen läßt; andere Merkmale wie Hautfarbe, Haare, Körpergröße, Schäldimensionen sind statistisch in diesem Sinne überhaupt nicht zu ermitteln.

In der nachfolgenden Darstellung sind die Zahlen für die Gouvernements der Hauptveröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung¹⁾, die Angaben über die Kreise Sonderheften entnommen, und zwar die über die Verteilung der Bevölkerung nach der Muttersprache Sonderheft Nr. 7²⁾, die über die Verteilung nach Religionen Sonderheft Nr. 6³⁾. Die Flächenangaben der Gouvernements und Kreise sowie die Bevölkerungszahlen für das Jahr 1912 und die auf 1 Quadratwerst im Durchschnitt entfallenden Einwohnerzahlen stammen aus dem Statistischen Jahrbuch für 1912⁴⁾.

¹⁾ Allgemeine Zusammenstellung der Ergebnisse der 1. allgemeinen Volkszählung des Russischen Reiches am 28. Januar 1897. Petersburg 1905, 2 Bände (russ.). — ²⁾ 1. Allgemeine Volkszählung des Russ. Reiches, Heft Nr. 7: Bevölkerung beiderlei Geschlechts nach Kreisen mit Angaben der Zahl der Personen, deren Muttersprache überwiegt. 1905 (russ.). — ³⁾ Ebenda. Nr. 6: Bevölkerung beiderlei Geschlechts nach Kreisen, mit Angaben der Zahl der Personen, deren Religion überwiegt. — ⁴⁾ Herausgegeben v. Zentralstatistischem Komitee, Petersburg 1913.

¹⁾ Semkowsky (Rußland als Nationalitätenstaat, Neue Zeit, Band 34. I S. 387) führt nach einem 1910 in Petersburg erschienenen Sammelwerk über die Formen der nationalen Bewegung an, daß die Mordwinen (Wolga-Finnen), die bis zur Revolution 1905 keine Schriftsprache besaßen, Aufrufe in ihrer Sprache erscheinen ließen. Die Tschuwaschen (Turko-Tataren) gaben ein radikales politisches Blatt heraus, die Wotjaken (permische Finnen) übersetzten die Marseillaise in ihre Sprache und die Burjaten (Mongolen) arbeiteten ein nationales Programm für die Verteidigung ihrer Minderheit in der Landschaftsverwaltung von Irkutsk aus.

In der Übersicht sind die Gouvernements nicht alphabetisch wie in der russischen Veröffentlichung, sondern in der Reihenfolge, wie sie aneinander grenzen, aufgeführt, Sibirien z. B. in der Reihenfolge von Westen nach Osten. Auch die Kreise sind in der Übersicht nicht alphabetisch, sondern nach ihrer Lage geordnet; die Richtung ist jeweils angegeben. Um das Auffinden einzelner Gouvernements zu erleichtern, sind diese in der Anmerkung auf Seite 69 alphabetisch aufgeführt und dabei die Nummern angegeben, die sie in der Übersicht haben. Die Numerierung der Gouvernements ist für die Übersichten über die Nationalitäten die gleiche wie für die nach Religionen.

Im Nachstehenden wird der Einfachheit halber von Gouvernements und Kreisen gesprochen, obgleich der Kaukasus und Russisch-Asien z. T. verwaltungsrechtlich in Gebiete (Oblastj) und Distrikte (Okrug) eingeteilt sind.

Die Köpfe der Übersichten sind der Platzersparnis wegen nicht einheitlich. Es sind nur die Namen der wichtigsten Völker im Kopf aufgenommen, während die sonstigen stärker vertretenen Völker jeweils einzeln am Rande aufgeführt sind. Das am stärksten vertretene Volk ist durch fetten Druck der Zahlen kenntlich gemacht.

Die russische Veröffentlichung gibt für die Kreise nur die Zahl der Groß- und Weißrussen und Ukrainer zusammen an, für die übrigen verwandten Völker und für die Anhänger zusammengehöriger Glaubensbekenntnisse aber keine Summen. Diese ließen sich für die Kreise auch nicht errechnen, da in den Sonderheften nur die größeren Minderheiten verzeichnet sind; eine nachträgliche Zusammenzählung wäre also nicht vollständig geworden. So konnte in der Übersicht über die Bevölkerung des Kaukasus nicht die Gesamtzahl der Kartwelen für jeden Kreis angegeben werden, sondern im Kopf der Übersicht nur das stärkste Volk, die Georgier, während die Kreisangaben für die übrigen Kartwelen, die Imeretinen, Mingrelen und Swaneten nur dort, wo diese Völker stärker auftreten, am Rande der Übersicht gebracht werden mußten; ebenso konnten im Kopfe der Übersicht II nicht die Protestanten aufgenommen werden, sondern nur die Lutheraner, während die Reformierten unter „Sonstige“ aufgeführt sind. In keinem Kreis würde sich aber durch die Zusammenfassung der verwandten Völker oder Religionen eine andere Mehrheit ergeben.

Bei der Aufstellung der Übersichten und bei der hier folgenden Darstellung mußte naturgemäß der Einteilung nach Sprachen und Religionen gefolgt werden, wie sie die russische Statistik getroffen hat, wenn sich auch manches gegen diese Einteilung einwenden läßt. Für die ethnographischen Angaben wurde mehrfach Ratzels Völkerkunde (1888) benutzt. Die Völker des Kaukasus hat auf Grund eigener Studien und Messungen v. Erckert¹⁾, die berufsmäßige und soziale Gliederung der kaukasischen Völker neuerdings B. Ischchanian²⁾ behandelt.

In den hier beigegebenen Karten sind die Grenzen der Kreise nach der „Wegekarte des Kaukasus“, bearbeitet von der Militär-topographischen Abteilung des kaukasischen Militärbezirks³⁾, und der „Karte des asiatischen Rußland“, herausgegeben vom Universalverlag St. Petersburg⁴⁾, eingezeichnet.

Es sind in den Karten die in den einzelnen Kreisen am stärksten vertretenen Völkerschaften durch Schraffur gekennzeichnet. Die Minderheiten mußten auf diesen einfachen Karten, selbst da, wo sie stärker sind, naturgemäß unberück-

sichtigt bleiben. Die Kreisgrenzen, punktierte Linien, sind nur für die Kreise gegeben, in denen das stärkste Volk ein anderes ist als in den übrigen Kreisen. Bei der Karte des Kaukasus konnte wegen der großen Zahl verschiedener Volksstämme nicht jeder einzelne in jedem Kreis wiedergegeben werden; es sind deshalb die verwandten Völker zusammengefaßt; unter Kartwelen sind z. B. die Georgier, Imeretinen, Mingrelen und Swaneten dargestellt; an Hand der Übersichten läßt sich aber erkennen, in welchem Kreis die einzelnen Volksstämme überwiegen, da die Kreisgrenzen eingezeichnet sind, wenn ein anderer Volksstamm im Nachbarkreis die Mehrheit bildet.

Nebeneinander liegende Kreise desselben Gouvernements, in denen dasselbe Volk überwiegt, sind nicht durch Grenzen abgeteilt; es konnte bei dem kleinen Maßstab der Karten auch nur der Name eines der zusammenhängenden Kreise eingezeichnet werden. In Dagestan sind z. B. die Kreise Awari, Andi und Gunib zusammengefaßt, es ist aber nur der Name Awari eingetragen. Um den Maßstab der Karte möglichst groß nehmen zu können, sind die nördlichen Spitzen des Gouv. Stawropol und des Kuban-Gebiets, die hauptsächlich großrussische und ukrainische Bevölkerung haben, und die auf der Karte im vorhergehenden Aufsatz genügend hervortraten, weggelassen.

Bei der Völkerkarte des asiatischen Rußlands sind die Völker nicht zusammengefaßt, da hier nur wenige Völkergruppen in Frage kommen. Einzelne kleinere Völker sind hier nicht durch Schraffur gekennzeichnet, sondern durch Eintragung der Völkernamen.

Im vorhergehenden Aufsatz ist der Kaukasus mit seinem Völkergemisch nur ganz kurz behandelt; in den nachfolgenden Übersichten sind zur Ergänzung alle Kreise einzeln aufgeführt, wobei sich einige Wiederholungen dessen, was im vorhergehenden Aufsatz gesagt ist, nicht vermeiden ließen.

Der Kaukasus zeigt ein überaus buntes Völkergemisch. Völker der verschiedensten Abstammung, der verschiedensten Sprache finden sich hier dicht beieinander. Dieses Land zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer ist eins der Tore zwischen Asien und Europa, durch das seit altersher viele Völker hin und her gewandert sind; auch die große Völkerstraße, die zwischen dem Kaspischen Meer und dem Uralgebirge durchführt, läuft an der Nordseite des Kaukasus entlang. Viele der Völkerscharen, die diese Wege zogen, hinterließen im Kaukasus Splitter. Besonders starke Verschiebungen im Kaukasus und vor allem in Asien haben die großen Eroberungen und die Einfälle Tschingis Chans in Europa hervorgerufen, durch die viele Völker verdrängt oder mitgeschleppt wurden; beim Rückzug der Mongolen nach Asien wandten sich manche der mitgeschleppten Stämme nach den kaukasischen Gebirgen, die ihnen, wie vielen andern vor und nach ihnen, als Zufluchtsort dienten und Schutz gewährten. Die Abgeschiedenheit der Gebirgstäler hat die Erhaltung von Volksresten ermöglicht und gefördert.

Die kaukasischen und asiatischen Völker haben z. T. sehr starke Mischungen erfahren; veranlaßt wurden diese einmal durch die Kriege, bei denen manche Völker nach dem Satz: „Die Männer über die Klinge, die Weiber ins Zelt“ vom Sieger behandelt wurden. Dann hat die Sklaverei viele Menschen zu anderen Völkern verschleppt. Schließlich sind in den mohamedanischen Ländern in den Harems der Vornehmen und Reichen Frauen der verschiedensten Völker zusammengekommen; gerade die Grusininnen und Tscherkessinnen (Cirkasierinnen) sind wegen ihrer großen Schönheit für die Harems stets sehr begehrt gewesen.

Im ganzen zählte der Kaukasus bei der Volkszählung im Jahre 1897 9,29 Millionen Einwohner; 1912 waren es nach

¹⁾ v. Erckert, Der Kaukasus und seine Völker, Leipzig, 1888. — ²⁾ B. Ischchanian, Nationaler Bestand, berufsmäßige Gruppierung und soziale Gliederung der kaukasischen Völker. Statistisch-ökonomische Untersuchungen (Osteuropäische Forschungen) Berlin, 1914. — ³⁾ 6 Bl. 1:840 000. Tiflis, 1903 (russ.). — ⁴⁾ 1:6 500 000, gedruckt bei Ed. Gäbler, Leipzig (russ.).

der Fortschreibung 12,3⁹ Millionen; in den 1 $\frac{1}{2}$ Jahrzehnten ergibt sich also im Kaukasus eine Bevölkerungszunahme um rund 3 Millionen oder 32,3 v. H., während die Zunahme im ganzen Reich in dieser Zeit 33,7 v. H. ausmachte.

Eine recht erhebliche Verschiedenheit zeigen die einzelnen Gebiete des Russischen Reiches in der Zusammensetzung nach dem Geschlecht. Während im ganzen Reich auf 1 000 Männer 1 011 Frauen entfallen, beträgt diese Zahl in Sibirien 943, im Kaukasus 901 und in Mittelasien nur 860. Stärkere Abweichungen vom Durchschnitt sind unten bei den einzelnen Völkern erwähnt.

Recht erheblich sind auch die Unterschiede in der Dichtigkeit der Bevölkerung. Während im Durchschnitt des Russischen Reiches im Jahre 1912 auf 1 Quadratwerst 8,9 Einwohner kamen, stellt sich der Durchschnitt in den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands auf 28,9, in Polen auf 114,5, im Kaukasus noch auf 29,8, in Mittelasien nur auf 3,4 und in Sibirien gar nur auf 0,9. Zum Vergleich sei angeführt, daß in Deutschland 1910 auf 1 qkm 120 Personen wohnten, was etwa 135,6 Einwohnern auf 1 Quadratwerst entspricht. Im Kaukasus sind das Schwarze-Meer- und das Terek-Gebiet verhältnismäßig am geringsten besiedelt, Eriwan und Kutaïs am stärksten.

Die Großrussen, im ganzen Kaukasus 1,33 Mill., überwiegen nur im nördlichen Teil, nämlich in den beiden nördlichen Kreisen des Schwarze-Meer-Gebiets; im südlichen Kreis Sotschi halten sie den Armeniern die Wage; sie bilden ferner die stärkste Bevölkerung in den 4 östlichen Kreisen des Kuban-Gebiets (Kawkaskaja, Maikop, Labinskaja, Batalpaschinsk) und in den daran angrenzenden 3 Kreisen des Gouv. Stawropol (Stawropol, Alexandrowsk, Medwjeschensk), ferner im Kreis Pjatigorsk des Terek-Gebiets, der sich westlich an Batalpaschinsk anschließt, und im Kreis Kisljar, der an das Kaspische Meer grenzt. Zu den Großrussen gehören zumeist die Terek- oder Linienkosaken (Linie = Grenze), die Beimischungen von tatarischem, tscherkessischem und tschetschenischem Blute haben. Diese Kosakensiedlungen bestehen bereits seit einigen Jahrhunderten und wurden besonders während der Regierung Katharinas II. vermehrt. Stärker hervor treten die Großrussen noch im Gouvernement Baku mit 73 600 von insgesamt 826 700 Einwohnern; auf den Kreis Baku entfallen davon 45 500 Großrussen. Im Gouvernement Tiflis wurden 79 100 Großrussen gezählt, von denen 51 900 im Kreis Tiflis lebten. Im Kars-Gebiet wurden 22 300 Großrussen festgestellt, davon 17 000 im Kreis Kars: von ihnen wird ein großer Teil zur Militärbevölkerung der Festung Kars gehört haben; hierfür spricht auch, daß fast doppelt soviel Männer wie Frauen gezählt wurden.

Die Ukrainer — im ganzen Kaukasus waren es 1,3 Mill. — bilden die Mehrheit in den 3 westlichen Kreisen des Kuban-Gebiets (Jeïsk, Temrjuk, Jekaterinodar), die an das Asow'sche und Schwarze Meer grenzen; auch in den östlichen Kreisen sind sie stark vertreten; im Kreis Kawkaskaja stehen sie den Großrussen nur um 14 000 nach. Sie überwiegen wieder im Kreis Nowogrigorjewsk im Gouvernement Stawropol und bilden auch im großrussischen Kreis Medwjeschensk mit 105 900 eine starke Minderheit. Im Terek-Gebiet treten sie im Kreis Pjatigorsk mit 25 000 auf. Ein Teil der Ukrainer des Kuban-Gebiets ist als Kosaken — Kuban-Kosaken — organisiert; nach der Aufhebung des Saporoger Kosaken-Sjetsch am Dnjepr siedelte ein Teil der Kosaken nach dem Kuban-Gebiet über.

In der Spalte 6 der Übersicht sind auch die Weißrussen mitgefaßt, von denen im ganzen Kaukasus 19 600 gezählt sind; auf das Kuban-Gebiet entfallen davon 12 300.

Von den übrigen Slaven sind nur die Polen noch zu erwähnen, von denen 25 100 gezählt wurden; darunter waren nur 4 400 Frauen. Die Mehrzahl entfällt auf die Gouvernements Tiflis (6 200), Terek (4 200) und Kars (3 200).

Litauer gab es im Kaukasus 5 100, davon waren nur 100 Frauen, Letten 1 500, davon 500 Frauen, Moldauer und Rumänen 7 200.

Deutsche fanden sich 56 700, davon waren 20 800 im Kuban-Gebiet, 8 600 im Gouvernement Stawropol, 9 700 im Terek-Gebiet, 8 300 im Gouvernement Tiflis. Die deutschen Kolonien, deren Mitglieder zum großen Teil aus Württemberg eingewandert sind, und die besonders Obstbau treiben, zeichneten sich durch blühenden Wohlstand aus.

Juden wurden 40 500 gezählt; im Gouvernement Baku waren 8 200, in Dagestan 7 400, im Gouvernement Kutaïs 7 000, im Terek-Gebiet 6 300, im Gouvernement Tiflis 5 200. Außer diesen Juden gibt es im Kaukasus und auch in Turkestan Juden, Bergjuden genannt, die nicht jidisch, sondern teils tatisch, teils aderbeidschan-tatarisch sprechen. Sie sind deshalb nicht bei den Juden gezählt, da hier bei der Zuteilung nach Nationalitäten die Muttersprache maßgebend war, sondern zu den Taten oder Tataren gerechnet. Die Bergjuden sollen z. T. im 8. und 9. Jahrhundert, z. T. 1180 durch Persien eingewandert sein.

Von den 1,17 Millionen Armeniern, die im Russischen Reich 1897 festgestellt wurden, wohnten im ganzen 1,12 Millionen im Kaukasus. Sie erinnern in ihrem Äußern an den südrussischen Judentyp; ihre Hautfarbe ist gelblich-braun, das Haar dunkel, die Nase scharf gebogen, die Lippen sind etwas dick. Die Hauptmasse von ihnen bevölkert den Südteil des Kaukasus; $\frac{1}{3}$ dieser Armenier gehören der ländlichen Bevölkerung an, während sie in den nördlichen Gebieten vorzugsweise in den Städten wohnen, im Terek-Gebiet z. B. von 11 800 im ganzen 9 200. Zwischen ihnen und den mit ihnen zusammen wohnenden Völkern, besonders den Georgiern und Kurden, bestehen starke Feindschaften, die vielfach blutig ausgetragen wurden. Sie sind nicht überwiegend Händler, wie ihnen nachgesagt wird; aus der Volkszählung ergibt sich, daß von den 252 291 Erwerbstätigen, die armenisch sprachen, 120 291 = 47,7 % der Land- und Forstwirtschaft angehörten, während 26 890 = 10,7 % auf den Handel (Nr. 46-50, 61 des Berufsverzeichnisses) entfielen, allerdings erheblich mehr als der Durchschnitt in Rußland und auch im Kaukasus, wo die Landwirtschaft so weitaus vorherrscht.

Sie überwiegen die übrige Bevölkerung in 3 Kreisen des Gouvernements Eriwan (Alexandropol, Etschmiadsin, Nowo-Bajaset) und bilden starke Minderheiten in den übrigen Kreisen. Die Mehrheit haben sie ferner in den an Eriwan westlich angrenzenden Kreisen Kagysman und Kars des Kars-Gebiets und den im Norden sich anschließenden Kreisen Bortschalin und Achalkalaki (Tiflis), ferner im Kreis Schuscha (Jelisawetpol). Im Kreis Sotschi (Schwarzes Meer-Gebiet) sind sie um ein Geringes stärker vertreten als die Russen. Im Gouvernement Eriwan machten sie 53,2 v. H., in Jelisawetpol 33,2 v. H., im Kars-Gebiet 25,3 v. H. und in Tiflis 18,7 v. H. der Gesamtbevölkerung aus.

In den Jahren 1828 und 1830 siedelten 57 000 Armenier aus den türkischen und persischen Gebieten nach Rußland über; weitere stärkere Einwanderungen folgten nach dem russisch-türkischen Krieg und im Jahre 1896.

Die Kartwelen zerfallen in 4 Hauptgruppen: Georgier oder Grusinien, Imeretinen, Mingrelen und Swaneten und mehrere kleinere Gruppen, die nur geringe sprachliche Abweichungen aufweisen und die deshalb und wegen der Ungenauigkeit der Angaben über die Sprache nicht besonders ausgezählt, sondern den Georgiern zugerechnet sind.

Kartwelen, die nach dem stärksten Volksstamm zusammen auch Georgier genannt werden, wurden im Kaukasus 1,35 Millionen = 14,5 v. H. der Bevölkerung festgestellt. Auf die eigentlichen Georgier entfallen davon 821 700, auf die Imeretinen 273 200, auf die Mingrelen 239 600 und auf die Swaneten 15 800. Im Gouvernement Kutaïs machen die Kartwelen (868 800) 82,1 v. H., im Gouvernement Tiflis (467 600) 44,5 v. H. der Bevölkerung aus.

Die Georgier nennen sich selbst Kartwelen, die Armenier nennen sie Wrazi. Sie sind eins der schönsten Völker des Kaukasus, groß, gut gebaut, mit dunklem, meist schwarzem Haar, Adlernase und heller Hautfarbe. Es fehlt ihnen, die sich hauptsächlich mit Landwirtschaft beschäftigen, aber an Energie und Unternehmungsgeist, woraus sich ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von den Armeniern erklärt, die im Gouvernement Tiflis in den Städten überwiegen, während die Georgier überwiegen in 6 Kreisen des Gouvernements Tiflis (Signach, Telaw, Tionet, Duschet, Tiflis, Gori), ferner in 3 Kreisen des Gouvernements Kutaïs (Scharopan, Osurgeti, Batumi). Im Gouvernement Kutaïs bilden die Mingrelen im Kreis Sugdidi und Senaki, die Imeretinen im Kreis Letschgum, Ratschi und Kutaïs die Hauptbevölkerung. Die Swaneten wohnen im Kreis Letschgum (Kutaïs), in dem die ihnen verwandten Imeretinen die Mehrheit bilden. Die Swaneten standen früher auf einer hohen Kulturstufe, von der die Ruinen von Tempeln und Schlössern noch Zeugnis geben. Sie sind eins der kräftigsten und kriegerechtesten Völker des Kaukasus.

Nördlich von den Kartwelen, am Kasbek, westlich der grusinischen Heerstraße, sitzen die Osseten, die lange Jahre unter Turkvölkern lebten und sich in ihrer Sprache stark von den anderen in Persien wohnenden iranischen Völkern entfernt haben. Sie sind nach Annahme einiger Gelehrter Nachkommen der ehemals zahlreichen und kriegerischen Alanen, die in den jetzigen südrussischen Steppen nomadisierten und Grusien und Armenien durch ihre Überfälle beunruhigten. In russischen Chroniken werden sie unter dem Namen Jassen erwähnt; sie selbst nennen sich Ironen (Iranier). Die Osseten haben einen hohen Wuchs und kräftigen Körperbau. Im ganzen wurden 171 100 im Kaukasus gezählt, von denen nur 3,4 v. H. Städter sind. Sie bilden die stärkste Bevölkerung im Kreis Wladikawkas (Terek-Gebiet); in stärkerem Maße sind sie noch in den Kreisen Gori und Duschet (Gouvernement Tiflis), ferner in Ratschi (Gouvernement Kutaïs) vertreten.

Von sonstigen, zum indo-europäischen Sprachstamme zu rechnenden Völkern sind hier im Kaukasus noch zu erwähnen:

Die Griechen zählten 105 200 Personen im Kaukasus, die hauptsächlich im Kars-Gebiet (32 600), im Gouvernement Tiflis (27 100) und im Kuban-Gebiet (20 100) wohnen. In Transkaspien sind sie zumeist aus den türkischen Gebieten zugewandert, im nördlichen Kaukasus von der Küste des Schwarzen Meeres. In das Schwarze-Meer-Gebiet, wo 6 000 gezählt wurden, sind sie erst in der letzten Zeit vor der Zählung eingewandert.

Weiter sind noch 16 700 Perser, besonders in Baku (6 000), Terek und Tiflis aufzuführen; sie sind zum großen Teil Wanderarbeiter und Händler, wodurch es sich erklärt, daß nur $\frac{1}{4}$ von ihnen Frauen sind. Sie wohnen zumeist in Städten. Die Talischen, ein Zweig des persischen Volkes, im ganzen 35 300, finden sich fast ausschließlich im Kreis Lenkoran (Gouvernement Baku), der von persischem Gebiet fast umschlossen ist und 1812 an Rußland kam. Den Persern verwandt sind die Taten, deren Sprache — einen neupersischen Dialekt — auch ein Teil der Bergjuden spricht; von den 95 100 Taten wohnen 89 500 im Gouvernement Baku (Kreis Kuba 46 400, Kreis Baku 34 500), ferner in der Umgegend der Stadt Derbent (Dagestan). Nur 4 v. H. von ihnen leben in Städten.

Schließlich sind noch 99 900 Kurden zu erwähnen, von denen 49 400 im Gouvernement Eriwan (Kreis Surmalin 19 100) und 43 000 im Kars-Gebiet (Kreis Kagysman 17 700, Ardahan 12 600) wohnen; nur 1 v. H. sind Städter. Die Mehrzahl der Kurden befindet sich auf türkischem und persischem Gebiet. Sie haben im Gegensatz zu den sonstigen Kaukasusvölkern, die meist kurzschädlig sind, im Verhältnis zur Breite sehr lange Schädel. Sie gelten als tapfer und kriegerisch. Ihre Sprache ist dem Neupersischen ähnlich.

Eine besondere Sprachgruppe bilden die Sprachen der Bergstämme des Kaukasus, die nach ihren Wohnsitzen und ihrer Sprache in 3 große Gruppen eingeteilt werden, nämlich

1. die westliche oder tscherkessische,
2. zwei östliche und zwar die tschetschenische und die lesghische.

Jede Gruppe zerfällt wieder in Untergruppen. Da diese Sprachen noch verhältnismäßig wenig untersucht sind, ist die Einteilung nicht ganz sicher.

Die westliche, tscherkessische Gruppe, deren Sprache keine Analogie zu einer bekannten Sprache aufweist, umfaßt die eigentlichen Tscherkessen und die Abchasen, die so wenig Gemeinschaftliches in ihrer Sprache haben, daß sie auch als selbständige Gruppen angesehen werden. Die eigentlichen Tscherkessen oder Cirkassier (43 300) bewohnen hauptsächlich das Kuban-Gebiet (38 500; Kreis Jekaterinodar 19 800; Maikop 13 900). Unter den tscherkessischen Stämmen, die sich selbst Adighe (die Bedeutung dieses Namens ist unbekannt) nennen, nehmen die Kabardiner (98 600; im Terek-Gebiet 84 100) nach Zahl und Kultur die erste Stelle ein: im Kreis Naltschik sind sie die stärkste Bevölkerung. Ihre Kleidung und ihr Benehmen ist für den Kaukasus tonangebend. Die tscherkessischen Stämme wanderten nach der vollständigen Unterwerfung durch Rußland in großer Zahl nach der Türkei aus. Die Abchasen (72 100) haben im Kreis Suchum (Gouvernement Kutaïs) die Mehrheit. Die Tscherkessen sind ein schöner, den Georgiern in ihrem Äußeren ähnlicher Stamm. Wegen ihrer Tapferkeit und Treue wurden sie in Rußland vielfach als Leibwächter verwandt, besonders als in der Revolution i. J. 1905 die Verhältnisse auf dem Lande sehr unsicher wurden.

Die tschetschenische Gruppe (274 300) besteht aus den Tschetschenern (226 500), die im Kreis Grosny (202 300) im Terek-Gebiet überwiegen, den Inguschen (47 400), die in dem angrenzenden Kreis Sunschenk (46 200) die Mehrheit haben, und den Kistinen, im ganzen nur 413 Personen, die im Kreis Tionet (Gouv. Tiflis) wohnen. Die Tschetschener haben wie die übrigen Bergvölker keine Schriftsprache. Ihr Name ist von der Ortschaft Tschetschen abgeleitet; sie selbst nennen sich Nachtschoi¹⁾.

Die Lesghier oder Dagestaner (600 300) bilden die Hauptbevölkerung Dagestans, von wo sie sich nach den benachbarten Gebieten der Gouvernements Tiflis, Baku und Jelisawetpol ausdehnten. Der Sprache nach zerfallen sie in 3 Untergruppen: die Awaro-Andinen, Darginen und Kürinen; eine 4. Gruppe bilden die Udinen; alle anderen lesghischen Stämme werden in einer Sammelgruppe unter der Bezeichnung Kasi-Kumüken, die sich selbst Laken nennen, zusammengefaßt. Diese lesghischen Kumüken haben mit den fast gleichnamigen türkischen Kumyken nichts als den Namen gemeinsam, der ihnen von Fremden gegeben wurde. Die Awaro-Andinen (212 700) bilden fast die gesamte Bevölkerung der Kreise Awar, Andi und Gunib (Dagestan), die Darginen (130 200) überwiegen in Dagestan in Dargin (73 900) und in Kaitago-Tabassara (33 200), die Kürinen (159 200) in den beiden südlichen Kreisen Dagestans, in Kürin (59 300) und

¹⁾ Erckert, Kaukasus. S. 128.

Samur (34 000), die Kasi-Kumücken und sonstigen Tschetschener (91 300) in Kasi-Kumük (38 000). Die Udinen (7 100), früher als Udini bekannt, finden sich in Nucha (7 000) in Jelisawetpol.

Die Turkvölker sind im nördlichen Kaukasus vertreten durch die Karatschaier, Kумыken, Nogaier und die Bergtataren. Die Karatschaier (27 200) bevölkern den Oberlauf des Kuban in Batalpaschinsk (26 900) im Kuban-Gebiet. Die Kумыken (83 400) finden sich im Terek-Gebiet (31 800) und in Dagestan (51 200); in Chassaw-jurt (Terek) und Temir-Chan-Schura (Dagestan) bilden sie die Mehrheit. Die Nogaier (Kara-Nogaier) (64 100) überwiegen im Gebiet der nomadisierenden Völker (Stawropol) und finden sich im Terekgebiet (36 600; Kisljar 31 600). Durch das Vordringen der Russen nach dem nördlichen Kaukasus, besonders z. Zt. Katharinas II., wurden die Nogaier-Stämme, die dort nomadisierten, vertrieben; die Kuban-Nogaier wanderten 1864 vollständig aus. Unter Bergtataren sind eine Reihe kleiner Stämme zusammengefaßt, die in der Hauptsache in Naltschik (23 200) im Terekgebiet wohnen.

Zu den Turkvölkern Transkaukasiens zählen die Aderbeidschanen, Karapapachen und Osmanen.

Die Aderbeidschanen (1 475 600) haben ihren Namen von der benachbarten persischen Provinz; in der Übersicht sind sie in Spalte 11 unter Tataren aufgeführt, aber durch Anmerkung jeweils kenntlich gemacht. Sie sind die Nachkommen westasiatischer Tatarenvölker, die unter mongolischer Herrschaft von Süden mitgeschleppt wurden. Sie verändern künstlich die Kopfform dadurch, daß sie den Kindern die Stirn zurückdrücken und den Kopf einschnüren¹⁾. Sie überwiegen mit den anderen Tataren im Gouvernement Jelisawetpol in allen Kreisen mit Ausnahme von Schuscha, wo sie den Armeniern etwas nachstehen. In Eriwan (313 200) bilden sie in den 3 südöstlichen Kreisen, die an Jelisawetpol angrenzen, die Mehrheit, ferner in Baku (485 100) in allen Kreisen. Stark vertreten sind sie im Gouvernement Tiflis (107 400), besonders in Sakataly und Bortschalin, ferner in Dagestan (32 100). Die Karapapachen (29 900) leben im Kars-Gebiet (Kars 22 000, Ardahan 7 900). Die Osmanen (208 800) bilden die Mehrheit im Karsgebiet im Kreis Ardahan (28 000) und Olti (19 700), im Gouvernement Tiflis in Achalzieh (24 100) und im Gouvernement Kutaïs in Artwin (41 500). Die turko-tatarischen Völker machen in Jelisawetpol 60,8 v. H., in Baku 58,8 v. H., in Eriwan 37,8 v. H. und im Kars-Gebiet 35,9 v. H. der Bevölkerung aus.

Zu erwähnen sind noch die Turkmenen, von denen 24 500 im Kaukasus gezählt wurden; sie finden sich im Gebiet der nomadisierenden Völker (14 800) in Stawropol und im Kars-Gebiet (8 400). Der Hauptstamm der Turkmenen bewohnt Transkaspien.

Von mongolischen Stämmen sind die Kalmücken mit 14 800 Personen vertreten. Auch sie finden sich hauptsächlich im Gebiet der nomadisierenden Völker (9 500) in Stawropol, das an die Kalmückensteppe im Gouvern. Astrachan angrenzt.

Russisch-Mittelasiien hatte 1897 im ganzen 7,75 Mill. Einwohner, von denen 4,16 Mill. Männer und 3,58 Mill. Frauen waren; 1912 betrug die Einwohnerzahl 10,73 Mill., also 2,98 Mill. oder 38,5 v. H. mehr. Am dichtesten ist die Bevölkerung in Samarkand, nämlich 19,6 Einwohner auf die Quadratwerst, und in Fergana (16,6); in weitem Abstand folgt dann Syr-Darja mit 4,3, während Transkaspien nur 0,9 Einwohner auf die Quadratwerst nachweist.

Russisch-Mittelasiien ist ganz überwiegend von Völkern bewohnt, die der turko-tatarischen Sprachgruppe zugerechnet sind, nämlich von den Kirgisen, Kara-Kalpaken, Kiptschaken, Kaschgaren, Turkmenen, Sarten, Usbeken, Tarantschen und Tataren.

¹⁾ Erckert, Kaukasus. S. 317 ff.

Unter diesen turko-tatarischen Völkern sind die Kirgisen (Kirgis-Kaisaken) mit 3,79 Millionen die zahlreichsten. Die Männer übertreffen die Frauen erheblich an Zahl. Die Kirgisen sind mittelgroß, mit kräftigem Körper, gelbbraunlicher Hautfarbe, kurzköpfig; sie haben schwarze, borstige Haare und hervortretende Backenknochen.

In der Übersicht sind unter Kirgisen die Kirgis-Kaisaken und Kara-Kirgisen zusammengefaßt, in der Fußnote aber besonders bezeichnet. Sie bilden die Mehrheit in Syr-Darja in allen Kreisen außer Amu-Darja, in ganz Semirjetschensk, Semipalatinsk, Turgai und Uralsk, in Akmolinsk mit Ausnahme der nördlichen Kreise Omsk und Petropawlowsk, ferner im Kreis Mangischlak in Transkaspien. Stark vertreten sind sie im Fergana-Gebiet. Aus Semipalatinsk und Akmolinsk sind sie in jüngerer Zeit nach Tomsk (24 600) und Tobolsk (7 500) eingewandert. Im europäischen Rußland bewohnen Kirgisen die östlichen Steppen des Gouvernements Astrachan, das an Uralsk angrenzt. Sie besitzen somit ein zusammenhängendes großes Gebiet.

Die Kirgis-Kaisaken bilden 4 Horden:

- 1) die große Horde im südlichen Teil von Semipalatinsk und vom Fluß Karatala (Zufluß des Balkasch-Sees) bis zur Syr-Darja,
- 2) die mittlere Horde in den übrigen Teilen von Semipalatinsk, in Akmolinsk, in einem Teil von Syr-Darja und Turgai, ferner im nordöstlichen Teil von Semirjetschensk,
- 3) die kleine Horde in den westlichen Teilen von Akmolinsk, Uralsk und Turgai,
- 4) die Bukejewsche oder innere Horde, die eigentlich einen Zweig der kleinen Horde darstellt, in Astrachan und den benachbarten Teilen von Orenburg und Samara.

Die Kara-Kirgisen, die wegen ihrer etwas dunkleren Gesichtsfarbe (kara = schwarz) so genannt werden, oder Buruten (201 700) leben in Fergana, in der Hauptsache in Andischan. Ihre Zahl ist etwas zu niedrig angegeben, da dort, wo sie mit den Kirgis-Kaisaken zusammen wohnen, sie diesen zugezählt sind, da als Sprache allgemein Kirgisisch eingetragen war. Die Männer überwiegen erheblich; auf 100 Männer kommen nur 85 Frauen.

Die Kara-Kalpaken (Schwarzmützen; 104 300) überwiegen in Amu-Darja (93 100) und sind in Fergana (11 100) stärker vertreten. Sie sind groß, starkhaarig, offenäugig.

Die Kiptschaken (7 600), ein den Kirgis-Kaisaken verwandter Stamm, bewohnen den Kreis Kokand (Fergana).

Kaschgaren (14 900), die aus Ostturkestan eingewandert sind, sitzen im Kreis Andischan und Margelan (Fergana).

Turkmenen, auch Truchmenen genannt, (248 800) überwiegen in Transkaspien außer im Kreis Mangischlak; ihre Sprache kommt der Türkischen nahe, im Äußeren ähneln sie den Kirgisen.

Die Sarten (968 000) sind die seßhaften Türken Turkestans. Sie überwiegen in Fergana in den Kreisen Namantschan, Andischan und Margelan und finden sich noch in Syr-Darja, Samarkand und Semirjetschensk.

Die Usbeken (726 400) bilden in Samarkand $\frac{3}{5}$ der Gesamtbevölkerung und überwiegen in Fergana im Kreis Kokand (144 900); in Syr-Darja finden sich noch 64 200.

Der Unterschied zwischen Sarten und Usbeken ist gering und beruht hauptsächlich auf der Verschiedenheit ihrer Geschichte.

Die Tarantschen (56 500) finden sich in Semirjetschensk im Kreis Wärny und Dscharkent; sie übersiedelten anfangs der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hierher aus der Umgegend von Kuldscha, wo sie von den Chinesen angesiedelt waren; sie stammen von Tataren aus Ostturkestan ab.

Tataren finden sich 60 200 in Russisch-Mittelasiien, deren Hauptteil im Norden in den Steppengebieten, und zwar vorzugsweise in den Städten lebt; sie sind hierher aus Sibirien und dem europäischen Rußland gekommen.

Weiter sind noch 439 900 Personen, die türkische Dialekte ohne nähere Unterscheidung sprechen, angegeben; 261 200 davon entfallen auf Fergana, 158 700 auf Syr-Darja, 20 000 auf Samarkand.

In Mittelasiien bilden die Russen (690 500; Groß-, Weißrussen, Ukrainer) nur in den beiden nördlichen Kreisen von Akmolinsk die Mehrheit; sie überwiegen aber in den Städten in Transkaspien, Semipalatinsk, Akmolinsk, Turgai und Uralsk. Der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung ist überaus niedrig, im ganzen nur 8,9 v. H.; in Fergana macht er nur 0,6 v. H., in Samarkand 1,6 v. H., in Syr-Darja 3,0 v. H. aus; am höchsten ist er in Uralsk mit 25,4 v. H. und in Akmolinsk mit 33,1 v. H. Es sind hier 101 600 Ukrainer und 800 Weißrussen mitgezählt.

Zu erwähnen sind noch die Tadschiken (350 300), die eine dem Persischen ähnliche Sprache sprechen. Sie bilden im Kreis Chotschent (Samarkand) die stärkste Bevölkerung und überwiegen in den Städten Samarkands; stärker vertreten sind sie noch in Fergana.

Sibirien zählte 1897 im ganzen 5,76 Mill. Einwohner; 1912 war diese Zahl auf 9,58 Mill., also um 3,82 Mill. oder 66,3 v. H. gestiegen. Die Besiedelung ist überall sehr dünn; nur in Tomsk kommen 5,2 Einwohner auf die Quadratwerst, in den übrigen Gebieten ist die Dichtigkeit weit geringer.

Sibirien kam unter Iwan d. Schrecklichen an Rußland; das Amur-Gebiet wurde 1860 von China abgetreten. Berüchtigt wurde Sibirien als Verbrecherkolonie. Das russische Strafrecht kennt neben der Verurteilung zu Zwangsarbeit in Bergwerken (Katorga) noch die Zwangsansiedlung.

Ein Teil der Bevölkerung Sibiriens stammt von den zur Ansiedlung verurteilten Verbrechern ab, zu denen später auch politische Verbrecher kamen.

In neuerer Zeit ist die Auswanderung der russischen Bauern planmäßig nach Sibirien gelenkt worden. Bei der Volkszählung wurden in Sibirien verhältnismäßig die meisten Zugewanderten festgestellt; während nämlich von den gezählten Personen in den 50 Gouvernements des europäischen Rußland 92,2 v. H. in dem Gouvernement geboren waren, in dem sie gezählt wurden, waren es in Sibirien nur 75,6 v. H., in Russisch-Mittelasiien aber 93,6 v. H.

In Sibirien überwiegen die Russen (Groß- u. Weißrussen und Ukrainer), im ganzen 4,66 Mill., die 80 v. H. der Bevölkerung darstellen; in Westsibirien machen die anderen Völker nur 8,5 v. H. aus. Die Russen haben die Mehrheit in Tobolsk mit Ausnahme der beiden nördlichen Kreise Surgut und Beresow, in Tomsk, Jenisseisk mit Ausnahme des Kreises Turuchansk, in Irkutsk, in Transbaikalien mit Ausnahme der Kreise Selenginsk und Bargusin, in Jakutsk nur im Kreis Olekminsk, im Amur-Gebiet und im südlichen Teil des Küstengebiets, ferner auf der Insel Sachalin. Von den 4,66 Mill. waren 223 300 Ukrainer und 12 300 Weißrussen.

Stärker vertreten sind noch die Polen mit 29 200; davon waren nur 8 000 Frauen. Im Text der russischen Erhebung ist gesagt, daß die Polen überall nur kleine Gruppen bilden „mit Ausnahme der Insel Sachalin, wo sie dank der Verschickungen 5,9 v. H. der Bevölkerung ausmachen.“

Deutsche fanden sich 5 400 in Sibirien, Juden 32 600.

Tataren wurden in Sibirien 210 200 festgestellt und zwar hauptsächlich im westlichen Teil, in Tobolsk (57 000), Tomsk (95 200) und Jenisseisk (47 700). Als Tataren werden in Sibirien verschiedene Völkerschaften bezeichnet: einmal alt-eingesessene turko-tatarische Stämme, für die aber vielfach

ungenau Angaben über die Muttersprache vorlagen. Im Gouvernement Tomsk haben 4 100 teläutisch, 34 400 kalmückisch angegeben; es sind dies die sogenannten weißen Kalmücken; die Kalmücken im Südosten des europäischen Rußland und im Nordkaukasus sind der mongolischen Sprachgruppe zugerechnet. Im russischen Text ist ausgeführt, daß von den 159 200 alt-eingesessenen Turko-Tataren 27 900 = 17,5 v. H. ihre Muttersprache vergessen haben und russisch sprechen (in Tomsk 22 800, in Jenisseisk 5 100). Russifiziert sind die, die zum orthodoxen Glauben bekehrt sind, während die Heiden und Mohamedaner ihrer Muttersprache treu blieben. Dann sind unter Tataren noch die sogenannten sibirischen Bucharen (11 600) gezählt, Abkömmlinge von Sarten, Usbeken usw., die vom Ende des XVI. Jahrhunderts an aus Mittelasiien in die Städte Sibiriens einwanderten, besonders nach den Kreisen Tobolsk und Tjumen, wo sie unter dem Einfluß der alt-eingesessenen Tataren tatarisiert wurden. Die dritte Gruppe bilden die Wolga-, Ural- und mittelasiatischen Tataren, die z. T. freiwillig eingewandert sind, hauptsächlich aber strafweise verschickt und angesiedelt wurden.

Den nordöstlichsten Zweig der Turkvölker bilden die Jakuten (227 400), die im Gouvernement Jakutsk (221 500) außer im südlichsten Kreis erheblich überwiegen. Als in den 30er Jahren des XVII. Jahrhunderts die Russen zuerst im Lena-Gebiet erschienen, besiedelten die Jakuten nur einen Teil dieses Gebietes; seitdem haben sie sich sehr vermehrt und das Gebiet des großen Gouvernements Jakutsk bedeckt. Die Jakuten zeigen einen stark mongolischen Einschlag.

Von ugro-finnischen Stämmen sind in Sibirien die Mordwinen (20 800) am stärksten vertreten. Sie finden sich in der Hauptsache im Gouvernement Tomsk (14 700) und im Gouvernement Jenisseisk (3 800), wohin sie erst in verhältnismäßig neuerer Zeit eingewandert sind. Die Hauptmasse der Mordwinen sitzt an der Wolga, in den Gouvernements Samara, Simbirsk, Saratow. Die zweite Stelle nehmen die Ostjaken (19 700) ein, die in den beiden nördlichen Kreisen des Gouvernements Tobolsk (Surgut und Beresow) die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Die im südlichen Teil des Gouvernements wohnenden Ostjaken sind z. T. russifiziert. Die Ostjaken haben sich gegenüber früheren Feststellungen vermindert. Von sonstigen ugrisch-finnischen Stämmen sind noch Wogulen im Gouvernement Tobolsk (4 800), ferner Syrjanen (9 100) zu erwähnen, von denen 7 100 ebenfalls im Gouvernement Tobolsk gezählt wurden. Die Syrjanen, die hauptsächlich in der Nordostecke Europas sitzen, sind in Sibirien aus dem Petschora-Gebiet seit Mitte des vorigen Jahrhunderts eingewandert.

Den Finnen nahe stehen die Samojeden, von denen 1897 im ganzen Reich 15 900 festgestellt wurden; davon wohnten 11 900 in Sibirien und zwar im nördlichen Teil der Gouvernements Tobolsk und Tomsk, ferner im Gouvernement Jenisseisk, wo sie in Turuchansk die stärkste Bevölkerung bilden. Im Jahre 1859 wurden noch 22 000 Samojeden gezählt; sie weisen also einen überaus starken Rückgang auf.

Die Mongolen sind in Rußland durch die Kalmücken (Westmongolen) im Südosten des europäischen Teiles des Reiches und die Burjaten in Sibirien vertreten. Sie sind mittelgroß, haben gelbliche Hautfarbe, die an den unbekleideten Stellen ins Rotbraune übergeht, gerades, pechschwarzes Haar, einen großen, meist kurzen Kopf, flaches Gesicht mit vorspringenden Backenknochen, geschlitzte, schräggestehende Augen. Die Burjaten (288 600) haben an beiden Ufern des Baikalsees ihre Wohnsitze und überwiegen in Transbaikalien in zwei Kreisen (Selenginsk und Bargusin) die übrige Bevölkerung. Stark vertreten sind sie noch im Gouvernement Irkutsk (108 900).

Unter „Kulturvölker des äußersten Ostens Asiens“ sind die Chinesen, Koreaner und Japaner gebracht. Chinesen — im ganzen Reiche 57 500 — finden sich hauptsächlich im Südteil des Küstengebiets (30 700) und des Amur-Gebiets (7 800), also an der chinesischen Grenze; während sie im Amur-Gebiet Bauern sind, sind sie im Küstengebiet Arbeiter und kleine Händler; hieraus erklärt es sich auch, daß sich unter den 30 700 Chinesen hier nur 400 Frauen fanden. Die Zuwanderung im Küstengebiet begann in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. — Die Koreaner (26 000) lebten hauptsächlich im südlichen Teil des Küstengebiets (24 300). — Die Japaner (2 600) finden sich ebenfalls zumeist im Küstengebiet (2 000), dem Japan gegenüber liegt.

Zu erwähnen sind noch die Tungusen (66 300); sie finden sich zerstreut im ganzen östlichen Sibirien und treten stärker auf in Transbaikalien im Kreise Tschita (25 200), ferner in Jakutsk (11 600) und im Küstengebiet (20 000), wo sie im Ochotsk (3 700) die Mehrheit bilden.

Zum Schluß sind noch die Hyperboreer aufzuführen, die den Nordoststrand Asiens bewohnen. Sie sind kleine Überreste größerer Stämme, die ausgestorben oder nach dem Nordostende des asiatischen Festlandes verdrängt worden sind. Ihrer Sprache nach stehen sie vollständig allein unter den übrigen Völkern Sibiriens. Sie gehören nach Ratzel zu den Mongoloïden, doch ist der ursprüngliche mongolische Typus durch zahlreiche Mischungen und den Einfluß der besonderen Naturverhältnisse stark verändert. Alle diese Stämme befinden sich vielleicht mit Ausnahme der Renttier-Tschuktschen und Korjaken im Zustande des Aussterbens. Einige von ihnen wie die Jukagiren, Tschuwanzen und Kamtschadalen sind stark russifiziert. Die Hautfarbe dieser Völkerschaften ist gelblich-rötlich, die Augen stehen schief, die Nase ist platt. Zu den Hyperboreern zählen die jenisseïschen Ostjaken, Jukagiren, Tschuwanzen, Korjaken, Tschuktschen, Eskimos, Giljaken, Aläuten, Kamtschadalen und Aïnos.

Jenisseïsche Ostjaken finden sich noch 994 im Kreis Turuchansk (Jenisseïsk). Am Anfang des 17. Jahrhunderts wohnten im Südteil des Gouvernements verwandte Stämme, die jetzt aber ausgestorben oder tatarisiert sind. Jukagiren wurden noch 948 Personen gezählt. Sie sind ein Fischerstamm im nordöstlichen Teil von Jakutsk und im angrenzenden Küstengebiet. Noch im 17. Jahrhundert bewohnte dieser Stamm einen großen Teil Nordost-Sibiriens. — Tschuwanzen gab es 1897 nur 506; sie sind russifiziert und wohnen am Fluß Anadir im Kreis Anadirsk (Küstengebiet). Die Korjaken, 6 100 Personen, sind zur Hälfte Fischer, zur Hälfte wandernde Renttierhirten. Sie wohnen im nördlichen Teil des Küstengebiets. — Die Tschuktschen (11 800) sind der Sprache nach den Korjaken verwandt; sie sind teils sesshaft, teils Renttierhirten, die den größeren und lebensfähigeren Teil des Stammes darstellen. Die Renttiertschuktschen bilden den Hauptteil der Bevölkerung des Kreises Anadirsk (Küstengebiet). — Die Eskimos (1 100) sind wahrscheinlich von der amerikanischen Seite der Beringstraße herübergewandert. Sie wohnen in vier Siedlungen am Ufer der Beringstraße und zerfallen in drei Stämme mit selbständigen Sprachen. — Giljaken (6 200) finden sich am Unterlauf des Amur und auf dem Nordteile der Insel Sachalin. — Die Aläuten (584) bewohnen die Kommandorskinseln, wohin sie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von den Aläuten-Inseln eingewandert sind. — Die Kamtschadalen (4 000) stellen den hauptsächlichsten Teil der sesshaften Bevölkerung des südlichen Kamtschatka (Kreis Petropawlowsk im Küstengebiet) dar. — Die Aïno (1 400) sind die Ureinwohner des Südteils der Halbinsel Sachalin.

Wenn hier Hyperboreer als sesshaft bezeichnet sind, so ist dies nicht in unserem Sinn zu verstehen. Die russische Verwaltung scheidet zwischen „umherirrenden“ und regelmäßig zwischen Sommer- und Wintersitzen pendelnden Nomaden; zu ersteren zählen die Tschuktschen, zu letzteren, den sesshaften, die Jukagiren.

II. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionen.

Im Russischen Reiche mit seiner Mannigfaltigkeit an Völkern sind auch so ziemlich alle großen Religionen vertreten, nämlich die griechisch-katholische, römisch-katholische, evangelische, jüdische, mohamedanische, buddhistische und schließlich auch die heidnische. Diese Religionen zählen ihre Anhänger nicht nur nach kleinen Gruppen, sondern nach großen, geschlossen wohnenden Einheiten. Trotz dieser Mannigfaltigkeit erscheint aber die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionen in den Übersichten des Quellenwerks nicht so bunt, wie die nach den Sprachen; allerdings beruht dies zum Teil darauf, daß die gerade in Rußland sehr zahlreichen Sekten,¹⁾ von wenigen abgesehen, nicht aufgeführt, sondern ihrer Stammkirche zugerechnet sind. Freilich bleibt es fraglich, ob sich die Anhänger der Sekten, die sich von der griechisch-katholischen Kirche abgewandt haben, alle als Sektierer angegeben haben, da sie vielfach wohl Verfolgungen durch die Staatskirche ausgesetzt gewesen wären.

Im Russischen Reich, wie überhaupt im Osten, trägt die Religion einen nationalen Charakter. Jedes Volk bekennt

sich in der Hauptsache zu einer Religion, die ebenso wie die Sprache ein wichtiges Merkmal des Volkes ausmacht. Der Übergang zum griechisch-katholischen Glauben bedeutete bei der Unterdrückung der übrigen Bekenntnisse durch die Staatskirche zumeist auch das Aufgeben der Nationalität. Die Übereinstimmung zwischen Nationalität und Religion hat dazu geführt, daß in den westlichen Gebieten im Volksmund polnisch und römisch-katholisch, deutsch und evangelisch, russisch und griechisch-katholisch gleichbedeutend sind.

Der Text der russischen Veröffentlichung ist sehr dürftig, die Übersichten sind z. T. nicht ganz eindeutig; im Kopfe der Übersicht ist z. B. von „Altgläubigen und von der orthodoxen Kirche Abweichenden“ gesprochen, im Texte aber keinerlei Erklärung gegeben, was hier alles zusammengefaßt ist.

Da in der Religionsübersicht, wie erwähnt, die Mannigfaltigkeit der Glaubensbekenntnisse geringer ist und daher ihre Aufführung im Kopfe der Übersicht weniger Platz beanspruchte als die Aufführung der Völker in der Übersicht nach Nationalitäten, konnte hier eine Spalte mit aufgenommen werden, die die Verhältniszahlen der am stärksten vertretenen Anhänger eines Glaubensbekenntnisses zur Gesamtbevölkerung des Gouvernements oder Kreises angibt.

Die Religionskarte umfaßt das europäische Rußland und den Kaukasus, zu dem nur noch ein schmaler Streifen Russisch-Mittelasiens und Sibiriens hinzugenommen ist. Für Mittelasien und Sibirien bot eine Religionskarte, die nur die vorherrschenden Religionen veranschaulicht, kein besonderes Interesse, da, wie

¹⁾ Das Sektenwesen ist in Rußland trotz der Verfolgung sehr verbreitet, besonders auf dem Lande. Bekannt geworden ist die Sekte der Duchoborzen (Geisteskämpfer), die die christlichen Dogmen und Sakramente verwerfen und die weder Eid noch Kriegsdienst leisten; nach Transkaukasien versetzt und bedrückt, wanderten viele 1898 nach Kanada aus. — Unter den vielen Sekten sind noch die Chlysten (Geißler) und die Skopzen (Verschnittene) zu erwähnen. S. Gehring, Die Sekten der russischen Kirche. Leipzig 1898.

aus den Übersichten hervorgeht, Russisch-Mittelasiens, abgesehen von zwei Kreisen, mohamedanisch, Sibirien, ebenfalls abgesehen von zwei Kreisen, griechisch-katholisch ist.

Die griechische Kirche herrscht in Rußland wie überhaupt im Osten und im Südosten Europas unter den christlichen Bekenntnissen vor. Der politischen Trennung zwischen Rom und Byzanz folgte auch die kirchliche; die Rivalität zwischen dem Papst in Rom und dem Patriarchen in Konstantinopel, Abweichungen in den kirchlichen Gebräuchen, besonders aber der Unterschied in der Lehre vom Ausgange des Heiligen Geistes (vom Vater allein oder auch vom Sohne) führte 1054 zur Trennung beider Kirchen. Von der griechischen Kirche machten sich später allmählich 15 orthodoxe Landeskirchen selbständig (autokephal), unter denen die russische die bedeutendste Stelle einnimmt; ihr Oberhaupt, der Oberprokurator des Heiligen Synod, wurde vom Zaren ernannt. Die russische Kirche hat eine rege innere und äußere Missions-tätigkeit¹⁾ entfaltet, die vielfach den russischen Eroberungen und Russifizierungsbestrebungen den Boden vorbereitete. Als Beispiel hierfür kann die im vorhergehenden Abschnitt erwähnte Tatsache dienen, daß nämlich die zum orthodoxen Glauben bekehrten Turko-Tataren Sibiriens russifiziert sind, während die heidnisch gebliebenen ihre Muttersprache behielten.

Der russischen Kirche angegliedert ist die Kirche von Georgien, die autokephal war. Georgien war unter byzantinischem Einfluß zum Christentum bekehrt, im 14. Jahrhundert aber durch den Einfall Timurs, eines Nachkommen Dschingis-Chans, zum Islam gezwungen worden. Später kehrte es zum größten Teil zum Christentum zurück. Ende des 18. Jahrhunderts suchte Georgien Schutz gegen Perser und Türken bei Rußland, durch das es aber seine staatliche und kirchliche Selbständigkeit ganz verlor. Die Kirche Georgiens wird von einem Exarchen verwaltet, der Mitglied des Heiligen Synods in Petersburg ist.

Anhänger des griechisch-katholischen Glaubens, auch Orthodoxe, Rechtgläubige genannt, wurden im ganzen Reich 87,12 Mill. = 69,35 v. H. der Gesamtbevölkerung gezählt. Zu ihnen gehören außer den Groß- und Weißrussen und Ukrainern (95,48 v. H.) die Rumänen und Moldauer fast vollständig, die Kartwelen (91,81 v. H.), ferner die übrigen slavisch-sprechenden Völker wie Bulgaren, Serben (87,29 v. H.), alle Griechen und ein Teil der Osseten. Die östlichen finnischen Stämme sind vollständig, die Karelern zum großen Teil der orthodoxen Kirche angeschlossen; die westlichen Finnen dagegen, d. h. die Esten, sind fast ausschließlich Protestanten. Von den nördlichen Stämmen gehören die Tungusen, Samojeden und ein Teil der Hyperboreer (Kamtschadalen, Jukagiren, Aläten, Korjaken) der griechisch-katholischen Kirche an, doch ist das Christentum dieser Stämme mit so viel heidnischen Gebräuchen vermischt, daß sie oft nur dem Namen nach sich von den Heiden unterscheiden.²⁾ Von den Turko-Tataren sind 10 v. H. orthodox und zwar in der Hauptsache Jakuten und Tschuwaschen; hier sind auch die türkisch-sprechenden Griechen mitgezählt worden. Unter den Mongolen finden sich 12,49 v. H. Rechtgläubige, in der Hauptsache die Burjaten. Eine geringe Rolle endlich spielen die Orthodoxen unter den kaukasischen Bergstämmen (5,2 v. H.). Ganz unbedeutend endlich ist der Prozentsatz der Orthodoxen unter den Deutschen, Polen und den Jidisch-Sprechenden.

¹⁾ Nach Ukasen vom Jahre 1720 und 1726 sollten die Eingeborenen Sibiriens, die sich taufen ließen, Geldgeschenke und Steuererleichterungen erhalten. — Über den Ausdehnungsdrang der russischen Kirche siehe auch Neurath (Otto, Die konfessionelle Struktur Osteuropas und des näheren Orients und ihre politisch-nationale Bedeutung [Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39. Bd. 2. Heft S. 482ff]), dem einige Angaben entnommen sind. — ²⁾ Die Bekehrung war vielfach nur äußerlich; noch in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Leute in Sibirien von der Polizei zur Taufe aufgefordert.

Die Orthodoxen bilden die große Masse der Bevölkerung im Norden, in der Mitte und im Süden des europäischen Rußland; im Osten machen ihnen die Mohamedaner in einigen Gouvernements die erste Stelle streitig, die in einigen Kreisen auch die Mehrheit bilden. Im Nordwesten und Westen des Reiches überwiegen die Protestanten und Römisch-Katholischen; in den baltischen Provinzen machen die Orthodoxen nur 3,7 (Kurland) bis 14,4 (Livland) v. H., in den 10 polnischen Gouvernements nur 6,3 v. H., in Kowno 3,0 v. H., in Wilna 26,1 v. H. der Bevölkerung aus. Im Süden treten sie in der Krim gegenüber den Mohamedanern in 3 Kreisen zurück, während sie sonst überwiegen.

Im Kaukasus machen die Orthodoxen beinahe die Hälfte der Gesamtbevölkerung (49,4 v. H.) aus; sie überwiegen im Gouvernement Stawropol (91,1 v. H.), im Kuban-Gebiet (91,1 v. H.), in Kutaïs (85,1 v. H.), im Schwarzen Meer-Gebiet (74,9 v. H.) und in Tiflis (55,6 v. H.). Hier kommen, wie oben erwähnt, als Anhänger des orthodoxen Glaubens außer den Russen besonders die Kartwelen (georgische Kirche) in Betracht. Im südlichen und östlichen Kaukasus aber spielen die Griechisch-Katholischen nur eine geringe Rolle, so in Jelisawetpol 1,2 v. H., in Eriwan 2,0 v. H., in Dagestan 2,9 v. H., in Baku 6,8 v. H. In Mittelasiens machen sie nur 8,3 v. H. der Bevölkerung aus; am stärksten sind sie im nördlichen, an Sibirien grenzenden Teil in Akmolinsk (34,0 v. H.), vertreten, wo sie in 2 Kreisen überwiegen; am geringsten sind sie im Fergana-Gebiet (0,6 v. H.); sie bilden aber in 5 von 9 Gouvernements in den Städten die Mehrheit. In Sibirien gehören 85,8 v. H. der Bevölkerung der griechisch-katholischen Kirche an; ihre Anhänger überwiegen in allen Gouvernements und Kreisen mit Ausnahme des Kreises Selenginsk in Transbaikalien, wo Buddhisten die Mehrheit bilden, und des Kreises Anadirsk im Küstengebiet, der hauptsächlich von Heiden bewohnt wird.

Die Raskolniki oder Altgläubigen, (Starowjerzi von staraja wjera = alter Glaube), wie sie sich selbst nennen, trennten sich im 17. Jahrhundert von der russischen Landeskirche. Durch unkundige Übersetzer und schlechte Abschriften waren in den Text der russischen liturgischen Bücher zahlreiche Fehler hineingekommen. Ein Konzil unter dem Patriarchen Nikon faßte den Beschluß, diese Fehler durch eine Nachprüfung der Bücher zu beseitigen. Gleichzeitig führte Nikon aber noch verschiedene Neuerungen ein, die den Widerspruch vieler Geistlicher und Laien hervorriefen. Diese am alten Glauben Hängenden sahen in Nikon den Antichristen, der vor dem Weltenende erwartet wurde. Die orthodoxe Kirche wurde für sie zum Felde des Antichristen, ihre Priester zu seinen Dienern. Da ihnen auch der Zar, das Oberhaupt der Kirche, ein Werkzeug des Antichristen war, verbot sich ihnen jede Beteiligung am Staatsleben, dessen Gesetze, Gerichte usw. sie als Teufelswerk scheuten. Peter d. Gr., der Rußland westeuropäisch gestalten wollte, verfolgte die Raskolniki als die treuesten Hüter der alt-russischen Moskauer Überlieferung besonders heftig; ihre Propaganda wurde mit dem Tode bestraft. An dem Aufstand Pugatschews (1773) nahmen viele Raskolniki teil, weil er ihnen Glaubensfreiheit versprach. Trotz ihrer staatsfeindlichen Gesinnung haben die Raskolniki doch zur Ausbreitung und Kräftigung des Russentums im Südosten und im Kaukasus beigetragen, wohin sie vor den Verfolgungen des Moskauer Staates flohen. Später mäßigte sich die staatsfeindliche Richtung der Raskolniki. Sie trennten sich in Priesterliche (Popowzi) und Priesterlose (Bespopowzi). Wie alle verfolgten Sekten schlossen sich die Raskolniki eng zu gegenseitiger Hilfe zusammen und gegen die übrige Welt ab. Sie machen vielfach einen verschlossenen Eindruck, sind arbeitssam, nüchtern und mehr des Lesens kundig als die übrigen Orthodoxen.

Altgläubige und Raskolniki wurden 2,3 Mill. = 1,75 v. H. der Gesamtbevölkerung gezählt; sie haben ihre Anhänger hauptsächlich unter den Russen, ferner unter den Finnen und Burjaten. Stärker vertreten sind sie im Gebiet der Don'schen Kosaken (130 500), in den Gouvernements Perm (218 400), Saratow (113 700), Moskau (99 800), Wjatka (98 100); im Kaukasus (135 600) finden sie sich in der Hauptsache im Terek-Gebiet (34 800) und Kuban-Gebiet (24 900), in Mittelasien (65 000), in Uralsk (57 100), in Sibirien (239 600), in Tomsk (99 100) und in Tobolsk (72 600).

In Armenien faßte das Christentum anfangs des 4. Jahrhunderts durch den Bischof Gregor den Erleuchteten von Cäsarea in Kappadozien festen Fuß. Die armenische Kirche machte sich später von der kappadozischen Mutterkirche selbständig und hat auch ihre Sonderstellung behalten. Ihr Oberhaupt, der Katholikos, hat seinen Sitz im Kloster Etschmiadsin (Eriwan). Nach dem Bischof Gregor wird die Kirche die armeno-gregorianische genannt. Die Russen bemühten sich, ihr Protektorat auch über die nicht-russischen Armenier auszudehnen. Im Jahre 1903 wurde die Kirchenautonomie der russischen Armenier beschränkt und ihnen besonders die Selbständigkeit in der Kirchenverwaltung entzogen; 1905 wurde diese Maßnahme aber wieder rückgängig gemacht.

Ein Teil der Armenier unierte sich unter Beibehaltung ihres Ritus mit der römisch-katholischen Kirche. Diese Armenier sind von der Statistik als Armeno-Katholiken bezeichnet.

Armeno-Gregorianer wurden im ganzen Reich 1,15 Millionen = 0,94 v. H. der gesamten Bevölkerung gezählt. Zu ihnen gehören 97 v. H. der armenisch Sprechenden, ferner 2,2 v. H. der Georgier, d. h. Armenier, die georgisch sprechen. Ihre Hauptmasse befindet sich im Kaukasus (1,12 Millionen = 12,12 v. H.), wo sie in Eriwan 52,1 v. H. der Bevölkerung ausmachen; sie überwiegen hier in den 3 Kreisen Alexandropol, Etschmiadsin und Nowo-Bajaset, ferner in Tiflis in den Kreisen Bortschalin und Achalkalaki, weiter in Jelisawetpol im Kreise Schuscha. Stärker vertreten sind sie im Kars-Gebiet (71 000), wo sie in den Städten überwiegen, ferner in Baku (52 600), im Gebiet der Don'schen Kosaken (27 100) und in Astrachan (4 200).

Armeno-Katholiken finden sich 38 000, davon 36 100 im Kaukasus. Sie sind stärker vertreten in Tiflis (20 200), Eriwan (7 900) und Kutaïs (5 500).

Römisch-katholisch, im ganzen Reich 11,47 Mill. = 9,13 v. H. der Bevölkerung, in den 10 polnischen Gouvernements 7,93 Millionen = 74,3 v. H. der Bevölkerung, sind die Polen (98,26 v. H.), ferner von den sonstigen Slaven außer den Russen ein kleiner Teil (9,67 v. H.), nämlich die Tschechen, weiter die Litauer und Schmuten; von den Deutschen sind 13,53 v. H. römisch-katholisch, von den romanischen Völkern fast alle Franzosen und Italiener. Sie sind die überwiegende Bevölkerung Polens (74,79 v. H.), wo sie in allen Kreisen mit Ausnahme der 3 südöstlichen Kreise Cholm, Grubeschow und Tomaschow des Gouvernements Lublin und des Kreises Wlodawa im Gouvernement Sjedlez die Mehrheit haben. In den Städten überwiegen allerdings in einigen Gouvernements die Juden. Im Gouvernement Kowno machen die Katholiken 76,4 v. H., im Gouvernement Wilna 58,8 v. H. der Bevölkerung aus; sie überwiegen in diesem Gouvernement in allen Kreisen außer in Wileika und Disna, ferner in den 3 Kreisen Ljusin, Rjeschiza und Dünaburg des Gouvernements Witebsk und den Kreisen Sokolka und Bjelostok des Gouvernements Grodno. Im Gouvernement Minsk machen sie 10,3 v. H., in Wolhynien 10,6 v. H., in Podolien 8,7 v. H., in Kiew 3,6 v. H. der Bevölkerung aus. Im Kaukasus wurden 45 400, in Mittelasien 13 600 und in Sibirien 35 200 Katholiken gezählt, die sich auf alle Gouvernements verteilen.

Nicht ersichtlich ist, wozu die Statistik die Unierten mit griechischem Ritus, die den Papst als Oberhaupt anerkennen, gezählt hat; es sind hauptsächlich Ukrainer (in Galizien sind die Ruthenen (Ukrainer) ebenfalls unierte). Die russische Kirche suchte sie zu sich hinüberzuziehen, da sie in ihnen eine Förderung der separatistischen ukrainischen Bewegung fürchtete. Im Jahre 1839 wurde die Brester Union (geschlossen 1596) aufgehoben, wodurch viele Unierte der orthodoxen Kirche zufließen; 1875 wurde das unierte Bistum Cholm aufgehoben und dessen Gebiet dem griechisch-orthodoxen Erzbistum Warschau zugeschlagen. Nach dem Toleranz-Edikt von 1905 trat ein Teil der Unierten vollständig zur römisch-katholischen Kirche über.

Der römisch-katholischen Kirche zugerechnet sind jedenfalls die Mariaviten, die zeitweise 450 000 Anhänger gehabt haben sollen. Die Sekte, die anfangs der 1890er Jahre von Maria Franziska Koslowska gegründet wurde, will das Leben nach den Lehren des Hl. Franziskus gestalten, „in Maria leben“ (Maria-vita). Die Mariaviten gewannen rasch Anhänger, besonders da ihre Geistlichen das materielle und geistige Wohl der Massen durch Unterricht und genossenschaftliche Einrichtungen förderten. Im Jahre 1906 erging eine Enzyklika gegen die Mariaviten, die darauf aus der katholischen Kirche austraten. Die russische Regierung förderte die Bestrebungen der Mariaviten, da sie dadurch eine Schwächung der katholischen Kirche in Polen erhoffte, und erkannte die Mariaviten als neukatholische Kirche an. Die Mariaviten halten den Gottesdienst in der polnischen Sprache ab; sie sind der Utrechter Union angeschlossen; ihr Bischof hat seinen Sitz in Plotzk.

Protestanten sind in der Hauptsache die Deutschen (84,38 v. H.); davon sind 76,01 v. H. Lutheraner, 3,57 v. H. Reformierte und 3,68 v. H. Mennoniten. Protestanten sind ferner die Letten, die Esten und ein Teil der Finnen und Karelen. Im ganzen wurden 3 572 700 Lutheraner und 85 400 Reformierte gezählt. Die Lutheraner bilden die Mehrheit der Bevölkerung in den drei baltischen Provinzen, wo sie 75,3 v. H. (Kurland) bis 89,7 v. H. (Estland) der Bevölkerung ausmachen. Sie sind noch stark vertreten im Gouvernement Petersburg (263 700), ferner in den Wolga-Gouvernements Samara (156 100) und Saratow (97 000), weiter im Süd-West-Gebiet in Wolhynien (164 000), Cherson (56 600), Beßarabien (53 500); hier sind die deutschen Kolonisten die Anhänger des Protestantismus. In den 10 polnischen Gouvernements wurden 414 800 Lutheraner gezählt, von denen 131 400 im Gouvernement Petrikau, 88 300 im Gouvernement Warschau, 62 000 im Gouvernement Kalisch wohnten. Im Kaukasus lebten 54 700 Lutheraner, in Mittelasien 8 600, in Sibirien 15 400.

Reformierte zählte die Statistik im ganzen 85 400; von ihnen wohnt der größte Teil im Osten, im Gouvernement Saratow (37 700) und Samara (10 900), ferner im Nordwesten, im Gouvernement Kowno (10 600). Von den 5 500 Reformierten in Polen entfallen 2 800 auf das Gouvernement Petrikau.

Von den 38 100 Baptisten wurden 10 400 in Wolhynien, 5 400 im Gouvernement Cherson, 5 600 in Kurland, 4 000 in Polen, 2 300 im Kaukasus, 500 in Sibirien bei der Volkszählung festgestellt.

Die Mennoniten — im ganzen Reiche 66 600 — finden sich in der Hauptsache im Süden Rußlands, nämlich in den Gouvernements Jekaterinoslaw (24 000), Taurien (25 500) und Cherson (5 400), ferner im Gouvernement Samara (4 600).

Anglikaner zählt die Statistik 4 200, die zerstreut im Reiche wohnen. In größerer Zahl finden sie sich in der Stadt Petersburg (1 700).

Unter sonstigen Christen ohne nähere Bezeichnung sind 4 000 Personen aufgeführt, die sich auf fast alle Gouvernements in kleinen Zahlen verteilen.

Die Hauptmasse der dem jüdischen Glaubensbekenntnis anhängenden Personen — im ganzen wurden im Reich 5 215 800 gezählt — stellt naturgemäß die jidisch sprechende Bevölkerung dar; 67 100 Juden haben russisch, 47 100 polnisch, 22 800 deutsch, 4 700 turko-tatarische Dialekte als Muttersprache angegeben. Sie finden sich in der Hauptsache in dem ihnen zur Ansiedlung angewiesenen Süd-West-Rayon, ferner in Litauen und Polen; in keinem Kreis bilden sie die Mehrheit, wohl aber in vielen Städten.

Karaïmen hat die Statistik 12 900 festgestellt, die in der Hauptsache auf der Halbinsel Krim wohnen, wo sie früher die jetzt verlassene und verfallene Festung Tschufut-Kale in der Nähe von Bachtschi-Sarai besaßen. Sie finden sich in kleineren Zahlen in fast allen Gouvernements des europäischen Rußlands, da für sie die Wohnrechtsbeschränkungen keine Geltung hatten, denen die übrigen russischen Juden unterlagen. Die Karaïmen, die im Gebiet der Krim-Tataren wohnen, sprechen tatarisch; ein kleiner Teil von ihnen spricht russisch und jidisch. Die Karaïmen unterscheiden sich von den Juden in der Hauptsache dadurch, daß sie den Talmud nicht anerkennen. Sie leisten sich gegenseitig weitgehende Unterstützung.

Die Mohamedaner¹⁾ nehmen im Russischen Reich der Zahl nach die zweite Stelle ein; 1897 wurden 13 907 000 = 11,07 v. H. der Gesamtbevölkerung gezählt, von denen 3 572 700 auf das europäische Rußland, auf den Kaukasus 3 206 200 (= 34,5 v. H. der dortigen Bevölkerung), auf Mittelasien 6 996 700 (= 90,5 v. H. der dortigen Bevölkerung) und 126 600 auf Sibirien entfallen. Mohamedaner sind in der Hauptsache die türkisch-tatarischen Stämme (89,5 v. H.), ferner die kaukasischen Bergvölker (94,2 v. H.), weiter die Perser, Tadschiken, der größte Teil der Osseten und Kurden. Sie finden sich in fast allen Gouvernements des gesamten Reiches. Im europäischen Rußland sind sie stärker vertreten auf der Halbinsel Krim, wo sie in den drei Kreisen Eupatoria, Simferopol und Jalta die stärkste Bevölkerung bilden, ferner in Ostrußland, wo sie im Gouvernement Kasan im Kreis Mamadysch, in Ufa in den 3 Kreisen Menselinsk, Bjelebej, Birsik, in Orenburg im Kreis Orsk und in Astrachan im Gebiet der inneren Kirgisen-Horde und im Kreise Krasnojarsk überwiegen. In den übrigen Kreisen dieser Gouvernements stellen sie zumeist erhebliche Minderheiten dar. Im Kaukasus überwiegen sie in allen Kreisen in Dagestan, Baku und im Kars-Gebiet, ferner in einem Kreis in Stawropol, in 4 Kreisen von 7 im Terek-Gebiet, in 7 Kreisen von 8 in Jelisawetpol, in 2 Kreisen von 10 in Tiflis, ferner in 4 Kreisen von 7 in Eriwan. In Mittelasien bilden sie in allen Gebieten die stärkste Bevölkerung mit Ausnahme der beiden nördlichen Kreise des Gouvernements Akmolinsk. In Sibirien sind sie nur in Tobolsk und Tomsk stärker vertreten. Die Statistik hat nicht angegeben, wieviel und welche der Mohamedaner Schiiten und Sunniten sind.

Buddhisten und Lamaïten wurden 433 900 gezählt, von denen 170 000 auf das europäische Rußland, und zwar in der Hauptsache auf das Gouvernement Astrachan, entfallen, wo sie in der Kalmücken-Steppe 94,8 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen. Im Kaukasus wohnten 14 900; hier finden sie sich in Stawropol und im Terek-Gebiet. Auf Sibirien entfallen 247 600, und zwar auf Transbaikalien 174 200 und auf das Küstengebiet 52 800. Im Kreis Selenginsk in Transbaikalien bilden sie den stärksten Teil der Bevölkerung.

Anhänger anderer nichtchristlicher Religionen (Heiden) wurden 285 300 gezählt, von denen 149 600 im europäischen

¹⁾ Eingehend über die mohamedanische Bewegung wie überhaupt über die Ostvölker berichtet regelmäßig „Der Neue Orient“, Halbmonatsschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im gesamten Osten. Berlin.

Rußland und 117 800 in Sibirien festgestellt wurden. Sie finden sich in der Hauptsache unter den nördlichen Stämmen wie den Tschuktschen, Aino, Giljaken usw.

Zum Schluß seien noch zwei kurze Übersichten gegeben, die das Verhältnis zwischen Sprache und Religion sowie Religion und Bildung veranschaulichen.

Nachstehende Übersicht zeigt, inwieweit sich Sprache und Religion mit einander decken:

Es waren im Jahre 1897 vom Zehntausend									
der	Griechisch-katholisch	Altgläubig	Armeno-Gregorianer	Römisch-katholisch	Protestanten	Karaïmen	Juden	Mohamedaner	Buddhisten
Russen	9 548	259	0	178	5	1	8	1	0
Polen	63	0	0	9 826	51	0	59	1	0
Sonstigen Slaven	8 729	0	1	967	295	—	1	6	—
Litauer, Letten	218	2	0	6 109	3 666	0	4	0	0
Romanen	9 816	1	1	145	34	0	2	1	0
Deutschen	75	2	0	1 353	8 438	0	127	0	0
Jidisch Sprechenden	10	0	0	4	2	1	9 982	1	0
Kartwelen	9 181	0	223	62	0	0	45	489	0
Kaukas. Bergvölker	520	0	62	1	0	0	2	9 415	0
Finnen	6 669	70	0	5 285	9	0	0	7	0
Turko-Tataren . .	1 005	1	1	0	0	7	4	8 952	1
Mongolen	1 249	14	0	0	0	0	0	54	7 525

Von der groß-, weißrussisch und ukrainisch sprechenden Bevölkerung sind 95,48 v. H. griechisch-katholisch; von den polnisch Sprechenden bekennen sich 98,38 v. H. zur römisch-katholischen Kirche; von den deutsch Sprechenden gehören 84,38 v. H. zu den Protestanten. Von den Letten und Litauern sind 61,09 v. H. römisch-katholisch, 36,68 v. H. protestantisch; die Scheidung ist aber auch hier zu finden, da die Letten ganz überwiegend Protestanten, die Litauer Katholiken sind. Von den jidisch Sprechenden gehören 99,92 v. H. dem jüdischen Glaubensbekenntnis an; die Turko-Tataren sind zu 89,52 v. H. Mohamedaner.

Wenn oben von einer Übersicht über das Verhältnis von Religion und Bildung gesprochen wurde, so muß hier Bildung in einem sehr beschränkten Sinne verstanden werden; die Statistik gibt nämlich nur die Personen an, die des Lesens kundig sind; es waren i. J. 1897 von je 10 000 des Lesens kundig von

den Griechisch-Katholischen . . .	1 899
„ Altgläubigen	2 024
„ Armeno-Gregorianern	1 326
„ Römisch-Katholischen	3 214
„ Protestanten	7 037
„ Juden	3 895
„ Mohamedanern	717
„ Buddhisten	815
„ Heiden	275.

Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz, den in dieser Zusammenstellung die Protestanten einnehmen. Allerdings sind gerade auf dem Gebiete der Volksschulbildung in den letzten 30 Jahren in Rußland Fortschritte gemacht worden, wie dies aus den Verhandlungen des 1. allrussischen Kongresses der Volksschullehrer i. J. 1913 in Petersburg, an dem Lehrer fast sämtlicher Nationalitäten Rußlands teilnahmen, hervorging.

* * *

Wie die Übersichten und die Karten zeigen, sitzen die Völker in Rußland, abgesehen von einigen Minderheiten, geschlossen in ihren Gebieten; es fällt auch bei ihnen meist Nationalität und Glaubensbekenntnis zusammen. Für die jetzt umstrittenen Gebiete gibt die Statistik der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Nationalitäten und Religionen ein Mittel an die Hand, um einen klaren Einblick in die verwinkelten Bevölkerungsverhältnisse zu gewinnen. Für die gegenwärtigen Bestrebungen der Völker nach Selbständigkeit und Autonomie hat das geschlossene Wohnen der Völker eine besondere Bedeutung, indem es die Durchführung dieser Ansprüche erleichtert.

***) Nr. 1—60 s. diese Zeitschrift 1915 I.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung										Sonstige
		1912		1897								
		zu- sammen (in 1 000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Deut- sche	Ge- orgier	Ar- menier	Osse- ten	Ta- taren	in 1 000	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Noch: Kaukasus.												
65. Dagestan	26 106	702,5	26,9	571,2	16,0	0,3	0,4	1,6	0,1	2) 32,1	{Awaro-Andinen 158,6 Darginen 121,4 Kürinen 94,6 Kasi-Kumüken 76,4 Kumyken 51,2 Juden 7,4	
davon in Städten	86,8	.	44,6	11,0	0,2	0,2	1,5	0,1	2) 11,7	{Kürinen 4,2 Juden 4,0 Awaro-Andinen 3,6 Kumyken 2,0	
Kreis (von Norden nach Süden)												
Temir-Chan-Schura . . .	5 464	111,5	20,4	97,8	11,4	.	.	0,9	.	2) 1,3	{Kumyken 49,7 Awaro-Andinen 15,2 Darginen 9,7 Juden 2,8 Nogaier 1,9 Perser 1,6	
Awari	1 148	42,8	37,8	37,6	0,5	Awaro-Andinen 36,1 Araber 0,9	
Andi	3 153	53,3	16,9	49,6	0,1	" " 48,6	
Gunib	4 322	69,5	16,1	55,9	0,5	" " 52,2 Kasi-Kumüken 2,1	
Dargin	1 526	88,7	58,1	80,9	0,1	{Darginen 73,5 Kasi-Kumüken 3,7 Awaro-Andinen 3,1	
Kaitago-Tabassara . . .	2 897	80,3	27,7	91,0	3,1	2) 29,0	{Darginen 33,2 Kasi-Kumüken 17,7 Juden 4,0 Kumyken 1,0	
Kasi-Kumük.	1 271	60,6	47,7	45,4	{Kasi-Kumüken 38,0 Darginen 3,7 Awaro-Andinen 2,4	
Kürin	3 067	114,0	37,2	77,7	0,2	2) 1,3	Kürinen 59,3 Kasi-Kumüken 13,7	
Samur	3 259	81,8	25,1	35,6	0,1	2) 0,4	" 34,0 Kumyken 0,5	
66. Baku	34 277	1 054,0	30,7	826,7	77,7	3,4	1,6	52,2	0,1	485,1	{Taten 89,5 Kürinen 48,2 Talischen 35,0 Kasi-Kumüken 11,8 Juden 8,2 Perser 3,5	
davon in Städten	280,1	.	170,0	42,0	2,6	1,0	23,1	.	82,8	{Juden 5,9 Perser 3,5	
Kreis (von Norden nach Süden)												
Kuba	6 309	210,2	33,3	183,2	4,0	70,1	{Taten 46,4 Kürinen 44,8 Kasi-Kumüken 11,6 Juden 4,0	
Geoktschai	4 677	151,5	32,4	117,7	2,5	.	.	13,0	.	93,0	{Taten 4,0 Kürinen 2,0 Awaro-Andinen 1,8	
Schemacha	6 626	158,5	23,9	121,8	11,4	.	.	14,3	.	89,8	{Taten 4,5 Juden 1,1	
Baku	3 541	304,8	86,1	182,9	45,5	3,2	.	22,6	.	63,4	{Taten 34,5 Perser 4,8 Juden 2,0	
Dschewad	8 397	95,8	11,5	90,0	4,6	84,1	{Tatischen 35,0	
Lenkoran	4 727	133,2	28,2	131,0	9,7	84,7	{Tatischen 35,0	
67. Jelisawetpol.	38 668	1 035,8	26,8	878,4	17,9	3,2	1,2	292,2	0,1	2) 534,1	{Kürinen 14,5 Udinen 7,0	
davon in Städten	98,7	.	89,8	3,9	0,1	0,6	33,0	0,03	2) 49,9	{.	
Kreis (von Norden nach Süden)												
Nucha	3 685	131,3	35,6	120,5	0,2	.	.	18,9	.	2) 83,6	{Kürinen 8,5 Udinen 7,0 Taten 1,7	
Aresch	2 318	77,0	33,2	67,3	0,2	.	.	13,8	.	2) 47,1	{Kürinen 5,9	
Jelisawetpol.	8 472	189,4	22,4	162,8	10,4	3,1	.	43,0	.	2) 104,0	{.	
Kasach	5 097	132,0	25,9	112,1	3,4	.	.	43,6	.	2) 64,1	{.	
Dschewanschir	4 654	78,2	16,8	72,7	0,2	.	.	19,6	.	2) 52,0	{.	
Schuscha	4 423	177,2	40,1	138,8	1,5	.	.	74,0	.	2) 62,9	{.	
Dschebrail (Karjagin) . .	3 276	77,8	23,7	66,4	0,9	.	.	15,7	.	2) 49,2	{.	
Sangesur	6 743	172,9	25,6	137,9	1,0	.	.	63,6	.	2) 71,2	{Kurden 1,8	
68. Tiflis	39 406	1 299,4	(33,0)	1 051,0	85,8	8,8	465,5	196,2	67,3	107,4	{Awaro-Andinen 34,1 Griechen 27,1 Türken 24,7	
davon in Städten	271,0	.	224,8	52,9	3,0	69,8	74,4	1,1	6,3	{Polen 4,8 Juden 3,7	
Kreis (von Nordosten nach Südwesten)												
Sakataly	3 502	96,9	27,7	84,2	0,4	.	12,7	2,1	.	28,9	{Awaro-Andinen 31,7 Darginen 7,4 Kürinen 1,0	
Signach	5 292	114,9	21,7	102,3	4,9	.	84,8	6,4	.	5,3	{.	
Telaw	2 163	88,1	40,7	66,8	0,7	.	57,3	4,7	.	1,9	{Awaro-Andinen 1,7	
Tionet	4 250	52,2	12,3	34,1	0,6	.	30,3	0,5	.	.	{Tschetschener 2,1 Kistinen 0,3	
Duschet	3 412	92,7	27,2	67,7	1,0	.	49,7	1,7	14,5	.	{.	
Tiflis	4 004	286,7	71,6	234,6	55,4	5,4	80,3	57,9	13,8	Polen 4,9 Griechen 4,5 Juden 3,3	{.	
Gori	6 008	237,2	39,5	191,1	5,6	.	124,2	7,7	50,0	.	{.	
Bortschalin	6 037	153,2	25,4	128,6	9,8	2,5	7,8	47,4	.	37,7	{Griechen 21,4	
Achalkalaki	2 407	93,1	38,7	72,7	5,4	.	6,4	52,5	.	6,6	{Kurden 0,8	
Achalzich	2 332	84,4	36,2	68,8	2,2	.	12,2	15,1	.	12,4	{Türken 24,1 Kurden 1,4	

¹⁾ ohne die bedeutenderen Binnenwässer. 1 Quadratwerst = 1,13 qkm. — ²⁾ Aderbeidschanen.

Noch: 1. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reiches nach Nationalitäten.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung										Sonstige
		1912		1897								
		zu- sammen (in 1 000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren							
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Deut- sche	Ge- orgier	Ar- menier	Osse- ten	Ta- taren		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Noch: Kaukasus.												
69. Kutaïs	2) 30 456	2) 1 334,1	(43,8)	1 058,2	23,4	1,1	343,9	24,0	4,2	0,8	{ Imeretinen 270,5 Abchasen 59,5 Swaneten 15,7 Juden 5,4	{ Mingrelen 238,7 Türken 46,7 Griechen 14,5 Mingrelen 10,9
davon in Städten	2) 130,4	.	97,5	16,0	0,6	20,5	14,5	0,1	0,5	{ Imeretinen 16,0 Juden 5,4	
Kreis (von Norden nach Süden)												
Suchum	5 792	140,6	24,3	106,2	6,0	.	1,8	6,5	.	.	{ Abchasen 58,7 Griechen 5,4 Mingrelen 113,0	{ Mingrelen 23,5 Türken 1,3
Sugdidi	2 346	139,0	59,3	114,9	0,1	.	1,1	.	.	.	{ Imeretinen 31,5 Juden 0,4	{ Swaneten 15,4
Letschgum	4 282	63,1	14,7	47,8	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Ratschi	2 477	90,9	36,7	60,4	0,1	.	11,3	.	3,5	.	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Senaki	1 869	142,2	76,1	115,8	1,5	.	14,3	.	.	.	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Scharopan	2 619	188,9	72,1	156,6	0,4	.	106,9	.	.	.	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Kutaïs	3 043	277,0	91,1	221,7	4,7	.	60,3	.	.	.	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Osurgeti	1 899	123,9	65,2	90,3	0,6	.	86,1	.	.	.	{ Imeretinen 44,7 Mingrelen 96,9	{ Juden 0,5
Batum	3 254	101,6	31,2	88,4	8,9	.	56,5	7,1	.	.	{ Griechen 4,7 Kurden 1,7 Türken 41,5	{ Türken 3,2 Juden 1,1
Artwin	2 875	66,9	23,3	56,1	1,0	.	5,5	7,8	.	.	{ Türken 63,5 Kurden 43,0	{ Karapapachen 29,9
70. Kars-Gebiet	16 475	383,3	23,3	290,7	27,9	0,4	0,5	73,4	0,5	2,3	{ Türken 3,9 Kurden 43,0	{ Karapapachen 29,9
davon in Städten	45,0	.	37,8	10,1	0,2	0,5	16,6	0,1	0,6	{ Türken 3,9 Kurden 43,0	{ Karapapachen 29,9
Kreis (von Westen nach Osten)												
Ardahan	4 925	87,3	17,7	65,8	2,3	.	.	1,9	.	.	{ Türken 28,0 Karapapachen 7,9	{ Kurden 12,6 Griechen 7,8
Olti	2 623	43,0	16,4	31,5	1,0	.	.	3,1	.	.	{ Türken 19,7 Griechen 2,7	{ Kurden 3,5 Turkmenen 1,0
Kars	5 084	165,0	32,5	134,1	20,4	.	.	46,7	.	1,4	{ Karapapachen 22,0 Türken 10,6	{ Griechen 14,8 Kurden 9,2
Kagysman	3 843	88,0	22,9	59,2	4,1	.	.	21,6	.	0,9	{ Kurden 17,7 Türken 5,2	{ Griechen 7,2
71. Eriwan	24 408	986,6	40,4	829,6	15,9	0,2	0,6	441,0	0,1	313,2	{ Kurden 49,4 Polen 1,3	
davon in Städten	98,8	.	92,3	9,5	0,2	0,3	54,0	.	24,5	{ Kurden 49,4 Polen 1,3	
Kreis (von Westen nach Osten)												
Alexandropol	3 387	202,3	59,7	165,5	6,8	.	.	141,5	.	7,8	{ Kurden 5,0	
Etschmiadsin	3 237	155,9	48,2	124,2	0,2	.	.	77,6	.	36,0	{ „ 9,7	
Surmalin	3 147	101,4	32,2	89,1	1,4	.	.	27,1	.	41,4	{ „ 19,1	
Eriwan	2 724	152,9	56,0	150,9	3,7	.	.	58,1	.	77,5	{ „ 8,2	{ Aisoren 2,3
Nowo-Bajaset	5 336	164,3	30,8	122,6	2,7	.	.	81,3	.	34,7	{ „ 3,0	
Scharuro-Daralages . . .	2 638	92,7	35,1	76,5	0,1	.	.	20,7	.	51,6	{ „ 3,8	
Nachtschewan	3 939	117,1	29,7	100,8	1,0	.	.	34,7	.	64,1	{ „ 3,8	
Kaukasus zusammen . . .	412 311	12 288,1	29,8	9 289,4	3 154,9	56,7	821,7	1 118,1	171,1	1 509,8	{ Juden 40,5	

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung										Sonstige
		1912		1897								
		zu- sammen (in 1 000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren							
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Kir- gisen	Turk- menen	Us- beken	Sarten	Ta- taren		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Mittelasien.												
72. Transkaspien	535 084	486,2	0,9	382,5	33,3	74,2	218,7	0,5	0,8	10,8	{ Juden 0,8 Armenier 4,3 Perser 5,1	{ Deutsche 1,0 Perser 8,0 Armenier 4,0
davon in Städten	69,7	.	41,9	21,7	0,4	2,1	0,1	0,4	2,0	{ Perser 1,0	
Kreis (von Süden nach Norden)												
Merw	110 795	143,5	1,3	119,3	6,9	.	105,0	.	.	1,8	{ Perser 1,0	
Tedschen	33 997	57,0	1,7	48,7	4,6	.	39,9	.	.	.	{ „ 2,0	
Aschabad	86 746	132,0	1,5	92,2	14,2	.	67,4	.	.	1,2	{ „ 3,2	{ Armenier 2,3
Krasnowodsk	109 896	71,4	0,6	53,8	5,8	10,4	33,5	.	.	.	{ „ 1,8	{ „ 1,0
Mangischlak	193 650	82,3	0,4	68,6	1,8	63,8	2,8	.	.	.	{ „ 1,8	

¹⁾ ohne die bedeutenderen Binnenwässer. 1 Quadratwerst = 1,13 qkm. — ²⁾ einschl. des 1903 abgetrennten Gouvernements Batum.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung									
		1912		1897							
		zu- sammen (in 1000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren						Sonstige
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Kir- gisen	Turk- menen	Us- beken	Sarten	Ta- taren	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: Mittelasien.											
73. Samarkand	60 598	1 187,0	19,6	860,0	14,0 ²⁾	63,1	.	507,6	18,1	0,5	{Deutsche 0,4 Juden 1,3 Tadschiken 230,4 Türken ⁴⁾ 20,0 Tadschiken 85,6
davon in Städten	200,9	.	135,3	10,5 ²⁾	0,1	.	18,4	15,7	0,2	
Kreis (von Nordwesten nach Südosten)											
Dschisak	25 812	298,0	11,5	222,7	1,2 ²⁾	51,5	.	145,3	16,9	.	Tadschiken 4,8
Katti-Kurgan	6 998	178,9	25,6	110,0	1,1	.	.	100,0	.	.	" 7,9
Samarkand	7 751	463,3	59,8	342,2	9,3	.	.	200,7	.	.	" 123,3
Chodschent	20 037	246,8	12,3	185,1	2,4 ²⁾	11,5	.	61,6	.	.	" 94,3 Türken ⁴⁾ 14,4
74. Fergana	126 267	2 093,2	16,6	1 572,2	9,8 ²⁾	201,6	—	153,8	789,0	0,9	{Deutsche 0,4 Juden 1,4 Tadschiken 114,1 Kiptschak. 7,6 Kara-Kalpak 11,1 Kaschgaren 14,9 Turko-Tataren ⁴⁾ 261,2
davon in Städten	411,5	.	284,4	9,2	.	—	55,4	157,4	0,7	Tadschiken 16,5
Kreis (von Westen nach Osten)											
Kokand	13 111	480,9	36,7	364,7	1,7 ²⁾	12,0	—	144,9	143,7	.	Tadschiken 37,9 Kiptschak. 6,3
Namangan	15 273	472,1	30,9	363,3	1,0 ²⁾	20,7	—	.	220,2	.	Turko-Tataren 60,5 Tadschiken 58,9
Andischan	13 833	466,6	35,0	360,3	1,0 ²⁾	123,4	—	.	221,8	.	Kaschgaren 10,1
Margelan	14 069	468,8	33,3	321,9	4,7 ²⁾	43,7	—	8,4	202,7	.	Turko-Tataren 38,4 Tadschiken 15,3
Osch	24 881	201,8	8,1	161,6	1,4 ²⁾	1,7	—	.	.	.	Turko-Tataren ⁴⁾ 156,4
Pamir	45 600	3,0	0,07	.	.	.	—
75. Syr-Darja	441 837	1 897,3	4,3	1 478,4	44,8 ²⁾	952,0	—	64,2	144,2	5,2	{Kara-Kalpaken 93,2 Tadschiken 5,5 Türken ⁴⁾ 158,7
davon in Städten	274,8	.	205,6	25,8 ²⁾	10,0	—	17,5	23,4	4,4	Türken ⁴⁾ 116,6 Juden 1,9
Kreis (von Nordwesten nach Südosten)											
Kasalinsk	58 528	199,8	3,4	140,5	2,9 ²⁾	135,8	—
Perowsk	90 136	181,5	2,0	133,7	1,1 ²⁾	130,3	—	.	1,4	.	.
Amu-Darja	97 098	246,9	2,5	194,5	3,3 ²⁾	47,1	—	34,5	.	.	Kara-Kalpaken 93,1 Türken ⁴⁾ 13,7
Tschimkent	95 820	356,2	3,7	285,0	6,4 ²⁾	224,7	—	20,7	32,0	.	.
Aulie-ata	62 164	347,2	5,6	276,2	10,5 ²⁾	251,0	—	8,5	.	.	.
Taschkent	38 090	565,7	14,8	448,5	20,4 ²⁾	163,1	—	.	108,8	.	Türken ⁴⁾ 142,6 Tadschiken 4,5
76. Semirjetschensk	328 966	1 239,2	3,8	987,9	95,4 ²⁾	794,8	—	—	14,9	8,3	Tarantschen 56,0 Chinesen 14,1
davon in Städten	118,6	.	63,0	28,7 ²⁾	6,6	.	.	5,9	4,2	Tarantschen 10,8 Chinesen 5,8
Kreis (von Südwesten nach Nordosten)											
Pischpek	77 683	235,6	3,0	176,6	12,3 ²⁾	151,5	.	.	4,2	.	Chinesen 7,7
Przewalsk	40 435	203,2	5,0	147,5	11,2 ²⁾	128,3	.	.	3,1	.	" 2,0
Wärny	45 588	275,8	6,0	223,9	35,5 ²⁾	151,5	.	.	5,9	.	" 1,8 Tarantschen 25,7
Dscharkent	25 587	161,7	6,3	122,6	5,8 ²⁾	81,7	.	.	1,0	1,2	" 2,6 " 30,1
Kopal	75 797	183,3	2,4	136,4	8,6 ²⁾	125,7	.	.	.	1,7	.
Lepsinsk	63 876	179,6	2,8	180,8	22,1 ²⁾	156,1	.	.	.	1,9	.
77. Semipalatinsk	405 819	855,8	2,1	684,6	68,4 ²⁾	604,6	—	—	0,5	9,9	.
davon in Städten	68,7	.	54,5	29,4 ²⁾	16,0	.	.	.	8,0	.
Kreis (von Süden nach Norden)											
Sajsan	36 838	120,3	3,3	95,1	5,2 ²⁾	88,9	.	.	.	0,9	.
Ust-Kamenogorsk	53 494	145,0	2,7	103,6	21,1 ²⁾	81,2	.	.	.	0,9	.
Karkaraly	156 046	175,6	1,1	171,7	1,3 ²⁾	169,7
Semipalatinsk	68 438	217,8	3,2	156,8	26,8 ²⁾	122,3	.	.	.	6,9	.
Pawlodar	91 002	197,6	2,2	157,5	14,0 ²⁾	142,6
78. Akmolinsk	512 222	1 454,1	2,8	682,6	225,6 ²⁾	427,4	—	0,3	0,4	10,8	Mordwinen 8,5 Deutsche 4,8 Juden 1,6
davon in Städten	197,8	.	74,8	54,1 ²⁾	6,8	.	0,3	0,4	8,8	Juden 1,6 Deutsche 0,7
Kreis (von Süden nach Norden)											
Akmolinsk	110 985	312,4	2,8	185,1	14,5 ²⁾	166,3
Athasar	244 646	159,4	0,7	86,4	11,1 ²⁾	74,7
Koktschetaw	59 714	317,8	5,3	155,5	67,5 ²⁾	79,0	.	.	.	1,6	Mordwinen 6,7
Petropawlowsk	60 605	296,9	4,9	155,1	77,3 ²⁾	69,1	.	.	.	6,6	.
Omsk	36 272	367,6	10,1	100,5	55,2 ²⁾	38,2	.	.	.	0,9	Deutsche 3,3 Juden 1,1

¹⁾ ohne die bedeutenderen Binnenwässer. 1 Quadratwerst = 1,13 qkm. — ²⁾ Kirgis-Kaisaken. — ³⁾ Kara-Kirgisen — ⁴⁾ türkische Dialekte Sprechende ohne nähere Unterscheidung.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung										Sonstige
		1912		1897								
		zu- sammen (in 1000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren							
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Kir- gisen	Turk- menen	Us- beken	Sarten	Ta- taren		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Noch: Mittelasien.												
79. Turgai	366 503	680,1	1,8	453,4	35,0	410,9	—	—	0,1	3,2	Baschkiren 1,6	Mordwinen 2,1
davon in Städten	43,4	.	19,3	14,9	1,4	.	.	0,1	2,1	Mordwinen 0,7	.
Kreis (von Nordwesten Südosten)
Aktjubinsk	50 940	172,8	3,4	115,2	4,3	109,6
Kustanai	64 984	292,9	4,5	152,5	29,3	118,0	.	.	.	1,7	Mordwinen 2,0	Baschkiren 1,3
Irgis	125 066	113,5	0,9	98,7	0,9	97,1
Turgai	145 513	100,9	0,7	86,9	0,5	86,1
80. Uralak	313 328	834,1	2,7	645,1	163,9	460,2	—	—	—	17,8	.	.
davon in Städten	79,1	.	55,3	45,9	3,0	.	.	.	5,7	.	.
Kreis (von Südwesten nach Nordosten)
Temir	126 809	163,2	1,3	95,1	0,8	94,1
Gurjew	40 435	172,1	4,3	86,8	14,3	70,9	.	.	.	1,0	.	.
Kalmückow (Lbischtschensk)	79 722	211,4	2,7	169,7	22,3	144,3	.	.	.	2,3	.	.
Uralak	66 361	287,4	4,3	293,6	126,0	150,9	.	.	.	14,4	.	.
Mittelasien zusammen . .	3 110 624	10 727,0	3,4	7 746,7	690,4	3 988,9	248,8	726,4	968,0	60,2	Deutsche 8,9	.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung										Sonstige
		1912		1897								
		zu- sammen (in 1000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren							
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Ta- taren	Ja- kuten	Bur- jaten	Tun- gusen	Juden		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Sibirien.												
81. Tobolsk	1 219 230	1 963,3	1,6	1 433,0	1 312,1	57,0	—	.	.	.	Ostjaken 19,0	Polen 1,9
davon in Städten	140,7	.	87,3	80,0	1,6	.	.	.	1,9	.	.
Kreis (von Süden nach Norden)
Kurgan	20 282	357,1	17,8	260,1	258,3
Ischim	37 605	382,4	10,2	269,0	263,3
Tjukalinsk	55 049	308,0	5,8	208,7	192,7	Kirgisen 5,1	Letten 3,0
Tara	71 542	241,3	3,4	159,6	141,5	14,3
Jalutorowsk	18 945	232,3	12,3	188,4	179,7	5,4	Syrjanen 2,5	.
Tjumen	15 608	145,3	9,3	121,3	107,1	12,2
Turinsk	67 009	94,1	1,4	68,7	64,5	Wogulen 3,5	.
Tobolsk	108 296	158,6	1,5	127,9	99,1	22,6	.	.	.	1,2	Ostjaken 2,4	Wogulen 1,2
Surgut	220 452	13,1	0,06	7,7	2,1	Ostjaken 5,5	.
Beresow	604 442	31,1	0,08	21,4	3,7	Ostjaken 11,9	Samojeden 4,4
82. Tomsk	744 577	3 855,2	5,2	1 927,7	1 761,9	95,2	Kirgis-Kaisaken 24,6	Polen 1,7
davon in Städten	312,5	.	127,9	116,6	2,3	.	.	.	4,9	.	.
Kreis (von Nordwesten nach Südosten)
Tomsk	248 036	599,9	2,4	277,1	248,9	12,6	.	.	.	3,5	Samojeden 4,2	Polen 2,7
Kainak	67 518	341,2	5,1	187,1	169,1	5,8	.	.	.	2,3	Kirgis-Kaisaken 4,5	.
Mariinsk	71 442	277,4	3,9	137,8	125,0	6,6	.	.	.	1,6	Mordwinen 2,0	Polen 1,2
Kusnezsk	81 634	227,9	2,8	161,8	133,4	26,0
Barnaul	106 739	1 505,0	14,1	584,1	568,3	Mordwinen 7,0	.
Smeinogorsk	83 085	440,6	5,3	242,7	226,0	Kirgis-Kaisaken 13,8	.
Bijsk	86 121	463,2	5,4	337,0	291,1	41,4
83. Jenisseisk	2 233 930	970,8	0,4	570,2	495,1 ²⁾	47,7	2,2	.	2,9	5,1	Polen 5,9	.
davon in Städten	138,8	.	62,9	56,6	1,2	.	.	.	2,6	„ 1,3	.
Kreis (von Süden nach Norden)
Usinsk	19 172	7,3	0,4	2,1	1,0
Minusinsk	79 572	257,8	3,2	182,7	144,0 ²⁾	29,5	Mordwinen 3,2	.
Kansk	70 963	227,9	3,2	96,2	90,1	1,8	.	.	.	1,3	Polen 1,5	.
Krasnojarsk	19 024	194,6	10,2	99,1	93,9	1,5	„ 1,9	.
Atschinsk	51 071	186,1	3,6	111,5	98,6 ⁴⁾	9,7	.	.	.	1,2	.	.
Jenisseisk	384 304	79,6	0,2	67,5	63,5	0,8	.	.	1,3	0,3	.	.
Turuchansk	1 609 824	17,5	0,1	10,9	3,0	.	2,2	.	1,6	.	Samojeden 3,1	.

¹⁾ ohne die bedeutenderen Binnenwässer. 1 Quadratwerst = 1,13 qkm. — ²⁾ darunter 37,7 Jenisseisk-Türken. — ³⁾ Jenisseisk-Türken. — ⁴⁾ darunter 7,6 Jenisseisk-Türken.

Noch: I. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reiches nach Nationalitäten.

Gouvernement bezw. Kreis.	Fläche ¹⁾ (Quadrat- werst)	Bevölkerung									
		1912		1897							
		zu- sammen (in 1 000)	auf 1 □ Werst	zu- sammen	davon waren						Sonstige
					Groß- Weiß- russen, Ukrainer	Ta- taren	Ja- kuten	Bur- jaten	Tun- gusen	Juden	
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: Sibirien.											
84. Irkutsk	638 198	714,9	1,1	514,3	378,4	7,0	2,7	108,9	2,0	7,1	.
davon in Städten	108,8	.	62,8	55,6	0,9	.	0,3	.	3,7	.
Kreis (von Südwesten nach Nordosten)											
Nischne-Udinsk	106 824	114,4	1,1	80,9	74,5	1,6	.	1,5	.	0,7	.
Irkutsk	68 594	252,5	3,7	163,1	123,6	1,8	.	30,8	.	3,8	.
Balagansk	37 315	185,0	5,0	145,6	89,4	1,7	.	51,8	.	.	.
Wercholsk	65 667	93,9	1,4	69,1	41,5	0,8	.	24,6	0,6	0,7	.
Kirensk	359 798	69,1	0,2	55,4	49,4	0,5	2,7	.	1,3	0,9	.
85. Transbaikalien	542 339	893,2	1,6	672,0	444,9	2,5	0,1	179,5	30,4	7,8	.
davon in Städten	135,2	.	42,8	36,6	0,3	.	1,7	0,1	3,0	.
Kreis (von Westen nach Osten)											
Selenginsk	63 816	128,2	2,0	102,1	38,3	.	.	60,8	1,6	0,9	.
Troitzkosawsk	50 227	43,3	0,9	32,8	21,8	.	.	10,7	.	.	.
Werchnje-Udinsk	62 893	230,2	3,7	167,9	111,0	.	.	53,4	.	2,1	.
Bargusin	138 291	30,5	0,2	25,5	10,4	.	.	11,4	2,1	1,2	.
Akscha	33 179	41,6	1,3	34,9	30,3	.	.	3,4	0,6	.	Mongolen 0,4
Tschita	81 931	225,5	2,8	138,8	69,1	1,2	.	39,2	25,2	2,0	.
Nertschinsk	44 967	115,0	2,6	94,3	90,0	1,5	Chinesen 1,3
Nertschinsko-Sawodsk . .	67 035	78,9	1,2	75,7	73,9
86. Jakutsk	3 482 533	9 577,9	0,9	269,9	30,8	1,6	221,5	.	11,6	0,6	.
davon in Städten	1 111,1	.	9,2	4,2	0,6	3,8	.	.	0,4	.
Kreis (von Süden nach Norden)											
Olekminsk	334 513	34,3	0,1	36,2	19,9	1,1	13,2	.	0,9	.	Polen 0,4
Jakutsk	719 097	172,9	0,2	143,6	7,8	.	130,1	.	4,5	.	.
Wiljuisk	882 736	86,9	0,1	67,9	0,9	.	63,2	.	3,8	.	.
Werchojansk	943 174	19,2	0,02	14,2	0,8	.	11,5	.	1,5	.	Jukagiren 0,4
Kolimsk	603 013	12,3	0,02	7,9	1,4	.	3,4	.	0,9	.	„ 0,5 Tschuktschen 1,5
87. Amur-Gebiet	3) 352 281	230,2	0,7	120,3	103,8	0,6	0,4	.	1,3	0,3	Chinesen 7,8
davon in Städten	67,3	.	32,8	28,5	0,2	.	.	.	0,2	„ 2,9
88. Primorskaja(Küstengebiet)	1 749 878	610,5	.	223,8	113,8	1,0	0,5	0,2	20,0	1,6	Chinesen 30,7 Koreaner 24,3
davon in Städten	189,2	.	51,4	29,1	0,1	.	.	0,1	0,6	Tschuktschen 10,2 Giljaken 4,2
Kreis (von Süden nach Norden)											Korjaken 6,0 Kamtschadalen 4,0
Stid-Ussurisk	67 847	186,4	2,7	124,8	73,6	1,1	Chinesen 14,9 Koreaner 1,6
Ussurisk	87 906	129,7	1,5	19,7	13,9	.	.	.	1,2	.	Japaner 1,5 Polen 1,3
Chabarowsk	221 507	84,5	0,4	27,3	14,8	0,2	.	.	5,5	.	Koreaner 22,4 Chinesen 21,3
Udsk	129 207	35,2	0,3	18,2	7,6	0,2	.	.	3,1	0,3	Chinesen 3,1
Ochotsk	158 365	5,1	0,03	4,7	0,5	.	0,3	.	3,7	.	4,7
Gischinsk	185 348	8,2	0,04	7,5	0,6	.	.	.	1,9	.	Giljaken 4,2 Chinesen 1,5
Petropawlowsk	3) 339 697	11,0	0,13	8,4	2,6	.	.	.	0,4	.	Korjaken 4,3 Tschuktschen 0,6
Anadirsk	2) 458 477	12,7	0,03	12,1	0,1	.	.	.	0,6	.	„ 1,3 Giljaken 4,0
Komandorsk	3) 1 524	1,5	1,0	0,6	0,1	Tschuktschen 9,6 Eskimo 1,1
89. Insel Sachalin	33 381	14,2	0,4	28,1	18,3	1,5	.	.	0,9	0,1	Aläuten 0,5
davon in Städten	1,5	.	8,6	6,7	0,6	.	.	.	0,1	Giljaken 2,0 Polen 1,6
Kreis (von Norden nach Süden)											Aino 1,4
Timowsk	4,2	.	8,3	5,7	0,5	Polen 0,6
Alexandrowsk	10,0	.	11,2	7,6	0,6	.	.	0,1	.	Giljaken 0,7 Polen 0,5
Korsakowsk	—	—	8,5	5,1	0,4	„ 1,2 „ 0,7
Sibirien zusammen . . .	10996 345	9 577,9	0,9	5 758,8	4 659,4	210,2	227,4	288,6	66,3	32,6	Aino 1,4 „ 0,4
											Deutsche 5,4

¹⁾ ohne die bedeutenderen Binnenwässer. 1 Quadratwerst = 1,13 qkm. — ²⁾ 1904 wurden 42 704 Quadratwerst vom Amur-Gebiet dem Küsten-Gebiet zugeschlagen. —

³⁾ Bilden jetzt Kamtschatka.

II. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reiches nach Religionen.

Bevölkerung im Jahre 1897									
Gouvernement bezw. Kreis.	zu- sammen	davon waren							Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
		Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige	
		in 1000							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. St. Petersburg davon in der Stadt St. Petersburg	2 112,0 1 264,9	1 728,1 1 078,1	20,1 9,0	65,5 53,6	263,7 95,4	21,1 16,9	6,0 4,9	Reformierte 4,0 Anglikaner 1,7	81,8 85,2
2. Pskow	1 122,3	1 042,7	40,5	5,5	26,0	7,4	.	.	92,9
3. Smolensk davon in Städten	1 525,3 120,9	1 480,1 106,5	20,7 0,7	8,5 5,1	4,3 1,0	11,1 7,3	0,3 0,3	.	97,0 88,1
4. Nowgorod	1 367,0	1 312,9	31,1	4,8	12,7	3,8	0,5	.	96,0
5. Twer	1 769,1	1 746,7	15,7	1,8	2,9	1,5	0,5	.	98,7
6. Jaroslaw	1 071,4	1 056,7	9,6	1,7	1,3	1,7	0,3	.	98,6
7. Kostroma	1 387,0	1 344,1	39,7	0,8	0,6	0,9	0,8	.	96,9
8. Wladimir	1 515,7	1 473,5	38,1	1,5	0,8	1,2	0,4	.	97,2
9. Moskau davon in der Stadt Moskau	2 430,6 1 038,6	2 272,1 967,4	99,8 18,9	17,7 15,1	21,4 19,7	8,7 8,0	5,6 4,6	Armeno-Gregorianer 1,6 " " 1,6	93,5 93,1
10. Kaluga	1 132,8	1 085,6	42,6	2,0	0,8	1,5	0,2	.	95,8
11. Orel	2 033,8	2 015,7	5,4	4,0	1,8	6,3	0,4	.	99,1
12. Tula	1 419,5	1 412,3	1,9	1,2	1,0	2,9	0,2	.	99,5
13. Rjasan	1 802,2	1 776,3	16,5	1,9	0,7	1,6	5,0	.	98,5
14. Tambow	2 684,0	2 644,4	15,9	2,2	1,4	2,2	17,0	.	98,5
15. Wjatka davon in Städten In 4 Kreisen von 11. (Süden des Gouvernements)	3 030,8 95,6	2 786,9 91,1	98,1 1,5	0,8 0,4	0,4 0,2	0,9 0,5	132,9 1,9	.	92,0 95,3
Irschum	289,2	259,1	13,9	.	.	.	13,8	Heiden 3,2	89,6
Malmysch	280,4	212,7	17,2	.	.	.	48,7	.	75,9
Sarapul	408,1	376,8	13,6	.	.	.	15,8	.	92,3
Jelabuga	241,0	192,5	41,7	Heiden 4,9	79,9
16. Perm davon in Städten Kreis (Südteil des Gou- vernements)	2 994,3 179,3	2 597,2 167,5	218,4 3,1	2,4 1,5	1,1 0,6	2,1 1,8	151,5 4,7	.	86,7 93,4
Krasnoufimsk	259,2	195,5	14,8	.	.	.	33,2	Heiden 15,5	75,4
Ossa	321,8	219,9	46,1	.	.	.	43,9	" 5,7	68,3
Schadrinsk	310,7	252,7	24,4	.	.	.	33,3	.	81,3
17. Kasan davon in Städten Kreis (von Westen nach Osten)	2 170,7 185,6	1 496,6 141,0	23,5 4,9	2,0 1,9	1,4 1,2	1,5 1,4	633,0 35,0	Heiden 12,5 .	68,9 76,0
Kosmodemjansk	105,6	105,3	99,6
Jadrin	154,5	154,4	99,9
Ziwiłsk	164,3	149,2	2,3	.	.	.	12,0	.	90,3
Tscheboksary	127,3	123,7	3,4	.	97,2
Zarjewokokschaïsk	112,6	86,8	23,7	Heiden 2,2	76,9
Kasan	350,7	196,9	3,8	.	.	.	145,1	.	56,1
Swejaschsk	126,6	84,0	4,7	.	.	.	37,8	.	66,4
Tetjusch	185,9	92,0	3,5	.	.	.	90,2	.	49,5
Spassk	175,2	120,3	2,0	.	.	.	52,6	.	68,7
Laischew	172,3	107,9	2,2	.	.	.	62,2	.	62,6
Tschistopol	305,7	203,7	4,1	.	.	.	92,5	Heiden 5,4	66,6
Mamadysh	189,8	72,7	113,4	" 3,1	59,8
18. Ufa davon in Städten Kreis (von Westen nach Osten)	2 196,6 107,3	961,7 88,1	34,0 3,2	1,3 0,6	4,5 0,5	0,7 0,6	1 095,7 14,2	" 98,2 .	49,9 82,1
Menselinsk	379,9	161,4	214,4	Heiden 3,3	56,4
Bjelebej	433,2	132,2	7,9	.	.	.	283,9	" 7,8	65,5
Birsk	497,7	152,8	258,5	" 83,7	51,9
Ufa	372,9	232,4	8,9	.	.	.	125,3	" 3,3	62,3
Sterlitamak	327,4	165,3	7,5	.	.	.	152,6	.	50,5
Slatoust	185,5	117,5	6,6	.	.	.	61,0	.	63,3
19. Orenburg Kreis (von Norden nach Süden)	1 600,1	1 174,9	50,0	2,8	3,0	2,0	365,5	.	73,4
Tscheljabinsk	413,1	336,7	17,5	.	.	.	57,7	.	81,5
Troitzk	201,2	160,7	8,9	.	.	.	30,9	.	79,9
Werchnje-Uralsk	223,2	156,2	65,6	.	70,0
Orenburg	555,7	422,2	17,7	.	.	.	108,5	.	76,0
Orsk	207,0	99,2	4,7	.	.	.	102,9	.	49,7

Gouvernement bezw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897									Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	davon waren									
	zu- sammen	Griechisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige		
	in 1 000									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
20. Nischni-Nowgorod	1 584,8	1 449,4	88,6	1,3	1,1	2,6	41,3	.	91,5	
21. Pensa	1 470,3	1 389,9	19,2	1,2	0,9	0,5	58,6	.	94,5	
22. Simbirsk	1 527,8	1 358,6	31,5	0,9	1,7	0,6	133,9	.	88,9	
23. Saratow	2 405,8	2 022,5	113,7	34,7	97,0	2,9	96,0	Reformierte 37,7	84,1	
davon in Städten	309,5	267,4	18,9	4,5	10,3	2,7	4,4	.	86,4	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Kusnetz	178,4	138,3	4,4	.	.	.	35,3	.	77,5	
Chwalynsk	192,7	123,1	29,9	.	.	.	39,5	.	63,9	
Wolsk	184,6	159,0	21,1	.	.	.	3,2	.	86,1	
Saratow	332,9	288,9	15,8	3,6	17,8	.	.	.	86,8	
Petrowsk	222,1	202,3	5,1	.	.	.	13,6	.	91,3	
Serdobsk	224,8	217,3	7,1	96,7	
Balaschow	311,7	305,1	5,9	97,9	
Atkarsk	289,8	264,1	10,6	.	14,2	.	.	.	91,1	
Kamyschin	307,5	176,0	7,9	29,8	59,6	.	.	.	57,2	
Zaritzyn	161,5	147,9	6,0	.	3,3	.	1,9	.	91,6	
24. Samara	2 751,3	2 127,7	97,5	57,5	156,1	2,6	288,7	Reformierte 10,9 Mennoniten 4,6	77,3	
davon in Städten	158,8	138,2	9,0	1,5	1,6	1,6	7,1	.	87,0	
Kreis (von Nordwesten nach Südwesten)										
Stawropol	283,4	238,5	6,1	.	.	.	38,4	.	84,2	
Bugulma	299,9	167,8	137,1	Heiden 2,9	52,6	
Buguruslan	406,0	348,4	10,6	.	.	.	44,5	.	85,6	
Samara	357,0	313,5	19,4	.	4,9	.	14,1	.	87,3	
Busuluk	493,0	461,9	6,2	.	.	.	20,8	.	93,7	
Nikolajewsk	494,7	375,8	43,3	15,0	44,7	.	12,9	.	76,0	
Nowo-Usensk	417,4	231,7	9,6	39,8	105,8	.	20,6	Reformierte 8,2	55,5	
25. Astrachan	1 003,5	529,1	16,0	1,5	4,7	2,7	307,2	Buddhisten 137,0 Arm.-Gregor. 4,2	52,7	
davon in Städten	135,1	103,7	2,2	1,2	1,3	2,2	17,9	Armeno-Gregorianer 4,0	76,8	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Zarjew	198,0	176,0	9,3	.	2,9	.	8,6	.	88,9	
Tscherny-jar	100,3	90,9	1,1	.	.	.	3,2	Buddhisten 4,3	90,6	
Jenotajewsk	76,1	66,2	3,0	„ 6,7	87,0	
Gebiet der inneren Kir- gisen-Horde	214,8	213,0	.	99,2	
Krasnoi-jar	66,0	28,1	37,2	.	56,4	
Astrachan	219,8	160,7	4,9	.	.	2,2	41,1	Armeno-Gregorianer 4,1	73,1	
Kalmücken-Steppe	128,6	5,5	1,1	Buddhisten 3,4	94,8	
Im Norden								Buddhisten 121,9		
26. Olonez	364,2	357,9	2,9	0,4	2,4	0,4	0,1	.	98,3	
27. Wologda	1 341,8	1 332,3	8,1	0,4	0,3	0,4	0,2	.	99,3	
28. Archangelsk	346,5	337,3	6,2	0,6	2,0	0,3	0,1	.	97,3	
29. Estland	412,7	37,8	0,3	2,0	370,1	1,4	0,1	.	89,7	
davon in Städten	77,1	12,9	0,1	1,6	61,0	1,3	.	.	79,1	
30. Livland	1 299,4	187,7	16,8	30,5	1 031,0	29,7	0,5	.	79,3	
davon in Städten	380,8	54,2	10,1	23,8	258,9	26,0	0,5	.	68,0	
31. Kurland	674,0	25,1	8,6	74,8	507,6	51,1	0,6	Baptisten 5,6	75,3	
davon in Städten	155,8	14,4	1,6	17,4	85,7	34,3	0,5	.	55,0	
Kreis Illuxt	66,3	5,4	6,7	36,4	11,6	6,4	.	.	54,7	
32. Kowno	1 544,6	46,5	32,9	1 180,3	58,5	212,7	1,9	Reformierte 10,6	76,4	
davon in Städten	143,1	25,1	2,6	46,8	4,5	62,2	1,5	.	43,5	
33. Suwalki	582,9	33,1	6,1	446,2	37,2	59,2	0,8	.	76,6	
davon in Städten	73,6	12,6	0,2	26,6	4,0	29,5	0,6	.	40,1	
34. Wilna	1 591,2	415,3	26,7	935,8	4,5	204,7	4,4	.	58,8	
davon in Städten	198,0	36,6	2,3	67,3	2,7	87,3	1,1	.	44,1	
Kreis (von Westen nach Osten)										
Troki	203,4	9,2	2,1	170,5	.	19,4	.	.	83,8	
Wilna	363,3	36,5	5,0	237,8	2,9	79,4	.	.	65,5	
Lida	205,8	51,7	.	128,6	.	24,8	.	.	62,5	
Oschmjany	233,6	71,3	.	132,5	.	28,2	.	.	56,7	
Swenciany	172,2	17,0	8,0	134,4	.	12,3	.	.	78,0	
Wilejka	208,0	121,5	.	65,6	.	19,8	.	.	58,4	
Disna	204,9	108,0	9,5	66,3	.	20,7	.	.	52,7	

Noch: II. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reiches nach Religionen.

Gouvernement bzw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897									Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	zu- sammen	davon waren								
		Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige		
									in 1 000	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
35. Witebsk	1 489,2	825,6	83,0	357,3	46,7	175,6	0,7	.	55,4	
davon in Städten . . .	215,9	63,9	7,3	24,5	5,6	113,8	0,6	.	52,7	
Kreis (von Nordwesten) nach Südosten)										
Ljusin	128,2	25,2	3,1	81,3	12,3	6,3	.	.	63,4	
Rjeschiza	136,4	4,6	31,6	87,1	2,7	10,2	.	.	64,1	
Dünaburg	237,0	22,6	26,0	117,4	22,5	47,8	.	.	49,5	
Sebesch	92,1	83,2	2,3	2,9	.	3,5	.	.	90,3	
Drissa	97,1	60,6	.	26,7	.	8,8	.	.	62,4	
Newel	110,4	95,6	5,3	.	.	8,2	.	.	86,6	
Polozk	141,8	102,2	6,0	14,9	1,6	17,2	.	.	72,1	
Gorodok	112,0	104,9	.	.	.	5,2	.	.	93,7	
Welisch	100,1	86,7	.	1,6	1,6	9,8	.	.	86,6	
Lepel	156,7	123,2	.	13,7	.	18,1	.	.	78,6	
Witebsk	177,4	116,9	6,6	9,9	3,4	40,5	.	.	65,9	
36. Mohilew	1 686,8	1 402,2	23,3	50,2	6,9	203,9	0,2	.	83,1	
davon in Städten . . .	147,2	60,4	2,0	6,4	0,8	77,4	0,2	.	52,6	
37. Minsk	2 147,6	1 558,3	15,9	218,0	5,6	345,0	4,6	.	72,6	
davon in Städten . . .	224,9	63,6	0,8	22,8	1,6	133,6	2,4	.	59,4	
Kreis (von Osten nach Westen)										
Rjeschiza	221,8	184,0	.	8,5	.	28,5	.	.	83,0	
Mosyr	181,2	142,0	.	8,8	.	29,5	.	.	78,4	
Bobruisk	255,9	182,7	9,4	12,7	.	49,7	.	.	71,4	
Igumen	234,8	178,7	.	24,4	.	28,9	.	.	76,1	
Borisow	238,2	174,7	4,0	31,9	.	26,8	.	.	73,3	
Minsk	277,1	142,0	.	67,1	.	65,0	.	.	51,2	
Slutzk	260,5	190,9	.	27,5	.	40,9	.	.	73,3	
Pinsk	230,8	174,4	.	10,5	.	45,1	.	.	75,6	
Nowogrudok	247,3	188,9	.	26,6	.	30,5	.	.	76,4	
38. Grodno	1 603,4	919,3	0,5	386,5	12,6	280,5	3,7	.	57,3	
davon in Städten . . .	254,6	53,7	0,2	45,4	4,7	148,5	2,0	.	58,3	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Grodno	204,9	106,0	.	55,8	.	41,0	.	.	51,7	
Sokolka	110,5	20,0	.	76,6	.	13,5	.	.	69,3	
Wolkowysk	148,7	86,1	.	43,4	.	18,5	.	.	57,9	
Slonim	226,3	167,7	.	23,4	.	34,5	.	.	74,1	
Bjelostok	206,6	41,6	.	97,4	7,2	59,5	.	.	47,1	
Bjelsk	164,4	79,4	.	60,0	.	24,5	.	.	48,3	
Pruschany	139,1	109,7	.	10,9	.	17,8	.	.	78,9	
Kobrin	184,5	153,4	.	5,2	.	25,3	.	.	83,1	
Brest-Litowsk	218,4	155,5	.	13,8	2,7	45,7	.	.	71,2	
39. Lomscha	579,6	31,6	0,7	446,9	8,3	91,4	0,5	.	77,1	
davon in Städten . . .	74,8	13,6	0,3	24,1	1,5	35,1	0,2	.	46,9	
Kreis (von Osten nach Westen)										
Szczuczyn	66,1	3,4	.	49,4	1,3	11,9	.	.	74,7	
Kolno	73,7	0,6	.	63,4	.	9,2	.	.	86,0	
Lomscha	117,5	12,4	.	80,8	2,2	21,6	.	.	68,8	
Masowicz	72,4	0,9	.	59,9	.	11,5	.	.	82,7	
Ostrow	98,7	5,8	.	72,4	2,9	17,3	.	.	73,4	
Ostrolenka	88,5	7,4	.	69,6	0,8	10,6	.	.	78,6	
Makow	62,6	1,2	.	51,4	.	9,5	.	.	82,1	
40. Plotzk	553,6	17,4	0,6	446,5	36,5	51,5	0,3	Baptisten 0,3	80,7	
davon in Städten . . .	88,2	13,9	0,6	40,1	2,5	30,9	0,2	.	45,5	
Kreis (von Osten nach Westen)										
Przasnysz	66,9	2,2	.	57,5	.	6,8	.	.	85,9	
Ciechanow	71,5	3,0	.	59,3	2,2	5,8	.	.	83,6	
Mława	88,4	2,7	.	76,1	1,4	8,0	.	.	86,1	
Plotzk	99,9	5,3	.	75,3	5,6	13,6	.	.	75,4	
Sierpc	68,4	1,2	.	56,6	2,5	8,9	.	.	82,7	
Rypin	69,9	1,9	.	55,7	7,9	4,4	.	.	79,7	
Lipno	88,5	1,1	.	65,4	16,7	4,9	.	.	73,9	

Gouvernement bezw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897									Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	zu- sammen	davon waren								
		Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige		
									in 1 000	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
41. Warschau	1 931,9	103,7	1,1	1 381,2	88,3	351,9	1,6	Reformierte 1,7	71,5	
davon in Städten . . .	845,2	74,1	0,6	456,7	24,6	286,8	1,0	„ 1,1	54,0	
in der Stadt Warschau	683,7	56,3	0,5	386,4	19,2	219,1	0,8	„ 1,0	56,5	
Kreis (von Westen nach Osten)										
Nieszawa	79,5	1,3	.	66,7	8,4	3,0	.	.	83,9	
Wlozlawek	96,6	1,8	.	77,1	8,4	9,3	.	.	79,8	
Gostyn	81,3	1,2	.	63,3	11,0	5,7	.	.	77,9	
Kutno	82,5	0,9	.	69,9	2,3	9,4	.	.	84,7	
Sochaczew	64,3	.	.	52,3	6,3	5,2	.	.	81,3	
Plonsk	91,4	9,6	.	67,6	3,3	10,1	.	.	74,0	
Pultusk	103,5	6,1	.	78,4	2,4	16,2	.	.	75,7	
Warschau	826,8	70,7	.	488,8	30,3	233,1	.	.	59,1	
Blonie	104,8	.	.	85,7	5,8	11,7	.	.	81,8	
Lowicz	82,7	2,5	.	73,1	1,5	5,2	.	.	88,4	
Skierniewice	52,6	2,8	.	44,7	1,5	3,6	.	.	85,0	
Grojek	108,4	1,4	.	87,6	3,4	15,8	.	.	80,8	
Nowominsk	94,5	3,8	.	71,7	1,7	17,0	.	.	75,9	
Radzymin	63,1	.	.	54,3	2,0	6,4	.	.	86,1	
42. Kalisch	840,6	8,8	0,2	697,1	62,0	71,7	0,2	.	82,9	
davon in Städten . . .	116,0	4,5	0,1	59,4	7,9	43,7	.	.	51,2	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Slupca	82,7	1,0	.	66,9	11,4	3,4	.	.	80,9	
Konin	83,9	0,9	.	69,7	8,8	4,4	.	.	83,1	
Kolo	95,9	.	.	77,3	9,4	8,8	.	.	80,6	
Leczyca	101,0	.	.	80,6	6,7	13,0	.	.	79,8	
Turek	86,8	.	.	76,4	5,3	4,9	.	.	88,0	
Kalisch	123,0	3,2	.	97,3	10,6	11,7	.	.	79,1	
Sieradz	123,7	.	.	101,3	7,3	14,3	.	.	81,9	
Wielun	143,6	2,1	.	127,6	2,5	11,3	.	.	88,9	
43. Sjedlez	772,1	120,8	0,2	516,3	12,7	121,1	0,7	.	66,9	
davon in Städten . . .	117,7	17,5	0,1	35,5	0,8	63,2	0,6	.	53,7	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Wengrow	72,5	.	.	61,0	1,9	9,1	.	.	84,1	
Sokolow	68,0	1,1	.	57,9	.	8,6	.	.	85,1	
Konstantinow	61,3	18,7	.	34,3	.	8,2	.	.	56,0	
Sjedlez	84,2	6,3	.	60,5	1,1	15,9	.	.	71,9	
Biala	76,7	29,1	.	30,3	.	16,7	.	.	39,5	
Lukow	102,9	1,3	.	86,7	1,2	13,7	.	.	84,3	
Garwolin	120,7	1,4	.	99,2	2,2	17,9	.	.	82,2	
Radzyn	87,7	6,7	.	64,2	1,1	15,6	.	.	73,3	
Wlodawa	98,0	55,7	.	22,4	4,4	15,5	.	.	56,8	
44. Radom	814,9	12,6	0,1	680,9	8,9	112,3	0,1	.	83,6	
davon in Städten . . .	100,2	7,9	.	41,0	0,5	50,8	.	.	50,7	
Kreis (von Osten nach Westen)										
Kozienice	110,7	2,9	.	90,4	3,6	13,8	.	.	81,7	
Ilza	110,6	.	.	98,0	.	11,3	.	.	88,6	
Opatow	127,4	.	.	106,2	.	20,7	.	.	83,4	
Sandomierz	100,2	1,9	.	80,8	.	16,7	.	.	80,6	
Radom	146,8	5,8	.	118,7	1,8	20,9	.	.	80,9	
Konskie	118,9	1,9	.	98,3	.	18,5	.	.	82,7	
Opoczno	100,3	.	.	88,6	1,6	10,1	.	.	88,2	
45. Petrikau (Pjotrkow) . . .	1 403,9	22,3	0,1	1 023,2	131,4	222,6	0,3	Reformierte 2,3	72,9	
davon in Städten . . .	511,6	17,4	0,1	259,2	69,9	163,7	0,2	.	50,7	
Kreis (von Osten nach Westen)										
Rawa	69,6	0,9	.	58,8	2,7	7,2	.	.	84,5	
Brzeziny	99,6	1,4	.	64,8	14,1	19,4	.	.	65,1	
Lodz	430,3	7,1	.	230,8	83,7	107,5	.	.	53,6	
Petrikau	153,7	3,6	.	119,9	10,9	18,6	.	.	78,0	
Noworadom	129,8	.	.	115,1	3,2	10,7	.	.	88,7	
Lask	117,7	.	.	89,1	13,2	12,8	.	.	75,7	
Tschenstochau	158,8	5,0	.	132,8	.	19,3	.	.	83,6	
Bendzin	244,4	3,2	.	211,9	2,1	27,1	.	.	86,7	

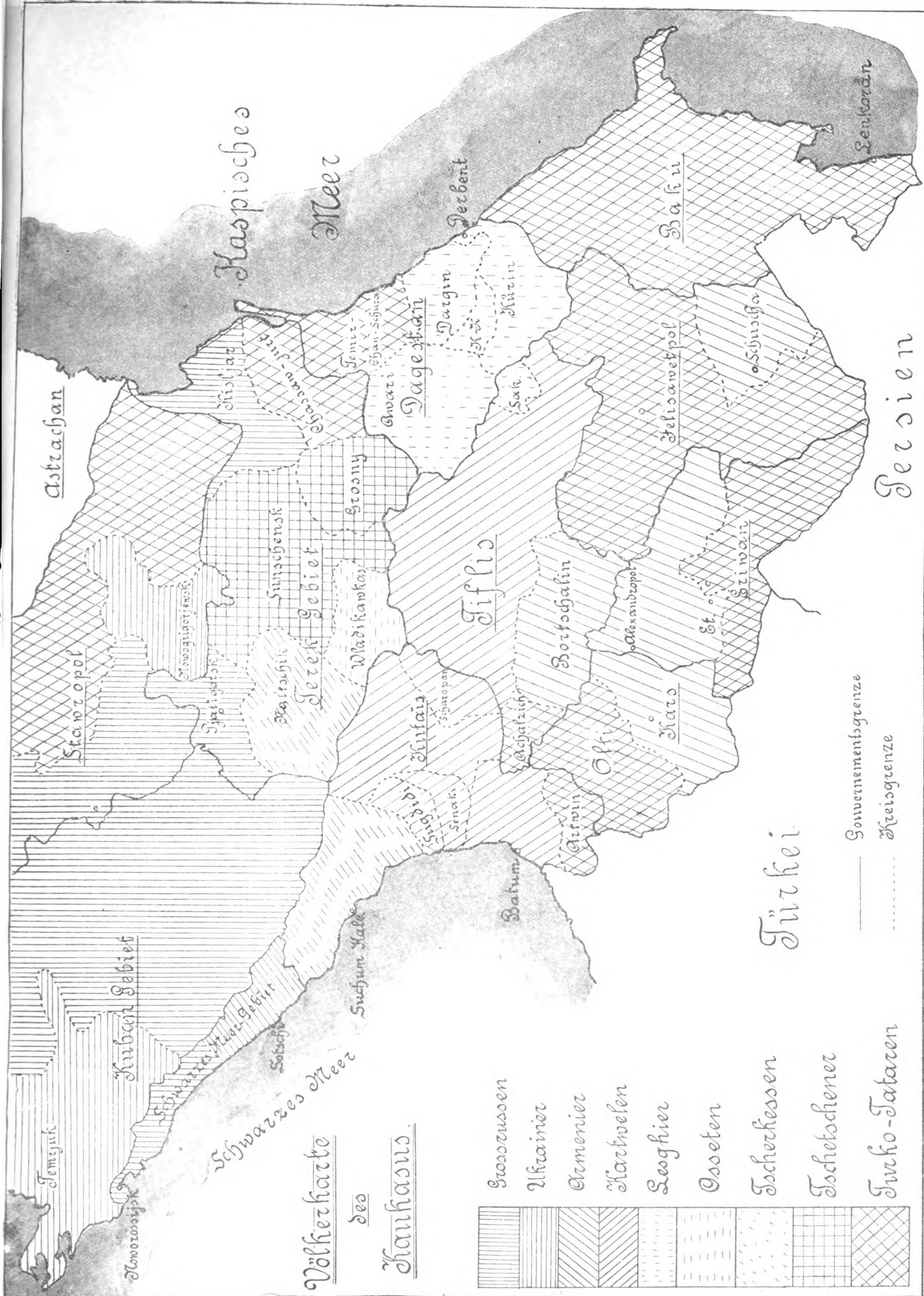
Gouvernement bzw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897									Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	davon waren									
	zu- sammen	Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige		
	in 1000									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
46. Kjelze	762,0	9,3	0,1	666,6	2,5	83,2	0,1	.	87,5	
davon in Städten . . .	70,4	5,5	.	28,3	0,4	36,1	.	.	51,3	
Kreis (von Westen nach Osten)										
Olkusz	113,5	1,0	.	101,0	.	11,4	.	.	89,0	
Miechow	114,4	1,7	.	106,8	.	5,8	.	.	93,4	
Andrejew (Jedrzejow) . .	78,9	.	.	70,2	.	8,1	.	.	89,0	
Wloszczowa	74,4	.	.	66,3	.	7,4	.	.	89,1	
Kjelze	142,8	3,8	.	119,3	.	18,4	.	.	83,5	
Pinczow	107,5	1,2	.	92,5	.	13,7	.	.	86,0	
Stopnica	130,5	.	.	110,5	.	18,4	.	.	84,7	
47. Lublin	1 160,7	248,1	0,4	727,0	26,9	156,2	0,5	Baptisten 1,8	62,6	
davon in Städten . . .	160,8	35,4	0,2	49,0	2,1	73,7	0,3	.	45,8	
Kreis (von Nordwesten nach Südosten)										
Nowo-Alexandria	145,4	12,4	.	106,9	1,7	24,1	.	.	73,5	
Lubartow	86,9	2,3	.	70,6	3,6	10,0	.	.	81,2	
Lublin	156,7	6,7	.	114,2	2,7	32,5	.	.	72,9	
Janow	117,1	5,0	.	99,7	.	11,7	.	.	85,1	
Bjelgoray	96,3	31,4	.	55,9	.	9,0	.	.	58,0	
Krasnostaw	100,7	10,8	.	78,6	.	11,0	.	.	78,1	
Samostje	119,8	24,2	.	80,7	.	14,8	.	.	67,4	
Cholm	137,6	54,5	.	47,8	17,1	17,5	.	.	39,6	
Grubjeschow	101,4	56,1	.	29,7	0,8	14,8	.	.	55,3	
Tomaschow	98,8	44,7	.	42,9	.	10,9	.	.	45,2	
48. Wolhynien	2 989,5	2 106,5	8,3	298,1	164,0	395,8	4,9	Baptisten 10,4	70,5	
davon in Städten . . .	233,8	86,8	1,8	21,2	2,0	119,2	2,6	.	51,0	
49. Podolien	3 018,3	2 358,5	18,8	262,7	3,8	370,6	3,5	.	78,1	
davon in Städten . . .	234,8	94,8	4,7	17,0	0,5	102,9	1,8	.	43,8	
50. Bessarabien	1 935,4	1 601,0	28,5	19,8	53,5	228,5	0,6	.	82,7	
51. Cherson	2 733,6	2 191,1	28,1	95,2	56,6	339,9	2,4	{Mennoniten 5,4 Baptisten 5,4 Reformierte 5,0	80,2	
davon in der Stadt Odessa	403,8	225,9	1,4	24,2	8,8	138,9	1,2	.	55,9	
52. Taurien	1 447,8	1 069,6	13,7	29,4	42,7	60,8	190,8	Mennoniten 25,5 Karaïmen 6,2	73,9	
Kreis (von Norden nach Süden)										
Dnjeprawka	212,2	200,4	.	3,4	.	6,3	.	.	94,4	
Berdjansk	304,7	259,9	10,3	.	4,1	9,2	.	Mennoniten 18,9	85,3	
Melitopol	384,2	339,8	.	9,3	12,5	16,5	.	.	88,4	
Perekop	51,4	22,9	0,7	2,9	8,3	1,3	12,3	.	44,6	
Eupatoria	63,2	25,4	.	1,3	6,1	1,7	25,6	Karaïmen 1,5 Mennoniten 0,9	40,5	
Kertsch-Jenikale	43,7	33,3	.	1,9	0,4	4,9	2,2	Armeno-Gregorianer 0,6	76,2	
Feodosia	115,9	58,7	.	1,3	4,6	3,3	43,7	{Armeno-Gregorianer 2,2 Karaïmen 1,3	50,6	
Simferopol	141,7	56,8	.	3,9	4,1	12,4	59,6	Armeno-Gregorianer 2,2	42,1	
Sewastopol	57,5	46,4	.	3,2	1,0	3,9	1,3	Karaïmen 0,8	80,7	
Jalta	73,3	25,9	.	0,8	.	1,2	44,1	.	60,2	
53. Tschernigow	2 297,9	2 129,9	43,6	5,2	4,1	114,5	0,5	.	92,7	
54. Kijew	3 559,2	2 983,7	15,8	106,7	14,3	433,7	2,9	.	83,8	
55. Poltawa	2 778,1	2 654,6	2,4	6,1	3,1	110,9	0,6	.	95,6	
56. Kursk	2 371,0	2 340,2	21,2	3,2	1,3	4,4	0,5	.	98,7	
57. Woronesch	2 531,3	2 508,7	14,8	2,2	2,2	2,9	0,8	.	99,1	
58. Charkow	2 492,3	2 452,3	7,0	8,5	6,4	13,7	1,4	Mennoniten 1,2	98,4	
59. Jekaterinoslaw	2 113,7	1 903,3	9,4	32,2	39,5	101,1	2,1	Mennoniten 24,0	90,0	
60. Gebiet der Don'schen Kosaken	2 564,2	2 314,2	130,5	10,1	28,3	16,0	3,5	{Buddhisten 32,1 Armeno-Gregorianer 27,1	90,2	

Gouvernement bzw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897										Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	zu- sammen	davon waren								Sonstige	
		Grie- chisch- Katho- lische	Alt- gläu- bige	Ar- meno- (Gre- gori- aner	Rö- misch- Katho- lische	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner			
									in 1000		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Kaukasus.											
61. Schwarzes Meer-Gebiet .	57,5	43,1	0,1	6,1	2,4	1,4	1,0	3,1	.	75,0	
davon in Städten . . .	19,6	16,5	.	0,4	0,8	0,4	1,0	0,4	.	84,2	
Kreis (von Norden nach Süden)											
Noworossijsk	34,9	29,7	.	0,5	2,0	0,6	1,0	0,7	.	85,1	
Tuapse	9,1	5,6	.	1,7	0,4	.	.	1,3	.	61,5	
Sotschi	13,5	7,7	.	3,8	.	0,7	.	1,1	.	57,0	
62. Kuban-Gebiet	1 918,9	1 747,3	24,9	14,7	7,5	16,7	2,1	102,9	.	91,1	
Kreis (von Nordwesten nach Südosten)											
Jeïsk	277,3	270,9	.	.	.	2,2	.	.	.	97,7	
Temrjuk (Taman)	343,0	335,8	97,9	
Jekaterinodar	245,2	217,0	.	3,1	.	.	.	20,8	.	88,5	
Kawkaskaja	249,2	239,6	3,8	.	2,1	2,2	.	.	.	96,1	
Maikop	283,1	251,4	5,3	22,6	.	88,8	
Labinskaja	305,7	281,2	11,8	5,5	.	5,2	.	.	.	92,0	
Batalpaschinsk	215,4	151,5	.	.	.	2,9	.	56,9	.	70,3	
63. Stawropol	873,3	795,9	10,4	5,4	2,0	7,8	1,4	38,6	Buddhisten 10,4	91,1	
davon im Gebiet der no- madisierenden Völker	47,8	4,8	0,9	.	0,5	.	.	31,7	Buddhisten 9,3	66,3	
64. Terek-Gebiet	933,9	368,7	34,8	14,5	5,6	9,4	6,6	489,7	Buddhisten 4,1	52,4	
davon in Städten . . .	1 20,0	87,1	5,1	9,4	4,1	1,8	5,2	7,2	.	72,6	
Kreis (von Westen nach Osten)											
Pjatigorsk	181,5	149,4	9,9	6,9	1,7	5,5	.	5,4	Buddhisten 1,9	82,3	
Naltschik	102,9	12,1	.	.	.	1,0	1,1	88,2	.	85,7	
Wladikawkas	134,9	101,8	4,1	2,3	2,1	1,6	1,2	21,8	.	75,5	
Sunschensk	115,4	46,5	1,0	66,8	.	57,9	
Grosny	226,0	14,3	1,9	207,6	.	91,9	
Kislar	102,4	40,1	18,9	4,7	.	.	.	36,1	Buddhisten 2,3	39,2	
Chassaw-jurt	70,8	4,6	1,7	63,9	.	90,3	
65. Dagestan	571,2	16,3	0,3	1,6	2,2	0,3	10,1	540,3	.	94,6	
66. Baku	826,7	56,1	21,9	52,6	2,2	3,8	12,8	676,2	.	81,8	
Kreis (von Norden nach Süden)											
Kuba	153,2	3,7	.	1,8	.	.	7,9	170,4	.	93,0	
Geoktschai	117,7	.	1,7	13,9	.	.	.	101,1	.	85,9	
Schemacha	121,8	1,3	10,0	14,1	.	.	1,1	94,8	.	77,8	
Baku	182,9	43,7	3,1	22,5	1,6	3,5	2,5	105,6	.	57,7	
Dschewad	90,9	4,3	84,4	.	93,8	
Lenkoran	131,9	2,3	6,4	.	.	.	1,3	120,9	.	91,6	
67. Jelisawetpol	878,4	10,4	9,5	298,7	0,9	3,2	2,9	552,8	.	62,9	
Kreis (von Norden nach Süden)											
Nucha	120,6	1,1	.	25,4	.	.	1,8	92,2	.	76,5	
Aresch	67,3	.	.	13,8	.	.	.	53,5	.	79,2	
Jelisawetpol	162,8	4,8	6,9	43,2	.	3,1	.	104,5	.	64,2	
Kasach	112,1	1,5	2,1	43,6	.	.	.	64,5	.	57,1	
Dschewanshir	72,7	.	.	19,6	.	.	.	52,9	.	72,3	
Schuscha	128,8	1,5	.	73,9	.	.	.	63,9	.	53,2	
Dschebrail (Karjagin) . .	66,4	0,6	.	15,8	.	.	.	49,6	.	74,7	
Sangesur	137,9	.	.	63,6	.	.	.	73,9	.	52,9	



Noch: II. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reiches nach Religionen.

Gouvernement bezw. Kreis.	Bevölkerung im Jahre 1897										Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
	zu- sammen	davon waren									
		Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Ar- meno- Gri- gori- aner	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Sonstige		
										in 1000	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Noch: Kaukasus.											
68. Tiflis	1 051,0	584,8	16,2	210,2	11,5	8,7	9,8	189,0	Armeno-Katholiken 20,2	55,6	
Kreis (von Nordosten nach Südwesten)											
Sakataly	84,2	4,6	.	2,1	.	.	.	77,3	.	91,8	
Signach	102,3	85,4	1,4	9,3	.	.	.	5,6	.	83,5	
Telaw	66,8	53,3	.	9,6	.	.	.	3,7	.	79,8	
Tionet	34,2	30,7	0,6	0,8	.	.	.	2,0	.	89,8	
Duschet	67,7	63,8	.	2,2	93,9	
Tiflis	234,6	132,3	3,6	63,6	8,2	5,8	4,1	16,2	.	56,4	
Gori	191,1	164,9	2,1	19,6	.	.	3,2	.	.	86,3	
Bortschalin	128,6	35,4	3,8	43,6	.	2,5	.	37,5	Armeno-Katholiken 5,0	33,9	
Achalkalaki	72,7	5,8	4,4	45,8	.	.	.	7,6	" "	63,0	
Achalzich	68,8	8,7	.	12,6	1,5	.	1,8	38,0	" "	55,2	
69. Kutaïs	1 058,2	900,9	0,2	19,0	4,3	1,7	8,9	117,6	Armeno-Katholiken 5,5	85,1	
Kreis (von Norden nach Süden)											
Suchum	106,2	87,1	.	6,5	.	1,0	.	11,1	.	82,0	
Sugdidi	114,9	114,6	99,7	
Letschgum	47,8	47,1	0,5	.	.	98,5	
Ratschi	60,4	59,6	0,6	.	.	98,7	
Senaki	115,8	113,7	98,2	
Scharopan	156,6	154,8	98,9	
Kutaïs	221,7	213,2	4,8	.	.	96,2	
Osurgeti	90,8	89,7	99,3	
Batum	88,4	19,9	.	6,4	1,6	.	1,2	58,1	.	65,7	
Artwin	56,1	1,3	.	3,1	.	.	.	47,1	Armeno-Katholiken 4,7	84,0	
70. Kars-Gebiet	290,7	49,3	12,4	71,1	4,4	1,2	1,2	145,9	Heiden 3,3	50,2	
davon in Städten . . .	37,8	10,8	0,7	15,7	3,2	0,4	0,8	5,4	.	41,5	
Kreis (von Westen nach Osten)											
Ardahan	65,8	9,7	0,7	1,5	.	.	.	53,1	.	80,7	
Olti	31,5	3,8	.	2,9	.	.	.	24,5	.	77,8	
Kars	134,1	24,8	11,4	45,4	2,8	.	.	46,9	.	35,0	
Kagysman	59,2	11,0	.	21,3	1,2	.	.	21,4	Heiden 3,2	36,1	
71. Eriwan	829,6	16,4	4,8	432,0	2,3	0,7	1,0	350,1	{Heiden 13,3 Armeno- Katholiken 7,9	52,1	
Kreis (von Westen nach Osten)											
Alexandropol	165,5	7,2	1,5	133,2	1,7	.	.	8,5	Heiden 4,8	80,5	
Etschmiadsin	124,2	.	.	77,1	.	.	.	45,1	" 1,1	62,1	
Surmalin	89,1	1,5	.	26,9	.	.	.	52,6	" 7,9	59,0	
Eriwan	150,9	5,7	.	58,3	.	.	.	85,5	.	56,7	
Nowo-Bajaset	122,6	.	2,8	81,2	.	.	.	38,1	.	66,2	
Scharuro-Daralages . . .	76,5	.	.	20,7	.	.	.	55,3	.	72,3	
Nachitschewan	100,8	0,9	.	34,7	.	.	.	64,8	.	64,3	
Kaukasus zusammen . . .	9 289,1	4 589,8	135,6	1 125,8	45,4	54,7	56,8	3 206,2	{Armeno-Katholiken 36,1 Buddhisten 14,9	49,4	

Bevölkerung im Jahre 1897										
Gouvernement bezw. Kreis.	zu- sammen	davon waren							Sonstige	Die stärkste Be- völkerung betrug v. H. der Gesamt- bevölkerung (Sp. 2)
		Grie- chisch- Katho- liche	Alt- gläu- bige	Rö- misch- Katho- liche	Luthe- raner	Juden	Moha- me- daner	Budd- histen		
		in 1 000								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Mittelasien.										
72. Transkaspien	382,5	34,1	0,5	4,8	1,1	1,0	336,8	.	Armeno-Gregorianer 4,2	88,1
davon in Städten . . .	41,9	22,0	0,3	4,0	0,6	0,8	10,2	.	„ „ 4,0	52,5
73. Samarkand	860,0	13,8	0,3	1,7	0,4	4,5	838,9	.	.	97,5
74. Fergana	1 572,1	10,0	0,1	1,6	0,4	2,8	1 557,1	0,1	.	99,0
75. Syr-Darja	1 478,4	42,3	2,9	3,0	1,2	2,9	1 425,3	.	.	96,4
76. Semirjetschensk	987,9	96,7	0,2	0,2	0,1	0,3	890,3	.	.	90,1
77. Semipalatinsk	684,6	67,6	1,5	0,2	0,1	0,3	614,8	.	.	89,8
davon in Städten . . .	54,5	28,0	0,6	0,2	0,1	0,3	24,4	.	.	53,0
78. Akmolinsk	682,6	232,4	2,4	1,1	5,1	1,7	439,0	.	.	64,3
davon in Städten . . .	74,8	54,4	0,4	1,2	0,9	1,6	16,2	.	.	72,7
Kreis (von Süden nach Norden)										
Akmolinsk	185,1	14,3	.	.	1,7	.	168,0	.	.	90,8
Atbasar	86,4	11,1	75,2	.	.	87,0
Koktschetaw	155,5	73,6	80,7	.	.	51,9
Petropawlowsk	155,1	78,3	75,9	.	.	50,5
Omsk	100,5	55,1	.	1,2	3,4	1,1	39,1	.	.	54,8
79. Turgai	453,4	37,2	0,2	0,1	0,1	0,1	415,8	.	.	91,7
davon in Städten . . .	19,5	15,6	0,1	0,1	.	0,1	3,7	.	.	80,0
80. Uralsk	645,1	107,6	57,1	0,3	0,2	0,2	478,8	1,0	.	74,2
davon in Städten . . .	55,5	39,8	6,4	0,2	0,1	0,1	8,9	.	.	71,7
Mittelasien zusammen . . .	7 746,7	641,6	65,0	13,6	8,6	13,7	6996,7	1,8	.	90,3
Sibirien.										
81. Tobolsk	1 433,0	1 275,0	72,6	7,3	6,1	2,5	64,9	.	.	89,0
82. Tomsk	1 927,7	1 743,5	99,1	9,0	2,0	7,9	40,2	.	Heiden 25,8	90,4
83. Jenisseisk	570,2	534,6	12,1	6,3	3,9	6,2	5,0	.	.	93,8
84. Irkutsk	514,3	428,3	2,0	4,2	0,8	7,5	7,6	11,6	Heiden 52,0	83,3
85. Transbaikalien	672,0	443,0	36,8	1,9	0,7	8,0	3,2	174,2	.	65,9
Kreis (von Westen nach Osten)										
Selenginsk	102,2	42,9	.	.	.	0,9	.	55,4	Heiden 2,4	54,2
Troitzkosawsk	32,8	22,1	10,6	.	67,4
Werchnje-Udinsk	167,9	80,4	35,9	.	.	2,1	.	48,2	.	47,9
Bargusin	25,5	12,3	.	.	.	1,2	.	11,1	Heiden 0,3	50,2
Akscha	34,9	31,3	3,3	.	89,7
Tschita	138,8	89,0	.	.	.	2,0	1,4	44,0	Heiden 1,3	64,1
Nertschinsk	94,3	90,4	.	.	.	1,5	.	1,5	.	95,9
Nertschinsko-Sawodsk . .	75,7	74,3	0,7	.	.	98,2
86. Jakutsk	269,9	264,6	1,1	0,4	0,2	0,7	1,9	.	.	98,0
87. Amur-Gebiet	120,3	91,6	14,3	0,4	0,2	0,4	0,7	8,4	Heiden 3,8	76,1
88. Primorskaja (Küstengebiet)	223,3	140,3	1,7	3,7	1,0	1,6	1,3	52,8	„ 20,9	62,8
davon im Kreis										
Süd-Ussurisk	124,8	76,8	1,1	2,8	.	1,3	.	41,2	.	61,5
Anadirsk	12,1	1,4	Heiden 10,7	88,4
89. Insel Sachalin	28,1	19,5	0,2	1,8	0,5	0,1	1,8	0,4	Heiden 3,5	69,4
Sibirien zusammen . . .	5 758,8	4 940,4	239,6	35,2	15,4	34,8	126,6	247,6	Heiden 117,8	85,8



	Russen
	Takuten
	Kirgisen
	Sarten
	Tataren
	Turkmenen
	Usbeken
	Tadschiken
	Kara-Kalpaken
	Ostjaken
	Burjaten

 Souvernementsgrenze
 Kreisgrenze.



Die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in Preußen in ihrer Verteilung auf Stadt- und Landkreise.

Mit 2 Karten.

Von

Prof. Dr. Oskar Tetzlaff.

Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts.

Inhaltsangabe.

Vorbemerkungen.

- I. Die gesetzlichen Grundlagen für die Gemeindebesteuerung in Preußen.
- II. Die Verteilung der Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 auf die Städte und Landgemeinden der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke.
 1. Die gesamten Gemeindesteuern.
 2. Die Verteilung der gesamten Gemeindesteuern auf direkte, indirekte und überwiesene Steuern.

3. Die direkten Gemeindesteuern.
4. Die indirekten Gemeindesteuern.

III. Die in den einzelnen Stadt- und Landkreisen im Rechnungsjahre 1911 aufgekomenen Gemeindesteuern.

1. Die gesamten Gemeindesteuern.
2. Die direkten Gemeindesteuern.
3. Die indirekten Gemeindesteuern.

Schlußbemerkungen.

Vorbemerkungen.

In der ersten und letzten Abteilung des 56. Jahrgangs der „Zeitschrift“ sind Teilergebnisse der Erhebung über die Finanzen der preussischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 veröffentlicht worden. Den Gegenstand der ersten betreffenden Arbeit bildeten das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern für sämtliche preussischen Städte und Landgemeinden, die innerhalb der Provinzen nach Größenklassen gegliedert worden sind, während die zweite Arbeit die direkten Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden in ihrer Verteilung auf Gemeindegrößenklassen behandelte. Die nachfolgende Abhandlung betrifft auch das Steuerwesen der preussischen Gemeinden nach dem Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911, nur erfolgt hier die Nachweisung der Steuern kreisweise. Wenn die Zahlen auch nur für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Pommern sowie für den Stadtkreis Berlin als endgültige bezeichnet werden können, so wird auch bezüglich der übrigen Landesteile das endgültige Ergebnis gegenüber dem hier vorliegenden keine wesentlichen Änderungen mehr bringen. Für die kleinen Landgemeinden ist der in Frage kommende Zahlenstoff auf Grund der be-

antworteten Rückfragen fast durchweg berichtigt und für den größten Teil der Städte und großen Landgemeinden trifft dies auch zu.

Die Hauptergebnisse der Erhebung über das Gemeindesteuerwesen in Stadt- und Landkreisen enthält die auf den Seiten 94 bis 157 abgedruckte Tabelle 1. Die gesamten Gemeindesteuern sind hier auf die einzelnen Arten von indirekten, direkten und überwiesenen Steuern verteilt worden. Neben den Grundzahlen sind für die Hauptgattungen der Steuern auch die auf 1 Einwohner entfallenden Beträge nachgewiesen; den bezüglichen Berechnungen liegen die Einwohnerzahlen nach der Personenstandsaufnahme für das Rechnungsjahr 1912 zugrunde, deren Ergebnisse für die Gesamtheit der Städte und der Landgemeinden sowie für beide Gemeindeklassen zusammen in der Spalte 3 der Tabelle zur Nachweisung kommen. Ferner enthält die Tabelle Angaben über die zu jedem Kreise gehörige Zahl von Städten und Landgemeinden sowie über das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll der direkten Steuern in sämtlichen Städten und sämtlichen Landgemeinden eines jeden Kreises. Letztere Zahl soll als Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit der betreffenden Gemeindeklassen dienen.

I. Die gesetzlichen Grundlagen für die Gemeindebesteuerung in Preußen.

Die Befugnis zur Erhebung von Steuern, d. h. von „Abgaben, die der zur Erhebung Berechtigte kraft seiner Herrschaftsbefugnisse den dieser Herrschaft unterworfenen Personen auferlegt, ohne seinerseits eine besondere Gegenleistung dafür zu gewähren“ (vergl. E. v. 3. Februar 1886), steht den preussischen Gemeinden auf Grund der Bestimmungen des Kommunal-Abgabengesetzes vom 14. Juli 1893 zu. Nach § 1 dieses Gesetzes sind die Gemeinden berechtigt, zur Deckung ihrer Ausgaben und Bedürfnisse nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes Gebühren und Beiträge, indirekte und direkte Steuern zu erheben, sowie Naturaldienste zu fordern. Von der Befugnis, Steuern zu erheben, dürfen gemäß

§ 2 a. a. O. die Gemeinden nur insoweit Gebrauch machen, als die sonstigen Einnahmen, insbesondere aus dem Gemeindevermögen, aus Gebühren, Beiträgen und vom Staate oder weiteren Kommunalverbänden den Gemeinden überwiesenen Mitteln zur Deckung ihrer Ausgaben nicht ausreichen. Ausgenommen von dieser einschränkenden Bestimmung sind Hunde- und Lustbarkeits- sowie ähnliche, durch besondere Rücksichten gebotene Steuern. Durch direkte Steuern darf nur der Bedarf aufgebracht werden, der nach Abzug des Aufkommens der indirekten Steuern vom gesamten Steuerbedarfe verbleibt. Im Gegensatz zu den mannigfachen Definitionen, die die nationalökonomische Literatur aufweist, ist für die Bestimmung

des Begriffs der direkten und indirekten Steuern für die preußische Verwaltung nach E. v. 18. Januar 1887 14 54, nur maßgebend, „was nach preußischem Rechte und Sprachgebrauch darunter zu verstehen ist.“¹⁾

Nach § 13 Abs. 1 KAG. sind die Gemeinden zur Erhebung indirekter Gemeindesteuern innerhalb der durch die Reichsgesetze gezogenen Grenzen befugt; diese Bestimmung beruht auf dem Grundsatz: Reichsrecht geht vor Landesrecht. Unter den reichsgesetzlichen Beschränkungen sind die wichtigsten in Art. 5 I und II (besonders § 7) des Zollvereinungsvertrages vom 8. Juli 1867 enthalten, mit der Maßgabe der Abänderungen dieses durch Art. 40 der Reichsverfassung aufrecht erhaltenen Vertrages in § 1 RG. vom 27. Mai 1885 sowie § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902. Diese Beschränkungen beziehen sich insbesondere auf die Belastung des Biers, Branntweins, Weins, ferner auf Verbrauchssteuern von Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennstoffen aller Art. Die kommunale Besteuerung von Lebensmitteln ist durch den erwähnten § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 noch weiter eingeschränkt worden. Danach dürfen seit dem 1. April 1910 für Rechnung von Gemeinden usw. Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht mehr erhoben werden. Von den in § 14 KAG. zur Gemeindebesteuerung freigestellten Verbrauchsartikeln bleiben lediglich Kartoffeln und Brennstoffe übrig, nachdem zufolge einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 8. Juni 1911 der Begriff „Fleisch“ auch das Wild und Geflügel mitumfaßt. Dadurch, daß diese Entscheidung erst im Laufe des Berichtsjahres getroffen worden ist, erklärt sich das Vorkommen von Wild- und Geflügelsteuern bei einer Anzahl von Gemeinden noch im Rechnungsjahre 1911.

Unter Berücksichtigung der durch die Reichsgesetzgebung gezogenen Schranken und der vorstehend erwähnten E. des OVG. vom 8. Juni 1911 bestehen für das Recht der preußischen Gemeinden auf Erhebung von Verbrauchssteuern hauptsächlich die folgenden Bestimmungen, die unter Zugrundelegung der unterm 10. Mai 1894 erlassenen Ausführungsbestimmungen zum KAG. sowie unter Benutzung des Freundschens Kommentars zum Kommunalabgabengesetz angeführt werden:

1. Ausländische Erzeugnisse, die bereits mit einem Zolle von mehr als 3 *M* für 100 *kg* belegt worden sind, unterliegen keiner weiteren Abgabe für Rechnung der Kommunen; ausgenommen von dieser Bestimmung sind nur Bier und Branntwein.

Bezüglich der inländischen und der vereinsländischen Erzeugnisse gelten folgende Beschränkungen:

a) Kommunale Verbrauchssteuern, mögen sie in Zuschlägen zu den Reichs- (Staats-) Steuern oder für sich bestehen, dürfen nur von folgenden zur örtlichen Konsumtion bestimmten Gegenständen: Bier, Essig, Malz, Cider (Obstwein), Brennmaterialien und Marktviktualien erhoben werden. Eine Verbrauchssteuer von Wein ist nur in den eigentlichen Weinländern gestattet.

b) Die Besteuerung des Branntweins ist nur denjenigen Gemeinden gestattet, die schon vor dem Abschlusse des Zollvereinungsvertrages vom 8. Juli 1867 und seitdem ununterbrochen bis zum Inkrafttreten des KAG. eine solche Abgabe erhoben haben, und zwar zu dem Betrage, zu welchem die

Abgabe innerhalb der Grenze des vertragsmäßigen Maximalsatzes (8,75 Pf. für 1 l 50prozentigen Branntwein) erhoben worden ist.

c) Die Besteuerung des Bieres ist allen Gemeinden mit der Beschränkung gestattet, daß entweder für das in einer Gemeinde gebraute Bier 50 % des nach dem Reichsgesetze vom 31. Mai 1872 festgestellten Brausteuersatzes erhoben werden, oder der für das in eine Gemeinde eingeführte Bier vorgesehene Höchststeuersatz von 0,66 *M* pro *hl* auch der Besteuerung des in der Gemeinde gebrauten und dort zum Verbräuche gelangten Bieres zugrunde gelegt wird. (ME. vom 17. September 1906.)

d) Soweit die Besteuerung des Weines den Gemeinden gestattet ist, beträgt der höchste Steuersatz für Weine, wenn die Abgabe ohne Rücksicht auf den Wert des Weines festgesetzt wird, 1,21 *M* und, wenn die Abgabe mit Rücksicht auf den Wert des Weines erhoben wird, 2,18 *M* für 1 *hl*. Höhere Abgaben können forterhoben werden, wenn sie schon vor dem Abschlusse des Zollvereinungsvertrages und seitdem ununterbrochen bis zum Inkrafttreten des KAG. erhoben worden sind.

e) Für alle kommunalen Verbrauchssteuern gilt der allgemeine Grundsatz, daß die sämtlichen vereinsländischen Erzeugnisse der betreffenden Art gleichmäßig besteuert werden müssen, so daß Befreiungen z. B. des im Bezirke der besteuernenden Gemeinde gebrauten Bieres und des selbst hergestellten Obstweines nicht zulässig sind, abgesehen von den Fällen, in denen auch das in die Gemeinde eingeführte Bier steuerfrei bleibt.

2. Steuern auf den Verbrauch von Kartoffeln und Brennstoffen aller Art dürfen nicht neu eingeführt oder in ihren Sätzen erhöht werden. —

Bis zum Rechnungsjahre 1911 galten bezüglich der Besitzwechselsteuern folgende Bestimmungen:

Eine kommunale Steuer vom Besitzwechsel kann entweder nach dem Veranlagungsmaßstabe des Wertes der umgesetzten Grundstücke (Umsatzsteuer) oder nach demjenigen der Wertsteigerung, des Konjunkturgewinnes (Wertzuwachssteuer), oder nach einer Verbindung dieser beiden Maßstäbe erhoben werden. In allen drei Fällen wird sie nur gelegentlich eines Eigentumswechsels an Grundstücken erhoben.

Über einzelne wichtige Fragen ist unterm 18. Mai 1909 ein Ministerialerlaß ergangen, von denen die folgenden besonders hervorgehoben seien.

„Bei der Einführung von Wertzuwachssteuerordnungen in den Gemeinden oder Kreisen sind künftig folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Es muß grundsätzlich verlangt werden, daß in den Ordnungen die persönlichen Steuerbefreiungen nach § 5 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 vorgesehen werden, mindestens aber die Befreiung des Fiskus des Deutschen Reiches und des Preußischen Staates.

2. Ausnahmslos muß in den Ordnungen bestimmt werden, daß alle Erwerbungen von Todeswegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes sowie alle Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohls zu unterwerfen verpflichtet sind (Enteignungen), von der Wertzuwachssteuer freizulassen sind, und zwar die letztgenannten Besitzveränderungen ohne Unterschied, ob sie selbst durch Enteignungsbeschluß oder durch freiwillige Veräußerungsgeschäfte bewirkt werden.

3. Die Wertzuwachssteuer soll im Höchstbetrage den Satz von 25 % des steuerpflichtigen Wertzuwachses nicht übersteigen, und zwar einschließlich etwa in den Ordnungen vorgesehener Erhöhungen des regelmäßigen Steuersatzes.“

¹⁾ Vergl. Dr. F. Freund, Das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893, 7. Auflage, Anmerkung 5 zu § 1. — Auch den bezüglichlichen weiteren Ausführungen über die gesetzlichen Grundlagen der Gemeindebesteuerung in Preußen hat der Freundschens Kommentar zugrunde gelegen.

Am 14. Februar 1911 ist ein Reichsgesetz über die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer vom Immobilienbesitz erlassen worden, zu dem am 14. Juli desselben Jahres ein Ausführungsgesetz für Preußen ergangen ist, das mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft trat. Durch diese Gesetze ist das Recht der Gemeinden auf die Besteuerung von Besitzveränderungen auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden. Nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen wird beim Übergange des Eigentums an inländischen Grundstücken von dem Wertzuwachs, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, eine Wertzuwachssteuer erhoben (§ 1). Die Bestimmungen des Gesetzes über Grundstücke finden gemäß § 2 auch Anwendung auf Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten, mit Ausnahme von unbeweglichen Bergwerksanteilen. Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreise (§ 8). Von dem Ertrage der Zuwachssteuer sollten gemäß § 58 das Reich 50 %, die Bundesstaaten 10 %, und die Kommunalverbände 40 % erhalten. Nach dem preußischen Ausführungsgesetze (§ 4) erhielt von den 40 % die kreisangehörige Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet hat, falls sie nicht mehr als 15 000 Einwohner besaß, zwei Drittel, sofern sie mehr als 15 000 Einwohner hatte, drei Viertel, während der Restanteil dem Kreise zufiel. Aus den Gutsbezirken erhielt der Kreis den vollen Anteil. Durch § 59 des Reichsgesetzes wurde den Gemeinden (Gemeindeverbänden) die Berechtigung erteilt, mit Genehmigung der Landesregierung durch Satzung zu bestimmen, daß zu dem Anteile, der ihnen nach § 58 vom Ertrage der Steuer zufließt, für ihre Rechnung Zuschläge erhoben werden. Die nach Hundertteilen zu berechnenden Zuschläge sollten im einzelnen Falle 100 % des der Gemeinde (Gemeindeverbandes) zufließenden Betrages nicht übersteigen. Die Reichssteuer und der Zuschlag durften zusammen 30 v. H. der Wertsteigerung nicht übersteigen. Eine Sonderbestimmung enthielt der § 60 des Reichsgesetzes für solche Gemeinden (Gemeindeverbände), in denen eine Zuwachssteuer vor dem 1. April 1909 beschlossen und vor dem 1. Januar 1911 in Kraft getreten war. Erreichte in solchen Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden ihr Anteil am Ertrage der Zuwachssteuer gemäß § 58 nicht den auf Grund der vor dem 1. April 1909 beschlossenen Satzung erzielten jährlichen Durchschnittsertrag, so wurde ihnen bis zum 1. April 1915 der Unterschied aus dem auf das Reich entfallenden Anteil an dem in der Gemeinde (Gemeindeverband) aufkommenden Ertrage zugewiesen; von dem überschießenden Betrage sollten $\frac{1}{6}$ dem Reiche und $\frac{1}{6}$ dem Bundesstaate zufallen. Die gleichen Bestimmungen galten für Gemeinden (Gemeindeverbände), in denen die Satzung vor dem 1. Januar 1911 mit Wirkung über den 1. April 1909 zurück in Kraft getreten ist.

Schließlich enthielt der § 60 noch die Bestimmung, daß statt der Zuweisung des Unterschiedes den Gemeinden (Gemeindeverbänden) auf Antrag nach Bestimmung des Reichskanzlers für die Dauer des bezeichneten Zeitraumes an Stelle der Vorschriften des Gesetzes die bisherige Satzung weiterhin mit der Maßgabe belassen werden könnte, daß der Ertrag den Gemeinden usw. in Höhe des vor dem 1. April 1911 erzielten Durchschnittsertrages zufließe, und der überschießende Betrag an das Reich abzuführen sei. Nach Berthold¹⁾ kamen für die erstgenannte Gruppe von „entschädigungsberechtigten“ Gemeinden in Preußen mehr als 160, für die zweite, denen die alte Steuerordnung belassen wurde, von preußischen Gemeinden nur die Stadtkreise Erfurt, Emden, Gelsenkirchen, Frankfurt a. M.

¹⁾ Dr. Otto Berthold, Ergebnisse der Wertzuwachssteuer und die Wirkungen der Steuer auf den Grundstücksumsatz. Berlin 1914. Verlag von Franz Vahlen.

und Essen in Betracht; außerdem auch die Landgemeinde Griesheim a. Main, die von Berthold nicht aufgeführt ist. Zum § 60 des Reichsgesetzes sind im § 5 des preußischen Ausführungsgesetzes folgende besonderen Anwendungsbestimmungen für die Zeit bis zum 1. April 1915 erlassen worden:

1. Wenn in der Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet, aber nicht in dem Kreise, zu dem sie gehört, eine Zuwachssteuer vor dem 1. April 1909 beschlossen und vor dem 1. Januar 1911 in Kraft getreten war, so wird die Zuwachssteuer in allen Fällen des § 1 des pr. Ausf.-G. durch den Gemeindevorstand veranlagt und an die Gemeindekasse gezahlt, die ihrerseits die dem Reiche und dem Staate gebührenden Anteile gemäß § 3 d. G. abführt. Ergibt sich nach Ablauf des Rechnungsjahres, daß der auf die Gemeinde entfallende Anteil an Zuwachssteuer den auf Grund der maßgebenden Steuerordnung erzielten jährlichen Durchschnittsertrag übersteigt, so hat die Gemeinde, sofern sie nicht mehr als 15 000 Einwohner hat, ein Drittel, sofern sie mehr als 15 000 Einwohner hat, ein Viertel des Überschusses an den Kreis abzuführen.

2. Wenn in dem Kreise, aber nicht in der kreisangehörigen Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet, eine Zuwachssteuer vor dem 1. April 1909 beschlossen und vor dem 1. Januar 1911 in Kraft getreten war, so wird die Zuwachssteuer in allen Fällen des § 1 durch den Kreisausschuß veranlagt und an die Kreiskommunalkasse gezahlt, die ihrerseits die dem Reiche und dem Staate gebührenden Anteile gemäß § 3 d. G. abführt. Ergibt sich nach Ablauf des Rechnungsjahres, daß der dem Kreise verbliebene Anteil an Zuwachssteuer den auf Grund der maßgebenden Steuerordnung erzielten jährlichen Durchschnittsertrag übersteigt, so hat der Kreis, wenn die beteiligte Gemeinde nicht mehr als 15 000 Einwohner hat, zwei Drittel, sofern sie mehr als 15 000 Einwohner hat, drei Viertel des Überschusses an die Gemeinde — bei mehreren Gemeinden dieser Art nach dem Verhältnis ihres Steueraufkommens — zu überweisen. Ist in dem Rechnungsjahre jedoch Zuwachssteuer auch aus Gutsbezirken oder aus unter Ziffer 3 fallenden Gemeinden aufgekommen, so ermäßigt sich die obige Überweisungssumme derartig, daß sie zu zwei Dritteln (drei Vierteln) des gesamten Überschusses in gleichem Verhältnisse steht wie das Steueraufkommen der für die Verteilung in Betracht kommenden Gemeinden zu dem aus allen Gutsbezirken und Gemeinden im Kreise stammenden Gesamtsteueraufkommen.

3. Wenn in der Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet, und auch in dem Kreise, zu dem sie gehört, eine Zuwachssteuer vor dem 1. April 1909 beschlossen und vor dem 1. Januar 1911 in Kraft getreten war, so bestimmt sich die Veranlagungsbehörde nach § 1, die Steuerempfangsstelle nach § 3 d. G. Ist jedoch die Veranlagung auf Grund der maßgebenden Steuerordnungen von der Gemeinde oder von dem Kreise einheitlich für beide vorgenommen worden, so wird die Zuwachssteuer von der bisher zuständigen Behörde veranlagt und an deren Kasse gezahlt. Der Anteil an dem Ertrage des einzelnen Steuerfalls, der nach Abführung des dem Reiche und dem Staate gebührenden Anteils verbleibt, ist zwischen Gemeinde und Kreis nach dem Verhältnis ihrer bisherigen Beteiligung an dem Ertrage der Zuwachssteuer oder, wenn ein bestimmtes Beteiligungsverhältnis nicht festgesetzt war, nach dem Verhältnisse der auf Grund der maßgebenden Steuerordnungen erzielten jährlichen Durchschnittserträge zu verteilen.

4. Wenn einer Gemeinde oder einem Kreise gemäß § 60 Abs. 2 des Reichsgesetzes die bisherige Steuerordnung mit der a. a. O. bezeichneten Maßgabe belassen wird, so findet eine Verteilung des Steuerertrages zwischen Gemeinde und Kreis nur insoweit statt, als sie in der Steuerordnung etwa vorgesehen ist.

Durch das Reichsgesetz über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 sind wichtige Veränderungen in den Bestimmungen des Reichszuwachssteuergesetzes eingetreten, vor allem die, daß für alle nach dem 30. Juni 1913 eintretenden Fälle der Steuerpflicht die Erhebung des Reichsanteils fortfällt. Für die Erhebung der Zuwachssteuer in den Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden und Bundesstaaten hat das bisherige Recht mit folgenden Maßgaben Geltung behalten:

1. In entschädigungsberechtigten Gemeinden (Gemeindeverbänden) der im § 60 Abs. 1 des Reichsgesetzes bezeichneten Art soll bis zum 1. April 1915 der auf das Reich entfallende Anteil zugunsten der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) weiter erhoben werden.

2. Für entschädigungsberechtigte Gemeinden (Gemeindeverbände) der im § 60 Abs. 2 erwähnten Art kann die Landeszentralbehörde anordnen, daß die Satzungen, die vor dem 1. Januar 1914 bestanden haben, mit Wirkung von diesem Tage ab weitere Geltung haben. Der über den Durchschnittsertrag hinausgehende Betrag verbleibt der Gemeinde (dem Gemeindeverbande).

3. Die im Zuwachssteuergesetze dem Bundesrat oder dem Reichskanzler übertragenen Befugnisse gehen auf die Landeszentralbehörde über; diese ist befugt, sie auf nachgeordnete Behörden zu übertragen.

4. Die Zuwachssteuerämter sind befugt, mit Genehmigung der Oberbehörde oder einer anderen von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Stelle von der Veranlagung und Erhebung der Zuwachssteuer insoweit abzusehen, als die Veranlagungskosten außer Verhältnis zum Ertrage stehen würden.

Durch Landesgesetz oder in Gemäßheit des Landesrechts durch ortsstatutarische Vorschrift kann eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden. Zu diesem Reichsgesetze ist vom Minister des Innern und dem Finanzminister unterm 19. Juli 1913 eine Bekanntmachung ergangen, in der folgendes angeordnet wird:

I. Die Wertzuwachssteuerordnungen der Stadtgemeinden

- | | |
|------------|-------------------|
| 1. Emden, | 3. Essen und |
| 2. Erfurt, | 4. Gelsenkirchen, |

die zu 1 am 18. März 1908, zu 2 am 5. März 1909, zu 3 am 17. Oktober 1908, zu 4 am 4. November 1910 veröffentlicht worden sind und demnach vor dem 1. Januar 1911 bestanden haben, gelten mit Wirkung von diesem Tage ab weiter.

II. Die Wertzuwachssteuerordnung der Landgemeinde Griesheim a. Main, die am 17. September 1907 veröffentlicht worden ist und demnach vor dem 1. Januar 1911 bestanden hat, gilt mit Wirkung von diesem Tage ab bis zum 31. März 1912 weiter.

III. Die Wertzuwachssteuerordnung der Stadtgemeinde Frankfurt a. M., die am 12. Oktober 1906 veröffentlicht worden ist und demnach vor dem 1. Januar 1911 bestanden hat, gilt mit Wirkung von diesem Tage ab bis zum 31. März 1913 weiter. —

Nachdem durch das Kreis- und Provinzialabgabengesetz vom 23. April 1906 den Landkreisen die Befugnis eingeräumt worden war, eine indirekte Steuer zu legen „auf die Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus (§ 33 der Reichsgewerbeordnung)“ ist durch ME. vom 12. März 1907 das Recht zur Erhebung einer entsprechenden indirekten Steuer den Stadtkreisen allgemein, den kreisangehörigen Gemeinden mit der doppelten Beschränkung eingeräumt worden, daß dem entsprechenden Rechte des Landkreises nicht vorgegriffen wird, und daß für Gemeinde und Kreis zusammen diejenigen Höchstsätze nicht überschritten werden dürfen, die für die besonders stark industriell entwickelten Kommunalverbände zu-

gelassen sind. Gegenstand der Steuer kann nach § 13 KAG. die Erlangung jeder gemäß § 33 Abs. 1 RGO. erforderlichen Konzession sein. In Gemeinden kann im Gegensatz zu den Kreisen auch die Konzessionierung eines nichtständigen Wirtschaftsbetriebes steuerpflichtig gemacht werden. Ausgeschlossen von der Steuer sowohl im Kreise wie auch in den Gemeinden bleibt der Kleinhandel mit Bier, weil er einer Konzessionierung nach dem Reichsrechte nicht unterliegt. Andererseits darf die reichsgesetzlich erforderliche Konzessionserlangung zum gewerbsmäßigen Ausschank alkoholfreier Getränke an sich zur Steuer herangezogen werden, vorbehaltlich der Prüfung der Zweckmäßigkeit nach Lage der örtlichen Verhältnisse.¹⁾ Hinsichtlich des Veranlagungsmaßstabes gibt die unterm 29. September 1906 erlassene Ausführungsanweisung zum Kr. und Prov. Abg. Ges. vom 23. April 1906 unter II, C, 3 folgende Richtlinien: „Was den zweckmäßigsten Veranlagungsmaßstab für die . . . Steuer betrifft, so kann es sich nicht empfehlen, grundsätzlich den vermutlichen Jahresertrag oder den nach diesem Ertrage zu berechnenden Kapitalwert des Gewerbeunternehmens der Steuer zugrunde zu legen; denn besonders bei Neubegründung von Schankstätten wird der Jahresertrag sich nicht mit solcher Zuverlässigkeit schätzen lassen, daß er als Grundlage einer einmaligen Steuer dienen könnte. Vielmehr wird es sich nach dem Vorgange der Tarifstelle 22c, Abs. 3, 5 des Stempelsteuergesetzes und des § 60 des Gewerbesteuergesetzes empfehlen, je nach der Zuweisung des Betriebes zu einer oder keiner der vier Gewerbesteuerklassen feste Steuersätze vorzuschreiben. Für die Fälle der Übernahme und der Erweiterung bestehender Wirtschaften wird ein zu bestimmender Bruchteil dieser Sätze festzustellen sein.“ Im allgemeinen sollen auch für die Gemeinde-Schankkonzessionssteuerordnungen die Grundsätze sinngemäß gelten, die für die entsprechenden Steuerordnungen der Landkreise durch ME. vom 28. Februar 1907 vorgesehen sind (ME. v. 26. Juni 1907). Danach sollen wesentliche Abweichungen von der Mustersteuerordnung, insbesondere die Wahl eines anderen als des dort vorgesehenen Veranlagungsmaßstabes oder die Überschreitung der in der Verfügung vom 12. März 1907 vorgeschriebenen Steuerhöchstsätze nicht ohne ministerielle Ermächtigung von den zur Zustimmungserteilung kraft Delegation berechtigten Behörden zugelassen werden.

Für ungeeignet zur Genehmigung sind folgende Arten von indirekten Gemeindesteuern erklärt worden:²⁾

- a) sogenannte Luxussteuern, insbesondere Steuern auf das Halten von Klavieren, Fahrrädern, Equipagen, Pferden usw. (ME. v. 22. Dezember 1894);
- b) Steuern auf den Abschluß von Feuerversicherungsverträgen (ME. v. 29. April 1895);
- c) Steuern auf das Halten von Tauben, Enten, Gänsen, Katzen (ME. v. 9. März 1895); neuerdings ist durch Verfügung vom 8. März 1912, MBl. 73 49 eine Katzensteuer für zulässig erklärt worden, ebenso sind Steuern auf das Halten von Ziegen oder Rindern genehmigt worden (ME. M. d. I. IVb 1181/1906 und 1950/1907);
- d) Steuern auf die Abhaltung von Auktionen (ME. vom 15. Mai 1895); unberührt geblieben ist die auf Königlich Dänischem Dekret beruhende Auktionsabgabe in der Stadt Kiel (E. d. OVG. v. 22. April 1909, VII 620).
- e) Steuern auf den Verbrauch von flüssiger Kohlensäure, künstlichen Mineralwässern und sogenannten Tafelgetränken (ME. vom 13. September 1895);
- f) Steuern auf das Halten von Schußwaffen (ME. vom 18. Februar 1896);
- g) Steuern auf die Lösung von Jagdscheinen (ME. vom 16. November 1894).

¹⁾ Vergl. Freund, Kommentar zum KAG., Anmerkungen zu § 13. —

²⁾ Vergl. Anmerk. 3 zu § 13 des Freundischen Kommentars zum KAG.

Das Tragen von Masken kann sowohl nach §§ 13, 18, als auch im Rahmen einer Lustbarkeitssteuerordnung nach §§ 15, 18 KAG. besteuert werden (ME. v. 20. Juli 1895).

Von den gemäß § 14 KAG. zur Gemeindebesteuerung freigegebenen Steuerobjekten sind, wie schon oben erwähnt wurde, nur noch Kartoffeln und Brennstoffe aller Art übrig geblieben. Letztere umfassen Heiz-, nicht Leuchtstoffe. Die Frage, ob Petroleum und Gas der kommunalen Besteuerung unterworfen werden dürfen, verneint Freund, weil beide sich nicht unter den Gegenständen aufgeführt finden, deren kommunale Besteuerung nach Art. 5 II § 7 Abs. 2 und 3 des Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867 ausschließlich bewilligt werden darf und die Auffassung, daß die dortige Aufführung keine erschöpfende sei, sich schon durch Abs. 6 daselbst widerlegt, wonach Abgaben, welche von anderen als den angegebenen Gegenständen erhoben werden, zwar einstweilen fortbestehen können, aber bei der ersten passenden Gelegenheit beseitigt werden sollen.¹⁾

Nach § 15 KAG. ist den Gemeinden die Besteuerung von Lustbarkeiten, einschließlich musikalischer und deklamatorischer Vorträge, sowie von Schausstellungen umherziehender Künstler gestattet. Unter „Lustbarkeiten“ im Sinne des § 15 sind nach E. d. OVG. v. 7. Juli 1897 **32** 104 alle — auch nicht öffentlichen — Veranstaltungen, Darbietungen und Vorführungen zu verstehen, die nach der Absicht der Veranstaltenden dazu bestimmt und auch geeignet sind, zu ergötzen und zu unterhalten. Unerheblich ist dabei, ob bei der Veranstaltung ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet oder nicht, ob für den Besuch der Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, bejahendenfalls, ob das Eintrittsgeld zum Vorteile des Veranstaltenden oder eines wohlthätigen Zwecks erhoben wird usw. Neben der Lustbarkeitssteuer kann von den Gemeinden eine Billetsteuer erhoben werden. Auch wäre die Erhebung einer Lustbarkeitssteuer in Form der Billetsteuer zulässig.

Nach § 16 KAG. sind die Gemeinden befugt, das Halten von Hunden zu besteuern. Nach der Ausführungsanweisung sollen Eigentümer von Hunden insoweit mit der Besteuerung verschont werden, als die Hunde zur Bewachung oder zum Gewerbebetriebe (des Steuerpflichtigen) unentbehrlich sind.

Bei der starken Beschränkung der Gemeinden in ihren Befugnissen zur Erhebung von indirekten Steuern spielt deren Ertragnis für die Deckung des Finanzbedarfs der preußischen Gemeinden eine nur untergeordnete Rolle. Eine wesentlich höhere Bedeutung kommt dagegen den direkten Gemeindesteuern zu, die ebenfalls auf Grund der Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Deklarationsgesetzes vom 24. Juli 1906 sowie der Novellen zum KAG. vom 24. Juli 1906 und 22. Juni 1907 erhoben werden.

Gemäß § 20 KAG. sind die direkten Gemeindesteuern auf alle der Besteuerung unterworfenen Pflichtigen nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen zu verteilen. In der Ausführungsanweisung wird hierzu bemerkt: „Das Gesetz hat den Grundsatz der Allgemeinheit und der Gleichmäßigkeit der Besteuerung an die Spitze gestellt. In allen Fällen derselben Art darf die Verteilung der Steuern nicht nach verschiedenen Grundsätzen erfolgen. Insofern das Gesetz selbst nicht Ausnahmen anordnet, hat jeder unter derselben Voraussetzung dieselbe Steuer zu entrichten. Die der Besteuerung unterworfenen Pflichtigen dürfen nur, soweit das Gesetz Ausnahmen gestattet, von der Steuer freigelassen oder zu der Steuer mit geringeren als den regelmäßig zu erhebenden Sätzen herangezogen werden“ (Artikel 13). Eine solche Ausnahme

wird im § 20 a. a. O. sogleich gemacht, und zwar folgender Art: Handelt es sich um Veranstaltungen, die in besonders hervorragendem oder geringem Maße einem Teile des Gemeindebezirks oder einer Klasse von Gemeindeangehörigen zustatten kommen, und werden Beiträge nach §§ 9 und 10 KAG. nicht erhoben, so kann die Gemeinde eine entsprechende Mehr- oder Minderbelastung dieses Teiles des Gemeindebezirks oder dieser Klasse von Gemeindeangehörigen beschließen; doch bedarf dieser Beschluß der Genehmigung.

Nach § 23 KAG. können die direkten Gemeindesteuern vom Grundbesitze und Gewerbebetriebe (Realsteuern) sowie vom Einkommen der Steuerpflichtigen (Einkommensteuer) erhoben werden. Die Einkommensteuer kann zum Teil durch Aufwandssteuern ersetzt werden, doch dürfen letztere grundsätzlich die geringeren Einkommen nicht verhältnismäßig höher als die größeren belasten. Miets- und Wohnungssteuern dürfen nicht neu eingeführt werden.

Die Einführung neuer und die Veränderung bestehender direkter Gemeindesteuern, die nicht in Prozentsätzen der vom Staate veranlagten Steuern erhoben werden, kann nur durch Steuerordnungen erfolgen, die der Genehmigung bedürfen.

Den Steuern vom Grundbesitze sind die in der Gemeinde belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke, ausschließlich der in § 24 KAG. besonders aufgeführten Grundstücke (Königlicher sowie fremden Staaten gehöriger Besitz, die zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmten Grundstücke und Gebäude des Staates und der Kommunalverbände usw.) unterworfen.

Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Steuern vom Grundbesitze gestattet. Die Umlegung kann insbesondere erfolgen nach dem Reinertrage bzw. dem Nutzungswerte eines oder mehrerer Jahre, nach dem Pacht- bzw. Mietswerte oder dem gemeinen Werte der Grundstücke und Gebäude, nach den in der Gemeinde stattfindenden Abstufungen des Grundbesitzes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe (§ 25). Die besonderen Grundsteuern sind als bewegliche Steuern gedacht, so „daß sich ihr Sollaufkommen nach dem jährlichen wechselnden Steuerbedarf in Verbindung mit den Gemeindebeschlüssen über dessen Verteilung auf die einzelnen Steuerarten (§ 59 KAG.) bestimmt“ (E. d. OVG. vom 16. November 1897 **33** 205). Freund betont in seinem Kommentar, daß das Gesetz nur Beispiele gibt, also andere Maßstäbe, als die vorgeschlagenen, nicht ausschließen will.¹⁾ Aus den weiteren Bemerkungen Freunds in seinem Kommentar über die im Gesetze vorgeschlagenen Maßstäbe seien die folgenden erwähnt: „Unter dem Nutzungswerte ist nicht ein Reineinkommen im Sinne der Einkommenbesteuerung, sondern der Bruttowert im Sinne der bestehenden Grund- und Gebäudesteuergesetzgebung zu verstehen, bei Gebäuden im Sinne des § 28 der Veranl.-Grundsätze vom 7. Mai 1892 (E. d. OVG. vom 25. April 1896, PVBl. **17** 384). Unter dem gemeinen Werte wird im allgemeinen der Verkaufswert zu verstehen sein. Die genauere Begriffsbestimmung des gemeinen Wertes, die dem § 11 ErgStG. durch Art. II des Gesetzes, betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes vom 19. Juni 1906 hinzugefügt wurde, ist durch Art. II des Gesetzes vom 26. Mai 1909 durch folgende Vorschrift ersetzt worden: „Bei der Einschätzung von Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, einschließlich der dazu gehörenden, denselben Zwecken dienenden Gebäude und des Zubehörs, wird der Ertragswert zugrunde gelegt. Als Ertragswert gilt das Fünfundzwanzigfache des Reinertrags, den die Grundstücke als solche nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinüblicher Bewirtschaftung im Durchschnitte nachhaltig

¹⁾ Vergl. Anmerkungen zu § 14 KAG. im Freundschen Kommentar.

¹⁾ Freund, Kommentar zum KAG., Anmerkung 2 zum § 25.

gewähren können.“ Nach Freund wird diese Vorschrift, da die Gemeinden gemäß § 25 KAG. in der Begriffsbestimmung des „gemeinen Werts“ autonom sind, im Gemeindegrundsteuerrecht nur dort Neuerungen schaffen, wo die Gemeindesteuerordnung über die Einschätzung der fraglichen Grundstücks-kategorien nicht andere Normen enthält.

Nachdem durch § 8 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 auch die Landkreise das Recht erhalten haben, bei Verteilung der direkten Kreissteuern auf Gemeinden und Gutsbezirke den Maßstab der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer durch denjenigen einer Steuer vom „Werte“ des Grundbesitzes zu ersetzen, wobei der Bewertung von Grundstücken, die dauernd land- und forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, in der Regel der Reinertrag zugrunde gelegt werden soll, den die Grundstücke nach ihrer bisherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung nachhaltig gewähren, soll auf Grund eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 5. März 1907 die für die Bewertung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke im Kreisgrundwertsteuersystem vorgesehene Regelbestimmung auch für die Wertsteuern der Gemeinden gelten. „Demgemäß empfiehlt ME. vom 14. Juni 1907 für die Regel eine besondere Behandlung derjenigen Grundstücke, welche dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, in den Fällen der Neueinführung oder Abänderung von Gemeinde-Grundwertsteuerordnungen.“ Nach der oben citierten Neufassung des § 11 ErgStG. durch die Novelle von 1909 tritt die Einschätzung der landwirtschaftlichen usw. Grundstücke nach dem Ertragswerte dann ohne weiteres ein, „wenn lediglich der „gemeine Wert“ ohne nähere Begriffsbestimmung und Differenzierung durch die Steuerordnung als Veranlagungsmaßstab bestimmt ist. Den Gemeinden bleibt es unbenommen, in den Fällen, in welchen die besondere Einschätzung der mehrerwähnten Grundstücks-kategorien nach dem Ertragswert nicht angezeigt erscheint, in der Steuerordnung auch für diese den Verkaufswert als maßgebend zu erklären.“¹⁾

Sind besondere Steuern vom Grundbesitze nicht eingeführt, so erfolgt, gemäß § 26 KAG., die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuern. Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Steuer zieht die entsprechende Veränderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich. Die Veranlagung hat sich auf sämtliche Grundstücke und Gebäude zu erstrecken, die der Gemeindebesteuerung unterliegen.

Die Steuern vom Grundbesitze sind nach gleichen Normen und Sätzen zu verteilen. Liegenschaften, die durch die Festsetzung von Baufluchtlinien in ihrem Werte erhöht worden sind (Bauplätze), können auf Grund einer Steuerordnung nach Maßgabe ihres höheren Wertes zu einer höheren Steuer als die übrigen Liegenschaften herangezogen werden (§ 27). Gemäß dem am 24. Juli 1906 erlassenen Gesetze zur Deklaration des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 ist eine Abstufung der Steuersätze sowie die Heranziehung einzelner Grundstücksarten oder Besitzgruppen mit verschiedenen Sätzen zu den Steuern vom Grundbesitze zulässig. Ebenso wenig schließt § 27 KAG. aus, daß einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen nach verschiedenen Normen besteuert werden. Schon vor Erlaß dieses Gesetzes war in der E.d.OVG. v. 16. November 1897 33 205 darauf hingewiesen worden, daß durch das KAG. nicht etwa gefordert werde, daß im Falle der Einführung einer besonderen Steuer vom Grundbesitze für Grundstücke und Gebäude ein einheitlicher Maßstab gewählt werde, daß vielmehr die beiden Arten von Grundbesitz je mit einer besonderen direkten Steuer herangezogen werden können. Ebenso

ist es natürlich auch zulässig, etwa für die Gebäude einen Prozentsatz der staatlich veranlagten Gebäudesteuer, für die Liegenschaften eine besondere Grundsteuer zu erheben.

In der Ausführungsanweisung zum KAG. werden die wesentlichsten Bedenken hervorgehoben, die eine Benutzung der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer als Grundlage für die kommunale Besteuerung hat. Es heißt dort eingangs des Artikels 17: „Nach der bestehenden Grundsteuerfassung bildet nicht der wirkliche Ertrag, sondern die nach rein objektiven Rücksichten festgestellte Ertragsfähigkeit der Liegenschaften die Grundlage und den Maßstab der Steuerbemessung. Die hiernach umgelegten Grundsteuerbeträge sind unveränderlich. Die Gebäudesteuer wird nach dem jährlichen Nutzungswerte bemessen. Der Nutzungswert bestimmt sich vorwiegend nach dem unter Zugrundelegung eines rückwärts liegenden zehnjährigen Zeitraums gefundenen mittleren jährlichen Mietswerte. Die Veranlagung der Gebäudesteuer wird alle 15 Jahre einer Revision unterzogen. Die Grundlage und den Maßstab der Besteuerung bildet also regelmäßig der Mietswert, welcher nach den durchschnittlichen Ergebnissen eines rückwärts liegenden Zeitraums von 10–25 Jahren ermittelt ist.“ Aus diesen Gründen hat das KAG. den Gemeinden die Einführung besonderer Steuern vom Grundbesitze nicht nur gestattet, sondern diese sogar an erster Stelle als für die kommunale Besteuerung des Grundbesitzes verwendbar bezeichnet. In einem gemeinsamen Erlasse vom 20. Oktober 1899, MBl. S. 160 haben der Minister des Innern und der Finanzminister sodann auf die Vorzüge des gemeinen Wertes als Veranlagungsmaßstabes für die Gemeindebesteuerung der Grundstücke hingewiesen gegenüber den Mängeln der staatlichen Veranlagungsart, die sich namentlich in großen Städten, schnell wachsenden Vororten und besonders in Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung fühlbar machen. Im Erlasse heißt es bezüglich der staatlichen Veranlagungsart: „Abgesehen von dem Umstande, daß derselbe die rasche Veränderung der Nutzungswerte in den bezeichneten Ortschaften unberücksichtigt läßt, muß dieser Veranlagungsmaßstab dort drückend wirken, wo von den Hausbesitzern eine höhere Rente erzielt wird, als der üblichen Verzinsung der Gebäude entspricht. Das trifft aber erfahrungsgemäß in Gemeinden der bezeichneten Art bei Häusern mit kleinen, besonders Arbeiterwohnungen zu, weil hier die stärkere Abnutzung und die größere Gefährdung der Mieteingänge den Wohnungszins steigert. Da nun die Gebäudesteuern von dem Grundbesitzer auf die Mieter abgewälzt zu werden pflegen, wirkt der Veranlagungsmaßstab des Jahresnutzungswertes häufig in der Richtung einer weiteren Mietssteigerung kleiner Wohnungen. Diese unerwünschte Wirkung wird durch eine Besteuerung vom Kapitalwerte der Gebäude, welche in einer Anzahl von Städten bereits zu einer merklichen Entlastung der Häuser mit kleinen Wohnungen geführt hat, vermieden. Umgekehrt muß eine solche Veränderung des Veranlagungsmaßstabes zu einer schärferen Erfassung der wertvollen, aber nur einen mäßigen Zins abwerfenden Gebäude führen, unter denen erfahrungsgemäß die von Wohlhabenden bewohnten Häuser in erster Linie in Betracht kommen.“ Gegenüber der Grundsteuer wird sich der Vorzug der Grundwertsteuer in der genügenden steuerlichen Erfassung des Wertes der Bauplätze in schnell wachsenden Ortschaften geltend machen; dabei kann auch durch die Steuer zugleich einer ungesunden Preissteigerung auf dem Baustellenmarkte entgegen gewirkt werden. Im allgemeinen kann der Vorzug der Grundwertsteuer gegenüber der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer dahin zusammengefaßt werden, daß erstere in schnell wachsenden Gemeinden die schonungsbedürftigeren Grundbesitzer auf Kosten der leistungsfähigen entlastet. Dagegen kann durch die Einführung der Grundwertsteuer oder einer anderen besonderen Gemeindesteuer gegenüber dem Zu-

¹⁾ Aus Anmerkung 4 zu § 25 KAG. a. a. O.

schlagssystem ein besonderer finanzieller Vorteil für die Gemeinden nicht erwachsen, weil durch die §§ 54 f. des Kommunalabgabengesetzes ein bestimmtes Belastungsverhältnis zwischen Realsteuern und Einkommensteuer festgesetzt ist, an das die Gemeinden gebunden sind.

Den Gewerbesteuern unterliegen in den Gemeinden, in denen der Betrieb stattfindet, die nach dem Gewerbesteuer-gesetze vom 24. Juni 1891 zu veranlagenden stehenden Gewerbe sowie die in § 28 KAG. unter Nr. 2 bis 6 besonders aufgeführten Betriebe (landwirtschaftl. Brennereien, Bergbau, gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Sand-, Lehm- usw. Gruben, von Stein-, Schiefer- usw. Brüchen, Gewerbebetriebe kommunaler und anderer öffentlicher Verbände, des Staates und der Reichsbank) mit der Maßgabe, daß Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 *M* noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 *M* erreicht, desgleichen die nach § 3 Nr. 4 GewerbeStG. vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbebetriebe der Kommunalverbände von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Auf die Betriebssteuer findet diese Bestimmung keine Anwendung. Der Betrieb der Staatseisenbahnen und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen ist gewerbesteuerfrei; die Kleinbahnen sind gewerbesteuerpflichtig (§ 40 G. v. 28. Juli 1892). Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist der Gewerbesteuer in den Gemeinden nicht unterworfen (§ 28 KAG.).

Den Gemeinden ist die Einführung besonderer Gewerbesteuern gestattet. Diese können jedoch nur von solchen Betrieben erhoben werden, die nach § 28 KAG. überhaupt der Gewerbesteuer unterliegen, also — ausgenommen den Fall der Erhebung einer Betriebssteuer — nicht von Betrieben, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 *M* noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 *M* erreicht (ME. v. 8. September 1894, MBl. S. 152, E. d. OVG. v. 31. Jan. 1902, PVBl. 24 182); auch nicht vom Betriebe eines Wanderlagers. Wohl dagegen können besondere Gewerbesteuern von den der Warenhaussteuer unterliegenden Betrieben erhoben werden. Die letztere Steuer ist aber von der Gemeinde nur so weit zu erheben, als sie die nach §§ 29 oder 30 KAG. von dem der Warenhaussteuer unterliegenden Betriebe erhobene Gewerbesteuer übersteigt (§ 14 Warenhaussteuer-G. v. 18. Juli 1900). Die besonderen Gewerbesteuern können namentlich bemessen werden nach dem Ertrage des letzten Jahres oder einer Reihe von Jahren, nach dem Werte des Anlagekapitals oder des Anlage- und Betriebskapitals, nach sonstigen Merkmalen für den Umfang des Betriebes oder nach einer Verbindung mehrerer dieser Maßstäbe (§ 29 KAG.). Nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vom 5. Februar 1898 34 53 bzw. 22. Februar 1901 39 71 ist es zulässig, „in einer und derselben Gemeinde nur gewisse Betriebe zu einer besonderen Gewerbesteuer, die übrigen mit Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer heranzuziehen.“ In solchen Fällen muß jedoch, gemäß E. d. OVG. v. 19. November 1901 40 72, in der Steuerordnung ausdrücklich vorgesehen sein, daß Betriebe, die nicht unter die der besonderen Steuer unterworfenen Gewerbearten fallen, mit Prozenten der staatlich veranlagten Gewerbesteuer herangezogen werden.¹⁾ Über die Formen der Besteuerung läßt sich die Ausführungsanweisung zum KAG. u. a. wie folgt aus: „Die gewerbliche Besteuerung erfolgt nach dem Gewerbesteuergesetze vom 24. Juni 1891 auf den Grundlagen des Ertrages und des Anlage- und Betriebskapitals. Nach der Höhe beider sind vier Gewerbesteuerklassen gebildet, innerhalb deren die Steuer nach dem Ertrage, bzw. in den nach Mittelsätzen besteuerten Klassen II bis IV nach dem Verhältnisse des Ertrages umgelegt wird. Den Veranlagungsbezirk bildet für die Klasse I die Provinz, für die Klasse II der Regierungsbezirk, für Klasse III

und IV der Kreis. Es ergibt sich hieraus, daß die Gesichtspunkte, welche bei der kommunalen Besteuerung der gewerblichen Betriebe wesentlich maßgebend sind — die Vorteile, welche die Betriebe aus den Einrichtungen eines kommunalen Verbandes ziehen, und andererseits auch die Lasten, welche sie diesem Verbands aufbürden — für die Veranlagung der Betriebe nach den Grundsätzen des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 nicht bestimmend sind, und daß sich in weiterer Folge hiervon die Erhebung kommunaler Gewerbesteuern in der Form von Zuschlägen zu der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer grundsätzlich nicht empfehlen kann. Das Gesetz geht, wie auch in diesem Falle (vergl. Art. 17)¹⁾ schon die äußere Anordnung des Stoffes erkennen läßt, davon aus, daß die kommunale Besteuerung des Gewerbebetriebs in erster Linie mittels der Einführung besonderer Gewerbesteuern erfolgen werde.“

Sind besondere Gewerbesteuern nicht eingeführt, so erfolgt die Besteuerung in Prozenten der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer. Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Gewerbesteuer zieht die entsprechende Abänderung der Veranlagung zur Gemeindesteuer nach sich (§ 30 KAG.). Eine verschiedene Abstufung der Gewerbesteuersätze und Prozente ist zulässig,

1. wenn die einzelnen Gewerbearten in verschiedenem Maße von den Veranstaltungen der Gemeinde Vorteil ziehen oder der Gemeinde Kosten verursachen, und soweit die Ausgleichung nicht nach §§ 4,²⁾ 9,³⁾ 10³⁾ oder 20 KAG.⁴⁾ erfolgt;
2. wenn die gewerblichen Gebäude in stärkerem Verhältnis zur Gebäudesteuer herangezogen werden, als es auf Grundlage der staatlichen Gebäudesteuer der Fall sein würde, oder wenn die gewerblich benutzten Räume einer Mietssteuer unterliegen.

Die verschiedene Abstufung bedarf der Genehmigung (§ 31 KAG.). Gemäß Entscheidung des OVG. vom 8. Juni 1901 39 144 beziehen sich die Bestimmungen des § 31 nicht auf besondere Gewerbesteuern, sondern nur auf Zuschlagssteuern.

Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke, so hat, für den Fall der Erhebung von Prozenten der veranlagten Gewerbesteuer, der zuständige Steuerausschuß auch für die im § 28 Nr. 2 bis 6⁵⁾ bezeichneten Betriebe die Zerlegung des Gesamtsteuersatzes in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Teilbeträge zu bewirken [vergl. § 38 GewerbeStG. v. 24. Juni 1891].⁶⁾

Werden besondere Gewerbesteuern umgelegt, so hat die Veranlagung nur nach Maßgabe des in der Gemeinde belegenen Teiles des Gewerbebetriebes zu erfolgen, bei besonderen Gewerbesteuern nach dem Ertrage unter sinngemäßer Anwendung der in den §§ 47⁷⁾, 48⁸⁾ KAG. getroffenen Bestimmungen (§ 32 KAG.).

Für die Erhebung einer kommunalen Betriebssteuer gelten gemäß Artikel 22 der Ausführungsanweisung zum

¹⁾ wo das gleiche bezüglich der Grundbesitzsteuern ausgeführt ist. — ²⁾ durch Gebühren. — ³⁾ durch Beiträge. — ⁴⁾ durch Mehr- oder Minderbelastung. — ⁵⁾ vergl. linke Spalte oben. — ⁶⁾ § 38 GewerbeStG. vom 24. Juni 1891 lautet: Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Kommunalbezirke, und wird für die Zwecke der kommunalen Besteuerung oder kommunalen Wahlen die Zerlegung des Steuersatzes in die auf die einzelnen Betriebsorte [Orte, an denen das Gewerbe betrieben wird] entfallenden Teilbeträge erforderlich, so ist diese von dem veranlagenden Steuerausschusse zu bewirken usw. — ⁷⁾ handelt von der Einkommensverteilung einer sich über mehrere Gemeinden erstreckenden Gewerbe- oder Bergbauunternehmung. — ⁸⁾ bestimmt für die Ermittlung der Bruttoeinnahmen der Versicherungs-, Bank- usw. Geschäfte sowie der Ausgaben an Löhnen und Gehältern den dreijährigen Durchschnitt.

¹⁾ Freund, a. a. O. Anmerkungen 2 u. 3 zu § 29.

KAG. folgende Bestimmungen: „Die Veranlagung der Betriebssteuer erfolgt nach Maßgabe der §§ 59 ff. des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und des § 12 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893. Die Bestimmung im § 28 KAG., wonach Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1 500 *M* noch das Anlage- und Betriebskapital 3 000 *M* erreicht, von der Gewerbesteuer befreit bleiben, findet auf die Betriebssteuer keine Anwendung.

Die Gemeinden können die Betriebssteuer entweder in der Form der §§ 59 ff. a. a. O. bestehen lassen oder durch eine besondere Form ersetzen. In beiden Fällen müssen sie aber den nach der staatlichen Veranlagung sich ergebenden Betrag der Betriebssteuer erheben und — insoweit die Gemeinden nicht Stadtkreise sind — gemäß § 13 des erwähnten Gesetzes vom 14. Juli 1893 an die Kreise zur Verwendung für Kreis Zwecke abführen.

Im übrigen ist den Gemeinden überlassen, Zuschläge zu der vom Staate veranlagten Betriebssteuer zu erheben oder die besonderen Betriebssteuern auf einer Grundlage zu gestalten, welche die Erzielung eines Überschusses über den Betrag der staatlich veranlagten Steuer ermöglicht. Ob die Gemeinden von dieser Befugnis zweckmäßig Gebrauch machen, richtet sich im allgemeinen nach den örtlichen Verhältnissen. Zu berücksichtigen bleibt hierbei, daß eine angemessene Ausbildung der Betriebssteuer sich vielfach nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus polizeilichen Rücksichten empfiehlt; das letztere in denjenigen Orten, in welchen eine Herabminderung der Zahl der Betriebsstellen wünschenswert ist.“

Die noch später zu erwähnenden Bestimmungen der §§ 54, 56 und 57 KAG., die das Belastungsverhältnis zwischen den Realsteuern und der Einkommensteuer zum Gegenstande haben, finden auf die Betriebssteuer wie auch auf die Bauplatzsteuern (vergl. das auf Seite 88 Ausgeführte), keine Anwendung. Zuschläge zu der Betriebssteuer, die 100 Prozent übersteigen, bedürfen der Genehmigung (§ 58 KAG.). Nach dem ME. vom 10. Juni 1896 ist die Betriebssteuer nicht allgemein und grundsätzlich, sondern nur in den geeigneten Fällen mit Zuschlägen zu belasten, namentlich dann, wenn die Betriebe von einiger Bedeutung sind, und ihre Freilassung sich gegenüber der Belastung der sonstigen gewerblichen Unternehmungen als eine unbillige Bevorzugung darstellen würde. Bei den der Genehmigung bedürftigen Prozentsätzen, die 100 übersteigen, handelt es sich, gemäß ME. vom 31. Januar 1895, um diejenigen Prozente, welche außer dem nach der staatlichen Veranlagung sich ergebenden und — soweit nicht Stadtkreise in Frage kommen — an die Kreise abzuführenden Erträge dieser Steuer zugunsten der Gemeinde erhoben werden sollen.

Von den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes und der sie ergänzenden Novellen über die Gemeindeeinkommensteuer sollen hier aus Raumrücksichten nur die hauptsächlichsten aufgeführt werden.

Der Gemeindeeinkommensteuer sind unterworfen:

1. diejenigen Personen, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz (§ 1 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891) haben, hinsichtlich ihres gesamten innerhalb und außerhalb des Preussischen Staatsgebietes gewonnenen Einkommens, insoweit dasselbe nicht von der Besteuerung freizulassen ist;¹⁾

¹⁾ Nach E. d. OVG. v. 22. Dezember 1908 53 163 dürfen bei der Veranlagung der physischen Personen zur Gemeindeeinkommensteuer nach dem Rechte der Novelle zum EG. (§ 8 der Fassung vom 19. Juni 1906) Schuldzinsen auf Grund der Vorschrift zu I (des § 8) nur dann von dem Rohertrage der einzelnen Einkommensquellen in Abzug gebracht werden, wenn sie Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Ertrages der einzelnen Quelle sind. In allen anderen Fällen sollen für die Zukunft Schuldzinsen vom Gesamteinkommen abzuziehen sein (§ 8 II 1), gleichgültig, ob die Schuld zu einer einzelnen Einkommensquelle in erkennbarer wirtschaftlicher Beziehung steht oder nicht und gleichgültig, ob sie hypothekarisch auf einer Quelle lastet oder nicht. (Freund, a. a. O. Anmerkung 14 zu § 36).

2. diejenigen Personen, welche in der Gemeinde, ohne in derselben einen Wohnsitz zu haben, Grundvermögen, Handels- oder gewerbliche Anlagen, einschließlich der Bergwerke, haben, Handel oder Gewerbe oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben oder als Gesellschafter an dem Unternehmen einer G. m. b. H. beteiligt sind, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen in der Gemeinde zufließenden Einkommens;

3. sofern sie in der Gemeinde Grundvermögen, Handels- oder gewerbliche Anlagen, einschließlich der Bergwerke, haben, Handel oder Gewerbe, einschließlich des Bergbaues, betreiben oder als Gesellschafter an dem Unternehmen einer G. m. b. H. beteiligt sind, hinsichtlich des ihnen aus diesen Quellen in der Gemeinde zufließenden Einkommens,

- a) Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien;
- b) Berggewerkschaften;
- c) eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, und juristische Personen, insbesondere auch Gemeinden und weitere Kommunalverbände;
- d) Vereine, einschließlich eingetragener Genossenschaften, zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Absatz im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht.

Hat eine Veranlagung zur Staatseinkommensteuer stattgefunden, so erfaßt die Gemeindeeinkommensteuer das hierbei veranlagte Einkommen, vorbehaltlich der Bestimmung im § 16 Absatz 3 a. a. O. (§ 15 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906).

4. der Staatsfiskus bezüglich seines Einkommens aus den von ihm betriebenen Eisenbahn-, Bergbau- und sonstigen gewerblichen Unternehmungen, sowie aus Domänen und Forsten.

Jeder steuerpflichtige Grundstückskomplex und jede steuerpflichtige Unternehmung des Staatsfiskus gilt in Beziehung auf die Steuerpflicht als selbständige Person. Die gesamten Staats- und für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen sind als eine steuerpflichtige Unternehmung anzusehen.

Neuanziehende können, auch wenn sie in der Gemeinde keinen Wohnsitz haben, gleich den übrigen Gemeindebewohnern zur Steuer herangezogen werden, sofern ihr Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt (§ 33 KAG. unter Berücksichtigung der abändernden Bestimmungen d. G. v. 22. Juni 1907).

Gemäß § 34 KAG. ist das Einkommen aus bebauten und unbebauten Grundstücken, die ganz oder zum Teil nach § 24 KAG. der Steuer vom Grundbesitze nicht unterworfen sind, insoweit auch von der Gemeindeeinkommensteuer frei. Ferner sind nach § 40 KAG. von der Gemeindeeinkommensteuer völlig frei die Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses, die beim Kaiser und Könige beglaubigten Vertreter fremder Mächte und die Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zum Bundesrate, samt ihren Beamten und ihrem Personal, soweit sie Ausländer sind, ferner diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder besonderen, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung zukommt. Ebenso sind die für die einzelnen Landesteile verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, denen zufolge Standesherrn und deren Familien überhaupt von Gemeindelasten befreit sind, durch das KAG. nicht aufgehoben worden. Die zunächst durch das KAG. unverändert in Geltung gelassenen Kommunalsteuerbefreiungen der Beamten, Geistlichen, Elementarlehrer usw. sind durch Gesetz vom

16. Juni 1909 in der Weise geregelt worden, daß für alle Beamten, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener, die schon vor dem 1. April 1909 angestellt worden sind, und für alle Geistlichen und Militärpersonen schlechthin das bisherige Recht in Geltung bleibt, aber für die nach dem 31. März 1909 angestellten unmittelbaren und mittelbaren Staats- und Hofbeamten, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener, soweit letztere seither privilegiert waren, eine Einschränkung des Steuerprivilegs eintritt; sie werden gleich den übrigen Steuerpflichtigen herangezogen, sofern nicht mehr als 125 % Zuschläge erhoben werden; bei höheren Zuschlägen trifft der Mehrbetrag der Zuschläge nur den auf das außerdienstliche Einkommen entfallenden Teil des Steuersatzes.¹⁾ An den vor dem Inkrafttreten des KAG. bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Heranziehung der Militärpersonen zu den auf das Einkommen gelegten Gemeindeabgaben ist nichts geändert worden; die Mitglieder der Gendarmerie werden gemäß § 42 KAG. zu den Militärpersonen gerechnet.

Im § 43 KAG. ist den Gemeinden die Befugnis eingeräumt worden, mit Steuerpflichtigen Vereinbarungen zu treffen, wonach von den fabrikmäßigen Betrieben und von Bergwerken an Stelle der Gemeindesteuer vom Einkommen und vom Gewerbebetriebe ein für mehrere Jahre im voraus zu bestimmender fester jährlicher Steuerbeitrag zu entrichten ist. Solche Vereinbarungen bedürfen jedoch der Genehmigung.

Der § 35 KAG. bestimmt, daß ein die Steuerpflicht begründender Betrieb von Handel und Gewerbe nur in denjenigen Gemeinden stattfindet, in welchen sich der Sitz, eine Zweigniederlassung, eine Betriebs-, Werk- oder Verkaufsstätte oder eine solche Agentur des Unternehmens befindet, die ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Inhabers bzw. der Gesellschaft selbständig abzuschließen. Weiter wird bestimmt, daß der Eisenbahnbetrieb der Steuerpflicht in den Gemeinden unterliegt, in welchen sich der Sitz der Verwaltung, eine Station oder eine für sich bestehende Betriebs- oder Werkstätte usw. befindet, desgleichen, daß das Einkommen aus dem nicht mit eigenem Betriebe verbundenen Besitze von Handels- und gewerblichen Anlagen, einschließlich der Bergwerke, in denselben Gemeinden der Bestimmung unterliegt, in welchen das Einkommen aus dem Betriebe steuerpflichtig ist. Unbeschadet dieser Bestimmungen ist nach § 49 KAG. bei Heranziehung der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer in ihren Wohnsitzgemeinden derjenige Teil des Gesamteinkommens außer Berechnung zu lassen, welcher außerhalb des Gemeindebezirks aus Grundvermögen, Handels- und gewerblichen Anlagen usw. gewonnen wird. Zu diesem Zwecke wird das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen eingeschätzt und der so ermittelte Steuerbetrag dem Verhältnis des außer Berechnung zu lassenden Einkommens zum Gesamteinkommen entsprechend herabgesetzt. Die Gemeinde, in der der Steuerpflichtige wohnt, ist jedoch, wenn sein steuerpflichtiges Einkommen weniger als ein Viertel des Gesamteinkommens beträgt, berechtigt, durch Gemeindebeschluß ein volles Viertel desselben für sich zur Besteuerung in Anspruch zu nehmen. Der Anspruch verteilt sich in diesem Falle verhältnismäßig auf die übrigen Teile des außerhalb des Gemeindebezirks zufließenden Einkommens und, soweit Preussische Forensalgemeinden in Betracht kommen, unter entsprechender Verkürzung des diesen Gemeinden zur Besteuerung zufallenden Einkommens. Steht der Anspruch mehreren Wohnsitzgemeinden zu, so ist dieser Bruchteil nach Maßgabe des § 50 KAG. zu verteilen. In ihm ist festgesetzt, daß bei der Einschätzung von Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb oder innerhalb und außerhalb des Preussischen Staatsgebiets in ihren Preussischen Wohnsitzgemeinden der Teil des Gesamteinkommens, der aus Grundvermögen, Handels- und gewerblichen Anlagen usw. fließt, der

Belegenheits- bzw. der Betriebsgemeinde verbleibt; nur wenn dieser Einkommensteil mehr als drei Viertel des Gesamteinkommens ausmacht, treten die vorher genannten Bestimmungen des § 49 bezüglich des der Wohnsitzgemeinde verbleibenden Viertels in Kraft. Im übrigen dürfen Personen mit mehrfachem Wohnsitz innerhalb des Preussischen Staatsgebietes in jeder Preussischen Wohnsitzgemeinde nur mit dem der Zahl dieser Gemeinden entsprechenden Bruchteile ihres Einkommens herangezogen werden. Das nach seinen Teilen in mehreren Gemeinden steuerpflichtige Einkommen darf gemäß § 51 KAG. im ganzen den Höchstbetrag der Steuerstufe nicht übersteigen, in welcher der Steuerpflichtige bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt worden ist.

Gemeindesteuern vom Einkommen dürfen, unbeschadet der Vorschrift im § 23 Abs. 2 KAG.¹⁾ und der Bestimmungen über die Veranlagung von Teileinkommen,²⁾ nur auf Grund der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer und in der Regel nur in der Form von Zuschlägen erhoben werden. Diese Zuschläge müssen gleichmäßig sein. Ist das gemeindesteuerpflichtige Einkommen ganz oder zum Teil zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt, so ist der dem Zuschlag zugrunde zu legende Steuersatz, sofern sich aus den §§ 44 bis 46 KAG.³⁾ nicht ein anderes ergibt, nach den für die Veranlagung der Staatseinkommensteuer geltenden Vorschriften zu ermitteln. Die auf Grund der Einlegung von Rechtsmitteln sowie die auf Grund der

§§ 62 und 63 des Einkommensteuergesetzes vom ^{24. Juni 1891} 19. Juni 1906 erfolgte Erhöhung oder Ermäßigung der veranlagten Staatseinkommensteuer zieht die entsprechende Abänderung des Gemeindezuschlags nach sich (§ 36 KAG.).

Besondere Gemeindeeinkommensteuern sind nur aus besonderen Gründen gestattet und bedürfen der Genehmigung. Die bei der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer erfolgte Feststellung des Einkommens und die Stufen des Steuertarifs der Staatseinkommensteuer dürfen nicht abgeändert werden. Veränderungen der Sätze des Steuertarifs sind nur mit der Maßgabe zulässig, daß der Prozentsatz der Besteuerung des Einkommens bei den unteren Stufen nicht höher sein darf, als bei den oberen Stufen, und daß das im Tarif der Staatseinkommensteuer enthaltene Steigerungsverhältnis der Sätze nicht zuungunsten der oberen Stufen geändert werden darf. Die Beibehaltung der zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bestehenden besonderen Gemeindeeinkommensteuern kann mit Zustimmung der Minister des Innern und der Finanzen ausnahmsweise und aus besonderen Gründen auch dann genehmigt werden, wenn sie den Vorschriften der genannten Bestimmungen nicht entsprechen⁴⁾ (§ 37 KAG.).

Auf Grund des § 38 KAG. sind Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M, sofern in den besonderen Gemeindeeinkommensteuerordnungen nicht abweichende Bestimmungen getroffen sind, zur Gemeindeeinkommensteuer nach Maßgabe folgender Steuersätze zu veranlagten:

1. bei einem Einkommen von nicht mehr als 420 M nach einem Steuersatze von $\frac{2}{3}$ vom Hundert des steuerpflichtigen Einkommens bis zu dem Höchstbetrage des Steuersatzes von 1,20 M,
2. bei einem Einkommen von mehr als 420 M bis einschließlich 660 M nach einem Steuersatze von $\frac{2,40}{3}$ M,
3. bei einem Einkommen von mehr als 660 M nach einem Steuersatze von 4 M.

¹⁾ wonach die Einkommensteuer z. T. durch Aufwandssteuern ersetzt werden darf. — ²⁾ vergl. die vorangegangenen Ausführungen über die § 49 ff. — ³⁾ diese §§ handeln von der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens der fiskalischen Domänen sowie der Staats- und Privatbahnen. — ⁴⁾ Die Beibehaltung von besonderen Gemeindeeinkommensteuern ist für Frankfurt a. M. und Altona genehmigt worden.

¹⁾ Vergl. § 1 d. G. v. 16. Juni 1909.

Sodann können gemäß Absatz 2 a. a. O. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 *M* durch Gemeindebeschluß, der jedoch der Genehmigung bedarf, wenn die Deckung des Bedarfs der Gemeinde ohnehin gesichert ist, von der Beitragspflicht entbunden oder mit einem geringeren Hundertsatze herangezogen werden. Ihre Freilassung muß erfolgen, sofern sie im Wege der öffentlichen Armenpflege fortlaufende Unterstützung erhalten.

Über das Verhältnis der kommunalen Einkommensteuer zu den kommunalen Realsteuern enthalten die §§ 54 bis 59 KAG. folgende hauptsächlichen Bestimmungen:

Die vom Staate veranlagten Realsteuern, ausschließlich der Betriebssteuer, sind in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatze zur Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Solange die Realsteuern 100 Prozent nicht übersteigen, ist die Freilassung der Einkommensteuer oder deren Heranziehung mit einem geringeren als dem vorher bezeichneten Prozentsatze zulässig. Werden mehr als 150 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern erhoben, und ist die Staatseinkommensteuer mit 150 Prozent belastet, so können von dem Mehrbetrage für jedes Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern 2 Prozent der Staatseinkommensteuer erhoben werden. Mehr als 200 Prozent der Realsteuern dürfen in der Regel nicht erhoben werden¹⁾ (§ 54).

Nach § 55 bedürfen Zuschläge über den vollen Satz der Staatseinkommensteuer hinaus sowie Abweichungen von den im § 54 enthaltenen Vorschriften der Genehmigung, und sollen die Abweichungen nur aus besonderen Gründen gestattet werden. Dabei sind Aufwendungen der Gemeinde, die in überwiegendem Maße dem Grundbesitz und dem Gewerbebetriebe zum Vorteil gereichen, insoweit in der Regel durch Realsteuern zu decken, sofern die Ausgleichung nicht nach § 4²⁾, 9, 10³⁾ oder 20 KAG.⁴⁾ erfolgt. Zu solchen Aufwendungen gehören namentlich die Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wegen, für Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für die Verzinsung und Tilgung der zu derartigen Zwecken aufgenommenen Schulden.

Gemäß § 56 sind zur Deckung des durch Realsteuern aufzubringenden Steuerbedarfs die veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuern in der Regel mit dem gleichen Prozentsatze heranzuziehen. Genießen jedoch die Grund-(Haus-) Besitzer oder Gewerbebetreibenden von Veranstaltungen der Gemeinde besondere Vorteile, oder verursachen sie der Gemeinde besondere Kosten, so ist, sofern die Ausgleichung nicht nach §§ 4, 9, 10 oder 20 erfolgt, der durch die Realsteuern aufzubringende Steuerbedarf auf die Steuern vom Grund-(Haus-) Besitze und Gewerbebetriebe, in Prozenten der veranlagten Realsteuern berechnet, anderweitig entsprechend unterzuverteilen, jedoch mit der Maßgabe, daß Grund- und Gebäudesteuer höchstens doppelt so stark herangezogen werden, wie die Gewerbebesteuer und umgekehrt. Ausnahmen können aus besonderen Gründen von den Ministern des Innern und der Finanzen zugelassen werden. Diese Bestimmungen finden sinngemäße Anwendung auf die Heranziehung der Grundsteuer im Verhältnis zur Gebäudesteuer.

Der § 57 enthält die Bestimmung, daß bei der Verteilung des Steuerbedarfs das Aufkommen besonderer Gemeindesteuern je nach ihrer Einrichtung und Beschaffenheit auf denjenigen Teil des Steuerbedarfs zu verrechnen ist, der durch Prozente der entsprechenden, vom Staate veranlagten Steuer aufzubringen ist. Dabei sind Mietssteuern von gewerblich benutzten Räumen auf die Gewerbebesteuer zu verrechnen.

¹⁾ Im Rechnungsjahre 1911 erhoben bereits über 39 v. H. sämtlicher preußischen Städte über 200 Prozent der Realsteuern, im Rechnungsjahre 1914 schon über 43 v. H. — ²⁾ durch Gebühren. — ³⁾ durch Beiträge. — ⁴⁾ durch Mehr- oder Minderbelastungen.

Noch einer wichtigen Bestimmung ist Erwähnung zu tun, die den Inhalt des § 53 KAG. bildet. Nach Abs. 1 dieses Paragraphen¹⁾ ist eine Gemeinde, in der durch Personen, die in einer anderen Gemeinde im Betriebe von Berg-, Hütten- oder Salzwerken, Steinbrüchen, Ziegeleien, Fabriken oder Eisenbahnen beschäftigt werden und dieser Beschäftigung wegen in der ersteren zugezogen oder verblieben sind, nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege oder für polizeiliche Zwecke erwachsen, welche im Verhältnisse zu den ohne diese Personen für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und eine unbillige Mehrbelastung der Steuerpflichtigen herbeiführen, berechtigt, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuß zu verlangen. Bei Bemessung desselben sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile, soweit sie in der Steuerkraft zum Ausdruck kommen, zu berücksichtigen. Die Zuschüsse der Betriebsgemeinde dürfen in keinem Falle mehr als die Hälfte der gesamten in der Betriebsgemeinde von den betreffenden Betrieben zu erhebenden direkten Gemeindesteuern betragen.

Über die Vorteile der Betriebe für die Arbeiterwohngegenden äußert sich Freund in Anmerkung 19 zum § 53 seines Kommentars u. a. wie folgt: Schon nach dem bisherigen [in der ursprünglichen Fassung] Gesetzestexte kamen als Vorteile der Arbeiterwohngegenden in Betracht:

- a) Die Gemeindesteuern, welche der Wohngegend durch die Arbeiter und Angestellten zufließen, die wegen der fraglichen Betriebe in ihr wohnen. Um den Einfluß dieser Vorteile auf den Gemeindebedarf für das Volksschulwesen zu bemessen, muß von der Steuersumme der Arbeiter usw. auf diesen Bedarf derjenige Teil verrechnet werden, welcher dem Verhältnisse der Schulausgaben zu den übrigen Ausgaben des Gemeindehaushalts entspricht (E. d. OVG. v. 8. April 1902, PVBl. 24 393, E. d. OVG. v. 27. Juni 1902, PVBl. 24 2 Nr. 13, E. d. OVG. v. 21. April 1903).
- b) Die nach § 33 Abs. 1 Nr. 1 bzw. nach § 49 Nr. 2 der Gemeinde zufallenden Steuern von dem Einkommen des Betriebsleiters, des Unternehmers, sofern dieser selbst in ihrem Bezirke wohnt.
- c) Die in einer Ersparung von Lasten und einer entsprechenden Verhinderung des Sinkens der Steuerkraft in der Arbeiterwohngegend sich geltend machende Tatsache, daß auch in der Betriebsgemeinde eine größere Anzahl von Arbeitern wohnt, die wiederum in Betrieben der Arbeiterwohngegend Beschäftigung findet (E. d. OVG. v. 16. Februar 1906, 49 162).

Nach dem Rechte der Novelle von 1906 kommt zu diesen Vorteilen noch hinzu:

- d) Der Anteil an Gemeindeeinkommensteuer von den betreffenden Betrieben, der gemäß §§ 35, 47b auf die Arbeiterwohngegend entfällt.

Bei der Bemessung der gesteigerten Steuerkraft der Arbeiterwohngegend wird auch die durch die beteiligten Industrien der Betriebsgemeinde hervorgerufene Steigerung der Bodenwerte und der Rentabilität der Gewerbebetriebe in der ersteren Gemeinde insoweit zu berücksichtigen sein, als sie in der direkten Steuer (insbesondere Steuer vom Grundbesitz nach dem Maßstabe des gemeinen Werts, Gewerbebesteuer, einschließlich der Betriebssteuer) und der indirekten Steuer (Umsatzsteuer) zum Ausdruck kommt (E. d. OVG. v. 28. März 1905, PVBl. 26 907).

¹⁾ in der durch die Novelle v. 24. Juli 1906 erforderlich gewordenen Neufassung.

Die Vorteile müssen für den gleichen Zeitraum berücksichtigt werden wie die Mehrausgaben; insbesondere also dürfen die zugunsten der Betriebsgemeinde zu verrechnenden Steuerbeträge nur in der Beschränkung auf das in Frage stehende Etatsjahr in Rechnung gestellt werden (E. d. OVG. v. 23. März 1906).

Der zweite Absatz des § 53 KAG. trifft Bestimmung für den Fall, daß der Betrieb in einem Gutsbezirke liegt. Alsdann richtet sich der Anspruch gegen den Gewerbetreibenden. Die Zuschläge dürfen in diesem Falle die Hälfte der der Kreisbesteuerung dieses Betriebes zugrunde liegenden Einkommensteuer und Realsteuern und, wenn der Betrieb nicht gewerbesteuerpflichtig ist, $\frac{3}{4}$ der seiner Kreisbesteuerung zugrunde liegenden Einkommensteuer nicht übersteigen.

Die Bestimmungen des ersten und zweiten Absatzes finden auf den Anspruch eines Gutsbezirks auf Zuschuß gleichmäßige Anwendung.

Wenn von mehreren Gemeinden oder Gutsbezirken Ansprüche auf Zuschüsse erhoben werden, welche zusammen gerechnet die in den Abs. 1 und 2 vorgesehenen Höchstgrenzen übersteigen, so findet eine verhältnismäßige Kürzung der einzelnen Ansprüche bis zu der zulässigen Höchstgrenze statt. —

Neben den indirekten und direkten Gemeindesteuern gibt es in Preußen noch eine dritte Gattung von Steuern, aus denen den Gemeinden Einnahmen zufließen, nämlich die überwiesenen Steuern. Wie schon der Name sagt, handelt es sich um Überweisungen von Steuerbeträgen, die auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen durch den Staat an die Gemeinden erfolgt.

Zunächst ist gemäß § 5 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 27. Februar 1880 die Isteinnahme dieser Steuer a) in den Orten der ersten, zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung der Gemeinde, in deren Bezirk der Wanderlagerbetrieb stattgefunden hat, b) in den Arten der vierten Gewerbesteuerabteilung den betreffenden Kreisen (Amtsverbänden)¹⁾ überwiesen. Über die Verwendung haben im Falle zu b) die Kreisvertretungen bzw. Amtsversammlungen zugunsten der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke zu beschließen.

Insoweit die Erhebung der Steuer durch Staatsbeamte bewirkt wird, sind von der zu überweisenden Isteinnahme 3 % als Erhebungskosten für die Staatskasse vorweg in Abzug zu bringen.

Gemäß § 4 a. a. O. beträgt die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in den Orten

der ersten Gewerbesteuerabteilung 50 \mathcal{M} ,
der zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung 40 \mathcal{M} ,
der vierten Gewerbesteuerabteilung sowie in den Hohenzollernschen Landen 30 \mathcal{M} .

¹⁾ in den Hohenzollernschen Landen.

Für die Wanderauktionen wird dieselbe Steuer für den Tag erhoben.

Nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Warenhaussteuer, vom 18. Juli 1900 unterliegt der den Gemeinden zufließenden Warenhaussteuer, wer das stehende Gewerbe des Klein- (Detail-) Handels mit mehr als einer der im § 6 des Gesetzes unter A bis D unterschiedenen Warengruppen betreibt, wenn der Jahresumsatz in diesen Gruppen — einschließlich desjenigen der in Preußen belegenen Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstätten — 400 000 \mathcal{M} übersteigt. Erstreckt sich der Kleinhandelsbetrieb über mehrere Orte, so tritt die Steuerpflicht nur insoweit ein, als seine Verkaufsstätten in einem und demselben Orte oder in unmittelbar benachbarten Orten mehr als eine der im § 6 unterschiedenen Warengruppen führen.

Der Steuersatz der Warenhaussteuer steigt gemäß § 2 d. Ges. von 4 000 \mathcal{M} , bei einem Jahresumsatze von mehr als 400 000 \mathcal{M} bis 450 000 \mathcal{M} , bis auf 20 000 \mathcal{M} bei einem Jahresumsatze von mehr als 1 000 000 bis 1 100 000 \mathcal{M} , und so fort, für jede 100 000 \mathcal{M} mehr, um 2 000 \mathcal{M} Steuer.

Unterhält ein Unternehmen der im § 1 bezeichneten Art, welches seinen Sitz außerhalb Preußens hat, in Preußen eine oder mehrere Verkaufsstätten, so unterliegt gemäß § 3 a. a. O. jede dieser Verkaufsstätten, ohne Rücksicht auf die Höhe des Umsatzes, einer Warenhaussteuer von 2 % ihres Jahresumsatzes. Der geringste Steuersatz beträgt 200 \mathcal{M} bei einem jährlichen Umsatze von 10 000 \mathcal{M} oder weniger. Die Steuersätze steigen um je 200 \mathcal{M} für je 10 000 \mathcal{M} des Jahresumsatzes (§ 3).

Nach § 14 hat die empfangsberechtigte Gemeinde die Warenhaussteuer nur soweit zu erheben, als sie die von ihr nach § 29 oder § 30 KAG. von dem der Warenhaussteuer unterliegenden Betrieb erhobene Gewerbesteuer übersteigt. Erstreckt sich die Gewerbesteuerveranlagung auf mehrere Betriebe, die nicht sämtlich der Warenhaussteuer unterliegen, so ist der auf die warenhaussteuerpflichtigen Betriebe entfallende Teilbetrag der Gewerbesteuer unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften im § 38 des Gewerbesteuergesetzes und § 32 KAG. festzustellen.

Das Aufkommen an Warenhaussteuer ist von den Gemeinden, soweit dieselben zur Deckung ihrer Ausgaben von den nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes in den Steuerklassen III und IV veranlagten Gewerbetreibenden Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer oder eine besondere Gewerbesteuer erheben, zur Erleichterung der von diesen Steuerklassen zu erhebenden Prozente bzw. Steuern oder zur Bestreitung von Gemeindebedürfnissen vorzugsweise im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden zu verwenden. Eine Anrechnung der Warenhaussteuer auf den nach den §§ 54 bis 57 KAG. durch besondere Gewerbesteuern oder Prozente der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer aufzubringenden Teil des Steuerbedarfs findet nicht statt.

II. Die Verteilung der Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 auf die Städte und Landgemeinden der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke.

1. Die gesamten Gemeindesteuern.

Das Aufkommen aus Gemeindesteuern belief sich bei sämtlichen preußischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1911 auf 896,99 Mill. \mathcal{M} . Von dieser Summe entfielen 636,27 Mill. \mathcal{M} auf die Städte und 260,72 Mill. \mathcal{M} auf die Landgemeinden. Am [städtischen] Steueraufkommen waren die Stadtkreise mit 495,34 Mill. \mathcal{M} beteiligt. Die Verteilung sowohl der staatlich veranlagten direkten Steuern als auch der Gemeindesteuern auf die Hauptarten der Gemeinden zeigt ein von der entsprechenden Bevölkerungsverteilung wesentlich abweichendes Bild. Es entfielen nämlich im Rechnungsjahre 1911

auf	v. H. der Bevölkerung in den Städten u. Landgemeinden	v. H. d. umlagefähigen Staatskommunen in den Städten u. Landgemeinden	v. H. der staatlich veranlagten direkten Steuern in den Städten u. Landgemeinden	v. H. der Gemeindesteuern in den Städten u. Landgemeinden
die Stadtkreise .	33,26	62,29	57,13	55,22
„ kreisangehörigen Städte .	16,96	14,09	14,44	15,71
„ Landgemeinden	49,78	23,61	28,43	29,07.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 156.]

(Tab. 1.)		Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	Umsatz- steuer				Wert- zuwachs- steuer	Schenk- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner			
I		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		
A. Staat	a	1 277	19 240 104	17,22	26 152 958	8 894 956	1 557 312	8 588 399	7 962 485	5 802 404	839 495	59 798 009	9,40	3,11		
	b	36 172	19 068 939	6,90	8 911 193	2 299 955	52 486	2 706 009	1 848 758	1 804 126	158 230	17 780 757	6,82	0,93		
	c	37 449	38 309 043	12,08	35 064 151	11 194 911	1 609 798	11 294 408	9 811 243	7 606 530	997 725	77 578 766	8,65	2,03		
B. Provinzen.																
	a	67	661 248	10,12	940 402	147 955	61 754	356 740	291 085	123 472	—	1 921 408	10,72	2,91		
	b	4 996	1 084 055	3,21	187 214	15 400	244	70 236	5 237	8 365	—	286 696	3,38	0,26		
I. Ostpreußen	c	5 063	1 745 303	5,83	1 127 616	163 355	61 998	426 976	296 322	131 837	—	2 208 104	8,37	1,27		
	a	57	599 260	9,34	547 692	71 266	60 449	242 268	221 817	101 462	—	1 244 954	8,49	2,08		
	b	2 047	873 866	3,37	183 340	59 107	2 280	14 804	8 720	14 597	4	282 852	3,55	0,32		
II. Westpreußen	c	2 104	1 473 126	5,80	731 032	130 373	62 729	257 072	230 537	116 059	4	1 527 806	6,76	1,01		
	a	1	2 033 363	32,27	4 144 842	1 882 494	—	588 240	—	1 101 367	—	7 716 943	8,11	3,80		
	III. Stadtkreis Berlin . . .															
IV. Brandenburg	a	142	2 079 869	18,93	4 159 589	1 546 533	138 495	737 345	381 786	884 540	306	7 848 594	11,98	3,77		
	b	3 093	1 825 461	11,71	3 276 314	1 215 271	11 935	490 461	189 717	455 423	433	5 639 554	14,24	3,09		
	c	3 235	3 905 330	15,55	7 435 903	2 761 804	150 430	1 227 806	571 503	1 339 963	739	13 488 148	12,84	3,45		
V. Pommern	a	73	748 180	10,81	547 345	66 754	77 870	279 171	175 929	152 821	316	1 300 206	7,25	1,74		
	b	2 092	616 701	4,82	79 610	36 333	—	8 927	20 007	19 331	—	164 208	3,31	0,27		
	c	2 165	1 364 881	8,11	626 955	103 087	77 870	288 098	195 936	172 152	316	1 464 414	6,39	1,07		
VI. Posen	a	129	732 746	9,11	571 773	119 913	14 593	241 423	188 432	114 921	105	1 251 160	8,66	1,71		
	b	3 142	988 552	2,80	59 411	18 190	—	5 022	5 856	22 560	—	111 039	3,10	0,11		
	c	3 271	1 721 298	5,49	631 184	138 103	14 593	246 445	194 288	137 481	105	1 362 199	7,58	0,79		
VII. Schlesien	a	150	1 832 840	13,27	1 566 638	475 907	102 300	831 498	734 617	389 927	—	4 100 887	8,24	2,24		
	b	5 057	2 997 873	4,87	769 143	117 121	7 915	231 430	175 953	149 907	192	1 451 661	5,00	0,48		
	c	5 207	4 830 713	8,06	2 335 781	593 028	110 215	1 062 928	910 570	539 834	192	5 552 548	7,04	1,15		
VIII. Sachsen	a	142	1 537 648	14,38	1 226 556	480 836	63 598	866 892	715 089	387 099	20 589	3 760 659	8,45	2,45		
	b	2 946	1 452 168	8,11	287 702	39 511	2 947	272 178	155 454	139 895	767	898 454	5,13	0,62		
	c	3 088	2 989 816	11,33	1 514 258	520 347	66 545	1 139 070	870 543	526 994	21 356	4 659 113	7,51	1,56		
IX. Schleswig-Holstein . .	a	56	792 273	14,07	1 133 614	488 632	154 050	70 951	517 097	282 234	8 070	2 654 648	9,60	3,35		
	b	1 936	759 078	9,59	802 942	121 083	3 584	5 665	104 072	62 159	—	1 099 505	7,40	1,45		
	c	1 992	1 551 351	12,02	1 936 556	609 715	157 634	76 616	621 169	344 393	8 070	3 754 153	8,83	2,42		
X. Hannover	a	113	1 180 086	15,04	1 078 272	500 780	174 524	732 314	483 125	287 938	57 781	3 314 734	9,66	2,81		
	b	3 995	1 733 785	7,65	364 709	83 709	6 414	86 568	142 006	103 743	308	787 457	3,31	0,45		
	c	4 108	2 913 871	10,64	1 442 981	584 489	180 938	818 882	625 131	391 681	58 089	4 102 191	7,06	1,41		
XI. Westfalen	a	109	1 893 358	12,35	1 837 952	949 362	178 772	603 947	668 925	425 309	1 282	4 665 549	7,86	2,46		
	b	1 461	2 324 485	7,42	1 239 328	121 447	8 984	479 627	276 755	257 086	2 904	2 386 131	5,39	1,03		
	c	1 570	4 217 843	9,86	3 077 280	1 070 809	187 756	1 083 574	945 680	682 395	4 186	7 051 680	6,81	1,67		
XII. Hessen-Nassau	a	103	1 119 114	26,32	2 839 337	173 887	121 742	736 528	490 893	436 309	573 330	5 372 026	11,37	4,80		
	b	2 203	1 131 470	5,91	247 547	129 977	5 259	246 537	87 955	117 861	135 896	971 032	9,15	0,86		
	c	2 306	2 250 584	16,06	3 086 884	303 864	127 001	983 065	578 848	554 170	709 226	6 343 058	10,96	2,82		
XIII. Rheinprovinz	a	133	4 019 662	17,42	5 556 050	1 990 626	409 165	2 291 171	3 092 834	1 110 301	177 716	14 627 863	9,91	3,64		
	b	3 082	3 219 906	8,25	1 413 898	342 806	2 924	781 213	676 126	443 213	17 726	3 677 906	6,63	1,14		
	c	3 215	7 239 568	13,34	6 969 948	2 333 432	412 089	3 072 384	3 768 960	1 553 514	195 442	18 305 769	9,02	2,53		
XIV. Hohenzollernsche Lande	a	2	10 457	12,73	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	7,90	1,76		
	b	122	61 539	6,47	35	—	—	13 341	900	9 986	—	24 262	3,88	0,39		
	c	124	71 996	7,38	2 931	11	—	23 252	1 756	14 690	—	42 640	4,97	0,59		
C. Regierungsbezirke.																
	a	33	398 856	11,64	746 802	105 394	24 852	226 146	255 905	75 993	—	1 435 092	11,41	3,60		
	b	1 588	342 366	3,90	86 803	4 800	244	30 386	1 657	3 143	—	127 033	4,03	0,37		
1. Königsberg	c	1 621	741 222	8,06	833 605	110 194	25 096	256 532	257 562	79 136	—	1 562 125	9,93	2,11		
	a	11	127 682	8,96	114 398	9 355	16 999	64 196	13 623	24 734	—	243 305	8,11	1,91		
	b	2 222	396 907	3,55	43 356	1 963	—	37 277	2 705	4 281	—	89 582	2,70	0,23		
2. Gumbinnen	c	2 233	524 589	4,87	157 754	11 318	16 999	101 473	16 328	29 015	—	332 887	5,27	0,63		

¹⁾ In den Kreisen Norderdithmarschen Süderdithmarschen und Husum sind die innerhalb der Kirchspielslandgemeinden bestehenden Dorfschaften (Bauernschaften) als-

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner		
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner						
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21	
335 809 225	160 693 352	73 845 190	2 641 641	572 989 408	90,05	29,78	3 441 400	38 216	636 267 033	33,07	a	A. Staat.
118 510 304	99 680 014	23 158 318	1 540 897	242 889 533	93,16	12,74	48 204	—	260 718 494	13,67	b	
454 319 529	260 373 366	97 003 508	4 182 538	815 878 941	90,96	21,30	3 489 604	38 216	896 985 527	23,41	c	
9 171 582	5 056 721	1 622 855	124 046	15 975 204	89,15	24,16	21 321	1 680	17 919 613	27,10	a	B. Provinzen.
2 980 603	4 852 770	256 873	97 863	8 188 109	96,62	7,55	—	—	8 474 805	7,82	b	
12 152 185	9 909 491	1 879 728	221 909	24 163 313	91,55	13,94	21 321	1 680	26 394 418	15,12	c	
7 760 811	4 072 299	1 429 183	86 986	13 349 279	91,08	22,28	60 888	930	14 656 051	24,46	a	I. Ostpreußen.
2 861 653	4 476 156	272 289	65 006	7 675 104	96,45	8,78	—	—	7 957 956	9,11	b	
10 622 464	8 548 455	1 701 472	151 992	21 024 383	92,97	14,27	60 888	930	22 614 007	15,35	c	
41 831 987	28 662 901	14 292 788	276 580	85 064 256	89,42	41,83	2 342 107	2 451	95 125 757	46,78	a	III. Stadtkreis Berlin.
32 198 770	19 962 365	4 931 817	252 898	57 345 850	87,57	27,57	289 266	3 570	65 487 280	31,49	a	IV. Brandenburg.
15 103 311	16 439 122	2 257 175	153 384	33 952 992	85,76	18,60	—	—	39 592 546	21,69	b	
47 302 081	36 401 487	7 188 992	406 282	91 298 842	86,89	23,38	289 266	3 570	105 079 826	26,91	c	
9 688 685	5 176 734	1 675 634	102 810	16 643 863	92,75	22,25	—	520	17 944 589	23,98	a	V. Pommern.
2 013 084	2 428 940	293 920	56 675	4 797 619	96,69	7,78	—	—	4 961 827	8,05	b	
11 701 769	7 605 674	1 974 554	159 485	21 441 482	93,60	15,71	—	520	22 906 416	16,78	c	
7 328 468	4 329 143	1 399 692	124 979	13 182 282	91,25	17,99	11 328	845	14 445 615	19,71	a	VI. Posen.
1 500 851	1 827 616	111 851	30 603	3 470 921	96,90	3,51	—	—	3 581 960	3,62	b	
8 829 319	6 156 759	1 511 543	155 582	16 653 203	92,38	9,67	11 328	845	18 027 575	10,47	c	
27 512 507	11 929 863	5 957 124	231 011	45 630 505	91,67	24,90	42 110	4 650	49 778 152	27,16	a	VII. Schlesien.
13 998 001	10 605 213	2 758 016	184 127	27 545 357	94,85	9,19	43 775	—	29 040 793	9,69	b	
41 510 508	22 535 076	8 715 140	415 138	73 175 862	92,84	15,15	85 885	4 650	78 818 945	16,32	c	
24 934 110	10 574 157	5 065 435	159 285	40 732 987	91,48	26,49	27 552	5 130	44 526 328	28,96	a	VIII. Sachsen.
7 927 402	7 445 358	1 134 519	93 596	16 600 875	94,84	11,43	4 429	—	17 503 758	12,05	b	
32 861 512	18 019 515	6 199 954	252 881	57 333 862	92,43	19,18	31 981	5 130	62 030 086	20,75	c	
12 963 955	9 706 760	2 161 711	91 461	24 923 887	90,09	31,46	87 079	1 190	27 666 804	34,92	a	IX. Schleswig-Holstein.
5 266 197	7 723 032	699 880	73 428	13 762 537	92,60	18,13	—	—	14 862 042	19,58	b	
18 230 152	17 429 792	2 861 591	164 889	38 686 424	90,97	24,94	87 079	1 190	42 528 846	27,41	c	
18 503 442	8 413 065	3 872 890	152 353	30 941 750	90,19	26,22	48 509	3 170	34 308 163	29,07	a	X. Hannover.
10 741 370	10 634 205	1 444 709	200 603	23 020 887	96,69	13,28	—	—	23 808 344	13,73	b	
29 244 812	19 047 270	5 317 599	352 956	53 962 637	92,85	18,52	48 509	3 170	58 116 507	19,94	c	
33 630 814	12 268 173	8 400 233	302 335	54 601 555	92,02	28,84	61 596	6 070	59 334 770	31,34	a	XI. Westfalen.
23 228 080	11 909 375	6 497 329	210 063	41 844 847	94,61	18,00	—	—	44 230 978	19,03	b	
56 858 894	24 177 548	14 897 562	512 398	96 446 402	93,13	22,87	61 596	6 070	103 565 748	24,55	c	
26 590 126	10 654 626	4 390 755	159 487	41 794 994	88,43	37,35	95 318	3 580	47 265 918	42,24	a	XII. Hessen-Nassau.
4 697 499	4 242 261	591 509	112 982	9 644 251	90,85	8,52	—	—	10 615 283	9,38	b	
31 287 625	14 896 887	4 982 264	272 469	51 439 245	88,87	22,86	95 318	3 580	57 881 201	25,72	c	
83 553 625	29 862 657	18 594 985	577 410	132 588 677	89,84	32,99	354 326	4 430	147 575 296	36,71	a	XIII. Rheinprovinz.
27 994 412	16 767 058	6 760 147	262 567	51 784 184	93,37	16,08	—	—	55 462 090	17,22	b	
111 548 037	46 629 715	25 355 132	839 977	184 372 861	90,81	25,47	354 326	4 430	203 037 386	28,05	c	
140 343	23 888	50 088	—	214 319	92,10	20,50	—	—	232 697	22,25	a	XIV. Hohenzollernsche Lande.
197 841	328 908	75 101	—	601 850	96,12	9,78	—	—	626 112	10,17	b	
338 184	352 796	125 189	—	816 169	95,03	11,34	—	—	858 809	11,93	c	
6 300 289	3 621 613	1 118 947	80 494	11 121 343	88,42	27,88	21 321	440	12 578 196	31,54	a	C. Regierungsbezirke.
1 031 371	1 856 996	98 084	35 874	3 022 325	95,97	8,53	—	—	3 149 358	9,20	b	
7 331 660	5 478 609	1 217 031	116 368	14 143 668	89,93	19,08	21 321	440	15 727 554	21,22	c	
1 642 477	810 905	280 967	20 253	2 754 602	91,87	21,57	—	520	2 998 427	23,48	a	1. Königsberg.
1 207 679	1 886 655	103 932	35 784	3 234 050	97,30	8,15	—	—	3 323 632	8,37	b	
2 850 156	2 697 560	384 899	56 037	5 988 652	94,73	11,42	—	520	6 322 059	12,05	c	

einzelne Gemeinden gezählt worden, da sie selbständig Steuern erheben.

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern										
Regierungsbezirke.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)			
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a) %	auf 1 Ein- woh- ner	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Noch: C. Regierungsbezirke.														
3. Allenstein	a	23	134 710	6,75	79 202	33 206	19 903	66 398	21 557	22 745	—	243 011	10,37	1,80
	b	1 186	344 782	2,12	57 055	8 637	—	2 573	875	941	—	70 081	3,50	0,20
	c	1 209	479 492	3,42	136 257	41 843	19 903	68 971	22 432	23 686	—	313 092	7,21	0,65
4. Danzig	a	13	318 963	11,02	351 712	53 994	39 299	139 320	155 109	59 172	—	798 606	8,55	2,50
	b	769	359 098	3,86	76 260	40 541	880	10 646	4 531	7 107	—	139 965	3,60	0,39
	c	782	678 061	7,23	427 972	94 535	40 179	149 966	159 640	66 279	—	938 571	7,09	1,88
5. Marienwerder	a	44	280 297	7,43	195 980	17 272	21 150	102 948	66 708	42 290	—	446 348	8,41	1,59
	b	1 278	514 768	3,03	107 080	18 566	1 400	4 158	4 189	7 490	4	142 887	3,51	0,28
	c	1 322	795 065	4,58	303 060	35 838	22 550	107 106	70 897	49 780	4	589 235	6,28	0,74
6. Potsdam	a	77	1 557 783	21,59	3 849 092	1 411 318	80 555	574 195	227 637	765 644	306	6 908 747	12,91	4,43
	b	1 472	1 231 553	14,91	3 184 141	1 210 096	11 920	480 786	153 454	444 252	433	5 485 082	15,61	4,45
	c	1 549	2 789 336	18,64	7 033 233	2 621 414	92 475	1 054 981	381 091	1 209 896	739	12 393 829	13,98	4,44
7. Frankfurt	a	65	522 086	10,98	310 497	135 215	57 940	163 150	154 149	118 896	—	939 847	7,86	1,80
	b	1 621	593 908	5,07	92 173	5 175	15	9 675	36 263	11 171	—	154 472	3,47	0,26
	c	1 686	1 115 994	7,84	402 670	140 390	57 955	172 825	190 412	130 067	—	1 094 319	6,67	0,98
8. Stettin	a	36	450 973	12,32	375 865	32 849	55 108	188 185	131 955	102 783	—	886 745	7,25	1,97
	b	976	306 188	5,91	43 123	34 185	—	4 568	13 022	11 980	—	106 878	3,71	0,35
	c	1 012	757 161	9,73	418 988	67 034	55 108	192 753	144 977	114 763	—	993 623	6,57	1,31
9. Köslin	a	23	196 305	8,08	105 012	25 528	10 180	53 508	23 087	30 210	256	247 781	6,71	1,26
	b	922	254 053	3,18	23 322	2 083	—	130	2 436	1 272	—	29 243	2,01	0,12
	c	945	450 358	5,32	128 334	27 611	10 180	53 638	25 523	31 482	256	277 024	5,38	0,62
10. Stralsund.	a	14	100 902	9,33	66 468	8 377	12 582	37 478	20 887	19 828	60	165 680	8,19	1,64
	b	194	56 460	6,25	13 165	65	—	4 229	4 549	6 079	—	28 087	4,49	0,50
	c	208	157 362	8,22	79 633	8 442	12 582	41 707	25 436	25 907	60	193 767	7,82	1,23
11. Posen	a	84	467 233	9,84	326 629	72 124	1 743	168 017	116 038	72 073	105	756 729	8,27	1,62
	b	1 951	631 547	2,47	21 544	9 158	—	1 371	2 325	15 672	—	50 070	2,53	0,08
	c	2 035	1 098 780	5,39	348 173	81 282	1 743	169 388	118 363	87 745	105	806 799	7,24	0,73
12. Bromberg	a	45	265 513	8,71	245 144	47 789	12 850	73 406	72 394	42 848	—	494 431	9,33	1,86
	b	1 191	357 005	3,38	37 867	9 032	—	3 651	3 531	6 888	—	60 969	3,83	0,17
	c	1 236	622 518	5,66	283 011	56 821	12 850	77 057	75 925	49 736	—	555 400	8,06	0,89
13. Breslau	a	55	838 599	15,87	856 620	311 596	10 103	413 900	498 339	213 127	—	2 303 685	8,87	2,75
	b	2 076	864 542	5,43	217 296	32 064	250	45 191	66 459	59 441	179	420 880	5,17	0,49
	c	2 131	1 703 141	10,57	1 073 916	343 660	10 353	459 091	564 798	272 568	179	2 724 565	7,99	1,60
14. Liegnitz	a	49	427 475	12,37	292 883	55 037	30 770	165 109	124 362	100 782	—	768 943	8,18	1,80
	b	1 504	667 462	5,12	268 979	23 585	35	49 206	38 425	59 644	—	439 874	7,70	0,66
	c	1 553	1 094 937	7,95	561 862	78 622	30 805	214 315	162 787	160 426	—	1 208 817	8,00	1,10
15. Oppeln	a	46	566 766	10,11	417 135	109 274	61 427	252 489	111 916	76 018	—	1 028 259	7,13	1,81
	b	1 477	1 465 869	4,43	282 868	61 472	7 630	137 033	71 069	30 822	13	590 907	3,89	0,40
	c	1 523	2 032 635	6,02	700 003	170 746	69 057	389 522	182 985	106 840	13	1 619 166	5,47	0,80
16. Magdeburg.	a	48	675 324	15,40	503 136	163 173	19 723	360 542	370 831	164 746	1 055	1 583 206	7,45	2,34
	b	967	523 991	9,47	74 165	11 825	2 560	89 985	59 000	57 039	2	294 576	3,81	0,56
	c	1 015	1 199 315	12,81	577 301	174 998	22 283	450 527	429 831	221 785	1 057	1 877 782	6,48	1,57
17. Merseburg	a	71	585 680	13,17	428 303	117 985	40 150	344 678	258 733	140 872	43	1 330 764	8,68	2,27
	b	1 573	672 362	8,04	159 080	26 588	98	97 176	75 977	71 348	224	430 491	5,59	0,64
	c	1 644	1 258 042	10,43	587 383	144 573	40 248	441 854	334 710	212 220	267	1 761 255	7,65	1,40
18. Erfurt	a	23	276 644	14,41	295 117	199 678	3 725	161 672	85 525	81 481	19 491	846 689	10,65	3,06
	b	406	255 815	5,48	54 457	1 098	289	85 017	20 477	11 508	541	173 387	8,36	0,68
	c	429	532 459	10,12	349 574	200 776	4 014	246 689	106 002	92 989	20 032	1 020 076	10,18	1,92
19. Schleswig	a	56	792 273	14,07	1 133 614	488 632	154 050	70 951	517 097	282 234	8 070	2 654 648	9,60	3,35
	b	1 936	759 078	9,89	802 942	121 083	3 584	5 665	104 072	62 159	—	1 099 505	7,40	1,45
	c	1 992	1 551 351	12,02	1 936 556	609 715	157 634	76 616	621 169	344 393	8 070	3 754 153	8,83	2,42

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21
Noch: C. Regierungsbezirke.											
1 228 816 741 553 1 970 369	624 203 1 109 119 1 733 322	222 941 54 857 277 798	23 299 26 205 49 504	2 099 259 1 931 734 4 030 993	89,60 96,50 92,78	15,58 5,60 8,41	— — —	720 — 720	2 342 990 2 001 815 4 344 805	17,89 5,81 9,06	a) b) c) 3. Allenstein.
4 954 138 1 358 003 6 312 141	2 570 653 2 200 817 4 771 470	916 168 140 769 1 056 937	50 236 44 490 94 726	8 491 195 3 744 079 12 235 274	90,86 96,40 92,48	26,62 10,43 18,04	55 388 — 55 388	610 — 610	9 345 799 3 884 044 13 229 843	29,30 10,82 19,51	a) b) c) 4. Danzig.
2 806 673 1 503 650 4 310 323	1 501 646 2 275 339 3 776 985	513 015 131 520 644 535	36 750 20 516 57 266	4 858 084 3 931 025 8 789 109	91,48 96,49 93,66	17,33 7,64 11,05	5 500 — 5 500	320 — 320	5 310 252 4 073 912 9 384 164	18,95 7,91 11,80	a) b) c) 5. Marienwerder.
25 498 827 13 149 177 38 648 004	17 091 651 14 411 899 31 503 550	3 548 339 1 985 790 5 534 129	186 062 105 831 291 893	46 324 879 29 652 697 75 977 576	86,55 84,39 85,69	29,74 24,08 27,24	289 266 — 289 266	1 780 — 1 780	53 524 672 35 137 779 88 662 451	34,36 28,53 31,79	a) b) c) 6. Potsdam.
6 699 943 1 954 134 8 654 077	2 870 714 2 027 223 4 897 937	1 383 478 271 385 1 654 863	66 836 47 553 114 389	11 020 971 4 300 295 15 321 266	92,13 96,53 93,32	21,11 7,24 13,73	— — —	1 790 — 1 790	11 962 608 4 454 767 16 417 375	22,91 7,50 14,71	a) b) c) 7. Frankfurt.
6 567 722 1 209 879 7 777 601	3 585 608 1 336 868 4 922 476	1 123 149 199 512 1 322 661	68 729 28 697 97 426	11 345 208 2 774 956 14 120 164	92,75 96,29 93,43	25,16 9,06 18,65	— — —	— — —	12 231 953 2 881 834 15 113 787	27,12 9,41 19,96	a) b) c) 8. Stettin.
2 036 192 568 045 2 604 237	1 018 677 801 973 1 820 650	365 808 38 469 404 277	21 686 16 657 38 343	3 442 363 1 425 144 4 867 507	93,27 97,99 94,61	17,54 5,61 10,81	— — —	480 — 480	3 690 624 1 454 387 5 145 011	18,80 5,72 11,42	a) b) c) 9. Köslin.
1 084 771 235 160 1 319 931	572 449 290 699 862 548	186 677 60 939 247 616	12 395 11 321 23 716	1 856 292 597 519 2 453 811	91,80 95,51 92,63	18,40 10,58 15,59	— — —	40 — 40	2 022 012 625 606 2 647 618	20,04 11,08 16,83	a) b) c) 10. Stralsund.
4 649 510 844 075 5 493 585	2 850 633 1 029 828 3 880 461	804 225 49 804 854 029	75 631 15 862 91 493	8 379 999 1 939 569 10 319 568	91,60 97,48 92,65	17,94 3,07 9,39	11 328 — 11 328	605 — 605	9 148 661 1 989 639 11 138 300	19,58 3,15 10,14	a) b) c) 11. Posen.
2 678 958 656 776 3 335 734	1 478 510 797 788 2 276 298	595 467 62 047 657 514	49 348 14 741 64 089	4 802 283 1 531 352 6 333 635	90,66 96,17 91,93	18,00 4,29 10,17	— — —	240 — 240	5 296 954 1 592 321 6 889 275	19,95 4,46 11,07	a) b) c) 12. Bromberg.
14 281 840 3 660 482 17 942 322	6 476 752 3 406 729 9 883 481	2 781 239 577 383 3 358 622	108 733 67 368 176 101	23 648 564 7 711 962 31 360 526	91,09 94,80 91,95	28,20 8,92 18,41	7 640 2 248 9 888	1 180 — 1 180	25 961 069 8 135 090 34 096 159	30,96 9,41 20,02	a) b) c) 13. Breslau.
5 273 944 2 488 128 7 762 072	2 237 732 2 391 104 4 628 836	1 072 920 343 019 1 415 939	40 053 48 496 88 549	8 624 649 5 270 747 13 895 396	91,74 92,30 91,95	20,18 7,90 12,69	5 894 — 5 894	1 690 — 1 690	9 401 176 5 710 621 15 111 797	21,99 8,56 13,80	a) b) c) 14. Liegnitz.
7 956 723 7 849 391 15 806 114	3 215 379 4 807 380 8 022 759	2 102 965 1 837 614 3 940 579	82 225 68 263 150 488	13 357 292 14 562 648 27 919 940	92,66 95,84 94,29	23,57 9,93 13,74	28 576 41 527 70 103	1 780 — 1 780	14 415 907 15 195 082 29 610 989	25,44 10,37 14,57	a) b) c) 15. Oppeln.
12 040 510 3 585 718 15 626 228	5 144 251 3 329 065 8 473 316	2 385 834 483 840 2 869 674	89 179 40 708 129 887	19 659 774 7 439 331 27 099 105	92,52 95,19 93,50	29,11 14,20 22,60	4 734 — 4 734	1 570 — 1 570	21 249 284 7 733 907 28 983 191	31,47 14,76 24,17	a) b) c) 16. Magdeburg.
8 551 870 3 434 164 11 986 034	3 577 475 3 281 141 6 858 616	1 815 936 507 048 2 322 984	42 506 37 661 80 167	13 987 787 7 260 014 21 247 801	91,25 94,35 92,23	23,88 10,80 16,89	8 247 4 429 12 676	2 400 — 2 400	15 329 198 7 694 934 23 024 132	26,17 11,44 18,30	a) b) c) 17. Merseburg.
4 341 730 907 520 5 249 250	1 852 431 835 152 2 687 583	863 665 143 631 1 007 296	27 600 15 227 42 827	7 085 426 1 901 530 8 986 956	89,15 91,64 89,67	25,61 7,43 16,83	14 571 — 14 571	1 160 — 1 160	7 947 846 2 074 917 10 022 763	28,73 8,11 18,82	a) b) c) 18. Erfurt.
12 963 955 5 266 197 18 230 152	9 706 760 7 723 032 17 429 792	2 161 711 699 880 2 861 591	91 461 73 428 164 889	24 923 887 13 762 537 38 686 424	90,09 92,60 90,97	31,46 18,13 24,94	87 079 — 87 079	1 190 — 1 190	27 666 804 14 862 042 42 528 846	34,92 19,58 27,41	a) b) c) 19. Schleswig.

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern										
Regierungsbezirke.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)			
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Noch: C. Regierungsbezirke.														
20. Hannover	a	33	462 159	18,32	517 671	270 209	88 942	340 723	233 841	120 778	—	1 572 164	10,74	3,40
	b	539	283 594	7,24	68 383	4 192	68	24 970	25 959	8 788	—	132 360	3,45	0,47
	c	572	745 753	14,11	586 054	274 401	89 010	365 693	259 800	129 566	—	1 704 524	9,23	2,29
21. Hildesheim	a	30	232 599	13,09	231 376	140 079	29 561	110 741	98 577	58 063	20 560	688 957	10,52	2,96
	b	601	316 887	9,31	61 665	6 289	226	20 980	17 868	18 944	7	125 979	2,55	0,40
	c	631	549 486	10,91	293 041	146 368	29 787	131 721	116 445	77 007	20 567	814 936	7,10	1,48
22. Lüneburg	a	15	169 018	15,64	172 989	32 296	37 103	90 877	59 800	46 532	168	439 765	8,22	2,80
	b	1 315	372 540	8,07	139 237	45 724	4 947	29 148	44 018	26 318	1	289 393	4,92	0,78
	c	1 330	541 558	10,43	312 226	78 020	42 050	120 025	103 818	72 850	169	729 158	6,49	1,35
23. Stade	a	14	110 115	11,09	59 020	15 505	480	27 763	25 802	18 023	—	146 593	5,82	1,33
	b	691	318 122	7,71	47 882	16 364	140	1 511	30 222	19 550	300	115 969	2,51	0,36
	c	705	428 237	8,58	106 902	31 869	620	29 274	56 024	37 573	300	262 562	3,67	0,61
24. Osnabrück	a	14	115 992	12,22	50 836	32 582	8 580	99 037	30 335	22 832	3 992	248 194	8,22	2,14
	b	534	259 405	5,09	12 781	4 187	1 018	990	6 932	8 414	—	34 322	1,87	0,13
	c	548	375 397	7,29	63 617	36 769	9 598	100 027	37 267	31 246	3 992	282 516	5,11	0,75
25. Aurich	a	7	90 203	10,59	46 380	10 109	9 858	63 173	34 770	21 710	33 061	219 061	9,79	2,43
	b	315	183 237	8,11	34 761	6 953	15	8 969	17 007	21 729	—	89 434	4,42	0,49
	c	322	273 440	8,93	81 141	17 062	9 873	72 142	51 777	43 439	33 061	308 495	7,24	1,13
26. Münster	a	29	375 041	11,31	273 924	109 662	35 035	132 963	103 036	87 417	—	742 037	7,22	1,98
	b	245	651 393	7,53	390 148	36 829	5 300	140 863	85 405	86 733	—	745 278	5,83	1,14
	c	274	1 026 434	8,92	664 072	146 491	40 335	273 826	188 441	174 150	—	1 487 315	6,45	1,45
27. Minden	a	29	267 559	13,77	184 910	82 576	19 449	10 964	53 005	71 006	—	421 910	5,41	1,58
	b	458	472 847	5,35	91 896	6 996	—	7 006	26 137	16 170	2 650	150 855	2,63	0,82
	c	487	740 406	8,39	276 806	89 572	19 449	17 970	79 142	87 176	2 650	572 765	4,23	0,77
28. Arnsberg	a	51	1 250 758	13,11	1 379 118	757 124	124 288	460 020	512 884	266 886	1 282	3 501 602	8,49	2,80
	b	758	1 200 245	8,18	757 284	77 622	3 684	331 758	165 213	154 183	254	1 489 998	5,80	1,24
	c	809	2 451 003	10,70	2 136 402	834 746	127 972	791 778	678 097	421 069	1 536	4 991 600	7,46	2,04
29. Cassel	a	64	393 698	15,35	256 111	51 229	43 562	372 874	70 308	110 016	237 546	1 141 646	10,86	2,90
	b	1 323	609 406	5,70	133 348	84 586	4 250	176 193	36 121	61 331	118 450	614 279	11,11	1,01
	c	1 387	1 003 104	9,49	389 459	135 815	47 812	549 067	106 429	171 347	355 996	1 755 925	10,95	1,75
30. Wiesbaden	a	39	725 416	32,27	2 583 226	122 658	78 180	363 654	420 585	326 293	335 784	4 230 380	11,51	5,83
	b	880	522 064	6,17	114 199	45 391	1 009	70 344	51 834	56 530	17 446	356 753	7,02	0,68
	c	919	1 247 480	21,34	2 697 425	168 049	79 189	433 998	472 419	382 823	353 230	4 587 133	10,96	3,68
31. Coblenz	a	26	212 528	15,09	203 178	23 830	19 860	122 621	120 490	53 139	182	543 300	9,16	2,56
	b	1 012	544 673	5,97	120 057	3 771	—	70 947	92 051	46 157	—	332 983	5,19	0,61
	c	1 038	757 201	8,53	323 235	27 601	19 860	193 568	212 541	99 296	182	876 283	7,10	1,16
32. Düsseldorf	a	64	2 517 391	16,51	3 507 853	1 288 583	315 815	1 468 150	1 902 385	631 168	20 666	9 194 620	9,93	3,63
	b	325	967 749	10,84	777 956	250 848	—	294 488	249 589	165 473	4 190	1 742 544	7,98	1,80
	c	389	3 485 140	14,94	4 285 809	1 539 431	315 815	1 762 638	2 151 974	796 641	24 856	10 877 164	9,48	3,12
33. Köln	a	15	802 612	21,15	1 546 970	493 027	17 904	422 698	760 772	284 537	—	3 525 908	11,23	4,39
	b	271	496 513	9,12	364 761	75 315	2 800	92 832	147 564	84 038	1 389	768 699	8,91	1,55
	c	286	1 299 125	16,55	1 911 731	568 342	20 704	515 530	908 336	368 575	1 389	4 294 607	10,73	3,31
34. Trier	a	13	212 862	14,34	143 414	149 608	39 227	169 414	148 029	69 628	19 294	738 614	10,86	3,47
	b	1 101	791 630	6,56	72 491	8 128	124	319 323	109 842	94 525	12 147	616 580	4,76	0,78
	c	1 114	1 004 492	8,21	215 905	157 736	39 351	488 737	257 871	164 153	31 441	1 355 194	6,86	1,35
35. Aachen	a	15	274 269	19,04	154 635	35 578	16 359	108 288	161 158	71 829	137 574	685 421	6,53	2,50
	b	373	419 341	7,85	78 633	4 744	—	3 623	77 080	53 020	—	217 100	3,85	0,52
	c	388	693 610	11,97	233 268	40 322	16 359	111 911	238 238	124 849	137 574	902 521	5,59	1,30
36. Sigmaringen	a	2	10 457	12,73	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	7,90	1,76
	b	122	61 539	6,47	35	—	—	13 341	900	9 986	—	24 262	3,88	0,39
	c	124	71 996	7,98	2 931	11	—	23 252	1 756	14 690	—	42 640	4,97	0,59

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner		
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner						
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	r
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b		
												Noch: C. Regierungsbezirke.
7 436 517	3 821 752	1 695 130	67 722	13 021 121	88,99	28,17	38 957	440	14 632 682	31,66	a)	20. Hannover.
1 696 931	1 700 195	214 828	31 549	3 703 503	96,55	13,06	—	—	3 835 863	13,53	b)	
9 133 448	5 581 947	1 909 958	99 271	16 724 624	90,56	22,43	38 957	440	18 468 545	24,76	c)	
3 498 342	1 617 325	718 816	24 779	5 859 262	89,46	25,19	—	1 250	6 549 469	28,16	a)	21. Hildesheim.
2 309 259	2 143 151	322 431	32 254	4 807 095	97,45	13,17	—	—	4 933 074	13,57	b)	
5 807 601	3 760 476	1 041 247	57 033	10 666 357	92,89	19,41	—	1 250	11 482 543	20,90	c)	
3 134 541	1 020 396	728 198	20 791	4 898 926	91,59	28,98	9 552	480	5 348 723	31,65	a)	22. Lüneburg.
2 762 640	2 475 447	310 421	40 143	5 588 651	95,08	15,00	—	—	5 878 044	15,78	b)	
5 897 181	3 495 843	1 033 619	60 934	10 487 577	93,42	19,37	9 552	480	11 226 767	20,73	c)	
1 383 503	738 874	240 479	9 752	2 372 608	94,17	21,55	—	200	2 519 401	22,88	a)	23. Stade.
2 106 743	1 980 348	383 742	42 666	4 513 499	97,49	14,19	—	—	4 629 468	14,55	b)	
3 490 246	2 719 222	624 221	52 418	6 886 107	96,32	16,08	—	200	7 148 869	16,69	c)	
1 802 408	659 305	290 725	19 292	2 771 730	91,77	23,90	—	480	3 020 404	26,94	a)	24. Osnabrück.
1 095 774	1 217 240	123 947	36 436	2 473 397	98,63	9,53	—	—	2 507 719	9,67	b)	
2 898 182	1 876 545	414 672	55 728	5 245 127	94,88	13,97	—	480	5 528 123	14,73	c)	
1 248 131	555 413	204 542	10 017	2 018 103	90,20	22,37	—	320	2 237 484	24,80	a)	25. Aurich.
770 023	1 057 824	89 340	17 555	1 934 742	95,58	10,56	—	—	2 024 176	11,05	b)	
2 018 154	1 613 237	293 882	27 572	3 952 845	92,75	14,46	—	320	4 261 660	15,59	c)	
5 676 992	2 155 930	1 664 097	40 005	9 537 024	92,78	25,43	—	640	10 279 701	27,41	a)	26. Münster.
5 957 511	3 768 583	2 247 500	67 851	12 041 445	94,17	18,49	—	—	12 786 723	19,63	b)	
11 634 503	5 924 513	3 911 597	107 856	21 578 469	93,55	21,02	—	640	23 066 424	22,47	c)	
4 624 049	1 825 161	894 674	36 919	7 380 803	94,58	27,59	—	1 110	7 803 823	29,17	a)	27. Minden.
2 837 650	2 407 457	297 450	49 409	5 591 966	97,37	11,83	—	—	5 742 821	12,15	b)	
7 461 699	4 232 618	1 192 124	86 328	12 972 769	95,76	17,52	—	1 110	13 546 644	18,30	c)	
23 329 773	8 287 082	5 841 462	225 411	37 683 728	91,35	30,13	61 596	4 320	41 251 246	32,98	a)	28. Arnsberg.
14 432 919	5 733 335	3 952 379	92 803	24 211 436	94,20	20,17	—	—	25 701 434	21,41	b)	
37 762 692	14 020 417	9 793 841	318 214	61 895 164	92,45	25,25	61 596	4 320	66 952 680	27,32	c)	
5 634 071	2 601 483	1 073 031	54 471	9 363 056	89,08	23,78	4 957	920	10 510 579	26,70	a)	29. Cassel.
2 401 413	2 194 403	257 421	62 283	4 915 520	88,99	8,07	—	—	5 529 799	9,07	b)	
8 035 484	4 795 886	1 330 452	116 754	14 278 576	89,02	14,23	4 957	920	16 040 378	15,99	c)	
20 956 055	8 053 143	3 317 724	105 016	32 431 938	88,24	44,71	90 361	2 660	36 755 339	50,67	a)	30. Wiesbaden.
2 296 086	2 047 858	334 088	50 699	4 728 731	92,98	9,06	—	—	5 085 484	9,74	b)	
23 252 141	10 101 001	3 651 812	155 715	37 160 669	88,51	29,79	90 361	2 660	41 840 823	33,54	c)	
3 212 586	1 468 582	653 793	28 969	5 363 930	90,46	25,24	22 527	120	5 929 877	27,90	a)	31. Coblenz.
3 202 708	2 413 693	422 622	40 698	6 079 721	94,81	11,16	—	—	6 412 704	11,77	b)	
6 415 294	3 882 275	1 076 415	69 667	11 443 651	92,72	15,11	22 527	120	12 342 581	16,30	c)	
53 273 296	18 098 008	11 888 513	367 854	83 627 671	89,98	33,22	174 195	2 290	92 938 776	36,92	a)	32. Düsseldorf.
11 689 860	5 322 177	3 005 342	69 537	20 086 916	92,02	20,76	—	—	21 829 460	22,56	b)	
64 963 156	23 420 185	14 893 855	437 391	103 714 587	90,37	29,76	174 195	2 290	114 768 236	32,93	c)	
17 015 336	6 688 746	4 075 591	98 366	27 878 039	88,77	34,73	—	1 790	31 405 737	39,13	a)	33. Cöln.
4 246 006	2 899 807	663 805	47 772	7 857 390	91,09	15,83	—	—	8 626 089	17,37	b)	
21 261 342	9 588 553	4 739 396	146 138	35 735 429	89,27	27,51	—	1 790	40 031 826	30,51	c)	
3 785 966	1 457 336	655 862	49 647	5 948 811	87,45	27,95	114 883	—	6 802 308	31,96	a)	34. Trier.
6 261 812	3 883 367	2 128 480	62 354	12 336 013	95,24	15,58	—	—	12 952 593	16,36	b)	
10 047 778	5 340 703	2 784 342	112 001	18 284 824	92,56	18,20	114 883	—	19 754 901	19,67	c)	
6 266 441	2 149 985	1 321 226	32 574	9 770 226	93,06	35,62	42 721	230	10 498 598	38,28	a)	35. Aachen.
2 594 026	2 248 014	539 898	42 206	5 424 144	96,15	12,93	—	—	5 641 244	13,45	b)	
8 860 467	4 397 999	1 861 124	74 780	15 194 370	94,14	21,91	42 721	230	16 139 842	23,27	c)	
140 343	23 888	50 088	—	214 319	92,10	20,50	—	—	232 697	22,25	a)	36. Sigmaringen.
197 841	328 908	75 101	—	601 850	96,12	9,78	—	—	626 112	10,17	b)	
338 184	352 796	125 189	—	816 169	95,08	11,34	—	—	858 809	11,93	c)	

(Noch: Tab. 1.)														
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern								zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Provinz														
I. Regierungsbezirk														
1. Braunsberg	a 4	25 661	5,56	13 412	441	—	9 938	2 051	2 070	—	27 912	8,09	1,09	
	b 113	25 472	3,72	9 513	100	—	—	9	—	—	9 622	4,51	0,38	
	c 117	51 133	4,65	22 925	541	—	9 938	2 060	2 070	—	37 534	6,72	0,73	
2. Fischhausen	a 2	9 533	6,25	2 536	—	1 362	5 408	901	1 093	—	11 300	6,54	1,19	
	b 139	28 273	5,70	8 445	1 319	25	7 510	538	1 596	—	19 433	4,81	0,69	
	c 141	37 806	5,84	10 981	1 319	1 387	12 918	1 439	2 689	—	30 733	5,33	0,81	
3. Friedland	a 4	14 604	6,40	10 984	1 764	—	8 235	2 405	1 786	—	25 174	10,57	1,72	
	b 69	10 913	4,02	—	—	—	—	2	26	—	28	0,03	0,008	
	c 73	25 517	5,39	10 984	1 764	—	8 235	2 407	1 812	—	25 202	7,47	0,99	
4. Gerdauen	a 2	5 237	6,50	4 665	771	—	2 811	331	546	—	9 124	10,83	1,74	
	b 77	14 706	3,97	—	—	—	956	—	—	—	956	0,67	0,07	
	c 79	19 943	4,63	4 665	771	—	3 767	331	546	—	10 080	4,44	0,51	
5. Heiligenbeil	a 2	8 392	6,58	7 663	9	—	5 011	527	1 249	—	14 459	9,29	1,72	
	b 109	21 832	3,82	895	—	—	2 470	56	123	—	3 544	1,91	0,16	
	c 111	30 224	4,58	8 558	9	—	7 481	583	1 372	—	18 003	5,27	0,60	
6. Heilsberg	a 2	11 036	6,74	8 978	—	755	6 702	935	1 589	—	18 959	9,16	1,72	
	b 112	37 080	3,38	24 632	—	—	—	42	—	—	24 674	7,93	0,67	
	c 114	48 116	4,15	33 610	—	755	6 702	977	1 589	—	43 633	8,42	0,91	
7. Königsberg i. Pr., Stadt	a 1	247 565	14,57	622 363	98 748	20 570	151 655	233 797	59 225	—	1 186 358	12,08	4,79	
8. Königsberg i. Pr., Land	b 120	28 447	5,45	20 284	2 065	15	8 030	170	466	—	31 030	9,60	1,09	
9. Labiau	a 1	4 463	6,64	5 537	159	—	2 307	623	652	—	9 278	10,02	2,08	
	b 141	30 853	3,23	15	—	—	5 155	60	48	—	5 278	2,52	0,17	
	c 142	35 316	3,66	5 552	159	—	7 462	683	700	—	14 556	4,81	0,41	
10. Memel	a 1	21 685	10,28	23 769	164	—	10 404	7 581	2 137	—	44 055	7,80	2,03	
	b 207	35 361	3,02	4 742	—	—	3 373	406	196	—	8 717	3,84	0,25	
	c 208	57 046	5,78	28 511	164	—	13 777	7 987	2 333	—	52 772	6,66	0,93	
11. Mohrungen	a 3	8 652	6,79	9 937	729	370	3 827	761	1 009	—	16 633	10,46	1,92	
	b 112	27 309	3,02	350	754	—	294	223	207	—	1 828	0,82	0,07	
	c 115	35 961	3,93	10 287	1 483	370	4 121	984	1 216	—	18 461	4,85	0,51	
12. Preußisch Eylau	a 3	7 318	5,76	6 707	754	—	3 811	653	654	—	12 579	11,06	1,72	
	b 119	24 150	3,86	3 550	89	124	715	—	8	—	4 486	2,07	0,19	
	c 122	31 468	4,07	10 257	843	124	4 526	653	662	—	17 065	5,16	0,54	
13. Preußisch Holland . . .	a 2	6 988	6,70	6 612	362	—	2 524	377	616	—	10 491	7,74	1,50	
	b 85	19 935	4,60	1 570	345	—	334	32	293	—	2 574	1,07	0,13	
	c 87	26 923	5,14	8 182	707	—	2 858	409	909	—	13 065	3,47	0,49	
14. Rastenburg	a 3	14 684	6,48	12 862	1 215	1 795	6 643	3 170	1 776	—	27 461	10,39	1,87	
	b 67	17 067	4,32	8 645	128	80	—	90	79	—	9 022	5,41	0,53	
	c 70	31 751	5,32	21 507	1 343	1 875	6 643	3 260	1 855	—	36 483	8,46	1,15	
15. Wehlau	a 3	13 038	5,99	10 777	278	—	6 870	1 793	1 591	—	21 309	9,38	1,63	
	b 118	20 968	3,51	4 162	—	—	1 549	29	101	—	5 841	3,13	0,28	
	c 121	34 006	4,46	14 939	278	—	8 419	1 822	1 692	—	27 150	6,56	0,90	
II. Regierungsbezirk														
1. Angerburg	a 1	5 971	5,50	2 411	—	—	2 412	1 238	1 014	—	7 075	6,68	1,18	
	b 72	23 254	2,96	1 770	—	—	1 211	284	—	—	3 265	1,88	0,14	
	c 73	29 225	3,47	4 181	—	—	3 623	1 522	1 014	—	10 340	3,69	0,35	
2. Darkehmen	a 1	3 585	5,92	3 164	—	—	2 052	652	698	—	6 566	13,54	1,83	
	b 148	17 295	3,64	12	81	—	480	30	150	—	753	0,63	0,04	
	c 149	20 880	4,03	3 176	81	—	2 532	682	848	—	7 319	4,43	0,35	
3. Goldap	a 1	9 552	4,95	3 190	—	—	4 602	1 008	1 769	—	10 569	7,63	1,11	
	b 174	30 723	2,10	110	—	—	420	467	52	—	1 049	0,67	0,03	
	c 175	40 275	2,78	3 300	—	—	5 022	1 475	1 821	—	11 618	3,93	0,29	
4. Gumbinnen	a 1	14 789	8,41	11 214	—	—	9 456	3 853	3 968	—	28 491	8,86	1,93	
	b 160	29 918	3,32	935	—	—	1 176	—	163	—	2 274	1,04	0,08	
	c 161	44 707	5,00	12 149	—	—	10 632	3 853	4 131	—	30 765	5,70	0,69	
5. Heydekrug	b 153	37 469	3,30	10 568	—	—	4 244	204	821	—	15 837	4,66	0,42	

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Ostpreußen.**Königsberg.**

174 856	107 306	31 527	3 966	317 155	91,88	12,36	—	120	345 187	13,45	a)	1. Braunsberg.
64 238	136 426	1 596	1 352	203 612	95,49	7,99	—	—	213 234	8,37	b)	
238 594	243 732	33 123	5 318	520 767	93,26	10,18	—	120	558 421	10,92	c)	
97 713	47 695	14 146	2 028	161 582	93,46	16,95	—	—	172 882	18,14	a)	2. Fischhausen.
130 060	223 384	24 111	7 133	384 688	95,19	13,61	—	—	404 121	14,39	b)	
227 773	271 079	38 257	9 161	546 270	94,67	14,45	—	—	577 003	15,26	c)	
119 029	69 186	21 724	2 914	212 853	89,36	14,57	—	160	238 187	16,31	a)	3. Friedland.
26 844	70 294	1 223	969	99 330	99,97	9,10	—	—	99 358	9,10	b)	
145 873	139 480	22 947	3 883	312 183	92,49	12,23	—	160	337 545	13,23	c)	
39 994	24 757	9 052	1 302	75 105	89,17	14,34	—	—	84 229	16,08	a)	4. Gerdauen.
41 006	96 934	2 308	1 783	142 031	99,33	9,66	—	—	142 987	9,72	b)	
81 000	121 691	11 360	3 085	217 136	95,56	10,89	—	—	227 216	11,39	c)	
76 526	46 598	16 357	1 734	141 215	90,69	16,33	—	40	155 714	18,56	a)	5. Heiligenbeil.
57 286	116 844	5 949	2 129	182 208	98,09	8,35	—	—	185 752	8,51	b)	
133 812	163 442	22 306	3 863	323 423	94,72	10,70	—	40	341 466	11,30	c)	
109 574	63 149	13 833	1 336	187 892	90,82	17,03	—	40	206 891	18,75	a)	6. Heilsberg.
102 468	176 830	4 168	3 083	286 549	92,07	7,78	—	—	311 223	8,39	b)	
212 042	239 979	18 001	4 419	474 441	91,57	9,86	—	40	518 114	10,77	c)	
4 882 947	2 834 445	842 555	50 066	8 610 013	87,70	34,78	21 321	—	9 817 692	39,66	a)	7. Königsberg i. Pr., Stadt.
100 230	173 538	15 344	3 129	292 241	90,40	10,27	—	—	323 271	11,36	b)	8. Königsberg i. Pr., Land.
44 252	27 739	10 066	1 296	83 353	89,98	18,68	—	—	92 631	20,76	a)	9. Labiau.
73 214	119 384	9 272	2 580	204 450	97,48	6,63	—	—	209 728	6,80	b)	
117 466	147 123	19 338	3 876	287 803	95,19	8,15	—	—	302 359	8,56	c)	
328 891	122 300	64 560	5 260	521 011	92,30	24,03	—	—	565 066	26,06	a)	10. Memel.
96 356	109 764	9 972	2 419	218 511	96,16	6,18	—	—	227 228	6,43	b)	
425 247	232 064	74 532	7 679	739 522	93,34	12,36	—	—	792 294	13,89	c)	
76 798	47 785	16 428	1 320	142 331	89,54	16,45	—	—	158 964	18,37	a)	11. Mohrunen.
89 919	120 654	5 877	3 363	219 813	99,18	8,05	—	—	221 641	8,12	b)	
166 717	168 439	22 305	4 683	362 144	95,15	10,07	—	—	380 605	10,58	c)	
51 124	39 451	8 857	1 695	101 127	88,91	13,82	—	40	113 746	15,54	a)	12. Preußisch Eylau.
65 044	141 223	3 758	2 368	212 393	97,93	8,79	—	—	216 879	8,98	b)	
116 168	180 674	12 615	4 063	313 520	94,83	9,96	—	40	330 625	10,51	c)	
63 022	45 777	14 762	1 475	125 036	92,23	17,89	—	40	135 567	19,40	a)	13. Preußisch Holland.
71 744	159 645	4 100	2 373	237 862	98,93	11,93	—	—	240 436	12,06	b)	
134 766	205 422	18 862	3 848	362 898	96,51	13,48	—	40	376 003	13,97	c)	
123 381	78 635	31 538	3 202	236 756	89,61	16,12	—	—	264 217	17,99	a)	14. Rastenburg.
55 504	95 629	5 596	1 044	157 773	94,59	9,24	—	—	166 795	9,77	b)	
178 885	174 264	37 134	4 246	394 529	91,54	12,43	—	—	431 012	13,57	c)	
112 682	66 790	23 542	2 900	205 914	90,62	15,79	—	—	227 223	17,43	a)	15. Wehlau.
57 458	116 447	4 810	2 149	180 864	96,87	8,63	—	—	186 705	8,90	b)	
170 140	183 237	28 352	5 049	386 778	93,44	11,37	—	—	413 928	12,17	c)	

Gumbinnen.

50 345	37 857	9 042	1 595	98 839	93,32	16,55	—	—	105 914	17,74	a)	1. Angerburg.
56 276	108 546	3 628	2 212	170 662	98,12	7,34	—	—	173 927	7,46	b)	
106 621	146 403	12 670	3 807	269 501	96,31	9,22	—	—	279 841	9,58	c)	
22 837	13 518	5 077	500	41 932	86,46	11,70	—	—	48 498	13,53	a)	2. Darkehmen.
41 073	70 444	2 812	1 645	115 974	99,35	6,71	—	—	116 727	6,75	b)	
63 910	83 962	7 889	2 145	157 906	95,57	7,56	—	—	165 225	7,91	c)	
68 929	45 560	12 800	605	127 894	92,37	13,39	—	—	138 463	14,50	a)	3. Goldap.
57 466	94 286	2 822	1 315	155 889	99,33	5,07	—	—	156 938	5,11	b)	
126 395	139 846	15 622	1 920	283 783	96,07	7,05	—	—	295 401	7,33	c)	
184 718	79 871	27 112	1 177	292 878	91,09	19,80	—	160	321 529	21,74	a)	4. Gumbinnen.
72 201	138 674	3 439	2 008	216 322	98,96	7,23	—	—	218 596	7,31	b)	
256 919	218 545	30 551	3 185	509 200	94,27	11,39	—	160	540 125	12,08	c)	
127 571	176 544	15 532	4 018	323 665	95,34	8,64	—	—	339 502	9,06	b)	5. Heydekrug.

(Noch: Tab. 1.)													
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schan- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- santen Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: II. Regierungsbezirk													
6. Insterburg, Stadt	a 1	32 307	9,12	42 077	4 208	6 122	15 130	—	5 609	—	73 146	9,78	2,26
7. Insterburg, Land	b 235	33 783	3,47	—	—	—	4 201	20	—	—	4 221	1,58	0,12
8. Niederung	b 270	47 879	4,33	1 793	—	—	6 984	550	1 125	—	10 452	2,12	0,22
9. Oletzko	a 1	5 451	8,15	—	521	—	2 784	1 350	787	—	5 442	5,19	1,00
	b 95	28 237	2,52	550	441	—	506	93	449	—	2 039	1,16	0,07
	c 96	33 688	3,43	550	962	—	3 290	1 443	1 236	—	7 481	2,66	0,22
10. Pillkallen	a 2	5 420	7,10	2 014	—	600	3 280	966	1 141	—	8 001	6,55	1,48
	b 242	33 642	3,27	959	381	—	2 077	44	239	—	3 700	1,16	0,11
	c 244	39 062	3,80	2 973	381	600	5 357	1 010	1 380	—	11 701	2,65	0,30
11. Ragnit	a 1	5 944	5,75	2 058	—	—	2 765	238	858	—	5 919	6,00	1,00
	b 300	42 188	3,52	2 331	329	—	6 815	6	113	—	9 594	2,71	0,23
	c 301	48 132	3,80	4 389	329	—	9 580	244	971	—	15 513	3,43	0,32
12. Stallupönen	a 1	5 869	8,91	2 073	1 885	—	4 885	1 997	1 120	—	11 960	9,98	2,01
	b 198	31 135	5,87	961	7	—	2 805	1 007	1 128	—	5 908	1,86	0,19
	c 199	37 004	6,35	3 034	1 892	—	7 690	3 004	2 248	—	17 868	4,07	0,48
13. Tilsit, Stadt	a 1	38 794	11,71	46 197	2 741	10 277	16 830	2 321	7 770	—	86 136	7,24	2,22
14. Tilsit, Land	b 175	41 384	3,65	23 367	724	—	6 358	—	41	—	30 490	7,79	0,74
III. Regierungsbezirk													
1. Allenstein, Stadt	a 1	34 396	7,17	28 207	20 288	12 481	16 702	8 591	7 561	—	93 830	15,16	2,73
2. Allenstein, Land	a 1	4 281	4,92	2 040	245	—	2 923	543	405	—	6 156	13,09	1,44
	b 127	48 302	1,72	—	—	—	—	19	—	—	19	0,01	0,0003
	c 128	52 583	1,98	2 040	245	—	2 923	562	405	—	6 175	2,18	0,12
3. Johannisburg	a 3	8 547	7,07	5 233	—	250	7 247	1 139	1 213	—	15 082	9,56	1,76
	b 160	37 157	1,67	3 932	386	—	243	36	30	—	4 627	2,73	0,12
	c 163	45 704	2,68	9 165	386	250	7 490	1 175	1 243	—	19 709	6,03	0,43
4. Lötzen	a 2	8 608	6,79	4 879	835	800	3 689	1 506	1 700	—	13 409	8,43	1,56
	b 84	28 357	2,36	13 588	2 581	—	892	159	123	—	17 343	8,60	0,61
	c 86	36 965	3,39	18 467	3 416	800	4 581	1 665	1 823	—	30 752	8,63	0,83
5. Lyck	a 1	13 560	7,32	2 961	—	2 725	6 934	1 625	2 909	—	17 154	6,95	1,27
	b 159	37 023	2,63	7 300	231	—	—	438	656	—	8 625	3,41	0,23
	c 160	50 583	3,89	10 261	231	2 725	6 934	2 063	3 565	—	25 779	5,16	0,51
6. Neidenburg	a 2	9 801	8,09	5 710	385	1 030	5 220	1 513	2 033	—	15 891	7,68	1,62
	b 151	40 232	2,41	6 441	3 452	—	833	14	132	—	10 872	3,82	0,27
	c 153	50 033	3,53	12 151	3 837	1 030	6 053	1 527	2 165	—	26 763	5,52	0,53
7. Ortelsburg	a 3	10 143	6,73	8 677	355	—	3 607	1 083	1 132	—	14 854	10,12	1,46
	b 155	53 192	1,82	2 130	—	—	—	—	—	—	2 130	0,90	0,04
	c 158	63 335	2,60	10 807	355	—	3 607	1 083	1 132	—	16 984	4,43	0,27
8. Osterode i. Ostpr.	a 4	20 920	6,93	5 641	11 025	2 617	8 136	3 884	2 981	—	34 284	8,17	1,64
	b 151	35 871	2,30	4 691	—	—	497	200	—	—	5 388	2,45	0,15
	c 155	56 791	4,01	10 332	11 025	2 617	8 633	4 084	2 981	—	39 672	6,20	0,70
9. Rüssel	a 4	15 821	5,53	11 923	73	—	7 308	996	934	—	21 234	9,70	1,34
	b 78	29 451	2,69	11 052	409	—	—	—	—	—	11 461	4,97	0,39
	c 82	45 272	3,68	22 975	482	—	7 308	996	934	—	32 695	7,27	0,72
10. Sensburg	a 2	8 633	4,98	3 931	—	—	4 632	677	1 877	—	11 117	9,15	1,29
	b 121	35 197	1,90	7 921	1 578	—	108	9	—	—	9 616	5,29	0,27
	c 123	43 830	2,50	11 852	1 578	—	4 740	686	1 877	—	20 733	6,84	0,47
Provinz													
IV. Regierungsbezirk													
1. Berent	a 2	10 249	5,21	11 979	593	—	2 954	855	1 339	—	17 720	9,52	1,73
1. Berent	b 113	39 773	1,73	—	838	—	—	87	—	—	925	0,47	0,02
	c 115	50 022	2,44	11 979	1 431	—	2 954	942	1 339	—	18 645	4,86	0,37
2. Danzig, Stadt	a 1	169 308	12,38	207 924	23 590	32 886	85 463	119 732	31 240	—	500 835	8,88	2,96
3. Danziger Höhe	b 43	47 671	4,56	38 932	36 824	860	7 913	1 549	3 285	—	89 363	14,80	1,87

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)							
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Ostpreußen.

Gumbinnen.

389 299	215 599	64 278	5 360	674 536	90,18	20,38	—	320	748 002	23,15	a	6. Insterburg, Stadt.
90 318	164 998	4 733	2 634	262 683	98,42	7,78	—	—	266 904	7,90	b	7. Insterburg, Land.
165 598	291 492	20 327	5 126	482 543	97,89	10,08	—	—	492 995	10,30	b	8. Niederung.
67 164	24 371	7 162	722	99 419	94,81	18,24	—	—	104 861	19,24	a)	9. Oletzko.
69 971	97 607	3 639	3 233	174 450	98,84	6,18	—	—	176 489	6,25	b)	
137 135	121 978	10 801	3 955	273 869	97,34	8,13	—	—	281 350	8,35	c)	
62 037	37 133	13 947	1 120	114 237	93,45	21,08	—	—	122 238	22,55	a)	10. Pillkallen.
95 614	208 453	6 784	4 053	314 904	98,84	9,36	—	—	318 604	9,47	b)	
157 651	245 586	20 731	5 173	429 141	97,35	10,99	—	—	440 842	11,29	c)	
57 858	26 764	7 666	445	92 733	94,00	15,60	—	—	98 652	16,60	a)	11. Ragnit.
141 135	190 251	8 785	3 841	344 012	97,29	8,15	—	—	353 606	8,38	b)	
198 993	217 015	16 451	4 286	436 745	96,57	9,07	—	—	452 258	9,40	c)	
62 648	31 722	13 901	784	109 055	90,69	18,58	—	40	121 055	20,63	a)	12. Stallupönen.
142 250	147 065	20 213	2 479	312 007	98,14	10,02	—	—	317 915	10,21	b)	
204 898	178 787	34 114	3 263	421 062	95,92	11,38	—	40	438 970	11,86	c)	
676 642	298 510	119 982	7 945	1 103 079	92,76	28,43	—	—	1 189 215	30,65	a	13. Tilsit, Stadt.
148 206	198 295	11 218	3 220	360 939	92,21	8,72	—	—	391 429	9,46	b	14. Tilsit, Land.

Allenstein.

316 250	143 759	60 128	4 815	524 952	81,32	15,26	—	120	618 902	17,99	a	1. Allenstein, Stadt.
19 236	15 057	5 966	598	40 857	86,91	9,54	—	—	47 013	10,98	a)	2. Allenstein, Land.
89 974	135 188	4 469	4 167	235 798	99,99	4,88	—	—	235 817	4,88	b)	
109 210	150 245	12 435	4 765	276 655	97,82	5,26	—	—	282 830	5,33	c)	
71 672	43 101	24 688	3 256	142 717	90,44	16,70	—	—	157 799	18,46	a)	3. Johannisburg.
53 773	103 295	3 774	3 848	164 690	97,27	4,43	—	—	169 317	4,56	b)	
125 445	146 396	28 462	7 104	307 407	93,97	6,73	—	—	327 116	7,16	c)	
81 152	48 808	13 975	1 682	145 617	91,55	16,92	—	40	159 066	18,48	a)	4. Lötzen.
62 542	110 159	4 867	2 230	179 798	91,20	6,34	—	—	197 141	6,95	b)	
143 694	158 967	18 842	3 912	325 415	91,36	8,90	—	40	356 207	9,64	c)	
134 715	70 942	21 315	2 220	229 192	93,02	16,90	—	40	246 386	18,17	a)	5. Lyck.
99 797	132 526	8 308	3 546	244 177	96,59	6,60	—	—	252 802	6,83	b)	
234 512	203 468	29 623	5 766	473 369	94,53	9,36	—	40	499 188	9,87	c)	
115 735	54 223	20 209	712	190 879	92,30	19,48	—	40	206 810	21,10	a)	6. Neidenburg.
120 797	132 592	11 657	1 676	266 722	96,08	6,63	—	—	277 594	6,90	b)	
236 532	186 815	31 866	2 388	457 601	94,17	9,15	—	40	484 404	9,68	c)	
80 284	35 220	15 300	1 083	131 887	89,93	13,00	—	80	146 821	14,18	a)	7. Ortelsburg.
92 287	131 864	6 808	3 865	234 824	99,10	4,41	—	—	236 954	4,45	b)	
172 571	167 084	22 108	4 948	366 711	95,55	5,79	—	80	383 775	6,05	c)	
244 106	103 409	33 654	3 895	385 064	91,74	18,11	—	400	419 748	20,06	a)	8. Osterode i. Ostpr.
94 378	110 576	6 438	3 112	214 504	97,55	5,98	—	—	219 892	6,13	b)	
338 484	213 985	40 092	7 007	599 568	93,74	10,56	—	400	639 640	11,26	c)	
102 168	72 788	19 327	3 423	197 706	90,30	12,50	—	—	218 940	13,84	a)	9. Rüssel.
71 643	142 581	3 586	1 278	219 088	95,03	7,44	—	—	230 549	7,83	b)	
173 811	215 369	22 913	4 701	416 794	92,73	9,21	—	—	449 489	9,93	c)	
63 498	36 896	8 379	1 615	110 388	90,35	12,79	—	—	121 505	14,07	a)	10. Sensburg.
56 362	110 338	2 950	2 483	172 133	94,71	4,39	—	—	181 749	5,16	b)	
119 860	147 234	11 329	4 098	282 521	93,16	6,45	—	—	303 254	6,92	c)	

Westpreußen.

Danzig.

89 806	57 300	20 115	1 135	168 356	90,45	16,43	—	50	186 126	18,16	a)	1. Berent.
66 394	119 740	6 718	3 657	196 509	99,53	4,94	—	—	197 434	4,96	b)	
156 200	177 040	26 833	4 792	364 865	95,13	7,29	—	50	383 560	7,67	c)	
2 854 619	1 676 231	525 203	29 033	5 085 086	90,19	30,03	52 192	—	5 638 113	33,30	a	2. Danzig, Stadt.
220 355	260 161	28 830	5 030	514 376	85,20	10,79	—	—	603 739	12,66	b	3. Danziger Höhe.

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern									
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: IV. Regierungsbezirk													
4. Danziger Niederung . .	b 71	34 778	4,79	266	—	—	626	1 271	119	—	2 282	0,46	0,07
5. Dirschau	a 1	16 845	8,82	13 560	3 443	—	5 266	3 795	2 859	—	28 923	6,17	1,72
	b 30	17 655	5,89	594	677	—	—	205	315	—	1 791	0,61	0,10
	c 31	34 500	7,32	14 154	4 120	—	5 266	4 000	3 174	—	30 714	4,02	0,89
6. Elbing, Stadt	a 1	58 703	10,65	43 761	1 462	3 613	18 941	16 028	10 642	—	94 447	6,12	1,61
7. Elbing, Land	a 1	3 375	2,68	498	—	—	820	48	106	—	1 472	4,48	0,44
	b 77	24 241	8,20	—	874	—	—	5	—	—	879	0,21	0,04
	c 78	27 616	7,52	498	874	—	820	53	106	—	2 351	0,52	0,09
8. Karthaus	b 126	60 930	2,14	1 535	682	—	2 107	460	1 069	—	5 853	1,66	0,10
9. Marienburg i. Westpr. . .	a 3	21 504	7,96	16 375	—	1 600	7 481	7 470	4 078	—	37 004	7,39	1,72
	b 126	39 389	8,19	14 942	214	—	—	909	1 031	—	17 096	1,81	0,43
	c 129	60 893	8,11	31 317	214	1 600	7 481	8 379	5 109	—	54 100	3,74	0,89
10. Neustadt i. Westpr. . .	a 2	26 193	11,70	52 134	24 271	—	13 471	5 282	7 138	—	102 296	15,19	3,91
	b 54	28 117	1,82	14 074	291	—	—	35	—	—	14 400	9,47	0,51
	c 56	54 310	6,58	66 208	24 562	—	13 471	5 317	7 138	—	116 696	14,14	2,15
11. Preußisch Stargard . . .	a 1	10 177	8,74	4 620	245	1 200	3 863	1 710	1 530	—	13 168	4,95	1,29
	b 76	47 252	1,82	5 141	87	—	—	10	203	—	5 441	1,74	0,12
	c 77	57 429	3,04	9 761	332	1 200	3 863	1 720	1 733	—	18 609	3,22	0,32
12. Putzig	a 1	2 609	6,19	861	390	—	1 061	189	240	—	2 741	7,35	1,05
	b 53	19 292	2,12	776	54	20	—	—	1 085	—	1 935	1,65	0,10
	c 54	21 901	2,60	1 637	444	20	1 061	189	1 325	—	4 676	3,02	0,21
V. Regierungsbezirk													
1. Briesen	a 3	14 984	6,18	12 427	—	400	5 912	925	862	—	20 526	8,18	1,37
	b 69	25 881	3,07	11 767	486	—	—	166	—	—	12 419	6,85	0,48
	c 72	40 865	4,21	24 194	486	400	5 912	1 091	862	—	32 945	7,62	0,81
2. Culm	a 1	10 641	6,79	7 196	473	—	4 842	1 845	1 560	—	15 916	9,33	1,50
	b 77	25 008	3,94	976	313	—	—	440	230	—	1 959	0,76	0,08
	c 78	35 649	4,79	8 172	786	—	4 842	2 285	1 790	—	17 875	4,18	0,50
3. Deutsch Krone	a 5	19 034	5,94	2 660	136	—	3 360	565	1 292	—	8 013	3,08	0,42
	b 90	33 967	3,13	19	1 082	—	—	129	2 825 ¹⁾	4	4 059	1,57	0,12
	c 95	53 001	4,14	2 679	1 218	—	3 360	694	4 117 ¹⁾	4	12 072	2,33	0,23
4. Flatow	a 5	16 628	5,49	12 757	1 300	—	4 572	1 348	2 373	—	22 350	8,89	1,34
	b 110	42 092	2,58	130	629	—	—	228	—	—	987	0,38	0,02
	c 115	58 720	3,41	12 887	1 929	—	4 572	1 576	2 373	—	23 337	4,54	0,40
5. Graudenz, Stadt.	a 1	40 136	9,86	34 610	1 673	6 750	17 029	23 377	9 986	—	93 425	9,56	2,33
6. Graudenz, Land.	a 2	4 714	6,32	5 552	181	—	885	515	649	—	7 782	10,41	1,65
	b 80	27 757	4,09	2 767	123	—	374	226	646	—	4 136	1,66	0,15
	c 82	32 471	4,41	8 319	304	—	1 259	741	1 295	—	11 918	3,68	0,37
7. Konitz	a 1	11 986	8,88	7 824	2 702	—	4 430	1 413	1 653	—	18 022	6,72	1,50
	b 67	43 551	2,37	4 434	—	1 000	2 257	736	568	—	8 995	3,15	0,21
	c 68	55 537	3,78	12 258	2 702	1 000	6 687	2 149	2 221	—	27 017	4,77	0,49
8. Löbau	a 2	9 554	6,78	7 017	263	—	4 396	362	1 118	—	13 156	7,94	1,38
	b 96	40 427	1,88	25 038	3 724	—	—	77	—	—	28 839	10,24	0,71
	c 98	49 981	2,81	32 055	3 987	—	4 396	439	1 118	—	41 995	9,38	0,84
9. Marienwerder	a 3	17 737	8,61	13 607	1 549	300	10 057	2 979	4 038	—	32 530	7,37	1,83
	b 106	39 484	4,17	3 974	526	—	129	163	745	—	5 537	1,36	0,14
	c 109	57 221	5,55	17 581	2 075	300	10 186	3 142	4 783	—	38 067	4,49	0,67
10. Rosenberg i. Westpr. . .	a 5	22 954	6,44	16 164	1 984	2 710	8 508	2 528	4 606	—	36 500	9,77	1,59
	b 64	16 201	3,49	12 073	457	—	—	256	609	—	13 395	10,23	0,83
	c 69	39 155	5,22	28 237	2 441	2 710	8 508	2 784	5 215	—	49 895	9,89	1,27
11. Schlochau	a 5	13 843	5,28	9 406	—	400	4 383	1 284	1 511	—	16 984	11,00	1,23
	b 82	43 337	2,23	9 333	927	—	—	257	497	—	11 014	4,27	0,25
	c 87	57 180	2,97	18 739	927	400	4 383	1 541	2 008	—	27 998	6,79	0,49

¹⁾ nicht näher bezeichnet.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Westpreußen.

Danzig.

138 182	324 961	18 324	7 186	488 653	99,54	14,05	—	—	490 935	14,12	b	4. Danziger Niederung.
285 510	122 541	28 697	3 059	439 807	93,82	26,11	—	40	468 770	27,83	a	5. Dirschau.
142 819	136 597	10 904	2 480	292 800	99,39	16,58	—	—	294 591	16,69	b	
428 329	259 138	39 601	5 539	732 607	95,97	21,23	—	40	763 361	22,13	c	
899 328	309 420	229 059	9 843	1 447 650	93,85	24,66	—	400	1 542 497	26,28	a	6. Elbing, Stadt.
16 335	11 141	3 613	324	31 413	95,82	9,31	—	—	32 885	9,74	a	7. Elbing, Land.
166 573	232 198	12 520	3 762	415 053	99,79	17,12	—	—	415 932	17,16	b	
182 908	243 339	16 133	4 086	446 466	99,48	16,17	—	—	448 817	16,25	c	
170 723	151 148	18 940	6 302	347 113	98,34	5,70	—	—	352 966	5,79	b	8. Karthaus.
294 564	114 210	51 059	4 049	463 882	92,61	21,57	—	—	500 886	23,29	a	9. Marienburg i. Westpr.
221 298	680 489	22 254	5 593	929 634	98,19	23,60	—	—	946 730	24,04	b	
515 862	794 699	73 313	9 642	1 393 516	96,26	22,68	—	—	1 447 616	23,77	c	
330 565	206 421	28 841	2 075	567 902	84,33	21,68	3 196	40	673 434	25,71	a	10. Neustadt i. Westpr.
62 059	67 046	6 814	1 809	137 728	90,53	4,90	—	—	152 128	5,41	b	
392 624	273 467	35 655	3 884	705 630	85,47	12,99	3 196	40	825 562	15,20	c	
166 454	59 083	26 271	718	252 526	95,02	24,61	—	80	265 774	26,12	a	11. Preußisch Stargard.
123 651	164 936	11 986	6 051	306 624	98,26	6,49	—	—	312 065	6,60	b	
290 105	224 019	38 257	6 769	559 150	96,77	9,74	—	80	577 839	10,06	c	
16 957	14 306	3 310	—	34 573	92,65	13,25	—	—	37 314	14,80	a	12. Putzig.
45 949	63 541	3 479	2 620	115 589	98,35	5,99	—	—	117 524	6,09	b	
62 906	77 847	6 789	2 620	150 162	96,98	6,86	—	—	154 838	7,07	c	

Marienwerder.

120 779	80 745	25 665	3 203	230 392	91,81	15,38	—	40	250 958	16,75	a	1. Briesen.
45 180	119 921	3 307	584	168 992	93,15	6,58	—	—	181 411	7,01	b	
165 959	200 666	28 972	3 787	599 384	92,37	9,77	—	40	432 869	10,58	c	
76 724	57 087	18 708	2 230	154 749	90,67	14,54	—	—	170 665	16,04	a	2. Culm.
84 718	161 763	6 956	1 202	254 639	99,24	10,18	—	—	256 598	10,26	b	
161 442	218 850	25 664	3 432	409 388	95,82	11,48	—	—	427 263	11,99	c	
141 448	83 746	24 225	2 700	252 119	96,90	13,25	—	40	260 172	13,67	a	3. Deutsch Krone.
102 629	142 868	6 907	2 093	254 497	98,48	7,49	—	—	258 556	7,61	b	
244 077	226 614	31 132	4 793	506 616	97,67	9,56	—	40	518 728	9,79	c	
136 170	67 669	22 659	2 631	229 129	91,11	13,78	—	—	251 479	15,12	a	4. Flatow.
94 087	158 667	7 879	1 170	261 803	99,82	6,22	—	—	262 790	6,24	b	
230 257	226 336	30 538	3 801	490 932	95,46	8,36	—	—	514 269	8,76	c	
510 373	272 445	96 282	5 159	884 259	90,44	22,03	—	—	977 684	24,36	a	5. Graudenz, Stadt.
33 196	26 360	7 134	250	66 940	89,59	14,20	—	—	74 722	15,85	a	6. Graudenz, Land.
78 834	161 144	4 647	567	245 192	98,34	8,83	—	—	249 328	8,98	b	
112 030	187 504	11 781	817	312 132	96,32	9,61	—	—	324 050	9,98	c	
169 598	69 860	22 354	760	262 572	93,54	21,91	—	120	280 714	23,72	a	7. Konitz.
125 843	133 219	15 184	2 039	276 285	96,85	6,34	—	—	285 280	6,85	b	
295 441	203 079	37 538	2 799	538 857	95,21	9,70	—	120	565 994	10,19	c	
86 862	47 993	17 770	—	152 625	92,06	15,97	—	—	165 781	17,35	a	8. Löbau.
108 019	137 732	6 037	1 075	252 863	89,76	6,25	—	—	281 702	6,97	b	
194 881	185 725	23 807	1 075	405 488	90,82	8,11	—	—	447 483	8,95	c	
256 319	114 371	35 180	3 101	408 971	92,63	23,06	—	40	441 541	24,89	a	9. Marienwerder.
150 925	237 067	11 299	2 124	401 415	98,64	10,17	—	—	406 952	10,81	b	
407 244	351 438	46 479	5 225	810 386	95,51	14,16	—	40	848 493	14,83	c	
193 945	109 932	31 138	2 152	337 167	90,23	14,69	—	—	373 667	16,28	a	10. Rosenberg i. Westpr.
41 035	73 982	1 601	913	117 531	89,77	7,25	—	—	130 926	8,08	b	
234 980	183 914	32 739	3 065	454 698	90,11	11,61	—	—	504 593	12,89	c	
71 138	49 086	15 818	1 390	137 432	89,00	9,38	—	—	154 416	11,15	a	11. Schlochau.
103 351	131 709	9 739	1 828	246 627	95,78	5,69	—	—	257 641	5,95	b	
174 489	180 795	25 557	3 218	384 059	93,21	6,72	—	—	412 057	7,31	c	

(Noch: Tab. 1.)													
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rechnungs- jahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern							zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: V. Regierungsbezirk													
12. Schwetz	a 2	13 377	6,02	8 960	491	870	3 185	1 182	1 413	—	16 101	6,95	1,20
	b 150	63 373	2,76	9 927	—	—	—	500	1 352	—	11 779	2,78	0,19
	c 152	76 750	3,32	18 887	491	870	3 185	1 682	2 765	—	27 880	4,21	0,36
13. Strassburg i. Westpr.	a 3	12 961	5,87	7 361	27	990	4 480	1 249	1 663	—	15 770	7,02	1,22
	b 95	35 927	2,82	5 514	1 107	400	1 070	175	18	—	8 284	3,16	0,23
	c 98	48 888	3,62	12 875	1 134	1 390	5 550	1 424	1 681	—	24 054	4,94	0,49
14. Stuhm	a 2	6 027	5,82	4 062	—	—	382	350	584	—	5 378	4,72	0,89
	b 72	22 732	5,12	2 306	1 956	—	—	222	—	—	4 484	1,29	0,20
	c 74	28 759	5,27	6 368	1 956	—	382	572	584	—	9 862	2,13	0,34
15. Thorn, Stadt	a 1	47 629	8,57	37 532	2 913	8 730	19 653	25 078	7 035	—	100 941	10,37	2,12
16. Thorn, Land	a 2	14 705	7,77	2 601	2 961	—	4 992	973	1 277	—	12 804	4,41	0,87
	b 66	30 691	3,38	18 822	7 110	—	328	482	—	—	26 742	9,42	0,87
	c 68	45 396	4,80	21 423	10 071	—	5 320	1 455	1 277	—	39 546	6,89	0,87
17. Tuchel	a 1	3 387	8,76	6 244	619	—	1 882	735	670	—	10 150	13,66	3,00
	b 54	24 340	2,84	—	126	—	—	132	—	—	258	0,15	0,01
	c 55	27 727	3,30	6 244	745	—	1 882	867	670	—	10 408	4,14	0,38
Provinz													
VI. Haupt- und													
Berlin, Stadt	a 1	2 033 363	32,27	4 144 842	1 882 494	—	588 240	—	1101 367	—	7 716 943	8,11	3,80
VII. Regierungsbezirk													
1. Angermünde	a 6	26 198	8,79	16 684	1 173	—	12 619	4 746	7 221	—	42 443	8,56	1,62
	b 70	27 866	6,88	11 727	10	—	—	375	2 317	—	14 429	5,81	0,52
	c 76	54 064	7,81	28 411	1 183	—	12 619	5 121	9 538	—	56 872	7,64	1,05
2. Beeskow-Storkow	a 3	9 378	7,71	9 531	588	—	—	1 436	1 951	—	13 506	9,99	1,44
	b 110	36 998	4,62	26 980	—	15	3 500	1 756	941	—	33 192	10,70	0,90
	c 113	46 376	5,25	36 511	588	15	3 500	3 192	2 892	—	46 698	10,49	1,01
3. Berlin-Lichtenberg, Stdt.	a 1	86 580	13,08	258 746	88 508	—	61 898	—	40 544	—	449 696	21,51	5,19
4. Berlin-Schöneberg, Stdt.	a 1	174 280	29,23	484 642	101 340	—	—	3 822	123 201	—	713 005	10,61	4,09
5. Berlin-Wilmersdorf, Stdt.	a 1	119 051	39,59	899 452	219 774	24 165	—	29 358	88 537	—	1 261 286	18,20	10,59
6. Brandenburg, a. H., Stadt	a 1	53 374	12,94	42 616	16 167	8 221	29 443	21 045	17 399	—	134 891	7,68	2,53
7. Charlottenburg, Stadt	a 1	302 552	40,44	1 062 859	439 720	—	—	—	188 705	—	1 691 284	10,17	5,59
8. Eberswalde, Stadt	a 1	26 302	12,53	21 311	10 186	3 110	—	10 203	10 101	—	54 911	8,07	2,09
9. Jüterbog-Luckenwalde	a 5	39 382	9,74	28 372	2 247	—	37 364	5 445	15 295	1) 40	88 763	9,42	2,25
	b 114	28 123	5,19	1 298	30	—	—	195	—	—	1 523	0,66	0,05
	c 119	67 505	7,84	29 670	2 277	—	37 364	5 640	15 295	1) 40	90 286	7,71	1,34
10. Niederbarnim	a 4	27 689	11,29	46 643	6 167	—	15 744	5 851	11 116	—	85 521	13,59	3,09
	b 113	420 772	14,47	1 368 018	508 281	—	247 965	52 511	214 561	—	2 391 336	17,80	5,68
	c 117	448 461	14,27	1 414 661	514 448	—	263 709	58 362	225 677	—	2 476 857	17,62	5,52
11. Neukölln, Stadt	a 1	249 588	12,93	557 592	238 549	42 714	140 347	29 580	100 065	—	1 108 847	20,21	4,44
12. Oberbarnim	a 5	29 456	10,25	21 810	2 250	—	13 815	5 854	11 112	—	54 841	9,70	1,86
	b 94	35 718	7,77	15 728	70	30	—	2 327	2 962	—	21 213	5,81	0,59
	c 99	65 174	8,89	37 538	2 320	30	13 911	8 181	14 074	—	76 054	8,17	1,17
13. Osthavelland	a 4	15 907	10,48	12 159	8 044	—	6 971	2 289	4 013	—	33 476	9,20	2,10
	b 77	49 951	8,42	76 939	31 364	800	17 700	4 384	2 737	—	133 924	15,51	2,68
	c 81	65 858	8,92	89 098	39 408	800	24 671	6 673	6 750	—	167 400	13,64	2,54
14. Ostprignitz	a 5	24 300	9,06	5 063	3 690	—	8 505	4 994	5 654	—	27 906	6,52	1,15
	b 138	35 687	6,13	4 688	—	—	—	245	219	—	5 152	1,36	0,14
	c 143	59 987	7,32	9 751	3 690	—	8 505	5 239	5 873	—	33 058	4,10	0,55
15. Potsdam, Stadt	a 1	62 245	19,59	61 306	19 574	—	49 383	17 195	37 249	—	184 707	9,92	2,97
16. Prenzlau	a 3	29 323	10,72	9 520	1 911	—	11 577	5 016	7 014	—	35 038	5,47	1,19
	b 65	15 861	8,79	—	334	—	—	296	127	—	757	0,44	0,05
	c 68	45 184	10,04	9 520	2 245	—	11 577	5 312	7 141	—	35 795	4,41	0,79

1) Plakatsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Westpreußen.

Marienwerder.

127 321	64 944	21 786	1 572	215 623	93,02	16,12	—	80	231 804	17,33	a	12. Schwetz.
172 371	225 069	19 534	2 341	419 315	97,27	6,62	—	—	431 094	6,80	b	
299 692	290 013	41 320	3 913	634 938	95,78	8,27	—	80	662 898	8,64	c	
112 603	66 107	25 808	4 339	208 857	92,98	16,11	—	—	224 627	17,33	a	13. Strasburg i. Westpr.
102 074	138 742	11 135	2 213	254 164	96,84	7,07	—	—	262 448	7,31	b	
214 677	204 849	36 943	6 552	463 021	95,06	9,47	—	—	487 075	9,96	c	
57 052	38 048	12 565	910	108 575	95,28	18,01	—	—	113 953	18,91	a	14. Stuhm.
94 893	236 585	11 868	536	343 882	98,71	15,18	—	—	348 366	15,32	b	
151 945	274 633	24 433	1 446	452 457	97,87	15,73	—	—	462 319	16,08	c	
485 590	275 406	101 870	4 260	867 126	89,07	18,21	5 500	—	973 567	20,44	a	15. Thorn, Stadt.
190 175	59 663	26 533	1 003	277 374	95,59	18,86	—	—	290 178	19,73	a	16. Thorn, Land.
112 424	134 782	9 122	743	257 071	90,58	8,38	—	—	283 813	9,25	b	
302 599	194 445	35 655	1 746	534 445	93,11	11,77	—	—	573 991	12,64	c	
37 380	18 184	7 520	1 090	64 174	86,34	18,95	—	—	74 324	21,94	a	17. Tuchel.
87 267	82 089	6 305	1 088	176 749	99,85	7,26	—	—	177 007	7,27	b	
124 647	100 273	13 825	2 178	240 923	95,86	8,69	—	—	251 331	9,06	c	

Brandenburg.

Residenzstadt Berlin.

41 831 937	28 662 901	14 292 788	276 580	85 064 256	89,42	41,83	2 342 107	2 451	95 125 757	46,78	a	Berlin, Stadt.
------------	------------	------------	---------	------------	-------	-------	-----------	-------	------------	-------	---	----------------

Potsdam.

264 303	134 856	51 235	2 869	453 263	91,39	17,30	—	240	495 946	18,33	a	1. Angermünde.
106 809	109 679	14 317	3 085	233 890	94,19	8,39	—	—	248 319	8,91	b	
371 112	244 535	65 552	5 954	687 153	92,33	12,71	—	240	744 265	13,77	c	
69 209	35 112	16 014	1 307	121 642	89,98	12,97	—	40	135 188	14,42	a	2. Beeskow-Storkow.
134 730	115 816	21 085	5 268	276 899	89,30	7,48	—	—	310 091	8,38	b	
203 939	150 928	37 099	6 575	398 541	89,50	8,59	—	40	445 279	9,60	c	
661 600	827 650	142 532	8 690	1 640 472	78,49	18,95	—	—	2 090 168	24,14	a	3. Berlin-Lichtenberg, St.
3 372 665	2 265 258	334 955	28 983	6 001 861	89,31	34,44	5 423	—	6 720 289	38,56	a	4. Berlin-Schöneberg, St.
3 279 566	2 191 823	189 164	8 705	5 669 258	81,80	47,62	—	—	6 930 544	58,21	a	5. Berlin-Wilmersdorf, St.
1 061 050	359 702	191 027	6 590	1 618 369	92,10	30,32	3 787	100	1 757 147	32,92	a	6. Brandenburg a. H., St.
8 732 634	5 047 262	933 951	38 225	14 752 072	88,78	48,76	179 365	—	16 622 721	54,94	a	7. Charlottenburg, Stadt.
366 059	193 387	57 927	5 118	622 491	91,53	23,67	2 665	40	680 107	25,86	a	8. Eberswalde, Stadt.
521 381	206 386	109 314	1 021	838 102	88,96	21,28	15 028	240	942 133	23,92	a	9. Jüterbog-Luckenwalde.
104 755	115 727	6 434	1 097	228 013	99,84	8,11	—	—	229 536	8,16	b	
626 136	322 113	115 748	2 118	1 066 115	90,99	15,79	15 028	240	1 171 669	17,36	c	
265 077	206 410	69 757	2 519	543 763	86,40	19,64	—	80	629 364	22,73	a	10. Niederbarnim.
4 463 821	5 498 860	1 037 985	39 685	11 040 351	82,20	26,24	—	—	13 431 687	31,92	b	
4 728 898	5 705 270	1 107 742	42 204	11 584 114	82,38	25,83	—	80	14 061 051	31,35	c	
1 721 598	2 282 264	313 404	19 677	4 336 943	79,04	17,38	40 949	—	5 486 739	21,98	a	11. Neukölln, Stadt.
293 404	156 960	56 906	3 038	510 308	90,28	17,32	—	120	565 269	19,19	a	12. Oberbarnim.
156 978	164 166	19 776	3 281	344 201	94,19	9,64	—	—	365 414	10,23	b	
450 382	321 126	76 682	6 319	854 509	91,82	13,11	—	120	930 683	14,28	c	
171 584	111 690	44 360	2 868	330 502	90,80	20,78	—	—	363 978	22,83	a	13. Osthavelland.
356 910	320 193	47 237	5 355	729 695	84,49	14,61	—	—	863 619	17,29	b	
528 494	431 883	91 597	8 223	1 060 197	86,36	16,10	—	—	1 227 597	18,64	c	
223 713	117 375	55 379	3 838	400 305	93,46	16,47	—	120	428 331	17,63	a	14. Ostprignitz.
149 477	207 192	13 293	3 357	373 319	98,64	10,46	—	—	378 471	10,61	b	
373 190	324 567	68 672	7 195	773 624	95,89	12,90	—	120	806 802	13,45	c	
1 003 122	546 284	79 581	8 832	1 637 819	87,98	26,31	39 055	—	1 861 581	29,91	a	15. Potsdam, Stadt.
353 115	179 578	69 570	3 038	605 301	94,53	20,64	—	—	640 339	21,84	a	16. Prenzlau.
60 249	105 267	3 131	1 627	170 274	99,86	10,78	—	—	171 031	10,78	b	
413 364	284 845	72 701	4 665	775 575	95,59	17,16	—	—	811 370	17,96	c	

(Noch: Tab. 1.)													
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: VII. Regierungsbezirk													
17. Ruppin	a 7	32 659	9,22	17 367	1 435	—	19 061	7 526	6 235	1) 266	51 890	8,09	1,59
	b 127	36 432	6,02	8 183	1 410	—	2 114	859	418	—	12 984	3,39	0,36
	c 134	69 091	7,53	25 550	2 845	—	21 175	8 385	6 653	1) 266	64 874	6,33	0,94
18. Spandau, Stadt	a 1	83 938	12,35	176 929	231 593	—	89 456	24 637	39 554	—	562 169	21,29	6,70
19. Teltow	a 6	49 410	11,72	45 869	8 657	1 620	42 968	12 373	13 043	—	124 530	9,21	2,52
	b 129	404 958	23,91	1 648 434	664 540	11 075	204 409	87 340	206 337	2) 433	2 822 568	16,33	6,97
	c 135	454 368	22,58	1 694 303	673 197	12 695	247 377	99 713	219 380	2) 433	2 947 098	15,82	6,49
20. Templin	a 3	18 728	8,88	4 753	1 360	—	5 447	3 539	4 043	—	19 142	6,82	1,02
	b 68	24 572	4,86	1 029	1 813	—	304	648	650	—	4 444	2,23	0,18
	c 71	43 300	6,60	5 782	3 173	—	5 751	4 187	4 693	—	23 586	4,91	0,54
21. Westhavelland	a 5	31 833	9,46	17 796	5 397	—	18 487	15 853	9 751	—	67 284	7,27	2,11
	b 75	25 476	6,27	4 915	85	—	460	962	524	—	6 946	1,89	0,27
	c 80	57 309	8,04	22 711	5 482	—	18 947	16 815	10 275	—	74 230	5,74	1,30
22. Westprignitz	a 6	42 931	9,87	37 713	1 461	—	—	9 949	14 070	—	63 193	6,60	1,47
	b 145	32 580	7,46	195	20	—	—	129	10 860	—	11 204	2,89	0,34
	c 151	75 511	8,83	37 908	1 481	—	—	10 078	24 930	—	74 397	5,53	0,99
23. Zauch-Belzig	a 6	22 679	8,06	10 359	1 527	725	11 110	6 926	9 771	—	40 418	10,72	1,78
	b 147	56 559	5,04	16 007	2 139	—	4 238	1 427	1 599	—	25 410	4,86	0,45
	c 153	79 238	5,90	26 366	3 666	725	15 348	8 353	11 370	—	65 828	7,32	0,83
VIII. Regierungsbezirk													
1. Arnswalde	a 3	15 054	7,49	6 553	731	—	2 575	1 682	2 351	—	13 892	7,72	0,92
	b 55	17 051	4,35	—	—	—	—	278	302	—	580	0,60	0,03
	c 58	32 105	5,82	6 553	731	—	2 575	1 960	2 653	—	14 472	5,22	0,45
2. Calau	a 5	20 134	8,28	11 396	8 540	2 225	8 358	4 996	3 025	—	38 540	10,27	1,91
	b 156	64 889	8,34	20 376	1 284	—	1 257	8 422	1 370	—	32 709	4,42	0,50
	c 161	85 023	8,33	31 772	9 824	2 225	9 615	13 418	4 395	—	71 249	6,39	0,84
3. Cottbus, Stadt	a 1	48 738	17,40	38 678	18 511	8 250	23 342	25 763	13 496	—	128 040	7,25	2,63
4. Cottbus, Land	a 1	2 745	7,57	875	—	—	1 015	600	387	—	2 877	6,46	1,05
	b 94	45 359	3,35	6 768	304	—	589	4 727	454	—	12 842	4,58	0,28
	c 95	48 104	3,59	7 643	304	—	1 604	5 327	841	—	15 719	4,83	0,33
5. Crossen	a 3	20 611	9,40	9 374	987	1 125	4 261	6 297	5 100	—	27 144	7,21	1,32
	b 94	35 854	2,85	2 558	—	—	—	1 504	—	—	4 062	2,28	0,11
	c 97	56 465	5,24	11 932	987	1 125	4 261	7 801	5 100	—	31 206	5,63	0,55
6. Forst (Lausitz), Stadt	a 1	34 211	15,51	16 608	4 526	11 450	12 771	15 116	8 070	—	68 541	6,20	2,00
7. Frankfurt a./O., Stadt	a 1	67 041	11,98	45 687	60 700	21 065	43 553	38 942	21 685	—	231 632	11,79	3,46
8. Friedeberg N. M.	a 3	15 742	9,58	16 251	62	—	1 604	3 237	3 214	—	24 368	8,99	1,55
	b 89	31 219	4,27	11 803	133	—	16	681	385	—	13 018	6,27	0,42
	c 92	46 961	6,05	28 054	195	—	1 620	3 918	3 599	—	37 386	7,81	0,80
9. Guben, Stadt	a 1	38 685	11,04	14 968	3 833	5 810	16 768	7 498	9 478	—	58 355	6,88	1,51
10. Guben, Land	a 1	6 192	8,71	5 096	340	—	3 746	1 329	1 235	—	11 746	9,73	1,90
	b 114	33 589	6,99	988	—	—	—	1 398	80	—	2 466	1,04	0,07
	c 115	39 781	7,26	6 084	340	—	3 746	2 727	1 315	—	14 212	3,97	0,36
11. Königsberg (Neumark)	a 8	41 147	9,60	32 994	8 536	—	3 436	5 460	10 491	—	60 917	7,45	1,48
	b 96	42 389	5,60	7 388	26	—	—	2 593	2 895	—	12 902	3,96	0,30
	c 104	83 536	7,57	40 382	8 562	—	3 436	8 053	13 386	—	73 819	6,45	0,88
12. Landsberg a. W., Stadt	a 1	40 104	9,76	28 453	6 967	4 965	—	9 203	6 004	—	55 592	6,85	1,39
13. Landsberg, Land	b 120	49 807	4,38	1 598	8	—	—	866	2 655	—	5 127	1,49	0,10
14. Lebus	a 6	35 697	11,53	23 175	6 044	—	1 399	5 317	8 715	—	44 650	5,81	1,25
	b 125	46 007	6,52	22 435	854	—	1	3 719	435	—	27 444	6,01	0,60
	c 131	81 704	8,71	45 610	6 898	—	1 400	9 036	9 150	—	72 094	5,89	0,98
15. Lübben	a 3	10 446	7,49	8 450	198	—	5 727	1 497	2 716	—	18 588	10,36	1,78
	b 84	21 488	3,30	2 616	167	—	229	85	108	—	3 205	2,06	0,15
	c 87	31 934	4,67	11 066	365	—	5 956	1 582	2 824	—	21 793	6,51	0,68

1) Viehsteuer. — 2) nicht näher bezeichnet.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Brandenburg.

Potsdam.

331 115	168 970	61 613	5 179	586 877	91,45	17,97	2 994	—	641 761	19,65	a
166 500	189 729	10 483	3 059	369 771	96,61	10,15	—	—	382 755	10,51	b
517 615	358 699	72 096	8 238	956 648	93,33	13,85	2 994	—	1 024 516	14,83	c
813 348	919 361	331 711	13 752	2 078 172	78,71	24,76	—	—	2 640 341	31,46	a
585 491	498 482	135 427	7 488	1 226 888	90,78	24,83	—	40	1 351 458	27,35	a
6 834 231	6 862 799	736 639	24 582	14 458 251	83,67	35,70	—	—	17 280 819	42,67	b
7 419 722	7 361 281	872 066	32 070	15 685 139	84,18	34,52	—	40	18 632 277	41,01	c
152 099	61 013	47 266	999	261 377	93,14	13,96	—	120	280 639	14,98	a
89 753	86 622	16 853	1 652	194 880	97,77	7,93	—	—	199 324	8,11	b
241 852	147 635	64 119	2 651	456 257	95,06	10,54	—	120	479 963	11,08	c
506 495	228 528	118 092	5 001	858 116	92,72	26,96	—	120	925 520	29,07	a
155 193	182 422	20 000	2 416	360 031	98,11	14,13	—	—	366 977	14,40	b
661 688	410 950	138 092	7 417	1 218 147	94,25	21,26	—	120	1 292 497	22,15	c
548 925	242 923	98 247	4 580	894 675	93,37	20,34	—	320	958 188	22,32	a
132 767	227 931	10 485	4 669	375 852	97,11	11,54	—	—	387 056	11,88	b
681 692	470 854	108 732	9 249	1 270 527	94,45	16,33	—	320	1 345 244	17,52	c
181 274	110 377	40 907	3 745	336 303	89,22	14,83	—	200	376 921	16,62	a
237 004	225 496	28 072	6 698	497 270	95,14	8,79	—	—	522 680	9,24	b
418 278	335 873	68 979	10 443	833 573	92,66	10,52	—	200	899 601	11,35	c

Frankfurt.

98 025	51 007	15 813	1 298	166 143	92,28	11,04	—	—	180 035	11,96	a
33 403	59 816	2 282	1 279	96 780	99,40	5,68	—	—	97 360	5,71	b
131 428	110 823	18 095	2 577	262 923	94,78	8,19	—	—	277 395	8,64	c
207 202	94 198	31 209	3 934	336 543	89,72	16,72	—	40	375 123	18,63	a
456 000	164 731	83 213	3 749	707 693	95,58	10,91	—	—	740 402	11,41	b
663 202	258 929	114 422	7 683	1 044 236	93,61	12,28	—	40	1 115 525	13,12	c
1 075 195	348 778	204 635	9 350	1 637 958	92,75	33,61	—	40	1 766 038	36,24	a
23 018	12 682	5 782	202	41 684	93,54	15,19	—	—	44 561	16,23	a
122 680	129 486	12 068	3 483	267 717	95,42	5,90	—	—	280 559	6,19	b
145 698	142 168	17 850	3 685	309 401	95,17	6,43	—	—	325 120	6,76	c
214 706	91 336	39 335	3 691	349 068	92,74	16,94	—	200	376 412	18,26	a
69 687	95 144	6 402	2 851	174 084	97,72	4,86	—	—	178 146	4,97	b
284 393	186 480	45 737	6 542	523 152	94,34	9,27	—	200	554 558	9,82	c
653 284	208 692	171 077	4 670	1 037 723	93,80	30,33	—	—	1 106 264	32,34	a
1 059 866	495 568	164 585	12 875	1 732 894	88,20	25,85	—	150	1 964 676	29,31	a
129 313	84 123	31 646	1 585	246 667	91,00	15,67	—	40	271 075	17,22	a
80 890	101 936	10 174	1 641	194 641	93,73	6,23	—	—	207 659	6,65	b
210 203	186 059	41 820	3 226	441 308	92,18	9,40	—	40	478 734	10,19	c
492 565	200 977	118 539	3 480	815 561	93,31	21,08	—	120	874 036	22,59	a
55 802	32 609	19 526	1 050	108 987	90,27	17,60	—	—	120 733	19,50	a
100 697	117 358	12 596	4 137	234 788	98,96	6,99	—	—	237 254	7,06	b
156 499	149 967	32 122	5 187	343 775	96,03	8,64	—	—	357 987	9,00	c
441 893	216 333	96 412	2 224	756 862	92,51	18,39	—	400	818 179	19,88	a
109 529	186 529	13 342	4 453	313 853	96,05	7,40	—	—	326 755	7,71	b
551 422	402 862	109 754	6 677	1 070 715	93,52	12,82	—	400	1 144 934	13,71	c
460 785	211 707	77 716	5 988	756 196	93,15	18,86	—	40	811 828	20,24	a
113 451	203 668	18 617	4 278	340 014	98,51	6,83	—	—	345 141	6,93	b
427 747	202 380	90 846	2 299	723 272	94,17	20,26	—	160	768 082	21,52	a
160 288	243 155	20 774	4 978	429 195	93,99	9,33	—	—	456 639	9,93	b
588 035	445 535	111 620	7 277	1 152 467	94,10	14,11	—	160	1 224 721	14,99	c
80 209	59 395	19 682	1 568	160 854	89,64	15,40	—	—	179 442	17,18	a
58 403	86 388	5 118	2 176	152 085	97,94	7,08	—	—	155 290	7,23	b
138 612	145 783	24 800	3 744	312 939	93,49	9,90	—	—	334 732	10,48	c

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern										zusammen (Spalte 5—11)		
K r e i s e.	Umsatz- steuer				Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner				
														%			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c				
Noch: Provinz																	
Noch: VIII. Regierungsbezirk																	
16. Luckau	a	6	26 118	9,62	13 049	11 637	—	12 153	6 423	3 492	—	46 754	8,25	1,79			
	b	144	41 355	4,56	3 567	227	—	1 601	2 884	400	—	8 679	2,78	0,21			
	c	150	67 473	6,51	16 616	11 864	—	13 754	9 307	3 892	—	55 433	6,31	0,82			
17. Oststernberg	a	5	13 839	5,84	4 977	368	—	629	1 478	1 787	—	9 239	6,28	0,67			
	b	74	26 574	4,35	—	39	—	—	529	112	—	680	0,42	0,08			
	c	79	40 413	4,86	4 977	407	—	629	2 007	1 899	—	9 919	3,18	0,25			
18. Soldin	a	4	17 990	7,76	11 432	1 140	—	3 799	2 613	2 082	—	21 066	8,24	1,17			
	b	55	15 834	4,87	12	13	—	—	291	302	—	618	0,56	0,04			
	c	59	33 824	6,41	11 444	1 153	—	3 799	2 904	2 384	—	21 684	5,92	0,64			
19. Sorau	a	5	26 400	11,80	10 738	569	—	11 405	4 997	6 149	—	33 858	6,18	1,28			
	b	143	54 135	4,80	1 577	797	15	4 458	4 069	1 118	—	12 034	2,84	0,22			
	c	148	80 535	6,99	12 315	1 366	15	15 863	9 066	7 267	—	45 892	4,71	0,57			
20. Spremberg	a	1	11 455	14,96	—	556	3 050	6 609	5 036	3 884	—	19 135	5,38	1,67			
	b	40	19 711	6,15	—	769	—	1 524	2 394	249	—	4 936	2,77	0,25			
	c	41	31 166	9,39	—	1 325	3 050	8 133	7 430	4 133	—	24 071	4,48	0,77			
21. Weststernberg	a	3	11 520	5,99	3 091	970	—	—	1 273	1 575	—	6 909	6,09	0,60			
	b	62	26 110	4,31	10 487	554	—	—	1 808	251	—	13 100	8,61	0,50			
	c	65	37 630	4,85	13 578	1 524	—	—	3 081	1 826	—	20 009	7,53	0,53			
22. Züllichau-Schwiebus	a	3	18 217	7,53	8 652	—	—	—	5 392	3 960	—	18 004	5,79	0,99			
	b	76	22 537	3,24	—	—	—	—	15	55	—	70	0,08	0,008			
	c	79	40 754	5,16	8 652	—	—	—	5 407	4 015	—	18 074	4,61	0,44			

Provinz

IX. Regierungsbezirk

1. Anklam	a	1	15 103	11,22	7 002	532	—	7 240	2 181	2 728	—	19 683	5,38	1,30			
	b	51	10 077	5,00	—	—	—	—	83	356	—	439	0,50	0,04			
	c	52	25 180	8,73	7 002	532	—	7 240	2 264	3 084	—	20 122	4,43	0,80			
2. Cammin	a	2	7 436	6,78	1 387	—	750	—	997	1 279	—	4 413	3,36	0,59			
	b	102	24 081	4,08	—	329	—	—	131	310	—	770	0,50	0,08			
	c	104	31 517	4,71	1 387	329	750	—	1 128	1 589	—	5 183	1,82	0,16			
3. Demmin	a	3	20 102	9,50	9 236	582	1 300	4 684	2 457	4 587	—	22 846	7,00	1,14			
	b	81	15 370	6,41	400	—	—	—	140	151	—	691	0,54	0,04			
	c	84	35 472	8,16	9 636	582	1 300	4 684	2 597	4 738	—	23 537	5,19	0,66			
4. Greifenberg	a	2	16 367	6,66	8 825	477	—	5 834	1 550	3 028	—	19 714	7,35	1,20			
	b	79	16 867	5,81	1 183	54	—	—	2	48	—	1 287	0,75	0,08			
	c	81	33 234	6,23	10 008	531	—	5 834	1 552	3 076	—	21 001	4,77	0,63			
5. Greifenhagen	a	3	12 603	8,89	4 175	1 731	—	889	1 230	679	—	8 704	5,15	0,69			
	b	71	29 184	5,17	6 125	—	—	—	492	—	—	6 617	2,95	0,23			
	c	74	41 787	6,29	10 300	1 731	—	889	1 722	679	—	15 321	3,89	0,37			
6. Naugard	a	4	20 536	7,05	3 910	2 842	—	3 447	2 973	3 242	—	16 414	5,56	0,80			
	b	102	25 268	4,47	—	—	—	—	667	83	—	750	0,37	0,03			
	c	106	45 804	5,63	3 910	2 842	—	3 447	3 640	3 325	—	17 164	3,45	0,37			
7. Pyritz	a	1	8 793	8,40	2 821	981	—	—	956	972	—	5 730	3,78	0,65			
	b	80	19 514	7,49	—	117	—	—	—	9	—	126	0,06	0,01			
	c	81	28 307	7,77	2 821	1 098	—	—	956	981	—	5 856	1,68	0,21			
8. Randow	a	4	16 966	7,65	7 712	1 841	—	3 103	2 582	3 778	—	19 016	7,00	1,12			
	b	100	67 345	7,79	13 953	31 725	—	994	4 446	5 953	—	57 071	6,17	0,85			
	c	104	84 311	7,76	21 665	33 566	—	4 097	7 028	9 731	—	76 087	6,36	0,90			
9. Regenwalde	a	4	14 246	7,12	7 763	213	—	4 525	965	1 581	—	15 047	6,87	1,06			
	b	83	11 293	4,65	—	210	—	—	—	—	—	210	0,30	0,02			
	c	87	25 539	6,02	7 763	423	—	4 525	965	1 581	—	15 257	5,26	0,60			
10. Saatzig	a	4	8 549	5,55	3 052	129	—	918	398	1 094	—	5 591	6,78	0,65			
	b	86	22 717	4,47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
	c	90	31 266	4,77	3 052	129	—	918	398	1 094	—	5 591	2,55	0,18			
11. Stargard i. Pom., Stadt	a	1	28 136	9,71	28 300	6 181	3 560	6 803	5 700	9 327	—	59 871	9,83	2,18			
12. Stettin, Stadt	a	1	241 531	15,70	256 164	15 369	45 248	131 393	92 671	61 948	—	602 793	7,09	2,50			

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Brandenburg.

Frankfurt.

328 391	121 687	65 484	4 156	519 718	91,73	19,90	—	80	566 552	21,69	a)
134 909	146 972	17 905	3 802	303 588	97,22	7,34	—	—	312 267	7,35	b)
463 300	268 659	83 389	7 958	823 306	93,68	12,20	—	80	878 819	13,02	c)
70 693	47 933	18 623	1 815	139 064	93,72	10,05	—	80	148 383	10,72	a)
55 591	99 558	5 534	2 189	162 872	99,58	6,13	—	—	163 552	6,15	b)
126 284	147 491	24 157	4 004	301 936	96,79	7,47	—	80	311 935	7,72	c)
121 381	89 072	22 078	1 850	234 381	91,71	13,03	—	120	255 567	14,21	a)
34 989	72 708	1 098	1 313	110 108	99,44	6,95	—	—	110 726	6,99	b)
156 370	161 780	23 176	3 163	344 489	94,05	10,18	—	120	366 293	10,83	c)
329 919	109 581	77 281	1 377	518 158	93,88	19,63	—	40	552 056	20,91	a)
227 262	145 450	35 600	2 653	410 965	97,16	7,59	—	—	422 999	7,81	b)
557 181	255 031	112 881	4 030	929 123	95,29	11,54	—	40	975 055	12,11	c)
214 425	63 291	60 510	1 685	339 911	94,67	29,67	—	—	359 046	31,34	a)
113 259	40 425	18 157	1 289	173 130	97,23	8,78	—	—	178 066	9,03	b)
327 684	103 716	78 667	2 974	513 041	95,52	16,46	—	—	557 112	17,23	c)
56 386	38 049	11 002	1 054	106 491	93,84	9,24	—	80	113 480	9,85	a)
53 994	78 063	5 360	1 574	138 991	91,39	5,32	—	—	152 091	5,83	b)
110 380	116 112	16 362	2 628	245 482	92,44	6,52	—	80	265 571	7,08	c)
159 138	91 316	41 697	685	292 836	94,15	16,07	—	200	311 040	17,07	a)
29 102	55 836	3 145	1 708	89 791	99,92	3,98	—	—	89 861	3,99	b)
188 240	147 152	44 842	2 393	382 627	95,44	9,39	—	200	400 901	9,84	c)

Pommern.

Stettin.

223 170	81 703	41 598	—	346 471	94,62	22,94	—	—	366 154	24,24	a)
39 679	43 835	3 107	1 124	87 745	99,50	8,71	—	—	83 184	8,75	b)
262 849	125 538	44 705	1 124	434 216	95,57	17,24	—	—	454 338	18,04	c)
67 817	41 214	16 799	1 212	127 042	96,64	17,08	—	—	131 455	17,68	a)
65 541	75 866	9 381	2 017	152 805	99,50	6,35	—	—	153 575	6,38	b)
133 358	117 080	26 180	3 229	279 847	98,18	8,88	—	—	285 030	9,04	c)
173 973	87 738	37 430	4 198	303 339	93,00	15,09	—	—	326 185	16,23	a)
42 725	80 629	1 813	1 383	126 550	99,46	8,23	—	—	127 241	8,28	b)
216 698	168 367	39 243	5 581	429 889	94,81	12,12	—	—	453 426	12,78	c)
134 841	83 192	27 733	2 675	248 441	92,65	15,18	—	—	268 155	16,38	a)
53 998	111 503	3 553	1 751	170 805	99,25	10,13	—	—	172 092	10,20	b)
188 839	194 695	31 286	4 426	419 246	95,23	12,61	—	—	440 217	13,25	c)
80 851	59 582	19 423	487	160 343	94,85	12,72	—	—	169 047	13,41	a)
83 614	123 875	6 896	3 424	217 809	97,05	7,46	—	—	224 426	7,69	b)
164 465	183 457	26 319	3 911	378 152	96,11	9,05	—	—	393 473	9,42	c)
163 981	82 779	31 945	330	279 035	94,44	13,59	—	—	295 449	14,39	a)
101 887	93 864	4 505	1 415	201 671	99,63	7,98	—	—	202 421	8,01	b)
265 868	176 643	36 450	1 745	480 706	96,55	10,49	—	—	497 870	10,87	c)
77 648	53 582	13 746	1 020	145 996	96,22	16,60	—	—	151 726	17,26	a)
68 349	122 491	3 265	1 964	196 069	99,91	10,05	—	—	196 195	10,05	b)
145 997	176 073	17 011	2 984	342 065	98,32	12,08	—	—	347 921	12,29	c)
127 538	96 000	26 529	2 607	252 674	93,00	14,89	—	—	271 690	16,01	a)
451 638	315 748	92 915	7 584	867 885	93,83	12,89	—	—	924 956	13,73	b)
579 176	411 748	119 444	10 191	1 120 559	93,64	13,29	—	—	1 196 646	14,19	c)
121 627	55 433	25 958	930	203 948	93,13	14,32	—	—	218 935	15,37	a)
31 744	36 773	1 659	718	70 894	99,70	6,23	—	—	71 104	6,30	b)
153 371	92 206	27 617	1 648	274 842	94,74	10,76	—	—	290 099	11,36	c)
37 155	28 809	9 971	929	76 864	93,22	8,59	—	—	82 455	9,64	a)
52 192	79 026	3 265	1 919	136 402	100,00	6,00	—	—	136 402	6,00	b)
89 347	107 835	13 236	2 848	213 266	97,45	6,82	—	—	218 857	7,00	c)
349 928	149 011	44 860	5 595	549 394	90,17	19,53	—	—	609 265	21,65	a)
4 611 612	2 512 867	732 313	42 358	7 899 150	92,91	32,70	—	—	8 501 943	35,20	a)

(Noch: Tab. 1.)													
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal soll- der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a) %	auf 1 Ein- woh- ner
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz Noch: IX. Regierungsbezirk													
13. Ueckermünde	a 3	19 183	7,62	13 426	783	—	6 188	4 215	3 680	—	28 292	8,95	1,47
	b 52	35 245	3,64	3 163	574	—	2 182	2 361	2 866	—	11 146	4,67	0,32
	c 55	54 428	5,04	16 589	1 357	—	8 370	6 576	6 546	—	39 438	7,11	0,72
14. Usedom-Wollin	a 3	21 422	10,10	22 092	1 188	4 250	13 161	13 080	4 860	—	58 631	11,20	2,74
	b 89	29 227	8,54	18 299	1 176	—	1 392	4 700	2 204	—	27 771	8,01	0,95
	c 92	50 649	9,20	40 391	2 364	4 250	14 553	17 780	7 064	—	86 402	9,93	1,71
X. Regierungsbezirk													
1. Belgard	a 2	14 902	6,89	6 619	1 116	1 200	4 113	1 345	1 787	—	16 180	5,69	1,09
	b 68	15 344	3,43	1 118	40	—	—	49	—	—	1 207	1,29	0,08
	c 70	30 246	5,14	7 737	1 156	1 200	4 113	1 394	1 787	—	17 387	4,61	0,57
2. Bublitz	a 1	5 057	5,73	1 106	—	—	2 124	200	461	—	3 891	4,82	0,77
	b 35	9 375	2,17	1 311	247	—	—	15	—	—	1 573	3,47	0,17
	c 36	14 432	3,42	2 417	247	—	2 124	215	461	—	5 464	4,83	0,38
3. Bütow	a 1	7 905	7,48	4 350	796	1 297	3 043	896	1 120	—	11 502	7,78	1,46
	b 44	17 485	2,00	—	—	—	—	185	57	—	242	0,31	0,01
	c 45	25 390	3,71	4 350	796	1 297	3 043	1 081	1 177	—	11 744	5,20	0,46
4. Dramburg	a 3	14 121	5,87	6 286	243	—	3 512	1 445	1 350	—	12 836	6,69	0,91
	b 52	12 454	3,15	688	—	—	—	4	33	—	725	0,85	0,06
	c 55	26 575	4,33	6 974	243	—	3 512	1 449	1 383	—	13 561	4,88	0,51
5. Kolberg-Körlin	a 2	28 951	9,20	16 774	970	—	10 008	738	5 736	—	34 226	4,98	1,18
	b 78	25 586	4,63	2 738	371	—	130	89	152	—	3 480	1,96	0,14
	c 80	54 537	7,15	19 512	1 341	—	10 138	827	5 888	—	37 706	4,33	0,69
6. Köslin	a 1	23 793	8,85	10 559	5 130	—	9 268	3 641	3 068	—	31 666	7,10	1,33
	b 78	18 542	3,87	—	8	—	—	348	—	—	356	0,30	0,02
	c 79	42 335	6,67	10 559	5 138	—	9 268	3 989	3 068	—	32 022	5,86	0,76
7. Lauenburg in Pommern	a 2	15 059	7,15	6 573	1 086	—	4 879	1 407	1 733	—	15 678	6,74	1,04
	b 64	17 021	2,22	—	—	—	—	—	73	—	73	0,09	0,004
	c 66	32 080	4,54	6 573	1 086	—	4 879	1 407	1 806	—	15 751	5,09	0,49
8. Neustettin	a 4	20 967	6,87	18 893	686	1 633	5 227	2 283	2 341	—	31 063	10,08	1,48
	b 118	38 411	2,52	15 867	899	—	—	561	52	—	17 379	8,98	0,45
	c 122	59 378	4,05	34 760	1 585	1 633	5 227	2 844	2 393	—	48 442	9,65	0,82
9. Rummelsburg	a 1	5 964	6,05	6 447	35	—	1 304	765	449	1) 256	9 256	10,26	1,35
	b 62	13 133	1,89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	c 63	19 097	3,19	6 447	35	—	1 304	765	449	1) 256	9 256	7,28	0,48
10. Schivelbein	a 1	7 755	7,58	4 775	2 872	—	—	590	1 840	—	10 077	8,97	1,30
	b 40	8 642	3,54	—	—	—	—	—	605	—	605	1,14	0,07
	c 41	16 397	5,45	4 775	2 872	—	—	590	2 445	—	10 682	6,46	0,65
11. Schlawe	a 4	17 762	9,29	—	1 150	—	—	1 603	2 630	—	5 883	1,82	0,30
	b 126	38 287	3,97	234	481	—	—	316	—	—	1 031	0,41	0,03
	c 130	56 049	5,65	234	1 631	—	—	1 919	2 630	—	6 414	1,18	0,11
12. Stolp, Stadt	a 1	34 069	9,71	22 630	11 444	6 050	10 030	8 174	7 695	—	66 023	8,18	1,94
13. Stolp, Land	b 157	39 773	3,29	1 366	37	—	—	869	300	—	2 572	1,05	0,06
XI. Regierungsbezirk													
1. Franzburg	a 4	12 341	6,78	8 810	294	—	952	2 137	1 143	—	13 336	6,53	1,08
	b 39	13 010	4,18	2 579	—	—	—	27	423	—	3 029	3,10	0,23
	c 43	25 351	5,45	11 389	294	—	952	2 164	1 566	—	16 365	5,42	0,65
2. Greifswald	a 4	37 172	9,86	14 259	905	4 782	14 911	1 230	7 035	1) 60	43 182	5,52	1,16
	b 39	10 725	6,14	25	—	—	—	146	191	—	362	0,41	0,03
	c 43	47 897	9,03	14 284	905	4 782	14 911	1 376	7 226	1) 60	43 544	5,00	0,91
3. Grimmen	a 3	11 554	6,08	2 407	—	—	3 640	1 467	1 178	—	8 692	5,67	0,75
	b 43	9 348	5,32	750	65	—	6	121	456	—	1 398	1,70	0,15
	c 46	20 902	5,74	3 157	65	—	3 646	1 588	1 634	—	10 090	4,28	0,48
4. Rügen	a 2	6 116	7,19	3 629	112	—	2 548	1 014	860	—	8 163	7,70	1,33
	b 73	23 377	7,84	9 811	—	—	4 223	4 255	5 009	—	23 298	6,53	1,00
	c 75	29 493	7,71	13 440	112	—	6 771	5 269	5 869	—	31 461	6,79	1,07
5. Stralsund, Stadt.	a 1	33 719	11,17	37 363	7 066	7 800	15 427	15 039	9 612	—	92 307	11,88	2,74

1) Musikautomatensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner		
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner						
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b		21
Pommern.												
Stettin.												
166 201	86 740	34 824	—	287 765	91,05	15,00	—	—	316 057	16,48	a)	13. Ueckermünde.
120 120	77 927	26 866	2 532	227 445	95,33	6,45	—	—	238 591	6,77	b)	
286 321	164 667	61 690	2 532	515 210	92,89	9,47	—	—	554 648	10,19	c)	
131 380	166 958	60 020	6 388	464 746	88,80	21,69	—	—	523 377	24,45	a)	14. Usedom-Wollin.
98 392	175 331	42 287	2 866	318 876	91,99	10,91	—	—	346 647	11,86	b)	
329 772	342 289	102 307	9 254	783 622	90,07	15,47	—	—	870 024	17,18	c)	
Köslin.												
151 049	83 296	33 166	553	268 064	94,29	17,99	—	40	284 284	19,08	a)	1. Belgard.
40 398	47 895	2 883	880	92 056	98,71	6,00	—	—	93 263	6,08	b)	
191 447	131 191	36 049	1 433	360 120	95,38	11,91	—	40	377 547	12,48	c)	
44 183	23 128	8 371	1 144	76 826	95,13	15,19	—	40	80 757	15,97	a)	2. Bublitz.
15 570	26 619	927	620	43 736	96,53	4,67	—	—	45 309	4,83	b)	
59 753	49 747	9 298	1 764	120 562	95,63	8,35	—	40	126 066	8,74	c)	
82 215	38 270	15 566	164	136 215	92,09	17,23	—	200	147 917	18,71	a)	3. Blütow.
53 488	40 795	2 324	1 203	77 810	99,69	4,45	—	—	78 052	4,46	b)	
115 703	79 065	17 890	1 367	214 025	94,71	8,43	—	200	225 969	8,50	c)	
107 212	55 202	15 761	997	179 172	93,31	12,69	—	—	192 008	13,60	a)	4. Dramburg.
35 158	47 427	1 046	1 409	85 040	99,15	6,83	—	—	85 765	6,89	b)	
142 370	102 629	16 807	2 406	264 212	95,12	9,94	—	—	277 773	10,45	c)	
361 047	228 945	63 612	5 700	659 304	95,05	22,77	—	80	693 610	23,96	a)	5. Kolberg-Körlin.
69 126	98 802	4 599	1 789	174 316	98,04	6,81	—	—	177 796	6,95	b)	
430 173	327 747	68 211	7 489	833 620	95,66	15,29	—	80	871 406	15,98	c)	
252 470	123 681	37 044	1 364	414 559	92,90	17,42	—	—	446 225	18,75	a)	6. Köslin.
46 861	69 124	2 441	872	119 298	99,70	6,43	—	—	119 654	6,45	b)	
299 331	192 805	39 485	2 236	533 857	94,34	12,61	—	—	565 879	13,37	c)	
120 151	66 804	27 129	2 700	216 784	93,26	14,40	—	—	232 462	15,44	a)	7. Lauenburg in Pommern.
29 669	42 270	3 624	1 488	77 051	99,91	4,53	—	—	77 124	4,54	b)	
149 820	109 074	30 753	4 188	293 835	94,91	9,16	—	—	309 586	9,65	c)	
171 205	79 782	24 593	1 584	277 164	89,92	13,22	—	—	308 227	14,70	a)	8. Neustettin.
67 716	100 523	4 848	3 039	176 126	91,02	4,59	—	—	193 505	5,04	b)	
238 921	180 305	29 441	4 623	453 290	90,85	7,63	—	—	501 732	8,45	c)	
44 533	27 069	8 767	595	80 964	89,74	13,58	—	—	90 220	15,13	a)	9. Rummelsburg.
15 543	19 470	1 534	353	36 900	100,00	2,81	—	—	36 900	2,81	b)	
60 076	46 539	10 301	948	117 864	92,72	6,17	—	—	127 120	6,66	c)	
58 756	30 765	12 096	592	102 209	90,99	13,18	—	40	112 326	14,48	a)	10. Schivelbein.
20 215	30 871	971	411	52 468	98,86	6,07	—	—	53 073	6,14	b)	
78 971	61 636	13 067	1 003	154 677	93,52	9,43	—	40	165 399	10,09	c)	
178 297	71 832	38 850	1 295	290 274	98,17	16,34	—	40	295 697	16,65	a)	11. Schlawe.
87 359	155 733	3 885	1 487	248 464	99,59	6,49	—	—	249 495	6,52	b)	
265 656	227 565	42 735	2 782	538 738	98,82	9,61	—	40	545 192	9,73	c)	
465 074	189 903	80 853	4 998	740 828	91,81	21,74	—	40	806 891	23,68	a)	12. Stolp, Stadt.
106 942	122 444	9 387	3 106	241 879	98,95	6,08	—	—	244 451	6,15	b)	13. Stolp, Land.
Stralsund.												
110 599	54 421	24 552	1 289	190 861	93,47	15,47	—	—	204 197	16,55	a)	1. Franzburg.
34 902	54 060	3 598	2 115	94 675	96,90	7,28	—	—	97 704	7,51	b)	
145 501	108 481	28 150	3 404	285 536	94,58	11,26	—	—	301 901	11,91	c)	
455 937	220 110	62 666	679	738 492	94,47	19,87	—	40	781 714	21,03	a)	2. Greifswald.
31 459	52 398	2 675	1 590	88 122	99,59	8,22	—	—	88 484	8,25	b)	
486 496	272 508	65 341	2 269	826 614	94,99	17,26	—	40	870 198	18,17	c)	
73 489	54 369	15 454	1 303	144 615	94,33	12,52	—	—	153 307	13,27	a)	3. Grimmen.
22 108	55 412	2 539	914	80 973	98,30	8,66	—	—	82 371	8,81	b)	
95 597	109 781	17 993	2 217	225 588	95,72	10,79	—	—	235 678	11,28	c)	
51 424	31 665	13 875	934	97 898	92,30	16,01	—	—	106 061	17,34	a)	4. Rügen.
146 691	128 229	52 127	6 702	333 749	93,47	14,28	—	—	357 047	15,27	b)	
198 115	159 894	66 002	7 636	431 647	93,21	14,64	—	—	463 108	15,70	c)	
394 222	211 884	70 130	8 190	684 426	88,12	20,30	—	—	776 733	23,04	a)	5. Stralsund, Stadt.

(Noch: Tab. 1.)														
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern								zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braunmalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Provinz														
XII. Regierungsbezirk														
1. Adelnau	a 3	7 088	3,70	5 433	727	—	1 280	211	258	—	7 909	16,38	1,12	
	b 49	28 204	1,81	—	—	—	—	254	79	—	333	0,34	0,01	
	c 52	35 292	2,19	5 433	727	—	1 280	465	337	—	8 242	7,50	0,23	
2. Birnbaum	a 2	8 633	6,03	3 065	372	—	962	778	1 376	—	6 553	5,45	0,76	
	b 57	13 406	2,39	—	251	—	—	51	816	—	1 118	2,65	0,08	
	c 59	22 039	3,82	3 065	623	—	962	829	2 192	—	7 671	4,72	0,35	
3. Bomst	a 6	12 345	5,65	3 175	125	—	2 964	733	1 293	—	8 290	7,22	0,67	
	b 105	45 552	1,79	—	—	—	—	209	2 238	—	2 447	1,82	0,05	
	c 111	57 897	2,61	3 175	125	—	2 964	942	3 531	—	10 737	4,31	0,19	
4. Fraustadt	a 2	8 194	7,21	2 873	323	—	2 599	1 132	1 254	—	8 181	6,61	1,00	
	b 40	17 268	4,10	—	893	—	—	82	—	—	975	1,73	0,06	
	c 42	25 462	5,10	2 873	1 216	—	2 599	1 214	1 254	—	9 156	5,08	0,36	
5. Gostyn	a 4	13 153	5,50	6 878	666	—	3 151	556	1 417	1) 34	12 702	8,85	0,97	
	b 84	22 842	2,39	—	166	—	—	38	301	—	505	0,71	0,02	
	c 88	35 995	3,52	6 878	832	—	3 151	594	1 718	1) 31	13 207	6,15	0,37	
6. Grätz	a 3	13 306	6,59	6 475	—	—	25 102	712	1 341	2) 5	33 635	14,66	2,53	
	b 52	14 328	2,26	557	630	—	—	6	1 675	—	2 868	7,54	0,20	
	c 55	27 634	4,35	7 032	630	—	25 102	718	3 016	2) 5	36 503	13,65	1,32	
7. Jarotschin	a 4	9 910	6,89	7 121	—	—	1 434	135	942	—	9 632	6,83	0,97	
	b 87	23 765	2,45	—	188	—	—	—	—	—	188	0,26	0,01	
	c 91	33 675	3,76	7 121	188	—	1 434	135	942	—	9 820	4,60	0,29	
8. Kempen i. Pos.	a 1	6 720	7,21	6 005	1 008	—	2 148	362	459	—	9 982	9,08	1,40	
	b 53	23 588	1,73	—	458	—	380	121	998	—	1 957	3,41	0,08	
	c 54	30 308	2,95	6 005	1 466	—	2 528	483	1 457	—	11 939	7,14	0,39	
9. Koschmin	a 3	9 225	4,74	2 379	70	—	2 761	403	737	—	6 350	8,81	0,69	
	b 57	15 383	2,26	—	484	—	—	27	—	—	511	1,22	0,03	
	c 60	24 608	3,19	2 379	554	—	2 761	430	737	—	6 861	6,01	0,28	
10. Kosten	a 3	12 455	5,55	11 257	686	40	2 346	412	1 415	—	16 156	12,03	1,30	
	b 83	23 248	2,51	—	1 480	—	—	—	—	—	1 480	1,82	0,06	
	c 86	35 703	3,57	11 257	2 166	40	2 346	412	1 415	—	17 636	8,18	0,49	
11. Krotoschin	a 4	20 127	6,75	13 960	2 697	—	4 649	1 015	1 147	—	23 468	10,03	1,17	
	b 50	21 181	2,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	c 54	41 308	4,12	13 960	2 697	—	4 649	1 015	1 147	—	23 468	8,15	0,55	
12. Lissa	a 4	21 168	10,20	11 944	2 013	—	7 348	3 296	4 243	—	28 844	7,54	1,36	
	b 55	15 119	2,72	1 876	6	—	—	276	1 499	—	3 657	6,99	0,24	
	c 59	36 287	7,08	13 820	2 019	—	7 348	3 572	5 742	—	32 501	7,17	0,60	
13. Meseritz	a 5	16 363	7,04	7 214	1 857	—	4 280	1 061	3 015	2) 31	17 458	7,88	1,07	
	b 82	30 521	2,51	—	182	—	—	443	4 346	—	4 971	6,03	0,16	
	c 87	46 884	4,09	7 214	2 039	—	4 280	1 504	7 361	2) 31	22 429	7,38	0,48	
14. Neutomischel	a 2	4 750	8,10	2 288	148	—	—	464	1 687	—	4 587	7,41	0,97	
	b 49	23 631	2,02	—	—	—	—	260	1 646	—	1 906	3,75	0,08	
	c 51	28 381	3,04	2 288	148	—	—	724	3 333	—	6 493	5,76	0,23	
15. Obornik	a 4	12 927	5,08	6 682	260	—	3 481	604	1 507	—	12 534	7,82	0,97	
	b 113	30 283	3,23	—	184	—	—	6	—	—	190	0,19	0,01	
	c 117	43 210	3,78	6 682	444	—	3 481	610	1 507	—	12 724	4,93	0,29	
16. Ostrowo	a 1	14 624	9,65	19 542	15 733	603	2 642	815	1 400	—	40 735	21,70	2,79	
	b 53	23 096	2,43	764	869	—	160	—	296	—	2 089	3,01	0,09	
	c 54	37 720	5,23	20 306	16 602	603	2 802	815	1 696	—	42 824	16,65	1,14	
17. Pleschen	a 1	7 811	6,71	5 292	—	—	1 679	538	1 161	—	8 670	8,55	1,11	
	b 74	18 649	2,18	—	235	—	—	—	—	—	235	0,60	0,01	
	c 75	26 460	3,52	5 527	—	—	1 679	538	1 161	—	8 905	6,34	0,31	
18. Posen, Stadt	a 1	161 926	14,48	148 162	37 891	—	77 124	96 219	35 349	—	394 745	7,30	2,44	
19. Posen Ost	a 2	6 816	6,47	1 349	398	—	1 047	145	1 019	—	3 958	6,07	0,58	
	b 98	31 155	3,32	10 883	291	—	808	271	173	—	12 426	5,91	0,40	
	c 100	37 971	3,88	12 232	689	—	1 855	416	1 192	—	16 384	5,95	0,43	

1) Musikautomatensteuer. — 2) Automatensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Posen.

Posen.

18 738	16 409	4 240	995	40 382	83,62	5,70	—	—	48 291	6,81	a	1. Adelnau.
29 424	30 413	715	763	61 315	99,46	2,17	—	—	61 648	2,19	b	
48 162	46 822	4 955	1 758	101 697	92,50	2,88	—	—	109 939	3,12	c	
64 735	34 006	13 526	1 236	113 503	94,43	13,15	—	140	120 196	13,92	a	2. Birnbaum.
19 497	20 456	533	586	41 072	97,35	3,06	—	—	42 190	3,15	b	
84 232	54 462	14 059	1 822	154 575	95,19	7,01	—	140	162 386	7,37	c	
58 174	35 665	12 139	496	106 474	92,78	8,62	—	—	114 764	9,30	a	3. Bomst.
53 184	75 168	3 285	319	131 956	98,18	2,90	—	—	134 403	2,95	b	
111 358	110 833	15 424	815	238 430	95,69	4,12	—	—	249 167	4,30	c	
71 762	29 468	14 144	145	115 519	93,36	14,10	—	40	123 740	15,10	a	4. Fraustadt.
21 747	31 063	2 270	419	55 499	98,37	3,21	—	—	56 474	3,27	b	
93 509	60 531	16 414	564	171 018	94,90	6,72	—	40	180 214	7,08	c	
64 299	40 202	24 662	1 640	130 803	91,15	9,94	—	—	143 505	10,91	a	5. Gostyn.
28 369	40 585	1 154	603	70 711	99,29	3,10	—	—	71 216	3,12	b	
92 668	80 787	25 816	2 243	201 514	93,85	5,60	—	—	214 721	5,97	c	
117 711	57 629	19 552	938	195 830	85,34	14,72	—	—	229 465	17,25	a	6. Grätz.
14 241	20 744	52	113	35 150	92,46	2,45	—	—	38 018	2,65	b	
131 952	78 373	19 604	1 051	230 980	86,35	8,36	—	—	267 483	9,68	c	
81 369	37 993	10 332	1 623	131 317	93,17	13,25	—	—	140 949	14,22	a	7. Jarotschin.
31 389	38 365	2 116	602	72 472	99,74	3,05	—	—	72 660	3,06	b	
112 758	76 358	12 448	2 225	203 789	95,40	6,05	—	—	213 609	6,34	c	
64 194	24 784	10 176	850	100 004	90,92	14,88	—	—	109 986	16,37	a	8. Kempen i. Pos.
21 489	32 269	1 010	583	55 351	96,59	2,35	—	—	57 308	2,43	b	
85 683	57 053	11 186	1 433	155 355	92,86	5,13	—	—	167 294	5,52	c	
31 587	26 019	7 881	260	65 747	91,19	7,13	—	—	72 097	7,82	a	9. Koschmin.
14 871	26 096	269	289	41 525	98,78	2,70	—	—	42 036	2,73	b	
46 458	52 115	8 150	549	107 272	93,99	4,36	—	—	114 133	4,64	c	
68 617	35 090	13 946	456	118 109	87,97	9,48	—	—	134 265	10,78	a	10. Kosten.
37 015	41 926	532	335	79 808	98,18	3,43	—	—	81 288	3,50	b	
105 632	77 016	14 478	791	197 917	91,82	5,54	—	—	215 553	6,04	c	
119 494	61 404	26 912	2 674	210 484	89,95	10,46	—	40	233 992	11,63	a	11. Krotoschin.
21 107	31 590	634	591	53 922	100,00	2,55	—	—	53 922	2,55	b	
140 601	92 994	27 546	3 265	264 406	91,84	6,40	—	40	287 914	6,97	c	
216 411	99 541	37 492	511	353 955	92,46	16,72	—	—	382 799	18,08	a	12. Lissa.
20 480	26 821	925	470	48 696	93,01	3,22	—	—	52 353	3,46	b	
236 891	126 362	38 417	981	402 651	92,53	11,10	—	—	435 152	11,99	c	
111 709	68 452	23 073	773	204 007	92,10	12,47	—	40	221 505	13,54	a	13. Meseritz.
33 632	41 490	1 661	726	77 509	93,97	2,54	—	—	82 480	2,70	b	
145 341	109 942	24 734	1 499	281 516	92,61	6,00	—	40	303 985	6,48	c	
30 690	18 165	7 524	903	57 282	92,59	12,06	—	—	61 869	13,03	a	14. Neutomischel.
22 031	25 694	744	494	48 963	96,25	2,07	—	—	50 869	2,15	b	
52 721	43 859	8 268	1 397	106 245	94,24	3,74	—	—	112 738	3,97	c	
83 272	50 700	12 714	1 155	147 841	92,18	11,44	—	—	160 375	12,41	a	15. Obornik.
41 224	54 110	1 850	538	97 722	99,81	3,23	—	—	97 912	3,23	b	
124 496	104 810	14 564	1 693	245 563	95,07	5,68	—	—	258 287	5,98	c	
88 570	41 992	14 671	1 734	146 967	78,28	10,06	—	40	187 742	12,84	a	16. Ostrowo.
33 104	30 624	2 843	729	67 300	96,99	2,91	—	—	69 389	3,00	b	
121 674	72 616	17 514	2 463	214 267	83,33	5,68	—	40	257 131	6,82	c	
49 090	28 331	13 813	1 512	92 746	91,45	11,87	—	—	101 416	12,98	a	17. Pleschen.
18 129	19 770	446	402	38 747	99,40	2,08	—	—	38 982	2,09	b	
67 219	48 101	14 259	1 914	131 493	93,66	4,97	—	—	140 398	5,31	c	
2 754 452	1 808 297	395 487	44 316	5 002 552	92,49	30,89	11 328	100	5 408 725	33,40	a	18. Posen, Stadt.
31 724	20 428	7 754	1 317	61 223	93,98	8,98	—	—	65 181	9,56	a	19. Posen Ost.
96 279	89 582	10 626	1 360	197 847	94,09	6,35	—	—	210 273	6,75	b	
128 003	110 010	18 380	2 677	259 070	94,05	6,82	—	—	275 454	7,25	c	

(Noch: Tab. 1.)													
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemeinden, c) Städte und Land- gemeinden zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern							zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XII. Regierungsbezirk													
20. Posen West	a 1	1 565	5,06	1 250	—	—	436	87	175	—	1 948	13,06	1,34
	b 78	29 634	3,09	473	—	—	—	—	—	—	473	0,85	0,02
	c 79	31 199	3,19	1 723	—	—	436	87	175	—	2 421	1,63	0,08
21. Rawitsch	a 5	20 157	6,92	9 333	764	—	7 264	2 509	3 385	—	23 255	9,73	1,15
	b 80	25 997	2,48	2 200	485	—	—	151	—	—	2 836	3,55	0,11
	c 85	46 154	4,89	11 533	1 249	—	7 264	2 660	3 385	—	26 091	8,18	0,57
22. Samter	a 5	17 177	6,21	10 517	647	600	3 523	870	1 618	—	17 775	8,72	1,03
	b 93	28 866	2,18	643	1 498	—	—	—	88	—	2 229	3,18	0,08
	c 98	46 043	3,65	11 160	2 145	600	3 523	870	1 706	—	20 004	7,31	0,43
23. Schildberg	a 3	8 969	5,40	2 063	233	—	924	330	561	—	4 111	6,17	0,46
	b 47	24 722	1,76	—	1 093	—	23	25	—	—	1 141	2,11	0,03
	c 50	33 691	2,73	2 063	1 326	—	947	355	561	—	5 252	4,36	0,16
24. Schmiegel	a 2	5 788	5,26	1 615	—	—	1 181	26	589	—	3 411	5,96	0,59
	b 80	22 111	2,11	80	—	—	—	—	—	—	80	0,12	0,003
	c 82	27 899	2,77	1 695	—	—	1 181	26	589	—	3 491	2,85	0,13
25. Schrimm	a 6	15 948	4,94	10 110	5 364	—	2 580	760	1 145 ¹⁾	35	19 994	13,86	1,25
	b 129	28 205	2,24	1 991	—	—	—	—	—	—	1 991	2,93	0,07
	c 135	44 153	3,22	12 101	5 364	—	2 580	760	1 145 ¹⁾	35	21 985	10,11	0,50
26. Schroda	a 3	11 846	6,20	12 430	—	—	1 627	684	1 418	—	16 159	12,12	1,36
	b 95	21 499	3,11	248	—	—	—	14	—	—	262	0,34	0,001
	c 98	33 345	4,21	12 678	—	—	1 627	698	1 418	—	16 421	7,83	0,49
27. Schwerin a./Warthe . .	a 2	8 472	5,91	4 422	42	—	1 585	699	1 152	—	7 900	10,67	0,93
	b 38	10 084	3,58	—	—	—	—	45	—	—	45	0,09	0,004
	c 40	18 556	4,64	4 422	42	—	1 585	744	1 152	—	7 945	6,52	0,43
28. Wreschen	a 2	9 770	7,96	3 795	100	500	1 900	482	1 010	—	7 787	5,21	0,80
	b 70	19 210	3,41	1 594	—	—	—	46	1 517	—	3 157	3,88	0,16
	c 72	28 980	4,94	5 389	100	500	1 900	528	2 527	—	10 944	4,74	0,38
XIII. Regierungsbezirk													
1. Bromberg, Stadt	a 1	59 388	13,85	86 740	11 107	—	25 079	52 256	17 437	—	192 619	10,67	3,24
2. Bromberg, Land	a 3	12 689	5,52	14 722	—	—	3 222	903	1 259	—	20 106	12,90	1,58
	b 138	73 373	3,66	19 588	76	—	3 569	1 893	2 473	—	27 599	6,05	0,38
	c 141	86 062	3,94	34 310	76	—	6 791	2 796	3 732	—	47 705	7,79	0,55
3. Czarnikau	a 2	12 756	6,82	10 923	1 576	—	3 385	1 409	2 139	—	19 432	7,86	1,52
	b 53	24 795	2,51	152	232	—	—	271	—	—	655	0,68	0,03
	c 55	37 551	3,97	11 075	1 808	—	3 385	1 680	2 139	—	20 087	5,85	0,53
4. Filehne	a 1	4 597	8,52	1 169	—	—	1 276	546	553	—	3 544	4,42	0,77
	b 44	28 098	3,76	5 292	213	—	—	969	3 901	—	10 375	6,55	0,37
	c 45	32 695	4,43	6 461	213	—	1 276	1 515	4 454	—	13 919	5,83	0,43
5. Gnesen	a 2	27 449	7,46	28 435	4 868	4 237	467	3 519	3 802	—	45 328	10,47	1,65
	b 90	20 450	3,58	1 021	1 353	—	—	77	—	—	2 451	4,04	0,12
	c 92	47 899	5,80	29 456	6 221	4 237	467	3 596	3 802	—	47 779	9,68	1,00
6. Hohensalza	a 2	28 944	9,15	11 660	3 472	300	9 600	2 879	2 294	—	30 205	4,48	1,04
	b 98	26 146	4,93	—	—	—	—	55	—	—	55	0,04	0,002
	c 100	55 090	7,15	11 660	3 472	300	9 600	2 934	2 294	—	30 260	3,70	0,55
7. Kolmar in Posen	a 6	41 944	7,78	46 181	20 356	3 713	14 408	6 162	7 033	—	97 853	11,55	2,33
	b 76	26 026	2,72	10 011	—	—	—	149	162	—	10 322	11,54	0,40
	c 82	67 970	5,84	56 192	20 356	3 713	14 408	6 311	7 195	—	108 175	11,55	1,59
8. Mogilno	a 4	15 413	5,91	6 537	2 740	1 397	3 999	917	1 331	—	16 921	9,65	1,10
	b 104	23 465	3,54	—	5 683	—	—	15	64	—	5 762	7,08	0,25
	c 108	38 878	4,48	6 537	8 423	1 397	3 999	932	1 395	—	22 683	8,84	0,58
9. Schubin	a 5	11 598	5,51	8 229	166	950	3 144	494	1 425	—	14 408	10,51	1,24
	b 110	21 458	2,22	1 081	19	—	—	22	—	—	1 122	2,15	0,03
	c 115	33 056	3,38	9 310	185	950	3 144	516	1 425	—	15 530	8,20	0,47
10. Strelno	a 2	8 297	10,48	2 409	219	375	1 773	490	773	—	6 039	4,58	0,73
	b 64	16 576	3,69	150	—	—	—	—	—	—	150	0,24	0,01
	c 66	24 873	5,95	2 559	219	375	1 773	490	773	—	6 189	3,17	0,25

1) Automatensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	t

Posen.

Posen.

6 072	5 408	1 242	248	12 970	86,94	8,29	—	—	14 918	9,53	a	20. Posen West.
62 546	62 220	6 961	1 314	133 041	99,65	4,49	—	—	133 514	4,51	b	
68 618	67 628	8 203	1 562	146 011	98,37	4,68	—	—	148 432	4,76	c	
119 899	66 228	27 953	1 478	215 558	90,23	10,69	—	80	238 893	11,85	a	21. Rawitsch.
31 099	44 031	1 372	598	77 100	96,45	2,97	—	—	79 936	3,07	b	
150 998	110 259	29 325	2 076	292 658	91,79	6,34	—	80	318 829	6,91	c	
92 883	63 370	27 669	2 050	185 972	91,27	10,93	—	5	203 752	11,86	a	22. Samter.
27 647	37 602	1 771	834	67 854	96,82	2,35	—	—	70 083	2,43	b	
120 530	100 972	29 440	2 884	253 826	92,69	5,51	—	5	273 835	5,96	c	
34 709	20 243	7 143	412	62 507	93,83	6,97	—	—	66 618	7,43	a	23. Schildberg.
23 956	27 901	576	399	52 832	97,99	2,14	—	—	53 973	2,18	b	
58 665	48 144	7 719	811	115 339	95,64	3,12	—	—	120 591	3,58	c	
29 224	18 431	5 514	631	53 800	93,97	9,30	—	40	57 251	9,99	a	24. Schmiegel.
27 806	36 428	558	322	65 114	99,88	2,94	—	—	65 194	2,95	b	
57 030	54 859	6 072	953	118 914	97,12	4,26	—	40	122 445	4,39	c	
63 273	48 756	15 479	2 153	129 661	86,64	8,13	—	—	149 655	9,38	a	25. Schrimm.
28 567	36 177	593	514	65 851	97,07	2,33	—	—	67 842	2,41	b	
91 840	84 933	16 072	2 667	195 512	89,89	4,13	—	—	217 497	4,93	c	
65 461	36 247	14 368	1 085	117 161	87,88	9,99	—	—	133 320	11,25	a	26. Schroda.
28 522	46 734	521	481	76 258	99,66	3,55	—	—	76 520	3,56	b	
93 983	82 981	14 889	1 566	193 419	92,17	5,80	—	—	209 840	6,29	c	
33 865	22 538	7 802	1 851	66 056	89,22	7,80	—	80	74 036	8,74	a	27. Schwerin a./Warthe.
19 791	26 314	1 148	528	47 781	99,91	4,74	—	—	47 826	4,74	b	
53 656	48 852	8 950	2 379	113 837	93,41	6,13	—	80	121 862	6,57	c	
77 526	34 837	27 017	2 189	141 569	94,79	14,49	—	—	149 356	15,29	a	28. Wreschen.
36 929	35 655	4 639	950	78 173	96,12	4,07	—	—	81 330	4,23	b	
114 455	70 492	31 656	3 139	219 742	95,26	7,58	—	—	230 686	7,96	c	

Bromberg.

999 402	453 926	153 043	6 305	1 612 676	89,32	27,15	—	200	1 805 495	30,40	a	1. Bromberg, Stadt.
64 471	41 018	28 602	1 635	135 726	87,10	10,70	—	—	155 832	12,28	a	2. Bromberg, Land.
202 341	198 561	25 066	2 947	428 915	93,95	5,85	—	—	456 514	6,22	b	
266 812	239 579	53 668	4 582	564 641	92,21	6,56	—	—	612 346	7,12	c	
107 419	74 394	41 737	4 310	227 860	92,14	17,86	—	—	247 292	19,39	a	3. Czarndau.
36 698	54 971	2 427	1 526	95 622	99,32	3,86	—	—	96 277	3,88	b	
144 117	129 365	44 164	5 836	323 482	94,15	8,61	—	—	343 569	9,15	c	
43 493	21 640	10 388	1 130	76 651	95,58	16,87	—	—	80 195	17,45	a	4. Filehne.
83 754	54 475	8 292	1 463	147 984	93,45	5,27	—	—	158 359	5,64	b	
127 247	76 115	18 680	2 593	224 635	94,17	6,37	—	—	233 554	7,30	c	
194 896	134 841	55 197	2 729	387 663	89,53	14,12	—	—	432 991	15,77	a	5. Gnesen.
25 560	30 173	1 875	604	58 212	95,96	2,85	—	—	60 663	2,97	b	
220 456	165 014	57 072	3 333	445 875	90,32	9,31	—	—	493 654	10,31	c	
355 004	197 614	84 337	6 818	643 773	95,32	22,24	—	—	673 978	23,29	a	6. Hohensalza.
65 706	68 410	8 163	1 365	143 644	99,96	5,49	—	—	143 699	5,50	b	
420 710	266 024	92 500	8 183	787 417	96,30	14,29	—	—	817 677	14,84	c	
416 467	246 463	79 447	7 284	749 661	88,45	17,87	—	—	847 514	20,21	a	7. Kolmar i. Posen.
33 742	43 084	1 827	491	79 144	88,46	3,04	—	—	89 466	3,44	b	
450 209	289 547	81 274	7 775	828 805	88,45	12,19	—	—	936 980	13,79	c	
83 475	49 197	23 683	2 007	158 362	90,35	10,27	—	—	175 283	11,37	a	8. Mogilno.
28 680	44 124	2 152	721	75 677	92,92	3,33	—	—	81 439	3,47	b	
112 155	93 321	25 835	2 728	234 039	91,16	6,02	—	—	256 722	6,60	c	
60 988	43 436	15 612	2 606	122 642	89,46	10,57	—	40	137 090	11,82	a	9. Schubin.
20 230	29 146	487	1 244	51 107	97,85	2,38	—	—	52 229	2,43	b	
81 218	72 582	16 099	3 850	173 749	91,73	5,26	—	40	189 319	5,73	c	
76 161	27 583	20 836	1 168	125 748	95,42	15,16	—	—	131 787	15,88	a	10. Strelno.
24 426	36 151	2 050	658	63 285	99,76	3,92	—	—	63 435	3,83	b	
100 587	63 734	22 886	1 826	189 033	96,83	7,60	—	—	195 222	7,85	c	

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c

Noch: Provinz

Noch: XIII. Regierungsbezirk

11. Wirsitz	b	6	18 457	6,12	14 873	444	1 475	3 499	1 436	2 037	—	23 764	7,92	1,29
	c	101	30 419	3,17	472	—	—	—	73	63	—	608	0,40	0,02
	c	107	48 876	4,29	15 345	444	1 475	3 499	1 509	2 100	—	24 372	5,41	0,50
12. Witkowo	a	3	4 526	4,23	506	—	—	147	100	120	—	873	2,20	0,19
	b	79	17 197	2,21	100	266	—	82	2	—	—	450	0,35	0,03
	c	82	21 723	2,63	606	266	—	229	102	120	—	1 323	1,42	0,06
13. Wongrowitz	a	4	10 987	5,68	7 262	2 361	—	2 342	756	1 666	—	14 387	11,65	1,31
	b	141	25 511	3,21	—	—	—	5	99	—	—	104	0,14	0,004
	c	145	36 498	3,96	7 262	2 361	—	2 342	761	1 765	—	14 491	7,29	0,40
14. Znin	a	4	8 468	7,36	5 498	480	403	1 065	527	979	—	8 952	6,12	1,06
	b	93	23 491	3,79	—	1 190	—	—	126	—	—	1 316	1,18	0,06
	c	97	31 959	4,74	5 498	1 670	403	1 065	527	1 105	—	10 268	3,98	0,32

Provinz

XIV. Regierungsbezirk

1. Breslau, Stadt	a	1	523 104	19,51	660 314	278 876	—	322 380	425 070	157 757	—	1 844 397	9,08	3,53
2. Breslau, Land	b	167	77 129	8,04	33 480	7 824	250	2 299	15 431	3 662	—	62 946	6,71	0,82
3. Brieg, Stadt	a	1	28 098	12,08	22 091	4 396	6 025	—	9 450	4 868	—	46 830	9,02	1,67
	b	1	3 482	7,59	1 313	66	—	—	514	397	—	2 290	5,14	0,66
4. Brieg, Land	c	61	32 564	4,90	21 823	867	—	—	2 386	253	—	25 329	9,58	0,78
	c	62	36 046	5,16	23 136	933	—	—	2 900	650	—	27 619	8,94	0,77
5. Frankenstein	a	4	13 331	8,68	12 176	515	40	3 506	1 956	1 372	—	19 565	9,97	1,47
	b	65	29 232	6,18	3 547	120	—	—	814	200	—	4 681	1,67	0,16
	c	69	42 563	6,96	15 723	635	40	3 506	2 770	1 572	—	24 246	5,08	0,57
6. Glatz	a	3	21 576	10,00	12 589	409	—	7 101	6 539	2 668	—	29 306	7,78	1,56
	b	82	39 423	5,00	15 288	1 049	—	753	2 294	5 017	—	24 401	8,25	0,62
	c	85	60 999	6,77	27 877	1 458	—	7 854	8 833	7 685	—	53 707	7,99	0,88
7. Groß Wartenberg	a	3	7 152	6,39	2 474	128	80	826	723	981	—	5 212	5,53	0,73
	b	105	33 869	1,81	—	—	—	—	286	—	—	286	0,20	0,01
	c	108	41 021	2,61	2 474	128	80	826	1 009	981	—	5 498	2,34	0,13
8. Guhrau	a	3	7 511	11,77	4 474	348	—	2 682	597	1 640	—	9 741	6,28	1,30
	b	106	19 371	3,78	—	—	—	—	484	—	—	484	0,40	0,02
	c	109	26 882	6,01	4 474	348	—	2 682	1 081	1 640	—	10 225	3,72	0,38
9. Habelschwerdt	a	3	12 311	9,85	6 369	274	—	2 468	1 700	1 752	—	12 563	10,51	1,02
	b	92	42 658	3,35	1 455	3 500	—	1 550	2 222	139	—	8 866	3,82	0,21
	c	95	54 969	4,81	7 824	3 774	—	4 018	3 922	1 891	—	21 429	6,10	0,39
10. Militsch	a	4	9 197	9,16	7 401	260	—	4 297	1 300	1 731	—	14 989	9,71	1,63
	b	131	30 163	2,49	1 835	—	—	—	167	—	—	2 002	1,34	0,07
	c	135	39 360	4,05	9 236	260	—	4 297	1 467	1 731	—	16 991	5,59	0,43
11. Münsterberg	a	1	8 518	9,42	3 050	420	—	1 817	1 924	1 699	—	8 910	6,69	1,05
	b	60	20 026	6,30	—	650	—	—	743	—	—	1 393	0,70	0,07
	c	61	28 544	7,16	3 050	1 070	—	1 817	2 667	1 699	—	10 303	3,10	0,36
12. Namslau	a	2	6 733	9,07	2 914	—	—	—	445	806	—	4 165	4,45	0,62
	b	65	18 652	3,11	4 882	—	—	—	478	—	—	5 360	4,71	0,29
	c	67	25 385	4,69	7 796	—	—	—	923	806	—	9 525	4,59	0,38
13. Neumarkt	a	2	8 013	9,19	2 512	16	—	2 057	866	2 215	—	7 666	5,90	0,96
	b	122	39 145	5,99	4 012	923	—	—	2 082	1 672	—	8 689	2,32	0,22
	c	124	47 158	6,54	6 524	939	—	2 057	2 948	3 887	—	16 355	3,24	0,35
14. Neurode	a	2	10 489	9,96	4 493	1 415	—	3 063	1 120	1 404	—	11 495	7,86	1,10
	b	33	39 946	3,89	8 168	170	—	4 336	2 785	3 383	—	18 842	7,02	0,47
	c	35	50 435	5,15	12 661	1 585	—	7 399	3 905	4 787	—	30 337	7,14	0,60
15. Nimptsch	a	1	2 084	9,09	994	—	—	956	155	301	—	2 406	5,32	1,15
	b	85	19 866	5,94	1 536	—	—	—	631	—	—	2 167	1,04	0,11
	c	86	21 950	6,24	2 530	—	—	956	786	301	—	4 573	1,80	0,21
16. Ohlau	a	2	11 308	8,84	2 835	10	—	5 119	2 393	1 819	—	12 176	6,41	1,08
	b	97	39 379	4,78	7 872	2 356	—	—	1 417	2 609	—	14 254	4,39	0,36
	c	99	50 687	5,53	10 707	2 366	—	5 119	3 810	4 428	—	26 430	5,14	0,52

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Posen.

Bromberg.

141 506	92 383	37 106	5 229	276 224	92,08	14,97	—	—	299 988	16,25	a) 11. Wirsitz.
56 119	87 127	4 756	1 519	149 521	99,60	4,92	—	—	150 129	4,94	b) 11. Wirsitz.
197 625	179 510	41 862	6 748	425 745	94,59	8,71	—	—	450 117	9,21	c) 11. Wirsitz.
16 860	16 127	5 468	406	38 861	97,80	8,59	—	—	39 734	8,78	a) 12. Witkowo.
16 314	34 314	1 441	710	52 779	99,15	3,07	—	—	53 229	3,10	b) 12. Witkowo.
33 174	50 441	6 909	1 116	91 640	98,58	4,22	—	—	92 963	4,28	c) 12. Witkowo.
51 240	39 732	14 144	3 999	109 115	88,35	9,93	—	—	123 502	11,24	a) 13. Wongrowitz.
24 308	48 731	1 309	710	75 058	99,86	2,94	—	—	75 162	2,95	b) 13. Wongrowitz.
75 548	88 463	15 453	4 709	184 173	92,71	5,05	—	—	198 664	5,44	c) 13. Wongrowitz.
67 576	40 156	25 867	3 722	137 321	93,88	16,22	—	—	146 273	17,27	a) 14. Znin.
38 898	68 521	2 202	783	110 404	98,82	4,70	—	—	111 720	4,76	b) 14. Znin.
106 474	108 677	28 069	4 505	247 725	96,02	7,75	—	—	257 993	8,07	c) 14. Znin.

Schlesien.

Breslau.

11 235 337	5 129 047	2 082 685	79 011	18 526 080	90,95	35,42	—	100	20 370 577	38,94	a) 1. Breslau, Stadt.
465 104	327 644	74 300	7 548	874 596	93,29	11,34	—	—	937 542	12,16	b) 2. Breslau, Land.
287 730	101 813	77 882	5 007	472 432	90,97	16,31	—	40	519 302	18,18	a) 3. Brieg, Stadt.
25 690	10 791	5 815	—	42 296	94,86	12,15	—	—	44 586	12,80	a) 4. Brieg, Land.
81 132	148 286	7 209	2 552	239 179	90,42	7,34	—	—	264 508	8,12	b) 4. Brieg, Land.
106 822	159 077	13 024	2 552	281 475	91,03	7,81	—	—	309 094	8,57	c) 4. Brieg, Land.
104 397	43 941	26 501	1 819	176 658	89,59	13,25	—	80	196 303	14,73	a) 5. Frankenstein.
94 149	162 310	17 630	1 831	275 920	98,33	9,44	—	—	280 601	9,60	b) 5. Frankenstein.
198 546	206 251	44 131	3 650	452 578	94,90	10,63	—	80	476 904	11,20	c) 5. Frankenstein.
194 447	108 059	43 762	1 127	347 395	92,22	16,10	—	—	376 701	17,16	a) 6. Glatz.
107 391	137 376	21 199	5 378	271 344	91,75	6,88	—	—	295 745	7,50	b) 6. Glatz.
301 838	245 435	64 961	6 505	618 739	92,01	10,14	—	—	672 446	11,02	c) 6. Glatz.
52 881	20 943	13 780	1 377	88 981	94,17	12,44	—	—	94 193	13,17	a) 7. Groß Wartenberg.
53 761	79 934	3 161	3 760	140 616	99,80	4,15	—	—	140 902	4,16	b) 7. Groß Wartenberg.
106 642	100 877	16 941	5 137	229 597	97,66	5,60	—	—	235 095	5,73	c) 7. Groß Wartenberg.
88 929	29 407	26 258	627	145 221	93,99	19,33	—	40	155 002	20,64	a) 8. Guhrau.
34 935	80 997	2 919	643	119 494	99,60	6,17	—	—	119 978	6,19	b) 8. Guhrau.
123 864	110 404	29 177	1 270	264 715	96,27	9,85	—	40	274 980	10,23	c) 8. Guhrau.
55 397	33 550	17 402	532	106 881	89,42	8,68	—	80	119 524	9,71	a) 9. Habelschwerdt.
81 526	120 594	17 220	3 786	223 126	97,18	5,23	—	—	231 992	5,44	b) 9. Habelschwerdt.
136 923	154 144	34 622	4 318	330 007	93,88	6,00	—	80	351 516	6,39	c) 9. Habelschwerdt.
77 711	42 858	17 786	1 003	139 358	90,29	15,15	—	—	154 347	16,78	a) 10. Militsch.
46 022	94 617	2 806	3 949	147 394	98,66	4,89	—	—	149 396	4,95	b) 10. Militsch.
123 733	137 475	20 592	4 952	286 752	94,41	7,29	—	—	303 743	7,72	c) 10. Militsch.
75 590	30 557	18 217	—	124 364	93,31	14,60	—	—	133 274	15,65	a) 11. Münsterberg.
59 992	130 146	7 115	693	197 946	99,30	9,88	—	—	199 339	9,95	b) 11. Münsterberg.
135 582	160 703	25 332	693	322 310	96,90	11,29	—	—	332 613	11,65	c) 11. Münsterberg.
55 388	22 226	11 533	231	89 408	95,55	13,28	—	—	93 573	13,90	a) 12. Namslau.
36 397	67 691	1 886	1 929	108 503	95,29	5,82	—	—	113 863	6,10	b) 12. Namslau.
92 385	89 917	13 419	2 190	197 911	95,41	7,80	—	—	207 436	8,17	c) 12. Namslau.
72 235	33 584	15 898	485	122 202	94,10	15,25	—	—	129 868	16,21	a) 13. Neumarkt.
133 543	211 712	17 100	4 082	366 437	97,68	9,36	—	—	375 126	9,58	b) 13. Neumarkt.
205 778	245 296	32 998	4 567	488 639	96,76	10,36	—	—	504 994	10,71	c) 13. Neumarkt.
95 089	27 817	20 625	1 220	144 751	92,62	13,80	—	40	156 286	14,90	a) 14. Neurode.
125 097	94 094	27 696	2 803	249 690	92,98	6,25	—	—	268 532	6,72	b) 14. Neurode.
220 186	121 911	48 321	4 023	394 441	92,85	7,82	—	40	424 818	8,42	c) 14. Neurode.
20 613	16 274	5 723	214	42 824	94,68	20,55	—	—	45 230	21,70	a) 15. Nimptsch.
53 876	141 497	10 809	306	206 488	98,96	10,39	—	—	208 655	10,50	b) 15. Nimptsch.
74 489	157 771	16 532	520	249 312	98,20	11,36	—	—	253 885	11,57	c) 15. Nimptsch.
108 731	45 015	23 426	715	177 887	93,59	15,73	—	—	190 063	16,81	a) 16. Ohlau.
102 893	190 804	13 510	3 125	310 332	95,61	7,88	—	—	324 586	8,24	b) 16. Ohlau.
211 624	235 819	36 936	3 840	488 219	94,86	9,63	—	—	514 649	10,15	c) 16. Ohlau.

(Noch: Tab. 1.)													
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern							zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XIV. Regierungsbezirk													
17. Oels	a 4 b 118 c 122	19 281 31 775 51 056	9,46 4,14 6,15	16 029 2 915 18 944	4 377 2 379 6 756	— — —	8 158 — 8 158	3 517 1 883 5 400	2 759 1 957 4 716	— — —	34 840 9 134 43 974	11,12 4,35 8,40	1,81 0,29 0,86
18. Reichenbach	a 1 b 47 c 48	16 420 48 840 65 260	11,72 6,93 8,14	7 225 18 799 26 024	1 190 560 1 750	— — —	5 233 1 139 6 372	4 083 7 097 11 180	2 840 2 815 5 655	— — —	20 571 30 410 50 981	6,13 4,64 5,15	1,25 0,62 0,78
19. Schweidnitz, Stadt	a 1	32 159	10,39	22 554	11 945	3 825	14 512	12 397	8 204	—	73 437	10,02	2,28
20. Schweidnitz, Land	a 2 b 106 c 108	12 215 52 656 64 871	10,51 5,97 6,82	6 891 7 467 14 358	1 574 778 2 352	— — —	5 964 2 408 8 372	2 207 2 591 4 798	2 329 11 689 14 018	— — —	18 965 24 933 43 898	7,18 4,73 5,55	1,55 0,47 0,68
21. Steinau	a 3 b 51 c 54	7 130 11 562 18 692	8,81 4,08 5,89	6 559 131 6 690	1 026 — 1 026	— — —	— — —	927 370 1 297	1 335 1 260 2 595	— — —	9 847 1 761 11 608	8,93 2,14 6,02	1,88 0,15 0,62
22. Strehlen	a 1 b 79 c 80	9 366 21 839 31 205	9,65 5,71 6,90	4 205 1 536 5 741	390 258 648	— — —	4 106 — 4 106	2 076 365 2 441	1 791 77 1 868	— — —	12 568 2 236 14 804	9,77 1,11 4,49	1,34 0,10 0,47
23. Striegau	a 1 b 58 c 59	14 506 26 107 40 613	8,85 6,98 7,65	10 219 6 261 16 480	435 279 714	— — —	3 922 2 132 6 054	3 115 1 620 4 735	2 774 6 409 9 183	— — —	20 465 16 701 37 166	8,02 5,97 6,95	1,41 0,64 0,92
24. Trebnitz	a 2 b 153 c 155	8 411 33 978 42 389	8,14 4,79 5,46	4 365 11 373 15 738	947 2 151 3 098	— — —	3 061 261 3 322	984 1 110 2 094	1 446 1 120 2 566	— — —	10 803 16 015 26 818	8,29 6,02 6,76	1,28 0,47 0,63
25. Waldenburg	a 3 b 70 c 73	35 893 129 513 165 406	10,30 6,94 7,67	27 588 61 332 88 920	1 723 8 200 9 923	133 — 133	12 270 30 313 42 583	13 633 18 887 32 520	6 335 17 151 23 486	— 179 179	61 682 136 062 197 744	7,84 7,43 7,55	1,72 1,05 1,20
26. Wohlau	a 4 b 123 c 127	10 311 26 849 37 160	7,13 4,02 4,88	4 986 3 584 8 570	856 — 856	— — —	402 — 402	648 316 964	1 904 28 1 932	— — —	8 796 3 928 12 724	7,04 2,29 4,30	0,85 0,15 0,34
XV. Regierungsbezirk													
1. Bolkenhain	a 2 b 50 c 52	4 504 21 891 26 395	8,66 4,60 5,30	1 045 8 106 9 154	32 555 587	— — —	— 2 020 2 020	629 917 1 546	792 3 102 3 894	— — —	2 501 14 700 17 201	3,24 8,41 6,33	0,56 0,67 0,63
2. Bunzlau	a 2 b 82 c 84	18 045 42 861 60 906	12,53 4,53 6,90	9 301 16 896 26 197	1 195 3 168 4 363	1 350 — 1 350	7 680 442 8 122	3 157 1 249 4 406	3 887 197 4 084	— — —	26 570 21 952 48 522	9,92 6,74 8,18	1,47 0,51 0,90
3. Freystadt	a 5 b 87 c 92	23 936 27 746 51 682	9,57 3,77 6,46	5 879 2 224 8 103	67 — 67	— 20 20	7 481 — 7 481	4 356 443 4 804	2 811 662 3 473	— — —	20 594 3 354 23 948	4,42 1,80 3,67	0,96 0,12 0,46
4. Glogau	a 2 b 137 c 139	26 636 40 856 67 492	14,64 6,16 9,51	26 867 3 870 30 737	479 20 499	— — —	— — —	6 166 1 899 8 065	5 720 944 6 664	— — —	39 232 6 733 45 965	5,55 1,73 4,20	1,47 0,16 0,68
5. Goldberg-Haynau	a 2 b 93 c 95	17 050 28 390 45 440	9,24 5,42 6,85	10 196 25 012 35 208	383 39 422	— — —	9 842 — 9 842	4 778 229 5 007	3 093 419 3 512	— — —	28 292 25 699 53 991	9,85 10,85 10,30	1,66 0,91 1,19
6. Görlitz, Stadt	a 1	85 607	15,20	78 287	6 596	13 820	54 240	39 866	26 060	—	218 869	9,02	2,56
7. Görlitz, Land	a 1 b 96 c 97	2 146 54 935 57 081	9,13 5,68 5,81	1 315 30 424 31 739	569 1 224 1 793	— — —	400 14 088 14 488	235 5 853 6 088	579 10 596 11 175	— — —	3 098 62 185 65 283	10,26 12,11 12,00	1,44 1,13 1,14
8. Grünberg	a 3 b 57 c 60	25 466 29 428 54 894	14,22 2,95 8,18	14 784 6 289 21 073	629 20 649	— — —	— — —	8 175 979 9 154	5 522 495 6 017	— — —	29 110 7 783 36 893	4,39 5,94 4,65	1,14 0,26 0,67
9. Hirschberg	a 2 b 52 c 54	26 438 59 003 85 441	13,93 7,49 9,48	20 611 46 025 66 636	2 793 6 841 9 634	— — —	21 354 8 128 29 482	9 554 5 112 14 666	7 549 11 752 19 301	— — —	61 861 77 858 139 719	8,51 10,24 9,40	2,34 1,32 1,64

*) Musikautomatensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Schlesien.

Breslau.

167 979	73 430	35 384	1 536	278 329	88,33	14,44	—	160	313 329	16,25	a)
74 882	110 179	12 069	3 678	200 808	95,65	6,32	—	—	209 942	6,61	b)
242 861	183 609	47 453	5 214	479 137	91,57	9,38	—	160	523 271	10,25	c)
191 680	69 668	48 235	1 570	311 153	92,89	18,36	3 777	200	335 701	20,44	a)
363 532	174 982	82 875	3 140	624 529	95,36	12,79	—	—	654 939	13,41	b)
555 212	244 650	131 110	4 710	935 682	94,45	14,34	3 777	200	990 640	15,18	c)
383 961	201 132	68 619	5 740	659 452	89,38	20,51	—	—	732 889	22,79	a)
159 270	52 902	31 583	1 361	245 116	92,82	20,07	—	—	264 081	21,62	a)
260 496	212 413	28 137	1 120	502 166	95,27	9,54	—	—	527 099	10,01	b)
419 766	265 315	59 720	2 481	747 282	94,45	11,52	—	—	791 180	12,20	c)
60 134	27 518	12 444	295	100 391	91,07	14,08	—	—	110 238	15,46	a)
298 978	46 872	3 476	1 348	80 674	97,36	6,36	—	—	82 435	7,13	b)
89 112	74 390	15 920	1 643	181 065	93,38	9,69	—	—	192 673	10,31	c)
75 310	26 230	14 244	285	116 069	90,23	12,39	—	—	128 637	13,78	a)
74 487	108 786	12 988	2 805	199 066	98,89	9,12	—	—	201 302	9,22	b)
149 797	135 016	27 232	3 090	315 135	95,51	10,10	—	—	329 939	10,57	c)
139 834	67 371	26 517	912	234 634	91,98	16,17	—	—	255 099	17,59	a)
133 143	111 554	16 596	1 661	262 954	94,03	10,07	—	—	279 655	10,71	b)
272 977	178 925	43 113	2 573	497 588	93,05	12,25	—	—	534 754	13,17	c)
67 569	37 197	14 078	720	119 564	91,71	14,22	—	—	130 367	15,50	a)
94 398	145 261	7 230	3 173	250 062	93,98	7,36	—	—	266 077	7,33	b)
161 967	182 458	21 308	3 893	369 626	93,24	8,72	—	—	396 444	9,35	c)
416 961	191 697	109 686	2 577	720 921	91,61	20,09	3 863	440	786 906	21,92	a)
1 093 918	410 663	183 203	5 579	1 693 363	92,45	13,07	2 248	—	1 831 673	14,14	b)
1 510 879	602 360	292 889	8 156	2 414 284	92,20	14,60	6 111	440	2 618 579	15,33	c)
68 977	33 725	13 156	339	116 197	92,36	11,27	—	—	124 993	12,12	a)
60 230	98 317	6 249	2 479	167 275	97,71	6,23	—	—	171 203	6,38	b)
129 207	132 042	19 405	2 818	283 472	95,70	7,63	—	—	296 196	7,97	c)

Liegnitz.

46 005	17 273	11 376	23	74 677	96,76	16,58	—	—	77 178	17,14	a)
70 433	78 408	9 595	1 623	160 059	91,59	7,31	—	—	174 759	7,98	b)
116 438	95 681	20 971	1 646	234 736	93,17	8,89	—	—	251 937	9,54	c)
157 469	52 455	29 376	1 729	241 029	90,02	13,36	—	160	267 759	14,84	a)
133 901	140 857	25 122	3 624	303 504	93,26	7,08	—	—	325 456	7,59	b)
291 370	193 312	54 498	5 353	544 533	91,79	8,94	—	160	593 215	9,74	c)
298 500	88 647	58 265	130	445 542	95,58	18,61	—	—	466 136	19,47	a)
66 349	106 745	8 545	851	182 490	98,20	6,58	—	—	185 844	6,70	b)
364 849	195 392	66 810	981	628 032	96,33	12,15	—	—	651 980	12,62	c)
416 855	170 613	79 586	—	667 054	94,45	25,04	—	—	706 286	26,52	a)
162 257	200 264	19 703	—	382 224	98,27	9,36	—	—	388 957	9,52	b)
579 112	370 877	99 289	—	1 049 278	95,80	15,55	—	—	1 095 243	16,28	c)
152 923	69 121	35 608	1 270	258 922	90,12	15,19	—	80	287 294	16,85	a)
88 711	113 848	5 971	2 711	211 241	89,15	7,44	—	—	236 940	8,35	b)
241 634	182 969	41 579	3 981	470 163	89,69	10,35	—	80	524 234	11,54	c)
1 281 720	607 772	296 076	16 825	2 202 393	90,73	25,73	5 894	250	2 427 406	28,36	a)
17 399	6 434	3 029	242	27 104	89,74	12,63	—	—	30 202	14,07	a)
241 442	176 701	28 631	4 683	451 457	87,89	8,22	—	—	513 642	9,35	b)
258 841	183 135	31 660	4 925	478 561	88,00	8,38	—	—	543 844	9,53	c)
417 533	125 866	87 166	2 820	633 385	95,57	24,87	—	280	662 775	26,03	a)
50 462	67 378	3 075	2 439	123 354	94,06	4,19	—	—	131 137	4,46	b)
467 995	193 244	90 241	5 259	756 739	95,32	13,79	—	280	793 912	14,46	c)
432 642	163 895	66 691	1 553	664 781	91,48	25,14	—	90	726 732	27,49	a)
377 724	235 896	61 227	7 279	682 126	89,76	11,56	—	—	759 984	12,88	b)
810 366	399 791	127 918	8 832	1 346 907	90,60	15,76	—	90	1 486 716	17,40	c)

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern									
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XV. Regierungsbezirk													
10. Hoyerswerda	a 3	11 075	7,43	4 398	393	—	1 482	1 637	1 349	—	9 259	5,03	0,84
	b 86	30 107	3,72	15 771	—	—	—	1 713	701	—	18 185	8,04	0,60
	c 89	41 182	4,72	20 169	393	—	1 482	3 350	2 050	—	27 444	6,69	0,67
11. Jauer	a 1	13 438	9,69	4 271	3 219	—	4 117	2 211	3 258	—	17 076	7,74	1,27
	b 41	19 159	7,26	4 005	1 321	—	105	801	4 376	—	10 608	5,93	0,55
	c 42	32 597	8,26	8 276	4 540	—	4 222	3 012	7 634	—	27 684	6,93	0,85
12. Landeshut	a 3	19 870	10,52	8 360	375	—	7 058	2 634	3 078	—	21 505	5,36	1,03
	b 53	31 452	3,85	11 342	—	—	4 857	2 543	2 867	—	21 609	8,47	0,69
	c 56	51 322	6,43	19 702	375	—	11 915	5 177	5 945	—	43 114	6,57	0,84
13. Lauban	a 4	21 040	12,71	513	3 793	—	5 831	4 201	4 219	—	18 557	4,36	0,88
	b 77	46 347	4,14	6 278	506	—	1 007	2 160	1 411	—	11 362	3,88	0,23
	c 81	67 387	6,81	6 791	4 299	—	6 838	6 361	5 630	—	29 919	4,16	0,44
14. Liegnitz, Stadt	a 1	67 595	13,35	77 277	32 580	14 250	30 360	27 194	19 869	—	201 530	12,35	2,98
15. Liegnitz, Land	a 1	2 049	6,32	815	—	—	391	196	267	—	1 669	7,75	0,81
	b 116	32 296	6,57	16 431	—	—	—	1 491	7 727	—	25 649	8,28	0,79
	c 117	34 345	6,55	17 246	—	—	391	1 687	7 994	—	27 318	8,25	0,80
16. Löwenberg	a 5	15 395	9,86	15 977	68	1 350	4 515	2 187	2 808	—	26 905	11,44	1,75
	b 86	43 111	5,07	22 993	270	—	2 032	2 365	6 236	—	33 896	9,39	0,79
	c 91	58 506	6,33	38 970	338	1 350	6 547	4 552	9 044	—	60 801	10,20	1,04
17. Lüben	a 2	12 131	7,54	6 337	255	—	4 565	1 234	2 930	—	15 371	11,42	1,27
	b 60	15 401	3,64	862	21	—	—	411	2 752	—	4 046	4,87	0,26
	c 62	27 532	5,36	7 199	276	—	4 565	1 695	5 682	—	19 417	8,92	0,71
18. Rothenburg i. Ob. Laus.	a 2	5 772	9,49	1 755	—	—	3 968	1 063	1 105	—	7 891	8,68	1,37
	b 126	60 846	5,46	34 723	9 108	—	13 352	6 668	2 963	—	66 814	10,57	1,10
	c 128	66 618	5,81	36 478	9 108	—	17 320	7 731	4 068	—	74 705	10,33	1,12
19. Sagan	a 3	17 373	11,32	1 163	1 206	—	335	3 377	2 924	—	9 005	2,94	0,52
	b 115	37 444	4,17	5 404	94	15	1 738	2 001	892	—	10 144	3,93	0,27
	c 118	54 817	6,44	6 567	1 300	15	2 073	5 378	3 816	—	19 149	3,39	0,35
20. Schönau	a 2	2 277	8,10	1 449	—	—	522	263	637	—	2 871	9,11	1,26
	b 34	20 981	4,63	10 241	—	—	—	576	1 233	—	12 050	6,94	0,57
	c 36	23 258	4,97	11 690	—	—	522	839	1 870	—	14 921	7,27	0,64
21. Sprottau	a 2	9 632	8,08	2 280	405	—	968	1 199	2 325	—	7 177	7,85	0,75
	b 56	25 208	5,29	2 083	398	—	1 437	1 010	319	—	5 247	2,35	0,21
	c 58	34 840	6,06	4 363	803	—	2 405	2 209	2 644	—	12 424	3,95	0,36
XVI. Regierungsbezirk													
1. Beuthen, Stadt	a 1	67 311	12,26	83 841	30 190	14 748	37 582	16 069	8 023	—	190 453	9,73	2,83
2. Beuthen, Land	b 19	173 040	7,67	55 725	12 892	—	43 428	14 105	9 306	—	135 456	4,34	0,78
3. Cosel	a 1	7 826	9,59	7 622	—	—	3 803	1 096	1 224	—	13 745	9,29	1,76
	b 102	59 031	3,15	440	98	—	—	1 491	266	—	2 295	0,55	0,04
	c 103	66 857	3,90	8 062	98	—	3 803	2 587	1 490	—	16 040	2,84	0,24
4. Falkenberg	a 3	5 025	6,13	1 216	—	—	952	482	854	—	3 504	4,98	0,70
	b 77	26 506	2,74	1 955	33	—	—	343	216	—	2 547	1,74	0,10
	c 80	31 531	3,28	3 171	33	—	952	825	1 070	—	6 051	2,79	0,19
5. Gleiwitz, Stadt	a 1	67 862	11,75	57 956	12 045	—	36 470	15 439	11 955	—	133 865	5,49	1,97
6. Groß Strehlitz	a 3	9 498	7,43	5 829	91	—	3 855	596	1 095	—	11 466	7,50	1,21
	b 88	54 421	2,34	9 693	136	—	69	1 249	31	—	11 178	3,77	0,21
	c 91	63 919	3,10	15 522	227	—	3 924	1 845	1 126	—	22 644	5,04	0,35
7. Grottkau	a 2	7 877	9,06	1 852	1 778	—	1 400	835	765	—	6 630	5,76	0,84
	b 76	26 283	4,97	7 528	505	—	—	911	215	—	9 159	3,76	0,35
	c 78	34 160	5,91	9 380	2 283	—	1 400	1 746	980	—	15 789	4,40	0,46
8. Hindenburg	b 14	153 575	7,11	50 205	14 407	—	39 005	14 014	3 761	—	121 392	4,19	0,79
9. Kattowitz, Stadt	a 1	43 531	15,53	64 316	40 140	10 555	28 882	28 752	9 297	—	181 942	9,92	4,18
10. Kattowitz, Land	a 1	17 420	11,26	10 017	2 033	2 625	7 988	1 418	2 459	—	26 540	4,34	1,52
	b 23	173 954	7,30	52 259	16 254	7 475	34 847	15 948	8 941	—	135 724	4,30	0,78
	c 24	191 374	7,66	62 276	18 287	10 100	42 835	17 366	11 400	—	162 264	4,31	0,85

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	I

Schlesien.

Liegnitz.

112 515	46 606	14 474	1 320	174 915	94,93	15,79	—	80	184 254	16,64	a	10. Hoyerswerda.
96 986	91 071	16 936	2 918	207 911	91,96	6,91	—	—	226 096	7,51	b	
209 501	137 677	31 410	4 238	382 826	93,29	9,30	—	80	410 350	9,96	c	
117 084	59 545	25 850	850	203 329	92,22	15,13	—	80	220 485	16,41	a	11. Jauer.
64 466	95 322	7 050	1 349	168 187	94,07	8,78	—	—	178 795	9,33	b	
181 550	154 867	32 900	2 199	371 516	93,03	11,40	—	80	399 280	12,23	c	
242 774	77 738	56 933	1 893	379 338	94,60	19,09	—	160	401 003	20,18	a	12. Landeshut.
111 959	98 597	20 743	2 296	233 595	91,53	7,43	—	—	255 204	8,11	b	
354 733	176 335	77 676	4 189	612 933	93,41	11,94	—	160	656 207	12,79	c	
260 397	96 253	50 138	396	407 184	95,63	19,35	—	40	425 781	20,24	a	13. Lauban.
124 811	139 758	14 034	3 147	281 750	96,12	6,03	—	—	293 112	6,32	b	
385 208	236 011	64 172	3 543	688 934	95,83	10,22	—	40	718 893	10,67	c	
828 963	417 630	148 017	9 982	1 404 592	87,45	20,78	—	—	1 606 122	23,76	a	14. Liegnitz, Stadt.
10 713	6 602	2 446	101	19 862	92,25	9,69	—	—	21 531	10,51	a	15. Liegnitz, Land.
100 599	175 453	6 777	1 262	284 091	91,72	8,80	—	—	309 740	9,59	b	
111 312	182 055	9 223	1 363	303 953	91,75	8,85	—	—	331 271	9,65	c	
122 761	56 253	29 262	—	208 276	88,53	13,53	—	80	235 261	15,23	a	16. Löwenberg.
137 693	172 768	14 400	2 182	327 043	90,61	7,59	—	—	360 939	8,37	b	
260 454	229 021	43 662	2 182	535 319	89,79	9,15	—	80	596 200	10,19	c	
72 740	28 903	17 504	—	119 147	88,55	9,82	—	40	134 558	11,09	a	17. Lüben.
29 131	47 114	2 710	—	78 955	95,13	5,13	—	—	83 001	5,39	b	
101 871	76 017	20 214	—	198 102	91,06	7,20	—	40	217 559	7,90	c	
51 032	20 490	11 490	—	83 012	91,32	14,38	—	—	90 903	15,75	a	18. Rothenburg i. Ob. Laus.
357 905	141 618	60 706	5 077	565 306	89,43	9,29	—	—	632 120	10,39	b	
408 937	162 108	72 196	5 077	648 318	89,67	9,73	—	—	723 023	10,85	c	
173 394	87 817	36 084	155	297 450	97,01	17,12	—	150	306 605	17,65	a	19. Sagan.
104 065	125 878	15 161	3 066	248 170	96,07	6,63	—	—	258 314	6,90	b	
277 459	213 695	51 245	3 221	545 620	96,58	9,95	—	150	564 919	10,31	c	
15 471	8 944	3 541	671	28 627	90,89	12,57	—	—	31 498	13,83	a	20. Schönau.
69 922	79 211	10 494	1 954	161 581	93,06	7,70	—	—	173 631	8,28	b	
85 393	88 155	14 035	2 625	190 208	92,73	8,18	—	—	205 129	8,82	c	
45 054	28 875	10 008	93	84 030	91,93	8,72	—	200	91 407	9,49	a	21. Sprottau.
99 312	104 217	12 139	2 035	217 703	97,65	8,64	—	—	222 950	8,84	b	
144 366	133 092	22 147	2 128	301 733	95,98	8,66	—	200	314 357	9,02	c	

Oppeln.

1 054 372	445 446	242 911	7 446	1 750 175	89,46	26,00	15 648	150	1 956 426	29,07	a	1. Beuthen, Stadt.
1 863 715	601 601	498 360	10 550	2 974 226	95,20	17,19	14 444	—	3 124 126	18,05	b	2. Beuthen, Land.
77 221	35 898	20 300	780	134 199	90,66	17,15	—	80	148 024	18,91	a	3. Cosel.
168 092	235 943	10 492	125	414 652	99,45	7,02	—	—	416 947	7,06	b	
245 313	271 841	30 792	905	548 851	97,15	8,21	—	80	564 971	8,45	c	
33 344	22 601	9 871	1 018	66 834	95,02	13,30	—	—	70 338	14,00	a	4. Falkenberg.
49 299	86 317	6 363	1 919	143 898	98,26	5,43	—	—	146 445	5,52	b	
82 643	108 918	16 234	2 937	210 732	97,21	6,68	—	—	216 783	6,88	c	
1 297 866	535 078	454 826	16 877	2 304 647	94,50	33,96	—	200	2 438 712	35,94	a	5. Gleiwitz, Stadt.
85 434	35 631	18 153	2 189	141 407	92,45	14,89	—	80	152 953	16,10	a	6. Groß Strehlitz.
147 082	114 552	20 718	2 849	285 201	96,23	5,24	—	—	296 379	5,45	b	
232 516	150 133	38 871	5 038	426 608	94,94	6,67	—	80	449 332	7,03	c	
63 575	29 016	15 539	226	108 356	94,17	13,76	—	80	115 066	14,61	a	7. Grottkau.
75 289	153 196	5 183	562	234 230	96,24	8,91	—	—	243 389	9,26	b	
138 864	182 212	20 722	788	342 586	95,57	10,03	—	80	358 455	10,49	c	
1 671 849	503 306	577 048	8 576	2 760 779	95,35	17,98	13 362	—	2 895 533	18,85	b	8. Hindenburg.
1 024 747	402 430	214 711	10 295	1 652 183	90,07	37,95	—	160	1 834 285	42,14	a	9. Kattowitz, Stadt.
291 326	86 433	143 120	1 286	522 165	95,16	29,98	—	—	548 705	31,50	a	10. Kattowitz, Land.
1 671 127	607 620	397 623	6 737	2 683 107	94,97	15,42	6 309	—	2 825 140	16,24	b	
1 962 453	694 053	540 743	8 023	3 205 272	95,00	16,75	6 309	—	3 373 845	17,63	c	

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Provinz

Noch: XVI. Regierungsbezirk

11. Königsbrunn O. S., Stadt.	a	1	74 061	8,19	40 280	5 024	11 919	25 468	10 785	7 358	—	100 834	5,46	1,36
	b	3	17 606	8,81	9 501	1 423	1 470	4 393	1 730	1 259	—	19 776	5,25	1,12
12. Krenzburg	b	63	25 176	2,48	8 556	14	—	—	1 006	2 090	1) 13	11 679	8,34	0,46
	c	66	42 782	5,09	18 057	1 437	1 470	4 393	2 736	3 349	1) 13	31 455	6,09	0,74
13. Leobschütz	a	3	19 463	8,18	11 713	1 713	—	8 425	1 781	2 509	—	26 141	7,46	1,34
	b	86	61 301	4,87	52	896	—	—	1 340	—	—	2 288	0,37	0,04
	c	89	80 764	5,67	11 765	2 609	—	8 425	3 121	2 509	—	28 429	2,96	0,35
14. Lublinitz	a	3	8 751	5,38	4 238	—	—	7 898	665	930	—	13 731	12,44	1,37
	b	66	32 799	1,31	—	23	—	—	390	1 956	—	2 369	1,90	0,07
	c	69	41 550	2,14	4 238	23	—	7 898	1 055	2 886	—	16 100	6,85	0,39
15. Neisse, Stadt	a	1	30 354	8,74	15 608	1 972	4 040	12 009	7 852	5 981	—	47 462	8,15	1,36
	b	2	15 052	9,50	12 311	—	—	—	1 863	1 500	—	15 674	7,39	1,04
16. Neisse, Land	b	107	51 459	4,34	20 652	266	—	—	897	294	—	22 109	4,80	0,43
	c	109	66 511	5,50	32 963	266	—	—	2 760	1 794	—	37 783	5,63	0,57
17. Neustadt O. S.	a	3	28 769	10,06	7 443	148	—	2 412	3 496	2 657	—	16 156	2,60	0,56
	b	97	63 254	3,36	333	19	60	—	2 727	106	—	3 245	0,79	0,06
	c	100	92 023	5,46	7 776	167	60	2 412	6 223	2 763	—	19 401	1,88	0,21
18. Oppeln, Stadt	a	1	34 451	10,25	28 017	6 494	5 775	17 096	5 528	5 009	—	67 919	8,55	1,97
	b	1	3 713	7,89	840	—	—	2 482	345	295	—	3 962	5,32	1,07
19. Oppeln, Land	b	135	109 254	2,21	3 813	704	—	1 853	3 109	423	—	9 902	1,66	0,09
	c	136	112 967	2,39	4 653	704	—	4 335	3 454	718	—	13 864	2,06	0,13
20. Pleß	a	3	15 768	6,02	8 609	755	1 100	6 399	1 040	1 982	—	19 885	8,52	1,26
	b	93	93 916	2,26	6 353	214	—	1 366	719	204	—	8 856	1,84	0,09
	c	96	109 684	2,80	14 962	969	1 100	7 765	1 759	2 186	—	23 741	4,02	0,26
21. Ratibor, Stadt	a	1	38 202	12,71	17 722	2 439	7 195	22 782	6 353	4 941	—	61 432	5,94	1,61
	b	1	4 321	3,54	843	—	—	1 225	511	247	—	2 826	7,35	0,65
22. Ratibor, Land	b	113	108 059	3,00	19 852	68	—	6 412	4 906	20	—	31 258	4,06	0,29
	c	114	112 380	3,02	20 695	68	—	7 637	5 417	267	—	34 084	4,20	0,30
23. Rosenberg O. S.	a	2	6 429	5,58	3 093	—	—	4 380	246	562	—	8 281	11,50	1,29
	b	71	34 941	1,34	693	—	—	—	333	1 630	—	2 656	1,88	0,08
	c	73	41 370	1,99	3 786	—	—	4 380	579	2 192	—	10 937	5,13	0,28
24. Rybnik	a	3	18 986	7,19	16 656	2 394	2 000	9 390	2 348	1 845	—	34 633	9,99	1,82
	b	112	98 873	3,35	16 054	118	—	1 245	3 156	230	—	20 803	3,03	0,21
	c	115	117 859	3,96	32 710	2 512	2 000	10 635	5 504	2 075	—	55 436	5,37	0,47
25. Tarnowitz	a	2	15 721	7,77	2 977	283	—	5 578	2 242	1 834	—	12 914	4,08	0,82
	b	35	56 742	3,60	14 613	14 019	75	7 605	1 792	441	—	38 545	8,72	0,88
	c	37	72 463	4,04	17 590	14 302	75	13 183	4 034	2 275	—	51 459	6,75	0,71
26. Tost-Gleiwitz	a	3	8 769	5,58	4 635	352	—	1 620	444	1 437	—	8 488	6,22	0,97
	b	100	63 285	2,01	14 092	806	20	1 203	2 633	692	—	19 446	5,18	0,31
	c	103	72 054	2,45	18 727	1 158	20	2 823	3 077	2 129	—	27 934	5,42	0,39

Provinz

XVII. Regierungsbezirk

1. Aschersleben, Stadt . .	a	1	28 739	14,35	22 718	6 492	3 670	11 557	7 824	8 079	—	60 340	6,17	2,10
	b	6	70 930	12,11	40 745	2 863	4 050	28 338	16 769	14 116	1) 1 055	107 936	6,06	1,52
2. Calbe	b	39	36 123	12,15	2 093	1 438	—	6 204	7 871	2 474	—	20 080	3,81	0,56
	c	45	107 053	12,12	42 838	4 301	4 050	34 542	24 640	16 590	1) 1 055	128 016	5,54	1,20
3. Gardelegen	a	3	14 670	8,90	11 760	2 241	—	3 464	5 474	2 354	—	25 293	8,01	1,72
	b	101	44 606	7,10	193	544	250	1 399	4 077	685	—	7 148	1,18	0,16
	c	104	59 276	7,55	11 953	2 785	250	4 863	9 551	3 039	—	32 441	3,43	0,35
4. Grafschaft Wernigerode	a	1	18 691	13,98	24 545	1 800	—	9 252	1 542	4 513	—	41 652	7,96	2,28
	b	12	14 387	10,04	5 712	189	—	5 253	1 814	4 001	—	16 969	8,87	1,18
	c	13	33 078	12,27	30 257	1 989	—	14 505	3 356	8 514	—	58 621	8,07	1,77
5. Halberstadt, Stadt . .	a	1	46 873	16,23	38 376	13 601	4 608	25 190	16 317	16 893	—	114 985	7,66	2,45

1) Brauweinsteuer. — 2) Kartensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- wohner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- wohner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21
Schlesien.											
Oppeln.											
1 013 167	378 065	335 270	7 643	1 734 145	93,84	23,42	12 928	150	1 848 057	24,95	a 11. Königshütte O. S., Stadt.
223 746	50 038	81 922	1 176	356 882	94,74	20,27	—	40	376 698	21,40	a)
41 865	81 331	4 088	1 014	128 298	91,66	5,10	—	—	139 977	5,56	b)
265 611	131 369	86 010	2 190	485 180	93,90	11,34	—	40	516 675	12,08	c)
172 377	100 444	49 273	2 351	324 445	92,54	16,67	—	—	350 586	18,01	a)
175 326	413 802	16 908	4 693	610 729	99,63	9,96	—	—	613 017	10,00	b)
347 703	514 246	66 181	7 044	935 174	97,05	11,58	—	—	963 603	11,93	c)
54 631	29 843	11 130	1 020	96 624	87,56	11,04	—	—	110 355	12,61	a)
53 837	59 706	5 906	2 835	122 284	98,10	3,73	—	—	124 653	3,80	b)
108 468	89 549	17 036	3 855	218 908	93,15	5,27	—	—	235 008	5,66	c)
300 210	169 128	58 760	6 830	534 928	91,85	17,62	—	—	582 390	19,19	a 15. Neisse, Stadt.
115 111	50 841	29 230	942	196 124	92,53	13,03	—	160	211 958	14,08	a)
129 134	294 362	12 762	2 364	438 622	95,20	8,52	—	—	460 731	8,95	b)
244 245	345 203	41 992	3 306	634 746	94,36	9,54	—	160	672 689	10,11	c)
368 628	113 674	120 727	1 235	604 264	97,94	21,00	—	360	620 780	21,58	a)
133 883	254 774	11 802	5 404	405 863	99,21	6,42	—	—	409 108	6,47	b)
502 511	368 448	132 529	6 639	1 010 127	98,08	10,98	—	360	1 029 888	11,19	c)
480 923	179 899	59 949	5 070	725 841	91,42	21,07	—	160	793 920	23,04	a 18. Oppeln, Stadt.
46 202	13 533	10 814	—	70 549	94,68	19,00	—	—	74 511	20,07	a)
275 711	281 651	25 800	4 703	587 865	98,34	5,38	—	—	597 767	5,47	b)
321 913	295 184	36 614	4 703	658 414	97,94	5,88	—	—	672 278	5,95	c)
121 212	67 311	23 218	1 732	213 473	91,48	13,54	—	—	233 358	14,90	a)
232 295	205 264	31 025	3 599	472 183	98,16	5,03	—	—	481 039	5,12	b)
353 507	272 575	54 243	5 331	685 656	95,98	6,25	—	—	714 397	6,51	c)
620 236	226 420	120 741	5 466	972 863	94,06	25,47	—	—	1 034 295	27,07	a 21. Ratibor, Stadt.
18 152	14 449	3 045	—	35 646	92,65	8,25	—	—	38 472	8,90	a)
317 951	364 996	55 731	2 437	741 115	95,95	6,86	—	—	772 373	7,15	b)
336 103	379 445	58 776	2 437	776 761	95,80	6,91	—	—	810 845	7,22	c)
33 674	21 791	7 578	700	63 743	88,50	9,91	—	—	72 024	11,20	a)
47 241	88 084	2 648	679	138 652	98,12	3,97	—	—	141 308	4,04	b)
80 915	109 875	10 226	1 379	202 395	94,87	4,89	—	—	213 332	5,16	c)
178 379	88 226	41 408	4 005	312 018	89,99	16,48	—	80	346 731	18,26	a)
359 459	200 666	102 184	2 755	665 064	96,97	6,78	—	—	685 867	6,94	b)
537 838	288 892	143 592	6 760	977 082	94,62	8,29	—	80	1 032 598	8,76	c)
202 206	82 634	20 496	2 450	307 786	95,95	19,58	—	80	320 780	20,40	a)
248 956	109 507	34 604	2 880	395 947	89,60	6,98	7 412	—	441 904	7,79	b)
451 162	192 141	55 100	5 330	703 733	92,27	9,71	7 412	80	762 684	10,53	c)
79 984	36 550	9 973	1 488	127 995	93,78	14,60	—	—	136 483	15,56	a)
187 280	150 702	18 369	3 582	359 933	94,87	5,69	—	—	379 379	5,99	b)
267 264	187 252	28 342	5 070	487 928	94,58	6,77	—	—	515 862	7,16	c)
Sachsen.											
Magdeburg.											
532 216	209 010	172 575	4 371	918 172	93,82	31,95	—	120	978 632	34,05	a 1. Aschersleben, Stadt.
1 039 877	437 533	195 963	2 126	1 675 499	93,92	23,62	—	480	1 783 915	25,15	a)
248 005	214 914	40 316	3 130	506 365	96,19	14,02	—	—	526 445	14,57	b)
1 287 882	652 447	236 279	5 256	2 181 864	94,44	20,38	—	480	2 310 360	21,58	c)
171 394	80 989	36 246	1 669	290 298	91,99	19,79	—	—	315 591	21,51	a)
324 366	256 494	38 267	5 163	624 290	98,87	14,00	—	—	631 438	14,16	b)
495 760	337 483	74 513	6 832	914 588	96,57	15,43	—	—	947 029	15,98	c)
303 312	126 763	49 861	1 990	481 926	92,04	25,78	—	—	523 578	28,01	a)
96 314	74 754	13 954	713	185 735	91,63	12,91	—	—	202 704	14,09	b)
399 626	201 517	63 815	2 703	667 661	91,93	20,18	—	—	726 282	21,96	c)
839 004	370 795	167 442	4 946	1 382 187	92,03	29,49	4 734	40	1 501 946	32,04	a 5. Halberstadt, Stadt.

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern										
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)			
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Noch: Provinz														
Noch: XVII. Regierungsbezirk														
6. Halberstadt, Land . . .	a	4	11 844	11,02	6 291	—	—	4 817	2 965	1 800	—	15 873	6,18	1,34
	b	30	24 612	10,35	13 625	—	—	8 098	2 060	1 981	—	25 764	7,28	1,05
	c	34	36 456	10,57	19 916	—	—	12 915	5 025	3 781	—	41 637	6,82	1,14
7. Jerichow I.	a	5	35 603	9,49	20 624	1 885	—	18 896	11 993	8 080	—	61 478	8,40	1,73
	b	82	38 565	6,83	3 159	1 159	15	2 507	4 805	7 080	—	18 725	4,00	0,49
	c	87	74 168	8,11	23 783	3 044	15	21 403	16 798	15 160	—	80 203	6,68	1,08
8. Jerichow II	a	3	9 646	9,01	1 152	—	—	660	1 992	2 528	—	6 332	4,22	0,66
	b	91	46 540	5,53	887	291	—	2 440	2 960	629	—	7 207	1,64	0,15
	c	94	56 186	6,14	2 039	291	—	3 100	4 952	3 157	—	13 539	2,30	0,24
9. Magdeburg, Stadt . . .	a	1	282 696	19,26	233 412	122 386	—	198 464	260 584	68 224	—	883 070	8,01	3,12
10. Neuhaldensleben . . .	a	1	10 662	12,51	3 415	1 630	1 620	5 698	3 268	1 773	—	17 404	6,89	1,63
	b	56	49 641	12,40	7 322	1 598	—	6 715	4 012	3 749	—	23 396	2,84	0,47
	c	57	60 303	12,42	10 737	3 228	1 620	12 413	7 280	5 522	—	40 800	3,79	0,68
11. Oschersleben	a	5	25 218	13,06	26 724	181	—	4 077	7 192	3 635	—	41 809	5,74	1,66
	b	28	29 069	12,66	4 375	162	—	13 457	3 384	2 381	—	23 759	4,68	0,82
	c	33	54 287	12,85	31 099	343	—	17 534	10 576	6 016	—	65 568	5,31	1,21
12. Osterburg	a	4	12 707	8,24	6 643	297	—	5 400	4 230	2 660	—	19 230	8,44	1,51
	b	135	27 599	8,48	2 228	2 417	—	271	1 216	1 699	—	7 831	1,68	0,28
	c	139	40 306	8,41	8 871	2 714	—	5 671	5 446	4 359	—	27 061	3,90	0,67
13. Quedlinburg, Stadt . .	a	1	26 961	19,42	12 832	5 791	750	13 968	6 758	9 547	—	49 646	5,16	1,84
14. Quedlinburg, Land . .	a	1	1 713	13,11	—	—	—	319	159	308	—	786	2,46	0,46
	b	23	41 881	10,57	20 699	14	2 280	16 561	8 056	13 838	—	61 448	9,25	1,47
	c	24	43 594	10,67	20 699	14	2 280	16 880	8 215	14 146	—	62 234	8,94	1,43
15. Salzwedel	a	2	15 430	10,99	24 407	1 284	—	7 648	7 597	4 562	—	45 498	12,27	2,95
	b	182	41 073	6,83	100	3 684	—	—	605	1 437	—	5 826	0,93	0,14
	c	184	56 503	7,97	24 507	4 968	—	7 648	8 202	5 999	—	51 324	5,16	0,91
16. Stendal, Stadt	a	1	27 276	12,17	20 163	1 923	5 025	13 264	9 524	9 329	—	59 228	7,94	2,17
17. Stendal, Land	a	3	18 689	8,01	6 702	410	—	5 113	3 203	2 526	—	17 954	4,74	0,96
	b	99	32 795	7,04	1 982	32	—	3 493	1 059	618	—	7 184	1,48	0,22
	c	102	51 484	7,39	8 684	442	—	8 606	4 262	3 144	—	25 138	2,90	0,49
18. Wanzleben	a	4	12 761	12,77	2 627	309	—	2 430	2 636	2 591	—	10 593	5,22	0,83
	b	37	52 649	13,58	7 483	216	15	11 012	9 201	8 322	1)	36 251	4,05	0,69
	c	41	65 410	13,42	10 110	525	15	13 442	11 837	10 913	1)	46 844	4,27	0,72
19. Wolmirstedt	a	1	4 215	10,10	—	80	—	1 987	804	1 228	—	4 099	5,32	0,97
	b	52	44 451	9,03	4 307	81	—	12 575	7 880	8 145	—	32 988	5,12	0,74
	c	53	48 666	9,12	4 307	161	—	14 562	8 684	9 373	—	37 087	5,14	0,76
XVIII. Regierungsbezirk														
1. Bitterfeld	a	5	27 406	12,42	26 887	6 511	3 400	11 714	9 732	6 339	—	64 583	11,11	2,36
	b	85	46 892	9,05	7 389	666	—	—	7 471	9 728	—	25 254	5,41	0,54
	c	90	74 298	10,29	34 276	7 177	3 400	11 714	17 203	16 067	—	89 837	8,57	1,21
2. Delitzsch	a	3	32 335	11,12	12 712	614	—	20 656	9 286	8 461	—	51 729	8,41	1,60
	b	155	41 414	8,68	11 512	94	15	230	2 449	11 969	—	26 269	5,18	0,63
	c	158	73 749	9,75	24 224	708	15	20 886	11 735	20 430	—	77 998	6,95	1,06
3. Eckartsberga	a	5	11 455	8,65	4 204	821	—	5 368	1 791	2 939	—	15 123	9,09	1,82
	b	74	27 224	6,56	5 034	598	5	1 477	896	6 040	2)	14 274	7,66	0,53
	c	79	38 679	7,18	9 238	1 419	5	6 845	2 687	8 979	2)	29 397	8,34	0,76
4. Eisleben, Stadt	a	1	24 033	9,68	6 610	1 530	600	19 057	9 160	6 906	—	43 863	7,77	1,83
5. Halle a. S., Stadt . . .	a	1	181 907	18,76	204 625	79 786	36 000	131 534	157 731	50 120	—	659 796	9,61	3,63
6. Liebenwerda	a	6	15 038	7,92	6 805	463	150	3 863	2 814	1 831	—	15 926	7,49	1,06
	b	81	47 462	5,47	28 087	3 836	—	2 885	6 972	1 199	—	42 979	9,94	0,91
	c	87	62 500	6,06	34 892	4 299	150	6 748	9 786	3 030	—	58 905	9,13	0,94
7. Mansfelder Gebirgskreis	a	4	16 781	6,66	3 225	—	—	5 913	4 697	2 620	1)	16 498	7,19	0,98
	b	54	45 059	5,35	6 166	—	—	12 626	7 028	5 455	—	31 275	7,22	0,69
	c	58	61 840	5,70	9 391	—	—	18 539	11 725	8 075	1)	47 773	7,21	0,77

1) Plakatssteuer. — 2) nicht näher bezeichnet.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Sachsen.

Magdeburg.

114 138	97 552	28 786	314	240 790	93,79	20,23	—	80	256 743	21,68	a)	6. Halberstadt, Land.
129 655	185 542	11 725	1 053	327 975	92,72	13,33	—	—	353 739	14,37	b)	
243 793	283 094	40 511	1 367	568 765	93,17	15,60	—	80	610 482	16,75	c)	
400 042	184 695	82 845	2 632	670 214	91,57	18,32	—	240	731 932	20,56	a)	7. Jerichow I.
223 719	201 232	21 738	2 985	449 674	96,00	11,66	—	—	468 399	12,15	b)	
623 761	385 927	104 583	5 617	1 119 888	93,33	15,10	—	240	1 200 331	16,18	c)	
82 800	40 672	19 643	615	143 730	95,73	14,90	—	80	150 142	15,57	a)	8. Jerichow II.
210 551	191 184	25 655	5 014	432 404	98,36	9,29	—	—	439 611	9,45	b)	
293 351	231 856	45 298	5 629	576 134	97,70	10,26	—	80	589 753	10,50	c)	
6 406 530	2 550 929	1 139 685	49 500	10 146 644	91,99	35,39	—	50	11 029 764	39,02	a)	9. Magdeburg, Stadt.
136 200	68 236	30 384	466	235 286	93,11	22,07	—	—	252 690	23,70	a)	10. Neuhaldensleben.
398 212	320 870	76 066	4 955	800 103	97,16	16,12	—	—	823 499	16,59	b)	
534 412	389 106	106 450	5 421	1 035 389	96,21	17,17	—	—	1 076 189	17,85	c)	
329 283	233 662	116 407	6 434	685 786	94,22	27,19	—	240	727 835	28,36	a)	11. Oschersleben.
237 826	201 339	41 724	3 209	484 098	95,32	16,65	—	—	507 857	17,47	b)	
567 109	435 001	158 131	9 643	1 169 884	94,67	21,55	—	240	1 235 692	22,76	c)	
106 164	72 155	27 317	3 036	208 672	91,56	16,42	—	—	227 902	17,94	a)	12. Osterburg.
167 122	272 714	16 121	2 616	458 573	98,32	16,62	—	—	466 404	16,90	b)	
273 286	344 869	43 438	5 652	667 245	96,10	16,55	—	—	694 306	17,23	c)	
617 817	179 787	111 657	2 524	911 785	94,33	33,82	—	80	961 511	35,66	a)	13. Quedlinburg, Stadt.
15 052	14 243	1 831	—	31 126	97,54	18,17	—	—	31 912	18,63	a)	14. Quedlinburg, Land.
328 836	206 654	64 040	3 443	602 973	90,75	14,40	—	—	664 421	15,86	b)	
343 888	220 897	65 871	3 443	634 099	91,06	14,55	—	—	696 333	15,97	c)	
197 559	90 632	36 617	355	325 163	87,73	21,07	—	—	370 661	24,02	a)	15. Salzwedel.
277 308	318 809	20 121	1 174	617 412	99,07	15,03	—	—	623 238	15,17	b)	
474 867	409 441	56 738	1 529	942 575	94,81	16,68	—	—	993 899	17,59	c)	
429 703	183 980	67 706	5 470	686 859	92,05	25,18	—	80	746 167	27,36	a)	16. Stendal, Stadt.
181 922	113 090	62 709	2 731	360 452	95,26	19,29	—	—	378 406	20,25	a)	17. Stendal, Land.
202 887	253 556	19 373	3 948	479 764	92,34	14,63	—	—	486 948	14,85	b)	
384 809	366 646	82 082	6 679	840 216	97,10	16,32	—	—	865 354	16,81	c)	
95 603	72 116	24 529	—	192 248	94,74	15,07	—	80	202 921	15,90	a)	18. Wanzleben.
462 903	326 944	66 372	2 872	859 091	95,95	16,32	—	—	895 342	17,01	b)	
558 506	399 060	90 901	2 872	1 051 339	95,73	16,07	—	80	1 098 263	16,79	c)	
41 894	17 412	13 631	—	72 937	94,68	17,30	—	—	77 036	18,28	a)	19. Wolmirstedt.
278 014	304 059	28 368	433	610 874	94,88	13,74	—	—	643 862	14,43	b)	
319 908	321 471	41 999	433	683 811	94,36	14,05	—	—	720 898	14,91	c)	

Merseburg.

315 897	131 222	69 776	—	516 895	88,80	18,86	—	—	581 478	21,22	a)	1. Bitterfeld.
285 251	154 679	51 332	182	441 444	94,59	9,41	—	—	466 698	9,95	b)	
551 148	285 901	121 108	182	958 339	91,43	12,50	—	—	1 048 176	14,11	c)	
335 332	144 944	82 721	—	562 997	91,57	17,41	—	80	614 806	19,01	a)	2. Delitzsch.
179 101	288 514	11 216	1 787	480 618	94,32	11,61	—	—	506 887	12,24	b)	
514 433	433 458	93 937	1 787	1 013 615	93,04	14,15	—	80	1 121 693	15,21	c)	
67 441	67 569	15 657	245	150 912	90,72	13,17	—	320	166 355	14,52	a)	3. Eckartsberga.
56 886	110 229	4 560	353	172 028	92,34	6,32	—	—	186 302	6,84	b)	
124 327	177 798	20 217	598	322 940	91,57	8,35	—	320	352 657	9,12	c)	
315 129	153 050	49 761	2 600	520 540	92,23	21,66	—	—	564 403	23,45	a)	4. Eisleben, Stadt.
4 043 564	1 351 698	794 516	16 295	6 206 073	90,39	34,12	—	200	6 866 069	37,74	a)	5. Halle a. S., Stadt.
112 664	51 261	30 717	2 087	196 729	92,51	13,08	—	—	212 655	14,14	a)	6. Liebenwerda.
219 385	133 383	33 653	2 839	389 260	90,06	8,20	—	—	432 239	9,11	b)	
332 049	184 644	64 370	4 926	585 989	90,87	9,38	—	—	644 894	10,32	c)	
115 801	70 243	25 257	1 717	213 018	92,78	12,69	—	80	229 596	13,68	a)	7. Mansfelder Gebirgskr.
194 447	167 911	35 577	3 952	401 887	92,73	8,92	—	—	433 162	9,61	b)	
310 248	238 154	60 834	5 669	614 905	92,73	9,94	—	80	662 758	10,72	c)	

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und malz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Provinz

Noch: XVIII. Regierungsbezirk

8. Mansfelder Seekreis . . .	a	3	12 177	7,49	5 101	—	—	3 651	2 580	2 328	—	13 660	7,61	1,12
	b	89	65 897	9,50	22 667	201	—	22 683	10 793	13 615	—	69 959	6,99	1,06
	c	92	78 074	9,19	27 768	201	—	26 334	13 373	15 943	—	83 619	7,08	1,07
9. Merseburg	a	5	37 780	11,55	31 778	3 079	—	18 825	8 374	7 346	—	69 402	7,87	1,84
	b	158	48 433	8,29	958	2 164	30	2 542	2 978	2 295	—	10 967	2,35	0,33
	c	163	86 213	9,72	32 736	5 243	30	21 367	11 352	9 641	—	80 369	5,87	0,98
10. Naumburg	a	2	30 097	14,55	33 756	1 965	—	19 484	6 127	13 284	—	74 616	9,32	2,48
	b	39	10 328	9,11	907	355	—	3 217	638	—	—	5 117	3,70	0,80
	c	41	40 425	13,16	34 663	2 320	—	22 701	6 765	13 284	—	79 733	8,49	1,97
11. Querfurt	a	5	14 525	9,98	4 492	—	—	12 183	2 094	2 294	—	21 063	7,25	1,45
	b	103	39 914	9,62	533	3 423	—	3 102	2 848	1 022	—	10 928	2,18	0,27
	c	108	54 439	9,71	5 025	3 423	—	15 285	4 942	3 316	—	31 991	4,04	0,59
12. Saalkreis	a	3	10 122	10,44	7 635	932	—	4 355	3 589	2 563	—	19 074	10,79	1,88
	b	116	67 214	10,39	22 422	11 706	—	17 085	10 526	17 527	—	79 266	6,96	1,18
	c	119	77 336	10,39	30 057	12 638	—	21 440	14 115	20 090	—	98 340	7,47	1,27
13. Sangerhausen	a	5	23 821	12,09	8 145	529	—	7 009	4 534	3 532	—	23 749	4,25	1,00
	b	65	45 560	6,39	238	14	—	2 031	3 274	318	—	5 875	1,75	0,13
	c	70	69 381	8,35	8 383	543	—	9 040	7 808	3 850	—	29 624	3,81	0,43
14. Schweinitz	a	6	12 087	6,66	5 197	52	—	4 976	1 945	2 002	—	14 172	10,45	1,17
	b	108	25 831	5,08	143	—	—	—	457	—	—	600	0,38	0,02
	c	114	37 918	5,55	5 340	52	—	4 976	2 402	2 002	—	14 772	4,67	0,39
15. Torgau	a	5	21 864	9,28	4 110	2 364	—	14 342	4 498	4 016	—	29 330	8,42	1,84
	b	86	32 832	6,59	12 496	320	—	2 134	2 627	358	—	17 935	5,44	0,55
	c	91	54 696	7,66	16 606	2 684	—	16 476	7 125	4 374	—	47 265	6,97	0,86
16. Weißenfels, Stadt	a	1	33 374	12,69	12 101	6 573	—	11 470	6 737	8 889	—	45 770	4,86	1,37
17. Weißenfels, Land	a	5	13 191	7,18	5 739	354	—	6 943	3 815	2 033	—	18 884	9,54	1,48
	b	153	59 370	9,14	27 940	326	—	19 616	8 734	841	—	57 457	7,33	0,97
	c	158	72 561	8,78	33 679	680	—	26 559	12 549	2 874	—	76 341	7,77	1,05
18. Wittenberg	a	5	33 776	9,79	16 754	4 161	—	16 595	5 716	6 001	—	49 227	7,91	1,46
	b	101	35 180	7,45	8 271	486	—	1 470	2 815	700	—	13 742	3,98	0,39
	c	106	68 956	8,60	25 025	4 647	—	18 065	8 531	6 701	—	62 969	6,50	0,91
19. Zeitz, Stadt	a	1	33 911	11,92	28 427	8 251	—	26 740	13 513	7 368	—	84 299	8,79	2,49
20. Zeitz, Land	b	106	33 752	8,81	4 317	2 399	48	6 078	5 471	281	—	18 594	4,35	0,55

XIX. Regierungsbezirk

1. Erfurt, Stadt	a	1	126 248	16,41	163 366	185 292	—	112 922	46 980	44 995	1) 19491	573 046	13,97	4,54
2. Erfurt, Land	b	39	25 578	7,49	14 420	—	—	13 379	3 798	2 190	—	33 787	15,08	1,32
3. Grafschaft Hohenstein . .	a	4	14 756	11,64	8 499	689	—	4 460	3 291	2 606	—	19 545	5,70	1,32
	b	61	34 591	7,75	17 884	106	—	4 142	3 448	682	—	26 262	7,00	0,76
	c	65	49 347	8,92	26 383	795	—	8 602	6 739	3 288	—	45 807	6,38	0,93
4. Heiligenstadt	a	2	12 513	8,45	5 566	376	—	1 863	1 334	1 146	—	10 285	5,54	0,82
	b	67	31 571	3,58	2 706	510	24	3 663	885	554	—	8 342	4,17	0,26
	c	69	44 084	4,93	8 272	886	24	5 526	2 219	1 700	—	18 627	4,88	0,42
5. Langensalza	a	3	16 500	10,41	11 037	442	1 500	1 512	4 852	4 596	—	23 939	6,65	1,45
	b	38	22 174	8,10	2 804	—	250	5 961	1 047	1 037	—	11 099	5,58	0,50
	c	41	38 674	9,08	13 841	442	1 750	7 473	5 899	5 633	—	35 038	6,27	0,91
6. Mühlhausen, Stadt	a	1	35 359	13,40	48 342	996	—	12 270	12 735	8 925	—	83 268	8,49	2,35
7. Mühlhausen, Land	a	1	2 664	5,94	1 236	303	—	1 268	324	323	—	3 454	9,89	1,30
	b	42	37 415	4,58	1 489	284	—	9 964	2 006	387	2) 541	14 671	5,38	0,39
	c	43	40 079	4,67	2 725	587	—	11 232	2 330	710	2) 541	18 125	5,90	0,45
8. Nordhausen, Stadt	a	1	32 248	20,17	35 988	6 982	—	—	9 577	10 940	—	63 487	4,88	1,97
9. Schleusingen	a	2	18 287	9,84	10 743	2 981	2 225	17 946	3 530	5 135	—	42 560	10,79	2,33
	b	47	35 200	4,01	21	—	—	25 193	5 046	3 651	—	33 911	16,02	0,96
	c	49	53 487	6,00	10 764	2 981	2 225	43 139	8 576	8 786	—	76 471	12,62	1,43

1) Billetsteuer. — 2) Rindviehsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)					Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Sachsen.

Merseburg.

74 282	69 878	21 067	525	165 752	92,28	13,61	—	200	179 612	14,75	a)	8. Mansfelder Seekreis.
440 366	389 758	93 280	3 464	926 868	92,57	14,07	4 429	—	1 001 256	15,19	b)	
514 648	459 636	114 347	3 989	1 092 620	92,53	13,99	4 429	200	1 180 868	15,12	c)	
438 526	291 662	80 841	1 565	812 594	92,11	21,51	—	200	882 196	23,35	a)	9. Merseburg.
182 856	273 177	17 741	2 836	476 610	97,75	9,84	—	—	487 577	10,07	b)	
621 382	564 839	98 582	4 401	1 289 204	94,12	14,96	—	200	1 369 773	15,89	c)	
435 560	228 758	60 138	1 298	725 754	90,67	24,11	—	40	800 410	26,59	a)	10. Naumburg.
45 625	82 846	4 051	810	133 332	96,30	12,91	—	—	138 449	13,41	b)	
481 185	311 604	64 189	2 108	859 086	91,50	21,25	—	40	938 859	23,22	c)	
124 409	96 541	47 700	608	269 258	92,63	18,54	—	360	290 681	20,01	a)	11. Querfurt.
195 314	263 876	29 637	1 807	490 634	97,82	12,29	—	—	501 562	12,57	b)	
319 723	360 417	77 337	2 415	759 892	95,92	13,96	—	360	792 243	14,55	c)	
79 298	56 614	21 477	345	157 734	89,19	15,58	—	40	176 848	17,47	a)	12. Saalkreis.
645 371	337 529	76 184	955	1 060 039	93,04	15,77	—	—	1 139 305	16,95	b)	
724 669	394 143	97 661	1 300	1 217 773	92,53	15,75	—	40	1 316 153	17,02	c)	
304 947	161 931	66 216	2 033	535 127	95,73	22,46	—	120	558 996	23,47	a)	13. Sangerhausen.
145 931	160 716	17 732	4 549	328 928	98,25	7,22	—	—	334 803	7,35	b)	
450 878	322 647	83 948	6 582	864 055	96,67	12,45	—	120	893 799	12,88	c)	
63 401	40 336	16 608	1 088	121 433	89,55	10,05	—	—	135 605	11,22	a)	14. Schweinitz.
64 399	109 417	4 819	1 626	180 261	99,67	6,98	—	—	180 861	7,00	b)	
127 800	149 753	21 427	2 714	301 694	95,33	7,96	—	—	316 466	8,35	c)	
187 005	94 138	35 820	1 842	318 805	91,54	14,58	—	120	348 255	15,98	a)	15. Torgau.
131 830	164 028	13 434	2 260	311 552	94,56	9,49	—	—	329 487	10,04	b)	
318 835	258 166	49 254	4 102	630 357	93,01	11,52	—	120	677 742	12,39	c)	
547 684	149 928	193 731	4 744	896 087	95,13	26,85	—	120	941 977	28,22	a)	16. Weißenfels, Stadt.
96 520	56 239	25 170	1 059	178 988	90,38	13,57	—	160	198 032	15,01	a)	17. Weißenfels, Land.
360 588	302 464	59 363	4 120	726 535	92,67	12,24	—	—	783 992	13,21	b)	
457 108	358 703	84 533	5 179	905 523	92,21	12,48	—	160	982 024	13,53	c)	
338 396	166 875	67 897	90	573 258	92,06	16,97	—	240	622 725	18,44	a)	18. Wittenberg.
145 205	158 977	24 565	2 812	331 559	96,02	9,42	—	—	345 301	9,82	b)	
483 601	325 852	92 462	2 902	904 817	93,47	13,12	—	240	968 026	14,04	c)	
556 014	194 588	110 866	4 365	865 833	90,33	25,33	8 247	120	958 499	28,27	a)	19. Zeitz, Stadt.
191 609	183 637	29 904	3 309	408 459	95,65	12,10	—	—	427 053	12,65	b)	20. Zeitz, Land.

Erfurt.

2 140 000	1 014 301	350 740	8 960	3 514 001	85,67	27,83	14 571	200	4 101 818	32,49	a)	1. Erfurt, Stadt.
74 374	105 197	10 794	629	190 994	84,97	7,47	—	—	224 781	8,79	b)	2. Erfurt, Land.
199 432	83 052	39 932	826	323 242	94,24	21,91	—	200	342 987	23,24	a)	3. Grafschaft Hohenstein.
167 640	147 447	31 067	2 620	348 774	93,00	10,08	—	—	375 036	10,84	b)	
367 072	230 499	70 999	3 446	672 016	93,59	13,62	—	200	718 023	14,55	c)	
97 366	52 858	24 624	208	175 056	94,37	13,99	—	160	185 501	14,82	a)	4. Heiligenstadt.
83 845	94 091	9 876	3 685	191 497	95,83	6,07	—	—	199 839	6,33	b)	
181 211	146 949	34 500	3 893	366 553	95,12	8,31	—	160	385 340	8,74	c)	
204 610	93 028	36 593	1 713	335 944	93,34	20,36	—	40	359 923	21,81	a)	5. Langensalza.
69 829	110 231	7 135	626	187 821	94,42	8,47	—	—	198 920	8,97	b)	
274 439	203 259	43 728	2 339	523 765	93,72	13,54	—	40	558 843	14,45	c)	
525 096	204 633	164 289	3 784	897 802	91,51	25,39	—	80	981 150	27,75	a)	6. Mühlhausen, Stadt.
17 774	10 150	3 250	220	31 394	89,98	11,78	—	80	34 928	13,11	a)	7. Mühlhausen, Land.
131 194	108 295	15 548	2 762	257 799	94,62	6,89	—	—	272 470	7,28	b)	
148 968	118 445	18 798	2 982	289 193	94,08	7,22	—	80	307 398	7,67	c)	
820 003	228 660	177 601	10 020	1 236 284	95,11	38,34	—	120	1 299 891	40,31	a)	8. Nordhausen, Stadt.
221 659	82 093	46 444	1 588	351 784	89,18	19,24	—	120	394 464	21,57	a)	9. Schleusingen.
107 930	49 404	18 476	1 960	177 770	83,98	5,05	—	—	211 681	6,01	b)	
329 589	131 497	64 920	3 548	529 554	87,36	9,90	—	120	606 145	11,33	c)	

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern										
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)			
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
														M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Noch: Provinz														
Noch: XIX. Regierungsbezirk														
10. Weißensee	a	4	10 969	9,28	6 706	1 524	—	4 578	1 911	1 648	—	16 367	9,38	1,49
	b	27	12 761	6,14	1 697	30	15	2 655	822	1 377	—	6 596	7,33	0,32
	c	31	23 730	7,59	8 403	1 554	15	7 233	2 733	3 025	—	22 963	9,29	0,97
11. Worbis	a	1	2 120	8,04	1 804	64	—	735	260	707	—	3 570	9,62	1,68
	b	50	42 754	4,61	11 253	81	—	2 016	1 894	1 381	—	16 625	4,18	0,39
	c	51	44 874	4,77	13 057	145	—	2 751	2 154	2 088	—	20 195	4,64	0,45
12. Ziegenrück	a	3	4 980	5,44	1 830	29	—	4 118	731	460	—	7 168	15,58	1,44
	b	35	13 771	4,67	2 183	87	—	18 044	1 531	249	—	22 094	19,88	1,60
	c	38	18 751	4,87	4 013	116	—	22 162	2 262	709	—	29 262	18,63	1,56
Provinz														
XX. Regierungsbezirk														
1. Altona, Stadt	a	1	178 783	17,99	381 054	76 416	63 063	—	58 609	79 165	—	658 307	8,97	3,63
2. Apenrade	a	1	7 760	11,01	7 403	1 129	—	—	2 750	1 521	—	12 803	6,94	1,65
	b	79	23 934	7,19	726	617	—	—	719	1 872	—	3 934	1,13	0,16
	c	80	31 694	8,12	8 129	1 746	—	—	3 469	3 393	—	16 737	3,14	0,53
3. Bordesholm	b	68	36 282	8,16	60 131	1 770	5	—	10 395	5 157	—	77 458	11,25	2,13
4. Eckernförde	a	1	6 191	12,45	3 743	82	—	3 743	3 224	2 232	—	13 024	6,58	2,10
	b	49	24 401	7,90	12 358	153	—	264	3 230	1 599	—	17 604	5,43	0,72
	c	50	30 592	8,82	16 101	235	—	4 007	6 454	3 831	—	30 628	5,87	1,00
5. Eiderstedt	a	2	4 642	11,99	718	8	—	1 088	2 399	1 181	—	5 394	3,65	1,16
	b	21	10 041	28,42	—	451	—	—	561	—	—	1 012	0,32	0,10
	c	23	14 683	23,23	718	459	—	1 088	2 960	1 181	—	6 406	1,38	0,44
6. Flensburg, Stadt	a	1	62 273	13,34	67 868	77 969	13 244	22 065	65 392	21 882	—	268 420	11,97	4,31
7. Flensburg, Land	a	1	1 538	18,64	3 539	468	—	—	289	384	—	4 680	9,36	3,04
	b	149	41 152	7,58	5 089	35	—	—	950	435	—	6 509	1,03	0,16
	c	150	42 690	7,98	8 628	503	—	—	1 239	819	—	11 189	1,63	0,26
8. Hadersleben	a	2	13 839	10,96	4 654	1 153	—	3 068	5 110	3 180	—	17 165	7,71	1,24
	b	130	49 275	8,50	252	1 570	15	—	770	885	—	3 492	0,35	0,07
	c	132	63 114	9,04	4 906	2 723	15	3 068	5 880	4 065	—	20 657	1,70	0,33
9. Herzogtum Lauenburg . .	a	3	13 647	10,17	5 853	—	—	1 440	4 188	3 763	—	15 244	6,65	1,12
	b	135	34 593	8,50	36 105	—	—	2 919	3 108	1 275	—	43 407	11,01	1,25
	c	138	48 240	8,98	41 958	—	—	4 359	7 296	5 038	—	58 651	9,40	1,22
10. Husum	a	2	11 981	15,47	12 634	2 674	—	—	4 686	2 794	—	22 788	5,59	1,90
	b	116	29 011	9,85	11 237	68	—	—	1 938	1 721	—	14 964	2,21	0,52
	c	118	40 992	11,49	23 871	2 742	—	—	6 624	4 515	—	37 752	3,48	0,92
11. Kiel, Stadt	a	1	216 156	13,72	384 096	246 940	48 702	—	233 281	82 712	1) 5 180	1 000 941	11,59	4,63
12. Neumünster, Stadt . . .	a	1	34 101	13,91	39 029	6 240	10 740	—	17 550	8 424	—	81 983	7,78	2,40
13. Norderdithmarschen . .	a	2	11 938	14,49	10 645	1 117	—	—	5 860	3 077	—	20 699	4,84	1,73
	b	87	28 095	12,46	26 182	79	—	—	2 957	1 534	—	30 752	4,00	1,09
	c	89	40 033	13,07	36 827	1 196	—	—	8 817	4 611	—	51 451	4,30	1,29
14. Oldenburg	a	4	12 769	10,37	7 885	260	—	—	5 691	2 763	—	16 599	5,74	1,30
	b	80	15 173	13,70	1 849	1 607	—	—	1 070	742	—	5 268	1,64	0,35
	c	84	27 942	12,18	9 734	1 867	—	—	6 761	3 505	—	21 867	3,59	0,78
15. Pinneberg	a	5	39 194	11,94	43 329	8 072	—	—	18 492	12 311	—	82 204	7,30	2,10
	b	65	85 247	14,19	234 139	52 887	11	—	29 598	21 254	—	337 889	14,90	3,96
	c	70	124 441	13,48	277 468	60 959	11	—	48 090	33 565	—	420 093	12,37	3,38
16. Plön	a	3	10 994	11,31	3 541	1 658	—	—	4 298	2 493	—	11 990	4,38	1,09
	b	57	19 573	9,73	23 077	2 579	—	1 056	4 577	1 354	—	32 643	9,55	1,67
	c	60	30 567	10,30	26 618	4 237	—	1 056	8 875	3 847	—	44 633	7,25	1,46
17. Rendsburg	a	2	20 401	9,85	13 662	1 812	5 475	15 120	14 689	7 169	2) 2 890	60 817	11,84	2,98
	b	109	46 503	6,33	60 694	1 291	9	118	5 833	1 728	—	69 673	10,13	1,50
	c	111	66 904	7,40	74 356	3 103	5 484	15 238	20 522	8 897	2) 2 890	130 490	10,86	1,95

1) Auktionssteuer. — 2) Erbschaftsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Sachsen.

Erfurt.

74 682	61 271	11 381	213	147 547	89,93	13,45	—	160	164 074	14,96	a	10. Weißensee.
19 843	54 407	2 202	98	76 550	92,07	6,00	—	—	83 146	6,52	b	
94 525	115 678	13 583	311	224 097	90,65	9,44	—	160	247 220	10,42	c	
18 317	10 978	4 180	68	33 543	90,38	15,82	—	—	37 113	17,51	a	11. Worbis.
203 906	132 421	42 852	2 127	381 306	95,82	8,92	—	—	397 931	9,81	b	
222 223	143 399	47 032	2 195	414 849	95,36	9,24	—	—	435 044	9,69	c	
22 791	11 407	4 631	—	38 829	84,42	7,80	—	—	45 997	9,24	a	12. Ziegenrück.
48 959	33 659	5 681	720	89 019	80,12	6,46	—	—	111 113	8,07	b	
71 750	45 066	10 312	720	127 848	81,37	6,82	—	—	157 110	8,88	c	

Schleswig-Holstein.

Schleswig.

2 497 569	3 865 357	303 252	14 785	6 680 963	91,03	37,37	—	—	7 339 270	41,05	a	1. Altona, Stadt.
102 202	44 269	23 814	1 433	171 718	93,06	22,13	—	—	184 521	23,78	a	2. Apenrade.
98 129	228 947	14 949	1 859	343 884	98,87	14,87	—	—	347 818	14,53	b	
200 331	273 216	38 763	3 292	515 602	96,86	16,27	—	—	532 339	16,80	c	
258 088	289 730	59 011	4 125	610 954	88,75	16,84	—	—	688 412	18,97	b	3. Bordesholm.
114 896	44 714	25 168	—	184 778	93,42	29,85	—	—	197 802	31,95	a	4. Eckernförde.
124 753	166 677	13 419	1 500	306 349	94,57	12,55	—	—	323 953	13,28	b	
239 649	211 391	38 587	1 500	491 127	94,13	16,05	—	—	521 755	17,06	c	
79 228	46 124	15 825	1 075	142 252	96,85	30,64	—	—	147 646	31,81	a	5. Eiderstedt.
75 108	235 681	4 161	921	315 871	99,68	31,46	—	—	316 883	31,56	b	
154 336	281 805	19 986	1 996	458 123	98,62	31,20	—	—	464 529	31,64	c	
1 152 150	632 424	162 390	13 644	1 960 608	87,46	31,48	12 661	150	2 241 839	36,00	a	6. Flensburg, Stadt.
26 862	15 631	2 469	350	45 312	90,64	29,46	—	—	49 992	32,50	a	7. Flensburg, Land.
215 545	377 986	29 427	4 971	627 929	98,97	15,26	—	—	634 438	15,42	b	
242 407	393 617	31 896	5 321	673 241	98,37	15,77	—	—	684 430	16,03	c	
150 388	15 678	37 159	2 149	205 374	92,29	14,84	—	—	222 539	16,08	a	8. Hadersleben.
288 097	664 537	35 924	917	989 475	99,65	20,08	—	—	992 967	20,15	b	
438 485	680 215	73 083	3 066	1 194 849	98,30	18,93	—	—	1 215 506	19,26	c	
123 411	59 710	29 953	830	213 904	93,81	15,67	—	80	229 228	16,80	a	9. Herzogtum Lauenburg.
163 727	172 092	11 526	3 655	351 000	88,99	10,15	—	—	394 407	11,40	b	
287 138	231 802	41 479	4 485	564 904	90,58	11,71	—	80	623 635	12,93	c	
236 707	90 410	54 906	2 485	384 508	94,39	32,09	—	80	407 376	34,00	a	10. Husum.
165 176	479 804	14 732	2 654	662 366	97,79	22,83	—	—	677 330	23,35	b	
401 883	570 214	69 638	5 139	1 046 874	96,51	25,54	—	80	1 084 706	26,46	c	
4 265 543	2 659 523	611 184	26 585	7 562 835	87,57	34,99	72 356	200	8 636 332	39,95	a	11. Kiel, Stadt.
655 497	201 950	110 317	4 177	971 941	92,20	28,50	—	200	1 054 124	30,91	a	12. Neumünster, Stadt.
253 322	97 000	56 281	—	406 603	95,16	34,06	—	—	427 302	35,79	a	13. Norderdithmarschen.
222 139	483 369	30 734	1 872	738 114	96,00	26,27	—	—	768 866	27,37	b	
475 461	580 369	87 015	1 872	1 144 717	95,70	28,59	—	—	1 196 168	29,88	c	
139 847	91 509	38 924	2 096	272 376	94,26	21,33	—	—	288 975	22,63	a	14. Oldenburg.
89 534	215 230	9 747	1 061	315 572	98,36	20,80	—	—	320 840	21,15	b	
229 381	306 739	48 671	3 157	587 948	96,41	21,04	—	—	609 815	21,82	c	
629 165	259 480	154 091	1 886	1 044 622	92,70	26,85	—	—	1 126 826	28,75	a	15. Pinneberg.
1 054 749	767 734	102 271	5 697	1 930 441	85,10	22,65	—	—	2 268 330	26,61	b	
1 683 914	1 027 204	256 362	7 583	2 975 063	87,68	21,91	—	—	3 395 156	27,28	c	
153 622	70 074	37 485	327	261 508	95,82	23,79	—	—	273 498	24,88	a	16. Plön.
126 235	166 377	13 565	2 938	309 115	90,45	15,79	—	—	341 758	17,46	b	
279 857	236 451	51 050	3 265	570 623	92,75	18,67	—	—	615 256	20,13	c	
266 783	123 043	58 459	4 260	452 545	88,10	22,18	—	320	513 682	25,18	a	17. Rendsburg.
254 428	320 423	38 855	4 191	617 897	89,87	13,29	—	—	687 570	14,79	b	
521 211	443 466	97 314	8 451	1 070 442	89,11	16,00	—	320	1 201 252	17,95	c	

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern								zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
M	M	M	M	M	M	M	M	M	%	M				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	

Noch: Provinz

Noch: XX. Regierungsbezirk

18. Schleswig	a	4	25 765	12,13	22 299	1 611	—	7 697	10 061	7 044	—	48 712	6,79	1,89
	b	112	44 322	8,56	18 762	165	—	70	1 753	744	—	21 494	2,91	0,48
	c	116	70 087	9,88	41 061	1 776	—	7 767	11 814	7 788	—	70 206	4,82	1,00
19. Segeberg	a	2	7 685	9,87	10 104	520	250	1 085	3 647	1 940	—	17 546	9,40	2,28
	b	101	31 452	7,68	26 273	850	—	—	3 869	291	—	31 283	7,22	0,99
	c	103	39 137	8,11	36 377	1 370	250	1 085	7 516	2 231	—	48 829	7,88	1,25
20. Sonderburg	a	3	12 929	10,30	5 266	398	1 770	—	5 418	3 365	—	16 217	5,42	1,25
	b	67	27 289	9,57	2 417	495	—	—	1 276	610	—	4 798	1,06	0,18
	c	70	40 218	9,81	7 683	893	1 770	—	6 694	3 975	—	21 015	2,79	0,52
21. Steinburg	a	5	37 756	12,17	22 896	—	—	13 437	21 508	6 309	—	64 150	5,81	1,70
	b	99	44 209	11,65	34 802	206	—	1 238	4 883	679	—	41 808	4,28	0,95
	c	104	81 965	11,89	57 698	206	—	14 675	26 391	6 988	—	105 958	5,10	1,20
22. Stormarn	a	2	7 098	12,29	12 098	1 026	—	—	3 528	1 056	—	17 708	9,57	2,49
	b	126	74 675	9,26	231 390	46 993	—	—	13 888	11 693	—	303 964	18,52	4,07
	c	128	81 773	9,52	243 488	48 019	—	—	17 416	12 749	—	321 672	17,61	3,93
23. Süderdithmarschen	a	2	7 296	12,73	2 472	584	—	—	3 790	2 210	—	9 056	4,61	1,24
	b	108	47 258	9,87	8 670	2 067	3 544	—	10 318	5 301	—	29 900	3,03	0,63
	c	110	54 554	10,25	11 142	2 651	3 544	—	14 108	7 511	—	38 956	3,29	0,71
24. Tondern	a	5	11 415	13,34	8 649	3 730	1 800	2 208	7 058	2 865	—	26 310	7,43	2,30
	b	178	46 593	9,55	8 789	7 200	—	—	2 379	3 285	—	21 653	2,49	0,46
	c	183	58 008	10,30	17 438	10 930	1 800	2 208	9 437	6 150	—	47 963	3,92	0,83
25. Wandsbek, Stadt	a	1	36 122	14,52	60 177	54 765	9 006	—	15 579	22 364	—	161 891	12,62	4,48

Provinz

XXI. Regierungsbezirk

1. Diepholz	a	4	5 618	8,37	756	—	—	—	835	487	—	2 078	2,78	0,37
	b	30	17 131	5,25	272	8	10	—	1 326	166	—	1 782	1,15	0,10
	c	34	22 749	6,02	1 028	8	10	—	2 161	653	—	3 860	1,68	0,17
2. Hameln	a	2	23 544	10,95	19 358	5 155	2 010	14 207	14 145	5 232	—	60 107	9,98	2,55
	b	78	37 811	7,47	14 309	—	—	3 956	992	516	—	19 773	3,63	0,52
	c	80	61 355	8,81	33 667	5 155	2 010	18 163	15 137	5 748	—	79 880	6,97	1,30
3. Hannover, Stadt	a	1	305 976	22,19	399 458	249 403	71 296	253 366	205 845	92 849	—	1 272 217	11,66	4,16
4. Hannover, Land	b	30	23 642	9,76	9 847	107	—	5 107	3 288	29	—	18 378	4,87	0,78
5. Hoya	a	4	5 182	9,91	—	59	—	—	733	—	—	792	0,80	0,15
	b	56	21 804	7,19	5 095	2 320	—	—	1 977	—	—	9 392	3,24	0,43
	c	60	26 986	7,71	5 095	2 379	—	—	2 710	—	—	10 184	2,62	0,38
6. Linden vor Hann., Stadt	a	1	75 306	11,88	65 621	14 704	14 786	55 617	1 854	15 538	—	168 120	8,24	2,23
7. Linden, Land	b	51	43 604	10,48	21 921	1 208	—	14 877	3 647	872	—	42 525	5,52	0,98
8. Neustadt a. Rbge.	a	2	7 305	9,94	6 034	545	—	2 968	1 634	803	—	11 984	8,75	1,64
	b	58	24 618	6,65	7 779	—	—	622	1 706	—	—	10 107	2,94	0,41
	c	60	31 923	7,38	13 813	545	—	3 590	3 340	803	—	22 091	4,59	0,69
9. Nienburg	a	3	12 250	11,38	16 542	343	600	9 532	3 378	2 887	—	33 282	10,02	2,72
	b	42	16 901	5,51	—	19	—	—	662	228	—	909	0,64	0,05
	c	45	29 151	7,98	16 542	362	600	9 532	4 040	3 115	—	34 191	7,20	1,17
10. Springe	a	4	10 241	9,06	6 193	—	—	4 163	1 157	1 341	—	12 854	6,93	1,26
	b	49	20 383	8,92	7 433	—	58	408	1 003	510	—	9 412	2,92	0,46
	c	53	30 624	8,96	13 626	—	58	4 571	2 160	1 851	—	22 266	4,38	0,73
11. Stolzenau	a	5	5 955	7,11	2 204	—	—	870	570	418	—	4 062	5,26	0,68
	b	43	23 403	4,57	183	352	—	—	499	1 376	—	2 410	1,13	0,10
	c	48	29 358	5,09	2 387	352	—	870	1 069	1 794	—	6 472	2,22	0,22
12. Sulingen	a	3	3 466	6,31	1 505	—	250	—	1 040	529	—	3 324	6,26	0,96
	b	33	17 717	4,58	1 544	33	—	—	1 459	5 091	—	8 127	4,21	0,46
	c	36	21 183	4,87	3 049	33	250	—	2 499	5 620	—	11 451	4,68	0,54
13. Syke	a	4	7 316	7,76	—	—	—	—	2 650	694	—	3 344	2,72	0,46
	b	69	36 580	5,74	—	145	—	—	9 400	—	—	9 545	1,98	0,26
	c	73	43 896	6,08	—	145	—	—	12 050	694	—	12 889	2,13	0,29

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.	
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner		
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner						
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M		
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1	
Schleswig-Holstein.												
Schleswig.												
391 459	200 096	73 481	3 797	668 836	93,21	25,96	—	40	717 538	27,35	a	
251 454	429 257	31 998	4 759	717 438	97,09	16,19	—	—	738 962	16,67	b	
642 913	629 353	105 482	8 556	1 386 304	95,13	19,78	—	40	1 456 550	20,78	c	
71 123	65 760	31 763	401	169 050	90,60	22,00	—	—	186 596	24,23	a	
130 031	247 044	21 257	3 634	401 966	92,78	12,78	—	—	433 249	13,77	b	
201 154	312 804	53 020	4 038	571 016	92,12	14,50	—	—	619 845	15,81	c	
161 426	74 907	44 771	1 794	282 898	94,58	21,38	—	—	299 115	13,14	a	
142 552	286 933	18 155	343	447 983	98,91	16,42	—	—	452 781	16,59	b	
303 978	361 840	62 926	2 137	730 881	97,21	18,17	—	—	751 896	18,70	c	
639 221	258 839	138 946	2 632	1 039 638	94,18	27,54	—	80	1 103 863	29,24	a	
364 187	498 600	66 436	4 675	933 898	95,72	21,12	—	—	975 705	22,07	b	
1 003 408	757 439	205 382	7 307	1 973 536	91,90	24,03	—	80	2 079 574	25,37	c	
99 240	49 383	17 498	1 230	167 351	90,41	23,58	—	40	185 099	26,08	a	
594 973	646 903	91 043	4 323	1 337 242	81,48	17,91	—	—	1 641 206	21,93	b	
694 213	696 286	108 541	5 553	1 504 593	82,38	18,40	—	40	1 826 305	22,33	c	
107 736	56 673	22 703	225	187 337	95,39	25,58	—	—	196 393	26,92	a	
366 190	517 291	59 764	12 914	956 159	96,97	20,23	—	—	986 059	20,87	b	
473 926	573 964	82 467	13 139	1 143 496	96,71	20,96	—	—	1 182 452	21,67	c	
160 862	116 425	48 463	2 060	327 810	92,57	28,72	—	—	354 120	31,02	a	
281 102	528 427	32 906	6 419	848 854	97,51	18,22	—	—	870 507	18,68	b	
441 964	644 852	81 369	8 479	1 176 664	96,08	20,23	—	—	1 224 627	21,11	c	
485 696	567 781	62 406	3 237	1 119 120	87,22	30,93	2 062	—	1 283 073	35,52	a	
25. Wandsbek, Stadt.												
Hannover.												
Hannover.												
32 915	29 091	9 477	918	72 401	97,00	12,39	—	160	74 639	13,29	a	
53 454	91 842	5 464	2 260	153 020	98,85	8,93	—	—	154 802	9,01	b	
86 369	120 933	14 941	3 178	225 421	98,25	9,91	—	160	229 411	10,09	c	
306 910	165 985	66 590	2 405	541 890	90,00	23,02	—	120	602 117	25,57	a	
206 470	288 905	26 161	2 824	524 360	96,37	13,87	—	—	544 133	14,39	b	
513 380	454 890	92 751	5 229	1 066 250	93,02	17,38	—	120	1 146 250	18,68	c	
5 642 461	2 735 731	1 173 304	44 984	9 596 480	87,98	31,36	38 957	—	10 907 654	35,65	a	
220 448	108 915	27 436	2 010	358 809	95,13	15,18	—	—	377 187	15,95	b	
48 104	32 991	15 200	1 879	98 174	99,20	18,95	—	—	98 966	19,10	a	
92 763	174 539	11 042	2 126	280 470	96,76	12,86	—	—	289 862	13,29	b	
140 867	207 530	26 242	4 005	378 644	97,38	14,03	—	—	388 828	14,41	c	
955 735	597 190	310 799	9 638	1 873 362	91,76	24,88	—	—	2 041 482	27,01	a	
435 615	220 466	68 065	3 928	728 074	94,48	16,70	—	—	770 599	17,57	b	
74 361	33 923	15 950	700	124 934	91,25	17,10	—	—	136 918	18,74	a	
151 677	160 309	17 886	3 946	333 818	97,06	13,56	—	—	343 925	13,97	b	
226 038	194 232	33 836	4 646	458 752	95,41	14,37	—	—	480 843	15,06	c	
175 363	65 103	56 798	1 454	298 718	89,95	24,39	—	80	332 080	27,11	a	
51 553	85 050	3 948	1 622	142 173	99,36	8,41	—	—	143 082	8,47	b	
226 916	150 153	60 746	3 076	440 891	92,79	15,12	—	80	475 162	16,30	c	
84 647	72 446	13 819	1 747	172 659	93,03	16,86	—	80	185 593	18,12	a	
124 451	175 750	10 838	2 418	313 457	97,08	15,38	—	—	322 869	15,84	b	
209 098	248 196	24 657	4 165	486 116	95,61	15,87	—	80	508 462	16,60	c	
34 028	26 737	10 942	1 479	73 186	94,74	12,29	—	—	77 248	12,97	a	
79 191	118 380	10 484	3 551	211 606	98,87	9,04	—	—	214 016	9,14	b	
113 219	145 117	21 426	5 030	284 792	97,78	9,70	—	—	291 264	9,92	c	
23 922	18 414	6 327	1 085	49 748	93,74	14,35	—	—	53 072	15,31	a	
83 924	92 856	5 589	2 756	185 125	95,79	10,45	—	—	193 252	10,91	b	
107 846	111 270	11 916	3 841	234 873	95,35	11,09	—	—	246 324	11,63	c	
58 071	44 141	15 924	1 433	119 569	97,28	16,34	—	—	122 913	16,80	a	
197 385	243 183	27 915	4 108	472 591	98,02	12,92	—	—	482 136	13,18	b	
255 456	287 324	43 839	5 541	592 160	97,87	13,49	—	—	605 049	13,73	c	
13. Syke.												
19. Segeberg.												
20. Sonderburg.												
21. Steinburg.												
22. Stormarn.												
23. Süderdithmarschen.												
24. Tondern.												

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern								zusammen (Spalte 5—11)		
K r e i s e.	Umsatz- steuer				Wert- zuwachs- steuer	Schenk- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		
Noch: Provinz															
XXII. Regierungsbezirk															
1. Alfeld	a	1	6 263	15,45	6 472	1 063	—	—	1 346	1 566	—	10 447	4,47	1,67	
	b	45	21 796	9,50	12 711	70	—	—	1 427	515	—	14 723	4,04	0,68	
	c	46	28 059	10,33	19 183	1 133	—	—	2 773	2 081	—	25 170	4,21	0,90	
2. Duderstadt	a	1	5 589	9,74	5 816	753	—	—	838	1 175	—	8 582	7,26	1,54	
	b	29	19 885	4,87	—	—	—	—	775	3 261	—	4 036	2,12	0,20	
	c	30	25 474	5,93	5 816	753	—	—	1 613	4 436	—	12 618	4,09	0,50	
3. Einbeck	a	2	10 876	11,96	12 108	1 661	—	—	3 346	2 966	—	20 081	6,76	1,85	
	b	40	15 287	8,51	—	47	—	—	457	3 220	—	3 724	1,57	0,24	
	c	42	26 163	9,94	12 108	1 708	—	—	3 803	6 186	—	23 805	4,46	0,91	
4. Goslar	a	1	18 824	13,18	20 599	6 551	—	8 831	6 800	6 709	—	49 490	10,87	2,63	
	b	43	30 959	12,26	3 273	33	—	3 636	2 563	5 955	1) 7	15 467	2,33	0,50	
	c	44	49 783	12,61	23 872	6 584	—	12 467	9 363	12 664	1) 7	64 957	6,09	1,30	
5. Göttingen, Stadt	a	1	34 776	19,16	79 314	91 823	8 925	28 940	27 669	11 274	2) 20560	268 505	18,28	7,72	
6. Göttingen, Land	b	73	32 773	7,45	4 188	423	98	9 893	1 959	413	—	16 974	3,43	0,52	
7. Gronau	a	2	5 353	13,14	5 951	24	—	2 019	751	—	—	8 745	5,68	1,63	
	b	28	14 632	11,48	6 348	—	—	275	901	—	—	7 524	2,47	0,51	
	c	30	19 985	11,92	12 299	24	—	2 294	1 652	—	—	16 269	3,54	0,81	
8. Hildesheim, Stadt	a	1	56 760	14,58	63 113	29 731	17 649	28 098	39 521	18 754	—	196 866	10,87	3,47	
9. Hildesheim, Land	a	1	4 662	9,75	3 438	—	—	3 130	—	—	—	6 568	6,35	1,41	
	b	41	23 602	10,69	4 040	43	—	24	705	—	—	4 812	1,29	0,20	
	c	42	28 264	10,34	7 478	43	—	3 154	705	—	—	11 380	2,39	0,40	
10. Ilfeld	a	1	2 640	8,54	697	—	—	—	334	539	—	1 570	3,91	0,59	
	b	21	13 015	7,88	3 609	142	—	935	417	239	—	5 342	4,02	0,41	
	c	22	15 655	7,99	4 306	142	—	935	751	778	—	6 912	3,99	0,44	
11. Marienburg i. Hann. . .	a	1	2 416	14,04	1 880	—	—	—	416	402	—	2 698	4,84	1,12	
	b	72	33 347	13,02	3 309	1 267	—	—	1 258	287	—	6 121	0,98	0,18	
	c	73	35 763	13,09	5 189	1 267	—	—	1 674	689	—	8 819	1,30	0,25	
12. Münden	a	3	13 017	12,50	6 212	5 384	1 100	8 262	2 752	3 055	—	26 765	8,17	2,06	
	b	34	13 238	5,35	10	114	128	4 148	685	—	—	5 085	3,46	0,38	
	c	37	26 255	8,89	6 222	5 498	1 228	12 410	3 437	3 055	—	31 850	6,71	1,21	
13. Northeim	a	3	12 114	11,69	8 951	330	—	2 734	2 872	1 687	—	16 574	5,68	1,37	
	b	46	18 833	8,36	8 665	222	—	8	425	3 443	—	12 763	4,96	0,68	
	c	49	30 947	9,66	17 616	552	—	2 742	3 297	5 130	—	29 337	5,32	0,95	
14. Osterode a. Harz	a	3	16 983	9,26	9 218	717	—	3 507	3 482	1 439	—	18 363	4,90	1,08	
	b	35	26 057	5,92	—	—	—	—	2 100	457	—	2 557	0,88	0,10	
	c	38	43 040	7,24	9 218	717	—	3 507	5 582	1 896	—	20 920	3,15	0,49	
15. Peine	a	1	16 367	12,02	6 954	1 651	1 050	11 197	7 041	3 338	—	31 231	7,10	1,91	
	b	55	32 313	12,92	12 867	3 928	—	—	2 896	302	—	19 993	3,20	0,62	
	c	56	48 680	12,62	19 821	5 579	1 050	11 197	9 937	3 640	—	51 224	4,81	1,05	
16. Uslar	a	1	2 434	8,73	653	—	—	615	438	399	—	2 105	4,39	0,86	
	b	31	17 052	6,43	2 645	—	—	835	1 103	154	—	4 737	1,96	0,28	
	c	32	19 486	6,72	3 298	—	—	1 450	1 541	553	—	6 842	2,35	0,35	
17. Zellerfeld	a	7	23 525	7,25	—	391	837	13 408	971	4 760	—	20 367	6,25	0,87	
	b	8	4 098	6,69	—	—	—	1 226	197	698	—	2 121	5,19	0,52	
	c	15	27 623	7,16	—	391	837	14 634	1 168	5 458	—	22 488	6,14	0,81	
XXIII. Regierungsbezirk															
1. Bleckede	b	99	19 336	8,82	—	1 916	—	—	1 556	227	—	3 699	1,31	0,19	
2. Burgdorf	a	2	12 931	9,65	5 984	1 640	1 050	5 886	2 398	1 943	—	18 901	5,77	1,46	
	b	81	35 729	10,39	11 744	4 777	—	3 541	2 177	59	—	22 298	3,14	0,62	
	c	83	48 660	10,20	17 728	6 417	1 050	9 427	4 575	2 002	—	41 199	3,97	0,85	
3. Celle, Stadt	a	1	23 987	12,29	23 303	5 033	4 454	15 625	15 618	9 430	—	73 463	11,99	3,06	
4. Celle, Land	b	107	38 225	7,47	—	6 204	—	6 056	3 156	1 734	—	17 150	2,77	0,45	
5. Dannenberg	a	2	2 854	9,09	2 713	87	—	—	678	547	—	4 025	6,57	1,41	
	b	99	10 122	6,58	—	304	—	—	441	818	—	1 563	1,43	0,15	
	c	101	12 976	7,14	2 713	391	—	—	1 119	1 365	—	5 588	3,27	0,43	

1) nicht näher bezeichnet. — 2) Steuer auf geistige Getränke.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21
Hannover.											
Hildesheim.											
116 049	56 621	49 728	904	223 302	95,51	35,65	—	40	233 789	37,33	a)
155 123	153 302	38 195	2 670	349 290	95,96	16,03	—	—	364 013	16,70	b)
271 172	209 923	87 923	3 574	572 592	95,78	20,41	—	40	597 802	21,31	c)
59 576	33 823	15 700	347	109 446	92,63	19,58	—	120	118 148	21,14	a)
71 136	103 513	9 229	2 581	186 459	97,88	9,88	—	—	190 495	9,58	b)
130 712	137 336	24 929	2 928	295 905	95,87	11,62	—	120	308 643	12,12	c)
160 377	87 942	27 161	1 405	276 885	93,24	25,46	—	—	296 966	27,30	a)
84 456	139 331	6 900	2 148	232 835	98,43	15,23	—	—	236 559	15,47	b)
244 833	227 273	34 061	3 553	509 720	95,54	19,48	—	—	533 525	20,39	c)
247 095	116 058	40 635	2 005	405 793	89,11	21,56	—	120	455 403	24,19	a)
334 586	222 570	36 804	2 005	595 965	97,47	19,25	—	—	611 432	19,75	b)
581 681	338 628	77 439	4 010	1 001 758	93,90	20,12	—	120	1 066 835	21,43	c)
773 413	322 470	101 419	3 280	1 200 582	81,72	34,52	—	40	1 469 127	42,25	a)
188 967	268 501	17 330	2 725	477 523	96,57	14,57	—	—	494 497	15,09	b)
74 814	55 506	16 171	221	146 712	94,37	27,41	—	—	155 457	29,04	a)
161 288	110 847	23 380	1 140	296 655	97,58	20,27	—	—	304 179	20,79	b)
236 102	166 353	39 551	1 361	443 367	96,46	22,18	—	—	459 636	23,00	c)
1 003 175	425 530	178 700	6 397	1 613 802	89,12	28,43	—	100	1 810 768	31,90	a)
46 483	30 208	19 998	90	96 779	93,61	20,76	—	40	103 387	22,18	a)
182 129	155 576	28 374	1 305	367 384	98,71	15,57	—	—	372 196	15,77	b)
228 612	185 784	48 372	1 395	464 163	97,00	16,42	—	40	475 583	16,83	c)
22 317	10 440	5 517	355	38 629	96,09	14,63	—	—	40 199	15,23	a)
64 232	53 310	9 320	801	127 663	95,98	9,51	—	—	133 005	10,22	b)
86 549	63 750	14 837	1 156	166 292	96,01	10,62	—	—	173 204	11,06	c)
26 330	19 626	6 914	225	53 095	95,16	21,98	—	—	55 793	23,09	a)
318 542	257 965	38 911	2 798	618 216	99,02	18,54	—	—	624 337	18,72	b)
344 872	277 591	45 825	3 023	671 311	98,70	18,77	—	—	680 130	19,02	c)
178 479	81 171	39 093	2 064	300 807	91,81	23,11	—	80	327 652	25,17	a)
57 623	78 857	3 476	1 894	141 850	96,54	10,72	—	—	146 935	11,10	b)
236 102	160 028	42 569	3 958	442 657	93,27	16,86	—	80	474 587	18,08	c)
177 478	72 738	25 570	1 878	277 664	94,28	22,92	—	280	294 518	24,31	a)
95 237	130 019	17 141	1 951	244 348	95,04	12,97	—	—	257 111	13,65	b)
272 715	202 757	42 711	3 829	522 012	94,63	16,87	—	280	551 629	17,82	c)
200 767	105 736	48 324	1 265	356 092	95,07	20,97	—	120	374 575	22,06	a)
110 311	164 380	10 887	2 133	287 711	99,12	11,04	—	—	290 268	11,14	b)
311 078	270 116	59 211	3 398	643 803	96,84	14,96	—	120	664 843	15,45	c)
224 644	93 190	90 031	832	408 697	92,87	24,97	—	160	440 088	26,89	a)
359 634	182 541	57 437	4 244	603 856	96,80	18,69	—	—	623 849	19,31	b)
584 278	275 731	147 468	5 076	1 012 553	95,17	20,80	—	160	1 063 937	21,66	c)
23 340	15 200	6 900	430	45 870	95,61	18,85	—	—	47 975	19,71	a)
107 104	109 981	19 274	2 258	238 617	98,05	13,99	—	—	243 354	14,27	b)
130 444	125 181	26 174	2 688	284 487	97,65	14,60	—	—	291 329	14,95	c)
164 005	91 066	46 955	3 081	305 107	93,70	12,97	—	150	325 624	13,84	a)
18 891	12 458	5 773	1 601	38 723	94,81	9,45	—	—	40 844	9,97	b)
182 896	103 524	52 728	4 682	343 830	93,82	12,45	—	150	366 468	13,27	c)
Lüneburg.											
85 853	176 640	12 573	2 632	277 698	98,69	14,36	—	—	281 397	14,55	b)
206 396	68 524	31 647	1 954	308 521	94,19	23,86	—	120	327 542	25,33	a)
385 119	264 394	32 805	6 433	688 751	96,86	19,28	—	—	711 049	19,90	b)
591 515	332 918	64 452	8 387	997 272	96,02	20,49	—	120	1 038 591	21,34	c)
350 262	122 950	62 998	2 994	539 204	87,99	22,48	—	120	612 787	25,55	a)
316 254	238 002	41 847	5 265	601 368	97,23	15,73	—	—	618 518	16,18	b)
26 085	23 939	6 746	475	57 245	93,43	20,06	—	—	61 270	21,47	a)
39 620	65 135	2 319	998	108 072	98,57	10,88	—	—	109 635	10,83	b)
65 705	89 074	9 065	1 473	165 317	96,73	12,74	—	—	170 905	13,17	c)

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Provinz

Noch: XXIII. Regierungsbezirk

6. Fallingb.	a	1	2 825	11,33	—	—	—	498	279	—	777	1,46	0,28
	b	90	27 979	7,11	—	1 119	120	1 946	4 847	—	8 032	2,26	0,29
	c	91	30 804	7,50	—	1 119	120	2 444	5 126	—	8 809	2,16	0,29
7. Gifhorn	a	2	6 227	9,72	3 184	89	4 415	721	1 333	—	9 742	7,89	1,56
	b	82	28 914	7,81	3 247	224	—	816	8 911	—	13 198	2,68	0,46
	c	84	35 141	8,15	6 431	313	4 415	1 537	10 244	—	22 940	3,73	0,65
8. Harburg, Stadt	a	1	67 202	20,34	103 047	13 851	29 660	39 050	20 955	17 616	224 179	8,36	3,34
9. Harburg, Land	b	80	63 614	9,95	113 851	24 439	4 850	13 691	25 098	6 908	188 837	13,75	2,97
10. Isenhagen	b	72	20 018	6,36	896	—	—	877	711	1)	2 485	0,81	0,12
11. Lüneburg	a	1	2 743	11,33	—	—	1 246	938	564	—	2 743	4,47	1,00
	b	180	25 626	7,78	568	1 060	—	298	288	—	2 214	0,68	0,09
	c	181	28 369	8,15	568	1 060	1 246	1 236	852	—	4 962	1,26	0,17
12. Lüneburg, Stadt	a	1	27 803	14,99	21 314	4 923	—	11 819	10 171	9 297	57 524	7,22	2,07
13. Lüneburg, Land	b	78	22 348	7,21	5	778	—	2 024	185	—	2 992	1,07	0,13
14. Soltau	a	1	5 156	12,32	—	646	—	2 155	310	—	4 014	2,68	0,78
	b	55	17 411	5,88	—	367	20	4 278	1 087	—	6 328	3,81	0,36
	c	56	22 567	7,12	—	1 013	20	6 433	1 397	—	10 342	3,08	0,46
15. Uelzen	a	2	12 532	13,00	9 729	5 040	1 939	8 558	6 131	3 459	34 856	9,92	2,78
	b	218	38 106	7,82	7 169	4 285	77	1 462	693	1 054	14 740	2,96	0,39
	c	220	50 638	9,10	16 898	9 325	2 016	10 020	6 824	4 513	49 596	5,83	0,98
16. Winsen	a	1	4 758	13,27	3 715	987	—	2 123	1 382	1 161	9 536	7,41	2,00
	b	74	25 112	6,80	1 757	251	—	3 849	—	—	5 857	1,76	0,23
	c	75	29 870	7,83	5 472	1 238	—	2 123	5 231	1 161	15 393	3,33	0,52

XXIV. Regierungsbezirk

1. Achim	b	35	28 929	7,40	5 724	2 952	—	—	6 571	9 423	—	24 670	5,44	0,85
2. Blumenthal	b	30	40 758	9,70	10 131	8 245	10	—	2 721	2 158	1) 300	23 565	2,70	0,56
3. Bremervörde	a	1	3 821	9,48	4 999	—	—	—	1 809	—	—	6 808	7,33	1,78
	b	64	15 910	4,40	—	—	25	—	651	165	—	841	0,48	0,05
	c	65	19 731	5,28	4 999	—	25	—	2 460	165	—	7 649	2,84	0,39
4. Geestemünde	a	1	25 179	14,35	9 032	1 793	—	14 883	6 946	3 049	—	35 703	5,63	1,42
	b	76	25 670	8,98	2 711	1 791	—	7	1 796	545	—	6 850	1,59	0,27
	c	77	50 849	11,64	11 743	3 584	—	14 890	8 742	3 594	—	42 553	4,00	0,84
5. Hadeln	a	1	1 935	11,26	700	—	—	—	391	248	—	1 339	3,60	0,69
	b	14	14 669	11,57	9 834	860	—	—	1 421	—	—	12 115	5,78	0,83
	c	15	16 604	11,54	10 534	860	—	—	1 812	248	—	13 454	5,43	0,81
6. Jork	a	1	3 678	11,14	2 012	—	—	1 819	481	721	—	5 033	5,21	1,37
	b	20	16 232	9,26	—	—	—	—	2 926	—	—	2 926	1,06	0,18
	c	21	19 910	9,61	2 012	—	—	1 819	3 407	721	—	7 959	2,13	0,40
7. Kehdingen	a	1	980	33,41	815	—	—	—	—	328	—	1 143	3,31	1,17
	b	9	17 400	12,08	—	—	—	—	1 980	410	—	2 390	0,95	0,14
	c	10	18 380	13,22	815	—	—	—	1 980	738	—	3 533	1,23	0,19
8. Lehe	a	1	39 419	8,68	23 192	5 932	—	—	8 213	5 606	—	41 943	5,15	1,06
	b	40	21 154	10,29	2 527	1 731	—	—	1 897	2 564	—	8 719	3,54	0,41
	c	41	60 573	9,24	24 719	7 663	—	—	10 110	8 170	—	50 662	4,78	0,84
9. Neuhaus a. d. Oste	a	1	1 446	20,47	434	—	—	—	51	—	—	485	1,25	0,34
	b	43	27 555	7,92	9 465	—	—	—	1 850	—	—	11 315	3,06	0,41
	c	44	29 001	8,54	9 899	—	—	—	1 901	—	—	11 800	2,89	0,41
10. Osterholz	a	2	4 994	9,32	—	—	—	—	1 141	251	—	1 392	1,35	0,28
	b	107	25 982	4,08	—	—	—	—	554	43	—	597	0,19	0,02
	c	109	30 976	4,92	—	—	—	—	1 695	294	—	1 989	0,47	0,06
11. Rotenburg (Hann.)	a	1	3 756	8,87	3 237	523	480	—	1 086	857	—	6 183	7,91	1,65
	b	65	21 292	5,21	5 752	108	10	735	3 025	549	—	10 179	3,82	0,48
	c	66	25 048	5,76	8 989	631	490	735	4 111	1 406	—	16 362	4,46	0,65

1) nicht näher bezeichnet. — 2) Automatensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13–16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom Ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Hannover.

Lüneburg.

30 449	12 885	8 685	385	52 404	98,54	18,55	—	—	53 181	18,83	a	6. Fallingbostal.
158 276	169 399	16 188	2 937	346 800	97,74	12,40	—	—	354 832	12,68	b	
188 725	182 284	24 873	3 322	399 204	97,94	12,96	—	—	408 013	13,25	c	
65 640	29 572	18 244	235	113 691	92,08	18,26	—	40	123 473	19,83	a	7. Gifhorn.
234 935	213 942	25 003	5 038	478 918	97,32	16,56	—	—	492 116	17,02	b	
300 575	243 514	43 247	5 273	592 609	96,27	16,66	—	40	615 589	17,52	c	
1 610 623	432 441	398 783	6 438	2 448 285	91,29	36,43	9 552	—	2 682 016	39,91	a	8. Harburg, Stadt.
647 401	437 394	98 642	1 402	1 184 839	86,25	18,63	—	—	1 373 676	21,59	b	9. Harburg, Land.
158 033	126 986	19 777	432	305 228	99,19	15,25	—	—	307 713	15,37	b	10. Isenhagen.
33 160	16 701	8 516	400	58 777	95,53	21,43	—	—	61 525	22,43	a	11. Lüchow.
144 380	163 699	11 473	4 240	323 792	99,32	12,64	—	—	326 006	12,72	b	
177 540	180 400	19 989	4 640	382 569	98,72	13,49	—	—	387 531	13,66	c	
453 151	180 473	99 913	5 805	739 342	92,77	26,59	—	120	796 986	28,67	a	12. Lüneburg, Stadt.
119 815	147 228	7 400	1 325	275 768	98,93	12,34	—	—	278 760	12,47	b	13. Lüneburg, Land.
98 627	27 203	19 459	655	145 944	97,27	28,31	—	80	150 038	29,10	a	14. Soltan.
105 750	63 620	12 483	2 889	184 742	96,69	10,61	—	—	191 070	10,97	b	
204 377	90 823	31 942	3 544	330 686	96,94	14,65	—	80	341 108	15,12	c	
182 317	80 063	52 589	1 450	316 419	90,08	25,25	—	—	351 275	28,03	a	15. Uelzen.
206 626	260 182	15 691	2 902	485 401	97,05	12,74	—	—	500 141	13,12	b	
388 943	340 245	68 280	4 352	801 820	94,17	15,83	—	—	851 416	16,81	c	
77 831	25 645	15 618	—	119 094	92,59	25,03	—	—	128 630	27,03	a	16. Winsen.
160 578	148 826	14 220	3 650	327 274	98,24	13,03	—	—	333 131	13,27	b	
238 409	174 471	29 838	3 650	446 368	96,67	14,94	—	—	461 761	15,46	c	

Stade.

230 826	153 988	41 778	2 097	428 689	94,56	14,82	—	—	453 359	15,67	b	1. Achim.
494 752	164 290	185 455	3 521	848 018	97,30	20,81	—	—	871 583	21,38	b	2. Blumenthal.
51 079	21 671	11 382	1 975	86 107	92,67	22,54	—	—	92 915	24,32	a	3. Bremervörde.
83 629	80 561	8 546	2 763	175 499	99,52	11,03	—	—	176 340	11,08	b	
134 708	102 232	19 928	4 738	261 606	97,16	13,26	—	—	269 255	13,65	c	
347 208	174 345	75 601	1 826	598 980	94,37	23,79	—	—	634 683	25,21	a	4. Geestemünde.
186 695	210 722	21 201	4 231	422 849	98,41	16,47	—	—	429 699	16,74	b	
533 903	385 067	96 802	6 057	1 021 829	96,00	20,10	—	—	1 064 382	20,93	c	
24 832	8 675	3 458	—	36 965	96,50	19,10	—	—	38 304	19,80	a	5. Hadeln.
57 524	136 035	3 653	240	197 452	94,22	13,46	—	—	209 567	14,29	b	
82 356	144 710	7 111	240	234 417	94,57	14,12	—	—	247 871	14,93	c	
49 883	28 665	11 916	1 090	91 554	94,79	24,89	—	—	96 587	26,26	a	6. Jork.
131 003	125 951	15 751	1 455	274 160	98,94	16,89	—	—	277 086	17,07	b	
180 886	154 616	27 667	2 545	365 714	97,87	18,37	—	—	373 673	18,77	c	
17 346	11 823	4 232	—	33 401	96,69	34,08	—	—	34 544	35,25	a	7. Kehdingen.
92 135	134 789	20 559	2 167	249 650	99,05	14,35	—	—	252 040	14,49	b	
109 481	146 612	24 791	2 167	283 051	98,77	15,40	—	—	286 584	15,59	c	
427 630	287 951	56 583	—	772 164	94,85	19,59	—	—	814 107	20,65	a	8. Lehe.
105 797	119 725	9 314	2 926	237 762	96,46	11,24	—	—	246 481	11,65	b	
533 427	407 676	65 897	2 926	1 009 926	95,22	16,67	—	—	1 060 588	17,51	c	
24 788	11 487	2 107	—	38 382	98,75	26,54	—	—	38 867	26,88	a	9. Neuhaus a. d. Oste.
136 844	194 499	21 484	5 079	357 906	96,94	12,99	—	—	369 221	13,40	b	
161 632	205 986	23 591	5 079	396 288	97,11	13,66	—	—	408 088	14,07	c	
58 800	30 465	11 742	861	101 868	98,65	20,40	—	—	103 260	20,68	a	10. Osterholz.
137 819	159 912	11 982	5 408	315 121	99,81	12,13	—	—	315 718	12,15	b	
196 619	190 377	23 724	6 269	416 989	99,53	13,48	—	—	418 978	13,53	c	
45 339	18 704	7 592	360	71 995	92,09	19,17	—	—	78 178	20,81	a	11. Rotenburg (Hann.).
122 828	135 422	16 672	3 674	278 596	96,48	13,08	—	—	288 775	13,56	b	
168 167	154 126	24 264	4 034	350 591	95,54	14,00	—	—	366 953	14,65	c	

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern									
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XXIV. Regierungsbezirk													
12. Stade	a 2	12 538	12,03	7 667	6 792	—	5 690	5 640	5 121	—	30 910	9,54	2,47
	b 78	29 439	5,37	1 738	677	80	769	2 960	1 520	—	7 744	2,08	0,26
	c 80	41 977	7,36	9 405	7 469	80	6 459	8 600	6 641	—	38 654	5,55	0,92
13. Verden	a 1	10 236	10,45	7 298	465	—	5 371	—	1 842	—	14 976	6,61	1,46
	b 53	17 726	6,49	—	—	—	—	1 411	—	—	1 411	0,67	0,08
	c 54	27 962	7,94	7 298	465	—	5 371	1 411	1 842	—	16 387	3,74	0,59
14. Zeven	a 1	2 133	8,67	634	—	—	—	44	—	—	678	1,81	0,32
	b 57	15 406	5,60	—	—	15	—	459	2 173	—	2 647	1,70	0,17
	c 58	17 539	5,97	634	—	15	—	503	2 173	—	3 325	1,72	0,19
XXV. Regierungsbezirk													
1. Aschendorf	a 1	8 703	8,07	—	47	—	—	1 553	1 381	—	2 981	1,81	0,34
	b 32	14 936	3,95	—	152	—	—	105	—	—	257	0,24	0,02
	c 33	23 639	5,47	—	199	—	—	1 658	1 381	—	3 238	1,19	0,14
2. Bersenbrück	a 3	9 328	8,75	4 323	924	—	3 616	1 277	2 481	—	12 621	6,16	1,35
	b 102	39 796	5,23	39	—	10	927	1 165	2 767	—	4 908	1,25	0,12
	c 105	49 124	5,90	4 362	924	10	4 543	2 442	5 248	—	17 529	2,96	0,36
3. Grafschaft Bentheim	a 4	11 899	11,18	208	1 123	—	—	1 463	1 476	—	4 270	1,52	0,36
	b 73	30 726	5,55	—	2 034	—	—	83	528	—	2 645	0,94	0,09
	c 77	42 625	7,11	208	3 157	—	—	1 546	2 004	—	6 915	1,23	0,16
4. Hümmling	b 35	18 141	3,51	—	—	—	—	71	—	—	71	0,06	0,003
5. Iburg	a 1	956	6,61	—	—	—	—	—	180	—	180	1,40	0,19
	b 40	29 754	5,34	4 699	119	10	—	989	1 070	—	6 857	2,14	0,23
	c 41	30 710	5,58	4 699	119	10	—	989	1 250	—	7 067	2,11	0,23
6. Lingen	a 1	8 277	9,65	—	251	—	3 767	1 890	995	1) 2314	9 217	5,79	1,11
	b 57	28 128	3,87	—	—	—	63	558	873	—	1 494	0,71	0,05
	c 58	36 405	5,18	—	251	—	3 830	2 448	1 868	1) 2314	10 711	2,90	0,29
7. Melle	a 1	3 276	9,28	926	—	—	—	661	264	—	1 851	2,96	0,57
	b 56	23 253	6,52	—	224	28	—	141	843	—	1 236	0,43	0,05
	c 57	26 529	6,86	926	224	28	—	802	1 107	—	3 087	0,88	0,12
8. Meppen	a 2	7 165	7,11	—	92	—	—	683	1 185	1) 1678	3 638	3,55	0,51
	b 59	18 094	3,76	—	14	20	—	23	1 410	—	1 467	1,23	0,08
	c 61	25 259	4,71	—	106	20	—	706	2 595	1) 1678	5 105	2,30	0,20
9. Osnabrück, Stadt	a 1	66 388	14,55	45 379	30 145	8 580	91 654	22 808	14 870	—	213 436	10,46	3,21
10. Osnabrück, Land	b 49	38 284	5,75	5 981	1 644	950	—	3 679	647	—	12 901	2,88	0,34
11. Wittlage	b 31	18 293	6,10	2 062	—	—	—	118	276	—	2 456	1,14	0,13
XXVI. Regierungsbezirk													
1. Aurich	a 1	6 295	12,04	7 573	338	—	2 983	891	2 050	2) 2091	15 926	12,39	2,53
	b 69	35 575	3,87	—	—	—	—	123	4 562	—	4 685	2,04	0,13
	c 70	41 870	5,10	7 573	338	—	2 983	1 014	6 612	2) 2091	20 611	5,76	0,49
2. Emden, Stadt	a 1	23 525	12,27	17 692	8 677	9 858	10 592	13 752	5 372	3) 21369	87 312	13,46	3,71
3. Emden, Land	b 47	24 954	12,70	11 940	3 557	15	4 423	9 005	6 461	—	35 401	10,40	1,42
4. Leer	a 1	12 410	11,77	8 883	795	—	9 380	3 147	2 953	4) 9601	34 759	7,92	2,80
	b 70	44 367	4,61	500	891	—	—	1 290	837	—	3 518	1,03	0,08
	c 71	56 777	6,18	9 383	1 686	—	9 380	4 437	3 790	4) 9601	38 277	4,94	0,67
5. Norden	a 1	6 843	12,52	4 505	59	—	2 589	1 198	1 545	—	9 896	5,73	1,45
	b 38	29 826	11,84	22 321	1 752	—	4 546	5 240	6 723	—	40 582	8,26	1,36
	c 39	36 669	11,56	26 826	1 811	—	7 135	6 438	8 268	—	50 478	7,60	1,38
6. Weener	a 1	3 945	11,17	2 372	154	—	—	404	354	—	3 284	3,31	0,93
	b 30	16 471	11,55	—	128	—	—	528	698	—	1 354	0,63	0,08
	c 31	20 416	11,48	2 372	282	—	—	932	1 052	—	4 638	1,48	0,23
7. Wittmund	a 2	37 185	8,47	5 355	86	—	37 629	15 378	9 436	—	67 884	9,06	1,83
	b 61	32 044	9,30	—	625	—	—	821	2 448	—	3 894	0,94	0,12
	c 63	69 229	8,85	5 355	711	—	37 629	16 199	11 884	—	71 778	6,17	1,04

1) Brennmaterialiensteuer. — 2) Spirituosensteuer. — 3) 19 556 M Spirituosensteuer und 1 813 M Torfsteuer. — 4) 8 251 M Branntweinsteuer und 1 350 M Torfsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)							
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Hannover.

Stade.

179 936	76 941	33 910	2 000	292 787	90,41	23,35	—	160	323 857	25,83	a
161 451	184 035	14 490	4 669	364 645	97,92	12,39	—	—	372 389	12,65	b
341 387	260 976	48 400	6 669	657 432	94,43	15,66	—	160	696 246	16,59	c
133 156	59 063	18 088	1 350	211 657	93,38	20,68	—	40	226 673	22,14	a
81 835	122 071	3 368	2 516	209 790	99,33	11,84	—	—	211 201	11,91	b
214 991	181 134	21 456	3 866	421 447	96,25	15,07	—	40	437 874	15,06	c
23 506	9 084	3 868	290	36 748	98,19	17,33	—	—	37 426	17,55	a
83 605	58 348	9 489	1 920	153 362	98,30	9,95	—	—	156 009	10,13	b
107 111	67 432	13 357	2 210	190 110	98,28	10,94	—	—	193 435	11,08	c

Osnabrück.

109 603	36 300	14 794	1 461	162 158	98,19	18,63	—	—	165 139	18,97	a
43 846	54 304	5 231	2 691	106 072	99,76	7,10	—	—	106 329	7,12	b
153 449	90 604	20 025	4 152	268 230	98,81	11,35	—	—	271 468	11,48	c
105 470	56 943	20 826	2 639	185 878	93,64	19,93	—	—	198 499	21,28	a
146 820	227 082	8 557	6 316	388 775	98,75	9,77	—	—	393 683	9,89	b
252 290	284 025	29 383	8 955	574 653	97,01	11,70	—	—	592 182	12,05	c
186 608	55 400	31 236	2 548	275 792	98,48	23,18	—	—	280 062	23,54	a
134 813	130 244	13 057	2 075	280 189	99,06	9,12	—	—	282 834	9,21	b
321 421	185 644	44 293	4 623	555 981	98,77	13,04	—	—	562 896	13,21	c
61 542	53 454	4 190	2 880	122 066	99,94	6,73	—	—	122 137	6,73	b
7 832	3 461	1 010	370	12 673	98,60	13,26	—	—	12 853	13,44	a
147 842	141 498	20 239	5 466	315 045	97,86	10,59	—	—	321 932	10,82	b
155 674	144 959	21 249	5 836	327 718	97,89	10,67	—	—	334 785	10,90	c
99 008	39 181	11 455	—	149 644	94,08	18,08	—	200	159 061	19,22	a
71 040	126 762	7 681	2 959	208 442	99,29	7,41	—	—	209 936	7,46	b
170 048	165 943	19 136	2 959	358 086	97,04	9,84	—	200	368 997	10,14	c
33 873	16 802	8 837	1 144	60 656	97,04	18,52	—	—	62 507	19,08	a
123 483	141 060	18 250	3 755	286 548	99,57	12,32	—	—	287 784	12,38	b
157 356	157 862	27 087	4 899	347 204	99,12	13,09	—	—	350 291	13,20	c
58 129	27 655	11 182	1 820	98 786	96,42	13,79	—	30	102 454	14,30	a
53 716	55 316	6 599	2 468	118 099	98,77	6,53	—	—	119 566	6,61	b
111 845	82 971	17 781	4 288	216 885	97,69	8,59	—	30	222 020	8,79	c
1 201 885	423 563	191 385	9 310	1 826 143	89,52	27,51	—	250	2 039 829	30,73	a
231 153	166 613	33 301	4 414	435 481	97,12	11,38	—	—	448 382	11,71	b
81 519	120 907	6 842	3 412	212 680	98,86	11,63	—	—	215 136	11,76	c

Aurich.

69 929	31 395	10 718	594	112 636	87,61	17,89	—	—	128 562	20,42	a
95 378	123 418	5 295	505	224 596	97,96	6,31	—	—	229 281	6,45	b
165 307	154 813	16 013	1 099	337 232	94,24	8,05	—	—	357 843	8,55	c
347 226	147 519	64 045	2 560	561 350	86,53	23,86	—	40	648 702	27,58	a
113 844	173 450	14 358	3 335	304 987	89,60	12,22	—	—	340 388	13,64	b
257 627	98 540	44 182	3 450	403 799	92,05	32,54	—	120	438 678	35,35	a
161 495	153 436	12 703	4 429	332 063	98,95	7,48	—	—	335 581	7,56	b
419 122	251 976	56 885	7 879	735 862	95,04	12,96	—	120	774 259	13,64	c
106 090	32 122	22 483	2 043	162 738	94,20	23,78	—	120	172 754	25,25	a
184 086	224 357	36 570	5 449	450 462	91,74	15,10	—	—	491 044	16,46	b
290 176	256 479	59 053	7 492	613 200	92,38	16,72	—	120	663 798	18,10	c
58 327	26 037	11 102	590	96 056	96,69	24,35	—	—	99 340	25,18	a
71 745	131 897	8 142	1 133	212 917	99,37	12,93	—	—	214 271	13,01	b
130 072	157 934	19 244	1 723	308 973	98,52	15,13	—	—	313 611	15,36	c
408 932	219 800	52 012	780	681 524	90,94	18,33	—	40	749 448	20,15	a
143 475	251 266	12 272	2 704	409 717	99,06	12,79	—	—	413 611	12,91	b
552 407	471 066	64 284	3 484	1 091 241	93,83	15,76	—	40	1 163 059	16,80	c

(Noch: Tab. 1.)				Indirekte Gemeindesteuern										
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)			
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	
														M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c	
Provinz														
XXVII. Regierungsbezirk														
1. Ahaus	a	4	22 137	12,54	6 106	1 023	300	6 859	2 832	3 477	—	20 597	3,11	0,93
	b	23	33 508	5,15	11 345	1 452	—	2 553	965	2 217	—	18 532	3,94	0,55
	c	27	55 645	8,09	17 451	2 475	300	9 412	3 797	5 694	—	39 129	3,45	0,70
2. Beckum	a	4	27 021	9,05	25 074	16 909	—	5 020	5 628	5 317	—	57 948	11,68	2,14
	b	21	39 174	9,25	40 233	971	—	3 406	3 660	7 465	—	55 735	7,28	1,42
	c	25	66 195	9,17	65 307	17 880	—	8 426	9 288	12 782	—	113 683	9,01	1,72
3. Borken	a	3	34 529	9,39	14 178	407	3 380	2 332	9 501	7 580	—	37 378	4,45	1,08
	b	39	36 522	4,67	14 331	501	—	2 330	2 229	6 234	—	25 625	5,56	0,70
	c	42	71 051	6,96	28 509	908	3 380	4 662	11 730	13 814	—	63 003	4,85	0,89
4. Buer, Stadt	a	1	66 302	8,89	113 758	35 992	—	28 028	14 091	13 931	—	205 800	9,51	3,10
5. Coesfeld	a	4	24 416	8,08	8 201	151	375	3 255	1 736	5 577	—	19 295	4,36	0,79
	b	24	33 350	7,55	27 804	134	—	—	704	3 011	—	31 653	5,74	0,95
	c	28	57 766	7,77	36 005	285	375	3 255	2 440	8 588	—	50 948	5,12	0,83
6. Lüdinghausen	a	2	7 642	8,21	2 944	—	915	3 498	1 973	2 161	—	11 491	8,16	1,50
	b	22	54 306	7,98	23 514	1 972	4 400	4 101	6 156	9 835	—	49 978	5,42	0,92
	c	24	61 948	7,98	26 453	1 972	5 315	7 599	8 129	11 996	—	61 469	5,79	0,99
7. Münster, Stadt	a	1	90 711	15,94	49 383	19 401	15 595	43 984	40 340	29 307	—	198 010	7,61	2,18
8. Münster, Land	a	1	2 781	7,82	1 530	80	—	1 422	381	621	—	4 034	7,48	1,45
	b	25	42 040	8,14	19 700	1 997	—	4 495	3 345	5 894	—	35 431	4,87	0,94
	c	26	44 821	8,12	21 230	2 077	—	5 917	3 726	6 515	—	39 465	5,05	0,88
9. Recklinghausen, Stadt	a	1	53 914	11,00	32 645	21 235	13 475	32 524	16 284	10 440	—	126 603	7,19	2,35
10. Recklinghausen, Land	a	1	7 062	9,66	5 141	6 393	—	4 449	1 921	1 106	—	19 010	11,22	2,69
	b	27	271 976	8,37	212 370	27 840	—	114 892	59 407	35 710	—	450 219	6,68	1,66
	c	28	279 038	8,40	217 511	34 233	—	119 341	61 328	36 816	—	469 229	6,90	1,68
11. Steinfurt	a	3	21 941	12,92	9 566	7 294	395	—	5 347	5 430	—	28 032	4,36	1,28
	b	23	63 606	7,37	16 605	1 521	600	3 496	4 125	10 639	—	36 986	3,27	0,58
	c	26	85 547	8,79	26 171	8 815	995	3 496	9 472	16 069	—	65 018	3,66	0,76
12. Tecklenburg	a	3	9 803	8,13	2 272	55	600	1 592	2 012	1 325	—	7 856	3,99	0,80
	b	20	50 991	5,46	15 526	238	300	5 224	3 340	3 372	—	28 000	4,09	0,55
	c	23	60 794	5,89	17 798	293	900	6 816	5 352	4 697	—	35 856	4,07	0,59
13. Warendorf	a	1	6 782	8,14	3 126	722	—	—	990	1 145	—	5 983	5,51	0,88
	b	21	25 920	5,94	8 720	203	—	366	1 474	2 356	—	13 119	3,93	0,51
	c	22	32 702	6,40	11 846	925	—	366	2 464	3 501	—	19 102	4,28	0,58
XXVIII. Regierungsbezirk														
1. Bielefeld, Stadt	a	1	79 105	18,32	67 285	6 910	11 175	—	17 991	23 522	—	126 883	4,21	1,80
2. Bielefeld, Land	b	34	75 146	5,94	29 618	843	—	271	3 468	752	1) 2 650	37 602	3,44	0,50
3. Büren	a	2	5 839	9,68	3 072	—	—	—	433	340	—	3 845	3,76	0,66
	b	51	31 443	5,62	—	28	—	—	464	1 777	—	2 269	0,47	0,07
	c	53	37 282	6,25	3 072	28	—	—	897	2 117	—	6 114	1,06	0,16
4. Halle i. W.	a	4	6 628	11,75	3 410	172	—	—	966	1 050	—	5 598	3,49	0,84
	b	35	24 440	5,37	4 901	300	—	—	1 972	284	—	7 457	2,63	0,31
	c	39	31 068	6,73	8 311	472	—	—	2 938	1 334	—	13 055	2,94	0,42
5. Herford, Stadt	a	1	32 983	11,35	21 776	2 922	3 750	—	11 620	11 626	—	51 694	5,61	1,57
6. Herford, Land	a	2	10 887	13,31	8 229	32	—	—	2 741	2 168	—	13 170	3,86	1,21
	b	56	84 826	5,17	22 940	5 344	—	—	5 108	1 644	—	35 036	3,40	0,41
	c	58	95 713	6,10	31 169	5 376	—	—	7 849	3 812	—	48 206	3,51	0,50
7. Höxter	a	7	25 318	10,17	5 323	984	662	—	1 813	2 945	—	11 727	3,01	0,46
	b	69	34 759	5,50	650	6	—	272	1 232	815	—	2 975	0,83	0,09
	c	76	60 077	7,46	5 973	990	662	272	3 045	3 760	—	14 702	1,97	0,24
8. Lübbecke	a	1	4 308	14,73	3 533	569	—	—	807	896	—	5 805	4,15	1,35
	b	48	48 618	5,21	3 696	—	—	—	740	2 065	—	6 501	1,21	0,13
	c	49	52 926	5,99	7 229	569	—	—	1 547	2 961	—	12 306	1,82	0,23

1) Kartensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Westfalen.

Münster.

383 337	100 892	154 289	2 949	641 467	96,58	28,98	—	40	662 104	29,91	a	1. Ahaus.
206 575	220 552	22 162	2 919	452 208	96,06	13,50	—	—	470 740	14,05	b	
589 912	321 444	176 451	5 868	1 093 675	96,54	19,65	—	40	1 132 844	20,36	c	
265 576	113 753	56 635	2 090	438 054	88,32	16,21	—	—	496 002	18,36	a	2. Beckum.
321 638	330 215	54 593	3 855	710 301	92,72	18,13	—	—	766 036	19,55	b	
587 214	443 968	111 228	5 945	1 148 355	90,99	17,35	—	—	1 262 038	19,07	c	
494 838	172 200	130 500	3 847	801 385	95,49	23,21	—	480	839 243	24,31	a	3. Borken.
203 533	209 231	19 137	3 209	435 110	94,44	11,91	—	—	460 735	12,62	b	
698 371	381 431	149 637	7 056	1 236 495	95,12	17,40	—	480	1 299 978	18,30	c	
1 124 606	295 354	534 041	3 780	1 957 781	90,49	29,53	—	—	2 163 581	32,63	a	4. Buer, Stadt.
244 888	122 726	52 214	3 755	423 583	95,64	17,35	—	—	442 878	18,14	a	5. Coesfeld.
210 898	286 454	19 052	3 482	519 886	94,26	15,59	—	—	551 539	16,54	b	
455 786	409 180	71 266	7 237	943 469	94,83	16,33	—	—	994 417	17,21	c	
74 195	38 415	15 463	1 154	129 227	91,81	16,91	—	40	140 758	18,42	a	6. Lüdinghausen.
379 295	360 138	125 250	6 779	871 462	94,58	16,05	—	—	921 440	16,97	b	
453 490	398 553	140 713	7 933	1 000 689	94,21	16,15	—	40	1 062 198	17,15	c	
1 503 578	665 771	224 504	11 273	2 405 126	92,39	26,51	—	—	2 603 136	28,70	a	7. Münster, Stadt.
25 943	17 120	6 218	595	49 876	92,52	17,93	—	—	53 910	19,39	a	8. Münster, Land.
310 969	339 536	35 935	6 060	692 500	95,13	16,47	—	—	727 931	17,32	b	
336 912	356 656	42 153	6 655	742 376	94,95	16,56	—	—	781 841	17,44	c	
894 724	382 535	352 943	3 043	1 633 245	92,81	30,29	—	—	1 759 848	32,64	a	9. Recklinghausen, Stadt.
93 928	37 213	17 745	1 518	150 404	88,78	21,30	—	—	169 414	23,99	a	10. Recklinghausen, Land.
3 309 248	1 173 171	1 776 460	26 319	6 285 198	93,32	23,11	—	—	6 735 417	24,76	b	
3 403 176	1 210 384	1 794 205	27 837	6 435 602	93,20	23,06	—	—	6 904 831	24,75	c	
401 048	127 280	83 913	3 202	615 443	95,64	23,05	—	40	643 515	29,33	a	11. Steinfurt.
570 616	393 724	122 681	7 012	1 094 033	96,73	17,20	—	—	1 131 019	17,78	b	
971 664	521 004	206 594	10 214	1 709 476	96,33	19,98	—	40	1 774 534	20,74	c	
110 207	51 586	25 573	1 555	188 921	95,99	19,27	—	40	196 817	20,08	a	12. Tecklenburg.
315 342	275 837	59 396	5 408	655 983	95,91	12,86	—	—	683 983	13,41	b	
425 549	327 423	84 969	6 963	844 904	95,92	13,90	—	40	880 800	14,49	c	
60 124	31 055	10 059	1 244	102 512	94,49	15,12	—	—	108 495	16,00	a	13. Warendorf.
129 397	179 725	12 834	2 808	324 764	96,12	12,53	—	—	337 883	13,04	b	
189 521	210 810	22 893	4 052	427 276	95,72	13,07	—	—	446 378	13,55	c	

Minden.

1 886 064	611 611	375 522	12 631	2 885 828	95,79	36,48	—	—	3 012 711	38,08	a	1. Bielefeld, Stadt.
652 865	309 519	85 534	7 372	1 055 290	96,56	14,04	—	—	1 092 892	14,54	b	2. Bielefeld, Land.
52 380	33 609	11 308	1 096	98 393	96,20	16,35	—	40	102 278	17,52	a	3. Büren.
175 206	285 645	11 863	4 311	477 025	99,53	15,17	—	—	479 294	15,24	b	
227 586	319 254	23 171	5 407	575 418	98,94	15,43	—	40	581 572	15,60	c	
93 434	40 051	19 273	2 017	154 775	96,47	23,35	—	70	160 443	24,21	a	4. Halle i. W.
138 736	118 580	15 217	3 253	275 786	97,37	11,28	—	—	283 243	11,59	b	
232 170	158 631	34 490	5 270	430 561	97,04	13,86	—	70	443 686	14,28	c	
522 786	221 111	123 086	3 148	870 131	94,38	26,38	—	80	921 905	27,95	a	5. Herford, Stadt.
204 786	69 314	51 015	2 499	327 614	96,14	30,09	—	—	340 784	31,30	a	6. Herford, Land.
538 271	373 701	74 704	9 361	996 037	96,60	11,74	—	—	1 031 073	12,16	b	
743 057	443 015	125 719	11 860	1 323 651	96,49	13,83	—	—	1 371 857	14,33	c	
196 993	144 525	34 154	2 368	378 040	96,96	14,93	—	120	389 887	15,40	a	7. Höxter.
124 295	221 018	5 825	3 098	354 236	99,17	10,19	—	—	357 211	10,28	b	
321 288	365 543	39 979	5 466	732 276	98,02	12,19	—	120	747 098	12,44	c	
88 024	31 823	13 716	415	133 978	95,85	31,10	—	—	139 783	32,45	a	8. Lübbecke.
247 109	254 480	23 329	5 022	529 940	98,79	10,90	—	—	536 441	11,03	b	
335 133	286 303	37 045	5 437	663 918	98,18	12,54	—	—	676 224	12,78	c	

(Noch: Tab. 1.)													
Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern							zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XXVIII. Regierungsbezirk													
9. Minden	a 3	34 181	15,11	34 555	48 180	—	—	9 817	12 540	—	105 092	9,22	3,07
	b 72	80 608	4,77	16 326	—	—	1 104	10 349	545	—	28 324	3,00	0,35
	c 75	114 789	7,85	50 881	48 180	—	1 104	20 166	13 085	—	133 416	6,40	1,16
10. Paderborn	a 2	31 383	11,22	21 732	2 286	3 862	10 964	4 728	6 590	—	50 162	6,35	1,60
	b 23	33 869	5,23	8 726	—	—	4 518	2 052	6 217	—	21 513	5,41	0,64
	c 25	65 252	8,11	30 458	2 286	3 862	15 482	6 780	12 807	—	71 675	6,01	1,10
11. Warburg	a 2	7 437	10,66	1 156	—	—	—	238	799	—	2 193	1,43	0,29
	b 47	25 627	6,73	—	168	—	—	49	1 549	—	1 766	0,69	0,07
	c 49	33 064	7,62	1 156	168	—	—	287	2 348	—	3 959	0,96	0,12
12. Wiedenbrück.	a 4	29 490	10,55	14 839	20 521	—	—	1 851	8 530	—	45 741	7,00	1,55
	b 23	33 511	4,69	5 039	307	—	841	703	522	—	7 412	2,03	0,22
	c 27	63 001	7,43	19 878	20 828	—	841	2 554	9 052	—	53 153	5,23	0,81
XXIX. Regierungsbezirk													
1. Altena	a 3	23 282	14,30	13 668	1 015	—	12 535	4 839	4 830	—	36 887	5,24	1,58
	b 13	62 500	8,82	40 544	6 575	—	23 114	12 946	8 623	—	91 802	7,44	1,47
	c 16	85 782	10,31	54 212	7 590	—	35 649	17 785	13 453	—	128 689	6,65	1,50
2. Arnsberg	a 2	21 411	12,37	13 999	3 095	—	5 237	3 133	4 359	—	29 823	5,60	1,39
	b 55	43 300	6,45	13 178	884	—	2 833	3 099	9 264	—	29 258	4,75	0,68
	c 57	64 711	8,41	27 177	3 979	—	8 070	6 232	13 623	—	59 081	5,15	0,91
3. Bochum, Stadt.	a 1	137 152	14,45	210 226	78 971	44 392	90 119	40 236	32 035	—	495 979	10,53	3,63
4. Bochum, Land.	b 15	124 028	8,94	65 891	2 181	—	54 909	20 554	21 508	—	165 043	5,56	1,33
5. Brilon	a 6	15 717	6,24	1 728	794	—	520	236	2 040	—	5 318	3,81	0,34
	b 58	27 555	3,65	1 517	9	—	—	94	3 311	—	4 931	2,11	0,18
	c 64	43 272	4,59	3 245	803	—	520	330	5 351	—	10 249	2,74	0,27
6. Dortmund, Stadt	a 1	222 460	16,73	460 163	237 902	—	—	159 090	62 411	—	919 571	10,25	4,13
7. Dortmund, Land	a 2	32 037	7,87	9 823	2 849	—	19 152	10 506	3 502	1) 457	46 289	6,36	1,44
	b 53	192 600	9,05	147 093	32 397	—	68 274	31 843	14 592	—	294 199	5,71	1,53
	c 55	224 637	8,88	156 916	35 246	—	87 426	42 349	18 094	1) 457	340 488	5,79	1,52
8. Gelsenkirchen, Stadt	a 1	171 562	10,90	140 153	192 311	21 200	94 866	83 384	25 818	—	557 732	9,78	3,25
9. Gelsenkirchen, Land	a 1	28 008	9,73	110 148	896	—	12 556	6 359	3 622	—	133 581	16,39	4,77
	b 10	118 120	8,65	43 811	5 798	—	50 592	24 364	17 517	—	142 082	5,11	1,20
	c 11	146 128	8,86	153 959	6 694	—	63 148	30 723	21 139	—	275 663	7,66	1,89
10. Hagen (Westfalen), Stadt	a 1	90 227	13,50	44 633	67 085	21 388	70 538	47 084	22 853	—	273 581	7,53	3,03
11. Hagen, Land	a 4	42 745	11,84	37 984	14 658	2 232	7 150	9 146	9 163	—	80 333	5,78	1,88
	b 17	37 366	9,23	14 802	1 969	—	3 283	5 540	8 239	—	33 833	4,03	0,91
	c 21	80 111	10,46	52 786	16 627	2 232	10 433	14 686	17 402	—	114 166	5,12	1,43
12. Hamm (Westf.), Stadt	a 1	44 820	12,91	55 590	70 771	7 700	—	23 447	12 128	—	169 636	10,80	3,78
13. Hamm, Land	a 2	28 163	9,66	12 256	1 124	—	4 604	9 328	6 567	—	33 879	5,01	1,20
	b 72	73 836	7,49	44 510	3 795	—	1 253	11 430	15 793	—	76 781	5,21	1,04
	c 74	101 999	8,09	56 766	4 919	—	5 857	20 758	22 360	—	110 660	5,15	1,08
14. Hattingen	a 1	13 171	10,38	16 393	4 274	990	10 879	7 275	3 524	—	43 335	10,76	3,29
	b 27	85 350	8,62	120 246	171	—	37 022	19 880	14 259	—	191 578	9,23	2,24
	c 28	98 521	8,85	136 639	4 445	990	47 901	27 155	17 783	—	234 913	9,48	2,38
15. Herne, Stadt.	a 1	58 940	11,50	15 886	19 729	7 800	32 751	20 458	9 833	—	106 457	6,71	1,81
16. Hörde, Stadt.	a 1	33 025	12,20	17 132	5 868	1 400	—	11 332	5 966	—	41 698	4,55	1,26
17. Hörde, Land	a 2	16 158	12,41	8 134	2 023	1 000	1 525	2 761	2 370	—	17 813	3,66	1,10
	b 27	93 175	7,12	135 789	2 757	3 684	40 788	11 237	6 526	—	200 781	10,28	2,15
	c 29	109 333	7,90	143 923	4 780	4 684	42 313	13 998	8 896	—	218 594	8,96	2,00
18. Iserlohn, Stadt	a 1	31 398	15,20	16 651	3 024	11 870	15 538	13 516	7 116	—	67 715	6,16	2,16
19. Iserlohn, Land	a 2	25 514	12,55	20 309	2 978	—	4 548	6 926	3 122	—	37 883	5,60	1,48
	b 25	47 347	9,63	21 772	5 684	—	1 940	6 661	8 768	2) 254	45 079	4,86	0,96
	c 27	72 861	10,65	42 081	8 662	—	6 488	13 587	11 890	2) 254	82 962	5,17	1,14

1) nicht näher bezeichnet. — 2) Billetsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)					Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner			
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Westfalen.

Minden.

654 166	265 870	109 509	5 245	1 034 790	90,75	30,27	—	360	1 140 242	33,36	a	9. Minden.
507 200	365 352	38 070	3 870	914 492	97,00	11,34	—	—	942 816	11,70	b	
1 161 366	631 222	147 579	9 115	1 949 282	93,58	16,98	—	360	2 083 058	18,15	c	
457 688	211 043	67 653	2 985	739 369	93,64	23,56	—	80	739 611	25,16	a	10. Paderborn.
170 964	185 736	13 551	6 201	376 452	94,59	11,11	—	—	397 965	11,75	b	
628 652	396 779	81 204	9 186	1 115 821	93,96	17,10	—	80	1 187 576	18,20	c	
83 800	54 017	12 000	873	150 690	98,46	20,26	—	160	153 043	20,58	a	11. Warburg.
102 270	143 445	8 325	1 661	255 701	99,31	9,98	—	—	257 467	10,05	b	
186 070	197 462	20 325	2 534	406 391	99,00	12,29	—	160	410 510	12,42	c	
383 928	142 187	77 438	3 642	607 195	92,97	20,59	—	200	653 136	22,15	a	12. Wiedenbrück.
180 734	149 981	21 032	5 260	357 007	97,97	10,65	—	—	364 419	10,97	b	
564 662	292 168	98 470	8 902	964 202	94,76	15,30	—	200	1 017 555	16,15	c	

Arnsberg.

446 919	132 673	85 626	1 085	666 303	94,73	28,62	—	160	703 350	30,21	a	1. Altena.
801 029	233 307	98 176	8 956	1 141 468	92,56	18,26	—	—	1 233 270	19,73	b	
1 247 948	365 980	183 802	10 041	1 807 771	93,35	21,07	—	160	1 936 620	22,58	c	
329 653	119 279	52 010	1 695	502 637	94,34	23,48	—	320	532 780	24,89	a	2. Arnsberg.
300 568	203 913	77 381	4 194	586 056	95,25	13,53	—	—	615 314	14,21	b	
630 221	323 192	129 391	5 889	1 088 693	94,83	16,82	—	320	1 148 094	17,74	c	
2 697 803	760 844	733 342	21 378	4 213 367	89,45	30,72	—	850	4 710 196	34,34	a	3. Bochum, Stadt.
1 621 478	547 361	624 698	10 317	2 803 854	94,44	22,61	—	—	2 968 897	23,91	b	4. Bochum, Land.
71 873	50 335	10 891	1 198	134 297	96,16	8,54	—	40	139 655	8,89	a	5. Brilon.
118 292	100 174	8 793	1 778	229 037	97,89	8,31	—	—	233 968	8,49	b	
190 165	150 509	19 684	2 976	363 334	97,25	8,40	—	40	373 623	8,63	c	
4 837 727	2 092 892	1 016 654	47 028	7 994 301	89,07	35,94	61 596	—	8 975 468	40,33	a	6. Dortmund, Stadt.
389 819	144 658	146 185	1 195	681 857	93,63	21,28	—	120	728 266	22,73	a	7. Dortmund, Land.
2 725 909	908 853	1 211 035	8 706	4 854 503	94,29	25,21	—	—	5 148 702	26,73	b	
3 115 728	1 053 511	1 357 220	9 901	5 536 360	94,20	24,65	—	120	5 876 968	26,16	c	
2 920 905	875 761	1 273 315	70 989	5 140 970	90,19	29,97	—	1 300	5 700 002	33,22	a	8. Gelsenkirchen, Stadt.
368 121	133 462	176 948	2 671	681 202	83,61	34,32	—	—	814 783	29,09	a	9. Gelsenkirchen, Land.
1 759 799	407 564	469 208	4 487	2 641 058	94,79	22,36	—	—	2 783 140	23,66	b	
2 127 920	541 026	646 156	7 158	3 322 260	92,31	22,74	—	—	3 597 923	24,62	c	
2 131 033	852 883	356 404	18 811	3 359 131	92,47	37,23	—	—	3 632 712	40,26	a	10. Hagen (Westfal.), Stadt.
826 397	265 122	216 321	2 065	1 309 905	94,22	30,64	—	—	1 390 238	32,52	a	11. Hagen, Land.
581 701	161 292	59 477	2 190	804 660	95,97	21,53	—	—	838 493	22,44	b	
1 408 098	426 414	275 798	4 255	2 114 565	94,88	26,40	—	—	2 228 731	27,82	c	
889 826	266 931	234 065	10 665	1 401 487	89,19	31,27	—	200	1 571 323	35,06	a	12. Hamm (Westf.), Stadt.
378 604	171 259	92 061	—	641 924	94,98	22,79	—	80	675 883	24,00	a	13. Hamm, Land.
719 211	443 936	225 022	9 383	1 397 552	94,79	18,93	—	—	1 474 333	19,97	b	
1 097 815	615 195	317 083	9 383	2 039 476	94,85	20,00	—	80	2 150 216	21,03	c	
216 875	85 450	54 147	2 751	359 223	89,22	27,27	—	80	402 638	30,57	a	14. Hattingen.
1 209 703	353 803	315 076	6 151	1 884 733	90,77	22,08	—	—	2 076 311	24,33	b	
1 426 578	439 253	369 223	8 902	2 243 956	90,52	22,78	—	80	2 478 949	25,16	c	
909 282	299 402	267 122	5 026	1 480 832	93,29	25,12	—	50	1 587 339	26,93	a	15. Herne, Stadt.
545 990	159 264	165 619	3 675	874 548	95,44	26,48	—	80	916 326	27,75	a	16. Hörde, Stadt.
300 694	107 622	58 803	1 370	468 489	96,32	28,99	—	80	486 382	30,10	a	17. Hörde, Land.
1 005 524	418 353	324 730	3 580	1 752 187	89,72	18,81	—	—	1 952 963	20,96	b	
1 306 218	525 975	383 533	4 950	2 220 676	91,04	20,31	—	80	2 439 350	22,31	c	
667 260	239 815	117 488	6 547	1 031 110	93,84	32,84	—	—	1 098 825	35,00	a	18. Iserlohn, Stadt.
411 522	130 725	93 983	1 869	638 099	94,38	25,01	—	80	676 062	26,50	a	19. Iserlohn, Land.
567 342	223 052	85 731	5 888	882 013	95,14	18,63	—	—	927 092	19,58	b	
978 864	353 777	179 714	7 757	1 520 112	94,82	20,86	—	80	1 603 154	22,00	c	

K r e i s e .	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal soll- der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	I n d i r e k t e G e m e i n d e s t e u e r n									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c

Noch: Provinz

Noch: XXIX. Regierungsbezirk

20. Lippstadt	a	3	24 417	11,73	28 703	1 685	105	559	3 084	2 359	—	36 495	6,15	1,49
	b	54	25 404	7,51	3 266	44	—	23	128	231	—	3 692	1,01	0,15
	c	57	49 821	9,58	31 969	1 729	105	582	3 212	2 590	—	40 187	4,19	0,81
21. Lüdenscheld, Stadt . . .	a	1	32 742	14,14	43 547	18 829	—	16 352	10 687	9 990	—	99 405	9,60	3,04
22. Meschede	a	2	5 195	7,79	4 103	—	—	1 245	153	643	—	6 144	8,68	1,18
	b	27	36 338	4,76	13 424	—	—	5 287	800	998	—	20 509	4,61	0,56
	c	29	41 533	5,14	17 527	—	—	6 532	953	1 641	—	26 653	5,17	0,64
23. Olpe	a	2	9 918	9,78	3 961	514	1 850	4 458	1 321	983	1) 825	13 912	5,57	1,48
	b	19	41 561	5,83	12 560	133	—	5 879	1 642	1 504	—	21 718	3,91	0,52
	c	21	51 479	6,59	16 521	647	1 850	10 337	2 963	2 487	1) 825	35 630	4,43	0,68
24. Schwelm	a	2	40 769	12,39	15 500	6 595	—	7 473	3 800	10 927	—	44 295	3,58	1,09
	b	13	51 714	11,16	28 206	3 194	—	16 085	7 997	12 529	—	68 011	4,96	1,32
	c	15	92 483	11,70	43 706	9 789	—	23 558	11 797	23 456	—	112 306	4,31	1,21
25. Siegen	a	3	32 845	16,14	42 375	10 309	1 911	20 025	9 889	7 349	—	91 858	7,10	2,80
	b	116	83 973	8,50	37 878	8 950	—	20 476	4 836	10 136	—	82 276	4,84	0,98
	c	119	116 818	10,65	80 253	19 259	1 911	40 501	14 725	17 485	—	174 134	5,81	1,49
26. Soest	a	2	26 123	12,09	13 583	4 556	—	—	6 345	3 525	—	28 009	4,19	1,07
	b	104	35 777	8,52	12 613	3 081	—	—	1 205	143	—	17 042	2,09	0,48
	c	106	61 900	10,03	26 196	7 637	—	—	7 550	3 668	—	45 051	3,03	0,73
27. Witten, Stadt	a	1	37 823	14,50	20 450	4 981	—	25 297	17 576	8 843	—	77 147	6,16	2,04
28. Wittgenstein	a	2	5 136	7,99	2 015	288	450	2 093	973	1 008	—	6 827	6,33	1,33
	b	53	20 301	3,07	184	—	—	—	957	242	—	1 383	0,71	0,07
	c	55	25 437	4,06	2 199	288	450	2 093	1 930	1 250	—	8 210	2,71	0,32

Provinz

XXX. Regierungsbezirk

1. Cassel, Stadt	a	1	155 683	19,82	101 868	14 524	37 000	198 768	41 576	51 550	2) 126 502	571 788	11,02	3,67
2. Cassel, Land	b	46	47 508	6,11	25 704	7 670	—	43 390	4 980	5 254	3) 6 559	93 557	17,24	1,97
3. Eschwege	a	3	15 997	13,02	12 988	249	188	7 819	5 703	3 147	4) 9 801	39 895	8,91	2,49
	b	68	30 017	3,85	898	128	336	11 566	1 506	3 932	5) 8 597	26 963	10,46	0,90
	c	71	46 014	6,91	13 886	377	524	19 385	7 209	7 079	6) 18 398	66 858	9,47	1,45
4. Frankenberg	a	4	7 009	6,25	614	648	—	4 225	390	162	7) 2 573	8 612	11,56	1,23
	b	61	16 807	3,60	—	45	468	1 935	299	—	8) 213	2 960	2,70	0,18
	c	65	23 816	4,38	614	693	468	6 160	689	162	9) 2 786	11 572	6,28	0,49
5. Fritzlar	a	3	6 363	9,79	3 581	1 086	250	3 819	594	1 150	3) 3 321	13 801	21,60	2,17
	b	47	20 957	7,41	4 151	834	—	7 680	447	1 834	4) 7 867	22 813	11,43	1,09
	c	50	27 320	7,97	7 732	1 920	250	11 499	1 041	2 984	5) 11 188	36 614	13,89	1,34
6. Fulda	a	1	22 485	13,22	15 853	1 646	2 700	25 438	8 398	4 564	7) 14 062	72 661	12,71	3,23
	b	114	40 653	4,21	10 788	341	1 257	13 746	3 909	3 619	8) 7 149	40 809	10,88	1,00
	c	115	63 138	7,42	26 641	1 987	3 957	39 184	12 307	8 183	9) 21 211	113 470	11,99	1,80
7. Gelnhausen	a	3	10 462	10,74	6 060	1 404	170	7 147	814	2 020	3) 348	17 963	7,84	1,72
	b	72	37 861	4,89	436	194	618	1 033	1 063	936	4) 5 759	10 039	4,48	0,27
	c	75	48 323	6,15	6 496	1 598	788	8 180	1 877	2 956	5) 6 107	28 002	6,18	0,58
8. Gersfeld	a	2	2 531	13,08	2 439	97	—	2 378	23	511	—	5 448	9,48	2,15
	b	52	18 618	3,04	4 587	9	—	4 184	117	1 865	6) 33	10 795	8,63	0,58
	c	54	21 149	4,24	7 026	106	—	6 562	140	2 376	7) 33	16 243	8,88	0,77
9. Grafsch. Schaumburg . . .	a	5	14 062	10,27	10 114	1 085	—	7 084	1 273	2 746	8) 2 934	25 236	9,92	1,79
	b	86	33 418	5,44	5 989	2 024	115	1 234	1 954	4 537	—	15 853	5,41	0,47
	c	91	47 480	6,87	16 103	3 109	115	8 318	3 227	7 283	9) 2 934	41 089	7,50	0,87
10. Hanau, Stadt	a	1	38 574	20,51	22 269	10 723	—	32 408	—	17 493	10) 10 283	93 176	6,79	2,42
11. Hanau, Land	a	1	1 761	7,26	—	—	—	—	421	—	3) 224	645	3,24	0,37
	b	31	55 687	13,69	32 106	66 987	—	8 394	5 476	3 380	4) 1 561	117 904	13,10	2,12
	c	32	57 448	13,49	32 106	66 987	—	8 394	5 897	3 380	5) 1 785	118 549	12,89	2,06

1) Billetsteuer. — 2) 7 639 M Essig- und Apfelweinsteuer sowie 118 863 M Branntweinsteuer. — 3) Branntweinsteuer. — 4) 1 279 M Spirituosensteuer und 8 522 M Weinsteuer, 1 670 M Essigsteuer und 11 777 M Branntweinsteuer. — 5) 615 M Obstweinsteuer, 1 670 M Essigsteuer und 18 926 M Branntweinsteuer. — 6) Taubensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

Westfalen.

Arnsberg.

329 240	162 690	61 552	3 423	556 905	93,81	22,81	—	240	593 640	24,31	a	20. Lippstadt.
140 265	210 428	9 602	2 330	362 625	98,99	14,27	—	—	366 317	14,42	b	
469 505	373 118	71 154	5 753	919 530	95,79	18,46	—	240	959 957	19,27	c	
646 852	170 288	114 805	4 387	936 332	90,39	28,60	—	120	1 035 857	31,64	a	21. Lüdenscheid, Stadt.
136 468	20 283	7 679	175	64 605	91,26	12,44	—	40	70 789	13,63	a	
241 315	164 569	13 780	4 309	423 973	95,39	11,67	—	—	444 482	12,28	b	
277 783	184 852	21 459	4 484	488 578	94,82	11,76	—	40	515 271	12,40	c	22. Meschede.
151 507	54 992	28 163	1 015	235 677	94,41	23,76	—	40	249 629	25,17	a	
339 045	142 586	49 328	2 740	533 699	96,09	12,84	—	—	555 417	13,36	b	
490 552	197 578	77 491	3 755	769 376	95,57	14,95	—	40	805 046	15,61	c	23. Olpe.
778 601	261 484	150 750	1 500	1 192 335	96,42	29,25	—	—	1 236 630	30,33	a	
866 132	258 604	171 508	5 844	1 302 088	95,04	25,18	—	—	1 370 099	26,49	b	
1 644 733	520 088	322 258	7 344	2 494 423	95,69	26,97	—	—	2 606 729	28,19	c	24. Schwelm.
808 609	270 164	118 626	4 222	1 201 621	92,88	36,58	—	280	1 293 759	39,39	a	
1 027 967	406 731	179 714	4 650	1 619 062	95,16	19,28	—	—	1 701 338	20,26	b	
1 836 576	676 895	298 340	8 872	2 820 683	94,18	24,15	—	280	2 995 097	25,64	c	25. Siegen.
390 893	181 267	63 985	4 619	640 764	95,79	24,53	—	160	668 933	25,61	a	
286 388	491 348	15 281	6 310	799 327	97,91	22,34	—	—	816 369	22,82	b	
677 281	672 615	79 266	10 929	1 440 091	96,96	23,26	—	160	1 485 302	24,00	c	26. Soest.
788 501	246 062	134 403	5 864	1 174 830	93,84	31,06	—	—	1 251 977	33,10	a	
58 799	31 475	10 515	188	100 977	93,67	19,66	—	—	107 804	20,99	a	
121 251	57 461	13 839	990	193 541	99,29	9,53	—	—	194 924	9,60	b	28. Wittgenstein.
180 050	88 936	24 354	1 178	294 518	97,29	11,58	—	—	302 728	11,90	c	

Hessen-Nassau.

Cassel.

2 792 384	1 317 639	492 443	13 075	4 615 541	88,98	29,65	—	—	5 187 329	33,32	a	1. Cassel, Stadt.
230 698	177 978	34 623	5 854	449 153	82,76	9,45	—	—	542 710	11,42	b	2. Cassel, Land.
246 213	106 365	52 386	3 068	408 032	91,09	25,51	—	—	447 927	28,00	a	3. Eschwege.
94 657	122 364	10 605	3 284	230 910	89,54	7,69	—	—	257 873	8,59	b	
340 870	228 729	62 991	6 352	638 942	90,53	13,89	—	—	705 800	15,34	c	
35 325	25 703	4 202	660	65 890	88,44	9,40	—	—	74 502	10,63	a	4. Frankenberg.
43 868	59 102	1 817	2 011	106 798	97,30	6,35	—	—	109 758	6,53	b	
79 193	84 805	6 019	2 671	172 688	93,72	7,25	—	—	184 260	7,74	c	
24 179	19 591	5 760	531	50 061	78,34	7,87	—	40	63 902	10,04	a	5. Fritzlar.
81 984	84 838	8 102	1 869	176 793	88,57	8,44	—	—	199 606	9,52	b	
106 163	104 429	13 862	2 400	226 854	86,09	8,30	—	40	263 508	9,65	c	
292 415	136 076	66 511	3 903	498 905	87,28	22,19	—	80	571 646	25,42	a	6. Fulda.
146 089	164 111	17 622	6 294	334 116	89,12	8,22	—	—	374 925	9,22	b	
438 504	300 187	84 133	10 197	833 021	88,00	13,19	—	80	946 571	14,99	c	
126 997	53 252	27 603	3 169	211 021	92,16	20,17	—	—	228 984	21,89	a	7. Gelnhausen.
103 189	90 854	16 696	3 430	214 169	95,52	5,66	—	—	224 208	5,92	b	
230 186	144 106	44 299	6 599	425 190	93,82	8,80	—	—	453 192	9,38	c	
39 025	10 473	2 409	434	52 341	90,57	20,68	—	—	57 789	22,83	a	8. Gersfeld.
39 148	69 977	3 042	2 154	114 321	91,37	6,14	—	—	125 116	6,72	b	
78 173	80 450	5 451	2 588	166 662	91,12	7,88	—	—	182 905	8,65	c	
128 356	71 606	27 502	1 535	228 999	90,03	16,28	—	120	254 355	18,09	a	9. Grafsch. Schaumburg.
110 301	154 699	8 079	4 368	277 447	94,69	8,30	—	—	293 300	8,78	b	
238 657	226 305	35 581	5 903	506 446	92,53	10,67	—	120	547 655	11,53	c	
796 215	275 641	194 506	7 578	1 273 940	92,84	33,03	4 957	80	1 372 153	35,57	a	10. Hanau, Stadt.
9 889	7 961	1 190	195	19 235	96,76	10,92	—	—	19 880	11,29	a	11. Hanau, Land.
528 716	195 141	53 664	4 521	782 042	86,90	14,04	—	—	899 946	16,16	b	
538 605	203 102	54 854	4 716	801 277	87,11	13,95	—	—	919 826	16,01	c	

Branntweinsteuer. — 5) 287 M Weinsteuer und 8310 M Branntweinsteuer. — 6) 287 M Weinsteuer, 1 279 M Spirituosensteuer und 16 832 M Branntweinsteuer. — 7) 615 M Obst-

(Noch: Tab. 1.)													
K r e i s e.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braun- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c
Noch: Provinz													
Noch: XXX. Regierungsbezirk													
12. Herrsch. Schmalkalden.	a 1	9 978	11,50	6 734	2 468	2 554	15 690	1 588	2 444	5 259	36 737	11,73	3,68
	b 37	34 904	4,23	1 076	1 654	375	—	7 397	4 112	15 402	30 016	11,07	0,86
	c 38	44 882	5,35	7 810	4 122	2 929	15 690	8 985	6 556	20 661	66 753	11,42	1,49
13. Hersfeld	a 1	9 744	14,82	9 102	1 457	—	7 479	921	2 519	13 770	35 248	14,30	3,62
	b 82	28 289	5,19	669	23	207	7 015	1 251	2 404	10 768	22 337	7,28	0,79
	c 83	38 033	7,66	9 771	1 480	207	14 494	2 172	4 923	24 538	57 585	10,41	1,51
14. Hofgeismar	a 7	13 317	8,93	8 985	428	450	6 315	1 662	3 850	6 952	28 642	14,27	2,15
	b 42	22 670	4,78	1 805	323	250	7 627	1 283	5 174	6 175	22 637	19,56	1,00
	c 49	35 987	6,31	10 790	751	700	13 942	2 945	9 024	13 127	51 279	16,21	1,42
15. Homburg	a 2	4 987	8,30	5 965	361	—	3 037	773	862	2 767	13 765	18,98	2,76
	b 60	16 624	4,98	1 793	717	—	3 962	379	1 758	4 015	12 624	9,22	0,76
	c 62	21 611	5,75	7 758	1 078	—	6 999	1 152	2 620	6 782	26 389	12,60	1,22
16. Hünfeld	a 1	1 749	9,93	1 652	—	—	1 388	51	408	1 236	4 735	22,50	2,71
	b 77	21 425	3,98	6 136	63	—	2 638	276	2 626	4 500	16 239	10,09	0,76
	c 78	23 174	4,43	7 788	63	—	4 026	327	3 034	5 736	20 974	11,53	0,91
17. Kirchhain	a 5	7 314	6,74	3 551	—	—	3 487	379	873	3 792	12 082	13,41	1,65
	b 33	15 049	4,73	—	—	221	4 893	109	1 087	2 369	8 679	7,59	0,58
	c 38	22 363	5,39	3 551	—	221	8 380	488	1 960	6 161	20 761	10,16	0,93
18. Marburg	a 2	23 149	15,71	22 473	11 393	—	21 367	1 903	7 378	8 912	73 426	10,86	3,17
	b 88	32 280	4,79	4 671	1 112	—	3 755	441	3 707	4 569	18 255	6,25	0,57
	c 90	55 429	9,35	27 144	12 505	—	25 122	2 344	11 085	13 481	91 681	9,47	1,65
19. Melsungen	a 3	6 830	7,79	3 569	274	250	3 885	287	843	3 508	12 616	14,33	1,85
	b 61	22 432	5,51	7 356	595	—	10 866	610	1 979	4 028	25 434	13,48	1,13
	c 64	29 262	6,04	10 925	869	250	14 751	897	2 822	7 536	38 050	13,75	1,30
20. Rotenburg in Hessen- Nassau	a 2	5 570	8,42	3 011	569	—	2 556	986	988	3 295	11 405	13,84	2,05
	b 65	28 419	5,47	14 837	65	41	7 265	735	2 135	7 963	33 041	11,93	1,16
	c 67	33 989	5,96	17 848	634	41	9 821	1 721	3 123	11 258	44 446	12,37	1,31
21. Schlüchtern	a 4	8 666	9,04	2 764	—	—	4 036	637	1 105	3 968	12 510	14,72	1,44
	b 42	22 536	4,16	1 736	1 736	—	4 116	873	570	7 245	14 702	8,94	0,85
	c 46	31 202	5,51	2 926	1 736	—	8 152	1 510	1 675	11 213	27 212	10,91	0,87
22. Witzenhausen	a 4	11 866	8,95	7 699	1 941	—	6 659	990	2 211	7 827	27 327	12,38	2,30
	b 56	19 778	4,66	5 717	66	—	5 674	1 993	3 580	7 545	24 575	15,40	1,24
	c 60	31 644	6,27	13 416	2 007	—	12 333	2 983	5 791	15 372	51 902	13,65	1,64
23. Wolfhagen	a 4	7 896	8,30	1 368	315	—	2 149	490	1 257	4 365	9 944	16,78	1,26
	b 28	15 365	5,42	1 349	—	362	4 446	616	2 390	6 047	15 210	17,23	0,99
	c 32	23 261	6,39	2 717	315	362	6 595	1 106	3 647	10 412	25 154	17,05	1,03
24. Ziegenhain	a 4	7 705	6,71	3 452	561	—	5 740	449	1 935	1 847	13 984	18,34	1,81
	b 75	28 109	5,56	3 118	—	—	20 774	407	4 452	86	28 837	12,73	1,03
	c 79	35 814	5,81	6 570	561	—	26 514	856	6 387	1 933	42 821	14,14	1,20
XXXI. Regierungsbezirk													
1. Biedenkopf	a 1	3 031	9,97	1 663	—	—	—	398	965	—	3 026	5,02	1,00
	b 89	47 738	3,72	2 330	—	—	1 159	2 034	4 129	—	9 652	2,28	0,20
	c 90	50 769	4,09	3 993	—	—	1 159	2 432	5 094	—	12 678	2,63	0,25
2. Dillkreis	a 3	12 318	14,84	9 606	1 130	—	3 801	2 403	2 783	—	19 723	6,57	1,60
	b 69	39 429	4,35	3	31	—	—	1 364	2 390	—	3 788	1,47	0,10
	c 72	51 747	7,00	9 609	1 161	—	3 801	3 767	5 173	—	23 511	4,22	0,45
3. Frankfurt a./M., Stadt .	a 1	430 785	37,30	2 209 686	—	13 782	3 500	338 836	195 911	74 071	2 835 786	11,10	6,58
4. Höchst	a 2	21 456	31,89	24 215	5 773	8 683	22 494	1 122	5 427	1 720	69 434	6,75	3,24
	b 19	57 288	10,88	33 009	34 171	—	19 341	7 650	15 156	—	109 327	11,18	1,91
	c 21	78 744	16,61	57 224	39 944	8 683	41 835	8 772	20 583	1 720	178 761	8,91	2,27
5. Limburg	a 3	16 137	14,67	9 152	2 354	2 100	838	4 618	4 949	—	24 011	5,37	1,49
	b 50	41 296	4,90	3 003	—	30	798	4 067	1 991	127	10 016	2,95	0,24
	c 53	57 433	7,65	12 155	2 354	2 130	1 636	8 685	6 940	127	34 027	4,32	0,59
6. Oberlahnkreis	a 2	5 104	14,53	2 549	826	—	—	646	1 230	75	5 326	4,80	1,04
	b 63	36 532	4,61	527	—	—	346	1 840	220	4	2 937	1,00	0,08
	c 65	41 636	5,33	3 076	826	—	346	2 486	1 450	79	8 263	2,04	0,20

¹⁾ Brauntweinsteuer. — ²⁾ 1 295 \mathcal{M} Brauntweinsteuer und 3 274 \mathcal{M} Zuchtviehsteuer. — ³⁾ 10 207 \mathcal{M} Brauntweinsteuer und 3 274 \mathcal{M} Zuchtviehsteuer. — ⁴⁾ 42 \mathcal{M} Wildbretsteuer. — ⁵⁾ Apfelweinsteuer. — ⁶⁾ Getränkesteuer. — ⁷⁾ Musiksteuer. — ⁸⁾ 4 \mathcal{M} Getränkesteuer und 75 \mathcal{M} Musiksteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1
Hessen-Nassau.											
Cassel.											
172 309	59 950	41 884	2 395	276 538	88,26	27,71	—	40	313 315	31,40	a
115 065	95 624	28 026	2 469	241 184	88,93	6,91	—	—	271 200	7,77	b
287 374	155 574	69 910	4 864	517 722	88,57	11,54	—	40	584 515	13,02	c
130 897	50 031	27 870	2 388	211 186	85,67	21,67	—	80	246 514	25,30	a
154 883	99 916	26 240	3 481	284 520	92,72	10,06	—	—	306 857	10,85	b
285 780	149 947	54 110	5 869	495 706	89,58	13,03	—	80	553 371	14,55	c
88 169	65 688	16 049	2 028	171 934	85,69	12,91	—	80	200 656	15,07	a
34 706	51 970	4 858	1 559	93 093	80,44	4,11	—	—	115 730	5,10	b
122 875	117 658	20 907	3 587	265 027	83,77	7,36	—	80	316 386	8,79	c
30 935	21 290	5 682	846	58 753	81,02	11,78	—	—	72 518	14,54	a
51 775	69 122	1 983	1 384	124 264	90,78	7,47	—	—	136 888	8,23	b
82 710	90 412	7 665	2 230	183 017	87,40	8,47	—	—	209 406	9,69	c
8 793	5 467	1 707	345	16 312	77,50	9,33	—	—	21 047	12,03	a
52 672	83 425	6 123	2 433	144 653	89,91	6,75	—	—	160 892	7,51	b
61 465	88 892	7 830	2 778	160 965	88,47	6,95	—	—	181 939	7,85	c
39 614	31 946	4 790	1 580	77 930	86,50	10,65	—	80	90 092	12,32	a
39 867	63 392	1 087	1 276	105 622	92,41	7,02	—	—	114 301	7,60	b
79 481	95 338	5 877	2 856	183 552	89,80	8,21	—	80	204 393	9,14	c
381 943	170 054	45 888	4 911	602 796	89,13	26,04	—	120	676 342	29,22	a
114 411	149 787	5 435	4 125	273 758	93,75	8,48	—	—	292 013	9,05	b
496 354	319 841	51 323	9 036	876 554	90,52	15,81	—	120	968 355	17,47	c
40 895	24 697	9 089	718	75 399	85,67	11,04	—	—	88 015	12,89	a
74 307	80 689	6 251	1 988	163 235	86,52	7,28	—	—	188 669	8,41	b
115 202	105 386	15 340	2 706	238 634	86,25	8,16	—	—	276 684	9,46	c
40 080	22 988	7 001	831	70 900	86,06	12,73	—	80	82 385	14,79	a
147 302	88 071	6 090	2 438	243 901	88,07	8,58	—	—	276 942	9,74	b
187 382	111 059	13 091	3 269	314 801	87,61	9,26	—	80	359 327	10,57	c
43 211	21 334	6 999	945	72 489	85,28	8,36	—	—	84 999	9,81	a
71 454	72 804	4 422	1 054	149 734	91,06	6,64	—	—	164 436	7,30	b
114 665	94 138	11 421	1 999	222 223	89,09	7,12	—	—	249 435	7,99	c
109 023	58 940	23 526	1 846	193 335	87,60	16,29	—	40	220 702	18,60	a
57 348	68 611	6 028	2 974	134 961	84,60	6,82	—	—	159 536	8,07	b
166 371	127 551	29 554	4 820	328 296	86,34	10,37	—	40	380 238	12,02	c
23 383	22 912	2 603	423	49 321	83,22	6,25	—	—	59 265	7,51	a
30 206	41 435	696	746	73 083	82,77	4,76	—	—	88 293	5,75	b
53 589	64 347	3 299	1 169	122 404	82,95	5,26	—	—	147 558	6,34	c
33 821	21 879	5 431	1 067	62 198	81,56	8,07	—	80	76 262	9,90	a
78 767	110 493	5 932	2 571	197 763	87,27	7,04	—	—	226 600	8,06	b
112 588	132 372	11 363	3 638	259 961	85,83	7,26	—	80	302 862	8,46	c
Wiesbaden.											
32 749	16 385	7 348	650	57 132	94,72	18,85	—	160	60 318	19,90	a
195 407	190 976	23 090	3 295	412 768	97,72	8,65	—	—	422 420	8,85	b
228 156	207 361	30 438	3 945	469 900	97,34	9,26	—	160	482 738	9,51	c
173 064	68 154	36 767	1 915	279 900	93,27	22,72	—	480	300 103	24,36	a
137 487	86 042	27 548	2 137	253 214	98,53	6,42	—	—	257 002	6,52	b
310 551	154 196	64 315	4 052	533 114	95,69	10,30	—	480	557 105	10,77	c
15 136 089	5 107 909	2 337 259	54 590	22 635 847	88,63	52,55	67 861	1 000	25 540 494	59,29	a
663 431	118 466	175 364	1 541	958 802	93,25	44,69	—	—	1 028 236	47,92	a
511 277	286 331	66 150	4 641	868 399	88,82	15,16	—	—	977 726	17,07	b
1 174 708	404 797	241 514	6 182	1 827 201	91,09	23,20	—	—	2 005 962	25,47	c
263 633	117 893	37 750	3 615	422 891	94,59	26,21	—	170	447 072	27,70	a
137 168	178 896	9 563	4 215	329 842	97,05	7,99	—	—	339 858	8,23	b
400 801	296 789	47 313	7 830	752 733	95,65	13,11	—	170	786 930	13,70	c
58 417	32 833	13 553	714	105 517	95,09	20,67	—	120	110 963	21,74	a
115 083	154 933	18 983	3 018	292 017	99,00	7,99	—	—	294 954	8,07	b
173 500	187 766	32 536	3 732	397 534	97,93	9,55	—	120	405 917	9,75	c

und Gefügelsteuer und 7 503 M Branntweinsteuer. — *) 42 M Wildbret- und Gefügelsteuer und 15 330 M Branntweinsteuer. — *) 60 023 M Branntweinsteuer und 14 048 M Pferde-

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemeinden, c) Städte und Land- gemeinden zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Provinz

Noch: XXXI. Regierungsbezirk

7. Obertaunuskreis	a	5	29 995	23,47	59 853	39 916	—	13 894	2 869	11 649	—	128 181	11,77	4,27
	b	28	25 305	9,81	19 486	6 872	—	7 983	3 481	6 144	—	43 966	12,25	1,74
	c	33	55 300	17,22	79 339	46 788	—	21 877	6 350	17 793	—	172 147	11,99	3,11
8. Oberwesterwaldkreis	a	1	1 950	11,06	1 144	—	—	153	378	—	—	1 675	5,73	0,86
	b	84	26 012	3,25	—	—	—	900	2 483	—	—	3 383	2,92	0,13
	c	85	27 962	3,80	1 144	—	—	1 053	2 861	—	—	5 058	3,49	0,18
9. Rheingaukreis	a	4	15 521	16,75	10 106	120	—	11 639	1 884	5 670	—	29 419	6,70	1,90
	b	21	23 917	9,97	6 196	399	—	13 088	3 148	5 325	—	28 156	8,49	1,18
	c	25	39 438	12,63	16 302	519	—	24 727	5 032	10 995	—	57 575	7,47	1,46
10. Sankt Goarshausen	a	6	22 592	11,31	10 088	574	—	14 611	5 766	3 317	—	34 356	7,74	1,52
	b	58	22 700	4,77	719	—	—	1 164	2 627	552	17	5 079	3,11	0,22
	c	64	45 292	8,03	10 807	574	—	15 775	8 393	3 869	17	39 435	6,49	0,87
11. Unterlahnkreis	a	3	13 755	17,05	8 554	1 239	—	12 339	4 387	4 144	8 114	38 777	8,52	2,82
	b	80	32 667	5,75	—	20	—	211	2 541	2 139	3	4 914	1,56	0,15
	c	83	46 422	9,10	8 554	1 259	—	12 550	6 928	6 283	8 117	43 691	5,67	0,91
12. Untertaunuskreis	a	2	6 111	13,21	5 256	2 356	—	4 336	839	2 052	—	14 839	9,47	2,43
	b	86	30 274	3,65	4 744	30	844	319	1 557	1 973	—	9 467	5,75	0,31
	c	88	36 385	5,26	10 000	2 386	844	4 655	2 396	4 025	—	24 306	7,56	0,67
13. Unterwesterwaldkreis	a	1	4 019	8,97	2 200	—	—	4 036	559	1 155	8 1670	9 620	15,29	2,39
	b	75	44 261	5,37	4 411	1 160	135	6 019	6 794	3 348	369	22 236	6,64	0,50
	c	76	48 280	5,67	6 611	1 160	135	10 055	7 353	4 503	2 039	31 856	8,01	0,66
14. Usingen	a	1	2 009	8,95	950	—	—	2 480	396	525	—	4 351	13,68	2,17
	b	52	22 382	3,69	219	238	—	1 314	1 100	572	77	3 520	3,19	0,16
	c	53	24 391	4,12	1 169	238	—	3 794	1 496	1 097	77	7 871	5,54	0,32
15. Westerburg	a	1	1 416	8,87	—	—	—	—	258	154	—	412	2,88	0,29
	b	81	28 607	3,56	197	—	—	50	1 337	692	—	2 276	1,38	0,08
	c	82	30 023	3,81	197	—	—	50	1 595	846	—	2 688	1,50	0,09
16. Wiesbaden, Stadt	a	1	113 725	35,62	194 938	66 603	48 876	239 997	45 271	78 626	241 486	915 797	16,56	8,05
	b	2	25 492	17,94	33 266	1 767	4 739	29 689	10 180	7 358	8 648	95 647	9,42	3,75
	c	25	43 656	10,71	39 355	2 470	—	18 552	11 394	9 416	16 849	98 036	13,38	2,25
17. Wiesbaden, Land	a	27	69 148	13,38	72 621	4 237	4 739	48 241	21 574	16 774	25 497	193 683	11,08	2,80

Rhein-

XXXII. Regierungsbezirk

1. Adenau	b	107	25 757	3,20	473	—	—	650	825	1 020	—	2 968	1,65	0,12
	a	3	13 232	12,67	7 946	—	—	2 005	2 832	3 556	—	16 339	5,69	1,23
2. Ahrweiler	b	49	31 609	8,06	9 451	—	—	3 803	10 122	7 407	—	30 783	5,29	0,97
	c	52	44 841	9,42	17 397	—	—	5 808	12 954	10 963	—	47 122	5,42	1,05
3. Altenkirchen	b	158	76 642	6,16	5 559	629	—	9 048	8 271	13 056	—	36 563	2,98	0,48
4. Coblenz, Stadt	a	1	58 571	19,71	81 045	9 975	18 800	54 647	81 406	23 863	—	269 736	15,25	4,61
	b	3	14 613	8,85	6 272	75	—	5 994	4 177	2 357	—	18 875	7,43	1,29
5. Coblenz, Land	a	35	48 885	7,11	52 515	1 052	—	13 010	13 931	6 094	—	86 602	11,44	1,77
	b	38	63 498	7,51	58 787	1 127	—	19 004	18 108	8 451	—	105 477	10,43	1,66
	c	70	41 058	5,60	100	—	—	1 542	7 673	2 955	—	12 270	3,67	0,30
6. Cochem	a	1	3 667	14,50	—	—	—	1 329	1 321	852	—	3 502	4,10	0,96
	b	69	37 391	4,73	100	—	—	213	6 352	2 103	—	8 768	3,53	0,23
	c	70	41 058	5,60	100	—	—	1 542	7 673	2 955	—	12 270	3,67	0,30
7. Kreuznach	a	4	35 345	15,48	36 218	2 088	—	32 196	6 556	7 606	—	84 664	7,11	2,40
	b	80	47 703	6,54	2 303	91	—	11 013	3 704	2 203	—	19 314	2,89	0,40
	c	84	83 048	10,34	38 521	2 179	—	43 209	10 260	9 809	—	103 978	5,60	1,25
8. Mayen	a	2	24 196	10,00	25 675	1 082	310	5 879	10 777	2 226	—	45 949	7,90	1,90
	b	76	56 923	6,91	23 658	1 984	—	11 444	18 036	6 566	—	61 688	8,19	1,08
	c	78	81 119	7,83	49 333	3 066	310	17 323	28 813	8 792	—	107 637	8,06	1,33
9. Meisenheim	b	25	14 207	7,03	1 262	—	—	3 984	688	638	—	6 572	4,25	0,46

¹⁾ Getränkesteuer. — ²⁾ 1916 \mathcal{M} Wildbret- und Geflügelsteuer, 4212 \mathcal{M} Fisch- und Hummersteuer und 1986 \mathcal{M} Weinsteuer. — ³⁾ 2 \mathcal{M} Getränkesteuer und 1 \mathcal{M} Weinsteuer. — ⁴⁾ Weinsteuer. — ⁵⁾ 1271 \mathcal{M} Weinsteuer und 763 \mathcal{M} Branntweinsteuer. — ⁶⁾ 14147 \mathcal{M} Wildbretsteuer, 49983 \mathcal{M} Geflügelsteuer, 114907 \mathcal{M} Weinsteuer, 13900 \mathcal{M} Obststeuer. — ⁷⁾ 16849 \mathcal{M} Verbrauchssteuer, 4097 \mathcal{M} Weinsteuer, 922 \mathcal{M} Obstweinsteuer, 516 \mathcal{M} Essigsteuer und 3113 \mathcal{M} Branntweinsteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

Hessen-Nassau.

Wiesbaden.

573 004	302 723	81 535	3 080	960 342	88,21	32,02	—	120	1 088 643	36,29	a)	7. Obertaunuskreis.
180 234	117 563	13 549	3 670	315 016	87,75	12,45	—	—	358 982	14,19	b)	
753 238	420 286	95 084	6 750	1 275 358	88,10	23,06	—	120	1 447 625	26,18	c)	
14 181	8 459	4 376	564	27 580	94,27	14,14	—	—	29 255	15,00	a)	8. Oberwesterwaldkreis.
51 111	51 463	6 980	2 829	112 383	97,08	4,32	—	—	115 766	4,45	b)	
65 292	59 922	11 356	3 393	139 963	96,51	5,01	—	—	145 021	5,19	c)	
222 587	123 342	60 208	3 686	409 823	93,30	26,40	—	—	439 242	28,30	a)	9. Rheingaukreis.
177 330	92 512	31 382	2 322	303 546	91,51	12,69	—	—	331 702	13,87	b)	
399 917	215 854	91 590	6 008	713 369	92,53	18,09	—	—	770 944	19,55	c)	
245 114	103 318	58 319	2 953	409 704	92,25	18,13	—	40	444 100	19,66	a)	10. Sankt Goarshausen.
58 669	90 286	6 818	2 441	158 214	96,89	6,97	—	—	163 293	7,19	b)	
303 783	193 604	65 137	5 394	567 918	93,50	12,54	—	40	607 393	13,41	c)	
227 397	135 013	50 660	2 920	415 990	91,45	30,24	—	120	454 887	33,07	a)	11. Unterlahnkreis.
145 897	137 528	22 072	5 272	310 769	93,44	9,51	—	—	315 683	9,66	b)	
373 294	272 541	72 732	8 192	726 759	94,31	15,66	—	120	770 570	16,60	c)	
65 529	54 374	20 278	1 622	141 803	90,46	23,20	—	120	156 762	25,63	a)	12. Untertaunuskreis.
67 571	78 327	6 386	2 836	155 120	94,25	5,12	—	—	164 587	5,44	b)	
133 100	132 701	26 664	4 458	296 923	92,40	8,16	—	120	321 349	8,33	c)	
23 214	22 868	6 456	696	53 234	84,99	13,25	—	80	62 934	15,66	a)	13. Unterwesterwaldkreis.
156 258	112 923	39 326	4 113	312 620	93,36	7,06	—	—	334 856	7,57	b)	
179 472	135 791	45 782	4 809	365 854	91,97	7,58	—	80	397 790	8,24	c)	
15 774	7 600	3 800	275	27 449	86,32	13,66	—	—	31 800	15,83	a)	14. Usingen.
38 408	60 126	5 305	2 986	106 825	96,81	4,77	—	—	110 345	4,93	b)	
54 182	67 726	9 105	3 261	134 274	94,46	5,51	—	—	142 145	5,83	c)	
7 170	5 140	1 351	210	13 871	97,12	9,80	—	—	14 283	10,09	a)	15. Westerbürg.
59 884	94 447	5 874	2 864	163 069	98,62	5,70	—	—	165 345	5,78	b)	
67 054	99 587	7 225	3 074	176 940	98,50	5,89	—	—	179 628	5,98	c)	
2 750 211	1 512 270	306 450	22 945	4 591 876	83,03	40,38	22 500	250	5 530 423	48,63	a)	16. Wiesbaden, Stadt.
484 491	316 396	116 250	3 040	920 177	90,58	36,10	—	—	1 015 824	39,85	a)	17. Wiesbaden, Land.
264 302	315 505	51 062	4 060	634 929	86,62	14,54	—	—	732 965	16,79	b)	
748 793	631 901	167 312	7 100	1 555 106	88,92	22,49	—	—	1 748 789	25,29	c)	

provinz.

Coblenz.

89 157	75 470	10 957	1 206	176 790	98,35	6,86	—	—	179 758	6,98	b)	1. Adenau.
157 189	88 002	24 555	1 170	270 916	94,29	20,47	—	80	287 335	21,72	a)	2. Ahrweiler.
260 485	240 499	48 461	2 117	551 562	94,71	17,45	—	—	582 345	18,42	b)	
417 674	328 501	73 016	3 287	822 478	94,57	18,31	—	80	869 680	19,39	c)	
730 865	349 488	102 613	7 438	1 190 404	97,02	15,53	—	—	1 226 967	16,01	b)	3. Altenkirchen.
932 555	356 904	179 871	7 254	1 476 584	83,48	25,21	22 527	—	1 768 847	30,20	a)	4. Coblenz, Stadt.
139 024	67 821	25 677	2 726	235 248	92,57	16,10	—	—	254 123	17,39	a)	5. Coblenz, Land.
347 160	264 087	50 522	8 916	670 685	88,56	13,72	—	—	757 287	15,49	b)	
486 184	331 908	76 199	11 642	905 933	89,57	14,27	—	—	1 011 410	15,93	c)	
49 656	21 745	10 065	455	81 921	95,90	22,34	—	—	85 423	23,30	a)	6. Cochem.
108 538	118 896	10 198	2 092	239 724	96,47	6,41	—	—	248 492	6,65	b)	
158 194	140 641	20 263	2 547	321 645	96,33	7,83	—	—	333 915	8,13	c)	
594 314	352 027	152 675	6 524	1 105 540	92,89	31,28	—	—	1 190 204	33,67	a)	7. Kreuznach.
303 564	312 179	29 724	3 244	648 711	97,11	13,60	—	—	668 025	14,00	b)	
897 878	664 206	182 399	9 768	1 754 251	94,40	21,12	—	—	1 858 229	22,38	c)	
307 594	163 135	62 518	2 525	535 772	92,09	22,14	—	40	581 761	24,04	a)	8. Mayen.
359 237	290 857	40 416	1 435	691 945	91,81	12,16	—	—	753 633	13,24	b)	
666 831	453 992	102 934	3 960	1 227 717	91,94	15,13	—	40	1 335 394	16,46	c)	
75 149	62 501	10 143	280	148 073	95,75	10,42	—	—	154 645	10,59	b)	9. Meisenheim.

steuer. — *) 1916 M Wildbrut- und Geflügelsteuer, 4 212 M Fisch- und Hummersteuer, 2 M Getränkesteuer und 1 987 M Weinsteuer. — *) 902 M Weinsteuer und 768 M Branntweinsteuer, 5 542 M Essigsteuer und 43 007 M Branntweinsteuer. — *) 4 097 M Weinsteuer, 922 M Obstweinsteuer, 516 M Essigsteuer und 3 113 M Branntweinsteuer. — *) Verbrauchs-

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Rhein-

Noch: XXXII. Regierungsbezirk

10. Neuwied	a	2	23 354	15,70	19 718	2 597	—	13 146	7 161	4 375	—	46 997	6,14	2,01
	b	108	70 182	6,30	19 785	—	—	15 236	16 070	4 197	—	55 288	5,76	0,79
	c	110	93 536	8,65	39 503	2 597	—	28 382	23 231	8 572	—	102 285	5,93	1,09
11. Sankt Goar	a	4	12 651	13,18	10 954	12	—	1 841	1 586	2 164	—	16 557	7,11	1,31
	b	70	29 426	4,54	2 092	15	—	870	3 333	419	—	6 729	3,27	0,23
	c	74	42 077	7,13	13 046	27	—	2 711	4 919	2 583	—	23 286	5,31	0,35
12. Simmern	a	2	3 785	9,88	—	154	—	1 146	471	444	—	2 215	3,35	0,39
	b	104	32 302	4,89	—	—	—	815	1 865	778	—	3 458	2,19	0,11
	c	106	36 087	5,40	—	154	—	1 961	2 336	1 222	—	5 673	2,53	0,16
13. Wetzlar	a	2	15 155	15,51	8 606	7 763	—	753	2 489	4 566	—	24 177	5,15	1,60
	b	80	47 765	5,36	659	—	—	5 296	854	—	—	6 809	1,81	0,14
	c	82	62 920	7,81	9 265	7 763	—	7 785	5 420	—	—	30 986	3,66	0,49
14. Zell	a	2	7 959	13,55	6 744	84	750	3 685	1 714	1 130	182	14 289	6,24	1,80
	b	51	25 881	4,69	2 200	—	—	861	3 558	822	—	7 441	5,25	0,29
	c	53	33 840	6,93	8 944	84	750	4 546	5 272	1 952	182	21 730	5,86	0,64

XXXIII. Regierungsbezirk

1. Barmen, Stadt	a	1	171 417	17,97	247 970	98 042	25 670	94 492	101 223	45 186	—	612 583	8,09	3,57
2. Cleve	a	2	29 489	14,21	24 497	3 149	—	—	12 902	7 314	—	47 862	6,62	1,62
	b	42	42 243	9,73	14 147	—	—	—	7 407	5 460	—	27 014	4,80	0,64
	c	44	71 732	11,57	38 644	3 149	—	—	20 309	12 774	—	74 876	5,82	1,04
3. Crefeld, Stadt	a	1	128 044	19,70	110 714	13 552	32 610	104 020	127 690	36 446	—	425 032	8,19	3,31
4. Crefeld, Land	a	1	10 270	30,41	7 641	2 181	—	8 577	3 972	2 485	—	24 856	7,25	2,42
	b	12	32 537	8,66	25 069	1 067	—	7 368	9 232	4 334	—	47 070	8,08	1,45
	c	13	42 807	13,88	32 710	3 248	—	15 945	13 204	6 819	—	71 926	7,77	1,68
5. Dinslaken	a	1	8 625	12,80	15 018	19 062	—	5 187	4 271	2 359	—	45 897	14,40	5,32
	b	15	74 281	8,34	50 773	34 003	—	26 118	26 323	18 684	—	155 901	8,71	2,10
	c	16	82 906	8,98	65 791	53 065	—	31 305	30 594	21 043	—	201 798	9,57	2,43
6. Duisburg, Stadt	a	1	234 877	13,57	366 159	221 025	48 372	141 102	118 632	46 708	—	941 998	11,05	4,01
7. Düsseldorf, Stadt	a	1	369 576	23,45	912 641	166 251	101 516	264 118	510 950	129 878	—	2 085 354	13,32	5,64
8. Düsseldorf, Land	a	4	36 031	10,99	23 382	2 088	—	18 751	16 823	8 880	—	69 924	9,45	1,94
	b	23	58 370	13,02	77 314	16 265	—	32 220	24 839	13 322	—	163 960	11,53	2,81
	c	27	94 401	12,25	100 696	18 353	—	50 971	41 662	22 202	—	233 884	10,81	2,48
9. Elberfeld, Stadt	a	1	172 355	22,17	316 890	9 410	31 984	152 381	195 674	50 805	—	757 144	8,62	4,39
10. Essen, Stadt	a	1	299 994	17,92	625 191	453 926	—	182 628	322 548	64 379	—	1 648 672	12,89	5,50
11. Essen, Land	a	3	33 325	10,87	17 953	2 781	—	12 773	17 305	8 293	—	59 105	7,19	1,77
	b	20	248 721	14,05	188 234	57 990	—	97 310	45 288	26 226	—	415 048	5,58	1,67
	c	23	282 046	13,67	206 187	60 771	—	110 083	62 593	34 519	—	474 153	5,74	1,68
12. Geldern	a	1	6 473	10,23	1 941	—	—	—	1 943	1 908	—	5 792	4,53	0,89
	b	27	54 647	7,02	34 293	23 203	—	800	9 730	8 927	—	76 953	9,90	1,41
	c	28	61 120	7,36	36 234	23 203	—	800	11 673	10 835	—	82 745	9,14	1,35
13. Gladbach	a	3	59 343	10,37	47 737	14 713	—	20 739	24 946	7 067	1 259	116 461	7,69	1,96
	b	11	64 129	5,71	32 242	2 181	—	17 021	13 190	11 139	—	75 773	8,76	1,18
	c	14	123 472	7,95	79 979	16 894	—	37 760	38 136	18 206	1 259	192 234	8,08	1,56
14. Grevenbroich	a	2	7 032	14,85	7 542	—	—	3 069	2 376	2 405	—	15 392	7,83	2,19
	b	24	43 766	9,00	31 114	47	—	8 142	9 303	9 041	345	57 992	7,34	1,33
	c	26	50 798	9,81	38 656	47	—	11 211	11 679	11 446	345	73 384	7,44	1,44
15. Hamborn, Stadt	a	1	102 408	12,92	57 299	44 567	11 259	63 323	56 086	16 222	—	248 756	8,00	2,43
16. Kempen i/Rheinprov.	a	4	33 007	10,33	18 610	1 587	—	6 792	11 050	8 037	267	46 343	6,21	1,40
	b	23	69 851	7,81	33 278	—	—	9 561	20 757	12 899	1 506	78 001	6,90	1,12
	c	27	102 858	8,62	51 888	1 587	—	16 353	31 807	20 936	1 773	124 344	6,62	1,21
17. Lennep	a	7	75 680	10,12	25 616	5 862	—	31 838	15 665	17 422	—	96 403	5,39	1,27
	b	3	9 953	7,18	6 729	38	—	2 391	1 574	2 565	—	13 297	9,01	1,34
	c	10	85 633	9,78	32 345	5 900	—	34 229	17 239	19 987	—	109 700	5,67	1,28

1) Maskensteuer. — 2) Ziegensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)							
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner	Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
M	M	M	M	M	% /o	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

provinz.

Coblenz.

464 808	153 853	96 502	2 791	717 954	93,96	30,74	—	—	764 951	32,75	a	10. Neuwied.
529 961	295 230	72 034	7 018	904 243	94,24	12,83	—	—	959 531	13,67	b	
994 769	449 083	168 536	9 809	1 622 197	94,07	17,31	—	—	1 724 482	18,44	c	
122 077	68 804	24 886	495	216 262	92,89	17,09	—	—	232 819	18,40	a	11. Sankt Goar.
94 479	96 023	6 529	2 209	199 240	96,73	6,77	—	—	205 969	7,00	b	
216 556	164 827	31 415	2 704	415 502	94,69	9,87	—	—	438 788	10,43	c	
32 899	24 271	6 360	360	63 890	96,65	16,88	—	—	66 105	17,46	a	12. Simmern.
64 224	84 328	5 292	452	154 296	97,81	4,78	—	—	157 754	4,88	b	
97 123	108 599	11 652	812	218 186	97,47	6,05	—	—	223 859	6,20	c	
292 393	104 470	44 963	3 295	445 121	94,35	29,37	—	—	469 298	30,97	a	13. Wetzlar.
166 206	174 010	27 122	2 492	369 830	98,19	7,74	—	—	376 639	7,89	b	
458 599	278 480	72 085	5 787	814 951	96,34	12,95	—	—	845 937	13,44	c	
120 077	67 550	25 721	1 374	214 722	93,76	26,98	—	—	229 011	28,77	a	14. Zell.
73 683	50 125	8 611	1 799	134 218	94,75	5,19	—	—	141 659	5,47	b	
193 760	117 675	34 332	3 173	348 940	94,14	10,31	—	—	370 670	10,95	c	

Düsseldorf.

4 652 199	1 408 769	872 414	23 513	6 956 895	91,90	40,28	900	—	7 570 378	44,16	a	1. Barmen, Stadt.
416 154	175 406	81 525	2 430	675 515	93,37	22,91	—	80	723 457	24,53	a	2. Cleve.
225 581	279 050	28 268	3 216	536 115	95,20	12,61	—	—	563 129	13,33	b	
641 735	454 456	109 793	5 646	1 211 630	94,17	16,89	—	80	1 286 586	17,94	c	
3 041 968	1 005 018	697 211	21 290	4 765 487	91,91	37,22	—	50	5 190 569	40,54	a	3. Crefeld, Stadt.
225 054	42 105	49 875	1 120	318 154	92,74	30,98	—	40	343 050	33,40	a	4. Crefeld, Land.
279 508	182 650	71 006	2 557	535 721	91,92	16,46	—	—	582 791	17,91	b	
504 562	224 755	120 881	3 677	853 875	92,23	19,95	—	40	925 841	21,63	c	
145 672	64 117	61 895	1 005	272 689	85,58	31,62	—	40	318 626	36,94	a	5. Dinslaken.
925 790	407 301	297 731	2 335	1 633 157	91,29	21,99	—	—	1 789 058	24,09	b	
1 071 462	471 418	359 626	3 340	1 905 846	90,42	22,99	—	40	2 107 684	25,42	c	
4 742 917	1 455 372	1 354 491	30 110	7 582 890	88,95	32,28	—	—	8 524 888	36,30	a	6. Duisburg, Stadt.
8 489 273	3 532 065	1 370 415	39 872	13 431 625	85,90	36,34	136 316	600	15 653 895	42,36	a	7. Düsseldorf, Stadt.
413 893	167 209	85 891	3 256	670 249	90,54	18,60	—	120	740 293	20,55	a	8. Düsseldorf, Land.
804 264	321 994	128 822	3 597	1 258 677	88,47	21,56	—	—	1 422 637	24,37	b	
1 218 157	489 203	214 713	6 853	1 928 926	89,18	20,43	—	120	2 162 930	22,91	c	
5 519 406	1 547 293	892 190	28 270	7 987 159	90,96	46,34	36 979	—	8 781 282	50,95	a	9. Elberfeld, Stadt.
7 338 667	2 144 537	1 781 370	81 112	11 345 686	87,31	37,82	—	—	12 994 358	43,82	a	10. Essen, Stadt.
469 006	173 999	118 255	1 973	763 233	92,81	22,90	—	40	822 378	24,68	a	11. Essen, Land.
4 555 115	1 056 023	1 400 271	12 244	7 023 653	94,42	28,24	—	—	7 438 701	29,91	b	
5 024 121	1 230 022	1 518 526	14 217	7 786 886	94,26	27,61	—	40	8 261 079	29,29	c	
74 930	28 122	18 208	730	121 990	95,47	18,85	—	—	127 782	19,74	a	12. Geldern.
289 723	354 866	48 492	7 501	700 582	90,10	12,82	—	—	777 535	14,23	b	
364 653	382 988	66 700	8 231	822 572	90,86	13,46	—	—	905 317	14,81	c	
832 826	341 612	218 848	4 331	1 397 617	92,30	23,55	—	80	1 514 158	25,52	a	13. Gladbach.
416 042	274 588	95 149	3 033	788 812	91,24	12,30	—	—	864 585	13,48	b	
1 248 868	616 200	313 997	7 364	2 186 429	91,92	17,71	—	80	2 378 743	19,37	c	
110 241	50 936	18 912	982	181 071	92,13	25,75	—	80	196 543	27,95	a	14. Grevenbroich.
315 295	369 452	44 389	3 318	732 454	92,66	16,74	—	—	790 446	18,06	b	
425 536	420 388	63 301	4 300	913 525	92,56	17,98	—	80	986 989	19,43	c	
1 667 718	452 584	722 777	18 732	2 861 811	92,00	27,95	—	—	3 110 567	30,37	a	15. Hamborn, Stadt.
424 873	169 918	102 093	2 806	699 690	93,78	21,20	—	40	746 073	22,60	a	16. Kempen i./Rheinpr.
562 106	370 751	113 552	6 729	1 053 138	93,10	15,08	—	—	1 131 139	16,19	b	
986 979	540 669	215 645	9 535	1 752 828	93,37	17,04	—	40	1 877 212	18,25	c	
1 043 766	443 085	197 635	7 410	1 691 896	94,61	22,36	—	80	1 788 379	23,63	a	17. Lennep.
88 848	33 859	10 546	1 017	134 270	90,99	13,49	—	—	147 567	14,83	b	
1 132 614	476 944	208 181	8 427	1 826 166	94,33	21,33	—	80	1 935 946	22,61	c	

Kreise.	Zahl der Städte, Landgemeinden, Städte und Landgemeinden zusammen	Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für das Rechnungsjahr 1912	Prinzipal-soll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									zusammen (Spalte 5—11)		
				Umsatzsteuer	Wert-zuwachssteuer	Schank-kon-zessionssteuer	Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	Lust-barkeitssteuern	Hunde-steuer	son-stige in-direkte Steuern	über-haupt	vom ge-samten Steuer-auf-kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein-woh-ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c		

Noch: Rhein-

Noch: XXXIII. Regierungsbezirk

18. Mettmann	a	5	68 114	12,81	46 117	19 025	—	35 290	24 503	12 905	—	137 840	7,18	2,02
	b	7	50 472	12,05	36 151	5 845	—	25 107	11 136	10 040	1 096	89 375	7,07	1,77
	c	12	118 586	12,49	82 268	24 870	—	60 397	35 639	22 945	1 096	227 215	7,14	1,92
19. Murs	a	4	35 007	9,29	16 092	28 719	—	17 294	20 829	7 787	—	90 721	10,41	2,59
	b	49	101 473	10,67	142 611	56 822	—	40 456	37 722	15 979	—	293 590	11,93	2,89
	c	53	136 480	10,32	158 703	85 541	—	57 750	58 551	23 766	—	384 311	11,53	2,82
20. Mülheim a. d. Ruhr, Stadt	a	1	115 921	14,66	194 190	22 087	23 929	65 749	52 627	35 173	—	393 755	9,90	3,40
21. MünchenGladbach, Stadt	a	1	67 046	17,79	54 620	36 388	20 165	44 294	59 765	15 041	—	230 273	8,37	3,43
22. Neuß	a	1	38 590	15,65	89 102	71 531	—	—	13 420	9 440	19140	202 633	16,17	5,25
	b	19	33 499	8,19	34 049	859	—	7 902	7 762	9 060	—	59 632	10,99	1,78
	c	20	72 089	12,18	123 151	72 390	—	7 902	21 182	18 500	19140	262 265	14,61	3,64
23. Oberhausen, Stadt	a	1	91 428	10,81	67 387	6 634	14 410	49 986	38 960	13 299	—	190 676	6,93	2,09
24. Rees	a	4	44 659	13,28	28 405	5 371	—	26 236	17 395	13 205	—	90 612	6,40	2,03
	b	40	33 987	10,57	16 641	2 736	—	—	3 847	6 577	—	29 801	5,82	0,88
	c	44	78 646	12,11	45 046	8 107	—	26 236	21 242	19 782	—	120 413	6,24	1,53
25. Remscheid, Stadt	a	1	74 194	15,13	46 021	13 367	—	34 309	21 170	17 472	—	132 339	4,82	1,78
26. Rheydt, Stadt	a	1	44 382	15,55	57 225	10 069	5 900	17 870	26 182	8 870	—	126 116	8,06	2,84
27. Solingen, Stadt	a	1	50 455	15,47	29 729	4 872	—	24 524	54 565	14 706	—	128 396	6,74	2,54
28. Solingen, Land	a	9	109 649	11,22	52 164	12 324	—	42 808	28 913	27 476	—	163 685	6,21	1,49
	b	10	49 820	16,50	55 311	49 792	—	20 092	21 479	11 220	1 243	159 137	10,32	3,19
	c	19	159 469	12,87	107 475	62 116	—	62 900	50 392	38 696	1 243	322 822	7,73	2,02

XXXIV. Regierungsbezirk

1. Bergheim	b	33	53 215	10,67	35 300	9 118	—	1 230	12 561	12 570	—	70 779	6,69	1,33
2. Bonn, Stadt	a	1	87 987	24,17	204 460	19 083	—	59 685	102 792	35 700	—	421 720	11,88	4,79
3. Bonn, Land	b	40	70 812	13,89	91 125	24 197	—	22 393	32 758	11 940	—	182 413	11,66	2,58
4. Cöln, Stadt	a	1	559 931	22,32	1 165 443	438 096	—	314 214	598 384	204 474	—	2 720 611	11,89	4,86
5. Cöln, Land	a	1	8 739	22,38	10 448	—	—	6 477	5 070	2 820	—	24 815	9,40	2,84
	b	24	70 216	11,29	63 807	7 391	—	23 658	38 114	9 957	—	142 927	10,30	2,04
	c	25	78 955	12,32	74 255	7 391	—	30 135	43 184	12 777	—	167 742	10,15	2,12
6. Euskirchen	a	2	14 715	15,83	23 221	13 555	600	—	10 075	3 324	—	50 775	11,14	3,45
	b	46	34 953	9,45	13 475	—	—	1 973	5 587	5 715	—	26 750	4,84	0,77
	c	48	49 668	11,34	36 696	13 555	600	1 973	15 662	9 039	—	77 525	7,69	1,36
7. Gummersbach	a	2	20 709	12,18	7 534	2 575	—	8 150	4 077	6 902	—	29 238	5,09	1,41
	b	9	30 101	6,02	7 421	1 251	—	4 667	2 091	4 191	—	19 621	4,13	0,65
	c	11	50 810	8,53	14 955	3 826	—	12 817	6 168	11 093	—	48 859	4,66	0,96
8. Mülheim a. Rhein, Stadt	a	1	53 746	18,50	71 587	14 045	16 149	25 627	19 438	12 353	—	159 199	6,69	2,96
9. Mülheim a. Rhein, Land	a	1	15 780	11,33	16 511	—	1 155	5 184	6 452	5 031	—	34 333	7,32	2,18
	b	7	64 696	8,15	53 932	13 753	2 800	18 508	26 013	19 911	—	134 917	11,58	2,09
	c	8	80 476	8,77	70 443	13 753	3 955	23 692	32 465	24 942	—	169 250	10,36	2,10
10. Rheinbach	a	2	5 821	8,09	1 176	455	—	—	1 214	1 615	—	4 460	7,41	0,77
	b	48	28 484	7,51	4 225	182	—	—	3 970	4 525	—	12 902	3,81	0,45
	c	50	34 305	7,60	5 401	637	—	—	5 184	6 140	—	17 362	3,86	0,51
11. Siegburg	a	3	28 394	13,74	43 651	5 218	—	—	11 377	11 218	—	71 464	11,28	2,52
	b	50	92 503	7,38	79 693	19 308	—	11 753	22 256	8 689	1 002	142 701	10,77	1,54
	c	53	120 897	8,87	123 344	24 526	—	11 753	33 633	19 907	1 002	214 165	10,93	1,77
12. Waldbröl	b	6	28 953	4,50	9 150	79	—	5 754	1 828	3 389	—	20 200	5,88	0,70
13. Wipperfürth	a	1	6 790	8,31	2 939	—	—	3 361	1 893	1 100	—	9 293	6,39	1,37
	b	8	22 580	5,38	6 633	36	—	2 896	2 386	3 151	387	15 489	4,67	0,69
	c	9	29 370	6,05	9 572	36	—	6 257	4 279	4 251	387	24 782	5,19	0,84

1) Ziegensteuer. — 2) Eintrittskartensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	21

provinz.
Düsseldorf.

1 161 770	393 441	221 396	4 792	1 781 399	92,81	26,15	—	240	1 919 479	28,18	a	18. Mettmann.
740 327	301 283	128 172	4 791	1 174 573	92,93	23,27	—	—	1 263 948	25,04	b	
1 902 097	694 724	349 568	9 583	2 955 972	92,86	24,98	—	240	3 183 427	26,84	c	
428 284	197 870	148 419	5 910	780 483	89,58	22,30	—	80	871 284	24,89	a	19. Mörs.
1 083 577	610 994	461 084	11 631	2 167 286	88,07	21,36	—	—	2 460 876	24,25	b	
1 511 861	808 864	609 503	17 541	2 947 769	88,46	21,60	—	80	3 332 160	24,42	c	
2 449 495	684 019	438 651	11 172	3 583 337	90,10	30,91	—	50	3 977 142	34,31	a	20. Mülheim a. d. Ruhr, St.
1 537 231	551 770	425 893	5 795	2 520 689	91,63	37,60	—	100	2 751 062	41,08	a	21. München Gladbach, St.
628 983	281 583	136 502	3 282	1 050 350	83,88	27,22	—	—	1 252 983	32,47	a	22. Neuß.
220 811	237 023	22 628	2 609	483 071	89,01	14,42	—	—	542 703	16,30	b	
849 794	518 606	159 130	5 891	1 533 421	85,39	21,27	—	—	1 795 686	24,91	c	
1 510 008	548 821	484 593	18 771	2 562 193	93,07	28,02	—	50	2 752 919	30,11	a	23. Oberhausen, Stadt.
786 317	338 121	197 490	3 893	1 325 821	93,58	29,69	—	280	1 416 713	31,72	a	24. Rees.
204 188	254 896	21 460	1 703	482 247	94,18	14,19	—	—	512 048	15,07	b	
990 505	593 017	218 950	5 596	1 808 068	93,74	22,99	—	280	1 928 761	24,52	c	
1 651 435	519 544	419 125	22 591	2 612 695	95,18	35,21	—	—	2 745 034	37,00	a	25. Remscheid, Stadt.
906 245	298 056	229 162	5 705	1 439 168	91,94	32,43	—	80	1 565 364	35,27	a	26. Rheydt, Stadt.
1 074 236	432 755	261 640	9 000	1 777 631	93,26	35,23	—	—	1 906 027	37,78	a	27. Solingen, Stadt.
1 530 729	649 881	281 637	8 001	2 470 248	93,78	22,53	—	160	2 634 093	24,02	a	28. Solingen, Land.
978 685	267 447	133 772	3 256	1 383 160	89,68	27,76	—	—	1 542 297	30,96	b	
2 509 414	917 328	415 409	11 257	3 853 408	92,27	24,16	—	160	4 176 390	26,19	c	

Cöln.

505 901	400 140	77 059	4 674	987 774	93,31	18,56	—	—	1 058 553	19,89	b	1. Bergheim.
1 967 093	916 356	227 904	15 975	3 127 328	88,12	35,54	—	—	3 549 048	40,34	a	2. Bonn, Stadt.
769 899	512 668	100 110	—	1 382 677	88,34	19,83	—	—	1 565 090	22,10	b	3. Bonn, Land.
12 274 520	4 743 758	3 073 352	60 921	20 152 551	88,10	35,99	—	1 550	22 874 712	40,85	a	4. Cöln, Stadt.
142 022	47 354	48 822	850	239 048	90,60	27,35	—	—	263 863	30,19	a	5. Cöln, Land.
660 870	447 063	132 131	5 041	1 245 105	89,70	17,73	—	—	1 388 032	19,77	b	
802 892	494 417	180 953	5 891	1 484 153	89,85	18,90	—	—	1 651 895	20,92	c	
237 456	105 146	60 455	1 915	404 972	88,84	27,52	—	80	455 827	30,98	a	6. Euskirchen.
237 699	260 000	25 608	2 513	525 820	95,16	15,04	—	—	552 570	15,81	b	
475 155	365 146	86 063	4 428	930 792	92,30	18,74	—	80	1 008 397	20,30	c	
341 427	107 111	94 391	2 322	545 251	94,91	26,33	—	—	574 489	27,74	a	7. Gummersbach.
279 141	129 134	40 799	6 318	455 392	95,87	15,13	—	—	475 013	15,78	b	
620 568	236 245	135 190	8 640	1 000 643	95,34	19,69	—	—	1 049 502	20,66	c	
1 363 064	435 004	414 357	7 719	2 220 144	93,31	41,31	—	—	2 379 343	44,27	a	8. Mülheim a. Rhein, St.
259 448	87 865	86 095	1 455	434 863	92,68	27,56	—	—	469 196	29,73	a	9. Mülheim a. Rhein, Land.
584 362	302 802	134 155	8 630	1 029 949	88,42	15,92	—	—	1 164 866	18,01	b	
843 810	390 667	220 250	10 085	1 464 812	89,64	18,20	—	—	1 634 062	20,30	c	
28 548	22 645	3 775	730	55 698	92,52	9,57	—	40	60 198	10,34	a	10. Rheinbach.
177 326	180 868	15 317	3 285	376 796	96,69	13,23	—	—	389 698	13,68	b	
205 874	203 513	19 092	4 015	432 494	96,13	12,61	—	40	449 896	13,11	c	
324 792	178 673	52 975	5 529	561 969	88,70	19,79	—	120	633 553	22,31	a	11. Siegbach.
665 353	416 710	92 882	7 612	1 182 557	89,23	12,78	—	—	1 325 258	14,33	b	
990 145	595 383	145 857	13 141	1 744 526	89,06	14,43	—	120	1 958 811	16,20	c	
200 894	122 689	27 499	4 126	355 208	94,62	12,27	—	—	375 408	12,97	b	12. Waldbröl.
76 966	44 834	13 465	950	136 215	93,61	20,06	—	—	145 508	21,43	a	13. Wipperfürth.
164 561	127 733	18 245	5 573	316 112	95,33	14,00	—	—	331 601	14,69	b	
241 527	172 567	31 710	6 523	452 327	94,81	15,40	—	—	477 109	16,24	c	

Kreise.	Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1912 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern									
				Umsatz- steuer	Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	zusammen (Spalte 5—11)		
											über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	12c

Noch: Rhein-

XXXV. Regierungsbezirk

1. Bernkastel	a	1	4 629	14,13	1 220	50	—	2 928	717	972	—	5 887	3,82	1,27
	b	91	44 539	4,97	1 700	—	—	10 101	1 929	2 132	—	15 862	4,61	0,36
	c	92	49 168	5,83	2 920	50	—	13 029	2 646	3 104	—	21 749	4,37	0,44
2. Bitburg	a	2	4 888	9,85	—	283	—	717	1 042	684	—	2 726	2,58	0,56
	b	151	42 081	4,11	1 446	—	—	3 599	1 285	464	—	6 794	1,37	0,16
	c	153	46 969	4,71	1 446	283	—	4 316	2 327	1 148	—	9 520	1,58	0,20
3. Daun	b	98	31 506	4,21	747	—	—	3 057	2 104	1 195	—	7 103	2,61	0,23
4. Merzig	a	1	8 129	14,59	3 096	512	825	4 225	3 067	2 088	1) 394	14 157	7,96	1,74
	b	65	46 968	5,59	189	—	—	17 358	3 955	3 245	—	24 747	5,23	0,53
	c	66	55 097	6,92	3 285	512	825	21 583	7 022	5 283	1) 394	38 904	5,98	0,71
5. Ottweiler	a	1	6 730	7,62	2 138	—	—	3 546	580	2 438	—	8 702	5,95	1,29
	b	44	119 070	8,87	4 171	1 153	—	70 271	13 411	22 953	1) 380	112 339	3,78	0,94
	c	45	125 800	8,82	6 309	1 153	—	73 817	13 991	25 391	1) 380	121 041	3,88	0,96
6. Prüm	a	1	2 706	9,35	1 179	—	—	1 797	397	726	—	4 099	5,70	1,51
	b	139	33 023	3,18	—	—	—	1 932	1 057	1 828	2) 4 829	9 646	2,78	0,29
	c	140	35 729	3,65	1 179	—	—	3 729	1 454	2 554	2) 4 829	13 745	3,23	0,38
7. Saarbrücken, Stadt . . .	a	1	103 011	17,44	90 478	147 549	27 002	85 479	115 177	38 763	—	504 448	12,49	4,90
8. Saarbrücken, Land . . .	b	57	163 915	8,68	34 375	4 745	—	104 207	40 078	36 774	—	220 179	5,37	1,34
9. Saarburg	a	1	2 640	9,84	829	—	—	1 592	1 395	177	—	3 993	10,26	1,51
	b	71	32 774	5,40	—	—	124	6 811	1 733	295	—	8 963	2,38	0,27
	c	72	35 414	5,74	829	—	124	8 403	3 128	472	—	12 956	3,11	0,37
10. Saarlouis	a	1	15 445	8,83	4 041	509	—	11 881	9 094	82	—	25 607	9,11	1,66
	b	76	100 019	8,81	19 531	1 266	—	52 241	24 232	9 118	—	106 388	6,15	1,06
	c	77	115 464	8,88	23 572	1 775	—	64 122	33 326	9 200	—	131 995	6,56	1,14
11. Sankt Wendel	a	2	8 652	9,64	2 833	705	—	6 946	1 021	2 403	—	13 908	7,54	1,61
	b	92	48 981	4,35	—	—	—	16 626	5 519	6 698	—	28 843	6,38	0,59
	c	94	57 633	5,14	2 833	705	—	23 572	6 540	9 101	—	42 751	6,72	0,74
12. Trier, Stadt	a	1	50 018	12,97	37 600	—	11 400	47 000	14 700	20 400	2) 18 900	150 000	9,91	3,00
13. Trier, Land	b	140	91 123	4,78	10 332	671	—	27 396	11 891	8 891	2) 6 938	66 119	6,09	0,73
14. Wittlich	a	1	6 014	8,51	—	—	—	3 303	839	945	—	5 087	5,77	0,85
	b	77	37 631	5,02	—	293	—	5 724	2 648	932	—	9 597	3,22	0,26
	c	78	43 645	5,50	—	293	—	9 027	3 487	1 877	—	14 684	3,80	0,34

XXXVI. Regierungsbezirk

1. Aachen, Stadt	a	1	155 635	20,91	104 448	28 005	15 060	89 282	106 558	47 901	4) 126 571	517 825	7,81	3,33
2. Aachen, Land	a	2	40 027	13,45	12 040	2 863	1 299	—	21 744	8 373	5) 284	46 603	3,86	1,16
	b	20	112 200	8,87	30 710	2 901	—	1 259	29 771	17 845	—	82 486	4,61	0,74
	c	22	152 227	10,08	42 750	5 764	1 299	1 259	51 515	26 218	5) 284	129 089	4,31	0,85
3. Düren	a	1	31 320	25,98	20 801	3 201	—	13 361	24 345	6 570	—	68 278	4,58	2,18
	b	88	72 497	8,66	12 550	1 253	—	356	17 048	9 640	—	40 847	3,44	0,56
	c	89	103 817	13,89	33 351	4 454	—	13 717	41 393	16 210	—	109 125	4,08	1,05
4. Erkelenz	a	1	5 790	14,85	1 277	76	—	—	1 762	1 531	—	4 646	3,37	0,80
	b	24	33 331	6,15	9 913	142	—	—	4 485	1 893	—	16 433	4,20	0,49
	c	25	39 121	7,44	11 190	218	—	—	6 247	3 424	—	21 079	3,98	0,54
5. Eupen	a	1	13 537	11,25	5 428	—	—	4 271	1 556	2 070	1) 10719	24 044	6,08	1,78
	b	8	12 873	10,67	—	200	—	—	1 192	1 968	—	3 360	1,60	0,26
	c	9	26 410	10,97	5 428	200	—	4 271	2 748	4 038	1) 10719	27 404	4,53	1,04
6. Geilenkirchen	a	1	4 713	9,37	—	—	—	—	1 285	703	—	1 988	2,09	0,42
	b	18	24 934	6,08	20 031	—	—	—	4 226	2 555	—	26 812	8,38	1,08
	c	19	29 647	6,61	20 031	—	—	—	5 511	3 258	—	28 800	6,94	0,97
7. Heinsberg	a	1	2 702	10,80	1 245	—	—	—	485	530	—	2 260	4,80	0,84
	b	33	37 878	7,17	2 452	—	—	—	4 533	3 972	—	10 957	2,50	0,29
	c	34	40 580	7,41	3 697	—	—	—	5 018	4 502	—	13 217	2,73	0,33

1) Maskensteuer. — 2) Viehsteuer. — 3) 18 900 M. Billetsteuer. — 4) Brennmaterialiensteuer. — 5) Ziegensteuer.

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13.	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	i

provinz.

Trier.

92 108	41 844	13 570	735	148 257	96,18	32,08	—	—	154 144	33,80	a	1. Bernkastel.
151 374	157 461	17 268	1 875	327 978	95,39	7,36	—	—	343 840	7,72	b	
243 482	199 305	30 838	2 610	476 235	95,68	9,69	—	—	497 984	10,18	c	
57 754	29 744	14 886	720	103 104	97,42	21,09	—	—	105 830	21,66	a	2. Bitburg.
160 078	305 900	21 389	2 241	489 608	98,68	11,68	—	—	496 402	11,80	b	
217 832	335 644	36 275	2 961	592 712	98,42	12,62	—	—	602 232	12,82	c	
107 090	136 851	20 319	694	264 954	97,39	8,41	—	—	272 057	8,64	b	3. Daun.
103 015	36 928	22 491	925	163 359	92,02	20,10	—	—	177 516	21,84	a	4. Merzig.
225 553	189 144	30 577	3 060	448 334	94,77	9,55	—	—	473 081	10,97	b	
328 568	226 072	53 068	3 985	611 693	94,02	11,10	—	—	650 597	11,81	c	
77 322	47 291	12 173	725	137 511	94,06	20,43	—	—	146 213	21,75	a	5. Ottweiler.
1 645 275	570 492	624 129	18 599	2 858 495	96,22	24,01	—	—	2 970 834	24,85	b	
1 722 597	617 783	636 302	19 324	2 996 006	96,12	23,82	—	—	3 117 047	24,78	c	
40 986	17 928	7 911	1 000	67 825	94,30	25,06	—	—	71 924	26,58	a	6. Prüm.
115 765	206 359	19 028	2 285	343 437	97,27	10,40	—	—	353 083	10,69	b	
156 751	224 287	26 939	3 285	411 262	96,77	11,51	—	—	425 007	11,90	c	
2 300 989	729 465	399 622	22 062	3 452 138	85,45	33,51	83 383	—	4 039 969	39,22	a	7. Saarbrücken, Stadt.
2 012 859	799 981	1 058 010	9 545	3 880 395	94,68	23,67	—	—	4 100 574	25,02	b	8. Saarbrücken, Land.
19 505	8 487	6 380	540	34 912	89,74	13,22	—	—	38 905	14,74	a	9. Saarburg.
143 498	207 081	11 688	5 864	368 131	97,62	11,23	—	—	377 094	11,51	b	
163 003	215 568	18 068	6 404	403 043	96,89	11,38	—	—	415 999	11,75	c	
132 595	90 657	28 279	3 975	255 506	90,89	16,54	—	—	281 113	18,20	a	10. Saarlouis.
945 090	416 008	254 134	8 492	1 623 724	93,85	16,23	—	—	1 730 112	17,30	b	
1 077 685	506 665	282 413	12 467	1 879 230	93,44	16,28	—	—	2 011 225	17,42	c	
101 398	52 770	15 155	1 110	170 433	92,46	19,70	—	—	184 341	21,31	a	11. Sankt Wendel.
177 736	228 351	14 467	2 682	423 236	93,62	8,64	—	—	452 079	9,23	b	
279 134	281 121	29 622	3 792	593 669	93,28	10,30	—	—	636 420	11,04	c	
819 800	370 000	125 800	17 100	1 332 700	88,01	26,64	31 500	—	1 514 200	30,27	a	12. Trier, Stadt.
459 309	508 995	44 770	6 429	1 019 503	93,92	11,19	—	—	1 085 622	11,91	b	13. Trier, Land.
40 494	32 222	9 595	755	83 066	94,28	13,81	—	—	88 153	14,66	a	14. Wittlich.
118 185	156 744	12 701	588	288 218	96,78	7,66	—	—	297 815	7,91	b	
158 679	188 966	22 296	1 343	371 284	96,20	8,51	—	—	385 968	8,84	c	

Aachen.

3 891 958	1 363 633	799 650	20 369	6 075 610	91,65	39,04	35 420	200	6 629 055	42,59	a	1. Aachen, Stadt.
734 037	198 369	220 518	4 509	1 157 433	95,95	28,92	2 235	—	1 206 271	30,14	a	2. Aachen, Land.
971 956	434 918	289 979	10 337	1 707 190	95,89	15,22	—	—	1 789 676	15,95	b	
1 705 993	633 287	510 497	14 846	2 864 623	95,62	18,82	2 235	—	2 995 947	19,68	c	
978 251	281 304	155 000	2 245	1 416 800	95,08	45,24	5 066	—	1 490 144	47,58	a	3. Düren.
545 421	479 780	113 370	7 045	1 145 616	96,56	15,80	—	—	1 186 463	16,87	b	
1 523 672	761 084	268 370	9 290	2 562 416	95,73	24,68	5 066	—	2 676 607	25,78	c	
64 059	50 437	18 851	—	133 347	96,68	23,08	—	—	137 993	23,83	a	4. Erkelenz.
142 989	210 082	18 071	3 507	374 649	95,80	11,24	—	—	391 082	11,73	b	
207 048	260 519	36 922	3 507	507 996	96,02	12,99	—	—	529 075	13,52	c	
241 419	82 623	46 377	1 200	371 619	93,92	27,45	—	—	395 663	29,23	a	5. Eupen.
105 312	87 093	12 753	1 335	206 493	98,40	16,04	—	—	209 853	16,30	b	
346 731	169 716	59 130	2 535	578 112	95,47	21,89	—	—	605 516	22,98	c	
46 283	38 475	7 485	700	92 943	97,87	19,72	—	30	94 961	20,15	a	6. Geilenkirchen.
107 419	169 827	12 269	3 630	293 145	91,62	11,78	—	—	319 957	12,88	b	
153 702	208 302	19 754	4 330	386 088	93,05	13,02	—	30	414 918	14,00	c	
24 223	14 101	6 460	—	44 784	95,20	16,57	—	—	47 044	17,41	a	7. Heinsberg.
185 094	197 807	41 408	2 691	427 000	97,80	11,27	—	—	437 957	11,56	b	
209 317	211 908	47 868	2 691	471 784	97,27	11,68	—	—	485 001	11,95	c	

(Noch: Tab. 1.)		Zahl der a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Ein- wohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rech- nungsjahr 1912	Prin- zipal- soll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. Jan. 1917 auf 1 Einw.	Indirekte Gemeindesteuern								zusammen (Spalte 5—11)		
K r e i s e . (*Oberamtsbez.).	Umsatz- steuer				Wert- zuwachs- steuer	Schank- kon- zessions- steuer	Bier-, Brau- und Braumalz- steuern	Lust- barkeits- steuern	Hunde- steuer	son- stige in- direkte Steuern	über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12a	12b	*12c		
Noch: Rhein-															
Noch: XXXVI. Regierungsbezirk															
8. Jülich	a	2	8 898	13,54	3 228	237	—	—	2 215	1 377	—	7 057	4,72	0,79	
	b	47	36 942	8,23	—	160	—	—	4 964	2 515	—	7 639	1,47	0,21	
	c	49	45 840	9,26	3 228	397	—	—	7 179	3 892	—	14 696	2,20	0,32	
9. Malmedy	a	2	7 161	16,78	3 431	749	—	—	725	1 864	—	6 769	3,09	0,95	
	b	43	26 557	4,13	—	55	—	—	1 666	5 937	—	7 658	3,97	0,29	
	c	45	33 718	6,81	3 431	804	—	—	2 391	7 801	—	14 427	3,50	0,43	
10. Montjoie	a	1	1 863	19,44	1 371	447	—	672	133	355	—	2 978	4,74	1,60	
	b	18	17 573	3,92	—	21	—	—	1 676	1 945	—	3 642	2,77	0,21	
	c	19	19 436	5,41	1 371	468	—	672	1 809	2 300	—	6 620	3,41	0,34	
11. Schleiden	a	2	2 623	10,46	1 366	—	—	702	350	555	—	2 973	4,50	1,13	
	b	74	44 556	4,70	2 977	12	—	2 008	7 519	4 750	—	17 266	3,73	0,39	
	c	76	47 179	5,02	4 343	12	—	2 710	7 869	5 305	—	20 239	3,82	0,43	
Hohenzollernsche															
XXXVII. Regierungsbezirk															
1. *Gammertingen	b	23	13 370	6,45	35	—	—	—	62	1 119	—	1 216	0,89	0,09	
2. *Haigerloch	b	19	12 107	6,02	—	—	—	1 804	141	1 035	—	2 980	2,19	0,25	
3. *Hechingen	a	1	5 156	14,99	—	—	—	9 911	338	2 497	—	12 746	8,81	2,47	
	b	26	18 070	4,98	—	—	—	11 537	506	4 446	—	16 489	10,72	0,91	
	c	27	23 226	7,20	—	—	—	21 448	844	6 943	—	29 235	9,79	1,26	
4. *Sigmaringen	a	1	5 301	10,53	2 896	11	—	—	518	2 207	—	5 632	6,40	1,06	
	b	54	17 992	8,30	—	—	—	—	191	3 386	—	3 577	1,78	0,20	
	c	55	23 293	8,81	2 896	11	—	—	709	5 593	—	9 209	3,19	0,40	

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen in sämtlichen Gemeinden Preußens durchschnittlich 23,41 *M* an Gemeindesteuern; in den Städten zusammen belief sich der entsprechende Kopfbetrag auf 33,07 *M*, desgleichen in den Stadtkreisen auf 38,88 *M*, in den kreisangehörigen Städten auf 21,69 *M* und in den Landgemeinden auf 13,67 *M*.

Die Tabelle 2 auf der Seite 158 weist das Gesamtaufkommen an Gemeindesteuern und seine Verteilung auf die Stadtkreise, kreisangehörigen Städte und Landgemeinden innerhalb der preußischen Landesteile, desgleichen die auf diese Gemeindeklassen entfallenden Kopfbeträge der Gemeindesteuern nach. Ergänzend hierzu sind in der Tabelle 3 auf der Seite 159 die Gemeindesteuern in ihrer prozentalen Verteilung auf Stadtkreise, kreisangehörige Städte und Landgemeinden innerhalb der einzelnen Landesteile nachgewiesen.

Den höchsten Ertrag an Gemeindesteuern wies die Rheinprovinz mit 203,04 Mill. *M* auf, das waren 22,84 v. H. der gesamten Gemeindesteuern in Preußen. Ihr schlossen sich mit 105,08 und 103,57 Mill. *M* sowie 11,71 und 11,55 v. H. die Provinzen Brandenburg und Westfalen an. An vierter Stelle folgte der Stadtkreis Berlin mit 95,13 Mill. *M* und 10,61 v. H. Bei den übrigen Provinzen betrugen die entsprechenden Anteile weniger als 10. bei folgenden sechs Provinzen noch nicht 5 v. H.: Schleswig-Holstein (4,74), Ostpreußen (2,94), Pommern (2,75), Westpreußen (2,52), Posen (2,01) und Hohenzollern

(0,10 v. H.). Von den Regierungsbezirken übertraf nur Düsseldorf mit 114,77 Mill. *M* den Steuerertrag der Reichshauptstadt. Nahe kam letzterem auch noch der Regierungsbezirk Potsdam mit 88,66 Mill. *M*. Sonst überstiegen die Gemeindesteuern bloß noch im Reg.-Bez. Arnberg (66,96 Mill.) die Summe von 50 Mill. *M*. In 10 Bezirken erreichte der Steuerertrag noch nicht 10 Mill. *M*, und am geringsten war er, nächst Sigmaringen, in den Regierungsbezirken Stralsund (2,65), Aurich (4,26), Allenstein (4,35), Köslin (5,15) und Osnabrück (5,53 Mill. *M*), d. h. den Landesteilen mit der geringsten Bevölkerungsziffer. Ein Bezirk mit einer entsprechend niedrigen Einwohnerzahl fehlte unter den durch ihren verhältnismäßig geringen Steuerertrag ausgezeichneten Landesteilen, nämlich Stade; bei ihm belief sich die Steuersumme auf 7,15 Mill. *M* und übertraf damit noch die erheblich stärker bevölkerten Regierungsbezirke Gumbinnen und Bromberg, in denen bloß 6,32 bzw. 6,99 Mill. *M* an Gemeindesteuern aufkamen.

Auf die drei unterschiedenen Gemeindeklassen verteilte sich das Gesamtaufkommen an Gemeindesteuern folgendermaßen:

Es betrugen die Gemeindesteuern
sämtlicher Stadtkreise 495,34 Mill. *M* und 55,22 v. H.
„ kreisangehörigen Städte 140,92 „ „ „ 15,71 „ „
„ Landgemeinden 260,72 „ „ „ 29,07 „ „

und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Direkte Gemeindesteuern							Überwiesene Steuern		Gemeindesteuern zusammen (Spalte 12a, 17a, 18 und 19)		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
Ein- kommen- steuer	Grund- und Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Spalte 13—16)			Waren- haus- steuer	Wan- der- lager- steuer	über- haupt	auf 1 Ein- woh- ner	
				über- haupt	vom ge- samten Steuer- auf- kommen (Sp. 20a)	auf 1 Ein- woh- ner					
M	M	M	M	M	%	M	M	M	M	M	M
13	14	15	16	17a	17b	17c	18	19	20a	20b	1

provinz.

Aachen.

79 449	42 934	19 020	1 063	142 466	95,28	16,01	—	—	149 523	16,80	a)	8. Jülich.
160 413	338 129	9 677	2 967	511 186	98,53	13,84	—	—	518 825	14,04	b)	
239 862	381 063	28 697	4 030	653 652	97,80	14,26	—	—	668 348	14,58	c)	
135 152	44 090	31 345	1 675	212 262	96,91	29,84	—	—	219 031	30,59	a)	9. Malmédy.
100 452	72 283	9 130	3 192	185 057	96,08	6,97	—	—	192 715	7,26	b)	
235 604	116 373	40 475	4 867	397 319	96,50	11,78	—	—	411 746	12,21	c)	
41 310	7 850	10 277	410	59 847	95,26	32,12	—	—	62 825	33,72	a)	10. Montjoie.
74 965	46 104	5 125	1 687	127 881	97,23	7,28	—	—	131 523	7,48	b)	
116 275	53 954	15 402	2 097	187 728	96,59	9,66	—	—	194 348	10,00	c)	
30 300	26 169	6 243	403	63 115	95,50	24,06	—	—	66 088	25,20	a)	11. Schleiden.
200 005	211 991	28 116	5 815	445 927	96,27	10,01	—	—	463 193	10,40	b)	
230 305	238 160	34 359	6 218	509 042	96,18	10,79	—	—	529 281	11,22	c)	

Lande.

Sigmaringen.

35 555	75 365	23 745	—	134 665	99,11	10,07	—	—	135 881	10,16	b	1. *Gammertingen.
35 036	77 970	19 843	—	132 849	97,81	10,97	—	—	135 829	11,22	b	2. *Haigerloch.
79 627	13 776	38 602	—	132 005	91,19	25,60	—	—	144 751	28,07	a)	3. *Hechingen.
52 436	68 634	16 287	—	137 357	89,28	7,60	—	—	153 846	8,51	b)	
132 063	82 410	54 889	—	269 362	90,21	11,60	—	—	298 597	12,86	c)	
60 716	10 112	11 486	—	82 314	93,60	15,53	—	—	87 946	16,59	a)	4. *Sigmaringen.
74 814	106 939	15 226	—	196 979	98,22	10,95	—	—	200 556	11,15	b)	
135 530	117 051	26 712	—	279 293	96,81	11,99	—	—	288 502	12,39	c)	

Vergleicht man die prozentalen Steueranteile der drei Gemeindeklassen mit ihren entsprechenden Bevölkerungsanteilen, so zeigt sich, daß der Steueranteil der Stadtkreise um rund 22 % höher, der der Landgemeinden dagegen um fast 21 % geringer war als ihr Bevölkerungsanteil, während der Steueranteil der kreisangehörigen Städte nur um etwas mehr als 1 % hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurückblieb. Die Verteilung der Gemeindesteuern zwischen Stadtkreisen, kreisangehörigen Städten und Landgemeinden zeigt für die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke erhebliche Unterschiede. Aus den Tabellen 2 und 3 ist ersichtlich, daß der hohe Anteil der Stadtkreise am gesamten Gemeindesteueraufkommen von 55,22 % vornehmlich auf die bedeutenden Steuererträge einiger weniger Landesteile zurückzuführen ist. Abgesehen von Berlin, erreichten bzw. übertrafen nur 2 Provinzen, nämlich Hessen-Nassau und die Rheinprovinz, den hohen Staatsdurchschnittssatz, erstere mit 65,01, letztere mit 59,24 %. Bei den Stadtkreisen der übrigen Provinzen schwankte das Steueraufkommen im allgemeinen zwischen 40 und 50 % der Gemeindesteuern überhaupt. Auch nur bei 11 von den 36 Regierungsbezirken entfiel mehr als die Hälfte des gesamten Gemeindesteuerertrages auf die Stadtkreise. Die höchsten Anteile zeigten die Regierungsbezirke Wiesbaden, Köln, Hannover mit 74,26, 71,95 und 70,11 %. Es folgten mit 67,35, 63,68, 63,42, 62,42 und 60,28 % Düsseldorf, Erfurt, Breslau, Königs-

berg und Stettin. Bei nur drei von diesen Regierungsbezirken betrug auch die Bevölkerungszahl ihrer Stadtkreise mindestens die Hälfte der Gesamtbevölkerung, nämlich bei Düsseldorf (55,15), Köln (54,01) und Hannover (51,13 v. H.). In 8 Regierungsbezirken machte der Gemeindesteuerertrag der Landgemeinden mehr als die Hälfte der gesamten Gemeindesteuern des betreffenden Bezirkes aus, nämlich in Gumbinnen (52,57), Oppeln (51,32), Lüneburg (52,36), Stade (64,76), Münster (55,43), Coblenz (51,96), Trier (65,57) und Sigmaringen (72,90 %). In allen diesen Bezirken war auch der auf die Landgemeinden entfallende Bevölkerungsanteil sehr hoch; mit Ausnahme von Lüneburg (68,79) und Münster (63,46) betrug er überall mehr als 70 v. H. Nur in zwei Regierungsbezirken entfiel auf die kreisangehörigen Städte mehr als die Hälfte der gesamten Gemeindesteuern, nämlich in Köslin (56,05) und Bromberg (50,68 %). Beide zeichneten sich durch eine verhältnismäßig große Zahl von kreisangehörigen Städten aus (22 bzw. 44), deren Bevölkerungsziffer allerdings nur rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung der zum Bezirke gehörigen Gemeinden ausmachte. Zwischen der Hälfte und einem Drittel des gesamten Gemeindesteuerertrages bewegten sich die Anteile der Stadtkreise bei 10, die der kreisangehörigen Städte und Landgemeinden bei 8 bzw. 13 Regierungsbezirken. Abgesehen von Stade und Sigmaringen, die keine Stadtkreise besitzen,

[Fortsetzung des Textes auf Seite 162.]

Die Verteilung der gesamten Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 auf Stadtkreise, kreisangehörige Städte und Landgemeinden sowie deren Kopfbeträge an Gemeindesteuern.

(Tab. 2.)												
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Es betrug die Einwohnerzahl nach der Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1912 in den				Es betrugen sämtliche im Rechnungsjahre 1911 aufgekommene Gemeindesteuern in den							
	Stadt- kreisen	kreis- an- gehörigen Städten	Land- ge- meinden	Ge- meinden zu- sammen	Stadt- krei- sen	kreis- ange- höri- gen Städ- ten	Land- ge- mein- den	Ge- mei- den zu- sam- men	Stadt- krei- sen	kreis- ange- höri- gen Städ- ten	Land- ge- mein- den	Ge- mei- den zu- sam- men
				überhaupt				auf 1 Einwohner				
				1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	M	M	M	M	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Staat	12 741 704	6 498 400	19 068 939	38 309 043	495 343	140 924	260 718	896 986	38,88	21,69	13,67	23,41
B. Provinzen.												
I. Ostpreußen	353 062	308 186	1 084 055	1 745 303	12 374	5 546	8 475	26 394	35,06	17,99	7,82	15,12
II. Westpreußen	315 776	283 484	873 866	1 473 126	9 132	5 524	7 958	22 614	28,92	19,49	9,11	15,35
III. Stadtkreis Berlin	2 033 363	—	—	2 033 363	95 126	—	—	95 126	46,78	—	—	46,78
IV. Brandenburg	1 386 689	693 180	1 825 461	3 905 330	51 312	14 175	39 593	105 080	37,00	20,45	21,69	26,91
V. Pommern	337 455	410 725	616 701	1 364 881	10 695	7 250	4 962	22 906	31,69	17,65	8,05	16,78
VI. Posen	221 314	511 432	988 552	1 721 298	7 214	7 231	3 582	18 028	32,60	14,14	3,62	10,47
VII. Schlesien	1 092 335	740 505	2 997 873	4 830 713	36 144	13 634	29 041	78 819	33,09	12,48	9,69	16,32
VIII. Sachsen	879 625	658 023	1 452 168	2 989 816	30 932	13 595	17 504	62 030	35,16	20,66	12,05	20,75
IX. Schleswig-Holstein	527 435	264 838	759 078	1 551 351	20 555	7 112	14 862	42 529	38,97	26,85	19,58	27,41
X. Hannover	681 723	498 363	1 733 785	2 913 871	23 009	11 299	23 808	58 117	33,75	22,67	13,73	19,94
XI. Westfalen	1 183 164	710 194	2 324 485	4 217 843	40 941	18 394	44 231	103 566	34,60	25,90	19,03	24,55
XII. Hessen-Nassau	738 767	380 347	1 131 470	2 250 584	37 630	9 636	10 615	57 881	50,94	25,33	9,38	25,72
XIII. Rheinprovinz	2 990 996	1 028 666	3 219 906	7 239 568	120 279	27 297	55 462	203 037	40,21	26,54	17,22	28,05
XIV. Hohenzollernsche Lande	—	10 457	61 539	71 996	—	233	626	859	—	22,25	10,17	11,93
C. Regierungsbezirke.												
1. Königsberg	247 565	151 291	342 366	741 222	9 818	2 761	3 149	15 728	39,66	18,25	9,20	21,22
2. Gumbinnen	71 101	56 581	396 907	524 589	1 937	1 061	3 324	6 322	27,25	18,76	8,37	12,05
3. Allenstein	34 396	100 314	344 782	479 492	619	1 724	2 002	4 345	17,99	17,19	5,81	9,06
4. Danzig	228 011	90 952	359 098	678 061	7 181	2 165	3 884	13 230	31,49	23,81	10,82	19,51
5. Marienwerder	87 765	192 532	514 768	795 065	1 951	3 359	4 074	9 384	22,23	17,45	7,91	11,80
6. Potsdam	1 157 910	399 873	1 231 553	2 789 336	44 790	8 735	35 138	88 662	38,68	21,84	28,53	31,79
7. Frankfurt	228 779	293 307	593 908	1 115 994	6 523	5 440	4 455	16 417	28,51	18,55	7,50	14,71
8. Stettin	269 667	181 306	306 188	757 161	9 111	3 121	2 882	15 114	33,79	17,21	9,41	19,96
9. Köslin	34 069	162 236	254 053	450 358	807	2 884	1 454	5 145	23,68	17,77	5,72	11,42
10. Stralsund	33 719	67 183	56 460	157 362	777	1 245	626	2 648	23,04	18,54	11,08	16,83
11. Posen	161 926	305 307	631 547	1 098 780	5 409	3 740	1 990	11 138	33,40	12,25	3,15	10,14
12. Bromberg	59 388	206 125	357 005	622 518	1 805	3 491	1 592	6 889	30,40	16,94	4,46	11,07
13. Breslau	583 361	255 238	864 542	1 703 141	21 623	4 338	8 135	34 096	37,07	17,00	9,41	20,02
14. Liegnitz	153 202	274 273	667 462	1 094 937	4 034	5 368	5 711	15 112	26,33	19,57	8,56	13,80
15. Oppeln	355 772	210 994	1 465 869	2 032 635	10 488	3 928	15 195	29 611	29,48	18,62	10,37	14,57
16. Magdeburg	412 545	262 779	523 991	1 199 315	15 218	6 031	7 734	28 983	36,89	22,95	14,76	24,17
17. Merseburg	273 225	312 455	672 362	1 258 042	9 331	5 998	7 695	23 024	34,15	19,20	11,44	18,30
18. Erfurt	193 855	82 789	255 815	532 459	6 383	1 565	2 075	10 023	32,93	18,90	8,11	18,82
19. Schleswig	527 435	264 838	759 078	1 551 351	20 555	7 112	14 862	42 529	38,97	26,85	19,58	27,41
20. Hannover	381 282	80 877	283 594	745 753	12 949	1 684	3 836	18 469	33,96	20,82	13,53	24,76
21. Hildesheim	91 536	141 063	316 887	549 486	3 280	3 270	4 933	11 483	35,83	23,18	15,57	20,90
22. Lüneburg	118 992	50 026	372 540	541 558	4 092	1 257	5 878	11 227	34,39	25,13	15,78	20,73
23. Stade	—	110 115	318 122	428 237	—	2 519	4 629	7 149	—	22,88	14,55	16,69
24. Osnabrück	66 388	49 604	259 405	375 397	2 040	981	2 508	5 528	30,73	19,77	9,67	14,73
25. Aurich	23 525	66 678	183 237	273 440	649	1 589	2 024	4 262	27,58	23,83	11,05	15,59
26. Münster	210 927	164 114	651 393	1 026 434	6 527	3 753	12 787	23 066	30,94	22,87	19,63	22,47
27. Minden	112 088	155 471	472 847	740 406	3 935	3 869	5 743	13 547	35,10	24,89	12,15	18,30
28. Arnberg	860 149	390 609	1 200 245	2 451 003	30 480	10 771	25 701	66 953	35,44	27,58	21,41	27,32
29. Cassel	194 257	199 441	609 406	1 003 104	6 559	3 951	5 530	16 040	33,77	19,81	9,07	15,99
30. Wiesbaden	544 510	180 906	522 064	1 247 480	31 071	5 684	5 085	41 841	57,06	31,42	9,74	33,54
31. Coblenz	58 571	153 957	544 673	757 201	1 769	4 161	6 413	12 343	30,20	27,03	11,77	16,30
32. Düsseldorf	1 922 097	595 294	967 749	3 485 140	77 523	15 415	21 829	114 768	40,33	25,90	22,56	32,93
33. Köln	701 664	100 948	496 513	1 299 125	28 803	2 603	8 626	40 032	41,05	25,78	17,37	30,81
34. Trier	153 029	59 833	791 630	1 004 492	5 554	1 248	12 953	19 755	36,29	20,86	16,36	19,67
35. Aachen	155 635	118 634	419 341	693 610	6 629	3 870	5 641	16 140	42,59	32,62	13,45	23,27
36. Sigmaringen	—	10 457	61 539	71 996	—	233	626	859	—	22,25	10,17	11,93

Die prozentalen Anteile der Stadtkreise, kreisangehörigen Städte und Landgemeinden an den gesamten Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 im Staate sowie in den Provinzen und Regierungsbezirken.

(Tab. 3.)						
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	v. H. der Bevölkerung nach der Personenstands-aufnahme für das Steuerjahr 1912 entfielen auf die			v. H. sämtlicher Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 entfielen auf die		
	Stadt-kreise	kreis-angeh. Städte	Land-ge-mein-den	Stadt-kreise	kreis-angeh. Städte	Land-ge-mein-den
1	2	3	4	5	6	7
A. Staat	33,26	16,96	49,78	55,22	15,71	29,07
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen	20,23	17,66	62,11	46,88	21,01	32,11
II. Westpreußen	21,44	19,24	59,32	40,38	24,43	35,19
III. Stadtkreis Berlin . . .	100,00	—	—	100,00	—	—
IV. Brandenburg	35,51	17,75	46,74	48,83	13,49	37,68
V. Pommern	24,72	30,09	45,18	46,69	31,65	21,66
VI. Posen	12,86	29,71	57,43	40,02	40,11	19,87
VII. Schlesien	22,61	15,33	62,06	45,86	17,30	36,84
VIII. Sachsen	29,42	22,01	48,57	49,97	21,92	28,22
IX. Schleswig-Holstein . . .	34,00	17,07	48,93	48,33	16,72	34,95
X. Hannover	23,40	17,10	59,50	39,59	19,44	40,97
XI. Westfalen	28,05	16,84	55,11	39,53	17,76	42,71
XII. Hessen-Nassau	32,83	16,90	50,27	65,01	16,65	18,34
XIII. Rheinprovinz	41,31	14,21	44,48	59,24	13,44	27,32
XIV. Hohenzoll. Lande . . .	—	14,52	85,48	—	27,10	72,90
C. Regierungsbezirke.						
1. Königsberg	33,40	20,41	46,19	62,42	17,55	20,02
2. Gumbinnen	13,55	10,79	75,66	30,64	16,79	52,57
3. Allenstein	7,17	20,92	71,91	14,24	39,68	46,07
4. Danzig	33,63	13,41	52,96	54,28	16,37	29,36
5. Marienwerder	11,04	24,22	64,75	20,79	35,79	43,41
6. Potsdam	41,51	14,34	44,15	50,52	9,85	39,63
7. Frankfurt	20,50	26,28	53,22	39,73	33,13	27,13
8. Stettin	35,62	23,95	40,44	60,28	20,65	19,07
9. Köslin	7,56	36,02	56,41	15,68	56,05	28,27
10. Stralsund	21,43	42,69	35,88	29,33	47,03	23,63
11. Posen	14,74	27,79	57,48	48,56	33,58	17,86
12. Bromberg	9,54	33,11	57,35	26,21	50,68	23,11
13. Breslau	34,25	14,99	50,76	63,42	12,72	23,86
14. Liegnitz	13,99	25,05	60,96	26,69	35,52	37,79
15. Oppeln	17,50	10,38	72,12	35,42	13,26	51,32
16. Magdeburg	34,40	21,91	43,69	52,51	20,81	26,68
17. Merseburg	21,72	24,84	53,43	40,53	26,05	33,42
18. Erfurt	36,41	15,55	48,04	63,68	15,61	20,70
19. Schleswig	34,00	17,07	48,93	48,33	16,72	34,95
20. Hannover	51,13	10,85	38,03	70,11	9,12	20,77
21. Hildesheim	16,66	25,67	57,67	28,56	23,47	42,96
22. Lüneburg	21,97	9,24	68,79	36,45	11,20	52,36
23. Stade	—	25,71	74,29	—	35,24	64,76
24. Osnabrück	17,68	13,21	69,10	36,90	17,74	45,36
25. Aurich	8,60	24,38	67,01	15,22	37,28	47,50
26. Münster	20,55	15,99	63,46	28,29	16,27	55,43
27. Minden	15,14	21,00	63,86	29,04	28,56	42,39
28. Arnberg	35,09	15,94	48,97	45,32	16,09	38,39
29. Cassel	19,37	19,88	60,75	40,89	24,63	34,47
30. Wiesbaden	43,64	14,50	41,85	74,26	13,59	12,15
31. Coblenz	7,74	20,33	71,93	14,33	33,71	51,96
32. Düsseldorf	55,15	17,08	27,77	67,55	13,43	19,02
33. Köln	54,01	7,77	38,22	71,95	6,50	21,55
34. Trier	15,23	5,96	78,81	28,12	6,32	65,57
35. Aachen	22,44	17,10	60,46	41,07	23,98	34,95
36. Sigmaringen	—	14,52	85,48	—	27,10	72,90

Die Anteile der Stadtkreise, kreisangehörigen Städte und Landgemeinden am Tausend der Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1911 im Staate, innerhalb sämtlicher Provinzen und innerhalb sämtlicher Regierungsbezirke.

(Tab. 4.)						
Staat. Provinzen. Regierungsbezirke.	Vom Tausend der Bevölkerung nach der Personenstands-aufnahme für das Steuerjahr 1912 entfielen auf die			Von 1 000 M. sämtlicher Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 entfielen auf die		
	Stadt-kreise	kreis-angeh. Städte	Land-ge-mein-den	Stadt-kreise M.	kreis-angeh. Städte M.	Land-ge-mein-den M.
1	2	3	4	5	6	7
A. Staat	332,60	169,63	497,77	552,23	157,11	290,66
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen	9,22	8,04	28,30	13,79	6,18	9,45
II. Westpreußen	8,24	7,40	22,81	10,18	6,16	8,87
III. Stadtkreis Berlin . . .	53,08	—	—	106,05	—	—
IV. Brandenburg	36,20	18,09	47,65	57,21	15,80	44,14
V. Pommern	8,81	10,72	16,10	11,92	8,08	5,53
VI. Posen	5,78	13,35	25,80	8,04	8,06	3,99
VII. Schlesien	28,51	19,33	78,25	40,30	15,20	32,38
VIII. Sachsen	22,96	17,18	37,91	34,48	15,16	19,51
IX. Schleswig-Holstein . . .	13,77	6,91	19,81	22,92	7,93	16,57
X. Hannover	17,80	13,01	45,26	25,65	12,60	26,54
XI. Westfalen	30,88	18,54	60,68	45,64	20,51	49,31
XII. Hessen-Nassau	19,28	9,93	29,34	41,95	10,74	11,83
XIII. Rheinprovinz	78,08	26,85	84,05	134,09	30,43	61,83
XIV. Hohenzollern. Lande . .	—	0,27	1,61	—	0,26	0,70
C. Regierungsbezirke.						
1. Königsberg	6,46	3,95	8,94	10,95	3,08	3,51
2. Gumbinnen	1,86	1,48	10,36	2,16	1,18	3,71
3. Allenstein	0,90	2,62	9,00	0,89	1,92	2,23
4. Danzig	5,95	2,37	9,37	8,01	2,41	4,33
5. Marienwerder	2,29	5,03	13,44	2,18	3,74	4,54
6. Potsdam	30,23	10,44	32,15	49,93	9,74	39,17
7. Frankfurt	5,97	7,66	15,50	7,27	6,06	4,97
8. Stettin	7,04	4,73	7,99	10,16	3,48	3,21
9. Köslin	0,89	4,23	6,63	0,90	3,21	1,62
10. Stralsund	0,88	1,75	1,47	0,87	1,39	0,70
11. Posen	4,23	7,97	16,49	6,03	4,17	2,22
12. Bromberg	1,55	5,38	9,32	2,01	3,89	1,78
13. Breslau	15,23	6,66	22,57	24,11	4,84	9,07
14. Liegnitz	4,00	7,16	17,42	4,50	5,98	6,37
15. Oppeln	9,29	5,51	38,26	11,69	4,38	16,94
16. Magdeburg	10,77	6,86	13,68	16,97	6,72	8,62
17. Merseburg	7,13	8,16	17,55	10,40	6,69	8,58
18. Erfurt	5,06	2,16	6,68	7,12	1,74	2,81
19. Schleswig	13,77	6,91	19,81	22,92	7,93	16,57
20. Hannover	9,95	2,11	7,40	14,44	1,88	4,28
21. Hildesheim	2,39	3,68	8,27	3,66	3,65	5,80
22. Lüneburg	3,11	1,31	9,72	4,56	1,40	6,55
23. Stade	—	2,87	8,30	—	2,81	5,16
24. Osnabrück	1,73	1,29	6,77	2,27	1,09	2,80
25. Aurich	0,61	1,74	4,78	0,72	1,77	2,25
26. Münster	5,51	4,28	17,00	7,28	4,18	14,26
27. Minden	2,93	4,06	12,34	4,89	4,31	6,40
28. Arnberg	22,45	10,20	31,33	33,98	12,01	28,65
29. Cassel	5,07	5,21	15,91	7,31	4,40	6,16
30. Wiesbaden	14,21	4,72	13,63	34,64	6,34	5,67
31. Coblenz	1,53	4,02	14,23	1,97	4,64	7,15
32. Düsseldorf	50,17	15,54	25,26	86,43	17,19	24,34
33. Köln	18,32	2,64	12,96	32,11	2,90	9,62
34. Trier	3,99	1,56	20,66	6,19	1,39	14,44
35. Aachen	4,06	3,10	10,95	7,39	4,31	6,29
36. Sigmaringen	—	0,27	1,61	—	0,26	0,70

Die Anteile der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke am Tausend der Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1911 in den Stadtkreisen, den kreisangehörigen Städten, den Landgemeinden und den Gemeinden überhaupt.

(Tab. 5.) Es entfielen								
auf die Provinz bezw. den Regierungsbezirk	vom Tausend der nach der Personenstands- aufnahme für das Steuerjahr 1912 festgestellten Bevölkerung				von 1000 M der im Rechnungsjahre 1911 aufgekommenen Gemeindesteuern			
	der Stadt- kreise	der kreis- ange- hörigen Städte	der Land- ge- meinden	der Städte und Landge- meinden zusammen	der Stadt- kreise <i>M</i>	der kreis- ange- hörigen Städte <i>M</i>	der Land- ge- meinden <i>M</i>	der Städte und Landge- meinden zusammen <i>M</i>
i	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Provinzen.								
I. Ostpreußen	27,71	47,42	56,85	45,56	24,98	39,35	32,51	29,43
II. Westpreußen	24,78	43,62	45,83	38,45	18,44	39,20	30,52	25,21
III. Stadtkreis Berlin	159,58	—	—	53,08	192,04	—	—	106,05
IV. Brandenburg	108,83	106,87	95,73	101,94	103,59	100,58	151,86	117,15
V. Pommern	26,48	63,20	32,84	35,63	21,59	51,44	19,03	25,54
VI. Posen	17,37	78,70	51,84	44,93	14,56	51,81	13,74	20,10
VII. Schlesien	85,73	113,95	157,21	126,10	72,97	96,75	111,39	87,87
VIII. Sachsen	69,04	101,26	76,16	78,04	62,45	96,47	67,14	69,15
IX. Schleswig-Holstein	41,39	40,75	39,81	40,50	41,50	50,47	57,00	47,41
X. Hannover	53,50	76,69	90,92	76,06	46,45	80,18	91,32	64,79
XI. Westfalen	92,86	109,29	121,90	110,10	82,65	130,52	169,65	115,46
XII. Hessen-Nassau	57,98	58,53	59,34	58,75	75,97	68,37	40,72	64,53
XIII. Rheinprovinz	234,74	158,80	168,86	188,98	242,82	193,70	212,73	226,36
XIV. Hohenzollernsche Lande	—	1,61	3,23	1,88	—	1,65	2,40	0,96
B. Regierungsbezirke.								
1. Königsberg	19,43	23,28	17,95	19,36	19,82	19,59	12,08	17,58
2. Gumbinnen	5,58	8,71	20,81	13,69	3,91	7,83	12,75	7,05
3. Allenstein	2,70	15,44	18,08	12,52	1,25	12,23	7,68	4,84
4. Danzig	17,89	14,00	18,83	17,70	14,50	15,36	14,90	14,74
5. Marienwerder	6,99	29,68	27,00	20,75	3,94	23,84	15,63	10,46
6. Potsdam	90,88	61,53	64,58	72,81	90,42	61,98	134,77	98,85
7. Frankfurt	17,96	45,14	31,15	29,13	13,17	38,60	17,09	18,30
8. Stettin	21,16	27,90	16,06	19,76	18,39	22,14	11,06	16,86
9. Köslin	2,67	24,97	13,32	11,76	1,63	20,46	5,58	5,74
10. Stralsund	2,65	10,34	2,96	4,11	1,57	8,84	2,40	2,95
11. Posen	12,71	46,98	33,12	28,68	10,92	26,54	7,63	12,42
12. Bromberg	4,66	31,72	18,72	16,25	3,64	24,78	6,11	7,68
13. Breslau	45,78	39,28	45,34	44,46	43,65	30,78	31,20	38,01
14. Liegnitz	12,02	42,21	35,00	28,58	8,14	38,09	21,90	16,85
15. Oppeln	27,92	32,47	76,87	53,06	21,17	27,87	58,28	33,01
16. Magdeburg	32,88	40,44	27,48	31,31	30,72	42,80	29,66	32,31
17. Merseburg	21,44	48,06	35,26	32,84	18,84	42,56	29,51	25,67
18. Erfurt	15,21	12,74	13,42	13,90	12,89	11,11	7,96	11,17
19. Schleswig	41,39	40,75	39,81	40,50	41,50	50,47	57,00	47,41
20. Hannover	29,92	12,45	14,87	19,47	26,14	11,95	14,71	20,59
21. Hildesheim	7,18	21,71	16,62	14,34	6,62	23,20	18,92	12,80
22. Lüneburg	9,84	7,70	19,54	14,14	8,26	8,92	22,55	12,52
23. Stade	—	16,94	16,68	11,18	—	17,98	17,76	7,97
24. Osnabrück	5,21	7,63	13,60	9,80	4,12	6,96	9,62	6,16
25. Aurich	1,85	10,26	9,61	7,14	1,31	11,27	7,76	4,75
26. Münster	16,55	25,25	34,16	26,79	13,18	26,63	49,04	25,72
27. Minden	8,90	23,92	24,80	19,33	7,94	27,46	22,08	15,10
28. Arnberg	67,51	60,11	62,94	63,98	61,53	76,43	98,58	74,64
29. Cassel	15,25	30,69	31,96	26,18	13,24	28,04	21,21	17,88
30. Wiesbaden	42,73	27,84	27,38	32,56	62,73	40,34	19,51	46,65
31. Coblenz	4,60	23,69	28,56	19,77	3,57	29,53	24,60	13,76
32. Düsseldorf	150,85	91,61	50,75	90,97	156,50	109,39	83,73	127,95
33. Köln	55,07	15,53	26,04	33,91	58,15	18,47	33,09	44,63
34. Trier	12,01	9,21	41,51	26,22	11,21	8,86	49,68	22,02
35. Aachen	12,21	18,28	21,99	18,11	13,38	27,46	21,64	17,99
36. Sigmaringen	—	1,61	3,23	1,88	—	1,65	2,40	0,96

Die Belastung der preußischen Stadt- und Landgemeinden durch die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 im Staate sowie in den Provinzen und Regierungsbezirken.

(Tab. 6.)						
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Ein- wohner M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M (Sp. 4 : Sp. 3)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4 : Sp. 3)	Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M (Sp. 6 : Sp. 3)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6 : Sp. 3)
1	2	3	4	5	6	7
A. Staat	a 1 277 b 36 172 c 37 449	17,22 6,90 12,08	29,78 12,74 21,30	1,73 1,85 1,76	33,07 13,67 23,41	1,92 1,98 1,94
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen . .	a 67 b 4 996 c 5 063	10,12 3,21 5,83	24,16 7,55 13,84	2,39 2,35 2,37	27,10 7,82 15,12	2,68 2,44 2,59
II. Westpreußen .	a 57 b 2 047 c 2 104	9,34 3,37 5,80	22,28 8,78 14,27	2,39 2,61 2,46	24,46 9,11 15,35	2,62 2,70 2,65
III. Stadtkr. Berlin	a 1	32,27	41,83	1,30	46,78	1,45
IV. Brandenburg (ohne Berlin) .	a 142 b 3 093 c 3 235	18,93 11,71 15,55	27,57 18,60 23,38	1,46 1,59 1,50	31,49 21,69 26,91	1,66 1,85 1,73
V. Pommern . . .	a 73 b 2 092 c 2 165	10,81 4,82 8,11	22,25 7,78 15,71	2,06 1,61 1,94	23,98 8,05 16,78	2,22 1,67 2,07
VI. Posen	a 129 b 3 142 c 3 271	9,11 2,80 5,49	17,99 3,51 9,67	1,97 1,25 1,76	19,71 3,62 10,47	2,16 1,29 1,91
VII. Schlesien . .	a 150 b 5 057 c 5 207	13,27 4,87 8,06	24,90 9,19 15,15	1,88 1,89 1,88	27,16 9,69 16,32	2,05 1,99 2,02
VIII. Sachsen . . .	a 142 b 2 946 c 3 088	14,38 8,11 11,33	26,49 11,43 19,18	1,84 1,41 1,69	28,96 12,05 20,75	2,01 1,49 1,83
IX. Schlesw.-Hol- stein	a 56 b 1 936 c 1 992	14,07 9,89 12,02	31,46 18,13 24,94	2,24 1,83 2,07	34,92 19,58 27,41	2,48 1,98 2,28
X. Hannover . . .	a 113 b 3 995 c 4 108	15,04 7,65 10,64	26,22 13,28 18,52	1,74 1,74 1,74	29,07 13,73 19,94	1,93 1,79 1,87
XI. Westfalen . .	a 109 b 1 461 c 1 570	12,85 7,42 9,86	28,84 18,00 22,87	2,24 2,43 2,32	31,34 19,03 24,55	2,44 2,56 2,49
XII. Hessen-Nassau.	a 103 b 2 203 c 2 306	26,32 5,91 16,06	37,35 8,52 22,86	1,42 1,44 1,42	42,24 9,38 25,72	1,60 1,59 1,60
XIII. Rheinprovinz .	a 133 b 3 082 c 3 215	17,42 8,25 13,34	32,99 16,08 25,47	1,89 1,95 1,91	36,71 17,22 28,06	2,11 2,09 2,10
XIV. Hohenz. Lande	a 2 b 122 c 124	12,73 6,47 7,38	20,50 9,78 11,34	1,61 1,51 1,54	22,25 10,17 11,93	1,75 1,57 1,62
C. Regierungs- bezirke.						
1. Königsberg . . .	a 33 b 1 588 c 1 621	11,64 3,90 8,06	27,88 8,83 19,08	2,40 2,26 2,37	31,54 9,20 21,22	2,71 2,36 2,63
2. Gumbinnen . . .	a 11 b 2 222 c 2 233	8,96 3,55 4,87	21,57 8,15 11,42	2,41 2,30 2,34	23,48 8,37 12,05	2,62 2,36 2,47
3. Allenstein . . .	a 23 b 1 186 c 1 209	6,75 2,12 3,42	15,58 5,60 8,41	2,31 2,64 2,46	17,39 5,81 9,06	2,58 2,74 2,65
4. Danzig	a 13 b 769 c 782	11,02 3,86 7,23	26,62 10,43 18,04	2,42 2,70 2,50	29,30 10,82 19,51	2,66 2,80 2,70

(Noch: Tab. 6.)						
Regierungs- bezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Ein- wohner M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M (Sp. 4 : Sp. 3)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4 : Sp. 3)	Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M (Sp. 6 : Sp. 3)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6 : Sp. 3)
1	2	3	4	5	6	7
Noch: C. Regierungs- bezirke.						
5. Marienwerder . .	a 44 b 1 278 c 1 322	7,43 3,03 4,58	17,33 7,64 11,05	2,33 2,32 2,41	18,96 7,91 11,80	2,55 2,61 2,58
6. Potsdam	a 77 b 1 472 c 1 549	21,59 14,91 18,64	29,74 24,08 27,24	1,88 1,62 1,46	34,36 28,53 31,79	1,59 1,91 1,71
7. Frankfurt	a 65 b 1 621 c 1 686	10,98 5,07 7,84	21,11 7,24 13,73	1,92 1,43 1,75	22,91 7,50 14,71	2,09 1,48 1,88
8. Stettin	a 36 b 976 c 1 012	12,32 5,91 9,73	25,16 9,06 18,65	2,04 1,53 1,92	27,12 9,41 19,96	2,20 1,59 2,05
9. Köslin	a 23 b 922 c 945	8,08 3,18 5,32	17,54 5,61 10,81	2,17 1,76 2,08	18,90 5,72 11,42	2,33 1,80 2,15
10. Stralsund	a 14 b 194 c 208	9,33 6,25 8,22	18,40 10,88 15,59	1,97 1,69 1,90	20,04 11,08 16,83	2,15 1,77 2,05
11. Posen	a 84 b 1 951 c 2 035	9,34 2,47 5,39	17,94 3,07 9,39	1,92 1,24 1,74	19,58 3,15 10,14	2,10 1,88 1,88
12. Bromberg	a 45 b 1 191 c 1 236	8,71 3,38 5,66	18,09 4,29 10,17	2,08 1,27 1,80	19,95 4,46 11,07	2,29 1,82 1,96
13. Breslau	a 55 b 2 076 c 2 131	15,87 5,43 10,57	28,20 8,92 18,41	1,78 1,64 1,74	30,96 9,41 20,02	1,95 1,73 1,89
14. Liegnitz	a 49 b 1 504 c 1 553	12,37 5,12 7,96	20,18 7,90 12,69	1,63 1,54 1,60	21,99 8,56 13,80	1,78 1,67 1,74
15. Oppeln	a 46 b 1 477 c 1 523	10,11 4,43 6,02	23,57 9,93 13,74	2,33 2,24 2,28	25,44 10,37 14,57	2,52 2,34 2,42
16. Magdeburg	a 48 b 967 c 1 015	15,40 9,47 12,81	29,11 14,20 22,60	1,89 1,50 1,76	31,47 14,76 24,17	2,04 1,56 1,89
17. Merseburg	a 71 b 1 573 c 1 644	13,17 8,04 10,43	23,88 10,80 16,89	1,81 1,34 1,62	26,17 11,44 18,80	1,99 1,42 1,75
18. Erfurt	a 23 b 406 c 429	14,41 5,48 10,12	25,61 7,43 16,88	1,78 1,36 1,67	28,73 8,11 18,82	1,99 1,48 1,86
19. Schleswig	a 56 b 1 936 c 1 992	14,07 9,99 12,02	31,46 18,13 24,94	2,24 1,83 2,07	34,92 19,58 27,41	2,48 1,98 2,28
20. Hannover	a 33 b 539 c 572	18,82 7,24 14,11	28,17 13,06 22,43	1,54 1,80 1,59	31,66 13,53 24,76	1,73 1,87 1,75
21. Hildesheim	a 30 b 601 c 631	13,09 9,31 10,91	25,19 15,17 19,41	1,92 1,63 1,78	28,16 15,57 20,90	2,15 1,67 1,92
22. Lüneburg	a 15 b 1 315 c 1 330	15,64 8,07 10,43	28,98 15,00 19,37	1,85 1,86 1,86	31,65 15,78 20,73	2,02 1,96 1,99
23. Stade	a 14 b 691 c 705	11,09 7,71 8,58	21,55 14,19 16,08	1,94 1,84 1,87	22,88 14,55 16,69	2,06 1,89 1,95
24. Osnabrück	a 14 b 534 c 548	12,22 5,09 7,29	23,90 9,53 13,97	1,96 1,87 1,92	26,04 9,67 14,73	2,13 1,90 2,02

Noch: Die Belastung der preussischen Stadt- und Landgemeinden durch die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 im Staate sowie in den Provinzen und Regierungsbezirken.

Regierungs- bezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemein- den zu- sammen	das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Ein- wohner M (Steuer- stärken)	der direkten Gemeinde- steuern		der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4 : Sp. 3)	Ist- betrag auf 1 Ein- wohner M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6 : Sp. 3)
1	2	3	4	5	6	7
Noch: C. Regierungs- bezirke.						
25. Aurich	a	7	10,59	22,37	2,11	24,80
	b	315	8,11	10,56	1,30	11,05
	c	322	8,93	14,46	1,63	15,59
26. Münster	a	29	11,31	25,43	2,25	27,41
	b	245	7,53	18,49	2,46	19,63
	c	274	8,92	21,02	2,36	22,47
27. Minden	a	29	13,77	27,59	2,00	29,17
	b	458	5,35	11,33	2,21	12,15
	c	487	8,39	17,52	2,09	18,30
28. Arnberg	a	51	13,11	30,13	2,30	32,98
	b	758	8,18	20,17	2,47	21,41
	c	809	10,70	25,35	2,36	27,32
29. Cassel	a	64	15,35	23,78	1,55	26,70
	b	1 323	5,70	8,07	1,42	9,07
	c	1 387	9,49	14,23	1,50	15,99
30. Wiesbaden	a	39	32,37	44,71	1,39	50,67
	b	880	6,17	9,06	1,47	9,74
	c	919	21,34	29,79	1,40	33,54
31. Coblenz	a	26	15,09	25,24	1,87	27,90
	b	1 012	5,97	11,16	1,87	11,77
	c	1 038	8,55	15,11	1,77	16,30
32. Düsseldorf	a	64	16,51	33,22	2,01	36,92
	b	325	10,84	20,76	1,92	22,56
	c	389	14,94	29,76	1,99	32,93
33. Cöln	a	15	21,15	34,73	1,64	39,13
	b	271	9,12	15,33	1,74	17,37
	c	286	16,55	27,51	1,66	30,81
34. Trier	a	13	14,34	27,96	1,96	31,96
	b	1 101	6,56	15,58	2,38	16,36
	c	1 114	8,21	18,20	2,22	19,67
35. Aachen	a	15	19,04	35,62	1,87	38,28
	b	373	7,35	12,93	1,76	13,45
	c	388	11,97	21,91	1,83	23,27
36. Sigmaringen	a	2	12,73	20,50	1,61	22,35
	b	122	6,47	9,78	1,51	10,17
	c	124	7,38	11,34	1,54	11,93

waren die Anteile dieser Gemeindeklasse am Steueraufkommen aller Gemeinden ihres Verwaltungsbereiches in den Regierungsbezirken Köslin, Aurich, Coblenz und Allenstein am niedrigsten, schwankend zwischen 16 und 14 %. In diesen vier Bezirken war auch der Bevölkerungsanteil der Stadtkreise an der Einwohnerzahl ihrer Gemeinden überhaupt am kleinsten; er bewegte sich zwischen 7 und 9 v. H. Die Anteile der kreisangehörigen Städte am gesamten Aufkommen der Gemeindesteuern waren mit 9,85 bzw. 9,12, 6,50 und 6,32 % in den Regierungsbezirken Potsdam, Hannover, Cöln und Trier am geringsten; die drei letztgenannten Bezirke zeichneten sich auch durch entsprechend niedrige Bevölkerungsanteile ihrer kreisangehörigen Städte aus (10,85 bzw. 7,77 und 5,96 v. H.). Die Landgemeinden schließlich zeigten mit 19,07 bzw. 19,02, 17,86 und 12,15 % in den Regierungsbezirken Stettin, Düsseldorf, Posen und Wiesbaden die kleinsten Anteile an den gesamten Gemeindesteuern. Sie blieben, mit Ausnahme des Düsseldorfer Bezirkes, sehr beträchtlich hinter ihren Bevölkerungsanteilen zurück.

Wir sahen oben, daß drei von diesen Regierungsbezirken, nämlich Stettin, Wiesbaden und Düsseldorf, durch besonders hohe Anteile ihrer Stadtkreise am gesamten Gemeindesteuer-aufkommen auffielen.

In keinem Regierungsbezirk erreichte die von ihren Stadtkreisen erzielte Steuersumme die der Reichshauptstadt in Höhe von 95,13 Mill. M. Am nächsten kamen ihr die Stadtkreise des Regierungsbezirkes Düsseldorf mit zusammen 77,52 Mill. M. In großem Abstände folgten Potsdam, Wiesbaden, Arnberg und Cöln mit rund 45, 31, 30 und 29 Mill. M. Mehr als 10 Millionen brachten sonst nur noch die Stadtkreise der Regierungsbezirke Breslau (21,63), Schleswig (20,56), Magdeburg (15,32), Hannover (12,96) und Oppeln (10,49 Mill. M.) auf. Die geringsten Beträge entfielen mit 807 000, 777 000, 649 000 und 619 000 M auf die Regierungsbezirke Köslin, Stralsund, Aurich und Allenstein. Der Steuerertrag der Landgemeinden war in allen Regierungsbezirken, mit Ausnahme der pommerschen und posenschen sowie der Bezirke Frankfurt und Wiesbaden, höher als der der kreisangehörigen Städte. Die drei durch zahlreiche, stark bevölkerte Landgemeinden in Industriegebieten ausgezeichneten Regierungsbezirke Potsdam, Arnberg und Düsseldorf wiesen die höchsten Steuererträge auf; sie beliefen sich auf 35,14 bzw. 25,70 und 21,83 Mill. M. In dem ebenfalls industriereichen Regierungsbezirk Oppeln belief sich das Steueraufkommen seiner Landgemeinden auch noch auf 15,20 Mill., desgleichen in den Regierungsbezirken Schleswig, Trier und Münster auf 14,86 bzw. 12,95 und 12,79 Mill. M. Sonst erreichte die Steuersumme der Landgemeinden in keinem anderen Regierungsbezirke die Summe von 10 Mill. M., bei der Hälfte sämtlicher Bezirke sogar noch nicht 5 Millionen. Am geringsten war das entsprechende Aufkommen mit je 626 000 M in Stralsund und Sigmaringen, demnächst in Köslin (1,45), Bromberg (1,59) und Posen (1,99 Mill. M.). Die kreisangehörigen Städte zeichneten sich nur in den beiden industriereichen Bezirken Düsseldorf und Arnberg durch vergleichsweise hohe Steuererträge aus; sie beliefen sich hier auf 15,42 und 10,77 Mill. M. Sonst überstieg das Steueraufkommen nur noch in wenigen Regierungsbezirken den Betrag von 5 Mill. M., nämlich in Potsdam (8,74), Schleswig (7,11), Magdeburg (6,03), Merseburg (6,00), Wiesbaden (5,88), Frankfurt (5,44) und Liegnitz (5,37 Mill. M.). Am niedrigsten war der Steuerertrag in den Regierungsbezirken, deren kreisangehörige Städte die geringste Bevölkerungszahl aufwiesen, ohne daß sich jedoch für die Steuer- und Bevölkerungsanteile die gleiche Reihenfolge ergab; es handelte sich um die Bezirke Lüneburg (1,26), Trier (1,25), Stralsund (1,25), Gumbinnen (1,06), Osnabrück (0,98) und Sigmaringen (0,23 Mill. M.).

In der Tabelle 4 auf Seite 159 sind die Anteile der Stadtkreise, kreisangehörigen Städte und Landgemeinden jeder Provinz und jedes Regierungsbezirks am Tausend der im gesamten Staatsgebiete aufgekommene Gemeindesteuern nachgewiesen, und zur Vergleichung sind die sich bei entsprechender Verteilung ergebenden Bevölkerungsanteile für jede Gemeindegruppe angegeben. Die Zahlen lassen erkennen, daß im Gegensatz zu den kreisangehörigen Städten, bei denen sich Steuer- und Bevölkerungsanteile nicht allzuweit voneinander entfernen, die Steuersummen der Stadtkreise in einigen Bezirken weit über den ihnen nach ihrer Bevölkerungsziffer zustehenden Anteil hinausgingen, während die Steueranteile der Landgemeinden in den meisten Regierungsbezirken erheblich dahinter zurückblieben.

Aus der auf Seite 160 abgedruckten Tabelle 5 sind die auf die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke entfallenden Promille-Anteile am gesamten Steuerertrage der Stadtkreise, der kreisangehörigen Städte, der Landgemeinden sowie der Gemeinden überhaupt zu ersehen, und dabei sind

wieder die entsprechenden Bevölkerungsanteile der einzelnen Verwaltungsbezirke mit angegeben. Da ergibt sich, daß nur in 3 Provinzen und 6 Regierungsbezirken sowie in dem Stadtkreise Berlin die Steueranteile der Stadtkreise höher waren als ihre entsprechenden Bevölkerungsanteile, während in allen übrigen Landesteilen erstere hinter letzteren zurückblieben. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf den Einfluß des hohen Berliner Steueranteils, demnächst auf den der Stadtkreise des Regierungsbezirkes Wiesbaden zurückzuführen, die weit über den ihnen nach der Höhe ihrer Einwohnerzahl zustehenden Anteil hinausgingen. Bei den kreisangehörigen Städten dominierten, allerdings in geringerem Grade, die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen; außer bei ihnen war auch in Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Hannover und den Hohenzollernschen Landen der Steueranteil höher als ihr Bevölkerungsanteil, desgleichen in 17 Regierungsbezirken und von ihnen besonders bei Düsseldorf, Arnberg, Wiesbaden, Schleswig und Aachen. Bei den Landgemeinden übertrafen die Steueranteile der Provinzen Brandenburg, Westfalen und der Rheinprovinz ihre Bevölkerungsanteile wieder sehr bedeutend, desgleichen, jedoch in geringerem Grade, auch in Schleswig-Holstein; von den Regierungsbezirken zeigte vor allen Potsdam ein starkes Mißverhältnis zwischen Steuer- und Bevölkerungsanteil seiner Landgemeinden zugunsten des ersteren, demnächst Arnberg, Düsseldorf und in dritter Linie Schleswig, Münster, Trier und Cöln. Ein geringfügiges Plus hatten auch die Steueranteile der Landgemeinden der Regierungsbezirke Magdeburg, Hildesheim, Lüneburg und Stade zu verzeichnen.

In den letzten Spalten der Tabelle 2 sind die in den einzelnen Provinzen und Regierungsbezirken auf die Stadtkreise, die kreisangehörigen Städte, die Landgemeinden und die Gemeinden zusammen entfallenden Gemeindesteuern auf 1 Einwohner nachgewiesen. Daß die Berechnungen von Steuerbeträgen usw. auf den Kopf der Bevölkerung einen nur unvollkommenen Maßstab für Vergleichungszwecke bieten, ist vom Verfasser schon wiederholt in früheren Arbeiten dieser „Zeitschrift“ und an anderer Stelle betont worden. Der Hauptmangel, der diesen Zahlen anhaftet, liegt darin, daß bei ihnen die Leistungsfähigkeit der betreffenden Gemeinden usw. keine Berücksichtigung findet. Sie bedürfen daher einer entsprechenden Ergänzung, und diese liefern uns die in der Spalte 4 der Haupttabelle 1 nachgewiesenen Beträge des Prinzipalsolls der direkten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung. Diese Angaben bilden einen geeigneten Maßstab für die Beurteilung der Steuerkraft der Gemeinden in den einzelnen Landesteilen; sie müssen auch bei einer Vergleichung der verschiedenartigen Belastung der einzelnen Landesteile durch die Gemeindesteuern, wie sie in den Kopfbeträgen zum Ausdruck kommt, gebührend berücksichtigt werden. Aus der Tabelle 2 ergibt sich nun, daß, wenn man vom Stadtkreise Berlin absieht, die Belastung durch Gemeindesteuern auf 1 Einwohner in der Rheinprovinz mit 28,05 \mathcal{M} am höchsten gewesen ist, während dann Schleswig-Holstein (27,41), Brandenburg (26,91), Hessen-Nassau (25,72) und Westfalen (24,55 \mathcal{M}) folgten. Die vier erstgenannten Provinzen sind auch die steuerkräftigsten gewesen, nur daß Hessen-Nassau mit einem Prinzipalsteuersoll seiner Gemeinden von 16,06 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung an erster Stelle stand und hierauf mit rund 16, 13 und 12 \mathcal{M} Brandenburg, die Rheinprovinz und Schleswig-Holstein folgten. Die Provinz Westfalen wurde an Steuerkraft (9,86 \mathcal{M}) noch von Sachsen (11,33) und Hannover (10,64 \mathcal{M}) übertroffen, deren Gemeindesteuern nur 20,75 bzw. 19,94 \mathcal{M} auf 1 Einwohner ausmachten. Schlesien und Pommern, die ziemlich gleich steuerkräftig waren, zeigten auch in den Kopfbeträgen ihrer Gemeindesteuern einen nur geringen Unterschied

(16,33 : 16,78 \mathcal{M}). Die Hohenzollernschen Lande, die mit einem Prinzipalsteuersoll ihrer Gemeinden von 7,38 \mathcal{M} auf den Kopf an zehnter Stelle standen, nahmen hinsichtlich ihres Kopfbetrages an Gemeindesteuern erst den vorletzten Platz ein; die Provinzen West- und Ostpreußen übertrafen ihn noch um mehr als 3 \mathcal{M} . An letzter Stelle stand sowohl bezüglich ihrer Steuerkraft als auch hinsichtlich ihrer steuerlichen Kopfbelastung die Provinz Posen.

Die Vergleichung der Kopfbeträge vom Prinzipalsteuersoll und vom Gemeindesteuerertrage gibt nur an, ob die Belastung der betreffenden Gemeindegruppe durch ihre Gemeindesteuern im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft hoch, normal oder niedrig gewesen ist. Über das Verhältnis der steuerlichen Belastung der Gemeindegruppen zueinander erhalten wir dadurch noch keinen Aufschluß; und gerade diese Frage ist von besonderer Wichtigkeit. Doch auch zu ihrer Beantwortung genügen die beiden zur Verfügung stehenden Angaben, wenn man sie in die richtige Beziehung zueinander bringt. Um den Gebrauch der in Betracht kommenden Zahlen zu erleichtern und sie allgemein verständlich zu machen, bringen wir die bereits in einem früheren Aufsatz dieser „Zeitschrift“¹⁾ in Vorschlag gebrachte Terminologie wieder zur Anwendung. Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuersoll der direkten Steuern im Betrage von 1 \mathcal{M} nennen wir eine „Steuerstärke“. Wieviel Mark das Prinzipalsteuersoll auf den Kopf der Bevölkerung in einer Gemeinde ausmacht, so viel Steuerstärken besitzt sie also. Das Verhältnis der steuerlichen Belastung einer Gemeinde zu ihrer Steuerkraft findet man durch folgende Rechnung: man dividiert den Kopfbetrag der von der Gemeinde erhobenen Steuern durch die Anzahl ihrer Steuerstärken. Den sich ergebenden Quotienten nennen wir die „Belastungsziffer“. In der Belastungsziffer drückt sich also aus, ein Wievielfaches der Steuerstärke in dem Kopfbetrage der Gemeindesteuern enthalten ist. Bezeichnen wir die Steuerstärke mit SS, den Kopfbetrag an Gemeindesteuern mit KB und die Belastungsziffer mit BZ, so erhalten wir die Formel $BZ = \frac{KB}{SS}$.

Da nun die Höhe der Belastungsziffer von zwei Faktoren abhängt, nämlich von der Anzahl der Steuerstärken und dem Kopfbetrage der Gemeindesteuern, so empfiehlt es sich, die drei Zahlen nebeneinander zu betrachten, weil man alsdann aus den Angaben über die Steuerstärke und die Höhe des Kopfbetrages ohne weiteres den Grund für die Höhe oder Geringfügigkeit der Belastungsziffer ersehen kann. Eine solche Zusammenstellung der für die Belastung der Gemeinden durch die direkten Gemeindesteuern und die Gemeindesteuern überhaupt in Betracht kommenden Zahlen enthält die auf den Seiten 161/62 abgedruckte Tabelle 6 für die Gesamtheit der Städte, der Landgemeinden und der Gemeinden überhaupt im Staate sowie in den Provinzen und Regierungsbezirken. Ergänzend hierzu weist die Tabelle 7 die entsprechenden Zahlen für die Stadtkreise und die kreisangehörigen Städte innerhalb derselben Verwaltungsbezirke nach.

Aus den Angaben der Tabelle 6 ergeben sich für die Gesamtheit der Gemeinden in den einzelnen Provinzen folgende Belastungsziffern für die Gemeindesteuern überhaupt:

Hessen-Nassau . . 1,60	Posen 1,91	Schlesw.-Holstein 2,28
Hohenzoll. Lande 1,62	Schlesien 2,02	Westfalen 2,49
Brandenburg . . 1,73	Pommern 2,07	Ostpreußen . . . 2,59
Sachsen 1,83	Rheinprovinz . . 2,10	Westpreußen . . 2,65
Hannover 1,87		

¹⁾ Vergl. Tetzlaff, „Die Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.“ Letzte Abtheilung des 56. Jahrgangs der „Zeitschrift“.

Die Belastung der preussischen Stadtkreise und kreisangehörigen Städte durch die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 im Staate sowie in den Provinzen und Regierungsbezirken.

(Tab. 7.)							(Noch: Tab. 7.)						
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. M. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern		Regierungsbezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Das Prinzi- palsoll der direkten Steuern auf 1 Einw. M. (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der gesamten Gemeinde- steuern	
			Ist- be- trag auf 1 Einw. M.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4 : Sp. 3)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6 : Sp. 3)				Ist- be- trag auf 1 Einw. M.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4 : Sp. 3)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M.	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6 : Sp. 3)
1	2	3	4	5	6	7	1	2	3	4	5	6	7
A. Staat	a 106 b 1171	20,75 10,29	34,74 20,06	1,57 1,95	38,88 21,59	1,87 2,11	Noch: C. Regierungs- bezirke.						
B. Provinzen.							10. Stralsund	a 1 b 13	11,17 8,40	20,30 17,44	1,82 2,08	23,04 18,54	2,06 2,21
I. Ostpreußen	a 4 b 63	13,04 6,78	30,91 16,48	2,37 2,42	35,05 17,99	2,59 2,65	11. Posen	a 1 b 83	14,48 6,61	30,89 11,06	2,13 1,67	33,40 12,25	2,81 1,85
II. Westpreußen	a 4 b 53	11,16 7,81	26,23 17,87	2,35 2,44	28,92 19,49	2,59 2,67	12. Bromberg	a 1 b 44	13,85 7,23	27,15 15,47	1,96 2,14	30,40 16,94	2,19 2,34
III. Stadtkr. Berlin	a 1	32,37	41,83	1,80	46,78	1,45	13. Breslau	a 3 b 52	18,65 9,51	33,70 15,63	1,81 1,64	37,07 17,00	1,99 1,79
IV. Brandenburg	a 14 b 128	23,57 9,65	31,97 18,77	1,36 1,95	37,00 20,45	1,57 2,12	14. Liegnitz	a 2 b 47	14,39 11,25	23,54 18,39	1,64 1,63	26,83 19,57	1,83 1,74
V. Pommern	a 4 b 69	14,15 8,06	29,26 16,48	2,07 2,04	31,69 17,65	2,24 2,19	15. Oppeln	a 7 b 39	11,27 8,15	27,19 17,45	2,41 2,14	29,48 18,62	2,52 2,28
VI. Posen	a 2 b 127	14,31 6,96	29,89 12,84	2,09 1,87	32,60 14,14	2,28 2,06	16. Magdeburg	a 5 b 43	18,13 11,12	34,05 21,36	1,88 1,92	36,89 22,96	2,08 2,06
VII. Schlesien	a 12 b 138	15,65 9,76	30,16 17,14	1,98 1,76	33,09 12,48	2,11 1,28	17. Merseburg	a 4 b 67	16,37 10,38	31,07 17,60	1,90 1,70	34,15 19,20	2,09 1,85
VIII. Sachsen	a 12 b 130	17,22 10,57	32,04 19,07	1,86 1,80	35,16 20,66	2,04 1,95	18. Erfurt	a 3 b 20	16,49 9,58	29,14 17,86	1,77 1,82	32,98 18,90	2,00 1,98
IX. Schlesw.-Holst.	a 5 b 51	15,19 11,84	34,69 25,08	2,28 2,11	38,97 26,85	2,57 2,27	19. Schleswig	a 5 b 51	15,19 11,84	34,69 25,08	2,28 2,11	38,97 26,85	2,57 2,27
X. Hannover	a 9 b 104	18,35 10,51	29,92 21,16	1,63 2,01	33,75 22,67	1,84 2,16	20. Hannover	a 2 b 31	20,16 9,66	30,08 19,18	1,49 1,99	33,96 20,82	1,68 2,16
XI. Westfalen	a 15 b 94	13,85 11,17	31,58 24,28	2,28 2,17	34,60 25,90	2,50 2,82	21. Hildesheim	a 2 b 28	16,37 11,00	30,75 21,59	1,88 1,96	35,88 23,18	2,30 2,11
XII. Hessen-Nassau	a 4 b 99	32,48 14,34	44,83 22,82	1,38 1,59	50,94 25,33	1,57 1,77	22. Lüneburg	a 3 b 12	17,46 11,28	31,82 23,43	1,79 2,08	34,89 25,13	1,97 2,23
XIII. Rheinprovinz	a 20 b 113	19,03 12,73	35,86 24,62	1,88 1,98	40,21 26,54	2,11 2,08	23. Stade	a — b 14	— 11,09	— 21,55	— 1,94	— 22,88	— 2,06
XIV. Hohenz. Lande	a — b 2	— 12,73	— 20,50	— 1,61	— 22,25	— 1,75	24. Osnabrück	a 1 b 13	14,55 9,11	27,51 19,06	1,89 2,09	30,73 19,77	2,11 2,17
C. Regierungs- bezirke.							25. Aurich	a 1 b 6	12,27 10,00	23,86 21,85	1,94 2,19	27,58 23,83	2,25 2,38
1. Königsberg	a 1 b 32	14,57 6,83	34,78 16,60	2,39 2,43	39,66 18,25	2,72 2,67	26. Münster	a 3 b 26	12,46 9,84	28,48 21,58	2,28 2,19	30,94 22,87	2,48 2,32
2. Gumbinnen	a 2 b 9	10,53 6,98	25,00 17,27	2,37 2,47	27,25 18,76	2,59 2,69	27. Minden	a 2 b 27	16,27 11,96	33,51 23,32	2,06 1,95	35,10 24,89	2,16 2,08
3. Allenstein	a 1 b 22	7,17 6,60	15,26 15,69	2,18 2,38	17,99 17,19	2,51 2,60	28. Arnaberg	a 10 b 41	13,88 11,42	32,10 25,80	2,81 2,26	35,44 27,58	2,55 2,42
4. Danzig	a 2 b 11	11,93 8,73	28,65 21,53	2,40 2,47	31,49 23,81	2,64 2,73	29. Cassel	a 2 b 62	19,96 10,86	30,32 17,42	1,52 1,60	33,77 19,81	1,69 1,82
5. Marienwerder	a 2 b 42	9,16 6,64	19,96 16,14	2,18 2,43	22,23 17,45	2,48 2,63	30. Wiesbaden	a 2 b 37	36,95 18,19	50,00 28,77	1,35 1,58	57,06 31,42	1,54 1,73
6. Potsdam	a 9 b 68	25,63 9,89	33,13 19,92	1,29 2,01	38,68 21,84	1,51 2,21	31. Coblenz	a 1 b 25	19,71 13,33	25,21 25,25	1,28 1,89	30,20 27,03	1,53 2,03
7. Frankfurt	a 5 b 60	13,10 9,33	26,14 17,19	2,00 1,84	28,51 18,55	2,18 1,99	32. Düsseldorf	a 13 b 51	17,99 11,96	36,12 23,85	2,02 1,99	40,33 25,90	2,25 2,17
8. Stettin	a 2 b 34	15,08 8,23	31,33 15,98	2,08 1,94	33,79 17,21	2,24 2,09	33. Köln	a 3 b 12	22,26 13,41	36,34 23,56	1,63 1,76	41,05 25,78	1,84 1,92
9. Köslin	a 1 b 22	9,71 7,74	21,74 16,65	2,24 2,15	23,68 17,77	2,44 2,30	34. Trier	a 2 b 11	15,98 10,12	31,27 19,45	1,96 1,92	36,29 20,86	2,27 2,06
							35. Aachen	a 1 b 14	20,91 16,59	39,04 31,14	1,87 1,88	42,89 32,62	2,04 1,97
							36. Sigmaringen	a — b 2	— 12,73	— 20,50	— 1,61	— 22,25	— 1,75

In Hessen-Nassau, der Provinz, in der die Gesamtheit der Gemeinden die höchste Anzahl von Steuerstärken (16,06) aufwies, war die Belastung durch Gemeindesteuern am geringsten, und in den beiden Provinzen Ost- und Westpreußen, die nächst Posen die steuerschwächsten Gemeinden besaßen, war sie am höchsten. Daß Posen so verhältnismäßig günstig abschneidet, hat seinen Grund darin, daß in dieser Provinz die Volksschullasten in den meisten Städten und Landgemeinden nicht aus Gemeindemitteln bestritten, sondern durch besondere Schulsozietäten aufgebracht werden, was, mit Ausnahme einiger westpreußischer Gemeinden, in den übrigen Landesteilen nicht der Fall ist.

Bei den Stadtkreisen betrug die durchschnittliche Anzahl der Steuerstärken 20,75, die Summe der Gemeindesteuern auf 1 Einwohner 38,88 *M* und die Belastungsziffer 1,87. Von den Regierungsbezirken erreichten oder übertrafen nur die von Wiesbaden (36,95), Potsdam (25,63), Köln (22,96) und Aachen (20,91) die staatliche Durchschnittszahl der Steuerstärken, ebenso auch der Stadtkreis Berlin (32,97); in den übrigen Regierungsbezirken schwankten die Steuerstärken zwischen 20,16 und 7,17 bei Hannover und Allenstein. Sonst erreichten sie nur in den Regierungsbezirken Marienwerder (9,16) und Köslin (9,71 *M*) noch nicht die Zahl 10. Auch der Kopfbetrag der Gemeindesteuern erreichte nur beim Stadtkreise Berlin und 6 Regierungsbezirken den hohen staatlichen Durchschnittsbetrag. Obenan stand mit 57,06 *M* der Regierungsbezirk Wiesbaden, und dann folgten mit 46,78, 42,59, 41,05, 40,33, 39,66, 38,97 *M* Berlin, Aachen, Köln, Düsseldorf, Königsberg und Schleswig. Am niedrigsten war der durchschnittliche Kopfbetrag im allgemeinen bei den Regierungsbezirken, die auch die geringste Zahl von Steuerstärken aufwiesen, nämlich bei Aurich, Oppeln, Stralsund, Gumbinnen, Köslin, Marienwerder und Allenstein. Zu ihnen gesellten sich noch Frankfurt und Liegnitz. Die Stadtkreise der Regierungsbezirke Marienwerder und Allenstein zeigten mit 22,23 und 17,99 *M* die niedrigsten Kopfbeträge überhaupt. Ein Bild von der wirklichen Belastung erhalten wir erst durch die Betrachtung der Belastungsziffern. Die Bezirke mit den höchsten Kopfbeträgen an Gemeindesteuern zeigen, dank ihrer hohen Anzahl von Steuerstärken, die niedrigsten Belastungsziffern. Berlin schneidet mit einer Belastungsziffer von 1,45 am besten ab, dann folgen die Stadtkreise der Regierungsbezirke Potsdam, Coblenz, Wiesbaden mit 1,51, 1,53 und 1,54. Von den 8 Bezirken mit den steuerkräftigsten Stadtkreisen wies nur einer, Aachen, eine Belastungsziffer von über 2 auf. Der Regierungsbezirk Breslau, dessen Stadtkreise mit einer durchschnittlichen Zahl von Steuerstärken im Betrage von 18,63 auf der Grenze zwischen denen mit hoher und mittlerer Steuerkraft standen, blieb nur wenig hinter einer Belastungsziffer von 2 zurück. Von den übrigen Stadtkreisen mit mittlerer Steuerkraft erreichten nur die in den Regierungsbezirken Lüneburg (1,97) und Liegnitz (1,83) noch nicht die Belastungsziffer 2, im Erfurter Bezirk wurde sie gerade erreicht, in allen übrigen übertroffen. Die höchsten Belastungsziffern zeigten mit 2,51, 2,55, 2,57, 2,59, 2,62, 2,64, 2,72 die Stadtkreise der Regierungsbezirke Allenstein, Arnberg, Schleswig, Gumbinnen, Oppeln, Danzig und Königsberg.

Bei den kreisangehörigen Städten betrugen im Durchschnitt die Anzahl der Steuerstärken 10,29, die auf 1 Einwohner entfallenden Gemeindesteuern 21,69 *M* und die Belastungsziffer 2,11. Die Regierungsbezirke, deren kreisangehörige Städte mehr als 12 Steuerstärken besaßen, rechnen wir zu den steuerkräftigen, solche, bei denen die Anzahl der Steuerstärken zwischen 12 und 8 schwankte, zu den Bezirken mit mittlerer Steuerkraft und solche, bei denen sie noch nicht 8 betrugen, zu den steuerschwachen. Bezirke mit steuerkräftigen Städten gab es demnach 5, nämlich Wiesbaden,

Aachen, Köln, Coblenz und Sigmaringen. Vier von ihnen, Wiesbaden, Köln, Aachen sowie Sigmaringen, zeichneten sich auch durch niedrige Belastungsziffern aus; sie betrugen in entsprechender Reihenfolge 1,73, 1,92, 1,97 und 1,75. Sonst kamen Belastungsziffern von unter 2 bei folgenden Bezirken mit Städten mittlerer Steuerkraft vor: Liegnitz (1,74), Cassel (1,82), Merseburg (1,85), Erfurt (1,98), Breslau (1,79) und Frankfurt (1,99), desgleichen bei dem zu den steuerschwächsten gehörigen Regierungsbezirke Posen (1,85). Daß Posen zu dieser Gruppe gehört, hat wieder den schon erwähnten Grund in der besonderen Regelung der Aufbringung der Volksschullasten in dieser Provinz. Bei dem etwas steuerkräftigeren Regierungsbezirke Bromberg, von dessen 44 kreisangehörigen Städten 10, und darunter zwei mit mehr als 25 000 Einwohnern, die Volksschullasten auf den Gemeindeetat übernommen hatten, machten die Gemeindesteuern in den Städten rund $4\frac{1}{2}$ *M* mehr auf den Kopf aus als im posenschen Bezirke; das genügte, um die Belastungsziffer hier doch noch erheblich über 2 hinausgehen zu lassen. Zu den höchst belasteten Bezirken gehörte Bromberg jedoch noch nicht. Aurich und Arnberg übertrafen es noch mit einer Belastungsziffer von 2,38 sowie 2,42, desgleichen sämtliche ost- und westpreußischen Regierungsbezirke, nämlich Königsberg, Gumbinnen und Allenstein mit 2,67, 2,69, 2,60 sowie Danzig und Marienwerder mit 2,78 und 2,63. Mit Ausnahme von Danzig war die Steuerkraft der kreisangehörigen Städte dieser Bezirke, abgesehen von dem ebenso steuerschwachen Regierungsbezirke Posen, auch am niedrigsten.

Bei den Landgemeinden betrug die durchschnittliche Anzahl der Steuerstärken nur 6,90, die auf 1 Einwohner entfallende Summe der Gemeindesteuern 13,67 *M* und die Belastungsziffer 1,98. Hier kann man schon alle Bezirke, deren Landgemeinden durchschnittlich mehr als 9 Steuerstärken aufwiesen, zu den steuerkräftigen, die mit 5 bis 9 Steuerstärken zu solchen mit mittlerer Steuerkraft und die mit weniger als 5 Steuerstärken zu den leistungsschwachen rechnen. Obenan steht der Regierungsbezirk Potsdam mit 14,91 Steuerstärken; diese vergleichsweise hohe Zahl ist vornehmlich auf den Einfluß der großen Landgemeinden in den Kreisen Teltow und Niederbarnim zurückzuführen. Da aber auch die Gemeindesteuern im Regierungsbezirk Potsdam bei den Landgemeinden den hohen Betrag von 28,53 *M* auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten, ergab sich für diesen Bezirk eine verhältnismäßig hohe Belastungsziffer, nämlich 1,91. Noch höher war diese in dem Regierungsbezirk Düsseldorf, dessen Landgemeinden mit 10,84 die nächst größte Zahl von Steuerstärken aufwiesen; sie betrug hier 2,08. Während von den steuerkräftigen Bezirken, zu denen außer den beiden genannten noch Schleswig, Magdeburg, Hildesheim und Köln gehörten, sonst keiner die Belastungsziffer 2 erreichte, war dies bei vier Bezirken von mittlerer Steuerkraft, nämlich in Arnberg (2,62), Münster (2,61), Trier (2,49) und Minden (2,27) sowie bei 6 steuerschwachen Bezirken der Fall. In den genannten Bezirken waren die Kopfbeträge an Gemeindesteuern im Vergleich zu anderen Bezirken von gleicher Steuerkraft der Landgemeinden auffallend hoch, was auf die verhältnismäßig bedeutenden Erträge der dort zahlreich vorkommenden Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zurückzuführen ist. Die höchsten Belastungsziffern zeigten die leistungsschwachen Regierungsbezirke Allenstein und Danzig mit 2,74 sowie 2,80. Den dritten Platz behauptete neben Münster der Regierungsbezirk Marienwerder mit einer Belastungsziffer von je 2,61, dann folgten Königsberg und Gumbinnen mit je 2,38 und Oppeln mit 2,34, drei Regierungsbezirke, die auch zu den steuerschwachen gehörten. Die geringsten Belastungsziffern wiesen mit 1,38 und 1,32 die Landgemeinden der leistungs-

schwachen Regierungsbezirke Posen und Bromberg auf, was ohne weiteres verständlich ist, da gerade die Volksschullasten in den Landgemeinden finanziell ganz besonders stark ins Gewicht fallen und ihr Fehlen natürlich den Steuerbedarf dieser Gemeinden wesentlich einschränken mußte. Von den übrigen, allein vergleichungsfähigen Bezirken zeigten Aurich, Merseburg, Erfurt und Frankfurt, sämtlich Bezirke von mittlerer Steuerkraft, die günstigsten Belastungsziffern der Landgemeinden; sie stellten sich auf 1,36, 1,42, 1,48 und 1,48.

2. Die Verteilung der gesamten Gemeindesteuern auf direkte, indirekte und überwiesene Steuern.

Die Summe der Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden verteilte sich auf die drei hauptsächlichsten Steuerarten in folgender Weise. Es betrugen

die direkten Gemeindesteuern	815 878 941 <i>M</i>	und 90,96 %
„ indirekten Gemeindesteuern	77 578 766 <i>M</i>	„ 8,65 %
„ überwiesenen Gemeindesteuern	3 527 820 <i>M</i>	„ 0,39 %

Die Verteilung der direkten und indirekten Steuererträge auf Stadtkreise, kreisangehörige Städte und Landgemeinden innerhalb des Staates, der Provinzen und Regierungsbezirke ist aus der Tabelle 8 auf der Seite 167 ersichtlich. Von einer entsprechenden Gliederung der überwiesenen Steuern ist mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit ihrer Beträge Abstand genommen worden.

Aus der Tabelle geht hervor, daß in den Regierungsbezirken Stade, Minden und Sigmaringen der Anteil der direkten Gemeindesteuern am gesamten Gemeindesteuerertrage mit 96,32, 95,76 und 95,03 % am höchsten gewesen ist, und daß nur der Stadtkreis Berlin und 6 Regierungsbezirke einen entsprechenden Anteil von weniger als 90 % aufwiesen. Dies waren Königsberg (89,93), Erfurt (89,67), Berlin (89,42), Cöln (89,27), Cassel (89,02), Wiesbaden (88,81) und Potsdam (85,69 %).

Den höchsten Ertrag an direkten Gemeindesteuern wies der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 103,71 Mill. *M* auf; das waren 12,71 v. H. der gesamten direkten Gemeindesteuern in Preußen. In beträchtlichem Abstände folgten der Stadtkreis Berlin und der Regierungsbezirk Potsdam mit 85,06 bzw. 75,98 Mill. *M*. An vierter Stelle stand Arnberg mit 61,90 Mill. *M*. Wesentlich geringer als bei den genannten, aber im Verhältnis zu den meisten übrigen Regierungsbezirken noch recht bedeutend, war das Aufkommen an direkten Gemeindesteuern in den Regierungsbezirken Schleswig, Wiesbaden und Cöln mit 38,69, 37,16 und 35,74 Mill. *M*; mehr als 20 Mill. *M* betrug es auch noch bei Breslau (31,36), Oppeln (27,92), Magdeburg (27,10), Münster (21,58) und Merseburg (21,25 Mill. *M*). In 11 Regierungsbezirken blieb der Ertrag hinter der Summe von 10 Mill. *M* zurück, am meisten mit 4,87, 4,03, 3,95, 2,45 und 0,82 Mill. *M* bei Köslin, Allenstein, Aurich, Stralsund und Sigmaringen.

Auf die drei wichtigsten Gemeindegruppen verteilte sich die Summe der direkten Gemeindesteuern folgendermaßen:

Es entfielen vom Gesamtertrage der direkten Gemeindesteuern auf	Mill. <i>M</i>	%
die Stadtkreise	442,64	54,25
„ kreisangehörigen Städte	130,35	15,98
„ Landgemeinden	242,89	29,77

Von der prozentalen Verteilung der direkten Steuern im Staate wich die der einzelnen Regierungsbezirke z. T. recht wesentlich ab. In 11 Regierungsbezirken betrug der Anteil der Stadtkreise am Gesamtaufkommen der direkten Gemeindesteuern mehr als 50 v. H. Die höchsten Prozentsätze wiesen die Stadtkreise der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cöln mit 73,27 sowie 71,36 auf; dann folgten die Regierungsbezirke Hannover (68,58), Düsseldorf (66,94), Erfurt (62,85), Breslau (62,68), Königsberg (60,88), Stettin (59,83), Danzig (53,30)

und Magdeburg (51,33 %). Abgesehen von Stade und Sigmaringen, in denen Stadtkreise nicht vorkommen, gab es 5 Regierungsbezirke, auf deren Stadtkreise noch nicht $\frac{1}{2}$ der gesamten direkten Gemeindesteuern entfiel, nämlich Marienwerder (19,93), Köslin (15,22), Aurich (14,20), Allenstein (13,02) und Coblenz (12,90 %). Die Anteile der kreisangehörigen Städte am Gesamtertrage der direkten Gemeindesteuern erreichten in 17 Regierungsbezirken, also fast bei der Hälfte, noch nicht den Satz von 20 %; am meisten blieben dahinter zurück mit 6,37, 6,65, 9,28 % die Regierungsbezirke Trier, Cöln und Hannover. Umgekehrt gab es drei Regierungsbezirke, deren kreisangehörige Städte noch mehr als 40 % der direkten Gemeindesteuern aufbrachten, nämlich Stralsund 47,76, Bromberg 50,36 und Köslin 55,30 %. In 15 Bezirken übertraf der Ertrag der direkten Steuern in den Landgemeinden sowohl den der Stadtkreise als auch den der kreisangehörigen Städte, und in 8 davon machte der Steuerertrag der Landgemeinden noch mehr als 50 % des gesamten Gemeindesteuerertrages aus, nämlich in Oppeln (52,16), Coblenz (53,13), Lüneburg (53,29), Gumbinnen (54), Münster (55,80), Stade (65,58), Trier (67,47) sowie Sigmaringen (73,74 %). Noch nicht $\frac{1}{2}$ des Gesamtertrages erreichten die Landgemeinden nur in den Regierungsbezirken Stettin, Düsseldorf, Posen und Wiesbaden; ihre Anteile beliefen sich auf 19,65, 19,37, 18,80 und 12,73 %.

Die Spalten 3, 4 und 5 der Tabellen 6 und 7 enthalten die für die Belastung der Stadtkreise, kreisangehörigen Städte und Landgemeinden durch direkte Gemeindesteuern in Frage kommenden Zahlenangaben, nämlich die Anzahl der Steuerstärken, den auf 1 Einwohner entfallenden Steuerbetrag und die sich aus beiden Angaben durch Division ergebende Belastungsziffer.

Für die Gesamtheit der Gemeinden in den einzelnen Provinzen ergibt sich bezüglich der Höhe der Belastungsziffern der direkten Gemeindesteuern fast dieselbe Reihenfolge wie bei den Belastungsziffern der gesamten Gemeindesteuern (vergl. Seite 163). Nur die Hohenzollernschen Lande haben Brandenburg den zweiten Platz überlassen müssen, und ebenso haben die Rheinprovinz und Pommern die Plätze getauscht. Hessen-Nassau weist mit 1,42 die geringste Belastungsziffer auf. Bei den dann folgenden 8 Provinzen blieb sie auch noch unter 2, in Schleswig-Holstein, Westfalen, Ostpreußen und Westpreußen war sie mit 2,07, 2,32, 2,37, 2,46 am höchsten.

Bei den Stadtkreisen betrug die durchschnittliche Zahl der Steuerstärken 20,75, die Summe der direkten Gemeindesteuern auf den Kopf der Bevölkerung 34,74 *M* und die Belastungsziffer der direkten Steuern 1,67. Von den 8 steuerkräftigsten Bezirken, deren Stadtkreise über mindestens 19 Steuerstärken verfügten, zeigten 5 die niedrigsten überhaupt vorkommenden Belastungsziffern, nämlich Coblenz 1,28, Potsdam 1,29, Berlin 1,30, Wiesbaden 1,35 und Hannover 1,49. Während in 16 Regierungsbezirken die Belastungsziffer der Stadtkreise zwischen 1,50 und 2 schwankte, übertrafen 14 Bezirke letzteren Betrag noch, am meisten mit 2,31, 2,37, 2,39, 2,40 und 2,41 Arnberg, Gumbinnen, Königsberg, Danzig und Oppeln.

Die durchschnittliche Steuerkraft der kreisangehörigen Städte war noch nicht halb so groß wie die der Stadtkreise; die Zahl ihrer Steuerstärken betrug nämlich für ihre Gesamtheit bloß 10,29, desgleichen ihr Kopfbetrag an direkten Gemeindesteuern 20,06 *M* und die durchschnittliche Belastungsziffer 1,95. In keinem Regierungsbezirke ging letztere unter 1,50 herunter; am geringsten war sie noch mit 1,58, 1,60, 1,61, 1,63 und 1,64 in Wiesbaden, Cassel, Sigmaringen, Liegnitz und Breslau. In 16 Regierungsbezirken betrug sie mehr als 2, und am meisten mit 2,38, 2,43, 2,43, 2,47, 2,47 in Allenstein, Königsberg, Marienwerder, Danzig und Gumbinnen. Die ost-

[Fortsetzung des Textes auf Seite 169.]

Die direkten und indirekten Gemeindesteuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

(Tab. 8.)		Es betragen die direkten Gemeindesteuern								Es betragen die indirekten Gemeindesteuern							
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	i	der Stadtkreise		der kreis- angehörigen Städte		der Landgemeinden		der Gemeinden zusammen		der Stadtkreise		der kreis- angehörigen Städte		der Landgemeinden		der Gemeinden zusammen	
		M		M		M		M		M		M		M		M	
		aa	ab	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b
A. Staat . . .		442644331	89,36	130345077	92,49	242889533	93,16	815878941	90,96	49 279 398	9,95	10 518 611	7,46	17 780 757	6,82	77 578 766	8,85
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen . .		10 912 580	88,19	5 062 624	91,29	8 188 109	96,62	24 163 313	91,55	1 439 470	11,63	481 938	8,69	286 696	3,38	2 208 104	8,87
II. Westpreußen .		8 284 121	90,72	5 065 158	91,69	7 675 104	96,45	21 024 383	92,97	789 648	8,65	455 306	8,24	282 852	3,55	1 527 806	6,76
III. Stadtkr. Berlin		85 064 256	89,42	—	—	—	—	85 064 256	89,42	7 716 943	8,11	—	—	—	—	7 716 943	8,11
IV. Brandenburg .		44 337 789	86,41	13 008 061	91,77	33 952 992	85,76	91 298 842	86,89	6 702 956	13,06	1 145 638	8,08	5 639 554	14,24	13 488 148	12,84
V. Pommern . . .		9 873 798	92,32	6 770 065	93,38	4 797 619	96,69	21 441 482	93,60	820 994	7,68	479 212	6,61	164 208	3,31	1 464 414	6,89
VI. Posen		6 615 228	91,70	6 567 054	90,81	3 470 921	96,90	16 653 203	92,38	587 364	8,14	663 796	9,18	111 039	3,10	1 362 199	7,56
VII. Schlesien . .		32 939 731	91,13	12 690 774	93,08	27 545 357	94,85	73 175 862	92,64	3 168 970	8,77	931 917	6,84	1 451 661	5,00	5 552 548	7,04
VIII. Sachsen . .		28 182 267	91,11	12 550 720	92,32	16 600 875	94,84	57 333 862	92,43	2 720 798	8,80	1 039 861	7,65	898 454	5,18	4 659 113	7,51
IX. Schlesw.-Holst.		18 295 467	89,01	6 628 420	93,20	13 762 537	92,60	38 686 424	90,97	2 171 542	10,56	483 106	6,79	1 099 505	7,40	3 754 153	8,83
X. Hannover . . .		20 398 550	88,65	10 543 200	93,31	23 020 887	96,69	53 962 637	92,85	2 561 622	11,18	753 112	6,67	787 457	3,31	4 102 191	7,06
XI. Westfalen . .		37 359 019	91,25	17 242 536	93,74	41 844 847	94,61	96 446 402	93,18	3 517 911	8,59	1 147 638	6,24	2 386 131	5,39	7 051 680	6,81
XII. Hessen-Nassau		33 117 204	88,01	8 677 790	90,06	9 644 251	90,85	51 439 245	88,87	4 416 547	11,74	955 479	9,92	971 032	9,15	6 343 058	10,96
XIII. Rheinprovinz		107 264 321	89,18	25 324 356	92,77	51 784 184	93,37	184 372 861	90,81	12 664 633	10,53	1 963 230	7,19	3 677 906	6,63	18 305 769	9,02
XIV. Hohenz. Lande		—	—	214 319	92,10	601 850	96,12	816 169	95,03	—	—	18 378	7,90	24 262	3,88	42 640	4,97
C. Regierungs- bezirke.																	
1. Königsberg . .		8 610 013	87,70	2 511 330	90,97	3 022 325	95,97	14 143 668	89,93	1 186 358	12,08	248 734	9,01	127 033	4,03	1 562 125	9,93
2. Gumbinnen . .		1 777 615	91,76	976 987	92,06	3 234 050	97,30	5 988 652	94,73	159 282	8,22	84 023	7,92	89 582	2,70	332 887	5,27
3. Allenstein . .		524 952	84,32	1 574 307	91,31	1 931 734	96,50	4 030 993	92,78	93 830	15,16	149 181	8,65	70 081	3,50	313 092	7,21
4. Danzig		6 532 736	90,98	1 958 459	90,45	3 744 079	96,40	12 235 274	92,48	595 282	8,29	203 324	9,39	139 965	3,60	938 571	7,09
5. Marienwerder .		1 751 385	89,76	3 106 699	92,49	3 931 025	96,49	8 789 109	93,66	194 366	9,96	251 982	7,50	142 887	3,81	589 235	6,28
6. Potsdam . . .		38 357 457	85,64	7 967 422	91,21	29 652 697	84,39	75 977 576	85,69	6 160 796	13,75	747 951	8,56	5 485 082	15,61	12 393 829	13,98
7. Frankfurt . . .		5 980 332	91,68	5 040 639	92,66	4 300 295	96,53	15 321 266	93,32	542 160	8,31	397 687	7,31	154 472	3,47	1 094 319	6,67
8. Stettin		8 448 544	92,73	2 896 664	92,82	2 774 956	96,29	14 120 164	93,43	662 664	7,27	224 081	7,18	106 878	3,71	993 623	6,57
9. Köslin		740 828	91,81	2 701 535	93,68	1 425 144	97,99	4 867 507	94,61	66 023	8,18	181 758	6,30	29 243	2,01	277 024	5,38
10. Stralsund . . .		684 426	88,12	1 171 866	94,10	597 519	95,51	2 453 811	92,68	92 307	11,88	73 373	5,89	28 087	4,49	193 767	7,32
11. Posen		5 002 552	92,49	3 377 447	90,31	1 939 569	97,48	10 319 568	92,65	394 745	7,30	361 984	9,68	50 070	2,52	806 799	7,24
12. Bromberg . . .		1 612 676	89,32	3 189 607	91,35	1 531 352	96,17	6 333 635	91,33	192 619	10,67	301 812	8,64	60 969	3,83	555 400	8,06
13. Breslau		19 657 964	90,91	3 990 600	91,99	7 711 962	94,80	31 360 526	91,98	1 964 664	9,09	339 021	7,81	420 880	5,17	2 724 565	7,99
14. Liegnitz		3 606 985	89,43	5 017 664	93,48	5 270 747	92,30	13 895 396	91,95	420 399	10,42	348 544	6,49	439 874	7,70	1 208 817	8,00
15. Oppeln		9 674 782	92,25	3 682 510	93,75	14 562 648	95,84	27 919 940	94,29	783 907	7,47	244 352	6,22	590 907	3,89	1 619 166	5,47
16. Magdeburg . .		14 045 647	92,30	5 614 127	93,08	7 439 331	96,19	27 099 105	93,50	1 167 269	7,67	415 937	6,90	294 576	3,81	1 877 782	6,48
17. Merseburg . .		8 488 533	90,97	5 499 254	91,68	7 260 014	94,35	21 247 801	92,28	833 728	8,94	497 036	8,29	430 491	5,59	1 761 255	7,85
18. Erfurt		5 648 087	88,49	1 437 339	91,84	1 901 530	91,64	8 986 956	89,67	719 801	11,28	126 888	8,11	173 387	8,36	1 020 076	10,18
19. Schleswig . . .		18 295 467	89,01	6 628 420	93,20	13 762 537	92,60	38 686 424	90,97	2 171 542	10,56	483 106	6,79	1 099 505	7,40	3 754 153	8,83
20. Hannover . . .		11 469 842	88,58	1 551 279	92,14	3 703 503	96,55	16 724 624	90,56	1 440 337	11,12	131 827	7,33	132 360	3,45	1 704 524	9,23
21. Hildesheim . .		2 814 384	85,81	3 044 878	93,13	4 807 095	97,45	10 666 357	92,39	465 371	14,19	223 586	6,84	125 979	2,55	814 936	7,10
22. Lüneburg . . .		3 726 831	91,08	1 172 095	93,25	5 588 651	95,08	10 487 577	93,42	355 166	8,68	84 599	6,73	289 393	4,92	729 158	6,49
23. Stade		—	—	2 372 608	94,17	4 513 499	97,49	6 886 107	96,32	—	—	146 593	5,82	115 969	2,51	262 562	3,67
24. Osnabrück . .		1 826 143	89,82	945 587	96,43	2 473 397	98,63	5 245 127	94,88	213 436	10,46	34 758	3,54	34 322	1,37	282 516	5,11
25. Aurich		561 350	86,53	1 456 753	91,69	1 934 742	95,58	3 952 845	92,75	87 312	13,46	131 749	8,29	89 434	4,42	308 495	7,24
26. Münster		5 996 152	91,87	3 540 872	94,34	12 041 445	94,17	21 578 469	93,55	530 413	8,13	211 624	5,64	745 278	5,83	1 487 315	6,45
27. Minden		3 755 959	95,46	3 624 844	93,68	5 591 966	97,37	12 972 769	95,76	178 577	4,54	243 333	6,29	150 855	2,63	572 765	4,23
28. Arnsberg . . .		27 606 908	90,57	10 076 820	93,55	24 211 436	94,20	61 895 164	92,45	2 808 921	9,22	692 681	6,43	1 489 998	5,80	4 991 600	7,46
29. Cassel		5 889 481	89,79	3 473 575	87,91	4 915 520	88,89	14 278 576	89,02	664 964	10,14	476 682	12,06	614 279	11,11	1 755 925	10,95
30. Wiesbaden . .		27 227 723	87,63	5 204 215	91,55	4 728 731	92,98	37 160 669	88,81	3 751 583	12,07	478 797	8,42	356 753	7,02	4 587 133	10,96
31. Coblenz		1 476 584	83,48	3 887 346	93,42	6 079 721	94,81	11 443 651	92,72	269 736	15,25	273 564	6,57	332 983	5,19	876 283	7,10
32. Düsseldorf . .		69 427 266	89,56	14 200 405	92,12	20 086 916	92,02	103 714 587	90,37	7 921 094	10,22	1 213 526	7,87	1 742 544	7,98	10 877 164	9,48
33. Köln		25 500 023	88,53	2 378 016	91,37	7 857 390	91,09	35 735 429	89,27	3 301 530	11,46	224 378	8,62	768 699	8,91	4 294 607	10,73
34. Trier		4 784 838	86,15	1 163 973	93,26	12 336 013	95,24	18 284 824	92,56	654 448	11,78	84 166	6,74	616 580	4,76	1 355 194	6,86
35. Aachen		6 075 610	91,65	3 694 616	95,48	5 424 144	96,15	15 194 370	94,14	517 825	7,81	167 596	4,33	217 100	3,85	902 521	5,59
36. Sigmaringen . .		—	—	214 319	92,10	601 850	96,12	816 169	95,03	—	—	18 378	7,90	24 262	3,88	42 640	4,97

Die Anteile der einzelnen direkten Steuerarten am Gesamtertrage der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911
in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

(Tab. 9.)						(Noch: Tab. 9.)					
Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte u. Land- gemein- den zu- sammen	Es entfielen v. H. des Ge- samtertrages der direkten Steuern auf				Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte u. Land- gemein- den zu- sammen	Es entfielen v. H. des Ge- samtertrages der direkten Steuern auf			
		die Ein- kom- men- steuer	die Grund- u. Ge- bäude- steuer	die Ge- werbe- steuer	die Be- triebs- steuer			die Ein- kom- men- steuer	die Grund- u. Ge- bäude- steuer	die Ge- werbe- steuer	die Be- triebs- steuer
I	2	3	4	5	6	I	2	3	4	5	6
A. Staat	a 1 277 b 36 172 c 37 449	58,61 48,79 55,68	28,04 41,01 31,91	12,89 9,53 11,89	0,46 0,63 0,51	Noch: C. Regierungs- bezirke.					
B. Provinzen.						6. Potsdam	a 77 b 1 472 c 1 549	55,04 44,34 50,87	36,90 48,60 41,46	7,66 6,70 7,28	0,40 0,86 0,58
I. Ostpreußen	a 67 b 4 996 c 5 063	57,41 36,40 50,29	31,65 59,27 41,01	10,16 3,14 7,78	0,78 1,20 0,92	7. Frankfurt	a 65 b 1 621 c 1 686	60,79 45,44 56,48	26,06 47,14 31,97	12,55 6,31 10,80	0,61 1,11 0,75
II. Westpreußen	a 57 b 2 047 c 2 104	58,14 37,28 50,52	30,51 58,32 40,66	10,71 3,55 8,09	0,65 0,85 0,72	8. Stettin	a 36 b 976 c 1 012	57,89 43,60 55,08	31,60 48,18 34,86	9,90 7,19 9,37	0,61 1,03 0,69
III. Stadtkreis Berlin	a 1 b 3 093 c 3 235	49,18 44,48 51,81	33,70 48,42 39,87	16,80 6,65 7,87	0,33 0,45 0,45	9. Köslin	a 23 b 922 c 945	59,15 39,86 53,50	29,59 56,27 37,40	10,63 2,70 8,31	0,63 1,17 0,79
IV. Brandenburg (ohne Berlin)	a 142 b 3 093 c 3 235	56,15 44,48 51,81	34,81 48,42 39,87	8,60 6,65 7,87	0,44 0,45 0,45	10. Stralsund	a 14 b 194 c 208	58,44 39,36 53,79	30,84 48,55 35,15	10,06 10,70 10,09	0,67 1,89 0,97
V. Pommern	a 73 b 2 092 c 2 165	58,21 41,96 54,58	31,10 50,63 35,47	10,07 6,23 9,21	0,62 1,18 0,74	11. Posen	a 84 b 1 951 c 2 035	55,48 43,52 53,23	34,02 53,10 37,60	9,60 2,57 8,28	0,90 0,82 0,89
VI. Posen	a 129 b 3 142 c 3 271	55,89 43,24 53,02	32,84 52,66 36,97	10,62 3,22 9,08	0,95 0,88 0,93	12. Bromberg	a 45 b 1 191 c 1 236	55,79 42,89 52,67	30,79 52,10 35,94	12,40 4,05 10,38	1,03 0,96 1,01
VII. Schlesien	a 150 b 5 057 c 5 207	60,29 50,82 56,73	26,14 38,50 30,80	13,06 10,01 11,91	0,51 0,67 0,57	13. Breslau	a 55 b 2 076 c 2 131	60,39 47,46 57,21	27,39 44,17 31,52	11,76 7,49 10,71	0,46 0,87 0,56
VIII. Sachsen	a 142 b 2 946 c 3 088	61,21 47,75 57,32	25,96 44,85 31,43	12,44 6,83 10,81	0,59 0,56 0,44	14. Liegnitz	a 49 b 1 504 c 1 553	61,15 47,21 55,86	25,95 45,37 33,31	12,44 6,51 10,19	0,46 0,92 0,64
IX. Schleswig- Holstein	a 56 b 1 936 c 1 992	52,01 38,26 47,12	38,95 56,12 45,05	8,67 5,09 7,40	0,37 0,53 0,43	15. Oppeln	a 46 b 1 477 c 1 523	59,57 53,90 56,61	24,07 33,01 28,78	15,74 12,62 14,11	0,62 0,47 0,54
X. Hannover	a 113 b 3 995 c 4 108	59,80 46,66 54,19	27,19 46,19 35,30	12,52 6,28 9,85	0,49 0,87 0,65	16. Magdeburg	a 48 b 967 c 1 015	61,24 48,20 57,66	26,17 44,75 31,27	12,14 6,50 10,59	0,45 0,55 0,48
XI. Westfalen	a 109 b 1 461 c 1 570	61,59 55,51 58,95	22,47 28,46 25,07	15,38 15,53 15,45	0,55 0,50 0,53	17. Merseburg	a 71 b 1 573 c 1 644	61,14 47,30 56,41	25,58 45,19 32,28	12,98 6,98 10,98	0,80 0,52 0,38
XII. Hessen-Nassau	a 103 b 2 203 c 2 306	63,62 48,71 60,82	25,49 43,99 28,96	10,51 6,13 9,69	0,38 1,17 0,53	18. Erfurt	a 23 b 406 c 429	61,28 47,73 58,41	26,14 43,92 29,91	12,19 7,55 11,21	0,39 0,80 0,48
XIII. Rheinprovinz	a 133 b 3 082 c 3 215	63,02 54,06 60,50	22,52 32,38 25,29	14,02 13,05 13,75	0,44 0,51 0,46	19. Schleswig	a 56 b 1 936 c 1 992	52,01 38,26 47,12	38,95 56,12 45,05	8,67 5,09 7,40	0,37 0,53 0,43
XIV. Hohenzollernsche Lande	a 2 b 122 c 124	65,48 32,87 41,44	11,15 54,65 43,23	23,37 12,48 15,34	— — —	20. Hannover	a 33 b 539 c 572	57,11 45,82 54,61	29,35 47,53 33,38	13,02 5,80 11,42	0,52 0,85 0,59
C. Regierungs- bezirke.						21. Hildesheim	a 30 b 601 c 631	59,71 48,04 54,45	27,60 44,58 35,26	12,27 6,71 9,76	0,42 0,67 0,53
1. Königsberg	a 33 b 1 588 c 1 621	56,65 34,13 51,84	32,56 61,44 38,74	10,06 3,25 8,60	0,72 1,19 0,82	22. Lüneburg	a 15 b 1 315 c 1 330	63,98 49,43 56,23	20,83 44,29 33,33	14,76 5,55 9,86	0,42 0,72 0,58
2. Gumbinnen	a 11 b 2 222 c 2 233	59,63 37,34 47,59	29,44 58,34 45,01	10,20 3,21 6,43	0,74 1,11 0,94	23. Stade	a 14 b 691 c 705	58,31 46,68 50,69	31,14 43,88 39,49	10,14 8,50 9,06	0,41 0,95 0,76
3. Allenstein	a 23 b 1 186 c 1 209	58,54 38,39 48,88	29,73 57,42 43,00	10,62 2,84 6,89	1,11 1,36 1,23	24. Osnabrück	a 14 b 534 c 548	65,08 44,30 55,25	23,79 49,21 35,78	10,49 5,01 7,91	0,70 1,47 1,06
4. Danzig	a 13 b 769 c 782	58,34 36,27 51,59	30,27 58,78 39,00	10,79 3,76 8,64	0,59 1,19 0,77	25. Aurich	a 7 b 315 c 322	61,85 39,80 51,06	27,52 54,68 40,81	10,14 4,62 7,43	0,50 0,91 0,70
5. Marienwerder	a 44 b 1 278 c 1 322	57,77 38,25 49,04	30,91 57,88 42,97	10,56 3,35 7,33	0,76 0,52 0,65	26. Münster	a 29 b 245 c 274	59,53 49,48 53,92	22,61 31,30 27,46	17,45 18,66 18,13	0,42 0,56 0,50

Noch: Die Anteile der einzelnen direkten Steuerarten am Gesamtertrage der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

(Noch: Tab. 9.)		Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern auf			
Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte u. Landgemeinden zusammen	die Einkommensteuer	die Grund- u. Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
1	2	3	4	5	6
Noch: C. Regierungsbezirke.					
27. Minden	a 29 b 458 c 487	62,65 50,75 57,52	24,73 43,05 32,63	12,12 5,39 9,19	0,50 0,88 0,67
28. Arnsberg	a 51 b 758 c 809	61,91 59,61 61,01	21,99 23,68 22,65	15,50 16,32 15,82	0,60 0,38 0,51
29. Cassel	a 64 b 1 323 c 1 387	60,17 48,85 56,28	27,78 44,64 33,59	11,46 5,24 9,32	0,38 1,27 0,82
30. Wiesbaden	a 39 b 880 c 919	64,62 48,56 62,57	24,83 43,31 27,18	10,23 7,07 9,83	0,32 1,07 0,42
31. Coblenz	a 26 b 1 012 c 1 038	59,89 52,68 56,06	27,38 39,70 33,93	12,19 6,95 9,41	0,54 0,67 0,61
32. Düsseldorf	a 64 b 325 c 389	63,70 58,20 62,64	21,64 26,50 22,58	14,22 14,96 14,36	0,44 0,35 0,42
33. Köln	a 15 b 271 c 286	61,03 54,04 59,50	23,99 36,91 26,83	14,62 8,45 13,26	0,35 0,61 0,41
34. Trier	a 13 b 1 101 c 1 114	63,64 50,76 54,95	24,50 31,48 29,21	11,03 17,25 15,23	0,83 0,51 0,61
35. Aachen	a 15 b 373 c 388	64,14 47,82 58,31	22,01 41,44 28,94	13,52 9,95 12,25	0,33 0,78 0,49
36. Sigmaringen	a 2 b 122 c 124	65,48 32,87 41,44	11,15 54,65 43,23	23,37 12,48 15,34	— — —

und westpreußischen Bezirke schneiden auch hier wieder wie bei den entsprechenden Zahlen für sämtliche Gemeindesteuern am schlechtesten ab.

Die Belastungsziffer der Landgemeinden lag mit 1,85 zwischen der der Stadtkreise und der der kreisangehörigen Städte, während diese Gemeindeart sowohl hinsichtlich der Zahl ihrer Steuerstärken als auch ihrer Kopfbeträge an direkten Steuern erheblich hinter den beiden anderen Gemeindearten zurückblieb. Abgesehen von den steuerschwachen Regierungsbezirken Posen und Bromberg, die wegen der Aufbringung ihrer Volksschullasten eine Sonderstellung einnehmen, waren 6 Bezirke von mittlerer Steuerkraft und nur 1, der zu den steuerkräftigen gerechnet werden kann, mit Belastungsziffern von nicht mehr als 1,50 vertreten. Dies waren Aurich (1,30), Merseburg (1,34), Erfurt (1,36), Cassel (1,42), Frankfurt (1,43), Wiesbaden (1,47) und Magdeburg (1,50). Andererseits gab es auch nur einen besonders steuerschwachen Bezirk, nämlich Köslin, bei dem die Belastungsziffer nicht mehr als 2 betrug, während einige Bezirke von mittlerer Steuerkraft ebenfalls eine Belastungsziffer von über 2 zeigten, nämlich Minden 2,21, Trier 2,38, Münster 2,46 und Arnsberg 2,47.

Wenn auch bei allen drei Gemeindearten auf die direkten Gemeindesteuern weitaus der wesentlichste Teil des Steuerertrages entfiel, so ist ihr Anteil bei den Stadtkreisen, den

kreisangehörigen Städten und den Landgemeinden doch nicht gleich hoch gewesen; während bei der ersteren Gemeindeklasse nur 89,36 % ihres Gesamtsteuerertrages auf die direkten Gemeindesteuern entfielen, betrug der entsprechende Anteil bei den kreisangehörigen Städten und den Landgemeinden schon 92,49 bzw. 93,16 %. Von den Regierungsbezirken, die Stadtkreise besaßen, zeigten nur 15 einen Anteil ihrer direkten Gemeindesteuern am gesamten Steueraufkommen von 90 % und darüber, 20 dagegen geringere Anteile. Am höchsten waren sie mit 95,46 % im Regierungsbezirk Minden, am niedrigsten mit 83,48 % im Regierungsbezirk Coblenz. Bei den kreisangehörigen Städten betrug der Anteil der direkten Gemeindesteuern nur im Regierungsbezirk Cassel (87,91 %) nicht mindestens neun Zehntel des gesamten Steueraufkommens und am meisten mit 95,48 sowie 96,43 % in den Regierungsbezirken Aachen und Osnabrück. Der Ertrag der direkten Gemeindesteuern der Landgemeinden erreichte auch bloß in den Regierungsbezirken Potsdam (84,39) und Cassel (88,89 %) nicht mindestens 90 % ihrer Steuern überhaupt; den höchsten Anteil zeigte mit 98,63 % der Regierungsbezirk Osnabrück.

Die indirekten Gemeindesteuern sämtlicher preußischen Gemeinden machten, wie wir bereits sahen, 8,65 v. H. der Gemeindesteuern überhaupt aus. Von den 36 Regierungsbezirken übertrafen bloß 9 diesen Durchschnittssatz, am meisten Potsdam mit 13,98 v. H., demnächst die hessen-nassauischen Bezirke Wiesbaden und Cassel mit 10,96 sowie 10,95 v. H., ferner Köln und Erfurt mit 10,73 und 10,18 v. H. Die weiteren hierher gehörigen Regierungsbezirke waren Königsberg (9,93), Düsseldorf (9,48), Hannover (9,23) und Schleswig (8,83 v. H.). Am geringsten waren die entsprechenden Anteile mit 4,97, 4,23 und 3,67 v. H. bei Sigmaringen, Minden sowie Stade. Den höchsten Steuerertrag erzielten die Gemeinden des Regierungsbezirks Potsdam mit 12,39 Mill. M. Dann folgten der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 10,88 Mill. und der Stadtkreis Berlin mit 7,72 Mill. M. Sonst traten mit größeren Summen nur noch Arnsberg (4,99), Wiesbaden (4,59), Köln (4,29) und Schleswig (3,75 Mill. M.) hervor. In 18 Regierungsbezirken betrug das Aufkommen aus indirekten Gemeindesteuern noch nicht 1 Million M.; nächst Sigmaringen, wo nur 42 640 M. einkamen, war der Ertrag in den Regierungsbezirken Stralsund, Stade, Köslin und Osnabrück mit rund 194 000, 263 000, 277 000 und 283 000 M. am geringsten.

Am Gesamtertrage der indirekten Gemeindesteuern waren beteiligt mit

	Mill. M.	%
die Stadtkreise	49,28	63,52
„ kreisangehörigen Städte	10,52	13,56
„ Landgemeinden	17,78	22,92

Der prozentale Anteil der Stadtkreise ist hier also wesentlich höher als bei den direkten Gemeindesteuern. Dieses Plus des Anteilsatzes bei den Stadtkreisen wurde hauptsächlich auf Kosten des Anteils der Landgemeinden erzielt, was darauf zurückzuführen ist, daß zahlreiche Landgemeinden indirekte Gemeindesteuern entweder gar nicht oder nur die eine oder andere Art derselben eingeführt hatten, während Einkommensteuern und Realsteuern fast in sämtlichen Landgemeinden vorkamen. Bei der großen Zahl der Landgemeinden — es handelt sich um mehr als 36 000 — ergeben auch die im einzelnen zwar nur geringfügigen Beträge in ihrer Gesamtheit doch eine stattliche Summe. So kommt es, daß, während der Ertrag aus Einkommensteuern und Realsteuern bei den Stadtkreisen rund $3\frac{1}{3}$ bzw. $3\frac{1}{2}$ mal so hoch war als bei den kreisangehörigen Städten, er nur das 2,18fache der Einkommensteuer und bloß das 1,48fache der Realsteuern sämtlicher Landgemeinden ausmachte. Bei den indirekten Steuern betrug

[Fortsetzung des Textes auf Seite 171.]

Das Aufkommen der einzelnen direkten Steuerarten und ihre Anteile am Gesamtertrage der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

Staat. — Provinzen. — Regierungsbezirke.	a) Stadt- kreise b) kreis- an- gehörige Städte	Es betrugen					Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern auf			
		die Ein- kommen- steuer	die Grund- und Ge- bäude- steuer	die Ge- werbe- steuer	die Be- triebs- steuer	die direkten Steuern zusammen	die Ein- kommen- steuer	die Grund- und Ge- bäude- steuer	die Ge- werbe- steuer	die Be- triebs- steuer
		M	M	M	M	M				
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A. Staat	a	258 724 053	124 863 144	57 136 005	1 921 129	442 644 331	58,45	28,21	12,91	0,43
	b	77 085 172	35 830 208	16 709 185	720 512	130 345 077	59,14	27,49	12,82	0,55
B. Provinzen.										
I. Ostpreußen	a	6 265 138	3 492 313	1 086 943	68 186	10 912 580	57,41	32,00	9,96	0,62
	b	2 906 444	1 564 408	535 912	55 860	5 062 624	57,41	30,90	10,59	1,10
II. Westpreußen	a	4 749 910	2 533 502	952 414	48 295	8 284 121	57,34	30,58	11,50	0,58
	b	3 010 901	1 538 797	476 769	38 691	5 065 158	59,44	30,38	9,41	0,76
III. Stadtkreis Berlin . . .	a	41 831 987	28 662 901	14 292 788	276 580	85 064 256	49,18	33,70	16,80	0,33
IV. Brandenburg (ohne Berlin)	a	24 753 337	16 098 713	3 310 804	174 935	44 337 789	55,83	36,31	7,47	0,39
	b	7 445 433	3 863 652	1 621 013	77 963	13 008 061	57,24	29,70	12,46	0,60
V. Pommern	a	5 820 836	3 063 665	928 156	61 141	9 873 793	58,95	31,03	9,40	0,62
	b	3 867 849	2 113 069	747 478	41 669	6 770 065	57,13	31,21	11,04	0,62
VI. Posen	a	3 753 854	2 262 223	548 530	50 621	6 615 228	56,75	34,20	8,29	0,77
	b	3 574 614	2 066 920	851 162	74 358	6 567 054	54,43	31,47	12,96	1,13
VII. Schlesien	a	19 809 232	8 793 860	4 160 447	176 192	32 939 731	60,14	26,70	12,63	0,53
	b	7 703 275	3 136 003	1 796 677	54 819	12 690 774	60,70	24,71	14,16	0,43
VIII. Sachsen	a	17 772 760	6 791 359	3 500 569	117 579	28 182 267	63,06	24,10	12,42	0,42
	b	7 161 350	3 782 798	1 564 866	41 706	12 550 720	57,06	30,14	12,47	0,33
IX. Schleswig-Holstein . .	a	9 056 455	7 927 035	1 249 549	62 428	18 295 467	49,50	43,33	6,83	0,34
	b	3 907 500	1 779 725	912 162	29 033	6 628 420	58,95	26,85	13,76	0,44
X. Hannover	a	12 337 931	5 387 867	2 581 346	91 406	20 398 550	60,48	26,41	12,65	0,45
	b	6 165 511	3 025 198	1 291 544	60 947	10 543 200	58,43	28,69	12,25	0,58
XI. Westfalen	a	22 966 937	8 140 524	6 023 313	228 245	37 359 019	61,48	21,79	16,12	0,61
	b	10 663 877	4 127 649	2 376 920	74 090	17 242 536	61,85	23,94	13,79	0,43
XII. Hessen-Nassau	a	21 474 899	8 213 459	3 330 658	98 188	33 117 204	64,85	24,80	10,06	0,30
	b	5 115 227	2 441 167	1 060 097	61 299	8 677 790	58,96	28,13	12,22	0,71
XIII. Rheinprovinz	a	68 130 777	23 495 723	15 170 488	467 333	107 264 321	63,52	21,90	14,14	0,44
	b	15 422 848	6 366 934	3 424 497	110 077	25 324 356	60,90	25,14	13,52	0,43
XIV. Hohenzoll. Lande . .	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b	140 343	23 888	50 088	—	214 319	65,48	11,15	23,37	—
C. Regierungsbezirke.										
1. Königsberg	a	4 882 947	2 834 445	842 555	50 066	8 610 013	56,71	32,92	9,79	0,58
	b	1 417 342	787 168	276 392	30 428	2 511 330	56,44	31,34	11,01	1,21
2. Gumbinnen	a	1 065 941	514 109	184 260	13 305	1 777 615	59,96	28,92	10,37	0,75
	b	576 536	296 796	96 707	6 948	976 987	59,01	30,38	9,90	0,71
3. Allenstein	a	316 250	143 759	60 128	4 815	524 952	60,24	27,39	11,45	0,92
	b	912 566	480 444	162 513	18 484	1 574 307	57,97	30,52	10,34	1,17
4. Danzig	a	3 753 947	1 985 651	754 262	38 876	6 532 736	57,46	30,40	11,55	0,60
	b	1 200 191	585 002	161 906	11 360	1 958 459	61,28	29,87	8,27	0,58
5. Marienwerder	a	995 963	547 851	198 152	9 419	1 751 385	56,87	31,28	11,31	0,54
	b	1 810 710	953 795	314 863	27 331	3 106 699	58,28	30,70	10,13	0,88
6. Potsdam	a	21 011 642	14 632 991	2 574 252	138 572	38 357 457	54,78	38,15	6,71	0,36
	b	4 487 185	2 458 660	974 087	47 490	7 967 422	56,32	30,96	12,23	0,60
7. Frankfurt	a	3 741 695	1 465 722	736 552	36 363	5 980 332	62,57	24,31	12,32	0,61
	b	2 958 248	1 404 992	646 926	30 473	5 040 639	58,69	27,87	12,83	0,60
8. Stettin	a	4 961 540	2 661 878	777 173	47 953	8 448 544	58,73	31,51	9,20	0,57
	b	1 606 182	923 730	345 976	20 776	2 896 664	55,45	31,89	11,94	0,72
9. Küslin	a	465 074	189 903	80 853	4 998	740 828	62,78	25,63	10,91	0,67
	b	1 571 118	828 774	284 955	16 688	2 701 535	58,16	30,68	10,55	0,62
10. Stralsund	a	394 222	211 884	70 130	8 190	684 426	57,60	30,96	10,25	1,20
	b	690 549	360 565	116 547	4 205	1 171 866	58,93	30,77	9,95	0,36
11. Posen	a	2 754 452	1 808 297	395 487	44 316	5 002 552	55,06	36,15	7,91	0,89
	b	1 895 058	1 042 336	408 738	31 315	3 377 447	56,11	30,96	12,10	0,93
12. Bromberg	a	999 402	453 926	153 043	6 305	1 612 676	61,97	28,15	9,49	0,39
	b	1 679 556	1 024 584	442 424	43 043	3 189 607	52,66	32,12	13,87	1,35

Noch: Das Aufkommen der einzelnen direkten Steuerarten und ihre Anteile am Gesamtertrage der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

Regierungsbezirke.	a) Stadtkreise, b) kreisangehörige Städte	Es betrugen					Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern auf			
		die Einkommensteuer	die Grund- und Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer	die direkten Steuern zusammen	die Einkommensteuer	die Grund- und Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
		M	M	M	M	M				
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Noch: C. Regierungsbezirke.										
13. Breslau	a	11 907 028	5 431 992	2 229 186	89 758	19 657 964	60,57	27,63	11,34	0,46
	b	2 374 812	1 044 760	552 053	18 975	3 990 600	59,51	26,18	13,83	0,48
14. Liegnitz	a	2 110 683	1 025 402	444 093	26 807	3 606 985	58,52	28,43	12,81	0,74
	b	3 163 261	1 212 330	628 827	13 246	5 017 664	63,04	24,16	12,53	0,26
15. Oppeln	a	5 791 521	2 336 466	1 487 168	59 627	9 674 782	59,86	24,15	15,37	0,62
	b	2 165 202	878 913	615 797	22 598	3 682 510	58,80	23,87	16,72	0,61
16. Magdeburg	a	8 825 270	3 494 501	1 659 065	66 811	14 045 647	62,83	24,88	11,81	0,48
	b	3 215 240	1 649 750	726 769	22 368	5 614 127	57,37	29,39	12,95	0,40
17. Merseburg	a	5 462 391	1 849 264	1 148 874	28 004	8 488 533	64,35	21,79	13,53	0,33
	b	3 089 479	1 728 211	667 062	14 502	5 499 254	56,18	31,48	12,13	0,26
18. Erfurt	a	3 485 099	1 447 594	692 630	22 764	5 648 087	61,70	25,63	12,26	0,40
	b	856 631	404 837	171 035	4 836	1 437 339	59,60	28,17	11,90	0,34
19. Schleswig	a	9 056 455	7 927 035	1 249 549	62 428	18 295 467	49,50	43,33	6,83	0,34
	b	3 907 500	1 779 725	912 162	29 033	6 628 420	58,96	26,85	13,76	0,44
20. Hannover	a	6 598 196	3 332 921	1 484 103	54 622	11 469 842	57,53	29,06	12,94	0,48
	b	838 321	488 831	211 027	13 100	1 551 279	54,04	31,51	13,60	0,84
21. Hildesheim	a	1 776 588	748 000	280 119	9 677	2 814 384	63,13	26,58	9,95	0,34
	b	1 721 754	869 325	438 697	15 102	3 044 878	56,55	28,85	14,41	0,50
22. Lüneburg	a	2 414 036	735 864	561 694	15 237	3 726 831	64,77	19,75	15,07	0,41
	b	720 505	284 532	161 504	5 554	1 172 095	61,47	24,26	13,78	0,47
23. Stade	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b	1 383 503	738 874	240 479	9 752	2 372 608	58,31	31,14	10,14	0,41
24. Osnabrück	a	1 201 885	423 563	191 385	9 310	1 826 143	65,82	23,19	10,48	0,51
	b	600 523	235 742	99 340	9 982	945 587	63,51	24,93	10,51	1,06
25. Aurich	a	347 226	147 519	64 045	2 560	561 350	61,86	26,28	11,41	0,46
	b	900 905	407 894	140 497	7 457	1 456 753	61,84	28,00	9,64	0,51
26. Münster	a	3 522 908	1 343 660	1 111 488	18 096	5 996 152	58,75	22,41	18,54	0,30
	b	2 154 084	812 270	552 609	21 909	3 540 872	60,83	22,94	15,61	0,62
27. Minden	a	2 408 850	832 722	498 608	15 779	3 755 959	64,13	22,17	13,28	0,42
	b	2 215 199	992 439	396 066	21 140	3 624 844	61,11	27,38	10,93	0,58
28. Arnberg	a	17 035 179	5 964 142	4 413 217	194 370	27 606 908	61,71	21,60	15,99	0,70
	b	6 294 594	2 322 940	1 428 245	31 041	10 076 820	62,47	23,05	14,17	0,31
29. Cassel	a	3 588 599	1 593 280	686 949	20 653	5 889 481	60,93	27,05	11,66	0,35
	b	2 045 472	1 008 203	386 082	33 818	3 473 575	58,89	29,02	11,11	0,97
30. Wiesbaden	a	17 886 300	6 620 179	2 643 709	77 535	27 227 723	65,69	24,31	9,71	0,28
	b	3 069 755	1 432 964	674 015	27 481	5 204 215	58,99	27,63	12,95	0,53
31. Coblenz	a	932 555	356 904	179 871	7 254	1 476 584	63,16	24,17	12,18	0,49
	b	2 280 031	1 111 678	473 922	21 715	3 887 346	58,65	28,60	12,19	0,56
32. Düsseldorf	a	44 580 798	14 580 603	9 949 932	315 933	69 427 266	64,21	21,00	14,33	0,46
	b	8 692 498	3 517 405	1 938 581	51 921	14 200 405	61,21	24,77	13,65	0,37
33. Cöln	a	15 604 677	6 095 118	3 715 613	84 615	25 500 023	61,19	23,90	14,57	0,33
	b	1 410 659	593 628	359 978	13 751	2 378 016	59,82	24,96	15,14	0,58
34. Trier	a	3 120 789	1 099 465	525 422	39 162	4 784 838	65,22	22,98	10,98	0,82
	b	665 177	357 871	130 440	10 485	1 163 973	57,15	30,75	11,21	0,90
35. Aachen	a	3 891 958	1 363 633	799 650	20 369	6 075 610	64,06	22,44	13,16	0,34
	b	2 374 483	786 352	521 576	12 205	3 694 616	64,27	21,28	14,12	0,33
36. Sigmaringen	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b	140 343	23 888	50 088	—	214 319	65,48	11,15	23,37	—

die Einnahme der Stadtkreise immerhin das 2,77 fache des Aufkommens in den Landgemeinden und das 4,68 fache des Aufkommens in den kreisangehörigen Städten. Übertroffen wurde der hohe durchschnittliche Anteilsatz der Stadtkreise am Gesamtertrage der indirekten Gemeindesteuern nur bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Regierungsbezirken (9), bei einigen von ihnen dafür aber recht erheblich. Es handelt

sich um die folgenden: Stettin (66,69), Erfurt (70,56), Breslau (72,11), Düsseldorf (72,82), Osnabrück (75,55), Königsberg (75,95), Cöln (76,88), Wiesbaden (81,78) und Hannover (84,50 %). Auch Danzig und Magdeburg blieben mit ihren entsprechenden Anteilen in Höhe von 63,42 und 62,16 % nicht allzuviel hinter dem staatlichen Durchschnittssatz zurück. Alle genannten

[Fortsetzung des Textes auf Seite 173.]

**Die Arten der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 und ihr Prinzipsoll auf den Kopf der Bevölkerung
in den preussischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.**

(Tab. 11.)		Es betrug auf 1 Einw. das Prinzipsoll der			Es betrugen auf 1 Einw. die				
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	a) Städte, b) Land- gemeinden, c) Städte und Land- gemeinden	Ein- kom- men- steuer	Real- steu- ern	di- rek- ten Steu- ern zu- sam- men	Ge- mein- de- Ein- kom- men- steuer	Ge- mein- de- Grund- und Ge- bäude- steuer	Ge- mein- de- Gew- erbe- steuer	Ge- mein- de- Be- triebs- steuer	direk- ten Ge- mein- de- steu- ern zu- sam- men
		M	M	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat . .	a 1 277	11,10	6,12	17,22	17,45	8,35	3,84	0,14	29,78
	b 36 172	3,78	3,12	6,90	6,21	5,23	1,21	0,08	12,74
	c 37 449	7,46	4,62	12,08	11,86	6,80	2,53	0,11	21,30
B. Provinzen.									
I. Ost- preußen . .	a 67	5,91	4,21	10,12	13,87	7,65	2,45	0,19	24,16
	b 4 996	1,17	2,04	3,21	2,75	4,48	0,24	0,09	7,55
	c 5 063	2,97	2,86	5,83	6,96	5,68	1,08	0,13	13,94
II. West- preußen . .	a 57	5,33	4,01	9,34	12,95	6,80	2,38	0,15	22,28
	b 2 047	1,29	2,09	3,37	3,27	5,12	0,31	0,07	8,78
	c 2 104	2,93	2,87	5,80	7,21	5,80	1,16	0,10	14,27
III. Stdtk. Berlin	a 1	20,01	12,25	32,27	20,57	14,10	7,03	0,14	41,83
IV. Branden- burg (ohne Berlin) . .	a 142	12,55	6,38	18,93	15,48	9,80	2,37	0,12	27,57
	b 3 093	7,33	4,38	11,71	8,27	9,01	1,24	0,08	18,60
	c 3 235	10,11	5,45	15,55	12,11	9,32	1,84	0,10	23,38
V. Pommern	a 73	6,44	4,87	10,81	12,95	6,92	2,24	0,14	22,25
	b 2 092	2,05	2,78	4,82	3,26	3,94	0,48	0,09	7,78
	c 2 165	4,46	3,65	8,11	8,57	5,57	1,45	0,12	15,71
VI. Posen . .	a 129	5,31	3,80	9,11	10,00	5,91	1,91	0,17	17,99
	b 3 142	1,18	1,62	2,80	1,52	1,85	0,11	0,03	3,51
	c 3 271	2,94	2,55	5,49	5,13	3,58	0,88	0,09	9,67
VII. Schlesien	a 150	8,45	4,82	13,27	15,01	6,51	3,25	0,13	24,90
	b 5 057	2,64	2,23	4,87	4,67	3,54	0,92	0,06	9,19
	c 5 207	4,85	3,21	8,06	8,59	4,66	1,80	0,09	15,15
VIII. Sachsen	a 142	9,27	5,11	14,38	16,22	6,88	3,29	0,10	26,49
	b 2 946	4,03	4,07	8,11	5,46	5,13	0,78	0,08	11,43
	c 3 088	6,73	4,61	11,33	10,99	6,03	2,07	0,08	19,18
IX. Schlesw.- Holstein . .	a 56	8,60	5,47	14,07	16,38	12,25	2,73	0,12	31,46
	b 1 936	4,24	5,65	9,89	6,94	10,17	0,92	0,10	18,13
	c 1 992	6,47	5,56	12,02	11,75	11,24	1,84	0,11	24,91
X. Hannover	a 113	9,62	5,42	15,04	15,68	7,13	3,28	0,13	26,32
	b 3 995	3,77	3,88	7,65	6,20	6,13	0,83	0,12	13,28
	c 4 108	6,14	4,51	10,64	10,04	6,54	1,82	0,12	18,52
XI. Westfalen	a 109	8,56	4,29	12,85	17,76	6,48	4,44	0,16	28,84
	b 1 461	4,52	2,90	7,42	9,99	5,12	2,80	0,09	18,00
	c 1 570	6,33	3,52	9,86	13,48	5,73	3,53	0,12	22,87
XII. Hessen- Nassau . .	a 103	17,95	8,37	26,32	23,76	9,52	3,92	0,14	37,35
	b 2 203	3,17	2,74	5,91	4,15	3,75	0,52	0,10	8,52
	c 2 306	10,52	5,54	16,06	13,90	6,62	2,21	0,12	22,86
XIII. Rhein- provinz . .	a 133	11,61	5,81	17,42	20,79	7,43	4,63	0,14	32,99
	b 3 082	5,00	3,25	8,25	8,69	5,21	2,10	0,08	16,08
	c 3 215	8,67	4,67	13,34	15,41	6,44	3,50	0,12	25,47
XIV. Hohenz. Lande . .	a 2	9,19	3,54	12,73	13,42	2,28	4,79	—	20,50
	b 122	3,53	2,95	6,47	3,21	5,34	1,22	—	9,78
	c 124	4,35	3,03	7,38	4,70	4,90	1,74	—	11,34
C. Regierungs- bezirke.									
1. Königsberg	a 33	6,99	4,75	11,64	15,80	9,08	2,81	0,20	27,88
	b 1 588	1,36	2,54	3,90	3,01	5,42	0,29	0,10	8,83
	c 1 621	4,34	3,73	8,06	9,89	7,39	1,64	0,16	19,08
2. Gumbinnen	a 11	5,19	3,77	8,96	12,86	6,35	2,20	0,16	21,57
	b 2 222	1,33	2,22	3,55	3,04	4,75	0,26	0,09	8,15
	c 2 233	2,27	2,60	4,87	5,43	5,14	0,73	0,11	11,42
3. Allenstein .	a 23	3,70	3,05	6,75	9,12	4,63	1,65	0,17	15,58
	b 1 186	0,80	1,32	2,12	2,15	3,22	0,16	0,08	5,60
	c 1 209	1,62	1,91	3,42	4,11	3,61	0,58	0,10	8,41
4. Danzig . .	a 13	6,56	4,46	11,02	15,53	8,06	2,87	0,16	26,62
	b 769	1,50	2,36	3,86	3,78	6,13	0,39	0,12	10,43
	c 782	3,88	3,35	7,23	9,31	7,04	1,56	0,14	18,04

(Noch: Tab. 11.)		a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Land- gemeinden		Es betrug auf 1 Einw. das Prinzipsoll der -			Es betrugen auf 1 Einw. die				
Regierungs- bezirke.			Ein- kom- men- steuer	Real- steu- ern	di- rek- ten Steu- ern zu- sam- men	Ge- mein- de- Ein- kom- men- steuer	Ge- mein- de- Grund- und Ge- bäude- steuer	Ge- mein- de- Gew- erbe- steuer	Ge- mein- de- Be- triebs- steuer	direk- ten Ge- mein- de- steu- ern zu- sam- men	
											M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Noch: C. Re- gierungsbezirke.											
5. Marien- werder . .	a	44	3,93	3,50	7,43	10,01	5,36	1,83	0,13	17,33	
	b	1 278	1,14	1,90	3,03	2,92	4,42	0,26	0,04	7,64	
	c	1 322	2,12	2,46	4,58	5,42	4,75	0,81	0,07	11,05	
6. Potsdam . .	a	77	14,48	7,11	21,59	16,37	10,97	2,28	0,12	29,74	
	b	1 472	9,73	5,18	14,91	10,68	11,70	1,61	0,09	24,08	
	c	1 549	12,38	6,26	18,64	13,86	11,29	1,98	0,10	27,24	
7. Frankfurt . .	a	65	6,78	4,21	10,98	12,83	5,50	2,65	0,13	21,11	
	b	1 621	2,35	2,73	5,07	3,29	3,41	0,46	0,08	7,24	
	c	1 686	4,42	3,42	7,84	7,75	4,39	1,48	0,10	13,73	
8. Stettin . .	a	36	7,39	4,94	12,32	14,56	7,95	2,49	0,15	25,16	
	b	976	2,61	3,30	5,91	3,95	4,37	0,65	0,09	9,06	
	c	1 012	5,46	4,28	9,73	10,27	6,50	1,75	0,13	18,65	
9. Köslin . . .	a	23	4,70	3,38	8,08	10,37	5,19	1,88	0,11	17,54	
	b	922	1,28	1,90	3,18	2,24	3,16	0,15	0,07	5,61	
	c	945	2,78	2,53	5,32	5,78	4,04	0,90	0,09	10,81	
10. Stralsund . .	a	14	5,57	3,76	9,33	10,75	5,67	1,85	0,12	18,40	
	b	194	2,40	3,85	6,25	4,17	5,14	1,08	0,20	10,58	
	c	208	4,43	3,79	8,22	8,39	5,48	1,57	0,15	15,59	
11. Posen . . .	a	84	5,47	3,87	9,34	9,95	6,10	1,72	0,16	17,94	
	b	1 951	1,06	1,42	2,47	1,34	1,63	0,08	0,08	3,07	
	c	2 035	2,93	2,46	5,39	5,00	3,53	0,78	0,08	9,39	
12. Bromberg . .	a	45	5,02	3,69	8,71	10,09	5,57	2,24	0,19	18,09	
	b	1 191	1,40	1,98	3,38	1,84	2,23	0,17	0,04	4,29	
	c	1 236	2,95	2,71	5,66	5,36	3,66	1,06	0,10	10,17	
13. Breslau . . .	a	55	10,12	5,75	15,87	17,03	7,72	3,32	0,13	28,20	
	b	2 076	2,70	2,74	5,43	4,23	3,94	0,67	0,08	8,92	
	c	2 131	6,35	4,22	10,57	10,53	5,80	1,97	0,10	18,41	
14. Liegnitz . .	a	49	7,92	4,45	12,37	12,34	5,23	2,51	0,09	20,18	
	b	1 504	2,42	2,70	5,12	3,73	3,58	0,51	0,07	7,90	
	c	1 553	4,57	3,38	7,95	7,09	4,23	1,29	0,08	12,69	
15. Oppeln . . .	a	46	6,37	3,74	10,11	14,04	5,67	3,71	0,15	23,57	
	b	1 477	2,71	1,72	4,43	5,35	3,28	1,25	0,05	9,93	
	c	1 523	3,73	2,28	6,02	7,78	3,95	1,94	0,07	13,74	
16. Magdeburg	a	48	9,89	5,51	15,40	17,83	7,62	3,53	0,13	29,11	
	b	967	4,90	4,57	9,47	6,84	6,35	0,92	0,08	14,20	
	c	1 015	7,71	5,10	12,81	13,03	7,07	2,39	0,11	22,60	
17. Merseburg	a	71	8,51	4,67	13,17	14,60	6,11	3,10	0,07	23,88	
	b	1 573	3,83	4,16	8,04	5,11	4,88	0,75	0,06	10,80	
	c	1 644	6,04	4,39	10,43	9,53	5,45	1,85	0,06	16,89	
18. Erfurt . . .	a	23	9,36	5,05	14,41	15,69	6,70	3,12	0,10	25,61	
	b	406	2,65	2,94	5,48	3,55	3,26	0,56	0,06	7,43	
	c	429	6,14	3,99	10,12	9,86	5,05	1,89	0,08	16,88	
19. Schleswig .	a	56	8,60	5,47	14,07	16,36	12,25	2,73	0,12	31,46	
	b	1 936	4,24	5,65	9,89	6,94	10,17	0,92	0,10	18,13	
	c	1 992	6,47	5,56	12,02	11,75	11,24	1,84	0,11	24,94	
20. Hannover .	a	33	11,69	6,63	18,32	16,09	8,27	3,67	0,15	28,17	
	b	539	3,64	3,60	7,24	5,98	6,21	0,76	0,11	13,06	
	c	572	8,63	5,48	14,11	12,25	7,48	2,56	0,13	22,43	
21. Hildesheim	a	30	8,27	4,82	13,09	15,04	6,95	3,09	0,11	25,19	
	b	601	4,96	4,35	9,31	7,29	6,76	1,02	0,10	15,17	
	c	631	6,36	4,55	10,91	10,57	6,84	1,89	0,10	19,41	
22. Lüneburg . .	a	15	10,53	5,10	15,64	18,55	6,04	4,28	0,12	28,98	
	b	1 315	4,29	3,78	8,07	7,42	6,64	0,83	0,11	15,00	
	c	1 330	6,24	4,19	10,43	10,89	6,46	1,91	0,11	19,37	
23. Stade . . .	a	14	6,70	4,38	11,09	12,56	6,71	2,18	0,09	21,55	
	b	691	3,61	4,09	7,71	6,62	6,23	1,21	0,13	14,19	
	c	705	4,41	4,17	8,58	8,15	6,35	1,46	0,12	16,08	
24. Osnabrück	a	14	8,00	4,22	12,22	15,54	5,88	2,51	0,17	23,90	
	b	534	2,24	2,85	5,09	4,22	4,69	0,48	0,14	9,53	
	c	548	4,02	3,27	7,29	7,72	5,00	1,10	0,15	13,97	

Noch: Die Arten der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 und ihr Prinzipsoll auf den Kopf der Bevölkerung in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

(Noch: Tab. 11.)		a) Städte, b) Land- gemeinden, c) Städte und Land- gemeinden			Es betrug auf 1 Einw. das Prinzipsoll der			Es betrugen auf 1 Einw. die				
Regierungs- bezirke.			Ein- kom- men- steu- er	Real- steu- ern	di- rek- ten Steu- ern zu- sam- men	Ge- mein- de- Ein- kom- men- steuer	Ge- mein- de- Grund- und Ge- bäude- steuer	Ge- mein- de- Ge- wer- be- steuer	Ge- mein- de- Be- triebs- steuer	direk- ten Ge- mein- de- steu- ern zu- sam- men		
											M	M
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10			
Noch: C. Re- gierungsbezirke.												
25. Aurich . .	a	7	6,43	4,16	10,59	13,84	6,16	2,27	0,11	22,37		
	b	315	3,29	4,82	8,11	4,20	5,77	0,49	0,10	10,56		
	c	322	4,32	4,60	8,93	7,38	5,90	1,07	0,10	14,46		
26. Münster . .	a	29	7,53	3,79	11,31	15,14	5,75	4,44	0,11	25,43		
	b	245	4,47	3,06	7,53	9,15	5,79	3,45	0,10	18,49		
	c	274	5,59	3,33	8,92	11,33	5,77	3,81	0,11	21,02		
27. Minden . .	a	29	8,80	4,96	13,77	17,28	6,82	3,84	0,14	27,59		
	b	458	2,67	2,68	5,35	6,00	5,09	0,63	0,10	11,83		
	c	487	4,89	3,50	8,39	10,08	5,72	1,61	0,12	17,52		
28. Arnberg . .	a	51	8,82	4,29	13,11	18,65	6,63	4,67	0,18	30,13		
	b	758	5,27	2,91	8,18	12,02	4,78	3,29	0,08	20,17		
	c	809	7,08	3,61	10,70	15,41	5,72	4,00	0,13	25,25		
29. Cassel . . .	a	64	9,73	5,62	15,35	14,31	6,61	2,73	0,14	23,78		
	b	1 323	2,91	2,79	5,70	3,94	3,60	0,42	0,10	8,07		
	c	1 387	5,59	3,90	9,49	8,01	4,78	1,33	0,12	14,23		
30. Wiesbaden	a	39	22,41	9,86	32,27	28,89	11,10	4,57	0,14	44,71		
	b	880	3,48	2,69	6,17	4,40	3,92	0,64	0,10	9,06		
	c	919	14,48	6,86	21,34	18,64	8,10	2,93	0,12	29,79		
31. Coblenz . .	a	26	9,53	5,56	15,09	15,12	6,91	3,08	0,14	25,34		
	b	1 012	3,22	2,75	5,97	5,88	4,43	0,78	0,07	11,16		
	c	1 038	4,99	3,54	8,53	8,47	5,13	1,42	0,09	15,11		
32. Düsseldorf	a	64	11,21	5,31	16,51	21,16	7,19	4,72	0,15	33,22		
	b	325	7,09	3,75	10,84	12,08	5,50	3,11	0,07	20,76		
	c	389	10,06	4,87	14,94	18,64	6,72	4,27	0,13	29,76		
33. Cöln	a	15	13,60	7,54	21,15	21,20	8,33	5,08	0,12	34,73		
	b	271	5,42	3,71	9,12	8,55	5,84	1,34	0,10	15,83		
	c	286	10,47	6,08	16,55	16,37	7,38	3,65	0,11	27,51		
34. Trier . . .	a	13	9,30	5,03	14,34	17,79	6,85	3,08	0,23	27,95		
	b	1 101	3,98	2,59	6,56	7,91	4,91	2,69	0,08	15,58		
	c	1 114	5,11	3,10	8,21	10,00	5,32	2,77	0,11	18,20		
35. Aachen . .	a	15	12,91	6,13	19,04	22,85	7,84	4,82	0,12	35,62		
	b	373	3,91	3,44	7,35	6,19	5,36	1,29	0,10	12,93		
	c	388	7,47	4,50	11,97	12,77	6,34	2,68	0,11	21,91		
36. Sigma- ringen . . .	a	2	9,19	3,54	12,73	13,42	2,28	4,79	—	20,50		
	b	122	3,53	2,95	6,47	3,21	5,34	1,22	—	9,78		
	c	124	4,35	3,03	7,38	4,70	4,90	1,74	—	11,34		

Regierungsbezirke, mit Ausnahme von Osnabrück, zeichneten sich auch durch die hohen Anteile ihrer Stadtkreise am Gesamtertrage der direkten Gemeindesteuern aus, wie wir sahen. Bei ihnen fallen die hohen Steuererträge der Großstädte entscheidend ins Gewicht. Bei 15 von den in Betracht kommenden 34 Regierungsbezirken betrug der Anteil der Stadtkreise am Gesamtertrage der indirekten Steuern sämtlicher Gemeinden über 50 und bei weiteren 9 noch über 40 %. Die niedrigsten Anteile zeigten mit rund 30, 28 und 24 % die Stadtkreise der Regierungsbezirke Allenstein, Aurich und Köslin. Die kreisangehörigen Städte sowie die Landgemeinden erreichten, abgesehen von den stadtkreisfreien Regierungsbezirken Stade und Sigmaringen, nur in verhältnismäßig wenigen Bezirken bedeutendere Anteile am Gesamtaufkommen der indirekten Gemeindesteuern. Besonders hervorzuheben sind die kreisangehörigen Städte in den Regierungsbezirken Köslin und Bromberg mit Anteilen von 65,61 und 54,34 %, desgleichen die Landgemeinden des Regierungsbezirks Münster mit ihrem An-

teile von 50,11 %. In zweiter Linie kämen auch noch bezüglich der städtischen Anteile die Regierungsbezirke Allenstein (47,65), Posen (44,87), Marienwerder (42,76), Aurich (42,71) und Minden (42,48 %), desgleichen hinsichtlich der Landgemeinden-Anteile die Regierungsbezirke Trier (45,50) und Potsdam (44,26 %) in Betracht.

Wie die Tabelle 8 des näheren zeigt, spielten die indirekten Steuern bei den Stadtkreisen einiger Regierungsbezirke eine nicht ganz unwesentliche Rolle für die Beschaffung ihres Finanzbedarfs. So machte ihr Aufkommen bei den Stadtkreisen von 18 Regierungsbezirken mehr als ein Zehntel des gesamten Steuerertrages aus; am höchsten war ihr Anteil mit 14,19, 15,16 und 15,25 % der gesamten Steuersumme in den Regierungsbezirken Hildesheim, Allenstein sowie Coblenz. Unter den kreisangehörigen Städten zeichneten sich nur die des Regierungsbezirks Cassel durch einen verhältnismäßig hohen Anteil ihrer indirekten Steuern am gesamten Steuerbedarfe aus; er belief sich hier auf 12,06 v. H. Auch bei den Landgemeinden dieses Regierungsbezirks betrug er noch 11,11 v. H., wurde jedoch noch von dem Anteil des Regierungsbezirks Potsdam, der sich auf 15,61 v. H. stellte, erheblich übertroffen. In den übrigen Regierungsbezirken erreichten weder die kreisangehörigen Städte noch die Landgemeinden mit ihrem Aufkommen aus indirekten Steuern den zehnten Teil ihres Gesamtsteuerertrages.

Die überwiesenen Steuern im Gesamtbetrage von 3,53 Mill. \mathcal{M} verteilten sich folgendermaßen auf die drei unterschiedenen Gemeindeklassen. Es kamen auf

	bei	an Warenhaus- steuer	Wanderlager- steuer
den Stadtkreisen	3 405 241	\mathcal{M}	14 451 \mathcal{M}
„ kreisangehörigen Städten	36 159	„	23 765 „
„ Landgemeinden	48 204	„	— „

Der Löwenanteil an dem Ertrage der Warenhaussteuer entfiel mit 2,34 Mill. \mathcal{M} oder rund 67 % auf den Stadtkreis Berlin. Die Summe von 1,06 Mill. \mathcal{M} verteilte sich auf die Stadtkreise von 20 Regierungsbezirken, von denen Potsdam, Düsseldorf und Trier mit 271 244, 174 195 sowie 114 883 \mathcal{M} die höchsten Erträge aufwiesen. Kreisangehörige Städte, denen Einnahmen aus der Warenhaussteuer zufließen, kamen nur in 4 Regierungsbezirken vor; der Ertrag aus dieser Steuer belief sich auf 18 022 \mathcal{M} im Regierungsbezirk Potsdam, desgleichen auf 7 640, 7 301, 3 196 \mathcal{M} in den Regierungsbezirken Breslau, Aachen und Danzig. Ebenso gab es nur 3 Bezirke, in denen Einnahmen aus der Warenhaussteuer auch bei einigen Landgemeinden vorkamen. An erster Stelle ist hier der Regierungsbezirk Oppeln zu nennen, in dessen industriellen Landkreisen eine ganze Anzahl von größeren Landgemeinden Einnahmen aus der Warenhaussteuer erzielten. Ihr Gesamtaufkommen belief sich auf 41 527 \mathcal{M} . Sonst wurden nur noch kleinere Beträge in den Regierungsbezirken Merseburg (4 429) und Breslau (2 248 \mathcal{M}) vereinnahmt.

Das finanzielle Ergebnis aus der Besteuerung des Wanderlagerbetriebes war nirgends von Bedeutung. Die höchsten Erträge wiesen die Stadtkreise im Regierungsbezirk Arnberg und der Stadtkreis Berlin mit 2 600 sowie 2 451 \mathcal{M} auf. Die kreisangehörigen Städte erzielten in keinem Regierungsbezirk auch nur einen Gesamtbetrag von 2 000 \mathcal{M} . Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Städte mit 2 000 und weniger Einwohnern ebenso wie die Landgemeinden ihre Einnahmen aus der Besteuerung des Wanderlagerbetriebes gesetzgemäß an die Kreise abzuliefern haben, und daß diese Einnahmen in unseren Angaben nicht enthalten sind.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 176.]

Die Arten der direkten Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 und ihr Prinzipsoll auf den Kopf der Bevölkerung in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

(Tab. 12.)										(Noch: Tab. 12.)									
Staat. — Provinzen. — Regierungs- bezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Es betrug auf 1 Einw. das Prinzipsoll der			Es betrugen auf 1 Einw. die					Regierungs- bezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Es betrug auf 1 Einw. das Prinzipsoll der			Es betrugen auf 1 Einw. die				
		Ein- kom- men- steuer	Real- steu- ern	di- rek- ten Steu- ern zu- sam- men	Ge- mein- de- Ein- kom- men- steuer	Ge- mein- de- Grund- und Ge- bäude- steuer	Ge- mein- de- Ge- wer- besteuer	Ge- mein- de- Be- triebs- steuer	direk- ten Ge- mein- de- steu- ern zu- sam- men			Ge- mein- de- Ein- kom- men- steuer	Ge- mein- de- Grund- und Ge- bäude- steuer	Ge- mein- de- Ge- wer- besteuer	Ge- mein- de- Be- triebs- steuer	direk- ten Ge- mein- de- steu- ern zu- sam- men			
																	M	M	M
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	I	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat . . .	a 106 b 1171	13,55 6,30	7,20 3,99	20,75 10,29	20,31 11,86	9,80 5,51	4,48 2,57	0,15 0,11	34,74 20,06	Noch: C. Regie- rungsbezirke.									
B. Provinzen.										10. Stralsund . . .	a 1 b 13	6,75 4,98	4,42 3,42	11,17 8,40	11,69 10,28	6,28 5,37	2,08 1,73	0,24 0,06	20,30 17,44
I. Ost- preußen . . .	a 4 b 63	7,84 3,70	5,20 3,08	13,04 6,78	17,75 9,43	9,89 5,08	3,08 1,74	0,19 0,18	30,91 16,43	11. Posen . . .	a 1 b 83	8,82 3,69	5,66 2,92	14,48 6,61	17,01 6,21	11,17 3,41	2,44 1,34	0,27 0,10	30,89 11,06
II. West- preußen . . .	a 4 b 53	6,53 3,99	4,68 3,32	11,16 7,31	15,04 10,62	8,02 5,43	3,02 1,68	0,15 0,14	26,23 17,87	12. Bromberg . . .	a 1 b 44	8,49 4,02	5,35 3,22	13,85 7,23	16,83 8,15	7,84 4,97	2,58 2,15	0,11 0,21	27,15 15,47
III. Stkr. Berlin	a 1	20,01	12,25	32,27	20,57	14,10	7,03	0,14	41,83	13. Breslau . . .	a 3 b 52	12,01 5,80	6,64 3,71	18,65 9,51	20,41 9,30	9,81 4,09	3,82 2,16	0,16 0,07	33,70 15,83
IV. Branden- burg(ohne Berlin) . . .	a 14 b 128	15,99 5,65	7,58 4,00	23,57 9,68	17,85 10,74	11,61 5,87	2,39 2,34	0,13 0,11	31,97 18,77	14. Liegnitz . . .	a 2 b 47	9,30 7,16	5,09 4,09	14,39 11,25	13,78 11,53	6,69 4,42	2,90 2,29	0,17 0,05	23,54 18,29
V. Pommern	a 4 b 69	8,72 4,56	5,43 3,50	14,15 8,06	17,25 9,42	9,08 5,14	2,75 1,82	0,18 0,10	29,26 16,48	15. Oppeln . . .	a 7 b 39	7,21 4,95	4,08 3,19	11,27 8,15	16,28 10,26	6,57 4,17	4,18 2,92	0,17 0,11	27,19 17,45
VI. Posen . . .	a 2 b 127	8,74 3,88	5,58 3,04	14,31 6,86	16,96 6,99	10,22 4,04	2,48 1,66	0,23 0,15	29,89 12,84	16. Magdeburg	a 5 b 43	11,97 6,62	6,76 4,50	18,13 11,12	21,89 12,24	8,47 6,28	4,02 2,77	0,16 0,09	34,05 21,36
VII. Schlesien	a 12 b 138	10,07 6,06	5,58 3,70	15,65 9,76	18,13 10,40	8,06 4,23	3,81 2,43	0,16 0,07	30,16 17,14	17. Merseburg	a 4 b 67	11,10 6,24	5,27 4,14	16,37 10,38	19,99 9,89	6,77 5,53	4,20 2,13	0,10 0,06	31,07 17,60
VIII. Sachsen .	a 12 b 130	11,47 6,33	5,76 4,24	17,23 10,57	20,20 10,88	7,72 5,75	3,98 2,38	0,13 0,06	32,04 19,07	18. Erfurt . . .	a 3 b 20	10,91 5,73	5,58 3,82	16,49 9,55	17,98 10,35	7,47 4,89	3,57 2,07	0,12 0,06	29,14 17,36
IX. Schlesw.- Holstein	a 5 b 51	9,87 7,07	5,82 4,77	15,19 11,84	17,17 14,75	15,03 6,72	2,37 3,44	0,12 0,11	34,69 25,03	19. Schleswig . .	a 5 b 51	9,37 7,07	5,82 4,77	15,19 11,84	17,17 14,75	15,03 6,72	2,37 3,44	0,12 0,11	34,69 25,03
X. Hannover	a 9 b 104	11,97 6,40	6,38 4,10	18,35 10,51	18,10 12,37	7,90 6,07	3,79 2,59	0,13 0,12	29,92 21,16	20. Hannover . .	a 2 b 31	12,96 5,68	7,20 3,98	20,16 9,66	17,81 10,87	8,74 6,04	3,89 2,61	0,14 0,16	30,08 19,18
XI. Westfalen	a 15 b 94	9,34 7,26	4,51 3,91	13,85 11,17	19,41 15,02	6,88 5,81	5,09 3,35	0,19 0,10	31,58 24,28	21. Hildesheim	a 2 b 28	10,68 6,71	5,64 4,29	16,32 11,00	19,41 12,21	8,17 6,16	3,06 3,11	0,11 0,11	30,75 21,59
XII. Hessen- Nassau . . .	a 4 b 99	22,49 9,12	9,99 5,23	32,48 14,34	29,07 13,45	11,12 6,42	4,51 2,79	0,13 0,16	44,83 22,82	22. Lüneburg . . .	a 3 b 12	11,96 7,14	5,51 4,14	17,46 11,28	20,29 14,40	6,18 5,69	4,72 3,23	0,13 0,11	31,82 23,43
XIII. Rhein- provinz . . .	a 20 b 113	12,78 8,22	6,26 4,51	19,08 12,73	22,78 14,99	7,86 6,19	5,07 3,33	0,16 0,11	35,86 24,62	23. Stade . . .	a — b 14	— 6,70	— 4,38	— 11,09	— 12,56	— 6,71	— 2,18	— 0,09	— 21,55
XIV. Hohenz. Lande . . .	a — b 2	— 9,19	— 3,54	— 12,73	— 13,42	— 2,28	— 4,79	— —	— 20,50	24. Osnabrück	a 1 b 13	9,62 5,84	4,93 3,27	14,55 9,11	18,10 12,11	6,38 4,75	2,88 2,00	0,14 0,20	27,51 19,06
C. Regierungs- bezirke.										25. Aurich . . .	a 1 b 6	7,63 6,01	4,64 3,99	12,27 10,00	14,76 13,81	6,27 6,12	2,72 2,11	0,11 0,11	23,86 21,85
1. Königs- berg	a 1 b 32	8,83 3,71	5,74 3,12	14,57 6,93	19,72 9,37	11,45 5,20	3,40 1,83	0,20 0,20	34,78 16,60	26. Münster . . .	a 3 b 26	8,35 6,46	4,11 3,38	12,46 9,84	16,70 13,13	6,37 4,95	5,27 3,37	0,09 0,13	28,43 21,88
2. Gumbinnen	a 2 b 9	6,31 3,79	4,22 3,19	10,53 6,98	14,99 10,19	7,23 5,25	2,59 1,71	0,19 0,12	25,00 17,27	27. Minden . . .	a 2 b 27	10,86 7,82	5,41 4,64	16,27 11,96	21,49 14,25	7,43 6,38	4,45 2,55	0,14 0,14	33,51 23,32
3. Allenstein	a 1 b 22	3,85 3,65	3,32 2,96	7,17 6,60	9,19 9,10	4,18 4,79	1,75 1,62	0,14 0,18	15,26 15,69	28. Arnberg . . .	a 10 b 41	9,39 7,57	4,49 3,84	13,88 11,42	19,80 16,11	6,93 5,95	5,13 3,66	0,22 0,08	32,10 25,80
4. Danzig . .	a 2 b 11	7,13 5,15	4,81 3,58	11,93 8,73	16,46 13,20	8,71 6,43	3,31 1,78	0,17 0,12	28,65 21,53	29. Cassel . . .	a 2 b 62	13,14 6,41	6,82 4,45	19,96 10,86	18,47 10,28	8,20 5,06	3,54 1,94	0,11 0,17	30,32 17,42
5. Marien- werder . . .	a 2 b 42	4,99 3,45	4,17 3,20	9,16 6,64	11,35 9,40	6,24 4,95	2,26 1,64	0,11 0,14	19,96 16,14	30. Wiesbaden	a 2 b 37	25,83 12,10	11,12 6,08	36,95 18,18	32,85 16,97	12,16 7,92	4,86 3,73	0,14 0,15	50,00 28,77
6. Potsdam . .	a 9 b 68	17,49 5,76	8,14 4,13	25,63 9,59	18,15 11,22	12,64 6,15	2,22 2,44	0,12 0,12	33,13 19,92	31. Coblenz . . .	a 1 b 25	12,82 8,28	6,89 5,06	19,71 13,33	15,92 14,81	6,09 7,22	3,07 3,08	0,12 0,14	25,21 25,38
7. Frankfurt . .	a 5 b 60	8,40 5,51	4,70 3,82	13,10 9,33	16,86 10,09	6,41 4,79	3,22 2,21	0,16 0,10	26,14 17,19	32. Düsseldorf	a 13 b 51	12,27 7,77	5,85 4,19	17,92 11,96	23,19 14,60	7,59 5,91	5,18 3,26	0,16 0,09	36,12 23,85
8. Stettin . . .	a 2 b 34	9,30 4,53	5,77 3,69	15,08 8,23	18,40 8,86	9,87 5,09	2,88 1,91	0,18 0,11	31,83 15,98	33. Köln	a 3 b 12	14,33 8,57	7,98 4,84	22,26 13,41	22,24 13,97	8,69 5,88	5,30 3,57	0,12 0,14	36,34 23,56
9. Küslin . . .	a 1 b 22	5,99 4,42	3,71 3,31	9,71 7,74	13,65 9,68	5,57 5,11	2,37 1,76	0,15 0,10	21,74 16,65	34. Trier	a 2 b 11	10,54 6,15	5,44 3,98	15,98 10,12	20,39 11,12	7,18 5,98	3,43 2,18	0,26 0,18	31,27 19,45
										35. Aachen . . .	a 1 b 14	14,21 11,30	6,70 5,38	20,91 16,59	25,01 20,02	8,76 6,63	5,14 4,40	0,13 0,10	39,04 31,14
										36. Sigma- ringen . . .	a — b 2	— 9,19	— 3,54	— 12,73	— 13,42	— 2,28	— 4,79	— —	— 20,50

**Die Anteile der einzelnen indirekten Steuerarten am Gesamtertrage der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911
in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.**

(Tab. 13.)		Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der indirekten Steuern auf						
Staat.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte und Landgemeinden zusammen	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern
Provinzen.								
Regierungsbezirke.								
I	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Staat . .	a 1 277 b 36 172 c 37 448	43,74 50,12 45,20	14,88 12,94 14,43	2,60 0,30 2,08	14,36 15,22 14,56	13,32 10,40 12,65	9,70 10,15 9,80	1,40 0,89 1,29
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen . .	a 67 b 4 996 c 5 063	48,94 65,30 51,07	7,70 5,37 7,40	3,21 0,09 2,81	18,57 24,50 19,84	15,15 1,83 13,42	6,43 2,93 5,97	— — —
II. Westpreußen . .	a 57 b 2 047 c 2 104	43,99 64,82 47,85	5,72 20,90 8,53	4,86 0,81 4,11	19,46 5,23 16,83	17,82 3,08 15,09	8,15 5,16 7,60	— 0,00 0,00
III. Stadtkreis Berlin . .	a 1	53,71	24,39	—	7,62	—	14,27	—
IV. Brandenburg (ohne Berlin) . .	a 142 b 3 093 c 3 235	53,00 58,10 55,13	19,70 21,55 20,48	1,76 0,21 1,12	9,89 8,70 9,10	4,86 3,36 4,24	11,27 8,08 9,93	0,00 0,01 0,01
V. Pommern . .	a 73 b 2 092 c 2 165	42,10 48,48 42,81	5,13 22,13 7,04	5,99 — 5,32	21,47 5,44 19,67	13,53 12,18 13,38	11,75 11,77 11,76	0,02 — 0,02
VI. Posen . .	a 129 b 3 142 c 3 271	45,70 53,50 46,34	9,58 16,38 10,14	1,17 — 1,07	19,30 4,52 18,09	15,06 5,27 14,26	9,19 20,32 10,09	0,01 — 0,01
VII. Schlesien . .	a 150 b 5 057 c 5 207	38,20 52,98 42,07	11,60 8,07 10,68	2,49 0,55 1,98	20,28 15,94 19,14	17,91 12,12 16,40	9,51 10,33 9,72	— 0,01 0,00
VIII. Sachsen . .	a 142 b 2 946 c 3 088	32,62 32,02 32,50	12,79 4,40 11,17	1,69 0,33 1,43	23,05 30,29 24,45	19,01 17,30 18,88	10,29 15,57 11,31	0,55 0,09 0,46
IX. Schleswig-Holstein . .	a 56 b 1 936 c 1 992	42,70 73,03 51,58	18,41 11,01 16,24	5,80 0,83 4,20	2,67 0,52 2,04	19,48 9,47 16,55	10,63 5,65 9,17	0,30 — 0,21
X. Hannover . .	a 113 b 3 995 c 4 108	32,53 46,31 35,18	15,11 10,63 14,25	5,27 0,81 4,41	22,09 10,99 19,96	14,58 18,03 15,24	8,69 13,17 9,85	1,74 0,04 1,42
XI. Westfalen . .	a 109 b 1 461 c 1 570	39,39 51,94 43,64	20,35 5,09 15,19	3,83 0,38 2,66	12,94 20,10 15,37	14,34 11,60 13,41	9,12 10,77 9,68	0,03 0,12 0,06
XII. Hessen-Nassau . .	a 103 b 2 203 c 2 306	52,85 25,49 48,67	3,24 13,39 4,79	2,27 0,54 2,00	13,71 25,39 15,50	9,14 9,06 9,13	8,12 12,14 8,74	10,67 14,00 11,18
XIII. Rheinprovinz . .	a 133 b 3 082 c 3 215	37,98 38,44 38,08	13,61 9,32 12,75	2,80 0,08 2,25	15,66 21,24 16,78	21,14 18,88 20,59	7,89 12,05 8,49	1,21 0,48 1,07
XIV. Hohenzollern. Lande . .	a 2 b 122 c 124	15,76 0,14 6,87	0,06 — 0,03	— — —	53,93 54,99 54,53	4,66 3,71 4,12	25,60 41,16 34,45	— — —
C. Regierungsbezirke.								
1. Königsberg . .	a 33 b 1 588 c 1 621	52,04 68,33 53,36	7,34 3,78 7,05	1,73 0,19 1,61	15,76 23,92 16,42	17,83 1,30 16,49	5,30 2,47 5,07	— — —
2. Gumbinnen . .	a 11 b 2 222 c 2 233	47,02 48,40 47,89	3,84 2,19 3,40	6,99 — 5,11	26,38 41,61 30,48	5,60 3,02 4,90	10,17 4,78 8,72	— — —
3. Allenstein . .	a 23 b 1 186 c 1 209	32,59 81,41 43,52	13,66 12,32 13,36	8,19 — 6,36	27,32 3,67 22,03	8,87 1,25 7,16	9,36 1,34 7,57	— — —
4. Danzig . .	a 13 b 769 c 782	44,04 54,49 45,60	6,76 28,97 10,07	4,92 0,63 4,23	17,45 7,61 15,98	19,42 3,24 17,01	7,41 5,08 7,06	— — —

(Noch: Tab. 13.)		Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der indirekten Steuern auf						
Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte und Landgemeinden zusammen	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern
I	2	3	4	5	6	7	8	9
Noch: C. Regierungsbezirke.								
5. Marienwerder . .	a 44 b 1 278 c 1 322	43,91 74,94 51,43	3,87 12,99 6,08	4,74 0,98 3,83	23,06 2,91 18,18	14,95 2,93 12,03	9,47 5,24 8,45	— 0,00 0,00
6. Potsdam . .	a 77 b 1 472 c 1 549	55,71 58,05 56,75	20,43 22,06 21,15	1,17 0,22 0,75	8,31 8,77 8,51	3,29 2,80 3,07	11,08 8,10 9,76	0,00 0,01 0,01
7. Frankfurt . .	a 65 b 1 621 c 1 686	33,04 59,67 36,80	14,39 3,35 12,83	6,16 0,01 5,30	17,86 6,26 15,79	16,40 23,48 17,40	12,65 7,23 11,89	— — —
8. Stettin . .	a 36 b 976 c 1 012	42,39 40,35 42,17	3,70 31,99 6,75	6,21 — 5,55	21,22 4,27 19,40	14,88 12,18 14,59	11,59 11,21 11,56	— — —
9. Köslin . .	a 23 b 922 c 945	42,38 79,75 46,33	10,30 7,12 9,97	4,11 — 3,67	21,59 0,44 19,36	9,32 8,33 9,21	12,19 4,35 11,36	0,10 — 0,09
10. Stralsund . .	a 14 b 194 c 208	40,12 46,87 41,10	5,06 0,23 4,36	7,59 — 6,49	22,62 15,06 21,52	12,61 16,20 13,18	11,97 21,64 13,37	0,04 — 0,03
11. Posen . .	a 84 b 1 951 c 2 035	43,16 43,03 43,15	9,58 18,29 10,07	0,23 — 0,22	22,20 2,74 21,00	15,33 4,64 14,67	9,52 31,30 10,88	0,01 — 0,01
12. Bromberg . .	a 45 b 1 191 c 1 236	49,58 62,11 50,96	9,67 14,81 10,23	2,60 — 2,31	14,85 5,99 13,87	14,64 5,79 13,67	8,67 11,30 8,95	— — —
13. Breslau . .	a 55 b 2 076 c 2 131	37,18 51,63 39,42	13,53 7,62 12,61	0,44 0,06 0,38	17,97 10,74 16,85	21,63 15,79 20,73	9,25 14,12 10,00	— 0,04 0,01
14. Liegnitz . .	a 49 b 1 504 c 1 553	38,09 61,15 46,48	7,16 5,36 6,50	4,00 0,01 2,55	21,47 11,19 17,73	16,17 8,74 13,47	13,11 13,56 13,27	— — —
15. Oppeln . .	a 46 b 1 477 c 1 523	40,57 47,87 43,23	10,68 10,40 10,55	5,97 1,29 4,26	24,56 23,19 24,06	10,88 12,03 11,30	7,39 5,22 6,60	— 0,00 0,00
16. Magdeburg . .	a 48 b 967 c 1 015	31,78 25,18 30,74	10,31 4,01 9,32	1,25 0,87 1,19	22,77 30,55 23,99	23,42 20,03 22,89	10,41 19,36 11,81	0,07 0,00 0,06
17. Merseburg . .	a 71 b 1 573 c 1 644	32,18 36,95 33,35	8,87 6,18 8,21	3,02 0,02 2,29	25,90 22,57 25,09	19,44 17,65 19,00	10,59 16,57 12,05	0,00 0,05 0,02
18. Erfurt . .	a 23 b 406 c 429	34,86 31,41 34,27	23,58 0,63 19,68	0,44 0,17 0,39	19,09 49,03 24,18	10,10 11,81 10,39	9,62 6,64 9,12	2,30 0,31 1,96
19. Schleswig . .	a 56 b 1 936 c 1 992	42,70 73,03 51,58	18,41 11,01 16,24	5,80 0,33 4,20	2,67 0,52 2,04	19,48 9,47 16,55	10,63 5,65 9,17	0,30 — 0,21
20. Hannover . .	a 33 b 539 c 572	32,93 51,66 34,38	17,19 3,17 16,10	5,66 0,05 5,22	21,87 18,87 21,45	14,87 19,61 15,24	7,68 6,64 7,60	— — —
21. Hildesheim . .	a 30 b 601 c 631	33,58 48,95 35,96	20,33 4,99 17,96	4,29 0,18 3,66	16,07 16,65 16,16	14,31 14,18 14,29	8,43 15,04 9,45	2,98 0,01 2,52
22. Lüneburg . .	a 15 b 1 315 c 1 330	39,94 48,11 42,82	7,34 15,80 10,70	8,44 1,71 5,77	20,86 18,87 10,46	13,60 15,21 14,24	10,58 9,09 9,99	0,04 0,00 0,02
23. Stade . .	a 14 b 691 c 705	40,26 41,29 40,71	10,58 14,11 12,14	0,33 0,12 0,24	18,94 1,80 11,15	17,60 26,06 21,34	12,29 16,86 14,31	— 0,26 0,11

Noch: Die Anteile der einzelnen indirekten Steuerarten am Gesamt-
ertrage der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußi-
schen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

(Noch: Tab. 13.) Regierungs- bezirke.	a) Städte, b) Land- gemein- den, c) Städte und Landge- meinden zu- sammen	Es entfielen v. H. des Gesamt- ertrages der indirekten Steuern auf						
		die Um- satz- steu- er	die Wert- zu- wachs- steuer	die Schant- konzes- sions- steuer	die Bier-, Braun- und Brau- malz- steu- ern	die Lust- bar- keits- steu- ern	die Hun- de- steuer	die son- stigen in- direk- ten Steu- ern
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Noch: C. Regierungs- bezirke.								
24. Osnabrück	a	14	20,48	13,13	3,46	39,90	12,22	1,61
	b	534	37,24	12,20	2,97	2,88	20,20	24,51
	c	548	22,52	13,01	3,40	35,41	13,19	11,06
25. Aurich	a	7	21,17	4,61	4,50	28,84	15,87	9,91
	b	315	38,87	7,77	0,02	10,03	19,02	24,30
	c	322	26,30	5,53	3,20	23,39	16,78	14,08
26. Münster	a	29	36,92	14,78	4,72	17,92	13,89	11,78
	b	245	52,35	4,94	0,71	18,90	11,46	11,64
	c	274	44,65	9,85	2,71	18,41	12,67	11,71
27. Minden	a	29	43,83	19,57	4,61	2,60	12,56	16,83
	b	458	60,92	4,64	—	4,64	17,33	10,72
	c	487	48,33	15,64	3,40	3,14	13,82	15,22
28. Arnsberg	a	51	39,39	21,62	3,55	13,14	14,65	7,62
	b	758	50,82	5,21	0,25	22,27	11,09	10,35
	c	809	42,80	16,72	2,56	15,86	13,58	8,44
29. Cassel	a	64	22,43	4,49	3,82	32,66	6,16	9,64
	b	1 323	21,71	13,77	0,69	28,68	5,88	9,98
	c	1 387	22,18	7,73	2,72	31,27	6,06	9,76
30. Wiesbaden	a	39	61,06	2,90	1,85	8,60	9,94	7,71
	b	880	32,01	12,72	0,28	19,72	14,53	15,85
	c	919	58,80	3,66	1,73	9,46	10,30	8,35
31. Coblenz	a	26	37,40	4,39	3,66	22,57	22,18	9,78
	b	1 012	36,05	1,13	—	21,31	27,64	13,86
	c	1 038	36,89	3,15	2,27	22,09	24,25	11,33
32. Düsseldorf	a	64	38,40	14,11	3,46	16,07	20,83	6,91
	b	325	44,64	14,40	—	16,90	14,32	9,50
	c	389	39,40	14,15	2,90	16,20	19,78	7,32
33. Köln	a	15	43,87	13,98	0,51	11,99	21,58	8,07
	b	271	47,45	9,80	0,36	12,08	19,20	10,93
	c	286	44,51	13,23	0,48	12,00	21,15	8,58
34. Trier	a	13	19,42	20,26	5,81	22,94	20,04	9,43
	b	1 101	11,76	1,32	0,02	51,79	17,81	15,33
	c	1 114	15,93	11,64	2,90	36,06	19,03	12,11
35. Aachen	a	15	22,56	5,19	2,39	15,80	23,51	10,48
	b	373	36,22	2,19	—	1,67	35,50	24,42
	c	388	25,85	4,47	1,91	12,40	26,40	13,83
36. Sigma- ringen	a	2	15,76	0,06	—	53,93	4,66	25,60
	b	122	0,14	—	—	54,99	3,71	41,16
	c	124	6,87	0,03	—	54,53	4,12	34,45

3. Die direkten Gemeindesteuern.

Auf den ersten Seiten der Tabelle 1 sind die Erträge der einzelnen Gemeinde-Steuerarten in den Städten, den Landgemeinden und den Gemeinden überhaupt für den Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke zusammengefaßt. Den dortigen Angaben ist bezüglich der direkten Gemeindesteuern folgendes zu entnehmen. Von den gesamten direkten Gemeindesteuern in Höhe von 815,88 Mill. \mathcal{M} entfielen auf

die Einkommensteuer 454,32 Mill. \mathcal{M} oder 55,68 v. H.
„ Steuern vom Grundbesitze . . . 260,37 „ „ „ 31,91 „ „
„ Gewerbesteuer 97,00 „ „ „ 11,89 „ „
„ Betriebssteuer 4,18 „ „ „ 0,51 „ „

Auf die Städte und Landgemeinden verteilen sich diese Steuerbeträge in folgender Weise:

bei	die Einkommen- steuer		Es betragen die Steuern vom Grund- besitze		die Gewerbe- steuer		die Betriebs- steuer	
	Mill. \mathcal{M}	v. H.	Mill. \mathcal{M}	v. H.	Mill. \mathcal{M}	v. H.	Mill. \mathcal{M}	v. H.
den Stadt- kreisen	258,72	58,45	124,86	28,21	57,14	12,91	1,92	0,43
den kreisan- gehör. Städten .	77,09	59,14	35,83	27,49	16,71	12,82	0,72	0,55
den Städten überhaupt . . .	335,81	58,61	160,69	28,04	73,85	12,89	2,64	0,46
den Landge- meinden	118,51	48,79	99,68	41,04	23,16	9,53	1,54	0,63

Die überragende Bedeutung, die der Einkommensteuer für die Deckung des Finanzbedarfs in den Städten zukommt, hat sie danach in den Landgemeinden nicht. Die Grund- und Gebäudesteuern spielen hier eine wenig geringere Rolle, und der Ertrag der drei Realsteuern zusammen übertraf das Einkommensteueraufkommen noch um fast 6 Mill. \mathcal{M} .

Wie sich die Erträge der direkten Steuern bei den Städten und Landgemeinden der Provinzen und Regierungsbezirke prozentual auf die vier Steuerarten verteilt, zeigt die auf den Seiten 168 u. 169 abgedruckte Tabelle 9. Ergänzend hierzu weist die Tabelle 10 die entsprechenden Anteile, getrennt für die Stadtkreise und kreisangehörigen Städte, nach unter gleichzeitiger Aufführung der betreffenden Grundzahlen, die in der Haupttabelle 1 nicht enthalten sind. Besonders hervorgehoben seien die hohen, die Einkommensteuer recht erheblich über-treffenden Anteile der Grundbesitzsteuern bei den Landge-meinden der ost- und westpreußischen, der posenschen Re-gierungsbezirke sowie der Regierungsbezirke Köslin, Schleswig und Aurich. Bezüglich aller übrigen Einzelheiten wird auf die Tabellen selbst verwiesen.

In der Tabelle 11 auf den Seiten 172 u. 173 sind für den Staat, die Provinzen und Regierungsbezirke die Kopfbeträge der einzelnen direkten Steuerarten, getrennt für Städte, Landge-meinden und Gemeinden überhaupt, nachgewiesen; außerdem enthalten die ersten Spalten dieser Tabelle das auf die be-treffenden Gemeindeklassen entfallende Prinzipalsoll der Ein-kommensteuer, der Realsteuern und der direkten Steuern zu-sammen auf 1 Einwohner. Die letzteren Zahlen zeigen, wieviel auf Grund der staatlichen Veranlagung die Steuern vom Ein-kommen sowie vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe auf den Kopf der Bevölkerung ausmachten. Während sie die diesen Steuerarten innewohnende Steuerkraft für die unterschiedenen Gemeindeklassen usw. zum Ausdruck bringen, zeigen die Kopf-beträge der einzelnen direkten Gemeindesteuerarten, bis zu welchem Grade diese Steuerkraft durch die Gemeinden in den einzelnen Gemeindeklassen und Landesteilen für eigene Zwecke in Anspruch genommen worden ist.

Die Tabelle 12 auf Seite 174 enthält die gleichen An-gaben für die Stadtkreise und kreisangehörigen Städte. Durch Division der Kopfbeträge des Prinzipalsteuersolls in die Kopfbeträge der Gemeindesteuern erhält man die Belastungs-ziffern für die Einkommensteuer und die Realsteuern.

Da ergibt sich nun hinsichtlich der Belastung für die einzelnen Gemeindeklassen im ganzen preußischen Staate folgendes:

bei den	Es betrug im Rechnungsjahre 1911 der Einkommensteuer			der Realsteuern		
	Prinzi- palsoll auf 1 Einw. \mathcal{M}	Ge- mein- de- ertrag auf 1 Einw. \mathcal{M}	Be- la- stungs- ziffer	Prinzi- palsoll auf 1 Einw. \mathcal{M}	Ge- mein- de- ertrag auf 1 Einw. \mathcal{M}	Be- la- stungs- ziffer
Stadtkreisen	13,55	20,31	1,50	7,20	14,43	2,00
kreisangeh. Städten . .	6,30	11,86	1,88	3,99	8,19	2,06
Städten überhaupt . .	11,10	17,45	1,57	6,12	12,33	2,01
Landgemeinden	3,78	6,21	1,64	3,12	6,52	2,09
Städten u. Landgemeind.	7,46	11,86	1,59	4,62	9,44	2,04

[Fortsetzung des Textes auf Seite 178.]

Das Aufkommen aus den einzelnen indirekten Steuerarten sowie deren Anteile am Gesamtertrage der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

(Tab. 14.)		Es betrugen								Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der indirekten Steuern auf						
Staat.	a) Stadtkreise, b) kreisangehörige Städte	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier-, Brau- u. Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern	die indirekten Steuern zusammen	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier-, Brau- und Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern
Provinzen.		M	M	M	M	M	M	M	M							
Regierungsbezirke.																
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
A. Staat . . .	a 106	21 921 548	8 004 767	1 410 234	6 236 903	6 519 490	4 522 043	664 413	49 279 398	44,48	16,24	2,86	12,66	13,23	9,18	1,85
	b 1171	4 231 410	890 189	147 078	2 351 496	1 442 995	1 230 361	175 082	10 518 611	40,23	8,46	1,40	22,36	13,72	12,17	1,66
B. Provinzen.																
I. Ostpreußen . . .	a 4	738 844	125 985	49 450	200 317	244 709	80 165	—	1 439 470	51,33	8,75	3,44	13,92	17,00	5,57	—
	b 63	201 558	21 970	12 304	156 423	46 376	43 307	—	481 938	41,82	4,86	2,55	32,46	9,62	8,99	—
II. Westpreußen . . .	a 4	323 827	29 638	51 979	141 086	184 215	58 903	—	789 648	41,01	3,75	6,58	17,87	23,33	7,48	—
	b 53	223 865	41 628	8 470	101 182	37 602	42 559	—	455 306	49,17	9,14	1,86	22,22	8,26	9,35	—
III. Stdtkr. Berlin . . .	a 1	4 144 842	1 882 494	—	588 240	—	1 101 367	—	7 716 943	53,71	24,39	—	7,62	—	14,27	—
IV. Brandenburg (ohne Berlin) . . .	a 14	3 709 847	1 459 948	129 750	466 961	232 362	704 088	—	6 702 956	55,35	21,78	1,94	6,97	3,47	10,50	—
	b 128	449 742	86 585	8 745	270 384	149 424	180 452	306	1 145 638	39,26	7,36	0,76	23,60	13,04	15,75	0,08
V. Pommern . . .	a 4	344 457	40 060	62 658	163 653	121 584	88 582	—	820 994	41,96	4,88	7,63	19,93	14,81	10,79	—
	b 69	202 888	26 694	15 212	115 518	54 345	64 239	316	479 212	42,34	5,37	3,17	24,11	11,24	13,41	0,07
VI. Posen . . .	a 2	234 902	48 998	—	102 203	148 475	52 786	—	587 364	39,99	8,34	—	17,40	25,28	8,99	—
	b 127	336 871	70 915	14 593	139 220	39 957	62 135	105	663 796	50,75	10,68	2,20	20,97	6,02	9,36	0,02
VII. Schlesien . . .	a 12	1 168 263	432 697	92 152	601 781	604 755	269 322	—	3 168 970	36,87	13,65	2,91	18,99	19,08	8,50	—
	b 138	398 375	43 210	10 148	229 717	129 862	120 605	—	931 917	42,75	4,64	1,09	24,65	13,93	12,94	—
VIII. Sachsen . . .	a 12	826 960	439 603	50 653	576 436	557 440	250 215	19 491	2 720 798	30,39	16,16	1,86	21,19	20,49	9,20	0,72
	b 130	399 596	41 233	12 945	290 456	157 649	136 884	1 098	1 039 861	38,48	3,97	1,24	27,93	15,16	13,16	0,11
IX. Schleswig-Holstein . . .	a 5	932 224	462 330	144 755	22 065	390 411	214 577	5 180	2 171 542	42,93	21,29	6,67	1,02	17,98	9,88	0,24
	b 51	201 390	26 302	9 295	48 886	126 686	67 657	2 890	483 106	41,69	5,44	1,32	10,12	26,32	14,00	0,60
X. Hannover . . .	a 9	818 241	448 290	165 208	534 761	358 193	195 000	41 929	2 561 622	31,94	17,50	6,45	20,88	13,98	7,61	1,64
	b 104	260 031	52 490	9 316	197 553	124 932	92 938	15 852	753 112	34,53	6,97	1,24	26,23	16,59	12,34	2,10
XI. Westfalen . . .	a 15	1 309 283	785 931	159 745	449 997	527 136	285 819	—	3 517 911	37,22	22,34	4,54	12,79	14,98	8,12	—
	b 94	528 669	163 431	19 027	153 950	141 789	139 490	1 282	1 147 638	46,07	14,24	1,66	13,41	12,35	12,15	0,11
XII. Hessen-Nassau . . .	a 4	2 528 761	91 850	99 658	474 673	425 683	343 580	452 342	4 416 547	57,26	2,08	2,26	10,75	9,64	7,78	10,24
	b 99	310 576	82 037	22 084	261 855	65 210	92 729	120 988	955 479	32,50	8,59	2,31	27,41	6,82	9,70	12,66
XIII. Rheinprovinz . . .	a 20	4 841 097	1 756 943	404 226	1 914 730	2 724 527	877 639	145 471	12 664 633	38,23	13,87	3,19	15,12	21,51	6,93	1,15
	b 113	714 953	233 683	4 939	376 441	368 307	232 662	32 245	1 963 230	36,42	11,90	0,25	19,17	18,76	11,85	1,64
XIV. Hohenzoll. Lande . . .	a —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b 2	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	15,76	0,06	—	53,93	4,66	25,60	—
C. Regierungsbezirke.																
1. Königsberg . . .	a 1	622 363	98 748	20 570	151 655	233 797	59 225	—	1 186 358	52,46	8,32	1,73	12,78	19,71	4,99	—
	b 32	124 439	6 646	4 282	74 491	22 108	16 768	—	248 734	50,03	2,67	1,72	29,95	8,89	6,74	—
2. Gumbinnen . . .	a 2	88 274	6 949	16 399	31 960	2 321	13 379	—	159 282	55,42	4,36	10,80	20,07	1,46	8,40	—
	b 9	26 124	2 406	600	32 236	11 302	11 355	—	84 023	31,09	2,86	0,71	38,37	13,45	13,51	—
3. Allenstein . . .	a 1	28 207	20 288	12 481	16 702	8 591	7 561	—	93 830	30,06	21,62	13,30	17,80	9,16	8,06	—
	b 22	50 995	12 918	7 422	49 696	12 966	15 184	—	149 181	34,18	8,66	4,98	33,31	8,69	10,18	—
4. Danzig . . .	a 2	251 685	25 052	36 499	104 404	135 760	41 882	—	595 282	42,28	4,21	6,13	17,54	22,81	7,04	—
	b 11	100 027	28 942	2 800	34 916	19 349	17 290	—	203 324	49,20	14,23	1,38	17,17	9,52	8,50	—
5. Marienwerder . . .	a 2	72 142	4 586	15 480	36 682	48 455	17 021	—	194 366	37,12	2,36	7,96	18,87	24,33	8,76	—
	b 42	123 838	12 686	5 670	66 266	18 253	25 269	—	251 982	49,15	5,03	2,25	26,30	7,24	10,03	—
6. Potsdam . . .	a 9	3 565 453	1 365 411	78 210	370 527	135 840	645 355	—	6 160 796	57,87	22,16	1,27	6,01	2,20	10,48	—
	b 68	283 639	45 907	2 345	203 668	91 797	120 289	306	747 951	37,92	6,14	0,31	27,23	12,27	16,08	0,04
7. Frankfurt . . .	a 5	144 394	94 537	51 540	96 434	96 522	58 733	—	542 160	26,63	17,44	9,51	17,79	17,80	10,83	—
	b 60	166 103	40 678	6 400	66 716	57 627	60 163	—	397 687	41,77	10,23	1,61	16,78	14,49	15,13	—
8. Stettin . . .	a 2	284 464	21 550	48 808	138 196	98 371	71 275	—	662 664	42,93	3,25	7,37	20,85	14,84	10,76	—
	b 34	91 401	11 299	6 300	49 989	33 584	31 508	—	224 081	40,79	5,04	2,81	22,31	14,99	14,06	—
9. Köslin . . .	a 1	22 630	11 444	6 050	10 030	8 174	7 695	—	66 023	34,28	17,33	9,16	15,19	12,38	11,66	—
	b 22	82 382	14 084	4 130	43 478	14 913	22 515	256	181 758	45,33	7,75	2,27	23,92	8,20	12,39	0,14
10. Stralsund . . .	a 1	37 363	7 066	7 800	15 427	15 039	9 612	—	92 307	40,48	7,65	8,45	16,71	16,29	10,41	—
	b 13	29 105	1 311	4 782	22 051	5 848	10 216	60	73 373	39,67	1,79	6,52	30,05	7,97	13,92	0,08
11. Posen . . .	a 1	148 162	37 891	—	77 124	96 219	35 349	—	394 745	37,53	9,60	—	19,84	24,37	8,95	—
	b 83	178 467	34 233	1 743	90 893	19 819	36 724	105	361 984	49,30	9,46	0,48	25,11	5,48	10,15	0,03
12. Bromberg . . .	a 1	86 740	11 107	—	25 079	52 256	17 437	—	192 619	45,08	5,77	—	13,02	27,13	9,06	—
	b 44	158 404	36 682	12 850	48 327	20 138	25 411	—	301 812	52,48	12,15	4,28	16,01	6,67	8,42	—
13. Breslau . . .	a 3	704 959	295 217	9 850	336 892	446 917	170 829	—	1 964 664	35,88	15,08	0,50	17,15	22,75	8,70	—
	b 52	151 661	16 379	253	77 008	51 422	42 298	—	339 021	44,73	4,83	0,07	22,71	15,17	12,48	—

Noch: Das Aufkommen aus den einzelnen indirekten Steuerarten sowie deren Anteile am Gesamtertrage der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

(Noch: Tab. 14.)		Es betrugen								Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der indirekten Steuern auf						
Regierungs- bezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	die Um- satz- steuer	die Wert- zu- wachs- steuer	die Schant- kon- zessions- steuer	die Bier-, Brau- u. Brau- malz- steuern	die Lust- bar- keits- steuern	die Hunde- steuer	die sonsti- gen indirekten Steuern	die indirekten Steuern zu- sammen	die Um- satz- steuer	die Wert- zu- wachs- steuer	die Schant- kon- zessions- steuer	die Bier-, Brau- und Brau- malz- steuern	die Lust- bar- keits- steuern	die Hunde- steuer	die son- stigen indirekten Steuern
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Noch: C. Regierungs- bezirke.																
14. Liegnitz	a 2	155 564	39 176	28 070	84 600	67 060	45 929	—	420 399	37,00	9,32	6,68	20,12	15,95	10,93	—
	b 47	137 319	15 861	2 700	80 509	57 302	54 853	—	348 544	39,40	4,55	0,77	23,10	16,44	15,74	—
15. Oppeln	a 7	307 740	98 304	54 232	180 289	90 778	52 564	—	783 907	39,26	12,54	6,92	23,00	11,58	6,71	—
	b 39	109 395	10 970	7 195	72 200	21 138	23 454	—	244 352	44,77	4,49	2,94	29,55	8,65	9,60	—
16. Magdeburg	a 5	327 501	150 193	14 053	262 443	301 007	112 072	—	1 167 269	28,06	12,87	1,20	22,48	25,79	9,60	—
	b 43	175 635	12 980	5 670	98 099	69 824	52 674	1 055	415 937	42,23	3,12	1,36	23,59	16,79	12,66	0,25
17. Merseburg	a 4	251 763	96 140	36 600	188 801	187 141	73 283	—	833 728	30,20	11,53	4,39	22,65	22,45	8,79	—
	b 67	176 540	21 845	3 550	155 877	71 592	67 589	43	497 036	35,82	4,40	0,71	31,36	14,40	13,60	0,01
18. Erfurt	a 3	247 696	193 270	—	125 192	69 292	64 860	19 491	719 801	34,41	26,88	—	17,39	9,63	9,01	2,71
	b 20	47 421	6 408	3 725	36 480	16 233	16 621	—	126 888	37,37	5,05	2,94	28,75	12,79	13,10	—
19. Schleswig	a 5	932 224	462 330	144 755	22 065	390 411	214 577	5 180	2 171 542	42,93	21,29	6,67	1,02	17,98	9,88	0,24
	b 51	201 390	26 302	9 295	48 886	126 636	67 657	2 890	483 106	41,69	5,44	1,92	10,12	26,22	14,00	0,60
20. Hannover	a 2	465 079	264 107	86 082	308 983	207 699	108 387	—	1 440 337	32,29	18,34	5,98	21,45	14,42	7,53	—
	b 31	52 592	6 102	2 860	31 740	26 142	12 391	—	131 827	39,89	4,63	2,17	24,08	19,83	9,40	—
21. Hildesheim	a 2	142 427	121 554	26 574	57 038	67 190	30 028	20 560	465 371	30,61	26,12	5,71	12,26	14,44	6,45	4,42
	b 28	88 949	18 525	2 987	53 703	31 387	28 035	—	223 586	39,78	8,29	1,34	24,02	14,04	12,54	—
22. Lüneburg	a 3	147 664	23 807	34 114	66 494	46 744	36 343	—	355 166	41,58	6,70	9,61	18,72	13,16	10,23	—
	b 12	25 325	8 489	2 989	24 383	13 056	10 189	168	84 599	29,94	10,03	3,58	28,82	15,43	12,04	0,20
23. Stade	a —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b 14	59 020	15 505	480	27 763	25 802	18 023	—	146 593	40,26	10,58	0,33	18,94	17,60	12,29	—
24. Osnabrück	a 1	45 379	30 145	8 580	91 654	22 808	14 870	—	213 436	21,26	14,12	4,02	42,94	10,69	6,97	—
	b 13	5 457	2 437	—	7 383	7 527	7 962	3 992	34 758	15,70	7,01	—	21,24	21,66	22,91	11,49
25. Aurich	a 1	17 692	8 677	9 858	10 592	13 752	5 372	21 369	87 312	20,26	9,94	11,29	12,13	15,75	6,15	24,47
	b 6	28 688	1 432	—	52 581	21 018	16 338	11 692	131 749	21,77	1,09	—	39,91	15,95	12,40	8,87
26. Münster	a 3	195 786	76 628	29 070	104 536	70 715	53 678	—	530 413	36,91	14,45	5,48	19,71	13,33	10,12	—
	b 26	78 138	33 034	5 965	28 427	32 321	33 739	—	211 624	36,92	15,61	2,82	13,43	15,27	15,94	—
27. Minden	a 2	89 061	9 832	14 925	—	29 611	35 148	—	178 577	49,87	5,51	8,36	—	16,58	19,68	—
	b 27	95 849	72 744	4 524	10 964	23 394	35 858	—	243 333	39,39	29,89	1,86	4,51	9,61	14,74	—
28. Arnberg	a 10	1 024 436	699 471	115 750	345 461	426 810	196 993	—	2 808 921	36,47	24,90	4,12	12,30	15,19	7,01	—
	b 41	354 682	57 653	8 538	114 559	86 074	69 893	1 282	692 681	51,20	8,32	1,23	16,54	12,43	10,09	0,19
29. Cassel	a 2	124 137	25 247	37 000	231 176	41 576	69 043	136 785	664 964	18,67	3,80	5,56	34,77	6,25	10,38	20,57
	b 62	131 974	25 982	6 562	141 698	28 732	40 973	100 761	476 682	27,69	5,45	1,38	29,73	6,03	8,60	21,14
30. Wiesbaden	a 2	2 404 624	66 603	62 658	243 497	384 107	274 537	315 557	3 751 583	64,10	1,78	1,67	6,49	10,24	7,32	8,41
	b 37	178 602	56 055	15 522	120 157	36 478	51 756	20 227	478 797	37,30	11,71	3,24	25,10	7,62	10,81	4,22
31. Coblenz	a 1	81 045	9 975	18 800	54 647	81 406	23 863	—	269 736	30,05	3,70	6,97	20,26	30,18	8,85	—
	b 25	122 133	13 855	1 060	67 974	39 084	29 276	182	273 564	44,65	5,06	0,39	24,86	14,29	10,70	0,07
32. Düsseldorf	a 13	3 086 036	1 100 190	315 815	1 238 796	1 686 072	494 185	—	7 921 094	38,98	13,89	3,99	15,64	21,29	6,24	—
	b 51	421 817	188 393	—	229 354	216 313	136 983	20 666	1 213 526	34,76	15,52	—	18,90	17,83	11,29	1,70
33. Köln	a 3	1 441 490	471 224	16 149	399 526	720 614	252 527	—	3 301 530	43,66	14,27	0,49	12,10	21,83	7,65	—
	b 12	105 480	21 803	1 755	23 172	40 158	32 010	—	224 378	47,01	9,72	0,78	10,33	17,90	14,27	—
34. Trier	a 2	128 078	147 549	38 402	132 479	129 877	59 163	18 900	654 448	19,57	22,55	5,87	20,24	19,85	9,04	2,89
	b 11	15 336	2 059	825	36 935	18 152	10 465	394	84 166	18,22	2,45	0,98	43,88	21,57	12,43	0,47
35. Aachen	a 1	104 448	28 005	15 060	89 282	106 558	47 901	126 571	517 825	20,17	5,41	2,91	17,24	20,58	9,25	24,44
	b 14	50 187	7 573	1 299	19 006	54 600	23 928	11 003	167 596	29,95	4,52	0,78	11,34	32,58	14,28	6,57
36. Sigmaringen	a —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b 2	2 896	11	—	9 911	856	4 704	—	18 378	15,76	0,06	—	53,93	4,66	25,60	—

Multipliziert man die Belastungsziffern der Einkommensteuer und der Realsteuern mit 100, so erhält man ungefähr die durchschnittlich zur Erhebung gekommenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten Beträgen. Genau können die Prozentsätze nicht stimmen, weil nicht das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern, sondern deren Istbeträge der Berechnung zugrundegelegt sind, und weil ferner das Prinzipalsoll das gesamte umlagefähige Soll der direkten Steuern umfaßt ohne

Rücksicht darauf, daß es nicht immer voll zur Gemeindesteuer herangezogen worden ist. Für die einzelnen Landesteile sind aus Raumrücksichten die Belastungsziffern der Einkommensteuer und Realsteuern in den Tabellen nicht mitnachgewiesen. Da aber in ihnen die nötigen Unterlagen hierfür gegeben sind, ist es für den Interessenten dieser Zahlen eine geringe Mühe, sie auszurechnen. Aus der Übersicht auf S. 176 erhellt, daß bei

[Fortsetzung des Textes auf Seite 180.]

Die Arten der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 auf den Kopf der Bevölkerung in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

(Tab. 15.)		Es betragen auf 1 Einwohner die							
Staat.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte und Landgemeinden zusammen.	Umsatzsteuer	Wertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Bier- und Brau-malzsteuer	Lust-barkeitssteuer	Hunde-steuer	sonstigen indirekten Steuern	indirekten Steuern zusammen
Provinzen.		M	M	M	M	M	M	M	M
Regierungsbezirke.									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat . .	a 1 277 b 36 172 c 37 449	1,36 0,47 0,92	0,46 0,12 0,29	0,08 0,00 0,01	0,45 0,14 0,29	0,41 0,10 0,26	0,30 0,09 0,20	0,01 0,01 0,03	3,11 0,93 2,03
B. Provinzen.									
I. Ostpreußen .	a 67 b 4 996 c 5 063	1,42 0,17 0,65	0,22 0,01 0,09	0,09 0,00 0,01	0,54 0,06 0,24	0,44 0,00 0,17	0,19 0,01 0,08	— — —	2,91 0,26 1,37
II. Westpreußen .	a 57 b 2 047 c 2 104	0,91 0,21 0,50	0,12 0,07 0,09	0,10 0,00 0,01	0,40 0,02 0,17	0,37 0,01 0,16	0,17 0,02 0,08	— 0,00 —	2,08 0,32 1,04
III. Stkr. Berlin	a 1	2,04	0,93	—	0,29	—	0,54	—	3,80
IV. Brandenburg (ohne Berlin) . .	a 142 b 3 093 c 3 235	2,00 1,79 1,90	0,74 0,67 0,71	0,07 0,01 0,04	0,35 0,27 0,31	0,18 0,10 0,15	0,43 0,25 0,34	0,00 0,00 0,00	3,77 3,09 3,45
V. Pommern	a 73 b 2 092 c 2 165	0,73 0,13 0,46	0,09 0,06 0,08	0,10 — 0,06	0,37 0,01 0,21	0,24 0,03 0,14	0,20 0,03 0,13	0,00 — 0,00	1,74 0,27 1,07
VI. Posen . .	a 129 b 3 142 c 3 271	0,78 0,06 0,37	0,16 0,02 0,08	0,02 — 0,01	0,33 0,01 0,14	0,26 0,01 0,11	0,16 0,02 0,08	0,00 — 0,00	1,71 0,11 0,79
VII. Schlesien	a 150 b 5 057 c 5 207	0,85 0,26 0,48	0,26 0,04 0,12	0,06 0,00 0,02	0,45 0,08 0,22	0,40 0,06 0,19	0,21 0,05 0,11	— 0,00 0,00	2,24 0,48 1,15
VIII. Sachsen .	a 142 b 2 946 c 3 088	0,80 0,20 0,51	0,31 0,08 0,17	0,04 0,00 0,02	0,56 0,19 0,38	0,47 0,11 0,29	0,25 0,10 0,18	0,01 0,00 0,01	2,45 0,62 1,56
IX. Schlesw.-Holstein	a 56 b 1 936 c 1 992	1,43 1,06 1,25	0,62 0,16 0,39	0,19 0,00 0,10	0,08 0,01 0,05	0,65 0,14 0,40	0,36 0,08 0,22	0,01 — 0,01	3,35 1,45 2,42
X. Hannover	a 113 b 3 995 c 4 108	0,91 0,21 0,50	0,42 0,05 0,20	0,15 0,00 0,06	0,62 0,05 0,28	0,41 0,08 0,21	0,24 0,06 0,13	0,05 0,00 0,02	2,81 0,45 1,41
XI. Westfalen	a 109 b 1 461 c 1 570	0,97 0,53 0,73	0,50 0,05 0,25	0,09 0,00 0,04	0,32 0,21 0,26	0,35 0,16 0,22	0,22 0,11 0,16	0,00 0,00 0,00	2,46 1,03 1,67
XII. Hessen-Nassau .	a 103 b 2 203 c 2 306	2,54 0,22 1,37	0,16 0,11 0,14	0,11 0,00 0,06	0,66 0,22 0,44	0,44 0,08 0,26	0,39 0,10 0,25	0,51 0,12 0,32	4,80 0,86 2,82
XIII. Rhein-provinz .	a 133 b 3 082 c 3 215	1,38 0,44 0,96	0,50 0,11 0,32	0,10 0,00 0,06	0,57 0,24 0,42	0,77 0,21 0,52	0,28 0,14 0,21	0,04 0,01 0,03	3,64 1,14 2,53
XIV. Hohenz. Lande . .	a 2 b 122 c 124	0,28 0,00 0,04	0,00 — —	— — —	0,95 0,22 0,32	0,08 0,01 0,02	0,45 0,16 0,20	— — —	1,76 0,39 0,59
C. Regierungsbezirke.									
1. Königsberg	a 33 b 1 558 c 1 621	1,87 0,25 1,12	0,26 0,01 0,15	0,06 0,00 0,03	0,57 0,09 0,35	0,64 0,00 0,35	0,19 0,01 0,11	— — —	3,60 0,37 2,11
2. Gumbinnen	a 11 b 2 222 c 2 233	0,90 0,11 0,30	0,07 0,00 0,02	0,13 — 0,03	0,50 0,09 0,19	0,11 0,01 0,03	0,19 0,01 0,06	— — —	1,91 0,23 0,63
3. Allenstein	a 23 b 1 186 c 1 209	0,59 0,17 0,28	0,25 0,03 0,09	0,15 — 0,04	0,49 0,01 0,14	0,16 0,00 0,05	0,17 0,00 0,05	— — —	1,80 0,20 0,65

(Noch: Tab. 15.)		Es betragen auf 1 Einwohner die							
Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte und Landgemeinden zusammen.	Umsatzsteuer	Wertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Bier- und Brau-malzsteuer	Lust-barkeitssteuer	Hunde-steuer	sonstigen indirekten Steuern	indirekten Steuern zusammen
		M	M	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Noch: C. Regierungsbezirke.									
4. Danzig . .	a 13 b 769 c 782	1,10 0,21 0,63	0,17 0,11 0,14	0,12 0,00 0,06	0,44 0,03 0,22	0,49 0,01 0,24	0,19 0,02 0,10	— — —	2,50 0,39 1,38
5. Marienwerder . .	a 44 b 1 278 c 1 322	0,70 0,21 0,38	0,06 0,04 0,05	0,08 0,00 0,03	0,37 0,01 0,13	0,24 0,01 0,09	0,15 0,01 0,06	— 0,00 0,00	1,59 0,28 0,74
6. Potsdam	a 77 b 1 472 c 1 549	2,47 2,59 2,52	0,91 0,98 0,94	0,05 0,01 0,03	0,37 0,39 0,38	0,15 0,12 0,14	0,49 0,06 0,43	0,00 0,00 0,00	4,43 4,45 4,44
7. Frankfurt .	a 65 b 1 621 c 1 686	0,59 0,16 0,36	0,26 0,01 0,13	0,11 0,00 0,05	0,31 0,02 0,15	0,30 0,06 0,17	0,23 0,02 0,12	— — —	1,80 0,26 0,98
8. Stettin . .	a 36 b 976 c 1 012	0,83 0,14 0,55	0,07 0,11 0,09	0,12 — 0,07	0,42 0,01 0,25	0,29 0,04 0,19	0,23 0,04 0,15	— — —	1,97 0,35 1,81
9. Köslin . . .	a 23 b 922 c 945	0,53 0,09 0,28	0,13 0,01 0,06	0,05 — 0,02	0,27 0,00 0,12	0,12 0,01 0,06	0,15 0,01 0,07	0,00 — 0,00	1,26 0,12 0,62
10. Stralsund .	a 14 b 194 c 208	0,66 0,23 0,51	0,08 0,00 0,05	0,12 — 0,08	0,37 0,07 0,27	0,21 0,08 0,16	0,20 0,11 0,16	0,00 0,00 0,00	1,64 0,50 1,23
11. Posen . . .	a 84 b 1 951 c 2 035	0,70 0,03 0,32	0,15 0,01 0,07	0,00 — 0,00	0,36 0,00 0,15	0,25 0,00 0,11	0,15 0,02 0,08	0,00 — 0,00	1,62 0,08 0,73
12. Bromberg .	a 45 b 1 191 c 1 236	0,92 0,11 0,45	0,18 0,03 0,09	0,08 — 0,02	0,28 0,01 0,12	0,27 0,01 0,12	0,16 0,02 0,08	— — —	1,86 0,17 0,99
13. Breslau . .	a 55 b 2 076 c 2 131	1,02 0,25 0,63	0,37 0,04 0,20	0,01 0,00 0,01	0,49 0,05 0,27	0,59 0,08 0,33	0,25 0,07 0,16	— 0,00 0,00	2,75 0,49 1,60
14. Liegnitz . .	a 49 b 1 504 c 1 553	0,69 0,40 0,51	0,13 0,04 0,07	0,07 0,00 0,03	0,39 0,07 0,20	0,29 0,04 0,15	0,24 0,11 0,15	— — —	1,90 0,66 1,10
15. Oppeln . .	a 46 b 1 477 c 1 523	0,74 0,19 0,34	0,19 0,04 0,08	0,11 0,01 0,03	0,45 0,09 0,19	0,20 0,06 0,09	0,13 0,02 0,06	— 0,00 0,00	1,81 0,40 0,90
16. Magdeburg	a 48 b 967 c 1 015	0,75 0,14 0,48	0,24 0,02 0,15	0,03 0,00 0,02	0,53 0,17 0,38	0,55 0,11 0,36	0,24 0,11 0,18	0,00 0,00 0,00	2,34 0,56 1,57
17. Merseburg	a 71 b 1 573 c 1 644	0,73 0,24 0,47	0,20 0,04 0,11	0,07 0,00 0,03	0,59 0,14 0,35	0,44 0,11 0,27	0,24 0,11 0,17	0,00 0,00 0,00	2,27 0,64 1,40
18. Erfurt . . .	a 23 b 406 c 429	1,07 0,21 0,66	0,72 0,00 0,38	0,01 0,00 0,01	0,58 0,33 0,46	0,31 0,04 0,20	0,29 0,08 0,17	0,07 0,00 0,04	3,06 0,68 1,92
19. Schleswig .	a 56 b 1 936 c 1 992	1,43 1,06 1,25	0,62 0,16 0,39	0,19 0,00 0,10	0,08 0,01 0,05	0,65 0,14 0,40	0,36 0,08 0,22	0,01 — 0,01	3,35 1,45 2,42
20. Hannover .	a 33 b 539 c 572	1,12 0,24 0,79	0,58 0,01 0,37	0,19 0,00 0,12	0,74 0,09 0,49	0,51 0,09 0,35	0,26 0,03 0,17	— — —	3,40 0,47 2,29
21. Hildesheim	a 30 b 601 c 631	0,99 0,19 0,53	0,60 0,02 0,37	0,13 0,00 0,05	0,48 0,07 0,24	0,42 0,06 0,21	0,25 0,06 0,14	0,09 0,00 0,04	2,96 0,40 1,48
22. Lüneburg .	a 15 b 1 315 c 1 330	1,02 0,37 0,58	0,19 0,12 0,14	0,22 0,01 0,08	0,54 0,08 0,22	0,35 0,28 0,19	0,28 0,07 0,13	0,00 0,00 0,00	2,60 0,78 1,35

Noch: Die Arten der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 auf den Kopf der Bevölkerung in den preußischen Städten, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt.

Regierungsbezirke.	a) Städte, b) Landgemeinden, c) Städte und Landgemeinden zusammen.	Es betrugen auf 1 Einwohner die							
		Umsatzsteuer	Wertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Bier- und Braumalzsteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer	sonstigen indirekten Steuern	indirekten Steuern zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Noch: C. Regierungsbezirke.									
23. Stade . . .	a 14	0,54	0,14	0,00	0,25	0,23	0,16	—	1,33
	b 691	0,15	0,05	0,00	0,00	0,10	0,06	0,00	0,36
	c 705	0,25	0,07	0,00	0,07	0,13	0,09	0,00	0,61
24. Osnabrück	a 14	0,44	0,28	0,07	0,85	0,26	0,20	0,03	2,14
	b 534	0,05	0,02	0,00	0,00	0,03	0,03	—	0,13
	c 548	0,17	0,10	0,03	0,27	0,10	0,08	0,01	0,75
25. Aurich . .	a 7	0,51	0,11	0,11	0,70	0,39	0,24	0,37	2,43
	b 315	0,19	0,04	0,00	0,05	0,09	0,12	—	0,49
	c 322	0,30	0,06	0,04	0,26	0,19	0,16	0,12	1,13
26. Münster . .	a 29	0,73	0,29	0,09	0,35	0,27	0,23	—	1,98
	b 245	0,50	0,06	0,01	0,22	0,13	0,13	—	1,14
	c 274	0,66	0,14	0,04	0,27	0,18	0,17	—	1,45
27. Minden . .	a 29	0,69	0,31	0,07	0,04	0,20	0,27	—	1,58
	b 458	0,19	0,01	—	0,01	0,06	0,03	0,01	0,32
	c 487	0,37	0,12	0,03	0,02	0,11	0,12	0,00	0,77
28. Arnsberg .	a 51	1,10	0,81	0,10	0,37	0,41	0,21	0,00	2,80
	b 758	0,63	0,06	0,00	0,28	0,14	0,13	0,00	1,24
	c 809	0,87	0,34	0,05	0,32	0,28	0,17	0,00	2,04
29. Cassel . . .	a 64	0,65	0,13	0,11	0,95	0,18	0,28	0,60	2,90
	b 1 323	0,22	0,14	0,01	0,29	0,06	0,10	0,19	1,01
	c 1 387	0,39	0,14	0,05	0,55	0,11	0,17	0,35	1,75
30. Wiesbaden	a 39	3,56	0,17	0,11	0,50	0,58	0,45	0,46	5,83
	b 880	0,22	0,09	0,00	0,13	0,10	0,11	0,03	0,68
	c 919	2,16	0,13	0,06	0,35	0,38	0,31	0,28	3,68
31. Coblenz . .	a 26	0,96	0,11	0,09	0,58	0,57	0,25	0,00	2,56
	b 1 012	0,22	0,01	—	0,13	0,17	0,08	—	0,61
	c 1 038	0,43	0,04	0,03	0,26	0,28	0,13	0,00	1,16
32. Düsseldorf	a 64	1,39	0,51	0,13	0,58	0,76	0,25	0,01	3,63
	b 325	0,80	0,26	—	0,30	0,26	0,17	0,00	1,80
	c 389	1,23	0,44	0,09	0,51	0,62	0,23	0,01	3,12
33. Cöln	a 15	1,93	0,61	0,02	0,53	0,95	0,35	—	4,39
	b 271	0,73	0,15	0,01	0,19	0,30	0,17	0,00	1,55
	c 286	1,47	0,44	0,02	0,40	0,70	0,28	0,00	3,31
34. Trier . . .	a 13	0,67	0,70	0,18	0,80	0,70	0,33	0,09	3,47
	b 1 101	0,09	0,01	0,00	0,40	0,14	0,12	0,02	0,78
	c 1 114	0,21	0,16	0,04	0,49	0,26	0,16	0,03	1,35
35. Aachen . .	a 15	0,56	0,18	0,06	0,39	0,59	0,26	0,50	2,50
	b 373	0,19	0,01	—	0,01	0,18	0,13	—	0,52
	c 388	0,34	0,06	0,02	0,16	0,34	0,18	0,20	1,30
36. Sigma- ringen . . .	a 2	0,28	0,00	—	0,95	0,08	0,45	—	1,76
	b 122	0,00	—	—	0,22	0,01	0,16	—	0,39
	c 124	0,04	0,00	—	0,32	0,02	0,20	—	0,59

allen unterschiedenen Gemeindeklassen im Rechnungsjahre 1911 die durchschnittlichen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer bereits den Satz von 150, desgleichen die von den Realsteuern erhobenen durchschnittlichen Zuschläge den Satz von 200 % erreicht oder schon übertroffen hatten. Bemerkenswert ist besonders die im Verhältnis zu den anderen Gemeindeklassen recht hohe Belastung der kreisangehörigen Städte durch die Gemeindeeinkommensteuer. Ihre hohe Belastungsziffer zeigt, wie schwer den kleinen Städten der Wettbewerb mit den größeren, sowie auch selbst mit den Landgemeinden wird.

4. Die indirekten Gemeindesteuern.

Die Summe der indirekten Gemeindesteuern aller Städte und Landgemeinden im Betrage von 77,58 Mill. *M* verteilte sich auf die nachstehenden Steuerarten folgendermaßen:

Es entfielen auf	
die Umsatzsteuer	35,06 Mill. <i>M</i> oder 45,20 v. H.
„ Wertzuwachssteuer	11,19 „ „ „ 14,43 „ „
„ Schankkonzessionssteuer	1,61 „ „ „ 2,08 „ „
„ Bier-, Brau- u. Braumalzsteuern	11,29 „ „ „ 14,56 „ „
„ Lustbarkeitssteuern	9,81 „ „ „ 12,65 „ „
„ Hundesteuer	7,61 „ „ „ 9,90 „ „
„ sonstigen indirekten Steuern	1,00 „ „ „ 1,29 „ „

Die Verteilung dieser Steuerbeträge auf die Städte und Landgemeinden gestaltete sich in folgender Weise:

Es betrugen									
	bei den	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier- und Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern	
		Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	Mill. <i>M</i>	
Stadtkreisen	21,92	8,00	1,41	6,24	6,52	4,52	0,66		
kreisangeh. Städten	4,23	0,89	0,15	2,35	1,44	1,28	0,18		
Städten überhaupt .	26,15	8,89	1,56	8,59	7,96	5,80	0,84		
Landgemeinden . .	8,91	2,30	0,05	2,71	1,83	1,80	0,16		

V. H. der indirekten Gemeindesteuern entfielen auf

bei den	die Umsatzsteuer	die Wertzuwachssteuer	die Schankkonzessionssteuer	die Bier- und Braumalzsteuern	die Lustbarkeitssteuern	die Hundesteuer	die sonstigen indirekten Steuern	
	44,48	16,24	2,86	12,66	13,23	9,18	1,35	
Stadtkreisen	40,23	8,46	1,40	22,36	13,72	12,17	1,66	
kreisangeh. Städten	43,74	14,88	2,60	14,36	13,32	9,70	1,40	
Städten überhaupt .	50,12	12,94	0,30	15,22	10,40	10,15	0,89	
Landgemeinden . .								

Die prozentalen Anteile der indirekten Steuerarten bei den Städten, Landgemeinden und den Gemeinden überhaupt innerhalb der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke sind in der Tab. 13 auf den Seiten 175 u. 176 nachgewiesen, und die Tab. 14 auf den Seiten 177 u. 178 enthält die entsprechenden Angaben für die Stadtkreise und kreisangehörigen Städte; zugleich sind in letzterer Tabelle auch die betreffenden Grundzahlen angegeben, die in der Tabelle 1 fehlen.

Bei den Stadtkreisen der meisten Regierungsbezirke fiel der Ertrag der Umsatzsteuer finanziell am meisten ins Gewicht; jedoch gab es auch hier bemerkenswerte Ausnahmen. In Osnabrück und Cassel z. B. standen bezüglich des Ertragnisses die Bier- und Brausteuer weit aus an erster Stelle; im ersteren Regierungsbezirk war dieses sogar mehr als doppelt so hoch wie bei der Umsatzsteuer. Bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Coblenz, Trier und Aachen überstieg das Aufkommen aus der Lustbarkeitssteuer noch das der Umsatzsteuer; im Bezirke Magdeburg blieb es auch nicht allzuviel dahinter zurück. Die unter dem Sammelnamen „sonstige indirekte Steuern“ vereinigten Steuern übertrafen mit ihrem Ertrage bei den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Aurich, Cassel und Aachen ebenfalls das Aufkommen der Umsatzsteuer. Sonst sind noch die verhältnismäßig geringen Einnahmen aus den Bier- und Brausteuer bei den Stadtkreisen des Regierungsbezirks Schleswig bemerkenswert. Auch bei den kreisangehörigen Städten blieben einige Regierungsbezirke recht beträchtlich hinter dem verhältnismäßig hohen durchschnittlichen Anteil ihrer Umsatzsteuern am Gesamtaufkommen aus indirekten Steuern (40,23 %) zurück, so z. B. Lüneburg und Cassel mit 29,94 bzw. 27,69 %, vor allem aber

[Fortsetzung des Textes auf Seite 182.]

Die Arten der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 auf den Kopf der Bevölkerung in den preußischen Stadtkreisen und kreisangehörigen Städten.

(Tab. 16.)										(Noch: Tab. 16.)									
Staat. Provinzen. Regierungs- bezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Es betragen auf 1 Einwohner die								Regierungs- bezirke.	a) Stadt- kreise, b) kreis- ange- hörige Städte	Es betragen auf 1 Einwohner die							
		Um- satz- steu- er	Wert- zu- wachs- steuer	Schank- kon- zessi- ons- steuer	Bier-, Brau- und Brau- malz- steu- ern	Lust- bar- keits- steu- ern	Hun- de- steuer	son- sti- gen indi- rekten Steu- ern	indi- rekten Steu- ern zu- sam- men			Um- satz- steu- er	Wert- zu- wachs- steuer	Schank- kon- zessi- ons- steuer	Bier-, Brau- und Brau- malz- steu- ern	Lust- bar- keits- steu- ern	Hun- de- steuer	son- sti- gen indi- rekten Steu- ern	indi- rekten Steu- ern zu- sam- men
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat.	a 106 b 1171	1,72 0,65	0,63 0,14	0,11 0,02	0,49 0,36	0,51 0,22	0,35 0,20	0,05 0,03	3,87 1,62	Noch: C. Regierungs- bezirke.									
B. Provinzen.																			
I. Ost- preußen	a 4 b 63	2,09 0,65	0,36 0,07	0,14 0,04	0,57 0,51	0,69 0,15	0,23 0,14	— —	4,08 1,56	10. Stralsund	a 1 b 13	1,11 0,43	0,21 0,02	0,23 0,07	0,46 0,83	0,45 0,09	0,29 0,15	— 0,00	2,74 1,09
II. West- preußen	a 4 b 53	1,03 0,79	0,09 0,15	0,16 0,03	0,45 0,36	0,58 0,13	0,19 0,15	— —	2,50 1,61	11. Posen	a 1 b 83	0,91 0,58	0,23 0,11	— 0,01	0,48 0,30	0,59 0,06	0,23 0,12	— 0,00	2,44 1,19
III. Stkr. Berlin	a 1	2,04	0,93	—	0,29	—	0,54	—	3,80	12. Bromberg	a 1 b 44	1,46 0,77	0,19 0,18	— 0,06	0,42 0,23	0,88 0,10	0,29 0,12	— —	3,24 1,46
IV. Branden- burg(ohne Berlin)	a 14 b 128	2,68 0,65	1,05 0,12	0,09 0,01	0,34 0,35	0,17 0,22	0,51 0,26	— 0,00	4,83 1,65	13. Breslau	a 3 b 52	1,21 0,59	0,51 0,06	0,02 0,00	0,58 0,30	0,77 0,20	0,29 0,17	— —	3,37 1,33
V. Pommern	a 4 b 69	1,02 0,49	0,12 0,06	0,19 0,04	0,48 0,28	0,36 0,13	0,26 0,16	— 0,00	2,43 1,17	14. Liegnitz	a 2 b 47	1,02 0,50	0,26 0,06	0,18 0,01	0,55 0,29	0,44 0,21	0,30 0,20	— —	2,74 1,27
VI. Posen	a 2 b 127	1,06 0,86	0,22 0,14	— 0,03	0,46 0,27	0,67 0,08	0,24 0,12	— 0,00	2,65 1,30	15. Oppeln	a 7 b 39	0,86 0,52	0,28 0,05	0,15 0,03	0,51 0,34	0,26 0,10	0,15 0,11	— —	2,20 1,16
VII. Schlesien	a 12 b 138	1,07 0,34	0,40 0,06	0,08 0,01	0,55 0,31	0,55 0,18	0,25 0,16	— —	2,90 1,26	16. Magdeburg	a 5 b 43	0,79 0,67	0,36 0,06	0,03 0,02	0,64 0,37	0,73 0,27	0,27 0,20	— 0,00	2,83 1,58
VIII. Sachsen	a 12 b 130	0,94 0,61	0,50 0,06	0,06 0,02	0,66 0,44	0,63 0,24	0,28 0,21	0,02 0,00	3,09 1,58	17. Merseburg	a 4 b 67	0,92 0,57	0,35 0,07	0,13 0,01	0,69 0,50	0,68 0,23	0,27 0,22	— 0,00	3,05 1,59
IX. Schlesw.- Holstein	a 5 b 51	1,77 0,76	0,88 0,10	0,27 0,04	0,04 0,18	0,74 0,48	0,41 0,26	0,01 0,01	4,12 1,82	18. Erfurt	a 3 b 20	1,28 0,57	1,00 0,08	— 0,04	0,65 0,44	0,36 0,20	0,33 0,20	0,10 —	3,71 1,53
X. Hannover	a 9 b 104	1,20 0,52	0,66 0,11	0,24 0,02	0,78 0,40	0,53 0,25	0,29 0,19	0,06 0,03	3,76 1,51	19. Schleswig	a 5 b 51	1,77 0,76	0,88 0,10	0,27 0,04	0,04 0,13	0,74 0,48	0,41 0,26	0,01 0,01	4,12 1,82
XI. Westfalen	a 15 b 94	1,11 0,74	0,66 0,23	0,14 0,03	0,38 0,22	0,45 0,20	0,24 0,20	— 0,00	2,97 1,62	20. Hannover	a 2 b 31	1,22 0,65	0,69 0,08	0,23 0,04	0,81 0,59	0,54 0,32	0,28 0,15	— —	3,78 1,63
XII. Hessen- Nassau	a 4 b 99	3,42 0,82	0,12 0,22	0,13 0,06	0,64 0,69	0,58 0,17	0,47 0,24	0,61 0,32	5,98 2,51	21. Hildesheim	a 2 b 28	1,56 0,63	1,33 0,13	0,29 0,02	0,62 0,38	0,73 0,22	0,33 0,20	0,22 —	5,08 1,59
XIII. Rhein- provinz.	a 20 b 113	1,62 0,70	0,59 0,23	0,14 0,00	0,64 0,37	0,91 0,56	0,29 0,23	0,05 0,03	4,23 1,91	22. Lüneburg	a 3 b 12	1,24 0,51	0,20 0,17	0,29 0,06	0,56 0,49	0,39 0,26	0,31 0,20	— 0,00	2,98 1,69
XIV. Hohenz. Lande	a — b 2	— 0,28	— 0,00	— —	— 0,95	— 0,08	— 0,45	— —	— 1,76	23. Stade	a — b 14	— 0,54	— 0,14	— 0,00	— 0,25	— 0,23	— 0,16	— —	— 1,33
C. Regierungs- bezirke.										24. Osnabrück	a 1 b 13	0,68 0,11	0,45 0,05	0,13 —	1,38 0,15	0,34 0,15	0,22 0,16	— 0,08	3,21 0,70
1. Königsberg	a 1 b 32	2,51 0,82	0,40 0,04	0,08 0,03	0,61 0,49	0,94 0,15	0,24 0,11	— —	4,79 1,64	25. Aurich	a 1 b 6	0,75 0,43	0,37 0,02	0,42 —	0,45 0,79	0,58 0,32	0,23 0,25	0,91 0,18	3,71 1,98
2. Gumbinnen	a 2 b 9	1,24 0,46	0,10 0,04	0,23 0,01	0,45 0,57	0,03 0,20	0,19 0,20	— —	2,34 1,49	26. Münster	a 3 b 26	0,93 0,48	0,36 0,20	0,14 0,04	0,50 0,17	0,34 0,20	0,25 0,21	— —	2,51 1,29
3. Allenstein	a 1 b 22	0,82 0,51	0,59 0,13	0,36 0,07	0,49 0,50	0,25 0,13	0,22 0,15	— —	2,73 1,49	27. Minden	a 2 b 27	0,79 0,62	0,09 0,47	0,13 0,08	— 0,07	0,26 0,15	0,31 0,23	— —	1,59 1,57
4. Danzig	a 2 b 11	1,10 1,10	0,11 0,32	0,16 0,03	0,46 0,38	0,60 0,21	0,18 0,19	— —	2,61 2,24	28. Arnberg	a 10 b 41	1,19 0,91	0,81 0,15	0,13 0,02	0,40 0,29	0,50 0,22	0,23 0,18	— 0,00	3,27 1,77
5. Marien- werder	a 2 b 42	0,82 0,64	0,05 0,07	0,18 0,03	0,42 0,34	0,55 0,09	0,19 0,13	— —	2,21 1,31	29. Cassel	a 2 b 62	0,64 0,66	0,13 0,13	0,19 0,03	1,19 0,71	0,21 0,14	0,36 0,21	0,70 0,51	3,42 2,39
6. Potsdam	a 9 b 68	3,08 0,71	1,18 0,11	0,07 0,01	0,32 0,51	0,12 0,23	0,56 0,30	— 0,00	5,32 1,87	30. Wiesbaden	a 2 b 37	4,42 0,99	0,12 0,31	0,12 0,09	0,45 0,66	0,71 0,20	0,50 0,29	0,58 0,11	6,89 2,65
7. Frankfurt	a 5 b 60	0,63 0,57	0,41 0,14	0,23 0,02	0,42 0,23	0,42 0,20	0,26 0,21	— —	2,37 1,86	31. Coblenz	a 1 b 25	1,38 0,79	0,17 0,09	0,32 0,01	0,93 0,44	1,39 0,25	0,41 0,19	— 0,00	4,61 1,73
8. Stettin	a 2 b 34	1,05 0,50	0,08 0,06	0,18 0,03	0,51 0,28	0,36 0,19	0,26 0,17	— —	2,46 1,24	32. Düsseldorf	a 13 b 51	1,61 0,71	0,57 0,32	0,16 —	0,64 0,39	0,88 0,36	0,26 0,23	— 0,03	4,12 2,04
9. Köslin	a 1 b 22	0,66 0,51	0,34 0,09	0,18 0,03	0,29 0,27	0,24 0,09	0,23 0,14	— 0,00	1,94 1,12	33. Köln	a 3 b 12	2,05 1,04	0,67 0,22	0,02 0,02	0,57 0,23	1,03 0,40	0,36 0,32	— —	4,71 2,22
										34. Trier	a 2 b 11	0,84 0,26	0,96 0,03	0,25 0,01	0,37 0,62	0,85 0,30	0,39 0,17	0,12 0,01	4,28 1,41
										35. Aachen	a 1 b 14	0,67 0,42	0,18 0,06	0,10 0,01	0,57 0,16	0,68 0,46	0,31 0,20	0,81 0,09	3,33 1,41
										36. Sigma- ringen	a — b 2	— 0,28	— 0,00	— —	— 0,95	— 0,08	— 0,45	— —	— 1,76

Aurich und Osnabrück mit 21,77 bzw. 15,70 %. Während bei den kreisangehörigen Städten des Regierungsbezirks Osnabrück sowohl die Biersteuern als auch die Lustbarkeits- und Hundesteuern höhere Erträge abwarfen als die Umsatzsteuern, übertraf bei den Städten des Auricher Bezirks nur das Aufkommen aus den Biersteuern das der Umsatzsteuer, dafür aber um mehr als $\frac{1}{2}$ ihres Betrages. Verhältnismäßig hohe Anteile am Gesamtaufkommen ihrer indirekten Gemeindesteuern zeigten die Bier- und Brausteuern der kreisangehörigen Städte auch in den Regierungsbezirken Gumbinnen (38,37), Allenstein (33,31), Merseburg (31,36), Stralsund (30,05), Königsberg (29,95), Cassel (29,75) und Oppeln (29,55 %). Im Regierungsbezirk Schleswig spielte das Aufkommen aus Lustbarkeitssteuern bei den kreisangehörigen Städten finanziell eine gewisse Rolle; es machte immerhin 26,22 % des Gesamtertrages ihrer indirekten Gemeindesteuern aus. Bei den Landgemeinden treten hinsichtlich der Bedeutung, die die einzelnen indirekten Steuerarten für deren Gesamtertrag hatten, zwischen einzelnen Landesteilen z. T. recht schroffe Gegensätze hervor. Während das Aufkommen aus der Umsatzsteuer bei den Landgemeinden der Regierungsbezirke Minden, Liegnitz, Bromberg und Königsberg zwischen 60 und 69 % des Gesamtertrages ihrer indirekten Gemeindesteuern schwankte und die entsprechenden Anteile in den Regierungsbezirken Schleswig, Marienwerder, Köslin und Allenstein sogar eine Höhe von 73,03 bzw. 74,94, 79,75 und 81,41 % erreichten, beliefen sie sich in Erfurt, Magdeburg, Cassel, Trier und Sigmaringen bloß auf 31,41 bzw. 25,18, 21,71, 11,76 sowie 0,14 %. Abgesehen von einigen Kreisen in den Regierungsbezirken Erfurt und Cassel hatte auch nur eine verhältnismäßig ganz geringe Zahl von den in Betracht kommenden Gemeinden der letztgenannten Bezirke eine Umsatzsteuer eingeführt. Bei der Wertzuwachssteuer standen Anteilen von 31,99, 28,97 und 22,06 % in Stettin, Danzig und Potsdam solche von 1,32, 1,13, 0,63 und 0,23 % in Trier, Coblenz, Erfurt und Stralsund gegenüber, desgleichen bei den Bier- und Brausteuern Anteilen von 54,99, 51,79, 49,03 % in Sigmaringen, Trier und Erfurt solche von 1,67, 1,30, 0,52 und 0,44 % in Aachen, Stade, Schleswig sowie Köslin. Bei den Lustbarkeitssteuern schwankten die entsprechenden Anteile zwischen 35,50, 27,64 und 26,06 in Aachen, Coblenz und Stade einerseits sowie 1,30 und 1,25 in Königsberg und Allenstein andererseits; ebenso bei der Hundesteuer zwischen 41,16 sowie 31,30 % in Sigmaringen und Posen einerseits und 4,78, 4,35, 2,47, 1,34 % in Gumbinnen, Köslin, Königsberg und Allenstein andererseits. Die in der Spalte „sonstige indirekte Gemeindesteuern“ zusammengefaßten Steuerarten warfen nur bei den Landgemeinden des Regierungsbezirks Cassel einen namhafteren Betrag (rund 100 000 \mathcal{M}) ab, der 19,28 % des Gesamtaufkommens ihrer indirekten Steuern ausmachte.

Aus der Tabelle 15 sind für den Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke die auf ihre Städte, Landgemeinden und Gemeinden überhaupt entfallenden Kopfbeträge der einzelnen indirekten Steuerarten, desgleichen aus der Tabelle 16 die entsprechenden Angaben für die Stadtkreise und kreis-

angehörigen Städte ersichtlich. Danach machte die Umsatzsteuer, die im allgemeinen die einträglichste unter den indirekten Gemeindesteuern ist, bei den Stadtkreisen von 19 Regierungsbezirken mehr als 1 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung aus, bei den Regierungsbezirken Cöln (2,05), Königsberg (2,51), Potsdam (3,08) und Wiesbaden (4,42 \mathcal{M}) sowie beim Stadtkreise Berlin (2,04) sogar noch über 2 \mathcal{M} . Bei den übrigen Bezirken, soweit sie Stadtkreise besaßen, betrug die Belastung auch noch über 60 Pfennig pro Kopf. Die anderen indirekten Steuerarten ergaben nur in wenigen Fällen eine Belastung von mindestens 1 \mathcal{M} auf den Kopf; so die Wertzuwachssteuer bei Hildesheim (1,33), Potsdam (1,18) und Erfurt (1,00 \mathcal{M}), die Bier- und Brausteuern bei Osnabrück (1,38) und Cassel (1,19), die Lustbarkeitssteuern bei Coblenz (1,59) und Cöln (1,03 \mathcal{M}). Einen Kopfbetrag zwischen einer halben und einer vollen Mark ergaben die Wertzuwachssteuer bei Berlin und den Stadtkreisen von 8 Regierungsbezirken, desgleichen die Bier- und Brausteuern sowie die Lustbarkeitssteuern in je 17 Regierungsbezirken, die Hundesteuer in Berlin und 2, endlich die sonstigen indirekten Steuern in 4 Regierungsbezirken. In den kreisangehörigen Städten kam eine Belastung von mindestens 1 \mathcal{M} nur bei der Umsatzsteuer in den Regierungsbezirken Danzig und Cöln vor; sie betrug hier 1,10 sowie 1,04 \mathcal{M} . Im Wiesbadener Bezirk blieb der Kopfbetrag auch nur um 1 Pfennig hinter einer Mark zurück. Bei der Mehrzahl der Regierungsbezirke schwankte die Belastung durch die Umsatzsteuer in dieser Städtegruppe zwischen einer vollen und einer halben Mark. Letzteren Betrag erreichten nur 8 Bezirke nicht, nämlich Münster (48), Gumbinnen (46), Stralsund (43), Aurich (43), Aachen (42), Sigmaringen (28), Trier (26) und Osnabrück (11 Pfennig). Von den anderen indirekten Steuerarten wiesen, mit Ausnahme der unter der Spalte „sonstige indirekte Steuern“ zusammengefaßten Aufwand- und Verbrauchssteuern im Regierungsbezirk Cassel (51 Pf.), lediglich die Bier- und Brausteuern in einigen Bezirken Kopfbeträge von 50 Pf. und darüber auf. Am höchsten war diese Belastung mit 95 Pfennigen im Regierungsbezirk Sigmaringen. Dann folgten mit 79, 71, 66, 62 Pf. Aurich, Cassel, Wiesbaden, Trier, und ihnen schlossen sich noch mit 57, 51 und je 50 Pf. Gumbinnen, Potsdam, Allenstein und Merseburg an. Bei den Landgemeinden spielte die Belastung durch indirekte Steuern mit wenigen Ausnahmen in allen Regierungsbezirken eine nur ganz untergeordnete Rolle. Im Potsdamer Bezirk bewirkten die großen Vororte Berlins eine ausnahmsweise hohe Kopfbelastung durch die Umsatz- und Wertzuwachssteuer; sie belief sich auf 2,59 \mathcal{M} bei der erstgenannten und auf 98 Pf. bei der letzteren Steuerart. Sonst zeichneten sich noch durch verhältnismäßig hohe Kopfbeträge ihrer Umsatzsteuer die Landgemeinden der Regierungsbezirke Schleswig (1,06 \mathcal{M}), Düsseldorf (80), Cöln (73), Arnberg (63) und Münster (60 Pf.) aus. In keinem der übrigen Bezirke belastete sonst noch eine indirekte Steuer die Landgemeindebevölkerung mit dem Betrage von auch nur einer halben Mark.

III. Die in den einzelnen Stadt- und Landkreisen im Rechnungsjahre 1911 aufgekomenen Gemeindesteuern.

1. Die gesamten Gemeindesteuern.

Nachdem wir im vorangegangenen Teile der Arbeit die Verteilung der Gemeindesteuern auf die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke kennen gelernt haben, sollen im nun folgenden zweiten Teile die Erhebungsergebnisse für die einzelnen Kreise behandelt werden. Mit Rücksicht auf den Umfang des zu besprechenden Zahlenstoffes ist hier jedoch eine

größere Beschränkung notwendig gewesen. Von einem Eingehen auf die einzelnen Steuerarten in ihrer kreisweisen Verteilung mußte von vornherein Abstand genommen werden, weil der in Frage kommende Zahlenstoff, auch nur bei oberflächlicher Besprechung, allein den hier zur Verfügung stehenden Raum ausgefüllt hätte. Wir haben uns daher darauf beschränkt, die gesamten Gemeindesteuern, die gesamten direkten und die

gesamten indirekten Gemeindesteuern der Stadt- und Landkreise in je einem Abschnitte zu behandeln, wobei das Hauptgewicht auf die gesamten Gemeindesteuern gelegt wurde, während die direkten und die indirekten Steuern weniger eingehend besprochen werden. Die Grundlage für die Besprechung bildet wie für den ersten so auch für diesen Teil der Arbeit die Tabelle 1. Die dortigen Zahlenangaben erhalten durch die folgenden Texttabellen teils Ergänzungen, teils eine bestimmte Gruppierung auf Grund besonderer Auszählungen.

Wir behandeln zunächst die gesamten Gemeindesteuern in den Stadtkreisen, dann die der Landkreise.

Die 106 Stadtkreise erzielten aus Gemeindesteuern die folgenden Beträge:

9 Stadtkreise mehr als 10 Mill. \mathcal{M}					
19	"	"	5 bis 10	Mill. \mathcal{M}	
14	"	"	2½ " 5	"	"
38	"	"	1 " 2½	"	"
26	"	"	nicht mehr als 1	"	"

Die Reichshauptstadt stand mit einem Steuerertrage von 95,13 Mill. \mathcal{M} an der Spitze. In großem Abstände folgten Frankfurt a./M., Köln und Breslau mit 25,34, 22,87 sowie 20,37 Mill. \mathcal{M} . Ihnen schlossen sich mit 16,62, 15,63, 12,99, 11,03 und 10,91 Mill. \mathcal{M} Charlottenburg, Düsseldorf, Essen, Magdeburg sowie Hannover an. Zur zweiten Gruppe mit Beträgen von mehr als 5 bis 10 Mill. \mathcal{M} gehörten Königsberg i. Pr. (9,82), Dortmund (8,98), Elberfeld (8,78), Kiel (8,64), Duisburg (8,52), Stettin (8,50), Barmen (7,57) und Altona (7,34 Mill. \mathcal{M}) sowie die folgenden 11 Großstädte, deren Steuerertrag zwischen 7 und 5 Mill. \mathcal{M} schwankte: B.-Wilmsdorf, Halle a. S., B.-Schöneberg, Aachen, Gelsenkirchen, Danzig, Wiesbaden, Neukölln, Posen, Crefeld und Cassel. In 5 Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern betrugen die Gemeindesteuern weniger als 5 Mill. \mathcal{M} , nämlich in Bochum (4,71), Erfurt (4,10), Saarbrücken (4,04), Mülheim a. d. Ruhr (3,98) und Hamborn (3,11 Mill. \mathcal{M}). Die übrigen 9 zu dieser dritten Gruppe gehörigen Stadtkreise zählten, mit Ausnahme von Harburg und München Gladbach, auch mehr als 70 000 Einwohner. Unter den 38 Stadtkreisen mit einem Steueraufkommen von mehr als 1 bis 2½ Mill. \mathcal{M} befanden sich 22 mit einer 50 000 noch übersteigenden Bevölkerungsziffer. Von den 26 Stadtkreisen, deren Gemeindesteuern noch hinter der Summe von 1 Million \mathcal{M} zurückblieben, besaßen nur Thorn, Graudenz und Landsberg a. W. mehr als 40 000, zehn dagegen noch weniger als 30 000 Einwohner, Eisleben (24 033), Celle (23 987) und Emden (23 525) sogar noch nicht 25 000. Am geringsten war der Ertrag der Gemeindesteuern mit rund 613 000, 609 000, 582 000, 564 000, 519 000 \mathcal{M} in Celle, Stargard i. Pomm., Neisse, Eisleben und Brieg.

In der Tabelle 17 auf den Seiten 184/188 ist die Belastung der Stadt- und Landkreise durch die direkten und durch die gesamten Gemeindesteuern durch Nebeneinanderstellung der hierfür in Betracht kommenden Zahlen gekennzeichnet, d. h. es sind erstens ihr Prinzipalsoll der direkten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung, zweitens der Istbetrag ihrer direkten und gesamten Gemeindesteuern auf 1 Einwohner, drittens die sich durch Division der Gemeindesteuer durch das Prinzipalsoll ergebenden Belastungsziffern für die direkten und die gesamten Gemeindesteuern angegeben. Über die Belastung der Stadtkreise durch die gesamten Gemeindesteuern ergibt sich aus diesen Zahlen folgendes: Es gab im Berichtsjahre 23 Stadtkreise, deren Steuerstärken sich auf mindestens 19 beliefen. Diese steuerkräftigste Gruppe zeichnete sich andererseits auch durch ihre hohen Kopfbeträge der Gemeindesteuern aus. Beides führte zu dem Ergebnis, daß die Belastungsziffer der zugehörigen Gemeinden, abgesehen von einigen Ausnahmen, durchweg niedrig war. Nur bei Magdeburg (2,03), Aachen (2,04),

Crefeld (2,06), Göttingen (2,21) und Elberfeld (2,30) betrug sie mehr als 2; in diesen Fällen wurde die Höhe der Kopfbeträge durch die Anzahl der Steuerstärken nicht genügend ausgeglichen. Die niedrigsten Belastungsziffern in dieser Gruppe und überhaupt wiesen mit 1,32, 1,36, 1,37, 1,45, 1,47 Berlin-Schöneberg, Charlottenburg, Wiesbaden, Berlin und Berlin-Wilmersdorf auf, das sind sämtlich Stadtkreise, die auch bezüglich ihrer Steuerkraft die ersten Plätze innehatten. Nur ein Stadtkreis von entsprechender Steuerkraft, Frankfurt a./M., fehlt in dieser Gruppe der am geringsten belasteten Stadtkreise. Außer 18 Stadtkreisen, die der steuerkräftigsten Gruppe mit einem Prinzipalsoll von über 19 \mathcal{M} pro Kopf angehörten, gab es nur noch 9 Stadtkreise mit einer Belastungsziffer von nicht mehr als 2. Von diesen wiesen folgende 5, bei mittlerer Steuerstärke, einen hohen Kopfbetrag an Gemeindesteuern auf: Erfurt, Halberstadt, Lüneburg, Görlitz und Münster; ihre Belastungszahlen schwankten zwischen 1,98 und 1,80. Die Stadtkreise Neukölln, Liegnitz und B.-Lichtenberg, deren Belastungsziffern 1,65, 1,78 und 1,85 betrugen, wiesen bei mittlerer Steuerstärke auch eine mittlere Kopfbelastung auf. Beim Stadtkreise Brieg endlich lag der seltenere Fall vor, daß sich bei mittlerer Steuerstärke zufolge eines niedrigen Kopfbetrages an Gemeindesteuern auch eine niedrige Belastungsziffer (1,53) ergab. Bei der Mehrzahl der Stadtkreise (77 = 72,64 %) schwankte die Belastungsziffer zwischen 2 (einschl.) und 3. Mehr als 3 betrug sie nur bei den Stadtkreisen Königshütte O. S. (3,05), Gelsenkirchen (3,05), Gleiwitz (3,06) und Buer (3,67), die rund 8, 11, 12 und 9 Steuerstärken besaßen.

In der Tabelle 18 auf Seite 189 sind die in den Stadt- und Landgemeinden der Landkreise im Rechnungsjahre 1911 aufgetretenen Gemeindesteuern regierungsbezirksweise nach Steuerertragsgruppen geschieden. Für die Gesamtheit der kreisangehörigen Gemeinden ergibt sich danach folgendes:

Die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 betrugen bei . . . Landkreisen						
in den	mehr als					
	1 Mill.	500 000	250 000	100 000	50 000	bis
	\mathcal{M}	bis 1 Mill.	500 000	250 000	100 000	50 000 \mathcal{M}
Städten ¹⁾	20	64	105	161	60	33
Landgemeinden . .	43	76	167	149	44	8
Städten und Landgemeinden zus. .	105	143	170	68	1	—

Noch anschaulicher wird das Bild von der Verteilung, wenn man statt der Grundzahlen die folgenden Verhältnisziffern betrachtet.

Es betrugen die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 bei . . . % der Landkreise						
in den	mehr als					
	1 Mill.	500 000	250 000	100 000	50 000	bis
	\mathcal{M}	bis 1 Mill.	500 000	250 000	100 000	50 000 \mathcal{M}
Städten ¹⁾	4,51	14,45	23,70	36,34	13,54	7,45
Landgemeinden . .	8,88	15,61	34,29	30,60	9,03	1,64
Städten und Landgemeinden zus. .	21,56	29,36	34,91	13,96	0,21	—

Bei mehr als der Hälfte der Landkreise überschritt danach das Aufkommen aus Gemeindesteuern in den Städten und Landgemeinden zusammen die Summe von einer halben Million \mathcal{M} und bei 105 Landkreisen (rund 22 %) noch den Betrag von 1 Million \mathcal{M} . Bei weitem die höchsten Gemeindesteuern wiesen die Vorortkreise Teltow und Niederbarnim mit 18,63 sowie 14,06 Mill. \mathcal{M} auf, und an diesen Beträgen waren ihre Landgemeinden mit 17,28 und 13,43 Mill. \mathcal{M} beteiligt.

¹⁾ 44 Landkreise, die keine Städte besaßen, sind außer Betracht geblieben.

Die Belastung der preußischen Stadt- und Landkreise durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direk- ten Steu- ern auf 1 Einw. M. (Steu- er- stär- ken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern	
				Ist- be- trag auf 1 Einw. M. (Sp. 5)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 6)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M. (Sp. 7)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 8)
				M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8
1	*Charlottenburg	Potsdam . .	40,44	48,76	1,21	54,94	1,36
2	*Berlin-Wilmersdorf	Potsdam . .	39,59	47,62	1,20	58,21	1,47
3	*Frankfurt a./M.	Wiesbaden . .	37,30	52,55	1,41	59,29	1,59
4	*Wiesbaden	Wiesbaden . .	35,62	40,38	1,13	48,63	1,37
5	*Berlin	32,27	41,83	1,30	46,78	1,45
6	*Berlin-Schöneberg	Potsdam . .	29,23	34,44	1,18	38,56	1,32
7	*Bonn	Cöln	24,17	35,54	1,47	40,34	1,67
8	*Düsseldorf	Düsseldorf . .	23,45	36,34	1,55	42,36	1,81
9	Eiderstedt	Schleswig . .	23,23	31,20	1,34	31,64	1,36
10	Teltow	Potsdam . .	22,58	34,52	1,53	41,01	1,82
11	*Cöln	Cöln	22,32	35,99	1,61	40,85	1,83
12	*Hannover	Hannover . .	22,19	31,36	1,41	35,65	1,61
13	*Elberfeld	Düsseldorf . .	22,17	46,34	2,09	50,95	2,30
14	*Aachen	Aachen	20,91	39,01	1,87	42,59	2,04
15	*Hanau	Cassel	20,51	33,03	1,61	35,57	1,73
16	*Harburg	Lüneburg . .	20,34	36,43	1,79	39,91	1,96
17	*Nordhausen	Erfurt	20,17	38,34	1,90	40,31	2,00
18	*Cassel	Cassel	19,82	29,65	1,50	33,32	1,68
19	*Coblenz	Coblenz	19,71	25,21	1,28	30,20	1,53
20	*Crefeld	Düsseldorf . .	19,70	37,22	1,89	40,54	2,06
21	*Potsdam	Potsdam	19,59	26,31	1,34	29,91	1,53
22	*Breslau	Breslau	19,51	35,42	1,82	38,94	2,00
23	*Quedlinburg	Magdeburg . .	19,42	33,82	1,74	35,66	1,84
24	*Magdeburg	Magdeburg . .	19,26	35,89	1,86	39,02	2,03
25	*Göttingen	Hildesheim . .	19,16	34,52	1,80	42,25	2,21
26	*Halle a. S.	Merseburg . .	18,76	34,12	1,82	37,74	2,01
27	*Mülheim a. Rhein	Cöln	18,50	41,31	2,23	44,27	2,39
28	*Bielefeld	Minden	18,32	36,48	1,99	38,08	2,08
29	*Altona	Schleswig . .	17,99	37,37	2,08	41,05	2,28
30	*Barmen	Düsseldorf . .	17,97	40,58	2,26	44,16	2,46
31	*Essen	Düsseldorf . .	17,92	37,82	2,11	43,32	2,42
32	*München Gladbach	Düsseldorf . .	17,79	37,60	2,11	41,03	2,31
33	*Saarbrücken	Trier	17,44	33,51	1,92	39,22	2,25
34	*Cottbus	Frankfurt . .	17,40	33,61	1,93	36,24	2,08
35	Obertaunuskreis	Wiesbaden . .	17,22	23,06	1,34	26,18	1,52
36	*Dortmund	Arnsberg . .	16,73	35,94	2,15	40,35	2,41
37	*Höchst	Wiesbaden . .	16,61	23,20	1,40	25,47	1,53
38	*Erfurt	Erfurt	16,41	27,83	1,70	32,49	1,98
39	*Halberstadt	Magdeburg . .	16,23	29,49	1,82	32,04	1,97
40	*Münster	Münster	15,94	26,51	1,66	28,70	1,80
41	*Stettin	Stettin	15,70	32,70	2,08	35,20	2,24
42	*Rheydt	Düsseldorf . .	15,55	32,48	2,09	35,27	2,27
43	*Kattowitz	Oppeln	15,53	37,95	2,44	42,14	2,71
44	*Forst (Lausitz)	Frankfurt . .	15,51	30,33	1,96	32,34	2,09
45	*Solingen	Düsseldorf . .	15,47	35,23	2,28	37,78	2,44
46	*Görlitz	Liegnitz	15,20	25,73	1,69	28,36	1,87
47	*Iserlohn	Arnsberg . .	15,20	32,84	2,16	35,00	2,30
48	*Remscheid	Düsseldorf . .	15,13	35,21	2,33	37,00	2,45
49	*Lüneburg	Lüneburg	14,99	26,59	1,77	28,67	1,91
50	*Mülheim a. d. Ruhr	Düsseldorf . .	14,66	30,91	2,11	34,31	2,34
51	*Hildesheim	Hildesheim . .	14,58	28,43	1,95	31,90	2,19
52	*Königsberg i. Pr.	Königsberg . .	14,57	34,78	2,39	39,66	2,72
53	*Osnabrück	Osnabrück . .	14,55	27,51	1,89	30,73	2,11
54	*Aschersleben	Magdeburg . .	14,55	31,95	2,20	34,05	2,34
55	*Wandsbek	Schleswig . .	14,52	30,98	2,13	35,52	2,45
56	*Witten	Arnsberg . .	14,50	31,06	2,14	33,10	2,28
57	*Posen	Posen	14,48	30,89	2,13	33,40	2,31
58	*Bochum	Arnsberg . .	14,45	30,72	2,13	34,34	2,38
59	Niederbarnim	Potsdam	14,27	25,83	1,81	31,35	2,20
60	*Lüdenscheid	Arnsberg . .	14,14	28,60	2,02	31,64	2,24
61	*Neumünster	Schleswig . .	13,91	28,50	2,05	30,91	2,22
62	Düren	Aachen	13,89	24,68	1,78	25,78	1,86
63	Bonn	Cöln	13,89	19,53	1,41	22,10	1,59
64	Crefeld	Düsseldorf . .	13,88	19,95	1,44	21,63	1,56
65	*Bromberg	Bromberg . .	13,85	27,15	1,96	30,40	2,19
66	*Kiel	Schleswig . .	13,72	34,99	2,55	39,95	2,91
67	*Essen	Düsseldorf . .	13,67	27,61	2,02	29,29	2,14
68	*Duisburg	Düsseldorf . .	13,57	32,28	2,38	36,30	2,68
69	*Hagen (Westfalen)	Arnsberg . .	13,50	37,23	2,76	40,26	2,98
70	Hanau	Cassel	13,49	13,95	1,03	16,01	1,19
71	Pinneberg	Schleswig . .	13,48	23,91	1,77	27,28	2,02
72	Wanzleben	Magdeburg . .	13,42	16,07	1,20	16,79	1,25
73	*Mühlhausen	Erfurt	13,40	25,39	1,89	27,75	2,07
74	Wiesbaden	Wiesbaden . .	13,38	22,49	1,68	25,29	1,89
75	*Liegnitz	Liegnitz	13,35	20,78	1,56	23,76	1,78
76	*Flensburg	Schleswig . .	13,34	31,48	2,36	36,00	2,70
77	Kehdingen	Stade	13,22	15,40	1,16	15,59	1,18
78	Naumburg	Merseburg . .	13,16	21,25	1,61	23,22	1,76
79	Marientburg i. Hann.	Hildesheim . .	13,09	18,77	1,43	19,02	1,45
80	*Berlin-Lichtenberg	Potsdam	13,08	18,95	1,45	24,14	1,85
81	Norderdithmarschen	Schleswig . .	13,07	28,59	2,19	29,88	2,29
82	*Trier	Trier	12,97	26,64	2,05	30,27	2,33
83	*Brandenburg (Havel)	Potsdam	12,94	30,32	2,34	32,92	2,54
84	*Neukölln	Potsdam	12,93	17,38	1,34	21,98	1,70
85	*Hamborn	Düsseldorf . .	12,92	27,95	2,16	30,37	2,35
86	*Hamm (Westf.)	Arnsberg . .	12,91	31,27	2,42	35,06	2,72
87	Solingen	Düsseldorf . .	12,87	24,16	1,88	26,19	2,03
88	Oschersleben	Magdeburg . .	12,85	21,55	1,68	22,76	1,77
89	*Ratibor	Oppeln	12,71	25,47	2,00	27,07	2,13
90	Emden	Aurich	12,70	12,22	0,96	13,64	1,07
91	*Weißenfels	Merseburg . .	12,69	26,85	2,12	28,22	2,22
92	Rheingaukreis	Wiesbaden . .	12,63	18,09	1,43	19,55	1,55
93	Peine	Hildesheim . .	12,62	20,80	1,63	21,86	1,73
94	Goslar	Hildesheim . .	12,61	20,12	1,60	21,43	1,70
95	*Eberswalde	Potsdam	12,53	23,67	1,89	25,86	2,06
96	Cöln	Cöln	12,52	18,80	1,50	20,92	1,67
97	Mettmann	Düsseldorf . .	12,49	24,93	2,00	26,84	2,15
98	Neuhaldensleben	Magdeburg . .	12,42	17,17	1,38	17,85	1,44
99	*Danzig	Danzig	12,38	30,03	2,43	33,30	2,69
100	*Spandau	Potsdam	12,35	24,76	2,00	31,46	2,35
101	*Celle	Lüneburg . .	12,29	22,48	1,83	25,55	2,08
102	Grafschaft Wernigerode	Magdeburg . .	12,27	20,18	1,64	21,96	1,79
103	*Emden	Aurich	12,27	23,86	1,94	27,58	2,25
104	*Beuthen	Oppeln	12,26	26,00	2,12	29,07	2,37
105	Düsseldorf	Düsseldorf . .	12,25	20,43	1,67	22,91	1,87
106	*Hörde	Arnsberg . .	12,20	26,48	2,17	27,75	2,27
107	Neuß	Düsseldorf . .	12,18	21,27	1,75	24,91	2,05
108	Oldenburg	Schleswig . .	12,18	21,04	1,73	21,82	1,79
109	*Stendal	Magdeburg . .	12,17	25,18	2,07	27,96	2,25
110	Calbe	Magdeburg . .	12,12	20,38	1,68	21,58	1,78
111	Rees	Düsseldorf . .	12,11	22,99	1,90	24,52	2,02
112	*Brieg	Breslau	12,08	16,81	1,39	18,48	1,53
113	*Frankfurt a. O.	Frankfurt . .	11,93	25,85	2,17	29,31	2,46
114	Gronau	Hildesheim . .	11,92	22,18	1,86	23,00	1,93
115	*Zeitz	Merseburg . .	11,92	25,53	2,14	28,27	2,37
116	Steinburg	Schleswig . .	11,89	24,08	2,03	25,37	2,13
117	*Linden vor Hannover	Hannover . .	11,88	24,88	2,09	27,01	2,27
118	*Gleiwitz	Oppeln	11,75	33,96	2,89	35,94	3,05
119	*Tilsit	Gumbinnen . .	11,71	28,43	2,43	30,65	2,62
120	Schwelm	Arnsberg . .	11,70	26,97	2,31	28,19	2,41
121	Geestemünde	Stade	11,64	20,10	1,73	20,93	1,80
122	Cleve	Düsseldorf . .	11,57	16,89	1,46	17,94	1,55
123	Norden	Aurich	11,56	16,72	1,45	18,10	1,57
124	Hadeln	Stade	11,54	14,12	1,22	14,93	1,29
125	*Herne	Arnsberg . .	11,50	25,12	2,18	26,93	2,34
126	Husum	Schleswig . .	11,49	25,54	2,22	26,46	2,30
127	Weener	Aurich	11,48	15,13	1,32	15,36	1,34
128	*Herford	Minden	11,35	26,38	2,32	27,95	2,46
129	Euskirchen	Cöln	11,34	18,74	1,65	20,30	1,79
130	*Stralsund	Stralsund . .	11,17	20,30	1,82	23,04	2,06

Noch: Die Belastung der preußischen Stadt- und Landkreise durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 17.)								(Noch: Tab. 17.)							
Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steu- ern auf 1 Einw. M (Steu- er- stär- ken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern		Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steu- ern auf 1 Einw. M (Steu- er- stär- ken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern	
				Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 5)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 7)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4)					Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 5)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 7)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 4)
1	2	3	4	5	6	7	8	1	2	3	4	5	6	7	8
131	*Guben	Frankfurt	11,04	21,08	1,91	22,59	2,05	196	Greifswald	Stralsund	9,03	17,26	1,91	18,17	2,01
132	*Recklinghausen	Münster	11,00	30,29	2,73	32,64	2,97	197	Herzogtum Lauenburg	Schleswig	8,98	11,71	1,80	12,93	1,44
133	Eupen	Aachen	10,97	21,89	2,00	22,93	2,09	198	Dinslaken	Düsseldorf	8,98	22,99	2,56	25,42	2,83
134	*Gelsenkirchen	Arnsberg	10,90	29,97	2,73	33,22	3,05	199	Springe	Hannover	8,96	15,87	1,77	16,60	1,85
135	Alfeld	Hildesheim	10,88	20,41	1,88	21,31	1,97	200	Bochum	Arnsberg	8,94	22,61	2,53	23,94	2,68
136	*Oberhausen	Düsseldorf	10,81	28,02	2,59	30,11	2,79	201	Grafschaft Hohenstein	Erfurt	8,92	13,62	1,58	14,55	1,63
137	Bergheim	Cöln	10,67	18,56	1,74	19,89	1,86	202	Osthavelland	Potsdam	8,92	16,10	1,80	18,64	2,09
138	Quedlinburg	Magdeburg	10,67	14,55	1,36	15,97	1,50	203	Obernarnim	Potsdam	8,89	13,11	1,47	14,28	1,61
139	*Elbing	Danzig	10,65	24,66	2,32	26,28	2,47	204	Münden	Hildesheim	8,89	16,86	1,90	18,08	2,03
140	Iserlohn	Arnsberg	10,65	20,86	1,96	22,00	2,07	205	*Buer	Münster	8,89	29,53	3,32	32,63	3,67
141	Siegen	Arnsberg	10,63	24,15	2,27	25,64	2,41	206	Dortmund	Arnsberg	8,88	24,65	2,78	26,16	2,96
142	Halberstadt	Magdeburg	10,57	15,60	1,48	16,73	1,58	207	Siegbkreis	Cöln	8,87	14,48	1,63	16,20	1,83
143	Hildesheim	Hildesheim	10,54	16,42	1,56	16,83	1,60	208	Gelsenkirchen	Arnsberg	8,86	22,74	2,57	24,62	2,78
144	Linden	Hannover	10,48	16,70	1,59	17,67	1,69	209	Hattingen	Arnsberg	8,85	22,78	2,57	25,16	2,84
145	Hagen	Arnsberg	10,46	26,40	2,52	27,82	2,66	210	Wittmund	Aurich	8,85	15,76	1,78	16,80	1,90
146	*Schweidnitz	Breslau	10,39	20,51	1,97	22,79	2,19	211	Westprignitz	Potsdam	8,83	16,83	1,91	17,82	2,02
147	Saalkreis	Merseburg	10,39	15,75	1,52	17,02	1,64	212	Eckernförde	Schleswig	8,82	16,05	1,82	17,06	1,93
148	Kreuznach	Coblenz	10,34	21,12	2,04	22,38	2,16	213	Bleckede	Lüneburg	8,82	14,36	1,63	14,55	1,65
149	Mörs	Düsseldorf	10,32	21,60	2,09	24,42	2,37	214	Hameln	Hannover	8,81	17,38	1,97	18,68	2,12
150	Altens	Arnsberg	10,31	21,07	2,04	22,58	2,19	215	Sigmaringen	Sigmaringen	8,81	11,99	1,36	12,39	1,41
151	Tondern	Schleswig	10,30	20,28	1,97	21,11	2,05	216	Zeitz	Merseburg	8,81	12,10	1,37	12,65	1,44
152	Plön	Schleswig	10,30	18,67	1,81	20,13	1,95	217	Steinfurt	Münster	8,79	19,98	2,27	20,74	2,36
153	Bitterfeld	Merseburg	10,29	12,90	1,25	14,11	1,37	218	Weißenfels	Merseburg	8,78	12,48	1,42	13,53	1,54
154	*Oppeln	Oppeln	10,25	21,07	2,06	23,04	2,25	219	Mülheim a. Rhein	Cöln	8,77	18,20	2,08	20,30	2,21
155	Süderdithmarschen	Schleswig	10,25	20,96	2,04	21,67	2,11	220	*Neisse	Oppeln	8,74	17,62	2,02	19,19	2,20
156	Burgdorf	Lüneburg	10,20	20,49	2,01	21,34	2,09	221	Anklam	Stettin	8,73	17,24	1,97	18,04	2,07
157	Aachen	Aachen	10,08	18,82	1,87	19,68	1,95	222	Lebus	Frankfurt	8,71	14,11	1,62	14,99	1,72
158	Prenzlau	Potsdam	10,04	17,16	1,71	17,96	1,79	223	Saarbrücken	Trier	8,68	23,67	2,73	25,02	2,88
159	Soest	Arnsberg	10,03	23,26	2,32	24,00	2,39	224	Neuwied	Coblenz	8,65	17,34	2,00	18,44	2,13
160	Harburg	Lüneburg	9,95	18,63	1,87	21,59	2,17	225	Ottweiler	Trier	8,62	23,82	2,76	24,78	2,87
161	Einbeck	Hildesheim	9,94	19,48	1,96	20,39	2,05	226	Kempfen i./Rheinpr.	Düsseldorf	8,62	17,04	1,98	18,25	2,12
162	Schleswig	Schleswig	9,88	19,78	2,00	20,78	2,10	227	Wittenberg	Merseburg	8,60	13,12	1,53	14,04	1,63
163	*Gauland	Marienwerder	9,86	22,03	2,28	24,36	2,47	228	*Thorn	Marienwerder	8,57	18,21	2,12	20,44	2,39
164	Grevenbroich	Düsseldorf	9,81	17,98	1,83	19,43	1,98	229	Neuhaus a. d. O.	Stade	8,54	13,66	1,60	14,07	1,65
165	Sonderburg	Schleswig	9,81	18,17	1,85	18,70	1,91	230	Gummersbach	Cöln	8,53	19,69	2,31	20,66	2,42
166	Lennepe	Düsseldorf	9,78	21,33	2,18	22,61	2,31	231	Osterburg	Magdeburg	8,41	16,55	1,97	17,23	2,05
167	*Landsberg a. W.	Frankfurt	9,76	18,86	1,93	20,24	2,07	232	Arnsberg	Arnsberg	8,41	16,82	2,00	17,74	2,11
168	Hannover	Hannover	9,76	15,18	1,56	15,95	1,63	233	Recklinghausen	Münster	8,40	23,06	2,75	24,75	2,95
169	Delitzsch	Merseburg	9,75	14,15	1,45	15,21	1,56	234	Saarlouis	Trier	8,38	16,28	1,94	17,42	2,08
170	Merseburg	Merseburg	9,72	14,95	1,54	15,89	1,63	235	Sangerhausen	Merseburg	8,35	12,45	1,49	12,88	1,54
171	*Stolp	Köslin	9,71	21,74	2,24	23,68	2,44	236	Calau	Frankfurt	8,33	12,28	1,47	13,12	1,58
172	*Stargard i. Pom.	Stettin	9,71	19,53	2,01	21,65	2,23	237	Jauer	Liegnitz	8,26	11,40	1,38	12,25	1,48
173	Querfurt	Merseburg	9,71	13,96	1,44	14,55	1,50	238	*Königshütte O. S.	Oppeln	8,19	23,42	2,86	24,95	3,05
174	Blumenthal	Stade	9,70	20,81	2,15	21,38	2,20	239	Grünberg	Liegnitz	8,18	13,79	1,69	14,46	1,77
175	*Eisleben	Merseburg	9,68	21,66	2,24	23,48	2,43	240	Demmin	Stettin	8,16	12,12	1,49	12,78	1,57
176	Northeim	Hildesheim	9,66	16,87	1,75	17,82	1,84	241	Bordesholm	Schleswig	8,16	16,84	2,06	18,97	2,32
177	Jork	Stade	9,61	18,37	1,91	18,77	1,95	242	Gifhorn	Lüneburg	8,15	16,86	2,07	17,52	2,15
178	Lippstadt	Arnsberg	9,58	18,46	1,93	19,27	2,01	243	Lüchow	Lüneburg	8,15	13,49	1,66	13,66	1,68
179	Stormarn	Schleswig	9,52	18,40	1,93	22,33	2,35	244	Reichenbach	Breslau	8,14	14,84	1,76	15,18	1,86
180	Glogau	Liegnitz	9,51	15,35	1,64	16,23	1,71	245	Münster	Münster	8,12	16,56	2,04	17,44	2,15
181	Hirschberg	Liegnitz	9,48	15,76	1,66	17,40	1,84	246	Apennade	Schleswig	8,12	16,27	2,00	16,80	2,07
182	Ahrweiler	Coblenz	9,42	18,34	1,95	19,39	2,06	247	Segeberg	Schleswig	8,11	14,59	1,80	15,84	1,95
183	Spremburg	Frankfurt	9,39	16,46	1,75	17,23	1,83	248	Marienburger i. Westpr.	Danzig	8,11	22,88	2,82	23,77	2,93
184	Marburg	Cassel	9,35	15,81	1,69	17,47	1,87	249	Jerichow I.	Magdeburg	8,11	15,10	1,86	16,18	2,00
185	Jülich	Aachen	9,26	14,26	1,54	14,58	1,57	250	Paderborn	Minden	8,11	17,10	2,11	18,20	2,24
186	Lehe	Stade	9,24	16,67	1,80	17,51	1,90	251	Hamm	Arnsberg	8,09	20,00	2,47	21,08	2,61
187	Usedom-Wollin	Stettin	9,20	15,47	1,68	17,18	1,87	252	Ahaus	Münster	8,09	19,65	2,43	20,36	2,52
188	Mansfelder Seekreis	Merseburg	9,19	13,99	1,52	15,12	1,65	253	Breslau	Breslau	8,04	11,34	1,41	12,16	1,51
189	Beckum	Münster	9,17	17,35	1,89	19,07	2,08	254	Westhavelland	Potsdam	8,04	21,26	2,64	22,55	2,80
190	Wolmirstedt	Magdeburg	9,12	14,05	1,54	14,81	1,62	255	Sankt Goarshausen	Wiesbaden	8,03	12,54	1,56	13,41	1,67
191	*Insterburg	Gumbinnen	9,12	20,88	2,29	23,15	2,54	256	Jlfeld	Hildesheim	7,99	10,62	1,33	11,06	1,38
192	Unterlahnkreis	Wiesbaden	9,10	15,66	1,72	16,60	1,82	257	Nienburg	Hannover	7,98	15,12	1,89	16,30	2,04
193	Uelzen	Lüneburg	9,10	15,83	1,74	16,81	1,85	258	Flensburg	Schleswig	7,98	15,77	1,98	16,03	2,01
194	Langensalza	Erfurt	9,08	13,54	1,49	14,45	1,59	259	Lüdinghausen	Münster	7,98	16,15	2,02	17,15	2,15
195	Hadersleben	Schleswig	9,04	18,93	2,09	19,26	2,13	260	Fritzlar	Cassel	7,97	8,30	1,04	9,65	1,21

Noch: Die Belastung der preussischen Stadt- und Landkreise durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 17.)								(Noch: Tab. 17.)							
Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- cipal- soll der direk- ten Steu- ern auf 1 Einw. M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern		Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- cipal- soll der direk- ten Steu- ern auf 1 Einw. M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern	
				Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 5 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer auf 1 Einw. M (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 7 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer auf 1 Einw. M (Sp. 7 : Sp. 4)					Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 5 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer auf 1 Einw. M (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M (Sp. 7 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer auf 1 Einw. M (Sp. 7 : Sp. 4)
1	2	3	4	5	6	7	8	1	2	3	4	5	6	7	8
261	Salzwedel	Magdeburg	7,97	16,68	2,09	17,59	2,21	326	Sorau	Frankfurt .	6,99	11,54	1,65	12,11	1,73
262	Gladbach	Düsseldorf.	7,95	17,71	2,23	19,27	2,42	327	Borken	Münster . .	6,96	17,40	2,50	18,30	2,63
263	Verden	Stade . . .	7,94	15,07	1,90	15,66	1,97	328	Frankenstein	Breslau . .	6,96	10,63	1,53	11,20	1,61
264	Hörde	Arnsberg .	7,90	20,31	2,57	22,31	2,82	329	Zell	Coblenz . .	6,93	10,31	1,49	10,95	1,58
265	Minden	Minden . .	7,88	16,98	2,16	18,15	2,31	330	Merzig	Trier	6,92	11,10	1,60	11,81	1,71
266	Jüterbog-Luckenwalde	Potsdam . .	7,84	15,79	2,01	17,86	2,21	331	Eschwege	Cassel . . .	6,91	13,89	2,01	15,34	2,22
267	Winsen	Lüneburg .	7,83	14,94	1,91	15,46	1,97	332	Strehlen	Breslau . .	6,90	10,10	1,46	10,57	1,53
268	Mayen	Coblenz . .	7,83	15,13	1,93	16,46	2,10	333	Bunzlau	Liegnitz . .	6,90	8,94	1,30	9,74	1,41
269	Angermünde	Potsdam . .	7,81	12,71	1,63	13,77	1,76	334	Grafschaft Schaumburg	Cassel . . .	6,87	10,67	1,55	11,53	1,68
270	Wetzlar	Coblenz . .	7,81	12,95	1,66	13,44	1,72	335	Melle	Osnabrück .	6,86	13,09	1,91	13,20	1,92
271	Pyriz	Stettin . . .	7,77	12,08	1,55	12,29	1,58	336	Goldberg-Haynau . . .	Liegnitz . .	6,85	10,35	1,51	11,54	1,68
272	Coesfeld	Münster . .	7,77	16,33	2,10	17,21	2,21	337	Schweidnitz	Breslau . .	6,82	11,52	1,69	12,20	1,79
273	Randow	Stettin . . .	7,76	13,29	1,71	14,19	1,83	338	Lauban	Liegnitz . .	6,81	10,22	1,50	10,67	1,57
274	Hoya	Hannover .	7,71	14,03	1,82	14,41	1,87	339	Malmedy	Aachen . . .	6,81	11,78	1,73	12,21	1,79
275	Rügen	Stralsund .	7,71	14,64	1,90	15,70	2,04	340	Glatz	Breslau . .	6,77	10,14	1,50	11,02	1,63
276	Waldenburg	Breslau . .	7,67	14,60	1,90	15,83	2,06	341	Halle i. W.	Minden . . .	6,73	13,86	2,06	14,28	2,12
277	Beuthen	Oppeln . . .	7,67	17,19	2,24	18,05	2,35	342	Uslar	Hildesheim .	6,72	14,60	2,17	14,95	2,22
278	Torgau	Merseburg .	7,66	11,52	1,50	12,39	1,62	343	Köslin	Köslin . . .	6,67	12,61	1,89	13,37	2,00
279	Hersfeld	Cassel . . .	7,66	13,03	1,70	14,55	1,90	344	Geilenkirchen	Aachen . . .	6,61	13,02	1,97	14,00	2,12
280	Kattowitz	Oppeln . . .	7,66	16,75	2,19	17,63	2,30	345	Templin	Potsdam . .	6,60	10,54	1,60	11,08	1,68
281	Striegau	Breslau . .	7,65	12,25	1,60	13,17	1,72	346	Olpe	Arnsberg .	6,59	14,95	2,27	15,64	2,37
282	Limburg	Wiesbaden .	7,65	13,11	1,71	13,70	1,79	347	Neustadt i. Westphr.	Danzig . . .	6,58	12,99	1,97	15,20	2,31
283	Warburg	Minden . .	7,62	12,29	1,61	12,42	1,63	348	Liegnitz	Liegnitz . .	6,55	8,85	1,35	9,65	1,47
284	Rheinbach	Cöln	7,60	12,61	1,66	13,11	1,73	349	Neumarkt	Breslau . .	6,54	10,36	1,58	10,71	1,64
285	Weidensee	Erfurt . . .	7,59	9,44	1,24	10,42	1,37	350	Luckau	Frankfurt .	6,51	12,20	1,87	13,02	2,00
286	Königsberg (Neumark)	Frankfurt .	7,57	12,82	1,69	13,71	1,81	351	Freystadt	Liegnitz . .	6,46	12,15	1,88	12,62	1,95
287	Gardelegen	Magdeburg .	7,55	15,43	2,04	15,98	2,12	352	Gammertingen	Signaringen	6,45	10,07	1,56	10,16	1,58
288	Ruppin	Potsdam . .	7,53	13,85	1,84	14,83	1,97	353	Sagan	Liegnitz . .	6,44	9,95	1,55	10,31	1,60
289	Elbing	Danzig . . .	7,52	16,17	2,15	16,25	2,16	354	Landeshut	Liegnitz . .	6,43	11,94	1,86	12,79	1,99
290	Coblenz	Coblenz . .	7,51	14,27	1,90	15,93	2,12	355	Soldin	Frankfurt .	6,41	10,18	1,59	10,83	1,69
291	Fallingb.	Lüneburg .	7,50	12,96	1,73	13,25	1,77	356	Warendorf	Münster . .	6,40	13,07	2,04	13,65	2,13
292	Erfurt	Erfurt . . .	7,49	7,47	1,00	8,79	1,17	357	Wolfhagen	Cassel . . .	6,39	5,26	0,82	6,34	0,99
293	Celle	Lüneburg .	7,47	15,73	2,11	16,18	2,17	358	Jsenhagen	Lüneburg .	6,36	15,23	2,40	15,37	2,42
294	Höxter	Minden . .	7,46	12,19	1,63	12,44	1,67	359	Stallupönen	Gumbinnen .	6,35	11,38	1,79	11,86	1,87
295	Göttingen	Hildesheim .	7,45	14,57	1,96	15,09	2,03	360	Löwenberg	Liegnitz . .	6,33	9,15	1,45	10,19	1,61
296	Erkelenz	Aachen . . .	7,44	12,99	1,75	13,52	1,82	361	Hofgeismar	Cassel . . .	6,31	7,36	1,17	8,79	1,39
297	Wiedenbrück	Minden . .	7,43	15,30	2,06	16,15	2,17	362	Greifenhagen	Stettin . . .	6,29	9,05	1,44	9,42	1,50
298	Fulda	Cassel . . .	7,42	13,19	1,78	14,99	2,02	363	Witzenhausen	Cassel . . .	6,27	10,37	1,65	12,02	1,92
299	Heinsberg	Aachen . . .	7,41	11,63	1,57	11,95	1,61	364	Büren	Minden . .	6,25	15,43	2,47	15,60	2,50
300	Achim	Stade . . .	7,40	14,82	2,00	15,67	2,12	365	Nimptsch	Breslau . .	6,24	11,36	1,82	11,57	1,85
301	Rendsburg	Schleswig .	7,40	16,00	2,16	17,95	2,43	366	Greifenberg	Stettin . . .	6,23	12,61	2,02	13,25	2,13
302	Stendal	Magdeburg .	7,39	16,32	2,21	16,81	2,27	367	Leer	Aurich . . .	6,18	12,96	2,10	13,64	2,21
303	Neustadt a. Rbge. . .	Hannover .	7,38	14,87	1,95	15,06	2,04	368	Altenkirchen	Coblenz . .	6,16	15,53	2,52	16,01	2,60
304	Stade	Stade . . .	7,36	15,66	2,13	16,59	2,25	369	Gelnhausen	Cassel . . .	6,15	8,80	1,43	9,38	1,53
305	Geldern	Düsseldorf.	7,36	13,46	1,83	14,81	2,01	370	Oels	Breslau . .	6,15	9,38	1,53	10,25	1,67
306	Ostprignitz	Potsdam . .	7,32	12,90	1,76	13,45	1,84	371	Jerichow II	Magdeburg .	6,14	10,26	1,67	10,50	1,71
307	Dirschau	Danzig . . .	7,32	21,23	2,90	22,13	3,02	372	Cassel	Cassel . . .	6,11	9,45	1,55	11,42	1,87
308	Guben	Frankfurt .	7,26	8,64	1,19	9,00	1,24	373	Wittlage	Osnabrück .	6,10	11,63	1,91	11,76	1,93
309	Osterode a. Harz . . .	Hildesheim .	7,24	14,96	2,07	15,45	2,13	374	Herford	Minden . .	6,10	13,83	2,27	14,33	2,35
310	Lüneburg	Lüneburg .	7,21	12,34	1,71	12,47	1,73	375	Syke	Hannover .	6,08	13,49	2,22	13,78	2,27
311	Hechingen	Signaringen	7,20	11,60	1,61	12,86	1,79	376	Sprottau	Liegnitz . .	6,06	8,66	1,43	9,02	1,49
312	Eckartsberga	Merseburg .	7,18	8,35	1,16	9,12	1,27	377	Liebenwerda	Merseburg .	6,06	9,38	1,55	10,32	1,70
313	*Allenstein	Allenstein .	7,17	15,26	2,13	17,99	2,51	378	Wipperfurth	Cöln	6,05	15,40	2,55	16,24	2,68
314	Münsterberg	Breslau . .	7,16	11,29	1,58	11,65	1,63	379	Friedeberg N. M. . . .	Frankfurt .	6,05	9,40	1,55	10,19	1,68
315	Zellerfeld	Hildesheim .	7,16	12,45	1,74	13,27	1,85	380	Melsungen	Cassel . . .	6,01	8,16	1,35	9,46	1,57
316	Hohensalza	Bromberg .	7,15	14,29	2,00	14,84	2,08	381	Haigerloch	Signaringen	6,02	10,97	1,82	11,22	1,86
317	Kolberg-Körlin	Köslin . . .	7,15	15,29	2,14	15,98	2,23	382	Diepholz	Hannover .	6,02	9,91	1,65	10,09	1,68
318	Dannenberg	Lüneburg .	7,14	12,74	1,78	13,17	1,84	383	Regenwalde	Stettin . . .	6,02	10,76	1,79	11,36	1,89
319	Sankt Goar	Coblenz . .	7,13	9,87	1,38	10,43	1,46	384	Gulrau	Breslau . .	6,01	9,85	1,64	10,23	1,70
320	Soltau	Lüneburg .	7,12	14,65	2,06	15,12	2,12	385	Schleusingen	Erfurt . . .	6,00				

Noch: Die Belastung der preussischen Stadt- und Landkreise durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 17.)								(Noch: Tab. 17.)							
Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Einw. M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern		Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Einw. M (Steuer- stärken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern	
				Ist- be- trag auf 1 Einw. M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 7 : Sp. 4)					Ist- be- trag auf 1 Einw. M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. M	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 7 : Sp. 4)
				1	2	3	4					5	6	7	8
391	Duderstadt	Hildesheim	5,93	11,62	1,96	12,12	2,04	456	Kreuzburg	Oppeln . . .	5,09	11,34	2,23	12,08	2,37
392	Grottkau	Oppeln . . .	5,91	10,03	1,70	10,49	1,77	457	Stolzenau	Hannover . .	5,09	9,70	1,91	9,92	1,95
393	Zauch-Belzig	Potsdam . .	5,90	10,52	1,78	11,35	1,92	458	Ueckermünde	Stettin . . .	5,04	9,47	1,88	10,19	2,02
394	Bersenbrück	Osnabrück .	5,90	11,70	1,98	12,05	2,04	459	Schleiden	Aachen . . .	5,02	10,79	2,15	11,22	2,24
395	Tecklenburg	Münster . .	5,89	13,90	2,36	14,49	2,46	460	Gumbinnen	Gumbinnen .	5,00	11,39	2,28	12,08	2,42
396	Steinau	Breslau . .	5,89	9,69	1,65	10,31	1,75	461	Schöna	Liegnitz . .	4,97	8,18	1,65	8,82	1,77
397	Herrsch. Schmalkalden	Cassel . . .	5,85	11,54	1,97	13,02	2,23	462	Wreschen	Posen . . .	4,94	7,58	1,53	7,96	1,61
398	Fischhausen	Königsberg .	5,84	14,45	2,47	15,26	2,61	463	Heiligenstadt	Erfurt . . .	4,93	8,31	1,69	8,74	1,77
399	Kolmar in Posen	Bromberg . .	5,84	12,19	2,09	13,79	2,36	464	Osterholz	Stade . . .	4,92	13,46	2,74	13,53	2,75
400	Bernkastel	Trier . . .	5,83	9,69	1,66	10,13	1,74	465	Wohlauf	Breslau . .	4,88	7,63	1,56	7,97	1,63
401	Oberlahnkreis	Wiesbaden .	5,83	9,55	1,64	9,75	1,67	466	Ziegenrück	Erfurt . . .	4,87	6,82	1,40	8,38	1,72
402	Arnswalde	Frankfurt .	5,82	8,19	1,41	8,64	1,48	467	Sulingen	Hannover . .	4,87	11,09	2,28	11,63	2,39
403	Ziegenhain	Cassel . . .	5,81	7,26	1,25	8,46	1,46	468	Oststernberg	Frankfurt .	4,86	7,47	1,54	7,72	1,59
404	Rothenburg i. Ob. Laus.	Liegnitz . .	5,81	9,73	1,67	10,85	1,87	469	Weststernberg	Frankfurt .	4,85	6,52	1,34	7,06	1,46
405	Görlitz	Liegnitz . .	5,81	8,38	1,44	9,53	1,64	470	Habelschwerdt	Breslau . .	4,81	6,00	1,25	6,39	1,33
406	Gnesen	Bromberg . .	5,80	9,31	1,61	10,31	1,78	471	Thorn	Marienwerder	4,80	11,77	2,45	12,64	2,63
407	Memel	Königsberg .	5,78	12,96	2,24	13,89	2,40	472	Danziger Niederung	Danzig . . .	4,79	14,05	2,93	14,12	2,95
408	Rotenburg (Hann.)	Stade . . .	5,76	14,00	2,43	14,65	2,54	473	Culm	Marienwerder	4,79	11,48	2,40	11,99	2,50
409	Osnabrück	Osnabrück .	5,75	11,38	1,98	11,71	2,04	474	Trier	Trier . . .	4,78	11,19	2,34	11,91	2,49
410	Homburg	Cassel . . .	5,75	8,47	1,47	9,69	1,69	475	Worbis	Erfurt . . .	4,77	9,24	1,94	9,69	2,03
411	Saarburg	Trier . . .	5,74	11,38	1,98	11,75	2,05	476	Saatzig	Stettin . . .	4,77	6,82	1,43	7,00	1,47
412	Grimmen	Stralsund .	5,74	10,79	1,88	11,28	1,97	477	Znin	Bromberg . .	4,74	7,75	1,64	8,07	1,70
413	Mansfelder Gebirgskr.	Merseburg .	5,70	9,94	1,74	10,72	1,88	478	Hoyerswerda	Liegnitz . .	4,72	9,30	1,97	9,96	2,11
414	Leobschütz	Oppeln . .	5,67	11,58	2,04	11,93	2,10	479	Bitburg	Trier . . .	4,71	12,62	2,68	12,82	2,72
415	Unterstewaldkreis	Wiesbaden .	5,67	7,58	1,34	8,24	1,45	480	Cammun	Stettin . . .	4,71	8,88	1,89	9,04	1,92
416	Schlawe	Köslin . . .	5,65	9,61	1,70	9,73	1,72	481	Meppen	Osnabrück .	4,71	8,59	1,82	8,79	1,87
417	Naugard	Stettin . . .	5,63	10,49	1,86	10,87	1,93	482	Namsiau	Breslau . .	4,69	7,80	1,66	8,17	1,74
418	Cochem	Coblenz . .	5,60	7,83	1,40	8,13	1,45	483	Mühlhausen	Erfurt . . .	4,67	7,22	1,55	7,67	1,64
419	Schweinitz	Merseburg .	5,55	7,96	1,43	8,35	1,50	484	Lübben	Frankfurt .	4,67	9,80	2,10	10,48	2,24
420	Marienwerder	Marienwerder	5,55	14,16	2,55	14,83	2,67	485	Braunsberg	Königsberg .	4,65	10,18	2,19	10,92	2,35
421	Ohlau	Breslau . .	5,53	9,63	1,74	10,15	1,84	486	Schwerin a. Warthe	Posen . . .	4,64	6,13	1,32	6,57	1,42
422	Schlichtern	Cassel . . .	5,51	7,12	1,29	7,99	1,45	487	Gerdaunen	Königsberg .	4,63	10,89	2,35	11,39	2,46
423	Wittlich	Trier . . .	5,50	8,51	1,55	8,84	1,61	488	Brilon	Arnsberg . .	4,59	8,40	1,83	8,63	1,88
424	Neisse	Oppeln . .	5,50	9,54	1,73	10,11	1,84	489	Heiligenbeil	Königsberg .	4,58	10,70	2,34	11,30	2,47
425	Aschendorf	Osnabrück .	5,47	11,35	2,07	11,48	2,10	490	Danziger Höhe	Danzig . . .	4,56	10,79	2,37	12,66	2,78
426	Trebnitz	Breslau . .	5,46	8,72	1,60	9,35	1,71	491	Lauenburg in Pommern	Köslin . . .	4,54	9,16	2,02	9,65	2,13
427	Neustadt O. S.	Oppeln . .	5,46	10,98	2,01	11,19	2,05	492	Waldbröl	Cöln . . .	4,50	12,21	2,73	12,97	2,88
428	Königsberg i. Pr.	Königsberg .	5,45	10,27	1,88	11,36	2,08	493	Mogilno	Bromberg . .	4,48	6,02	1,34	6,60	1,47
429	Schivelbein	Köslin . . .	5,45	9,43	1,73	10,09	1,85	494	Wahlau	Königsberg .	4,46	11,37	2,55	12,17	2,73
430	Franzburg	Stralsund .	5,45	11,26	2,07	11,91	2,19	495	Hünfeld	Cassel . . .	4,43	6,95	1,57	7,85	1,77
431	Montjoie	Aachen . .	5,41	9,66	1,79	10,00	1,85	496	Filehne	Bromberg . .	4,43	6,87	1,55	7,30	1,65
432	Simmern	Coblenz . .	5,40	6,05	1,12	6,20	1,15	497	Krotoschin	Posen . . .	4,42	6,40	1,45	6,97	1,58
433	Friedland	Königsberg .	5,39	12,23	2,27	13,23	2,45	498	Graudenz	Marienwerder	4,41	9,61	2,18	9,98	2,26
434	Kirchhain	Cassel . . .	5,39	8,21	1,52	9,14	1,70	499	Rawitsch	Posen . . .	4,39	6,34	1,41	6,91	1,57
435	Bremervörde	Stade . . .	5,38	13,26	2,46	13,65	2,54	500	Frankenberg	Cassel . . .	4,38	7,25	1,66	7,74	1,77
436	Jburg	Osnabrück .	5,38	10,67	1,98	10,90	2,03	501	Landsberg a. W.	Frankfurt .	4,38	6,83	1,56	6,93	1,58
437	Lüben	Liegnitz . .	5,36	7,20	1,34	7,90	1,47	502	Grätz	Posen . . .	4,35	8,36	1,92	9,58	2,23
438	Rastenburg	Königsberg .	5,32	12,43	2,34	13,57	2,55	503	Niederung	Gumbinnen .	4,33	10,08	2,33	10,30	2,38
439	Bolkenhain	Liegnitz . .	5,30	8,89	1,68	9,54	1,80	504	Dramburg	Köslin . . .	4,33	9,94	2,30	10,45	2,41
440	Stuhm	Marienwerder	5,27	15,73	2,98	16,06	3,05	505	Wirsitz	Bromberg . .	4,29	8,71	2,03	9,21	2,15
441	Untertaunuskreis	Wiesbaden .	5,26	8,16	1,55	8,83	1,68	506	Gersfeld	Cassel . . .	4,24	7,88	1,86	8,65	2,04
442	Beeskow-Storkow	Potsdam . .	5,25	8,59	1,64	9,60	1,83	507	Daun	Trier . . .	4,21	8,41	2,00	8,64	2,05
443	Crossen	Frankfurt .	5,24	9,27	1,77	9,82	1,87	508	Schroda	Posen . . .	4,21	5,80	1,38	6,29	1,49
444	Ostrowo	Posen . . .	5,23	5,68	1,09	6,82	1,30	509	Briesen	Marienwerder	4,21	9,77	2,32	10,58	2,51
445	Rosenberg i. Westpr.	Marienwerder	5,22	11,61	2,22	12,89	2,47	510	Heilsberg	Königsberg .	4,15	9,86	2,38	10,77	2,60
446	Lingen	Osnabrück .	5,18	9,84	1,90	10,14	1,96	511	Deutsch Krone	Marienwerder	4,14	9,56	2,31	9,79	2,36
447	Brieg	Breslau . .	5,16	7,81	1,51	8,57	1,66	512	Usingen	Wiesbaden .	4,12	5,51	1,34	5,83	1,42
448	Züllichau-Schwiebus	Frankfurt .	5,16	9,39	1,82	9,84	1,91	513	Meseritz	Posen . . .	4,09	6,00	1,47	6,48	1,58
449	Neurode	Breslau . .	5,15	7,82	1,52	8,42	1,63	514	Biedenkopf	Wiesbaden .	4,09	9,26	2,26	9,51	2,33
450	Belgard	Köslin . . .	5,14	11,91	2,32	12,48	2,43	515	Preußisch Eylau	Königsberg .	4,07	9,96	2,45	10,51	2,58
451	Sankt Wendel	Trier . . .	5,14	10,30	2,00	11,04	2,15	516	Wittgenstein	Arnsberg . .	4,06	11,58	2,85	11,90	2,93
452	Preußisch Holland	Königsberg .	5,14	13,48	2,62	13,97	2,72	517	Neustettin	Köslin . . .	4,05	7,63	1,88	8,15	2,09
453	Meschede	Arnsberg . .	5,14	11,76	2,29	12,40	2,41	518	Militzsch	Breslau . .	4,05	7,29	1,80	7,72	1,91
454	Fraustadt	Posen . . .	5,10	6,72	1,32	7,08	1,39	519	Tarnowitz	Oppeln . . .	4,04	9,71	2,40	10,53	2,61
455	Aurich	Aurich . . .	5,10	8,05	1,58	8,55	1,68	520	Darkehmen	Gumbinnen .	4,03	7,56	1,88	7,91	1,95

Noch: Die Belastung der preussischen Stadt- und Landkreise durch die Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

(Noch: Tab. 17.)								(Noch: Tab. 17.)							
Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steu- er- stär- ken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern		Laufende Nummer.	Kreise. * Stadtkreise.	Regierungs- bezirk.	Das Prin- zipal- soll der direkten Steuern auf 1 Einw. (Steu- er- stär- ken)	Der direkten Gemeinde- steuern		Der ge- samten Gemeinde- steuern	
				Ist- be- trag auf 1 Einw. (Sp. 5 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. (Sp. 7 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 7 : Sp. 4)					Ist- be- trag auf 1 Einw. (Sp. 5 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 5 : Sp. 4)	Ist- be- trag auf 1 Einw. (Sp. 7 : Sp. 4)	Be- la- stungs- ziffer (Sp. 7 : Sp. 4)
				<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>					<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7	8	1	2	3	4	5	6	7	8
521	Osterode i. Ostpr. . . .	Allenstein . . .	4,01	10,56	2,63	11,26	2,81	556	Lötzen	Allenstein . . .	3,39	8,90	2,60	9,64	2,84
522	Czarnikau	Bromberg . . .	3,97	8,61	2,17	9,15	2,30	557	Heydekrug	Gumbinnen . . .	3,39	8,64	2,55	9,06	2,67
523	Rybnik	Oppeln . . .	3,96	8,29	2,09	8,76	2,21	558	Schubin	Bromberg . . .	3,38	5,26	1,86	5,73	1,70
524	Wongrowitz	Bromberg . . .	3,96	5,05	1,28	5,44	1,37	559	Schwetitz	Marienwerder . .	3,32	8,27	2,49	8,64	2,60
525	Bromberg	Bromberg . . .	3,94	6,56	1,66	7,12	1,81	560	Tuchel	Marienwerder . .	3,30	8,69	2,63	9,06	2,75
526	Mohrungen	Königsberg . . .	3,93	10,07	2,56	10,58	2,69	561	Stolp	Köslin . . .	3,29	6,08	1,85	6,15	1,87
527	Cosel	Oppeln . . .	3,90	8,21	2,11	8,45	2,17	562	Falkenberg	Oppeln . . .	3,28	6,68	2,04	6,88	2,10
528	Lyck	Allenstein . . .	3,89	9,86	2,41	9,87	2,54	563	Schrimm	Posen . . .	3,22	4,43	1,38	4,93	1,53
529	Posen Ost	Posen . . .	3,88	6,82	1,76	7,25	1,87	564	Adenau	Coblenz . . .	3,20	6,86	2,14	6,98	2,18
530	Birnbaum	Posen . . .	3,82	7,01	1,84	7,37	1,93	565	Posen West	Posen . . .	3,19	4,68	1,47	4,76	1,49
531	Westerburg	Wiesbaden . . .	3,81	5,89	1,53	5,98	1,57	566	Koschmin	Posen . . .	3,19	4,36	1,37	4,64	1,45
532	Oberwesterwaldkreis . .	Wiesbaden . . .	3,80	5,01	1,32	5,19	1,37	567	Rummelsburg	Köslin . . .	3,19	6,17	1,93	6,66	2,09
533	Pillkallen	Gumbinnen . . .	3,80	10,99	2,89	11,29	2,97	568	Groß Strehlitz	Oppeln . . .	3,10	6,67	2,15	7,03	2,27
534	Ragnit	Gumbinnen . . .	3,80	9,07	2,39	9,40	2,47	569	Preussisch Stargard . . .	Danzig . . .	3,04	9,74	3,20	10,06	3,31
535	Obornik	Posen . . .	3,78	5,68	1,50	5,98	1,58	570	Neutomischel	Posen . . .	3,04	3,74	1,23	3,97	1,31
536	Konitz	Marienwerder . .	3,78	9,70	2,57	10,19	2,70	571	Ratibor	Oppeln . . .	3,02	6,91	2,29	7,22	2,39
537	Jarotschin	Posen . . .	3,76	6,05	1,61	6,34	1,69	572	Schlochau	Marienwerder . .	2,97	6,72	2,26	7,21	2,43
538	Bütow	Köslin . . .	3,71	8,43	2,27	8,90	2,40	573	Kempen i. Pos.	Posen . . .	2,95	5,13	1,74	5,52	1,87
539	Rössel	Allenstein . . .	3,68	9,21	2,50	9,93	2,70	574	Löbau	Marienwerder . .	2,81	8,11	2,89	8,95	3,19
540	Labiau	Königsberg . . .	3,66	8,15	2,23	8,56	2,34	575	Pleß	Oppeln . . .	2,80	6,25	2,23	6,51	2,33
541	Tilsit	Gumbinnen . . .	3,65	8,72	2,39	9,46	2,59	576	Goldap	Gumbinnen . . .	2,78	7,05	2,54	7,33	2,64
542	Samter	Posen . . .	3,65	5,51	1,51	5,95	1,63	577	Schmiegel	Posen . . .	2,77	4,26	1,54	4,39	1,58
543	Prüm	Trier . . .	3,65	11,51	3,15	11,90	3,26	578	Schildberg	Posen . . .	2,73	3,42	1,25	3,58	1,31
544	Strasburg i. Westpr. . .	Marienwerder . .	3,62	9,47	2,62	9,96	2,75	579	Johannisburg	Allenstein . . .	2,68	6,73	2,51	7,16	2,67
545	Cottbus	Frankfurt . . .	3,59	6,43	1,79	6,76	1,88	580	Witkowo	Bromberg . . .	2,63	4,22	1,60	4,28	1,63
546	Kosten	Posen . . .	3,57	5,54	1,53	6,04	1,69	581	Bomst	Posen . . .	2,61	4,12	1,58	4,30	1,65
547	Neidenburg	Allenstein . . .	3,53	9,15	2,59	9,68	2,74	582	Groß Wartenberg	Breslau . . .	2,61	5,60	2,15	5,73	2,20
548	Pleschen	Posen . . .	3,52	4,97	1,41	5,31	1,51	583	Ortelsburg	Allenstein . . .	2,60	5,79	2,23	6,06	2,33
549	Gostyn	Posen . . .	3,52	5,60	1,59	5,97	1,70	584	Putzig	Danzig . . .	2,60	6,86	2,64	7,07	2,72
550	Hümmling	Osnabrück . . .	3,51	6,73	1,92	6,73	1,92	585	Sensburg	Allenstein . . .	2,50	6,45	2,58	6,92	2,77
551	Insterburg	Gumbinnen . . .	3,47	7,78	2,24	7,90	2,28	586	Tost-Gleiwitz	Oppeln . . .	2,45	6,77	2,76	7,16	2,92
552	Angerburg	Gumbinnen . . .	3,47	9,22	2,66	9,58	2,76	587	Berent	Danzig . . .	2,44	7,29	2,99	7,67	3,14
553	Oletzko	Gumbinnen . . .	3,43	8,15	2,37	8,35	2,43	588	Oppeln	Oppeln . . .	2,39	5,83	2,44	5,95	2,49
554	Bublitz	Köslin . . .	3,42	8,36	2,44	8,74	2,56	589	Adelnau	Posen . . .	2,19	2,88	1,32	3,12	1,42
555	Flatow	Marienwerder . .	3,41	8,36	2,45	8,76	2,57	590	Karthus	Danzig . . .	2,14	5,70	2,66	5,79	2,71
								591	Lublinitz	Oppeln . . .	2,14	5,27	2,46	5,66	2,64
								592	Rosenberg O. S.	Oppeln . . .	1,99	4,89	2,46	5,16	2,59
								593	Allenstein	Allenstein . . .	1,98	5,26	2,66	5,88	2,72

Es macht sich hier der beherrschende Einfluß der großen Nachbarorte der Reichshauptstadt B.-Steglitz, B.-Lichterfelde, B.-Friedenau, Zehlendorf usw. bzw. B.-Pankow, B.-Weißensee, B.-Reinickendorf u. a. geltend. Die nächst höchsten Steuerbeträge wiesen die Industriekreise Essen Land, Recklinghausen Land und Dortmund Land mit 8,26, 6,90 und 5,33 Mill. *M* auf, bei denen ebenfalls der Löwenanteil auf die Landgemeinden entfiel mit 7,44, 6,74 und 5,15 Mill. *M*. An sechster Stelle folgte der Landkreis Solingen mit 4,18 Mill. *M*, und die folgenden Plätze hatten die Landkreise Saarbrücken (4,10), Gelsenkirchen (3,60), Pinneberg (3,40), Kattowitz (3,37), Mörs (3,33), Mettmann (3,18), Beuthen (3,12) und Ottweiler (3,12 Mill. *M*) inne; bei den meisten dieser Kreise überwog das Steueraufkommen der Landgemeinden das der Städte; nur in Solingen Land und Mettmann war es umgekehrt. Bei 19 Landkreisen schwankte der Steuerertrag zwischen 2 und 3 Millionen *M*; darunter befanden sich 8 westfälische, 6 rheinländische, 2 schlesische Kreise und je 1 sächsischer, schleswig-holsteinischer und hessen-nassauischer Kreis. Bei 72 Landkreisen machte der Steuerertrag zwischen 1 und 2 Millionen *M*

aus. An der Gruppe der Landkreise mit einem Gemeindesteueraufkommen von mehr als 1 Mill. *M* waren 30 rheinländische, 24 westfälische, je 10 brandenburgische, sächsische und schleswig-holsteinische, je 8 schlesische und hannoversche, 3 hessen-nassauische Kreise und je 1 westpreussischer und pommerischer Kreis beteiligt. Von den Regierungsbezirken waren Düsseldorf (12 von 15), Arnberg (13 von 18) und Cöln (7 von 10) mit der größten Anzahl von Landkreisen in dieser Steuerertragsgruppe vertreten.

In 38 Landkreisen blieb das Aufkommen aus Gemeindesteuern noch hinter der Summe von 200 000 *M* zurück. Es handelt sich um die Kreise mit den geringsten Bevölkerungsziffern. Am stärksten, mit 11 Kreisen, war der Regierungsbezirk Posen in dieser Gruppe vertreten; dann folgten mit je 4 Kreisen die Regierungsbezirke Bromberg und Cassel, mit je 3 die Bezirke Köslin und Wiesbaden, mit je 2 Coblenz und Sigmaringen, mit je 1 die Regierungsbezirke Gumbinnen, Danzig, Breslau, Erfurt, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Aachen. Den niedrigsten Betrag wies mit 92 963 *M* der Kreis Witkowo auf. Dann folgten Adelnau

Der Ertrag der Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in den Städten und Landgemeinden der preußischen Landkreise.

Regierungs- bezirke.	Es be- trug die An- zahl der Land- kreise	Bei . . . Landkreisen betrugen die Gemeindesteuern in den Städten						Bei . . . Landkreisen betrugen die Gemeindesteuern in den Landgemeinden						Bei . . . Landkreisen betrugen die Gemeindesteuern in den Städten und Landgemeinden				
		mehr als					nicht mehr als 50 000	mehr als					nicht mehr als 50 000	mehr als				
		1 Mill.	500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000		1 Mill.	500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000		1 Mill.	500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000
		M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Königsberg . . .	¹⁾ 14	—	1	2	8	2	—	—	—	3	10	1	—	—	4	9	1	—
2. Gumbinnen . . .	²⁾ 12	—	—	1	5	1	1	—	—	7	5	—	—	—	1	10	1	—
3. Allenstein . . .	9	—	—	1	7	—	1	—	—	2	7	—	—	—	1	8	—	—
4. Danzig	³⁾ 10	—	2	2	1	—	2	—	2	5	3	—	—	1	4	4	1	—
5. Marienwerder . .	15	—	—	7	6	2	—	—	—	11	4	—	—	—	7	8	—	—
6. Potsdam	14	1	7	5	1	—	—	2	2	6	4	—	—	7	5	2	—	—
7. Frankfurt	¹⁾ 17	—	4	6	5	—	1	—	1	6	8	2	—	3	4	10	—	—
8. Stettin	12	—	1	6	4	1	—	—	1	1	8	2	—	1	2	8	1	—
9. Köslin	¹⁾ 12	—	1	4	4	2	—	—	—	—	5	5	2	—	4	3	5	—
10. Stralsund	4	—	1	—	3	—	—	—	—	1	—	3	—	—	1	2	1	—
11. Posen	27	—	—	1	18	6	2	—	—	—	3	19	5	—	—	9	18	—
12. Bromberg	13	—	2	2	7	1	1	—	—	1	4	8	—	—	3	5	4	1
13. Breslau	¹⁾ 23	—	1	5	12	2	2	1	3	8	10	1	—	1	8	11	3	—
14. Liegnitz	19	—	3	6	4	3	3	—	3	7	8	1	—	2	10	5	2	—
15. Oppeln	⁴⁾ 19	—	2	4	7	3	1	3	4	7	5	—	—	5	9	2	3	—
16. Magdeburg	14	1	3	5	3	1	1	—	8	5	1	—	—	5	9	—	—	—
17. Merseburg	¹⁾ 16	—	6	2	7	—	—	2	3	8	3	—	—	5	8	3	—	—
18. Erfurt	¹⁾ 9	—	—	3	2	—	3	—	—	3	5	1	—	—	3	3	3	—
19. Schleswig	¹⁾ 20	2	2	6	8	—	1	2	10	8	—	—	—	10	9	1	—	—
20. Hannover	⁴⁾ 11	—	1	1	3	4	—	—	2	5	4	—	—	1	3	5	2	—
21. Hildesheim	¹⁾ 15	—	—	7	4	1	2	—	3	6	5	—	1	2	5	7	1	—
22. Lüneburg	⁵⁾ 13	—	—	2	3	3	—	1	3	7	2	—	—	2	3	7	1	—
23. Stade	⁴⁾ 14	—	2	1	2	3	4	—	1	8	5	—	—	2	2	8	2	—
24. Osnabrück	³⁾ 10	—	—	1	4	1	1	—	—	5	5	—	—	—	2	5	3	—
25. Aurich	¹⁾ 6	—	1	1	2	1	—	—	—	4	2	—	—	1	2	3	—	—
26. Münster	10	—	3	2	4	1	—	2	5	3	—	—	—	6	3	1	—	—
27. Minden	¹⁾ 10	1	2	2	4	—	—	2	2	6	—	—	—	5	3	2	—	—
28. Arnberg	¹⁾ 18	3	8	2	3	1	—	9	5	2	2	—	—	13	3	2	—	—
29. Cassel	¹⁾ 22	—	2	3	4	10	2	—	2	7	12	1	—	—	8	7	7	—
30. Wiesbaden	15	3	—	5	2	2	3	—	2	8	5	—	—	3	5	4	3	—
31. Coblenz	³⁾ 13	1	2	3	2	2	—	1	5	1	6	—	—	5	2	3	3	—
32. Düsseldorf	15	6	5	2	2	—	—	7	7	—	1	—	—	12	3	—	—	—
33. Köln	³⁾ 10	—	2	3	1	1	—	5	1	4	—	—	—	7	—	3	—	—
34. Trier	³⁾ 12	—	—	1	5	2	1	4	—	8	—	—	—	4	3	5	—	—
35. Aachen	10	2	—	1	3	3	1	2	1	4	3	—	—	2	4	3	1	—
36. Sigmaringen . . .	⁴⁾ 4	—	—	—	1	1	—	—	—	—	4	—	—	—	—	2	2	—
zusammen	⁶⁾ 487	20	64	105	161	60	33	43	76	167	149	44	8	105	143	170	68	1

1) darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — 2) desgl. 4. — 3) desgl. 3. — 4) desgl. 2. — 5) desgl. 5. — 6) desgl. 44.

¹⁾ darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — ²⁾ desgl. 4. — ³⁾ desgl. 3. — ⁴⁾ desgl. 2. — ⁵⁾ desgl. 5. — ⁶⁾ desgl. 44.

(109 939), Neutomischel (112 738), Koschmin (114 133), Schildberg (120 591), Schwerin a./Warthe (121 862), Hümmling (122 137), Schmiegel (122 445), Bublitz (126 066) und Rummelsburg (127 120 M.). Bei den posenschen Kreisen ist zu beachten, daß die Schullasten besonders aufgebracht wurden. Daß, wie die Übersicht auf S. 183 zeigt, das Gemeindesteueraufkommen der Städte in einer verhältnismäßig hohen Zahl von Kreisen (137) noch nicht die Summe von 100 000 M. erreichte, ist nicht auffallend, wenn man bedenkt, daß viele Kreise nur eine Stadt besaßen und 44 sogar ganz ohne Städte waren. Mehr ins Gewicht fällt schon, daß auch 52 Kreise vorhanden waren, in denen der Steuerertrag der Landgemeinden ebenfalls die Summe von 100 000 M. noch nicht erreichte. Allerdings stellte auch hier wieder die Provinz Posen das Hauptkontingent; von ihren 40 Kreisen waren nur die folgenden 8 in dieser Gruppe nicht vertreten: Bomst, Posen Ost, Posen West, Bromberg, Filehne, Hohensalza, Wirsitz, Znín. Von den übrigen Landesteilen wies die Provinz Pommern die höchste Zahl zugehöriger Kreise auf,

nämlich die folgenden 12: Anklam, Regenwalde, Belgard, Bublitz, Bütow, Dramburg, Lauenburg i. Pommern, Rummelsburg, Schivelbein, Franzburg, Greifswald und Grimmen. Bei Bublitz (45 309) und Rummelsburg (36 900) belief sich der Steuerertrag noch nicht auf 50 000 M. Ähnlich niedrige Erträge hatten sonst nur noch die posenschen Kreise Schwerin a./Warthe (47 826), Birnbaum (42 190), Koschmin (42 036), Pleschen (38 982), Grätz (38 018) sowie der Kreis Zellerfeld im Regierungsbezirk Hildesheim (40 844 M.) aufzuweisen. Die übrigen zu dieser Gruppe mit den niedrigsten Steuererträgen gehörigen Kreise waren: Friedland, Arnswalde, Züllichau-Schwiebus, Steinau, Lüben, Weißensee und Wolfhagen; ihre Erträge schwankten zwischen 82 000 und 99 000 M.

Die Belastung der einzelnen Landkreise durch die Gemeindesteuern erhellt aus der Tabelle 17, die auch die drei für diese Frage in Betracht kommenden Zahlenangaben für die Stadtkreise enthält, nämlich die Zahl der Steuerstärken, den Gemeindesteuerbetrag auf den Kopf der Bevölkerung und die Belastungsziffer. Für die in der Tabelle gewählte Reihen-

folge der Kreise war die Anzahl ihrer Steuerstärken maßgebend, derart daß der steuerkräftigste Kreis an erster Stelle steht und so fort.

Die sich für die Städte, die Landgemeinden und die Gesamtheit der Gemeinden in den einzelnen Landkreisen ergebenden Belastungsziffern sind in der auf Seite 191 abgedruckten Tabelle 19 regierungsbezirkweise auf 6 verschiedene Belastungsgruppen verteilt worden. Aus den Ergebnissen beider Tabellen sei folgendes hervorgehoben:

Es betrug im Berichtsjahre die Belastungsziffer sämtlicher Gemeindesteuern

I. bei 54 Landkreisen, d. s. 11,09 % nicht mehr als 1,50
II. „ 210 „ „ „ 43,12 % mehr als 1,50 bis 2
III. „ 156 „ „ „ 32,03 % „ „ 2 „ 2,50
IV. „ 67 „ „ „ 13,76 % „ „ 2,50.

Zur Gruppe I, die die am geringsten belasteten Kreise umfaßt, gehörten aus dem Regierungsbezirke Posen 9 und aus dem Regierungsbezirke Bromberg 3 Kreise, die aus dem mehrfach erwähnten Grunde, nämlich wegen der Aufbringung ihrer Volksschullasten durch besondere Schulgesellschaften, mit den übrigen Kreisen nicht verglichen werden können. Von den anderen Bezirken waren in dieser Gruppe Cassel, Liegnitz und Merseburg mit der höchsten Zahl von Kreisen vertreten, nämlich ersterer Regierungsbezirk mit 6, die beiden anderen mit je 5. Ferner stellten 5 Regierungsbezirke je 3, desgleichen 6 je 2 Landkreise und 2 Bezirke je 1 Kreis. Wir sahen, daß von den Stadtkreisen Berlin-Schöneberg mit 1,32 die niedrigste Belastungsziffer aufzuweisen hatte. Unter den Landkreisen gab es einen mit einer gleich niedrigen und 14 mit noch geringeren Belastungsziffern. Dies waren die folgenden 5 Kreise mit einer zwischen 14 und 11 schwankenden Zahl von Steuerstärken: Hadeln (1,29), Wanzleben (1,25), Hanau Land (1,19), Kehdingen (1,18) und Emden (1,07); ferner 4 Landkreise mit 7 bis 8 Steuerstärken, nämlich Eckartsberga (1,27), Guben (1,24), Fritzlär (1,21), Erfurt (1,17), weiter mit 5 bis 7 Steuerstärken: Strelno (1,32), Ostrowo (1,30), Simmern (1,15), Wolfhagen (0,99), endlich die beiden posenschen Kreise Neutomischel (1,31) und Schildberg (1,31), deren Steuerstärken nur 3,04 sowie 2,73 betrugen. Zwischen 1,33 und 1,40 schwankten die Belastungsziffern von 10, zwischen 1,41 und 1,50 die von 29 Landkreisen. Zu ersteren gehörte der steuerkräftigste Landkreis der Monarchie, Eiderstedt, der mit 23,23 Steuerstärken selbst noch den Kreis Teltow (22,58 SS) übertraf; seine Belastungsziffer betrug zufolge des sehr hohen Kopfbetrages der Gemeindesteuern, der sich auf 31,64 \mathcal{M} belief, immerhin 1,36. Ferner gehörten zu dieser Gruppe die Kreise Weener (1,34) und Bitterfeld (1,37), deren erster 11,48, deren zweiter 10,29 Steuerstärken besaß, weiter die Kreise Jlfeld (1,38), Weißensee (1,37), Hofgeismar (1,39), Habelschwerdt (1,33) sowie der Oberwesterwaldkreis (1,37), deren Steuerstärken zwischen 8 und 4 schwankten, endlich die nicht vergleichungsfähigen posenschen Kreise Fraustadt (1,39) und Wongrowitz (1,37). Von den Landkreisen mit einer Belastungsziffer zwischen 1,40 und 1,50 seien noch die durch eine besonders geringe Steuerkraft auffallenden, nicht posenschen, Kreise erwähnt, nämlich Weststernberg, Saatzig und Usingen: bei ihnen ist das trotz ihrer geringen Leistungsfähigkeit so verhältnismäßig günstige Belastungsergebnis auf die sehr niedrigen Kopfbeträge ihrer Gemeindesteuern — sie bezifferten sich in entsprechender Reihenfolge auf 7,06, 7 und 5,83 \mathcal{M} — zurückzuführen.

Die Belastung der in der Gruppe II vereinigten 210 Landkreise kann als normal bezeichnet werden. Mit einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz ihrer Landkreise waren an dieser Gruppe die folgenden Regierungsbezirke beteiligt: Potsdam (9 von 14), Frankfurt (13 von 17), Stettin (7 von 12), Breslau (20 von 23), Liegnitz (13 von 19), Merseburg

(11 von 16), Erfurt (6 von 9), Hannover (6 von 11), Lüneburg (7 von 13), Osnabrück (6 von 10), Cassel (12 von 22), Wiesbaden (11 von 15), Cöln (6 von 10), Aachen (7 von 10) und Sigmaringen (3 von 4). Dagegen fehlten gänzlich sowohl in dieser als auch in der Gruppe I die Regierungsbezirke Königsberg, Allenstein, Danzig, Marienwerder und Münster. Die Regierungsbezirke Stralsund und Arnberg waren auch nur durch je einen, desgleichen Gumbinnen, Oppeln und Minden durch je 2 Kreise vertreten. Diese im Vergleich zu den übrigen Kreisen der genannten Bezirke gering belasteten Landkreise waren die folgenden: Grimmen (1,97), Brilon (1,88), Stallupönen (1,87), Darkehmen (1,96), Grottkau (1,77), Neisse (1,84), Warburg (1,63) und Höxter (1,67). Während die beiden letztgenannten Kreise zwischen 7 und 8 Steuerstärken besaßen, betrug deren Anzahl bei den übrigen noch nicht 7, schwankend zwischen 6,35 (Stallupönen) und 4,03 (Darkehmen).

Von den 64 Landkreisen mit mindestens 10 Steuerstärken zeigten 22, also über ein Drittel, noch eine höhere Belastungsziffer als 2. Von ihnen gehörten 21 zur Gruppe III, d. h. den Kreisen mit einer zwischen 2 und 2,50 schwankenden Belastungsziffer, einer zur Gruppe IV. Außer den schleswig-holsteinischen Kreisen Pinneberg (2,02), Norderdithmarschen (2,29), Steinburg (2,13), Husum (2,30), Tondern (2,05) und Süderdithmarschen (2,11) kamen der Vorortkreis Niederbarnim (2,20) sowie vorwiegend Kreise aus rheinischen und westfälischen Industriegebieten in Frage, nämlich Essen (2,14), Solingen (2,03), Eupen (2,09), Mettmann (2,15), Neuß (2,05), Rees (2,02), Schwelm (2,41), Jserlohn (2,07), Siegen (2,41), Hagen (2,66), Kreuznach (2,16), Mörs (2,37), Altena (2,19), Burgdorf (2,09) und Soest (2,39).

Die Regierungsbezirke Merseburg und Sigmaringen besaßen keinen Landkreis mit einer Belastungsziffer von über 2. Die Bezirke Frankfurt, Posen, Liegnitz, Erfurt, Aurich und Wiesbaden auch nur je einen, nämlich die Kreise Lübbecke (2,24), Grätz (2,23), Hoyerswerda (2,11), Worbis (2,03), Leer (2,21) und Biedenkopf (2,33). Alle diese Kreise waren wenig steuerkräftig. Die für posensche Verhältnisse sehr hohe Belastungsziffer des Kreises Grätz erklärt sich dadurch, daß zwei von den vorhandenen drei Städten die Volksschullasten auf ihren Etat übernommen hatten, außerdem ist auch der verhältnismäßig hohe Ertrag der Biersteuer von einigem Einfluß gewesen. Im Gegensatz zu den genannten Regierungsbezirken waren die ost- und westpreußischen, die westfälischen, ferner die Regierungsbezirke Köslin, Stralsund, Oppeln, Schleswig, Düsseldorf und Trier in der Gruppe III und IV, die die Kreise mit hohen Belastungsziffern umfassen, stark vertreten. Zur Gruppe IV, in der die Belastungsziffern noch über 2,50 hinausgingen, gehörten 20 ostpreußische (57 v. H.), 18 westpreußische (72 v. H.), 11 westfälische (29 v. H.), 8 rheinländische, 5 schlesische, 3 hannoversche Landkreise und je 1 brandenburgischer und pommerscher Kreis. Nur bei einem von den in Betracht kommenden 67 Landkreisen betrug die Zahl der Steuerstärken mehr als 10; dies war Hagen (10,46 SS). Bei 15 weiteren, vornehmlich zu Industriegebieten gehörigen Kreisen schwankten die Steuerstärken zwischen 9 und 7, desgleichen bei 10 Kreisen zwischen 7 und 5, während die übrigen 41 noch nicht 5 und 11 von ihnen weniger als 3 Steuerstärken besaßen. Unter letzteren befanden sich die vier schwächsten Kreise von Preußen, nämlich Karthaus (2,14), Lublinitz (2,14), Rosenberg O. S. (1,99) und Allenstein (1,98 SS). Eine Belastungsziffer von über 3 wiesen nur 6 Landkreise auf, nämlich die westpreußischen Kreise Preußisch Stargard (3,31), Löbau (3,19), Berent (3,11), Stuhm (3,05), Dirschau (3,02) und der Kreis Prüm (3,26) im Regierungsbezirk Trier.

Mit den vier Stadtkreisen Königshütte O. S., Gleiwitz, Gelsenkirchen und Buer gab es also in Preußen 10 Kreise

Die Belastungsziffern sämtlicher Gemeindesteuern in den Städten, Landgemeinden und sämtlichen Gemeinden der preußischen Landkreise im Rechnungsjahre 1911.

(Tab. 19.)

Regierungs- bezirke.	Es be- trug die An- zahl der Land- kreise	Bei . . . Landkreisen betrug die Belastungsziffern sämtlicher Gemeinde- steuern in den Städten						Bei . . . Landkreisen betrug die Belastungsziffern sämtlicher Gemeinde- steuern in den Landgemeinden						Bei . . . Landkreisen betrug die Belastungsziffern sämtlicher Gemeinde- steuern in den Städten und Landgemeinden					
		bis ein- schließ- lich 1	mehr als					bis ein- schließ- lich 1	mehr als					bis ein- schließ- lich 1	mehr als				
			1 bis ein- schließ- lich 1,50	1,50 bis ein- schließ- lich 2	2 bis ein- schließ- lich 2,50	2,50 bis ein- schließ- lich 3	3		1 bis ein- schließ- lich 1,50	1,50 bis ein- schließ- lich 2	2 bis ein- schließ- lich 2,50	2,50 bis ein- schließ- lich 3	3		1 bis ein- schließ- lich 1,50	1,50 bis ein- schließ- lich 2	2 bis ein- schließ- lich 2,50	2,50 bis ein- schließ- lich 3	3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Königsberg . . .	1) 14	—	—	—	2	10	1	—	—	—	9	5	—	—	—	—	7	7	—
2. Gumbinnen . . .	2) 12	—	—	—	3	3	2	—	—	2	6	4	—	—	—	2	5	5	—
3. Allenstein . . .	9	—	—	—	4	5	—	—	—	—	1	8	—	—	—	—	1	8	—
4. Danzig	2) 10	—	—	—	2	2	3	—	—	—	1	8	1	—	—	—	2	5	3
5. Marienwerder . .	15	—	—	—	4	10	1	—	—	—	7	7	1	—	—	—	5	8	2
6. Potsdam	14	—	—	4	9	—	1	—	3	8	3	—	—	—	—	9	4	1	—
7. Frankfurt	1) 17	—	—	8	8	—	—	—	9	7	1	—	—	—	3	13	1	—	—
8. Stettin	12	—	—	3	8	1	—	—	6	6	—	—	—	—	2	7	3	—	—
9. Köslin	1) 12	—	—	2	5	4	—	—	2	6	4	—	—	—	—	4	7	1	—
10. Stralsund	4	—	—	—	4	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	1	3	—	—
11. Posen	27	—	4	17	5	1	—	3	22	1	1	—	—	—	9	17	1	—	—
12. Bromberg	13	—	—	3	6	4	—	3	7	3	—	—	—	—	3	6	4	—	—
13. Breslau	1) 23	1	2	14	5	—	—	—	1	20	2	—	—	—	1	20	2	—	—
14. Liegnitz	19	—	3	14	2	—	—	—	3	14	2	—	—	—	5	13	1	—	—
15. Oppeln	1) 19	—	1	2	8	6	—	—	—	2	12	4	1	—	—	2	12	5	—
16. Magdeburg	14	—	2	5	6	1	—	—	7	5	2	—	—	—	3	7	4	—	—
17. Merseburg	1) 16	—	—	11	4	—	—	—	11	5	—	—	—	—	5	11	—	—	—
18. Erfurt	1) 9	—	—	4	4	—	—	—	5	3	1	—	—	—	2	6	1	—	—
19. Schleswig	1) 20	—	1	2	13	3	—	—	2	9	9	—	—	—	2	5	13	—	—
20. Hannover	1) 11	—	—	5	4	—	—	—	—	8	3	—	—	—	—	6	5	—	—
21. Hildesheim	1) 15	—	—	4	10	—	—	—	5	7	3	—	—	—	2	7	6	—	—
22. Lüneburg	1) 13	—	—	2	5	1	—	—	—	9	4	—	—	—	—	7	6	—	—
23. Stade	1) 14	—	2	2	7	1	—	—	3	5	3	3	—	—	2	6	3	3	—
24. Osnabrück	1) 10	—	—	1	6	—	—	—	—	8	2	—	—	—	—	6	4	—	—
25. Aurich	1) 6	—	—	1	3	1	—	—	4	2	—	—	—	—	2	3	1	—	—
26. Münster	10	—	—	1	8	1	—	—	—	—	7	3	—	—	—	—	7	3	—
27. Minden	1) 10	—	—	3	6	—	—	—	1	1	7	1	—	—	—	2	8	—	—
28. Arnberg	1) 18	—	1	1	9	6	—	—	—	1	8	8	1	—	—	1	9	8	—
29. Cassel	1) 22	1	4	12	3	1	—	—	6	12	4	—	—	1	5	12	4	—	—
30. Wiesbaden	15	—	4	10	1	—	—	—	7	7	1	—	—	—	3	11	1	—	—
31. Coblenz	1) 13	—	1	5	4	—	—	1	3	3	5	1	—	—	3	3	6	1	—
32. Düsseldorf	15	—	1	4	8	2	—	—	2	3	9	1	—	—	—	4	10	1	—
33. Köln	1) 10	—	2	2	1	2	—	—	—	6	1	3	—	—	—	6	2	2	—
34. Trier	1) 12	—	2	1	4	2	—	—	—	3	5	3	1	—	—	3	5	3	1
35. Aachen	10	—	1	5	3	1	—	—	—	8	2	—	—	—	—	7	3	—	—
36. Sigmaringen	1) 4	—	—	2	—	—	—	—	1	3	—	—	—	—	1	3	—	—	—
zusammen	6) 487	2	31	150	184	68	8	7	111	180	125	59	5	1	53	210	156	61	6

1) darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — 2) desgl. 4. — 3) desgl. 3. — 4) desgl. 2. — 5) desgl. 5. — 6) desgl. 44.

mit einer Belastungsziffer von über 3. Annähernd erreichten diese Ziffer auch die westpreussischen Kreise Danziger Niederung (2,95), Marienburg i. Westpr. (2,93), ferner die zum Regierungsbezirk Arnberg gehörigen Kreise Dortmund Land (2,95) und Wittgenstein (2,93), sowie die Landkreise Recklinghausen Land (2,95), Pilsballe (2,97) und Tost-Gleiwitz (2,92).

In der Tabelle 19 sind nicht nur die vorstehend besprochenen Belastungsziffern für die Gesamtheit der Gemeinden jedes Landkreises, sondern auch die sich nur für die Städte und nur für die Landgemeinden jedes Kreises ergebenden Belastungsziffern regierungsbezirkweise auf die unterschiedenen 6 Belastungsgruppen verteilt worden. Die den letzteren Auszahlungen zugrunde liegenden Belastungsziffern für die einzelnen Landkreise sind aus Raumrücksichten nicht tabellarisch zusammengestellt worden; die Unterlagen für ihre Berechnung, d. h. das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf 1 Einwohner und den Istbetrag der gesamten Gemeindesteuern auf 1 Einwohner enthalten die Spalten 4 und 20b der Tabelle 1.

Gegenüber dem von der durchschnittlichen Gemeindebelastung in den Landkreisen gewonnenen Bilde zeigte die Belastung der Städte und Landgemeinden allein bemerkenswerte Abweichungen.

in den	Es betrug nämlich die Belastungsziffer							
	nicht mehr als 1,50	mehr als 1,50—2	mehr als 2—2,50	mehr als 2,50	nicht mehr als 1,50	mehr als 1,50—2	mehr als 2—2,50	mehr als 2,50
	bei . . . Landkreisen über- haupt	v. H.	bei . . . Landkreisen über- haupt	v. H.	bei . . . Landkreisen über- haupt	v. H.	bei . . . Landkreisen über- haupt	v. H.
Städten	33 ¹⁾	7,45 ¹⁾	150	33,86 ¹⁾	184	41,53 ¹⁾	76	17,16 ¹⁾
Landgemein- den	118	24,23	180	36,96	125	25,67	64	13,14
Gemeinden überhaupt . . .	54	11,09	210	43,12	156	32,03	67	13,76

1) 44 Landkreise, die keine Städte besaßen, sind hier und bei der prozentalen Verteilung der Städte außer Betracht gelassen worden.

Danach ergeben sich also für die Städte wesentlich ungünstigere, für die Landgemeinden erheblich günstigere Belastungsverhältnisse als für die Gesamtheit der Gemeinden in den Landkreisen.

Von den 443 Landkreisen, die Städte besaßen, hatten 168 oder 37,92 % mehr als 10 SS im Durchschnitt, desgleichen 182 oder 41,08 % mehr als 7 bis 10 SS und 93 oder 20,99 % nicht mehr als 7 SS. Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilten sich diese Landkreise folgendermaßen:

im Reg.-Bez.	In . . . Landkreisen betrug die durchschnittliche Anzahl der Steuerstärken der Städte				
	über 15	über 10—15	über 7—10	über 5—7	nicht mehr als 5
Königsberg	—	1	—	12	—
Gumbinnen	—	—	4	3	1
Allenstein	—	—	3	4	2
Danzig	—	1	3	2	1
Marienwerder	—	—	4	11	—
Potsdam	—	5	9	—	—
Frankfurt	—	3	11	2	—
Stettin	—	2	7	3	—
Köslin	—	—	6	5	—
Stralsund	—	—	2	2	—
Posen	—	1	6	17	3
Bromberg	—	1	5	6	1
Breslau	—	5	16	1	—
Liegnitz	—	7	11	1	—
Oppeln	—	2	9	5	1
Magdeburg	—	9	5	—	—
Merseburg	—	6	7	2	—
Erfurt	—	2	4	2	—
Schleswig	2	15	2	—	—
Hannover	—	2	6	1	—
Hildesheim	1	7	6	—	—
Lüneburg	—	5	3	—	—
Stade	2	5	5	—	—
Osnabrück	—	1	5	1	—
Aurich	—	4	1	—	—
Münster	—	2	8	—	—
Minden	1	7	1	—	—
Arnsberg	1	9	6	1	—
Cassel	1	7	10	3	—
Wiesbaden	5	6	4	—	—
Coblenz	3	5	2	—	—
Düsseldorf	2	12	1	—	—
Cöln	2	3	2	—	—
Trier	—	2	7	—	—
Aachen	3	6	1	—	—
Signaringen	—	2	—	—	—

Vergleicht man diese Übersicht mit den Belastungsziffern der kreisangehörigen Städte in der Tab. 19 (Sp. 3 bis 8), so ergibt sich, daß in den ost- und westpreussischen Regierungsbezirken die Städte einerseits am wenigsten steuerkräftig, andererseits am stärksten durch die Gemeindesteuern belastet waren. In den gleichfalls sehr steuerschwachen Städten des Regierungsbezirks Posen und im Regierungsbezirk Bromberg, dessen Städte bezüglich ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit etwas günstiger standen, würden die städtischen Belastungsziffern der Kreise wohl einen ebenso hohen Stand wie in Ost- und Westpreußen aufweisen, wenn die Schullasten durch die Gemeindesteuern mit aufgebracht worden wären. Sonst war die Belastung der kreisangehörigen Städte noch im Regierungsbezirk Oppeln und in dem durch hohe Steuerkraft seiner Städte ausgezeichneten Regierungsbezirk Arnsberg verhältnismäßig hoch. Am günstigsten schnitten die Städte in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden ab. Auch in den Bezirken Liegnitz, Breslau und Merseburg war ihre Belastung verhältnismäßig gering.

Von den 8 Landkreisen, deren Städte eine 3 noch übersteigende Belastungsziffer aufwiesen, besaßen die folgenden nur je eine Stadt: Labiau (3,13), Angerburg (3,23), Dirschau

(3,16), Elbing Land (3,63), ferner die Kreise Pillkallen (3,18), Berent (3,49) und Stuhm (3,23) je 2 und der Kreis Westhavelland (3,07) 5 Städte; von diesen Städten hatten nur Angerburg (5 971), Berent (6 649), Dirschau (16 845) und Rathenow (24 315 Einwohner) mehr als 5 000 Einwohner. Leer, die einzige Stadt des gleichnamigen Kreises, erreichte gerade die Belastungsziffer 3, und die Städte Preußisch Stargard im gleichnamigen Kreise und Wattenscheid im Kreise Gelsenkirchen Land, die ebenfalls die einzigen Städte dieser Kreise waren, wiesen auch schon eine Belastungsziffer von 2,99 auf; bei ihnen handelte es sich um Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Von den 11 genannten Landkreisen mit den höchsten Belastungsziffern besaß nur Leer eine verhältnismäßig hohe Zahl von Steuerstärken, nämlich 11,77; von mittlerer Steuerkraft waren Gelsenkirchen Land (9,73), Westhavelland (9,46), Dirschau (8,82), Preußisch Stargard (8,74) und Pillkallen (7,10 SS). Bei Labiau, Angerburg, Stuhm und Berent schwankte die Steuerkraft zwischen 7 und 5, bei Elbing Land betrug sie nur 3,68 SS.

In 33 Landkreisen betrug die Belastungsziffer der Städte nicht mehr als 1,50. Unter ihnen befanden sich 5 von 7 Kreisen, deren Städte über 20 Steuerstärken besaßen; es fehlten nur der Kreis Düren, dessen Belastungsziffer trotz seiner annähernd 26 Steuerstärken noch 1,83 betrug, und der Ober-Taunuskreis, der bei 23,47 SS eine Belastungsziffer von 1,55 aufwies. Die anderen Kreise mit so außergewöhnlich steuerkräftigen Städten waren Kehdingen (33,41), Höchst (31,89), Crefeld Land (30,11), Cöln Land (22,38) und Neuhaus a. d. Oste (20,47 SS).

Während zum Kreise Höchst außer der über 17 000 Einwohner zählenden Industriestadt Höchst a./M. noch eine zweite kleinere Stadt, nämlich die Stadt Hofheim mit 4 262 Einwohnern gehörte, war in den vier anderen genannten Kreisen nur je eine Stadt vorhanden, nämlich Uerdingen mit 10 270 Einwohnern im Kreise Crefeld Land, Brühl mit 8 739 Einwohnern im Landkreise Cöln, Neuhaus a. d. Oste mit 1 446 Einwohnern im gleichnamigen Kreise und das nur 980 Einwohner zählende Städtchen Freiburg a./Elbe im Kreise Kehdingen. Ihre Steuerstärken und Belastungsziffern kamen daher allein für die betreffenden Kreiszahlen in Betracht, und zwar betrug die Belastungsziffer bei Kehdingen 1,06, bei Höchst 1,50, bei Crefeld Land 1,10, bei Cöln Land 1,35, endlich bei Neuhaus a. d. Oste 1,31. Von den übrigen durch eine geringe Belastung ausgezeichneten Kreisen besaßen noch die folgenden 9 zwischen 10 und 15 Steuerstärken und die hinter dem Namen in Klammern angegebenen Belastungsziffern: Bunzlau (1,18), Quedlinburg Land (1,42), Wanzleben (1,25), Hadersleben (1,47), Oberlahnkreis (1,50), Oberwesterwaldkreis (1,36), Sankt Goar (1,40), Merzig (1,50) und Jülich (1,24). Die Mehrzahl dieser Kreise besaß mindestens 2 Städte, Quedlinburg Land, Merzig und der Oberwesterwaldkreis nur je eine. Zwischen 10 und 9 schwankten die Steuerstärken bei 9 weiteren Landkreisen, die zur Gruppe der Kreise mit den niedrigst-belasteten Städten gehörten, nämlich bei Ostrowo (1,33), Habelschwerdt (0,99), Neurode (1,50), Strehlen (1,42), Neisse Land (1,48), Fritzlar (1,03), Hünfeld (1,21), Schlüchtern (1,09) und Saarbürg (1,50); von ihnen besaßen Ostrowo, Strehlen, Hünfeld und Saarbürg auch nur je eine Stadt. Ferner waren in dieser Gruppe 5 Kreise mit einer zwischen 9 und 7 schwankenden Zahl von Steuerstärken vertreten, nämlich Lützen (1,47), Sprottau (1,17), Wolfhagen (0,90), Rheinbach (1,28) und Westerbürg (1,14); letzterer Kreis war im Gegensatz zu den anderen wieder nur durch eine Stadt (Münstereifel) vertreten. Schließlich gab es noch 5 Kreise, deren Städte auch eine Belastungsziffer von nicht mehr als 1,50 aufwiesen, obwohl ihre Steuerkraft verhältnismäßig gering war. Hierzu gehörten,

außer den drei posenschen Kreisen Posen Ost (1,48), Schildberg (1,32) und Schwerin a. Warthe (1,48), der Kreis Brilon (1,42) sowie der Kreis Ziegenhain (1,48); die beiden letztgenannten Kreise besaßen 6 und 4 Städte, deren durchschnittliche Steuerkraft 6,24 sowie 6,71 SS ausmachte.

Die Steuerkraft der Landgemeinden betrug in 42 Landkreisen, d. s. 8,62 v. H., über 10 SS, desgleichen in 114 oder 23,41 v. H. über 7 bis 10 SS, in 106 oder 21,77 v. H. über 5 bis 7 SS, in 158 oder 32,44 v. H. über 3 bis 5 SS und in 67 oder 13,76 v. H. nicht mehr als 3 SS. Die Landgemeinden blieben an Steuerkraft also erheblich hinter den kreisangehörigen Städten zurück. (Vgl. die entsprechenden Angaben für die Städte auf S. 192). Die Steuerstärken der Landgemeinden in den auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallenden Landkreisen ergeben sich aus der folgenden Übersicht:

In ... Landkreisen betrug die durchschnittliche Anzahl der Steuerstärken der Landgemeinden

im Reg.-Bez.	über 10	über 7—10	über 5—7	über 3—5	nicht mehr als 3
Königsberg	—	—	2	12	—
Gumbinnen	—	—	1	8	3
Allenstein	—	—	—	—	9
Danzig	—	2	1	2	5
Marlenwerder	—	—	1	7	7
Potsdam	2	4	6	2	—
Frankfurt	—	1	4	11	1
Stettin	—	3	3	6	—
Köslin	—	—	—	7	5
Stralsund	—	1	2	1	—
Posen	—	—	—	7	20
Bromberg	—	—	—	9	4
Breslau	—	1	9	11	2
Liegnitz	—	2	7	9	1
Oppeln	—	3	—	6	10
Magdeburg	7	4	3	—	—
Merseburg	1	9	6	—	—
Erfurt	—	3	1	5	—
Schleswig	5	14	1	—	—
Hannover	1	4	4	2	—
Hildesheim	5	5	4	1	—
Lüneburg	1	8	4	—	—
Stade	3	5	4	2	—
Osnabrück	—	—	6	4	—
Aurich	3	1	—	2	—
Münster	—	6	3	1	—
Minden	—	—	8	2	—
Arnsberg	1	12	2	3	—
Cassel	1	1	7	13	—
Wiesbaden	2	2	2	9	—
Coblenz	—	3	5	5	—
Düsseldorf	6	8	1	—	—
Cöln	3	4	2	1	—
Trier	—	3	3	6	—
Aachen	1	4	2	3	—
Sigmaringen	—	1	2	1	—

Diese Zahlen in Verbindung mit den Belastungsziffern in den Spalten 9 bis 14 der Tabelle 19 lassen folgendes erkennen. Die mit am wenigsten leistungsfähigen Landgemeinden in den ost- und westpreußischen Regierungsbezirken waren, ebenso wie die Städte dieser Landesteile, am stärksten belastet. In den zum mindesten ebenso leistungsschwachen Landgemeinden der Provinz Posen ergab sich wieder eine günstige Belastung, weil die Volksschulkosten nicht von den politischen Gemeinden aufgebracht wurden. Verhältnismäßig hoch war die Belastung in den an größeren Landgemeinden in Industriezentren reichen Bezirken Oppeln und Arnsberg, von denen der erstere meist leistungsschwache, der zweite überwiegend leistungskräftige Landgemeinden besaß. In dem vorwiegend steuerkräftige Landgemeinden aufweisenden Regierungsbezirke Düsseldorf und in dem mit nicht allzu steuerkräftigen Landgemeinden

ausgestatteten Regierungsbezirke Trier, die beide ebenfalls zahlreiche größere Landgemeinden in Industriegebieten besaßen, war die Belastung auch verhältnismäßig hoch, in den besonders leistungsschwachen Gemeinden des Regierungsbezirkes Köslin herrschten dagegen verhältnismäßig günstige Belastungsverhältnisse. Am besten schnitten die Landgemeinden in den Regierungsbezirken Merseburg und Aurich, demnächst in den Bezirken Frankfurt, Erfurt, Stettin, Magdeburg und Wiesbaden ab.

Die höchsten Belastungsziffern wiesen mit durchschnittlich 3,71, 3,63, 3,38 3,13 und 3,01 die Landgemeinden der Kreise Löbau, Preußisch Stargard, Prüm, Wittgenstein und Rosenberg O. S. auf; die Anzahl ihrer Steuerstärken betrug bei Prüm und Wittgenstein 3,18 und 3,07, bei den übrigen noch nicht einmal 2. Zwischen 3 und 2,90 schwankte die Belastungsziffer der Landgemeinden in 13 Kreisen. Darunter waren vier von mittlerer Steuerkraft, nämlich Dortmund Land (9,05), Recklinghausen Land (8,37), Marienburg i. Westpr. (8,19) und Hörde Land (7,12 SS). Der auch zu dieser Gruppe gehörige Kreis Stuhl besaß 5,12, desgleichen Danziger Niederung, Osterholz und Pillkallen 4,79, 4,08 und 3,27 SS. Bei den übrigen fünf Kreisen betrug die Zahl der Steuerstärken noch nicht 3; es handelte sich um die Kreise Lötzen, Rössel, Neustadt i. Westpr., Lublinitz und Tost-Gleiwitz. Hohe Belastungsziffern, deren Durchschnittsbetrag zwischen 2,50 und 2,90 schwankte, kamen ferner bei den Landgemeinden von je 6 Kreisen der Regierungsbezirke Allenstein, Marienwerder und Arnsberg vor, desgleichen bei denen von je 5 Kreisen in den Regierungsbezirken Königsberg und Danzig. Weiter waren noch vertreten der Regierungsbezirk Gumbinnen, Cöln und Trier mit je 3, Oppeln, Stade und Münster mit je 2 Kreisen, und endlich Minden, Coblenz und Düsseldorf mit je 1 Kreise.

In 46 Landkreisen betrug die durchschnittliche Belastungsziffer für die Landgemeinden nicht mehr als 1,25. Darunter befanden sich 16 Kreise aus dem Regierungsbezirke Posen und 6 Kreise aus dem Regierungsbezirke Bromberg, die aus dem bekannten Grunde mit den übrigen Kreisen nicht verglichen werden können. Außer ihnen waren in dieser Gruppe mit den mindestbelasteten Landgemeinden je 4 Kreise des Regierungsbezirkes Merseburg und Cassel, je 3 Kreise der Regierungsbezirke Erfurt und Stade, je 2 Kreise der Regierungsbezirke Frankfurt, Magdeburg, Aurich und Coblenz und je ein Kreis der Regierungsbezirke Potsdam und Schleswig vertreten. Bei letzterem handelte es sich um den Kreis Eiderstedt, dessen Landgemeinden die höchste bei dieser Gemeindeklasse überhaupt vorkommende Zahl von Steuerstärken, nämlich 28,42, aufwiesen; seine Belastungsziffer betrug 1,11. Von Kreisen mit leistungsfähigen Landgemeinden waren ferner vertreten Hanau Land, Wanzleben, Emden Land, Calbe, Kedingen, Hadeln, Weener und Lehe, deren Belastungsziffern, bei 13,69, 13,58, 12,70, 12,15, 12,08, 11,87, 11,55 und 10,29 SS, 1,18, 1,25, 1,07, 1,20, 1,20, 1,24, 1,13 und 1,13 betrugen. Weiter gehörten zu dieser Gruppe 5 Kreise mit Landgemeinden von mittlerer Steuerkraft, nämlich Bitterfeld (9,05), Prenzlau (8,79), Merseburg (8,29), Langensalza (8,10) und Erfurt Land (7,49 SS) mit einer Belastungsziffer von 1,10, 1,23, 1,21, 1,11 und 1,17, desgleichen die Kreise Guben Land, Eckartsberga, Sangerhausen, Weißensee und Wolfhagen, deren Steuerstärken zwischen 7 und 5 schwankten, und deren Belastungsziffern 1,01, 1,04, 1,15, 1,06 und 1,06 betrugen. Endlich waren auch 5 Kreise mit steuerschwachen Landgemeinden vertreten, nämlich Gelnhäusen, Simmern und Zell, die bei je 4,89 Steuerstärken eine Belastungsziffer von 1,21, 1,00 sowie 1,12 aufwiesen, ferner Hofgeismar und Züllichau-Schwiebus, deren Landgemeinden 4,78 und 3,24 SS und eine Belastungsziffer von 1,07 und 1,23 zeigten.

(Fortsetzung des Textes auf Seite 199.)

Die Bevölkerungsdichtigkeit und Steuerkraft der preußischen Stadt- und Landkreise im Rechnungsjahre 1911.

(Tab. 20.)						(Noch: Tab. 20.)					
Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
I. Reg.-Bez. Königsberg.						Noch: V. Reg.-Bez. Marien- werder.					
1. Braunsberg	54 431	982,01	55	4,32	4,65	8. Löbau	59 256	971,19	61	3,11	2,81
2. Fischhausen	51 673	1 773,30	29	6,37	5,84	9. Marienwerder	67 534	958,86	70	5,72	5,55
3. Friedland	40 590	881,62	46	5,59	5,39	10. Rosenberg i. Westpr.	53 203	1 041,60	51	5,78	5,22
4. Gerdauen	33 034	846,01	39	5,23	4,68	11. Schlochau	67 289	2 139,32	31	3,35	2,97
5. Heiligenbeil	42 079	1 136,74	37	5,32	4,58	12. Schwetz	89 877	1 669,97	54	3,86	3,32
6. Heilsberg	50 963	1 095,63	47	3,76	4,15	13. Strasburg i. Westpr.	59 965	1 061,01	57	3,78	3,62
7. Königsberg i. Pr., Stadt	247 565	44,17	5 605	14,07	14,37	14. Stuhm	36 530	641,65	57	5,35	5,27
8. Königsberg i. Pr., Land	44 596	1 206,68	37	6,64	5,45	15. Thorn, Stadt	47 629	35,56	1 339	8,57	8,57
9. Labiau	49 039	1 386,66	35	4,73	3,66	16. Thorn, Land	57 606	884,32	65	5,29	4,80
10. Memel	59 867	1 088,29	55	5,28	5,78	17. Tuchel	32 927	857,81	38	3,70	3,30
11. Mohrungen	49 603	1 264,68	39	4,68	3,98	VI. Berlin, Stadt	2 033 363	63,41	32 067	32,27	32,27
12. Preußisch Eylau	47 095	1 231,59	38	4,53	4,07	VII. Reg.-Bez. Potsdam.					
13. Preußisch Holland	36 426	858,18	42	6,08	5,14	1. Angermünde	63 013	1 308,03	48	9,81	7,81
14. Rastenburg	46 425	874,19	53	5,79	5,32	2. Beeskow-Storkow	49 905	1 249,11	40	7,19	5,25
15. Wehlau	45 837	1 062,88	43	5,47	4,46	3. Berlin-Lichtenberg, Stadt	86 580	10,23	8 463	13,08	13,08
II. Reg.-Bez. Gumbinnen.						4. Berlin-Schöneberg, Stadt	174 280	9,47	18 403	29,31	29,23
1. Angerburg	34 690	925,47	37	3,94	3,47	5. Berlin-Wilmersdorf, Stadt	119 051	8,33	14 292	39,84	39,59
2. Darkehmen	30 527	759,21	40	4,90	4,03	6. Brandenburg (Havel), Stadt	53 374	78,73	678	13,13	12,94
3. Goldap	42 536	994,01	43	3,38	2,78	7. Charlottenburg, Stadt	302 552	23,44	12 908	41,08	40,44
4. Gumbinnen	50 056	728,71	69	5,10	5,00	8. Eberswalde, Stadt	26 302	27,94	941	12,60	12,53
5. Heydekrug	40 835	805,74	51	3,30	3,39	9. Jüterbog-Luckenwalde	74 804	1 326,41	56	7,87	7,84
6. Insterburg, Stadt	32 307	43,75	738	8,79	9,12	10. Niederbarnim	412 446	1 734,08	238	14,61	14,27
7. Insterburg, Land	43 773	1 159,08	38	4,68	3,47	11. Neukölln, Stadt	249 588	11,88	21 009	12,96	12,93
8. Niederung	54 010	893,82	60	4,79	4,33	12. Oberbarnim	74 322	1 185,64	63	10,96	8,89
9. Oletzko	37 224	855,24	44	3,26	3,43	13. Osthavelland	75 167	1 184,21	63	9,74	8,92
10. Pillkallen	43 658	1 061,14	41	4,68	3,80	14. Ostprignitz	66 584	1 882,83	35	8,10	7,32
11. Ragnit	53 125	1 219,79	44	4,33	3,80	15. Potsdam, Stadt	62 245	13,09	4 755	19,59	19,59
12. Stallupönen	43 507	703,36	62	6,17	6,85	16. Prenzlau	57 421	1 133,28	51	10,96	10,04
13. Tilsit, Stadt	38 794	33,71	1 151	11,28	11,71	17. Ruppin	75 461	1 772,30	43	8,97	7,53
14. Tilsit, Land	43 314	783,05	55	3,63	3,65	18. Spandau, Stadt	83 938	49,23	1 705	15,08	12,35
III. Reg.-Bez. Allenstein.						19. Teltow	466 614	1 612,50	289	23,18	22,58
1. Allenstein, Stadt	34 396	51,55	667	6,87	7,17	20. Templin	50 692	1 436,00	35	8,34	6,60
2. Allenstein, Land	54 882	1 304,71	42	2,41	1,98	21. Westhavelland	62 965	1 213,39	52	9,25	8,04
3. Johannisburg	48 606	1 682,23	29	3,41	2,68	22. Westprignitz	80 364	1 461,34	55	9,54	8,80
4. Lötzen	38 710	894,57	43	3,54	3,39	23. Zauch-Belzig	86 853	1 914,52	45	6,52	5,90
5. Lyck	54 811	1 113,99	49	3,61	3,89	VIII. Reg.-Bez. Frankfurt.					
6. Neidenburg	56 903	1 637,65	35	3,64	3,53	1. Arnswalde	39 423	1 264,36	31	7,71	5,82
7. Ortelsburg	66 972	1 703,84	39	2,77	2,60	2. Calau	91 278	998,58	91	8,77	8,33
8. Osterode i. Ostpr.	71 634	1 550,68	46	4,84	4,01	3. Cottbus, Stadt	48 738	23,53	2 071	17,43	17,40
9. Rössel	49 246	853,08	58	3,46	3,68	4. Cottbus, Land	51 481	829,33	62	4,43	3,59
10. Sensburg	48 944	1 233,76	40	2,99	2,50	5. Crossen	60 125	1 305,27	46	6,03	5,24
IV. Reg.-Bez. Danzig.						6. Forst (Lausitz), Stadt	34 211	11,38	3 006	15,59	15,51
1. Berent	55 242	1 240,03	45	2,68	2,44	7. Frankfurt a. O., Stadt	67 041	59,81	1 121	11,93	11,93
2. Danzig, Stadt	169 308	36,67	4 617	12,30	12,38	8. Friedeberg N. M.	52 181	1 101,54	47	7,06	6,05
3. Danziger Höhe	53 051	422,52	126	4,95	4,56	9. Guben, Stadt	38 685	28,54	1 355	11,12	11,04
4. Danziger Niederung	35 778	472,11	76	4,88	4,79	10. Guben, Land	43 321	1 077,68	40	5,79	7,36
5. Dirschau	42 377	467,01	91	7,25	7,32	11. Königsberg (Neumark)	91 484	1 522,36	60	8,85	7,57
6. Elbing, Stadt	58 703	12,56	4 674	10,55	10,65	12. Landsberg a. W., Stadt	40 104	46,65	860	9,81	9,76
7. Elbing, Land	37 505	616,22	61	6,59	7,52	13. Landsberg, Land	55 711	1 161,55	48	6,67	4,38
8. Karthaus	67 543	1 397,18	48	2,40	2,14	14. Lebus	89 677	1 572,03	57	10,37	8,71
9. Marienburg i. Westpr.	62 084	806,17	77	8,20	8,11	15. Lübben	33 999	1 039,05	33	5,63	4,67
10. Neustadt i. Westpr.	62 163	852,14	73	6,37	6,58	16. Luckau	72 705	1 293,34	56	7,17	6,51
11. Preußisch Stargard	66 699	1 055,06	63	3,36	3,04	17. Oststernberg	43 983	1 117,11	39	6,64	4,86
12. Putzig	26 544	582,33	46	2,81	2,60	18. Soldin	45 841	1 148,72	40	8,98	6,41
V. Reg.-Bez. Marienwerder.						19. Sorau	87 236	1 228,00	71	7,25	6,99
1. Briesen	48 241	707,89	68	4,64	4,21	20. Spremberg	34 719	310,11	112	10,60	9,93
2. Culm	47 529	725,57	66	6,00	4,79	21. Weststernberg	43 148	1 142,25	38	6,03	4,85
3. Deutsch Krone	61 496	2 153,84	29	4,96	4,14	22. Züllichau-Schwiebus	47 008	916,16	51	6,66	5,16
4. Flatow	68 820	1 530,99	45	3,92	3,41	IX. Reg.-Bez. Stettin.					
5. Graudenz, Stadt	40 136	19,87	2 020	9,86	9,86	1. Anklam	32 168	650,73	49	10,33	8,73
6. Graudenz, Land	47 728	780,41	61	5,50	4,41	2. Cammin	40 778	1 137,30	36	6,15	4,71
7. Konitz	63 006	1 417,18	44	3,93	3,78	3. Demmin	46 224	982,12	47	9,82	8,16

(Noch: Tab. 20.)						(Noch: Tab. 20.)					
Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trag die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trag die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
Noch: IX. Reg.-Bez. Stettin.						Noch: XIII. Reg.-Bez. Brom- berg.					
4. Greifenberg	39 841	765,04	52	6,66	6,23	4. Filehne	34 060	762,14	45	4,96	4,43
5. Greifenhagen	47 767	965,38	49	7,49	6,29	5. Gnesen	56 529	565,25	100	5,68	5,80
6. Naugard	53 455	1 229,07	43	6,27	5,63	6. Hohensalza	76 512	1 030,18	74	7,50	7,15
7. Pyritz	41 156	1 045,12	39	9,72	7,77	7. Kolmar in Posen	75 503	1 092,76	69	5,63	5,84
8. Randow	93 791	1 297,81	72	8,80	7,76	8. Mogilno	49 051	733,09	67	4,38	4,43
9. Regenwalde	44 384	1 187,77	37	6,94	6,02	9. Schubin	46 622	917,05	51	4,23	3,38
10. Saatzig	40 412	1 178,53	34	6,10	4,77	10. Strelno	36 112	614,55	59	7,36	5,95
11. Stargard i. Pom., Stadt	28 136	42,06	669	9,77	9,71	11. Wirsitz	68 150	1 161,57	59	4,91	4,29
12. Stettin, Stadt	241 531	79,23	3 048	15,83	15,70	12. Witkowo	28 170	588,34	48	3,56	2,63
13. Ueckermünde	56 947	832,08	68	5,83	5,04	13. Wongrowitz	50 668	1 036,06	49	4,49	3,96
14. Usedom-Wollin	55 983	689,88	81	9,42	9,20	14. Znín	38 336	740,52	52	4,98	4,74
X. Reg.-Bez. Köslin.						XIV. Reg.-Bez. Breslau.					
1. Belgard	47 456	1 132,11	42	5,32	5,14	1. Breslau, Stadt	523 104	49,11	10 652	19,42	19,51
2. Bublitz	20 552	711,27	29	3,96	3,42	2. Breslau, Land	89 780	732,94	122	9,87	8,04
3. Bütow	27 652	609,00	45	3,66	3,71	3. Brieg, Stadt	28 098	11,67	2 408	11,78	12,08
4. Dramburg	34 372	1 173,46	29	5,17	4,33	4. Brieg, Land	38 514	596,33	65	6,92	5,16
5. Kolberg-Körlin	64 063	928,84	69	6,77	7,15	5. Frankenstein	44 239	482,77	92	7,66	6,96
6. Köslin	51 223	748,89	68	7,04	6,67	6. Glatz	62 998	527,26	119	6,94	6,77
7. Lauenburg in Pommern	50 824	1 229,56	41	4,59	4,54	7. Groß Wartenberg	48 490	813,90	60	3,84	2,61
8. Neustettin	74 524	2 000,54	37	4,35	4,05	8. Guhrau	32 960	679,41	49	9,33	6,01
9. Rummelsburg	35 174	1 146,11	31	3,70	3,19	9. Habelschwerdt	56 063	791,53	71	5,16	4,81
10. Schivelbein	20 953	503,21	42	5,63	5,45	10. Militisch	45 170	932,79	48	5,58	4,05
11. Schlawe	72 216	1 586,27	46	6,04	5,65	11. Münsterberg	31 044	343,55	90	8,79	7,16
12. Stolp, Stadt	34 069	39,12	871	9,81	9,71	12. Namslau	32 269	584,20	55	6,92	4,69
13. Stolp, Land	74 893	2 228,75	34	4,38	3,29	13. Neumarkt	55 338	712,14	78	9,17	6,54
XI. Reg.-Bez. Stralsund.						14. Neurode	51 924	317,04	164	5,50	5,15
1. Franzburg	39 285	1 103,28	36	10,27	5,45	15. Nimptsch	27 111	376,40	72	9,86	6,24
2. Greifswald	60 670	962,91	63	9,85	9,03	16. Ohlau	54 446	617,53	88	6,05	5,83
3. Grimmen	34 729	959,42	36	10,31	5,74	17. Oels	65 386	900,04	73	6,99	6,15
4. Rügen	48 790	968,18	50	10,01	7,71	18. Reichenbach	68 600	362,10	189	8,46	8,14
5. Stralsund, Stadt	33 719	19,72	1 710	10,94	11,17	19. Schweidnitz, Stadt	32 159	14,88	2 161	10,00	10,39
XII. Reg.-Bez. Posen.						20. Schweidnitz, Land	70 769	576,21	123	8,63	6,82
1. Adelnau	37 048	482,68	77	2,79	2,19	21. Steinau	22 823	422,32	54	7,46	5,89
2. Birnbaum	29 136	642,37	45	4,50	3,82	22. Strehlen	35 199	344,95	102	9,01	6,90
3. Bomst	65 030	1 037,00	63	3,35	2,61	23. Striegau	44 833	299,72	150	9,65	7,65
4. Fraustadt	28 663	477,19	60	5,69	5,10	24. Trebnitz	50 851	820,21	62	7,95	5,46
5. Gostyn	48 382	600,97	81	5,64	3,52	25. Waldenburg	166 670	377,66	441	7,44	7,67
6. Grätz	36 207	429,53	84	5,25	4,35	26. Wohlau	42 892	803,48	53	6,76	4,88
7. Jarotschin	51 599	721,33	72	4,36	3,76	XV. Reg.-Bez. Liegnitz.					
8. Kempen i. Pos.	37 700	458,27	82	3,63	2,95	1. Bolkenhain	29 001	359,18	81	6,35	5,30
9. Koschmin	33 465	453,23	74	4,05	3,19	2. Bunzlau	63 331	1 044,33	61	7,86	6,90
10. Kosten	47 697	608,10	78	5,32	3,57	3. Freystadt	55 226	875,65	63	7,26	6,46
11. Krotschin	46 795	498,14	94	5,23	4,42	4. Glogau	73 768	935,97	79	10,61	9,51
12. Lissa	44 030	524,84	84	7,26	7,08	5. Goldberg-Haynau	50 051	609,40	82	7,94	6,85
13. Meseritz	53 709	1 147,42	47	4,65	4,09	6. Görlitz, Stadt	85 607	18,79	4 556	15,23	15,20
14. Neutomischel	34 907	522,83	67	4,37	3,04	7. Görlitz, Land	60 627	862,88	70	6,58	5,81
15. Obornik	55 724	1 087,98	51	5,14	3,78	8. Grünberg	58 058	860,67	67	8,45	8,18
16. Ostrowo	44 242	414,96	107	5,52	5,23	9. Hirschberg	86 999	598,55	145	9,31	9,48
17. Pleschen	37 462	482,45	78	4,46	3,52	10. Hoyerswerda	42 723	868,99	49	5,01	4,72
18. Posen, Stadt	161 926	33,92	4 774	14,48	14,48	11. Jauer	35 036	328,83	107	9,54	8,26
19. Posen Ost	48 669	663,59	73	4,26	3,88	12. Landeshut	51 888	397,30	131	5,98	6,43
20. Posen West	42 919	637,81	67	4,44	3,19	13. Lauban	69 626	518,97	134	7,18	6,81
21. Rawitsch	51 895	496,06	105	5,54	4,39	14. Liegnitz, Stadt	67 595	18,11	3 732	12,83	13,35
22. Samter	66 912	1 093,46	61	4,82	3,65	15. Liegnitz, Land	41 507	619,49	67	8,42	6,55
23. Schildberg	38 165	519,75	73	2,98	2,73	16. Löwenberg	60 734	751,32	81	6,23	6,33
24. Schmiegell	37 402	554,54	67	4,24	2,77	17. Lüben	32 173	630,63	51	8,93	5,36
25. Schrimm	57 309	927,66	62	4,21	3,22	18. Rothenburg i. Ob. Laus.	70 949	1 125,13	63	7,02	5,81
26. Schroda	49 838	796,23	63	5,04	4,21	19. Sagan	58 992	1 112,23	53	7,84	6,44
27. Schwerin a./Warthe	21 366	656,48	33	5,23	4,64	20. Schönau	25 528	348,92	73	6,59	4,97
28. Wreschen	39 301	562,06	70	5,52	4,94	21. Sprottau	37 949	730,16	52	7,16	6,06
XIII. Reg.-Bez. Bromberg.						XVI. Reg.-Bez. Oppeln.					
1. Bromberg, Stadt	59 388	13,31	4 462	13,84	13,85	1. Beuthen, Stadt	67 311	22,58	2 981	11,80	12,26
2. Bromberg, Land	96 962	1 394,15	70	4,27	3,94	2. Beuthen, Land	195 766	98,93	1 979	10,56	7,67
3. Czarnikau	41 933	812,76	52	4,70	3,97	3. Cosel	76 494	675,49	113	7,77	3,90

(Noch: Tab. 20.)						(Noch: Tab. 20.)					
Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M
Noch: XVI. Reg.-Bez. Oppeln.						XIX. Reg.-Bez. Erfurt.					
4. Falkenberg	37 019	604,39	61	5,71	3,28	1. Erfurt, Stadt	126 248	48,4	2 596	16,41	16,41
5. Gleiwitz, Stadt	67 862	27,92	2 431	10,86	11,75	2. Erfurt, Land	25 614	276,51	93	7,70	7,49
6. Groß Strehlitz	73 155	895,60	82	4,02	3,10	3. Grafschaft Hohenstein	49 804	475,78	105	9,20	8,92
7. Grottkau	38 940	519,83	75	10,53	5,91	4. Heiligenstadt	44 332	433,92	102	5,03	4,93
8. Hindenburg	160 596	119,64	1 342	8,21	7,11	5. Langensalza	38 701	418,94	92	10,23	9,08
9. Kattowitz, Stadt	43 531	4,65	9 362	15,48	15,53	6. Mühlhausen, Stadt	35 359	63,54	556	13,40	13,40
10. Kattowitz, Land	215 683	181,71	1 187	8,61	7,66	7. Mühlhausen, Land	40 204	396,13	101	4,72	4,67
11. Königshütte O. S., Stadt	74 061	6,17	12 003	7,57	8,19	8. Nordhausen, Stadt	32 248	21,72	1 485	20,22	20,17
12. Kreuzburg	51 091	553,14	92	6,02	5,09	9. Schleusingen	53 818	458,22	117	6,33	6,00
13. Leobschütz	82 865	690,81	120	5,67	5,67	10. Weißensee	24 533	291,84	84	9,12	7,59
14. Lublinitz	49 478	1 010,42	49	2,90	2,14	11. Worbis	46 311	447,21	104	5,22	4,77
15. Neisse, Stadt	30 354	20,91	1 452	8,44	8,74	12. Ziegenrück	19 005	200,18	95	5,03	4,87
16. Neisse, Land	69 345	691,19	100	5,59	5,50	XX. Reg.-Bez. Schleswig.					
17. Neustadt O. S.	97 664	798,97	122	6,20	5,46	1. Altona, Stadt	178 783	21,80	8 201	17,79	17,99
18. Oppeln, Stadt	34 451	17,75	1 941	10,03	10,25	2. Apenrade	31 956	685,24	47	8,06	8,12
19. Oppeln, Land	118 716	1 407,59	84	2,77	2,89	3. Bordesholm	41 419	660,25	63	8,63	8,16
20. Pleß	123 644	1 063,83	116	3,11	2,80	4. Eckernförde	44 915	789,86	57	10,61	8,82
21. Ratibor, Stadt	38 202	21,93	1 742	12,02	12,71	5. Eiderstedt	14 709	336,96	44	22,74	23,23
22. Ratibor, Land	121 511	836,59	145	3,84	3,02	6. Flensburg, Stadt	62 273	46,27	1 346	13,19	13,34
23. Rosenberg O. S.	50 973	898,76	57	3,07	1,99	7. Flensburg, Land	44 209	1 061,81	42	7,92	7,93
24. Rybnik	129 628	854,26	152	4,00	3,96	8. Hadersleben	63 428	1 786,62	36	8,80	9,04
25. Tarnowitz	78 901	327,59	241	8,97	4,04	9. Herzogtum Lauenburg u. Lauenburgisch. Landes- kommunalverband	53 031	1 182,46	45	11,94	8,93
26. Tost-Gleiwitz	83 165	880,09	94	3,08	2,45	10. Husum	40 957	852,80	48	11,36	11,49
XVII. Reg.-Bez. Magdeburg.						11. Kiel, Stadt	216 156	44,15	4 896	13,72	13,72
1. Aschersleben, Stadt	28 739	52,78	545	14,70	14,55	12. Neumünster, Stadt	34 101	19,51	1 748	13,78	13,91
2. Calbe	109 390	527,13	208	12,91	12,12	13. Norderdithmarschen	39 968	600,79	67	12,74	13,07
3. Gardelegen	62 807	1 303,60	48	8,06	7,55	14. Oldenburg	42 716	836,97	51	13,86	12,13
4. Grafschaft Wernigerode	35 417	278,30	127	13,74	12,27	15. Pinneberg	124 611	794,59	157	13,23	13,43
5. Halberstadt, Stadt	46 873	61,35	764	16,23	16,23	16. Plön	47 913	950,91	50	11,28	10,30
6. Halberstadt, Land	38 156	432,76	88	11,91	10,57	17. Rendsburg	72 304	1 254,94	58	7,17	7,40
7. Jerichow I	79 189	1 378,74	57	9,02	8,11	18. Schleswig	70 478	1 056,24	67	8,74	9,38
8. Jerichow II	59 614	1 378,38	43	7,15	6,14	19. Segeberg	43 354	1 157,80	37	8,63	8,11
9. Magdeburg, Stadt	282 696	108,04	2 617	19,39	19,26	20. Sonderburg	40 292	442,29	91	9,70	9,81
10. Neuhalbensleben	64 481	677,78	95	13,75	12,42	21. Steinburg	82 554	935,85	88	11,52	11,89
11. Oschersleben	55 265	499,83	111	14,42	12,85	22. Stormarn	86 108	916,41	94	9,66	9,52
12. Osterburg	42 960	1 111,00	39	9,74	8,41	23. Süderdithmarschen	52 220	761,12	69	10,78	10,25
13. Quedlinburg, Stadt	26 961	77,07	350	19,54	19,42	24. Tondern	59 183	1 813,00	33	9,84	10,30
14. Quedlinburg, Land	44 603	324,94	137	12,64	10,67	25. Wandsbek, Stadt	36 122	10,86	3 326	13,57	14,52
15. Salzwedel	57 734	1 213,20	48	8,29	7,97	XXI. Reg.-Bez. Hannover.					
16. Stendal, Stadt	27 276	36,12	755	12,17	12,17	1. Diepholz	22 749	632,93	36	5,43	6,02
17. Stendal, Land	53 569	861,54	62	8,39	7,39	2. Hameln	61 656	575,58	107	8,71	8,81
18. Wanzleben	67 813	514,07	132	15,31	13,42	3. Hannover, Stadt	305 976	99,70	3 069	21,80	22,19
19. Wolmirstedt	50 102	684,92	73	10,25	9,12	4. Hannover, Land	25 586	212,66	120	11,73	9,76
XVIII. Reg.-Bez. Merseburg.						5. Hoya	27 058	474,16	57	7,39	7,71
1. Bitterfeld	76 839	697,34	110	11,14	10,29	6. Linden vor Hann., Stadt	75 306	15,86	4 748	11,43	11,88
2. Delitzsch	75 314	756,97	99	10,86	9,75	7. Linden, Land	43 687	286,58	152	10,65	10,48
3. Eckartsberga	40 114	562,23	71	9,04	7,18	8. Neustadt a. Rbge.	32 466	581,31	56	7,02	7,38
4. Eisleben, Stadt	24 033	17,72	1 356	10,47	9,68	9. Nienburg	29 167	497,43	59	7,63	7,98
5. Halle a. S., Stadt	181 907	40,29	4 515	19,04	18,76	10. Springe	30 952	407,45	76	9,05	8,96
6. Liebenwerda	66 296	794,12	83	7,34	6,06	11. Stolzenau	29 434	628,18	47	4,84	5,09
7. Mansfelder Gebirgskreis	62 950	496,51	127	7,14	5,70	12. Sulingen	21 183	538,96	39	4,54	4,87
8. Mansfelder Seekreis	79 885	570,30	140	10,11	9,19	13. Syke	43 846	767,08	57	5,90	6,08
9. Merseburg	90 015	575,01	157	10,81	9,72	XXII. Reg.-Bez. Hildesheim.					
10. Naumburg	40 980	162,40	252	13,52	13,16	1. Alfeld	28 212	281,52	100	10,55	10,83
11. Querfurt	57 999	683,98	85	11,66	9,71	2. Duderstadt	25 474	223,97	114	5,55	5,93
12. Saalkreis	78 915	496,88	159	11,06	10,89	3. Einbeck	26 288	310,05	85	9,21	9,94
13. Sangerhausen	71 023	773,49	92	9,71	8,35	4. Goslar	51 225	429,68	119	12,69	12,61
14. Schweinitz	39 643	1 013,79	39	6,19	5,55	5. Göttingen, Stadt	34 776	26,29	1 323	18,83	19,16
15. Torgau	58 530	987,01	59	8,67	7,66	6. Göttingen, Land	32 969	480,90	69	7,25	7,45
16. Weißenfels, Stadt	33 374	18,92	1 764	12,67	12,69	7. Gronau	20 171	205,93	98	11,02	11,92
17. Weißenfels, Land	74 583	477,60	156	9,34	8,78	8. Hildesheim, Stadt	56 760	19,80	2 867	14,21	14,58
18. Wittenberg	69 979	823,88	85	8,95	8,60						
19. Zeitz, Stadt	33 911	8,05	4 213	12,24	11,92						
20. Zeitz, Land	34 775	257,74	135	9,68	8,81						

(Noch: Tab. 20.)						(Noch: Tab. 20.)					
Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegens- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegens- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw.
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
Noch: XXII. Reg.-Bez. Hildesheim.						XXVII. Reg.-Bez. Münster.					
9. Hildesheim, Land	28 264	234,31	121	10,33	10,54	1. Ahaus	55 463	683,44	81	7,59	8,09
10. Ilfeld	15 768	273,26	58	9,16	7,99	2. Beckum	66 203	686,94	96	8,73	9,17
11. Marienburg i. Hann.	36 525	480,42	76	13,59	13,09	3. Borken	70 627	649,69	109	6,45	6,96
12. Minden	26 386	328,52	80	8,92	8,89	4. Buer, Stadt	66 302	62,04	1 069	9,24	8,89
13. Northeim	31 316	399,95	78	9,31	9,66	5. Coesfeld	57 787	756,00	76	6,89	7,77
14. Osterode a. Harz	43 134	387,79	111	6,63	7,24	6. Lüdinghausen	62 100	695,53	89	7,76	7,98
15. Peine	49 034	385,74	127	12,27	12,62	7. Münster, Stadt	90 711	67,06	1 353	15,70	15,94
16. Uslar	19 968	348,89	57	7,69	6,72	8. Münster, Land	44 821	793,38	56	7,68	8,12
17. Zellerfeld	27 871	535,23	52	10,56	7,16	9. Recklinghausen, Stadt	53 914	26,52	2 033	10,87	11,00
XXIII. Reg.-Bez. Lüneburg.						10. Recklinghausen, Land	278 919	692,59	403	8,20	8,40
1. Bleckede	19 800	576,69	34	9,37	8,82	11. Steinfurt	85 966	770,58	112	8,07	8,79
2. Burgdorf	48 810	838,03	58	9,96	10,20	12. Tecklenburg	59 898	811,84	74	5,09	5,80
3. Celle, Stadt	23 987	25,56	938	12,08	12,29	13. Warendorf	32 702	559,43	58	5,93	6,40
4. Celle, Land	38 353	1 551,58	25	7,27	7,47	XXVIII. Reg.-Bez. Minden.					
5. Dannenberg	13 303	454,38	29	7,58	7,14	1. Bielefeld, Stadt	79 105	16,73	4 728	18,18	18,32
6. Fallingb.	31 145	983,18	32	7,52	7,50	2. Bielefeld, Land	75 203	257,28	292	5,02	5,94
7. Gifhorn	35 943	799,29	45	8,76	8,15	3. Büren	38 425	765,82	50	5,25	6,25
8. Harburg, Stadt	67 202	19,79	3 396	20,15	20,34	4. Halle i. W.	31 732	304,10	104	6,10	6,73
9. Harburg, Land	63 924	781,29	82	9,70	9,95	5. Herford, Stadt	32 983	25,03	1 318	10,92	11,35
10. Isenhausen	20 097	817,70	25	6,12	6,36	6. Herford, Land	96 127	413,56	232	5,56	6,10
11. Lüneburg, Stadt	29 083	749,90	39	8,63	8,15	7. Höxter	60 186	717,81	84	7,05	7,46
12. Lüneburg, Land	27 803	19,88	1 399	14,84	14,99	8. Lübbecke	53 782	564,12	95	5,43	5,99
13. Lüneburg, Land	22 674	687,91	33	7,08	7,21	9. Minden	114 789	591,22	194	7,87	7,85
14. Soltan	22 604	901,54	25	6,68	7,12	10. Paderborn	65 046	596,48	109	7,95	8,11
15. Uelzen	50 878	1 446,96	35	9,00	9,10	11. Warburg	33 226	513,41	65	7,29	7,62
16. Winsen	29 805	687,55	43	7,62	7,83	12. Wiedenbrück	63 531	499,26	127	6,93	7,43
XXIV. Reg.-Bez. Stade.						XXIX. Reg.-Bez. Arnsberg.					
1. Achim	28 638	290,72	99	7,15	7,40	1. Altena	85 779	654,73	131	11,05	10,31
2. Blumenthal	40 758	174,91	233	9,43	9,70	2. Arnsberg	64 796	677,80	96	7,45	8,41
3. Bremervörde	19 500	579,16	34	5,65	5,38	3. Bochum, Stadt	137 152	26,89	5 100	14,47	14,45
4. Geestemünde	51 378	629,35	82	11,33	11,64	4. Bochum, Land	124 128	85,59	1 450	8,83	8,94
5. Hadeln	16 604	326,15	51	11,01	11,54	5. Brilon	43 387	789,03	55	4,27	4,89
6. Jork	20 954	166,85	126	8,86	9,61	6. Dortmund, Stadt	222 460	30,78	7 227	16,51	16,73
7. Kehdingen	19 646	380,90	52	11,90	13,22	7. Dortmund, Land	224 581	242,82	925	8,77	8,88
8. Lehe	60 359	626,58	96	8,83	9,24	8. Gelsenkirchen, Stadt	171 562	30,84	5 563	10,77	10,90
9. Neuhaus a. d. O.	28 769	522,22	55	7,99	8,54	9. Gelsenkirchen, Land	146 114	47,00	3 109	8,73	8,86
10. Osterholz	31 076	478,30	65	4,65	4,92	10. Hagen (Westf.), Stadt	90 227	32,85	2 747	13,57	13,50
11. Rotenburg (Hann.)	25 165	818,73	31	5,76	5,76	11. Hagen, Land	80 109	226,54	354	10,14	10,46
12. Stade	42 164	723,26	58	6,87	7,36	12. Hamm (Westf.), Stadt	44 820	22,64	1 980	12,79	12,91
13. Verden	27 962	408,94	68	7,57	7,94	13. Hamm, Land	101 074	431,12	234	7,96	8,09
14. Zeven	17 651	661,43	27	5,87	5,97	14. Hattingen	98 540	141,17	698	8,61	8,85
XXV. Reg.-Bez. Osnabrück.						15. Herne, Stadt	58 940	17,02	3 463	11,03	11,50
1. Aschendorf	23 639	559,89	42	5,11	5,47	16. Hörde, Stadt	33 025	3,47	9 517	12,07	12,20
2. Bersenbrück	49 359	1 060,17	47	5,50	5,90	17. Hörde, Land	109 332	166,98	655	7,70	7,90
3. Grafschaft Bentheim	42 876	915,65	47	6,60	7,11	18. Iserlohn, Stadt	31 398	16,94	1 853	15,07	15,20
4. Hümmling	18 162	808,62	22	3,14	3,51	19. Iserlohn, Land	72 919	315,72	231	10,22	10,65
5. Iburg	30 680	308,40	99	5,02	5,38	20. Lippstadt	49 893	500,66	100	9,13	9,58
6. Lingen	36 916	796,48	46	4,65	5,18	21. Lüdenscheid, Stadt	32 742	9,74	3 362	14,01	14,14
7. Melle	26 819	254,04	106	6,59	6,86	22. Meschede	41 505	781,57	53	4,70	5,14
8. Meppen	25 267	827,71	31	4,53	4,71	23. Olpe	51 479	618,34	83	6,16	6,59
9. Osnabrück, Stadt	66 388	31,13	2 133	14,17	14,55	24. Schwelm	92 487	156,81	590	11,72	11,70
10. Osnabrück, Land	38 303	327,98	117	5,79	5,75	25. Siegen	116 813	647,66	180	10,37	10,65
11. Wittlage	18 293	314,10	58	5,68	6,10	26. Soest	61 650	530,72	116	9,71	10,03
XXVI. Reg.-Bez. Aurich.						27. Witten, Stadt	37 823	8,80	4 298	14,41	14,50
1. Aurich	42 903	625,13	69	4,72	5,10	28. Wittgenstein	25 761	487,44	53	4,72	4,96
2. Emden, Stadt	23 525	15,40	1 528	12,48	12,27	XXX. Reg.-Bez. Cassel.					
3. Emden, Land	23 956	350,50	68	12,67	12,70	1. Cassel, Stadt	155 683	39,19	3 973	20,15	19,82
4. Leer	56 895	687,39	83	5,76	6,18	2. Cassel, Land	48 059	383,57	125	6,67	6,11
5. Norden	36 669	394,84	93	10,79	11,56	3. Eschwege	46 566	502,89	93	8,11	6,91
6. Weener	20 655	290,21	71	11,16	11,48	4. Frankenberg	24 393	559,88	44	5,09	4,38
7. Wittmund	68 740	744,31	92	8,80	8,85	5. Fritzlar	27 407	341,09	80	7,94	7,97
						6. Fulda	63 372	613,75	103	7,94	7,42
						7. Gelnhausen	48 495	643,99	75	6,76	6,15
						8. Gersfeld	21 166	357,47	59	4,05	4,24

(Noch: Tab. 20.)						(Noch: Tab. 20.)					
Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Bezeichnung der Kreise.	Ein- wohner- zahl nach der Per- sonen- stands- auf- nahme für das Steuer- jahr 1912	Fläche nach der Haupt- über- sicht des Be- standes der Liegen- schaften am 1. April 1912 qkm	Es be- trug die Ein- woh- ner- zahl auf 1 qkm	Das den Provin- zial- steuern zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M	Das den Ge- meinde- steuern der Städte und Land- gemein- den zu- grunde liegende Prinzi- palsoll der direkten Steuern nach dem Stand vom 1. 1. 1912 auf 1 Einw. M
1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
Noch: XXX. Reg.-Bez. Cassel.						Noch: XXXIII. Reg.-Bez. Düsseldorf.					
9. Grafschaft Schaumburg.	47 870	449,47	107	7,24	6,87	14. Grevenbroich	50 798	237,57	214	9,30	9,81
10. Hanau, Stadt	38 574	15,47	2 493	21,01	20,51	15. Hamborn, Stadt	102 408	22,43	4 566	12,39	12,92
11. Hanau, Land	58 176	293,73	198	13,64	13,49	16. Kempen i./Rheinprovinz .	102 858	395,73	260	8,03	8,62
12. Herrschaft Schmalkalden	44 873	279,23	161	5,85	5,45	17. Lennep	85 633	271,60	315	9,34	9,78
13. Hersfeld	38 227	501,06	76	8,86	7,06	18. Mettmann	118 579	249,62	475	12,14	12,49
14. Hofgeismar	36 729	615,49	60	7,27	6,31	19. Mörs	136 179	564,95	241	10,01	10,32
15. Homberg	22 187	321,11	69	6,25	5,75	20. Mülheim a. d. Ruhr, Stadt	115 921	70,25	1 650	14,48	14,66
16. Hünfeld	22 521	443,56	51	5,00	4,43	21. München Gladbach, Stadt	67 046	11,97	5 601	17,58	17,79
17. Kirchhain	22 132	329,75	67	5,76	5,39	22. Neuß	72 407	280,08	259	11,86	12,18
18. Marburg	56 243	566,97	99	9,44	9,35	23. Oberhausen, Stadt	91 428	20,71	4 415	10,71	10,81
19. Melsungen	29 912	389,03	77	6,48	6,04	24. Rees	78 681	523,94	150	11,15	12,11
20. Rotenburg i. Hess.-Nass.	34 367	554,44	62	6,33	5,96	25. Remscheid, Stadt	74 194	31,64	2 345	14,95	15,13
21. Schlüchtern	30 639	462,68	66	6,91	5,51	26. Rheydt, Stadt	44 382	13,28	3 342	15,17	15,55
22. Witzenhansen	32 245	424,20	76	6,77	6,27	27. Solingen, Stadt	50 455	21,75	2 320	15,47	15,47
23. Wolfhagen	24 483	411,40	60	6,94	6,39	28. Solingen, Land	159 523	272,13	586	12,65	12,87
24. Ziegenhain	36 132	584,65	62	6,53	5,81	XXXIV. Reg.-Bez. Köln.					
XXXI. Reg.-Bez. Wiesbaden.						1. Bergheim	53 457	363,71	147	10,90	10,67
1. Biedenkopf	50 769	677,04	75	4,07	4,09	2. Bonn, Stadt	87 987	31,21	2 819	24,69	24,17
2. Dillkreis	51 747	514,74	101	6,30	7,00	3. Bonn, Land	70 316	273,86	257	13,64	13,89
3. Frankfurt a./M., Stadt	430 785	134,77	3 196	37,79	37,90	4. Köln, Stadt	559 931	117,43	4 768	21,87	22,32
4. Höchst	78 757	143,45	549	16,66	16,61	5. Köln, Land	78 908	336,41	235	12,29	12,52
5. Limburg	57 063	347,46	164	7,61	7,65	6. Euskirchen	49 520	366,50	135	10,92	11,34
6. Oberlahnkreis	41 636	391,89	106	5,69	5,83	7. Gummersbach	50 810	325,45	156	8,13	8,53
7. Obertaunuskreis	55 805	224,33	249	17,50	17,22	8. Mülheim a. Rhein, Stadt	53 746	8,82	6 094	18,56	18,50
8. Oberwesterwaldkreis . .	27 959	325,01	86	3,73	3,80	9. Mülheim a. Rhein, Land	80 446	379,40	212	8,58	8,77
9. Rheingaukreis	40 155	274,66	146	12,41	12,63	10. Rheinbach	35 159	397,40	88	7,76	7,60
10. Sankt Goarshausen . . .	45 292	376,41	120	7,39	8,03	11. Siegbach	120 940	766,24	158	8,44	8,87
11. Unterlahnkreis	46 355	395,96	117	9,02	9,10	12. Waldbrohl	28 850	300,20	96	4,12	4,80
12. Untertaunuskreis	36 385	521,63	70	5,77	5,26	13. Wipperfürth	29 370	311,59	94	5,33	6,05
13. Unterwesterwaldkreis . .	48 350	365,52	132	5,41	5,67	XXXV. Reg.-Bez. Trier.					
14. Usingen	24 391	360,87	68	3,84	4,12	1. Berncastel	49 196	667,63	74	5,39	5,83
15. Westerbürg	29 931	317,35	94	3,39	3,81	2. Bitburg	47 012	780,54	60	4,20	4,71
16. Wiesbaden, Stadt	113 725	36,07	3 153	35,88	35,62	3. Daun	30 370	609,98	50	3,69	4,21
17. Wiesbaden, Land	69 298	210,90	329	13,20	13,38	4. Merzig	55 120	421,27	131	6,55	6,92
XXXII. Reg.-Bez. Coblenz.						5. Ottweiler	124 982	306,64	408	8,38	8,62
1. Adenau	25 366	549,97	46	2,70	3,20	6. Prüm	35 720	919,38	39	3,27	3,65
2. Ahrweiler	44 921	371,37	121	9,12	9,42	7. Saarbrücken, Stadt	103 011	51,39	2 004	17,81	17,44
3. Altenkirchen	74 139	637,60	116	7,06	6,16	8. Saarbrücken, Land	163 371	334,88	488	8,88	8,68
4. Coblenz, Stadt	58 571	34,39	1 703	20,59	19,71	9. Saarlouis	35 432	454,16	78	5,23	5,74
5. Coblenz, Land	63 853	240,66	265	7,16	7,51	10. Saarlouis	115 694	440,72	263	8,40	8,38
6. Cochem	41 115	502,85	82	5,26	5,60	11. Sankt Wendel	57 540	537,25	107	4,55	5,14
7. Kreuznach	83 117	557,27	149	10,05	10,34	12. Trier, Stadt	50 018	7,86	6 364	13,07	12,97
8. Mayen	79 388	576,53	138	7,38	7,83	13. Trier, Land	96 759	1 011,04	96	4,35	4,78
9. Meisenheim	14 209	176,32	81	6,20	7,03	14. Wittlich	44 164	641,72	69	5,05	5,50
10. Neuwied	93 538	621,08	151	8,32	8,65	XXXVI. Reg.-Bez. Aachen.					
11. Sankt Goar	42 096	465,42	90	6,62	7,13	1. Aachen, Stadt	155 635	50,62	3 075	20,88	20,91
12. Simmern	35 956	570,79	63	4,73	5,40	2. Aachen, Land	152 222	318,98	477	9,45	10,06
13. Wetzlar	62 983	531,54	118	7,10	7,91	3. Düren	103 463	563,48	184	13,85	13,89
14. Zell	33 824	371,89	91	6,45	6,93	4. Erkelenz	39 192	289,04	136	6,92	7,44
XXXIII. Reg.-Bez. Düsseldorf.						5. Eupen	26 699	175,91	152	10,23	10,97
1. Barmen, Stadt	171 417	21,71	7 896	17,74	17,97	6. Geilenkirchen	29 656	196,96	151	6,05	6,61
2. Cleve	71 845	508,14	141	11,19	11,57	7. Heinsberg	40 598	243,48	167	6,79	7,41
3. Crefeld, Stadt	128 044	47,52	2 695	19,35	19,70	8. Jülich	45 593	318,48	143	9,06	9,26
4. Crefeld, Land	42 807	138,52	309	14,39	13,88	9. Malmédy	33 504	813,19	41	6,47	6,81
5. Dinslaken	81 906	272,54	301	8,89	8,98	10. Montjoie	19 488	361,60	54	4,68	5,41
6. Duisburg, Stadt	234 877	70,73	3 321	15,01	13,57	11. Schleiden	46 114	823,97	56	4,56	5,02
7. Düsseldorf, Stadt	369 576	111,53	3 313	23,60	23,45	XXXVII. Reg.-Bez. Sig- maringen.					
8. Düsseldorf, Land	94 190	312,79	301	12,06	12,25	1. Gamertingen	13 370	328,71	41	6,46	6,45
9. Elberfeld, Stadt	172 355	31,34	5 500	21,81	22,17	2. Haigerloch	12 107	135,75	89	5,45	6,02
10. Essen, Stadt	299 994	38,76	7 740	18,35	17,92	3. Hechingen	23 226	236,34	98	7,16	7,30
11. Essen, Land	282 057	175,33	1 609	13,62	13,67	4. Sigmaringen	23 293	441,43	53	8,79	8,81
12. Geldern	61 120	543,40	112	6,88	7,36						
13. Gladbach	123 473	215,05	574	7,42	7,95						

Der Ertrag der direkten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den Städten und Landgemeinden der preußischen Landkreise.

(Tab. 21.)		Es be- trug die An- zahl der Land- kreise	Bei . . . Landkreisen betrug die direkten Steuern in den Städten						Bei . . . Landkreisen betrug die direkten Steuern in den Landgemeinden						Bei . . . Landkreisen betrug die direkten Steuern in den Städten und Landgemeinden					
Regierungs- bezirke.	mehr als					nicht mehr als 50 000	mehr als					nicht mehr als 50 000	mehr als							
	1 Mill.		500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000		50 000 bis 100 000	1 Mill.	500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000		50 000 bis 100 000	1 Mill.	500 000 bis 1 Mill.	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000		
	M		M	M	M		M	M	M	M	M		M	M	M	M	M	M		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19		
1. Königsberg . . .	1) 14	—	1	1	9	2	—	—	—	3	10	1	—	—	3	10	1	—		
2. Gumbinnen . . .	2) 12	—	—	1	3	3	1	—	—	7	5	—	—	—	1	10	1	—		
3. Allenstein . . .	9	—	—	1	7	—	1	—	—	1	8	—	—	—	1	8	—	—		
4. Danzig	3) 10	—	1	3	1	—	2	—	2	5	3	—	—	1	4	4	1	—		
5. Marienwerder . .	15	—	—	5	8	2	—	—	—	10	5	—	—	—	5	9	1	—		
6. Potsdam	14	1	7	5	1	—	—	2	1	7	4	—	—	6	6	2	—	—		
7. Frankfurt	1) 17	—	4	4	7	—	1	—	1	6	8	2	—	3	4	9	1	—		
8. Stettin	12	—	—	6	5	1	—	—	1	1	8	2	—	1	2	8	1	—		
9. Köslin	1) 12	—	1	4	4	2	—	—	—	—	5	5	2	—	3	4	5	—		
10. Stralsund	4	—	1	—	2	1	—	—	—	1	—	3	—	—	1	2	1	—		
11. Posen	27	—	—	1	17	7	2	—	—	—	3	17	7	—	—	6	21	—		
12. Bromberg	13	—	2	2	7	1	1	—	—	1	4	8	—	—	3	3	6	1		
13. Breslau	1) 23	—	1	3	14	2	2	1	3	6	12	1	—	1	4	14	4	—		
14. Liegnitz	19	—	3	5	5	3	3	—	2	6	10	1	—	2	8	6	3	—		
15. Oppeln	4) 19	—	2	4	6	4	1	3	4	7	5	—	—	4	8	4	3	—		
16. Magdeburg	14	1	2	4	5	1	1	—	7	6	1	—	—	5	9	—	—	—		
17. Merseburg	1) 16	—	6	2	7	—	—	1	2	10	3	—	—	4	9	3	—	—		
18. Erfurt	1) 9	—	—	3	2	—	3	—	—	3	4	2	—	—	3	3	3	—		
19. Schleswig	1) 20	2	1	7	8	—	1	2	10	8	—	—	—	10	8	2	—	—		
20. Hannover	4) 11	—	1	1	3	3	1	—	2	5	4	—	—	1	2	6	2	—		
21. Hildesheim	1) 15	—	—	7	3	2	2	—	3	5	6	—	1	2	5	7	1	—		
22. Lüneburg	3) 13	—	—	2	3	3	—	1	2	8	2	—	—	1	4	7	1	—		
23. Stade	4) 14	—	2	1	2	3	4	—	1	7	6	—	—	2	2	8	2	—		
24. Osnabrück	3) 10	—	—	1	3	2	1	—	—	5	5	—	—	—	2	5	3	—		
25. Aurich	1) 6	—	1	1	2	1	—	—	—	4	2	—	—	1	2	3	—	—		
26. Münster	10	—	3	2	4	—	1	2	5	3	—	—	—	6	3	1	—	—		
27. Minden	1) 10	1	2	2	3	1	—	1	3	6	—	—	—	4	4	2	—	—		
28. Arnberg	1) 18	3	8	2	3	1	—	9	5	2	2	—	—	13	2	3	—	—		
29. Cassel	1) 22	—	1	3	5	9	3	—	1	5	14	2	—	—	6	7	9	—		
30. Wiesbaden	15	—	3	5	2	2	3	—	2	8	5	—	—	3	5	4	3	—		
31. Coblenz	3) 13	1	2	2	3	2	—	1	5	1	6	—	—	4	3	3	3	—		
32. Düsseldorf	15	6	5	2	2	—	—	7	5	2	1	—	—	12	3	—	—	—		
33. Köln	2) 10	—	2	2	2	1	—	4	2	4	—	—	—	5	2	3	—	—		
34. Trier	3) 12	—	—	1	5	2	1	4	—	8	—	—	—	4	3	5	—	—		
35. Aachen	10	2	—	1	3	3	1	2	1	4	3	—	—	2	4	3	1	—		
36. Sigmaringen . . .	4) 4	—	—	—	1	1	—	—	—	—	4	—	—	—	—	2	2	—		
Zusammen	6) 487	17	62	96	167	65	36	40	70	165	158	44	10	97	134	176	79	1		

1) darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — 2) desgl. 4 Landkreise. — 3) desgl. 3. — 4) desgl. 2. — 5) desgl. 5. — 6) desgl. 44.

1) darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — 2) desgl. 4 Landkreise. — 3) desgl. 3. — 4) desgl. 2. — 5) desgl. 44.

Dieser Abhandlung sind zwei Karten beigegeben, von denen die eine die Steuerkraft der preußischen Kreise im Rechnungsjahre 1911 im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsdichtigkeit, die andere die Steuerkraft der kreisweise zusammengefaßten Städte und Landgemeinden und deren Belastung durch Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 darstellt. Während bei der ersten Karte nicht nur die Stadt- und Landgemeinden, sondern auch die Gutsbezirke berücksichtigt sind, bezieht sich die zweite nur auf die beiden erstgenannten Gemeindearten. Die ziffermäßigen Unterlagen für die erste Karte sind durch eine besondere Erhebung bei den Provinzial- usw. Verbänden festgestellt worden, deren Ergebnisse die ersten fünf Spalten der auf den Seiten 194 fg. abgedruckten Tabelle 20 enthalten; die der zweiten Karte zugrunde liegenden Zahlen entstammen der Tabelle 17. In Spalte 6 der Tabelle 20 ist die Anzahl der Steuerstärken für die kreisweise zusammengefaßten Städte und Landgemeinden den in der Spalte 5 dieser Tabelle nachgewiesenen Steuerstärken jedes Kreises, d. h. unter Ein-schluß der Gutsbezirke, vergleichend gegenübergestellt.

Die erste Karte, die die Steuerkraft sämtlicher Stadt- und Landkreise zur Darstellung bringt, läßt zwei große, in sich geschlossene, Gebiete erkennen, in denen die kommunale Steuerkraft der Landkreise nur gering gewesen ist; die Anzahl der Steuerstärken betrug bei ihnen nicht mehr als 7. Das eine der beiden Gebiete wird im Osten von Rußland, im Norden von der Ostsee umschlossen, während es im Westen und Süden von den nachfolgend aufgeführten Landkreisen sowie von den Ländern Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien begrenzt wird: Cammin, Naugard, Saatzig, Dramburg, Deutsch Krone, Filehne, Birnbaum, Schwerin a./Warthe, Landsberg, Oststernberg, Weststernberg, Guben, Lübben, Cottbus, Crossen, Züllichau-Schwiebus, Bomst, Fraustadt, Schmiegel, Kosten, Gostyn, Rawitsch, Militsch, Wohlau, Groß Wartenberg, Oels, Ohlau, Brieg, Falkenberg, Neisse, Habelschwerdt, Glatz und Neufode. Innerhalb dieses Länderkomplexes bildeten, abgesehen von den Stadtkreisen, nur folgende Landkreise Ausnahmen von der Regel: Marienburg i. Westpr., Dirschau, Köslin, Hohensalza, Strelno, Cosel, Tarnowitz, Hindenburg, Beuthen

Die Belastungsziffern der direkten Steuern in den Städten, Landgemeinden und sämtlichen Gemeinden der preussischen Landkreise im Rechnungsjahre 1911.

(Tab. 22.)		Es betrug die Anzahl der Landkreise		Bei . . . Landkreisen betragen die Belastungsziffern der direkten Steuern in den Städten					Bei . . . Landkreisen betragen die Belastungsziffern der direkten Steuern in den Landgemeinden					Bei . . . Landkreisen betragen die Belastungsziffern der direkten Steuern in den Städten und Landgemeinden					
Regierungsbezirke.		bis einschließl. 1	mehr als				3	bis einschließl. 1	mehr als				3	bis einschließl. 1	mehr als				3
			1 bis einschließl. 1,50	1,50 bis einschließl. 2	2 bis einschließl. 2,50	2,50 bis einschließl. 3			1 bis einschließl. 1,50	1,50 bis einschließl. 2	2 bis einschließl. 2,50	2,50 bis einschließl. 3			1 bis einschließl. 1,50	1,50 bis einschließl. 2	2 bis einschließl. 2,50	2,50 bis einschließl. 3	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Königsberg . . .	¹⁾ 14	—	—	—	7	6	—	—	—	1	11	2	—	—	—	1	10	3	—
2. Gumbinnen . . .	²⁾ 12	—	—	1	3	3	1	—	—	2	8	2	—	—	—	2	6	4	—
3. Allenstein . . .	9	—	—	2	5	2	—	—	—	—	1	8	—	—	—	—	3	6	—
4. Danzig	³⁾ 10	—	—	1	1	3	2	—	—	—	2	7	1	—	—	1	2	6	1
5. Marienwerder . .	15	—	—	1	9	4	1	—	—	—	8	6	1	—	—	—	9	6	—
6. Potsdam	14	—	—	10	3	1	—	—	4	9	1	—	—	—	1	11	1	1	—
7. Frankfurt	¹⁾ 17	—	1	9	6	—	—	1	10	5	1	—	—	—	4	12	1	—	—
8. Stettin	12	—	1	6	4	1	—	—	6	6	—	—	—	—	3	8	1	—	—
9. Köslin	¹⁾ 12	—	—	4	5	2	—	—	2	6	4	—	—	—	—	6	6	—	—
10. Stralsund	4	—	—	—	4	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	3	1	—	—
11. Posen	27	—	6	17	4	—	—	3	22	2	—	—	—	—	15	12	—	—	—
12. Bromberg	13	—	1	6	5	1	—	3	7	3	—	—	—	—	3	7	3	—	—
13. Breslau	¹⁾ 23	1	3	17	1	—	—	—	4	18	1	—	—	—	4	18	1	—	—
14. Liegnitz	19	—	5	13	1	—	—	—	8	11	—	—	—	—	8	11	—	—	—
15. Oppeln	⁴⁾ 19	—	1	4	9	3	—	—	—	4	11	4	—	—	—	2	15	2	—
16. Magdeburg	14	—	2	9	3	—	—	—	7	5	2	—	—	—	4	7	3	—	—
17. Merseburg	¹⁾ 16	—	1	14	—	—	—	1	13	2	—	—	—	—	9	7	—	—	—
18. Erfurt	¹⁾ 9	—	2	6	—	—	—	2	5	2	—	—	—	1	3	5	—	—	—
19. Schleswig	¹⁾ 20	—	1	3	14	1	—	—	2	11	7	—	—	—	2	11	7	—	—
20. Hannover	⁴⁾ 11	—	—	5	4	—	—	—	—	8	3	—	—	—	—	9	2	—	—
21. Hildesheim	¹⁾ 15	—	—	6	8	—	—	—	5	9	1	—	—	—	2	11	2	—	—
22. Lüneburg	⁵⁾ 13	—	—	5	3	—	—	—	—	10	3	—	—	—	—	8	5	—	—
23. Stade	⁴⁾ 14	—	2	5	5	—	—	—	3	6	2	3	—	—	2	7	4	1	—
24. Osnabrück	³⁾ 10	—	—	3	4	—	—	—	—	10	—	—	—	—	9	1	—	—	—
25. Aurich	¹⁾ 6	—	1	1	2	1	—	1	3	2	—	—	—	1	2	2	1	—	—
26. Münster	10	—	—	2	8	—	—	—	—	1	6	3	—	—	—	1	8	1	—
27. Minden	¹⁾ 10	—	1	5	3	—	—	—	1	7	1	—	—	—	—	2	8	—	—
28. Arnberg	¹⁾ 18	—	1	5	8	3	—	—	—	2	8	7	1	—	—	4	7	7	—
29. Cassel	¹⁾ 22	4	7	9	1	—	—	2	8	10	2	—	—	1	8	12	1	—	—
30. Wiesbaden	15	—	6	8	1	—	—	—	10	4	1	—	—	—	7	7	1	—	—
31. Coblenz	²⁾ 13	—	1	7	2	—	—	1	5	2	4	1	—	—	5	5	2	1	—
32. Düsseldorf	15	—	1	5	9	—	—	—	2	10	2	1	—	—	2	8	4	1	—
33. Cöln	³⁾ 10	—	3	1	3	—	—	—	1	6	—	3	—	—	2	4	2	2	—
34. Trier	³⁾ 12	—	2	2	3	2	—	—	1	5	2	3	1	—	—	7	1	3	1
35. Aachen	10	—	1	5	4	—	—	—	1	8	1	—	—	—	—	9	1	—	—
36. Sigmaringen	⁴⁾ 4	—	1	1	—	—	—	—	1	3	—	—	—	—	1	3	—	—	—
Staat	⁶⁾ 487	5	51	198	152	33	4	14	132	187	99	51	4	3	87	232	119	44	2

¹⁾ darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — ²⁾ desgl. 4 Landkreise. — ³⁾ desgl. 3. — ⁴⁾ desgl. 2. — ⁵⁾ desgl. 5. — ⁶⁾ desgl. 44.

¹⁾ darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — ²⁾ desgl. 4 Landkreise. — ³⁾ desgl. 3. — ⁴⁾ desgl. 2. — ⁵⁾ desgl. 5. — ⁶⁾ desgl. 44.

und Kattowitz. Ein zweites Gebiet mit Landkreisen von geringer steuerlicher Leistungsfähigkeit umfaßt einen in sich abgeschlossenen Komplex von 6 Kreisen, nämlich Stade, Bremervörde, Osterholz, Zeven, Rotenburg (Hann.) im Regierungsbezirke Stade sowie Soltau im Regierungsbezirke Lüneburg. Es setzt sich sodann im Regierungsbezirke Hannover fort und umfaßt hier die Kreise Syke, Diepholz, Sulingen und Stolzenau. Es folgen im Mindener Regierungsbezirke die Landkreise Lübbecke, Herford, Bielefeld, Wiedenbrück und Büren, ferner sämtliche Landkreise des Regierungsbezirkes Osnabrück mit den sich nördlich anschließenden Kreisen Leer und Aurich. Weiter gehören die an den Osnabrücker Bezirk angrenzenden Kreise Tecklenburg und Warenburg aus dem Regierungsbezirke Münster sowie die im selben Bezirke gelegenen Kreise Coesfeld und Borken dazu. An den Kreis Büren schließt sich südlich der zum Regierungsbezirke Arnberg gehörige Kreis Brilon und weiter im selben Bezirke noch Meschede, Wittgenstein und Olpe an. Auch der an Olpe an-

grenzende Kreis Waldbrohl im Regierungsbezirk Cöln gehört zu dieser Gruppe, ebenso noch ein zweiter Kreis dieses Bezirkes, Wipperfurth. Nach Süden sich fortsetzend, umfaßt das Gebiet im Regierungsbezirke Wiesbaden die Kreise Biedenkopf, Dillkreis, Ober- und Unterwesterwaldkreis, Westerbürg, Oberlahnkreis, Usingen und den Untertaunuskreis; östlich folgt das Gebiet des Regierungsbezirkes Cassel, mit Ausnahme der Kreise Hofgeismar, Fritzlar, Marburg Land, Hanau Land, Fulda, Hersfeld und Eschwege, weiter 5 Landkreise des Regierungsbezirkes Erfurt, nämlich Schleusingen, Ziegenrück, Mühlhausen, Heiligenstadt sowie Worbis und die sich nördlich anschließenden Kreise des Regierungsbezirkes Hildesheim Duderstadt und Osterode a. Harz. Westlich des Rheins setzt sich das Gebiet im Regierungsbezirke Coblenz fort in den Kreisen St. Goar, Simmern, Meisenheim, Zell, Cochem sowie Adenau, und es umfaßt ferner den ganzen Regierungsbezirk Trier mit Ausnahme seiner südlichsten Landkreise Saarlouis, Ottweiler und Saarbrücken. Hieran schließen sich noch aus dem Regierungs-

Der Ertrag der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 in den Städten und Landgemeinden der preußischen Landkreise.

(Tab. 23.) Regierungs- bezirke.	Es be- trag die An- zahl der Land- kreise	Bei . . . Landkreisen betrugen die indirekten Steuern in den Städten					Bei . . . Landkreisen betrugen die indirekten Steuern in den Landgemeinden										Bei . . . Landkreisen betrugen die indirekten Steuern in den Städten und Landgemeinden								
		mehr als				nicht mehr als	mehr als										nicht mehr als	mehr als							nicht mehr als
		100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000	25 000 bis 50 000	10 000 bis 25 000	als 10 000	250 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000	25 000 bis 50 000	10 000 bis 25 000	5 000 bis 10 000	2 500 bis 5 000	1 000 bis 2 500	als 1 000	500 000	250 000 bis 500 000	100 000 bis 250 000	50 000 bis 100 000	25 000 bis 50 000	10 000 bis 25 000	als 10 000			
		M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23			
1. Königsberg . . .	¹⁾ 14	—	—	4	7	2	—	—	—	1	2	5	3	1	2	—	—	—	1	7	6	—	—		
2. Gumbinnen . . .	²⁾ 12	—	—	1	2	5	—	—	—	1	2	2	3	3	1	—	—	—	—	2	7	3	—		
3. Allenstein	9	—	—	1	7	1	—	—	—	—	3	3	1	1	1	—	—	—	—	5	3	1	—		
4. Danzig	³⁾ 10	1	—	2	2	2	—	—	1	—	2	2	—	3	2	—	—	1	2	1	2	4	—		
5. Marienwerder . .	15	—	—	2	10	3	—	—	—	2	4	3	3	1	2	—	—	—	—	8	6	1	—		
6. Potsdam	14	1	6	5	2	—	2	1	—	2	4	2	1	1	1	2	—	1	7	3	1	—	—		
7. Frankfurt	¹⁾ 17	—	1	5	7	3	—	—	—	2	5	2	3	1	4	—	—	—	4	3	8	2	—		
8. Stettin	12	—	1	1	6	4	—	—	1	1	1	1	—	1	7	—	—	—	2	1	6	3	—		
9. Köslin	¹⁾ 12	—	—	3	5	3	—	—	—	—	1	—	2	3	6	—	—	—	—	3	5	4	—		
10. Stralsund	4	—	—	1	1	2	—	—	—	—	1	—	1	1	1	—	—	—	—	2	2	—	—		
11. Posen	27	—	—	3	9	15	—	—	—	—	1	—	5	9	12	—	—	—	—	4	12	11	—		
12. Bromberg	13	—	1	2	6	4	—	—	—	1	2	1	—	3	6	—	—	1	—	3	7	2	—		
13. Breslau	¹⁾ 23	—	1	2	10	9	—	1	1	2	6	4	2	5	2	—	—	1	3	7	9	3	—		
14. Liegnitz	19	—	1	5	8	8	—	—	3	3	8	3	2	—	—	—	—	1	4	8	6	—	—		
15. Oppeln	⁴⁾ 19	—	—	3	8	6	—	3	—	2	5	3	3	3	—	—	—	3	2	6	7	1	—		
16. Magdeburg	14	1	1	4	5	3	—	—	1	3	5	5	—	—	—	—	—	1	5	7	1	—	—		
17. Merseburg	¹⁾ 16	—	4	2	9	—	—	—	3	4	6	2	—	—	1	—	—	—	9	5	2	—	—		
18. Erfurt	¹⁾ 9	—	—	1	4	3	—	—	—	3	4	2	—	—	—	—	—	—	1	4	4	—	—		
19. Schleswig	¹⁾ 20	—	3	2	11	3	2	—	2	6	4	2	3	1	—	—	2	2	4	6	5	1	—		
20. Hannover	⁴⁾ 11	—	1	1	2	5	—	—	—	1	3	4	—	2	1	—	—	—	1	2	6	2	—		
21. Hildesheim	¹⁾ 15	—	—	3	5	6	—	—	—	—	5	4	5	1	—	—	—	—	2	3	7	3	—		
22. Lüneburg	⁵⁾ 13	—	—	1	1	6	—	1	—	—	4	3	2	3	—	—	—	1	—	2	4	6	—		
23. Stade	⁴⁾ 14	—	—	3	1	8	—	—	—	—	5	3	2	2	2	—	—	—	1	2	6	5	—		
24. Osnabrück	³⁾ 10	—	—	—	1	6	—	—	—	—	1	1	2	4	2	—	—	—	—	3	7	—	—		
25. Aurich	¹⁾ 6	—	1	1	1	2	—	—	—	2	—	—	3	1	—	—	—	—	2	2	1	1	—		
26. Münster	10	—	1	2	4	3	1	—	1	6	2	—	—	—	—	—	—	1	4	3	1	—	—		
27. Minden	¹⁾ 10	1	1	1	2	4	—	—	—	3	1	3	1	2	—	—	—	1	2	2	3	2	—		
28. Arnberg	¹⁾ 18	1	2	9	2	3	1	4	4	3	3	—	2	1	—	—	2	8	2	4	1	1	—		
29. Cassel	¹⁾ 22	—	2	6	8	5	—	1	1	6	12	1	1	—	—	—	—	2	7	9	4	—	—		
30. Wiesbaden	15	1	2	3	3	6	—	1	1	2	2	3	5	1	—	—	—	3	1	4	3	4	—		
31. Coblenz	³⁾ 13	—	1	2	5	2	—	—	3	2	1	5	2	—	—	—	—	4	—	3	3	3	—		
32. Düsseldorf	15	4	5	3	2	1	2	3	6	3	1	—	—	—	—	—	4	7	4	—	—	—	—		
33. Cöln	³⁾ 10	—	2	2	1	2	—	4	1	1	4	—	—	—	—	—	—	4	2	1	3	—	—		
34. Trier	³⁾ 12	—	—	1	2	6	—	3	1	1	2	5	—	—	—	—	—	3	1	2	4	2	—		
35. Aachen	10	—	1	1	1	7	—	—	1	2	3	2	2	—	—	—	—	2	—	2	5	1	—		
36. Sigmaringen . . .	⁴⁾ 4	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	2	1	—	—	—	—	—	1	—	3	—		
Zusammen . . .	⁶⁾ 487	10	38	88	158	149	8	22	31	65	116	76	61	55	53	2	9	47	73	127	153	76	—		

¹⁾ darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — ²⁾ desgl. 4 Landkreise. — ³⁾ desgl. 3. — ⁴⁾ desgl. 2. — ⁵⁾ desgl. 5. — ⁶⁾ desgl. 44.

1) darunter 1 Landkreis, in dem Städte nicht vorhanden sind. — 2) desgl. 4 Landkreise. — 3) desgl. 3. — 4) desgl. 2. — 5) desgl. 5. — 6) desgl. 44.

bezirke Aachen die Kreise Malmedy, Schleiden, Montjoie, Geilenkirchen, Heinsberg und Erkelenz, endlich auch noch der Kreis Geldern im Regierungsbezirke Düsseldorf.

Außer diesen beiden geschlossenen Gruppen kommen noch einige einzelne Landkreise mit geringer steuerlicher Leistungsfähigkeit in Gebieten vor, die sich im allgemeinen durch eine größere Steuerkraft auszeichnen. Hier sind zu nennen die Landkreise Isenhagen, Zauch-Belzig, Schweinitz, Hoyerswerda, Görlitz, Löwenberg, Schönau, Bolkenhain, Landeshut sowie Haigerloch und Gammertingen.

In allen übrigen Landkreisen sowie in sämtlichen Stadtkreisen, mit alleiniger Ausnahme von Allenstein, betrug die Anzahl der Steuerstärken ihrer Gemeindeeinheiten mindestens 7. Zwischen 10 und 15 SS wiesen 49 Stadtkreise und die nachstehend einzeln aufgeführten 76 Landkreise auf:

im Reg.-Bez. Potsdam: Prenzlau (10,98), Niederbarnim (14,61), Oberbarnim (10,96);
 „ „ „ Frankfurt: Lebus (10,37), Spremberg (10,60);
 „ „ „ Stettin: Anklam (10,38);

im Reg.-Bez. Stralsund: Grimmen (10,31), Franzburg (10,37),
 Rügen (10,01);
 „ „ „ Liegnitz: Glogau (10,61);
 „ „ „ Oppeln: Grottkau (10,38), Beuthen (10,56);
 „ „ „ Magdeburg: Wolmirstedt (10,25), Neuhaldensleben (13,78), Oschersleben (14,42), Halberstadt (11,91), Grafschaft Wernigerode (13,74), Quedlinburg (12,64), Calbe (12,91);
 „ „ „ Merseburg: Saalkreis (11,06), Mansfelder Seekreis (10,11), Merseburg (10,61), Querfurt (11,66), Naumburg (13,52), Bitterfeld (11,14), Delitzsch (10,66);
 „ „ „ Erfurt: Langensalza (10,28);
 „ „ „ Schleswig: Eckernförde (10,61), Plön (11,38), Oldenburg (13,86), Husum (11,86), Norddithmarschen (12,74), Süderdithmarschen (10,78), Steinburg (11,52), Pinneberg (13,23), Herzogtum Lauenburg (11,94);
 „ „ „ Hannover: Hannover (11,73), Linden (10,66);
 „ „ „ Hildesheim: Peine (12,27), Hildesheim (10,38), Gronau (11,02), Marienburg i. Hann. (13,59), Alfeld (10,66), Goslar (12,69), Zellerfeld (10,56);

im Reg.-Bez. Stade: Kehdingen (11,90), Hadeln (11,01), Geestemünde (11,33);
 „ „ „ Aurich: Norden (10,79), Emden (12,67), Weener (11,16);
 „ „ „ Arnsberg: Hagen (10,14), Schwelm (11,72), Iserlohn (10,22), Altena (11,05), Siegen (10,37);
 „ „ „ Cassel: Hanau (13,64);
 „ „ „ Wiesbaden: Wiesbaden (13,20), Rheingaukreis (12,41);
 „ „ „ Coblenz: Kreuznach (10,05);
 „ „ „ Düsseldorf: Solingen (12,65), Düsseldorf (12,06), Mettmann (12,14), Essen (13,62), Neuß (11,86), Crefeld (14,39), Mörs (10,01), Cleve (11,19), Rees (11,15);
 „ „ „ Köln: Bonn (13,64), Euskirchen (10,92), Bergheim (10,90), Köln (12,29);
 „ „ „ Aachen: Düren (13,85), Eupen (10,23).

Mehr als 15 SS besaßen 43 Stadtkreise sowie die folgenden 5 Landkreise: Teltow (23,13), Wanzleben (15,31), Eiderstedt (22,74), Obertaunuskreis (17,50) und Höchst (16,66).

Noch eine bemerkenswerte Tatsache läßt die Karte erkennen, daß nämlich keineswegs nur die dichtbevölkerten Kreise besonders steuerkräftig gewesen sind. Wenn dies auch in vielen Fällen zutrifft, wie namentlich bei der Mehrzahl der Stadtkreise und bei den Landkreisen in Industriegebieten, so gab es andererseits auch eine erhebliche Anzahl von vorwiegend landwirtschaftlichen Kreisen, deren Steuerkraft jenen Industriekreisen nicht nachstand. (Vergl. Reg.-Bez. Stralsund, Schleswig, Aurich).

Die zweite Karte, in der die Steuerkraft der Städte und Landgemeinden jedes Kreises und ihre Belastung durch Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 dargestellt ist, zeigt von der ersten Karte insofern eine grundsätzliche Abweichung, als hier nicht die ganze Steuerkraft der Kreise zum Ausdruck kommt, da der auf die Gutsbezirke entfallende Teil der staatlich veranlagten direkten Steuern unberücksichtigt geblieben ist. Dies bewirkt, daß in einigen Landkreisen, in denen ein beträchtlicher Teil der staatlich veranlagten direkten Steuern auf die Gutsbezirke entfällt, wie z. B. im Regierungsbezirke Stralsund, sich die Steuerkraft gegenüber der in der ersten Karte nachgewiesenen erheblich verringert. Ein weiterer grundsätzlicher Unterschied zwischen beiden Karten liegt auch darin, daß in der ersten die auf die Einkommen von nicht mehr als 900 M entfallenden Steuerbeträge bei der Berechnung der Steuerkraft soweit berücksichtigt worden sind, als sie zur Kreis- bzw. Provinzialsteuer herangezogen wurden, während in der zweiten Karte diese kleinen Einkommen Berücksichtigung gefunden haben, soweit sie zur Gemeindesteuer herangezogen wurden. Dadurch erklären sich auch die zwischen beiden Karten hervortretenden Abweichungen hinsichtlich der Steuerkraft einiger Stadtkreise und solcher Landkreise, die, wie z. B. Geldern, Heinsberg und Erkelenz, keine Gutsbezirke besitzen. Auf die mehr oder weniger großen Unterschiede zwischen der steuerlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise bei und ohne Berücksichtigung der Gutsbezirke soll hier nicht weiter eingegangen werden; sie sind aus den Spalten 5 und 6 der Tabelle 20 ersichtlich. Bezüglich der Belastung der Städte und Landgemeinden innerhalb der einzelnen Kreise läßt die zweite Karte folgendes erkennen:

Wenn man die Kreise, deren Städte und Landgemeinden eine durchschnittliche Belastungsziffer von mehr als 2 aufweisen, zu den hochbelasteten Gebieten rechnet, so lassen sich deren in Preußen mehrere unterscheiden. Ein erstes großes Gebiet umfaßt die Provinz Ostpreußen, mit Ausnahme der Kreise Stallupönen und Dinkelmann, die ganze Provinz Westpreußen und aus dem benachbarten Regierungsbezirke Bromberg die Kreise Hohensalza, Stadt Bromberg, Wirsitz, Kolmar in Posen

und Czarnikau; weiter aus dem Regierungsbezirke Köslin die Kreise Lauenburg in Pommern, Stadt Stolp, Bütow, Rummelsburg, Neustettin, Dramburg, Belgard, Kolberg-Körlin sowie den letzterem benachbarten Kreis Greifenberg aus dem Regierungsbezirke Stettin und die diesem gleichfalls angehörigen Stadtkreise Stettin und Stargard i. Pom. sowie die Kreise Ueckermünde und Anklam, endlich aus dem Regierungsbezirke Stralsund die Kreise Greifswald, Rügen, Stadt Stralsund und Franzburg. Ein zweiter kleinerer Komplex mit hochbelasteten Gemeinden umfaßt den Regierungsbezirk Oppeln, mit Ausnahme der Kreise Grottkau und Neisse Land. Ein drittes großes zusammenhängendes Gebiet beginnt beim Kreise Westprignitz im Regierungsbezirke Potsdam. Ihm schließen sich an die Kreise Osterburg, Stendal Stadt und Land, Gardelegen, Salzwedel im Regierungsbezirke Magdeburg, Isenhagen, Gifhorn, Burgdorf, Celle Stadt und Land, Soltau, Harburg Land im Regierungsbezirke Lüneburg sowie der Kreis Stade, und weiter nach Norden der ganze Regierungsbezirk Schleswig, mit Ausnahme der Kreise Herzogtum Lauenburg, Segeberg, Oldenburg, Plön, Eckernförde, Sonderburg sowie Eiderstedt. Nach Westen, anschließend an den Kreis Burgdorf, setzt sich das Gebiet der hochbelasteten Gemeinden fort in den Kreisen Neustadt a. Rhge., Nienburg, Sulingen, Syke im Regierungsbezirke Hannover; es umfaßt ferner den Regierungsbezirk Minden, abgesehen von den Kreisen Höxter und Warburg, weiter Iburg, Osnabrück Stadt und Land, Bersenbrück im Regierungsbezirke Osnabrück, sodann den ganzen Regierungsbezirk Münster außer dem gleichnamigen Stadtkreise, ebenso den Regierungsbezirk Arnsberg außer Brilon, weiter den diesem benachbarten Kreis Biedenkopf im Regierungsbezirke Wiesbaden. Ebenso umfaßt es noch den Regierungsbezirk Düsseldorf mit alleiniger Ausnahme des gleichnamigen Stadt- und Landkreises sowie der Kreise Crefeld Land, Grevenbroich und Cleve. Aus dem Regierungsbezirke Köln gehören dazu die Kreise Wipperfurth, Mülheim a. Rhein Stadt und Land, Gummersbach und Waldbröl, aus dem Regierungsbezirke Coblenz Altenkirchen, Neuwied, Coblenz Land, Mayen, Ahrweiler, Adenau und Kreuznach, aus dem Regierungsbezirke Aachen Schleiden, Eupen, Aachen Stadt und Geilenkirchen, endlich noch der ganze Regierungsbezirk Trier, mit Ausnahme von Wittlich, Berncastel und Merzig.

Außer diesen drei größeren zusammenhängenden Gebieten gibt es noch einige kleinere Komplexe sowie Einzelkreise, die sich durch eine hohe Belastung ihrer Gemeinden auszeichnen. So im Regierungsbezirke Potsdam die Kreise Eberswalde, Niederbarnim, Osthavelland, Spandau und Jüterbog-Luckenwalde, desgleichen im Regierungsbezirke Frankfurt die Stadtkreise Landsberg a. W., Frankfurt a. O., Guben, Cottbus, Forst (Lausitz) und der Landkreis Lübben; weiter der Stadtkreis Posen und der Landkreis Grätz im Regierungsbezirke Posen, Groß Wartenberg, Stadt Schweidnitz und Landkreis Waldenburg im Regierungsbezirke Breslau, Hoyerswerda im Regierungsbezirke Liegnitz. Weiter gehören hierher die sächsischen Stadtkreise Magdeburg, Aschersleben, Eisleben, Halle a. S., Naumburg, Zeitz sowie Mühlhausen. Ein zusammenhängender kleinerer Komplex umfaßt den Kreis Worbis im Regierungsbezirke Erfurt, sodann Duderstadt, Göttingen Stadt und Land, Münden, Uslar, Einbeck und Osterode a. Harz im Regierungsbezirk Hildesheim. Ihnen schließt sich noch Hameln im Regierungsbezirke Hannover an. Endlich gehören noch zur Gruppe der Kreise mit hochbelasteten Gemeinden im Regierungsbezirke Cassel die Landkreise Fulda, Gersfeld, Herrschaft Schmalkalden und Eschwege und im Regierungsbezirke Aurich die Kreise Leer und Aschendorf.

2. Die direkten Gemeindesteuern.

Das Aufkommen aus direkten Gemeindesteuern

betrug bei	8 Stadtkreisen	über 10 Mill. \mathcal{M} ,
"	16 "	" 5 bis 10 Mill. \mathcal{M} ,
"	15 "	" 2 1/2 " 5 " "
"	38 "	" 1 " 2 1/2 " "
"	29 "	nicht mehr als 1 Mill. \mathcal{M} .

Die höchsten Erträge erzielten nächst Berlin (85,06 Mill.) Frankfurt a./M., Köln und Breslau mit 22,64, 20,15 und 18,53 Mill. \mathcal{M} . Dann folgten mit Beträgen von 14,75, 13,43, 11,35, 10,15 Mill. \mathcal{M} Charlottenburg, Düsseldorf, Essen und Magdeburg. Zu den 16 der zweiten Gruppe angehörigen Stadtkreisen gehörten die übrigen Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern, mit Ausnahme von Neukölln, und 10 Großstädte mit einer zwischen 100 000 und 200 000 schwankenden Bevölkerungsziffer. Die sonstigen Städte dieser Größe, wie auch Neukölln, gehörten der dritten Gruppe von Stadtkreisen an, deren Aufkommen an direkten Gemeindesteuern zwischen 2 1/2 und 5 Mill. \mathcal{M} betrug. Es waren dies Crefeld (4,77), Cassel (4,62), Wiesbaden (4,59), Neukölln (4,34), Bochum (4,21), Mülheim a. d. Ruhr (3,58), Erfurt (3,51), Saarbrücken (3,45) und Hamborn (2,86 Mill.). Von den übrigen Stadtkreisen dieser dritten Gruppe — es kamen Bielefeld, Hagen (Westfalen), München Gladbach, Oberhausen, Remscheid und Bonn in Betracht — wies München Gladbach mit 67 046 die niedrigste Bevölkerungsziffer auf. Von den Stadtkreisen mit einem Aufkommen an direkten Steuern von nicht mehr als 1 Million \mathcal{M} besaßen nur drei eine Bevölkerung von mehr als 40 000, nämlich Landsberg a. W., Graudenz und Thorn. Die niedrigsten Erträge wiesen mit rund 561 000, 549 000, 539 000, 535 000, 525 000, 521 000 und 472 000 \mathcal{M} Emden, Stargard i. Pom., Celle, Neisse, Allenstein, Eisleben und Brieg auf. Mit Ausnahme von Allenstein und Neisse betrug die Bevölkerung dieser Stadtkreise noch nicht 30 000 Köpfe; Eisleben, Celle und Emden waren die drei Stadtkreise mit der niedrigsten Bevölkerungsziffer überhaupt.

Aus der Tabelle 17 auf den Seiten 184 bis 188 ist die Belastung der Stadtkreise durch ihre direkten Steuern ersichtlich. Es sind wieder, wie für die gesamten Gemeindesteuern, der auf 1 Einwohner entfallende Betrag und die sich durch Division der Steuerstärken in diesen Kopfbetrag ergebende Belastungsziffer angegeben. Von den durch eine besonders hohe Anzahl von Steuerstärken (mindestens 19) ausgezeichneten Stadtkreisen wies nur Elberfeld (2,09) eine Belastungsziffer von über 2 auf. Die kleinsten Belastungsziffern zeigten mit 1,13, 1,18, 1,20, 1,21 Wiesbaden, B.-Schöneberg, B.-Wilmsdorf und Charlottenburg. Dann folgten mit 1,28, 1,30, 1,34, 1,34, 1,39, 1,41, 1,41, 1,45, 1,47 und 1,50 Coblenz, Berlin, Potsdam, Neukölln, Brieg, Frankfurt a./M., Hannover, B.-Lichtenberg, Bonn und Cassel. Während bei den anderen genannten Stadtkreisen ihrer niedrigen Belastungsziffer eine hohe Zahl von Steuerstärken entsprach, war dies bei Neukölln, B.-Lichtenberg und Brieg nicht der Fall; ihre Steuerkraft kann im Verhältnis zu der der übrigen Stadtkreise nur als eine mittlere bezeichnet werden. Im ganzen waren 49 Stadtkreise (46,33 %) vorhanden, deren Belastungsziffer nicht mehr als 2 und nur einer (Buer), bei dem sie mehr als 3 betrug. Von den 44 Stadtkreisen mit mindestens 15 Steuerstärken zeigten 13 eine Belastungsziffer von über 2; am höchsten war sie mit 2,14 und 2,33 bei Kattowitz und Remscheid. Von den 51 Stadtkreisen mit einer mittleren Steuerkraft (10 bis ausschl. 15 Steuerstärken) erreichten 15 noch nicht die Belastungsziffer 2; sie schwankte zwischen 1,97, 1,96, 1,95, 1,94, 1,91 bei Schweidnitz, Bromberg, Hildesheim, Emden und Guben einerseits sowie 1,56, 1,45, 1,39, 1,34 bei Liegnitz, B.-Lichtenberg, Brieg und Neukölln andererseits. Von den

11 Stadtkreisen mit einer verhältnismäßig niedrigen Steuerkraft (weniger als 10 Steuerstärken) ging nur Landsberg a. W. (1,93) nicht über die Belastungsziffer 2 hinaus; sein Kopfbetrag an direkten Gemeindesteuern war mit 18,86 \mathcal{M} auch verhältnismäßig niedrig.

In der Tabelle 21 auf Seite 199 sind die in den Städten und Landgemeinden der Landkreise im Rechnungsjahre 1911 aufgekomenen direkten Gemeindesteuern regierungsbezirksweise nach Steuerertragsgruppen geschieden.

Danach betrugen die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 bei . . . Landkreisen

in den	1 Mill. \mathcal{M}	mehr als				nicht mehr als
		500 000 bis 1 Mill. \mathcal{M}	250 000 bis 500 000 \mathcal{M}	100 000 bis 250 000 \mathcal{M}	50 000 bis 100 000 \mathcal{M}	50 000 \mathcal{M}
Städten	{ a. überh. 17	62	96	167	65	36
	{ b. v. H. 3,84	14,00	21,67	37,70	14,67	8,13
Landgemeinden	{ a. überh. 40	70	165	158	44	10
	{ b. v. H. 8,21	14,37	33,88	32,44	9,03	2,05
Städten u. Landgemeind.	{ a. überh. 97	134	176	79	1	—
	{ b. v. H. 19,92	27,52	36,14	16,22	0,21	—

Bei den Angaben für die Städte ist zu berücksichtigen, daß es 44 Landkreise ohne Städte gab, die bei der Auszählung außer Betracht geblieben sind. Bei rund 1/4 der Landkreise betrug nach obiger Auszählung das Aufkommen der direkten Gemeindesteuern in den Städten und Landgemeinden zusammen mehr als 1 Mill. \mathcal{M} ; bei 40 von ihnen erreichte schon das Aufkommen ihrer Landgemeinden und bei 17 das ihrer Stadtgemeinden allein diese Summe. Die höchsten Erträge wiesen mit 15,69 und 11,53 Mill. \mathcal{M} die Vorortkreise Teltow und Niederbarnim, demnächst mit 7,79, 6,44 und 5,54 Mill. \mathcal{M} die Industriekreise Essen, Recklinghausen und Dortmund auf. Die Summe von 2 1/2 Millionen \mathcal{M} überschritten ferner noch 14 industrielle Kreise, nämlich Kattowitz (3,21), Beuthen (2,97), Hindenburg (2,76) im Regierungsbezirk Oppeln, Pinneberg (2,97) im Regierungsbezirk Schleswig, Gelsenkirchen (3,32), Siegen (2,82), Bochum (2,80) im Regierungsbezirk Arnsberg, Solingen (3,85), Mettmann (2,96) und Mörs (2,95) im Regierungsbezirk Düsseldorf, Saarbrücken (3,88) und Ottweiler (3,00) im Regierungsbezirk Trier, endlich Aachen (2,56) und Düren (2,56 Mill. \mathcal{M}) im Regierungsbezirk Aachen. In folgenden 8 Industriekreisen betrug der Steuerertrag auch noch zwischen 2 1/2 und 2 Mill. \mathcal{M} : Breslau, Calbe, Hagen, Hamm, Hattingen, Hörde, Schwelm und Gladbach. In 70 Landkreisen schwankte das Aufkommen der direkten Gemeindesteuern zwischen 1 und 2 Millionen \mathcal{M} . Während bei 62 von den Landkreisen, die einen Steuerertrag von mehr als 1 Million \mathcal{M} erzielten, das Aufkommen der Landgemeinden das der Städte übertraf, war es bei 35 umgekehrt. Von letzteren gehörten 7 dem Regierungsbezirk Düsseldorf, je 3 den Regierungsbezirken Potsdam, Magdeburg und Wiesbaden, je 2 den Bezirken Frankfurt, Merseburg, Stade, Münster, Minden, je 1 den Regierungsbezirken Liegnitz, Oppeln, Schleswig, Hannover, Aurich, Arnsberg, Coblenz, Köln und Aachen an. Von den 17 Landkreisen, deren Städte mindestens die Summe von 1 Million \mathcal{M} aus den direkten Gemeindesteuern gewannen, entfielen auf den Regierungsbezirk Düsseldorf folgende 6: Solingen (2,47), Mettmann (1,78), Lennep (1,69), Gladbach (1,40), Rees (1,33) und Neuß (1,05), desgleichen auf den Regierungsbezirk Arnsberg 3, nämlich Hagen (1,31), Siegen (1,20) und Schwelm (1,19). Ferner waren der Regierungsbezirk Schleswig mit den Kreisen Pinneberg (1,04) und Steinburg (1,04), desgleichen der Regierungsbezirk Aachen mit den Kreisen Düren (1,42) und Aachen (1,16), endlich die Regierungsbezirke Potsdam, Magdeburg, Minden und Coblenz mit den Kreisen Teltow (1,23), Calbe (1,68), Minden (1,03) und Kreuznach (1,11 Mill. \mathcal{M}) vertreten.

Während es nur einen Landkreis (Witkowo) gab, bei dem der Ertrag der direkten Gemeindesteuern zusammen noch nicht die Summe von 100 000 \mathcal{M} ergab, erreichte das Aufkommen aus diesen Steuern bei den Landgemeinden in 54 und bei den Städten in 101 Landkreisen diesen Betrag noch nicht, ungerechnet der 44 Kreise ohne Städte. Die niedrigsten Erträge erzielten die Landgemeinden in den posenschen Kreisen Neutomischel (48 963), Lissa (48 696), Schwerin a./Warthe (47 781), Koschmin (41 525), Birnbaum (41 072), Pleschen (38 747) und Grätz (35 150), ferner in den pommerschen Kreisen Bublitz (43 736) und Rummelsburg (36 900) sowie im hannoverschen Kreise Zellerfeld (38 723 \mathcal{M}). Von den 36 Landkreisen, deren Städte ebenfalls noch nicht einen Ertrag von 50 000 \mathcal{M} aus ihren direkten Steuern erzielten, besaßen 30 nur eine Stadt.

In 10 Kreisen blieb der städtische Steuerertrag noch hinter der Summe von 30 000 \mathcal{M} zurück, und am geringsten war er mit 19 862, 19 235, 16 312, 13 871, 12 970, 12 673 \mathcal{M} bei Liegnitz, Hanau, Hünfeld, Westerbürg, Posen West und Iburg.

Die Belastung der einzelnen Landkreise durch die direkten Gemeindesteuern ist aus den Spalten 5 und 6 der Tabelle 17 zu ersehen, und die auf Seite 200 abgedruckte Tabelle 22 enthält die auf 6 Belastungsgruppen verteilten Belastungsziffern der Städte, der Landgemeinden und der Gemeinden überhaupt in den regierungsbezirksweise zusammengefaßten Landkreisen. Von einer Besprechung der sich aus den beiden Tabellen ergebenden Belastungsziffern, wie sie für die entsprechenden Angaben der Gemeindesteuern überhaupt auf den Seiten 190 bis 193 erfolgt ist, wird aus Raumrücksichten abgesehen. Daß sich die Belastung der Landkreise durch die direkten Gemeindesteuern günstiger gestalten muß als durch sämtliche Gemeindesteuern, ist selbstverständlich. Jedoch ist der Grad der Verringerung in der Belastung durch direkte Steuern gegen die durch Gemeindesteuern überhaupt bei den Städten und Landgemeinden sowohl in den einzelnen Kreisen als auch für deren Gesamtheit ein durchaus nicht gleichmäßiger. Für sämtliche Städte sowie für sämtliche Landgemeinden und die Gemeinden überhaupt ergeben sich folgende Unterschiede:

	Es betrug die Belastungsziffer					
	sämtlicher direkten Gemeindesteuern	der direkten Gemeindesteuern	sämtlicher direkten Gemeindesteuern	der direkten Gemeindesteuern	sämtlicher direkten Gemeindesteuern	der direkten Gemeindesteuern
	bei ... v. H. der Landkreise in den Städten	bei ... v. H. der Landkreise in den Landgemeinden	bei ... v. H. der Landkreise in den Städten	bei ... v. H. der Landkreise in den Landgemeinden	bei ... v. H. der Landkreise in den Städten und Landgemeinden zusammen	bei ... v. H. der Landkreise in den Städten und Landgemeinden zusammen
I. bis 1,50	7,45	12,64	24,23	29,98	11,09	18,48
II. mehr als 1,50—2	33,86	44,70	36,96	38,40	43,12	47,64
III. „ „ 2—2,50	41,53	34,31	25,67	20,33	32,03	24,44
IV. „ „ 2,50 . .	17,16	8,85	13,14	11,29	13,76	9,45

Danach war der auf die vorstehend bezeichneten 4 Belastungsgruppen entfallende Prozentsatz der Landkreise bei den direkten Gemeindesteuern höher (+) oder niedriger (—) als bei den Gemeindesteuern überhaupt

in Gruppe	in den Städten	in den Landgemeinden	in den Städten und Landgemeinden zusammen
	um %	um %	um %
I. (bis 1,50)	+ 69,66	+ 23,73	+ 66,64
II. (mehr als 1,50 bis 2) .	+ 32,01	+ 3,90	+ 10,48
III. (mehr als 2 bis 2,50) .	— 17,39	— 20,80	— 23,70
IV. (mehr als 2,50)	— 51,34	— 14,08	— 31,32

Bei den Städten zeigt sich also ein ganz wesentlich günstigeres Bild von der Belastung, wenn man nur die direkten Gemeindesteuern in Betracht zieht, während bei den Landgemeinden, in denen die indirekten und überwiesenen Steuern

finanziell eine erheblich geringere Rolle als in den Städten spielen, die Belastung bei bloßer Berücksichtigung der direkten Steuern zwar auch in günstigerem Lichte erscheint als bei Zugrundelegung der Gesamtsteuern, jedoch in geringerem Grade als bei den Städten und auch bei den Gemeinden überhaupt.

3. Die indirekten Gemeindesteuern.

Die indirekten Steuern ergaben nur bei 12 Stadtkreisen einen Ertrag von mindestens 1 Mill. \mathcal{M} . Berlin stand wieder weitaus an der Spitze mit einer Summe von 7,72 Mill. \mathcal{M} . Dann folgten Frankfurt a./M., Cöln und Düsseldorf mit 2,84, 2,72 und 2,09 \mathcal{M} . Von den übrigen, hierher gehörigen Stadtkreisen wurde ein Ertrag von 2 Mill. \mathcal{M} noch nicht erreicht. Es handelte sich um die Großstädte Breslau, Charlottenburg, Essen, Hannover, B.-Wilmsdorf, Königsmberg i. Pr., Neukölln und Kiel, deren Steuererträge sich zwischen 1,84 und 1,00 Mill. \mathcal{M} bewegten. Von den übrigen 94 Stadtkreisen erzielten aus den indirekten Steuern

17 Stadtkreise mehr als 500 000 — 1 Mill. \mathcal{M} ,
10 „ „ „ 250 000 — 500 000 \mathcal{M} ,
32 „ „ „ 100 000 — 250 000 „ „,
29 „ „ „ 50 000 — 100 000 „ „,
6 „ „ nicht mehr als 50 000 \mathcal{M} .

Zur Gruppe mit Erträgen zwischen einer halben und vollen Million \mathcal{M} gehörten, außer Spandau, nur Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Mit Ausnahme von folgenden 5 waren sämtliche Großstädte in den beiden ersten Gruppen vertreten: Posen, Bochum, Crefeld, Mülheim a. d. Ruhr und Hamm. Die Stadtkreise mit den niedrigsten Erträgen waren Hörde (41 698), Eisleben (43 863), Weißenfels (45 770), Brieg (46 830), Neisse (47 462) und Quedlinburg (49 646 \mathcal{M}). Es folgten mit einem zwischen 50 000 und 60 000 \mathcal{M} schwankenden Aufkommen Herford, Eberswalde, Landsberg a. W., Lüneburg, Guben, Stendal und Stargard i. Pom.

Bei 9 Stadtkreisen machte das Aufkommen aus ihren indirekten Steuern noch über 5 \mathcal{M} auf den Kopf der Bevölkerung aus. Den weitaus höchsten Kopfbetrag wies B.-Wilmsdorf mit 10,59 \mathcal{M} auf. An zweiter Stelle stand Wiesbaden mit 8,05 \mathcal{M} . Dann folgten Göttingen, Spandau und Frankfurt a./M. mit 7,72, 6,70, 6,88, weiter Düsseldorf, Charlottenburg, Essen und B.-Lichtenberg mit 5,84, 5,59, 5,50 und 5,19 \mathcal{M} .

Die Kopfbelastung betrug ferner

bei 16 Stadtkreisen über 4 bis 5 \mathcal{M} ,
„ 24 „ „ 3 „ 4 „ „
„ 37 „ „ 2 „ 3 „ „
„ 20 „ „ 1 „ 2 „ „

In den drei ersten Gruppen, die die Stadtkreise mit Kopfbeträgen von über 3 \mathcal{M} enthalten, waren sämtliche Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern vertreten, mit Ausnahme von Danzig (2,96), Stettin (2,50), Posen (2,44) und Hamm (2,43 \mathcal{M}). Ferner gehörten diesen Gruppen 13 (von 31) Städte mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern und 7 noch kleinere Städte an; bei letzteren handelte es sich um die Stadtkreise Hamm (Westf.), Kattowitz, Wandsbek, Lüdenscheid, Göttingen, Celle und Emden. Von sämtlichen Stadtkreisen zeigten die niedrigsten Kopfbeträge an indirekten Steuern mit 1,26, 1,36, 1,37, 1,39 \mathcal{M} Hörde, Königshütte O. S., Weißenfels und Landsberg a. W. Bei allen übrigen Stadtkreisen machten sie mehr als 1,50 \mathcal{M} aus.

In der auf Seite 201 abgedruckten Tabelle 23 sind die in den Städten und Landgemeinden der Landkreise aufgetretenen indirekten Gemeindesteuern regierungsbezirks-

weise nach Ertragsgruppen unterschieden. Danach betrugen die indirekten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 bei . . . Landkreisen

in den	250 000 M	100 000 bis 250 000	mehr als 50 000 bis 100 000	25 000 bis 50 000	10 000 bis 25 000	nicht mehr als 10 000
		M	M	M	M	M
Städten	a. überh.	—	10	38	88	158
	b. v. H.	—	2,26	8,58	19,36	35,67
Landgemeinden	a. überh.	8	22	31	65	116
	b. v. H.	1,64	4,52	6,37	13,25	23,82
Städten u. Landgemeind.	a. überh.	11	47	73	127	153
	b. v. H.	2,26	9,65	14,99	26,08	31,42

Während, wie wir sahen, in sämtlichen Stadtkreisen der Ertrag der indirekten Gemeindesteuern weit über die Summe von 1 Million \mathcal{M} hinausging, gab es im Berichtsjahre nur zwei Landkreise, deren Gemeinden diesen Betrag erreichten, während alle übrigen noch nicht die Hälfte dieser Summe aus ihren indirekten Steuern erzielten. In den beiden Nachbarkreisen der Reichshauptstadt, in Teltow und Niederbarnim, betrug der von den Gemeinden aufgebrauchte Betrag an indirekten Steuern 2,95 und 2,48 Mill. \mathcal{M} ; den Löwenanteil dieser Summen brachten mit 2,82 sowie 2,39 Mill. \mathcal{M} die Landgemeinden dieser Kreise auf. Nur in 9 anderen, vorwiegend industriellen, Landkreisen wurde ein entsprechender Ertrag von mehr als einer Viertelmillion \mathcal{M} erzielt. Das höchste Aufkommen zeigten von ihnen die Kreise Essen und Recklingshausen mit rund 474 000 und 469 000 \mathcal{M} , dann folgten mit 420 000, 384 000, 340 000, 323 000, 322 000 \mathcal{M} Pinneberg, Mörs, Dortmund, Solingen und Stormarn, endlich mit 276 000 und 262 000 \mathcal{M} Gelsenkirchen sowie Neuß. Beim letztgenannten Kreise und beim Landkreise Solingen war das Aufkommen der Städte höher als das der Landgemeinden, sonst war es umgekehrt. Aus dem Vorstehenden und aus den Zahlen der Tabelle 23 geht deutlich hervor, daß die indirekten Steuern bei den Gemeinden der Landkreise nur eine recht untergeordnete Rolle für die Deckung ihres Finanzbedarfs spielen. Ganz besonders gilt dies aber für eine Reihe von Landkreisen namentlich der östlichen Provinzen und hier besonders von den Landgemeinden. Während es nur 9 Landkreise gab, deren Städte aus den indirekten Steuern noch nicht die Summe von 1 000 \mathcal{M} erzielten, — bei sieben von ihnen kam auch nur je eine Kleinstadt in Frage — waren nicht weniger als 53 Landkreise vorhanden, deren Landgemeinden zusammen auch noch nicht einen Steuerertrag von 1 000 \mathcal{M} erreichten. Von diesen 53 Landkreisen entfielen 12 auf den Regierungsbezirk Posen, 7 auf den Regierungsbezirk Stettin, je 6 auf den Kösliner und Bromberger Bezirk, 4 auf den Regierungsbezirk Frankfurt, je 2 auf die Bezirke Königsberg, Danzig, Marienwerder, Breslau, Stade und Osnabrück, je 1 auf den Regierungsbezirk Gumbinnen, Allenstein, Potsdam, Stralsund, Merseburg und Hannover. In den Landkreisen Saatzig, Rummelsburg und Krotoschin hatten die Landgemeinden überhaupt keine Einnahmen aus indirekten Steuern, in den Kreisen Allenstein (19), Friedland (28), Schwerin a./Warthe (45), Hohensalza (55), Züllichau-Schwiebus (70), Hümmling (71), Lauenburg in Pommern (73) und Schmiegel (80) betrugen sie noch nicht 100 \mathcal{M} . Die Kreise mit dem geringsten städtischen Ertrage aus indirekten Steuern waren Iburg (180), Westerburg (412), Neuhaus a. d. O. (485 \mathcal{M}), Hanau (645), Zeven (678), Fallingb. (777), Quedlinburg (786), Hoya (792) und Witkowo (873 \mathcal{M}).

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergaben die indirekten Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden in den Landkreisen im allgemeinen nur geringe Beträge. Bloß in 21 Landkreisen betrug die Kopfbelastung für

Städte und Landgemeinden zusammen mindestens 2 \mathcal{M} und bei folgenden 6 von ihnen noch über 3 \mathcal{M} : Obertaunuskreis (3,11), Pinneberg (3,28), Neuß (3,64), Stormarn (3,98), Niederbarnim (5,52) und Teltow (6,49 \mathcal{M}). Bis auf den Obertaunuskreis und die Landkreise Neustadt i. Westpr., Höchst und Neuß wurde in den Kreisen mit einer durchschnittlichen Kopfbelastung ihrer Gemeinden durch indirekte Steuern in Höhe von mindestens 2 \mathcal{M} dieser Betrag auch schon von den Landgemeinden erreicht oder übertroffen. In 5 Landkreisen betrug die entsprechende Belastung der Landgemeinden sogar noch mehr als 3 \mathcal{M} , nämlich in Solingen (3,19), Pinneberg (3,96), Stormarn (4,07), Niederbarnim (5,68) und Teltow (6,97 \mathcal{M}). Bei den Städten kam eine Kopfbelastung von 2 \mathcal{M} und darüber schon häufiger vor. Es waren immerhin 75 Landkreise (= 16,93 %) mit Kopfbeträgen in dieser Höhe vorhanden, und bei 16 von ihnen überstieg die Belastung auf den Kopf noch den Betrag von 3 \mathcal{M} . Die höchsten Kopfbeträge zeigten mit 5,32 und 5,25 \mathcal{M} die Landkreise Dinslaken und Neuß, bei denen nur je eine Stadt in Frage kam; es folgten mit 4,77, 4,27, 3,91, 3,75, 3,68, 3,62 \mathcal{M} die Landkreise Gelsenkirchen, Obertaunuskreis, Neustadt i. Westpr., Wiesbaden, Herrschaft Schmalkalden und Hersfeld. Die übrigen zu dieser Gruppe gehörigen Landkreise waren Euskirchen (3,45), Hattingen (3,29), Höchst (3,24), Fulda (3,23), Marburg (3,17), Niederbarnim (3,09), Minden (3,07) und Flensburg (3,04 \mathcal{M}). Die Höhe der Kopfbeträge an indirekten Steuern in den Städten und Landgemeinden der einzelnen Kreise ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

Bei . . . Landkreisen betrugen die auf 1 Einwohner entfallenden indirekten Steuern

	in den Städten	in den Land- gemeinden	in den Städten und Land- gemeinden
über 3 \mathcal{M}	16	5	6
„ 2 bis 3 \mathcal{M}	59	13	15
„ 1 „ 2 „	262	52	101
„ 1/2 „ 1 „	84	109	177
nicht mehr als 1/2 \mathcal{M} . . .	22	308	188.

Schlußbemerkungen.

Die Aufbereitungsarbeiten der preußischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 haben unter dem durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Arbeitskräften sehr zu leiden gehabt. Wenn die statistische Zentralstelle auch die rein mechanischen Arbeiten z. T. durch eingestellte weibliche Hilfskräfte ausführen lassen konnte, so ist der Mangel an geschultem männlichen Personal bei der Prüfung des von den Gemeinden eingeforderten Zahlenmaterials nicht auszugleichen gewesen. Dazu kam, daß die gleichfalls unter Mangel an Arbeitskräften leidenden Gemeinden die gestellten Rückfragen, obwohl sie auf ein Mindestmaß beschränkt wurden, meist erst nach längerer Zeit und wiederholter Mahnung beantworteten. Die Folge war und ist ein nur langsames Fortschreiten der Aufbereitung der Statistik. An der schon vor Ausbruch des Krieges begonnenen Art ihrer Veröffentlichung nach Provinzen mußte festgehalten werden, da die ganzen Aufbereitungsarbeiten darauf eingestellt waren. Umso mehr aber erwies es sich als notwendig, die wichtigsten Erhebungsergebnisse für die Gesamtheit der Gemeinden schon vor Beendigung der Prüfungsarbeiten zusammenstellen zu lassen und als vorläufige Ergebnisse zu veröffentlichen. Eine Reihe solcher Veröffentlichungen liegen bereits vor. Außer der hier veröffentlichten und den beiden zu Anfang dieser Abhandlung erwähnten Arbeiten, die in der „Zeitschrift“ erschienen sind, ist noch die Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ vom 2. Dezember 1913 zu nennen, in der bald

nach Eingang des gesamten Zahlenstoffes ein vorläufiges Erhebungsergebnis aus dem ungeprüften Urmaterial über die Summe der direkten und indirekten Steuern sowie über die langfristigen Schulden sämtlicher Städte und Landgemeinden, die provinzweise nach Größengruppen gegliedert waren, veröffentlicht worden ist. Sodann enthält der XIII. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs für den Preußischen Staat“ eine Nachweisung der Ist-Einnahmen und -Ausgaben für jede mehr als 10 000 Einwohner zählende Stadt und Landgemeinde im Rechnungsjahre 1911, wobei allerdings mit Rücksicht auf den beschränkten Raum die Einnahmequellen und Ausgabezwecke stark zusammengezogen werden mußten. An gleicher Stelle findet sich eine entsprechende Nachweisung für die Gesamtheit der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden innerhalb der einzelnen Provinzen, für die Städte des ganzen Staatsgebietes außerdem auch nach Größengruppen. Derselbe Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs“ enthält ferner eine Nachweisung über die laufenden Nettokosten der einzelnen Städte mit mehr als 2 000 Einwohnern und der Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern für höhere, mittlere und Volks-

schulen, desgleichen für die, regierungsbezirksweise und nach Gemeindegrößenklassen zusammengefaßten, sämtlichen Städte und die mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden eine Nachweisung der laufenden Nettokosten für die Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege. Alle diese, der Haushaltsstatistik der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1911 entstammenden, Angaben im „Statistischen Jahrbuch“ lassen die kleinen Landgemeinden unberücksichtigt und geben daher noch kein erschöpfendes Bild vom Gesamtbedarfe der preußischen Gemeinden und den ihnen zu seiner Deckung zur Verfügung stehenden Mitteln. Da seit dem Rechnungsjahre 1883/84 keine auf den Gemeindehaushalt bezüglichen amtlichen Zahlen für die Gesamtheit der Städte und Landgemeinden Preußens mehr vorliegen, erscheint ihre Zusammenstellung und Bekanntgabe dringend erforderlich. Daher ist als nächste Fortsetzung dieser Veröffentlichungen von Teilergebnissen der Gemeindefinanzstatistik für 1911 die Aufstellung einer Tabelle in Aussicht genommen, die kreisweise die hauptsächlichsten Ausgaben und Einnahmen sämtlicher Städte und Landgemeinden zur Darstellung bringen soll.

Über Lohnstatistik.

Von

Dr. Rudolf Meerwarth,

Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin und Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts.

Umfangreiche statistische Erhebungen über die Löhne der gewerblichen Arbeiter sind in den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika erst in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts vorgenommen worden. Man hatte sich bei den ersten Erhebungen nicht nur das Problem gestellt, die Löhne der Lohnarbeiter zu erfassen, sondern wollte überhaupt die Lage der Arbeiter darstellen, wollte im besonderen die Frage lösen, ob sich die Lage im Laufe der Jahre verbessert oder verschlechtert hat. Da die materielle Lage des einzelnen Arbeiters einerseits durch den Lohn, den er vom Arbeitgeber in Form von Geld oder von Geld und Naturalien erhält, andererseits durch die Menge der Güter des Lebensbedarfs, die er mit dem Geldlohn erwerben kann, bestimmt wird, so war für den Statistiker eine doppelte Aufgabe gegeben. Er mußte, um die Lage der Arbeiterschaft darzustellen, einmal die Höhe des verdienten Lohns, zum andern die sogenannte Kaufkraft des Geldlohns erfassen. Es galt mit anderen Worten die Höhe des Nominallohns und die Höhe des Reallohns darzustellen.

Die folgende Untersuchung ist lediglich der statistischen Erfassung des Nominallohns gewidmet. Die Erfassung des Nominallohns bildet also nur einen Teil des großen Problems, das die Darstellung der Lage der Arbeiterschaft zum Ziel hat; aber diesem Teil kommt volle Selbständigkeit zu. Die Versuche, die insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England gemacht worden sind, um möglichst umfassend die Lage der Arbeiter zahlenmäßig darzustellen, sind nicht so vorgegangen, daß sie jeweils für den einzelnen Arbeiter den Lohn und die Kosten des Lebensunterhalts festgestellt haben, sondern sie lösen fast durchweg die Untersuchung in zwei selbständige Teile auf. Der erste ist der Feststellung der Löhne, der zweite

der Feststellung der Kosten des Lebensunterhalts gewidmet. Es kann, der erste Teil der Aufgabe, also die Feststellung des Nominallohns, selbständig und völlig losgelöst von dem zweiten Teil, der Feststellung der Kosten der Güter des Lebensbedarfs, vorgenommen werden, ohne daß er seine Bedeutung einbüßt. Sind die Nominallöhne festgestellt, so kann zwar nicht die umfassende Frage beantwortet werden, wie es dem Arbeiter geht, wohl aber können nach der Feststellung der Löhne der verschiedenen Arbeitergruppen für einzelne Gebietsteile mit gutem Recht Rückschlüsse auf die Lage dieser Arbeitergruppen im Verhältnis zueinander gezogen werden. So haben, um nur wenige Beispiele herauszugreifen, die großen englischen Lohnerhebungen der Jahre 1886 und 1906, die amerikanischen im Anschluß an den Census von 1900 und 1905 durchgeführten Erhebungen oder die belgische im Zusammenhang mit der Gewerbezahlung des Jahres 1896 vorgenommene Lohnerhebung durchaus ihren selbständigen Wert behauptet. Sie geben in mehr oder minder vollkommener Weise die Nominallöhne der wichtigsten Berufsgruppen der Arbeiter wieder. Da innerhalb weiter Grenzen die Kosten des Arbeiterhaushalts gleich hoch angenommen werden können, ist auch die Möglichkeit gegeben, aus den Nominallöhnen Rückschlüsse auf die materielle Lage der einzelnen Arbeitergruppen im Verhältnis zueinander zu ziehen.

Wenn im folgenden gelegentlich der Beschreibung lohnstatistischer Erhebungen Beispiele herangezogen werden, so werden diese Beispiele vielfach der amtlichen Lohnstatistik entnommen. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß auch von halbamtlicher und privater Seite Lohnerhebungen durchgeführt worden sind, die nach Methode und Ergebnis bedeutungsvoll sind. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, daß sich diese Erhebungen nur auf einen oder wenige Betriebe eines verhältnismäßig kleinen Gebiets erstrecken können.

Mithin liegt die Möglichkeit nahe, daß sowohl dieser Lohnermittlung als auch der Lohndarstellung nur eine beschränkte Bedeutung zukommt. Mit anderen Worten: eine für einen kleinen Kreis von Unternehmungen durchgeführte Erhebung kann, was die Methode der Erfassung und die Bearbeitung der Ergebnisse angeht, nicht ohne weiteres auf eine allgemeine Lohnerhebung übertragen werden.

Überschaut man die Versuche der einzelnen Staaten, die Nominallöhne durch Massenbeobachtung festzustellen, so ergibt sich rein äußerlich eine Gliederung in Versuche, die Löhne der Arbeiter aller oder mehrerer Industriezweige zu erfassen, und in Versuche, die Löhne der Arbeiter eines bestimmten Industriezweigs festzustellen. Zu der ersten Gruppe gehören beispielsweise die bereits erwähnten englischen Lohnerhebungen der Jahre 1886 und 1906, zu der zweiten Gruppe die anfangs des 20. Jahrhunderts in Österreich durchgeführte Erhebung über die Arbeiterverhältnisse im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier, ferner die gleichfalls anfangs des Jahrhunderts durchgeführten italienischen Erhebungen über die Löhne und Arbeitszeiten in der Seidenindustrie.¹⁾

Die Erhebungen, die der einen oder der anderen Gruppe angehören, lassen sich nach der Art der Gewinnung der Unterlagen wiederum danach gliedern, ob die Erhebung grundsätzlich alle Arbeiter des oder der Industriezweige oder nur die Arbeiter bestimmter Betriebe heranzieht. Hier stehen etwa die belgische Lohnstatistik des Jahres 1896, die grundsätzlich die Löhne und Arbeitszeiten aller Arbeiter zu erfassen suchte, auf der einen Seite, die amerikanischen Erhebungen, die nur die Arbeiter repräsentativer Betriebe heranziehen, auf der anderen Seite. Zu der ersten Reihe

gehören auch die Erhebungen, die die Verhältnisse in ganz bestimmt abgegrenzten Betrieben vollständig erfassen. Zwischen diesen beiden Reihen stehen die Statistiken, die eine möglichst große Zahl Betriebe und Arbeiter heranziehen, ohne darauf besondere Rücksicht zu nehmen, ob die herangezogenen Betriebe tatsächlich als repräsentative Betriebe gelten können. Es wird bei einer solchen Erhebung allerdings, wenn auch stillschweigend, angenommen, daß die Zahl der einbezogenen Betriebe und Arbeiter groß genug sei, um beweiskräftige Ergebnisse zu erhalten. Mit anderen Worten: es wird von der Auffassung ausgegangen, daß die gewonnenen Ergebnisse eine allgemeingültige Vorstellung von den Lohnverhältnissen zu erwecken imstande sind. Hierher gehören die beiden großen englischen Lohnzählungen, ferner die französische Erhebung der neunziger Jahre über Lohn und Arbeitszeit. Den Erhebungen, die alle Arbeiter mehrerer Industrien oder eines einzelnen Industriezweiges sowie eine möglichst große Zahl Betriebe und Arbeiter einbeziehen wollen, ist fast durchweg eigentümlich, daß die Auskünfte durch die Versendung von Fragebogen, die von den Betriebsinhabern auszufüllen und wieder zurückzuschicken sind, eingeholt werden. Hingegen ist der anderen Gruppe von Untersuchungen, die nur repräsentative Betriebe einbeziehen, also im besonderen den amerikanischen Erhebungen eigentümlich, daß die Auskünfte durch Spezialagenten – natürlich unter Zugrundelegung vorher ausgearbeiteter Fragen – eingeholt werden.

Bevor auf die tatsächliche Fassung der einzelnen Fragen, vermittels deren die Unterlagen einer Lohnstatistik gewonnen werden, eingegangen wird, seien zunächst einige der wichtigsten allgemeinen Grundsätze, die für lohnstatistische Erhebungen in Betracht kommen, behandelt.

I.

Die ersten Versuche, die angestellt wurden, um die Löhne der Arbeiter eines oder mehrerer Industriezweige zu erfassen, zeigten sofort die großen Schwierigkeiten, die einer solchen Erfassung entgegenstehen. Welchen Lohn soll man feststellen: den Stunden-, Tage-, Wochen-, Monats- oder Jahreslohn?

Erhalten die Arbeiter eines Industriezweiges Zeitlohn; beispielsweise Tagelohn und herrscht in dem Industriezweig während des ganzen Jahres die gleiche Arbeitszeit und dauernder Geschäftsgang sowie reine Geldentlohnung, so erscheint die Feststellung des Tage- oder Wochenlohns für die Arbeiter dieses Industriezweiges ausreichend und einfach. In diesem Falle besteht auch zwischen dem Tagelohnsatze, auf Grund dessen der Arbeiter eingestellt wurde, und dem Tagesverdienste, den der Arbeiter wirklich erhält, kein Unterschied. Sollen jedoch die Löhne der Arbeiter dieses Industriezweiges mit den Löhnen der Arbeiter eines anderen Industriezweiges, der gleichfalls während des Jahres dauernd normalen Geschäftsgang hat und dessen Arbeiter zwar gleichfalls in Zeitlohn entlohnt werden, aber eine längere Arbeitszeit arbeiten, verglichen werden, so ergeben sich bereits Schwierigkeiten. Es wäre hier schon fehlerhaft, die Tagelöhne der Arbeiter beider Industriezweige ohne weiteres einander gegenüberzustellen. In diesem Fall wird es bereits notwendig sein, des Vergleiches halber Umrechnungen vorzunehmen, beispielsweise aus den

Tagelöhnen unter Berücksichtigung der Arbeitszeit einen Stundenlohn oder Stundenverdienst zu errechnen. Bereits dieses Beispiel weist darauf hin, daß bei jeder Lohnerhebung auch die Arbeitszeit berücksichtigt werden muß.

Besteht nun in einem Industriezweig, der wiederum die eben genannten Bedingungen erfüllen soll, statt des Zeitlohnsystems das Akkordlohnsystem, so erweist sich insbesondere wieder für Vergleiche mit den Lohnverhältnissen anderer Industriezweige eine Umrechnung der Akkordlöhne als notwendig. Ob diese Umrechnung auf Stunden-, Tage-, Wochen-, Monats- oder Jahreslöhne ausgerichtet wird, wird einmal von der Arbeitsdauer, die ein Akkordsatz verlangt, und von der Verschiedenartigkeit der Arbeiten, die den Akkordsätzen zugrunde liegen, abhängen. Um ein Beispiel herauszugreifen: arbeitet ein gelernter Metallarbeiter an einem Akkord mehrere Wochen und erhält hierauf einen anders gearteten Akkord, der ihn wieder längere Zeit lang festhält, so werden in diesem Falle zu Vergleichszwecken zahlreichere Umrechnungen nötig sein, als wenn ein Metallarbeiter immer an dem gleichen Akkord, der ihn an sich nur kurze Zeit in Anspruch nimmt, arbeitet. Dieses Beispiel deutet darauf hin, daß es zweckmäßig wäre, bei einer statistischen Erhebung von dem Jahreslohn auszugehen. In der Wirklichkeit verbietet sich jedoch dieser Weg fast regelmäßig. Abgesehen davon, daß schon bei einem einzigen großen Industriezweig mit starker Arbeiterzahl die Erfassung der Jahreslöhne mit außerordentlichen Umständen verknüpft wäre, so würden bei dem großen Wechsel der modernen Arbeiterschaft tatsächlich nur eine geringe Anzahl Arbeiter in Betracht kommen, für die die Löhne das ganze Jahr hindurch verfolgt werden können.

Bei diesen Ausführungen bestand vor allem die Voraussetzung, daß die Arbeitszeit während des Jahres normal oder

¹⁾ Eine umfangreiche Darstellung der amtlichen Lohnstatistik habe ich im Band 12 der von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes herausgegebenen Beiträge zur Arbeiterstatistik (Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeiterstatistik in den wichtigsten Industriestaaten) Seite 220 bis 377 versucht. Die folgende Darstellung, soweit sie sich auf die amtliche Lohnstatistik bezieht, lehnt sich an diese Untersuchung an.

genauer täglich von gleicher Dauer war. Das Problem der Lohnfeststellung wird erheblich schwieriger, wenn die tägliche Arbeitszeit infolge von Überstunden oder Arbeitszeitverkürzungen wechselt; der Fall, daß die Arbeitszeit während des Jahres teilweise völlig ruht (Saisonindustriellen, Kampagneindustriellen) wird hier nicht berücksichtigt.

Es soll auch zunächst wieder von einem Industriezweig ausgegangen werden, in dem Zeitlohn herrscht. Hier wird sich der im voraus festgesetzte Lohn mit dem Lohn, den der Arbeiter an Tagen mit Überstundenarbeit, sofern diese besonders vergütet wird, verdient, nicht decken. Will man in einem solchen Industriezweig des Vergleiches halber die Lohnhöhe feststellen, so wird es entweder notwendig sein, die Überstunden und ihren Verdienst unberücksichtigt zu lassen, ein Verfahren, das sich besonders dann empfiehlt, wenn für die Überstundenarbeit ein besonderer Zuschlag gezahlt wird; oder man führt die Löhne auf eine bestimmte Zeiteinheit (Stunde) zurück, läßt aber dabei die etwa gezahlten besonderen Zuschläge außer Betracht. Will man überhaupt keine Vergleiche anstellen, sondern für bestimmte Probleme auf jeden Fall den wirklichen Verdienst der Arbeiter, also nicht den normalen Lohn oder normalen Verdienst angeben, so muß naturgemäß auch der Überstundenverdienst neben dem Lohnentgang berücksichtigt werden. Da aber den Überstunden sowie der Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen ein zufälliger Charakter anhaftet, so wird man bei einer solchen Feststellung größere Zeiträume zugrunde legen müssen.

Ähnlich liegt das Problem beim Akkordlohnsystem. Wird hier die Überstundenarbeit nicht mit einem besonderen Zuschlag vergütet, so steht der Einrechnung des Überstundenverdienstes, auch für vergleichende Betrachtungen, dann nichts im Wege, wenn der Lohn auf eine bestimmt umgrenzte Zeiteinheit bezogen wird. Es ist dabei Voraussetzung, daß die

Zeiten, die für die Ausführung der Akkorde benötigt werden, bekannt sind. Wird die Überstundenarbeit jedoch mit einem besonderen Zuschlag vergütet, so sind vergleichende Betrachtungen grundsätzlich nicht möglich. Es müßte sich auch hier auf Grund der Unterlagen ermöglichen lassen, die besonderen Zuschläge nachträglich wieder in Abrechnung zu bringen. Will man endlich auch beim Akkordlohnsystem für bestimmte Probleme den tatsächlichen Verdienst feststellen, so wird es auch hier notwendig sein, von einem größeren Zeitraum auszugehen.

Bisher wurde immer von der Ermittlung des Lohnes innerhalb eines ganzen Industriezweiges gesprochen. Es erhebt sich nunmehr die Frage: Was bedeutet der Lohn innerhalb eines Industriezweiges? Fast in jeder modernen Unternehmung sind mehr oder minder zahlreiche Berufe zu einem Gesamtorganismus vereint. Es handelt sich dabei gewöhnlich um Berufe, die verschieden qualifizierte Arbeit leisten und auch verschieden entlohnt werden. Für jede tiefer greifende Lohnerhebung ergibt sich daher die Notwendigkeit, den Lohn für jede einzelne Berufsart getrennt festzustellen und gleichzeitig die Zahl der Arbeiter in Gliederung nach dem Geschlecht und, wenn möglich, auch nach einigen großen Altersgruppen beizufügen, die einem jeden Beruf angehören. Ein Ausweg kann darin gesehen werden, daß man jeweils die wichtigsten, dem Industriezweig wesentlichen Berufe herausgreift und die übrigen unberücksichtigt läßt, also beispielsweise in einer Textilfabrik nur Spinner und Weber — gegebenenfalls mit Unterscheidung bestimmter Gruppen — heranzieht und die Löhne der sogenannten Fabrikhandwerker nicht erfaßt. Allerdings ist die Auswahl der wesentlichen Berufe oft unmöglich, zum mindesten willkürlich. Man denke an die in einer Kabelfabrik, optischen Fabrik, Wagenbaufabrik usw. vereinigten Berufe.

II.

Im folgenden sollen zunächst einige bemerkenswerte Versuche, eine Lohnstatistik zu gewinnen, kritisch behandelt werden. Um einen möglichst guten Einblick in das Wesen einer Lohnerhebung zu erhalten, sei die bereits mehrfach berührte englische Lohnerhebung vom Jahre 1906 besprochen. Die Erhebung wurde von der Arbeitsabteilung des Handelsamts durchgeführt. Sie schloß sich in verschiedener Hinsicht an die große Lohnerhebung der Arbeitsabteilung an, die im Jahre 1886 vorgenommen wurde. Während sich jedoch die Erhebung des Jahres 1886 zum Hauptziel gesetzt hatte, die wöchentlichen Löhne und Arbeitszeiten der am 1. Oktober 1886 bei voller Arbeit beschäftigten Personen — jedoch ohne Berücksichtigung der Überstunden — zu erfassen, ging die Erhebung des Jahres 1906 vor allem darauf aus, den tatsächlichen Lohnverdienst in je einer ausgewählten Woche eines jeden Monats zu erfassen, um dadurch die Möglichkeit zu erhalten, den jährlichen Lohnverdienst zu errechnen. In dem Lohnverdienst des Jahres 1906 konnte also im Gegensatz zum Lohne des Jahres 1886 auch der Verdienst für Überstunden enthalten sein. Daneben war jedoch das Handelsamt bestrebt, eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den beiden Erhebungen zu schaffen. Das wurde dadurch erreicht, daß für eine besondere Woche, und zwar für die letzte Septemberwoche des Jahres 1906, die Arbeiter mit ihren Lohnverdiensten danach zu gliedern waren, ob sie die gewöhnlichen normalen Arbeitsstunden, die eine volle Arbeitswoche ausmachen (*the ordinary hours constituting a full week*), ob sie weniger als die normalen Arbeitsstunden und ob sie mehr als die normalen Arbeitsstunden arbeiteten. Es konnten also die Lohnverdienste der Arbeiter, die die normalen Arbeitsstunden während einer vollen Septemberwoche des Jahres 1906 arbeiteten, mit den

Löhnen der Arbeiter, die in einer Oktoberwoche des Jahres 1886 bei voller Arbeit ohne Berücksichtigung der Überstunden tätig waren, verglichen werden.

Der Erhebung lagen Fragebogen zugrunde, die an die Arbeitgeber einer jeden der einbezogenen Gewerbegruppen gesandt wurden. Die Auskunfterteilung war wie im Jahre 1886 freiwillig. Ein jeder Fragebogen bestand aus drei Abschnitten.

Der erste Abschnitt bezog sich auf die Zahl der Arbeiter und auf den Gesamtbetrag an ausbezahlten Löhnen in der Arbeitswoche, der die letzte Lohnzahlung in einem jeden Monat des Jahres 1906 zugrunde lag. Die Gehälter des leitenden und des Bureaupersonals waren nicht zu berücksichtigen. Kamen in der letzten Zahlwoche der einzelnen Monate Feiertage, Aussperrung, Streik, Zusammenbruch des Unternehmens, Feuer oder andere außergewöhnliche Umstände vor, so war diese Woche durch die nächst gelegene Arbeitswoche mit gewöhnlichem Gang zu ersetzen. Die Arbeiter einer jeden Gewerbegruppe und die Löhne waren in folgendes Schema einzugliedern:

Monate	Tag der letzten Lohnzahlung im Monat	Gesamtzahl der Arbeiter, die in der letzten Zahlwoche entlohnt wurden	Gesamter ausbezahlter Lohnbetrag in der letzten Zahlwoche (in £ abgerundet)	Besondere Umstände, die den Lohnbetrag beeinflussen
Januar usw. Dezember				

Gesamter Lohnertrag im Jahre 1906 (52 Wochen) £

Der zweite und wichtigste Abschnitt diente der Wiedergabe des reinen Verdienstes in der letzten Zahlwoche des September 1906. Auch hier war, sofern die letzte Zahlwoche des September durch besondere Umstände beeinflusst war, diese Woche durch die nächstliegende gewöhnliche Woche zu ersetzen; für Männer (20 Jahre und darüber), Jugendliche und Knaben (unter 20 Jahren), Frauen (18 Jahre und darüber), Mädchen (unter 18 Jahren) war je ein besonderes Schema vorgesehen, das jedoch den gleichen Inhalt hatte. Das Schema für Männer hatte folgende Fassung:

Berufsarten	Art der Entlohnung, Zeitlohn, Stücklohn	Zahl und reine Verdienste der Männer, die in der letzten Zahlwoche des September arbeiteten		
		die normalen Arbeitszeiten (eine volle Arbeitswoche bildend)	weniger als die normalen Arbeitszeiten	mehr als die normalen Arbeitszeiten

Wie im Jahre 1886 wurden für jeden Industriezweig besondere Fragebogen ausgegeben, in denen die in Betracht kommenden Berufsarten in der ersten Spalte vorgedruckt waren. In einer Anmerkung zu dem Schema war eine Anweisung dahin gegeben, daß Arbeiter, die denselben Verdienst erhalten, gemeinsam aufgeführt werden konnten, z. B. 2 je 35 s., 10 je 25 s. Besonders war darauf hingewiesen, daß die Verdienste der Arbeiter, die verschieden entlohnt wurden, nicht zu einer Durchschnittsangabe ineinander aufgerechnet werden sollten.

Der dritte Abschnitt betraf vor allem die Arbeitszeit. Die Frage nach der Arbeitszeit hatte folgende Fassung:

„Arbeitsstunden im September 1906:

Angabe der Arbeitsstunden, die eine gewöhnliche volle Arbeitswoche bilden, ausschließlich der Mahlzeiten.

(Sind die Arbeitsstunden für die einzelnen Berufsarten verschieden, so sind die Berufsarten mit ihren gewöhnlichen Arbeitsstunden einzeln aufzuführen.)“

Ferner fanden sich in diesem Abschnitt Fragen über die Zahl der Feiertage, über die Lohnzahlungsfristen, ein etwa vorhandenes Prämiensystem, eine etwa vorhandene Gewinnbeteiligung, Pensionsordnung, über Lehrlingshaltung usw.

Der Fragebogen will also im allgemeinen die Verdienste der Arbeiter erfassen. Der erste Abschnitt des Fragebogens bezieht sich dabei lediglich auf die gesamten Lohnbeträge, die ein jeder der einbezogenen Betriebe in der letzten Zahlwoche der einzelnen Monate auszahlte. Mit Hilfe dieser Frage war naturgemäß eine eigentliche Lohnstatistik nicht zu gewinnen, zumal da diese Angaben auch nur für den Betrieb im ganzen und nicht für die einzelnen Berufsarten der Arbeiter zu machen waren. Es handelt sich hier eher um eine Statistik der Lohnausgaben des Unternehmers, also um eine Statistik der Löhne als Teile der Produktionskosten.

Im folgenden wird aus der englischen Veröffentlichung eine Tafel wiedergegeben, die die Verarbeitung der Antworten der ersten Frage zeigt und gleichzeitig einen Ausblick auf die Beweiskraft der Ergebnisse liefert. Für die Textilindustrie und ihre einzelnen Zweige brachte der erste Abschnitt des Fragebogens folgendes Ergebnis:

Industriezweig	durchschnittliche Zahl der wöchentlich Beschäftigten	durchschnittlicher wöchentlicher Lohnbetrag £	Gesamtlöhnbetrag für das Jahr £	Jährlicher auf den Kopf berechneter Verdienst £	ds
Baumwollindustrie	212 503	204 173	10 195 229	48	—
Woll- u. Kammgarnindustrie	110 554	87 581	4 418 385	40	—
Leinenindustrie	45 699	26 784	1 343 835	29	10
Juteindustrie	14 060	9 932	487 911	34	10
Seidenindustrie	13 920	9 685	481 536	34	10
Sämtliche Zweige der Textilindustrie	514 867	447 976	22 468 435	43	10

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts. Jahrgang 1917.

Die Angaben der ersten Spalte, die die durchschnittliche Zahl der wöchentlich Beschäftigten nachweist, und die der zweiten Spalte wurden aus den Zahlen, die für die letzte Zahlwoche eines jeden Monats gegeben waren, berechnet. Die Angaben der dritten Spalte wurden durch Zusammenziehen sämtlicher Jahreslohnbeträge eines jeden Industriezweiges gewonnen. Um den jährlichen auf den Kopf entfallenden Verdienst zu erhalten, wurde der gesamte Lohnbetrag zu der durchschnittlichen Zahl der wöchentlich Beschäftigten in Beziehung gesetzt.

Der letzten Spalte über den jährlichen Verdienst lassen sich bestenfalls einige ganz allgemeine Hinweise über die Lohnhöhe im Verhältnis der einzelnen großen Zweige der Textilindustrie zueinander entnehmen. Über die Lohn- oder Verdiensthöhe beispielsweise in der Baumwollindustrie besagt die Angabe von 48 £ jedoch so gut wie nichts. Es sind in diesen Jahresverdienst unterschiedslos die Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Berücksichtigung des Alters einbezogen. Will man überhaupt eine Auskunft über den Lohn oder Verdienst der verschiedenen in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeitergruppen erhalten, so ist die Frage nach dem „jährlichen auf den Kopf berechneten Verdienst in der Baumwollindustrie“ von vornherein falsch gestellt. Die Untersuchung wird etwas fruchtbarer, wenn man — wie es im übrigen auch die englische Bearbeitung getan hat — die Jahresverdienste in den einzelnen geographisch voneinander geschiedenen Bezirken der Baumwollindustrie berechnet. Unter der Voraussetzung, daß das Verhältnis der einzelnen Berufsgruppen der Arbeiter zueinander, die Alters- und Geschlechtsverteilung in den Bezirken im wesentlichen die gleiche ist, lassen sich auf die Lohnhöhe in den einzelnen Bezirken im Verhältnis zueinander gewisse Rückschlüsse ziehen. Dieselbe Überlegung gilt grundsätzlich nicht nur für örtliche, sondern auch für zeitliche Vergleiche.

Der zweite Abschnitt des Fragebogens, der der Wiedergabe des reinen Verdienstes in der letzten Zahlwoche des September 1906 gewidmet ist, liefert wesentlich bessere Ergebnisse. Wie bereits erwähnt, waren für Männer, Frauen und Jugendliche besondere Schemata vorgesehen, die Angaben für die einzelnen Berufsarten waren getrennt zu machen, und schließlich waren die Zahl der Arbeiter und der reine Verdienst danach getrennt anzugeben, ob sie in der letzten Zahlwoche des September bei normaler Arbeitszeit und bei mehr als normaler Arbeitszeit arbeiteten. Die Verarbeitung der Ergebnisse dieser Fragen soll nachher in einem besonderen Abschnitt, der der Bearbeitung lohnstatistischer Erhebungen gewidmet ist, behandelt werden. Es geht aber schon jetzt — das sei vorweggenommen — aus dem Fragebogen hervor, daß die Nichterfassung der genauen Arbeitszeit, die dem reinen Verdienst entspricht, einwandfreien Vergleichen der Lohnverhältnisse einzelner Berufsarten im Wege steht. Die „normale“ Arbeitszeit kann bei einer bestimmten Berufsgruppe (etwa Spinner) in dem einen Teil des Landes 9 Stunden, in dem anderen 10 Stunden betragen; sie kann bei den Schmieden 9 Stunden, bei den Webern 10 Stunden sein usw.

Es seien schließlich noch einige Bemerkungen über den Umfang der englischen Lohnerhebung beigelegt. Die Erhebung hatte das Ziel vor Augen, möglichst viele Betriebe eines jeden Industriezweiges einzubeziehen. Fast durchweg machte allerdings die Zahl der von den beantworteten Fragebogen eines jeden Industriezweiges umfaßten Arbeiter nicht die Hälfte der Gesamtarbeiterschaft des Industriezweiges aus; der Anteilsatz lag häufig darunter. In der Textilindustrie waren die Anteilsätze verhältnismäßig hoch. Beispielsweise machten in der Baumwollindustrie die Arbeiter, über die

1906 berichtet wurde, 40,7 v. H. der im Jahre 1904 in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter aus; in der Woll- und Kammgarnindustrie sowie in der Leinenindustrie betrug dieser Anteilsatz sogar 46,4 v. H.

Im Gegensatz zu England, das über eine umfangreiche Lohnstatistik verfügt, ist die deutsche amtliche Lohnstatistik mangelhaft ausgebaut. Eine größere Bedeutung haben außer den kurzen jährlichen Lohnnachweisen der in der Marineverwaltung und in den Heeresverwaltungen Beschäftigten weiter im wesentlichen nur die von der preußischen Berg-

werksverwaltung aufgestellten Übersichten über die Bergarbeiterlöhne erlangt. Einen bemerkenswerten Versuch hat das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, während des Krieges unternommen, um einen Einblick in die Lohnverhältnisse zu erhalten. Dieser Versuch soll im folgenden besprochen werden.

Um die Unterlagen zu gewinnen, wurde an die Unternehmungen und Verbände, die sich an der monatlichen Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes für das Reichs-Arbeitsblatt beteiligen, der nachfolgende Fragebogen versandt

Fragebogen über Lohnverhältnisse.

Name der Unternehmung:

Sitz:

Betriebsabteilung:

	In den beiden letzten vollen Wochen der Monate											
	März 1914		September 1914		März 1915		September 1915		März 1916		September 1916	
I. Zahl der Arbeitertagewerke (Zahl der Arbeiter mal der Zahl der Arbeitsschichten) der erwachsenen												
a) männlichen Arbeiter												
b) weiblichen Arbeiter												
II. Lohnsumme für die erwachsenen												
a) männlichen Arbeiter												
b) weiblichen Arbeiter												
III. Durchschnittlicher Tagesverdienst												
a) der wichtigsten Gruppen erwachsener männlicher Facharbeiter (gelernter und ungelernter Arbeiter), nämlich												
1.												
2.												
3.												
4.												
b) der wichtigsten Gruppen erwachsener männlicher ungelernter Arbeiter (Handlanger usw.), nämlich												
.....												
c) die wichtigsten Gruppen erwachsener weiblicher Arbeiter, nämlich												
1.												
2.												
3.												
IV. Regelmäßige wochentägliche reine Arbeitszeit (d. h. unter Abrechnung der Pausen und ohne Überstunden) der Mehrheit der erwachsenen Arbeiter	Std.	Min.	Std.	Min.	Std.	Min.	Std.	Min.	Std.	Min.	Std.	Min.

Für erläuternde Bemerkungen steht die Rückseite zur Verfügung!

Der Fragebogen ähnelt in verschiedener Hinsicht dem bei der englischen Lohnerhebung verwendeten Fragebogen. Die Angaben sind zu machen für die beiden letzten vollen Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916.¹⁾ Auch der Fragebogen der deutschen Erhebung gliedert sich scharf in zwei Teile, deren erster allgemeine Lohnangaben für die ganze Industrie und deren zweiter Teil besondere Lohnangaben für die wichtigsten Arbeitergruppen verlangt.

¹⁾ Die Erhebung wurde im Jahre 1917 fortgesetzt. Der Fragebogen, der im ersten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1918, abgedruckt ist, schließt sich im wesentlichen an den oben mitgeteilten Fragebogen an.

Der erste Teil will einmal die Zahl der Arbeitertagewerke, zum andern die ausgezahlten Lohnsummen erfassen. Während jedoch der englische Fragebogen grundsätzlich sämtliche Arbeiter des befragten Betriebes einbezieht, beschränkt sich der deutsche Fragebogen in dem ersten Teil auf die erwachsenen Arbeiter, fordert außerdem getrennte Angaben für die männlichen und die weiblichen Arbeiter. Die Arbeitertagewerke waren derart zu gewinnen, daß die Zahl der Arbeiter mit der Zahl der Arbeitsschichten multipliziert werden sollte. Dividiert man die Summe der angegebenen Arbeitertagewerke in die entsprechende Lohnsumme, so erhält man den Durchschnittslohn für das Arbeitertagewerk.

Es ist hier bereits hervorzuheben, daß der Umfang der deutschen Erhebung erheblich kleiner war als der der englischen. Wie im Reichs-Arbeitsblatt (Augustheft 1917, Seite 643) näher ausgeführt ist, lagen im ganzen 369 brauchbar beantwortete Fragebogen vor, die sich auf 13 Gewerbegruppen verteilen. Das Reichs-Arbeitsblatt gibt deshalb ohne weiteres zu, daß die Ergebnisse schon wegen des geringen Umfanges der Stichprobenerhebung nicht ohne weiteres als typisch angesehen werden können. Auf Grund der Angaben des ersten Teiles des Fragebogens konnten also für eine Reihe von Gewerbegruppen in der angegebenen Weise die Durchschnittslöhne erwachsener männlicher und erwachsener weiblicher Arbeiter für das Arbeitertagewerk berechnet werden. Was unter einem erwachsenen Arbeiter zu verstehen war, war leider nicht angeführt. Mit Hilfe der erhaltenen Durchschnittslöhne konnte ähnlich wie bei der englischen Lohnerhebung nur ein allgemeines Bild der Löhne in den einzelnen Gewerbegruppen im Verhältnis zueinander gewonnen werden. Die deutsche Erhebung hat zwar im Gegensatz zur englischen einen enger umgrenzten Verdienstsatz dadurch erhalten, daß nur die erwachsenen Arbeiter und diese wieder in Gliederung nach dem Geschlecht herangezogen wurden; aber auch in dem Durchschnittsverdienst beispielsweise des erwachsenen männlichen Arbeiters irgend einer Gewerbegruppe oder Gewerbeart sind unterschiedslos die Verdienste der einzelnen Gruppen von Facharbeitern sowie der an- und ungelernten Arbeiter enthalten. Zur Verteidigung des durch den ersten Teil des Fragebogens gewonnenen Durchschnittsverdienstes für das Arbeitertagewerk könnte zunächst auch hier angeführt werden, daß der Durchschnittsverdienst, der wie erwähnt für die Monate März und September der Jahre 1914, 1915 und 1916 berechnet ist, in seiner Bewegung von Halbjahr zu Halbjahr ein zutreffendes Bild von der Lohnveränderung in den aufgeführten Zeiträumen gibt. Notwendige Voraussetzung wäre jedoch, daß sich die Zusammensetzung der erwachsenen männlichen sowie der erwachsenen weiblichen Arbeiterschaft von Halbjahr zu Halbjahr nicht wesentlich geändert hat. Diese Voraussetzung trifft leider im allgemeinen nicht zu. Im Laufe der einzelnen Kriegsjahre hat sich die Zusammensetzung sowohl der männlichen erwachsenen Arbeiter wie der weiblichen erwachsenen Arbeiter wesentlich geändert; es sind im besonderen im Laufe der Zeit zahlreiche ungelernte Arbeitskräfte neu hinzugekommen oder an die Stelle der alten getreten. Mit anderen Worten: die Lohnsteigerung wird in Wirklichkeit in stärkerem Maße stattgefunden haben, als es die Ergebnisse ausweisen.

Der zweite Teil des Fragebogens sucht die Unterlagen für eine wirkliche Lohnstatistik der einzelnen Arbeitergruppen innerhalb der herangezogenen Industriezweige zu ermitteln. Es wird der durchschnittliche Tagesverdienst der wichtigsten Gruppen männlicher Facharbeiter (gelernter und ungelernter Facharbeiter), der wichtigsten Gruppen erwachsener männlicher ungelernter Arbeiter (Handlanger usw.) und der wichtigsten Gruppen erwachsener weiblicher Arbeiter erfragt. Die ganze Fragestellung ist, wie man ohne weiteres annehmen darf, durch die Kriegsverhältnisse bedingt. Die Arbeitgeber sollten nicht durch umfangreiche und ins Einzelne gehende statistische Berechnungen belästigt werden. Es bleibt zu erwägen, ob durch diese Fragestellung die Beweiskraft der Ergebnisse selbst nicht gefährdet ist. Die englische Erhebung hatte bekanntlich für jeden Industriezweig besondere Fragebogen vorgesehen, auf denen die heranzuziehenden Berufsarten vorgedruckt waren. Bei der deutschen Erhebung hatte der

Unternehmer seine Berufsgruppen selbst einzusetzen. Es liegt die Gefahr nahe, daß die Unternehmer in der Aufgliederung der von ihnen beschäftigten Berufe verschieden vorgegangen sind, im besonderen wichtige Berufsgruppen zusammengeworfen haben. Es kommt hinzu, daß die Erhebung vor allem deshalb, weil sie die einzelnen Berufsarten nicht vordruckte, mit durchaus schwankenden Begriffen wie „ungelernter Facharbeiter“ operieren mußte.

Das wichtigste Bedenken richtet sich jedoch gegen den durchschnittlichen Tagesverdienst. Man kann ohne weiteres nachfühlen, daß die Erhebung, um die Unternehmer so wenig wie möglich zu belästigen, gerade diesen Verdienst gewählt hat und sich nicht etwa für die einzelnen Berufsarten die Zahl der Arbeitertagewerke oder noch besser der Arbeitsstunden sowie die gesamten Lohnsummen in den beiden letzten Wochen der genannten Monate angeben ließ. Auf diesem Wege wären aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt keine Antworten erzielt worden, zumal da die Ausfüllung der Fragebogen freiwillig war. Es ist nun möglich, daß manche Unternehmer den durchschnittlichen Tagesverdienst auf diesem oder einem anderen Wege errechnet haben; es ist jedoch außerordentlich wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Unternehmer den durchschnittlichen Tagesverdienst lediglich geschätzt hat. Wenn auch die Fähigkeit, beweiskräftige Schätzungen abzugeben, nicht geleugnet werden kann, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß die Schätzungen in vielen Fällen von verschiedenen Gesichtspunkten aus vorgenommen sind. Es kommt hinzu, daß für die Vornahme der Schätzungen bestimmte Richtlinien nicht gegeben waren. Es fehlt im besonderen — und das gilt auch für diejenigen durchschnittlichen Tagesverdienste, die von den Unternehmern errechnet worden sind — jede Möglichkeit, die tatsächliche Arbeitszeit zu erkennen, die dem durchschnittlichen Tagesverdienst zugrunde liegt. In zahlreichen für die Kriegswirtschaft besonders wichtigen Industriezweigen war im Jahre 1915 und vor allem Ende 1916 Überstundenarbeit beinahe normal. Es liegen aller Wahrscheinlichkeit nach in vielen Fällen dem durchschnittlichen Tagesverdienst im März 1914 andere Arbeitszeiten zugrunde wie im September 1916, ein Umstand, der für die Bewertung der Tagesverdienste von maßgebendem Einfluß ist.

Ein Einblick in die wirkliche Arbeitszeit wird auch nicht durch den dritten Teil des Fragebogens gewonnen, der der Arbeitszeit gewidmet ist. Es ist hier nach der regelmäßigen wochentäglichen reinen Arbeitszeit der Mehrheit der erwachsenen Arbeiter gefragt, wobei unter der reinen Arbeitszeit die Arbeitszeit nach Abrechnung der Pausen und ohne Überstunden verstanden ist. Gerade die Überstunden werden zweifellos in einer Reihe wichtiger Industriezweige die Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes wesentlich beeinflussen haben.

Für die Ausgestaltung des Fragebogens und für die Bedeutung der Ergebnisse ist neben den „Kriegsverhältnissen“ die Tatsache von Bedeutung gewesen, daß in Deutschland vor dem Kriege jeder Versuch, zu einer umfassenden Lohnstatistik zu gelangen, fehlte. Hätte ein solcher Versuch vorgelegen, so hätte man an die Unternehmer mit eingehender ausgebauten Fragen herantreten und dadurch die Beweiskraft der Ergebnisse wesentlich erhöhen können. Es ist zu hoffen, daß die Erfahrungen, die bei diesem durchaus dankenswerten Versuch einer Lohnerhebung gemacht worden sind, gesammelt und veröffentlicht werden, um daraus für eine zukünftige deutsche Lohnstatistik Nutzen zu ziehen.

III.

Es wird nunmehr zweckmäßig sein, näher zu untersuchen, in welcher Weise überhaupt eine modern organisierte Unternehmung über die von ihr gezahlten Löhne Buch führt.¹⁾ Die Unterlagen für die Lohnauszahlung bilden die sogenannten Lohnlisten. Diese enthalten im allgemeinen den Namen eines jeden Arbeiters, seinen Verdienst, die Abzüge, den auszuzahlenden Betrag usw. Die Lohnlisten sind meistens Doppelblätter, auf denen links für jeden Arbeiter der wöchentliche Tagelohn- und Akkordlohnverdienst sowie die Zahl der Arbeitsstunden, rechts die Abzüge verzeichnet sind. Die Lohnlisten sind für einen Monat oder für 4 bis 5 Wochen eingerichtet. Die Unterlagen für die Einträge in die Lohnlisten werden entweder den Akkordbüchern des Meisters oder den Akkordscheinen entnommen. Im folgenden sei das Muster einer solchen Lohnliste, wie sie in einer großen Werkzeugmaschinenfabrik verwendet wird, wiedergegeben.²⁾

Die obere Hälfte des Musters zeigt eine Seite der Lohnliste nach der ersten, die untere Hälfte eine Seite nach der letzten Woche eines Monats. Aus dieser Lohnliste geht beispielsweise hervor, daß der Arbeiter Daun, der nur Akkordlohn erhält, in der ersten Woche (vom 2. bis 6. April) bei 50 Arbeitsstunden einen Akkordverdienst von 36 *M* hatte. In der zweiten Aprilwoche belief sich sein Akkordverdienst bei 54 Arbeitsstunden auf 40,20 *M*, in der dritten Woche bei gleichen Arbeitsstunden auf 43,09 *M* und in der vierten Woche bei 50 Arbeitsstunden auf 38,70 *M*. Er erzielte demnach insgesamt bei 208 Stunden 157,99 *M* Verdienst. Dazu kommen noch die aus dem vorigen Monat übertragenen 35 Pf., so daß sein Bruttoverdienst 158,34 *M* beträgt. In der ersten Woche wurden ihm 35 *M*, in der zweiten Woche 39 *M*, in der dritten Woche 42 *M* tatsächlich ausbezahlt. Die gesetzlichen vom Arbeiter zu tragenden Versicherungsbeiträge und andere

Abteilung: Dreherei.

N a m e n		1. Woche vom 2. bis 6./4.						2. Woche vom 8. bis 13./4.						3. Woche vom 15. bis 20./4.						4. Woche vom 22. bis 27./4.						5. Woche vom bis						Summa				
		Verdienst						Verdienst						Verdienst						Verdienst						Verdienst						Stunden	Ver- dienst			
		Lohn			Akkord			Lohn			Akkord			Lohn			Akkord			Lohn			Akkord			Lohn			Akkord							
		St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.	St.	M.	Pf.			St.	M.	Pf.
Zu -	Vor -																																			
Albrecht	Paul				54	42	90																													
Braun	Hans				52	39	85																													
Burian	Friedrich				54	35	10																													
Christian	Wilhelm	54	27	—																																
Daun	August				50	36	—																													
Albrecht	Paul				54	42	90				54	41	—				52	41	40				53	42	90								213	168	20	
Braun	Hans				52	39	85				50	40	15	10	6	—	44	35	80				54	42	50								210	164	30	
Burian	Friedrich				54	35	10				48	29	40				54	36	95				53	40	50								209	141	95	
Christian	Wilhelm	54	27	—				54	27	—				54	27	—				54	27	—												216	108	—
Daun	August				50	36	—				54	40	20				54	43	09				50	38	70								208	157	99	

Abzüge werden nur am Schluß der letzten Woche des Monats verrechnet. Insgesamt belaufen sich die Abzüge für den genannten Arbeiter auf 3,24 *M*. Es werden ihm in der vierten Woche 39 *M* ausbezahlt und der Rest in Höhe von 10 Pf. auf den nächsten Monat übertragen. Für jede Abteilung des Werks wird eine besondere Lohnliste auf-

¹⁾ Vgl. für die folgenden Ausführungen die Arbeit von Lilienthal: Fabrikorganisation, Fabrikbuchführung und Selbstkostenberechnung der Firma Ludwig Loewe u. Co. Zweiter berichteter Abdruck. Berlin 1910, S. 63 ff. — ²⁾ Vgl. Lilienthal, S. 64 und 65.

gestellt. Am Ende der Woche werden die ausgezahlten Verdienste der einzelnen Abteilungen addiert und die Schlußsummen der einzelnen Abteilungen zur Ermittlung der Gesamtlohnsomme zusammengestellt.

Die Wiedergabe der Lohnliste gibt einen Begriff davon, in welcher Weise die Unterlagen der Lohnlisten für eine Lohnstatistik Verwendung finden könnten. Zunächst kann aus den Lohnlisten der Wochenverdienst und bei denjenigen Arbeitern, die längere Zeit dem Werk angehören, der Monats- und Jahresverdienst berechnet werden, zunächst ohne Berücksichtigung der Abzüge.

sichtigung der Arbeitszeit. Die Kenntnis dieser Verdienste ist für alle diejenigen Untersuchungen von großem Wert, die vom Nominallohn ausgehend auf eine Berechnung der Kaufkraft des Lohnes, also des Reallohnes hinzielen. Man will hier vor allem den tatsächlichen Verdienst innerhalb eines bestimmten Zeitraums wissen. Für Untersuchung über den Reallohn ist es verhältnismäßig gleichgültig, ob dem Monats- oder Jahresverdienst eine mehr oder minder hohe Arbeitszeit zugrunde liegt. Die in der Lohnliste aufgeführten, der Wirklichkeit entnommenen Beispiele zeigen bereits deutlich, daß es wenig zweckmäßig ist, den Lohnerhebungen, die auf den genannten Zweck abzielen, Wochenverdienste zugrunde zu legen. Diese Verdienste wechseln, wie die Beispiele zeigen, bei Industrien mit überwiegender Akkordlöhnung stark von Woche zu Woche. Ein gewisser Ausgleich wird innerhalb des Monats geschaffen. Am zweckmäßigsten ist natürlich die Heranziehung von Jahresverdiensten. Der Verwendung von Jahresverdiensten steht jedoch, wie nochmals hervorgehoben

sei, im allgemeinen der Umstand entgegen, daß der Kreis der Arbeiter, die ein Jahr bei demselben Betriebe bleiben, in der Regel verhältnismäßig gering ist. Können aber nur verhältnismäßig wenige Arbeiter herangezogen werden, so vermindert sich dadurch naturgemäß die Beweiskraft der Ergebnisse.

Ein neues Problem entsteht dann, wenn man vergleichende Betrachtungen etwa zwischen verschiedenen Berufsarten derselben Unternehmung oder zwischen den gleichen Berufsarten verschiedener Unternehmungen oder in größerem Umfange zwischen den einzelnen Berufsarten ein und derselben Industrie oder zwischen den Berufsarten verschiedener Industrien anstellen will. Handelt es sich insbesondere um Berufsarten, in denen Akkordlohn vorherrscht und gehört der Zeitpunkt der Erhebung einer Aufschwungsperiode an, so werden die von den Arbeitern erzielten Wochen-, Monats- und Jahresverdienste mit einer häufig voneinander erheblich abweichenden Arbeitszeit erzielt worden sein. Mit anderen

Monat: April 1907.

[illegible]

Worten: für vergleichende Untersuchungen wird eine Einbeziehung der geleisteten Arbeitsstunden notwendig; man wird also aus dem Wochenverdienst den Wochenstundenlohn, aus dem Monatsverdienst den Monatsstundenlohn und aus dem Jahresverdienst den Jahresstundenlohn errechnen müssen. Bereits den auf der abgedruckten Lohnliste wiedergegebenen Wochen- und Monatsverdiensten der fünf Arbeiter liegt eine verschiedene Arbeitsstundenzahl zugrunde. In der folgenden Übersicht sind für die fünf Arbeitskräfte der Lohnliste der Monatsverdienst und daneben der unter Berücksichtigung der

geleisteten Arbeitsstunden danach erzielte Monatsstunden-
verdienst gegenübergestellt:

Arbeiter	Monats- verdienst \mathcal{M}	Arbeits- stunden	Monats- stunden- verdienst \mathcal{M}
Albrecht	168,30	213	0,79
Braun	163,30	210	0,78
Daun	157,99	208	0,76
Burian	141,95	209	0,68
Christian	108,00	216	0,60.

In diesem Beispiel bleibt allerdings auch unter Berücksichtigung der Arbeitsstunden die Reihenfolge der Arbeiter die gleiche wie bei der Einreihung nach dem Monatsverdienst, also ohne Berücksichtigung der Arbeitsstunden. Diese Übereinstimmung ist jedoch grundsätzlich nicht notwendig. Es kann, insbesondere wenn man denselben Beruf in verschiedenen Unternehmungen oder verschiedene Berufe in verschiedenen Industriezweigen vergleicht, einem und demselben Monats- oder Jahresverdienst eine ganz verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entsprechen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, deren Lohnlisten mit Beispielen hier besprochen worden sind, wurden von Dr. W. Jollos in den Untersuchungen über die Entlohnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie besprochen.¹⁾ Jollos gibt auf Seite 169 seines Buches für eine Reihe von Arbeitern, die mehrere Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren, die Zahl der jährlich gearbeiteten Stunden, den absoluten Jahresverdienst und den Jahresstundenlohn wieder. Aus seinen Berechnungen ergibt sich beispielsweise, daß ein Dreher im Jahre 1905 einen Jahresverdienst von 2 435,34 *M* hatte und dafür 2 718 Stunden arbeitete. 1908 war sein Jahresverdienst ähnlich hoch, nämlich 2 419,96 *M*; er arbeitete dafür jedoch nur 2 577 Stunden. In einem solchen Fall ist die Berechnung des Jahresstundenlohns durchaus notwendig; dieser belief sich im Jahre 1905 auf 0,90 *M*, im Jahre 1908 auf 0,94 *M*. Ein Hobler verdiente im Jahre 1905 2 237,29 *M* bei 2 709 Arbeitsstunden, im Jahre 1907 2 250,74 *M* bei nur 2 266 Arbeitsstunden. Einen richtigen Einblick gibt auch hier erst der Jahresstundenlohn: 1905: 0,83 *M*, 1907: 0,99 *M*. Ein Schlosser verdiente 1905 2 300 *M* bei 2 718 Arbeitsstunden, 1907 2 345 *M* bei nur 2 658 Arbeitsstunden; der Jahresstundenlohn war von 0,85 *M* im Jahre 1905 auf 0,89 *M* im Jahre 1907 gestiegen. Ein anderer Schlosser verdiente im Jahre 1905 1 946,76 *M* bei 2 583 Arbeitsstunden; ein weiterer Schlosser verdiente im gleichen Jahr 1 976,13 *M*, aber bei nur 2 403 Arbeitsstunden. Im ersten Fall belief sich der Jahresstundenlohn auf 0,75 *M*, im zweiten Fall jedoch auf 0,82 *M*. Dazu sei noch der Jahresverdienst (1906) eines Drehers aufgeführt: 1 958,94 *M* bei 2 709 Arbeitsstunden, was einem Jahresstundenlohn von 0,72 *M* entspricht. Diese Beispiele zeigen deutlich, daß neben dem Jahresverdienst unbedingt die Zahl der gearbeiteten Stunden zu berücksichtigen ist, daß mit anderen Worten ein Jahresstundenverdienst berechnet werden muß.

Es wäre auf der anderen Seite verfehlt, allein den Jahresstundenverdienst zur Beurteilung heranzuziehen. Insbesondere in Jahren wirtschaftlichen Niedergangs geht der Arbeitgeber, oft gedrängt durch die Arbeiterverbände, eher dazu über, die Arbeitszeit einzuschränken als den Lohnsatz herunterzusetzen. So betrug bei einem Schlosser (vergl. wiederum Jollos S. 169) der Jahresstundenverdienst 1906 und 1907 0,84 *M*; diesem Jahresstundenverdienst entsprach jedoch im Jahre 1906 ein absoluter Verdienst von 2 159,48 *M* bei 2 556 Arbeitsstunden, im Jahre 1907 ein absoluter Verdienst von nur 1 602,56 *M* bei 1 901 Arbeitsstunden. Die Lohnverhältnisse des Schlossers hatten sich also trotz des gleichen Jahresstundenverdienstes von 1906 auf 1907 tatsächlich stark verschlechtert. Ein Dreher hatte 1906 einen Jahresstundenverdienst von 0,72 *M*, 1907 einen solchen von 0,73 *M*. Der entsprechende Jahresverdienst betrug 1906 1 958,94 *M* bei 2 709 Arbeitsstunden, 1907 1 881,47 *M* bei 2 564 Arbeitsstunden, also trotz einer

¹⁾ Vergl. Dr. W. Jollos: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie. Heft 9 der Untersuchungen über die Entlohnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie, herausgegeben im Namen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Berlin 1911.

Steigerung des Jahresstundenverdienstes eine Verschlechterung der tatsächlichen Lohnverhältnisse. Die Beispiele lassen sich auf Grund der von Jollos gegebenen Angaben noch vermehren.

Die vorhin wiedergegebene Lohnliste wies eine bis jetzt noch nicht besprochene Eigentümlichkeit auf. Es ist eine Zerlegung der Löhne in drei Klassen vorgesehen (A, B und C), um den Anforderungen der Berufsgenossenschaft (Nordöstliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft) gerecht zu werden. Nicht der letzte Grund der Aufstellung und Ausgestaltung der Lohnlisten liegt in den Anforderungen der Berufsgenossenschaften. Nach § 750 der neuen Reichsversicherungsordnung hat jedes Mitglied einer Berufsgenossenschaft binnen 6 Wochen nach Ablauf des Geschäftsjahres dem Vorstand einen Lohnnachweis einzureichen, der die während des abgelaufenen Geschäftsjahres im Betriebe beschäftigten Versicherten und den von ihnen verdienten Entgelt, ferner gegebenenfalls den Entgelt, der anzurechnen ist, enthält. Im einzelnen bedürfen die Berufsgenossenschaften von den Unternehmungen folgender Angaben:

1. Summen der Bruttolöhne und Gehälter, die die versicherungspflichtigen Personen im Laufe des Jahres verdient haben.

2. Die nach § 732 korrigierten Löhne, soweit die Berufsgenossenschaften nicht auf diese Korrektur verzichtet haben.

Nach § 732 sind die Löhne, die niedriger sind als der Ortslohn für Erwachsene über 21 Jahre am Orte der betreffenden Unternehmung, diesem gleichzusetzen; übersteigt der Lohn den Jahresbetrag von 1 800 *M* (entspricht im allgemeinen 6 *M* für den Arbeitstag), so wird vom Überschuß nur ein Drittel angerechnet. Wie bereits angedeutet, hat eine Reihe von Berufsgenossenschaften auf diese Korrektur der Löhne nach § 732 verzichtet. Wo kein Verzicht ausgesprochen worden ist, kommen die Unternehmungen den Anforderungen der Berufsgenossenschaft auf zweierlei Weise nach.¹⁾ Der einfachste Weg, den auch die vorhin behandelte Werkzeugmaschinenfabrik beschritten hat, ist der, daß in der Lohnliste drei besondere Spalten für die drei genannten Klassen vorgesehen werden. Jede Spalte enthält eine Unterspalte für die geleisteten Arbeitstage und eine für die Lohnsummen. Die zweite, weit häufigere Methode sammelt den Lohn eines jeden Arbeiters aus den Lohnlisten auf je einem Konto und teilt am Ende des Jahres die einzelnen Arbeiter den entsprechenden Klassen zu. Jedes Konto enthält eine Spalte für die Lohnsumme und eine Spalte für die Arbeitszeit. Der Lohn und die geleisteten Arbeitstage eines jeden Arbeiters müssen für jede Lohnperiode übertragen werden.

3. Die Zahl der im Betriebe „durchschnittlich beschäftigten Personen“. Hierunter ist die Zahl der Personen zu verstehen, die „der Betrieb bei voller oder laufender Tätigkeit in der Regel beschäftigt hat.“

Während die Summe der Bruttolöhne sowie die nach § 732 korrigierte Lohnsumme der Lohnbuchhaltung der Unternehmung entnommen werden kann, ist die Zahl der bei normaler Tätigkeit beschäftigten Personen vom Betriebsleiter anzugeben.

4. Anzahl sämtlicher versicherten Personen, unabhängig von der Dauer ihrer Beschäftigung. Diese Zahl kann bei geringem Arbeiterwechsel aus den Lohnlisten, bei stärkerem Wechsel aus den Aufnahmebüchern der Unternehmung gewonnen werden.

5. Die Zahl der Vollarbeiter. Sie ist gleich der Summe der geleisteten Arbeitstage, dividiert durch ein festgesetztes Normalarbeitsjahr. Es haben beispielsweise 10 Arbeiter

¹⁾ Vergl. für die folgenden Ausführungen den Aufsatz von G. Martius über „die Anforderungen der Berufsgenossenschaften an die Lohnbuchhaltung“ in Schmalenbachs Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. 7. Jahrgang, S. 541 ff.

zusammen 2 700 Arbeitstage gearbeitet: das Normalarbeitsjahr umfasse 300 Tage. Es ergeben sich also $2\,700:300 = 9$ Vollarbeiter. Das Normalarbeitsjahr ist je nach der durchschnittlichen Betriebsdauer der zu der betreffenden Berufsgenossenschaft gehörigen Betriebe verschieden festgelegt. Es beträgt meistens 300 Tage, bei den Baugewerksberufsgenossenschaften 220 Tage, bei anderen 365 Tage. Die Angabe der Vollarbeiter erfordert die Feststellung der in dem Betrieb von sämtlichen Arbeitern zusammen geleisteten Arbeitstage. Diese Arbeitstage können den Lohnlisten in der Regel unmittelbar nicht entnommen werden. In den Lohnlisten stehen, wie bereits angedeutet, lediglich die von den Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden, die entweder den Aufzeichnungen der Torkontrolle oder den Anschreibungen der Werkstätten entnommen werden. Aus der Stundenzahl, die der einzelne Arbeiter geleistet hat, kann man jedoch im allgemeinen leicht die von ihm geleisteten Arbeitstage erkennen und sie in eine besondere Spalte der Lohnliste (vergl. die vorhin wieder-gegebene Lohnliste) oder des vorgesehenen Lohnkontos einsetzen.

Die aufgeführten fünf Gruppen von zahlenmäßigen Angaben muß sich also eine jede Unternehmung verschaffen, um die Nachweisungen, die der Berufsgenossenschaft nach Ablauf des Rechnungsjahrs einzureichen sind, ausfüllen zu können. Außerdem muß der Berufsgenossenschaft jederzeit die Möglichkeit gegeben sein, die in den Nachweisungen enthaltenen Angaben kontrollieren zu können. Die Berufsgenossenschaften verlangen demgemäß von ihren Mitgliedern, daß sie Lohnlisten oder Lohnbücher führen, aus denen vor allem die Namen der beschäftigten Arbeiter, deren Arbeitszeit, Arbeitsverdienst und Berufsart ersichtlich sein müssen. Diesen Anforderungen kommen die Mitglieder, wie näher ausgeführt, dadurch nach, daß sie entweder in die Lohnlisten besondere Spalten aufnehmen oder den Lohn eines jeden Arbeiters nebst Arbeitszeit auf ein besonderes Konto übertragen.

Jede Berufsgenossenschaft stellt nun ihrerseits die eingereichten Nachweisungen zu einer Gesamtnachweisung zusammen und übermittelt sie dem Reichsversicherungsamt. Dieses veröffentlicht in seinen Amtlichen Mitteilungen für jede Berufsgenossenschaft in einer Zahl die Summen der anrechnungsfähigen Löhne, bei denen also für die höchst- und niedrigstgelohnten Arbeiter feste Beträge an die Stelle der wirklichen Löhne treten, und daneben seit neuerer Zeit auch die wirklichen Lohnsummen.

Es ist nunmehr die Bedeutung dieser Lohnangaben, die vom Reichsversicherungsamt veröffentlicht werden, für eine Lohnstatistik zu untersuchen. Das Reichsversicherungsamt selbst hebt bei jeder Veröffentlichung besonders hervor, daß diese Angaben für eine Lohnstatistik überhaupt nicht zu benutzen seien. Diese Auffassung sucht vor allem Feig¹⁾ einzuschränken. Er gibt zwar zu, daß man durch eine rechnerische Inbeziehungsetzung der Lohnsummen zu der in der Veröffentlichung gleichfalls mitgeteilten Zahl der „durchschnittlichen Versicherten“ keine geeignete Größe erhalten könne, wohl aber dadurch, daß man die auf einen Vollarbeiter entfallende Lohnsumme berechne. Tut man dies, wie Feig ausführt, für die Gesamtheit der gewerblichen Berufsgenossenschaften, so erhält man — da im wesentlichen nur die Betriebe mit 10 und mehr Personen versicherungspflichtig sind — den Durchschnittslohn des deutschen Fabrikarbeiters. „Ein solcher Durchschnitt, der männliche und weibliche, erwachsene und jugendliche, gelernte und ungelernte Arbeiter zusammenwirft, hat natürlich als Größe an sich nur geringen Wert. Er ist aber

für einen Vergleich der Lohnbewegung von Jahr zu Jahr vorzüglich brauchbar. . .“ Man wird dieser Auffassung grundsätzlich beipflichten können, wenn man auch zugeben muß, daß man mit der Zu- oder Abnahmeziffer der auf einen Vollarbeiter entfallenden Lohnsumme nicht allzuviel anfangen kann. Man wird auf der anderen Seite der auch von Feig vertretenen Ansicht zustimmen müssen, daß die Berufsgenossenschaften selbst das ihnen von den Unternehmungen gelieferte Material zu lohnstatistischen Erhebungen besser verwenden könnten als bisher. Zu diesem Zwecke müßten allerdings die Berufsgenossenschaften von den einzelnen Unternehmungen weit eingehendere Nachweisungen erhalten als bisher. Es müßten, um nur die Hauptgesichtspunkte hervorzuheben, die tatsächlich gezahlten Lohnsummen nebst den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Arbeiter, die insbesondere nach Geschlecht und Beruf zu gliedern wären, in den Nachweisungen der Unternehmungen enthalten sein. Diese Nachweisungen wären dann von den einzelnen Berufsgenossenschaften nach lohnstatistischen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Es erscheint fraglich, ob die Berufsgenossenschaften in absehbarer Zeit die ihnen angeschlossenen Unternehmungen veranlassen können und wollen, derart eingehend gegliederte Nachweisungen einzureichen, ganz abgesehen von der starken Mehrarbeit, die die statistische Verarbeitung dieser Nachweise verursachen würde.¹⁾

Es scheint, als ob ein anderer Weg, der in neuerer Zeit immer mehr eingeschlagen wird, besser zum Ziele führt. Die Arbeitgeberverbände traten der Frage der Lohnstatistik in den letzten Jahren näher. Die Gründe, die für die Einführung einer brauchbaren Lohnstatistik geltend gemacht wurden, schlugen immer mehr durch, so daß bereits vor dem Krieg eine Reihe von Arbeitgeberverbänden insbesondere der Eisen- und Metallindustrie sich eine Lohnstatistik einrichteten. Man ging hierbei vor allem von dem Gedanken aus, eine Lohnstatistik auszubauen, die neben anderen Angaben auch die für die Berufsgenossenschaft und Steuerbehörde erforderlichen enthalten sollte. Im folgenden wird als Beispiel der Lohnstatistik eines Arbeitgeberverbandes die Lohnstatistik des Verbandes der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke in ihren Grundzügen mitgeteilt. Sie wurde von dem Syndikus des Verbandes Olle in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung vom 12. Januar 1913 (XII. Jahrgang Nr. 2, viertes Beiblatt) näher besprochen.

Die Unterlagen der Lohnstatistik des Verbandes werden dadurch gewonnen, daß den Unternehmungen vom Verband der Entwurf eines einheitlichen Lohnblattes übermittelt wurde, das von der Unternehmung für jeden Arbeiter neben dem Zahltagbuch zu führen ist. Dieses Lohnblatt ist nachstehend abgedruckt.

Auf dem Lohnblatt ist neben dem Namen und Vornamen, dem Geburtstag, der Wohnung, dem Tag des Eintritts und Austritts auch der Beruf des Arbeiters sowie die Werkstätte anzugeben, in der er tätig ist. Im einzelnen ist dann für jede Lohnperiode der festvereinbarte Stundenlohnsatz, ferner der Verdienst aus Lohnstunden und Akkordarbeit einschließlich des Verdienstes für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit — jedoch ohne die besonderen Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit — nebst der Gesamtzahl der Arbeitsstunden einzusetzen. Aus Verdienst und Stundenzahl ist dann der Durchschnittsverdienst pro Stunde zu errechnen und einzutragen. Der Betrag der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist gesondert anzu-

¹⁾ Vergl. den Aufsatz von Feig über die Statistik des Arbeitslohns und der Arbeitszeit in der Festschrift für G. von Mayr: „Die Statistik in Deutschland“ II. Band. S. 792ff.

¹⁾ Vergl. dazu die Auseinandersetzung auf den Verhandlungen des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften vom 14. Januar 1916 (wiedergegeben in der „Berufsgenossenschaft“, Zeitschrift für die Reichs-Unfallversicherung, vom 31. März 1916, 31. Jahrgang, Seite 56 und 57.)

1912.

Werkstätte:

Berufsart:

Name: geb. am:

Eintritt:

Vorname:

Wohnung:

Austritt:

1 Nr.	2 Lohnperiode von ... bis ...	3 Fester Stunden- lohnsatz	4 Verdienst aus Lohn- stunden und Akkordarbeit (ohne Zuschläge für Überstunden und ohne Abzüge für Kranken- geld usw.)			6 Durch- schnitts- verdienst pro Stunde	7 Betrag der Zuschläge für Über- zeit-, Nacht- und Sonn- tagsarbeit		8 Brutto- verdienst		9 Anzahl der Arbeits- tage (aus gewöhn- lichen Stunden)	10 Verdienst pro Tag		11 Bemerkungen.
			Stundenzahl	M	Pf.		M	Pf.	M	Pf.		M	Pf.	
1	1. 1.—13. 1.													
2	14. 1.—27. 1.													
3	28. 1.—10. 2.													
4	11. 2.—24. 2.													
5	25. 2.— 2. 3.													
6	3. 3.—16. 3.													
7	17. 3.—30. 3.													
	I. Vierteljahr													
8	31. 3.—13. 4.													
9	14. 4.—27. 4.													
10	28. 4.— 4. 5.													
11	5. 5.—18. 5.													
12	19. 5.— 1. 6.													
13	2. 6.—15. 6.													
14	16. 6.—29. 6.													
	II. Vierteljahr usw.													

geben und daraus der Bruttoverdienst zu berechnen. Schließlich ist die Zahl der Arbeitstage aufzuführen und aus Bruttoverdienst und Zahl der Arbeitstage der Tagesverdienst zu berechnen. Der Verband betont mit Recht, daß die auf Grund dieses Entwurfs vorgenommene Anpassung der Lohnbuchhaltung an die Verbandslohnstatistik die Unternehmungen in die Lage versetzt, die Angaben für die Berufsgenossenschaft und die Steuerbehörde in kurzer Frist zu machen.

Das Lohnblatt enthält in der Tat alle für eine spätere Lohnstatistik notwendigen Angaben. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Zuschläge für Überstunden usw. gesondert aufzuführen sind und nicht in dem Durchschnittsstundenverdienst einberechnet werden. Da sie nachträglich in dem Bruttoverdienst zum Ausdruck kommen, ist die Möglichkeit gegeben, auch den gesamten tatsächlichen Verdienst zu erkennen.

Die von Löhnung zu Löhnung ermittelten Angaben werden von den Unternehmungen in die ihnen durch den Verband nach Ablauf des halb- oder vierteljährlichen Erhebungszeitraums zugestellten Fragebogen eingetragen. Der Kopf dieses im folgenden wiedergegebenen Fragebogens ist für alle Werkstätten gleich. Jedoch ist für jede der hauptsächlichen Werkstätten ein besonderer Fragebogen vorgesehen, der die in der Werkstätte jeweils vereinigten Berufsarten in der Vorspalte bereits vorgedruckt enthält. Es werden im einzelnen folgende Werkstätten unterschieden:

1. Zentrale; 1a Holzbearbeitung (Schreinerei, Modell-schreinerei, Zimmerwerkstätte),
2. Schmiedewerkstätte;
3. mechanische Werkstätte;
4. Eisenkonstruktionswerkstätten, Schiffs- und Brückenbau;
5. Kesselschmiede;
6. Eisengießerei;
7. Metall- (Stahl-, Bronze-, Messing-) Gießerei.

Der Fragebogen für die Eisengießerei sieht beispielsweise folgende Berufe vor: Vorarbeiter, Modelleure, Sandformer, Hilfsformer, Lehmformer, Maschinenformer, Kernmacher, Hilfskernmacher, Putzer, Schmelzer, Sandmahler-, Ofenbedienungs-, Gießgrubenarbeiter, Schlosser, Maschinisten und Kranführer, Werkzeugausgeber, Magazinier, Maurer, Emaillierer, Schleifer, Hilfsarbeiter, Tagelöhner.

Im folgenden ist der für die mechanische Werkstätte geltende Fragebogen, dessen Kopf sich also auf allen Fragebogen wiederfindet, mit den 34 Berufen abgedruckt.

Dieser Fragebogen enthält auf der Rückseite eine Reihe von Anweisungen. Er gliedert zunächst die Arbeiter¹⁾ in drei Altersgruppen: a) Jugendliche bis zum vollendeten 16. Jahr und Lehrlinge, b) Arbeiter von 17 bis 21 Jahren, c) Vollarbeiter (über 21 Jahre). Für jede dieser drei Gruppen ist die Zahl der Arbeiter, ihr Lohnsatz pro Stunde und ihr Verdienst pro Stunde wiederzugeben; für Vollarbeiter ist außerdem noch der Tagesverdienst einzusetzen.

Wie wurde nun die Zahl der Arbeiter oder besser die Zahl der während des Halbjahrs durchschnittlich beschäftigten Arbeiter ermittelt? Nach der Anweisung auf der Rückseite des Fragebogens wird die Gesamtzahl der Arbeitstage, d. h. die überhaupt abgelohnten Tage aller Arbeiter dieser Berufsart, durch die in den betreffenden Zeitraum fallenden kalendermäßigen Arbeitstage geteilt. Die Zahl der kalendermäßigen Arbeitstage beträgt bei Nichtsonntagsarbeitern 150, 152, 154 usw., bei Sonntagsarbeitern 180, 182, 184 usw. Hat also das Werk in einem Halbjahr an Schlosser für 3 300 Tage Lohn gezahlt und hatte das Halbjahr

¹⁾ Der Fragebogen, der im Frieden entworfen worden war, kennt nur männliche Arbeiter.

Mechanische Werkstätte.

Zeit: Halbjahr vom bis

Berichtende Firma:

Sitz:

Berufsarten der beschäftigten Arbeiter	Anzahl der Arbeiter, durchschnittlicher Lohn und Verdienst									
	a) Jugendliche bis zum vollenden 16. Jahre und Lehrlinge			b) Arbeiter von 17 bis 21 Jahren			c) Vollarbeiter (über 21 Jahre)			
	Anzahl	pro Stunde		Anzahl	pro Stunde		Anzahl	pro Stunde		Tages-
		Lohnsatz	Verdienst		Lohnsatz	Verdienst		Lohnsatz	Verdienst	verdienst
1. Vorzeichner										
2. Vorarbeiter										
3. Monteure im Werk . .										
4. „ auswärts (In- land)										
5. Monteure auswärts (Aus- land)										
6. Montageschlosser . . .										
7. Montagehilfsarbeiter . .										
8. Werkzeugmacher										
9. Schlosser										
10. Dreher										
11. Hobler										
12. Stoßer										
13. Bohrer										
14. Horizontalbohrer										
15. Maschinenarbeiter an Automaten- und Re- volverbänken										
16. Schleifer										
17. Säger										
18. Fräser										
19. Sattler										
20. Werkzeugausgeber, Ma- gazinier										
21. Maschinisten und Kran- führer										
22. Kupferschmiede										
23. Klempner (Spengler) . .										
24. Gelbgießer										
25. Maurer										
26. Anstreicher u. Lackierer .										
27. Verzinker, Verzin- ner, Vernickler und Polierer										
28. Schmiede										
29. Presser, Locher und Stanzer										
30. Mechaniker										
31. Modellschlosser										
32. Wickler										
33. Hilfsarbeiter										
34. Tagelöhner										

150 kalendermäßige Arbeitstage, so beträgt die durchschnittliche Anzahl der Schlosser 22 (3 300:22). Es werden also, um die Zahl der Arbeiter während des Halbjahrs zu ermitteln, nicht nur diejenigen Arbeiter herangezogen, die tatsächlich während des Halbjahrs in dem Betrieb arbeiteten, sondern alle Arbeiter, und zwar rechnerisch für diejenigen Tage, während der sie im Betrieb arbeiteten.

Als Lohnsatz pro Stunde ist der sowohl mit den Zeit- als auch mit den Akkordarbeitern pro Stunde fest vereinbarte Betrag ohne irgendwelche Zuschläge einzusetzen. Aus den verschiedenen Stundenlohnsätzen der Arbeiter des gleichen Berufs ist dann ein Durchschnitts-Stundenlohnsatz zu berechnen. Haben also 5 Arbeiter einen Stundenlohnsatz von je 40 Pf. (zusammen 2 \mathcal{M}), 8 Arbeiter einen Satz von je 42 Pf. (zusammen 3.36 \mathcal{M}), 10 Arbeiter einen Satz von je 46 Pf. (zusammen 4.60 \mathcal{M}), so beträgt der Stundenlohn für die 23 Arbeiter zusammen 9.96 \mathcal{M} ; das ergibt einen Durchschnittsstundenlohnsatz von 0.433 \mathcal{M} .

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

Der durchschnittliche Verdienst pro Stunde wird dadurch festgestellt, daß man den Gesamtverdienst (Grundlohn, Akkordlohn, Prämien einschließlich Sonntagsarbeit und Überstunden) ohne die Zuschläge für Sonntagsarbeit und Überstunden durch die Gesamtzahl der Stunden dividiert. Den Verdienst pro Tag erhält man dadurch, daß man den eben behandelten Gesamtverdienst — jedoch unter Hinzurechnung der Zuschläge für Sonntagsarbeit und Überstunden — durch die Zahl der überhaupt geleisteten Arbeitstage teilt.

Auch hier ist wieder hervorzuheben, daß für Vergleichszwecke der durchschnittliche Stundenverdienst die geeignete Größe darstellt. Um jedoch über die tatsächlichen Lohnverhältnisse der Arbeiter unterrichtet zu sein, ist es notwendig, auch den durchschnittlichen Tagesverdienst heranzuziehen. Dieser wäre zweckmäßiger Weise durch eine Wiedergabe der absoluten Wochen- und Monatsverdienste zu ergänzen. Erst dadurch wäre, wie die früheren Ausführungen gezeigt haben, eine eingehende Klarheit der wirklichen Verdienste geschaffen.

Die Ergebnisse der von den einzelnen Unternehmungen ausgefüllten Fragebogen werden von der Geschäftsstelle des Verbandes zusammengestellt und in das nachstehend wiedergegebene Formblatt eingetragen. Die Zusammenstellung erfolgt nach Berufen für das ganze Verbandsgebiet und für

die einzelnen Bezirke. Das Formblatt gilt für den Beruf der Dreher innerhalb der Abteilung „Mechanische Werkstätte“ und bezieht sich auf die drei angeschlossenen Unternehmungen des Bezirks Mannheim-Ludwigshafen.

Mechanische Werkstätte. Berufsart: Dreher.

Anzahl der Werke	Bezirk	Anzahl der Arbeiter, Lohn und Verdienst																Nr. der Firma		
		a) Jugendliche bis zum vollendeten 16. Jahre und Lehrlinge						b) Arbeiter von 17 bis 21 Jahren						c) Vollarbeiter (über 21 Jahre)						
		Anzahl	Lohnsatz pro Stunde		Verdienst pro Stunde		Anzahl	Lohnsatz pro Stunde		Verdienst pro Stunde		Anzahl	Lohnsatz pro Stunde		Verdienst pro Stunde		Verdienst pro Tag			
			durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>	durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>		durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>	durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>		durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>	durchschnittlich <i>M</i>	gesamt <i>M</i>				
1	M.-L.	3	0,05	0,15	0,05	0,15	5	0,33	1,65	0,43	2,15	20	0,45	9,00	0,55	11,00	5,75	115,00	26	
1	„	33	0,07	2,31	0,08	2,64	25	0,28	7,00	0,47	11,75	125	0,40	50,00	0,66	82,50	6,20	775,00	27	
1	„	15	0,05	0,75	0,15	0,75	12	0,29	3,48	0,50	6,00	34	0,39	13,26	0,69	23,46	6,53	222,02	28	
3	.	51	0,08	3,21	0,06	3,54	42	0,29	12,13	0,47	19,90	179	0,40	72,26	0,65	116,96	6,21	1 112,02		

Diese Zusammenstellung gibt also Auskunft über den Durchschnittslohn und Durchschnittsverdienst pro Stunde der Jugendlichen und Lehrlinge, der Arbeiter von 17 bis 21 Jahren und der Vollarbeiter, ferner über den Durchschnittsverdienst der Vollarbeiter pro Tag; sie läßt ferner den niedrigsten und den höchsten Durchschnittslohn und Durchschnittsverdienst der einzelnen Gruppen erkennen.

Auf Grund dieser Zusammenstellung wird eine letzte

endgültige Verarbeitung vorgenommen. Diese Übersicht gibt für jede der einzelnen Abteilungen die Arbeiter nach dem Beruf und den drei bisher unterschiedenen Altersklassen wieder. Für jede Altersklasse wird der niederste, durchschnittliche und höchste Lohn sowie Verdienst pro Stunde, für die Vollarbeiter außerdem noch der niederste, durchschnittliche und höchste Verdienst pro Tag aufgeführt.

Diese letzte endgültige Übersicht hat folgende Fassung:

Mechanische Werkstätten.

Berufsarten der beschäftigten Arbeiter	Lfd. Nr.	An- zahl der Wer- ke	Anzahl der Arbeiter; niedrigster, durchschnittlicher und höchster Lohn und Verdienst im gesamten Verbandsgebiet und in den einzelnen Bezirken																							
			a) Jugendliche bis zum vollendeten 16. Jahre und Lehrlinge									b) Arbeiter von 17 bis 21 Jahren						c) Vollarbeiter (über 21 Jahre)								
			An- zahl	Lohnsatz pro Stunde			Verdienst pro Stunde			An- zahl	Lohnsatz pro Stunde			Verdienst pro Stunde			An- zahl	Lohnsatz pro Stunde			Verdienst pro Stunde			Verdienst pro Tag		
				niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M	niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M		niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M	niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M		niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M	niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M	niedrig- ster M	durch- schnitt- licher M	hoch- ster M
1. Dreher *) a)	1	24	248	0,07	0,13	0,22	0,08	0,15	0,24	150	0,20	0,24	0,30	0,25	0,32	0,45	1 650	0,35	0,55	0,60	0,39	0,68	0,90	3,90	6,58	9,26
b)	2	3	51	0,05	0,06	0,07	0,05	0,06	0,15	42	0,28	0,29	0,33	0,43	0,47	0,50	179	0,39	0,40	0,45	0,55	0,65	0,69	5,75	6,21	6,53
2. Schlosser a)	usw.																									

*) a) Gesamtes Verbandsgebiet, b) Bezirk Mannheim-Ludwigshafen usw.

Die Lohnstatistik des badischen Metallindustriellenverbandes wurde deshalb so eingehend behandelt, weil sie in der Tat einen Weg angibt, auf dem brauchbare Ergebnisse gewonnen werden können. Wie der Verband hervorhebt, sind bereits andere Verbände seinem Beispiel gefolgt und haben das badische System eingeführt. Allerdings setzt die Durchführung dieser Verbandslohnstatistik einige Schreiarbeit voraus; sie bedingt auch, wie bereits hervorgehoben wurde, eine Anpassung der Lohnbuchhaltung oder der Werkstättenbuchhaltung, um das erste Individualformblatt ausfüllen zu können. Sind einmal zahlreiche Unternehmungen eines be-

stimmten Industriezweigs auf eine Lohnstatistik eingerichtet, so kann dann auch eine amtliche Stelle, sei es Landes- oder Reichsbehörde, darangehen, für sich selbst über einen bestimmten Zeitraum solche Individualformblätter ausfüllen zu lassen und nach ihren Gesichtspunkten zu verarbeiten.

Gelegentlich der Darstellung der Lohnstatistik des badischen Metallindustriellenverbandes wurde bereits die Bearbeitung des lohnstatistischen Materials berührt. Im nächsten Abschnitt sollen die Gesichtspunkte, die für die Bearbeitung überhaupt in Betracht kommen, grundsätzlich behandelt und mit Beispielen belegt werden.

IV.

Wenn im folgenden die Bearbeitung der Lohnstatistik, also der eingegangenen Fragebogen und Lohnnachweise, im einzelnen behandelt wird, so wird dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß für jeden Arbeiter ein besonderer Nachweis vorliegt. Im allgemeinen bestehen bezüglich der Lohnhöhe, die die Arbeiter einer Berufsart in einem bestimmten Industriezweig erreichen, insbesondere von Ort zu Ort große Unterschiede, die durch mannigfache Umstände bedingt sind, also beispielsweise durch die verschiedenartigen Preise der Unterhaltungsmittel, durch die Größe des Arbeiterangebots und die Größe der Arbeitsnachfrage usw. Diese örtlichen Verschiedenheiten zu unterdrücken, indem man aus den verschiedenen hohen Löhnen einen Durchschnittslohn bildet, um die tatsächliche Lohnhöhe in einem Ausdruck niederzulegen, hat keinen Sinn. Solche Durchschnitte können, wie noch gezeigt wird, nur als Unterlagen für Indexziffern (Meßziffern) in Betracht kommen, wenn die örtliche Verteilung der Lohnangaben in allen Vergleichsjahren die gleiche bleibt. Als Ausdruck der tatsächlichen Lohnhöhe hat der Durchschnittslohn nur dann eine logisch gerechtfertigte Bedeutung, wenn die Abweichungen von dem Durchschnittslohn als „zufällig“ angesehen werden können. Bei dem oben unterstellten Durchschnittslohn handelt es sich aber keinesfalls um zufällige Abweichungen, die in dem Durchschnittslohn aufgehoben sind, sondern um Abweichungen, die durch bedeutungsvolle Umstände verursacht sind. Führt man hingegen eine weitgehende geographische Gliederung durch derart, daß die nunmehr entstandenen Gebiete in sich gleichartige Verhältnisse bezüglich der Preise der Unterhaltungsmittel, der Arbeitsmarktverhältnisse usw. aufweisen, so werden sich hier — auch ohne daß Tarifverträge bestehen — gleichartige Lohnverhältnisse innerhalb der einzelnen Teilgebiete ergeben. Hier sind die Abweichungen von dem ermittelten Durchschnittslohn tatsächlich in hohem Grade als zufällig anzusehen. Beim Vorherrschen des Zeitlohnsystems werden die Löhne in großem Umfange übereinstimmen. Ähnliches gilt beim Akkordlohnsystem. Die Akkordsätze selbst werden einander sehr nahe kommen; der bei den Akkordsätzen verdiente Lohn wird zwar infolge verschiedenartiger Arbeitsgeschicklichkeiten usw. gewisse Abweichungen aufweisen, die aber hier als zufällig angesehen werden können. Der Durchschnittslohn wird als gewogener Durchschnitt zu errechnen sein: das heißt, es muß die Zahl der Arbeiter, die die einzelnen Löhne, aus denen der Durchschnitt ermittelt wird, verdienen, berücksichtigt werden.

Es läßt sich allerdings, wie schon angedeutet, auch die Errechnung eines Durchschnittslohnes aus Löhnen, die in verschiedenen Bezirken, die unter sich bezüglich der Kosten der Lebenshaltung usw. ganz verschiedenartige Verhältnisse aufweisen, gezahlt werden, rechtfertigen unter der Voraussetzung, daß dieser Durchschnittslohn keinen Anspruch darauf macht, als Repräsentant der wirklichen Lohnhöhe angesehen zu werden, sondern nur für zeitliche Vergleiche als Vergleichsunterlage dient. Hat sich die Zusammensetzung und überhaupt das Wesen der herangezogenen Berufsarten während der Zeit, für die ein Vergleich angestellt werden soll, nicht grundlegend geändert, so kann aus den Durchschnittslöhnen das Auf oder Nieder der Lohnbewegung ersehen werden. Für solche Berechnungen braucht auch an der oben aufgestellten Anforderung, von dem Beruf und nicht vom ganzen Industriezweig auszugehen, nicht unbedingt festgehalten zu werden. Es kann auch für den ganzen Industriezweig ein

solcher Durchschnitt zu verschiedenen Zeiten errechnet werden, um als Vergleichsunterlage zu dienen; aber auch hier ist Voraussetzung, daß sich die Zusammensetzung und das Wesen des Industriezweigs in der Zwischenzeit nicht wesentlich geändert hat.

Hat man in der vorhin näher gekennzeichneten Weise für eine Berufsart innerhalb eines gleichgearteten Gebietes einen Durchschnittslohn errechnet, so läßt sich gegen diesen Durchschnitt schließlich einwenden, daß er in der Mehrzahl der Fälle einen Lohn wiedergibt, der tatsächlich nicht in einem einzigen Falle gezahlt wurde. Diesem an sich nicht widerlegbaren Einwand kann dadurch entgangen werden, daß nicht der Durchschnittslohn sondern der sogenannte häufigste Lohn angegeben wird, das ist derjenige Lohn, der tatsächlich der Mehrzahl der Arbeiter der in Betracht kommenden Berufsarten bezahlt wird. Schwierigkeiten ergeben sich aber auch hier. Soll aus sämtlichen Betrieben der häufigste Lohn ermittelt werden oder zunächst für jeden einzelnen Betrieb und aus diesen häufigsten Löhnen ein Durchschnitt oder wiederum der häufigste Lohn genommen werden?

Ein anderer Ausweg, dem Durchschnittslohn zu entgehen, kann darin gesehen werden, daß man die Löhne sämtlicher Arbeiter des Berufs nach Lohnstufen gruppiert; dieses weit verbreitete Verfahren besteht genauer darin, daß man die Zahl der Arbeiter, die jeder der aufgestellten Lohnstufen oder Lohnklassen angehören, wiedergibt. Man kann bei diesem Vorgehen leicht die Lohnverhältnisse des ganzen Berufs überschauen und sich ein Bild von der Lage der Arbeiter des Berufs machen. Das Verfahren bereitet jedoch für zeitliche und örtliche Vergleiche erhebliche Schwierigkeiten; es läßt vor allem keinen eindeutigen, mit einer Zahl faßbaren Schluß auf die Veränderung zu, da ja hier von vornherein auf die Ermittlung eines einzigen Ausdrucks der Lohnverhältnisse verzichtet wurde. Stellt man beispielsweise zeitliche Vergleiche an, gruppiert man also für zwei Zeitpunkte jeweils die Löhne nach Lohnstufen, so kann man ein Urteil über die Bewegung der Löhne der Arbeiter von einem Zeitpunkt zum andern eigentlich nur dann abgeben, wenn die gleichen Arbeiter zugrunde liegen und wenn man die Bewegung der einzelnen individuellen Löhne von einem Zeitpunkt zum andern kennt. Sonst läßt sich aus beiden Reihen lediglich ersehen, daß die höheren bzw. niederen Lohnklassen im zweiten Zeitpunkt in höherem bzw. niederem Maße als im ersten Zeitpunkt besetzt sind. Sind in der Zwischenzeit keine grundlegenden Änderungen im Arbeitsprozeß und in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft vorgekommen, so lassen sich allerdings von hier aus manche Rückschlüsse auf die Bewegung der Löhne ziehen.

Man hat — auf Grund einer eingehenden Lohnstufenstatistik — versucht, die ganze Lohnverteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Ausdruck wiederzugeben, indem man den Medianwert feststellte. Der Medianwert ist, wie noch näher auszuführen sein wird, der Wert desjenigen Lohns, der — bei einer geordneten Lohnstufenreihe — dem in der Mitte der Reihe stehenden Arbeiter bezahlt wird. Zur besseren Kennzeichnung des Medianwerts werden häufig noch die Werte der beiden Quartilen berechnet; das sind wiederum unter der Voraussetzung einer geordneten Lohnstufenreihe die Werte der Löhne, zu denen oder über die drei Viertel aller Arbeiter — einmal vom Anfang, zum zweiten Male vom Ende

der Reihe gerechnet — entlohnt werden. Die Bestimmung der Medianwerte und der Werte der beiden Quartilen setzt allerdings eine Lohnstufenfolge voraus, deren einzelne Stufen durch bestimmte Löhne und nicht durch Spannungen von Löhnen repräsentiert sind. Die Höhe des Medianwertes als des gerade in der Mitte stehenden Wertes — und dasselbe gilt für die Quartilen — kann, wie einfache Überlegungen über die Verteilung der Löhne zeigen, von Zufälligkeiten abhängig sein. Auf jeden Fall muß zur Würdigung dieser Werte daneben auch eine Einsicht in die Verteilung der Löhne auf die einzelnen Lohnstufen ermöglicht sein.

Bei den vorangegangenen Ausführungen wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Unterlagen der Erhebung die Möglichkeit zuließen, einen Stundenverdienst (Wochenstunden-, Monatsstunden-, Jahresstundenverdienst) zu errechnen, oder daß es bei der Lohnerhebung möglich war, die normalen Löhne oder Verdienste, also Löhne ohne Überstundenverdienst und Verlust für verkürzte Arbeitszeit zu ermitteln. Grundet sich die Bearbeitung auf die normalen Löhne, so ist es nicht notwendig, auf die Stundeneinheit zurückzugehen: es können auch die normalen Tages- oder die normalen Wochenlöhne zugrunde gelegt werden. Ist es nicht möglich, normale Löhne zugrunde zu legen, so muß man, sofern Vergleiche angestellt werden sollen, auf den Stundenlohn zurückgehen. Werden die Überstundenverdienste aus dem Tages- oder Wochenlohn nicht ausgeschieden, so ist immer noch eine Berechnung und Wiedergabe des tatsächlichen Verdienstes der Arbeiter möglich. Es können jedoch nicht einwandfreie örtliche und zeitliche Vergleiche mit den Verdiensten der Arbeiter der gleichen und anderer Berufsarten gezogen werden.

Im folgenden soll als Beispiel für die Bearbeitung einer lohnstatistischen Erhebung wiederum die Bearbeitung der englischen Lohnerhebung vom Jahre 1906 behandelt werden. Unter den Übersichten, die die Bearbeitung geliefert hat, sind die wichtigsten die sogenannten besonderen Übersichten, die für jeden Beruf eines jeden Industriezweigs in eingehender geographischer Gliederung die reinen Verdienste in der letzten Zahlwoche des September 1906 darstellen. Die Arbeiter sind außerdem nach Männern, Jugendlichen, Frauen und Mädchen gegliedert. Ferner sind sowohl die Verdienste der Arbeitskräfte aufgeführt, die die normale volle Zeit arbeiteten, als auch die Verdienste aller Arbeitskräfte eines Berufs, also einschließlich derer, die mehr oder weniger als die normale volle Zeit arbeiteten. Die Verdienste sind als Durchschnittsverdienste nachgewiesen, wobei jeweils auch die Zahl der in Betracht kommenden Arbeitskräfte angeführt ist.

Die Bearbeitung hat sich nicht damit begnügt, lediglich den durchschnittlichen Verdienst wiederzugeben, sondern zeigt

daneben auch den Medianwert sowie den Wert der oberen und unteren Quartile. Da die englische Erhebung Medianwerte und die Werte der beiden Quartilen sehr häufig verwendet, sei hier noch einmal das Wesen dieser Werte erläutert. Während der Durchschnittsverdienst das arithmetische Mittel aus der Gesamtsumme der Verdienste und der Zahl der Personen darstellt, die an den Verdiensten teilnehmen, ist der Medianwert derjenige Verdienst, der, sofern man sämtliche Lohnempfänger in einer Reihe nach der Höhe des Verdienstes ordnet, dem in der Mitte stehenden Arbeiter bezahlt wird. Es seien 51 Arbeiter angenommen, von denen

1 Arbeiter 28 s.			3 Arbeiter 39 s.		
1	"	34 "	2	"	40 "
2	"	36 "	1	"	41 "
19	"	37 "	1	"	42 "
10	"	38 "	1	"	48 "
9	"	38 s., 6 d.	1	"	51 "

verdienen. Der Medianwert ist derjenige Verdienst, der dem in der Mitte stehenden Arbeiter, also dem 26. bezahlt wird, das sind 38 s.; man kann dabei vom Gipfel oder vom Fuße der Tabelle aus zählen. Die untere Quartile ist der Verdienst des Arbeiters, der in der unteren Hälfte der Lohnempfänger in der Mitte steht oder, anders ausgedrückt, mit dem das letzte Viertel der Gesamtheit der Lohnempfänger, sofern man vom unteren Ende der Reihe zählt, abschließt. Die obere Quartile ist dagegen der Verdienst des Arbeiters, der in der oberen Hälfte der Lohnempfänger in der Mitte steht oder, anders ausgedrückt, mit dem das erste Viertel der Gesamtheit der Lohnempfänger, sofern man vom oberen Ende der Reihe zählt, abschließt. In dem angeführten Beispiel beträgt der Wert der unteren Quartile, nämlich der Lohn des 13. Arbeiters von unten 37 s.; der des oberen, nämlich der Lohn des 13. Arbeiters von oben, 38 s. 6. Dieses Ergebnis kann man in verschiedener Weise ausdrücken. Man kann sagen: 1. die Hälfte aller Arbeiter verdient zwischen 37 und 38 s. 6 d.; 2. ein Viertel der Arbeiter verdient 37 s. und mehr oder drei Viertel 38 s. 6 d. und weniger. In den Fällen, in denen die Mehrzahl der Verdienste sich auf niedrig entlohnte Arbeitskräfte erstreckt, nähert sich die untere Quartile dem Medianwert. In den Fällen, in denen die Löhne nur wenig voneinander abweichen mit einigen außerordentlich hohen oder niedrigen Löhnen, sind die beiden Quartilen und der Medianwert nahe beieinander. Kommt eine Reihe verhältnismäßig hoher Verdienste vor, so wird die obere Quartile beträchtlich über dem Medianwert liegen.

Es ergeben sich beispielsweise für Weber (Männer von 20 Jahren und darüber) des Bezirkes Lancashire und Cheshire für die letzte Zahlwoche des Monats September 1906 folgende Verdienste:

Berufsart	A r b e i t e r , die volle normale Zeit arbeiteten										Alle Arbeiter (einschl. derer, die mehr oder weniger als volle Zeit arbeiteten)		
	Zahl	durchschnittlicher Verdienst für volle Zeit		Untere Quartile		Medianwert		Obere Quartile		Zahl	durchschnittlicher Verdienst für alle Arbeiter		
		s.	d.	s.	d.	s.	d.	s.	d.		s.	d.	
Weber mit													
2 Webstühlen . . Stücklohn	661	21	8	13	6	22	0	27	6	669	21	9	
3 " " " "	1 433	19	6	17	0	19	0	21	0	1 451	19	5	
4 " " " "	11 367	25	1	23	0	25	0	27	0	11 489	25	0	
6 " " " "	1 825	32	11	30	0	32	6	36	0	1 827	32	11	
Barchentweber mit													
4 Webstühlen . . Stücklohn	69	21	8	18	0	22	0	25	0	69	21	8	

Aus der hier mitgeteilten Stichprobe geht hervor, daß der durchschnittliche Verdienst und der Medianwert nur wenig voneinander abweichen; starke Spannungen stellen sich jedoch zwischen den beiden Quartilen heraus, und zwar sind die Spannungen um so größer, je geringer die Zahl der in Betracht kommenden Personen ist.

Eine zweite Reihe von wichtigen Übersichten geht von der Berufsart aus und gibt innerhalb der Berufsart für Bezirk und das gesamte Königreich den reinen Verdienst in der letzten Zahlwoche des Monats September 1906 an. Bei der Wiedergabe der Verdienste sind jedoch hier Lohn- oder besser Verdienstklassen gebildet. Als Beispiel seien die männlichen Weber mit 4 Webstühlen, die volle Zeit arbeiten, herausgegriffen:

Bezirk	Unter 20 s.	20 und unter 25 s.	25 und unter 30 s.	30 und unter 35 s.	35 s und dar- über	Ge- samt- zahl	durch- schnitt- licher Verdienst s.	d.
Lancashire und Cheshire								
Ashton-under-Lyne	9	67	29	4	—	109	23	10
Rochdale	258	756	416	72	12	1 514	23	4
Das gesamte Lan- cashire u. Cheshire	683	5 027	4 853	661	143	11 367	25	1
Yorkshire	116	497	136	6	1	756	22	7
Das gesamte König- reich	799	5 524	4 989	667	144	12 123	24	11
Anteilsätze	6,5	45,6	41,2	5,5	1,2	100,0	—	—

Diese Verdienstklassenstatistik gewährt zweifellos einen besseren Einblick in die Verdienstverhältnisse der Arbeiter als die bloße Mitteilung der Medianwerte usw. ohne Angaben der Verdienststufen; sie gewährt vor allem einen tieferen Einblick als lediglich die Berechnung des durchschnittlichen Verdienstes. Aus der oben wiedergegebenen Übersicht ergibt sich beispielsweise für die herangezogenen Weber im ganzen Königreich ein durchschnittlicher Verdienst von 24 s. 11 d.; die Lohnklassenstatistik zeigt jedoch, daß 47,9 v. H. aller hier herangezogenen Weber einen Verdienst von 25 s. 9 d. und darüber haben. Es sei im Anschluß daran bemerkt, daß sich für diese Weber ein Medianwert von 25 s. ergab.

Die „besonderen Übersichten“ der englischen Lohnerhebung sind in ihrer eingehenden beruflichen und geographischen Gliederung geeignet, ein gutes Bild der Lohn- und Verdienstverhältnisse zu bieten. Die in diesen Übersichten durchgeführte Verwendung von Durchschnittslöhnen hat in methodischer Hinsicht einen guten Sinn. Wenn, wie dargelegt wurde, beispielsweise für die männlichen erwachsenen Weber, die eine bestimmte Zahl von Webstühlen bedienen, in einem kleinen in sich einheitlich gestalteten Bezirk ein Durchschnittslohn berechnet wird, so kann dieser Durchschnittslohn als ein richtiger Ausdruck der tatsächlich bestehenden Lohnverhältnisse aufgefaßt werden. Die vorkommenden Abweichungen von diesem Durchschnittslohn können als durch „zufällige Ursachen“ (verschiedene körperliche Geschicklichkeit, verschiedene Ernährung usw.) bedingt angesehen werden. Es kann sich jedoch ergeben, daß dieser — auf jeden Fall errechnete — Durchschnittslohn tatsächlich nicht oder nur in wenigen Fällen bezahlt wurde. Für Betrachtungen, die sich auf tatsächlich gezahlte Löhne stützen wollen, können die Medianwerte von Nutzen sein, zu deren näherer Würdigung jedoch mindestens immer die Quartilwerte herangezogen werden müssen. Ob die Bezirke, für die jeweils Durchschnittslöhne berechnet wurden, immer in sich so einheitlich gestaltet sind,

daß die Berechnung von Durchschnitten von methodologischen Gesichtspunkten aus keinem Bedenken unterliegt, kann hier nicht entschieden werden. Die Bearbeitung ist etwaigen Einwänden, wie dargelegt, dadurch zuvorgekommen, daß sie daneben die Löhne noch nach Lohnklassen aufbereitet hat; diese Klassen umfassen allerdings recht große Spannungen: zwischen 20 und 35 Schilling beträgt die Spannung jeweils 5 Schilling.

Um das Wesen und die Art der Bearbeitung amerikanischer Lohnerhebungen darzulegen, sei eine Lohnstatistik aus neuerer Zeit herausgegriffen. Es handelt sich um eine Erhebung, die sich auf die Zeit von 1879 bis 1903 bezieht und in dem 19. Jahresbericht des *Commissioner of Labor* niedergelegt ist. Die Erhebung wurde in den folgenden Jahren weitergeführt: Nr. 59 des *Bulletin of the Bureau of Labor* gibt die Löhne und Arbeitszeiten für die Zeit von 1890 bis 1905, Nr. 71 für die Zeit von 1890 bis 1906 und Nr. 77 für die Zeit von 1890 bis 1907 wieder.

Wie in der Einleitung zu dem erwähnten 19. Jahresbericht dargelegt ist, sollte die Untersuchung die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in den hauptsächlichsten Berufsarten der führenden Industriezweige in allen Teilen des Landes darlegen; gleichzeitig sollten die Angaben repräsentativ sein, also ein Bild von der tatsächlichen Höhe und Bewegung der Löhne und Arbeitszeiten geben. Aus Mangel an Hilfskräften erstreckte sich die Untersuchung nicht auf das Verkehrsgewerbe, den Bergbau, die Landwirtschaft und einige andere große Industriezweige. Um die Unterlagen der Erhebung zu erhalten, besuchten besondere Beamte des Arbeitsamts persönlich die Betriebe und entnahmen die Angaben unmittelbar den Lohnlisten sowie anderen brauchbaren Quellen. Die Aufbewahrung solcher Listen für zurückliegende Zeiträume ist nicht allgemein üblich; es mußte daher häufig bei großen Betrieben davon Abstand genommen werden, Angaben aufzunehmen; man mußte sich dann auf kleinere Unternehmungen beschränken. Zuweilen konnte man es aber nicht umgehen, auch Nachweise wiederzugeben, die sich nicht auf den ganzen Zeitraum von 1890 bis 1903 bezogen, um wichtige Bezirke nicht unberücksichtigt zu lassen. Es wurden ferner, wie bereits angedeutet, nicht alle, sondern nur die wichtigsten Berufsarten der einzelnen Betriebe untersucht. Von Bedeutung ist ferner, daß die Zahl der Betriebe, deren Berufsarten in die Untersuchung einbezogen wurden, nicht in jedem Jahre die gleiche ist; es war häufig nicht möglich, für die hauptsächlichsten Berufsarten eines Betriebes alljährlich Angaben zu erhalten.

Die Bearbeitung geht darauf aus, einerseits Stundenlöhne, andererseits die wöchentlichen Arbeitszeiten zu berechnen und wiederzugeben. Welcher Zeitraum in jedem einzelnen Jahre zur Erlangung dieser Angaben ausgewählt wurde, ist nicht dargelegt. Aus einzelnen Erklärungen geht lediglich hervor, daß für jedes Jahr eine repräsentative Zeit (*representative time*), in der mit voller Arbeitszeit gearbeitet wurde, ausgewählt wurde. Offenbar wurde alljährlich eine bestimmte Woche mit voller Arbeitszeit herausgegriffen für sämtliche Arbeiter der gleichen Berufsart, die Zahl der insgesamt gearbeiteten Arbeitsstunden ermittelt und durch Division sämtlicher Arbeitsstunden durch die Zahl der Arbeiter eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit berechnet. Ob bei dieser Berechnung der wöchentlichen Durchschnittsarbeitszeit auch Überstunden einbezogen worden sind, ist zwar im Berichte des Amtes nicht näher dargelegt; aus den in den einzelnen Tabellen niedergelegten Angaben scheint jedoch hervorzugehen, daß die Überstunden und auch diejenigen Fälle berücksichtigt wurden, in denen Arbeiter nicht die volle Zeit arbeiteten. Der durch-

schnittliche Stundenlohn oder nach dem Gesagten besser Stundenverdienst wurde in der Weise ermittelt, daß zunächst für jeden einzelnen Arbeiter aus seinen Arbeitsstunden und dem hierfür erhaltenen Gesamtverdienst ein Stundenverdienst berechnet wurde, diese individuellen Stundenverdienste addiert und durch die Zahl der einbezogenen Arbeiter dividiert wurden. Trotz der Bedenken, die gegen die Wiedergabe von Durchschnittslöhnen sprechen, glaubt der Bearbeiter doch, daß bei den gut abgegrenzten Berufsarten und bei der großen Erfahrung seiner Beamten dem Durchschnitt eine begründete Bedeutung beizulegen sei.

Gegenüber dem eben geschilderten Vorgehen des amerikanischen Arbeitsamtes seien einige Bedenken eingeschaltet. Ist, was nach den vorliegenden Angaben wohl anzunehmen ist, der alljährlich der Arbeitszeit- und Verdienstermittlung zugrunde gelegte Zeitraum nach Zeit und Umfang nicht der gleiche, so liegt hierin zweifellos ein starker Mangel. Weist der zugrunde gelegte Zeitraum nicht etwa infolge von Ausständen usw. vollkommen außergewöhnliche Verhältnisse auf, so muß notwendigerweise immer der gleiche Zeitraum gewählt werden; sonst könnte etwaige Neigung des Beamten zum Schön- oder Schwarzfärben ihn dazu führen, jeweils eine besonders günstige oder ungünstige Woche auszusuchen. Ein weiteres Bedenken richtet sich dagegen, daß in der Zahl der einbezogenen Betriebe einer Berufsart sehr häufig gewechselt wurde. Die Bedeutung der repräsentativen Methode, die das amerikanische Arbeitsamt verwendet, liegt darin, daß sie gegebenenfalls ein richtiges Bild von der Bewegung der Arbeitszeiten und Löhne usw. zu geben vermag, ein Ziel, dem das amerikanische Arbeitsamt auch in erster Linie bei seiner Untersuchung nachstrebte. Notwendige Voraussetzung bei diesem Verfahren ist, daß die einbezogenen Betriebe immer dieselben bleiben. Das Neueintreten und Verschwinden von Betrieben ruft in vielen Fällen eine Veränderung in der Höhe der ermittelten Arbeitszeit oder des Verdienstes hervor, ein Umstand, der naturgemäß auch die Bewegung der Ergebnisse beeinflussen muß. Was ferner die Verwendung von Durchschnittsangaben betrifft in der Weise, wie es das

amerikanische Arbeitsamt tut, so muß auf die früheren Ausführungen verwiesen werden. Durchschnittsangaben für bestimmt abgegrenzte Berufsarten sowie für bestimmt abgegrenzte nicht zu umfangreiche Gebietsteile haben, wie bereits ausgeführt worden ist, ihren guten Sinn; zufällige Ursachen werden ausgeschaltet. Bei der Untersuchung des amerikanischen Arbeitsamts ist zwar die Berufsart, wie das Amt selbst betont, genau abgegrenzt, nicht aber der Gebiets- teil. Die Angaben sind Betrieben der Vereinigten Staaten entnommen, in denen vielfach unter ganz anders gearteten Verhältnissen gearbeitet wird. Auf die Versuche, vermittels der Durchschnittsangaben die Lohnbewegung mit Hilfe von gewogenen Durchschnittsn darzulegen, wird noch eingegangen werden.

Was die Wiedergabe der Ergebnisse betrifft, so ist zunächst hervorzuheben, daß die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse für 67 Industrien und 519 verschiedene Berufsarten in 3475 Betrieben festgestellt worden sind; mehr als ein Drittel aller befragten Betriebe, nämlich 1257, entfallen auf das Baugewerbe. Die Wiedergabe der Ergebnisse erfolgte in 8 umfangreichen Tabellen.

Tabelle I enthält für jede der herangezogenen Berufsarten die Zahl der in den berücksichtigten Betrieben beschäftigten Arbeiter, die Zahl der von einem Arbeiter durchschnittlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden sowie den durchschnittlichen Stundenverdienst in den Jahren 1890 bis 1903. Die Zahl der im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1899 beschäftigten Arbeiter, der wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden sowie der erzielten Stundenverdienste wird gleich 100 gesetzt, und danach werden für die einzelnen Jahre Meßziffern berechnet. Außerdem wird die Zu- oder Abnahme der Arbeiter, wöchentlichen Arbeitszeiten sowie Stundenverdienste, die sich im Jahre 1903 gegenüber den in der jeweiligen Vorspalte angeführten Jahren oder Zeitabschnitten ergibt, ermittelt. Zur Verdeutlichung dieser Angaben sei die für Schmiede, die mit der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte beschäftigt waren, aufgestellte Übersicht mitgeteilt:

J a h r	A r b e i t e r				Z a h l d e r w ö c h e n t l i c h e n A r b e i t s s t u n d e n				S t u n d e n v e r d i e n s t			
	Zahl	Meß- ziffer	Zunahme (+) od. Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre		im Durch- schnitt	Meß- ziffer	Zunahme (+) od. Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre		im Durch- schnitt	Meß- ziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre	
			Zahl	v. H.			Zahl	v. H.			Betrag ds	v. H.
Durchschnitt									ds			
1890-99	126	100,0	+ 16	+ 12,7	59,21	100,0	— 0,47	— 0,8	0,2 257	100,0	+ 0,0 107	+ 4,7
1890	114	90,5	+ 28	+ 24,5	59,69	100,8	— 0,95	— 1,6	0,2 222	98,4	+ 0,0 142	+ 6,4
1891	115	91,3	+ 27	+ 23,5	59,70	100,8	— 0,96	— 1,6	0,2 287	101,3	+ 0,0 077	+ 3,4
1892	131	104,0	+ 11	+ 8,4	59,69	100,8	— 0,95	— 1,6	0,2 384	105,6	— 0,0 020	— 0,8
1893	132	104,8	+ 10	+ 7,6	59,67	100,8	— 0,98	— 1,6	0,2 605	115,4	— 0,0 241	— 9,3
1894	124	98,4	+ 18	+ 14,5	57,98	96,4	+ 1,66	+ 2,9	0,2 257	100,0	+ 0,0 107	+ 4,2
1895	121	96,0	+ 21	+ 17,4	59,69	100,8	— 0,95	— 1,6	0,2 051	90,9	+ 0,0 313	+ 15,3
1896	127	100,8	+ 15	+ 11,8	59,69	100,8	— 0,95	— 1,6	0,2 154	95,4	+ 0,0 210	+ 19,7
1897	123	97,6	+ 19	+ 15,4	57,72	97,5	+ 1,02	+ 1,8	0,2 163	95,8	+ 0,0 201	+ 9,3
1898	139	110,3	+ 3	+ 2,2	59,69	100,8	— 0,95	— 1,6	0,2 296	101,7	+ 0,0 068	+ 3,0
1899	135	107,1	+ 7	+ 5,2	59,46	100,4	— 0,72	— 1,2	0,2 149	95,2	+ 0,0 215	+ 10,0
1900	143	113,5	— 1	— 0,7	59,50	100,5	— 0,76	— 1,3	0,2 177	96,5	+ 0,0 187	+ 8,6
1901	144	114,3	— 2	— 1,4	59,46	100,4	— 0,72	— 1,2	0,2 150	95,3	+ 0,0 214	+ 10,0
1902	134	106,3	+ 8	+ 6,9	59,45	100,4	— 0,71	— 1,2	0,2 262	100,2	+ 0,0 102	+ 4,5
1903	142	112,7			58,74	99,2			0,2 364	104,7		

Tabelle II faßt die in 564 der oben dargestellten Einzelübersichten mitgeteilten Meßziffern nach 67 Industriezweigen zusammen. Um auch dafür ein Beispiel anzuführen, sei die Tabelle für den ersten der 67 Industriezweige, die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte, mitgeteilt.

Jahr	Arbeiter		Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden		Stundenverdienst	
	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre
1890	86,2	+ 44,8	100,3	— 0,9	97,1	+ 20,7
1891	88,2	+ 41,5	100,3	— 0,9	100,8	+ 16,3
1892	95,1	+ 31,2	100,3	— 0,9	101,6	+ 15,4
1893	105,1	+ 18,7	100,3	— 0,9	102,5	+ 14,3
1894	95,8	+ 30,3	99,2	+ 0,2	97,3	+ 20,5
1895	98,1	+ 27,2	100,3	— 0,9	96,4	+ 21,6
1896	94,5	+ 32,1	99,9	— 0,5	102,0	+ 14,9
1897	95,8	+ 31,0	99,0	+ 0,4	99,4	+ 17,9
1898	120,9	+ 3,2	100,2	— 0,8	101,0	+ 16,0
1899	120,6	+ 3,5	100,2	— 0,8	101,8	+ 15,1
1900	130,7	— 4,5	100,2	— 0,8	105,8	+ 10,8
1901	105,9	+ 17,8	100,2	— 0,8	107,6	+ 8,9
1902	115,8	+ 7,8	100,2	— 0,8	112,8	+ 3,9
1903	124,8		99,4		117,2	

Die oben aufgeführten Meßziffern sind in der Weise berechnet, daß die für die einzelnen Berufsarten des Industriezweigs ermittelten Ziffern addiert und durch die Zahl dieser Berufsarten dividiert wurden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß mit diesen Übersichten nur die Bewegung der Arbeitszeiten und der Löhne eines Industriezweigs dargestellt werden sollte, so ist gegen diese Übersichten doch einzuwenden, daß bei der Ineinanderrechnung der für die einzelnen Berufsarten gefundenen Meßziffern jede Berufsart des Industriezweigs als gleichbedeutend angesehen wurde, was in Wirklichkeit nicht zutrifft. Wäre auf die Bedeutung, die der Berufsart innerhalb des Betriebszweigs zukommt, Rücksicht genommen worden,

so hätten sich zweifellos für den gesamten Industriezweig in vielen Fällen auch andere Meßziffern sowie andere Zu- und Abnahmeziffern ergeben.

Tabelle III sucht die Löhne und Arbeitszeiten nach Berufsarten und geographischen Bezirken darzustellen. Sie gliedert sich in drei Teile: A) Zahl der Arbeiter, B) durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden, C) durchschnittlicher Stundenverdienst. Jeder dieser drei Teile enthält die Angaben für die einzelnen Berufsarten, jedoch getrennt nach der geographischen Lage der Betriebe. Zu diesem Zwecke hat das Amt die Einzelstaaten der Union in fünf geographische Gruppen zusammengefaßt, in die nordatlantischen Staaten, die südatlantischen Staaten, die nördlichen Mittelstaaten, die südlichen Mittelstaaten sowie die westlichen Staaten. Die Durchschnittsangaben dieser fünf geographischen Gruppen sind zweifellos beachtenswerter als die für die ganze Union ohne Berücksichtigung der verhältnismäßigen Bedeutung dieser Gruppen aufgestellten Durchschnittsangaben. Immerhin umfassen auch diese Durchschnittsangaben noch Bezirke, deren Produktionsbedingungen und Arbeitsverhältnisse vielfach ganz erheblich voneinander abweichen.

Tabelle IV legt ähnlich wie Tabelle III für 21 ausgewählte Berufsarten und für eine Anzahl von Städten die Angaben über die Zahl der beteiligten Arbeiter, die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit sowie über den durchschnittlichen Stundenverdienst dar.

Die Tabelle V bringt dieselben Angaben für 18 ausgewählte Berufe und für eine Reihe von Einzelstaaten der Union.

In Tabelle VI sind die in Tabelle IV für eine Reihe von Städten gemachten Lohnangaben über 21 ausgewählte Berufsarten in der Weise dargestellt, daß für jede Berufsart und für jede Stadt die verhältnismäßige Verteilung der in Betracht kommenden Arbeiter auf einzelne Verdienstklassen (es sind Stundenverdienste zugrunde gelegt) wiedergegeben ist. Zur Erläuterung sei die erste Übersicht der Tabelle VI aufgeführt; sie hat das Baugewerbe zum Gegenstand und bezieht sich im besonderen auf die Maurer (*bricklayers*) von Atlanta im Staate Georgia.

Jahr	Zahl der Arbeiter	Von 100 Arbeitern erhielten in den einzelnen Jahren einen Stundenverdienst von Cents												durchschnittlicher Stundenverdienst	
		unter 20	20 bis 22	22 bis 24	24 bis 26	26 bis 28	28 bis 30	30 bis 32	32 bis 34	34 bis 36	36 bis 38	38 bis 40	40 bis 42		42 bis 44 usw.
1890	15		40,00		60,00										0,2300
1891	15		40,00		60,00										0,2300
1892	12		50,00		50,00										0,2250
1893	12		50,00		50,00										0,2250
1894	12		50,00		50,00										0,2250
1895	14		28,57		71,43										0,2857
1896	14		28,57		28,57			42,68							0,2571
1897	14		28,57		28,57			42,68							0,2571
1898	18			22,22	33,33			44,45							0,2667
1899	18			22,22	33,33			44,45							0,2667
1900	18			33,33	33,34								33,33		0,2917
1901	18			33,33	33,34								33,33		0,2917
1902	20				30,00						30,00		40,00		0,3130
1903	18				32,22						33,33		44,45		0,3200

Mit dieser Darstellung der Stundenverdienste nach Stufen ist ein neues Prinzip in die Bearbeitung der Erhebung eingeführt. Das gleiche Prinzip wurde auch bei der Tabelle VII beibehalten, die für die in Tabelle V berücksichtigten Staaten und Berufsarten die Arbeiter nach Verdienstklassen gliedert.

Die letzte Tabelle VIII des Berichts ist der Darlegung der täglichen Arbeitszeit gewidmet; sie geht im Gegensatz zu den übrigen Tabellen von der einzelnen Unternehmung aus. Es wird in Gliederung nach Industriezweigen und innerhalb dieser nach Staatengruppen dargelegt, wieviel Unternehmungen in den Jahren 1890 bis 1903 eine bestimmte

tägliche Arbeitszeit hatten, also eine Arbeitszeitklassenstatistik, wobei im einzelnen noch zwischen der Arbeitszeit an den ersten fünf Tagen der Woche und der Arbeitszeit am Sonnabend unterschieden wird.

In einer analytischen Bearbeitung, die dem Tabellenwerke des Jahresberichts vorangeht, sind insbesondere die Ergebnisse der Tabelle I und II weiterverarbeitet. Man wollte ein Gesamtbild von der Bewegung der Arbeiterschaft, der Löhne und Arbeitszeiten in dem Zeitraum von 1890 bis 1903 gewinnen; man wollte diese Bewegungen auf je eine einzige Reihe zurückführen, also Gesamtmeßziffern bilden. Man wollte dabei aus den für die einzelnen Industrien ermittelten Stundenverdiensten nicht einen einfachen Durchschnitt bilden, vielmehr der Bedeutung der einzelnen Industrien für das Wirtschaftsleben Rechnung tragen. Durch den Zensus des Jahres 1900 hatte man die Lohnsummen ermittelt, die von den Unternehmern in jeder Einzelindustrie gezahlt wurden. Danach gruppierte man die Industriezweige, danach wies man ihnen ein sogenanntes Gewicht zu. Die für jede Industrie berechneten Meßziffern wurden zu diesem Zwecke mit der in 100 000 ausgedrückten Summe der in dieser Industrie nach dem Zensus gezahlten Löhne multipliziert. Die so für jede Industrie erhaltenen Produkte wurden addiert und durch den Gesamtbetrag der in den einzelnen Industrien gezahlten Löhne dividiert. Man erhielt auf diese Weise folgendes Bild vom Verlaufe der Löhne und Arbeitszeiten in dem Zeitraum von 1890 bis 1903.

Jahr	Arbeiter		Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden		Stundenverdienst	
	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre	Meßziffer	Zunahme (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1903 gegenüber dem in der 1. Spalte genannten Jahre
1890 . . .	94,8	+ 33,4	100,7	— 4,1	100,3	+ 16,0
1891 . . .	97,3	+ 30,0	100,3	— 3,9	100,3	+ 16,0
1892 . . .	99,2	+ 27,5	100,5	— 3,9	100,3	+ 15,4
1893 . . .	99,4	+ 27,3	100,3	— 3,7	100,9	+ 15,3
1894 . . .	94,1	+ 34,4	99,8	— 3,2	97,9	+ 18,8
1895 . . .	96,4	+ 31,2	100,1	— 3,5	98,3	+ 18,3
1896 . . .	98,6	+ 28,3	99,8	— 3,2	99,7	+ 16,6
1897 . . .	100,9	+ 25,4	99,6	— 3,0	99,6	+ 16,8
1898 . . .	106,4	+ 18,9	99,7	— 3,1	100,2	+ 16,1
1899 . . .	112,1	+ 12,8	99,2	— 2,6	102,0	+ 14,0
1900 . . .	115,6	+ 9,4	98,7	— 2,1	105,5	+ 10,2
1901 . . .	119,1	+ 6,2	98,1	— 1,5	108,0	+ 7,0
1902 . . .	123,6	+ 2,3	97,3	— 0,7	112,3	+ 3,7
1903 . . .	126,5		96,6		116,3	

Über den Sinn und die logische Bedeutung dieser Gesamtmeßziffern läßt sich das Arbeitsamt nicht näher aus. Man kann sich die mit der jährlich aufgewandten Lohnsumme gewogene Lohn-Gesamtmeßziffer als einen Ausdruck für den in den herangezogenen Industrien aufgewandten Lohnbetrag vorstellen, ähnlich wie man sich die mit den Sätzen eines Haushaltsbudgets gewogene Gesamtmeßziffer der Kleinhandelspreise als Ausdruck für die Kosten des Lebensunterhalts denken kann. Aber auch von diesem Standpunkt aus ist gegen die Lohn-Gesamtmeßziffer des Arbeitsamts einzu-

wenden, daß schon, bevor die für die einzelnen Industrien gefundenen Zahlen mit Gewichten versehen wurden, die für die einzelnen Berufsarten und hier wieder die für die einzelnen Gebietsteile ermittelten Zahlen, aus denen ja die für die einzelne Industrie geltenden Zahlen errechnet wurden, mit Gewichten hätten versehen werden müssen. Ferner ist zu bedenken, daß die Zahlen der vom Arbeitsamt einbezogenen Industrien gar nicht die gesamte Lohnbewegung wiedergeben können, da wichtige Industriezweige wie Landwirtschaft, Bergbau, Verkehrsgewerbe fehlen, anderseits für die tatsächlich berücksichtigten Industrien nur die wichtigsten Berufsarten herangezogen wurden.

Zum Schluß sollen in Kürze einige Richtlinien für eine zukünftige deutsche Lohnerhebung aufgestellt werden. Zunächst scheint es mir, als ob dem System der Lohnerhebung durch Fragebogen, wie es jüngst die Abteilung für Arbeiterstatistik in Deutschland und das englische Handelsamt in den Jahren 1886 und 1906 angewandt haben, das amerikanische System vorzuziehen sei, also durch besondere Beamte die Lohnlisten von Betrieben einsehen, Auszüge machen und daraus Berechnungen vornehmen zu lassen. Lohnlisten sind in der ganzen deutschen Industrie als Unterlage für die Lohnzahlungen, Kalkulationen usw. eingeführt und im allgemeinen gut ausgebaut. Es finden sich darin für jeden Arbeiter neben anderen Angaben fortlaufend die Verdienste und die geleisteten Arbeitsstunden. Aus diesen Unterlagen kann eine Lohnstatistik gewonnen werden, die den tatsächlichen Verhältnissen entspricht; es sind dann all die subjektiven Auffassungen der Unternehmer über durchschnittliche Tagesverdienste und durchschnittliche Arbeitszeiten, über normale Verdienste und normale Arbeitszeiten usw. ausgeschaltet. Es wäre noch zu erwägen, für welchen Zeitraum die Auszüge zu machen sind. Sie für einen bestimmten Tag oder für eine bestimmte Woche zu machen, wäre wohl unzweckmäßig, weil damit dem Zufall eine zu starke Rolle überlassen würde. Sie für ein ganzes Jahr zu machen, ist aus den früher berührten Gründen nicht für viele Arbeiter möglich. Es scheint mir aber ausreichend, einen bestimmten Monat auszuwählen und für die gesamte Arbeiterschaft der einbezogenen Unternehmungen in Gliederung nach Berufen, nach dem Geschlecht und nach einigen großen Altersgruppen die monatlichen Verdienste und Arbeitszeiten und den Monatsstundenverdienst zu berechnen.

Hinsichtlich der Verarbeitung des lohnstatistischen Materials liegen, wie die Darstellung einzelner Erhebungen gezeigt hat, bereits zahlreiche Erfahrungen vor. Insbesondere hat die Bearbeitung der englischen Erhebungen der Jahre 1886 und 1906 gerade nach dieser Richtung hin wertvolle Ergebnisse gezeigt: also Berechnung von Durchschnittslöhnen, von Medianwerten, Aufstellung von Lohnklassen usw. Hin- gegen kann die hier besprochene Bearbeitung der amerikanischen Lohnerhebungen nicht vorbildlich genannt werden. Ihr Ziel ging vor allem dahin, für die einzelnen Industriezweige Lohnmeßziffern und schließlich für die ganze Industrie des Landes eine einzige Gesamtmeßziffer zu berechnen. Das Streben wird im Gegenteil dahin gehen müssen, eine Lohnstatistik in möglichst eingehender geographischer Gliederung und innerhalb der Industriezweige in möglichst eingehender beruflicher Gliederung aufzustellen.

Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle (ohne Militärpersonen) im preussischen Staate während des Jahres 1915*).

A. Die Geburten im Staate 1915.

I. Geschlecht, Familienstand und Lebensfähigkeit der Geborenen.

(Tab. 1.) Zeit der Geburten.	Überhaupt Geborene		Lebendgeborene				Totgeborene			
	männlich	weiblich	ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
			männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Januar	54 352	51 338	47 327	44 878	5 169	4 961	1 604	1 310	252	189
Februar	49 490	46 322	42 862	40 335	4 931	4 625	1 468	1 153	229	209
März	54 364	50 942	47 232	44 476	5 405	5 054	1 496	1 187	231	225
April	48 430	45 445	42 114	39 661	4 844	4 587	1 279	1 014	193	183
Mai	37 128	35 016	32 038	30 443	3 827	3 569	1 099	853	164	151
Juni	33 749	31 617	29 505	27 741	3 147	3 032	927	721	170	123
Juli	34 498	32 598	30 186	28 636	3 191	3 065	973	791	148	106
August	33 852	31 856	29 683	28 000	3 079	2 975	954	765	136	116
September	33 738	31 963	29 370	28 019	3 284	3 098	937	735	147	111
Oktober	32 185	30 380	28 264	26 765	2 951	2 742	848	752	122	121
November	30 261	28 212	26 351	24 667	2 829	2 703	943	723	138	119
Dezember	31 597	29 488	27 508	25 685	3 024	2 876	896	804	169	123
Summe	473 644	445 177	412 440	389 306	45 681	43 287	13 424	10 808	2 099	1 776

II. Familienstand der Mütter der Geborenen.

(Tab. 2.) Familienstand der Mütter.	Lebendgeborene		Totgeborene	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5
Ehelich:				
Verheiratet	412 006	388 934	13 398	10 797
Verwitwet	429	364	26	11
Geschieden	5	8	—	—
Zusammen	412 440	389 306	13 424	10 808
Unehelich:				
Ledig	45 227	42 875	2 068	1 742
Verwitwet	385	336	25	29
Geschieden	62	68	6	5
Unbekannt (bei Findlingen)	7	8	—	—
Zusammen	45 681	43 287	2 099	1 776

III. Mehrgeburten.

(Tab. 3.) Art der Mehrgeburt.	Zahl der Fälle.	Von den Kindern sind							
		lebendgeboren				totgeboren			
		Knaben		Mädchen		Knaben		Mädchen	
1	2	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.
Zwillinge:									
2 Knaben	3 619	6 439	500	—	—	261	38	—	—
1 Knabe, 1 Mädchen	4 236	3 872	243	3 885	241	108	13	95	15
2 Mädchen	3 432	—	—	6 184	431	—	—	212	37
Drillinge:									
3 Knaben	28	71	5	—	—	7	1	—	—
2 Knaben, 1 Mädchen	28	50	2	23	1	4	—	4	—
1 Knabe, 2 Mädchen	32	29	2	58	4	1	—	2	—
3 Mädchen	22	—	—	55	8	—	—	2	1
Sonst. Mehrgeburten	4	6	2	4	1	—	—	2	1
Summe	11 401	10 467	754	10 209	686	381	52	317	54

IV. Religionsbekenntnis der Eltern der Geborenen.

(Tab. 4.) Religionsbekenntnis der Eltern.	Über- haupt Geborene	Lebendgeborene		Totgeborene	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6
Ehelich:					
Evangelisch. Vater und evangelische Mutter	406 109	201 917	191 114	7 293	5 785
röm.-katholische Mutter	25 038	12 601	11 728	391	318
anders christliche Mutter	521	246	262	5	8
jüdische Mutter	220	93	118	4	5
Zusammen	431 888	214 857	203 222	7 693	6 116
Röm.-kathol. Vater und evangelische Mutter	25 141	12 635	11 788	415	303
röm.-katholische Mutter	358 200	179 537	169 295	5 121	4 247
anders christliche Mutter	76	38	33	4	1
jüdische Mutter	73	37	33	3	—
Zusammen	383 490	192 247	181 149	5 543	4 551
And. christl. Vater und evangelische Mutter	1 707	862	792	26	27
röm.-katholische Mutter	321	154	157	5	5
anders christliche Mutter	3 778	1 939	1 731	66	42
jüdische Mutter	37	16	21	—	—
Zusammen	5 843	2 971	2 701	97	74
Jüdischer Vater und evangelische Mutter	323	159	155	7	2
röm.-katholische Mutter	67	39	25	1	2
anders christliche Mutter	28	11	15	1	1
jüdische Mutter	4 339	2 156	2 039	82	62
Zusammen	4 757	2 365	2 234	91	67
Unehelich:					
Evangelische Mutter	58 502	28 690	27 269	1 376	1 167
Röm.-katholische Mutter	33 876	16 764	15 802	709	601
Anders christliche Mutter	173	87	80	3	3
Jüdische Mutter	292	140	136	11	5
Zusammen	92 843	45 681	43 287	2 099	1 776
Summe	918 821	458 121	432 593	15 523	12 584
		890 714		28 107	

*) einschl. der bis zum 1. April 1916 nachträglich gemeldeten Geburten und Sterbefälle.

Zeitschrift des K. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

V. Beruf und Erwerbszweig der Eltern der Geborenen.

		Lebendgeborene				Totgeborene			
		ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
I		2	3	4	5	6	7	8	9
A.	1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	108 111	101 734	15 058	14 117	3 648	2 847	583	498
	2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	2 122	2 028	23	27	57	60	5	8
	3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	49 988	47 504	200	195	1 447	1 165	8	7
	4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	6 848	6 543	153	143	217	176	4	4
	5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	27 973	26 226	163	173	813	646	4	5
	6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	12 899	12 218	108	116	373	300	4	4
	7. Chemische Industrie	1 909	1 873	189	174	59	44	3	5
	8. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	928	862	16	22	25	20	1	—
B.	9. Textilindustrie	4 096	4 053	865	844	121	126	41	29
	10. Papier, auch Buchbinderei	1 044	987	154	147	36	29	2	11
	11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	2 854	2 750	79	87	101	86	1	6
	12. Holz- und Schnitzstoffe	11 341	10 503	65	68	343	313	7	3
	13. Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	13 950	13 406	596	603	461	336	17	10
	14. Bekleidungsgewerbe	10 210	9 852	2 771	2 533	375	308	105	101
	15. Reinigungsgewerbe	2 012	2 007	405	402	62	58	19	21
	16. Baugewerbe	41 971	39 599	68	70	1 242	1 049	—	5
C.	17. Polygraphische Gewerbe	1 969	1 841	150	140	64	45	2	2
	18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	541	511	5	5	20	14	—	—
	19. a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	3 529	3 130	29	17	130	106	2	—
	b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	10 857	10 038	1 511	1 507	362	323	68	55
	20. Handelsgewerbe	21 046	19 693	1 653	1 696	613	565	82	70
	21. Versicherungsgewerbe	619	575	4	4	19	22	1	—
	22. Verkehrsgewerbe (einschließlich Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	32 873	30 791	66	62	1 014	802	6	3
	23. Beherbergung und Erquickung	4 640	4 491	199	201	194	124	10	16
D.	24. a) Häusliche Dienste, einschl. persönliche Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 211	1 126	9 960	9 546	43	45	491	397
	b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	15 127	14 362	3 090	2 979	760	553	211	162
	a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	3 242	2 855	6	5	70	64	—	—
	b) Kaiserl. und Königl. Hof- und Haus- sowie Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	7 550	7 212	26	33	206	160	—	3
	25. c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	775	815	—	—	13	13	—	—
	d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	4 376	4 224	43	49	108	73	1	1
	e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	1 403	1 366	120	104	38	29	7	2
	f) Literatur, Presse und Schausstellungen aller Art, auch Musik	1 440	1 255	95	99	40	34	3	2
F.	26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	2 986	2 876	7 811	7 119	350	273	411	346
	Summe	412 440	389 306	45 681	43 287	13 424	10 808	2 099	1 776

VI. Berufsstellung der Eltern der Geborenen.

		Lebendgeborene				Totgeborene			
		ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
I		2	3	4	5	6	7	8	9
A. Landwirtschaft:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	56 452	52 651	626	529	1 740	1 372	31	30
	b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	2 610	2 443	143	116	70	85	7	8
	c) Ländliches Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	9 102	8 653	7 331	6 991	310	245	304	226
	d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	41 313	39 283	6 702	6 262	1 479	1 138	225	221
B. Industrie und Handwerk:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	32 693	31 372	823	782	978	773	18	34
	b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	9 619	9 007	30	24	245	191	2	—
	c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	99 261	93 874	1 906	1 742	2 838	2 367	69	64
	d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	57 521	54 282	3 054	3 095	1 606	1 374	109	113
C. Handel und Verkehr:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	14 869	14 167	143	160	457	371	4	11
	b) Kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	6 115	5 773	235	252	174	138	9	8
	c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	24 999	23 158	740	698	707	553	41	43
	d) And. Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	10 105	9 637	95	112	301	274	6	5
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:	1. Häusliche Dienste, einschl. persönl. Bedienung (ohne das ländl. Gesinde)	1 083	1 004	5 291	5 179	37	41	289	244
	2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	14 424	13 753	1 947	1 931	619	462	120	104
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:	a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik u. Theater	7 628	7 351	67	78	161	127	1	1
	b) Unteroffiziere und Gemeine, Bureau- und Verwaltungspersonal	7 630	7 130	39	37	195	156	1	3
	c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	2 130	1 986	63	57	55	55	3	—
	F. Ohne Beruf und Berufsangabe:								
F.	1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	1 971	1 926	53	39	67	55	2	1
	2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	2	3	3	3	—	—	—	—
	3. Insassen von öffentlichen Anstalten	12 024	10 995	9 529	8 952	1 128	823	510	363
	davon: Insassen solcher Anstalten, die in der Tabelle A. V. unter F. 26. nicht genannt sind	11 900	10 886	8 635	8 123	1 102	813	449	315
	4. Andere Personen	889	838	6 861	6 248	257	208	348	297
	Summe	412 440	389 306	45 681	43 287	13 424	10 808	2 099	1 776

B. Die Eheschließungen im Staate 1915.

I. Zeit der Eheschließungen.

(Tab. 7.)	
Monat.	Zahl der Fälle.
1	2
Januar	13 238
Februar	14 578
März	12 888
April	15 787
Mai	15 701
Juni	13 657
Juli	14 872
August	13 947
September	14 437
Oktober	16 377
November	15 934
Dezember	16 150
Summe . . .	177 566

II. Bisheriger Familienstand der Eheschließenden.

(Tab. 8.) Familienstand des Mannes.	Familienstand der Frau.			Zusammen
	Jung- frauen	Witwen	Ge- schiedene Frauen	
1	2	3	4	5
Junggesellen	147 362	4 953	3 251	155 566
Witwer	11 009	5 310	1 086	17 405
Geschiedene Männer	2 857	790	948	4 595
Zusammen . .	161 228	11 053	5 285	177 566

III. Blutsverwandtschaft der Eheschließenden.

(Tab. 9.) Art der Blutsverwandtschaft.		Zahl der Fälle.
1	2	
Geschwisterkinder		410
Oheim und Nichte		42
Neffe und Tante		8
Summe . . .		460

IV. Religionsbekenntnis der Eheschließenden.

(Tab. 10.) Religionsbekenntnis des Mannes.	Religionsbekenntnis der Frau.					Zusammen
	Evangelisch	Römisch- katholisch	Anders christlich	Jüdisch	Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	
1	2	3	4	5	6	7
Evangelisch	101 662	12 549	203	230	113	114 757
Römisch-katholisch	12 262	47 157	42	68	21	59 550
Anders christlich	287	53	302	1	1	644
Jüdisch	426	128	2	883	33	1 472
Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	843	121	7	19	153	1 143
Zusammen . . .	115 480	60 008	556	1 201	321	177 566

V. Alter der Eheschließenden.

(Tab. 11.) Alter des Mannes.	Alter der Frau.						Zusammen
	Unter 20 Jahre	Über 20 bis 30 Jahre	Über 30 bis 40 Jahre	Über 40 bis 50 Jahre	Über 50 bis 60 Jahre	Über 60 Jahre	
1	2	3	4	5	6	7	8
Unter 20 Jahre	505	586	10	1	—	—	1 102
Über 20 bis 30 Jahre	15 624	101 399	5 952	566	42	1	123 584
„ 30 „ 40 „	1 295	22 008	9 110	1 924	198	18	34 553
„ 40 „ 50 „	148	3 300	4 500	2 768	466	34	11 216
„ 50 „ 60 „	21	572	1 337	1 974	997	121	5 022
„ 60 Jahre	8	130	273	627	663	388	2 089
Zusammen . . .	17 601	127 995	21 182	7 860	2 366	562	177 566

VI. Beruf und Erwerbszweig der Eheschließenden.

(Tab. 12.) Beruf und Erwerbszweig.		Männer	Frauen
I		2	3
A.	1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	20 369	17 772
	2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	554	43
	3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	14 639	675
	4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	1 969	295
	5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	16 732	678
	6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	8 802	486
	7. Chemische Industrie	1 154	664
	8. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	263	71
	9. Textilindustrie	1 790	3 572
	10. Papier, auch Buchbinderei	522	471
B.	11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	1 918	278
	12. Holz- und Schnitzstoffe	4 786	177
	13. Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	6 242	1 735
	14. Bekleidungsgewerbe	4 921	16 613
	15. Reinigungsgewerbe	1 620	2 400
	16. Baugewerbe	17 524	152
	17. Polygraphische Gewerbe	1 633	517
	18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	532	78
	19. a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	2 080	110
	b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	3 822	4 499
C.	20. Handelsgewerbe	15 216	9 216
	21. Versicherungsgewerbe	561	23
	22. Verkehrsgewerbe (einschl. Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	15 298	529
D.	23. Beherbergung und Erquickung	2 580	686
	24. a) Häusliche Dienste, einschl. persönliche Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 116	21 820
	b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter ohne die ländlichen)	6 889	9 102
E.	25. a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	10 211	—
	b) Kaiserl. und Königl. Hof- und Haus- sowie Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	4 763	226
	c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	320	9
	d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	2 733	728
	e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	1 254	866
	f) Literatur, Presse und Schausstellungen aller Art, auch Musik	1 595	630
F.	26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschließl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	3 158	82 445
Summe . . .		177 566	177 566

VII. Berufsstellung der Eheschließenden.

(Tab. 13.) Berufsstellung.		Männer	Frauen
I		2	3
A. Landwirtschaft:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	5 902	727
	b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	810	472
	c) Ländl. Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	5 433	9 720
	d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	8 778	6 896
B. Industrie und Handwerk:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	8 626	5 401
	b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	5 904	398
	c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	55 257	16 288
	d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	21 162	11 384
C. Handel und Verkehr:	a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	5 135	1 496
	b) Kaufm. gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	5 473	2 863
	c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	17 063	5 561
	d) Andere Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	5 984	534
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:	1. Häusliche Dienste, einschließlich persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 116	21 820
	2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter ohne die ländlichen)	6 889	9 102
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:	a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik und Theater	6 345	1 299
	b) Unteroftiziere und Gemeine, Bureau- und Verwaltungspersonal	13 325	437
	c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	1 206	723
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:	1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	1 254	473
	2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	2	3
	3. Insassen von öffentlichen Anstalten	3	2
	4. Andere Personen	1 899	81 967
	Summe . . .	177 566	177 566
Darunter Analphabeten . . .		458	660

C. Die Sterbefälle ohne Militärpersonen im Staate 1915.

I. Zeit der Sterbefälle (mit Einschluß der Totgeborenen).

(Tab. 14.)		Männliche	Weibliche
Monat.		Personen	
I		2	3
Januar		34 072	32 862
Februar		31 467	29 496
März		33 284	31 838
April		30 340	28 943
Mai		29 087	27 760
Juni		27 613	25 729
Juli		26 888	25 280
August		25 692	24 524
September		24 418	23 268
Oktober		25 222	24 441
November		26 209	26 157
Dezember		27 688	27 470
Summe . . .		341 980	327 768

II. Familienstand der Gestorbenen.

(Tab. 15.)		Ledige einschl. Kinder		Verheiratete		Verwitwete		Geschiedene	
Alter der Gestorbenen.		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
I		2	3	4	5	6	7	8	9
Totgeborenen		15 523	12 584	—	—	—	—	—	—
Über 0 bis 15 Jahre		135 156	116 676	—	—	—	—	—	—
" 15 " 20 "		8 810	7 340	19	141	—	11	—	1
" 20 " 25 "		6 425	5 810	536	2 056	11	97	1	4
" 25 " 30 "		4 112	2 990	2 290	4 920	80	275	12	37
" 30 " 40 "		4 803	3 368	9 209	12 720	341	762	112	170
" 40 " 50 "		3 814	2 871	16 684	13 059	952	1 908	276	215
" 50 " 60 "		3 750	3 188	24 429	15 051	2 818	6 141	341	250
" 60 " 70 "		3 901	4 113	27 764	16 721	8 695	18 985	225	183
" 70 " 80 "		3 194	4 591	20 672	10 587	17 276	33 792	111	160
" 80 Jahre . . .		1 243	2 247	5 555	1 915	12 554	21 665	36	56
Alter unbekannt		219	70	23	19	8	18	—	1
Summe . . .		190 950	165 848	107 181	77 189	42 735	83 654	1 114	1 077

III. Alter der Gestorbenen nach Alterstagen, Monaten und Jahren.

(Tab. 16.) Alter in Tagen bzw. Monaten und Jahren.					Männ- liche	Weib- liche	Davon sind unehelich geboren	
					Personen		männl.	weibl.
1					2	3	4	5
Totgeborene					15 523	12 584	2 099	1 776
Über 0 bis 1 Tag ¹⁾					5 455	3 992	700	540
" 1 " 2 Tage					2 500	2 005	396	286
" 2 " 3 "					1 634	1 207	234	177
" 3 " 4 "					1 079	809	156	130
" 4 " 5 "					759	556	104	98
" 5 " 6 "					610	465	103	74
" 6 " 7 "					613	465	88	71
" 7 " 8 "					649	434	111	64
" 8 " 9 "					567	423	110	72
" 9 " 10 "					528	400	91	70
" 10 " 11 "					533	460	92	69
" 11 " 12 "					541	449	100	80
" 12 " 13 "					576	446	86	80
" 13 " 14 "					591	504	110	78
" 14 " 15 "					765	638	136	93
" 15 " 30 "					6 796	5 555	1 203	976
Über 0 bis 1 Monat					24 196	18 808	3 820	2 958
" 1 " 2 Monate					8 247	6 570	1 662	1 316
" 2 " 3 "					7 745	5 981	1 465	1 185
" 3 " 4 "					6 820	5 435	1 190	1 012
" 4 " 5 "					5 984	4 738	962	825
" 5 " 6 "					5 268	4 251	744	676
" 6 " 7 "					4 791	3 831	612	520
" 7 " 8 "					4 560	3 700	562	465
" 8 " 9 "					4 168	3 601	402	417
" 9 " 10 "					3 870	3 303	376	394
" 10 " 11 "					3 398	3 048	360	310
" 11 " 12 "					3 128	2 720	293	254
Zus. (mit Totgeb.) . .					97 698	78 570	14 547	12 108
Über 0 bis 1 Jahr					82 175	65 986	12 448	10 332
Davon 1915 geboren .					52 386	41 687	8 936	7 255
" 1914 "					29 789	24 299	3 512	3 077
Über 12 bis 15 Monate					7 185	6 569		
" 15 " 18 "					4 937	4 468		
" 18 " 21 "					3 739	3 424		
" 21 " 24 "					2 937	2 597		
Über 1 bis 2 Jahre					18 798	17 058		
" 2 " 3 "					8 234	7 579		
" 3 " 4 "					5 360	5 060		
" 4 " 5 "					3 844	3 817		
" 5 " 6 "					3 065	2 998		
" 6 " 7 "					2 541	2 525		
" 7 " 8 "					2 107	2 090		
" 8 " 9 "					1 751	1 765		
" 9 " 10 "					1 540	1 581		
" 10 " 11 "					1 209	1 303		
" 11 " 12 "					1 144	1 162		
" 12 " 13 "					1 092	1 183		
" 13 " 14 "					1 087	1 292		
" 14 " 15 "					1 209	1 277		
Zus. (ohne Totgeb.) .					135 156	116 676		
Altersjahre.								
(Fünfjährige Gruppen.)								
Über 0 bis 5 Jahre					118 411	99 500		
" 5 " 10 "					11 004	10 959		
" 10 " 15 "					5 741	6 217		
" 15 " 20 "					8 829	7 493		
" 20 " 25 "					6 973	7 967		
" 25 " 30 "					6 494	8 222		
" 30 " 35 "					6 534	8 016		
" 35 " 40 "					7 931	9 004		
" 40 " 45 "					9 504	8 704		
" 45 " 50 "					12 222	9 349		
" 50 " 55 "					14 336	10 937		
" 55 " 60 "					17 002	13 693		
" 60 " 65 "					19 447	17 871		
" 65 " 70 "					21 138	22 131		
" 70 " 75 "					22 404	25 504		
" 75 " 80 "					18 849	23 626		
" 80 " 85 "					12 374	16 046		
" 85 " 90 "					5 363	7 279		
" 90 " 95 "					1 449	2 178		
" 95 " 100 "					177	335		
100 Jahre					25	45		
Unbekanntes Alter . .					250	108		
Summe (ohne Totgeb.)					326 457	315 184		
					641 641			

¹⁾ davon 33 männl. und 17 weibl. unehel. tote Findlinge.

IV. Alter der Gestorbenen nach Geburtsjahren.

(Tab. 17.)			(Noch: Tab. 17.)		
Geburtsjahr der Gestorbenen.	Männ- liche	Weib- liche	Geburtsjahr der Gestorbenen.	Männ- liche	Weib- liche
	Personen			Personen	
1	2	3	1	2	3
1915 { totgeboren . . .	15 523	12 584	1849	4 492	4 455
1915 { lebendgeboren.	52 386	41 687	1848	4 198	4 393
1914	40 791	34 362	1847	3 834	4 130
1913	12 187	11 123	1846	4 095	4 526
1912	6 835	6 176	1845	4 638	5 021
1911	4 425	4 386	1844	4 462	5 125
1910	3 473	3 362	1843	4 388	4 903
1909	2 823	2 726	1842	4 643	5 421
1908	2 293	2 362	1841	4 215	4 746
1907	1 825	1 878	1840	4 527	5 468
1906	1 644	1 640	1839	4 032	5 026
1905	1 351	1 414	1838	3 915	4 862
1904	1 174	1 233	1837	3 559	4 571
1903	1 103	1 161	1836	3 487	4 379
1902	1 108	1 226	1835	3 219	4 142
1901	1 137	1 295	1834	3 069	3 938
1900	1 266	1 292	1833	2 695	3 307
1899	1 440	1 372	1832	2 184	3 017
1898	1 817	1 515	1831	1 900	2 422
1897	1 943	1 548	1830	1 835	2 407
1896	1 995	1 610	1829	1 417	1 882
1895	1 769	1 537	1828	1 117	1 643
1894	1 530	1 614	1827	939	1 216
1893	1 364	1 621	1826	745	1 023
1892	1 313	1 576	1825	573	837
1891	1 300	1 633	1824	454	642
1890	1 245	1 624	1823	297	471
1889	1 314	1 555	1822	235	332
1888	1 351	1 552	1821	162	251
1887	1 284	1 764	1820	93	175
1886	1 284	1 652	1819	56	101
1885	1 313	1 637	1818	45	84
1884	1 273	1 652	1817	23	42
1883	1 296	1 563	1816	12	30
1882	1 316	1 615	1815	13	23
1881	1 304	1 581	1814	2	12
1880	1 388	1 623	1813	4	9
1879	1 536	1 790	1812	3	4
1878	1 500	1 767	1811	1	3
1877	1 623	1 799	1810	4	4
1876	1 638	1 902	vor 1810	2	2
1875	1 897	1 890	Unbekanntes Geburts- jahr	250	108
1874	1 886	1 835	Wiederholung.		
1873	1 849	1 732	Jahre 1915 bis 1910 .	135 620	113 680
1872	2 033	1 862	Jahrzehnt 1909-1900 .	15 724	16 227
1871	1 776	1 497	„ 1899-1890	15 716	15 650
1870	2 085	1 758	„ 1889-1880	13 123	16 194
1869	2 329	1 834	„ 1879-1870	17 823	17 832
1868	2 319	1 742	„ 1869-1860	27 072	20 623
1867	2 474	1 768	„ 1859-1850	37 068	32 409
1866	2 703	2 049	„ 1849-1840	43 492	48 188
1865	2 615	2 054	„ 1839-1830	29 895	38 071
1864	2 710	2 143	„ 1829-1820	6 032	8 472
1863	2 917	2 142	„ 1819-1810	163	312
1862	2 851	2 157	vor 1810	2	2
1861	2 978	2 259	Unbekanntes Geburts- jahr	250	108
1860	3 176	2 475	Summe (mit Totgeb.) .	341 980	327 768
1859	3 505	2 647		669 748	
1858	3 470	2 751			
1857	3 411	2 790			
1856	3 326	2 734			
1855	3 470	2 959			
1854	3 653	3 310			
1853	3 762	3 430			
1852	3 976	3 715			
1851	4 104	3 786			
1850	4 391	4 287			

Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle (ohne Militärpersonen) im preussischen Staate während des Jahres 1916*).

A. Die Geburten im Staate 1916.

I. Geschlecht, Familienstand und Lebensfähigkeit der Geborenen.

(Tab. 1.) Zeit der Geburten.	Überhaupt Geborene		Lebendgeborene				Totgeborene			
	männlich	weiblich	ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
			männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Januar	33 687	31 104	29 281	27 165	3 179	3 019	1 067	782	160	138
Februar	32 569	30 323	28 038	26 265	3 320	3 144	1 028	796	183	118
März	33 143	31 077	28 846	27 165	3 138	3 037	968	745	191	130
April	31 083	28 819	27 194	25 216	2 861	2 785	880	670	148	148
Mai	31 483	29 117	27 599	25 616	2 826	2 713	921	666	137	122
Juni	28 729	27 125	25 082	23 766	2 735	2 627	771	617	141	115
Juli	28 051	26 121	24 606	22 950	2 541	2 417	790	642	114	112
August	29 045	26 985	25 565	23 885	2 582	2 336	778	638	120	126
September	31 237	29 578	27 236	26 051	3 105	2 826	770	610	126	91
Oktober	28 291	26 260	24 557	22 861	2 827	2 696	761	607	146	96
November	25 830	24 146	22 225	20 804	2 666	2 619	785	613	154	110
Dezember	27 821	26 034	23 848	22 355	3 013	2 835	826	723	134	121
Summe	360 969	336 689	314 077	294 099	34 793	33 054	10 345	8 109	1 754	1 427

II. Familienstand der Mütter der Geborenen.

(Tab. 2.) Familienstand der Mütter.	Lebendgeborene		Totgeborene	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
I	2	3	4	5
Ehelich:				
Verheiratet	313 843	293 852	10 327	8 094
Verwitwet	233	243	18	14
Geschieden	1	4	—	1
Zusammen	314 077	294 099	10 345	8 109
Unehelich:				
Ledig	34 125	32 394	1 726	1 401
Verwitwet	624	601	24	24
Geschieden	43	51	4	2
Unbekannt (bei Findlingen)	1	8	—	—
Zusammen	34 793	33 054	1 754	1 427

III. Mehrgeburten.

(Tab. 3.) Art der Mehrgeburten.	Zahl der Fälle	Von den Kindern sind							
		lebendgeboren				totgeboren			
		Knaben		Mädchen		Knaben		Mädchen	
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Zwillinge:									
2 Knaben	2 855	5 110	367	—	—	188	45	—	—
1 Knabe, 1 Mädchen	3 364	3 066	205	3 066	203	85	8	85	10
2 Mädchen	2 698	—	—	4 786	407	—	—	170	33
Drillinge:									
3 Knaben	19	48	6	—	—	3	—	—	—
2 Knaben, 1 Mädchen	26	45	2	23	1	5	—	2	—
1 Knabe, 2 Mädchen	30	26	2	54	4	2	—	2	—
3 Mädchen	20	—	—	55	—	—	—	5	—
Sonst. Mehrgeburten	1	—	—	—	—	3	—	1	—
Summe	9 013	8 295	582	7 984	615	286	53	265	43

IV. Religionsbekenntnis der Eltern der Geborenen.

(Tab. 4.) Religionsbekenntnis der Eltern.	Über- haupt Geborene	Lebendgeborene		Totgeborene	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
I	2	3	4	5	6
Ehelich:					
Evangelisch. Vater und evangelische Mutter	303 983	152 127	141 932	5 616	4 308
röm.-katholische Mutter	19 324	9 682	9 103	318	241
anders christliche Mutter	345	177	160	6	2
jüdische Mutter	177	106	66	2	3
Zusammen	323 829	162 072	151 261	5 942	4 554
Röm.-kathol. Vater und evangelische Mutter	19 805	9 824	9 417	302	262
röm.-katholische Mutter	275 053	138 147	129 708	4 000	3 198
anders christliche Mutter	76	40	34	1	1
jüdische Mutter	52	28	23	1	—
Zusammen	294 986	148 039	139 182	4 304	3 461
And. christl. Vater und evangelische Mutter	1 248	655	563	13	17
röm.-katholische Mutter	227	118	106	2	1
anders christliche Mutter	2 863	1 467	1 323	38	35
jüdische Mutter	31	15	16	—	—
Zusammen	4 369	2 255	2 008	53	53
Jüdischer Vater und evangelische Mutter	275	142	126	6	1
röm.-katholische Mutter	60	30	29	—	1
anders christliche Mutter	32	16	16	—	—
jüdische Mutter	3 079	1 523	1 477	40	39
Zusammen	3 446	1 711	1 648	46	41
Unehelich:					
Evangelische Mutter	43 140	21 040	20 119	1 105	876
Röm.-katholische Mutter	27 495	13 574	12 736	639	546
Anders christliche Mutter	162	74	81	4	3
Jüdische Mutter	231	105	118	6	2
Zusammen	71 028	34 793	33 054	1 754	1 427
Summe	697 658	348 870	327 153	12 099	9 536
		676 023		21 635	

*) einschl. der bis zum 1. April 1917 nachträglich gemeldeten Geburten und Sterbefälle.

V. Beruf und Erwerbszweig der Eltern der Geborenen.

(Tab. 5.) Beruf und Erwerbszweig des Vaters der ehelichen, der Mutter der unehelichen Kinder.		Lebendgeborene				Totgeborene			
		ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
		2	3	4	5	6	7	8	9
A.	1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	80 730	76 042	11 674	11 268	2 702	2 218	488	412
	2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	1 619	1 550	14	18	49	36	1	2
	3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	40 774	38 209	244	239	1 201	924	15	4
	4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	4 117	3 949	104	91	148	121	5	3
	5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	22 451	20 741	183	156	633	502	11	7
	6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	10 842	9 926	138	130	333	241	6	10
	7. Chemische Industrie	1 523	1 505	271	244	40	24	9	7
	8. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	592	518	12	12	20	5	—	—
	9. Textilindustrie	2 465	2 373	475	415	94	65	20	15
	10. Papier, auch Buchbinderei	720	635	117	89	21	21	8	2
B.	11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	2 161	1 906	48	34	54	49	6	4
	12. Holz- und Schnitzstoffe	7 408	7 005	65	45	244	174	5	—
	13. Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	9 895	9 288	427	393	336	239	18	9
	14. Bekleidungsgewerbe	8 202	7 590	1 722	1 710	271	250	81	87
	15. Reinigungsgewerbe	1 301	1 298	228	202	55	44	12	7
	16. Baugewerbe	28 915	26 837	115	118	901	704	8	5
	17. Polygraphische Gewerbe	1 399	1 312	86	84	44	44	6	1
	18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	426	390	5	9	12	7	—	—
	19. { a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	2 568	2 434	25	17	91	96	3	4
	{ b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	7 998	7 499	1 097	1 019	304	225	52	39
C.	20. Handelsgewerbe	15 682	14 483	1 359	1 268	467	379	74	47
	21. Versicherungsgewerbe	465	413	2	6	10	13	—	—
	22. Verkehrsgewerbe (einschließlich Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	26 623	25 220	158	138	828	656	13	9
	23. Beherbergung und Erquickung	3 404	3 231	193	178	118	87	12	12
	24. { a) Häusliche Dienste, einschl. persönliche Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	782	757	7 052	6 737	65	31	351	307
	{ b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter ohne die ländlichen)	10 687	9 911	3 014	2 841	536	338	190	160
	{ a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung b) Kaiserl. und Königl. Hof- und Haus- sowie Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	3 879	3 510	—	—	84	75	—	—
	25. { c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	6 671	6 330	37	49	191	158	3	1
	{ d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	750	638	—	1	15	28	—	—
	{ e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	3 787	3 565	34	38	78	49	2	1
E.	{ f) Literatur, Presse und Schaustellungen aller Art, auch Musik	1 279	1 315	90	104	35	27	6	5
	26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	1 170	1 059	88	88	41	25	4	3
		2 792	2 660	5 716	5 313	324	254	345	264
	Summe	314 077	294 099	34 793	33 054	10 345	8 109	1 754	1 427

VI. Berufsstellung der Eltern der Geborenen.

(Tab. 6.) Berufsstellung des Vaters der ehelichen, der Mutter der unehelichen Kinder.	Lebendgeborene				Totgeborene			
	ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Landwirtschaft:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	43 491	41 205	528	545	1 350	1 101	32	27
b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	2 078	1 988	93	113	70	49	5	6
c) Ländliches Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	6 548	6 172	4 954	4 771	223	160	209	176
d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	29 606	27 683	5 829	5 596	1 033	883	227	198
B. Industrie und Handwerk:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	24 375	22 557	488	493	741	579	23	13
b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- u. Rechnungspersonal	7 914	7 138	35	31	212	157	1	1
c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	74 864	70 223	1 077	1 149	2 170	1 698	70	52
d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	40 811	38 255	2 252	2 031	1 216	940	111	72
C. Handel und Verkehr:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	10 796	10 156	121	131	309	242	9	7
b) Kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	5 003	4 642	251	219	137	109	15	6
c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	20 519	19 478	512	527	566	466	42	32
d) And. Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	7 044	6 549	113	94	233	191	11	3
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:								
1. Häusliche Dienste, einschl. persönl. Bedienung (ohne das ländl. Gesinde)	708	659	3 488	3 419	51	26	196	154
2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	10 126	9 384	1 869	1 773	443	275	116	104
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:								
a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik u. Theater	6 747	6 389	60	57	147	96	1	4
b) Unteroffiziere und Gemeine, Verwaltungspersonal	7 496	6 929	42	39	186	161	2	2
c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	1 759	1 661	45	53	49	56	4	1
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:								
1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	2 041	1 914	72	42	58	53	3	2
2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	—	2	1	—	—	—	—	—
3. Insassen von öffentlichen Anstalten	11 503	10 486	8 129	7 389	902	680	380	340
davon: Insassen solcher Anstalten, die in der Tabelle A. V. unter F. 26. nicht genannt sind	11 400	10 371	7 320	6 700	885	666	335	305
4. Andere Personen	648	629	4 834	4 582	249	187	297	227
Summe	314 077	294 099	34 793	33 054	10 345	8 109	1 754	1 427

B. Die Eheschließungen im Staate 1916.

I. Zeit der Eheschließungen.

(Tab. 7.)	
Monat.	Zahl der Fälle.
1	2
Januar	14 185
Februar	13 605
März	13 130
April	14 404
Mai	15 163
Juni	14 746
Juli	13 441
August	12 679
September	15 098
Oktober	17 668
November	16 008
Dezember	16 745
Summe . . .	176 872

II. Bisheriger Familienstand der Eheschließenden.

(Tab. 8.) Familienstand des Mannes.	Familienstand der Frau.			Zusammen
	Jung- frauen	Witwen	Ge- schiedene Frauen	
1	2	3	4	5
Junggesellen	145 573	5 550	2 193	153 316
Witwer	12 641	5 828	975	19 444
Geschiedene Männer	2 543	768	801	4 112
Zusammen . .	160 757	12 146	3 969	176 872

III. Blutsverwandtschaft der Eheschließenden.

(Tab. 9.) Art der Blutsverwandtschaft.		Zahl der Fälle.
1		2
Geschwisterkinder		554
Oheim und Nichte		65
Neffe und Tante		6
Summe . . .		625

IV. Religionsbekenntnis der Eheschließenden.

(Tab. 10.) Religionsbekenntnis des Mannes.	Religionsbekenntnis der Frau.					Zusammen
	Evangelisch	Römisch- katholisch	Anders christlich	Jüdisch	Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	
1	2	3	4	5	6	7
Evangelisch	99 697	11 434	214	200	103	111 648
Römisch-katholisch	12 093	50 066	46	63	21	62 289
Anders christlich	249	41	281	4	1	576
Jüdisch	332	103	4	1 012	30	1 481
Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	627	90	4	20	137	878
Zusammen . . .	112 998	61 734	549	1 299	292	176 872

V. Alter der Eheschließenden.

(Tab. 11.) Alter des Mannes.	Alter der Frau.						Zusammen
	Unter 20 Jahre	Über 20 bis 30 Jahre	Über 30 bis 40 Jahre	Über 40 bis 50 Jahre	Über 50 bis 60 Jahre	Über 60 Jahre	
1	2	3	4	5	6	7	8
Unter 20 Jahre	598	815	9	1	—	—	1 423
Über 20 bis 30 Jahre	12 254	100 597	5 573	399	18	3	118 844
„ 30 „ 40 „	1 193	24 125	8 627	1 472	147	9	35 573
„ 40 „ 50 „	152	4 160	4 982	2 871	429	33	12 627
„ 50 „ 60 „	37	753	1 640	2 275	1 111	153	5 969
„ 60 Jahre	13	158	356	726	809	374	2 436
Zusammen . . .	14 247	130 608	21 187	7 744	2 514	572	176 872

Noch: V. Alter der Eheschließenden.

(Noch: Tab. II.)		Alter der Frau in Jahren.																												Zu- sam- men		darunter			
Alter des Mannes in Jahren.		15 bis unter 16	16 bis unter 17	17 bis unter 18	18 bis unter 19	19 bis unter 20	20 bis unter 21	21 bis unter 22	22 bis unter 23	23 bis unter 24	24 bis unter 25	25 bis unter 26	26 bis unter 27	27 bis unter 28	28 bis unter 29	29 bis unter 30	30 bis unter 31	31 bis unter 32	32 bis unter 33	33 bis unter 34	34 bis unter 35	35 bis unter 36	36 bis unter 37	37 bis unter 38	38 bis unter 39	39 bis unter 40	40 bis unter 45	45 bis unter 50	50 bis unter 55	55 bis unter 60	60 und darüber	Zu- sam- men	verwitwete	Männer	geschiedene
I	II	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	
18 bis unter 19	2	4	22	39	47	39	29	29	16	11	7	1	3	5	3	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260	—	—	
19 "	1	13	79	158	233	225	142	130	78	40	18	15	12	9	3	1	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 163	1	—	
20 "	—	12	80	224	324	383	310	228	170	97	62	27	27	11	11	8	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 987	—	1	
21 "	2	3	44	197	521	995	1 229	1 334	1 006	410	282	189	122	77	47	45	38	16	12	10	9	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 259	7	—	
22 "	—	46	166	510	1 035	1 522	1 882	1 706	1 204	789	525	349	227	143	87	53	43	32	18	18	10	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 396	5	4	
23 "	3	55	162	486	1 011	1 639	2 216	2 241	1 961	1 296	901	601	347	217	140	105	59	38	32	29	17	14	8	2	3	9	1	—	—	—	—	13 621	20	5	
24 "	3	36	156	504	990	1 629	2 314	2 607	2 464	2 033	1 508	912	531	316	223	134	98	78	49	31	26	7	18	7	8	16	3	—	—	—	—	16 705	50	12	
25 "	1	27	139	403	870	1 436	2 171	2 478	2 510	2 236	1 849	1 175	750	495	319	213	125	88	64	48	38	25	17	19	7	34	7	1	2	2	17 549	76	28		
26 "	2	32	126	340	679	1 044	1 686	2 071	2 232	2 036	1 872	1 364	890	583	379	268	165	110	71	56	50	40	19	24	9	39	9	1	—	—	16 197	147	35		
27 "	2	23	87	248	564	841	1 368	1 627	1 765	1 724	1 617	1 300	1 007	660	424	243	217	133	79	71	68	31	30	22	13	46	14	2	—	—	14 226	240	48		
28 "	2	22	67	153	398	632	952	1 191	1 322	1 294	1 249	1 110	941	679	443	306	212	149	112	70	61	35	35	21	20	76	13	3	3	1	11 572	283	82		
29 "	2	15	51	119	321	447	773	905	961	959	1 033	846	734	562	433	310	195	146	90	95	64	52	29	32	34	80	19	4	1	—	9 332	345	106		
30 "	1	6	30	77	173	351	507	670	720	745	736	622	560	530	399	291	215	135	105	91	60	44	40	32	18	63	30	7	1	—	7 259	360	107		
31 "	—	5	16	60	149	252	394	453	535	532	525	446	451	373	310	250	226	129	109	66	60	41	45	34	17	94	21	8	3	—	5 604	420	103		
32 "	—	4	21	39	100	164	289	329	374	411	440	376	348	299	263	214	168	149	110	71	53	56	42	23	34	92	27	5	1	—	4 503	455	145		
33 "	—	5	9	35	66	140	202	279	290	311	333	299	274	259	214	197	154	122	118	87	68	62	37	41	30	88	27	16	1	1	3 765	498	177		
34 "	—	2	17	19	55	117	151	191	247	239	240	225	215	229	166	165	136	140	99	89	55	81	55	46	32	93	31	6	2	—	3 143	490	152		
35 "	—	3	3	24	36	72	134	163	179	155	234	183	188	175	152	148	117	109	84	94	76	68	48	45	28	117	38	12	2	2	2 689	519	195		
36 "	—	3	5	29	39	72	93	141	183	167	175	157	134	141	148	152	124	83	90	64	63	64	49	57	38	118	48	16	—	—	—	2 404	549	162	
37 "	—	3	3	19	30	49	91	127	120	131	145	154	141	156	128	131	102	95	83	87	82	66	71	55	32	124	68	12	5	1	2 311	658	207		
38 "	—	1	2	3	20	32	42	75	82	102	107	125	114	107	133	123	101	96	86	82	69	75	69	54	62	41	124	54	19	6	2	2 008	567	194	
39 "	—	1	3	16	28	38	59	75	75	110	95	112	90	103	95	109	86	86	85	65	65	67	67	60	55	152	63	17	8	2	1 887	628	187		
40 "	—	3	8	32	66	104	175	213	288	293	310	344	337	363	383	319	316	329	292	313	282	259	317	269	272	965	377	123	33	15	7 400	8 297	882		
45 "	—	—	2	15	26	54	80	101	104	146	151	161	190	168	195	204	219	170	187	194	203	205	211	222	199	935	594	214	59	18	5 227	3 110	623		
50 "	—	2	1	10	17	19	33	49	52	35	45	53	60	74	84	89	82	98	102	98	103	123	125	131	155	728	654	353	137	48	3 560	2 573	406		
55 "	—	—	—	—	6	9	10	25	13	24	25	31	33	41	38	52	37	38	40	53	51	60	62	61	80	445	448	398	223	105	2 409	1 964	160		
60 und darüber	—	2	2	2	7	10	12	9	5	20	20	11	20	24	27	34	33	29	33	34	29	35	35	47	47	305	421	418	391	374	2 436	2 182	91		
Zusammen . .	22 370	1 455	4 103	8 297	12 559	17 482	19 126	18 570	16 351	14 522	11 177	8 759	6 825	5 237	4 142	3 270	2 591	2 150	1 905	1 669	1 519	1 428	1 328	1 185	4 767	2 977	1 636	878	572	176 872	194 444	4 112			
darunter																																			
verwitw. Frauen	—	—	2	4	10	37	107	175	194	280	366	323	365	383	367	374	380	369	392	372	378	390	389	397	384	1 952	1 554	1 051	656	495	12 146				
geschied. "	—	1	—	—	—	1	2	11	28	35	62	80	96	137	160	164	176	191	196	181	168	191	181	186	181	162	719	382	164	87	27	3 969			

VI. Beruf und Erwerbszweig der Eheschließenden.

(Tab. 12.) Beruf und Erwerbszweig.		Männer	Frauen
1	2	3	
A. 1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	24 735	21 512	
2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	670	44	
3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	14 324	1 042	
4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	1 762	277	
5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	16 999	868	
6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	9 010	845	
7. Chemische Industrie	1 178	963	
8. Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	235	58	
9. Textilindustrie	1 579	2 665	
10. Papier, auch Buchbinderei	519	445	
B. 11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	1 664	152	
12. Holz- und Schnitzstoffe	4 379	169	
13. Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	6 002	1 770	
14. Bekleidungsgewerbe	4 727	1 323	
15. Reinigungsgewerbe	1 447	1 859	
16. Baugewerbe	15 750	348	
17. Polygraphische Gewerbe	1 498	449	
18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	530	41	
19. a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	1 960	119	
b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	3 710	4 587	
20. Handelsgewerbe	13 993	9 566	
21. Versicherungsgewerbe	438	33	
C. 22. Verkehrsgewerbe (einschl. Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	15 773	1 100	
23. Beherbergung und Erquickung	2 251	656	
D. 24. a) Häusliche Dienste, einschl. persönliche Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 042	19 564	
b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	6 463	9 634	
a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	10 020	—	
b) Kaiserl. und Königl. Hof- und Haus- sowie Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	4 772	438	
E. 25. c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	338	11	
d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	2 747	796	
e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	1 378	1 068	
f) Literatur, Presse und Schausstellungen aller Art, auch Musik	1 544	608	
F. 26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	3 435	80 862	
Summe	176 872	176 872	

VII. Berufsstellung der Eheschließenden.

(Tab. 13.) Berufsstellung.		Männer	Frauen
1	2	3	
A. Landwirtschaft:			
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	6 839	1 083	
b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	929	543	
c) Ländl. Gesinde (Knechte, Mägde) u. sonstige Hilfspersonen	5 913	9 817	
d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	11 724	10 113	
B. Industrie und Handwerk:			
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	8 540	4 968	
b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	5 956	487	
c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	53 528	13 758	
d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	19 249	11 767	
C. Handel und Verkehr:			
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	4 635	1 625	
b) Kaufm. gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	5 127	3 334	
c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	17 110	5 777	
d) Andere Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	5 583	619	
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:			
1. Häusliche Dienste, einschließlich persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 042	19 564	
2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	6 463	9 634	
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:			
a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik und Theater	6 438	1 363	
b) Unteroffiziere und Gemeine, Verwaltungspersonal	13 174	679	
c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	1 187	879	
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:			
1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	1 633	575	
2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	6	9	
3. Insassen von öffentlichen Anstalten	1 796	80 278	
4. Andere Personen	—	—	
Summe	176 872	176 872	
Darunter Analphabeten*)	1 303	1 689	

*) Unter den Analphabeten befinden sich hauptsächlich ausländische Arbeiter.

C. Die Sterbefälle ohne Militärpersonen im Staate 1916.

I. Zeit der Sterbefälle (mit Einschluß der Totgeborenen).

(Tab. 14.)		Männliche	Weibliche
Monat.	Personen		
1	2	3	
Januar	27 588	27 181	
Februar	29 521	30 177	
März	31 450	32 482	
April	27 918	28 173	
Mai	25 831	26 221	
Juni	23 051	23 390	
Juli	22 397	22 365	
August	22 769	22 700	
September	22 527	22 346	
Oktober	23 764	24 166	
November	23 561	23 768	
Dezember	29 011	29 986	
Summe	309 388	312 955	

II. Familienstand der Gestorbenen.

(Tab. 15.)		Ledige einschl. Kinder		Verheiratete		Verwitwete		Geschiedene	
Alter der Gestorbenen.		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Totgeborenen	12 099	9 536	—	—	—	—	—	—	
Über 0 bis 15 Jahre	101 184	89 434	—	—	—	—	—	—	
„ 15 „ 20 „	9 726	8 106	24	115	1	8	—	2	
„ 20 „ 25 „	6 046	6 731	358	1 852	19	116	—	7	
„ 25 „ 30 „	3 953	3 565	1 935	4 785	50	369	11	25	
„ 30 „ 40 „	4 647	3 969	8 395	13 026	286	1 030	88	160	
„ 40 „ 50 „	4 007	3 248	16 245	13 789	848	2 046	214	232	
„ 50 „ 60 „	4 242	3 660	25 008	16 217	2 936	6 465	305	272	
„ 60 „ 70 „	4 229	4 593	28 994	17 651	8 743	19 676	235	239	
„ 70 „ 80 „	3 396	5 129	21 902	11 204	18 502	37 097	124	186	
„ 80 Jahre . . .	1 253	2 463	5 830	2 063	13 378	23 755	37	61	
Alter unbekannt .	125	53	12	5	1	15	—	—	
Summe . . .	154 907	140 487	108 703	80 707	44 764	90 577	1 014	1 184	

III. Alter der Gestorbenen nach Alterstagen, Monaten und Jahren.

(Tab. 16.) Alter in Tagen bzw. Monaten und Jahren.		Männ- liche	Weib- liche	Davon sind unehelich geboren	
		Personen		männl.	weibl.
1		2	3	4	5
Totgeborenen		12 099	9 536	1 754	1 427
Über 0 bis 1 Tag ¹⁾		4 386	3 263	574	483
" 1 " 2 Tage		2 026	1 533	311	244
" 2 " 3 "		1 262	966	203	147
" 3 " 4 "		814	673	119	106
" 4 " 5 "		545	408	84	60
" 5 " 6 "		434	348	63	53
" 6 " 7 "		426	350	74	48
" 7 " 8 "		438	344	69	61
" 8 " 9 "		383	331	64	60
" 9 " 10 "		354	298	75	49
" 10 " 11 "		374	315	70	49
" 11 " 12 "		397	317	74	52
" 12 " 13 "		402	328	67	58
" 13 " 14 "		423	293	80	62
" 14 " 15 "		508	404	88	69
" 15 " 30 "		4 652	3 858	811	701
Über 0 bis 1 Monat		17 824	14 029	2 826	2 302
" 1 " 2 Monate		5 498	4 447	1 164	955
" 2 " 3 "		4 950	3 876	1 014	760
" 3 " 4 "		4 123	3 343	756	654
" 4 " 5 "		3 514	2 730	652	534
" 5 " 6 "		3 140	2 442	512	410
" 6 " 7 "		3 004	2 314	437	356
" 7 " 8 "		2 691	2 201	389	355
" 8 " 9 "		2 627	2 179	355	334
" 9 " 10 "		2 587	2 314	348	331
" 10 " 11 "		2 313	2 114	282	288
" 11 " 12 "		2 235	2 041	252	279
Zus. (mit Totgeb.) . .		66 605	53 566	10 741	8 985
Über 0 bis 1 Jahr .		54 506	44 030	8 987	7 558
Davon 1916 geboren .		36 549	29 085	6 362	5 211
" 1915		17 957	14 945	2 625	2 347
Über 12 bis 15 Monate		5 663	5 380		
" 15 " 18 "		4 757	3 933		
" 18 " 21 "		3 168	3 196		
" 21 " 24 "		2 716	2 466		
Über 1 bis 2 Jahre		15 704	14 975		
" 2 " 3 "		7 218	6 590		
" 3 " 4 "		4 681	4 383		
" 4 " 5 "		3 382	3 293		
" 5 " 6 "		2 501	2 581		
" 6 " 7 "		2 123	2 160		
" 7 " 8 "		1 887	1 950		
" 8 " 9 "		1 591	1 625		
" 9 " 10 "		1 407	1 473		
" 10 " 11 "		1 295	1 275		
" 11 " 12 "		1 161	1 175		
" 12 " 13 "		1 180	1 216		
" 13 " 14 "		1 193	1 266		
" 14 " 15 "		1 355	1 442		
Zus. (ohne Totgeb.) .		101 184	89 434		
Altersjahre.					
(Fünfjährige Gruppen.)					
Über 0 bis 5 Jahre		85 491	73 271		
" 5 " 10 "		9 509	9 789		
" 10 " 15 "		6 184	6 374		
" 15 " 20 "		9 751	8 231		
" 20 " 25 "		6 423	8 706		
" 25 " 30 "		5 949	8 744		
" 30 " 35 "		6 131	8 735		
" 35 " 40 "		7 285	9 450		
" 40 " 45 "		9 322	9 586		
" 45 " 50 "		11 992	9 729		
" 50 " 55 "		14 758	11 811		
" 55 " 60 "		17 733	14 803		
" 60 " 65 "		19 613	18 465		
" 65 " 70 "		22 588	23 694		
" 70 " 75 "		23 392	27 859		
" 75 " 80 "		20 532	25 757		
" 80 " 85 "		13 218	17 613		
" 85 " 90 "		5 565	7 904		
" 90 " 95 "		1 474	2 408		
" 95 " 100 "		211	381		
" 100 Jahre		30	36		
Unbekanntes Alter . .		138	73		
Summe (ohne Totgeb.)		297 289	303 419		
		800 708			

1) davon 28 männl. und 14 weibl. unehel. tote Findlinge.

IV. Alter der Gestorbenen nach Geburtsjahren.

(Tab. 17.)			(Noch: Tab. 17.)		
Geburtsjahr der Gestorbenen.	Männ- liche	Weib- liche	Geburtsjahr der Gestorbenen.	Männ- liche	Weib- liche
	Personen			Personen	
1	2	3	1	2	3
1916. { totgeboren.	12 099	9 536	1849.	4 700	4 869
{ lebendgeboren.	36 549	29 085	1848.	4 456	4 870
1915.	26 538	23 267	1847.	4 163	4 505
1914.	10 815	10 075	1846.	4 538	5 143
1913.	5 880	5 362	1845.	4 748	5 635
1912.	4 017	3 900	1844.	4 801	5 588
1911.	2 908	2 798	1843.	4 667	5 471
1910.	2 326	2 382	1842.	4 738	6 042
1909.	2 011	2 094	1841.	4 380	5 123
1908.	1 742	1 796	1840.	4 629	5 792
1907.	1 480	1 531	1839.	4 274	5 166
1906.	1 369	1 403	1838.	3 967	5 256
1905.	1 208	1 160	1837.	3 669	4 584
1904.	1 200	1 221	1836.	3 455	4 701
1903.	1 181	1 219	1835.	3 115	4 116
1902.	1 237	1 390	1834.	2 857	3 711
1901.	1 431	1 471	1833.	2 569	3 356
1900.	1 682	1 492	1832.	2 112	2 904
1899.	2 041	1 602	1831.	1 726	2 230
1898.	2 240	1 701	1830.	1 632	2 251
1897.	2 145	1 738	1829.	1 169	1 620
1896.	1 677	1 837	1828.	921	1 437
1895.	1 422	1 818	1827.	723	1 128
1894.	1 287	1 760	1826.	584	873
1893.	1 172	1 751	1825.	450	761
1892.	1 151	1 635	1824.	312	496
1891.	1 248	1 760	1823.	218	367
1890.	1 210	1 718	1822.	172	268
1889.	1 149	1 740	1821.	97	183
1888.	1 208	1 809	1820.	73	116
1887.	1 177	1 705	1819.	42	83
1886.	1 204	1 707	1818.	26	48
1885.	1 271	1 779	1817.	20	30
1884.	1 214	1 722	1816.	15	22
1883.	1 215	1 748	1815.	8	11
1882.	1 237	1 796	1814.	3	7
1881.	1 209	1 693	1813.	2	3
1880.	1 309	1 760	1812.	1	6
1879.	1 381	1 867	1811.	1	—
1878.	1 577	2 002	vor 1811	6	—
1877.	1 550	1 971	Unbekanntes Geburts- jahr	138	73
1876.	1 685	2 100			
1875.	1 789	1 936			
1874.	1 858	1 931			
1873.	1 915	1 908	Wiederholung.		
1872.	2 042	1 940	Jahre 1916 bis 1910	101 132	86 405
1871.	1 842	1 649	Jahrzehnt 1909-1900	14 541	14 777
1870.	2 204	1 890	„ 1899-1890	15 593	17 320
1869.	2 435	1 953	„ 1889-1880	12 193	17 459
1868.	2 513	1 937	„ 1879-1870	17 843	19 194
1867.	2 474	2 003	„ 1869-1860	28 542	22 798
1866.	2 874	2 217	„ 1859-1850	39 367	36 157
1865.	2 810	2 215	„ 1849-1840	45 820	53 038
1864.	2 939	2 400	„ 1839-1830	29 376	38 275
1863.	2 988	2 417	„ 1829-1820	4 719	7 249
1862.	3 044	2 421	Jahre 1819-1811	118	210
1861.	3 094	2 540	vor 1811	6	—
1860.	3 371	2 695	Unbekanntes Geburts- jahr	138	73
1859.	3 650	3 057	Summe (mit Totgeb.).	309 388	312 955
1858.	3 663	3 043			
1857.	3 706	3 150			
1856.	3 569	3 179			
1855.	3 635	3 190			
1854.	3 898	3 648			
1853.	3 961	3 823			
1852.	4 184	4 136			
1851.	4 398	4 153			
1850.	4 703	4 778			

622 343

Statistische Korrespondenz.

Mord und Totschlag sowie Hinrichtungen in Preußen in den Jahren 1910 bis 1914. — Im Jahre 1914 kamen in Preußen 1 439 (1 079 m. und 360 w.) Personen durch Mord und Totschlag ums Leben; außerdem wurden 15 Hinrichtungen an Männern und 5 an Weibern vollstreckt.

Die Zahl der in den Jahren 1910 bis 1914 durch Mord oder Totschlag in Preußen umgekommenen Personen wird in folgender Übersicht, auch nach dem Alter der Getöteten und nach der Art der Tötung, nachgewiesen.

Von der Gesamtzahl der 1914 in Preußen Getöteten kamen in der Provinz Ostpreußen beim Einfall der Russen allein 648 Personen (579 m., 69 w.) durch Mord oder Totschlag ums Leben, und zwar wurden hiervon erschossen 388 m., 58 w., erstochen 48 m., 1 w., erschlagen 27 m., 1 w., verbrannt 6 m., 5 w., erstickt 1 m.; 2 Männer sind bei einem Überfall auf einen Eisenbahnzug getötet worden. Bei 107 m. und 4 w. Personen ist als Todesursache nur „ermordet“ angegeben.

Nach der Berufstellung waren die Tagelöhner an der Summe aller Getöteten am stärksten beteiligt. Dann folgen die Selbständigen im Beruf und Besitz, die Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, die Rentner, Pensionäre usw. und die Diensthboten.

Gesamtzahl. Alter. Tötungsart.	Durch Mord oder Totschlag umgekommene Personen							
	1910		1911		1912		1913	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Gesamtzahl¹⁾	548	230	491	243	518	269	586	285
Alter:								
bis 5 Jahre	112	86	116	85	89	103	124	105
über 5 bis 15	19	22	23	17	29	13	22	25
15 Jahre	417	122	352	141	400	153	440	155
Tötungsart:								
erhängt	3	7	4	5	4	2	3	2
erwürgt	20	24	26	21	25	28	25	37
ersticht	35	26	23	27	22	29	40	26
ertränkt	34	24	35	24	30	31	30	38
erschossen	65	59	61	70	78	78	79	71
erstochen	183	18	162	26	169	21	179	23
Schnitt in den Hals	17	14	13	11	11	12	23	13
verbrannt	1	2	2	—	—	4	2	8
vergiftet	10	4	14	12	14	13	14	11
Sturz von Treppen usw.	3	2	1	—	5	2	7	1
erschlagen	129	26	114	31	127	37	147	39
sonstige Arten und ohne nähere Angabe	48	24	36	16	33	16	35	22

Am meisten erlagen dem Mord und Totschlag wiederum erwachsene männliche Personen. Es starben auf diese gewaltsame Weise 1914 von 100 000 Lebenden des betreffenden Geschlechts

in der Provinz	männl.	weibl.	überh.
Ostpreußen	61,88	8,41	34,47
(im Staatsdurchschnitt)	5,24	1,71	3,46
Westpreußen	3,49	1,35	2,40
Westfalen	3,48	0,96	2,25
Rheinprovinz	2,61	0,90	1,76
Posen	2,47	1,51	1,97
Schleswig-Holstein	2,40	1,45	1,94
Brandenburg	2,36	2,55	2,46
Pommern	2,21	0,57	1,38
Heffen-Raffau	2,03	0,92	1,46
Sachsen	1,92	1,56	1,74
Schlesien	1,79	1,46	1,62
Berlin, Landespolizeibezirk	1,76	1,86	1,81
Hannover	1,42	1,38	1,40
Hohenzollernsche Lande	—	2,68	1,87

Eine Übersicht der Hinrichtungen für die Jahre 1910 bis 1914, nach Provinzen geordnet, ergibt, daß in diesem Jahrfünft in Schlesien die meisten Hinrichtungen vollzogen worden sind, und zwar an 17 Männern und 3 Frauen. Größere Zahlen zeigen noch die Rheinprovinz mit 14 Hinrichtungen (an 13 Männern, 1 Frau), Ost-

preußen an 9 Männern und 2 Frauen, Brandenburg an 10 Männern, 1 Frau, Posen an 6 Männern, 1 Frau, Sachsen und Westfalen je an 6 Männern. Es wurden nämlich Personen hingerichtet

in der Provinz	in den Jahren						zusammen	
	1910	1911	1912	1913	1914		m.	w.
Ostpreußen	2	3	1	1	1	2	9	2
Westpreußen	1	—	—	1	—	2	4	1
Brandenburg mit Berlin	2	4	—	—	3	1	10	1
Pommern	1	1	—	—	1	—	3	—
Posen	2	1	—	1	1	2	6	1
Schlesien	4	3	1	3	—	6	17	3
Sachsen	4	2	—	—	—	—	6	—
Schleswig-Holstein	2	—	—	—	2	1	5	—
Hannover	—	—	—	1	1	2	4	—
Westfalen	1	1	—	3	—	1	6	—
Heffen-Raffau	—	1	—	1	—	1	4	—
Rheinprovinz	3	1	—	4	—	5	13	1
im Staate	22	17	2	15	2	18	15	87

Die Ehescheidungen in Preußen 1915. — Im Berichtsjahr wurden in Preußen nur 6 942 Ehen rechtskräftig geschieden, gegen 11 065 im Jahre vorher, 11 162 i. J. 1913, 10 797 i. J. 1912, 9 782 i. J. 1911 und 9 277 i. J. 1910. Damit ist die Zahl der Ehescheidungen im Berichtsjahr fast auf die des Jahres 1905 (= 6 924) herabgesunken. Von 1914 auf 1915 ist die Zahl der gerichtlichen Eheaufösungen um nicht weniger als 37,3 v. H. zurückgegangen und selbst gegen 1910 um 25,2 v. H. Auch im Berichtsjahr waren die Städte ungleich schwerer mit Scheidungsfällen belastet als das platte Land, auf das nur 18,0 v. H. sämtlicher Fälle entfielen.

Auf je 10 000 bestehende Ehen kamen im Jahre 1915 nur 8,8 Ehescheidungen gegen 14,3 i. J. 1914, 14,7 i. J. 1913, 14,5 i. J. 1912, 13,4 i. J. 1911 und 12,9 i. J. 1910. Für die Städte insbesondere erhöhte sich im Berichtsjahr jene Ziffer auf 14,4 gegen 23,2, 24,1, 23,9, 22,1 und 21,6 in den Jahren 1914, 1913, 1912, 1911 und 1910. Umgekehrt betrug sie auf dem Lande nur 3,2 und weiter in der zuletzt genannten, rücklaufenden Jahresfolge 5,6, 5,6, 5,5, 5,2 und 4,9.

Bei den 6 942 Ehescheidungen des Berichtsjahres lagen insgesamt 8 365 Scheidungsgründe nach §§ 1565 bis 1569 B.G.B. vor. Die häufigste Scheidungsursache war wie in den beiden vorangehenden Jahren der Ehebruch (§ 1565 B.G.B.) mit 46,4 (1914 48,0, 1913 47,5) v. H. sämtlicher Ursachen. An zweiter Stelle folgte die schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehrloses oder unsittliches Verhalten (§ 1568 B.G.B.) mit 41,4 (41,7, 41,8) v. H., danach in großem Abstände die bössliche Verlassung (§ 1567 B.G.B.) mit 9,5 (8,1, 8,5) v. H., endlich mit sehr geringen Anteilen die Geisteskrankheit (§ 1569 B.G.B.) mit 2,5 (1,9, 2,0) und die Lebensnachsstellung (§ 1566 B.G.B.) mit nur je 0,2 v. H. Demnach hat sich also der Verhältnissanteil der beiden Hauptscheidungsgründe an der Gesamtzahl der Gründe, derentwegen in den Urteilen auf Scheidung der Ehe erkannt worden ist, gegen die beiden Vorjahre zugunsten des Anteils der bösslichen Verlassung und der Geisteskrankheit etwas verringert.

Die Mehrheit der 8 365 Scheidungsgründe des Berichtsjahres fiel, freilich nur noch mit 59,4 v. H. aller Urteilsgründe (gegen 61,9 v. H. i. J. 1914 und 62,7 v. H. i. J. 1913), den männlichen Geschiedenen zur Last. Im einzelnen stellte sich in allen drei Jahren die Lebensnachsstellung, die bössliche Verlassung und die Ehepflichtenverletzung vorzugsweise als Schuld der Männer heraus, die Geisteskrankheit hingegen als eine überwiegend bei den Frauen zu findende Scheidungsursache. Eine bemerkenswerte Sonderstellung nimmt der am häufigsten vorkommende Scheidungsgrund, der Ehebruch, ein. In den Jahren

¹⁾ ausschließlich der Hinrichtungen.

1914 und 1913 wie übrigens auch in den noch weiter zurückliegenden Jahren fiel etwas mehr als die Hälfte der Scheidungsgründe wegen Ehebruchs dem männlichen Teil zur Last. Das ist mit dem Berichtsjahre zum erstenmal anders geworden. In diesem Jahre entfielen nämlich von den 3 885 auf Ehebruch fußenden Scheidungsgründen 50,7 v. H. auf die Frauen als schuldigen Teil.

Mehr als vier Fünftel aller Scheidungsurfachen kamen in den genannten drei Jahren auf die Städte, und zwar 82,3 v. H. im Berichtsjahr, 81,0 v. H. i. J. 1914 und 81,3 v. H. i. J. 1913. Am stärksten war das Stadtgebiet beim Ehebruch als Scheidungsurfache beteiligt, indem dort im Berichtsjahr 85,7, i. J. 1914 84,8 und i. J. 1913 85,7 v. H. aller Scheidungsgründe wegen Ehebruchs gezählt wurden.

Das starke Überwiegen des Anteils der Städte an der Gesamtzahl der Scheidungsgründe tritt im Berichtsjahr beim männlichen Geschlecht gegenüber dem weiblichen etwas zurück; betrug er nämlich bei den Männern 82,0, so bei den Frauen 82,8 v. H. aller auf das betreffende Geschlecht als schuldigen Teil entfallenden Scheidungsgründe. Die durch Ehebruch und böslische Verlassung bedingten Scheidungsurfachen sind, abweichend von dem eben Gesagten, durch einen Vorsprung jenes Anteils der Städte unter den Männern gegenüber den Frauen gekennzeichnet; er betrug nämlich i. J. 1915 beim Ehebruch männlicherseits 86,2 gegen 85,1 v. H. bei den Frauen und bei der böslischen Verlassung entsprechend 76,1 gegen 72,8 v. H. aller dem betreffenden Geschlecht zur Last fallenden Scheidungsgründe wegen Ehebruchs bzw. böslischer Verlassung. Bei jedem der übrigen drei Scheidungsgründe dagegen war er in Übereinstimmung mit dem für die Gesamtzahl der Scheidungsurfachen festgestellten Verhältnis für die Frauen größer als für die Männer. Die bezüglichen Ziffern betragen für das Berichtsjahr bei der Lebensnachteilung 100,0 gegen 76,9, bei der schweren Verletzung der ehelichen Pflichten 82,4 gegen 80,0 und bei der Geisteskrankheit 77,7 gegen 75,4 v. H.

Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 für den Preussischen Staat. — Am 1. Dezember 1915 fand zum zweiten Mal während des Krieges eine umfassende statistische Aufnahme des Viehbestandes statt. Die endgültigen Ergebnisse für Preußen sind in der untenstehenden Tabelle wiedergegeben und den Zahlen vorangegangener Viehzählungen bis zum Jahre 1912 gegenübergestellt, sodaß sich die Veränderungen im Viehstand innerhalb der Kriegszeit und im Vergleich mit den Friedensjahren verfolgen lassen. Das Jahr 1913 war allerdings in landwirtschaftlicher Beziehung überhaupt ein ausnahmssweise günstiges und eignet sich daher, allein genommen, weniger zu Vergleichen, wohl aber das nächstzurückliegende Jahr 1912, das als normales, den Stand der Dinge im Durchschnitt darstellendes gelten kann.

Die tabellarische Übersicht zeigt zunächst in erfreulicher Weise, daß der Bestand der viehhaltenden Haushaltungen von den wirtschaftlichen Erschütterungen der Kriegszeit wenig berührt wurde. Es wurden am 1. Dezember 1915 3 245 501 Haushaltungen, d. h. 19 017 weniger gezählt als am gleichen Tage des Vorjahres. Danach beträgt die Abnahme 0,58 vom Hundert, und diese Verminderung ist in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse als unbedeutend anzusehen. Wie weit der Bestand an Haushaltungen sich im Vergleich mit den Friedensjahren geändert hat, läßt sich nach obigen Zahlen nicht ohne weiteres beurteilen, da die früheren Zählungen dem Gegenstande nach nicht immer von gleichem Umfang waren.

Was das Vieh selbst betrifft, so weisen von allen Tiergattungen die Pferde die verhältnismäßig geringste Einbuße auf. Ihre Kopfzahl hat sich um 1,83 % verringert, indem sie von 2 490 348 in 1914 auf 2 444 897 in 1915 gesunken ist. Ein Vergleich mit den früheren Zählungen läßt sich auch in diesem Falle nicht durchführen, da in den angegebenen Zahlen im Gegenjag zu 1913 und 1912 die Militärpferde nicht mitenthalten sind.

Zeit der Zählung.	Vieh- haltende Haus- haltungen	1. Pferde			2. Rindvieh						3. Schafe	
		Pferde und Fohlen (ohne Militär- pferde)	Unter 3 Monate alte Kälber	Jungvieh			2 Jahre alt und älteres Vieh			Über- haupt	Schafe und Schaf- lämmer	
				3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Zu- sammen	Bullen, Stiere und Ochsen	Kühe, auch Färse, Kalbinnen	Zu- sammen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1. 12. 15	3 245 501	2 444 897	736 043	1 923 665	2 002 609	3 926 274	745 396	6 369 052	7 114 448	11 776 765	3 505 657	
1. 12. 14	3 264 518	2 490 348	1 125 965	2 112 343	2 109 825	4 222 168	821 508	6 554 505	7 376 013	12 724 146	3 735 485	
1. 12. 13	3 466 941	3 226 640	1 092 123	.	.	3 707 371	821 275	6 650 388	7 501 663	12 301 157	3 832 809	
2. 12. 12	3 827 425	3 193 279	987 952	1 766 032	2 054 490	3 820 522	664 716	6 392 889	7 057 605	11 866 079	4 111 929	
Zunahme(+)												
oder												
Abnahme(-)												
in %												
gegen 1914	— 0,58	— 1,83	— 34,63	— 8,93	— 5,18	— 7,01	— 9,26	— 2,83	— 3,55	— 7,45	— 6,15	
gegen 1913	— 6,39	— 24,23	— 32,60	.	.	+ 5,90	— 9,24	— 4,23	— 5,16	— 4,26	— 8,54	
gegen 1912	— 15,20	— 23,44	— 25,50	+ 8,93	— 2,53	+ 2,77	+ 12,14	— 0,37	+ 0,81	— 0,75	— 14,74	

Zeit der Zählung.	4. Schweine											5. Ziegen	
	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine			1 Jahr alte und ältere Schweine					Über- haupt	Ziegen und Ziegen- lämmer
	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	Zu- sammen	Zucht- eber	Zucht- säue	Alle anderen Schweine	Zu- sammen	Zucht- eber	Zucht- säue	Alle anderen Schwei- ne	Zu- sammen		
1	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1. 12. 15	1 866 336	4 444 802	6 311 138	31 942	315 505	3 446 827	3 794 274	30 115	743 303	924 432	1 697 856	11 803 268	2 096 381
1. 12. 14	10 106 808	.	.	5 420 438	2 136 563	17 663 809	2 154 547
1. 12. 13	10 688 187	44 738	581 564	4 608 717	5 235 019	37 241	108 6912	102 3783	2 147 936	18 071 142	2 176 406
2. 12. 12	2 729 073	6 027 355	8 756 428	.	.	.	4 523 994	57 903	109 0730	104 6684	2 195 317	15 475 739	2 102 703
Zunahme(+)													
oder													
Abnahme(-)													
in %													
gegen 1914	.	.	— 37,56	.	.	.	— 30,00	.	.	.	— 20,53	— 33,18	— 2,70
gegen 1913	.	.	— 40,95	— 28,60	— 45,75	— 25,21	— 27,52	— 19,13	— 31,61	— 9,70	— 20,95	— 34,68	— 3,63
gegen 1912	— 31,61	— 26,26	— 27,93	.	.	.	— 16,13	— 47,99	— 31,85	— 11,65	— 22,66	— 23,73	— 0,30

Beim Rindvieh liegen die Verhältnisse im einzelnen verschieden. Sein Gesamtbestand betrug am 1. Dezember 1915 11 776 765 gegenüber 12 724 146 Stück in 1914, hat demnach einen Verlust von 7,45 vom Hundert erlitten, der wesentlich auf die beträchtliche Verminderung der beiden jüngsten unter 1 Jahr alten Tierarten, die sich allein auf 17,87 % beziffert, zurückzuführen ist. Die geringste Abnahme mit 2,88 % zeigen die Kühe und überhaupt das 2 Jahre alte und ältere Rindvieh, bei dem der Rückgang gegenüber 1914 im ganzen 3,58 % beträgt. Mißt man aber den gesamten Rindviehbestand von 1915 an demjenigen des Friedensjahres 1912, so ergibt sich erfreulicherweise, daß im ganzen fast keinerlei nachteilige, im einzelnen sogar günstige Veränderungen stattgefunden haben. Zwar ist der Bestand an unter 3 Monate alten Kälbern um 25,50 % schwächer geworden, dafür aber zeigen die zwischen 3 Monate und 1 Jahr alten Kinder, die die Hälfte des ganzen Jungviehs ausmachen, eine Zunahme von 8,98 % und das Jungvieh überhaupt eine solche von 2,77 %. Vermehrt hat sich ferner um 0,81 % das 2 Jahre alte und ältere Vieh, wobei die Bullen, Stiere und Ochsen allein eine beträchtliche Zunahme von 12,14 % aufweisen gegenüber einer geringen Verminderung von 0,37 % bei den Kühen, sodaß im ganzen der Rinderbestand von 1915 im Vergleich mit dem Friedensjahr 1912 einen unerheblichen Unterschied von - 0,75 % zeigt. Entgegengesetzt verhält es sich bei den Schafen und Schweinen.

Die Schafe haben bei einer Stückzahl von 3 505 657 in 1915 um 6,15 % gegenüber 1914 und um 14,74 % gegen 1912 abgenommen.

Vergleichsweise am stärksten hat aber im ganzen wie im einzelnen der Schweinebestand gelitten. Seine gesamte Kopfzahl ist von 17 663 809 in 1914 auf 11 803 268 in 1915 gesunken, hat sich demnach um beinahe 6 Millionen oder 33,18 % vermindert, und wenn der Rückgang gegenüber dem Stand von 1912 auch geringer erscheint, so beziffert er sich immer noch auf 23,73 %, und berücksichtigt man noch das Jahr 1913, so steigert sich die Abnahme auf 34,68 v. H. Die größte Einbuße weisen im einzelnen die unter $\frac{1}{2}$ Jahr alten Schweine mit 37,56 gegenüber 1914 und 27,98 gegenüber 1912 auf; die Folge davon war u. a., daß auch bei den nächstälteren Klassen größere Lücken entstanden sind. So haben die zwischen $\frac{1}{2}$ und 1 Jahr alten Schweine 30,00 % gegenüber 1914 und 16,18 % ihres Bestandes gegenüber 1912 eingebüßt, und der Verlust bei den 1 Jahr alten und älteren Schweinen beziffert sich bei diesen Vergleichen auf 20,33 bzw. 22,66 %.

Ähnlich wie bei den Pferden, liegen endlich bei den Ziegen die Verhältnisse nicht allzu ungünstig. Ihr Bestand von 2 096 381 Stück im Jahre 1915 hat sich zwar gegenüber dem Vorjahr um 2,70 % verringert, zeigt aber im Vergleich mit 1912 eine Verminderung von nur 0,30 %.

Die Entwicklung der deutschen Sparkassen von 1904 bis 1914. — Bei einer vergleichenden Darstellung des Standes und der Entwicklung der deutschen Sparkassen am Schlusse der Rechnungsjahre 1904 und 1914 muß zur Vermeidung falscher Schlussfolgerungen von vornherein davor gewarnt werden, die in der Übersicht enthaltenen Zahlen der Sparbücher und Spareinlagen als einen Maßstab für die Spartätigkeit und den Sparwillen der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen zu nehmen. Um diesen Maßstab bilden zu können, sind die Unterlagen der Statistik zu eng begrenzt. Auf der einen Seite wird die Inanspruchnahme der anderen Spargemeinschaften wie vor allem der privaten Banken und der genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen nicht mit erfaßt, die je nach den Gegenden einen größeren oder kleineren Teil der gesparten Summen an sich ziehen; andererseits sind auch die Bevölkerungskreise, die die Sparkassen für ihre Ersparnisse benutzen, nicht immer die gleichen. Während in einigen Gegenden fast ausschließlich der wirtschaftlich schwache Teil der Bevölkerung sowie der Bauer und der kleinere städtische Mittelstand an den Beständen der Sparkasse beteiligt sind, sind es andernorts auch die wohlhabenden Schichten des beamteten und gewerblichen Mittelstandes und der Großgrundbesitz,

die die Sparkassen zur vorübergehenden und dauernden Anlage ihrer verfügbaren Gelder benutzen. Aber muß auch aus den angeführten Gründen die Sparkassen-Statistik darauf verzichten, ein Bild von dem gesamten Stand der deutschen Spartätigkeit überhaupt zu geben, so zeigt sie wenigstens die Bedeutung der Sparkassen in der deutschen Wirtschaft und gewährt zugleich einen guten Einblick in die Bewegung der Spartätigkeit im Deutschen Reich, da man von der Voraussetzung ausgehen darf, daß auch die Entwicklung der Spareinlagen bei anderen Einrichtungen in den einzelnen Teilen des Reiches stets ähnlich ist wie bei den Sparkassen.

Der Gesamt-Einlagenbestand der Sparkassen im Deutschen Reich bezifferte sich im Jahre 1914 auf 20,8 Milliarden *M.* Je nachdem man das deutsche Volkvermögen auf 350 oder 250 Milliarden *M.* schätzt, sind also in den Sparkassen fast 6 oder rund 8 % des gesamten Nationalvermögens vereinigt. Die finanzielle Bedeutung unserer Sparkassen ist demnach ganz gewaltig. Diese Bedeutung hat in den letzten Jahren eine rasche Zunahme erfahren. Rechnet man den jährlichen Zuwachs des Nationalvermögens im Durchschnitt selbst auf 6 Milliarden *M.*, so würden sich für die 10 Jahre, auf die sich die Übersicht bezieht, 60 Milliarden *M.* ergeben; in der gleichen Zeit sind die Spareinlagen um 8,8 Milliarden *M.* gewachsen. Danach wären mehr als 14 % des innerhalb dieser Zeit neu entstandenen Vermögens in die deutschen Sparkassen geflossen. Wenn auch, wie vorher betont wurde, der wohlhabende Mittelstand einen gewissen Anteil an dem Bestande der Sparkassen besitzt, ist aus dieser Entwicklung der Sparkassen doch immerhin der Beweis zu entnehmen, daß auf den Bürger, Bauer und Arbeiter ein erheblicher Anteil an der Zunahme des Volkvermögens entfällt. Dieser Anteil ist zudem selbstverständlich mit den Sparkasseneinlagen keineswegs erschöpft. Die Steigerung des Wertes des Grundbesitzes in den Händen der Angehörigen dieser Stände, die neuen gewerblichen Anlagen, der eigene Erwerb von Wertpapieren und die während dieser Zeit gesammelten Sparbeträge bei andern Banken, vornehmlich bei den genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen, sind hinzuzurechnen.

Die Verschiedenartigkeit der Bedeutung der Sparkassen in den einzelnen Landesteilen wird am besten durch die Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Spareinlagen veranschaulicht. Im Durchschnitt des Deutschen Reiches betrug der Kopfanteil am Schlusse des Jahres 1914 305 *M.* Er war am höchsten in Schaumburg-Lippe (1 033 *M.*), am niedrigsten in Bayern rechts des Rheines (96 *M.*). Sieht man von den einzelnen Provinzen Preußens ab, in denen die Kopfquoten zwischen 119 *M.* in Ostpreußen und 525 *M.* in Schleswig-Holstein schwankten, so liegt die mittlere Bewegung der Kopfanteile zwischen 300 und 450 *M.* Unter 300 *M.* bleibt der Kopfanteil außer in dem bereits genannten Bayern in Württemberg mit 272 *M.*, in Mecklenburg-Schwerin mit 119 *M.*, im Großherzogtum Sachsen mit 273 *M.*, in Mecklenburg-Strelitz mit 199 *M.*, in Oldenburg mit 121 *M.*, in Anhalt mit 282 *M.*, in Schwarzburg-Sondershausen mit 203 *M.*, in Lübeck mit 296 *M.* und in Elsaß-Lothringen mit 110 *M.* Über 450 *M.* steigt der Kopfanteil, abgesehen von Schaumburg-Lippe, in Baden mit 451 *M.*, in Sachsen-Coburg-Gotha mit 473 *M.*, in Waldeck mit 661 *M.*, in Neuß älterer Linie mit 483 *M.*, in Neuß jüngerer Linie mit 837 *M.*, in Lippe mit 842 *M.* und in Bremen mit 581 *M.* Während sich demnach die Bundesstaaten mit einer geringeren Bedeutung der Sparkassen in drei geographische Gebiete teilen, und zwar in ein südliches (Bayern, Württemberg und Elsaß-Lothringen), in ein mitteldeutsches (Anhalt und Schwarzburg-Sondershausen) und in ein nördliches (Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Lübeck), sind die Staaten mit einer besonders stark hervortretenden Bedeutung der Sparkassen in zwei geographische Teile verschieden. Den ersten bilden die drei thüringischen Staaten, der zweite ist ein Streifen, der sich in West-Deutschland von der Nordsee bis über das Großherzogtum Baden erstreckt. Die in diesem Streifen liegenden preussischen Provinzen

Die deutschen Sparkassen am Schluß des Rechnungsjahres 1904 und 1914.

Staaten und Landesteile	Zahl der Sparkassen		Zahl der Sparbücher				Spareinlagen am Schluß des abgelaufenen Rechnungsjahres						Zunahme der Spar- einlagen von 1904 auf 1914	Die Zunahme der Spar- einlagen auf den Kopf der Bevölkerung von 1904 bis 1914 betrug Hundertteile
			1904		1914		1904			1914				
			überhaupt	auf je 100 Ein- wohner (Schät- zung v. 1. 1. 1905)	überhaupt	auf je 100 Ein- wohner (Schät- zung v. 30. 6. 1914)	überhaupt	auf ein Spar- buch	auf den Kopf der Be- völke- rung (Schät- zung v. 1. 1. 1905)	überhaupt	auf ein Spar- buch	auf den Kopf der Be- völke- rung (Schät- zung v. 30. 6. 1914)		
	1904	1914												
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Ostpreußen ¹⁾	45	67	252 965	12,47	385 164	18,39	136 964	541	68	249 907	649	119	112 943	75,00
Westpreußen	45	55	250 734	15,37	372 895	21,23	151 881	606	93	278 871	748	159	126 990	70,97
Stadtkreis Berlin	2	2	801 455	39,82	783 577	36,79	323 942	404	161	372 966	476	175	49 024	8,70
Brandenburg	109	125	1 198 858	34,70	1 907 058	43,24	675 906	564	196	1 263 304	662	286	587 398	45,92
Pommern	82	93	483 109	28,75	737 474	42,42	368 286	762	219	664 270	901	382	295 984	74,43
Posen	82	96	230 968	11,70	333 704	15,33	150 747	653	76	288 486	864	133	137 739	75,00
Schlesien	174	214	1 311 435	26,74	1 754 484	32,32	667 256	509	136	1 065 512	607	196	398 256	44,12
Sachsen	138	148	1 266 461	42,82	1 619 276	51,28	780 982	617	264	1 136 138	702	360	355 156	36,36
Schleswig-Holstein	193	223	532 260	35,88	735 104	43,26	563 539	1 059	380	891 494	1 213	525	327 955	38,16
Hannover	176	183	1 009 098	36,96	1 498 837	48,85	938 174	930	343	1 598 495	1 066	521	660 321	51,90
Westfalen	189	215	831 351	23,52	1 451 588	32,46	1 222 663	1 471	346	2 274 502	1 567	509	1 051 839	47,11
Hessen-Rassau	83	86	590 474	28,96	866 885	37,32	381 669	646	187	664 578	767	286	282 909	52,94
Rheinprovinz	245	253	1 426 518	22,61	2 460 463	32,47	1 378 236	966	218	2 866 018	1 165	378	1 487 782	73,39
Hohenzollernsche Lande	1	1	26 290	38,64	28 681	39,66	21 688	825	319	24 296	847	336	2 608	5,33
Preußen ¹⁾	1 564	1 761	10 211 976	27,74	14 935 190	35,47	7 761 933	760	211	13 638 837	913	324	5 876 904	53,56
Bayern r. d. Rh.	290	313	806 096	14,42	1 021 681	16,59	385 825	479	69	592 045	579	96	206 220	39,13
Bayern l. d. Rh.	59	67	82 946	9,46	125 595	12,97	58 685	708	67	114 003	908	118	55 318	76,12
Bayern ²⁾	349	380	889 042	13,75	1 147 276	16,10	444 510	500	69	706 048	615	99	261 538	43,48
Königreich Sachsen	329	361	2 675 562	59,97	3 496 430	70,12	1 254 704	469	281	2 030 323	581	407	775 619	44,84
Württemberg	64	72	603 780	26,50	871 224	34,42	353 431	585	155	688 169	790	272	334 738	75,48
Baden	154	161	513 020	25,85	786 163	35,19	568 950	1 109	287	1 007 722	1 282	451	438 772	57,14
Hessen ³⁾	41	42	268 254	22,48	351 015	26,33	262 682	979	220	446 257	1 271	335	183 575	52,27
Mecklenburg-Schwerin	39	39 ⁶⁾	133 740	21,47	140 261	21,65	59 160	442	95	77 317	551	119	18 157	25,26
Großh. Sachsen	25	30	158 603	41,29	217 174	49,79	72 646	458	189	119 276	549	273	46 630	44,44
Mecklenburg-Strelitz	7	7	26 838	25,98	27 970	25,96	16 834	627	163	21 385	765	199	4 551	22,09
Dänemark	3	11	73 041	16,93	105 058	20,35	35 823	490	83	62 723	597	121	26 900	45,78
Braunschweig ⁴⁾	24	25	82 706	31,12	117 136	40,87	73 274	886	276	114 038	974	398	40 764	44,20
Sachsen-Meiningen	19	21	115 429	56,35	143 189	64,39	52 358	454	256	85 197	595	383	32 839	49,61
Sachsen-Altenburg	6	9	115 766	48,11	171 390	64,33	64 479	557	268	126 143	736	473	61 664	76,49
Anhalt	13	17	141 511	43,34	166 647	50,10	69 433	491	213	93 957	564	282	24 524	32,39
Schwarzburg-Sondershausen	6	6	24 529	29,05	34 442	37,06	9 116	372	108	18 835	547	203	9 719	87,96
Schwarzburg-Rudolstadt	11	12	39 418	40,91	50 755	49,41	20 283	515	211	31 756	626	309	11 473	46,45
Waldeck	5	5	24 211	41,07	31 997	50,68	26 131	1 079	443	41 747	1 305	661	15 616	49,21
Neuß älterer Linie	4	5	34 666	49,25	52 478	71,21	20 690	597	294	35 603	678	483	14 913	64,29
Neuß jüngerer Linie	3	8	103 161	71,61	137 029	87,23	103 008	999	715	131 526	960	837	28 518	17,05
Schaumburg-Lippe	7	7	22 667	50,83	30 429	63,98	24 751	1 092	555	49 153	1 615	1 033	24 402	86,13
Lippe	12	15	70 731	48,92	91 959	59,60	84 917	1 201	587	129 852	1 412	842	44 935	43,44
Lübeck	3	3	52 586	50,44	85 822	70,11	21 776	414	209	36 226	422	296	14 450	41,63
Bremen	4	4	190 405	74,31	267 942	82,26	117 438	617	458	189 303	707	581	71 865	26,86
Hamburg	5	5	326 462	38,23	669 882	60,94	236 573	725	277	417 074	623	379	180 501	36,82
Elb-Lothringen ⁵⁾	124	113	396 113	22,03	476 624	24,83	141 456	357	79	210 298	441	110	68 842	39,24
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	2 821	3 119	17 294 217	29,10	24 605 482	36,57	11 896 356	688	200	20 508 765	834	305	8 612 409	52,50

¹⁾ 6 Kassen konnten infolge der Kriegslage keine oder nur unvollständige Angaben machen. Bei drei von ihnen sind die Ergebnisse des Jahres 1913 eingefügt, bei den drei anderen mußten auf Grund der unvollständigen Angaben und unter Zugrundelegung der vorjährigen Ergebnisse die Zahlen für 1914 teilweise prozentual errechnet werden. — ²⁾ Hier sind für 1914 die endgültigen Ergebnisse vom Jahre 1913 eingefügt. — ³⁾ Bei 4 Kassen sind für das Jahr 1914 die Angaben von 1913 nachgewiesen, weil für 1914 Angaben nicht gemacht werden konnten. — ⁴⁾ Braunschweig kann wegen der eigenartigen Einrichtung des Sparkassenwesens Angaben nicht liefern. — ⁵⁾ Von 6 Sparkassen, die am Schluß des Rechnungsjahres 1913 einen Bestand von 11 881 Sparbüchern mit 5 995 349 M. Einlagen hatten, waren für das Jahr 1914 wegen der Kriegslage Angaben nicht zu erlangen. — ⁶⁾ Eine Sparkasse konnte die Angaben nicht machen, eine andere hat statt der Zahl der Konten die Zahl der Einlagen eingefügt.

weisen mit Ausnahme von Hessen-Rassau ebenfalls außerordentlich hohe Kopfquoten auf, die über 500 Mark liegen; es ist dies Schleswig-Holstein mit 525 M., Hannover mit 521 M. und Westfalen mit 509 M.

Die Steigerung der Kopfanteile von 1904 auf 1914 ist ebenfalls in den einzelnen Staaten recht verschieden. Sie beträgt im Durchschnitt des ganzen Reiches 52,50 %, sie ist am niedrigsten in Neuß jüngerer Linie mit 17,06 % gewesen und am höchsten in Schwarzburg-Sondershausen mit 87,96 %. Bei der Vergleichung dieser Wachstumsziffern darf jedoch nicht vergessen werden, daß bei der gleichen absoluten Zunahme auf den Kopf der Bevölkerung naturgemäß dort, wo 1904 verhältnismäßig geringe Kopfbeträge vorhanden waren, die prozentuale Zunahme größer ist als in den Staaten, in denen schon 1904 auf den Kopf der Bevölkerung hohe Anteile entfielen.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der Sparkassenentwicklung ist aus der Anzahl der Bücher zu entnehmen, die

auf je 100 Einwohner im Jahre 1904 und 1914 entfiel. In ganz Deutschland kamen am Schluß des Rechnungsjahres 1914 mehr als 36 Bücher auf je 100 Einwohner. In Bayern war die Beteiligung am geringsten (16 Bücher auf 100 Einwohner), in Neuß jüngerer Linie sowie in Bremen am höchsten (87 und 82 Bücher auf je 100 Einwohner). Diese hohen Ziffern sind wohl nur dadurch zu erklären, daß in diesen Staaten und auch in manchen anderen eine größere Anzahl von Einwohnern mehrere Sparbücher besitzt. Die Beteiligung der Bevölkerung bei den Sparkassen hat in der Berichtszeit in erfreulicher Weise zugenommen. In ganz Deutschland entfielen jetzt 7 Bücher mehr auf 100 Einwohner als im Jahre 1904. Geht die Entwicklung in ähnlicher Weise voran, so wird in 25 Jahren die Hälfte der deutschen Bevölkerung sich im Besitze von Sparbüchern befinden.

Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehr- amtes in Preußen 1914/15 und 1915/16. — Die Zahl der alljährlich angestellten Kandidaten war von 1898/99 bis 1910/11 von 267 auf 601 gestiegen und bis 1913/14 wieder auf 446 gefallen. Ein weiterer Rückgang ist in den nächsten beiden Jahren erfolgt, auf 390 in 1914/15 und 221 in 1915/16. Ein großer Teil der neuen Oberlehrer steht im Felde. — Das durchschnittliche Lebensalter der Kandidaten zur Zeit der Anstellung war seit 1898/99 mit 34 Jahren (3) 4 Monaten (M) allmählich bis auf 28 J 1 M in 1911/12 herabgegangen und betrug 1913/14 28 J 9 M. Die Berechnung für die nächsten beiden Jahre ergibt 29 J 3 M und 30 J 8 M; die Anstellung erfolgte 1 J 5 M und 2 J 11 M nach Erlangung der Anstellungsfähigkeit, während in den letzten Vorjahren die Wartezeit nur noch nach Monaten gerechnet hatte. Die Reifeprüfung war von den Kandidaten der beiden Berichtsjahre durchschnittlich im Alter von 19 J 7 M und 19 J 5 M abgelegt worden; in dieser Beziehung hat sich seit 1898/99 fast gar keine Änderung gezeigt.

Die im Verhältnis zu den vielen, namentlich durch Kriegstod frei gewordenen Oberlehrerstellen sehr geringe Zahl der Befetzungen sowie die Abweichungen im Alter der angestellten Kandidaten von der bisherigen Entwicklung sind als Wirkungen des Erlasses des Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten vom 23. September 1914 zu betrachten, nach dem durch Tod oder Pensionierung frei werdende Oberlehrerstellen während des Krieges nicht besetzt werden dürfen, es sei denn, daß sich aus der Nichtbesetzung im Einzelfalle Härten ergeben. Die Unterscheidung der Anstellungen an staatlichen und an nichtstaatlichen Anstalten, die nachstehend gegeben wird, läßt diesen Einfluß noch mehr hervortreten.

Jahr der Anstellung an staatlichen (st) und an anderen (a) Anstalten	Zur ersten An- stellung ge- langte Kan- didaten	Durchschnittliches Lebensalter der ange- stellten Kandidaten zur Zeit der						
		Reife- prüfung		Erlangung der Anstellungs- fähigkeit		ersten festen Anstellung		
		J	M	J	M	J	M	
1904/05	{ st	1 409	19	7	28	2	29	—
bis 1913/14	{ a	3 740	19	6	28	2	28	8
1914/15	{ st	121	19	8	27	11	30	3
	{ a	269	19	6	27	10	28	10
1915/16	{ st	165	19	4	27	7	30	9
	{ a	56	19	8	28	—	30	5.

Man muß schon bis zum Anfang des Jahrhunderts zurückgehen, um auf eine so lange Wartezeit von der Erlangung der Anstellungsfähigkeit bis zur festen Anstellung zu stoßen, wie sie die der 1915/16 an staatlichen Anstalten angestellten Kandidaten mit durchschnittlich 3 Jahren 2 Monaten aufweist.

Der bedingte Strafaufschub und seine Erledigung in Preußen 1913 bis 1915. — Nach den vom Justizministerium dem kgl. Statistischen Landesamte übermittelten Nachweisungen über die bedingten Begnadigungen in Preußen, wurde im Kalenderjahre 1915 (bzw. 1914 und 1913) in 17 183 (14 588, 17 568) Fällen Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt. Der Rückgang der Zahlen in den Jahren 1913 und 1914 gegenüber den Vorjahren — 1912 19 799, 1911 18 668 Fälle — ist eine Folge der zahlreichen Gnadenerweise aus Anlaß des Allerhöchsten Regierungsjubiläums im Jahre 1913 und der Allerhöchsten Gnaden-Erlasse vom 1. und 4. August 1914. Im Jahre 1915, in dem die genannten Gründe für eine Einschränkung der Anwendung des bedingten Strafaufschiebs gegenstandslos geworden sind, zeigt sich dann wieder ein merkliches Anschwellen der Zahl jener bedingten Begnadigungen. Seit seiner Einführung in Preußen (23. Oktober 1895) wurde der bedingte Strafaufschieb bis zum Jahres-schlusse 1915 im ganzen 217 859 Verurteilten gewährt.

Von den bis Ende 1915 (1914, 1913) überhaupt, d. i. seit dem 23. Oktober 1895, bewilligten Strafaussetzungen erledigten sich

im Jahre	durch (vollständige oder teilweise) Begnadigung nach Ablauf der Bewährungsfrist		durch Einleitung der Strafvollstreckung		durch Tod, Flucht, Begnadigung während der Bewährungsfrist oder auf andere Weise		im ganzen	
	Fälle		Fälle		Fälle		Fälle	
	überhaupt	v. S.	überhaupt	v. S.	überhaupt	v. S.	überhaupt	v. S.
1915	4 335	73,6	731	12,4	823	14,0	5 889	100
1914	8 651	24,9	1 667	4,8	24 493	70,4	34 811	100
1913	11 847	81,1	2 538	17,4	215	1,5	14 600	100.

Die Zahl der auf dem gewöhnlichen Begnadigungswege — d. i. nach Ablauf der Bewährungsfrist — erledigten Strafaussetzungen ist von 1913 auf 1914 erheblich, von 1914 auf 1915 noch stärker zurückgegangen. Während dieser Rückgang von 1913 auf 1914 hauptsächlich aus den Gnadenerweisen anlässlich des Regierungsjubiläums im Jahre 1913 zu erklären ist, stellt er sich für die Zeit von 1914 auf 1915 vornehmlich als eine Folge der zahlreichen außerordentlichen Begnadigungen auf Grund der Gnaden-Erlasse vom 1. und 4. August 1914 dar. Auch die Zahl der durch Einleitung der Strafvollstreckung erledigten Strafaufschiebsfälle ist von 1913 auf 1914 und weiter auf 1915 beträchtlich gesunken. Der Grund hierfür ist derselbe, wie er für die auf dem gewöhnlichen Begnadigungswege erledigten Fälle soeben angeführt wurde. Besonders bemerkenswert ist das zahlenmäßige Verhalten der durch Tod, Flucht, Begnadigung während der Bewährungsfrist oder auf andere Weise erledigten Fälle der bedingten Begnadigung. Vor allem fällt die überaus starke Zunahme dieser Fälle im Jahre 1914 gegenüber 1913 und die fast ebenso bedeutende Abnahme von 1914 auf 1915 auf. Waren von den seit Einführung des bedingten Strafaufschiebs vorgekommenen Fällen der bedingten Begnadigung am 1. Januar 1914 insgesamt 1 952 durch Tod, Flucht usw. erledigt, so im Jahre 1914 allein fast 24½ Tausend! Die gegenüber den Vorjahren so außerordentlich starke Zunahme dieser Zahl im Jahre 1914 (auf 26 445) und die im Vergleich hierzu wiederum sehr geringe Zunahme der Zahl im Jahre 1915 (auf 27 268) ist ebenfalls eine Folge der hauptsächlich auf das Jahr 1914 einwirkenden zahlreichen Gnadenerweise durch die erwähnten Gnaden-Erlasse vom 1. und 4. August 1914. So stark ist die Einwirkung jener fast ein Viertelhunderttausend betragenden Fälle, daß sogar in der Summe der drei innerhalb eines Jahres vorkommenden Erledigungsarten der Fälle bedingter Begnadigung das Jahr 1914 mit einer ganz ungewöhnlich großen Zahl erscheint. Außerdem drücken noch jene 24 493 Fälle, in denen im letztgenannten Jahre vor allem infolge außerordentlicher Begnadigung der bedingte Strafaufschieb während der Bewährungsfrist erledigt wurde, erheblich auf den Verhältnisaanteil der auf dem gewöhnlichen Begnadigungswege oder durch Einleitung der Strafvollstreckung beendeten Fälle der Strafaussetzung. In den beiden übrigen Berichtsjahren (1915 und 1913) aber entfällt der weitaus größte Teil der erledigten Begnadigungs-fälle auf die durch Begnadigung nach Ablauf der Bewährungsfrist beendeten Vorkommnisse, und zwar mit rund drei Vierteln bzw. vier Fünfteln.

Was schließlich die Entwicklung der erledigten Fälle seit Einführung des bedingten Strafaufschiebs betrifft, so sind in der Zeit vom 23. Oktober 1895 bis 31. Dezember 1915 im ganzen 169 489 bedingte Verurteilungen erledigt worden, davon 117 023 oder 69,0 v. S. durch Begnadigung nach Ablauf der Bewährungsfrist, 25 198 oder 14,9 v. S. durch Einleitung der Strafvollstreckung und 27 268 oder 16,1 v. S. durch Tod, Flucht, Begnadigung während der Bewährungsfrist oder auf andere Weise. Die weitaus meisten Erledigungsfälle, nämlich fast sieben Zehntel aller, sind danach auch in diesem mehr als 20jährigen Zeitraum auf die Begnadigung nach Ablauf der Bewährungsfrist zurückzuführen.

Einommensteuer-Veranlagung der nichtphysischen Personen in Preußen 1915. — Es betrug

im Steuer- jahre	Gesamt- zahl	der nichtphysischen Personen		
		steuerpflichtiges Einkommen <i>M</i>	Veran- lagungs- soll <i>M</i>	Erhe- bungssoll <i>M</i>
1892	2 028	257 070 865	10 056 743	
1905	2 611	352 212 877	13 732 817	
1910	8 741	829 558 667	33 475 546	48 248 224
1911	9 387	829 018 895	33 293 756	47 899 057
1912	10 398	891 543 991	35 842 406	51 485 385
1913	11 610	991 245 453	40 157 174	57 559 625
1914	12 532	1 117 349 885	44 894 653	64 318 186
1915	12 087	1 148 821 825	46 356 539	66 360 956

Hiernach hat sich im Berichtsjahre die Zahl der nichtphysischen Personen — wenn auch nur um eine Kleinigkeit, nämlich um 445 oder 3,8 v. H. — gegen das Vorjahr vermindert. Dagegen sind Einkommen und Steuer der juristischen Personen von 1914 auf 1915 etwas gestiegen, und zwar das steuerpflichtige Einkommen um 31 471 940 *M* oder 2,8 v. H., das Veranlagungssoll um 1 461 886 *M* oder 3,3 v. H. und das Erhebungssoll um 2 042 770 *M* oder 3,2 v. H., während sich von 1913 auf 1914 die Zunahme der Personenzahl auf 7,9, des Einkommens auf 12,7, des Veranlagungssolls auf 11,8 und des Erhebungssolls auf 11,7 v. H., also sehr erheblich höher, stellte. Immerhin war aber im Berichtsjahre die Personenzahl fast sechsmal, das Einkommen nahezu und das Veranlagungssoll über viereinhalbmal, das Erhebungssoll sogar über sechseinhalbmal so groß wie im ersten Veranlagungsjahre 1892, wobei freilich nicht außer acht bleiben darf, daß inzwischen durch die Novelle von 1906 der Kreis der steuerpflichtigen nichtphysischen Personen durch Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und auf sämtliche Vereine zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und

Abfall im Kleinen sehr vergrößert worden ist. Insbesondere steht auch das Veranlagungsergebnis des Jahres 1913 bezüglich der nichtphysischen Personen in jeder Hinsicht hinter dem des Berichtsjahres zurück.

Im Durchschnitt entfiel auf einen nichtphysischen Person im Berichtsjahr ein Einkommen von 95 046, im Vorjahr von 89 160 und noch ein Jahr vorher von 85 379 *M*. In den Städten insbesondere belief sich das Durchschnittseinkommen der juristischen Personen in den gleichen Jahren auf 103 328 bzw. 96 611 bzw. 94 020 *M* und in den ländlichen Gemeinden mit städtischem Charakter (d. i. mit über 2 000 Einwohnern) auf 100 244 bzw. 92 242 bzw. 79 852 *M*. In den rein ländlichen Gemeinden hingegen (mit bis 2 000 Einwohnern) hielt sich jenes Durchschnittseinkommen mit 38 526 bzw. 40 785 und 40 453 *M* in der angegebenen Jahresfolge tief unter dem Gesamtdurchschnitt und ging von 1914 auf 1915 sogar zurück. Nichtsdestoweniger konnte das platte Land überhaupt mit einem durchschnittlichen Einkommen von 59 075 bzw. 65 360 bzw. 68 104 *M* in den Jahren 1913, 1914 und 1915 eine steigende Entwicklungslinie aufweisen.

Die infolge des Gesetzes vom 26. Mai 1909 seit dem 1. April des gleichen Jahres zu zahlenden Steuerzuschläge betrugen für die nichtphysischen Personen im Berichtsjahr 20,78, im Vorjahr 20,12 und 1913 17,98 Millionen *M*, der nach § 71 des Einkommensteuergesetzes unerhoben bleibende Steueranteil in denselben Jahren 777 499, 700 625 und 579 581 *M*.

In der nun folgenden Übersicht wird die Verteilung der nichtphysischen Personen nach ihrem Betriebsort in Stadt und Land veranschaulicht. Das ist freilich nach Lage der Statistik erst von 1905, insbesondere hinsichtlich der weiteren Unterscheidung ländlicher Gemeinden mit über und bis 2 000 Bewohnern erst von 1911 an möglich.

Es betrug

der nichtphysischen Personen								
im Steuerjahre	Zahl	steuer-	Einkommensteuer-		Zahl	steuer-	Einkommensteuer-	
		pflichtiges	Veranlagungs-	Erhebungs-		pflichtiges	Veranlagungs-	Erhebungs-
		Einkommen	soll	soll		Einkommen	soll	soll
		Millionen <i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>			Millionen <i>M</i>	<i>M</i>
in den Städten				auf dem Lande				
1905	1 838	287,05	11 215 323		773	65,16	2 517 494	
1910	6 353	691,36	28 013 520	40 352 716	2 388	138,20	5 462 026	7 895 508
1911	6 929	691,66	27 842 619	40 034 702	2 458	137,36	5 451 137	7 864 354
1912	7 754	747,61	30 121 496	43 252 381	2 644	143,94	5 720 910	8 233 004
1913	8 739	821,64	33 394 475	47 806 202	2 871	169,60	6 762 699	9 753 424
1914	9 544	922,06	37 034 938	53 038 682	2 988	195,29	7 809 715	11 279 504
1915	9 245	955,27	38 605 946	55 157 209	2 842	193,55	7 750 593	11 203 747
insbesondere in den ländlichen Gemeinden mit . . . Einwohnern								
über 2 000				bis 2 000				
1905
1910
1911	1 141	88,23	3 509 150	5 077 335	1 317	49,14	1 941 987	2 787 019
1912	1 247	88,59	3 522 850	5 080 077	1 397	55,35	2 198 055	3 152 927
1913	1 357	108,36	4 334 014	6 268 177	1 514	61,25	2 428 685	3 485 247
1914	1 427	131,63	5 286 734	7 656 839	1 561	63,67	2 522 981	3 622 665
1915	1 362	136,53	5 490 118	7 967 317	1 480	57,02	2 260 475	3 236 430

Gegen das Vorjahr ist allenthalben ein Rückgang der Anzahl der nichtphysischen Personen zu verzeichnen, in den rein ländlichen Gemeinden und damit auf dem Lande überhaupt sogar gegen 1913. Das steuerpflichtige Einkommen ist zwar gleichfalls in den letztgenannten Siedelungen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (in den ländlichen Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern wiederum selbst gegen 1913); doch hat es in den größeren ländlichen Gemeinden und in den Städten bis zum Berichtsjahr ununterbrochen zugenommen. Recht durchgreifend ist die Abnahme des Veranlagungs- und Erhebungssolls gegen das Vorjahr wieder in den kleinen ländlichen Gemeinden. Auch auf dem Lande überhaupt macht sie sich bemerkbar, ohne indes hier unter den Stand des Jahres 1913 herabzugehen. In den Städten und in den ländlichen Gemeinden mit städtischem Charakter ist auch die Steuersumme, wenigstens seit 1911, ununterbrochen gewachsen.

Bei der Beurteilung der vorstehend aufgeführten, für das Berichtsjahr verhältnismäßig günstigen Veranlagungsergebnisse der korporativen Erwerbsgesellschaften darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß deren Einkommen allgemein nach dem dreijährigen Durchschnitt

zu berechnen ist; es kommen also auch Wirtschaftsz- (Betriebs-) Jahre in Betracht, die noch vor dem Kriegsausbruch liegen.

Von den einzelnen Arten der juristischen Personen betrug in den Jahren 1915, 1914 und 1913 der Anteil der Gesellschaften m. b. H. reichlich drei Fünftel, der der Aktiengesellschaften nur knapp ein Fünftel, während die übrigen Unternehmungen (Vergewerkschaften, eingetragene Genossenschaften mit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehendem Geschäftsbetrieb, endlich Vereine zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im Kleinen) noch erheblich schwächer an der jeweiligen Gesamtheit der korporativen Erwerbsgesellschaften beteiligt waren. Andererseits belief sich 1913—1915 das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaften auf nicht viel weniger als zwei Drittel, das der Gesellschaften m. b. H. aber nur auf knapp drei Zehntel. Beim Veranlagungs- wie beim Erhebungssoll wiesen die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften m. b. H. jedesmal ganz ähnliche Prozentanteile auf wie beim Einkommen. Nur tritt beim Erhebungssoll die größere Steuerleistung der Aktiengesellschaften gegenüber den Gesellschaften m. b. H. noch etwas mehr hervor als beim Veranlagungssoll.

Die Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) in den Rechnungsjahren 1903, 1908, 1913 und 1914.

— Die unten abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Entwicklung des Steuerwesens der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Zeitraume 1903/1914. Danach hatte sich das Soll- auskommen der Provinzialverbände im Rechnungsjahre 1913 gegenüber dem Stande vor zehn Jahren schon mehr als verdoppelt und ist im Rechnungsjahre 1914 weiter gestiegen. Es erreichte in diesem eine Summe von 70,53 Mill. *M* insgesamt und 1,80 *M* auf den Kopf der Bevölkerung, während sich das entsprechende Ergebnis im Rechnungsjahre 1903 erst auf 30,41 Mill. *M* und 92 Pfennig gestellt hatte. Innerhalb des Zeitraums 1903/08 wuchs das gesamte Umlagefoll der Provinzial- usw. Verbände um durchschnittlich 3,24 Mill. *M* im Jahre, desgleichen im Jahresfünft 1908/13 um 3,92 Mill. *M* jährlich und von 1913 auf 1914 um 4,33 Mill. *M*.

Während in den vier Beobachtungsjahren der Provinzialverband von Schleswig-Holstein die höchste Kopfbelastung durch Provinzialsteuern zeigte, trat der Provinzialverband der Rheinprovinz den 1903 innegehabten zweiten Platz seit 1908 an den Provinzialverband von Brandenburg ab, der im Rechnungsjahre 1903 zusammen mit dem Provinzialverbände von Hannover erst den fünftöchsten Kopfbetrag aufwies. An dritter Stelle stand seit 1908 der Provinzialverband der Rheinprovinz. Die niedrigsten Kopfbeträge wies in allen vier Beobachtungsjahren der Bezirksverband des Regierungsbezirks Cassel auf. Der zweitletzte Platz ging 1913 vom ostpreussischen Provinzialverbände auf den westfälischen über, der ihn auch im Rechnungsjahre 1914 neben dem Provinzialverbände von Posen mit einem Betrage von 1,42 *M* behauptete. Geringere

Kopfbeträge als die genannten Verbände hatte zwar noch der Provinzialverband von Schlesien, doch müssen diesen, um sie mit den Zahlen der übrigen Kommunalverbände vergleichbar zu machen, die Kopfbeträge des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien hinzugerechnet werden.

Während im Rechnungsjahre 1903 nur 3 von den 14 Kommunalverbänden — wobei der Landarmenverband der Provinz Schlesien mit dem gleichnamigen Provinzialverbände als Einheit behandelt wird — mehr als 15 % Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern erhoben, betrug deren Anzahl 1908 schon 6, 1913 und 1914 desgl. 7 bzw. 8. Mehr als 20 % des umlagefähigen Prinzipalsteuersolls erhoben im Rechnungsjahre 1914 schon 6 Kommunalverbände, nämlich der der Hohenzollernschen Lande (20,16), der von Schleswig-Holstein (20,5), von Pommern (21), Posen (22,2), Ostpreußen (22,92) und Westpreußen (24,5 %). Mit den niedrigsten Zuschlägen kamen die Bezirksverbände von Cassel und Wiesbaden aus, die in den beiden letzten Rechnungsjahren nur je 10 bzw. 7,5 % des Prinzipalsteuersolls erhoben.

Zu beachten ist der Unterschied bei der Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 *M* in den einzelnen Kommunalverbänden. Während die Provinzialverbände von Ostpreußen, Schlesien (einschließlich des Landarmenverbandes), Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und der Rheinprovinz in sämtlichen Beobachtungsjahren diese kleinen Einkommen gänzlich steuerfrei ließen, verzichteten die übrigen Kommunalverbände auf ihre Heranziehung nicht. Im Rechnungsjahre 1914 begann die Besteuerung der kleinen Einkommen bei den Kommunalverbänden von Westpreußen, Brandenburg, Posen, Sachsen, Cassel, Wiesbaden und der Hohenzollernschen Lande bei 421 *M*, beim Provinzialverbände von Pommern sogar schon bei 300 *M*.

Die direkten Steuern der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Zeitraume 1903/1914.

V e r b ä n d e .	Von den den Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landes- kommunalabgaben) zugrunde gelegten staatlich veranlagten direkten Steuern erhoben im Rechnungsjahre				Das Soll der Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) betrug im Rechnungsjahre							
	1903	1908	1913	1914	1903	1908	1913	1914	1903 auf 1 Einw. ⁴⁾	1908 auf 1 Einw. ⁴⁾	1913 auf 1 Einw. ⁴⁾	1914 auf 1 Einw. ⁴⁾
	%	%	%	%	1 000 <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	1 000 <i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Provinzial-Verband von Ostpreußen ¹⁾	13,999	19,395	22,59	22,92	1 214	1 941	2 713	2 935	0,61	0,99	1,33	1,44
" " " Westpreußen .	20,0	21,4	24,1	24,5	1 491	1 894	2 729	2 805	0,95	1,17	1,59	1,63
" " " Brandenburg .	10,0	12,0	14,0	14,0	3 110	5 724	9 877	10 481	0,97	1,55	2,31	2,45
" " " Pommern .	12,148	13,257	21,0	21,0	1 635	1 935	3 138	3 327	1,00	1,18	1,83	1,94
" " " Posen	18,973	24,317	22,2	22,2	1 524	2 398	2 905	3 006	0,79	1,19	1,37	1,42
" " " Schlesien . .	6,829	9,65	9,5	9,5	2 253	3 818	4 478	4 646	0,47	0,77	0,85	0,88
Ed.-Armenverb. d. Provinz Schlesien ²⁾	6,657	7,85	7,05	7,05	1 726	2 417	2 560	2 675	0,40	0,54	0,54	0,57
Prov.-Verb. v. Sachsen	9,5	10,5	15,0	15,0	2 695	3 434	5 740	5 882	0,94	1,15	1,86	1,91
" " " Schleswig-Holstein ³⁾	14,0	18,0	20,0	20,5	1 792	2 818	4 031	4 349	1,31	1,91	2,50	2,69
" " " Hannover	12,0	13,0	15,0	16,0	2 527	3 359	4 860	5 504	0,97	1,21	1,62	1,83
" " " Westfalen	9,686	13,2	13,5	13,5	2 579	4 608	5 779	6 339	0,78	1,20	1,29	1,42
Bez.-Verb. d. Reg.-Bez. Cassel	6,39	9,8	10,0	10,0	460	847	1 055	1 104	0,51	0,88	1,03	1,07
" " " Wiesbaden . .	4,5	6,0	7,5	7,5	847	1 436	2 144	2 226	0,81	1,24	1,68	1,75
Provinzial-Verband der Rheinprovinz .	11,0	12,5	14,0	14,0	6 487	9 878	14 092	15 143	1,09	1,47	1,89	2,03
Ed.-Komm.-Verb. d. Hohenz. Lande . .	15,286	19,905	20,654	20,161	67	97	100	111	0,98	1,40	1,38	1,53
Zusammen	30 409	46 605	66 199	70 531	0,92	1,30	1,69	1,80

¹⁾ In der Provinz Ostpreußen besteht ein die ganze Provinz umfassender Landarmenverband, und außerdem bildet hinsichtlich gewisser Zwecke jeder Stadt- und Landkreis einen besonderen Landarmenverband. Ein Teil der in den anderen Provinzen von den Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden aufzubringenden Armenlast wird demnach in der Provinz Ostpreußen von den Kreisen getragen. — ²⁾ mit Ausschluß der Stadt Breslau. — ³⁾ ausschl. des Kreises Herzogtum Lauenburg. — ⁴⁾ Der Berechnung ist die Einwohnerzahl nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen Personenstandsaufnahme am Schlusse des betr. Rechnungsjahres, für 1914, da die Angaben infolge des Krieges unvollständig waren, die Einwohnerzahl am Schlusse des Rechnungsjahres 1913 zugrunde gelegt.

Die Schulden der preussischen Provinzialverbände, Landkreise und Stadtgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1914.

— Aus der am Schlusse abgedruckten Tabelle geht hervor, daß die Schulden am 31. März 1914 bei den Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden 421,39 Mill. *M*, desgleichen bei den Landkreisen 727,96 Mill. *M* und bei den Städten 5 224,42 Mill. *M* betrugen, so daß sich die Verschuldung für diese Kommunalverbände zusammen auf 6 373,78 Mill. *M* belief. Im Jahre vorher erreichten die entsprechenden Schulden bei den Provinzialverbänden, Landkreisen und Städten sowie diesen Kommunalverbänden zusammen Beträge von

rund 382 bzw. 657, 4 914 und 5 953 Mill. *M* und am Schlusse des Rechnungsjahres 1911 desgleichen von 340 bzw. 618, 4 590 und 5 548 Mill. *M*. Die Zunahme von 1911 auf 1912 betrug also bei den Provinzialverbänden 12,16, bei den Landkreisen 6,36, bei den Städten 7,07 und bei diesen Kommunalverbänden zusammen 7,31 v. H., desgleichen von 1912 auf 1913 10,42 bzw. 10,80, 6,31 und 7,07 v. H.

Die Schuldenlast auf den Kopf der Bevölkerung ist bei den Provinzialverbänden von 8,92 *M* im Rechnungsjahre 1911 um 10,65 % auf 9,97 *M* im folgenden und um 9,02 % auf 10,76 *M* im Rechnungsjahre 1913 angewachsen. Bei den Landkreisen stieg

der Kopfbetrag von 22,51 *M* im Rechnungsjahre 1911 um 5,84 % auf 23,78 *M* im folgenden Jahre und um 9,84 % auf 26,12 *M* im Rechnungsjahre 1913. Bei den Städten ergab sich eine entsprechende Steigerung von 238,54 *M* um 4,92 % auf 250,28 und um 4,79 % auf 262,28 *M*. Die auf 1 Einwohner entfallenden Schulden der Provinzialverbände, Landkreise und Städte zusammen sind von 137,88 *M* im Rechnungsjahre 1911 um 5,95 % auf 146,08 *M* im folgenden Jahre und weiter um 5,83 % auf 154,60 *M* im Rechnungsjahre 1913 angewachsen.

Der Anteil der langfristigen Schulden am Gesamtschuldenstande zeigt in dem dreijährigen Beobachtungszeitraume bei sämtlichen Kommunalverbänden einen Rückgang, der besonders bei den Provinzialverbänden ziemlich bedeutend gewesen ist. Während die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der Provinzialverbände, Landkreise und Städte zusammen am 31. März 1912 erst 66,34 Mill. *M* betragen, ist ihre Summe im folgenden Jahre schon auf 90,70 Mill. *M* gestiegen; am 31. März 1914 betrug sie

bereits 129,51 Mill. *M*. Das bedeutet eine Steigerung um 36,30 bzw. 42,79 v. H.; bei den langfristigen Schulden betrug diese im Zeitraum 1911/12 nur 6,95 und im Zeitraum 1912/13 6,51 v. H.

Von den Provinzen zeigt im Rechnungsjahre 1913 die bei weitem höchste Belastung durch Provinzial-, Kreis- und Stadtschulden die Rheinprovinz mit rund 1 462 Mill. *M*, demnächst Brandenburg mit 916 Millionen. Die folgenden Plätze nehmen Westfalen (558), Hessen-Nassau (520) und Berlin (505 Mill. *M*) ein. Nächst den Hohenzollernischen Landen zeigen die absolut geringste Verschuldung mit 183 bzw. 192 Mill. *M* Westpreußen und Posen. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war die Verschuldung in Berlin am bedeutendsten; sie stellte sich hier auf 250,93 *M* pro Kopf. An zweiter und dritter Stelle folgten Hessen-Nassau und Brandenburg mit 225,94 bzw. 213,73 *M*. Hinter dem Staatsdurchschnitt von 154,60 *M* blieben noch acht Provinzen zurück, am meisten mit rund 91, 86 und 63 *M* Posen, Schlesien und die Hohenzollernischen Lande.

Die Schulden der preussischen Provinzialverbände, Landkreise und Stadtgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1914.

Staat.	Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände					Landkreise				
	Schulden		Von den Schulden (Sp. 2a) entfallen auf langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelde			Schulden		Von den Schulden (Sp. 3a) entfallen auf langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelde		
	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	v. H. der Gesamt- schulden (Sp. 2a)	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	v. H. der Gesamt- schulden (Sp. 3a)
Provinzen.	2a	2b	2c	2d	2e	3a	3b	3c	3d	3e
Staat	421 391	10,76	404 136	10,32	95,91	727 964	26,12	719 909	25,84	98,89
dagegen:										
am 31. März 1913 . .	381 627	9,87	366 872	9,49	96,13	657 029	23,78	652 733	23,62	99,35
„ 31. „ 1912 . .	340 263	8,92	335 630	8,80	98,64	617 729	22,51	612 682	22,33	99,18
Provinzen.										
Ostpreußen	22 952	11,28	22 952	11,28	100,00	43 982	26,44	42 836	25,75	97,99
Westpreußen	20 505	11,91	20 505	11,91	100,00	43 596	31,59	41 775	30,27	95,82
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	50 657	11,83	45 238	10,56	89,30	137 323	49,65	135 791	49,09	98,88
Pommern	57 838	33,77	53 542	31,26	92,57	49 945	37,47	49 259	36,95	98,63
Posen	19 516	9,20	19 516	9,20	100,00	39 438	21,19	38 971	20,94	98,81
Schlesien	45 253 ¹⁾	8,58	45 253 ¹⁾	8,58	100,00	64 076	15,45	63 727	15,37	99,46
Sachsen	29 880	9,69	27 911	9,05	93,41	26 082	12,10	25 851	12,00	99,12
Schleswig-Holstein	18 312 ²⁾	11,34	18 312 ²⁾	11,34	100,00	58 034	51,85	57 285	51,18	98,71
Hannover	56 405	18,79	56 405	18,79	100,00	47 033	20,91	46 835	20,83	99,58
Westfalen	34 587	7,73	34 587	7,73	100,00	73 429	22,85	73 323	22,81	99,86
Hessen-Nassau	17 961 ³⁾	7,80	13 557 ⁴⁾	5,89	75,48	14 474	9,35	14 451	9,33	99,84
Rheinprovinz	44 794	6,00	43 626	5,84	97,39	130 317	29,91	129 571	29,74	99,43
Hohenzollernische Lande .	2 731	37,81	2 731	37,81	100,00	234	3,24	234	3,24	100,00
Staat.	Stadtgemeinden					Provinzialverbände, Landkreise und Stadtgemeinden zusammen				
	Schulden		Von den Schulden (Sp. 4a) entfallen auf langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelde			Schulden		Von den Schulden (Sp. 5a) entfallen auf langfristige Anleihen, Hypotheken- und Grundschulden sowie Restaufgelde		
	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	v. H. der Gesamt- schulden (Sp. 4a)	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	über- haupt 1 000 <i>M</i>	auf 1 Einw.*) <i>M</i>	v. H. der Gesamt- schulden (Sp. 5a)
Provinzen.	4a	4b	4c	4d	4e	5a	5b	5c	5d	5e
Staat	5 224 422	262,28	5 120 225	257,05	98,01	6 373 777	154,60	6 244 271	151,45	97,97
dagegen:										
am 31. März 1913 . .	4 914 438	250,28	4 842 789	246,63	98,54	5 953 094	146,08	5 862 394	143,86	98,48
„ 31. „ 1912 . .	4 589 776	238,54	4 532 914	235,59	98,76	5 547 768	137,88	5 481 225	136,22	98,80
Provinzen.										
Ostpreußen	175 432	252,53	162 597	234,06	92,68	242 366	119,13	228 384	112,26	94,23
Westpreußen	119 304	188,21	117 222	184,93	98,26	183 405	106,57	179 502	104,30	97,87
Berlin	504 683	250,93	504 683	250,93	100,00	504 683	250,93	504 683	250,93	100,00
Brandenburg	727 545	327,32	713 491	320,99	98,07	915 525	213,73	894 521	208,82	97,71
Pommern	160 670	207,05	157 796	203,35	98,21	268 454	156,74	260 597	152,15	97,07
Posen	133 329	177,71	125 984	167,92	94,49	192 283	90,65	184 470	86,96	95,94
Schlesien	345 973	184,18	336 525	179,15	97,27	455 301	86,37	445 505	84,52	97,85
Sachsen	308 402	197,35	305 692	195,62	99,12	364 364	118,18	359 453	116,58	98,65
Schleswig-Holstein	251 676	307,52	250 790	306,44	99,65	328 022	196,56	326 387	195,58	99,50
Hannover	270 531	217,94	270 199	217,67	99,88	373 970	124,55	373 439	124,37	99,86
Westfalen	450 402	224,95	437 466	218,49	97,13	558 418	124,77	545 376	121,85	97,66
Hessen-Nassau	487 996	427,58	479 798	420,39	98,32	520 431	225,94	507 806	220,46	97,57
Rheinprovinz	1 286 891	308,19	1 256 396	300,89	97,63	1 462 002	195,79	1 429 593	191,45	97,78
Hohenzollernische Lande .	1 589	150,79	1 589	150,79	100,00	4 554	63,05	4 554	63,05	100,00

*) Den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung ist die Einwohnerzahl nach der zum Zwecke der Einkommensteuer-Berantlagung vorgenommenen Personenstands-aufnahme für das Steuerjahr 1914 zugrunde gelegt worden und zwar in den Sp. 2b und 2d die der Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände, in den Sp. 3b und 3d die der Landkreise, in den Sp. 4b und 4d die der Stadtgemeinden und in den Sp. 5b und 5d die gesamte Einwohnerzahl des Staates bzw. der Provinzen. — 1) einschl. 168 900 *M* des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien. — 2) auschl. des Kreises Herzogtum Lauenburg. — 3) davon 9 632 824 *M* des Bezirksverbandes des Reg.-Bez. Cassel und 8 328 249 *M* des Bezirksverbandes des Reg.-Bez. Wiesbaden. — 4) beagl. 9 631 900 *M* bzw. 3 925 551 *M*.

Der Viehstand in Frankreich während der Kriegszeit.

Am 1. Juli 1916 fand in Frankreich mit Ausnahme der besetzten Gebiete zum vierten Mal seit Kriegsausbruch eine Erhebung über den Bestand an Pferden, Maultieren und Eseln, Rindvieh, Schafen, Schweinen und Ziegen statt¹⁾. Die Ergebnisse dieser Zählung, verglichen mit denen der vorangegangenen vom 31. Dezember und 1. Juli 1915 und 31. Dezember 1914, sind in der untenstehenden Tabelle zusammengestellt und lassen die Entwicklung des Viehstandes Frankreichs innerhalb der Kriegsdauer erkennen.

Wie diese Übersicht zeigt, liegen die Verhältnisse bei den einzelnen Viehgattungen und ihren Unterarten recht verschieden. Die am 1. Juli 1916 in einer Anzahl von 2 317 205 Stück ermittelten Pferde weisen zwar im Vergleich mit dem Bestand ein Jahr vorher im ganzen einen Zuwachs von 4 % und seit Ende 1914 eine Zunahme von 5,1 v. H. auf. Im einzelnen sind aber die jüngeren Altersklassen unter 3 Jahre zwischen dem 1. Juli 1915 und 1. Juli 1916 nicht unerheblich zurückgegangen, und zwar um 7,6 v. H., und die nachteiligen Folgen dieser Verminderung werden nicht verfehlen, sich bei der nächsten Zählung in einer herabgesetzten Zahl des Pferdebestandes zu äußern.

Von den Maultieren und Eseln, die 1916 zusammen mit 479 528 Stück annähernd den fünften Teil des Pferdebestandes ausmachen, weisen nur die ersteren mit Ausnahme des zweiten Halbjahres 1915 eine Zunahme auf, während die Zahl der Esel in der Zwischenzeit der beiden letzten Zählungen um 4,7 % und seit Ende 1914 um 5,8 % gesunken ist.

Der Bestand an Rindern, dessen Stärke sich nach der letzten Zählung auf 12 723 946 Köpfe beläuft, hat sich im ganzen während des Krieges nicht wesentlich verschoben. Er hat sich seit 1. Juli 1915 zusehends um 3,6 % und im Vergleich mit der Stärke am Ende 1914 um 0,4 v. H. vergrößert. Bei dem letzteren Vergleich sind jedoch

Zählungsergebnisse aus zwei verschiedenen Jahreszeiten genommen; berücksichtigt man dabei, daß der Bestand am Ende des Jahres infolge der vorangegangenen Schlachtungen sich verringert, so dürfte der erwähnte Zuwachs kaum eine Erhöhung der Zahl der Rinder bedeuten. Im einzelnen hat sich nur das Jungvieh seit 1. Juli 1915 um 8,4 v. H. und seit 31. Dezember 1914 um 10,6 % vermehrt. Diesem Zuwachs steht aber bei den älteren Rindern, namentlich im Vergleich mit Ende 1914, eine Abnahme von 4,5 % an Stieren, 5,2 % an Ochsen und 4,9 % an Kühen gegenüber.

Einen erheblichen Rückgang zeigen die Tiere, die nebst den Kühen für die Nahrungsversorgung der Bevölkerung wesentlich ins Gewicht fallen. So die Schafe, deren Zahl sowohl bei den jüngeren wie noch mehr bei den höheren Altersklassen im ganzen um 10,4 v. H. seit 1. Juli 1915 und um fast 14 v. H. seit Ende 1914 zurückgegangen ist.

Am empfindlichsten scheint aber von allen Tiergattungen der Schweinebestand angegriffen zu sein. Er ist in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1915 und 1. Juli 1916 von 5 490 796 auf 4 448 366 Stück gesunken, hat also eine Verminderung von über einer Million oder 19 v. H. erlitten. Im Vergleich mit dem Stand am Ende 1914 erhöht sich dieser Verlust auf 24,9 %; er würde sich noch höher stellen, wenn man bei diesem Vergleich die Zahl am Jahresjluß 1916 heranziehen würde. Auffallend ist dabei, daß die jüngeren Schweine von 6 Monaten und darüber während des Krieges um 40,8 % abgenommen haben. Daß der Rückgang beim Nachwuchs große Lücken im Gesamtbestand gerissen hat, geht daraus hervor, daß die Zuchtschweine sich beträchtlich vermindert haben, und zwar die Eber um 22,9 und die Sauen um 17,7 %.

Was endlich die Ziegen betrifft, so lassen sich nur die vor-handenen Zählungsergebnisse vom 31. Dezember 1915 und vom gleichen Tage des Jahres 1914 miteinander vergleichen¹⁾. Innerhalb dieses Jahres beträgt danach die Abnahme bei den Ziegen 6,6 %.

¹⁾ Vergl. Nachrichten zur landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstatistik 1916. 7. Jahrgang, Nr. 8. Herausgegeben vom Internationalen Landwirtschaftsinstitut zu Rom, 1916.

¹⁾ In der benutzten Quelle findet sich hinsichtlich der Ziegen der Vermerk: „Mangels ergänzender Daten konnten die Zählungssummen nicht angeführt werden“.

Zeit der Zählung	Pferde			Maultiere	Esel	Rindvieh						
	unter 3 Jahre alt	3 Jahre alt und ältere	über- haupt	junge und er- wach- sene	junge und er- wach- sene	Jungvieh			Stiere	Ochsen	Kühe	über- haupt
						unter 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älteres	zu- sam- men				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. VII. 16	614 185	1 703 020	2 317 205	162 969	316 559	2 164 123	2 678 837	4 842 960	221 300	1 321 887	6 337 799	12 723 946
31. XII. 15	577 503	1 578 921	2 156 424	143 561	324 250	2 077 934	2 555 405	4 633 339	220 835	1 316 505	6 343 735	12 514 414
1. VII. 15	664 467	1 562 742	2 227 209	152 266	332 244	1 884 825	2 581 870	4 466 695	211 343	1 262 315	6 346 496	12 286 849
31. XII. 14	589 786	1 615 406	2 205 192	151 109	336 114	1 829 434	2 549 417	4 378 851	231 653	1 394 384	6 663 355	12 668 243
Zu- nahme(+) oder Ab- nahme(-) in %	gegen 1. VII. 15 31. XII. 14											
	— 7,6 +	9,0 +	4,0 +	7,0 —	4,7 +	14,8 +	3,8 +	8,4 +	4,7 +	4,7 —	0,1 +	3,6
	+ 4,1 +	5,4 +	5,1 +	7,9 —	5,8 +	18,3 +	5,1 +	10,6 —	4,5 —	5,2 —	4,9 +	0,4

Zeit der Zählung	Schafe			Schweine				Ziegen	
	unter 1 Jahr	1 Jahr alt und ältere	über- haupt	unter 6 Monate alt	6 Monate alt und ältere	Zuchtschweine		über- haupt	junge und erwachsene
1	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. VII. 16	3 314 555	8 764 656	12 079 211	2 442 404	1 317 432	27 899	660 631	4 448 366	.
31. XII. 15	3 232 404	9 146 720	12 379 124	2 352 156	1 835 915	29 665	698 044	4 915 786	1 230 238
1. VII. 15	3 637 235	9 845 954	13 483 189	3 041 054	1 632 252	31 501	785 989	5 490 796	.
31. XII. 14	3 507 756	10 530 605	14 038 361	2 859 994	2 226 456	36 179	802 858	5 925 487	1 317 155
Zu- nahme(+) oder Ab- nahme(-) in %	gegen 1. VII. 15 31. XII. 14								
	— 8,9 —	10,98 —	10,4 —	19,7 —	19,3 —	11,4 —	15,9 —	19,0	.
	— 5,5 —	16,8 —	13,98 —	14,6 —	40,8 —	22,9 —	17,7 —	24,9	.

Hypothekensbewegung in Preußen 1914. — In Preußen betrugen

in der	im	die	die	der
Berufsgruppe	Rechnungs-	Hypo-	Hypotheken-	Über-
	jahre	theken-	Lösungen	schuß
		Ein-	über-	der
		tragungen	haupt	Ein-
		Millionen	Millionen	tragungen
		M	M	M
in den städtischen Bezirken	1910	3 292,73	1 710,93	52,0
	1911	3 205,05	1 709,75	53,3
	1912	2 505,47	1 536,89	61,3
	1913	2 145,83	1 440,72	67,1
	1914	1 446,82	994,82	68,8
in den ländlichen Bezirken	1910	1 524,79	790,99	51,9
	1911	1 550,92	811,04	52,3
	1912	1 581,57	850,77	53,3
	1913	1 615,61	828,37	51,3
	1914	956,22	522,16	54,6
insgesamt	1910	4 817,52	2 501,92	51,9
	1911	4 755,97	2 520,79	53,0
	1912	4 087,04	2 387,66	58,4
	1913	3 761,44	2 268,09	60,3
	1914	2 402,74	1 516,98	63,1

Bedenkt man, daß in das Berichtsjahr vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 die ersten acht Monate des Weltkriegs fielen, so ist damit schon im wesentlichen die Erklärung für den auffallend starken Rückgang der — insbesondere auf dem Lande bis dahin sehr regen — Hypothekensbewegung von 1913 auf 1914 gegeben.

Zusammengefaßt verminderten sich in dieser Zeit die Hypothekeneintragungen um 1 358,70 Millionen M oder 36,1 %, die Lösungen um 752,01 Millionen M oder 33,1 %, der Eintragungsüberschuß um 606,69 Millionen M oder 40,7 %, letzterer also um etwas über zwei Fünftel.

Im einzelnen war 1914 gegen das Vorjahr der Rückgang des Hypothekenverkehrs in den ländlichen Bezirken verhältnismäßig stärker als in den städtischen; es sanken nämlich die Eintragungen im Stadtgebiete um 32,6, auf dem Lande um 40,8 %, die Lösungen um 30,9 bezw. 37,0 % und die hypothekariſche Mehrbelastung um 35,9 bezw. 44,9 %, letztere mithin in den städtischen Bezirken um etwas über ein Drittel, in den ländlichen aber schon um wesentlich mehr als zwei Fünftel. Demgemäß überwog im Berichtsjahre wieder der Eintragungsüberschuß in den Städten, der dort im Jahre vorher zum ersten Male kleiner war als auf dem Lande. Stellt man das Berichtsjahr unserem ersten Vergleichsjahr 1910 gegenüber, so zeigt sich im Gegensatz zur Bewegung von 1913 zu 1914, daß die hypothekariſche Mehrverschuldung in den städtischen Bezirken auch verhältnismäßig weit mehr zurückgegangen ist als in den ländlichen; während sie in ersteren im Jahre 1914 nicht mehr ein Drittel des Betrages von 1910 ausmachte, nahm sie in derselben Zeitspanne auf dem Lande noch nicht um die Hälfte ab.

Was die Hypothekensbewegung nach Berufsgruppen der Hypothekenschuldner anlangt, deren ziffermäßigen Ergebnisse jetzt für zwei Jahre vorliegen, so betrugen

in der	die	die	der
Berufsgruppe	Hypo-	Hypotheken-	Über-
	theken-	Lösungen	schuß
	Ein-	über-	der
	tragungen	haupt	Ein-
	Millionen	Millionen	tragungen
	M	M	M
in den städtischen Bezirken:			
Land- und Forst-	1913	79,58	48,33
	1914	44,46	31,51
wirtschaft	1913	1 622,31	1 042,90
	1914	1 089,88	736,00
Handel und Ge-	1913	443,94	348,89
	1914	312,15	227,31
werbe	1913	79,58	48,33
	1914	44,46	31,51
sonstige Berufe	1913	79,58	48,33
	1914	44,46	31,51

in der	die	die	der
Berufsgruppe	Hypo-	Hypotheken-	Über-
	theken-	Lösungen	schuß
	Ein-	über-	der
	tragungen	haupt	Ein-
	Millionen	Millionen	tragungen
	M	M	M

in den ländlichen Bezirken:

Land- und Forst-	1913	1 082,28	543,01	50,2
	1914	602,20	342,52	56,9
wirtschaft	1913	395,03	213,65	54,1
	1914	265,03	135,37	51,1
Handel und Ge-	1913	138,29	71,60	51,3
	1914	88,99	44,28	49,3
werbe	1913	138,29	71,60	51,3
	1914	88,99	44,28	49,3
sonstige Berufe	1913	138,29	71,60	51,3
	1914	88,99	44,28	49,3

zusammen:

Land- und Forst-	1913	1 161,86	591,84	50,9
	1914	646,65	374,03	57,3
wirtschaft	1913	2 017,34	1 256,56	62,3
	1914	1 354,91	871,37	64,3
Handel und Ge-	1913	582,23	420,59	72,2
	1914	401,17	271,59	67,7
werbe	1913	582,23	420,59	72,2
	1914	401,17	271,59	67,7
sonstige Berufe	1913	582,23	420,59	72,2
	1914	401,17	271,59	67,7

Hiernach entfiel im Berichtsjahre mit 54,6 v. H. in noch höherem Maße als im Jahre vorher mit 51,0 v. H. die Mehrheit der gesamten hypothekariſchen Mehrverschuldung auf die Gruppe Handel und Gewerbe, die die in der Industrie, im Handel, Gewerbe und Verkehr tätigen Grundeigentümer umfaßt, während in derselben Zeit der Anteil der Gruppe Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Milchwirtschaft, Molkerei, Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabakbau usw.) angehörenden Hypothekenschuldner von 38,2 v. H., also annähernd zwei Fünfteln, auf 30,8 v. H. — mithin wenig mehr als drei Zehntel — des gesamten Eintragungsüberschusses gesunken ist. Die buchmäßige Mehrbelastung der Gruppe „sonstige“ Berufe (einschließlich der Berufslosen) machte im Jahre 1914 mit 14,8 v. H., also etwas über einem Siebentel, gleichfalls einen größeren Bruchteil der gesamten aus als im Jahre 1913 mit 10,8, d. i. nahezu einem Neuntel.

Die Hypothekensbewegung der Land- und Forstwirtschaft ist weit mehr als die der beiden anderen Berufsgruppen vom Kriege beeinflusst worden. Ihr Eintragungsüberschuß ging nämlich von 1913 auf 1914 insgesamt um über die Hälfte zurück, dagegen der des Handels und Gewerbes nur um 36,4 v. H., also um etwas über ein Drittel, und der der sonstigen Berufe um 19,8 v. H., d. i. noch nicht ganz ein Fünftel.

Ferner zeigt sich im einzelnen, daß für den Hypothekenverkehr des Stadtgebietes die Zahlen der Schuldnergruppe Land- und Forstwirtschaft nicht besonders ins Gewicht fallen, umso mehr aber für den des Landgebietes die der Gruppe Handel und Gewerbe, deren Eintragungsüberschuß dort im Berichtsjahre ziemlich genau halb so groß war wie der der ländlichen Hauptgruppe Land- und Forstwirtschaft.

Die Selbstmorde in Preußen nach Häufigkeit und Geschlecht im Jahre 1914. — Im Jahre 1914 wurden in Preußen 8 770 (6 477 m., 2 293 w.) Selbstmörder gegen 9 214 (6 831 m., 2 383 w.) im Jahre 1913 gezählt, die Abnahme beträgt demnach 444 (354 m., 90 w.). Auf 100 000 Lebende berechnet, schwankten in den 5 Jahren von 1910 bis 1914 die Ziffern für beide Geschlechter zusammen zwischen 21 und 22, für die Männer allein zwischen 31 und 33 und für die Frauen zwischen 10 und 11. Während auf 100 000 Männer 1910 und 1911 je 32, 1912 und 1913 je 33, 1914 31 Selbstmorde entfielen, stellte sich diese Ziffer bei den Frauen von 1910 bis 1912 auf je 10, für 1913 und 1914 auf je 11. Unter den Selbstmördern befanden sich von 1910 bis 1912 über dreimal mehr

männliche als weibliche Personen, während durch die Steigerung der Selbstmordfälle bei den Frauen dieses Verhältnis für 1913 und 1914 eine kleine Änderung erfahren hat, wie folgende Tabelle darzut:

im Jahre	Es verübten Selbstmord			Unter je 1 000 Selbstmördern waren		Es starben durch Selbstmord von je 100 000		
	männliche Personen	weibliche Personen	überhaupt	männlich	weiblich	männliche Personen	weibliche Personen	überhaupt
1910. . .	6 164	2 015	8 179	754	246	32	10	21
1911. . .	6 394	2 028	8 422	759	241	32	10	21
1912. . .	6 604	2 119	8 723	757	243	33	10	21
1913. . .	6 831	2 383	9 214	741	259	33	11	22
1914. . .	6 477	2 293	8 770	739	261	31	11	21.

Auf 100 000 Lebende der weiblichen Bevölkerung berechnet überträgt die Selbstmordziffer des weiblichen Geschlechts die für die weibliche Bevölkerung im ganzen Staat (10,75) bis auf 19,99 im Landespolizeibezirk Berlin; hieran schließen sich die Provinzen Brandenburg mit 18,94, Sachsen mit 18,58, Schleswig-Holstein mit 14,60 und Hannover mit 11,45; unter dem Staatsdurchschnitt stehen die Provinzen Hessen-Nassau mit 10,31, Schlesien mit 10,25, Pommern mit 8,62, Ostpreußen mit 7,95, Westpreußen mit 7,21, Westfalen mit 5,80, die Rheinprovinz mit 5,71 und Posen mit 5,23. Die Selbstmordziffer für Männer im ganzen Staat (31,01) wird von der Provinz Brandenburg mit 49,55 am stärksten übertroffen; es schließt sich an der Landespolizeibezirk Berlin mit einer Selbstmordziffer von 48,48, die Provinz Sachsen mit 47,30, Schleswig-Holstein mit 45,77, Hannover mit 34,75, Schlesien mit 34,13 und Hessen-Nassau mit 31,52. Unter dem Staatsdurchschnitt haben in den Provinzen Pommern 30,27, Ostpreußen 22,77, Westpreußen 20,70, Rheinprovinz 19,63, Westfalen 17,35, Posen 15,02 und Hohenzollernsche Lande 14,00 von 100 000 lebenden Männern durch Selbstmord geendet. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Provinzen mit den niedrigsten Selbstmordziffern für die Männer auch für die Frauen am günstigsten dastehen. In einem weiteren Artikel wird über die Art, Beweggründe und die Zeit der Selbstmorde sowie über das Alter und Religionsbekenntnis der Selbstmörder berichtet werden.

Prinzipalsteuereff und Umlageeff der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen im Rechnungsjahre 1911. — Von der im amtlichen Quellenwerke der Preussischen Statistik provinzweise zur Veröffentlichung gelangenden umfangreichen Finanzstatistik aller preussischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911 ist soeben das Heft für die Provinz Pommern erschienen. Ihm und den schon früher veröffentlichten Heften für Ostpreußen und Westpreußen sind die Zahlen der umstehend abgedruckten Tabelle entnommen.

Das Prinzipalsteuereff der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1912 betrug bei der Gesamtheit der pommerschen Gemeinden 11,05 Mill. *M.*, und an dieser Summe waren die Städte mit 8,08 Mill. *M.* oder 73,15 v. H. und die Landgemeinden mit 2,97 Mill. *M.* oder 26,85 v. H. beteiligt. In Ostpreußen und Westpreußen verteilte sich das entsprechende Prinzipalsteuereff in Höhe von 10,17 und 8,55 Mill. *M.* mit 65,81 sowie 65,50 v. H. auf die Städte und mit 34,19 sowie 34,50 v. H. auf die Landgemeinden. Auf den Kopf der Bevölkerung machte das Prinzipalsteuereff bei den pommerschen Städten 10,81 *M.*, desgleichen bei den Landgemeinden 4,82 *M.* und bei den Gemeinden überhaupt 8,11 *M.* aus; diese Beträge, die einen Maßstab für die kommunale Steuerkraft liefern, waren sämtlich höher als die entsprechenden in Ostpreußen und Westpreußen.

An dem Prinzipalsteuereff der pommerschen Gemeinden im Betrage von 11,05 Mill. *M.* waren die Gemeinden des Regierungsbezirks Stettin mit 7,37 Mill. *M.* oder rund $\frac{2}{3}$ und seine Städte allein mit 5,56 Mill. *M.* beteiligt. Auf die Gemeinden der Regierungsbezirke Köslin und Stralsund entfielen nur 2,39 Mill. *M.* und 21,60 v. H.

sowie 1,30 Mill. *M.* und 11,72 v. H. Im Regierungsbezirk Köslin war das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuereff sowohl bei den Städten als auch bei den Landgemeinden niedriger als in den beiden anderen Regierungsbezirken; für erstere stellte es sich auf 8,08 *M.*, für letztere auf nur 3,18 *M.*. Die höchsten Kopfbeträge wiesen die Städte des Regierungsbezirks Stettin mit 12,32 *M.*, von den Landgemeinden die des Regierungsbezirks Stralsund mit 6,25 *M.* auf.

Vom gesamten Prinzipalsteuereff der direkten Steuern entfielen

bei	auf das Prinzipalsteuereff der Einkommensteuer Realsteuern	
	%	%
den pommerschen Städten	59,56	40,44
„ ostpreussischen „	58,40	41,60
„ westpreussischen „	57,07	42,93
„ pommerschen Landgemeinden	42,46	57,54
„ ostpreussischen „	36,56	63,44
„ westpreussischen „	38,12	61,88

Die Städte der Regierungsbezirke Stralsund und Stettin übertrafen mit ihren Anteilen der Einkommensteuer am gesamten Prinzipalsteuereff in Höhe von 59,74 und 59,93 % noch den durchschnittlichen Prozentsatz für die Gesamtheit der pommerschen Städte; die Städte des Regierungsbezirks Köslin erreichten ihn dagegen mit ihrem Anteil von 58,14 % nicht. Bei den Landgemeinden war der Anteil der Einkommensteuer am gesamten Prinzipalsteuereff nur mit 44,20 % im Regierungsbezirk Stettin höher als der Durchschnittssatz für die Landgemeinden der ganzen Provinz, während er bei den Landgemeinden der Regierungsbezirke Köslin und Stralsund nur 40,32 sowie 38,43 % betrug.

Das Umlageeff der direkten Gemeindesteuern nach dem Stande vom 1. Januar 1912 belief sich bei sämtlichen pommerschen Gemeinden auf 21,30 Mill. *M.*, wovon 16,46 Mill. *M.* oder 77,27 v. H. auf die Städte und 4,84 Mill. *M.* oder 22,73 v. H. auf die Landgemeinden entfielen. In Ost- und Westpreußen betrugen die Anteile der Städte am gesamten Umlageeff nur 65,88 und 62,74 v. H. Während das Prinzipalsteuereff sämtlicher ostpreussischen und westpreussischen Gemeinden um 7,95 sowie 22,67 % geringer war als das der pommerschen Gemeinden, überstieg das Umlageeff der Gemeinden Ostpreußens das der pommerschen noch um rund 13 % und blieb bei den westpreussischen Gemeinden auch nur um rund 1 $\frac{1}{2}$ % hinter ihm zurück. Das Mißverhältnis zwischen der Steuerkraft und dem Steuerbedarf in Ost- und Westpreußen tritt denn auch in den Zahlen der Spalten 8b und 9c unserer Tabelle deutlich in die Erscheinung. Die Städte Ost- und Westpreußens gebrauchten danach rund 237 und 235 % ihres Prinzipalsteuereffs zur Deckung ihres Finanzbedarfs, desgleichen die Landgemeinden 236 und 265 %, während die pommerschen Städte und Landgemeinden durchschnittlich mit rund 204 sowie 163 % ihres Prinzipalsteuereffs auskamen. Die Städte und Landgemeinden des Regierungsbezirks Köslin übertrafen zwar mit 213 und 180 % diese Durchschnittssätze noch, ebenso die Landgemeinden des Regierungsbezirks Stralsund mit 170 %; dagegen wurden sie von den Landgemeinden und Städten des Regierungsbezirks Stettin und den Städten des Regierungsbezirks Stralsund noch nicht erreicht. Für die Beurteilung der steuerlichen Belastung der Gemeinden sind diese Prozentsätze (Sp. 9c der Tab.) erheblich brauchbarer als die gewöhnlich als Vergleichungsmaßstab benutzten Kopfbeträge; ein hoher Kopfbetrag an Kommunalsteuern geht häufig Hand in Hand mit niedrigen kommunalen Zuschlägen, wofür zahlreiche Großstädte den Beweis liefern, während umgekehrt häufig die Landgemeinden und kleinen Städte trotz ihrer verhältnismäßig niedrigen Kopfbeträge recht hohe kommunale Zuschläge erheben. An den Kopfbeträgen (Sp. 9h) gemessen, würde die Belastung durch direkte Gemeindesteuern für die Gesamtheit der Städte und Landgemeinden Pommerns ein ungünstigeres Ergebnis zeigen als in Ostpreußen und Westpreußen (15,63 *M.* gegen 13,80 bzw. 14,25 *M.*), was nach den für diese Frage entscheidenden Angaben der Spalte 9c durchaus nicht zutrifft.

Das Prinzipalsteuersoll und Umlagesoll der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen im Rechnungsjahre 1911.

Städte — Landgemeinden — Städte und Landgemeinden zusammen	Ein- wohnerzahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Rechnungs- jahr 1912	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in freisangehörigen Stadt- gemeinden und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabenges. v. 23. April 1906, in Stadt- kreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. D. nach dem Stande vom 1. Januar 1912 ermittelt worden ist, nämlich der						Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern im Rechnungs- jahre 1911 unter Berücksichtigung der bis zum 1. Januar 1912 endgültig eingetretenen Be- richtigungen und Veränderungen, d. h. Umlagesoll nach dem Stande vom 1. Januar 1912						
		Einkommensteuer der Einkommen von		Grund- steuer	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	direkten Steuern zusammen (Sp. 3a bis 7)		über- haupt	auf 1 Einw.	über- haupt	auf 1 Einw.	v. S. des Prinzipal- solls (Sp. 8a)
		mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M nach den fingierten Normal- steuerfüßen 1 000 M					über- haupt	auf 1 Einw.					
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8a	8b	9a	9b	9c		
Reg.-Bez. Stettin.														
Städte	450 973	3 194	136	112	1 499	569	47	5 558	12,32	11 262	24,97	202,64		
Landgemeinden	306 358	665	136	514	349	122	26	1 812	5,91	2 797	9,13	154,39		
Städte und Landgemeinden zusf.	757 331	3 860	272	626	1 848	691	73	7 369	9,78	14 059	18,56	190,78		
Reg.-Bez. Köslin.														
Städte	196 305	854	68	49	428	170	18	1 586	8,08	3 379	17,21	213,12		
Landgemeinden	252 053	239	84	309	137	22	10	801	3,18	1 445	5,73	180,44		
Städte und Landgemeinden zusf.	448 358	1 093	152	358	565	191	28	2 387	5,32	4 824	10,76	202,15		
Reg.-Bez. Stralsund.														
Städte	100 902	517	45	33	238	96	12	941	9,33	1 818	18,01	193,13		
Landgemeinden	56 640	102	34	105	70	35	8	354	6,23	601	10,62	169,73		
Städte und Landgemeinden zusf.	157 542	619	79	138	308	131	20	1 295	8,22	2 419	15,35	186,73		
Provinz Pommern.														
Städte	748 180	4 566	249	193	2 165	835	77	8 084	10,81	16 459	22,00	203,59		
Landgemeinden	615 051	1 006	254	928	556	178	45	2 967	4,82	4 843	7,87	163,25		
Städte und Landgemeinden zusf.	1 363 231	5 572	503	1 121	2 721	1 013	122	11 051	8,11	21 302	15,63	192,76		
Provinz Ostpreußen.														
Städte	661 248	3 708	202	94	1 942	688	61	6 694	10,12	15 862	23,99	236,96		
Landgemeinden	1 084 055	895	377	1 418	624	117	48	3 478	3,21	8 216	7,58	236,20		
Städte und Landgemeinden zusf.	1 745 303	4 603	578	1 512	2 566	805	108	10 172	5,83	24 077	13,80	236,70		
Provinz Westpreußen.														
Städte	599 260	2 994	201	75	1 677	598	54	5 598	9,34	13 167	21,97	235,20		
Landgemeinden	873 866	840	283	1 157	519	108	40	2 948	3,37	7 819	8,95	265,23		
Städte und Landgemeinden zusf.	1 473 126	3 834	484	1 232	2 196	706	94	8 546	5,80	20 986	14,25	245,57		

Die Schulden und das Kapitalvermögen der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen am Schlusse des Rechnungsjahres 1911. — Die gesamten Schulden der Städte und Landgemeinden Pommerns betrugen am 31. März 1912 152,17 Mill. M.; von dieser Summe entfielen 139,47 Mill. M. oder 91,65 v. H. auf die Städte und 12,70 Mill. M. oder 8,34 v. H. auf die Landgemeinden. In den Provinzen Ost- und Westpreußen zeigten die Gemeindefschulden einen entsprechenden Stand von 165,31 sowie 120,72 Mill. M.; der Anteil der Städte an diesen Summen betrug in Ostpreußen 94,67 und in Westpreußen 92,30 v. H. Aus der nebenstehend abgedruckten Tabelle ist die Verteilung der pommerschen Gemeindefschulden auf die Regierungsbezirke zu ersehen. Danach entfielen auf den Reg.-Bez. Stettin 98,49 Mill. M. oder 64,73 v. H., auf den Reg.-Bez. Köslin 33,17 Mill. M. oder 21,80 v. H. und auf den Reg.-Bez. Stralsund 20,50 Mill. M. oder 13,47 v. H. Die Belastung durch Schulden auf den Kopf der Bevölkerung betrug bei den pommerschen Städten 186,41 M., bei den westpreußischen Städten nur rund eine halbe Mark weniger, bei den ostpreußischen dagegen 236,67 M. Umgekehrt zeigten die Landgemeinden in Ostpreußen mit 8,13 M. einen erheblich niedrigeren Kopfbetrag an Gemeindefschulden als in den beiden anderen Provinzen; in Westpreußen betrug er 10,64 M. und in Pommern 20,65 M. Während der entsprechende Kopfbetrag der Landgemeinden im Reg.-Bez. Stettin von dem Durchschnittsbetrage für die ganze Provinz nur um wenige Pfennige abwich, übertraf er diesen im Reg.-Bez. Stralsund um mehr als das Vierfache (88,48 M.); dagegen machte er im Reg.-Bez. Köslin nur 5,42 M. aus. Die verhältnismäßig hohe Belastung durch Schulden in den Landgemeinden des Reg.-Bez. Stralsund wird vornehmlich durch die Badeorte auf der Insel Rügen verursacht.

In der nebenstehenden Tabelle sind die Gemeindefschulden der drei Provinzen neben der üblichen Gliederung in langfristige Anleihen, kurzfristige Darlehen und Hypotheken- usw. schulden noch nach einem anderen

Gefichtspunkte geschieden worden, nämlich in solche, die auf eigene Grundstücke, Anstalten und Betriebe entfallen, und solche, bei denen dies nicht zutrifft. Da es sich bei den nachgewiesenen Schulden nicht um die ursprünglich aufgenommenen, sondern um die am Stichtage der Erhebung noch zu tilgenden Reibeträge handelt, darf man wohl annehmen, daß die auf eigenen Grundstücken, Anstalten und Betrieben der Gemeinden noch lastenden Schulden durch die ihnen gegenüberstehenden Werte an Grund und Boden, Gebäuden und Inventar annähernd gedeckt sein werden. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß etwa die aus den Grundstücken, Betrieben usw. erzielten Einnahmen auch zur Deckung der Schuldzinsen ausgereicht haben. Stellt man den übrigen Schulden der Gemeinden, die sich nicht auf eigene Grundstücke usw. beziehen, das vorhandene Kapitalvermögen als Gegenwert gegenüber, so zeigt der Prozentfuß, den das Kapitalvermögen von diesen Schulden ausmacht, an, ob und bis zu welchem Grade die Schulden der Gemeinden nicht ohne weiteres durch die Gegenwerte des Vermögens ihre Deckung finden. Für die Gesamtheit der pommerschen Städte ergibt sich nun, daß 92,65 % ihrer Schulden für eigene Grundstücke usw. aufgenommen worden sind; aber auch die übrigen 7,35 % der Schulden, die einer Summe von 10,28 Mill. M. entsprachen, waren mehr als genügend durch das vorhandene Kapitalvermögen gedeckt, das sich auf 22,92 Mill. M. belief. Bei den Landgemeinden betrugen die durch den Gegenwert der Gebäude usw. gedeckten Schulden 88,95 v. H. ihrer Gesamtheit; den übrigen Schulden im Betrage von rund 1,40 Mill. M. stand auch ein Kapitalvermögen von 2,29 Mill. M. gegenüber. Während sowohl bei den Städten als auch bei den Landgemeinden der Reg.-Bez. Stettin und Köslin die für nicht eigene Grundstücke usw. aufgenommenen Schulden durch das vorhandene Kapitalvermögen reichliche Deckung fanden, war dies im Reg.-Bez. Stralsund nicht der Fall. Bei seinen Städten betrugen die durch den Gegenwert von Grund und Boden, Gebäuden usw. gedeckten Schulden nur rund 65 % der Gesamtschulden; den übrigen 35 %,

Städte		Die Schulden der Städte und Landgemeinden am Schluß des Rechnungsjahres 1911, und zwar						Von den Gesamtschulden (Spalte 4a) entfielen auf								Das Kapitalvermögen der Städte und Landgemeinden am Schluß des Rechnungsjahres 1911	
Landgemeinden	Städte und Landgemeinden zusammen	die auf eigene Grundstücke, Anstalten und Betriebe entfallenden Schulden		die Schulden, die sich nicht auf eigene Grundstücke, Anstalten u. Betriebe bezogen oder sich nicht verteilen ließen		die Schulden im ganzen (Sp. 2 a und 3 a)		langfristige Anleihen				kurzfristige Darlehen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder		1 000 M	v. d. in Sp. 3 a nachgewiesenen Schulden
		1 000 M	v. d. Gesamtschulden (Sp. 4 a)	1 000 M	v. d. Gesamtschulden (Sp. 4 a)	1 000 M	auf 1 Einm. M	1 000 M	v. d. Gesamtschulden (Sp. 4 a)	1 000 M	v. d. langfristigen Anleihen (Sp. 5 a)	1 000 M	v. d. Gesamtschulden (Sp. 4 a)	1 000 M	v. d. Gesamtschulden (Sp. 4 a)		
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	5c	5d	6a	6b	7a	7b	8a	8b
Reg.-Bez. Stettin.																	
Städte	89 424	97,02	2 749	2,98	92 173	204,39		86 489	93,33	57 701	66,72	2 219	2,41	3 464	3,76	10 777	392,12
Landgemeinden	5 613	88,80	708	11,20	6 321	20,63		6 189	97,92	—	—	69	1,09	63	0,99	1 273	179,76
Städte u. Landgem. zusf.	95 037	96,49	3 457	3,51	98 493	130,04		92 678	94,10	57 701	62,26	2 288	2,32	3 527	3,58	12 050	348,62
Reg.-Bez. Rößlin.																	
Städte	29 698	93,37	2 108	6,63	31 806	162,02		31 364	98,61	3 191	10,17	200	0,63	241	0,76	8 495	402,99
Landgemeinden	946	69,27	420	30,73	1 366	5,42		1 275	93,32	—	—	31	2,26	60	4,42	835	198,87
Städte u. Landgem. zusf.	30 644	92,38	2 528	7,62	33 172	73,99		32 639	98,39	3 191	9,78	231	0,70	302	0,91	9 330	369,09
Reg.-Bez. Stralsund.																	
Städte	10 092	65,14	5 399	34,86	15 491	153,53		12 185	78,66	4 674	38,36	7	0,04	3 300	21,30	3 648	67,57
Landgemeinden	4 736	94,52	275	5,48	5 011	88,48		4 718	94,14	—	—	8	0,16	285	5,70	187	67,92
Städte u. Landgem. zusf.	14 828	72,32	5 674	27,68	20 502	130,14		16 902	82,44	4 674	27,65	15	0,07	3 585	17,49	3 835	67,58
Provinz Pommern.																	
Städte	129 213	92,65	10 256	7,35	139 469	186,41		130 038	93,24	65 566	50,42	2 426	1,74	7 005	5,02	22 921	223,48
Landgemeinden	11 296	88,95	1 403	11,05	12 698	20,63		12 182	95,94	—	—	108	0,84	409	3,22	2 294	163,57
Städte u. Landgem. zusf.	140 509	92,34	11 659	7,66	152 168	111,62		142 220	93,46	65 566	46,10	2 534	1,67	7 414	4,87	25 215	216,28
Provinz Ostpreußen.																	
Städte	147 641	94,34	8 854	5,66	156 495	236,67		132 778	84,85	56 130	35,87	1 007	0,64	22 709	14,51	30 093	339,87
Landgemeinden	7 269	82,42	1 550	17,58	8 819	8,13		8 489	96,26	—	—	169	1,91	161	1,83	1 962	126,60
Städte u. Landgem. zusf.	154 910	93,71	10 404	6,29	165 314	94,72		141 267	85,45	56 130	33,95	1 176	0,71	22 871	13,84	32 056	308,10
Prov. Westpreußen.																	
Städte	97 540	87,54	13 882	12,46	111 423	185,93		100 219	89,94	41 487	41,40	6 738	6,05	4 467	4,01	27 101	195,22
Landgemeinden	6 515	70,05	2 785	29,95	9 301	10,64		7 923	85,19	—	—	175	1,88	1 203	12,93	2 262	81,22
Städte u. Landgem. zusf.	104 056	86,19	16 668	13,81	120 724	81,93		108 142	89,58	41 487	38,36	6 912	5,72	5 669	4,70	29 363	176,17

die einer Summe von 5,40 Mill. *M* entsprachen, stand nur ein Kapitalvermögen von 3,65 Mill. *M* gegenüber, so daß dadurch bloß 67,57 v. H. dieser Schulden ihre Deckung fanden. Bei den Landgemeinden des Reg.-Bez. Stralsund war der durch Kapitalvermögen nicht gedeckte Teil der „ungesicherten“ Schulden ungefähr ebenso hoch wie bei den Städten; doch lagen die Verhältnisse für die Landgemeinden insofern günstiger, als nur 5,48 % ihrer Gesamtschulden, das waren rund 270 000 *M*, nicht durch den Gegenwert von Grundstücken usw. gedeckt waren. Während das Verhältnis der Schulden zum Vermögen bei den ostpreussischen Städten noch günstiger, bei den westpreussischen ungünstiger war als bei den pommerischen Städten, standen in dieser Beziehung die pommerischen Landgemeinden besser da als die ost- und westpreussischen.

Art, Gründe und Zeit der Selbstmorde sowie Alter und Religionsbekenntnis der Selbstmörder in Preußen 1914. — Die

Art der Selbstmorde erhellt aus der folgenden Nachweisung:

Es verübten in Preußen Selbstmord

durch	männliche Personen					weibliche Personen				
	1910	1911	1912	1913	1914	1910	1911	1912	1913	1914
Erhängen . . .	3 379	3 500	3 446	3 504	3 493	792	758	735	801	805
Erdrosseln oder Erwürgen . .	3	3	4	4	5	2	6	1	4	3
Ertränken . . .	753	745	724	844	731	622	576	641	734	647
Erdrosseln . . .	1 255	1 359	1 550	1 561	1 350	71	90	96	87	105
Erhängen . . .	17	20	20	21	23	4	3	3	1	2
Schnitt in den Hals	75	87	81	73	96	20	15	18	24	39
Öffnen d. Adern	31	30	35	34	34	15	8	11	14	14
Auffschneiden d. Bauches . . .	3	—	2	4	2	3	—	—	—	1
Einnehmen von Gift	283	304	311	329	263	263	284	292	329	295
Einatmen gifti- ger Gase . . .	84	95	118	140	166	83	112	136	166	189
Überfahrenlassen v. d. Eisenbahn	184	156	200	228	185	29	38	48	61	44
Sturz aus der Höhe	90	84	98	82	111	91	118	117	139	134
andere Mittel .	7	11	15	7	18	20	20	21	23	15
überhaupt	6 164	6 394	6 604	6 831	6 477	2 015	2 028	2 119	2 383	2 293

Danach wird bei beiden Geschlechtern in allen Jahren das Erhängen bevorzugt, sodann in zweiter Linie bei den Männern das Erhängen, bei den Frauen das Ertränken. Die Neigung zum Ertränken steht bei den Männern erst in dritter Linie. Verhältnismäßig oft geschieht sowohl bei Männern wie Frauen Selbstmord durch Gift. Die Ermittlung der Gründe zum Selbstmord ist im allgemeinen sehr schwierig; nicht selten versagt hierbei jede Bemühung. Im großen und ganzen hat sich aber bei diesen Nachforschungen ergeben, daß bei den männlichen Personen nicht ganz ein Viertel, bei den weiblichen nicht ganz ein Drittel aller Selbstmorde infolge von Geisteskrankheit verübt wird; dabei ist nicht selten erbliche Belastung vorhanden; eine größere Zahl ist auf psychische Ursachen wie Reue, Scham, Gewissensbisse, Trauer und Kummer, Lebensüberdruß sowie auf körperliche Leiden zurückzuführen. Unzweifelhaft ist bei Männern sehr häufig auch chronischer Alkoholismus der Grund.

Während der letzten Jahre sind im Statistischen Landesamt auch die Jahres- und Tageszeiten, in denen Selbstmord begangen wurde, näher festgestellt worden. Es trat dabei für 1914 das Ergebnis zu Tage, daß das Frühjahr und der Sommer, insbesondere die Monate März, April, Mai, Juni, Juli und August, und von den Wochentagen im allgemeinen der Montag und Dienstag bevorzugt sind.

Wenn wir das Alter der Selbstmörder in Betracht ziehen, so zeigt sich, daß mit zunehmendem Alter der Gang zum Selbstmord wächst. In der Altersklasse unter 10 Jahren kommt Selbstmord sehr selten vor; im Berichtsjahr ereignete sich bei 2 Kindern unter 10 Jahren Selbstmord, und zwar bei je einem Kinde in der Provinz Sachsen und Provinz Hannover. In den Altersklassen über 40 Jahre läßt sich im allgemeinen ein ununterbrochenes Ansteigen erkennen, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Alterklassen	Selbstmörder		auf 10 000 Lebende	
	überhaupt		männl.	weibl.
	männl.	weibl.	Geschlechts der ent- sprechenden Altersklasse	
10—15 Jahre	54	14	0,24	0,06
15—20 "	459	289	2,19	1,39
20—25 "	638	251	3,45	1,34
25—30 "	515	189	3,26	1,21
30—40 "	1 049	353	3,56	1,20
40—50 "	1 058	359	4,87	1,61
50—60 "	1 208	337	7,88	1,99
60—70 "	919	308	10,12	2,75
70—80 "	433	133	10,41	2,43
über 80 "	115	56	14,23	4,70

Nach den Religionsverhältnissen setzte sich 1914 die Zahl der Selbstmörder zusammen aus 6 774 Evangelischen, 1 573 Katholiken, 62 sonstigen Christen, 171 Juden; 190 waren unbekannter Religion. Beachtenswert ist die geringe Zahl der Selbstmörder bei den Katholiken, die auch sonst beobachtet wird.

Die Waldbrände in den Regierungsbezirken Preußens 1913 und 1914¹⁾. — Nachdem wir in einem kurzen Rückblick die Waldbrände des preußischen Staates von 1902 bis 1914 zahlenmäßig betrachtet haben, wird im folgenden der gleiche Gegenstand nach Regierungsbezirken für die beiden letzten Berichtsjahre behandelt.

Die Jahre 1913 und 1914 bleiben nach der Zahl der Brände und der betroffenen Besitzungen wie auch nach der beschädigten Fläche und dem Schaden hinter dem für 1902 bis 1914 errechneten Durchschnitt zurück, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die durch Kriegsereignisse verursachten Brände in den Zahlen für 1914 noch nicht enthalten sind.

¹⁾ Vergl. Seite LI der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgang 1916.

Die Waldbrände in Preußen während der Jahre 1913 und 1914.

Regierungsbezirke.	Im Jahre 1913				Im Jahre 1914			
	überhaupt		davon versichert		überhaupt		davon versichert	
	Brän- de	Be- sitzun- gen	Fläche ha	Schaden M	Brän- de	Be- sitzun- gen	Fläche ha	Schaden M
1. Königsberg	—	—	—	—	3	4	24,00	9 500
2. Gumbinnen	3	3	0,48	560	4	4	15,55	1 065
3. Allenstein	2	2	0,80	200	1	2	8,00	3 000
4. Danzig	—	—	—	—	1	1	6,00	500
5. Marienwerder	1	1	0,25	70	2	2	22,00	3 000
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	26	27	25,65	5 406	14	14	37,40	15 877
8. Frankfurt	25	25	113,48	15 389	14	15	28,22	8 774
9. Stettin	12	12	43,60	13 900	7	7	21,75	14 385
10. Köslin	3	3	5,05	565	4	4	17,25	9 465
11. Stralsund	2	2	4,00	500	—	—	—	—
12. Rügen	3	3	70,75	31 500	2	2	8,50	850
13. Bromberg	—	—	—	—	3	3	14,02	1 712
14. Breslau	1	1	0,25	50	3	3	0,68	269
15. Liegnitz	8	8	10,48	1 694	15	15	17,68	5 781
16. Oppeln	8	8	26,90	2 599	12	12	33,60	11 477
17. Magdeburg	5	5	5,63	2 050	2	2	20,01	10 080
18. Merseburg	2	2	0,50	277	6	6	8,75	4 900
19. Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Schleswig	11	16	175,19	110 740	3	14	114,75	4 103
21. Hannover	10	10	9,17	2 469	7	7	14,43	9 545
22. Hildesheim	1	1	0,30	300	12	12	6,40	2 319
23. Lüneburg	16	20	960,89	379 690	23	28	241,21	64 756
24. Stade	6	6	25,75	3 030	8	8	21,26	6 736
25. Osnabrück	11	11	59,25	5 105	12	13	39,19	5 897
26. Aurich	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Münster	14	14	454,50	14 786	19	19	211,82	71 464
28. Minden	3	3	2,25	270	8	19	60,06	8 231
29. Arnberg	16	18	22,33	6 182	42	46	189,86	15 963
30. Cassel	2	2	1,50	160	5	8	10,84	530
31. Wiesbaden	4	4	5,65	215	6	6	4,55	646
32. Koblenz	4	8	48,33	5 190	2	2	2,50	139
33. Düsseldorf	19	20	60,22	19 531	24	24	78,66	40 505
34. Köln	3	4	21,37	4 635	16	16	103,55	14 605
35. Trier	2	2	0,85	165	2	2	1,15	775
36. Aachen	3	3	88,25	5 551	14	14	102,80	15 407
37. Sigmaringen	3	3	1,30	650	—	—	—	—
Staat	229	247	2 244,42	633 429	296	334	1 486,44	362 256

Nach Regierungsbezirken entfällt, wie die Tabelle ausweist, die größte Zahl der Brände und Besitzungen 1913 auf die Bezirke Potsdam und Frankfurt, 1914 dagegen auf Arnberg, Düsseldorf und Lüneburg.

Die umfangreichste beschädigte Fläche finden wir in beiden Berichtsjahren in den Bezirken Lüneburg und Münster, während der Schaden 1913 in Lüneburg und Schleswig, im folgenden Jahre in Münster und Lüneburg die höchsten Beträge erreicht.

Die Zahl der betroffenen Besitzungen ist, wie schon früher erwähnt, nur wenig größer als die Zahl der Brände, und zwar sind mehrere Besitzungen von dem gleichen Brande fast nur in den westlichen Regierungsbezirken erfaßt worden, wo auch bei den Waldbeständen eine weitgehende Parzellierung stattgefunden hat. Als Bezirke, in denen die Zahl der beschädigten Besitzungen die der Brände nennenswert überschreitet, sind für das eine oder andere der beiden Berichtsjahre zu erwähnen: Schleswig, Lüneburg, Minden, Arnberg, Cassel und Koblenz.

Die versicherten Besitzungen finden sich fast ausschließlich in den westlichen Regierungsbezirken und machen im allgemeinen nur einen geringen Teil der überhaupt betroffenen Besitzungen aus. In den Berichtsjahren erreicht der Anteil des versicherten an dem gesamten Schaden immerhin mit die größten Beträge, die bisher bei der Statistik der Waldbrände beobachtet worden sind. Im Jahre 1913 waren nämlich 11,3, 1914 gar 20,1 v. H. der betroffenen Besitzungen, ferner 15,0 und 19,7 v. H. der beschädigten Fläche versichert; von dem durch Brand verursachten Schaden waren sogar 15,3 und 23,4 Hundertteile durch Versicherungen gedeckt.

Das Vermögen der Jenfiten mit Einkommen von mehr als 3 000 M überhaupt und nach seinen Arten in Preußen 1914¹⁾.

— Die Zahl der zur Ergänzungssteuer und gleichzeitig mit mehr als 3 000 M Einkommen veranlagten physischen Jenfiten betrug im Berichtsjahr 616 715, im Jahre 1905 383 846. Ihre Zunahme (= 60,7 v. H.) war demnach im Zeitraum 1905 bis 1914 recht ansehnlich. In den Städten zählten sie 1914 441 374 (= 71,6 v. H. aller), auf dem Lande 175 341 (= 28,4 v. H.), im Jahre 1905 entsprechend 289 136 (= 75,3 v. H.) bzw. 94 710 (= 24,7 v. H.). Das Übergewicht der städtischen Jenfiten hat sich also von 1905 auf 1914 noch verstärkt.

Unter den physischen Jenfiten mit mehr als 3 000 M Einkommen belief sich der Anteil jener gleichzeitig zur Vermögenssteuer veranlagten Personen in Stadt und Land im Berichtsjahr auf 69,4, in den Städten allein auf 67,3 und auf dem Lande allein auf 75,5 v. H., im Jahre 1905 entsprechend auf 76,5 bzw. 75,0 und 81,7 v. H. Diesen Ziffern zufolge sind die weitaus meisten Jenfiten mit besserem Einkommen (d. i. über 3 000 M) auch im Besitze eines 6 000 M übersteigenden Vermögens. Doch ist von 1905 auf 1914 ein allgemeiner Rückgang dieses Verhältnisses zu beobachten, der im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß in neuerer Zeit das reine Arbeits-einkommen immer mehr in den Vordergrund tritt und demzufolge die Jenfitenzahl mit besserem Einkommen, aber ohne Vermögen von über 6 000 M viel schneller zunimmt als die mit solchem²⁾. Im einzelnen weist in jedem der beiden Jahre das Land noch eine stärkere Beteiligung auf als die Städte.

Auf der anderen Seite waren die zugleich mit einem 3 000 M übersteigenden Einkommen Veranlagten an der Gesamtzahl der ergänzungssteuerpflichtigen Jenfiten in Stadt und Land zusammen im Berichtsjahr mit 31,8, im Stadtgebiet mit 50,2 und auf dem platten Lande mit 16,5 v. H. beteiligt, im Jahre 1905 mit 27,8 bzw. 43,4 und 13,3 v. H. In beiden Jahren bezog somit von den zur Ergänzungssteuer herangezogenen Personen gleichzeitig ein nicht unbedeutender Teil, der sich in dem ziemlich großen Ausmaß von etwas über einem Achtel bis rund der Hälfte ihrer Gesamtzahl bewegt, ein sogenanntes besseres Einkommen. Dieser Bruchteil ist von 1905 auf 1914 allgemein größer geworden. Die Städte sind dabei beidemale bedeutend günstiger gestellt als die ländlichen Bezirke.

Weiter besaßen die Steuerpflichtigen mit mehr als 6 000 M Vermögen und mehr als 3 000 M Einkommen im Jahre 1914 im gesamten Staat 72,5, in den Städten 84,8 und auf dem Lande 54,0 v. H. des jedesmaligen gesamten steuerpflichtigen Reinvermögens. Für das Jahr 1905 lauten die bezüglichen Ziffern: 71,3 bzw. 83,1 und 51,0 v. H. Danach spielen jene besonders steuerkräftigen Jenfiten in beiden Jahren unter den zur Vermögenssteuer Veranlagten überhaupt mit ihren reichlich sieben Zehnteln vom Gesamtvermögen eine viel bedeutendere Rolle als hinsichtlich ihrer Kopfzahl, die, wie erwähnt, insgesamt noch nicht ein Drittel aller Ergänzungssteuer Zahlenden ausmachte. Doch zeigt sich eine Übereinstimmung in der Entwicklung dieser beiden Beteiligungsziffern, insofern sie beide gegen 1905 (auch in Stadt und Land allein) gestiegen sind. Die in diesen Ziffern bei ihrer Unterscheidung nach Stadt und Land zum Ausdruck kommende Besserstellung der städtischen gegenüber den ländlichen Gemeinden in beiden Jahren tritt hinsichtlich der Kopfzahl noch viel stärker hervor als hinsichtlich des Vermögens.

Die zur Ergänzungssteuer Veranlagten mit einem besseren Einkommen umfaßten ohne Angehörige im Berichtsjahre in Stadt und Land zusammen 15, in den Städten 22, auf dem Lande 8, im Jahre 1905 entsprechend 11 bzw. 18 und 5 vom Tausend der Bevölkerung. Mit Angehörigen belief sich der Anteil an der Bevölkerung 1914 in der gleichen Reihenfolge auf 48 bzw. 67 und 31, 1905 auf 35 bzw. 56 und 18 vom Tausend.

Von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist die Verteilung des Rohvermögens (d. i. des Vermögens ohne Abzug des Kapital-

wertes der Schulden) nach seinen vier Hauptarten. Nur für dieses, nicht auch für das Reinvermögen ist der Nachweis seiner Zusammen-
setzung nach seinen einzelnen Arten möglich. Das ergänzungssteuer-
pflichtige Rohvermögen der Jenfiten mit einem Einkommen von
mehr als 3 000 M betrug in den Städten (St.) bzw. auf dem
Lande (L.)

			davon entfielen Hundertteile auf								
in der		insgesamt	Kapital-		Grund-		gewerbli.		selb-		
Provinz		.. Mill. M	vermögen		vermögen		Anlage- u.		ständige		
							Betriebs-		Rechte u.		
							kapital		Gerechtig-		
									keiten		
			1905	1914	1905	1914	1905	1914	1905	1914	
Ostpreußen	{ St.	966	1 610	45,1	46,0	36,2	36,8	18,5	17,2	0,2	0,2
	{ L.	750	1 375	22,1	19,3	73,8	76,8	3,9	3,6	0,2	0,3
Westpreußen	{ St.	831	1 291	44,1	46,8	35,1	36,8	20,4	15,8	0,3	0,5
	{ L.	568	1 067	19,6	21,3	75,8	72,8	4,6	6,1	0,08	0,08
Stadtr. Berlin		11 192	10 226	41,2	46,3	43,9	40,3	14,9	13,2	0,1	0,2
Brandenburg	{ St.	6 139	12 547	50,6	53,5	37,5	35,8	11,8	10,6	0,2	0,1
	{ L.	3 950	6 708	38,3	44,1	54,5	49,2	7,0	6,6	0,2	0,1
Pommern	{ St.	1 269	1 773	47,2	47,5	32,6	35,1	20,0	17,0	0,1	0,3
	{ L.	1 104	1 868	23,3	23,2	73,7	74,0	3,0	2,6	0,1	0,2
Posen . . .	{ St.	893	1 409	35,9	37,5	43,4	43,2	20,4	18,8	0,3	0,5
	{ L.	1 064	1 820	18,3	17,8	79,7	80,0	1,7	1,8	0,3	0,3
Schlesien	{ St.	4 169	5 416	46,3	50,0	33,1	34,0	20,5	15,9	0,1	0,08
	{ L.	3 384	4 910	35,3	39,4	53,0	50,6	10,3	9,3	1,4	0,8
Sachsen	{ St.	3 691	4 849	48,6	52,1	30,5	30,3	20,8	17,4	0,1	0,1
	{ L.	2 384	3 067	25,0	29,5	68,8	65,6	6,2	4,8	0,1	0,1
Schleswig- Holstein	{ St.	1 508	2 304	44,5	46,7	34,3	35,0	20,9	17,9	0,3	0,4
	{ L.	1 039	2 028	35,1	36,6	60,3	58,1	4,4	5,2	0,2	0,1
Hannover	{ St.	2 607	4 259	50,1	52,8	32,2	31,8	17,6	15,2	0,1	0,2
	{ L.	1 573	2 702	29,3	30,5	62,4	62,1	8,2	7,3	0,1	0,2
Westfalen	{ St.	3 173	4 686	40,9	43,4	38,1	35,9	20,8	20,6	0,2	0,1
	{ L.	1 526	2 449	30,5	34,2	55,3	51,9	12,8	12,1	1,4	1,8
Hessen- Nassau	{ St.	7 268	9 207	56,4	61,4	26,7	26,7	16,9	11,7	0,1	0,1
	{ L.	642	1 012	43,9	46,2	44,4	43,5	11,7	8,6	0,1	1,7
Rheinprovinz	{ St.	11 532	16 824	48,7	51,9	34,0	32,7	17,3	15,3	0,04	0,1
	{ L.	2 262	3 596	39,7	45,5	47,4	45,0	12,9	9,4	0,1	0,1
Hohenzollern- sche Lande	{ St.	30	39	50,5	48,6	27,4	32,9	21,6	18,2	0,5	0,3
	{ L.	26	37	29,3	33,3	38,4	42,0	31,2	24,1	1,2	0,6
im Staate	{ St.	55 269	76 441	47,3	51,2	35,5	34,1	17,1	14,5	0,1	0,1
	{ L.	20 273	32 637	32,1	35,4	59,4	57,2	8,0	7,0	0,4	0,4

Hiernach ist das gesamte Vermögen der Jenfiten mit über 3 000 M Einkommen von 1905 bis 1914 in den Städten um 38,3 v. H., auf dem Lande um 61,0 v. H. gewachsen. Trotzdem waren jene im Berichtsjahre mit 70,1 v. H., dieses nur mit 29,9 v. H. am ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen im Staate überhaupt beteiligt. Im Jahre 1905 waren die bezüglichen Ziffern 73,2 und 26,8 v. H.

Das weitaus größte Rohvermögen findet sich im Berichtsjahr in den Stadtgemeinden des Rheinlands mit nicht sehr viel unter 17 Milliarden M; dann folgen die Städte der Provinz Brandenburg mit rund 12 1/2 Milliarden, danach Berlin mit fast 10 1/4 Milliarden M. Auffallenderweise ist nach der Übersicht dieses Vermögen in Berlin zurückgegangen (um 8,6 v. H.), während es in den Stadtbezirken der Provinz Brandenburg um 104,4 und in denen der Rheinprovinz um 45,9 v. H., also mehr als im Staatsdurchschnitt der Städte (= 38,3 v. H.) zugenommen hat. Die größten ländlichen Vermögensbeträge wies die Provinz Brandenburg mit fast 6 3/4, ferner Schlesien mit beinahe 5, endlich wieder das Rheinland mit über 3 1/2 Milliarden M auf. Der Vermögenszuwachs von 1905 bis 1914 war auch in diesen ländlichen Gebieten wieder ziemlich verschieden; er betrug in der Provinz Brandenburg 69,8, in Schlesien 45,1 und in den Rheinlanden 59,0 v. H., erreichte also in beiden letzteren Landesteilen nicht den für die Landgemeinden des gesamten Staates geltenden Zuwachs von 61,0 v. H. Das geringste Gesamtvermögen wurde, abgesehen von dem kleinen Bezirk Hohenzollern, bezüglich der Städte für die Provinzen Westpreußen, Posen und Ostpreußen, bezüglich des platten Landes für Hessen-Rassau, West- und Ostpreußen ermittelt. Außer in den Provinzen Pommern und Posen war es überall in den Städten größer als auf dem Lande, besonders in Hessen-Rassau und im Rheinland; in diesen beiden Provinzen war es im Stadtgebiete mehr als neunmal bzw. rund vierunddreizehntelmal so groß wie auf dem platten Lande.

¹⁾ Vergl. Seite XLVI der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgang 1905. — ²⁾ desgl. Seite II der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgang 1916.

Von den vier Hauptarten des Rohvermögens spielt in den Städten das Kapitalvermögen die durchaus vorherrschende Rolle. Sein Anteil am Gesamtvermögen ist hier von 1905 auf 1914 von wesentlich unter auf etwas über die Hälfte gestiegen — auf Kosten des Grundvermögens sowie des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals, von denen im Berichtsjahr ersteres ein reichliches Drittel, letzteres ein reichliches Siebentel ausmachte. Der Wert der selbstständigen Rechte und Gerechtigkeiten war den genannten Posten gegenüber — übrigens selbst auf dem Lande — von ganz untergeordneter Bedeutung; er betrug nur 108,30, auf dem Lande 133,24 Millionen *M.* In den ländlichen Bezirken entfiel in beiden Jahren die Mehrheit vom Gesamtvermögen, nämlich fast drei Fünftel, auf das Grundvermögen. Dann folgte beidemal das Kapitalvermögen mit einem Anteil, der 1905 bis 1914 von unter auf über ein Drittel gewachsen ist, und das Anlage- und Betriebskapital in Handel, Gewerbe und Bergbau mit ungefähr einem Viertel (1914) und annähernd einem Zwölftel (1905). Im übrigen hat sich auch auf dem Lande der Anteil des Kapitalvermögens auf Kosten des Grundvermögens wie des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals vergrößert.

Naturgemäß sind die einzelnen Vermögensarten in den verschiedenen Landesteilen in außerordentlich wechselndem Verhältnis am dortigen Gesamtvermögen beteiligt.

Der Anteil des Kapitalvermögens schwante im Berichtsjahr in den Städten zwischen mehr als drei Fünfteln (Hessen-Nassau) und noch nicht zwei Fünfteln (Provinz Posen), auf dem Lande zwischen annähernd der Hälfte (wiederum in Hessen-Nassau) und rund einem Sechstel (gleichfalls in der Provinz Posen). Durchgehendes war er in den städtischen Gemeinden größer als in den ländlichen.

Beim Grundvermögen bewegte sich der Anteil im Stadtgebiet zwischen etwas über zwei Fünfteln (Provinz Posen und Berlin) und etwas mehr als einem Viertel (Provinz Hessen-Nassau), in den ländlichen Bezirken zwischen vier (Provinz Posen) und reichlich zwei Fünfteln (Hohenzollern). Allenfalls war er naturgemäß auf dem platten Lande größer als im städtischen Bereich, und zwar in Ostpreußen, Pommern und der Provinz Sachsen mehr als doppelt, in den Provinzen Westpreußen, Posen und Hannover fast doppelt so groß. In den Provinzen Westpreußen und Posen (dem sogenannten Ansiedlungsgebiet) sind die für das Landgebiet geltenden beträchtlichen Anteilsziffern des Grundvermögens auch auf den wertsteigernden Wettbewerb zwischen Ansiedlungskommission und polnischen Parzellierungsbanken, in der Provinz Sachsen vor allem auf die Güte des Bodens zurückzuführen.

Das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital wies seinen größten und kleinsten Bruchteil am gesamten Rohvermögen in den Städten und mit über einem Fünftel (Westfalen) bzw. mit mehr als einem Zehntel (Provinz Brandenburg) auf, auf dem Lande mit fast einem Viertel (Hohenzollern) bzw. annähernd einem Fünftel (Provinz Posen). Besonders auffallend ist dabei die verhältnismäßig hohe Ziffer für die hohenzollernischen Landgemeinden, wenn man bedenkt, daß die industriell so hervortretenden ländlichen Bezirke Schlesiens, Westfalens und der Rheinprovinz erst in weitem Abstände folgen. Aber auch die Städte Hohenzollerns sind durch eine ungewöhnlich hohe Ziffer gekennzeichnet und stehen damit an dritter Stelle unter der Gesamtheit der Städte. Endlich sind auch die Hohenzollernischen Lande die einzigen, in denen der bezügliche Bruchteil auf dem Lande größer ist als im Stadtgebiet. Im übrigen ist er stellenweise in den Städten ganz erheblich höher als auf dem platten Lande, am hervorstechendsten in der Provinz Posen, nämlich fast zehnundeinhalbmal so groß.

Der Wert der selbstständigen Rechte und Gerechtigkeiten endlich hat nur eine sehr geringe finanzielle Bedeutung. Er beträgt nur in den westfälischen und hessen-nassauischen Landgemeinden zwischen 1 und 2 v. H. des Gesamtvermögens.

Straffälle wegen übermäßiger Preisforderungen in Württemberg. — Auf Anregung der württembergischen Landespreiskstelle ist für Württemberg eine fortlaufende Statistik der seit dem 1. November 1915 anhängig gewordenen und der durch rechtskräftige Verurteilung erledigten Fälle der Verfehlung gegen § 6 des Reichsgesetzes betreffend Höchstpreise vom 14. August 1914, gegen § 5 der Verordnung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 oder gegen die Verfügung des königlichen stellvertretenden Generalkommandos des XIII. Königl. Württembergischen Armeekorps über die Einhaltung angemessener Preise beim Groß- und Kleinhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs vom 14. Juli 1915 eingerichtet worden.

Das Ergebnis dieser Kriegstatistik ist für den Zeitraum des ersten, vom 1. November 1915 bis Ende Oktober 1916 reichenden Erhebungsjahres in den „Mitteilungen“ des Königl. Württembergischen Statistischen Landesamts veröffentlicht worden.

Danach sind in den genannten Jahren insgesamt 3 732 Straffälle anhängig gewesen, die zu 2 945 Verurteilungen geführt haben. In diesen 2 945 Fällen wurde auf Geldstrafe in Höhe von insgesamt 64 270 *M.* erkannt, d. i. im Durchschnitt für jeden Fall auf 21,82 *M.* Fälle von härterer Abmündung haben größtenteils den Instanzenzug noch nicht durchlaufen. Auf Gefängnisstrafe ist im Berichtsjahre nicht erkannt worden. Von den übrigen anhängig gewordenen Fällen sind 178 durch Freisprechung beendet worden, d. i. nur 5,7 % aller bis zum Schluß des Berichtsjahres rechtskräftig erledigten (2 945 + 178 =) 3 123 Fälle. Eine erhebliche, wenn auch nicht bekannte Zahl weiterer im Berichtsjahre anhängig gewordener Fälle dürfte nach unserer Quelle ihre Erledigung dadurch gefunden haben, daß Anzeigen bei den Strafverfolgungsbehörden keine Folge gegeben worden oder Einstellung des Verfahrens erfolgt ist.

Die Landespreiskstelle hat die gezählten Straffälle nach den verschiedenen Gegenständen geordnet, gegen deren Verfehrsvorschriften sich die Verfehlung richtete.

Im Berichtsjahre wurden in Württemberg gezählt

wegen Zu widerhandlung gegen Vorschriften über den Verkehr mit	gerichtlich anhängige Straffälle über- haupt	v. H.	rechtskräftige Verurteilungen über- haupt	v. H.
Brot	31	0,8	36	1,2
Butter	503	13,5	428	14,5
Eichenrinde	28	0,7	33	1,1
Eier und Eierfahmittel	75	2,0	34	1,2
Erdöl	66	1,8	48	1,6
Fette, Öle u. Ersatzmittel	132	4,1	30	1,0
Fleisch (Vieh, Wild, Fische, Konserven usw.)	1 097	29,4	880	29,9
Futter- und Streumittel	199	5,3	124	4,2
Gemüse und Obst	271	7,3	83	2,8
Getreide	44	1,2	79	2,7
Käse	97	2,6	66	2,3
Kartoffeln	259	6,9	207	7,0
Mehl	25	0,7	26	0,9
Metalle	19	0,5	8	0,3
Milch	720	19,3	816	27,7
Salz	10	0,3	3	0,1
Soda	8	0,2	4	0,1
Zucker	11	0,3	5	0,2
sonstigen Artikeln u. Ver- fehlungen gegen die Kriegsgesetze	117	3,1	35	1,2
zusammen	3 732	100	2 945	100.

Die meisten anhängig gewordenen und abgeurteilten Fälle betrafen somit Verfehlungen gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Fleisch, mit Milch und mit Butter. Von beträchtlicher Häufigkeit waren außerdem noch die Verurteilungen wegen Zu widerhandlung gegen die die Kartoffeln sowie die Futter- und Streumittel betreffenden Bestimmungen.

Das Durchschnittsalter der Lebenden. — Das Durchschnittsalter der Bevölkerung läßt sich aus den Altersangaben bei den Volkszählungen leicht errechnen; man braucht bloß die Angehörigen jeder Altersklasse mit der Anzahl der Lebensjahre, die sie aufweist, zu vervielfältigen, sodann die erhaltenen Produkte aufzurechnen und die Schlusssumme durch die Gesamtzahl der Bevölkerung zu teilen. Diese Rechnung ist für Preußen für die Volkszählungsjahre 1875 bis 1910 vorgenommen worden. Das Ergebnis ist folgendes:

Es betrug das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Jahren für					
männl. weibl. Personen			männl. weibl. Personen		
1875	26,18	26,88	1895	26,15	27,23
1880	25,99	26,83	1900	26,11	27,22
1885	26,10	27,09	1905	26,18	27,31
1890	26,13	27,20	1910	26,38	27,55

Wir sehen also auffallenderweise, daß das Durchschnittsalter der Bevölkerung von allen biologisch wichtigen Vorgängen: dem Rückgang der Geburten, der Abnahme der Sterblichkeit, dem Anwachsen der mittleren Lebensdauer usw. zunächst völlig unberührt bleibt oder nur äußerst geringe Schwankungen aufweist. Von 1875 bis 1880 findet eine geringfügige Abnahme von 26,18 auf 25,99 Jahre beim männlichen Geschlecht statt, darauf wieder eine kleine Zunahme auf 26,10, alsdann für 1890 bis 1905 ein fast völliges Gleichbleiben. Erst 1910 tritt eine Zunahme auf 26,38 Jahre ein. Die Zunahme des Alters der männlichen Bevölkerung beträgt also in 35 Jahren, von 1875 bis 1910, 0,20 Jahre, die Zunahme des Alters der weiblichen Bevölkerung allerdings 0,64 Jahre (es steigt von 26,88 auf 27,52 Jahre), ob infolge genauerer Aufschreibung — Abnahme der bekannten Neigung, sich bei Altersangaben jünger zu machen?

Die Ergebnisse der Veranlagung zur Warenhaussteuer in Preußen in den Jahren 1913 bis 1916. — Für das Jahr 1913 ergab die Veranlagung zur Warenhaussteuer im ganzen Staate 126 steuerpflichtige Betriebe mit einem Steuerfoll von 4 562 789 *M*. Dieser Steuerbetrag wies gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 629 723 *M* oder 16,01 % auf und erreichte damit den höchsten Stand seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Warenhaussteuer vom 18. Juli 1900. Die Ergebnisse der folgenden Jahre treten diesen Ziffern gegenüber erheblich zurück, wie aus nachstehender Übersicht zu ersehen ist.

Es wurden veranlagt						
für das	Betriebe			mit einem Steuerfoll von . . <i>M</i>		
Steuer-	über-	in den	auf dem	über-	in den	auf dem
jahr	haupt	Städten	Lande	haupt	Städten	Lande
1913	126	110	16	4 562 789	4 383 689	179 100
1914	132	117	15	4 312 492	4 119 492	193 000
1915	120	108	12	4 097 881	3 928 381	169 500
1916	114	104	10	3 903 686	3 745 686	158 000.

Hieraus erhellt man, daß das Steuerfoll im ganzen Staate, wie auch im einzelnen sowohl in den Städten wie auf dem Lande, sich seit 1913 in einer rückläufigen Richtung bewegt, indem es 1914 um 5,49, 1915 um 4,98 und 1916 um 4,74 % zurückgegangen ist. In den Städten war die Verminderung mit Ausnahme des Jahres 1914, in dem sie 6,03 % betrug, etwas geringer als im Staatsdurchschnitt und belief sich 1915 auf 4,64 und 1916 auf 4,65 %. In den Landgemeinden dagegen beobachtet man zunächst 1914 einen erheblichen Aufschwung: das Steuerfoll nahm gegenüber dem Vorjahr um 7,76 % zu; dann aber sank es bei gleichzeitiger Verminderung der Zahl der Betriebe 1915 und 1916 beträchtlich unter den Staatsdurchschnitt, nämlich um 12,18 und 6,78 %.

Die zunächst auffallende Erscheinung, daß 1914 die Steuersumme im ganzen Staate, insonderheit in den Städten, um 5,49 bzw. 6,03 % zurückgegangen war, trotzdem die Zahl der steuerpflichtigen Betriebe sich um 6 bzw. um 7 erhöht hatte, dürfte zum Teil im Zusammenhang mit der Bestimmung im § 5 Absatz 1 des Warenhaussteuer-Gesetzes stehen, wonach der Steuerfuß auf Antrag herabgesetzt wird, wenn es sich ergibt, daß er 20 % des gewerbe-

steuerpflichtigen Ertrages des veranlagten Betriebes übersteigt. Dafür spricht auch der Umstand, daß der durchschnittliche Steuerbetrag auf den Betrieb überhaupt sich 1914 auf 32 670 *M* gegenüber 36 213 *M* im Jahre 1913 belief, d. h. um 9,78 % abgenommen hat.

Die Abnahme des Steuerfolls in den Jahren 1915 und 1916 ist offenbar durch die Verminderung der Zahl der Betriebe infolge Einschränkung der Waren auf eine Gruppe, wie es im Gesetz vorgesehen ist, ferner infolge Konkurses, Einlegung des Rechtsmittels usw. bedingt.

Die Hauptquelle des Steueraufkommens bilden wie schon in den Vorjahren die Städte. Der Anteil der Landgemeinden ist verhältnismäßig gering: er macht im Zeitraum 1913-1916 durchschnittlich nur den vierundzwanzigsten Teil der Steuersumme im ganzen Staate aus. Die in ihnen vertretenen Betriebe bilden durchschnittlich einen Bestandteil von rund einem Neuntel der Gesamtzahl. Mit Rücksicht auf diesen Größenunterschied ist es von Interesse zu sehen, wie sich in der Berichtszeit die Verhältnisse der Warenhaussteuer in den Städten entwickelt haben.

Der Veranlagung unterstanden

in den Städten mit . . . Tauf.	Betriebe				mit einem Steuerfoll von . . <i>M</i>			
Einwohnern	1913	1914	1915	1916	1913	1914	1915	1916
bis 10	3	2	3	3	65 830	54 151	43 100	37 670
über 10 bis 25	8	9	10	8	61 250	75 250	93 750	53 250
„ 25 „ 50	10	12	10	12	102 029	137 133	131 751	163 885
„ 50 „ 100	15	13	14	15	289 373	314 401	303 438	344 089
„ 100 „ 200	23	25	17	19	381 250	340 945	250 000	268 186
„ 200	51	56	54	47	3 483 957	3 197 612	3 106 342	2 878 606.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die mittleren Städtegruppen mit über 25 000 bis 100 000 Einwohnern die günstigsten Steuerhältnisse aufweisen: in ihnen hat sich die Zahl der Betriebe nicht nur behauptet, sondern sogar vermehrt, namentlich in den Städten mit über 25 000 bis 50 000 Einwohnern, und das Steuerfoll, demgemäß also auch der Jahresumsatz, ist in der Berichtszeit fast ununterbrochen gestiegen, so daß jenes 1916 für beide Gruppen einen um 29,78 % höheren Betrag aufweist als im Jahre 1913. Bemerkenswert ist, daß diese aufsteigende Entwicklung, die in den Großstädten mit dem Jahre 1913 abschließt, einzig in den Städten mit über 25 000 bis 50 000 Einwohnern seit 1909 ununterbrochen anhält. So ist die Zahl ihrer Warenhäuser von 7 in 1909 auf 12 in 1916 gestiegen, hat sich also kaum verdoppelt, während das Steuerfoll in demselben Zeitraum sich von 46 535 *M* auf 163 885 *M*, d. h. etwa um das Zweieinhalbfache erhöht hat; desgleichen ist der durchschnittliche Steuerbetrag auf den Betrieb von 6 648 *M* in 1909 auf 13 657 *M* in 1916, d. h. auf mehr als das Zweifache gestiegen, was von einer ansehnlichen Betriebsausdehnung der Warenhäuser in diesen Städten zeugt. In den Städten mit über 50 000 bis 100 000 Einwohnern trat nach einer ungünstigen Gestaltung der Verhältnisse in den Jahren 1909 bis 1912 erst seit 1913 eine erhebliche Steigerung ein, die sich in fortgesetztem Wachstum der durchschnittlichen Betriebssteuerziffer ausdrückt. Bezeichnend für diese Bewegung ist, daß, während 1909 das Steuerfoll bei 17 Betrieben 290 919 *M* betrug, es 1916 bei 15 Betrieben auf 344 089 *M* angewachsen war, d. h. um 18,28 v. H. zugenommen hat. Nicht weniger günstig zeigt sich in all diesen Jahren bis 1915 die Entwicklung in den Städten mit über 10 000 bis 25 000 Einwohnern; eine Ausnahme bildet hier nur das Jahr 1916, in dem das Steuerfoll bei einer Abnahme der Betriebszahl um 2 einen Ausfall von 40 500 *M*, d. h. beinahe der Hälfte des Betrages des Vorjahres, hatte.

Die kleinsten Städte bis 10 000 Einwohner und insbesondere die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, welche letzteren durch die Zahl der Betriebe und die Größe der Steuersumme durchweg den Ausschlag geben, zeigen dagegen einen erheblichen Rückgang. In der Gruppe der Großstädte sind seit 1913 von 74 Betrieben aus Gründen, die oben angedeutet wurden, 8 ausgeschieden, und das Steuerfoll ist namentlich in den Städten mit über 200 000 Einwohnern, deren

Anteil an der Steuersumme im ganzen Staate sich durchschnittlich auf rund drei Viertel bezieht, von 3 483 957 *M* in 1913 — dem höchsten Stand seit der erstmaligen Veranlagung — auf 2 878 606 *M* in 1916 gesunken, hat also eine Verminderung von 605 351 *M* oder 17,38 % erfahren. Bei der Besprechung der Staatsziffern wurde für das Jahr 1914 der Rückgang der Steuersumme bei gestiegener Zahl der Betriebe teilweise auf die Bestimmung im § 5 Absatz 1 des Warenhaussteuer-Gesetzes zurückgeführt, wonach ein gewisser Zusammenhang zwischen der gewerbesteuerpflichtigen Ertragssumme des Betriebes und der Höhe der Warenumsatzsteuer besteht. Es zeigt sich nun bei den genannten Städten, daß in demselben Jahre, in dem die Zahl der Betriebe zugenommen hat, während das Steuerfoll gesunken ist, auch der durchschnitt-

liche Steuerbetrag auf den Betrieb von 68 313 *M* in 1913 auf 57 100 *M* in 1914 zurückgegangen ist, d. h. eine Abnahme von 16,41 % aufwies. In der Folgezeit aber hat sich die Durchschnittsteuer wieder gehoben, und zwar auf 57 525 *M* in 1915 und 61 247 *M* in 1916, so daß von einer Betriebseinschränkung der Warenhäuser in diesen Städten in den Jahren 1915 und 1916 nicht die Rede sein kann.

Die Ernteflächen-Erhebungen in Preußen 1915. — Wie schon auf Seite LVIII der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgang 1916 bei der Veröffentlichung der Anbau- und Ernteergebnisse in Preußen 1915 mitgeteilt, ist die Erntestatistik nach

Staat. Regierungsbezirke.	Weizen				Spelz		Roggen	
	Winter-		Sommer-		Winter-	Winter- und Sommer- ¹⁾	Winter-	
	Juni	Juli	Juni	Juli	Juni	Juli	Juni	Juli
S e t t a r								
Staat	1 006 229	885 800	162 554	150 409	14 820	9 097	4 913 737	4 350 111
Regierungsbezirke:								
1. Königsberg	28 242	22 037	8 937	9 128	—	—	153 140	142 292
2. Gumbinnen	15 544	11 957	5 365	4 921	—	—	91 403	78 380
3. Allenstein	9 011	5 582	1 266	1 597	—	—	165 661	158 200
4. Danzig	21 329	18 737	999	912	—	—	108 386	103 579
5. Marienwerder	40 342	31 655	5 086	4 546	—	—	320 855	290 538
6. Stadtfreis Berlin	—	—	—	—	—	—	29	29
7. Potsdam	29 215	27 963	4 982	5 109	—	—	333 023	289 396
8. Frankfurt	27 028	25 684	4 498	4 844	—	—	323 184	279 715
9. Stettin	26 794	26 802	3 968	4 096	—	—	194 143	178 549
10. Köslin	9 755	8 377	862	983	—	—	229 644	219 077
11. Stralsund	13 967	13 237	2 132	2 137	—	—	52 084	49 398
12. Posen	42 177	39 725	6 058	6 263	—	—	455 779	423 638
13. Bromberg	17 490	14 233	7 776	7 284	—	—	285 395	268 270
14. Breslau	93 092	89 217	15 594	14 332	—	—	204 516	186 939
15. Liegnitz	49 201	47 087	5 670	4 804	—	—	194 635	168 985
16. Oppeln	60 866	58 394	2 951	2 269	—	—	196 663	173 614
17. Magdeburg	49 993	43 443	36 602	35 453	—	—	162 661	146 573
18. Merseburg	85 264	77 922	16 313	14 913	—	—	156 137	136 274
19. Erfurt	21 083	18 552	6 279	5 076	17	9	28 585	24 078
20. Schleswig	56 813	53 625	928	1 039	—	—	142 080	119 778
21. Hannover	13 821	10 692	2 511	2 057	—	—	94 629	84 013
22. Hildesheim	36 716	30 740	11 588	9 814	—	—	53 483	49 717
23. Lüneburg	5 444	4 127	2 139	1 954	—	—	143 160	122 584
24. Stade	10 264	7 298	232	108	—	—	67 873	55 074
25. Osnabrück	3 067	2 260	499	360	—	—	74 797	62 056
26. Aurich	4 423	4 347	591	518	—	—	26 055	19 684
27. Münster	25 449	19 152	964	687	—	—	103 790	83 359
28. Minden	21 255	15 316	1 098	705	—	—	84 505	69 309
29. Arnberg	24 039	19 798	589	413	—	2	61 550	48 006
30. Cassel	45 752	37 981	3 139	2 155	—	—	100 881	90 315
31. Wiesbaden	14 780	11 653	310	218	—	—	46 567	38 454
32. Coblenz	9 416	6 652	455	271	1 640	835	48 999	35 181
33. Düsseldorf	28 429	24 438	355	231	2	—	72 605	58 260
34. Köln	30 383	28 302	932	688	—	—	38 559	30 015
35. Trier	11 428	7 314	195	84	1 830	984	60 975	37 280
36. Aachen	21 477	19 115	534	329	253	202	36 236	29 063
37. Sigmaringen	2 800	2 386	157	111	11 078	7 065	1 070	439
A u ß e r d e m:								
Fürstentümer Waldeck u. Pyrmont	3 680	3 076	275	192	—	—	11 122	10 548

¹⁾ nur bei der Macherhebung berücksichtigt.

Die Leistungen der deutschen Eisenbahnen im Krieg und Frieden. — Der soeben erschienene 36. Band der Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands (herausgegeben vom Reichs-Eisenbahnamt) bringt interessante Tatsachen über die Wandlungen im deutschen Eisenbahnverkehr seit Kriegsausbruch; wir lernen aus den da gegebenen Zusammenstellungen erst so recht die ungeheuren Leistungen schätzen, die unsere Eisenbahnen auch im

Kriege trotz des durch die Einberufungen stark verminderten Personals vollbracht haben. Zu beachten ist, daß diese Statistik sich auf Rechnungsjahre bezieht, d. h. also vom 1. April bis 31. März geht, sodaß schon die Statistik des Rechnungsjahres 1914 8 volle Kriegsmomente (August 1914 bis März 1915) umfaßt, die des Rechnungsjahres 1915 12 Kriegsmomente (April 1915 bis März 1916 einschließlich). Bedauerlicherweise ist eine Aufrechnung der Tonnen-

den Bestimmungen des Bundesrats vom 1. Mai 1911, ergänzt durch Beschluß vom 5. Februar 1914, auszuführen. Das Ergebnis der danach alljährlich zwischen dem 28. Mai und 4. Juni erfolgten Aufnahme der Anbauflächen hat in den letzten Jahren wegen der dabei hervortretenden bedeutenden Ackerlandszunahme Zweifel an seiner Zuverlässigkeit verursacht, deren Aufklärung nach Ausbruch des Krieges dringend nötig erschien. Zunächst wurden im Januar 1915 die Erntevorräte aus 1914 festgestellt, deren Ergebnis die Bedenken rechtfertigte. Auf Anordnung des Herrn Reichskanzlers fand dann zur Kontrolle jener Flächenziffern in den Tagen vom 1. bis 6. Juli 1915 eine Neben-erhebung der Ernteflächen der Hauptfruchtarten statt, und zwar diesmal durch Einforderung von Einzelangaben der landwirtschaftlichen Betriebsleiter, während die Ermittlung zu Anfang Juni allein auf den

Flächenangaben der Ortsbehörden beruhte. Die Wahrheit scheint jedoch auch diese Kontrollerhebung nicht ergeben zu haben, da ihre Flächenziffern sicher nicht den gesamten Anbau darstellen und die nach ihnen Ende Juli 1915 durch Schätzungskommissionen errechneten Erntemengen jedenfalls als Minimalernte anzusprechen sein werden. Gegen die Ergebnisse der ersten Aufnahme treten die bei der zweiten ermittelten Flächen beträchtlich zurück, und zwar — abgesehen vom Spelz — bei Kartoffeln um 20,8 v. H., Hafer 17,8, Gerste 16,4, Sommerroggen 15,4, Winterweizen 11,8, Winterroggen 11,8 und bei Sommerweizen um 7,8 v. H. In nachstehender Übersicht sind die Ergebnisse beider Aufnahmen für den Staat und die Regierungsbezirke, allerdings nur soweit die Fruchtarten bei der Nachprüfung berücksichtigt wurden, gegenübergestellt.

gera		Gerste		Gemenge ¹⁾ aus Weizen, Spelz, Roggen oder Gerste, auch mit Hülsenfrüchten		Hafer (allein)		Hafer im Gemenge ¹⁾ mit Getreide oder Hülsenfrüchten	Kartoffeln		Wiederholung der Bezeichnung in der Vorpalte
Sommer-		Winter- und Sommer-		a) zur menschlichen Ernährung geeignet	b) nicht zur menschlichen Ernährung geeignet						
Juni	Juli	Juni	Juli	Juli	Juli	Juni	Juli	Juli	Juni	Juli	
H e k t a r											
63 727	53 926	912 931	763 176	68 999	95 893	3 078 907	2 531 913	418 116	2 461 734	1 950 653	St.
2 952	2 328	50 671	41 214	4 543	7 369	168 801	140 529	39 815	57 963	48 007	R.-B.
1 662	1 562	36 829	30 611	2 091	4 046	128 844	96 128	34 966	50 403	37 470	1.
7 499	6 090	32 462	30 707	3 623	5 758	72 808	62 897	23 147	82 043	61 014	2.
2 722	1 407	24 676	17 973	1 710	3 209	70 755	52 820	12 392	63 731	46 096	3.
7 243	5 458	61 763	51 839	6 942	11 093	111 142	90 045	33 906	155 671	119 101	4.
6	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
5 044	6 006	31 595	28 403	979	4 335	149 692	128 414	14 322	158 392	135 575	6.
5 070	4 423	39 363	32 329	667	4 247	113 523	96 563	16 163	172 436	141 710	7.
2 748	2 158	27 943	23 895	1 167	5 566	121 138	106 881	28 611	98 632	86 127	8.
3 999	3 489	13 665	10 090	1 498	3 507	152 093	132 467	22 665	116 731	100 873	9.
437	419	14 202	12 782	1 000	4 239	59 059	54 254	14 468	16 040	14 312	10.
2 443	2 551	71 179	60 801	1 761	9 738	120 732	104 801	23 398	212 093	176 392	11.
2 951	2 877	61 197	54 738	1 287	7 761	59 691	47 912	22 259	116 545	94 530	12.
3 297	2 327	64 058	53 296	1 586	8 758	149 790	129 547	17 502	113 621	93 940	13.
4 335	3 234	25 980	20 513	1 257	2 536	110 111	96 162	10 821	100 030	79 963	14.
1 228	1 028	52 970	42 502	470	2 426	144 140	118 688	9 746	142 505	108 991	15.
1 713	1 453	51 860	47 663	605	1 617	93 047	80 534	5 420	103 825	90 004	16.
862	692	62 103	53 599	125	1 738	96 933	81 520	3 945	87 610	72 502	17.
653	361	28 350	24 255	1 151	813	39 814	32 890	4 165	30 887	24 030	18.
1 288	1 146	50 662	42 961	2 144	3 381	233 384	186 931	54 103	34 294	20 384	19.
109	171	2 858	2 176	206	84	45 693	38 029	1 331	24 770	19 932	20.
101	87	10 581	9 300	538	404	53 838	42 351	3 248	27 498	21 514	21.
1 411	1 263	4 953	4 390	956	437	70 337	60 169	2 589	55 706	50 541	22.
372	324	3 041	2 362	143	79	44 277	36 841	802	22 048	17 357	23.
310	255	2 083	1 245	86	44	24 755	20 095	212	21 154	17 488	24.
162	59	3 341	2 883	25	46	29 108	23 000	196	7 547	4 234	25.
133	171	8 045	4 655	4 407	550	49 458	39 623	3 900	32 816	23 698	26.
256	158	4 849	3 345	7 069	378	61 037	46 191	5 848	33 085	22 722	27.
1 228	1 288	7 356	5 761	3 445	415	69 001	50 148	2 629	40 030	23 114	28.
600	326	13 222	9 581	494	694	104 771	81 804	3 862	56 534	45 327	29.
74	44	10 344	7 057	195	78	52 969	42 310	157	38 549	30 044	30.
282	186	18 145	12 232	2 939	86	52 114	39 635	144	47 574	34 888	31.
128	215	3 362	3 054	182	164	55 278	40 970	403	35 231	23 256	32.
49	78	2 741	2 195	60	48	53 864	40 480	301	25 163	15 365	33.
214	205	7 897	5 755	12 726	86	62 375	49 087	446	58 766	36 331	34.
114	70	2 800	2 477	458	36	44 728	33 787	144	16 135	10 340	35.
32	11	5 785	4 537	464	127	9 807	7 410	90	5 676	3 481	36.
145	149	1 044	1 099	623	106	13 054	12 180	871	4 933	3 956	37.
											St.
											R.-B.

Kilometer für das ganze Reich nicht möglich gewesen. So bleiben als einzige Anhaltspunkte, die aber doch für den wesentlichsten Vergleichszweck ausreichen, die Anzahl der von den Lokomotiven zurückgelegten Nutzkilometer und als wichtigster Vergleichsmaßstab die Wagenachskilometer der Personen- und Güterwagen.

Wir entnehmen daraus das folgende: Es betrug die Anzahl der Lokomotiv-Nutzkilometer in Millionen in

Wirtschafts-	Schnell- u.	Personen-	Güter-	Arbeitszügen,	Insgesamt
jahr	Eilzügen	zügen	zügen	Vorspanndienst u. s. w.	
1915/16. . . .	68,9	315,9	261,1	34,4	681,3
1914/15. . . .	75,3	339,3	225,1	33,3	673,0
1913/14. . . .	117,7	371,4	284,0	42,0	815,0
1912/13. . . .	112,2	361,2	279,6	41,7	793,6

Wir sehen also im ersten Kriegsjahre eine Abminderung der Lokomotivkilometer um fast 18 v. H.; auch im zweiten Kriegsjahre

bleiben die Lokomotivkilometer um 16,4 v. H. gegen die Leistungen des letzten vollen Friedensjahres 1913/14 zurück. Am größten ist der Absturz bei den Eil- und Schnellzügen: da wurden 1914/15 nur noch 64 v. H. der Kilometerzahl des Jahres 1913/14 geleistet, 1915/16 betrug der Rückgang weitere 5,2 v. H. Die von den Personenzügen zurückgelegten Entfernungen sind dagegen nur um 8,7 v. H. bzw. um 18 v. H. zurückgegangen. Auch die Güterzugkilometer haben zunächst 1914/15 eine starke Abminderung um 21 v. H. erfahren, sind dann aber um 13 v. H. gestiegen, sodaß im Jahre 1915/16 nur um 8 v. H. weniger Güterzüge gefahren sind als 1913/14. Diese bisher angeführten Tatsachen scheinen darauf hinzuweisen, daß die Kriegsjahre eine erhebliche Verringerung des Verkehrs mit sich gebracht hätten. Es ist dem nicht ganz so, vielmehr ergibt die ebenfalls vorhandene Wagenachskilometerstatistik von der Lokomotivkilometerstatistik stark abweichende Werte. Es sind nämlich gefahren in den

	Schnell- u. Eilzüge	Personen- züge	Güterzüge Achskilometer	Arbeits- u. sw. züge
	Millionen	Millionen	Achskilometer	Millionen
1915/16. . . .	2 428	9 441	20 252	241
1914/15. . . .	2 239	10 018	16 422	286
1913/14. . . .	3 312	8 234	20 755	490
1912/13. . . .	3 105	7 895	20 488	420.

Wir sehen also, daß die Achskilometer zwar in den Eil- und Schnellzügen von 1913/14 bis 1914/15 und 1915/16 um 32,4 bzw. um 26,7 v. H. abgenommen haben, in den Personenzügen dagegen sogar noch um 21,6 bzw. 14,6 v. H. gestiegen sind. Bei den Güterzügen ist von 1913/14 zu 1914/15 ein starker Absturz zu sehen und zwar um 26,4 v. H., bis 1915/16 hat sich aber dieser Niedergang ausgeglichen, das Weniger gegen 1913/14 beträgt nur noch 2,5 v. H.

Die zutreffendste Vergleichsmöglichkeit ist aber in einer Gegenüberstellung der zurückgelegten Personen- und Güterwagenachskilometer gegeben. Es wurden zurückgelegt Millionen Wagenachskilometer von den

	Personen- wagen	Güter- u. Gepäckwagen	Postwagen	Summe
1915/16. . . .	8 034	23 791	538	32 363
1914/15. . . .	7 942	20 616	507	29 065
1913/14. . . .	9 208	23 003	580	32 791
1912/13. . . .	8 700	22 620	588	30 908.

Die Personewagenachskilometer zeigen also zwar eine starke Abnahme (sie sind von 1913/14 bis 1914/15 um 14 v. H., bis 1915/16 um 13 v. H. zurückgegangen); die Güterwagenachskilometer haben aber nach dem Rückgang um 10,4 v. H., der im Jahre 1914/15 erfolgte, sogar wieder eine Zunahme erfahren, sind 1915/16 um 3,4 v. H. höher als im letzten vollen Friedensjahr! Rechnet man alle Wagenachskilometer zusammen, so ergibt sich zwar für 1914/15 ein Niedergang um 11 v. H., für 1915/16 beträgt dagegen das Minus nur noch 1,3 v. H., der Verkehr im Jahre 1915/16 ist sogar um 3,7 v. H. höher als im vorletzten Friedensjahr 1912/13. Die Aufklärung über die Frage, wie es kommt, daß bei verringerter Lokomotivkilometerstrecke die Leistungen der Wagenachskilometer, also die eigentliche wirtschaftliche Ausleistung der Eisenbahnen sich nicht verringerte, liegt darin, daß die Züge länger wurden, die von den einzelnen Zügen gefahrenen Wagenachsen zunahmen. 1912/14 hatten die Schnellzüge durchschnittlich 30, die Eilzüge 24—25 Wagenachsen, 1915/16 aber 37 bzw. 29. Die Personenzüge hatten entsprechend im Mittel 1912/14 22, 1915/16 aber 30 Wagenachsen, die reinen Güterzüge 73 bzw. 77. Allerdings ist diese Verlängerung der Züge und damit die Erhöhung der Leistungsfähigkeit, wie allgemein bekannt, mit einer Verringerung der Geschwindigkeit, insbesondere der Schnell- und Eilzüge, erkauft worden, für die wir aber leider keine statistischen Unterlagen besitzen. Die Verringerung der Anzahl der Schnell- und Personenzüge ist für das jahrende Publikum sicher eine Erschwerung und Unannehmlichkeit, aber sie mußte ebenfalls in den Kauf genommen werden, um auch unseren Eisenbahnen das „Durchhalten“ im Kriege zu ermöglichen und sie zu den ungeheuren Anspannungen zu befähigen, die der insbesondere für militärische Zwecke notwendige Verkehr mit gebieterischer Notwendigkeit erheischte.

Die eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit in Preußen in Stadt und Land von 1875 bis 1913. — Über die eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit in Preußen nach Stadt und Land ist bereits 1914 in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts (S. 275—278) eine 4 Folioseiten umfassende Darstellung erschienen, und zwar für den ganzen Zeitraum von 1875 bis 1910. Das Interesse, das die Öffentlichkeit jetzt an diesen Zahlen nimmt und das vor kurzem auch bei einer Debatte im Preussischen Abgeordnetenhaus zu Tage trat, veranlaßt dazu, die Darstellung hier in abgekürzter Form zu wiederholen und durch Hinzufügung der nachträglichen Ziffern bis 1913 zu ergänzen. Es gab

in den Städten:

	durchschnittlich jährlich Lebendgeborene	Fruchtbarkeitsziffer: Anzahl der Lebendgeborenen auf 1 000 Ehefrauen im Alter von 15—45 Jahren	auf 1 000 nicht verheir. Frauen
	eheliche	uneheliche	
1875/80. . . .	326 246	31 946	305,6
1881/90. . . .	343 049	34 950	280,5
1891/95. . . .	386 649	38 711	272,7
1896/1900. . .	423 251	43 549	259,1
1901/05. . . .	457 760	44 988	239,6
1906/10. . . .	469 591	51 106	213,7
1911/13. . . .	444 227	55 594	198,1

auf dem Lande:

	durchschnittlich jährlich Lebendgeborene	auf 1 000 Ehefrauen im Alter von 15—45 Jahren	auf 1 000 nicht verheir. Frauen
	eheliche	uneheliche	
1876/80. . . .	637 641	46 531	338,9
1881/90. . . .	635 275	49 632	324,2
1891/95. . . .	668 272	48 745	328,8
1896/1900. . .	686 856	48 279	326,2
1901/05. . . .	707 756	42 982	315,4
1906/10. . . .	689 992	42 738	296,0
1911/13. . . .	642 591	42 470	270,0

Es ist also zu sehen, daß in der Stadt der Niedergang der ehelichen Fruchtbarkeit 35,2 v. H. betragen hat, auf dem Lande nur 23,3 v. H. Die absolute Geburtenzahl hat den Höhepunkt in den Städten in der Periode 1906/10, auf dem Lande in der Periode 1901/05 erreicht; seitdem zeigt sich ein merklicher Niedergang.

Zu bemerken ist aber, daß bevölkerungstatistisch aus dem Rückgange der Geburten allein nicht zu viel gefolgert werden darf, daß erst nach dem Verhältnis der Geburten zu der Sterbeziffer oder noch genauer nach der „Aufwuchsziffer“, d. h. nach der Anzahl von Kindern gefragt werden muß, die von einer jeden Geburten-generation das Säuglings- und darauf das Kindesalter überleben. Darüber soll ein folgender Korrespondenzartikel handeln.

Die Augenheilanstalten in Preußen 1914. — Die Augenheilanstalten boten im Jahre 1914 folgendes Bild. Ihre Zahl, ohne die Privatanstalten mit weniger als 11 Betten, aber einschließlich der Abteilungen für Augenranke in den allgemeinen Heilanstalten, belief sich 1914 auf 87 (im Vorjahr 97) mit 2 947 (3 089) Betten und 28 421 (35 435) Verpflegten. Diese betrafen 10 Universitätskliniken mit 601 (605) Betten und 9 178 (10 555) Verpflegten, 17 (21) Anstalten öffentlichen Charakters mit 743 (830) Betten und 6 902 (9 327) Verpflegten und 60 (66) Privatanstalten mit 1 603 (1 654) Betten und 12 341 (15 553) Verpflegten. Die Zahl der selbständigen Anstalten war 64 (70) mit 2 428 (2 515) Betten und 23 540 (30 919) Verpflegten; allgemeinen Heilanstalten angegliederte Abteilungen für Augenranke sind 23 (27) mit 519 (574) Betten und 4 881 (4 516) Verpflegten im Berichtsjahr in die Statistik aufgenommen. Was die Besitzverhältnisse der 64 selbständigen Anstalten anbelangt, so gehörten die 10 (10) Universitätskliniken dem Staate, 1 (3) Anstalt mit 53 (175) Betten und 504 (1 944) Verpflegten dem Provinzialverband Westfalen, 3 (2) mit 106 (82) Betten und 1 008 (1 167) Verpflegten städtischen Gemeinden, 8 (8) mit 555 (461) Betten und 5 302 (5 393) Verpflegten Vereinen, religiösen und milden Stiftungen, während 42 (47) Anstalten mit 1 113 (1 192) Betten und 7 548 (11 860) Verpflegten im Besitze von Ärzten waren. Der

Rückgang um 10 Anstalten erklärt sich im Berichtsjahr dadurch, daß die Mehrzahl derselben unter 11 Betten gesunken ist und daher für die Statistik ausscheidet. In sämtlichen 87 (97) Anstalten waren in Behandlung: wegen Erkrankung der Augenlider 1 039 (1 474) Personen, der Tränenorgane 1 293 (1 697), der Orbitalgebilde 78 (150), an Trachom 1 741 (2 377), an anderen Erkrankungen der Bindehaut 1 512 (1 842), der Hornhaut 7 111 (8 851), der Iris 1 288 (1 576), der Chorioidea und des Ziliarkörpers 360 (456), an Glaukom 1 108 (1 165), an Erkrankungen der Netina und des Sehnerven 1 461 (1 710), des Linsen Systems 4 257 (5 666), des Glaskörpers 144 (159), der Augenmuskeln 1 497 (2 226), an Neubildungen des Augapfels 255 (150), Verletzungen des Augapfels 4 408 (5 287), Refraktions- und Akkommodationsanomalien 146 (178) und an sonstigen Augenkrankheiten 723 (471) Personen.

Die folgende Übersicht gibt für das Jahr 1914 ein Bild der Krankheitsformen und Zahl der Behandelten männlichen und weiblichen Geschlechts.

Krankheitsformen	Zahl der Behandelten								
	Bestand am		Zugang		Summe aller Behandelten	Abgang		Bestand am	
	1. Jan.							31. Dezbr.	
	m.	w.	m.	w.		m.	w.	m.	w.
1. Erkrankungen der Augenlider . . .	31	24	560	424	1 039	583	437	8	11
2. Erkrankungen der Tränenorgane .	22	20	437	814	1 293	449	820	10	14
3. Erkrankungen der Orbitalgebilde .	4	5	42	27	78	44	30	2	2
4. Trachom	95	81	836	729	1 741	900	798	31	12
5. Andere Erkrankungen der Bindehaut	54	39	852	567	1 512	891	592	15	14
6. Erkrankungen der Hornhaut	235	209	3 621	3 046	7 111	3 699	3 111	157	144
7. Erkrankungen der Iris	49	32	684	523	1 288	702	539	31	16
8. Erkrankungen der Chorioidea und des Ziliarkörpers	19	5	194	142	360	204	139	9	8
9. Glaukom	21	21	511	555	1 108	521	563	11	13
10. Erkrankungen der Netina und des Sehnerven . .	65	26	842	528	1 461	871	539	36	15
11. Erkrankungen des Linsensystems . .	65	61	2 097	2 034	4 257	2 122	2 062	40	33
12. Erkrankungen des Glaskörpers . .	7	3	80	54	144	83	55	4	2
13. Erkrankungen der Augenmuskeln .	36	10	773	678	1 497	800	685	9	3
14. Neubildungen des Augapfels	4	6	131	114	255	131	118	4	2
15. Verletzungen des Augapfels	207	30	3 670	501	4 408	3 703	506	174	25
16. Refraktions- und Akkommodationsanomalien . . .	3	6	66	71	146	69	77	—	—
17. Sonstige Augenkrankheiten . . .	14	11	361	337	723	358	331	17	17
Summe . . .	931	589	15 757	11 144	28 421	16 130	11 402	558	331

Die neuen Konkurse in Preußen 1915¹⁾. — Die neuen Konkurse, d. h. nach der Reichsstatistik die Konkursverfahren bis zum Beschluß über die Eröffnung, umfassen an sich die eröffneten Verfahren, ferner die mangels hinreichender Masse abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung und schließlich die anderweit (z. B. durch Verjagung der Zulassung des Antrags gemäß § 105 der Konkursordnung vom 17. Mai 1898 oder durch Zurücknahme des Antrags) erledigten Konkursanträge. Diese anderweit erledigten Anträge werden aber vom 1. Januar 1913 ab nicht mehr ermittelt.

¹⁾ Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 25. Jahrgang, 1916, drittes Heft S. 54 ff.

In der nachfolgenden Zusammenstellung sei ein allgemeiner Überblick über die neuen Konkurse im Berichtsjahr und einigen vorhergehenden Vergleichsjahren für Preußen gegeben. In Preußen wurden gezählt

im (Kalender-) Jahre	neue Konkurse	eröffnete Konkursverfahren		davon wegen Mangelmangels abgelehnte Konkursanträge	
		überhaupt	v. H. aller	überhaupt	v. H. aller
1915 . . .	3 373	2 533	75,1	840	24,9
1914 . . .	5 794	4 383	75,6	1 411	24,4
1913 . . .	7 082	5 413	76,4	1 669	23,6
1912 . . .	6 863	5 207	75,9	1 656	24,1
1911 . . .	6 090	4 819	79,1	1 271	20,9
1910 . . .	5 857	4 581	78,2	1 276	21,8

Bemerkenswerterweise hat die Gesamtzahl der neuen Konkurse wie auch die ihrer beiden Unterarten in dem bereits 5 Kriegsmonte aufweisenden Jahre 1914 und ganz besonders im abschließlichen Kriegsjahr 1915 abgenommen, während von 1910 bis 1913 im allgemeinen eine Zunahme zu beobachten war. Jene Abnahme belief sich von 1913 auf 1914 für die eröffneten Konkursverfahren auf 19,0 v. H., für die wegen Mangelmangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung auf 15,5 v. H., für beide zusammen auf 18,2 v. H.; für die Zeit von 1914 auf 1915 bezifferte sie sich in der gleichen Reihenfolge auf 42,2 bzw. 40,5 und 41,8 v. H. Wie weit dieser allgemeine Rückgang der Zahl der neuen Konkurse gerade während des Krieges auf die am 8. August 1914 vom Bundesrat erlassene Bekanntmachung, betreffend die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, zurückzuführen ist, wie weit auf andere Erscheinungen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Jedenfalls zeigen die eben angeführten Ziffern ebenso wie der von 1913 auf 1914 und weiter von 1914 auf 1915 zunehmende Verhältnisanteil der mangels hinreichender Masse abgelehnten Konkursanträge an der Gesamtzahl der neuen Konkurse, daß ungünstige wirtschaftliche Kriegswirkungen nicht ganz ausgeblieben sind. Die entsprechenden Verhältnisanteile der wegen Mangelmangels abgelehnten Konkursanträge für das Reich waren in den Jahren 1915 30,0, 1914 25,1, 1913 23,4, 1912 23,9, 1911 21,8 und 1910 22,2 v. H. Sie sind demnach im Berichtsjahr für Preußen günstiger als im Reich überhaupt und auch im Vorjahr in Preußen etwas geringer. In den Jahren 1913 und 1912 war das Reich etwas besser, in den Jahren 1911 und 1910 hingegen etwas schlechter gestellt.

Wie sich im Berichtsjahr die neuen Konkurse auf die einzelnen preußischen Provinzen verteilen, geht aus der nachstehenden Übersicht hervor. Gezählt wurden im Jahre 1915

in der Provinz	neue Konkurse		davon	
	überhaupt	v. H. aller	eröffnete Konkursverfahren	mangels hinreichender Masse abgelehnte Anträge auf Konkursöffnung
Ostpreußen	116	3,4	109	7
Westpreußen	131	3,9	116	15
Stadtkreis Berlin	365	10,8	165	200
Brandenburg	471	14,0	269	202
Pommern	104	3,1	79	25
Posen	273	8,1	248	25
Schlesien	429	12,7	362	67
Sachsen	225	6,7	178	47
Schleswig-Holstein	185	5,5	158	27
Hannover	231	6,8	182	49
Westfalen	268	7,9	222	46
Hessen-Nassau	149	4,4	119	30
Rheinprovinz	424	12,6	324	100
Hohenzollernsche Lande .	2	0,1	2	—
im Staate . . .	3 373	100	2 533	840

Die meisten Konkurse betrafen demnach die industriell und kommerziell regsamsten Landesteile Preußens, nämlich Berlin, Brandenburg, Schlesien und die Rheinprovinz. In diesen Gebieten wurde allein mehr als die Hälfte (50,1 v. H.) sämtlicher neuen Konkurse ermittelt. Umgekehrt zeigen die mehr zum Landwirtschafts- und Handwerksbetrieb hinneigenden Gegenden eine geringere Beteiligung an der Gesamtzahl der Konkurse. Die wegen Mangelmangels abgelehnten Konkursanträge, also die schwersten wirtschaftlichen Zusammenbrüche unter den Konkursen, spielten

wieder in Berlin und der Provinz Brandenburg unter der jedesmaligen Gesamtheit der neuen Konkurse mit 54,8 (Berlin) und 42,9 v. H. (Brandenburg) eine besonders große Rolle. Alle übrigen Landesteile hielten sich unter dem bezüglichen Durchschnittssatz des Staates von 24,9 v. H. auch die sonst ebenso wie Berlin und die Provinz Brandenburg mit hohen Anteilen an der Gesamtheit der Konkurse hervortretenden Provinzen Schlesien und Rheinland.

Von nicht geringer Bedeutung ist schließlich die Verteilung der Konkurse auf die verschiedenen Arten der sogenannten Gemeinschuldner. Die Zählungen ergaben im Berichtsjahr für Preußen:

bei	neue Konkurse		eröffnete Konkursverfahren	davon mangels hinreichender Masse abgelehnte Anträge auf Konkursöffnung
	überhaupt	v. H. aller		
natürlichen Personen . .	1 360	40,3	1 106	254
Nachlässe	1 112	33,0	675	437
Einzelfirmen	467	13,8	436	31
offenen Handelsgesellschaften	142	4,2	126	16
Kommanditgesellschaften	8	0,2	8	—
Aktiengesellschaften ¹⁾	18	0,5	13	5
Gesellschaften m. b. Haftung bergbaulichen Gewerkschaft	229	6,8	134	95
anderen Gesellschaften ²⁾	—	—	—	—
eingetragenen Genossenschaften	31	0,9	30	1
and. Gemeinschuldner ³⁾	6	0,2	5	1
zusammen	3 373	100	2 533	840

Mehr als zwei Fünftel aller neuen Konkurse entfallen somit allein auf natürliche Personen, fast ein Drittel auf Nachlässe — d. i. die Fälle, in denen nach dem Tode einer Person der Konkurs über ihren Nachlaß beantragt wird — und fast ein Siebentel auf Einzelfirmen. Diese drei Arten von Gemeinschuldnern waren demnach zusammen mit nicht weniger als 87,1 v. H. an der Gesamtzahl der Konkurse beteiligt. Demgegenüber tritt der Anteil der Gesellschaften (11,8 v. H.) und vollends der der Genossenschaften und anderen Gemeinschuldner stark in den Hintergrund. Fragt man zum Schluß auch bei den verschiedenen Arten der Gemeinschuldner nach der Belastung ihrer jedesmaligen Konkurs-Gesamtzahl durch jene besonders schweren wirtschaftlichen Zusammenbrüche, bei denen nicht einmal die Kosten für das Gericht und den Konkursverwalter gedeckt werden konnten und bei denen sämtliche bevorrechtigten und nichtbevorrechtigten Gläubiger leer ausgingen, so ergibt sich für 1915 folgendes Bild:

Während diese Belastung im Staatsdurchschnitt 24,9 v. H. sämtlicher neuen Konkurse ausmachte, ging sie bei den Gesellschaften m. b. H. mit 41,8 und bei den Nachlässen mit 39,3 v. H. sehr beträchtlich, bei den nur mit einer sehr geringen Konkurs-Gesamtzahl vertretenen Aktiengesellschaften (einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien) mit 27,8 v. H. nicht besonders erheblich über den genannten Staatsdurchschnitt hinaus. Bei den übrigen „überhaupt“ Konkurse aufweisenden Arten von Gemeinschuldnern war dieser Verhältnisanteil geringer als im Gesamtdurchschnitt, und zwar belief er sich im einzelnen bei den eingetragenen Genossenschaften auf 3,2, bei den Einzelfirmen auf 6,6, bei den offenen Handelsgesellschaften auf 11,3, bei den „anderen“ Gemeinschuldnern auf 16,7 und bei den natürlichen Personen auf 18,7 v. H., während bei den ohnehin schwach vertretenen Kommanditgesellschaften überhaupt keine Fälle der Ablehnung wegen Wassermangels vorlagen.

In einem weiteren Artikel werden die beendeten Konkursverfahren, d. i. die Verfahren bis zur Aufhebung oder Einstellung, die außer den für die neuen Konkurse aufgeworfenen Fragen Aufschluß über die Art der Beendigung und das finanzielle Ergebnis der Verfahren bieten, besonders berücksichtigt werden.

¹⁾ einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien. — ²⁾ z. B. Kolonialgesellschaften nach dem Schutzgebietsgesetze. — ³⁾ z. B. Vereinen.

Belgiens Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern Ende 1913. — Am 31. Dezember 1913 waren in Belgien auf Grund der fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen¹⁾ die folgenden 41 Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern vorhanden:

1. Antwerpen	313 833	22. Etterbeek	35 208
2. Brüssel	173 371	23. Namur	32 438
3. Lüttich	172 645	24. Saint-Josse-ten-Loode	32 359
4. Gent	169 473	25. Verchem	32 257
5. Schaerbeek	94 176	26. Uccle	30 561
6. Ixelles	83 761	27. Charleroi	29 481
7. Molenbeek-Saint-Jean	77 043	28. Forest	29 110
8. Anderlecht	69 409	29. Jumet	28 279
9. Saint-Gilles	67 437	30. Mons	27 524
10. Mecheln	60 045	31. Lier	26 243
11. Brügge	53 595	32. Roulers	26 201
12. Borgerhout	52 126	33. Gilly	24 699
13. Berviers	46 046	34. Turnhout	24 506
14. Dñende	43 196	35. Verviers	23 533
15. Löwen	42 490	36. Seraing	23 309
16. Seraing	41 058	37. Mouscron	23 266
17. Laeken	39 854	38. Montignies-sur-Sambre	23 206
18. Tournai (Doornik) . .	37 386	39. Renaix	22 936
19. Kortrijk (Courtrai) .	36 336	40. La Louvière	22 507
20. Aalst	36 101	41. Marchienne-au-Pont .	22 105
21. Saint-Nicolas	35 232		

In diesen 41 Gemeinden befanden sich zusammen 2 284 341 Bewohner, während sich die gesamte belgische Bevölkerung von 7 638 757 Einwohnern auf 2 633 Gemeinden verteilte.

Die Orte mit über 20 000 Einwohnern enthielten mithin 29,90 v. H. aller Einwohner; ihr Anteil an der Gesamtheit der Gemeinden machte 1,56 v. H. aus.

Sucht man nach einem Vergleich mit einem deutschen Landesteil, so liegt es nahe, die benachbarte Rheinprovinz heranzuziehen, die gleich Belgien neben einer reich entwickelten Industrie große vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete aufweist. Auch die Einwohnerzahl dieser preussischen Provinz erreicht mit 7 121 140 (nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910) fast die Belgiens (7 423 784 nach der Volkszählung vom 30. Dezember 1910); ebenso bleibt ihre Fläche hinter dem belgischen Königreich (29 451 qkm) nur um 2 451 qkm, also noch nicht ein Zehntel, zurück.

In der Rheinprovinz entfielen nach der Volkszählung von 1910 von insgesamt 3 237 Gemeinden 43 oder 1,33 v. H. auf die Ortschaften mit über 20 000 Bewohnern; diese enthielten zusammen 3 609 734 oder 50,69 v. H. der gesamten Bevölkerung, also verhältnismäßig weit mehr als im belgischen Staate.

Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist in Belgien annähernd ebenso groß wie in den Rheinlanden. Während diese nämlich auf 27 000 qkm eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 264 Bewohnern besaßen, kommen in Belgien auf 1 Quadratkilometer durchschnittlich 259 Einwohner.

Bewegung der Sicherungs- und reinen Hypotheken in Preußen 1913 und 1914²⁾.

Für das Rechnungsjahr 1913 sind in Preußen zum ersten Male aus dem Gesamtbetrage der eingetragenen und gelöschten Hypotheken die darin enthaltenen Sicherungshypotheken ausgesondert worden, bei denen es sich lediglich um eine bedingte Belastung des Grundbesitzes handelt, bedingt nämlich durch die zu sichernde Forderung, nach der sich das Recht des Gläubigers aus der Hypothek bestimmt, deren Bestehen also vom Gläubiger bei der Geltendmachung seines Anspruchs, ohne daß er sich dabei auf die Eintragung berufen kann, nachzuweisen ist; namentlich gehört hierher auch die sog. Höchstbetragshypothek (§ 1190 B.G.B.). Mit Rücksicht auf jene „Bedingtheit“, derzufolge der Betrag der Sicherungshypothek

¹⁾ Relevé officiel du chiffre de la population du Royaume à la date du 31. décembre 1913. Bruxelles 1914. Extrait du Moniteur belge du 27. mai 1914. — ²⁾ Vergl. Seite 10 der „Statistischen Korrespondenz“ im Jahrgang 1917.

mit der Höhe der zu sichernden Forderung nicht übereinzustimmen, eine solche überhaupt nicht zu bestehen braucht, stellte sich die Kennzeichnung der Sicherungshypotheken und deren Scheidung von den übrigen, den „reinen“ Hypotheken als Bedürfnis heraus. Ausweislich der Unterlagen der preussischen Hypothekenbewegungs-Statistik ist zudem die Bestellung von Sicherungshypotheken im letzten Jahrzehnte immer mehr gebräuchlich geworden, insbesondere auch für kaufmännische, früher mehr Gegenstand des persönlichen oder Geschäftskredits bildende Zwecke (Sicherung laufender Bank- und Geschäftskonten usw.).

Insgesamt wurden in Preußen

		eingetragen		gelöst		mehr eingetragen als gelöst	
im Jahre	Milli- onen <i>M</i>	v. H. aller Hypotheken- Ein- tragungen	Milli- onen <i>M</i>	v. H. aller Hypotheken- Löschungen	Milli- onen <i>M</i>	v. H. des gesamten Hypotheken- Eintragungs- überschusses	
a) Sicherungshypotheken:							
in den städti- schen Be- zirken	1913	361,20	16,8	188,51	13,1	172,69	24,5
	1914	233,04	16,1	122,71	12,3	110,33	24,4
	b) reine Hypotheken:						
	1913	1 784,68	83,2	1 252,21	86,9	532,42	75,5
1914	1 213,17	83,9	872,10	87,7	341,07	75,6	
a) Sicherungshypotheken:							
in den länd- lichen Be- zirken	1913	296,88	18,4	114,24	13,8	182,64	23,2
	1914	186,82	19,5	83,81	16,1	103,01	23,7
	b) reine Hypotheken:						
	1913	1 318,73	81,6	714,03	86,2	604,70	76,8
1914	769,40	80,5	438,35	83,9	331,05	76,3	
a) Sicherungshypotheken:							
ins- ge- samt	1913	658,08	17,5	302,75	13,3	355,33	23,8
	1914	419,86	17,5	206,52	13,6	213,34	24,1
	b) reine Hypotheken:						
	1913	3 103,36	82,5	1 966,24	86,7	1 137,12	76,2
1914	1 982,87	82,5	1 310,45	86,4	672,42	75,9	

Es wurden

in der Berufs- gruppe	eingetragen		gelöst		mehr eingetragen als gelöst		eingetragen		gelöst		mehr eingetragen als gelöst		
	Millionen	v. H. aller Eintra- gungen	Millionen	v. H. aller Lösch- ungen	Millionen	v. H. des gesamten Eintra- gungs- überschusses	Millionen	v. H. aller Eintra- gungen	Millionen	v. H. aller Lösch- ungen	Millionen	v. H. des gesamten Eintra- gungs- überschusses	
	M		M		M		M		M		M		
a) Sicherungshypotheken													
in den städtischen Bezirken:													
Land- und Forstwirtschaft	1913	16,50	20,7	7,43	15,2	9,07	29,5	63,07	79,3	41,40	84,8	21,67	70,5
	1914	6,03	15,6	3,93	12,5	3,00	23,2	37,52	84,4	27,58	87,5	9,94	76,8
Handel und Gewerbe	1913	299,01	18,4	148,48	14,2	150,52	26,0	1 323,31	81,6	894,42	85,8	428,89	74,0
	1914	192,04	17,6	101,12	13,7	90,92	25,7	897,84	82,4	634,88	86,3	262,96	74,3
sonstige Berufe	1913	45,70	10,3	32,60	9,3	13,10	13,8	398,24	89,7	316,39	90,7	81,85	86,2
	1914	34,07	10,9	17,66	7,8	16,41	19,3	278,11	89,1	209,65	92,2	68,46	80,7
in den ländlichen Bezirken:													
Land- und Forstwirtschaft	1913	187,13	17,3	71,59	13,2	115,54	21,4	895,16	82,7	471,42	86,8	423,74	78,6
	1914	106,47	17,7	53,53	15,6	52,94	20,4	495,72	82,3	288,99	84,4	206,73	79,6
Handel und Gewerbe	1913	90,21	22,8	34,92	16,3	55,29	30,5	304,82	77,2	178,73	83,7	126,09	69,5
	1914	64,44	24,3	25,80	19,1	38,64	29,8	200,59	75,7	109,56	80,9	91,03	70,2
sonstige Berufe	1913	19,54	14,1	7,73	10,8	11,81	17,7	118,75	85,9	63,87	89,2	54,88	82,3
	1914	15,90	17,9	4,48	10,1	11,42	25,5	73,09	82,1	39,80	89,9	33,29	74,5
zusammen:													
Land- und Forstwirtschaft	1913	203,63	17,5	79,02	13,4	124,61	21,9	958,23	82,5	512,82	86,6	445,41	78,1
	1914	113,41	17,5	57,46	15,4	55,95	20,5	533,24	82,5	316,57	84,6	216,67	79,5
Handel und Gewerbe	1913	389,21	19,3	183,40	14,6	205,81	27,1	1 628,13	80,7	1 073,15	85,4	554,98	72,9
	1914	256,48	18,9	126,93	14,6	129,55	26,8	1 098,43	81,1	744,44	85,4	353,99	73,2
sonstige Berufe	1913	65,24	11,2	40,32	9,6	24,92	15,4	516,99	88,8	380,27	90,4	136,72	84,6
	1914	49,98	12,5	22,14	8,2	27,84	21,5	351,19	87,5	249,44	91,8	101,75	78,5

beträgt über 1/4 ihres gesamten Zuwachses an hypothekarischer Belastung. Die reinen Hypotheken haben im Verhältnis 1913 am stärksten bei den Schuldnern aus sonstigen Berufen (Beamte, Rentiers, Rechtsanwälte usw.), im Jahre 1914 dagegen bei den landwirtschaftlichen Schuldnern zugenommen. Nach Hundertteilen berechnet hat aber 1914 die Sicherungshypothek bei den sonstigen Berufen eine erhöhte Bedeutung gewonnen.

Es zeigt sich also, daß die Sicherungshypotheken einen beträchtlichen Teil des Gesamtbetrages der Hypotheken ausmachen, und zwar sowohl bei den Eintragungen mit etwas mehr als einem Sechstel aller Hypotheken-Eintragungen wie bei den Löschungen mit annähernd einem Siebentel aller Hypotheken-Löschungen und noch mehr bei der buchmäßigen Mehrbelastung mit nahezu einem Viertel des gesamten Hypotheken-Eintragungsüberschusses; das gilt auch sowohl für die städtischen wie für die ländlichen Bezirke, wennschon die betreffenden Grundzahlen mehr (bei den Eintragungen und Löschungen) oder weniger (beim Eintragungsüberschusse) erheblich von einander abweichen.

Die Löschungen betragen Hundertteile der Eintragungen

im Jahre	bei den Sicherungshypotheken			bei den reinen Hypotheken		
	in den städtischen Bezirken	in den ländlichen Bezirken	zusammen	in den städtischen Bezirken	in den ländlichen Bezirken	zusammen
1913	52,2	38,5	46,0	70,2	54,1	63,4
1914	52,7	44,9	49,2	71,9	57,0	66,1

Hiernach sind bei den Sicherungshypotheken die Beträge der Löschungen im Verhältnis zu denen der Eintragungen überall erheblich geringer als bei den reinen Hypotheken, woraus sich ergibt, daß die Sicherungshypotheken im allgemeinen beständiger sind, d. h. seltener der Aufkündigung oder sonstiger Fälligkeit unterliegen, als die reinen Hypotheken.

Die nachfolgende Übersicht weist die Bewegung der Sicherungs- und reinen Hypotheken auch nach Berufsgruppen der Hypothekenschuldner geordnet nach.

Am stärksten machen hiernach die Handels- und Gewerbetreibenden von der Sicherungshypothek Gebrauch; auf sie entfielen nämlich in beiden Berichtsjahren allein rund drei Fünftel des gesamten Eintragungsüberschusses an solchen Hypotheken.

Auch der Anteil der Sicherungshypotheken an der gesamten Hypothekenvermehrung ist bei dieser Berufsgruppe am stärksten, er

Unterscheidet man auch zwischen den städtischen und ländlichen Bezirken, so ergeben sich einige Abweichungen von dem oben Gesagten; so zeigt im Stadtgebiete auch für 1914 der Eintragungsüberschuss an reinen Hypotheken bei den sonstigen Berufen die höchste Verhältniszahl usw.

Die Gemeindesteuern Preußens im Rechnungsjahre 1911. —

In der nebenstehenden Tabelle sind die im Rechnungsjahre 1911 in den Stadtkreisen, den kreisangehörigen Städten und Landgemeinden Preußens sowie die in diesen Gemeinden zusammen aufgetragenen Gemeindesteuern, nach ihren Arten getrennt, nachgewiesen. Die Gliederung der Steuerarten weicht von der in der amtlichen preussischen Statistik sonst üblichen ab. Während sich diese bei der Zuweisung der einzelnen Steuerarten zur Gruppe der direkten oder der indirekten Steuern nach der preussischen Steuergesetzgebung richtet, entspricht die Einteilung in unserer Tabelle im wesentlichen der vom kaiserlichen statistischen Amte bei seiner Jahresstatistik über die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten gewählten Gliederung der Steuerarten. Dadurch wird die Möglichkeit einer Vergleichung mit den entsprechenden Zahlen der anderen deutschen Bundesstaaten gegeben, was um so bedeutsamer erscheint, als seit dem Rechnungsjahre 1883/84 amtliche Zahlen über die Ertragsnisse der einzelnen Steuern für die Gesamtheit der preussischen Gemeinden nicht mehr vorgelegen haben.

Aus der Tabelle ergibt sich, daß vom gesamten Gemeindesteuereinkommen des Rechnungsjahres 1911 in Höhe von 897,73 Mill. M 821,76 Mill. M oder 91,54 v. H. durch direkte und 75,97 Mill. M oder 8,46 v. H. durch indirekte Steuern aufgebracht worden sind. Rund die Hälfte des gesamten Steuerbedarfs der Gemeinden (50,61 %) wurde durch die Einkommensteuer, vier Zehntel durch die Steuern vom Grundbesitz (29,09 %) und vom stehenden Gewerbe (10,81 %) erzielt, während sich das letzte Zehntel auf die übrigen Steuerarten verteilte. Am ergiebigsten war von diesen die Umsatzsteuer, deren Ertrag noch 3,91 % des gesamten Steuereinkommens ausmachte; dann folgten mit Anteilen von 1,26, 1,25 und 1,09 % die Bier- und Brauereien, die Wertzuwachssteuer und die Luftbarkeitssteuern. Sämtliche anderen Steuerarten ergaben noch nicht 1 Prozent des gesamten Steuerertrages der Gemeinden. Die Gesamtbelastung durch Gemeindesteuern in Preußen betrug 23,43 M auf 1 Einwohner. Davon entfielen 11,86 M auf die Einkommensteuer, 6,82 M auf die Grund- und Gebäudesteuer, 2,53 M auf die Gewerbesteuer, 21,45 M auf die gesamten direkten und 1,98 M auf die gesamten indirekten Steuern.

Auf die drei unterschiedenen Gemeindeklassen verteilen sich die Gemeindesteuern folgendermaßen:

vom Einkommen	auf		
	die Stadtkreise	die kreisangehörigen Städte	die Landgemeinden
der direkten Steuern	54,45	15,98	29,57
„ indirekten „	63,01	13,65	23,34
„ Steuern überhaupt	55,18	15,78	29,04

Während die auf 1 Einwohner entfallende Belastung durch Gemeindesteuern bei den Stadtkreisen fast 39 M ausmachte, blieb sie bei den kreisangehörigen Städten mit rund 22 M schon um etwas und bei den Landgemeinden mit rund 14 M sehr erheblich hinter der durchschnittlichen Kopfbelastung für sämtliche Gemeinden (23,43 M) zurück. Die Zahlen zeigen deutlich, wie stark der hohe Steuerertrag in den Stadtkreisen den durchschnittlichen Kopfbetrag für die Gesamtheit der Gemeinden erhöht hat und wie sehr es sich daher empfiehlt, die Stadtkreise von den übrigen Städten getrennt zu betrachten. — Bei den Stadtkreisen und bei den kreisangehörigen Städten machte der Einkommensteuerertrag mehr als die Hälfte des gesamten Steuereinkommens und über doppelt so viel als die Steuern vom Grundbesitz aus; bei den Landgemeinden blieb dagegen das Erträgnis der Grundbesitzsteuern erheblich weniger hinter dem finanziellen Ergebnisse der Einkommensteuer zurück, und die Summe der Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe übertraf bei den Landgemeinden sogar den Einkommensteuerertrag noch um etwas. Es entfielen nämlich v. H. der Gemeindesteuern

bei	auf		
	die Einkommensteuer	die Grund- und Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer
den Stadtkreisen	52,23	25,21	11,53
„ kreisangehör. Städten	54,41	25,82	11,79
„ Landgemeinden	45,45	38,23	8,88

Steuerarten.	Stadtkreise		Kreisangehörige Städte		Landgemeinden		Gemeinden überhaupt	
	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M	1 000 M	auf 1 Einw. M
i	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b
I. Direkte Steuern.								
1. Einkommensteuer	258 724	20,31	77 085	11,86	118 504	6,21	454 313	11,86
2. Grund- und Gebäudesteuer	124 863	9,80	36 574	5,63	99 678	5,28	261 116	6,82
3. Gewerbesteuer	57 136	4,48	16 709	2,57	23 158	1,21	97 004	2,53
4. Wanderlagersteuer	14	0,00	24	0,00	—	—	38	0,00
5. Warenhaussteuer	3 405	0,27	36	0,01	55	0,00	3 496	0,09
6. Betriebssteuer	1 921	0,15	721	0,11	1 543	0,08	4 184	0,11
7. Schankkonzessionssteuer	1 410	0,11	147	0,02	52	0,00	1 610	0,04
I. zusammen	447 473	35,12	131 296	20,20	242 990	12,74	821 761	21,45
II. Indirekte Steuern.								
1. Aufwandsteuern:								
a) Verbrauchsabgaben:								
1. Brau- (Bier-) Steuer	6 237	0,49	2 351	0,36	2 706	0,14	11 294	0,29
2. sonstige Getränkesteuern	405	0,03	123	0,02	116	0,01	644	0,02
3. andere Verbrauchsabgaben	202	0,02	24	0,00	17	0,00	243	0,01
a) zusammen	6 844	0,54	2 498	0,38	2 839	0,15	12 181	0,32
b) Andere Aufwandsteuern:								
1. Luftbarkeitssteuern	6 519	0,51	1 443	0,22	1 849	0,10	9 811	0,26
2. Hundsteuer	4 522	0,35	1 280	0,20	1 804	0,09	7 607	0,20
3. sonstige Aufwandsteuern	52	0,00	25	0,00	26	0,00	103	0,00
b) zusammen	11 093	0,87	2 748	0,42	3 679	0,19	17 521	0,46
1. zusammen	17 937	1,41	5 246	0,81	6 518	0,34	29 702	0,78
2. Verkehrssteuern:								
a) Wertzuwachssteuer	8 005	0,63	890	0,14	2 300	0,12	11 195	0,29
b) Umsatzsteuer	21 922	1,72	4 231	0,65	8 911	0,47	35 064	0,93
c) sonstige Verkehrssteuern	5	0,00	—	—	—	—	5	0,00
2. zusammen	29 932	2,35	5 121	0,79	11 211	0,59	46 264	1,21
3. Erbschaftsteuer	—	—	3	0,00	—	—	3	0,00
II. zusammen	47 869	3,76	10 372	1,60	17 728	0,93	75 969	1,98
Die Steuern überhaupt	495 343	38,88	141 668	21,80	260 718	13,67	897 730	23,43

Betreffs aller weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle verwiesen. Hier sei nur noch auf eine steuerliche Merkwürdigkeit aufmerksam gemacht, nämlich auf den nachgewiesenen Erbschaftsteuerbetrag von rund 3 000 M. Es handelt sich hierbei um das Einkommen auf Grund einer in der Stadt Rendsburg schon seit dem Jahre 1720 bestehenden Verordnung, deren Rechtsgültigkeit bezüglich der kommunalen Erbschaftbesteuerung solcher Personen, die nach dem Reichserbschaftsteuergesetz vom 3. Juni 1906 befreit sind, das D.V.G. durch E. vom 7. Dezember 1908 anerkannt hat. In diesem Zusammenhange sei noch erwähnt, daß die auch nach dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes bestehende Wohnungssteuer in Danzig mit ihrem Ertrage für die gewerblich benutzten Räume bei der Gewerbesteuer, für die übrigen Wohnungen dagegen bei der Einkommensteuer verrechnet worden ist, weil sie in Prozenten der staatlich veranlagten Beträge dieser Steuern zur Hebung kommt.

Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1915. — Mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin und des (einen selbständigen Kommunalverband bildenden) Kreises Herzogtum Lauenburg unterliegen sämtliche Stadt- und Landkreise der Provinzial- (Bezirks-) Besteuerung. Diese hat gemäß §§ 7 und 25 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906 staatlich veranlagte Beträge zur Grundlage, die für Stadt- und Landkreise nach demselben Stande und nach gleichen Grundsätzen festgestellt sind und ziemlich einwandfreie Vergleichszahlen für die aus dem Einkommen, Grundbesitz und Gewerbebetriebe in Gemeinden und Gutsbezirken fließenden Erträge, soweit sie zur Provinzialbesteuerung heran-

gezogen werden, darstellen. Bezieht man diesen staatlich veranlagten Sollbetrag der direkten Steuern der einzelnen Kreise auf ihre Bevölkerungszahl, so erhält man einen vergleichbaren Maßstab für deren Steuerkraft. Diese deckt sich jedoch noch nicht mit der in den Kreisen überhaupt vorhandenen Steuerkraft, weil die staatliche Veranlagung der Einkommensteuer und Realsteuern von der entsprechenden Veranlagung für Gemeindezwecke, auf die letzten Endes die Provinzialbesteuerung zurückgeht, vielfach abweicht. Aber auch untereinander sind die für die einzelnen Provinzen gewonnenen Ziffern nicht völlig vergleichbar. Denn es steht im Belieben der Provinzialverbände, ob sie die Einkommen von nicht mehr als 900 M zu den Provinzialsteuern heranziehen wollen oder nicht. Von dieser Befugnis macht nur ein Teil der Verbände Gebrauch. In West-

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände sowie der Stadt Berlin und des Herzogtums Lauenburg für das Rechnungsjahr 1915.

Kommunal-Verbände. a Stadtkreise, b Landkreise, c zusammen.	Einwohnerzahl nach der Personenzahl für das Steuerjahr 1915	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 des Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906 (in Berlin und dem Herzogtum Lauenburg nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen) nach dem Stande vom 1. Januar 1915 ermittelt worden ist, nämlich der					direkten Steuern zusammen (Sp. 3—7)	
		Einkommensteuer	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	Betriebssteuer	überhaupt	auf 1 Einw. M.
		M	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Provinzial-Verband von Ostpreußen . . .	a 368 345 b 1 546 249 c 1 914 594	3 218 579 3 406 814 6 625 393	12 606 2 385 815 2 398 421	1 491 335 1 411 020 2 902 355	543 045 426 161 969 206	29 522 84 353 113 875	5 295 087 7 714 163 13 009 250	14,38 4,99 6,79
Provinzial-Verband von Westpreußen . . .	a 363 329 b 1 355 070 c 1 718 399	2 656 891 3 606 477 6 263 368	9 270 1 767 072 1 776 342	1 145 295 1 338 132 2 483 427	424 021 399 893 823 914	27 081 74 407 101 488	4 262 558 7 185 981 11 448 539	11,73 5,30 6,66
Stadtkreis Berlin	a 1 935 188	46 670 566	3 538	16 505 329	9 195 153	289 065	72 663 651	37,15
Provinzial-Verband von Brandenburg . . .	a 1 510 255 b 2 763 142 c 4 273 397	27 887 772 25 112 973 53 000 745	40 486 3 516 545 3 557 031	9 503 176 7 212 511 16 715 687	2 425 984 2 454 029 4 880 013	140 211 249 194 389 405	39 997 629 38 545 252 78 542 881	26,48 13,95 18,38
Provinzial-Verband von Pommern	a 383 169 b 1 323 451 c 1 706 620	3 727 855 5 571 550 9 299 405	33 170 2 648 155 2 681 325	1 484 215 1 615 750 3 099 965	528 935 652 500 1 181 435	33 575 97 355 130 930	5 807 750 10 585 310 16 393 060	15,16 8,00 9,61
Provinzial-Verband von Posen	a 247 135 b 1 836 847 c 2 083 982	2 411 571 5 707 377 8 118 948	4 999 2 176 283 2 181 282	1 138 762 1 638 434 2 777 196	347 561 607 813 955 374	19 959 87 505 107 464	3 922 852 10 217 412 14 140 264	15,87 5,56 6,79
Provinzial-Verband von Schlesien	a 1 113 037 b 4 131 573 c 5 244 610	12 695 633 19 177 482 31 873 115	38 620 5 152 523 5 191 143	4 540 146 4 758 191 9 298 337	1 874 236 2 887 573 4 761 809	97 213 257 693 354 906	19 245 848 32 233 462 51 479 310	17,29 7,80 9,82
Provinzial-Verband von Sachsen	a 911 038 b 2 151 236 c 3 062 274	12 058 639 12 942 379 25 001 018	181 183 5 041 564 5 222 747	3 629 931 3 142 085 6 772 016	1 694 205 1 826 422 3 520 627	82 284 187 005 269 289	17 646 242 23 139 455 40 785 697	19,37 10,76 13,32
Provinzial-Verband von Schleswig-Holstein	a 554 748 b 1 060 532 c 1 615 280	6 121 133 6 418 621 12 539 754	15 007 3 258 367 3 273 374	2 409 236 2 148 084 4 557 320	949 690 797 480 1 747 170	45 813 110 959 156 802	9 540 879 12 733 541 22 274 420	17,20 12,01 13,79
Kreis Herzogtum Lauenburg und Lauenburgischer Kommunalverband	a — b 53 729 c 53 729	— 418 211 418 211	— 118 965 118 965	— 101 719 101 719	— 30 996 30 996	— 6 095 6 095	— 675 986 675 986	— 12,58 12,58
Provinzial-Verband von Hannover	a 754 300 b 2 246 176 c 3 000 476	10 825 222 11 324 757 22 149 979	43 437 4 551 917 4 595 354	3 280 430 3 084 229 6 364 659	1 591 890 1 580 705 3 172 595	72 282 202 946 275 228	15 813 261 20 744 554 36 557 815	20,96 9,24 12,18
Provinzial-Verband von Westfalen	a 1 305 430 b 3 215 264 c 4 520 694	14 537 628 19 746 670 34 284 298	83 492 2 674 025 2 757 517	3 935 684 4 858 547 8 794 231	2 302 400 3 089 487 5 391 887	85 230 206 861 292 091	20 944 434 30 575 590 51 520 024	16,04 9,51 11,40
Bez.-Verb. des Regierungsbez. Cassel . . .	a 206 025 b 829 602 c 1 035 627	3 314 693 4 174 993 7 489 686	12 461 1 326 331 1 338 792	952 213 1 093 257 2 045 470	504 033 474 008 978 041	17 930 64 205 82 135	4 801 330 7 132 794 11 934 124	23,30 8,60 11,52
Bez.-Verb. des Regierungsbez. Wiesbaden	a 559 634 b 716 252 c 1 275 886	16 597 507 4 886 652 21 484 159	44 263 676 886 721 149	4 488 229 1 281 308 5 769 537	1 966 403 632 648 2 599 051	65 101 69 401 134 502	23 161 503 7 546 895 30 708 398	41,39 10,54 24,07
Provinzial-Verband der Rheinprovinz . . .	a 3 313 864 b 4 208 852 c 7 522 716	49 766 597 27 721 455 77 488 052	207 880 4 446 311 4 654 191	14 010 292 6 796 526 20 806 818	6 979 512 4 185 840 11 165 352	244 192 353 376 597 568	71 208 473 43 503 508 114 711 981	21,49 10,34 15,25
Ld.-Kom.-Verb. d. Hohenzollernschen Lande	a — b 72 609 c 72 609	— 354 603 354 603	— 114 472 114 472	— 41 806 41 806	— 65 893 65 893	— — —	— 576 774 576 774	— 7,94 7,94
zusammen 1915	a 13 525 497 b 27 510 584 c 41 036 081	212 490 286 150 571 014 363 061 300	730 412 39 855 231 40 585 643	68 514 273 40 521 599 109 035 872	31 327 068 20 111 448 51 438 516	1 249 458 2 051 385 3 300 843	314 311 497 253 110 677 567 422 174	23,24 9,20 13,83

preußen, Brandenburg, Posen, Sachsen, den Hohenzollernischen Landen und in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden begann die Heranziehung im Rechnungsjahre 1915 bei einem Einkommen von 421 *M.*, in Pommern bei einem solchen von 300 *M.*, während in den übrigen Landesteilen die Einkommen von nicht mehr als 900 *M.* gänzlich steuerfrei blieben. Das auf diese kleinen Einkommen entfallende Soll läßt sich nicht bei allen in Betracht kommenden Kommunalverbänden ausscheiden; doch handelt es sich um verhältnismäßig so geringe Beträge, daß dadurch die Vergleichbarkeit nur unwesentlich beeinträchtigt wird. Bei keinem der Verbände, die die Trennung der kleineren Einkommen von denen über 900 *M.* vornehmen konnten, machte das Soll der ersteren im Rechnungsjahre 1915 eine halbe Mark auf den Kopf aus, in Pommern, wo die Besteuerung schon bei 300 *M.* begann, bloß 8 Pf. Um die Steuerkraft für das ganze Staatsgebiet zu erhalten, ist der Summe des der Provinzialbesteuerung für das Rechnungsjahr 1915 zugrunde liegenden Solls der direkten Steuern, ihres i. g. Prinzipalsteuerolls, noch das entsprechende Prinzipalsteueroll des Kreises Herzogtum Lauenburg und des Stadtkreises Berlin hinzugezählt worden, wobei allerdings in Kauf genommen werden mußte, daß das Soll von Berlin nur nach dem Stande vom 31. März 1915 angegeben werden konnte.

Die vorstehende Tabelle weist nun das Prinzipaloll der direkten Steuern nach, wie es in den Stadt- und Landkreisen, abgesehen von Berlin und dem Herzogtum Lauenburg, für die Provinzial- (Bezirks-) Steuern, in Lauenburg für die Kreissteuern nach dem Stande vom 1. Januar 1915 und in Berlin für die Gemeindesteuern nach dem Stande vom 31. März 1915 festgestellt worden ist. Die Angaben sind dem Statistischen Landesamte von den Kommunalverbänden mitgeteilt worden und erscheinen demnach in der gleichen Zusammenfassung wie in der Tabelle, zusammen mit den entsprechenden Angaben für den Stand vom 1. Januar 1914, im 14. Jahrgange des „Statistischen Jahrbuchs für den Preussischen Staat.“ Eine entsprechende kreisweise Nachweisung wird den Gegenstand eines Aufsatze in der „Zeitschrift des Statistischen Landesamts“ bilden.

Aus der Tabelle ergibt sich, daß vom gesamten Prinzipaloll der direkten Steuern im Betrage von 567,42 Mill. *M.* 314,31 Mill. *M.* oder 55,39 % auf die Stadtkreise und 253,11 Mill. *M.* oder 44,61 % auf die Landkreise entfielen. Die Stadt- und Landkreise der einzelnen Provinzen zeigten folgende Beteiligung am Gesamtoll:

Staat	in		auf	
	die Stadtkreise über- haupt	v. H.	die Landkreise über- haupt	v. H.
	Mill. <i>M.</i>		Mill. <i>M.</i>	
der Provinz Ostpreußen	5,30	0,93	7,71	1,36
„ „ Westpreußen	4,26	0,75	7,19	1,27
dem Stadtkreise Berlin	72,66	12,81	—	—
der Provinz Brandenburg	40,00	7,05	33,55	6,79
„ „ Pommern	5,81	1,02	10,39	1,87
„ „ Posen	3,92	0,69	10,22	1,80
„ „ Schlesien	19,25	3,39	32,23	5,69
„ „ Sachsen	17,65	3,11	23,14	4,08
„ „ Schleswig-Holstein einschl. des Herzogtums Lauenburg	9,54	1,68	13,41	2,36
„ Provinz Hannover	15,81	2,79	20,74	3,66
„ „ Westfalen	20,94	3,69	30,58	5,39
„ „ Hessen-Nassau	27,96	4,93	14,68	2,59
„ Rheinprovinz	71,21	12,55	43,50	7,67
den Hohenzollernischen Landen	—	—	0,58	0,10

Auf 1 Einwohner machte das Prinzipaloll der direkten Steuern im ganzen Staate 13,83 *M.* aus, bei den Stadtkreisen allein 23,24 und bei den Landkreisen 9,20 *M.* Die beiden ersten, verhältnismäßig hohen Durchschnittsbeträge wurden nur in wenigen Landesteilen erreicht oder übertroffen, bei den Gemeinden überhaupt von Berlin mit 37,55 *M.*, vom Regierungsbezirk Wiesbaden mit 24,07 *M.*, von der Provinz Brandenburg mit 18,38 und von der Rheinprovinz

mit 15,25 *M.* In diesen hohen Kopfbeträgen kommt der beherrschende Einfluß des Steuerolls der reichen Großstädte dieser Landesteile zum Ausdruck. Bei den Stadtkreisen stehen dieselben Landesteile mit ihren Kopfbeträgen obenan, nur erreicht hier die Rheinprovinz nicht ganz den namentlich durch das Steueroll von Berlin so hoch getriebenen durchschnittlichen Kopfbetrag der Stadtkreise des ganzen Staatsgebietes. Bei den Landkreisen kommen den staatlichen Durchschnittsbetrag so außergewöhnlich beeinflussende Verhältnisse nicht in Betracht, daher stand er mit 9,20 *M.* ziemlich in der Mitte zwischen dem höchsten und niedrigsten vorkommenden Kopfbetrage von 13,25 *M.* in Brandenburg und 4,99 *M.* in Ostpreußen. In der letztgenannten Provinz sowie in Westpreußen und Posen war die Steuerkraft von Stadt- und Landkreisen zusammen am geringsten, ebenso die ihrer Landkreise allein, während die Stadtkreise der Provinz Pommern immerhin noch einen niedrigeren Kopfbetrag als die posenschen Stadtkreise aufwiesen. Sehr günstig schneidet außer Berlin auch die Provinz Brandenburg ab, deren Kopfbeträge in Stadt- und Landkreisen eine bemerkenswerte Höhe erreichen. Auch in Sachsen, Schleswig-Holstein, dem Herzogtum Lauenburg, dem Regierungsbezirk Wiesbaden und in der Rheinprovinz ist die Steuerkraft in Stadt und Land eine erfreulich hohe.

Wie sich das Prinzipaloll der direkten Steuern auf die einzelnen Steuerarten verteilt, wird im folgenden Artikel besprochen.

Das den Provinzialsteuern für das Rechnungsjahr 1915 zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in seiner Verteilung auf die einzelnen Steuerarten.

— Im vorangehenden Artikel ist das den Provinzial- (Bezirks-) Steuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1915 in seiner Verteilung auf Stadt- und Landkreise nachgewiesen worden. Ergänzend zu den dort angegebenen Grundzahlen, zeigt die nachstehende Tabelle das Prinzipaloll der direkten Steuern in seiner prozentalen Verteilung auf die einzelnen Steuerarten sowie die Anteile der Stadt- und Landkreise in den einzelnen Landesteilen am Hundert der Gesamtbevölkerung, wie sie nach der Personenaufnahme für das Steuerjahr 1915 festgestellt worden ist. Da ergibt sich, daß bei den Stadtkreisen in sämtlichen Landesteilen das Soll der Einkommensteuer mindestens $\frac{3}{4}$ des Solls aller direkten Steuern ausmachte, während es in den Landkreisen, mit Ausnahme der Provinz Ostpreußen, auch wenigstens die Hälfte des Gesamtsteuerolls betrug. Während der Ertrag der Grundsteuer in den Stadtkreisen naturgemäß von ganz geringer Bedeutung war und, abgesehen von Sachsen, noch hinter dem veranlagten Betrage der Betriebssteuer zurückblieb, spielte das Prinzipaloll der Grundsteuer in den Landkreisen der Provinzen Posen, Sachsen, Hannover, Westpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Ostpreußen eine erhebliche Rolle; in den vier erstgenannten Landesteilen machte ihr Soll mehr als $\frac{1}{2}$, in den drei letztgenannten mehr als $\frac{1}{4}$ des gesamten Solls der direkten Steuern aus. Während derollertrag der Gebäudesteuer in den Landkreisen nirgends den fünften Teil, in Hannover (14,87), Schlesien (14,76) und Sachsen (13,58) noch nicht 15 und in den Hohenzollernischen Landen (7,25 %) noch nicht 10 v. H. des Prinzipalolls aller direkten Steuern erreichte, blieb er bei den Stadtkreisen Westfalens, Hessen-Nassaus und der Rheinprovinz um ein Geringes hinter einem Fünftel des Gesamtsteuerolls zurück und erzielte bei den posenschen Stadtkreisen einen Höchstfuß von 29,03 %. Die Gewerbesteuern ergaben in den Stadtkreisen Ostpreußens, Hannovers, Westfalens und des Regierungsbezirks Cassel ein Prinzipaloll, das noch etwas über ein Zehntel, bei Berlin schon 12,65 % seines Gesamtbetrages ausmachte; bei den übrigen Landesteilen schwankte der entsprechende Anteil der Stadtkreise zwischen 9,95 und 6,07 % in Westpreußen und Schleswig-Holstein einerseits und in Brandenburg anderseits. In zwei Provinzen erreichten die Gewerbesteuern auch bei den Landkreisen einen Anteil von mindestens 10 v. H. des gesamten Prinzipalsteuerolls,

nämlich in Westfalen 10,10 und in den Hohenzollernschen Landen 11,42 v. H.; in den übrigen Landesteilen schwankte der Prozentsatz bei den Landkreisen zwischen 9,62 (Rheinprovinz) und 4,39 (Herzogtum Lauenburg).

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände sowie der Stadt Berlin und des Herzogtums Lauenburg für das Rechnungsjahr 1915 in seiner Verteilung auf die einzelnen Steuerarten.

Kommunal-Verbände.	B. H. der Einwohnerzahl des ganzen Staatsgebietes	B. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern entfielen bei den Stadtkreisen, den Landkreisen und den Kreisen überhaupt in den einzelnen Landesteilen auf die				
		Ein- kommen- steuer	Grund- steuer	Ge- bäude- steuer	Ge- werbe- steuer	Be- trieb- steuer
a Stadtkreise, b Landkreise, c zusammen.						
1	2	3	4	5	6	7
Prov.-Verband von Ostpreußen	a 0,90 b 3,77 c 4,67	60,78 44,16 50,93	0,24 30,93 18,44	28,16 18,29 22,31	10,26 5,52 7,45	0,56 1,09 0,88
Prov.-Verband von Westpreußen	a 0,89 b 3,30 c 4,19	62,33 50,17 54,70	0,22 24,59 15,32	26,87 18,62 21,69	9,95 5,58 7,21	0,64 1,04 0,89
Stadtkreis Berlin	a 4,72	64,23	0,001	22,71	12,65	0,40
Prov.-Verband von Brandenburg	a 3,68 b 6,73 c 10,41	69,72 65,15 67,48	0,10 9,12 4,33	23,76 18,71 21,28	6,07 6,37 6,21	0,35 0,63 0,50
Prov.-Verband von Pommern	a 0,93 b 3,23 c 4,16	64,19 52,63 56,73	0,57 25,02 16,36	25,56 15,26 18,91	9,11 6,16 7,21	0,58 0,92 0,90
Prov.-Verband von Posen	a 0,60 b 4,18 c 5,08	61,47 55,86 57,42	0,13 21,30 15,43	29,03 16,04 19,61	8,96 5,95 6,76	0,51 0,86 0,76
Prov.-Verband von Schlesien	a 2,71 b 10,07 c 12,78	65,97 59,50 61,91	0,20 15,99 10,08	23,59 14,76 18,06	9,74 8,96 9,25	0,51 0,80 0,69
Prov.-Verband von Sachsen	a 2,22 b 5,24 c 7,46	68,34 55,93 61,30	1,03 21,79 12,81	20,57 13,58 16,60	9,60 7,89 8,63	0,47 0,81 0,66
Prov.-Verband von Schleswig-Holstein	a 1,35 b 2,56 c 3,94	64,16 50,41 56,30	0,16 25,59 14,70	25,25 16,87 20,46	9,95 6,26 7,84	0,18 0,37 0,70
Kr. Herzogtum Lauen- burg u. Lauenburg. Kommunalverband	a — b 0,13 c 0,13	— 61,87 61,87	— 17,60 17,60	— 15,05 15,05	— 4,59 4,59	— 0,90 0,90
Prov.-Verband von Hannover	a 1,84 b 5,47 c 7,31	68,46 54,59 60,59	0,27 21,94 12,57	20,74 14,87 17,41	10,07 7,62 8,68	0,46 0,98 0,75
Prov.-Verband von Westfalen	a 3,18 b 7,84 c 11,02	69,41 64,58 66,55	0,40 8,75 5,35	18,79 15,89 17,07	10,99 10,10 10,47	0,41 0,68 0,57
Bez.-Verb. d. Regbez. Cassel	a 0,50 b 2,02 c 2,52	69,04 58,53 62,76	0,26 18,59 11,22	19,83 15,33 17,14	10,50 6,65 8,20	0,37 0,90 0,69
Bez.-Verb. d. Regbez. Wiesbaden	a 1,36 b 1,75 c 3,11	71,66 64,75 69,96	0,19 8,97 2,35	19,38 16,98 18,79	8,49 8,38 8,46	0,28 0,92 0,44
Prov.-Verband der Rheinprovinz	a 8,08 b 10,26 c 18,33	69,89 63,72 67,55	0,29 10,22 4,06	19,68 15,62 18,14	9,80 9,62 9,73	0,34 0,81 0,52
Ld.-Komm.-Verb. der Hohenzollernsch. Ld.	a — b 0,18 c 0,18	— 61,48 61,48	— 19,85 19,85	— 7,25 7,25	— 11,42 11,42	— — —
zusammen 1915	a 32,96 b 67,04 c 100,00	67,61 59,49 63,98	0,23 15,75 7,15	21,80 16,01 19,22	9,97 7,95 9,07	0,40 0,81 0,58

Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1908, 1914 und 1915. — In dem Artikel auf Seite 25* ist das staatlich veranlagte Soll der direkten Steuern nachgewiesen worden, wie es im Stadtkreis Berlin für die Gemeindesteuern, im Kreise Herzogtum Lauenburg für

die Kreissteuern, in den übrigen Landesteilen für die Provinzial- (Bezirks-) Steuern nach dem Stande vom 1. Januar (für Berlin nach dem Stande vom 31. März) 1915 ermittelt worden ist, unter gleichzeitiger Angabe der auf 1 Einwohner entfallenden Beträge. Die betreffenden Angaben über das gesamte Sollaufkommen in Stadt- und Landkreisen dieser Landesteile sind in unserer Tabelle mit den entsprechenden Zahlen nach dem Stande vom 1. Januar 1914 und 1908 verglichen, und es ist ferner die sich dabei ergebende durchschnittliche Zunahme pro Jahr nachgewiesen worden.

Danach ist das gesamte veranlagte Soll der direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen von 415,68 Mill. M am 1. Januar 1908 auf 539,91 Mill. M zu dem gleichen Zeitpunkt im Jahre 1914 und auf 567,42 Mill. M im Jahre 1915 angewachsen; das bedeutet für den Zeitraum 1908/15 eine Zunahme um 151,74 Mill. M oder 36,50 % und einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 21,68 Mill. M oder 5,21 %. Bei den Stadtkreisen allein betrug die Vermehrung im ganzen Beobachtungszeitraum 92,16 Mill. M oder 41,48 % und im Jahresdurchschnitte 13,17 Mill. M oder 5,93 %, desgleichen bei den Landkreisen 59,59 Mill. M oder 30,79 % sowie 8,51 Mill. M oder 4,40 %. Von 1914 auf 1915 betrug die Zunahme bei den Stadtkreisen 16,06 Mill. M oder 5,39 %, bei den Landkreisen 11,45 Mill. M oder 4,74 %, im ganzen 27,52 Mill. M oder 5,10 %.

Von der durchschnittlichen prozentalen Jahreszunahme des Steuerolls sämtlicher Stadt- und Landkreise des Staates im Zeitraum 1908/14 wichen die entsprechenden Verhältniszahlen der einzelnen Landesteile z. T. recht erheblich ab. Bei den Stadtkreisen war die Spannung zwischen Brandenburg und Berlin mit 10,81 und 1,47 %, bei den Landkreisen desgleichen zwischen Brandenburg und Sachsen mit 8,22 und 1,40 % am bedeutendsten; innerhalb der Kommunalverbände war sie zwischen Stadt- und Landkreisen mit 8,63 und 3,17 % in der Rheinprovinz am größten und mit 6,48 und 6,13 % in der Provinz Posen am geringsten. Der auffallend geringe Zuwachs des Steuerolls beim Stadtkreis Berlin im Zeitraum 1908/14 erklärt sich anscheinend durch die Abwanderung zahlreicher steuerkräftiger Personen in die westlichen Vororte der Reichshauptstadt. Gegenüber der durchschnittlichen Jahreszunahme im Zeitraume 1908/1914 zeigt die Zunahme von 1914 auf 1915 in den einzelnen Landesteilen auch bemerkenswerte Abweichungen. Nur in 6 Landesteilen war bei den Stadtkreisen der Zuwachs von 1914/15 höher als ihr durchschnittlicher Jahreszuwachs im Zeitraum 1908/1914, und zwar in Westfalen um 2,90, in der Rheinprovinz um 5,33, in Westpreußen um 25,89, in Schlesien um 32,65, beim Stadtkreis Berlin um 81,63 und beim Bezirksverband von Cassel um 216,09 %; in den übrigen Landesteilen blieb die Zunahme gegenüber der durchschnittlichen der Vorjahre zurück, am wenigsten mit 10,74 % beim Bezirksverband von Wiesbaden, am meisten mit 63,92 % in der Provinz Brandenburg. Bei den Landkreisen war die Zunahme von 1914 auf 1915 in 8 Landesteilen höher und in 7 niedriger als die durchschnittliche Jahreszunahme im Zeitraum 1908/1914. Sehr bedeutend ist sie in Sachsen, den Hohenzollernschen Landen und in Westfalen gestiegen, nämlich um 255,71, 151,92 und 146,73 %; in Hannover, Schlesien, Schleswig-Holstein und Pommern betrug sie 52,68, 34,78, 21,82 und 13,78 %, beim Bezirksverband von Cassel nur 5,22 %. Zurückgegangen ist der Zuwachs am meisten in Ost- und Westpreußen mit 91,21 und 75,99 %, demnächst in der Rheinprovinz und im Herzogtum Lauenburg mit 67,51 und 66,22 %. Weiter zeigten noch Posen, Brandenburg sowie der Bezirksverband von Wiesbaden einen Rückgang um 33,12, 27,13 und 21,16 %.

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung betrug in den Stadtkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1908 19,96 M, nach dem gleichen Stande im Jahre 1914 schon 22,32 M und im Jahre 1915 23,24 M; bei den Landkreisen stellten sich die entsprechenden Kopfbeträge auf 7,19, 8,67 und 9,20 M. Mit einer einzigen Ausnahme sind in sämtlichen Landesteilen die Kopfbeträge des Prinzipalsteuersolls, sowohl bei den

Kommunal-Verbände.			Es betrug das Prinzipalsteuervoll der direkten Steuern, wie es für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 des Kr.- u. Prov.-Abg.-G. v. 23. 4. 1906, in Berlin u. dem Herzogt. Lauenburg nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen ermittelt worden ist, nach dem Stande vom 1. Januar						Es betrug die Zunahme			
			1908		1914		1915		1908/14		1914/1915	
			überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	durchschnittlich pro Jahr			
			M	M	M	M	M	M	M	%	M	%
Provinzial-Verband von Ostpreußen	a		3 480 434	11,71	5 113 043	13,77	5 295 087	14,38	272 102	7,82	182 044	3,56
	b		6 496 597	3,90	7 693 487	4,68	7 714 163	4,99	199 482	3,07	20 676	0,27
	c		9 977 031	5,08	12 806 530	6,29	13 009 250	6,79	471 583	4,73	202 720	1,58
Provinzial-Verband von Westpreußen	a		3 122 116	10,40	4 020 231	11,79	4 262 558	11,73	149 686	4,79	242 327	6,08
	b		5 728 150	4,33	7 116 752	5,16	7 185 981	5,30	231 434	4,04	69 229	0,97
	c		8 850 266	5,46	11 136 983	6,47	11 448 539	6,66	381 120	4,81	311 556	2,80
Stadtkreis Berlin	a		65 019 861	31,86	70 770 967	35,19	72 663 651	37,55	958 518	1,47	1 892 684	2,87
Provinzial-Verband von Brandenburg	a		23 351 481	20,17	38 497 386	25,37	39 997 629	26,48	2 524 318	10,81	1 500 243	3,90
	b		24 352 185	9,60	36 365 810	13,18	38 545 252	13,95	2 002 271	8,27	2 179 442	5,99
	c		47 703 666	12,91	74 863 196	17,48	78 542 881	18,38	4 526 588	9,49	3 679 685	4,92
Provinzial-Verband von Pommern	a		4 364 600	13,66	5 652 820	14,89	5 807 750	15,16	214 703	4,92	154 930	2,74
	b		8 459 060	6,39	10 189 930	7,64	10 585 310	8,00	288 478	3,41	395 380	3,88
	c		12 823 660	7,81	15 842 750	9,25	16 393 060	9,61	503 182	3,92	550 310	3,47
Provinzial-Verband von Posen	a		2 683 373	13,35	3 726 028	14,33	3 922 852	15,87	173 776	6,48	196 824	5,28
	b		7 177 200	3,96	9 815 026	5,27	10 217 412	5,56	439 638	6,13	402 386	4,10
	c		9 860 573	4,89	13 541 054	6,38	14 140 264	6,79	613 414	6,22	599 210	4,43
Provinzial-Verband von Schlesien	a		14 405 204	14,45	18 189 135	16,17	19 245 848	17,39	630 655	4,38	1 056 713	5,81
	b		25 160 961	6,38	30 710 891	7,41	32 233 462	7,80	924 988	3,68	1 522 571	4,96
	c		39 566 165	7,95	48 900 026	9,28	51 479 310	9,82	1 555 644	3,93	2 579 284	5,27
Provinzial-Verband von Sachsen	a		12 371 805	16,85	17 169 831	18,50	17 646 242	19,37	799 671	6,46	476 411	2,77
	b		20 329 814	9,01	22 041 055	10,23	23 139 455	10,76	285 207	1,40	1 098 400	4,98
	c		32 701 619	10,94	39 210 886	12,72	40 785 697	13,32	1 084 878	3,32	1 574 811	4,02
Provinzial-Verband von Schleswig-Holstein	a		6 273 523	13,45	9 174 709	16,69	9 540 879	17,20	483 531	7,71	366 170	3,99
	b		9 383 074	9,30	12 041 417	11,30	12 733 541	12,01	443 057	4,72	692 124	5,75
	c		15 656 597	10,61	21 216 126	13,13	22 274 420	13,79	926 588	5,92	1 058 294	4,99
Kr. Herz. Lauenburg u. Lauenb. Komm.-Verb.	b		525 224	10,06	665 947	12,47	675 986	12,58	23 454	4,47	10 039	1,31
Provinzial-Verband von Hannover	a		9 619 066	15,80	14 720 129	19,53	15 813 261	20,96	850 177	8,84	1 093 132	7,43
	b		16 220 328	7,45	19 677 328	8,75	20 744 554	9,24	576 167	3,55	1 067 226	5,42
	c		25 839 394	9,27	34 397 457	11,46	36 557 815	12,18	1 426 344	5,82	2 160 358	6,28
Provinzial-Verband von Westfalen	a		12 901 139	13,67	19 300 999	15,30	20 944 434	16,04	1 066 643	8,27	1 643 435	8,51
	b		22 008 910	7,59	27 656 314	8,60	30 575 590	9,51	941 234	4,28	2 919 276	10,56
	c		34 910 049	9,08	46 957 313	10,49	51 520 024	11,40	2 007 877	5,75	4 562 711	9,72
Bez.-Verband des Regierungsbez. Cassel	a		3 426 888	19,09	4 257 798	21,33	4 801 330	23,30	138 485	4,04	543 532	12,77
	b		5 218 904	6,63	6 777 543	8,16	7 132 794	8,60	259 773	4,98	355 251	5,24
	c		8 645 792	8,94	11 035 341	10,73	11 934 124	11,52	398 258	4,61	898 783	8,14
Bez.-Verband des Regierungsbez. Wiesbaden	a		18 129 496	39,52	22 380 478	40,14	23 161 503	41,39	708 497	3,91	781 025	3,49
	b		5 802 086	8,24	7 299 205	10,17	7 546 895	10,54	249 520	4,30	247 690	3,39
	c		23 931 582	20,59	29 679 683	23,27	30 708 398	24,07	958 017	4,00	1 028 715	3,47
Provinzial-Verband der Rheinprovinz	a		43 005 818	17,75	65 274 997	20,99	71 208 473	21,49	3 711 530	8,63	5 933 476	9,08
	b		36 174 602	8,40	43 058 558	9,88	43 503 508	10,34	1 147 326	3,17	444 950	1,03
	c		79 180 420	11,77	108 333 555	14,51	114 711 981	15,25	4 858 856	6,14	6 378 426	5,89
Ob.-Komm.-Verb. d. Hohenzollernschen Lande	b		487 322	7,01	548 079	7,59	576 774	7,94	10 126	2,08	28 695	5,24
Staat zusammen	a		222 154 804	19,96	298 248 551	22,32	314 311 497	23,24	12 682 291	5,71	16 062 946	5,39
	b		193 524 417	7,19	241 657 342	8,67	253 110 677	9,20	8 022 154	4,15	11 453 335	4,74
	c		415 679 221	10,95	539 905 893	13,10	567 422 174	13,83	20 704 445	4,98	27 516 281	5,10

Stadtkreisen als auch bei den Landkreisen, in dem Beobachtungszeitraum gestiegen; nur die westpreussischen Stadtkreise zeigten 1915 gegen das Vorjahr eine kleine Verminderung. Die Steigerung war, wie die Tabelle im einzelnen zeigt, in den Landesteilen keine gleichmäßige. Bei den Stadtkreisen erhöhte sich der Kopfbetrag 1914 gegenüber dem von 1908 am bedeutendsten in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hannover, nämlich um 25,78, 24,09 und 23,81 %. Bei weiteren sieben Verbänden bewegte sich die Zunahme der Kopfbeträge zwischen 18,25 (Rheinprovinz) und 10,45 % (Berlin), am geringsten war sie mit 9,79, 9, 7,34 und 1,57 % in Sachsen, Pommern, Posen und dem Bezirksverband von Wiesbaden. Bei den Landkreisen war das Anwachsen der Kopfbeträge während des gleichen Zeitraums im allgemeinen noch bedeutender als bei den Stadtkreisen. In Brandenburg sind die Kopfbeträge der Landkreise von 1908 auf 1914 um nicht weniger als 36,98 % gestiegen, desgleichen in Posen um 33,08, in den Kommunalverbänden von Lauenburg, Wiesbaden und Cassel um 23,96, 23,42 und 23,08, in Schleswig-Holstein um 21,51 %. Zwischen 20 und 13 % schwankte ihre Zunahme bei acht Verbänden, und nur der Hohenzollernsche Landeskommunalverband blieb mit seiner Zunahme von 8,27 % erheblich hinter der der anderen Kommunalverbände zurück. Von 1914 auf 1915 haben sich die Kopfbeträge bei den Stadtkreisen

aller Landesteile mit Ausnahme von Westpreußen, das einen Rückgang um 0,51 v. H. zeigt, weiter erhöht, am wenigsten mit 1,81, 2,38, 3,06 und 3,11 % in Pommern, der Rheinprovinz, Schleswig-Holstein und im Regierungsbezirk Wiesbaden, am meisten mit 7,32, 8,22 und 10,75 % in Hannover, dem Regierungsbezirk Cassel und in Posen. Bei den Landkreisen der einzelnen Kommunalverbände war die Steigerung, mit Ausnahme der Verbände von Posen, Schlesien, Hannover und Cassel, bedeutender als bei den Stadtkreisen. Die geringste Zunahme zeigten hier mit 0,88, 2,71 und 3,64 % das Herzogtum Lauenburg, Westpreußen und der Kommunalverband von Wiesbaden, die höchste mit 6,08, 6,28, 7,78 und 10,58 % Brandenburg, Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Westfalen.

Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuervoll gibt einen Maßstab für die Steuerkraft der einzelnen Landesteile.¹⁾ Danach waren die Stadtkreise 1915 durchschnittlich zweieinhalbmal so steuerkräftig wie die Landkreise. In den drei Beobachtungsjahren 1908, 1914 und 1915 wiesen die Stadtkreise des Regierungsbezirks Wiesbaden die höchsten Kopfbeträge vom Prinzipalsteuervoll auf, dann folgten der Stadtkreis Berlin und die Stadtkreise der Provinz Brandenburg, des Regierungsbezirks Cassel und

¹⁾ Vergl. die Ausführungen in dem Artikel auf Seite 25*.

der Rheinprovinz. Vom sechsten Platze ab änderte sich 1914 die Reihenfolge gegenüber der von 1908. Sachsen gab diesen Platz an Hannover ab, das bis dahin die siebente Stelle innegehabt hatte. Ebenso überließ Schlesien an Schleswig-Holstein den achten Platz und rückte an die neunte Stelle, desgleichen Westfalen an die zehnte und Pommern an die elfte Stelle. Nur Posen, Ostpreußen und Westpreußen behaupteten auch 1914 die drei letzten Plätze. Im Jahre 1915 änderte sich die Reihenfolge bei den Stadtkreisen wieder insofern gegen die des Vorjahres, als Schleswig-Holstein und Schlesien einerseits sowie Pommern und Posen andererseits ihre Plätze tauschten. Während bei den Landkreisen, mit Ausnahme von Hannover und Westfalen, die ihre Plätze vertauschten, die Reihenfolge im Jahre 1915 mit der von 1914 übereinstimmte, zeigt das Jahr 1914 ein vom Jahre 1908 mehrfach abweichendes Bild. Das Herzogtum Lauenburg mußte 1914 Brandenburg die erste Stelle überlassen, ebenso trat der Bezirksverband von Wiesbaden an den bis dahin von der Rheinprovinz behaupteten fünften Platz, desgleichen an Hannovers Stelle Westfalen an den siebenten, ferner

Cassel und Pommern an den neunten und zehnten, Hohenzollern an den elften, Posen an den dreizehnten und Westpreußen an den vierzehnten Platz. Die Landkreise von Ostpreußen standen in allen drei Beobachtungsjahren an letzter Stelle.

Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1914. —

Am 1. Januar 1914 befanden sich in den Irrenanstalten Preußens 51 803 männliche und 45 964 weibliche Geistesranke. In Zugang kamen im Laufe des Jahres 1914 23 085 m. und 16 747 w. Kranke, so daß im Berichtsjahre insgesamt 137 599 (74 888 m. und 62 711 w.) Geistesranke in Behandlung waren. Der folgende Rückblick zeigt die Bewegung der in den Anstalten verpflegten Geisteskranken in den letzten 12 Jahren. Die bezüglichen Zahlen waren nämlich im Jahre 1903 88 892, 1904 92 720, 1905 92 008, 1906 103 355, 1907 108 721, 1908 113 318, 1909 125 181, 1910 127 914, 1911 132 982, 1912 135 079, 1913 137 978, 1914 137 599.

Krankheitsformen.	Verpflegte						Es waren von je 100 Verpflegten					
	Bestand		Zugang		zusammen		des betr. Geschlechts		zusammen			
	am 1. Januar						am 1. Januar		Zugang			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Einfache Seelenstörung	26 300	28 845	10 947	12 394	37 247	41 239	70,61	69,95	29,39	30,05	47,46	52,54
2. Paralytische Seelenstörung	2 618	908	3 010	877	5 628	1 785	46,52	50,87	53,48	49,13	75,92	24,08
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	13 582	10 273	2 417	1 800	15 999	12 073	84,89	85,09	15,11	14,91	56,99	43,01
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	7 271	5 684	2 597	1 365	9 866	7 049	73,68	80,64	26,32	19,36	58,33	41,67
5. Alkoholisismus	2 032	254	4 114	311	6 146	565	33,06	44,96	66,94	55,04	91,58	8,42
Zusammen	51 803	45 964	23 085	16 747	74 888	62 711	69,17	73,29	30,83	26,71	54,42	45,58

Die stetige Zunahme der in Anstalten aufgenommenen Geisteskranken bis 1913 ist im allgemeinen auf die Vermehrung der Anstalten, die offenbar abnehmende Scheu vor den Irrenanstalten, die größere Beachtung psychischer Erkrankungen usw. zurückzuführen. Die rückläufige Bewegung in der Zahl der Geisteskranken im Be-

richtsjahre dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Militärpersonen diesmal außer Betracht gelassen sind. Die Übersicht 1 zeigt das Prozentverhältnis zwischen Bestand und Zugang der in den Anstalten verpflegten Geisteskranken nach Krankheitsformen für den Staat im Jahre 1914.

Krankheitsformen.	Zugang überhaupt		Davon waren						Von je 100 des Zugangs (Sp. 2 bezw. 3) waren					
			unter 16 Jahre alt		erblich belastet		Trinker		unter 16 Jahre alt		erblich belastet		Trinker	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1. Einfache Seelenstörung	10 947	12 394	123	91	2 451	2 929	1 364	109	1,12	0,75	22,39	23,63	12,46	0,88
2. Paralytische Seelenstörung	3 010	877	9	3	362	114	82	20	0,30	0,31	12,03	13,00	2,72	2,28
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	2 417	1 800	996	592	695	496	116	10	41,21	32,89	28,75	27,56	4,80	0,56
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	2 597	1 365	321	184	657	336	498	9	12,36	13,48	25,30	24,62	19,18	0,66
5. Hysterie	396	1 443	23	27	56	264	26	8	5,81	1,87	14,14	18,30	6,57	0,55
6. Neurasthenie	1 777	985	12	4	185	126	35	2	0,68	0,41	10,41	12,79	1,97	0,20
7. Chorea	35	78	11	33	10	12	—	1	31,43	42,31	28,57	15,38	—	1,28
8. Tabes	261	62	—	—	11	3	6	2	—	—	4,21	4,94	2,30	3,23
9. Andere Krankheiten des Nervensystems	2 239	1 421	76	91	81	65	42	7	3,39	6,40	3,62	4,57	1,88	0,49
10. Alkoholisismus	4 114	311	—	—	671	63	4 114	311	—	—	16,31	20,26	100	100
11. Morphinismus und andere narkotische Vergiftungen	128	71	—	—	8	4	3	1	—	—	6,25	5,63	2,34	1,41
12. Andere Krankheiten	693	787	23	28	—	—	2	—	3,32	3,56	—	—	0,29	—
Zusammen	28 614	21 594	1 594	1 053	5 187	4 412	6 288	480	5,57	4,38	18,13	20,43	21,98	2,22

Werden die Nervenkranken usw. in den Anstalten für Geisteskrankheiten mitberücksichtigt, so ergibt sich für 1914 eine Gesamtzahl von 149 699 (81 199 m., 68 500 w.) Verpflegten, von denen sich am 1. Januar 99 491 (52 585 m., 46 906 w.) oder 66,46 v. H. (64,76 m., 68,48 w.) aller Verpflegten bereits in den Anstalten befanden, während 50 208 (28 614 m., 21 594 w.) oder 33,54 v. H. (35,24 m., 31,52 w.) im Laufe des Jahres neu aufgenommen wurden. Bei dem Zugang an Geisteskranken usw. im Jahre 1914 sind in der Übersicht 2 die jugendlichen Personen, die erblich Belasteten und die Trunksüchtigen nach Krankheitsformen noch besonders hervorgehoben.

Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geistesranke usw. in Preußen im Jahre 1914. —

An der Statistik waren im Jahre 1914 345 Anstalten beteiligt gegen 367 im Vorjahre. Ihre Zusammensetzung entsprach im allgemeinen dem Bilde von 1913; unter diesen Anstalten waren 234 für Geistesranke und Idioten, 26 Abteilungen für Geistesranke in allgemeinen Heilanstalten, 11 Anstalten für Epileptiker, 42 Anstalten für Nervenranke, 8 Wasserheilanstalten und 24 Trinkerheilstätten. In den Universitätskliniken Königsberg i. Pr., Breslau, Halle a. S., Kiel, Göttingen und Bonn sowie in der königlichen Charité zu Berlin befanden sich außerdem Abteilungen für Nervenranke.

Den Besitzverhältnissen nach waren von den 234 Anstalten für Geistesranke und Idioten 15 mit 1 258 Plätzen staatlich, und zwar 9 Universitätskliniken für Geistesranke und 6 Abteilungen für geistesranke Verbrecher in den Strafanstalten Berlin (Lehrter Straße), Breslau, Köln, Graubenz, Halle a. S. und Münster, in denen geistesgestörte oder der Geistesstörung verdächtige Gefangene behandelt oder beobachtet werden. Der größte Teil der Irrenpflege entfällt auf die Provinzialverbände, die 77 Anstalten mit 61 433 Plätzen besaßen. Von städtischen Gemeinden wurden 11 Anstalten mit 7 883 Plätzen, von religiösen Orden und Genossenschaften 41 mit 10 368 Plätzen und von milden Stiftungen 17 mit 5 832 Plätzen unterhalten, während 73 mit 6 027 Plätzen von Privatpersonen als gewerbliche Unternehmungen betrieben wurden; darunter gehörten 34 mit 4 286 Plätzen Ärzten an. Außerdem waren in 26 besonderen Abteilungen allgemeiner Heilanstalten 2 401 Plätze für Geistesranke vorhanden.

Von den 11 Anstalten für Epileptiker mit 8 262 Plätzen gehörte je 1 dem Verbands der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin; 3 waren im Besitze von religiösen Orden und Genossenschaften und 6 von milden Stiftungen. Von den 42 Anstalten für Nervenranke mit 2 532 Plätzen gehörte je 1 dem Provinzialverbande Hannover, einer städtischen Gemeinde (Effen) und einem religiösen Orden (Rheinprovinz), während 2 von milden Stiftungen und 37 von Privatpersonen (darunter 27 von Ärzten) gegründet waren.

Von den 8 Wasserheilanstalten mit 445 Plätzen waren 6 Eigentum von Privatpersonen (darunter 2 von Ärzten) und 2 von religiösen Orden.

Unter den 24 Trinkerheilstätten mit 1 114 Plätzen waren 5 Eigentum von religiösen Orden und Genossenschaften; 14 waren von milden Stiftungen errichtet und 5 wurden von Privatpersonen gehalten. Im Jahre 1914 unterzogen sich 2 149 (im Vorjahre 2 830) Trunkfuchtige in den Trinkerheilstätten einer Behandlung.

Die Entbindungsanstalten in Preußen 1914. — Die Entbindungsanstalten boten unter den Heilanstalten in Preußen 1914 nachstehendes Bild dar, das in betreff der Zahl der Anstalten von dem Vorjahre nicht wesentlich abweicht. Im Berichtsjahr 1914 waren unter Ausschluß der Privatanstalten mit weniger als 11 Betten 70 (im Vorjahre 66) Entbindungsanstalten mit 3 313 (3 182) Betten vorhanden, darunter 10 (10) Universitätskliniken mit 756 (732), 38 (37) öffentliche Anstalten mit 2 037 (2 001) und 22 (19) Privatanstalten mit 520 (449) Betten. Selbständige Anstalten wurden 55 (55) mit 2 896 Betten und 39 497 Entbundenen, allgemeinen Heilanstalten angegliederte Abteilungen wurden 15 mit 417 Betten und 5 925 Entbundenen gezählt. Von den selbständigen Anstalten gehörten 11 (11), darunter 10 (10) Universitätsinstitute, dem Staate. Was die Besitzverhältnisse anbelangt, so waren 16 (17) Hebammenlehr- und Entbindungsanstalten Eigentum von Provinzialverbänden, 5 (5) Anstalten im Besitze städtischer Gemeinden; 15 (13) Anstalten, gegründet durch milde Stiftungen, befanden sich in Händen von Vereinen zur Unterstützung armer Wöchnerinnen, 6 (6) dienten Arbeitgeberinnen zur Versorgung ihrer schwangeren Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, während 2 (3) von Ärzten zu Erwerbszwecken eingerichtet waren.

In sämtlichen 70 (66) Entbindungsanstalten wurden im Jahre 1914 45 422 (43 049) Schwangere entbunden; davon starben 354 (400). Bei 5 983 (5 695) Entbundenen mußten geburtshilfliche Operationen ausgeführt werden; davon trat in 200 (210) Fällen der Tod ein.

An Kindbettfieber erkrankten 86 (107) Entbundene, von denen 41 (49) gestorben sind, das sind 9,03 auf 10 000 der in den Anstalten Entbundenen. Vergleichsweise sei angeführt, daß im Jahre 1914 in Preußen überhaupt 2 010 von 1 187 058 Entbundenen dem Kindbettfieber erlagen, das sind 16,93 auf 10 000 Entbundene. Rechtzeitig geboren wurden in den Entbindungsanstalten 44 646 (42 147) Kinder, darunter 2 332 (2 296) totgeboren oder 52,23 von 1 000. Die entsprechenden Zahlen für

ganz Preußen waren 1 202 528 und 35 948 oder 29,89 von 1 000. 1 251 (1 271) Neugeborene erlagen während der Behandlung der Mütter dem Tode. Die Fehlgeburtenzahl betrug 1 345 (1 414).

Durchschnittsalter beim Tode und mittlere Lebensdauer.

Das Durchschnittsalter beim Tode wird ermittelt, indem man die Anzahl der Gestorbenen in einer jeden Altersklasse mit der Anzahl der Altersjahre beim Tode vervielfacht, sodann die für alle Altersklassen erhaltenen Beträge aufrechnet und durch die Anzahl aller Gestorbenen teilt. Das Durchschnittsalter beim Tode ist vielfach von Schriftstellern, die mit den verfeinerten wissenschaftlich-statistischen Rechenmethoden nicht vertraut sind, mit der mittleren Lebensdauer verwechselt worden, d. h. es ist vielfach angenommen worden, dieses Durchschnittsalter sei die wahre mittlere Lebensdauer. Tatsächlich hängt das Durchschnittsalter beim Tode aufs engste mit der Altersbesetzung einer gegebenen Bevölkerung zusammen: in einer Geburtsklinik würde sich das Durchschnittsalter beim Tode auf 8–14 Tage stellen, in einem Gymnasium auf 10–12 Jahre, im stehenden Heer im Frieden auf 22–23 Jahre, in einer Invalidenanstalt auf über 70–80 Jahre. In einer anwachsenden Bevölkerung findet eine Überbesetzung der jugendlichen Altersklassen statt, wodurch das Durchschnittsalter beim Tode herabgedrückt wird. Nur in einer seit 100 Jahren völlig stationären Bevölkerung würden sich Durchschnittsalter beim Tode und mittlere Lebensdauer völlig decken. Wie sehr das Durchschnittsalter beim Tode und die wissenschaftlich richtig aus Sterbetafeln ermittelte mittlere Lebensdauer in Preußen auseinandergehen, lehrt die folgende Gegenüberstellung: Es betrug im Staate Preußen:

Durchschnittsalter beim Tode		Mittlere Lebensdauer			
männl.	weibl.	männl.	weibl.		
1876/80 . . .	25,4	27,1	1867/77 . . .	35,88	37,99
1881/85 . . .	25,9	27,7	1881/90 . . .	37,60	40,70
1886/90 . . .	26,0	28,3	1891/1900 . . .	41,07	44,59
1891/95 . . .	26,5	29,4	1901/05 . . .	43,72	47,33
1896/1900 . . .	27,3	30,0	1906/10 . . .	46,42	50,03.
1901/05 . . .	28,3	31,2			
1906/10 . . .	30,6	34,0			
1911/14 . . .	32,4	36,5			

Wir sehen also: das Durchschnittsalter beim Tode hat in Preußen beim männlichen Geschlecht von 1875/80 bis 1906/10 von 25,4 auf 30,6 Jahre, also um 5,2 Jahre zugenommen; bis 1911/14 ist eine weitere Erhöhung um 1,8 Jahre eingetreten. Beim weiblichen Geschlecht ist eine Zunahme des Alters beim Tode von 1875/80 bis 1906/10 um 6,9 Jahre zu verzeichnen; dieses Alter ist von 27,1 auf 34,0 Jahre und bis 1911/14 weiter um 2,5 Jahre angestiegen.

Ganz anders, und zwar erheblich stärker ist das Anwachsen der mittleren Lebensdauer gewesen; ihre Zunahme beträgt beim männlichen Geschlecht von 1867/77 bis 1906/10 11,04 Jahre (sie steigt von 35,88 auf 46,42 Jahre), also mehr als das Doppelte des gleichzeitigen Anstieges des Durchschnittsalters beim Tode! Dabei ist die mittlere Lebensdauer beim männlichen Geschlecht gleich in der ersten Periode um etwa rund 10 Jahre höher als das Durchschnittsalter beim Tode, in der Periode 1906/10 sogar um 15,8 Jahre (46,42 anstatt 30,6 Jahre). Beim weiblichen Geschlecht ist ein Anwachsen der mittleren Lebensdauer von 1867/77 bis 1906/10 um 12,04 Jahre (von 37,99 auf 50,03 Jahre) eingetreten; die mittlere Lebensdauer ist in der ersten Periode etwa 10,9 Jahre, 1906/10 dagegen 16,0 Jahre höher als das Alter beim Tode. Diese Gegenüberstellung zeigt zur vollen Klarheit, wie sehr das so oft geübte Verfahren, das Durchschnittsalter beim Tode der mittleren Lebensdauer gleichzusetzen, zu falschen Ergebnissen führt: will man einen wissenschaftlich einwandfreien Vergleich über die Abwandlungen der Sterblichkeit durchführen, so bleibt nichts übrig, als auf die aus einer Sterbetafel ermittelte „mittlere Lebensdauer“ einzugehen, bei der alle Abweichungen, die sich aus der Altersbesetzung erklären, voll in Rechnung gezogen sind.

Wird der Geburtenrückgang durch den Rückgang der Sterblichkeit aufgewogen? — Bekannt sind die vielfachen Befürchtungen um die Zukunft des deutschen Volkes, die anlässlich der Tatsache des Geburtenrückganges geäußert worden sind. Es ist als äußerst bedenklich, ja gefährlich hingestellt worden, daß die Geburtenziffer, d. h. die Anzahl Geborener auf 1 000 der Bevölkerung, die nach dem Kriege von 1870/71 40–44 betrug, fast stetig zurückgegangen und jetzt (1914) auf einen Stand von 28,5 gekommen ist. Gegenüber den Besorgnissen über den starken Geburtenrückgang ist mehrfach darauf hingewiesen worden, es käme nicht so sehr auf die Zahl der Geborenen als vielmehr darauf an, wieviele von den Geborenen die gefährlichsten ersten Lebensjahre überleben: nicht die Geburtenziffer, sondern die Aufwuchsziffer sei das Entscheidende. So hat Würzburger Zahlen für die Beurteilung der „Aufwuchsziffer“ in Sachsen berechnet, an denen er zu zeigen versucht, daß der Geburtenrückgang durchaus nicht tragisch zu nehmen ist, da der verminderten Geburtenzahl eine verbesserte Säuglingspflege entspreche und die „Aufwuchsziffer“, d. h. die Anzahl der das 1., 2., 3. bis 6. Lebensjahr Überlebenden, noch gewachsen sei. Dasselbe hat Zahn für Bayern an der Hand der Aufwuchsziffern für 1896 bis 1910 zu beweisen gesucht.

Diese Arbeiten von Würzburger und Zahn ließen es angezeigt erscheinen, eine ähnliche Untersuchung auch für Preußen durchzuführen. Das ist in der nebenstehenden Übersicht geschehen, die für die Kalenderjahre von 1875 bis 1914 in der ersten Spalte die Geborenenziffer, in der 2.–4. Spalte die Überlebendenziffer des 7. Lebensjahres — d. h. die Anzahl der Überlebenden des 7. Lebensjahres bezogen auf die Bevölkerung des Geburtsjahres — enthält, also die „Aufwuchsziffer“ einer jeden Geburten-generation. Daneben erschien es wertvoll, in der 5. und 6. Spalte noch die absoluten Zahlen der das 7. Lebensjahr überlebenden Kinder getrennt nach dem Geschlecht zu geben. Für die Kalenderjahre von 1910–1914 mußten bei der Sterblichkeit des 2.–7. Lebensjahres Näherungswerte eingesetzt werden, indem die Sterblichkeit dieser Altersgruppen für die noch nicht vollendeten Lebensjahre der durchschnittlichen Alterssterblichkeit im letzten vollen Jahr (1906/10) gleichgesetzt wurde, wodurch ein jedenfalls nur unerheblicher Fehler entsteht, indem die „Aufwuchszahlen“ ganz wesentlich von der Sterblichkeit der ersten 2 Lebensjahre beeinflusst werden, die Sterblichkeit der folgenden Lebensjahre aber eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt.

Was ist nun das Ergebnis dieser Untersuchung für Preußen? Sehen wir uns zunächst die „Überlebendenziffer“ an, so beobachten wir, daß diese nach dem Hochgang in der Zeit von 1875 bis 1879, in der sie im Durchschnitt 26,75 auf 1 000 der Bevölkerung erreicht, in den Jahren 1880–84 auf 24,87 zurückgeht, um für 1885/90 auf 25,69 zuzunehmen; für 1891/95 erreicht sie den Betrag von 26,10, für 1896/1900 26,28, sinkt wieder 1901/1905 auf 25,92, für 1906/10 auf 25,06, für 1911/14 sogar auf 22,40, und zwar setzt der entscheidende Umschwung zum Niedergange mit dem Jahre 1909 ein: Die Aufwuchsziffer für 1914 beträgt nur noch 21,60. Es geht hieraus klar hervor, daß der Geburtenrückgang in Preußen allerdings bis 1908 zwar nicht ganz, aber doch annähernd bis auf 3–4 v. H. durch den Rückgang der Kindersterblichkeit ausgeglichen war, daß aber seitdem ein Niedergang eingetreten ist.

Etwas günstiger liegen die Verhältnisse bei Betrachtung der absoluten Zahlen der das 7. Lebensjahr Überlebenden: diese Zahlen steigen fast stetig und ununterbrochen von 347 000 siebenjährigen Knaben und 343 000 siebenjährigen Mädchen der Geburten-generation 1875 auf 496 000 siebenjährige Knaben und 487 000 siebenjährige Mädchen der Generation 1908 an, um alsdann freilich auf 459 000 siebenjährige Knaben und 448 000 siebenjährige Mädchen der Generation des Jahres 1914 zurückzugehen.

In Preußen entfielen auf 1 000 der mittleren Bevölkerung des Geburtsjahres Geborene und das 7. Lebensjahr Überlebende:

Geburts-jahr	Geborene einschließl. Totgeborene	Das 7. Lebensjahr Überlebende		Zusammen	Absolute Zahlen der Geborenen in 1 000		Absolute Zahlen der das 7. Lebensjahr Überlebenden in 1 000	
		männl.	weibl.		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1875	42,5	13,55	13,38	26,93	560	523	347	343
1876	42,5	13,57	13,44	27,01	566	533	352	349
1877	41,7	13,67	13,48	27,15	563	529	359	354
1878	40,8	13,23	13,14	26,37	554	522	351	349
1879	40,9	13,22	13,06	26,28	564	532	355	351
1880	39,5	12,60	12,50	25,10	552	519	342	339
1881	38,5	12,48	12,33	24,81	542	512	342	338
1882	39,1	12,50	12,39	24,89	556	523	345	342
1883	38,5	12,36	12,23	24,59	551	519	344	340
1884	39,1	12,54	12,44	24,98	564	530	353	349
1885	39,3	12,90	12,73	25,63	572	537	364	359
1886	39,2	12,84	12,71	25,55	576	542	366	362
1887	39,2	13,14	13,00	26,14	581	548	379	374
1888	38,9	13,01	12,81	25,86	584	550	379	374
1889	38,6	12,80	12,70	25,50	585	552	378	375
1890	37,9	12,79	12,65	25,44	582	548	381	377
1891	39,0	13,17	13,10	26,27	606	571	398	395
1892	37,4	12,72	12,61	25,33	589	554	389	385
1893	38,6	13,30	13,17	26,47	615	580	412	408
1894	37,8	13,20	13,07	26,27	609	574	413	409
1895	38,1	13,13	13,03	26,18	622	587	416	412
1896	38,1	13,40	13,28	26,68	631	596	431	427
1897	37,8	13,26	13,10	26,36	635	599	433	428
1898	38,0	13,31	13,18	26,49	648	612	442	438
1899	37,5	13,07	13,00	26,07	651	615	441	438
1900	37,2	13,00	12,81	25,81	657	619	445	442
1901	37,4	13,40	13,22	26,62	670	631	467	460
1902	36,7	13,32	13,28	26,60	666	630	475	470
1903	35,5	12,83	12,68	25,51	656	619	461	456
1904	35,8	12,97	12,77	25,74	672	633	473	466
1905	34,5	12,64	12,47	25,11	660	620	468	462
1906	34,8	13,01	12,87	25,88	675	634	489	481
1907	34,0	12,85	12,60	25,45	670	629	491	481
1908	33,7	12,77	12,56	25,33	673	635	496	487
1909	32,7	12,55	12,31	24,86	662	625	494	485
1910	31,5	12,01	11,76	23,77	647	610	480	470
1911	30,3	11,35	11,15	22,50	631	594	459	449
1912	29,8	11,70	11,43	23,13	630	592	479	468
1913	29,0	11,31	11,07	22,38	622	588	469	459
1914	28,5	10,93	10,67	21,60	620	583	459	448.

Die englische Landwirtschaft einst und jetzt. — Bekanntlich haben die Engländer bisher in der stolzen Überzeugung gelebt, es könnte niemand ihren gewaltigen Seehandel stören und ihnen die Nahrungsmittelfuhr abschneiden. Angesichts des verheerendsten U-Boot-Krieges beabsichtigt aber die englische Regierung nunmehr doch alle Mittel anzuwenden, um den Landbau im Inlande wieder zu heben. Lloyd George hat daran erinnert, daß England vor 40 Jahren 4 Millionen acres mehr bestellt gehabt hätte; es käme nur darauf an, dieses seither in der Agrarkrise der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts in Viehweide verwandelte Ackerland wieder aufzupflügen, um genügend Brotkorn im Inlande zu produzieren. George behauptet, für die Zwecke des Aufpflügens bereits 8 000 Motorpflüge beschafft zu haben. Indessen dürfte es doch mit dem bloßen Aufpflügen nicht getan sein; der so aufgepflügte verunkrautete, verquedete Acker muß auch sehr sorgfältig gepflegt werden: er ist zu beackern, das Unkraut muß gejätet werden, und dazu sind Motorpflüge nicht zu gebrauchen, sondern es sind außerordentlich viel Menschenkräfte für diesen Zweck erforderlich. Wie sehr aber die Menschenkräfte in der englischen Landwirtschaft fehlen, darüber gibt uns eine Gegenüberstellung der in der englischen Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen Auskunft: Es wurden 1851 in

England und Wales 2 051 000 landwirtschaftlich erwerbstätige Personen, 1901 dagegen nur 1 152 000 gezählt. Was aber die bestellte Fläche anlangt, so hatte

	Großbritannien		Irland	
	1 000 acres			
	1874	1911	1874	1911
Getreide	9 431	7 040	1 901	1 254
Hackfrüchte	3 581	3 040	1 353	1 013
Flachs	9	0,5	107	67
Futtergewächse (Klee usw.)	4 340	4 120	—	—
Weide	13 178	17 446	—	—

Wir sehen also: bereits von 1874 bis 1911 hat das Getreide-land um über 3 Millionen acres abgenommen und die Hackfruchtfläche ist ebenfalls nicht gestiegen, sondern um 880 000 acres zurückgegangen. Nicht viel besser steht es mit der englischen Viehzucht trotz der Zunahme der Weidefläche um 4,26 Millionen acres. Es gab in Tausenden

	in Großbritannien		in Irland	
	1874	1911	1874	1911
Pferde	1 312	1 480	468	543
Rinder	6 125	7 114	4 118	4 711
Schafe	30 313	26 494	4 437	3 907
Schweine	2 422	2 822	1 096	1 415

Die Zunahme der Rinder um fast 1 Million in Großbritannien ist also durch die Abnahme der Schafe um 4 Millionen nahezu ausgeglichen. Die Theorie, daß England seit dem Niedergange der Getreidepreise intensivere Viehzucht betreibt, trifft demnach nicht zu.

Zu beachten ist ferner, daß Englands Landwirtschaft auch in der Zeit der höchsten Blüte, in den 70er und 80er Jahren, nicht die ganze Bevölkerung ernährt hat; es mußten vielmehr 2—2½ Mill. t Weizen eingeführt werden. Immerhin hat damals der englische Weizenbau den Bedarf der Bevölkerung zu mindestens 50 v. H. gedeckt, heute nur noch zu 20 v. H. Wenn die englische Viehzucht vor dem Kriege 60 v. H. des Eigenbedarfes deckte, so hat sie dabei aber noch 4—5 Millionen t an eingeführtem Futtergetreide, Ölsamen und Ölsrüben mitverbraucht.

Die landwirtschaftliche Anbaufläche in Frankreich 1917 und in den Vorjahren. — Schon im ersten Wirtschaftsjahre nach Ausbruch des Krieges trat in Frankreich eine erhebliche Abnahme der bestellten Ackerfläche zu Tage, die nur teilweise durch den Fortfall der vom deutschen Heere besetzten Gebiete bedingt war. Trotz der Maßnahmen der französischen Regierung zur Förderung des Anbaues verminderten sich die Feldbestellungen auch in den folgenden Jahren. Das zeigt sich insbesondere bei dem Brotgetreide. Nach den Veröffentlichungen des französischen Landwirtschaftsministeriums¹⁾ wurde 1916 mit Weizen eine Ackerfläche von 5 034 510 ha, 1917 dagegen von 4 276 990 ha angebaut; die Anbaufläche hat sich also für das laufende Wirtschaftsjahr um 757 520 ha oder 15,0 v. H. verringert. Die Roggenfeldfläche verminderte sich von 920 975 ha im Vorjahre auf 827 840 ha in 1917, was eine Abnahme von 93 135 ha oder 10,1 % ausmacht, und der Rückgang des Haferanbaues beträgt für das laufende Jahr bei einer bestellten Fläche von 650 590 ha 34 390 ha oder 5,0 % gegenüber 1916. Die Gerste, die in Frankreich in geringer Menge angebaut wird, hat gegen die im Vorjahr angebauten 99 730 ha nur unbedeutend (um 9 635 ha) zugenommen, desgleichen das Mengkorn, dessen Anbaufläche sich von 95 878 in 1916 auf 97 008 ha im laufenden Jahre vergrößert hat. Dagegen ist der Kartoffelanbau seit 1914 erheblich zurückgegangen und zwar von 1 487 642 ha in 1914 auf 1 344 600 in 1915 (−9,6 %) und 1 303 940 ha in 1916, was eine Abnahme gegen 1915 um 3,0 % und gegen 1914 um 12,3 % bedeutet.

Bei den Tierfutterpflanzen liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Anbau betrug in ha für

	Klee, Luzerne und Sпарfett-schläge	Grünfutterspflanzen	Futterrüben	Futterkohlpflanzen
1916 . . .	2 762 520	641 730	549 095	200 423
1915 . . .	2 832 105	675 690	582 900	235 315
1914 . . .	2 876 872	724 618	653 521	250 875

¹⁾ „Journal officiel“ vom 5. Januar 1917.

Hieraus ersieht man, daß auch bei sämtlichen Futterpflanzen die Feldbestellungen teilweise recht erheblich zurückgegangen sind. Die Verringerung der Anbaufläche für Klee, Luzerne und Sпарfett-schläge beziffert sich 1916 gegen das Vorjahr auf 2,5 % und für Grünfutterpflanzen auf 5,0 %. Noch größer ist die Abnahme bei den Futterrüben und den Futterkohlpflanzen, bei denen sie für 1916 gegen das Vorjahr 5,8 bzw. 14,8 % beträgt.

Einen außerordentlich starken Rückgang zeigt endlich der Anbau von Textilpflanzen, bei denen die Bestellungen betrugen

	Flachs	Hanf
1916	8 290	6 172
1915	8 976	8 115
1914	12 519	18 661

Hiernach hat sich die Flachs-anbaufläche 1915 gegenüber 1914 um 28,3 v. H. und 1916 gegen das Vorjahr um weitere 7,6 % verringert, sodaß sie 1916 nur zwei Drittel des Umfangs von 1914 darstellte. Bei Hanf erweist sich die Verminderung noch größer; indem sie sich 1915 gegen 1914 auf 56,5 % und 1916 gegen 1915 auf 23,9 % stellt, und die Abnahme in 1916 beträgt hier im Vergleich mit 1914 66,9 %, d. h. die Anbaufläche ist 1916 auf den dritten Teil von der des Jahres 1914 zurückgegangen.

Aus diesen Übersichten geht hervor, daß der Rückgang der Anbaufläche keineswegs auf einer Verschiebung der Feldbestellungen oder vermehrtem Anbau einiger Früchte auf Kosten anderer beruht, sondern sämtliche Anbauarten betrifft und vielmehr in der Not der Kriegszeit begründet ist.

Der Niedergang der französischen Landwirtschaft im Kriege. —

Die französische Landwirtschaft war vor dem Kriege stolz darauf, daß sie die große Brotgetreideeinfuhr von 1 bis 2 Mill. Tonnen, wie sie in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bestand, nahezu völlig überflüssig gemacht hatte; Frankreich brauchte nur noch in Not- bzw. Mißerntejahren Brotgetreide einzuführen. Im Kriege ist jedoch infolge der Einberufungen landwirtschaftlich erwerbstätiger Personen und der Pferderequisitionen ein derartiger Niedergang der Landwirtschaft eingetreten, daß die französische Bevölkerung von einer ernsthaften Not bedroht wird. Die Anbaufläche betrug nämlich in Tausend Hektar bei

	1914	1917
Weizen	6 493	4 207
Roggen	1 179	810
Mengkorn	119	84
Zus. Brotkorn . . .	7 791	5 101

Das ist also ein Rückgang der Anbaufläche um fast 35 v. H. Allerdings ist zu beachten, daß in der angeführten Anbaufläche für 1917 die Flächen, die in den von unseren Truppen besetzten Teilen liegen, nicht mitenthalten sind; immerhin dürfte dieser Unterschied knapp 5 v. H. ausmachen, sodaß ein Rückgang der Brotkornfläche um 30 v. H. Tatsache ist. Da nun auch die diesjährige Ernte nicht gerade glänzend ist, muß auch Frankreich sich zur Einführung der Brotkarte entschließen. Nicht viel besser als beim Brotgetreide steht es beim Hafer. Nur bei den Kartoffeln ist der Rückgang der Anbaufläche geringer, diese ist von 1,5 auf 1,3 Millionen ha, also nur um 13 v. H., gesunken. Den Rückgang der Anbaufläche erklärt teilweise der besonders mißliche Umstand, daß rund 30 v. H. der vorhandenen Arbeitspferde für das Heer requiriert sind; ferner hat Frankreich den Übelstand des ungemein stark parzellierten Grundbesitzes, weil nämlich bei Erbteilungen fast immer in natura geteilt wurde. Naturgemäß ist die Bewirtschaftung kleiner und kleinster Parzellen nur mit einem großen unproduktiven Arbeitsaufwande möglich. Wenn also Frankreich anstatt der früheren (vor dem Kriege) Getreideeinfuhr von ½ bis 1½ Mill. Tonnen 1916 bereits 4,9 Mill. t einführen mußte, so wird der Einfuhrbedarf im laufenden Erntejahr noch erheblich höher werden; seine Befriedigung hängt davon ab, ob die deutschen U-Boote die Einfuhr zulassen werden.

Statistische Korrespondenz.

(Fortsetzung.)

Die beendeten Konkurse in Preußen 1915¹⁾. — Die Zahl der beendeten Konkursverfahren, d. i. der Verfahren bis zur Aufhebung oder Einstellung, belief sich in Preußen im Kalenderjahre 1915 auf 3 436 (1914 auf 4 778 und 1913 auf 5 034). Ihre Abnahme betrug von 1913 auf 1914 256 oder 5,1 v. H., von 1914 auf 1915 aber 1 342 oder 28,1 v. H.

Beendet wurden v. H. sämtlicher jeweils erledigten Konkurse

im Kalender- jahre	Schluß- verteilung	Zwangs- vergleich	allgemeiner Einwilligung	Masse- mangels
1915	67,7	22,5	1,2	8,6
1914	65,2	23,1	1,5	10,2
1913	62,9	25,3	1,7	10,1

Weitans die meisten Konkurse wurden demnach in jedem der genannten drei Jahre durch Schlußverteilung beendet, d. h. das Verfahren wurde ohne Vergleich zwischen den beiden Parteien nach den gesetzlichen Vorschriften zu Ende geführt. Der Anteil dieser Schlußverteilungen hat sich bis 1914 und weiter bis 1915 vermehrt. Volkswirtschaftlich günstig zu beurteilen ist der Zwangsvergleich. Er betrifft außer dem Gemeinschuldner nur die nicht-bevorrechtigten Konkursgläubiger und ist zu verwerfen, wenn er den Gläubigern nicht mindestens den fünften Teil ihrer Forderungen gewährt. Sein Anteil an sämtlichen beendeten Konkursen ist in den letzten drei Jahren etwas gesunken und erreicht im Berichtsjahr nicht mehr ein Viertel aller erledigten Fälle. Wurden von den neuen Konkursen in Preußen in den Jahren 1915, 1914 und 1913 24,9, 24,4 und 23,6 v. H. wegen Massemangels abgelehnt¹⁾, so wurden, wie obenstehende Zusammenstellung zeigt, in den gleichen Jahren auch immer noch rund ein Zwölftel bis ein Zehntel der eröffneten Konkursverfahren aus dem gleichen Grunde nachträglich eingestellt. In den letztgenannten beiden Fällen handelt es sich um besonders schwere wirtschaftliche Zusammenbrüche. 1915 weisen sie nach obiger Übersicht eine verhältnismäßige Abnahme auf.

Vom Hundert sämtlicher im Jahre 1915 beendeten 3 436 Konkursverfahren hatten gedauert:

weniger als 6 Monate	18,0
6 Monate bis unter 12 Monate	29,2
1 Jahr " " 2 Jahre	28,4
2 Jahre " " 3 " "	13,6
3 " " " 4 " "	5,5
4 " " " 5 " "	2,6
5 " " " 10 " "	2,6
10 und mehr Jahre	0,1

Für 3 387, d. i. 98,6 v. H. aller durchgeführten Verfahren des Berichtsjahres, waren die Konkursforderungen (die Schuldenmasse) angegeben. Gliedert man diese 3 387 Verfahren nach der Höhe der Summe der Konkursforderungen, so entfallen vom Hundert auf Konkursfälle mit einer Konkursforderungssumme von unter 1 Tausend M 1,9, mit einer solchen von 1 bis unter 5 Tausend M 14,4, mit einer von 5 bis unter 10 Tausend M 17,4, mit einer von

¹⁾ Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 25. Jahrgang, 1916, drittes Heft S. 54 ff. Vergl. auch den Artikel Seite 21*.

10 bis unter 20 Tausend M 21,1, mit einer von 20 bis unter 50 Tausend M 22,3, auf Fälle mit einer Schuldenmasse von 50 bis unter 100 Tausend M 11,0, mit einer solchen von 100 bis unter 500 Tausend M 10,2, mit einer von 500 Tausend bis unter 1 Million M 1,3 und endlich mit einer 1 Million M und mehr betragenden Forderungssumme 0,4. Unter diesen Konkursen machten demnach die mit einer Schuldenmasse von tausend bis (unter) fünfzigtausend M allein etwas mehr als drei Viertel (75,2 v. H.) aller aus. Unter den Konkursforderungen (der Schuldenmasse) sind immer nur die bevorrechtigten und nicht-bevorrechtigten Konkursforderungen zu verstehen, also nicht die weiter unten zu erwähnenden Masse-schulden und Massekosten. Das Rangverhältnis dieser vier Posten bei der Begleichung aus der Aktiv- oder Teilungsmasse, d. i. aus dem Erlös des Konkursverwalters für die veräußerten Vermögensgegenstände des Gemeinschuldners, ist folgendes: Zunächst sind die Masse-schulden, d. i. die durch den Konkursverwalter zur Erledigung seiner Obliegenheiten übernommenen Masseverpflichtungen, zu decken, dann die durch das Konkursverfahren selbst entstandenen Massekosten, danach drittens die bevorrechtigten Konkursforderungen: als Lohnforderungen, Forderungen der Reichs-, Staats- und Gemeindefassen, der Ärzte, der Kinder des Gemeinschuldners in Ansehung ihres gesetzlich seiner Verwaltung unterstehenden Vermögens, an vierter Stelle endlich die nicht-bevorrechtigten, d. i. alle übrigen Konkursforderungen.

Es betrugen nun im Berichtsjahr in Preußen in sämtlichen beendeten Konkursverfahren die Massekosten 6 758 949 M. Davon seien hervorgehoben 779 530 M Gebühren und Auslagen des Gerichts, 3 042 690 M Vergütung und Auslagen des Verwalters und 673 718 M Vergütung und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses. Der Gläubigerausschuß, eine fakultative Einrichtung, hat den Verwalter bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen und zu überwachen und ist im Jahre 1915 bei 1 863, also bei 54,2 v. H. sämtlicher beendeten 3 436 Verfahren eingesetzt worden. Die Masse-schulden beliefen sich im gleichen Jahre auf 8 622 028 M.

Die Konkursforderungen (Schuldenmasse, s. o.) machten im Berichtsjahr 183 492 539 M aus; sie setzten sich aus 2 626 983 M oder 1,4 v. H. bevorrechtigten und 180 865 556 M oder 98,6 v. H. nicht-bevorrechtigten Forderungen zusammen. Diesen fast 183½ Millionen M Schuldenmasse (Passivmasse) standen nur 40 125 149 M Teilungsmasse (Aktivmasse) gegenüber. Die nicht getilgten Masse-schulden, Massekosten und Konkursforderungen sind die sogenannten ausgefallenen Beträge. Der Anteil dieser belief sich bei den Masse-schulden auf 124 653 M oder 1,4 v. H., bei den Massekosten auf 53 268 M oder 0,8 v. H., bei den bevorrechtigten Konkursforderungen auf 294 203 M oder 11,2 v. H., bei den nicht-bevorrechtigten hingegen auf 156 007 628 M oder 86,3 v. H.

Zum Schluß noch die wichtigsten finanziellen Ergebnisse der beendeten Konkursverfahren in Preußen in den Jahren 1915, 1914 und 1913 unter teilweiser Wiederholung der Angaben für das Berichtsjahr. Bei diesen Verfahren betrugen

im kalender- jahre	die Teilungs- masse in 1 000 M	die bevorrechtigten Konkursforderungen					die nichtbevorrechtigten Konkursforderungen					
		die Konkurs- forde- rungen (Schulden- masse) überhaupt in 1 000 M	über- haupt in 1 000 M	davon		die aus- gefallenen v. H. sämtlicher bevorrechtigten Konkurs- forderungen	über- haupt in 1 000 M	davon		die aus- gefallenen v. H. sämtlicher nichtbevorrechtigten Konkurs- forderungen		
				aus- gefallen in 1 000 M	be- friedigt in 1 000 M			aus- gefallen in 1 000 M	be- friedigt in 1 000 M			
1915	40 125	183 493	2 627	294	2 333	11,2	88,8	180 866	156 008	24 858	86,3	13,7
1914	66 742	270 639	4 526	527	3 999	11,6	88,4	266 113	225 437	40 676	84,7	15,3
1913	60 774	293 875	4 495	806	3 689	17,9	82,1	289 380	248 826	40 554	86,0	14,0

Das finanzielle Hauptergebnis der Konkursstatistik, die Feststellung der ausgefallenen oder umgekehrt der zur Auszahlung gelangten Beträge der Forderungen, läßt nach

vorstehender Zusammenstellung bei den bevorrechtigten Konkursforderungen eine zunehmende, bei den nicht-bevorrechtigten eine abnehmende Neigung zur Begleichung erkennen.

Die Steuerkraft und die Belastung durch direkte Gemeindefeuern in 65 Gemeinden von Groß-Berlin im Rechnungsjahre 1911. — Die Zahlenangaben der umstehend abgedruckten Tabelle entstammen dem den Stadtkreis Berlin und die Provinz

Brandenburg umfassenden Bande des Heftes 243 des amtlichen Quellenwerks der „Preussischen Statistik“, das die Ergebnisse der preussischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 enthält. Nur die Angaben für den Ortsbezirk Berlin-Dahlem sind

Die Steuerkraft der Gemeinden Groß-Berlins und ihre Belastung durch direkte Gemeindefeuern im Rechnungsjahre 1911.

Städte.	Kreis	Einwohnerzahl nach der Personenaufnahme für das Rechnungsjahr 1912	Prinzipalteil der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Stadtgemeinden und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. D. nach dem Stande vom 1. Januar 1912 ermittelt worden ist, nämlich der					Der direkten Gemeindefeuern		
			Einkommensteuer der Einkommen von		Realsteuern zusammen	direkten Steuern zusammen		Zu betrag		
			mehr als 900 M	nicht mehr als 900 M nach den fingierten Normalsteuern (siehe 1)		überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	Belastungsziffer (Sp. 7b : Sp. 6b)
1	2	3	4a	4b	5	6a	6b	7a	7b	7c
* Landgemeinden.										
I. Berlin	Stadtkreis	2 033 363	40 696 448	—	24 911 156	65 607 604	32,27	85 064 256	41,83	1,90
II. Westen und Südwesten.										
1. Charlottenburg	Stadtkreis	302 552	8 813 201	—	3 422 786	12 235 987	40,44	14 752 072	48,76	1,21
2. Berlin-Schöneberg	Stadtkreis	174 280	3 342 891	—	1 751 932	5 094 823	29,23	6 001 861	34,44	1,18
3. Berlin-Wilmersdorf	Stadtkreis	119 051	3 418 533	20 286	1 274 888	4 713 707	39,59	5 669 258	47,62	1,20
4. *Berlin-Steglitz	Teltow	70 559	1 004 264	5 995	484 158	1 494 417	21,18	2 032 876	28,81	1,36
5. *Berlin-Lichterfelde	"	43 818	824 641	5 133	307 952	1 137 726	25,96	1 673 560	38,19	1,47
6. *Berlin-Friedenau	"	39 340	700 050	10 179	390 518	1 100 747	27,98	1 270 263	32,29	1,15
7. *Zehlendorf	"	17 877	501 718	2 882	154 157	658 757	36,85	1 176 892	65,83	1,79
8. *Berlin-Lankwitz	"	10 282	162 290	1 596	60 467	224 353	21,82	446 406	43,42	1,99
9. *Berlin-Schmargendorf	"	7 904	161 655	2 007	67 025	230 687	29,19	568 922	71,98	2,47
10. *Berlin-Grünwald	"	5 904	972 519	—	131 384	1 103 903	186,98	930 196	157,55	0,84
11. Teltow	"	4 131	33 932	1 109	22 994	58 035	14,06	173 778	42,07	2,99
12. *Wannsee	"	3 385	361 478	857	34 890	397 225	117,35	423 481	125,11	1,07
13. *Nikolassee	"	1 613	159 549	—	23 384	182 933	113,41	110 229	68,34	0,60
14. Ortsbezirk Berlin-Dahlem	"	3 917	297 342	1 202	60 855	359 399	91,75	110 144	28,12	0,81
Zusammen II.		804 613	20 754 063	51 246	8 187 390	28 992 699	36,03	35 339 938	43,92	1,22
III. Süden und Südosten.										
1. Neukölln	Stadtkreis	249 588	1 870 268	38 648	1 318 654	3 227 570	12,93	4 336 943	17,38	1,34
2. Köpenick	Teltow	31 261	239 957	10 470	157 961	408 388	13,06	839 696	26,86	2,06
3. *Berlin-Treptow	"	27 047	417 139	—	208 435	625 574	23,13	941 298	34,80	1,50
4. *Berlin-Tempelhof	"	24 045	316 498	2 627	191 807	510 932	21,25	767 966	31,94	1,50
5. *Berlin-Oberschöneweide	Niederb.	23 883	325 547	4 028	180 652	510 227	21,36	997 752	41,78	1,96
6. *Berlin-Mariendorf	Teltow	17 570	250 517	2 132	128 662	381 311	21,70	620 326	35,31	1,63
7. *Friedrichshagen	Niederb.	14 609	141 293	3 275	75 054	219 622	15,03	451 846	30,93	2,06
8. *Berlin-Britz	Teltow	11 971	82 429	2 097	57 189	141 715	11,84	372 755	31,14	2,63
9. *Adlershof	"	11 142	71 592	2 852	53 869	128 313	11,52	366 283	32,87	2,85
10. *Berlin-Niederschöneweide	"	8 099	118 559	1 071	67 889	187 519	23,15	326 339	40,29	1,74
11. *Berlin-Johannisthal	"	4 416	26 808	724	17 864	45 396	10,28	151 960	34,41	3,35
12. *Alt Glienicke	"	4 245	19 417	1 451	13 489	34 357	8,09	103 393	24,36	3,01
13. *Berlin-Marienfelde	"	3 772	37 523	834	22 698	61 055	16,19	147 183	39,02	2,41
14. *Lichtenrade	"	3 512	24 470	854	20 115	45 439	12,94	91 283	25,99	2,01
15. *Grünau	"	3 250	48 325	487	23 671	72 483	22,30	122 279	37,62	1,69
16. *Buckow	"	1 554	10 325	288	6 740	17 353	11,17	38 128	24,54	2,20
17. *Rudow	"	1 470	13 261	656	9 855	23 772	16,17	77 959	53,03	3,28
18. 2) 3 Gemeinden zus.	"	2 369	18 712	486	9 840	29 038	12,26	51 614	21,79	1,78
Zusammen III.		443 803	4 032 640	72 980	2 564 444	6 670 064	15,03	10 805 003	24,35	1,62
IV. Osten und Nordosten.										
1. Berlin-Lichtenberg	Stadtkreis	86 580	681 008	12 553	438 864	1 132 425	13,08	1 640 472	18,95	1,45
2. *Berlin-Rummelsburg	Niederb.	52 191	391 995	10 031	273 673	675 699	12,95	1 166 669	22,35	1,73
3. *Berlin-Weißensee	"	43 995	300 902	8 044	221 651	530 597	12,06	1 120 835	25,48	2,11
4. *Berlin-Friedrichsfelde	"	20 900	234 471	—	123 898	358 369	17,15	653 844	31,28	1,82
5. *Berlin-Hohenschönhausen	"	6 075	64 096	696	45 703	110 495	18,19	255 359	42,03	2,31
6. *Berlin-Stralau	"	4 589	54 201	688	38 927	93 816	20,44	174 335	37,99	1,86
7. *Mahlsdorf	"	4 194	30 351	1 034	18 724	50 109	11,95	83 917	20,01	1,67
8. *Kaulsdorf	"	2 723	21 630	574	12 795	34 999	12,85	62 125	22,81	1,78
9. *Biesdorf	"	2 355	43 676	—	12 600	56 276	23,90	78 354	33,27	1,89
10. 3) 8 Gemeinden zus.	"	4 181	23 669	1 045	20 293	45 007	10,76	66 577	15,92	1,48
Zusammen IV.		227 783	1 845 999	34 665	1 207 128	3 087 792	13,56	5 302 487	23,28	1,72
V. Norden und Nordwesten.										
1. Spandau	Stadtkreis	83 938	527 666	18 818	490 426	1 036 910	12,35	2 096 248	24,97	2,02
2. *Berlin-Pankow	Niederb.	50 204	533 147	10 444	289 331	832 922	16,59	1 435 564	28,59	1,72
3. *Berlin-Neukunden	"	37 355	316 727	4 118	215 603	536 448	14,36	976 834	26,15	1,82
4. *Berlin-Tegel	"	19 587	297 785	—	126 011	423 796	21,64	733 313	37,44	1,73
5. *Berlin-Niederschönhausen	"	16 700	153 046	2 645	88 467	244 158	14,62	446 521	26,74	1,83
6. *Berlin-Wittenau	"	9 229	124 592	1 228	41 228	167 048	18,10	411 296	44,57	2,46
7. *Berlin-Rosenthal	"	6 495	67 179	857	41 095	109 131	16,80	236 184	36,36	2,16
8. *Hermesdorf b. Berlin	"	6 420	66 742	2 154	38 175	107 071	16,68	156 289	24,34	1,46
9. *Berlin-Buchholz	"	4 779	26 790	830	16 855	44 475	9,31	101 412	21,22	2,28
10. *Lübars	"	3 336	32 675	593	19 087	52 355	15,69	77 841	23,33	1,49
11. *Heiligensee	"	1 491	28 770	518	13 510	42 798	28,70	39 620	26,57	0,93
12. *Glienicke	"	1 004	6 314	234	4 369	10 917	10,87	17 140	17,07	1,57
13. *Berlin-Heinersdorf	"	887	11 989	210	7 261	19 460	21,94	88 845	100,16	4,57
14. *Schiffow	"	610	4 793	60	3 004	7 857	12,88	12 819	21,01	1,63
Zusammen V.		242 035	2 198 215	42 709	1 394 422	3 635 346	15,02	6 829 926	28,22	1,88
Groß-Berlin (I.—V.)		3 751 597	69 527 365	201 600	38 264 540	107 993 505	28,79	143 341 610	38,21	1,83

1) Jeweil zur Gemeindefeuer herangezogen worden ist. — 2) und zwar Landgemeinde Rohnsdorf (149), Mahlsdorf (712) und Groß Glienicke (708 Einw.). — 3) und zwar Landgemeinden Mariow (197), Lichtenberg (759), Wittenau (758), Marienfelde (758), Marienau (615), Rudow (499), Buchholz (343), Wartenberg (261) und Treptow (83 Einw.).

besonders erhoben worden. Aus der Tabelle ergibt sich, daß auf Berlin und die in die Untersuchung einbezogenen 65 Nachbargemeinden der Reichshauptstadt zusammen an staatlich veranlagten direkten Steuern, einschließlich der zur Gemeindesteuer herangezogenen fingierten Einkommensteuerbeträge, 107,99 Mill. *M* entfielen, d. w. 23,33 v. H. des entsprechenden Steuerfolls sämtlicher Städte und Landgemeinden Preußens, während die Bevölkerungszahl dieser Groß-Berliner Gemeinden nur rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der preußischen Städte und Landgemeinden ausmachte. Auf 1 Einwohner betrug dieses Prinzipalfoll der direkten Steuern in den Gemeinden Groß-Berlins durchschnittlich 28,79 *M* gegen nur 12,08 *M* in sämtlichen Stadt- und Landgemeinden Preußens. Unter Zugrundelegung dieser Kopfbeträge als Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit ergibt sich für die Groß-Berliner Gemeinden eine durchschnittliche Steuerkraft, die über noch einmal so hoch war als die der preußischen Gemeinden überhaupt. Das Ist-Aufkommen an direkten Gemeindesteuern betrug für die Groß-Berliner Gemeinden 143,34 Mill. *M*, d. w. 17,55 v. H. der direkten Gemeindesteuern in Preußen und 38,21 *M* auf 1 Einwohner gegen nur 21,32 *M* bei sämtlichen preußischen Gemeinden. Die direkten Gemeindesteuern machten bei den Gemeinden Groß-Berlins durchschnittlich 133 % des Prinzipalfolls der auf sie entfallenden direkten Steuern aus, für die Gesamtheit der preußischen Gemeinden dagegen 176 %; wenn man die Belastung durch den sich aus Division des Prinzipalfolls der direkten Steuern in den Betrag der direkten Gemeindesteuern ergebenden Quotienten ausdrückt¹⁾, so erhält man eine Belastungsziffer von 1,33 für die Groß-Berliner und von 1,76 für die Gesamtheit der preußischen Gemeinden.

Vergleicht man die Steuerkraft und die steuerliche Belastung der Groß-Berliner Stadtkreise mit der in sämtlichen Stadt- und Landgemeinden der Vorortkreise Teltow und Niederbarnim, so ergeben sich folgende Zahlen:

bei	Es betrug im Rechnungsjahre 1911 das Prinzipalfoll der direkten Steuern auf 1 Einw.	die Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern
d. Stadtkr. Berlin	32,27	1,30
" " Charlottenburg	40,44	1,21
" " Berlin-Schöneberg . . .	29,23	1,18
" " "Wilmerdorf	39,59	1,20
" " Neukölln	12,93	1,34
" " Berlin-Lichtenberg . . .	13,08	1,45
" " Spandau	12,35	2,02
" Gesamtheit der Städte und Landgemeinden des Kreises Teltow .	22,58	1,53
" desgl. des Kreises Niederbarnim	14,27	1,81.

Während sich also Berlin und seine westlichen und südwestlichen Nachbarkreise durch eine hohe Steuerkraft und eine geringe Belastung auszeichnen, zeigen die östlichen, nördlichen usw. Kreise nur eine mittlere steuerliche Leistungsfähigkeit und Belastung.

Bezüglich der nach ihrer geographischen Lage zu Berlin angeordneten Nachbargemeinden der Reichshauptstadt ergibt sich aus der Tabelle folgendes: Berlin selbst sowie seine Nachbargemeinden im W. und SW. waren durchschnittlich mehr als doppelt so steuerkräftig und dabei erheblich geringer belastet als die in den übrigen Himmelsrichtungen belegenen Gemeinden von Groß-Berlin. Weit aus am steuerkräftigsten waren die Villenorte B.-Grunewald, Wannsee, Nikolassee und B.-Dahlem mit einem Prinzipalfoll der direkten Steuern von 186,98, 117,35, 113,41 und 91,75 *M* pro Kopf. Erst in großem Abstände folgten Charlottenburg, B.-Wilmerdorf, Zehlendorf und die Reichshauptstadt mit 40,44, 39,59, 36,95 und 32,27 *M*. Die Summe von 20 *M* überstieg der Kopfbetrag auch noch beim Stadtkreise B.-Schöneberg (29,23) und folgenden Landgemeinden des W. und SW.: Schmargendorf (29,19), B.-Friedenau (27,98), B.-Lichterfelde (25,96), B.-Lanitz (21,82) und B.-Steglitz (21,18), desgleichen von den Landgemeinden des S. und SO. bei B.-Niedererschöneweide (23,15), B.-Trepow (23,13), Grünau (22,30), B.-Mariendorf (21,70), B.-Obereschöneweide (21,36) und B.-Tempel-

hof (21,25), weiter von den Landgemeinden des O. und NO. bei Biesdorf (23,90) und B.-Stralau (20,44), endlich von den Landgemeinden des N. und NW. bei Heiligensee (28,70), B.-Heinersdorf (21,84) und B.-Tegel (21,84 *M*). Von den Gemeinden des W. und SW. blieb keine, von denen des S. und SO. blieben sieben (B.-Britz, Adlershof, B.-Johannisthal, Alt Glienicke, Buckow, Bohnsdorf, Groß Zietzen), von denen des O. und NO. neun (B.-Weißensee, Mahlsdorf, Karow, Lindenberg, Ahrensfelde, Malchow, Birchholz, Wartenberg, Mehrow), von denen des N. und NW. zwei (B.-Buchholz, Glienicke) hinter dem staatlichen Durchschnittsbetrage (12,08 *M*) zurück, am meisten mit 8,64 sowie 8,09 *M* Birchholz und Alt Glienicke.

Bei 23 Gemeinden von Groß-Berlin, das ist bei rund einem Drittel, kann die Belastung durch direkte Gemeindesteuern als verhältnismäßig niedrig bezeichnet werden; die Belastungsziffer erreichte bei ihnen noch nicht den Betrag von 1,50. Zu dieser Gruppe gehörten, außer der Reichshauptstadt selbst, 10 Gemeinden des W. und SW., 2 Gemeinden des S. und SO., 7 Gemeinden des O. und NO. sowie 3 Gemeinden des N. und NW. Die geringste Belastungsziffer zeigte mit 0,31 der Gutsbezirk B.-Dahlem, demnächst mit 0,60, 0,84 sowie 0,93 Nikolassee, B.-Grunewald und Heiligensee. Dann folgten Wannsee (1,07), Mahlow (1,12), B.-Friedenau (1,15), B.-Schöneberg (1,18), B.-Wilmerdorf (1,20), Charlottenburg (1,21), Mehrow (1,26), Karow (1,29) und Berlin (1,30). Auch die Stadtkreise Neukölln (1,34) und B.-Lichtenberg (1,45) gehörten dieser Gruppe der niedrig belasteten Gemeinden an, desgleichen von großen Landgemeinden B.-Steglitz (1,36) und B.-Lichterfelde (1,47). Andererseits gab es 20 Groß-Berliner Gemeinden mit einer hohen, 2 noch übersteigenden Belastungsziffer. Der W. und SW. war hier nur durch die Stadt Teltow (2,99), und die Landgemeinde B.-Schmargendorf (2,47) vertreten, der O. und NO. desgleichen nur durch B.-Weißensee (2,11) und B.-Hohenschönhausen (2,31), der N. und NW. schon durch fünf Gemeinden, nämlich Spandau (2,02), B.-Rosenthal (2,16), B.-Buchholz (2,28), B.-Wittenau (2,46) und B.-Heinersdorf (4,57), der S. und SO. endlich durch elf Gemeinden, nämlich Lichtenrade (2,01), Cöpenick (2,06), Friedrichshagen (2,06), Buckow (2,20), B.-Marienfelde (2,41), Groß Zietzen (2,57), B.-Britz (2,63), Adlershof (2,85), Alt Glienicke (3,01), Rudow (3,28) und B.-Johannisthal (3,35). Von neun weiteren Gemeinden wurde auch noch die durchschnittliche Belastungsziffer der preußischen Gemeinden überhaupt (1,76) übertroffen, so daß im ganzen 29 Groß-Berliner Gemeinden oder 43,94 v. H. diese staatliche Durchschnittsziffer überschritten.

Der Finanzbedarf in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911. — Die Zahlenangaben der umstehend abgedruckten Tabelle entstammen der den Stadtkreis Berlin und die Provinz Brandenburg umfassenden Abteilung des Heftes 243 des amtlichen Quellenwerks der „Preussischen Statistik“, das die Ergebnisse der preussischen Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 behandelt. Aus der Tabelle ergibt sich, daß in Berlin und den in die Untersuchung einbezogenen 64 Nachbargemeinden der Reichshauptstadt die Gesamtausgaben für das Berichtsjahr 513,90 Mill. *M* betrugen. Die entsprechende Angabe für sämtliche Gemeinden Preußens liegt noch nicht vor, doch stehen Vergleichszahlen aus Teilergebnissen der Statistik zur Verfügung, die die Bedeutung des Finanzbedarfs der Groß-Berliner Gemeinden ins rechte Licht setzen. Es betrugen nämlich die Gesamtausgaben der Gemeinden

in	Mill. <i>M</i>
der Prov. Ostpreußen	70,98
" " Westpreußen	62,30
" " Brandenburg (ohne Berlin) . .	346,72
" " Pommern	72,12.

Ferner betrugen nach einem vorläufigen Auszahlungsergebnisse¹⁾ die Ausgaben in sämtlichen Städten und den mehr als 5 000 Ein-

¹⁾ Bei Zugrundelegung der betr. Kopfbeträge erhält man das gleiche Ergebnis.

¹⁾ Vgl. Jahrgang 1916, Seite XIII.

Der Finanzbedarf der Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911.

Zusgaben in 1000 Mark																	
Städte.	Verzinsung und Tilgung von Schulden sowie sonstige Kosten der Schuldaufnahme	Provinzial- (Bezirke u. a.) und Kreissteuer	Kapitalan-sammlung	für die Zentralver-waltung ein-schließlich der Polizei-verwaltung und des Feuerlösch-wesens	für die Ver-mögens- und Schul-den-ver-waltung	für die Schul-ver-waltung sowie Kunst- und Wissen-schaft und allge-meine Bil-dungszwecke	darunter:		für Kün-st-zwecke ein-schließlich der Fried-hofs- und Be-gräbnis-ver-waltung	für Armen- und Kranken-wesen sowie sonstige Wohl-fabriz-pflege	für Ver-kehrs-an-lagen	dar-unter: Wege-wesen	für gewerb-liche Unter-nehmungen, abge-sehen von Ver-kehrs-an-lagen	für sonstige Zwecke	Aus-gaben zusammen (Spalten 2 bis 12)	Von den Gesamt-ausgaben (Sp. 13) entfallen auf	
							höhere Knaben- und Mäd-chen-schulen sowie Mittel-schulen	Volks-schulen								Aus-gaben für Ankauf von Grund-stücken, Neu-bauten, größere Um-bauten, Neube-schaffun-gen von Inventar	durch-laufende und sänger-träge
I	2	3	4	5	6	7	7a	7b	8	9	10	10a	11	12	13	13a	13b
I. Stadtkreis Berlin . . .																	
I. 1. Charlottenburg . . .	54 253	—	449	37 223	1 473	40 475	8 823	27 618	216	55 445	21 853	17 866	58 461	2 430	272 280	38 380	25 485
II. Westen und Südwesten.																	
1. Berlin-Schöneberg . .	16 783	1 443	1 731	4 187	7 703	11 343	2 937	5 133	—	7 040	6 842	5 215	14 495	514	72 080	17 512	8 959
2. " Wilmersdorf . . .	5 402	619	80	3 689	498	3 123	1 549	1 459	160	4 017	4 151	3 473	—	20	21 759	6 150	533
3. " Steglitz . . .	4 017	516	141	1 753	593	3 322	2 289	992	27	1 632	5 442	1 677	—	7	17 450	6 081	65
4. * " Lichterfelde . . .	2 157	458	96	908	871	2 026	1 117	860	57	698	1 092	947	1 750	6	10 120	3 562	64
5. * " Friedenau . . .	779	380	2	537	218	1 722	1 392	319	224	540	1 191	1 186	—	5	5 598	678	203
6. * " Zehlendorf . . .	297	249	43	822	67	1 563	1 332	221	30	264	342	342	399	3	4 080	1 725	111
7. * Berlin-Lantwig . . .	910	229	43	437	65	750	584	155	20	319	392	375	253	2	3 419	680	99
8. * " Schmargendorf . .	280	91	2	161	128	242	134	105	—	105	247	247	0,2	0,4	1 256	209	6
9. * " Grunewald . . .	234	83	276	416	135	660	596	64	54	74	97	97	1	—	2 031	1 047	2
10. * " Teltow . . .	158	282	0,3	204	7	321	274	46	7	69	219	219	0,06	0,4	1 267	37	14
11. * " Wannsee . . .	58	28	5	49	0,4	47	—	45	0,5	30	13	12	0,2	0,4	231	8	4
12. * " Nikolassee . . .	66	107	1	66	—	55	—	51	6	7	209	151	—	2	519	87	—
13. * " Zusammen II . . .	31 139	4 534	2 425	13 276	10 285	25 179	12 203	9 450	585	14 795	20 269	13 974	16 899	561	139 949	37 775	10 060
III. Süden und Südosten.																	
1. Neukölln . . .	3 734	364	475	2 315	1 516	3 677	1 078	2 532	67	3 159	2 988	2 488	6 916	12	25 223	9 852	631
2. Cöpenick . . .	752	122	262	493	22	544	193	334	1	254	504	151	370	0,8	3 324	92	225
3. * Berlin-Treptow . . .	536	201	74	391	27	698	410	279	424	387	550	549	—	3	3 289	1 518	8
4. * " Tempelhof . . .	207	165	74	182	84	284	134	151	9	182	261	261	—	—	1 447	322	4
5. * " Oberschöneweide . .	366	116	589	248	—	729	411	305	24	154	149	149	36	1	2 413	410	11
6. * " Mariendorf . . .	303	137	14	224	5	237	75	156	—	131	103	100	—	0,1	1 154	12	12
7. * Friedrichshagen . . .	138	51	22	200	—	234	81	152	0,2	77	330	327	671	0,03	1 724	837	31
8. * Berlin-Brick . . .	422	57	400	155	406	125	—	125	4	431	646	646	232	0,06	2 878	1 377	93
9. * Niedershof . . .	82	47	15	149	0,4	330	31	299	2	79	82	82	—	0,08	787	212	28
10. * Bln.-Niederschöneweide	90	69	57	108	16	111	—	111	34	56	85	85	173	2	800	206	16
11. * " Johanniethal . . .	24	19	11	38	—	64	—	63	21	7	7	7	—	39	230	17	—
12. * Alt Glienicke . . .	29	16	—	39	—	94	—	93	—	12	131	9	5	4	330	99	—
13. * Berlin-Mariensfelde . .	48	29	80	69	—	55	—	51	—	4	154	119	—	0,9	440	7	—
14. * Nichtenrade . . .	45	16	0,3	42	—	240	—	224	—	50	154	154	—	0,2	548	317	—
15. * Grünau . . .	24	27	30	41	—	42	—	39	2	6	88	88	12	0,5	274	72	—
16. * Rudow . . .	11	8	0,8	10	—	10	—	10	—	2	93	3	—	31	165	—	—
17. * Rudow . . .	31	16	34	29	—	26	—	25	2	3	142	141	—	0,4	285	140	—
18. 1) 3 Gemeinden zus. . .	5	10	7	16	—	16	—	16	0,8	4	22	22	—	2	83	8	—
Zusammen III . . .	6 849	1 471	2 145	4 748	2 075	7 517	2 412	4 966	592	4 997	6 489	5 379	8 414	97	45 394	15 498	1 059
IV. Osten und Nordosten.																	
1. Berlin-Lichtenberg . . .	1717	127	3	792	456	1 703	672	1 021	290	1 190	552	552	4 454	4	11 289	4 003	126
2. * " Stummelsburg . . .	649	147	0,1	462	141	887	328	536	11	302	148	148	124	5	2 877	144	83
3. * " Weizensee . . .	1858	123	698	576	914	687	153	512	42	1 899	687	684	939	1	8 424	2 201	736
4. * " Friedrichsfelde . . .	349	74	124	314	18	214	4	207	—	424	440	440	—	—	1 956	677	34
5. * Bln.-Hohenschönhausen	132	22	12	134	740	50	—	50	1	1 019	40	40	437	—	2 587	2 193	11
6. * " Stralau . . .	35	21	10	76	—	57	—	57	—	17	34	34	—	0,2	253	—	—
7. * Mahlsdorf . . .	13	10	3	31	—	63	—	62	—	4	47	47	—	—	170	28	—
8. * Rausdorf . . .	14	7	0,5	31	—	19	—	19	2	3	17	17	—	—	95	16	—
9. * Biesdorf . . .	12	13	30	25	—	72	—	71	2	4	36	35	—	0,3	194	58	—
10. 2) 8 Gemeinden zus. . .	11	10	1	21	—	22	—	22	18	37	10	10	—	2	132	50	—
Zusammen IV . . .	4 792	554	882	2 461	2 269	3 774	1 156	2 555	366	4 899	2 011	2 007	5 955	14	27 976	9 375	990
V. Norden und Nordwesten.																	
1. Spandau . . .	1 689	139	116	689	4	1 090	260	776	3	967	3 831	1 494	1 864	2	10 395	3 429	368
2. * Berlin-Pantow . . .	1 351	165	53	448	127	1 067	577	476	42	658	531	531	645	2	5 089	1 062	68
3. * " Reinickendorf . . .	668	114	43	402	73	650	103	546	7	408	395	384	95	0,7	2 856	536	62
4. * " Tegel . . .	600	97	14	400	278	794	498	231	17	499	1 390	1 093	87	0,5	4 178	2 199	24
5. * Bln.-Niederschönhausen	227	34	62	173	0,3	467	325	142	9	88	90	89	155	—	1 326	439	19
6. * " Wittenau . . .	308	38	32	256	0,5	116	—	115	5	85	171	171	260	0,2	1 272	255	41
7. * " Rosenthal . . .	100	24	12	65	85	68	—	68	—	91	99	98	64	—	607	227	7
8. * Hermsdorf b. Berlin . .	136	22	2	60	2	150	99	51	22	704	36	36	538	0,3	1 672	1 165	19
9. * Berlin-Buchholz . . .	28	10	19	76	—	45	—	44	1	10	30	30	200	2	421	266	—
10. * Zbars . . .	29	12	4	30	—	31	—	31	6	2	20	20	14	4	151	8	—
11. * Heiligensee . . .	12	10	2	26	—	8	—	8	14	3	10	9	26	0,2	110	23	—
12. * Glienicke . . .	8	2	0,2	6	—	4	—	4	0,4	0,8	47	47	20	—	90	61	—
13. * Berlin-Heinersdorf . .	37	5	14	22	—	15	—	15	0,7	2	13	12	10	0,5	119	3	—
14. * Zehlendorf . . .	4	2	0,6	3	—	4	—	4	0,06	0,1	2	2	—	0,8	16	0,4	—
Zusammen V . . .	5 196	694	372	2 656	569	4 508	1 861	2 560	127	3 520	6 665	4 016	3 980	13	28 300	9 673	609
Groß-Berlin (I—V) . . .	102 230	7 252	6 273	60 365	16 671	81 454	26 455	47 149	1 885	83 657	57 286	43 243	93 709	3 116	513 898	110 701	38 203

1) Landgemeinden Bohnsdorf, Mahlow und Groß Zietzen. — 2) Landgemeinden Karow, Lindenberg, Uhrensfelde, Marzahn, Malchow, Birkenhof, Wartenberg und Mehrow.

wohner zählenden Landgemeinden Preußens 2 425,90 Mill. M., wird außer von den Gemeinden der Provinz Brandenburg nur noch von denen der Rheinprovinz übertroffen, in der die Aufwendungen der Städte schon rund 550 Mill. M. ausmachen.

An den Ausgaben der Gemeinden Groß-Berlins waren beteiligt

	mit	%
der Stadtkreis Berlin	272,28	52,98
die Vororte des W. und SW. . . .	139,95	27,23
" " " S. " SO. . . .	45,39	8,83
" " " O. " NO. . . .	27,98	5,44
" " " N. " NW. . . .	28,50	5,51

Über ein Fünftel der Gesamtausgaben der Groß-Berliner Gemeinden entfiel auf außerordentliche Aufwendungen (Neu- und Umbauten, Ankäufe von Grundstücken usw.). Während ihr Anteil bei der Reichshauptstadt selbst bloß 14,10 % betrug, stellte er sich bei den Vororten des W. und SW. schon auf 26,99 und stieg bei denen im O. und NO. auf 33,51, im S. und SO. auf 34,11 und im N. und NW. auf 34,18 %.

Hinsichtlich der Verteilung des Finanzbedarfs auf die einzelnen Verwaltungszweige läßt die Tabelle folgendes erkennen. Für die Gesamtheit der Groß-Berliner Gemeinden erforderte der Schuldendienst mit 102,23 Mill. M. (18,39 %) die höchsten Aufwendungen; dann folgten mit 93,71 Mill. M. (18,23 %) die gewerblichen Unternehmungen, an dritter und vierter Stelle mit 83,66 bzw. 81,45 Mill. M. oder 16,28 sowie 15,85 % die Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege einerseits und das Schul- und Bildungsweisen andererseits. Von den übrigen Verwaltungszweigen entfielen nur noch auf die Zentralverwaltung (einschließlich des Polizei- und Feuerlöschwesens) sowie auf die Verkehrsanlagen mindestens ein Zehntel der Gesamtkosten, beim erstgenannten Verwaltungsgebiete rund 60, beim letzteren 57 Mill. M. (11,75 und 11,15 %). Die anderen Verwaltungszweige waren an den Gesamtkosten nur verhältnismäßig gering beteiligt; mehr als 2 v. H. erforderte bloß die Vermögens- und Schuldenverwaltung (3,24 %).

Zeigen sich schon bei den in der Tabelle nach ihrer geographischen Lage zur Reichshauptstadt unterschiedenen Gemeindegruppen gegenüber den vorstehend genannten Durchschnittsanteilen für Groß-Berlin z. T. nicht unerhebliche Abweichungen, so ergeben sich noch viel bedeutendere Unterschiede, wenn man auf die einzelnen Gemeinden selbst zurückgeht. Da sehen wir, daß die Aufwendungen für den Schuldendienst bei den Stadtkreisen Charlottenburg (23,28), B.-Schöneberg (24,83), B.-Wilmerdorf (23,02), desgleichen bei den kreisangehörigen Städten Teltow (25,06) und Köpenick (22,62 %) mehr als ein Fünftel der Gesamtkosten erforderten, im Gegensatz zu Berlin, Neukölln, B.-Lichtenberg und Spandau, deren entsprechende Anteile bloß 19,93, 14,31, 15,21 sowie 16,24 % ausmachten. Von den der Reichshauptstadt benachbarten großen Landgemeinden zeigten B.-Steglitz (21,31), Zehlendorf (26,60), B.-Lankwitz (22,26), B.-Mariendorf (26,29), B.-Krummelsburg (22,55), B.-Weißensee (22,03), B.-Pankow (26,53) und B.-Reinickendorf (23,40 %) gleichfalls einen Anteil ihrer Aufwendungen für den Schuldendienst an den Gesamtkosten von über einem Fünftel, ebenso die kleineren Landgemeinden B.-Wittenau (24,21), B.-Heinersdorf (31,57) und Schildow (24,93 %). Im Gegensatz zu diesen Gemeinden betrug der entsprechende Anteil bei B.-Friedenau nur 7,27 und bei einigen kleinen Landgemeinden noch nicht einmal 7 %. Die Villenkolonie Nikolassee konnte sich sogar rühmen, für Verzinsung und Tilgung von Schulden überhaupt keine Aufwendungen gemacht zu haben; diese Gemeinde war 1911 noch schuldenfrei.

Die zweithöchsten Kosten verursachten für die Gesamtheit der Groß-Berliner Gemeinden, wie wir sahen, die gewerblichen Unternehmungen. Bei diesem Verwaltungszweige treten besonders große Unterschiede zwischen dem Bedarfe der einzelnen Gemeinden hervor. Während fast die Hälfte von ihnen — darunter bemerkenswerter Weise sogar zwei Stadtkreise (B.-Schöneberg und B.-Wilmerdorf) sowie mehrere größere Landgemeinden (B.-Lichterfelde, Wannsee, B.-Treptow, B.-Tempelhof, B.-Mariendorf, B.-Friedrichsfelde) — gar keine Aufwendungen der in Frage stehenden Art aufzuweisen hatten, weil sie keine eigenen Gas-, Elektrizitätswerke usw. besaßen, spielten die Kosten für die gewerblichen Unternehmungen im Haushalt einiger Groß-Berliner Gemeinden eine sehr beträchtliche Rolle. Bei 19 Gemeinden machte ihr Anteil am gesamten Finanzbedarfe mehr als ein Zehntel und bei 11 von ihnen noch über ein Fünftel aus. Zur letzteren Gruppe gehörten die Stadtkreise Charlottenburg (20,11), Berlin (21,47), Neukölln (27,42) und B.-Lichtenberg (39,46 %), ferner die Landgemeinden B.-Wittenau

(20,14), B.-Niederhönneweide (21,59), Glienicke (22,73), Heiligensee (23,66), Hermsdorf b. Berlin (32,16), Friedrichshagen (38,90) und B.-Buchholz (47,45 %). Bei einigen dieser durch besonders hohe Anteile auffallenden Gemeinden war der größte Teil ihrer bezüglichen Aufwendungen durch außerordentliche Kosten verursacht.

Für Schulwesen, Kunst, Wissenschaft und allgemeine Bildungszwecke waren im Berichtsjahre erforderlich

	v. H. der Gesamtausgaben	davon entfielen auf Volksschulen v. H.
in Berlin	14,87	10,14
„ den Vororten des W. und SW. . .	17,99	6,75
" " " S. " SO. . . .	16,56	10,94
" " " O. " NO. . . .	13,49	9,13
" " " N. " NW. . . .	15,93	9,05

Man beachte den niedrigen Anteil der Volksschullasten in den Vororten des W. und SW.! Im Haushalt der einzelnen Gemeinden spielen die Aufwendungen für das Volksschulwesen auch durchaus nicht die gleiche Rolle. Während sie in 17 kleineren Landgemeinden noch über ein Fünftel und in 20 weiteren Städten und Landgemeinden noch über ein Zehntel ihrer Gesamtausgaben ausmachten, erreichten sie bei 16 Gemeinden noch nicht einen Anteil von 7 v. H. Bezeichnenderweise gehörten zu dieser Gruppe nicht weniger als 8 von den 13 Nachbarorten der Reichshauptstadt im W. und SW., nämlich B.-Schöneberg (6,70), B.-Wilmerdorf (5,69), B.-Lichterfelde (5,70), B.-Friedenau (5,42), Zehlendorf (4,53), B.-Schmargendorf (3,13), B.-Grünwald (3,63) und Nikolassee. Der letztgenannte Villenort hatte überhaupt keine Aufwendungen für das Volksschulwesen zu machen. Bei einigen der genannten Gemeinden mit niedrigen Volksschulkosten war ihr Kostenanteil für höhere Knaben- und Mädchen- sowie Mittelschulen um so bedeutender. So betrugen die betr. Aufwendungen in B.-Grünwald schon 21,64, in B.-Lichterfelde 24,57, in B.-Schmargendorf 29,35 und in B.-Friedenau 32,63 % ihres Finanzbedarfs. Nikolassee zeichnete sich auch hier wieder durch das Fehlen jeglicher Aufwendungen aus, desgleichen der Villenort Wannsee, bei dem aber das Volksschulwesen immerhin fast 10 % seiner Gesamtkosten erforderte. Sonst erreichten die Ausgaben für die höheren und Mittelschulen nur noch in B.-Niederhönneweide (24,51) einen Anteil der Gesamtkosten von mehr als 20, und bei 9 Gemeinden einen solchen von über 10 %.

Den verhältnismäßig hohen durchschnittlichen Anteilssatz vom Finanzbedarf (16,28 %), der auf die Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege in den Groß-Berliner Gemeinden entfiel, erreichten bzw. übertrafen nur verhältnismäßig wenige Gemeinden. Die sehr bedeutende Ausgabe für diese Zwecke hat wesentlich dazu beigetragen, diesem Durchschnittssatze solche Höhe zu verleihen. Außer der Reichshauptstadt (20,36) zeigten entsprechend hohe Anteilssätze nur noch B.-Schöneberg (18,16), B.-Weißensee (22,54), B.-Friedrichsfelde (21,67), B.-Hohenschönhausen (39,38), Marzahn (53,95) und Hermsdorf b. Berlin (42,11 %).

Von den sonstigen Verwaltungszweigen seien nur noch die Aufwendungen für Verkehrsanlagen hervorgehoben. Nur bei 23 von den in die Untersuchung einbezogenen 65 Groß-Berliner Gemeinden machten die Aufwendungen für diesen Verwaltungszweig nicht mindestens 10 v. H. ihrer Gesamtaufwendungen und bei 17 Gemeinden noch über 20 v. H. aus. Während in den meisten dieser Fälle die Ausgaben für das Straßenwesen allein ein Fünftel des Finanzbedarfs in Anspruch nahmen, verursachten in vier Gemeinden die sonstigen Verkehrsanlagen (Straßenbahnen usw.) die Hauptkosten, nämlich in B.-Wilmerdorf, Spandau, Alt Glienicke und Buckow.

Bezüglich der z. T. auch recht bedeutenden Ausgaben für die Allgemeine Verwaltung, die nur bei 15 Gemeinden nicht mindestens 10 v. H. der Gesamtkosten erreichten, sowie hinsichtlich der auf die übrigen Verwaltungszweige entfallenden Kostenanteile muß aus Raumrücksichten auf die Grundzahlen der Tabelle verwiesen werden. In einem zweiten Artikel soll die Art der Deckung des Finanzbedarfs der Groß-Berliner Gemeinden behandelt, und in einem weiteren eine auf die größeren Vororte Berlins beschränkte Zusammenstellung ihrer laufenden Nettokosten für die wichtigsten Verwaltungszweige veröffentlicht werden. Erst aus den letztgenannten Zahlen läßt sich ersehen, welchen Teil ihrer Gesamtaufwendungen für die einzelnen Verwaltungsgebiete die Gemeinden tatsächlich aus eigenen Mitteln bestritten haben.

Die Deckung des Finanzbedarfs in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911. — Nachdem in vorstehendem Artikel der Finanzbedarf für 65 Groß-Berliner Gemeinden im

Rechnungsjahre 1911 mitgeteilt worden ist, wird in der unten abgedruckten Tabelle die Art der Deckung des Finanzbedarfs dieser Gemeinden nachgewiesen.

Die Einnahmen der Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911.

Städte.	Einnahmen in 1000 Mark																	Von dem Gesamteinnahmen (Sp. 16) entfallen auf durchlaufende und fingierte Beträge
	Barbestand nach dem Finanzab-schlusse des Rechnungsjahres 1910	Zinsen, Divi-denden und Ge-winn-an-teile sowie Zu-wun-den aus Stift-ungen	Rein-über-schüsse aus Spar-kassen, Ban-ken, Feuer-versicher-ungen u. sonst. Anstalt., die wie jurist. Persö-nlichkeiten ver-waltet werden	Päch-te und Mie-ten	Roh-erträge aus der Land- und Forst-wirtschaft sowie aus sonstigem Betriebe	Beiträge und Er-stattun-gen	darunter		Grund-gerech-tigten, An-er-ken-nungs-gebühren u. ähn-liche Ent-schädi-gungen, Gebühr. u. Entg. gebüh-renartig, Charakt. u. Jagd-schein-abgaben	Indirekte Ge-meinde-steuern sowie Anteile an der Reichs-zuwachs-steuer	Direkte Ge-meinde-steuern	über-wiesene Ban-der-lager- und Waren-haus-steuer	Rück-zahlung aus-stehender Kapi-talien und Grund-fonds-ent-nahme	aus der Auf-nahme von Anleihen und sonstigen Schulden	aus dem Ver-kaufe von Grund-stücken usw.	unvor-herge-sehene und sonstige Ein-nahmen	Ein-nahmen zu-sammen (Spalten 2—15)	
							vom Staate	von weite-ren Kom-mu-nal-ver-bän-den										
I	2	3	4	5	6	7	7a	7b	8	9	10	11	12	13	14	15	16	16a
I. Stadtkreis Berlin . . .	6 279	4 541	1 679	4 665	69 645	29 603	1 576	4	38 881	7 717	85 064	2 345	15 085	10 681	3 494	1 809	281 488	25 485
II. Westen und Südwesten.																		
1. Charlottenburg . . .	2 192	389	—	1 410	17 888	9 017	156	354	3 183	1 691	14 752	179	0,5	10 818	71	13 508	75 097	8 959
2. Berlin-Schöneberg . .	472	374	—	231	475	1 446	54	27	3 381	713	6 002	5	81	11 371	359	168	25 079	533
3. „ Wilmersdorf . . .	17 633	490	—	78	—	2 312	10	59	1 690	1 261	5 669	—	1 178	2 751	16	1 246	34 325	65
4. * „ Steglitz . . .	3 088	141	—	83	818	525	8	14	816	449	2 033	—	459	1 500	203	7	10 120	64
5. * „ Lichterfelde . .	717	32	—	54	164	662	9	5	722	257	1 674	—	1 021	600	—	5	5 907	203
6. * „ Friedenau . . .	1 000	38	—	19	454	51	1	1	600	239	1 270	—	—	3 000	—	11	6 682	111
7. * Zehlendorf . . .	1 227	145	—	50	235	463	2	15	344	293	1 177	—	1 331	2	0,4	4	5 271	99
8. * Berlin-Lankwitz . . .	355	74	—	7	—	148	8	2	124	50	446	—	2	655	165	5	2 033	6
9. * „ Schmargendorf .	415	38	—	8	—	50	4	0,5	105	122	569	—	—	1 300	—	0,2	2 607	2
10. * „ Grunewald . . .	160	12	—	14	0,2	44	—	0,7	211	173	930	—	1	—	—	2	1 548	14
11. Teltow . . .	17	3	—	2	—	15	10	2	21	5	174	—	4	—	—	0,1	239	4
12. * Wannsee . . .	34	4	—	6	0,2	28	0,3	3	14	21	423	—	—	—	—	4	534	—
13. * Nikolassee . . .	—	5	—	—	—	8	—	—	2	24	110	—	—	—	0,6	0,05	149	—
Zusammen II . . .	27 308	1 743	—	1 962	20 033	14 769	262	483	11 214	5 298	35 230	185	4 078	31 996	815	14 959	169 590	10 060
III. Süden und Südosten.																		
1. Neukölln . . .	1 608	547	—	475	4 928	1 890	47	—	1 960	1 109	4 337	41	5 716	8 170	1 308	24	32 114	631
2. Köpenick . . .	411	100	—	57	1 342	144	32	0,8	351	89	840	0,04	279	—	—	0,9	3 613	225
3. * Berlin-Treptow . . .	270	28	—	19	3	660	2	3	229	246	941	—	69	1 193	—	3	3 661	8
4. * „ Tempelhof . . .	361	22	—	13	—	155	7	0,6	217	267	768	—	—	259	—	0,006	2 063	4
5. * „ Oberschöneweide	51	26	—	9	31	53	13	0,6	213	134	998	—	—	640	—	0,2	2 155	11
6. * „ Mariendorf . .	4	10	—	15	—	75	8	8	131	260	620	—	71	—	—	2	1 189	12
7. * Friedrichshagen . . .	87	2	—	22	264	23	13	0,8	117	40	452	—	0,1	860	—	0,6	1 866	31
8. * Berlin-Brick . . .	565	26	—	27	161	238	11	57	67	96	373	—	8	800	—	11	2 373	93
9. * Adlershof . . .	69	26	—	12	—	69	11	6	45	28	366	—	88	220	—	2	925	28
10. * Vln.-Niederschöneweide	70	26	—	40	149	70	5	—	37	43	326	—	2	130	—	1	894	16
11. * „ Johannissthal . .	7	11	—	8	—	31	14	1	2	16	152	—	—	—	—	1	229	—
12. * Alt Glienicke . . .	8	17	—	0,6	—	134	10	—	8	11	103	—	36	—	—	12	331	—
13. * Berlin-Mariensfelde . .	168	2	—	4	—	38	4	15	12	16	147	—	—	84	—	20	489	—
14. * Lichterfelde . . .	20	0,3	0,1	0,4	0,1	57	3	—	4	21	91	—	—	370	—	0,1	564	—
15. * Grünau . . .	61	7	—	4	—	6	3	—	17	9	122	—	34	20	—	3	285	—
16. * Buckow . . .	23	3	—	0,6	—	2	2	—	2	7	38	—	—	90	—	14	179	—
17. * Rudow . . .	75	10	—	2	4	31	6	24	1	7	78	—	3	190	—	0,01	401	—
18. *) 3 Gemeinden zus. . .	11	1	0,3	2	—	5	2	0,9	0,2	6	52	—	—	18	—	0,02	96	—
Zusammen III . . .	3 871	863	0,4	711	6 883	3 680	194	118	3 413	2 405	10 805	41	6 307	13 044	1 308	95	53 427	1 059
IV. Osten und Nordosten.																		
1. Berlin-Lichtenberg . .	824	251	—	142	3 033	431	16	13	603	450	1 640	—	—	4 860	—	133	12 366	126
2. * „ Rummelsburg . .	460	18	—	143	404	156	33	—	436	265	1 167	—	8	120	—	3	3 179	83
3. * „ Weißensee . . .	241	175	—	176	930	864	28	8,5	502	246	1 121	—	29	3 650	283	65	8 283	736
4. * „ Friedrichsfelde . .	799	60	—	24	—	207	12	30	161	109	654	—	36	522	0,4	1	2 571	34
5. * Vln.-Hohenschönhausen	202	8	—	7	56	23	7	0,6	25	67	255	—	—	1 960	11	0,3	2 614	11
6. * „ Stralau . . .	31	2	—	2	0,6	7	6	—	61	15	174	—	0,2	—	—	—	293	—
7. * Mahlsdorf . . .	27	2	—	1	—	7	7	0,1	0,7	32	84	—	—	55	—	—	208	—
8. * Kaulsdorf . . .	0,8	0,5	—	0,3	—	3	3	—	0,06	12	62	—	—	16	—	—	94	—
9. * Biesdorf . . .	—	3	—	0,7	2	102	—	5	2	8	78	—	3	—	—	0,3	199	—
10. *) 8 Gemeinden zus. . .	22	2	—	2	0,04	7	6	0,02	0,9	9	67	—	—	33	—	2	144	—
Zusammen IV . . .	2 606	522	—	498	4 425	1 807	118	135	1 790	1 212	5 302	—	76	11 216	294	203	29 952	990
V. Norden und Nordwesten.																		
1. Spandau . . .	753	180	204	64	2 823	291	51	5	1 023	562	2 096	—	41	3 207	—	13	11 258	368
2. * Berlin-Rankow . . .	8	57	—	87	464	255	9	27	764	479	1 436	—	169	1 059	—	9	4 788	68
3. * „ Neuknienhof . . .	153	37	—	25	255	454	16	5	151	324	977	—	—	780	—	0,3	3 155	62
4. * „ Tegel . . .	438	53	—	32	116	253	4	10	207	114	733	—	—	2 559	19	8	4 532	24
5. * Vln.-Niederschönhausen	10	15	—	13	81	129	7	2	127	85	447	—	15	555	—	0,4	1 478	19
6. * „ Wittenau . . .	22	7	—	13	331	93	10	0,7	52	43	411	—	—	970	—	0,1	1 942	41
7. * „ Rosenthal . . .	5	3	—	3	61	55	8	10	34	31	236	—	6	182	2	0,2	619	7
8. * Hermisdorf b. Berlin . .	12	25	—	18	268	11	6	—	18	32	156	—	—	1 239	20	0,07	1 800	19
9. * Berlin-Buchholz . . .	4	2	—	1	—	12	10	2	10	15	101	—	12	266	—	1	426	—
10. * Lübars . . .	22	2	—	0,9	—	15	10	—	23	18	78	—	3	—	—	0,3	162	—
11. * Heiligensee . . .	9	2	—	1	23	2	2	—	0,1	18	40	—	0,8	6	—	0,3	102	—
12. * Glienicke . . .	5	0,9	—	3	0,9	5	2	3	—	4	17	—	0,2	66	0,1	0,04	102	—
13. * Berlin-Heinersdorf . .	12	3	—	3	1	4	2	2	5	9	89	—	—	—	—	0,4	128	—
14. * Schildow . . .	1	0,1	—	0,1	—	1	1	—	0,03	3	13	—	—	—	—	0,03	19	—
Zusammen V . . .	1 455	388	204	264	4 425	1 580	135	69	2 414	1 738	6 830	—	248	10 887	42	33	30 509	609
Groß-Berlin (I—V) . . .	41 519	8 057	1 884	8 100	105 412	51 440	2 286	809	57 712	18 371	143 231	2 570	25 794	77 824	5 953	17 101	564 967	38 203

*) Landgemeinden Rohnsdorf, Mahlow und Groß Zietzen. — *) Landgemeinden Kadow, Lindenberg, Ahrensfelde, Marzahn, Mahlow, Birchow, Bartenberg und Mehrow.

Da ergibt sich, daß die gesamten Einnahmen der Reichshauptstadt und ihrer Nachbargemeinden im Berichtsjahre 564,97 Mill. *M* betrugen, während die entsprechenden Ausgaben nur 513,90 Mill. *M* ausgemacht hatten, so daß eine Mehreinnahme von rund 51 Mill. *M* erzielt wurde. An ihr waren die Vororte des W. und SW. mit 29,8 Mill., die Reichshauptstadt selbst mit 9,2 Mill., die Vororte des S. und SO. mit 8,0, die des N. und NW. mit 2,2, endlich die des O. und NO. mit 2,0 Mill. *M* beteiligt. Von den gesamten Einnahmen der Groß-Berliner Gemeinden entfielen

auf	Mill. <i>M</i>	v. <i>H</i> .
Berlin	281,49	49,82
die Vororte des W. u. SW.	169,59	30,02
" " " S. " SO.	53,43	9,36
" " " O. " NO.	29,95	5,30
" " " N. " NW.	30,51	5,40

Von Barbeständen und sonstigen verfügbaren Kapitalien verwendeten die Groß-Berliner Gemeinden insgesamt 67,31 Mill. *M*, d. w. 11,92 v. *H*. ihrer Gesamteinnahmen, zur Deckung ihres Bedarfs, desgleichen aus dem Verfaufe von Grundstücken 5,93 Mill. *M* (1,05 v. *H*.); rechnet man hierzu noch die aus der Aufnahme von Anleihen usw. stammenden Beträge in Höhe von 77,82 Mill. *M* (13,77 v. *H*.), so ergibt sich, daß rund 27 Prozent der Einnahmen Berlins und seiner 64 Vororte aus den genannten außerordentlichen Quellen flossen. Aus Steuern kamen insgesamt 164,17 Mill. *M* oder 29,06 v. *H*. der Gesamteinnahmen auf. Die übrigen 44 Prozent der Einnahmen rührten teils aus dem Ertrage des eigenen Grund- und Kapitalvermögens, teils aus Beiträgen, Gebühren, Strafen usw. sowie aus Reinüberschüssen von Sparkassen und aus sonstigen Quellen her.

Die Gemeindesteuern spielten im Haushalte der meisten Groß-Berliner Gemeinden eine besonders hervorragende Rolle. Nur bei 19 von den in Betracht kommenden 65 Gemeinden betrug ihr Anteil an den Gesamteinnahmen nicht mindestens ein Viertel derselben, bei 32, also rund der Hälfte, noch über 40 % und bei 23 von ihnen mehr als 50 %. Die höchsten, noch drei Viertel der Gesamteinnahmen übersteigenden Anteile zeigten von den Vororten des W. und SW. die Villenorte Wannsee (83,14) und Nikolassee (90,12), desgleichen von denen des O. und NO. Kaulsdorf (78,32), Ahrensfelde (86,90), Malchow (88,51), Birkenhof (76,92) und Wartenberg (89,07); die Vororte des N. und NW. waren in dieser Gruppe durch B.-Heinersdorf (76,64) und Schildow (84,92), die des S. und SO. nur durch Groß Zietzen (75,41 %) vertreten. Mehr als 40 % machten die Gemeindesteuern bei 4 Vororten des W. und SW., desgleichen bei 10 des S. und SO., bei 12 des O. und NO. und bei 6 des N. und NW. aus. Bei den meisten dieser Gemeinden waren die aus Kapitalbeständen oder aus Anleihen herrührenden Einnahmen verhältnismäßig gering. Umgekehrt spielten diese außerordentlichen Einnahmequellen bei fast allen Gemeinden, die sich durch den niedrigen Anteil ihrer Gemeindesteuern an den Gesamteinnahmen auszeichneten, eine sehr beträchtliche Rolle. Von den Vororten mit einem Gemeindesteuerauskommen von noch nicht 30 % der Gesamteinnahmen zeigten die Einnahmen aus Kapitalvermögen und Anleihen folgende Anteile: bei den Gemeinden des W. und SW.: Charlottenburg 17,32, B.-Schöneberg 47,54, B.-Wilmerdorf 62,81, B.-Steglitz 49,86, B.-Friedenau 59,86, Zehlendorf 48,56, B.-Lantwig 49,82, B.-Schmargendorf 65,79 %; bei den Gemeinden des S. und SO.: Neukölln 48,25, Cöpenick 19,09, Friedrichshagen 50,75, B.-Brig 57,85, Lichterfelde 69,20, Buckow 63,39, Rudow 66,83 %; bei den Gemeinden des O. und NO.: B.-Lichtenberg 45,96, B.-Weißensee 47,33, B.-Friedrichsfelde 52,74, B.-Hohenschönhausen 82,74, Marzahn 71,95; endlich bei den Gemeinden des N. und NW.: Spandau 35,52, B.-Tegel 66,11, B.-Wittenau 51,07, Hermisdorf b. Berlin (dessen Steueranteil mit 10,46 v. *H*. der Gesamteinnahmen von allen Groß-Berliner Gemeinden am niedrigsten war) 69,52, B.-Buchholz 66,30 und Glienicke 69,82 %. In Charlottenburg und Cöpenick, den einzigen der genannten Vororte, die eine Ausnahme von der Regel bildeten, spielten die Rotherträge

aus gewerblichen und sonstigen Betrieben eine erhebliche Rolle; sie machten bei Charlottenburg 23,82, bei Cöpenick 37,15 % ihrer Gesamteinnahmen aus. Daneben fielen für Charlottenburg auch die unter dem Sammelbegriff „Sonstige Einnahmen“ verrechneten Beträge in Höhe von 13,51 Mill. *M*, d. w. 17,99 % ihrer Einnahmen überhaupt, ins Gewicht.

Die Rotherträge aus gewerblichen sowie aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bildeten, außer in Charlottenburg und Cöpenick, auch noch in einigen anderen Groß-Berliner Gemeinden eine ergiebige Einnahmequelle. So machte ihr Auskommen bei der Reichshauptstadt sowie bei den Stadtfreien B.-Lichtenberg, Spandau und Neukölln 24,74, 24,82, 25,08 und 15,35 % ihrer Gesamteinnahmen aus, desgleichen in den Landgemeinden Heiligensee, B.-Wittenau, B.-Niederschöneweide, Hermisdorf b. Berlin, Friedrichshagen, B.-Rummelsburg, B.-Weißensee 22,34, 17,06, 16,63, 14,91, 14,13, 12,70 und 11,23 %.

Somit kam nur noch den Beiträgen und Erstattungen einerseits und dem Auskommen aus Gebühren usw. andererseits für die Deckung des Finanzbedarfs in einer größeren Anzahl von Groß-Berliner Gemeinden eine erheblichere Bedeutung zu. Mehr als ein Zehntel der Gesamteinnahmen machten die Einnahmen aus Beiträgen und Erstattungen aus bei Berlin (10,52), Charlottenburg (12,01), B.-Lichterfelde (11,20), B.-Treptow (18,03), B.-Brig (10,04), B.-Johannisthal (13,57), Alt Glienicke (40,64), Lichterfelde (10,02), B.-Weißensee (10,43), Biesdorf (51,27), Karow (11,07), Birkenhof (12,57), Mehrow (42,25) und B.-Reinickendorf (14,38 %); aus Gebühren, Grundgerechtigkeiten, Strafen usw. erzielten folgende Gemeinden Beträge, die mehr als 10 v. *H*. ihrer Gesamteinnahmen ausmachten: Berlin (13,81), B.-Schöneberg (13,45), B.-Lichterfelde (12,23), B.-Grünwald (13,65), B.-Tempelhof (10,33), B.-Mariendorf (11,01), B.-Rummelsburg (13,70), B.-Stralau (20,57), B.-Pankow (15,96) und Lütbars (14,16).

Die von den preussischen Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern in den Rechnungsjahren 1914, 1915 und 1916 erhobenen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer. — In der umstehend abgedruckten Tabelle sind die preussischen Städte, die nach der Personenstandsaufnahme für das Rechnungsjahr 1915 mehr als 5 000 Einwohner besaßen, nach der Höhe ihrer Zuschläge zur Staatseinkommensteuer in den Rechnungsjahren 1914, 1915 und 1916 regierungsbezirksweise auf 6 Zuschlagsgruppen verteilt worden.

Danach erhoben von den in die Untersuchung einbezogenen 508 Städten

	mehr als											
	bis 100 %	überh. v. <i>H</i> .	bis 150 %	überh. v. <i>H</i> .	bis 200 %	überh. v. <i>H</i> .	bis 250 %	überh. v. <i>H</i> .	bis 300 %	überh. v. <i>H</i> .	bis 300 %	überh. v. <i>H</i> .
1914	12	2,36	59	11,61	234	46,06	163	32,09	38	7,18	2	0,39
1915	8	1,57	47	9,25	221	43,50	182	35,53	46	9,06	4	0,79
1916	6	1,18	33	6,50	176	34,65	199	39,17	83	16,34	11	2,17

Bei der Festsetzung der Zuschläge für das Rechnungsjahr 1914 war an den Ausbruch des Krieges noch nicht zu denken; sie zeigten also noch den normalen Stand der Einkommensteuerzuschläge in Friedenszeiten. Brachte unter der Einwirkung der Kriegsverhältnisse schon das Rechnungsjahr 1915 ein erhebliches Anschwellen der Zuschläge, so war diese Aufwärtsbewegung im folgenden Rechnungsjahre noch bedeutend stärker, und sie dürfte 1917 noch weiter zugenommen haben. Da in der Tabelle die Städte aus Raumrücksichten gruppenweise zusammengefaßt werden mußten, gibt sie nur ein unvollkommenes Bild von den wirklichen Veränderungen der städtischen Einkommensteuerzuschläge in den ersten Kriegsjahren; sie bringt nur die Verschiebungen von Gruppe zu Gruppe, nicht aber die Veränderungen innerhalb der einzelnen Gruppen zum Ausdruck. Erst eine Betrachtung der im Beobachtungszeitraum bei den einzelnen Städten eingetretenen Veränderungen der Zuschlagsprozente gibt darüber Aufschluß, bis zu welchem Grade der Krieg auf die Höhe der kommunalen Einkommensteuerzuschläge eingewirkt hat.

Die kommunalen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer für die Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 in den preussischen Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern.

Regierungsbezirke.	Anzahl der Gemeinden	Es betragen die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer																	
		bis 100 %			100 bis 150 %			150 bis 200 %			200 bis 250 %			250 bis 300 %			300 %		
		1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Königsberg	11	—	—	—	—	—	—	2	1	—	4	5	5	4	4	5	1	1	1
2. Gumbinnen	8	—	—	—	—	—	—	1	1	—	3	3	3	4	4	4	—	—	1
3. Allenstein	8	—	—	—	—	—	—	1	1	—	5	5	3	2	2	4	—	—	1
4. Danzig	8	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	2	2	4	3	3	—	1	1
5. Marienwerder	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	7	6	7	7	7	1	1	2
6. Stadtkreis Berlin	1	1	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	37	3	1	1	9	9	5	16	17	13	8	8	13	1	1	4	—	1	1
8. Frankfurt	25	—	—	—	—	—	—	20	18	15	5	7	9	—	—	1	—	—	—
9. Stettin	16	—	—	—	1	1	—	6	4	4	8	10	8	1	1	4	—	—	—
10. Köslin	14	—	—	—	—	—	—	6	4	2	6	7	7	2	3	4	—	—	1
11. Stralsund	4	—	—	—	1	—	—	—	1	1	3	3	2	—	—	1	—	—	—
12. Posen	22	—	—	—	3	1	1	15	15	10	4	5	9	—	1	2	—	—	—
13. Bromberg	12	—	—	—	2	—	—	4	5	5	3	4	3	3	3	2	—	—	2
14. Breslau	21	1	1	1	7	6	6	12	13	11	1	1	3	—	—	—	—	—	—
15. Liegnitz	18	2	2	2	3	3	2	11	11	10	2	2	4	—	—	—	—	—	—
16. Oppeln	22	1	1	1	—	—	—	11	11	9	7	6	5	3	4	6	—	—	1
17. Magdeburg	23	1	1	—	2	—	1	13	15	11	7	7	10	—	—	1	—	—	—
18. Merseburg	17	—	—	—	4	3	2	11	11	11	2	3	4	—	—	—	—	—	—
19. Erfurt	7	—	—	—	1	1	—	6	5	5	—	1	2	—	—	—	—	—	—
20. Schleswig	22	—	—	—	2	2	2	5	4	2	14	15	15	1	1	3	—	—	—
21. Hannover	5	—	—	—	1	1	1	2	2	1	2	2	2	—	—	1	—	—	—
22. Hildesheim	12	—	—	—	—	—	—	8	8	7	4	4	4	—	—	1	—	—	—
23. Lüneburg	5	—	—	—	—	—	—	4	4	2	1	1	3	—	—	—	—	—	—
24. Stade	3	—	—	—	1	1	—	2	2	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—
25. Osnabrück	3	—	—	—	—	—	—	2	1	—	1	2	3	—	—	—	—	—	—
26. Aurich	5	—	—	—	1	1	—	2	2	3	1	1	1	1	1	1	—	—	—
27. Münster	16	—	—	—	1	—	—	7	8	4	8	8	10	—	—	2	—	—	—
28. Minden	8	—	—	—	—	—	—	6	6	4	2	2	4	—	—	—	—	—	—
29. Arnberg	35	1	1	1	—	—	—	10	9	3	23	21	24	1	4	7	—	—	—
30. Cassel	8	—	—	—	2	1	1	4	5	5	2	2	2	—	—	—	—	—	—
31. Wiesbaden	10	1	—	—	5	5	5	4	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32. Coblenz	10	—	—	—	2	2	2	7	6	3	1	2	5	—	—	—	—	—	—
33. Düsseldorf	51	—	—	—	5	4	1	22	13	12	22	30	23	2	4	15	—	—	—
34. Köln	9	1	1	—	2	2	2	5	4	5	—	1	1	1	1	1	—	—	—
35. Trier	8	—	—	—	1	—	—	3	4	4	3	2	1	1	2	3	—	—	—
36. Aachen	7	—	—	—	2	2	1	3	2	3	2	3	2	—	—	1	—	—	—
37. Sigmaringen	2	—	—	—	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
zusammen	508	12	8	6	59	47	33	234	221	176	163	182	199	38	46	83	2	4	11.

Von den 12 Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern, die 1914 nicht mehr als 100 % der Staatseinkommensteuer für eigene Zwecke erhoben, überschritten 1916 nur 6 diesen Prozentsatz noch nicht; es waren dies Habelschwerdt (50), Sprottau (85), Templin (100), Bunzlau (100), Patzschau (100) und Brilon (100 %). Ihre Prozentätze haben sich gegen 1914 nicht verändert. Die Anzahl der Städte mit Zuschlägen von mehr als 100 bis 150 % ist im Beobachtungszeitraum von 59 auf 33 zurückgegangen. Der Regierungsbezirk Breslau war im Rechnungsjahre 1916 mit 6 Städten an dieser Gruppe am stärksten beteiligt; es handelte sich bei ihm um die Städte Bries (130), Strehlen (130), Glas (150), Dels (150), Wohlau (150) und Ramslau (150 %). Nur bei der letztgenannten Gemeinde ist gegen 1914 eine Erhöhung des Zuschlages von 140 auf 150 eingetreten. Die Regierungsbezirke Potsdam und Wiesbaden stellten je 5 Städte zu dieser Gruppe, nämlich Potsdam (130), Bernau (130), Treuenbriezen (130), B.-Lichtenberg (150) und Spandau (150) einerseits, Oberursel (116), Höchst a./M. (130), Wiesbaden (145), Frankfurt a./M. (150), Bad Homburg v. d. Höhe (150) anderseits. Gegen 1914 betrug die Erhöhung der Zuschläge bei Frankfurt a./M., Potsdam, Bad Homburg v. d. Höhe, Wiesbaden und B.-Lichtenberg 14, 20, 25, 45 sowie 50 Hundertteile, während sich der Prozentsatz bei den übrigen genannten Städten nicht geändert hat. Die Regierungsbezirke Liegnitz, Merseburg, Schleswig, Coblenz und Köln waren

1916 an dieser Zuschlagsgruppe mit je 2 Städten, desgleichen die Regierungsbezirke Posen, Magdeburg, Hannover, Cassel, Düsseldorf, Aachen und Sigmaringen mit je 1 Stadt beteiligt. Es handelt sich um die nachstehend aufgeführten 17 Städte, hinter deren Namen der Prozentsatz von 1916 und in Klammern der von 1914 angegeben ist, sofern dieser mit jenem nicht übereinstimmt: Ostrowo ¹⁾ 145 (110), Görlitz 150, Lüben 136, Egeln 120 (100), Naumburg a. S. 145 (140), Schkenditz 135, Altona 130 (111), Wandsbek 150, Hannover 145 (125), Cassel 135, Coblenz 150 (125), Boppard 130 (115), Cleve 150 (136), Brühl 110 (100), Honnef 140 (130), Jülich 130 (110) und Sigmaringen 150 (133¹/₂).

Die den beiden genannten Zuschlagsgruppen angehörigen 39 Städte, die namentlich aufgeführt wurden, zeigten also 1916 noch verhältnismäßig niedrige Einkommensteuernzuschläge. Diesen Gemeinden, die bloß 7,68 v. H. der in die Untersuchung einbezogenen Städte ausmachten, standen 176 Städte oder 34,65 v. H. mit Zuschlägen von mehr als 150 bis 200 % und 199 Städte oder 39,17 v. H. mit Zuschlägen von mehr als 200 bis 250 % gegenüber, bei denen die Belastung durch die Gemeindeeinkommensteuer noch als mittlere Belastung bezeichnet werden kann, ferner 94 (18,51 v. H.) hoch belastete Städte, deren Zuschläge noch den Satz

¹⁾ Außerdem erhoben die Schulgesellschaften noch besondere Schulsteuern.

von 250 % überschritten. Bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Gemeinden kann hier nicht auf jede einzelne Stadt eingegangen werden. Wir beschränken uns daher darauf, die höchstbelasteten Städte, deren Einkommensteuereinzuschläge im Rechnungsjahre 1916 300 % oder mehr ausmachten, einzeln aufzuführen, wobei wieder ihre im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Zuschläge, sofern sie von denen für 1916 abweichen, in Klammern angegeben werden. Im ganzen gab es 33 Städte mit mehr als 5 000 Einwohnern, die im Rechnungsjahre 1916 Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von mindestens 300 % erhoben. An dieser Gruppe der höchstbelasteten Gemeinden waren die Regierungsbezirke Königsberg, Allenstein, Posen, Schleswig, Hannover, Aachen und Trier mit je 1 Stadt, desgleichen die Bezirke Danzig, Köslin, Bromberg, Arnberg mit je 2, Gumbinnen, Oppeln und Düsseldorf mit je 3, Potsdam mit 4, endlich der Regierungsbezirk Marienwerder mit 5 Städten beteiligt. Je 300 % erhoben Goldap (270), Marggrabowa (285), Berent, Culmburg (270), Schwes, Neuenburg i. Westpr., Wittenberge (200), Strausberg (150), Strasburg (Uckermark) (200), Rummelsburg in Pommern (250), Briesen¹⁾ (225), Anklam (250), Nikolai (260), Flensburg (225), Rensburg a./Weier (240), Leer, Neheim (230), Mettenberg (235), Höljheid (270), Wermelskirchen (240), Ronsdorf (230) und Saarbrücken (230). Die Stadt Bischofsburg (285) erhob 310 %, in Pillau, Bütow (260), Kolmar in Posen (275) betrugen die Zuschläge 320 %, desgleichen in Dirschau (300) und Briesen je 330, in Schönlanke (290) 340, in Angerburg (300), Strasburg i. Westpr. (300) und Zehdenick (225) je 350 %. Bei weitem den höchsten Zuschlag wies mit 450 % die Stadt Weiskretscham im Regierungsbezirk Oppeln auf, die 1914 erst einen Prozentsatz von 270 erhob.

Schließlich seien noch die Gemeinden besonders erwähnt, die sich durch ein außergewöhnlich starkes Anwachsen ihrer Einkommensteuereinzuschläge im Beobachtungszeitraum 1914/16 auszeichnen. Bei 72 von den 508 berücksichtigten Städten, d. s. bei rund 14 Prozent, waren die Einkommensteuereinzuschläge 1916 um mindestens 50 Hundertteile höher als 1914. Von diesen Städten gehörte je 1 den Regierungsbezirken Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder, Straßburg, Breslau, Merseburg, Hannover, Hildesheim, Stade, Lüneburg und Wiesbaden an, sodann war auch der Stadtkreis Berlin unter ihnen vertreten. Je 2 Städte lieferten die Regierungsbezirke Bromberg, Schleswig, Lüneburg und Trier, desgleichen je 3 Frankfurt, Stettin, Oppeln, Münster und Arnberg, je 4 die Regierungsbezirke Posen und Magdeburg, 6 der Regierungsbezirk Köslin, 9 der Regierungsbezirk Potsdam und 14 der Regierungsbezirk Düsseldorf. Von 20 der hier in Betracht kommenden 72 Gemeinden haben wir bereits die Zunahme ihrer Zuschläge im Zeitraum 1914/16 kennen gelernt. Von ihnen abgesehen, gehörten zu dieser Städtegruppe noch die folgenden Gemeinden, hinter deren Namen die Zuschläge von 1914 und 1916 in Klammern angegeben sind: Aus der Provinz Ostpreußen Allenstein (190–260); aus der Provinz Brandenburg, außer Berlin (100–160), Charlottenburg (110–165), Neukölln (100–160), B.-Schöneberg (110–170), Oranienburg (180–250), Cottbus (185–240), Fürstenwalde (200–260) und Berlinchen (170–220); aus der Provinz Pommern Stettin (200–250), Uckermark (160–210), Paderborn (215–275), Stolp (200–250), Lauenburg in Pommern (200–250), Schivelbein (195–260), Dramburg (230–280) und Stralsund (150–200). Die Provinz Posen war durch Pleßchen¹⁾ (180–236), Samter¹⁾ (175–225), Kojchin¹⁾ (150–200) und Hohenalza (240–290), desgleichen die Provinz Schlesien durch Breslau (164–223) und Weiden L. S. (195–262), Sachsen durch Stendal (200–250), Groß Salze (145–200), Osterburg (210–260), Gommern (190–240) und Halle a. S. (156–224), Schleswig-Holstein durch Neumünster (200–250) vertreten. Von hannoverschen

Städten gehörten hierzu Northheim (200–260), Garburg (170–220), Gelle (185–240), Geestemünde (150–250), Vingen (195–250), von westfälischen Gronau i./W. (170–230), Beckum (150–200), Haltern (200–250), Menden (215–267) und von hessennassauischen Oberlahnstein (150–200). Endlich war noch die Rheinprovinz mit folgenden Städten beteiligt: Duisburg (200–250), Barmen (220–270), Greifeld (190–240), Oberhausen (225–275), Rheinb. (200–250), Walb (220–290), Hilden (182–235), Ratingen (150–200), Opladen (155–220), Uerdingen (110–160), Langenberg (185–240), Leichlingen (210–260) und Sanft Wendel (215–280).

Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1917. — Nach Ermittlung des Königlichen Statistischen Landesamts gab es am 1. Februar 1917 in Preußen 506 höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend gegen 502 im Vorjahre. Das Mehr von 4 Anstalten entfällt auf Gemeindeanstalten, 272 gegen 269, und Privatanstalten, 223 gegen 222; in beiden Jahren wurden 5 Staats- und 6 Stiftungsanstalten gezählt. In diesen Anstalten wurden 178 500 Mädchen unterrichtet, und zwar 119 804 evangelischen, 46 162 katholischen, 12 005 jüdischen und 529 sonstigen Bekenntnisses oder, zurückgeführt auf Tausend:

evangelischen Bekenntnisses	671,2	gegen	622,1	der Gesamtbevölkerung
katholischen	258,6	„	363,3	„
jüdischen	67,2	„	10,4	„
sonstigen	3,9	„	4,2	„

Auf die Staatsanstalten kamen 2 817 Schülerinnen (1 959 + 580 + 272 + 6), auf die Gemeindeanstalten 113 462 (90 830 + 13 802 + 8 413 + 417), auf die Stiftungsanstalten 1 656 (1 576 + 42 + 34 + 4) und auf die Privatanstalten 60 565 (25 439 + 31 738 + 3 286 + 102). Insbesondere besuchten

	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-
Schülerinnen der Anstalten				
das Lyzeum	1 448	103 249	1 352	56 987
davon: evangelischen Bekenntnisses	1 039	83 274	1 279	24 567
katholischen	256	12 075	38	29 127
jüdischen	150	7 524	31	3 193
sonstigen	3	376	4	100
das Oberlyzeum	794	5 816	304	3 066
davon: evangelischen Bekenntnisses	553	4 664	297	834
katholischen	203	961	4	2 145
jüdischen	37	183	3	85
sonstigen	1	8	—	2
die Studienanstalt	575	4 397	—	512
davon: evangelischen Bekenntnisses	367	2 892	—	38
katholischen	121	766	—	466
jüdischen	85	706	—	8
sonstigen	2	33	—	—

Am Besuche der Oberlyzeen waren die Frauenchulen des Staates, der Gemeinden, Stiftungen und Privaten mit 292, 871, —, 516, zusammen 1 679 Schülerinnen beteiligt, die Wissenschaftlichen Klassen mit 371, 3 981, 251, 2 024, zusammen 6 627, und die Seminarklasse mit 131, 964, 53, 526, zusammen 1 674 Schülerinnen, am Besuche der Studienanstalten der gymnasialen Richtung die Staats- und Gemeindeanstalten mit 212, 167, zusammen 379, der Oberrealschulrichtung desgleichen mit 124, 287, zusammen 411, der realgymnasialen Richtung mit 239, 3 943 und außerdem die Privatanstalten mit 512, zusammen 4 694 Schülerinnen.

Im ganzen wurden 470 Lyzeen (L), 83 Frauenchulen (FS), 112 Anstalten mit Wissenschaftlichen Klassen (WK), 107 mit Seminarklasse (SK), 2 Studienanstalten der gymnasialen Richtung

¹⁾ Vergl. die Anmerkung auf Seite 40*.

¹⁾ außerdem 1 419 Knaben. — ²⁾ desgl. 5. — ³⁾ desgl. 732.

(gSt), 38 der realgymnasialen (rgSt) und 5 der Oberrealschulrichtung (oSt) gezählt, aus denen sich die 506 Höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend, wie folgt, zusammensetzen:

Bestandteile	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-	Zusammen
L, FS, WK, SK, gSt.	1	—	—	—	1
L, FS, WK, SK, rgSt.	2	2	—	—	4
L, FS, WK, SK, oSt.	1	—	—	—	1
L, FS, WK, SK.	1	13	1	1	16
L, FS, WK, rgSt.	—	—	—	1	1
L, FS, WK.	—	—	—	11	11
L, FS, rgSt.	—	4	—	1	5
L, FS, oSt.	—	2	—	—	2
L, FS.	—	15	—	20	35
L, WK, SK, rgSt.	—	1	—	—	1
L, WK, SK, oSt.	—	1	—	—	1
L, WK, SK.	—	42	4	8	54
L, WK.	—	4	—	7	11
L, rgSt.	—	20	—	4	24
L, oSt.	—	1	—	—	1
L.	—	156	1	145	302
FS, WK, SK, rgSt.	—	1	—	—	1
FS, WK, SK.	—	2	—	—	2
FS.	—	1	—	3	4
WK, SK.	—	4	—	4	8
SK ¹⁾	—	—	—	18	18
gSt.	—	1	—	—	1
rgSt.	—	2	—	—	2.

Unter den Privatanstalten sind 91, die hauptsächlich von Stiftungen, Ordensgemeinschaften usw. unterhalten werden und ihrem Wesen nach zu den Stiftungsanstalten gehören, aber nach dem Konfessionsinhaber als Privatanstalten gezählt werden müssen. In diesen 91 Anstalten wurden 25 020 Schülerinnen unterrichtet, und zwar 638 evangelischen, 23 750 katholischen, 629 jüdischen und 3 sonstigen Bekenntnisses; 22 975 besuchten das Lyzeum, 1 568 das Oberlyzeum und 477 die Studienanstalt.

Die Leitung von 5 Staats-, 259 Gemeinde-, 3 Stiftungs- und 43 Privatanstalten lag in männlichen Händen; die übrigen 13 Gemeinde-, 3 Stiftungs- und 180 Privatanstalten hatten Leiterinnen. Demnach gab es 310 männliche und 196 weibliche Schulleiter. Außer diesen waren vollbeschäftigt: 1 394 männliche und 1 516 weibliche akademisch gebildete oder gleichgestellte Lehrer, 483 und 3 434 ordentliche Lehrer, 119 und 307 Elementarlehrer, 117 und 1 446 technische Lehrer, 86 Sprachlehrerinnen. Von den vollbeschäftigten Lehrern waren unterstellt

	männlicher	weiblicher
Leitung		
akademisch gebildete } Lehrer	1 228	166
und gleich gestellte } Lehrerinnen	973	543
ordentliche Lehrer	479	4
ordentliche Lehrerinnen	2 092	1 342
Sprachlehrerinnen	22	64
Elementarlehrer	112	7
Elementarlehrerinnen	147	160
technische Lehrer	108	9
technische Lehrerinnen	899	547
zusammen	6 060	2 842.

Die zum Heeresdienst einberufenen, als beurlaubt geltenden Lehrer sowie die gefallenen, deren Stelle noch nicht wieder besetzt ist, sind hier mitgezählt. In Frage kommen 29 Schulleiter, 456 akademisch gebildete, 98 ordentliche, 33 Elementar- und 31 technische Lehrer. Als vollbeschäftigte Vertreter waren nach den vorliegenden Angaben 11 akademisch gebildete, 24 ordentliche Lehrerinnen, 1 Sprachlehrerin, 6 Elementar- und 2 technische Lehrerinnen eingestellt. Von der so gewonnenen Zahl der vollbeschäftigten Lehrer beanspruchten die Staatsanstalten 185 (64 männlichen, 121 weiblichen Geschlechts),

die Gemeindeanstalten 5 590 (1 821, 3 769), die Stiftungsanstalten 90 (19, 71), die Privatanstalten 3 037 (209, 2 828) oder, nach Lehrergruppen unterschieden,

	die Staats-	die Gemeinde-	die Stiftungs-	die Privat-
			anstalten ¹⁾	
akademisch gebildete } Lehrer	44(19)	1 152(393)	14(5)	184(39)
und gleich gestellte } Lehrerinnen	45	873	24	574
ordentliche Lehrer	18 (4)	453 (91)	5(1)	7 (2)
ordentliche Lehrerinnen	40	1 917	31	1 446
Sprachlehrerinnen	—	14	1	71
Elementarlehrer	—	111 (30)	—	8 (3)
Elementarlehrerinnen	6	136	—	165
technische Lehrer	2	105 (29)	—	10 (2)
technische Lehrerinnen ¹⁾	30	829	15	572

Werden die erwähnten 91 Privatanstalten, die hauptsächlich aus Mitteln von Stiftungen, Ordensgemeinschaften usw. unterhalten werden, als Stiftungsanstalten gezählt, so ändert sich die Zahlenreihe für diese, wie folgt: 147, 306, 9, 570, 30, 7, 131, 5, 283 (zusammen 168 männliche, 1 320 weibliche Lehrer) und für die Privatanstalten: 51, 292, 3, 907, 42, 1, 34, 5, 304 (zusammen 60 männliche, 1 579 weibliche Lehrer).

Nichtvollbeschäftigt waren, mit Einschluß von 83 zum Heeresdienst einberufenen, 1 930 Lehrer, davon an den Staatsanstalten 25, an den Gemeindeanstalten 625, an den Stiftungsanstalten 24 und an den Privatanstalten 1 256. Auf 100 vollbeschäftigte Lehrer kamen also im ganzen 22 nichtvollbeschäftigte, bei den Staats- und den Gemeindeanstalten 14 und 11, bei den Stiftungsanstalten 27 und bei den Privatanstalten 41. Die 1 930 nichtvollbeschäftigten Lehrer verteilten sich auf die neun Lehrergruppen, wie folgt: 995, 109, 65, 183, 31, 78, 36, 125 und 308; 1 263 waren männlichen, 667 weiblichen Geschlechts.

An Unterhaltungskosten wurden aus Staatsmitteln gezahlt: für die 5 Staatsanstalten 384 887 M., für 93 Gemeindeanstalten 734 997, für 3 Stiftungsanstalten 33 084, für 51 Privatanstalten 198 395, zusammen 1 351 363 M. Die Gemeinden trugen zu den Kosten einer Staatsanstalt 4 100, der eigenen Anstalten 13 244 335, von 2 Stiftungsanstalten 8 800 und von 106 Privatanstalten 811 149, zusammen 14 068 384 M. Aus Stiftungsmitteln wurden für 2 Staats- und 19 Gemeindeanstalten 1 943 und 5 847 M. ausgegeben. Außer den aufgeführten Beträgen vereinnahmten die Staatsanstalten noch durch Schulgeld 484 601 und aus sonstigen Quellen 43 969 M., die Gemeindeanstalten desgleichen 15 059 431 und 168 443 M., so daß für jene 919 500 und für diese 29 213 053 M. zur Verfügung standen. Die Einnahmen der Stiftungs- und der Privatanstalten sind nicht weiter bekannt; jedoch ist festgestellt, daß 43 Privatanstalten ohne irgendwelche Beihilfe von Staat, Gemeinden oder Stiftungen bestehen (zum Teil Pensionate). Im besonderen zu den Kosten der 91 Privatanstalten, die hauptsächlich von Stiftungen, Ordensgemeinschaften usw. unterhalten werden, gewährt der Staat einen Zuschuß von 1 450 und die Gemeinden von 168 551 M.

Das Lyzeum hatten Oftern und Michaelis 1916 nach einjährigem Besuche der Klasse I 10 676 Schülerinnen mit und 321 ohne Schulzeugnis verlassen, in den Vorjahren bis 1912 zurück 9 691 und 296, 8 978 und 490, 8 441 und 468, 7 848 und 578. — Nach mindestens zweijährigem, regelmäßigem Besuche der Frauenschulklassen des Oberlyzeums erhielten 1916 151 (in den Vorjahren 144, 142, 128, 112) das Schulzeugnis. — Der Reifeprüfung des Oberlyzeums hatten sich 1 732 (1 885, 2 151, 2 173 und 2 173) Schülerinnen der Wissenschaftlichen Klassen unterzogen, 1 674 (1 832, 2 034, 2 052, 2 034) mit Erfolg. — Die Lehramtsprüfung bestanden von 1 343 (2 047, 1 885, 1 856, 157) Seminaristinnen

¹⁾ Die Zahlen der durch den Krieg am Unterrichten behinderten Lehrer sind in Klammern neben die Hauptzahlen gesetzt, in denen sie enthalten sind.

¹⁾ Pädagogische Kurse, entsprechend der Seminarstufe eines Oberlyzeums.

1 330 (2 032, 1 874, 1 840, 154), und zwar 750 (1 265, 1 304, 1 310, 141) evangelische, 560 (741, 536, 504, 10) katholische und 20 (26, 33, 26, 3) jüdische. Außerdem ist nach den Berichten 117 Seminaristinnen (im Vorjahre 82), die sich während der Kriegszeit für den Dienst in der Volksschule verpflichtet haben, das Lehramtszeugnis nach dem Erlasse des Kultusministeriums vom 20. September 1915 vorzeitig ohne Lehramtsprüfung zuerkannt worden. — Die Reifeprüfung hatten 632 (625, 290, 235, 195) Schülerinnen der Studienanstalten abgelegt; die Realgymnasien waren mit 541 (536, 221, 219, 176) Schülerinnen beteiligt, die Gymnasien mit 43 (38, 22, 16, 19) und die Oberrealschulen mit 48 (in den beiden Vorjahren 51 und 47). Das Zeugnis der Reife erhielten 516 (524, 212, 212, 169) Realgymnasiastinnen, 41 (38, 22, 16, 19) Gymnasiastinnen, 47 (50, 47) Oberrealschülerinnen, zusammen 604 (612, 281, 228, 188). Evangelisch waren von diesen 335 (346, 135, 144, 106) Realgymnasiastinnen, 25 (28, 8, 8, 9) Gymnasiastinnen, 31 (36, 32) Oberrealschülerinnen, zusammen 391 (410, 175, 152, 115), katholisch 118 (133, 41, 31, 25), 10 (8, 10, 5, 7), 9 (10, 8), zusammen 137 (151, 59, 36, 32), jüdisch 59 (44, 33, 36, 38), 6 (2, 4, 2, 3), 7 (4, 7), zusammen 72 (50, 44, 33, 41) und sonstigen Bekenntnisses 4 (1, 3, 1, —) Realgymnasiastinnen und 1 Gymnasiastin im Jahre 1913.

Die mit dem Reifezeugnis aus Seminaren und Studienanstalten Entlassenen zeigen nach ihrem Religionsbekenntnis nicht ganz die gleiche Zusammensetzung wie die Gesamtbevölkerung; denn es waren

	der Gesamt- Bevölkerung	v o m T a u s e n d der in den fünf Jahren 1912-1916 Bestandenen der Seminare Studienanstalten
evangelisch	622,1	660 650
katholisch	363,3	325 217
jüdisch	10,4	15 128
sonstigen Bekenntnisses . .	4,2	— 5.

Die Ziffern der evangelischen und jüdischen Bestandenen gehen über ihre Bevölkerungsanteile hinaus auf Kosten der katholischen. Bei den Studienanstalten ist der Anteil der jüdischen Bestandenen zwölfmal so groß, als es ihrem Bevölkerungsanteile entspricht.

Unterscheidungsmerkmale in den Fällen des bedingten Strafaufschiebs in Preußen 1913 bis 1915¹⁾. — Die im Zeitraum 1913-1915 gezählten Fälle des bedingten Strafaufschiebs betrafen

		1915		1914		1913			
Personen:		über- haupt	v. S.	über- haupt	v. S.	über- haupt	v. S.		
insgesamt		17 183	100	14 588	100	17 568	100		
männliche		12 835	74,7	10 801	74,0	13 327	75,9		
weibliche		4 348	25,3	3 787	26,0	4 241	24,1		
jugendliche ²⁾		13 447	78,3	10 013	68,6	12 330	70,2		
erwachsene ³⁾		3 736	21,7	4 575	31,4	5 238	29,8		
gegen	{ Verbrechen . . { Vergehen . . . { Übertretung . .	{ { {	ur- teile	4 752	27,7	3 714	25,5	4 639	26,4
				11 486	66,8	9 943	68,2	12 067	68,7
				945	5,5	931	6,4	862	4,9
in I. Stan- fang von	{ Amts- oder { Schöffengerichten { Strafkammern { oder Schwur- { gerichten . . .	{ { {	verur- teile	10 725	62,4	9 535	65,4	11 250	64,0
				6 458 ⁴⁾	37,6 ⁴⁾	5 053	34,6	6 318	36,0
				noch nicht vorbestrafte ⁵⁾ .	16 749	97,5	14 107	96,7	17 005
bereits vorbestrafte ⁵⁾ . . .		434	2,5	481	3,3	563	3,2		

¹⁾ Vergl. den Artikel auf Seite 5*. — ²⁾ d. h. bei Begehung der Straftat unter 18 Jahre alte. — ³⁾ d. h. bei Begehung der Straftat 18 und mehr Jahre alte. — ⁴⁾ im Jahre 1915 auch von Kriegsgerichten Verurteilte umfassend. — ⁵⁾ Als Vorbestrafte gelten nur solche, die wegen Verbrechens oder Vergehens bereits Freiheitsstrafe verbüßt hatten.

Fälle der		1915		1914		1913	
Aussetzung der Voll- streckung:		über- haupt	v. S.	über- haupt	v. S.	über- haupt	v. S.
von	{ Haft	933	5,4	930	6,4	876	5,0
	{ Festungshaft	1	0,01	—	—	1	0,01
	{ Gefängnis	16 248	94,6	13 653	93,6	16 691	95,0
	{ Zuchthaus	1	0,01	5	0,03	—	—
und zwar von Gefängnis							
von mehr als 6 Monaten		160	0,9	190	1,3	186	1,1
mehr als 3 bis 6 „		544	3,2	605	4,1	754	4,3
„ „ 1 „ 3 „		1 791	10,4	1 576	10,8	2 054	11,7
1 Woche bis 1 Monat . .		4 458	25,9	3 578	24,5	4 494	25,6
1 „ „ und weniger . .		9 295	54,1	7 704	52,8	9 203	52,4
für die Dauer von	{ weniger als 2 Jahren	1 934	11,3	1 898	13,0	1 945	11,1
	{ 2 bis 3 Jahren . . .	11 078	64,5	9 313	63,8	11 422	65,0
	{ 3 und mehr Jahren	4 171	24,3	3 377	23,1	4 201	23,9

In den einzelnen Jahren der Berichtszeit war das männliche Geschlecht ungefähr dreimal so stark an der Gesamtzahl der bedingt begnadigten Personen beteiligt wie das weibliche, was mit der geringeren allgemeinen Kriminalität des letzteren übereinstimmt. Besonders stark, nämlich bis zu fast vier Fünfteln, waren die Jugendlichen an jener Gesamtzahl beteiligt — ganz im Sinne des Allerhöchsten Erlasses vom 23. Oktober 1895, nach dem die bedingte Begnadigung in erster Reihe jugendlichen Personen zu gewähren ist. Etwas mehr als zwei Drittel machte der Anteil der wegen Vergehens verurteilten Personen aus, während der der wegen Verbrechens Verurteilten nur etwas über ein Viertel, der wegen Übertretung Verurteilten nur rund ein Zwanzigstel betrug. Weit aus der Mehrheit der bedingt Begnadigten, und zwar bis fast zwei Drittel, war von Amts- oder Schöffengerichten, also wegen leichterer Straftaten und nur das restliche reichliche Drittel wegen schwererer Delikte von Strafkammern oder Schwurgerichten abgeurteilt worden. Den höchsten Verhältnisanteil weisen nach der vorstehenden Übersicht die Nichtvorbestraften mit weit über neun Zehnteln auf, so daß auf die Vorbestraften nur ein solcher von höchstens 3,3 v. S. entfiel. Auch dies entspricht den in dem genannten Erlass von 1895 kurz niedergelegten Voraussetzungen der Bewilligung der Strafausschließung.

Was die einzelnen Strafarten betrifft — es handelt sich beim bedingten Strafaufschieb nur um die Ausschließung von Freiheitsstrafen —, so waren die zu Gefängnis Verurteilten mit über neun Zehnteln in einer sehr starken Mehrheit. Der Rest entfiel fast ausschließlich auf Personen, gegen die auf Haft erkannt war. Die Dauer der ausgeschloßenen Gefängnisstrafe betrug bei etwas mehr als der Hälfte der Fälle bedingter Begnadigungen nicht über eine Woche. Mit zunehmender Schwere sind dann die zu Gefängnisstrafe Verurteilten in jedem Berichtsjahre in immer geringerem Verhältnis an der Gesamtheit der Strafausschließungen beteiligt. Zu mehr als 6 Monaten Gefängnis Verurteilten wurde — wiederum im Einklang mit dem mehrfach erwähnten Erlass — nur in sehr wenigen Fällen Strafausschließung gewährt. Jedenfalls liegt bei der Anwendung des bedingten Strafaufschiebs der Schwerpunkt auf den Gefängnisstrafen von nicht mehr als einmonatiger Dauer mit etwas über drei Vierteln aller Fälle. In den allermeisten, nämlich in fast zwei Dritteln aller Fälle des bedingten Strafaufschiebs ist eine Bewährungsfrist von zwei bis weniger als drei Jahren festgesetzt worden, während eine Frist von 3 und mehr Jahren nur in knapp einem Viertel und eine solche von unter zwei Jahren in wenig mehr als einem Zehntel aller Fälle gezählt wurde.

Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1914. — Seit dem Bestehen der Heilanstaltsstatistik haben die Erkrankungen an Blinddarmentzündung in Preußen eine bemerkenswerte Zunahme erfahren. Bis

zum Jahre 1905 wurden sie der Gruppe „Bauchfellentzündung“ zugezählt. Die Zahl der Behandelten war in dieser Gruppe von 896 (399 m., 497 w.) im Jahre 1877 auf 15 918 (8 402 m., 7 516 w.) im Jahre 1905 angewachsen. Seit dem Jahre 1906 ist die Trennung der an Blinddarm-entzündung (Perityphlitis, Appendicitis) von den an Bauchfellentzündung (Peritonitis) Behandelten tabellarisch durchgeführt worden. Dabei wurde ersichtlich, daß das auffallende Anschwellen der Gruppe „Bauchfellentzündung“ bis 1905 durch die Blinddarm-entzündung verursacht war; denn während die Ergebnisse für die Jahre 1906–14 mit 16 781, 19 285, 22 813, 25 689, 31 425, 38 555, 41 503, 47 910 und 46 789 Fällen, abgesehen vom Kriegsjahre 1914, eine bedeutende jährliche Zunahme der an Blinddarm-entzündung in den allgemeinen Heilanstalten Behandelten erkennen lassen, zeigt die Bauchfellentzündung in denselben Jahren mit 2 390, 2 498, 2 512, 3 710, 4 401, 3 459, 3 628, 3 489 und 3 331 Fällen verhältnismäßig nur geringe Schwankungen.

Im Stadtkreise Berlin wurden während der Jahre 1912, 1913 und 1914 in Heilanstalten 4 784, 4 934 und 4 321 Personen an Blinddarm-entzündung behandelt; davon sind 3,89, 4,22 und 3,77 v. H. gestorben.

	An Blinddarm-entzündung überhaupt starben				Von 100 überhaupt an Blinddarm-entzündung Gestorbenen starben in Heilanstalten			
	im ganzen		davon in		im ganzen		in	
	Staate	Berlin	im ganzen	in	Staate	Berlin	im ganzen	in
1912 =	2 202	235	1 888	186	86	79		
1913 =	2 424	227	2 185	208	90	92		
1914 =	2 460	219	2 072	163	84	74		

Betreffs des Geschlechts der in den allgemeinen Heilanstalten an Blinddarm-entzündung behandelten Personen wurde festgestellt, daß 1906 9 184 = 54,7 v. H. männlichen und 7 597 = 45,2 v. H. weiblichen Geschlechts waren. Im Jahre 1914 wurden an Blinddarm-entzündung 22 999 männl. Personen = 49,15 v. H. und 23 790 weibl. = 50,85 v. H. behandelt. Gestorben sind in den beiden Jahren 1906 und 1914 von 100 männl. Erkrankten 7,70 und 5,38, von 100 weibl. 5,15 und 3,51. Operiert wurden bei beiden Geschlechtern 1906 48,55 bzw. 53,48 und 1914 58,00 bzw. 61,36 v. H. der Behandelten. Die Sterbeziffer der Operierten betrug in den beiden Jahren 9,02 und 6,12 v. H. für die männlichen, 6,69 und 3,99 v. H. für die weiblichen Kranken.

Die größte Anzahl der Behandelten stellte im Berichtsjahre die Altersklasse von 15–30 Jahren, nämlich 55,95 v. H.; mit etwas weniger als einem Viertel (23,62 v. H.) ist die Altersgruppe von 30–60 Jahren beteiligt; 19,09 v. H., also nahezu ein Fünftel, waren Kinder bis zu 15 Jahren, und nur 1,34 v. H. stellten die über 60 Jahre alten Kranken. Säuglinge sind 1914 18 den Krankenhäusern überwiesen worden; von ihnen sind 11 operiert worden und 3 gestorben. Ferner ist beachtenswert, daß 675 Kinder im Alter von 1–5 Jahren, 2 607 Kinder im Alter von 5–10 und 5 632 im Alter von 10–15 Jahren an Blinddarm-entzündung behandelt wurden. Die Zahl der Operierten unter ihnen war verhältnismäßig größer als bei den Erwachsenen und die Sterblichkeit um so höher, je jünger die Kinder waren. Allerdings stellte sich die Sterblichkeit im hohen Alter noch ungünstiger.

Eine Zusammenfassung der Behandelten nach größeren Altersgruppen ist in der folgenden Aufstellung gegeben:

	Gesamt- zahl	in der Altersklasse			
		bis 15 Jahre	über 15—30 Jahre	über 30—60 Jahre	über 60 Jahre
G r u n d z a h l e n					
1. Behandelte	46 789	8 932	26 178	11 051	628
davon Operierte	27 938	5 721	15 178	6 719	320
2. Gestorbene	2 072	596	686	687	103
davon Operierte	1 398	399	451	485	63

	Gesamtzahl	in der Altersklasse			
		bis 15 Jahre	über 15—30 Jahre	über 30—60 Jahre	über 60 Jahre
Verhältnisziffern					
1. Von 100 Behandelten wurden operiert	59,71	64,05	57,39	60,80	50,96
2. Von 100 Behandelten sind gestorben	4,43	6,67	2,62	6,22	16,10
3. Von 100 Operierten sind gestorben	5,00	6,97	2,97	7,22	19,59
4. Von 100 Gestorbenen waren operiert	67,47	66,95	65,71	70,60	61,17
5. Von 100 Behandelten entfielen auf die einzelnen Altersklassen	100	19,09	55,95	23,62	1,34
6. Von 100 Operierten entfielen auf die einzelnen Altersklassen	100	20,13	54,33	24,05	1,14

Die Nutzung des Ackerlandes in Preußen 1913. — Über die Ergebnisse der 1913 im Deutschen Reich veranstalteten Erhebung über die Bodenbenutzung sind für Preußen durch die „Statistische Korrespondenz“ bereits verschiedentlich Mitteilungen gemacht worden, und zwar in Nr. 40 vom 18. August 1914 über die von den einzelnen Nutzungsarten beanspruchten Flächen, in Nr. 2 vom 9. Januar 1915 über die Verteilung des Acker- und Gartenlandes nach Feldergruppen (Fruchtgattungen) und in Nr. 19 vom 24. April 1915 über den Anteil der Nutzungsarten in Tausendteilen der Gesamtfläche. Während die letztere Mitteilung nur über den Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke Auskunft gibt, erstrecken sich die beiden ersteren auch auf die Kreise. In der Reihe dieser Mitteilungen darf schließlich eine Nachweisung des Ackerlandes, des wichtigsten Teiles der in Kultur befindlichen Flächen, nicht fehlen, dessen Bebauung, verglichen mit den Ergebnissen der früheren Aufnahmen in den Jahren 1878, 1883, 1893 und 1900, die Tabelle auf Seite 45* ersichtlich macht.

Die Ackerlandsflächen umfaßten darnach in Preußen 1878 17 302 461, 1883 17 318 496, 1893 17 349 358, 1900 17 406 955 und 1913 17 314 200 ha. Während sie also in dem Zeitraum von 1878 bis 1900 in stetigem Steigen um 104 494 ha oder 6 Tausendteile zugenommen hatten, wiesen sie 1913 einen Rückgang gegen 1900 um 92 755 ha auf, so daß die Zunahme von 1878 bis 1913 nur 11 739 ha oder 0,7 Tausendteile betrug. Die scheinbar so beträchtliche Ackerlandszunahme bis 1900 gibt zu Zweifeln Anlaß, da der Rückgang von 1900 bis 1913 sich gewissermaßen dazu wie eine Berichtigung verhält. Möglich ist, daß bei den früheren Aufnahmen die Ackerweiden, die auch zum Ackerlande gerechnet werden, mit anderen Liegenschaften, wie Hütungen, Ob- und Unland, vielfach verwechselt wurden, so daß das Ackerland von diesen einen unberechtigten Zuwachs erhielt. Mag nun das Ackerland bis 1913 in Wirklichkeit nicht mehr als oben angegeben zugenommen haben, so ist doch seine Nutzbarmachung, entsprechend der Abnahme der Brachen und Ackerweiden, recht anscheinlich vorwärts gekommen.

Beträchtliche Abweichungen finden sich bei einer Unterscheidung des Anbaues nach den Feldergruppen (Fruchtgattungen) von 1878 bis 1913, und zwar ein Mehr bei den Getreidearten und Hülsenfrüchten um 675 344 ha oder 6,6 v. H., bei den Hackfrüchten und Gemüsearten¹⁾ um 1 098 957 ha oder 46,8 v. H. und bei den Futterpflanzen um 237 436 ha oder 14,8 v. H., dagegen ein Weniger bei den Handelsgewächsen um 172 546 ha oder 69,0 v. H. und bei der sonstigen Hauptnutzung um 1 827 451 ha oder 62,5 v. H. Diese Abweichungen, die sich bei allen Aufnahmen, abgesehen von den Schwankungen bei den Futterpflanzen, in gleicher Richtung bewegten, sind also nicht als zufällige Erscheinungen anzusprechen; denn es kamen von 1 000 Hektaren Ackerland

¹⁾ Diese Gruppe ist 1913 in „Hackfrüchte“ und „feldmäßig gebaute Gartengewächse“ zwar getrennt ermittelt, hier aber der besseren Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der früheren Aufnahmen wegen wieder zusammengefaßt worden.

auf	1878	1883	1893	1900	1913
Getreide und Hülsenfrüchte	588	591	598	601	627
Gadfrüchte und Gemüse	136	152	163	178	199
Handelsgewächse	14	12	9	6	3
Futterpflanzen	93	91	105	109	106
sonstige Hauptnutzung	169	154	125	106	65.

Ermähnt sei noch, daß der Anbau der einzelnen Fruchtarten sich nicht immer in der Richtung der gesamten Gruppe hält, sondern auch eine entgegengesetzte Richtung einschlägt. So sind von den Getreidearten und Hülsenfrüchten Weizen, Roggen, Gerste, Hafer sowie Menggetreide, Mischfrucht und Hülsenfruchtgemenge seit 1878

Die Nutzung der Ackerländereien¹⁾ 1878, 1883, 1893, 1900 und 1913 in Preußen.

Bezeichnung der Fruchtarten usw.	1878	1883	1893	1900	1913	1913 in Hundertteilen von			
	Hektar					1878	1883	1893	1900
I. Hauptnutzung.									
a) Getreide und Hülsenfrüchte.									
1. Winterweizen	974 934,0	1 013 127,7	1 101 000,1	1 134 845,8	1 043 443,7	116,1	108,5	99,3	98,5
2. Sommerweizen	51 839,4	86 712,3	100 084,5	76 938,9	149 710,4				
3. Winterroggen	4 356 599,5	4 308 323,0	4 479 747,7	4 514 571,5	4 986 161,9	112,8	114,0	110,5	110,2
4. Sommerroggen	113 863,1	114 792,0	82 566,7	60 877,6	56 963,8				
5. Wintergerste	52 987,1	31 119,0	15 453,0	27 161,6	33 932,0	106,8	99,3	108,9	102,0
6. Sommergerste	823 807,0	907 987,6	840 472,7	886 740,6	898 382,3				
7. Hafer	2 465 992,4	2 457 034,8	2 576 172,9	2 697 572,8	2 962 974,3	120,2	120,6	115,0	109,8
8. Buchweizen	224 154,5	201 198,7	155 752,4	108 659,0	38 626,3	17,2	19,2	24,8	35,5
9. Erbsen	392 827,1	347 658,8	280 437,7	198 541,0	105 247,7	26,8	30,3	37,5	53,0
10. Acker(Sau-)bohnen	94 735,1	101 603,7	119 291,8	110 917,5	70 718,3	74,6	69,6	59,3	63,8
11. Wicken	125 832,8	121 243,9	107 369,0	84 779,0	59 397,5	47,2	49,0	55,3	70,1
12. Lupinen	216 743,3	153 077,6	122 177,0	112 743,6	59 107,5	27,3	38,6	48,4	52,4
13. Menggetreide, Mischfrucht u. Hülsenfruchtgemenge	219 805,4	345 942,9	347 425,6	424 173,9	360 130,3	163,8	104,1	103,7	84,9
14. Andere Arten	59 336,2	48 563,6	41 102,5	31 680,1	24 005,3	40,5	49,4	58,4	75,8
Zusammen	10 173 456,9	10 238 385,6	10 369 053,6	10 470 202,9	10 848 801,3	106,6	106,0	104,6	103,6
b) Hackfrüchte und Gemüse.									
1. Kartoffeln	1 880 240,9	1 986 685,3	2 075 557,8	2 231 818,3	2 387 971,3	127,0	120,2	115,1	107,0
2. Zuckerrüben	132 236,9	264 528,8	312 366,7	363 686,2	452 083,5	341,9	170,9	144,7	124,3
3. Futterrüben (Runkeln)	167 905,5	184 623,4	225 178,0	263 616,6	337 345,0	200,9	182,7	149,8	128,0
4. Möhren	24 115,1	25 810,7	28 986,8	27 492,6	23 738,9	98,4	92,0	81,9	86,3
5. Weiße (Wasser-) Rüben	33 564,6	30 782,3	33 356,2	24 237,5	13 132,2	39,1	42,7	39,4	54,2
6. Kohlrüben (Brutken)	56 198,8	81 365,2	101 813,6	126 215,2	160 023,3	284,7	196,7	157,2	126,8
7. Kohl und andere Arten	55 723,3	62 466,5	53 238,6	57 410,0	74 647,9	134,0	119,5	140,2	130,0
Zusammen	2 349 985,1	2 636 262,2	2 830 497,7	3 094 476,4	3 448 942,1	146,8	130,8	121,8	111,5
c) Handelsgewächse.									
1. Winterraps u. -Rübsen, -Weiß-, -Blau- u. -Schwarzraps	122 583,0	85 550,8	68 445,3	50 007,4	20 082,3	16,9	24,0	30,0	41,2
2. Sommerraps	4 470,1	4 012,4	3 168,4	2 132,6	1 407,0				
3. Flachs (Lein)	92 315,7	76 256,9	41 138,8	21 287,9	13 131,6	14,2	17,2	31,9	61,7
4. Hanf	3 947,1	3 646,5	1 946,0	855,9	218,8	5,5	6,0	11,2	25,6
5. Tabak	4 697,4	5 071,3	4 689,4	4 398,5	3 594,8	76,5	70,9	76,7	81,7
6. Hopfen	4 086,6	4 425,8	3 182,3	2 412,2	1 070,6	26,2	24,2	33,6	44,4
7. Bichorien	5 801,1	5 411,7	6 809,6	6 136,5	6 166,2	106,3	113,9	90,6	100,5
8. Andere Arten	12 301,2	18 207,0	19 283,6	21 629,5	31 984,2	260,0	175,7	165,9	147,9
Zusammen	250 202,2	202 582,4	148 663,4	108 860,5	77 655,5	31,0	38,3	52,2	71,3
d) Futterpflanzen.									
1. Klee	1 168 196,3	1 061 719,0	1 101 758,9	1 175 485,7	1 181 754,1	101,2	111,3	107,3	100,5
2. Luzerne	94 492,9	78 000,2	80 897,5	87 937,8	94 041,2	99,5	120,6	116,2	106,9
3. Sпарsette	51 570,4	39 463,8	34 179,3	27 527,3	14 033,1	27,2	35,6	41,1	51,0
4. Seradella	21 977,7	41 607,2	86 398,7	107 392,7	120 845,9	549,9	290,4	139,9	112,5
5. Spörgel	11 244,6	9 658,2	10 103,8	5 392,4	5 326,7	47,4	55,2	52,7	98,8
6. Grasfaat aller Art, Mischung v. Klee u. Gras sowie v. Klee, Luzerne u. Sпарsette	130 294,7	230 748,2	240 663,3	268 582,5	239 304,2	183,7	103,7	99,4	89,1
7. Andere zu Futterzwecken gebaute Fruchtarten als: Mais, Wicken, Lupinen, Mischfrucht, Hülsenfruchtgemenge, Senf	126 152,0	120 176,4	268 582,8	218 662,5	186 059,6	147,5	154,8	69,3	85,1
Zusammen	1 603 928,6	1 581 373,0	1 822 584,3	1 890 980,9	1 841 364,8	114,8	116,4	101,0	97,4
e) Sonstige Hauptnutzung.									
1. Lupinen zum Unterspflügen	160 472,1	217 197,3	172 494,4	194 016,8	82 142,0	51,9	37,8	47,6	42,3
2. Hülsenfruchtgemenge und Senf zum Unterspflügen ²⁾	2 595,9	3 680,0	.	.	.	141,8
3. Brache	1 551 581,2	1 185 243,9	980 032,2	750 980,0	396 663,6	25,6	33,5	40,5	52,8
4. Ackerweide	1 212 834,7	1 257 452,0	1 026 032,8	894 841,5	614 951,0	50,7	48,9	59,9	68,7
Zusammen	2 924 888,0	2 659 893,2	2 178 559,4	1 842 434,2	1 097 436,6	37,5	41,3	50,4	59,6
Hauptnutzung überhaupt	17 302 460,8	17 318 496,4	17 349 358,4	17 406 954,9	17 314 200,3	100,1	100,0	99,8	99,5
II. Nebennutzung.									
1. Getreide und Hülsenfrüchte	6 216,8	7 487,5	4 837,5	4 671,4	10 821,7	174,1	144,5	223,7	231,7
2. Weiße (Wasser-, Stoppel-) Rüben	78 441,8	104 273,0	124 744,7	78 327,0	61 733,6	78,7	59,2	49,5	78,8
3. Sonstige Hackfrüchte und Gemüse	5 986,2	6 977,2	7 590,4	7 451,6	9 678,5	161,7	138,7	127,5	129,9
4. Handelsgewächse	321,8	541,7	364,2	118,3	179,8	55,9	33,2	49,4	152,0
5. Seradella zum Futtergewinn	6 053,9	30 888,3	59 349,1	82 109,4	119 550,3	1 974,8	387,0	201,4	145,6
6. Spörgel	23 834,6	40 074,9	46 111,6	27 374,4	21 122,7	88,6	52,7	45,8	77,2
7. Andere Futterpflanzen: Mischung von Klee, Luzerne u. Sпарsette, ferner Mais, Wicken, Lupinen, Mischfrucht, Hülsenfruchtgemenge, Senf	8 290,5	17 952,0	20 897,1	11 626,3	14 426,6	174,0	80,0	69,0	124,1
8. Lupinen zum Unterspflügen	5 605,0	26 927,1	32 352,9	42 631,6	33 235,5	593,0	123,4	102,7	78,0
9. Seradella „ „ „ ²⁾	19 638,6	148 877,2	.	.	.	758,1
10. Andere zum Unterspflügen gebaute Fruchtarten als: Erbsen, Acker(Sau-)bohnen, Wicken, Hülsenfruchtgemenge, Senf, Spörgel ²⁾	4 913,1	15 169,5	.	.	.	308,8
Zusammen Nebennutzung	134 750,6	235 121,7	296 247,5	278 861,7	434 795,4	210,7	120,7	95,8	155,9

¹⁾ ohne Gartenland (Hausgärten). — ²⁾ Bei den Aufnahmen von 1878, 1883 und 1893 nicht besonders ermittelt.

mehr gebaut worden; dagegen haben Buchweizen, Erbsen, Acker-(Sau-)bohnen, Wicken, Lupinen zum Körnergewinn und andere Arten dieser Gruppe mehr und mehr, zum Teil sogar bedeutend, an Fläche verloren.

Unter den Hackfrüchten und Gemüsen ist der Kartoffelbau zwar beträchtlich vorgeschritten, jedoch ist die Zunahme bei den Zucker- und Rübenrüben sowie den Kohlrüben (Wurken) noch viel stärker, weniger jedoch bei den Kohl- und anderen Gemüsearten. Bei den Möhren und weißen (Wasser-) Rüben schwanken die Ziffern in den einzelnen Jahren und blieben schließlich gegen 1878 etwas zurück. Der Rückgang im Anbau der letzteren Rübenarten ist vermutlich auf eine Verwechslung derselben mit Kohlrüben, die in vielen Gegenden nur als Futterrüben gelten, zurückzuführen. An der Entwicklung der gesamten Gruppe sind, dem Ausblühen der Zuckerindustrie entsprechend, am meisten die Zuckerrüben beteiligt.

Von den Handelsgewächsen haben nur die Fichorien und die anderen Arten (Leindotter, Mohr, Senf, Weberkarden, Rummel, Zucker- und Rübenrübenfamen und Arzneipflanzen) zugenommen, während Raps und Rübren sowie Flachs, Hanf, Tabak und Hopfen immer mehr an Fläche verloren haben, am meisten der Hanf, nämlich 94,5 v. H.

Bei einer Vergleichung der Ergebnisse für die Futterpflanzen fällt die hohe Ziffer für Klee und die niedrige für Grasfaat aller Art usw. im ersten Jahr gegenüber den entsprechenden Ziffern für das folgende Erhebungsjahr auf. Auch hier kann nur eine irrtümliche Auffassung zu Grunde liegen, indem 1878 vielfach Flächen mit reinem Klee und Mischungen von Klee und Gras (Kleegras) zusammengefaßt wurden. Durch Änderung des Erhebungsbogens für spätere Aufnahmen ist eine Wiederholung dieses Irrtums vermieden worden. Unter den anderen Arten von Futterpflanzen ist der stete Rückgang des Ciparisse- und der stete Fortschritt des Seradellabanes hervorzuheben; aber auch der Spörgelbau hat um mehr als die Hälfte verloren. Der Luzernebau ist nach verschiedenen Schwankungen 1913 wieder auf seinen Stand von 1878 emporgelommen. Die anderen zu Futterzwecken angebauten Gewächse (Mais, Wicken, Lupinen usw.) weisen gegen 1878 eine Zunahme von 47,5 v. H. auf.

Als sonstige Hauptnutzung kommen Lupinen und Gemenge zum Unterpfügen, ferner Brache und Ackerweide in Betracht; die Brache hat seit 1878 um 74,4 v. H., die Ackerweide um fast die Hälfte abgenommen.

Der Vollständigkeit wegen wird in der Tabelle auch die Nebennutzung nachgewiesen, d. h. diejenigen Flächen, welche außer der Haupternte von einer Fruchtart noch eine zweite, nebensächliche, von einer anderen Fruchtart in demselben Kalenderjahre vor oder nach der Haupternte geliefert haben. Die bezüglichlichen Fragen sind jedoch zumeist, besonders 1878, ungenügend beantwortet worden, und die statistische Zentralstelle hat keinen Anhalt für die Beurteilung der Vollständigkeit der erhaltenen Angaben, wie ihn bei der Erfragung der Hauptnutzung die katasteramtlich nachzuweisende Gesamtfläche des Erhebungsbezirkes (Gemeinde oder Gutsbezirk) bietet. Jedenfalls dürfte die wirkliche Nebennutzung wohl größer sein, als die erhaltenen Ziffern sie darstellen. Aus diesen können daher weitere Schlüsse nicht gezogen werden, wenn auch anzunehmen ist, daß, wie die Ausnutzung des Grund und Bodens immer mehr fortschreitet, wohl auch die Nebennutzung an Bedeutung zugenommen hat. Ganz hervorragend hat sich der Seradellabau entwickelt, der sowohl als Haupt- wie als Nachfrucht mehr und mehr Fläche beansprucht, im letzteren Falle nicht nur zum Futtergewinn, sondern auch zum Unterpfügen.

Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915. — Außer der vom Herrn Reichskanzler angeordneten Moststatistik in allen deutschen Weinländern, über deren Ergebnis in Preußen für 1915 bereits im 56. Jahrgang Seite XXII berichtet wurde, lassen wir an dieser Stelle auch die uns durch die Amtsblätter der Königlichen Regierungen zu Wiesbaden, Coblenz und Trier bekannt gewordenen, auf eigener Ermittlung in ihren Bezirken beruhenden Nachrichten

über die Weinernte folgen. Während die Reichstatistik das Nebland und seine Erträge nach Gewächsgebieten, nach Weiß- und Rotwein im allgemeinen sowie nach deren Menge und Wert darstellt, erstrecken sich die Ermittlungen in den drei bedeutendsten Weinbezirken Preußens auch auf die nach Sorten unterschiedenen Weine und schließlich auch auf die verkauften Trauben und deren Erlöze.

Abgesehen von geringen Abweichungen gegen die in jenem bereits veröffentlichten preußischen Anteil der Reichstatistik angegebenen Flächen und Erträge, umfaßte 1915 das gesamte Nebland nach den in den drei Bezirken angestellten Ermittlungen 18 338 ha oder 93,5 v. H. der in Preußen 1915 überhaupt vorhandenen 19 598 ha. Im Ertrage standen an Weiß- und Rotweinen zusammen 15 262 ha, die 680 710 hl, also durchschnittlich 44,6 hl Most vom ha brachten. Davon waren mit weißen Sorten 14 393, mit roten 870 ha bepflanzt; aus ersteren wurden 659 278, aus letzteren 21 432 hl oder durchschnittlich 45,8 bzw. 24,6 hl vom ha ertelert. Von diesen Flächen und Erträgen entfielen im Berichtsjahre auf:

die Kreise des	das gesamte Nebland	die davon im Ertrage stehende Fläche mit weißem rotem Gewächs	den Ertrag von weißem rotem Weinmost
R.-B. Wiesbaden:	ha	ha	hl
Frankfurt a. M., St.	36,00	8,00	—
Hochst	9,50	2,75	0,10
Limburg	1,36	1,04	0,32
Oberlahnkreis . . .	2,82	1,00	1,62
Oberaumnkreis . . .	0,12	0,27	0,15
Rheingaukreis . . .	2 502,30	2 039,45	34,65
Sankt Goarshausen	810,18	505,50	16,50
Unterlahnkreis . . .	37,80	19,51	2,64
Wiesbaden, Stadt	8,00	7,00	—
Wiesbaden, Land . .	576,01	288,96	2,50
zusammen . . .	3 984,19	2 874,14	58,88
den			
R.-B. Coblenz:			
Adenau	0,89	—	0,89
Ahrweiler	1 057,26	70,96	626,73
Coblenz, Stadt . . .	46,00	37,50	—
Coblenz, Land . . .	507,03	380,50	0,15
Cochem	1 064,96	970,40	—
Kreuznach	2 987,03	2 471,91	29,80
Mayen	146,82	142,25	0,44
Reifenheim	332,12	226,79	1,50
Neuwied	541,41	228,50	138,51
Sankt Goar	1 305,62	1 088,80	12,75
Zell	1 122,25	1 075,25	—
zusammen . . .	9 111,42	6 693,36	810,77
den			
Reg.-B. Trier:			
Berntasfel	1 546,60	1 457,60	—
Bitburg	7,15	7,15	—
Merzig	12,00	12,00	—
Saarbrücken	2,20	1,75	—
Saarlouis	1 093,70	1 014,22	—
Sankt Wendel	17,44	12,14	—
Trier, Stadt	51,17	40,98	—
Trier, Land	35,37	32,28	—
Wittlich	1 720,14	1 534,76	—
zusammen . . .	756,41	712,01	—
zusammen . . .	5 242,18	4 824,89	—
die drei Bezirke			
überhaupt . . .	18 337,79	14 392,73	869,65

Was die gepflanzten Sorten anlangt, so ist unter den Weißweinen der Riesling am meisten vertreten; mit ihm waren im Berichtsjahre in den drei Bezirken 9 700 (im Vorjahre 9 550) ha bepflanzt, von denen 495 833 (181 895) hl, also durchschnittlich 51 (19) hl vom ha ertelert wurden. An zweiter und dritter Stelle folgen der Österreich mit 1 833 (1 616) ha und 50 435 (6 752) hl Mostertrag und der Kleinberger mit 1 267 (1 209) ha bzw. 79 781 (10 384) hl. Die außerdem in den Bezirken Wiesbaden

und Coblenz; gepflanzten Sorten Orleans und Traminer (Müländer) sowie die ferner in Coblenz allein vorkommenden weißen Gewächse Mallinger, Gutedel und Ertlieber nahmen gegen jene nur kleine Flächen ein; denn sie bezifferten sich zusammen auf 101,6 (130,3) ha mit 1 688,3 (178,0) oder durchschnittlich vom ha 16,6 (1,4) hl Mostgewinn. Der Rest von 1 491,1 (2 102,4) ha mit 31 540,8 (4 184,1) hl Ertrag entfiel in allen drei Bezirken auf gemischte weiße Sorten. Die Bestockung mit Rotweinen nahm 1915 im ganzen eine Fläche von 869,7 (im Vorjahre 907,7) ha ein, aus deren Gewächsen zusammen 21 432,0 (5 665,8) hl Most oder durchschnittlich 24,6 (6,2) erkeltet wurden. Auf Spätburgunder kamen davon 646,8 (681,2) ha mit 15 894,1 (4 418,5) hl, auf Portugieser 116,4 (110,1) ha mit 3 987,3 (1 088,4) hl, auf Frühburgunder 50,4 (63,1) ha mit 986,1 (123,6) hl und auf Alebrot 56,0 (52,3) ha mit 564,3 (35,4) hl. Der 1914 im Coblenzer Bezirk versuchsweise gepflanzte Spätrot (0,4 ha) hat sich nicht bewährt und ist im Berichtsjahre ausgerodet worden. Im Trierer Bezirk werden Rotweine überhaupt nicht gezogen. Auf die Regierungsbezirke verteilen sich die Sorten in folgender Weise:

a) Weiß- weine	Wiesbaden		Coblenz		Trier	
	ha	hl	ha	hl	ha	hl
Riesling . . .	1 569,96	32 943,10	4 050,81	148 590,25	4 078,74	314 299,95
Orleans . . .	3,04	41,50	40,29	480,35	—	—
Traminer (Müländer) .	18,50	514,00	19,41	146,40	—	—
Österreich .	725,69	24 891,99	1 090,94	24 244,45	16,33	1 298,90
Kleinberger .	270,56	3 565,80	343,22	7 519,68	653,32	68 695,10
Mallinger . .	—	—	9,50	264,00	—	—
Gutedel . . .	—	—	7,97	194,40	—	—
Ertlieber . .	—	—	2,70	47,00	—	—
Gem. weiße Gewächse .	286,43	6 397,55	1 128,62	22 061,47	76,65	3 051,75;
b) Rot- weine						
Alebröt . . .	41,47	507,93	14,56	56,50	—	—
Frühburgunder	17,41	282,17	33,00	703,95	—	—
Spätburgunder	—	—	646,83	15 894,08	—	—
Portugieser .	—	—	116,38	3 987,30	—	—

Über die Erträge nach Menge (Herbst) und Güte sowie über die Preise für Most und die zum Verkauf gelangten Trauben in den wichtigeren Weinorten (mit mindestens 50 ha im Ertrage stehenden Reblandes) macht ein folgender Aufsatz Mitteilungen.

Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Beranzlagung in Preußen 1916. — Die umstehende Übersicht enthält die wichtigsten Ziffern der im königlichen Statistischen Landesamt bearbeiteten Einkommensteuer-Statistik für das Steuerjahr 1916 und einige Vorjahre bis 1892 zurück. Die Ergebnisse sind nach physischen und nichtphysischen Zensiten getrennt. Infolge des Gesetzes vom 19. Juni 1906, betreffend die Abänderung des Einkommensteuer-Gesetzes und des Ergänzungsteuer-Gesetzes, haben die Zahl der nichtphysischen Zensiten und deren Steuerfoll durch Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Gesellschaften m. b. H. sowie auf alle Vereine zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen eine sehr starke, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach 1907 störende Zunahme erfahren. Da durch jenes Gesetz zugleich der auf Gewinnanteile von Gesellschaften m. b. H. entfallende Teil der veranlagten Einkommensteuer von der Erhebung ausgeschlossen ist, andererseits durch die Novellen vom 26. Mai 1909 und 8. Juli 1916 den Steuerpflichtigen mit über 1 200 bzw. 2 400 M Einkommen besondere Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuerjäten auferlegt worden sind, wird im folgenden zwischen dem diese Ab- und Zugänge an Steuer berücksichtigenden Erhebungss- und dem sie außer Betracht lassenden Veranlagungssoll unterschieden.

Die Gesamtzahl der (physischen und nichtphysischen) Zensiten betrug im Berichtsjahre 7 520 367. Sie ist gegen das

Vorjahr um 297 661 oder 2,81 v. H. gestiegen, gegen 1892, das Jahr der erstmaligen Veranlagung nach dem Einkommensteuer-Gesetz vom 24. Juni 1891, um 5 082 481 oder 208,48 v. H. Das gesamte in Preußen steuerpflichtige Einkommen, das im Jahre 1916 19 436,88 Mill. M ausmachte, ist sowohl gegen das Vorjahr als auch gegen 1892 stärker gewachsen als die Zensitenzahl; gegenüber dem Vorjahr hat es nämlich um 1 738,23 Mill. M oder 9,82 v. H., gegen 1892 um 13 475,29 Mill. M oder 226,94 v. H. zugenommen. Das im Durchschnitt auf einen Zensiten entfallende Einkommen war zwar mit 2 445 M im Jahre 1892 etwas höher als mit 2 420 M im Jahre 1915, ist aber 1916 gegen das Vorjahr und auch gegen das Jahr 1892 wieder erheblich gestiegen (auf 2 585 M). Die veranlagte Einkommensteuer belief sich im ersten Veranlagungsjahr auf 124,84, im Jahre 1915 auf 365,12 und im Berichtsjahre auf 410,97 Mill. M. Sie hat sich demnach gegen 1915 um 45,86 Mill. M oder 12,47 v. H., gegen 1892 um 286,13 Mill. M oder 229,19 v. H. vermehrt. Das Veranlagungssoll verringerte sich im Berichtsjahr um 6,56 (1915 5,50) Mill. M durch Außerhebungsetzung des auf Gewinnanteile von Gesellschaften m. b. H. entfallenden und bei diesen bereits veranlagten Betrages der Einkommensteuer gemäß § 71 des Einkommensteuer-Gesetzes neuer Fassung; andererseits erhöhte es sich durch die Steuerzuschläge um 206,33 (1915 61,92) Mill. M. Das so festgestellte Erhebungssoll betrug 1916 (1915, 1892) 610,74 (420,94, 124,84) Mill. M, mithin die Zunahme gegen 1915 189,80 Mill. M oder 45,09 v. H., gegen 1892 485,90 Mill. M oder 389,21 v. H.

Im einzelnen war die Zahl der physischen Zensiten laut Übersicht im Berichtsjahr um 2,88, ihr gesamtes steuerpflichtiges Einkommen aber um 10,23 v. H. größer als im Vorjahr. Infolgedessen ist ihr Durchschnittseinkommen um 163 M (auf 2 430 M) gestiegen. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung ist von noch nicht einem Zwölftel im Jahre 1892 auf mehr als das Doppelte im Jahre 1915, 1916 noch etwas stärker gewachsen. Die seit 1896 ermittelte veranlagte Bevölkerung, d. i. die Zahl der Zensiten mit Einschluß der Angehörigen, betrug in diesem Jahre noch nicht ganz drei Zehntel, in den Jahren 1916 und 1915 reichlich die Hälfte der Gesamtbevölkerung, wobei das Berichtsjahr wieder etwas günstiger da stand als das Vorjahr. Rechnet man zu dieser Bevölkerungszahl noch die wegen großer Kinderzahl und wegen anderer außergewöhnlicher Belastung (§§ 19 oder 20 [1896 §§ 18 oder 19] des Einkommensteuer-Gesetzes) freigestellten Personen einschließlich ihrer Angehörigen hinzu — es waren im Jahre 1916 3,06, im Jahre 1915 3,60 und im Jahre 1896 1,10 Mill. solcher Freigestellten nebst Angehörigen vorhanden —, so vergrößert sich der Bruchteil der an einem Einkommen von mehr als 900 M beteiligten Personen im Berichtsjahr auf 62,52, im Jahre 1915 auf 62,59 und im Jahre 1896 auf 32,20 v. H. der Bevölkerung. Das Veranlagungssoll der physischen Zensiten ist seit 1892 um 215,50, seit dem Jahre 1915 um 13,50 v. H. gestiegen, das Erhebungssoll entsprechend um 334,20 bzw. 40,56 v. H., also namentlich auch infolge der neuerdings erhöhten Zuschläge, erheblich mehr als das Veranlagungssoll.

Im Gegensatz zur Zahl der physischen Zensiten hat die der nichtphysischen Zensiten gegen das Vorjahr nicht zu-, sondern abgenommen, und zwar um 2,06 v. H.; ihr steuerpflichtiges Einkommen, das um 3,59, sowie ihr Veranlagungssoll, das um 5,33 v. H. gegen 1915 gewachsen ist, haben sich merklich schwächer vermehrt als bei den natürlichen Personen. Dagegen ist das Erhebungssoll bei den nichtphysischen Zensiten im gleichen Zeitraum stärker gewachsen als bei den physischen, offenbar, weil das Gesetz von 1916 die kapitalkräftigen Gesellschaften (Aktiengesellschaften usw.) mit höheren Zuschlägen belastet als die übrigen Steuerpflichtigen. Die Zahl der veranlagten Gesellschaften m. b. H. ist von 7 632 im Jahre 1915 auf 7 469 im Berichtsjahr, also um 2,14 v. H. gesunken. Bringt man von der auf sie veranlagten Steuer von 17,04 (1915 14,46) Mill. M die auf Grund des § 71 des Einkommensteuer-Gesetzes neuer Fassung außer Hebung gesetzten Beträge von insgesamt 6,56 (5,50) Mill. M in Abzug, so beläuft sich der infolge der Besteuerung der Gesellschaften m. b. H.

I. Die physischen Zensiten.

	1892	1896	1900	1905	1910	1914	1915	1916
a) Gesamtzahl:								
a) ohne Angehörige:								
in den Städten in Mill.	1,41	1,57	2,07	2,82	3,98	4,87	4,66	4,80
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " "	1,36	1,25	1,28
Gemeinden { bis 2 000 " " "	1,46	1,39	1,42
auf dem Lande zusammen	1,03	1,08	1,31	1,57	2,26	2,82	2,64	2,71
ü b e r h a u p t	2,44	2,65	3,38	4,39	6,24	7,68	7,30	7,51
vom Hundert der Bevölkerung:								
in den Städten	11,92	12,33	14,41	17,32	21,67	24,43	23,27	23,76
in den ländlichen { über 2 000 Einw.	21,19	20,03	20,56
Gemeinden { bis 2 000 "	9,79	9,43	9,74
auf dem Lande zusammen	5,68	5,81	6,86	7,86	10,87	13,22	12,58	12,98
ü b e r h a u p t	8,15	8,46	10,09	12,11	15,94	18,61	17,79	18,29
ß) mit Angehörigen:								
in den Städten in Mill.	.	4,81	6,02	7,97	10,95	13,07	12,83	13,05
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " "	4,33	4,14	4,23
Gemeinden { bis 2 000 " " "	5,42	5,24	5,33
auf dem Lande zusammen	4,37	5,07	5,94	8,06	9,78	9,37	9,55
ü b e r h a u p t	9,19	11,09	13,90	19,01	22,85	22,21	22,60
vom Hundert der Bevölkerung:								
in den Städten	37,73	42,02	48,99	59,57	65,63	64,15	64,27
in den ländlichen { über 2 000 Einw.	67,93	66,22	67,67
Gemeinden { bis 2 000 "	36,39	35,42	36,50
auf dem Lande zusammen	23,52	26,49	29,68	38,83	45,87	44,57	45,84
ü b e r h a u p t	29,30	33,14	38,34	48,57	55,42	54,11	55,08
b) Einkommen:								
in den Städten in Mill. Mark	3 852,60	4 183,28	5 489,82	6 855,40	9 644,00	12 182,03	11 558,03	12 756,40
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	2 602,93	2 359,33	2 596,00
Gemeinden { bis 2 000 " " "	2 775,38	2 632,27	2 894,26
auf dem Lande zusammen	1 851,73	1 902,77	2 351,97	2 813,21	4 066,78	5 378,31	4 991,61	5 490,26
ü b e r h a u p t	5 704,33	6 086,06	7 841,29	9 668,61	13 710,78	17 560,36	16 549,64	18 246,63
im Durchschnitt auf einen Zensiten:								
in den Städten in Mark	2 733	2 660	2 658	2 434	2 421	2 503	2 482	2 656
in den ländlichen { über 2 000 Einw.	1 918	1 886	2 022
Gemeinden { bis 2 000 "	1 901	1 889	2 036
auf dem Lande zusammen	1 805	1 762	1 793	1 788	1 801	1 909	1 887	2 029
ü b e r h a u p t	2 342	2 294	2 322	2 202	2 197	2 285	2 267	2 430
c) Veranlagungsloß:								
in den Städten in Mill. Mark	84,32	89,77	119,54	141,79	194,34	249,86	235,02	265,40
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	43,64	39,09	44,88
Gemeinden { bis 2 000 " " "	47,63	44,95	51,87
auf dem Lande zusammen	30,47	30,54	38,85	46,25	66,02	91,27	84,04	96,75
ü b e r h a u p t	114,79	120,31	158,40	188,04	260,36	341,13	319,06	362,14
d) Erhebungsloß:								
in den Städten in Mill. Mark	84,32	89,77	119,54	141,79	217,28	278,44	262,31	371,27
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	47,81	42,47	56,84
Gemeinden { bis 2 000 " " "	52,73	49,80	70,80
auf dem Lande zusammen	30,47	30,54	38,85	46,25	72,25	100,04	92,27	127,13
ü b e r h a u p t	114,79	120,31	158,40	188,04	289,53	378,47	354,58	498,41

II. Die nichtphysischen Zensiten.

a) Gesamtzahl:								
in den Städten	1 838	6 353	9 544	9 245	.
in den ländlichen { über 2 000 Einw.	1 427	1 362	.
Gemeinden { bis 2 000 "	1 561	1 480	.
auf dem Lande zusammen	773	2 388	2 988	2 842	.
ü b e r h a u p t	2 028	1 929	2 443	2 611	8 741	12 532	12 087	11 838
b) Einkommen:								
in den Städten in Mill. Mark	691,36	922,06	955,27	.
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	131,63	136,53	.
Gemeinden { bis 2 000 " " "	63,67	57,02	.
auf dem Lande zusammen	138,20	195,29	193,55	.
ü b e r h a u p t	257,07	175,49	407,49	352,21	829,56	1 117,35	1 148,82	1 190,03
im Durchschnitt auf einen Zensiten:								
in den Städten in Mark	108 824	96 611	103 328	.
in den ländlichen { über 2 000 Einw.	92 242	100 244	.
Gemeinden { bis 2 000 "	40 785	38 526	.
auf dem Lande zusammen	57 873	65 360	68 104	.
ü b e r h a u p t	126 761	90 973	166 801	134 896	94 904	89 160	95 046	100 526
c) Veranlagungsloß:								
in den Städten in Mill. Mark	.	.	.	11,22	28,01	37,08	38,61	.
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	5,29	5,49	.
Gemeinden { bis 2 000 " " "	2,52	2,26	.
auf dem Lande zusammen	2,52	5,46	7,81	7,75	.
ü b e r h a u p t	10,06	6,77	15,99	13,73	33,48	44,89	46,36	48,83
d) Erhebungsloß:								
in den Städten in Mill. Mark	.	.	.	11,22	40,35	53,04	55,16	.
in den ländlichen { über 2 000 Einw. " " "	7,66	7,97	.
Gemeinden { bis 2 000 " " "	3,62	3,24	.
auf dem Lande zusammen	2,52	7,90	11,28	11,20	.
ü b e r h a u p t	10,06	6,77	15,99	13,73	48,25	64,32	66,36	112,34

der Staatskasse zugeflossene Mehrertrag an Steuer auf 10,48 (8,96) Mill. M. Unter den § 1 des Gesetzes fielen im Berichtsjahr 25 166 juristische Personen, von denen 13 181 wegen eines 900 M nicht übersteigenden Einkommens und 100 gemäß dem letzten Absatz des eben genannten § 1, zusammen also 13 281 oder 52,77 v. H. aller, steuerfrei sind. Von den 25 166 überhaupt ge-

zählten nichtphysischen Personen entfielen 3 632 auf Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, 428 auf Berggewerkschaften, 2 225 auf eingetragene Genossenschaften, 1 208 auf Vereine zum gemeinsamen Einkaufe usw. und 17 673 auf Gesellschaften m. b. H.

Verteilung der preussischen Bevölkerung auf die hauptsächlichsten Einkommensgruppen 1916. — Verteilt man gemäß der amtlichen Einkommensteuer-Statistik die gesamte, bei der jährlichen Personenstandsaufnahme ermittelte Bevölkerung Preußens auf die drei Haupteinkommensgruppen: bis 900 *M* (niedere Einkommen), über 900 bis 3 000 *M* (mittlere Einkommen) und über 3 000 *M* (bessere Einkommen), so ergibt sich folgendes Bild.

Von der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst den Angehörigen der ersteren) entfielen auf die Einkommensgruppe von . . . *M*

im Jahre	bis 900		über 900 bis 3 000 ¹⁾		über 3 000	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1896	21 066 453	67,2	9 144 476	29,2	1 138 354	3,6
1900	20 890 102	62,4	11 178 934	33,4	1 400 782	4,2
1905	20 483 263	56,5	14 143 527	39,0	1 642 649	4,5
1910	16 768 154	42,8	20 072 166	51,3	2 305 215	5,9
1911	16 382 969	41,2	20 944 517	52,7	2 445 543	6,1
1912	16 004 537	39,8	21 682 497	53,9	2 549 796	6,3
1913	15 545 529	38,1	22 517 780	55,3	2 688 326	6,6
1914	15 136 123	36,7	23 243 357	56,4	2 849 304	6,9
1915	15 230 399	37,1	23 203 733	56,5	2 601 949	6,3
1916	15 386 644	37,5	22 986 948	56,0	2 679 126	6,5

Hiernach ist in der Einkommensgliederung der Bevölkerung im 20-jährigen Zeitraum 1896-1916 eine sehr erhebliche Verschiebung zugunsten der mittleren und besseren Einkommen eingetreten. Während im Jahre 1896 noch etwas über zwei Drittel der Gesamtbevölkerung als Einkommensbezieher oder Angehörige solcher von einem das Existenzminimum von 900 *M* nicht überschreitenden Reineinkommen leben mußten, sank jener Bruchteil ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1914 auf wenig mehr als ein Drittel herab. Unter dem Einflusse des Krieges hob sich in den Jahren 1915 und 1916 die Bevölkerungsschicht mit niederem Einkommen, indes nur unwesentlich, und zwar im ganzen noch nicht um 1 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Bereits seit 1908 ist die Mehrheit der bis zum Kriege bekanntlich von Jahr zu Jahr stark angewachsenen Bevölkerung an Einkommen von über 900 *M* beteiligt; es hat somit ein recht beträchtlicher Aufstieg aus der Klasse der niederen Einkommen stattgefunden. Freilich muß man dabei berücksichtigen, daß das von der Steuer-gesetzgebung angenommene Existenzminimum von 900 *M* bei der anhaltenden Teuerung kaum noch den Zeitverhältnissen entspricht.

Machte im einzelnen der auf Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* angewiesene Bevölkerungsteil im Jahre 1896 nur rund drei Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, so umfaßte er bei stetiger Steigerung in den letzten Jahren schon annähernd drei Fünftel jener; entfiel ferner im Jahre 1896 noch etwas weniger als ein Fünftundzwanzigstel der gesamten Bevölkerung auf die Einkommensgruppe von über 3 000 *M*, so bezifferte sich der betreffende Anteil in der letzten Zeit schon auf etwas mehr oder weniger als ein Fünftel. Der Krieg ist natürlich auch bei den mittleren und besseren Einkommen nicht ohne Einwirkung geblieben; indes zeigt sich diese mehr bei den Grundzahlen als bei den — nur von geringfügigen Verschiebungen betroffenen — Verhältnis-ziffern.

Während in den Jahren 1908 und 1909 noch die Mehrheit der Bevölkerung nur auf die beiden Einkommensgruppen von über 900 bis 3 000 *M* und mehr als 3 000 *M* zusammen entfiel, wurde im Jahre 1910 mit 51,3 v. H. der Gesamtbevölkerung der Schwerpunkt in die Gruppe der mittleren Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* allein verlegt, ohne daß damit zugleich die steigende Bewegung des Anteilsverhältnisses der Gruppe der besseren Einkommen aufhörte.

¹⁾ einschließlich der mit Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* gemäß §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten und deren Angehörigen.

Zeitschrift des R. Pr. Stat. Landesamts, Jahrgang 1917.

Was ferner die Einkommensgliederung der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler (ohne die nichtselbständig zu veranlagenden Angehörigen) betrifft, so hatten von ihnen ein Einkommen von . . . *M*

im Jahre	bis 900		über 900 bis 3 000 ¹⁾		über 3 000	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1896	8 613 994	75,1	2 528 333	22,0	331 091	2,9
1900	8 805 121	70,7	3 228 934	25,9	413 878	3,3
1905	8 842 215	65,2	4 223 498	31,1	501 437	3,7
1910	8 199 181	54,5	6 145 356	40,8	703 753	4,7
1911	8 251 707	53,4	6 446 322	41,7	745 598	4,8
1912	8 158 925	52,0	6 757 812	43,0	783 876	5,0
1913	8 086 473	50,5	7 101 566	44,3	829 009	5,2
1914	7 986 634	49,1	7 379 645	45,4	888 201	5,5
1915	7 868 599	49,7	7 158 313	45,2	805 571	5,1
1916	7 847 210	49,3	7 225 485	45,4	841 928	5,3

Hiernach hat sich seit 1896 — am Hundert aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler gemessen — die Schicht der Bezieher eines Einkommens von über 3 000 *M* nahezu, eines solchen von über 900 bis 3 000 *M* mehr als verdoppelt. Die steuerlich Selbständigen mit mittleren Einkommen haben sich mithin auch verhältnismäßig stärker vermehrt als die mit besserem.

Demgegenüber ist die Verhältnis-ziffer der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler mit Einkommen bis zu 900 *M* wesentlich zurückgegangen; insbesondere war im Jahre 1914 zum ersten Male der Anteil der Personen mit niederem Einkommen, der 1896 noch drei Viertel aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler ausmachte, geringer als der mit mittlerem und besserem zusammen. Immerhin bildeten aber die Bezieher eines niederen Einkommens auch in den letzten Jahren noch fast die Hälfte der Gesamtzahl der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler, während diese, wie erwähnt, zusammen mit den Haushaltungsangehörigen schon seit 1908 als Mehrheit der Gesamtbevölkerung, seit 1912 sogar schon zu über drei Fünfteln dieser der Einkommensklasse von über 900 *M* angehören. Letztere gegensätzliche Erscheinung ist unschwer dadurch zu erklären, daß sich unter den Personen mit einem das sogenannte Existenzminimum von 900 *M* übersteigenden Einkommen weit mehr Haushaltungsvorstände mit Angehörigen befinden als unter denen mit Einkommen bis zu 900 *M*, die überaus stark mit einzellebenden Personen ohne Anhang durchsetzt sind. Namentlich handelt es sich hierbei um zahlreiche junge Leute, die, nachdem sie ein nennenswertes, aber immerhin kleines eigenes, der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen erlangt haben, damit steuerlich aus der elterlichen Haushaltung ausscheiden und durch ihre große Häufigkeit ein besonders erhebliches Sinken der absoluten Zahl der selbständigen Einkommensteuerfreien verhindern. Zudem werden gerade zurzeit die Ziffern der Einkommensgruppe bis zu 900 *M* auch dadurch beeinflusst, daß sich darin viele dem Heere oder der Marine angehörende Personen befinden, deren Einkommen zwar im ganzen 900 *M* übersteigt, indes, soweit es Militäreinkommen betrifft, gemäß § 5 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes von der Besteuerung ausgeschlossen ist.

Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach Milliarden Gruppen des Einkommens in Preußen 1892 und 1916. — Die nachstehende Übersicht stellt die Gliederung der (physischen) Einkommensteuerzinsen, ihres Einkommens und ihrer Einkommensteuer in der Weise dar, daß pyramidenartig von der Spitze der größten Einkommen herunter bis zur breiten Grundlage der kleinsten noch steuerpflichtigen für eine jede Milliarde des veranlagten Gesamteinkommens die Zahl der daran beteiligten Zinsen nebst dem von ihnen aufgebrachten Einkommensteuer-Veranlagungs-soll und den ihrer Veranlagung zu-

¹⁾ einschließlich der mit Einkommen von über 900 bis 3 000 *M* gemäß §§ 19 oder 20 (bis 1906 §§ 18 oder 19) des Gesetzes Freigestellten.

grunde liegenden durchschnittlichen Einkommensbeträgen angegeben die dann noch übrigen Zensiten derselben Einkommensabstufung bei wird. Wenn danach eine Milliarde Einkommen ausgefüllt ist, sind der nächsten Milliarde berücksichtigt worden.

in die	Es teilten sich beim steuerpflichtigen Einkommen — vom höchsten veranlagten Einzeleinkommen angefangen —				Die Zensiten der betreffenden Einkommens-Milliarde brachten an veranlagter Einkommensteuer auf				Die Zensiten der betreffenden Einkommens-Milliarde waren zur Einkommensteuer veranlagt mit einem Durchschnittseinkommen von ¹⁾			
	im Jahre 1892		im Jahre 1916		im Jahre 1892		im Jahre 1916		im Jahre 1892		im Jahre 1916	
	überhaupt	vom Hundert aller	überhaupt	vom Hundert aller	überhaupt in 1 000 M.	vom Hundert des Gesamtsolls	überhaupt in 1 000 M.	vom Hundert des Gesamtsolls				
1. Milliarde	17 299	0,71	1 943	0,03	35 691	31,09	39 810	10,99	6,76 Mill. bis 22 000		29,42 Mill. bis 222 500	
2. "	102 644	4,21	8 519	0,11	28 643	24,95	38 804	10,72	22 000 "	5 750	222 500 "	73 000
3. "	274 751	11,28	21 703	0,29	21 411	18,65	33 914	9,36	5 750 "	2 550	73 000 "	31 250
4. "	523 649	21,50	46 671	0,62	15 347	13,37	30 026	8,29	2 550 "	1 425	31 250 "	16 000
5. "	807 737	33,16	88 601	1,18	9 253	8,09	29 857	8,24	1 425 "	1 125	16 000 "	8 750
6. ²⁾ "	709 778	29,14	150 609	2,01	4 412	3,81	26 317	7,27	1 125 und 975		8 750 "	5 250
7. "	—	—	226 725	3,02	—	—	23 794	6,57	—	—	5 250 "	3 750
8. "	—	—	301 313	4,01	—	—	18 915	5,22	—	—	3 750 "	2 850
9. "	—	—	371 587	4,93	—	—	17 749	4,90	—	—	2 850 "	2 550
10. "	—	—	442 158	5,89	—	—	16 109	4,45	—	—	2 550 "	1 950
11. "	—	—	512 821	6,83	—	—	15 897	4,39	—	—	1 950 (allein)	
12. "	—	—	576 860	7,68	—	—	15 108	4,17	—	—	1 950 und	1 725
13. "	—	—	630 900	8,40	—	—	13 460	3,72	—	—	1 725 "	1 575
14. "	—	—	696 916	9,28	—	—	11 381	3,14	—	—	1 575 "	1 425
15. "	—	—	760 976	10,18	—	—	9 925	2,74	—	—	1 425 "	1 275
16. "	—	—	849 168	11,31	—	—	8 536	2,36	—	—	1 275 "	1 125
17. "	—	—	942 773	12,56	—	—	7 273	2,01	—	—	1 125 "	975
18. ²⁾ "	—	—	878 286	11,70	—	—	5 270	1,46	—	—	975 (allein).	

¹⁾ nicht mehr vollständige Milliarde für 1892 mit insgesamt 699,68 Millionen M. Einkommen.

²⁾ " " " " " 1916 " " 856,33 " " " "

Diese Zusammenstellung veranschaulicht übersichtlich sowohl die gewaltige Vermehrung der Zahl der steuerpflichtigen Einkommen wie insbesondere auch das starke Wachstum der Einkommensbeträge im 25jährigen Zeitraum 1892–1916.

Wir sehen, daß an der ersten Milliarde Einkommen im Jahre 1892 17 299, im Jahre 1916 aber nur noch 1 943 — 1916 also nur noch etwa ein Neuntel der Zahl von 1892 — mit durchschnittlichen Einzeleinkommen von 6,76 Millionen bis 22 000 M. in 1892 bzw. 29,42 Millionen bis 222 500 M. in 1916 und mit einer Gesamtsteuer von 35,69 Millionen M. in 1892 bzw. 39,81 Millionen M. in 1916 beteiligt waren. Bei der zweiten Einkommens-Milliarde verbreitert sich der Teilnehmerkreis in beiden Vergleichsjahren bereits um ein Mehrfaches der Zahl der auf die erste Milliarde entfallenden Zensiten und sinkt andererseits dem progressiven Charakter der preussischen Einkommensteuer gemäß das Veranlagungssoll der beteiligten Zensiten, und zwar in 1892 um etwa 7 Millionen, in 1916 um rund 1 Million M. Ununterbrochen setzt sich dann von Milliarde zu Milliarde Gesamteinkommen bei der Zensitenzahl die auf, bei der Steuersumme und dem Durchschnittseinkommen die absteigende Bewegung weiter fort, bis bei der letzten vollen, in 1892 der 5., in 1916 der 17., Einkommens-Milliarde (für 1892 die 6., für 1916 die 18. unvollständige Milliarde kommen hierbei nicht mehr in Betracht) die höchste Zensitenzahl mit Durchschnittseinkommen von 1 125 und 975 M. erscheint, von der die kleinste Steuersumme für 1 Milliarde Einkommen aufgebracht wird, die 1892 etwas mehr als den vierten, 1916 noch weniger als den fünften Teil der Steuer der der ersten Milliarde angehörenden Einkommensbezieher ausmacht. Innerhalb der gleichen vollen Einkommens-Milliarde nimmt von 1892 auf 1916 als natürliche Folge der stark vergrößerten Einzeleinkommen die Zahl der zugehörigen Zensiten ab, andererseits das entsprechende Veranlagungssoll zu.

Mit der Mehrheit (1892 56,04, 1916 54,37 %) des gesamten Einkommensteuer-Veranlagungssolls waren im Jahre 1892 die beiden ersten Einkommens-Milliarden, also etwas über ein Drittel des Gesamteinkommens, in der Hand von nicht ganz einem

Zwanzigstel, im Jahre 1916 dagegen die ersten 6 Milliarden, d. i. gleichfalls über ein Drittel des Gesamteinkommens, in der Hand von wenig mehr als einem Fünfundzwanzigstel der Zensiten-Gesamtzahl belastet. Es zeigt sich somit deutlich, wie die Einkommensteuerlast hauptsächlich von dem wirtschaftlich leistungsfähigeren Teil der Bevölkerung getragen wird, zumal doch auch noch die progressiv gestaffelten Steuerzuschläge, die in unserer Übersicht nach Lage der Statistik nicht mitberücksichtigt werden können, vorzugsweise als Mehrbelastung der höheren Einkommen in Rechnung zu stellen sind.

Im übrigen läßt sich nach vorstehendem freilich nicht in Abrede stellen, daß in Preußen die großen Einzeleinkommen im Zeitraum 1892–1916 sehr erheblich zugenommen haben. Diese Entwicklung braucht aber gleichwohl nicht als „plutokratisch“ ausgesprochen zu werden; denn sie gilt nicht nur für die ersten, sondern sinngemäß, wie wir gesehen haben, für alle Einkommens-Milliarden: in jede volle Milliarde Einkommen teilten sich von Vergleichsjahr zu Vergleichsjahr immer weniger Steuerzahler. Auch die Einkommensverhältnisse der unteren Klassen haben sich im Zeitraum 1892–1916 in ungeahntem Maße gehoben: immer mehr Leuten ist es gelungen, von unten her in die Klasse der Wohlhabenden und Reichen vorzurücken; dafür spricht schon die starke Steigerung der Milliardenzahl des Einkommens von 1892 bis 1916, die ebenso wie die der Zensitenzahl weit schneller vor sich gegangen ist als die Bevölkerungszunahme.

Die besseren Einkommen in Preußen 1916. — Im Anschluß an unsere Darstellung der Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für 1916 Seite 47* behandeln wir im folgenden die „besseren“ Einkommen; als solche betrachten wir die Einkommen von über 3 000 M., deren Bezieher unbedingt zur Steuererklärung verpflichtet sind und im allgemeinen den wirtschaftlich am günstigsten gestellten und steuerkräftigsten Teil der Bevölkerung bilden.

Bezieht man auch die steuerpflichtigen nichtphysischen Personen ein, so wurden insgesamt gezählt

im Steuer- jahre	Zinsen mit über 3 000 M Einkommen	mit einem Einkommensteuer- Veranlagungs- soll von Millionen M	Erhebungs- soll von Millionen M
1892 . . .	318 553		92,00
1914 . . .	898 049	270,17	322,28
1915 . . .	815 163	255,44	306,54
1916 . . .	851 428	289,98	484,23
1916 / 1892	+ 167,3 %	+ 215,2 %	+ 426,3 %
gegen 1915	+ 4,4 %	+ 13,5 %	+ 58,0 %

Hiernach haben sich die Zinsenzahl wie das Steuerfoll der Zinsen mit über 3 000 M Einkommen seit 1892 sehr vergrößert; auch von 1915 auf 1916 ist eine erhebliche Aufwärtsbewegung wahrzunehmen, nachdem das Jahr 1915 unter dem Einflusse des Kriegszustandes mit seiner zunächst tief einschneidenden Einwirkung auf die Einkommensverhältnisse einen allgemeinen Rückgang des Veranlagungsergebnisses gebracht hatte. Der neuerliche Aufschwung beweist eine überraschend schnelle Einstellung auf die durch den Krieg veränderte Wirtschaftslage. Allerdings blieb im Berichtsjahre die Zahl der Zinsen mit besserem Einkommen hinter der des bis dahin günstigsten Steuerjahres 1914 noch etwas zurück, wogegen ihre Steuer im letzten Jahre höher war als je zuvor; die besonders starke Zunahme beim Erhebungsoll, um über die Hälfte von 1915 auf 1916, erklärt sich größtenteils durch die erhöhten Zuschläge der Steuer-Novelle von 1916. Der Umstand, daß die Steuer verhältnismäßig stärker als die Zinsenzahl gewachsen ist, läßt auf eine beträchtliche Vergrößerung der Einzeleinkommen schließen, für die im Berichtsjahre namentlich die an den Kriegslieferungen beteiligte Industrie, der Lebensmittel-Handel wie auch die mit erhöhter Rentabilität arbeitende Landwirtschaft in Betracht kommen. Hierbei darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß die an sich erfreuliche Einkommenszunahme zu einem erheblichen Teile durch die Preissteigerung der Lebensbedürfnisse ausgeglichen wird.

Der Anteil der Zinsen mit über 3 000 M Einkommen an der Zinsen-Gesamtzahl (mit über 900 M Einkommen zusammen) bezifferte sich im Jahre 1892 auf etwas über ein Achtel, im Berichtsjahr hingegen auf rund ein Neuntel, der an der Gesamtsteuer für 1892 auf fast drei Viertel, für 1916 aber beim Veranlagungsoll auf rund sieben Zehntel, beim Erhebungsoll auf vier Fünftel. Die Anteile an der gesamten Zinsenzahl und dem gesamten Veranlagungsoll sind also angesichts der stärkeren Zunahme der Zahl der kleineren steuerpflichtigen Einkommen bis zu 3 000 M im Laufe der Jahre zurückgegangen, während beim Erhebungsoll infolge der erheblich höheren Belastung der Einkommen von über 3 000 M durch die Zuschläge zu den tarifmäßigen Steuerjahren eine Steigerung ihrer Anteilsziffer hervortritt.

Was insbesondere die physischen Zinsen mit besserem Einkommen betrifft, für die die Statistik auch das steuerpflichtige Einkommen nachweist, so betrug

der physischen Zinsen mit über 3 000 M Einkommen				
im Steuer- jahre	Gesamt- zahl	steuer- pflichtiges Einkommen Millionen M	Einkommensteuer- Veran- lagungsoll Millionen M	Erhebungs- soll Millionen M
1892 . . .	316 889	2 792,35		81,95
1896 . . .	331 091	2 889,31		84,14
1900 . . .	413 878	3 830,11		114,01
1905 . . .	501 437	4 459,32		131,24
1910 . . .	703 753	6 035,14	173,19	199,01
1911 . . .	745 598	6 408,81	183,28	210,09
1912 . . .	783 876	6 656,20	194,86	223,29
1913 . . .	829 009	7 056,72	206,82	236,38
1914 . . .	888 201	7 798,43	225,36	258,06
1915 . . .	805 571	7 248,13	209,16	240,26
1916 . . .	841 928	8 378,47	241,22	371,97
1916 / 1892	+ 165,7 %	+ 200,1 %	+ 194,4 %	+ 353,9 %
gegen 1915	+ 4,5 %	+ 15,6 %	+ 15,3 %	+ 54,8 %

Daß sich hiernach im Gesamtzeitraum 1892–1916 Zinsenzahl wie Steuerfoll weniger stark vermehrt haben als bei der Gesamtheit der Steuerpflichtigen mit über 3 000 M Einkommen ist

unschwer damit zu erklären, daß die in letzterer mitenthaltenen nicht-physischen Zinsen durch Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Gesellschaften m. b. H. und alle Vereine zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im kleinen infolge der Novelle von 1906 eine sehr erhebliche Vermehrung erfahren haben; insbesondere für das Erhebungsoll kommt auch in Betracht, daß die kapitalkräftigsten nichtphysischen Personen (Aktiengesellschaften usw.) durch die Novelle von 1916 mit höheren Zuschlägen belastet sind als die übrigen Steuerpflichtigen.

Daraus, daß auf die Zinsen mit über 3 000 M Einkommen noch nicht die Hälfte des Gesamteinkommens, aber rund zwei Drittel des Veranlagungs- und nahezu drei Viertel des Erhebungsolls aller Zinsen (mit über 900 M Einkommen zusammen) entfallen, ergibt sich, daß dem Ziele der Einkommensteuerreform von 1891 entsprechend das Schwergewicht der Einkommensteuerlast auf den leistungsfähigeren Schultern ruht.

Da gerade auf die Höhe der „besseren“ Einkommen die wirtschaftlichen Verhältnisse einen wesentlichen Einfluß auszuüben pflegen, waren Durchschnittseinkommen und -steuer der wechselnden Wirtschaftskonjunktur entsprechend im Zeitraum 1892–1916 naturgemäß erheblichen Schwankungen unterworfen. Es betrug nämlich im Durchschnitt auf einen physischen Zinsen mit über 3 000 M Einkommen in Mark

im Steuer- jahre	das steuerpflichtige Reineinkommen	das Einkommensteuer- Veranlagungs- soll	Erhebungs- soll
1892	8 812		259
1896	8 727		254
1900	9 254		275
1905	8 893		262
1910	8 576	246	283
1911	8 596	246	282
1912	8 491	249	285
1913	8 512	249	285
1914	8 780	254	291
1915	8 998	260	298
1916	9 952	287	442

Bemerkenswerterweise tritt trotz der Kriegszeit eine Steigerung der Durchschnitte hervor; insbesondere zeigt das Berichtsjahr seit 1892 den höchsten Stand.

Die Zunahme des Durchschnittseinkommens um nahezu 1 000 M von 1915 auf 1916 fällt umso mehr ins Gewicht, als gleichzeitig, wie wir gesehen haben, eine nicht unbeträchtliche Zinsenzahlvermehrung stattgefunden hat, während mit der – zudem geringeren – Durchschnittserhöhung des Jahres 1915 ein Rückgang der Zinsenzahl verbunden war.

Betrachten wir schließlich auch die nichtphysischen Zinsen mit mehr als 3 000 M in Preußen steuerpflichtigem Einkommen, so betrug

im Steuer- jahre	deren Zahl	ihre Einkommensteuer- Veranlagungsoll Millionen M	Erhebungsoll Millionen M
1892 . . .	1 664		10,05
1914 . . .	9 848	44,31	64,23
1915 . . .	9 592	46,28	66,28
1916 . . .	9 500	48,76	112,26
1916 / 1892	+ 470,9 %	+ 385,3 %	+ 1 017,3 %
gegen 1915	+ 1,0 %	+ 5,4 %	+ 69,4 %

Die Zahl der nichtphysischen Zinsen mit „besserem“ Einkommen hat sich hiernach seit 1892 in der Hauptsache infolge der durch die Novelle von 1906 der Einkommensbesteuerung unterworfenen zahlreichen Gesellschaften m. b. H. sehr vermehrt, ist aber, nachdem sie im Jahre 1914 ihren Höchststand erreicht hatte, offenbar unter dem Einflusse des Krieges etwas zurückgegangen; gleichwohl ist ihr Steuerbetrag in den Jahren 1915 und 1916 gestiegen, und zwar von 1915 auf 1916 das Veranlagungsoll weniger, das Erhebungsoll hingegen wegen der neuerlichen höheren Steuerzuschläge der kapitalkräftigeren Gesellschaften mehr als bei den physischen Zinsen. Die Einzeleinkommen der steuerpflichtig gebliebenen nicht-physischen Zinsen müssen hiernach während des Krieges besonders stark zugenommen haben, was u. a. durch die große Bedeutung der korporativen Erwerbsgesellschaften in der Kriegsindustrie zu erklären ist.

Die Bevölkerung mit besseren Einkommen in Preußen 1916. — Nachfolgend werden die in früheren Artikeln — Seite 49* und 50* — im ganzen behandelten Einkommen von über 3 000 *M* in ihre vier wichtigsten Untergruppen, nämlich in die von über 3 000 bis 9 500, über 9 500 bis 30 500, über 30 500 bis 100 000 und über 100 000 *M*, zerlegt.

Die zunächst folgende Übersicht zeigt, wie die Gesamtbevölkerung in jenen Einkommensabstufungen vertreten war.

Von der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst Angehörigen der ersteren) entfielen

im Jahre	auf die Einkommensgruppe von . . . <i>M</i>							
	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000
	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend
1896 .	942 274	30,1	158 840	5,1	31 490	1,00	5 750	0,18
1900 .	1 150 016	34,4	200 706	6,0	41 382	1,24	8 678	0,26
1905 .	1 360 925	37,5	227 251	6,3	45 454	1,25	9 019	0,25
1910 .	1 959 199	50,0	277 190	7,1	56 914	1,45	11 912	0,30
1911 .	2 083 563	52,4	289 864	7,3	59 573	1,50	12 543	0,32
1912 .	2 168 780	53,9	303 990	7,8	63 676	1,58	13 350	0,33
1913 .	2 290 548	56,2	316 968	7,8	66 631	1,64	14 179	0,35
1914 .	2 410 803	58,5	349 661	8,5	73 408	1,78	15 432	0,37
1915 .	2 193 740	53,8	323 027	7,9	70 349	1,71	14 833	0,36
1916 .	2 234 599	54,4	343 702	8,4	81 001	1,97	19 824	0,48

Allen vier Einkommensgruppen gemeinsam ist eine erhebliche Aufwärtsbewegung sowohl der Grundzahlen wie der Verhältnisziffern, die im Kriegsjahre 1915 überall eine Unterbrechung erlitt. Im Berichtsjahre ist darauf allgemein wieder eine Zunahme eingetreten, die in den beiden obersten Einkommensgruppen von über 30 500 *M* zu dem bislang höchsten Stande geführt hat; in der untersten Gruppe der Einkommen von über 3 000 bis 9 500 *M* blieb das Ergebnis des Berichtsjahres hinter dem des Höchststandesjahres 1914 (Friedensstand) allein noch einigermaßen beträchtlich zurück.

Im Gesamtzeitraum 1896/1916 war die Steigerung in der nach oben unbegrenzten höchsten Einkommensgruppe von über 100 000 *M* am stärksten; die dieser angehörende Bevölkerungsschicht hat sich nämlich seit 1896 überhaupt schon wesentlich mehr als verdreifacht, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aber um etwas über das Anderthalbfache vermehrt. Am schwächsten war die Zunahme in der Einkommensgruppe von über 9 500 bis 30 500 *M*; immerhin hat sich auch hier seit 1896 die Grundzahl verdoppelt, die Verhältnisziffer aber um rund zwei Drittel gehoben.

Ungeachtet des verhältnismäßig erheblichen Anwachsens der Bevölkerungsschicht mit besseren Einkommen in allen vier Untergruppen machte diese selbst in der weitaus am stärksten besetzten untersten Einkommensabstufung von über 3 000 bis 9 500 *M* auch im günstigsten Jahre 1914 erst etwa den siebzehnten, im Berichtsjahre den achtzehnten Teil der Gesamtbevölkerung aus, gegen noch nicht ein Dreißigstel im Jahre 1896. Die Einkommen von über 9 500 *M* finden sich nur bei einem geringfügigen, im Berichtsjahre wenig mehr als ein Hundertstel betragenden Bruchteile der Bevölkerung; namentlich stark tritt trotz seiner verhältnismäßig recht bedeutenden Zunahme der Bevölkerungsteil mit über 30 500 *M* Einkommen zurück.

Insbesondere von den Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaftlern hatten

im Jahre	ein Einkommen von . . . <i>M</i>							
	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000	über 3 000 bis 9 500	über 9 500 bis 30 500	über 30 500 bis 100 000	über 100 000
	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend	über- haupt	vom Tausend
1896 .	272 819	23,8	47 308	4,1	9 265	0,81	1 699	0,15
1900 .	337 806	27,1	60 840	4,9	12 580	1,01	2 652	0,21
1905 .	413 261	30,5	70 943	5,2	14 374	1,06	2 859	0,21
1910 .	591 334	39,3	89 991	6,0	18 535	1,23	3 893	0,26
1911 .	627 800	40,7	94 230	6,1	19 430	1,26	4 138	0,27
1912 .	658 801	42,0	99 620	6,3	20 999	1,34	4 456	0,28
1913 .	697 101	43,5	104 922	6,6	22 239	1,39	4 747	0,30
1914 .	741 559	45,8	116 876	7,2	24 551	1,51	5 215	0,32
1915 .	670 207	42,3	107 426	6,8	22 962	1,45	4 976	0,31
1916 .	693 798	43,6	114 843	7,2	26 602	1,67	6 685	0,42

Am stärksten war auch hier die Zunahme bei der Gruppe der Einkommen von über 100 000 *M*, deren Besitzzahl sich von 1896 bis 1916 bei einer Vermehrung um 293 % nahezu vervierfacht, im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler fast verdreifacht hat. Die zweitgrößte Steigerung der Besitzzahl findet sich in demselben Zeitraum mit 187 % bei der Einkommensgruppe von über 30 500 bis 100 000 *M*; hier ist von 1896 bis 1916 noch eine Verdoppelung der Verhältnisziffer eingetreten, während dies bei den übrigen beiden Einkommensgruppen von über 3 000 bis 9 500 *M* mit 154 % und von über 9 500 bis 30 500 *M* mit 143 % nur noch bezüglich der Grundzahl, aber nicht mehr ganz hinsichtlich der ziffermäßigen Anteils der Einkommensbezieher an der Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler der Fall war.

Auch hier ergibt sich ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den Einkommensgruppen von über 3 000 bis 30 500 *M* und denen von über 30 500 *M*, indem bei ersteren die Besitzzahl des Berichtsjahres hinter der des Jahres 1914 (Friedensstand) zurückbleibt, bei letzteren dagegen erheblich darüber hinausgeht; man wird wohl kaum in der Annahme fehlgehen, daß in dieser Vermehrung der Zahl der höchsten Einkommen die starke Erhöhung zahlreicher Einkommen infolge von Kriegsgewinnen ihren Ausdruck findet.

Gleichwohl erscheint in den Einkommensgruppen von über 9 500 *M* die Besitzhäufigkeit im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler überall gering und nur in der von über 3 000 bis 9 500 *M*, also etwa bei dem oberen Mittelstande, mit etwas über einem Fünfundzwanzigstel einigermaßen beträchtlich. Naturgemäß am geringfügigsten war ungeachtet der erwähnten sehr erheblichen Steigerung der Grundzahl wie der Verhältnisziffer die Häufigkeit der Bezieher eines Einkommens von über 100 000 *M*, so daß insoweit von einer sozial schädlichen plutokratischen Einkommensverteilung nicht die Rede sein kann.

Gruppiert man auch noch die in unserer Übersicht aufgeführten physischen Personen mit einem Einkommen von über 100 000 *M* nach ihren hauptsächlichsten Einkommensabstufungen, so entfielen

auf die Einkommensgruppe von . . . <i>M</i>	im Jahre	von den Haushaltungsvorständen u. Einzelwirtschaftlern	
		überhaupt	vom Hundert-tausend
über 100 000 bis 500 000 .	1896	1 596	13,91
	1914	4 869	29,98
	1915	4 630	29,24
	1916	6 195	38,93
über 500 000 bis 1 000 000 .	1896	76	0,66
	1914	255	1,57
	1915	263	1,66
	1916	356	2,24
über 1 000 000	1896	27	0,24
	1914	91	0,56
	1915	83	0,52
	1916	134	0,84

Weitaus der größte Teil der Besitzten mit Einkommen von über 100 000 *M* entfiel hiernach auf die unterste Gruppe bis zu $\frac{1}{2}$ Million *M* Einkommen, deren Besitzzahl sich von 1896 bis 1916 überhaupt nicht ganz vervierfacht, im Verhältnis zur Gesamtheit der Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler annähernd verdreifacht hat. Auch die Grundzahlen wie Verhältnisziffern der Personen mit Einkommen von über $\frac{1}{2}$ Million *M* sind im Zeitraum 1896 bis 1916 um ein Mehrfaches, und zwar noch stärker als die der Bezieher eines Einkommens von über 100 000 bis 500 000 *M*, gestiegen.

Bemerkenswert war die Entwicklung bei den Einkommen von über $\frac{1}{2}$ bis 1 Million *M* insofern, als sie sich — abweichend von den beiden anderen Gruppen — auch im Kriegsjahre 1915, offenbar namentlich durch Zufluß von Besitzten aus der Einkommensgruppe von über 1 Million *M*, vermehrt haben. Betrachtet man insbesondere die Bewegung von 1914 (Friedensstand) bis 1916, so zeigt sich, daß während des Krieges die Zunahme verhältnismäßig am stärksten bei den Einkommen von

über 1 Million *M* war, deren Zahl in dieser Zeit um 47,3 % gestiegen ist, hingegen die der Rentiten mit über 1/2 bis 1 Million *M* Einkommen um 39,6 % und der mit über 100 000 bis 1/2 Million *M* um 27,2 %. Diese Ziffern lassen einen Rückschluß auf die gewaltigen Kriegsgewinne zu, die den kapitalträchtigsten physischen Rentiten zugefallen sind.

Die Personen mit Millionen-Einkommen bilden aber selbst im Berichtsjahre mit etwas mehr als 8 auf je eine Million aller Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nur einen winzigen Bruchteil.

Während das höchste Einkommen der physischen Rentiten sich im Jahre 1896 erst auf 7 460 000 bis 7 465 000 *M* bezifferte, betrug es im Jahre 1916 schon 29 415 000 bis 29 420 000 *M*, also fast viermal soviel.

Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915. — Im Anschluß an die Mitteilungen auf Seite 46* über die Weinernte des Jahres 1915 in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier — und zwar über Fläche und Ertrag an Weiß- und Rotweinen in den Kreisen sowie über die gepflanzten Sorten — folgt hierunter eine Übersicht der in den bedeutenderen Weingemeinden ermittelten Mengen, ferner der für Most und Trauben erzielten Preise sowie der Beurteilung des Mostertrages nach Herbst und Güte. Hinsichtlich der Unterscheidung in weiße und rote Weine ist beim Lesen der Übersicht zu beachten, daß überall, wo auf den Ortsnamen nur eine Zahlenreihe folgt, diese sich auf weiße Sorten, bei zwei geklammerten Zeilen die obere sich gleichfalls auf weiße und die untere auf rote Sorten bezieht. Weiter ist zu beachten, daß die Mostpreise in jedem der drei Bezirke auf einer anderen Mengeneinheit beruhen, und zwar in Wiesbaden auf 12, in Coblenz auf 1 Hektoliter und in Trier auf einem Fuder zu 960 Litern. Die Traubenpreise beziehen sich im letzteren Bezirke auf 50, sonst auf 100 Kilogramm. In den bedeutenderen Orten, d. h. in solchen mit mindestens 50 ha im Ertrage stehender Rebfläche, bezifferte sich das Ergebnis der erwähnten Ermittlungen, wie folgt:

im R.-B. Wiesbaden:	im Ertrage ha	Most-ertrag hl	Preis für		Beurteilung	
			12 hl Most <i>M</i>	100 kg Trauben <i>M</i>	des Ertrages nach Menge Herbst	Güte
Altmannshausen . . .	32,9	695	700	.	1/3	mittel
Eibingen	32,2	422,3	1 800	.	1/2	gut
Eltwille	67	1 591	.	.	1/2	sehr gut
Erbach	160	475,4	1 500	.	1/3	gut
Geisenheim	112	3 240	1 500	.	2/3	sehr gut
Hallgarten	178,2	3 390	1 400	.	1/2	sehr gut
Hattenheim	125	6 000	1 400	.	1/1	gut
Hattenheim	120	2 901	1 560	.	1/1	gut
Hochheim	175	2 858	1 200	.	1/2	gut
Johannisberg	65	1 743	.	.	1/2	sehr gut
Kamp	85	1 000	.	.	1/3	gut
Kaub	5	10	.	.	1/6	gut
Kiedrich	158	1 440	862,5	.	1/6	gut
Liedrich	75	2 880	1 500	.	1/3-1/1	gut
Lorch	178	3 189	805	.	1/3	vorzüglich
Lorchhausen	1,5	14	.	.	1/6	gut
Mittelheim	65	1 000	700	.	2/3	sehr gut
Neudorf	1	20
Ostlich	118	4 080	12-1 500	.	1/1	vorzüglich
Rauenthal	58	1 692	.	.	1/3	gut
Ruedenheim	220	10 800	.	.	1/1	sehr gut
Ruedenheim	90	2 430	18-2 400	.	2/3	sehr gut
Ruedenheim	180	2 820	.	.	1/3	sehr gut
Winkel	165	4 968	.	.	3/5	gut bis sehr gut;
im R.-B. Coblenz:			1 hl Most <i>M</i>	100 kg Trauben <i>M</i>		
Ahrweiler	5	205	.	40	2/3	mittel
Alf	185	4 880	.	52	1/2	gut
Altenahr	50	4 400	40	31	4/6	gut
Bacharach	7	40	.	35	1/2	gut
Bingerbrück	47	580	.	40	1/3	gut
Boppard	146	1 331,5	.	58	1/3	gut
Brenn	60,5	1 512,5	.	60	1/2	sehr gut
Brenn	0,5	12,5	.	60	1/2	sehr gut
Brenn	120	990	.	62	1/2	gut
Brenn	0,5	15	.	66	1/2	gut
Brenn	62	2 800	35	30	3/4	gut

noch: im R.-B. Coblenz:	im Ertrage ha	Most-ertrag hl	Preis für		Beurteilung	
			1 hl Most <i>M</i>	100 kg Trauben <i>M</i>	des Ertrages nach Menge Herbst	Güte
Breidenheim	72	1 504	.	20	1/2	gut
Briedel	8	480	.	20	1/1	gut
Briedel	108	8 100	41	30	1/1	gut
Bruttig	60	410	30	22	3/4	gut
Burg	54	4 300	45	30	1/1	gut
Cochem	74	3 896	45	31	1/2	gering bis mittel
Dernau	0,95	82	.	36	1/1	mittel
Dernau	84,06	4 678	.	50	1/1	mittel
Dorsheim	49	1 238	40	.	1/2	vorzüglich
Ediger	1	26	46	.	1/2	gut
Ellenz-Poltersdorf	84,5	3 800	38	32	3/4	gut
Ellenz-Poltersdorf	53	2 000	36	32	3/4	gut
Eller	57	2 000	38	32	3/4	gut
Entfich	143	1 350	52	36	1/1	gut bis vorzüglich
Fankel	50	600	35	26	3/4	gut
Gutenberg	55	1 320	.	36	1/2	gut
Hagenport	51,41	2 036,3	37	40	3/4	gut
Heddesheim	49,8	1 260	.	36	1/3	gut
Heddesheim	0,2	6	.	38	1/3	gut
Klotten	75	3 000	.	28	3/4	mittel bis gut
Kreuznach	397	9 528	45	.	1/3	mittel
Kreuznach	5	360	54	.	1 1/2	bis gut
Langenlonsheim	170	4 080	40	38	1/2	gut
Langenlonsheim	5	120	47	46	1/2	mittel
Laubenheim	80	2 280	50	.	1/2	vorzüglich
Laubenheim	2	60	46	.	3/4	mittel
Leutesdorf	97	3 601	40	24	3/4	mittel
Leutesdorf	4	230	45	30	1/1	mittel
Mandel	50	901,3	34	.	2)	vorzüglich
Manubach	68,5	700	.	56	1/3	gut
Manubach	0,5
Manubach	5	200	.	30	.	.
Maybach	85,1	4 030	.	40	4/5	mittel
Merl	79,8	5 000	.	29	4/5	mittel bis gut
Monzingen	90	590	50	.	3)	vorzüglich
Müden	60	3 000	32	.	3/4	gut
Münster b. Bgbr.	94,61	703	58	.	1/2	gut
Münster b. Bgbr.	0,15	18	50	.	1/2	gut
Reef	51,7	4 200	.	36	1/1	gut
Niederhausen	95	1 140	42	.	1/2	vorzüglich
Norheim	54	624	38	.	1/2	gut
Norheim	103	1 200	80	56	1/2	gut
Oberdiebach	2	20	120	90	1/4	gut
Oberdiebach	62	322	.	44	1/6	vorzüglich
Oberdiebach	1	1	.	80	1/20	gut
Oberdiebach	110	1 100	.	64	1/3	gut
Oberdiebach	2	15	.	90	1/6	gut
Pommern	84	5 750	.	34	1/1	gut
Pünderich	55	4 200	39	29	4/5	gut
Reh	7	465	.	26	1/1	mittel
Reh	43	1 570	.	44	1/2	vorzüglich
Rogheim	59,9	2 300	20	.	2/3	vorzüglich
Rogheim	0,1	7	24	.	1/2	vorzüglich
Sarnsheim	48	808	52	.	1/2	vorzüglich
Sarnsheim	2	32	50	.	1/2	vorzüglich
Steeg	103,5	1 600	.	60	1/2-1/2	recht gut
Steeg	0,5
Trahen-Tarbach	186	13 950	45	33	2/3	gut
Treis	80	397	34	25	3/4	gut
Untel	2	82	.	30	1/2	mittel
Untel	48	215	.	46	1/5	mittel
Walwig	70	160	.	36-44	1/2	gut
Waldböckelheim	60	900	42	.	5/18	gut
Waldböckelheim	60	1 200	42	.	1/3	gut
Waldböckelheim	2	40	42	.	1/3	gut
Walldorf	124,5	4 108,5	.	35	11/16	gut
Walldorf	0,5	16,5
Winndesheim	54	972	42	.	2/6	gut
Winndesheim	1	25	42	.	2/6	gut
Winningen	185	10 000	62	.	2/3	gut
Winningen	50	2 160	50	.	3/4	vorzüglich
Zell	115	7 500	43	30	4)	mittel bis vorzüglich;
im R.-B. Trier:			960 l Most <i>M</i>	50 kg Trauben <i>M</i>		
Ayl	55	3 200	.	.	3/4	sehr gut
Berncastel-Cues	183,6	17 840	550-700	18-30	1/1	sehr gut
Dezem	60	3 600	.	18	1/1	gut
Dhron	58	5 500	540-580	18-19	1/1	gut
Erden	58	6 000	.	18	1/1	gut
Grasch	104	10 400	500-550	18-20	1/1	gut
Kasel	68	5 300	.	.	4/6	gut

1) Normalertrag 40 hl vom ha. — 2) 20 hl vom ha. — 3) 15,24 hl vom ha. — 4) Desgl. 82 hl.

noch:	im	im	Moft-	Preis für	Beurteilung
R.-D.	Er-	Er-	ertrag	960 l	des Ertrages nach
Trier:	trage	trage	hl	50 kg	Menge
	ha	ha		Truben	Herbst
				M	Güte
Reifen	51	5 000	.	16-17	1,1 gut
Rinheim	79	11 000	.	.	1,1 mittel bis gut
Alfserath	80	7 300	480	.	1,1 vorzüglich
Ronz	55	2 240	.	.	2,3 gut
Aröv	134	16 000	.	.	1,1 gut
Rürenz	67,8	3 540	.	12-13	.
Leimen	70	7 500	380-400	.	1,1 gut
Liefer	110	8 550	450-500	18-20	1,1 gut
Maring-Roviand	116	6 000	.	15	3,4 gut
Mehring	70	5 000	470	.	1,1 gut
Mertesdorf	50	3 480	600-700	.	1,1 vorzüglich
Minheim	50	4 000	400-450	14	1,1 gut
Neumagen	89	6 600	.	18-25	3,4 sehr gut
Niederemmel	65	5 400	600-800	17-28	4,5 gut
Nittel	66,6	18 000	350	.	1,1 gut
Oberemmel	83	4 150	.	.	1,1 gut
Oßen	78	6 250	700	.	1,1 sehr gut
Ojann	80	4 000	.	13-14	1,1 gut
Reil	116	1 200	340	16-17	1,1 recht gut
Schoden	57	4 400	.	.	1,1 sehr gut
Schweich	60	3 500	350	.	1,1 gut
Serrig	100	4 820	.	.	3,4 sehr gut
Tritenheim	80	8 000	.	.	1,1 mittel
Velbenz	50	4 000	.	15	1,1 gut
Waldrach	50	2 800	.	.	4,8 gut
Wehlen	90	9 000	600-700	18-23	1,1 sehr gut
Wiltzingen	145	11 600	.	.	1,1 sehr gut
Winderingen	85	5 000	300	.	1,1 gut
Wintrich	70,5	6 350	400-420	14	1,1 gut
Zettingen-Nachtig	197,0	19 700	500-600	18-27	1,1 vorzüglich.

In 84 der in vorstehender Übersicht aufgeführten 114 Wein-gemeinden waren nur weiße, in 30 weiße und rote Sorten angepflanzt, deren bestockte Fläche insgesamt 10 583,1 ha (10 013,3 weißes und 569,8 rotes Gewächs) umfaßte. Auf den Regierungsbezirk Wiesbaden entfielen 16 Orte mit nur weißen und 4 mit weißen und roten, auf Coblenz 31 und 26, auf Trier 37 Orte mit nur weißen Sorten.

In den Orten Wiesbadens waren 2 471,1 ha mit weißen und 39,7 ha mit roten, in denen Coblenz 4 498,7 bzw. 530,1 und in denen Trier 3 087,5 ha mit weißen Sorten bepflanzt. Die Kelter ergab in W. 59 192,4 hl weiße und 466,3 hl rote Weine, in C. 143 897,3 bzw. 17 437,0 und in T. 255 220,0 hl, zusammen 458 309,7 weiße und 17 903,3 hl rote Weine. Hiernach berechnete sich der durchschnittliche Hektarertrag in Wiesbaden für die weißen Sorten auf 24,4 und für die roten auf 11,7 hl, in Coblenz auf 32,0 bzw. 32,9 und in Trier, wo nur Weißweine gezogen werden, auf 82,7 hl. Eine Normalernte oder voller Herbst (mit 1/1 bezeichnet) wurde überwiegend im Trierer Bezirk, im Coblenzer ausnahmsweise einmal 1 1/2 Herbst gewonnen. Nach dieser Beurteilung des Mostertrages, die hier in drei Gruppen zusammengefaßt ist, erhielten die erstellten Mengen in den vorerwähnten 114 Orten, verglichen mit den Angaben aus dem Jahre 1911 für 82 Orte mit nur weißen und 30 mit weißen und roten Weinen (diese in Klammern), folgende Bezeichnungen, und zwar in . . . Orten der Regierungsbezirke

	Wiesbaden	Coblenz	Trier	Zusammen
	weiße	rote	weiße	rote
	weiße	rote	weiße	rote
mehr als 1/2 Herbst	8 (8)	— (—)	27 (17)	8 (6)
gerade 1/2 „	7 (8)	1 (1)	21 (18)	10 (7)
weniger als 1/2 „	5 (4)	2 (3)	6 (22)	5 (13)

Die Bezeichnung des Herbstes fehlt 1915 in Wiesbaden für 1 Ort bei den roten Weinen, in Coblenz für je 3 Orte bei den weißen und roten (1911 in Trier für 1 Ort bei den weißen). Aus vorstehender Übersicht ergibt sich schon, daß die Kelter des Berichtsjahres gegen die bis dahin unvergleichenen Erträge des Jahres 1911 ein nicht unbeträchtliches Mehr brachte, während die Güte der 1911er Weine jene doch etwas übertraf; die Beurteilung beider Jahrgänge (1911 wiederum in Klammern) ergab nämlich

1) befriedigend.

	Wiesbaden	Coblenz	Trier	Zusammen
	weiße	rote	weiße	rote
	weiße	rote	weiße	rote
„gering bis mittel“	— (—)	— (—)	1 (1)	— (1)
„mittel“	1 (—)	— (—)	6 (4)	6 (3)
„mittel bis gut“	— (—)	— (—)	3 (2)	1 (1)
„mittel bis sehr gut“	— (—)	— (—)	— (—)	— (1)
„mittel bis vorzüglich“	— (—)	— (—)	1 (—)	— (—)
„gut“	8 (3)	3 (1)	34 (33)	12 (13)
„gut bis sehr gut“	1 (2)	— (1)	— (2)	— (1)
„gut bis vorzüglich“	— (—)	— (—)	1 (3)	— (—)
„sehr gut“	8 (11)	— (2)	1 (8)	8 (2)
„recht gut“	— (—)	— (—)	1 (1)	— (1)
„vorzüglich“	2 (3)	— (—)	9 (9)	4 (4)
„ganz vorzüglich“	— (1)	— (—)	— (—)	— (—)

Die Beurteilung der Güte in 1915 bei den Weißweinen 1 mal in Trier, bei den Rotweinen 1 mal in Wiesbaden und 2 mal in Coblenz unterblieben.

Außer den in der Ertragsangabe angegebenen Preisen für Trauben fanden sich diesmal nur in den Nachrichten aus dem Regierungsbezirk Trier Angaben über die Menge der verkauften Frucht, die sich danach in den Kreisen Merzig und Saarlouis auf 100 bzw. 40, im Landkreise Trier auf 5 405 und im Kreise Wittlich auf 1 026, zusammen auf 6 571 Zentner (je 50 kg) bezifferte.

Von einer Aufzählung auch der Orte mit weniger als 50 ha im Ertrage stehender Rebfläche muß wegen der zur Wichtigkeit der Einzelangaben in keinem Verhältnisse stehenden Raumbedarfes abgesehen werden; für sie dürften folgende summarische Angaben genügen. Diese kleineren Weingemeinden bezifferten sich in den drei Regierungsbezirken auf 354, von denen auf Wiesbaden 57 Orte mit 9 161,7 hl Weiß- und 323,9 hl Rotweinen von 447,4 bzw. 19,2 ha Rebfläche kamen, auf Coblenz 177 mit 59 651,3 bzw. 3 204,8 hl von 2 194,7 bzw. 280,7 ha und auf Trier 120 mit 132 155,4 hl Weißweinen von 1 737,4 ha. Der durchschnittliche Hektarertrag stellte sich demnach in diesen Orten, abgesehen von den roten Weinen in Wiesbaden, erheblich niedriger heraus als in den größeren einzeln aufgeführten, nämlich in Wiesbaden bei den weißen Sorten auf 20,5 (gegen 24,4) hl, bei den roten auf 16,9 (11,7) hl, in Coblenz auf 27,2 (32,0) bzw. 11,4 (32,9) hl und in Trier (nur Weißweine) auf 76,1 (gegen 82,7) hl.

Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1906 bis 1915. — Gleich die eingehenden Mitteilungen auf Seite 46* und 53* über die Weinernte des Jahres 1915 in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier alles enthalten, was die Aufnahme erfasst hat, so mag schließlich noch eine vergleichende Übersicht der Ernten in den zehn Jahren seit 1906 folgen, in der die ungewöhnlich hohen Erträge des Jahres 1915, selbst denen des bis dahin weinsteigsten Jahres 1911 gegenüber, besonders hervortreten. Die Kelter ergab in sämtlichen Weingemeinden der in Rede stehenden Gebiete Preußens 1906 bis 1915 Hektoliter

	Wiesbaden	Coblenz	Trier	Zusammen
	weiße	rote	weiße	rote
	weiße	rote	weiße	rote
1915 . . .	68 354	790	203 549	20 642
1914 . . .	11 365	54	80 002	5 612
1913 . . .	9 224	58	95 708	2 677
1912 . . .	57 217	798	161 986	18 522
1911 . . .	63 398	662	183 757	12 294
1910 . . .	13 650	88	116 411	3 148
1909 . . .	39 305	420	148 289	6 718
1908 . . .	40 607	416	150 578	12 812
1907 . . .	36 735	237	142 934	10 610
1906 . . .	12 772	239	124 752	8 114
Durchschnitt aus 1906—15	35 263	376	140 797	10 115

Die Vergleichung zeigt, daß der Gesamtgewinn an Weißweinen des Jahres 1911 durch den von 1915 um 124 119 hl oder 23,2 v. H., an Rotweinen um 8 476 hl oder 65,4 v. H. übertroffen wurde, während der zehnjährige Durchschnitt gegen 1915 sogar um 314 973 und 10 941 hl oder 91,5 und 104,8 v. H. zurückbleibt.

Die durchschnittliche Personenzahl in den Haushaltungen Preußens 1871–1910. — In zwei früheren Aufsätzen¹⁾ ist die bei den Volkszählungen ermittelte Zahl der Haushaltungen und der Mitglieder dargestellt worden. Im folgenden soll heute die in den drei Arten von Haushaltungen — Familien-, Einzel- und Anstalts Haushaltungen — im Durchschnitt vorhandene Mitgliederzahl, zugleich getrennt nach Stadt und Land, behandelt werden.

Durchschnittlich entfielen auf je 1 Haushaltung oder Anstalt . . . Personen bei den

Jahre	Familien-			Einzel-			Anstalts-			insgesamt		
	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt
1871	.	.	.	1	1	1	.	.	.	4,58	4,97	4,77
1875	.	.	.	1	1	1	.	.	.	4,49	4,82	4,70
1880	.	4,90	.	1	1	1	.	18,11	.	.	.	4,75
1885	.	4,91	.	1	1	1	.	27,80	4,53	4,97	4,74	.
1890	4,64	5,02	4,87	1	1	1	37,25	18,48	30,02	4,50	4,83	4,69
1895	4,58	5,03	4,84	1	1	1	32,30	16,88	26,76	4,46	4,83	4,67
1900	4,51	5,01	4,79	1	1	1	22,57	12,54	18,45	4,38	4,82	4,62
1905	4,46	5,01	4,75	1	1	1	45,17	25,88	37,28	4,35	4,83	4,60
1910	4,38	5,01	4,70	1	1	1	46,35	27,54	38,90	4,28	4,84	4,56

Die durchschnittliche Personenzahl ist also, wenn wir das Jahr 1875 ausschalten, überhaupt wie auch in den Städten seit 1871 regelmäßig zurückgegangen, während auf dem Lande seit Gründung des Reichs ungefähr der gleiche Stand (mit nur geringen Schwankungen) zu verzeichnen ist. Der Unterschied zwischen Stadt und Land, der 1871 nur 0,29 und 1875 0,33 Personen zu Gunsten des Landes betrug, hat sich 1910 bis auf 0,56 Personen gesteigert.

Die Abnahme der durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder in den Städten ist überwiegend auf die Vermehrung der Einzelhaushaltungen sowie ferner höchstwahrscheinlich auf den Rückgang der Kinderzahl zurückzuführen.

Von besonderem Werte sind die für die Familienhaushaltungen errechneten Ziffern, die leider nicht bis 1871 zurückreichen, da die Zahl der Mitglieder für die einzelnen Arten von Haushaltungen erst seit 1880, nach Stadt und Land sogar erst seit 1890, getrennt ermittelt worden ist. Auch bei den Familienhaushaltungen zeigt sich, daß die durchschnittliche Kopfzahl seit 1885 ziemlich regelmäßig gesunken ist. Jedoch ist dieser Rückgang auch hier nur in den Städten zu beobachten, wo die Verminderung von 1890 bis 1910, also innerhalb 20 Jahre, 0,26 Personen ausmachte.

Der Begriff der Anstalts Haushaltungen ist, wie bereits früher ausgeführt, wiederholt geändert worden, sodaß man nur die Zählungen von 1905 und 1910 mit einander vergleichen darf; insbesondere ist das Jahr 1900 außer Betracht zu lassen, weil damals die Privatlogis schon mit 5 und mehr Einlogierern zu den Anstalten gerechnet wurden. Selbst mit diesen Einschränkungen läßt sich jedoch unzweifelhaft erkennen, daß die Anstalten im allgemeinen beträchtlich an Zahl der Insassen zugenommen haben; diese stetige Erweiterung des Umfangs erstreckt sich nicht nur auf die Städte, sondern — man denke an die großen Provinzialanstalten, Erziehungs- und Erholungsheime, Heilstätten, Pensionen in winterlichen Luftkurorten und Bädern usw. — auch auf das platte Land. Während die durchschnittliche Zahl der Anstaltsinsassen in den Städten noch 1890 mehr als doppelt so hoch war wie auf dem Lande, ist dieses Verhältnis 1910 auf 1:1,63 zurückgegangen; die ländlichen Anstalts Haushaltungen haben sich also, was ihre Größe anbetrifft, denen in den Städten erheblich angeglichen.

Der folgende Aufsatz behandelt die durchschnittliche Zahl der Haushaltungsmitglieder nach Regierungsbezirken.

¹⁾ Vergl. Jahrg. 1916, Seite L und LVII.

Die durchschnittliche Personenzahl der Haushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910. — Nachdem im vorstehenden Aufsatz die im Durchschnitt auf eine Haushaltung entfallende Personenzahl für die Zeit von 1871 bis 1910 behandelt worden ist, wird im folgenden der gleiche Gegenstand nach Regierungsbezirken für das Jahr 1910 — wiederum getrennt nach Stadt und Land — dargestellt.

Durchschnittlich entfielen auf je 1 Haushaltung oder Anstalt . . . Personen bei den

Regierungsbezirk	Familien-			Anstalts-			insgesamt ¹⁾		
	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt	in den Städt.	auf dem Lande	überhaupt
1. Königsberg . . .	4,33	5,07	4,73	51,16	22,37	42,14	4,30	4,91	4,62
2. Gumbinnen . . .	4,48	4,96	4,86	60,05	25,92	50,04	4,59	4,76	4,72
3. Allenstein . . .	4,72	5,30	5,16	69,98	38,76	62,18	4,96	5,15	5,10
4. Danzig	4,39	5,30	4,88	60,30	39,37	54,24	4,31	5,16	4,76
5. Marienwerder . .	4,65	5,44	5,20	53,31	27,99	44,12	4,67	5,30	5,10
6. Stadtkr. Berlin . .	3,89	—	3,89	42,48	—	42,48	3,72	—	3,72
7. Potsdam	3,97	4,25	4,10	50,94	43,17	46,96	3,87	4,20	4,02
8. Frankfurt	4,04	4,67	4,39	38,87	17,17	28,06	3,82	4,47	4,17
9. Stettin	4,10	4,84	4,44	46,42	23,79	35,26	3,96	4,75	4,31
10. Köslin	4,40	5,57	5,15	29,41	12,10	21,32	4,20	5,43	4,97
11. Stralsund	4,01	4,78	4,41	35,05	20,72	25,52	3,72	4,69	4,20
12. Posen	4,63	5,58	5,23	43,64	30,52	40,00	4,50	5,40	5,06
13. Bromberg	4,66	5,61	5,26	48,22	26,27	40,25	4,58	5,47	5,13
14. Breslau	4,20	4,55	4,39	44,57	19,86	31,67	4,02	4,21	4,12
15. Liegnitz	4,00	4,48	4,30	35,20	17,35	25,91	3,79	4,17	4,02
16. Oppeln	4,80	5,06	5,00	50,28	36,22	42,41	4,67	4,78	4,75
17. Magdeburg	4,10	4,41	4,24	37,75	26,33	32,95	3,98	4,28	4,11
18. Merseburg	4,25	4,75	4,52	35,42	27,95	32,09	4,07	4,60	4,35
19. Erfurt	4,36	4,82	4,59	36,60	13,13	29,39	4,23	4,63	4,42
20. Schleswig	4,29	4,90	4,56	60,69	22,10	45,31	4,30	4,61	4,45
21. Hannover	4,34	5,04	4,59	50,07	28,76	44,29	4,30	4,92	4,52
22. Hildesheim	4,47	4,75	4,63	38,10	22,78	32,42	4,40	4,58	4,50
23. Lüneburg	4,37	4,97	4,77	37,25	18,55	26,26	4,30	4,83	4,65
24. Stade	4,19	5,09	4,93	35,61	12,90	21,23	4,37	4,92	4,77
25. Osnabrück	4,73	5,64	5,34	40,19	21,27	30,91	4,69	5,57	5,27
26. Aurich	4,70	4,93	4,86	108,15	14,66	71,99	5,34	4,69	4,89
27. Münster	5,20	5,83	5,63	58,48	34,23	45,89	5,25	5,80	5,62
28. Minden	4,80	5,50	5,24	47,76	41,75	45,41	4,80	5,48	5,21
29. Arnberg	4,29	5,38	5,17	37,97	29,18	34,37	4,93	5,32	5,11
30. Cassel	4,55	5,10	4,88	42,46	19,47	34,53	4,51	4,95	4,77
31. Wiesbaden	4,43	4,85	4,60	36,71	34,22	36,27	4,41	4,69	4,53
32. Coblenz	4,60	5,07	4,94	53,19	31,46	43,88	4,65	4,90	4,83
33. Düsseldorf	4,77	5,30	4,91	40,56	37,16	39,89	4,69	5,24	4,83
34. Köln	4,49	5,03	4,69	67,32	40,90	58,49	4,45	4,92	4,63
35. Trier	4,84	5,41	5,28	79,86	31,81	49,48	5,07	5,30	5,24
36. Aachen	4,65	5,15	4,94	58,98	26,03	46,10	4,48	4,96	4,75
37. Sigmaringen	4,49	4,65	4,63	46,00	15,71	27,58	4,63	4,32	4,37
im Staate	4,38	5,01	4,70	46,35	27,54	38,90	4,28	4,84	4,56

¹⁾ einschließlich der Einzelhaushaltungen.

Die größte Personenzahl finden wir im Durchschnitt überhaupt wie auch auf dem Lande im Regierungsbezirk Münster, während bei den Städten infolge der großen Anstalts Haushaltungen der Bezirk Aurich¹⁾ vorangeht. Die kleinsten Ziffern kommen neben Berlin in den Bezirken Potsdam und Liegnitz vor, in den Städten insbesondere bei Berlin, Stralsund und Liegnitz, auf dem Lande dagegen bei Liegnitz, Potsdam und Breslau.

Die städtischen Durchschnittsziffern schwanken zwischen 3,72 und 5,74, die ländlichen hingegen zwischen 4,17 und 5,80 Personen; die Stadt und Land zusammenfassenden Zahlen bewegen sich — von Berlin abgesehen — zwischen 4,02 (Potsdam) und 5,62 (Münster) Personen.

¹⁾ Die hohe Personenzahl der Anstalts Haushaltungen in den Städten des Regierungsbezirks Aurich erklärt sich durch die Einbeziehung der militärischen Anstalten in Wilhelmshaven.

Nur in den Bezirken **Murich** und **Sigmaringen** ist die durchschnittliche Mitgliederzahl der Haushaltungen — infolge der großen städtischen Anstalten — in den Städten größer als auf dem Lande. Sonst treten die ländlichen Gemeinden durchweg mit einer zum Teil weit höheren Ziffer auf. Besonders groß ist dieser Unterschied in den Bezirken **Röslin** und **Stralsund**, wo die ländlichen Haushaltungen durchschnittlich 1,23 bzw. 0,97 Personen mehr zählen als die städtischen.

Bei den Familienhaushaltungen beobachten wir in Stadt und Land die höchste Durchschnittsziffer im Bezirk **Münster**, die niedrigste dagegen, abgesehen von **Berlin**, im Bezirk **Potsdam** mit den großen Berliner Vororten. Die Mitgliederzahlen schwanken hiernach in den Städten zwischen 3,89 und 5,20, auf dem Lande zwischen 4,25 und 5,83, insgesamt (unter Ausschluß von **Berlin**) zwischen 4,10 und 5,63 Personen. Für die Familienhaushaltungen sind die ländlichen Ziffern durchweg größer als die städtischen; besonders stark ist dieser Gegensatz zwischen Stadt und Land in den Bezirken **Röslin**, **Posen** und **Bromberg**, besonders gering hingegen in **Sigmaringen** und **Murich**.

Bei den Anstalts Haushaltungen sind im Gegensatz zu den Familienhaushaltungen die durchschnittlichen Personenzahlen des flachen Landes durchweg kleiner als die der Städte. Ein besonders großer Unterschied zwischen Stadt und Land findet sich in den Bezirken **Murich** und **Trier**, während die Ziffern in **Düsseldorf** und **Wiesbaden** annähernd übereinstimmen. Die Schwankungen von Bezirk zu Bezirk sind bei den Anstalten sehr erheblich; die Zahlen bewegen sich in den Städten zwischen 29,41 (**Röslin**) und 108,15 (**Murich**), auf dem Lande zwischen 12,10 (**Röslin**) und 43,17 (**Potsdam**), überhaupt zwischen 21,23 (**Stade**) und 71,99 (**Murich**) Personen.

Die Haushaltungen nach ihrer Art in den Regierungsbezirken Preußens 1910. — Im Anschluß an mehrere Aufsätze¹⁾ über die Haushaltungen in Preußen, die zum Teil einen Rückblick seit 1871 gaben, sollen im folgenden die einzelnen Arten von Haushaltungen nach ihrem Anteil an der Gesamtheit in den Regierungsbezirken für das Jahr 1910 behandelt werden.

Es waren am 1. Dezember 1910 vorhanden

im	Haushaltungen	Familienhaushaltungen	einzelne lebende männliche Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft	weibliche Personen	Anstalten aller Art
Regierungsbezirk	überhaupt	tungen	in Hundertteilen aller Haushaltungen des betr. Bezirks		
1. Königsberg . .	197 716	92,79	1,73	5,09	0,39
2. Gumbinnen . .	128 401	93,24	1,99	4,52	0,25
3. Allenstein . . .	106 506	94,52	1,70	3,50	0,28
4. Danzig	156 118	93,23	1,90	4,62	0,25
5. Marienwerder .	188 475	93,90	1,85	3,89	0,36
6. Stadtkr. Berlin	556 113	89,65	2,98	7,06	0,31
7. Potsdam . . .	711 767	92,37	2,36	4,93	0,34
8. Frankfurt . . .	295 819	90,12	2,69	6,77	0,42
9. Stettin	202 113	92,00	2,30	5,26	0,44
10. Köslin	124 612	93,72	1,74	4,14	0,40
11. Stralsund . . .	53 599	88,13	2,57	8,50	0,80
12. Posen	264 209	92,92	1,85	4,91	0,32
13. Bromberg . . .	148 882	93,93	2,07	3,66	0,34
14. Breslau	446 985	87,61	3,08	8,82	0,49
15. Liegnitz	292 594	87,78	3,01	8,66	0,52
16. Oppeln	464 590	90,29	3,19	6,17	0,35
17. Magdeburg . .	303 625	91,86	2,45	5,25	0,44
18. Merseburg . . .	301 198	91,78	2,45	5,39	0,38
19. Erfurt	120 011	92,85	2,10	4,72	0,33
20. Schleswig . . .	363 934	92,08	2,27	5,23	0,42

¹⁾ Vergl. Jahrgang 1916, Seite L und LVII sowie Jahrgang 1917, Seite 55*.

noch:

noch:		Fami-	einzeln lebende		Art=
		lien=	männ=	weib=	
im	Haus=	haush-	liche	liche	statten
Regierungs=	haltungen	halt=	Personen	mit besonderer	aller
bezirk	überhaupt	tungen	Wohnung	und eigener	Art
			Hauswirtschaft		
			in Hundertteilen		
			aller Haushaltungen des betr. Bezirks		
21. Hannover . . .	165 508	94,40	1,63	3,67	0,39
22. Hildesheim . .	126 091	92,63	2,06	4,87	0,44
23. Lüneburg . . .	117 443	93,85	1,91	3,80	0,44
24. Stade	90 065	94,16	1,86	3,64	0,44
25. Osnabrück . . .	71 477	95,89	1,10	2,65	0,36
26. Murich	56 069	92,25	2,00	5,29	0,46
27. Münster	176 053	96,36	1,12	2,17	0,35
28. Minden	141 188	95,75	1,36	2,54	0,35
29. Arnberg	469 298	96,15	1,38	2,17	0,30
30. Cassel	211 205	93,92	1,74	3,95	0,39
31. Wiesbaden . . .	267 952	93,85	2,02	3,71	0,42
32. Coblenz	156 054	93,08	2,58	3,97	0,37
33. Düsseldorf . . .	707 545	94,63	1,85	3,17	0,35
34. Köln	270 096	93,12	2,33	4,28	0,32
35. Trier	192 413	94,74	1,78	3,10	0,38
36. Aachen	145 414	92,07	3,00	4,66	0,27
37. Sigmaringen . .	16 267	89,46	3,20	6,89	0,45
im Staate	8 807 405	92,48	2,24	4,91	0,37.

Als Landesteile mit den zahlreichsten Haushaltungen treten hiernach die Bezirke **Potsdam** und demnächst **Düsseldorf**, **Berlin**, **Arnberg**, **Oppeln**, **Breslau** und **Schleswig** hervor, während in Berücksichtigung der ortsanwesenden Bevölkerung am 1. Dez. 1910 (in Millionen Köpfen) die Reihenfolge lautet: **Düsseldorf** (3,42), **Potsdam** (2,86), **Arnberg** (2,40), **Oppeln** (2,21), **Berlin** (2,07), **Breslau** (1,81), **Schleswig** (1,62). In den Bezirken **Potsdam** und **Berlin** sind also die Haushaltungen häufiger als nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Preußens zu erwarten wäre, was darauf schließen läßt, daß in jenen Landesteilen die Haushaltungen durchschnittlich kleiner sind als beispielsweise in den industriellen Bezirken **Düsseldorf**, **Arnberg** und **Oppeln**, in denen der Anteil an der Gesamtzahl der Haushaltungen hinter dem an der Gesamtbevölkerung im Staate zurücksteht¹⁾.

Im ganzen Staate verteilen sich die Haushaltungen so, daß über neun Zehntel auf Familienhaushaltungen, etwa ein Zwanzigstel auf weibliche und ein Bierzigstel auf männliche einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Hauswirtschaft entfallen, während die Anstalts Haushaltungen — nach der im ersten der genannten Aufsätze gegebenen Begriffsbestimmung — ihrer Zahl nach nur mit einem ganz geringfügigen Anteil (0,37 v. H.) erscheinen.

Regierungsbezirksweise bemerken wir verhältnismäßig die meisten Familienhaushaltungen in **Münster** und **Arnberg** mit über 96 v. H., den geringsten Anteil, nämlich weniger als neun Zehntel, dagegen in **Breslau**, **Liegnitz**, **Stralsund**, **Sigmaringen** und **Berlin**.

Bei den einzeln lebenden männlichen Personen findet sich der größte Anteil in **Sigmaringen**, den drei schlesischen Regierungsbezirken sowie **Aachen** und **Berlin**, bei den weiblichen hingegen in **Breslau**, **Liegnitz**, **Stralsund** und **Berlin**. Besonders wenig männliche Personen mit eigener Hauswirtschaft kommen in **Osnabrück** und **Münster**, verhältnismäßig wenig allein lebende Frauen in **Osnabrück** und den drei westfälischen Bezirken vor.

Im Staatsdurchschnitt sind, wie bereits früher²⁾ ausgeführt, die weiblichen Personen mit eigener Haushaltung mehr als doppelt so häufig wie die allein lebenden Junggesellen und Witwer. Auch nach Regierungsbezirken bleibt das Übergewicht des weiblichen Geschlechtes durchweg bestehen; es steigt in den Bezirken **Stralsund**, **Königsberg**, **Breslau** und **Liegnitz** auf das Dreifache oder annähernd Dreifache. Am nächsten kommen sich die Anteilziffern für die beiden Geschlechter in den drei westfälischen Bezirken, insbesondere im Regierungsbezirk **Arnberg**.

Der Anteil der Anstalts Haushaltungen schwankt zwischen 0,25 v. H. in den Regierungsbezirken **Gumbinnen** und **Danzig** und 0,80 v. H. im Bezirk **Stralsund**.

¹⁾ Vergl. vorstehenden Aufsatz. — ²⁾ Vergl. Jahrgang 1916, Seite LVII.

Die Zusammenfassung der Familienhaushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910. — Nachdem wir in vorstehendem Aufsatze die Haushaltungen nach ihrer Art für 1910 dargestellt hatten, soll heute insbesondere die wichtigste und weitaus umfangreichste Art, die der Familienhaushaltungen, weiter nach der Art ihrer Mitglieder behandelt werden.

Die untenstehende Übersicht gibt die Zusammenfassung der Familienhaushaltungen in den einzelnen Regierungsbezirken nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 wieder.

Diese Übersicht schildert nicht den Anteil, den die Familienangehörigen, Dienstboten, Gewerbegehilfen usw. an der Gesamtzahl der Haushaltungsmitglieder haben (diese Zahlen sind für 1905, nicht aber für 1910 ermittelt worden), sondern vielmehr den Anteil, den die Haushaltungen mit Familienangehörigen, Dienstboten usw. an der Gesamtheit der Haushaltungen haben.

Die Familienhaushaltungen am 1. Dezember 1910.

Regierungs- bezirke. — Staat.	Zahl der Familien- haus- haltungen am 1. Dez. 1910	davon entfallen vom Hundert auf Haushaltungen mit			
		nur Fa- milien- angehörigen	Dienst- boten für häusliche Dienste des Haushaltungs- vorstandes	Gewerbe- Arbeits- gehilfen oder ländlichem Gesinde	Zimmer- ab- mieten, Chambre- garnisten und Schlaf- gänger
1	2	3	4	5	6
1. Königsberg . . .	183 448	72,21	8,87	11,32	6,87
2. Gumbinnen . . .	119 727	74,18	6,29	15,20	3,31
3. Allenstein . . .	100 671	78,81	5,53	12,40	3,18
4. Danzig	145 546	76,09	8,39	8,80	5,85
5. Marienwerder . .	176 975	79,21	6,19	11,96	2,88
6. Stadtkr. Berlin .	498 537	67,55	9,99	1,59	19,62
7. Potsdam	657 492	70,76	12,32	5,94	10,33
8. Frankfurt	266 589	78,69	5,85	9,94	4,61
9. Stettin	185 931	77,91	6,91	9,38	5,34
10. Köslin	116 782	77,90	6,46	11,80	3,12
11. Stralsund	47 238	76,39	8,98	10,73	4,90
12. Posen	245 484	78,89	7,44	10,62	3,34
13. Bromberg	139 553	79,03	6,72	11,26	3,32
14. Breslau	391 616	74,13	9,18	9,22	7,01
15. Liegnitz	256 843	75,55	7,60	11,06	5,45
16. Oppeln	419 478	84,22	5,50	6,58	3,49
17. Magdeburg	278 918	78,95	7,40	8,27	5,57
18. Merseburg	276 431	78,94	6,35	8,39	5,66
19. Erfurt	111 431	80,60	6,99	5,60	6,83
20. Schleswig	335 104	68,80	10,14	12,23	9,79
21. Hannover	156 243	68,91	10,66	9,57	13,01
22. Hildesheim	116 796	76,34	8,11	9,49	6,62
23. Lüneburg	110 228	69,53	6,55	15,88	8,21
24. Stade	84 807	69,73	7,90	15,12	8,13
25. Osnabrück	68 535	69,31	7,39	17,64	6,20
26. Aurich	51 725	72,89	9,56	13,23	5,79
27. Münster	169 653	69,66	8,55	11,37	11,82
28. Minden	135 190	73,81	7,99	10,97	6,62
29. Arnberg	451 235	77,03	7,47	5,89	11,08
30. Cassel	198 361	76,86	8,23	8,94	6,46
31. Wiesbaden	251 481	71,72	11,89	4,93	12,23
32. Coblenz	145 263	81,67	6,33	7,52	4,89
33. Düsseldorf	669 592	77,76	8,53	4,76	9,74
34. Köln	251 497	76,56	10,13	5,37	8,46
35. Trier	182 286	83,26	4,82	5,93	6,60
36. Aachen	133 884	81,66	7,34	6,20	5,41
37. Sigmaringen . . .	14 553	83,11	5,99	8,05	4,16
Staat	8 145 423	75,55	8,30	8,17	8,04

Hierbei kann eine Haushaltung mit solchen fremden Personen, wie sie in den Spalten 4 bis 6 der Übersicht aufgeführt sind, in jeder dieser drei Spalten erscheinen. Dagegen sind Haushaltungen mit anderen fremden Personen (z. B. Pensionären, Pflöglingen, Kostkindern, auf Besuch Anwesenden, einquartierten Soldaten) nur der Spalte 2 zugewiesen. Die Summe der Spalten 3 bis 6 braucht also nicht 100 zu ergeben; sie kann mehr (wie im Regierungsbezirk Marienwerder und im ganzen Staate) oder weniger (z. B. im Bezirk Königsberg) betragen. Im übrigen sind Familienangehörige, die gleichzeitig Gewerbegehilfen des Haushaltungsvorstandes sind, nur als Familienangehörige gezählt worden.

Beischrift des R. Pr. Stat. Landesamts Jahrgang 1917.

Am zahlreichsten sind nach der vorstehenden Übersicht die Familienhaushaltungen überhaupt in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Potsdam, Berlin, Arnberg, Oppeln, Breslau und Schleswig. Diese Reihenfolge entspricht — abgesehen von Berlin, das verhältnismäßig viele, aber kleine Haushaltungen besitzt und nach der Bevölkerung an fünfter Stelle stehen müßte — der am 1. Dezember 1910 ermittelten ortsanwesenden Bevölkerung.

Im ganzen Staate bestanden über drei Viertel der Familienhaushaltungen nur aus Familienangehörigen; fast ein Zwölftel dagegen enthält Dienstboten für häusliche Dienste des Haushaltungsvorstandes, in annähernd eben so vielen fanden sich Gewerbe- und Arbeitsgehilfen oder ländliches Gesinde und wiederum bei fast dem gleichen Anteil wurden Zimmerabmieter, Chambregarnisten und Schlafgänger festgestellt.

Diese Anteile weisen in den einzelnen Regierungsbezirken indes große Verschiedenheiten auf. Der Anteil der Familien ohne fremde Personen (Spalte 3) steigt in den Bezirken Oppeln, Trier, Sigmaringen, Coblenz, Aachen und Erfurt bis auf über vier Fünftel, sinkt dagegen im Bezirk Hannover und in Berlin auf annähernd zwei Drittel.

Die Familien mit Dienstboten für häusliche Dienste sind verhältnismäßig am zahlreichsten in den wohlhabenden Bezirken Potsdam (mit den großen Berliner Vororten), Wiesbaden, Hannover, Schleswig, Köln und Berlin mit über oder fast einem Zehntel der gesamten Familienhaushaltungen in den betreffenden Bezirken. Besonders geringe Anteile finden sich dagegen für die Familien mit Dienstboten in den Bezirken Trier mit noch nicht 5 v. H. und demnächst in Oppeln, Allenstein, Frankfurt und Sigmaringen mit unter 6 v. H.

Von den Haushaltungen mit Gewerbe- und Arbeitsgehilfen oder ländlichem Gesinde wurden die erheblichsten Anteilziffern im Bezirk Osnabrück (mit über einem Sechstel aller Familien) sowie in Lüneburg, Gumbinnen und Stade (mit über 15 v. H.) ermittelt. Hingegen wohnten die gewerblichen und ländlichen Arbeiter besonders selten bei ihrem Arbeitgeber im Stadtkreis Berlin (nur 1,5 v. H. der Haushaltungen) sowie in den Bezirken Düsseldorf und Wiesbaden (unter 5 v. H.).

Was schließlich die letzte Gruppe der Familienhaushaltungen betrifft, so ist das Abmieten von Zimmern und das Schlafgängertum besonders verbreitet im Stadtkreis Berlin, wo 1910 fast ein Fünftel aller Familien mit Schlafleuten usw. durchsetzt war. Auch in den Bezirken Hannover, Wiesbaden, Münster, Arnberg und Potsdam (Groß-Berlin) konnte man solche Personen noch bei mehr als einem Zehntel der Familienhaushaltungen feststellen. Als Bezirke mit verhältnismäßig wenig Zimmerabmietern und Schlafgängern seien schließlich Marienwerder, Köslin, Allenstein, Gumbinnen, Bromberg, Posen und Oppeln (sämtlich unter 4 v. H. der Haushaltungen) hervorgehoben.

Die Haushaltungen nach der Personenzahl in den Provinzen Preußens 1910. — In einem früheren Aufsatze der Statistischen Korrespondenz (Jahrgang 1916, Seite LVII) sind die Haushaltungen in Preußen nach der Personenzahl dargestellt worden. Im folgenden sollen die Haushaltungen gleichfalls nach der Zahl ihrer Mitglieder für die einzelnen Provinzen, zugleich getrennt nach Stadt und Land, und zwar nach ihrem Anteil an der Gesamtzahl aller Haushaltungen des betreffenden Gebiets, behandelt werden.

Von den 8 807 405 Haushaltungen, die am 1. Dezember 1910 in Preußen ermittelt wurden, entfallen fast gleich viel auf die Städte (4 430 633) und das Land (4 376 772).

Die Verteilung auf die drei Arten von Haushaltungen (Einzel-, Familien- und Anstalts Haushaltungen) ist jedoch, wie die Schlußübersicht zeigt, in Stadt und Land schon sehr verschieden.

Die einzeln lebenden Personen, die in den Städten 8,44 Hunderteile aller Haushaltungen ausmachen, sind auf dem Lande mit 5,84 v. H. erheblich seltener; dieser Unterschied ist vor allem auf die allein lebenden weiblichen Personen zurückzuführen, die in den Städten annähernd doppelt so häufig sind wie auf dem Lande. Ebenso finden sich die Anstalts Haushaltungen, zu denen die Gasthöfe, Kasernen, Krankenhäuser, Erziehungsanstalten, Gefängnisse usw. rechnen, in den Städten verhältnismäßig weit häufiger als in den Landgemeinden und Gutsbezirken.

Art der Haushaltungen.		Von 100 Haushaltungen waren nebenstehender Art															Gesamt- zahl der Haus- haltungen im Staate	
		in den Provinzen																
		Ostpreußen	Westpreußen	Stadt Berlin	Brandenburg	Pommern	Posen	Schlesien	Sachsen	Schleswig- Holstein	Hannover	Westfalen	Heffen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollern	im Staate		
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17		
In den Städten:																		
Einzeln lebende männl. Personen	mit eigener Haus- wirtschaft	2,17	2,31	2,98	2,55	2,65	2,50	2,98	2,47	2,31	1,81	1,60	1,96	2,29	3,07	2,41	106 685	
" " weibl.		6,77	6,62	7,06	6,72	8,11	7,08	9,09	6,54	6,11	5,12	3,09	4,54	4,18	7,99	6,03	267 123	
mit 2 Personen		18,42	17,92	19,86	19,71	19,11	16,51	18,32	17,89	18,09	15,67	12,03	14,76	14,28	15,88	16,95	751 078	
" 3		18,54	17,71	22,79	22,11	19,90	16,59	18,50	20,63	19,82	19,48	16,44	19,49	18,21	18,91	19,57	866 912	
" 4		16,62	16,20	19,84	19,40	17,72	15,59	16,48	18,71	18,18	18,95	17,15	19,34	17,96	16,41	18,15	804 272	
" 5		13,01	13,36	13,19	13,28	13,10	13,38	12,71	13,88	13,63	14,70	15,22	15,15	14,53	13,87	13,85	613 589	
Familien- haushaltungen		" 6	9,36	9,75	7,30	7,88	8,55	10,47	8,87	8,84	9,23	10,14	11,97	10,31	10,59	9,13	9,39	416 042
" 7		6,22	6,59	3,67	4,20	5,08	7,19	5,58	5,19	5,49	6,27	8,82	6,52	7,21	5,71	5,89	261 166	
" 8		3,68	4,20	1,72	2,02	2,66	4,65	3,26	2,76	3,20	3,57	5,78	3,54	4,58	2,59	3,43	152 035	
" 9		2,03	2,34	0,77	0,97	1,38	2,70	1,76	1,41	1,70	1,86	3,51	1,90	2,74	2,06	1,90	84 013	
" 10		1,10	1,17	0,30	0,43	0,63	1,30	0,90	0,68	0,88	0,94	1,93	0,95	1,52	1,40	0,97	43 022	
" 11 u. mehr Personen.	1,41	1,29	0,21	0,39	0,64	1,45	0,98	0,62	0,90	0,99	2,06	0,94	1,61	1,71	1,01	44 836		
Summe der Familienhaushaltungen	90,39	90,53	89,65	90,39	88,77	89,83	87,36	90,51	91,07	92,57	94,91	92,90	93,13	87,57	91,11	4 037 045		
Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt	0,67	0,51	0,31	0,34	0,47	0,59	0,57	0,45	0,51	0,50	0,40	0,60	0,40	1,27	0,45	19 780		
Auf dem Lande:																		
Einzeln lebende männl. Personen	mit eigener Haus- wirtschaft	1,61	1,59	—	2,25	1,69	1,57	3,19	2,31	2,23	1,75	1,08	1,83	1,89	3,22	2,07	90 428	
" " weibl.		3,38	2,71	—	4,06	2,72	2,82	6,98	3,81	4,36	3,12	1,51	3,06	2,79	6,71	3,77	164 988	
mit 2 Personen		14,22	12,19	—	16,62	12,05	10,92	15,84	14,57	16,90	11,32	8,26	10,89	11,28	16,19	13,11	573 630	
" 3		14,59	13,42	—	19,58	14,93	11,62	15,65	17,88	16,48	15,39	13,10	15,20	14,61	16,16	15,40	674 274	
" 4		14,86	13,87	—	18,79	16,21	13,18	15,09	18,04	15,33	16,95	15,61	17,57	15,82	16,32	16,08	702 293	
" 5		14,13	13,77	—	14,88	15,44	13,72	13,20	15,24	13,51	15,81	15,33	16,59	14,66	13,38	14,63	640 573	
Familien- haushaltungen		" 6	12,10	12,65	—	10,13	12,45	13,24	10,50	11,31	10,69	12,83	13,99	13,46	12,52	10,97	11,97	523 743
" 7		9,51	10,42	—	6,21	9,41	11,38	7,75	7,39	7,76	9,36	11,33	9,40	9,90	6,96	8,94	391 345	
" 8		6,64	7,90	—	3,45	6,36	8,77	5,13	4,40	5,29	6,00	8,20	5,79	6,89	4,48	6,05	264 826	
" 9		4,17	5,24	—	1,79	3,78	5,89	3,04	2,39	3,20	3,47	5,17	3,13	4,29	2,37	3,66	160 276	
" 10		2,33	3,09	—	0,89	2,14	3,41	1,69	1,22	1,79	1,83	2,92	1,61	2,50	1,50	2,04	89 310	
" 11 u. mehr Personen.	2,32	2,98	—	0,86	2,33	3,31	1,57	1,10	2,13	1,88	3,04	1,26	2,49	1,42	2,01	88 108		
Summe der Familienhaushaltungen	94,87	95,53	—	93,20	95,10	95,44	89,46	93,54	93,68	94,84	97,15	94,90	95,06	89,75	93,86	4 108 378		
Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt	0,14	0,17	—	0,39	0,49	0,17	0,37	0,34	0,33	0,29	0,26	0,21	0,28	0,32	0,30	12 978		
In den Städten und auf dem Lande zus.:																		
Einzeln lebende männl. Personen	mit eigener Haus- wirtschaft	1,80	1,86	2,98	2,46	2,16	1,98	3,12	2,39	2,26	1,77	1,32	1,90	2,12	3,20	2,24	197 113	
" " weibl.		4,53	4,22	7,06	5,47	5,35	4,46	7,75	5,22	5,23	3,96	2,23	3,82	3,59	6,89	4,91	432 111	
mit 2 Personen		15,64	14,41	19,86	18,26	15,49	13,08	16,74	16,28	17,49	13,17	9,98	12,87	13,00	16,14	15,04	1 324 708	
" 3		15,93	15,08	22,79	20,92	17,35	13,53	16,69	19,20	18,16	17,12	14,64	17,40	16,68	16,55	17,50	1 541 186	
" 4		15,46	14,78	19,84	19,12	16,95	14,11	15,60	18,39	16,74	17,80	16,32	18,48	16,39	16,34	17,11	1 506 565	
" 5		13,76	13,62	13,19	14,03	14,30	13,59	13,02	14,51	13,56	15,34	15,39	15,85	14,67	13,45	14,24	1 254 162	
Familien- haushaltungen		" 6	11,17	11,53	7,30	8,94	10,55	12,17	9,91	10,04	9,97	11,69	13,06	11,84	11,41	10,71	10,67	939 785
" 7		8,39	8,94	3,67	5,14	7,29	9,76	6,96	6,25	6,63	8,05	10,18	7,93	8,31	6,78	7,41	652 511	
" 8		5,64	6,47	1,72	2,69	4,55	7,18	4,45	3,55	4,25	4,97	7,09	4,63	5,56	4,22	4,73	416 861	
" 9		3,44	4,12	0,77	1,35	2,61	4,66	2,57	1,89	2,46	2,79	4,41	2,50	3,40	2,32	2,77	244 319	
" 10		1,91	2,34	0,30	0,65	1,41	2,61	1,40	0,93	1,31	1,45	2,46	1,27	1,94	1,49	1,50	132 332	
" 11 u. mehr Personen.	2,01	2,32	0,21	0,61	1,51	2,59	1,35	0,85	1,52	1,51	2,59	1,10	1,99	1,46	1,51	132 994		
Summe der Familienhaushaltungen	93,35	93,61	89,65	91,71	92,01	93,28	88,69	91,99	92,09	93,89	96,13	93,87	93,95	89,46	92,48	8 145 423		
Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt	0,32	0,31	0,31	0,36	0,48	0,33	0,44	0,40	0,42	0,38	0,32	0,41	0,34	0,45	0,37	32 758		

Die Familienhaushaltungen dagegen sind mit 4 108 378 oder 93,86 v. H. auf dem Lande stärker vertreten als in den Städten (4 037 045 oder 91,11 v. H.).

Trennen wir die Familienhaushaltungen nach der Personenzahl, so zeigt sich, daß sich dieses Übergewicht des Landes auf die Haushaltungen von 5 und mehr Personen stützt. In den Städten ist die stärkste Gruppe mit fast einem Fünftel aller Haushaltungen die mit 3, auf dem Lande dagegen mit nicht ganz einem Sechstel die mit 4 Personen.

Betrachten wir nun die Verteilung der Haushaltungen nach Provinzen. Die Einzelhaushaltungen hatten den größten Anteil an der Gesamtzahl aller Haushaltungen in den Provinzen Schlesien (10,87 v. H.), demnächst in Hohenzollern (10,09) und Berlin (10,04); in den übrigen Landesteilen hält sich der Anteil unter einem Zehntel der Gesamtheit und sinkt in Westfalen bis auf 3,55 v. H. Für die männlichen Einzellebenden schwanken die Ziffern zwischen 1,32 v. H. in Westfalen und 3,20 in Hohenzollern, für die weiblichen zwischen 2,23 in Westfalen und 7,75 in Schlesien.

Die Familienhaushaltungen verhalten sich provinzweise ungefähr entgegengesetzt wie die Einzelwirtschaftenden, da der durch die Anstalts Haushaltungen gegebene Rest nur mit geringen Ziffern auftritt, die zudem nur kleinere Schwankungen (zwischen 0,31 und 0,48 v. H.) zeigen. Gehen wir auf die Personenzahl der Familienhaushaltungen näher ein, so finden wir den größten Anteil im all-

gemeinen bei den Familien mit 3 Köpfen, vereinzelt jedoch auch bei denen mit 2 (in Schlesien) und in einigen Provinzen (Posen, Hannover, Westfalen, Heffen-Nassau und Rheinprovinz) bei denen mit 4 Köpfen. Die Familien mit 2 bis 4 Personen machen zusammen in Berlin über drei Fünftel (62,19 v. H.), in Westfalen und Posen dagegen nur etwa zwei Fünftel (40,95 und 40,72 v. H.) aus.

In den Städten ist die Reihenfolge der Provinzen für die Verteilung der drei Gruppen von Haushaltungen etwa die gleiche wie für Stadt und Land zusammen. Für die Familienhaushaltungen liegt der Schwerpunkt in den Städten fast durchweg bei den dreiköpfigen Familien mit Ausnahme von Westpreußen, wo die zweiköpfigen, und von Westfalen, wo die vierköpfigen Familien den größten Anteil erreichen. Die Haushaltungen mit 2 bis 4 Personen zusammen steigen über drei Fünftel neben Berlin in der Provinz Brandenburg (61,22 v. H.) und sinken bis auf 48,69 und 45,62 v. H. in den Provinzen Posen und Westfalen.

Auf dem Lande ist der Anteil der Einzelhaushaltungen an der Gesamtheit — abgesehen von den einzeln lebenden Männern in Schlesien und Hohenzollern — durchweg kleiner als in den Städten. Verhältnismäßig viele Einzelhaushaltungen gab es in Schlesien (10,17 v. H.), besonders wenige dagegen wiederum in Westfalen (2,59 v. H.). Was die einzelnen Gruppen der Familienhaushaltungen in den Landgemeinden betrifft, so sind bei der Mehrzahl der Provinzen die mit 4 Köpfen am zahlreichsten, in Schlesien und

Schleswig-Holstein dagegen die mit 2, in Brandenburg die mit 3 und in Posen die mit 5 Personen. Die Zahl der Familienhaushaltungen mit 2 bis 4 Personen zusammen ist in den Landgemeinden durchweg erheblich geringer als in den Städten, da auf dem Lande ein weit größerer Teil der Haushaltungen auf die mit 5 und mehr Personen entfällt. Die 2-4köpfigen Familien haben den größten Anteil, nämlich 54,99 v. H., in Brandenburg, demnächst mit 50,49 v. H. in Sachsen, die geringste Ziffer dagegen in Westfalen und Posen (36,97 und 35,72 v. H.).

Die viehhaltenden Haushaltungen im Preussischen Staate 1912 mit einem Rückblick auf den Stand von 1907. — Wie die Ergebnisse früherer Zählungen, so lautet auch das Ergebnis der großen Viehzählung vom 1. Dezember 1912 dahin, daß die Viehhaltung in Preußen weitaus überwiegend die Form einer zusammengefügten Viehwirtschaft trägt.

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß 1912 der Gesamtbestand von 3 827 425 viehhaltenden Haushaltungen sich zu mehr als drei Vierteln (2 914 713 = 76,15 v. H.) aus Haushaltungen mit mehreren Viehgattungen und zu weniger als dem vierten Teil

Die Viehhaltung in Preußen 1912 im Vergleich mit 1907.

Staat. Gemeindearten.	Zählungs- jahr	Gesamt- zahl der vieh- haltenden Haus- haltungen	Haushaltungen mit einer Viehgattung, und zwar mit								Haus- haltungen mit mehreren Vieh- gattungen
			Pferden	Rindern	Schafen	Schwein- en	Ziegen	Feder- vieh	Bienen- stöcke	insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Staat											
	1912	3 827 425	84 014	17 044	3 220	297 257	122 792	380 820	7 565	912 712	2 914 713
	1907	3 796 380	72 985	17 981	2 957	316 606	126 696	304 757	6 674	848 656	2 947 724
mehr (+) oder weniger (-) . . .		+ 31 045	+ 11 029	- 937	+ 263	- 19 349	- 3 904	+ 76 063	+ 891	+ 64 056	- 33 011
in % mehr (+) oder weniger (-)		+ 0,82	+ 15,11	- 5,21	+ 8,89	- 6,11	- 3,08	+ 24,96	+ 13,35	+ 7,55	- 1,12
davon											
a) Städte											
	1912	759 309	65 088	3 292	822	115 908	37 436	177 376	2 636	402 558	356 751
	1907	730 185	56 480	3 523	649	121 543	39 505	143 156	2 188	367 044	363 141
mehr (+) oder weniger (-) . . .		+ 29 124	+ 8 608	- 231	+ 173	- 5 635	- 2 069	+ 34 220	+ 448	+ 35 514	- 6 390
in % mehr (+) oder weniger (-)		+ 3,99	+ 15,24	- 6,56	+ 26,66	- 4,64	- 5,24	+ 23,90	+ 20,48	+ 9,67	- 1,76
b) Landgemeinden											
	1912	2 764 390	17 620	12 423	2 068	164 946	82 907	185 268	4 507	469 739	2 294 651
	1907	2 764 783	15 580	13 532	2 138	178 171	84 681	148 628	4 163	446 893	2 317 890
mehr (+) oder weniger (-) . . .		- 393	+ 2 040	- 1 109	- 70	- 13 225	- 1 774	+ 36 640	+ 344	+ 22 846	- 23 239
in % mehr (+) oder weniger (-)		- 0,01	+ 13,09	- 8,20	- 3,27	- 7,42	- 2,09	+ 24,65	+ 8,26	+ 5,11	- 1,00
c) Gutsbezirke											
	1912	303 726	1 306	1 329	330	16 403	2 449	18 176	422	40 415	263 311
	1907	301 412	925	926	170	16 892	2 510	12 973	323	34 719	266 693
mehr (+) oder weniger (-) . . .		+ 2 314	+ 381	+ 403	+ 160	- 489	- 61	+ 5 203	+ 99	+ 5 696	- 3 382
in % mehr (+) oder weniger (-)		+ 0,77	+ 41,19	+ 43,52	+ 94,12	- 2,89	- 2,43	+ 40,11	+ 30,65	+ 16,41	- 1,27

(912 712 = 23,85 v. H.) aus Haushaltungen, die eine Tiergattung allein halten, zusammensetzt. In den Landgemeinden fällt der verhältnismäßige Anteil der kleineren Gruppe auf 16,99 v. H. und in den Gutsbezirken schrumpft er auf 13,31 v. H. zusammen. Die Städte weichen naturgemäß von dieser Regel dadurch ab, daß in ihnen die Haushaltungen mit nur einer Viehgattung mit einem Anteil von 53,01 v. H. im Vordergrund stehen und die meist verbreitete Form der Viehhaltung kennzeichnen.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 betrug die Zahl der Haushaltungen überhaupt in den Städten 4 037 045, auf dem Lande 4 108 378. Sucht man an der Hand dieser Zahlen eine Vorstellung über das Maß der Verbreitung der Viehhaltung in Stadt und Land zu gewinnen, so findet man, daß 1912 auf je 100 dieser Haushaltungen kamen

	viehhaltende Haushaltungen	d a v o n Haushaltungen mit einer Vieh- gattung	Haushaltungen mit mehreren Vieh- gattungen
in den Städten	18,81	9,97	8,84
in den Landgemeinden und Gutsbezirken	74,68	12,47	62,21.

Hieraus geht hervor, daß genau so wie die verschiedenen Hauptzweige der Erwerbstätigkeit in Stadt und Land auch die Viehhaltung die Bevölkerung in zwei durchaus entgegengesetzte Größen scheidet. Gewerbe, Handel und Wohnweise schränken den Spielraum der Viehhaltung in den Städten so weit ein, daß sie weniger als beim fünften Teil der Haushaltungen Eingang findet, während sie sich auf dem Lande, wo die Landwirtschaft ihre wesentliche Voraussetzung ist, naturgemäß auf drei Viertel der Bevölkerung ausdehnt.

Vergleicht man das Stärkenverhältnis beider Hauptformen der Viehhaltung mit dem Stand von 1907, so sieht man auf den ersten Blick, daß 1912 eine Verschiebung zu Gunsten der Einzeltierhaltung eingetreten ist. Denn die Zahl der Haushaltungen mit einer Viehgattung hat sich im Staate von 848 656 in 1907 auf 912 712 in 1912, d. h. um 64 056 oder 7,55 v. H., erhöht, während der Bestand

der Haushaltungen mit zusammengefügtem Viehstand eine Verminderung um 1,12 v. H. (2 914 713 in 1912 gegenüber 2 947 724 in 1907) Haushaltungen erfahren hat. Dementsprechend ist auch die Spannung zwischen beiden Gruppen schwächer geworden, da der Anteil der erstgenannten Gruppe an der Gesamtzahl der Haushaltungen im Staate von 22,85 v. H. in 1907 auf 23,85 in 1912 gestiegen, der Anteil der zweiten Gruppe dagegen umgekehrt von 77,15 v. H. auf 76,15 v. H. gesunken ist.

Diese Verschiebung darf aber keineswegs als Anzeichen einer feststehenden Entwicklungsrichtung aufgefaßt werden. Es muß vielmehr zu ihrer richtigen Beurteilung zunächst darauf aufmerksam gemacht werden, daß die zweite Gruppe auch kleine Haushaltungen mit nur zwei Viehgattungen, beispielsweise ein Pferd oder eine Kuh und daneben noch ein Schwein oder Ziege und dergl., umfaßt. Wird in der Zeit vor der Zählung das Schwein abgeschlachtet, so scheidet die betreffende Haushaltung aus der zweiten Gruppe aus und erscheint alsdann in der ersten Gruppe mit nur einer Tiergattung. Es muß ferner beachtet werden, daß das zwischenliegende Jahr 1909 von einer Fehlernte und daß insbesondere das Jahr 1911 von einer außerordentlichen Dürre und schlechten Futterernte betroffen war. Diese Ereignisse dürften den wirtschaftlich schwächeren Anwesen die Viehhaltung erschwert haben, und sie haben auch allem Anscheine nach dahin gewirkt, daß eine Anzahl Haushaltungen ihren Viehbesitz auf nur eine, weniger kostspielige und leichter zu unterhaltende Kleinviehgattung eingeschränkt oder gegen eine solche vertauscht hat. Diese Erklärung findet in der Tat eine Bestätigung in den Veränderungen, die in der ersten Gruppe der Haushaltungen vor sich gegangen sind. Hier zeigt sich, daß auf Seite der Haushaltungen mit nur Rindern, nur Schweinen und nur Ziegen im Staate eine Abnahme von insgesamt 24 190 Haushaltungen erfolgt war, wogegen die Haushaltungen mit Federvieh allein, mit Bienenstöcken allein und mit Schafen allein einen bedeutsamen Zuwachs von insgesamt 77 217 Haushaltungen erhalten haben, an dem hauptsächlich die Federviehhaltung, nämlich mit einem Mehr von 76 063 Haushaltungen, beteiligt ist. Am deutlichsten zeigt sich

dieser zweifellos durch die Futternot des Jahres 1911 hervorgerufene Wechsel in der Viehhaltung in den Städten, wo die Haushaltungen mit einer Viehhaltung allein die Hauptform der Viehwirtschaft bilden. Hier hat die Bevorzugung des billigeren und zugleich ertragreicheren Kleinviehes zu einer Zunahme von insgesamt 34 668 Haushaltungen mit Federvieh und Bienenstöcken allein und zu einem Ausfall von 7 935 Haushaltungen, in deren Besitz sich Rinder oder Schweine oder Ziegen allein befanden, geführt. Die reine Pferdehaltung dagegen, die vornehmlich gewerblichen Zwecken dient und demzufolge in den Städten absolut die stärkste Verbreitung findet, hat hier eine beträchtliche Steigerung um 8 608 oder 15,24 v. H. Haushaltungen erfahren, was offenbar hauptsächlich im ursächlichen Zusammenhang mit der Ausdehnung des Gewerbes und Verkehrs in den Städten steht. Diese Tatsache zeugt übrigens davon, daß die neuere technische Entwicklung der mechanischen Verkehrsmittel keineswegs die Anwendung der animalischen Kraft einschränkt, geschweige denn sie ausschaltet. Innerhalb der Haushaltungen mit Kleinvieh allein hebt sich die Schafhaltung in den Städten und besonders in den Gutsbezirken, die allerdings hier wie überhaupt im ganzen Staat eine verhältnismäßig geringe Verbreitung findet, dennoch durch eine beträchtliche Steigerung ab. 1907 wurden in den Städten 649 Haushaltungen mit Schafen allein ermittelt, 1912 dagegen 822 Haushaltungen; der Zuwachs beträgt also 26,66 v. H. Noch stärker erweist sich die Vermehrung in den Gutsbezirken, wo sie sich auf 94,12 v. H. bezieht (330 Haushaltungen in 1912 gegenüber 170 in 1907). Diese erhebliche Zunahme ist teilweise auf den Zuwachs aus der Gruppe der Haushaltungen mit zusammengesetztem Viehstand infolge Einschränkung des letzteren auf nur eine Gattung und teilweise auf die Förderung der Schafzucht durch die Landwirtschaftskammern, wie beispielsweise in Schleswig-Holstein, zurückzuführen.

Der Viehstand in Dänemark¹⁾ 1914 bis 1917. — Laut Bericht des Statistischen Departements in Kopenhagen fand die letzte dänische Viehzählung am 20. Februar 1917 und die vorletzte am 29. Februar 1916 statt, während sie in den vorhergehenden Jahren in vorgeschrittenerer Jahreszeit vorgenommen worden war, nämlich am 15. Mai 1915 und am 15. Juli 1914. Am besten lassen sich demnach die 1917er Zahlen mit denen des Vorjahres vergleichen, da diese beiden Zählungen in den gleichen Jahresabschnitt fallen.

Bekanntlich steht Dänemark mit seiner Viehhaltung, diese an der Kopzahl der Bevölkerung und an der Einheit der landwirtschaftlich benutzten Fläche gemessen, mit an der Spitze der europäischen Staaten. Insbesondere entfallen von den vier Hauptviehgattungen

in	auf je 100 Einwohner				auf je 100 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche			
	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine
Dänemark ²⁾	20,6	89,3	18,7	90,6	19,2	83,5	17,5	84,6
Deutschland ³⁾	5,7	32,4	14,5	30,6	11,0	62,8	28,0	59,3
Preußen ³⁾	6,5	30,9	16,7	34,0	11,8	55,9	30,3	61,5
Schleswig-Holstein ³⁾	10,4	67,4	20,8	62,2	11,3	73,3	22,6	67,8

Hiernach übertrifft Dänemark das in der landwirtschaftlichen Kultur ihm ziemlich gleichartige Nachbarland Schleswig-Holstein, das im folgenden fortlaufend vergleichsweise herangezogen wird, sowohl im Verhältnis zur Einwohnerzahl wie zur landwirtschaftlich benutzten Fläche bezüglich des Viehstandes, von der Schafhaltung abgesehen, nicht unbeträchtlich. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Rückgang der Schafkultur im allgemeinen gerade ein Zeichen für zunehmende Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes ist und daß im übrigen Schleswig-Holstein gegenüber dem Reichs- und preußischen Staats-Durchschnitt bereits sehr günstige Viehstandsziffern aufweist.

Was zunächst das Großvieh, d. i. die Pferde und Rinder, betrifft, so belief sich in Dänemark die Zahl der Pferde

im	auf 538 395 Stück	
	1917	1916
Februar	538 395	515 415
Mai	525 785	525 785
Juli	567 240	567 240

Hiernach hat daselbst die Stückzahl der Pferde von 1916 auf 1917 um 22 980 oder 4,5 v. H. zugenommen. Die starke Abnahme von 1914 auf 1915, nämlich um 41 455 oder 7,3 v. H., und die geringere von 1915 auf 1916, nämlich um 10 370 oder 1,9 v. H., erklärt sich durch Ausfuhr ins Ausland, wie denn überhaupt die dänischen Pferde einen nicht unbedeutenden Ausführartikel darstellen. In Schleswig-Holstein ging der Pferdebestand vom 1. Dezember 1914 — also von einem bereits der Kriegszeit angehörenden Zählungstage — zum 1. Dezember 1915 um 3,7 v. H. zurück; an diesen beiden Zählungstagen sind beiläufig die Militärpferde nicht mitgezählt worden.

Die Anzahl des Rindviehs betrug in Dänemark

im	auf 2 452 853 Stück	
	1917	1916
Februar	2 452 853	2 289 996
Mai	2 417 125	2 417 125
Juli	2 462 862	2 462 862

Der Rindviehbestand blieb dort somit im Jahre 1917 nur ganz unerheblich hinter dem kurz vor Ausbruch des Krieges ermittelten zurück. Im einzelnen hatte er von 1914 auf 1915 um 45 737 oder 1,9 v. H. und weiter von 1915 auf 1916 um 127 129 oder 5,3 v. H., also noch schneller als von 1914 auf 1915, abgenommen (was seinen Grund in der auch beim — lebenden — Rindvieh nicht unbeträchtlichen Ausfuhr hat), um sich dann innerhalb der beiden letzten Zählungstermine um 162 857 oder 7,1 v. H. zu vermehren. Letzteres ist eine Folge der verstärkten Kalberaufzucht. Schleswig-Holstein wies von 1914 auf 1915 einen Bestandsrückgang von 11,0 v. H. auf. Dies fällt um so schwerer ins Gewicht, als von 1913 (1. Dezember) auf 1914 eine Zunahme von 6,1 v. H. festzustellen war.

Der Schweinebestand belief sich in Dänemark

im	auf 1 980 727 Stück	
	1917	1916
Februar	1 980 727	1 983 255
Mai	1 918 975	1 918 975
Juli	2 496 706	2 496 706

Er ist demnach von 1914 auf 1917 erheblich, nämlich um 515 979 oder 20,7 v. H., gesunken, ein Rückgang, der sich in der Hauptsache zwischen den Zählungen von 1914 und 1915 geltend macht, d. i. in einem Zeitraum von nur zehn Monaten. Verhältnismäßig ungleich härter ist die Abnahme in Schleswig-Holstein, wo sie in den zwölf Monaten vom 1. Dezember 1914 bis zum 1. Dezember 1915 1 103 384 Stück oder 63,6 v. H. ausmachte.

Schafe wurden in Dänemark gezählt

im	auf 267 979 Stück	
	1917	1916
Februar	267 979	254 368
Mai	533 137	533 137
Juli	514 908	514 908

Danach ist die Zahl der Schafe von 1914 auf 1917 um nicht weniger als 246 929 Stück oder 48,0 v. H. gesunken. Den Rückgang der Schafhaltung hat Dänemark mit den meisten europäischen Ländern gemein. Er ist, wie gesagt, im großen ganzen gerade ein Anzeichen intensiveren landwirtschaftlichen Betriebes. Immerhin bleibt selbst bei Berücksichtigung dieser Tatsache der jähe Abfall der Zahlen von 1915 und 1914 auf 1917 und 1916 ungewöhnlich groß und bedarf noch einer besonderen Erklärung. Diese ist aus dem verschiedenen Zeitpunkt der Zählung herzuleiten, indem die im Frühjahr 1914 und im Frühjahr 1915 geborenen Lämmer mit unter den Zahlen dieser Jahre jeweilig aufgeführt sind. Übrigens ist von 1916 auf 1917 doch eine Zunahme des Schafbestandes um 13 611 Stück oder 5,1 v. H. festzustellen. In Schleswig-Holstein verringerte sich die Anzahl der Schafe von 1914 auf 1915 um 11,7 v. H., während sie sich von 1913 auf 1914 um 9,2 v. H. vermehrt hatte.

Die tödlichen Verunglückungen in Preußen 1914. Die Gesamtzahl der tödlichen Verunglückungen belief sich im Jahre 1914 auf 18 000, worin die Kriegsverletzten nicht mit eingerechnet sind. Unter diesen 18 000 Personen waren 14 418 männliche und 3 582 weibliche. Gegen das Vorjahr mit 16 893 Todesfällen (13 602 bei m., 3 291 bei w. Personen) ist diese Zahl um 1 107 gestiegen, auf 100 000 Lebende berechnet, von 40,6 auf 42,6

¹⁾ immer ohne Färöer, Island, Grönland und westindische Inseln.
²⁾ nach der dän. Volkszählung vom 1. Februar 1911, Viehzählung vom 15. Juli 1914 und dem Stande der landwirtschaftlich benutzten Fläche im Jahre 1912. — ³⁾ nach der Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907.

Im Jahre 1914 verunglückten tödlich:

in der Altersklasse	männl. Person	weibl. Person	zuf.	v. 100 000 Leben	männl. Geschlecht	weibl. Geschlecht	zuf.
bis 5 Jahre . .	1 612	1 047	2 659	82,2	41,3	51,9	
über 5 " 15 " . .	1 611	539	2 150	34,1	11,6	22,9	
" 15 " 60 " . .	9 574	1 188	10 762	78,7	9,6	43,9	
" 60 Jahre	1 527	783	2 310	108,7	43,8	72,4	
unbekannt	94	25	119	—	—	—	
überhaupt . .	14 418	3 582	18 000	69,0	16,9	42,6	

Wird die Gesamtzahl der tödlich verunglückten männlichen oder weiblichen Personen gleich 100 gesetzt, so zeigt sich, daß im Alter bis zu 5 Jahren die Knaben nur mit 11,2, die Mädchen aber mit 29,2 v. H. betroffen wurden. In der Altersklasse von über 5 bis 15 Jahren war die betreffende Verhältnisziffer bei den Mädchen erheblich, nämlich auf 15,0 v. H., zurückgegangen, während sie bei den Knaben wie in der Altersklasse bis zu 5 Jahren 11,2 v. H. betrug. Von den 15 bis 60 Jahre alten Personen verunglückten dann aber verhältnismäßig weit mehr Männer als Frauen (Männer 66,4 v. H., Frauen 33,2 v. H.). Für die Personen von über 60 Jahren hielt sich die Verhältnisziffer beim männlichen Geschlecht mit 10,6 auf fast gleicher Höhe wie in der Altersklasse bis zu 5 Jahren; beim weiblichen Geschlecht stellte sie sich auf 21,9 v. H.

Nach der sozialen Stellung entfielen die meisten tödlichen Verunglückungen auf Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter usw. und deren Angehörige nämlich 35,8 v. H. der Verunglückten, auf Tagelöhner, Tagelöhner, Lohndiener usw. und deren Angehörige 25,0, auf Selbständige im Besitz, Beruf und Erwerb und deren Angehörige 15,1 v. H.

Danach kann man schließen, daß über drei Viertel aller tödlichen Verunglückungen mit einer mechanischen Berufsarbeit in Zusammenhang stehen.

Was die einzelnen Beschäftigungsarten angeht, so verunglückten von den männlichen Personen im Bereiche des Bergbaues und Hüttenwesens 2 361 oder 16,4 v. H., der übrigen Industrie 4 400 oder 30,5 v. H., der Land- und Forstwirtschaft 3 317 oder 23,0 v. H., des Handels und Verkehrs 1 891 oder 13,1 v. H. Die meisten tödlichen Verunglückungen kamen hiernach auf industrielle Berufsgruppen, von denen das Baugewerbe mit 1 467 Todesfällen besonders schwer betroffen ist.

Im folgenden Aufsatz wird über die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen berichtet werden.

Die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen mit besonderer Hervorhebung der Todesfälle im Luftverkehr in Preußen i. J. 1914. — Im Anschluß an den vorstehenden Aufsatz über die tödlichen Verunglückungen in Preußen 1914 sollen folgende Mitteilungen über die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen Platz finden.

Es verunglückten insgesamt (ohne Berücksichtigung der Kriegseignisse)

durch	Personen			vom Tausend der Verunglückten		
	m.	w.	zuf.	männl. Geschlecht	weibl. Geschlecht	zuf.
Ertrinken	3 374	592	3 966	234	165	220
Sturz	2 565	812	3 377	178	227	188
Überfahren	2 611	507	3 118	181	141	173
Maschinenverletzung und elektr. Strom	560	66	626	39	18	35
Verbrennen und Verbrühen . .	884	717	1 601	62	200	89
Ersticken	512	228	740	36	64	41
darunter: durch Rauch und Gase	287	122	409	20	34	23
Verfüllen und Erschlagen . .	1 401	54	1 455	97	15	81
Vergiftung ¹⁾	182	114	296	13	32	16
Schlag und Biß usw. von Tieren	287	28	315	20	8	18
Stoß, Schlag und Anprall . .	248	13	261	17	4	15
Erdschlagen, Schußverletzungen u. Explosionen	625	135	760	43	38	42
Erfrieren	150	16	166	10	4	9
Blitzschlag	122	64	186	8	18	10
sonstige Ereignisse	897	236	1 133	62	66	63

Am häufigsten waren hiernach die Todesfälle durch Ertrinken mit 220, dann durch Sturz mit 188 und durch Überfahren mit 173 v. T. aller tödlichen Verunglückungen. Durch diese 3 Arten hat mehr als die Hälfte sämtlicher Verunglückten den Tod gefunden. Besonders traten noch hervor bei den Frauen die Fälle

¹⁾ ausschließlich der durch Rauch und Gase hervorgerufenen Fälle, die den Verunglückungen durch Ersticken zugezählt sind.

von Verbrennen und Verbrühen mit 200 v. T. und bei den Männern die durch Verfüllen und Erschlagen mit 97 v. T. Von den durch Sturz verursachten Todesfällen kamen im Berichtsjahr 62 (59 m., 3 w.) auf Personen, die mit dem Fahrrad verunglückten.

Von den 3 118 tödlichen Verunglückungen durch Überfahren wurden herbeigeführt:

überhaupt	davon im Landespolizeibezirk Berlin
durch die Eisenbahn . . 1 158 (1 073 m., 85 w.)	32 (31 m., 1 w.)
" Fuhrwerke 1 042 (858 " 184 ")	53 (37 " 16 ")
" Kraftwagen 460 (319 " 141 ")	106 (66 " 40 ")
" die Straßenbahn . . 243 (168 " 75 ")	33 (20 " 13 ")
" Feldbahnen 123 (121 " 2 ")	— — —
" das Fahrrad 11 (8 " 3 ")	— — —
" Flug oder Walze . . 11 (11 " — ")	— — —
ohne nähere Angabe . . 70 (53 " 17 ")	18 (13 " 5 ")

Durch elektrischen Strom verunglückten tödlich 183 Personen (181 m., 2 w.) gegen 188 im Vorjahre (186 m., 2 w.).

Im Luftverkehr verunglückten im Berichtsjahre 16 männliche Personen. Im Jahre 1913 waren es 79; unter diesen befanden sich 28 Personen von der Marine, die beim Herabstürzen eines Luftschiffes durch Explosion, und 14 Personen, die infolge Sturzes eines Luftschiffes ins Meer den Tod fanden. Beim Fliegen verunglückten 1914 15 männliche Personen, und zwar in 13 Fällen durch Absturz mit dem Flugzeug, in je einem Falle durch Absturz aus dem Flugzeug und aus einem Luftschiff. Ein Unglücksfall ereignete sich durch Herabstürzen eines Flugzeuges. Von den Verunglückten waren dem Berufe nach 10 Offiziere, 1 Bootsmannsmaat, 1 Monteur, 3 Flugzeugführer und 1 Knabe.

Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

— In der letzten Abteilung des 56. Jahrganges der „Zeitschrift des Königl. Preuss. Statistischen Landesamts“ ist ein vorläufiges Auszahlungsergebnis über die Gemeindesteuern sämtlicher preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 veröffentlicht worden, dem die Grundzahlen der umstehenden Tabelle entnommen sind. Danach kamen im Berichtsjahre in den preussischen Städten und Landgemeinden an direkten Gemeindesteuern 815,88 Mill. M auf, d. w. 90,96 % der gesamten Gemeindesteuern in Höhe von 896,99 Mill. M. An den direkten Gemeindesteuern waren die Städte mit 572,99 Mill. M oder 70,23 %, die Landgemeinden mit 242,89 Mill. M oder 29,77 % beteiligt. Von den gesamten direkten Gemeindesteuern entfielen auf

die Einkommensteuer 454,32 Mill. M oder 55,68 v. H.
 „ Steuern vom Grundbesitz 260,37 „ „ „ 31,91 „ „
 „ Gewerbesteuer 97,00 „ „ „ 11,89 „ „
 „ Betriebssteuer 4,18 „ „ „ 0,51 „ „

Auf die Städte und Landgemeinden verteilten sich diese Steuerbeträge folgendermaßen:

	die Einkommensteuer	die Steuern v. Grundbesitz	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
bei	Mill. M	v. H. der direkten Steuern	Mill. M	v. H. der direkten Steuern
sämtlichen Städte	335,81	58,61	160,69	28,04
sämtlichen Landgemeinden	118,51	48,79	99,68	41,04

Die Anteile der vier direkten Steuerarten am Gesamtertrage der direkten Gemeindesteuern bei den Städten und Landgemeinden der einzelnen Landesteile ergibt die folgende Übersicht.

Es entfielen v. H. des Gesamtertrages der direkten Steuern

	a den Städten, b den Landgemeinden der Landesteile	die Einkommensteuer	die Grundsteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
Sippreußen	a	57,41	31,65	10,16	0,78
Westpreußen	a	36,40	59,27	3,14	1,20
Berlin	a	58,14	30,51	10,71	0,65
Brandenburg	a	37,23	58,32	3,55	0,85
Pommern	a	49,18	33,70	16,80	0,83
	b	56,15	34,81	8,60	0,44
	b	44,43	48,42	6,65	0,45
	a	58,21	31,10	10,07	0,62
	b	41,95	50,63	6,23	1,18

Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911.

Provinzen. Staat. a Städte, b Landgemeinden, c zusammen.	Ein- wohnerzahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1912	Zusatzbetrag der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911, und zwar der							sämtlichen direkten Gemeindesteuern (Sp. 3a und 7a)	
		Einkommensteuer		Realsteuern					auf 1 Ein- woh- ner M	auf 1 Ein- woh- ner M
		überhaupt	auf 1 Ein- woh- ner M	Grund- und Gebäudesteuer	Gewerbe- steuer	Betriebs- steuer	zusammen (Sp. 4 bis 6) überhaupt	auf 1 Ein- woh- ner M	überhaupt	auf 1 Ein- woh- ner M
1	2	3a	3b	4	5	6	7a	7b	8a	8b
Ostpreußen	a 661 248 b 1 084 055 c 1 745 303	9 171 582 2 980 603 12 152 185	13,87 2,75 6,96	5 036 721 4 852 770 9 909 491	1 622 855 256 873 1 879 728	124 046 97 863 221 909	6 803 622 5 207 506 12 011 128	10,29 4,80 6,88	15 975 204 8 188 109 24 163 313	24,16 7,55 13,84
Westpreußen	a 599 260 b 873 866 c 1 473 126	7 760 811 2 861 653 10 622 464	12,95 3,27 7,21	4 072 299 4 476 156 8 548 455	1 429 183 272 289 1 701 472	86 986 65 006 151 992	5 588 468 4 813 451 10 401 919	9,33 5,51 7,06	13 349 279 7 675 104 21 024 383	22,28 8,78 14,27
Stadtkreis Berlin . . .	a 2 033 363	41 831 987	20,57	28 662 901	14 292 788	276 580	43 232 269	21,26	85 064 256	41,83
Brandenburg	a 2 079 869 b 1 825 461 c 3 905 330	32 198 770 15 103 311 47 302 081	15,48 8,27 12,11	19 962 365 16 439 122 36 401 487	4 931 817 2 257 175 7 188 992	252 898 153 384 406 282	25 147 080 18 849 681 43 996 761	12,09 10,38 11,27	57 345 850 33 952 992 91 298 842	27,57 18,60 23,38
Pommern	a 748 180 b 616 701 c 1 364 881	9 688 685 2 013 084 11 701 769	12,95 3,26 8,57	5 176 734 2 428 940 7 605 674	1 675 634 298 920 1 974 554	102 810 56 675 159 485	6 955 178 2 784 535 9 739 713	9,90 4,52 7,14	16 643 863 4 797 619 21 441 482	22,25 7,78 15,71
Posen	a 732 746 b 988 552 c 1 721 298	7 328 468 1 500 851 8 829 319	10,00 1,52 5,13	4 329 143 1 827 616 6 156 759	1 399 692 111 851 1 511 543	124 979 30 603 155 582	5 853 814 1 970 070 7 823 884	7,99 1,99 4,54	13 182 282 3 470 921 16 653 203	17,99 3,51 9,67
Schlesien	a 1 832 840 b 2 997 873 c 4 830 713	27 512 507 13 998 001 41 510 508	15,01 4,67 8,59	11 929 863 10 605 213 22 535 076	5 957 124 2 758 016 8 715 140	231 011 184 127 415 138	18 117 998 13 547 356 31 665 354	9,89 4,52 6,56	45 630 505 27 545 357 73 175 862	24,90 9,19 15,15
Sachsen	a 1 537 648 b 1 452 168 c 2 989 816	24 934 110 7 927 402 32 861 512	16,22 5,46 10,99	10 574 157 7 445 358 18 019 515	5 065 435 1 134 519 6 199 954	159 285 93 596 252 881	15 798 877 8 673 473 24 472 350	10,27 5,97 8,18	40 732 987 16 600 875 57 333 862	26,49 11,43 19,18
Schleswig-Holstein . .	a 792 273 b 759 078 c 1 551 351	12 963 955 5 266 197 18 230 152	16,36 6,94 11,75	9 706 760 7 723 032 17 429 792	2 161 711 699 880 2 861 591	91 461 73 428 164 889	11 959 932 8 496 340 20 456 272	15,10 11,19 13,19	24 923 887 13 762 537 38 686 424	31,46 18,13 24,94
Hannover	a 1 180 086 b 1 733 785 c 2 913 871	18 503 442 10 741 370 29 244 812	15,68 6,20 10,04	8 413 065 10 634 205 19 047 270	3 872 890 1 444 709 5 317 599	152 353 200 603 352 956	12 438 308 12 279 517 24 717 825	10,54 7,08 8,48	30 941 750 23 020 887 53 962 637	26,22 13,28 18,52
Westfalen	a 1 893 358 b 2 324 485 c 4 217 843	33 630 814 23 228 080 56 858 894	17,76 9,99 13,48	12 268 173 11 909 375 24 177 548	8 400 233 6 497 329 14 897 562	302 335 210 063 512 398	20 970 741 18 616 767 39 587 508	11,08 8,01 9,39	54 601 555 41 844 847 96 446 402	28,84 18,00 22,87
Hessen-Raffau	a 1 119 114 b 1 131 470 c 2 250 584	26 590 126 4 697 499 31 287 625	23,76 4,15 13,90	10 654 626 4 242 261 14 896 887	4 390 755 591 509 4 982 264	159 487 112 982 272 469	15 204 868 4 946 752 20 151 620	13,59 4,37 8,96	41 794 994 9 644 251 51 439 245	37,35 8,52 22,86
Rheinprovinz	a 4 019 662 b 3 219 906 c 7 239 568	83 553 625 27 994 412 111 548 037	20,79 8,69 15,41	29 862 657 16 767 058 46 629 715	18 594 985 6 760 147 25 355 132	577 410 262 567 839 977	49 035 052 23 789 772 72 824 824	12,20 7,39 10,06	132 588 677 51 784 184 184 372 861	32,99 16,08 25,47
Hohenzollernsche Lande	a 10 457 b 61 539 c 71 996	140 343 197 841 338 184	13,42 3,21 4,70	23 888 328 908 352 196	50 088 75 101 125 189	— — —	73 976 404 009 477 985	7,08 6,57 6,64	214 319 601 850 816 169	20,50 9,78 11,34
Staat	a 19 240 104 b 19 068 939 c 38 309 043	335 809 225 118 510 304 454 319 529	17,45 6,21 11,86	160 693 352 99 680 014 260 373 366	73 845 190 23 158 318 97 003 508	2 641 641 1 540 897 4 182 538	237 180 183 124 379 229 361 559 412	12,33 6,53 9,44	572 989 408 242 889 533 815 878 941	29,78 12,74 21,30

bei a den Städten, b den Landgemeinden der Landesteile		auf			
		die Ein- kommen- steuer	die Grund- und Gebäude- steuer	die Gewerbe- steuer	die Betriebs- steuer
Posen	a b	55,59 43,24	32,84 52,66	10,62 3,22	0,96 0,88
Schlesien	a b	60,29 50,82	26,14 38,50	13,06 10,01	0,51 0,67
Sachsen	a b	61,21 47,75	25,96 44,85	12,44 6,83	0,99 0,56
Schleswig-Holstein	a b	52,01 38,26	38,96 56,12	8,67 5,09	0,37 0,33
Hannover	a b	59,80 46,66	27,19 46,19	12,52 6,28	0,49 0,87
Westfalen	a b	61,39 55,51	22,47 28,46	15,38 15,53	0,55 0,50
Hessen-Raffau	a b	63,62 48,71	25,49 43,99	10,51 6,13	0,38 1,17
Rheinprovinz	a b	63,02 54,06	22,52 32,38	14,02 13,08	0,44 0,51
Hohenzollernsche Lande . .	a b	65,48 32,87	11,15 54,65	23,37 12,48	— —

Bemerkenswert sind die hohen, die Einkommensteuer recht erheblich übertreffenden Anteile der Grundbesitzsteuern bei den Landgemeinden von Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein und Hohenzollern.

Auf den Kopf der Bevölkerung betrugen die direkten Gemeindesteuern in sämtlichen preussischen Gemeinden durchschnittlich 21,30 M, bei den Städten allein 29,78 M und bei den Landgemeinden 12,74 M. Von diesen Kopfbeträgen entfielen auf die Einkommensteuer 11,86 M in den Gemeinden überhaupt, 17,45 M in den Städten und 6,21 M in den Landgemeinden. Von den Landesteilen wies der Stadtkreis Berlin mit 41,83 M den höchsten Kopfbetrag an direkten Gemeindesteuern auf. In großem Abstände folgten die Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Westfalen und Hessen-Raffau mit 25,47, 24,94, 23,38, 22,87 und 22,86 M. Am niedrigsten waren die auf 1 Einwohner entfallenden direkten Gemeindesteuern mit 14,27, 13,84, 11,34, 9,67 M in Westpreußen, Ostpreußen, Hohenzollern und Posen.

Die Kopfbeträge der Gemeindesteuern liefern nur einen recht rohen Maßstab für die steuerliche Belastung. Es ist ein Unterschied, ob eine Gemeinde mit einer steuerkräftigen Bevölkerung oder eine steuerlich wenig leistungsfähige denselben Kopfbetrag an Gemeindesteuern aufweist. Daher ist es notwendig, bei der Vergleichung der auf 1 Einwohner entfallenden Steuerbeträge verschiedener Gemeinden oder Gemeindeguppen deren steuerliche Leistungsfähigkeit mit in Betracht zu ziehen. Dies soll für die durch die kommunalen Einkommen- und Realsteuern verursachte durchschnittliche Belastung der Städte und Landgemeinden der einzelnen Landesteile in einem folgenden Artikel geschehen.

Die Belastung der preussischen Städte und Landgemeinden durch direkte Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911. — Im vorstehenden Aufsatz sind die nach ihren Arten gegliederten direkten Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 für die Städte und Landgemeinden der einzelnen preussischen Provinzen nachgewiesen worden. Im Anschluß hieran soll nun die Belastung dieser Ge-

meindengruppen durch direkte Gemeindesteuern behandelt werden. In dem genannten vorangegangenen Artikel wurde schon darauf hingewiesen, daß die auf 1 Einwohner entfallenden kommunalen Steuerbeträge einen nur sehr rohen und darum ungeeigneten Maßstab für die steuerliche Belastung abgäben, und daß statt dessen ein Maßstab gewählt werden müsse, der die steuerliche Leistungs-

Die Belastung der preussischen Städte und Landgemeinden durch die direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911.

Provinzen.	Staat. a Städte. b Landgemeinden. c zusammen.	Das der Verteilung der Kreis- und Provinzialsteuern zugrunde liegende Prinzipalsoll nach dem Stande vom 1. Januar 1912						Der Istbetrag der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911, und zwar						Die Belastungsziffer		
		der Staatseinkommensteuer (einschl. der fingierten Normalsteuersätze ¹⁾)		der staatlich veranlagten Realsteuern		der direkten Steuern (Sp. 2a und 3a)		der Einkommensteuer		der Realsteuern		der direkten Gemeindesteuern zusammen		der Gemeindecinkommensteuer (Sp. 5b : Sp. 2b)	der Gemeindereststeuern (Sp. 6b : Sp. 3b)	der direkten Gemeindesteuern (Sp. 7b : Sp. 4b)
		überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.			
		M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M			
I		2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8	9	10
Ostpreußen . . .	a	3 909 229	5,91	2 784 552	4,21	6 693 781	10,12	9 171 582	13,87	6 803 622	10,29	15 975 204	24,16	2,35	2,44	2,39
	b	1 271 704	1,17	2 206 549	2,04	3 478 253	3,21	2 980 603	2,75	5 207 506	4,80	8 188 109	7,55	2,35	2,35	2,35
	c	5 180 933	2,97	4 991 101	2,86	10 172 034	5,83	12 152 185	6,96	12 011 128	6,88	24 163 313	13,84	2,34	2,41	2,37
Westpreußen . . .	a	3 194 941	5,33	2 403 228	4,01	5 598 169	9,34	7 760 811	12,95	5 588 468	9,33	13 349 279	22,28	2,43	2,33	2,39
	b	1 123 499	1,29	1 824 095	2,09	2 947 594	3,37	2 861 653	3,27	4 813 451	5,51	7 675 104	8,78	2,53	2,64	2,61
	c	4 318 440	2,93	4 227 323	2,87	8 545 763	5,80	10 622 464	7,21	10 401 919	7,06	21 024 383	14,27	2,46	2,46	2,46
Stadtkreis Berlin	a	40 696 448	20,01	24 911 156	12,25	66 607 604	32,27	41 831 987	20,57	43 232 269	21,26	85 064 256	41,83	1,03	1,74	1,30
Brandenburg . .	a	26 093 643	12,58	13 277 270	6,38	39 370 913	18,93	32 198 770	15,48	25 147 080	12,09	57 345 850	27,57	1,23	1,89	1,46
	b	13 374 761	7,33	7 999 159	4,38	21 373 920	11,71	15 103 311	8,27	18 849 681	10,33	33 952 992	18,60	1,13	2,36	1,59
	c	39 468 404	10,11	21 276 429	5,45	60 744 833	15,53	47 302 081	12,11	43 996 761	11,27	91 298 842	23,38	1,20	2,07	1,50
Pommern	a	4 814 775	6,44	3 269 669	4,37	8 084 444	10,81	9 688 685	12,95	6 955 178	9,30	16 643 863	22,25	2,01	2,13	2,06
	b	1 259 731	2,05	1 706 997	2,78	2 966 728	4,82	2 013 084	3,26	2 784 535	4,52	4 797 619	7,78	1,59	1,63	1,61
	c	6 074 506	4,46	4 976 666	3,65	11 051 172	8,11	11 701 769	8,57	9 739 713	7,14	21 441 482	15,71	1,92	1,96	1,94
Posen	a	3 889 737	5,31	2 787 103	3,80	6 676 840	9,11	7 328 468	10,00	5 853 814	7,99	13 182 282	17,99	1,88	2,10	1,97
	b	1 168 897	1,18	1 600 218	1,62	2 769 115	2,80	1 500 851	1,55	1 970 070	1,99	3 470 921	3,51	1,29	1,23	1,25
	c	5 058 634	2,94	4 387 321	2,55	9 445 955	5,49	8 829 319	5,13	7 823 884	4,54	16 653 203	9,67	1,74	1,78	1,76
Schlesien	a	15 483 826	8,45	8 838 635	4,82	24 322 461	13,27	27 512 507	15,01	18 117 998	9,89	45 630 505	24,90	1,78	2,05	1,88
	b	7 923 710	2,64	6 684 404	2,23	14 608 114	4,87	13 998 001	4,67	13 547 356	4,52	27 545 357	9,19	1,77	2,03	1,89
	c	23 407 536	4,85	15 523 039	3,21	38 930 575	8,06	41 510 508	8,55	31 665 354	6,56	73 175 862	15,15	1,77	2,04	1,88
Sachsen	a	14 250 428	9,27	7 854 089	5,11	22 104 517	14,38	24 934 110	16,22	15 798 877	10,27	40 732 987	26,49	1,75	2,01	1,84
	b	5 857 988	4,03	5 915 273	4,07	11 773 261	8,11	7 927 402	5,46	8 673 473	5,97	16 600 875	11,43	1,35	1,47	1,41
	c	20 108 416	6,73	13 769 362	4,61	33 877 778	11,33	32 861 512	10,99	24 472 350	8,18	57 333 862	19,18	1,63	1,77	1,69
Schleswig-Holstein	a	6 814 481	8,60	4 331 863	5,47	11 146 344	14,07	12 963 955	16,36	11 959 932	15,10	24 923 887	31,46	1,90	2,76	2,24
	b	3 220 885	4,24	4 287 593	5,65	7 508 478	9,81	5 266 197	6,94	8 496 340	11,19	13 762 537	18,13	1,64	1,98	1,83
	c	10 035 366	6,47	8 619 456	5,56	18 654 822	12,02	18 230 152	11,75	20 456 272	13,15	38 686 424	24,94	1,82	2,37	2,07
Hannover	a	11 351 067	9,62	6 397 388	5,42	17 748 455	15,04	18 503 442	15,68	12 438 308	10,54	30 941 750	26,22	1,63	1,94	1,74
	b	6 334 888	3,77	6 734 638	3,88	13 269 526	7,65	10 741 370	6,20	12 279 517	7,06	23 020 887	13,28	1,64	1,82	1,74
	c	17 885 955	6,14	13 132 026	4,51	31 017 981	10,64	29 244 812	10,04	24 717 825	8,48	53 962 637	18,52	1,64	1,88	1,74
Westfalen	a	16 209 627	8,26	8 113 696	4,29	24 323 323	12,85	33 630 814	17,76	20 970 741	11,08	54 601 555	28,84	2,07	2,58	2,24
	b	10 506 673	4,52	6 751 672	2,90	17 258 345	7,42	23 228 080	9,99	18 616 767	8,01	41 844 847	18,00	2,21	2,76	2,43
	c	26 716 300	6,33	14 865 368	3,52	41 581 668	9,86	56 858 894	13,48	39 587 508	9,39	96 446 402	22,87	2,13	2,67	2,32
Hessen-Nassau . .	a	20 083 504	17,95	9 367 200	8,37	29 450 704	26,32	26 590 126	23,76	15 204 868	13,59	41 794 994	37,35	1,82	1,62	1,42
	b	3 591 306	3,17	3 101 264	2,74	6 692 570	5,91	4 697 499	4,15	4 946 752	4,37	9 644 251	8,52	1,31	1,59	1,44
	c	23 674 810	10,52	12 468 464	5,54	36 143 274	16,06	31 287 625	13,90	20 151 620	8,96	51 439 245	22,86	1,32	1,62	1,42
Rheinprovinz . .	a	46 675 253	11,61	23 346 715	5,81	70 021 968	17,42	83 553 625	20,79	49 035 052	12,20	132 588 677	32,99	1,79	2,10	1,89
	b	16 092 963	5,00	10 456 627	3,25	26 549 590	8,25	27 994 412	8,69	23 789 772	7,39	51 784 184	16,08	1,74	2,27	1,95
	c	62 768 216	8,67	33 803 342	4,67	96 571 558	13,34	111 548 037	15,41	72 824 824	10,06	184 372 861	25,47	1,79	2,15	1,91
Hohenzollernsche Lande	a	96 110	9,19	36 978	3,54	133 088	12,73	140 343	13,42	73 976	7,08	214 319	20,50	1,46	2,00	1,61
	b	217 082	3,53	181 338	2,95	398 420	6,47	197 841	3,21	404 009	6,57	601 550	9,78	0,91	2,23	1,51
	c	313 192	4,35	218 316	3,03	531 508	7,38	338 184	4,70	477 985	6,64	816 169	11,34	1,08	2,19	1,54
Staat	a	213 563 069	11,10	117 719 542	6,12	331 282 611	17,22	335 809 225	17,45	237 180 183	12,33	572 989 408	29,78	1,57	2,01	1,73
	b	72 144 087	3,78	59 449 827	3,12	131 593 914	6,50	118 510 304	6,21	124 379 229	6,52	242 889 533	12,74	1,64	2,09	1,85
	c	285 707 156	7,46	177 169 369	4,62	462 876 525	12,08	454 319 529	11,86	361 559 412	9,44	815 878 941	21,30	1,59	2,04	1,76

¹⁾ soweit sie zur Gemeindecinkommensteuer herangezogen worden sind. — ²⁾ Für den Stadtkreis Berlin ist das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern nach dem Stande vom 31. März 1912 nachgewiesen worden.

fähigkeit der Gemeinden mit berücksichtigt. Einen solchen Maßstab erhält man dadurch, daß man die Kopfbeträge der direkten Gemeindesteuern durch die Kopfbeträge der entsprechenden staatlich veranlagten direkten Steuern dividiert¹⁾. Die sich ergebenden Quotienten nennen wir Belastungsziffern.

In der vorstehenden Tabelle sind nun die Belastungsziffern der Gemeindecinkommen- und realsteuern sowie der direkten Gemeindesteuern zusammen für die Städte und Landgemeinden der einzelnen Landesteile nachgewiesen unter gleichzeitiger Aufzählung der Grund- und Verhältniszahlen, die für ihre Berechnung in Betracht kommen.

¹⁾ Führt man die Division mit den entsprechenden Grundzahlen aus, so erhält man das gleiche Ergebnis.

Bezeichnet man den auf 1 Einwohner entfallenden Betrag an direkten Steuern (Sp. 4b) in Höhe von 1 M als eine Steuerstärke (SS), so war die Steuerkraft der Städte (17 SS) durchschnittlich etwa zwei und einhalb mal so groß als die der Landgemeinden (7 SS). Ebenso war der auf 1 Einwohner entfallende Betrag an direkten Gemeindesteuern in den Städten rund 2 $\frac{1}{3}$ mal so hoch als in den Landgemeinden, während dagegen die Belastungsziffer der gesamten direkten Gemeindesteuern bei den Landgemeinden die der Städte noch übertraf (1,55:1,73). Wie beim Staat, so zeigen auch in sämtlichen Provinzen die Städte durchschnittlich eine erheblich höhere Steuerkraft als die Landgemeinden. Die drei Provinzen mit den steuerkräftigsten Gemeinden überhaupt

— von Berlin abgesehen —, nämlich Hessen-Nassau, Brandenburg und die Rheinprovinz besaßen auch die steuerkräftigsten Städte. Ebenso nehmen umgekehrt Ostpreußen, Westpreußen und Posen, die drei Provinzen mit den schwächsten Gemeinden, auch bezüglich der Steuerkraft ihrer Städte die letzten Plätze ein. Bei den anderen Landesteilen, mit Ausnahme von Sachsen, ergibt sich hinsichtlich der Steuerkraft der Städte eine von der der Gemeinden überhaupt abweichende Reihenfolge. Die Belastung der Städte durch direkte Gemeindesteuern übertraf noch in 10 Landesteilen den Staatsdurchschnitt (1,73). Am höchsten belastet waren die Städte Ost- und Westpreußens (je 2,39), dann die schleswig-holsteinischen und westfälischen (je 2,24). Auch die Städte Pommerns (2,08) wiesen noch eine Belastungsziffer von über 2 auf. Verhältnismäßig niedrig waren die Belastungsziffern der direkten Gemeindesteuern, abgesehen von Berlin (1,30), nur in den Städten Hessen-Nassaus (1,42) und Brandenburgs (1,46). Von den Landgemeinden waren die brandenburgischen (11,71 SS) weitaus am steuerkräftigsten; in größerem Abstände folgten erst die in Schleswig-Holstein (9,89), der Rheinprovinz (8,25) und Sachsen (8,11 SS). Im Gegensatz zu den ungewöhnlich steuerstarken Städten Hessen-Nassaus (Wiesbaden, Frankfurt a. M.) waren die Landgemeinden dieser Provinz nur von mäßiger Leistungsfähigkeit (5,91 SS). Die schwächsten Landgemeinden wiesen, wie bei den Städten, wieder Westpreußen (3,37), Ostpreußen (3,21) und Posen (2,80 SS) auf. Die Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern erreichte in den westpreußischen Landgemeinden mit 2,61 den höchsten Stand von den Städten und Landgemeinden sämtlicher Landesteile. Die Belastung der westfälischen Landgemeinden (2,43) war auch recht hoch; sie übertraf sogar noch die ebenfalls schon sehr bedeutende Belastung der ostpreußischen (2,38). In den übrigen Landesteilen zeigten die Landgemeinden eine mittlere oder niedrige Belastungsziffer. Zur letzteren Gattung gehören, abgesehen von den posenschen Gemeinden, die wegen der Ausbringung ihrer Volksschulklassen durch Schulgesellschaften eine Sonderstellung einnehmen, die sächsischen (1,41), hessen-nassauischen (1,44) und hohenzollernischen Landgemeinden (1,31).

Bezüglich der Belastungsziffern der Gemeindeeinkommensteuer und -realsteuern muß aus Raumrücksichten auf die Tabelle verwiesen werden. Erwähnt sei nur, daß die westpreußischen Städte und die posenschen Landgemeinden Ausnahmen von der Regel bilden, nach der die Belastungsziffer der Gemeindeeinkommensteuer die der Gemeindeeinkommensteuer zum mindesten erreichte. Die Belastungsziffer der Einkommensteuer schwankte zwischen 2,33 und 0,91 bei den

westpreußischen und hohenzollernischen Landgemeinden, die der Realsteuern desgleichen zwischen 2,76 bei den schleswig-holsteinischen Städten und den westfälischen Landgemeinden einerseits und 1,23 bei den posenschen Landgemeinden andererseits.

Die Schulden der preußischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände am Schlusse der Rechnungsjahre 1913, 1914 und 1915.

In der unten abgedruckten Tabelle sind die Schulden der preußischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände nach dem Stande vom 31. März 1916 nachgewiesen. Die Angaben sind dem Zahlenstoffe der neuesten amtlichen Erhebung über die Steuern und Schulden der preußischen Kommunalverbände entnommen, deren Gesamtergebnis im 15. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für den Preussischen Staat veröffentlicht werden soll. Aus der Tabelle ergibt sich, daß die gesamten Schulden der Provinzial- usw. Verbände, einschließlich der des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien, am 31. März 1916 448,24 Mill. M. betrugen. In den beiden Vorjahren erreichten die entsprechenden Schulden erst 430,81 und 421,39 Mill. M., so daß sich die Verschuldung dieser Kommunalverbände am Ende des Rechnungsjahres 1915 gegen den Stand vom 31. März 1914, d. h. gegen den Stand des letzten Friedensjahres, um 26,85 Mill. M. oder 6,37 v. H. erhöht hat. Die Zunahme betrug 1913/14 2,24 und 1914/15 4,05 v. H. Die Schuldenlast auf den Kopf der Bevölkerung ist von 10,76 M. im Rechnungsjahre 1913 um 2,23 % auf 11,00 M. im folgenden und um 4,36 % auf 11,48 M. im Rechnungsjahre 1915 angewachsen. Von den gesamten Schulden entfielen auf

Rechnungs- jahre	im langfristige Anleihen	Hypotheken- und Grundschulden und Restaufgelde	vorübergehend aufgenommene Darlehen
	Mill. M. v. H.	Mill. M. v. H.	Mill. M. v. H.
1915	405,80 90,53	10,19 2,27	32,25 7,19
1914	396,91 92,13	9,44 2,19	24,46 5,68
1913	394,99 93,73	9,15 2,17	17,25 4,09

Die absolut höchste Schuldensumme wies im Rechnungsjahre 1915 der Provinzialverband von Brandenburg mit 71,24 Mill. M. auf. Dann folgten mit 57,36 und 54,03 Mill. M. die Provinzialverbände von Pommern und Hannover. Weitaus die höchste Kopfbelastung zeigten der Landeskommunalverband der Hohenzollernischen Lande und der Provinzialverband von Pommern mit 36,92 und 33,81 M. Erst in großem Abstände folgten dann mit 18,01 und 16,67 M. der hannoversche und brandenburgische Provinzialverband. Am geringsten war die auf 1 Einwohner entfallende Schuldensumme mit 7,91 und 5,65 M. bei den Provinzialverbänden von Westfalen und der Rheinprovinz.

Schulden der preußischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände nach dem Stande vom 31. März 1916.

Kommunalverbände.	Einwohner- zahl nach der Personen- stands- aufnahme für das Steuerjahr 1915	Langfristige Anleihen		Hypotheken- und Grund- schulden sowie Rest- kaufgelder	Vorüber- gehend auf- genommene Darlehen	Sämtliche Schulden (Sp. 3a, 4 und 5)	
		überhaupt	in Form von Schuldver- schreibungen, die auf den Zinhaber lauten			überhaupt	auf 1 Ein- wohner
		M	M	M	M	M	M
I	2	3a	3b	4	5	6a	6b
Provinzialverband von Ostpreußen	1 914 594	21 230 869	302 700	360 000	—	21 590 869	11,28
„ „ Westpreußen	1 718 399	21 115 063	—	381 329	—	21 496 392	12,51
„ „ Brandenburg	4 273 397	59 795 670	52 627 500	7 414 340	4 027 180	71 237 190	16,67
„ „ Pommern	1 706 620	40 920 000	36 134 000	—	16 436 000	57 356 000	33,61
„ „ Posen	2 083 982	19 811 483	—	184 012	400 000	20 395 495	9,79
„ „ Schlesien	5 244 610	47 956 800	—	588 798	—	48 545 598	9,26
Landarmenverband der Provinz Schlesien ¹⁾	4 718 121	160 700	—	—	—	160 700	0,03
Provinzialverband von Sachsen	3 062 274	28 786 344	1 234 000	—	2 383 602	31 170 006	10,18
„ „ Schleswig-Holstein ²⁾	1 615 280	17 216 951	13 989 600	—	—	17 216 951	10,66
„ „ Hannover	3 000 476	53 955 706	46 632 700	70 000	—	54 025 706	18,01
„ „ Westfalen	4 520 694	35 759 652	926 100	—	—	35 759 652	7,91
Bezirksverband des Regierungsbezirks Cassel	1 035 627	9 016 987	—	64 050	3 122 113	12 203 150	11,78
„ „ Wiesbaden	1 275 886	7 899 104	—	—	4 008 672	11 907 776	9,33
Provinzialverband der Rheinprovinz	7 522 716	39 497 033	—	1 128 439	1 870 498	42 495 970	5,65
Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande	72 609	2 681 057	—	—	—	2 681 057	36,92
Zusammen 1915	39 047 164	405 803 419	151 846 600	10 190 968	32 248 125	448 242 512	11,48
1914 ³⁾	39 163 951	396 913 961	153 413 500	9 437 718	21 459 940	430 811 619	11,00
1913 ³⁾	39 163 951	394 989 248	147 438 000	9 147 004	17 254 758	421 391 010	10,76

¹⁾ mit Einschluß der Stadt Breslau. — ²⁾ bezgl. des Kreises Herzogtum Lauenburg. — ³⁾ Einwohnerzahl für das Steuerjahr 1914.

Die Entwicklung des Schuldenstandes in den einzelnen Kommunalverbänden während des Zeitraumes 1913/1915 läßt die folgende Übersicht erkennen, in der zugleich für jeden Verband der Anteil seiner langfristigen Schulden am Gesamtschuldenstande nachgewiesen ist.

Übersicht erkennen, in der zugleich für jeden Verband der Anteil seiner langfristigen Schulden am Gesamtschuldenstande nachgewiesen ist.

bei	am 31. März 1914				am 31. März 1915				am 31. März 1916			
	die gesamten Schulden		die langfristigen Schulden		die gesamten Schulden		die langfristigen Schulden		die gesamten Schulden		die langfristigen Schulden	
	über-	auf	über-	v. d.	über-	auf	über-	v. d.	über-	auf	über-	v. d.
	haupt	1	haupt	h. d.	haupt	1	haupt	h. d.	haupt	1	haupt	h. d.
	1 000 M	Einw.	1 000 M	h. d.	1 000 M	Einw.	1 000 M	h. d.	1 000 M	Einw.	1 000 M	h. d.
dem Provinzialverband von Ostpreußen	22 952	11,28	22 952	100,00	21 465	10,55	21 465	100,00	21 591	11,28	21 591	100,00
„ „ „ Westpreußen	20 505	11,91	20 505	100,00	20 831	12,10	20 831	100,00	21 496	12,51	21 496	100,00
„ „ „ Brandenburg	50 657	11,83	45 238	89,30	68 172	15,91	63 688	93,42	71 237	16,67	67 210	94,35
„ „ „ Pommern	57 838	33,77	53 542	92,57	52 186	30,47	40 888	78,35	57 356	33,61	40 920	71,34
„ „ „ Posen	19 516	9,20	19 516	100,00	20 856	9,83	20 210	96,90	20 395	9,79	19 995	98,04
„ „ „ Schlesien	45 253	8,58	45 253	100,00	43 837	8,32	43 837	100,00	48 706	9,29	48 706	100,00
„ „ „ Sachsen	29 880	9,69	27 911	93,41	30 273	9,82	28 739	94,98	31 170	10,18	28 786	92,35
„ „ „ Schlesw.-Holstein	18 312	11,34	18 312	100,00	17 975	11,13	17 975	100,00	17 217	10,66	17 217	100,00
„ „ „ Hannover	56 405	18,79	56 405	100,00	55 204	18,39	55 204	100,00	54 026	18,01	54 026	100,00
„ „ „ Westfalen	34 587	7,78	34 587	100,00	35 906	8,02	35 906	100,00	35 760	7,91	35 760	100,00
„ Bezirksverband des Reg.-Bez. . . .	9 633	9,87	9 632	99,99	9 430	9,17	9 121	96,78	12 203	11,78	9 081	74,42
„ „ „ Wiesbaden	8 328	6,85	3 926	47,14	8 220	6,45	3 879	47,19	11 908	9,35	7 899	66,33
„ „ „ Provinzialverband der Rheinprovinz	44 794	6,00	43 626	97,39	43 735	5,86	41 886	95,77	42 496	5,65	40 625	95,60
„ „ „ Landeskommunalverb. d. Hohenzollern. Lande	2 731	37,81	2 731	100,00	2 721	37,68	2 721	100,00	2 681	36,92	2 681	100,00
den Kommunalverbänden zusammen	421 391	10,76	404 136	95,91	430 812	11,00	406 352	94,52	448 243	11,48	415 994	92,81

*) Den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung ist die Einwohnerzahl nach der zum Zwecke der Einkommensteuer-Berandlung vorgenommenen Personenstands-aufnahme für das Steuerjahr 1914 zugrunde gelegt worden. — **) beagl. für das Steuerjahr 1915. — 1) einschl. 188 300 M Schulden des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien. — 2) beagl. 164 600 M. — 3) beagl. 160 700 M.

Aus der Übersicht ergibt sich, daß die Vermehrung der gesamten Provinzialschulden im Zeitraum 1913/1915 hauptsächlich auf die Schuldzunahme in vier Kommunalverbänden zurückzuführen ist. In erster Linie handelt es sich um den Provinzialverband von Brandenburg, dessen Schuldensumme am 31. März 1916 um 20,58 Mill. M und 40,63 v. H. höher war als am Schlusse des Rechnungsjahres 1913, in zweiter Linie um die Kommunalverbände von Wiesbaden, Schlesien und Cassel, deren Schulden im Zeitraum 1913/15 um 3,58, 3,45 und 2,87 Mill. M oder um 42,99, 7,63 und 26,68 v. H. gewachsen sind. Umgekehrt hat sich der Schuldenstand am Ende des Rechnungsjahres 1915 gegen den gleichen Stand von 1913 bei den Kommunalverbänden von Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover, der Rheinprovinz und der Hohenzollernschen Lande vermindert.

Während schwebende Schulden in den drei Berichtsjahren bei den Kommunalverbänden von Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hohenzollern gänzlich fehlen und bei den Provinzialverbänden von Brandenburg, Posen, Sachsen und der Rheinprovinz auch nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen, fallen sie im Rechnungsjahre 1915 beim pommerschen Provinzialverbande und bei den Kommunalverbänden von Cassel und Wiesbaden schon sehr erheblich ins Gewicht. Am 31. März 1914 betrugen die vorübergehend aufgenommenen Darlehen bei den Kommunalverbänden von Pommern und Cassel erst rund 4,30 Mill. und 1 000 M, am 31. März 1916 dagegen 16,44 und 3,12 Mill. M. Beim Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat sich die schwebende Schuld im gleichen Zeitraum zwar von 4,10 auf 4,01 Mill. M verringert; sie machte aber trotzdem noch 33,66 v. H. der Gesamtschulden des Verbandes aus, und bei den beiden erstgenannten Kommunalverbänden betrug der betreffende Anteilssatz auch noch 28,66 und 25,58 v. H.

Von den langfristigen Anleihen nach dem Stande vom 31. März 1916 waren 151,55 Mill. M oder 37,42 v. H. in Form von Inhaberschuldverschreibungen begeben worden. Nur 7 von den 14 Verbänden haben sich dieser Art der Schuldaufnahme bedient. Während sich bei 6 von ihnen der Betrag der am 31. März 1916 noch umlaufenden Schuldverschreibungen gegen den Stand vom 31. März 1914 verringert hat, ist er beim brandenburgischen Provinzialverbande von 33,63 Mill. M um 56,50 % auf 52,63 Mill. M gestiegen.

Die laufenden Netto-Ausgaben des Rechnungsjahres 1911 in 35 Gemeinden Groß-Berlins. — Auf Seite 35* und 38* des laufenden Jahrgangs sind für Berlin und 64 Nachbarorte der Finanzbedarf und die Art seiner Deckung nachgewiesen worden. Ergänzend hierzu bringt die umstehend abgedruckte Tabelle für die Städte und die mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden dieser zu Groß-Berlin gehörigen Orte

die laufenden Netto-Ausgaben für die wichtigsten Verwaltungszweige, d. h. die laufenden Brutto-Ausgaben nach Abzug der aus den betreffenden Verwaltungen selbst herrührenden oder für sie bestimmten laufenden Einnahmen, zur Darstellung. Für die Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern können entsprechende Angaben nicht gemacht werden, weil die Einnahmen dieser kleinen Gemeinden nicht nach Verwaltungszweigen getrennt erhoben worden sind. Neben den Grundzahlen enthält die Tabelle noch darüber Angaben, wieviel Prozent des Prinzipalsolls der direkten Steuern die Netto-Ausgaben für jeden Verwaltungszweig ausmachten oder, mit anderen Worten, wieviel v. H. der staatlich veranlagten direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1911 erforderlich gewesen wären, um die betreffenden Kosten zu decken. In Wirklichkeit war der Prozentsatz dieser Zuschläge geringer, weil die laufenden Kosten der „Zusatzverwaltungen“ z. T. durch Mehreinnahmen der „Überschussverwaltungen“, z. T. auch durch vorhandene oder neu aufgenommene Kapitalien, d. h. durch außerordentliche Mittel, ihre Deckung fanden.

Die Tabelle zeigt nun, daß die laufenden Netto-Ausgaben der 35 in Betracht kommenden Groß-Berliner Gemeinden zusammen rund 146,93 Mill. M ausmachten und durchschnittlich 138 % der staatlich veranlagten direkten Steuern zu ihrer Deckung erforderten. Unter diesem Durchschnittssatze blieben nur 5 von den 35 Gemeinden, nämlich Berlin selber (127) sowie Charlottenburg (81), B.-Wilmerødorf (136), B.-Friedenau (114) und B.-Grunewald (85 %). Ließe man die Reichshauptstadt sowie die Großstädte Charlottenburg, B.-Schöneberg und B.-Wilmerødorf unberücksichtigt, so würden die laufenden Netto-Ausgaben der übrigen 31 Gemeinden Groß-Berlins nur rund 38 Mill. M betragen, diese Summe aber rund 206 % der staatlich veranlagten direkten Steuern ausmachen. Daher erklärt es sich auch, daß die gesamten Netto-Ausgaben in den meisten Groß-Berliner Gemeinden den Durchschnittssatz von 138 % des Prinzipalsollsteuerfolls bei weitem übertrafen. Bei 21 von den in Betracht kommenden 35 Gemeinden betrug der betreffende Satz noch mehr als 200 und bei vier von ihnen noch über 300 %, nämlich in Teltow (309), B.-Britz (493), Adlershof (302) und B.-Weißensee (381 %).

Von den einzelnen Verwaltungsgebieten der Groß-Berliner Gemeinden wies die Schulverwaltung mit 57,75 Mill. M weitaus die höchsten laufenden Nettokosten auf, zu deren Deckung rund 54 % der staatlich veranlagten direkten Steuern dieser Gemeinden erforderlich gewesen wären. Davon entfielen allein auf das Volksschulwesen 41,71 Mill. M. Demnächst erforderten die Allgemeine Verwaltung, die Verkehrsanlagen, das Armenwesen sowie die Kranken- und Wohlfahrtspflege die bedeutendsten Aufwendungen; die laufenden Nettokosten dieser Verwaltungszweige betrugen bei den berücksichtigten 35 Groß-Berliner Gemeinden zusammen, in entsprechender Reihenfolge, 26,16, 24,13, 20,30 und 19,19 Mill. M. Erst in

Städte.	Es betragen die laufenden																	
	für die allgemeine Verwaltung		für Kreis- und Provinzialsteuern		für die Polizeiverwaltung		für das Feuerlöschwesen		für die Schulverwaltung				für Kunst, Wissenschaft und allgemeine Bildungszwecke		für die Armenverwaltung		für Krankenwesen, Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge	
	im ganzen		darunter für Volksschulwesen		für die Schulverwaltung		darunter für Volksschulwesen		für Kunst, Wissenschaft und allgemeine Bildungszwecke		für die Armenverwaltung		für Krankenwesen, Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge		für die Armenverwaltung		für Krankenwesen, Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge	
	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern	1 000 M.	v. d. des Prinzipalsolls der direkten Steuern
I	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	6c	6d	7a	7b	8a	8b	9a	9b
I. Stadtkreis Berlin . .	15 651	23,85	—	—	9 401	14,33	3 150	4,80	32 921	50,18	24 845	37,87	554	0,84	16 279	24,81	12 548	19,13
II. Westen und Südwesten.																		
1. Charlottenburg	+ 1 780	—	1 443	11,79	790	6,46	410	3,35	5 119	41,83	3 534	28,88	111	0,91	1 366	11,17	2 088	17,06
2. Berlin-Schöneberg . . .	1 838	36,03	619	12,14	377	7,41	298	5,85	2 866	56,25	1 653	32,45	50	0,98	483	9,48	1 152	22,61
3. Berlin-Wilmersdorf . . .	1 476	31,31	516	10,95	266	5,64	165	3,49	1 951	41,39	979	20,78	16	0,34	166	3,51	350	7,42
4. *Berlin-Steglitz	711	47,59	458	30,68	130	8,68	47	3,16	1 292	86,45	667	44,61	3	0,20	123	8,24	192	12,83
5. *Berlin-Lichterfelde . . .	365	32,08	380	33,40	120	10,53	13	1,11	703	61,81	347	30,52	2	0,19	80	7,01	19	1,68
6. *Berlin-Friedenau	240	21,81	249	22,61	151	13,71	16	1,42	431	39,13	237	21,57	2	0,14	80	7,30	3	0,24
7. *Zehlendorf	238	36,13	229	34,79	79	12,02	13	1,92	356	54,05	156	23,70	0,3	0,05	30	4,59	329	49,95
8. Berlin-Lankwitz	244	108,80	91	40,45	22	9,65	4	1,82	220	98,23	117	52,32	0,01	0,002	16	7,00	+	—
9. *Berlin-Schmargendorf . .	92	39,80	83	36,17	24	10,45	5	2,28	129	55,72	63	27,22	0,3	0,13	10	4,54	117	50,92
10. *Berlin-Grünwald	90	8,15	282	25,58	43	3,94	14	1,23	267	24,19	62	5,62	0,9	0,08	5	0,43	57	5,13
11. Teltow	29	49,96	28	48,37	8	14,59	2	2,83	40	69,35	40	68,51	0,2	0,39	11	18,10	31	53,27
III. Süden und Südosten.																		
1. Neukölln	1 408	43,62	364	11,27	434	13,46	120	3,73	2 780	86,12	2 278	70,59	12	0,37	494	15,31	847	26,25
2. Köpenick	130	31,74	122	29,91	72	17,69	7	1,78	524	128,24	372	91,13	0,6	0,14	63	15,44	61	14,90
3. *Berlin-Treptow	215	34,33	201	32,14	98	15,65	15	2,41	387	61,83	325	51,88	0,6	0,09	25	4,05	11	1,73
4. *Berlin-Tempelhof	146	28,50	165	32,27	9	1,76	7	1,28	280	54,79	185	36,22	—	—	31	6,11	+	36
5. *Berlin-Oberschöneweide . .	128	25,04	116	22,81	58	11,35	8	1,61	471	92,39	388	76,00	0,3	0,05	43	8,52	+	—
6. *Berlin-Mariendorf	98	25,67	137	36,02	62	16,25	4	1,16	280	73,42	175	45,81	0,9	0,23	31	8,16	25	6,45
7. *Friedrichshagen	128	58,47	51	23,19	8	3,62	3	1,25	200	91,27	155	70,79	2	0,81	40	18,04	5	2,36
8. *Berlin-Brick	174	122,62	57	40,54	33	23,00	3	2,41	136	96,25	136	96,25	0,4	0,31	17	11,88	59	41,86
9. *Adlershof	73	57,12	47	36,96	16	12,74	6	4,72	180	140,16	160	124,54	0,1	0,05	21	16,25	9	7,16
10. *Berlin-Niederschöneweide	65	34,63	69	36,67	22	11,71	9	4,70	75	39,90	75	39,90	0,1	0,03	7	3,59	0,3	0,16
IV. Osten und Nordosten.																		
1. Berlin-Lichtenberg	1 048	92,51	127	11,20	162	14,29	34	3,04	1 184	104,52	987	87,13	4	0,37	201	17,73	47	4,15
2. *Berlin-Rummelsburg . . .	379	56,12	147	21,77	103	15,23	28	4,19	864	127,92	666	98,64	3	0,50	46	6,75	82	12,09
3. *Berlin-Weißensee	441	83,10	123	23,19	48	9,06	5	0,93	645	121,57	519	97,83	2	0,28	114	21,39	455	85,79
4. *Berlin-Friedrichsfelde . .	158	43,99	74	20,54	48	13,50	5	1,33	212	59,10	206	57,61	0,3	0,08	38	10,73	52	14,37
5. *Berlin-Hohenschönhausen	60	54,26	22	19,89	17	15,32	3	2,50	51	45,97	51	45,97	0,1	0,10	8	7,31	24	21,87
V. Norden und Nordwesten.																		
1. Spandau	398	38,40	139	13,39	218	21,02	20	1,97	937	90,38	583	56,26	—	—	195	18,79	259	24,97
2. *Berlin-Pankow	666	80,01	165	19,87	67	8,07	8	1,00	855	102,66	598	71,80	3	0,32	104	12,52	79	9,51
3. *Berlin-Reinickendorf . . .	439	81,78	114	21,26	48	8,86	4	0,80	522	97,25	449	83,62	1	0,21	87	16,14	134	25,04
4. *Berlin-Tegel	415	97,98	97	22,91	78	18,50	2	0,40	394	93,08	281	66,20	0,9	0,21	28	6,71	122	28,68
5. *Berlin-Niederschönhausen	110	45,05	54	22,08	36	14,77	4	1,47	215	88,15	174	71,40	0,4	0,15	23	9,29	+	11
6. *Berlin-Wittenau	191	114,50	38	22,92	21	12,73	5	2,84	106	63,54	106	63,54	0,2	0,13	19	11,10	35	20,86
7. *Berlin-Rosenthal	49	44,87	24	21,58	12	11,27	0,8	0,72	85	77,99	85	77,99	—	—	9	8,68	32	29,64
8. *Hermisdorf b. Berlin . . .	45	41,60	22	20,90	12	11,39	0,9	0,85	74	68,76	49	45,51	0,1	0,10	8	7,72	22	20,24
Die Gemeinden zusammen (I—V)	26 156	24,40	6 855	6,39	13 095	12,22	4 439	4,14	57 752	53,87	41 705	38,90	771	0,72	20 301	18,94	19 188	18,06

Allgemeine Bemerkung: Die mit einem + versehenen nautischen Einträge geben an, um wieviel Tausend Mark die laufenden Einnahmen größer als die laufenden großem Abstände folgten dann mit 13,10 Millionen die Polizeiverwaltung, mit 6,86 Mill. die Kreis- und Provinzialabgaben und mit 4,44 Mill. M. das Feuerlöschwesen. Bei den übrigen Verwaltungszweigen betrugen die entsprechenden Gesamtaufwendungen noch nicht 1 Mill. M., und bei den gewerblichen Betrieben sowie beim Verwaltungszweige „Handel und Gewerbe“ überstiegen die laufenden Einnahmen die Kosten, so daß Überschüsse erzielt wurden, die bei ersterem Verwaltungszweige fast 25 Millionen, bei letzterem auch noch rund 922 000 M. betrugen.

Wie sich der Gesamtbedarf der Groß-Berliner Gemeinden in den einzelnen Städten und Landgemeinden auf die Verwaltungszweige verteilte, erhellt aus der Tabelle. Ebenso weist sie für die einzelnen Gemeinden die Prozentanteile jedes Verwaltungszweiges vom Prinzipalsoll der direkten Steuern nach. Wie hoch sich die Belastung durch die wichtigsten, Zuschüsse erfordernden Verwaltungszweige in den Gemeinden Groß-Berlins gestaltete, läßt die folgende Übersicht erkennen, in der die Gemeinden nach der Höhe des

Prozentfuges, den ihre laufenden Nettokosten der „Zuschußverwaltungen“ vom Prinzipalsoll ausmachten, auf 6 Prozentgruppen verteilt sind.

	nicht mehr als 10 %	über 10 bis 25 %	über 25 bis 50 %	über 50 bis 75 %	über 75 bis 100 %	über 100 %
Allgemeine Verwaltung	2	2	19	4	5	3
Kreis- u. Provinzialsteuern	1	20	14	—	—	—
Polizeiverwaltung	11	24	—	—	—	—
Schulverwaltung	—	1	5	12	11	6
darunter: Volksschulen	1	3	11	11	8	1
Armenverwaltung	20	15	—	—	—	—
Krankenwesen u. Wohlfahrtspflege	15	11	6	2	1	—
Verkehrsanlagen	—	6	25	3	—	1
darunter: Straßen- usw. Verwaltung	—	7	26	1	—	1

Da sieht man, daß die laufenden Nettokosten der Schulverwaltung in 17 Gemeinden, also fast bei der Hälfte, noch mehr

Nettoausgaben

für Kultus- zwecke, Friedhöfe- und Begräbnis- verwaltung		für Verkehrsanlagen				für gewerbliche Unternehmungen								für Handel und Gewerbe		für sonstige Zwecke		über- haupt		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte I					
		im ganzen		darunter für		im ganzen		Gaswerke und -anlagen		Elektrizitäts- werke und -anlagen		Wasserwerke und -leitungen		Schlachts- und Viehhöfe											
				öffentliche Straßen, Plätze u. s. w.	Straßen- und sonstige Kleinbahnen																				
1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1 000 M	v. H. des Prinzipalfolls der direkten Steuern	1			
10a	10b	11a	11b	11c	11d	11e	11f	12a	12b	12c	12d	12e	12f	12g	12h	12i	12k	13a	13b	14a	14b	15a	15b	1	
+ 56	—	8 569	13,06	8 518	12,98	+727	—	15 315	—	11 000	—	—	—	2 657	—	1 574	—	+491	—	94	0,14	83 302	126,97	I.	
—	—	5 710	46,66	4 350	35,55	1 204	9,84	+5 384	—	+2 810	—	+	2 318	—	+222	—	—	62	0,51	36	0,29	9 970	81,48	II.	
+ 12	—	1 382	27,13	910	17,85	472	9,27	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 81	—	—	—	8 968	176,02	1.	
+ 23	—	1 554	32,97	890	18,88	193	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 12	—	—	—	6 423	136,27	2.	
+ 31	—	570	38,17	562	37,58	9	0,60	+ 250	—	—	—	—	—	+246	—	—	—	+ 27	—	1	0,10	3 221	215,82	3.	
24	2,07	357	31,38	348	30,59	8	0,67	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 0,9	—	2	0,22	2 062	181,28	4.	
12	1,06	194	17,67	194	17,67	—	—	+ 99	—	—	—	—	—	+127	—	—	—	+ 25	—	—	—	1 253	113,80	5.	
3	0,43	363	55,07	317	48,15	46	6,92	+ 95	—	—	—	—	—	+ 95	—	—	—	+ 0,2	—	1	0,16	1 546	234,62	6.	
3	1,39	69	30,93	69	30,93	—	—	0,1	0,6	—	—	—	—	—	—	—	—	0,4	0,18	0,01	0,002	667	297,23	7.	
8	3,36	68	29,61	68	29,61	—	—	0,3	0,13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	538	233,12	8.	
+ 2	—	178	16,15	178	16,15	—	—	+ 0,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,4	0,04	935	84,69	9.	
0,1	0,12	30	52,19	29	49,61	0,5	0,86	+ 0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,3	0,55	—	—	179	309,28	10.	
+	3	—	1 327	41,11	1 049	32,49	152	4,70	+1 152	—	+ 998	—	+150	—	—	—	—	+187	—	0,2	0,01	6 444	199,66	III.	
2	0,48	177	43,29	203	49,70	+ 19	—	+ 304	—	+ 217	—	+ 84	—	+ 3	—	—	—	+ 7	—	0,4	0,10	847	207,52	1.	
2	0,30	124	19,87	129	20,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 0,4	—	2	0,39	1 080	172,72	2.	
9	1,71	138	26,91	138	26,91	—	—	+ 0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	747	146,23	3.	
20	3,90	232	45,51	232	45,51	—	—	+ 14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 9	—	—	—	1 048	205,50	4.	
—	—	242	63,54	240	62,84	3	0,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 3	—	+0,01	—	878	230,23	5.	
0,2	0,07	71	32,39	68	31,05	6	2,52	+ 70	—	+ 42	—	—	—	+ 23	—	—	—	+ 2	—	—	—	437	198,87	6.	
+ 2	—	204	144,02	200	140,85	—	—	17	12,16	18	12,79	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	0,04	699	493,18	7.	
0,2	0,19	42	32,49	42	32,49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	+ 7	—	—	—	388	302,15	8.	
9	4,75	35	18,91	35	18,91	—	—	+ 21	—	+ 21	—	—	—	—	—	—	—	0,8	0,43	0,9	0,46	271	144,73	9.	
+	19	1,70	492	43,42	492	43,42	—	—	+1 495	—	+ 713	—	+331	—	+449	—	—	+ 4	—	—	—	1 818	160,57	IV.	
+ 8	—	232	34,28	232	34,28	—	—	+ 256	—	—	—	—	—	+230	—	—	—	+ 65	—	—	—	1 555	230,18	1.	
5	0,97	160	30,16	149	28,03	11	2,12	59	11,11	—	—	—	68	12,73	+ 22	—	—	+ 35	—	0,4	0,07	2 022	381,04	2.	
—	—	161	44,85	158	43,98	3	0,87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	747	208,50	3.	
0,2	0,21	45	40,41	42	38,05	3	2,36	13	11,54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242	219,07	4.	
+	9	—	514	49,60	463	44,68	20	1,91	+ 296	—	+ 154	—	+ 43	—	+ 91	—	—	+ 13	—	+ 0,8	—	2 362	227,76	5.	
+ 2	—	363	43,60	363	43,60	—	—	10	1,19	—	—	—	6	0,70	4	0,49	—	+ 16	—	—	—	2 303	276,53	1.	
+ 3	—	110	20,43	140	26,18	+ 31	—	+ 103	—	—	—	—	—	—	+103	—	—	0,5	0,09	0,08	0,004	1 352	252,05	2.	
2	0,48	163	38,45	146	34,38	3	0,83	+ 50	—	—	—	—	+ 6	—	+ 44	—	—	0,5	0,11	—	—	1 254	295,78	3.	
+ 2	—	102	48,86	90	44,12	12	4,74	+ 17	—	—	—	—	—	—	+ 18	—	—	+ 2	—	—	—	528	216,36	4.	
6	3,64	62	36,95	62	36,95	—	—	+ 39	—	+ 13	—	—	—	—	+ 36	—	—	0,2	0,11	—	—	444	265,82	5.	
—	—	42	38,68	35	31,83	7	6,85	+ 14	—	—	—	—	—	—	+ 14	—	—	—	—	—	—	240	220,22	6.	
6	5,97	32	30,33	32	30,33	—	—	+ 68	—	+ 42	—	—	—	—	+ 31	—	—	0,1	0,12	0,2	0,17	155	144,78	7.	
+	24	—	24 132	22,71	21 190	19,94	1 375	1,28	24 952	—	15 992	—	3328	—	3 940	—	1581	—	922	—	139	0,13	146 927	138,26	8.
																								(I. V.)	

Ausgaben waren.

als 75 % der staatlich veranlagten direkten Steuern dieser Gemeinden und bei folgenden 6 noch über 100 % ausmachten: Adlershof (140), Cöpenick (128), B.-Rummelsburg (128), B.-Weißensee (122), B.-Lichtenberg (105) und B.-Pankow (103 %). Bei den drei letztgenannten Gemeinden betrugen auch die Nettokosten der Allgemeinen Verwaltung noch über 75 % ihres Prinzipalfolls der direkten Steuern, und zwar in B.-Pankow 80, in B.-Weißensee 83 und in B.-Lichtenberg 93 %. Entsprechend hohe Anteilsätze zeigten die laufenden Nettokosten dieses Verwaltungszweiges auch noch bei folgenden 5 Gemeinden: B.-Reinickendorf (82), B.-Tegel (98), B.-Lankwitz (109), B.-Wittenau (115) und B.-Britz (123 %). In B.-Britz machten auch die laufenden Netto-Ausgaben der Straßenverwaltung noch 141 %, desgleichen in B.-Weißensee die für Kranken- und Wohlfahrtspflege 86 % des Prinzipalfteuerfolls aus. Sonst kamen bei den übrigen Verwaltungszweigen entsprechende Sätze von mehr als 75 % nicht vor.

Die Steuerkraft und steuerliche Belastung der Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Rechnungsjahre 1915. — In der umstehend abgedruckten Tabelle sind das den Provinzial-, Bezirks- und Landeskommunalabgaben für das Rechnungsjahr 1915 zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern, die von ihm erhobenen Prozentsätze und die Sollbeträge der Provinzial- usw. Steuern für das Rechnungsjahr 1915 nachgewiesen. Danach machte das Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1915 für sämtliche Provinzial- usw. Verbände 494,10 Mill. M. aus. Von dieser Summe entfielen 315,98 Mill. M. oder 63,95 v. H. auf das Soll der Einkommensteuer und 178,12 Mill. M. oder 36,05 v. H. auf das Soll der Realsteuern. Bei den einzelnen Kommunalverbänden waren die Anteile des Prinzipalsolls der Einkommensteuer und der Realsteuern am gesamten Prinzipalsoll verschieden hoch. Während auf das Einkommensteuersoll bei den Verbänden von Wiesbaden, der Rheinprovinz, von Brandenburg und Westfalen 69,98, 67,55, 67,48 und 66,55 v. H. entfielen, machte

der entsprechende Prozentsatz bei den Provinzialverbänden von Posen, Pommern, Schleswig-Holstein, Westpreußen und Ostpreußen weniger als 60, nämlich, in entsprechender Reihenfolge, nur 57,42, 56,73, 56,30, 54,71, 50,33 v. H. aus. Leider sind einige Provinzialverbände nicht in der Lage, den auf die Einkommen von nicht mehr als 900 M entfallenden Anteil des gesamten Einkommensteuersolls von dem auf die höheren Einkommen entfallenden Beträge getrennt anzugeben. Erst wenn dieser von der Statistischen Zentralstelle wiederholt geäußerte Wunsch Berücksichtigung fände, könnte die Steuerkraft der einzelnen Kommunalverbände einwandfrei verglichen werden. Für die vorliegenden Zahlen ist das nur bedingt möglich, weil bei den Provinzialverbänden von Westpreußen, Brandenburg, Posen und Sachsen sowie bei den Kommunalverbänden von Cassel, Wiesbaden und Hohenzollern die Einkommen von 421 M ab und beim Provinzialverbande von Pommern die Einkommen von 300 M ab im Prinzipalsoll der Einkommensteuer enthalten sind, während bei den übrigen Verbänden nur das Steuersoll der Einkommen von 900 M ab berücksichtigt worden ist, da die kleineren Einkommen nicht zur Provinzialsteuer herangezogen wurden.

Auf den Provinzialverband der Rheinprovinz, der die bei weitem größte Einwohnerzahl von sämtlichen Kommunalverbänden aufzuweisen hatte, entfiel auch das höchste Prinzipalsoll an direkten Steuern im Betrage von 114,71 Mill. M; während sein Bevölkerungsanteil aber nur 19,27 v. H. der Gesamtbevölkerung aller Provinzial- usw. Verbände ausmachte, betrug sein Anteil am gesamten Prinzipalsoll der direkten Steuern 23,22 v. H. Der nach seiner Bevölkerungszahl an zweiter Stelle stehende Provinzialverband von Schlesien (13,43 v. H.) blieb mit seinem Prinzipalsoll an direkten Steuern (51,50 Mill. M und 10,42 v. H.) noch ein wenig hinter dem Provinzialverbande von Westfalen (51,52 Mill. M und 10,43 v. H.) und ganz erheblich hinter dem Provinzialverbande von Brandenburg (78,54 Mill. M und 15,90 v. H.) zurück. Umgekehrt war der Anteil des Prinzipalsteuersolls des Kommunalverbandes von Wiesbaden am Prinzipalsteuersoll der gesamten Kommunalverbände mit 6,22 % fast doppelt so hoch wie sein entsprechender Bevölkerungsanteil (3,27 %). Sonst zeigten nur die Provinzialverbände von Ostpreußen, Westpreußen und Posen noch erheblichere Unterschiede zwischen ihren Bevölkerungs- und ihren Anteilen am gesamten Prinzipalsoll der direkten Steuern; während erstere 4,90, 4,40 und 5,34 v. H. betrugen, machten letztere bloß 2,63, 2,32 und 2,86 v. H. aus.

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf den Kopf der Bevölkerung gibt einen geeigneten Maßstab für die Steuerkraft der einzelnen Kommunalverbände ab. Bezeichnet man den Kopfbetrag des Prinzipalsteuersolls in Höhe von 1 M mit 1 Steuerstärke (SS), so betrug die durchschnittliche steuerliche Leistungsfähigkeit in den Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden zusammen 12,65 SS. Nur 5 Verbände übertrafen diesen Durchschnittssatz noch, am meisten der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden mit 24,07 SS, ferner die Provinzialverbände von Brandenburg (18,38), der Rheinprovinz (15,26), von Schleswig-Holstein (13,79) und von Sachsen (13,32 SS). Auch der Provinzialverband von Hannover kann mit seiner durchschnittlichen Steuerkraft von 12,18 SS noch zu den steuerkräftigen Verbänden gerechnet werden. Diesen Kommunalverbänden

stehen als wenig leistungsfähig die Provinzialverbände von Posen (6,79), Ostpreußen (6,79) und Westpreußen (6,66 SS) gegenüber, während die übrigen Verbände über eine mittlere Steuerkraft verfügen.

Die drei als steuer schwach bezeichneten Provinzialverbände von Ostpreußen, Westpreußen und Posen sowie der eine mittlere Steuerkraft aufweisende Provinzialverband von Pommern erhoben im Rechnungsjahre 1915 die höchsten Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern, nämlich 23,04, 24,8, 22,2 und 24 %; beim Verbands von Schleswig-Holstein betrug der entsprechende Zuschlag auch schon 20,5 %. Bei weitem am geringsten war er mit 7,5 % beim Bezirksverbande des Regierungsbezirks Wiesbaden, demnächst mit 10 % beim Kommunalverband des Regierungsbezirks Cassel. Um so auffallender ist es daher, daß diese beiden Verbände auch die kleinen Einkommen von 421 M ab zur Bezirksteuer heranziehen, während viel steuer schwächere Verbände hierauf verzichten. Ohne den Anteil zu kennen, den das Aufkommen dieser kleinen Einkommen vom Gesamtbedarfe ausmacht, läßt sich jedoch kein Urteil darüber fällen, ob diese Maßregel der Bezirksverbände erforderlich gewesen ist oder nicht. Verhältnismäßig gering ist auch der Zuschlag des Provinzialverbandes von Schlesien (8,74 v. H. der staatlich veranlagten Beträge); dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in Schlesien die Landarmenkosten durch einen besonderen Landarmenverband, der sämtliche Kreise mit Ausnahme des Stadtkreises Breslau umfaßt, aufgebracht werden. Dieser Landarmenverband erhob für eigene Zwecke 7,64 v. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern, so daß der Provinzialverband von Schlesien mit seiner Gesamtbelastung bereits an sechster Stelle steht.

Die gesamten Provinzialsteuern, einschließlich der vom Schlesischen Landarmenverbande aufgetragenen Steuern, betrugen im Berichtsjahre 74,55 Mill. M und 1,91 M auf den Kopf der Bevölkerung. An diesem Betrage waren der Provinzialverband der Rheinprovinz mit 21,51 v. H. und der von Brandenburg mit 14,75 v. H. beteiligt, desgleichen der von Schlesien (einschließlich des Landarmenverbandes) mit 10,13 v. H., während der entsprechende Anteil der übrigen Verbände noch nicht $\frac{1}{10}$ ausmachte. Die höchste Belastung auf 1 Einwohner zeigte mit 2,82 M der Provinzialverband von Schleswig-Holstein; dann folgten mit 2,87, 2,31 und 2,13 M die Provinzialverbände von Brandenburg, Pommern und der Rheinprovinz; am geringsten waren die Kopfbeträge an Kommunalsteuern mit 1,09 und 1,15 M beim Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande sowie beim Bezirksverbande des Regierungsbezirks Cassel. Zur Vergleichung der steuerlichen Belastung in den einzelnen Kommunalverbänden eignen sich diese Kopfbeträge weniger als die sich durch Division des Prinzipalsteuersolls in den Sollbetrag der Provinzial- usw. Steuern ergebende Belastungsziffer, die das Verhältnis der Provinzialsteuern zu den staatlich veranlagten direkten Steuern ausdrückt. Führt man die Division statt mit den Grundzahlen mit den Kopfbeträgen des Prinzipalsteuersolls und des Provinzialsteuersolls aus, so erhält man das gleiche Ergebnis, die Belastungsziffer. Zwecks Vergleichung von Steuerkraft und Belastung der einzelnen Provinzial- usw. Verbände empfiehlt es sich, diese Kopfbeträge, also den Dividendus und Divisor, neben die Belastungsziffer, den Quotienten aus beiden, zu setzen. In der folgenden Übersicht ist dies für die in Betracht kommenden Zahlen der Rechnungsjahre 1914 und 1915 durchgeführt.

Es betrug bei	im Rechnungsjahre 1914			im Rechnungsjahre 1915		
	das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf 1 Einwohner M	das Soll der Provinzialsteuern auf 1 Einwohner M	die Belastungsziffer des im Rechnungsjahre 1914 erhobenen Provinzialsteuersolls	das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf 1 Einwohner M	das Soll der Provinzialsteuern auf 1 Einwohner M	die Belastungsziffer des im Rechnungsjahre 1915 erhobenen Provinzialsteuersolls
dem Provinzialverbände von Ostpreußen	6,29	1,44	0,23	6,79	1,57	0,23
" " " Westpreußen	6,47	1,63	0,25	6,66	1,65	0,25
" " " Brandenburg	17,48	2,45	0,14	18,38	2,57	0,14
" " " Pommern	9,25	1,94	0,21	9,61	2,31	0,24
" " " Posen	6,38	1,42	0,22	6,79	1,51	0,22
" " " Schlesien	9,23	0,38	0,09	9,32	0,36	0,09
" Landarmenverbände der Provinz Schlesien		0,57		8,46	0,65	0,08
" Provinzialverbände von Sachsen	12,72	1,91	0,15	13,32	2,00	0,15
" " " Schleswig-Holstein	13,13	2,69	0,20	13,79	2,82	0,20
" " " Hannover	11,46	1,83	0,16	12,18	1,95	0,16
" " " Westfalen	10,49	1,42	0,14	11,40	1,54	0,14
" Bezirksverbände des Reg.-Bez. Cassel	10,73	1,07	0,10	11,52	1,15	0,10
" " " Wiesbaden	23,27	1,75	0,08	24,07	1,81	0,08
" Provinzialverbände der Rheinprovinz	14,51	2,03	0,14	15,26	2,13	0,14
" Landeskommunalverbände der Hohenzollernschen Lande	7,59	1,33	0,20	7,94	1,09	0,14
den Kommunalverbänden zusammen	11,96	1,80	0,15	12,65	1,91	0,15

Kommunalverbände.	Einwohnerzahl nach der Personenstandsaufnahme für das Rechnungsjahr 1915 ¹⁾	Prinzipalteil der direkten Steuern, wie es für die Verteilung der Provinzial- usw. Steuern gemäß § 25 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906 nach dem Stande vom 1. Januar 1915 ermittelt worden ist, nämlich der					Von den den Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) zugrunde gelegten staatlich veranlagten direkten Steuern wurden im Rechnungsjahre 1915 erhoben	Die Heranziehung der Einkommen von nicht mehr als 900 M. zu den Provinzialsteuern begann im Rechnungsjahre 1915 bei einem Betrage von	Solibetrag der Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) für das Rechnungsjahr 1915		Die Belastungsziffer des im Rechnungsjahre 1915 erhobenen Provinzialsteuersolls	
		Einkommensteuer	Realsteuern	direkten Steuern zusammen (Sp. 3 u. 4)		überhaupt			auf 1 Einw. M.			
				M	M					M		auf 1 Einw. M.
1	2	3	4	5a	5b	6	7	8a	8b	9		
Provinzialverband von Ostpreußen ³⁾	1 914 594	6 625 393	6 383 857	13 009 250	6,79	23,041	—	2 997 400	1,57	0,23		
„ „ Westpreußen	1 718 399	6 263 368	5 185 171	11 448 539	6,66	24,8	421	2 835 010	1,65	0,25		
„ „ Brandenburg	4 273 397	53 000 745	25 542 136	78 542 881	18,38	14	421	10 996 004	2,57	0,14		
„ „ Pommern	1 706 620	9 299 405	7 093 655	16 393 060	9,61	24	300	3 934 335	2,31	0,24		
„ „ Posen	2 083 982	8 118 948	6 021 316	14 140 264	6,79	22,2	421	3 139 138	1,51	0,22		
„ „ Schlesien	5 244 610	31 883 865	19 613 972	51 497 837	9,82	8,74	—	4 500 911	0,86	0,09		
Landarmenverband der Provinz Schlesien ⁴⁾	4 718 121	24 154 596	15 755 036	39 909 632	8,46	7,64	—	3 049 096	0,65	0,08		
Provinzialverband von Sachsen	3 062 274	25 001 018	15 784 679	40 785 697	13,32	15	421	6 117 854	2,00	0,15		
„ „ Schlesw.-Holstein ⁵⁾	1 615 280	12 539 754	9 734 666	22 274 420	13,79	20,5	—	4 561 238	2,82	0,20		
„ „ Hannover	3 000 476	22 149 979	14 407 836	36 557 815	12,18	16	—	5 849 251	1,95	0,16		
„ „ Westfalen	4 520 694	34 284 298	17 235 726	51 520 024	11,40	13,5	—	6 955 203	1,54	0,14		
Bezirksverband des Reg.-Bez. Cassel	1 035 627	7 489 686	4 444 438	11 934 124	11,52	10	421	1 193 413	1,15	0,10		
„ „ Wiesbaden	1 275 886	21 484 159	9 224 239	30 708 398	24,07	7,5	421	2 303 129	1,81	0,08		
Provinzialverband der Rheinprovinz	7 522 716	77 488 052	37 223 929	114 711 981	15,25	14	—	16 037 733	2,13	0,14		
Landeskommunalverband d. Hohenzoll. Lande	72 609	354 603	222 171	576 774	7,94	13,68	421	78 900	1,09	0,14		
Zusammen . . .	⁶⁾ 39047164	⁶⁾ 315 983 273	⁶⁾ 178 117 791	⁶⁾ 494 101 064	12,65	.	.	74 548 615	1,91	0,15		

1) Die Einwohnerzahl ist nach der zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung vorgenommenen Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1915 festgestellt. — 2) Es sind die allgemeinen Prozentsätze angegeben, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger ausbleibender oder Minderbelastungen einzelner Kreise. — 3) In der Provinz Ostpreußen besteht ein die ganze Provinz umfassender Landarmenverband, und außerdem bildet hinsichtlich gewisser Zwecke jeder Stadt- und Landkreis einen besonderen Landarmenverband. Ein Teil der in den anderen Provinzen von den Provinzial- (Bezirks- u. a.) Verbänden aufzubringenden Armentlast wird demnach in der Provinz Ostpreußen von den Kreisen getragen. Bei Übernahme dieser Aufwendungen durch den Provinzialverband würde sich der Prozentsatz der Provinzialsteuer für 1915 um rund 7 erhöhen. — 4) mit Ausschluß der Stadt Breslau. — 5) ausschließlich des Kreises Herzogtum Lauenburg. — 6) Die den Landarmenverband von Schlesien betreffende Zahl ist bei der Summierung außer Betracht gelassen worden, da sie in der Angabe für den Provinzialverband von Schlesien mitenthalten ist.

Da sieht man, daß trotz der Einwirkung der Kriegsverhältnisse die Steuerkraft in sämtlichen Provinzialverbänden etwas gestiegen ist, desgleichen, mit alleiniger Ausnahme des Hohenzollernschen Kommunalverbandes, auch die steuerliche Belastung auf den Kopf der Bevölkerung; letzteres ist nur z. T. auf ein höheres Steueraufkommen, z. T. auch auf die Abnahme der Bevölkerungszahl zurückzuführen. Die Belastungsziffer hat sich dagegen 1915 gegen das Vorjahr bei den meisten Verbänden nicht verändert, nur beim Provinzialverbande von Pommern ist sie von 0,21 auf 0,24 gestiegen, und beim Hohenzollernschen Landeskommunalverbande ist sie, dank der entsprechenden Verringerung des Zuschlages zu den staatlich veranlagten direkten Steuern, von 0,20 auf 0,14 gesunken.

Die Finanzen des preussischen Staates 1899–1917. — Seit 1899 werden im königlichen Statistischen Landesamt alljährlich auf Grund des neuesten preussischen Staatshaushalts-Voranschlags und der jüngsten, von der königlichen Ober-Rechnungskammer geprüften Staatshaushalts-Rechnung Übersichten über Staatsbedarf, Staatseinnahmen, wichtigere Bestandteile des Staatsvermögens und Staatsschulden aufgestellt, die, für eine längere Reihe von Jahren betrachtet, ein lehrreiches Bild der Finanzgebarung im preussischen Staate bieten. Bei der Bearbeitung werden die Einnahmen und Ausgaben nicht der Staatseinteilung entsprechend nach Ressorts, sondern nach ihrer inneren finanzwirtschaftlichen Zusammengehörigkeit, also lediglich nach sachlichen Unterscheidungsmerkmalen, gegliedert und dabei nach dem Prinzip des Bruttobudgets behandelt, so daß unter die Einnahmen auch die Verwaltungseinnahmen an Gebühren, Ersatzeleistungen, Verpflegungsgeldern usw., unter die Ausgaben auch die Betriebsausgaben, z. B. für Materialanschaffung und Arbeitslöhne, fallen. Nur bei den Erwerbssteuern wird neben der Roh- auch die Reineinnahme besonders ersichtlich gemacht.

Die nachstehende Übersicht gewährt einen Gesamtüberblick über die Einnahmen und Ausgaben des preussischen Staates nach den vorliegenden Staatshaushaltsplänen und -rechnungen.

Es betrug in Millionen M

für	die Gesamtsumme der			
	Staatseinnahmen ¹⁾		Staatsausgaben ²⁾	
	nach dem Staatshaushaltsplan	nach der Staatshaushaltsrechnung	nach dem Staatshaushaltsplan	nach der Staatshaushaltsrechnung
1899/1903 ¹⁾	2 525,20	2 943,20	2 525,20	2 744,49
1904/1908 ¹⁾	2 957,83	3 700,66	2 957,83	3 447,54
1909/1913 ¹⁾	3 819,52	4 854,20	3 819,52	4 753,56
1914	4 477,89	5 504,61	4 477,89	5 337,15
1915	4 395,96	8 245,52	4 395,96	8 119,69
1916	4 352,04	.	4 352,04	.
1917	4 762,72	.	4 762,72	.

Hiernach weichen nur im Jahresdurchschnitt 1909/1913 die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben, und zwar um 400 000 M, voneinander ab, weil der gemäß Gesetz vom 17. Juni 1910 an den Kronsfideikommissfonds gezahlten Rente von 2 Millionen M für 1910 keine entsprechende planmäßige Einnahme gegenüberstand, sie vielmehr in der Rechnung für dieses Jahr als Mehrausgabe über den Etat nachgewiesen worden ist. Im übrigen waren die rechnungsmäßigen Einnahmen stets um über 100 Millionen M höher als die rechnungsmäßigen Ausgaben.

1) im Jahresdurchschnitt.

2) Die hier aufgeführten Gesamt-Einnahmesummen stimmen mit denen der betreffenden Staatshaushaltspläne und -rechnungen nicht überein; vielmehr waren gemäß der Bearbeitung nach dem Prinzip des Bruttobudgets den Einnahmen hinzuzurechnen die an den Kronsfideikommissfonds abzuführende, von den plan- und rechnungsmäßigen Einnahmen der Domänen und Forsten vorweg abgerechnete Rente von 7,72 Millionen M, ferner die in Etat und Rechnung nicht erscheinenden Verwaltungskosten der Seehandlung, sobald seit 1913 die Einnahmen des Anleihenfonds, soweit sie zur Beilegung der Verwaltungsausgaben der Anleihenkommission dienten, endlich seit 1917 die im Etat auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1916 vorweg abgezogenen 100 Millionen M zur Deckung der Fehlbeträge früherer Jahre aus dem Gesamtaufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, andererseits davon abzuziehen die Rohgewinne der mit den preussischen gemeinschaftlich verwalteten baltischen und bessischen Eisenbahnen und die im Etat in Einnahme gestellten Anteile (seit 1909) der Eisenbahnverwaltung sowie (seit 1913) der Bergwerke, Hütten- und Salinenverwaltung an der Vergrünung und Tilgung der Staatsschulden.

3) Die hier aufgeführten Gesamt-Ausgabesummen stimmen mit denen der betreffenden Staatshaushaltspläne und -rechnungen nicht überein; vielmehr waren den Ausgaben hinzuzurechnen die an den Kronsfideikommissfonds abzuführende Rente von 7,72 Millionen M, die Verwaltungskosten der Seehandlung und der Anleihenkommission, andererseits davon abzuziehen die Betriebsausgaben und der Reingewinn der mit den preussischen gemeinschaftlich verwalteten baltischen Eisenbahnen, die fortbauenden Ausgaben und der Reingewinn der gemeinschaftlich verwalteten baltischen Eisenbahnen und der einfache Betrag des im Etat doppelt in Ausgabe gestellten Vergrünungs- und Tilgungsfonds der Eisenbahn sowie der Bergwerke, Hütten- und Salinenverwaltung.

Die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben sind von 1899 (2 308,88 Millionen *M*) — nach verhältnismäßig geringfügiger Unterbrechung in den Jahren 1915 und 1916 — bis 1917 um nahezu 2½ Milliarden gestiegen, während sich die rechnungsmäßigen Einnahmen (1899 2 706,84 Mill. *M*) und Ausgaben (1899 2 525,76 Mill. *M*) bis zum Jahre 1915 bereits je um über 5½ Milliarden, mithin viel stärker, vermehrt haben. Besonders erheblich, nämlich um annähernd 3 Milliarden, nahmen die rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben von 1914 auf 1915, also offenbar unter dem Einfluß des Krieges, zu; sie überholten 1915 die planmäßigen Einnahme- und Ausgabesummen um nahezu 4 Milliarden, hingegen im Jahre 1914 und im Jahresdurchschnitt 1909/1913 erst um rund 1 Milliarde und um noch weniger in der Vorzeit. In allen Berichtsjahren, also auch schon während der Friedenszeit, war aber der Voranschlag so sparsam bemessen, daß er in Einnahme wie Ausgabe sehr wesentlich hinter dem Rechnungsergebnis zurückstand.

Die nunmehr folgende Hauptübersicht veranschaulicht die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben in ordentliche und außerordentliche und die Gruppierung dieser nach sachlicher Zusammengehörigkeit.

Es betragen in Millionen *M*

	1899/1903 ¹⁾		1904/1908 ¹⁾		1909/1913 ¹⁾		1914		1915		1916	1917
	Vor-	Rech-	Vor-	Rech-	Vor-	Rech-	Vor-	Rech-	Vor-	Rech-	Vor-	Vor-
	anschlag	nung	anschlag	nung	anschlag	nung	anschlag	nung	anschlag	nung	anschlag	anschlag
A. die Einnahmen												
a) ordentliche												
1. Erwerbseinkünfte	1 726,59	1 793,59	2 209,42	2 278,92	2 801,68	2 971,80	3 392,63	3 155,33	3 396,79	3 250,07	3 353,44	3 654,90
2. Steuern	244,72	263,49	301,56	324,00	475,03	489,44	550,12	522,78	497,09	474,30	486,96	621,10
3. Gebühren, Sporteln u. Straf-												
gelder bei den Gerichts- u.	89,27	94,66	109,70	119,26	144,65	158,03	173,27	124,18	171,98	92,19	173,65	137,55
Verwaltungsbehörden												
4. Vergütungen aus der Reichs-	40,79	41,55	46,96	45,96	47,40	47,40	46,99	43,84	46,99	37,93	46,99	62,83
kasse												
5. Sonstige Einnahmen aus der	82,86	105,78	115,01	184,97	159,25	185,68	171,10	182,89	139,01	149,98	144,83	141,12
Staatsverwaltung												
6. Überschüsse und Bestände aus	—	180,89	—	260,53	—	103,61	—	178,19	—	167,46	—	—
früheren Jahren												
7. Überweisungen aus der Reichs-	326,77	327,19	175,18	134,08	132,00	126,90	143,79	147,14	144,09	145,08	146,17	145,23
kasse ²⁾												
zusammen	2 511,00	2 807,12	2 957,83	3 347,70	3 760,01	4 082,87	4 477,89	4 354,35	4 395,96	4 317,02	4 352,04	4 762,72
b) außerordentliche (An-												
leihen)												
	14,20	136,08	—	352,97	59,52	771,33	—	1 150,26	—	3 928,50	—	—
B. die Ausgaben												
a) ordentliche												
1. für die Erwerbseinkünfte . .	1 195,90	1 223,11	1 579,09	1 721,74	2 183,21	2 347,44	2 667,14	2 368,70	2 621,40	2 421,36	2 526,10	2 782,74
2. für die Staatsschuld	275,97	322,42	304,62	328,50	401,43	407,49	454,27	496,12	483,78	517,77	534,09	579,52
3. für die sonstige Staatsver-	721,01	735,66	894,75	907,17	1 091,88	1 133,23	1 202,47	1 144,35	1 136,77	1 075,11	1 137,84	1 146,46
waltung												
4. für Leistungen an das Deutsche	332,32	334,33	179,37	137,19	143,40	138,74	154,01	154,01	154,01	151,38	154,01	154,01
Reich												
5. für Deckung von Fehlbeträgen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
früherer Jahre												
zusammen	2 525,20	2 615,52	2 957,83	3 094,39	3 819,92	4 026,90	4 477,89	4 163,18	4 395,96	4 165,63	4 352,04	4 762,72
b) außerordentliche												
1. für die Erwerbseinkünfte . .	—	82,57	—	233,88	—	321,94	—	316,83	—	311,23	—	—
2. für die Staatsschuld	—	0,00003	—	39,00	—	264,20	—	737,40	—	3 468,70	—	—
3. für die sonstige Staatsver-	—	46,89	—	80,08	—	140,52	—	119,74	—	174,14	—	—
waltung												
zusammen	—	128,96	—	352,96	—	726,66	—	1 173,97	—	3 954,07	—	—

¹⁾ im Jahresdurchschnitt. — ²⁾ einschließlich der Beihilfen des Reichs für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger. (Reichsgesetz vom 22. Mai 1895 und 19. Mai 1913.)

Von den ordentlichen Staatsausgaben waren in Millionen *M*

	fortdauernde		einmalige	
	nach Vor-	nach	nach Vor-	nach
	anschlag	Rechnung	anschlag	Rechnung
1899/1903 . .	2 361,79	2 449,71	163,41	165,81
1904/1908 . .	2 742,17	2 822,14	215,65	272,45
1909/1913 . .	3 583,38	3 758,11	236,54	268,79
1914	4 174,88	3 858,65	303,01	304,53
1915	4 140,64	3 923,24	255,82	242,39
1916	4 151,89	.	200,66	.
1917	4 457,69	.	305,03	.

Die einmaligen Ausgaben bilden hiernach in allen Vergleichsjahren einen nur kleinen Bruchteil des ordentlichen Gesamtbedarfs.

Insgesamt betrug bei Gegenüberstellung der ordentlichen Einnahmen (Rohertrag) und Ausgaben der ordentliche Reinertrag der Erwerbsanstalten, über die nähere Einzelheiten in einem weiteren Artikel gebracht werden,

Von den Einnahmen wie Ausgaben entfällt danach in allen Berichtsjahren der Hauptteil auf die ordentlichen. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bundesstaaten spielt im preussischen Staatshaushaltsplan das Extraordinarium eine sehr geringe Rolle¹⁾, wo gegen es in der preussischen Staatshaushaltsrechnung eine zunehmende Bedeutung gewonnen hat; namentlich gilt dies für die beiden Kriegsjahre 1914 und 1915. Insbesondere in letzterem war es bei den rechnungsmäßigen Einnahmen (Anleihen) nur um 388,52 Millionen *M*, d. i. um rund 9 %, bei den rechnungsmäßigen Ausgaben um 211,56 Millionen *M*, d. i. um etwa 5 %, kleiner als das Ordinarium. Bemerkenswerterweise blieben in den Jahren 1914 und 1915 die rechnungsmäßigen hinter den planmäßigen ordentlichen Einnahmen und Ausgaben zurück, und zwar die Ausgaben noch mehr als die Einnahmen.

¹⁾ Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß nach der hier gewählten Bearbeitung der Voranschläge und Rechnungen unter außerordentlichen Ausgaben nur solche einmaligen Ausgaben zu verstehen sind, die durch Einnahme aus vorhandenen Beständen oder aus Anleihen Deckung finden; diese Deckungsmittel werden als außerordentliche Einnahmen behandelt.

	nach den Voranschlägen		nach den Rechnungen	
	überhaupt	v. d. des	überhaupt	v. d. des
	Millionen <i>M</i>	Rohertrags	Millionen <i>M</i>	Rohertrags
1899/1903 . .	530,69	30,74	570,48	31,81
1904/1908 . .	630,33	28,53	557,19	24,45
1909/1913 . .	618,47	22,07	624,37	21,01
1914	725,49	21,38	786,63	24,93
1915	775,39	22,83	828,71	25,50
1916	827,33	24,67	.	.
1917	872,16	23,86	.	.

Hiernach ist der ordentliche Reinertrag der Erwerbsanstalten überhaupt zwar gestiegen, im Verhältnis zum Rohertrage aber bis zu den letzten Berichtsjahren, in denen er wieder etwas emporging, gesunken. Von den Reinerträgen vorstehender Übersicht sind übrigens noch die außerordentlichen Ausgaben auf die Erwerbseinkünfte abzusetzen, wonach sich deren rechnungsmäßiger Reinertrag noch beträchtlich vermindert.

Während im ersten Berichts-Jahrespaar 1899/1903 nächst den Erwerbssteuern noch die Überweisungen aus der Reichskasse die höchsten Einnahmen gewährten, stehen von da ab die Steuern an zweiter Stelle. Unter diesen spielen in Preußen die direkten Steuern (Einkommen-, Ergänzungs-, Wandererwerbesteuer und Eisenbahnabgabe) und darunter wieder die Einkommensteuer die Hauptrolle; außerdem kommen als Verkehrssteuern die Stempelsteuern, als Aufwandsteuer die Wirtschaftsabgabe in Hohenzollern und endlich die Erbschafts- und Schenkungssteuer in Betracht.

Die Vergütungen aus der Reichskasse betreffen die Entschädigung für die Zoll- und Reichsteuerverwaltung einschließlich des 2prozentigen Anteils an der Wechselstempelsteuer.

Die „sonstigen“ Einnahmen aus der Staatsverwaltung bestehen in Einnahmen aus Staatskapitalien (Zinsen usw.), Beiträgen von Behörden und Privaten zu Staatsausgaben (z. B. der Gemeinden zu den Kosten der königlichen Polizeiverwaltung), in Miete, Pacht, Verkaufserlösen von beweglichem und unbeweglichem Staatseigentum sowie Einnahmen zufälliger und verschiedener Art. Den größten Posten bilden hier die bei den staatlichen Kassen hinterlegten Gelder.

Die Überweisungen aus der Reichskasse betrafen zu Beginn der Berichtszeit noch die auf den Reichsgeboten vom 15. Juli 1879 § 8 (sog. Frankenstein'sche Klausel), 1. Juli 1881 und 24. Juni 1887 beruhenden Anteile der Bundesstaaten an dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, der Reichsstempelabgaben und der Verbrauchsabgabe für Branntwein, seit 1904 infolge Reichsgesetzes vom 14. Mai 1904 nach dem Reinertrag der Maischbottichsteuer, der Branntweinverbrauchs- und der Reichsstempelabgabe, seit 1909 infolge Reichsgesetzes vom 15. Juli 1909 aber nur noch die Reineinnahmen aus der neuen Branntweinsteuer. Die Überweisungen sind demgemäß in ihrer Höhe seit 1904 sehr erheblich herabgegangen.

Erwähnt sei hier noch als Kriegserrscheinung das recht beträchtliche Zurückbleiben der rechnungsmäßigen hinter den planmäßigen Einnahmen an Gebühren, Sporteln und Strafgebern in den Jahren 1914 und 1915.

Die Ausgaben für die „sonstige“ Staatsverwaltung umfassen neben dem Aufwande für das Staatsoberhaupt die staatlichen Ausgaben für Auswärtiges, Justiz, Kirche, Unterricht, Kunst, Wissenschaft, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Verkehr und die gesamte übrige innere Verwaltung, endlich auch die Finanzverwaltung.

Die Leistungen des preussischen Staats an das Deutsche Reich bestehen in der Hauptsache aus den Matrikularbeiträgen (1917 153,92 Mill. M.), außerdem noch aus den Zoll- und Steuerabfindungsbeträgen für das Zollausschlußgebiet Helgoland (1917 87 517 M.). Im Zusammenhang mit der Verminderung der Überweisungen des Reichs an die Bundesstaaten haben sich auch die Matrikularbeiträge im Laufe der Jahre erheblich verringert. Bis 1898 waren die Überweisungen meist höher als die Matrikularbeiträge; seit 1899 ist das Gegenteil der Fall und demgemäß der Überschuß der Matrikularbeiträge über die Überweisungen aus der Reichskasse an das Reich zu zahlen. Durch das Reichsgesetz vom 15. Juli 1909 sind jedoch die Matrikularbeiträge auf den Sollbetrag der Überweisungen (Reinertrag der Branntweinsteuer) + höchstens 0,80 M. auf den Kopf der Bevölkerung festgestellt. Zur Deckung eines etwaigen Mehrbetrages sollen nach dem Finanzgesetz von 1909 Mittel im Wege des Kredits flüssig gemacht werden.

Die für 1917 planmäßig eingestellte, dem Gesamtaufkommen an Einkommen- und Ergänzungssteuer zu entnehmende Summe von 100 Millionen M. zur Deckung von Fehlbeträgen früherer Jahre beruht auf § 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1916 (G. S. 109).

Weitere Einzelheiten über die preussischen Finanzen folgen in besonderen Artikeln.

Die Fruchtbarkeit (Kinderzahl) der Ehefrauen in Preußen am 1. Dezember 1910. — Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ist zum ersten Mal für ganz Preußen die Frage nach der Kinderzahl gestellt worden. Alle verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen sollten die Zahl der überhaupt geborenen Kinder (einschließlich der Totgeburten) und die Zahl der davon noch lebenden Kinder angeben. Diese Frage ist für den ganzen Staat in Verbindung mit der Muttersprache und der Gebürtigkeit (Herkunft) nach Stadt und Land bearbeitet worden.

Nachdem bereits früher einzelne Ergebnisse dieser Auszählung mitgeteilt worden sind¹⁾, sollen heute wiederum einige Zahlen, insbesondere über die durchschnittliche Kinderzahl, veröffentlicht werden.

Vorweg sei bemerkt, daß es sich bei der vorliegenden Fruchtbarkeit nur um ein Augenblicksbild handelt. Wir haben es also nicht zu tun mit der abgeschlossenen, vollendeten oder erschöpften Fruchtbarkeit (wie etwa bei den verstorbenen Frauen oder denen über 50 Jahre), sondern mit der in einem bestimmten Zeitpunkt für alle Ehefrauen vorhandenen augenblicklichen oder „stehenden“ Fruchtbarkeit.

Die Übersicht auf Seite 72* bringt die in ganz Preußen ermittelten verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen — im folgenden kurz als Ehefrauen oder Frauen bezeichnet — zunächst nach dem Wohnort, der im allgemeinen mit dem ständigen Wohnsitz zusammenfällt.

Leider hat ein Teil der Frauen über die Zahl der von ihnen geborenen Kinder keine Auskunft gegeben. Für den ganzen Staat ist dies nach Spalte 6 der Übersicht rund ein Zehntel aller Frauen. Verhältnismäßig gut sind die Zählarten in dieser Beziehung ausgefüllt worden im Stadtkreis Berlin sowie in den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln, besonders schlecht dagegen in den Bezirken Gumbinnen und Cöln. In den Städten war die Beantwortung der Frage über die Kinderzahl im allgemeinen besser als auf dem Lande, doch finden sich von dieser Regel (namentlich im Westen des Staates) auch einzelne Ausnahmen.

Die Zahl der Ehefrauen, die die Kinderzahl angegeben haben und für unsere Statistik der Fruchtbarkeit wirklich herangezogen werden können, ist in Spalte 7 bis 9 dargestellt.

Ursprünglich ist die Fruchtbarkeit nach der Zahl der Kinder (0, 1, 2, 3, . . . 15, 16–20, 21 und mehr) bearbeitet worden. Hieraus ist nun in Spalte 10 bis 12 die gesamte Kinderzahl berechnet; dabei wurden für die vorletzte Gruppe 17 und für die letzte 21 Kinder zugrunde gelegt.

In den nächsten Spalten 13 bis 15 findet sich als das wichtigste Ergebnis der Übersicht die auf eine Frau im Durchschnitt entfallende Kinderzahl.

Diese betrug für alle am 1. Dezember 1910 in Preußen ermittelten Frauen 4,19.

Besonders niedrig ist die Ziffer im Stadtkreis Berlin, wo im Durchschnitt noch nicht einmal 3 Kinder auf eine Ehefrau entfallen. Nach Spalte 18 war 1910 bereits fast ein Fünftel (18,2 v. H.) der Berliner Frauen ohne Kinder; ferner hatten 19,5 v. H. nur ein und 18,9 v. H. nur zwei, mithin 56,6 v. H. nicht mehr als zwei Kinder. Allerdings sind hier viele junge Ehen mitgezählt, deren Fruchtbarkeit noch nicht abgeschlossen zu sein braucht. Doch zeigt gerade für Berlin auch die bei den Standesämtern festgestellte Reihenfolge der Geburten, daß die Zahl der als dritte, vierte usw. Kinder der Ehe Geborenen in den letzten Jahrzehnten bis 1910 und auch seit 1910 noch weiter zurückgegangen ist.

Es entfielen nämlich

im Jahre	eheliche Geburten überhaupt auf die als					v. H. aller ehelichen Geburten auf die als				
	1.	2.	3.	4.–10.	11. u. dar.	1.	2.	3.	4.–10.	11. u. dar.
	Kind der Ehe Geborenen					Kind der Ehe Geborenen				
1885	9 004	7 898	6 334	16 338	851	22,3	19,5	15,7	40,4	2,1
1895	10 767	9 457	6 919	13 578	828	25,9	22,8	16,7	32,7	2,0
1905	13 143	9 979	6 568	10 917	590	31,9	24,2	15,9	26,5	1,4
1910	11 651	9 065	5 290	8 498	490	33,3	25,9	15,1	24,3	1,4
1914	11 169	7 674	4 222	6 634	399	37,1	25,5	14,0	22,0	1,3

¹⁾ Jahrgang 1915, Seite XVII (Fruchtbarkeit deutscher und polnischer Frauen nach Stadt und Land); Jahrgang 1915, XLI (Fruchtbarkeit der deutschen und polnischen in Preußen geborenen Frauen nach dem Wohnort und der Herkunft, beides getrennt nach Stadt und Land).

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Jahrgang 11, Seite 19 (Kinderzahl deutscher und polnischer Frauen in den Regierungsbezirken Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln nach Stadt und Land).

Jahrgang 12, Seite 13–17 (Kinderzahl der Frauen mit deutscher Muttersprache nach der Herkunft, Grundzahlen für 18 Gruppen).

Jahrgang 14, Seite 7–9 (Kinderzahl sämtlicher Frauen nach der Herkunft, Verhältniszahlen für 18 Gruppen).

Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, Jahrgang 1912, Seite 382–384 (Fruchtbarkeit deutscher und polnischer Frauen in der Provinz Posen und ihren Regierungsbezirken).

Bei der Volkszählung von 1885 betrug übrigens die durchschnittliche Kinderzahl der verheirateten Frauen in Berlin noch 3,11, ferner die Zahl der Frauen ohne Kinder 20,4, mit einem Kinde 15,1 und mit zwei Kindern 14,6, zusammen 50,1 v. H.¹⁾ Der Anteil der Frauen ohne Kinder erscheint jedoch gegenüber dem von 1910 als zu hoch und die übrigen Ziffern zu klein, da 1885 nur die wirklich bestehenden Ehen (also ohne Witwen und Geschiedene) herangezogen und die Frauen mit unbekannter Kinderzahl, die allerdings nicht zahlreich sein sollen, als solche ohne Kind gerechnet worden sind.

Sonst finden sich 1910, abgesehen von Berlin, die niedrigsten Durchschnittsziffern (weniger als 4 Kinder) im Bezirk Potsdam, wo sich der Einfluß der Millionenstadt Berlin und ihrer großen Vororte, die zu diesem Bezirk gehören, bemerkbar macht (3,21 Kinder), ferner in Wiesbaden, Lüneburg, Hannover, Magdeburg, Schleswig, Cassel, Hildesheim und Erfurt; doch hält sich hier die Zahl der Frauen ohne Kinder, abgesehen von Potsdam, unter einem Zehntel.

Bei der Mehrzahl der Bezirke liegt die Kinderzahl zwischen 4 und 5. Über diesen Wert hinaus steigt sie nur in den vorwiegend oder stark mit Polen besiedelten Bezirken Allenstein (5,43), Bromberg, Marienwerder, Oppeln und Posen. Demnächst war die Zahl besonders hoch in Köslin, in Gumbinnen mit starker litauischer und in Danzig mit starker polnischer Bevölkerung sowie in den westlichen Bezirken Aachen, Trier und Münster.

¹⁾ Vergl. Wohnungs- und Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dez. 1885 in der Stadt Berlin. 2. Heft, Berlin 1891, S. 41 u. 53.

In den Städten bewegen sich die durchschnittlichen Kinderzahlen zwischen 2,81 in Berlin und 2,90 in Wiesbaden einerseits und 4,70 in Marienwerder andererseits. Die Ziffern liegen im allgemeinen zwischen 3 und 4; sie bleiben nur in den zwei angeführten Fällen darunter und gehen nur in den östlichen Bezirken mit polnischer Bevölkerung sowie in einigen Bezirken des Westens (Münster, Aachen, Arnberg, Trier, Düsseldorf) darüber hinaus.

Die Kinderzahlen des platten Landes sind im Staatsdurchschnitt um mehr als 1 höher als die der Städte und schwanken größtenteils zwischen 4 und 5. Unter 4 halten sich die Bezirke Potsdam (3,44) — wo die Landgemeinden vielfach (vor allem in der Nähe Berlins) städtisches Gepräge tragen —, Lüneburg, Wiesbaden, Hannover und Magdeburg, während die Zahlen andererseits in den 6 polnischen Bezirken sowie in Köslin, Aachen, Königsberg und Gumbinnen über 5 hinausgehen und ihren Höchststand mit 5,9 Kindern wiederum im Bezirk Marienwerder erreichen.

Vergleichen wir noch Stadt und Land innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke miteinander, so finden wir einen besonders geringen Unterschied (0,08 Kinder) im Bezirk Lüneburg, wo allerdings die ländlichen Ziffern neben Potsdam ihren tiefsten Stand haben und wo 1910 insgesamt nur 15 meist kleine Städte vorhanden waren, demnächst in Magdeburg, Münster und Potsdam. Die größten Unterschiede zwischen Stadt und Land weisen dagegen die Bezirke Allenstein (1,61 Kinder), Danzig, Sigmaringen und Königsberg auf.

Ein weiterer Aufsatz wird den gleichen Gegenstand nach der Herkunft (dem Geburtsort) der Ehefrauen behandeln.

Fruchtbarkeit (Kinderzahl) der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen in Preußen nach dem Wohnort am 1. Dezember 1910.

Regierungs- bezirke. Staat.	Zahl der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen überhaupt		Davon haben über die Kinderzahl keine Angaben gemacht vom Hundert			Zahl der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen, die die Kinderzahl angegeben haben			Deren Kinderzahl (einschl. der Totgeburten)						Von je 100 Frauen der Spalten 7 bis 9 hatten kein Kind		
									überhaupt			im Durchschnitt auf eine Frau					
	Stadt	Land	St.	Land.	ausf.	Stadt	Land	ausf.	Stadt	Land	zusammen	St.	Land.	ausf.	St.	Land.	ausf.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Königsberg . . .	91 684	111 155	8,4	9,7	9,1	83 950	100 399	184 349	317 270	525 395	842 665	3,78	5,23	4,87	13,1	4,8	8,6
Gumbinnen . . .	26 659	108 274	10,6	18,6	14,6	23 844	91 435	115 279	92 065	470 794	562 859	3,86	5,15	4,88	11,6	4,5	6,0
Allenstein . . .	26 778	85 587	12,1	14,0	13,6	23 545	73 566	97 111	99 148	428 270	527 418	4,21	5,82	5,43	10,7	4,1	5,7
Danzig.	71 555	86 841	12,9	10,5	11,6	62 293	77 687	139 980	248 778	425 762	674 540	3,99	5,48	4,82	11,5	6,1	8,5
Marienwerder . .	59 177	136 296	12,1	11,7	11,8	52 027	120 336	172 363	244 603	709 239	953 842	4,70	5,89	5,33	8,9	4,4	5,7
Stadtkreis Berlin	519 815	—	3,9	—	3,9	499 488	—	499 488	1 404 343	—	1 404 343	2,81	—	2,81	18,2	—	18,2
Potsdam	382 065	324 274	13,4	11,9	12,7	330 901	285 650	616 551	997 629	983 678	1 981 307	3,01	3,44	3,21	12,9	9,6	11,4
Frankfurt	132 400	170 539	9,4	13,8	11,9	119 922	147 065	266 987	441 378	650 175	1 091 553	3,68	4,42	4,01	9,6	4,0	6,5
Stettin	109 084	97 253	8,8	11,7	10,1	99 500	85 918	185 418	373 630	408 327	781 957	3,76	4,75	4,22	10,5	4,2	7,6
Köslin	45 383	85 887	9,4	15,8	13,6	41 138	72 339	113 477	169 506	390 067	559 573	4,12	5,39	4,93	9,7	3,3	5,6
Stralsund	25 423	27 624	8,1	11,6	9,9	23 370	24 428	47 798	88 838	110 781	199 619	3,80	4,54	4,18	9,8	5,5	7,6
Posen	100 885	178 730	9,0	12,4	11,2	91 758	156 515	248 273	400 992	881 371	1 282 363	4,37	5,63	5,17	9,2	3,6	5,7
Bromberg	56 348	98 970	9,9	10,6	10,3	50 796	88 456	139 252	232 864	512 428	745 292	4,58	5,79	5,35	8,8	4,3	5,9
Breslau	193 349	231 103	5,6	9,6	7,8	182 463	208 823	391 286	668 233	1 031 801	1 700 034	3,66	4,94	4,34	13,1	5,6	9,1
Kiegnitz	107 376	180 045	10,7	12,2	11,6	95 845	158 111	253 956	344 933	697 095	1 042 028	3,60	4,41	4,10	10,6	4,7	6,9
Oppeln	112 324	329 252	8,1	7,7	7,8	103 174	303 870	407 044	463 027	1 647 571	2 110 598	4,49	5,42	5,19	9,1	5,7	6,6
Magdeburg . . .	165 373	141 437	11,5	11,8	11,7	146 366	124 677	271 043	531 498	497 841	1 029 339	3,63	3,99	3,80	8,9	4,2	6,7
Merseburg	139 872	166 741	8,1	8,6	8,8	128 743	152 409	281 152	503 430	709 370	1 212 800	3,91	4,65	4,31	9,1	4,1	6,4
Erfurt	61 318	62 543	9,3	8,2	8,7	55 625	57 420	113 045	199 741	249 041	448 782	3,59	4,38	3,97	9,5	3,9	6,7
Schleswig	175 697	184 046	9,3	12,3	10,8	159 444	161 463	320 907	560 020	679 560	1 239 580	3,51	4,21	3,86	10,9	5,3	8,1
Hannover	105 973	64 276	14,4	11,8	13,4	90 707	56 692	147 399	295 439	225 835	521 274	3,26	3,98	3,54	9,3	4,2	7,3
Hildesheim	52 121	78 181	7,6	11,9	10,2	48 144	68 891	117 035	171 866	285 223	457 089	3,57	4,14	3,91	8,1	3,7	5,5
Lüneburg	39 620	88 262	9,5	13,1	12,0	35 849	76 724	112 573	123 162	270 148	393 310	3,44	3,52	3,49	8,9	4,2	5,7
Stade	25 075	70 445	12,1	10,1	10,6	22 045	63 343	85 388	81 443	266 951	348 394	3,69	4,21	4,08	7,6	4,8	5,5
Donaukreis	24 411	51 347	7,4	12,5	10,8	22 597	44 947	67 544	88 503	201 845	290 348	3,92	4,49	4,30	7,9	4,5	5,6
Murich	15 881	38 127	5,4	10,4	8,9	15 023	34 176	49 199	56 585	160 956	217 541	3,77	4,71	4,42	10,5	4,1	6,0
Münster	68 222	111 296	11,0	10,6	10,7	60 749	99 505	160 254	267 906	477 843	745 749	4,41	4,80	4,65	7,0	6,3	6,6
Winden	53 371	92 218	10,7	12,9	12,1	47 674	80 300	127 974	184 103	380 900	565 003	3,86	4,74	4,41	7,2	3,6	5,0
Arnsberg	246 909	228 552	10,2	10,2	10,2	221 644	205 208	426 852	934 507	958 575	1 893 082	4,22	4,67	4,43	7,9	5,1	6,5
Cassel	84 476	139 401	6,4	15,5	12,1	79 054	117 808	196 862	268 865	494 350	763 215	3,40	4,20	3,88	8,9	3,3	5,5
Wiesbaden	156 632	115 228	9,1	12,4	10,5	142 358	100 933	243 291	413 276	395 604	808 880	2,90	3,92	3,32	12,3	4,3	9,0
Coblenz	42 637	111 213	12,2	11,6	11,8	37 441	98 267	135 708	143 088	442 950	586 038	3,82	4,51	4,32	8,8	4,5	5,7
Düsseldorf	510 729	179 448	9,1	9,2	9,1	464 236	163 018	627 254	1 872 750	776 080	2 648 830	4,03	4,76	4,22	8,6	5,9	7,9
Cöln	161 665	96 808	19,4	10,5	16,0	130 320	86 676	216 996	499 878	426 333	926 211	3,83	4,92	4,27	8,9	4,7	7,2
Trier	40 171	150 459	13,7	8,8	9,8	34 659	137 248	171 907	140 932	676 884	817 816	4,07	4,93	4,76	8,5	4,7	5,4
Aachen	55 641	77 074	7,0	10,3	9,0	51 728	69 099	120 827	225 273	363 755	589 028	4,35	5,26	4,87	10,4	4,7	7,1
Sigmaringen . . .	2 108	13 074	2,9	12,5	11,2	2 046	11 436	13 482	6 746	54 626	61 372	3,30	4,78	4,55	14,6	5,0	6,4
Staat	4 288 207	4 512 006	9,5	11,2	10,4	3 880 466	4 004 838	7 885 304	14 156 248	18 867 424	33 023 672	3,65	4,71	4,19	11,0	5,0	8,0

ZEITSCHRIFT



DES

KÖNIGLICH PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER

GEHEIMEN OBERREGIERUNGSRAT.

57. JAHRGANG.

1917.

1. und 2. Abteilung.

Inhalt:

	Seite		Seite
Statistische Grundlagen für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden Groß-Berlins. Von Professor Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts	1—11	Art, Gründe und Zeit der Selbstmorde sowie Alter und Religionsbekenntnis der Selbstmörder in Preußen 1914	13*
Rückblick auf die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung im fünfundzwanzigjährigen Zeitraum 1892—1916. Von Dr. F. Kühnert	11—58	Die Waldbrände in den Regierungsbezirken Preußens 1913 und 1914	14*
Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reichs nach Nationalitäten und Religionen. Mit 3 Karten. Von Dr. Rudolf Claus	59—82	Das Vermögen der Zensiten mit Einkommen von mehr als 3000 M überhaupt und nach seinen Arten in Preußen 1914	15*
Statistische Korrespondenz:		Straffälle wegen übermäßiger Preisforderungen in Württemberg	16*
Mord und Totschlag sowie Hinrichtungen in Preußen in den Jahren 1910 bis 1914	1*	Das Durchschnittsalter der Lebenden	17*
Die Ehescheidungen in Preußen 1915	2*	Die Ergebnisse der Veranlagung zur Warenhaussteuer in Preußen in den Jahren 1913 bis 1916	18*
Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 für den Preussischen Staat	3*	Die Ernteflächen-Erhebungen in Preußen 1915	19*
Die Entwicklung der deutschen Sparkassen von 1904 bis 1914	5*	Die Leistungen der deutschen Eisenbahnen im Krieg und Frieden	20*
Erstmalige Anstellung von Kandidaten des höheren Lehramtes in Preußen 1914/15 und 1915/16	6*	Die eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit in Preußen in Stadt und Land von 1875 bis 1913	21*
Der bedingte Strafaufschub und seine Erledigung in Preußen 1913 bis 1915	7*	Die Augenheilstätten in Preußen 1914	22*
Einkommensteuer-Veranlagung der nichtphysischen Personen in Preußen 1915	8*	Die neuen Konkurse in Preußen 1915	23*
Die Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) in den Rechnungsjahren 1903, 1908, 1913 und 1914	9*	Belgiens Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern Ende 1913	24*
Die Schulden der preussischen Provinzialverbände, Landkreise und Stadtgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1914	10*	Bewegung der Sicherungs- und reinen Hypotheken in Preußen 1913 und 1914	25*
Der Viehstand in Frankreich während der Kriegszeit	11*	Die Gemeindesteuern Preußens im Rechnungsjahre 1911	26*
Hypothekenbewegung in Preußen 1914	12*	Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1915	27*
Die Selbstmorde in Preußen nach Häufigkeit und Geschlecht im Jahre 1914	13*	Das den Provinzialsteuern für das Rechnungsjahr 1915 zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in seiner Verteilung auf die einzelnen Steuerarten	28*
Prinzipalsteuersoll und Umlagesoll der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen im Rechnungsjahre 1911	14*	Das den Provinzialsteuern zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern in den preussischen Stadt- und Landkreisen nach dem Stande vom 1. Januar 1908, 1914 und 1915	29*
Die Schulden und das Kapitalvermögen der Städte und Landgemeinden der Provinzen Pommern, Ostpreußen und Westpreußen am Schlusse des Rechnungsjahres 1911	15*	Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1914	30*
		Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geisteskranke usw. in Preußen im Jahre 1914	31*
		Die Entbindungsanstalten in Preußen 1914	32*
		Durchschnittsalter beim Tode und mittlere Lebensdauer	33*
		Wird der Geburtenrückgang durch den Rückgang der Sterblichkeit aufgewogen?	34*
		Die englische Landwirtschaft einst und jetzt	35*
		Die landwirtschaftliche Anbaufläche in Frankreich 1917 und in den Vorjahren	36*
		Der Niedergang der französischen Landwirtschaft im Kriege	37*

Die Wiedergabe von Abhandlungen dieser Zeitschrift ist auszugsweise unter Quellenangabe — Pr St L A Z. — gestattet.



Berlin SW 68.

Verlag des Königlich Statistischen Landesamts.

1918.

Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

57. Jahrgang.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten, sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffe über den preußischen Staat und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaen;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zu Grunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhaltes.

Der Preis der Zeitschrift, die vom 43. Jahrgang an statt in Vierteljahrsheften in zwanglosen, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen erscheint, beträgt 10 Mark für den Jahrgang. — Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung und Postanstalt sowie unmittelbar vom unterzeichneten Verlage bezogen werden. Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 4 bis 8 (1864 bis 1868) zum Preise von je 6 Mark, 9 und 10 (1869 und 1870) zum Preise von je 7 Mark 50 Pf. und die Jahrgänge 11 bis 36 (1871 bis 1896), 38 (1898) und 40 bis 56 (1900 bis 1916) zum Preise von je 10 Mark.

Mit der 3. Abteilung des Jahrgangs 1915 ist der erste Teil des Inhaltsverzeichnisses zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben worden. Der zweite und dritte Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der 2. und 3. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden. Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch als Sonderabdruck zum Preise von 4 Mark durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders verkäufliche „Ergänzungshefte“ herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist. Die Titel der neuesten Ergänzungshefte finden sich auf der dritten Seite dieses Umschlages verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte zur Zeitschrift lauten:

- | | |
|---|---|
| <p>Erg.-Heft XXXI. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1908. Herausgegeben vom Preuß. Statist. Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.</p> <p>XXXII. Die langfristigen Anleiheschulden sowie die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der mehr als 10 000 Einwohner zählenden preussischen Städte und Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906. Bearbeitet im Preussischen Statistischen Landesamte. (208 S.) 1910 5,00 M.</p> <p>XXXIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908. Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statistischen Landesamts und Leiter der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (152 S.) 1910 4,00 M.</p> <p>XXXIV. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1909. Herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910 2,00 M.</p> <p>XXXV. Statistik der Gärtnerei in Preußen nach der Erhebung vom 2. Mai 1906. Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (XL u. 155 S.) 1910 5,20 M.</p> <p>XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (180 S.) 1911 4,60 M.</p> | <p>Erg.-Heft XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910. Herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1911 2,00 M.</p> <p>XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910. Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (194 S.) 1912 5,00 M.</p> <p>XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911. Herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1912 2,00 M.</p> <p>XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911. Bearb. usw. wie bei Heft XXXIII. (176 S.) 1913. 4,60 M.</p> <p>XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912. Bearb. usw. wie bei Heft XXXIII. (218 S.) 1914. 5,60 M.</p> <p>XLII. Besitzverhältnisse der Eigentümer von Grundstücken mit mindestens 60 M Grundsteuer-Reinertrag nach dem Stande vom Jahre 1902. (Im Druck.)</p> <p>XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913. Mit 3 Tafeln kartograph. Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts (LIII u. 211 S.) 1916. 7,60 M.</p> <p>44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912. Mit einer im amtlichen Auftrage verfaßten Einleitung von Dr. Paul Seiler, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter beim Preussischen Stat. Landesamt. (XLI u. 161 S.) 1917 5,40 M.</p> <p>45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1913 u. 1914. Bearb. in der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (140* u. 108 S.) 1918 6,80 M.</p> |
|---|---|

Sonstige neuere Veröffentlichungen des Preuss. Statistischen Landesamts:

Preussische Statistik (Amtliches Quellenwerk).

Herausgegeben in zwanglosen Heften vom

Preussischen Statistischen Landesamte in Berlin.

Format: Hoch-Quart.

Jedes Heft bildet ein abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

Über die früher erschienenen Hefte dieses Quellenwerks sowie über alle anderen früheren Veröffentlichungen wird auf Wunsch ein besonderes Verzeichnis kostenfrei übersandt.

- | | |
|--|--|
| <p>Heft 228. Finanzstatistik der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände für das Rechnungsjahr 1908. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (CXVI u. 135 S.) 1912. . . 6,40 M.</p> <p>Heft 229. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1910. (XXVII u. 250 S.) 1911 7,20 M.</p> <p>Heft 230. Statistik der Landwirtschaft im preuß. Staate für das Jahr 1911. (LII u. 26 S.) 1913 2,20 M.</p> <p>Heft 231. Das niedere Schulwesen in Preußen, 1911.</p> <p>Teil I: Die niederen Schulen nach Provinzen und Regierungsbezirken. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bearbeitet vom Statistischen Landesamt. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat und Professor, Mitglied des Statistischen Landesamts. (VIII u. 538 S.) 1913 13,80 M.</p> <p>Teil II: Die öffentl. Volksschulen nach Kreisen. (675 S.) 1912. 17,20 M.</p> <p>Heft 232. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel in 155 preuß. Berichtsorten im Jahre 1911. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (XIII u. 196 S.) 1912. 5,40 M.</p> <p>Heft 233. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1911. Nebst einem Anhang, enthaltend: Preussische Sterbetafeln für die Jahre 1906/1910, die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1910/1911, die Säuglingssterblichkeit und das Verhältnis der Knaben- zu den Mädchengeburten im preussischen Staate alten Gebietsumfangs 1816/1911. (XXXI u. 421 S.) 1912. 11,60 M.</p> <p>Heft 234. I. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont nebst einem aktenmäßigen Bericht über die Ausführung dieser Zählung (XXXII u. 356 S.) 1913. 10,00 M.</p> <p>Heft 234. II. Die Geborenen in der ortsanwesenden Bevölkerung am 1. Dezember 1910 überhaupt sowie nach Religionsbekenntnis, Alter und Beruf. — Die in konfessionellen Mischehen lebenden Ehepaare und deren Kinder im Haushalte. (IV u. 354 S.) 1913. 9,20 M.</p> <p>Heft 235. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatenstand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1912, nebst den</p> | <p>Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LIII u. 38 S.) 1914 2,60 M.</p> <p>Heft 236. Statistik der Landesuniversitäten mit Einschluß des Lyceum Hosianum zu Braunsberg, der bischöfll. Klerikalseminare und der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen zu Berlin für das Studienjahr Ostern 1911/12. Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten bearbeitet von Professor Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts. (396 Seiten) 1913 10,20 M.</p> <p>Heft 237. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel in 155 preussischen Berichtsorten im Jahre 1912. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XI u. 196 S.) 1913. 5,40 M.</p> <p>Heft 238. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1912. (XXIX u. 250 S.) 1913. 7,20 M.</p> <p>Heft 239. Beiträge zur Statistik der Arbeitsverfassung der Landwirtschaft in Preußen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1907. Mit einer Einleitung von Dr. A. Petersilie, Geheimem Regierungsrat und Professor (XVIII u. 283 S.) 1914. 7,80 M.</p> <p>Heft 240. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatenstand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1913 nebst den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LXIV u. 35 S.) 1914 2,80 M.</p> <p>Heft 241. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1912 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (XLIV u. 301 S.) 1916 9,00 M.</p> <p>Heft 242. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1912. (XXII u. 363 S.) 1917 10,00 M.</p> <p>Heft 243. Finanzstatistik der preussischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:</p> <p>Ostpreussen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Preussischen Stat. Landesamts. (VIII u. 324 S.) 1914 8,40 M.</p> <p>Westpreussen. Im amtlichen Auftrage vertretungsweise bearbeitet von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Preussischen Statist. Landesamts. (VIII u. 282 S.) 7,40 M.</p> |
|--|--|

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Heft 240. Statistik der Landwirtschaft (Anbau, Saatenstand, Ernte und Wasserschäden) im preuß. Staate für das Jahr 1913 neben den Ergebnissen in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (LXIV u. 35 S.) 1914 2,50 M.

Heft 241. Die endgültigen Ergebnisse der Viehzählung am 2. Dezember 1912 im preußischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (XLIV u. 301 S.) 1916 9,00 M.

Heft 242. Der Viehstand der Haushaltungen nach den einzelnen Viehgattungen im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken, in den Kreisen bzw. Oberämtern nach Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken, auf Grund der Zählung vom 2. Dezember 1912. (XXII u. 363 S.) 1917 10,00 M.

Heft 243. Finanzstatistik der preußischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:

Ostpreussen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Kgl. Preuß. Stat.Landesamts. (VIII u. 324 S.) 1914 8,50 M.

Westpreussen. Im amtlichen Auftrage vertretungsweise bearbeitet von Prof. Dr. F. Kühnert, Oberregierungsrat, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. (VIII u. 282 S.) 7,40 M.

Pommern. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Königl. Preuß. Stat.Landesamts. (XXII u. 362 S.) 1916 9,90 M.

Brandenburg. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Prof. Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Königl. Preuß. Stat. Landesamts. (CXXII u. 780 S.) 1918 23,20 M.

Schleswig-Holstein. (Im Druck.)

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XII u. 212 S.) 1914. 5,50

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20

Heft 246. Statistik der Landwirtschaft (land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung) im preußischen Staate für das Jahr 1913. I. Teil: Die Bodenbenutzung im allgemeinen. (LII u. 193 S.) 1918 6,50

II. Teil: Die Forsten und Holzungen im besonderen. (Im Druck.)

Heft 247. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1914. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XV u. 218 S.) 1915. 6,00

Heft 248. Statistik der Landwirtschaft im preußischen Staate das Jahr 1914 usw. wie Heft 240. (LXI u. 35 S.) 1917 2,50

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20

Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. Im amtlichen Auftrage bearb. von Dr. Artur Lehmann, Hilfsreferent im Königl. Preuß. Statist. Landesamt. (XIV u. 186 S.) 1917 5,20

Heft 251. Statistik der Landwirtschaft im preußischen Staate das Jahr 1915. (Im Druck.)

Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbauszählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preußischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916 . . . 3,20

Heft 253. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Vermittlungsmittel usw. im Jahre 1916 usw. wie Heft 250. (XIV u. 176 S.) 5,20

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, 14. Jahrgang.

Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Umfang 26 Bogen. Preis gebunden 1,50 M.

Der Inhalt des Jahrbuchs erstreckt sich auf folgende Haupttitel:

I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. — VIII. Verkehrsmittel und Verkehr. — IX. Handel und Preise. — X. Einkommens- und Vermögensverhältnisse. — XI. Geld- und Kreditwesen. — XII. Versicherungswesen. — XIII. Brand- und sonstige Schäden. — XIV. Gesundheitspflege. — XV. Kirche und Gottesdienst. — XVI. Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft. — XVII. Rechtspflege, Strafvollzug, Besserungsanstalten. — XVIII. Wohlfahrtspflege. — XIX. Finanzen. — XX. Gesetzgebende Körperschaften. — XXI. Beamtenverhältnisse. — Anhang: I. Istbeträge der direkten und direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911. — II. Wasserstände der norddeutschen Ströme im Abflußjahr 1916.

Eine ferner beigegebene Inhalts- und Quellenübersicht über alle seit 1873 erschienenen, auf Preußen bezüglichen Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamtes dürfte allen Käufern des Jahrbuchs besonders erwünscht sein.

Von den früher erschienenen Jahrgängen dieses Jahrbuchs sind nur noch vorhanden: der 2., 3. und 6. zu je 1 M., der 10., 11. und 12. Jahrgang zu je 1,60 M.

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt.

Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat zum Preise von 6,00 M für den Jahrgang. Die Hefte sind auch einzeln für je 1,50 M käuflich. Erschienen sind bisher die Jahrgänge I—VII, 1909 bis 1915/16.

Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im preuß. Staate sowie in den Regierungsbezirken und Stadtkreisen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschläge usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungs-Anstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten sowie auf die Taubstummenstatistik. Mit dem IV. Jahrgange sind die Todesursachen auch für die Kreise getrennt nach Stadt und Land zum Abdruck gelangt. Besondere aktuelle Themata der Statistik, wie Krebs, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Blinddarmentzündung, Fehlgeburten usw. sind in den einzelnen Heften unter „Verschiedenes“ behandelt (vergl. Seite 4 des Umschlages der Hefte).

Viehstands- und Obstbaum-Lexikon.

Gemeindelexikon über den Viehstand und den Obstbau für den preussischen Staat, erschienen 1915.

Auf Grund der Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913, der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 und anderer amtlicher Quellen bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt.

1. Ostpreußen 4,40 M.	4. Pommern 2,80 M.	8. Schleswig-Holstein . . . 1,60 M.	11. Hessen-Nassau . . . 1,80 M.
2. Westpreußen 2,20 „	5. Posen 3,20 „	9. Hannover 3,00 „	12. Rheinprovinz 2,40 M.
3. Stadtkreis Berlin und Prov. Brandenburg 3,20 „	6. Schlesien 5,40 „	10. Westfalen mit Waldeck und Pyrmont 1,40 „	13. Hohenzollernsche Lande 0,40 M.
7. Sachsen 2,80 „			

Die Steuern und Schulden der großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Königl. Preuß. Statist. Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ Jahrg. 1916. 4,00 M.

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Herausgegeben vom Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts I. V.: Prof. Dr. K. Kühnert, Oberregierungsrat. Sonderabdruck aus den Jahrgängen 1915 und 1916 der „Zeitschrift des Königl. Preuß. Statistischen Landesamts“ 4,00 M.

Bulgariens Wirtschaftslage.

Von W. K. Weiß-Bartenstein (Berlin).

Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1915 2,00 M.

Die Fideikomisse in Preussen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912.

Mit drei Kartogrammen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. H. Höpker. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914 3,20 M.

Die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in Preussen und in einigen anderen wichtigen Staaten Europas.

Von Dr. Carl Ballod, Mitglied des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts und ordentl. Honorarprofessor a. d. Universität Berlin. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914 1,60 M.

Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1916.

Im Auftrage des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, 1916. Preis 5 M. Diese Statistik erscheint seit 1893 jährlich (für die Ergänzungssteuer nur alle drei Jahre) in der Regel zu Anfang Januar. Die bisher erschienenen Bände sind zum Preise von 5 M für den Band durch unsere Verlagshandlung zu beziehen. Jahrgang 1900 ist vergriffen.

ZEITSCHRIFT

DES PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

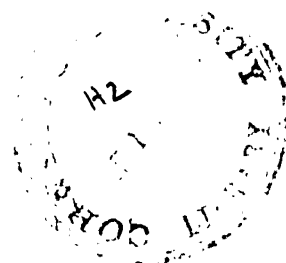
HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

57. JAHRGANG.

1917.



3. und 4. Abteilung.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in Preußen in ihrer Verteilung auf Stadt- und Landkreise. Mit 2 Karten. Von Professor Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts	83-206	Verteilung des Einkommens und der Einkommensteuer nach Milliarden-gruppen des Einkommens in Preußen 1892 und 1916	49*
Über Lohnstatistik. Von Dr. Rudolf Meerwarth, Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Berlin und Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts	206-224	Die besseren Einkommen in Preußen 1916	50*
Die Geburten, Eheschließungen u. Sterbefälle im preussischen Staate während des Jahres 1915	225-230	Die Bevölkerung mit besseren Einkommen in Preußen 1916	52*
Desgl. wie vor während des Jahres 1916	231-236	Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915	53*
Statistische Korrespondenz:		Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1906 bis 1915	54*
Die beendeten Konkurse in Preußen 1915	33*	Die durchschnittliche Personenzahl in den Haushaltungen Preußens 1871-1910	55*
Die Steuerkraft und die Belastung durch direkte Gemeindesteuern in 65 Gemeinden von Groß-Berlin im Rechnungsjahre 1911	34*	Die durchschnittliche Personenzahl der Haushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910	"
Der Finanzbedarf in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911	35*	Die Haushaltungen nach ihrer Art in den Regierungsbezirken Preußens 1910	56*
Die Deckung des Finanzbedarfs in 65 Gemeinden Groß-Berlins im Rechnungsjahre 1911	38*	Die Zusammensetzung der Familienhaushaltungen in den Regierungsbezirken Preußens 1910	57*
Die von den preussischen Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern in den Rechnungsjahren 1914, 1915 und 1916 erhobenen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer	39*	Die Haushaltungen nach der Personenzahl in den Provinzen Preußens 1910	"
Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Preußen am 1. Februar 1917	41*	Die viehhaltenden Haushaltungen im preussischen Staate 1912 mit einem Rückblick auf den Stand von 1907	59*
Unterscheidungsmerkmale in den Fällen des bedingten Strafaufschubs in Preußen 1913 bis 1915	43*	Der Viehstand in Dänemark 1914 bis 1917	60*
Das Auftreten der Blinddarmentzündung in den allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1914	44*	Die tödlichen Verunglückungen in Preußen 1914	"
Die Nutzung des Ackerlandes in Preußen 1913	46*	Die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen mit besonderer Hervorhebung der Todesfälle im Luftverkehr in Preußen im Jahre 1914	61*
Die Weinernte in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier 1915	47*	Die direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911	"
Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung in Preußen 1916	48*	Die Belastung der preussischen Städte und Landgemeinden durch direkte Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911	63*
Verteilung der preussischen Bevölkerung auf die hauptsächlichsten Einkommensgruppen 1916	49*	Die Schulden der preussischen Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände am Schlusse der Rechnungsjahre 1913, 1914 und 1915	64*
		Die laufenden Netto-Ausgaben des Rechnungsjahres 1911 in 85 Gemeinden Groß-Berlins	65*
		Die Steuerkraft und steuerliche Belastung der Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Rechnungsjahre 1915	67*
		Die Finanzen des preussischen Staates 1899-1917	69*
		Die Fruchtbarkeit (Kinderzahl) der Ehefrauen in Preußen am 1. Dezember 1910	71*

Die Wiedergabe von Abhandlungen dieser Zeitschrift ist auszugsweise unter Quellenangabe — Pr St L A Z. — gestattet.



Berlin SW 68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1918.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Pommern.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Preussischen Stat. Landesamts. (XXII u. 362 S.) 1916 9,80 M.

Brandenburg.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Prof. Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied d. Preuß. Statistischen Landesamts. (CXXXII u. 780 S.) 1918 23,20 M.

Schleswig-Holstein. (Im Druck.)

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Versorgungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XII u. 212 S.) 1914. 5,80 M.

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 M.

Heft 246. Statistik der Landwirtschaft (land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung) im preussischen Staate für das Jahr 1913. I. Teil: Die Bodenbenutzung im allgemeinen. (LII u. 193 S.) 1918 6,80 M.

II. Teil: Die Forsten und Holzungen im besonderen. (Im Druck.)

Heft 247. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Versorgungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1914. Mit einer Einleitung von usw. wie bei Heft 232. (XV u. 218 S.) 1915. 6,00 M.

Heft 248. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1914 usw. wie Heft 240. (LXI u. 35 S.) 1917 2,80 M.

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 M.

Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Versorgungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. Im amtlichen Auftrage bearb. von Dr. Artur Lehmann, Hilfsreferent im Preuß. Statistischen Landesamt. (XIV u. 186 S.) 1917 5,20 M.

Heft 251. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1915. (Im Druck.)

Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preussischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916. 3,20 M.

Heft 253. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Versorgungsmittel usw. im Jahre 1916 usw. wie Heft 250. (11* u. 176 S.) 5,20 M.

Heft 254. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1915. (Im Druck.)

Heft 255. Desgl. für 1916. (Im Druck.)

Heft 256. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Versorgungsmittel usw. im Jahre 1917. Im amtlichen Auftrage usw. wie bei Heft 250. (Im Druck.)

Heft 257. Statistik der Landwirtschaft im preussischen Staate für das Jahr 1916. (Im Druck.)

Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, 14. Jahrgang.

Herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Umfang 26 Bogen. Preis gebunden 1,80 M.

Der Inhalt des Jahrbuchs erstreckt sich auf folgende Haupttitel:

I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften. — VIII. Verkehrsmittel und Verkehr. — IX. Handel und Preise. — X. Einkommens- und Vermögensverhältnisse. — XI. Geld- und Kreditwesen. — XII. Versicherungswesen. — XIII. Brand- und sonstige Schäden. — XIV. Gesundheitspflege. — XV. Kirche und Gottesdienst. — XVI. Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft. — XVII. Rechtspflege, Strafvollzug, Besserungsanstalten. — XVIII. Wohlfahrtspflege. — XIX. Finanzen. — XX. Gesetzgebende Körperschaften. — XXI. Beamtenverhältnisse. — Anhang: I. Istbeträge der indirekten und direkten Gemeindesteuern der preussischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911. — II. Wasserstände der norddeutschen Ströme im Abflußjahr 1916.

Eine ferner beigegebene Inhalts- und Quellenübersicht über alle seit 1873 erschienenen, auf Preußen bezüglichen Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamts dürfte allen Käufern des Jahrbuchs besonders erwünscht sein.

Von den früher erschienenen Jahrgängen dieses Jahrbuchs sind nur noch vorhanden: der 2., 3. und 6. zu je 1 M., der 10., 11., 12. und 13. Jahrgang zu je 1,60 M.

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt.

Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat zum Preise von 6,00 M. für den Jahrgang. Die Hefte sind auch einzeln für je 1,50 M. käuflich. Erschienen sind bisher die Jahrgänge I—VII, 1909 bis 1915/16.

Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im preuß. Staate sowie in den Regierungsbezirken und Stadtkreisen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschlag usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungs-Anstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten sowie auf die Taubstummenstatistik. Mit dem IV. Jahrgange sind die Todesursachen auch für die Kreise getrennt nach Stadt und Land zum Abdruck gelangt. Besondere aktuelle Themata der Statistik, wie Krebs, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Blinddarmentzündung, Fehlgeburten usw. sind in den einzelnen Hefen unter „Verschiedenes“ behandelt (vergl. Seite 4 des Umschlages der Hefte).

Viehstands- und Obstbaum-Lexikon.

Gemeindelexikon über den Viehstand und den Obstbau für den preussischen Staat, erschienen 1915.

Auf Grund der Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913, der Viehzählung vom 2. Dezember 1912 und anderer amtlicher Quellen bearbeitet vom Preussischen Statistischen Landesamt.

1. Ostpreußen 4,40 M.	4. Pommern 2,80 M.	8. Schleswig-Holstein 1,60 M.	11. Hessen-Nassau . . . 1,80 M.
2. Westpreußen 2,20 „	5. Posen 3,20 „	9. Hannover 3,00 „	12. Rheinprovinz 2,40 „
3. Stadtkreis Berlin und Prov. Brandenburg 3,20 „	6. Schlesien 5,40 „	10. Westfalen mit Waldeck und Pyrmont 1,40 „	13. Hohenzollernsche Lande 0,40 „
	7. Sachsen 2,80 „		

Die Steuern und Schulden der großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1913 und ihre Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Oskar Tetzlaff, Mitglied des Preuß. Statistischen Landesamts. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“ Jahrgang 1916. . . . 4,00 M.

Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweieundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts. Herausgegeben vom Präsidenten des Preussischen Statistischen Landesamts I. V.: Prof. Dr. Kühnert, Oberregierungsrat. Sonderabdruck aus den Jahrgängen 1915 und 1916 der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“ 4,00 M.

Bulgariens Wirtschaftslage. Von W. K. Weiß-Bartenstein (Berlin).

Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1915. 2,00 M.

Die Fideikommisse in Preussen im Lichte der Statistik bis zum Ende des Jahres 1912.

Mit drei Kartogrammen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Regierungsrat Dr. jur. H. Höpker. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 3,20 M.

Die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in Preussen und in einigen anderen wichtigen Staaten Europas.

Von Dr. Carl Bailod, Mitglied des Preussischen Statistischen Landesamts und ordentl. Honorarprofessor an der Universität Berlin. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts“, Jahrgang 1914. 1,60 M.

Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1917.

Im Auftrage des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, 1918. Preis 5 M. Diese Statistik erscheint seit 1895 jährlich (für die Ergänzungssteuer nur alle drei Jahre) in der Regel zu Anfang Januar. Die bisher erschienenen Bände sind zum Preise von 5 M. für den Band durch unsere Verlagshandlung zu beziehen. Jahrgang 1900 ist vergriffen.

Statistische Grundlagen für einen Lasten-Ausgleich zwischen den Gemeinden Gross-Berlins.

Von Professor Dr. Oskar Tetzlaff. Sonderabdruck aus der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts. Jahrgang 1917.

[

